

DRV Bund: Hälfte der Altersrenten liegt unter Grundsicherungsniveau

11. Jun 2013 (0 Kommentare)  (<http://www.engelen-kefer.de/2013/soziales/drv-bund-haelfte-der-altersrenten-liegt-unter-grundsicherungsniveau/emailpopup/>)

Da gibt es nichts zu beschönigen: Nach den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung Bund liegen etwa die Hälfte aller Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung unter Grundsicherungsniveau, für Frauen im Westen sind es mehr als zwei Drittel. Gleichzeitig ist aus den Daten der Bundesagentur für Arbeit zu entnehmen, dass immer mehr Rentner einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dass dies aus Gründen der Selbstverwirklichung einer gesünderen Rentnergeneration resultiert -wie teilweise behauptet wird- ist höchst fragwürdig. Mit 812 000 Minijober/innen über 65 Jahre und 128 000 über 74 Jahre -einem Anstieg um mehr als ein Drittel seit 2003- lässt sich berufliche Selbstverwirklichung schwerlich begründen. Vielmehr steckt dahinter die finanzielle Not, bei der drastischen Absenkung der Renten, die Lebensexistenz zu sichern und den bitteren Gang zu Sozialamt zu verhindern. Die Wiederherstellung der dynamischen Altersrenten zur Sicherung des Lebensstandards sowie die „Reregulierung“ der Arbeitsbedingungen einschließlich auskömmlicher gesetzlicher Mindestlöhne sind dringende Gebote, denen sich die Parteien - zumal in einem Wahljahr- stellen müssen.

[>> Interview zum Thema](#)

[\(http://www.wirtschaftundgesellschaft.de/2013/06/renterentenversicherung-die-wirklich-bedurftigen-bleiben-alle-ausen-vor-im-gesprach-mit-ursula-engelen-kefer/\)](http://www.wirtschaftundgesellschaft.de/2013/06/renterentenversicherung-die-wirklich-bedurftigen-bleiben-alle-ausen-vor-im-gesprach-mit-ursula-engelen-kefer/)



<http://www.heise.de/ct/artikel/2->

[Klicks-fuer-mehr-](#)

[Datenschutz-](#)

[1333879.html](#)



**mea**

Altersarmut in Deutschland

Prof. Axel Börsch-Supan, Ph.D.

*Munich Center for the Economics of Aging (MEA) des
Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik
und Technische Universität München*

22. Wissenschaftliches Kolloquium des Statistischen
Bundesamtes und der Deutschen Statistischen Gesellschaft,
21. November 2013



Ablauf

1. Evidenz heute:

Alt vs. Gesamtbevölkerung vs. Jung

2. Entwicklung Zukunft:

Rentenreformen, Erwerbshistorien, neue Bundesländer

3. Politikmaßnahmen:

Koalitions- und sonstige Vorschläge



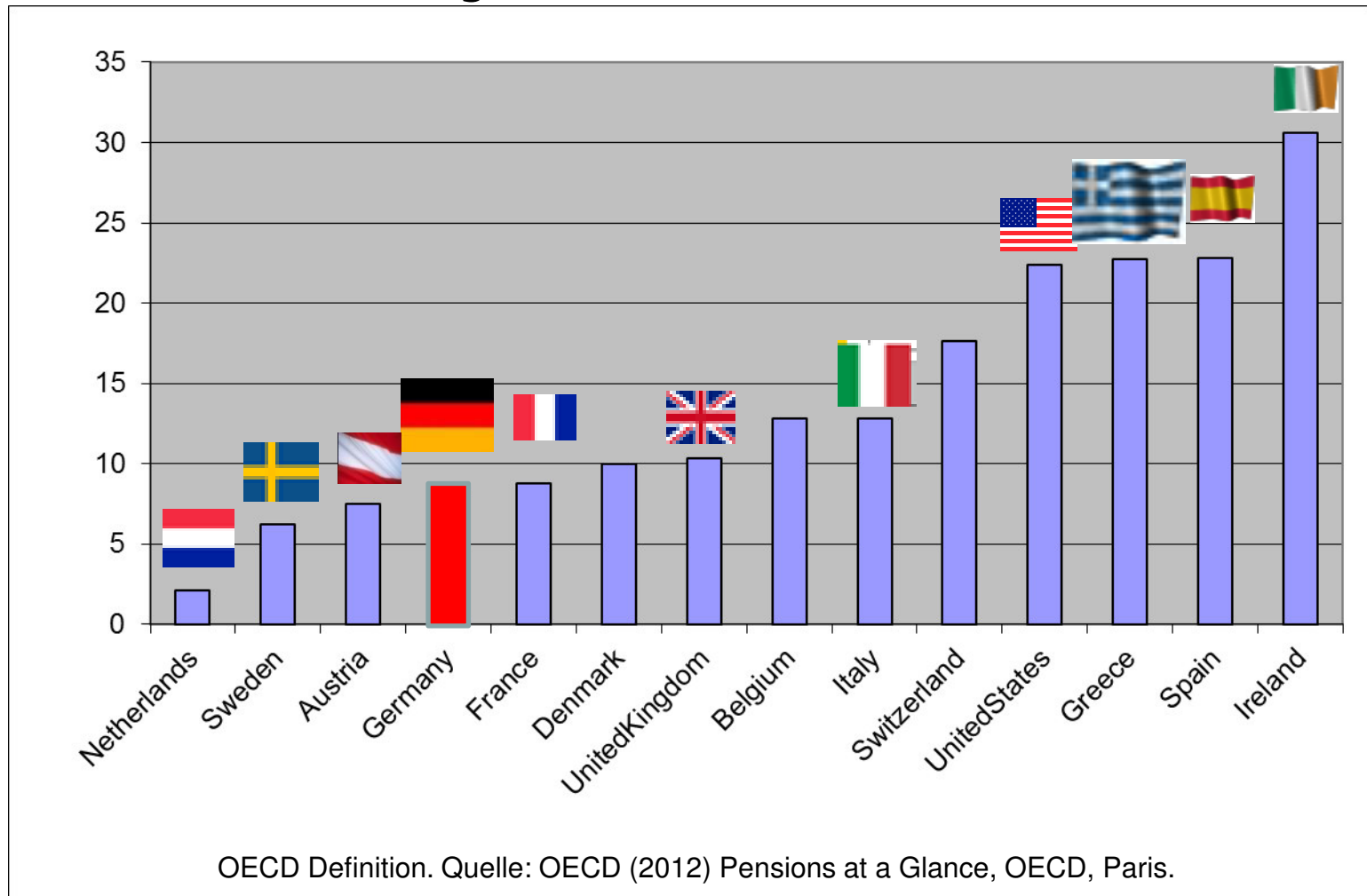
- **Grundsicherung im Alter: 2,9% der über 65 Jährigen**
(2011: 436.000 Personen).
Im Vergleich: 7.4% der Gesamtbevölkerung
(in Bedarfsgemeinschaften mit Grundsicherung für Arbeitssuchende)
- **Armutsgefährdung im Alter: 15,3% der über 65 Jährigen**
(Einkommen unter 60% Medianeinkommen).
Im Vergleich: 20,0% der Gesamtbevölkerung



mea

Evidenz heute

Internationaler Vergleich:



**mea**

Evidenz heute

- **Armutsproblem Deutschlands liegt derzeit bei Jungen:**
37,1% wenn in alleinerziehendem Haushalt
22,4% der 18-25jährigen
- **Zusätzlich Migrationshintergrund:**
49,3% wenn in alleinerziehendem Haushalt
28,5% der 18-25jährigen

(Armutsgefährdung)



Entwicklung Zukunft:

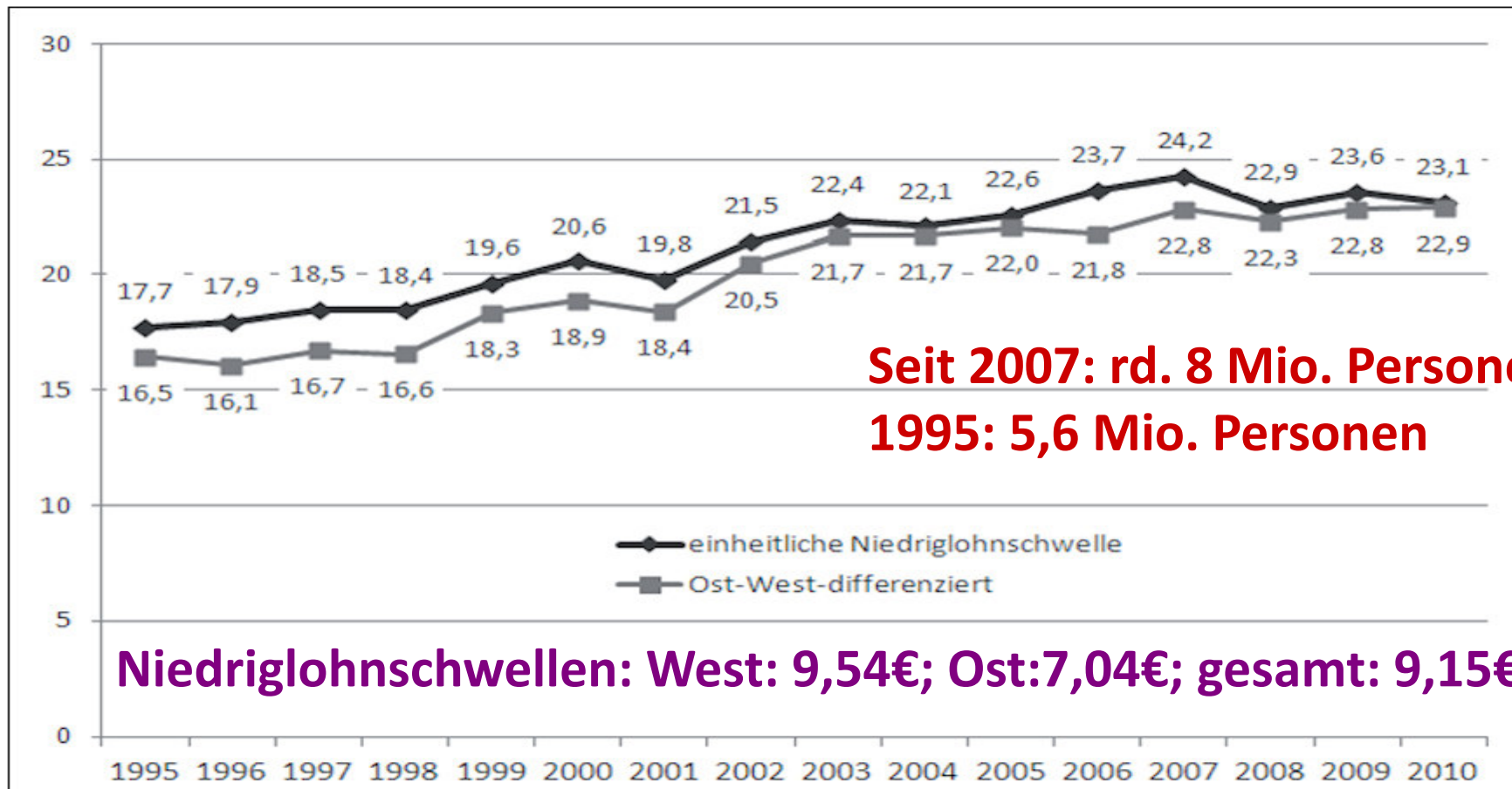
- **Rentenreformen 2001-2007:**
 - Absenkung Nettorentenniveau vor Steuern 51% (2001)
auf ca. 43% (2030) (ca. **-16%**)
 - *gegenläufig* Erhöhung Renteneintrittsalter (4 Jahre) (ca. **+10%**)
 - *und* Riester-Rente/Stärkung betriebliche Altersvorsorge (ca. **+6%**)
- **Rückgang Jahre mit ausreichenden Entgeltpunkten:**
 - ohne Beschäftigung (ALG II)
 - ohne Sozialversicherung (Minijob, selbständig)
 - niedriger Lohn
- **Sondereffekt neue Bundesländer**



mea

Geringverdiener

**Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in % der abhängig Beschäftigten
(inklusive Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen), 1995-2010**

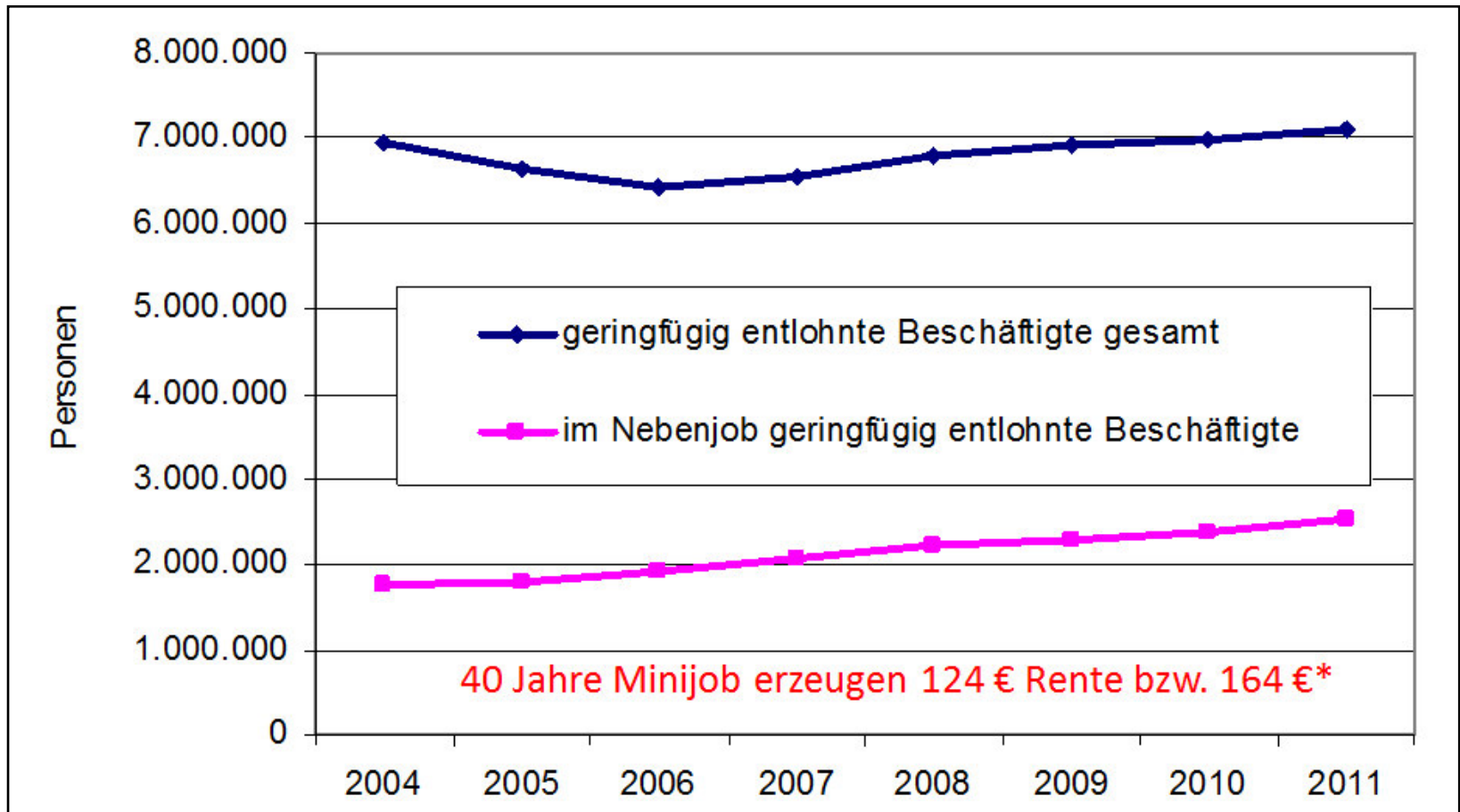




mea

Prekäre Beschäftigung

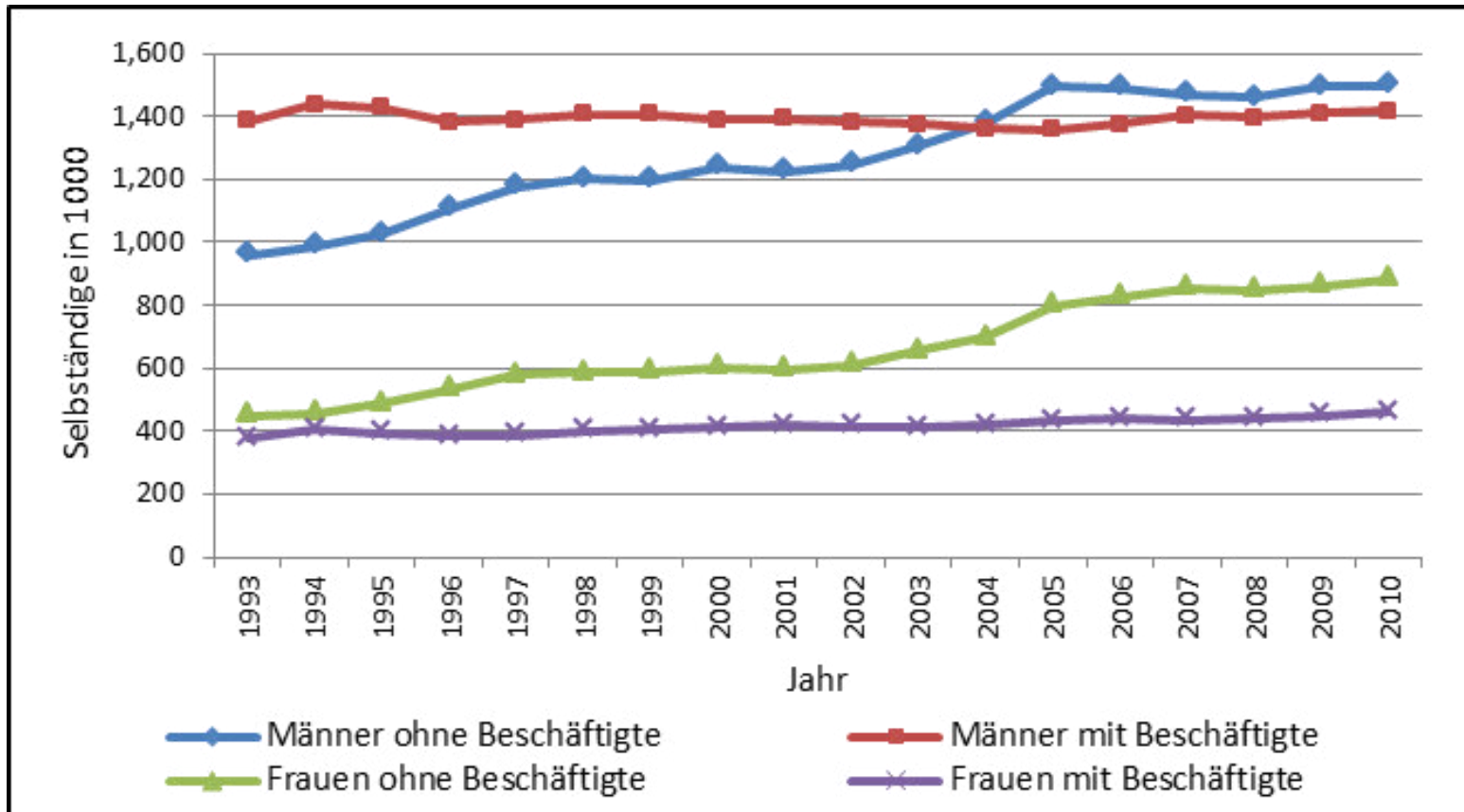
Minijobs





mea

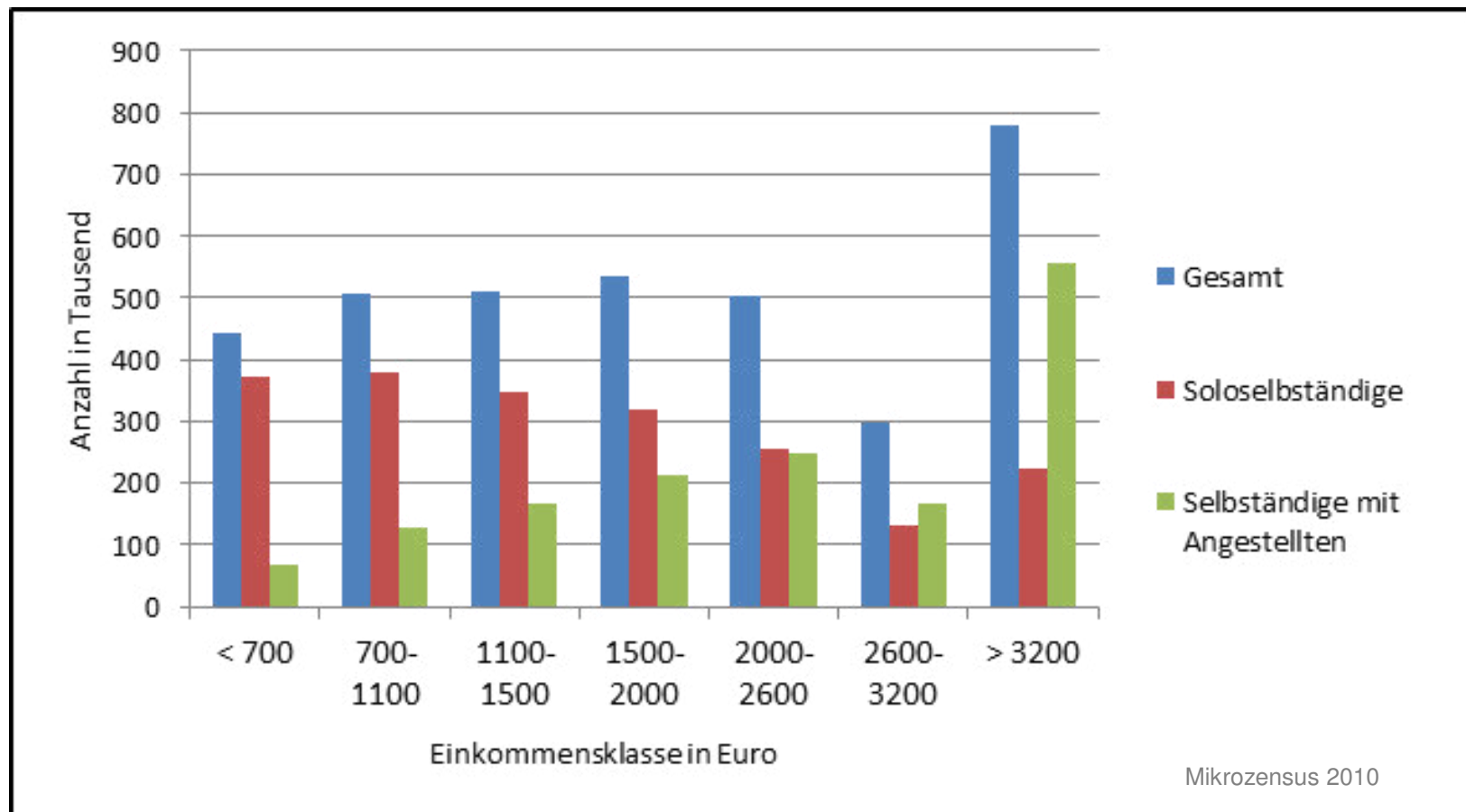
(Solo-)Selbständige





mea

(Solo-)Selbständige

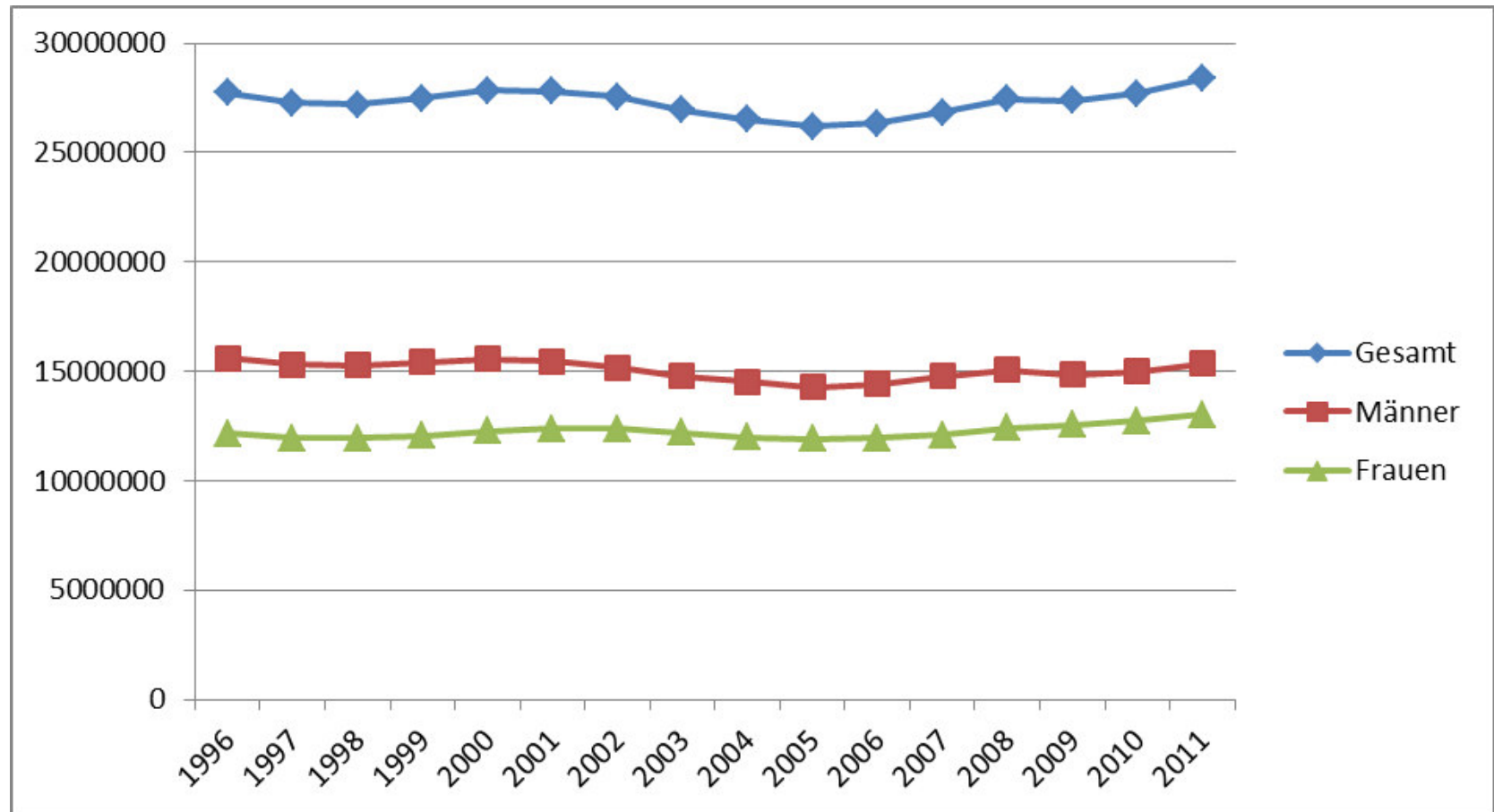




mea

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Andererseits Anstieg der soz.vers.pfl. Beschäftigung:

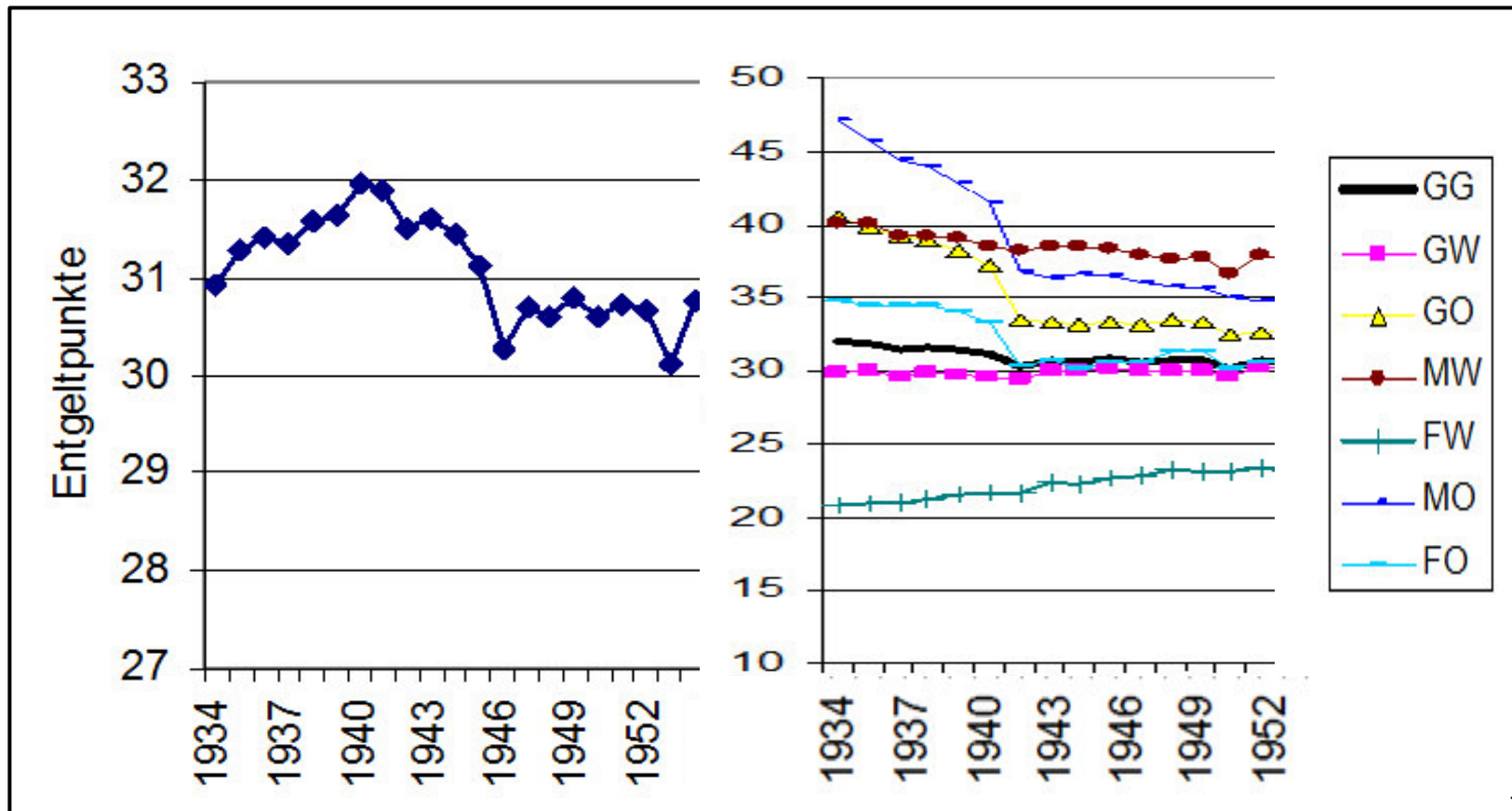




mea

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

Entgeltpunkte bei Renteneintritt:
Indikator für unterbrochene Erwerbshistorien?





mea

Entwicklung Zukunft:

Tabelle 1: Effekte der Reformmaßnahmen bzw. möglicher Verhaltensänderungen auf den Anteil der Grundsicherungsbezieher der 65 Jährigen und Älteren

	Prozentpunkte	Reformmaßnahme bzw. Verhaltensänderung	2,9%
1a	+ 0,5	Rentendämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors	3,6%
1b	+ 0,2	Vermehrte Abschläge bei der Rente mit 67 bei gleichbleibender Lebensarbeitszeit	
	+ 0,7	Rentenreformpaket 2001-2007 ohne Verhaltensanpassung	
1c	- 0,3	Späterer Renteneintritt durch Reaktion auf die mit der Reform 1992 eingeführten Abschläge	2,6%
1d	- 0,4	Späterer Renteneintritt infolge der Rente mit 67	
1e	- 0,3	Späterer Renteneintritt zur vollständigen Vermeidung von Abschläge	
	- 1,0	Mögliche Verhaltensanpassungen aufgrund der Reformen	
2	+ 1,0	10 Jahre ALG II Bezug statt sozialversicherte Beschäftigung	5,3%
3	+ 0,7	Einkommenssituation der Ostrentner gleich der der jetzt 30-34 Jährigen in den neuen Bundesländern	



■ Übel an der Wurzel packen

Alle Maßnahmen, die zu einem *höheren Einkommen* im Erwerbsleben und zu einem *möglichst langen Erwerbsleben* einer Person beitragen, sind besonders zielführend zur Vermeidung von Altersarmut

- Jugendarbeitslosigkeit verhindern
- Aus- und Weiterbildung
- Integration von Migranten
- Leichtere Einstellungsbedingungen
- (Vollzeit-)Erwerbsquote von Frauen und Älteren erhöhen
(*Faustregel: mindestens halb so viele Erwerbs- wie Lebensjahre*)



■ Übel an der Wurzel packen

- Mindestlohn?

Nein:

- Ein Mindestlohn, der eine Rente von 850 Euro im Monat sichert, läge bei ca. 15 €/Std.
- Unvorstellbar, dass so hohe Mindestlöhne keine negativen Beschäftigungseffekte hervorrufen:
- Sicherung der Lohnhöhe würde durch höhere Arbeitslosigkeit konterkariert



Erhöhung der Entgeltpunkte:

1. Varianten der Zuschussrente

(„Lebensleistungsrente“, „Solidarrente“, „Garantierente“)

x Pflichtbeitragsjahre, y Jahre Zusatzvorsorge, z Euro Zuschuss oder Aufstockung bis 850 Euro

- vermeidet Akzeptanzproblem („Stigma“): bei langer Einzahlung nun mehr als nur die Grundsicherung, sondern eine „echte“ Rente
- kann Sparanreize fördern

Aber:

- entweder uneffektiv (z €) oder teuer und anreizschädlich (850 €)
- schafft neues Akzeptanzproblem für diejenigen knapp über 850 € (und hier sind weit mehr Personen als knapp über 680 €)
- kein Arbeitsanreiz zwischen 40 und 52 Beitragsjahren



Politikmaßnahmen

2. Erhöhte Zuteilung von Entgeltpunkten an Geringverdiener

- *Rente nach Mindesteinkommen*
- *Rente nach Mindeststundenlohn*

Flankierende Maßnahmen

3. Erziehungszeiten stärker berücksichtigen

Drei Entgeltpunkte pro Kind -- auch falls vor 1992 geboren
(Teuer; Mitnahmeeffekt vs. Wertschätzung)

4. Erwerbsminderungsrente anheben

Entgeltpunkte als ob man bis zum Alter 60 gearbeitet hätte, nun bis 62
(Teuer; konsequent)

5. Zeiten der Arbeitslosigkeit stärker berücksichtigen

(Teuer; vermindert Anreiz zur Arbeitsaufnahme)



Zusätzliche Altersvorsorge

6. Versicherungspflicht für Selbstständige

Koalitionsvorschlag: Wahlrecht

- Schutzbedürfnis vs. Vernichtung von Kleinstunternehmen
- Adverse Selektion (vor allem wegen Erwerbsminderungsrente)
- Temporärer Beitragseffekt bei gut verdienenden Selbstständigen

7. Ausbau der Betriebsrente

Statt „opt-in“ nun „opt-out“

- Bei staatlicher Förderung teuer
- Governanceprobleme bei Wahl/Ausgestaltung der Default-Option

8. Obligatorische Zusatzversicherung

- Teure Förderung entfällt
- Governanceprobleme, Gewährleistungsträgerhaftung, Intransparenz



Quintessenz

- Armut im Alter ist im Vergleich zur Gesamtbevölkerung **gegenwärtig** nicht besonders hoch
- Ursachen **zukünftiger** Altersarmut sind nicht primär in den Rentenreformen der Jahre 2001-2007, sondern in unzureichenden Erwerbsbiographien zu suchen
- Daher hier der **Politikansatz**: Arbeitsmarkt-Bildung-Integration: Problem an der Wurzel packen
- Derzeit diskutierte **Zusatzrenten** begünstigen die Falschen, verstärken die negativen Arbeitsanreizeffekte und gefährden damit die Nachhaltigkeit des Rentensystems
- Wenn **Grundsicherung** nicht reicht, dann Mut zur Erhöhung!

Altersarmut in Deutschland

Zuschussrente soll Verarmung der Rentner stoppen



Die Altersarmut in Deutschland ist Wirklichkeit oder nur ein Phänomen? Die Rentnergeneration von heute ist finanziell gut ausgestattet, glaubt man den Werbeanzeigen in den Medien. Braun gebrannte, Golf spielende Rentner vermitteln das Bild von wohlhabenden Ruheständlern. Altersarmut scheint nicht zu der stetig größeren Gruppe der nicht mehr Erwerbstätigen zu passen. Doch der Schein trügt: Immer mehr Rentner sind auf Unterstützung durch den Staat angewiesen.

Auch für die Gruppe der über 50-Jährigen als kaufkräftige Zielgruppe hat sich die Werbeindustrie schneidige Begriffe einfallen lassen, die von "Best Ager", "Silver Surfern" oder "Whoopies" (well off old people) sprechen. Was derzeit noch stimmen mag, gilt in dieser Form für die Zukunft jedoch nicht mehr. Allein die sprunghafte Zunahme der Zahl von Leistungsbeziehern der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um mehr als 40 Prozent zwischen 2003 und 2005 ist ein erstes Warnsignal für künftige Altersarmut. Aus diesem Grund will die Bundesarbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen die sogenannte **Zuschussrente** einführen. Zudem soll für **Selbständige** die **Pflicht zur Altersvorsorge** eingeführt werden.

Definition von Altersarmut

Von Altersarmut spricht man, wenn der nicht erwerbstätige Teil der Bevölkerung seinen Bedarf aus den Leistungen der gesetzlichen und privaten Versorgungssysteme **nicht** decken kann. Damit wird Altersarmut nach dem Einkommen definiert, das nicht zur Verfügung steht.

Für die Weltgesundheitsorganisation **WHO** gilt als arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens seines Landes zur Verfügung hat. Die **Europäische Union** definiert als "arm", wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens seines Heimatlandes zur Verfügung hat.

Im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise den Alleinerziehenden und Kindern, ist die Einkommensarmut bei älteren Menschen heute noch relativ gering. Bei den 65-Jährigen und Älteren lag die Armutsrisikoquote im Jahr 2003 bei 11,4 Prozent, während die Armutsrisikoquote bei der Gesamtbevölkerung mit 13,5 Prozent und bei den Alleinerziehenden sogar mit 35,4 Prozent angegeben wird. Die **Armutsrisikoquote** wird definiert als Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen weniger als 60 Prozent des Medians aller Haushalte beträgt.

Auf Deutschland bezogen bedeutet dies, dass man mit einem Einkommen von **856 Euro** im Monat (oder 10.274 Euro/Jahr) zu den armutsgefährdeten Personen zählt. Das Existenzminimum liegt in Deutschland bei 7.356 Euro für einen Erwachsenen.

Die Grenze der Armutsgefährdung trifft nach den Ergebnissen der Studie Leben in Europa 2006 die Älteren (65 und plus) im früheren Bundesgebiet mit 14 Prozent überdurchschnittlich, in den neuen Ländern und Berlin dagegen lag die Armutsgefährdungsquote mit 9 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung.

Ursachen der Altersarmut in Deutschland

Doch welches sind die Ursachen, die zu dieser Entwicklung geführt haben? Welches sind die Gründe dafür, dass die gesetzliche Rente künftig allein nicht mehr ausreicht? Warum müssen künftige Ruheständler mehr denn je zusätzliche private Altersvorsorge betreiben? Wird Altersarmut in Deutschland künftig große Bevölkerungskreise treffen?

Der Paritätische Wohlfahrtsverband geht davon aus, dass im Jahr 2030 rund zehn Prozent der Rentner von Altersarmut betroffen sein werden. Noch sei die Lage "solide", so die OECD-Rentenexpertin Monika Queisser. "Weniger gut" stehe es jedoch in der Zukunft um die Versorgung von Geringverdienern sowie der zunehmenden Zahl von Menschen, die nicht durchgehend Rentenbeiträge gezahlt hätten."

Um die Einkommenslage der Rentner zu beurteilen, wird vielfach auf die sogenannte **Eckrente** zurückgegriffen. Die Eckrente ist eine fiktive Rente, die einem Versicherten gewährt würde, wenn er über 45 Versicherungsjahre hinweg stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten erzielt und dementsprechende Beiträge geleistet hätte.

Dabei wird außer acht gelassen, dass durch **Arbeitslosigkeit, Mini-Jobs, selbständige Tätigkeiten, Kindererziehungs- und Ausbildungszeiten** etc. die Grundlagen eines Eckrentners in der Realität kaum erfüllt werden. Aus diesem Grund sollten auch die Zahlen zur Eck- oder Durchschnittsrente in einem anderen Licht betrachtet werden. Beispielsweise betrug die Eckrente im Jahr 2006 1.066 Euro in den alten und 939 Euro in den neuen Bundesländern. Allerdings erhalten rund die Hälfte der Männer und 95 Prozent der Frauen eine Rente von weniger als 1.000 Euro im Monat.

Die für den Eckrentner erforderlichen 45 Beitragsjahre erreichen lediglich rund ein Viertel der Männer und nur jede zwanzigste Frau. Daraus folgen bereits heute Ruheständler, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Einkünften decken können. Für diesen Personenkreis hat der Gesetzgeber die sogenannte bedarfsorientierte **Grundsicherung** eingeführt.

Während im Jahr 2003 nur 1,8 Prozent der ab 65-Jährigen Leistungen der Grundsicherung bezogen, ist ihre Zahl bis zum Jahr 2005 um mehr als 20 Prozent auf 2,2 Prozent gestiegen. Rechnet man die dauerhaft voll erwerbsgeminderten Personen hinzu, hat sich die Gesamtzahl der Grundsicherungsempfänger zwischen 2003 und 2005 fast verdoppelt.

Auch wenn der Anteil der Grundsicherungsempfänger zum jetzigen Zeitpunkt noch recht klein ist, so schreckt Experten vor allem der rasante Anstieg der vergangenen Jahre auf.

Gründe für die Altersarmut

Der Anstieg der Altersarmut ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Meist sorgen nicht einzelne, sondern die Kombination aus mehreren Faktoren dafür, dass in Zukunft Altersarmut keine Randerscheinung mehr sein wird. Im Einzelnen führen vor allem folgende Ursachen zu Altersarmut in Deutschland:

Absenkung des Rentenniveaus

Mit der Rentenreform von 2001 wird das Rentenniveau der gesetzlichen Rente bis zum 2030 spürbar abgesenkt. Die Rente wird damit in Zukunft lediglich eine Existenzsicherung darstellen. Die Maßnahmen des Gesetzgebers führen allerdings dazu, dass künftig ein Durchschnittsverdiener rund 37 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben muss, um eine Rente knapp über dem Armutsniveau zu erhalten.

Bei einem Lohnniveau von ca. 80 Prozent des Durchschnittslohns werden sogar 45 Beitragsjahre erforderlich sein, um eine Rente knapp oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erreichen. Zu beachten ist auch, dass Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie seit 2005 auch die Einkommensteuer die Rente nochmals schmälern.

Arbeitslosigkeit

Die seit den 80er Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit sorgt für geringere Rentenansprüche. Besonders armutsgefährdet im Alter sind Langzeitarbeitslose und Bezieher von Arbeitslosengeld II ("Hartz IV-Empfänger"). Die für Arbeitslosengeld II-Beziehende zu entrichtenden Rentenversicherungsbeiträge betragen seit dem 1. Januar 2007 nur noch rund 40 Euro pro Monat. Ein Jahr Arbeitslosengeld II-Bezug führt damit zu einer Rentenanswartschaft von etwa 2,19 Euro im Monat.

Berufsunterbrechung durch Kindererziehung und Pflege

Der überwiegende Teil der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen wird von Frauen vorgenommen. Frauen reduzieren ihre Arbeitszeiten oder geben den Job für eine bestimmte Zeit sogar ganz auf. Der Wiedereinstieg ins Berufsleben erfolgt oftmals mit Schwierigkeiten und ist mit geringeren Gehältern verbunden.

Bei der gesetzlichen Rente erwirbt man sich durch Kindererziehung (Kindererziehungszeiten) oder Pflege von Angehörigen (Pflichtbeiträge für Pflegepersonen) Ansprüche. Für Kinder, die vor 1992 geboren wurde, wird ein Jahr, für Geburten ab 1992 werden drei Jahre angerechnet. Seit 2001 sind Kindererziehende sogar noch besser gestellt worden. Während der Kinderberücksichtigungszeit vom 3. bis zum 10. Lebensjahr des Kindes werden unterdurchschnittliche Arbeitseinkommen um 50 Prozent und auf maximal 100 Prozent des Durchschnittseinkommens aufgewertet.

Allerdings gilt festzuhalten, dass die Rentenanswartschaften während der Kindererziehung oder Pflege meist geringer sind als bei Beibehaltung der Erwerbstätigkeit. Zudem ist die Erwerbsbiographie unterbrochen und damit möglicherweise auch der Sprung auf der Karriereleiter. Von der bereits angesprochenen Absenkung des Rentenniveaus ist dieser Personenkreis ebenfalls betroffen.

Niedriglohnjobs und geringverdienende Selbständige

Die Zunahme von niedrig bezahlten Beschäftigungsverhältnissen führt langfristig auch zu Altersarmut. Der Personenkreis der Geringverdiener zahlt nur geringe Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung ein und verfügt meist auch nicht über ausreichende finanzielle Mittel für eine ergänzende private oder betriebliche Altersvorsorge.

Auch der Anstieg der geringverdienenden Selbständigen wird auf lange Sicht für diesen Personenkreis zu finanziellen Problemen im Alter führen. Da der überwiegende Teil der Selbständigen nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert ist, muss die Altersvorsorge privat erfolgen. Da etwa ein Drittel aller Selbständigen im Jahr 2005 lediglich über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.100 Euro verfügte, ist davon auszugehen, dass keine ausreichende Vorsorge getroffen werden kann. Altersarmut ist somit vorprogrammiert.

"Altersarmut wird deutlich zunehmen"

Der Sozialexperte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Deutschland Ulrich Schneider äußerte im November 2006 seine Befürchtung: "Die Altersarmut wird deutlich zunehmen". Wenn man sich die aktuellen Zahlen zu den Beziehern von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung anschaut, könnte man annehmen, dass diese Prognose gewagt ist.

Doch Vorsicht: Der rasante Anstieg der Grundsicherungsbezieher in den letzten Jahren sowie die Kombination aus Rentenreformen und der Lage am Arbeitsmarkt werden aus dem derzeitigen Randthema Altersarmut eine in weiten Schichten der deutschen Bevölkerung verbreitete Erscheinung machen.

Lösungen sind momentan nicht in Sicht. Die gesetzliche Rentenversicherung ächzt unter der demographischen Entwicklung. Der Gesetzgeber hat bereits reagiert und die Rente mit 67 für die Jahrgänge ab 1964 verabschiedet. In letzter Konsequenz führt dies bei vorzeitiger Inanspruchnahme wiederum zu geringeren Rentenzahlungen.

Somit führt an der privaten und betrieblichen Vorsorge kein Weg vorbei. Sparen, soviel man kann - dies scheint zumindest die einzige Gewissheit zu sein!

€uro Konto in 60 Sekunden

Englands schnellstes Firmenkonto - Unkomplizierte Kontoeröffnung, Karte



Regelsätze

Individueller Bedarf



Die Grundsicherung hilft Ihnen, den Bedarf des täglichen Lebens zu bestreiten. Ihr Lebensunterhalt wird über Regelbedarfsstufen sichergestellt, die sich nach Familienstand und Haushaltsführung richten.

Die Grundsicherung soll abdecken:

Ihren notwendigen Lebensunterhalt,

Aufwendungen für Unterkunft und Heizung,
Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge,
Vorsorgebeiträge,
Mehrbedarf für bestimmte Personengruppen und
Hilfe in Sonderfällen.

Der notwendige Lebensunterhalt wird über Regelbedarfsstufen festgestellt. Je nach Familienstand und Haushaltsführung gibt es drei unterschiedliche Regelbedarfsstufen.

Alleinstehende und Alleinerziehende erhalten ab dem 1. Januar 2015 monatlich 399 Euro, wenn sie einen eigenen Haushalt führen. Das entspricht der Regelbedarfsstufe 1. Mit der passenden Regelbedarfsstufe sollen die regelmäßigen und einmaligen Ausgaben des täglichen Lebens finanziert werden. Dazu gehören zum Beispiel Lebensmittel, Bekleidung, Reparaturen und Instandhaltungen sowie Haushaltsgeräte.

Regelbedarfsstufen ab 1. Januar 2014

Alleinstehende und Alleinerziehende mit eigenem Haushalt	399 Euro
Erwachsene Haushaltsangehörige	320 Euro
Zusammenlebende Ehegatten und eingetragene Lebenspartner mit gemeinsamen Haushalt je Person	360 Euro
Zu dieser Personengruppe zählen auch Partner einer ehe- beziehungsweise lebenspartnerschaftähnlichen Gemeinschaft.	

Für Ihre Unterkunft werden die tatsächlich entstandenen, angemessenen Kosten berücksichtigt. Dazu gehören zum Beispiel Miete, Nebenkosten und Heizung. Was angemessen ist, entscheiden die

Sozialhilfeträger. Dabei gilt vor allem der örtliche Mietspiegel. Leben mehrere Personen in Ihrer Haushaltsgemeinschaft, werden die Kosten pro Person berücksichtigt.

Wohnen Sie in einer Eigentumswohnung oder einem Eigenheim, gelten andere Unterkunftskosten. Hierzu zählen beispielsweise eventuell zu zahlende Kreditzinsen, Steuern, Gebühren oder notwendige Reparaturkosten.

Leben Sie im Alters- oder Pflegeheim, wird die Warmmiete eines Einpersonenhaushalts berücksichtigt. Auch hier gilt der jeweilige Mietspiegel.

Angemessene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge gehören ebenfalls zur Grundsicherung. Aber was ist angemessen?

Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gehören immer dazu. Bei einer privaten Versicherung kommt es auf die Beitragshöhe an.

Erkundigen Sie sich beim Sozialhilfeträger.

Erhalten Sie bereits eine Rente, dürfen Sozialversicherungsbeiträge nicht doppelt berücksichtigt werden. Entweder gehören sie als Bedarf zur Grundsicherung oder sie werden vom Einkommen abgezogen – und dann zum Beispiel die „Nettorente“ als Einkommen angesetzt.

Angemessene Vorsorgebeiträge und Versicherungsbeiträge für ein angemessenes Sterbegeld können übernommen werden.

Auch hier entscheiden die Sozialhilfeträger darüber, was angemessen ist.

Um die Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine angemessene Alterssicherung zu erfüllen, können zum Beispiel folgende Beiträge übernommen werden:

Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung,
Beiträge zu landwirtschaftlichen Alterskassen,
Beiträge zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, wenn diese vergleichbare Leistungen wie die gesetzliche Rentenversicherung zahlen,
Beiträge für eine eigene kapitalgedeckte Altersvorsorge sowie
geförderte Altersvorsorgebeiträge, etwa für eine Riester-Rente, wenn der Mindesteigenbeitrag (Paragraf 86 des Einkommensteuergesetzes) nicht überschritten wird.

Bitte beachten Sie:

Die eigene kapitalgedeckte Altersvorsorge muss in Form einer lebenslangen Leibrente gezahlt werden.

Die Beiträge können nur dann übernommen werden, wenn die Leibrente laut Vertrag

nur an den Steuerpflichtigen selbst,
monatlich,
lebenslang und

nicht vor dem 60. Geburtstag gezahlt wird.

Darüberhinaus kann ein so genannter Mehrbedarf festgestellt werden; zum Beispiel für gehbehinderte Menschen mit Schwerbehindertenausweis (Merkzeichen G oder aG).

Besitzen Sie keinen Schwerbehindertenausweis, reicht auch Ihr Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes mit Merkzeichen G oder aG aus. Sie erhalten pauschal einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 17 Prozent der Regelbedarfsstufe.

Zusätzliche Leistungen gibt es außerdem für werdende Mütter nach der zwölften Schwangerschaftswoche, für Alleinerziehende und für behinderte Menschen, die Eingliederungshilfe erhalten.

Auch wenn Sie sich aus gesundheitlichen Gründen kostenaufwendig ernähren müssen, bekommen Sie zusätzliche Leistungen.

Darüber hinaus sind so genannte einmalige Bedarfe möglich. Dazu gehören zum Beispiel Erstausstattungen von Wohnungen einschließlich Haushaltsgeräten oder Bekleidung und Leistungen für Bildung und Teilhabe. Das können beispielsweise Aufwendungen für Schulausflüge, Lernförderung sowie Mittagessen für Schüler, Kinder und Jugendliche sein.

Deutsche Rentenversicherung

FRAGEN- UND ANTWORTEN ZUM RV-NACHHALTIGKEITSGESETZ

Einleitung.....	3
Die neue Renten Anpassungsformel.....	3
Wie funktioniert der neue Nachhaltigkeitsfaktor?.....	4
Welche Folgen hat die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors für Rentner und Beitragszahler.....	4
Kann es passieren, dass die Rente immer mehr sinkt und irgendwann das Sozialhilfeniveau erreicht?.....	4
Wie werden die Renten zum 1. Juli angepasst?.....	4
Welche Auswirkung hat der Nachhaltigkeitsfaktor auf meine Vorsorgeplanung im Alter?.....	5
Wie kann ich mich über meine künftige Rente informieren?.....	5
Anhebung der Altersgrenze bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit.....	5
Wie weit wird die Altersgrenze angehoben?.....	6
Werden die Altersgrenzen auch bei den übrigen Altersrenten angehoben? ..	8
Gibt es Vertrauensschutzregelungen?.....	8
Ausbildungszeiten an Schule und Hochschule.....	9
Was ändert sich bei der Bewertung der Schul- und Studienzeiten?.....	9
Gibt es Übergangsregelungen?.....	9
Mit welchen Einbußen muss ich durch die Einschnitte bei der Bewertung der Schulzeiten bei meiner Rente rechnen?.....	10
Haben Ausbildungszeiten an Schule und Hochschule künftig überhaupt keine Bedeutung mehr für die Rente?.....	10
Zeiten der Berufsausbildung.....	10
Was ändert sich durch den Wegfall der pauschalen Höherbewertung von Zeiten der Berufsausbildung?.....	11
Gibt es Übergangsregelungen?.....	11

Einleitung

Unsere Gesellschaft altert. Immer weniger Kinder werden geboren. Gleichzeitig werden die Menschen immer älter und beziehen entsprechend länger Rente. Dies stellt die gesetzliche Rentenversicherung vor finanzielle Probleme.

Damit die gesetzliche Rente auch künftig verlässlich und finanzierbar bleibt, hat der Gesetzgeber mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz Maßnahmen verabschiedet, die die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung nachhaltig sichern.

Viele Neuregelungen werden sich bereits im Jahr 2005 auswirken. Damit Sie sich rechtzeitig informieren und darauf einstellen können, haben wir die wichtigsten Änderungen in dieser Broschüre zusammengestellt.

Die neue Rentenanpassungsformel

Vom Jahr 2005 an wird die Rentenanpassungsformel um einen neuen Bestandteil, den so genannten Nachhaltigkeitsfaktor, erweitert. Er soll die Rentenanpassung dämpfen und den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung begrenzen.

Was gilt heute?

Die gesetzlichen Renten werden regelmäßig zum 1. Juli eines Jahres erhöht (so genannte Rentenanpassung). Grundlage für die Rentenanpassung ist die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttolöhne aller Beschäftigten.

Seit der Rentenreform von 1992 werden Bruttolohnerhöhungen der Beschäftigten nicht mehr in vollem Umfang an die Rentner weitergegeben. Die Rentenempfänger werden durch geringere Rentenanpassungen an der steigenden Belastung der Beschäftigten für die Altersvorsorge beteiligt. Seit der „Riester-Reform“ 2001 werden neben den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung auch die Beiträge zur staatlich geförderten privaten oder betrieblichen Altersvorsorge bei der Rentenanpassung berücksichtigt. Steigen diese Beiträge, mindert das die Rentenanpassung.

Wie funktioniert der neue Nachhaltigkeitsfaktor?

Der Nachhaltigkeitsfaktor bewirkt, dass Veränderungen des Verhältnisses von Rentnern zu Beitragszahlern die Höhe der Rentenanpassungen künftig beeinflussen. Damit werden bei der Anpassung gesellschaftliche Faktoren berücksichtigt, die Einfluss auf die finanzielle Situation der Rentenversicherung haben.

Beispiel: Ist infolge zunehmender Lebenserwartung die Zahl der Rentner gestiegen, fällt die jährliche Rentenanpassung geringer aus. Führt auf der anderen Seite die Belebung des Arbeitsmarktes zu einem Anstieg der Zahl der Beitragszahler, fallen die Rentenanpassungen entsprechend höher aus.

Welche Folgen hat die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors für Rentner und Beitragszahler?

Langfristig betrachtet wird das Rentenniveau, also das Verhältnis von Rente zu Einkommen, durch die gedämpfte Rentenanpassung sinken. Das bedeutet aber nicht, dass die Renten gekürzt werden. Sie werden auch künftig steigen, nur etwas langsamer als die Löhne der Beschäftigten.

Somit können die Rentenbeiträge auch langfristig in Grenzen gehalten werden. Sie sollen bis zum Jahr 2030 nicht über 22 Prozent steigen. Auf diese Weise werden alle Generationen beteiligt und nicht nur die Beitragszahler belastet.

Kann es passieren, dass die Rente immer mehr sinkt und irgendwann das Sozialhilfeniveau erreicht?

Der Gesetzgeber hat den Einfluss des Nachhaltigkeitsfaktors begrenzt. Eine so genannte Niveausicherungsklausel soll sicherstellen, dass das Rentenniveau nicht unter einen bestimmten Wert sinkt und die Entwicklung der Renten nicht zu stark von der Entwicklung der Einkommen der Beschäftigten abgekoppelt wird. Ein verlässliches Mindestrentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung und ein ausreichender Abstand der Rente zur Sozialhilfe sind somit gewährleistet.

Wie werden die Renten zum 1. Juli 2004 angepasst?

Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 entfällt. Damit werden kurzfristig Einsparungen in der gesetzlichen Rentenversicherung erzielt, die den Beitragssatz im Jahr 2004 stabil halten.

Welche Auswirkung hat der Nachhaltigkeitsfaktor auf meine Vorsorgeplanung im Alter?

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung. Sie wird künftig jedoch allein nicht mehr ausreichen, den gewohnten Lebensstandard im Alter fortführen zu können. Zusätzliche Altersvorsorge ist daher notwendig. Aus diesem Grund fördert der Staat die ergänzende private und auch betriebliche Altersvorsorge im Rahmen der so genannten Riester-Rente.

Wie kann ich mich über meine künftige Rente informieren?

Bereits seit Beginn des Jahres 2004 erhalten Versicherte, die das 27. Lebensjahr vollendet und eine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt haben, jährlich eine aktuelle Renteninformation von ihrem Rentenversicherungsträger. Diese Information gibt Ihnen Auskunft über den aktuellen Stand Ihres Rentenversicherungskontos. Sie zeigt Ihnen Ihre bisher erworbenen Rentenansprüche auf. Darüber hinaus enthält sie auch eine Hochrechnung Ihrer Altersrente auf das 65. Lebensjahr. Die Renteninformation ist somit eine wichtige Planungsgrundlage für Ihre zusätzliche Altersvorsorge.

Anhebung der Altersgrenze bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit

Die Altersgrenze für den vorzeitigen Bezug der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit wird vom 60. auf das 63. Lebensjahr angehoben. Sie können diese Rente damit künftig frühestmöglich mit 63 Jahren erhalten.

Was gilt heute?

Nach Altersteilzeitarbeit oder bei Arbeitslosigkeit können Sie – vorausgesetzt Sie erfüllen auch die anderen Voraussetzungen für diesen Rentenspruch – vorzeitig in Rente gehen. Nach bisherigem Recht können Sie diese Rente bis zu fünf Jahre vorzeitig beziehen, statt mit 65 Jahren also bereits mit 60 Jahren. Sie müssen dafür jedoch Abschläge in Höhe von 0,3 Prozent pro Monat, den Sie die Rente vor dem 65. Lebensjahr erhalten (3,6 Prozent pro Jahr), hinnehmen. Wenn Sie also den frühestmöglichen Rentenbeginn mit 60 Jahren wählen, so ist dies mit dem maximalen Abschlag von 18 Prozent verbunden.

Wie weit wird die Altersgrenze angehoben?

Die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme dieser Altersrente wird von 2006 bis 2008 in Monatsschritten auf das 63. Lebensjahr angehoben. Für Versicherte, die zwischen dem 1.1.1946 und dem 30.11.1948 geboren wurden, steigt die Altersgrenze in Monatsschritten von 60 Jahren auf 62 Jahre und 11 Monate.

Beispiel: Wer im Januar 1946 geboren wurde, kann frühestens mit 60 Jahren und einem Monat seine Rente erhalten, wer im Februar 1946 geboren wurde, mit 60 Jahren und zwei Monaten usw.

Versicherte, die zwischen Dezember 1948 und Dezember 1951 geboren wurden, können die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit frühestens mit dem 63. Lebensjahr in Anspruch nehmen. Versicherte, die nach dem 31.12.1951 geboren wurden, haben auf diese Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit gar keinen Anspruch mehr.

Es werden auch weiterhin Abschläge von 0,3 Prozent pro Monat (3,6 Prozent pro Jahr) für die vorzeitige Inanspruchnahme erhoben. Beim frühestmöglichen Rentenbeginn mit 63 Jahren beträgt der Abschlag somit 7,2 Prozent.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Übergangsregelung: Wenn Sie zu den betroffenen Geburtsjahrgängen gehören, können Sie den Monat ablesen, in dem Sie frühestmöglich eine Altersrente nach Altersteilzeitarbeit oder Arbeitslosigkeit in Anspruch nehmen können.

Versichert e Geburtsja hr Geburts- monat	Anhebung der Altersgren ze um Monate	vorzeitige Inanspruchnahme der Rente möglich ab Alter		Kürzung der Rente um ... %
		Jahr	Monat	
1946				
Januar	1	60	1	17,7
Februar	2	60	2	17,4
März	3	60	3	17,1
April	4	60	4	16,8
Mai	5	60	5	16,5
Juni	6	60	6	16,2
Juli	7	60	7	15,9
August	8	60	8	15,6
September	9	60	9	15,3
Oktober	10	60	10	15,0
November	11	60	11	14,7
Dezember	12	61	0	14,4
1947				
Januar	13	61	1	14,1
Februar	14	61	2	13,8
März	15	61	3	13,5
April	16	61	4	13,2
Mai	17	61	5	12,9
Juni	18	61	6	12,6
Juli	19	61	7	12,3
August	20	61	8	12,0
September	21	61	9	11,7
Oktober	22	61	10	11,4
November	23	61	11	11,1
Dezember	24	62	0	10,8

1948				
Januar	25	62	1	10,5
Februar	26	62	2	10,2
März	27	62	3	9,9
April	28	62	4	9,6
Mai	29	62	5	9,3
Juni	30	62	6	9,0
Juli	31	62	7	8,7
August	32	62	8	8,4
September	33	62	9	8,1
Oktober	34	62	10	7,8
November	35	62	11	7,5
Dezember	36	63	0	7,2
1949-1951	36	63	0	7,2

Werden die Altersgrenzen auch bei den übrigen Altersrenten angehoben?

Bei der Altersrente für Frauen, der Altersrente für schwerbehinderte Menschen und der Altersrente für langjährig Versicherte bleiben die Altersgrenzen für die vorzeitige Inanspruchnahme unverändert. Diese Renten können weiterhin nach Vollendung des 60. Lebensjahres (Altersrenten für Frauen und für schwerbehinderte Menschen) bzw. des 63. Lebensjahres (Altersrente für langjährig Versicherte) mit Abschlägen bezogen werden. Die Abschläge betragen – wie auch bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit – für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme 0,3 Prozent.

Gibt es Vertrauensschutzregelungen?

Für die so genannten rentennahen Jahrgänge sind Vertrauensschutzregelungen vorgesehen: Das heißt, wenn Sie vor dem 1.1.1952 geboren sind, können Sie die Rente nach bisher geltendem Recht in Anspruch nehmen, sofern Sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

Sie waren am 1. Januar 2004 arbeitslos.

oder

Ihr Arbeitsverhältnis wurde aufgrund einer vor dem 1. Januar 2004 erfolgten Kündigung oder Vereinbarung nach dem 31. Dezember 2003 beendet. Einer solchen Vereinbarung steht eine Befristung des Arbeitsverhältnisses oder die Bewilligung einer befristeten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (ABM) gleich.

oder

Ihr letztes Arbeitsverhältnis wurde vor dem 1. Januar 2004 beendet und Sie waren am

1. Januar 2004 ohne Beschäftigung.
- oder
- Sie haben vor dem 1. Januar 2004 Altersteilzeitarbeit nach dem Altersteilzeitarbeitsgesetz vereinbart.
- oder
- Sie haben als entlassener Arbeitnehmer des Bergbaus Anpassungsgeld bezogen.

Bitte beachten Sie:

Liegt einmal Vertrauensschutz vor, geht dieser nicht verloren, wenn Sie später ein neues Arbeitsverhältnis aufnehmen oder in eine neue arbeitsmarktpolitische Maßnahme eintreten.

Ausbildungszeiten an Schule und Hochschule

Schul- und Studienzeiten, die Sie nach dem 17. Lebensjahr zurückgelegt haben, erhöhen künftig nicht mehr den Rentenanspruch.

Was gilt heute?

Bisher werden bis zu drei Jahre Ihrer Schul- und Hochschulausbildung nach dem 17. Lebensjahr bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Das gilt auch für Ausbildungszeiten an einer Fachschule und für die Teilnahme an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen. Diese fließen als so genannte rentenrechtliche Zeiten in die Rentenberechnung ein und erhöhen Ihre spätere Rente.

Was ändert sich bei der Bewertung der Schul- und Studienzeiten?

Zeiten des Schul- und Hochschulbesuchs nach dem 17. Lebensjahr werden bei Versicherten, die vom 1. Januar 2009 an in Rente gehen, nicht mehr rentensteigernd bewertet. Fachschulzeiten und Zeiten der Teilnahme an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen bleiben von dieser Kürzung ausgenommen.

Gibt es Übergangsregelungen?

Für alle Versicherten, die zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2008 in Rente gehen, gibt es einen stufenweisen Übergang bis zum endgültigen Wegfall der rentensteigernden Bewertung der Schul- und Hochschulzeiten im Jahr 2009.

Für Neurentner die zwischen Januar 2005 und Dezember 2008 in Rente gehen, wird die Bewertung in Monatsschritten abgeschmolzen, das heißt, in dieser Übergangszeit erhalten die Ausbildungszeiten einen niedrigeren Wert. Dieser richtet sich nach dem Monat des jeweiligen Rentenbeginns.

Mit welchen Einbußen muss ich durch die Einschnitte bei der Bewertung der Schulzeiten bei meiner Rente rechnen?

Der Wegfall der rentensteigernden Bewertung der Schul- und Studienzeit kann eine monatliche Rentenminderung von bis zu 59 Euro in den alten und 52 Euro in den neuen Bundesländern bedeuten.

Haben Ausbildungszeiten an Schule und Hochschule künftig überhaupt keine Bedeutung mehr für die Rente?

Auch nach Inkrafttreten der Neuregelung werden bis zu acht Jahre an Ausbildungszeiten nach Vollendung des 17. Lebensjahres als so genannte Anrechnungszeiten berücksichtigt. Somit wird sichergestellt, dass durch Schulausbildung in jungen Jahren keine Rentenlücke entsteht. Nur so können Rentenminderungen im Fall der Invalidität oder bei Tod jüngerer Versicherter vermieden werden. Außerdem werden die Ausbildungszeiten an Schule und Hochschule nach wie vor als so genannte rentenrechtliche Zeiten berücksichtigt. Wichtig sind diese zum Beispiel für das Erreichen der Mindestversicherungszeit von 35 Jahren für bestimmte Rentenarten. Die rentensteigernde Bewertung dieser Zeiten entfällt jedoch.

Zeiten der Berufsausbildung

Beschäftigungszeiten am Anfang des Berufslebens werden erfahrungsgemäß gering entlohnt. Deshalb erfolgte bisher eine pauschale Höherbewertung der niedrigen Beiträge in den ersten drei Berufsjahren bei der späteren Rentenberechnung. Eine pauschale Höherbewertung wird es künftig nicht mehr geben.

Was gilt heute?

Mit bis zu 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten werden Zeiten der Berufsausbildung bei der Berechnung der Rente berücksichtigt. Pauschal höher bewertet werden die ersten drei Jahre, in denen Versicherte vor ihrem 25. Lebensjahr einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sind. In dieser Zeit wird eine berufliche Ausbildung unterstellt. Gehen die Zeiten der tatsächlichen Berufsausbildung darüber hinaus, können diese zusätzlich berücksichtigt werden.

Was ändert sich durch den Wegfall der pauschalen Höherbewertung von Zeiten der Berufsausbildung?

Die ersten drei Beitragsjahre werden nur noch dann höher bewertet, wenn ein Versicherter in dieser Zeit **tatsächlich** eine **Berufsausbildung** gemacht und Pflichtbeiträge gezahlt hat. Außerdem wird die Höherbewertung der (tatsächlichen) beruflichen Ausbildung auf 36 Monate begrenzt.

Künftig schließt diese Zeit auch die schulische Ausbildung mit ein. Die Bewertung wegen des Besuchs einer Fachschule oder wegen der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme ist dabei vorrangig zu berücksichtigen.

Beispiel: Absolvierte ein Versicherter 24 Monate seiner Ausbildung an einer Fachschule und 42 Monate in einer Berufsausbildung, so werden künftig insgesamt höchstens 36 Monate dieser Zeit (höher) bewertet. Dies sind zuerst die 24 Monate Fachschule, dann noch 12 Monate der Berufsausbildung. Die restlichen 30 Monate Berufsausbildung werden nicht mehr höher bewertet.

Gibt es Übergangsregelungen?

Für alle Versicherten, die zwischen dem 1.1.2005 und dem 31.12.2008 in Rente gehen, ist eine Übergangszeit vorgesehen, bis die Höherbewertung im Jahr 2009 endgültig wegfällt.

Die Höherbewertung von Berufsausbildungszeiten wird zwischen Januar 2005 und Dezember 2008 in Monatsschritten abgeschmolzen. Im Einzelnen sind dies folgende Zeiten:

- Die ersten drei Beitragsjahre, in denen eine Berufsausbildung bisher unterstellt wurde (fiktive berufliche Ausbildung), ohne dass der Versicherte diese tatsächlich ausgeübt haben musste.
- Die Zeiten der tatsächlichen Berufsausbildung, die über drei Jahre hinausgehen.

Den Herausforderungen von Morgen begegnen

Die Neuregelungen des Gesetzes zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demographische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz)

Rolf-Michael Fuchs, Bayreuth

Referent im Referat Generalien der Abteilung Rentenversicherung
der Deutschen Rentenversicherung Ober- und Mittelfranken

Helmut Gillich, Bayreuth

Teamleiter im Referat Generalien der Abteilung Rentenversicherung
der Deutschen Rentenversicherung Ober- und Mittelfranken

In der gesetzlichen Rentenversicherung führt der fortschreitende demographische Wandel in unserer Gesellschaft zu einer nachhaltigen Verschiebung des zahlenmäßigen Verhältnisses von aktiver Erwerbsphase zu durchschnittlicher Rentenbezugsphase.

So hat sich in den letzten 40 Jahren die Rentenbezugsdauer im Durchschnitt um rund 7 Jahre auf nunmehr 17 Jahre erhöht. Bis zum Jahr 2030 ist davon auszugehen, dass die Lebenserwartung bei 65-jährigen Männern und bei 65-jährigen Frauen um weitere 2,8 Jahre anwachsen wird.

Gleichzeitig werden den Älteren in Zukunft immer weniger Jüngere gegenüberstehen. Während das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-Jährigen im Jahr 2005 noch 1 zu 3,2 betrug, wird es im Jahr 2030 voraussichtlich bei 1 zu 2,0 liegen.

Dieser Entwicklung gilt es gegenzusteuern, damit die gesetzliche Rentenversicherung für alle Generationen ein verlässliches und leistungsstarkes Instrument der Alterssicherung bleibt.

Hierzu sieht das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz neben der

- stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre beginnend von 2012 an und der entsprechenden Anhebung bei den anderen Rentenarten**
- Einführung einer neuen Altersrente für besonders langjährig Versicherte**
- Modifizierung der Schutzklausel bei der Rentenanpassung**

insbesondere auch Änderungen und Regelungen

- zur Berechnung der Hinzuverdienstgrenzen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und bei vorgezogenen Altersrenten**
- bei Frist- und Verfahrensvorschriften zum Rentensplitting unter Ehegatten**
- zur Rücknahmepflicht bei bestandskräftigen Verwaltungsakten und**
- zur Einführung einer Übergangsregelung in das Fremdrentengesetz (FRG)**

vor.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung vom 09.03.2007 dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz in zweiter und dritter Lesung zugestimmt. Am 30.03.2007 hat der Deutsche Bundesrat das Gesetz unverändert angenommen und damit beschlossen. Das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz ist am 30.04.2007 im Bundesgesetzblatt Teil I, S. 554 ff. verkündet worden.

Mit diesem Beitrag soll ein erster Überblick über die wichtigsten Neuregelungen – soweit sie für die gesetzliche Rentenversicherung maßgebend sind – gegeben werden. Soweit nichts anderes angegeben ist, treten die Änderungen und Neuregelungen zum 01.01.2008 in Kraft.

Gliederung:

- 1 Allgemeine Vorbemerkung
- 2 Anhebung der Altersgrenzen
- 3 Zugangsfaktor
- 4 Modifizierung der Schutzklausel bei der Rentenanpassung
- 5 Berechnung der Hinzuverdienstgrenzen
- 6 Einkommensanrechnung bei Erwerbsminderungsrenten
- 7 Ausschluss des Wechsels von einer Altersrente in eine andere Rente
- 8 Weitergewährung befristeter Renten
- 9 Altersrente wegen Arbeitslosigkeit
- 10 Aufhebung bestandskräftiger nicht begünstigender Verwaltungsakte
- 11 Rentensplitting unter Ehegatten beziehungsweise Lebenspartnern
- 12 Änderung des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes (FANG)

1 Allgemeine Vorbemerkung

Die gesetzliche Rentenversicherung steht vor großen Herausforderungen. Längere Rentenlaufzeiten, die von einem kleiner werdenden Anteil der Aktiven finanziert werden müssen, führen zu unvermeidbar steigenden Beiträgen, wenn dieser Entwicklung nicht durch langfristig wirkende Maßnahmen begegnet wird.

Der Gesetzgeber hat bereits mit den grundlegenden Entscheidungen der Rentenreform 2001 und dem Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitsgesetz) von 2004 auf die sich wandelnden demographischen, aber auch ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reagiert und die Grundlagen für eine

generationengerechte Rente sowie die breite staatliche Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge geschaffen.

Hierauf aufbauend soll die gesetzliche Rentenversicherung durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz belastbar und solide weiterentwickelt werden. Dabei dienen die gesetzlichen Beitragssatz- und Niveausicherungsziele (§ 154 Sozialgesetzbuch [SGB] VI) als Richtschnur für die zu treffenden Entscheidungen. Das bedeutet, der Beitragssatz soll bis zum Jahr 2020 20 % und bis zum Jahr 2030 22 % nicht überschreiten. Das Rentenniveau soll demgegenüber 46 % bis zum Jahr 2020 und 43 % bis zum Jahr 2030 nicht unterschreiten, wobei ein Niveau von 46 % auch über 2020 hinaus angestrebt wird.

Um diese Ziele einhalten zu können, ist es vor dem Hintergrund der weiter steigenden Lebenserwartung und sinkenden Geburtenzahlen nach Auffassung des Gesetzgebers erforderlich, die Altersgrenze für die Regelaltersrente von bisher 65 Jahren auf das 67. Lebensjahr stufenweise anzuheben.

Diese rentenpolitische Maßnahme sowie die entsprechende Anhebung bei anderen Rentenarten trägt dazu bei, die finanzielle Grundlage und die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen den Generationen nachhaltig sicherzustellen.

Durch die Anhebung der Altersgrenze wird zunächst der Beitragsanstieg gedämpft. Neben diesem Effekt führt dies aber auch zu

einem höheren Rentenniveau. Die anpassungsdämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors wird längerfristig geringer ausfallen, weil sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern durch die Anhebung der Altersgrenze verbessert. Insgesamt werden auf lange Sicht also die Beitragszahler entlastet und gleichzeitig profitieren die Rentner von den dann tendenziell höheren Rentenanpassungen.

Begleitend hierzu ist es aber unabdingbar, die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer in Deutschland weiter zu verbessern. Diese Notwendigkeit hat der Gesetzgeber erkannt. Mit dem Ziel, die Chancen der 50-Jährigen und Älteren am Arbeitsmarkt zu verbessern, ist deshalb das Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen auf den Weg gebracht worden. Ebenso sind die Wirtschaft und Gewerkschaften sowie die Betriebsparteien im Arbeitsleben gefordert, mit Tarif- und Betriebsvereinbarungen Bedingungen zu gestalten, die die Beschäftigungsfähigkeit im Alter erhalten und die Beschäftigung Älterer erhöhen.

Die Anhebung der Altersgrenzen und die gezielte Förderung älterer Arbeitnehmer sind aber auch aus ökonomischen Gründen unerlässlich. Mit dem demographischen Wandel wird in Zukunft die Zahl junger qualifizierter Erwerbspersonen zurückgehen. Deswegen wirken die geplanten Maßnahmen einem drohenden Fachkräftemangel entgegen. Zudem darf nicht verkannt werden, dass die Erfahrungen und das Wissen älterer Arbeitnehmer wichtige volkswirtschaftliche Ressourcen sind.

Somit darf die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre nicht ausschließlich als Instrument zur nachhaltigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung angesehen werden. Das RV-Alters-

grenzenanpassungsgesetz gibt vielmehr ein verbindliches Signal an Gesellschaft und Wirtschaft, dass eine Umorientierung in der Haltung zur Rolle der Älteren notwendig ist und dass dieser Umorientierung konkrete Verhaltensänderungen folgen müssen.

2 Anhebung der Altersgrenzen

Derzeit wird die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Nach Erfüllung einer Wartezeit von 35 Jahren ist ein Rentenbezug frühestens mit 63 Jahren und ein Abschlag für die längere Rentenlaufzeit möglich. Wer die Wartezeit von 35 Jahren erfüllt hat und schwerbehindert ist, kann frühestens mit 60 Jahren mit einem Abschlag in Rente gehen. Für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute ist der Rentenzugang ebenfalls mit 60 Jahren möglich.

Künftig wird die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 67. Lebensjahres erreicht. Wer 45 Pflichtbeitragsjahre hat, kann weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Nach Erfüllung der Wartezeit von 35 Jahren ist ein Rentenbezug unverändert frühestens mit 63 Jahren, allerdings mit einem höheren Abschlag als nach geltendem Recht möglich; bei Vorliegen von Schwerbehinderung mit 62 Jahren und Abschlag. Für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute ist der Rentenzugang ebenfalls mit 62 Jahren möglich.

Für die Jahrgänge vor 1952 gibt es derzeit noch unter bestimmten Voraussetzungen die Altersrente für Frauen und die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit. Für diese auslaufenden Altersrenten bleibt es unverändert beim geltenden Recht.

Tabelle „Anhebung der Altersgrenzen im Überblick“ im Anhang.

Da zu der Anhebung der Altersgrenzen durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz in der Mai-Ausgabe der gemeinsamen Fachzeitschrift der Deutschen Rentenversicherung „RVaktuell“ ein ausführlicher Artikel erscheint, beschränken sich die nachfolgenden Ausführungen hierzu auf einen kurzen Überblick.

2.1 Regelaltersrente

Die Altersgrenze für die Regelaltersrente (Regelaltersgrenze) wird im Zeitraum 2012 bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben (§§ 35, 235 SGB VI).

Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 erfolgt die Anhebung ab 2012 zunächst in Einmonats-, von 2024 an in Zweimonatsschritten, so dass dann für Versicherte ab dem Jahrgang 1964 die Regelaltersgrenze von 67 Jahren gilt.

Tabelle „Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67“ im Anhang.

Von der Anhebung der Regelaltersgrenze ausgenommen ist jedoch, wer vor dem 01.01.1955 geboren ist und vor dem 01.01.2007 Altersteilzeitarbeit im Sinne der §§ 2 und 3 Absatz 1 Nummer 1 des Altersteilzeitgesetzes verbindlich vereinbart oder wer Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus bezogen hat (§ 235 Absatz 2 Satz 3 SGB VI).

2.2 Altersrente für langjährig Versicherte

Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Altersrente für langjährig Versicherte wird – beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1949 – stufenweise von heute 65 auf 67 Jahre angehoben (§§ 36, 236 SGB VI).

Tabelle „Anhebung der Altersgrenze für langjährig Versicherte auf 67“ im Anhang.

Die vorzeitige Inanspruchnahme dieser Altersrente wird – wie zur Zeit auch – frühestens mit 63 Jahren möglich sein. Der Bezug dieser Altersrente mit 63 Jahren ist mit einem Rentenabschlag von 14,4 % verbunden.

Für Versicherte, die vor dem 01.01.1955 geboren sind und vor dem 01.01.2007 Altersteilzeitarbeit im Sinne der §§ 2 und 3 Absatz 1 Nummer 1 des Altersteilzeitgesetzes verbindlich vereinbart oder die Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus bezogen haben, wird die Altersgrenze von 65 Jahren nicht angehoben (§ 236 Absatz 2 Satz 3 SGB VI).

Nach bisher geltendem Recht war vorgesehen, die Altersgrenze für den vorzeitigen Bezug vom Geburtsjahrgang 1948 an stufenweise von 63 auf das 62. Lebensjahr abzusenken. Diese vorgesehene Absenkung unterbleibt nunmehr. Eine Ausnahmeregelung gibt es nur noch für Versicherte, die nach dem 31.12.1947 geboren sind. Die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme für diese Personen wird stufenweise auf das 62. Lebensjahr gesenkt, wenn sie entweder vor dem 01.01.1955 geboren sind und vor dem 01.01.2007 Altersteilzeitarbeit im Sinne der §§ 2 und 3 Absatz 1 Nummer 1 des Altersteilzeitgesetzes vereinbart oder Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus bezogen haben (§ 236 Absatz 3 SGB VI).

Tabelle „Senkung der Altersgrenze für langjährig Versicherte auf 62“ im Anhang.

2.3 Altersrente für schwerbehinderte Menschen

Die Altersgrenze für eine abschlagsfreie Altersrente für schwerbehinderte Menschen wird – beginnend mit dem Geburts-

jahrgang 1952 – stufenweise von heute 63 auf 65 Jahre angehoben (§§ 37, 236a SGB VI).

Gleichzeitig wird die Altersgrenze für die vorzeitige Inanspruchnahme dieser Rente von 60 auf 62 Jahre angehoben. Damit bleibt es beim maximalen Abschlag in Höhe von 10,8 % bei der frühestmöglichen Inanspruchnahme.

Tabelle „Anhebung der Altersgrenze für schwerbehinderte Menschen auf 65“ im Anhang.

Für Versicherte, die am 01.01.2007 als schwerbehinderte Menschen anerkannt waren und entweder vor dem 01.01.1955 geboren sind und vor dem 01.01.2007 Altersteilzeitarbeit im Sinne der §§ 2 und 3 Absatz 1 Nummer 1 des Altersteilzeitgesetzes vereinbart oder die Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus bezogen haben, besteht weiterhin ein Anspruch auf abschlagsfreie Altersrente, wenn sie das 63. Lebensjahr vollendet haben (§ 236a Absatz 2 Satz 3 SGB VI). Eine vorzeitige Inanspruchnahme ist nach Vollendung des 60. Lebensjahres mit Abschlägen (maximal 10,8 %) möglich.

Für Geburtsjahrgänge bis 1951 bleibt es bei den bisherigen Vertrauensschutzregelungen.

Versicherte, die vor dem 01.01.1951 geboren sind und bei Beginn der Altersrente berufsunfähig oder erwerbsunfähig nach dem am 31.12.2000 geltenden Recht sind, haben ebenfalls Anspruch auf Altersrente, wenn sie das 63. Lebensjahr vollendet haben (§ 236a Absatz 3 SGB VI). Auch hier ist eine vorzeitige Inanspruchnahme nach Vollendung des 60. Lebensjahres mit Abschlägen (maximal 10,8 %) möglich.

Zudem können Versicherte, die bis zum 16.11.1950 geboren sind und am 16.11.2000 schwerbehindert,

berufsunfähig oder erwerbsunfähig nach dem am 31.12.2000 geltenden Recht waren, die Altersrente für schwerbehinderte Menschen weiterhin nach Vollendung des 60. Lebensjahres abschlagsfrei in Anspruch nehmen (§ 236a Absatz 4 SGB VI).

2.4 Altersrente für besonders langjährig Versicherte

Mit der Anhebung der Regelaltersgrenze auf das 67. Lebensjahr wird zum 01.01.2012 eine neue Rentenart, die Altersrente für besonders langjährig Versicherte, eingeführt. Wer 65 Jahre alt ist und eine Wartezeit von 45 Jahren erfüllt hat, kann ohne Abschläge in Rente gehen (§ 38 SGB VI).

Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden angerechnet: Pflichtbeiträge aus Zeiten einer Beschäftigung, selbstständigen Tätigkeit, Pflege sowie Zeiten der Erziehung eines Kindes bis zum 10. Lebensjahr und Wartezeitmonate nach § 52 Absatz 2 SGB VI aus geringfügiger versicherungsfreier Beschäftigung. Nicht berücksichtigt werden: Pflichtbeitragszeiten aufgrund des Bezuges von Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II oder Arbeitslosenhilfe sowie Zeiten aus dem Versorgungsausgleich, Rentensplitting und Zeiten mit freiwilligen Beiträgen (§§ 51 Absatz 3a, 244 Absatz 3 SGB VI).

2.5 Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute

Im Zuge der Anhebung der Regelaltersgrenze wird bei der Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute die Altersgrenze für nach dem 31.12.1951 Geborene schrittweise vom 60. auf das 62. Lebensjahr angehoben (§§ 40, 238 SGB VI).

Tabelle „Anhebung der Altersgrenze für Bergleute auf 62“ im Anhang.

Versicherte, die vor dem 01.01.1952 geboren sind, haben Anspruch auf diese Altersrente nach Vollendung des 60. Lebensjahres.

Für Versicherte, die Anpassungsgeld für entlassene Arbeitnehmer des Bergbaus oder Knappschaftsausgleichsleistungen bezogen haben, wird die Altersgrenze von 60 Jahren nicht angehoben (§ 238 Absatz 2 Satz 3 SGB VI).

2.6 Altersrente für Frauen und Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit

Sowohl die Altersrente für Frauen als auch die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit können schon nach bisherigem Recht nur noch von den Geburtsjahrgängen bis 1951 in Anspruch genommen werden. Durch den mittelfristigen Wegfall dieser Altersrenten sieht der Gesetzgeber eine entsprechende Anpassungsregelung zur Anhebung der Altersgrenze als entbehrlich an.

2.7 Hinterbliebenenrenten

Auch das für den Bezug einer großen Witwen- oder Witwerrente notwendige Alter wird erhöht.

Die Altersgrenze wird abhängig vom Todesjahr des Versicherten – von 2012 an beginnend – stufenweise von 45 auf das 47. Lebensjahr angehoben (§§ 46, 242a SGB VI). Die Stufen sollen zunächst ein Monat pro Jahr (45 bis 46), dann zwei Monate pro Jahr (46 bis 47) betragen.

Für Todesfälle ab dem Jahr 2029 gilt die Altersgrenze von 47 Jahren für die große Witwen- oder Witwerrente.

Tabelle „Anhebung der Altersgrenze für die große Witwen-/Witwerrente auf 47“ im Anhang.

2.8 Bestandsprüfungsklausel

Damit die im RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vorgenommene Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre greift, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachhaltig verbessert. Daher wird der Bundesregierung aufgegeben, den gesetzgebenden Körperschaften vom Jahre 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint und die getroffenen gesetzlichen Regelungen bestehen bleiben können (§ 154 Absatz 4 Satz 1 SGB VI).

3 Zugangsfaktor

3.1 bei Renten wegen Alters, verminderter Erwerbsfähigkeit und Hinterbliebenenrente

Mit der stufenweisen Anhebung der jeweils maßgebenden Regelaltersgrenze auf 67 Jahre (§§ 35, 235 SGB VI) gehen ebenso Änderungen beim Zugangsfaktor einher.

Über den Zugangsfaktor werden die Rentenabschläge für vorgezogene Altersrenten, Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Todes ermittelt.

Eine Altersrente kann grundsätzlich mit Erreichen der neuen Regelaltersgrenze von 67 Jahren als Referenzalter mit dem Zugangsfaktor 1,0 und damit abschlagsfrei bezogen werden. Bei der Altersrente für schwerbehinderte Menschen (§§ 37, 236a SGB VI) gilt hingegen

ein niedrigeres Referenzalter, sie kann bereits ab Vollendung des 65. Lebensjahres abschlagsfrei bezogen werden. Auch für die Altersrente für langjährig unter Tage beschäftigte Bergleute (§§ 40, 238 SGB VI) gilt ein niedrigeres Referenzalter, sie kann ab Vollendung des 62. Lebensjahres abschlagsfrei bezogen werden.

Von der Anhebung des Referenzalters zur Ermittlung der Abschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme sind die Altersrente für Frauen (§ 237a SGB VI) und die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit (§ 237 SGB VI) ausgenommen. Berechtigte können diese Altersrenten weiterhin mit Vollendung des 65. Lebensjahres abschlagsfrei erhalten. Diese Renten können nur vor 1952 Geborene in Anspruch nehmen, so dass sie ab dem Jahr 2012 schnell an Bedeutung verlieren werden.

Wird eine Altersrente vorzeitig in Anspruch genommen, mindert sich die Rente auch künftig um 0,3 % für jeden Kalendermonat der vorzeitigen Inanspruchnahme.

Nimmt demgegenüber ein Versicherter eine Altersrente trotz erfüllter Wartezeit nicht mit Erreichen der neuen Regelaltersgrenze von 67 Jahren in Anspruch, erhöht sie sich um 0,5 % für jeden Kalendermonat, in dem die Altersrente nicht in Anspruch genommen wird.

Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten konnten nach dem bisher geltenden Recht bereits nach Vollendung des 63. Lebensjahres abschlagsfrei in Anspruch genommen werden. Diese Altersgrenze für den abschlagsfreien Rentenbeginn wird ebenfalls beginnend im Jahr 2012 um zwei Jahre auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben (§ 77 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und 4 SGB VI).

Bei einem Beginn der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit beziehungsweise bei einem Tod des Versicherten in der Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2023 richtet sich die Ermittlung des Zugangsfaktors nach der Übergangsregelung des § 264c SGB VI.

Die Übertragung dieser stufenweisen Anhebung der Altersgrenze für die Bestimmung des Zugangsfaktors erfolgt

- bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit abhängig vom Rentenbeginn und
- bei Renten wegen Todes abhängig vom Zeitpunkt des Todes des Versicherten.

Die Anhebungsschritte selbst entsprechen der stufenweisen Anhebung bei der Altersrente für schwerbehinderte Menschen.

Danach erhöht sich das Referenzalter für die Ermittlung des Zugangsfaktors bei einem Rentenbeginn/Zeitpunkt des Todes im Januar 2012 auf 63 Jahre und einen Monat, im Februar 2012 auf 63 Jahre und zwei Monate usw. Bei einem Rentenbeginn im Juni bis Dezember 2012 erhöht sich das Referenzalter auf 63 Jahre und sechs Monate. Die weiteren Anhebungsschritte erfolgen zunächst in Stufen von einem Monat pro Jahrgang (von Altersgrenze 63 auf 64 Jahre) und dann zwei Monate pro Jahrgang (von Altersgrenze 64 auf 65 Jahre). Bei einem Rentenbeginn / Zeitpunkt des Todes im Jahr 2024 und später beträgt das Referenzalter für die Ermittlung der Rentenabschläge 65 Jahre.

Die Altersgrenze von 60 Jahren erhöht sich zeitgleich und in den gleichen Stufen auf 62 Jahre wie bei der Anhebung des Referenzalters von 63 auf 65 Jahre. Damit ist sichergestellt, dass wie im bisher geltenden Recht höchstens ein Abschlag in Höhe von 10,8 % erhoben wird.

Tabelle „Anhebung des abschlagsfreien Rentenbeginns / des Referenzalters“ im Anhang.

Bei der bisher geltenden Altersgrenze von 63 Jahren bleibt es jedoch für erwerbsgeminderte Versicherte mit einer durchgängigen Erwerbsbiografie (35 Pflichtbeitragsjahre). Das heißt 63-jährige Versicherte mit 35 Pflichtbeitragsjahren können bis zum Jahr 2023 weiter abschlagsfrei eine Erwerbsminderungsrente beziehen (§§ 264c Satz 2 in Verbindung mit 77 Absatz 4 SGB VI). In Anlehnung an die Regelung für Versicherte, die nach 45 Pflichtbeitragsjahren abschlagsfrei in die neue Altersrente für besonders langjährig Versicherte gehen können, gilt dies ab 2024 nur noch für erwerbsgeminderte Versicherte, die 40 Pflichtbeitragsjahre nachweisen können (§ 77 Absatz 4 SGB VI). Als Pflichtbeitragszeiten gelten dabei dieselben Zeiten wie bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte. Entsprechendes gilt für Hinterbliebenenrenten.

3.2 bei Renten für Bergleute

Im Zusammenhang mit der Änderung des Zugangsfaktors bei der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (§ 77 SGB VI) wird in § 86a Satz 1 SGB VI bei der Rente für Bergleute das niedrigste Lebensalter für die Bestimmung des Zugangsfaktors von 62 auf 64 Jahre angehoben.

In Anlehnung an die Regelung für Versicherte, die nach 45 Pflichtbeitragsjahren abschlagsfrei in die neue Altersrente für besonders langjährig Versicherte (§ 38 SGB VI) gehen können, wird bei Renten für Bergleute wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in § 86a Satz 3 SGB VI eine besondere Regelung für die Versicherten getroffen, die 40 Pflichtbeitragsjahre hinter sich gebracht haben. Für sie verbleibt es beim bisherigen Recht, das heißt für sie ist als niedrigstes Lebensalter für

die Bestimmung des Zugangsfaktors weiterhin die Vollendung des 62. Lebensjahres zugrunde zu legen.

Eine Übergangsregelung zur Ermittlung des Zugangsfaktors bei Renten für Bergleute wird in § 265 Absatz 8 SGB VI angefügt.

Die stufenweise Anhebung der unteren Altersgrenze für die Bestimmung des Zugangsfaktors von 62 auf 64 Jahre erfolgt gem. § 265 Absatz 8 Satz 1 SGB VI in Anlehnung an die Übergangsregelung zur Ermittlung des Zugangsfaktors bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Renten wegen Todes in § 264c SGB VI.

Gemäß § 265 Absatz 8 Satz 2 SGB VI verbleibt es bei Renten für Bergleute wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und Hinterbliebenenrenten in einem Übergangszeitraum für Versicherte mit 35 Pflichtbeitragsjahren und Berücksichtigungszeiten bei der unteren Altersgrenze von 62 Jahren. Ab 2024 steigt die Zahl der notwendigen Pflichtbeitragsjahre und Berücksichtigungszeiten auf 40 (§ 86a Satz 3 SGB VI).

4 Modifizierung der Schutzklausel bei der Rentenanpassung

Im Rahmen des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes wurde 2004 eine Schutzklausel eingeführt (§ 68 Absatz 6 SGB VI in Verbindung mit § 255e Absatz 5 SGB VI), die verhindern soll, dass die Anwendung der in der Rentenanpassungsformel enthaltenen Dämpfungsfaktoren (Veränderungen des Beitragssatzes zur Rentenversicherung und des Altersvorsorgeanteils beziehungsweise des Nachhaltigkeitsfaktors) zu einer Verringerung des bisherigen Monatsbetrages der Rente führt.

Der Gesetzgeber ist im Jahr 2004 davon ausgegangen, dass die Dämpfungswirkung dieser Faktoren

voll zum Tragen kommt und nicht durch die Schutzklausel begrenzt wird. Entgegen dieser Erwartung hat die Schutzklausel jedoch erhebliche Bedeutung erlangt, und zwar bereits bei der erstmaligen Anwendung des Nachhaltigkeitsfaktors im Jahre 2005. Die Löhne waren im Jahr 2004 zum Beispiel in den alten Bundesländern um 0,12 % gestiegen, die Dämpfungsfaktoren wirkten hingegen mit insgesamt minus 1,23 %. Im Ergebnis hätten die Renten in den alten Bundesländern also um 1,11 % gekürzt werden müssen. Allein aufgrund der Schutzklausel blieben die aktuellen Rentenwerte unverändert. Im Jahr 2006 wäre es bei Anwendung der Anpassungsformel ohne Schutzklausel wiederum zu einer Rentenkürzung gekommen.

Schon jetzt ist aber absehbar, dass auf der Grundlage des bisher geltenden Rechts auch in den kommenden Jahren an sich notwendige Anpassungsdämpfungen wegen der Schutzklausel nicht realisiert werden können. Auf der Basis der aktuellen Schätzung der Finanzentwicklung ergeben sich bis zum Jahr 2008 insgesamt nicht realisierte Negativanpassungen im Westen in Höhe von minus 3,14 % und im Osten in Höhe von minus 2,11 %. Damit gehen Mehrausgaben in Höhe von jährlich rund 6 Milliarden Euro einher, die von den Beitragszahlern getragen werden müssen. Der finanzielle Mehrbedarf würde dazu führen, dass die gesetzlichen Beitragsziele von höchstens 20 % bis 2020 und 22 % bis 2030 nicht eingehalten werden können.

Auf diese Entwicklung hat der Gesetzgeber im Rahmen des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes durch Modifizierung der Schutzklausel reagiert. Insoweit wird § 68 Absatz 6 SGB VI aufgehoben und in den neu eingefügten § 68a SGB VI aufgenommen. Ausgehend vom Grundsatz der Generationengerechtigkeit werden zukünftig die unterbliebenen Minderungs-

wirkungen bei späteren Rentenerhöhungen im Wege einer Verrechnung auszugleichen sein, ohne dass es dadurch wiederum zu einer Minderung des bisherigen Wertes kommen darf (§ 68a Absatz 1 SGB VI). Die unterbliebene Minderungswirkung wird hierbei als Ausgleichsbedarf bezeichnet.

In den Jahren, in denen die Schutzklausel eine Anpassungsdämpfung unterbindet oder beschränkt, wird der Ausgleichsbedarf errechnet, indem der rechnerisch ermittelte – kleinere – aktuelle Rentenwert durch den aufgrund der Anwendung der Schutzklausel höheren aktuellen Rentenwert geteilt wird (§ 68a Absatz 2 SGB VI). Da dieser Faktor die Veränderung des Ausgleichsbedarfs steuert, wird er als Ausgleichsfaktor bezeichnet. Der Ausgleichsbedarf verändert sich im Zeitverlauf, indem der im Vorjahr bestimmte Wert mit dem Ausgleichsfaktor des laufenden Jahres vervielfältigt wird.

Anschließend wird in den Jahren, in denen der nach der allgemeinen Rentenanpassungsformel des § 68 SGB VI rechnerisch ermittelte aktuelle Rentenwert größer ist als der bisherige aktuelle Rentenwert, der Ausgleichsbedarf abgeschmolzen (§ 68a Absatz 3 SGB VI). Hierzu wird der rechnerisch ermittelte höhere aktuelle Rentenwert durch den kleineren bisherigen aktuellen Rentenwert geteilt. Dieser Faktor wird als Anpassungsfaktor bezeichnet. Der Anpassungsfaktor wird solange nur zur Hälfte an den Rentenbezieher weitergegeben, als noch ein Ausgleichsbedarf besteht. Ist der Ausgleichsbedarf soweit abgeschmolzen, dass eine Halbierung des Anpassungsfaktors nicht mehr erforderlich ist, wird die Anpassung nur soweit reduziert, wie es zum Abbau des verbleibenden Restes notwendig ist.

Im Übrigen bleibt der Wert des Ausgleichsbedarfs in den Jahren, in denen es weder zur Anwendung der Schutzklausel noch zum Abbau des Ausgleichsbedarfs kommt, unverändert (§ 68a Absatz 4 SGB VI).

Diese Regelungen zur Schutzklausel tragen in hohem Maße den Interessen der Rentnerinnen und Rentner Rechnung. Zum einen wird die Realisierung der unterbliebenen Anpassungsdämpfungen frühestens ab 01.07.2011 durchgeführt (§ 255g Absatz 2 SGB VI). Zum anderen wird dies nicht dazu führen, dass Rentenbezieher künftig auf eine Erhöhung der aktuellen Rentenwerte verzichten müssen. Der durch die Anwendung der Schutzklausel entstandene Ausgleichsbedarf wird nicht durch eine vollständige Verrechnung mit möglichen Rentensteigerungen abgebaut. Entsprechend dem rentenpolitischen Grundsatz, Belastung gleichmäßig auf Beitragszahler und Rentner zu verteilen, und mit Blick auf die Lohnorientierung der Rente erfolgt lediglich eine Halbierung positiver Anpassungen. Außerdem ist durch die gesetzlichen Niveausicherungsklauseln gewährleistet, dass die Verlässlichkeit der Rente auch in Zukunft denselben Stellenwert hat wie die Einhaltung der Beitragssatzziele.

In welchem Umfang ein Ausgleichsbedarf aufgelaufen ist beziehungsweise durch die Realisierung der Dämpfungswirkung abgebaut worden ist, wird Jahr für Jahr im Rahmen der Rentenanpassung ausgewiesen. Damit ist ein Höchstmaß an Transparenz sowohl gegenüber den Beitragszahlern als auch gegenüber den Rentnerinnen und Rentnern sichergestellt.

Bereits im Jahr 2005 – dem ersten Jahr der Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors – wurde eine Rentenkürzung allein aufgrund der Schutzklausel verhindert. Auch im Jahr 2006 wäre dies der Fall gewesen, wenn die

Renten Anpassung nicht mit dem „Gesetz über die Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006“ ausgesetzt worden wäre. In diesen Jahren hat sich also bereits ein Ausgleichsbedarf von 0,9825 (West) aufgebaut, der Basis für die weitere Fortschreibung des Wertes für die Zeit ab dem 01.07.2007 ist (§ 255d SGB VI).

5 Berechnung der Hinzuverdienstgrenzen

Nach bisher geltendem Recht knüpfte die Berechnung der Hinzuverdienstgrenzen sowohl bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (§§ 96a Absatz 2, 313 Absatz 3 SGB VI) als auch bei den vorgezogenen Altersrenten (§ 34 Absatz 3 Nummer 2 SGB VI) an den aktuellen Rentenwert an, das heißt sie wurden entsprechend der Höhe der Rentenanpassung fortgeschrieben. Mit dieser Regelung sollte sichergestellt werden, dass die Hinzuverdienstgrenzen unmittelbar der Lohnentwicklung folgen. Zwar orientiert sich die Rentenanpassungsformel weiterhin an der Lohnentwicklung, sie berücksichtigt aber mittlerweile auch weitere Entwicklungen, wie zum Beispiel den Altersvorsorgeanteil oder die Veränderungen des zahlenmäßigen Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern. Dadurch hat sich zum 01.07.2003 die letzte Erhöhung der Hinzuverdienstgrenzen ergeben.

Damit hinzuverdienende Rentner künftig wieder an der Lohnentwicklung partizipieren können, wird ab 01.01.2008 vom aktuellen Rentenwert (§ 68 SGB VI) auf die monatliche Bezugsgröße (§ 18 SGB IV) als maßgebenden Wert für die Berechnung der jeweiligen Hinzuverdienstgrenzen umgestellt. Gleichzeitig werden die Faktoren für die Berechnung auf die Bezugsgröße so abgestimmt, dass die Hinzuverdienstgrenzen einen Betrag erreichen, wie er

sich in etwa bei Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts ohne Dämpfungsfaktoren ergeben hätte. Dadurch ergeben sich zum 01.01.2008 sowohl bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit als auch bei den vorgezogenen Altersrenten geringfügig höhere Mindestbeziehungswise individuelle Hinzuverdienstgrenzen.

Als Folgeänderung zur stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wird sowohl bei Renten wegen Alters (§ 34 Absatz 2 Satz 1 SGB VI) als auch bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (§ 43 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 SGB VI) klargestellt, dass die einzuhaltenden Hinzuverdienstgrenzen nicht mehr nur bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, sondern bis zum Erreichen der neuen angehobenen Regelaltersgrenze gelten.

6 Einkommensanrechnung bei Erwerbsminderungsrenten

Für das Zusammentreffen einer Erwerbsminderungsrente mit Arbeitsentgelt enthält das SGB VI zwei unterschiedliche Nichtleistungsvorschriften.

Einerseits werden Arbeitsentgelt und Vorruhestandsgeld auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach § 94 SGB VI angerechnet, wenn die Beschäftigung vor Rentenbeginn aufgenommen worden ist beziehungsweise das Vorruhestandsgeld vor Rentenbeginn begonnen hat und eine Beschäftigung nach Rentenbeginn nicht ausgeübt wurde. Diese Vorschrift findet somit insbesondere auf die Fälle Anwendung, in denen eine Entgeltfortzahlung nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz mit einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zusammentrifft. Andererseits werden Arbeitsentgelt und Vorruhestandsgeld (als vergleichbares Einkommen) auch

bei der Prüfung nach § 96a SGB VI berücksichtigt, ob die maßgebenden Hinzuverdienstgrenzen für die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit eingehalten werden.

Da die §§ 94 und 96a SGB VI dem Grunde nach ziel- und wirkungsgleich sind, wird die Regelung des § 94 SGB VI ab 01.01.2008 gestrichen. Damit wird die Rechtsanwendung einfacher und aufgrund der einheitlichen Beurteilung der sehr ähnlichen Sachverhalte nur noch im Rahmen des § 96a SGB VI auch für die betroffenen Leistungsbezieher besser nachvollziehbar.

Diese Streichung des § 94 SGB VI wird gleichfalls in der Vorschrift über die Reihenfolge bei der Anwendung von Berechnungsvorschriften (§ 98 SGB VI) nachvollzogen, indem § 98 Satz 1 Nummer 7 SGB VI (Renten aus eigener Versicherung und sonstiges Einkommen) gestrichen wird.

7 Ausschluss des Wechsels von einer Altersrente in eine andere Rente

Nach § 34 Absatz 4 SGB VI in seiner bisherigen Fassung ist nach bindender Bewilligung einer Rente wegen Alters der Wechsel in eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, Erziehungsrente oder eine andere Rente wegen Alters ausgeschlossen. Dieser Ausschluss des Wechsels greift jedoch in den Fällen nicht, in denen durch Einlegung eines Rechtsbehelfs der Rentenbescheid noch nicht bindend geworden ist.

Durch die Einfügung der Wörter „oder für Zeiten des Bezugs einer solchen Rente“ in § 34 Absatz 4 SGB VI wird sichergestellt, dass der Wechsel von einer Altersrente in eine andere Rente selbst dann ausgeschlossen ist, wenn bereits eine Altersrente bezogen wird und zu einem späteren Zeitpunkt die Voraussetzungen für eine Rente wegen verminderter

Erwerbsfähigkeit, Erziehungsrente oder eine andere Altersrente erfüllt werden.

Damit soll vermieden werden, dass allein durch Einlegung eines Rechtsbehelfs der Ausschluss eines Wechsels von einer Altersrente in eine andere Rente umgangen werden kann.

Weiterhin nicht betroffen von der jetzt vorgesehenen Änderung ist der Anspruch auf eine andere Rente, wenn diese vor oder gleichzeitig mit der Altersrente beginnt, weil zum Beispiel das Vorliegen von Schwerbehinderung erst nachträglich festgestellt worden ist. In diesen Fällen liegt – wie schon nach bisher geltendem Recht – kein Wechsel vor.

8 Weitergewährung befristeter Renten

In § 102 Absatz 2 SGB VI werden mit Wirkung vom 01.05.2007 die Sätze 3, 4 und 6 neu gefasst beziehungsweise angefügt.

Nach § 102 Absatz 2 Satz 3 SGB VI kann die Befristung von Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und großen Witwenrenten oder großen Witwerrenten wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit verlängert werden, wobei es bei dem ursprünglichen Rentenbeginn verbleibt. Diese Verlängerungen erfolgen nach § 102 Absatz 2 Satz 4 SGB VI für längstens drei Jahre nach dem Ablauf der vorherigen Frist. Schließlich wird in dem neuen § 102 Absatz 2 Satz 6 SGB VI bestimmt, dass es bei dem ursprünglichen Rentenbeginn verbleibt, wenn unmittelbar im Anschluss an eine auf Zeit geleistete Rente diese Rente unbefristet geleistet wird.

Auch für befristete Witwenrenten/Witwerrenten wegen Kindererziehung, Erziehungsrenten und Waisenrenten (§ 102 Absatz 3 und 4 SGB VI) erfolgen entsprechende Ergänzungen.

Mit diesen Gesetzesänderungen wird auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) (Urteil des BSG vom 24.10.1996, Aktenzeichen: 4 RA 31/96; Beschluss des BSG vom 02.05.2005, Aktenzeichen: B 4 RA 212/04 B) reagiert. Nach dieser Rechtsprechung stellt die Weitergewährung einer Rente im Anschluss an eine zunächst bewilligte befristete Erwerbsminderungsrente einen neuen Leistungsfall mit neuem Rentenbeginn dar. Neben der Prüfung der versicherungsrechtlichen und persönlichen Voraussetzungen wäre damit eine Neuberechnung auf der Grundlage des zum Weitergewährungszeitpunkt maßgeblichen Rechts erforderlich.

Durch die neue Formulierung wird nunmehr bestimmt, dass lediglich eine Verlängerung der anfänglichen Befristung erfolgt und es beim ursprünglichen Rentenbeginn verbleibt. Eine Folgerente ist also ohne Neuberechnung im Umfang der bisherigen Rente weiterzuzahlen. Entsprechendes gilt, wenn die Rente im Anschluss an die Befristung als unbefristete Rente zu leisten ist. Auch hier ist eine Neuberechnung nicht vorzunehmen.

Diese Neuregelung dient vor allem der Gleichbehandlung von Beziehern befristeter und unbefristeter Renten. Zudem verhindert sie einen unangemessenen Verwaltungsaufwand für die Rentenversicherungsträger, da Neuberechnungen in den meisten Fällen nicht zur Änderung des Rentenzahlungsbetrages führen und Renteminderungen aufgrund des durch § 88 SGB VI vermittelten Besitzschutzes ausgeschlossen sind.

9 Altersrente wegen Arbeitslosigkeit

Für die Inanspruchnahme einer Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ist unter anderem Voraussetzung, dass der Versicherte nach dem vollendeten 58. Lebensjahr und

6 Monaten mindestens 52 Wochen arbeitslos gewesen ist (§ 237 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a SGB VI). Bei Beziehen von Arbeitslosengeld II liegt für die Dauer der Teilnahme an einer Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Absatz 3 Satz 2 SGB II – dies sind die sogenannten 1-Euro-Jobs – keine Arbeitslosigkeit vor, sofern die Tätigkeit mindestens 15 Stunden wöchentlich ausgeübt wird.

Damit solche Zeiten dem Anspruch auf Altersrente wegen Arbeitslosigkeit nicht mehr entgegenstehen, wird durch die Neufassung des § 237 Absatz 2 Satz 1 SGB VI rückwirkend zum 01.01.2005 geregelt, dass diese Zeiten wie Zeiten der Arbeitslosigkeit im Sinne von § 237 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a SGB VI berücksichtigt werden.

Dies ist erforderlich, da der Bund seit Juli 2005 durch das Bundesprogramm „30 000 Zusatzjobs für Ältere ab 58 Jahre“ 1-Euro-Jobs im besonderen Maße fördert. Da die Teilnahme auf freiwilliger Basis erfolgt, sollen den Teilnehmern keine Nachteile beim Rentenzugang entstehen.

10 Aufhebung bestandskräftiger nicht begünstigender Verwaltungsakte

Mit Wirkung vom 01.05.2007 wird in § 100 SGB VI ein Absatz 4 angefügt. Danach ist ein Verwaltungsakt, wenn er unanfechtbar geworden ist, nur mit Wirkung für die Zeit ab dem Beginn des Kalendermonats nach Wirksamwerden der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts oder dem Bestehen der ständigen Rechtsprechung zurückzunehmen, wenn die in § 44 Absatz 1 Satz 1 SGB X genannten Voraussetzungen für die Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes vorliegen, weil er

- auf einer Rechtsnorm beruht, die nach Erlass des Verwaltungsaktes für nichtig oder für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt oder
- in ständiger Rechtsprechung anders als durch den Rentenversicherungsträger ausgelegt worden ist.

In den genannten Fällen ist der unanfechtbar gewordene Verwaltungsakt mit Wirkung für die Zeit ab dem Beginn des Kalendermonats nach Wirksamwerden der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts oder dem Bestehen der ständigen Rechtsprechung zurückzunehmen. Mit der Formulierung „Bestehen der ständigen Rechtsprechung“ wird deutlich, dass es für die Annahme einer ständigen Rechtsprechung nicht auf die Entscheidung ankommt, in welcher die sich ggf. erst später verfestigende Rechtsprechung ihren Ursprung gefunden hat, sondern auf den Zeitpunkt der Gerichtsentscheidung, ab der eine Rechtsfrage als abschließend geklärt angesehen werden muss.

Mit dieser Regelung wird in Anlehnung an § 330 Absatz 1 SGB III auch für den durch die Gewährung langfristiger Leistungen gekennzeichneten Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung von § 44 Absatz 1 SGB X abgewichen. Sie stärkt das Interesse der Solidargemeinschaft der Versicherten an Rechtssicherheit und der Erhaltung der Funktions- und Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung gegenüber dem Interesse des Einzelnen an einer möglichst langen Nachzahlungsfrist.

Für Verwaltungsakte, deren Rechtswidrigkeit aus einem sich als unrichtig erweisenden Sachverhalt folgt, verbleibt es bei der Anwendbarkeit von § 44 Absatz 1 SGB X. Soweit Verwaltungsakte nicht von der Neuregelung erfasst sind, ist über deren Rücknahme

mit Wirkung für die Vergangenheit nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden. § 44 Absatz 2 bis 4 SGB X bleiben insoweit unberührt.

11 Rentensplitting unter Ehegatten beziehungsweise Lebenspartnern

Bei der Einführung des Rentensplittings unter Ehegatten (§§ 120a bis 120c SGB VI) durch das Altersvermögensergänzungsgesetz (AVmEG) vom 21.03.2001 (Bundesgesetzblatt [BGBl.] I, Seite 403) mit Wirkung zum 01.01.2002 hat der Gesetzgeber viele Fragen, insbesondere zum Verfahren, offen gelassen. Durch das Gesetz zur Überarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 15.12.2004 (BGBl. I, Seite 3396) wurden die Regelungen des Rentensplittings unter Ehegatten auch auf Lebenspartner ausgeweitet (§ 120d SGB VI).

Mit der Schaffung von Frist- und Verfahrensvorschriften zum Rentensplitting unter Ehegatten und Lebenspartnern wird nunmehr nicht nur für mehr Rechtsklarheit bei der Durchführung des Rentensplittings gesorgt, sondern es werden gleichzeitig unerwünschte Gestaltungsmöglichkeiten beseitigt.

11.1 Anhebung der Altersgrenzen

Im Zuge der stufenweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wird künftig auch beim Anspruch auf Durchführung des Rentensplittings unter Ehegatten nicht mehr auf das 65. Lebensjahr, sondern auf die Regelaltersgrenze abgestellt. Die Regelungen in § 120a Absatz 3 Nummer 2 und Absatz 4 Satz 2 SGB VI werden durch entsprechende Formulierungen ersetzt.

11.2 Zeitpunkt der Durchführung des Rentensplittings

An § 120a SGB VI wird ein neuer Absatz 9 angefügt, der den Zeitpunkt bestimmt, wann ein Rentensplitting unter Ehegatten durchgeführt ist.

Haben erstmalig beide Ehegatten Anspruch auf Leistung einer Vollrente wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 120a Absatz 3 Nummer 1 SGB VI) oder hat erstmalig ein Ehegatte Anspruch auf Leistung einer Vollrente wegen Alters aus der gesetzlichen Rentenversicherung und der andere Ehegatte die Regelaltersgrenze erreicht (§ 120a Absatz 3 Nummer 2 SGB VI), ist ein Rentensplitting unter Ehegatten dann durchgeführt, wenn die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers über das Rentensplitting für beide Ehegatten unanfechtbar geworden ist (§ 120a Absatz 9 Nummer 1 SGB VI).

Verstirbt ein Ehegatte, bevor diese Voraussetzungen vorliegen, kann der überlebende Ehegatte das Rentensplitting unter Ehegatten allein herbeiführen (§ 120a Absatz 3 Nummer 3 SGB VI). In diesem Fall ist das Rentensplitting durchgeführt, wenn die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers über das Rentensplitting für den überlebenden Ehegatten unanfechtbar geworden ist (§ 120a Absatz 9 Nummer 2 SGB VI).

Der Zeitpunkt, wann ein Rentensplitting durchgeführt ist, ist zum Beispiel von Bedeutung

- wie lange ein Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente besteht (§ 46 Absatz 2b SGB VI),
- bei der Wartezeiterfüllung durch einen Splittingzuwachs (§ 52 Absatz 1 SGB VI),
- bei der Erklärung über die Zuordnung von Kindererziehungszeiten (§ 56 Absatz 2 Satz 6 SGB VI),

- bei der Ermittlung von persönlichen Entgeltpunkten (§ 66 Absatz 1 Nummer 4 SGB VI),
- bei der Berücksichtigung der Zuschläge oder Abschläge an Entgeltpunkten (§ 76c SGB VI),
- für den Beginn von Auswirkungen durch Zu- oder Abschläge in der Rentenhöhe (§ 101 Absatz 4 und 5 SGB VI) sowie
- für die Verfahrensabläufe, die ab 01.01.2008 in § 120d SGB VI geregelt sind.

11.3 Verfahrensregelungen zur Abänderung des Rentensplittings

Für die Abänderung des Rentensplittings unter Ehegatten sind weitere Verfahrensregelungen erforderlich gewesen. Diese sind nunmehr in § 120c Absatz 4 bis 6 SGB VI enthalten und den Verfahrensregelungen in § 10a des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich (VAHRG) nachgebildet worden.

In § 120c Absatz 4 SGB VI wird bestimmt, dass zur Abänderung des Rentensplittings unter Ehegatten neben den Ehegatten auch ihre Hinterbliebenen antragsberechtigt sind. Abgesehen davon ist eine Änderung von Amts wegen möglich.

Stirbt der antragstellende Ehegatte oder der antragstellende Hinterbliebene vor der Entscheidung über das Rentensplitting, so endet das Verfahren, wenn nicht ein Antragsberechtigter innerhalb von drei Monaten gegenüber dem Rentenversicherungsträger erklärt, das Verfahren fortsetzen zu wollen (§ 120c Absatz 5 Satz 1 SGB VI). Nach dem Tod des anderen Ehegatten oder seiner Hinterbliebenen wird das Verfahren gegen die Erben fortgesetzt (§ 120c Absatz 5 Satz 2 SGB VI).

Die Ehegatten oder ihre Hinterbliebenen sind gem. § 120c Absatz 6 SGB VI verpflichtet, einander die Auskünfte zu erteilen, die zur Wahrnehmung ihrer Rechte nach den vorstehenden Vorschriften erforderlich sind. Sofern ein Ehegatte oder seine Hinterbliebenen die erforderlichen Auskünfte von dem anderen Ehegatten oder dessen Hinterbliebenen nicht erhalten, haben sie einen entsprechenden Auskunftsanspruch gegen die betroffenen Rentenversicherungsträger. Dabei findet § 74 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b SGB X entsprechende Anwendung. Die Ehegatten und ihre Hinterbliebenen haben den betroffenen Rentenversicherungsträgern die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Die Abänderung des Rentensplittings unter Ehegatten ist schließlich durchgeführt, wenn die Entscheidung des Rentenversicherungsträgers über die Abänderung für die Ehegatten und ihre Hinterbliebenen unanfechtbar geworden ist (§ 120c Absatz 7 SGB VI). Damit ist – parallel zu § 120a Absatz 9 SGB VI – auch in diesem Bereich geregelt worden, wann eine Abänderung des Rentensplittings durchgeführt ist. Auf die entsprechenden Erläuterungen zu Ziffer 11.2 wird verwiesen.

11.4 Regelungen zum Verfahren und zur Zuständigkeit

Anstelle des bisherigen § 120d SGB VI, der die Regelungen des Rentensplittings ab 01.01.2005 auch auf Lebenspartner übertragen hat, wird ein neuer § 120d SGB VI eingefügt, der die bisher fehlende gesetzliche Normierung der Verfahrensabläufe beim Rentensplitting enthält. Damit wird für mehr Rechtsklarheit gesorgt.

Nach § 120d Absatz 1 SGB VI kann die Erklärung der Ehegatten zum Rentensplitting frühestens sechs Monate vor

der voraussichtlichen Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen abgegeben werden. In den Fällen des § 120a Absatz 3 Nummer 3 SGB VI ist die Erklärung zum Rentensplitting von dem überlebenden Ehegatten spätestens bis zum Ablauf von zwölf Kalendermonaten nach Ablauf des Monats abzugeben (Ausschlussfrist), in dem der Ehegatte verstorben ist. Die Ausschlussfrist gilt nur für Todesfälle ab dem 01.01.2008. Die Frist des Satzes 2 wird durch ein Verfahren bei einem Rentenversicherungsträger unterbrochen; die Frist beginnt erneut nach Abschluss des Verfahrens. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

Die Ausschlussfrist nach § 120d Absatz 1 Satz 2 SGB VI dient dazu, den Zeitpunkt, zu dem die Voraussetzungen für die Durchführung des Rentensplittings vorliegen, und den Optionszeitpunkt möglichst zeitnah zusammenzuführen. Auch unerwünschte Gestaltungsmöglichkeiten bei Empfängern von Witwenrenten/Witwerrenten werden damit beseitigt.

Erklärungen zum Rentensplitting können gemäß § 120d Absatz 2 SGB VI von einem oder von beiden Ehegatten widerrufen werden, bis das Rentensplitting durchgeführt ist. Nach diesem Zeitpunkt sind die Erklärungen unwiderruflich.

Für die Durchführung des Rentensplittings ist nach § 120d Absatz 3 Satz 1 SGB VI grundsätzlich der Rentenversicherungsträger des jüngeren Ehegatten zuständig. Hat ein Ehegatte jedoch keine eigenen Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben, ist sodann der Rentenversicherungsträger des anderen Ehegatten zuständig (§ 120d Absatz 3 Satz 2 SGB VI). In den Fällen des § 120a Absatz 3 Nummer 3 SGB VI ist schließlich

der Rentenversicherungsträger des verstorbenen Ehegatten zuständig (§ 120d Absatz 3 Satz 3 SGB VI).

Ist für einen Ehegatten bereits die Zuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Deutschen Rentenversicherung KBS) gegeben, verbleibt es bei der Sonderzuständigkeit der Deutschen Rentenversicherung KBS nach den §§ 130, 136 SGB VI, so dass nach § 120d Absatz 3 Satz 4 SGB VI dieser Rentenversicherungsträger für die Durchführung des Rentensplittings zuständig ist.

In § 120d Absatz 4 SGB VI wird klargestellt, dass der am Verfahren über das Rentensplitting unter Ehegatten beteiligte, nicht zuständige Rentenversicherungsträger an die Entscheidung des zuständigen Rentenversicherungsträgers gebunden ist.

11.5 Rentensplitting unter Lebenspartnern

Als redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Aufnahme der Regelungen zum Verfahren und zur Zuständigkeit (§ 120d SGB VI in der Fassung ab 01.01.2008, siehe Ziffer 11.4) werden die Regelungen zum Rentensplitting unter Lebenspartnern (§ 120d SGB VI in der Fassung bis 31.12.2007) in § 120e SGB VI verschoben. Dadurch wird sichergestellt, dass diese neuen Vorschriften zum Verfahren und zur Zuständigkeit auch auf das Rentensplitting unter Lebenspartnern anzuwenden sind. Dies wird durch eine entsprechende Ergänzung in § 120e Absatz 1 Satz 2 SGB VI ausdrücklich klargestellt.

11.6 Auswirkungen des Rentensplittings auf laufende Renten

Die gesetzliche Normierung von Verfahrensvorschriften zum Rentensplitting hat zwangsläufig

Auswirkungen auf bereits laufende Renten. Um dies zu berücksichtigen, werden durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz in § 101 SGB VI die Absätze 4 und 5 angefügt.

Gemäß § 101 Absatz 4 SGB VI wird die Rente von dem Kalendermonat an um Zuschläge oder Abschläge an Entgeltpunkten verändert, zu dessen Beginn das Rentensplitting durchgeführt ist, wenn nach Beginn der Rente ein Rentensplitting durchgeführt worden ist. Der Rentenbescheid ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an aufzuheben; die §§ 24 und 48 SGB X sind nicht anzuwenden.

Ist nach Beginn einer Waisenrente ein Rentensplitting durchgeführt, durch das die Waise nicht begünstigt ist, wird die Rente gemäß § 101 Absatz 5 SGB VI erst zu dem Zeitpunkt um Abschläge oder Zuschläge an Entgeltpunkten verändert, zu dem eine Rente aus der Versicherung des überlebenden Elternteils, der durch das Rentensplitting begünstigt ist, beginnt. Der Rentenbescheid der Waise ist mit Wirkung von diesem Zeitpunkt an aufzuheben; die §§ 24 und 48 SGB X sind nicht anzuwenden.

Bei einer Abänderung des Rentensplittings gelten die Absätze 4 und 5 entsprechend.

Mit diesen Regelungen wird der Beginn von Auswirkungen in der Rentenhöhe durch Zu- oder Abschläge als Folge eines Rentensplittings bei laufenden Renten geregelt. Abweichend von § 48 SGB X soll den Rentenversicherungsträgern mit der Neuregelung in Absatz 4 die Möglichkeit gegeben werden, die Rentenbescheide der Ehegatten beziehungsweise Lebenspartner oder ihrer Waisen rückwirkend von dem Kalendermonat an aufzuheben, zu dessen Beginn das Rentensplitting durchgeführt worden ist. Das gilt entsprechend, wenn der durch das Rentensplitting nicht begünstigten Waise zunächst die Neuregelung des Absatzes 5

zugute kommt, die mit dem im Versorgungsausgleich geltenden Rentnerprivileg des § 101 Absatz 3 SGB VI vergleichbar ist. Hierdurch werden finanzielle Belastungen der Rentenversicherungsträger in Form von Doppelzahlungen vermieden.

Die Abweichung von den Regelungen der §§ 24 und 48 SGB X folgt der Abweichung von diesen Regelungen beim Rentnerprivileg des § 101 Absatz 3 SGB VI im Zusammenhang mit einem Versorgungsausgleich. Im Übrigen bleiben die Vorschriften über Rücknahme, Widerruf und anderweitige Aufhebung von Verwaltungsakten aber unberührt.

12 Änderung des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes (FANG)

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mit Beschluss vom 13.06.2006, bekannt gegeben am 30.06.2006, entschieden, dass die durch das Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG) vom 25.09.1996 eingeführte Regelung in § 22 Absatz 4 des Fremdrentengesetzes (FRG), wonach nach dem FRG erworbene Entgeltpunkte bei einem Rentenbeginn nach dem 30.09.1996 um 40 % zu mindern sind, mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Es hat jedoch das Fehlen einer Übergangsregelung für rentennahe Jahrgänge beanstandet, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland vor dem 01.01.1991 genommen haben und deshalb nach der bis zur Verkündung des WFG geltenden Rechtslage eine ungeschmälernte Rente aus Zeiten nach dem FRG beanspruchen konnten. Für den genannten Personenkreis hätte der Gesetzgeber eine Übergangszeit vorsehen müssen, die so bemessen sein musste, dass die Betroffenen in der Lage gewesen wären, ihre Lebensführung darauf

einzustellen, dass ihnen auf Dauer deutlich niedrigere Renten zu Verfügung stehen werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich in seinem Beschluss dahin gehend geäußert, dass aber auch der Personenkreis der nach dem FRG Berechtigten, die vor 1991 ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland genommen haben, mittel- und langfristig damit rechnen musste, dass der Kürzungsfaktor von 0,6 auf ihre Renten angewendet wird.

Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird deshalb Art. 6 § 4c FANG mit Wirkung zum 01.10.1996 um einen Absatz 2 ergänzt. Danach wird für Berechtigte,

1. die vor dem 01.01.1991 ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland genommen haben,
2. deren Rente nach dem 30.09.1996 beginnt und
3. über deren Rentenantrag oder über deren bis 31.12.2004 gestellten Antrag auf Rücknahme des Rentenbescheides am 30.06.2006 noch nicht rechtskräftig entschieden worden ist,

für diese Rente einmalig zum Rentenbeginn ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten ermittelt. Der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten ergibt sich aus der Differenz zwischen der mit und ohne Anwendung von § 22 Absatz 4 FRG ermittelten Summe aller persönlichen Entgeltpunkte. Dieser Zuschlag wird monatlich für die Zeit des Rentenbezuges

- vom 01.10.1996 bis 30.06.1997 voll,
- vom 01.07.1997 bis 30.06.1998 zu drei Vierteln,
- vom 01.07.1998 bis 30.06.1999 zur Hälfte und
- vom 01.07.1999 bis 30.06.2000 zu einem Viertel

gezahlt. Für die Zeit des Rentenbezuges ab 01.07.2000 wird der Zuschlag nicht mehr gezahlt. Während § 88 SGB VI (Besitzschutz) keine Anwendung findet, ist § 44 Absatz 4 SGB X (Sozialleistungen werden längstens für einen Zeitraum bis zu 4 Jahre zurück erbracht) anzuwenden.

Unter Berücksichtigung der Vorgaben des BVerfG wird damit den Berechtigten ein einmaliger Ausgleichsbetrag zur Kompensation der damals fehlenden Übergangsregelung nachgezahlt. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung soll dieser Ausgleichsbetrag in Form eines Zuschlages an persönlichen Entgeltpunkten ermittelt werden. Hierfür ist einmalig zum Rentenbeginn eine Vergleichsberechnung ohne die Anwendung von § 22 Absatz 4 FRG (Faktor 1,0) durchzuführen. Die sich aus dieser Vergleichsberechnung ergebenden persönlichen Entgeltpunkte sind mit den persönlichen Entgeltpunkten der bisher gezahlten Rente (hierzu gehören gegebenenfalls auch die sich aus einer Vorrente ergebenden besitzgeschützten persönlichen Entgeltpunkte) zu vergleichen. Die Differenz ergibt den Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten. Die Zuschlagsermittlung erfolgt einmalig zum Rentenbeginn und nach der endgültigen Feststellung der unter Berücksichtigung des Zugangsfaktors ermittelten persönlichen Entgelt-

punkte. Veränderungen bei den persönlichen Entgeltpunkten, die nach Rentenbeginn eintreten (zum Beispiel §§ 256d, 307d SGB VI, Zu- beziehungsweise Abschläge aus einem Versorgungsausgleich), bleiben unberücksichtigt.

Der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten ist selbst nicht in die Besitzschutzprüfung nach § 88 SGB VI einzubeziehen, da dieser Zuschlag nicht auf Dauer zusteht. Wird innerhalb des Bezugszeitraumes eine Folgerente festzustellen sein, so ist für diese Rente getrennt ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten zu ermitteln.

Von der Übergangsregelung partizipiert der Personenkreis der Berechtigten, bei denen über die Rente am 30.06.2006 noch nicht rechtskräftig entschieden worden ist sowie der Personenkreis, der bis zum 31.12.2004 einen Antrag auf Überprüfung seiner Rente nach den Bestimmungen des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gestellt hat.

Die schrittweise Minderung des Rentenbetrages auf den unter Anwendung von § 22 Absatz 4 FRG dauerhaft zustehenden Betrag wird dadurch erreicht, dass die Minderung des Zuschlages an persönlichen Entgeltpunkten in vier Teilschritten erfolgt. Der für den jeweiligen Bezugszeitraum zustehende Monatsbetrag der Rente ergibt sich, indem die persönlichen Entgeltpunkte um den Zuschlag erhöht und mit dem Rentenartfaktor der gezahlten Rente und dem während des jeweiligen Bezugszeitraums gültigen aktuellen Rentenwert vervielfältigt werden.

Anmerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen demnächst auch die durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung geänderten beziehungsweise neu eingefügten Vorschriften mit Gesetzestext und einer ersten Erläuterung.

Anhebung der Altersgrenzen im Überblick

Rentenarten	Geltendes Recht	Zukünftiges Recht
Regelaltersrente	65 Jahre + 2 = 67 Jahre	
Altersrente für besonders langjährig Versicherte mit 45 Pflichtbeitragsjahren	abschlagsfrei	= 65 Jahre (neue Rente)
Altersrente für langjährig Versicherte mit 35 Versicherungsjahren	mit Abschlag: 63 Jahre stufenweise Absenkung auf 62 Jahre für die Jahrgänge ab 1948 Abschlagshöhe 7,2 % abschlagsfrei: 65 Jahre	63 Jahre keine Absenkung + 7,2 % = 14,4 % + 2 = 67 Jahre
Altersrente für schwerbehinderte Menschen mit 35 Versicherungsjahren	mit Abschlag: 60 Jahre abschlagsfrei: 63 Jahre	+ 2 = 62 Jahre + 2 = 65 Jahre
Altersrente für Frauen (für Versicherte der Jahrgänge bis 1951)	mit Abschlag: 60 Jahre abschlagsfrei: 65 Jahre	= 60 Jahre (unverändert) = 65 Jahre (unverändert)
Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit (für Versicherte der Jahrgänge bis 1951)	mit Abschlag: 63 Jahre abschlagsfrei: 65 Jahre	= 63 Jahre (unverändert) = 65 Jahre (unverändert)

[Zurück zum Text](#)

Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67

Versicherte Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
1947	1	65	1
1948	2	65	2
1949	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10
1964	24	67	0

[Zurück zum Text](#)

Anhebung der Altersgrenze für langjährig Versicherte auf 67

Versicherte Geburtsjahr Geburtsmonat	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
1949			
Januar	1	65	1
Februar	2	65	2
März – Dezember	3	65	3
1950	4	65	4
1951	5	65	5
1952	6	65	6
1953	7	65	7
1954	8	65	8
1955	9	65	9
1956	10	65	10
1957	11	65	11
1958	12	66	0
1959	14	66	2
1960	16	66	4
1961	18	66	6
1962	20	66	8
1963	22	66	10
1964	24	67	0

[Zurück zum Text](#)

Senkung der Altersgrenze für langjährig Versicherte auf 62

Versicherte Geburtsjahr Geburtsmonat	vorzeitige Inanspruchnahme möglich ab Alter	
	Jahr	Monat
1948		
Januar – Februar	62	11
März – April	62	10
Mai – Juni	62	9
Juli – August	62	8
September – Oktober	62	7
November – Dezember	62	6
1949		
Januar – Februar	62	5
März – April	62	4
Mai – Juni	62	3
Juli – August	62	2
September – Oktober	62	1
November – Dezember	62	0
1950 – 1963	62	0

[Zurück zum Text](#)

Anhebung der Altersgrenze für schwerbehinderte Menschen auf 65

Versicherte Geburtsjahr Geburtsmonat	Anhebung um Monate	auf Alter		vorzeitige Inanspruchnahme möglich ab Alter	
		Jahr	Monat	Jahr	Monat
1952					
Januar	1	63	1	60	1
Februar	2	63	2	60	2
März	3	63	3	60	3
April	4	63	4	60	4
Mai	5	63	5	60	5
Juni – Dezember	6	63	6	60	6
1953	7	63	7	60	7
1954	8	63	8	60	8
1955	9	63	9	60	9
1956	10	63	10	60	10
1957	11	63	11	60	11
1958	12	64	0	61	0
1959	14	64	2	61	2
1960	16	64	4	61	4
1961	18	64	6	61	6
1962	20	64	8	61	8
1963	22	64	10	61	10
1964	24	65	0	62	0

[Zurück zum Text](#)**Anhebung der Altersgrenze für Bergleute auf 62**

Versicherte Geburtsjahr Geburtsmonat	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
1952			
Januar	1	60	1
Februar	2	60	2
März	3	60	3
April	4	60	4
Mai	5	60	5
Juni – Dezember	6	60	6
1953	7	60	7
1954	8	60	8
1955	9	60	9
1956	10	60	10
1957	11	60	11
1958	12	61	0
1959	14	61	2
1960	16	61	4
1961	18	61	6
1962	20	61	8
1963	22	61	10
1964	24	62	0

[Zurück zum Text](#)

Anhebung der Altersgrenze für die große Witwen- /Witwerrente auf 47

Todesjahr des Versicherten	Anhebung um Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
2012	1	45	1
2013	2	45	2
2014	3	45	3
2015	4	45	4
2016	5	45	5
2017	6	45	6
2018	7	45	7
2019	8	45	8
2020	9	45	9
2021	10	45	10
2022	11	45	11
2023	12	46	0
2024	14	46	2
2025	16	46	4
2026	18	46	6
2027	20	46	8
2028	22	46	10
ab 2029	24	47	0

[Zurück zum Text](#)**Anhebung des abschlagsfreien Rentenbeginns / des Referenzalters**

Bei Beginn der Rente oder bei Tod des Versicherten im		tritt an die Stelle des Lebensalters			
		65 Jahre das Lebensalter		62 Jahre das Lebensalter	
Jahr	Monat	Jahre	Monate	Jahre	Monate
vor 2012		63	0	60	0
2012	Januar	63	1	60	1
2012	Februar	63	2	60	2
2012	März	63	3	60	3
2012	April	63	4	60	4
2012	Mai	63	5	60	5
2012	Juni bis Dezember	63	6	60	6
2013		63	7	60	7
2014		63	8	60	8
2015		63	9	60	9
2016		63	10	60	10
2017		63	11	60	11
2018		64	0	61	0
2019		64	2	61	2
2020		64	4	61	4
2021		64	6	61	6
2022		64	8	61	8
2023		64	10	61	10
2024		65	0	62	0

[Zurück zum Text](#)

Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II – Auswirkungen auf die Rente

Heike Kubon und Jörg Kattenbach

Mitarbeiter im Bereich Grundsatz der Abteilung Rentenversicherung
der Deutschen Rentenversicherung Bayern Süd, München

Wer Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) erhalten kann, regelt das Zweite Buch des Sozialgesetzbuchs – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II), das seit 1. Januar 2005 in Kraft ist. Danach steht Arbeitslosengeld II grundsätzlich Personen zu, die

- mindestens 15 Jahre alt sind**
- die vorgeschriebene Altersgrenze (Ende des Monats der Regelaltersgrenze) noch nicht erreicht haben sowie**
- erwerbsfähig und hilfebedürftig sind.**

Betreut werden die Arbeitslosengeld II-Bezieher von den sogenannten Jobcentern. Diese Bezeichnung tragen sowohl die gemeinsamen Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen als auch die daneben eigens zugelassenen Kommunen, die die Aufgaben nach dem SGB II alleine wahrnehmen. Im Folgenden wird ausschließlich die Bezeichnung „Jobcenter“ verwendet.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2011 (HBeglG 2011) vom 9. Dezember 2010 hat die Bundesregierung ein „Sparpaket“ geschnürt, das den Bundeshaushalt bis 2014 um rund 20 Milliarden Euro entlasten soll. Von den Sparmaßnahmen betroffen sind unter anderem die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Sie sind seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Nachfolgend werden die wesentlichen Änderungen bei der Berücksichtigung von Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II in der gesetzlichen Rentenversicherung beschrieben.

Auf die Besonderheiten der knappschaftlichen Rentenversicherung wird nicht eingegangen.

Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Beitrag regelmäßig nur die männliche Form verwendet.

1. Arbeitslosengeld II als rentenrechtliche Zeit

Unter dem Begriff „rentenrechtliche Zeiten“ werden alle Zeiten zusammengefasst, die sich auf den Rentenanspruch (Erfüllung der Wartezeiten, Erfüllung der besonderen rentenrechtlichen Voraussetzungen) und die Rentenhöhe auswirken können. Hierunter fallen:

- Beitragszeiten (Pflichtbeitragszeiten und Zeiten mit freiwilligen Beiträgen)**
- Beitragsfreie Zeiten (Anrechnungszeiten, Ersatzzeiten und Zurechnungszeit) und**
- Berücksichtigungszeiten (wegen Kindererziehung oder im Zeitraum vom 1. Januar 1992 bis 31. März 1995 wegen Pflege)**

Bei den Beitragszeiten wird nach Zeiten mit vollwertigen Beiträgen und beitragsgeminderten Zeiten unterschieden. Beitragsgeminderte Zeiten entstehen für Kalendermonate, die mit Beitragszeiten und auch mit beitragsfreien Zeiten belegt sind.

Auch die Zahlung von Arbeitslosengeld II löst die Anerkennung rentenrechtlicher Zeiten aus. Aufgrund der genannten Rechtsänderungen hat sich die Art der zu berücksichtigenden Zeit jedoch geändert.

1.1 Rechtslage vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2010

1.1.1 Arbeitslosengeld II als Pflichtbeitragszeit

Bezieher von Arbeitslosengeld II waren bis zum 31. Dezember 2010 versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung. Anders als bei den übrigen Sozialleistungsbeziehern war für die Versicherungspflicht nicht Voraussetzung, dass vor Beginn des Arbeitslosengeldes II zuletzt Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung bestanden hat.

In bestimmten Fällen waren die Bezieher von Arbeitslosengeld II jedoch von der Versicherungspflicht ausgeschlossen, zum Beispiel dann, wenn das Arbeitslosengeld II nur darlehensweise gezahlt wurde. Gleiches galt ab 1. Januar 2007, wenn neben dem Arbeitslosengeld II eine versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit vorlag bzw. eine andere bereits versicherungspflichtige Sozialleistung gezahlt wurde. Die übrigen Ausschlussgründe sind unter Ziffer 1.2.1 bei den Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Anrechnungszeiten ab dem 1. Januar 2011 aufgezählt.

Bei Versicherungspflicht wurden die Beiträge an die Rentenversicherung aus einem „Entgelt“ von 205 Euro (in der Zeit vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2006 aus 400 Euro) monatlich errechnet und vom Bund getragen.

Im Zeitraum vom 1. Januar 2005 bis 31. Dezember 2010 führte der Bezug von Arbeitslosengeld II also regelmäßig zu einer Pflichtbeitragszeit.

1.1.2 Arbeitslosengeld II als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit

Pflichtbeitragszeiten, die wegen der Zahlung von Sozialleistungen entstanden sind, können grundsätzlich nicht gleichzeitig als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden. Dies gilt auch für das Arbeitslosengeld II.

Eine Ausnahme gibt es jedoch für Zeiten bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. Bis zu diesem Zeitpunkt können neben der bis 31. Dezember 2010 möglichen Pflichtbeitragszeit wegen der Zahlung von Arbeitslosengeld II zusätzlich Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit entstehen, wenn:

- a) Arbeitslosigkeit nach dem Recht der Arbeitslosenversicherung vorlag,
- b) der Arbeitslosengeld II-Bezieher arbeitsuchend bei einer deutschen Agentur für Arbeit bzw. bei einem Jobcenter gemeldet war,
- c) eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit, ein versicherter Wehr- oder Zivildienst unterbrochen wurde (für Zeiten zwischen dem 17. und dem 25. Lebensjahr nicht erforderlich) und
- d) Beiträge durch ein Jobcenter an eine Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung, ein Versicherungsunternehmen oder an den Bezieher von Arbeitslosengeld II selbst nicht gezahlt wurden.

Eine Anrechnungszeit kann – anders als eine Pflichtbeitragszeit – unter Umständen auch dann in Frage kommen, wenn Arbeitslosengeld II nicht gezahlt wurde, weil der Versicherte zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen hatte.

Erläuterungen:

Zu a) Begriff der Arbeitslosigkeit

Der Begriff „Arbeitslosigkeit“ ist im Rentenversicherungsrecht nicht definiert. Deshalb wird hierfür auf das jeweils geltende Recht der Arbeitslosenversicherung (Sozialgesetzbuch Drittes Buch – SGB III) zurückgegriffen.

Nach den Vorschriften der Arbeitslosenversicherung liegt Arbeitslosigkeit nur vor, wenn die Betroffenen

- nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherte Beschäftigung suchen, indem sie alle Möglichkeiten nutzen und nutzen wollen, um ihre Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der deutschen Agentur für Arbeit (eines Jobcenters) zur Verfügung stehen und
- sich arbeitslos gemeldet haben.

Wird Arbeitslosengeld II gezahlt, kann hieraus allein grundsätzlich nicht geschlossen werden, dass auch Arbeitslosigkeit vorliegt. Ob dies der Fall ist, muss im Einzelfall geprüft werden. Hat der Versicherte zum Beispiel neben dem Bezug von Arbeitslosengeld II einen „1-Euro-Job“ (eine Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) mindestens 15 Stunden wöchentlich ausgeübt, ist er während des „1-Euro-Jobs“ nicht „arbeitslos“. Die Anerkennung einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit kommt mangels „Arbeitslosigkeit“ hier nicht in Betracht.

Zu c) Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit (hier nur für Arbeitslosengeld II-Zeiten bis zum 17. Geburtstag erforderlich)

Zeiten der Arbeitslosigkeit können nur als Anrechnungszeiten berücksichtigt werden, wenn sie eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit beziehungsweise einen versicherten Wehr- oder Zivildienst (im Folgenden versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit genannt) unterbrochen haben.

Von einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit spricht man in diesem Zusammenhang, wenn während dieser Beschäftigung oder Tätigkeit Versicherungspflicht bestanden hat und die Pflichtbeiträge auch tatsächlich gezahlt worden sind oder als gezahlt gelten. Keine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit in diesem Sinne liegt vor, wenn Pflichtbeitragszeiten aus anderen Gründen, zum Beispiel wegen Kindererziehung oder Sozialleistungsbezug vorliegen.

Eine sogenannte „Unterbrechung“ liegt vor, wenn die Arbeitslosigkeit bis spätestens zum Ende des Kalendermonats beginnt, der dem Kalendermonat folgt, in dem die versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit beendet wurde.

Eine selbständige Tätigkeit kann zusätzlich nur dann „unterbrochen“ sein, wenn sie ohne die Mitarbeit des Versicherten nicht weiter möglich ist.

Die „Unterbrechung“ einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist für die Berücksichtigung von Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit zwischen dem 17. und dem 25. Lebensjahr nicht nötig.

Zu d) Keine Zahlung von Beiträgen durch ein Jobcenter

Eine Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit kann nicht berücksichtigt werden, wenn das zuständige Jobcenter Beiträge an eine Versicherungseinrichtung oder Versorgungseinrichtung, an ein Versicherungsunternehmen oder an den Leistungsbezieher selbst gezahlt hat. Von dieser Regelung werden zum Beispiel Leistungsbezieher erfasst, die wegen der Mitgliedschaft bei einer berufsständischen Versorgungseinrichtung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind.

1.1.3 Zusammenfassung (Rechtslage bis 31. Dezember 2010)

bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres	nach Vollendung des 17. und vor Vollendung des 25. Lebensjahres	nach Vollendung des 25. Lebensjahres
Anerkennung als Pflichtbeitragszeit	Anerkennung als Pflichtbeitragszeit	Anerkennung als Pflichtbeitragszeit
Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit, wenn alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist dabei zwingend erforderlich)	Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit, wenn alle oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist hier nicht erforderlich)	Anerkennung einer Anrechnungszeit ist ausgeschlossen
Es entsteht gegebenenfalls eine beitragsgeminderte Zeit	Es entsteht gegebenenfalls eine beitragsgeminderte Zeit	Es entsteht eine (vollwertige) Beitragszeit

1.2 Rechtslage ab dem 1. Januar 2011

1.2. Arbeitslosengeld II als (eigenständige) Anrechnungszeit

Bezieher von Arbeitslosengeld II sind seit 1. Januar 2011 nicht mehr versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zeiten, in denen Versicherte Arbeitslosengeld II erhalten, sind seither grundsätzlich Anrechnungszeiten. Die Berücksichtigung von Anrechnungszeiten ist jedoch ausgeschlossen, wenn der Leistungsempfänger

- das Arbeitslosengeld II nur darlehensweise erhalten hat,
- ausschließlich Leistungen nach § 24 Absatz 3 Satz 1 SGB II (zum Beispiel Erstaussstattung der Wohnung) bezogen hat,
- auf Grund von § 2 Absatz 1a BaföG keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung gehabt hat (betrifft zum Beispiel Schüler weiterführender allgemeinbildender Schulen, die bei den Eltern wohnen und deshalb kein BaföG, sondern ausnahmsweise Arbeitslosengeld II erhalten haben),
- Leistungen bezogen hat, deren Bedarf nach § 12 Absatz 1 Nummer 1 BaföG, § 66 Absatz 1 Satz 1 oder § 106 Absatz 1 Nummer 1 SGB III bemessen wurde (betrifft zum Beispiel Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, die im Haushalt der Eltern wohnen und neben den Leistungen für die Ausbildung auch Arbeitslosengeld II erhalten haben) oder
- versicherungspflichtig beschäftigt oder versicherungspflichtig selbständig tätig war oder eine andere versicherungspflichtige Sozialleistung erhalten hat (zum Beispiel Pflichtbeiträge als selbständiger Handwerker oder Pflichtbeiträge für Zeiten des Bezugs von Krankengeld). Dieser Ausschluss gilt jedoch zum Beispiel nicht für eine bestehende Versicherungspflicht wegen Kindererziehung oder nicht erwerbsmäßiger Pflege.

Demnach führen dieselben Sachverhalte, die bis zum 31. Dezember 2010 zum Ausschluss der Versicherungspflicht wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II geführt haben (vergleiche Ziffer 1.1.1) nunmehr auch zum Ausschluss von Anrechnungszeiten. Anders als für Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit (siehe hierzu Ziffer 1.1.2) ist für die besondere neue Anrechnungszeit wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II nicht Bedingung, dass Arbeitslosigkeit im Sinne des SGB III vorliegt. Auch die Meldung bei einer deutschen Agentur für Arbeit oder dem zuständigen Jobcenter als Arbeitsuchender ist nicht erforderlich. Deshalb kann die neue Anrechnungszeit auch dann berücksichtigt werden, wenn der Versicherte während des Bezugs von Arbeitslosengeld II einen „1-Euro-Job“ mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden hatte.

Die neuen Anrechnungszeiten entstehen auch dann, wenn keine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit „unterbrochen“ wurde.

Die Anrechnungszeit beginnt mit dem Tag, für den das Arbeitslosengeld II erstmalig gezahlt wurde und endet regelmäßig mit dem Tag, für den die Leistung letztmalig gezahlt wurde.

1.2.2 Zusammentreffen einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosengeld II-Bezug mit einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit

Ist ein Bezieher von Arbeitslosengeld II gleichzeitig auch arbeitslos im Sinne des Rechts der Arbeitslosenversicherung, kann die neue Anrechnungszeit wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II mit einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit zusammentreffen. Die gleichzeitige Berücksichtigung beider Anrechnungszeiten ist grundsätzlich nicht möglich.

Eine Ausnahme besteht allerdings bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres:

Zusätzliche Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit können während des Bezugs von Arbeitslosengeld II bis zum 25. Lebensjahr entstehen, wenn alle unter Ziffer 1.1.2 genannten Voraussetzungen für die Anerkennung dieser Anrechnungszeiten vorliegen. Wie dort ebenfalls beschrieben, ist für Zeiten der Arbeitslosigkeit vor dem 17. Geburtstag zusätzlich die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit erforderlich.

Mit diesen Regelungen hat der Gesetzgeber sichergestellt, dass wie bisher nur bei jüngeren Versicherten neben dem Bezug von Arbeitslosengeld II auch eine Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden kann.

1.2.3 Zusammenfassung (Rechtslage ab 1. Januar 2011)

bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres	nach Vollendung des 17. und vor Vollendung des 25. Lebensjahres	nach Vollendung des 25. Lebensjahres
Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Bezug von Arbeitslosengeld II	Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Bezug von Arbeitslosengeld II	Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Bezug von Arbeitslosengeld II
Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit, wenn alle genannten Voraussetzungen (Ziffer 1.1.2) erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist dabei zwingend erforderlich) Die zusätzliche Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit hat für die Versicherten den Vorteil, dass diese Zeit bewertet wird und sich somit rentenerhöhend auswirken kann.	Zusätzlich Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit, wenn alle genannten Voraussetzungen (Ziffer 1.1.2) erfüllt sind (die Unterbrechung einer versicherten Beschäftigung oder Tätigkeit ist hier nicht erforderlich) Die zusätzliche Anerkennung als Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit hat für die Versicherten den Vorteil, dass diese Zeit bewertet wird und sich somit rentenerhöhend auswirken kann.	Die zusätzliche Anerkennung einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit ist ausgeschlossen
Es entsteht eine beitragsfreie Zeit	Es entsteht eine beitragsfreie Zeit	Es entsteht eine beitragsfreie Zeit

2. Auswirkungen auf die Rente

Im Folgenden geht es um die Auswirkungen, die sich durch die unter Ziffer 1 beschriebenen Änderungen für die Rentenansprüche der Bezieher von Arbeitslosengeld II ergeben. Dabei muss im Wesentlichen unterschieden werden zwischen den Auswirkungen auf die

- **Anspruchsvoraussetzungen** für eine Rente und die
- **Höhe** des Rentenanspruchs.

2.1 Anspruchsvoraussetzungen für eine Rente

2.1.1 Wartezeiterfüllung

Eine „Wartezeit“ ist erfüllt, wenn eine vorgeschriebene Mindestanzahl von Monaten mit rentenrechtlichen Zeiten erreicht wurde. Für die verschiedenen Rentenarten hat der Gesetzgeber unterschiedliche Wartezeiten festgelegt. Diese unterscheiden sich sowohl nach dem **Umfang** (Anzahl) als auch nach der **Art** der jeweils erforderlichen Wartezeitmonate.

Der Bezug von Arbeitslosengeld II bis zum 31. Dezember 2010 ist eine Pflichtbeitragszeit, die außer bei der ab 2012 möglichen Altersrente für besonders langjährig Versicherte, bei **jeder** Wartezeit anrechenbar ist.

Ab 1. Januar 2011 liegt bei Zahlung von Arbeitslosengeld II „nur“ noch eine Anrechnungszeit vor, die lediglich bei der Erfüllung der Wartezeit für eine

- Altersrente für langjährig Versicherte oder
 - Altersrente für schwerbehinderte Menschen
- berücksichtigt werden kann. **Nicht** mehr berücksichtigt werden kann daher der Bezug von Arbeitslosengeld II ab 1. Januar 2011 bei den Wartezeiten für folgende Renten:
- Regelaltersrente
 - Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit
 - Altersrente für Frauen
 - Rente wegen Erwerbsminderung
 - Witwen- oder Witwerrente
 - Erziehungsrente
 - Waisenrente

Auch bei der ab 1. Januar 2012 möglichen Altersrente für besonders langjährig Versicherte kann der Bezug von Arbeitslosengeld II nicht für die Wartezeit berücksichtigt werden.

Ausnahmsweise kann ein Rentenanspruch auch ohne Erfüllung der Wartezeit bestehen, wenn ein Versicherter zum Beispiel wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit vermindert erwerbsfähig geworden oder gestorben ist. Man spricht hier von einer **vorzeitigen Wartezeiterfüllung**. Voraussetzung ist jedoch, dass der Versicherte bei Eintritt des Arbeitsunfalls oder der Berufskrankheit versicherungspflichtig war oder in den letzten zwei Jahren davor mindestens ein Jahr Pflichtbeiträge gezahlt hat. Mit dem Wegfall der Versicherungspflicht für Bezieher von Arbeitslosengeld II zum 1. Januar 2011 kann keine dieser beiden Voraussetzungen mehr **durch den Bezug von Arbeitslosengeld II** erfüllt werden.

Ebenso sieht es bei einer weiteren Regelung zur vorzeitigen Wartezeiterfüllung aus. Diese sieht vor, dass eine Wartezeit auch dann vorzeitig erfüllt werden kann, wenn ein Versicherter innerhalb von sechs Jahren nach Beendigung einer Ausbildung voll erwerbsgemindert geworden oder gestorben ist und in den letzten zwei Jahren zuvor mindestens ein Jahr Pflichtbeiträge gezahlt hat. Auch hier können die erforderlichen Pflichtbeiträge ab 1. Januar 2011 nicht mehr durch den Bezug von Arbeitslosengeld II erreicht werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Bezug von Arbeitslosengeld II zukünftig nur noch in wenigen Fällen dazu beitragen kann, einen Rentenanspruch zu erwerben.

2.1.2 Besondere versicherungsrechtliche Voraussetzungen

Neben der Wartezeit setzen einige Renten die Erfüllung weiterer besonderer Bedingungen voraus.

So kann eine **Rente wegen Erwerbsminderung** nur gezahlt werden, wenn der Versicherte in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung mindestens 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen zur Rentenversicherung hat. Die erforderlichen 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen kann man nicht mehr durch Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab dem Jahr 2011 erreichen. Allerdings „verlängern“ Anrechnungszeiten den 5-Jahres-Zeitraum in die Vergangenheit. Befinden sich also in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung zum Beispiel 6 Monate mit Anrechnungszeiten wegen der Zahlung von Arbeitslosengeld II ab 2011, verlängert sich der Zeitraum von 5 Jahren auf 5 Jahre und 6 Monate. Dadurch kann die Voraussetzung „3 Jahre Pflichtbeiträge“ auch mit Pflichtbeiträgen erfüllt werden, die vor dem eigentlichen 5-Jahres-Zeitraum liegen. Sofern im Verlängerungszeitraum wiederum Anrechnungszeiten wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II vorhanden sind, erfolgt eine weitere Verlängerung – und so weiter. Hat der Betroffene die erforderlichen 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen innerhalb von 5 Jahren einmal erreicht, geht ihm diese Voraussetzung während des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011 nicht verloren, da der 5-Jahres-Zeitraum stets entsprechend ausgeweitet wird.

Liegen die 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen hingegen vor dem Beginn eines Arbeitslosengeldes II nicht vor, können sie durch den Arbeitslosengeld II-Bezug nicht mehr erreicht werden – anders als bei der Rechtslage bis 31. Dezember 2010, als die Zahlung von Arbeitslosengeld II selbst noch eine Pflichtbeitragszeit auslöste (vergleiche Ziffer 1.1.1).

Lediglich für ältere Versicherte sieht das Gesetz noch eine Sonderregelung vor, nach der die 3 Jahre mit Pflichtbeiträgen in den letzten 5 Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung für einen Rentenanspruch nicht erforderlich sind. Voraussetzung ist, dass der Versicherte vor dem 1. Januar 1984 mindestens 5 Jahre mit Beitragszeiten oder Ersatzzeiten hat und die Zeit ab dem 1. Januar 1984 bis zum Eintritt der Erwerbsminderung lückenlos mit sogenannten Anwartschaftserhaltungszeiten belegt ist. Zu den Anwartschaftserhaltungszeiten zählen sowohl Beitragszeiten als auch Anrechnungszeiten, sodass sich für Bezieher von Arbeitslosengeld II ab 2011 keine Änderung hinsichtlich der Anwartschaftserhaltungszeiten ergibt.

Bei einer **Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit** müssen als besondere versicherungsrechtliche Voraussetzung in den letzten 10 Jahren vor Beginn der Rente mindestens 8 Jahre lang Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung gezahlt worden sein. Hierzu zählen auch die Pflichtbeiträge, die für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis Dezember 2010 gezahlt wurden. Nachdem ab 1. Januar 2011 keine Pflichtbeiträge mehr gezahlt werden, können die 8 Jahre seither nicht mehr durch den Bezug von Arbeitslosengeld II erreicht werden. Allerdings wird auch bei dieser Rente der 10-Jahres-Zeitraum durch Anrechnungszeiten verlängert (vergleiche vorherige Ausführungen zur Rente wegen Erwerbsminderung).

Weibliche Versicherte können eine **Altersrente für Frauen** erhalten, wenn sie unter anderem mehr als 10 Jahre mit Pflichtbeiträgen nach ihrem 40. Geburtstag haben. Zu diesen Pflichtbeiträgen zählen auch die Pflichtbeiträge für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis 31. Dezember 2010. Seit 1. Januar 2011 können Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen hingegen keine weiteren Pflichtbeitragszeiten mehr in ihrem Versicherungskonto verbuchen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die bei einigen Renten geforderten besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen durch den Bezug von Arbeitslosengeld II ab 2011 nicht mehr erfüllt, sondern höchstens noch erhalten werden können.

2.1.3 Zusammenfassung

In den folgenden beiden Tabellen wird nochmals ein Überblick gegeben, bei welchen Anspruchsvoraussetzungen Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011 weiterhin berücksichtigt werden können (Tabelle 1) und bei welchen Anspruchsvoraussetzungen die Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011 zumindest dazu beitragen können, eine bereits erfüllte Anspruchsvoraussetzung zu erhalten (Tabelle 2).

Tabelle 1

	bis 2010	ab 2011
Anspruchsvoraussetzungen für die verschiedenen Rentenarten:	Erfüllung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?	Erfüllung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?
Wartezeit – Regelaltersrente	ja	nein
Wartezeit – Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	ja	nein
Wartezeit – Altersrente für Frauen	ja	nein
Wartezeit – Altersrente für langjährig Versicherte	ja	ja
Wartezeit – Altersrente für schwerbehinderte Menschen	ja	ja
Wartezeit – Altersrente für besonders langjährig Versicherte	nein	nein
Wartezeit – Rente wegen Erwerbsminderung	ja	nein
Wartezeit – Witwen- oder Witwerrente	ja	nein
Wartezeit – Waisenrente	ja	nein
Wartezeit – Erziehungsrente	ja	nein
Vorzeitige Wartezeiterfüllung – Rente wegen Erwerbsminderung, Witwen- oder Witwerrente, Waisenrente oder Erziehungsrente (in seltenen Fällen: Regelaltersrente)	ja	nein
3 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 5 Jahren – Rente wegen Erwerbsminderung	ja	nein
8 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 10 Jahren – Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	ja	nein
Mehr als 10 Jahre Pflichtbeiträge nach 40. Lebensjahr – Altersrente für Frauen	ja	nein

Tabelle 2

	bis 2010	ab 2011
Anspruchsvoraussetzungen für die verschiedenen Rentenarten:	Verlängerung / Erhaltung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?	Verlängerung / Erhaltung durch Arbeitslosengeld II-Bezug möglich?
3 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 5 Jahren – Rente wegen Erwerbsminderung	siehe Tabelle 1	ja
Anwartschaftserhaltungszeit (allgemeine Wartezeit von 5 Jahren vor dem 1. Januar 1984 erfüllt) – Rente wegen Erwerbsminderung	siehe Tabelle 1	ja
8 Jahre Pflichtbeiträge in den letzten 10 Jahren – Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	siehe Tabelle 1	ja

2.2 Rentenhöhe

2.2.1 Bewertung von Arbeitslosengeld II-Zeiten

Für die Beiträge, die ein Versicherter an die Rentenversicherung zahlt, erhält er sogenannte Entgeltpunkte in seinem Versicherungskonto gutgeschrieben. Die Entgeltpunkte spiegeln die erworbenen Rentenanwartschaften wider und sind somit der wesentliche individuelle Faktor für die spätere Rentenhöhe.

Da seit 1. Januar 2011 keine Beiträge mehr zur Rentenversicherung gezahlt werden, erhalten die Empfänger von Arbeitslosengeld II für diese Zeiten seitdem auch keine Entgeltpunkte mehr in ihrem Versicherungskonto. Zwar können für Anrechnungszeiten grundsätzlich auch Entgeltpunkte gutgeschrieben werden, allerdings hat der Gesetzgeber einige Einschränkungen und Ausnahmen festgelegt. Zu diesen Ausnahmen gehört auch die Anrechnungszeit wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab 2011.

Somit führt der Bezug von Arbeitslosengeld II seit diesem Jahr nicht mehr zu einer direkten Erhöhung der späteren Rente. Allerdings waren die Rentenanwartschaften, die bis 31. Dezember 2010 durch die Beiträge während des Bezugs von Arbeitslosengeld II erworben wurden, sehr niedrig. So erwirbt ein arbeitsloser Hilfebedürftiger, der das ganze Jahr 2010 Arbeitslosengeld II bezogen hat, für dieses Jahr lediglich eine monatliche Rentenanwartschaft in Höhe von 2,11 Euro (bezogen auf den aktuellen Rentenwert im Juli 2011). Bei Weiterführung der Beitragspflicht über das Jahr 2010 hinaus würde eine Person, die ihr ganzes Leben lang Arbeitslosengeld II bezieht, lediglich einen Rentenanspruch von monatlich zirka 100 Euro (derzeitiger Wert) erwerben.

2.2.2 Auswirkungen bei der Berechnung der gesamten Rente

Obwohl die Zahlung von Arbeitslosengeld II keine Beitragszeiten mehr auslöst, führt dies aber nicht in jedem Fall zwangsläufig zu niedrigeren Rentenanwartschaften. Es gibt auch Versicherte, die von der neuen Regelung bei der Rentenberechnung profitieren. Dies sind vor allem Versicherte, die viele beitragsfreie Zeiten zum Beispiel in Form von Anrechnungszeiten und insbesondere der Zurechnungszeit haben. Für beitragsfreie Zeiten können im Rahmen der sogenannten Gesamtleistungsbewertung grundsätzlich auch Entgeltpunkte im Versicherungskonto gutgeschrieben werden (ausdrücklich ausgenommen sind allerdings – wie unter Ziffer 2.2.1 bereits erwähnt – die Anrechnungszeiten wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld II). Die Entgeltpunkte für beitragsfreie Zeiten werden im Wesentlichen aus dem Durchschnitt aller Beitragszeiten des Versicherten berechnet. In die Berechnung des Durchschnittswertes aus allen Beitragszeiten fließen auch die Beitragszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld II bis 31. Dezember 2010 ein. Da diese Beiträge jedoch sehr niedrig waren, senken sie den Durchschnittswert regelmäßig.

Je mehr Beitragszeiten für den Bezug von Arbeitslosengeld II vorhanden sind, desto niedriger werden auch die Entgeltpunkte für die beitragsfreien Zeiten. Mit der Rechtsänderung zum 1. Januar 2011 wurde diese „Absenkung“ des Durchschnittswertes gestoppt, sodass die beitragsfreien Zeiten nun trotz des Bezugs von Arbeitslosengeld II

einen vergleichsweise höheren Entgeltpunktwert erhalten können. Hat ein Versicherter viele beitragsfreie Zeiten, übersteigt der „Gewinn“ an Entgeltpunkten bei diesen Zeiten sehr schnell den „Verlust“, der sich aus der weggefallenen Beitragszahlung ergibt.

Von der neuen Regelung profitieren insbesondere Personen, die bereits in jüngeren Jahren eine Rente wegen Erwerbsminderung erhalten, da bei dieser Rente die Zeit vom Eintritt der Erwerbsminderung bis zum 60. Lebensjahr als beitragsfreie Zeit hinzugerechnet wird (sogenannte Zurechnungszeit). Ebenso profitieren Hinterbliebene von früh verstorbenen Versicherten bei der Berechnung ihrer Hinterbliebenenrente, weil die Zeit vom Tod bis zum fiktiven 60. Lebensjahr des Verstorbenen ebenfalls als Zurechnungszeit zählt.

Der „positive Effekt“ anhand eines Beispiels:

Das Beispiel geht von einer Rente wegen voller Erwerbsminderung vor dem 60. Lebensjahr aus, die mit einem Rentenabschlag von 10,8 Prozent behaftet ist. Die Berechnung der Rentenanwartschaften erfolgt mit dem aktuellen Rentenwert zum 1. Juli 2011.

Vergleichend wird dabei eine Rente mit 5 Jahren Bezug von Arbeitslosengeld II in der Zeit von 2006 bis 2010 (siehe Tabelle 1) und die gleiche Rente mit 5 Jahren Bezug von Arbeitslosengeld II ab 2011 berechnet (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1:

Im Versicherungskonto enthaltene rentenrechtliche Zeiten	Entgeltpunkte	Rentenanwartschaft mit Abschlag
20 Jahre Pflichtbeiträge aus Arbeitsentgelt (Durchschnittsverdienst)	20,0000	490,06 Euro
1 Jahr Arbeitslosengeld I-Bezug	0,8000	19,60 Euro
5 Jahre Arbeitslosengeld II-Bezug (2006 bis 2010)	0,4826	11,83 Euro
14 Jahre Zurechnungszeit (bei Erwerbsminderung)	11,4576	280,75 Euro
Insgesamt	32,7402	802,24 Euro (errechnet aus der Summe der Entgeltpunkte)

Tabelle 2:

Im Versicherungskonto enthaltene rentenrechtliche Zeiten	Entgeltpunkte	Rentenanwartschaft mit Abschlag
20 Jahre Pflichtbeiträge aus Arbeitsentgelt (Durchschnittsverdienst)	20,0000	490,06 Euro
1 Jahr Arbeitslosengeld I-Bezug	0,8000	19,60 Euro
5 Jahre Arbeitslosengeld II-Bezug (ab 2011)	0,0000	0,00 Euro
14 Jahre Zurechnungszeit (bei Erwerbsminderung)	13,8600	339,61 Euro
Insgesamt	34,6600	849,28 Euro (errechnet aus der Summe der Entgeltpunkte)

Die Bundesregierung ist bei ihrer Planung jedoch davon ausgegangen, dass der positive Effekt nur eine geringe Anzahl der Versicherten betreffen wird.

2.2.3 Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsverdienst

Die gezahlten Pflichtbeiträge für Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II bis 2010 haben in bestimmten Fällen auch Auswirkungen auf die Ermittlung der Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsverdienst. Diese Mindestentgeltpunkte erhalten Versicherte, die insgesamt mindestens 35 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten erreicht haben. Zu den 35 Jahren zählen sowohl die Beitragszeiten vor dem 1. Januar 2011 als auch die Anrechnungszeiten ab dem 1. Januar 2011 für den Bezug von Arbeitslosengeld II.

Sind die (vollwertigen) Pflichtbeiträge des Versicherten im Durchschnitt deutlich niedriger als die Beiträge aller anderen Versicherten (= weniger als 75 Prozent aller Versicherten), werden seine einschließlich bis zum Jahr 1991 gezahlten Pflichtbeiträge auf das 1,5fache angehoben, maximal jedoch auf 75 Prozent der Beiträge aller Versicherten.

Da die bis zum Jahr 2010 gezahlten Rentenversicherungsbeiträge für den Bezug von Arbeitslosengeld II sehr niedrig waren (im Jahr 2010 betrugen sie zum Beispiel nur zirka 7,7 Prozent des Durchschnittsbeitrags aller Versicherten), haben diese den Durchschnittsbeitrag eines Versicherten bisweilen erheblich gesenkt. Bei Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II ab dem 1. Januar 2011 tritt dieser Effekt nicht mehr ein.

3. Zusammenfassende Betrachtung und Begründung des Gesetzgebers

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bezieher von Arbeitslosengeld II mit den neuen Regelungen ab 1. Januar 2011 im Hinblick auf den Erwerb von Rentenansprüchen regelmäßig schlechter stehen als mit den Regelungen bis 31. Dezember 2010.

Der Gesetzgeber hat die Einschnitte damit begründet, dass der Bezug von Arbeitslosengeld II nach den allgemeinen Grundsätzen der Grundsicherung nur zum Ziel hat, eine akute Hilfebedürftigkeit zu beseitigen. Keinesfalls sollen bereits im Voraus Leistungen – in Form von Rentenbeiträgen – erbracht werden, um eine vielleicht bei einem späteren Rentenbezug eintretende Hilfebedürftigkeit zu beseitigen.

Reichen die während des Erwerbslebens zur Rentenversicherung gezahlten Beiträge nicht aus, um Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden, können aufstockende Hilfeleistungen noch zu gegebener Zeit gezahlt werden. Sind diese Beiträge dagegen ausreichend, um Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden, sollen diese Rentenanwartschaften während eines Arbeitslosengeld II-Bezugs nicht zu Lasten der Steuerzahler erhöht werden.

Zudem waren die Rentenversicherungsbeiträge, die bis 2010 während des Bezugs von Arbeitslosengeld II gezahlt wurden, für sich allein betrachtet zu niedrig, um Hilfebedürftigkeit im Alter zu vermeiden (siehe Ziffern 1.2.1 und 2.2.1). Das Risiko der Altersarmut hing auch bei der Regelung bis 2010 entscheidend davon ab, ob ein Betroffener vor oder auch nach dem Bezug von Arbeitslosengeld II ausreichend hohe Rentenanwartschaften erwerben konnte.

Mit der bisherigen Regelung haben zudem Personen Ansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben, die bis zur Zahlung von Arbeitslosengeld II nicht in der Rentenversicherung versichert waren. So konnten zum Beispiel selbstständig tätige Personen, die zuvor nie in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, nach einem 6-monatigen Bezug von Arbeitslosengeld II Leistungen zur medizinischen Rehabilitation aus der Rentenversicherung in Anspruch nehmen – letztlich im Wesentlichen finanziert durch die übrigen Beitragszahler.

Durch den Wegfall der Versicherungspflicht bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II ergeben sich bei den Rentenversicherungsträgern in den ersten 4 Jahren geschätzte jährliche Einnahmeausfälle zwischen 1,85 und 1,75 Milliarden Euro.



***Gemeinsam erfolgreich
für Deutschland.***

Regierungsprogramm 2013 – 2017

CDU



CSU 

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1 Deutschlands Zukunft in Europa	8
2 Deutschlands Wohlstand sichern	11
2.1 Soziale Marktwirtschaft – Grundlage unseres Erfolgs	11
2.2 Mittelstand und Industrie geben unserem Land Kraft	12
2.3 Rekordbeschäftigung – Arbeit für alle	15
2.4 Solide Finanzen – Deutschlands Stärke	17
2.5 Verantwortungsbewusste Steuerpolitik – Leistung muss sich lohnen	17
2.6 Strenge Regeln für die Finanzmärkte	19
2.7 Nachhaltiges Wachstum schafft Lebensqualität	19
3 Deutschlands Chancen nutzen	21
3.1 Bildungsrepublik Deutschland	21
3.2 Bevölkerungswandel gestalten – Verantwortung für alle Generationen	24
3.3 Technischer Fortschritt und Forschung bringen unser Land voran	26
3.4 Sichere, bezahlbare und saubere Energie	28
3.5 Mobilität für alle – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft	30
3.6 Gründer schaffen Zukunft	33
3.7 Digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa	34
3.8 Zukunft Ost – Chance für das ganze Deutschland	36
4 Deutschlands Zusammenhalt stärken	38
4.1 Familien fördern – in jeder Lebenssituation	38
4.2 Frauen – Kompetenzen stärker nutzen und Chancen eröffnen	39

4.3 Vielfalt bereichert – Willkommenskultur schaffen	40
4.4 Jede Begabung zählt – Menschen mit Behinderung	42
4.5 Helden des Alltags – Ehrenamt und Sport fördern	43
4.6 Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente	45
4.7 Gesundes Land – gute Versorgung für alle	46
4.8 Aussiedler und Heimatvertriebene – ein Gewinn für unser Land	49
5 Deutschlands lebenswerte Heimat schützen	51
5.1 Intakte Umwelt sichern	51
5.2 Verlässlicher Staat in Stadt und Land	53
5.3 Mehr Wohnraum für bezahlbare Mieten	57
5.4 Gute Lebensmittel – nachhaltige Landwirtschaft	58
5.5 Verbraucher stärken	61
5.6 Kultur und Medien – Kreativität und Vielfalt schützen	63
5.7 Mitmachen! Einmischen! Mehr Bürgerbeteiligung	67
5.8 Werte stärken unser Land – Kirchen und Religionsgemeinschaften	68
6 Deutschland: Einstehen für Freiheit und Sicherheit	69
6.1 Sicheres Deutschland	69
6.2 Europa: Stark in der Welt	73
6.3 Für Frieden und Menschenrechte weltweit eintreten	74
6.4 Nachhaltige Entwicklung und mehr globale Gerechtigkeit	77
7 Wahlauf Ruf	78

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 22. September wählen Sie einen neuen Bundestag. Das ist eine Richtungsentscheidung für unser Land und für jeden Einzelnen. Es geht darum, ob Deutschland ein starkes und erfolgreiches Land bleibt. Ein Land mit einem stabilen Euro, in dem die Menschen sichere Arbeitsplätze haben und für sich und ihre Familien sorgen können. Ein Land, in dem jeder Mensch die Chance hat, aus seinem Leben etwas zu machen und zugleich bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege oder im Alter gut abgesichert ist. Ein Land des Zusammenhalts, in dem die Menschen gern und sicher leben. All das kann nur gelingen, wenn Deutschland auch in Zukunft gut regiert wird. Es geht damit am 22. September auch um Ihre persönliche Zukunft!

Vor der letzten Bundestagswahl 2009 waren die Sorgen um die Zukunft groß. Deutschland und Europa erlebten die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Heute ist Deutschland wieder ein erfolgreiches und starkes Land, eines der stärksten weltweit. Das zeigt: Unsere gemeinsamen Anstrengungen haben vieles zum Guten entwickelt. Europa und der Euro kommen voran. Das macht auch unser Land stärker. Noch nie hatten so viele Menschen bei uns einen Arbeitsplatz wie heute. Das bedeutet Sicherheit für die Menschen und die Chance, aus eigener Kraft am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Die Einkommen und die Renten steigen, die Preise sind stabil. Das zeigt, von der richtigen Politik von CDU und CSU haben alle Menschen etwas.

Wer sich in den Staaten Europas umschaute, weiß, diese gute Entwicklung unseres Landes ist keine Selbstverständlichkeit. Und die Gefahr ist groß, durch falsche Entscheidungen die Stabilität unserer Währung, Deutschlands wirtschaftliche Stärke und damit Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen. Die Union ist der Garant für eine kluge Politik, für eine solide Währung, stabile Finanzen, wirtschaftliche Stärke und sichere Arbeitsplätze.

Die europäische Schuldenkrise ist noch nicht vorbei. Ihre Bewältigung ist eine Herausforderung von historischem Ausmaß. Als größter Volkswirtschaft und Wachstumsmotor in Europa kommt unserem Land in dieser Situation eine besondere Verantwortung zu. Wir stehen zu dieser Verantwortung, weil wir wissen, dass Deutschland auf Dauer nur stark und erfolgreich sein kann, wenn es auch Europa gut geht.

Deutschland und Europa erleben einen Bevölkerungswandel von bislang noch nicht gekanntem Ausmaß.

Unsere Bevölkerung ist die älteste in Europa, wir werden weniger und die Gesellschaft wird vielfältiger, weil der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte größer wird. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung in anderen Regionen der Welt rasant. Mittlerweile leben über sieben Milliarden Menschen auf der Welt. Die allermeisten außerhalb Europas. Das bleibt nicht ohne Folgen für unsere Wirtschaft. Die großen Absatzmärkte der Zukunft liegen nicht länger nur vor unserer Haustür, sondern in den aufstrebenden Ländern Asiens und Lateinamerikas, in Afrika und der arabischen Welt. Damit eröffnen sich neue Märkte und Chancen, gleichzeitig sind diese Länder aber auch Mitbewerber im weltweiten Wettbewerb.

Der technische Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, verändert mit großer Geschwindigkeit unsere Art zu leben, zu arbeiten und uns miteinander auszutauschen. Das eröffnet viele neue Chancen auf zukunfts-fähige Arbeitsplätze und zukünftigen Wohlstand, aber Branchen und Betriebe verlieren auch den Anschluss, wenn sie nicht rechtzeitig auf die Veränderungen reagieren.

Viel zu lange haben wir in Deutschland, Europa und darüber hinaus auf Kosten kommender Generationen gelebt – das gilt sowohl mit Blick auf die Finanzen als auch auf die Umwelt. Die Grenzen dieses Handelns werden immer stärker sichtbar. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die Lebensgrundlagen und Lebenschancen für kommende Generationen sichert.

Wir wollen auch in den kommenden vier Jahren in dieser sich wandelnden Welt die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Wir laden alle Menschen in unserem Land ein, diesen Weg mitzugehen, ihn mit ihren Ideen mitzugestalten und unser Land zusammen in eine gute Zukunft zu führen. Auf diesem Weg leiten CDU und CSU klare Vorstellungen und Prinzipien:

Wir wollen, dass Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht und der Euro eine starke und stabile Währung bleibt. Dafür brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die unsere Hilfe brauchen. Rot-Grün dagegen setzt auf eine Vergemeinschaftung der Schulden und Eurobonds. Dies wäre der Weg in eine europäische Schuldenunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder eintreten müssten. Das lehnen wir ab.

Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft stärken und ihre Prinzipien in Europa und darüber hinaus weiter verankern. Sie hat unserem Land in den vergangenen 60 Jahren Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich in unserem Land. Sie ist damit eine Voraussetzung für eine starke Mitte in unserem Land. Unsere Ziele bleiben Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt – und Sicherheit für die Menschen. Dazu setzen wir auf Tatkraft, Ideenreichtum und technischen Fortschritt – und nicht auf rot-grüne Umverteilungspolitik.

Wir stehen dafür, dass Leistung sich lohnt. Deshalb entlasten wir die Menschen. SPD und Grüne dagegen wollen die Menschen belasten. Von ihren Steuererhöhungsplänen wäre ganz besonders unser starker Mittelstand mit seinen vielen Handwerkern und Familienunternehmern betroffen. Damit würden die gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes aufs Spiel gesetzt und Arbeitsplätze vernichtet.

Wir sehen Deutschlands Chancen in einer nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, industrielle Produktion ist. Bildung und Forschung sind die Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg. Wir wollen, dass die Ergebnisse unserer Forschungsanstrengungen auch in Deutschland und Europa produziert und damit Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit bei uns geschaffen werden. Dafür wollen wir ein technikfreundliches Land bleiben, das Ja sagt zu neuen Technologien und verantwortlich mit Risiken umgeht.

Wir gestalten Politik für diejenigen, die sich um ihre Kinder, Enkel und Familien kümmern und mit ihrem ehrenamtlichen Engagement zu einem guten Miteinander in unserem Land beitragen. Diese Männer und Frauen sind die Helden des Alltags, die unser Land stark machen. Sie brauchen einen verlässlichen Staat, der ihnen und ihren Familien Sicherheit und Stabilität gibt. Deshalb wollen wir alle Familien noch besser unterstützen, während Rot-Grün auch Familien belasten will. Für uns zählen die Entscheidungen der Familien, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Denn als Parteien mit einem christlichen Menschenbild vertrauen wir den Menschen und ihren Entscheidungen. Rot-grüne Bevormundungspolitik lehnen wir ab.

Wir treten für eine lebenswerte Heimat und gute Zukunftsperspektiven überall in Deutschland ein, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land. Wir wollen, dass alle Kin-

der eine Schule besuchen, in der sie das lernen, was wichtig für ihre Zukunft ist. Wir wollen dass die Menschen sicher und vor Kriminalität geschützt leben können. Wir wollen, dass sie in einem funktionierenden öffentlichen Verkehr unterwegs sind und ordentliche Straßen benutzen können. Wir wollen, dass sie sich auf ein Gesundheitssystem verlassen können, das ihnen überall und jederzeit eine gute Versorgung sichert.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, gemeinsam mit Ihnen wollen wir Deutschland in eine gute Zukunft führen. Deshalb haben wir zusammen mit Ihnen an diesem Regierungsprogramm gearbeitet. Tausende haben Ideen und Vorschläge eingebracht und gemeinsam mit uns darüber diskutiert. Daraus ist ein Programm entstanden, mit dem wir aufzeigen, wie unser Land auch in Zukunft erfolgreich und stark bleiben kann. Dabei sind zehn Projekte besonders wichtig:

Zehn Projekte für Deutschlands gute Zukunft:

Europas starke Stellung in der Welt sichern – Wettbewerbsfähigkeit stärken

Deutschland als führender Industrie- und Exportnation geht es auf Dauer nur gut, wenn es auch Europa gut geht. Wir sind davon überzeugt, dass Europa für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand unverzichtbar ist. Daher wollen wir, dass Europa gestärkt aus der Krise kommt. Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, brauchen wir weitere Anstrengungen und Reformen vor allem in den Staaten, die Hilfe in Anspruch nehmen. Wir brauchen in ganz Europa eine solide Finanzpolitik, Wachstumsförderung durch Strukturreformen und mehr Investitionen in Bildung und Forschung. Deshalb wollen wir uns für neue Schwerpunkte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen. Wir werden auch dafür werben, unsere erfolgreiche duale Ausbildung in Schule und Betrieb in anderen europäischen Ländern einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche Zukunft eröffnen kann. Unser Ziel bleibt: Europa gemeinsam mit unseren Partnern gestärkt aus der Krise herausführen. Deshalb werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern dafür einsetzen, dass die Europäische Union – ihre Mitgliedstaaten – ihre Kraft und ihre Anstrengungen bündelt und die nachhaltige Stärkung der wirtschaftlichen Leistungskraft in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Nur so können wir auf Dauer unser Ziel erreichen: Wachstum und Beschäftigung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Europas!

Solide Finanzen – Neuverschuldung stoppen, Schulden zurückzahlen und in die Zukunft investieren

Sparsame Haushaltspolitik ist die Grundlage für stabile wirtschaftliche Verhältnisse und nachhaltiges Wachstum. Deswegen haben wir die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert und ihre Regeln von Anfang an eingehalten. Wir werden 2014 im Bundeshaushalt weniger Geld ausgeben als 2010. Gleichzeitig haben wir durch unsere erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die Einnahmen auf allen Ebenen des Staates gesteigert, sodass wir die Neuverschuldung konsequent abbauen konnten. Durch Umschichtungen im Bundeshaushalt haben wir Spielräume für neue Schwerpunkte geschaffen. So konnten wir beispielsweise mehr für Bildung und Forschung ausgeben als jede andere Bundesregierung zuvor, den Kita-Ausbau voranbringen und die Kommunen nachhaltig entlasten. Das zeigt: Sparen und Investieren sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille. So schafft unsere Politik Vertrauen und ermutigt Unternehmer, in die Zukunft ihrer Betriebe zu investieren. Auch dadurch hat die Wirtschaftskraft unseres Landes seit 2009 um mehr als acht Prozent zugenommen. Diesen Kurs der Konsolidierung für Stabilität und Wachstum werden wir deshalb auch künftig entschlossen fortsetzen. Mit soliden Finanzen schaffen wir die Voraussetzung für eine stabile Währung, Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Durch unsere erfolgreiche Finanzpolitik ist ein nachhaltig ausgeglichener Haushalt in greifbarer Nähe. Mit der Fortsetzung dieses Erfolgskurses und weiter steigenden Steuereinnahmen können wir in der kommenden Wahlperiode Schulden zurückführen und gleichzeitig vor allem die Familienförderung und wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur verstärken.

Vollbeschäftigung und tariflicher Mindestlohn

In Deutschland gibt es heute fast 42 Millionen Männer und Frauen, die Arbeit haben. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenquote nahezu halbiert. Mehr Menschen als je zuvor können heute in unserem Land durch Arbeit für sich und ihre Familien sorgen und ihr Leben nach ihren Wünschen gestalten. Wir arbeiten für noch mehr Arbeitsplätze. Unser Ziel lautet: Vollbeschäftigung! Dazu setzen wir auf Fleiß, neue Ideen und technischen Fortschritt als Grundlage für den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Und dazu setzen wir auf gelebte Sozialpartnerschaft in den Betrieben und zwischen den Tarifpartnern. Eine Lohnfestset-

zung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb wollen wir für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn festlegen.

Wirtschaftskraft stärken – Mittelstand und Gründer fördern

Wir wollen auch in Zukunft verlässliche Rahmenbedingungen für Betriebe in Deutschland. Deshalb bleibt unser Ziel, die Lohnzusatzkosten stabil zu halten. Deshalb lehnen wir Steuererhöhungen ab. Die Vorschläge von SPD und Grünen bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit gerade des deutschen Mittelstands und damit tausende Arbeitsplätze in unserem Land. Wir wollen Betriebe nicht gefährden, sondern im Gegenteil möglichst viele Menschen ermutigen, Betriebe zu gründen und Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade Existenzgründer brauchen dafür Zugang zu günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und dürfen nicht durch unnötige Bürokratie gebremst werden.

Leistung muss sich lohnen – Bürgerinnen und Bürger entlasten

Wir wollen die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft – anders als Rot-Grün – nicht mit Steuererhöhungen für ihre Anstrengungen und tägliche Arbeit bestrafen, sondern sie entlasten. Wir wollen, dass Lohnerhöhungen, die dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, nicht mehr automatisch von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. Mit der Abmilderung dieser sogenannten kalten Progression schaffen wir mehr Leistungsgerechtigkeit und helfen gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Wohlstand und Wachstum sichern – in die Zukunft unseres Landes investieren

Grundlage unseres Wohlstands sind kluge Köpfe, Ideen und technischer Fortschritt, aus denen Produkte und Dienstleistungen entstehen, die wir weltweit verkaufen. Dafür brauchen wir Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Den Anteil für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt wollen wir weiter steigern. Dazu soll in Zukunft auch eine steuerliche Forschungsförderung gehören, die unternehmerische Anstrengungen für neue Ideen und Technologien unterstützt. Als eines

der erfolgreichsten Länder beim Export von Gütern und Dienstleistungen sind wir auf leistungsstarke Straßen- und Schienenverbindungen angewiesen. Wir wollen deshalb die Infrastruktur unseres Landes stärken und die Bundesfernstraßen mit einem 25 Milliarden Euro Investitionsprogramm sanieren und ausbauen. Die Energiewende ist eine der größten Herausforderungen unseres Landes. Wir wollen mit dem Aufbau einer heimischen und vor Ort organisierten Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land sichern. Zugleich werden wir weiter für bezahlbare Energiekosten für Verbraucher aber auch für unsere Industrie sorgen, damit sie wettbewerbsfähig bleibt. So ermöglichen wir Mittelstand und Industrie, Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Chancen der Digitalisierung nutzen – Deutschland fit machen für die digitale Zukunft

Das Internet und die digitale Technologie prägen unser Leben. Smartphones und Tablets sind heute aus dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Das Internet ist ein Wachstumstreiber für unsere Wirtschaft. Um die Chancen des Internets für unser Land noch besser nutzen zu können, wollen wir bei der Bildung unserer Kinder anfangen. In einem gemeinsamen Pakt von Kommunen, Ländern und Bund wollen wir dafür sorgen, dass unsere Schulen auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Dazu gehören zum Beispiel eine moderne Ausstattung mit Computertechnik, digitale Lernangebote und eine bessere Vernetzung der Schulen. Wenn das Klassenzimmer den Weg in die digitale Welt findet, erschließt sich eine neue Bildungswelt, in der Kinder ganz selbstverständlich die neuen technischen Möglichkeiten kennenlernen. Damit jeder in Stadt und Land die Chancen des schnellen Internets nutzen kann, wollen wir bis 2018 schnelles Internet flächendeckend verfügbar machen und auf diesem Weg ermöglichen, Internet-TV zu nutzen und Bankgeschäfte, Behördengänge oder telemedizinische Dienstleistungen abzuwickeln. Das ist ein wichtiger Schritt, damit Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nr. 1 in Europa wird und sich eine starke Rolle in attraktiven Zukunftsmärkten sichert.

Familien besser unterstützen – Familiensplitting einführen und Zeit für Familie ermöglichen

Wir wollen starke Familien in Deutschland. In der Familie suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Hilfe. Wir werden Ehe und Familie weiter

stärken. Deshalb wollen wir das bestehende Ehegattensplitting erhalten und um ein Familiensplitting ergänzen. Dazu werden wir die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben. Zudem werden wir das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag anheben. Wir wollen für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen und damit besser als bisher anerkennen. Neben Geld brauchen Familien vor allem Zeit füreinander. In unserer beruflichen oft sehr hektischen und anstrengenden Zeit ist das für die Menschen oft das Allerwichtigste. Wir wollen mit einer neuen Lebenszeitpolitik Möglichkeiten eröffnen, um berufliche Auszeiten zur Erziehung von Kindern, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern oder Angehöriger besser zu ermöglichen. Die Frage, was ein gutes Leben ausmacht, stellt sich für immer mehr Menschen. Dazu gehören Zeit für Familie und Freunde, das Erlernen neuer Sprachen und die Pflege eigener Interessen, das Gefühl von Zugehörigkeit, Heimat oder einfach das Wissen, gebraucht zu werden. Wir wollen Lebensqualität durch politisches Handeln besser und gezielter fördern und über Lebensqualität und deren Verbesserung regelmäßig berichten.

Sicheres Deutschland

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – zu Hause, in Straßen, auf Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag oder bei Nacht ebenso wie auch angesichts der Gefahren, die zum Beispiel mit dem islamistischen Terrorismus verbunden sind. Wir stehen für Rahmenbedingungen, die es unseren Sicherheitskräften ermöglichen, diese Gefahr weiterhin bestmöglich zu bekämpfen. Deshalb wollen wir, auch um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie zur Aufklärung von Straftaten, den Einsatz von Videotechnik an Brennpunkten wie etwa auf Bahnhöfen verstärken. Angesichts der steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen und einer zu geringen Aufklärungsquote wollen wir den Fahndungsdruck auf Banden und Einzeltäter, gerade wenn sie grenzüberschreitend tätig sind, erhöhen. Zudem werden wir Aufwendungen für die Sicherung der eigenen Wohnung auch steuerlich begünstigen.

Lebenswerte Heimat – Starke Kommunen, bezahlbaren Wohnraum schaffen und Infrastruktur in den ländlichen Regionen stärken – kulturelles Erbe bewahren und weiterentwickeln.


Wir wollen eine lebenswerte Heimat für die Menschen in der Stadt und in ländlichen Regionen sichern. Voraussetzung dafür sind leistungsfähige Städte und Gemeinden. Deshalb werden wir die Finanzkraft der Kommunen weiter stärken. Gerade in den Städten gehört dazu, dass es ausreichend bezahlbare Wohnungen gibt. Das beste Mittel dafür ist der Bau neuer Wohnungen. Wir wollen dafür mit gezielten Anreizen wie besseren steuerlichen Möglichkeiten und Zuschüssen, die Rahmenbedingungen verbessern. Um flexibel auf die Mietenentwicklung in Ballungsräumen reagieren zu können, haben wir den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, in Gebieten mit knappem Wohnraumangebot, die Grenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15 Prozent zu senken. Auch bei der Wiedervermietung von bestehenden Wohnungen wollen wir die Möglichkeit eröffnen, in angespannten Märkten die Mieterhöhungen in Zukunft auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Ländliche Regionen müssen auch künftig eine

lebenswerte Heimat bleiben. Dazu gehören eine starke Landwirtschaft, gute Bildungseinrichtungen, Kinderbetreuungsangebote und ein breites ehrenamtliches Engagement. Auch eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung soll weiterhin für jedermann gut erreichbar sein.

Wir wollen dazu die Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser, vor allem in ländlichen Regionen, weiter verbessern und dafür zum Beispiel die Attraktivität des Hausarztberufs steigern.

Deutschland ist eine Kulturnation. Wir werden das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren und wollen es auf allen Ebenen weiterentwickeln.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir dafür arbeiten, dass Deutschland weiter erfolgreich bleibt. Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen.



Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin
Vorsitzende der CDU Deutschlands



Horst Seehofer
Ministerpräsident
Vorsitzender der CSU

1. Deutschlands Zukunft in Europa

CDU und CSU wollen ein starkes Europa. Unsere Lehre aus der Geschichte war und ist der Wunsch, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, wie es in unserem Grundgesetz heißt. Dieses Bekenntnis zu Europa ist für uns eine Frage der Vernunft, aber auch eine Herzensangelegenheit.

CDU und CSU sind die deutschen Europaparteien. Unter unserer Führung ist aus den Anfängen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in 60 Jahren ein international geachteter und einflussreicher Staatenverbund geworden. Die Europäische Union ist weltweit eine einmalige Werte- und Rechtsgemeinschaft. Sie steht für Freiheit und Menschenrechte, für Toleranz und friedliches Zusammenleben nach innen und nach außen, für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Dass unser Alltag in Deutschland und Europa keine Mauern und keine Schlagbäume mehr kennt, dass wir in Europa frei reisen, überall wohnen, arbeiten und lernen können, zeigt den überragenden Erfolg der europäischen Einigung für die Menschen auf unserem Kontinent. Dieser Erfolg verpflichtet und ermutigt uns, den Weg fortzusetzen, der für eine friedliche und demokratische Einigung Europas steht.

Wir wollen ein Europa, das sich zu seinen christlich-abendländischen Wurzeln und den Ideen der Aufklärung bekennt und aus ihnen lebt. Wir halten an unserem Ziel fest, die im Grundgesetz betonte Verantwortung vor Gott auch im EU-Vertrag deutlich zu machen.

Für viele in Europa und in der Welt ist Deutschland heute ein Vorbild, wenn es um gute Politik für eine stabile und nachhaltige Entwicklung geht. Die Soziale Marktwirtschaft und die klugen politischen Entscheidungen zu ihrer Weiterentwicklung dienen anderen als Vorbild für eigene Anstrengungen. Unsere ausgewogene Wirtschaftsstruktur mit einem starken Mittelstand, einer leistungsfähigen Industrie und unserer gelebten Sozialpartnerschaft von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gilt weltweit als Vorbild. Diese Erfolge bringen uns weltweit Anerkennung ein. Einer Umfrage des britischen Senders BBC zufolge ist Deutschland 2013 das beliebteste Land weltweit.

Mit der erfolgreichen Politik von CDU und CSU ist Deutschland zum Stabilitätsanker und Wachstumsmotor Europas geworden. Deshalb kommt uns eine besondere Verant-

wortung bei der Lösung der Schuldenkrise in Europa zu. Wir nehmen diese Aufgabe an, weil wir wissen, dass eine gemeinsame Währung Europas Wirtschaftskraft stärkt und Europa unsere Zukunft für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist.

Europas Stärke in einer sich verändernden Welt bewahren

In unserer Generation entscheidet sich, ob wir in Europa gemeinsam die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts meistern.

Von den über sieben Milliarden Menschen auf der Welt lebt heute nur noch gut jeder Hundertste in Deutschland. Die Europäische Union steht heute noch für etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung. Bis 2050 wird die weltweite Bevölkerung auf über neun Milliarden Menschen ansteigen, während die deutsche und europäische Bevölkerung weiter zurückgeht. Allein China hat heute bereits mehr Einwohner als Europa, Nord- und Mittelamerika zusammen. Auch die Handelsströme und wirtschaftlichen Kraftzentren verschieben sich. China hat Deutschland als Exportweltmeister abgelöst und wächst weiter. Schwellenländer wie Indien, Brasilien und viele andere spielen eine immer größere Rolle.

Angesichts dieser Verschiebungen der wirtschaftlichen Gewichte können wir unseren Wohlstand nur sichern, wenn Europa ein wettbewerbsfähiger Kontinent bleibt, der sich an den weltweit Besten orientiert. Deshalb kämpfen wir für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union, die gestärkt aus der Schuldenkrise herauskommt. Ein Zurück zu alten Fehlern darf es nicht geben. Dafür wollen wir in den kommenden vier Jahren weiter die Weichen richtig stellen, indem wir gemeinsam mit unseren Partnern auf europäischer Ebene dafür sorgen, dass die Stärkung und Förderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Grundlage für Beschäftigung, soziale Sicherheit und Zukunftsfähigkeit Kern unseres Handelns auf allen Ebenen ist. Gemeinsam können wir Europäer dann auch weiterhin unseren Beitrag zur Lösung der großen globalen Herausforderungen leisten.

Erfolgreich Reformen auf den Weg gebracht

Seit dem Ausbruch der Euro-Staatsschuldenkrise vor drei Jahren haben wir den Zusammenhalt der Währungsunion erfolgreich gefestigt und wichtige Reformen für dauerhafte Stabilität auf den Weg gebracht. Wir haben gemein-

sam mit unseren europäischen Partnern Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in den Euro-Ländern durchgesetzt und den Stabilitätspakt verschärft. Zugleich haben wir mit Strukturreformen den Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung geebnet. Beides gehört zusammen und bildet die Grundlage, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Die Neuverschuldung in der Eurozone konnte auf diesem Weg in den letzten drei Jahren halbiert werden. Unsere Partner haben wichtige Wirtschaftsreformen in Gang gesetzt. Die Euro-Staatsschuldenkrise wurde dadurch entschärft, aber sie ist noch lange nicht gelöst. Damit der Euro eine starke und stabile Währung bleibt, müssen wir Kurs halten und dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Hilfe nur bei eigenen Leistungen

Wir bekennen uns zur Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn. Allerdings: Wer Hilfe braucht, muss mit eigenen Leistungen dazu beitragen, die Probleme zu lösen. Dazu gehört, Schuldenberge abzubauen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie zu steigern. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass die Fördermittel der Europäischen Union stärker auf Projekte ausgerichtet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit steigern und Arbeitsplätze schaffen. Das gilt ganz besonders für Maßnahmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen europäischen Krisenländern.

Europa muss für stabiles Geld sorgen

Wir stehen für einen starken Euro und stabile Preise. Beides ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg unserer Wirtschaft und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Knapp 40 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Eurozone, 60 Prozent in die EU insgesamt und sichern bei uns Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze. Eine gemeinsame Währung ist ein unverzichtbares Instrument im internationalen Handel und in der weltweiten Währungspolitik. Wir treten daher für den weiteren Abbau der Neuverschuldung sowie die strikte Einhaltung nationaler Schuldenbremsen ein.

Zudem setzen wir auf ausgeglichene Haushalte in allen EU-Mitgliedstaaten und verteidigen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, die nach dem Vorbild der

Deutschen Bundesbank von uns durchgesetzt wurde. Dies hat trotz der Krise zu einem hohen Maß an Preisstabilität geführt. Wir wollen, dass alle Eurostaaten zusammen den Euro verteidigen.

Keine Schuldenunion, keine Transferunion

SPD und Grüne haben in ihrer Regierungszeit viermal den Stabilitäts- und Wachstumspakt gebrochen und seine Regeln aufgeweicht. Leider haben sie nichts dazugelernt. Rot-Grün setzt auf eine Vergemeinschaftung der Schulden durch die Einführung von Eurobonds. Dies wäre der Weg in eine europäische Schuldenunion, in der deutsche Steuerzahler nahezu unbegrenzt für die Schulden anderer Länder eintreten müssten. Das lehnen wir ab. Damit wäre das Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ außer Kraft gesetzt. Wir wollen nicht, dass ein Euro-Staat auf Kosten seiner Nachbarn weiter Schulden macht und sich vor unbequemen Reformanstrengungen drücken kann.

Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion als Stabilitätsunion

Wir wollen das Vertrauen in die Stabilität des Euro und die Zukunft Europas weiter stärken. Dazu sind weitere Reformen und Anstrengungen auf dem Weg zur Stabilitätsunion erforderlich. Dabei setzen wir auf drei zentrale Handlungsfelder:

Europäische Bankenunion

Wir wollen eine wirksame europäische Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank für die großen, systemrelevanten Banken sowie Verfahren für die Abwicklung überschuldeter Banken. Für die übrigen Geldinstitute, nicht zuletzt die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, bleibt es bei der bisherigen bewährten Bankenaufsicht.

Wir werden dafür sorgen, dass die Auszahlung von Geld aus dem Euro-Rettungsschirm zum Umbau von Banken von der Arbeitsfähigkeit der europäischen Bankenaufsicht abhängt. Sparer müssen sich in jedem Land der EU auf ein funktionierendes Einlagensicherungssystem verlassen können. Dies wird über die vereinheitlichten Mindeststandards der nationalen Einlagensicherungssysteme gewährleistet. Eine europaweite Einlagensicherung lehnen wir ab, denn damit würde das Haftungsrisiko vergemeinschaftet und deutsche Sparer müssten für die Einlagen in anderen Ländern haften.

Einhaltung strikter Haushaltsregeln

Wir treten dafür ein, dass die Regeln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspaktes und des Fiskalpaktes strikt umgesetzt werden. Wer gegen die vereinbarten Grenzwerte des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verstößt, muss mit Sanktionen rechnen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten zur Überwachung und Überprüfung der nationalen Haushalte durch die Europäische Kommission stärken. Zudem setzen wir uns dafür ein, innerhalb der Eurozone ein Umschuldungsverfahren für Staaten zu entwickeln, die ihre Schulden nicht mehr tragen können.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa

Wir wollen ein wirtschaftlich starkes und erfolgreiches Europa, das im globalen Wettbewerb auch in Zukunft Erfolg hat. 90 Prozent des weltweiten Wachstums finden außerhalb Europas statt. Wir wollen mit guten und wettbewerbsfähigen Produkten und Dienstleistungen unsere Chancen suchen und nutzen, um auf diesen Märkten erfolgreich zu sein. Wir wollen daher Europa wettbewerbsfähiger machen, um dauerhaft nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen und unser Sozialmodell bewahren und fortentwickeln zu können. Dazu brauchen wir eine stärkere wirtschaftspolitische Abstimmung darüber, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessern können. Wir wollen dazu einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit beschließen, in dem die Nationalstaaten sich mit der Europäischen Kommission auf konkrete Maßnahmen verständigen, um ihre Situation zielgenau zu verbessern. Dabei ist es unser Ziel, die Schwachen zu stärken und die Leistung der Besten zum Maßstab für alle zu machen. Mit Investitionen in Bildung, Forschung und Zukunftstechnologien wollen wir Europas Chancen auf den internationalen Märkten sichern. Auch werden wir andere europäische Länder dabei unterstützen, die duale Ausbildung in Schule und Betrieb einzuführen, weil sie jungen Menschen eine gute berufliche Zukunft eröffnen kann.

Weitere Schritte auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt liegen in einer besseren Vermittlung von Sprachen sowie einer besseren Übertragbarkeit von Bildungsabschlüssen und sozialer Absicherung. Wir wollen die von uns auf den Weg gebrachte EU-Jugend-Offensive fortführen und ausbauen. Mit ihr werden Investitionen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf den Weg gebracht.

Europa braucht eine starke deutsch-französische Partnerschaft

Die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind groß. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Partnern ist für den gemeinsamen Erfolg unerlässlich. Wir wollen möglichst gemeinsam mit allen EU-Partnern voranschreiten und dafür immer wieder Wege finden, die die unterschiedlichen Positionen zusammenführen. Aber wir wissen auch, dass die europäische Integration einen Motor braucht. Deshalb kommt der deutsch-französischen Partnerschaft eine besondere Bedeutung zu. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und wollen ihr auch in Zukunft im Interesse Europas gerecht werden.

Polen ist einer unserer wichtigsten Partner unter den neuen EU-Mitgliedstaaten. Wir wollen unsere Partnerschaft mit Polen vertiefen und die vielfältigen nachbarschaftlichen Beziehungen nutzen, um die persönlichen Begegnungen zwischen den Menschen auszubauen und die lebendigen wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln. Diesem Ziel dient auch die Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland im Weimarer Dreieck.

Einheit in Vielfalt

Für CDU und CSU sind die Nationalstaaten und die Regionen prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Wir wollen kein zentralistisch organisiertes und regiertes Europa. CDU und CSU wollen ein Europa, das den Bürgern dient. Ein Europa in Vielfalt sichert Lebensqualität in den Regionen und respektiert unterschiedliche Lebensarten. Zur Verbesserung der Nachvollziehbarkeit und im Interesse größerer Bürgernähe sollten alle europäischen Entscheidungen für die Bürger in geeigneter Weise zugänglich sein. Die Informationen müssen einfach, verständlich und leicht zu finden sein. Gerade das Internet bietet hier gute Möglichkeiten.

Deutsch ist die meistgesprochene Muttersprache und eine der drei Verfahrenssprachen in der Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, die deutsche Sprache in Europa weiter zu stärken. Unser Ziel ist, dass sie in den EU-Behörden und -Verwaltungen mit dem Englischen und Französischen gleich behandelt wird.

Europa lebt von der Begegnung seiner Menschen

Wir wollen, dass Europa für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erlebbar ist und sie damit ihr berufliches und

privates Leben bereichern können. Daher setzen wir uns für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in Europa ein. Der europäische Gemeinschaftssinn kann so gestärkt werden. Partnerschaften zwischen deutschen und europäischen Städten wollen wir anstoßen und mit neuem Leben füllen, um den europäischen Gedanken sowie das Verständnis füreinander zu stärken. In solchen Partnerschaften werden auch der Austausch von Erfahrungen ermöglicht und Hilfen für Regionen und Länder organisiert, die vor besonderen Herausforderungen mit Blick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit, die Stärkung von Bildung und Wissenschaft oder die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stehen.

2. Deutschlands Wohlstand sichern

2.1. Soziale Marktwirtschaft – Grundlage unseres Erfolgs

Unser Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie bringt unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit. Denn sie baut auf zwei Säulen auf: auf tüchtige, verantwortungsvolle Bürger und auf einem verlässlichen Staat. Soziale Marktwirtschaft bevormundet die Bürger nicht, sondern traut ihnen etwas zu. Und sie setzt auf einen Staat, der auch morgen noch in der Lage ist, seine Rolle als Hüter der Ordnung zu erfüllen. So verbindet Soziale Marktwirtschaft in einzigartiger Weise die Vorteile einer Marktwirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung. Sie ist daher die beste Wirtschaftsordnung für freie Menschen und eine solidarische Gesellschaft.

Dank der Sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland wirtschaftlich stark und verfügt über eines der sichersten Sozialsysteme der Welt. Während Deutschland unter Rot-Grün das Schlusslicht Europas war, ist unser Land heute wieder der Wachstumsmotor. Mit verantwortungsvoller Politik unter Führung von CDU und CSU wollen wir unser Land weiter in eine gute Zukunft führen. Wir stehen für eine Politik, die jedem in unserem Land Chancen auf Aufstieg und eine gute Zukunft eröffnet. Wir sind davon überzeugt, dass Arbeit, stabile Finanzen sowie gute Bildung und Forschung die beste Grundlage für eine gute Zukunft sind. Linke Umverteilungs- und Bevormundungspolitik lehnen wir ab. Steuererhöhungen und die Vergemeinschaftung von Schulden in Europa würden uns zurückwerfen, Arbeitsplätze und Zukunftschancen vernichten.

Politik in der Sozialen Marktwirtschaft ist Ordnungspolitik. Sie braucht einen verlässlichen Staat, der Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb, für Rechtssicherheit und für eine gute wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet. Dem Öffentlichen Dienst kommt dabei eine wichtige Rolle zu. CDU und CSU sind der Überzeugung, dass ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst und das Berufsbeamtentum wichtige Beiträge zum Wohlstand unseres Landes leisten. Dafür wollen wir auch weiter die Voraussetzungen schaffen und für die Angestellten und Beamten ein verlässlicher Partner sein.

Wir sind überzeugt: Keinem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell kann es besser gelingen, unseren Wohlstand auch in Zukunft zu sichern. Deshalb verstehen

wir die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland als Chancengesellschaft: Wohlstand für alle durch Chancen auf Erfolg und Aufstieg für jeden.

Für eine Chancengesellschaft brauchen wir in einer sich schnell verändernden Welt ein neugieriges und ideenreiches Deutschland. Anders als Rot-Grün bekennen wir uns daher zu neuen Technologien und wollen weiter daran forschen. Wir trauen den Menschen zu, die Chancen neuer Entwicklungen zu nutzen und mit Risiken verantwortungsvoll umzugehen. Wir sind offen für Neues, nicht grundsätzlich dagegen.

Wir wollen eine Gesellschaft und Wirtschaft, die auf ein Wachstum von Ideen und neuen Lösungen setzt, die dazu beitragen, Umwelt und Wirtschaft besser miteinander zu vereinbaren. Solche Lösungen können sowohl neue Formen der Mobilität in Großstädten oder einer umweltfreundlichen, sicheren und preisgünstigen Energieversorgung sein. Es sind Lösungen, die nicht nur Deutschland zukunftsfester und lebenswerter machen können. Es sind auch Lösungen, die nachhaltiges Wachstum zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil für unsere Wirtschaft machen, indem sie Antworten auf die globalen Herausforderungen geben und damit die Grundlage für neue Exporterfolge und Arbeitsplätze bei uns bilden.

Wenn aus Ideen neue Produkte und Arbeitsplätze entstehen sollen, brauchen wir tüchtige und gut ausgebildete Arbeitnehmer. Und genauso brauchen wir Menschen, die bereit sind, unternehmerische Verantwortung und persönliche Risiken zu übernehmen. Dazu wollen wir die Menschen ermuntern. Wir wollen Menschen mit Mut unterstützen, aus ihren Geschäftsideen Unternehmen zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Denn verantwortliches Unternehmertum stärkt unser Land. Dazu zählen vor allem die vielen privaten Firmeninhaber in Handwerk und Mittelstand, die für ihr wirtschaftliches Engagement persönlich haften und gerade stehen. Sie stehen nicht nur für den eigenen Erfolg oder Misserfolg, sondern auch für soziale Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und der Gesellschaft. Wir erwarten diese Haltung und Verantwortungsübernahme von allen Unternehmern und Unternehmen. Denn umgekehrt unterstützt der Staat durch gute Rahmenbedingungen, soziale Stabilität, Bildung und Rechtsstaatlichkeit deren Arbeit und Einsatz. Dafür muss jeder seinen Beitrag leisten – auch in Form von Steuern und Beiträgen. Genauso muss jeder, der Gewinnchancen hat, auch für die Verluste haften. Dieser Zusammenhang von Entscheidungsverantwortung und Haftung ist auf den

internationalen Finanzmärkten zu lange missachtet worden. Deshalb treten wir in Europa und international für eine wirksamere Regulierung ein. Deutschland ist unter der Führung der Union Vorbild und Tempomacher zugleich. Gerade auf europäischer Ebene haben wir viel erreicht, was international noch durchgesetzt werden muss.

2.2. Mittelstand und Industrie geben unserem Land Kraft

Der Mittelstand bleibt das Rückgrat unserer Wirtschaft und einer der Garanten für unseren Wohlstand. Seine Betriebe und Unternehmen sind nicht nur die größten Arbeitgeber des Landes, sondern auch Impulsgeber und Ideenfabriken. Aber nicht nur der wirtschaftliche Erfolg ist wichtig. Gerade im Mittelstand werden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit Leben gefüllt: Die Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern etwa oder verantwortliches Unternehmertum.

Das gilt vor allem in den zahlreichen Familienunternehmen, den Freien Berufen und dem Handwerk. Gerade die Meisterbetriebe des Handwerks sind auch diejenigen, die Traditionen sowie Fertigkeiten teilweise schon seit Jahrhunderten den Herausforderungen der Zeit anpassen und an die nächste Generation weitergeben. Sie bieten damit Beschäftigungsperspektiven für junge Menschen und gestalten als wichtiger Träger von Tradition ein fortschrittliches Deutschland mit.

Wir haben für den Mittelstand die Bedingungen seit 2005 entscheidend verbessert. 2005 beurteilten 90 Prozent der Befragten unter Rot-Grün die Politik für den Standort Deutschland negativ. Heute bewerten 80 Prozent der befragten Mittelständler unsere Standortpolitik positiv. Dieser Erfolg bestätigt unsere Politik und ermuntert uns, unser Land als wettbewerbsfähigen Standort von Industrie und Mittelstand weiter zu stärken. Wir wollen, dass unsere attraktive Wirtschaftsstruktur aus Großindustrie und Mittelstand, in der produzierende Unternehmen und Dienstleister Hand in Hand arbeiten, erhalten und ausgebaut wird. Gerade diese Struktur hat unserem Land in der Krise Stabilität gegeben.

Markтчancen des Mittelstands im In- und Ausland stärken

Mittelstand und Industrie profitieren von einem fairen und funktionierenden Wettbewerb. Gegen Machtmissbrauch und Gefährdung des Wettbewerbs werden wir da-

her entschieden vorgehen. Mit Blick auf die Chancen unserer Wirtschaft auf dem Weltmarkt wollen wir uns auch weiterhin für deutsche Produkte und Forschungsergebnisse stark machen. Das gilt vor allem für Patente und Normen. Zudem wollen wir die Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung sowie die Kampagne „German Mittelstand“ fortsetzen.

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand wollen wir verstetigen. Es gilt, den Zugang zu Forschungsergebnissen zu erleichtern und Innovationen gerade für kleine Unternehmen möglichst unbürokratisch voranzutreiben.

Steuerliche Rahmen- und Finanzierungsbedingungen verbessern

Mittelständische Unternehmer denken, planen und handeln langfristig. Eine verlässliche Steuerpolitik ist für diese Planungssicherheit unverzichtbar. Steuererhöhungen lehnen wir deshalb konsequent ab.

Die Steuerpläne von SPD und Grünen sind ein Angriff auf die Substanz der Unternehmen. Sie bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands und damit tausende Arbeitsplätze in unserem Land. Das ist verantwortungslos. Wir wollen stattdessen mit verlässlichen Rahmenbedingungen sowie gezielter Förderpolitik die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken.

Dazu zählt für uns die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Damit wollen wir die Forschungsanstrengungen insbesondere des Mittelstands weiter steigern und einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gerade mit Blick auf die internationale Konkurrenz leisten.

Zudem wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge, wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech-Bereich unterstützen.

Auch die steuerlichen Anreize für eine bessere Ausstattung mit Eigenkapital werden wir ausbauen, indem wir Nachteile gegenüber der Fremdfinanzierung abbauen. Eigenkapital spielt gerade für Mittelstand und Familienunternehmen eine große Rolle. Unternehmerische Entscheidungen sollen sich auch bei der Finanzierung in erster Linie nach wirtschaftlichen und nicht nach steuerlichen Gesichtspunkten richten. Dies fördert eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Verantwortungsbewusstsein.

tes Unternehmertum. Aus gleichem Grund dürfen auch Betriebsübergaben steuerlich nicht zu hoch belastet werden. Wir wollen die Fortführung der Unternehmen etwa in Familienhand fördern und Unternehmer nicht in Verkauf oder Betriebsaufgabe drängen.

Wir werden bei der Umsetzung der strengeren Eigenkapitalvorschriften („Basel III“) die Belange des Mittelstands berücksichtigen. Uns geht es darum, dass die besondere Finanzierungsstruktur kleinerer und mittlerer Firmen nicht zu Nachteilen bei ihrer Kreditversorgung führt.

Lohnzusatzkosten stabil halten

Für uns gilt: Vorfahrt für Arbeit! Deshalb bleibt unser Ziel, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanzierten Lohnzusatzkosten stabil unter 40 Prozent zu halten.

Unternehmen entlasten – Bürokratie abbauen

Eine leistungsfähige und bürgernahe öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Standortvorteil. Überzogene Bürokratie aber ist eine Wachstumsbremse. Wir wollen, dass die Unternehmen ihr Geld für neue Ideen und Arbeitsplätze ausgeben und nicht für Bürokratie. Wir wollen deshalb überflüssige Bürokratie weiter abbauen. Seit 2006 wurden unsere Unternehmen von Bürokratiekosten in Höhe von jährlich 12 Milliarden Euro entlastet und damit das Ziel erreicht, die Bürokratiekosten der Wirtschaft um 25 Prozent zu reduzieren. Das ist ein Wachstumsprogramm zum Nulltarif. Einfachere, zielgenauere Gesetze ohne neue Bürokratielasten helfen allen.

Wir wollen den Normenkontrollrat als bewährten „Bürokratie-TÜV“ stärken. Wir werden neue konkrete Abbauziele festlegen. Künftig sollen auch die Bürokratiekosten der Kommunen und der öffentlichen Verwaltung einbezogen werden. Ebenso wollen wir die Belastung durch die Umsetzung von Gesetzen verringern. So werden wir die Aufbewahrungsfristen für Steuerunterlagen verkürzen, statistische Meldepflichten abbauen und im Vergaberecht für schnellere Verfahren sorgen.

Auch auf europäischer Ebene wollen wir eine Bürokratieüberprüfung verankern. Die Europäische Union soll sich gerade bei Fragen der Bürokratie selbst begrenzen und unnötige Regelungen und Vorschriften vermeiden. Die Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe, die Freien Berufe und das Handwerk

müssen von unnötigen Regulierungen entlastet werden. Hierzu brauchen wir ein Frühwarnsystem auf europäischer Ebene, insbesondere für Maßnahmen, die den Mittelstand betreffen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden.

Faire Wettbewerbsbedingungen für Schlüsselindustrien

Wir wollen unsere Schlüsselindustrien in Deutschland halten und ausbauen. Die Technologieführerschaft unserer Unternehmen ist die Voraussetzung für den Erfolg deutscher Produkte auf den Weltmärkten. Daher wollen wir gezielt in wichtige Zukunftstechnologien, wie zum Beispiel die Mikroelektronik und die Luft- und Raumfahrt, investieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter stärken und ausbauen. Wir setzen uns gegen schädliche Wettbewerbsverzerrungen und für faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen in allen Ländern ein. Auch der Mittelstand braucht faire Rahmenbedingungen im weltweiten Wettbewerb. Deshalb werden wir bei der Schaffung der Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene die Auswirkung auf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit im Blick behalten.

Für den Wohlstand von morgen Fachkräfte sichern

Eine der größten Herausforderungen für unsere Wirtschaft ist der Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeitern. Schon heute gibt es Branchen und Regionen, die wirtschaftlich erfolgreicher sein könnten, wenn es ausreichend Fachkräfte geben würde. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung mit der Umsetzung ihres Fachkräftekonzepts begonnen. Im Mittelpunkt steht die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Erfolgsfaktor duale Ausbildung

Die duale Ausbildung in Schule und Betrieb bietet unseren jungen Menschen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie werden damit bestmöglich ausgebildet und auf ihren künftigen Beruf vorbereitet. Den ausbildenden Betrieben wiederum bietet sich so frühzeitig die Möglichkeit, junge Menschen als Nachwuchskräfte zu gewinnen. Diese Stärke wollen wir zusammen mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften dauerhaft sichern und weiterentwickeln.

Eine wichtige Rolle spielen für uns dabei auch die Jugendausbildungsvertretungen, die die Interessen der Auszubildenden einbringen und auf diesem Weg an der laufenden Verbesserung der Ausbildungsarbeit in den Betrieben mitwirken.

Wir wollen die klügsten Köpfe nach Deutschland holen

Mit Blick auf den Fachkräftemangel brauchen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern. Sie sind uns willkommen. Für sie und ihre Familien wollen wir unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver machen. Bürger aus EU-Staaten können und sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nutzen. Bürokratische Hindernisse, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir weiter abbauen.

Für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit der „Blauen Karte“ die Türen für den deutschen Arbeitsmarkt bereits geöffnet. Wir wollen die Akzeptanz der „Blauen Karte“ regelmäßig überprüfen und fortentwickeln. Zudem wollen wir eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten in ihren Heimatländern erreichen. Dazu wollen wir u. a. die Kooperation der Bundesagentur für Arbeit mit den deutschen Auslandsvertretungen und Außenhandelskammern stärken. Sie sollen sich mit dem Aufbau entsprechender Angebote zu Anlaufstellen für Studierende, Hochschulabsolventen und Hochqualifizierte im Ausland entwickeln. Zum Abbau von Sprachbarrieren wollen wir die Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache verbessern.

Rohstoffe – Versorgung durch Kooperation und strategische Partnerschaften sichern

Viele Bereiche unserer Wirtschaft sind auf Rohstoffe angewiesen, die es in unserem Land nicht gibt. Zur Sicherung einer stabilen Versorgung mit Rohstoffen setzen wir auf strategische Partnerschaften und die Abschaffung von Exportbeschränkungen, die es derzeit in zahlreichen Ländern gibt. Wir wollen das Thema Rohstoffversorgung und -verfügbarkeit stärker als bisher in den Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation und in Freihandelsabkommen mit anderen Ländern verankern. Wir wollen im Sinne einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen auch in den Förderländern auf den verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen hinwirken. Das gilt vor allem für die Wahrung der Menschenrechte und die Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Standards.

Wir begrüßen die Initiativen der deutschen Wirtschaft zum Aufbau einer Rohstoffallianz. Sie soll die Versorgung unserer Wirtschaft mit Rohstoffen langfristig gewährleisten. Wir wollen diese Entwicklung mit verstärkten Forschungsanstrengungen zur Rohstoffsicherung begleiten und dazu die internationale Zusammenarbeit mit wichtigen Rohstoffländern im Wissenschaftsbereich stärken. Auch die Anstrengungen zur Wiederverwendung und die verstärkte Nutzung einheimischer Rohstoffe dienen dazu, die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dazu gehört auch die Nutzung der einheimischen Braunkohle als Grundstoff für die chemische Industrie.

Grünes Licht für den größten Markt der Welt – Freier Handel zwischen EU und USA

Freier Handel stärkt den weltweiten Wohlstand. CDU und CSU lehnen Handelsbeschränkungen ab und wollen den internationalen Freihandel stärken – etwa durch Fortführung der sogenannten „Doha-Runde“, in der über eine weitere Öffnung der Märkte und stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel verhandelt wird. Insbesondere aber wollen wir zwischen den beiden starken Wirtschaftsräumen EU und USA eine umfassende Partnerschaft für Handel erreichen. Eine nordatlantische Freihandelszone schafft den weltweit größten Wirtschaftsraum. Damit sorgt sie für Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks und verbessert für unsere Unternehmen den Zugang zum größten freien Markt der Welt. Wir werden dabei darauf achten, dass die Stärken unserer Unternehmen und Märkte erhalten bleiben.

2.3. Rekordbeschäftigung – Arbeit für alle

Noch nie hatten in Deutschland so viele Menschen Arbeit wie heute. Das ist ein gemeinsamer Erfolg, auf den wir alle stolz sein können. In Deutschland sind fast 42 Millionen Menschen erwerbstätig. Das sind knapp drei Millionen mehr als 2005. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenquote nahezu halbiert. Besonders erfreulich: Für unsere Jugend gibt es ausreichend Ausbildungsplätze. Das verschafft unserem Land gute Perspektiven und den Menschen Aussicht auf eine sichere Zukunft.

Einmal mehr zeigt sich, dass das gute Miteinander in den Betrieben für unser Land ein Standortvorteil ist, den wir bewahren und auch weiterhin fördern wollen. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben mit verantwortungsvol-

len Entscheidungen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch die Teilhabe der Arbeitnehmer an der guten Wirtschaftsentwicklung im Blick behalten. In der Regierungszeit von Rot-Grün war die Schere zwischen den unteren und oberen Einkommen auseinandergegangen. In den letzten Jahren konnte diese Entwicklung gestoppt werden, und die Schere beginnt sich wieder zu schließen. Wir wollen diese Entwicklung fortsetzen. Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung. Wir wollen dazu beitragen, dass sich für noch mehr Menschen gute Chancen eröffnen, ihr Leben selbst zu gestalten, und dass sie insgesamt ein Einkommen erzielen können, mit dem sie für sich und ihre Familie sorgen können.

Gute Arbeit gibt Sicherheit und braucht starke Tarifpartner

Sichere Berufsaussichten erleichtern Lebensentscheidungen wie die Eheschließung oder die Gründung einer Familie. Deshalb wollen wir durch eine kluge Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade junge Menschen eine gute Chance auf eine Festanstellung bekommen. Dies muss auch weiterhin der Regelfall sein. Wir sehen aber auch in anderen Formen von Arbeitsverhältnissen wie Zeitarbeit und Befristungen die Möglichkeit, berufliche Perspektiven zu schaffen und beispielsweise Auftragsspitzen zu bewältigen. Wir halten in diesem Zusammenhang auch Werkverträge für ein wichtiges Instrument am Arbeitsmarkt. Gerade deshalb wollen wir aber mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass sie nicht missbraucht werden, um bestehende Arbeitsregeln und Lohnuntergrenzen zu unterlaufen.

Insgesamt sind wir überzeugt, dass die Verantwortung für ein gutes Miteinander zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in erster Linie bei den Tarifpartnern und in den Betrieben liegt.

Das Zusammenspiel von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten sowie Arbeitgebern hat sich dabei ebenso wie die Tarifautonomie gerade in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bewährt. Für uns bleiben Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung wesentliche Grundlagen unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Tarifeinheit

Der Grundsatz der Tarifeinheit, d. h. dass in einem Betrieb nur eine einheitliche Tarifregelung angewendet werden darf, hat sich über Jahrzehnte bewährt. Die durch ein

Gerichtsurteil notwendig gewordene Anpassung wollen wir mit einem Gesetz über die Tarifeinheit umsetzen und damit die Tarifpartnerschaft stärken.

Ordentlicher Lohn für gute Arbeit – tariflicher Mindestlohn

Für uns gilt: Wer hart arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden. Deshalb haben wir mit den Tarifpartnern Mindestlöhne in zahlreichen Branchen mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten geschaffen und wollen für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden können. Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Zeitarbeit, Minijobs und Teilzeitbeschäftigung gehören seit langem zum Arbeitsmarkt. Sie ermöglichen vielen Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt oder die Chance, sich ohne viel bürokratischen Aufwand Geld dazuzuverdienen. Für Unternehmen und Betriebe bieten sie die Chance, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Diese Flexibilität darf aber nicht zum Missbrauch führen. Die Unternehmen und Betriebe stehen hier in der Verantwortung. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen.

Alle werden gebraucht

Für uns gilt: Alle werden gebraucht, keiner darf ausgegrenzt werden. Deshalb wollen wir auch den Leistungsschwächeren zum Berufseinstieg verhelfen oder ihnen den Wiedereinstieg ermöglichen. Gerade junge Erwachsene ohne Berufsausbildung brauchen eine besondere Förderung. Wir wollen dazu weitere Anstrengungen unternehmen, damit möglichst viele ihre Ausbildung nachholen bzw. abschließen können.

Eine wichtige Aufgabe ist es zudem, Langzeitarbeitslose für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen. Deshalb werden wir die Bundesagentur für Arbeit beauftragen, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Durch weniger Bürokratie, klare Zielvorgaben, den Vorrang von Qualifizierung und eine anschließend deutlich bessere Vermittlung sollen Langzeitarbeitslose nachhaltiger wieder einen Arbeitsplatz finden. Vor allem alleinerziehende Frauen und Menschen ohne Berufsabschluss erhalten so neue Chancen.

Auch das Programm „Perspektive 50plus“, das darauf abzielt, ältere Menschen wieder in Arbeit zu bringen, werden wir aufgrund seines Erfolgs fortsetzen.

Menschliche Arbeitswelt

Die moderne Arbeitswelt eröffnet viele neue Möglichkeiten für die Arbeitnehmer. Aber wir sehen auch mit Sorge die Zunahme von psychischen Erkrankungen infolge von Stress, Überlastung und dem Druck ständiger Erreichbarkeit durch E-Mail und mobile Kommunikation. Wir wollen mit dazu beitragen, dass Beschäftigte geistig und körperlich gesund bleiben. Hierfür sind neue vorbeugende Konzepte erforderlich. Wir sind davon überzeugt, dass auch hierbei die besten Lösungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden müssen.

Mitarbeiterbeteiligung weiter verbessern

Die Beteiligung von Mitarbeitern an Gewinn und Kapital ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür weiter verbessern, indem wir die geltenden steuerlichen und sozialversicherungspflichtigen Rahmenbedingungen prüfen und schrittweise attraktiver ausgestalten.

Wir sind davon überzeugt, dass Unternehmen, die ihre Arbeitnehmer am Erfolg beteiligen, produktiver und damit wettbewerbsfähiger sind. Denn gelebte Partnerschaft stärkt die Verbundenheit der Mitarbeiter mit ihrem Unternehmen, fördert das Miteinander und eröffnet den Beschäftigten eine neue Einkommensquelle. Neben der Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern kommt der Mitarbeiterbeteiligung auch angesichts des Bevölkerungswandels eine wachsende Bedeutung zu: Zum einen ist sie ein wichtiges Instrument, um qualifizierte Fachkräfte an das Unternehmen zu binden. Zum anderen lassen sich Unternehmensnachfolgen durch Mitarbeiterkapitalbeteiligungen vereinfachen, indem bisherige Unternehmer den Betrieb oder Teile davon an die Belegschaft übergeben. Dadurch können Unternehmen und Arbeits-

plätze gesichert werden. Wir wollen prüfen, wie in solchen Fällen – beispielsweise durch Darlehen der KfW – wirksam geholfen werden kann.

2.4. Solide Finanzen – Deutschlands Stärke

Ein verlässlicher Staat braucht solide Finanzen. Unsere Erfolge der letzten Jahre zeigen, dass Wachstum für steigende Steuereinnahmen sorgt. Dazu muss man nicht die Steuern erhöhen wie Rot-Grün. Richtig ist vielmehr, sorgsam mit den Staatseinnahmen umzugehen.

Deshalb haben wir die Ausgaben begrenzt, die Schuldenbremse eingeführt und ihre Regeln zum schrittweisen Abbau der Neuverschuldung von Anfang an eingehalten. Erstmals seit 40 Jahren wollen wir in der nächsten Wahlperiode einen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. Das ist auch ein starkes Signal für Europa.

Auf die Schuldenbremse folgt die Schuldentilgung

Wir werden damit beginnen, die über Jahrzehnte angehäuften Schulden zurückzuzahlen. Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln keinen immer größer werdenden Schuldenberg hinterlassen. Zugleich wollen wir die Gesamtverschuldung des Staates schrittweise auf maximal 60 Prozent der Wirtschaftsleistung senken. Damit bekennen wir uns nachdrücklich zur Einhaltung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Finanzausstattung von Ländern und Kommunen zukunftssicher gestalten

Länder und Kommunen brauchen eine vernünftige Finanzausstattung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Mit dem Länderfinanzausgleich sieht das Grundgesetz einen angemessenen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern vor. Zu einem angemessenen Länderfinanzausgleich stehen wir genauso wie zu den Verpflichtungen des Solidarpakts. Wir wollen den Länderfinanzausgleich für die Zukunft so ordnen, dass die Geberländer nicht über Gebühr belastet und um die Früchte ihrer erfolgreichen Politik gebracht werden, dass es sich für die Empfängerländer mehr als bisher lohnt, ihre Situation zu verbessern, und dass strukturschwache Regionen in den neuen und in den alten Ländern nach einheitlichen Kriterien gefördert werden. Zu dieser Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen werden wir eine dritte Föderalismuskommission einsetzen.

Wir sind davon überzeugt, dass in der Vielfalt unseres Landes und in der Fähigkeit auf unterschiedliche Herausforderungen flexibel reagieren zu können, eine besondere Stärke liegt. Dafür steht der Föderalismus. Wir wollen ihn stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört auch das Bekenntnis, neue Bundesbehörden solange vorrangig in den neuen Ländern anzusiedeln, bis es zu einer annähernd gleichwertigen Verteilung der Standorte im Bundesgebiet gekommen ist. Genauso stehen wir uneingeschränkt zu den Vereinbarungen des Bonn/Berlin-Gesetzes. Die Bundesstadt Bonn ist das zweite bundespolitische Zentrum. Wir wollen Bonn als deutschen Standort der Vereinten Nationen, als Sitz internationaler Nichtregierungsorganisationen und Standort für internationale Kongresse und Konferenzen stärken.

2.5. Verantwortungsbewusste Steuerpolitik – Leistung muss sich lohnen

Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das ist wegen unseres progressiven Steuersystems schon heute der Fall: So haben im Jahr 2011 die obersten fünf Prozent der Steuerpflichtigen 41,5 Prozent der Einkommensteuerlast getragen. Die oberen 25 Prozent der Steuerpflichtigen haben 76,9 Prozent des Einkommensteueraufkommens geschultert. Wer diese Schraube überdreht, gefährdet den Zusammenhalt und schwächt die Leistungsbereitschaft der Menschen.

Mittelschicht entlasten – die kalte Progression abbauen

Leistung muss sich lohnen. Wir wollen deshalb die Leistungsträger in der Mitte unserer Gesellschaft weiter entlasten. Dazu wollen wir die sogenannte kalte Progression abbauen. Das sorgt dafür, dass Lohnerhöhungen, die lediglich dem Ausgleich von Preissteigerungen dienen, nicht mehr von einem höheren Steuertarif aufgezehrt werden. SPD und Grüne wollen, dass der Staat weiter am Ausgleich der Inflation verdient. Wir aber meinen, das Geld gehört den Arbeitnehmern.

Nein zur Vermögensteuer – Keine Erhöhung der Erbschaftsteuer

Die meisten Menschen glauben, dass sie von einer Vermögensteuer nicht betroffen wären. Das ist ein Irrtum: Wer eine Vermögensteuer einführen will, muss zunächst einmal bei allen 80,2 Millionen Menschen in Deutschland

die Vermögensverhältnisse ermitteln. Nur so kann sichergestellt werden, dass keine Vermögen unentdeckt bleiben. Diesen Zugriff auf alle Deutschen verschweigen SPD und Grüne gerne und streuen den Menschen stattdessen Sand in die Augen.

Klar aber ist, dass deutsche Unternehmen zu den Leidtragenden gehören würden. In Deutschland gibt es rund 1500 Unternehmen, die mit ihren Produkten Weltmarktführer sind. Diese Unternehmen machen uns mit ihren Spitzenprodukten zu einer der führenden Exportnationen. Die allermeisten von ihnen sind mittelständische Unternehmen: 70 Prozent davon sind in Familienbesitz, mehr als 90 Prozent gehören zum produzierenden Gewerbe. Ihre Arbeit erfordert an einem Hochpreisstandort wie Deutschland teure Produktionsstätten. Die Unternehmen verfügen daher über entsprechend hohe Firmenvermögen, die von den rot-grünen Plänen einer höheren Erbschaftsteuer und neuer Vermögensteuern besonders betroffen wären. Dadurch wird diesen Unternehmen die Möglichkeit genommen, in neue Arbeitsplätze, in Aus- und Weiterbildung, in Forschung und Entwicklung zu investieren – oder Weihnachtsgeld zu zahlen.

Auch die Erbschaftsteuer trifft in Deutschland zum überwiegenden Teil Unternehmens- und Grundvermögen. Wenn Erben Teile des Vermögens verkaufen müssen, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können, kann das verheerende Folgen für Arbeitnehmer und Mieter haben. Eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und Erhöhung der Erbschaftsteuer schadet daher unserer Wettbewerbsfähigkeit und vernichtet Arbeitsplätze. Deshalb lehnen CDU und CSU beides entschieden ab.

Unternehmensbesteuerung wachstumsfreundlich weiterentwickeln

Die Union steht für eine wachstumsfreundliche Unternehmensbesteuerung. Wir haben die Unternehmenssteuerreform von 2008 mit zahlreichen Maßnahmen krisenfest weiterentwickelt. Es bleibt jedoch auch künftig wichtig, dass das deutsche Unternehmenssteuerrecht mit den internationalen Entwicklungen Schritt hält. Es ist erklärtes Ziel der Union, dass Deutschland ein international attraktiver Industriestandort bleibt. Wir werden weiter daran arbeiten, die Unternehmenssteuern in Europa anzugleichen. Unternehmen sollen über Produkte und Dienstleistungen konkurrieren, nicht mit Hilfe von Steuerkanzleien.

Steuerhinterziehung wirksam bekämpfen

Steuerhinterziehung ist kriminell und fügt unserem Gemeinwesen schweren Schaden zu. Hinterzogene Steuern fehlen dem Staat für den Bau von Straßen, die Sanierung von Schulen, Kindergärten, die Polizei und gehen damit zu Lasten aller Bürger. Wir werden Steuerhinterziehung weiter entschlossen bekämpfen und Steueransprüche auch über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg durchsetzen. Wichtigstes Ziel bleibt die Einnahme der Steuern – niemand darf sich entziehen. Wer es dennoch tut, muss die Folgen des Gesetzes zu spüren bekommen.

Steuerstraftaten werden wir weiterhin mit Nachdruck verfolgen. Dazu setzen wir uns auf Länderebene dafür ein, dass Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden. Auf internationaler Ebene wollen wir die Zusammenarbeit der Steuerfahndungsbehörden zum Beispiel durch Übereinkommen zum Informationsaustausch verbessern.

Mit dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz hat die unionsgeführte Bundesregierung Anfang 2011 die Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige massiv verschärft. Wir prüfen zusammen mit den Ländern und Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis, inwieweit eine noch weitergehende Verschärfung sinnvoll und möglich ist.

Bereits 1996 hat die unionsgeführte Bundesregierung mit einer Initiative bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Grundstein für das seit 2005 international geltende Musterabkommen zum gegenseitigen Informationsaustausch gelegt. Seit dem Inkrafttreten des Musterabkommens hat die unionsgeführte Bundesregierung 42 solcher Abkommen mit anderen Staaten unterzeichnet – 36 allein in dieser Wahlperiode.

Eine unionsgeführte Bundesregierung wird auch weiterhin dafür sorgen, dass Steueroasen durch eine bessere internationale Zusammenarbeit trockengelegt werden.

Steuervollzug besser koordinieren

Der Steuervollzug soll weiterhin in der Verantwortung der Länder liegen. Unsere Steuerfahnder leisten gute Arbeit. Angesichts oft sehr komplizierter Prüfvorgänge bei international tätigen Unternehmen wollen wir sie dabei besonders unterstützen. Deshalb setzen wir uns für

eine stärkere Zusammenarbeit der Länder beim Steuer-vollzug ein. Wir werden prüfen, inwiefern Fähigkeiten und Erfahrungen gebündelt werden können – etwa im Sinne einer Koordinierungsstelle beim Bundeszentralamt für Steuern.

Internationale Großkonzerne angemessen besteuern

Wer in Deutschland wirtschaftlich aktiv ist, soll hier auch Steuern zahlen. Einem überzogenen und aggressiven Ausnutzen von Unterschieden in den Steuersystemen der verschiedenen Länder ist entgegenzuwirken. Zusammen mit Partnern wie Großbritannien und Frankreich hat sich Deutschland unter Führung der Union erfolgreich dafür eingesetzt, auch auf zwischenstaatlicher Ebene schneller voranzukommen. Durch dieses Engagement steht die Frage eines gemeinsamen Vorgehens gegen überbordende internationale Steuergestaltung jetzt ganz oben auf der Tagesordnung der Beratungen von der G 8, der G 20, dem Internationalen Währungsfonds und der OECD.

2.6. Strenge Regeln für die Finanzmärkte

Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Das müssen wir auch für die Finanzmärkte durchsetzen. Für uns gilt erstens: Der Zusammenhang zwischen Entscheidungsverantwortung und Haftung muss gerade im Finanzmarkt gelten. Wer die Freiheit will, mit riskanten Geschäften hohe Gewinne zu erzielen, muss auch dafür einstehen, wenn es schiefgeht. Zweitens sagen wir: Wir wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt. Beim Aufbau dieser Regeln sind wir gut vorangekommen. Deutschland ist dabei nicht nur Vorreiter in der nationalen Umsetzung, sondern auch international treibende Kraft.

Schattenbanken kontrollieren

Besondere Aufmerksamkeit werden wir dabei den sogenannten Schattenbanken widmen. Wir wollen vermeiden, dass Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds oder Hedgefonds klassische Bankgeschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors abwickeln. Sonst entstehen neue Risiken, die mit allen bisherigen und künftigen Regulierungsmaßnahmen gerade vermieden werden sollen.

Finanztransaktionssteuer weltweit einführen

Wir haben zusammen mit zehn anderen EU-Ländern verabredet, möglichst schnell eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Während andere nur reden, hat die unionsgeführte Bundesregierung gehandelt. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben. Nur als ein starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Unser Ziel bleibt es dabei, die Steuer nicht nur in Europa, sondern langfristig weltweit einzuführen.

Universalbankensystem erhalten – Mittelstandsfinanzierung sicherstellen

Unsere Bankenstruktur mit Genossenschaftsbanken, Privatbanken und Sparkassen hat sich insbesondere in der Finanzmarktkrise als stabil erwiesen. Wir wollen diese Struktur erhalten und stärken. Denn sie sichert nicht nur die Finanzierung des Mittelstands, sondern stellt den Menschen auch vielfältige Bankangebote für ihren Alltag vor Ort zur Verfügung. Gleichzeitig wollen wir vermeiden, dass Risiken aus Eigenhandelsgeschäften der Banken Sparguthaben und Kreditgeschäfte der Anleger gefährden. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass bestimmte hochspekulative Geschäfte vom Einlagen- und Kreditgeschäft abgetrennt werden.

2.7 Nachhaltiges Wachstum schafft Lebensqualität

Wachstum hat das Leben vieler Menschen in unserem Land, aber auch weltweit, in beispielloser Weise verbessert und Wohlstand ermöglicht. Dabei ist Wachstum in der Sozialen Marktwirtschaft kein Selbstzweck. Marktwirtschaft und Wachstum müssen dem Menschen dienen. In diesem Sinne muss die Soziale Marktwirtschaft immer auch fortentwickelt werden. Dazu gehört, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nachkommender Generationen stärker als bisher zu sichern. Deshalb wollen wir ein Wachstum, das Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbindet. Dies gilt gerade angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen wie dem globalen Klimawandel, der Versorgung einer immer größer werdenden Weltbevölkerung

und der Wirtschafts- und Finanzkrise. Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht einfach „mehr“, sondern vor allem „Besseres“ zu schaffen. Wir wollen eine Wirtschaft, die Vorreiter bei nachhaltigen Produkten, intelligenten Lösungen und Strategien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Umwelt und Wirtschaft ist.

Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen und weltweit erreichen

Unser Verständnis von Wachstum und Wohlstand weist über den Tag hinaus und muss drei Aspekte von Nachhaltigkeit erfüllen:

1. Nachhaltigkeit muss in einer vernetzten und globalisierten Welt auch international verankert werden. Eine internationale Ordnungspolitik der Nachhaltigkeit muss darauf hinwirken, lokal und global, in entwickelten Industrieländern sowie in Entwicklungs- und Schwellenländern den Übergang in das Zeitalter energieeffizienter umweltfreundlicher Produktion, stabiler Finanz- und hoher sozialer Standards anzustoßen und partnerschaftlich zu begleiten.
2. Ökonomisch und finanziell nachhaltiges Wachstum erfordert vor allem, die Verschuldungspolitik zu beenden. Infolge der internationalen Finanzkrise besteht jetzt die historische Chance, eine nachhaltige Finanzpolitik in Deutschland, Europa und der Welt durchzusetzen.
3. Der Mensch ist Teil der Schöpfung. Sie zu schützen ist unser Auftrag. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist fester Bestandteil unserer Politik. Wir wollen unseren Nachkommen eine Welt bewahren und hinterlassen, die auch morgen noch lebenswert ist. Ganz entscheidend für ökologische Nachhaltigkeit ist, dass bereits eine deutliche Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch gelungen ist. Diesen Weg gilt es fortzusetzen. Menschen zur Teilhabe zu befähigen und dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken – das ist soziale Nachhaltigkeit. Jeder Mensch soll sich gemäß seinen Fähigkeiten beteiligen, einbringen und einen Beitrag zum Wohle aller leisten können. Das heißt insbesondere, Bildung weiter in allen Lebensphasen zu fördern, noch mehr Arbeitsuchende in Arbeit zu bringen und die Bereitschaft der Menschen für ehrenamtliches Engagement noch mehr als bisher zu heben.

Neue Maßstäbe für die Wohlstandsmessung

Dieses Verständnis von Wohlstand kann das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein nicht abbilden. Es ist eine gute Kennzahl, um die Wirtschaftsleistung zu messen und dafür ist es auch weiter notwendig. Mehr kann es aber nicht messen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir ein neues Instrument brauchen, das diesem umfassenden Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität gerecht wird. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Vorschläge der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages. So sollen neben dem Bruttoinlandsprodukt unter anderem auch Schulden des Staates und der Privathaushalte, Beschäftigungsquote, Bildungsabschlüsse sowie Fort- und Weiterbildungsquote, Gesundheit, demokratische Mitsprache sowie Luftverschmutzung und Artenvielfalt in nationaler und internationaler Perspektive ermittelt werden. Damit würde eine umfassende Abbildung des Wohlstandes möglich. Als Schritt in diese Richtung wollen wir bei staatlichen Maßnahmen künftig verstärkt den Nutzen im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung darstellen. Damit schaffen wir die Voraussetzung für eine über reine Kostenberechnungen hinausgehende Betrachtung.

3. Deutschlands Chancen nutzen

3.1. Bildungsrepublik Deutschland

Bildung fängt zu Hause an, bei den Kleinsten: Mutter und Vater beginnen, was Kita, Schule, Betrieb und Hochschule fortsetzen. Doch damit ist noch lange nicht Schluss: Lebenslanges Lernen wird für unser Land und seine Menschen immer wichtiger. Deswegen haben wir die Bildungsrepublik Deutschland auf den Weg gebracht und wollen deren Ausbau in den kommenden Jahren fortsetzen. Jedes Kind verdient beste Startchancen, um seine Fähigkeiten bestmöglich entwickeln zu können. Wir wollen Schule und Ausbildung mit digitalem Lernen verbinden, für erstklassige Schul- und Studienbedingungen sorgen und eine „Nationale Initiative Weiterbildung“ anstoßen.

Bildung steht deshalb weiter im Mittelpunkt unseres Handelns. Seit 2005 haben wir die Ausgaben für Bildung Jahr für Jahr erhöht. Allein die Hilfen des Bundes für die Hochschulen haben sich in den vergangenen acht Jahren verdoppelt. Wir wollen die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben weiter steigern.

Gleiche Bildungschancen von Anfang an

Kinder sind geborene Entdecker und Forscher. Von Kindesbeinen an wollen sie herausfinden, wie die Welt um sie herum funktioniert. Mit einer guten frühkindlichen Bildung und Erziehung unterstützen wir sie dabei. Leider gibt es eine wachsende Zahl von Kindern, die zu Hause von ihren Eltern nur unzureichend die deutsche Sprache lernen. Daher setzen wir uns für Sprachtests für alle Kinder ab drei Jahren ein. Wo sich herausstellt, dass die Sprachkenntnisse nicht ausreichen, soll eine verpflichtende Sprachförderung in der Kita und in der Schule erfolgen.

Die bestmögliche Schule für unsere Kinder

Wir bekennen uns zu einem vielfältigen und durchlässigen Bildungsangebot. Das Konzept der rot-grünen Einheitsschule ist ein Irrweg. Es verkennt, dass jedes Kind einzigartig ist und geht damit an den Bedürfnissen und Interessen unserer Kinder vorbei. Bei uns steht das einzelne Kind im Mittelpunkt. Wir wollen jedes Kind entsprechend seiner Möglichkeiten fördern und fordern. Da-

zu setzen wir auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Eltern. CDU und CSU stehen zur Zukunft des Gymnasiums, zur leistungsstarken Schule zur Vorbereitung vor allem einer Berufsausbildung und der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Statt Einheitsbrei wollen wir für unsere Kinder eine Vielfalt der Bildungswege, die ihnen vielfältige Berufs- und Lebenswege eröffnen. Für uns gilt das Ziel: kein Abschluss ohne Anschluss.

Pakt für eine gute Bildung

Tag für Tag gehen unsere Kinder morgens in die Schule – von der Grund- bis zur Berufsschule. Sie ist der wichtigste Ort des Lernens. Wir wollen die Chancen auf eine erfolgreiche Schulzeit verbessern. Mit einem Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir dafür die Voraussetzungen schaffen. Dazu gehören:

Ausbau der Ganztagsbetreuung

Hochwertige Ganztagschulen unterstützen dieses Ziel. Daher wollen wir eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung auch unter Einbeziehung von außerschulischen Kräften, wie beispielsweise Vereinen oder ehrenamtlichen Strukturen, in ganz Deutschland sicherstellen. Gleichzeitig leisten wir so auch einen entscheidenden Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schule 2.0

Die rasante Entwicklung der Informationstechnologien bietet neue Chancen in der Bildung. Die Nutzung digitaler Medien an unseren Schulen muss mit der digitalen Entwicklung besser Schritt halten. Wir wollen, dass unsere Kinder mit Blick auf die großen Chancen der Digitalisierung für das spätere Arbeitsleben bereits in der Schule einen verantwortlichen und sinnvollen Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten erlernen und ihnen zugleich neue, interessante Wege der Wissensvermittlung eröffnet werden. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere Schulen auf der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Dazu gehören zum Beispiel moderne Computertechnik, digitale Lernangebote und eine bessere Vernetzung der Schulen. Wenn das Klassenzimmer den Weg in die digitale Welt findet, erschließt sich eine neue Bildungswelt, in der Kinder ganz selbstverständlich die neuen technischen Möglichkeiten kennenlernen. Digitale Bildung muss deutlich mehr als bisher Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Lehrern werden.

Gute Lehrerinnen und Lehrer

Gute Schule ist guter Unterricht und Grundlage für guten Unterricht, sind hervorragend ausgebildete und hoch motivierte Lehrkräfte. Wir wollen, dass aus Lehramtsstudierenden Lehrer werden, die diesen Beruf aus Überzeugung ergreifen und mit Herzblut ausfüllen. Um ihnen eine hervorragende Ausbildung mit auf den Weg zu geben, werden wir eine halbe Milliarde Euro für eine „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ bereitstellen, mit der gute Ausbildungskonzepte an den Hochschulen für einen modernen Unterricht auf der Höhe der Zeit unterstützt werden. Der Dienst an den Kindern zählt zu den wichtigsten Aufgaben für eine gute Zukunft unseres Landes. Deshalb wollen wir, dass die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer gesellschaftlich besser anerkannt wird.

Medien- und Informationskompetenz stärken

Die Menschen sollen die Chancen und Risiken der Digitalisierung selbst einschätzen und sich sicher im digitalen Zeitalter bewegen können. Deshalb wollen wir die Medien- und Informationskompetenz verbessern. Wir wollen Menschen jeden Alters mit dem nötigen Wissen ausstatten, das die Grundlage für eigenverantwortliches Handeln online wie offline bildet.

Schulen in freier und privater Trägerschaft garantieren Vielfalt

Neben den öffentlichen Schulen bereichern Schulen in freier und privater Trägerschaft unsere Bildungslandschaft und fördern den Wettbewerb zwischen den Schulen. Sie sind Ausdruck eines großen bürgerschaftlichen und kirchlichen Engagements. Wir stehen verlässlich zu unserer Unterstützung dieser Schulen.

Religionsunterricht gehört in den Fächerkanon

Religionsunterricht muss als eigenständiges Fach an unseren Schulen verankert sein. Wer wie die Grünen die Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts fordert, ebnet den Weg zu einer Aushöhlung der für unsere Gesellschaft prägenden christlichen Werte. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Andere Unterrichtsinhalte wie Philosophie oder Ethik sind kein Ersatz für den Religionsunterricht und erfüllen schwerlich

den Auftrag unseres Grundgesetzes. Auf der Grundlage der Verfassung treten wir auch für islamischen Religionsunterricht an den Schulen ein.

Mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern

CDU und CSU stehen für eine zielorientierte Zusammenarbeit in der Bildungspolitik und für klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Die Menschen sollen wissen, wer die Entscheidungen verantwortet. Die Länder tragen die zentrale Verantwortung für Bildung. Allerdings brauchen wir eine bessere Vergleichbarkeit der Abschlüsse zwischen den Ländern. Gerade mit Blick auf die vielen Familien und deren Kinder, die jedes Jahr aus beruflichen Gründen zwischen den Ländern ihren Wohnort wechseln, brauchen wir gemeinsame Prüfungsstandards, die die Gleichrangigkeit der Abschlüsse sicherstellen.

Wir werden uns deshalb weiter für nationale Bildungsstandards einsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir nach Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit suchen und bestehende Hindernisse für eine bessere Zusammenarbeit einvernehmlich abbauen.

Berufliche Ausbildung stärken

Wer eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen kann, hat beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist es daher, dass auch künftig jeder ausbildungswillige und -fähige Jugendliche ein Ausbildungsangebot erhält, das zu einem anerkannten Abschluss führt. Unsere duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule gilt dafür weltweit als Vorbild. Sie ist ein wichtiger Grund dafür, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa haben und es für junge ausgebildete Menschen nirgendwo einfacher ist, einen Job zu finden als in Deutschland.

Wir wollen, dass noch mehr junge Menschen die Chancen der dualen Ausbildung nutzen können, und wollen dafür zusammen mit der Wirtschaft die Voraussetzungen schaffen. Das gilt ganz besonders für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, in Teilzeitausbildung oder mit einer Behinderung. Wer sein Studium abbricht, soll gezielt für eine berufliche Ausbildung gewonnen werden und die an der Hochschule erfolgreich abgelegten Prüfungen besser anerkannt bekommen.

Übergang Schule – Beruf erleichtern

Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist für nicht wenige junge Menschen schwierig. Bei den einen ist die Schullaufbahn nicht so verlaufen wie gewünscht, und am Ende fehlen die Qualifikationen, um den Anforderungen an eine Lehrstelle gerecht zu werden. Bei anderen Jugendlichen gibt es einen besonderen Förderbedarf. Das kann bei jungen Menschen mit einer Behinderung der Fall sein. In anderen Fällen sind es eine fehlende oder unzureichende Unterstützung aus dem Elternhaus oder eine Zuwanderungsgeschichte, die zu Schwierigkeiten führen. Mit Blick auf die Chancen dieser Jugendlichen und den hohen Fachkräftebedarf unserer Wirtschaft wollen wir zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um möglichst vielen dieser Menschen ohne Umwege und Warteschleifen den Weg in das Berufsleben zu ebnen. Gerade Jugendlichen mit Behinderungen muss dabei unbürokratische Unterstützung zur Verfügung stehen. Wir wollen dazu die praxisnahe Berufsorientierung in allen Schulformen weiter ausbauen und mehr Angebote für praktisches Lernen schaffen, die betriebliche Arbeitserfahrung und Unterricht miteinander verbinden.

Auch längere berufsvorbereitende Praktika für schwächere Jugendliche können einen wichtigen Beitrag zum gelungenen Start ins Berufsleben leisten. Wir wollen solche Maßnahmen verstärkt unterstützen. Dazu wollen wir mit der „begleiteten Ausbildung“ vor allem für kleine und mittlere Betriebe im Bereich des Handwerks und Mittelstands eine Brücke zwischen Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden schlagen. Die zur Verfügung gestellten Unterstützungsangebote können für beide Seiten einen Beitrag zur erfolgreichen Ausbildung leisten.

Hochschulen zukunftsfest machen

Ein breites und vielfältiges Angebot herausragender Hochschulen ist für unser Land unverzichtbar. Zu Recht sind wir stolz auf unsere hervorragenden Hochschulen, die mit ihrer Leistung in Forschung und Lehre maßgeblich zu unserem Ansehen in der Welt beitragen. Wissenschaftliche Erfolge in Produkte übersetzt, schaffen Arbeitsplätze und sichern unseren Wohlstand. Für uns ist entscheidend, dass sich unsere Hochschulen in jeder Hinsicht mit den Besten in der Welt messen können. Dazu setzen wir auf eine vielfältige Hochschullandschaft, die unterschiedlichen Anforderungen und Interessen Rechnung trägt. So ermöglichen duale Studiengänge und Fernstudienangebote, Beruf und Studium gut mitein-

ander zu verbinden. Auch private Hochschulen bereichern diese Vielfalt. Wir sind ihnen dabei ein verlässlicher Partner.

Studieren darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – Studienfinanzierung verbessern

Wir wollen, dass jeder seinen Begabungen nachgehen kann und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern eine gute Ausbildung bekommt. Deshalb werden wir die Studienfinanzierung weiter ausbauen und dazu das BAföG an die Lebenshaltungskosten sowie veränderte Bildungswege anpassen. Auszubildende, die ihr Studium oder ihre schulische Ausbildung nur in Teilzeit absolvieren können, weil sie betreuungspflichtige Kinder haben, sollen bessere Förderbedingungen erhalten. Das gilt auch für Studierende, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung und Erfahrungen im Berufsleben haben und sich an der Hochschule weiterqualifizieren wollen. Neben dem bewährten BAföG wollen wir auch Stipendien als eine gute Möglichkeit der Finanzierung und wichtigen Teil der Begabtenförderung weiter voranbringen. Das neue Deutschlandstipendium ist gut angelaufen. Dabei setzen wir für den weiteren Ausbau einer Stipendienkultur nicht nur auf den Staat. Auch private Förderer aus der Wirtschaft sollen verstärkt einen Beitrag leisten.

Der Hochschulpakt ermöglicht gute Studienbedingungen

Immer mehr junge Menschen studieren in Deutschland, die inhaltlichen Herausforderungen nehmen angesichts einer immer stärkeren Internationalisierung zu. Unsere Hochschulen meistern diese neuen Aufgaben hervorragend und dennoch brauchen wir weitere Anstrengungen, um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu steigern und sie auf weiter anwachsende Zahlen von Studienanfängern vorzubereiten. Wir wollen diese Aufgabe gemeinsam mit den Hochschullehrern, der Studentenschaft, den akademischen und nicht wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschulen anpacken. Ein wichtiger Schritt ist die Fortsetzung des Hochschulpakts. Einen besonderen Schwerpunkt soll die Verbesserung der Studienbedingungen bilden. Der „Qualitätspakt Lehre“ und die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ sind wichtige Schritte in diese Richtung. Auch die Internationalisierung der Hochschulen wollen wir weiter voranbringen. Ziel muss es sein, die besten Studierenden und Forscher weltweit an unsere Hochschulen zu holen. Dazu wollen wir eng-

lischsprachige Studienangebote sowie in internationaler Kooperation gemeinsam angebotene Studiengänge weiter ausbauen.

Studieren mit Kind muss leichter werden

Studium und Elternschaft sollen sich nicht ausschließen. Wir wollen, dass junge Menschen sich nicht zwischen Studium und Kind entscheiden müssen, sondern beides miteinander vereinbaren. Dazu gehören bezahlbares Wohnen, eine flexible Gestaltung des Unialltags, wie beispielsweise kindgerechte Sprechzeiten, Kinderbetreuung in der Bibliothek oder Kinderessen in der Mensa. In einem Wettbewerb wollen wir besonders familienfreundliche Hochschulen mit guten Ideen ermitteln und sie dafür auszeichnen. Daneben müssen familienpolitische Elemente bei der Studienfinanzierung stärker berücksichtigt und im Wissenschaftszeitvertragsgesetz konsequent angewendet werden.

Top-Talente für die Wissenschaft

Die Beschäftigungssituation von Nachwuchs-Wissenschaftlern hat sich positiv entwickelt. Mit mehr als einer halben Million Mitarbeitern sind so viele Menschen wie noch nie an deutschen Hochschulen beschäftigt. Das ist ein starkes Signal für die Zukunft. Zugleich steigen damit die Erwartungen an eine bessere Planbarkeit von wissenschaftlichen Karrieren. Hier wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen gerade für den akademischen Mittelbau neue Akzente setzen, beispielsweise mit einem Förderprogramm für verlässliche Karrierewege an Hochschulen. Befristungen im akademischen Mittelbau wollen wir abbauen.

Online-Hochschule: Das Internet revolutioniert das Lernen

Das Internet führt zu ganz neuen Formen der Lehre an den Hochschulen. In aller Welt werden neue Online-Studienmodelle entwickelt, die von fachspezifischen Kursen bis zu globalen Plattformen reichen. Hier entsteht ein großer Zukunftsmarkt, der das Hochschulwesen nachhaltig verändern wird. Wir müssen mit dabei sein, wenn die Internet-Hochschule der Zukunft entsteht. Deshalb wollen wir die Hochschulen auf dem Weg zu attraktiven und wettbewerbsfähigen Angeboten zum digitalen Lernen unterstützen und sie ermuntern, Strategien für Qualitätssicherung, Finanzierung, Betreuung der Studierenden und Anrechnung der Studienleistungen zu entwickeln.

Zukunftschancen durch lebensbegleitendes Lernen sichern

Das in der Welt verfügbare Wissen verdoppelt sich heute alle vier Jahre. Angesichts dieser rasanten Entwicklung ist unser Land mehr denn je auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Dafür wollen wir gemeinsam mit Wirtschaft und Beschäftigten ein neues Bewusstsein für ein „Lebenslanges Lernen“ schaffen. Mit attraktiven Bedingungen wollen wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon überzeugen, noch mehr Zeit und Kraft für ihre berufliche Weiterbildung aufzubringen. Dazu wollen wir Lebenszeitkonten attraktiver gestalten, das Bildungssparen weiterentwickeln und so möglichst vielen Familien eröffnen sowie verbesserte Möglichkeiten zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen einführen. Im Rahmen einer „Nationalen Initiative Weiterbildung“ werden wir zusammen mit den Sozialpartnern, den staatlichen Akteuren, den Arbeitsagenturen, den Hochschulen und den privaten Anbietern gemeinsame Ziele verabreden und neue Ideen entwickeln, wie zum Beispiel betriebliche Weiterbildung regelmäßig im Arbeitsalltag stattfinden kann.

3.2 Bevölkerungswandel gestalten – Verantwortung für alle Generationen

Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß wie heute. Die Lebenserwartung steigt stetig an. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren, und die Einwohnerzahl sinkt. Die Folgen sind u. a.: Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Zahl der Schüler geht zurück, den Unternehmen droht ein Mangel an Fachkräften. Für die Älteren – und die Menschen mit Behinderung – gibt es zu wenig barrierefreie Wohnungen und Häuser, während in manchen Orten Wohnraum leer steht.

Dies alles macht den Bevölkerungswandel zu einer der größten Herausforderungen unseres Landes. Ihn zu bewältigen sehen wir als eine nationale Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Gruppen betrifft. Wir müssen gemeinsam Lösungen auf dringende Fragen finden: Dazu zählen u. a. die Schul- und Arztversorgung auf dem Land, die Zukunft der Rente, die Sicherung von Fachkräften, bessere Chancen von Frauen und Älteren am Arbeitsmarkt und eine gelingende Integration von Zuwanderern.

In der unionsgeführten Bundesregierung haben wir auf diese Herausforderungen mit einer umfassenden Demo-

grafiestrategie reagiert, die wir gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Sozialpartnern weiterentwickeln werden. Uns ist klar: Nur wenn wir gemeinsam als gesamte Gesellschaft anpacken, können wir diese Aufgaben meistern. Und nur gemeinsam können wir auch die Chancen nutzen, die sich daraus ergeben.

Deutschland muss eine gute Heimat für starke Familien sein

Unsere Gesellschaft braucht starke Familien. Sie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Und sie umfasst alle Generationen. Deshalb wollen wir Familien stärken. Vor allem sagen wir Ja zu Kindern. Sie sind eine Bereicherung für unser Land. Wir wollen junge Frauen und Männer ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

CDU und CSU stehen für ein gutes Miteinander der Generationen. Wir wollen deshalb auch in Zukunft Brücken zwischen den Generationen bauen und sprechen uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters aus. Der Erfahrungsschatz gerade unserer älteren Mitbürger ist eine große, bisher oft nicht genutzte Kraft für unser Land, die wir stärker zur Entfaltung bringen wollen. Daher werden wir generationenübergreifende Projekte wie die erfolgreichen Mehrgenerationenhäuser weiter fördern, in denen sich Menschen verschiedenen Alters begegnen und gegenseitig unterstützen. Wir wollen diese Mehrgenerationenhäuser zu Bürgerhäusern weiterentwickeln. Sie bieten ein breites Spektrum an Angeboten für alle Altersgruppen an und sind Drehscheibe für unterschiedliche Dienstleistungen und Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement.

Nach dem Grundgedanken der „Sorgenden Gemeinschaften“ sollen Nachbarschaftshilfen mit professionellen Dienstleistungen besser verknüpft werden. So wird zum Beispiel die Pflege älterer Mitbürger stärker zur Gemeinschaftsaufgabe. Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe werden dann mit familiärer und professioneller Fürsorge verbunden.

Die Fähigkeiten Älterer stärker nutzen

Die Wirtschaft schätzt den Wert älterer Arbeitnehmer zunehmend. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland mit über 60 Prozent inzwi-

schen EU-weit auf Platz 2. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen. Diese Entwicklung wollen wir fortschreiben. Dazu wollen wir uns für ein neues Bild vom Alter einsetzen. Gemeinsame Teams aus älteren und jüngeren Mitarbeitern haben oft mehr und bessere Ideen, verknüpfen unterschiedliche Fähigkeiten und fördern den Zusammenhalt im Unternehmen. Wir wollen für diese altersgemischten Teams werben. Die Betriebs- und Tarifpartner ermuntern wir, verstärkt Weiterbildungsabkommen in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern.

Gemeinsam mit den Tarifparteien, Krankenkassen und weiteren Partnern wollen wir zudem das betriebliche Gesundheitsmanagement stärken und neue attraktive Angebote entwickeln. Damit wollen wir älteren Arbeitnehmern mehr Chancen auf eine gute Beschäftigung eröffnen.

Wir setzen uns schließlich dafür ein, starre Altersgrenzen auf den Prüfstand zu stellen. Da immer mehr Ältere auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben wollen, werden wir zusammen mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten dafür schaffen. Der öffentliche Dienst soll hier als Vorbild dienen.

Flexibel auf regionale Unterschiede reagieren

Der Bevölkerungswandel sorgt für größere Unterschiede zwischen wachsenden Städten und dünner besiedelten Regionen. Wir müssen lernen, mit diesen Unterschieden umzugehen und die Bereitschaft entwickeln, darauf mit flexiblen Ansätzen die richtigen Antworten zu geben. Unser Ziel ist es, überall die Voraussetzungen für eine gute Versorgung der Bevölkerung zu schaffen. Dazu setzen wir auf neue Antworten, die flexibel und klug mit den neuen Herausforderungen umgehen, beispielsweise indem sie verstärkt auf digitale und mobile Lösungen setzen.

Demografie-Check für Gesetze und öffentliche Investitionen einführen

Wir werden alle Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Investitionen daraufhin überprüfen, welche Auswirkungen damit auf kommende Generationen verbunden sind. Damit soll sichergestellt werden, dass Investitionen beispielsweise in Schulen oder Straßen so geplant werden, dass sie auch bei einer sich verändernden Bevölkerungszahl sinnvoll genutzt werden können und finanzierbar sind.

Im Wettbewerb die besten Lösungen für die Zukunft finden

Wir werden mit einem Wettbewerb Regionen unterstützen, die Antworten auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur suchen. Unser Ziel ist es, die besten Ideen zu finden und umzusetzen. Die dabei gefundenen Lösungen können zum Vorbild für andere werden, die in einigen Jahren vor den gleichen Herausforderungen stehen wie die Regionen, die als Vorreiter schon heute von den Auswirkungen betroffen sind.

Chancen des Wandels offensiv nutzen

Deutschland hat die besten Voraussetzungen, sich zum Leitmarkt und Leitanbieter neuer Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation zugeschnitten sind. Wir sind davon überzeugt, dass die Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land steigt, wenn es uns gelingt, hier neue Akzente zu setzen. Denn vieles, was gut für ältere Menschen ist, ist auch gut für junge Familien. Busse, Straßenbahnen, U-Bahnen und Züge mit niedrigen Einstiegen sind für Rollatoren und Rollstühle genauso wichtig wie für Kinderwagen.

Deutschland spürt die Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft bereits deutlicher als andere Länder. Die meisten Regionen der Welt, vor allem in Europa, Asien und Nordamerika werden in naher Zukunft folgen. Unser Land kann deshalb bei der Bewältigung des demografischen Wandels Vorreiter sein und sich durch frühzeitige Weichenstellungen einen Vorsprung auf den entsprechenden Märkten sichern. Der Bevölkerungswandel bietet eine große Chance für unser Land, Vorreiter bei neuen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen zu sein und unser Land weiterhin lebenswert zu gestalten.

3.3 Technischer Fortschritt und Forschung bringen unser Land voran

Von Johannes Gutenberg über Gottlieb Daimler und Carl Zeiss bis hin zu Max Planck: Deutschland war nicht nur immer ein Land der Dichter und Denker, sondern es war auch immer ein Land der Entdecker, der Forscher und Tüftler. Deutschland ist ein neugieriges Land. Und wenn wir im internationalen Wettbewerb der Ideen weiter vorne bleiben wollen, müssen wir dies als gesamte Gesellschaft bleiben – weltoffen, technikfreundlich und wis-

sensdurftig. Denn auch in Zukunft gilt: Wir werden unsere Produkte im Vergleich zu anderen in der Welt nur so viel teurer verkaufen können, wie sie besser sind.

Die Politik hat die Aufgabe, beste Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Technik zu entwickeln. Denn wir wissen: Die Investitionen in Forschung und Entwicklung von heute bedeuten morgen Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen.

Es ist deshalb gut, dass in Deutschland noch nie so viel für Forschung und Entwicklung ausgegeben wurde wie in dieser Wahlperiode. Die Zielmarke von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben wir so gut wie erreicht. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir fortsetzen.

Wohlstand von morgen sichern – Planungssicherheit und neue Instrumente für eine erfolgreiche Forschung

Weil der Anteil neuer Produkte am Umsatz immer stärker steigt, ist es wichtig, dass aus Ideen schnell neue Produkte werden. Deshalb wollen wir unsere Forschungsförderung noch stärker darauf ausrichten:

Wir werden Projekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Labor bis hin zum Prototyp unterstützen. Für die Umsetzung neuer Erkenntnisse wollen wir auch verstärkt bereichs- und themenübergreifende Projekte ermöglichen.

Wir werden Forschungseinrichtungen zuverlässig fördern, damit sie Sicherheit für ihre Planung und ihre Investitionen haben.

Mit der steuerlichen Forschungsförderung schaffen wir ein neues Instrument, das unseren Unternehmen helfen soll, eigene Forschung voranzutreiben. So können sie weiter im internationalen Wettbewerb erfolgreich sein.

Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulforschung stärken

Deutschlands Wissenschaft ist hervorragend aufgestellt und ein Anziehungspunkt für Forscher aus aller Welt. Ihre Stärke liegt in ihrer Vielfalt, die von der grundlagenorientierten Forschung bis hin zur Anwendung alles abbildet. Dies gilt vor allem für die Universitäten und Hochschulen als Herzkammern der Wissenschaft. Das gilt aber auch für die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Ge-

meinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Auch die wissenschaftlichen Akademien, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und der Deutsche Akademische Austauschdienst nehmen einen bedeutenden Platz am Wissenschaftsstandort Deutschland ein.

Mit der Exzellenzinitiative ist es gelungen, auf die Landkarte der weltweit besten Hochschulen auch deutsche Universitäten zu setzen. Zugleich werden mit dem Hochschulpakt die Hochschulen in Forschung und Lehre gestärkt und 625 000 neue Studienplätze geschaffen.

Wir wissen, dass gute Forschung Verlässlichkeit braucht: Deshalb werden wir zum einen den Pakt für Forschung und Innovation bis 2020 verlängern. Zum anderen werden wir den außeruniversitären Forschungseinrichtungen solide wachsende Haushalte im Umfang von fünf Prozent pro Jahr bis 2020 garantieren. Damit schaffen wir verlässliche Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Die erfolgreiche Exzellenzinitiative wollen wir zusammen mit der Wissenschaft weiterentwickeln und die Weichen so stellen, dass die Förderung über 2017 hinaus fortgesetzt werden kann. Forschungsstarke Hochschulen unterstützen wir durch Projektförderung, aber auch durch sogenannte Programmpauschalen. Diese decken die projektbedingten Zusatzkosten ab und sind für gute Hochschulforschung unerlässlich.

Zusammenarbeit von Universitäten und Forschungseinrichtungen ausbauen

Kluge Politik heißt immer auch zu prüfen, wie leistungsfähige Einrichtungen noch besser werden können. Wir wollen auch in Zukunft herausragende Forschungsleistungen in der Spitze und in der Breite ermöglichen. Damit sich der Bund an dieser Aufgabe dauerhaft stärker beteiligen kann, wollen wir die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch eine Änderung des Grundgesetzes stärken. Wir versprechen uns davon zusätzliche Impulse für Forschung und Ausbildung, die die technologische Leistungsfähigkeit unseres Landes sichern.

Mit einem zeitgemäßen Urheberrecht die Wissenschaft unterstützen

Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur brauchen den Schutz geistigen Eigentums. Gleichzeitig wollen wir mit einem verlässlichen, modernen Urheberrecht den Einsatz

digitaler Studienmaterialien an den Hochschulen vereinfachen. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die mit staatlicher Förderung entstehen, sollen nach einer angemessenen Zeit für alle Bürger frei zugänglich werden. Dazu werden wir zusammen mit der Wissenschaft eine sogenannte „Open-Access-Strategie“ entwickeln.

Hightech-Strategie 2020

Mit unserer Hightech-Strategie 2020 bündeln wir die Forschungs- und Innovationsaktivitäten und richten sie auf die großen Herausforderungen und Zukunftsmärkte aus: Umwelt und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Deutschland soll hier Vorreiter und Ideengeber sein. Wir fördern gezielt Zusammenschlüsse von führenden Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die dort ihre Kräfte in einer Region bündeln. Mit einer neuen „Open Innovation“-Initiative wollen wir Chancen gerade für kleine, ideenreiche Unternehmen schaffen. „Open Innovation“ bedeutet, vorhandenes Wissen in Organisationen auch für Außenstehende zugänglich zu machen, um neue Ideen voranzutreiben. Unser Blick geht aber über das Jahr 2020 hinaus. Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass unser Land auch im kommenden Jahrzehnt erfolgreich ist. In einer immer stärker globalisierten und wissensbasierten Wirtschaft wird der Anteil forschungsintensiver Branchen weiter zunehmen. Deshalb werden wir die Hightech-Strategie in der kommenden Wahlperiode weiterentwickeln und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten.

Forschung in Europa voranbringen – unser Wissenschaftssystem international vernetzen

Gute Forschungsbedingungen sind eine wichtige Grundlage von Wachstum und Wohlstand – das gilt für Deutschland wie für Europa. Deshalb werden wir unsere Anstrengungen für einen Forschungsraum Europa verstärken und dazu das Erfolgsrezept der Hightech-Strategie nach Europa tragen. Motor für diese neue Forschungsentwicklung soll das EU-Programm „Horizon 2020“ werden, das ab 2014 alle Forschungsaktivitäten in Europa bündelt. Wir wollen dafür sorgen, dass deutsche Wissenschaftler und Unternehmen beste Bedingungen erhalten, um die Chancen dieses Programms zu nutzen. Dazu werden wir zum einen ein länderübergreifendes Netz von Innovationsregionen knüpfen. Zum anderen wollen wir enge Kontakte zu starken Wissenschaftseinrichtungen in den neuen EU-Mitgliedstaaten knüpfen.

Technikbegeisterung fördern und Talente für die Zukunft gewinnen

Forschung soll offen und verständlich sein für alle Bürger. Mit dem „Haus der kleinen Forscher“ und Schülerlabors in allen Regionen Deutschlands fördern wir schon heute das Interesse an Technik, Natur und Wissenschaften bei Kindern. Sie sind die Nachwuchswissenschaftler der Zukunft. Wir wollen, dass Deutschland ein technikfreundliches Land bleibt, in dem die Menschen Risiken und Chancen neuer Technologien vernünftig bewerten können. Deshalb wollen wir auch, dass die Wissenschaft noch mehr Anstrengungen unternimmt, um die Menschen zu informieren: über neue Technologien, den Wert der Wissenschaft sowie über die Grenzen des Wissens. Über „Schaufenster der Wissenschaft“ insbesondere auch das „Haus der Zukunft“ in Berlin und Wissenschaftsdialoge wollen wir mit vielen Menschen über die Voraussetzungen guter Wissenschaft ins Gespräch kommen.

Sicherheit und ethische Grenzen beachten

Freiheit der Forschung heißt: Freiheit in Verantwortung für ethische Grenzen. Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Forschungen, wie die verbrauchende Embryonenforschung, lehnen wir aus ethischen Gründen ab. Tiere sind für uns Mitgeschöpfe, deshalb werden wir unsere weltweit vorbildliche Forschung zur Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen fortsetzen. Neben besten Forschungsbedingungen wollen wir auch gute geistes- und sozialwissenschaftliche Begleitforschung unterstützen, um den verantwortungsbewussten Umgang mit der Forschung und ihrer Ergebnisse zu stärken.

3.4 Sichere, bezahlbare und saubere Energie

Die Energiewende ist eine der großen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Herausforderungen und von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Verbraucher und Wirtschaft benötigen eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung. Mit einer Versorgung, die auf erneuerbare Energien und einen geringeren Energieverbrauch setzt, schützen wir zugleich unsere Umwelt und fördern den Klimaschutz. Auf diesem Weg haben wir bereits viel erreicht. Jede vierte Kilowattstunde Strom wird heute aus erneuerbaren Energien gewonnen. Das macht uns unabhängiger von Öl und Gasimporten. Zugleich sichern wir mit dem Ausbau einer auf erneuerbaren Energien fußenden

Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land. Deshalb wollen wir die Energiewende entschlossen, zügig und mit Augenmaß voranbringen.

Deutschland bleibt Industriestandort – mit verlässlichen Rahmenbedingungen und bezahlbaren Energiepreisen

Der Umbau der Energieversorgung braucht stabile und verlässliche Bedingungen. Planungssicherheit ist die Grundlage für Investitionen in den Bau neuer Windparks auf hoher See oder für moderne Kraftwerke. Verbraucher und Unternehmen brauchen Klarheit über die Entwicklung der Energiepreise. Deshalb setzen wir auf marktwirtschaftliche Lösungen mit fairem Wettbewerb, Technologieoffenheit und neuen technologischen Entwicklungen.

Die Energiewende ist eine langfristige Aufgabe und mit großen finanziellen Anstrengungen verbunden. Wir wollen sie volkswirtschaftlich verantwortbar umsetzen. Unser Ziel ist, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleibt. Bezahlbare Energie ist dafür besonders wichtig, gerade für energieintensive Industrien im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz. Fast eine Million Beschäftigte und deren Familien wären die Verlierer, wenn ihre Betriebe im internationalen Wettbewerb nicht bestehen könnten. Deshalb wollen wir diese Unternehmen auch künftig zielgenau entlasten, um Nachteile durch unterschiedliche internationale Rahmenbedingungen bei Steuern und Abgaben auszugleichen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den Ausbau regenerativer Energien beschleunigt und Deutschland hierbei eine Spitzenposition gesichert. Nach der rasanten Entwicklung in den letzten Jahren ist es wichtig, die nächsten Schritte eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern zu verzahnen: Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente und Energieträger stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten.

Dazu wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz weiterentwickeln. Unser Ziel sind verlässliche Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren, die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen. Vor diesem Hintergrund werden wir keine rückwirkenden Eingriffe in bestehende Anlagen vornehmen. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung muss es jetzt darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu errei-

chen, damit sie sich ohne staatliche Hilfen am Markt behaupten können. Zugleich sollen sie mehr Verantwortung für eine stabile Stromversorgung übernehmen.

Versorgungssicherheit garantieren – Netze und Speicher ausbauen

Damit Strom auch in Zukunft immer an jedem Ort und zu jeder Zeit zur Verfügung steht, treiben wir den Ausbau der Stromnetze voran und entwickeln neue Speichertechnologien. Von besonderer Bedeutung ist der Bau der großen Stromtrassen, die den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in die Ballungszentren im Süden und Westen unseres Landes transportieren.

Die regionalen Netze, die den Strom vor Ort zu den Verbrauchern bringen, wollen wir mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu intelligenten Netzen weiterentwickeln. Ziel dieser „denkenden Netze“ ist es, dass der Strom möglichst dann verbraucht wird, wenn viel Energie produziert und im Netz verfügbar ist. Für den Verbraucher wird der Strom dadurch billiger, weil er ihn dann verbraucht, wenn er kostengünstig angeboten wird. Zugleich werden die Netze gleichmäßiger ausgelastet und sind damit stabiler und weniger ausfallgefährdet.

Der Einsatz der erneuerbaren Energien ist bisher wesentlich davon abhängig, dass die Sonne scheint oder es ausreichend windig ist. Beides ist nicht immer gegeben. Gleichwohl brauchen wir verlässlich zu jeder Tages- und Nachtzeit Strom. Deshalb ist der Erhalt und Ausbau von Speichern von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende und künftige Speicher wie beispielsweise Pumpspeicherwerke, aber auch Wasserstoff („Power to Gas“) oder Druckluftspeicher durch geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen wirtschaftlich betrieben werden können. Auch Elektrofahrzeuge können beispielsweise überschüssige Windenergie in verbrauchsarmen Zeiten aufnehmen. Sie sind daher auch ein wichtiger Bestandteil der Energiewende. Wir wollen die Entwicklung neuer Speichertechnologien durch Maßnahmen im Rahmen der Hightech-Strategie unterstützen.

Die Energieversorgung von morgen ist vielfältig

Die Energieversorgung der Zukunft wird vielfältiger. Wir wollen die Vielfalt von Windenergie an Land und auf dem Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Erdwär-

me nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und auf einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten achten.

Wir brauchen größere international aufgestellte Energieversorger, die vielen Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft gleichermaßen. Deshalb ermuntern wir alle, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen.

Bis das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik in einigen Jahrzehnten unsere Energieversorgung sichern kann, benötigen wir moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam auszugleichen. Damit das umwelt- und klimaverträglich geschieht, wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen. Dafür wollen wir für Investoren stabile und verlässliche Bedingungen schaffen, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die heimische Braunkohle eine wichtige Rolle spielen.

Im Hinblick auf eine Gewinnung von Gas durch das sogenannte Fracking ist für CDU und CSU klar: Gefahren für die Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für die Union absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien lehnen wir ab.

Energiewende braucht Akzeptanz vor Ort

Wir wollen erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich auch finanziell am Ausbau und Nutzen der Netze beteiligen können. Das erhöht die Akzeptanz der notwendigen Investitionen und erleichtert die Finanzierung. Vor allem diejenigen, deren Grundstücke oder Region unmittelbar von einem Netzausbau berührt sind, sollen Anteile am Netz erwerben können und über eine „Bürgerdividende“ regelmäßig an den Gewinnen beteiligt werden.

Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Formen der Energiegenossenschaften, Bürgernetze, Bürgerwindparks oder gemeinsamen Solarprojekte, mit denen sich Bürgerinnen und Bürger unmittelbar an der Energiewende beteiligen.

Beim notwendigen Bau neuer Stromtrassen wollen wir eine frühzeitige Einbindung der Bürger vor Ort sicherstellen und den Dialog suchen. Bei Leitungsverlegungen in

Wohnortnähe wollen wir – wo dies nach Abwägung von Kosten und Nutzen möglich und vertretbar ist – auch Erdkabel verlegen.

Energieeffizienz erhöhen und Energieeinsparung fördern

Jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, muss gar nicht erst erzeugt werden. Deshalb ist Energiesparen ein Schlüssel für den Erfolg der Energiewende. Die meiste Energie in Deutschland wird in Gebäuden benötigt – damit es im Winter warm ist, wir nicht im Dunkeln sitzen oder der Kühlschrank läuft. Mit besseren Informationen über sparsame Geräte, Heizungen und eine Beratung über die sinnvolle Dämmung unserer Häuser wollen wir auf die großen Einsparmöglichkeiten hinweisen. Dabei verfolgen wir das Prinzip der Technologieoffenheit: Wir wollen niemandem vorschreiben, welche Technik zum Einsatz kommen soll. Bis zum Jahr 2020 wollen wir so den Energieverbrauch um 20 Prozent und den Stromverbrauch um mindestens zehn Prozent in Gebäuden vermindern. Investitionen in Energiesparmaßnahmen wollen wir finanziell fördern. Die Umsetzung soll sich für Eigentümer und Mieter lohnen. Dazu werden wir das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm fortsetzen. Über eine steuerliche Förderung wollen wir zusätzliche Anreize für private Investitionen bei der Gebäudesanierung auslösen. Das stärkt auch das Handwerk, das die Maßnahmen vor Ort umsetzt.

Europäische Energieversorgung – stärker im Verbund

Schwankungen in der Stromerzeugung können besser ausgeglichen werden, wenn Strom ungehindert über die Grenzen fließen kann und seine europaweite Speicherfähigkeit verbessert wird. Wir setzen uns daher für einen europäischen Energie-Binnenmarkt ein. Im Norden Europas können beispielsweise große Wasserkraftwerke einen Beitrag zur Stromspeicherung leisten. In südlichen Ländern mit vielen Sonnenstunden ist der Ausbau der Photovoltaik eine erfolversprechende Möglichkeit. Wir setzen auf eine engere Abstimmung in der EU und einen weiteren Ausbau des europäischen Stromverbundes. Für den europäischen Stromaustausch brauchen wir genügend und vor allem leistungsfähige Grenzkuppelstellen zwischen den einzelnen Ländern.

Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheit aller Kernkraftwerke in der Europäischen Union zu verbessern. Risiken machen nicht an Grenzen halt. Deshalb wollen wir für un-

seren energiepolitischen Kurs auch bei unseren europäischen Nachbarn werben. Wir treten dafür ein, für alle Kernkraftwerke in der Europäischen Union rechtlich bindende Vorgaben auf der Basis unserer Stresstests einzuführen.

Endlagerfrage lösen – aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel

Wir haben den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 beschlossen. Ein geeignetes Endlager für die sichere Aufbewahrung der hoch radioaktiven Abfälle zu finden, ist für uns ein Gebot der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Wie die Frage des Ausstiegs aus der Kernenergie wollen wir auch die Endlager-suche gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern lösen. Wir haben dazu das Standortauswahlgesetz und die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern sowie der Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen auf den Weg gebracht. Sie wird bis 2015 objektive Kriterien festlegen, die ein Endlagerstandort erfüllen muss. Wir stehen für eine ergebnisoffene, allein an objektiven Eignungskriterien ausgerichtete Suche für einen Endlagerstandort.

Wir bekennen uns zur Verantwortung des Bundes für die sichere Rückholung des im Schacht Asse II eingelagerten Atomülls. Gleichzeitig übernehmen wir Verantwortung für die Region, indem wir den Assefonds mit Mitteln für einen Nachteilsausgleich für die Region ausstatten.

3.5 Mobilität für alle – auf Straße, Schiene, Wasser und in der Luft

Wir wollen, dass Deutschland mobil bleibt. Denn Mobilität, die freie Fahrt von einem zum anderen Ort, ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Und in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts ist sie eine der entscheidenden Voraussetzungen für nachhaltigen Wohlstand. Denn wie kaum ein anderes Land zieht Deutschland seine Wirtschaftskraft aus dem internationalen Handel, vor allem aus dem Export unserer Waren und Güter.

Straßen, Brücken, Schienen und Kanäle sind die Verkehrsadern unseres Landes. Damit Deutschland mobil bleibt, brauchen wir eine starke Verkehrsinfrastruktur. Diese wurde aber in den vergangenen Jahrzehnten massiv beansprucht. Und die Belastung wird gerade durch den weiter zunehmenden Güterverkehr noch steigen. Da-

mit Deutschland auch in Zukunft über eine moderne und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur verfügt, wollen wir diese Herausforderung in der nächsten Legislaturperiode durch zusätzliche Ausgaben zu einem besonderen Schwerpunkt unserer Politik machen.

Wir stehen für einen verlässlichen Staat, der für leistungsfähige Straßen, Schienen, Wasserwege und wettbewerbsfähige Flughäfen ebenso sorgt wie für saubere Luft und eine intakte Umwelt. Wir wollen keinen bevormundenden Staat, der den Menschen vorschreibt, wie sie sich fortbewegen sollen. Deshalb lehnen wir ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ab. Beschränkungen müssen gezielt verkehrlichen Gegebenheiten oder zeitlichen Erfordernissen gerecht werden.

Eine verlässliche Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert muss von den konkreten Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft her denken. Wir wollen erreichen, dass die Menschen weniger im Stau stecken, die Züge pünktlicher fahren, unsere Güter sicher und schnell dort hinkommen, wo sie gebraucht werden, und die Lärm- und Abgasbelastungen durch den Verkehr zurückgehen. Einer ideologischen Verkehrspolitik, die einseitig auf bestimmte Verkehrsmittel setzt und andere gezielt benachteiligt, treten wir entgegen.

Wir nehmen auch Rücksicht auf die regionalen Unterschiede in Deutschland: In vielen ländlichen Regionen bleibt das eigene Auto unverzichtbar. Gerade in den Städten wiederum bieten sich ganz neue Möglichkeiten, die verschiedenen Verkehrsmittel mit ihren jeweiligen Stärken mit modernster Technik zu verzahnen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bietet für die Menschen in Deutschland große Chancen – wir wollen sie nutzen.

Standortvorteil Infrastruktur ausbauen

Wir wollen den steigenden Verkehrsbedürfnissen durch Investitionen in unsere Infrastruktur Rechnung tragen. Dazu werden wir die Finanzausstattung für unsere Verkehrswege deutlich erhöhen.

So werden wir mit einem 25 Milliarden Euro Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau der Bundesfernstraßen in der kommenden Wahlperiode einen besonderen Schwerpunkt setzen. Damit schaffen wir Planungs- und Finanzierungssicherheit und leisten mit einer modernen Infrastruktur einen wichtigen Beitrag zu höherer Wettbewerbsfähigkeit.

Auch werden wir verstärkt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern in sogenannten Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte schneller umgesetzt werden können.

Unsere Rolle als Exportnation festigen – Europäische Verkehrsachsen ausbauen und Luftverkehr stärken

Als erfolgreiche Exportnation brauchen wir ein gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz genauso wie leistungsstarke Flughäfen und Wasserstraßen. Dazu gehören auch die großen europäischen Verkehrsachsen, von denen mehr als die Hälfte durch unser Land gehen. Gemeinsam mit der EU wollen wir diese Verkehrsachsen weiter ausbauen. Ebenso unverzichtbar für Wachstum und Wohlstand ist ein wettbewerbsfähiger Luftverkehr. CDU und CSU werden verlässliche Rahmenbedingungen für die deutsche Luftverkehrswirtschaft schaffen, damit sie sich in einem harten internationalen Wettbewerbsumfeld behaupten kann. Dazu gehört der Einsatz für faire internationale Wettbewerbsbedingungen auch im Hinblick auf die Gesamtsteuerbelastung. Deshalb werden wir prüfen, ob die Abschaffung der Luftverkehrssteuer in der nächsten Wahlperiode notwendig und vertretbar ist.

Bundesverkehrswegeplan fertigstellen

Für den Bau von Verkehrswegen werden alle geplanten Baumaßnahmen im Bundesverkehrswegeplan aufgelistet. Wir werden den neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2015) zügig fertigstellen. Die Bürgerinnen und Bürger werden wir am Aufstellungsprozess beteiligen und die Festlegungen nachvollziehbar machen. Wir wollen, dass Investitionen in den Verkehr vor allem dort erfolgen, wo sie den größten Nutzen bringen. Die Beseitigung von Engpässen und Lückenschlüsse zur Stauvermeidung spielen hier eine wichtige Rolle. Dabei hat der Erhalt und die Ertüchtigung bestehender Straßen Vorrang vor dem Neubau.

Öffentlichen Personennahverkehr unterstützen – Fahrradverkehr stärken

Ein gut funktionierender öffentlicher Personennahverkehr ist für die Menschen im Alltag von enormer Bedeutung – in den Großstädten wie auf dem Land. CDU und CSU werden dafür sorgen, dass der Bund ein verlässlicher Partner der Kommunen bei der Finanzierung des kommunalen Verkehrs bleibt. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir für eine gute Infrastruktur sorgen.

Jeder kann eigenverantwortlich zur Reduzierung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen beitragen. Das Fahrrad spielt als umweltfreundliches Verkehrsmittel eine wichtige Rolle. Wir wollen den Anteil des Fahrradverkehrs als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto weiter steigern.

Wir werden deshalb das Radwegenetz ausbauen und das Fahrrad besser mit anderen Verkehrsmitteln verzahnen. Die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrrädern (Pedelecs) schafft hier neue Möglichkeiten.

Verkehrssicherheit erhöhen

Verkehrssicherheit hat für uns Priorität. Jedes Unfallopfer ist eines zu viel. Die Zahl der Verkehrstoten wollen wir deshalb weiter deutlich senken und damit die rückläufige Entwicklung der letzten Jahre fortsetzen. Deshalb setzen wir zum einen auf technische Maßnahmen wie zum Beispiel mehr Ampeln oder Gefahrenhinweise. Das gilt insbesondere in der Nähe von Schulen und Kindergärten. Zum anderen wollen wir durch Baumaßnahmen bisherige Unfallschwerpunkte sicherer machen. Die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern wollen wir unter anderem mit besseren Fuß- und Radwegen erhöhen.

Logistikstandort Deutschland ausbauen

Der reibungslose Transport von Gütern ist für uns als Exportland eine entscheidende Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Die Logistikbranche hat sich zu einem wichtigen Wachstumsmotor für unsere Wirtschaft entwickelt. Unsere starke Wettbewerbsposition auf den internationalen Märkten wollen wir durch den Ausbau und die Verbesserung der Logistik- und Wertschöpfungsketten festigen und ausbauen. Die im Aktionsplan „Güterverkehr und Logistik“ der Bundesregierung aufgeführten Maßnahmen werden wir fortführen und weiterentwickeln. Wo immer dies sinnvoll ist, werden wir die Verlagerung des Verkehrs auf Schiene und Wasserstraße fördern. Insbesondere werden wir Umschlaganlagen für den kombinierten Verkehr fördern.

Bahnverkehr – umweltfreundlich und serviceorientiert

Der Schienenverkehr ist ein wesentliches Rückgrat unseres Verkehrssystems. CDU und CSU wollen ihn stärken und ausbauen. Dazu gehören eine enge Taktung der Züge, Pünktlichkeit, moderne Bahnhöfe sowie ein gut aus-

gebautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernverkehrsnetz. Wir setzen uns für eine wettbewerbsorientierte Eisenbahnregulierung ein, die den Zugang zu Schienenwegen und Bahnhöfen regelt, eine sachgerechte Entgeltregulierung sicherstellt und zugleich die Missbrauchskontrolle durch die Bundesnetzagentur umfasst. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Deutsche Bahn AG zur Erhaltung der bestehenden Schienenwege des Bundes werden wir weiterentwickeln. CDU und CSU wollen die Eisenbahninfrastruktur in der Hand des Bundes belassen. Der von uns eingeleitete Weg zu Marktöffnung und Wettbewerb auf der Schiene hat sich bewährt. Am erfolgreichen Modell des integrierten Konzerns „Deutsche Bahn AG“ halten wir fest. Die Chancen privater Bahnen im Wettbewerb wollen wir sichern.

Maritime Wirtschaft – Schifffahrt und Häfen stärken

Leistungsfähige Seehäfen sind Wachstumstreiber für unsere Küstenregionen und wichtige Stützen für den Standort Deutschland. Daneben gehören auch die Binnenhäfen mit ihren Straßen- und Gleisanschlüssen zu den Kernelementen einer Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert. Das Gesamtsystem aus Seehäfen, Binnenhäfen und Wasserstraßen werden wir nachhaltig stärken. Vorrang haben zum einen der bedarfsgerechte Ausbau der Zufahrten und Hinterlandanbindungen an Nord- und Ostsee, zum anderen die Beseitigung von Kapazitätsengpässen in den Häfen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt unter deutscher Flagge werden wir stärken und die erfolgreiche Arbeit im „Maritimen Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung“ fortführen. Der deutsche Schiffbau nimmt weltweit eine Spitzenstellung ein. Deutschland ist der weltweit drittgrößte Reedereistandort. Deshalb werden wir die bewährten Förderinstrumente für die Werftindustrie und die Unterstützung für die Reeder fortführen.

Nachhaltige Mobilität

Wir bekennen uns zu einem integrierten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt. Der Ausbau alternativer Antriebskonzepte bietet große Chancen für den Standort Deutschland – auch weil er uns unabhängiger von Erdöl als Treibstoff macht und bei Nutzung erneuerbarer Energien einen Beitrag leistet, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Wir wollen

Deutschland zu einem Leitmarkt und Leitanbieter für umweltfreundliche Antriebstechnologien machen. Bis zum Jahr 2020 sollen eine Million Elektrofahrzeuge auf unseren Straßen unterwegs sein. Dafür wollen wir bei uns alle Glieder der Wertschöpfungskette – vom Rohstoff über die Batterieherstellung bis zum Fahrzeug – entwickeln und produzieren. CDU und CSU setzen auf Technologieoffenheit bei der Weiterentwicklung der Antriebstechnologien. Denn auch andere Technologien, wie beispielsweise Wasserstoff-, Erdgas- oder Hybridfahrzeuge, können in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen. Wir setzen auf die lange und beeindruckende Erfahrung unserer Autobauer, dass sie diesen Technologien zum Durchbruch verhelfen. Wir wollen die Entwicklung begleiten, indem wir u. a. Pilotprojekte für Ladestationen auf den Weg bringen oder steuerliche und finanzielle Anreize setzen.

Verkehr 2.0 – neue Ideen nutzen

Neue technische Ideen können Pendlern und Reisenden eine wertvolle Unterstützung bei der Planung ihres Alltags sein. Auch für eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur sind intelligente Systeme zur Steuerung des Verkehrs unerlässlich. Wir wollen diese Systeme entwickeln und nutzen, um etwa die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrswege zu verbessern, Staus zu vermeiden oder Informationen für Reisende zur Verfügung zu stellen, wo und wann welcher Zug oder Bus bereit steht und wo ein Stau den Verkehr behindert. Wir wollen dafür sorgen, dass für diese Dienste zum einen eine gemeinsame Datenbasis der Verkehrsträger bereitgestellt wird. Zum anderen wollen wir Verkehrsinformationen und Ticketsysteme besser miteinander vernetzen und den Bürgern eine „digitale Mobilitätsunterstützung“ zur Verfügung stellen. Nach dem Prinzip des „Open Data“, bei dem Daten zur freien Nutzung zur Verfügung gestellt werden, sollen Verkehrsunternehmen und öffentliche Hand hierzu ihren Beitrag leisten.

Neue Möglichkeiten zur besseren Steuerung der Verkehrsflüsse und Steigerung der Sicherheit sehen wir auch in der Umsetzung des Satellitennavigationssystems Galileo in praktische und wirtschaftlich sinnvolle Angebote für die Nutzer.

3.6 Gründer schaffen Zukunft

Die Zukunft unseres Landes liegt in einer leistungsfähigen Wirtschaft, die auch weiter mit Ideenreichtum und Kreativität Produkte und Dienstleistungen entwickelt,

die bei uns und im Ausland nachgefragt sind. Gerade hierfür brauchen wir Existenzgründer, die ihre Ideen verwirklichen wollen und auf diesem Weg Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen. Ob dies gelingt, hängt entscheidend davon ab, auch künftig genug Menschen zu haben, die den Mut und die Tatkraft haben, sich selbstständig zu machen und ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Bislang sind es vor allem Menschen unter 40 Jahren, die diesen Schritt wagen. Im Zuge des Bevölkerungswandels wird diese Altersgruppe in Zukunft aber besonders stark zurückgehen. Umso wichtiger ist es, in Deutschland passende Rahmenbedingungen mit geeigneten Finanzierungsmodellen zu schaffen, die zu mehr Unternehmensgründungen auch durch Ältere führen.

Wir wollen daher die Gründungsfinanzierung ausbauen. Für Existenzgründer wollen wir einen leichteren Zugang zu Wagniskapital eröffnen, mit dem sich Investoren an jungen Unternehmen beteiligen, in denen vielversprechende Ideen umgesetzt werden. Auch den Zugang zu sogenannten Business Angels, die den jungen Unternehmen in der Startphase mit Rat und Kapital zur Seite stehen, wollen wir erleichtern. Dass es hier Handlungsbedarf gibt, unterstreichen folgende Zahlen: In den USA haben „Business Angels“ pro Jahr zuletzt ein Investitionsvolumen von 20 Milliarden US-Dollar bereitgestellt. Pro Kopf der Bevölkerung ist das 260-mal so viel wie in Deutschland. Bei Wagniskapital insgesamt ist die entsprechende Investitionsrate immer noch 24-mal höher als bei uns. Wir wollen diese Finanzierungsformen deshalb steuerlich attraktiver machen als bisher, um einen neuen Schwung bei den Unternehmensgründungen zu erreichen. Das Programm zur Förderung von Wagniskapital mit Hilfe von Investitionszuschüssen wollen wir verlängern und auf insgesamt 300 Millionen Euro verdoppeln. Damit die Zuschüsse in voller Höhe den jungen Unternehmen zugutekommen und ihre Wirkung entfalten können, wird diese Förderung von der Ertragsbesteuerung freigestellt. Wir werden uns auch in Europa dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen für junge, innovative Unternehmen weiter zu stärken.

Zudem wollen wir die guten Rahmenbedingungen für das sogenannte Crowdfunding bzw. -investing, als neues Instrument der Frühphasen-Finanzierung von Technologie-Gründungen, bewahren und weiterentwickeln. Hier können Kleinstanleger über das Internet stille Beteiligungen erwerben und so als Schwarm in der Summe eine größere Menge an Kapital zusammentragen.

Gerade Hightech-Gründungen spielen beim Transfer von neuem Wissen in neue Produkte und Unternehmen eine große Rolle. Wir wollen deshalb mit der Weiterentwicklung der EXIST-Initiative universitäre Gründungsstrategien unterstützen, damit Studierende und Absolventen ihre Forschungserfolge besser in Markterfolge umsetzen können.

Wir wollen Deutschland zu einem starken Standort für IT-Gründer machen. Deshalb wollen wir die Gründer von „Start-Ups“ so unterstützen, dass sie bei uns die besten Bedingungen für die Umsetzung ihrer Geschäftsidee bekommen. Zur Unterstützung wollen wir Programme fördern, um die klassische Industrie enger mit der Gründerszene zu verzahnen.

Gründer sollen sich auf die Entwicklung und Umsetzung ihrer Geschäftsidee konzentrieren können. Deshalb wollen wir sie in der Start- und ersten Wachstumsphase möglichst stark von Bürokratie entlasten und so die Voraussetzungen für Unternehmensgründungen erleichtern. Mit einer Änderung des Insolvenzrechts haben wir die Grundlage geschaffen, dass Unternehmensgründer auch im Falle des Scheiterns besser als bisher eine zweite Chance erhalten.

3.7 Digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa

Internet und digitale Gesellschaft

Wir wollen Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 in Europa machen. Schon heute prägen das Internet und die digitale Technologie unser Leben. Während vor 20 Jahren die ersten Mobiltelefone auf den Markt kamen, sind Smartphones und Tablets heute aus dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Neue, spannende Trends erleichtern schon jetzt unseren Alltag. Dazu zählt die durch das Internet hervorgebrachte Wirtschaft des Teilens (Sharing Economy). Sogenannte Smart Homes werden in naher Zukunft unser Heim und unseren privaten Lebensalltag prägen. Mit 3D-Druckern können bald einfache Gebrauchsgegenstände zu Hause produziert werden: zum Beispiel Kleidung, Schmuck, Ersatzteile für die kaputte Spülmaschine, Spielzeug für die Kleinen oder Zubehör für das neueste Smartphone. Hinzu kommen zum Beispiel intelligente Verkehrssysteme und Stromnetze.

In der Wirtschaft hat unterdessen die vierte industrielle Revolution begonnen. Nach der Erfindung der Dampfmaschine, nach der Industrialisierung und nach der Erfindung des Computers startet jetzt mit dem „Internet der Dinge“ die sogenannte Industrie 4.0. Mit Hilfe neuer Technologien können künftig zum Beispiel einzelne Bauteile in der Auto-Produktion, Container in der Logistik, aber auch Alltagsgegenstände wie Kühlschränke nicht nur über das Internet angesteuert werden. Sie können auch selbstständig untereinander bzw. mit anderen Produkten in Verbindung treten.

Diese Entwicklungen bieten den Menschen und Unternehmen in unserem Land große Chancen, die wir gemeinsam mit ihnen nutzen wollen. All diese Entwicklungen erfordern aber auch kluge Antworten darauf, wie wir sie für das digitale Deutschland und für gute Arbeitsbedingungen nutzen können.

Politik und Sozialpartner, aber auch die Zivilgesellschaft müssen diese Antworten gemeinsam suchen und erarbeiten. Dabei brauchen wir neben einzelnen Entscheidungen über die richtigen Rahmenbedingungen auch eine breite gesellschaftliche Debatte.

Schnelles Internet für alle – Breitband- und Funknetzausbau vorantreiben

Der Zugang zum schnellen Internet ist heute von zentraler Bedeutung. Wir wollen eine flächendeckende Breitbandversorgung bis zum Jahr 2018 sicherstellen, die es ermöglicht, Internet TV zu nutzen und Angebote wie Bankgeschäfte, Behördengänge oder telemedizinische Dienstleistungen online abzuwickeln. Dazu wollen wir sicherstellen, dass der Breitbandausbau auch durch die Mittel der Europäischen Union förderfähig bleibt. Mit Blick auf die besonderen Herausforderungen des ländlichen Raums unterstützen wir die Schaffung einer europäischen Koordinierungsstelle (Connecting Europe Facility), um die digitale Vernetzung zu unterstützen. Beim Ausbau haben wir keine Technologie hervor, da dies die weitere Verbreitung der Breitbandinfrastruktur in ihrer Vielfalt gefährden würde. Nur durch die Nutzung aller geeigneten Technologien, der kabelgebundenen Infrastruktur ebenso wie leistungsstarker Mobilfunktechnologien können wir dieses Ziel gemeinsam mit Unternehmen, Ländern und Kommunen erreichen. Um die Leistungsfähigkeit des Funknetzes für die mobile Internetnutzung zu erhöhen, wollen wir die beim Wechsel von analoger auf digitale Technik freiwerdenden Frequenzen des Rund-

funks (sog. Digitale Dividende II) besser nutzen. Wir sehen eine besondere Aufgabe für die Politik, durch geeignete Rahmenbedingungen sicherzustellen, dass der ländliche Raum ausreichend und gleichwertig mit schnellem Internet versorgt wird.

Zugang zum drahtlosen Internet – WLAN-Netz ausbauen

Jeder Vierte greift heute bereits von unterwegs mobil auf das Internet zu. Darin liegt eine große Chance für neue Dienstleistungen und Geschäftsideen. Deshalb wollen wir auch in Deutschland die Voraussetzungen schaffen, damit gerade in den Städten mobiles Internet über WLAN für jeden verfügbar wird. Wir setzen uns dafür ein, gesetzliche Grundlagen für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter zu schaffen.

Digitale Wirtschaft – Industrie 4.0

Die Internetwirtschaft ist inzwischen ein Wachstumstreiber unserer Wirtschaft geworden: Sie zählt zu den größten privaten Arbeitgebern in Deutschland. Mit ihren umfassenden Lösungen ist die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) schon jetzt zur Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts geworden. Sie ist Quelle neuer Ideen und Treiber für neue Industrieprodukte. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hängt deshalb maßgeblich von der gelungenen Verschmelzung von ITK mit klassischen Industriegütern ab, die sogenannte Industrie 4.0. Gerade in den traditionellen Wirtschaftsbereichen wird die Digitalisierung immer stärker zum Wachstumsmotor. Hinter Stichworten wie „Cloud Computing“, „Big Data“, „Smart Grids“, „E-Health“ verbirgt sich eine globale Entwicklung mit ungeheurer Dynamik, die unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft nachhaltig verändern werden. Wir wollen im Interesse zukünftiger Wachstums- und Beschäftigungschancen die Weichen dafür stellen, dass deutsche Unternehmen eine gestaltende Rolle bei dieser Entwicklung spielen.

Die digitalen Technologien eröffnen viele neue Möglichkeiten: für private Internetnutzer, für eine menschliche Arbeitswelt bis hin zur Industrie. Diese Perspektiven wollen wir erforschen und für die Gesellschaft nutzen. Deshalb greifen wir das Thema Digitalisierung gezielt in der Forschung auf. Dazu werden wir die Forschung zu neuen Entwicklungen wie „Cloud-Computing“ und „Big-Data“ verstärken und Zukunftskonzepte für die Industrie 4.0 entwickeln.

Datenpolitik

Wir wollen hin zu einer verantwortungsbewussten Datenpolitik. Sie soll die Menschen weiterhin in ihrer Privatsphäre schützen. Sie soll zugleich die verantwortungsbewusste Nutzung von Daten für die Umsetzung neuer innovativer Projekte ermöglichen. Wenn in einem weltweiten digitalen Netz in Zukunft Maschinen und Alltagsgegenstände beginnen, miteinander Informationen auszutauschen (Internet der Dinge), soll dies auf der Grundlage eines zeitgemäßen Datenschutzes erfolgen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Überarbeitung des Europäischen Datenschutzrechts diese aktuelle Entwicklung berücksichtigt. Wenn Software, Speicher und Rechenkapazitäten im Rahmen des sogenannten Cloud Computing über das Internet abgerufen werden, müssen auf die damit verbundenen Fragestellungen Antworten gefunden werden. Wir wollen Deutschland zu einem attraktiven Datenstandort entwickeln, an dem gezielt die Nutzung von Daten gefördert wird und der gleichzeitig die Interessen der Nutzer am Schutz ihrer Daten sicherstellt. Die von uns gegründete Stiftung Datenschutz soll dabei einen wichtigen Beitrag zur Information der Bürger über den Umgang mit Daten leisten.

Querschnittsaufgabe Digitalisierung

Wir sehen, dass die stärkere Nutzung digitaler Technologien mit vielen Fragen verbunden ist, die ganz unterschiedliche Bereiche betreffen. Um für diese politische Querschnittsaufgabe die richtigen Antworten zu finden, brauchen wir eine vernetzte Strategie. Mit der Digitalisierung wandeln sich gesetzliche Anforderungen in vielen Bereichen, zum Beispiel im Datenschutz und im Urheberrecht. Auch müssen spezifische netzpolitische Fragen darauf geprüft werden, ob der Gesetzgeber handeln muss, zum Beispiel zur Sicherung der Netzneutralität. Mit einer modernen Gesetzgebung und passenden Strukturen in Politik und Verwaltung wollen wir dafür sorgen, dass in Deutschland ein geeigneter Rechtsrahmen für die digitale Gesellschaft geschaffen wird. Gesetzesvorhaben sollen daraufhin geprüft werden, ob sie den Anforderungen der fortschreitenden Digitalisierung gerecht werden.

Wir brauchen eine regelmäßige Bestandsaufnahme, wo wir in der digitalen Gesellschaft in Deutschland stehen. Deshalb wollen wir ein digitales Weißbuch, in dem der Stand der Digitalisierung dargestellt wird und das damit eine Grundlage für eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung schafft.

3.8 Zukunft Ost – Chancen für das ganze Deutschland

Fast ein Vierteljahrhundert liegt der Fall der Mauer zurück. Eine ganze Generation junger Menschen ist bereits im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen. Diese Jahrgänge konnten frei ins Leben treten, weil ihre Eltern und Großeltern mit einer friedlichen Revolution die Diktatur der SED zum Einsturz gebracht haben. Diese junge Generation erlebt, wie sich Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu starken Regionen in der Mitte Europas entwickeln: mit modernen Unternehmen, leistungsfähigen Forschungsstrukturen und erfolgreichen Unternehmensansiedlungen. In exzellenten Bildungs- und Hochschuleinrichtungen haben junge Menschen aus Ost und West eine gute Ausbildung bekommen.

Dennoch sind die Folgen der Teilung auch heute noch spürbar. Die Arbeitslosigkeit liegt deutlich höher als in Westdeutschland. Vor allem in den ländlichen, strukturschwachen Regionen sind die Folgen der negativen Bevölkerungsentwicklung deutlich zu spüren. Die Zahl der Großunternehmen mit eigenem Standort zwischen Oder, Ostsee, Harz und Erzgebirge ist weiterhin gering. Deshalb bleibt es richtig, die wirtschaftlichen Kräfte in den neuen Ländern zu stärken. Deswegen wollen wir die Schaffung neuer, hoch qualifizierter Arbeitsplätze weiter unterstützen. Für CDU und CSU steht fest: Wir geben den Herausforderungen der neuen Länder auch in den kommenden Jahren einen besonderen Stellenwert in unserer Politik.

Solidarpakt hilft

Wir wollen eine stabile und positive wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern erreichen. Die Mittel aus dem Solidarpakt II sind dafür unverzichtbar. Wir stehen zu den Zusagen und werden die Vorgaben des Solidarpakts verlässlich erfüllen. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der Aufbau Ost weiterhin unterstützt wird.

Wirtschaftsförderung bleibt auf der Tagesordnung

Der Osten unseres Landes leidet noch immer an der Zerstörung seiner wirtschaftlichen Leistungskraft durch den Sozialismus. Ein Symbol dafür ist, dass es dort trotz der großen industriellen Tradition nach wie vor zu wenige

Unternehmenszentralen gibt. Das wollen wir überwinden helfen. Auch die internationale Verflechtung der Unternehmen werden wir weiterhin unterstützen. Unser Ziel bleibt die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine auf die speziellen Bedürfnisse der neuen Länder zugeschnittene Förderung von Forschung und Entwicklung. Wir wollen weiter arbeiten für eine verlässliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ sowie für wettbewerbsfähige Beihilfesätze für Schlüsselindustrien wie die Werften an der Ostseeküste und die Mikroelektronik in Sachsen.

Die Wirtschaftsfördergesellschaften der neuen Länder sollen bei der Erschließung internationaler Märkte und der Gewinnung geeigneter Investoren seitens der Germany Trade & Invest Gesellschaft weiterhin unterstützt werden.

Forschung in den neuen Ländern steigern

Der Osten der Bundesrepublik ist seit der Wiedervereinigung zu einem attraktiven Wissenschaftsstandort geworden, dessen Leistungsfähigkeit den Aufschwung in den neuen Ländern nachhaltig befördert und gestärkt hat. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir mit dem Programm „Unternehmen Region“ und mit der Initiative „Zwanzig20“ fortschreiben. Zudem wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft bei aussichtsreichen Zukunftstechnologien verbessern. Auf diesem Weg wollen wir neue Arbeitsplätze und Wachstum in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen schaffen.

Infrastruktur gesamtdeutsch und paneuropäisch ausrichten

Der Ausbau der Infrastruktur ist zentrale Voraussetzung für eine gute Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern. Um den Aufbau Ost zum Abschluss zu bringen, gilt es, die letzten großen Infrastrukturungleichgewichte zwischen Ost und West zu beseitigen. Wir wollen deshalb leistungsfähige Anbindungen der See- und Binnenhäfen, Flughäfen und Wirtschaftszentren an das nationale, europäische und internationale Verkehrsnetz schaffen. Unser Ziel bleibt, die neuen Länder bestmöglich zu vernetzen. Die Transeuropäischen Netze mit der wichtigen Achse von der Ostsee bis an die Adria und das Schwarze Meer müssen dafür mit Nachdruck verwirklicht werden. In einer guten Zusammenarbeit gerade der neuen Länder mit den mittel- und osteuropäischen Ländern

liegen besondere wirtschaftliche Möglichkeiten, die für ganz Deutschland von Vorteil sind. Deswegen wollen wir sie nutzen.

Bevölkerungswandel nicht hinnehmen, sondern gestalten

Der Bevölkerungswandel kommt im Osten Deutschlands früher und tiefgreifender zum Tragen als in den westlichen Ländern. In einigen Regionen der neuen Länder wird sich die Bevölkerungsdichte bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 1989 halbiert haben. Das kann das Land nicht unverändert lassen. Hier wurden bereits vielfältige Erfahrungen in diesem Wandlungsprozess gesammelt und Schlussfolgerungen gezogen. Wir unterstützen daher die zunehmende Zusammenarbeit von Kommunen und weiteren Verantwortlichen. Wir wollen die Kommunen und Akteure vor Ort stärken und sehen sie als wichtige Schlüssel bei der Bewältigung der Folgen des Bevölkerungsrückgangs.

Viele dieser Erfahrungen sind in die Demografiestrategie der Bundesregierung eingeflossen. Wir wollen auf der Grundlage dieser Erkenntnisse nunmehr konkrete Projekte umsetzen. Gerade in den neuen Ländern wollen wir erproben und zeigen, wie eine Gesellschaft mit geringerer Bevölkerungszahl und einem höheren Anteil älterer Menschen eine leistungsfähige Infrastruktur erhalten kann.

Dabei setzen wir auf sinnvolle neue technische Möglichkeiten ebenso wie auf neue Formen der Mobilität, Bildung, Pflege und der gesamten sozialen und familiennahen Infrastruktur. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden auch für die betroffenen Regionen im Westen Deutschlands hilfreich sein.

Rentenangleichung kommt voran – Besonderheiten weiter berücksichtigen

Eine der wesentlichen Entscheidungen von CDU und CSU zur Vollendung der Deutschen Einheit war es, die ostdeutschen Rentner und Arbeitnehmer in die gesamtdeutsche Rentenversicherung einzubeziehen. Dies ist eine eindrucksvolle gesamtdeutsche Solidaritätsleistung.

Die Rentenanpassung in diesem Jahr zeigt, dass eine Angleichung der Renten in Ost und West mit dem geltenden Recht zu erreichen ist. Die gestärkte Wirtschaft im Osten führt voraussichtlich auch in den kommenden Jahren zu

weiteren Anpassungsschritten, die dazu führen werden, dass das jetzige Niveau von 92 Prozent des Westniveaus sich rasch weiterentwickeln wird. Dies wollen wir nicht gefährden. Daher halten wir an der Rentenberechnung nach geltendem Recht fest.

Aufarbeitung SED-Unrecht fortsetzen

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR seiner Aufgabe auch künftig uneingeschränkt nachkommen kann. Die umfassende Aufdeckung des Geschehenen schulden wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen, sondern auch den nachfolgenden Generationen.

Die Arbeit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur ist aus unserer Sicht unverzichtbar sowohl für die Erforschung und Aufarbeitung als auch zur Unterstützung der Opfer. Nicht zuletzt dient sie der Wissensvermittlung. Insbesondere die junge Generation muss wissen, wie die Diktatur in der DDR funktionierte. Wir wollen daher auch in den kommenden Jahren sicherstellen, dass die Stiftung Aufarbeitung ihre verdienstvolle Arbeit weiter fortführen kann.

Bis heute konnten fast 50 000 Opfer des SED-Regimes von der durch die unionsgeführte Bundesregierung geschaffenen Ehrenpension profitieren. In der laufenden Wahlperiode haben wir zahlreiche Verbesserungen zugunsten der SED-Opfer umgesetzt. In der nächsten Wahlperiode werden wir prüfen, ob eine Anpassung der Opferpensionen angesichts der Rentenerhöhungen der letzten Jahre möglich ist.

Kultur

Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal, das auf der Berliner Schlossfreiheit errichtet wird, erinnern wir dauerhaft an das Geschenk der Deutschen Einheit. Zugleich werden wir dem gewaltfreien Widerstand des Herbstes 1989 in Leipzig ein eigenes Gesicht geben und an die auf den Montagsdemonstrationen nach Freiheit strebenden Menschen mit einem Denkmal erinnern.

Mit dem Programm „Invest Ost – Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ haben wir in vielen Regionen kulturelle „Leuchttürme“ geschaffen, die bundesweit beachtet werden. CDU und CSU sprechen sich für eine Fortführung des Programms aus.

4. Deutschlands Zusammenhalt stärken

4.1 Familien fördern – in jeder Lebenssituation

Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Familie und Kinder gehören für die große Mehrheit der Frauen und Männer in unserem Land zu einem glücklichen Leben. In der Familie suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Unterstützung. Auch in Ehen, die ohne Kinder bleiben, übernehmen Männer und Frauen dauerhaft füreinander Verantwortung.

Wir bekennen uns zum Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie. Die Diskriminierung anderer Formen der Partnerschaft, auch gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, lehnen wir ab. Wir wissen, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.

CDU und CSU wollen Ehe und Familie stärken und mit guten Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass die Menschen ihren Wunsch nach Kindern und Familie verwirklichen können.

Familien finanziell besser fördern

Dazu gehört die finanzielle Entlastung und Förderung von Familien, die wir weiter verbessern wollen. CDU und CSU bekennen sich zur Ehe als Kern der Familie. Deshalb werden wir das Ehegattensplitting erhalten. Zusätzlich wollen wir, dass Familien mit Kindern noch besser gefördert werden. Deshalb wollen wir im Sinne eines Familiensplittings die steuerliche Berücksichtigung von Kindern schrittweise auf den für Erwachsene geltenden Freibetrag anheben. Zugleich werden wir das Kindergeld ebenso wie den Kinderzuschlag erhöhen. Wir legen besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden, denen wir gezielt Rechnung tragen wollen.

Familienfreundliche Arbeitswelt

Ein ebenso zentraler Punkt für Familien ist der Faktor Zeit. Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder. Nachhaltige Familienpolitik heißt für CDU und CSU deshalb, mehr Zeit für Familie zu ermöglichen.

Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt. Deshalb unterstützen wir Unternehmen dabei, Arbeitsplätze bes-

ser den Bedürfnissen von Familien anzupassen. Dazu zählen flexible Arbeitszeiten, Teilzeit und Telearbeit wie auch Betriebs-Kitas und die Zusammenarbeit mit Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Betreuungszeiten. Wir sind überzeugt, dass Modelle, bei denen beide Elternteile eine sogenannte vollzeitnahe Teilzeit – also gut 30 Stunden pro Woche – arbeiten, auch in Deutschland noch öfter möglich sind.

Zu einer familienfreundlichen Arbeitswelt gehört auch, dass familienbedingte Auszeiten nicht zum Karrierehemmnis werden und ein Wiedereinstieg gut möglich ist.

Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Arbeitgebern nach Möglichkeiten suchen, wie Beschäftigte auch während der Familienphase ihre Fachkenntnisse und Fertigkeiten in Weiterbildungsmaßnahmen erhalten und verbessern können. Dies wollen wir durch ein „Wiedereinstiegs-BAföG“ unterstützen, insbesondere in Wirtschaftszweigen, in denen Fachkenntnisse und berufliches Wissen ständig Neuerungen unterliegen.

Familie und Beruf zeitlich besser miteinander zu vereinbaren, kann auch durch Unterstützung im Haushalt erleichtert werden. Dazu werden wir für Familien die Inanspruchnahme von haushalts- und familienunterstützenden Dienstleistungen weiter erleichtern.

Unterstützung für Kinder chronisch kranker Eltern

Wir wollen die Unterstützung für Kinder von seelisch oder körperlich chronisch kranken Eltern verbessern. Eine Möglichkeit kann hier in der Förderung von Patenschaftsprogrammen bestehen.

Wahlfreiheit für Familien

Wir sind davon überzeugt, dass Eltern am besten entscheiden können, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und den Alltag ihrer Familie gestalten. Deswegen finden alle Mütter und Väter unsere Anerkennung und Unterstützung. Ziel unserer Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie ihre Vorstellungen auch umsetzen können. Im Zentrum aller Bemühungen muss dabei das Wohl des Kindes stehen.

Die meisten Eltern wollen ihr Kind gerade im ersten Lebensjahr zu Hause betreuen. Um das besser zu ermöglichen, haben CDU und CSU das Elterngeld eingeführt. Wir

wollen, dass Eltern noch mehr Freiräume bei der Gestaltung der Elternzeit haben. Deshalb wollen wir ein Teilentgelt einführen, das bis zu 28 Monate bezogen werden kann.

Allen berufstätigen Großeltern wollen wir mit einer Großelternzeit künftig die Möglichkeit eröffnen, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu verringern, damit sie sich um ihre Enkel kümmern können. Gerade junge Eltern, die beruflich noch Fuß fassen müssen, sollen so zeitlich entlastet werden.

Wir haben den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter dreijährige Kinder geschaffen. Das macht deutlich: Für uns ist der Wille der Eltern entscheidend.

Wir treiben den Ausbau von Kindertagesstätten weiter entschlossen voran. Auch am Ausbau der Kinderbetreuung wollen wir gemeinsam mit Ländern, Städten und Gemeinden weiterarbeiten. Dazu gehört beispielsweise auch, 24-Stunden-Kitas und andere flexible Betreuungsangebote einzurichten, um Eltern mit wechselnden Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Diejenigen Eltern, die für ihre Kinder auch im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen, unterstützen wir mit dem Betreuungsgeld und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Wahlfreiheit.

Auch die Förderung von Sprachkenntnissen ist für uns zentral. Deshalb wollen wir Schwerpunkt-Kitas sowie die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern weiterhin unterstützen. Das Angebot an Tagesmüttern und in der Kindertagespflege wollen wir quantitativ und qualitativ weiter verbessern. Ebenso gilt es, qualifizierte Betreuungseinrichtungen für Schulkinder weiter auszubauen.

Lebenszeitpolitik – mehr Zeit für Familie und Bildung ermöglichen

Mit einer neuen Lebenszeitpolitik wollen wir bessere Möglichkeiten eröffnen, um berufliche Auszeiten zur Erziehung von Kindern, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern oder anderer Angehöriger zu ermöglichen. Die von CDU und CSU eingeführte Familienpflegezeit war ein erster großer Schritt auf diesem Weg. Wir sehen auch, dass in einer wachsenden Zahl von

Unternehmen und Branchen – wie beispielsweise in der Chemieindustrie – bereits Vereinbarungen getroffen wurden, um die Vereinbarkeit von beruflichen und persönlichen Aufgaben zu verbessern. Wir ermuntern die Tarifvertragsparteien, diesen Vorbildern zu folgen und individuelle, branchenbezogene Lösungen zu suchen. Wir wollen diese Bemühungen unterstützen, indem wir prüfen, wie die Attraktivität und Verbreitung von Lebensarbeitszeitkonten erhöht werden kann.

4.2 Frauen – Kompetenzen stärker nutzen und Chancen eröffnen

Kompetenzen von Frauen besser nutzen

Der Anteil berufstätiger Frauen ist bei uns seit 2005 deutlich gestiegen, stärker als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Das ist eine gute Entwicklung für Deutschland. Denn wir sind überzeugt: Wir haben bessere Chancen, ein wirtschaftlich erfolgreiches Land zu bleiben, wenn Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, Einheimische und Zugewanderte ihre Kompetenzen und Fähigkeiten gleichermaßen in den Betrieben einbringen. Unser Ziel sind gleichwertige Chancen für alle – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Hautfarbe.

Dazu gehört, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen. Deshalb unterstützen CDU und CSU die Durchsetzung des Anspruchs von Frauen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit. Ebenso werden wir prüfen, gesetzliche Transparenzpflichten einzuführen, um Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu erreichen.

Gerade bei jungen Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, wollen wir für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Auch das kann zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.

Eine bessere Bezahlung in Berufen, die besonders häufig von Frauen ausgeübt werden, kann zu mehr Lohngleichheit führen. CDU und CSU haben einen Mindestlohn in der Pflege eingeführt und auch damit zu mehr Lohngleichheit beigetragen. Ziel muss es sein, die Arbeit in der Pflege, Betreuung und frühkindlichen Bildung weiter aufzuwerten, auch in der Bezahlung.

Gerade Frauen sind oft in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in größerem Umfang arbeiten würden. CDU und

CSU wollen das gemeinsam mit den Sozialpartnern im Interesse von Beschäftigten und Unternehmen ändern. Dabei werden wir einen Schwerpunkt darauf setzen, die Rückkehr aus einer Familienphase oder von der Teilzeit zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Wir wollen Frauen und Männern nach einer Erziehungs- oder Pflegephase die Rückkehr in Vollzeit mithilfe eines Rechtsanspruchs ermöglichen.

Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöhen

Wir wollen, dass mehr Frauen in Führungsverantwortung kommen – in mittleren und höheren Führungspositionen ebenso wie in Vorständen und Aufsichtsräten. Deshalb wollen wir die Erhöhung des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen gesetzlich regeln. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, zum Beispiel in öffentlichen Betrieben, der Verwaltung oder bei der Besetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten.

Mit einer verpflichtenden „Flexi-Quote“ werden wir von den börsennotierten oder mitbestimmungspflichtigen Unternehmen fordern, eine verbindliche Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat festzulegen. Diese soll öffentlich ausgewiesen und darf nicht nachträglich nach unten berichtigt werden. Zugleich werden wir gesetzlich regeln, dass ab dem Jahr 2020 eine feste Quote von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsratsmandaten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen gilt.

4.3 Vielfalt bereichert – Willkommenskultur schaffen

Deutschland ist ein erfolgreiches Integrationsland. Wer unsere gemeinsamen Werte teilt, wer mit anpackt und unser Land voranbringen will, ist uns willkommen.

Erfolgreiche Zuwanderer zeigen, welche Chancen mit gelungener Integration verbunden sind. Die ganz überwiegende Mehrheit der rund 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben und arbeiten, leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. CDU und CSU wollen Aufstiegswillen und Bereitschaft zur Mitgestaltung von Menschen, die in unser Land kommen, gezielt fördern.

Willkommenskultur für kluge Köpfe

Im internationalen Wettbewerb um kluge Köpfe wollen wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen aus anderen Ländern für uns gewinnen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch attraktiver werden.

Wir brauchen eine Kultur, die eine schnelle und erfolgreiche Integration ermöglicht. Eine solche Willkommenskultur muss sichtbar und spürbar werden – beginnend bereits in den Herkunftsländern. Damit sich Neuzuwanderer auf das Leben in Deutschland gut vorbereiten können, brauchen wir ausreichende Informationsangebote etwa zu Einreise, Schule und Beruf sowie zum Spracherwerb. Wir wollen, dass Rathäuser zu „Willkommenszentren“ werden, die neue Zuwanderer in praktischen und rechtlichen Fragen für den erfolgreichen Einstieg in das Leben in Deutschland und den Start in den Berufsalltag unterstützen.

Kenntnisse und Fähigkeiten besser nutzen und fördern

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verfügen vielfach über abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildungen ihrer Heimatländer. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach, während unserem Arbeitsmarkt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt um hier gegenzusteuern, ist das von CDU und CSU durchgesetzte Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse, die nun einfacher und schneller anerkannt werden. Gleichzeitig wollen wir die Anstrengungen verstärken, um die beruflichen Qualifikationen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachträglich zu verbessern, damit sie noch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und einen noch stärkeren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes leisten können.

Mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Öffentlichen Dienst gewinnen

Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im Öffentlichen Dienst, insbesondere als Lehrerinnen und Lehrer, als Polizistinnen und Polizisten oder in der Justiz entscheiden.

Bildungschancen verbessern und Sprachfähigkeit fördern

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien haben in den vergangenen Jahren deutlich bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielt. Im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne Zuwanderungsgeschichte haben sie jedoch nach wie vor oft Probleme in der Schule und Berufsausbildung.

Wir wollen, dass diese Kinder und Jugendlichen weiter aufholen und bessere Schul- und Bildungsabschlüsse erzielen. Dazu gehört auch, dass Eltern stärker als bisher die Schulvorbereitung und -laufbahn ihrer Kinder aktiv begleiten. Dabei wollen wir sie durch besondere Elternprogramme unterstützen.

Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration sind gute Deutschkenntnisse. Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache weiter konsequent fördern. Deutsch als gemeinsame Sprache schafft Identität und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir erwarten von Zuwandernden, dass sie die deutsche Sprache erlernen. Wer sich verweigert, Deutsch zu lernen, hat in unserem Land keine Zukunftschancen.

Konsequente Politik des Forderns und Förderns

Erfolgreiche Integration braucht das Zusammenwirken der zugewanderten und der einheimischen Bevölkerung. CDU und CSU setzen weiterhin auf eine konsequente Politik des Forderns und Förderns. So bauen wir Integrationsversäumnisse und -mängel weiter ab. Unser Fahrplan dafür ist der Nationale Aktionsplan Integration.

Einbürgerung: Bekenntnis zu unserem Land und unseren Werten

Der Wille zur Einbürgerung ist das Bekenntnis zu unserem Land und den Werten unseres Grundgesetzes. Die Annahme unserer Staatsangehörigkeit – verbunden mit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit – ist ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Sie kann Integration nicht ersetzen und ist kein Mittel, sondern stärkster Ausdruck einer erfolgreichen Integration.

Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir ab. Wir werben stattdessen bei denen, die

schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind, dass sie die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir ab. Mehrstaatlichkeit ist oft mit Problemen bei der Rechtsdurchsetzung auch in zivilen Auseinandersetzungen verbunden.

In Deutschland geborene Kinder von Ausländern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht erlangen mit ihrer Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Später müssen sie sich entscheiden, welche der beiden sie behalten wollen. Dieses sogenannte Optionsmodell hat sich bisher bewährt. Die meisten jungen Erwachsenen entscheiden sich für die deutsche Staatsbürgerschaft. Dieses Ja zu unserem Land begrüßen wir.

Integration erfordert auch Konsequenz

Vielfalt braucht Zusammenhalt. Deshalb haben wir die Integrationspolitik in das Zentrum politischen Handelns gerückt und umfangreiche Angebote für eine gelingende Integration geschaffen. CDU und CSU treten zugleich Integrationsverweigerern entschieden entgegen, auch im Interesse der großen Mehrheit rechtstreu zuwanderer. Wer unsere Unterstützung will, muss durch sein Verhalten den Willen zur Integration deutlich machen. Wer sich seinen Pflichten entzieht, muss mit Folgen für seinen Aufenthaltsstatus und seine Leistungsansprüche rechnen.

Wenn religiös oder kulturell übermittelte Traditionen zu einer Missachtung unserer Rechtsordnung führen, dürfen wir dies nicht akzeptieren. Der Abschottung in Parallelgesellschaften und islamischen Sondergerichten außerhalb unserer Rechtsordnung treten wir entschieden entgegen. Wir erwarten dabei auch von den muslimischen Verbänden ein erkennbareres Gegensteuern. CDU und CSU rufen deshalb die muslimischen Verbände zu einer engen Zusammenarbeit auf.

Schutz für Schutzbedürftige

CDU und CSU stehen für eine an den Bedürfnissen und Interessen unseres Landes ausgerichtete Zuwanderungspolitik. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zuwanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können.

Wir treten zugleich für den Schutz politisch Verfolgter ein, wie es unserem Grundgesetz und der aus unserem christlich geprägten Menschenbild entspringenden Verantwortung entspricht. Wer politisch verfolgt wird und schutzbedürftig ist, muss auf Deutschland vertrauen können. Deshalb bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir setzen uns auch im Interesse der Betroffenen für zügige Verfahren bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten ein.

Auch in Zukunft werden wir Flüchtlingen helfen. Dabei setzen wir uns auch für neue Formen des Schutzes ein, wie die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, wenn ihnen eine baldige Rückkehr in das Herkunftsland nicht möglich ist oder wenn sie nicht dauerhaft in das Land, das sie zuerst aufgenommen hat, eingegliedert werden können. Dabei bauen wir weiterhin, ebenso wie bei der Hilfe für Flüchtlinge weltweit, auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen.

Eine Zuwanderung, die darauf gerichtet ist, die europäische Freizügigkeit zu missbrauchen und die sozialen Sicherungssysteme unseres Landes auszunutzen, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, um die Lage in den Herkunftsländern zu verbessern und Missbrauch zu verhindern. Insbesondere müssen Lebensbedingungen und Integration der Menschen in ihren Heimatländern deutlich verbessert werden, sodass sie dort eine Perspektive haben.

4.4 Jede Begabung zählt – Menschen mit Behinderung

Eine inklusive Gesellschaft ist ein zentrales Ziel von CDU und CSU. Wir werden uns hierbei weiter für die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention in Deutschland einsetzen. Wir arbeiten dafür, dass Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen ihren Alltag möglichst selbstbestimmt meistern und gestalten können. Wir wollen, dass Menschen mit und ohne Behinderung selbstverständlich zusammen leben, lernen, arbeiten, feiern und gemeinsam unser Land gestalten.

Dafür bedarf es Barrierefreiheit im Wohnungs- und Straßenbau, im öffentlichen Verkehr, in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit und in der Kultur. In einer älter werdenden Gesellschaft wird auch der Anteil der Men-

schen mit gesundheitlichen Einschränkungen steigen, die genau das tun wollen, was für alle selbstverständlich ist: arbeiten, einkaufen, Sport treiben, reisen, ins Kino gehen, Museen und Ausstellungen besuchen oder im Internet surfen.

Auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft

Auf diesem Weg haben wir schon viel erreicht: Wir haben die Grundlage dafür gelegt, dass bis zum Jahr 2022 der öffentliche Nahverkehr in ganz Deutschland barrierefrei wird. Ab 2016 muss jeder erstmals zugelassene Fernbus mit mindestens zwei Stellplätzen für Rollstuhlfahrer sowie mit Einstiegshilfen ausgestattet sein. Auch haben wir erstmals Standards festgelegt, wie Gebäude barrierefrei gestaltet werden können. Wir werden weiter daran arbeiten, das Leben für Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Einschränkungen im Alltag zu erleichtern und die vielen kleinen und großen Hürden, die hier noch im Wege stehen, abzubauen. Wir wollen Menschen mit Behinderung bei allen sie betreffenden Angelegenheiten als Experten in eigener Sache beteiligen.

Bildung: Die inklusive Schule weiter voranbringen

Die Unterstützung von Kindern mit Behinderung und ihren Angehörigen liegt uns besonders am Herzen. Wir wollen behinderte Kinder stärker in den Regelunterricht einbeziehen, dabei aber nicht auf individuelle Förderung verzichten. Unser Ansatz dabei lautet: „So viel Inklusion wie möglich – so viel besondere Förderung wie nötig“. Die inklusive Schule werden wir daher weiter voranbringen. Inklusive Schule heißt für uns, dass wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen: Jeder Schüler muss bestmöglich gefördert und unterstützt werden. Voraussetzung dafür sind Barrierefreiheit, gut ausgebildete Lehrer und genügend Förderlehrerstunden. Zugleich sprechen wir uns dafür aus, Förderschulen zu erhalten, wo dies im Interesse der Kinder mit besonderem Förderbedarf liegt.

Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können, hat für Menschen mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Unsere Inklusionspolitik hat auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt bereits zu deutlichen Verbesserungen geführt, u. a. durch die Initiative „Job 4000“ und das Programm „Initiative Inklusion“. Wir wollen künf-

tig vor allem kleine Betriebe noch stärker einbeziehen, da gerade sie ein vertrautes, oft fast familiäres Arbeitsumfeld bieten können.

Wo möglich, wollen wir die Wege in eine betriebliche Ausbildung unterstützen. Auch älteren schwerbehinderten Menschen sollen durch Lohnzuschüsse neue Brücken in den Arbeitsmarkt gebaut werden.

CDU und CSU haben den Rechtsanspruch auf das Persönliche Budget unterstützt. Damit erhalten Menschen mit Behinderung Geld anstelle von Sachleistungen und können damit ihr Leben stärker selbst bestimmen. Wir wollen, dass dieser Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben auch dann erhalten bleibt, wenn sie auf dem ersten Arbeitsmarkt ausgebildet und beschäftigt werden. Außerdem wollen wir die Hinzuverdienstgrenzen überprüfen, damit sich zusätzliche Leistung auch für Menschen mit einer Behinderung lohnt.

Wir wollen die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung neu regeln. Ihnen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Barrierefreier Tourismus

Barrierefreiheit soll zu einem Qualitätsmerkmal des Deutschlandtourismus werden. Sie ist eine Grundvoraussetzung für die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir wollen helfen, bestehende Angebote besser miteinander zu vernetzen und zu vermarkten sowie Mitarbeiter besser in Fragen der Barrierefreiheit zu qualifizieren. Ziel muss die durchgehende Barrierefreiheit sein, von der Buchung über die An- und Abreise bis hin zur Unterkunft.

Inklusion im Sport

CDU und CSU wollen den Behindertensport auf allen Ebenen weiter fördern. Dabei setzen wir uns verstärkt für die Möglichkeit ein, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam Sport treiben. Bei Sportstätten werden wir darauf achten, dass sie barrierefrei gebaut werden.

Wir wollen uns für eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit und mediale Berichterstattung für den Behindertensport einsetzen.

4.5 Helden des Alltags – Ehrenamt und Sport fördern

Das Ehrenamt macht unser Land stark. Jeder Vierte in unserem Land ist ehrenamtlich engagiert und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Ohne diesen Einsatz wäre vieles in Deutschland nicht möglich – von den Rettungsdiensten bis hin zum Naturschutz. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft wird die Bedeutung des Ehrenamtes weiter zunehmen.

Ehrenamt stärken – Rahmenbedingungen weiter verbessern

Wir wollen auch in Zukunft diejenigen unterstützen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Dazu wollen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen weiter verbessern. Ehrenamtlich Tätige und Vereine wollen wir von Bürokratie entlasten und Erfolgsmodelle wie den Bundesfreiwilligendienst und die Mehrgenerationenhäuser fortentwickeln.

Ehrenamtliche Kräfte bei der Freiwilligen Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem Technischen Hilfswerk und den Hilfsorganisationen sind oft rund um die Uhr in Einsatzbereitschaft. Ohne ihren Einsatz würde es in den allermeisten Städten und Gemeinden keine Hilfe geben, wenn Feuer ausbricht oder schwere Unwetter ihre Spuren hinterlassen. Die Flutkatastrophe im Juni hat uns erneut eindrucksvoll die Bedeutung dieses Einsatzes vor Augen geführt. Deshalb unterstützen wir diejenigen in ihrer Arbeit, die sich aufopfernd und unentgeltlich für die Sicherheit ihrer Mitmenschen einsetzen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass sie auf eine gute technische Ausstattung bei ihren oft gefährlichen Einsätzen zurückgreifen können.

Wir wollen auch in Zukunft dazu beitragen, junge Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Dazu wollen wir mit Kampagnen gezielt werben und deutlich machen, wie wertvoll und sinnstiftend ein solches Engagement ist.

Unser Gemeinwesen ist auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir brauchen vor Ort den breiten Sachverstand der Stadt- und Gemeinderäte, der Ortsvorsteher und der ehrenamtlichen Bürgermeister. Ihren Einsatz wollen wir weiter unterstützen. Deshalb wollen wir auf Dauer sicherstellen, dass Aufwandsentschädigungen für diese Wahlämter nicht die Rente mindern.

CDU und CSU dringen auf mehr Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit und geleistete Freiwilligenjahre in den Berufsbiografien. Die Hochschulen sollen künftig bei der Vergabe von Studienplätzen stärker als bisher die Leistungen von freiwillig Wehrdienstleistenden, Bundesfreiwilligen und Jugendfreiwilligen berücksichtigen. Den Deutschen Engagementpreis wollen wir weiter ausbauen. Die Idee der Ehrenamtskarte soll bundesweit zum Einsatz kommen und auf das Engagement von Schüler-, Studenten-, Auszubildenden-, Eltern- und Mitarbeitervertretungen ausgeweitet werden.

Freiwilligendienste stärken

Mit dem Bundesfreiwilligendienst ist uns ein großer Erfolg gelungen. Heute sind mehr Menschen denn je in den Freiwilligendiensten engagiert. Diese Politik wollen CDU und CSU fortentwickeln.

Dabei wollen wir die Vielfalt der Freiwilligendienste erhalten, die Angebote weiterentwickeln und ihre Förderung noch besser an die Bedürfnisse von Freiwilligen und Einsatzstellen anpassen. Auch kleine, verbandsfreie und kommunale Einrichtungen sollen künftig die Möglichkeit erhalten, Freiwillige bei sich aufzunehmen. Die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst im Ausland zu leisten, wollen wir ausbauen.

Jugendpolitik ist gesellschaftliche Zukunftspolitik

Jugendpolitik ist aktive Zukunftspolitik. Unser Land braucht für eine gute Zukunft die Ideen und das Engagement der Jugend. CDU und CSU wollen weiter Anwalt der Jugend sein, deren Interessen ernst nehmen und so unterstreichen, dass Generationengerechtigkeit der Maßstab unseres Handelns ist.

Der Bevölkerungswandel führt dazu, dass der Anteil der Jugendlichen in unserem Land zurückgeht. Umso wichtiger ist es, dass sich möglichst viele Jugendliche einmischen und mitgestalten wollen. Wir wollen die Jugendlichen dazu ermuntern und befähigen.

Die Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik wollen wir vorantreiben. Sie richtet sich an alle Jugendlichen und setzt auf deren aktive Beteiligung. Wir wollen mit unserer Politik Jugendliche unterstützen, ihre Begabungen zu entwickeln, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, aber auch mit Offenheit und Unsicherheit umzugehen.

Eine wichtige Aufgabe fällt dabei den Jugendverbänden zu: Hier üben unsere Jugendlichen von Anfang an demokratische Spielregeln ein: Sie lernen Kompromisse auszuhandeln, zu teilen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Damit sind Jugendverbände wichtige Partner einer erfolgreichen Jugendpolitik und unverzichtbar für die Entwicklung und den Bildungsweg junger Menschen. Wir unterstützen sie, auch auf sich ändernde Bedürfnisse Jugendlicher zu reagieren: Zum Beispiel müssen die Jugendverbände ihre Angebote so ausrichten, dass sie auch in den Alltag von Jugendlichen an Ganztagschulen passen.

Der Kinderhilfe- und Jugendplan hat sich als wichtiges Instrument erwiesen, um die Arbeit der Jugendverbände zu unterstützen. Wir werden auch in den kommenden Jahren die vielfältige Jugendarbeit in den Jugendverbänden, den Jugendringen der offenen Jugendarbeit, der kommunalen Jugendarbeit und den Jugendbildungsstätten sowie beim internationalen Jugendaustausch unterstützen.

Die Arbeit der Schüler-, Jugendausbildungs- und Studentenvertretungen ist wichtig, weil Jugendliche so lernen, sich für ihre Interessen in der Schule, im Betrieb oder in der Hochschule einzusetzen und dort den Alltag mitzugestalten. Wir wollen sie weiter unterstützen. Wir begrüßen die Arbeit der Schüler-, Jugend- und Studentenorganisationen in den politischen Parteien. Hier werden die Interessen der Jugendlichen gebündelt, und ihnen wird eine kraftvolle Stimme im politischen Meinungsbildungsprozess der Parteien gegeben.

Sport stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft

Mehr als 27 Millionen Menschen engagieren sich in ca. 90 000 Sportvereinen. Die Vereine leisten unschätzbar viel für die Jugendbetreuung, zur Gesundheitsvorsorge und bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sport vermittelt Leistungswillen, Ausdauer, Zielstrebigkeit und Fairness und stärkt den Zusammenhalt der Menschen in unserer Gesellschaft.

In einer Gesellschaft mit immer weniger Jüngeren brauchen wir neue Konzepte, um sportlichen Nachwuchs zu fördern. Sportliche, schulische und berufliche Bildung müssen dafür enger aufeinander abgestimmt werden. Bei zunehmendem Ganztagschulbetrieb stehen die Vereine im Kinder- und Jugendsport vor neuen Herausforderungen. Damit sie ihre sportlichen und gesellschaftlichen

Aufgaben auch künftig wahrnehmen können, fördern CDU und CSU eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen.

Zugleich wollen wir den Schulsport im außerunterrichtlichen Bereich stärken. Wir wollen die Bewegungsentwicklung von Kindern und Jugendlichen fördern. Mit Blick auf die Werteerziehung und Bildung junger Menschen messen wir der Deutschen Sportjugend und der Deutschen Olympischen Akademie große Bedeutung bei.

Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip im Sport und zu einem menschlichen Spitzensport, der eine Vorbildfunktion für den Breitensport hat. Wir werden die Sportförderung bei der Bundeswehr, der Bundespolizei und beim Zoll fortführen sowie das Konzept der „Dualen Karriere“ stärken, damit Spitzensportler ihre sportliche und berufliche Laufbahn besser miteinander vereinbaren können.

Voraussetzung für ein attraktives Sportangebot an Schulen und in der Freizeit sind gute Sportstätten. Wir wollen die Bundesförderung für den Bau und Erhalt von Sportstätten fortsetzen.

Wir werden auch künftig Sportverbände in ihrem Kampf gegen Doping unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur langfristig gesichert ist. CDU und CSU werden sich auch weiterhin für die Austragung von sportlichen Großveranstaltungen wie Welt- und Europameisterschaften in Deutschland einsetzen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen dafür wollen wir weiter verbessern. Wir wollen die Position von Vereinen und Verbänden stärken, damit sie ihre berechtigten Interessen zur Vermarktung und Verwertung von Sportveranstaltungen wahren können und damit auch weiterhin in der Lage sind, hochwertige Sportereignisse in Deutschland durchzuführen.

CDU und CSU treten dafür ein, Korruption, Spiel- und Wettmanipulation entschieden zu begegnen. Gefährliche Entwicklungen von Gewalt, Missbrauch und Extremismus im und um den Sport werden wir weiterhin bekämpfen.

4.6 Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente

CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentnerinnen

und Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen.

Die erfolgreiche Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik von CDU und CSU führt zu stabilen und sicheren Renten. Der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt steht dadurch auf einer soliden und verlässlichen Grundlage. Die erfreuliche Entwicklung der Löhne und Gehälter kommt den Rentnerinnen und Rentnern unmittelbar zugute. Gleichzeitig haben CDU und CSU Arbeitnehmer sowie Unternehmen durch die Beitragssatzsenkungen in den Jahren 2012 und 2013 deutlich entlastet.

Wir wollen, dass sich auch in Zukunft Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnt. Denn die Grundlage für finanzielle Sicherheit im Alter wird auch künftig im Erwerbsleben gelegt.

Die drei Säulen der Rente zukunftsfest machen

Eine zukunfts feste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge.

Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Wir haben sie gestärkt, indem wir die Rente mit 67 beschlossen haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen.

Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Unser Ziel ist dabei, dass die betriebliche Vorsorge auch für kleine und mittlere Unternehmen und deren Mitarbeiter attraktiv ist. Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge werden wir verhindern und uns für den Erhalt unseres bewährten Systems einsetzen.

Kindererziehung besser anerkennen – Mütterrente anheben

CDU und CSU haben die Kindererziehungszeit in der Rente eingeführt und schrittweise verbessert. Ab 2014 wollen wir für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Rentenpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Das entspricht bei zwei Kindern durchschnittlich 650 Euro mehr Rente im Jahr. Diese bessere Anerkennung ist durch die gute finanzielle Situation der Rentenversicherung und vorhandene Mittel aus dem Zuschuss des Bundes möglich.

Pflege wertschätzen – Pflegezeiten besser in der Rente bewerten

Ebenso wollen wir die Zeiten der Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung besser berücksichtigen. Wer einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen begleitet, betreut und pflegt, leistet einen großen mitmenschlichen Dienst, den wir besser anerkennen wollen.

Lebensleistung achten – Renten aufbessern und Vorsorge stärken

Wir wollen, dass sich Lebensleistung in der Rente auszahlt. Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzlich vorgesorgt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben und darf nicht auf Grundsicherung angewiesen sein. Wer 40 Jahre versichert ist und privat vorgesorgt hat, soll einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen und/oder Angehörige gepflegt haben, wollen wir dabei in stärkerem Maße anerkennen. Ebenso wollen wir die Erwerbsbiografie der Menschen in den neuen Ländern besonders berücksichtigen.

Wir wollen weiter dafür sorgen, dass Lebensleistung sowie private und betriebliche Vorsorge durch Freibeträge im Alter anerkannt wird. Wer für sein Alter vorgesorgt hat, muss aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand, der nicht entsprechend vorgesorgt hat. Damit können auch Geringverdiener eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft beziehen.

Im Ruhestand arbeiten – Hinzuverdienstregeln flexibler ausgestalten

Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen, nicht zuletzt, weil unsere Wirtschaft auf erfahrene Fachkräfte angewiesen ist. So wollen wir Verbesserungen für ältere Menschen beim flexiblen Übergang in den Ruhestand erreichen. Hierfür wollen wir die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln.

Bezieher von Erwerbsminderungsrenten werden wir mit einer spürbaren Erhöhung ihrer Rentenansprüche besser stellen und ihnen damit eine sichere Versorgung ermöglichen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Menschen wollen wir durch bessere Gesundheitsleistungen und darüber hinaus durch eine bessere Anpassung der Rehabilitationsleistungen an den sich verändernden Altersaufbau unserer Gesellschaft fördern.

Altersvorsorgepflicht bei Selbstständigen einführen

In Deutschland gibt es rund 2,6 Millionen Selbstständige ohne eigene Mitarbeiter. Viele von ihnen sind oft nur unzureichend für das Alter oder Krankheitsfälle abgesichert. Wir wollen ihren sozialen Schutz verbessern und eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lösungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern.

Mehr Transparenz in der Alterssicherung schaffen

Wir wollen, dass sich jeder Bürger über Fragen der Alterssicherung gut informieren und in Zukunft besser nachvollziehen kann, welche Anwartschaften er in den verschiedenen Säulen der Alterssicherung angespart hat. Daher setzen wir uns für eine unabhängige und übergreifende Informationsplattform ein, auf der alle Ansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge sicher, einfach und übersichtlich zusammengefasst sind. Eventuell bestehende Versorgungslücken können so besser aufgedeckt werden. Versicherte können besser erkennen, ob sie ausreichend viel für ihre Altersvorsorge tun.

4.7 Gesundes Land – gute Versorgung für alle

CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat, unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder gesundheitlichen Zustand. Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt und zu einer hohen Lebensqualität in Deutschland beiträgt.

Wir stehen ebenso für ein solidarisches Gesundheitswesen, in dem Hilfe für Kranke und Ältere sowie Eigenverantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Wir sichern ein Gesundheitswesen, in dem die Menschen darauf vertrauen können, dass alle Beteiligten in Medizin und Pflege ihre Verantwortung gegenüber Patienten sorgsam wahrnehmen.

Medizinische Versorgung

Die wachsende Zahl älterer Menschen in unserem Land wie auch der rasche Fortschritt in der medizinischen Forschung erfordern fortlaufend Anpassungen unseres Gesundheitswesens. CDU und CSU wollen eine gut erreichbare Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser, vor allem in ländlichen Regionen, sichern und dafür zum Beispiel die Attraktivität des Hausarztberufs steigern. Wir wollen, dass überall in unserem Land Ärzte jederzeit erreichbar sind. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir wichtige Anreize gesetzt, die es für Ärztinnen und Ärzte attraktiver machen, sich an der Versorgung von Regionen mit zu wenigen Ärzten zu beteiligen. Auch für Apotheken im ländlichen Raum gleichen wir über eine sogenannte Notdienstpauschale einen Teil ihrer Mehrbelastung aus. Diesen Weg werden wir weitergehen. Um die Versorgung in dünn besiedelten Gebieten sicherzustellen, setzen wir auch auf neue Lösungen wie den Ausbau der Telemedizin. Dafür wollen wir die erforderlichen technischen und rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Krankenhausversorgung

Die Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag in unserem Gesundheitssystem. Patientinnen und Patienten profitieren von der im internationalen Vergleich hohen Qualität. Wir wollen, dass auch weiterhin jedermann auf die hohe Qualität unserer Krankenhäuser vertrauen kann. Mit Blick auf eine gut erreichbare medizinische und pflegerische Versorgung vor allem in ländlichen Regionen, aber auch in strukturschwächeren Stadtteilen, werden wir zusammen mit den Krankenhäusern die Leistungsangebote noch besser aufeinander abstimmen.

Für ein hochwertiges Gesundheitssystem, das den Menschen dient

Durch erfolgreiche Reformen haben CDU und CSU die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung stabil gehalten. Krankenkassen und Gesundheitsfonds haben erhebliche Rücklagen gebildet. Mit der erweiterten Möglichkeit der Kassen, die Beiträge über Prämienrückerstattungen sowie Zusatzbeiträge zu gestalten, haben wir den Wettbewerb gestärkt.

Krankenkassen, deren Rücklagen die gesetzliche Mindestreserve um ein Mehrfaches übersteigen, sollen in Zukunft zur Prämienrückerstattung an ihre Mitglieder verpflichtet werden. Wir bekennen uns zum Wettbewerb der

Krankenkassen. Eine staatliche Einheitsversicherung für alle lehnen wir ab. Die private Krankenversicherung mit ihren individuellen Kapitalrücklagen, um steigende Kosten im Alter abzumildern, leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Umsetzung von Neuerungen im Gesundheitswesen.

CDU und CSU setzen darauf, dass die Beteiligten in der Selbstverwaltung unseres Gesundheitssystems verantwortungsvoll und partnerschaftlich handeln und dabei unnötige Bürokratie vermeiden.

Attraktivität der Gesundheitsberufe steigern

Den Kern unseres freiheitlichen Gesundheitswesens bilden die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die Therapiefreiheit und die Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe. Die Beschäftigten in den Kliniken, Praxen und ambulanten Diensten, niedergelassene freiberuflich tätige Haus-, Fach- und Zahnärzte, Apotheker, selbstständige Gesundheitshandwerker, Hebammen und Heilmittel-erbringer stehen für eine qualitativ hochwertige, patientennahe Versorgung. Dieses Versorgungsniveau wollen wir bewahren und fortentwickeln, um die hohe Qualität in Deutschland zu erhalten.

Die Attraktivität der Gesundheitsberufe wollen wir weiter steigern. Dazu gehören gute Ausbildungsmöglichkeiten ebenso wie die Weiterentwicklung der Berufsbilder im Gesundheitswesen. Bei der Vergabe von Plätzen für ein Medizinstudium soll neben dem Notendurchschnitt die persönliche Eignung der Bewerber für den Arztberuf sowie das Engagement in Einrichtungen berücksichtigt werden, die einen Dienst am Menschen leisten, wie beispielsweise im Rettungsdienst. Eine verstärkte Berücksichtigung sollen auch Bewerber finden, die sich verpflichten, nach ihrem Medizinstudium in einer Region tätig zu werden, in der es einen Mangel an Ärzten gibt.

Freiheitliches Gesundheitswesen für die Patienten

Mit dem Patientenrechtegesetz ist ein großer Schritt zu mehr Rechten für Patienten gelungen. Wir wollen die Rechte der Patienten weiter stärken. Insbesondere müssen sie gut informiert sein, um selbstbestimmte Entscheidungen treffen zu können. Deshalb brauchen Patienten und Versicherte einen einfachen Zugang, etwa über entsprechende Portale im Internet, zu unabhängigen, verständlichen Informationen über Versi-

cherungs- und Behandlungsmöglichkeiten. Hinweise zu Leistung, Qualität und Preis tragen dazu bei, Kosten, Nutzen und Risiko besser einschätzen zu können. Wir wollen Melde- und Managementsysteme einführen, die dabei helfen sollen, Fehler zu vermeiden und Qualität zu sichern.

Gesundheitsförderung und Vorsorge

In einer älter werdenden Gesellschaft gewinnen Gesundheitsförderung, Eigenverantwortung und Vorsorge weiter an Bedeutung. Sie sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und können nicht allein über die sozialen Sicherungssysteme gelöst werden. Es liegt in der Verantwortung und im Interesse eines jeden Einzelnen, durch eine gesundheitsbewusste Lebensweise, Krankheiten vorzubeugen und seine Gesundheit zu erhalten. Ziel von CDU und CSU ist es, Vorsorge und Rehabilitation weiter zu stärken. Bei der Gesundheitsförderung wollen wir Schwerpunkte auf betriebliche Maßnahmen wie auch bei Kitas und Schulen setzen.

CDU und CSU treten dafür ein, alle geeigneten Möglichkeiten auszuschöpfen, medizinische Leistungen möglichst wirksam und wirtschaftlich zu gestalten.

Gesundheitswirtschaft weiter ausbauen

Die Gesundheitswirtschaft zählt zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Die hohe Wertschöpfung und Exportorientierung der Branche bieten gute Voraussetzungen, auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand in unserem Land zu leisten. Angesichts des medizinisch-technischen Fortschritts, einer alternden Bevölkerung und eines zunehmenden Gesundheitsbewusstseins wird dieser Wirtschaftszweig auch weiterhin auf Wachstums- und Beschäftigungskurs bleiben. Das gilt auch für die Telemedizin, in der wir eine gute Möglichkeit sehen, unser leistungsfähiges Gesundheitssystem auf hohem Niveau weiterzuentwickeln.

Medizinische Forschung

Viele Menschen sind von einer der großen Volkskrankheiten betroffen: Krebs, Stoffwechselstörungen, Herz-Kreislaufleiden, Demenz oder Lungenerkrankungen. Wir wollen, dass in Deutschland die neuesten und besten Therapien und Medikamente entwickelt werden, um diese Krankheiten zu bekämpfen. Wir setzen auf die forschenden Arzneimittelhersteller, deren lange Erfahrung

und großen Anstrengungen, um neuen Therapien zum Durchbruch zu verhelfen. Wir werden weitere Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung gründen sowie neue integrierte Forschungs- und Behandlungszentren aus-schreiben. Große Fortschritte in der Bio- und Gentechnologie eröffnen neue Chancen, Therapien stärker auf die individuellen Anforderungen der Patienten zuzuschneiden. Damit sind große Chancen für bessere Heilungsprozesse verbunden, die wir durch verstärkte Anstrengungen möglichst schnell erschließen wollen. Damit die Forschung besser die medizinischen Alltagsbedingungen berücksichtigt, werden wir die Versorgungsforschung ausbauen.

Würdevolle und verlässliche Pflege und Betreuung

CDU und CSU stellen die Würde der Pflegebedürftigen und die Menschlichkeit im Umgang mit ihnen weiterhin in den Mittelpunkt ihrer Pflegepolitik. Wir verstehen Pflege als einen wichtigen Dienst am Mitmenschen. Die von CDU und CSU eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. Sie muss auch in Zukunft verlässlich dazu beitragen, den Fall der Pflegebedürftigkeit abzusichern und eine würdevolle Pflege und Betreuung zu bieten. Dafür wollen wir die Pflegeversicherung weiterentwickeln. Zugleich entbindet sie jedoch den Einzelnen nicht davon, seine Eigenverantwortung und Eigeninitiative wahrzunehmen. Mit der staatlichen Förderung einer privaten Pflegezusatzversicherung unterstützen wir die Menschen dabei, eigenverantwortlich für den Fall der Pflegebedürftigkeit vorzusorgen.

Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen selbstständig und selbstbestimmt leben und – so weit wie möglich – am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir wollen, dass sie ihren Alltag in der eigenen Wohnung weitgehend ohne fremde Hilfe bewältigen können. Die Entwicklung von Angeboten altersgerechter Begleitung wollen wir daher weiter fördern. Sie sind für ein gesundes und unabhängiges Leben im Alter immer wichtiger.

Mit der zunehmenden Anzahl an älteren, oft dauerhaft kranken Menschen und den sich gleichzeitig wandelnden Strukturen im unmittelbaren familiären Lebensumfeld verändern sich auch die Erwartungen an ein gut erreichbares Angebot an Einrichtungen und Diensten für ältere Menschen. Deshalb werden wir den Strukturwandel in unserer Krankenhauslandschaft – gerade auch in ländlichen Regionen – dazu nutzen, Versorgungsangebote,

-einrichtungen und -strukturen zu entwickeln, die älteren Menschen eine dauerhaft gute Versorgung gewährleisten.

Wir haben zusätzliche Mittel für höhere Leistungen bereitgestellt, die Menschen mit Demenz, die zu Hause betreut werden, pflegenden Angehörigen und der Förderung neuer Wohngruppen zugutekommen. Pflegeleistungen können jetzt auch flexibler an konkrete Pflege- und Betreuungssituationen angepasst werden. Mit zahlreichen Maßnahmen haben wir den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Interessen der Betroffenen in Fragen der Begutachtung, Qualitätsentwicklung und der Transparenz von Qualitätsergebnissen stärker berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist es, ein hohes Niveau der Pflegeleistungen sicherzustellen. Gleichzeitig wollen wir einen steigenden Zuzahlungsbedarf zu Lasten der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Sozialhilfeträger verhindern.

Wir wissen, dass mit den gegenwärtigen Voraussetzungen für Pflegebedürftigkeit der Hilfe- und Betreuungsbedarf gerade von Menschen mit Demenz, aber auch Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen, oftmals nicht ausreichend erfasst werden kann. Deshalb wollen wir eine besser abgestufte Bestimmung der Pflegebedürftigkeit, die den Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen berücksichtigt.

Unsere Politik der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme insgesamt und damit der Begrenzung der Lohnzusatzkosten sowie eine moderate Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung werden es in den nächsten Jahren möglich machen, diese Verbesserungen umzusetzen.

Pflegende Angehörige unterstützen

Den Mitgliedern der eigenen Familie kommt eine besondere Verantwortung und Bedeutung bei der Pflege und Betreuung ihrer Angehörigen zu. Ihr oft aufopferungsvoller Einsatz verdient Anerkennung und Wertschätzung. Deshalb haben wir die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige weiter verbessert, beispielsweise durch den Anspruch auf die Hälfte des Pflegegelds während einer Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder durch die Möglichkeit, Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahmen leichter in Anspruch zu nehmen. Auch werden pflegende Angehörige für ihr eigenes Alter noch besser abgesichert, indem bei gleichzeitiger Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen die ren-

tenrechtlich wirksamen Zeiten zusammengezählt werden. Die Möglichkeit für Arbeitnehmer, Familienangehörige zu Hause zu pflegen, haben wir verbessert. Heute finden über 70 Prozent der Pflege zu Hause in der Familie statt. Wir werden auch in Zukunft die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern und die Bereitschaft von Unternehmen, sich an Programmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu beteiligen, weiter stärken.

Die palliativmedizinischen Versorgungsangebote werden wir weiter ausbauen. Wir unterstützen den Einsatz für ein Sterben in Würde, etwa in den Hospizen oder durch ambulante und ehrenamtliche Sterbebegleitung. CDU und CSU lehnen die aktive Sterbehilfe ab und setzen sich dafür ein, dass die gewerbsmäßige und organisierte Hilfe zur Selbsttötung künftig unter Strafe gestellt wird.

4.8 Aussiedler und Heimatvertriebene – ein Gewinn für unser Land

CDU und CSU bekennen sich zur Geschichte aller Deutschen, auch zur Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgeschicksal zu erleiden hatten. Um die Erinnerung an das Leid der Heimatvertriebenen wachzuhalten, wollen wir den Weltflüchtlingstag am 20. Juni um das Gedenken an die Vertriebenen erweitern und ihn künftig auf nationaler Ebene begehen.

Die erfolgreiche Eingliederung von Millionen Heimatvertriebenen und später von Millionen Aussiedlern ist Ausdruck der solidarischen Leistung aller Deutschen. Ohne die Vertriebenen wäre der Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg so nicht gelungen. Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradition ein Gewinn für unser Land. Das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und Aussiedler ist heute ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität.

Wir haben den Nachzug der Angehörigen von Spätaussiedlern erleichtert und damit der Bedeutung des familiären Zusammenhalts für die betroffenen Aussiedlerfamilien Rechnung getragen. Familientrennungen können so vermieden werden. Weitere Erleichterungen hierfür bringen wir auf den Weg. Wir treten weiterhin für das Recht zur Aussiedlung nach Deutschland ein. Unsere Politik der Solidarität wollen wir fortsetzen.

CDU und CSU setzen sich dafür ein, den deutschen Familien aus Ost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die seit Jahrzehnten hier leben, bessere Möglichkeiten zur Pflege und Darstellung ihres kulturellen Erbes zu bieten.

Wir begrüßen das selbstverantwortliche Engagement von Aussiedlern vor allem im sozialen Bereich und wollen soziale Hilfswerke der Russlanddeutschen unterstützen.

Wir wollen die berufliche Eingliederung der zahlreichen Fachkräfte unter den Spätaussiedlern nachhaltig fördern. Mit dem Anerkennungsgesetz haben wir die Möglichkeit einer erneuten Überprüfung ihrer erworbenen Abschlüsse geschaffen.

Kulturerbe der deutschen Vertriebenen

Das deutsche Kulturerbe im östlichen Europa entfaltet heute an vielen Orten eine verbindende Kraft. Wir wollen zusammen mit den Vertriebenen und ihren Verbänden das Kulturerbe der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete als festen Bestandteil der deutschen Kultur und Teil der europäischen Identität verankern. Wir haben es deshalb deutlich stärker gefördert und wollen es auf eine zukunftssichere Grundlage stellen.

Den Ausbau des Dokumentationszentrums der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin wollen wir zügig vorantreiben. Das Zentrum soll das Schicksal der Heimatvertriebenen und die Hintergründe von Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert dokumentieren sowie dazu beitragen, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft weltweit zu ächten. Weitere Projekte, die sich für Aussöhnung und Völkerverständigung einsetzen, wie beispielsweise das Sudetendeutsche Museum in München, wollen wir weiterhin unterstützen.

Nationale Minderheiten

Die vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen, deutsche Sinti und Roma – gehören mit ihren Traditionen ebenso wie die niederdeutsche Sprache zur kulturellen Vielfalt unseres Landes, die es zu bewahren gilt. Deshalb sollen bestehende Förderungen fortgeschrieben werden.

CDU und CSU stehen an der Seite der deutschen Volksgruppen in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sie nehmen eine wichtige Brückenfunktion

wahr. Von zentraler Bedeutung ist dabei, die deutsche Sprache lebendig zu halten. Deshalb wollen wir insbesondere deutsche Sprachangebote und Bildungseinrichtungen vor Ort verbessern. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass denjenigen, die in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen, eine Perspektive zum Bleiben geboten wird.

5. Deutschlands lebenswerte Heimat schützen

5.1 Intakte Umwelt sichern

Der Schutz unserer Umwelt ist für uns von zentraler Bedeutung. Uns ist bewusst, dass wir nicht nur Verantwortung für die heutige Generation tragen, sondern auch dafür, dass unsere Kinder und Enkel in einer guten und gesunden Umwelt aufwachsen können.

Umweltschutz zusammen mit den Menschen und der Wirtschaft voranbringen

Wir wollen Umweltschutz zusammen mit den Menschen voranbringen und nicht gegen sie. Wir setzen beim Schutz der Umwelt auf marktwirtschaftliche Anreize und orientieren uns an den bewährten Leitlinien der Umweltpolitik: am Vorsorge- und am Verursacherprinzip sowie am Prinzip der Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen und den betroffenen Bürgern.

Die deutsche Umweltwirtschaft und -technologie belegt weltweit den Spitzenplatz. Um den Klima- und Umweltschutz weiter voranzubringen, wollen wir diese führende Rolle noch weiter ausbauen. Das schafft Arbeitsplätze. Umwelttechnologien stärken so unsere Wirtschaft und helfen, knappe Rohstoffe und Energie einzusparen.

Klimaschutz – gemeinsam noch mehr erreichen

Klimaschutz ist eine der großen Herausforderungen der Menschheit. Die Erderwärmung hat weltweit Folgen und erfordert daher ein gemeinsames Handeln. Deutschland als führendes Industrieland trifft dabei eine besondere Verantwortung. Wir stellen uns dieser Verantwortung, weil wir wissen, dass nachhaltiges Wachstum nur im Einklang mit unserer Umwelt und unseren natürlichen Lebensgrundlagen möglich ist.

Deutschland hat seine Klimaschutzverpflichtungen mehr als erfüllt. Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft weltweiter Impulsgeber für einen wirksamen Klimaschutz ist. Deshalb setzen wir uns für eine Anhebung des europäischen Klimaziels ein: Wir wollen erreichen, dass der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in Europa bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 vermindert wird. Da die technischen Voraussetzungen dafür innerhalb der EU sehr unterschiedlich sind, wollen wir, dass Deutschland als Hochtechnologieland seine größeren technischen

Möglichkeiten voll ausschöpft und mit einem nationalen Minderungsziel von 40 Prozent einen größeren Beitrag dazu leistet. Auf europäischer Ebene legen wir weiterhin Wert auf die von den EU-Mitgliedstaaten mit Blick auf 2020 vereinbarten Ziele: die Reduzierung der Treibhausgase, die Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 20 Prozent und das Ausbauziel für die erneuerbaren Energien in Höhe von 20 Prozent am Gesamtenergieverbrauch.

Wir wollen diese ehrgeizigen Ziele möglichst wirtschaftlich erreichen. Dazu setzen wir auch auf einen europaweiten, marktwirtschaftlich organisierten Emissionshandel. Bestehende Schwächen am jetzigen Handelssystem wollen wir beheben und wirksame Anreize setzen, damit klimaschädliche Treibhausgase vermieden werden können. Zugleich werden wir den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft angemessen berücksichtigen. Die Einnahmen aus dem Zertifikatehandel wollen wir auch für die Energiewende einsetzen. Eine erneuerbare Energieversorgung und Energiesparen sind der beste Klimaschutz.

Klimaschutz kann aber letztlich nur gelingen, wenn alle Staaten mitmachen. Deshalb setzen wir uns für eine schrittweise Einbeziehung weiterer Länder in den Emissionshandel ein. Langfristig ist unser Ziel, ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Zugleich wollen wir andere Möglichkeiten ergreifen, um keine Zeit zu verlieren. So wollen wir die Idee eines „Clubs der Energiewendestaaten“ umsetzen, der alle Vorreiter einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung vereinigt. Gemeinsam mit diesen Ländern wollen wir uns für ein neues verbindliches Klimaabkommen einsetzen, das sich an das sogenannte Kyoto-Abkommen anschließt. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich für private Anleger Investitionen in klimafreundliche Projekte und Produkte lohnen.

Wachstum vom Rohstoffverbrauch entkoppeln

Im Jahr 2050 werden über neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Damit wird zugleich der Bedarf an Wasser, Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen ganz erheblich steigen. Um diese Bedürfnisse noch angemessen befriedigen zu können, ohne unseren Planeten zu überfordern, brauchen wir eine Entkopplung des weltweiten Wirtschaftswachstums vom Verbrauch an Rohstoffen und Naturgütern sowie ein verantwortungsbewussteres Verhalten der Verbraucher.

In Deutschland haben wir bei der Entkopplung von Wachstum und Rohstoffverbrauch bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Der Verbrauch an Rohstoffen ist gemessen am Gesamtwert aller in Deutschland erstellten Waren und Dienstleistungen in den letzten 20 Jahren um fast 50 Prozent verringert worden. Das spart Rohstoffe und damit viel Geld. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Rohstoff- und Energieverbrauch weiter zu senken, und entsprechende Anreize und Beratungsangebote für die Unternehmen weiterentwickeln. Ebenso wollen wir bei den Verbrauchern das Bewusstsein für einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit Energie- und Rohstoffen, aber auch Gütern und Dienstleistungen schärfen.

Wir wollen weitergehen auf dem Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Nicht Abfälle, sondern die Wiederverwertung ist unser Ziel. Nachdem bereits in den vergangenen Jahren die Wiederverwertungsquoten weiter angestiegen sind, haben wir mit der Neuregelung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes einen weiteren wichtigen Erfolg erzielt. Um zukünftig noch mehr Wertstoffe der Wiederverwertung zuzuführen und den Bürgern ein einfaches und zugleich komfortables Wertstoffersorgungssystem anzubieten, wollen wir die Verpackungstonne zu einer einheitlichen Wertstofftonne weiterentwickeln. Wir wollen, dass dabei private und kommunale Entsorger eingebunden bleiben.

Verlust der biologischen Vielfalt eindämmen – unsere Heimat lebenswert erhalten

Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. CDU und CSU stehen für eine Naturschutzpolitik, die sich an die natürlichen Gegebenheiten vor Ort anpasst. Für uns ist eine gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten Voraussetzung für eine gelingende Naturschutzpolitik. Wir wollen alle ehrenamtlich Tätigen in den Umwelt- und Naturschutz- aber auch beispielsweise Landwirtschafts-, Tourismus- oder Anglerverbänden zum Mitmachen einladen.

Das erfolgreiche Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ wollen wir stärken. Das sogenannte Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze ist heute eines der naturreichsten Gebiete unseres Landes, das vielen – oft vom Aussterben bedrohten Tierarten – eine sichere Heimat gibt. Wir wollen die Schutzflächen, wo möglich, ergänzen und dafür weitere Flächen, die im Eigentum des Bundes sind, für den Naturschutz sichern.

Schutz vor Lärm und schädlichen Stoffen – unserer Gesundheit zuliebe

Jeder zweite Mensch in Deutschland fühlt sich durch Lärm gestört. Das wollen wir ändern. Vor allem die Nachtruhe der Menschen wollen wir besser schützen. Deshalb werden wir den Lärmschutz durch ein einheitliches Lärmschutzprogramm verbessern und die Berechnungsgrundlagen bei den Lärmbelastungswerten anpassen und vereinheitlichen.

Vor allem beim Ausbau und der Sanierung von Straßen und Eisenbahntrassen wollen wir dafür sorgen, dass die Lärmbelastung der Bevölkerung dauerhaft vermindert wird. Dazu tragen Lärmsanierungsprogramme und technische Neuerungen wie Flüsterasphalt bei. Auch bei Großprojekten wie Flughäfen steht für uns als Union der Mensch im Mittelpunkt. Wettbewerbsfähigkeit und Lärmschutz müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Wir werden daher das Fluglärmgesetz weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, die Lärmbelastung für die Menschen zum Beispiel durch leisere Flugzeuge zu vermindern.

Wir wollen in allen Bereichen gesunde Produkte. Schädliche Stoffe wollen wir in allen Verpackungsmitteln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich vermeiden.

Zur weiteren Verbesserung der Luftqualität setzen wir uns dafür ein, die Schadstoffe bereits an der Quelle zu vermindern. Auch die Feinstaubbelastung in den Städten wollen wir senken und dazu die Förderung von Rußpartikelfiltern weiterführen.

Wasser ist lebenswichtig – Trinkwasser, Gewässer und Meere schützen

Trinkwasser ist ein entscheidendes Lebensmittel. Unser Trinkwasser ist sicher und zählt zu den am besten kontrollierten Lebensmitteln in Deutschland. Die Trinkwasserversorgung und Entsorgung von Abwässern sind für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden dauerhaft sicherstellen, dass Städte und Gemeinden selbst darüber entscheiden können, ob sie diese Aufgabe eigenständig oder in Partnerschaft mit privaten Unternehmen wahrnehmen.

Flüsse und Seen sind in den letzten Jahren viel sauberer geworden. In der Elbe – vor der Wiedervereinigung einer

der weltweit am stärksten belasteten Flüsse – ist heute wieder der Lachs zu Hause. Wir wollen die Wassergüte weiter verbessern, damit auch in anderen Flüssen und Gewässern der Artenreichtum weiter zunimmt.

Unsere Weltmeere sind durch Verschmutzungen unterschiedlicher Art stark belastet. Vor allem eine starke Überfischung und der Missbrauch der Meere als Müllkippe rauben unzähligen Wassertieren die Lebensgrundlage und drohen langfristig das gesamte Ökosystem Meer zu zerstören. Auch die Polarmeere in Arktis und Antarktis verdienen unseren besonderen Schutz: Mit ihrer einzigartigen Tierwelt und ihrem besonderen Naturhaushalt sind sie wichtige Klimamotoren für unsere Erde. Daher wollen wir, dass sich Deutschland im Rahmen der Staatengemeinschaft für einen weltweit besseren Schutz der Ozeane einsetzt. Wir wollen dabei mit gutem Beispiel vorangehen und die Verantwortung für die beiden Meere vor unserer Haustür stärker wahrnehmen: die Ostsee und die Nordsee mit dem besonders empfindlichen Weltnaturerbe Wattenmeer. Meeresschutz ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die viele politische Entscheidungen berührt. Daher wollen wir die Beachtung des Meeresumwelt- und Meeresnaturschutzes in allen Politikfeldern durchsetzen.

Hochwasserschutz weiter voranbringen

Wir setzen uns für einen vorsorgenden Hochwasserschutz ein mit einem sinnvoll vernetzten Maßnahmenbündel für den natürlichen Hochwasserrückhalt, den technischen Hochwasserschutz beispielsweise durch Deiche und Rückhaltebecken sowie mit einer engen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie auf internationaler Ebene. Der beste Schutz vor Hochwasser ist, den Gewässern wieder mehr Raum zu geben, damit sie sich ungestört ausbreiten können. Deshalb wollen wir überall dort, wo das möglich ist, natürliche Auen wiederherstellen und Flusstälern ihren ursprünglichen Charakter belassen. Dort, wo dies nicht möglich ist, müssen wir die Menschen bestmöglich schützen. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass auch Maßnahmen zum technischen Hochwasserschutz zügig umgesetzt werden können.

Flächenverbrauch vermindern

Wir wollen, dass unsere natürlichen Böden für die Natur und die Landwirtschaft erhalten bleiben. Daher wollen wir die Versiegelung der Landschaft eindämmen und den

Flächenverbrauch für Wohnen, Gewerbe und Straßenbau von heute fast 90 Hektar bis zum Jahr 2020 um zwei Drittel auf 30 Hektar pro Tag senken. Wir wollen, dass Stadtplanungskonzepte dies berücksichtigen.

5.2 Verlässlicher Staat in Stadt und Land

Starke Kommunen – ein Gewinn für unser Land

Deutschland braucht starke Städte und einen starken ländlichen Raum. Wir sind stolz auf die regionale Vielfalt unseres Landes. Dort fühlen wir uns zu Hause. Deshalb unterstützen CDU und CSU alle Regionen unseres Landes nach Kräften. Bei unseren Entscheidungen auf der Ebene des Bundes haben wir die Kommunen immer im Blick. Wir wissen, dass unsere bundes- und europapolitischen Entscheidungen vor Ort in den Kommunen, von den ehrenamtlichen Gemeinde- und Stadträten, den Kreistagsabgeordneten, den Bürgermeistern, den Landräten und der Verwaltung umgesetzt und gelebt werden müssen. Die Beachtung kommunaler Anliegen wird unser Handeln daher auch künftig bestimmen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein tragendes Fundament unserer Demokratie, die wir stärken wollen. Kommunalpolitik bedeutet die ehren- und hauptamtliche Gestaltung der eigenen Heimat. Wir vertrauen den Verantwortlichen, dass sie vor Ort die richtigen Lösungen für das Wohl ihrer Städte, Gemeinden und Kreise finden.

CDU und CSU sind verlässliche Partner für die Kommunen

Wir investieren in die Infrastruktur, in hervorragende Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, in eine gute Betreuungsinfrastruktur für junge Familien und ein attraktives Sport- und Kulturangebot. Wir setzen uns auch künftig für wichtige Infrastrukturvorhaben vor Ort ein, die die Wirtschaft voranbringen, neue Arbeitsplätze schaffen und die Umwelt schonen. Die Grünen dagegen bremsen und behindern allerorten, sobald es um neue Bahnhöfe, Schienen oder Straßen geht. Mit dieser Dagegen-Haltung nehmen sie billigend in Kauf, dass Regionen wirtschaftlich geschwächt und von der Entwicklung in anderen Teilen unseres Landes abgekoppelt werden. Wir wollen, dass unsere Städte und Regionen auch weiterhin alle Voraussetzungen dafür haben, zum Erfolg unseres Landes beizutragen.

Kommunalfinanzen krisenfest und zukunftsicher machen

Voraussetzung für eine gute kommunale Entwicklung sind solide Finanzen. Hierfür haben wir eine Vielzahl von Förderprogrammen zugunsten der Gemeinden, Städte und Landkreise aufgelegt. Die größte Hilfe aber ist, dass der Bund sich in erheblichem Umfang an den kommunalen Ausgaben für Sozialleistungen beteiligt. So übernimmt er künftig die vollständigen Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das bedeutet allein bis 2020 eine Entlastung um 50 Milliarden Euro – eine enorme Erleichterung, die die Länder uneingeschränkt an die Kommunen weiterreichen müssen, damit es zu einer Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort kommt.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung wollen wir weiterentwickeln und in ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung überführen. Wir wollen, dass der Bund sich schrittweise an den Kosten beteiligt und die Kommunen auf diesem Weg wirksam und dauerhaft entlastet werden. Das stärkt die Finanzkraft der Kommunen und verschafft ihnen finanzielle Spielräume für ihre vielfältigen Aufgaben.

Wir treten dafür ein, dass Bund und Länder ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Ebene gerecht werden und wollen gemeinsam die Verlässlichkeit der Finanzausstattung der Kommunen sichern. Wir werden auch diese Frage zum Gegenstand der geplanten Föderalismuskommission machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die besondere Verantwortung gegenüber der kommunalen Ebene auch in Europa angemessen berücksichtigt wird.

Zusammenarbeit zwischen Kommunen stärken

Der Bevölkerungswandel ist eine der größten Herausforderung für die Kommunen. Das gilt besonders in den ländlichen Regionen. Wir wollen unsere Gemeinden und Städte dabei unterstützen und wollen die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Kommunen verbessern. Eine gute und vertrauensvolle Kooperation zwischen benachbarten Gemeinden und Landkreisen kann helfen, bessere und wirtschaftlichere Lösungen für gemeinsame Aufgaben zu finden. Wo bestehende Regelungen oder steuerliche Fragen einer sinnvollen Zusammenarbeit entgegenstehen, wollen wir für Abhilfe sorgen.

Umnutzung aufgegebenen Bundeswehrstandorte unterstützen

Wenn Kasernen verkleinert oder geschlossen werden, wird der Umbau der Bundeswehr in den Kommunen ganz konkret. Gerade kleinere Kommunen sind schnell am Rande ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, wenn sie größere Liegenschaften übernehmen sollen oder für die Nachnutzung größere Investitionen erforderlich sind. Wir wollen den Kommunen bei dieser Aufgabe helfen, indem sie beispielsweise Zuschüsse für erforderliche Investitionen zur Entwicklung der Standorte erhalten. Dafür werden wir ein Förderprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro auflegen.

Das Rathaus soll den Menschen näher rücken

CDU und CSU stehen für eine bürgernahe Politik. Wir wollen Politik und Verwaltung transparent und nachvollziehbar gestalten, um die Bürgerinnen und Bürger besser als bisher zu informieren und einzubeziehen. Neue Projekte der Verwaltungsmodernisierung können helfen, die Menschen besser mit öffentlichen Dienstleistungen zu versorgen. Ein Schlüsselprojekt dafür ist eine bürgernahe Verwaltung vor Ort und die Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten des „E-Government“, mit dem Behördenangelegenheiten bequem und jederzeit von zu Hause aus über das Internet erledigt werden können. Auch mobile Bürgerbüros können in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, mit denen die Verwaltung zum Bürger kommt, wenn es vor Ort kein Rathaus oder Behördenstandort gibt.

Unsere Städte für alle attraktiv gestalten

Immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort ist ungebrochen. Sie sind Anziehungspunkte für Unternehmen sowie für Menschen aus aller Welt, die in unserem Land studieren, arbeiten oder als Touristen zu uns kommen. Wir setzen uns intensiv für unsere Städte ein – für die Metropolen ebenso wie für Städte im ländlichen Raum, weil wir wollen, dass die Menschen überall in Deutschland gut leben können.

Wir wollen, dass unsere Städte für Familien mit Kindern lebenswert sind. Sie sollen dort gute Wohn- und Lebensmöglichkeiten finden. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Größe mit einem kindgerechten Umfeld. Das gilt es bei der Stadtplanung zu berücksichtigen. Wir wollen mit gezielten Anreizen im Steuerrecht und bei der Förderung mehr bezahlbaren Familienwohnraum schaffen.

Familien brauchen Freiräume: Wir haben dafür gesorgt, dass Kinderlärm durch KITAS und Spielplätze in Wohngebieten künftig kein Klagegrund mehr ist. Wir wollen weitere Signale für eine kinderfreundliche Gesellschaft setzen. Dafür werben wir auch bei Kommunen und Arbeitgebern.

Der Alltag junger Eltern soll entspannter werden. Wir wollen einen „Familientakt“ erproben: Ämter und Behörden, Schulen, Betreuungseinrichtungen, Dienstleistungsanbieter, Arbeitgeber und Verkehrsbetriebe sollen die zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Mit dem Familientakt haben Kommunen die Möglichkeit, ihrer Familienfreundlichkeit ein weiteres Kapitel hinzuzufügen. Wir wollen dafür werben und anhand von Pilotprojekten in Stadt und Land zeigen, wie ein Familientakt mit möglichst vielen Partnern umgesetzt werden kann.

Moderne und nachhaltige Stadtentwicklung

Städte sind lebendige Orte für Altansässige und Neubürger sowie für alle Generationen und Bedürfnisse. Wir setzen auf attraktive Innenstädte mit guten Wohn-, Kultur-, Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten.

Das bewährte Instrument der Städtebauförderung wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Unser Ziel bleiben lebenswerte Innenstädte und attraktive Stadtquartiere auch im Zuge rückläufiger Bevölkerungszahlen und sich verändernder Strukturen. Wo es notwendig ist, werden wir dazu auch neue Förderschwerpunkte festlegen.

Städte haben mit ihrer Bevölkerungsdichte und als Wirtschaftsstandort eine besondere Rolle beim Umweltschutz. Daran wollen wir die klima- und umweltschonende Stadtplanung ausrichten. Wir wollen den kommunalen Umwelt- und Klimaschutz stärken. Unser Ziel ist die CO₂-neutrale, energie- und klimaangepasste Stadt. Im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung werden wir hier neue Forschungsprojekte auf den Weg bringen.

Städtischen Verkehr intelligent organisieren

Wir unterstützen ein Miteinander der verschiedenen Verkehrssysteme. Ziele in der Stadt müssen zu Fuß, per Auto, per Rad und mit dem öffentlichen Nahverkehr gut erreichbar sein. Zudem setzen wir auf neue Mobilitätskonzepte wie beispielsweise die Elektromobilität, das Car-

Sharing und Mietfahrräder. Die wachsende Attraktivität des Fahrradverkehrs fördern wir weiter und setzen dabei neben dem Ausbau von Radwegen vor allem auf eine bessere Sicherheit für Radfahrer.

Städte als Ideenschmieden – Kulturzentren stärken

Die große Vielfalt der Kultur spielt in den Städten eine besondere Rolle. Wir wollen die Weichen richtig stellen, damit sich Kunst und Künstler entfalten können und möglichst viele Menschen Zugang zu kulturellen Angeboten in den Städten haben. Die Kreativwirtschaft ist für viele Städte ein wichtiger Teil ihrer Wirtschaftskraft geworden. Die Grundlagen für deren Arbeit wollen wir sichern und stärken.

Miteinander der Kulturen

In unseren Städten leben viele Menschen unterschiedlicher Kulturen und Nationen. Das macht unser Leben vielfältiger und reicher. Wir werben für ein gutes und tolerantes Miteinander der Menschen. Entstehende Probleme wollen wir durch dauerhafte Anstrengungen im Bereich der Integration lösen. Ein lebendiges Miteinander aus Alt- und Neubürgern in unseren Städten kann dazu beitragen, Missverständnisse von vornherein zu vermeiden. Deshalb werben wir für eine ausgewogene Vergabe von Mietwohnungen durch die städtischen Wohnungsbauunternehmen.

Reiseziel Stadt stärken

Unsere Städte sind weltoffen, gastfreundlich und bieten hohe touristische Standards. Für viele Menschen aus der ganzen Welt sind sie Anlass, unser Land zu besuchen. Deutschland ist als Reiseziel beliebter denn je. Der Städtetourismus trägt dazu maßgeblich bei und ist ein wichtiger Standbein für die regionale wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen die Deutsche Zentrale für Tourismus weiter stärken und damit der wachsenden Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor gerecht werden.

Starke ländliche Regionen – gute Heimat

Mit CDU und CSU haben die ländlichen Räume auch in der Bundespolitik wieder einen Stellenwert erhalten. Zusammen mit den Städten sind die ländlichen Regionen das Gesicht unseres Landes. Sie sind Heimat für mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Land. Die Wirt-

schaft in den ländlichen Regionen wird stark geprägt von der Land- und Forstwirtschaft, aber auch viele Handwerks- und Gewerbebetriebe sind hier zuhause. Darunter sind viele moderne und leistungsfähige Betriebe, die oft sogar zu den Weltmarktführern ihrer Branche zählen.

In der Demografiestrategie spielen die ländlichen Regionen eine große Rolle. Zahlreiche Förderinstrumente wie zum Beispiel die Programme zur Dorferneuerung und zum Städtebau haben wir stärker auf die Bedürfnisse der ländlichen Räume ausgerichtet. Mit dem sogenannten Versorgungsstrukturgesetz erleichtern wir es Ärzten, sich in ländlichen Regionen niederzulassen und damit die medizinische Versorgung zu sichern.

Heimat bewahren – gute Chancen für morgen schaffen

Wir wollen eine verlässliche Förderung der ländlichen Regionen, damit sie auch künftig eine lebenswerte Heimat bleiben. Wir wollen die Infrastruktur stärken, damit zum Beispiel Bildungseinrichtungen oder Kinderbetreuungsangebote weiterhin auf dem Land gut erreichbar sind.

Eine starke Landwirtschaft, die gute und gesunde Lebensmittel herstellt, wird auch in Zukunft eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der ländlichen Regionen sein ebenso wie Handwerk und Mittelstand.

Wir werden Förderprogramme, wie zum Beispiel die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung (GRK), und die Regionalförderung noch stärker miteinander vernetzen und bündeln. Die GAK soll zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum ausgebaut werden. Wir wollen auch verstärkt Regionalbudgets einsetzen und damit mehr Entscheidungen in die Hände der Menschen vor Ort legen.

Lebenswerte und attraktive ländliche Räume für Bürger und Wirtschaft

Wir wollen, dass die ländlichen Räume für Menschen und Unternehmen gleichermaßen attraktiv sind. Wir werden die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen weiter verbessern, Investitionsanreize setzen und Wachstumsimpulse geben. Die Energiewende ist eine große Chance für den ländlichen Raum. Wenn die Wertschöpfung in den Regionen bleibt, können sich die Menschen direkt fi-

nanziell beteiligen, wenn sie beispielsweise Grund und Boden für Trassen und Energieanlagen zur Verfügung stellen.

Wir wollen ein lebendiges Miteinander in Dörfern und Gemeinden. Angesichts der Veränderung in der Bevölkerungsstruktur ist dies eine besondere Herausforderung. Deshalb geht es uns auch um die Unterstützung des Gemeinwesens und der Heimatkultur, um die Stärkung von Vereinen und Ehrenamt und einen familienfreundlichen Ausbau von Betreuungsplätzen, damit auch junge Familien eine Perspektive finden. Landfrauen, Landjugend, Feuerwehr, Sportvereine, Sozialverbände, kirchliche Gruppen und Vereinigungen der demokratischen Parteien sind eine starke Säule des Engagements in den ländlichen Regionen. Sie werden wir weiterhin verlässlich unterstützen und in die Entscheidungsprozesse einbinden. Dies gilt auch für das Schützenwesen mit seiner tiefen Verwurzelung in das heimatliche Leben und für die vielen Heimat- und anderen Vereine, die Brauchtum erhalten und pflegen.

Die in den Regionen vorhandene kulturelle Vielfalt trägt entscheidend zur Stärkung des Zusammenhalts der ländlichen Gemeinschaften bei. Deshalb werden wir das große ehrenamtliche Engagement, insbesondere im Bereich der Heimatkultur, weiter fördern.

Gute Versorgung und Erreichbarkeit sichern

Vor dem Hintergrund des Bevölkerungswandels sind die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen, pflegerischen und sozialen Versorgung sowie die gute Erreichbarkeit dieser Einrichtungen eine große Herausforderung. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen und zum Beispiel die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für eine bessere Versorgung mit telemedizinischen Leistungen und mobilen Gesundheitsdiensten schaffen. Auch die flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen hat für uns einen hohen Stellenwert. Wichtig ist uns die Sicherung der Mobilität im ländlichen Raum, damit die Regionen weiterhin als Wohnort für Familien und als Standort für Unternehmen attraktiv sind. Wir werden darauf achten, dass der ländliche Raum an die großen Verkehrsachsen unseres Landes angeschlossen bleibt, ebenso wie an einen attraktiven Schienen- und Busverkehr. Dort, wo der öffentliche Linienverkehr nur eingeschränkt aufrecht zu erhalten ist, setzen wir auf neue Ansätze wie Rufbusse, Senioren- und Jugendtaxen, Mitfahrzentralen und kombinierte Personen-

und Gütertransporte. Für mobile Dienstleistungsangebote (zum Beispiel rollende Verkaufsläden, Apotheken und Banken) wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Wir wollen den Wachstumstreiber Internet flächendeckend anbieten und dafür sorgen, dass die Menschen auf dem Land genauso Zugang zu schnellem Internet haben wie die Menschen in den großen Städten.

Ländlicher Raum als Ferienziel

Deutschlands reizvolle Landschaften sind ein Aushängeschild und Anziehungspunkt für viele Menschen in der ganzen Welt. Die zahlreichen Naturschutzgebiete, Nationalparks, Naturparks und Biosphärenreservate sind attraktive Urlaubsregionen. Mit Hilfe von Programmen auf Bundes- sowie EU-Ebene sollen sie offensiver beworben werden. Auf diese Weise können Angebote, zum Beispiel für Naturreisende, Wanderer, Bootsurlauber und Angler, Gesundheitsurlauber und für Familien mit Kindern, zur Aufwertung und Belebung des ländlichen Raumes beitragen und so auch die Tourismusbranche stärken. Dazu zählt auch Urlaub auf dem Bauernhof als eine naturnahe und besonders beliebte Form des Familienurlaubs.

5.3 Mehr Wohnraum für bezahlbare Mieten

Für uns haben die Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland einen hohen Stellenwert. Ausreichender und bezahlbarer Wohnraum in ansprechender Qualität ist dafür unerlässlich und ein wichtiges Ziel unserer Politik. Seit 2009 steigt die Zahl neugebauter Wohnungen deutlich an. Wir wollen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Dazu gehört für uns auch die weitere Förderung der selbstgenutzten Immobilie. Sie ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Wohnungsnachfrage, sondern auch ein sinnvolles Instrument mit Blick auf die Altersvorsorge.

Wohn- und Lebensqualität der Menschen erhalten – mehr Wohnraum schaffen

Der Bau ausreichend vieler Wohnungen in Gebieten mit Wohnungsknappheit schützt vor einem zu starken Anstieg der Mieten. Die Wohnungsbauzahlen steigen wieder, reichen jedoch noch nicht aus, um überall dem gewachsenen Bedarf zu entsprechen. Das trifft vor allem auf Ballungszentren und Hochschulstandorte zu, aber auch auf eine Reihe von Mittelstädten. Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern und mit gezielten Anreizen

mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Konkret wollen wir die degressive Abschreibung für den Mietwohnungsbau wieder einführen.

Stärkung des sozialen Wohnungsbaus

Zur Unterstützung einkommensschwächerer Haushalte bei den Wohnkosten wollen wir den sozialen Wohnungsbau stärken. Seit Jahren sinkt die Zahl der Wohnungen mit einer Mietpreis- und Belegungsbindung. Wir wollen diesen Trend umkehren und die Länder bei der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen. Im Gegenzug wird von den Ländern die Zusage erwartet, dass sie diese Mittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einsetzen. Die Schaffung studentischen Wohnraums in unseren Hochschulstädten gehört ausdrücklich dazu. Es geht dabei vor allem darum, ungenutzte Räumlichkeiten zu Studentenunterkünften umzuwandeln sowie den Bau von zusätzlichen Studentenwohnungen anzuregen. Der Bund und mehrere Länder unterstützen diese Maßnahmen bereits im Rahmen der bestehenden KfW-Programme und der sozialen Wohnraumförderung.

Vor Ort besteht eine Fülle an Möglichkeiten, den Wohnungsbau zu unterstützen. Hierzu gehören beispielsweise Bündnisse mit kommunalen Wohnungsunternehmen, die Entwicklung spezieller Fördermodelle, insbesondere für Familien und altersgerechtes Wohnen, sowie die verbilligte Abgabe kommunaler Grundstücke an Wohnungsbauinvestoren. Wir wollen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen dazu beitragen, dass solche Initiativen mit Leben gefüllt werden, beispielsweise indem ungenutzte Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand oder nicht mehr benötigte Immobilien wie ehemalige Kasernen oder Verwaltungsgebäude zur Verfügung gestellt werden.

Wohnen muss bezahlbar sein

Eines unserer zentralen Anliegen ist bezahlbarer Wohnraum für einkommensschwache Haushalte. Der Bund und die öffentliche Hand insgesamt kommen hier ihrer sozialen Verantwortung in beträchtlichem Umfang nach. Jahr für Jahr werden rund 17 Milliarden Euro für die Wohnkosten einkommensschwacher Haushalte aufgewendet. Das Wohngeld und die Erstattung der Kosten der Unterkunft im Rahmen der Sozialen Grundsicherung sichern die Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten mit geringem Einkommen. Für diese Haushalte sollen verstärkt Belegungsrechte erworben werden.

Um Menschen mit geringem Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungen des Wohngeldes weiter verbessern. Wir wollen die Leistungshöhe und die Miethöchstbeträge an die Entwicklung der Bestandsmieten anpassen und setzen uns für eine Regelung ein, die für die Zukunft eine Anpassung der Wohngeldleistung an die Entwicklung der Wohnkosten sicherstellt.

Auch die Haushalte, die kein Wohngeld erhalten, werden wir unterstützen. Das soziale Mietrecht schützt vor unangemessenen Mietpreissteigerungen. Um flexibel auf die Mietenentwicklung in Ballungsräumen reagieren zu können, haben wir den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, in Gebieten mit knappem Wohnraumangebot die Grenze für Mieterhöhungen innerhalb von drei Jahren von 20 auf 15 Prozent zu senken. Damit Wohnraum in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bezahlbar bleibt, werden wir den Ländern zudem die Möglichkeit einräumen in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen Mieterhöhungen auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Diese Regel gilt nicht für Erstvermietungen in Neubauten.

Klare Regeln für Mieter und Vermieter

Das Dienstleistungsangebot im Immobiliensektor ist gewachsen. Damit verbunden sind oft neue Anforderungen an Haus- oder Wohnungseigentümer und Hausbauer. Auch Mieter und Käufer nutzen immer stärker professionalisierte Dienstleistungsangebote. Wir wollen daher den Verbraucherschutz bei Bau- und Dienstleistungen im Immobiliensektor ausbauen. Das betrifft zum Beispiel das Bauvertragsrecht und die Wohnungsverwaltung. Für Maklerleistungen wollen wir klare bundeseinheitliche Rahmenbedingungen schaffen, um mehr Rechtssicherheit zu erzielen. Vermieter und Mieter sollen weiter als Auftraggeber auftreten können.

Eigener Wohnraum sichert die Altersvorsorge

Wir unterstützen den Wunsch vieler Menschen nach einem Leben in den eigenen vier Wänden. Insbesondere junge Paare mit Kindern gehen dafür in der Gründungsphase ihrer Familie oft an die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten, damit sie die oft größte Anschaffung ihres Lebens schultern können. Der Staat hilft beim Bausparen mit der Wohnungsbauprämie sowie mit der Arbeitnehmer-Sparzulage. Mit der Einführung der staatlich geförderten Eigenheimrente – als eine neue Form des Bausparens – haben CDU und CSU eine wichtige Maßnahme auf

den Weg gebracht, um den Eigentumserwerb zu erleichtern. Dieses Finanzpolster hilft, den Wunsch nach eigenen vier Wänden solide zu finanzieren. Die wachsenden Ansparsummen zeigen, dass das Instrument angenommen wird und lassen für die kommenden Jahre auch eine weiter steigende Eigentumsbildung im Wohnungsbau erwarten.

CDU und CSU sehen Wohneigentum auch als bewusste Entscheidung der Menschen für die Region und als Teil der Altersvorsorge. Deshalb wollen wir mit Blick auf die in manchen Regionen rückläufigen Bevölkerungszahlen die Möglichkeit schaffen, dass der Erwerb von Bestandsimmobilien, d. h. bereits vorhandene Wohnungen und Häuser, besser unterstützt wird als der Neubau. Das ist ein wichtiges Signal zur Aufwertung von Immobilien in oft schwierigen Märkten.

Zu Hause ist es am schönsten – auch in Zukunft

Die steigende Lebenserwartung bringt neue Herausforderungen an die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau. Unser Ziel ist es, dass die Menschen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung leben können. Dafür wollen wir mehr generationengerechten Wohnraum, der den Alltagsbedürfnissen von Familien mit Kindern bis hin zu denen von Senioren entspricht. Dazu kann auch der Umbau von vorhandenem Wohnraum beitragen. Ebenso sehen wir, dass gemeinschaftliche Wohnformen auch bei älteren Menschen zunehmend Zuspruch erhalten. Das wollen wir unterstützen. Wohnungsnahe Dienstleistungsangebote entlasten Menschen im Alltag und sollen gezielt ausgebaut werden. Für die verbesserte technische Ausstattung von generationengerechten Wohnungen werden wir die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich unterstützen.

Die Stadtumbauprogramme haben sich bewährt. Wir wollen sie zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und integrierten Stadtumbauprogramm zusammenführen. In das Programm sollen alle Akteure, insbesondere die Wohnungsgesellschaften, die privaten Immobilienbesitzer und die Gewerbetreibenden einbezogen werden.

5.4 Gute Lebensmittel – nachhaltige Landwirtschaft

Die deutschen Land- und Forstwirte produzieren hochwertige Lebens- und Futtermittel, nachwachsende Rohstoffe und einen großen Teil der erneuerbaren Energien.

Sie gewährleisten damit nicht nur die Lebensgrundlage der Menschen, sondern sie prägen unsere Heimat durch die Pflege der Kulturlandschaft und den Erhalt von Traditionen. CDU und CSU wollen eine starke und in der Gesellschaft breit verankerte Land- und Forstwirtschaft. Wir wollen, dass möglichst viel von dem, was wir essen und an nachwachsenden Rohstoffen brauchen, von den Feldern und aus den Ställen unserer Bauern und aus den heimischen Wäldern kommt.

Uns leiten klare Grundsätze für eine verlässliche und nachhaltige Agrarpolitik: Wir haben Vertrauen in die heimische Land- und Forstwirtschaft und bleiben ihr ein verlässlicher Partner. Zugleich fördern wir angesichts sich verändernder Verbrauchervünsche und gesteigener gesellschaftlicher Anforderungen Offenheit, Information und Dialog. Probleme, Fragen und Sorgen der Bürger in Bezug auf die landwirtschaftliche Produktion im Ackerbau und in der Tierhaltung, insbesondere beim Umwelt- und Tierschutz, nehmen wir sehr ernst und lösen sie gemeinsam mit den Landwirten.

Unser Leitbild ist die bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, getragen von den Landwirten und ihren Familien vor Ort. Besonders die regionale Verwurzelung, nachhaltiges Wirtschaften, Eigentum und Verantwortung für den Betrieb, aber auch für Gesellschaft und Umwelt sind uns dabei wichtig. Eine von Kapitalinvestoren bestimmte Landwirtschaft lehnen wir ab.

Wir stehen zur Vielfalt unserer Landwirtschaft – konventionelle und ökologische Wirtschaftsweisen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Wir fördern Haupt-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe, weil alle einen wichtigen Beitrag zu unserer leistungsstarken Landwirtschaft leisten.

Zukunftsfähige Umsetzung der EU-Agrarpolitik 2014 bis 2020

Für die deutsche Landwirtschaft ist die Agrarpolitik der EU von großer Bedeutung. Wir wollen, dass die Gelder aus Brüssel bei den Landwirten ankommen und möglichst effizient eingesetzt werden. Dafür ist es wichtig, beide Säulen, auf denen die Landwirtschaftspolitik der EU aufbaut, zu erhalten.

Aus der ersten Säule erhalten die Landwirte Direktzahlungen für ihre Leistungen für die Gesellschaft, die nicht über den Markt abgegolten werden, wie beispielsweise die Landschaftspflege und Umwelt-, Tierschutz und Ver-

braucherstandards in Europa. Die zweite Säule unterstützt die Entwicklung in den ländlichen Räumen und die Umsetzung von Maßnahmen für eine umweltgerechte Landwirtschaft. Überlegungen von Rot-Grün, die Direktzahlungen an die Landwirte zu kürzen, lehnen wir ab. Zur Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Familienbetriebe wollen wir die ersten Hektare jedes Landwirtschaftsbetriebs künftig mit einem höheren Betrag an Direktzahlungen fördern. Besonders werden wir Junglandwirte unterstützen und junge Menschen ermuntern, den Beruf des Landwirtes zu ergreifen.

Unser Ziel ist es, Umwelt und Landwirtschaft noch enger miteinander zu verzahnen. Wir stehen zum sogenannten „Greening“, das heißt der noch stärkeren Bindung der Direktzahlungen an Umweltleistungen. Eine verpflichtende Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen wird es mit uns nicht geben. Über die zweite Säule werden wir weiterhin zukunftsfähige Entwicklungen im ländlichen Raum fördern, der ganz besonders von einer starken Land- und Forstwirtschaft lebt. Deshalb werden wir Agrarumweltprogramme ausbauen und Investitionen in die Betriebe ermöglichen. Wir werden auch in Zukunft ein wirksames Sicherheitsnetz spannen zum Schutz unserer Landwirte vor extremen Markteinbrüchen. Wir werden die Beschlüsse aus Brüssel mit so wenig Bürokratie wie möglich umsetzen.

Gute Tierhaltung und bester Tierschutz

Artgerechte Tierhaltung und ein hohes Tierschutzniveau sind für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen Ställe, in denen Tiere gute Haltungsbedingungen haben. Deshalb fördern wir neue tiergerechte Ställe und erhöhen die Forschungsmittel zur Verbesserung der Haltungsformen. Ebenso werden wir die Maßnahmen zur Verringerung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung vorantreiben. Sachkunde und Qualifikation sind für uns unabdingbare Voraussetzung für die Tierhaltung. Wir setzen uns für einheitlich höhere Tierschutzstandards mit einer Reduzierung und festen Begrenzung der Tiertransportzeiten in der EU ein. Der wichtigen Arbeit der Imker gilt unsere Wertschätzung. Zum Schutz der Bienen werden wir Forschungsprojekte ausbauen.

Die Milcherzeuger im Wettbewerb stärken

Wir wollen, dass Deutschland auch nach dem Auslaufen der Milchmengenregelung 2015 Milchland Nummer eins in Europa bleibt. Dazu werden wir die Milcherzeuger bei

der Entwicklung ihrer Betriebe unterstützen, ihre Position am Markt und in der Wertschöpfungskette stärken und die Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verarbeitern befördern. Zudem werden wir die Milchbauern bei der Erschließung zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten, wie z. B. der Gülleverwertung in kleinen Biogasanlagen, unterstützen. Weiterhin wollen wir die Grünlandwirtschaft auch beim Greening anerkennen und prüfen die Einführung einer Raufutterprämie.

Markt- und Verbraucherorientierung auf regionalen wie internationalen Märkten – Bundesregionalprogramm

Die deutsche Landwirtschaft soll sowohl die Chancen der heimischen Märkte als auch des europäischen und des stark wachsenden Weltmarkts nutzen können. Dazu werden wir die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung von Exportmärkten auch weiterhin unterstützen.

Besonders wichtig ist uns die Stärkung der regionalen Märkte. Immer mehr Menschen richten ihre Kaufentscheidung danach aus, woher die Lebensmittel kommen. Dafür brauchen sie verlässliche und schnell erkennbare Informationen. Wir werden ein Bundesregionalprogramm starten, mit dem wir Transparenz beim Einkauf regionaler Lebensmittel schaffen.

Als ein Element werden wir das von der Bundesregierung entwickelte „Regionalfenster“ für die Lebensmittelpackung bundesweit einführen. Die deutschen Ökobetriebe werden wir weiter verlässlich fördern. Unser Ziel ist es, die große Nachfrage nach Bioprodukten mit heimischen Erzeugnissen zu befriedigen.

Schutz land- und forstwirtschaftlicher Flächen verbessern

Wir wollen möglichst viele land- und forstwirtschaftliche Flächen erhalten. Deshalb wollen wir den Bau neuer Gebäude und Straßen so gestalten, dass dafür möglichst wenig unbebaute Flächen genutzt werden müssen. Dort, wo die Nutzung neuer Flächen nicht vermeidbar ist, wollen wir den erforderlichen Naturschutzausgleich verstärkt auf Umweltmaßnahmen der Land- und Forstwirtschaft, die Aufwertung und Pflege schon bestehender Ausgleichsflächen und Naturschutzgebiete sowie die Entsiegelung von bebauten Flächen konzentrieren. Die Möglichkeiten für die Zahlung von Ersatzgeld wollen wir ausweiten. Mit

den Zahlungen wollen wir einen Fonds schaffen, aus dem der Rückbau bebauter, aber nicht mehr gebrauchter Flächen in einen naturnahen Zustand erfolgen kann.

Wettbewerbsfähigkeit und Qualifikation fördern

Investitionen für neue Maschinen, Anlagen und Produkte sowie die Ausbildung der Beschäftigten und deren Weiterqualifikation sind die Grundlagen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Agrarwirtschaft und für mehr Tier- und Umweltschutz. Wir werden sie weiter verlässlich mit den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) fördern.

Wir werden die Agrarforschung ausbauen. Schwerpunkte der Forschungen sind die Entwicklung besonders tiergerechter Haltungsverfahren, die effiziente und verantwortungsvolle Nutzung der Biomasse für Nahrungsmittel, Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe sowie die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit. Mit einer Innovationsoffensive wollen wir die deutsche Agrarwirtschaft bei der Bewältigung neuer Herausforderungen unterstützen.

Damit die Landwirte sich gegen Preis- und Ertragschwankungen besser absichern können, werden wir unseren Landwirten die steuerliche Risikorücklagenbildung erleichtern.

Bioenergie und nachwachsende Rohstoffe verantwortungsvoll nutzen

Die Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln durch die deutsche Landwirtschaft hat auch in Zukunft Vorrang vor einer Nutzung zur Energie- oder Kraftstoffgewinnung.

Dort, wo nachwachsende Rohstoffe für die energetische Nutzung verwendet werden, setzen wir auf mehr Marktorientierung, d. h. auf Erzeugung und Lieferung nach Bedarf. Wir werden bei neuen Biogasanlagen insbesondere die bedarfsgerechte Verstromung und die Nutzung von Reststoffen fördern. Zudem werden wir die Erforschung neuartiger Energiepflanzen als Alternative zum Mais ausbauen und uns für die Fortführung der Beimischquoten im Biokraftstoffbereich einsetzen.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung

In diesem Jahr erinnern wir an den 300. Jahrestag der Einführung des Nachhaltigkeitsbegriffs durch Hans Carl von

Carlowitz. Der von ihm erstmals beschriebene Begriff hat für uns bis heute Gültigkeit. Mehr als ein Drittel der Fläche Deutschlands ist Wald. Unser Wald ist nicht nur als Lieferant des natürlichen Rohstoffs Holz wichtig, sondern auch für Umwelt und Naturschutz sowie die Erholung der Menschen unverzichtbar. Nachhaltige Forstwirtschaft sichert diese Funktionen. Dazu wollen wir die Wertschöpfungskette Holz weiter stärken. Die Leistungsfähigkeit der überwiegend kleinteiligen Eigentümerstruktur wollen wir erhöhen, indem wir die Zusammenarbeit zum Beispiel in der Vermarktung von Holz fördern. Der Aufbau klimastabilerer Wälder mit unterschiedlichen Baumarten ist uns wichtig. Zur Förderung der Nutzung von nachhaltig erzeugtem heimischem Holz unterstützen wir eine Herkunftskennzeichnung. Wir bekennen uns zur Jagd, die einen wichtigen Beitrag für Natur und Tierwelt sowie für die Umweltpflege leistet. Deshalb werden wir das Jagdrecht in der jetzigen Form erhalten.

Stabiles landwirtschaftliches Sozialversicherungssystem

Das eigenständige Sozialversicherungssystem für die Landwirtschaft hat sich bewährt. Wir stehen dafür ein, dass es sich im Gleichklang mit den anderen gesetzlichen Sozialversicherungen entwickelt und auch in Zukunft die Beiträge der Landwirtschaft bezahlbar bleiben.

Stärkung des deutschen Wein- und Gartenbaus

Wein ist eines der ältesten Kulturgüter Deutschlands. Der Weinbau prägt viele deutsche Landschaften in einzigartiger Weise. Damit die klassischen Weinbaugebiete, insbesondere der Steillagenweinbau in Deutschland erhalten bleiben, setzen wir uns für eine wirksame EU-Weinmarkt-Regelung ein. Der Gartenbau ist Teil unseres starken Mittelstands. Wir werden ihn beispielsweise bei der Entwicklung energiesparender Produktionsweisen weiter unterstützen.

Keine Biopatente auf Nutztiere und Nutzpflanzen

Die breite Vielfalt von Nutztieren und Pflanzen ist eine besondere Stärke unserer Landwirtschaft. Diese wollen wir sichern und auch nicht von der weltweit steigenden Zahl von Patentanmeldungen auf Tiere und Pflanzen gefährden lassen. Für uns gibt es Unterschiede zwischen einem Patent auf ein Auto und einem Apfel. Deshalb spre-

chen wir uns gegen Patente auf herkömmliche Züchtungsverfahren aus und wenden uns auch gegen die Patentierbarkeit von landwirtschaftlichen Nutztieren und Nutzpflanzen daraus.

5.5 Verbraucher stärken

Wir trauen den Menschen etwas zu. Unser Leitbild ist der eigenverantwortlich handelnde Verbraucher. Er braucht transparente, verständliche und vergleichbare Angebote. Aufgabe von Verbraucherpolitik ist es, dafür zu sorgen, dass die Produkte sicher sind und die Verbraucher verständliche Informationen erhalten. Verbraucher brauchen starke Rechte, aber keine Bevormundung. Angesichts des freien Warenverkehrs in Europa und des zunehmenden weltweiten Handels reichen nationale Regelungen allein nicht mehr aus, um Verbraucher wirksam zu schützen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die EU-Verbraucherpolitik auszubauen und das hohe deutsche Schutzniveau in ganz Europa zu verankern.

CDU und CSU haben in der Verbraucherpolitik viel erreicht: Beispiele dafür sind eine bessere Lebensmittelkennzeichnung, die Einführung von Fahrgastrechten mit Entschädigungspflicht bei Verspätungen und die bessere Information bei Geldanlagen. Verbraucher dürfen am Telefon nicht mehr mit Werbeanrufen belästigt werden und wer sich in der Warteschleife von Servicenummern befindet, muss dafür nicht mehr bezahlen.

Einrichtungen zum Schutz des Verbrauchers verlässlich unterstützen und Experten einbinden

Diesen erfolgreichen Weg des Verbraucherschutzes wollen wir konsequent weiter gehen. Deshalb werden wir Organisationen zur Beratung der Verbraucher, wie zum Beispiel die Stiftung Warentest und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), weiter unterstützen. Darüber hinaus werden wir einen „Sachverständigenrat für Verbraucherpolitik“ mit unabhängigen Experten und Wissenschaftlern einrichten.

Er soll regelmäßig einen „Lagebericht der Verbraucher“ mit Empfehlungen an die Politik erstellen. Die in Deutschland in den vergangenen Jahren erfolgreich verankerte Verbraucherforschung werden wir ausbauen und weiter vernetzen, um neueste Erkenntnisse in die Verbraucherpolitik einfließen zu lassen.

Verbraucherbildung von klein an

Verbraucherbildung beginnt von klein an in der Kita, in den Schulen und geht bis zur Erwachsenenbildung, zum Beispiel in den Volkshochschulen. Zusammen mit den Ländern arbeiten wir daran, dass Verbraucherbildung ein fester Bestandteil in den Bildungseinrichtungen wird. Dazu gehört, das Wissen über ausgewogene Ernährung und gute Haushaltsführung, über finanzielle Angelegenheiten und den Umgang mit den digitalen Medien zu stärken.

Wegweiser durch die Konsumwelt

Im Alltag ist es für Verbraucher wichtig, dass sie schnell und einfach auf Verbraucherinformationen zugreifen können und vertrauenswürdige und kundenfreundliche Unternehmen schnell erkennen können. Deshalb wollen wir als Wegweiser für Verbraucher zum Beispiel Verbraucher-Apps und kompakte Informationen anbieten.

Wir werden das Projekt „Klarheit und Wahrheit“ mit der Internetplattform „Lebensmittelklarheit.de“ auch für andere Felder entwickeln, wie zum Beispiel bei Haushaltswaren und Bedarfsgegenständen. Auf dieser Internetplattform können Verbraucher Produkte nennen, von denen sie sich getäuscht fühlen. Die Verbraucherzentrale bewertet die Kennzeichnung und die betroffenen Unternehmen können dazu Stellung nehmen.

Gemeinsam mit Rechtsexperten, Verbraucher- und Datenschützern sowie Wissenschaftlern werden wir Kriterien für einen Check Allgemeiner Geschäftsbedingungen (AGB-Check) entwickeln. Er soll die Verbraucherfreundlichkeit transparent machen.

Wir wollen, dass hochwertige und benutzerfreundliche Produkte ein Markenzeichen der deutschen Wirtschaft bleiben. Dafür werden wir ein Verbrauchersiegel schaffen. Unternehmen können sich damit ihre Verbraucherfreundlichkeit bestätigen lassen. Anhand dieses Gütesiegels lassen sich dann verbraucherfreundliche Unternehmen besonders leicht erkennen. Das schafft ein Mehr an Vertrauen und Sicherheit.

Verbraucherrechte besser durchsetzen

Verbraucher sollen im Streitfall schnell und einfach zu ihrem Recht kommen. Dazu werden wir einen bundesweiten Online-Schlichter einführen, der unbürokratisch hilft, wenn beim Kauf im Internet etwas schief geht.

Sichere Lebensmittel – Betrug europaweit erschweren

Sichere Lebensmittel, klare Kennzeichnung und gesunde Ernährung sind für uns zentral. Dazu gehört Null-Toleranz bei Betrug im Lebensmittelbereich. Wir wollen Lebensmittelbetrug europaweit erschweren und härter bestrafen. Lebensmittelskandale können so rasch und umfassend aufgedeckt werden.

Die staatliche Überwachung auf Ebene des Bundes und der Länder muss verbessert werden. Wir wollen die Einfuhrkontrollen an den Außengrenzen der EU sowie die Kontrollen im Inland stärken. Wir brauchen EU- und bundesweit eine hohe Kontrolldichte und einheitlich hohe Standards.

Private und staatliche Kontrollen werden wir noch besser verzahnen und die Anforderungen an die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen erhöhen.

Wir werden ein Frühwarnsystem für den Lebensmittelsektor in Europa entwickeln, das wirtschaftliche Anreize für Betrüger frühzeitig ausfindig machen soll. Keiner soll an Lebensmittelbetrug verdienen. Neben härteren Strafen wollen wir auch die Möglichkeiten zur Abschöpfung von Gewinnen, die durch kriminelle Handlungen im Lebensmittelbereich erzielt wurden, umsetzen.

Klare Kennzeichnung von Lebensmitteln

Für uns gilt: Lebensmittel müssen klar gekennzeichnet sein. Dazu gehört, dass alle Angaben gut lesbar sind und die Verpackung dem Inhalt entspricht. Verbraucher sollen auch wissen, ob Lebensmittel mit gentechnischen Verfahren erzeugt worden sind, aus welcher Region ein Produkt kommt und unter welchen Bedingungen Tiere gehalten werden. Deshalb werden wir gemeinsam mit der Landwirtschaft sowie den Tierschutzverbänden eine „Transparenzoffensive Tierhaltung“ starten, wozu eine verlässliche Tierschutzkennzeichnung gehört. Auch setzen wir uns für eine europaweit verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleischerzeugnissen, ein. Das Klonen von Tieren zur Nahrungsmittelerzeugung lehnen wir ebenso wie eine Vermarktung solcher Erzeugnisse in Deutschland und Europa ab.

Gesunde ausgewogene Ernährung und sorgsamer Umgang mit Lebensmitteln

Wir wollen das Bewusstsein für ausgewogene Ernährung stärken. Deshalb werden wir die Kampagne „IN FORM –

Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ mit Informationen und Empfehlungen sowie Projekten und Aktionen für Familien, Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Senioren fortführen und ausbauen. Strafsteuern für bestimmte Lebensmittel lehnen wir ab.

Lebensmittel sind hochwertige Güter und dürfen nicht achtlos verschwendet werden. Wir wollen die Menschen für den Wert und den guten Umgang mit Lebensmitteln sensibilisieren und die Information, beispielsweise über Haltbarkeit und Lagerung, verbessern. Wir sagen der Wegwerfmentalität den Kampf an und werden dazu mit dem Lebensmittelhandel, den Verbrauchern und Tafeln sowie anderen Beteiligten an der Erreichung des EU-Ziels zur Halbierung der Lebensmittelabfälle arbeiten.

Sicheres Spielzeug

Kinder als Verbraucher sind besonders schutzbedürftig. Deshalb setzen wir uns weiter für die Sicherheit von Kinderspielzeug auf dem EU-Binnenmarkt ein.

Sicherheit bei Finanzgeschäften

Damit Verbraucher bei Finanzgeschäften besser geschützt sind, haben wir bereits Produktinformationsblätter und das Beratungsprotokoll verpflichtend gemacht. Wir werden beide Instrumente im Hinblick auf die praktische Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für Anleger weiterentwickeln. Die staatlich geförderte private Altersvorsorge werden wir verbraucherfreundlicher gestalten und ihre Verwaltungskosten wirksam begrenzen. Zudem werden wir die Einführung der unabhängigen Honorarberatung, bei der die Provision des Produktanbieters durch ein Honorar des Verbrauchers ersetzt wird, für alle Finanzprodukte vorantreiben.

Wir werden ein Girokonto für Jedermann einführen, damit auch Menschen mit sehr niedrigem Einkommen ihren Zahlungsverkehr abwickeln können. Wir wollen für alle den Bankwechsel erleichtern. Wir wollen Banken verpflichten, Kunden beim Übertritt in den teuren Dispokredit einen Warnhinweis zu geben. Und wir werden ein Vergleichsportal einrichten, damit Kunden auf einen Blick alle wesentlichen Informationen über Bankgebühren erhalten.

Markenzeichen „Seniorenfreundlichkeit“

Seniorinnen und Senioren sind eine große und selbstbewusste Verbrauchergruppe. Deshalb wollen wir älteren

Menschen mehr spezifische Beratung und Information zukommen lassen. Das umfasst auch gezielte Informationen darüber, welche Unterstützungsleistungen und Angebote es für die Pflege und Hilfe zu Hause gibt und wie deren Qualität zu bewerten ist. Ebenso wollen wir die Suche nach dem richtigen Seniorenheim erleichtern.

Verbraucherrechte in der digitalen Welt stärken

Wir wollen, dass Verbraucher die großen Chancen des Internets sicher nutzen können – etwa beim Online-Einkauf, bei Bankgeschäften, bei Reisebuchungen, in sozialen Netzwerken und bei der Recherche von Informationen. Dazu gilt es, einen möglichst umfassenden Datenschutz für die Verbraucher zu gewährleisten und Verbraucherrechte im Netz zu sichern. Das hohe deutsche Datenschutzniveau muss auch bei der Überarbeitung des EU-Datenschutzrechtes erhalten bleiben. Verbraucher haben ein Recht auf Selbstbestimmung über ihre persönlichen Daten und auf den Schutz ihrer Privatsphäre. In der grenzenlosen Welt des Internets brauchen wir international möglichst einheitliche Standards zum Schutz der Verbraucher.

Wir wollen, dass für die Nutzung von persönlichen Daten der Grundsatz der ausdrücklichen Einwilligung gelten muss. Unser Ziel ist es, das Recht auf Löschen der eigenen Daten, verbraucherfreundlich gewählte Voreinstellungen zur Privatsphäre vor allem in sozialen Netzwerken und die Berücksichtigung des Datenschutzes in der Entwicklung neuer Techniken und Produkte durchzusetzen.

5.6 Kultur und Medien – Kreativität und Vielfalt schützen

Deutschland ist eine Kulturnation. Wir wollen das reiche kulturelle Erbe unseres Landes bewahren. Kunst und Kultur prägen unsere Identität. Wir bekennen uns zur Freiheit der Kunst und wollen gute Voraussetzungen schaffen, damit Kunst und Kultur als Grundlage unseres Zusammenlebens erhalten bleiben.

Durch die im Grundgesetz verankerte Aufgabenverteilung sind Länder und Kommunen im Bereich von Kunst und Kultur in besonderer Weise verantwortlich. Wir wollen ihnen weiterhin ein verlässlicher Partner sein: Dazu haben wir die Kulturförderung auf hohem Niveau fortgeführt und dadurch die Rahmenbedingungen für eine lebendige Kulturlandschaft gesichert. Der Kulturhaushalt

des Bundes ist seit 2005 regelmäßig gestiegen, insgesamt um über 21 Prozent. Auch in den kommenden Jahren werden wir diesen Kurs fortsetzen, indem wir mit dem Kulturhaushalt Bewährtes weiter unterstützen und zugleich neue Schwerpunkte setzen. Das gilt für das kulturelle Erbe ebenso wie für zeitgenössische Kunst, für Breitenkultur ebenso wie für künstlerische Spitzenleistungen. Neben der staatlichen Verantwortung ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Unsere Aufgabe sehen wir darin, gute Bedingungen zu schaffen, unter denen Kunst und Kultur gedeihen können.

Freie und starke Medien sind ein zentrales Element unserer freiheitlichen Ordnung. Ihre Vielfalt wollen wir durch geeignete Rahmenbedingungen auch in Zukunft unterstützen. Dazu gehören Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Medien genauso wie Angebote zur Stärkung der Medienkompetenz, die auch künftig zu einem aufgeklärten Umgang mit den Medien beitragen.

Kulturelle Bildung

Ohne Bildung gibt es keine Kultur und ohne Kultur keine Bildung. Deshalb sollen schon die Kleinsten lernen, Kultur als selbstverständlichen Teil des Lebens zu begreifen. Damit jeder seinen ganz eigenen Zugang zu kulturellen Angeboten und Ausdrucksformen, wie Tanz, Musik, Bildende Kunst, Literatur oder digitale Medien, finden kann, wollen wir mit Bundesmitteln Initiativen, wie „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi), „Kulturagenten“ oder „Kinder zum Olymp“, weiter unterstützen. Außerdem werden wir mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ außerschulische Angebote, wie Vorlesepaten, Theater, Musikschulen oder Bibliotheken, fördern und uns so für die musische, ästhetische und kulturelle Entwicklung junger Menschen einsetzen. Um kulturelle Bildung dauerhaft vor Ort anbieten zu können, wollen wir auch Partnerschaften zwischen Schulen und Kultureinrichtungen stärken.

Pflege der deutschen Sprache

Die deutsche Sprache ist wesentlicher Ausdruck unserer reichen Kultur. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Pflege unserer Sprache, wollen ihre Ausdruckskraft erhalten und daher auf unnötige Anleihen zum Beispiel aus der englischen Sprache verzichten sowie auf verständliche Texte achten.

Derzeit erleben wir, dass das Interesse an unserer Sprache weltweit zunimmt: Die Goethe-Institute, die deut-

schen Auslandsschulen und die Deutsche Welle leisten einen wichtigen Beitrag dazu, diesen Bedarf zu decken. Wir werden auch in Zukunft für das Deutschlernen werben und die benötigten finanziellen Mittel zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland bereitstellen.

Hauptstadt-Kulturvertrag

Deutschland lebt kulturell von und durch seine vielfältigen Regionen. Gleichwohl spielt Berlin als Hauptstadt im kulturellen Selbstverständnis unserer Nation eine bedeutende Rolle. Mit der Bundes-Kulturpolitik erkennen wir die Bedeutung Berlins für unsere Nation an. Da der aktuelle Hauptstadtfinanzierungs-Vertrag Ende 2017 ausläuft, werden wir die Finanzausstattung neu regeln.

Erinnerung an Diktatur und Gewaltherrschaft – Gedenkpoltik

Deutschland steht aufgrund seiner Geschichte besonders in der Pflicht, die Erinnerung an Ursachen und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten.

Die Aufarbeitung der NS-Diktatur mit ihrem Völkermord an den europäischen Juden und ihren Verbrechen an den Millionen Menschen, die entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden, muss fortgesetzt werden. Hier bleiben wir in der Verantwortung gerade gegenüber der Jugend, damit Rassismus und Extremismus nie mehr eine Chance haben.

Auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss fortgesetzt werden. Gerade jungen Menschen wollen wir die Zeit der Teilung Deutschlands und die Ursachen und Folgen von Unterdrückung und Unrecht in der DDR durch verstärkte Anstrengungen zur geschichtlichen Aufarbeitung vermitteln.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Wir sind eine reiche und vielfältige Kulturnation. Kultur ist ein Botschafter unseres Landes. Wir wollen auf die Vielfalt der Kultur in den Ländern und Regionen unseres Landes hinweisen, damit das Interesse an einem Besuch wecken oder zum Lernen unserer Sprache ermuntern. Zugleich leistet die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands in anderen Ländern einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung und europäischen Integration, indem wir selbst mehr über die Lebensumstände, Interessen und Traditionen unserer Nachbarn und anderer Nationen erfahren.

Denkmalschutz vorantreiben

Alte Dorfkirchen, Fachwerkhäuser, Burgen oder Schlösser: In unserem Land gibt es rund 1,3 Millionen Denkmäler. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Kulturturnation, diese einzigartigen Bauten zu schützen. Wir stehen verlässlich zu dieser Verpflichtung und werden uns weiter für den Erhalt und Schutz unseres Bauerbes einsetzen.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist nicht nur eine vielfältige Branche, sie bringt auch kulturell und wirtschaftlich bedeutende Produkte und Dienstleistungen hervor: Dazu gehört zum Beispiel die besonders qualitativ gestaltete Kita oder der Verleger, der die Klassiker der Weltliteratur als elektronische Bücher für mobile Endgeräte herausbringt. Die Kultur- und Kreativwirtschaft bietet rund einer Million Menschen Arbeit. Um diese Branche weiter voranzubringen, werden wir die „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ fortführen. Außerdem werden wir die Zusammenarbeit von Kultur und Tourismus fördern. Die Verbindung von kulturellen Angeboten mit der Kreativwirtschaft trägt dazu bei, Städte und Regionen attraktiver zu machen.

Würdigung der Reformation

Im Jahr 2017 erinnert Deutschland an den Beginn der Reformation vor 500 Jahren. Hierbei handelt es sich um ein Ereignis von Weltrang, das es uns auch ermöglicht, die christliche Prägung unseres Landes zu verdeutlichen. Zahlreiche Schauplätze der Reformation in Ost und West wie die Lutherstadt Wittenberg oder die alte Reichsstadt Augsburg zeugen von der nationalen Bedeutung dieses Ereignisses. Deshalb werden wir das Jubiläum in seiner Vorbereitung und Durchführung unterstützen.

Stabilisierung der Künstlersozialversicherung

Viele selbstständige Künstler, freie Journalisten, Schriftsteller und Autoren leben in wirtschaftlich unsicheren Verhältnissen. Mit der Künstlersozialversicherung, die wir dauerhaft stabilisieren wollen, haben wir ein bewährtes Instrument, um freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung zu ermöglichen. Unser vorrangiges Ziel ist es, einen Anstieg des Abgabesatzes zu verhindern.

Bedeutung von Medienvielfalt für die Demokratie

Medien sind in Deutschland zweierlei: Kultur- und Wirtschaftsgut. Meinungs- und Informationsfreiheit sind notwendige Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir wollen die Vielfalt und Qualität der Medien sichern – auch in einer sich schnell wandelnden Medienwelt. Voraussetzung für eine vielfältige Medienlandschaft sind gleichberechtigte und gleichwertige Medienarten. Wir wollen Rahmenbedingungen sichern, die einen fairen Wettbewerb gewährleisten. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ist dafür wichtig – insbesondere bei der Vertretung von Medienfragen in Europa.

Chance Digitalisierung

Entscheidende Triebfeder der aktuellen Medienentwicklung ist die Digitalisierung. Sie verändert das Medienangebot und das Nutzungsverhalten der Menschen grundlegend. Zudem löst sie die klassischen Mediengattungen auf. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass sich die Branche national wie international optimal entwickeln und ihrem Kulturauftrag nachkommen kann. Medienpolitik ist für uns mehr als nur Wirtschaftspolitik. Gleichwohl gilt auch hier, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen müssen.

Duale Medienordnung

Wir bekennen uns zur gewachsenen dualen Medienordnung von privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Zwischen beiden und untereinander muss fairer Wettbewerb stattfinden, um allen Beteiligten angemessene Entwicklungschancen zu ermöglichen.

Wir wollen einen starken, qualitativ anspruchsvollen und vielfältigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Gerade im sich verschärfenden Wettbewerb des digitalen Zeitalters wird die Rolle von ARD, ZDF und Deutschlandradio als glaubwürdiger Informationsanker immer wichtiger. Dabei gilt es, den Kern des Auftrags im Blick zu haben.

Privater Rundfunk ist unverzichtbarer Bestandteil der Medienlandschaft auch im digitalen Zeitalter. Inhaltliche Qualitätskriterien müssen auch hier eine angemessene Rolle bei der Programmgestaltung spielen. Unser Ziel ist die Bereicherung der Medien- und Meinungsvielfalt in Deutschland zum Nutzen der Mediennutzer und der Mediensparte. Dafür brauchen wir faire Wettbewerbsbedin-

gungen – national wie international. Außerdem muss der technischen Annäherung der Medien in Regulierung, Aufsichtsstrukturen und politischen Zuständigkeiten Rechnung getragen werden. Dies gilt insbesondere für das Medienkonzentrations- und Kartellrecht.

Deutsche Welle

Die Deutsche Welle ist die mediale Visitenkarte Deutschlands in der Welt. Wir sehen in ihr ein wichtiges und unverzichtbares Schaufenster für die Darstellung unseres Landes. Die zunehmende Konkurrenz anderer Auslandsender sowie das wachsende Interesse an objektiver Berichterstattung stellen den Sender vor neue Herausforderungen. Unser Ziel ist es daher, die Deutsche Welle zu stärken. Ein richtiger Schritt dazu ist es, die Kooperationen mit ARD, ZDF und Deutschlandradio auszubauen.

Vielfalt von Druckerzeugnissen erhalten

Zeitungen und Zeitschriften sind wichtige Informationsquellen – offline wie online. Es ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Verlagen, verstärkt das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Druckerzeugnissen als Kulturgut in der Gesellschaft zu verankern. Wir wollen die Angebotsvielfalt in diesem Bereich erhalten. Daher halten wir das Presse-Grosso als neutralen Vertriebsweg für unverzichtbar.

Wir wollen auch für das Buch eine sichere und stabile Zukunft. Eine lebendige Literatur ist ein elementarer Bestandteil unserer Kultur. Gleichwohl hat sich die Welt des Buches im digitalen Zeitalter verändert. Wichtig für den Erhalt der Büchervielfalt ist die Buchpreisbindung. Der verminderte Mehrwertsteuersatz für Bücher soll beibehalten werden und in Zukunft auch für elektronische und Hörbücher gelten.

Urheberrecht

Durch die Digitalisierung ist das Spannungsfeld um das Urheberrecht sicht- und spürbarer geworden. Aber auch im digitalen Zeitalter gilt der Anspruch des Urhebers auf Schutz seines geistigen Eigentums und das Recht auf eine angemessene Vergütung seiner Leistung. Es sichert nicht nur das Einkommen der Urheber, es ermöglicht auch künstlerische Vielfalt.

Das Urheberrecht muss zugleich von den Nutzern verstanden und akzeptiert werden sowie Antworten auf die

veränderten digitalen Anwendungsmöglichkeiten geben. Wir wollen daher das Urheberrecht weiterentwickeln, zum Beispiel beim Thema Privatkopie, beim Umgang mit Rechtsverstößen durch Nutzer oder der wachsenden Zahl neuer Formen der digitalen Verwertung. Dazu ist eine technische und rechtspolitische Abwägung notwendig, um den berechtigten Interessen der Urheber, der Rechteinhaber, der Verwerter und der Verbraucher gerecht zu werden. Viele Fragen werden nicht nur national zu lösen sein. Wir müssen unsere Vorstellungen daher auch auf EU-Ebene bzw. international einbringen.

Medienkompetenz und Jugendmedien-schutz

Aufgrund der rasanten technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im gesamten Medienbereich ist es erforderlich, dass alle Generationen kompetent mit den gängigen Medien umgehen können. Kinder sollten bereits in der Schule fächerübergreifend Medienkompetenz erlernen. Initiativen wie das „Netz für Kinder“ ermöglichen Kindern einen sachkundigen Umgang mit dem Netz. Das allein reicht jedoch nicht: Kinder und Jugendliche brauchen ausreichend Schutz vor den möglichen Auswüchsen der modernen Medienwelt. Sie müssen im Internet vor entwicklungsbeeinträchtigenden und gefährdenden Angeboten unter anderem durch den Einsatz geeigneter Jugendschutzsoftware geschützt werden. Der Jugendschutzmedien-Staatsvertrag muss neuen Problemfeldern angepasst werden.

Filmförderung

Wir wollen das Kino als Kulturgut attraktiv erhalten. Es gilt, den deutschen Film bei den neuen Herausforderungen auf dem internationalen Filmmarkt zu begleiten. Wir werden daher den Filmstandort Deutschland weiter stärken. Um den Produzenten langfristige Planungssicherheit zu schaffen, soll der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) nicht mehr auf drei Jahre begrenzt sein, sondern dauerhaft etabliert werden.

Nationales Filmerbe

Wir werden uns weiter für eine umfassende Sicherung des nationalen Filmerbes einsetzen, insbesondere auch durch dessen Digitalisierung. Zudem werden wir die Arbeit des Kinematheksverbunds und der in ihm zusammengeschlossenen Einrichtungen wie Filmarchive und Kinematheken weiter unterstützen.

Computerspiele sind Bestandteil des kulturellen Lebens

Computerspiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in unserem Land. Sie sind ein fester Bestandteil des kulturellen Lebens geworden. Wir erkennen die Vielfalt hochwertiger Angebote, insbesondere pädagogisch wertvoller Computerspiele, sowie die große kreative Leistung und hohe technische Kompetenz der Spieleentwickler an. Dies wollen wir weiter fördern, beispielsweise mit dem Deutschen Computerspielpreis. Wir setzen uns für einen wirksamen Jugendmedienschutz ein, um Kinder und Jugendliche auch im Bereich der Computerspiele vor gefährdenden Inhalten zu schützen.

5.7 Mitmachen! Einmischen! Mehr Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt vom Mitmachen! Unsere Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden, dass sie sich einbringen bei der Suche nach den besten Lösungen. Sei es als Gemeinderäte, wenn es darum geht, den Heimatort mitzugestalten, sei es als Betriebsräte oder als Eltern- bzw. Schülervertreter, sei es in Bürgerinitiativen oder politischen Parteien. Hier überall beteiligen sich Bürger an der Entscheidungsfindung und übernehmen Verantwortung für ihre Mitmenschen und unser Gemeinwesen. Das macht unsere Demokratie stark.

CDU und CSU kommt es auf die Meinung der Bürger an, wir wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in Debatten einmischen.

Dies gilt besonders mit Blick auf Großvorhaben, wie zum Beispiel bei Flughafenerweiterungen oder beim Ausbau von Windkraftanlagen und Stromnetzen, die unser Land auch in Zukunft dringend braucht, die aber oftmals umstritten sind. Die Menschen vor Ort haben hierzu häufig eine andere Meinung als diejenigen, die solche Vorhaben planen. Große Vorhaben gelingen nur gemeinsam mit den Menschen, nicht gegen sie.

CDU und CSU haben daher für eine bessere Einbindung der Bürger gesorgt. Wir haben Offenheit in allen Verfahrens- und Planungsschritten sowie eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsprozess gesetzlich verankert. Dadurch erfolgt die Beteiligung bereits, bevor Entscheidungen über ein Vorhaben gefallen sind. Schon die Frage, ob überhaupt Bedarf für ein Vorha-

ben besteht, wird nun mit den Bürgern öffentlich erörtert. Alle wichtigen Unterlagen und auch Alternativentwürfe müssen nun frühzeitig im Netz veröffentlicht werden, damit sie in den Beteiligungsprozess einbezogen werden können. Alle Vorschläge, auch für Alternativlösungen, müssen nun im Genehmigungsverfahren geprüft werden. Die Menschen vor Ort können so ihre Sichtweise besser einbringen.

Durch Bürgerbeteiligung gewinnen alle: Wir erreichen durch nachvollziehbare Verfahren und Planungsschritte mehr Verständnis bei den Bürgern. Entscheidend ist, dass das Engagement und der Sachverstand möglichst vieler genutzt werden. Hierin liegt zugleich die Chance, Bedenken und möglichen Klagen schon im Vorfeld zu begegnen. Das schafft verlässliche Bedingungen für Investoren und trägt dazu bei, dass Großprojekte schneller verwirklicht werden können. So können auch die Kosten besser im Rahmen bleiben.

CDU und CSU wollen Bürgerbeteiligung weiter ausbauen. Sie ist für uns eine Voraussetzung, dass wir unser Gemeinwesen weiter voranbringen und Gegensätze und Schwierigkeiten frühzeitig erkennen und lösen können. Das schafft Verständnis und Sicherheit.

Betroffene zu Beteiligten machen

Das gilt nicht nur für Infrastrukturvorhaben, sondern auch für den Brückenschlag in die Wissenschaft und zu neuen Technologien. Technischer Fortschritt verändert laufend unser Leben. Oft werden Bürgerinnen und Bürger durch neue Technologien aber verunsichert. Deshalb ist es wichtig, darüber aufzuklären und Vorbehalte abzubauen. Wir benötigen dazu den Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, künftigen Nutzern und Bürgern. Hierzu werden wir Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Wissensgebieten, Branchen und Organisationen zu Bürgerdialogen zusammenbringen.

Wir wollen für mehr Offenheit gegenüber der interessierten Öffentlichkeit sorgen. Das frühzeitige Beteiligungsverfahren – und bei öffentlichen Vorhaben die Finanzplanung – müssen abgeschlossen sein, bevor der Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens bei der zuständigen Behörde eingereicht wird. Wir wollen die Geltungsdauer von Genehmigungen und Planfeststellungsbeschlüssen beschränken. Wird ein Großvorhaben nicht in angemessener Frist umgesetzt, soll die Öffentlichkeit erneut beteiligt werden müssen.

5.8 Werte stärken unser Land – Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Bereitschaft vieler Menschen in unserem Land, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Gemeinsinn zu zeigen, gründet in der Orientierung an Werten, die häufig Ausdruck einer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung sind. Insofern leisten die Kirchen und Religionsgemeinschaften auch einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen insgesamt.

CDU und CSU bekennen sich ausdrücklich zur christlichen Prägung unseres Landes wie auch zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung.

Diese christliche Prägung zeigt sich auch in der herausragenden Rolle, die die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände in vielen Bereichen unserer Gesellschaft spielen. Dies gilt nicht zuletzt im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, bei der Betreuung, Pflege und Beratung von Menschen sowie in der Kultur. Kirchliche Aktivitäten fördern vielfach die Solidarität vor Ort. Aber auch darüber hinaus stärken sie die Beziehungen mit vielen Teilen der Welt. Zudem hat auch die Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten zu einer größeren Vielfalt christlicher Kirchen und Gemeinden in unserem Land geführt.

Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen für unser Gemeinwesen sind nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Zugleich unterstützt unser Staat zu Recht diese kirchlichen Dienste umfangreich. Dabei achtet er die kirchliche Prägung der entsprechenden Einrichtungen, die auch im kirchlichen Arbeitsrecht zum Ausdruck kommen.

Besonders dankbar sind wir für das Wiedererstarken jüdischen Lebens in Deutschland – auch durch die Zuwanderung zahlreicher neuer Gemeindemitglieder aus der früheren Sowjetunion. Wir unterstützen die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege, zum Beispiel bei der Integration dieser Zuwanderer.

Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Gemeinwesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen in unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen – gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die deutsche Islamkonferenz fortsetzen.

Dabei ist das bewährte Staatskirchenrecht in unserem Land auch eine geeignete Grundlage für eine umfassende partnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Religionsgemeinschaften.

6. Deutschland: Entstehen für Freiheit und Sicherheit

6.1 Sicheres Deutschland

Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland frei und sicher leben können – ob zu Hause, in Straßen und auf Plätzen, in Bussen und Bahnen, bei Tag und Nacht. Sicherheit ist eine Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Staat. Deutschland gehört zu den sichersten Ländern der Welt und wird es mit uns auch bleiben.

Sicherheit im Alltag und vor Ort verbessern – Einsatz von Videokameras an Brennpunkten verstärken

CDU und CSU sorgen für Sicherheit im Alltag und vor Ort. Wer Vandalismus, Graffiti-Schmierereien, Verwahrlosungen, Belästigungen oder aggressives Betteln erlebt, fühlt sich nicht sicher. Wir treten diesen Erscheinungen entschieden entgegen, denn dies sind oft Anfangspunkte für Kriminalität. Um Gewalt und Diebstähle abzuwehren sowie Anschläge und andere Straftaten erfolgreich aufzuklären, wollen wir den Einsatz von Videokameras an Kriminalitätsbrenn- und Gefahrenpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, verstärken.

Die Polizei muss die Möglichkeit erhalten, schnell auf Videoaufzeichnungen anderer, wie etwa der Deutschen Bahn, zuzugreifen. Videokameras können Polizisten vor Ort jedoch nicht ersetzen. Unsere Polizei muss im Ernstfall sofort eingreifen können.

Polizisten als Garanten der inneren Sicherheit unterstützen – ihren Schutz weiter verbessern

CDU und CSU haben Vertrauen in Polizei und Justiz. Polizisten verdienen unsere Anerkennung und Unterstützung bei den schwierigen Aufgaben, denen sie im täglichen Dienst gerecht werden müssen. CDU und CSU setzen sich für eine gut ausgestattete Polizei ein, die für die Menschen sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist.

Polizisten wie auch Einsatzkräfte der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes, des Technischen Hilfswerks und der Rettungsdienste setzen ihr Leben für uns ein. Gewalt gegen sie richtet sich gegen uns alle. Wir haben dafür ge-

sorgt, dass Widerstand gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte strenger bestraft werden kann. Hieran wollen wir anknüpfen und ihren strafrechtlichen Schutz weiter verbessern.

Eine zunehmende Gewaltbereitschaft richtet sich auch gegen Behördenmitarbeiter in Job-Centern, Bürgerämtern und gegen andere öffentliche Bedienstete. Auch sie wollen wir besser im Dienst schützen. Dadurch stärken wir die Achtung und den Respekt vor staatlichen Behörden und ihren Mitarbeitern.

Die eigenen vier Wände besonders schützen

Angesichts einer steigenden Anzahl von Wohnungseinbrüchen und einer zu geringen Aufklärungsquote wollen wir den Fahndungsdruck, insbesondere auf grenzüberschreitend tätige Banden, erhöhen. Dazu gehört ein besserer überregionaler polizeilicher Informationsaustausch. Wir fordern mehr polizeiliche Streifenfahrten in besonders gefährdeten Wohngebieten. Die Beratungsdienste der Polizei müssen noch mehr über geeignete Sicherungstechnik informieren, mit denen man Türen und Fenster zu Hause besser schützen kann. CDU und CSU setzen sich für bessere steuerliche Anreize zugunsten von Investitionen in die Sicherheit der eigenen vier Wände sowie für Mindestanforderungen für die Sicherung gegen Einbrüche beim Neubau von Häusern und Wohnungen ein.

Kinder- und Jugendkriminalität verhindern und bekämpfen

Gewalttätigkeit und Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen muss wirksam entgegen getreten werden. Wir wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Kriminalität abrutschen, so ihre Chancen auf ein gelingendes Leben mindern und andere Menschen unschuldig zu Opfern werden. Vorbeugende Angebote in Schule, Freizeit und Jugendarbeit müssen gestärkt sowie Vorbeugung und Strafverfolgung enger miteinander verbunden werden.

CDU und CSU stehen für einen entschlossenen Umgang mit jugendlichen Straftätern. Schnelle erzieherische Reaktionen zeigen Grenzen auf und schützen mögliche Opfer. Gerade für straffällige Jugendliche gilt: Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Daher ist eine Beschleunigung und Vereinfachung von Jugendstrafverfahren der richtige Weg.

Wiedergutmachung erfüllt bei Jugendstraftätern eine wichtige Funktion. Junge Menschen machen sich so die Folgen ihres eigenen Handelns besser bewusst. CDU und CSU treten dafür ein, sie künftig noch stärker zu Maßnahmen der Wiedergutmachung zu verpflichten. Opfer und deren Hinterbliebene sind dabei mit einzubeziehen.

Für Täter zwischen 18 und 21 Jahren soll im Regelfall Erwachsenenstrafrecht gelten. Die Anwendung des Jugendstrafrechts muss in diesen Fällen eine Ausnahme bleiben. Wir wollen das Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion im Jugendstrafrecht verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten erweitern.

Je häufiger Schüler den Besuch ihrer Schule verweigern, desto häufiger werden sie auch kriminell. Hier wollen wir ansetzen und so das Entstehen krimineller Karrieren verhindern. CDU und CSU fordern eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht. Dabei wollen wir insbesondere die Eltern in die Pflicht nehmen. Kommunen, Schulen, die freien Träger der Jugendhilfe und die Polizei müssen hier eng zusammenarbeiten.

Menschenhandel und Zwangsprostitution entschlossen bekämpfen

Wir wollen Frauen vor Gewalt und Zwangsprostitution besser schützen. Zwangsprostitution ist eine moderne Form der Sklaverei und ein gewinnbringendes Geschäft der Organisierten Kriminalität. Sie geht einher mit einer schwerwiegenden Verletzung der Menschenwürde. Deutschland darf kriminellen Zuhältern und Bordellbetreibern keinen Schutz bieten. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass der Bundestag erste Maßnahmen zur besseren Kontrolle von Prostitutionsstätten beschlossen hat. Wir wollen aber weiter gehen und treten dafür ein, das Strafrecht so zu ändern, dass Menschenhändler bei ausreichender Beweislage auch ohne die Aussage ihrer häufig verängstigten Opfer verurteilt werden können.

Recht sichert Freiheit – Verlässlichkeit schafft Vertrauen

Unsere Rechtsordnung garantiert den Menschen unveräußerliche Rechte und freie Entfaltung sowie die Sicherheit, dass der Staat ihre Rechte schützt. Die Menschen sollen sich hierauf jederzeit verlassen können. Dafür tragen Richter und Staatsanwälte große Verantwortung in unserem Gemeinwesen. CDU und CSU wollen eine bürgernahe und leistungsstarke Justiz sicherstellen.

Alternative Konfliktlösungsmöglichkeiten bei privaten Rechtsstreitigkeiten, wie Mediation und Schiedsverfahren, wollen wir zur Entlastung der Justiz fördern. Die Dauer von Strafverfahren wollen wir verkürzen.

Schutz vor Belästigung und sexuellem Missbrauch verbessern

Wir wollen Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderung besser vor Missbrauch schützen. Dafür wollen wir u.a. den Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen ausweiten.

Wir wollen die Rechte der Opfer von sexuellem Missbrauch stärken. Sexueller Missbrauch verursacht bei Opfern oftmals lebenslange Traumata. Viele können erst Jahre später darüber sprechen und die Taten zur Anzeige bringen. CDU und CSU wollen die Fristen für die Verjährung von Missbrauchsdelikten ausdehnen, damit solches Unrecht länger geahndet werden kann.

Frauen besser vor Gewalt schützen

Zur Unterstützung von Frauen und ihrer Kinder, die Opfer von Gewalt geworden sind und Schutz in Frauenhäusern suchen, wollen wir die Finanzierung dieser Einrichtungen auf eine verlässliche Grundlage stellen.

Opferschutz verbessern

Wir wollen die Betreuung von Opfern verbessern. Die Arbeit von ehrenamtlich Tätigen wollen wir dafür stärken. Wir treten für eine psychosoziale Prozessbegleitung ein.

Wir wollen zum Schutz der Opfer von Nachstellung (Stalking) die Strafverfolgung verbessern.

Um einen umfassenden Überblick über die Kriminalitätslage gewinnen und gezielte Gegenmaßnahmen ergreifen zu können, treten wir dafür ein, regelmäßig Kriminalitäts- und Opferbefragungen nach internationalem Vorbild durchzuführen.

Vermögen aus Straftaten einziehen

Der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität ist auch wegen ihrer Wirtschaftskraft eine große Herausforderung, denn bislang können die teilweise hohen „Gewinne“ der Kriminellen häufig nicht eingezogen werden. Die dafür notwendigen umfangreichen Ermittlungen stehen

oft in zeitlichem Widerspruch zum Beschleunigungsgebot in Strafsachen. Deshalb kann in diesen Fällen das illegale Vermögen nicht abgeschöpft werden. CDU und CSU wollen die Regeln zur Vermögensabschöpfung vereinfachen und ihre Anwendung auch durch eine Erleichterung der vorläufigen Sicherstellung solcher Vermögen beschleunigen. Insbesondere soll die Vermögensabschöpfung bis zu fünf Jahre nach einer rechtskräftigen Verurteilung in einem getrennten Gerichtsverfahren angeordnet werden können.

Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten regeln

Der Staat muss persönliche Kommunikationsdaten der Menschen schützen. Zugleich dürfen wir jedoch Schutzlücken bei Strafverfolgung und Gefahrenabwehr nicht hinnehmen.

Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten sind notwendig, damit bei der Verfolgung von schweren Straftaten auf Anordnung eines Ermittlungsrichters oder zur Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit ein Datenzugriff erfolgen kann. Manche Straftaten, wie etwa die Verbreitung von Kinderpornographie im Netz, lassen sich nur darüber aufklären. Gerade auch im Kampf gegen Terroristen ist dies oftmals ein entscheidendes Mittel, um Anschläge verhindern zu können. CDU und CSU wollen daher eine entsprechende Richtlinie der Europäischen Union in nationales Recht umsetzen.

Wehrhafte Demokratie stärken, Extremismus wirksam bekämpfen

CDU und CSU treten jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und Terror entschieden entgegen, unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. So sehr sich Extremisten auch in ihren Zielsetzungen unterscheiden, so ähnlich sind sie sich in ihrem Hass auf unsere demokratische Gesellschaft und die sie tragenden Werte. Deshalb nehmen wir das gesamte Spektrum des politischen und religiösen Extremismus in den Blick. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein.

Extremismus konsequent vorbeugen

Zunehmend gehen extremistische Gefährdungen von Einzeltätern und Kleinstgruppen aus, die sich selbst, etwa über Propagandavideos im Netz, radikalisieren. Der

Kampf gegen Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Die beste Vorbeugung ist die Erziehung zu den Grundwerten unserer freiheitlichen Demokratie. Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder verteidigt werden. Erziehung und Bildung kommen dabei eine besondere Verantwortung zu. Die politische Bildung und das Geschichtsbewusstsein werden wir daher stärken. Das beginnt in der Schule, muss aber auch Teil eines lebensbegleitenden Lernens sein. Vorbeugende Projekte werden wir weiterhin gezielt unterstützen und darauf achten, dass erfolgreiche Ansätze nachhaltig umgesetzt werden. Aussteigerprogramme für Extremisten bauen wir weiter aus.

Extremismus vor Ort wirksam bekämpfen

CDU und CSU werden Länder und Kommunen in ihrem Kampf gegen Extremismus vor Ort stärken. Dazu gehört die Beratung im Umgang mit Verfassungsfeinden in kommunalen Gremien, Einrichtungen oder örtlichen Strukturen. Wichtige Partner sind hierbei vor allem Vereine und Verbände, insbesondere Jugendverbände, u. a. des Sports, der Feuerwehr, der Kirchen, der Religionsgemeinschaften und der Wohlfahrtspflege. CDU und CSU werden weiterhin dafür sorgen, dass öffentliche Gelder zur Extremismusbekämpfung nur an Einrichtungen vergeben werden, die sich zu Freiheit und Demokratie bekennen.

Sicherheitsbehörden im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus stärken

CDU und CSU wollen im Rahmen der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern die Zusammenarbeit im Sicherheitsgefüge unseres Landes weiter verbessern. Mit dem Zusammenwirken von Verfassungsschutz und Polizei im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum stärken wir die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden. Diesen erfolgreichen Ansatz wollen wir weiter ausbauen.

Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen Rechtsextremismus sind die Anti-Terror-Datei und die Rechtsextremismus-Datei unverzichtbare Mittel für den schnellen Informationsaustausch zwischen den Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden. Verfassungsrechtlich gebotene Klarstellungen zu den erfassten Personenkreisen werden wir schnellstmöglich vornehmen. Die Analyse- und Recherchefähigkeiten der Dateien wollen wir erweitern. Auch in den anderen Bereichen wie dem Links- und Ausländerextremismus brauchen wir sol-

che gemeinsamen Verbunddateien. Damit schaffen wir einen weiteren wirksamen Beitrag zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung.

Der Gewinn von Insiderinformationen aus dem extremistischen Milieu durch das Anwerben und Führen sogenannter V-Leute ist unerlässlich, um das Innenleben oftmals abgeschotteter verfassungsfeindlicher Gruppierungen zu durchleuchten. Auswahl und Führung von V-Leuten müssen allerdings verbessert, ihr Einsatz wirksamer kontrolliert werden.

Beim Kampf gegen den Terrorismus ändern sich die Herausforderungen stetig. Deshalb gilt es, Angemessenheit und Wirksamkeit der bestehenden Mittel fortwährend zu prüfen. Wir setzen uns dafür ein, dass gegen jede Form von extremistischen und terroristischen Bestrebungen alle verfassungs- und vereinsrechtlichen Mittel, wie etwa Vereinsverbote, konsequent genutzt werden. Für ausländische Straftäter wollen wir das Ausweisungsrecht verschärfen. Wer religiösen Hass predigt oder Gewalt zur Durchsetzung seiner religiösen Ziele anwendet, missachtet unsere Grundwerte und muss damit rechnen, ausgewiesen zu werden.

Werben für Terrororganisationen bestrafen

Das Werben um Sympathie für eine kriminelle oder terroristische Vereinigung bereitet den Nährboden für terroristische Gewalt. CDU und CSU wollen dieses Werben unter Strafe stellen. Wir wollen dafür sorgen, dass Mitglieder von Zellen, die Brand- und Sprengstoffanschläge verüben, künftig regelmäßig als Mitglieder terroristischer Vereinigungen eingestuft und entsprechend bestraft werden können.

Cybersicherheit erhöhen: Freiheit in einem sicheren Netz

Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter immer mehr ins Netz. Neue Formen der Kriminalität werden dadurch erst möglich: vom Datendiebstahl über den Online-Betrug bis hin zur Industriespionage. Widerstandsfähige IT-Infrastrukturen und Netze sind angesichts dieser Bedrohungslage unverzichtbar.

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung müssen auch im Netz sichergestellt sein. Die Sicherheitsbehörden müssen dazu die erforderlichen Befugnisse sowie technische und personelle Ausstattung erhalten. Mit der Cyber-Sicherheitsstrategie haben wir die Grundlagen gelegt, um Cy-

bersicherheit auf einem der Schutzwürdigkeit der vernetzten Informationsinfrastrukturen angemessenen Niveau zu gewährleisten, ohne die Chancen und den Nutzen des Cyberraums zu beeinträchtigen. Sie bündelt die Aktivitäten für ein eng verzahntes Vorgehen aller Akteure in Staat, Wirtschaft und Forschung.

Kritische Infrastrukturen besonders schützen

Deutschland als moderner Industriestandort muss seine Grundversorgung sicherstellen. Wasser, Strom, Kommunikationsnetze und andere kritische Infrastrukturen werden wir deshalb vor Attacken aus dem Internet und anderen Angriffen besser schützen. Für einen schnellen Informationsaustausch zwischen den Behörden, für schnelle Bewertungen und daraus folgende Handlungsempfehlungen haben wir das Cyberabwehrzentrum geschaffen. Dieses Zentrum wollen wir der Bedrohungslage fortwährend personell und technisch anpassen.

Mit einem IT-Sicherheitsgesetz wollen wir sicherstellen, dass in allen kritischen Infrastrukturen Mindeststandards bei der Sicherheit eingehalten werden. Wir wollen bei akuten IT-Sicherheitsvorfällen den Informationsaustausch mit den Behörden verbessern, um schnell reagieren zu können. Unser Ziel ist auch hier eine konsequente Strafverfolgung.

Deutsche Wirtschaft vor Cyberspionage schützen

Deutsche Unternehmen werden zunehmend Opfer von Cyberspionage. Wichtige Forschungs- und Entwicklungsergebnisse werden so ausgespäht. Wir wollen den Wirtschaftsstandort Deutschland und damit Arbeitsplätze in unserem Land vor gezielter Industriespionage besser schützen – u. a. durch Sicherheitspartnerschaften und einen besseren Informationsaustausch zwischen Staat und Wirtschaft.

Cybersicherheit ist ein Standortfaktor der Zukunft. Wir werden die Forschung auf diesem Gebiet weiter vorantreiben und neuartige Projekte fördern. Deutschland soll sich zum Marktführer für Cybersicherheitslösungen entwickeln.

Strafbarkeitslücken durch neue digitale Straftatbestände schließen

Wir wollen einschlägige strafrechtliche und strafprozessrechtliche Regelungen mit Blick auf den technischen Fortschritt überarbeiten. Strafbarkeitslücken wollen wir

durch neue Tatbestände für Straftaten im digitalen Raum schließen, etwa zum Schutz unserer Kinder vor Beleidigung und Drangsalierung im Netz („Cybermobbing“).

Grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen

Offene Grenzen in Europa sind ein Gewinn für uns alle. Doch auch bei offenen Binnengrenzen muss die innere Sicherheit in der Europäischen Union gewährleistet bleiben. Mit den Osterweiterungen der EU sind die Herausforderungen hierfür gewachsen.

CDU und CSU treten dafür ein, dass die entfallenen Grenzkontrollen im Schengen-Raum weiterhin durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden, wie etwa durch anlassunabhängige Kontrollen entlang der Grenze. Wir wollen grenzüberschreitende Kriminalität besser verhindern bzw. verfolgen sowie unkontrollierte Zuwanderung besser beschränken können. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau eines EU-weiten Ein- und Ausreiseregisters ein. Dies macht es schwieriger, unentdeckt nach Deutschland einzureisen. Wir wollen die Einführung eines elektronischen Visumverfahrens als Ausgleichsmaßnahme für Lockerungen bei der Visapflicht prüfen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Bekämpfung steigender Kriminalität in den grenznahen Regionen zu Polen und Tschechien – vor allem der Menschen- und Drogenhandel sowie Kfz- und andere Diebstähle. CDU und CSU wollen für eine angemessene Ausstattung der Polizeikräfte an den deutschen Grenzen und eine noch engere Verzahnung der Zusammenarbeit von Bundespolizei und Landespolizeien in Grenznähe sorgen, etwa durch weitere gemeinsame Polizeistreifen und gemeinsame Einsatzeinheiten. Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit wollen wir weiter stärken. Dabei wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen, insbesondere mit den gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn aufgebauten polizeilichen Zentren.

6.2 Europa: Stark in der Welt

Die Europäische Union braucht eine abgestimmte und zugleich handlungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss auf einer weiterentwickelten gemeinsamen Sicherheitsstrategie fußen und den Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik stärken. Dafür wollen wir auch weitere Schritte zur Vertiefung der mili-

tärischen Zusammenarbeit in Europa bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der transatlantischen Arbeitsteilung gehen, zum Beispiel durch das Zusammenlegen und gemeinsame Nutzen bisher nationaler militärischer Fähigkeiten. Langfristig streben wir eine europäische Armee an.

Die Europäische Union braucht eine strategische Diskussion, was sie mit zivilen Mitteln und militärischen Einsätzen erreichen kann und will. Zivile Mittel haben für uns Vorrang. Die bestehenden Fähigkeiten der EU in der zivilen Krisenprävention und in der Krisennachsorge müssen dabei im Sinne des vernetzten Ansatzes von EU und NATO mit den militärischen Fähigkeiten verzahnt werden.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können wertvolle Hilfe beim Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Polizei und Justiz. Hierfür werden wir durch gezielte Maßnahmen deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte ermutigen, an solchen Einsätzen teilzunehmen.

Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der Sicherheit Europas vorrangig in unserer geographischen Nachbarschaft durchgeführt werden. Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern und Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-Kooperationsrat (GCC), die von Europäischer Union und NATO entsprechend unterstützt und vorbereitet werden sollten.

EU-Erweiterungen müssen den Bürgern dienen

Die bisherigen EU-Erweiterungen sind im Interesse Deutschlands und Europas. Wir stehen dazu, dass die Staaten des Westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive haben. Es muss allerdings sorgfältig darauf geachtet werden, dass neue Mitgliedstaaten alle politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien voll und ganz erfüllen.

Beziehungen der Türkei auf eine neue Ebene heben

Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa ebenso wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern. Wir möchten daher die Beziehungen zwischen

der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen. Eine enge und besondere Zusammenarbeit dient sowohl den Menschen in Europa als auch in der Türkei. Wir wollen daher eine möglichst starke Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir aber ab, weil sie die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union überfordert.

6.3 Für Frieden und Menschenrechte weltweit eintreten

CDU und CSU stehen für die weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte, für Freiheit, Frieden und Völkerverständigung, für Verlässlichkeit und Bündnistreue sowie das Eintreten für die Interessen Deutschlands. Die Werte des Grundgesetzes, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, die Interessen und die globale Verantwortung Deutschlands und Europas sind die Maßstäbe unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundeswehr leistet dazu mit ihren Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag.

Die Zukunft Deutschlands in Frieden, Freiheit und Wohlstand ist mit den politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklungen in Europa und in der Welt untrennbar verbunden. Die fortschreitende Globalisierung erhöht gegenseitige politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Der Schutz globaler Güter, wie Sicherheit, ein intaktes Klima oder wirtschaftliche Stabilität, und eine sichere Energieversorgung für alle bestimmen immer stärker die internationale politische Tagesordnung.

Es ist in Deutschlands ureigenem Interesse, sich weltweit für Frieden und Freiheit, für eine faire Weltordnung und die Geltung des Völkerrechts, für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung einzusetzen sowie krisenhafte Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Um in Deutschland sicher leben zu können, brauchen wir gute Nachbarschaft und verlässliche Partnerschaften. Deshalb kommt Deutschland seinen Bündnispflichten nach und leistet im Rahmen der Vereinten Nationen, der OSZE, der NATO und der Europäischen Union einen aktiven Beitrag zur Wahrung und Verbreitung des Friedens und der Sicherheit.

Transatlantische Partnerschaft stärken

Die USA sind der wichtigste Freund und Partner Deutschlands außerhalb Europas. Für CDU und CSU ist daher die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Grundpfeiler unserer internationalen Zusammenarbeit. Wir haben die Chance, die nordatlantische Partnerschaft weiter zu festigen und mehr Wachstum und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks zu schaffen, indem wir Handelshemmnisse im Rahmen einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft abbauen.

Wir bekennen uns zur NATO und ihrem neuen strategischen Konzept. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges bleibt die zentrale Verpflichtung des Bündnisses die gemeinsame Verteidigung seiner Mitglieder – auch wenn Einsätze zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Stabilität den Schwerpunkt der aktuellen Aufgaben bilden. Die NATO soll für neue Mitglieder weiterhin offen sein, die die Werte des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten teilen und deren Aufnahme mehr Sicherheit für alle Mitgliedstaaten bringt.

Besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel

Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischen Staat. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben.

Gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland

Ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland liegt in unserem Interesse. Die Tiefe und Breite dieser Beziehungen hängt wesentlich davon ab, wieweit Russland seine internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards erfüllt. Wir streben ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland, eine Vertiefung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit, eine weitere Liberalisierung der Visaregelungen für Unternehmer, Wissen-

schaftler und Studenten, eine Stärkung der Ostseezusammenarbeit sowie eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik an.

Strategische Partnerschaften mit Schwellenländern

Aufstrebende Schwellenländer gewinnen politisch und wirtschaftlich zunehmend an Bedeutung. Bei der Lösung globaler Probleme wollen wir die großen Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Nigeria und Südafrika noch mehr einbinden, zum Beispiel im Rahmen der Gruppe der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20), und die Beziehungen zu Regionalorganisationen wie ASEAN oder MERCOSUR ausbauen. Ob Sicherheitspolitik, Klimaschutz, Armutsbekämpfung oder Weltwirtschaft: Viele der Herausforderungen auf diesen und weiteren Feldern können wir nur zusammen mit den großen Schwellenländern meistern. Außerdem ist ein reger Wirtschaftsaustausch mit den dynamisch wachsenden Volkswirtschaften von großer Bedeutung für sichere und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze bei uns.

Reform der Vereinten Nationen

Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die Vereinten Nationen an Handlungsfähigkeit und Stärke gewinnen. Ihre Stärkung erfordert auch innere Reformen. Bei der Reform des Sicherheitsrats befürworten wir einen ständigen Sitz für die Europäische Union. Auf dem Weg dorthin ist Deutschland bereit, mit der Übernahme eines ständigen Sicherheitsratssitzes mehr Verantwortung zu übernehmen. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts trägt dazu bei, dass die Vereinten Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten.

Unser Einsatz für die Menschenrechte

Unser weltweites Engagement für die universellen und unteilbaren Menschenrechte beruht auf unserem christlichen Menschenbild und dem Verfassungsgebot, die unantastbare Würde des Menschen zu achten und zu schützen. Die Achtung der Würde und Rechte jedes einzelnen Menschen ist Fundament für die demokratische, freiheitliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung eines jeden Landes. Menschenrechtsverletzungen sind Verbrechen. Sie bedrohen den Frieden und die internationale Sicherheit. CDU und CSU werden auch künftig die zu Gebote stehenden Mittel einsetzen, um Menschenrechte zu verteidigen.

Die Solidarität mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. Wir treten weltweit für Religionsfreiheit aller Menschen ein. Dazu gehört der beharrliche Einsatz für Christen in über 50 Ländern, die wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben werden. Ihre Zahl geht in die Millionen. Wir wenden uns zugleich entschieden gegen jede Form des Antisemitismus.

Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe sowie das Verbot von Folter. Wir bekämpfen Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprostitution und -verheiratung sowie andere menschenverachtende Praktiken auf nationaler und internationaler Ebene. Wir treten weltweit für Presse- und Meinungsfreiheit als wesentliches Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft ein.

Wir setzen uns für die Stärkung der Instrumente und einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes bei den Vereinten Nationen ein. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu schwächen, treten wir entschlossen entgegen. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshof und dessen Unterstützung durch die Staatengemeinschaft machen wir uns stark. Wir wollen, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen vorgeht.

Moderne Verteidigungspolitik für ein sicheres Deutschland

Die Bundeswehr ist ein Garant für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner. Die Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbediensteten der Bundeswehr leisten Großartiges für unser Land. Dafür schulden wir ihnen Dank und Anerkennung.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist ein Erfolgsprojekt. Damit gestalten wir eine Bundeswehr, die auch künftig über ein breites Spektrum von Fähigkeiten verfügt. Die Politik soll auch weiterhin auf unterschiedliche Herausforderungen schnell und wirksam antworten können. Deutschland wird seine sicherheitspolitischen Aufgaben und Verpflichtungen im internationalen Rahmen auch in Zukunft verlässlich wahrnehmen.

Dafür orientieren wir die Bundeswehr noch stärker als bisher an den Herausforderungen der Zukunft. Unser Ziel ist es, die Fähigkeiten unserer Bundeswehr den sich ver-

ändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen anzupassen und ihre Finanzierung nachhaltig zu gestalten. Wir wollen die Neuausrichtung bis 2017 vollenden. CDU und CSU stehen für Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Die Bundeswehr im Einsatz

Erst wenn alle nicht-militärischen Mittel ausgeschöpft sind, können militärische Einsätze der Bundeswehr in Frage kommen. Solche Einsätze müssen in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht erfolgen und der Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit dienen. Der Einsatz muss in seinen Risiken vertretbar sein und klar festgelegte, erreichbare Ziele verfolgen. Die Bundeswehr muss einen glaubwürdigen Beitrag dazu leisten können, diese Ziele zu erreichen.

Die Anstrengungen der internationalen Verbündeten, die Sicherheitslage in Afghanistan zu verbessern und stabile Strukturen aufzubauen, tragen Früchte. Das Ende des Kampfeinsatzes wird zur Jahreswende 2014/15 erfolgen. Die Bundeswehr wird sich ab 2015 vorrangig für die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte einsetzen.

Der vorbeugende Schutz vor Piratenangriffen und damit die Stärkung der Seesicherheit ist ebenso eine Aufgabe von hoher sicherheitspolitischer Bedeutung.

Den Dienst noch attraktiver machen

Wir werden weiter dafür sorgen, dass die Soldatinnen und Soldaten im Einsatz schnell und unbürokratisch das Material erhalten, das sie für die Auftragserfüllung und ihren persönlichen Schutz benötigen. Eine moderne Ausrüstung ist mitentscheidend für einen attraktiven Dienst. Die Betreuung von Soldatinnen und Soldaten, die aus einem Auslandseinsatz zurückkehren, wollen wir weiter stärken.

Um junge Frauen und Männer für den Dienst in den Streitkräften zu gewinnen, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen. So wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dazu zählen zum Beispiel der Ausbau der Kinderbetreuung, möglichst heimatnahe Verwendungen, flexible Einsatzzeiten oder Telearbeitsplätze. Weiterhin wollen wir die soziale Absicherung noch weiter verbessern. Deshalb werden wir zum Beispiel prüfen, ob

die Hinzuverdienstgrenzen für aus dem Dienst ausgeschiedene Berufssoldatinnen und -soldaten aufgehoben werden kann.

Unsere Streitkräfte in der Mitte unserer Gesellschaft

Die Bundeswehr ist fester Teil unserer Gesellschaft. Das gilt für die Bundeswehr in ihrer Gesamtheit, für die Staatsbürger in Uniform, zivilen Mitarbeiter und Veteranen. Die Bundeswehr muss auch künftig öffentlich wahrnehmbar bleiben. Dazu gehören öffentliche Gelöbnisse und Appelle von Soldatinnen und Soldaten, die in den Auslandseinsatz gehen oder von dort wieder nach Hause kommen. Dazu gehört, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr – auf Einladung – an Schulen über den Auftrag unserer Streitkräfte und unsere Sicherheitspolitik informieren. Allen Bestrebungen, die Bundeswehr aus der Mitte unserer Gesellschaft hinauszudrängen, stellen wir uns entschlossen entgegen.

Reservisten vermitteln in die Gesellschaft die Bedeutung von Bundeswehr, NATO und EU für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger. Gerade im Zuge der Neuausrichtung kommt ihnen auch eine erweiterte sicherheitspolitische Bedeutung zu: Für die Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte im Auslandseinsatz und national im Heimatschutz sind Reservisten unverzichtbar. Deshalb werden wir die Reservistenstruktur weiter stärken und die zivil-militärische Zusammenarbeit ausbauen.

Eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie ist sicherheits- und wirtschaftspolitisch unverzichtbar. Sie ist entscheidend für die moderne Ausrüstung der Bundeswehr. Die deutsche wehrtechnische Industrie steht für technologischen Fortschritt und hochwertige Arbeitsplätze, die wir sichern wollen. Wir streben verstärkt gemeinsame Rüstungsprojekte mit den Partnern in EU und NATO an. Wir halten an den geltenden strengen Richtlinien für die Ausfuhr von Rüstungsgütern fest und setzen uns weiter für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein.

Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen.

CDU und CSU verfolgen das Ziel, weltweit die Verbreitung von konventionellen Waffen stärker zu kontrollieren. Vor allem die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und insbesondere ihre Weitergabe an Terro-

risten gilt es zu verhindern. Jede faire und der internationalen Sicherheit dienende Initiative, Atomwaffen abzubauen und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen, werden wir unterstützen. Eine Vereinbarung über einen drastischen Abbau der Atomwaffen eröffnet die Aussicht, das Regelwerk für die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu stärken und das Streben weiterer Staaten in den Kreis der Atomwaffenmächte zu stoppen. Wir wollen die Überprüfungsmöglichkeiten der Internationalen Atomenergieorganisation stärken.

6.4 Nachhaltige Entwicklung und mehr globale Gerechtigkeit

Die Entwicklungspolitik von CDU und CSU ist wertebestimmt und liegt zugleich im Interesse Deutschlands. Sie beruht auf unserem christlichen Bild vom Menschen und der Solidarität mit den Armen und Unterdrückten. Die Würde des Menschen steht im Mittelpunkt unseres internationalen Einsatzes für nachhaltige Entwicklung.

Daraus leiten sich die Achtung der Menschenrechte, die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Minderung von Armut im Rahmen einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, die Bewahrung der Schöpfung und die Durchsetzung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit ab. Dies gelingt am besten, indem wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten, damit unsere Partner Verantwortung für die wirkungsvolle Gestaltung des eigenen Landes übernehmen können. Unsere Entwicklungspolitik ist zum beiderseitigen Nutzen. Sie trägt in den Partnerländern und bei uns zu Sicherheit, Stabilität und Wohlstand bei.

Schwerpunkte unserer Entwicklungspolitik

Wir wollen erreichen, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele, von der Armutsbekämpfung bis zur Senkung der Kindersterblichkeit, sowie die Neubestimmung von Nachhaltigkeitszielen zu einer einheitlichen, aufeinander abgestimmten weltweiten Verständigung über die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit führen. Diese müssen so klar und verbindlich ausgestaltet sein, dass sich Partnerländer und Geber daran orientieren können.

Wir konzentrieren uns auf die Schlüsselbereiche nachhaltiger Entwicklung und Bekämpfung der Armut. Zentral ist, was in den Partnerländern nachgefragt wird und was Deutschland an Sachverstand einbringen kann: die Förde-

rung von guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit, Bildung und berufliche Ausbildung, Sozialpartnerschaft, Gesundheit, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit sowie Infrastrukturentwicklung. Darüber hinaus unterstützen wir unsere Partnerländer beim Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft und bei dem Ziel, über eine funktionierende, verantwortlich handelnde Privatwirtschaft und eine Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein selbsttragendes, breitenwirksames Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Wir tragen zum Schutz der Umwelt, der Artenvielfalt und des Klimas bei. Die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen werden wir zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen. Dies ist auch eine wesentliche Voraussetzung jeder erfolgreichen Bevölkerungspolitik.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Partner

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Schwellenländern muss sich auf den Schutz globaler öffentlicher Güter konzentrieren. Unsere Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss noch stärker nachhaltig stabilisierend wirken. Dabei setzen wir besonders auf die Teilhabe der Zivilgesellschaft. Auch für vom Zerfall bedrohte Staaten müssen Kooperationsmöglichkeiten und Strategien hin zu solider Entwicklung weiterentwickelt werden.

Es ist im Interesse Deutschlands und der Europäischen Union, die Veränderungsprozesse sowohl im südlichen Mittelmeerraum als auch in der östlichen Nachbarschaft noch stärker zu unterstützen. Diese Regionen müssen neben Subsahara Afrika ein besonderer Schwerpunkt unserer Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sein.

Die Europäische Union muss in der Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik mit einer Stimme sprechen. Wir wollen daher die Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten und mit der EU-Kommission weiter verbessern. Die EU soll da tätig werden, wo gesamteuropäisches Handeln Vorteile bietet.

Die Entwicklungspolitik wird auch weiterhin durch ein eigenständiges und starkes Ministerium vertreten sein. Nach der erfolgreichen Gründung der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) stärken wir deren Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) weiter.

Wir erhöhen die Wirkung der eingesetzten Gelder auch dadurch, dass der Einsatz von Entwicklungsmitteln – wo möglich – an das Vorliegen vereinbarter Ziele und Wirkungen geknüpft wird. Dies fördert die Eigenverantwortung der Empfänger und erhöht die Akzeptanz in unserem Land aufgrund nachgewiesener Erfolge.

Engagierte Bürger sind die wichtigsten Anwälte einer starken Entwicklungspolitik. Staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzen sich wirkungsvoll. Wir werden deshalb die Zusammenarbeit mit den Kirchen, den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen und den politischen Stiftungen verbreitern und vertiefen. Dies gilt auch für wohltätige Förderer und Stiftungen, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit zunehmend beeinflussen.

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen deutscher Wirtschaft und Entwicklungspolitik. Wir fördern nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern und unterstützen zugleich Deutschlands außenwirtschaftliche Interessen. Hierzu gehört eine Rohstoffpolitik, die beiden Seiten dient – durch faire Verträge, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards und die gerechte Verteilung der Einnahmen.

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Teilhabe der Entwicklungsländer am Welthandel. Deshalb setzen wir uns für einen Fortgang der WTO-Verhandlungen und einen fairen Interessenausgleich mit den Entwicklungsländern ein.

Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Eine Erhöhung der Mittel muss mit einer weiteren Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Aufnahmefähigkeit in unseren Partnerländern einhergehen.

7. Wahlauf Ruf

Gemeinsam erfolgreich für Deutschland – mit CDU und CSU in eine sichere Zukunft

Am 22. September geht es um die Zukunft unseres Landes. CDU und CSU stehen in Deutschland, Europa und weltweit für Stabilität und Verlässlichkeit. Mit der Union ist unser Land auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden. Wir verfolgen eine nachhaltige Politik für Wachstum und Arbeitsplätze. Wir stärken den Zusammenhalt in unserem Land und investieren in seine Zukunft. Rot-Grün setzt dagegen auf eine Politik der Steuererhöhungen und der Spaltung. Damit gefährdet Rot-Grün die wirtschaftliche Stärke unseres Landes und hunderttausende Arbeitsplätze.

Dieses Programm ist unser Angebot für einen erfolgreichen Weg in die Zukunft. Unsere Politik ist geprägt vom christlichen Menschenbild. Es gibt uns die Zuversicht, die vor uns liegenden Aufgaben zum Wohle der Menschen und unseres Land zu gestalten. In Deutschland und weltweit leiten uns dabei die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Wir laden alle Menschen in unserem Land ein, darüber mit uns und unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Deutschen Bundestag ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam haben wir viel für unser Land erreicht. Deshalb werben wir erneut um Ihr Vertrauen und rufen alle Wählerinnen und Wähler auf: Geben Sie bei der Bundestagswahl am 22. September beide Stimmen CDU und CSU.



www.cdu.de/regierungsprogramm



DAS WIR ENTSCHEIDET.

**DAS REGIERUNGSPROGRAMM
2013 – 2017**



BÜRGER/INNEN-PROJEKTE IM REGIERUNGSPROGRAMM

Der SPD Bürger-Dialog ist das größte Projekt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Geschichte der SPD!

Auf bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen haben wir Menschen gefragt:

„Was muss in Deutschland besser werden?“

Zehntausende ausgefüllte Dialog-Karten haben die SPD seit September 2012 erreicht: Insgesamt über 40.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritik zu den verschiedensten Politikbereichen – vom Schutz vor Altersarmut über die Gesundheitsversorgung, bessere Schulen und Hochschulen, faire Löhne, Schutz vor unsicheren Arbeitsverhältnissen bis zur schärferen Regulierung des Banken- und Finanzmarktes.

Die interessantesten Anregungen wurden ausgewählt, die Absenderinnen und Absender eingeladen zum großen SPD-Bürgerkonvent. Mehrere Hundert haben diskutiert. Gemeinsam haben sie aus den Ideen konkrete Projekte und Vorschläge erarbeitet. Und damit unmittelbar am Regierungsprogramm der SPD mitgeschrieben.

Ein Regierungsprogramm neuen Typs, transparent und im intensiven Dialog ist entstanden – mit „klassisch“ erarbeiteten Programmpunkten UND den Projekten der Bürgerinnen und Bürger. Die Projekte der Bürgerinnen und Bürger sind entsprechend hervorgehoben.

INHALT

	Vorbemerkung	4
I.	 Deutschland besser und gerechter regieren:	
	Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land	6
II.	 Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken –	
	Gute Arbeit schaffen	13
II.1	Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum	13
II.2	Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft	17
II.3	Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa	24
II.4	Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern	26
II.5	Sichere und bezahlbare Energie – Die Energiewende zum Erfolg führen	35
III.	 Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben	
	in einer modernen Gesellschaft	42
III.1	Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung	42
III.2	Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen	49
III.3	Familien gehen vor	52
III.4	Jugendpolitik	55
III.5	Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik	58
III.6	Kultur-, Medien- und Netzpolitik	60
IV.	 Für eine gerechte Steuerpolitik	66
V.	 Soziale Sicherheit und Vorsorge	72
V.1	Gesundheit und Pflege	72
V.2	Gute Arbeit, gute Rente	79
V.3	Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen	82
VI.	 Gute Nachbarschaft	84
VI.1	Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen	84
VI.2	Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung	85
VI.3	Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen	86
VI.4	Ländliche Räume	88
VII.	 Umwelt und Verbraucherschutz	91
VII.1	Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik	91
VII.2	Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken	93
VIII.	 Demokratie leben	96
VIII.1	Demokratie als Gesellschaftsprinzip	96
VIII.2	Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken	97
VIII.3	Für Freiheit in Sicherheit	99
IX.	 Für ein besseres Europa	103
X.	 Unsere Idee der Globalisierung:	
	Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige	108
XI.	 Deutschland besser regieren!	118

VORBEMERKUNG

Dieses SPD-Regierungsprogramm 2013 steht in einer Reihe und zugleich großen Tradition von Programmen unserer Partei. Mit unseren Regierungsprogrammen haben wir immer wieder den Nachweis von Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit geliefert. Vor allem aber haben wir stets bewiesen, dass wir – programmatisch gerüstet und geschlossen – die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Menschen in unserem Land nachhaltig verändern wollen.

Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande, um uns herum in Europa und in der Welt erfordern. Auf der Höhe der Zeit zu sein, bedeutet zuerst, dass wir uns daran erinnern: Die Kraft der Erneuerung hat in der SPD eine Tradition, die Gründungsgedanke und Gegenwartsaufgabe zugleich ist. Wir haben unser Land zum Besseren verändert und wollen dies weiter tun.

In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit unserem historischen Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands und die traditionsreichste sozialdemokratische Partei der Welt. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen Millionen unserer Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt.

Wir wissen: Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleichen Rechten ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie immer wieder in den vergangenen 150 Jahren. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt daher eine Daueraufgabe.

Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nazis vor 80 Jahren durch die SPD ist bis heute ein beispielloser Ausweis für unsere demokratische Grundhaltung und Überzeugung.

Dafür wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder in der deutschen Geschichte verfolgt, unterdrückt, interniert, gedemütigt und getötet. Sich daran immer wieder zu erinnern, macht uns demütig, stolz, aber eben auch selbstbewusst.

Zu dieser großen sozialdemokratischen Geschichte gehört auch die Gründung der SDP oder Ost-SPD im Oktober 1989, mit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Beitrag zur friedlichen Revolution in Deutschland geleistet haben. Wir leben Demokratie und werden dies weiter tun.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit dem 19. Jahrhundert für die Gleichstellung von Frauen und Männern, in diese Tradition gehören die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau in den 1970er Jahren. Sie kämpfen seit Jahren für gleichen Lohn für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen von Staat, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser Einsatz ist für uns aber keine Frage von Kalkül und Wahlkämpfen, sondern von Haltung und Grundüberzeugungen. Mut und Entschlossenheit zeichnen sozialdemokratische Bundeskanzler aus. Dazu gehört die visionäre Ostpolitik Willy Brandts genauso wie das weltwirtschaftliche Krisenmanagement Helmut Schmidts, die Überwindung des Reformstaus durch die rot-grüne Bundesregierung, das Nein Gerhard Schröders zum Irak-Krieg und das erfolgreiche Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Jahr unseres 150jährigen Bestehens blicken wir selbstbewusst und zuversichtlich nach vorn. Wir wollen und werden weiter als die starke politische Kraft für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland und in Europa kämpfen. Wir wissen um die gewaltigen globalen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten. Doch wir wissen genauso um die Interessen, Nöte, Sorgen und Leidenenschaften von Millionen Menschen in Deutschland, die Hoffnung und Vertrauen in eine starke Sozialdemokratie setzen. Diesen Menschen fühlen wir uns zuallererst verpflichtet. Für sie wollen wir Politik machen – mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit. Gemeinsam mit traditionellen, aber auch mit neuen Bündnispartnern wollen wir ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben.

**Diese Kraft der Erneuerung bleibt Kern unserer Politik:
Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land,
in Europa und in der Welt.**

I. DEUTSCHLAND BESSER UND GERECHTER REGIEREN: FÜR EIN NEUES SOZIALES GLEICHGEWICHT IN UNSEREM LAND

Wir wollen und werden besser und gerechter regieren. Wahlversprechen werden heute skeptischer denn je betrachtet. Zu häufig wurde von Parteien und Regierungen vor Wahlen zu viel versprochen und nach der Wahl zu wenig gehalten. In einer Welt, die sich ständig wandelt, fällt es zudem immer schwerer, Gewissheiten zu verkünden und Garantien abzugeben.

Für den Fall unserer Regierungsübernahme bei der Bundestagswahl 2013 wollen wir deshalb in diesem Regierungsprogramm keine unrealistischen Wahlversprechen vorstellen, sondern vor allem unsere Idee von einem neuen Miteinander in unserem Land und vom Zusammenleben in Europa und in der Welt.

Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.

Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versprechen nicht allen alles, aber was wir versprechen, werden wir halten.

Unsere Idee von einem neuen Miteinander.

Wir wollen mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche, Gesunde und Kranke, Menschen mit und ohne Behinderung. Wir alle gehören zusammen. Wir alle sind Deutschland. Und wir alle gehören zu Europa, dem einzigen Kontinent, der die individuelle Freiheit jedes Einzelnen mit der Verantwortung und Solidarität aller Menschen füreinander verbindet.

Die SPD steht für Gerechtigkeit auch über Generationen hinaus: Wir orientieren unsere Politik daran, sowohl heutigen als auch kommenden Generationen eine angemessene Lebensgrundlage zu ermöglichen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet deswegen qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.

Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht.

Auch die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern haben sich verbessert. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung können Ost- und Westdeutsche stolz sein auf das bisher Erreichte. Aber noch gibt es schmerzliche ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West, die wir durch eine solidarische Politik überwinden wollen.

Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind von der SPD-geführten Bundesregierung mit Gerhard Schröder gelegt worden: Statt wie andere europäische Länder nur auf die Finanzmärkte und neuen Dienstleistungen der so genannten „new economy“ zu setzen, stärkte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder auch das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk.

Während andere Staaten aufgrund ihrer Deindustrialisierung heute enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüberstehen, wuchs mit dieser von der SPD vorangetriebenen aktiven Industriepolitik Deutschland zu einer modernen und zugleich einer der erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Dazu trug auch die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bei. Diese Reformpolitik der „Agenda 2010“ erhöhte die Investitionen in Forschung und Innovation, beschleunigte den Ausbau der Erneuerbaren Energien und holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe und bezog sie erstmals ein in die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ist notwendig, um das Vertrauen in die Arbeitsmarktpolitik sicherzustellen. Denn Menschen unabhängig von Transfers zu machen und Zugänge zu guter, sicherer und sozialversicherter Arbeit zu schaffen, bleibt das Ziel unserer Politik.

Verbunden mit Investitionen in die frühe Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und dem Start des ersten bundesweiten Ganztagschulprogramms, haben wir vor zehn Jahren mit dieser Reformpolitik den Paradigmenwechsel zu einem vorsorgenden Sozialstaat eingeleitet. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen.

Als die Konjunktur 2008 und 2009 einbrach, haben wir mit gezielten Investitionsprogrammen in den Kommunen und für die Autoindustrie den Wachstumsmotor neu in Gang gesetzt. Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungsbrücke zum Aufschwung gebaut, der ab dem Sommer 2009 einsetzte. Das Ergebnis ist eindeutig: Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1998 bis 2009 hat Deutschland zu einem starken Land mit großen Potenzialen gemacht.

Daraus erwächst Verantwortung. In Europa, aber auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade aus der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes heraus ist es möglich,

die Voraussetzungen für eine bessere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen: Für ein neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht.

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat diese Chance nicht genutzt. Im Gegenteil: Das Risiko, arm zu werden, nicht mehr am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können, ist in den vergangenen vier Jahren größer geworden für viele Menschen, die weniger qualifiziert sind, länger arbeitslos oder in unsicherer und niedrig bezahlter Arbeit beschäftigt sind, für Alleinerziehende, für Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt oder behindert sind oder bereits in armen Familien aufwachsen. Benachteiligungen bei Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung sind nicht überwunden.

Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen – und nicht die Interessen anonymer Finanzmärkte. Deshalb haben wir als erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in dieses Regierungsprogramm eingeflossen. Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren. Wir wollen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Eine moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Einzelne Freiheit leben kann. Eine Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen zur persönlichen Entfaltung und für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Das gilt mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands für die Bürgerinnen und Bürger im Osten wie im Westen unseres Landes.

Das gilt 95 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts und 64 Jahre nach Inkrafttreten des Artikels 3 des Grundgesetzes für Frauen wie für Männer. Und das gilt 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland für Menschen aller Schichten, Berufe und unabhängig von ihrer Herkunftsgeschichte. Die Voraussetzungen dafür kann nur eine starke und solidarische Gemeinschaft schaffen. Eine Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jeder und jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen aller anderen abhängen. Und von einer Politik des Gemeinwohls, nicht einer des Egoismus und der Lobby- und der Sonderinteressen.

In den vergangenen 20 Jahren wurde den „Märkten“ viel Raum gegeben, sie sollten die Regeln unseres Zusammenlebens prägen. Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander übertragen. Konkurrenz war angeblich die einzige Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung. Wer nicht mithalten konnte, wurde an den Rand gedrängt. Demokratisches Engagement, soziale, ökologische und wirtschaftliche Regeln galten als Hindernis in diesem Wettbewerb, wurden zu unnützen Kostentreibern erklärt, die es zu minimieren oder am besten ganz abzuschaffen galt. Die Erfolgsgeschichte der sozialen Regelsetzung für die Marktwirtschaft wurde zu einem unzeitgemäßen Hindernis im globalen Wettbewerb erklärt.

Das Ende ist bekannt. Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: Diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft. In ihr zählt, was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über ausreichend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten, sich Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltigkeit, langfristige Investitionen, Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit, Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können muss.

Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum – die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche erleben wir in Europa.

Demgegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland sind ihre Ziele weder erreicht noch überlebt. Das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bleibt eine dauernde Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Heute heißt das, wieder für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land und in Europa zu sorgen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein soziales Europa schaffen.

Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland.

Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt: Menschen mit normalem Einkommen tragen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr große Einkommen immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infrastruktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.

Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaftlich stark und erfolgreich geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der Sozialen Marktwirtschaft alle Menschen teilhaben lassen wollte am wachsenden Wohlstand unseres Landes. Wir wollen deshalb die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stärken. Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen. Dazu tragen zuerst gerechte Löhne bei, aber auch eine Politik, die öffentliche Aufgaben gerecht finanziert. Wir wollen dafür sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge haben. Und dass endlich Frauen

und Männer in Deutschland für gleiche und gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen und die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Unterstützung bei Pflege in unserem Land zur Normalität wird. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse im Osten wie im Westen Deutschlands erreichen. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben und Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Wir wollen die Chance des Alters nutzen und die Herausforderung durch eine moderne und gerechte Politik meistern. Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen. Und wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit und Pflege wieder Kernaufgabe unseres Sozialstaates werden und nicht die Privatisierung dieser Aufgaben immer mehr zur Zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt.

Wir wollen mehr als vier Jahre regieren, denn es wird Zeit brauchen, um alle Maßnahmen für eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu bringen und ihre nachhaltige Finanzierung sicherzustellen. Deshalb beschreiben wir in diesem Programm Projekte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen, ebenso wie solche, die nur mittelfristig zu erreichen sind und machen dies durch die jeweiligen Formulierungen deutlich. Denn die einzelnen Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern.

Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.

Wir wissen: Vor uns stehen stürmische Zeiten. Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas. Als Exportland, dessen Arbeitsplätze davon abhängen, dass vor allem in den anderen Ländern Europas deutsche Produkte gekauft werden, spürt unser Land die Folgen dieser immer größer werdenden europäischen Wirtschaftskrise. Sinkende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft und eine nachlassende Innovationstätigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes auf den Feldern Forschung und Entwicklung, bedrohen zunehmend die Arbeitsplätze und damit den Wohlstand unseres Landes.

Der drohende Fachkräftemangel und die Folgen der durch CDU/CSU und FDP völlig fehlgeschlagenen Energiepolitik gefährden zusätzlich die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Weg zu soliden Staatsfinanzen begleiten durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit muss dabei im Mittelpunkt europäischer Politik stehen. Deshalb unterstützen wir das europäische Projekt der Jugendgarantie. Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten

Wirtschaftspolitik dürfen dabei allerdings nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen.

So wichtig und bedeutend der Dienstleistungssektor in unserem Land auch geworden ist: Deutschland muss auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben. Deutschland steht heute so erfolgreich da, weil insbesondere die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder den Industriestandort Deutschland verteidigt und ausgebaut hat. Nach wie vor ist der Wohlstand unseres Landes abhängig von unserer Innovationsfähigkeit und der industriellen Produktion. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erneuerung der Infrastruktur, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken.

Unseren besonderen Schwerpunkt wird dabei die Mittelstandsförderung bilden. Die Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit großen und erfolgreichen Industriebetrieben und einer exzellenten Bildungs- und Wissenschaftsstruktur macht den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aus. Wir wollen durch bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren erhalten und stärken.

Wir leben heute in einer radikal veränderten Welt. Deshalb wollen wir die Demokratie stärken und das Vertrauen daraus zurückgewinnen, dass demokratisches Engagement und demokratische Politik unser Zusammenleben besser und gerechter machen können. Deshalb sind vor allem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefordert, auf neuen Wegen, die sozial und ökologisch ausgerichtet sind, unser historisches Projekt der Emanzipation neu zu begründen und zu verwirklichen. Das ist heute die Leitidee der Nachhaltigkeit, die heutiges Handeln mit der sozialen und ökologischen Erneuerung unserer Wirtschaft und Gesellschaft verbindet.

Wir leben in einer Zeit, in der alte Konflikte aufbrechen und sich neue große Herausforderungen stellen: Wir haben es mit gewaltigen ökologischen Herausforderungen zu tun; die zusammenwachsende Welt darf nicht zu einer Welt der sozialen Ausgrenzung werden; die gewaltigen technischen und ökonomischen Möglichkeiten müssen für eine „Green Economy“ genutzt werden; die Digitalisierung der Welt wollen wir für mehr internationale Verständigung und Solidarität einsetzen.

Es ist eine Zeit großer Möglichkeiten. Dafür setzen wir erneut auf die große Idee der sozialen Emanzipation. Mehr Demokratie, Teilhabe und gemeinsame Verantwortung können verwirklicht werden. Das ist seit 150 Jahren die Programmatik der deutschen Sozialdemokratie. Und sie ist es auch heute. Sie wird auch von uns vertreten, um mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand möglich zu machen – nachhaltig und damit für alle.

Die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

Zwischen 2009 und 2013 haben CDU/CSU und FDP trotz höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen noch einmal 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht. Die Zahlungsverpflichtungen für die Euro-Rettung sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Diese Politik wachsender Neuverschuldung, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, war unverantwortlich und wird von uns nicht fortgesetzt werden. Wir stehen zur Einhaltung der Schuldenbremse.

Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.

Denn in unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen arm und reich so groß wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgeben wie heute.

Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.

Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen, auch die nicht, die sie finanziell leicht verkraften können.

Wir sind aber auch sicher: Viele der von diesen Steuererhöhungen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit hohem Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitz werden diese akzeptieren, wenn sie sicher sein können, dass die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung und Infrastruktur genutzt werden.

Wir werden deshalb nachweisen, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen durch die genannten Steuererhöhungen sind und dass wir sie für den Abbau der Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen.

Das ist unser Weg, um Deutschland zu erneuern. Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.

II. FINANZKAPITALISMUS BÄNDIGEN – WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND STÄRKEN – GUTE ARBEIT SCHAFFEN

II.1 MÄRKTE BRAUCHEN REGELN – FÜR NACHHALTIGES WACHSTUM

Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, die Märkte sorgten schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden.

Statt nach marktwirtschaftlichem Prinzip Risiko und Haftung in einer Hand zu lassen, hat der Marktradikalismus Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet. Er hat seine eigenen Grundlagen zerstört und weltweit Billionen von Schulden hinterlassen. Sie bedrohen heute noch immer die Weltwirtschaft und müssen mühsam und mit schweren Belastungen für viele Menschen abgebaut werden. Nichts wirkt dabei verheerender auf die öffentliche Moral als die Tatsache, dass die Verursacher der gigantischen Schuldenberge bis heute kaum zu deren Beseitigung beitragen müssen. Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen Spekulationen.

Wir wissen: Märkte – vor allem Finanzmärkte – brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Eine Neubegründete Soziale Marktwirtschaft kann wieder zum weltweit erfolgreichen Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit werden. Allerdings werden wir dafür mehr als rein nationalstaatliche Mittel brauchen. Die internationale Zusammenarbeit, allem voran die europäische Zusammenarbeit, ist dafür die zwingende Voraussetzung.

Für uns gilt: **Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.** Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.

Europa muss Vorreiter einer neuen Marktordnung werden, mit der wir die Finanzmärkte bändigen. Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die Eurozone. Wir benötigen politische Mechanismen und Institutionen, die sozialen Ausgleich, eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum in der EU gewährleisten.

Unsere Maßnahmen für die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muss zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstands-gesetz 2020 weiterentwickelt werden. Vier Dimensionen der Nachhaltigkeit bestimmen unser Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft:

- Staatliche Nachhaltigkeit: Ein Abbau der öffentlichen Schuldenlast ist unausweichlich. Er darf aber nicht zu Lasten der öffentlichen Zukunftsaufgaben erfolgen.
- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Wohlstand und der Erfolg unserer Wirtschaft bemessen sich für uns nicht allein am Bruttosozialprodukt, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz.
- Soziale Nachhaltigkeit: Sie zeigt sich vor allem in der Bekämpfung von Armut, in einer gerechten Einkommensverteilung, Bewertung und Entlohnung von Arbeit und in besseren Bildungschancen.
- Ökologische Nachhaltigkeit: Es gilt, Wachstum und Ressourcenverbrauch absolut zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen.

Dazu gehören auch eine Reform des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, ein Jahreswohlstandsbericht und die stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik.

Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren.

Dazu fordern wir

- eine wirksame **Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme**,
- ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen.

Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.

Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.

Im Bereich der **Unternehmensmitbestimmung** muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.

Die **Mitarbeiterkapitalbeteiligung** ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.

Wir setzen uns für eine Förderung des **Genossenschaftswesens** ein. Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensformen erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanzkrise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsformen am besten durch die Krise gekommen.

Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demografischen Wandel und beim Wohnungsbau können mit Hilfe von Genossenschaften erleichtert werden. Auch bei der Regelung der Unternehmensnachfolge bietet das Genossenschaftsmodell eine Alternative. Wir wollen deshalb das Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften.

Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.

Wir brauchen eine wirkungsvollere Wettbewerbs- und Kartellpolitik mit Augenmaß.

Das Wettbewerbs- und Kartellrecht dient dazu, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren. Wir werden bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Interessen der Verbraucher wahren. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht ist aber kein Wert an sich und muss mit anderen Interessen abgestimmt werden, etwa im Gesundheitsbereich.

Die **Verbraucherinnen und Verbraucher** sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern brauchen wir mehr **Markttransparenz** für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die **Verbraucherforschung** ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung zu tragen.

Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte.

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten.

Unser Ziel: Keine Bank darf ganze Staaten mit in den Strudel ziehen. Durch strengere Eigenkapitalvorschriften muss die Krisenfestigkeit von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten gestärkt werden. Banken, die als systemrelevant gelten, sollen mit deutlich mehr Eigenkapital für Verluste vorsorgen. Das international vereinbarte Baseler Regelwerk für die Eigenkapitalausstattung muss deswegen umgesetzt und, wo nötig, ergänzt werden, z. B. durch flexible Obergrenzen für die Beleihung von Immobilien. Dabei beachten wir die besonderen Bedingungen des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors, z.B. bei Sparkassen und Volksbanken.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen.“



Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselschaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und eine klare **Trennung von Investment- und Geschäftsbanken.** **Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt. Wir wollen, dass die Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.**

Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des so genannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen, müssen Offshore-Finanzplätze, die durch niedrige Steuern, Intransparenz und eine minimale Finanzmarktregulierung gekennzeichnet sind, bekämpft werden.

Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken, um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Mehr und mehr wird der Börsenhandel von Hochleistungs-

computern dominiert, die in Sekundenbruchteilen eine unkontrollierbare Menge von Transaktionen durchführen. Wir wollen diesen automatisierten Spekulationsmechanismus durch Mindesthaltefristen entschleunigen und mit den Algorithmen auch direkt die Hochfrequenz-Händler streng überwachen.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben.

II.2 GUTE ARBEIT IN EINER MODERNEN GESELLSCHAFT

Unser Ziel ist Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle ebenso möglich sein wie existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Verantwortliche Politik im Interesse der Menschen darf sich daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssen auf das **Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit** ausgerichtet sein. Auch die Unternehmen müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden.

Arbeit ist und bleibt die Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, verdienen Anerkennung und Belohnung. Wir treten der zunehmenden Entwertung der Arbeit entgegen. Wir brauchen starke Gewerkschaften und bekennen uns zur Tarifautonomie. Wir werden das **Normalarbeitsverhältnis stärken** und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Mehr Wertschätzung durch bessere Entlohnung bei Arbeitnehmern im sozialen Bereich (personenbezogene Dienstleistungen)“



Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind wesentliche Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das geht nicht mit Billiglohnstrategien. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche **Anerkennung und Förderung der Dienstleistungen am Menschen**, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege. Dazu gehört auch, die bestehende Benachteiligung bei der Ausbildung zu überwinden.

Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt müssen für Fortschritte in der **Qualität der Arbeitsbedingungen** genutzt werden. Wir wollen, dass die Beschäftigten Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können.

Die Arbeitswelt wandelt sich durch die **Digitalisierung** grundlegend. Digitale Technologien können neue Freiheitsräume im Arbeitsalltag der Beschäftigten schaffen, beispielsweise mit Blick auf orts- und zeitflexible Arbeit. Ob Erwerbstätige diese auch tatsächlich zu ihrem eigenen Nutzen realisieren können und nicht neue Formen der (Selbst-)Ausbeutung entstehen, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz den neuen Herausforderungen anpassen, so dass Flexibilität ermöglicht und zugleich Schutz für neue Arbeitsformen geschaffen wird. Unser Bildungssystem muss jeden in die Lage versetzen, die Aufstiegschancen der Digitalisierung für sich zu nutzen.

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen besondere Herausforderungen an **alters- und altersgerechtes Arbeiten** in der Zukunft. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potenzial darstellen. Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von alleine. Ohne deutlich erhöhte Investitionen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen besteht die Gefahr eines Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Menschen.

Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tief gespalten. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen, insbesondere sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen. Die vordergründig gute Arbeitsmarktentwicklung kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Ältere weiter deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Spaltung des Arbeitsmarktes verläuft insbesondere auch zwischen Männern und Frauen. Während die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt – häufig ist die tatsächliche Arbeitszeit **von Frauen** niedriger oder **von Männern** höher als die gewünschte. Bei steigender Frauenerwerbsquote geht das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zurück. Gleichzeitig sind 67 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent, und beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauensache gilt. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht existenzsichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über Jahre Reallohnverluste hinnehmen müssen. Über viele Jahre hat in unserem Land ein Lohnsenkungswetlauf statt-

gefunden. Dies ist das Ergebnis des Irrglaubens, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wenn sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird. **Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnennachfrage sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse.**

Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Einführung eines gesetzlich geregelten Mindestlohnes.“



Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden **Mindestlohn** in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom BMAS eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden. Wir werden den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken.

Wir brauchen aber auch wieder eine **Stärkung des bewährten Tarifvertragssystems und der Tarifbindung**. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um dem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss, auch in der Realität des deutschen Arbeitsmarktes wieder Geltung zu verschaffen. Die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ist ökonomisch notwendig zur Stärkung der Binnennachfrage und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wir wollen die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Die Bedingung, dass mindestens 50 Prozent der Beschäftigten bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten, wollen wir durch eine Prüfung des öffentlichen Interesses ersetzen. Ziel ist dabei die Vermeidung von unfairen Wettbewerbsbedingungen, bei denen nicht die Qualität der Leistung und Produkte zählt, sondern die Konkurrenz um die schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein.

Die schnellere Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf der Basis guter Arbeit ist unser Ziel. Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher. Wir unterstützen die Gewerkschaften dabei, die zum Teil noch

gravierenden Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Die Stärkung der Tarifbindung ist dazu unabdingbar, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.

Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. **Tariftreue** werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.

Es muss sichergestellt werden, dass kein Arbeitsuchender auf einen Arbeitsplatz unterhalb der ortsüblichen Entlohnung verwiesen wird. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss in jedem Fall gewährleistet sein.

Frauen werden trotz bester Ausbildung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** werden wir die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beenden.

Leiharbeit ist in den letzten Jahren zunehmend zur Umgehung von Tarifverträgen und für Lohndumping genutzt worden. Wir werden das **Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit** und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbesetzungen gesetzlich durchsetzen. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen werden wir untersagen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb sollen die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) unzulässig sein. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden.

Die SPD hat durchgesetzt, dass es mittlerweile einen tariflichen Mindestlohn für den Bereich der Leiharbeit gibt. Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige **Werkvertragskonstruktionen**, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeitsverträge sollen klarer definiert werden.

Für viele junge Menschen ist der Berufseinstieg prekär: Viele werden nicht übernommen, andere bekommen nur ein Praktikum oder einen befristeten Vertrag angeboten. Das alles schafft Unsicherheit. Verständlicherweise zögern viele junge Menschen deshalb, eine Familie zu gründen und sich eine eigene Existenz aufzubauen. Auch und gerade für junge Menschen sind die Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einführung eines Mindestlohns wichtig.

Wir werden außerdem den Missbrauch von Praktika wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Praktika und Arbeitsproben sind Lern- und Ausbildungsverhältnisse. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden. Zu den Mindeststandards bei Praktika gehören ein Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.

Die Möglichkeit der **sachgrundlosen Befristung** von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.

Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei **Mini-Jobs** künftig ausgeschlossen **und deren soziale Absicherung verbessert** wird. Grundlegende Ansprüche wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündigungsschutz werden häufig in der Praxis nicht gewährt. Wir werden gesetzlich regeln, dass bei gewerblichen Mini-Jobs die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt werden und die Möglichkeit der Kontrolle ihrer Einhaltung verbessert wird. Wir wollen gleitende Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern und Barrieren, die dem entgegenstehen, abbauen. Auch geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden. Der von uns angestrebte gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss in jedem Fall eingehalten werden. Wir werden weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in den Zweigen der Sozialversicherung einleiten.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen am Arbeitsplatz einen besseren **Schutz vor Überwachung** und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten. Für den besseren Persönlichkeitsschutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ist ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz notwendig. Gewerkschaftliche Vertrauensleute und so genannte Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.

Druck und verdichtete Arbeitsabläufe führen zunehmend zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht werden wir daher den neuen Herausforderungen anpassen. Wir wollen, dass die Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrolliert wird, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen. Wir wollen mit einer **Anti-Stress-Verordnung** im Arbeitsschutzrecht mehr Verbindlichkeit schaffen und den Handelnden und Betroffenen in den Betrieben Rechtssicherheit bieten.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Mitbestimmung ist ein wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung wirkungsvoll verhindern.

Wir wollen, dass wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Dazu werden wir einen gesetzlichen **Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte** im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen. Wir wollen den **Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung** auf 1.000 Beschäftigte senken. Das deutsche Mitbestimmungsrecht muss zudem auf Unternehmen in ausländischer Rechtsform und Sitz in Deutschland erstreckt werden.

Die **Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte**, um prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Dies gilt insbesondere für Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen Öffentlichen Dienst. Öffentliche Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um seine Leistungen zu sichern, wollen wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln. Der öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. In diesem Sinne wollen wir die **Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte** im Bund und in den Ländern stärken.

Soweit die Kirchen und ihre Einrichtungen in Caritas und Diakonie Arbeitgeber sind, muss die Grenze ihres Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrechts als Arbeitgeber von den Grundrechten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer her bestimmt werden und nicht umgekehrt. Gleiche Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte bei Kirchen sind vereinbar mit dem kirchlichen Selbstverwaltungsrecht. Das Streikrecht ist elementares Grundrecht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und muss auch im kirchlichen Bereich gelten. Tarifverträge zu verhandeln und frei in der Wahl der Mittel zu ihrer Durchsetzung zu sein, sind also mit dem so genannten Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an modernen Erwerbsbiografien orientiert. Sie soll Arbeitslosigkeit verhindern, die Arbeitsvermittlung verbessern und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufbrechen. Wir werden weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen richten. Vollbeschäftigung ist unser Ziel.

Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der **Mittel für aktive Arbeitsförderung** ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Vorrangig geht es um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe

Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese nicht zurücklassen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben.

Deshalb werden wir mittelfristig einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird. Dabei wollen wir, dass eine adäquate sozialpädagogische Begleitung sowie Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteile dieses Angebots sind.

Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben. Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und kurzzeitig befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir wollen dies durch eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern. Wir setzen uns für Betreuungsschlüssel in den JobCentern ein, die eine echte Betreuung möglich machen, nicht nur eine Verwaltung der Akten.

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freiwerdende Mittel werden wir für den Aufbau der Arbeitsversicherung nutzen. Denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Arbeitsversicherung soll außerdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele unterstützen.

Die Arbeitsversicherung stellen wir auf drei Säulen: den bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von Arbeitslosigkeit, einen gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einen neuen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden.

Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebenden Menschen erschließen, können wir einem Fachkräftemangel entgegenwirken und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Dazu ist ein enges Bündnis zwischen Wirtschaft und Politik erforderlich.

Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen.

Deshalb ist es auch notwendig, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher nach dem Schulabschluss ohne Anschluss bleibt. Voraussetzung dafür sind eine systematische

und realistische Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bereits innerhalb der letzten drei Schulbesuchsjahre.

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft.

Jeder Jugendliche hat ein **Recht auf Ausbildung**. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 25 und 35 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ auflegen, das mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird. Auch insgesamt wollen wir, dass die Qualifizierung und Weiterbildung aller Beschäftigten mit verbindlichen Ansprüchen gefördert werden.

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernnt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartung einer Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist dies in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

II.3 MITEINANDER FÜR MEHR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN EUROPA

Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Der Finanzmarkt- und Bankenkrise ist auch aufgrund der immensen Rettungsmaßnahmen die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten gefolgt.

Die Wirtschaft liegt in einigen europäischen Ländern am Boden. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen teils bedrohlich. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt weiter zu, das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab. Bleiben wir auf dem aktuellen Kurs, steuern wir in Europa auf eine Demokratiekrise zu, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der europäischen Gesellschaften und des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft bedroht. Wir brauchen deshalb in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.

Die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat in Europa nicht mehr Stabilität, sondern wachsende Instabilität geschaffen. So wichtig solide Finanzen sind, Sparen allein führt nicht ans Ziel. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus. Das macht die Soziale Marktwirtschaft im Kern aus.

Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die politische Union Europas weiter vertiefen.

Dafür brauchen wir eine klare Regelsetzung für Banken und Finanzmärkte. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die Europäische Zentralbank (EZB) leisten. Dabei muss eine strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet sein. Perspektivisch streben wir eine Ausgliederung der Aufsichtseinheit aus der EZB in eine eigenständige europäische Aufsichtsbehörde an. Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken soll auf nationaler Ebene verbleiben und nur in Krisenfällen auf die EZB übertragen werden. Bei der Aufsicht müssen die Unterschiede zwischen den Geschäftsmodellen der Banken berücksichtigt werden. Komplexität und Risikoorientierung müssen sich auch konkret in der Intensität der Aufsicht und der Prüfungen widerspiegeln.

Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines europäischen Restrukturierungsfonds für große Banken. Dieser Bankenfonds soll über eine Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz, dem Risikoprofil und dem Verschuldungsgrad der Banken richtet. Er muss zumindest die Zinsvorteile abschöpfen, die systemrelevante Banken derzeit aus unterstellten Staatsgarantien genießen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Neben der Verschärfung der bestehenden Regeln für Ratingagenturen fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Ratingagentur.

Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.

Bessere Regeln auf den Finanzmärkten reichen noch nicht aus, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Schieflage zu holen. Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive

wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen. Eine Währungsunion braucht auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. Wir müssen in den Mitgliedstaaten und in Europa abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ergreifen.

Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Die gemeinsame Verpflichtung zu soliden Finanzen muss deshalb durch ein gemeinsames Verständnis und konkrete gemeinsame Zielvorgaben für eine europäische Wachstumsstrategie ergänzt werden, die wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung zusammenbringt. Dabei wollen wir auch die industrielle Erneuerung Europas auf den Weg bringen. Wir streben einen **Europäischen Investitions- und Aufbaufonds** an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, setzen wir uns für eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Europa ein. Wir brauchen Projektanleihen, die Umschichtung bestehender Strukturfondsmittel, die Aufwertung der Europäischen Investitionsbank und Mittel aus der Finanztransaktionssteuer. Die Mittel sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, den Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und ein Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden. Dazu muss es einen Strukturwandel im EU-Budget mit der Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Ausbildung und die Modernisierung der Verwaltungen geben.

Mit einem **europäischen Schuldentilgungsfonds** wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.

II.4 DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UNSERES LANDES SICHERN

Deutschland ist wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich unser Wirtschafts- und Sozialsystem als erfolgreich, flexibel und robust bewährt.

Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand mit einem erfolgreichen Handwerk und verantwortungsbewusste Tarifpartner sind die Erfolgsfaktoren der

Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit, soziale Verantwortung und Teilhabe gehören untrennbar zusammen.

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

Unsere Ziele:

- Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wir stehen für eine **integrierte Industriepolitik** als Querschnittspolitik zur Schaffung industriefreundlicher Rahmenbedingungen.
- **Dienstleistungen** haben bereits heute einen Anteil von 70 Prozent an der Wertschöpfung und werden auch zukünftig weiter wachsen. Unser Ziel ist eine integrierte Dienstleistungspolitik, die durch die Verzahnung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik Dienstleistungen von hoher Qualität fördert.
- Deutschlands Potenzial sind **hochqualifizierte Fachkräfte**. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum braucht qualifizierte Frauen und Männer, die mit guten Löhnen ihren Anteil am Erfolg ihrer Unternehmen erhalten und zu einer kräftigen Binnenkonjunktur beitragen.
- Eine **leistungsfähige Infrastruktur** ist Voraussetzung für den weiteren Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Als Grundlage für neues Wachstum braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit entsprechenden Investitionen. Die Mobilität der Zukunft muss bezahlbar und umweltschonend sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern.
- **Kreativität** ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern.

Eine integrierte Industriepolitik ist Grundlage für die Sicherung einer erfolgreichen Wirtschaft. Wir brauchen in Deutschland die gesamte Wertschöpfungskette – von der industriellen Grundstoffproduktion bis zum hoch spezialisierten Hightechmittelstandler, sie ist eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Deutschland noch mehr in moderne Produkte und nachhaltige Prozesse investieren. Deshalb wollen wir die Anstrengungen für **Forschung und Innovationen intensivieren** und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern. Für Deutschland stehen

dabei die Entwicklung von „High-End-Produkten“ und der Wandel in der Produktion im Vordergrund. Besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, wollen wir durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder mit einer Investitionszulage fördern. Neben der Projektförderung wollen wir eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

Wir wollen eine **Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte** voranbringen. Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten. Dort, wo Potenziale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören die Leitmärkte Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur. Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: **Digitalisierung und Vernetzung** spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.

Deutschlands wirtschaftliche Stärke kann nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Industriepolitik ergänzt wird durch eine **moderne und integrierte Dienstleistungspolitik**. Dienstleistungen und Produktion sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich immer stärker, z.B. im Bereich der industrienahen Dienstleistungen.

Die überwiegend mittelständisch geprägte dienstleistungsintensive Tourismusbranche ist ein Beispiel für eine Dienstleistungsbranche, die wir durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen stärken wollen. Gute Arbeit ist im Bereich aller Dienstleistungen unser Leitbild.

Der Postuniversaldienst, der die flächendeckende Versorgung des Landes mit Postdienstleistungen zu erschwinglichen Preisen vorsieht, muss auch in Zukunft in gleicher Qualität erbracht werden. Der Wettbewerb bei den Postdienstleistungen darf zum einen nicht weiterhin in erster Linie über Dumpinglöhne geführt werden; zum anderen müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Deutsche Post so gestaltet werden, dass die Gewährleistung des Universaldienstes und der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens gleichermaßen gesichert werden.

Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. **Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt:** Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung müssen an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs- auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.

Mittelstand und Handwerk sind das Zentrum unserer Wirtschaft. Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, innovativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.

Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbstständigen. Die Selbstständigenquote in Deutschland ist dabei mit ca. zehn Prozent im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbstständigengesellschaft aufstellen. Vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen und auch in den freien Berufen entstehen Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbstständigen begeistern.

Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken.

Das Handwerk.

Handwerksbetriebe und Handel erbringen die Hauptleistung der beruflichen Bildung. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise stärker betroffen.

Bei der Mittelstandsfinanzierung wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen, gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.

Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktfremfinanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer Ratingagentur für den Mittelstand einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.

Gleichzeitig werden wir im Bereich der Existenzgründungen dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial-innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge

zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unterstützen, genauso wie die Wohlfahrtsverbände.

Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den Abbau von Bürokratie. Die nationale und europäische Rechtsetzung soll besser auf den Mittelstand ausgerichtet und, wo möglich, sollen Verwaltungswege verkürzt werden.

Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische **Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfs** in Deutschland starten. Wir wollen **Bildungsmobilität und Aufstiegschancen** verbessern. Mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss. Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die **Hochschulen noch mehr für beruflich Qualifizierte öffnen** und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren.

Auch die **Berufsbilder im Dienstleistungsbereich** müssen zeitgemäß ausgestaltet und nach dem Berufsbildungsgesetz neu geregelt werden. Geschlechterspezifische Zuordnungen müssen überwunden werden. Dazu werden wir mit den Sozialpartnern neue Qualifikationen, Berufe und Ausbildungsfelder erschließen. Nur so können die Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich erschlossen werden.

Unser Ziel ist es, die **Erwerbsbeteiligung zu erhöhen**. Wir werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und die Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch **nachholende Qualifizierung** wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung.

Investitionen in die Realwirtschaft fördern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal drei Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.

Zugleich sind die Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in die Realwirtschaft enorm und bei weitem nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor. Allein das Geldvermögen erreichte jüngst den neuen Rekordstand von 8,5 Billionen Euro. In Deutschland wird mehr gespart als in den meisten anderen Ländern. Das Staatsvermögen hingegen verringert sich bereits seit

Jahren. Zwischen 1992 und 2012 ging es um über 800 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum hat sich das Netto-Gesamtvermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Wir brauchen mehr öffentliche wie private Investitionen. Dazu wollen wir Anreize schaffen. Und wir werden ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert und den gesamten Lebenszyklus einer Investition im Blick hat.

Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden.

Die Einheit Deutschlands vollenden.

Die ostdeutschen Länder haben in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Entwicklungsprozess durchlaufen. Ost- und Westdeutsche können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Trotz aller Anstrengungen gibt es aber noch deutliche Unterschiede in Wirtschaftsentwicklung und Lohnniveau.

Viele Herausforderungen haben die ostdeutschen Länder bereits seit Jahren zu meistern: die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder drohende Altersarmut. Diese Probleme haben inzwischen ganz Deutschland erreicht. Um sie zu bewältigen, werden wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Man kann aber schon jetzt aus den in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen lernen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Eine wachsende Disparität der regionalen Entwicklungsverläufe sowie unvermindert große Unterschiede bei den Löhnen und Einkommen erschweren den Aufholprozess. Der Ausbaustand der Infrastruktur ist weit vorangeschritten. Eine Reihe ostdeutscher Unternehmen ist in ihren Branchen zu Weltmarktführern aufgestiegen, international gefragte Produkte werden mit dem **Gütesiegel „Made in Ostdeutschland“** produziert. Dennoch zeigen sämtliche Wirtschaftsindikatoren, dass der ökonomische Aufholprozess ins Stocken geraten ist. Hinzu kommt, dass 20 Prozent aller Ostdeutschen für Löhne von unter 8,50 Euro/Stunde arbeiten. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15 bis 45 Prozent unter Westniveau. Auch deshalb brauchen wir einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn, der den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders zu Gute kommt und der Einkommensentwicklung insgesamt neuen Schub verleiht.

Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept umsetzen will.

Wir werden den drängenden Fragen in den ostdeutschen Ländern nicht ausweichen, sondern klare, eigene Ziele auf dem gemeinsamen Weg abstecken und mit Klarheit und Entschlossenheit verfolgen. Eine lebendige Demokratie ist für uns ein stets wichtiges Ziel. Gerade in den ostdeutschen Ländern müssen wir weiterhin dafür streiten, dass möglichst viele Menschen die Demokratie und unser Gemeinwesen mitgestalten. Mit Blick auf die ostdeutschen Länder bildet der unter Kanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebrachte Solidarpakt II die wichtigste Finanzierungsgrundlage für den weiteren „Aufbau Ost“. Er darf nicht angetastet werden. Darüber hinaus werden wir Anschlussregelungen z.B. im Rahmen der Neujustierung des Länderfinanzausgleichs prüfen. Denkbar ist etwa ein gesamtdeutscher „Solidarpakt strukturschwache Regionen“ (Solidarpakt III) ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt.

Investitionen fördern. Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen, dass Investitionen insbesondere dort begünstigt werden, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind. Hierzu bedarf es Anreize und Fördermechanismen zugunsten eines Kurswechsels in Richtung Realwirtschaft.

Wir wollen bürgerschaftliche Beteiligungsformen fördern, da sie die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei unverändert die kommunale Trägerschaft dar. Deshalb unterstützen wir Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und werden die Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung entsprechender Einrichtungen weiter verbessern.

Wir wollen außerdem Modelle prüfen und entwickeln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Investitionen beteiligen.

Regionale „Bürger-Fonds“ sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie „Bürgerwindparks“ und Energiegenossenschaften sollten substanziell ausgebaut und auch auf leitungsgebundene Infrastrukturen – etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze – Anwendung finden. **Netze in Bürgerhand** stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen.

Auch durch **kommunale Anleihen** können Investitionsmittel für kommunale Vorhaben generiert werden. Sie können einen wichtigen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Zeichner solcher Anleihen erkennen außerdem den konkreten Zweck bestimmter Projekte. Ein Einsatzbereich könnte der Ausbau von Breitbandnetzen für schnellere Internetverbindungen sein. Erforderlich ist, dass die Kommunen selbst über solche Projekte entscheiden und dass die Haushalts- und Entscheidungshoheit der demokratisch gewählten Gremien in Städten, Gemeinden und Kreisen gewahrt bleibt. Daneben wollen wir genossenschaftliche Organisationsformen in allen Bereichen stärken und deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für erleichterte Gründungen, bessere Förderbedingungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie die Förderung von Genossenschaftsan-

teilen, insbesondere bei Bau- und Wohngenossenschaften, schaffen. Für kleine kooperative Unternehmensformen, beispielsweise die Gründung von Kindertagesstätten durch Elterninitiativen, wollen wir eine unkomplizierte „Kleinstgenossenschaft“ schaffen.

Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur.

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen und Planungsverfahren beschleunigen.

Bürgerbeteiligung ist für uns nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und wollen ihn in die Planungsprozesse früher und stärker einbinden. Mehr Teilhabe beschränkt sich nicht allein auf mehr Transparenz und Mitentscheidung, sondern erstreckt sich auch auf materielle Teilhabe. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken. Sie sollten ausgebaut und eine Förderung geprüft werden.

Unser Land braucht einen Neuanfang in der Verkehrspolitik mit klaren Prioritäten. Gute Mobilitätspolitik sichert wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, erhält und schafft Arbeitsplätze und trägt zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Der Prozess des zusammenwachsenden Europas und der Globalisierung ist erst durch Mobilität möglich geworden.

Steigende Mobilität, die Zunahme des Güter- und Transitverkehrs und immer längere Reiseentfernungen mit immer schnelleren Verkehrsmitteln führen aber auch zu immer stärkeren Belastungen von Mensch und Umwelt.

Künftige Mobilität muss daher zugleich wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll sein. Sie orientiert sich an langfristigen Zielen und lang anhaltenden Wirkungen. Langfristige Mobilitätssicherung ist deshalb eine zentrale Zukunftsaufgabe.

Deshalb werden wir die Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung im Einklang mit den europäischen Verkehrsbedürfnissen umbauen, bei der das verlässliche Funktionieren des **Verkehrsnetzes** als Ganzes im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir eine belastbare Finanzierungsgrundlage: Unsere Verkehrssysteme sind heute chronisch unterfinanziert – es gelingt immer weniger, die Substanz zu erhalten. Wir wollen ausreichend Mittel zuverlässig für die Bundesverkehrswege zur Verfügung stellen. Auch für Brückenbauwerke im Straßen- und Schienenverkehr.

Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und die Zahl der Staus auf Deutschlands Straßen drastisch verringern. Wir werden deshalb ein Nationales Verkehrswegeprogramm auflegen, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen.

Damit werden wir die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen schnellstmöglich beseitigen.

Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der **Bahn** werden. Wir wollen deshalb einen Deutschland-Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen. Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an. Dazu werden wir die Schienenanbindung unserer See- und Binnenhäfen verbessern.

Das entlastet die Umwelt und den Straßenverkehr. Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir unseren Einfluss dahingehend geltend machen, dass die Infrastruktur gestärkt wird und ausreichende Mittel in das Schienennetz und Bahnhofssanierungen fließen. Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir ab.

Wir wollen den Schutz vor Bahn- und anderem Verkehrslärm verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass die Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. Euro jährlich verdoppelt werden. Wir unterstützen die Abschaffung des Schienenbonus und werden ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen. Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern. Wir brauchen ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Luftverkehrskonzept.

Um die Mobilität bezahlbar zu halten, wollen wir die Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO₂-Ausstoß deutlich vermindern. Dazu werden wir die technische Steigerung der Effizienz bestehender Antriebssysteme vorantreiben, die Entwicklung und Markteinführung neuer Antriebe und Kraftstoffe sowie eine ökologisch und ökonomisch effiziente Organisation von Verkehr und Logistik fördern.

Wir wollen, dass unsere Verkehrswege sicherer werden. Deswegen messen wir der Verkehrssicherheit und der Arbeit in diesem Bereich – professionell und ehrenamtlich – hohe Priorität bei.

Wir wollen, dass Gemeinde- und Landstraßen in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher sind, und dass der öffentliche Nahverkehr reibungslos funktioniert. Von besonderer Wichtigkeit ist eine vollständige Teilhabe auch von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wir wollen, dass alle Menschen sich barrierefrei fortbewegen können.

Die Länder sollen sich, wenn sie Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten, im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Radwege ein.

Deutschland braucht ein schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine **flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen**. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.

II.5 SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE – DIE ENERGIEWENDE ZUM ERFOLG FÜHREN

Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen.

Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende verbindet Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Das gilt für alle Einsatzbereiche: Strom, Wärme und Mobilität. Oberstes Ziel ist die Vermeidung eines nicht notwendigen Energieverbrauchs auch, damit durch einen sinkenden Verbrauch Energie für alle Einkommensgruppen bezahlbar bleibt.

Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land. Sie sind die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von der Grundstoffproduktion bis zu Hightech-Dienstleistern – deren große Bedeutung für stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erneut eindrucksvoll bewiesen wurde. Sie sind wichtig für die Menschen in unserem Land.

Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftsenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.

Die Stärke Ostdeutschlands bei den Erneuerbaren Energien muss genutzt werden, der notwendige Umbau des Energiesystems kann und wird zu „der“ Standortfrage für die Zukunft werden. Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen.

Die eklatante Unfähigkeit der Bundesregierung zur Steuerung und Koordinierung hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die ständige Flickschusterei am Förderregime für die erneuerbaren Energien, die das Vertrauen der Marktteilnehmer in den energiepolitischen Rahmen nachhaltig erschüttert hat. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken, Planungsunsicherheit und steigende Strompreise. Auch die fehlende Abstimmung mit den europäischen Partnern

hat Deutschland Ansehen als verlässlicher energiepolitischer Partner gekostet. Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.

In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, der der breiten gesellschaftlichen Verantwortung zur Realisierung der Energiewende gerecht wird und damit die Energiewende zu einem Erfolg führt. Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden.

Unsere Ziele:

Die Energiewende ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar: Wir wollen

- eine bessere politische Koordinierung beim Management der Energiewende;
- die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer;
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie, erhalten;
- den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40 bis 45 Prozent Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25 Prozent durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben und bis 2030 75 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;
- 20 Prozent des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken;
- eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;
- die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln;
- die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.

Ein Management für die Energiewende aufbauen.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren Energien voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

Wir wollen die Kompetenzen, insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien,

Netzausbau und Speicher, in einem **Energieministerium** bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.

Außerdem muss der Bund eine Abstimmung der Länder-Energiekonzepte mit der Energiepolitik des Bundes sicherstellen. Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein **„Deutscher Energie-Rat“** einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt. Aufgrund der technologischen Eigenschaften der Erneuerbaren Energien und der Liberalisierung der Energiemärkte verbindet sich die Energiewende mit einer deutlichen Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen. Dabei sind die Kommunen mit ihren vielfältigen Funktionen – als Planungsträger für die Ansiedlung von EEG-Anlagen, als Besitzer von rund 176.000 Gebäuden, als größter öffentlicher Auftraggeber von umweltfreundlichen Waren und Investitionen sowie als Versorger mit Strom und Wärme durch kommunale Energieunternehmen – besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der dezentralen Energiewende. Wir schaffen Rechtssicherheit für die Kommunen bei der Übernahme der Verteilnetze.

Städte, Gemeinden und Kreise betreiben seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern, der kommunalen Kreditwirtschaft und den kommunalen Wohnungsunternehmen, aber ebenso zusammen mit karitativen Verbänden, Verbraucherzentralen und Energieberatungsagenturen eine qualitativ hochwertige Energieberatung für Privathaushalte. Wir werden die Energieberatung für Privathaushalte, Hauseigentümer und Wirtschaft ausbauen, erfolgreiche Kooperationen weiter fördern und mit neuen Anreizen deutlich verbreitern.

Zur Umsetzung der Energiewende wollen wir einen **Bundestagsausschuss „Energie“** einrichten.

Es ist ein **„Masterplan Energiewende“** aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.

Die Weichen für eine neue Strommarktordnung stellen.

Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weitergegeben. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Stromnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt hält.

Eine weitere Begleiterscheinung des Erfolgs der Erneuerbaren Energien sind die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke. Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.

Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren Energien sozial- und naturverträglich fördern und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Wir wollen eine grundlegende **Reform des EEG**, die den Ausbau langfristig und berechenbar sichert, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der Erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.

Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die **Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung** übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen.

In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden. Zukünftig müssen Kraftwerke entsprechend flexibel einsetzbar sein, um komplementär zu wirken. Dabei sind europäische Kraftwerkskapazitäten zu berücksichtigen.

Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben.

Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abriegelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Syn-

chronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der Erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt.

Ausbau und Modernisierung ist auf allen Netzebenen erforderlich, sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilernetz. Die regionalen Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden.

Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer **Deutschen-Netz-Gesellschaft** an. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.

Die **Anreizregulierung** muss Innovationen und Investitionen in den Verteilnetzen besser abbilden als bisher. Der Netzbetrieb muss intelligenter auf die zunehmende Einspeisung auf unteren Spannungsebenen reagieren können, um Systemstabilität zu gewährleisten. Die Anreizregulierung muss so ausgestaltet werden, dass sie den Aufbau von Intelligenten Netzen, Stromspeichern und Komplementärkapazitäten fördert.

Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine **Flexibilisierung der Energienachfrage** („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der privaten Verbraucher zu nutzen.

Für **Akzeptanz** und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist die frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen unabdingbar. Hilfreich sind auch unmittelbare Beteiligungen der Bevölkerung, wie z. B. in Form von „Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen etc.. Wir werden eine **Clearingstelle „Naturschutz und Energiewende“** einrichten. Als Anlaufstelle für Kommunen, Bürgerinitiativen, Planungsträger, Energiewirtschaft und Umweltverbände soll sie die Interessen der Energiewende und des Naturschutzes in Einklang bringen.

Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr **grenzüberschreitende Kuppelstellen**, um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen.

Komplementär zum Netzausbau müssen **Speichertechnologien** gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden.

Das geltende **Atomgesetz** lässt den Betreibern von Atomkraftwerken nach deren Stilllegung die Wahl zwischen dem Antrag auf Genehmigung eines „sicheren Einschlusses“ und auf Rückbau eines Atomkraftwerks. Der „sichere Einschluss“ ist ein für die Bevölkerung unzumutbares Verfahren im Umgang mit stillgelegten Atomkraftwerken. Wir wollen diese Option im Atomgesetz streichen. Wir werden nicht nur an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten, sondern uns auch international für mehr Sicherheit bei Atomkraftwerken bzw. für deren Abschaltung engagieren. Auch darf der Export von Atomtechnologie etwa zum Bau neuer Reaktoren im Ausland nicht unterstützt werden.

Wir gestalten die Suche nach einem nationalen Atommülllager mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung auf der Grundlage transparenter wissenschaftlicher Kriterien neu, um einen gesellschaftlichen und politischen Konsens zu erreichen.

Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der **Fracking-Technologie** zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll so lange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.

Die Energieeffizienz zur Priorität machen.

Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Kühlung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung, die den Strombedarf drastisch vermindern.

Bei den Energiesteuern darf es für die Industrie in Zukunft nur noch Steuervergünstigungen geben, wenn im Rahmen eines angemessenen **Energiemanagements** nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch tatsächlich so weit vermindert wurde, wie es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.

Der deutliche Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen **Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)** ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen schaffen und sorgen für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme.

Die **Gebäudesanierung** bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Wir wollen das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Um einen möglichst hohen Effizienzgewinn zu erreichen, sollte beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden. Bisher geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz einzelner Gebäude.

In Zukunft wird sich der Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.

Der daniederliegende **europäische Emissionshandel** ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen.

Europäische Verbrauchsstandards für Autos, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, die bisher weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleiben, sollen sich am fortschrittlichen Stand der technischen Entwicklung orientieren, ohne bestimmte Technologien festzulegen (Top-Runner-Ansatz).

Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden.

Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Umso wichtiger ist es, sie effizient umzusetzen und die Lasten gerecht zu verteilen. Deutschland hat bereits heute mit die höchsten Strompreise in Europa. Knapp die Hälfte des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen. Ziel muss es sein, die Belastungen sowohl für den einfachen Stromkunden als auch für die in Deutschland produzierende Industrie so gering wie möglich zu halten. Preissenkungs-Potenziale auf der Erzeugungs- und der Verbrauchsseite müssen ausgeschöpft werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Wie die Bergwerke sollten auch die Energiekonzerne für Folgeschäden haften, indem sie Rückstellungen bilden.“



Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und den Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden. Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.

Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen. Dies kann durch erhöhte Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage finanziert werden.

Damit alle Einkommensgruppen sich energieeffiziente Geräte und Anlagen leisten können, werden wir neben Energieberatungen auch Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen auflegen. Bei Leistungsbeziehern ist sicherzustellen, dass Zuschüsse nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden.

III. BILDUNG, GLEICHBERECHTIGUNG UND ZUSAMMENLEBEN IN EINER MODERNEN GESELLSCHAFT

Sozialdemokratische Politik will allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Alle Menschen sollen gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder einer bestehenden Behinderung. Freiheit, damit meinen wir nicht allein eine Freiheit von etwas, sondern auch eine Freiheit zu etwas: die Freiheit, sich zu entfalten, teilzuhaben und selbst zu entscheiden. Es geht darum, sein Leben in die eigenen Hände nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit kein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Gesellschaft.

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten **Bildung ein Grundrecht**, und zwar für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist entscheidend für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung und das Stärken der jeweiligen individuellen Fähigkeiten prägen unsere Bildungspolitik.

Fortschritt und Erfolg einer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie Menschen miteinander leben und arbeiten. Nur eine **gleichgestellte Gesellschaft** ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des Miteinander.

Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein.

III.1 CHANCENGLEICHHEIT UND AUFSTIEG DURCH BILDUNG

Internationale Vergleiche zeigen die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten Menschen von Bildung fern. Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. Und wir unterstützen Menschen in Schule, Berufsbildung und Studium, wenn sie Hilfe brauchen. Allein die Ziele und Wünsche, der Eifer und die Potenziale der Menschen sollen über Bildungswege entscheiden.

Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung gelebt wird. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklichen.

Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.

Frühkindliche Bildung ist entscheidend für gleiche Startchancen. Deshalb müssen wir sowohl das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen, als auch die Qualität der Bildungsinhalte erhöhen. Der **Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz** muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts oder die Höhe der Kita-Gebühren über Bildungschancen der Kinder entscheidet. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch daher werden wir das bildungsfeindliche **Betreuungsgeld abschaffen**. Die bis zu **2 Mrd. Euro**, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundesseite durch eine **Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher** unterstützen.

Im Schulbereich wollen wir durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Die **Ganztagsschule** ist ein Erfolgsmodell, das mehr Zeit zum Lernen bietet. Hier gibt es Möglichkeiten für die gezielte Förderung für jede und jeden Einzelnen und für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anbieten – egal wo und in welcher Schulform. Wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagsschulprogramms aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagsschule wirklich heben und mit Leben füllen.

Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagsschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen. Wir werden deshalb zunächst dafür sorgen, dass die von uns im Bildungs- und Teilhabepaket 2011

durchgesetzten Bundesmittel auch zukünftig zur Verfügung stehen, damit die eingesetzten Schulsozialarbeiter ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können.

Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung ist Inklusion für uns ein grundlegendes Prinzip und integraler Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen. Sport und Bewegung spielen dabei eine wichtige Rolle. Unser Ziel ist es, gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems wollen wir sorgfältig vorbereiten und durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten.

Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der Sprachförderung vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Wir sehen in der natürlichen Zwei- oder Mehrsprachigkeit ein wichtiges Potenzial, das durch eine gezielte sprachliche Förderung realisiert werden kann.

Die Qualität von Schule ist uns ein wichtiges Anliegen, denn auch hier gilt unsere Grundüberzeugung, dass Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zwei Seiten derselben Medaille sind. Gute Bildung ist nicht denkbar ohne professionelle, engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen den Stellenwert der Lehrerausbildung an den Universitäten stärken. Außerdem wollen wir für alle, die schon im Berufsleben stehen, Angebote zur Lehrerfortbildung ausbauen, um sie bei der Vorbereitung auf neue Aufgaben zu unterstützen.

Es ist eine berechnete Erwartung an unser Schulsystem, dass Umzüge von einem Bundesland ins andere keine unnötigen Probleme schaffen. Der bereits eingeschlagene Weg hin zu mehr Vergleichbarkeit und Mobilität durch die Einführung nationaler Bildungsstandards ist richtig und muss konsequent weiter beschritten werden.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Bund soll Gesetzgebungskompetenz für Bildung bekommen durch
Grundgesetz-Änderung“



Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben, und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden.

(Fortsetzung)

Die SPD wird dafür sorgen, dass die zwischen den Ländern bereits vereinbarten nationalen Bildungsstandards auch verbindlich umgesetzt werden. Die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen wird sich dadurch deutlich verbessern. Insbesondere für die gymnasiale Oberstufe sollen in weiteren Fächern nationale Standards entwickelt werden. So machen wir das Abitur bundesweit vergleichbar.

Der weitere Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind: Durch Bildungsinvestitionen kann der zukünftige Fachkräftebedarf besser gedeckt werden. Zugleich können soziale Folgekosten, die sich aus zu geringen oder unterlassenen Bildungsinvestitionen ergeben, vermieden werden.

Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland.

Duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfteausbildung stärken und Fachkräftemangel abwenden.

Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Viele junge Menschen haben nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Immer noch erhalten jährlich über 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und fast 270.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass junge Menschen allein aufgrund des Namens oder der Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.

Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze. Wir werden ihnen mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern.

Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen gut beraten in den Beruf starten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufe sowie der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe wollen wir eine Beratungsgarantie vor der Ausbildung für junge Menschen, die verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen gewährleistet. Obwohl es rund 350 Ausbildungsberufe gibt, legen sich fast 80 Prozent der Jugendlichen nur auf etwa 40 Berufsmöglichkeiten fest.

Für die Sozialdemokratie bildet die **duale Ausbildung** eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen. **Zu einer guten Ausbildung gehört aber nicht nur ein Ausbildungsplatz. Auch die Ausbildungsqualität muss stimmen.** Wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben verbessern und werden deshalb gemeinsam mit den Tarifpartnern eine Qualitätsoffensive für die betriebliche Ausbildung starten. Dazu gehört für uns auch eine Mindestausbildungsvergütung. Die drei- und dreieinhalb-jährigen Ausbildungsgänge werden wir wieder stärken. Die berufliche Aufstiegsfortbildung werden wir stärken, indem wir die Förderung verbessern und die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem Weg in unternehmerische Verantwortung besser unterstützen.

Wir wollen die **Übergänge** von frühkindlicher Bildung in die Grundschulen, vom Primar- in den Sekundarbereich und von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung verbessern. Auch die Übergänge zwischen verschiedenen Schulformen sollen erleichtert werden. Wir begrüßen die Vielfalt von Schulträgern, wo sie mit diesen Zielen vereinbar ist.

Wir setzen uns dafür ein, Räume der non-formalen Bildung zu stärken, da hier ebenso wichtige Ergebnisse in Bildungsprozessen erreicht werden.

Gute Hochschulen sind Motoren für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Als Bildungsinstitutionen und als zentrale Orte der Wissenschaft sind Hochschulen Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen – das muss an den Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren eine herausgehobene Rolle spielen. Akademische Bildung muss in ihrem Anspruch dem Heranführen der Studierenden an eigenständige und eigenverantwortliche, an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Arbeit gerecht werden.

Das Thema gute Lehre und Initiativen zur **Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium** gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen, denn gute Lehre ist ein, wenn nicht das wesentliche Qualitätsmerkmal einer guten Hochschule. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.

Es kommen immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien,

sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten gerecht werden. Die **Öffnung der Hochschulen** für beruflich Qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des **Studiums ohne Abitur** unterstützen.

Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine **Ausweitung des Hochschulpakts** die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine **Master-Zugangsberechtigung**.

Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir auf der Grundlage neuer verfassungsrechtlicher Möglichkeiten die **Grundfinanzierung der Hochschulen** stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern.

Zu einem guten Studium gehört eine gute **soziale Infrastruktur an Hochschulen**. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischem Wohnraum, Beratungsmöglichkeiten und Mensen bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.

Ein **gebührenfreies Studium** und ein starkes **BAföG** sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln. Das Schüler-BAföG wollen wir revitalisieren.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Deutschlandstipendium wollen wir auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel zur Verbesserung des BAföG verwenden.

Forschung und Entwicklung für den Fortschritt.

Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Mit der Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln gewährleisten wir, dass Forschung und Entwicklung in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden.

Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Energiewende und ressourcenschonendes Wirtschaften, Gesundheit und Demographie, sozialer Zusammenhalt und digitale Sicherheit – dazu brauchen wir neue Vorstöße aus allen Wissenschaftsdisziplinen.

Gute Hochschulen sind ohne **Forschung** nicht denkbar. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Durch eine entsprechende Aus-

richtung der Forschungsfinanzierung wollen wir dafür Sorge tragen, dass Forschung an Hochschulen so gefördert wird, wie es ihrer zentralen Rolle im Wissenschaftssystem entspricht. Der Schlüssel liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten exzellente Arbeit. Um ihnen eine verlässliche Planung über längere Zeit hinweg zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder im **Pakt für Forschung und Innovation** verpflichtet, die Förderung der großen Forschungsorganisationen jährlich zu steigern. Diese verlässliche Förderung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die Wissenschaft in Deutschland hat durch die Exzellenzinitiative deutlich an internationaler Sichtbarkeit gewonnen. An vielen Universitäten wurden strategische Entwicklungen in Gang gesetzt, interdisziplinäre Cluster wurden gegründet und der Ausbau von Graduiertenschulen hat einen Schwung erfahren. Es ist wichtig, dass diese positive Entwicklung auch zukünftig fortgesetzt wird.

Das Prinzip der „**Guten Arbeit**“ muss auch in **Wissenschaft und Forschung** gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.

Um den zahlreichen **Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern**, die insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative in das deutsche Wissenschaftssystem gekommen sind, **verlässliche Karriereperspektiven** zu bieten, brauchen wir zusätzliche Stellen in allen Personalkategorien: Professuren, Juniorprofessuren und akademischer Mittelbau.

Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen den **Frauenanteil im Wissenschaftssystem** durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 40 Prozent erreichen.

Transparenz und Partizipation bei der Festlegung von Forschungszielen und deren finanzieller Ausstattung wird von der Zivilgesellschaft zu Recht eingefordert. Wir richten daher beim Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Wissenschaftsforum ein, in dem der Zivilgesellschaft eine signifikante Partizipation, insbesondere bei der Bearbeitung zentraler Zukunftsfragen (z.B. Klimawandel, Energiewende, Ernährungssicherheit, Urbanisierung, Armutsbekämpfung), in öffentlich geförderten Projekten sichergestellt wird. Das Wissenschaftsforum unterhält zudem einen eigenen Wissenschaftsfonds, durch den partizipative und transdisziplinäre Projekte mit besonderer gesamtgesellschaftlicher Ausrichtung zusätzlich unterstützt werden können.

Niemand darf zurückbleiben.

Niemand darf zurückbleiben. Unser Bildungssektor muss immer wieder neue Chancen

eröffnen und durchlässig sein. Das ist in Deutschland bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: 7,5 Millionen Menschen in Deutschland verfügen heute nicht über notwendige Lese- und Schreibkompetenzen. Rund 2,2 Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben überwiegend in gering bezahlten Hilfstätigkeiten. Wir wollen diesen Gruppen durch gezielte Maßnahmen neue Perspektiven eröffnen. Mit einer Alphabetisierungs-Dekade wollen wir die **direkten Grundbildungsangebote** ausbauen.

Jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss wollen wir eine nachholende, vollwertige Qualifizierung anbieten.

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle, der den Bürgerinnen und Bürgern gute Beratung und abgesicherte Freistellungsphasen garantiert. In diesem Sinne wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern. Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung durch Lehrgänge oder ein Studium in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigen Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich Qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.

Wir wollen, dass die vielen Menschen mit **ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen** nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernnt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.

Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.

III.2 GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche Leben führen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Jeder Form des Sexismus und allen Formen von frauenverachtendem Verhalten und Gewalt gegen Frauen sagen wir den Kampf an. Politik muss das Rüstzeug bereitstellen für unterschiedliche Lebensmodelle. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann.

Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt und eine Kultur des Widerspruchs fördert, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Würde des Menschen verletzt werden, und einen Staat, der diese Würde und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Deswegen wollen wir die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen. Wir gehen entschieden vor gegen Homophobie und tragen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen bei. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen. Wir achten und schätzen die Religionsfreiheit und die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Deutschland. Deutschlands große Stärke ist seine vielfältige Gesellschaft. Integration findet aus der Mitte der Gesellschaft statt.

Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen – das wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.

Nicht jeder Mensch fühlt sich dem Geschlecht zugehörig, das bei der Geburt festgestellt wurde. Und nicht jeder Mensch wird eindeutig weiblich oder männlich geboren. Im Bewusstsein dieser Realität setzen wir uns für die Achtung der Menschenwürde, der geschlechtlichen Selbstbestimmung und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit trans- und intergeschlechtlicher Menschen ein.

Die Rollen von Frauen und Männern haben sich verändert, ebenso die Vorstellungen von **Partnerschaft und Familie**. Die Menschen leben in unterschiedlichen Modellen allein oder miteinander. Sie sind verheiratet oder unverheiratet, sie sind Singles oder geschieden, allein erziehend oder in Patchwork-Familien. Sie leben in einer oder mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Das erfordert eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unverbunden repariert, sondern sich am Lebensverlauf orientiert.

Das gilt auch für das Einkommensteuerrecht. Das **Ehegattensplitting** begünstigt die Einverdienerehe und die Steuerklassenkombination III/V führt zu einer unangemessen hohen monatlichen Belastung des niedrigeren Einkommens. Dies hindert Frauen an Erwerbstätigkeit und hält sie hartnäckig in der Rolle von Zuverdienerinnen. Außerdem ist es gesellschaftlich ungerecht: Der Splittingvorteil ist am größten einerseits für Spitzenverdiener und andererseits für Paare mit der größten Einkommensdifferenz zwischen den Partnern. Wir wollen das Steuersystem so erneuern, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für verheiratete Frauen lohnt und die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt wird. Wir wollen Alleinerziehende steuerlich mehr als bisher entlasten. Das Familiensplitting lehnen wir ab, weil es nur die Spitzeneinkommen begünstigt.

In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, wobei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das so genannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.

Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind: beim Start in das Erwerbsleben, beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie bei beruflichem Aufstieg und der Beteiligung in wirtschaftlichen Entscheidungen.

Immer mehr Frauen sind berufstätig. Finanziell auf eigenen Beinen stehen viele deshalb noch lange nicht. Frauen werden trotz bester Ausbildung weiterhin benachteiligt. Diese Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden. Dass Frauen erheblich weniger verdienen als Männer hat strukturelle, keinesfalls aber selbst verschuldete Gründe.

Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Wir werden mit einem **Entgeltgleichheitsgesetz** die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Durchschlagkraft hat ein solches Gesetz nur, wenn Betriebe bei Untätigkeit sanktioniert werden.

Auch um die gläserne Decke für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Wir werden deshalb eine **40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte** und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, auch weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann. Bei der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen muss der öffentliche Sektor beispielhaft vorangehen.

Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.

Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.

Wir wollen den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Wir wollen sie stärker dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Wir sehen

den generellen Trend zu wieder längeren Arbeitszeiten kritisch. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den **Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen** und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.

Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Auch Väter wollen sich verstärkt in die Familie einbringen und mehr Zeit investieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.

Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

Wir werden im Teilzeit- und Befristungsgesetz für Eltern und pflegende Angehörige den Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um ein Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit ergänzen. Wir werden das bestehende Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchsetzen. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden.

Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können. Die Möglichkeiten von **Job-Sharing** sollen ausgebaut werden. Die Arbeitszeiten sollen dem Lebensverlauf folgen. Dafür werden wir den **Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung** konkretisieren und stärken.

Wir wollen Betriebe in dieser Revolution des Arbeitsmodells unterstützen: Sie brauchen Anreizsysteme zur Einführung von **Lebensarbeitszeitkonten** und **Arbeitszeitkonten**, die kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. für Pflege und Betreuung oder längere Unterbrechungen für Weiterbildung ermöglichen. Wir setzen uns auch für mehr **Mitbestimmung** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wenn Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen reduziert werden.

Wir brauchen eine **neue Arbeitskultur**. Es muss um Ergebnisse der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden. Die Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen können helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. **Aber:** Freizeit muss Freizeit sein. Wir unterstützen die Tarifpartner darin, Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Wir wollen familienfreundliche und gesunde Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung.

III.3 FAMILIEN GEHEN VOR

Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören

Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können.

Dafür brauchen wir vor allem eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld.

**Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Förderprogramm von Ganztagskitas und -schulen durch den Bund“**



Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagssschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch deshalb werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

Die SPD hat bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr durchgesetzt. Wir werden diesen zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und -betreuung weiterentwickeln. Mit einem Stufenplan soll ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagssschulen entstehen.

Wir wollen gute frühkindliche Bildung.

Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Familienzentren bieten wichtige Angebote der Elternbildung und -beratung. Wir wollen sie weiter fördern. Wir wollen auch die Qualität der Einrichtungen weiterentwickeln. Die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Niederschlag auch in einer guten Ausbildung finden. Wir werden dies vom Bund aus durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher unterstützen.

Auch die Kindertagespflege muss konsequent in das Gesamtkonzept einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung und Betreuung eingebunden werden, um Eltern bei Bedarf eine Alternative zu Krippe oder Kita zu bieten und den Rechtsanspruch für unter dreijährige Kinder auch im ländlichen Raum zu realisieren. Bislang bleibt jedoch ihr Ausbau deutlich hinter den gesetzten Zielen zurück. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Ländern bessere Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige

Kindertagespflege schaffen. Dazu gehört unter anderem eine aktivere Steuerungsrolle der Jugendämter in der Kindertagespflege, eine stärkere Vernetzung von Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen sowie die bessere und überregional vergleichbar geregelte Qualifizierung, Fortbildung und Bezahlung von Tagespflegepersonen.

Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen können.

Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber auch eine gute materielle Absicherung. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener, dies ist ungerecht. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Deshalb werden wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Mit unserem „sozial gestaffelten Kindergeld“ werden wir ein einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und untere mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig **Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern** und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Beispielsweise sollen berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich künftig ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat **erhöhtes Kindergeld** erhalten. Alle anderen Familien erhalten je Kind einheitlich wie bisher ein Kindergeld von 184 Euro im Monat. Der darüber hinaus gehende bisherige Steuervorteil für Familien mit hohen Einkommen entfällt. Für dritte und weitere Kinder bleibt es bei den erhöhten Kindergeldsätzen. Für die Finanzierung des sozial gestaffelten Kindergeldes werden wir auch die Familienleistungen einer Überprüfung unterziehen.

Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.

Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen, gekoppelt mit dem Neuen Kindergeld, ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen für alle Kinder mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien.

Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Dieses Recht gilt es sicherzustellen. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder, das 2011 eingeführt wurde, erfüllt diesen Anspruch nicht in zufriedenstellender Form. Wir werden es reformieren.

Um die Kinder von Alleinerziehenden zu stärken, werden wir den Unterhaltsvorschuss ausbauen und Alleinerziehende besser dabei unterstützen, Unterhaltsansprüche durchzusetzen.

Wir wollen mehr Zeit für Familie schaffen, indem wir Eltern besser dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.

Wir brauchen mehr Zeit für Familie. Neben einer besseren Infrastruktur ist eine familienfreundliche Arbeitswelt notwendig. Eine **Familienarbeitszeit** soll Eltern erlauben,

ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht.

Wir wollen sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird. Wer familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren. Das erfolgreiche Elterngeld werden wir so weiterentwickeln, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.

Wir werden auch Alleinerziehenden mit gemeinsamer Sorge den Bezug von maximal 14 Monaten Elterngeld ermöglichen, wenn vom anderen Elternteil kein Elterngeld beansprucht wird. Wir wollen das Basiselterngeld für SGB II Empfänger/innen wieder anrechnungsfrei stellen.

Aufgrund des demografischen Wandels sind immer mehr Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt. Die große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die Familien erreicht. Die Doppel- manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren. Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf die alte Arbeitszeit zurückkehren können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.

III. 4 JUGENDPOLITIK

Gestiegene Bildungserfordernisse, Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten, Leistungs- und Zeitdruck – die Anforderungen an junge Menschen sind gewachsen. Aufgrund dieser gestiegenen Anforderungen ist für ein gutes Aufwachsen aller jungen Menschen mehr denn je öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung gefragt. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre Talente zu entdecken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sichtbare und unsichtbare Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen – wie auch Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. Wir wollen allen jungen Menschen gutes Aufwachsen und Aufstieg durch gleiche Chancen und echte Teilhabe ermöglichen. Passgenaue Rahmenbedingungen müssen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der

jungen Menschen ausgerichtet sein. Dies geht nur mit einer schlüssigen und stimmigen Jugendpolitik, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen macht. Notwendig ist, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld, als Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.

Gute Jugendpolitik lässt deshalb Zeit und Raum für Entwicklung. Jugendpolitik muss der Persönlichkeitsentfaltung verpflichtet sein. Deshalb wollen wir alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und sich selbst zu entfalten durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu brauchen Jugendliche lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume.

Besonders bei den **Übergängen von Schule in Ausbildung oder Studium** und dann in den Beruf müssen Jugendliche immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden. Wir wollen eine Politik, die Fehler verzeiht und zweite, dritte und jede weitere Chance gewährt, die ein junger Mensch braucht, um seinen Weg zu finden. Gute Jugendpolitik ist „integrierte soziale Lebenslaufpolitik“, die in der jeweiligen Lebenslage die optimale Unterstützung gewährt.

Damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, damit sie ihre Freiräume nutzen können, müssen sie frei sein von existenziellen Sorgen. Sie brauchen eine **verlässliche soziale Sicherung**. Deshalb setzen wir auf gute Arbeit, existenzsichernde Löhne, soziale Sicherung – für die Eltern und für die Jugendlichen selbst. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist das Armutsrisiko besonders hoch, wenn der Übergang in eine existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung schwierig ist oder nicht gelingt. Deshalb wollen wir allen Jugendlichen einen Schul- und Berufsabschluss ermöglichen. Ein fairer Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit müssen sich anschließen. Dabei darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Das BAföG muss sicherstellen, dass Bildungsbeteiligung nicht an mangelndem Geld scheitert.

Gute Jugendpolitik stellt gute Infrastruktur zur Verfügung. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen verlässliche Strukturen und gute Angebote. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrechterhalten und neu schaffen zu können. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer starken Demokratie. Denn dort, wo soziale Infrastruktur wegbricht, werden antidemokratische Strukturen gestärkt.

Für uns ist dabei klar: Orte der **Jugendarbeit** gehören genauso wie Kita und Schule zur Grundversorgung. Jugendarbeit muss gestärkt werden und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern sind hierfür die zentralen Förderinstrumente. Hierzu zählt auch eine ausreichende Förderung bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände.

Wir wollen eine **Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen** unter

Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln. Diese Gesamtstrategie umfasst die vier Dimensionen, die das Bundesjugendkuratorium 2009 in seiner „Neupositionierung von Jugendpolitik“ entwickelt hat. Das sind Schutz- und Unterstützungspolitik, Befähigungspolitik, Teilhabepolitik und Generationenpolitik.

Eine gute Jugendpolitik muss flexibel bleiben. Denn die Bedingungen, unter denen junge Menschen heranwachsen, sind im Fluss, die Jugendphase verändert sich stetig. Was gute Jugendpolitik ausmacht, muss deshalb ständig neu ausgehandelt werden. Wir wollen diesen Dialog suchen und führen und hierfür entsprechende Strukturen zur Verfügung stellen. Dabei ist wichtig, junge Menschen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner anzuerkennen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der **Jugendverbandsarbeit**. Jugendverbände sind breit und heterogen zusammengesetzt und demokratisch legitimierte Interessenvertretung junger Menschen. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie können wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten.

Gerade das freiwillige Engagement junger Menschen ist wichtig für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Bei dem neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Wir wollen Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste durch ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen und mehr Anerkennung für Freiwilligendienstleistende erreichen.

Wir wollen auch die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gezielt verbessern. Deshalb werden wir gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.

Gute Jugendpolitik hat die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Verwirklichung der **Rechte von Kindern und Jugendlichen** zum Ziel. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die **Kinderrechte im Grundgesetz verankern**.

Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen soll frei von jeder Form von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt stattfinden. Um sexualisierter Gewalt entschieden entgegenzutreten und ihr zum Schutz der Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig vorzubeugen, fördern wir verstärkt Präventionskonzepte und -maßnahmen. Betroffenen wollen wir verbesserte Hilfen ermöglichen. Wir wollen die strafrechtliche Verfolgbarkeit von Kindesmissbrauch durch Verlängerung der strafrechtlichen Ruhens- und Verjährungsfristen ausweiten. Zudem ist für uns die unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir unterstützen werden.

III.5 GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE: FÜR EINE MODERNE INTEGRATIONSPOLITIK

Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.

Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickeln.

Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden. Stadtteile, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen, bedürfen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm „**Soziale Stadt**“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben verheerende Folgen für die Integration vor Ort. Dies betrifft insbesondere die komplette Streichung sozial-integrativer Maßnahmen, wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung von Jugendlichen. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt wieder stärken.

Denjenigen, die nach Deutschland eingewandert sind, wollen wir mehr Teilhabe ermöglichen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine **Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts**. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein weltoffenes Land unterstreicht.

Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet. Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.

Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das **kommunale Wahlrecht** nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse, einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.

Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legitimation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen. Mit weiteren Modellversuchen werden wir prüfen, ob auch die anonymisierte Bewerbung geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen. Zudem wollen wir die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.

Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.

Die SPD steht für eine **menschenwürdige Flüchtlingspolitik**. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern – müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren. Schutz benötigen insbesondere Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel oder Gewalt geworden sind.

Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention werden wir zügig dafür Sorge tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch wie Kinder behandelt werden. Wir wollen die so genannte Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken, die aber auch durchgesetzt werden muss.

Das sogenannte Flughafenverfahren hat heute angesichts sehr geringer Fallzahlen nur noch eine geringe Bedeutung. Deshalb wollen wir das Verfahren, das mit erheblichen Restriktionen verbunden ist, aussetzen.

Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldeten künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird.

Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.

Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich aktuell mit Armutszuwanderung aus Südosteuropa konfrontiert. Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien, aber auch EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Rumänien und Bulgarien verlassen ihre Herkunftsländer, um den prekären Verhältnissen, in denen sie leben, zu entkommen. Nur wenige der von außerhalb der EU Kommenden haben dabei Aussicht, als Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Die armutsbedingte EU-Binnenwanderung stellt besonders die Kommunen vor gewaltige Herausforderungen. Die betroffenen Kommunen brauchen schnell die Unterstützung des Bundes.

Die SPD wird für die besonders von Armutszuwanderung betroffenen Städte ein Sofortprogramm des Bundes zur Verfügung stellen. Das Programm soll sich sowohl an die Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihre Kinder richten als auch an die ortsansässige Bevölkerung, um eine gemeinsame Entwicklung der Stadtteile und Quartiere zu ermöglichen, das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten und die Bildungs- und Integrationsangebote der Städte zu finanzieren.

Entscheidend ist aber auch hier eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten. Die Mitgliedstaaten der EU müssen den Schutz ihrer Minderheiten in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht gewährleisten.

III.6 KULTUR-, MEDIEN- UND NETZPOLITIK

Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zuallererst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die **Künstlerinnen und Künstler** im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern

verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und -honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist **Teilhabe** ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.

Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecken nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische **Verantwortung des Staates** sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.

- Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der **öffentlichen Kulturfinanzierung** unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung.
- **Denkmalschutz und Denkmalpflege** zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstetigung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt.

- Das **Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen** darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den **Filmstandort Deutschland** international wettbewerbsfähig zu erhalten und **Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche** zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Film-schaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.
- Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik**. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine **gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik** zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.

Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zuallererst der **Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht** wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Wir wollen, dass digitale Chancen für die Gestaltung des täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste so genutzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger auch künftig souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Im Internet und bei sozialen Netzwerken sind wir für einen rechtlichen Ordnungsrahmen, der die Verbraucher schützt, die Meinungsvielfalt gewährleistet und für einen fairen Wettbewerb sorgt. Dafür setzen wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.

Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine **Universaldienstverpflichtung** gesetzlich absichern. Darüber hinaus brauchen wir den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird. Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch **Open-Data-Projekte**, soziale Sicherheit in der digitalen

Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.

Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine **Modernisierung des Urheberrechts** ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.

- Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung.
- Das von Schwarz-Gelb beschlossene Leistungsschutzrecht lehnen wir ab. Wir werden nach der Regierungsübernahme ein neues Gesetz auf den Weg bringen. Wir wollen unter Einbeziehung aller Akteure einen Vorschlag entwickeln, der die Möglichkeiten der Presseverleger zur Rechtsdurchsetzung im Hinblick auf ihre bereits bestehenden Urheberrechte stärkt, dabei die Interessen der Urheber (hier insbesondere Journalistinnen und Journalisten) vollständig wahrt, den Grundsatz der Informationsfreiheit gewährleistet und die Auffindbarkeit von Informationen gewährleistet.
- Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden.
- Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaftierung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90 Prozent aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Koope-

ration mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren. Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung bezüglich der Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus.

- Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können. Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden.

Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristig internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.

Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.

Unabhängige und vielfältige Medien sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fortentwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands- und Weiterentwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen.

Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte** im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern.

Eine **freie Presse und ein unabhängiger Journalismus** gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die ökonomischen Umbrüche, wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge, zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redaktioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medienvielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außerdem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren.

Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbstständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbstständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzimmers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.

IV. FÜR EINE GERECHTE STEUERPOLITIK

Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu erfüllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind. Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für alle zu schaffen und zu sichern. Die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzierung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generationen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten werden.

Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Handlungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle stehen der Schuldenabbau und Investitionen in Bildung. Es folgt die Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.

Die ungestüme Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat sich nicht selten als teurer Irrweg erwiesen. Wir widersprechen Privatisierungen insbesondere, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. Privatisierungen dürfen nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst mit einem modernen Berufsbeamtentum.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte rückt mit der Schuldenbremse stärker als bisher in den Mittelpunkt. Bund und Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten. Dabei setzen wir auf den gelebten Föderalismus und das Prinzip, füreinander einzustehen.

Die Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet bleibt ein zentrales politisches Anliegen. Die Sicherung von stabilen Flächentarifverträgen und die Begrenzung des Auseinanderdriftens der Einkommen, auch im öffentlichen Dienst, sind Ausdruck bundesstaatlicher Solidarität.

Angesichts des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 sind zukünftig gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern vernünftig. Vor diesem Hintergrund werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für Bund und Länder eine gemeinsame Kreditaufnahme („Huckepackverfahren“) möglich ist.

Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Das Steuersystem folgt allerdings einem Gesellschaftsbild, das vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet. Es wird den sich abzeichnenden Herausforderungen der Zukunft nicht mehr

gerecht. In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschaftstarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, wobei aber die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert. Mit dieser Umgestaltung passen wir das Steuerrecht in einem ganz zentralen Bereich der Einkommensbesteuerung den Realitäten unserer heutigen Gesellschaft an und erreichen mehr Steuergerechtigkeit. Darüber hinaus wollen wir Alleinerziehende steuerlich gerechter behandeln.

Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Und sie muss den Lebensentwürfen in einer modernen Gesellschaft entsprechen.

Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der **Einkommens- und Vermögensverteilung** geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Das Einnahmevermögen erhöhen. Z.B. Reichensteuer, Spitzensteuer erhöhen, Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche.“



Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer fairen Lastenverteilung und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.

Vermögen wird in Deutschland im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die **Vermögenssteuer** auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen.

Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet. Bei der Vermögensteuer stellen hohe Freibeträge für Privatpersonen sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.

Auch bei der **Besteuerung von Erbschaften** steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten einer geringen Zahl reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsbesteuerung künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Gerade für Familienunternehmen ist es von herausragender Bedeutung, dass der Generationenübergang durch die Besteuerung nicht zusätzlich erschwert wird, und natürlich ist es auch im Interesse des Gemeinwesens, wenn Unternehmen weitergeführt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft weiterbeschäftigt werden.

Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die **Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen**. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.

Wir wollen eine **Finanztransaktionssteuer** mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen.

Dabei werden wir die Finanztransaktionssteuer so ausgestalten, dass sie nicht als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, weder von der Einkommen- noch von der Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Schließlich werden wir die **steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen**, auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen.

Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir **zurücknehmen**.

Wir wollen steuerliche **Subventionen** – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungskonzept streichen. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im

Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin. Darüber hinaus ist es für die SPD von zentraler Bedeutung, die Subventionierung von Niedriglöhnen endlich zu beenden. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft; die **Einführung eines Mindestlohns** von 8,50 Euro würde zudem zu Steuermehreinnahmen, Minderausgaben bei ALG II sowie „Zweitrundeneffekten“ von über 7 Mrd. Euro führen.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Neue Lastenverteilung, da Gemeinden überproportional belastet sind.“



Unser Land braucht starke **Städte, Gemeinden und Kreise**. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die solidarische Gesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Vielen Kommunen geht es mittlerweile an die Substanz. Die Lebensverhältnisse in den Städte gehen weiter auseinander. Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken. Deswegen wollen wir eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen herstellen.

Wir streben deshalb einen **Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland** an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise leisten.

Die Kommunen profitieren anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die **Weiterentwicklung der Gewerbesteuer**.

Wichtig bleibt ferner eine **Entlastung von steigenden Sozialausgaben**. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund getan. Wir werden die Übernahme weiterer Sozialleistungen durch den Bund prüfen.

Auch künftig steht den Kommunen **bei Standarderhöhungen und neuen Leistungsansprüchen eine auskömmliche Finanzierung zu**. Konnexität ist im Verhältnis zu den Ländern zwingend, muss aber in der Sache auch auf Bundesentscheidungen Anwendung finden.

In der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages muss der bis 2019 befristete Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden. Wir stehen für einen solidarischen Bundesstaat. Die SPD hat unter Führung von Gerhard Schröder 2001 den Solidarpakt II durchgesetzt, der den ostdeutschen Ländern die Chance auf eigene Entwicklung gegeben hat. Die Klagen der CDU und der CSU gegen den Länderfinanzausgleich machen deutlich, dass diese Solidarität in Gefahr ist. Nur die SPD als gesamtdeutsche Partei steht für einen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen. Der Interessenausgleich darf sich nicht mehr nach Ost oder West orientieren, sondern muss die Strukturprobleme aller Kommunen und Regionen berücksichtigen. Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen u.a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.

Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Wir wollen deshalb alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Finanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbetrug oder verweigert sich der Kooperation mit den Steuerbehörden, soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich **steigernde Strafbewehrung**, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der **Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots** bis zur **Einschränkung der Banklizenz** und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.

Wir wollen die Kooperation zwischen Bundes- und Landesverwaltungen weiter optimieren, um bei Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung schneller und koordinierter handeln zu können. So soll auch ein einheitlicher Umgang mit Informationsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die **Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften** in Fragen des Steuerbetrugs **stärken**.

Wir streben einen **gleichmäßigen Steuervollzug** an und wollen zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung zusammen mit den Bundesländern **bundesweite Standards** festlegen.

Die **Verjährungsfristen für Steuerbetrug** werden wir **anpassen**. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

Wir wollen **Steuer-oasen** mindestens europaweit **trockenlegen**. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch muss effektiver werden. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Informationsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. Wir wollen uns intensiv für die Bekämpfung des **Betrugs bei der Umsatzsteuer** auf nationaler wie auf europäischer Ebene einsetzen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und **koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union** einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.

Auf **europäischer Ebene** setzen wir uns für die schnellstmögliche Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Sie ist ein wirksames Instrument, um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Aufräumarbeiten zu beteiligen. Sie ist gerecht und wirtschaftlich notwendig.

Innerhalb der Europäischen Union wollen wir künftig sicherstellen, dass zwischen Mitgliedsstaaten **einheitliche Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern** entwickelt werden.

V. SOZIALE SICHERHEIT UND VORSORGE

Freiheit und Selbstbestimmung haben Voraussetzungen: soziale Sicherheit und die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt.

Und wir stellen fest: Die Menschen in unserem Land leben länger. Unser Ziel ist, dass sie die Sicherheit haben, gesund und ohne materielle Not in Würde alt werden zu können. Das geht nur mit Sozialsystemen, die alle Bürgerinnen und Bürger versichern und ihnen in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung bieten. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen mit besser aufeinander abgestimmten sozialen Leistungen unterstützen. Dazu wollen wir die Kooperation zwischen den Sozialleistungsträgern verbessern. Die Leistungen müssen dem Bedarf der Menschen folgen, nicht den Institutionen.

Für uns heißt das: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen durch die Bürgerversicherung unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine **gute Kranken- und Pflegeversicherung** haben. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** für alle weiterentwickeln. Das hilft den Menschen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und in Beschäftigung zu bleiben. Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer **Erwerbstätigenversicherung**, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Wir werden die Grundsicherung im SGB II und SGB XII so gestalten, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das heißt: ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.

Wir werden die **Armuts- und Reichtumsberichterstattung** so fortführen, dass sie als Grundlage für Konzepte und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik taugt.

V.1 GESUNDHEIT UND PFLEGE

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich sichern und finanzieren.

Unser Ziel ist es, mehr und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ein gesundes Lebensumfeld, Arbeit, die nicht krank macht, und ein gleich guter Zugang zu Medizin und Pflege erhöhen die Lebensqualität und tragen insgesamt zu Wohlstand und guter wirtschaftlicher Entwicklung bei. Sie fördern das soziale Miteinander. Deshalb sind der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung.“



Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes. Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden – und gerechter. Mit der Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen. Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen sind hierfür die Voraussetzung.

Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.

Die **Bürgerversicherung** wird als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Dazu werden wir für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen und solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragender Säule der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Wir wollen es stärken. Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.

Wir wollen in der Bürgerversicherung die Solidarität zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen stärken. Und Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die **tatsächliche Parität muss wiederhergestellt werden**. Wir werden mehr Nachhaltigkeit durch die Einführung einer stetig ansteigenden Steuerfinanzierung erreichen. Wir werden den Zusatzbeitrag abschaffen und den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben. Unser Ziel ist, für alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem abzubauen, also die Zwei-Klassen-Versorgung beenden.

Mit der Bürgerversicherung werden wir ein **einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung** für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt. Die Honorierung ambulanter Leistungen im niedergelassenen und stationären Bereich wird angeglichen.

Wir werden für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Das erreichen wir, indem nicht die „Rosinenpickerei“, die Auswahl der „guten Risiken“, belohnt wird, sondern das Angebot der besten Qualität.

Prävention und Gesundheitsförderung.

Gesundes Aufwachsen, ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld und möglichst gesund alt zu werden, dürfen nicht länger von der sozialen Lage abhängen. Deshalb werden wir Prävention und Gesundheitsförderung zu Schwerpunkten unserer Politik machen.

Umfassende **Prävention** ist mehr als Vorbeugemedizin – sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Prävention und die Stärkung von Gesundheitskompetenzen müssen bei der Gestaltung des Wohnumfelds, der Arbeitswelt und in der Bildung und Ausbildung wichtiger werden. Der Sport und die aktiven Vereine sind dabei sehr hilfreich. Die Gesundheitskompetenz von Einzelnen und Organisationen muss gestärkt werden.

Ebenso muss Prävention in der Aus- und Fortbildung medizinischer und Gesundheitsberufe einen höheren Stellenwert bekommen.

Wir wollen mit einem umfassenden Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz in der nächsten Wahlperiode eine wirksame **Präventionsstrategie** umsetzen. Insbesondere Prävention in Lebenswelten wie Kita, Schule und Arbeitswelt muss ausgebaut werden, um sozial ungleiche Gesundheitschancen auszugleichen. Dazu gehört eine Erhöhung der Ausgaben für Prävention und eine Steuerung gemeinsamer Maßnahmen von Ländern, Kommunen und allen Sozialversicherungsträgern auf der Ebene der Länder.

Wir brauchen endlich die wirkliche Gleichstellung der medizinischen Rehabilitation mit der medizinischen Akutversorgung. Zugangshürden müssen abgebaut, Reha-Deckel und Reha-Budgetbegrenzungen müssen beseitigt werden. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen von den Pflegekassen erstattet werden.

Nach wie vor ist Tabakkonsum das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Im Sinne einer vorsorgenden Gesundheitspolitik wollen wir verstärkte Anstrengungen bei der Tabakprävention und beim Schutz aller vor den Gefahren des Passivrauchens unternehmen.

Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.

Das Nebeneinander von medizinischer Unter-, Fehl- aber auch Überversorgung ist ein ernstes Problem. Die Situation in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten wird sich ohne Gegenmaßnahmen in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir wollen die **Versorgungsstrukturen** so weiterentwickeln, dass Versorgungsmängel und damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden. Ebenso muss die Versorgung insgesamt auf das Alterwerden der Gesellschaft ausgerichtet werden. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu guter medizinischer Versorgung ermöglichen, unabhängig vom Wohnort, der sozialen Lage oder dem Versichertenstatus. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der medizinischen Versorgung für alle Menschen im Alltag spürbar werden.

Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in **strukturschwachen Regionen** besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung mit einer eigenständigen zweckgebundenen Finanzierung neu anstoßen und verstetigen. Damit wollen wir eine qualitätsgesicherte Zusammenarbeit zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich, den nicht ärztlichen Heilberufen, den ambulanten und stationären Sektoren sowie zwischen pflegerischem, rehabilitativem und medizinischem Bereich gewährleisten. So erhalten alle Patientinnen und Patienten einen guten Zugang auch zu spezialisierten medizinischen Leistungen. Wir werden die integrierte Versorgung mit innovativen Mobilitäts- und Telemedizin konzepten verknüpfen.

Um die Versorgung regional sicherzustellen, wollen wir in Zukunft eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Städten und Gemeinden kommt bei der Gestaltung der lokalen Gesundheitsversorgung eine zunehmend stärkere Rolle zu. Denn jede Situation vor Ort erfordert die dazu passenden, integrierten Versorgungslösungen. Viele Kommunen haben schon Erfahrungen gesammelt. Wir werden mit einem **Programm Gesunde Stadt** beziehungsweise **Gesunde Region** diese Entwicklung fördern.

In Deutschland nimmt die Zahl psychisch bedingter Erkrankungen zu. Psychische Erkrankungen müssen ebenso wie jede andere Erkrankung gut und schnell behandelt werden.

Wir wollen gemäß dem Gedanken „ambulant vor stationär“ den Anteil teilstationärer und ambulanter Hilfen sowohl in der Akutbehandlung als auch in der Rehabilitation ausbauen. Ambulante und stationäre Hilfen müssen enger verknüpft werden. Patientinnen und Patienten sollten Hilfe aus einer Hand erhalten. Die psychiatrischen Institutsambulanzen, Modelle integrierter Versorgung und gemeindepsychiatrische Verbünde wollen wir stärken.

Qualitätssicherung und Verbraucherschutz.

Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung steigern, indem wir die integrierte Versorgung verbessern. Dabei wollen wir Patientenrechte ausbauen und den Verbraucherschutz stärken.

Unser Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten und den **Verbraucherschutz im Gesundheitssystem** insgesamt zu stärken. Ein modernes Gesundheitssystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine gute Versorgung für chronisch Kranke, Multimorbide oder für Menschen, die einen besonderen Bedarf haben, bietet. Wir werden deshalb Versorgungsstrukturen so umbauen und Versorgungsprozesse so gestalten, dass sie diesem Ziel gerecht werden. Das Gesundheitswesen ist ein hochinnovativer Bereich. Die Möglichkeiten der modernen Medizin wachsen. In pharmakologischen und medizintechnischen Innovationen stecken erhebliche Potenziale für die Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität der Patientinnen und Patienten sowie für die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In der sozialen Verantwortung kann die

Versichertengemeinschaft aber nur das tragen, was für die Gesundheitsversorgung notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Aus der ethischen Verantwortung heraus kann in einem sozialen Gesundheitswesen nur das Anwendung finden, was den Menschen nützt. Wir wollen deshalb den Nutzengedanken in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnostischen und therapeutischen Verfahren sowie Medizinprodukten stärken.

Immer wieder zeigen Skandale bei Medizinprodukten, dass die unabhängige Überprüfung, Kontrolle und Versorgungsforschung ausgebaut werden muss. Ebenso werden wir die Patientinnen und Patienten wirksam vor Missbrauch mit unnötigen „IGel“-Leistungen schützen. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Gesundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.

Wir werden mit einem Patientenrechtegesetz die Menschen, insbesondere bei Behandlungsfehlern, unterstützen. Auch die Korruption im Gesundheitswesen werden wir wirksam bekämpfen.

Qualität in der Versorgung erhöht sich entscheidend durch eine bessere Organisation. Vor allem in den Versorgungsstrukturen liegt großes Innovationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass Schwerkranke noch schneller zu den Spezialistinnen und Spezialisten kommen, die ihnen die beste Behandlung bieten können. Und dass nur die Einrichtungen Innovationen und hochspezialisierte Therapien anwenden, die die entsprechende Erfahrung haben. Deshalb werden wir den Grundsatz sicherstellen, dass das Geld dem Bedarf an Leistungen folgt und nicht Institutionen.

Wir werden die integrierte Versorgung für multimorbide und **chronisch kranke Menschen** zur Regel machen. Wir wollen eine verlässliche Versorgungsorganisation. Fall- und Pflegemanagement sind für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesundheitssicherung. In der flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung wollen wir die Qualität durch bessere Fortbildung und Standards steigern.

Transparenz über die Qualität von Behandlungsangeboten, unabhängige Beratung und die Förderung der Selbsthilfe sind für Versicherte und die Patientinnen und Patienten wichtig, um selbstbestimmt Entscheidungen mit zu treffen. Wir wollen die unabhängigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten, wie die Unabhängige Patientenberatung (UPD), und die Selbsthilfe im Gesundheitssystem stärken und eine verlässliche Finanzierung dafür schaffen. Deshalb werden wir mit den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren mit dem Ziel der Einrichtung einer Unabhängigen Deutschen Patientenorganisation in Dialog treten.

Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung.

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden die Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägereielfalt gesichert und Qualität besser honoriert wird. In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend be-

rücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern einsetzen. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden einen Anspruch auf eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen und damit allen Betroffenen einen Zugang zu den besten Spezialistinnen und Spezialisten ermöglichen.

Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser werden wir weiterentwickeln. Die Krankenkassen sollen zur Verbesserung der Versorgungsqualität selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können. Qualität und Patientensicherheit sollen bei der Krankenhausplanung und -finanzierung eine stärkere Rolle spielen.

Zehn Jahre nach Einführung der Fallpauschalen werden wir Unter- und Überdeckungen beseitigen, damit Krankenhäuser sich nicht auf finanziell attraktive Leistungen beschränken. Das dient dem fairen Wettbewerb und der bedarfsgerechten Versorgung.

Gute und menschenwürdige Pflege.

Wir wollen Pflegebedürftigkeit vermeiden, die Pflege verbessern und für die Zukunft sicherstellen. Dafür muss die gesamte Gesellschaft auf das Älterwerden vorbereitet werden. Wir wollen Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen: Dazu müssen die Bedingungen verbessert werden, um auch bei Pflege weiter in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Dafür wollen wir die verschiedenen Angebote vor Ort ausbauen und besser vernetzen, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestalten und Angehörige besser unterstützen. Gute Pflege muss für alle bezahlbar sein und die Arbeit in der Pflege muss gut bezahlt sein.

Die Reform der Pflege ist mehr als nur die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden zügig eine umfassende Pflegereform einleiten. Eine echte Pflegereform beginnt für uns zuallererst mit einer **Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege**: Es geht darum, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Dabei hat die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit Vorrang – wir werden den Anspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege bei den Leistungen und dem Zusammenwirken der Sozialversicherungsträger stärken.

Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb wollen wir die Pflege verbessern und für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Ob sich in Deutschland künftig eine strukturelle Zwei-Klassen-Pflege oder ein würdevolles Altern unabhängig von der sozialen Situation entwickelt, hängt davon ab, ob wir die Pflege insgesamt – nicht nur die Pflegeversicherung – sozial gerecht weiterentwickeln.

Wir müssen das **Wohnumfeld alters- und altersgerecht gestalten** und die notwendige Unterstützungsinfrastruktur aufbauen. Dabei steht die Selbst- und Mitbestimmung der Menschen im Vordergrund. Die Neuausrichtung des Pflegesystems erfordert Veränderungen in allen mit der Pflege zusammenhängenden Bereichen. Gute Pflege ist

für uns mehr als die Leistungen der Pflegeversicherung. Damit mehr Menschen länger zu Hause leben können, brauchen wir eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort, die Hilfe im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Wir wollen lokale Hilfenetzwerke fördern, die einen neuen Mix an unterstützenden Alltagshilfen bieten: haushaltsnahe Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Hilfen im Notfall.

Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistungen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aufzubauen. Besonders die Kommunen sollen eine stärkere Rolle dabei spielen, eine am Bedarf vor Ort orientierte integrierte Pflege- und Versorgungslandschaft zu gestalten, in der die Träger und Leistungserbringer der Pflege besser zusammenarbeiten können.

Und wir müssen die medizinische und pflegerische Versorgung enger verzahnen, um die geriatrische Versorgung zu verbessern. Wir wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken und mit der Teilhabe- und Versorgungsforschung vernetzen. Investitionen in eine bessere geriatrische Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten sind eine Voraussetzung dafür.

Wir wollen die Pflegerisiken solidarischer absichern und den verschiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein neuer **Pflegebedürftigkeitsbegriff** Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzieren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege besser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu unterstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: Mit einer flexiblen Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der Pflegeberatung sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es, die bedarfsgerechte umfassende Versorgung der Altershaushalte aufzubauen.

Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.

Wir wollen **gute Arbeit in Gesundheit und Pflege**. Gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.

Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden.

Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Eine bessere Personalausstattung und eine höhere Versorgungsqualität können zu Anpassungen in der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung führen.

V.2 GUTE ARBEIT, GUTE RENTE

Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende korrigieren. Wir werden uns deshalb vor allem an den konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung messen lassen.

Wir brauchen **bessere Übergänge**. In einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben.

Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.

Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:

- den abschlagsfreien Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren,
- eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können,
- den abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit,
- erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung.

Wir wollen nicht, dass sich die **Anhebung des Renteneintrittsalters** wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist und weitere Rentenansprüche erwerben kann. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.

Wir wollen die **Alterssicherung stärken**. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.

Wir werden das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten.

2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.

Vor allem die **betriebliche Altersversorgung** hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden.

Bei der **Riester-Rente** werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.

Wir wollen eine **Solidarrente einführen**: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 Euro liegt.

Wer diese Solidarrente in Höhe von mindestens 850 Euro durch die Höherwertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszeiten im Niedriglohnssektor innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erreicht, erhält diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der Grundsicherung, bei der eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt.

Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und so gezielt Rentenansprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten.

Die Kosten der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen.

Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.

Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb den Weg zu einem **einheitlichen Rentensystem für Ost und West bis 2020** einleiten.

Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenansprüchen weiter schließen.

Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen auch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil.

Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.

Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.

Für Menschen, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen die Probleme in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.

V.3 GEMEINSAM LEBEN – MENSCHEN MIT UND OHNE BEHINDERUNGEN

Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir brauchen Orte und Gelegenheit für Begegnungen, für gemeinsames Arbeiten, Lernen und vieles mehr – so genannte „inklusive Sozialräume“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: nicht unterscheiden und trennen, sondern Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist hierfür wegweisend. Die Entwicklung eines Aktionsplans im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt **inklusiv und gemeinsam** mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“.

Inklusive Sozialräume entstehen dort, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam die Möglichkeit haben, ihre räumliche und soziale Umwelt im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben nachhaltig zu gestalten. Inklusion ist deshalb auch kein Zustand, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem alle daran mitwirken können, dass schrittweise die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zur Leitmaxime im Denken und Handeln, bei der Planung und Gestaltung unseres inklusiven Gemeinwesens wird.

Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Barrieren vermieden und abgebaut werden und der gleichberechtigte Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen, zu Verkehrsmitteln, zu Waren und Dienstleistungen und allen Kommunikationswegen möglich ist. Jeder Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfebedarf. Dies kommt gerade in einer alternden Gesellschaft allen zu Gute.

Teile eines **inklusive Sozialraums** in allen Lebensbereichen sind vor allem inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten, und nicht zuletzt die selbstbestimmte **Wahl des Wohnorts** und der Wohnform.

Außerdem zählen dazu ein inklusiver Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden, und die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen müssen gestärkt werden. Wir werden die Tarifpartner, Job-Center und Arbeitsagenturen stärker in die Pflicht nehmen und den Weg fortsetzen, die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben.

Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine **gemeinsame Koordinierung** und neue rechtlich-

organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.

Wir haben bereits unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weitergehen bis hin zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Damit darf aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, das bislang allein von den Kommunen getragen wird. Ziel der Reform ist ein flexibles und passgenaues Unterstützungssystem: für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen. Inklusion ist ein uneinschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeeinrichtungen – unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.

Wir wollen ein für alle Sicherungssysteme und Leistungsträger einheitliches Bedarfs-ermittlungssystem schaffen. Damit sollen individuelle Beeinträchtigungen von Menschen erkennbar und tatsächliche Hilfebedarfe ermittelt werden. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.

Der Anspruch auf Hilfe zur Inklusion wird nicht mehr als Fürsorgeanspruch, sondern als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Das persönliche Budget ist eine geeignete Leistungsform für selbstbestimmte Teilhabe.

Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe erreichen.

Konkrete Hilfe zu Inklusion und Teilhabe bleibt eine Aufgabe, die **wohnortnah in der Kommune** zu erfüllen ist. Hilfeplanung und die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Hilfeberechtigten sind Teil des inklusiven Sozialraums. Berechtigte und Leistungsträger müssen gemeinsam an einem individuellen und bedarfsgerechten **Teilhabeplan** arbeiten. Die im SGB IX vorgesehenen Servicestellen sind dafür die koordinierenden Beratungsstellen.

VI. GUTE NACHBARSCHAFT

VI.1 SOZIALE STADT UND ZUSAMMENHALT DER REGIONEN

Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Denn in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben. In ihnen entscheidet sich, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingen. In ihnen entscheidet sich, ob Menschen in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Und deshalb wollen wir, dass es in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten gibt.

Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene **Städtebauförderung** wieder verlässlich ausstatten. Wir werden das Zusammenwirken der föderalen Ebenen in der Städtebauförderung fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen weiterentwickeln. Dabei wird geprüft, wo der Finanzierungsanteil des Bundes erhöht werden kann, um Kofinanzierungsprobleme zu mindern. Wir wollen die Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen vereinfachen.

Wir packen die großen Herausforderungen an: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.

Heimat ist vor der Haustüre.

Unsere Gesellschaft bleibt im Wandel – wirtschaftlich, technisch und sozial. Mit dieser Einsicht wächst ein Bedürfnis nach Verwurzelung, nach Orientierung, nach Verbindlichkeit und nach einem festen Platz.

Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach Vertrautheit und sozialer Sicherheit. Sehnsuchtsort ist die „Heimat“, die wir als Ausdehnung der „eigenen vier Wände“ auf das Stadtviertel oder die Gemeinde verstehen, in dem oder der man zum Beispiel groß und alt werden möchte.

Hier wird demografischer Wandel als gelebte Alltäglichkeit konkret. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich spiegelt sich auch in Tendenzen zur Ghettoisierung wider. An den Rand gedrängte Armutsviertel einerseits und Luxusghettos andererseits. Der „Doorman“ wird zum Schutzmann der Privilegierten. Das gesellschaftspolitische Scheitern der „Privat vor Staat“-Ideologie offenbart sich auch beim Wohnen und in der Stadtentwicklung. Sozialer Zusammenhalt braucht Gemeinschaftsinitiative und Partnerschaft der jeweils gesellschaftlich relevanten Akteure. **So wird Stadtentwicklung mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.**

Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die **kommunale Finanzkraft stärken**. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen und ihre Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft.

Kurzfristig streben wir einen **Investitionspakt von Bund und Ländern** an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem „**Eigenanteilfonds**“ dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten.

Wir wollen aber auch die Vollfinanzierung von Projekten ermöglichen, die beispielsweise die Herausforderungen der wachsenden Metropolen bewältigen.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
„Wasserversorgung sollte weiterhin in staatlicher Hand bleiben.“



Wir unterstützen eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen ihrer **Verantwortung für die Daseinsvorsorge** – sei es durch eigene Unternehmen oder eine aktivere Steuerung: zum Beispiel bei der Wasserversorgung, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bundes- und EU-rechtliche Rahmen den Kommunen diesen Gestaltungsspielraum lässt. Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Das sichert das hohe deutsche Versorgungsniveau.

VI.2 DIE STADT ALS MOTOR WIRTSCHAFTLICHER UND GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. Vor allem die großen Städte wachsen.

Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Städte zu Motoren des Wachstums und des Fortschritts.

Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Laufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: Städte haben einen Arbeitsmarkt sowie Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, die es modernen berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglichen, die eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren.

Städte ermöglichen es, bekannte Lebensentwürfe zu verlassen und neue auszuprobieren. Gerade in den Städten können immer wieder Chancen für diejenigen eröffnet werden, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen.

Neben den starken Wirtschaftszentren gibt es aber auch eine Vielzahl von Kommunen, deren Bevölkerungszahlen rückläufig und die besonders von der Alterung der Bevölkerung betroffen sind. Hier verändert sich der Infrastrukturbedarf in besonderer Weise, indem zum Beispiel die Nachfrage nach Schulen und Kindergärten ab- und die Nachfrage nach altengerechten Einrichtungen und Angeboten gleichzeitig zunimmt.

Um uns den Herausforderungen zu stellen und die Chancen zu nutzen, müssen wir uns an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Deshalb müssen wir verstärkt in Quartieren denken und handeln. Denn hier finden die wirklichen Begegnungen von Mensch zu Mensch statt. Städte sind mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat. Sie geben Halt und Hoffnung. In unseren Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenfinden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen erhalten.

Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.

VI.3 AKTIONSPROGRAMM FÜR EINE SOLIDARISCHE STADT UND BEZAHLBARES WOHNEN

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:
 „Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für
 altersgerechte Wohnungen.“



(Fortsetzung)

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.

Mit dem „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir

- das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in Stadtquartieren, Städten und Regionen durch demokratische Prozesse ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration sowie die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigem Respekt schaffen.
- die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen haben die Vermieter nach geltendem Recht weitgehend freie Hand, die Miete zu vereinbaren. Die Folge sind häufig deutliche Mietsteigerungen. Deshalb soll eine Obergrenze für Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen von maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete eingeführt werden. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen sind davon grundsätzlich ausgenommen.
- für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern aufgebürdet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.
- den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.
- kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.
- die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen.

- bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.
- den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.
- die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.

VI.4 LÄNDLICHE RÄUME

Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Der ländliche Raum ist Heimat für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig von der Größe der Gemeinde, unabhängig ob in Ost oder West. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur, und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur, sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.

Ländliche Räume übernehmen vielfältige Funktionen. Sie sind Wohn- und Arbeitsort, genauso wie Ziel von Erholungssuchenden und Urlaubern. Die Natur- und Kulturlandschaften prägen unser Bild von Heimat. Wir werden deshalb durch eine Politik der ländlichen Entwicklung den Erhalt von Kulturlandschaften mit ihren Dörfern und kleinen Städten unterstützen.

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.

Beim Verkauf von Flächen des Bundes setzen wir uns für eine Stärkung der Länder ein.

Schnelle Internetzugänge sind für die **Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen** von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können da-

mit hochwertigen Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.

Die **Ernährungs- und Landwirtschaft** hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Sie hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung werden dabei von uns gestärkt.

Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch künftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen.

Das bestehende System der **EU-Agrarförderung** muss konsequent so umgebaut werden, dass es diesen Zielen ebenso konsistent dient wie alle Politikbereiche, die darauf Auswirkung haben: Agrar- und Ernährungsforschung, Bildung, Natur- und Tierschutzrecht oder die Verpflegung in öffentlichen Kantinen. Es ist richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurichten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden.

Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine breitere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt. Die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. Mittelfristig treten wir dafür ein, dass die so genannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbetrag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums umgeschichtet wird.

Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für die ländlichen Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleinere und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können. Die Förderprogramme für den ländlichen Raum müssen gezielter als bisher ausgerichtet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes. Wir wollen die **Wertschöpfung** im ländlichen Raum erhöhen. Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen. Für die erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterbildung der Unternehmen wollen wir verlässlichere und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit.

Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Dabei sehen wir einen besonderen Förderungsbedarf für beschäftigungsintensive Formen der Landwirtschaft. Zustände wie in einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.

Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern, und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.

Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür müssen die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommunen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine **Kennzeichnung** von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Ein weiteres Ziel ist die systematische Qualitätskontrolle für die Tiergesundheit in der Landwirtschaft.

Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wildtieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und gewerbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Anzahl der Tierversuche wollen wir verringern und uns für die Verbreitung der 3-R-Methoden (zu deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) in der Forschung einsetzen. Wir wollen alternative Forschungsmethoden fördern, die ohne oder mit weniger Tieren auskommen bzw. weniger schmerzhaft Verfahren beinhalten.

Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine **nachhaltige Biomasseproduktion**, mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesondere Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzzielen der nationalen **Biodiversitätsstrategie** und führt zu einem verstärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer integrierten Biomassestrategie wollen wir die Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländlichen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern.

Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst werden wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokulturen zurückzudrängen.

VII. UMWELT- UND VERBRAUCHERSCHUTZ

VII.1 LEBENSQUALITÄT UND INNOVATION DURCH GUTE UMWELTPOLITIK

Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte Investition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftreinhaltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzungen für Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch haben. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngebieten leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffeinwirkungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziele unserer Umweltpolitik sind darum insbesondere die Reduzierung von (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Aktionsprogramm **Lärmschutz** mit dem Ziel umsetzen, die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutschland bis 2020 zu halbieren.

Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine **Entkoppelung** von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung. Ein wichtiger Beitrag dazu ist eine ökologische Industriepolitik mit innovativen Produkten und Dienstleistungen. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir die Kommunen als zentrale Akteure, die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen.

Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können.

Wir werden den **Klimawandel** bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95 Prozent unserer CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40 Prozent Senkung bis 2020, 60 Prozent bis 2030 und mindestens 80 Prozent bis 2040) erarbeiten. Dieses Gesetz wird Ziele für alle klimarelevanten Sektoren, wie Industrie, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft, beinhalten.

Im Rahmen des Klimaschutzgesetzes werden zudem feste Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050 festlegt.

Deutschland hat noch immer einen besonders hohen **Flächenverbrauch**, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entsigelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen mit zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.

Um **Wälder und Forste** für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern und die einseitig nutzungsorientierte Waldstrategie der Bundesregierung ablösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass zehn Prozent der Waldflächen der öffentlichen Hand und fünf Prozent der gesamten Waldfläche der natürlichen Entwicklung überlassen werden. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.

Die **Biologische Vielfalt** ist Grundlage unseres Handelns und Wirtschaftens, wir verstehen ihre Erhaltung und nachhaltige Nutzung als unmittelbare Daseinsvorsorge für unsere Bürger.

Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden können. Hierfür ist das Bundesprogramm Biologische Vielfalt von besonderer Bedeutung, daher werden wir administrative Hemmnisse beseitigen. Wir wollen, auch zur Erreichung des 2 Prozent-Wildnis-Ziels der Nationalen Biodiversitätsstrategie, das Nationale Naturerbe um mindestens 30.000 ha erweitern und zu seiner Erhaltung für eine angemessene Finanzierung sorgen.

Wir werden die Renaturierung von Flüssen vorantreiben, um ihnen auch aus Gründen des Hochwasserschutzes mehr Raum zu geben mit dem Ziel, bei der Umsetzung des bundesweiten Biotopverbundes stärker mit den Ländern zusammenzuarbeiten. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.

Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. **Umweltbildung** kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.

VII.2 VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER SCHÜTZEN UND STÄRKEN

Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der Alltag ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte aktiv mitgestalten und hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernst genommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

Die **digitale Welt** verändert rasant Techniken und Märkte. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sicher nutzen können. Sie müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch ihrer Daten. Ebenso müssen sie geschützt werden vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge, aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken. Diesem Ziel wollen wir auch durch die Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates für Verbraucherfragen Rechnung tragen. Um bestehende Interessenskonflikte aufzuheben, werden wir die Zuständigkeit für den Bereich Verbraucherpolitik in den Bundesministerien ändern.

Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter müssen zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und

ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen** können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält, und keine Rechtsdurchsetzung ersetzen. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“.

Wir wollen die **Beratung und Information** in Bund und Ländern weiter ausbauen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Stiftung Warentest, dem Verbraucherrat des DIN und den Verbraucherzentralen zu. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete **Verbraucherinformationsgesetz verbessern**: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden.

Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.

Wichtig ist auch die **Verbraucherbildung**. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume. Werbung und Sponsoring durch Lebensmittelkonzerne in Kindergärten und Schulen werden wir verbieten.

Wir werden die **Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln**, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein Recht **auf ein Girokonto** bei der von ihr/ihm gewählten Bank hat.

Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedro-

hung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden.

Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes.

Dazu werden wir die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik betrauen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“ nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der **Etablierung von „Marktwächtern“** in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Die Ergebnisse der amtlichen **Lebensmittelüberwachung** müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem **Hinweisgeberschutzgesetz** wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen Nachteilen bedroht zu sein. Die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Deutschland und Europa zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität in der Lebensmittel- und Nahrungsmittelbranche ist überfällig. Um Verbraucherrechte effektiv durchzusetzen, wollen wir Unrechtsgewinne einziehen.

Wir lehnen – wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die **Grüne Gentechnik** darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen: ohne Gentechnik.

VIII. DEMOKRATIE LEBEN

VIII.1 DEMOKRATIE ALS GESELLSCHAFTSPRINZIP

Für die Sozialdemokratie ist Demokratie mehr als Wahlen und Abstimmungen. Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation.

Dazu gehört auch der Zugang für alle zu qualitativ hochwertiger Information. Zugang zu allen Informationsmöglichkeiten ist ein demokratisches Bürgerrecht. In der Sicherung, Aktualisierung und Ausdehnung dieser Voraussetzungen, sehen wir die Sozialdemokratie als Treiber einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft.

Wir wollen unsere **Demokratie stärken**, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Institutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhalten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

Dazu setzen wir auf **mehr Offenheit und Transparenz** politischer Entscheidungen und der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger: Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen so reformieren, dass alle Bundestagsabgeordneten Einkünfte aus ihren **Nebentätigkeiten** vollständig auf Euro und Cent offen legen müssen. Für **Parteispenden** sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr. Zudem unterstützen wir die Forderung, Sponsoring in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufzuführen.

Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein verpflichtendes **Lobbyregister** auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutschland hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikorruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der **Abgeordnetenbestechung** blockieren. Wir werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch der Einsatz von externen Beratern in Bundesministerien muss nachvollziehbar sein. Wir wollen deshalb eine „**legislative Fußspur**“ einführen, aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Über Umfang und Art der Tätigkeit von externen Beschäftigten in der Bundesverwaltung soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen.

Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausscheidender Mitglieder der Bundesregierung aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit wieder eine berufliche Tätigkeit aufnehmen wollen, brauchen wir einen **Verhaltenskodex**, der die Genehmigung der Tätigkeit durch eine Ethikkommission bzw. den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin vorsieht. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild bestens geeignet.

Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der politischen Willensbildung.

Dazu werden wir auf auch Bundesebene **Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide** einführen. Für die notwendige Mehrheit einer Grundgesetzänderung werden wir bei den anderen Fraktionen werben. Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Betreuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.

Die **digitale und technische Innovation** eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten (z.B. durch Internetplattformen, liquid democracy und soziale Medien). Diese Möglichkeiten wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz auch Kontrolle.

Manche sehen im gesteigerten Bedürfnis von Menschen, an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv mitwirken zu wollen, eine Bedrohung für staatliche Handlungsfähigkeit. Als Sozialdemokratie begrüßen wir dieses Bedürfnis und die mit ihm verbundene **Bereitschaft an aktiver Beteiligung**. Woran es jedoch in vielen Fällen fehlt, sind geeignete Partizipationsinstrumente, um auch sozial Schwächeren oder Minderheiten eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben.

Wir wollen darum unsere klassisch-repräsentative Demokratie um **neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen** ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerben („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.

Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, müssen Politik und Verwaltung transparenter werden. Transparenz bedeutet dabei nicht gläserne Politiker, sondern konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen ein öffentliches Interesse besteht.

Wir setzen uns deshalb auch auf Bundesebene dafür ein, **nach Hamburger Vorbild das Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz zu erweitern**. Ziel soll es sein, möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich zu machen. Daneben wollen wir die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben öffnen.

VIII.2 BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND EHRENAMT STÄRKEN

Die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten. Es muss gelebt werden, deshalb erfordert das Ehrenamt unsere uneingeschränkte Anerkennung und Förderung.

Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen auch „Generationenbündnisse“ zwischen Jung und Alt ermutigen. Hilfe von Mensch zu Mensch, die einfach mehr ist als nur eine erkaufte Dienstleistung. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Umweltorganisationen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.

In den **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften** arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind wichtige Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.

Wir würdigen das Engagement von **Wohlfahrtsverbänden**. In ihnen engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der direkten Hilfe und im sozialen Miteinander. Wir wollen vor Ort **Freiwilligenagenturen, Engagementzentren** oder -börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen initiieren und unterstützen. Wir wollen, dass der Bund die **Kommunen** bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzen wir uns für die Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein. Die für das Miteinander der Generationen so wichtigen **Mehrgenerationenhäuser** werden wir durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter fördern. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken wollen wir genossenschaftlich organisierte Betriebsformen ermöglichen. Hierzu sollen die Gesetze angepasst werden.

Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Wir fördern den Breiten- und den Leistungssport und betrachten beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage.

Ehrenamt braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement, Fortbildungsangebote. Das Engagement muss Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Wir wollen darum **gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen** schaffen für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisa-

tionen und für Seniorengenossenschaften. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrantenorganisationen.

VIII.3 FÜR FREIHEIT IN SICHERHEIT

Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben.

Sicherheit und Bürgerrechte dürfen keine Gegensätze sein. Wir wollen eine **Sicherheitspolitik mit Augenmaß**. Die Polizei leistet unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl. Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte **Polizistinnen und Polizisten**, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.

Kriminalpolitik mit Augenmaß heißt auch: Die **Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen**. Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit, mit Ausbildungs- und Jobperspektiven wollen wir insbesondere verhindern, dass Jugendliche zu Tätern werden. Werden sie dennoch straffällig, so müssen Jugendliche unmittelbar den **Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe** erfahren: Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass Ermittlungsverfahren effektiv und effizient, d.h. in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden, geführt und zum Abschluss gebracht werden, Hauptverfahren zeitnah nach Anklageerhebung eröffnet und abgeschlossen werden. Erziehungsmaßnahmen und Strafen sollen zeitnah nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt werden.

Wir wollen eine **Offensive gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität**: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt. Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten. Wir wollen bessere Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung, wie auch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts. Darüber hinaus werden wir ein bundesweites Korruptionsregister und den gesetzlich verankerten Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einführen. Korruption und Bestechlichkeit müssen scharf geahndet werden.

Die so genannte **Cyberkriminalität**, also die Kriminalität im und aus dem Internet, steigt besorgniserregend. Die IT-Abhängigkeit von Unternehmen, Staat und Bürgerinnen und Bürgern nimmt zu – und damit auch das Schadenspotenzial.

Wir wollen, dass unsere **Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen** bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst

werden. Auch die Unternehmen müssen ihren Beitrag gegen Cyberangriffe leisten. Wir wollen, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden. Aber auch jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag zur eigenen Sicherheit im Netz leisten. Hierfür wollen wir die Aufklärung und Schulung von Nutzerinnen und Nutzern zur wirksamen Eigenverantwortung in den neuen Netzen vorrangig effektiv fördern. Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz frühzeitig und lebenslang gefördert werden.

Bei alledem stehen wir dazu: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Den Umgang mit Verbindungsdaten werden wir auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen wird es mit uns nicht geben.

Wir treten auch in der EU für einen effektiven **Datenschutz** ein. Ziele sind ein hohes Schutzniveau und ein wirksamer Rechtsschutz sowie starke und unabhängige Datenschutzbeauftragte. Der Datenschutz muss auch den Bedingungen der digitalen Welt entsprechen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Experten der Netz-Community und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir fortsetzen.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen.

Wir kämpfen entschlossen gegen **Gewalt gegen Frauen** und werden dazu einen Aktionsplan III zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entwickeln. Gemeinsam mit den Ländern werden wir ein Konzept entwickeln, mit dem durch institutionelle Förderung die Frauenhausfinanzierung auf neue, sichere Füße gestellt und eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungseinrichtungen sichergestellt wird. Wir werden Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder rechtlich gewährleisten. Wir werden das Ineinandergreifen von Gewaltschutzgesetz und Umgangsrecht verbessern. Die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in deutsches Recht umgesetzt werden.

Frauenhandel, „Ehrenmorde“ und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeuginnen- und Zeugenschutz und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir sie künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen und hierfür auch die Möglichkeit eines eigenen Straftatbestandes prüfen. Zudem werden wir Genitalverstümmelung in den Katalog der Auslandstaten im Strafgesetzbuch aufnehmen.

Rechtsextremismus bekämpfen.

Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“ begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch-stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.

Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.

Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wiederherstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose **Aufklärung** der Vorgänge, durch **institutionelle Reformen** und dadurch, dass wir jede Form von **Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen**. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Forderungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.

Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen, ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.

Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanziert wird.

Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die **Zivilgesellschaft stärken**. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.

Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern. Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanze der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine **unabhängige Monitoringstelle** einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stärken.

Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den **Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe** vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.

IX. FÜR EIN BESSERES EUROPA

Die europäische Idee fasziniert die Menschen weltweit – aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, dass sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen, der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört.

Gerade in Zeiten, in denen offensichtlich ist, wie notwendig der europäische Zusammenschluss ist, damit Europa seinen Wohlstand und seine Stabilität im Wettstreit mit den aufstrebenden Weltregionen bewahren kann, scheint die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP keinerlei Begeisterung oder Inspiration für unser Europa zu haben. Sie hat in den vergangenen Jahren versagt, in denen Europa mit unterschiedlichen Krisen zu kämpfen hatte: Sie hat alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu spät und nur halbherzig vollzogen und dadurch die Kosten für die Krisenbekämpfung unnötig erhöht. Trotz der großen Solidarität, zu der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bereit waren, hat die Bundesregierung zunächst kaltherzig auf die Krise reagiert und so getan, als gingen die Probleme unserer Nachbarn und Freunde uns nichts an. Eine Krise, die in manchen EU-Mitgliedsländern verheerende soziale Verwerfungen ausgelöst hat und die in Südeuropa unter den jungen Leuten eine „verlorene Generation“ heranwachsen lässt. Verschiedentlich haben Mitglieder der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sogar öffentlich über das Ende unserer gemeinsamen Währung nachgedacht und so in unverantwortlicher Weise die Spekulation gegen den Euro befeuert und die Sparbemühungen einiger Krisenstaaten konterkariert. Damit hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass Europa zeitweise am Abgrund stand, und sie hat somit den Interessen unseres Landes geschadet.

Wir wissen: Scheitert Europa, dann scheitert auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Markttradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfragen genauso wie im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.

Die transnationale Demokratie wird aber nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen:

Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedsstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht, eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste europäische Judikative, und dabei wacht sie auch darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU nicht verletzt werden. Damit werden zukünftig die Institutionen klarer als bisher für ihre Entscheidungen sichtbar verantwortlich sein. Eine solche Reform hilft, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, und sie ist damit ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Demokratie.

Die SPD findet sich nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Appelle helfen hier nicht, diesen Trend aufzuhalten, sondern es muss zukünftig klarer sein, welche politischen Inhalte und welche Personen zur Wahl stehen. Deshalb begrüßen wir es, dass die europäischen Parteien für die Europawahl 2014 jeweils einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, die oder der in allen EU-Ländern als Kandidat für die jeweilige Parteienfamilie antritt. Diese Spitzenkandidaten bewerben sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein politisches Programm zur Wahl gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer. Gleichzeitig werden sich dann im Europaparlament Fraktionen gegenüberstehen, die für bzw. gegen diesen Präsidenten gestimmt haben. Auch so wird ein Stück Parlamentstradition, die in den Mitgliedsstaaten selbstverständlich ist, auch auf die EU-Ebene gebracht. Wir wollen außerdem die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments dadurch stärken, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU für Sperrklauseln bei der Europawahl einsetzen.

Das Prinzip der Gewaltenteilung und der vollen Parlamentarisierung der EU muss in allen Bereichen gelten, in denen die EU zuständig ist. Im Zuge einer solchen Reform muss dabei geprüft werden, ob sich die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene bewährt hat oder ob es hierbei Korrekturen bedarf. Bei diesem Prozess kann es auch zu Rückübertragungen in die Mitgliedsstaaten kommen, wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll erwiesen hat. Die SPD steht hinter dem Subsidiaritätsprinzip.

Eine sich vertiefende EU, die nach der Währungsunion auch endlich die Wirtschaftsunion nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine **gemeinsame Wirtschaftsregierung**. Denn es hat sich nicht bewährt, dass siebzehn und mehr Regierungen in einem gemeinsamen Währungsraum ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen gegeneinander durchzusetzen ver-

suchen, sondern dieser gemeinsame Währungsraum muss mit einer Stimme sprechen. Nachdem durch den Fiskalpakt und andere europäische Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinander bricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein.

Die SPD begrüßt es, dass es durch sozialdemokratischen Druck in Europa gelungen ist, die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedsstaaten vorzubereiten. In der Regierung werden wir die anderen Euro- und EU-Staaten ermutigen, auch diese Steuer einzuführen, durch die Spekulanten einen gerechten Anteil an der öffentlichen Finanzierung leisten.

Mehr Koordination in Europa braucht auch mehr demokratische Kontrolle und Mitsprache. Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten. Die im Rahmen dieses integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens getroffenen Maßnahmen müssen durch eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung getroffen werden. Im Rahmen der Eurozone werden wir dabei sicherstellen, dass die Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik demokratisch legitimiert werden. Wir wollen kein „Weiter-so“ – Europa darf nicht noch weiter ein Europa der Regierungen werden. Es muss ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Hierzu müssen Europäisches Parlament und nationale Parlamente weiter gestärkt werden. **Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion.** Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Wir wollen den **Sozialen Stabilitäts-pakt einrichten.** Um Sozialdumping zu verhindern, müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.

Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugute kommen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch die EU nicht in Frage gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Interpretation der Marktfreiheiten die nationalen Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge bedrohen. Hier müssen klare Stoppschilder für die EU gelten, die im Primärrecht der Union festgeschrieben werden müssen. **Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Wir stellen den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu deren Leistungen sicher. Diese wird oftmals von kommunalen Unternehmen und Einrichtungen in sehr guter Qualität bereitgestellt. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene – sicherstellen, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen. Wir wollen die Stellung der zahlreichen Dienstleistenden durch gute Arbeitsbedingungen und Wahrung ihrer Rechte unabhängig von Rechts- und Organisationsform verbessern.

Wir wollen Europa verändern, um es zu verbessern. Ein starkes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren: die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nachbarn und in der Welt.

In diesen Bereichen muss Europa durch handlungsfähige gemeinschaftliche Institutionen und vor allem ein starkes Europäisches Parlament noch enger zusammenarbeiten. Doch wir nehmen auch die Sorgen vieler Menschen bezüglich einer Europäischen Union ernst, die sich in zu vielen Bereichen einmischt. Dort wo Aufgaben besser national, regional oder lokal gelöst werden können, muss das Prinzip der **Subsidiarität** gelten. Subsidiarität heißt, dass Politik da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist.

Um die Reformmaßnahmen, die für dieses neue Europa notwendig sind, auf den Weg zu bringen, müssen zunächst alle Spielräume der bestehenden Verträge ausgeschöpft werden. Darüber hinausgehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichberechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungsmöglichkeiten hat. Der nächste Europawahlkampf kann in seiner neuen Form bereits der Anfang einer umfassenden Debatte über die Richtung der EU sein. Ein neu gewähltes Europäisches Parlament und eine neue Kommission können dann die Weichen für die konkreten Reformen stellen.

Die Europäische Union droht weiter an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial gerechter auszugestalten. Um die Tür für eine solche politische Veränderung zu öffnen, kommt es darauf an, die Mehrheit der

Konservativen und Liberalen in den EU-Institutionen zu brechen und ihre einseitige Politik des Sparens und der Liberalisierung zu korrigieren. Sowohl die Bundestagswahl in diesem Jahr als auch die Europawahl 2014 sind deshalb wichtige Wegmarken, um Europa auf einen anderen, besseren politischen Kurs zu bringen. Die EU muss wieder Vertrauen zurückgewinnen und sie ist dabei darauf angewiesen, dass die Regierungen der Mitgliedsländer dabei mithelfen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dies tun, indem sie einen Reformprozess initiiert, der die EU demokratischer, transparenter, gerechter und effizienter macht.

X. UNSERE IDEE DER GLOBALISIERUNG: GERECHTIGKEIT FÜR ALLE STATT REICHTUM FÜR WENIGE

Unsere Welt ist im Umbruch. Es ist ein Umbruch, dessen Ausgang offen ist. Noch erscheint vieles widersprüchlich. Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Wir wollen die Chancen dieses Wandels nutzen und alles dafür tun, dass dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird.

Wir erleben, wie sich in vielen Staaten die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung auflehnen, für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, ihr Leben einsetzen. Doch es bleibt ungewiss, ob in diesen Staaten tragfähige demokratische Strukturen entstehen werden. Wir erleben, wie sich immer mehr Menschen global vernetzen, sich für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung engagieren und so eine kritische Weltöffentlichkeit entsteht. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nicht ausreichend gehört. Wir erleben, wie Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg vielerorts besser gelingen. Doch wir sehen auch die Gefahren neuer Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagende Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir sehen, dass Ungleichheit in allen Gesellschaften zunimmt. Mit China, Indien oder Brasilien streben neue Mächte auf, deren ökonomischer Aufstieg die Weltwirtschaft antreibt. Doch es bleibt offen, ob und in welchen Strukturen mit diesen Staaten zusammen eine sozial und ökologisch verantwortliche Globalisierung gelingen wird.

Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der Zeit nur noch gemeinsam lösen können: den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegenwirken. Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und Armut endlich überwinden. Das alles sind Herausforderungen, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich sind es Herausforderungen an eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.

Wir wollen eine kooperative Weltordnung mit aufbauen, die gemeinsame Problemlösung und Zukunftsgestaltung im Rahmen einer Weltinnenpolitik möglich macht. Gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen wollen wir diese Zukunft gestalten, um europäisch und global Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit voranzubringen. Die demokratischen Grundlagen einer neuen Weltinnenpolitik dürfen sich nicht in staatlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Sie müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließen.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik – dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.

Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessenausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Dringend erforderlich sind wieder eine klare Orientierung und die Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln. Der Zivile Friedensdienst hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden.

Wir wollen, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Partner in der internationalen Politik ist. Wir wollen eine kluge, mit den Partnern abgestimmte Außenpolitik mit Augenmaß zum Wohle Deutschlands und Europas. Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jedoch hat das internationale Vertrauen in Deutschlands Europapolitik geschwächt. Auch aus vielen internationalen Krisen und Konflikten vom Nahen Osten über Iran bis Afghanistan hat Deutschland sich in den letzten vier Jahren als gestaltende Kraft verabschiedet. Wir wollen Vertrauen wiederherstellen und unserer Verantwortung auf internationaler Ebene gerecht werden.

Die **Außen- und Sicherheitspolitik der EU** muss dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als EU gemeinschaftlich auftreten. Wir brauchen deshalb neue politische Impulse für eine zukunftsfähige, noch stärker vergemeinschaftete, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unser Ziel ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik setzt vor allem auf politische Mittel und Diplomatie, auf Handel, gerechte Entwicklung und zivile Krisenprävention. Besonders in der Entwicklungspolitik muss Europa noch deutlicher als bisher einen integrierten gemeinsamen Ansatz verfolgen. Eine zentrale Herausforderung für die gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Zukunft liegt zudem darin, die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen, Kompetenzen und Partnerschaften der einzelnen EU-Staaten so zu vernetzen und in die gemeinsame Außenpolitik der EU einzubringen, dass hieraus ein konkreter Mehrwert entsteht. Nur gemeinsam kann Europa seine Werte und Interessen in einer Welt im Wandel wirksam behaupten. Die deutsche Außenpolitik

muss deshalb viel stärker noch als bisher in eine gemeinsame europäische Außenpolitik einfließen.

Europa muss zudem weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. Die **Erweiterungspolitik der EU** hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen, sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Auch an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest. So wichtig eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitrittswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.

Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.

Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept. Den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicherheitsdienste wollen wir zurückdrängen und strengen nationalen und internationalen Regeln unterwerfen.

Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben.

Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportentscheidungen die Bundesregierung kontrolliert und das zeitnah Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit herstellen kann. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.

Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des **Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung** aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die **zivile Hilfe**.

Wir werden gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im Nahost-Friedensprozess drängen. Zentrales Ziel unser Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Deutschland hat einmal hohes Ansehen bei allen Konfliktparteien genossen. Dahin wollen wir zurück und unseren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten.

Der Konflikt in **Syrien** birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Wir wollen, dass Deutschland bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden.

Die **arabischen Staaten im Umbruch** wollen wir bei ihren Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung wird man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können. Wir brauchen eine Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region, um das Problem an der Wurzel zu packen.

Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig.

Die **Bundeswehr** ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist. Das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir ab. Wir wollen, dass die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führt. Dazu gehört auch, dass die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederbelebt wird.

Hier wollen wir neue Impulse setzen. Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hierdurch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss. Die Verankerung der Bundeswehr in unserer demokratischen und pluralen Gesellschaft muss erhalten und gestärkt werden. Wir treten dafür ein, dass die Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden. Gelingen kann dieser Umbau nur, wenn alle Beschäftigten der Bundeswehr auf diesem schwierigen Weg mitgenommen werden. Daher setzen wir uns ein für ein umfassendes Konzept zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringt. Eine überstürzte Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen lehnen wir ab. Wir fordern, dass vorher alle sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend beantwortet werden.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außenpolitik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Auslandsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern.

Der deutsche UN-Standort Bonn wird als Ort der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Bundesstadt Bonn als zweitem bundespolitischem Zentrum Deutschlands auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes gestärkt und im Dialog mit der Region sowie den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine dauerhafte vertragliche Regelung vorbereitet.

Wir wollen eine Neubelebung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen. Die USA sind Deutschlands und Europas wichtigster strategischer Partner. Die stärkere Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik bedeutet keine Abwertung des transatlantischen Verhältnisses. Sie stellt Europa vor neue Herausforderungen, eröffnet aber auch neue Chancen der Kooperation. Diese müssen genutzt werden.

Wir wollen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit neuem Leben füllen, weiterentwickeln und vertiefen. Wir streben eine enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen im Nahen Osten und der arabischen Welt an. Unsere Beziehungen in den asiatischen Raum wollen wir nutzen, um gemeinsame transatlantische Strategien für den asiatischen Kontinent und den Pazifischen Raum zu entwickeln. Wir bieten an, als Mittler eines notwendigen fortgesetzten amerikanisch-russischen Dialogs zu wirken. Die Bemühungen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Hierbei sollen die jeweils fortschrittlichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökologischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren Transparenz zugrunde gelegt werden.

Darüber hinaus wollen wir strategische Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China aufbauen bezie-

hungsweise weiterentwickeln. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Neben Asien mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dynamik wird der afrikanische Kontinent in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Das gilt auch für die aufstrebenden Mächte in Lateinamerika.

Wir setzen gegenüber **Russland** auf eine Politik, die wirtschaftliche Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer umfassenden **Modernisierungspartnerschaft** verbindet. Wir streben im wechselseitigen Interesse Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung an.

Deutschland und Europa müssen ihren politischen Einfluss in **Asien** und der **pazifischen Region** als zentralen politischen und wirtschaftlichen Schauplatz der Zukunft entschlossen ausbauen. Wir wollen die Asienpolitik der Europäischen Union auf eine breitere Grundlage als bisher stellen und in den letzten Jahren vernachlässigte Ansätze wie die EU-Zentralasienstrategie revitalisieren.

Die Partnerschaft mit diesen aufstrebenden Ländern und Regionen darf sich jedoch nicht auf die ökonomische Zusammenarbeit beschränken. Wir wollen, dass Deutschland und Europa die eigenen Werte in diese Zusammenarbeit einbringen und demokratische, soziale und menschenrechtliche Fragen nicht aussparen.

Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung.

Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Multilaterale Organisationen betrachten wir als Brücke in eine gerechte globale Ordnung. Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit. Wir treten daher für eine notwendige politische Reform und Stärkung der UNO ein, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt. Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in und für Europa. Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielt. In der WTO und im Rahmen der G20 soll Deutschland sich stark machen für ein gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.

Wir stehen für eine **Stärkung des Systems der Vereinten Nationen**. Wir möchten die Vereinten Nationen mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung stellen. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Wir wollen uns im Sinne sozialdemokratischer Friedenspolitik für eine Stärkung der Krisen- und Konfliktprävention und des Schutzes der Menschenrechte einsetzen. Das Prinzip der Schutzverantwortung muss sich vor allem auf die zivilen Maßnahmen konzentrieren.

Eine Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich gerade auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als wichtig erwiesen. Ihre Stimme muss bei der Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftsordnung gehört werden.

Wir lehnen ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen ab, die klar gegen die elementaren **Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**, wie das „Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit“, das Recht auf Tarifverhandlungen und freie Gewerkschaften sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Deshalb werden wir uns einsetzen für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, für die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen und die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern. Die EU-Handelsabkommen müssen an die Einhaltung und Überwachung der ILO-Kernarbeitsnormen gekoppelt werden. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.

Internationale Politik muss sich dringend mit den **Herausforderungen der Ressourcen-sicherheit** und des Klimaschutzes befassen. In diesem Sinne treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein. Statt immer auf „das langsamste Schiff im Geleitzug“ zu warten wie in der bisherigen Klimapolitik, wollen wir Allianzen derer schaffen, die vorangehen – und sich dabei die Vorteile der Pioniere erarbeiten.

Menschenrechte umfassend schützen und international durchsetzen.

Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaatlich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. Nur das macht unsere Politik im Inneren und nach Außen friedensfähig, sozial gerecht und damit nachhaltig.

Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame Instrumente des Menschenrechtsschutzes. Besonders wichtig sind insbesondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen.

Überall auf der Welt werden, wenn auch unterschiedlich, Menschenrechte von Frauen immer noch vielfältig verletzt: Systematische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Verletzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Menschenhandel oder fälschlich so genannte „Verbrechen im Namen der Ehre“ werden wir deshalb mit besonderem Nachdruck bekämpfen.

Auch Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch kranke und alte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das häufig genug nicht respektiert wird. Das erfordert unsere stärkere Aufmerksamkeit und unser politisches Eingreifen. Auch der Schutz von Minderheiten gehört zu den wichtigen Bereichen der Menschenrechtsarbeit. Deshalb treten wir aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderheiten ein, die häufig genug zu Opfern politischer Konflikte und sozialer und wirtschaftlicher Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden.

Auch in Europa müssen durch wirksames Eingreifen der Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene die diskriminierten Minderheiten zu ihrem Recht kommen.

Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein.

Entwicklungspolitik ist für uns globale Friedens- und Strukturpolitik.

Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Strukturpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen entwicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.

Ziele unserer Entwicklungspolitik sind die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern.

Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Ministerium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforderungen begegnen.

Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärmsten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen konzentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortgeschrittenen Ländern aufzugeben.

Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, der Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.

Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.

Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu

beitragen, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.

Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns beteiligen an der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.

Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.

Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen. Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme, um für ihre Aufgaben verstärkt eigene Ressourcen zu mobilisieren.

Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.

Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.

Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkonzept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von technischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und zu Doppelstrukturen führt, ist zu überwinden.

In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen.

Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umweltpolitik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegenzuwirken und um einen schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Auch den Schutz des Regenwaldes und anderer Ökosysteme müssen wir voranbringen. Die deutschen Finanzausgaben für den Schutz der Wälder und der biologischen Vielfalt werden wir umsetzen.

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.

XI. DEUTSCHLAND BESSER REGIEREN!

Unser Wahlprogramm folgt einem einfachen Grundsatz: Wir wollen regieren zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wir wollen etwas bewegen in unserem Land. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Wir wollen Schluss machen mit vier Jahren politischem Stillstand und Koalitionschaos. Wir wollen eine andere, eine bessere und gerechtere Politik für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands machen.

Die Regierung von Angela Merkel hat viel versprochen und genauso viele Versprechen gebrochen. Wir wissen sehr genau, was wir wollen. Wir drehen uns nicht wie Fähnchen im Wind. Wir halten Kurs. In stürmischen Zeiten muss Politik handlungsfähig sein. Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muss einen klaren Kompass haben. Unser Wahlprogramm ist dieser Kompass. Es steht auf festem Grund – unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unser Programm ist die Anleitung für unser Handeln. Unser Programm ist die Aufforderung zum Handeln. Unser Programm soll allen Bürgerinnen und Bürgern konkret in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen nutzen. Unser Programm ist der Auftrag, dass Politik endlich wieder konkrete Ergebnisse liefert.

Unser Wahlprogramm ist der Plan für eine bessere Politik in Deutschland und Europa. Eine Politik, die Soziales und Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, Bürger und Staat, Europa und Deutschland, Globalisierung und Gemeinden, Werte und Wirklichkeit wieder in Einklang bringt.

Unser Programm ist die Grundlage für eine Richtungsentscheidung über unsere Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels „Alternativlosigkeit“.

Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland!

Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Seit 150 Jahren machen wir Politik für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf.

**DARUM SPD.
DARUM PEER STEINBRÜCK.**

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Fon: 030 25991-500
Fax: 030 25991-375
Mail: parteivorstand@spd.de

Druck:

Braunschweig Druck
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Artikelnummer: 3000525

www.spd.de

ZEIT FÜR DEN GRÜNEN WANDEL



TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Bundestagswahlprogramm 2013
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Inhalt

A. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Warum es Zeit ist, dass sich was ändert	7
1. Es ist an der Zeit, den grünen Wandel entschlossen voranzutreiben	8
2. Warum wir den grünen Wandel brauchen	9
3. Unser Ziel: ein besseres Morgen	12
4. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – Motoren des grünen Wandels	15
5. Am 22. September GRÜN wählen	24
B. 100% sichere Energie	27
1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft	29
2. Die Energiewende von unten weiterführen	31
3. 100 % sichere Energie ohne Kohle und Öl	33
4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln	35
5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle	36
6. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global	39
C. Anders wirtschaften	46
1. Grüne Transformation der Industrie – in Deutschland, Europa und weltweit	48
2. Die Krise überwinden – durch ein solidarisches und ökologisches Europa	54
3. Finanzmärkte an die Leine nehmen	58
4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken	64
5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen	67
6. Solidarische Ökonomie fördern	68
7. Nachhaltiges Wirtschaften statt blinden Wachstums	69
D. Besser haushalten	74
1. Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik	77
2. Starke Schultern schaffen mehr als schwache: die grüne Einkommensteuer	82
3. Schulden abbauen: die grüne Vermögensabgabe	82

4. Unfaire Steuerschlupflöcher stopfen: grüner Subventionsabbau	83
5. Eine andere Politik ist möglich: die grünen Ausgabenprioritäten ab 2014	85
E. Teilhaben an guter Arbeit	88
1. Gute Arbeit braucht faire Löhne und Sicherheit	89
2. Gute Arbeit braucht einen effektiven Arbeitsschutz und starke Mitbestimmung	92
3. Gute Arbeit braucht Zugänge	94
4. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsvermittlung	98
5. Gute Arbeit in neuen Jobs	99
6. Gute Arbeit für gute Fachkräfte	100
F. Teilhaben an guter Bildung	104
1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen	105
2. Erfolg ermöglichen: für gute Kitas und Schulen	107
3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung	109
4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung	111
5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben	115
G. Teilhaben an sozialer Sicherung	118
1. Grüne Grundsicherung	119
2. Grüne Bürgerversicherung: gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems	122
3. Grüne Gesundheitspolitik: ortsnah und bedarfsgerecht, inklusiv und präventiv	123
4. Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik	130
5. Grünes Pflegekonzept: menschenwürdig und unterstützend	131
6. Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierente gegen Altersarmut	133

H. Teilhabe für Jung und Alt	140
1. Chancen für alle Kinder	141
2. Raum für Familie	143
3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken	146
4. Freiraum für Jugendliche	146
5. Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter	148
6. Ein neuer Generationenvertrag – ein neues Zusammenleben	149
I. Intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle	153
1. Intakte Umwelt, gesundes Leben	154
2. Die Vielfalt der Natur schützen	156
3. Besser leben mit weniger Ressourcen	158
4. Die Zukunft der Landwirtschaft ist grün	160
5. Massentierhaltung – nein danke!	163
6. Schluss mit der Tierquälerei	165
J. Nachhaltige Mobilität für alle	169
1. Ein Verkehrsnetz für alle	170
2. Mit der Energiewende auch die Verkehrswende umsetzen!	172
3. Den neuen Bundesmobilitätsplan mit den BürgerInnen entwickeln	174
4. Den Verkehr sicher und leiser machen	175
K. Verbraucherschutz für alle	179
1. VerbraucherInnen mächtig machen	180
2. Schluss mit der Abzocke	181
3. Energie zu fairen Preisen	182
4. Verbraucherrechte stärken	183
5. Gesunde Ernährung ohne Gentechnik	184
L. Freies Netz und unabhängige Medien für alle	188
1. Wirtschaften und teilhaben: Die Zukunft ist digital	190
2. Unsere Verantwortung für ein freies Netz	192

3. Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken	194
4. Öffentlichkeit herstellen: eine neue Medienpolitik	196
5. UrheberInnen stärken, fairen Interessenausgleich aushandeln	198
M. Demokratie erneuern	204
1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden	205
2. Parlamente stärken, Parteien öffnen	206
3. Demokratie im Alltag beleben	207
4. Engagement fördern	209
5. Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen	210
6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen	212
N. BürgerInnenrechte stärken	218
1. Sicherheit in den Dienst der Freiheit stellen	219
2. Daten schützen, Freiheit sichern	225
3. Den Rechtsstaat stärken	226
4. Diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen	228
5. Barrieren beseitigen – das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung stärken	229
6. Menschen einbürgern – mit Integration und Inklusion	231
7. Flüchtlinge aufnehmen und menschenwürdig behandeln	232
8. Gleiche Rechte schaffen – Homo- und Transphobie entgegenreten	236
O. Gleichberechtigung schaffen	240
1. Gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chance	241
2. Männer in neuen Rollen unterstützen	244
3. Die Demokratie vervollständigen	245
4. Über den Körper selbst bestimmen	246
5. Gewalt ächten	247
6. Europäische und internationale Frauenpolitik	249

P. Kunst und Kultur beflügeln	252
1. Kultureinrichtungen für alle öffnen	253
2. Gerechtigkeit für alle Kulturschaffenden	254
3. Eine Reform der Kulturförderung	256
4. Anstoß für Demokratie und Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Frieden	259
5. Erinnerung wachhalten – Verantwortung übernehmen	261
6. Es lebe der Sport	262
Q. Unsere Politik vor Ort	266
1. Bezahlbar grün wohnen	267
2. Die grüne Stadt entwickeln	270
3. Mehr Grün im ländlichen Raum	272
4. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken	274
5. Regionen bedarfsgerecht und nachhaltig fördern	276
6. Kooperativer Föderalismus	277
R. Unser gemeinsames Europa	281
1. Für ein europäisches Deutschland	283
2. Für ein demokratisches Europa	286
3. Für eine europäische Energiewende	289
4. Für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger	291
5. Für Entscheidungen auf der richtigen Ebene	292
S. Unsere Eine Welt	296
1. Die große Transformation: Eine Welt macht sich auf den Weg	298
2. Eine Welt der Gerechtigkeit	301
3. Eine Welt der Menschenrechte	305
4. Eine Welt des Friedens und der Schutzverantwortung	306
5. Schluss mit der unkontrollierten und geheimen Rüstungsexportpolitik	309
6. Starke Vereinte Nationen, starkes Europa	312
7. Krisen bewältigen – dauerhaften Frieden ermöglichen	314
Schlusswort	319

A. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Warum es Zeit ist, dass sich was ändert

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir wenden uns mit diesem Programm an Sie. Wir wollen Sie bei der Bundestagswahl am 22. September für eine andere, für eine bessere Politik gewinnen.

Wir wenden uns mit unserem Programm an alle, die meinen, dass wir in unserer Gesellschaft jetzt einiges verändern müssen, um eine gute, eine sichere Zukunft zu schaffen. Wenn wir die Klimakatastrophe so weit wie möglich aufhalten und die Energiewende verwirklichen, wenn wir morgen in einer gerechten und modernen Gesellschaft leben wollen, dann können wir nicht abwarten – wir müssen heute politisch handeln.

Wir GRÜNE haben immer versucht, Politik zu machen, die über den Tag hinausdenkt, seit der Gründung der GRÜNEN in der Bundesrepublik im Jahr 1980 und im Osten seit 1989/90 als Grüne Partei in der DDR und als Bündnis 90. Dabei waren wir mutig und ehrgeizig und manchmal haben wir uns dabei auch geirrt. Aber aus unseren Irrtümern haben wir gelernt, unser Ehrgeiz hat uns stark gemacht und mit unserem Mut haben wir die Gesellschaft vorangebracht. Wir wollten aus der Atomkraft aussteigen, als noch alle Mächtigen Atomfans waren. Wir haben für biologische Lebensmittel gekämpft, als noch kein Großhändler auch nur daran dachte, diese Produkte zu verkaufen. Wir waren FeministInnen, wir haben die Quote gelebt, während überwiegend Männerbünde regierten, die Frauen lieber am Herd sahen. Wir kämpften an der Seite von Lesben, Schwulen, trans- und intersexuellen Menschen, als diese sozial vielfach geächtet wurden. Wir waren in Ost und West Kriegsdienstverweigerer und Friedensbewegte, als Kalter Krieg und atomares Wettrüsten als politische Notwendigkeit galten. Wir zeigten bereits Verantwortung für

die Eine Welt, als der Mainstream noch zwischen drei Welten unterschied und nur das nationale Wohl zählte.

Wir laden Sie auch heute ein, mit uns über den Tag hinauszudenken – mit uns zu diskutieren, was sich ändern muss und wo es hingehen soll. Deutschland hat auf dem Weg zu einer grüneren Wirtschaft und einer offeneren Gesellschaft einiges erreicht, aber in vielerlei Hinsicht haben wir gerade erst angefangen.

1. Es ist an der Zeit, den grünen Wandel entschlossen voranzutreiben

Wir müssen heute etwas ändern, damit auch die kommenden Generationen frei entscheiden können, wie sie leben wollen. Wir wollen heute etwas ändern, um zu einer Wirtschaftsweise zu kommen, die allen nutzt und nicht nur wenigen – die auf Erneuerbare Energien gebaut ist statt auf Öl, Kohle, Atom und Gas, die unsere Umwelt schützt, statt sie zu zerstören. Wir müssen dringend etwas ändern, um das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in arm und reich, oben und unten zu stoppen. Und wir wollen heute etwas ändern, damit wir morgen endlich in einer vielfältigen Gesellschaft leben, in der Kinder, Frauen und Männer, Menschen verschiedener sexueller Identität, verschiedener Religionen, aus unterschiedlichen Kulturen oder unterschiedlicher Herkunft endlich gleichberechtigt leben können und gleiche Möglichkeiten haben.

Wir wollen alle von der Notwendigkeit des Wandels überzeugen. Lobbyismus und Klientelinteressen werden wir entschieden entgegenreten und sie in die Schranken weisen. Auch das ist die Aufgabe demokratischer Politik.

Politik braucht Ideale, braucht Grundsätze und Werte, eine nachvollziehbare Richtung – doch genau das vermissen wir und viele andere bei dieser schwarz-gelben Regierung. Ohne Kompass gibt es keine Orientierung, sind politische Schritte nur noch von tagespolitischen Bedürfnissen und Machtinteressen abhängig.

Wir wenden uns mit diesem Programm an alle IdealistInnen, denn auch wir glauben: Eine bessere Gesellschaft ist möglich. Wir wenden uns mit diesem Programm an alle RealistInnen, denn auch wir wissen, dass die besten Ideale wenig wert sind, wenn wir nicht nach machba-

ren Vorschlägen suchen, sie zu verwirklichen. Wir legen in unserem Programm dar, welche Ideen, welche Grundsätze und Werte grüne Politik anleiten – und machen deutlich, wie wir diese Werte in konkrete Politik übersetzen.

2. Warum wir den grünen Wandel brauchen

Die wirtschaftliche Lage ist in Deutschland auf den ersten Blick gut. Unser Land hat viele beeindruckende, technologisch starke Unternehmen, gut ausgebildete Beschäftigte und viele kreative Köpfe. Sie haben Deutschland, vor allem über den Exporterfolg, besser als viele andere Staaten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gebracht.

Allein dieser ökonomische Erfolg ist nicht nachhaltig, weil unsere Wirtschaftsweise noch immer viel zu viel zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Die Produktion unseres Essens, unserer Handys, Autos, Kleider oder Möbel ist noch immer mit immensen Emissionen und Ressourcenverbrauch verbunden. Das Erdklima heizt sich weiter ungebremst auf. Das wird von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Die Folgen der Klimakatastrophe haben uns zum Teil schon jetzt erreicht, nicht nur in Australien und am Nordpol. Schon jetzt nehmen Dürren, Stürme, extreme Hitze- und Kälteperioden zu, schon jetzt flüchten jährlich weltweit Millionen von Menschen vor den Auswirkungen der Klimakatastrophe. Die Folgen dieser Entwicklung werden bald noch spürbarer werden. Wir gehen noch immer verschwenderisch mit Rohstoffen um, deren Vorkommen begrenzt ist und deren Abbau die Flüsse vergiftet, die Erde verseucht, die Luft verpestet und Menschen von ihrem Land vertreibt. Menschen in vielen Ländern der Welt verlieren durch unseren Lebensstil ihre Existenzgrundlage, sie bauen auf ihren Feldern Futtersoja an für unseren Fleischkonsum, sie arbeiten unter fürchterlichen und gefährlichen Bedingungen für unsere Billigkleidung. Auch Kinder schufteten unter furchtbaren Bedingungen für unseren Konsum. Wälder werden gerodet, Böden übernutzt, die Artenvielfalt schrumpft in rasendem Tempo. So untergräbt unser Wohlstand seine eigenen Grundlagen.

Unser ökonomischer Erfolg ist nicht nachhaltig, weil die einseitige Exportorientierung zu massiven Ungleichgewichten in der Europäi-

schen Union beigetragen hat und weil die Ungleichgewichte in unserer Gesellschaft immer größer geworden sind. Die Einkommens- und Vermögensschere hat sich immer stärker geöffnet. Während einige wenige hohe Gewinne einfahren, arbeitet mehr als jede/r fünfte Beschäftigte für einen Niedriglohn, davon 6,8 Millionen deutlich unter 8,50 Euro. Obwohl immer mehr Menschen in Arbeit sind, steigt dennoch die Armut. 10 % der Haushalte in Deutschland verfügen über weit mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Die unteren 50 % der Haushalte in Deutschland besitzen zusammen gerade einmal 1 % des Nettovermögens. In den letzten zehn Jahren ist die Verschuldung der öffentlichen Hand um 800 Mrd. Euro gewachsen – das ungleich verteilte private Vermögen hingegen hat sich von fast fünf auf über zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Marode Schulen, geschlossene Schwimmbäder, stillgelegte Bahnhöfe, fehlende Kita-Plätze, zu wenig Ganztagsschulen – in den meisten Kommunen fehlt Geld für unsere öffentlichen Einrichtungen. Diese Entwicklung stellt den Zusammenhalt der Gesellschaft in Frage.

Wir schaden unserer Zukunft, wenn in einem reichen Land wie Deutschland mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen. Nicht nur das, auch ihre Aufstiegschancen sind schlecht. In Deutschland entscheidet sich in der Regel schon mit der Geburt, ob ein Kind später Abitur oder überhaupt einen Schulabschluss macht, ob es eine Chance auf einen Ausbildungsplatz hat, auf ein selbständiges Leben in Würde. Die traurige Wahrheit ist: Armut vererbt sich in unserem Land. Unseren Kindern sollte es einmal besser gehen. Heute hoffen viele, dass es ihnen wenigstens nicht schlechter geht.

Es ist nicht minder skandalös, dass Eltern immer noch um einen Kinderbetreuungsplatz kämpfen müssen, wenn sie einen wollen und brauchen. Noch immer gibt es auch viel zu wenig Ganztagsschulen und gute, ganztägig geöffnete Kitas in Deutschland. Seit Jahrzehnten reden wir über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, seit Jahrzehnten tut sich viel zu wenig. Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung gibt es nur für diejenigen wirklich, die es sich finanziell leisten können.

Familie ist da, wo Kinder sind. Und Familie ist selbstverständlich da, wo Menschen füreinander eintreten und Verantwortung füreinander übernehmen. Kinder brauchen Eltern und Menschen, die sie lieben. Und es muss egal sein, ob die Eltern lesbisch, hetero oder

schwul sind. Die ideologische Verweigerung des Adoptionsrechts und der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist diskriminierend und muss überwunden werden. Es ist unwürdig, dass die notwendige Modernisierung vom Bundesverfassungsgericht und nicht vom Parlament vorangetrieben wird.

Frauen und Männer sind in Deutschland immer noch nicht gleichberechtigt. Frauen erhalten weniger Lohn, auch für vergleichbare Tätigkeiten, und steigen seltener in Führungspositionen auf. Viel häufiger als Männer sind sie zu Niedriglöhnen und in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die keinen Spielraum für eine eigenständige Absicherung bieten; sie sind deshalb auch öfters von Altersarmut bedroht. Und sie tragen einen Großteil der häuslichen Sorgearbeit und der Kindererziehung. Hier tut sich seit Jahren wenig. Auch eine Frau als Kanzlerin macht noch keine gute Gleichstellungspolitik.

Es ist erschreckend, dass eine rechte Terrorgruppe über zehn Jahre hinweg, angetrieben von einem blinden Hass auf alles, was nicht ihrem kruden Weltbild entsprach, mit Bombenanschlägen und kaltblütigen Morden ungehindert durch unser Land ziehen konnte. Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden ist tief erschüttert. Echte Konsequenzen aus diesem staatlichen Versagen wurden immer noch nicht gezogen.

Es besorgt uns zutiefst, dass unter Merkels Führung das Europa der Nationalstaaten auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft reaktiviert wurde. Mit der Devise „An Deutschlands Wesen soll Europa genesen“ gefährdet die Koalition Angela Merkels nicht nur die weitere Integration, sondern auch das friedliche Miteinander in der EU. Mit dem national fokussierten Blick hat Schwarz-Gelb unter dem Deckmantel des Spardiktats in wenigen Monaten über Jahrzehnte aufgebaute Eckpfeiler des Friedensprojekts EU – wie Vertrauen, Solidarität und Einheit in Vielfalt – ins Wanken gebracht.

Wir finden, das darf nicht so weitergehen. Wir wollen unsere Demokratie und die Bürgerrechte stärken. Wir wollen gemeinsam einen grünen Wandel hin zu einer Wirtschaft und Gesellschaft schaffen, der nicht auf Kosten des Planeten, nachkommender Generationen oder wirtschaftlich schwächerer Menschen in anderen Regionen geht. Ein grüner Wandel, der das Vertrauen in staatliche Institutionen wieder stärkt.

Deutschland hat alle Mittel dazu, das zu schaffen: die Menschen, die Technologien, das Wissen.

Und auch den Willen. Denn die Gesellschaft ist weiter, als Merkel und ihr Kabinett uns glauben machen wollen. Die große Mehrheit will, dass es in unserer Gesellschaft gerechter zugeht, dass mehr Beteiligung möglich ist und dass wir endlich Verantwortung für unsere Zukunft übernehmen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat längst verstanden, dass wir schonender mit unseren natürlichen Ressourcen umgehen müssen, dass wir einen neuen sozialen Ausgleich und ein echtes Teilhabeversprechen brauchen, dass wir unsere Demokratie erhalten und dafür aber auch etwas tun müssen.

Doch diesen gesellschaftlichen Mehrheiten steht eine schwarz-gelbe Koalition entgegen, deren Kanzlerin Klientelinteressen schützt, statt sich auf die Seite des Wandels zu stellen. Verwandeln wir also endlich die gesellschaftliche Mehrheit in eine politische Mehrheit. Eine andere, eine bessere Politik ist möglich!

3. Unser Ziel: ein besseres Morgen

Wir können gemeinsam eine Wirtschaft schaffen, die Lebensqualität für alle schafft, ohne Umwelt, Natur und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Wir können gemeinsam eine gerechte Gesellschaft schaffen, in der niemand ausgeschlossen ist von Bildung und Arbeit und einem Leben in Würde.

Mit der Energiewende übernehmen wir eine weltweite Vorreiterrolle. Damit können wir in Deutschland zeigen, dass eine erfolgreiche Industrienation den Umbau zu einer klimafreundlichen Energieversorgung schaffen kann. Wir können dem stockenden internationalen Klimaschutz so ganz neue Impulse geben und die drohende Klimakatastrophe noch abwenden. Gleichzeitig können mit diesen politischen Rahmenbedingungen innovative UnternehmerInnen hunderte tausende neue Jobs schaffen und alte Abhängigkeiten vom Import teurer Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas werden beseitigt. Das spart viel Geld und macht unsere Produktion sauber. Die neue, saubere Energie wird dabei von vielen kleinen Unternehmen in Bürgerhand erzeugt, nicht nur von einigen wenigen Großkonzernen, die heute den Wandel bremsen, weil sie uns teuren Strom verkaufen wollen,

ohne Konkurrenz fürchten zu müssen. Wir ziehen endlich die Konsequenz daraus, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind und eine Energieversorgung der Zukunft nicht auf Kohle und Öl aufbauen darf – und auf Atom schon gar nicht. Der Ressourcen Hunger der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mitverantwortlich. Der gerechte Zugang zu Energie und der Nutzung von natürlichen Ressourcen ist aktive Friedenspolitik, genauso wie der Ersatz endlicher Rohstoffe durch erneuerbare.

Die Wirtschaft, die wir brauchen, soll Wohlstand für alle schaffen. Wir setzen auf eine nachhaltige Wirtschaft als Leitbild. Bisher wird unsere Wirtschaft fast ausschließlich anhand ihres Wachstums beurteilt. Die Fixierung von Politik und Medien allein auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Über die wichtigsten Dinge, die das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, kann es uns unterm Strich sogar ärmer machen. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität – einen neuen Wohlstandsindikator, der die soziale und ökologische Dimension des Wohlstandes mit umfasst. Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen und nicht Märkte in den Mittelpunkt stellt.

Wir haben es in der Hand, unsere Gesellschaft so zu gestalten, dass alle Menschen gerecht an ihr teilhaben können, dass Arm und Reich nicht unerreichbar weit auseinanderliegen, Wenige sich nicht auf Kosten Vieler bereichern, und alle Zugang zu den Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben haben. Wir wollen, dass sich jeder Mensch gemäß seinen Fähigkeiten und Potentialen entwickeln kann – in guten Kitas und Schulen und nicht abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der starke Schultern mehr tragen als schwache. Wir geben aber auch klar Auskunft, wie wir die Mittel einsetzen wollen, um zu guten öffentlichen Institutionen zu kommen, von denen alle profitieren. Wir arbeiten so an einer sozialen und ökologischen Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir schaffen endlich klare Regeln für die Finanzmärkte. Gute Arbeit, gute Löhne, mehr Mitsprache der Beschäftigten – all das kann und muss zum wirtschaftlichen und sozialen Erfolg beitragen.

Wir wollen in einer modernen Gesellschaft leben, in der Menschen gleichberechtigt sind und gleiche Chancen und Möglichkeiten haben – Frauen und Männer, Menschen mit Behinderungen, Flücht-

linge, Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters, Menschen verschiedenen Glaubens und verschiedener sexueller Identität. Wir wollen unsere Demokratie wiederbeleben, so dass neben den gewählten Parlamenten vor allem die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden – und nicht starke Lobbys, für die das Gemeinwohl kein Kriterium ist.

Wir wollen einen respektvollen Umgang mit der Natur, der die Artenvielfalt, den Boden, die Luft und das Wasser schützt. Wir wollen eine naturnahe Waldwirtschaft. Wir wollen eine Landwirtschaft, die nicht mehr von tierquälerischer Massentierhaltung und klimaschädlicher Fleisch- und Milchproduktion geprägt ist. Wir wollen informierte Verbraucherinnen und Verbraucher mit gesicherten Rechten – keine Lebensmittel- oder Datenschutzskandale in Serie.

Wir richten unsere Politik nicht nach Himmelsrichtungen aus. Weder Ost und West noch Nord und Süd dürfen gegeneinander ausgespielt werden. Wir packen die Probleme dort an, wo sie bestehen. Unser Ziel sind gleiche Chancen, Möglichkeiten und vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Regionen. Auch deshalb bedarf es auch über 20 Jahre nach der friedlichen Revolution der Solidarität zwischen den ost- und westdeutschen Ländern. Wir können auch heute noch viel voneinander lernen und uns gemeinsam entwickeln. Grüne Politik denkt und handelt auch vor Ort. Städte und Dörfer sind zentrale Orte des öffentlichen Zusammenlebens. Es wird Zeit, dass die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, denn Zusammenleben und Demokratie bekommen hier ihr Gesicht.

Wir wollen ein europäisches Deutschland – kein deutsches Europa. Die Bundesrepublik hat vom Zusammenwachsen Europas profitiert wie kein anderes Land. Doch in der Krise hat sich gezeigt, dass Europa Reformen braucht. Wir sind uns sicher: Um die großen Herausforderungen zu gestalten, brauchen wir mehr Europa. Aber wir brauchen auch ein anderes Europa: ein Europa, das miteinander mehr gegen Jugendarbeitslosigkeit und Armut unternimmt, das gemeinsam den Weg hin zu den Erneuerbaren Energien geht, das Flüchtlinge schützt, anstatt die Grenzen Europas zu todbringenden Mauern aufzurüsten. Ein Europa mit gemeinsamen Sozialstandards und mehr Kooperation in Steuer- und Finanzfragen. Wir brauchen

ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger statt ein Europa der Regierungen, Verwaltungen und Expertokratie.

Wir stehen für eine Politik, die global denkt und handelt. Unsere ambitionierte innenpolitische Reformagenda geht einher mit einer global durchdachten Politik. Den Schutz des Klimas, den Erhalt der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt gibt es nur global. Unser Ziel ist es, Menschenrechte umzusetzen, Armut zu reduzieren, Frieden zu sichern sowie Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie zu fördern.

Wir glauben, dass viele in Deutschland so denken, vielleicht sogar die meisten. Doch um zu diesem Ziel zu kommen, müssen wir noch vieles verändern. Und wir müssen es bald tun, denn eine falsche Wirtschaftsweise und eine ungerechte Gesellschaft verursachen Schäden, die nicht mehr zu reparieren sind. Wir glauben, der grüne Wandel ist der richtige Weg zu diesem besseren Morgen.

4. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – Motoren des grünen Wandels

Eine bessere Politik lässt Menschen teilhaben. Denn nur wer Teil dieser Gesellschaft ist, wer Zugang hat zu den öffentlichen Gütern, wird nicht abgehängt und kann selbstbestimmt leben. Eine bessere Politik braucht Menschen, die sich einmischen und begreift diese nicht als Störfaktor. Eine bessere Politik schaut voraus und schafft Zukunft – heute schon.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das ist die Richtung des grünen Wandels. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das sind zugleich seine Motoren.

Teilhaben: Ihre Stimme für mehr Gerechtigkeit

Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr soziale Teilhabe! Teilhabe ist eine elementare Bedingung für Gerechtigkeit: Teilhabe am Arbeitsmarkt, Teilhabe an der Bildung, Teilhabe an sozialer Sicherung, Teilhabe an einem Gesundheits- und Pflegesystem, das keine Unterschiede zwischen den Menschen und ihren Einkünften oder ihrer Herkunft macht – Teilhabe aber auch an wirtschaftlicher Entwicklung und ökonomischem Erfolg.

Eine Politik der Teilhabe braucht neben einer menschenwürdigen Grundsicherung die Erneuerung und Stärkung unserer öffentlichen Institutionen. Wir wollen sie an die Öffentlichkeit zurückgeben: die öffentlichen Orte, Räume und Netze. Ob Kitas oder Schulen, Hochschulen oder Berufsschulen, Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen, Jobcenter oder Arbeitsagenturen, öffentliche Plätze oder Stadtteilzentren, Jugend- oder Kultureinrichtungen: Überall dort entscheidet sich, ob Teilhabe möglich ist. Die Erneuerung all dieser öffentlichen Institutionen braucht höhere Qualität, Öffnung für alle und bessere Beteiligungsmöglichkeiten. Wir beschreiben in den Kapiteln unseres Programms genau, wie die Erneuerung dieser Orte, Räume und Netze aussehen kann. Hier investieren wir Geld – und vor allem unsere Ideen.

Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der es normal ist, verschieden zu sein, in der alle Zugang haben. Unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder Herkunft, Alter oder Elternhaus, körperlicher oder psychischer Verfassung: Wir bauen die Barrieren ab. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Freiheitsrechte, Teilhabechancen und Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens haben und erwünscht sind. Gleich ob Schule oder Arbeitsmarkt, Stadtviertel oder Kultureinrichtung, Gesundheit oder Pflege: Unser Ziel ist eine durchlässige Gesellschaft, die Blockaden abbaut, in der Anstrengung belohnt wird und niemand durch verschlossene Türen und gläserne Decken ausgebremsst und ausgeschlossen wird.

Teilhabe – das braucht eine solide und solidarische Finanzierungsbasis, in der die stärkeren Schultern mehr tragen als die schwächeren. Deshalb sollen die kleinen Einkommen entlastet und die höheren stärker einbezogen werden. Wir wollen Gering- und Normalverdienenden entlasten durch ein höheres steuerfreies Existenzminimum und stabilisierte Beiträge für Krankheit und Pflege durch eine Bürgerversicherung. Erben sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung von Bildung und Kultur in den Ländern leisten. Verdienst aus Geldanlagen soll wieder genauso hoch besteuert werden wie Verdienst aus Arbeit. Und wir wollen eine Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung, die dazu dient, den durch die Finanzkrise enorm gewachsenen Schuldenberg abzutragen – damit unsere Steuergelder nicht für die Zinstilgung, nicht für das Zahlen von Zinsen, sondern für mehr Teilhabe und bessere öffentliche Güter für alle

genutzt werden können. Grundlage unserer finanz- und steuerpolitischen Reformen, die wir in diesem Programm vorschlagen, ist eine transparente Finanz- und Haushaltspolitik, die die Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen beachtet. Maßstab für die Entwicklung und Umsetzung dieser Reformen waren und sind Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit sowie die Bewahrung der betrieblichen Investitionsfähigkeit. Entlang dieser Maßstäbe haben wir unsere finanz- und steuerpolitischen Reformen entwickelt und überprüft und werden es auch in Zukunft tun.

Teilhaben – das gilt nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch europa- und weltweit. Wir wollen europaweit zu einer Finanzierungsbasis für Teilhabe beitragen durch einen europäischen Steuerpakt zum Schließen von Steueroasen und zum Beenden von Steuerdumping.

Teilhaben – das geht nur mit gerechten Löhnen und guter Arbeit für alle. Deshalb wollen wir prekäre Arbeitsverhältnisse eindämmen, Minijobs ersetzen, den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern und das Tarifvertragssystem stärken.

Teilhaben – das braucht eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Denn eine Gesellschaft mit großer Ungleichheit kann ihre Potentiale nicht nutzen – sie verliert den Rückhalt ihrer Mitglieder und damit den Kitt, der sie zusammenhält. Unsere Gesellschaft muss wieder von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, nicht nur die obersten 10 %. Neben Steuern und Sozialabgaben braucht es dafür auch eine andere Wirtschaftspolitik, die die Dominanz einzelner Akteure zurückdrängt.

Teilhaben – das bedeutet im 21. Jahrhundert auch, Zugang zu schnellem Internet zu haben. Soziale wie ökonomische Teilhabe hängt nicht zuletzt vom Breitbandinternetanschluss ab. Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass jede/r am schnellen Internet teilhaben kann.

Teilhaben – das braucht ein diskriminierungsfreies gesellschaftliches Klima, in dem alle Menschen ihre Chance bekommen und sich einbringen können. Wir wollen unsere Einwanderungsgesellschaft so gestalten, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt zusammenleben können. Wir wollen eine moderne Integrationspolitik, die anerkennt, dass jede Einbürgerung ein Erfolg ist.

Teilhaben – das zielt auch auf Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Sexismus und die Benachteiligung von Frauen sind in vielen Fällen noch immer trauriger Alltag. Wir machen mit dem Skandal Schluss, dass viele Frauen immer noch keine eigenständige Existenzsicherung haben, dass sie die schlechteren Karrierechancen und niedrigere Löhne in Kauf nehmen müssen. Dafür brauchen wir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, ein Entgeltgleichheitsgesetz, eine Quote in Aufsichtsräten und einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Kinderbetreuung. Außerdem wollen wir das Ehegattensplitting in eine Individualbesteuerung umwandeln.

Machen wir aus der gesellschaftlichen eine politische Mehrheit: für gute öffentliche Institutionen, für eine gerechtere Verteilung und ein soziales Sicherungssystem, das seinen Namen wirklich verdient. Für eine gerechte Gesellschaft, an der alle teilhaben.

Einmischen: Ihre Stimme für mehr Beteiligung

Schaffen wir einen grünen Wandel für mehr demokratische Beteiligung! Misch dich ein! Das war unser Credo bei unserer Parteigründung in Ost wie West. Und Einmischung braucht unsere Demokratie auch heute. Wir wissen, was Bürgerbewegungen auch über festgefahrene Strukturen und Parteigrenzen hinweg erreichen können. Wir wollen mit unserer Politik das Einmischen leichter machen. Demokratie zählt zum Wertvollsten, was wir haben. Und gerade deshalb wollen wir sie neu beleben, ihr neue Kraft geben. Das geht nur, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen können und ihre demokratischen Rechte geltend machen. Wir beschreiben in unserem Programm, wie eine neue demokratische Kultur aussehen kann. Wir setzen auf eine Politik des Zuhörens, Hörbarmachens und Mitentscheidens, in der Einmischung gewünscht ist und die Politik die Gründe ihres Handelns offenlegt und zur Diskussion stellt.

Einmischen erfordert zunächst neue Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir schaffen mehr Bürgerbeteiligung in den Planungsverfahren und bessere Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Volksentscheide. Die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative beispielsweise ist ein großer Erfolg. Das fordern wir auch, wenn es um unser Herzensanliegen geht, die neue klimafreundliche Energieversorgung. Einmischung ist erwünscht, auch wenn uns GRÜNEN dann ab und zu der Wind ins Gesicht bläst.

Wer möchte, dass die Menschen sich einmischen und den Wandel aktiv mitgestalten können, der muss nicht nur an den Verfahren feilen, sondern auch die Voraussetzungen fürs Einmischen schaffen. Einmischen – das braucht zum Beispiel starke Kommunen und Beteiligung vor Ort. Menschen sind engagiert und kompetent – gerade da, wo sie zu Hause sind, in ihrer Kommune: Elterninitiativen, die mit selbstverwalteten Kitas vorangehen und zeigen, wie dringend notwendig die Betreuung von unter Dreijährigen ist; Bürgerinnen und Bürger, die den „Atomausstieg selber machen“ und den Energieversorger wechseln, weil es ihnen zu langsam vorangeht; Sportvereine, die der Politik zeigen, dass ein neues Miteinander manchmal so einfach umzusetzen ist.

Einmischen – das heißt aber auch die Barrieren für Beteiligung zu beseitigen. Wir wollen, dass all diejenigen mitbestimmen können, die schon lange hier leben, und dafür das Wahlrecht ändern. Unsere Demokratie darf niemanden aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Identität, Geschlecht, Behinderung, Religion und Weltanschauung oder Alter ausgrenzen. Deswegen heißt Einmischen auch, Jugendlichen die Möglichkeiten zur demokratischen Entscheidung zu öffnen. Wir wollen das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre senken. Einmischen heißt auch, dass Menschen nicht aufgrund einer Behinderung einfach von ihrem Wahlrecht ausgeschlossen werden dürfen.

Einmischen – das geht aber auch nicht ohne gerechte Repräsentation. Wir kämpfen für eine inklusive Demokratie, in der alle mitreden und mitmachen können. Gerade deshalb streiten wir für eine gerechte demokratische Repräsentation. In den Parlamenten, in der Verwaltung, aber auch in den Parteien. Dafür brauchen wir Parteien, die sich zu den Bürgerinnen und Bürgern hin öffnen. Wir brauchen starke Parlamente und transparentes Regierungshandeln. Es ist beispielsweise nicht hinnehmbar, dass deutsche Waffen an alle Welt verkauft werden – ohne ausreichende parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrolle.

Einmischen – das heißt die Freiheit dazu zu haben. Der Abbau unserer Bürgerrechte muss ein Ende haben. Sicherheit gehört gewährleistet, Freiheit gehört nach über zehn Jahren der Einschränkung, die unter den Eindrücken der Terroranschläge in den USA vorgenommen wurden, wieder gestärkt. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der Menschen nicht das Gefühl haben müssen, überwacht zu werden –

sei es durch den Staat oder immer häufiger durch Unternehmen. Der Schutz unserer Privatsphäre und die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung sind daher im 21. Jahrhundert umso elementarer.

Einmischen – das lebt von mündigen VerbraucherInnen. Wir brauchen endlich wieder eine Verbraucherpolitik, die unsere Rechte schützt. Denn wir können nur Einfluss nehmen, wenn wir wissen, was drin ist, ob im Essen oder im Versicherungspaket.

Einmischen – das muss auch für die Arbeitswelt gelten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine Arbeitsmaschinen und kein Kostenfaktor, sondern die wichtigste Produktivkraft, die wir haben. Deswegen wollen wir ihre Rechte stärken, ihre Ideen und Engagement fördern.

Einmischen – das heißt für uns, jeder Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten. Die NSU-Morde und vor allem der skandalöse Umgang von Verfassungsschutzbehörden, Polizei und Justiz bei der Aufklärung zeigen, wie viel hier noch zu tun ist. Diesen immensen Schaden müssen wir beheben und wieder Vertrauen schaffen. Wir stärken den Widerstand gegen Nazis mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und erheben unsere Stimme auch dann, wenn Rassismus oder Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Einmischen – das heißt für uns, eine offene Gesellschaft zu schaffen, in der jede und jeder ohne Diskriminierung, ohne Angst vor Unterdrückung – sei es durch den Staat, durch menschenrechts- und demokratiefeindliche Bewegungen, durch private Einrichtungen, durch die eigene Familie – leben, arbeiten und handeln kann.

Einmischen – das heißt, die Beteiligungsmöglichkeiten des Internets zu nutzen und für alle zugänglich zu machen. Wir setzen auf die neuen digitalen Möglichkeiten, um mehr Mitwirkung und mehr Transparenz herzustellen.

Einmischen – das heißt die Entscheidungsstrukturen auch auf internationaler Ebene fairer zu gestalten. Wir wollen deshalb die Vereinten Nationen als internationale Organisation mit der meisten Legitimation weiter demokratisieren sowie den Internationalen Strafgerichtshof und das Völkerstrafrecht stärken.

Machen wir aus gesellschaftlichem Wunsch Wirklichkeit: für mehr Beteiligungsmöglichkeiten, für eine gerechte Repräsentation und für

eine neue Politik des Zuhörens. Für eine demokratische Gesellschaft, in der sich Einmischung lohnt.

Zukunft schaffen: Ihre Stimme für ein besseres Morgen

Schaffen wir einen grünen Wandel für ein besseres Morgen! Nachhaltig wirtschaften bedeutet nicht mehr verbrauchen, als auch nachwachsen kann – nicht von der Substanz leben, sondern von den Erträgen. Inzwischen wissen wir längst, dass sich dieses Motto nicht nur auf die Ökologie beschränken darf.

Zukunft schaffen – das heißt zuallererst die Energiewende schaffen. Wir erreichen 100 % sichere Energie – ohne Atom, Kohle und andere fossile Energieträger. Dazu wollen wir das Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) reformieren, von teuren Industriesubventionen befreien und so die Strompreise sozialer gestalten. Wir müssen den Strommarkt so organisieren, dass er den Übergang zu den Erneuerbaren Energien unterstützt, damit er auch dann noch funktioniert, wenn Kohle und Atom endlich verschwunden sind. Wir wollen Deutschland vom Bremsen zum Vorreiter beim Klimaschutz machen – hier, in Europa und der Welt. Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, damit es Energiesicherheit und Planungssicherheit gibt. Wir sorgen außerdem dafür, dass die Energiewende auch in der Verkehrspolitik ankommt. Mit Vorfahrt für FußgängerInnen, Fahrrad, Elektroantrieb und Schienenverkehr ermöglichen wir eine neue, nachhaltige Mobilität für alle – unabhängig von fossilen Energieträgern und frei von Lärm, der uns krank macht.

Zukunft schaffen – das heißt der Wirtschaft eine grüne Richtung geben. Wir stehen vor einem gigantischen Umbau unserer Industriegesellschaft hin zu einer ökologischen, also ressourcenleichten und emissionsarmen Wirtschaftsweise. Dafür braucht es einen neuen Rahmen, der ökologische Leitplanken und politischen Ziele für soziale Gerechtigkeit, eine zukunftsfähige Wirtschaft und ausgeglichene Staatsfinanzen setzt. Wir können unsere Abhängigkeit vom Weltmarkt reduzieren, indem wir knappe Rohstoffe weniger verwenden, wieder verwenden und durch günstigere und umweltschonendere Rohstoffe ersetzen. So leisten wir einen Beitrag für eine umweltverträgliche und gerechte globale Entwicklung.

Zukunft schaffen – das heißt Generationengerechtigkeit: Wir wollen Jugend aktiv beteiligen und brauchen Chancengleichheit von

Anfang an bis ins Alter. Mit vielfältigen Förderangeboten, einem besseren und sozial gerechteren Bildungssystem und einer Politik, die Chancengleichheit immer im Blick behält, schaffen wir eine Zukunft, in der jede/r die gleichen Chancen hat, von den gesellschaftlichen Möglichkeiten zu profitieren.

Zukunft schaffen – das heißt für uns auf Bildung und Wissenschaft zu setzen. Von einer zukunftsfähigen Bildungsrepublik sind wir noch weit entfernt. Ein gutes Bildungs- und Wissenschaftssystem ist Voraussetzung für die Bewältigung der großen sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen. Eine zukunftsfähige Gesellschaft und grüne Ökonomie braucht das Wissen und die Kreativität ihrer Menschen, benötigt gut ausgebildete Fachkräfte und HochschulabsolventInnen, lebenslanges Lernen sowie die Innovationen und das Know-how aus Wissenschaft und Forschung sowie den Mut von UnternehmerInnen und Unternehmen, nachhaltige Innovationen in die wirtschaftliche Praxis umzusetzen

Zukunft schaffen – das heißt Familien unterstützen. Familien übernehmen zentrale gesellschaftliche Aufgaben – in der Verantwortung für Kinder, aber auch in der Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige. Das gilt für alle Familien; egal ob homo- oder heterosexuell, ob verheiratet oder nicht, ob Patchwork oder alleinerziehend. Deshalb müssen endlich alle Familien gleichgestellt werden. Wir finden, dass alle gelebten Familienmodelle unter den Schutz von Artikel 6 Grundgesetz gehören. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass alle Familien die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, damit Kinder als Bereicherung für Familie und Gesellschaft wahrgenommen werden und Kindererziehung nicht zur Belastung wird. Dafür ist die Sicherstellung der Kinderbetreuung genauso wichtig wie die Erkenntnis, dass Familie auch Zeit braucht, die geschützt werden muss.

Zukunft schaffen – das heißt die Arbeit der Zukunft fördern und gerecht zwischen den Geschlechtern verteilen. Mit einer dritten, einer grünen industriellen Revolution und mit mehr Arbeit von Menschen für Menschen – ob in Bildung, Gesundheit, Pflege oder Kultur – schaffen wir die Arbeitsplätze von morgen und sichern so Wohlstand und soziale Teilhabe für alle. Die Arbeit der Zukunft ist eine gerechter verteilte Arbeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der nicht einerseits Menschen ohne existenzsichernde Arbeit im sozialen Abseits stehen und andererseits unter Beschäftigten „Burnout“ ein

Massenphänomen ist und vielen kaum noch Zeit für familiäre oder soziale Aufgaben bleibt. Wir werden neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit zum Leben und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können.

Zukunft schaffen – das heißt bezahlbares Wohnen für alle. Wenn spekulative Mieten eingedämmt werden, kann die Vertreibung vieler Haushalte aus ihrer Nachbarschaft verhindert werden. Energetische Gebäudesanierung muss angemessen und kontinuierlich gefördert werden.

Zukunft schaffen – das heißt vorsorgen. Das gilt in der Haushaltspolitik, in der wir insbesondere mit der Vermögensabgabe den gigantischen Schuldenberg abtragen wollen. Das gilt für die Arbeitsmarktpolitik, in der wir Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen, damit die Beschäftigten gesund bis zur Rente arbeiten können. Das gilt in der Rentenpolitik, in der wir mit der Garantierente auch zukünftigen Generationen das Vertrauen in die Alterssicherung zurückgeben wollen. Das gilt aber auch für die Gesundheitspolitik, die auf Vorsorge setzen muss und sich nicht erst kümmert, wenn wir schon krank sind.

Zukunft schaffen – das heißt die Umwelt erhalten. Wir brauchen mehr Schutzgebiete für die Artenvielfalt und ein neues Tierschutzgesetz. Wir brauchen eine Landwirtschaft ohne Gentechnik und ohne industrielle Tierproduktion. Tiergerecht statt massenhaft – so schaffen wir Zukunft für Mensch, Tier und auch für das Klima.

Zukunft schaffen – das gelingt nur mit Europa. Unserem gemeinsamen Europa. Wir stärken deshalb die Demokratie, Solidarität, Solidität, Nachhaltigkeit und die Menschenrechte in der EU. Dabei streiten wir für einen ökologisch-sozialen Umbau Europas, statt nur auf einseitige Sparpolitik in den Krisenländern zu setzen. Wir wollen eine Bankenunion und eine unabhängige Bankenaufsicht. Wir ergänzen die Wirtschafts- und Währungsunion um eine politische Union, damit nicht nur die Finanzmärkte diktieren, was geht und was nicht geht. Und wir wollen ein starkes Europaparlament, das die Hinterzimmerpolitik von Frau Merkel beendet und Transparenz vor Lobbyinteressen stellt.

Zukunft schaffen – das können wir nur, wenn wir die gesamte Welt im Blick haben. Unsere Eine Welt. Deshalb wollen wir die große Transformation hin zu einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen

Globalisierung vorantreiben. Das heißt auch, das Versprechen, 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, ebenso ernst zu nehmen wie die zivile Krisenprävention, bei der das Konzept der Schutzverantwortung umgesetzt wird. Das heißt aber auch ein neues Kontrollgesetz einzuführen, um sich gegen Rüstungsexporte einzusetzen und mit einem neuen Kontrollgesetz den Export von Waffen aus Deutschland zu begrenzen.

Jetzt handeln für ein besseres Morgen! Das ist unsere Antwort auf die Merkel-Koalition, die die Energiewende komplett gegen die Wand fährt, die Rettung des Euro immer nur vertagt, die wachsende Armut und Ungleichheit einfach ignoriert. Anstatt Herausforderungen anzugehen und der Wirtschaft endlich ein neues, zukunftsfähiges Fundament zu geben, werden falsche Entscheidungen getroffen oder Probleme auf die lange Bank geschoben.

5. Am 22. September GRÜN wählen

Liebe Wählerin, lieber Wähler, es ist an der Zeit, dass sich was ändert. Statt sozialer Spaltung brauchen wir ein neues Miteinander. Statt eines entfesselten Kapitalismus eine Regulierung der Finanzmärkte. Statt alten Wachstums echte Lebensqualität. Statt einer marktkonformen Demokratie eine demokratische Erneuerung, in der die Menschen etwas zu sagen haben und die Politik gestalten kann. Statt einer Rolle rückwärts eine sichere Energiewende und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Statt einer Globalisierung auf Kosten der Armen eine soziale und nachhaltige Weltwirtschaft.

Wer GRÜN wählt, stimmt für einen Weg aus den Krisen. Mit Kompass und Werten und realistischen Lösungen. Unser grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann und viele andere GRÜ-NE in Verantwortung in den Ländern und Kommunen zeigen, was GRÜN kann, wenn GRÜN regiert. Und auch unsere SpitzenkandidatInnen Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin stehen dafür ein: Realismus und Weitsicht, verankert in klaren Werten.

Schwarz-Gelb betreibt pünktlich zum Wahlkampf reine Ankündigungspolitik, steht in Wahrheit aber mit seiner Politik gegen einen echten Mindestlohn, gegen eine verbindliche Frauenquote, ge-

gen eine entschiedene Energiewende sowie gegen die tatsächliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Damit steht die schwarz-gelbe Regierung gegen die gesellschaftliche Mehrheit in diesem Land. Deswegen gehört sie auch abgelöst.

Wir kämpfen eigenständig für unsere Ideen und Inhalte. Wir kämpfen in diesem Bundestagswahlkampf für starke GRÜNE in einer Regierungskoalition mit der SPD, weil wir in diesem Regierungsbündnis die besten Chancen sehen, den grünen Wandel umzusetzen.

Bei dieser Bundestagswahl geht es nicht um eine Direktwahl der Kanzlerin oder des Kanzlers. Es geht nicht um die absolute Mehrheit einer Partei. Es geht darum, welche Koalition die nächsten vier Jahre Deutschland regiert. Wir wollen den grünen Wandel mit einer rot-grünen Koalition erreichen. Rot-Grün ist die Alternative zur Merkel-Koalition.

Koalitionen sind keine Frage von Farben oder Ideologien. Koalitionen sind Bündnisse auf Zeit zur Umsetzung gemeinsamer Ziele. Nur wer mit uns GRÜNEN in die gleiche Richtung gehen will, nur wer den grünen Wandel ermöglichen will, mit dem können wir regieren, mit dem wollen wir koalieren. Wer in eine andere Richtung gehen will, mit dem können wir nicht regieren und mit dem wollen wir nicht koalieren.

Und da ist unübersehbar: CDU und CSU hintertreiben die Energiewende. Die Union ist gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen eine stärkere Beteiligung der Reichen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens. Sie steht gegen die Gleichstellung der Frauen und die vollständige Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen. Immer wieder betreibt die Union Wahlkampf mit dem Ressentiment gegen Minderheiten und gegen eine moderne Einwanderungspolitik. Die CSU ist offen europafeindlich. CDU und CSU blockieren den grünen Wandel.

Die Linkspartei macht unseriöse sozial- und finanzpolitische Versprechungen, so dass der Wortbruch vorprogrammiert ist. Sie lehnt die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ab. Die Linkspartei verweigert jede internationale Verantwortung und selbst die Debatten über UN-mandatierte, friedenserhaltende Auslandseinsätze. In der tiefsten Krise der Europäischen Union steht sie abseits, schürt Stimmungen und verweigert Solidarität. Die Linke steht abseits des grünen Wandels.

Die FDP vertritt auf absurde Weise die Klientelinteressen einiger weniger. Sie will das EEG abschaffen, sie verweigert sich einer solidarischen Steuerpolitik, lehnt Mindestlöhne ab und ist gegen die Frauenquote. Die FDP ist eine Kampfansage an den grünen Wandel.

Für uns ist klar: Bei den zentralen Themen – bei der Energiewende, bei einer gerechten Steuerpolitik, bei einer modernen Gesellschaftspolitik – gibt es mit der SPD neben Gemeinsamkeiten auch Differenzen. Manchmal ist die SPD kein Antreiber, sondern ein Bremser. Nur mit starken GRÜNEN wird sie ein Partner für den grünen Wandel sein. Deshalb braucht es 2013 starke GRÜNE.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das bildet zusammen die Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft – für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für ein besseres Morgen.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das beschreibt einen neuen Weg aus den Krisen und den Aufbruch hin zu einer offenen, modernen Gesellschaft und einer Wirtschaft, die besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.

Wählen Sie GRÜN. Für mehr Gerechtigkeit. Für mehr Beteiligung. Für ein besseres Morgen.

Für den grünen Wandel.

B. 100% sichere Energie

Wie wir die Energiewende zum Erfolg führen

Als wir 1980 das erste Mal zur Bundestagswahl angetreten sind, haben wir gegen alle anderen Parteien den Ausstieg aus der Atomenergie und eine Wende in der Energiepolitik hin zu Sonne, Wind, Wasser und mehr Energieeffizienz gefordert. Damals wurden diese Ideen als „Spinnertum“ abgetan.

Heute, eine Generation und zwei Atomkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima später, ist der Atomausstieg zu großen Teilen Realität und der Einstieg in die Energiewende gelungen: Von den 26 Atomkraftwerken, die Anfang 1990 in Ost- und Westdeutschland in Betrieb waren, laufen nur noch neun. Der Bundestag hat im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Dem gegenüber steht die unter Rot-Grün eingeleitete Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien: Sie wuchsen von 5 % im Jahr 1998 auf heute 25 % und sind damit der zweitwichtigste Stromerzeuger geworden. Das ist ein zentraler Erfolg grüner Politik.

Jedes noch laufende AKW bleibt eine Gefahr. Daher wollen wir die Sicherheitsanforderungen national und international erhöhen, entsprechende Nachrüstungen an den AKW durchsetzen und so die Rahmenbedingungen ändern, damit die Betreiber das letzte AKW schon deutlich vor 2022 abschalten. Zudem wollen wir die bilaterale Zusammenarbeit bei der Atomsicherheit verbessern und die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an AKW-Planungen in Nachbarstaaten beteiligen.

Wir wollen, dass die Energiewende vom Testfall zum Erfolgsmodell wird. Aber die Vollendung der Energiewende geschieht nicht von allein: CDU/CSU und FDP stellen täglich unter Beweis, dass sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien nur widerwillig betreiben. Mit überbordenden Industrieprivilegien konterkarieren sie den ökologischen Wandel der Wirtschaft und belasten die Verbraucherinnen und Verbraucher mit unfairen Strompreisen. Schwarz-Gelb würde den Atomausstieg offenkundig am liebsten wieder rückgängig machen. Assistiert werden sie dabei von einschlägigen Lobbyorganisati-

onen mit millionenschweren Werbeetats, die den Ausbau Erneuerbarer Energien zum Erliegen bringen wollen. Doch in der Gesellschaft gibt es einen breiten Konsens, der diesem Interesse zuwiderläuft. Die meisten Menschen wollen, dass auch die letzten neun Atomkraftwerke bald abgeschaltet werden und auch der Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgt. Wir haben das Zeitalter der Erneuerbaren Energien eingeläutet und jetzt muss die Energiewende mit Leidenschaft, Begeisterung und Kreativität vorangetrieben werden – auch global. Es geht darum, bezahlbare Energie für alle bereitzustellen, ohne dass dafür – wie bisher – unsere Kinder Atommüll, eine Klimakatastrophe und ökologische Schulden aufgebürdet bekommen. Dafür stehen nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Und wir wollen den Erfolg der Energiewende weltweit. Denn die Antwort auf Energiearmut und eine global wachsende Energienachfrage heißt Erneuerbare Energien für alle in Verbindung mit Energieeffizienz und Energieeinsparung. Der Weg weg von fossilen Energien und Atom ist auch vorausschauende Friedenspolitik. Deutschland muss seiner Verantwortung als Vorbild für einen klimagerechten weltweiten Umstieg auf Erneuerbare gerecht werden und verlässlicher Partner sein für die Bekämpfung von Energiearmut. Deshalb müssen wir Lösungen für den Energiehunger der Metropolen mitentwickeln und zugleich dezentrale Ansätze für den ländlichen Raum vorantreiben. Die deutsche Energiewende steht im globalen Scheinwerferlicht. Wenn sie erfolgreich ist, werden sich andere wichtige Staaten unserem Beispiel anschließen und eine neue globale klimapolitische Dynamik entstehen lassen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Energiewende zum Erfolg führen. Das bringt auch einen Durchbruch beim Kampf gegen den globalen Klimawandel mit sich – denn Deutschland wird international als Testfall dafür betrachtet, ob Klimaschutz und Erneuerbare Energien mit wirtschaftlicher Vernunft und mit Gewinn verbunden werden können.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil wir damit Zukunft schaffen. Wir wollen unseren Kindern ein gutes Erbe hinterlassen – eine Energieversorgung frei von Atomgefahren und klimaschädlichen CO₂-Emissionen, eine Zukunft ohne Klimakatastrophe, die zu Millionen von Klimaflüchtlingen führt.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil so die Energie aus den Händen der Konzerne in die Hände der BürgerInnen wandert. So können sich endlich alle einmischen und mitmachen bei der Versorgung unserer Gesellschaft mit Energie.

Wir wollen den Erfolg der Energiewende, weil nur sie soziale Teilhabe in der Energieversorgung dauerhaft absichert. Während die Preise für Kohle, Öl und Gas kontinuierlich steigen, schickt die Sonne keine Rechnung. Um die Energiewende besser koordinieren zu können, machen wir uns für eine Kompetenzerweiterung des Bundesumweltministeriums zu einem Umwelt- und Energieministerium stark. Erneuerbare Energien, Atomausstieg, Netzausbau und Strommarktreform gehören endlich zusammen gedacht.

1. Die Zukunft verdient unsere Leidenschaft

Vor allem in den Industrienationen basiert das tägliche Leben seit mehr als zwei Jahrhunderten auf der Nutzung von Kohle, Öl und Gas. Derzeit liegt der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bei knapp 25 %. Bereits 2030 wollen wir unseren Strom zu 100 % erneuerbar produzieren. Im Gebäude- und Wärmebereich streben wir eine Umstellung möglichst bis 2040 an. Dazu wollen wir bis zum Jahr 2022, wenn spätestens die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.

Dass 100 % Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien eine technologische Herausforderung darstellt, ist uns klar. Doch wir setzen auf die Leidenschaft und Kreativität, die technologische Innovationen hervorbringt – und wie sie in vielen Unternehmen, an Hochschulen und in weiten Teilen der Gesellschaft bereits jetzt mit Händen zu greifen ist. Die Erfahrung anderer industrieller Entwicklungen macht Hoffnung: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. So wurde etwa 1885 in Berlin das erste Kraftwerk in Deutschland errichtet, bereits im Jahr 1900 hatten praktisch alle Städte Elektrizität. Während 1970 Computer noch auf Lochkartenbasis funktionierten und Hallen füllten, hatten 25 Jahre später schon viele Haushalte einen eigenen PC zu Hause. Die Elektrifizierung der Städte bis 1900 oder die Verbreitung des Internets brauchten nur

wenige Jahre. Wenn wir es wollen und vorantreiben, können wir auch den Sprung in eine Welt sauberer Energie schaffen.

Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür, dass die hierfür notwendige Politik umgesetzt wird und die Kosten gerecht verteilt werden. Wir wollen daher das von uns im Jahr 2000 eingeführte Erneuerbare-Energien-Gesetz, das den Technologie-Boom ausgelöst hat und von vielen Ländern in aller Welt nachgemacht wurde, intelligent fortentwickeln. Das EEG hat einen intensiven globalen Wettbewerb bei den Anlagenherstellern ausgelöst, die Erzeugungskosten für Solarstrom um 80 % gesenkt und den Stromertrag von Windkraftanlagen enorm erhöht. Wir wollen die Investitionssicherheit durch den Einspeise- und Anschlussvorrang sowie das Prinzip der Einspeisevergütung erhalten, das EEG aber von kostentreibenden Sonderregelungen befreien und die Lasten fair zwischen allen Stromverbrauchern aufteilen.

Darüber hinaus wollen wir die Stellschrauben im EEG neu justieren, um den Ökostrom-Ausbau kosteneffizient weiter voranzubringen und Anreize zur bedarfsgerechten Erzeugung, etwa bei der Biomasse, zu setzen. Da die EEG-Umlage viel höhere Kosten ausweist als die tatsächlichen Mehrkosten des EEG, wollen wir, dass sie zukünftig ehrlich ist, und werden sie sachgerecht umgestalten. Wir wollen eine Effizienzrevolution fördern, bei der drohende Rebound-Effekte, also der Verlust an Effizienzgewinnen durch erhöhten Verbrauch, vermieden werden. Doch Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz dürfen nicht auf den Strombereich begrenzt bleiben. Im Wärme- und Verkehrssektor müssen die großen Einsparpotentiale ebenfalls besser ausgeschöpft werden. Hierbei achten wir darauf, dass Unternehmen sich nicht durch sog. Greenwashing vor Ihrer Verantwortung drücken.

Wir wollen den Strommarkt neu ausrichten. In Zukunft bilden Wind und Sonne die Basis unserer Stromerzeugung. In sonnen- und windarmen Zeiten können bestehende Speicher und hocheffiziente Gaskraftwerke die Lücken ausfüllen. Schon heute müssen aber andere innovative Techniken ausgebaut werden wie beispielsweise Biomassekraftwerke, Lastmanagement, neue Speicher und Batterien, Verknüpfung mit dem Wärmesektor und Elektromobilität sowie längerfristig aus Wind- und Solarstrom erzeugtes Gas („Power-to-Gas“).

Damit es sich lohnt, Kraftwerksleistung bereitzustellen, die nicht immer abgerufen wird, muss der Strommarkt darauf umgestellt werden. Notwendig ist deswegen ein verändertes Strommarktdesign, das nicht auf den Verkauf von Kohle- und Atomstrom ausgerichtet ist. Wir wollen Kapazitätsmechanismen, die im Strommarkt Versorgungssicherheit, Klimafreundlichkeit, Kosteneffizienz und Flexibilität sicherstellen. Wir wollen Deutschland zur Modellregion für intelligente Netze (Smart Grids) machen.

2. Die Energiewende von unten weiterführen

Der bisherige Boom der Erneuerbaren Energien in Deutschland wurde zu über 90 % von Privatleuten und Stadtwerken, nicht von den vier großen Energieversorgern gestemmt. Wir wollen, dass die Energieversorgung der Zukunft dezentraler und bürgernäher wird. Dies hat das EEG mit seinem Einspeisevorrang und einer garantierten Vergütung eingeleitet. Wer diese erfolgreiche Grundlage heute torpediert, will sie ausschließlich in die Hände großer Konzerne geben. Das werden wir verhindern, indem wir das EEG schrittweise weiterentwickeln und den Fokus auf kostengünstige Technologien richten. Gleichzeitig werden wir das Gesellschaftsrecht so formulieren und uns weiterhin dahingehend einsetzen, dass die Energiewende auch in Zukunft durch eine breite Beteiligung von Kleinanleger-Innen vorangetrieben werden kann.

Wir wollen die Städte und Gemeinden aktiv darin unterstützen, kommunale Klima- und Energiekonzepte aufzustellen, Erneuerbare und hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen, die örtliche Energieversorgung und lokale Verteilnetze wieder in kommunale Hand zu nehmen und die Energieerzeugung in Bürgerhand sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern. Das stärkt Handwerk und Arbeitsplätze vor Ort und sorgt dafür, dass die Energieausgaben der Menschen in der Region bleiben.

Strom zu transportieren ist heute noch deutlich günstiger, als ihn zu speichern. Gerade der dezentrale Ausbau Erneuerbarer Energien braucht den Stromnetzausbau. Dabei müssen Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen ausgeschöpft werden und einem Ausbau vorausgehen. Wir stehen daher zu einem sinnvollen Netzaus-

bau – auch wenn wir wissen, dass wir damit den Betroffenen vor Ort teilweise erhebliche Belastungen zumuten. Deshalb müssen alle Optimierungs- und Verstärkungsmaßnahmen in Verteil- und Übertragungsnetzen ausgeschöpft werden. Beim Netzausbau sind der Vorrang des EE-Stroms und eine Netzanschlussverpflichtung essenziell. Bei neuen Trassen ist es zentral, dass die Planungen transparent und gemeinsam mit Umweltverbänden sowie den betroffenen Gemeinden und BürgerInnen erstellt werden. Wir wollen Erdkabel als weithin akzeptierte Alternative zu Freileitungen einsetzen. Neue 110-kV-Leitungen sind grundsätzlich als Erdkabel auszuführen, neue 380-kV-Leitungen zumindest in sensiblen Gebieten mit Blick auf Bevölkerung und Natur. Wir wollen dabei auch ambitionierte immissionsschutzrechtliche Vorsorgewerte berücksichtigen. Wir wollen den Einstieg des Bundes in eine zu gründende deutsche Netzgesellschaft, mehrheitlich in öffentlicher Hand, um die derzeitigen Schwierigkeiten der Netzbetreiber bei der Umsetzung von Projekten zu reduzieren. Dazu sollen die vier Netzregelzonen zusammen geführt werden. Wir werden aber auch Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in betroffenen Gebieten erarbeiten, damit sie von den garantierten Renditen der Stromnetze unmittelbar profitieren können. Ebenso setzen wir beim Ausbau von Erneuerbaren auf eine intensive Beteiligung und Einbeziehung der Betroffenen sowie auf Berücksichtigung naturschutzfachlicher Vorgaben.

Um eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien zu ermöglichen, brauchen wir auch intelligente Verteilnetze (Smart Grids) und neue Stromspeicher; wir müssen die Verbrauchskategorien Strom, Wärme und Mobilität verknüpfen. Gaskraftwerke sollen als Übergangslösung zum Ausgleich von Schwankungen eingesetzt werden. Die verschiedenen Speichertechnologien können alle etwas dazu beitragen, die Schwankungen in der Erzeugung von Wind und Sonne an unterschiedlichen Stellen im Netz auszugleichen. Deshalb wollen wir sie fördern, parallel anwenden und in ein offenes Technologie-Wettrennen treten lassen. Die Speicherung von Gas muss auf stabile Lagerstätten begrenzt werden. Den Bundesländern fällt eine verantwortungsvolle Aufgabe insbesondere bei der räumlichen und zeitlichen Steuerung des weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien sowie der erforderlichen Netz- und Speicherinfrastrukturen zu. Dazu müssen die raumordnerischen Instrumente und Verfahren bei früh-

zeitiger Beteiligung der BürgerInnen gestärkt werden. Dabei werden alle Teilnehmer am Energiemarkt – ob kleines Stadtwerk oder großer Konzern – ihren Beitrag leisten müssen.

Die Energiewende darf nicht zu Lasten der weltweiten Ernährung oder des Naturschutzes gehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Erzeugung und den Import von Biomasse an die Einhaltung strenger Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards zu binden. Auch in Deutschland ist die weitere Biomassenutzung aufgrund der Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, stofflichen Nutzung und zu Naturschutz- und Erholungszwecken sehr begrenzt. Die beschränkte Menge Biomasse, die zur Stromerzeugung zur Verfügung steht, muss primär dazu dienen, die schwankende Stromproduktion aus Wind und Sonne auszugleichen. Dem übertriebenen Maisanbau, den Fehlsteuerungen in der Agrar- und Energiepolitik der letzten Jahre zu verantworten haben, wollen wir entgegenwirken. Daher werden wir die Rahmenbedingungen im EEG so ändern, dass die Förderung von Biogasanlagen sich künftig auf die Verwertung biogener Reststoffe konzentriert und Anreize geschaffen werden, von Monokulturen auf Anbau in Fruchtfolgen und auf ökologisch und landschaftlich attraktive Energiepflanzen (z.B. Blühpflanzenmischungen, Klee gras) umzustellen.

3. 100% sichere Energie ohne Kohle und Öl

Kohle hat keine Zukunft. Braun- und Steinkohle verursachen sehr hohe klimaschädliche CO₂-Emissionen, der Braunkohletagebau ruiniert großflächig unsere Landschaften. Das weltweite Klimaproblem kriegen wir nur dann gelöst, wenn die Kohle da bleibt, wo sie ist: unter der Erde. Wir wollen das Bergrecht novellieren, um endlich umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten herzustellen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen und neuen Braunkohletagebau zu verhindern. Und wir werden uns international für die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards beim Steinkohleabbau einsetzen. Gas hat von den fossilen Energieträgern die geringsten CO₂-Emissionen und die größte Flexibilität und kann insofern die Funktion einer Brückentechnologie in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien übernehmen. Trotzdem ist uns bewusst, dass

auch Gas endlich und klimaschädlich ist. Wo immer möglich wollen wir Gas in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) – also der gleichzeitigen Nutzung von Strom und Wärme – einsetzen und so den Anteil der KW an der Stromerzeugung bis 2020 auf mindestens 25 % steigern. Dazu wollen wir das KWK-Gesetz novellieren und insbesondere die Anreize für Mini- und Mikro-KWK („stromerzeugende Heizung“) verbessern. Die CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) an fossilen Kraftwerken sowie die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien („Fracking“) lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Giftige Lagerstättenwasser dürfen nicht wieder verpresst werden.

Wir wollen ein Klimaschutzgesetz, das den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien weist. Das Gesetz wird den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und als verbindliches Ziel formulieren, die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 40 %, bis 2030 um 60 %, bis 2040 um 80 % und bis 2050 um 95 % unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Das Gesetz wird verbindliche Ziele für den Verkehrs-, Wärme- und Strombereich sowie die Land- und Forstwirtschaft beinhalten. Die Fortschritte werden jährlich überprüft. Bei Zielverfehlungen muss das zu viel ausgestoßene CO₂ ausgeglichen und der Klimaschutz verstärkt werden. Dazu sind im Klimaschutzgesetz konkrete Maßnahmen und wirksame Sanktionen vorzusehen. Investoren haben so Sicherheit für ihre langfristigen Strategien hinsichtlich Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz.

Wir wollen – finanziert aus der Kürzung umweltschädlicher Subventionen – das Klimaschutz- und Energiewendegesetz durch ein 3,5 Mrd. Euro umfassendes Investitionsprogramm für einen Energiesparfonds, ein Marktanzreizprogramm, erneuerbare Wärme und „Smart Grid“-Technologien (intelligente Stromnetze) und für Forschung unterlegen sowie das Programm für energetische Gebäudesanierung auf 2 Mrd. Euro aufstocken. Für die Entwicklung von Effizienz und höchsten Sicherheitsstandards bei der Smart-Grid-Technologie werden wir einen angemessenen finanziellen Rahmen schaffen.

Die Förderung von Erdöl kann mit traditioneller Produktionsweise seit Jahren weltweit nicht mehr erhöht werden. Die Nachfrage wächst jedoch zugleich ungebremst weiter. Auch das sog. Fracking

wird den Preistrend nach oben auf Dauer nicht bremsen. Wir GRÜNE wissen: Wir müssen „weg vom Öl“, ehe es uns verlässt. Denn die zunehmende Verknappung und Verteuerung von fossilen Ressourcen kann zu drastischen Energie- und Mobilitätskostensteigerungen, zu Nahrungsmittel- bzw. Ernährungskrisen bis hin zu geopolitischen Spannungen und dem Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige führen. Den Aspekt künftig drastisch steigender Rohstoffpreise wollen wir in allen Planungs- und Infrastrukturvorhaben der öffentlichen Hand als wichtige Leit- und Entscheidungslinie beachten. Die Diskussion über neue Wirtschaftsweisen und Lebensstile beim Übergang „weg vom Öl“ wollen wir interdisziplinär und offensiv führen.

4. Atomausstieg sicher und schnell besiegeln

Die Energiewende gelingt nur mit dem Atomausstieg – der Atomausstieg gelingt nur mit der Energiewende. Bei den noch laufenden Atomkraftwerken muss die Sicherheit höchste Priorität haben. Besonders die beiden noch laufenden Siedewasserreaktoren in Gundremmingen stellen weiterhin ein großes Risiko dar. Mit uns gibt es keine Sicherheitsrabatte. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Nutzung der Atomkraft sicher, schnell und endgültig beendet wird. Wir werden die Sicherheitsanforderungen – anders als Schwarz-Gelb – erhöhen und wieder auf den Stand von Wissenschaft und Technik bringen. Falls diese Standards nicht eingehalten werden können, müssen die betreffenden AKW vom Netz genommen werden, das beschleunigt den Atomausstieg. Wir werden dafür sorgen, dass bei allen AKW noch mindestens eine periodische Sicherheitsüberprüfung durchgeführt wird, und Vorsorge gegen Flugzeugabsturz verlangen. Die Atomwirtschaft hat bisher die Profite eingesteckt und die Risiken sozialisiert. Wir wollen dagegen die Versicherungspflicht deutlich ausweiten. Außerdem sollen die Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden. Aus unserer Sicht ist der Atomausstieg erst vollendet, wenn alle Anlagen des Kernbrennstoffkreislaufs wie die Urananreicherungsanlage Gronau und die Brennelemente-produktion Lingen geschlossen sind; das ist unser Ziel.

Auch AKW jenseits unserer Grenzen bergen hohe Sicherheitsrisiken. In einer künftigen Bundesregierung werden wir daher Verhandlungen mit den betreffenden Nachbarländern über die Sicherheitsstandards führen und Unterstützung bei der Energiewende anbieten. Wir werden die Aarhus-Konvention so in deutsches Recht umsetzen, dass BürgerInnen Zugang zu Informationen und Einspruchsmöglichkeiten haben. Der Atomausstieg ist unglaubwürdig, wenn Deutschland zugleich AKW-Projekte im Ausland unterstützt. Hermes-Bürgschaften für AKW wollen wir deshalb sofort und endgültig stoppen.

Die Energiewende muss auch in der Forschung stattfinden. Forschung zur weiteren Nutzung der Atomenergie und zur Kernfusion ist nicht zukunftsfähig. Anstatt Geld für die kerntechnische Transmutation und das Kernfusionsprojekt ITER zu verschleudern, werden wir öffentliche Forschungsmittel für Transformationsforschung einsetzen, die technologische Innovationen und die gesellschaftliche Verankerung der Energiewende unterstützt. Deshalb setzen wir uns auch für ein Ende des EURATOM-Vertrags und die Fusionsforschung durch das Projekt ITER ein. Wenn dabei keine konsensuale Einigung mit den anderen Vertragspartnern möglich ist, sollte Deutschland einseitig aussteigen.

Der noch eine Million Jahre strahlende Atommüll ist unser aller Müll – ob wir seine Produktion wollten oder nicht. Dafür muss diese Generation die Verantwortung übernehmen und endlich unter breiter BürgerInnenbeteiligung bundesweit, ergebnisoffen, nach wissenschaftlichen Kriterien und transparent den bestgeeigneten Endlagerstandort suchen. Atomindustrie und politische Kräfte, die weiterhin versuchen, den ungeeigneten Standort Gorleben durchzusetzen, werden auf unseren entschiedenen Widerstand treffen. Die Endlagersuche muss komplett von den Verursachern des Atommülls finanziert werden. Atommüllexport wollen wir verbieten.

5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle

Energie ist Lebenselixier – eine warme Wohnung und eine sichere Stromversorgung sind heute für jede/n elementar. Energiepolitik ist deswegen auch eine Frage der sozialen Teilhabe. Eine auf Kohle, Öl und Gas basierende Energieversorgung ist aber ein Armutsrisiko für

weite Teile der Bevölkerung. So waren 2011 und 2012 mit einem Preis von jeweils 107 Dollar pro Barrel die mit Abstand teuersten Öljahre der Geschichte, auch die Kohle- und Gasimportpreise sind zuletzt deutlich gestiegen.

Mit der Energiewende im Wärmemarkt schaffen wir energetische Teilhabe für alle. Schließlich sind die Wärmekosten ein größerer Faktor als die Stromkosten. Es ist unser Ziel, dass nach und nach alle Häuser in Deutschland auf Niedrigenergiehaus-Niveau saniert werden und der verbleibende Wärmebedarf durch Erneuerbare Energien gedeckt wird. Denn die Sonne schickt keine Rechnung. Wir wollen im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz verankern, dass neben dem Neubau auch nach Modernisierungen der Heizungsanlagen im Gebäudebestand erneuerbare Wärme anteilig genutzt werden muss. Wir wollen, dass ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden. Neubauten, die als Plusenergiehäuser gebaut werden, sollen gefördert werden. Strom- und Wärmeversorgung – z.B. durch BHKW – sollen gekoppelt werden. Wir setzen den Rahmen so, dass die Sanierungsquote von heute 0,7 % auf 3 % im Jahr steigt. Gleichzeitig dürfen aber die mit der energetischen Sanierung verbundenen Investitionskosten nicht dazu führen, dass die Mieten für die MieterInnen nicht mehr bezahlbar sind. Vielmehr ist es unser Ziel, mit unseren Maßnahmen Ökologie und bezahlbares Wohnen in Einklang zu bringen.

Wir wollen deshalb einen Energiesparfonds auflegen, mit dem wir die energetische Sanierung von Wohnquartieren gezielt vorantreiben, und dabei einkommensschwache Haushalte unterstützen. Auch von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen finanzschwache Haushalte profitieren. Weitere Fondsmittel stellen wir für die Einführung eines Klimawohngeldes zur Verfügung, um soziale Härten zu verhindern. Zudem wollen wir das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, die Modernisierungsumlage und die Energieeinsparverordnung so umgestalten, dass sie wirksame Anreize für die Gebäudesanierung bieten. Weiteres zur energetischen Gebäudesanierung findet sich im Kapitel „Unsere Politik vor Ort“.

Auch der Strompreis muss für alle bezahlbar bleiben. Von besseren Energieberatungsangeboten und der Markteinführung besonders energieeffizienter Geräte sollen insbesondere finanzschwache

Haushalte profitieren. Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Die Energiewende wird zurzeit nur von den VerbraucherInnen und nicht privilegierten Unternehmen finanziert, die richtigen Stromfresser bleiben außen vor. Geschenke an die Industrie wollen wir abschaffen. Wir begrenzen die Subventionen auf die Unternehmen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nachweisen können. Wir werden uns international dafür einsetzen, Strompreissubventionen abzubauen. Bei den Vorteilen ist es umgekehrt: Wind- und Sonnenstrom senken den Strompreis an der Börse, doch bei den normalen Stromverbraucherinnen und -verbrauchern kommt diese Entlastung nicht an. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Privilegien für die Industrie und andere Großverbraucher abbauen und Stromversorger zur Weitergabe gesunkener Börsenpreise an ihre Kunden bringen. Das entlastet die Verbraucherinnen und Verbraucher um mehr als 4 Mrd. Euro. Das entspricht bei dem durchschnittlichen Stromverbrauch einer vierköpfigen Familie einer Entlastung von 35 Euro pro Jahr. Die Befreiung großer Stromverbraucher von den Kosten der Stromnetze haben Gerichte und EU-Kommission verworfen. Die Bundesregierung will diese ungerechtfertigte Vergünstigung trotzdem weiterführen. Wir wollen sie abbauen, denn gerade große Unternehmen sind auf ein funktionierendes Stromnetz angewiesen und können dieses nicht von Privathaushalten finanzieren lassen.

Die Regelsätze von Arbeitslosengeld II, Grundrente, Sozialhilfe, BAföG und anderen Transferleistungen müssen rascher an gestiegene Strompreise angepasst werden, damit es nicht zu sozialen Schieflagen kommt. Wir wollen ein energetisches Existenzminimum gewährleisten. Gas- und Stromsperren für Privathaushalte müssen gesetzlich eingeschränkt und die Versorger verpflichtet werden, eine Ratenzahlungsvereinbarung oder den Einsatz von Vorkassenzählern anzubieten, statt Strom oder Gas zu sperren. Zur Wahrheit gehört aber auch: Auch ohne Energiewende würden die Strompreise steigen, denn aufgrund des veralteten Kraftwerksparks und der alten Netze existiert ein großer Investitionsbedarf in das deutsche Stromsystem. Und nicht zuletzt werden die Kosten fossiler Brennstoffe weiter steigen.

Die Stromkosten können wir alle selbst am einfachsten senken, indem wir unseren Stromverbrauch senken. Wir wollen wie von der EU vorgegeben und in einigen europäischen Ländern wie z.B. Dänemark bereits erfolgreich angewandt, eine gesetzliche Grundlage für einen Markt für Energieeffizienzmaßnahmen in Industrie, Gewerbe und Haushalten schaffen. Das Ziel lautet, bis 2020 15 % des Stromverbrauchs einzusparen. So machen wir Kilowattstunden statt Menschen arbeitslos und senken die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger.

In den letzten Jahren ist die Effizienzpolitik nahezu zum Erliegen gekommen. Viele richtige europäische Initiativen sind an Schwarz-Gelb gescheitert. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Energieeffizienz und dem Energiesparen wird. Wir GRÜNE werden das Thema Energieeinsparungen deshalb deutlich mehr in den Fokus rücken. Dazu ist es notwendig, konstruktiv europäische Initiativen wie den Top-Runner-Ansatz voranzubringen. Vor allem auch in der Wirtschaft sind noch enorme Effizienzpotentiale vorhanden. Anstatt immer neue Subventionen im Energiebereich zu erfinden, müssen endlich strengere Standards greifen. Alleine die in den USA gültigen Normen bei Elektromotoren in der Wirtschaft könnten zu Stromkosteneinsparungen bis zu 50 % führen. Damit könnten die Belastungen von Unternehmen für ihre Energiekosten enorm gesenkt werden, ohne die Verbraucher zu belasten. Energieeffizienz und Energiesparen voranzubringen erfordert aber auch eine kritische gesellschaftliche Debatte über unseren Umgang mit Energie. Wir GRÜNE stellen uns dieser Herausforderung.

6. Klimaschutz vorantreiben – europäisch und global

Für uns war die drohende Klimakatastrophe nie ein rein ökologisches Thema. Vielmehr stellen wir den globalen Zusammenhang her. Insbesondere die Länder, die am wenigsten zu den Klimaveränderungen beigetragen haben, leiden zuerst und am stärksten unter den Folgen. Doch mehr und mehr zeigt sich, dass auch für die industrialisierten Länder und ihre Ökonomien selbst eine massive Gefahr und Bedrohung besteht. Auch die Verursacher der Klimaveränderungen werden zukünftig stärker von Extremwetterereignissen wie Stürmen,

Dürren und Starkregen betroffen sein. Falls alle Bemühungen fruchtlos sein sollten und eine Erhitzung von weit über 2 Grad erfolgt, wäre eine andere Welt die Folge, für die es in der menschlichen Geschichte kein Beispiel gibt. Dies würde die Grundlagen unserer Ernährung und der menschlichen Zivilisation bedrohen.

Wir wollen alle Hebel in Bewegung setzen, damit bis 2015 ein ambitioniertes Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beschlossen wird. Wir müssen die Folgen der Klimaveränderungen begrenzen und versuchen, die Erderwärmung nicht über 2 Grad ansteigen zu lassen. Doch auch wenn dies gelingt, werden erhebliche Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderungen nötig sein, erst recht, wenn wir die 2 Grad überschreiten. Damit die Bremsen den globalen Klimaschutz nicht weiter blockieren können, treten wir ein für eine „Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ mit Deutschland in einer Allianz ambitionierter Vorreiter inner- und außerhalb der Vereinten Nationen. Wir werden Klimapolitik und Energiewende zu einem Schwerpunkt unserer Außenpolitik machen. Bestehende Klimaschutzallianzen wie die Transatlantische Klimabrücke werden wir ausbauen und verstetigen. Klimapolitische Pioniere können durch die Gründung von Klima-Clubs neue Dynamik in den internationalen Verhandlungsprozess bringen.

Wir stehen für eine Politik, die auf Klimagerechtigkeit abzielt. Zur Klimagerechtigkeit gehört, dass die Länder und Bevölkerungsgruppen, die am meisten zu den Klimaveränderungen beitragen und beigetragen haben, vorrangig verpflichtet sind, den davon Betroffenen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Ob CO₂ in Deutschland, in China oder in den USA emittiert wird, ist der Atmosphäre egal. Es braucht deshalb einen globalen Rahmen, der den Ausstoß von klimawirksamen Gasen regelt. Wenn aber der Natur ein Preis gegeben wird, um diese Fragen mit Marktmechanismen zu regeln, brauchen wir dafür starke soziale, ökologische und menschenrechtliche Leitplanken. Wir werden uns national und international für den Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen einsetzen und auch die großen Volkswirtschaften der Erde dazu drängen. Rein technologische Ansätze wie z.B. das Geo-Engineering sind keine Lösung des Klimaproblems, sie greifen nicht die Ursachen auf, sondern versuchen nur – unter Inkaufnahme hoher, ungeklärter Risiken – Symptome zu bekämpfen.

Europa muss zur Union für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden. Unser Ziel ist es, dass die Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30 % Emissionsreduktion (ohne Anrechnung von Auslandsprojekten) bis 2020 erhöht. Der Beitrag des Emissionshandels zum Klimaschutz ist bis jetzt hinter seinen Erwartungen zurückgeblieben. Den europäischen Emissionshandel wollen wir stärken durch eine Verknappung der Verschmutzungsrechte, höhere Standards und einen Mindestpreis für CO₂. Bis zur Einigung auf europäischer Ebene geht Deutschland durch Einführung eines nationalen Mindestpreises voran, der Anreize schafft, alte Kohlekraftwerke stillzulegen und in Klimaschutz zu investieren. Statt einer Ausweitung des Emissionshandels wollen wir in anderen Emissionssektoren eine stärkere Orientierung der Energiesteuern am CO₂-Ausstoß. Zudem setzen wir uns für eine verbindliche Fortentwicklung der Klima-, Erneuerbaren- und Energieeffizienzziele der Europäischen Union für das Zieljahr 2030 ein: Bis dahin sollen die EU-Treibhausgasemissionen um 45 % sinken und der EU-Anteil der Erneuerbaren Energien auf 45 % steigen. Um die Erneuerbaren Energien in Europa zu stärken, treten wir für einen EU-Vertrag für Erneuerbare Energien ein. Um unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, müssen wir weit mehr als bisher für den Klimaschutz tun. Bisher waren alle Maßnahmen nicht ausreichend. Entwässerte, intensiv genutzte Moore setzen riesige Mengen CO₂ frei. Wir wollen mit einem großflächigen Programm zur Moornaturierung Moore wieder zu CO₂-Senken machen.

Wir wollen, dass Deutschland seine internationalen Zusagen endlich einhält, und deshalb zusätzlich jährlich 500 Mio. Euro aufwenden, damit die ärmsten Länder Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen vornehmen können. Denn von den Folgen der Klimaveränderungen und einer falschen Energiepolitik sind immer die Schwachen zuerst und am härtesten betroffen. In Form eines Klimaschutzhaushaltes werden wir ein Steuer- und Haushaltskonzept vorlegen, mit dem wir die nötigen Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz und Erneuerbare Energien durch den konsequenten Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen solide und verlässlich finanzieren.

Wer GRÜN wählt ...

- stimmt für eine erfolgreiche Energiewende mit bezahlbaren Preisen und 100 % Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030.
- gibt die Energiewende in die Hände der Bürgerinnen und Bürger.
- will mehr Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien und Effizienz.
- sorgt für einen schnellen und endgültigen Atomausstieg ohne Sicherheitsrabatte und dafür, dass die Entsorgung des Atommülls zügig und verantwortungsvoll angegangen wird.
- stimmt gegen Kohlekraftwerke und für den Kohleausstieg bis 2030.
- will konsequenten Klimaschutz, u.a. durch ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen.
- will die Energiewende zum internationalen Erfolgsmodell machen.

Schlüsselprojekte

100 % Erneuerbare Energien – für eine faire Energiewende in BürgerInnenhand

Der Ausbau Erneuerbarer Energien von 5 auf 25 % der Stromproduktion in kurzer Zeit war ein bedeutender Beitrag zu nachhaltiger Energieversorgung, zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung. Bis zum Jahr 2020 wollen wir den Anteil der Erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands auf 100 % Erneuerbare Energien umstellen. Damit setzen wir das erfolgreichste wirtschaftliche Demokratisierungsprojekt in Deutschland fort. Die Bürgerinnen und Bürger, die Genossenschaften und kleinen Unternehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen und Stadtwerken sind das Rückgrat der Energiewende – das ist das Ergebnis grüner Energiepolitik. Anders als die schwarz-gelbe Lobbypolitik für die Energiekonzerne werden wir dafür sorgen, dass die Energiewende in BürgerInnenhand bleibt. Damit diese „Energiewende von unten“ weitergeht, verteidigen wir den Einspeisevorrang für Erneuerbare, schaffen Planungssicherheit für Investoren, Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und leiten damit auch den Kohleausstieg ein. Wir wollen die Regelungen des EEG zum Ausbau der Erneuerbaren Energien so überarbeiten, dass es weiterhin zu einem dynamischen Ausbau der Erneuerbaren kommt und die Kosten gerecht verteilt werden. Denn die Energiewende braucht Investitionen. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden und der Strompreis muss auch während des Umstiegs für alle bezahlbar bleiben. Dafür werden wir zuerst die Industrieprivilegien zurückführen sowie Mittelstand und Privathaushalte um 4 Mrd. Euro Energiekosten entlasten.

Klimaschutz verlässlich machen – ein Klimaschutzgesetz verabschieden

Die Unverbindlichkeit in der Klima- und Energiepolitik behindert die Energiewende und konsequenten Klimaschutz. Bislang wurde Klima- und Energiepolitik durch einzelne Maßnahmen gesteuert, die schnell wieder in Vergessenheit gerieten. Alle Beteiligten benötigen jedoch einen verlässlichen Investitionsrahmen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass ein Klimaschutzgesetz verabschiedet wird. Darin formulieren wir verbindliche Ziele für Klimaschutz wie die Treibhausgas-minderung um 40 % bis 2020 und 95 % bis 2050 unter das Niveau von 1990 mit konkreten Zielen und Maßnahmen für die Bereiche Strom und Wärme, Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung wird verpflichtet, alle zwei Jahre ein Maßnahmenpaket für die einzelnen Sektoren vorzulegen, unabhängige Experten überprüfen dieses jährlich mit Blick auf Wirksamkeit und Kosteneffizienz. Damit wird über die oft kurzatmigen Legislaturperioden hinweg eine dauerhafte Struktur für die Lösung des Generationenprojekts Klimaschutz und Energiewende geschaffen.

Energiewende vorantreiben – den Kohleausstieg bis 2030 umsetzen

Die größten Klimakiller unter den Energieträgern sind Braun- und Steinkohle. Wenn wir die globale Erwärmung aufhalten wollen und die Energiewende dezentral organisiert werden soll, dann muss die Kohle da bleiben, wo sie ist: unter der Erde. Das heißt: keine neuen Kohlekraftwerke und keine Ausweitung von Tagebauen. Der Raubbau an der Natur ist besonders sichtbar in Brandenburg, Sachsen und in Nordrhein-Westfalen, wo riesige Tagebaue Landschaften und Dörfer verschlingen und Menschen vertreiben. Für diese Regionen wollen wir nachhaltige Alternativen finden. In Vorzeigeregionen für Erneuerbare kann die Transformation ohne Verlust von Wertschöpfung vor Ort geschehen. Damit die deutsche Wirtschaft mit dem Kohleausstieg planen kann, werden wir ihn mit einem Klimaschutzgesetz flankieren. Steigende Anforderungen an Emissionen, Effizienz und Flexibilität von Kraftwerken müssen den Ausbau der Erneuer-

baren flankieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen. Dauerhaft eingespeicherter Kohlestrom verhindert zudem wirtschaftliche Laufzeiten für dringend benötigte flexible Kraftwerke.

C. Anders wirtschaften

Wie wir unsere Marktwirtschaft ökologisch und sozial neu begründen und die Finanz- und Eurokrise überwinden

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Klima- und Finanzkrise sind auch Ausdruck eklatanten Marktversagens. Wirtschaftspolitik muss ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen verpflichtet sein. Wir treten ein für eine grüne Transformation unserer Wirtschaft. Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was ökologisch und sozial unvernünftig ist. Wir müssen unsere Marktwirtschaft sozial und ökologisch neu begründen. Ein großer Teil der wissenschaftlichen ökonomischen Modelle hat versagt. Die Grundannahmen der Modelle müssen kritisch überprüft werden. Wir brauchen wieder pluralistische Ansätze in der wirtschaftspolitischen Beratung. Das Projekt Europa ist durch die tief greifende wirtschaftliche und soziale Spaltung stark gefährdet. Die massive Verarmung und Jugendarbeitslosigkeit von bis zu über 50 % in Europa ist für uns GRÜNE nicht hinnehmbar. Die deutsche Wirtschaft ist bisher leidlich gut durch die Finanzkrise gekommen und profitiert von ihrer Exportstärke. Doch diese Stärke ist nicht nachhaltig. Die Rezession 2009 konnte wesentlich gemildert werden durch das Konjunkturprogramm II und das Kurzarbeitergeld. Mit der Abwrackprämie für die Automobilindustrie wurde die Chance vertan, die ökologische Modernisierung zu fördern. Viele Millionen Menschen sind im Niedriglohnbereich beschäftigt und können an der Stärke der Unternehmen nicht teilhaben, zu viel der Produktion basiert auf Produkten, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen. Hinzu kommt, dass Angela Merkel während ihrer Regierungszeit 500 Mrd. Euro Schulden angehäuft hat, die nachfolgende Generationen abtragen müssen. Auch eine weitere Zunahme der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gefährdet die Nachhaltigkeit unserer Marktwirtschaft. Dies wollen wir nicht länger hinnehmen.

Wir werden die Weichen für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Ökonomie stellen. Die Bundesrepublik soll Vorreiter dieser Zukunftsökonomie sein und sich für eine europäische Indust-

riepolitik einsetzen, die Rahmenbedingungen dafür setzt, dass auch die südeuropäischen Länder daran teilhaben und davon profitieren. Deutschland und Europa brauchen eine grüne industrielle Revolution, die in hohem Maße von den kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen wird. Und wir brauchen eine Offensive der sozialen Dienstleistungen, von der Bildung bis zur Pflege. Das schafft hunderttausende neuer Jobs.

Wir setzen den Märkten mit einer werteorientierten Ordnungspolitik klare soziale und ökologische Leitplanken. Preise müssen die ökologische und soziale Wahrheit sprechen. Unter diesen Voraussetzungen können Märkte einen Innovationsschub für den sparsamen Einsatz von Energie und Ressourcen und für neue Technologien, die weltweit gefragt sind, bewirken.

Es ist das Verdienst eines hochinnovativen Mittelstandes und seiner Beschäftigten, dass deren Produkte in der ganzen Welt gefragt sind. Diese Innovationskraft muss erhalten und ausgebaut werden. Deswegen muss Deutschland seinen Vorsprung bei Effizienz- und Umwelttechnologien jetzt nutzen.

Anders wirtschaften heißt Schluss mit dem schwarz-gelben Klientelismus. Gute Wirtschaftspolitik bedeutet nicht die Interessen eines einzelnen Unternehmens voranzubringen, sondern nachhaltige Lösungen im Interesse der gesamten Gesellschaft zu suchen. Anders wirtschaften heißt die ökonomische Teilhabe stärken. Eine Neube-gründung unserer Marktwirtschaft heißt, den Mensch wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen. Unsere ökonomische Produktivität soll dem Wohlstand aller dienen. Die Wirtschaft mag wachsen – aber zu welchem Preis? Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns noch ein adäquates Mittel zur Erreichung unserer politischen Ziele. Deswegen geht es auch um ein Fundament für gute Arbeit – mit Mindestlöhnen und einem höheren steuerfreien Existenzminimum. Menschen müssen von ihrem Einkommen gut leben können und die Möglichkeit zu einer armutsfesten Altersvorsorge haben. Anders wirtschaften bedeutet auch, die Verteilung von Arbeit neu zu gestalten, damit mehr Menschen teilhaben können, sowie für humane Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten einzutreten.

Anders wirtschaften heißt sich einmischen, um dem Vorrang der Politik Geltung zu verschaffen. Damit meinen wir, dass demokratisch legitimierte Institutionen den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen sollten. Dazu müssen auch die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Ökonomie analysiert und berücksichtigt werden. Ein einfacher Gegensatz zwischen „guter“ Politik und „schlechter“ Ökonomie greift zu kurz. Die Finanzmärkte in Europa müssen wir endlich an die Leine nehmen, indem wir die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik korrigieren, die jahrelang Deregulierung und kurzfristige Profitmaximierung über nachhaltige Entwicklung stellte. Dabei müssen ökonomische Gesetzmäßigkeiten beachtet werden. Nur so haben wir eine Chance, dass die Krise nicht zur Dauerkrise wird. Im Gegensatz zur Bundesregierung, die bei Verhandlungen in Brüssel immer wieder auf die Bremse tritt, wollen wir Europa stärken und uns mehr für gemeinsame Regelungen einsetzen und diese mit voranbringen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine gemeinsame Währung ohne eine abgestimmte Finanz-, Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik und ohne verbindlich vereinbarte Sozialstandards können auf Dauer nicht funktionieren. Wir GRÜNE wollen diesen Konstruktionsfehler beheben: Die Eurostaaten müssen ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitiken stärker aufeinander abstimmen.

Anders wirtschaften heißt Zukunft schaffen. Der Aufbruch in die Zukunftsökonomie ist lang und bedarf vieler, oft auch kleiner Schritte. Bei den Erneuerbaren Energien haben wir GRÜNE gezeigt, wie grüne Technologien und neue Märkte zu Jobmotoren werden. Neue grüne Jobs entstehen auch in Bereichen wie Tourismus, Gesundheitswesen und Lebensmittelherstellung sowie in Berufen, die zur Ökologisierung von Lebensweisen beitragen können, durch Wissenstransfer, Verbraucheraufklärung, Beratung oder Ökozertifizierung. Ob Maschinen- und Anlagenbau oder die chemische Industrie – auch die klassischen Branchen profitieren von der ökologischen Wende.

1. Grüne Transformation der Industrie – in Deutschland, Europa und weltweit

Unser bisheriges Wirtschaftsmodell mit seinem enormen Energie- und Rohstoffhunger hat ausgedient. Regenerative Energien, rege-

nerative Materialien, Recycling, eine bessere Reparaturfähigkeit von Produkten und nachhaltige Ressourcennutzung sind die Grundlagen der ökologischen Transformation. Fossile Energien als Rohstoffe müssen nachhaltig verwendet und als Reserve erhalten werden. Mit grünen Ideen lassen sich schwarze Zahlen schreiben – in Deutschland und in Europa, das hier eine globale Vorreiterrolle einnehmen kann. Es gibt keinen Gegensatz zwischen Wertschöpfung und ökologischer und sozialer Verantwortung. Das ist Kern grüner Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen nicht weniger als eine grüne industrielle Revolution, die den Menschen, die Umwelt und das Klima in den Mittelpunkt stellt.

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige Industrie, zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine ressourcenverträgliche Produktion gehen Hand in Hand. Allerdings wird dieser Wechsel nicht von selbst kommen. Dazu braucht es eine aktive Politik, die sowohl ordnungsrechtliche Maßnahmen als auch Marktmechanismen nutzt, um die Kreativität und Innovationskraft der Unternehmen in den ökologischen Umbau zu lenken. Dafür entwickeln wir eine übergreifende Strategie, die dem Strukturwandel eine Richtung gibt und die Unternehmen in ein neues Gründerzeitalter mitnimmt. Unternehmen sind Akteure des Wandels. Ohne die unternehmerische Vielfalt ist die ökologische Modernisierung der Wirtschaft nicht zu bewältigen. Wir brauchen ihre Kreativität und Flexibilität und ihre Investitionskraft.

Diese Transformationsstrategie bedarf verschiedener Instrumente. Während ein ökologischer und sozialer Ordnungsrahmen Anreize für eine nachhaltige Entwicklung setzt und öffentliche Investitionen die Infrastrukturen schaffen, wird grüne Industriepolitik den Wandel in den einzelnen Branchen moderieren.

Mit gezielten Förder- und Forschungsprogrammen, mit zielgenauen ökologischen Leitplanken oder Nachfrageimpulsen schaffen wir neue Investitionschancen für Unternehmen und können so die notwendige Umbaudynamik anstoßen.

Grüne Industriepolitik nimmt alle Branchen in den Blick. Alle Unternehmen müssen diesen Strukturwandel vollziehen, um auch in Zukunft am Markt erfolgreich zu sein. Wir wollen der Industrieproduktion Impulse geben, sich insgesamt unter Energie- und Materialeffizienz Gesichtspunkten zu erneuern, und zukunftsweisende

Technologien vorantreiben – sei es in der Erneuerbare-Energien-, der Automobil- oder der Chemieindustrie.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat bereits hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Und es gibt Potential für noch deutlich mehr, wenn wir diesen Innovationsprozess vorantreiben: Windkraftwerke, Solar- und Photovoltaikanlagen, Energiespeicher müssen entworfen, produziert, installiert und gewartet werden. Neue intelligente Stromnetze müssen entwickelt und flächendeckend aufgebaut werden. Dabei müssen sehr schnell höchste Sicherheitsstandards entwickelt und implementiert werden. Häuser müssen wärmegedämmt, Haustechnik modernisiert, Produktionsprozesse energiesparend umgebaut werden. Neue Jobs entstehen also nicht nur in den Erneuerbare-Energien-Industrien, sondern auch im Maschinenbau, im Handwerk, im Baugewerbe, in Ingenieurbüros.

Der Umstieg auf ressourcenleichtes Wirtschaften und auf geschlossene Stoffkreisläufe kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze. Deshalb führen wir den Top-Runner-Ansatz ein, damit umweltfreundliche Technologien schnell eingesetzt werden. Das funktioniert, indem beispielsweise die Waschmaschine mit dem geringsten Stromverbrauch nach einer bestimmten Frist den Standard vorgibt, den alle anderen auch erfüllen müssen. Bisher ist für Unternehmen nur die Berichterstattung über finanzielle Kennzahlen verpflichtend. Wir wollen, dass für Unternehmen ab einer bestimmten Größe auch die Berichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen verpflichtend wird. Als Orientierungsrahmen dienen die bisher mit den freiwilligen Standards der Global Reporting Initiative gemachten Erfahrungen.

Deutschland als innovativer Industriestandort muss bei der europäischen Ressourceneffizienzstrategie die Blockierrolle aufgeben und stattdessen gemeinsame europäische Ziele, Wegmarken und Bewertungsmaßstäbe für die Ressourceneffizienz unterstützen. Das Impulsprogramm Materialeffizienz wollen wir weiter ausbauen, um Energieeffizienz erweitern und so effiziente Produktion attraktiver machen. Die Effizienzgewinne stehen dann für Investitionen in ökologische Ressourceneffizienz zur Verfügung. Verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten, längere Haltbarkeit der Produkte sowie Rücknahmepflichten für Hersteller sollen zur besseren Schließung

und Schonung der Stoffkreisläufe beitragen. Die ökologische Modernisierung löst enormen Finanzierungsbedarf aus. Wir wollen neue Wege eröffnen, um private Finanzströme in den ökologischen Umbau zu lenken. So übernimmt bei Projektbonds die öffentliche Hand gegen Beteiligung einen Teil der Hochrisiken, die von den Privaten nicht getragen werden können, und ermöglicht so wichtige Investitionen.

An der Mobilitätswirtschaft insgesamt und im Speziellen an der Automobilindustrie hängen in der Bundesrepublik hunderttausende Jobs. Nur wer mit umweltverträglichen Konzepten und Fahrzeugen auf dem internationalen Markt präsent ist, hat wirtschaftlich eine Zukunft und bleibt wettbewerbsfähig. Deswegen kommt es darauf an, dass zukünftig die innovativsten und effizientesten Fahrzeuge vom Band rollen. Durch ambitionierte Verbrauchsobergrenzen schaffen wir verbindliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Aber wir GRÜNE wissen auch, dass es damit nicht getan ist. Angesichts des Klimawandels geht es nicht um immer mehr Autos, sondern um eine Verkehrswende hin zu weniger motorisiertem Individualverkehr. Und es geht auch um neue Mobilitätskonzepte auf Basis sozialer und ökologischer Innovationen. So wird bei Carsharing-Modellen „Besitzen“ durch „Nutzen“ ersetzt.

Nirgendwo anders bündeln sich die Herausforderungen, vor denen wir stehen, so sehr wie in der Chemieindustrie. Die chemische Industrie hat aber auch ein gewaltiges Potential zur Lösung drängender Probleme. Dazu muss sie stärker auf den Einsatz zertifizierter nachwachsender Rohstoffe setzen. Grüne Rohstoffpolitik setzt neben Effizienz auf Recycling und verlässt sich nicht auf Importe von Rohstoffen mit häufig zweifelhafter Herkunft. Recycling ist ohne chemische Prozesse in den seltensten Fällen möglich. Chemie kann helfen Gebäude zu dämmen, Solarstrom zu erzeugen oder den Verkehr sauberer zu machen. Ein Elektroauto wird nur mit einem leistungsstarken und effizienten Akku erfolgreich auf dem Markt bestehen können. Dafür soll die chemische Industrie noch mehr Teil der Problemlösung werden und sich auch den ökologischen Herausforderungen bei der Produktentwicklung stellen. Die Befreiung der chemischen Industrie von der Mineralölsteuer lässt sich aus unserer Sicht nicht länger halten; als umweltschädliche Subvention wollen wir sie im Rahmen unserer ökologischen Finanzreform abschaffen und so Anreize zur

Innovation weg vom Öl geben. Dafür ist eine aktive Industriepolitik notwendig, die versucht, mit weltweiten Handelspartnern faire Wettbewerbsbedingungen auszuhandeln sowie ein Kredit- und Wirtschaftsprogramm der KfW und ein Forschungsprogramm für die deutsche Solarindustrie aufzulegen.

Die Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien hat sich von einer energiepolitischen Nische zu einem Boommarkt entwickelt. Andere Länder wie China haben die Bedeutung dieses Industriezweiges erkannt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat versäumt, einen entsprechenden Schwerpunkt zu setzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Erzeugung Erneuerbarer Energien einen Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaftsweise und wollen eine wettbewerbsfähige Solarindustrie als industriellen Schwerpunkt in der EU. Wir wollen eine europäische Industriepolitik für Erneuerbare Energien. Eine solche Förderung muss auch durch entsprechende Finanzierungsinstrumente zum Aufbau einer schlagkräftigen Erneuerbare-Energien-Industrie begleitet werden. Gegen unfaire Dumpingpraktiken muss eine europäische Antwort gefunden werden.

Die maritime Wirtschaft ist von strategischer Bedeutung für die gesamte Bundesrepublik. Nach Jahren des Booms steckt sie in einer Krise. Steuersparmodelle haben die Schiffsfinanzierung zu einem Spekulationsgeschäft gemacht, bei dem viele Anleger ihr Geld verloren haben. Wir wollen das maritime Bündnis und die Schiffsfinanzierung auf neue Beine stellen.

Bund, Länder und Kommunen geben pro Jahr rund 360 Mrd. Euro für öffentliche Aufträge aus. Das sind über 14 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wir wollen die Transformation der Wirtschaft auch über diesen Hebel stärker vorantreiben, indem die öffentliche Hand bei der Beschaffung konsequenter auf innovative Produkte setzt. Diese Produkte und Dienstleistungen, die von öffentlichen Stellen gekauft werden, sollen ökologisch nachhaltig und unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, entsprechend den Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), produziert sein und den Kriterien des fairen Handels genügen. Wir werden uns für eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Regeln zur Beschaffung einsetzen. Ferner fordern wir einen Aktionsplan für ökologische und soziale Beschaffung mit klaren Zielvorgaben nach dem Prinzip des Gender-Budgetings, einheitliche Arbeitshilfen, Fortbildungs- und

Vernetzungsmöglichkeiten und eine zentrale Service- und Beratungsstelle. Die Aktivitäten und Initiativen in Sachen Diversity-Management (Vielfaltsmanagement) sind zu unterstützen und zu fördern.

Der Breitbandausbau ist Grundlage einer modernen Ökonomie. Mit fairen Rahmenbedingungen und gezielten Fördermaßnahmen treiben wir den Aufbau eines Universaldienstes und den Ausbau eines flächendeckenden Hochleistungsnetzes voran. Netzneutralität garantiert auch kleinen Anbietern einen gleichrangigen Zugang.

Die industrielle Produktion in Deutschland zeichnet sich nicht mehr allein durch Fräsen, Löten und Bohren aus, sondern ist eng verknüpft mit Forschung, Entwicklung und Softwareanwendung. Heute werden dazu Forschung und Entwicklung, Design und vor allem Software immer bedeutender. Industrie und Dienstleistungen sind kein Antagonismus, sondern bedingen und ergänzen einander. Grüne Wirtschaftsförderung stellt sich darauf ein. Ein neues Innovationsverständnis, passende Studiengänge und die Durchlässigkeit von Ausbildungen sind wichtig für die neuen Anforderungen. Der demografische Wandel ist auch eine große wirtschaftliche Herausforderung. Notwendig sind eine familienfreundliche Unternehmenskultur, Qualifizierungsangebote sowie gute Rahmenbedingungen für alters- und altersgerechte Arbeitsplätze, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu gehören auch besondere Anstrengungen, um Frauen und Männern gleichermaßen den Zugang zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Wir erkennen ausländische Abschlüsse leichter an, fördern lebenslanges Lernen und die Weiterbildungsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen. Mit guten Hochschulen werden wir attraktiv für ausländische Studierende, die nach ihrer Ausbildung ihre Zukunft in Deutschland sehen und zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen oder Brückenbauer in ihren Herkunftsländern sind.

Wir setzen uns für eine nachhaltige und gerechte internationale Handels- und Investitionspolitik ein. Folgende Grundsätze müssen in allen EU-Investitions- und -Handelsabkommen gelten: umfassende Transparenz, verpflichtende menschenrechtliche, soziale und ökologische Folgeabschätzungen vor und nach dem Abschluss von Abkommen, verbindliche auch auf die Auswirkungen des Abkommens selbst bezogene Menschenrechts- und Umweltklauseln, die Anerkennung von Schutzinteressen schwächerer Länder, die Förderung lokalen und

regionalen Handels und der Ausbau der Wertschöpfung in den Entwicklungsländern. Wir wollen die internationalen Finanz- und Rohstoffmärkte stärker kontrollieren und fordern verbindliche Regeln für Unternehmen zur Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Transparenz- und Menschenrechtsstandards für Unternehmen. Dazu gehört auch die Einführung länderspezifischer und projektbezogener Berichtspflichten für transnationale Konzerne. Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch transnational agierende Unternehmen geworden sind, sollen einen besseren Zugang zu Gerichten und rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren bekommen. Im deutschen Handelsrecht und auf EU-Ebene muss eine Haftung der Mutter- für ihre Tochterkonzerne bei Menschenrechtsverletzungen festgelegt werden.

Eine Ursache für die Finanzkrise waren unverhältnismäßig hohe und nur auf den kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Manager- und Aufsichtsratsvergütungen. Überhöhte Gehälter, Boni und Phantasiabfindungen wollen wir wirksam begrenzen. Die Vergütung von Vorständen börsennotierter Unternehmen soll künftig der verbindlichen Zustimmung der Hauptversammlung unterliegen. Die steuerliche Abzugsfähigkeit soll auf 500.000 Euro begrenzt werden, damit die Allgemeinheit exorbitante Gehälter nicht länger mitfinanzieren muss. Bonuszahlungen sollen am Gewinn orientiert sein und dürfen künftig zusammen mit anderen variablen Gehaltsbestandteilen wie Tantiemen und Aktienoptionen maximal ein Viertel des Gesamtgehalts ausmachen. Erfolgsbeteiligungen sollen künftig grundsätzlich langfristig orientiert sein und ihnen soll auch die Beteiligung an den Verlusten des Unternehmens gegenüberstehen. Um mehr Transparenz bei den Vergütungen zu erreichen, ist die Vergütung aller Organmitglieder jährlich offenzulegen.

2. Die Krise überwinden – durch ein solidarisches und ökologisches Europa

Die Europäische Union steckt in einer fundamentalen Krise. Kern der Krise ist aber nicht der Euro, sondern ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell, das nicht nachhaltig ist und seine eigene Wettbewerbsfähigkeit untergräbt. Der Zusammenbruch weitgehend un-

regulierter Finanzmärkte hat die Fehler und Schwachstellen dieses Wirtschaftsmodells schonungslos offengelegt.

Schwarz-Gelb behauptet, die Länder in Südeuropa hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und müssten sich nun über massive Lohnsenkungen und Ausgabenkürzungen gesundschrumpfen. Merkel verschweigt jedoch, dass die Schuldenaufnahme ganz wesentlich zur Rettung von Banken eingesetzt wurde. Davon haben insbesondere auch deutsche Banken, Lebensversicherer und andere Gläubiger profitiert. Einige europäische Länder haben zudem über Jahre hinweg mehr importiert als exportiert. Aber den Außenhandelsdefiziten in Teilen Europas stehen auch jahrelange, massive Exportüberschüsse in anderen Ländern gegenüber. Beide Entwicklungen sind in einem gemeinsamen Währungsraum existenzgefährdend. Verstärkt wurden diese Probleme durch die europaweit gestiegene Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie einen übermäßig großen Finanzsektor. Dies hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem untragbaren Kreditwachstum geführt. Durch politische und wirtschaftliche Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten wurden die Probleme noch vergrößert.

Das zögerliche, widersprüchliche, sozial unausgewogene europäische Krisenmanagement hat die mangelhafte und parlamentarisch zu wenig kontrollierte Koordinierung innerhalb der Eurozone schonungslos offengelegt. Banken wurden mit Milliardensummen stabilisiert, bescheidene Ansätze stärkerer europäischer Finanzmarktregulierung angepackt, überschuldete öffentliche Haushalte mit neuen Krediten gestützt, Ländern drastische Ausgabenkürzungen verordnet, Schuldenbegrenzung als neue goldene Regel durchgesetzt, Sozialabbau und Lohndumping erzwungen, neues Wachstum irgendwie in Aussicht gestellt. Doch wie schon in der Vergangenheit zeigen sich immer mehr die desaströsen Auswirkungen der einseitigen Sparpolitik – diese führt Europa immer tiefer in die Krise und gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Diese Krise ist eben nicht einfach eine Staatsschuldenkrise. Um sie dauerhaft zu lösen, braucht Europa eine neue Perspektive. Wir brauchen eine Erneuerung der europäischen Wirtschaft im Sinne eines europäischen Green New Deal. Nachhaltigkeit muss zur Basis europäischer Wettbewerbsfähigkeit werden. Zentral ist die Finanzierung ökologischer Erneuerungsinvestitionen und europäischer Netze. Wir

brauchen mehr gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik. Dazu gehört eine starke europäische Bankenunion. Wir fordern ebenso einen europäischen Steuerpakt gegen Steuerdumping, Steuervermeidung und Steuerflucht. Erforderlich ist zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Sofortprogramm für die Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen in den Krisenländern. Wir verteidigen faire Löhne, Gewerkschaftsrechte und existenzsichernde soziale Garantien. Europa kann stärker aus der Krise herauskommen, wenn es gelingt, eine Alternative zur Merkel'schen Strategie durchzusetzen, die die Krisenländer vor allem mit Sparpolitik, Sozialabbau und Lohndumping traktiert. Weil man sich aus einer solchen Krise nicht einfach herausparen kann, muss das entscheidende Augenmerk darauf gelenkt werden, wie neue wirtschaftliche Dynamik entstehen kann.

Die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union haben ihre Ursache sowohl in den Defizit- als auch in den Überschussländern wie Deutschland. Eine europäische Wirtschaftspolitik muss mehr dafür tun, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsstaaten gleichmäßiger entwickelt. Dazu muss die Binnenkonjunktur in den Überschussländern gestärkt werden. In den letzten Jahren stagnierten aber die Reallöhne oder sanken sogar. Dadurch sind sowohl die Ungleichgewichte innerhalb Europas als auch die Ungleichverteilung der Markteinkommen in Deutschland deutlich angestiegen. Wir wollen diesen Trend umkehren und auskömmliche Löhne wieder zum Regelfall machen. Dazu brauchen wir in Deutschland auch endlich einen gesetzlichen Mindestlohn, um der Lohnspirale nach unten einen Riegel vorzuschieben, flankiert von weiteren Maßnahmen zur Stärkung des Tarifsystems. Damit wollen wir auch erreichen, dass sich in Zukunft die Reallohnentwicklung wieder am Produktivitätsfortschritt orientiert.

Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass in Krisenländern verstärkt in zukunftsfähige Branchen investiert wird und so die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Außerdem wollen wir die Absatzchancen der Unternehmen aus den Krisenländern verbessern.

Wir fordern einen Europäischen Schuldentilgungspakt, der auf dem vom Sachverständigenrat der Bundesregierung vorgeschlagenen Schuldentilgungsfonds basiert. Erstens zeigen wir den Akteuren auf den Märkten damit, dass die Eurozone sich an ihre Verpflichtungen hält. Zweitens erreichen wir Zinssenkungen durch gemeinsame Kre-

ditaufnahmen und einen transparenten Schuldenabbau durch klare Regeln. Dem Schuldentilgungspakt legen wir eine sichere Finanzierung zu Grunde. Diese wollen wir durch Vermögensabgaben in den europäischen Ländern unterstützen und so die Schuldenproblematik sozial gerecht lösen. Drittens ersetzen wir die jetzt schon de facto bestehende Haftungsunion durch eine europäische Solidarunion mit verbindlichen Regeln. Wir wollen den ESM in einen Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen und so zu einem wirklichen Krisenreaktionsinstrument machen. Klare Bedingungen für die Teilnahme, insbesondere in Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, sind nötig, müssen aber sozial ausgewogen sein. Der ESM/EWF soll der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegen.

Unser Ziel bleiben Eurobonds, auch wenn sie nicht von heute auf morgen realisierbar sind. Mit Europäischen Anleihen samt strengen Auflagen gelingt es mit einer gemeinschaftlichen Haftungszusage aller Mitgliedsstaaten (Eurobonds) am besten, der Vertrauens- und Finanzierungs Krise in der Eurozone ein Ende zu setzen. Die Einführung von Eurobonds setzt allerdings eine Vertragsänderung voraus. Künftig muss bei der Bewältigung von staatlichen Schuldenkrisen der Privatsektor sehr viel umfassender als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden. Wir treten deshalb weltweit für ein faires und unabhängiges, geordnetes und stabilisierendes Staateninsolvenzverfahren ein. In der Eurozone soll dieses erst nach der Einführung von Eurobonds für dann weiterhin mögliche national garantierte Schuldentitel Anwendung finden.

Mit dem neu zu schaffenden Amt eines/einer EU-Kommissarin für Wirtschaft und Währung wollen wir den notwendigen Zuwachs an Entscheidungskompetenz auf europäischer Ebene auch personell verankern. Er/Sie soll den Vorsitz der Eurogruppe und des ECOFIN ausüben, aber keine Gesetze ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments erlassen dürfen. Zudem soll er/sie durch das Europäische Parlament individuell wähl- und abwählbar sein.

Wir kritisieren den europapolitischen Kurs von Merkel scharf. Es ist fahrlässig, wie die Währungsunion von der Bundesregierung aufs Spiel gesetzt wird. Gerade die deutsche Wirtschaft hat davon profitiert und deutsche Banken haben jahrelang hervorragend in der Wirtschafts- und Währungsunion verdient. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Krise in der EU verschärft, die Mitgliedsstaaten

auseinandergetrieben und die Rettung auf Kosten der SteuerzahlerInnen erheblich verteuert. Merkel handelt immer wieder zu langsam und zu kurzfristig – mit ihrem Zögern und Zaudern hat sie nicht nur bei der Griechenland-Krise eine teure Spirale in Gang gesetzt: Der Verunsicherung an den Finanzmärkten folgte die Flucht aus Staatsanleihen der Krisenländer, die infolgedessen entweder exorbitante Zinsen auf dem Kapitalmarkt zahlen müssen oder ganz davon abgeschnitten wurden.

Noch schlimmer – mit dramatischen Auswirkungen auf die Europäische Union und die Weltwirtschaft – wäre es allerdings gewesen, die Krisenländer unkontrolliert bankrottgehen zu lassen und den spekulativen Angriffen der Finanzmärkte auf den Euro nichts entgegenzusetzen. Wir haben deshalb im Bundestag den Rettungsschirmen und dem Fiskalvertrag zugestimmt. In der Gesamtabwägung war das für uns die bestmögliche Entscheidung. Ohne eine Rettung wären die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen in den Krisenstaaten noch viel verheerender – auch deshalb haben wir Angela Merkel immer wieder zu einem schnelleren und entschlossenen Handeln aufgefordert. Es ist uns gelungen, der Bundesregierung ein Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer abzurufen. Dagegen sind die Versprechungen in Richtung eines Investitions- und Wachstumspaketes, seit sie 2012 gemacht wurden, weitestgehend heiße Luft geblieben. Damit geben wir uns nicht zufrieden.

3. Finanzmärkte an die Leine nehmen

Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa, die Krise in Europa und explodierende Staatsverschuldung auch in Deutschland – der Zusammenbruch einiger Banken in den USA, Großbritannien und Deutschland hat sich zur größten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren entwickelt. Die Finanzmärkte haben ihre zentrale Aufgabe als Dienstleister für die Realwirtschaft. Werden sie zum Selbstzweck, dienen sie als (Spiel-)Casino und können ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen. Mit einer strikten Regulierung wollen wir eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftsordnung verankern. Bisher galt viel zu oft: Verluste übernehmen die SteuerzahlerInnen, die Gewinne

streichen weiterhin AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Das ist weder gerecht noch entspricht es marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Wir wollen eine gemeinsame Bankenaufsicht mit einem einheitlichen Regelwerk. International aktive Banken sollten von der neuen europäischen Bankenaufsicht direkt beaufsichtigt werden, kleine Institute mit ausschließlich regionalem Geschäft müssen nicht laufend von einer europäischen Institution beaufsichtigt werden. Wir brauchen aber eine Vereinheitlichung der Aufsichtsstandards und auch für kleine Institute ein Durchgriffs- und Letztentscheidungsrecht bei Versagen der nationalen Aufseher. Ergänzt wird die europäische Bankenunion nach unseren Vorstellungen um gemeinsame Mechanismen zur Abwicklung von Krisenbanken sowie einen gemeinsamen Rahmen für europäische Einlagensicherungssysteme. Die Bankenunion ist die grüne Antwort auf das Zögern und Zaudern der Merkel-Regierung, das die Haftung der SteuerzahlerInnen weiterhin zulässt, und zeigt, dass mehr Europa einen echten Mehrwert bietet. Wir GRÜNE halten das gegenwärtige, überkomplexe Regulierungsregime mittelfristig für ungeeignet, ein erneutes Ausbrechen von Finanzmarktinduzierten Krisen zu verhindern.

Der Fokus der Finanzmarktregulierung muss sich ändern. Die enorme Komplexität der aktuellen Anforderungen birgt die Gefahr, dass das eigentliche Ziel der Maßnahmen, nämlich die Stabilisierung des Finanzsystems, aus den Augen verloren wird. Der wichtigste Schritt in Richtung transparenterer und einfacherer Regeln ist eine Schuldenbremse für Banken. Nur wenn die Eigenkapitalausstattung des Finanzsystems insgesamt ansteigt, sinkt dessen Anfälligkeit gegen unerwartete Schocks. Dazu verschafft eine höhere Eigenkapitalausstattung dem für eine Marktwirtschaft fundamentalen Haftungsprinzip wieder Geltung, indem zuerst diejenigen für Verluste haften, die in guten Zeiten auch die Gewinne erhalten haben. Die Schweiz und Großbritannien haben hier bereits Zeichen gesetzt, während sich die schwarz-gelbe Bundesregierung vor den Karren der deutschen Banken hat spannen lassen. Banken dürfen sich nicht mehr über unrealistische Risikogewichtungen ihren Eigenkapitalbedarf kleinrechnen. Als ersten Schritt wollen wir bis spätestens 2017 3 % Eigenkapital im Verhältnis zur risikogewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen. Langfristig ist eine deutlich höhere Quote notwendig. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsmini-

nisteriums etwa spricht sich für eine Quote von 10 % aus. In der akademischen Diskussion sind auch noch höhere Quoten im Gespräch. Wir werden genau prüfen, was hier notwendig und möglich und in welchem Zeitraum machbar ist. Diese Schuldenbremse wird das Finanzsystem deutlich stabilisieren. Die von uns geforderte Schuldenbremse für Banken setzt hier an und stellt den Finanzsektor wieder auf die Füße.

Die Größenbremse für Banken geht in eine ähnliche Richtung: Je größer ein Institut, desto höher sind die Eigenkapitalanforderungen und die Aufsichtsintensität. So erhalten Banken ab einer bestimmten Größe einen starken wirtschaftlichen Anreiz, zu schrumpfen und Geschäftsteile abzustoßen. Auch darüber hinaus werden wir in Deutschland wie in Europa Mechanismen entwickeln, um Großbanken hin zu kleineren Geldinstituten zu führen. Wir wollen, dass sich Banken stärker langfristig finanzieren, damit sich eine Bankenpanik wie 2008 nicht wiederholen kann. Wir werden deshalb prüfen, ob eine Bankenabgabe für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds so gestaltet werden kann, dass Banken den Anreiz haben, sich langfristiger zu finanzieren. Mit dieser Abgabe schaffen wir Mittel für einen europäischen Bankenrestrukturierungsfonds, damit im Fall einer erneuten Bankenkrise nicht mehr die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden. Damit Risiken nicht länger aus dem regulierten Bereich ausgelagert werden können, muss der Schattenbankensektor analog zum regulären Bankensektor reguliert werden. Alle Gesellschaften, die im weiteren Sinne Bankgeschäfte betreiben, insbesondere also langfristige Kredite vergeben und sich selbst dafür kurzfristig verschulden, müssen den gleichen Regularien unterliegen wie Kreditinstitute.

GläubigerInnen müssen stärker in die Haftung genommen werden. Deswegen sollen Bankanleihen teilweise in haftendes Kapital umgewandelt werden können, wenn ein Kreditinstitut in Schieflage gerät. Dies sollte in der Regel automatisch geschehen. Eine zuständige Behörde soll dabei über die Höhe der notwendigen Umwandlung entscheiden. Einlagen innerhalb der gesetzlichen Einlagensicherung dürfen in keinem Fall beteiligt werden. Sichtguthaben oberhalb der gesetzlich gesicherten Grenze dürfen nur nach Aufrechnung möglicher Verbindlichkeiten einbezogen werden. Ein gesetzliches Einla-

gensicherungsversprechen ist gerecht, schützt die SparerInnen und stabilisiert Banken, indem es Bank Runs verhindert.

Die Macht der Ratingagenturen hat in den letzten Jahren überhandgenommen. Wir sehen, wie die Agenturen über das Schicksal von ganzen Staaten mitentscheiden. Ratingagenturen haften nicht für Fehleinstufungen und sind nicht an politische und wirtschaftliche Maßstäbe gebunden. Daher müssen die Haftungsgrundlagen ausgeweitet und der Einfluss der Ratingagenturen bei der Finanzmarktregulierung eingedämmt werden. Die Transparenz der Agenturen werden wir erhöhen und Interessenkonflikte beenden. Insbesondere dürfen SchuldnerInnen nicht länger für ihre eigenen Ratings zahlen. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, eine von den Banken unabhängige Ratingagentur zu gründen.

Wir fordern ein Trennbankensystem, weil es Märkte stabiler macht. Geschäftsbereiche, in denen die Kreditinstitute Handelsgeschäfte auf eigene Rechnung tätigen, gehören daher strikt getrennt vom realwirtschaftlichen Finanzierungs- und Einlagengeschäft.

Eine wirksame Haftung ist konstitutiv für die Marktwirtschaft. Für das Management von Fonds, Banken und Versicherungen heißt das: Der Kapitän geht mit dem Schiff unter. Er ist haftbar für eigene Fehler und die seiner Untergebenen, Haftpflichtversicherungen für ManagerInnen dürfen das Risiko deswegen nicht vollständig übernehmen. Gleiches gilt für KapitalgeberInnen, also die EigentümerInnen und GläubigerInnen von Banken. Sie müssen um ihren Einsatz fürchten, denn nur dann werden sie das Management effektiv kontrollieren. Wenn ihr Einsatz staatlich garantiert ist, wird das Management immer riskanter wirtschaften, da Profite an die KapitalgeberInnen fließen, während Verluste sozialisiert werden. Erst wenn sie um ihren Einsatz fürchten müssen, entsteht ein Anreiz für EigentümerInnen, das Management effektiv zu kontrollieren. Die Vergütung von ManagerInnen und HändlerInnen im Finanzsektor wollen wir so ausgestalten, dass sie sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt an kurzfristigen Profiten ausrichtet. Wir brauchen aber auch eine schlagkräftige Fusions- und Wettbewerbskontrolle auf dem Finanzmarkt, die sich dem Leitbild der vollständigen Konkurrenz in allen Teilfinanzmärkten verpflichtet fühlt und gegen Marktmacht und Marktkonzentration vorgeht. Wir wollen das Kräfteverhältnis zwischen Regulierern und

Regulierten zugunsten der Finanzaufsicht deutlich verbessern: materiell, rechtlich, personell, organisatorisch und informationell.

Viele Finanzgeschäfte finden nicht an regulierten Handelsplätzen statt, sondern direkt zwischen den Akteuren. Der Nachteil: Die Aufsicht hat keine Chance einzugreifen. Deswegen müssen diese Schattenmärkte ans Licht. Europäische und langfristig internationale Regeln sollen dafür sorgen. Auch der Hochfrequenzhandel mit superschnellen Computern braucht ein Tempolimit, so dass jede Order mindestens 1 Sekunde aufrechterhalten werden muss. Das trägt dazu bei, die Finanzmärkte stabiler und damit sicherer zu machen. Gleichzeitig wirkt hier die Finanztransaktionssteuer regulierend. Das Platzen kreditfinanzierter Vermögensblasen hat enorme ökonomische, soziale und auch ökologische Folgewirkungen. Um das Entstehen solcher Blasen zu verhindern, muss das Instrumentarium der Europäischen Zentralbank und Finanzmarktaufsicht weiterentwickelt werden. Dazu und angesichts ihres massiven Bedeutungszuwachses braucht es – unter Wahrung der Unabhängigkeit der Zentralbank – auch eine offene Debatte über ihre Rolle und ihr Instrumentarium.

Wir wollen mehr privates Kapital in nachhaltige und klimafreundliche Anlagen lenken. Dabei kommt den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten eine besondere Bedeutung zu. Geldanlage ist auch eine ethische Frage – Investitionen etwa in Streumunitionshersteller wollen wir deshalb verbieten. Außerdem gilt: Mit Essen spielt man nicht! Fonds, Großbanken und anderen institutionellen Investoren gehört die Spekulation an diesen Märkten deshalb untersagt. Ebenso müssen alle Händler strengen Berichtspflichten unterworfen sowie unverwässerte Positions-, Preis- und Tempolimits eingeführt werden. Auch das sogenannte Land-Grabbing (Landnahme) gehört geächtet. Wir setzen uns vehement dafür ein, dass Deutschland durch nationale Gesetze und internationale Vereinbarungen dazu beiträgt, dass Investoren und staatliche Institutionen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zu Landrechten, Fischgründen und Wäldern einhalten. Zudem muss die Vergabe von Entwicklungskrediten an die Einhaltung der Leitlinien geknüpft werden.

Die Überwachung der Solidität der Finanzinstitute steht oft in einem Interessenkonflikt zum Verbraucherschutz. Wir fordern daher einen Ausbau des Verbraucherschutzes für Finanzprodukte. Finanz-

beratung durch provisionsbasierte Finanzprodukte erfolgt heute oftmals nicht im Interesse der KundInnen, sondern im Interesse von FinanzvermittlerInnen nach hohen Provisionen. Provisionsgetriebene Falschberatung wollen wir verhindern. Wir fordern eine verbraucherorientierte Regulierung der Provisionen, so dass Beratung grundsätzlich unabhängig von der Provisionshöhe erfolgt. Dazu ist auch ein völliges Provisionsverbot in der Diskussion, welches in anderen europäischen Ländern bereits besteht. Als echte Alternative wollen wir die Honorarberatung, z.B. durch die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes, stärken. Des Weiteren müssen private EndverbraucherInnen besser über die Risiken von Finanzprodukten informiert werden.

Gleichzeitig wollen wir uns für mehr Finanzkompetenz aller einsetzen. Nur wenn wir die Strukturen und Instrumente der Finanzmärkte verstehen, können wir die Nachfrage nach nachhaltigen Anlageformen weiter verstärken und die Transparenz der Märkte erhöhen.

Die Stabilisierung der Finanzmärkte hat gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht, kann einen Teil der Kosten begleichen. Dabei stehen wir GRÜNE weiterhin zu unserer Forderung, einen großen Teil der Einnahmen in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen zu lassen sowie die Finanztransaktionssteuer ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt zu überführen. Der Beschluss in zunächst elf europäischen Ländern, eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ist ein Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung und grüner Politik. Bei der weiteren Ausgestaltung dieser Steuer wollen wir darauf hinwirken, dass alle Finanztransaktionen, auch die außerbörslichen, möglichst europaweit besteuert werden. Die Höhe der Finanztransaktionssteuer wollen wir nach Produktart und Risiko differenzieren. Dazu gehört auch, dass die Regierung endlich für Transparenz bei den Bankenrettungen sorgt und veröffentlicht, wie viel die Rettung der Banken die SteuerzahlerInnen bisher gekostet hat.

Nur ein stabiler Finanzsektor kann die Unternehmen und VerbraucherInnen mit Krediten versorgen. Das deutsche Drei-Säulen-System aus Sparkassen, Genossenschafts- und Privatbanken hat sich hier bewährt. Kleinstbanken sollen deshalb von bürokratischen

Anforderungen entlastet werden. So kann auch endlich genügend Personal für die Bankenaufsicht eingesetzt werden.

Seit der Finanzkrise wächst der Sektor der nachhaltigen Banken rasant. Sie zeigen, dass ein anderer Finanzsektor möglich ist. Diese Banken setzen sich selbst strenge Regeln für ein nachhaltiges Verhalten und lassen in der Regel ihre KundInnen über ihre Aktivitäten entscheiden. Die meisten sind genossenschaftlich organisiert und handeln nicht primär gewinnorientiert. Grüne Politik unterstützt nachhaltige Banken regulatorisch.

4. Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen erforschen und entwickeln innovative und kreative Lösungen. Wir rücken sie deshalb in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik und unterstützen eine Gesellschaft, in der Selbständigkeit eine realistische Option ist. Wir werden daran arbeiten, dass Mittelstand und familiengeführte Unternehmen in Deutschland auch weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden. Dazu haben wir die Bedürfnisse dieser Unternehmen nicht nur bei der Wirtschafts-, sondern auch bei der Infrastruktur-, Bildungs- und Steuerpolitik im Blick. Hierzu gehört auch, die unfairen Wettbewerbsvorteile internationaler Konzerne durch Steuergestaltungsmodelle zu beenden. Handwerk hat goldenen Boden – Handwerk hat grünen Boden! Das Handwerk hat für den Klimaschutz und bei der Ressourceneinsparung eine zentrale Rolle. Damit Häuser eine bessere Wärmedämmung bekommen, damit mehr repariert als weggeworfen wird, damit mehr Solarmodule auf die Dächer kommen – für all das werden hunderttausende gut qualifizierte Handwerkerinnen und Handwerker gebraucht. Dazu braucht das Handwerk gute Ausbildungsbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten.

Faire und vergleichbare Bedingungen sind die Voraussetzung, damit kleine und mittlere Unternehmen im Wettbewerb bestehen können. Wir wollen deshalb die Möglichkeit schaffen, einzelne Anbieter bei übergroßer Marktmacht zur Aufgabe von Unternehmens- und Marktanteilen zu zwingen. Das Wettbewerbsrecht braucht neue Instrumente, die verhindern, dass Unternehmen sich Wettbewerbs-

vorteile verschaffen, indem sie ökologische und soziale Kosten auf Umwelt und Gesellschaft verlagern. Durch Wettbewerbsverstöße werden VerbraucherInnen geschädigt, deshalb müssen deren Rechte im Kartellrecht gestärkt werden.

Wir wollen durch Novellierung des GWB das Bundeskartellamt bei der Regulierung von oligopolistischen und monopolistischen Märkten stärken und prüfen, wie durch Änderungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb einem Abwälzen privater Kosten auf die Gemeinschaft und der Nichtbilanzierung der von einem Wirtschaftssubjekt verursachten Umweltschäden (Externalisierung) entgegengewirkt werden kann.

Wir fördern das gesellschaftliche Innovationsklima auch durch Entbürokratisierung und Beratung durch Lotsendienste. Klar ist für uns auch, dass die Kammern als Interessenvertretung der ganzen Wirtschaft durchsichtiger, interkultureller und demokratischer werden müssen. Zudem erwarten wir, dass sie sich künftig verstärkt darum bemühen, mehr kleinere und mittlere Unternehmen, Unternehmer mit Migrationshintergrund und Frauen für ihre Gremien gewinnen. Sonst ist die Pflichtmitgliedschaft nicht länger vertretbar. Die Doppelmitgliedschaft in Kammern wollen wir ersatzlos streichen.

Die Bedingungen für Existenzgründungen verbessern wir, indem wir Gründungshemmnisse abbauen. Neue Unternehmungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Dafür fordern wir bei Gründungen aber auch eine bedarfsgerechtere finanzielle Ausstattung und zielgerichtete Angebote für die Unternehmensgründungen von Frauen, auch und besonders für Wiedereinsteigerinnen. Die Förderung in die Selbständigkeit muss auch für alle gründungswilligen Arbeitssuchenden gewährleistet sein. Und wir brauchen bessere Beratungsangebote. Gerade die jeweiligen Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie die Potentiale von Menschen mit Behinderungen müssen individuell gefördert werden.

Unser Konzept der Vermögensabgabe haben wir so gestaltet, dass Selbständigen und Unternehmern, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, ein armutsfestes und auskömmliches Alterseinkommen aus eigenem Vermögen ermöglicht wird. Außerdem wollen wir Selbständige, die keine ausreichende anderweitige Vor-

sorge haben, in die gesetzliche Rentenversicherung so einbeziehen, dass es sie finanziell nicht überfordert und sich ihnen so auch ein Weg in die Garantierente eröffnet.

Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir steuerlich fördern. Wir schaffen die Möglichkeit zur Poolabschreibung bei den geringwertigen Wirtschaftsgütern ab und erhöhen die Grenze zur Sofortabsetzbarkeit, um so die Liquidität zu verbessern. Die steuerliche Förderung einbehaltener Gewinne (Thesaurierung) soll so ausgestaltet werden, dass auch kleinen Unternehmen diese Form der Stärkung ihres Eigenkapitals und ihrer Investitionsfähigkeit offen steht. Eine 15%ige Steuergutschrift für Forschungsausgaben für Unternehmen mit bis zu 250 Beschäftigten soll die innovativen Kräfte kleiner und mittelgroßer Unternehmen unbürokratisch stärken, wofür wir allein im Bundeshaushalt 200 Mio. Euro einplanen. Die Projektförderung ist für kleine Unternehmen administrativ zu aufwendig und wird deshalb entsprechend kaum genutzt. Durch eine Steuergutschrift für diese Unternehmen kann eine Benachteiligung gegenüber großen Konzernen abgebaut werden.

Im Osten Deutschlands hat sich seit dem Fall der Mauer eine andere, deutlich kleinteiligere Unternehmensstruktur herausgebildet als im Westen Deutschlands. Das hat auch erhebliche Konsequenzen für die Forschungslandschaft im Osten Deutschlands, die viel stärker eine staatlich geförderte sein muss, weil die durchschnittlichen Betriebsgrößen im Osten eine eigene Forschung nicht zulassen. Da ist auch der Bund gefordert, denn der Osten braucht eine Innovations- und Forschungsoffensive sowie Unterstützung beim Technologietransfer und der Clusterbildung.

Wir verbessern den Zugang zu Wagniskapital und die breitere Versorgung mit Mikrokrediten. Für eine kreative Geschäftsidee, die vielleicht erst auf den zweiten Blick überzeugt, soll das ebenso möglich sein wie für jemanden, der schon mal mit einem Unternehmen gescheitert ist und jetzt eine zweite Chance sucht. Wir wollen eine Überarbeitung der Sanierungsklausel prüfen, die EU-rechtskonform ist und neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen auch das Weiterführen von innovativen Unternehmen ermöglicht. Die Sanierungsklausel muss dabei so gestaltet werden, dass Missbrauch verhindert und gleichermaßen eine Fortführung von Unternehmen mit positiver Fortführungsprognose ermöglicht wird. GründerInnenzentren kön-

nen mittels ihrer Marketing- und Finanzkompetenz jungen Unternehmen und ExistenzgründerInnen zum Erfolg am Markt verhelfen bzw. notfalls auch rechtzeitig die Reißleine vor Überschuldung ziehen, wenn keine Aussicht auf einen Markterfolg besteht.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze schafft und zur Wertschöpfung beiträgt. Doch die Rahmenbedingungen für die in der Regel sehr kleinen Unternehmen müssen durch die soziale Absicherung und einen leichteren Zugang zu Darlehen oder Mikrokrediten verbessert werden.

Das Patentrecht entwickeln wir weiter, denn es soll die Kultur der Selbständigkeit befördern und nicht hemmen. Der Patentschutz soll sich auf neue Produkte und Ideen beschränken und nicht als Mittel gegen NeugründerInnen eingesetzt werden können. Das müssen wir innerhalb der EU regeln: Wir setzen uns für eine Reform des europäischen Patentwesens und die Kontrolle durch das Europäische Parlament ein. Patente auf Lebewesen sind zu verbieten.

5. Es gibt viel zu tun – von Menschen für Menschen

Hochwertige soziale Dienstleistungen in Gesundheit, Pflege und Bildung sind entscheidend für die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sie sind darüber hinaus selbst ein bedeutender und sich dynamisch entwickelnder Wirtschaftszweig. Bis 2020 werden allein im Gesundheitssystem über sechs Millionen Menschen beschäftigt sein.

Doch weder die Ausrichtung der bisherigen Wirtschaftspolitik noch die bescheidenen Gehälter und belastenden Arbeitsbedingungen werden dieser Bedeutung gerecht. Während in anderen Branchen hohe Boni ausgeschüttet werden, bleiben Gehälter und Arbeitsumfeld in den sozialen Dienstleistungen hinter ihrem gesellschaftlichen Wert zurück. Eine Kultur der Anerkennung fehlt in diesem Bereich völlig. PflegerInnen, Hebammen, Krankenschwestern oder KindergärtnerInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Grüne Politik für die sozialen Dienstleistungen sichert nachhaltig deren Finanzierung, fördert Forschung und Innovationen, steigert die Attraktivität von Gesundheits-, Pflege- und Bildungsberufen und be-

kämpft Lohndumping. Wir schaffen neue, gute Arbeit durch ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen sowie den Ausbau der Prävention zur dritten Säule des Gesundheitswesens. Wir erweitern den Innovationsbegriff um soziale Innovationen und werden Dienstleistungen als Forschungsfeld stärker gewichten.

Soziale Dienstleistungen werden oft von gemeinnützigen Trägern, von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden erbracht. Zentral dabei ist, dass bei der Auftragsvergabe nicht nur die Kosten, sondern auch die Qualität der Dienstleistung sichergestellt ist. Die Vergabe von sozialen Dienstleistungen kann nicht nach denselben Kriterien erfolgen wie die Beschaffung von Computern, Briefumschlägen oder Bleistiften. Wie wir das Arbeitsrecht in solchen Dienstleistungen ändern wollen, haben wir im Kapitel „Teilhabe an guter Arbeit“ beschrieben.

6. Solidarische Ökonomie fördern

Solidarische Ökonomie bedeutet für uns, unser Handeln an den Leitlinien sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit auszurichten. Wir fördern die verschiedenen Ansätze solidarischer Ökonomie, weil darin die Freiheit selbstbestimmten Handelns und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Hierbei knüpfen wir an erfolgreiche Beispiele wie BürgerInnenenergie-Genossenschaften oder lokale KonsumentInnen- und ErzeugerInnen-Gemeinschaften an. Die Direktvermarktung von Ökostrom aus Genossenschaften und BürgerInnenenergieförderungsanlagen soll gestärkt werden, um Anreize zur dezentralen Stromerzeugung zu schaffen.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Genossenschaftsbewegung. Wir wollen Gründungen in diesem Bereich erleichtern, genossenschaftliche Dienstleistungen einem breiteren Kreis zugänglich machen und ihre Weiterentwicklung fördern. Dazu entbürokratisieren wir die genossenschaftliche Rechtsform, z.B. durch eine Entlastung bei den Prüfungspflichten. Gleichzeitig beenden wir die Benachteiligung von Gemeinschaftsunternehmen besonders bei Gründungs-

und Förderprogrammen und erleichtern den Zugang zu Finanzierungsdienstleistungen.

Darüber hinaus wollen wir ressourcenschonende Geschäfts- und Dienstleistungsmodelle mit gemeinschaftlicher Nutzung fördern, bei denen der Gebrauch statt des Besitzes im Vordergrund steht. Dazu gehören Carsharing-Modelle ebenso wie generationenübergreifende Wohngemeinschaften, die eine Lösung für knapper werdenden Wohnraum in Großstädten bieten. Für Anbieter und VerbraucherInnen von Tausch-, Teil- und Verleihdienstleistungen sowie für die Open-Source- und Freie-Software-Bewegung wollen wir deshalb Rechtssicherheit schaffen. Ebenso unterstützen wir solidarische Handelsnetze sowie Regionalgeldinitiativen, um regionale Wertschöpfung zu fördern.

Die Übernahme eines vor oder in der Insolvenz stehenden Unternehmens durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann ein geeignetes Instrument sein, um Arbeitsplätze auf der Basis nachhaltigen Wirtschaftens zu sichern. Dies wollen wir unterstützen, etwa durch ein Vorkaufsrecht bei Betriebsübergang. Um den MitarbeiterInnen die Ausübung des Vorkaufsrechts zu ermöglichen, bedarf es geeigneter Finanzierungsinstrumente. Mit der Förderung der solidarischen Ökonomie erschließen wir neue Möglichkeiten der ökonomischen Teilhabe und Mitbestimmung.

7. Nachhaltiges Wirtschaften statt blinden Wachstums

Die einseitige Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes als Kriterium für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg ist nicht länger hinnehmbar. In dieser Kennzahl bilden sich Wohlstand und Lebensqualität nur sehr schlecht ab, soziale Sicherheit, Gleichstellung von Frauen und Männern, gute Bildung oder eine intakte Umwelt gar nicht. Hohe Unfallzahlen, Immobilienblasen oder ein verschwenderischer Ressourcenverbrauch mit einhergehender Umweltzerstörung erhöhen das Wachstum, sind aber höchst schädlich für Wohlstand und Lebensqualität.

Wachstum der Wirtschaft, gemessen an der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, ist deshalb weder Ziel unseres politischen Handelns noch ein ausreichendes Mittel zur Erreichung unserer politi-

schen Ziele. In der Frage der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch liegt die Herausforderung in der absoluten Reduktion des gegenwärtigen globalen Ressourcenverbrauchs. Wir setzen uns für weitreichende Effizienzverbesserungen ein und für politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen, innerhalb deren diese wirksam werden können.

Die Wertschätzung eines Menschen durch die Gesellschaft darf nicht vorrangig von seinem materiellen Besitz oder Eigentum abhängen. Und wir setzen uns für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Dazu braucht es verbindliche soziale und ökologische Leitplanken für das Handeln von Unternehmen und KonsumentInnen.

Wir brauchen neue Indikatoren, die neben den ökonomischen Aspekten auch den ökologischen und sozialen Zustand unseres Landes abbilden. Im Rahmen der von uns angestoßenen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ haben wir darum einen neuen Wohlstandsindikator erarbeitet, den „grünen Wohlstandskompass“. Er bemisst Wohlstand an der Lebensqualität aller Menschen und dem Zustand unserer Umwelt, indem er u.a. den ökologischen Fußabdruck als Maß für den Ressourcenverbrauch mit einbezieht. Auch Wirtschaftspolitik muss sich an den Zielen der Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu wollen wir ein neues Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz ausarbeiten, das an die Stelle des überholten „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ tritt.

Die Frage nach der Bedeutung des Wirtschaftswachstums stellt sich jedoch auch langfristig. Wenn das Wachstum ausbleibt, drohen gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Rezessionen lassen die Arbeitslosigkeit ansteigen, üben Druck auf die Sozialsysteme aus und führen zu einer höheren Staatsverschuldung. Wir müssen uns vor diesem Hintergrund die Frage stellen, wie wir mit stetig sinkenden Wachstumsraten umgehen, wie sie in der industrialisierten Welt seit Jahrzehnten erzielt werden. Wir streben daher an, die Wachstumsabhängigkeit unserer Wirtschaft langfristig zu reduzieren. Die Diskussion um die richtigen Mittel dazu wurde von uns bereits in der Enquete angestoßen und sollte im parlamentarischen Raum, mit der Wissenschaft und den Kräften der Zivilgesellschaft weitergeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich von jeher für eine Beschleunigung der ökologisch-transformatorischen Prozesse von Wirtschaft und Gesellschaft ein mit der Zielsetzung, Klima- und Ressourcenschutz umfassend im gelebten Alltag zu verankern. Durch ein innovatives Ordnungsrecht, die Abschaffung klima- und umweltschädlicher Subventionen, öffentliche Investitionen sowie Marktanreiz- und Forschungsprogramme schafft grüne Politik die Rahmenbedingungen für ein regeneratives Wirtschaften. Um Wirtschaftskreisläufe langfristig regenerativ und nachhaltig auszurichten, ist darüber hinaus eine noch stärkere zentrale Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips über Anpassungen im Wettbewerbs- und Vermögensrecht notwendig und sollte auch auf kulturelle und soziale Gemeingüter ausgedehnt werden, um deren volle Vielfalt vor Ausbeutung und damit langfristiger Zerstörung durch Wirtschaftsprozesse zu schützen.

Wer GRÜN wählt ...

- bringt grünes Wirtschaften voran, in Industrie und Dienstleistungen, in der Bundesrepublik und in Europa – und schafft so viele neue Arbeitsplätze.
- reguliert wirksam die Finanzmärkte, so dass sie wieder im Dienst von Mensch und Unternehmen stehen.
- schafft faire Wettbewerbsbedingungen, fördert Innovation und hat keine Scheu vor der Auseinandersetzung mit großen Playern.
- arbeitet mit an einem demokratischen und solidarischen Europa, in dem die Reform lasten nicht bei den Ärmsten abgeladen werden.
- unterstützt eine Politik, die die Lebensqualität der Menschen heute und morgen im Blick hat und auf solidarische Ökonomie setzt statt auf einen veralteten Wachstumsgedanken.

Schlüsselprojekte**Für eine Ressourceneffizienz-Allianz – Top-Runner-Prinzip einführen**

Ressourceneffizienz heißt: Wir wollen nicht weiter die Substanz unserer Erde verbrauchen, statt von ihrem Ertrag zu leben. Ressourceneffizienz ist eine ökologische Innovationsstrategie, die den Bedarf an Rohstoffimporten senkt und durch Kostensenkung bei Material statt bei Löhnen Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Deshalb wollen wir eine Ressourceneffizienz-Allianz zustande bringen, an der sich Wirtschaft, Forschung, NGOs, Politik und Verwaltung beteiligen. Sie soll dazu beitragen, dass Unternehmen noch stärker auf Ressourcen- und Materialeffizienz achten. Beim Top-Runner-Prinzip gibt das umweltverträglichste und effi-

zienteste Produkt den Standard vor, den alle anderen in vorgegebener Zeit erreichen müssen. Das bisher zahllose Programm für Ressourceneffizienz (ProgRes) wollen wir weiterentwickeln und um verbindliche und ambitionierte Recyclingquoten sowie Rücknahmepflichten für Hersteller ergänzen. Dies unterstützen wir unter anderem durch eine faire und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik.

Die Finanzmärkte neu ordnen – eine Schuldenbremse für Banken

Die mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte hat die Welt in eine historische Finanz- und Wirtschaftskrise gestürzt. Seitdem ist kaum etwas passiert. SteuerzahlerInnen sollen nicht wieder für das Fehlverhalten der Finanzindustrie zahlen müssen. Dazu brauchen wir neben einer Europäischen Bankenunion mit schlagkräftiger Aufsicht und bankenfinanziertem Rettungsfonds vor allem eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Banken müssen bis 2017 mindestens 3 % Eigenkapital im Verhältnis zu ihrer Bilanzsumme vorhalten. Diese Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit faktisch unmöglich machen und das Finanzsystem deutlich stabilisieren.

Wirtschaftswachstum ist nicht das Maß der Dinge – neue Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität

Die Fixierung von Politik und Medien auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat uns in die Irre geführt. Der Raubbau an Mensch und Natur wurde uns als Wachstumserfolg verkauft. Aber über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nichts aus. Ist Wachstum mit Umweltzerstörung und Ungerechtigkeit erkaufte, macht uns das unter dem Strich sogar ärmer. Deshalb brauchen wir einen neuen Gradmesser für Wohlstand und Lebensqualität. Dafür etablieren wir einen neuen Wohlstandsindikator. Der „grüne Wohlstandskompass“ umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte. Entsprechend fordern wir für Unternehmen ab einer bestimmten Größe neben der vorgeschriebenen finanziellen auch eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung über soziale und ökologische Kennzahlen. So können wir der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung geben.

D. Besser haushalten

Warum wir einen handlungsfähigen Staat nicht auf Pump finanzieren dürfen

Es gibt viel zu tun. Aber der ökologische Umbau, der Bildungsaufbruch und der soziale Ausgleich können nur mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Dazu braucht der Staat eine solide und solidarische Finanzierung, denn eine Politik auf Pump können wir uns nicht mehr leisten. Die Schuldenbremsen von Bund und Ländern sagen nichts anderes, als dass Ausgaben und Einnahmen in einem stabilen Gleichgewicht stehen müssen.

Die enorme Verschuldung aller öffentlichen Haushalte ist auch das Ergebnis der unehrlichen Finanzpolitik der vergangenen Jahrzehnte, die die neoliberale Regierung unter Merkel auf die Spitze treibt: Trotz steigender Steuereinnahmen sind die Schulden der Bundesrepublik während Merkels Kanzlerschaft um 500 Mrd. Euro gestiegen. Anstatt wichtige Reformen zu finanzieren, verplempert sie das Geld der SteuerzahlerInnen und steckt es in ein unsinniges Betreuungsgeld oder – schlimmer noch – versorgt damit durch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotelbranche („Mövenpick-Steuer“) eine einzelne Interessengruppe. Die Verschuldung ist jedoch so hoch, dass für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen an Ausgabenkürzungen, Subventionsabbau und Steuererhöhungen kein Weg vorbeiführt. Wer etwas anderes versucht, handelt fahrlässig. Umgekehrt gilt aber auch: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist ab sofort finanzierbar. Deswegen setzen wir für eine Regierungsübernahme klare Prioritäten bei den finanzwirksamen Projekten.

Wer wichtige Zukunftsprojekte finanzieren und öffentliche Haushalte solide aufstellen will, muss Prioritäten setzen. Grüne Haushaltspolitik steht deshalb für eine gründliche Aufgabenprüfung, die unnötige Ausgaben vermeidet. Durch Reduzierung der Schwarzarbeit, die Einführung eines Mindestlohns, die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen wie des Dienstwagenprivilegs oder der Steuerbefreiung von Kerosin, den Verzicht auf Prestigebauprojekte, den Verzicht auf teure und unsinnige Rüstungsprojekte sowie eine weitere Ver-

kleinerung der Bundeswehr und eine Straffung im Beschaffungswesen können wir Milliarden einsparen.

Grüne Haushaltspolitik schützt das Klima. Mit einem grünen Klimaschutzhaushalt wollen wir klimaschädliche Subventionen abbauen und so die ökologische Verschuldung verringern. Mit den Mehreinnahmen wollen wir wichtige Energiewende- und Klimaschutzprogramme solide finanzieren und zudem noch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten.

Grüne Haushaltspolitik ist geschlechtergerecht. Wir wollen in den Bundesministerien Gender-Budgeting einführen, damit öffentliche Gelder zielgenauer, gerechter und sparsamer eingesetzt werden. Dazu wollen wir analysieren, von welchen Geldern Männer und Frauen profitieren, um auf dieser Basis dann Steuerungsinstrumente für die Haushaltspolitik zu entwickeln.

Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur, eine gut ausgebildete Bevölkerung und ein funktionierendes Gemeinwesen sind Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg und den Aufbau privaten Vermögens. Der private Reichtum in Deutschland ist in den letzten 20 Jahren extrem stark angewachsen. Die Steuern auf hohe Einkommen sowie Vermögen und Erbschaften sind in den letzten zwei Jahrzehnten gesunken. Gleichzeitig ist die öffentliche Hand auf allen Ebenen verschuldet und strukturell unterfinanziert. Es ist an der Zeit, dass wir dieses Missverhältnis beenden. Wir können bei der Finanzierung öffentlicher Güter nicht mehr auf grenzenloses Wachstum oder neue Schulden setzen. Wir müssen daher die Einnahmen des Staates maßvoll erhöhen. Der Spielraum dafür ist angesichts der privaten Reichtums- und Einkommensentwicklung da, privater Wohlstand muss wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und damit zur Finanzierung seiner eigenen Voraussetzungen beitragen. Wer mit uns regieren will, muss deshalb mit uns die Unterfinanzierung des Staates in Bund, Ländern und Kommunen durch höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen beenden. Dabei wissen wir, dass ein pures Mehr von staatlichen Ausgaben keine nachhaltige Lösung ist. Auch staatliche Ausgaben müssen effizient sein und entsprechend hinterfragt werden. Wir werden alle staatlichen Ausgabenprogramme einer Effizienzprüfung unterziehen. Ziel ist es dabei, auf allen staatlichen Ebenen Bürokratie abzubauen und Ent-

scheidungswege zu straffen. Programme mit einem hohen Verwaltungsaufwand werden wir grundsätzlich überprüfen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bieten als einzige Partei ein Programm, in dem zusätzliche Ausgaben durch Kürzungen, Einsparungen und Steuererhöhungen gegenfinanziert sind. Wir sagen konkret: Manche zahlen zu wenig Steuern, ob auf Einkommen, Vermögen oder Umweltverbrauch. Andere kassieren Subventionen, die den Staat Milliarden kosten, wie die Pharma- und die Agrarindustrie. Wir scheuen uns nicht, ungerechte und schädliche Subventionen abzuschaffen und einzelnen Interessengruppen Reformen und Einsparungen zuzumuten. Wer GRÜN wählt, bekommt keine finanzpolitische Katze im Sack, sondern klare und ehrliche Politik.

Die Bürgerinnen und Bürger sind sich einig: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat – und dafür brauchen wir solide Finanzen. Aktive Politik vor Ort gelingt nur mit Kommunen, die nicht durch Überschuldung und zu geringe Finanzkraft ihrer Handlungsfähigkeit beraubt sind, der Bildungsaufbruch gelingt nur mit starken Länderfinanzen und der soziale Ausgleich gelingt nur mit einem handlungsfähigen Bundeshaushalt. Schaffen wir dafür endlich eine politische Mehrheit. Wir halten deshalb Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht und sorgen für eine faire Finanzierung unseres Gemeinwesens, an dem alle teilhaben und starke Schultern mehr tragen als schwache.

Eine solide Finanzpolitik eröffnet demokratische Gestaltungsspielräume und macht so Einmischung erst möglich. Hohe Schulden setzen die öffentliche Hand den Kreditgebern auf den Finanzmärkten aus. Schuldenabbau ist deswegen ein wesentlicher Baustein, um das Primat der Politik wieder gelten zu lassen.

Wir wollen solide Finanzen, um eine gute Zukunft zu schaffen: Wer jetzt nicht in Bildung investiert, begeht ein schweres Versäumnis. Wer jetzt nicht die ökologische Transformation vorantreibt, muss später mit viel Geld Umweltschäden beseitigen. Wer zulässt, dass Menschen in Armut leben, der sorgt für Perspektivlosigkeit. Wer heute nicht für solide öffentliche Finanzen sorgt, der verbaut uns eine gute Zukunft.

1. **Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik**

Grüne Steuerpolitik ist ökologisch, weil sie dazu beiträgt, dass Preise die ökologische Wahrheit sagen. Dafür wollen wir die ökologische Finanzreform vorantreiben. Der Anteil der Einnahmen aus Umweltsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist in den vergangenen Jahren jedoch inflationsbedingt gefallen und damit der Anreiz zu ökologischem Verhalten. Diesen Trend wollen wir durch einen schrittweisen Abbau umweltschädlicher Subventionen umkehren. Dazu gehört eine Reform der Luftverkehrsteuer, der Kfz-Steuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen ebenso wie eine ökologische Besteuerung von Dienstwagen und das Streichen von Ausnahmen bei der Ökosteuer. Wir wollen die ökologische Finanzreform auch auf nicht energetische Rohstoffe ausweiten, um die umweltschädliche Verschwendung von Düngemitteln, Baustoffen und Verpackungen zu reduzieren. Wir setzen uns für eine Angleichung der Energie- und Umweltsteuern in Europa ein.

Grüne Steuerpolitik ist gerecht, weil stärkere Schultern mehr tragen als schwache. Damit trägt sie zum sozialen Ausgleich bei. Gerecht ist oft auch einfach: Wenn wir das Steuerrecht entrümpeln und seine Qualität verbessern, reduziert das Gestaltungsmöglichkeiten findiger Steuertrickser. Gleichzeitig ermöglichen wir so den Finanzämtern geltendes Steuerrecht durchzusetzen – ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Ein besserer Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist ein zentraler Baustein grüner Steuerpolitik. Deutschland gehen laut Schätzungen jedes Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 150 Mrd. Euro verloren, weil das komplizierte Steuerrecht Schlupflöcher besonders für hohe Einkommen eröffnet, weil große Unternehmen ihre Steuerlast international verlagern können und weil die Steuerprüfung und Steuerfahndung der Länder personell oft unzureichend ausgestattet ist oder Ausstände nicht konsequent eingetrieben werden, wie beispielsweise die Vertragsstrafe und der Schadensersatz von Toll Collect in Höhe von fast 5 Mrd. Euro. Es sind die ehrlichen BürgerInnen, die deshalb mehr Steuern zahlen müssen oder weniger öffentliche Leistungen erhalten. Und es sind die kleinen und national tätigen Unternehmen, die so mehr belastet werden als ihre größeren Konkurrenten. Um die Steuertrickserien multi-

nationaler Unternehmen wirksam verhindern zu können, brauchen wir mehr Transparenz. Wir fordern daher länderbezogene Offenlegungspflichten. Parallel zum politischen Einsatz für eine verbindliche EU-Regelung wollen wir diese Offenlegungspflichten in einem ersten Schritt auch national umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass international agierende Unternehmen ihre Gewinne in den Ländern versteuern müssen, in denen sie erwirtschaftet werden. Steueroasen wollen wir effektiv bekämpfen: Hierzu werden wir uns u.a. für eine europäische schwarze Liste und für Sanktionen gegen kooperationsunwillige Banken und Länder einsetzen.

Eine wirkungsvolle Steuerprüfung und Steuerfahndung sind im Sinne der Steuergerechtigkeit und ein Beitrag zu soliden öffentlichen Finanzen, die die Interessen aller drei Ebenen berücksichtigt. Wir setzen uns für personelle und organisatorische Verbesserungen der Steuerverwaltung ein und wollen eine Bundessteuerverwaltung, die das Nebeneinander der Ländersteuerverwaltungen ersetzt. Die im Finanzverwaltungsgesetz enthaltenen Bundeskompetenzen sind zu nutzen, um einheitliche Mindeststandards bei der Steuererhebung und -prüfung festzulegen und durchzusetzen. Steuergestaltungsmodelle sollen zum Schutz vor missbräuchlicher Steuergestaltung meldepflichtig und offengelegt werden, um sie zu verhindern. Das steuerliche Bankgeheimnis muss abgeschafft und durch eine grundsätzliche Kontrollmitteilungspflicht der Banken ersetzt werden, wie sie heute bereits in den meisten OECD-Ländern besteht. Finanztransaktionen in und aus Niedrigsteuerländern werden in Frankreich mit einer Strafsteuer belegt. Das wollen wir für alle EU-Staaten zur allgemeinen Regel machen. Doppelbesteuerungsabkommen müssen einen automatischen Informationsaustausch enthalten und so ausgestaltet sein, dass sie aggressive Steuergestaltung und schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten verhindern. Daher wollen wir in den deutschen Doppelbesteuerungsabkommen von der Freistellungs- zur Anrechnungsmethode übergehen.

Wir wollen eine gleichmäßige steuerliche Belastung von Unternehmen erreichen, unabhängig von Größe, Branche oder internationaler Ausrichtung. Instrumente gegen Missbrauch und für den Erhalt von nationalen Steueraufkommen wollen wir überprüfen, weiterentwickeln und gegebenenfalls nachschärfen. Nach den letzten Änderungen der schwarz-gelben Koalition bei der Funktionsverla-

gerungsbesteuerung und der Zinsschranke muss sichergestellt sein, dass die ursprüngliche Zielsetzung und Aufkommenswirkung dieser Regelungen auch erreicht wird.

Grüne Steuerpolitik ist wirtschaftlich vernünftig. Wir erhöhen Steuern, die wirtschaftliche Aktivitäten nur gering beeinflussen, und erzeugen mit den damit finanzierten öffentlichen Investitionen neue wirtschaftliche Dynamik: Der Mittelständler vor Ort profitiert direkt von einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur, etwa einem guten Verkehrsnetz, einem Zugang zu Breitbandinternet und guten Schulen.

Eine höhere Erbschaftsteuer ist anreizneutral, weil erben nichts mit Leistung zu tun hat. Vom Aufkommen profitieren allein die Länder, Mehreinnahmen können für dringend notwendige Investitionen in bessere Bildungs- und Betreuungsangebote verwendet werden. So unterstützen wir auch die Länder mit höheren Einnahmen bei ihren Konsolidierungsanstrengungen. Wir streben an, das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer auf 8,6 Mrd. Euro zu verdoppeln. Dazu werden wir das verfassungswidrige und unsoziale Wirrwarr der bisherigen Regelungen. Wir wollen die Bevorzugung von Erbschaften und Schenkungen gegenüber anderen Einkünften einschränken, indem wir die Freibeträge wieder auf ein vernünftiges Maß festsetzen und so die Bemessungsgrundlage verbreitern. Kleine Erbschaften wollen wir weiterhin nicht besteuern. Die von der großen Koalition eingeführte Befreiung von Betriebsvermögen ist ungerecht und verfassungswidrig. Wir setzen stattdessen auf gesonderte Freibeträge und Stundungsregelungen, um Liquiditätsengpässe bei der Betriebsübertragung zu vermeiden. Fälle, in denen Erbschaftsteuer und Vermögensabgabe parallel anfangen würden, werden wir so berücksichtigen, dass keine doppelten Belastungen und keine Substanzbesteuerung auftreten können, z.B. durch eine zeitliche Streckung. Statt kommunalen Investitionsstaus brauchen wir Geld für eine gute Politik vor Ort. Neben ihren Anteilen an Einkommen- oder Mehrwertsteuer sollen die Kommunen auf ihre eigenen Quellen zählen können: Die Reform der Grundsteuer wollen wir zügig vorantreiben. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns GRÜNE: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize. Das Hebesatzrecht liegt

bei den Kommunen. Die Gewerbesteuer soll zu einer kommunalen Wirtschaftsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage ausgeweitet werden. Diese gilt auch für FreiberuflerInnen und zieht Zinsen, Mieten und Lizenzgebühren stärker als bisher bei der Berechnung heran. Da diese die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechnen können, würden sie im Regelfall nicht mehr belastet, aber künftig als selbständige UnternehmerInnen ihren Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten. An der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer halten wir fest. So wird das Steueraufkommen stabiler und zwischen den Kommunen gleichmäßiger verteilt. In einer notwendigen Diskussion um die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs müssen die Fragen eigener Einnahmequellen für die Länder, die Neuordnung des Finanzausgleichs, Probleme der Konnexität und der Weiterleitung von Finanzmitteln zwischen den Ebenen, Altschuldenhilfe auch für überschuldete Kommunen und einer kommunalen Mindestausstattung gerade vor dem Hintergrund der Schuldenbremse baldmöglichst in einer weiteren Föderalismuskommission zwischen Bund, Ländern und Kommunen geklärt werden.

Die Verschuldung von Ländern und Kommunen hat eine Höhe erreicht, welche die Erfüllung der Daseinsvorsorge in Frage stellt und notwendige Investitionen in Bildung und Klimaschutz verhindert. Vielen Kommunen und Ländern fehlt das Geld, um die Zinslasten zu schultern und mit der Tilgung zu beginnen und die harten Bedingungen der Schuldenbremse einzuhalten. Und deswegen hat grüne Finanzpolitik immer die Kassenlage aller staatlichen Ebenen im Blick. Durch unsere Vorschläge zum Subventionsabbau und zur Steuererhöhung erhalten Länder und Gemeinden substantielle Mehreinnahmen, die sie für ihre laufenden Ausgaben sowie den Schuldendienst und -abbau dringend brauchen. Mit dem Auslaufen des Solidaritätszuschlages wollen wir im Rahmen einer Föderalismuskommission III eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung eines Zuschlages auf die Einkommensteuer erarbeiten. Ziel ist es, einen Altschuldentilgungsfonds aufzubauen, der Länder und Kommunen entlastet, damit diese ihre strukturellen Defizite abbauen und die Schuldenbremse einhalten können. Bis dahin ist es aber nicht einzusehen, dass Bund und Länder unterschiedlich hohe Zinsen zahlen müssen – obwohl sie in einer faktischen Haftungsgemeinschaft sind. Verfassungskonfor-

me Deutschlandbonds können ein Instrument sein, um eine gemeinsame Schuldenaufnahme zu organisieren.

Die EU-Kommission stellt fest, dass den Mitgliedsstaaten jährlich rund 1 Billion Euro an Steuereinnahmen verloren gehen. Das macht klar: Europas Finanzprobleme liegen nicht einseitig auf der Ausgabenseite. Gleichzeitig hat sich die Verteilung der Steuerlast verschlechtert. Immer weniger Einnahmen kommen aus vermögensbezogenen Steuern und Unternehmenssteuern. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht grenzenloses Wirtschaften, während die Steuerpolitik meist an den Grenzen Halt macht. Steuervermeidung und Steuerbetrug sind die Folge.

Dem stellen wir einen europäischen Steuerpakt entgegen, damit auch diejenigen für die Einhaltung des europäischen Fiskalpakts sorgen, die sich bisher vor einer fairen Lastenverteilung gedrückt haben: Eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe dient dem Schuldenabbau. Eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage verringert Steuertricksereien und schafft Chancen für kleinere Unternehmen, für die dann nur ein Steuerrecht gilt. Wir wollen auch, dass international tätige Konzerne ihre Steuerzahlungen sowie ihre Gewinne, Umsätze und Beschäftigten nach Ländern getrennt offenlegen müssen. Dann wird es für jeden erkennbar, wenn ein Unternehmen in Europa wirtschaftet, seine Gewinne aber in ein Niedrigsteuerland verschiebt und darauf keine Steuern gezahlt werden. Eine Gewinnbesteuerung von mindestens 25 % vermeidet ruinösen Steuerwettbewerb. Die Steuerrichtlinien der EU müssen so überarbeitet werden, dass Steuergestaltung mit dem Ziel der Niedrig- oder Nichtbesteuerung verhindert wird. Wir wollen auch erreichen, dass sich die EU auf Mindeststandards für die Besteuerung im Verhältnis zu Drittstaaten einigt. Der Kampf gegen Steueroasen in der EU ist eine Gerechtigkeitsfrage mit massiven fiskalpolitischen Auswirkungen. Gleiches gilt für den automatischen Informationsaustausch bei Kapitaleinkommen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Wenn Banken wiederholt und schwerwiegend gegen Steuergesetze verstoßen, soll ihnen EU-weit der Lizenzentzug drohen. Die Steuerpflicht wollen wir wie die USA an die Nationalität koppeln und so Steuervermeidung per Wegzug verhindern. Letztlich braucht auch die Ökosteuer ein europäisches Fundament, um beispielsweise Tanktourismus einzudämmen.

Gerade die Steuerpolitik macht den Mehrwert der Europäischen Union deutlich. Nationale Souveränität ist an dieser Stelle häufig nur noch eine leere Hülle. Gemeinsam können wir mehr erreichen als mit einem steuerpolitischen Nebeneinander.

2. Starke Schultern schaffen mehr als schwache: die grüne Einkommensteuer

Die Höhe der Einkommensteuersätze kannte in den vergangenen Jahren fast nur eine Richtung: nach unten. Am oberen Ende des Tarifs war das weder finanzpolitisch vernünftig noch sozial gerecht: Die Staatsverschuldung hat in der Folge ebenso wie die Einkommens- und Vermögenskonzentration zugenommen. Um dem entgegenzuwirken, soll der Spitzensteuersatz auf 45 % bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen linear verlängert werden, um dann bei 80.000 Euro bei 49 % zu liegen. Gleichzeitig wollen wir das steuerfreie Existenzminimum für alle auf mindestens 8.700 Euro anheben. Dadurch bleiben netto ca. 3 Mrd. Euro Mehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden. So zahlen alle mit einem Einkommen unter 60.000 Euro pro Jahr weniger, der Rest mehr. Die Steuererhöhung für weniger als drei Millionen Vielverdienende finanziert so die Steuerensenkungen für viele Geringverdienende.

Es geht uns aber auch um eine Vereinfachung der Einkommensteuer. Die zahlreichen Ausnahmen und Subventionen sind nicht immer gerechtfertigt. Dazu werden wir die Einführung einer negativen Einkommensteuer prüfen. Denn einfach ist oft auch gerecht, weil sich nur die Reichen und die großen Unternehmen findige Steuerberater leisten können.

3. Schulden abbauen: die grüne Vermögensabgabe

Eine hohe Vermögenskonzentration ist Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt und fiskalpolitisch eine Zumutung. Während der Staat auf atemberaubend hohen Schuldenbergen sitzt, wächst das private Vermögen scheinbar unaufhaltsam. Es ist gerecht, wenn sich das Gemeinwesen einen Beitrag bei den sehr hohen Vermögen holt,

um damit den Schuldenberg abzubauen. Nur so kommen wir von der gigantischen Pyramide aus Schulden und Vermögen, die die Weltwirtschaft in den letzten Jahren ins Chaos gestürzt hat, herunter.

Die einmalige und zeitlich befristete Vermögensabgabe nach Artikel 106 Grundgesetz soll über mehrere Jahre insgesamt rund 100 Mrd. Euro einbringen. Geld, das ausschließlich in den Abbau der Bundesschulden fließt. Die sind durch Konjunkturpakete und Bankenrettung massiv gestiegen, allein während der Kanzlerschaft Angela Merkels um rund 500 Mrd. Euro. Die Bankenrettung hat nicht zuletzt das Eigentum der Vermögenden gesichert. Es ist deswegen fair und gerecht, von ihnen einen Beitrag zu verlangen. Die grüne Vermögensabgabe wird weniger als 1 % der BürgerInnen mit jeweils einem Nettovermögen von mehr als 1 Mio. Euro treffen. Für Betriebsvermögen begrenzen wir die Abgabe auf maximal 35 % des Gewinns und verhindern, dass Unternehmen in ihrer Substanz getroffen werden.

Unser Ziel bleibt mittelfristig die Wiederbelebung einer verfassungskonformen Vermögensteuer, deren Aufkommen allein den Ländern zusteht. Die Vermögensteuer soll nach Auslaufen der Abgabe erhoben werden. Sie sollte an die Bemessungsgrundlage der Vermögensabgabe anknüpfen, ebenso wie diese eine Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen vermeiden und möglichst wenig Verwaltungsaufwand verursachen. Dies werden wir auf allen Ebenen vorantreiben und im Bundesrat und im Bundestag Mehrheiten für eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer suchen und nutzen.

4. Unfaire Steuerschlupflöcher stoppen: grüner Subventionsabbau

Mehrwertsteuerermäßigungen wie beispielsweise für Hotels, Fast Food, Schnittblumen oder Skilifte schaffen wir ab. Das ist ein Bürokratie-Abbauprogramm, das mehr als 3 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen für alle staatlichen Ebenen bringt. Gleichzeitig treten wir für eine europäische Reform der Mehrwertsteuer ein. Durch eine stärkere Harmonisierung und eine Umkehr der Steuerschuldnerschaft (Reverse Charge) bekämpfen wir Betrug und bauen Bürokratie ab. Dies

bringt Mehreinnahmen für die Haushalte aller EU-Mitgliedsstaaten, denen laut EU-Kommission jährlich ein dreistelliger Milliardenbetrag durch Mehrwertsteuerbetrug entgeht. Das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder der Ausnahmen bei der Öko-steuer – bringt 7,5 Mrd. Euro.

Die Abgeltungsteuer bevorzugt Kapital- gegenüber Arbeitseinkommen und ist damit eine Privilegierung der Rentiers auf Kosten der Allgemeinheit. Diese Subvention von Finanzinvestitionen gegenüber realen Investitionen und von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital gehört abgeschafft und Kapitaleinkommen wieder progressiv besteuert. Die Abzugsfähigkeit von Gehältern und Boni als Betriebsausgaben wollen wir auf 500.000 Euro beschränken, damit hohe Einkommen nicht weiter subventioniert werden.

Mit der Vereinheitlichung der Abzugs- und Begünstigungsregelungen in der Einkommensteuer und den Sozialversicherungen leisten wir einen Beitrag zum Bürokratieabbau. Wir wollen prüfen, inwieweit bestehende Steuerabzüge durch Steuergutschriften ersetzt werden können, damit die Steuerersparnis sich an den tatsächlichen Kosten und nicht an der Steuerprogression bemisst. Wir GRÜNE wollen auf Bund-Länder-Ebene einen Prozess initiieren, der die vom Grundgesetz geforderten Grundsätze der Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen aufstellt. Darüber werden wir mit den betroffenen Religionsgemeinschaften verhandeln.

Es gibt eine Schieflage bei den familienpolitischen Leistungen. Fehlende Investitionen in Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat die Durchlässigkeit der Gesellschaft gemindert und die Benachteiligung von Frauen verschärft. Wir wollen diese Schieflage beseitigen – statt der Ehe wollen wir Kinder fördern. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Das steigert Erwerbsanreize für Frauen und ist damit ein wichtiger Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senkt damit das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Wir wollen bestehende und neue Ehen dabei gleichbehandeln. Dies kann vor allem durch eine Deckelung des Splittingvorteils erreicht werden, der die Belastung aus der Reform des Ehegattensplittings am Anfang auf Haushalte mit einem Einkommen von zusammen mindestens 60.000 Euro begrenzen würde. Wir halten es derzeit für realistisch,

diesen Splittingdeckel schrittweise innerhalb von zehn Jahren abzubauen. Wir werden dabei prüfen, wie sich durch unsere Reformen die Lebensqualität von Familien und insbesondere die Erwerbssituation von Frauen verändert. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagschulen und für eine Kindergrundsicherung nutzen. Die Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, eine übermäßige Belastung kinderreicher Familien durch das Abschmelzen des Splittings zu vermeiden. Frauen, die aufgrund der bestehenden Regelungen aus dem Beruf ausgestiegen sind, wollen wir mit einem umfassenden Aktionsprogramm den Wiedereinstieg ins Berufsleben erleichtern.

5. Eine andere Politik ist möglich: die grünen Ausgabenprioritäten ab 2014

Grüne Haushaltspolitik hält Maß. Es ist klar: Die Schuldenbremse gilt ebenso wie die europäischen Stabilitätskriterien. Wir GRÜNE sind verlässlich. Das haben wir in Kommunen und Ländern oft gezeigt. Wir versprechen finanzpolitisch nichts, was nicht zu halten ist. Daher sagen wir, was wir sofort finanzieren können, was wir zeitlich schieben müssen und wo Subventionen und andere Ausgaben reduziert werden können. Gute Politik besteht aus dem Mut, Prioritäten zu setzen. Diesen Mut haben wir.

Wir wollen den grünen Wandel voranbringen – für einen ökologischen Aufbruch der Wirtschaft und für gute Arbeit. Wir streiten für einen gesellschaftlichen und demokratischen Aufbruch. Wir beschreiben nicht nur das Ziel, sondern auch den Weg dorthin. Leitmotive sind dabei: Teilhabe, sozialer Ausgleich, ökologischer Umbau, Chancengleichheit und globale Gerechtigkeit.

Unterm Strich stehen 2014 als Folge grüner Einnahmeverbesserungen, von Subventionsabbau und Einsparungen 12 Mrd. Euro für haushaltswirksame grüne Projekte zur Verfügung. Der geltende Finanzplan des Bundes bildet für diese Berechnung die Basis. Dem Vorsichtsprinzip folgend schaffen wir einen Puffer für Zins- und Konjunkturrisiken. Die konkreten Projekte vom Klimaschutz über Arbeitsmarktpolitik bis zur Eingliederungshilfe in den Kommunen finden sich in den entsprechenden Kapiteln des Wahlprogramms.

Wer GRÜN wählt ...

- bekommt eine ehrliche und solidarische Finanzpolitik, damit öffentliche Leistungen endlich wieder ohne Schulden finanziert werden.
- tut was für den Schuldenabbau. Die grüne Vermögensabgabe fließt zu 100 % in die Schuldentilgung.
- kann sich sicher sein, dass Bund, Länder und Gemeinden von grüner Finanzpolitik profitieren. Nur so ist eine aktive Politik vor Ort möglich.
- weiß, dass nicht alles gleichzeitig finanzierbar ist. Unsere Prioritäten sind ausgewogen, durchgerechnet und damit ein verlässliches Angebot an die Wählerinnen und Wähler.
- kann sich sicher sein, dass wir niemanden finanziell überfordern.

Schlüsselprojekte**Staatsverschuldung abbauen – Vermögensabgabe einführen**

Deutschland hat einen riesigen Schuldenberg angehäuft. Allein zwischen 2007 und 2012 sind die Staatsschulden um 500 Mrd. auf über 2 Billionen Euro gewachsen. Unsere Steuergelder werden zum Schuldendienst gebraucht. Sie fehlen für den sozialen und ökologischen Umbau, der unsere Gesellschaft auf die Zukunft vorbereiten soll. Wir sind die einzige Partei, die einen konkreten und sozial ausgewogenen Vorschlag zum Schuldenabbau macht. Wir führen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe ein, die das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung betrifft. Die Betriebsvermögen schützen wir und eine Substanzbesteuerung wird vermieden. Die Einnahmen die-

nen ausschließlich der Senkung des Altschuldenstandes. So senken wir die Staatsverschuldung.

Niedrige Steuern für Geringverdiener und Mittelschicht – gerechte Reform der Einkommensteuer

Das derzeitige Einkommensteuersystem ist ungerecht. Wir erhöhen deshalb den Grundfreibetrag auf 8.700 Euro. Das kommt vor allem den Geringverdienern zugute. Gutverdiener sollen etwas mehr zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen. Wir wollen deshalb den Spitzensteuersatz für Einkommen ab 80.000 Euro auf 49 % erhöhen. Daneben wollen wir Kapitalerträge wie alle anderen Einkommen besteuern. Bisher werden Kapitalerträge, egal ob 10.000 oder 1 Mio. Euro, fest mit 25 % besteuert und damit ohne Grund gegenüber Einkommen aus Arbeit privilegiert. Alle, die weniger als 60.000 Euro Jahreseinkommen haben, werden entlastet. Wer mehr verdient, trägt in Zukunft mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei. Das ist gerechter.

Ökologische Finanzreform weiterführen – umweltschädliche Subventionen abbauen

Im Steuerrecht wimmelt es noch immer vor ökologisch schädlichen Steuersubventionen. Das Umweltbundesamt beziffert das Volumen dieser ökologisch schädlichen Subventionen auf bis zu 48 Mrd. Euro. Das werden wir ändern. Wir können zwar nicht alles auf einen Schlag abschaffen, doch das Abschmelzen ökologisch schädlicher Subventionen – beispielsweise der Dienstwagenbesteuerung, der Flugverkehrsprivilegien oder der Ausnahmen bei der Ökosteuer – bringt uns in der nächsten Legislaturperiode 7,5 Mrd. Euro. Das mindert den Umweltverbrauch und verbessert die Finanzierung unseres Gemeinwesens.

E. Teilhaben an guter Arbeit

Wie wir Arbeit unter guten Bedingungen für alle schaffen

Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert. Auch ehrenamtliche und Familienarbeit ist ein wichtiger Bereich. Gute Erwerbsarbeit ist Grundlage für ein auskömmliches Einkommen und für Sicherheit, sie ist auch Voraussetzung für Entfaltung und Anerkennung. Gesunde Arbeitsbedingungen, starke ArbeitnehmerInnen-rechte, Beschäftigtendatenschutz und Mitbestimmung sind für uns Merkmale guter Arbeit. Beruf kommt von Berufung – ein guter Job kann Erfüllung bedeuten. Genauso ist aber ein mieser Job eine große Belastung. Und leider haben die miesen Jobs massiv zugenommen.

Arbeitsplätze, die auskömmlich sind und Sicherheit bieten, sind für mehr und mehr Menschen unreichbar, denn neue Jobs entstehen überwiegend befristet, in der Leiharbeit, als Niedriglohnjobs oder als Minijobs. Angela Merkel hat diese verheerende Entwicklung nicht nur zugelassen, sondern mit ihrer Politik massiv verstärkt.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf den ersten Blick zwar deutlich verringert. Doch beim genauen Hinschauen wird deutlich: Der Arbeitsmarkt ist zutiefst gespalten. Er ist gespalten zwischen Beschäftigten und den knapp drei Millionen Arbeitslosen. Er ist gespalten zwischen Menschen, die einen relativ sicheren Arbeitsplatz haben, und prekär Beschäftigten. Er ist gespalten zwischen Frauen und Männern, da Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit ungleichen Lohn bekommen. Er ist gespalten, weil es viele ältere und behinderte Menschen gibt, die ihre Berufs- und Lebenserfahrung einbringen wollen, nur fragt niemand danach. Er ist gespalten zwischen Menschen, die eine Beschäftigung aufnehmen dürfen, und denen, die aufgrund ihrer Herkunft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Er ist gespalten zwischen Menschen, die unter Überlastung leiden, und jenen, die gern mehr arbeiten würden. Und er ist immer noch gespalten zwischen Ost- und Westdeutschland, insbesondere mit Blick auf die Zahl der arbeitslosen Menschen sowie das Lohnniveau.

Während die Einkommen einiger weniger immer weiter ansteigen, sinken die Reallöhne vieler Beschäftigter seit mehr als einem

Jahrzehnt. Die Schere zwischen kleinen und großen Einkommen geht auseinander, und in vielen Berufsgruppen erleben wir eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung. Und immer noch hängen in kaum einem Land soziale Herkunft, Bildungschancen und beruflicher Erfolg so eng zusammen wie bei uns. Es ist etwas ins Rutschen gekommen. Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten für alle sind nicht mehr selbstverständlich.

In der Gesellschaft gibt es längst einen breiten Konsens, dass jede und jeder von der eigenen Arbeit gut und auskömmlich leben können muss. Packen wir das endlich an.

Mit unserer grünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt überwinden, gute und sichere Arbeit für alle ermöglichen und Aufstiegsblockaden lösen.

Wir machen uns stark für Mitbestimmung und dass sich die Menschen einmischen können – auch am Arbeitsplatz und im Jobcenter. Dafür wollen wir bessere ArbeitnehmerInnenrechte, starke Gewerkschaften und für Erwerbslose eine Arbeitsvermittlung auf Augenhöhe.

Wir stoßen die Türen auf für die Arbeitsplätze der Zukunft – durch eine grüne Industriepolitik und den Aufbau einer grünen Infrastruktur, durch den Ausbau von Bildung und sozialen Dienstleistungen.

1. Gute Arbeit braucht faire Löhne und Sicherheit

Wir müssen endlich zu fairen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt kommen. Armut trotz Arbeit ist inakzeptabel. 20 % der Beschäftigten arbeiten in Deutschland für einen Niedriglohn, davon 6,8 Millionen für weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Viele brauchen einen zweiten Job. Und über 330.000 Vollzeitbeschäftigte sind neben ihrem Lohn auf ALG-II-Leistungen angewiesen. Es gibt immer noch Tariflöhne, von denen kein Mensch leben kann, wie die Frisörin in Thüringen mit 3,18 Euro pro Stunde. Viele Menschen arbeiten als Beschäftigte in der Leiharbeit und sind ohne Perspektive auf eine Festanstellung. Tariffucht nimmt zu, auch vermehrt durch Werkverträge. Die Hälfte der Neuverträge ist befristet.

Wir brauchen wieder soziale Leitplanken auf dem Arbeitsmarkt. Darum streiten wir für einen flächendeckenden gesetzlichen Min-

destlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe soll von einer Mindestlohnkommission festgelegt werden, zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Der Mindestlohn wird unter Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte, der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von der Kommission angepasst. Gleichzeitig muss es leichter werden, branchenspezifische Mindestlöhne und Branchentarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tariffucht. Davon profitieren die Beschäftigten und auch die tariftreuen Betriebe gleichermaßen.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland im Durchschnitt 22 % weniger als ihre männlichen Kollegen – unter anderem auch weil Berufe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, oft nicht ihren Anforderungen entsprechend entlohnt werden. Um die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu beenden, fordern wir ein Entgeltgleichheitsgesetz mit verbindlichen Regelungen, wirksamen Sanktionen und einem Verbandsklagerecht. Damit wollen wir den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ mit Leben füllen und gleichzeitig die frauentypischen Berufe gesellschaftlich aufwerten. Mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sollen Betriebe und Tarifpartner zu aktiven Maßnahmen zur Gleichstellung verpflichtet werden.

25 % der Beschäftigten sind in Deutschland inzwischen atypisch beschäftigt, fast dreimal so viele Frauen wie Männer. Das sind 7,8 Millionen Menschen, die entweder mit kleinen Teilzeitjobs, mit Leiharbeit, mit befristeter Beschäftigung oder mit Minijobs über die Runden zu kommen versuchen. Dazu kommen Scheinselbständige und Abrufkräfte. Natürlich sind nicht alle diese Jobs problematisch. Allerdings zeigt sich, dass diese Beschäftigungsverhältnisse oft unsicher sind, schlecht entlohnt werden, zu Altersarmut führen und viel zu selten Brücken in auskömmliche, sichere Beschäftigung darstellen. Der Anstieg der prekären Beschäftigung hat aber nicht nur für die Beschäftigten negative Auswirkungen, sondern auch Folgen für die Arbeitswelt insgesamt. In Betrieben, in denen immer mehr Festangestellte durch externe Leiharbeitskräfte oder Werkvertragsbeschäftigte verdrängt werden, da zersplittern die Belegschaften. Vor allem werden mit diesen Beschäftigungsformen die Mitbestimmung, der

Kündigungsschutz, tarifliche Standards und damit der soziale Schutz der Beschäftigten umgangen. Damit stehen kollektive Errungenschaften, die über lange Zeit hart erkämpft wurden, nur noch auf dem Papier. Der jahrzehntealte gesellschaftliche Konsens der Sozialpartnerschaft und die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden damit aufgekündigt.

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze oder als Billigjobs per Werkvertrag. Klar ist, Unternehmen brauchen eine gewisse Flexibilität für Auftragsspitzen. Aber die Leiharbeit muss fair ausgestaltet werden. Wir GRÜNE fordern, dass Leiharbeitskräfte mindestens die gleiche Entlohnung erhalten wie Stammbeschäftigte, und zwar ab dem ersten Tag, und zusätzlich einen Flexibilitätsbonus. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen die gleichen Rechte haben wie Festangestellte und die Betriebsräte in den Entleihbetrieben eine verbesserte Mitbestimmung. Notwendig ist auch eine eindeutige Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen sowie effektive Kontrollen, denn zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen dürfen nicht weiter Leiharbeit und tariflich bezahlte Arbeit ersetzen.

Bei den befristeten Jobs zeigt sich eine weitere Fehlentwicklung am Arbeitsmarkt. Viele Menschen hangeln sich von einem Kurzzeitjob zum nächsten. Sie sind praktisch permanent in der Probezeit und können kaum die nötige Sicherheit für ihre Lebensplanung gewinnen. Das belastet insbesondere junge Menschen. Wir wollen die Befristungsgründe reduzieren und die Befristung ohne Sachgrund abschaffen. Wir wollen insbesondere im Bildungsbereich vermeiden, dass Daueraufgaben durch befristete und Honorarverträge abgedeckt werden. Der öffentliche Sektor übt eine Vorbildfunktion für faire, moderne und zukunftsfähige Beschäftigung aus. Darüber hinaus stehen wir zum bestehenden Kündigungsschutz, allerdings gilt es, bestehende Lücken zu schließen, beispielsweise bei den Bagatelkündigungen.

Neue Antworten erfordert der Wandel auch bei den Sozialversicherungen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die derzeitige Arbeitslosenversicherung mittelfristig zu einer umfassenden Arbeitsversicherung umbauen. Alle Erwerbstätigen, also auch flexibel Beschäftigte und Solo-Selbständige, sollen einbezogen werden. Ansprüche auf Arbeitslosengeld können auch unstetig Beschäftigte anmelden, wenn sie mindestens vier von 24 Monaten Beiträge

gezahlt haben. Neben der Absicherung bei Arbeitslosigkeit liegt der Fokus der grünen Arbeitsversicherung auf berufsbegleitender Qualifizierung, gerade für von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen.

2. Gute Arbeit braucht einen effektiven Arbeitsschutz und starke Mitbestimmung

Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht. Der Wandel der Arbeitswelt führt zu neuen Belastungen. Psychische Erkrankungen sind inzwischen der Hauptgrund für Frühverrentungen. Frauen sind überproportional davon betroffen. Mehr Eigenverantwortung, reine Zielorientierung bei freier Arbeitsorganisation – das kommt zwar vielen entgegen, aber andere belastet der ständige Termindruck und die vielen Überstunden, die nicht ausgeglichen werden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden aber auch unter starren Vorgaben, wenig Flexibilität, zu wenig Abwechslung und zunehmender Intensität. Eine zunehmend belastende Entwicklung für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die ständige Erreichbarkeit per Handy oder E-Mail auch außerhalb der Arbeitszeiten oder die Zunahme von Schicht- und Nachtarbeit. Für uns GRÜNE heißt das einerseits, dass der Arbeitsschutz auf die neuen Gefährdungen hin überarbeitet werden muss. Deshalb fordern wir eine Anti-Stress-Verordnung zum Schutz vor Stress am Arbeitsplatz. Andererseits sind Aufsichtsbehörden und Sozialpartner stärker zu sensibilisieren und in die Lage zu versetzen, neue Gesundheitsrisiken zu erkennen und sie zu beheben. Wir wollen Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung vorantreiben, auch dort, wo prekäre Beschäftigung, Teilzeit und Leiharbeit dominieren.

Gute Arbeit für alle ist nur mit einer starken Mitbestimmung zu schaffen. Das bewährte Recht, sich an betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen zu beteiligen, wollen wir bewahren und ausbauen. Wir GRÜNE werden uns in der kommenden Wahlperiode dafür einsetzen, dass die Mitbestimmungsrechte in geschützten Ausbildungs- und Beschäftigungseinrichtungen, wie in den Werkstätten für behinderte Menschen, weiterentwickelt und verbessert werden. Die Mitbestimmungsrechte müssen der sich verändernden Arbeitswelt gerecht werden. Das gilt für den Einsatz von Leiharbeit

und Werkverträgen im Betrieb und wir wollen die paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten auch in ausländischen Rechtsformen und die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Umstrukturierungen. Die europäischen Betriebsräte wollen wir stärken und die grenzüberschreitende Mitbestimmung zum Kernstück des europäischen Sozialmodells machen. Ebenso wollen wir die gleichen Mitbestimmungsrechte unabhängig vom jeweiligen Sektor, also auch im öffentlichen Bereich und in Tendenzbetrieben. Zudem werden wir einen Beschäftigtendatenschutz einführen, der den veränderten Arbeitsabläufen in einer Informationsgesellschaft gerecht wird und dabei das Abhängigkeitsverhältnis der Beschäftigten umfassend berücksichtigt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kirchlichen Einrichtungen unterliegen den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechts. Damit stehen ihnen wesentliche ArbeitnehmerInnenrechte nicht zu. Diese Praxis stößt auch innerhalb der Kirchen immer mehr auf Kritik. Denn Loyalitätsanforderungen der ArbeitgeberInnen auch außerhalb von Verkündigungsbereichen, die sich auf die private Lebensführung seiner MitarbeiterInnen beziehen, passen nicht in eine demokratische Gesellschaft.

Wir werden mit den Kirchen, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich Beteiligten in einen Dialog treten, damit sich die Situation der Beschäftigten verbessert. Wir wollen, dass die kirchlichen MitarbeiterInnen außerhalb der Verkündigungsbereiche die gleichen Rechte bekommen wie andere ArbeitnehmerInnen auch. Daher wollen wir für sämtliche Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Bereichs der Verkündigung das kirchliche Arbeitsrecht abschaffen. Dazu gehört das Recht zur Bildung von Betriebsräten und das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit einschließlich der Streikfreiheit. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir mit dem Ziel ändern, dass seine Bestimmungen wie in anderen Tendenzbetrieben auch auf Beschäftigungsverhältnisse in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden.

3. Gute Arbeit braucht Zugänge

Immer mehr Menschen sind am Arbeitsmarkt abgehängt oder ausgeschlossen. Wir kehren diesen Trend um, indem wir die Blockaden abbauen. Mit Minijobs waren Erwartungen verbunden, dass sie als Brücke in den Arbeitsmarkt wirken. Das ist nicht der Fall. Fast sieben Millionen Menschen haben derzeit einen Minijob. Zwei Drittel davon sind Frauen. Zwar sind nicht alle davon in prekären Lebenslagen. Es gibt Studierende, RentnerInnen und SchülerInnen, die dazuverdienen. Für viele ist der Minijob jedoch eine Armutsfalle, spätestens im Alter. Denn mit einem Minijob ist eine eigenständige Existenzsicherung und die Ansammlung eigener Rentenansprüche nicht möglich. Viele wollen gerne mehr arbeiten, bekommen aber keinen anderen Job. Für andere, die umsteigen und etwas mehr Stunden arbeiten, führen die Sozialabgaben dazu, dass sie kaum mehr verdienen. Auch ALG-II-Beziehende wollen oft mehr arbeiten, von staatlichen Hilfen unabhängig werden und durch ihre Arbeit auf eigenen Beinen stehen. Die sogenannten AufstockerInnen, die trotz Arbeit auf ALG II angewiesen sind, verdienen in ihrem Job – oftmals sogar in Vollzeit – nicht genug, um davon leben zu können. Ziel unserer Politik ist es, allen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Lebensunterhalt eigenverantwortlich zu erwirtschaften und nicht von staatlicher Unterstützung abhängig zu sein. Von seiner eigenen Arbeit leben zu können, das bedeutet ein großes Stück Würde und Gerechtigkeit.

In einem ersten Schritt wollen wir dafür die Minijobs eindämmen und die Situation der jetzigen Minijob-Beschäftigten sofort spürbar verbessern. Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns werden wir Niedrigstlöhne von zum Teil weniger als 5 Euro in der Stunde unmöglich machen und automatisch eine wirksame maximale Stundenbegrenzung für Minijobs einziehen. Außerdem streichen wir die Ausstiegsklausel aus der Rentenversicherung, so dass zukünftig mit einem Minijob immer auch Rentenansprüche erworben werden. Um zu verhindern, dass MinijobberInnen um ihre ArbeitnehmerInnenrechte und -ansprüche gebracht werden können, müssen geringfügig Beschäftigte künftig bei Vertragsabschluss schriftlich über die ihnen zustehenden Rechte informiert werden. Außerdem werden die Kontrollen in den Betrieben verstärkt.

In einem zweiten Schritt werden wir den gesamten Niedriglohnsektor umfassend reformieren, prekäre Beschäftigung zurückdrängen und Minijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzen. Unsere Reformvorschläge zielen nicht auf die Abschaffung von Nebenverdiensten für SchülerInnen, Studierende und RentnerInnen. Unsere Ziele sind es, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigung zu fördern sowie Erwerbs- und Aufstiegsblockaden insbesondere für Frauen zu beseitigen. Dafür wollen wir gezielt kleine Einkommen entlasten, so dass es sich endlich lohnt, mehr zu arbeiten, ohne dass es zu unzumutbaren Mehrbelastungen der ArbeitnehmerInnen kommt. Durch gleichzeitig gestärkte vorgelegte soziale Sicherungssysteme wird nicht nur der Ausstieg aus dem Arbeitslosengeld-II-Bezug erleichtert, sondern auch die Kommunen finanziell deutlich entlastet. Um zu verhindern, dass gerade haushaltsnahe Dienstleistungen wieder in die Schwarzarbeit abrutschen, soll das vereinfachte Anmeldeverfahren für haushaltsnahe Dienstleistungen im Privathaushalt beibehalten werden. Durch unsere Reform werden Erwerbstätige leichter als bisher ihren Lebensunterhalt eigenständig und unabhängig vom Grundsicherungssystem bestreiten können. Damit erhalten mehr Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben außerhalb der ALG-II-Bürokratie.

Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, Alter, Religion, sexuelle Identität und Geschlecht dürfen keine Rolle spielen. Die Realität ist heute eine andere. Bestehende Strukturen sind verfestigt. Die Ausgangschancen von zu vielen jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind von Geburt an schlechter als die ihrer Altersgenossen. Das beginnt in Kita und Schule und setzt sich bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche fort. Doch auch ausländerrechtliche Diskriminierungen verbauen den Zugang zum qualifizierten Arbeitsmarkt. Gerade jungen Flüchtlingen muss der Zugang zu einer Ausbildung und einem qualifizierten Berufseinstieg erleichtert werden. Neben sprachlichen Herausforderungen und sozialer Herkunft sind oft auch verdeckter Rassismus und Vorurteile ein Hinderungsgrund, erfolgreich Fuß zu fassen. Wir GRÜNE wenden uns mit aller Kraft gegen jegliche Diskriminierung. Darum sollen anonymisierte Bewerbungsverfahren im öffentlichen Dienst eine größere Verbreitung finden.

Menschen stoßen in diesem Land aus vielerlei Gründen an Blockaden und Hindernisse. Gute öffentliche Institutionen, die von allen genutzt werden können, sind der Schlüssel zur Überwindung. Gute Berufsschulen und Ausbildungsstätten sind unverzichtbar für die Menschen und den Wirtschaftsstandort Deutschland. In etlichen Berufsgruppen ist die Unzufriedenheit über die Ausbildungsqualität sehr hoch. Wir wollen die Qualitätskontrolle der Ausbildung durch die Kammern verbessern. Zudem sollen Betriebsräte selbst die Möglichkeit erhalten, ein Verfahren bei zweifelhafter Ausbildungsqualität eines Betriebes einleiten zu können. Außerdem werden wir die Notwendigkeit gesetzlich geregelter Mindestvergütungen für die Ausbildung prüfen, denn Auszubildende werden in manchen Branchen als billige Arbeitskräfte missbraucht. Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, aber es stößt an seine Grenzen. Wir setzen auf DualPlus. Damit erweitern wir das herkömmliche System der dualen Ausbildung um überbetriebliche Lernorte, insbesondere für benachteiligte Jugendliche. Trotz aller Sorge vor dem drohenden Fachkräftemangel haben weder Schwarz-Gelb noch die Arbeitgeber bisher Maßnahmen ergriffen, die Qualität und Fairness von Praktika zu erhöhen. Auch für Praktika müssen klare Mindestbedingungen gelten – schriftlicher Vertrag, Zeugnis, eine Mindestaufwandsentschädigung und eine festgelegte zeitliche Begrenzung.

Obwohl schon jetzt an allen Ecken und Enden die Fachkräfte fehlen, ist der Zugang zum Arbeitsmarkt für viele Menschen immer noch verschlossen. Wir wollen an die unterschiedlichen Fähigkeiten, Stärken und Qualifikationen dieser Menschen anknüpfen. Vor allem Geringqualifizierten, Alleinerziehenden, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, Jüngeren und Älteren wollen wir neue Chancen eröffnen. Eine Arbeitsmarktpolitik, die diese Menschen wirksam und fair integriert, setzt auf passgenaue und individuelle Förderstrategien, bei denen auch erreichte Zwischenziele als Erfolge zählen. Unser Ziel sind nachhaltige Arbeitsmarktintegrationen und nicht kurzfristige statistische Effekte. Viele Arbeitslose haben kaum Aussichten auf einen neuen Job, weil sie nicht oder nicht mehr ausreichend qualifiziert sind. Ihnen wollen wir mit mehr Umschulungs- und Ausbildungsangeboten den Weg in Zukunftsberufe und Arbeitsfelder mit Personalmangel eröffnen.

Zu viele Menschen sind trotz guter Konjunktur dauerhaft ohne Chance auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb wollen wir mit einem verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt Teilhabe schaffen und Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Dafür sollen die passiven in aktive Leistungen umgewandelt werden. Aus dem Arbeitslosengeld II und den Kosten der Unterkunft wird so ein Arbeitsentgelt für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Arbeitsplätze im sozialen Arbeitsmarkt können von allen Arbeitgebern angeboten werden. Damit verabschieden wir uns von den Kriterien der „Zusätzlichkeit“, des „öffentlichen Interesses“ und der „Wettbewerbsneutralität“. An deren Stelle tritt der lokale Konsens. Mit unserem sozialen Arbeitsmarkt machen wir Langzeitarbeitslosen ein neues, zuverlässiges und freiwilliges Angebot mit Perspektive. Es ist die Chance für diejenigen, die von der Merkel-Koalition über Jahre im Stich gelassen wurden.

Gute Arbeit braucht berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Menschen mit Behinderungen sind immer noch überproportional stark von Arbeitslosigkeit und fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten betroffen. Die UN-Behindertenrechtskonvention begründet das Recht für Menschen mit Behinderungen, ihren Lebensunterhalt mit Arbeit zu verdienen in einem für sie zugänglichen und offenen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld. Stattdessen gibt es für viele Menschen mit Behinderungen in Deutschland einen starken Automatismus, der sie früher oder später in die Sonderwelt der Werkstatt für behinderte Menschen führt. Wir wollen die Alternativen zu den Werkstätten stärken und setzen auf betriebsintegrierte Beschäftigungen in allen Formen wie Integrationsbetriebe und -abteilungen, unterstützte Beschäftigung, Arbeitsassistenz, persönliches Budget für Arbeit, Leistungsausgleiche, aber auch Außenarbeitsplätze für Werkstattbeschäftigte. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Beschäftigtenquote auf 6 % ein.

Frauen mit Behinderungen erfahren eine zusätzliche Benachteiligung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Daher müssen frauengerechte Rahmenbedingungen in Ausbildungs-, Arbeits- sowie Rehabilitationsstätten geschaffen werden, die auch die Bedarfe von Müttern mit Behinderungen berücksichtigen. Wir werden darauf hinwirken, dass die berufliche Teilhabe von Frauen mit Behinderung in Beruf und Ausbildung deutlich verbessert, die Angebote zur beruflichen Teilhabe und Rehabilitation weiter auf die Bedarfe von Frauen

mit Behinderung ausgerichtet und auch geeignete Ausbildungsangebote in attraktiven und zukunftssträchtigen Berufen befördert werden.

4. Gute Arbeit braucht gute Arbeitsvermittlung

Ein gutes Jobcenter ist ein Schlüssel, um Menschen in gute Arbeit zu bringen. Jobcenter bieten häufig nicht die Hälfte von dem, was wir uns von ihnen erwarten. Menschen werden oft nicht gefördert, sondern nach „Schema F“ behandelt. Das müssen wir ändern. Die Jobcenter müssen flexibel örtliche Arbeitsmarktprogramme auflegen und diese mit kommunalen Beschäftigungsinitiativen verbinden können. Das Jobcenter, das wir uns vorstellen, hört den Menschen zu, unterstützt sie auf ihrem Weg, erkennt die Potentiale der Menschen und hilft ihnen den nächsten Schritt zu tun.

ArbeitsvermittlerInnen und Arbeitsuchende legen gemeinsam fest, welche Fortbildung oder welcher Job der richtige ist. Dabei gilt es, die Eigeninitiative der Arbeitsuchenden zu fördern, indem ihre Vorschläge ernst genommen werden und ihnen das Recht eingeräumt wird, zwischen geeigneten Maßnahmen zu wählen. Wir schlagen außerdem vor, unabhängige Ombudsstellen in allen Jobcentern einzurichten, die bei Konflikten vermitteln.

Tatsächlich fördern statt nur zu fordern, muss das Motto sein. Dafür sind die Förderinstrumente des SGB II individueller und praxisnäher auszurichten. Die BeraterInnen im Jobcenter haben nur so viele Fälle, dass sie wissen, wer vor ihnen sitzt, und passgenaue Lösungen entwickeln können. Zugang zu Schulungen und Qualifizierungen unterstützen sie in ihrer Beratungsarbeit. Schematische Empfehlungen, etwa anhand überkommener Geschlechterrollen, gehören der Vergangenheit an. Das ist keine unrealistische Vision, das ist ein gerechtfertigter Anspruch. Die Agenturen und Jobcenter müssen allen Erwerbslosen Zugänge zu passenden Qualifizierungen, Förderangeboten, Umschulungs- und Ausbildungsangeboten eröffnen. Wir wollen wieder eine verlässliche Gründungsförderung für Arbeitslose ermöglichen, denn in der Vergangenheit war dies ein Erfolgsrezept. Nach dem finanziellen Kahlschlag von Schwarz-Gelb bei der Arbeitsförderung wollen wir für Gründung und Qualifizierung

wieder ausreichend Mittel zur Verfügung stellen. Neue Kriterien für die Vergabe von Fördermaßnahmen müssen gewährleisten, dass die Qualität der Integrations- und Bildungsarbeit im Vordergrund steht und nicht die Preise. Das Jobcenter ist ein entscheidendes Puzzleteil in unserer Institutionenstrategie für mehr Gerechtigkeit. Denn nur ein gutes Jobcenter schafft echte Chancen auf Teilhabe.

5. Gute Arbeit in neuen Jobs

Grüne Politik schafft gute Rahmenbedingungen für mehr Jobs. Wir wollen aber gute Arbeit, also gerechte Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen. Der grüne Wandel in der Wirtschaft ist eine Jobmaschine. Das zeigen hunderttausende neue Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren Energien, durch Gebäudesanierung beim Handwerk oder in den Ingenieurbüros. Die Energiewende zu 100 % Erneuerbaren wird für neue Jobs sorgen. Bereits heute arbeiten über 1,4 Millionen Menschen im Bereich der Umwelttechnologien. Durch einen grünen Wandel in der Wirtschaft, in Energie, Energieeffizienz, Verkehr, Wärme und in der Industrie können es bis 2025 bis zu 2,4 Millionen Jobs werden. Auch hier gelten unsere Ansprüche an gute Arbeit.

Die Qualität unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens entscheidet sich gerade im Bildungs- und Gesundheitsbereich. In beiden Branchen steckt das Potential zu mehr Jobs: In einer alternden Gesellschaft ist eine steigende Zahl von Menschen auf Dienstleistungen vom Einkaufsservice bis zur qualifizierten Pflegeleistung angewiesen. Auch der Bildungsaufbruch von der Kita über die Universität bis zum lebenslangen Lernen ist nur mit mehr Personal zu stemmen. Für ein qualitätsvolles Angebot der frühkindlichen Betreuung, den Ausbau der Ganztagschulen und bessere Hochschulen braucht es viele neue ErzieherInnen, Fach- und Lehrkräfte.

Viele dieser Jobs sind öffentlich finanzierte Dienstleistungen. Wir sorgen durch unsere Finanzpolitik für eine solide Finanzierung der öffentlichen Kassen. So können wir ein umfangreicheres Kita-Angebot realisieren und die Ganztagschulen ausbauen. Mangelnde

Kinderbetreuung ist heute viel zu oft ein Hinderungsgrund für eine (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit.

Die Bürgerversicherung senkt die Beiträge zur Krankenversicherung und damit die Lohnnebenkosten. So wird Arbeit billiger – und dadurch attraktiver für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitig schafft sie aber auch mehr Raum für Beschäftigung in der Gesundheitsbranche. Durch die Senkung von Abgaben entstehen neue Jobs vor allem im Dienstleistungssektor oder in personalintensiven Bereichen, die bisher aufgrund der Kosten nicht entstehen konnten.

6. Gute Arbeit für gute Fachkräfte

Während immer noch etwa drei Millionen Menschen arbeitslos sind, herrscht in Teilen der Wirtschaft akuter Fachkräftemangel. Dieser Mangel ist ein Hemmnis für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Sowohl in Regionen mit Vollbeschäftigung als auch in strukturschwachen ländlichen Regionen haben Unternehmen erhebliche Schwierigkeiten, IngenieurInnen, ÄrztInnen, aber auch Pflegekräfte und ErzieherInnen zu finden. Zur Bewältigung des Fachkräftemangels genügt es nicht, auf ein einzelnes Instrument zu setzen. Einheitliche und EinwanderInnen, Junge und Alte sowie Beschäftigte und Arbeitslose dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Darüber hinaus muss Qualifizierung verstärkt in den Bereichen stattfinden, in denen Fachkräfte nachgefragt werden. Wir wollen mit einem klugen Mix aus Bildung, Qualifizierung und Unterstützung nicht genutzte Fachkräftepotentiale mobilisieren. Deshalb müssen wir allen Erwerbsfähigen ermöglichen, sich ihren Kompetenzen und Potentialen entsprechend zu qualifizieren. Dafür setzen wir auf gute Ausbildung, kunden- und kompetenzorientierte Arbeitsvermittlung, auf verstärkte berufliche Weiterbildung, Zugang zu Nachqualifizierung und auf lebenslanges Lernen, unterstützt durch ein Weiterbildungs-BAföG. Auch eine einheitliche und unbürokratische Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen und der Ausbau des Nachqualifizierungsangebots sind notwendig. Dafür notwendige Qualifizierungsmaßnahmen müssen an die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten angepasst und in unterschiedlichen Le-

benslagen zugänglich und finanzierbar sein. Damit ermöglichen wir allen Menschen eine berufliche Perspektive ihrer Qualifikation entsprechend und reduzieren den Fachkräftemangel.

Ein wichtiger Hebel ist die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt. Wir wollen Erwerbshindernisse und Fehlanreize für Frauen, wie das Ehegattensplitting und – im Rahmen der Bürgerversicherung – die kostenlose Mitversicherung, abbauen und so diskriminierende Strukturen, die einer stärkeren Frauenerwerbsarbeit und einer eigenständigen Existenzsicherung im Weg stehen, überwinden. Zudem fordern wir unter anderem eine feste Quote von 50 % für Frauen in Aufsichtsräten. Auch der flächendeckende Ausbau von Kitas, Ganztagschulen sowie ambulanten als auch teilstationären Pflegeangeboten und Pflegeeinrichtungen ist von großer Bedeutung, um insbesondere Frauen in ihrem Wunsch, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, zu unterstützen. Dabei soll die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt keine einseitige Anpassung an einen Arbeitsbegriff sein, der viel Zeit für Arbeit und kaum Zeit für Familie, Engagement und Muße beinhaltet. Gerade bei der Inklusion von Frauen in den Arbeitsmarkt und der gerechteren Verteilung von Fürsorgearbeit zwischen Männern und Frauen brauchen wir neue Zeitmodelle. Wir folgen dem Leitbild einer vollzeithen Teilzeittätigkeit für Frauen und Männer, die auch Raum für gerecht verteilte Sorge- und Pflegearbeit und für Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit lässt.

Unsere Gesellschaft braucht die älteren Beschäftigten, denn sie haben durch ihren Erfahrungs- und Wissensschatz eine wichtige Funktion im Betrieb. Die Wirtschaft muss umdenken und wieder stärker auf die erfahrenen Beschäftigten setzen. Notwendig sind alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, denn der demografische Wandel wird vor allem dann zum Problem, wenn die Beschäftigten nicht bis zur Rente durchhalten. Deshalb müssen die Fähigkeiten, Stärken und Möglichkeiten der Beschäftigten bei den Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt stehen. Die Politik muss dafür den gesetzlichen Rahmen vorgeben.

Doch allein die bessere Förderung von inländischen Arbeitskräften wird nicht ausreichen, um den zunehmenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Zuzug ausländischer Fachkräfte vereinfachen und transparenter gestalten. Dazu gehören vor allem die Einführung eines liberalen und

transparenten Punktesystems und das Etablieren einer wirklichen Willkommenskultur.

Wer GRÜN wählt ...

- stimmt für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.
- bekommt faire Regeln für Leiharbeit, dämmt Befristungen ein und begrenzt Minijobs.
- entlastet kleine Einkommen und eröffnet mehr Menschen die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben ohne ALG II.
- verbessert die Rechte von Arbeitsuchenden in Jobcentern.
- stärkt die Rechte von MitarbeiterInnen in kirchlichen Einrichtungen.
- schafft Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen durch den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes.

Schlüsselprojekte

Niedriglöhne abschaffen – einen allgemeinen Mindestlohn einführen

Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Wir nehmen die unerträglichen Dumpinglöhne, die staatlich aufgestockt werden müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird von einer Mindestlohnkommission festgelegt, zusammengesetzt aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ExpertInnen aus der Wissenschaft. Gleichzeitig müssen die Möglich-

keiten geschaffen werden für mehr branchenspezifische Mindestlöhne und allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge, die dann für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Damit stärken wir das Tarifvertragssystem und bekämpfen Tarifflicht. Nur so schaffen wir es, dass alle von ihrer Arbeit leben können.

Lohndumping beenden – gleicher Lohn für Leiharbeit

Viele neue Arbeitsplätze entstehen nur noch als Leiharbeitsplätze. Zwar brauchen Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen, aber die Leiharbeit muss gerecht ausgestaltet sein und die Fehlentwicklungen in der Leiharbeit lehnen wir ab. Wir fordern „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag. Leiharbeit darf nicht dem Lohndumping dienen. LeiharbeiterInnen sind auch keine ArbeiterInnen zweiter Klasse. Sie sollen vom ersten Tag an die gleichen Rechte haben wie die Stammbeschaft.

Arbeit darf nicht krank machen – Arbeitsschutz weiter entwickeln

Viele ArbeitnehmerInnen erleben im Beruf starre Vorgaben, wenig Flexibilität und zu wenig Abwechslung. Andererseits sind manche Arbeitsverhältnisse heute zunehmend geprägt von hohen Flexibilitätsanforderungen, nicht planbaren Arbeitszeiten und von der Notwendigkeit ständiger Erreichbarkeit. Wir werden zusammen mit den Sozialpartnern die Anforderungen des gesetzlichen Arbeitsschutzes an die neuen psychischen Belastungen anpassen. Zum Schutz der Beschäftigten und mit Blick auf den demografischen Wandel sind alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen das Gebot der Stunde, denn die Beschäftigten sollen gesund bis zum Renteneintritt arbeiten können. So schaffen wir Arbeit, die nicht krank macht.

F. Teilhaben an guter Bildung

Wie wir Kitas und Schulen, Hochschulen und Ausbildung besser machen

Bildung eröffnet Zukunft. Die Welt kennen lernen, verstehen, was um einen herum passiert, das eigene Leben selbst gestalten, Verantwortung für sich und andere übernehmen, Wünsche und Ziele verwirklichen – dies sollte allen Menschen offenstehen. Deshalb ist der freie Zugang zu Bildung eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Er darf nicht an der Herkunft, nicht an den Lebensumständen und nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern.

Wir verlangen einem Teil der Bevölkerung mit unseren Vorhaben in der Steuerpolitik einiges ab. Aber im Gegenzug verpflichten wir uns, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unsere Kitas und Schulen zu begeisternden Lern- und Lebensorten zu machen, an denen jedes Kind mit seinen Talenten und seinem Potential angenommen wird und sich bestmöglich bilden kann. Und wir sorgen dafür, die Zugänge zu Ausbildung, Studium und Weiterbildung stärker zu öffnen und die Übergänge zu erleichtern.

Bildung ist Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie ist der Schlüssel für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und Voraussetzung für Selbstbestimmung und Teilhabe. Zugleich ist Bildung eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft und darf nicht vorrangig nach wirtschaftlichen Aspekten gestaltet werden. Wir sorgen dafür, dass sie kein Privileg bleibt, sondern wirklich allen offensteht. Bildung soll sich nach dem Wohl des Kindes richten.

Bildung schafft Gerechtigkeit. Wir streiten für ein inklusives und ein sozial gerechtes Bildungssystem, an dem alle teilhaben. Für eine durchlässige Gesellschaft, die soziale Barrieren abbaut und die Vielfalt der Menschen bejaht.

Bildung schafft Demokratie. Wir treten ein für offene Bildungsinstitutionen, in denen die Einmischung von Lernenden, Lehrenden, Eltern und gesellschaftlichem Umfeld erwünscht ist. Dazu gehören für uns auch institutionelle Elemente wie verfasste Studierendenschaften und paritätisch besetzte Gremien an Schulen und Hochschulen.

Bildung beginnt in der Familie. Deshalb ist es uns wichtig, Eltern zu stärken – durch den Ausbau der frühen Hilfen und der Familienberatung, durch Eltern-Kind-Zentren als Unterstützungsstruktur für alle Eltern und frühzeitige Sprachkurse. Gute Bildungsinstitutionen arbeiten eng mit den Eltern zusammen und sind vernetzt. Bildung schafft Zukunft, für unsere Kinder, für uns selbst. Doch zunächst müssen wir eine Zukunft für unsere Bildungsinstitutionen schaffen.

1. Erneuerung der Bildungsinstitutionen

Die Qualität von Kitas und Schulen ist zentral, wenn es darum geht, Teilhabechancen von Kindern zu verbessern. Wie wichtig es ist, die Bildungseinrichtungen direkt und ohne Umwege zu stärken, zeigt das gescheiterte Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung – ein Großteil des Geldes kommt gar nicht dort an, wo es gebraucht wird. Statt Kitas und Schulen zu stärken, finanziert das Bildungs- und Teilhabepaket neue bürokratische Strukturen und private Nachhilfe.

Die hohe Zahl an BildungsverliererInnen ist erschreckend: Es kann keine Bildungsgerechtigkeit und keine Entwarnung geben, solange jede/r fünfte 15-Jährige als funktionale/r AnalphabetIn gilt, jede/r zwanzigste Jugendliche die Schule und fast jede/r Vierte die Ausbildung oder das Studium abbricht, solange knapp 300.000 Jugendliche in Warteschleifen des Übergangssektors geparkt sind und über zwei Millionen junge Erwachsene keinen Berufsabschluss haben. Das sind Zahlen, die eine neue Bildungs-offensive erfordern für ein Bildungssystem, das nicht nur kognitive Fähigkeiten, sondern eine Vielzahl von Kompetenzen vermittelt und fördert. Das deutsche Bildungssystem leidet an einem Leistungs- und Gerechtigkeitsproblem.

Gute Bildungseinrichtungen sind inklusiv, sie zeigen Respekt und Wertschätzung gegenüber der ganzen Vielfalt der Kinder und jungen Menschen. An unseren Bildungseinrichtungen darf niemand diskriminiert werden. Sie nutzen das Potential dieser Vielfalt für eine inklusive Pädagogik, die individuelle Förderung und kooperatives Lernen bietet. Nicht die Kinder müssen der Schule angepasst werden, sondern die Schule den Lern- und Entwicklungsbedürfnissen der Kinder. Kitas sind schon heute Vorreiter der Inklusion. Vielerorts ist es normal, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam

in die Kita gehen. Wir wollen, dass diese Möglichkeit künftig allen Kindern offensteht. Wir wollen Kitas und Schulen dazu befähigen, gemischte pädagogische und sozialpädagogische Teams aufzubauen, sich zu öffnen für Menschen mit Behinderungen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen, damit bisherige Sonder- und Förderschulen perspektivisch entbehrlich werden oder sich für alle Kinder öffnen. Nicht zuletzt die von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verpflichtet uns dazu. Von diesem Anspruch ist das deutsche Schulwesen noch weit entfernt. Dies gilt auch für Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Wir wollen dies ändern.

Gute Bildungseinrichtungen sind partizipativ. Dort werden Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende nicht verplant, sondern sie können sich einmischen und mitgestalten und das ist erwünscht. Solche Einrichtungen begreifen Eltern als Partner in der Begleitung der jungen Menschen und bieten Unterstützung und Beratung. Eine Kooperationskultur auf Augenhöhe mit anderen pädagogischen oder außerschulischen Einrichtungen muss eine Selbstverständlichkeit werden. Schulen und Hochschulen müssen demokratisch verfasst, ihre Gremien paritätisch besetzt sein. SchülerInnen oder Studierende sollen durch selbstverwaltete Strukturen wie Schülervertretungen oder verfasste Studierendenschaften vertreten werden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit menschenrechts- und demokratiefeindlichen Strömungen und Ideologien. Gute Bildungseinrichtungen bringen gute Ergebnisse.

Die Arbeit in Kitas und Schulen ist ausgesprochen verantwortungsvoll. Viele Fachkräfte kommen dieser Verantwortung mit hohem Engagement nach. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, brauchen sie Rahmenbedingungen, die sie in ihrem hohen Engagement unterstützen. ErzieherInnen haben eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Doch die gesellschaftliche Anerkennung hinkt hinterher. Auch die zu geringe Entlohnung spiegelt den Anspruch und die Leistung nicht wider. Wir wollen die Länder unterstützen bei der Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, die in großer Zahl dringend gebraucht werden. Wir brauchen Mindeststandards für die Fachkraft-Kind-Relation, um die Qualität in den Kitas zu verbessern. Duale Ausbildung kann auch bei ErzieherInnen ein guter Weg sein,

den Beruf attraktiver zu gestalten. Perspektivisch soll in jeder Gruppe eine Fachkraft arbeiten, die auf Hochschulebene ausgebildet wurde. Wir brauchen eine Fortbildungskultur, die „lebenslanges Lernen“ auch für ErzieherInnen und LehrerInnen ernst meint. Dabei müssen Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz, Sensibilität bezüglich der Vielfalt sexueller Identitäten, Formen selbstbestimmten Lernens und heil- und sonderpädagogisches Wissen Teil der Aus- und Weiterbildung sein. Dazu gehören für uns auch mehr Fachkräfte mit Migrationshintergrund, mit eigener Behinderung sowie mehr Männer besonders für den Kita- und Grundschulbereich. Generell ist eine umfassendere Lehrerausbildung mit gleicher Studiendauer für alle Schularten unser Ziel.

Die Verantwortung für gute Kitas, mehr noch aber für Schulen und Hochschulen liegt zuallererst bei den Ländern und den Kommunen. Der Bund kann unterstützen und mitfinanzieren, wenn man ihn lässt. Deshalb muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Bundesländern aufgehoben werden.

Wir wollen die Digitalisierung im Bildungsbereich unterstützen, um den Zugang zu Wissen zu fördern. Lehr- und Lernmaterial soll unter freien Lizenzen bereitgestellt werden, um Wissensmonopole aufzubrechen und die vielfältige Nutzbarkeit entsprechender Inhalte zu unterstützen. Maßgabe sollten die Standards zu Open Education Resources sein. Die berufsbildenden Schulen sollen zu Kompetenzzentren für Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

Gemäß der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ brauchen wir Kitas, Schulen, Berufsschulen und Universitäten, die die Kompetenz zur Analyse, Bewertung und Mitgestaltung der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen dieses Jahrhunderts vermitteln.

2. Erfolg ermöglichen: für gute Kitas und Schulen

Aufgabe der Bildungseinrichtungen ist es, Begeisterung und Wissensdurst zu erhalten und Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit zu fördern. Genau hier scheitert unser Bildungssystem aber viel zu oft. Die Chancen für Kinder und Jugendliche, sich zu bilden und ihr Leben später selbst in die Hand nehmen zu können, sind nicht für alle gleich.

Schlimmer: Obwohl diese Ungerechtigkeit bekannt ist, ändert sich zu langsam etwas daran. Bildungsarmut wird vererbt, weil das deutsche Bildungssystem daran scheitert, Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund abzukoppeln. Viel zu oft steht schon bei der Geburt fest, wohin der Weg des Kindes führt. Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen oder bildungsfernen Familien kämpfen oft mit Vorverurteilungen und unzureichender Förderung, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben. Wir aber wollen kein Kind zurücklassen. Wir wollen die Blockaden wegräumen und Wege aufzeigen, die die Potentiale aller Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung bringen.

Dafür brauchen wir zuerst mehr und auch bessere Kita-Plätze, um Kinder schon früh fördern zu können, und besser qualifizierte Tagesmütter und -väter. Wir wollen den ab August 2013 geltenden Rechtsanspruch angemessen finanzieren, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz einführen, bundesweit Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote in einem Gesetz festlegen und die Ausbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. 1 Mrd. Euro an Bundesmitteln pro Jahr werden wir Ländern und Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellen, damit es schnell vorangeht. Das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld setzt die falschen Anreize, denn es belohnt Familien, die ihre Kinder vom Bildungsort Kita fernhalten – wir wollen es daher zugunsten einer besseren Ausstattung der Kitas wieder abschaffen! Eltern sollen sich entscheiden können zwischen einem Platz in der Kita und der Tagespflege.

In unseren Schulen gelingt es zu selten, ungleiche Startchancen auszugleichen. Zu früh wird sortiert, anstatt Kinder individuell zu fördern und ihnen Zeit zu geben, sich zu entwickeln. Wir sind überzeugt davon, dass es gut ist, wenn Kinder länger gemeinsam an einer Schule lernen. Wir wollen dies aber nicht von oben verordnen, sondern laden Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler ein, sich gemeinsam auf den Weg zu machen hin zu besseren Schulen. Davon profitieren alle, die stärkeren SchülerInnen wie die schwächeren. SchülerInnen und LehrerInnen brauchen auch mehr Zeit, denn erfolgreiches Lernen und individuelle Förderung laufen nicht im 45-Minuten-Takt und sind auch nicht mittags zu Ende. Unser Ziel ist es, flächendeckend Ganztagschulen aufzubauen, die barrierefrei

sind und in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen, ihre Kreativität entfalten und überhaupt Neues entdecken können. Eine Ganztagschule kann außerschulische Sport-, Kultur- und Jugendangebote besser einbeziehen. Wir werden deshalb mit den Ländern über ein zweites Ganztagschulprogramm verhandeln, damit die guten, durch das erste Programm aus dem Jahr 2004 angeschobenen Veränderungen fortgesetzt werden können. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter leisten einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung einer Schule, die Kinder und Jugendliche gerade auch in schwierigen Lebensphasen individuell fördert. Schulsozialarbeit leistet Prävention und sollte im Rahmen des Ganztagschulausbaus gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir die Sprachbildung in Kitas und Schulen stärken. Sprachbildung muss frühzeitig ansetzen, in den Alltag der Kinder und Jugendlichen integriert sein und ihre Familiensprachen mit einbeziehen. Für Kinder mit diagnostizierten Lernstörungen wollen wir frühzeitig Wege der therapeutischen Hilfe öffnen.

3. Zugänge eröffnen in Ausbildung, Studium und Weiterbildung

Für viele junge Menschen ist der Weg von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf sehr weit – oft zu weit. Jedes Jahr werden rund 300.000 junge Menschen vermeintlich berufsvorbereitend von Maßnahme zu Maßnahme geschleppt. Das deutsche Modell der betrieblichen Ausbildung ist zu Recht international anerkannt. Aber: Zu wenige Jugendliche schaffen den Sprung in eine betriebliche Ausbildung, zu wenige Unternehmen beteiligen sich und die Durchlässigkeit lässt zu wünschen übrig. Mit DualPlus wollen wir das Berufsausbildungssystem so weiterentwickeln, dass alle Ausbildungsinteressierten einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip behalten wir bei, Berufsschule und Betriebe sollen darüber hinaus um überbetriebliche Lernorte ergänzt werden. Für Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben, können Produktionsschulen den Übergang in die berufliche Ausbildung erleichtern. Damit der Wechsel in eine herkömmliche betriebliche Ausbildung stets möglich ist, wollen wir die Ausbildung

schrittweise in berufs- und länderübergreifend anerkannte, aufeinander aufbauende Ausbildungsbausteine einteilen. Auch kleinere und spezialisierte Betriebe können sich so an DualPlus beteiligen.

Der Vorteil ist: Mehr Betriebe können sich an der Ausbildung beteiligen, mehr Jugendliche finden einen Ausbildungsplatz, unterstützende Maßnahmen werden integriert, kein Bildungsschritt bleibt ohne Anschluss. Und so könnte man sich auch den mindestens 4 Mrd. Euro teuren Maßnahmenuschungel sparen und vielen Jugendlichen eine echte Chance geben. Auch die Ausbildungsförderung von Nicht-EU-BürgerInnen soll verbessert werden. Gleichzeitig wird eine Ausbildung zu guten Fachkräften gefördert.

Die Angst vor den Kosten hält zu viele von einem Studium ab. Eine bessere Studienfinanzierung muss daher mehr Studierende und vor allem BildungsaufsteigerInnen erreichen. Das gilt gerade auch für junge Menschen aus nicht akademischen Elternhäusern ohne entsprechende Vorbilder. Wir wollen in einem ersten Schritt die Lage von Studierenden aus einkommensschwachen Familien durch Veränderung des BAföG und eine Erhöhung um 300 Mio. Euro jährlich verbessern. Außerdem wollen wir das Auslands-BAföG auch für eigenständige Studiengänge im gesamten europäischen Hochschulraum ermöglichen. Im nächsten Schritt werden wir eine Studienfinanzierung aufbauen, die aus zwei Säulen besteht: einem Studierendenzuschuss, den alle erhalten, und einem Bedarfszuschuss, um die für ein Studium zu gewinnen, die bislang nicht studieren. Beide Zuschüsse müssen – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Studiengebühren sind inzwischen bundesweit fast flächendeckend wieder abgeschafft. Wir lehnen sie weiter ab. Das Deutschlandstipendium und das Bildungssparkonto kritisieren wir. Beide sind ungeeignet, für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

Deutschlands Fachkräftemangel kann nur behoben werden, wenn mehr Menschen besser qualifiziert werden und studieren. Aber die Hochschulen sind nicht gut vorbereitet auf die zum Glück zahlreicher an die Hochschulen drängenden StudienanfängerInnen. Es fehlen ausfinanzierte Studienplätze. Wir wollen Studienwilligen die Türen weit öffnen und jährlich 1 Mrd. Euro mehr in den Hochschulpakt stecken – für mehr Studienplätze und bessere Studienbedingungen. Wir wollen den Hochschulpakt verstetigen und zu einem dauerhaft-

ten, bedarfsgerechten System der Hochschulfinanzierung weiterentwickeln.

Wir befürworten die Vision eines europäischen Hochschulraums, setzen uns aber für eine Reform der Studienreform ein. Denn sie löst ihre Versprechungen bisher nicht ein. Die Prüfungsdichte muss reduziert, die Curricula entfrachtet, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen verbessert, Betreuungs- und Beratungsangebote sowie die soziale Infrastruktur auf dem Campus gestärkt werden. Den Bachelor wollen wir als berufsbefähigenden Abschluss etablieren und ausreichende Studienplätze für diejenigen schaffen, die einen Master anstreben.

Damit man sich Lernen in späteren Lebensphasen auch leisten kann, werden wir für jährlich 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenze, die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix von Zuschüssen und Darlehen – je nach Situation der Berechtigten. Damit können Schulabschlüsse und Qualifizierung nachgeholt werden. Wir wollen so diejenigen für Weiterbildung gewinnen, die bislang von den Angeboten zu wenig erreicht werden: Ältere, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Geringqualifizierte. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Thema Analphabetismus nicht länger gesellschaftlich ignoriert wird, und dementsprechend in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen sowie der Bundesagentur für Arbeit und den ArbeitgeberInnen die Anstrengungen zur Verbesserung von Alphabetisierung und Grundbildung verstärken. Menschen mit Behinderungen lassen wir alle für weitergehende Qualifizierung und Bildung notwendigen Unterstützungen und Assistenzleistungen zukommen.

4. Grüne Wissenschaftspolitik: Freiheit und Verantwortung

Forschung heißt, die Welt von morgen bereits heute zu denken, Zusammenhänge verstehen zu wollen und besser zu begreifen, was wir nicht wissen. Wissenschaft ist eine Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Zukunftsfragen. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Verantwortung aller Disziplinen. Das in der Verfassung verbriefte Recht auf For-

schungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zugleich muss Wissenschaft sich ihrer Verantwortung in Forschung und Lehre bewusst sein. Wir wollen mit der staatlichen Forschungsförderung Anreize dafür setzen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren Beitrag zur Lösung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.

Hierzu brauchen wir auch eine starke Grundlagenforschung. Denn ohne den Aufbruch ins Ungewisse, Unbekannte und Unsichere können echte Erkenntnisdurchbrüche nicht gelingen. Auch dafür braucht es Geld und Zeit. Deshalb sehen wir mit Sorge die Folgen der sinkenden Grundfinanzierung der Hochschulen. Dadurch wird gerade die nicht programmgebundene Neugierforschung gefährdet.

Nachhaltige und soziale Innovationen setzen weitreichende Folgeabschätzungen, begleitende Risikoforschung und ein Verständnis der komplexen technischen und gesellschaftlichen Wechselbeziehungen voraus, wenn neue Technologien zum Wohle aller implementiert werden sollen.

Wir müssen von einer Wissenschaft für zu einer Wissenschaft mit der Gesellschaft kommen. Wir wollen inter- und transdisziplinäre Forschung unterstützen, um Wissen zu verbreitern und gesellschaftliche und ökologische Wechselwirkungen früh erkennen zu können. Dazu braucht es eine Stärkung der Forschung für eine nachhaltige Entwicklung. Der Schutz von Umwelt und Tieren macht aber auch Grenzziehungen nötig. Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit VertreterInnen des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen wollen wir strikt verbieten. Wir streben ein weitgehendes Verbot von Versuchen an nicht menschlichen Primaten an. Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärken und begrüßen es, wenn öffentliche Wissenschaftseinrichtungen vor Ort Friedensklauseln als Leitbild erarbeiten.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen der wissenschaftlichen Karriere. Jenseits der Professur haben WissenschaftlerInnen heute extrem unsichere Berufs- und Lebensperspektiven. Wir wollen familienfreundliche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Befristete Verträge haben überhandgenommen, oft mit Laufzeiten unter einem Jahr. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat die Tendenz zu prekärer Beschäftigung

noch verstärkt. In Deutschland zählen selbst gestandene WissenschaftlerInnen bis ins fünfte Lebensjahrzehnt zum abhängigen Nachwuchs. Selbständige Forschung ist hier nicht vorgesehen. Lehre wird immer häufiger mit gering bezahlten Lehraufträgen abgedeckt. Wir fordern einen langfristig angelegten „Pakt für zukunftsfähige Personalstrukturen und den wissenschaftlichen Nachwuchs“. Dazu gehören die Veränderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse und neue Personalkategorien jenseits der Professur. Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollen verbindliche Verpflichtungen für eine nachhaltige Personalentwicklung eingehen. Kontrollmechanismen sollen eingeführt werden, um zu vermeiden, dass die Hochschulen Lehraufträge als Mittel benutzen, um über extrem kostengünstige und recht- und schutzlose Lehrkräfte zu verfügen. Zusätzlich wollen wir mit der Neuauflage des Juniorprofessurenprogramms 1.000 neue Juniorprofessuren mit Tenure Track initiieren. Das heißt, nach positiver Evaluation soll ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis eröffnet werden. Zu einem solchen Pakt gehört für uns auch, dass sich die Qualifizierungs- und Betreuungsverhältnisse für Promovierende verbessern. Dafür müssen qualitative Mindeststandards und ein einheitlicher Doktorandenstatus bundesweit umgesetzt werden. Die Vielfalt der Wege zur Promotion wollen wir erhalten. Wir wollen zudem künftig auch Kollegs für kooperative Promotionen zwischen Fachhochschulen und Universitäten fördern.

Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert – mit jeder Qualifikationsstufe steigend. Das ist nicht nur ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem, es drohen dadurch auch bedeutende Innovations- und Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre. Wir wollen Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verpflichten, Zielquoten mindestens dem Kaskadenmodell entsprechend zu bestimmen. Wenn diese nicht erfüllt werden, soll das Folgen für die Mittelvergabe haben. Auch die institutionelle und die projektgebundene Forschungsförderung wollen wir an gleichstellungspolitische Verpflichtungen knüpfen, um so mittelfristig mindestens 50 % Frauen auf allen Ebenen zu haben. Die unzureichende Grundfinanzierung der Hochschulen bedroht zunehmend eine besondere Stärke des deutschen Wissenschaftssystems, nämlich die Qualität in der Breite. Einer Trennung in „Forschungshochschulen“

und „Ausbildungshochschulen“ wollen wir entgegenwirken und die Lehrqualität verbessern. Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten, und der Bund muss größere Verantwortung – etwa bei der gemeinsamen Finanzierung der außer universitären Forschung – übernehmen. Der Bund kann die Länder entlasten, indem er künftig 70 % statt wie bisher 50 % der Kosten der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft übernimmt und die Programmpauschale der Deutschen Forschungsgemeinschaft schrittweise erhöht. Die Länder sollen sich vertraglich verpflichten, mit den frei werdenden Mitteln die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Wir streben ein geordnetes Auslaufen der Exzellenzinitiative an. Dabei wollen wir die Instrumente Graduiertenschulen und Exzellenzcluster beibehalten und weiterentwickeln. Für uns ist das europaweit vereinbarte Ziel, 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren, nur Mindestmaß. Will die EU insgesamt ihr Ziel erreichen, müssen wirtschaftlich starke Staaten wie Deutschland deutlich höhere Werte anstreben. Das bewährte System der Forschungsförderung aus öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen und wettbewerblicher Projektförderung wollen wir ergänzen durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir wollen, dass Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung rasch breit verfügbar sind, und unterstützen deshalb Open Access und Open Data im Wissenschaftsbereich, damit der Austausch innerhalb der Wissenschaft, aber auch der Wissenstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft verbessert wird. Durch öffentliche Mittel finanzierte wissenschaftliche Publikationen müssen auch frei zugänglich sein. Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung und Lehre an universitären und außer universitären Einrichtungen muss gewährleistet werden. Größtmögliche Transparenz über die Forschung an Hochschulen und Universitäten stellt die Grundlage für den kritischen Diskurs an den Hochschulen und für die öffentliche Rechenschaft der Hochschulen gegenüber der Gesellschaft dar. Klare und verbindliche Transparenzregeln helfen Forschung z.B. zum militärischen Einsatz oder zu ethisch strittigen Fragen wie z.B. Tierversuchen zu identifizieren und sie öffentlich zu thematisieren. Dazu gehören nachvollziehbare Informationen für die Bürgerinnen und Bürger, wer im öffentlich finanzierten Wissenschaftsbereich welche

Mittel für welche Forschungstätigkeiten erhält und wer mit wem kooperiert. Wir wollen außerdem Ansätze stärken, forschungspolitische Entscheidungsprozesse partizipativer zu gestalten.

5. Gemeinsam Verantwortung tragen: Kooperationsverbot aufheben

Bund und Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10 % des Brutto sozialprodukts jährlich in Bildung und Forschung zu investieren. Obwohl das Ziel bis heute noch nicht ganz erreicht ist, sagen wir: Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Ziel müssen mindestens 7 % bei Bildung und 3,5 % bei Forschung und Entwicklung bis 2020 sein. Denn andere sind längst weiter. Bildungs- und Forschungsausgaben haben deshalb für uns einen Vorrang. Und wir werden den Ländern durch eine Reform der Erbschaftsteuer und unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik weitere finanzielle Spielräume verschaffen für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich.

Wir wollen eine bessere Bildungsfinanzierung und ein besseres Bildungs- und Wissenschaftssystem, das auch leistungsfähiger ist. Dazu müssen auch verfassungsrechtliche Blockaden abgeräumt werden. Es muss wieder möglich werden, dass der Bund die Länder, z.B. beim Ausbau von Ganztagschulen und Studienplätzen, finanziell unterstützen darf. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das Kooperationsverbot in der Bildung aufzuheben und die Zusammenarbeit in der Wissenschaft zu erleichtern. Unser Ziel ist eine Ermöglichungsverfassung für bessere Bildung und Wissenschaft. Um beide Zukunftsfelder zu stärken und Chancengerechtigkeit zu fördern, braucht es einen kooperativen Bildungsföderalismus, eine echte Verantwortungspartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie eine neue Kooperations- und Vertrauenskultur. Bis das Kooperationsverbot aufgehoben wird, werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bund sich an den Bildungskosten beteiligt und die Länder durch unsere Vorschläge für eine andere Finanz- und Steuerpolitik finanzielle Spielräume für ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich erhalten.

Wir setzen uns für bundesweit einheitliche und verbindliche abschlussbezogene Bildungsstandards in allen Fächern ein. Damit soll gesichert werden, dass trotz unterschiedlicher Schulsysteme die Schülerinnen und Schüler in allen Bundesländern vergleichbares Fachwissen erlangen und die gleichen Kernkompetenzen beherrschen. Ebenso wollen wir verhindern, dass ihnen Nachteile bei einem Schulwechsel über Bundesländergrenzen hinweg entstehen.

Wer GRÜN wählt ...

- investiert in mehr, bessere und inklusive Kitas.
- fördert längeres gemeinsames und inklusives Lernen.
- fördert Ganztagschulen mit hoher Bildungsqualität für alle.
- sorgt für gute Ausbildung für alle, schafft zusätzliche Studienplätze und verbessert die Qualität von Lehre und Studium.
- schafft Spielräume für eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen und bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs verlässlichere Perspektiven.
- will das Kooperationsverbot in der Bildung abschaffen.

Schlüsselprojekte

Grüne Bildungsrepublik begründen – gute Ganztagschulen flächendeckend aufbauen

Das deutsche Bildungssystem ist ungerecht und muss erneuert werden. Wir wollen bessere Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder. Ganztagschulen sind das Kernstück eines chancengerechten und inklusiven Bildungssystems, denn sie bilden den Rahmen, in dem individualisiertes und kreatives Lernen stattfindet. Deshalb bauen wir flächendeckend Ganztagschulen auf. Dafür verhandeln wir mit den Ländern über eine Aufhebung des Kooperationsverbots

in der Bildung und unterstützen sie mit mindestens 500 Mio. Euro pro Jahr. Damit schaffen wir Schulen, in denen alle Kinder auch am Nachmittag miteinander und voneinander lernen, Wissen vertiefen und Neues entdecken können.

Hochschulen stärken – jährlich 1 Mrd. Euro mehr Bundesmittel

Die Länder müssen ihre Hochschulen besser ausstatten und der Bund muss größere Verantwortung bei der Finanzierung übernehmen. Wir wollen, dass 3,5 % des BIP bis 2020 in Forschung und Entwicklung investiert werden. Für mehr Studienplätze, bessere Studienbedingungen, eine höhere Qualität der Lehre und verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir zusätzlich mindestens 1 Mrd. Euro jährlich in unsere Hochschulen investieren. Mit veränderten Finanzierungsschlüsseln bei der außer universitären Forschung wollen wir den Ländern außerdem Spielräume verschaffen, um die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu stärken. Damit sollen prekäre Beschäftigung eingedämmt und eine Ausfinanzierung der Studienplätze gewährleistet werden.

Studierende und Weiterbildung besser unterstützen – das BAföG erhöhen

Zu viele Menschen entscheiden sich wegen finanzieller Barrieren gegen ein Studium. Die Lage von Studierenden aus einkommensschwächeren Familien wollen wir durch eine Reform und Erhöhung des BAföG verbessern. In einem ersten Schritt stellen wir dafür mindestens 300 Mio. Euro zusätzlich bereit. Danach wollen wir das BAföG schrittweise zum grünen 2-Säulen-Modell erweitern, das eine Basisabsicherung und einen Bedarfzuschuss kombiniert und so mehr Bildungsaufstieg ermöglicht. Damit man sich Lernen und Weiterbilden auch in späteren Lebensphasen leisten kann, wollen wir für jährlich mindestens 200 Mio. Euro ein Weiterbildungs-BAföG einführen. Es kennt keine Altersgrenzen. Die Finanzierung des Lebensunterhalts und der Maßnahmenkosten erfolgt durch einen Mix aus Zuschüssen und Darlehen, je nach Situation der Berechtigten.

G. Teilhaben an sozialer Sicherung

Wie wir ein Netz der Absicherung für alle schaffen

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist materielle Armut kein Randphänomen, sondern betrifft Millionen Menschen. Jedes vierte Kind unter 15 Jahren lebt in Deutschland in einem einkommensarmen Haushalt. Arbeitslosigkeit, Erziehung von Kindern, Krankheit, Behinderung, Alter oder schicksalhafte Ereignisse dürfen in unserem reichen Land nicht Ursache von einem Leben in Armut sein.

Unser Ziel der Teilhabe umfasst alle. Inklusive Politik fragt nicht nach vermeintlichen Defiziten von Menschen, sondern will die Fähigkeiten der Einzelnen und ihre Teilhabe fördern und unterstützen. Das schaffen wir mit den Instrumenten einer soziokulturellen Mindestsicherung und guten öffentlichen Institutionen, aber auch durch eine allgemein verankerte Denkweise, die allen Menschen die Freiheit eröffnet, in unserer Demokratie so zu leben, wie sie sind. Es ist normal, verschieden zu sein.

Wer arm geboren wurde, wird häufiger, früher und schwerwiegender krank und hat eine deutlich geringere Lebenserwartung. Dies wird noch verstärkt durch einen schlechten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Die steigende Zahl der Menschen, die unter prekären Bedingungen arbeiten oder unterbrochene Erwerbsbiografien haben, ist auch im Alter unzureichend abgesichert. Viele Betroffene können sich im Bedarfsfall keine gute Pflege organisieren oder finanzieren.

Leisten wir dem gesellschaftlichen Wunsch nach einem belastbaren Sicherungsnetz für alle endlich Folge: Auch die gesellschaftlich Benachteiligten dürfen nicht durchs Netz fallen. Denn nur wer weiß, dass er notfalls aufgefangen wird und soziale Rechte hat, ist BürgerIn und kein/e BittstellerIn.

Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement, für alle, die sich einmischen wollen und können. Soziale Sicherheit und Teilhabe sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb ist

es wichtig, dass das soziokulturelle Existenzminimum tatsächlich für alle gewährleistet ist.

Indem wir die sozialen Sicherungssysteme fit machen für die neuen Herausforderungen, schaffen wir auch der Solidarität eine Zukunft. Grüne Grundsicherung, grüne Bürgerversicherung, grüne Garantierende und grünes Pflegekonzept sind hierfür der Schlüssel. So schaffen wir ein solidarisches Sicherungsnetz, auf das sich jeder Mensch im Bedarfsfall verlassen kann: schnell, unbürokratisch und existenzsichernd. Wir wollen auch erreichen, dass die Versicherten ihre sozialen Leistungen europaweit besser in Anspruch nehmen können.

Wir machen uns auch dafür stark, dass die Versicherten in den Sicherungssystemen mehr Gehör finden und eine stärkere Vertretung erhalten. Ob Arbeitslose oder RentnerInnen, ob PatientInnen oder Pflegebedürftige: Auch hier ist Einmischung erwünscht.

1. Grüne Grundsicherung

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein entscheidendes Auffangnetz. Diese Grundsicherung muss neben der materiellen Absicherung auch die Möglichkeit der soziokulturellen Teilhabe an unserer Gesellschaft sicherstellen. Die Würde des Menschen ist und bleibt Maßstab unserer Politik.

Trotz jahrelanger Kritik an der Berechnung des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes hat die Regierung Merkel nicht reagiert und hierfür im Jahr 2010 die Quittung durch das Bundesverfassungsgericht erhalten.

Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen und jährlich überprüfen, ob er noch angemessen ist. Diese Neuberechnung wollen wir im Dialog mit den Sozialverbänden umsetzen. Die Berechnung muss verfassungskonform gestaltet werden. Das heißt zum einen, die sogenannten verdeckt Armen und kleinen Aufstocker (Zuverdienst bis 100 Euro) aus der Bezugsgruppe, die Maßstab für die Regelsatzberechnung ist, herauszunehmen. Und zum anderen, die wichtigsten Ausgabenpositionen einzubeziehen, die für Teilhabe und Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig sind und auch durchschnittliche Energiekosten abdecken. Zudem

muss der Regelbedarf 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten an Inflation und Lohnentwicklung angepasst werden. Damit die Anhebung des ALG II finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne ergänzend ALG II beziehen müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu. Wir setzen darauf, dass wir durch einen Mindestlohn Geld einsparen, so dass wir einen Teil der ALG-II-Erhöhung damit gegenfinanzieren können. Das bürokratische Bildungs- und Teilhabepaket hat zur Folge, dass viele Kinder ihren verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf Bildung und Teilhabe nicht wahrnehmen können. Wir wollen das unsinnige Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen. Stattdessen wollen wir als ersten Schritt zur Kindergrundsicherung die Kinderregelsätze erhöhen sowie in die Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur investieren.

Wir wollen beim ALG II die Grundlage der Berechnung umstellen von der Bedarfsgemeinschaft hin zur individuellen Existenzsicherung. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre finanzielle Abhängigkeit. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wir werden den Wechsel hin zur individuellen Existenzsicherung in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Das gilt auch für AsylbewerberInnen. Deshalb schaffen wir das Asylbewerberleistungsgesetz ab, überführen ihre Ansprüche ins SGB und beenden die unwürdige Gutscheinpraxis.

Die Sanktionen für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II sind meist demütigend, unnötig und kontraproduktiv. Die verschärften Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren, die bis zur Obdachlosigkeit führen können, wollen wir unverzüglich abschaffen. Die von Schwarz-Gelb durchgesetzte Anrechnung des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II benachteiligt einkommensarme Familien. Bei der von uns angestrebten Neuordnung der familienpolitischen Leistungen wollen wir diese Ungerechtigkeit beseitigen und die Anrechnung des Elterngeldes wieder rückgängig machen. Unser Ziel ist eine Grundsicherung, die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Die Zahlung einer sozialen Grundsicherung soll weiterhin an die Bereitschaft geknüpft werden, der Gesellschaft etwas zurückzugeben und sich um eine eigenständige

Existenzsicherung zu bemühen. In der Regel ist das die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, Aus- und Weiterbildung oder Umschulung. Wir brauchen ein Wunsch- und Wahlrecht der Arbeitsuchenden in den Jobcentern, ein Verbandsklagerecht sowie Ombudsstellen, um Konflikte frühzeitig, unter Vermeidung von unnötigen und teuren Gerichtsverfahren und auf Augenhöhe zu lösen. Dazu wollen wir beispielsweise sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden. Ein solches Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist mit den heutigen Sanktionsregeln und -automatismen nicht vereinbar. Bis neue faire Regeln etabliert sind, fordern wir ein Sanktionsmoratorium.

Soziale Leistungen sind gutes Recht. Doch wer sie in Anspruch nehmen will, erlebt oft ein blaues Wunder: wenn Arbeitsuchende bei Fragen an das Jobcenter eine kostenpflichtige Telefonhotline anrufen müssen, um dann doch keine Auskunft zu erhalten; wenn die Pflegekasse ältere Menschen, die einen ambulanten Dienst brauchen, nicht ausreichend unterstützt; oder wenn die Krankenkasse die Anschlussbehandlung eines Patienten oder einer Patientin nach einem Schlaganfall hinauszögert. Diese Beispiele stehen exemplarisch für einen oft erlebten Umgang von Behörden und Sozialversicherungen mit ihren „Kundinnen und Kunden“. Die Rechte auf Beratung, auf angemessene Leistungen, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bleiben dabei auf der Strecke. Wir wollen, dass die Menschen ihr Recht bekommen. Es ist an der Zeit, die Leistungsberechtigten bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche zu stärken, auch durch ein Verbandsklagerecht und die Schaffung und Förderung ämterunabhängiger Beratungsstellen.

Wir wollen die Idee einer finanziellen Basissicherung oder die einer negativen Einkommensteuer weiter diskutieren. Gerade in der Debatte um Grundsicherung und ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle muss es darum gehen, unsere Leitbilder von Gerechtigkeit und emanzipativer Sozialpolitik, die Bedeutung öffentlicher Institutionen und Finanzierbarkeit zu verbinden. Wir wollen diese Debatte in die Gesellschaft hineintragen. Wir halten deshalb die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll, in der Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. In einer solchen Enquete wollen wir der

Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie damit verbundene Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen den nötigen Raum verschaffen. Ziel ist es, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf Teilhabe zu verwirklichen.

2. Grüne Bürgerversicherung: gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems

In der gesetzlichen Krankenversicherung stehen Gesunde und Kranke, Junge und Alte sowie Gut- und Geringverdienende solidarisch füreinander ein. Kinder sind kostenlos mitversichert. Doch die Solidargemeinschaft ist nicht vollständig. Unser Gesundheitssystem ist in Schieflage geraten. Privatversicherte sind häufig privilegiert und erhalten Vorzugsbehandlungen. Gut verdienende Angestellte, BeamtInnen, viele Abgeordnete und die meisten Selbständigen gehören der privaten Krankenversicherung an. Als Privatversicherte versichern sie nur ihr eigenes, meist unterdurchschnittliches Krankheitsrisiko. Zum Solidarausgleich tragen sie so nicht bei.

Diese 2-Klassen-Medizin in unserem Gesundheitswesen wollen wir beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: eine für alle statt jeder für sich. Dagegen will Schwarz-Gelb den Solidarausgleich innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung immer weiter abbauen. Die steigenden Gesundheitsausgaben sollen über pauschale Zusatzbeiträge alleine den Versicherten aufgebürdet werden. Wir dagegen wollen mehr, nicht weniger Solidarität. Die grüne Bürgerversicherung bezieht alle Bürgerinnen und Bürger in die Solidargemeinschaft ein. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wiederhergestellt.

Die grüne Bürgerversicherung sorgt aber nicht nur für die Stärkung der Solidarität. Sie ist ein entscheidender Schritt zu einer soliden Finanzierung des Gesundheitswesens, denn wir verbreitern die finanzielle Basis. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleichbehandeln und zur Finanzierung heranziehen. Also neben Arbeits-einkommen und Renten auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen, Spekulationsgewinne und Mieteinnahmen.

Zudem heben wir die Beitragsbemessungsgrenze auf das in der Rentenversicherung geltende Niveau. Das schafft mehr Gerechtigkeit im Gesundheitswesen, indem es Gutverdienende fairer beteiligt, macht die Finanzierung zukunftsfest und schafft Raum für Beitragssatzsenkungen.

Die grüne Bürgerversicherung ist keine Einheitsversicherung. Sowohl die gesetzlichen als auch private Krankenversicherer können die Bürgerversicherung anbieten. Allerdings gilt eine gemeinsame Honorarordnung. Denn die Art und das Ausmaß der Behandlung von Patientinnen und Patienten dürfen nicht länger davon abhängig sein, ob diese privat oder gesetzlich versichert sind. Dabei werden wir sicherstellen, dass die höheren Honorare, die heute über die Privatversicherten an die Ärzteschaft und an die anderen Gesundheitsberufe fließen, insgesamt erhalten bleiben und gerechter verteilt werden. Der Wettbewerb unter den Anbietern darf dabei nicht über den Beitragsatz, sondern soll vor allem über die Qualität und Patientenorientierung geführt werden. Die Krankenversicherungen als Interessenvertreter sollen das Wohl jedes einzelnen Mitglieds im Blick haben. Keinesfalls darf es eine Risikoselektion geben. Versicherte dürfen wegen ihres Alters, ihres Geschlechts oder möglicher Vorerkrankungen nicht benachteiligt werden. Die Beiträge sind strikt einkommensbezogen zu erheben. Zuzahlungen werden abgeschafft.

Die grüne Bürgerversicherung unterstützt Familien mit Kindern. Kinder werden kostenlos mitversichert, zeitlich begrenzt auch Verheiratete bzw. LebenspartnerInnen, die nicht erwerbstätig sind, aber Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen. Für alle anderen Ehepaare und für eingetragene Lebensgemeinschaften wird ein Beitragssplitting eingeführt. Damit wird die Bevorzugung von Alleinverdienerpaaren mit einem überdurchschnittlichen Haushaltseinkommen beendet und die negativen Erwerbsanreize für Ehefrauen abgeschafft.

3. Grüne Gesundheitspolitik: ortsnahe und bedarfsgerecht, inklusiv und präventiv

Wir wollen die wohnortnahe gesundheitliche Versorgung weiter verbessern und den Zugang unabhängig von Alter, Einkommen, Ge-

schlecht, Herkunft, Behinderung, sozialer Lage und Wohnort sicherstellen. Kern muss eine Primärversorgung sein, in der Haus- und KinderärztInnen sowie die Angehörigen weiterer Gesundheitsberufe auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Dafür sind u.a. die Aufwertung der HausärztInnen und des Berufsbildes der Pflege, eine veränderte Aufgabenverteilung zwischen den Gesundheitsberufen und ein Vergütungssystem erforderlich, das die besonderen Leistungen der Primärversorgung, wie die Beratung und Begleitung der PatientInnen, berücksichtigt. Hausarztverträge können dabei ein Beitrag sein, um eine wohnortnahe Primärversorgung zu gewährleisten und die Qualität der Versorgung zu verbessern.

Um den Versorgungsbedarfen der wachsenden Zahl chronisch und mehrfach sowie psychisch erkrankter Patientinnen und Patienten gerecht zu werden, ist eine enge Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gesundheitseinrichtungen und -berufe erforderlich. Die finanziellen und rechtlichen Barrieren, die einer Gesundheitsversorgung „Hand in Hand“ entgegenstehen, wollen wir beseitigen. Die Bereitschaft und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit muss schon in der Ausbildung gefördert werden. Die Pflegekräfte sind in ihrer Eigenverantwortung zu stärken.

Bei der Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung soll den Kommunen sowie den regionalen und lokalen Zusammenschlüssen von Patientinnen und Patienten sowie Gesundheitsberufen künftig eine größere Rolle zukommen. So können Versorgungsstrukturen stärker auf die Bedarfe vor Ort ausgerichtet und medizinische Versorgung, Prävention und Gesundheitsförderung mit den kommunalen sozialen Diensten verknüpft werden. Die Krankenhausversorgung ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser sind als Teil des regionalen Versorgungssystems zu begreifen und müssen bedarfsgerecht finanziert werden. Öffentliche Krankenhäuser müssen sich mit ihren sozialen Zielsetzungen neben freigemeinnützigen und privaten Trägern behaupten können.

Doch mit ihrer Krankenhauspolitik im Zickzackkurs und unterlassenen Strukturreformen hat die Bundesregierung vor allem viele kommunale Krankenhäuser in die roten Zahlen getrieben. Das schadet den Patientinnen und Patienten. Denn Diagnosen, Therapien und Dauer des Krankenhausaufenthalts werden in den Kliniken zunehmend von betriebswirtschaftlichen Überlegungen bestimmt.

Und das trifft auch die Beschäftigten, insbesondere in der Pflege, die immer mehr Patientinnen und Patienten mit immer größerem Unterstützungsbedarf versorgen müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb eine Kurskorrektur auch in der Krankenhauspolitik. Fehlerhafte ökonomische Anreize im derzeitigen Finanzierungssystem, die zu unangebrachten oder ethisch fragwürdigen Therapieentscheidungen führen können, wollen wir beheben. Die Vergütungen, die die Krankenhäuser für die Behandlung der Patientinnen und Patienten erhalten, müssen die steigenden Personal- und Sachkosten angemessen berücksichtigen. Die Qualität der Behandlung sowie der Patientennutzen sollten zunehmend in die Vergütung eingehen. Die Vorhaltekosten der Notfallversorgung und die Kostenstruktur der unterschiedlichen Krankenhausgrößen müssen angemessen berücksichtigt werden.

Um die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern zu verbessern, sind neben der Schaffung zusätzlicher Pflegestellen und einer finanziellen Besserstellung der Pflegeberufe eine familienfreundliche Arbeitsorganisation, mehr Teamorientierung und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller im Krankenhaus tätigen Gesundheitsberufe nötig. Bestehende Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen sind konsequent umzusetzen sowie Vorkehrungen gegen übermäßige psychische Belastungen zu treffen.

Damit sich regionale Versorgungsnetze bilden können und um eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung auch in ländlichen und strukturschwachen Regionen zu gewährleisten, wollen wir die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander sowie mit den ambulanten Strukturen vor Ort verbessern. Dafür streben wir unter anderem ein einheitliches Vergütungssystem für alle fachärztlichen Leistungen an, gleichgültig, ob sie im Krankenhaus oder in der Facharztpraxis erbracht werden. Die Anwendung von Informationstechnologien kann einen wichtigen Beitrag für eine bessere Gesundheitsversorgung leisten. Allerdings sind dabei die Grundsätze des Datenschutzes und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten strikt einzuhalten.

Patientinnen und Patienten sollen auch Angebote der besonderen Therapierichtungen wahrnehmen können. Dazu muss die Komplementärmedizin Nachweise zur Wirksamkeit erbringen. Es sind geeignete Methoden zum Wirksamkeitsnachweis für die Komplemen-

tärmedizin als auch andere medizinische Bereiche (z.B. Physio- oder Psychotherapie) zu entwickeln. Dafür sind öffentliche Forschungsgelder zur Verfügung zu stellen. PatientInnen sollen in einem Patientenbrief nach erfolgter Behandlung in verständlicher Form über Diagnose, Art und Umfang der Leistung informiert werden.

Ob bei künstlichen Hüftgelenken, Herzschrittmachern oder Brustimplantaten – Sicherheit, Wirksamkeit und Nutzen von Medizinprodukten müssen verbessert werden. Dazu gehören ein europaweit einheitliches staatliches Zulassungsverfahren für Hochrisikoprodukte, strenge Vorgaben für klinische Studien, ein Medizinprodukteregister und eine bessere Nutzenbewertung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden. Notwendig ist zudem eine Produkthaftpflicht für Medizinproduktehersteller.

Die kürzlich eingeführte Nutzenbewertung neuer Arzneimittel ist ein wichtiger Schritt. Sie ermöglicht, den Preis eines Medikaments davon abhängig zu machen, welcher Patientennutzen mit ihm verbunden ist. Blockadeversuchen der Pharmaindustrie werden wir entschieden entgegenzutreten. Damit alle Informationen zu einem Arzneimittel in seine Bewertung einfließen können, werden wir die Pharmaunternehmen verpflichten, alle Arzneimittelstudien registrieren zu lassen und deren Resultate zu veröffentlichen. Forschungsprojekte zur spezifischen Verträglichkeit von Arzneimitteln bei Kindern sowie zur geschlechterspezifischen Verträglichkeit müssen ausgebaut werden. Medizinische Forschung muss transparent gestaltet, Abhängigkeiten von Drittmittelgebern in der Forschung konsequent offengelegt werden. Wir wollen für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern den Zugang zu Medikamenten verbessern. Hierzu wollen wir auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern und sehen öffentliche Forschungseinrichtungen in der Verantwortung, sozialverträgliche Lizenzierungs- und Vertriebsmodelle zu entwickeln. Perspektivisch streben wir eine Angleichung der Preisregulierung und der Regelungen zur Qualitätstransparenz für Arzneimittel innerhalb der EU an. Die Bekämpfung von Korruption braucht eine klare Gesetzgebung mit konsequenter Durchsetzung, um die Manipulation im Gesundheitssystem durch nicht am Patientenwohl orientierte Einflüsse, u.a. Bestrebungen von Pharma- und MedizinprodukteherstellerInnen, endlich zu beenden. Hierzu gehört die Einführung eines Straftatbestandes für Korruption durch die LeistungserbringerInnen

im Gesundheitswesen, der Ausbau unabhängig finanzierter medizinischer Forschung und ein Weiterbildungswesen frei von wirtschaftlicher Beeinflussung.

Menschen mit Behinderungen sind im Gesundheitssystem häufiger als andere Bevormundung und Entscheidungen über ihren Kopf hinweg ausgesetzt. Wir streben ein inklusives Gesundheitssystem an, das auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen eingeht und alle notwendigen präventiven, diagnostischen, therapeutischen sowie rehabilitativen Maßnahmen ermöglicht. Das schließt die Qualität der Unterstützung mit ein, beispielsweise durch Versorgung mit hochspezialisierten Hilfsmitteln zur Kommunikation und Mobilität. Wir treten dafür ein, dass die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland konsequent umgesetzt wird und eine entsprechende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen erfolgt.

Wir wollen eine interkulturelle Öffnung der gesundheitlichen Regeldienste und falls erforderlich ein herkunftssprachliches Beratungsangebot. Für Flüchtlinge und Menschen „ohne Papiere“ muss der Zugang zur gesundheitlichen Grundversorgung gesichert sein.

Wir wollen den Patientennutzen – gerade auch die Verbesserung der Lebensqualität – in den Mittelpunkt stellen und deshalb stärker die Behandlungsergebnisse vergüten und nicht ausschließlich den Umfang an Behandlungen. Zu einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung tragen informierte Patientinnen und Patienten bei, die ihre Bedarfe selbstbewusst vertreten und ihre Behandlung mitgestalten können. Dazu brauchen sie zuverlässige Informationen über die Qualität von Therapien und Versorgungsangeboten. Doch die mangelhafte Qualitätstransparenz ist eine der großen Schwachstellen im deutschen Gesundheitswesen. Benötigt wird eine Art „Stiftung Warrentest“ im Gesundheitswesen, die zuverlässige Qualitätsinformationen sammelt und allgemeinverständlich aufbereitet. Wir treten für den weiteren Ausbau der unabhängigen Patientenberatung ein. Wir setzen uns für eine Beweiserleichterung für geschädigte PatientInnen ein. Für PatientInnen, die im Zusammenhang mit ihrer Behandlung einen schweren gesundheitlichen Schaden erlitten haben, ohne dass eindeutig ein Behandlungsfehler nachgewiesen werden kann, wollen wir einen Haftungs- und Entschädigungsfonds einrichten. Darüber hinaus erforderlich ist eine Stärkung der PatientInnenrechte sowie Rechte der PatientInnenvertreterInnen in den Gremien der Selbstver-

waltung. Die Patientinnen und Patienten müssen bei Behandlungsfehlern mehr Rechte vor Gericht erhalten.

Um dem Ziel einer guten Gesundheit für alle näherzukommen, braucht es vor allem präventive Anstrengungen in den verschiedensten Politikfeldern. Von der Ernährung über die Stadtplanung, die Umwelt- und Verkehrspolitik bis hin zur Schul-, Sport- und Drogenpolitik. Gesundheitliche Belastungen entstehen in der Lebensumgebung und im Alltag der Menschen. Das beginnt schon rund um die Geburt. Wir wollen einen guten Start ins Leben für alle Kinder. Deshalb wollen wir Hebammen stärken, ihre Arbeit besser entlohnen und dem Berufsstand mehr Anerkennung verleihen. In der Kindertagesstätte, der Schule, am Arbeitsplatz oder im Wohnquartier. Und diese Belastungen sind sozial ungleich verteilt. Studien zeigen immer wieder, dass sich die Gesundheitsrisiken bereits bei Kindern und Jugendlichen auf die 20 % konzentrieren, die aus sozial benachteiligten Familien kommen. Dem wollen wir entgegenwirken. Wir wollen Gesundheit fördern, nicht nur Krankheit behandeln. Und wir wollen die Ungleichverteilung von Gesundheitschancen reduzieren. Wir wollen erreichen, dass sich Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention besser an Zielgruppen orientieren und mehr geschlechtsspezifische und kultursensible Angebote unterbreitet werden. Deshalb schaffen wir mit einem Präventionsgesetz eine verlässliche Grundlage für eine gute, wohnortnahe, allen zugängliche und bezahlbare Gesundheitsvorsorge. Wirksame Gesundheitsförderung findet vor Ort in den Kommunen statt. Wir erachten hierbei auch Sport und Bewegung als wichtige präventive Maßnahmen, um die körperliche und seelische Gesundheit zu erhalten und wo möglich zu verbessern. Das Präventionsgesetz sorgt auch für eine gerechte Finanzierung und eine sinnvolle Steuerung der Gesundheitsförderung und Prävention, an der wir alle Sozialversicherungsträger und auch die private Kranken- und Pflegeversicherung beteiligen.

Immer mehr Menschen benötigen aufgrund einer psychischen Krise oder einer schweren psychischen Störung Hilfe und Therapie. Grund dafür sind auch die zunehmenden psychischen Belastungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen im Schulalter und hohe Belastungen am Arbeitsplatz. Wir brauchen mehr umfassende gemeindenahe ambulante Angebote, wie z.B. Krisenhilfen, bessere Übergänge zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, ver-

mehrt Angebote zur integrierten Versorgung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialberufen. Wissenschaftlich anerkannte Psychotherapieverfahren sollen auch in der ambulanten Versorgung zur Verfügung gestellt werden. Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwang setzen. Um die bestehenden Defizite zu beseitigen, wollen wir darauf hinwirken, dass Bund und Länder unter Einbeziehung aller AkteurInnen einen Aktionsplan zur Weiterentwicklung der gesundheitlichen Versorgung bei psychischen Erkrankungen entwickeln. Wir unterstützen die engagierte Arbeit der Selbsthilfe und setzen uns für einen vorurteilsfreien Dialog zwischen Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ein.

Wir wollen das durch zahlreiche Skandale schwer beschädigte Vertrauen in das System der Organtransplantation wieder aufbauen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass es bei Organspenden gerecht und mit rechten Dingen zugeht. Das geht nur durch absolute Transparenz, rechtsstaatliche Strukturen und durch ständige Qualitätsprüfungen. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung ein, die die Organspende in Deutschland koordiniert und die Aufsicht über die am Transplantationswesen beteiligten Akteure wahrnimmt. Zu einem guten Gesundheitswesen gehört auch, Sterbenden ein Lebensende in Würde und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Hospizbewegung. Doch die Zahl und Ausstattung der stationären Hospize ist sehr unterschiedlich und nicht ausreichend. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Hospizarbeit u.a. durch eine Absenkung des gesetzlichen Eigenfinanzierungsanteils verbessern.

4. Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung statt Fortsetzung der gescheiterten Drogen- und Suchtpolitik

Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Weltweit leiden viele Menschen unter den negativen Folgen dieser Politik, unter Kriegen und bewaffneten innerstaatlichen Konflikten, unter Repression und erheblichen gesundheitlichen Problemen. Einen Beleg für den Nutzen der Kriminalisierung von Drogen gibt es hingegen nicht.

Wir wollen eine Reform der Drogenpolitik und setzen dabei auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung und Entkriminalisierung. Ziel ist es, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten und gesundheitliche Risiken zu minimieren. Wir fordern unter Einbeziehung von Wissenschaft, Drogenhilfe und Gesundheitspolitik eine Evaluierung der aktuellen Drogenpolitik. Anstelle der gescheiterten Verbotspolitik fordern wir langfristig eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller – auch bislang illegaler – Drogen. Neue Verbote, wie zum Beispiel eine Stoffgruppenregelung bei Legal Highs lehnen wir ab. Die Kriminalisierung von DrogenkonsumentInnen muss beendet werden.

Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Nur durch ein auf die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen ausgerichtetes Hilfe- und Beratungssystem können gesundheitliche Risiken verringert werden. Wir wollen die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der Drogen- und Suchthilfe stärken. Gefährdungen, die durch die derzeitigen Schwarzmarktbedingungen verursacht werden, wollen wir durch den weiteren Ausbau von risikominimierenden Maßnahmen, wie Spritzentauschprogrammen und Drogenkonsumräumen, entgegentreten und diese durch die Ermöglichung von Substanzenanalysen (Drugchecking) ergänzen. Die bestehenden Therapie- und Hilfsangebote für Opiat abhängige müssen ausgebaut, rechtliche Hürden beseitigt und niederschwellige Angebote gestärkt werden. Wir wollen bestehende Präventionsprogramme für alle psychoaktiven Substanzen und nicht stoffgebundene Süchte hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen und gegebenenfalls korrigieren; öffentliche Werbung wirksam verbieten. Das Thema „Drogen und Sucht“ muss mit all seinen Facetten breiten Eingang in den Schulen finden und soziale Träger wie Gesundheitsämter müssen besser in die Lage versetzt werden, Eltern und Jugendliche dif-

ferenziert und fachgerecht zu beraten. Wir werden auch weiterhin für einen wirksamen Nichtraucherschutz eintreten und den Schutz vor Passivrauchen verbessern. Das Tabakrahmenübereinkommen der WHO werden wir umsetzen und damit den Einfluss der Tabakindustrie wirksam begrenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die E-Zigarette als gesundheitlich weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum erhalten bleibt.

Näheres zur Abgabe von Cannabis, zum Umgang mit Cannabis im Straßenverkehr sowie zur medizinischen Forschung an Drogen beschreiben wir im Kapitel „BürgerInnenrechte stärken“, im Unterkapitel „Den Rechtsstaat stärken“.

5. Grünes Pflegekonzept: menschenwürdig und unterstützend

Die Humanität einer Gesellschaft bemisst sich auch an ihrem Umgang mit Menschen, die Unterstützung benötigen. Gute Pflege ist etwas, was alle angeht: Kinder, deren Großeltern gepflegt werden, Erwachsene, deren Kinder der Pflege bedürfen, und ältere Menschen, die selbst pflegebedürftig werden. Wir GRÜNE wollen eine menschenwürdige Pflege, die begleitet und unterstützt. Wir wollen eine Pflege, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen, dass Menschen auch bei Pflegebedarf würdig und selbstbestimmt leben können, und zwar unabhängig vom Geldbeutel. Um eine zukunftsfähige Versorgungsstruktur und eine menschliche und gute Pflege zu sichern, werden wir uns weiterhin für eine durchgreifende Reform der Pflegeversicherung einsetzen. Wir wollen deshalb den Pflegebedürftigkeitsbegriff verändern und erweitern und bei der Begutachtung Kinder und Jugendliche besser abbilden. So kann gerade für die zunehmende Zahl der Demenzkranken endlich eine bessere Versorgung gewährleistet und ihre Diskriminierung innerhalb der Pflegeversicherung beseitigt werden. Pflegebedürftigkeit kann verhindert, aufgehalten oder verlangsamt werden, deshalb wollen wir endlich wirksame Anreize für eine bessere Prävention und Rehabilitation bei Pflege setzen.

Erforderlich ist auch, stärker die UN-Behindertenrechtskonvention in der Pflege zu beachten und konsequent umzusetzen. Pflegebedürftige Menschen mit Behinderung müssen unabhängig vom Lebensalter und von der Ursache von Behinderung oder Pflegebedürftigkeit Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung und Teilhabeleistungen erhalten.

Wir wollen Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, stärker als bisher mit einem Netz aus professioneller Hilfe und bürgerschaftlichem Engagement entlasten. Dazu werden wir die Pflege im Quartier stärken und die ambulanten Versorgungs- und Entlastungsangebote, die auch unabhängig vom Einsatz Angehöriger – bislang vor allem zu Lasten von Frauen – eine Versorgungssicherheit vor Ort bieten, verbessern und ausbauen. Wir wollen es Pflegebedürftigen ermöglichen, durch ein persönliches Pflegebudget die Pflege nach eigenen Wünschen zu organisieren. Zudem wollen wir einen Anspruch auf eine grüne Pflegezeit schaffen. Wir benötigen mehr denn je eine trägerunabhängige Pflegeberatung.

Wohn- und Pflegeformen, die in der direkten Nachbarschaft eine Versorgungssicherheit bieten, werden immer wichtiger und müssen gestärkt und ausgebaut werden. Vielerorts wird immer noch in große Pflegeheime investiert. Hier wollen wir gegensteuern. Wir wollen weg von traditionellen Groß- und Sondereinrichtungen und stattdessen Orte schaffen, an denen Pflege und Betreuung in einer häuslichen Wohnumgebung stattfinden kann. Um das zu erreichen, wollen wir Alternativen für ein selbstbestimmtes Wohnen mit Angeboten für eine intensive Pflege und Unterstützung fördern wie Hausgemeinschaften, Pflege- und Wohngruppen, Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen. Notwendig sind auch Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie die altersgerechte Gestaltung der Strukturen in der Wohnumgebung. Wir wollen darüber hinaus erreichen, dass sich auch bestehende Großeinrichtungen zum Quartier hin öffnen, und umgestalten hin zu überschaubaren gemeinschaftlichen Wohn- und Pflegeformen. Den Kommunen kommt bei dieser Entwicklung eine große Bedeutung zu. Sie müssen mit Hilfe der Bundes- und Landespolitik bei der Etablierung von Quartierskonzepten unterstützt werden. Das Programm „Soziale Stadt“, mit dem Bund und Länder die Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen verbessern, wollen wir so ausbauen, dass auch Pflege

und Unterstützung im Quartier gefördert werden. Deutschland ist ein Einwanderungsland, das heißt auch, immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund werden pflegebedürftig. Insgesamt muss sich die Pflege auf eine größere Vielfalt einstellen und auch kulturelle, religiöse, sexuelle oder geschlechtsspezifische Identitäten sensibel berücksichtigen.

Für eine steigende Zahl an pflegebedürftigen Menschen brauchen wir genügend gut qualifizierte und engagierte Pflegekräfte. Um den Pflegekräften die Anerkennung entgegenzubringen, die sie verdienen, und einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir den Pflegeberuf besser anerkennen und bezahlen sowie die Arbeitsbedingungen verbessern. Wir setzen uns für angemessene Personalschlüssel und den Abbau unnötiger Bürokratie ein. Um allen Pflegekräften Aufstiegschancen zu geben, wollen wir ein modernes, durchlässiges Aus- und Weiterbildungssystem schaffen, das Pflegeausbildung auch an Hochschulen ermöglicht. Zudem brauchen wir mehr Ausbildungsplätze in der Pflege. Wir wollen eine dauerhafte Regelung zur Finanzierung des dritten Umschulungsjahres. Die Pflege muss sich auf die zu versorgenden Personen und ihre Lebenswelt einlassen. Dazu braucht sie spezielles Wissen, das bereits in der Ausbildung vermittelt werden muss. In der Pflegeausbildung plädieren wir für eine Ausbildungsumlage in allen Bundesländern. Wir möchten, dass Pflegekräfte und andere Gesundheitsberufe selbständiger arbeiten können.

Die Pflegeversicherung muss auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt werden. Hierzu wollen wir alle BürgerInnen und alle Einkommen einbeziehen und die Pflege-Bürgerversicherung einführen. Mit ihr ist eine bessere Pflege bezahlbar. Trotz deutlicher Leistungsverbesserungen bleibt damit die Beitragsentwicklung bis weit in die Zukunft überschaubar und zumutbar. Das ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Solidarität.

6. Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierende gegen Altersarmut

Rentnerinnen und Rentnern geht es in Deutschland im Durchschnitt noch vergleichsweise gut. Altersarmut ist aber schon heute ein Pro-

blem. Mehr als zwei Millionen Ältere in Deutschland haben ein Einkommen unterhalb der EU-Armutsriskogrenze. Angesichts unsteter Erwerbsbiografien, weit verbreiteter Niedriglöhne und eines sinkenden Rentenniveaus wird die Altersarmut noch zunehmen. Das betrifft vor allem Frauen, die aufgrund tradierter Rollenzuweisungen und nicht vorhandener Betreuungsplätze nicht oder in Teilzeit erwerbstätig waren und sind. Dem setzen wir eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik sowie Maßnahmen innerhalb der Rentenversicherung zum Aufbau eigenständiger Ansprüche und der Garantierente entgegen.

Altersarmut geht in der Regel mit Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen einher. Häufig ist soziale Vereinsamung die Folge. Deshalb setzen wir auf ein umfassendes Konzept gegen Altersarmut. Wir brauchen differenzierte Lösungen für die besonders gefährdeten Gruppen. Wichtig ist neben der Rente eine gute Arbeitsmarktpolitik. Außerdem braucht es Verbesserungen im Bereich der Grundsicherung, des Wohnens und der Gesundheitsversorgung.

Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit und der Würde, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, als RentnerInnen nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Diesen Menschen muss im Alter der Gang zum Amt erspart bleiben. Unsere Antwort ist die steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzungen für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören Beitragszeiten, Anrechnungszeiten, z.B. wegen Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung, Berücksichtigungszeiten wegen Pflege und (bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung) Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Die Voraussetzungen für die Garantierente haben wir bewusst so gewählt, dass sie nicht nur von Männern, sondern insbesondere auch von Frauen gut zu erreichen sind. Private und betriebliche Ansprüche werden nur teilweise auf die Garantierente angerechnet. Damit sorgen wir für eine zielgruppengenaue Bekämpfung der Altersarmut, die Steuer- und BeitragszahlerInnen nicht mehr als notwendig belastet. Wir wollen die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verbessern, zum Beispiel durch eine großzügigere Anrechnung von

gesparten Vermögen. Gleichzeitig sollte es möglichst schnell ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West geben. Zentrales Ziel ist dabei die Anhebung des Rentenwertes Ost auf den Rentenwert West. Das soll allerdings so geschehen, dass die bisher erworbenen Rentenansprüche konstant bleiben.

Die Sicherung eines Lebensstandards jenseits der Armutsgrenze im Alter ist eine der Grundaufgaben eines modernen Sozialstaats. Wir setzen dafür auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau, damit das Vertrauen in das Rentensystem über die Generationen hinweg bestehen bleibt. Wenn junge Menschen lange in die Rentenversicherung einzahlen, dann müssen sie auch eine angemessene Rente erhalten. Würde das Rentenniveau deutlich unter das heutige Niveau sinken, wären zukünftig Menschen, die nicht privat oder betrieblich vorsorgen können, von Altersarmut bedroht. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis in die breite Mittelschicht hinein wären davon betroffen. Das wollen wir verhindern. Durch die schrittweise Weiterentwicklung der gesetzlichen Rente zu einer BürgerInnenversicherung, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch Maßnahmen für ein höheres Lohnniveau wollen wir ein angemessenes Rentenniveau bei stabilen Beiträgen erreichen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Dennoch halten wir eine Risikomischung bei der Altersvorsorge für grundsätzlich richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Dafür wollen wir die Riesterrente grundlegend reformieren. Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen.

Die Rentenversicherung wurde in den letzten Jahren an sich verändernde Bedingungen angepasst. Die Lebenserwartung steigt glücklicherweise weiter an, die Dauer des Rentenbezugs hat sich deutlich verlängert. Die Zahl der erwerbstätigen BeitragszahlerInnen wird dagegen zukünftig zurückgehen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig. Diese Entscheidung ist aber nur vertretbar, wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht.

Dafür braucht es mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, wollen wir die abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf das 63. Lebensjahr zurücksetzen. Wer hingegen allein aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung eine Erwerbsminderungsrente erhält, sollte diese ohne Abschläge erhalten. Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung werden beim Zugang zur Garantierente anerkannt. Gleichzeitig wollen viele Menschen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterhin aktiv sein, denn Arbeit ist auch Teilhabe. Wir müssen also flexible Übergänge finden für Menschen, die früher ausscheiden, und solche, die länger aktiv sein wollen.

Die geringeren Rentenansprüche für Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, sind ungerecht. Mit unserer Garantierente schaffen wir deswegen insbesondere auch für Frauen, die wegen Kindererziehung nicht erwerbstätig sein konnten, einen Einstieg in eine gerechte und armutsfeste Rente. Damit Frauen eine bessere eigenständige Absicherung erhalten, wollen wir das Rentensplitting bereits in der Ehe obligatorisch machen und Kindererziehungszeiten stärker anrechnen. Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch BeamtInnen, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Das ist für uns sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Nachhaltigkeit. Gleichzeitig werden dadurch Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut, die präventiv vor Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbständigen in die Rentenversicherung einbeziehen. Gerade Selbständige sind heute für das Alter häufig sehr schlecht abgesichert. Das müssen wir ändern. Jüdische Kontingentflüchtlinge wollen wir rentenrechtlich mit Spätaussiedlern gleichstellen.

Wir wollen auch dem einstimmigen Beschluss des Bundestags aus dem Jahr 2002 endlich gerecht werden und die sogenannte Ghetto-Rente an die Überlebenden der Schinderei in den Ghettos der Nati-

onalsozialisten rückwirkend bis 1997 auszahlen, wenn ihre Anträge über Jahre verschleppt wurden. Mit zynischen bürokratischen Hürden spielten die Rentenversicherer und jetzt das Kabinett Merkel auf Zeit und bringen so noch etwa 20.000 Überlebende um die ihnen zustehende Rente. Es ist schlicht zynisch, diese täglich kleiner werdende Gruppe von Menschen noch einmal vier Jahre lang warten zu lassen. Hier besteht sofortiger Handlungsbedarf.

Wer GRÜN wählt ...

- kämpft für einen ALG-II-Regelsatz von 420 Euro, um das soziokulturelle Existenzminimum für alle Menschen zu gewährleisten.
- führt eine solidarische Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege ein und beendet die 2-Klassen-Medizin.
- schafft Qualität durch Prävention und Vernetzung und eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort.
- verbessert die Pflege Demenzkranker und schafft für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf eine Versorgungssicherheit dort, wo sie leben möchten.
- baut Altersarmut vor mit einer Garantierente von mindestens 850 Euro und sichert Frauen durch ein eigenständiges Rentensplitting ab.

Schlüsselprojekte

Menschenwürdige Existenz sichern – den ALG-II-Regelsatz erhöhen

Der aktuelle Regelsatz ist zu niedrig. Wir wollen ihn erhöhen, damit auch die Menschen, die keine Arbeit haben, am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir fordern, den ALG-II-Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen, da die derzeitige Berechnung aus unserer Sicht nicht das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet. Eine genaue Berechnung der Erhöhung muss 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten erfolgen. So sorgen wir dafür, dass niemand nur aufgrund von Arbeitslosigkeit unter die Räder kommt. Damit die Anhebung finanzierbar ist und um zu verhindern, dass immer mehr erwerbstätige Menschen durch Armutslöhne „aufstocken“ müssen, gehört die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unabdingbar zu einer reformierten Grundsicherung dazu.

2-Klassen-Medizin abschaffen – EINE Bürgerversicherung für alle

Wir wollen Versorgung bei Gesundheit und Pflege verbessern und die 2-Klassen-Medizin beenden. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung: eine für alle statt jede/r für sich. Unsere Bürgerversicherung bezieht alle ein: gesetzlich Versicherte, Privatversicherte, Beamte und Selbständige. Zukünftig wollen wir alle Einkommensarten gleichbehandeln und zur Finanzierung heranziehen: neben Arbeitseinkommen auch Kapitaleinkommen, zum Beispiel durch Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Gleichzeitig wird die paritätische Finanzierung zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen wiederhergestellt. So tragen wir das Gesundheits- und Pflegesystem gemeinsam und alle können davon profitieren.

Altersarmut bekämpfen – Garantierente auf den Weg bringen

Es droht eine massive Zunahme an Altersarmut. In einer gerechten Gesellschaft ist eine armutsfeste Rente aus unserer Sicht aber unentbehrlich. Es ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass Menschen, die langjährig rentenversichert waren, im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen sind. Wir setzen auf eine Strategie einer gerechten Arbeitsmarktpolitik, Maßnahmen zum Aufbau eigenständiger Ansprüche innerhalb der Rentenversicherung sowie eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzung für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Pflege, Ausbildung und Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit. Mit unserer Garantierente, die nicht nur von Männern, sondern gerade auch von Frauen realistisch zu erreichen ist, leisten wir einen zielgenauen und generationengerechten Beitrag gegen Altersarmut.

H. Teilhabe für Jung und Alt

Wie wir Familien stärken und ein neues Miteinander schaffen

Wir wollen ein gutes Leben für Kinder, Familien, Junge und Alte möglich machen. Wie das aussieht, das ist bei jedem anders. Aber die Chancen, das eigene Leben gestalten zu können, sind ungerecht verteilt.

Bei Kindern entscheidet weiterhin die soziale Herkunft über ihre Erfolge im Bildungssystem und damit auch über ihre Möglichkeiten, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Junge Menschen brauchen oft lange, um nach Abschluss ihrer Ausbildung oder ihres Studiums den Weg ins Berufsleben zu finden, und dann müssen sie häufig über lange Zeit mit der Unsicherheit befristeter Stellen leben. Junge Frauen – und inzwischen auch immer mehr junge Männer – fragen sich, ob sie sich mit der Geburt eines Kindes beruflich ins Abseits schießen und wie sie ihre Wünsche für ihre berufliche Entwicklung sowie ihr Leben und Sorgen für Kinder miteinander in Einklang bringen können. Den Menschen im Rentenalter müssen wir die Möglichkeit bieten, ihr Wissen und ihre Erfahrungen in dieser Gesellschaft auch nach der Zeit im Beruf noch einzubringen, und wir müssen ihre Absicherung so gestalten, dass sie auf gute Weise alt werden können.

Wir wollen ein neues Miteinander und dass die Lasten und die Freuden endlich gerechter verteilt werden. Dafür haben wir alle Generationen im Blick und wollen, dass ihre Bedürfnisse zusammengefasst werden, statt sie gegeneinander aufzuwiegen.

Wir wollen Hürden abbauen, damit Menschen in jedem Alter teilhaben können. Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft, die Menschen nicht an den Rand drängt, sondern ihnen Chancen eröffnet – auch mehrmals im Leben.

Wir wollen Menschen Mut machen, ihr Leben in die Hand zu nehmen und sich in unserer Gesellschaft aktiv einzumischen. Wir wollen ein gelungenes und selbstbestimmtes Leben für und mit jungen wie alten Menschen. Das passiert nicht von allein. Dafür wollen wir zusammen kämpfen.

Wir schaffen Zukunft für alle Generationen, indem wir an das Morgen denken, ohne das Jetzt zu vergessen. Weil wir für ein solidarisches Miteinander eintreten.

1. Chancen für alle Kinder

Kinder sind laut und froh und einfach da. Und: Kinder sind die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft. Aber vielen Kindern werden, aus den unterschiedlichsten Gründen, Hürden in den Weg gestellt. Zu früh wird bei uns festgelegt, wer dazugehört und wer draußen ist. Wir arbeiten an einer inklusiven Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, sexuelle Identität, ethnische Wurzeln oder körperliche oder geistige Behinderung über die Zukunft von Kindern entscheiden, sondern deren Wünsche und Potentiale. Jeder Mensch soll die gleichen Chancen haben, das eigene Leben selbst gestalten zu können. Kinder müssen dabei endlich in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft rücken.

Wir werden den Kinderschutz intensivieren. Dazu wollen wir das Bundeskinderschutzgesetz und die notwendige Unterstützung für Kinder und Jugendliche energisch weiterentwickeln. Ebenso wollen wir die Empfehlungen des Runden Tisches sexueller Kindesmissbrauch umsetzen. Der Missbrauchsskandal muss angemessen aufgearbeitet werden und die/der unabhängige Beauftragte muss den Aufgaben entsprechend längerfristig berufen werden. Wir machen uns für die Schaffung eines ergänzenden Hilfesystems für die Opfer stark und wollen die telefonische Anlaufstelle und das Online-Hilfeportal fortführen.

Gemeinsam mit den Bundesländern werden wir die Programme für frühe Hilfen und Familienhebammen ausbauen und solide finanzieren. Nicht zuletzt gilt es, zu einem einheitlichen Leistungs- und Unterstützungssystem für alle Kinder mit und ohne Behinderungen zu kommen. Eine Gesamtzuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe ist sinnvoll, aber nur, wenn es nicht zu Leistungsverschlechterungen kommt. So muss unter anderem gewährleistet sein, dass die individuellen Bedarfe von Kindern mit Behinderung weiterhin teilhabeorientiert und flexibel gedeckt werden, ohne dass es zu einer stärkeren

finanziellen Heranziehung der Eltern kommt. Mobbing und Diskriminierung an unseren Schulen sagen wir den Kampf an.

Kinder brauchen Zeit. Sie brauchen Zeit zum Spielen, zum Lernen und Zeit mit ihren Eltern, Geschwistern und ihrem sozialen Umfeld. Dafür wollen wir durch eine familienfreundliche Arbeitszeitpolitik sorgen.

Die Struktur des Internets bietet – anders als nichtinteraktive Medien – nur sehr wenige Möglichkeiten, Inhalte für Kinder und Erwachsene zeitlich, räumlich oder durch Zugangsbeschränkungen zu trennen. Wo bei den klassischen Medien durch Sender oder Verlage ein speziell auf Kinder ausgerichtetes Programm zusammengestellt wird oder ein gewisser Schutz von Kindern beim Einlass an der Kinokasse, durch Verkaufskontrolle von Filmen und Computerspielen oder im Fernsehen durch den Zeitpunkt der Sendung geboten werden konnte, ist dies durch die Struktur und Grenzenlosigkeit des Internets kaum möglich. Deshalb sind funktionierende Filterprogramme, die freiwillig von Eltern auf dem heimischen Rechner installiert werden, ein mögliches Instrument, um selbst das Risiko für ihre Kinder minimieren zu können, dass diese beim Surfen unbeabsichtigt auf bedenkliche Inhalte stoßen. Verpflichtende Filter, vom Softwarehersteller voreingestellte oder providerseitige Filtertechniken lehnen wir hingegen ab. Darüber hinaus ist für den Umgang mit Inhalten im Netz der Erwerb von Medienkompetenz (nicht nur) für Kinder von zentraler Bedeutung.

Eine Ausdehnung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. der Kindertagespflege halten wir für absolut nötig. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, wollen wir Qualitätsstandards, etwa die Zahl der Kinder, die eine Erzieherin betreut, bundesweit festlegen und die Ausbildung und Weiterbildung von mehr Erzieherinnen und Erziehern unterstützen. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam von Kommunen, Ländern und auch dem Bund gemeistert werden – zumal bereits der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch an manchen Orten kaum erreicht wird. Zur Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung braucht es vor allem Erzieherinnen und Erzieher, die die Zeit und die Arbeitsbedingungen haben, sich aktiv um die Förderung der Kinder zu kümmern. Niemandem ist geholfen, wenn ErzieherInnen aufgrund zu großer physischer und psychischer Belastung ihren Beruf aufgeben. Deshalb sollen für diese Qualitäts-

offensive auf Bundesebene jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Wir wollen aus Kitas Orte für die ganze Familie machen. Hierzu braucht es neue Formen der Vernetzung im Rahmen von Eltern-Kind-Zentren, in denen die Kita eng mit anderen Angeboten kooperiert. Auf diesem Weg lassen sich Möglichkeiten, Familien zu unterstützen, bündeln. Eltern-Kind-Zentren können damit auch zu Orten der Begegnung im Stadtteil und zwischen den Generationen werden. Wir wollen die Länder und Kommunen beim Ausbau der Eltern-Kind-Zentren unterstützen. Wir werden außerdem mit den Ländern über ein neues Ganztagschulprogramm verhandeln.

Gute Bildungseinrichtungen eröffnen Kindern die Chance auf ein gutes Leben. Allerdings leben heute viele von ihnen in Armut oder in prekären Verhältnissen. Nach einer UNICEF-Studie leben in Deutschland 2,5 Millionen Kinder in Armut. Zwar bleibt die Erwerbstätigkeit der Eltern nach wie vor der beste Schutz vor Kinderarmut, aber die materielle Unterstützung durch den Staat muss auch verbessert werden, um allen Kindern bessere Lebenschancen zu ermöglichen. Deshalb soll der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder neu berechnet und erhöht werden. Dafür reservieren wir 500 Mio. Euro. Außerdem wollen wir, dass auch im Steuerrecht alle Kinder gleich viel wert sind, und beginnen mit dem Einstieg in eine Kindergrundsicherung als einer eigenständigen Existenzsicherung für Kinder.

2. Raum für Familie

Familie ist überall dort, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen.

Familien brauchen Zeit. Eltern brauchen Zeitsouveränität, die ihnen neben der Koordination der Kinderbetreuung verlässliche und planbare Zeiten für das Familienleben lässt. Das heißt, dass genau diese Zeiten nicht selbstverständlich für Sitzungen und anderes geplant werden dürfen. Wir wollen ein Rückkehrrecht auf Vollzeit gesetzlich verankern. Die gerechte Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten und die Schaffung von Zeit-Räumen für Familie, für die Teilhabe an demokratischen Prozessen, für soziales Engagement und für Erholung begreifen wir als eine gesamtgesellschaftliche

Aufgabe. Wir werden, auch im engen Dialog mit den Sozialpartnern, neue Modelle entwickeln, wie wir in Zukunft Zeit zum Leben und Zeit zum Arbeiten besser miteinander vereinbaren können. Dabei orientieren wir uns am Leitbild einer vollzeithen Teilzeit für beide Elternteile. Damit wird auch die partnerschaftliche Aufteilung von Familienarbeit befördert. Wir werden das Teilelterngeld fair ausgestalten, damit Eltern, die sich Berufstätigkeit und Familienarbeit frühzeitig teilen, nicht länger benachteiligt werden, und die Partnermonate mit der Zielperspektive einer partnerschaftlichen Aufteilung weiterentwickeln.

Viele Alleinerziehende und ihre Kinder brauchen besondere Unterstützung. Noch immer sind sie besonders von Armut bedroht. Neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und der besonderen Berücksichtigung Alleinerziehender bei der Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle ist die Weiterentwicklung und zeitliche Ausdehnung des Unterhaltsvorschlusses ein wichtiger Hebel, um die materielle Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder nach der Trennung abzusichern.

Familien brauchen eine sie unterstützende Infrastruktur. Neben einer ganztägigen Kinderbetreuung gehört dazu ganz zentral der flächendeckende Aufbau von Ganztagschulen, sonst brechen vielerorts mit der Einschulung alle Arrangements zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammen. Erst so kann es echte Wahlfreiheit zwischen den unterschiedlichsten Familienmodellen geben. Eine Betreuungsgarantie für Kinder ab dem ersten Lebensjahr als Zwischenschritt soll Eltern rasch Planungssicherheit bringen. Menschen, die Alte und Pflegebedürftige begleiten, wollen wir im Wohnquartier mit einer ambulanten Pflege- und Unterstützungsstruktur zur Seite stehen und eine maximal dreimonatige Pflegezeit mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung einführen.

Und natürlich brauchen Familien Geld. Die familienbezogenen Leistungen müssen so verändert werden, dass Familien tatsächlich profitieren und Menschen jeden Geschlechts frei wählen können, in welchen Konstellationen sie leben wollen. Wir werden aufhören über staatliche Mittel ein traditionelles Familienmodell einseitig zu fördern und stattdessen Frauen und Männer unterstützen, sich die Sorgearbeiten gerechter zu teilen, und ihnen damit die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Familienleben organisieren. Um

Kinder besser zu fördern und Kinderarmut zu bekämpfen, braucht es eine bessere Infrastruktur – gute Kitas und gute Schulen – und eine Neuordnung der vielen zu ungenauen materiellen Transfers. Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft, der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen nicht mehr die Ehe, sondern Kinder fördern. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting wie im Kapitel „Besser haushalten“ beschrieben schrittweise abbauen und damit auch eine Kindergrundsicherung aufbauen. Die Kindergrundsicherung wird somit aus dem Familienleistungsausgleich finanziert. Sie ist keine zusätzliche Transferleistung, sondern ersetzt vorhandene Transfers und Vergünstigungen. Die Kindergrundsicherung kann dazu beitragen, eine übermäßige Belastung kinderreicher Familien durch das Abschmelzen des Splittings zu vermeiden. Wir streben ein Modell an, das Kinderregelsätze, Kinderzuschläge sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig obsolet macht. Ziel ist eine Kindergrundsicherung, die der Höhe nach so bemessen ist, dass die Kinderfreibeträge verfassungskonform abgeschafft werden können. Oft sind Eltern nicht verheiratet. Ehegattensplitting hat mit deren Lebenssituation nichts zu tun. Eine Kindergrundsicherung hingegen gäbe ihnen die Chance, wirkliche Förderung zu erfahren. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende. Wer mit uns regieren will, muss das Betreuungsgeld abschaffen. Es ist eine bildungs- und gleichstellungspolitische Katastrophe, setzt falsche Anreize und ist rundum unsinnig. Wir werden das Betreuungsgeld umgehend wieder abschaffen und die dafür eingeplanten Mittel in den Ausbau und die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten investieren.

Familien waren schon immer etwas Buntes. Doch das deutsche Familienrecht bildet diese Vielfalt nicht ab. Wir wollen, dass alle Kinder, unabhängig von der Familienform, in der sie aufwachsen, den gleichen Schutz, die gleiche Förderung und Unterstützung seitens des Staates erfahren. Mit dem neuen Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung wollen wir die Beziehung von Kindern zu ihren sozialen Eltern insbesondere in Patchwork- und Regenbogenfamilien stärken. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, eine Stärkung ihrer Rechte erfahren.

3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken

Im Fokus unserer Politik steht das Wohl jedes einzelnen Kindes und jedes einzelnen Jugendlichen. Wir räumen Kindern und Jugendlichen eigenständige Rechte ein, wir wollen sie gezielt fördern und schützen sie, wo Familien dies nicht leisten. Dazu wollen wir Rechte von Kindern und Jugendlichen ausdrücklich ins Grundgesetz aufnehmen, die Umsetzung der VN-Kinderrechtskonvention durch ein unabhängiges Monitoring voranbringen und den Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland wieder auflegen.

Das Wahlalter wollen wir absenken, damit Jugendliche spätestens ab dem 16. Lebensjahr wählen gehen können. Wir nehmen Kinder und Jugendliche mit ihren Anliegen ernst und setzen auf eine Jugendpolitik, die sie ermutigt und es ihnen ermöglicht, ihre jeweils eigene Identität zu entwickeln. Eine kinder- und jugendgerechte Stadtentwicklung bezieht sie aktiv ein und berücksichtigt ihre Bedürfnisse. Dies ist bei der Förderung von Projekten zur Stadtentwicklung durch staatliche Mittel zu berücksichtigen.

Wir wollen flächendeckend echte Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Dazu gehört auch, dass wir Betroffene in der Jugendhilfe stärken, indem wir Ombudschaften unterstützen, und verstärkt alternative Organisationsformen wie z.B. Jugendparlamente oder Jugendbeiräte fördern, die mit einem Antrags- und Stimmrecht für politische Entscheidungen ausgestattet sind. Dabei ist für uns klar: Alle Jugendlichen, egal ob mit oder ohne Behinderung, mit oder ohne Migrationshintergrund, gleich welcher sexuellen Identität, gehören dazu.

4. Freiraum für Jugendliche

Wir stehen für eine emanzipatorische Jugendpolitik. Das heißt ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, Selbstverantwortlichkeit und Eigenständigkeit für Jugendliche.

Die Generation der heutigen Jugendlichen ist zutiefst gespalten. Viele schauen mit Optimismus in ihre Zukunft, andere sind allerdings bereits überzeugt, auf der Schattenseite des Lebens zu stehen. Die Chancenungleichheit, die in frühen Jahren durch ein leistungsschwa-

ches Bildungssystem nicht ausgeglichen werden konnte, verbaut diesen jungen Menschen ihre Zukunft. Hier muss kontinuierlich gestützt und gefördert werden. Zudem sehen sich Jugendliche immer höherem Druck ausgesetzt: Bildung muss auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, jede Minute Freizeit wird verplant und freie Zeit, die selbst gestaltet werden kann, wird zur Mangelware. Dabei brauchen gerade junge Menschen Freiräume, um sich auszuprobieren. Wir wollen jungen Menschen diese benötigten Freiräume wieder öffnen und streben dazu die dringend notwendige gesellschaftliche Auseinandersetzung an.

Jugendliche sind in besonderem Maße auf die Infrastruktur vor Ort angewiesen. Vielfältige Jugendhilfeangebote, eine starke Jugendarbeit und die Unterstützung für Formen der Selbstorganisation ermöglichen jungen Menschen mehr Teilhabe. Jugendliche brauchen diese Räume, um unter sich zu sein, sich zu treffen und auszutauschen, Räume, um sich zu entwickeln. Alkoholverbote und Aufenthaltsverbote auf öffentlichen Plätzen lehnen wir ab.

Den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung werden wir nicht antasten. Wir werden die Hilfen zur Erziehung weiterentwickeln und mit Konzepten zur stärkeren Sozialraumorientierung und institutionellen Vernetzung verbinden.

Wir wollen die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen von Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und Beratungsstellen für junge Menschen sichern. Dazu werden wir den Kinder- und Jugendplan des Bundes weiterentwickeln und ausbauen. Denn Jugendarbeit ist auch Präventionsarbeit. Jugendliche werden in vielen Jugendzentren unserer Kommunen von FreundInnen und aufmerksamen SozialarbeiterInnen aufgefangen und finden wieder Anschluss an Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb wollen wir die Finanzlage der Kommunen verbessern.

Das Internet ist aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Die Stärkung der Kompetenz im Umgang mit diesen Medien und der Sensibilität für den Schutz der eigenen Daten im Internet muss deshalb zur Arbeit aller, die junge Menschen begleiten, gehören.

5. Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter

Es ist eine gute Nachricht, dass die Menschen immer älter werden und dabei immer länger gesund und agil bleiben. Aber die Frage, wie wir noch möglichst gut leben, auch wenn wir alt sind, und wie wir unsere Geschicke auch selbst bestimmen können, wenn wir auf die Hilfe anderer angewiesen sind, beschäftigt trotzdem viele Menschen. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen aber bis ins hohe Alter möglich sein – trotz Einschränkung, die das Alter mit sich bringen kann. Nötig sind deshalb mehr gesundheitliche Prävention und altersgerechte Arbeitsplätze, ein Ausbau an Weiterbildungsangeboten, aber auch eine Veränderung der Arbeitskultur, in der Erfahrungswissen der Älteren und Engagement der Jungen kombiniert werden, so dass viele Menschen bis zum Renteneintritt erwerbstätig bleiben können. Angesichts des demografischen Wandels und des Mangels an Fachleuten ist es auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Tatsächlich aber drohen sinkende Reallöhne, prekäre Beschäftigung und negative Erwerbsanreize wie das Ehegattensplitting immer mehr Menschen, und vor allem Frauen, im Alter in die Armut zu schicken. Einer sozialen Spaltung im Alter wollen wir entgegentreten mit einer Garantierente, die den langjährig Versicherten eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantiert. Die Teilhabe alter Menschen braucht aber mehr als materielle Absicherung: Mobilitätskonzepte in Stadt und Land, die den Bedürfnissen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entsprechen, der barrierefreie Zugang zu Kultur und eine erreichbare Gesundheitsinfrastruktur und bezahlbarer Wohnraum sind dafür genauso wichtig.

Die Zahl der älteren und pflegebedürftigen Menschen wird deutlich ansteigen und immer mehr werden allein und ohne Angehörige leben. Neue Konzepte für das Zusammenleben und die Gestaltung der Infrastruktur an Wohn-, Pflege- und sozialen Angeboten werden deshalb wichtig. Die Angebote für Hilfe im Alter entscheiden darüber, ob der Wunsch nach Selbstbestimmung alter Menschen Wirklichkeit werden kann. Für uns ist klar: Pflege muss möglichst wohnortnah organisiert sein, sie muss sich an den Bedürfnissen der alten Menschen und ihrer Familien orientieren, einer ambulanten Unterstützung den Vorrang einräumen und mit kulturellen und religiösen Prägungen sensibel umgehen. Finanziert werden kann dies durch eine Pflege-

bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen und in die alle Einkunftsarten einbezogen werden.

Das Altern ist heute vielfältig und bunt geworden. Die dominierenden Altersbilder in den zentralen Bereichen der Gesellschaft werden der Vielfalt des Alters nicht gerecht. Wir wollen Menschen unterstützen, die sich neue Wohnformen und andere Formen des Zusammenlebens fürs Alter und unterschiedlicher Generationen wünschen, und werden Orte des Zusammentreffens der Generationen fördern, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken: in Nachbarschaftszentren, in Freiwilligenzentren und an anderen öffentlichen Orten. Längst leben viele Ältere aufgrund der erhöhten Arbeitsmobilität nicht mehr im Familienverbund. Auch die Zahl der alleinstehenden und kinderlosen Menschen steigt. Hier gilt es, die nötige soziale und technische Infrastruktur in den Stadtteilen zu fördern, kleine soziale Netze aufzubauen, Eigeninitiative zu unterstützen und die Menschen in die Gestaltung der Wohnquartiere einzubeziehen.

6. Ein neuer Generationenvertrag – ein neues Zusammenleben

Wir werden älter und weniger. Eine Zukunftsherausforderung von großer Tragweite liegt im demografischen Wandel, der in strukturschwachen Regionen durch die fortwährende Abwanderung junger Menschen zusätzlich dramatisch verschärft wird. Dieser Wandel betrifft nicht nur ökonomische Fragen, sondern er rührt an tief greifende Fragen von Lebensentwürfen, Freiheit und Anerkennung.

Unser neuer Generationenvertrag soll die Aufgaben und Lasten zwischen Alt und Jung neu verteilen. Er darf dabei die Wünsche und Anliegen der Generationen nicht gegeneinander ausspielen, sondern muss vielmehr für mehr Miteinander sorgen. Bei der Reform unserer sozialen Sicherungssysteme achten wir darauf, dass sie ein gutes Auskommen und eine gute Versorgung für die Älteren leisten, ohne die Jungen zu überfordern. Und wir wollen Orte des Zusammentreffens von Jungen und Alten schaffen – auch jenseits der klassischen Familienbeziehungen, damit die Generationen nicht weiter voneinander abrücken.

Wer GRÜN wählt ...

- bekommt gute Kitas für jedes Kind.
- bekämpft Kinderarmut und fördert das Leben mit Kindern, durch die schrittweise Einführung einer Kindergrundsicherung für alle Kinder.
- sorgt für mehr Mitspracherechte für Kinder und Jugendliche.
- verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- will selbstbestimmt leben bis ins hohe Alter.

Schlüsselprojekte**Das Betreuungsgeld abschaffen – gute Kita-Plätze besser ausbauen**

Vielerorts fehlt es an Kita-Plätzen. Deshalb müssen wir rasch mehr und auch qualitativ hochwertige Kita-Plätze schaffen. Für uns ist klar, dass auch der Bund Verantwortung trägt, denn es muss vieles gleichzeitig geschehen: Der ab August 2013 geltende Rechtsanspruch muss angemessener finanziert, der Bedarf realistischer geplant werden. Damit die Qualität nicht auf der Strecke bleibt, legen wir bundesweite Qualitätsstandards fest. Und natürlich braucht es dafür mehr Fachkräfte, die zu einem relevanten Teil auf Hochschulebene ausgebildet und angemessen bezahlt werden. Außerdem fordern wir die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz in der Kita bzw. in der Kindertagespflege und unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in allen Altersgruppen. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Familien, die nur dadurch gewährleistet ist, dass für alle Familien, die das wollen, auch ein Kitaplatz zur Verfügung steht. Das Betreuungsgeld, das Kinder von frühkindli-

cher Bildung ausschließt, alte Rollenmuster zementiert und den Ausbau der Kitaplätze blockiert, schaffen wir ab. So bekommen alle Kinder eine Chance, ihre Potentiale und Interessen zu entfalten, und so schaffen wir die Voraussetzung für eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Eltern-Sein.

Familien mehr Zeit geben – familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern

Zeit ist für Familien ein knappes Gut, besonders wenn die Eltern berufstätig sind. Wir wollen Müttern und Vätern mehr Flexibilität geben, ihre Arbeitszeiten mit den Anforderungen ihrer Familie in Einklang zu bringen – ohne dass dies immer gleich eine Festlegung für ihre gesamte Berufsbiografie beinhaltet. Wir führen ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstätigkeit ein und ergänzen damit das im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerte Recht auf Teilzeit an entscheidender Stelle. Auch eine Weiterentwicklung des Teilerntergeldes und eine Flexibilisierung der Elternzeit führen zu mehr Spielraum. So bleibt mehr Zeit für die Familien.

Für eine gerechte Familienförderung – in die Kindergrundsicherung einsteigen

In unserem reichen Land leben viele Kinder in Armut. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut lebt und in der jedes Kind gleich viel wert ist. Jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, soll die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in eine Kindergrundsicherung schaffen. In der Kindergrundsicherung gehen Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge vollständig auf. Wir wollen dafür auch Mittel nutzen, die durch die Veränderung des Ehegattensplittings frei werden. In einem ersten Schritt werden wir unter anderem die Regelsätze für Kinder anheben, damit sie die tatsächlichen Bedarfe der Kinder abdecken.

Für echte Jugendpartizipation – Wahlalter 16 jetzt!

Das Wahlrecht ist eines der wichtigsten demokratischen Rechte, die BürgerInnen in einer Demokratie haben, um Entscheidungen zu beeinflussen. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche endlich an diesen demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre absenken. Denn nur so bekommen Jugendliche wirklich eine Stimme. Zudem werden wir politische Bildungsprogramme auf allen Ebenen ausbauen, denn mitentscheiden können Jugendliche nur dann, wenn sie die Möglichkeit haben, sich ausreichend über die politische Situation zu informieren.

I. Intakte Umwelt und gesunde Ernährung für alle

Wie wir erhalten, was uns erhält

Jahrzehnte des Umweltschutzes haben unsere Flüsse sauberer, die Luft reiner und die Wälder gesünder gemacht. Das haben GRÜNE und Umweltbewegung erreicht, oft im Konflikt mit mächtigen Lobbys und Wirtschaftsinteressen und meistens gegen die Polemik und den Widerstand von CDU, CSU, FDP und viel zu oft auch von der SPD.

Doch noch immer sind unsere Wälder stark geschädigt, sind über 80 % der Gewässer in einem schlechten Zustand. Pestizide aus der Landwirtschaft verunreinigen Lebensmittel und Textilien. Allergien und durch eine belastete Umwelt verursachte Erkrankungen nehmen zu, besonders bei Kindern. Artensterben, Monokulturen und Flächenverbrauch nehmen stetig zu, unbeeindruckt von Politikerreden. Und in den Meeren schwimmen bald mehr Plastikabfälle als Fische.

Grüne Politik minimiert die Belastungen für unsere Umwelt, damit wir alle gesünder leben können. Wir wollen die Vielfalt der Natur für uns und nachkommende Generationen bewahren. Dazu müssen wir uns von einem auf quantitatives Wachstum verengten Wohlstandsbegriff lösen. Wir müssen wegkommen von Agrarfabriken und Massentierhaltung hin zu einer naturverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft. Erdbeeren im Winter, Clementinen im Sommer, das ganze Jahr über Spargel – der ökologische Preis für die immerwährende Verfügbarkeit von nicht saisonalem Obst und Gemüse ist hoch.

Was wir alle wissen, aber zu oft vergessen: Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt. Für ein Leben, das wieder stärker im Einklang mit der Natur ist, brauchen wir eine Übereinkunft, wie wir mit unserer Umwelt umgehen und wie wir die Vielfalt der Arten erhalten und Lebensräume schützen.

Umweltschutz ist auch eine elementare Gerechtigkeitsfrage und die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Denn es sind immer die Ärmsten, die im Wettstreit um schwindende Ressourcen den Kür-

zieren ziehen – weltweit und auch bei uns in Deutschland. Lärm und Abgase treffen gerade die, die sich keine teure Wohngegend leisten können. Aber sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und gute Luft dürfen ebenso wenig wie der Schutz vor gesundheitsschädlichem Lärm keine Frage des Geldbeutels sein. Menschen, die durch Arbeit oder Umwelt erkranken, brauchen eine adäquate Behandlung.

Wohl in keinem anderen Politikbereich wird so deutlich wie in der Umweltpolitik, um was es geht: Lebensgrundlagen erhalten, Vorsorge treffen, Zukunft schaffen. Die Herausforderungen sind gewaltig, die Widerstände groß. Nicht nur die Politik muss sich ändern, sondern auch die Art, wie wir leben und wirtschaften.

Dafür braucht es informierte Verbraucherinnen und Verbraucher, mutige Umwelt-, Natur- und TierschützerInnen sowie engagierte Landwirtinnen und Landwirte, die regionale und Bioprodukte herstellen, den Tierschutz in der Tierhaltung umsetzen und die Landschaft und Natur pflegen. Jeder kann sich für eine bessere Umwelt einmischen mit dem Einkaufskorb – im Bioladen und im Discounter. Dafür braucht es eine klare und verlässliche Kennzeichnung für ökologische, regionale und faire Produkte. Zudem ist es wichtig, dass Kinder Kompetenzen im Umgang mit Natur und Umwelt entwickeln. Deshalb wollen wir für eine nachhaltige Umweltbildung sorgen, die Werte vermittelt und Kinder motiviert, die Natur zu erleben und erhalten zu wollen.

1. Intakte Umwelt, gesundes Leben

Umweltbelastungen wollen wir durch strenge Grenzwerte auf ein Minimum zurückfahren. Die EU-Chemikalienverordnung REACH wollen wir so verbessern, dass nur unbedenkliche Chemikalien auf den Markt kommen und gefährliche Stoffe durch unbedenkliche ersetzt werden. Uns GRÜNEN ist klar, dass der Chemie bei dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft eine Schlüsselrolle zukommt. Daher wollen wir eine Chemiewende und die Herstellung und Nutzung umweltfreundlicher, gesundheitlich unbedenklicher Chemikalien vorantreiben. Wir wollen, dass die Hersteller für das Inverkehrbringen gefährlicher Stoffe haften.

Intakte Böden, sauberes Wasser und reine Luft sind eine Grundvoraussetzung für ein gesundes Leben. Wir wollen europaweit ehrgeizige Vorgaben für den Bodenschutz durchsetzen. Die deutsche Blockade der europäischen Bodenrahmenrichtlinie wollen wir beenden und die Einbeziehung des Bodenschutzes in die verschiedenen Fachgesetze verstärken, um neue Bodenbelastungen durch Schadstoffeintrag oder Erosion möglichst zu vermeiden. Wir streben, in Abstimmung mit den Ländern, eine Sanierung aller Altlasten bis zum Jahr 2050 an, bei denen das fachlich geboten ist. Für die Gewässer und das Grundwasser gilt es, die Vorgaben der EG-Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen und den sogenannten guten ökologischen Zustand bzw. den guten mengenmäßigen und chemischen Zustand schnellstmöglich herzustellen. Salzeinleitungen in Flüsse müssen beendet werden.

Die Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Quecksilber, Stickoxide und Feinstaub wollen wir weiter senken. Darüber hinaus setzen wir uns erneut für die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen bei der Abfallmitverbrennung und die Einführung von ambitionierten Grenzwerten auch für weitere Stoffgruppen ein. Die Förderung von unkonventionellem Erdgas insbesondere mittels giftiger Chemikalien („Fracking“) lehnen wir wegen der unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Umwelt ab. Sie behindern zudem Klimaschutz und Energiewende. Für bestehende konventionelle Erdgas- und Erdölförderungen wollen wir die Länder unterstützen, den Förderzins deutlich zu erhöhen. Auch den Bedrohungen durch das Eisenhydroxid aus dem Braunkohletagebau wollen wir Einhalt gebieten und bei der konventionellen Förderung von Rohstoffen in Deutschland legen wir größten Wert auf Umweltschutz und Transparenz.

In Wohnungen, Büros und Klassenzimmern ist die Schadstoffbelastung der Luft heute teilweise höher als draußen. Deshalb brauchen wir strengere gesundheitliche Anforderungen etwa für Baustoffe oder Bürogeräte. Lärm und Lichtverschmutzung sind inzwischen massive Probleme für Natur und Gesundheit. Lärm stresst und macht auf Dauer krank. Insbesondere bei öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Orten soll besonders auf den Einsatz von lärmreduzierenden, die Raumakustik verbessernden Materialien geachtet und auf unnötige Beschallung verzichtet werden. Wie wir Lärm im Verkehr

vermeiden wollen, haben wir im Kapitel „Nachhaltige Mobilität für alle“ beschrieben.

Es gibt Hinweise auf Gesundheitsrisiken durch Elektromog. Wegen der Komplexität von Krankheitsauslösern und Krankheitsbildern in einer schadstoffreichen Welt lassen sich die Risiken nicht exakt bewerten. Deshalb muss hier das Vorsorgeprinzip greifen. Wir setzen uns ein für vorsorgeorientierte und kindgerechte Grenzwerte. Kommunen und Bevölkerung sollen bei der Standortwahl für Funkmasten mehr Mitwirkungsrechte erhalten.

2. Die Vielfalt der Natur schützen

Jeden Tag werden Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. In Deutschland sind 40 % der Wirbeltierarten in ihrem Bestand bedroht oder bereits ausgestorben. Ihre Lebensräume werden zerschnitten oder zerstört, Rückzugsgebiete gibt es nur noch wenige. Damit sägen wir an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Denn als Teil der Natur kann der Mensch nur leben, wenn er seine natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt.

Wir GRÜNE wollen die Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die Schönheit naturnaher Landschaften flächendeckend schützen und für nachfolgende Generationen erhalten. Auch unsere Kinder sollen noch Störche sehen sowie Moore und alte Buchenwälder erleben können! Mehr „Wildnis“ in Form von intakten Biotopen wie Mooren, Auwäldern oder „Urwäldern“ sind für uns faszinierende Aussichten, für die es sich lohnt, Politik zu machen. In Städten werden wir uns dafür einsetzen, die Straßenbäume zu schützen und Naturerlebnisräume für Kinder und Jugendliche einzurichten. Sie sollen auch ihre eigenen Lebensgrundlagen gesichert vorfinden! Wir verstehen Naturschutz als ressortübergreifenden Politikansatz. Deshalb wollen wir den Naturschutz in allen Politikbereichen verankern – von der Umweltbildung über nachhaltige Entwicklung, Land- und Waldwirtschaft bis zur Verkehrsplanung. Dafür wollen wir auch die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder nutzen und die gesetzlichen Kompetenzspielräume hierfür stärken.

Wir wollen die Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten u.a. durch entsprechende Managementpläne wirksam

schützen, besser vernetzen und neue schaffen. Wir wollen das deutsche Naturschutzrecht im Rahmen der bewährten bestehenden EU-Naturschutzrichtlinien modernisieren. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt wollen wir zu einem ressortübergreifenden Regierungsprogramm aufwerten und finanziell aufstocken. Wo sich Eingriffe in die Natur und Landschaft nicht vermeiden lassen, muss der Schaden vorrangig real ausgeglichen werden. Immer noch fallen in Deutschland täglich rund 80 Hektar neuen Bau- und Verkehrsprojekten zum Opfer. Das entspricht pro Jahr in etwa dem Stadtgebiet von München. Damit gehen langfristig wichtige land- und forstwirtschaftliche Flächen sowie geschützte Gebiete verloren. Wir wollen den Nettoflächenverbrauch bis 2020 auf höchstens 30 Hektar am Tag reduzieren und langfristig ganz stoppen. Wir wollen Abgaben und Steuern mit ökologisch wirksamen Komponenten versehen (z.B. die Grundsteuer), damit die Nutzung von Brachflächen, Entseiegelung und Rückbau attraktiver wird als Neuversiegelung.

Flüsse sollen frei fließen, Wälder sich naturnah entwickeln können. Daher wollen wir 5 % der Waldfläche, darunter 10 % der öffentlichen Wälder, aus der forstwirtschaftlichen Nutzung nehmen und auf den anderen 95 % eine naturnahe Waldnutzung erreichen. Dafür wollen wir das Waldgesetz nach ökologischen Standards novellieren. Das Jagdrecht soll sich an der naturnahen Waldwirtschaft, einer umweltverträglichen Landwirtschaft, den Belangen des Naturschutzes und den Erfordernissen des Tierschutzes ausrichten. Wir wollen die letzten noch frei fließenden Flüsse in Deutschland erhalten. Einen weiteren Ausbau von Elbe und Donau sowie naturnaher Abschnitte aller anderen Flüsse lehnen wir daher ab. Flussauen sollen – auch im Sinne des Hochwasserschutzes – im Rahmen eines nationalen Programms renaturiert werden. Den Umbau der Bundeswasserstraßenverwaltung wollen wir im Sinne einer Verwaltung für ökologisch intakte Flüsse fortsetzen. Die Sicherung des nationalen Naturerbes muss durch eine Übertragung von weiteren 30.000 Hektar Naturschutzflächen fortgeführt und gefördert werden. Der Bund bietet den Ländern oder anerkannten Stiftungen alle naturschutzwürdigen Flächen aus seinem Eigentum zum ausschließlichen Zweck der Sicherung des nationalen Naturerbes kostenfrei zur Übernahme an. Auf zunächst 2 % der Landesfläche soll sich die Natur ungestört entwickeln können.

Wir wollen die Verschmutzung und Verlärmung der Meere stoppen, die globale Überfischung beenden sowie Nord- und Ostsee konsequenter schützen. Um die weltweite Ernährungssicherheit nicht zu gefährden, muss die EU vor allem ihre Fischereiaktivitäten vor den Küsten von Entwicklungsländern stark einschränken und besser kontrollieren. Die weitgehende Vermeidung von Beifang und die Umsetzung des EU-Rückwurfverbots wollen wir auf nationaler Ebene ambitioniert durchsetzen. Deutschland muss sich auf globaler Ebene intensiv für ein weltweites Netzwerk von Meeresschutzgebieten engagieren. Wir wollen die umweltschonende Beseitigung von versenkter Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee intensivieren. Wir setzen uns gegen den hemmungslosen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee, der Arktis und an Land ein, um einmalige und noch weitgehend unberührte Lebensräume zu erhalten. Auch muss Deutschland seine Zusagen zum Schutz der Regenwälder und der biologischen Vielfalt einhalten und wieder zu einem verlässlichen Partner im Bereich des internationalen Artenschutzes werden, der sich für ein Ende der dramatischen Plünderung der Urwälder und Wildtierbestände einsetzt.

Wir wollen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Schutz ihrer natürlichen Ressourcen unterstützen. Doch das allein reicht nicht aus: Internationale Finanzierungsmechanismen zum Schutz der Biodiversität müssen starke ökologische und soziale Leitplanken erhalten, um Menschenrechte und die Rechte indigener Völker zu stärken.

3. Besser leben mit weniger Ressourcen

Um die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht zu verletzen, müssen wir unseren Ressourcenverbrauch absolut reduzieren – wir müssen also insgesamt weniger verbrauchen. Dies ist nur mit einer konsequenten Politik des ressourcenleichten Wirtschaftens und einem Überdenken unserer Konsumgewohnheiten und Lebensstile möglich. Wir wollen dies mit einem systematischen Ansatz erreichen, der mögliche Rebound-Effekte (erhöhter Verbrauch nach Effizienzsteigerungen) verhindert. Das kann durch das Setzen fester Obergrenzen für Ressourcenverbrauch oder Emissionen erreicht werden, aber auch, indem wir umweltschädliche Subventionen streichen, Ein-

fluss auf die Preisgestaltung von Ressourcen nehmen und nachhaltige Lebensstile ermöglichen und fördern.

Für ein rohstoffarmes Land ist ressourceneffizientes Wirtschaften unverzichtbar. Ressourceneffizienz senkt die Abhängigkeit von Rohstoffen, macht Unternehmen wettbewerbsfähiger und schont Umwelt und Klima. Wir wollen den absoluten Ressourcenverbrauch unserer Gesellschaft verringern und mehr Lebensqualität bei gleichzeitig weniger Rohstoffverbrauch erreichen. Mit einer flächendeckenden und verbraucherfreundlichen Wertstoffsammlung bei Haushalten und Gewerbe legen wir die Grundlage für eine hochwertige Kreislaufwirtschaft. Hersteller wollen wir in die Verantwortung nehmen, schon bei der Produktion auf ein ökologisch optimiertes Design und hochwertiges Recycling zu achten. Dazu könnte zum Beispiel eine Ressourcenabgabe mit ökologischer Lenkungswirkung beitragen. Wie wollen Abfallvermeidung als gesetzliches Ziel festschreiben, Mehrwertquoten fördern und bessere Rahmenbedingungen für Wiederverwendung und Reparatur schaffen. Dadurch und durch längere Gewährleistungsfristen sagen wir der Wegwerfgesellschaft den Kampf an. Die Einwegflasche aus Plastik wollen wir zurückdrängen, u.a. durch eine Abgabe auf Einwegverpackungen. Auch Plastiktüten wollen wir mit einer Umweltabgabe belegen und umweltfreundliche Alternativen zu Plastikverpackungen fördern. Das derzeitige System der Wertstoffeffassung muss grundsätzlich geändert werden, um den Anteil der stofflichen Verwertung deutlich zu erhöhen und Recyclingziele für kritische Rohstoffe zu entwickeln. Die Verpackungsverordnung wollen wir ablösen, die dualen Systeme durch eine zentrale Stelle auf Bundesebene ersetzen. Unser Elektroschrott landet oft illegal in fernen Ländern. Wir wollen illegale Exporte verhindern und gemeinsam mit Handel und Herstellern effektive Rücknahmesysteme einführen, als ersten Schritt ein Handypfand.

Viele Menschen versuchen bereits heute, beim Einkauf und in ihrem persönlichen Verhalten ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern. Wir fördern diesen individuellen und gesellschaftlichen Wandel der Lebensstile, indem wir uns für umweltfreundliche Mobilität einsetzen, Energiesparen belohnen und die ökologisch-regionale Erzeugung von Lebensmitteln voranbringen. Damit ermöglichen wir mehr und mehr Menschen, ein ressourcenleichtes Leben zu führen. Und mit der solidarischen Ökonomie unterstützen wir diejenigen Or-

ganisationen vor Ort, die schon heute Experimentierräume für nachhaltige Produktions- und Konsummuster von morgen bieten.

4. Die Zukunft der Landwirtschaft ist grün

Wir GRÜNE stehen für eine regional verankerte, ökologische und multifunktionelle Landwirtschaft. Grüne Landwirtschaft produziert nicht nur gesunde und hochwertige Lebensmittel und Rohstoffe, sondern bewahrt unsere Ökosysteme und natürlichen Ressourcen, sie pflegt unsere Kulturlandschaften und ist ein nachhaltiges Rückgrat für die Wirtschaft und die Lebensqualität im ländlichen Raum. Die industrialisierte Landwirtschaft dagegen verschärft viele Umweltprobleme. Pestizide, Mineraldünger und gefährliche Keime verschmutzen Gewässer und Böden. Monokulturen verdrängen biologische Vielfalt. Wir wollen die Agrarwirtschaft vom Teil des Problems zu einem Teil der Lösung machen. Dabei setzen wir auf das Leitbild des Ökolandbaus und eine naturverträgliche bäuerliche Landwirtschaft, auf gentechnikfreie Lebens- und Futtermittel, regionale Verarbeitung und Vermarktung und tiergerechte Tierhaltung sowie auf dezentrale Agrarstrukturen mit all ihren regionalen Unterschieden.

Den Anfang dieser Agrarwende haben wir unter der grünen Landwirtschaftsministerin Renate Künast gemacht. Doch mit Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb kam der Rückfall zu einer Agrarpolitik, die auf Masse statt Klasse ausgerichtet ist, auf Billigproduktion und Agrarüberschüsse für den Export. Das wollen wir ändern und die grüne Agrarwende weiterentwickeln.

Die bisherige Agrarförderung beschleunigt den Strukturwandel, begünstigt große Betriebe und verschärft die Nachfrage nach den ohnehin knappen Flächen. Deshalb wollen wir sie grundlegend umgestalten. Fehlentwicklungen wie Grünlandumbruch, die Förderung von Stallneubauten ohne zusätzliche Tierschutzanforderungen oder die Ausbreitung von Mais-Monokulturen dürfen nicht länger subventioniert werden. Stattdessen sollten die Agrarzahungen an ökologische und soziale Leistungen geknüpft werden wie den Klima- und Umweltschutz, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, artgemäße Tierhaltung oder regionale Wertschöpfung. Nur durch eine solche Förderung werden wir die bäuerlichen Strukturen gegen weitere In-

dustrialisierung der Landwirtschaft schützen. Öffentliches Geld für öffentliche Leistung – das ist fair für alle. Das ist auch unsere Leitlinie für eine ökologische Agrarreform und ihre Umsetzung in Deutschland. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat alles versucht, die von der EU-Kommission beabsichtigte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und das „Greening“ im Interesse der Agrarindustrie und des Bauernverbandes zu blockieren. Diese Blockade geht zu Lasten der bäuerlichen Betriebe und der Umwelt. Wir wollen, dass Deutschland künftig nationale Gestaltungsmöglichkeiten nutzt, um übermäßige Kürzungen bei der 2. Säule und die ungerechte Verteilung der Agrarzahungen abzumildern. Insbesondere brauchen wir die Umwidmung von 15 % der Gelder aus der Basisprämie zugunsten der 2. Säule in Kombination mit einer Degression der Direktzahlungen. Die verbleibenden EU-Exportsubventionen und andere handelsverzerrende Zahlungen, die zu Agrardumping der EU in Entwicklungsländern führen, wollen wir streichen. Stattdessen setzen wir uns auf EU-Ebene dafür ein, dass die Förderung des Ökolandbaus sowie die Umsetzung der FFH- und der Wasserrahmenrichtlinie gestärkt werden.

Wir lehnen den Anbau und Import von gentechnisch veränderten Pflanzen ebenso ab wie gentechnisch veränderte oder geklonte Tiere. Die Agrogentechnik hat keines ihrer Versprechen eingelöst. Statt Erträge zu steigern, hat sie den Einsatz von Pestiziden und die Gefahren für Umwelt, Menschen und Tiere erhöht. Agrogentechnik macht unsere Ernährung und unser Saatgut abhängig von einer kleinen Zahl von Großkonzernen und beendet die freie Landwirtschaft und den Ökolandbau. Agrogentechnik reduziert die Vielfalt der Pflanzensorten, weil die Gentechnik-Konzerne immer mehr Züchter aufkaufen. Die Weiterentwicklung konventioneller Sorten wird vernachlässigt. Es gibt einen hohen Forschungsbedarf für eine tier- und umweltverträgliche Landwirtschaft, die die Herausforderungen des Klimawandels berücksichtigt. Patente auf Pflanzen, Tiere und Menschen lehnen wir strikt ab, weil sie BäuerInnen und VerbraucherInnen in eine Abhängigkeit von Agrarkonzernen führen. Wir wollen im Interesse der großen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher unsere gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft und die Imkerei vor gentechnischen Verunreinigungen wirksam schützen. Den Flächenanteil des Ökolandbaus wollen wir deutlich ausbauen, damit die Erzeugung von Biolebensmitteln der steigenden Verbrau-

chernachfrage nicht länger hinterherhinkt. Mittelfristig wollen wir für ganz Deutschland eine ökologische Landwirtschaft mit anspruchsvollen Standards, die über das EU-Bio-Siegel hinausgehen. Die Teilmstellung von Betrieben wollen wir nicht mehr zulassen, bei Legehennenbetrieben bedarf es klarer Bestandsobergrenzen. Zum Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere der Bienen, die einen der wichtigsten Beiträge zum Erhalt der Biodiversität leisten, muss der Pestizideinsatz drastisch reduziert werden. Wir werden den unverbindlichen Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu einem wirksamen Pestizid-Reduktionsprogramm ausbauen und eine grundlegende Verschärfung der Risikobewertung und Zulassungsverfahren bei Pestiziden anstreben. Für Wirkstoffe wie die bienengiftigen Neonicotinoide oder Glyphosat, die Umwelt und Menschen gefährden, fordern wir ein Anwendungsmoratorium. Wir werden die Entwicklung alternativer, biologischer Pflanzenschutzmittel unterstützen, um Pestizide zu ersetzen. Wir möchten die Verwendung von Nutzhanf und Mohn für Agrarbetriebe liberalisieren.

Unsere Vision ist der klimaneutrale Bauernhof, der von fossilen Energieträgern unabhängig wird, die Emissionen aus Düngung und Viehwirtschaft senkt und den Kohlenstoffschatz unserer Böden mehrt. Dazu wollen wir zum Beispiel den Erhalt von Grünland fördern sowie den Einsatz von nachhaltig erzeugtem, heimischem Pflanzenöl und von Leguminosenpflanzen, die den Stickstoff aus der Luft binden, voranbringen. Auch um die aus Überdüngung resultierenden Emissionen und Nitratbelastungen von Böden, Gewässern und Grundwasser zu reduzieren, muss die Tierhaltung eng an die heimische Produktion von Futter gebunden werden. Der Klimawandel wird die Landwirtschaft zu großen Anpassungsleistungen zwingen. Dabei wollen wir sie frühzeitig unterstützen.

Wer hochwertige Lebensmittel produziert sowie landschaftspflegerische, d. h. öffentliche Aufgaben übernimmt, verdient dafür auch einen auskömmlichen Lohn. Daher unterstützen wir zum Beispiel Milchbäuerinnen und Milchbauern in ihrem Kampf für einen fairen Milchpreis und den Stopp der Überproduktion. Wir wollen die ErzeugerInnen gegenüber den Großmolkereien, der Ernährungsindustrie und dem Handel stärken. Auch international hat Preisdumping fatale soziale Folgen. Deshalb lehnen wir die exportorientierte Agrarpoli-

tik der Bundesregierung ab. Aber auch umgekehrt gilt: Die riesigen Futtermittelimporte sind ebenso schädlich. Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen wollen wir wirksam entgegenwirken. Angesichts von immer mehr Höfen, die keine Hofnachfolger mehr haben, wollen wir die antiquierte Hofabgabeklausel in der Alterssicherung der Landwirte aufheben. Die restlichen Flächen der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) sollen zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft privatisiert und verpachtet werden. Mit einer Änderung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze wollen wir zu einer breiten Eigentumsstreuung bei den landwirtschaftlichen Nutzflächen und zu besseren Chancen von JunglandwirtInnen und Neu- und QuereinsteigerInnen auf dem Bodenmarkt beitragen.

Gesellschaftliche Teilhabe muss auf dem Land gewährleistet sein. Regional und Bio ist erste Wahl! Große Chancen für die ländliche Entwicklung bieten dabei die Erneuerbaren Energien, die ökologische Lebensmittelwirtschaft und der nachhaltige Tourismus. Wir wollen Anreize für die grünen Berufe schaffen – besonders in den ländlichen Regionen.

5. Massentierhaltung – nein danke!

In der Massentierhaltung werden billiges Fleisch, Milchprodukte und Eier durch millionenfaches Tierleid und den massiven Einsatz von Antibiotika erkaufte. Massentierhaltung fördert Artensterben und Klimawandel, weil für den großflächigen Anbau von Futtermitteln Regenwald gerodet und Grünland umgebrochen wird. Fast ein Drittel der Weltgetreideernte landet im Futtertrog. Zur Erzeugung von einem Kilogramm Rindfleisch werden zudem 15.000 Liter Süßwasser verbraucht. Damit steht die Massentierhaltung immer mehr in Konkurrenz zur Ernährung der Weltbevölkerung. Durch die von Großunternehmen vorangetriebene industrielle Tierproduktion sowie Dumping-Fleischexporte werden zum Beispiel in Afrika die Absatzmärkte für die lokalen ErzeugerInnen zerstört. Auch in Deutschland und Europa werden kleine und mittelständische Betriebe durch unfairen Dumping-Wettbewerb und Preisverfall als Folge von Überproduktion in den Ruin getrieben.

Wir GRÜNE halten dieses System der Massentierhaltung für nicht verantwortbar. Deshalb wollen wir die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen stoppen. Die Tierzucht ist auf Gesundheit und Lebensleistung auszurichten und nicht als Qualzucht auf immer mehr Milchleistung, Fleischansatz, Eier- oder Ferkelzahl ohne Rücksicht auf die physiologischen Grenzen des Lebewesens. Die Subventionierung der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie ihre Privilegien im Baurecht. Wir wollen allen Anlagen, die immissionsrechtlich genehmigt werden müssen, die Privilegierung entziehen. Wir wollen mit einem neuen Tierschutzgesetz für tiergerechte Haltungsbedingungen sorgen, eine lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme schaffen und den Antibiotikamissbrauch durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften und verbindliche Antibiotikaleitlinien verhindern. Das Kontrollsystem in der Tierhaltung muss deutlich verbessert werden. Gülle aus Intensivtierhaltungen und Gärreste aus Biogasanlagen müssen auf ihre Belastung mit gefährlichen Keimen hin untersucht werden, um, falls nötig, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Um Futtermittelimporte zu reduzieren, wollen wir die heimische Produktion steigern und die Tierhaltung stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel binden. Zudem muss der Import von Biomasse, und somit auch Futtermitteln, an die Einhaltung von strengen Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards gebunden werden. Unsere Konsumententscheidungen prägen die Welt. Das zeigt sich besonders beim Thema Fleischkonsum. Pro Kopf und Jahr essen wir Deutsche rund 60 Kilo Fleisch. Dieser hohe Fleischverbrauch birgt nicht nur gesundheitliche Risiken. Er erzwingt auch eine Massentierhaltung, die auf Mensch, Tiere und Umwelt keine Rücksicht nimmt. Deshalb fordern wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Fleischkonsums. Öffentliche Kantinen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen. Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten und ein „Veggie Day“ sollen zum Standard werden. Wir wollen ein Label für vegetarische und vegane Produkte.

6. Schluss mit der Tierquälerei

Wir sind der Überzeugung, dass unsere Tiere ein Anrecht auf ein artgerechtes Leben ohne unnötiges Leiden haben. Gemeinsam mit der Tierschutzbewegung haben wir dafür gesorgt, dass der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wurde. Tiere wollen wir um ihrer selbst willen schützen, deshalb werden wir das Tierschutzgesetz gründlich überarbeiten.

Damit die Rechte der Tiere besser vertreten werden können, fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen und eine/n Bundesbeauftragte/n für Tierschutz. Außerdem fordern wir Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für den Tierschutz, damit Verstöße gegen das Tierschutzgesetz effektiv verfolgt werden können.

Tierschutz und artgerechte Tierhaltung sollen in den Ställen Einzug halten. Dazu gehören auch ausreichender Weidegang und Auslauf. Die Käfighaltung von Legehennen, Kaninchen und anderen Tieren muss beendet werden. Sie darf auch nicht mehr durch deutsche Exportbürgschaften für hier verbotene Käfighaltung in Drittländern gefördert werden. Wir wollen verbindliche Zucht- und Haltungsvorschriften für alle Tierarten einführen. Die Haltung von Schweinen und Rindern auf nacktem Beton und Vollspaltenböden, das Zusammenpferchen von Hühnern und Puten auf engstem Raum, Wasser-geflügel ohne Zugang zu Wasser – das alles ist ein Skandal.

Die Haltung von Nutztieren muss sich zukünftig an den art eigenen, natürlichen Bedürfnissen einer Tierart und damit am Tierwohl orientieren. Qualzuchten und die Praxis, Tiere etwa durch das Kupieren ihrer Schnäbel oder Schwänze an nicht artgerechte Haltungssysteme anzupassen oder durch Brandzeichen zu misshandeln, wollen wir verbieten.

Mit Schmerzen verbundene Eingriffe wie die Ferkelkastration dürfen nur mit Betäubung erfolgen oder müssen gänzlich unterbleiben. Tiertransporte innerhalb Deutschlands wollen wir auf eine Dauer von höchstens vier Stunden begrenzen und wir wollen die Schlachtmethoden auf Schlachthöfen verbessern. Dazu gehört die Überprüfung der CO₂-Betäubung ebenso wie die Beendigung der Akkordarbeit und des Einsatzes von unqualifiziertem Personal. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir es durch eine verbindliche Tierhaltungs-

kennzeichnung erleichtern, sich für Produkte aus artgerechter Haltung zu entscheiden.

Tierversuche wollen wir konsequent reduzieren und langfristig komplett ersetzen. Dafür werden wir die Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch gesetzlich fördern und ihren Einsatz verpflichtend machen. Wir fordern ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden. Die Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit Vertretern des Tierschutzes besetzen. Versuche an Menschenaffen sollen strikt verboten werden.

Zum Schutz von Haustieren wollen wir einen Fachkundenachweis einführen. Auch Wildtiere müssen wir besser schützen. Dafür fordern wir ihre Haltung im Zirkus zu verbieten sowie eine Novelle der rechtlichen Vorgaben für die Zootierhaltung. Den Import und die private Haltung regeln wir über die Einführung einer Positiv-Liste und ein Verbot von Wildtierbörsen. Auf europäischer Ebene muss der Tierschutz durch Importverbote von unter tierquälerischen Bedingungen erzeugten Produkten, Jagdtrophäen und wild gefangenen Tieren gestärkt werden. International wollen wir den Schutz bedrohter Arten im Sinne des Vorsorgeprinzips weiter voranbringen.

Wer GRÜN wählt ...

- sorgt vor für eine intakte Umwelt und Natur sowie ein gesundes Leben.
- unterstützt den Erhalt der Artenvielfalt.
- sagt „Nein danke“ zu Agrarfabriken, Massentierhaltung und Genfood.
- fördert Ökolandbau, Regionalvermarktung und bäuerliche Landwirtschaft.
- stimmt für Tierschutz und artgerechte Tierhaltung.
- schützt unsere Lebensgrundlagen und Ressourcen weltweit.

Schlüsselprojekte

Die Heimat von Storch und Laubfrosch schützen – Natur erbe bewahren

Die Lebensgrundlage vieler heimischer Pflanzen und Tiere ist gefährdet. Immer mehr Arten geht der Lebensraum verloren. Die Umsetzung der Naturschutzziele hinkt in Deutschland und international weit hinterher. Daher werden wir dafür sorgen, dass Bund und Länder endlich ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und für 10 % der Flächen grenzüberschreitend vernetzte Biotopsysteme schaffen. Insbesondere unsere alten, heimischen Buchenwälder sind bedroht. Durch immer intensivere Durchforstung wird ihre Artenvielfalt dezimiert. Aber auch für Erholung und das Naturerlebnis der Menschen sind alte Wälder unschätzbar wertvoll. Mit einem Bundesprogramm wollen wir in Kooperation mit den Bundesländern 10 % der Wälder, die sich in öffentlichem Besitz befinden, zu Urwäldern

von morgen machen, in die auch Körperschaft- und Privatwald eingebracht werden können.

Die Massentierhaltung beenden – ein neues Tierschutzgesetz für artgerechte Haltung

Was in unseren Ställen stattfindet, ist nicht mehr hinnehmbar. Die Massentierhaltung hat zu Zuständen geführt, die das Ende des bisherigen Systems der Fleischproduktion erforderlich machen. Wir wollen die Subventionierung der Massentierhaltung beenden, ihre Privilegierung im Baurecht streichen und den Immissionsschutz verbessern und ein Label für Tierschutz sowie vegane und vegetarische Produkte einführen. Durch ein neues Tierschutzgesetz sorgen wir für tiergerechte Haltungsbedingungen, schaffen lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme und stoppen den Missbrauch von Antibiotika durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften. Durch die deutliche Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung sorgen wir gleichzeitig für einen nachhaltigen Umwelt- und Gesundheitsschutz. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns für bessere Tierschutzregeln in der Tierhaltung ein.

Durchatmen – Luftreinhaltung und Gesundheitsschutz vorantreiben

Bei vielen Industrieprozessen und Verbrennungsprozessen z.B. in Kohlekraftwerken entsteht Quecksilber, das über die Abluft in die Umwelt gelangt. Dies führt zu einer weiteren Anreicherung des Umweltgiftes auch in Lebensmitteln, insbesondere in Fischen. Die USA haben daher strenge Grenzwerte erlassen, um die Quecksilberbelastung deutlich zu reduzieren. Wir wollen die Immissionsschutzverordnung entsprechend ändern und werden uns EU-weit für anspruchsvolle Grenzwerte einsetzen, um grenzüberschreitend die Industrie in die Pflicht für eine gesunde Umwelt zu nehmen. So schaffen wir saubere Luft für alle.

J. Nachhaltige Mobilität für alle

Wie wir ein grünes Verkehrsnetz schaffen, mit dem alle gut leben

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Sie ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens, Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung. Gleichzeitig verursacht der Autoverkehr Lärm und Staus, er schädigt die Umwelt und das Klima und er verschuldet eine inakzeptabel hohe Zahl von Toten und Verletzten. Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilität, die umwelt- und klimaverträglich, sozial und wirtschaftlich effizient ist.

Verkehr zieht immer auch Interessenkonflikte nach sich. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger mischen sich deswegen selbst in die Verkehrspolitik ein und wollen diese mitgestalten: Auseinandersetzungen wie etwa um Stuttgart 21, die Fehmarnbeltquerung, neue Autobahnabschnitte und den geplanten Flughafen in Berlin oder die dritte Startbahn in München sind Beispiele dafür. Bei Großprojekten sind eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Bürgerschaft und Zivilgesellschaft und eine ergebnisoffene Diskussion von Alternativen dringend erforderlich. Die aktuelle Entwicklung von Stuttgart 21 zeigt aber noch eines: Es bedarf von Anbeginn eines ehrlichen Umgangs mit Kosten, Risiken und Umweltauswirkungen auf Grundlage der tatsächlichen Kapazitäten.

Nachhaltige Mobilität setzt Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens und verknüpft verschiedene Verkehrsträger. Nachhaltige Mobilität verlagert den Gütertransport von der Straße auf die Schiene bzw. auf Wasserwege und vermeidet Transporte z.B. durch die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Umwelt- und klimafreundliche Verkehrsmittel werden gestärkt und der motorisierte Verkehr ökologisch verträglicher gestaltet. Damit sinkt die Belastung durch Lärm und Schadstoffe gerade in urbanen Gegenden.

In vielen Kommunen wird um den öffentlichen Raum, die Aufteilung der Flächen und der Mittel für den Verkehr gerungen. Moderne Verkehrspolitik richtet sich danach aus, allen Menschen die größt-

mögliche Bewegungsfreiheit zu lassen und gleichzeitig die negativen Folgen des motorisierten Verkehrs so gering wie möglich zu halten. Zudem erzeugen Stadt und Land unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse, was ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Unser Ziel ist die Teilhabe aller an Mobilität, gleich ob in der Stadt oder auf dem Land – und zu bezahlbaren Preisen. Das gilt auch für die, die kein Auto besitzen – indem wir den öffentlichen Personennverkehr voranbringen und uns für sozialverträgliche Tarife einsetzen. Wir setzen auf neue Mobilitätsangebote, die eine Kombi-nutzung von Fuß, Rad, Bahn, Bus und Carsharing auf einer Strecke ermöglichen.

Wir binden die Bürgerinnen und Bürger bei der Planung neuer Verkehrswege aktiv ein, weil sie etwas zu sagen haben und weil nur Akzeptanz die neue Mobilität ins Rollen bringt. Einmischung ist etwa gefragt beim nächsten Bundesverkehrswegeplan, den wir zu einem Bundesmobilitätsplan weiterentwickeln wollen, aber auch bei vielen Projekten vor Ort.

Wir schaffen Zukunft, indem wir die Energiewende auch im Verkehr umsetzen. Wir wollen weg vom Öl und setzen auf nachhaltige, regenerative Antriebe und auf Elektromobilität mit Strom aus Erneuerbaren Energien. Wir wollen den Verkehr sicherer machen sowie Verkehrslärm und Schadstoffausstoß deutlich senken.

1. Ein Verkehrsnetz für alle

Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad und die Bahn im Alltag. Die Angebote an Carsharing und Bikesharing weiten sich aus und sind durch Smartphones und Internet immer leichter zu nutzen und ermöglichen so neue Formen der Mobilität. Diese Erfolge gibt es nicht wegen, sondern trotz der Verkehrspolitik von Schwarz-Gelb. Diese bevorzugt hauptsächlich das Auto vor Bus, Bahn und Fahrrad und plant so an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbei.

Grüne Verkehrspolitik will dagegen eine neue Mobilität für alle. Wir wollen ein verlässliches und barrierefreies Angebot des öffentlichen Verkehrs auch in ländlichen Regionen, insbesondere mehr geförderte alternative Bedienformen wie Ruf- und Bürgerbusse. In der Verkehrsplanung wollen wir durch Gender-Mainstreaming auch die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen, die aufgrund sozialer

und familiärer Aufgaben anders mobil sind. Zunehmend setzt sich das Prinzip „Nutzen statt besitzen“ durch: Kombinierte Mobilität aus Fuß- und Radverkehr, Bus und Bahn, Taxi und Car- bzw. Bike-sharing mit einer einzigen Mobilitätskarte und Mobilitäts-Apps machen den Nahverkehr einfach, schnell und flexibel. Grundlage dazu sind offene Daten und offene Standards bei konsequenter Wahrung des Datenschutzes. Beides muss für öffentlich geförderte Projekte und Unternehmen verpflichtend sein. Wir wollen eine bundesweite Imagekampagne für Fahrgemeinschaften, um Verkehrsbelastungen zu verringern.

Wir wollen den Kommunen ermöglichen, die Voraussetzungen für Carsharing-Parkflächen im öffentlichen Straßenraum, für Citymaut-Modelle, autofreie Innenstadtbereiche und Shared-Space-Zonen zu schaffen. Länder und Kommunen brauchen zudem eine gesicherte Finanzierungsgrundlage für eine ambitionierte ÖPNV-Offensive, bis hin zu Modellprojekten für einen ticketfreien Nahverkehr. Es muss darüber hinaus eine bedarfsgerechte Anschlussfinanzierung für das entfallende Bundes-Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz über 2019 hinaus geben. Wir machen das Land fahrrad- und fußgängerfreundlicher und fordern mehr Platz für den ökologischen und gesunden Fuß- und Radverkehr. Dazu wollen wir den bundesweiten Radverkehrsanteil bis 2020 auf über 20 % steigern – in einigen Städten ist ein mehr als doppelt so hoher Anteil schon Realität. Wir wollen den Bau von Radschnellwegen mit einem bundesweiten Modellversuch fördern. Wir werden den Nationalen Radverkehrsplan mit Leben füllen, finanziell ausreichend unterlegen und das Fahrrad in der Straßenverkehrsordnung stärken. Die Fahrradmitnahme in allen Zügen, auch dem ICE, wollen wir durchsetzen.

Bei den Gesetzen zur Nahverkehrsfinanzierung werden wir uns dafür einsetzen, dass eine angemessene öffentliche Finanzierung sichergestellt wird. Wir werden uns für die Weiterentwicklung der Regionalisierungsmittel einsetzen, um Kostensteigerungen und Angebotsverbesserungen finanzieren zu können. Zweckfremde Verwendung wollen wir zukünftig ausschließen. Wir wollen in den nächsten zehn Jahren den öffentlichen Personennahverkehr durchgehend barrierefrei gestalten. Die Bahn soll ihren Anteil am Verkehr erheblich steigern. Dazu investieren wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich in den Ausbau des Schienennetzes mit Lärmschutz. Dies finanzieren wir, in-

dem wir mit der bisherigen Praxis brechen, dass innerhalb der DB AG die Milliardengewinne der Infrastruktursparten an die Konzernmutter abgeführt werden und diese damit international auf Einkaufstour geht, statt die Gewinne in die Infrastruktur zu reinvestieren. Daher treten wir für eine Überführung der Eisenbahninfrastruktur in das unmittelbare Eigentum des Bundes ein und unterstützen das 4. Eisenbahnpaket der EU-Kommission. Die Bewirtschaftung regionaler Schienennetze soll den Ländern zur Pacht angeboten werden. Wir wollen dauerhaft ausschließen, dass private Investoren Anteile am Schienennetz erwerben.

2. Mit der Energiewende auch die Verkehrswende umsetzen!

Unser Ziel ist es, bis 2020 die Treibhausgasemissionen des Verkehrs um 20 % zu senken. Die Vision 2040 lautet, den Verkehr nahezu komplett auf Erneuerbare Energien umzustellen. Das ist ehrgeizig, aber möglich: Durch die Vermeidung überflüssiger Transporte, die Verlagerung von Verkehr auf Bahn und Fahrrad sowie die flächendeckende Einführung von nachhaltigen, regenerativen Antrieben bei gleichzeitigem Ausbau der Infrastruktur der Erneuerbare-Energien-Stromversorgung. Elektromobilität ist nur dann umweltverträglich, wenn der Strom aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird. Wir wollen einen Paradigmenwechsel bei der Nutzung der Biomasse für Mobilität. Sie muss langfristig auf Bereiche beschränkt werden, in denen es keine Alternative gibt.

Der heutige Verkehr ist zu über 90 % von fossilen Energieträgern abhängig. Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel hin zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der Weg dahin führt über wesentlich effizientere Antriebe, Hybridtechnik und Leichtbau der Karosserien. Deren Produktion und Vertrieb werden am ehesten gefördert durch ehrgeizige Verbrauchsvorgaben. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union bis 2020 das 3-Liter-Auto (80 g CO₂/km) und bis 2025 das 2-Liter-Auto (60 g CO₂/km) als Anforderung für Neuwagen durchsetzen. Die Privilegien für große spritschluckende Dienstlimousinen wollen wir streichen und Anreize zur Nutzung besonders sparsamer Autos schaffen. Wir werden dies

gegenfinanzieren durch eine CO₂-Reform der Kfz-Steuer. Wir wollen eine Verlängerung der Steuerbegünstigung für Erdgas über 2018 als Kraftstoff prüfen, wenn mindestens 40 % des Kraftstoffs aus Biomethan oder Power-to-Gas stammen. Das Power-to-Gas-Verfahren kann eine Integration von erneuerbarem Überschussstrom in den Verkehrssektor ermöglichen. Wir wollen die komplette Umstellung von Eisenbahnen auf Erneuerbare Energien bis spätestens 2030.

Zur Verlagerung von Lkw-Verkehr wollen wir den kombinierten Verkehr fördern und den Schienenverkehr anwohnerfreundlich mit modernen Lärmschutzstandards ausbauen. Auch muss die Lkw-Maut zu einer Logistikabgabe weiterentwickelt werden, d. h. zukünftig auch die externen Umweltkosten berücksichtigen und auf Lkw ab 3,5 Tonnen sowie auf alle Bundesstraßen ausgedehnt werden. Wir wollen Fernbusse ebenfalls in die Mautpflicht aufnehmen. Den Modellversuch mit den „Monstertrucks“ (Gigalinern) werden wir beenden. Den Lieferverkehr in den Städten wollen wir durch die Förderung von Lieferkooperationen, Lastenfahrrädern und Elektrotransportern umweltfreundlicher machen.

Wir werden Initiativen ergreifen, um die Seeschifffahrt sauberer zu machen, und wollen die für Deutschland bedeutenden Seehäfen durch ein Hafenkonzept inkl. Hinterlandanbindung besser koordinieren.

Die Binnenschifffahrt wollen wir fördern, wenn es ökologische und ökonomische Vorteile gegenüber anderen Verkehrsträgern gibt und sich die Schiffe den Flüssen anpassen. Flugverkehr ist mit starken Klima- und Lärmbelastungen verbunden. Das Wachstum des Flugverkehrs wird wesentlich durch kommunale Beihilfen für Regionalflughäfen sowie die Subvention aus Steuerprivilegien bei der Energiebesteuerung und der Mehrwertsteuer bei Auslandsflügen begünstigt. Diese Subventionen wollen wir beenden und die Luftverkehrssteuer und den Emissionshandel ökologischer ausgestalten. Den Kurzstreckenverkehr wollen wir auf die Schiene verlagern.

3. Den neuen Bundesmobilitätsplan mit den BürgerInnen entwickeln

Straßen, Schienen und Wasserstraßen werden geplant – etwa alle 15 Jahre durch einen Bundesverkehrswegeplan. In der nächsten Legislaturperiode ist es wieder so weit: 2015 wird ein neuer Verkehrswegeplan verabschiedet. Wir GRÜNE wollen, dass dieser Plan der erste wird, bei dem die Bürgerinnen und Bürger mitplanen, mitgestalten und mitreden.

Jährlich gibt der Bund etwa 10 Mrd. Euro für den Bau und Erhalt von Autobahnen, Bundesstraßen, Schienen und Wasserstraßen aus und ist an den Flughäfen Berlin, Köln und München beteiligt. Leider wird dieses Geld allzu oft in teure und zweifelhafte Prestigeprojekte oder überflüssige Autobahnneubauten gesteckt.

Der neue Bundesverkehrswegeplan 2015 bietet die Gelegenheit zum Umsteuern. Wir wollen daraus einen Bundesmobilitätsplan entwickeln. Die Auswahl von Infrastrukturprojekten soll sich künftig stärker an Klima- und Naturschutzbelangen und der demografischen Entwicklung orientieren. Die Projektkosten müssen einschließlich der Folgekosten z.B. für Brücken und Tunnel vollständig dargestellt werden.

Wir wollen klare Prioritäten setzen: Beim Straßenetat wollen wir deutlich mehr Geld für den Erhalt aufwenden und die verbleibenden Mittel auf ein Autobahn-Kernnetz mit Lärmschutz konzentrieren sowie ein Programm für Grünbrücken fördern. Wir wollen durch Ausschreibungswettbewerbe und die Schaffung der technischen Voraussetzungen dafür sorgen, dass viele abgehängte Regionen wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden. Bei der Schiene soll ein langfristiges Zielnetz 2050 entwickelt werden, das auf einen deutschlandweiten Taktfahrplan mit einem verbesserten Personenverkehr ausgelegt ist und mehr Kapazität für den Güterverkehr schafft. Wir wollen ein nationales Flughafenkonzept u.a. für mehr Lärmschutz entwickeln, das die Möglichkeit von Ausbaustopps beinhaltet. Bei den Wasserstraßen geht es um den Erhalt einer sinnvollen Infrastruktur, anstatt einzigartige Flusslandschaften wie Elbe und Donau zu ruinieren.

Wir wollen ein umfassendes Informationsrecht in allen Planungsschritten – auch über das „Ob“ eines Projektes –, das Einbeziehen

der Öffentlichkeit und gesetzliche Vorgaben für die Anwendung informeller Beteiligungsmethoden und alternativer Konfliktlösungen für die Verwaltung. Die Flugroutenplanung wollen wir transparent und bürgerInnenfreundlich gestalten. Denn eine moderne Infrastruktur ist nur dann erfolgreich, wenn sie gesellschaftlich angenommen wird.

4. Den Verkehr sicher und leiser machen

Mit dem Programm „Vision Zero“ wollen wir den Straßenverkehr sicherer machen mit dem Ziel, dass Fehler nicht mehr zu schweren Unfällen oder Tod führen. Wir wollen ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf zweispurigen Landstraßen. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kommunen aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Lärmschutzes ermöglicht wird, innerorts überall dort Tempo 30 anzuweisen, wo sie es wollen.

Wir wollen den Schutz vor Verkehrslärm voranbringen und setzen uns für ein Nachtflugverbot an Verkehrsflughäfen, verbesserten Lärmschutz an Straßen und Schienenwegen und geräuschärmere Fahrzeugtechnik ein. Das Lärmprivileg für die Bahn wollen wir abschaffen, ebenso die Lärmprivilegien für den Straßen- und den Flugverkehr.

Menschen, die von Lärm betroffen sind, sollen in ihren Rechten gestärkt werden und einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz haben. Die Investitionen zur aktiven Beseitigung von Lärmquellen und für passiven Lärmschutz wollen wir innerhalb des Verkehrsetats auf 400 Mio. Euro pro Jahr verdoppeln. Ziel ist ein auf zehn Jahre angelegtes umfangreiches Lärmsanierungsprogramm.

Wer GRÜN wählt,

- wählt nachhaltige Mobilität.
- will die Energie- und Klimawende auch im Verkehr durchsetzen.
- etabliert Bahn, Bus und Rad als Leitverkehrsmittel.
- setzt auf Bürgerbeteiligung und Transparenz bei der Planung von Verkehrsprojekten.
- schützt Menschen vor Lärm, Luftverschmutzung und Verkehrsunfällen.

Schlüsselprojekte**Die Bahn attraktiver machen – Nahverkehr ausbauen, Gewinne in die Schiene investieren**

Wir wollen die Bahn als ein ökologisches Hauptverkehrsmittel attraktiver machen und ihren Anteil am Verkehr erheblich steigern – für Menschen wie für Güter. Daher müssen wir sinnvolle Ausbauprojekte der europäischen Netze vorantreiben und dafür muss der Finanzrahmen für Schiene und Straße im nächsten Bundesmobilitätsplan gleich hoch sein. Es muss aber auch sichergestellt werden, dass die Gewinne aus dem Schienenbetrieb auch bei der Schiene bleiben und nicht für internationale Firmenaufkäufe verwendet werden. Im Bundesverkehrswegeplan wollen wir auch den Vorrang von Erhalt vor Neubau festschreiben. Wir wollen durch Ausschreibungswettbewerbe und die Schaffung der technischen Voraussetzungen dafür sorgen, dass viele abgehängte Regionen wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden.

Die AnwohnerInnen vor Verkehrslärm schützen – Fluglärm begrenzen, Lärmschutz ausbauen

Viele wehren sich gegen den zunehmenden Verkehrslärm – zu Recht, denn Lärm macht krank. Wir wollen das Thema Lärmschutz auf Bundesebene endlich ernst nehmen, nachdem es die Merkel-Regierung vernachlässigt hat: Wir schaffen einen umfassenderen Anspruch auf Lärmschutz und verdoppeln die Mittel für die Lärmsanierung an Straße und Schiene. Zur Bekämpfung des Fluglärms wollen wir eine Novellierung des Fluglärmgesetzes mit strengeren Grenzwerten sowie des Luftverkehrsgesetzes um Betriebsbeschränkungen für die gesetzliche Nacht (22:00–06:00 Uhr) und Lärmobergrenzen ermöglichen. Dem Lärmschutz der Bevölkerung ist bei der Interessenabwägung ein höherer Stellenwert als der Wirtschaftlichkeit beizumessen. Auch auf EU-Ebene werden wir für die entsprechenden Rahmenregelungen streiten.

Lebenswerte Kommunen – Umweltverbund ausbauen

Die Verkehrswende verlangt auch einen Wandel in der Nahmobilität hin zu mehr Fuß- und Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr. Wir wollen Mobilität für alle und in den nächsten zehn Jahren flächendeckend barrierefreie Mobilität ermöglichen. Wir wollen eine ÖPNV-Offensive. Dafür werden wir für eine angemessene öffentliche Nahverkehrsfinanzierung sorgen. Die Straßenverkehrsordnung ist stärker auf die Belange ungeschützter VerkehrsteilnehmerInnen auszurichten. Dazu wollen wir es Kommunen ermöglichen, innerorts überall dort Tempo 30, Begegnungszonen und Shared-Space-Bereiche auszuweisen, wo sie es wollen. Wir wollen Radfahren komfortabler und attraktiver machen und dabei auch dem Trend zu Pedelegs und E-Bikes gerecht werden. Dafür braucht der Radverkehr mehr Platz. Wir wollen daher unter anderem den Bau von Radschnellwegen durch einen bundesweiten Modellversuch fördern.

Klimafreundlich mobil – Verbrauchsobergrenzen einführen und Elektromobilität fördern

Die Energiewende im Verkehr verlangt von der Autoindustrie einen Technologiewandel hin zum 2-Liter-Auto und zur Elektromobilität mit zusätzlichem Strom aus Erneuerbaren Energien. Der wichtigste Treiber hierfür sind ehrgeizige Verbrauchswerte. Wir wollen daher innerhalb der Europäischen Union ambitionierte Verbrauchsvorgaben, die sicherstellen, dass der Elektromobilität zum Durchbruch verholfen wird. Deshalb verändern wir die Kraftfahrzeugsteuer, so dass Pkw mit einem Ausstoß von weniger als 50 g CO₂/km (2-Liter-Auto), wie z.B. Elektroautos und Plug-in-Hybride, einen Zuschuss erhalten und dafür Spritschlucker entsprechend mehr zahlen. Besonderen Wert legen wir auf die sinnvolle Kombination und den Ausbau der elektromobilen Verkehrsmittel, die mit Strom aus Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir wollen die Umsetzung von 100 % regenerativer Energie in allen Bereichen – Elektroautos, E-Bikes, Pedelecs und öffentlicher Nah- und Fernverkehr – sowie die Entwicklung intelligenter Mobilitätskonzepte.

K. Verbraucherschutz für alle

Wie wir Verbraucherrechte stärken – und Transparenz schaffen

Dioxin in Eiern. Pferdefleisch in der Lasagne. Unfaire Energiepreise. Banken, die tricksen. Geräte, die mit Ablauf der Gewährleistung den Geist aufgeben. Wer schützt eigentlich die Verbraucherinnen und Verbraucher?

Wir GRÜNE haben Verbraucherschutz und gesunde Ernährung ganz oben auf die politische Agenda gesetzt. Doch unter der Regierung Merkel ist die Verbraucherpolitik in den Dornröschenschlaf verfallen – mit einer durchsetzungsschwachen Ministerin, deren Ankündigungen selten Taten folgten. Das muss sich wieder ändern. Zu diesem Zweck wollen wir die Verbraucherrechte stärken, den Schutz vor Abzocke verbessern und für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen.

Wir schaffen ein festes Fundament für emanzipierte KonsumentInnen, damit sich ProduzentInnen und VerbraucherInnen auf Augenhöhe begegnen können.

VerbraucherInnen haben die Verantwortung, durch ihr Konsumverhalten ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit zu setzen, das setzt entsprechendes Wissen über die Produkte voraus. Grüne Verbraucherpolitik setzt neben wirksamen staatlichen Regelungen und Kontrollen auch darauf, dass VerbraucherInnen Angebote kritisch prüfen, Missstände anprangern und sich einmischen können. Dafür brauchen sie bessere Informationen, starke Verbraucherorganisationen und wirkungsvollen Rechtsschutz.

Verbraucherschutz ist für uns eine Frage gerechter Teilhabe. Wer wenig hat, den schmerzen überhöhte Energiepreise oder wucherische Dispo-Zinsen besonders. Soziale Ausgrenzung droht, wenn Menschen ein eigenes Girokonto verwehrt oder der Strom abgestellt wird. Und auch wer nicht viel zu zahlen vermag, muss sich darauf verlassen können, dass angebotene Produkte sicher und Finanzdienstleistungen seriös sind. Dies gilt insbesondere auch für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge. Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen

wir daher ab, denn Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und darf nicht an gewinnmaximierungsorientierte Privatunternehmen übertragen werden.

Grüne Verbraucherpolitik erleichtert es, mit dem Einkaufskorb Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Dafür brauchen VerbraucherInnen bessere und leicht verständliche Informationen in Alltags- und leichter Sprache. Gut informierte VerbraucherInnen können bewusst entscheiden, das Billigschnitzel aus Massentierhaltung im Kühlregal zu lassen, Energiespar-Geräte zu wählen oder sich durch fair gehandelte Produkte für gerechte Arbeitsbedingungen weltweit einzusetzen. Dafür wollen wir bewährte Siegel wie Fairtrade, Bio und Ohne Gentechnik stärken.

1. VerbraucherInnen mächtig machen

Wissen ist Macht. Deshalb wollen wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten über riskante Finanz- und Versicherungsprodukte ausweiten. VerbraucherInnen wollen zu Recht wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine verlässliche und transparente Kennzeichnung ein, um die Auswahl nachhaltiger Produkte zu ermöglichen. Was es bei Lebensmitteln mit dem Bio-Siegel bereits gibt, brauchen wir auch in anderen Bereichen wie etwa bei Finanzprodukten. Zu wenig Lohn für LeiharbeiterInnen bei Amazon, unhaltbare Arbeitsbedingungen für TextilarbeiterInnen in Bangladesch, unfairer Druck auf MitarbeiterInnen bei Banken: Es gibt viele Verhaltensweisen, die verantwortungsbewusste VerbraucherInnen nicht akzeptieren wollen. Damit sie sich ein zutreffendes Bild vom Umgang der Unternehmen mit sozialen und ökologischen Anforderungen, mit ihrem Verhalten gegenüber KundInnen machen können, werden wir gemeinsam mit den Verbraucherverbänden ein Verbraucherportal Unternehmenscheck auf den Weg bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Unternehmen soziale und ökologische Mindeststandards bei Produktion und Vertrieb in Deutschland und weltweit einhalten und ihre CSR-Standards für VerbraucherInnen erkennbar sind. Wir setzen auf aktive Verbraucheraufklärung mit einem erweiterten Bildungs- und Beratungsangebot der Verbraucherverbände. Unter

anderem für den Finanzmarkt wollen wir unter dem Dach der Verbraucherzentralen unabhängige Marktwächter etablieren. Sie sollen den Markt aus Verbrauchersicht beobachten und die Öffentlichkeit informieren, Beschwerden nachgehen, Verbraucherinteressen bündeln und ein Beschwerde- und Anhörungsrecht gegenüber der Finanzaufsicht bekommen. Die Finanzierung einer unabhängigen Verbrauchervertretung muss dauerhaft gesichert werden. Dafür wollen wir das Kartellrecht ändern, Kartellstrafen zur finanziellen Stärkung der Verbraucherarbeit einsetzen und ein Verbandsklagerecht für die Verbraucherverbände prüfen. Die Ministererlaubnis wollen wir durch ein suspensives Veto des Deutschen Bundestags ergänzen.

Um die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu bündeln, wollen wir Gruppenklagen ermöglichen. So können Geschädigte sich vor Gericht zusammenschließen und ihr gutes Recht schneller und einfacher durchsetzen. Wir werden prüfen, ob die Einführung einer Ombudsstelle dazu beitragen kann.

Die Grundvoraussetzung für bewussten Konsum ist, dass Unternehmen verpflichtet werden, ihre ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen einschließlich ihrer vorgelagerten Lieferketten zu dokumentieren und offenzulegen. Nur so können VerbraucherInnen und NGOs die grünen Aussagen von Unternehmen bewerten und seriöse Unternehmungen von unseriösem Greenwashing unterscheiden. Um Verbraucherpolitik wissenschaftlich zu fundieren, wollen wir einen Sachverständigenrat für Verbraucherfragen einrichten, der Politik und Institutionen in Fragen der Verbraucherpolitik kritisch begleitet und berät.

2. Schluss mit der Abzocke

Täglich werden tausende Verbraucherinnen und Verbraucher Opfer illegaler Werbeanrufe mit dem Ziel, ihnen ungewollte Verträge unterzuschieben. Damit dieser Telefonterror aufhört, dürfen solche Verträge künftig nur gelten, wenn die Angerufenen sie schriftlich bestätigen. Telefonwarteschleifen müssen ausnahmslos von der ersten Minute an kostenlos sein. Wenn Vertragslaufzeiten von z.B. Telefonanbietern, dem Fitnessstudio oder Abonnements nach der Mindestlaufzeit von zwei Jahren automatisch gleich noch mal um ein

ganzes Jahr verlängert werden können, ist das Abzocke an der VerbraucherIn und schadet dem freien Wettbewerb. Wir werden sicherstellen, dass Verträge nach der Mindestlaufzeit kurzfristig kündbar sind, und damit solche Abofallen unterbinden.

Dispo-Wucher wollen wir durch einen Zinsdeckel verhindern und unseriösen Inkasso- und Abmahndiensten durch strengere Regeln und Kontrollen das Geschäft verderben.

Produkte, die kurz nach Ende der Garantiezeit kaputtgehen und sich kaum reparieren lassen, sind ein Ärgernis und verschwenden wertvolle Ressourcen. Wir setzen uns für längere und bessere Gewährleistungsrechte ein. Die Beweislast für einen Mangel soll auch nach den ersten Monaten beim Verkäufer bleiben.

Wer online kauft, darf nicht schlechter gestellt werden als offline. Wir entwickeln deshalb ein eigenständiges Leitbild für den Verbraucherschutz in der digitalen Gesellschaft und stärken im Bereich der immateriellen Güter die Verbraucherrechte, indem wir deren Wiederveräußerbarkeit rechtlich absichern. Bei Internetgeschäften wollen wir Wildwest-Methoden abstellen und die Verbraucherdaten besser schützen. Unter anderem sollen Verbraucherorganisationen die Möglichkeit erhalten, die Einhaltung von Sicherheit und Schutz persönlicher Daten im Internethandel gerichtlich durchzusetzen.

3. Energie zu fairen Preisen

Wir kämpfen für faire Energiepreise – gegen Preistreiberei durch Monopole und Marktmanipulationen. Deshalb wollen wir mehr Wettbewerb, mehr Preistransparenz und weniger Macht für die großen Strom- und Mineralölkonzerne. Faire Preise, nicht Dumpingpreise, sind unser Ziel.

Faire Strompreise erfordern eine gerechtere Finanzierung der Energiewende. Wir wollen die Energiewende solidarisch finanzieren, überbordende Industrieprivilegien abbauen und dafür sorgen, dass die StromkundInnen auch von den gesunkenen Preisen an der Strombörse profitieren. Faire Gaspreise werden sich nur durch mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt und die Überwindung der Bindung des Gaspreises an den Ölpreis einstellen. Und um Abzocke an Tankstellen und Raffinerien zu begegnen, ist ein offensives Vorgehen der

Kartellbehörden notwendig. Bei all dem wissen wir: Die beste Vor-sorge gegen steigende Energiepreise sind Energiesparen und Ener-gieeffizienz. Weiteres haben wir im Kapitel „100 % sichere Energie“ beschrieben.

4. Verbraucherrechte stärken

Die Gesundheit und Sicherheit der VerbraucherInnen muss Vor-rang haben vor wirtschaftlichen Interessen. Deshalb wollen wir ge-gen Weichmacher und Schwermetalle in Kinderspielzeug und kinder-nahen Produkten vorgehen. Die gesundheitlichen Folgen dieser und anderer toxischer Stoffe für die Verbraucherinnen und Verbraucher werden wir weiter untersuchen lassen und die erforderlichen Schutz-maßnahmen treffen. Solange ihre Unbedenklichkeit nicht eindeutig festgestellt ist, dürfen Lebensmittel oder Kosmetika mit Nano-Parti-keln nicht auf den Markt kommen. Giftige Farben und Bleichstoffe in Textilien müssen endlich der Vergangenheit angehören. Die Kenn-zeichnung von tierversuchsfreien Produkten wollen wir stärken.

Fahrgäste sollten schon bei Verspätungen ab 30 Minuten An-spruch auf Entschädigung haben. Reisende müssen im Konfliktfall Reiseveranstalter auf Augenhöhe begegnen können. Wir fordern deshalb eine unabhängige und kostenlose Schlichtungsstelle, die privat finanziert ist und die mit ihren dezentralen Anlaufstellen alle Reisenden über ihre Rechte aufklärt und gegebenenfalls hilft, Streit einvernehmlich beizulegen.

Für Patientinnen und Patienten müssen die Rechte bei Behand-lungsfehlern und bei Zusatzleistungen gestärkt werden.

Eine wirksamere Regulierung der Finanzmärkte ist auch aus Sicht des Verbraucherschutzes zentral. Für Geldanlagen und Altersvorsor-ge wollen wir eine unabhängige Beratung sicherstellen, die von Pro-visionsinteressen frei ist. Das Recht auf ein eigenes Girokonto muss selbstverständlich werden. Überschuldung wollen wir durch finan-zielle Vorsorge-Checks und Stärkung der Finanzkompetenz junger Menschen vorbeugen und das Schuldnerverfahren für alle auf drei Jahre verkürzen. Die soziale Schuldnerberatung muss gestärkt werden, um überschuldeten VerbraucherInnen einen wirtschaftli-chen Neustart zu ermöglichen.

5. Gesunde Ernährung ohne Gentechnik

Gutes Essen verbindet Gesundheit und Genuss. Wir wollen sichere Lebensmittel, frei von Pestiziden, Gentechnik und Antibiotika. Das erfordert eine vorsorgende Politik und wirksame Kontrollen vom Bauernhof bis zum Supermarkttregal. Darum müssen wir die Lebensmittelüberwachung ausbauen.

Was in Lebensmitteln drin ist, muss leicht verständlich gekennzeichnet sein. Bilder von glücklichen Kühen auf Produkten aus Massentierhaltung sind bewusste Irreführungen und dreiste Verbrauchertäuschung. Wir wollen, dass Tierhaltungsbedingungen, Herstellungsbedingungen, Inhaltsstoffe und die Herkunft von Lebensmitteln klar und einfach erkennbar sind. Die Kennzeichnung der Haltebedingungen von Hennen soll auch auf Eier in verarbeiteten Produkten ausgedehnt werden. Wenn tierische Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet wurden, muss das angegeben werden.

Auf verarbeiteten, zusammengesetzten Lebensmitteln soll der Gehalt an Fett, Zucker und Salz durch eine eingängige Ampelkennzeichnung in Grün-Gelb-Rot sichtbar gemacht werden. Denn schon jede und jeder Zweite leidet unter Fehlernährung oder Übergewicht. Schmutzkekchen und Musterbetriebe wollen wir durch ein Hygienebarometer oder Smiley unterscheidbar machen.

Kitas und Schulen müssen mehr Wissen über gesunde und ausgewogene Ernährung vermitteln – auch praktisch durch eine gemeinsame Mahlzeit am Tag, bei deren Zubereitung die Kinder möglichst einbezogen werden. Denn in der Kindheit geprägte Ernährungsmuster halten oft ein Leben lang. Und wir wollen mit einem Bundesprogramm den flächendeckenden Ausbau der gesunden Kita- und Schulverpflegung in Deutschland voranbringen. Dabei sollen regionale und ökologische Versorgungsstrukturen in der Gemeinschaftsverpflegung gefördert werden. Wir wollen einen Bioanteil von mindestens 20 % in der Gemeinschaftsverpflegung. An Kinder gerichtetes Marketing und den Etikettenschwindel bei sogenannten Kinderlebensmitteln wollen wir unterbinden.

Gentechnik in Lebensmitteln lehnen wir ab, auf dem Tisch wie auf dem Acker. Darin wissen wir uns mit der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und LandwirtInnen einig. Agro-Gentechnik macht

unsere Ernährung abhängig von einer kleinen Zahl an Großkonzernen und Pflanzensorten. Sie gefährdet die Umwelt, die gentechnikfreie Landwirtschaft und den Ökolandbau.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion in Deutschland besser zu schützen und die Zulassung zum Anbau genveränderter Pflanzen in Europa strenger zu regulieren. Wir wollen das Gentechnikgesetz verschärfen und auf EU-Ebene durchsetzen, dass die Kennzeichnungslücke für Fleisch, Eier, Milch oder Käse geschlossen wird, für deren Erzeugung Genmais oder Gensoja verfüttert wurde. Wir wehren uns gegen Versuche, die Nulltoleranz gegenüber illegalen Gentech-Bestandteilen aufzuweichen oder die Kennzeichnungsvorgaben zu unterlaufen.

Regionale Vielfalt und heimische Esskulturen müssen erhalten bleiben. Wir wollen keine Vereinheitlichung und Reduzierung auf ein bis zwei Gemüse- oder Obstsorten. Es gibt in Deutschland rund 2.000 verschiedene Apfelsorten, aber im Supermarkt finden sich in der Regel immer die vier gleichen Sorten. Wir stärken deshalb die regionale und saisonale Küche. Das schmeckt nicht nur gut, sondern ist auch besser für Umwelt und Klima.

Bewusster Konsum und Verschwendung vertragen sich nicht. Unser Ziel ist es, die Lebensmittelverschwendung bis 2020 zu halbieren. Dafür ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig, das auch Handel und Industrie in die Pflicht nimmt.

Wer GRÜN wählt ...

- stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.
- sagt dem Abzocken den Kampf an.
- stimmt für faire Energiepreise.
- will beim Einkauf genau wissen, was drin ist, und Bio und Fairtrade stärken.
- wählt gesunde Lebensmittel ohne Pestizide, Gentechnik und Antibiotika.

Schlüsselprojekte**Abzocke beenden – Finanzmärkte
verbrauchergerecht regulieren**

Bei Finanzgeschäften werden zu viele abgezockt. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz umfassend stärken – vom unabhängigen Finanzmarktwächter, über den Rechtsanspruch auf ein eigenes Girokonto bis hin zum Schutz gegen betrügerische Anlagemodelle. Wir brauchen eine einheitliche und schlagkräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, die durch einen Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen ergänzt wird. Die Abzocke bei Dispo- und Überziehungszinsen wollen wir mit einem flexiblen, an einem Leitzins orientierten Deckel verhindern. Um provisionsgetriebene Falschberatung zu überwinden, wollen wir die Honorarberatung gleichberechtigt am Markt etablieren und maximale Transparenz über alle Provisionen herstellen. Wir wollen die Finanzmärkte grüner machen, deshalb fordern wir verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen sowie ökologische und ethische Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge. Da bei der priva-

ten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.

Wissen, was drin ist – Verbraucherinformation verbessern

Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Deshalb wollen wir einfach verständliche Kennzeichnungen einführen: beispielsweise die Ampelkennzeichnung auf Lebensmitteln, das Hygienebarometer oder einen „Smiley“ für Restaurants und ein Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen. Aber auch die Informationsrechte gegenüber Behörden und Unternehmen müssen verbessert werden. Denn bei jedem neuen Lebensmittelskandal zeigt sich, dass die bisherigen Informationspflichten von Behörden und Unternehmen nicht ausreichen. Deshalb werden wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten auf weitere Produkte und Dienstleistungen ausweiten.

Keine Gentechnik auf unseren Tellern – Kennzeichnungspflicht verbessern

Die Mehrheit der Deutschen lehnt Gentechnik im Essen ab und doch landet es Tag für Tag auf unseren Tellern. Das Fleisch, das wir essen, ist auch deshalb so billig, weil die Tiere mit Gensoja oder Genmais gefüttert werden. Doch die Gentech-Fütterung muss nicht gekennzeichnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Kennzeichnungslücke in der EU-Gesetzgebung endlich geschlossen wird. Auf nationaler Ebene muss das Qualitätszeichen „ohne Gentechnik“ umgehend durch eine offensive Informationskampagne bekannt gemacht werden. So können die VerbraucherInnen entscheiden, ob sie Gentechnik im Essen wollen. Und sie können entscheiden, ob sie weiterhin die verheerenden Monokulturen in Südamerika und die zunehmende Abhängigkeit der Landwirte von wenigen Chemiekonzernen unterstützen wollen.

L. Freies Netz und unabhängige Medien für alle

Wie wir mehr Transparenz und Teilhabe in der digitalen Gesellschaft schaffen

Der digitale Wandel prägt gesellschaftliche Strukturen und beeinflusst kulturelle Normen und Werte. Er verändert unseren Alltag, unsere Schulen und Universitäten, unsere Unternehmen, Kultur und Medien, die Politik und vieles mehr. Wir wollen diese digitale Transformation unserer Gesellschaft so gestalten, dass sie den Menschen nutzt und dass gleichberechtigte Teilhabe und Selbstbestimmung im Mittelpunkt stehen. Wir streben vielfältige legale Angebote an, die eine angemessene Vergütung für UrheberInnen gewährleisten und NutzerInnen Teilhabe an und Zugang zu kulturellen Werken eröffnet. Umso frustrierender ist es, wie wenig sich die Merkel-Koalition für unsere digitale Zukunft interessiert. Netzpolitik ist ein zentrales Zukunftsthema und kann verantwortungsvoll nur als Querschnittsaufgabe bearbeitet werden. Die Vermittlung der Kompetenzen zum angemessenen und selbstbestimmten Umgang mit diesen neuen Chancen, aber auch die Kenntnis über potentielle Risiken, müssen Bestandteile lebenslangen Lernens sein. Um eine Wende einzuleiten, wollen wir eine bessere Koordinierung innerhalb der Bundesregierung herstellen.

Die Erwartungen und Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß! Es gilt, die Freiheit des Internets zu sichern, die verfassungsrechtlich garantierten Rechte jeder/s Einzelnen, von NutzerInnen wie UrheberInnen zu wahren, die Meinungsfreiheit zu stärken, die Privatsphäre zu schützen und den Zugang zu und die gleichberechtigte Teilhabe an der digitalen Welt zu ermöglichen.

Der Zugang zum Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Zu unserem Verständnis von sozialer Teilhabe im 21. Jahrhundert gehört es, den Breitbandinternetzugang über einen verpflichtenden Universaldienst – wie bei der Postzustellung – sicherzustellen. Wir GRÜNE setzen – auch im Internet – auf Dezentralität, Offenheit und

Vielfalt. Das Aufkommen neuer monopolartiger Angebote, die die Selbstbestimmung einschränken, widerspricht diesen Werten. Die Schwachen müssen gegenüber den marktbeherrschenden Konzernen gestärkt werden.

Kommerzielle Plattformen, die mit den Werken von Kulturschaffenden Geld verdienen, müssen eine angemessene Vergütung bezahlen.

Der digitale Wandel hat zentrale Bedeutung bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit, ob durch intelligente Stromnetze, vernetzte Mobilität oder Green IT. Um die ökologischen Chancen der neuen Technologien bestmöglich nutzen zu können, ist es von enormer Bedeutung, Vertrauen zu schaffen, etwa durch die Berücksichtigung höchster Datenschutzstandards.

Auch auf die klassische Medienwelt wirkt sich der digitale Wandel aus. Presse ist nicht mehr nur bedrucktes Papier, Radio und Fernsehen sind mehr als Funkwellen und bewegte Bilder. Die Mediengattungen sind immer schwerer zu trennen, ihr Konsum verändert sich und stellt damit Medienunternehmen und Medienschaffende, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber auch die Politik vor drängende Fragestellungen.

Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt selbstbestimmtes Handeln voraus. Die Notwendigkeit, Medienkompetenz zu erlernen, ist für Menschen aller Generationen gleichermaßen aktuell – für Kinder genauso wie für SeniorInnen.

Hunderttausend Menschen gingen bei klirrender Kälte gegen das ACTA-Abkommen auf die Straßen. Ein #aufschrei, der dem alltäglichen Sexismus in unserer Gesellschaft vielfältige Gesichter gibt, wird Thema in allen Medien. Immer mehr Menschen beteiligen sich an Online-Petitionen. Das sind Beispiele, wie immer mehr Menschen die Möglichkeiten des Internets nutzen, um sich eine eigene Meinung zu bilden, sich politisch einzumischen und zu organisieren. Unsere Demokratie wird digital lebendiger. Dies wollen wir nutzen, um mehr Transparenz und Beteiligungsformen, sei es in der Politik, der Wirtschaft oder der Verwaltung, zu schaffen.

Unsere Zukunft ist digital. Wir GRÜNE wollen sie mit Ihnen und Euch gestalten!

1. Wirtschaften und teilhaben: Die Zukunft ist digital

Der Breitbandausbau stockt in unserem Land. Gerade in ländlichen Regionen haben beispielsweise Unternehmen wie FreiberuflerInnen dadurch einen massiven Standortnachteil. Um allen Menschen die Teilhabe am digitalen Wandel zu ermöglichen, müssen wir endlich die weißen Flecken schließen. Wie die Postzustellung bis in die abgelegenen Regionen unseres Landes geregelt ist, wollen wir auch den Zugang zu einem Breitbandanschluss für alle Menschen über einen Universaldienst sicherstellen. Mit diesem Universaldienst müssen überall Breitbandanschlüsse mit mindestens 6 Mbit/s verfügbar sein. Diesen Universaldienst wollen wir dynamisch gestalten, um mit der technischen Entwicklung und den Anforderungen Schritt zu halten. Unser Ziel ist es, bis zum Ende der Legislaturperiode flächendeckend Breitbandanschlüsse im zweistelligen Mbit/s-Bereich bereitzustellen.

Unsere bestehende Netzinfrastruktur stößt an ihre Grenzen und ist nicht zukunftsfähig. Daher bleibt der Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes unser Ziel.

Über die Breitbandversorgung hinaus wollen wir öffentliche wie private Vorhaben, die den Ausbau von kostenfrei nutzbaren und öffentlich zugänglichen WLAN-Netzwerken zum Ziel haben, aktiv unterstützen unter Berücksichtigung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Hierzu suchen wir pragmatische Wege, wie Anschlussinhaber Dritten den Internetzugang ermöglichen können, ohne für missbräuchliche Nutzung in die Mithaftung (Störerhaftung) genommen zu werden. Aber auch die NutzerInnen solcher Netzwerke müssen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst sein, damit die Akzeptanz solcher Angebote nicht verspielt wird.

Das Internet ist elementar für unser Ziel einer inklusiven Gesellschaft. Es eröffnet gerade auch Menschen mit Behinderung neue Möglichkeiten der Teilhabe. Wir wollen eine möglichst weitgehende Barrierefreiheit im Internet erreichen. Diese soll zum selbstverständlichen Designkriterium für öffentliche und privatwirtschaftliche Angebote werden. Gleichzeitig möchten wir aber auch diejenigen einbeziehen und berücksichtigen, die nicht mit dem Internet umgehen wollen oder können. In der Internetwirtschaft entstehen hunderte neue Arbeitsplätze. Wir wollen Start-ups fördern und eine GründerInnenkultur unterstützen, die die großen Potentiale der

Digitalisierung nutzt. Die Bereitschaft, für gute Ideen unternehmerische Risiken einzugehen und im Scheitern die Möglichkeit einer neuen Chance zu verstehen, wollen wir stärken. Die Förderung der Kreativ- und Internetwirtschaft wollen wir neu aufstellen und an die Anforderungen eines Wirtschaftszweigs, in dem schnelle Innovationszyklen und kurzfristige unternehmerische Entscheidungen an der Tagesordnung sind, angemessen anpassen. In der IT-Wirtschaft werden häufig neue Modelle von flexibleren, familienfreundlicheren Arbeitszeiten und Mitarbeiterbeteiligung vorgelebt, die weiter unterstützt gehören. Mehr zeitliche und räumliche Flexibilität ist aber nicht immer gleichbedeutend mit mehr Freiheit. Wir bestehen darauf, dass auch unter sich ändernden Arbeitsbedingungen die Einhaltung von Sozialstandards, faire Entlohnung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewahrt bleiben müssen.

Wie offen, frei und nachhaltig unsere Gesellschaft ist, spiegelt sich auch im Einsatz freier und offener Software wider. Im öffentlichen Bereich muss sie Vorrang genießen, sofern dies vergaberechtlich möglich ist. Genauso müssen Softwareentwicklungen von und für Behörden stets mit Quellcode unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, damit alle von ihnen profitieren und sie einfach weiterentwickelt werden können. Zentral für eine solche Strategie ist die Verwendung offener Standards und Schnittstellen. Trotz objektiver Vorteile freier Produkte wird gerade in der öffentlichen Verwaltung noch zu häufig proprietärer Software der Vorrang eingeräumt. Wir wollen den Umstellungsprozess zu freier Software gemeinsam mit den Beschäftigten der Verwaltung gehen und für Verständnis und Unterstützung werben.

Informationstechnologien sind schnellen und permanenten Änderungen unterworfen und ohne Rohstoffe aus anderen Ländern undenkbar herzustellen. Wir wollen darauf hinarbeiten, dass Produktion, Vertrieb, Nutzung und Entsorgung dieser Technik unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen stattfinden. Deshalb setzen wir uns für klare rechtliche Vorgaben ein, die Menschenrechtsstandards ebenso wie Energie- und Ressourceneffizienz verbindlich machen, und wollen die Wiederverwertung von wertvollen Rohstoffen so weit wie möglich steigern.

Für die Energiewende wird es in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung sein, dass auch die IT-Branche ihren Teil zu deren

Gelingen beiträgt. Deshalb wollen wir Green IT fördern. Darunter verstehen wir die Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung von IT-Geräten sowie den Einsatz von neuen Technologien mit dem Ziel einer ressourcenschonenderen Wirtschaft. Um diesen Aufgaben zu begegnen, braucht Deutschland eine Strategie zur Förderung und Entwicklung nachhaltiger IKT-Konzepte. Für die Strommenge der rund 52.000 Rechenzentren in Deutschland sind ca. vier mittelgroße Kohlekraftwerke notwendig. Die Energieeffizienz von Rechenzentren kann jedoch erheblich gesteigert werden. Deshalb setzen wir uns für eine Initiative „Klimaneutrale Rechenzentren für Deutschland“ ein.

Sichere und verlässliche Computer- und Netzwerktechnologien gibt es nur durch kreative, freie und stets neugierige Forschungstätigkeit. Die Erkennung und Behebung von Sicherheitslücken in Netzwerken und in Software muss Vorrang vor der Unversehrtheit oder dem urheberrechtlichen Schutz von informationstechnischen Systemen haben. Wir wollen die rechtliche Grauzone, in der viele deutsche IT-SicherheitsexpertInnen in universitären, öffentlichen, privatwirtschaftlichen und ehrenamtlichen IT-Sicherheitsforschungsprojekten agieren müssen, beseitigen.

2. Unsere Verantwortung für ein freies Netz

Es ist notwendig, die Internetfreiheit politisch zu sichern. Sie ist durch Monopole und Oligopole bei zentralen Diensten wie Suchmaschinen oder sozialen Netzwerken bedroht, aber auch durch staatliche Überwachungsphantasien wie etwa die Vorratsdatenspeicherung. Die Netzinfrastruktur soll allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Wir wollen kein 2-Klassen-Internet und daher den Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern. So stellen wir sicher, dass Daten im Internet ohne Benachteiligung oder Bevorzugung gleichberechtigt übertragen werden – ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Zieles, der Finanzkraft ihrer EmpfängerInnen oder AbsenderInnen, ihres Inhalts, verwendeter Anwendungen oder eingesetzter Geräte. Verletzt wird die Neutralität des Internets auch, wenn Anbieter oder staatliche Stellen Inhalte des Internets sperren, filtern oder die Nutzung drosseln, so dass weniger rentable Inhalte plötzlich schlechter zu-

gänglich sind oder politisch unliebsame Inhalte verschwinden. Die zunehmende Verschmelzung von Infrastrukturanbietern und Inhabern sehen wir kritisch, da sie die Netzneutralität gefährdet, den Wettbewerb einschränkt und Nutzungsfreiheiten senkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt im Rahmen ihrer Kompetenzen möglichen Missbräuchen nachgehen. Darüber hinaus wollen wir die Netzneutralität gesetzlich festschreiben.

Weltweit häufen sich – gerade in autoritären Staaten und Diktaturen – staatliche Eingriffe in die Internetfreiheit. Der Export von Know-how, Technik und Software zur Zensur und Überwachung des Internets in diese Länder muss ein Ende haben. Hier wollen wir eine effektive Ausfuhrkontrolle sicherstellen. Freier und offener Netzzugang ist zum Menschenrecht geworden. Es braucht weltweite transparente Übereinkünfte über Regeln, die das Internet dauerhaft frei und offen halten. Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft gehören dabei an einen Tisch, um zu einem globalen Kodex zur Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte im Internet zu kommen.

Auch online wird gemobbt, abgezockt und betrogen, werden Straftaten mit Hilfe der neuen Möglichkeiten des Internets begangen. Freiheit in einer digitalisierten Welt bedeutet sowohl Schutz des Individuums als auch Durchsetzung seiner Rechte. Dies muss effektiv, aber auch strikt bürgerrechtskonform geschehen. Dem Aufbau von Sperr- oder Zensurinfrastrukturen treten wir seit jeher klar entgegen. Stattdessen müssen verbotene Inhalte gelöscht und Straftaten wie die Darstellung sexuellen Missbrauchs von Kindern oder rassistische Gewaltaufrufe konsequent verfolgt werden.

Zur besseren Rechtsdurchsetzung bedarf es Ermittlungsbehörden, die fit für das digitale Zeitalter gemacht werden. Um dabei effektiv handeln zu können, müssen dafür auch grenzüberschreitende Kooperationen gestärkt werden. Dies ist Teil unseres Ziels, eine globale Internet-Governance-Struktur einzuführen, die möglichst alle Interessen und Akteure berücksichtigt.

Im Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes haben wir uns stets für Regelungen ausgesprochen, die auch in technischer Hinsicht der Netzrealität angemessen sind, die Freiheit des Internets schützen und Kinder in den Mittelpunkt des Schutzinteresses stellen. Die im Jahr 2010 gescheiterte Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsver-

trags ist diesen Kriterien nicht gerecht geworden. Technische Mittel können immer nur Ergänzung, nicht aber Alternative zur Förderung von Medienkompetenz sein, verpflichtende Filter lehnen wir zudem ab. Wir wollen die Forschung über konkrete Gefährdungen für Kinder und Jugendliche im Internet intensivieren und fördern. Die anstehende Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags werden wir konstruktiv und im Sinne der von uns definierten Bedingungen begleiten und lehnen die erneut einsetzende Tendenz zur Hinterzimmerpolitik ab.

Werbeschaltungen auf Internetseiten mit verbotenen Inhalt wollen wir bekämpfen, Gewinnerzielung durch Rechtsverletzungen wollen wir stoppen.

Prävention ist die wichtigste Maßnahme. Wir wollen die Selbstbestimmung durch die lebenslang begleitende Vermittlung von Medienkompetenz fördern. Es geht darum, Kompetenzen zu vermitteln, wie man seine eigenen Daten schützt, Inhalte einordnet, welche Rechte und Pflichten man besitzt oder auch wie man sich bspw. gegen Falschbehauptungen wehren kann. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Medienkompetenzvermittlung in der ErzieherInnen-, BetreuerInnen- und LehrerInnenausbildung bundesweit als eigener Gegenstandsbereich etabliert wird.

3. Bürgerrechte in der digitalen Welt stärken

Seit über einem Jahrzehnt erleben wir den Abbau, die Aufweichung und Relativierung von Grundrechtsstandards. Uns reicht es deshalb nicht aus, nur den Erhalt der Bürgerrechte zu fordern. Wir GRÜNE wollen unsere Bürgerrechte wieder stärken und dem neu geschaffenen Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme gesetzlich Geltung verschaffen. Das Fernmeldegeheimnis des Artikels 10 GG wollen wir zu einem umfassenden Kommunikations- und Mediennutzungsgeheimnis weiterentwickeln, das die digitale Welt umfasst. So darf unter dem Deckmantel der sogenannten Cybersicherheit nicht der Abbau eines freien und offenen Internets vorangetrieben werden. Bürgerrechtsfeindliche Gruselstücke wie die Vorratsdatenspeicherung oder die heimliche Online-Durchsuchung von Computern haben in einer frei-

en, rechtsstaatlichen Gesellschaft keinen Platz. Die massive Ausweitung der Bestandsdatenauskunft, die von CDU/CSU, FDP und SPD vorangetrieben wurde, lehnen wir ab.

Die informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf öffentliche Informationen – die Informationsfreiheit – stehen für uns im Mittelpunkt unserer Arbeit für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Ohne Datenschutz gibt es kein freies Internet. Privatsphäre ist auch im digitalen Zeitalter kein Relikt alter Tage. Im Gegenteil: Der effektive Schutz und die gesetzliche Absicherung pseudonymer und anonymer Kommunikation erfüllt eine Schlüsselrolle für die Privatheit im Internetzeitalter. Werbung ist im Internet zu einer bedeutenden Finanzierungssäule von unentgeltlichen Angeboten geworden. Die Werbewirtschaft ist bereit, für präzise Zielgruppen hohe Beiträge zu zahlen, und träumt von „gläsernen Kunden“, deren Spuren komplett auswertbar sind. Gegen die exzessive Sammlung von Daten zur Erstellung von Kundenprofilen setzen wir uns für transparente und faire Regeln ein. Wir wollen die Macht von selbstbestimmten und informierten Bürgern sichern. Indem wir die ausdrückliche Einwilligung zur Speicherung und Verarbeitung von Daten zum Grundprinzip machen. Wir fordern ein Verbot von computerbezogenem Tracking durch Cookies, das von Bürgerinnen und Bürgern nicht bemerkt wird.

Ebenso grundlegend ist der präventiv wirkende, gesetzlich verpflichtende Datenschutz durch Technik (Privacy by Design und Privacy by Default) sowie der Schutz vor ungewollter Profilbildung und automatisierter Bewertung (Scoring) von Daten. Das gilt gegenüber dem Staat wie gegenüber Unternehmen und anderen privaten Stellen. Deshalb unterstützen wir eine Reform des europäischen Datenschutzrechts, die unter anderem den Datenschutz gegenüber Unternehmen aus Drittstaaten stärkt und die Durchsetzungsbefugnisse für die Datenschutzbehörden erhöht. Damit wird auch der Grundrechts- und Verbraucherschutz gegenüber Anbietern sozialer Netzwerke verbessert. Mobbing im Internet ist kein Kavaliersdelikt. Bezüglich des Schutzes von Persönlichkeitsrechten wollen wir die Anbieter noch stärker an ihre Verantwortung erinnern. Deshalb muss ein besserer Schutz für die Opfer erreicht werden. Gerade in sozialen Netzwerken müssen sie der gesetzlichen Verpflichtung, entsprechende

Inhalte unverzüglich nach Kenntnisnahme zu löschen (Notice and Take down), effektiv nachkommen.

Jede und jeder braucht verbriefte und durchsetzbare Rechte, um den Weg der eigenen Daten nachverfolgen, Auskunft über gespeicherte Daten erlangen, die Weitergabe unterbinden und ihre permanente und umgehende Löschung veranlassen wie auch andere Schutzrechte durchsetzen zu können. Unser Leitbild zur Demokratie im digitalen Zeitalter und wie wir damit die digitale Demokratie fördern wollen, beschreiben wir im Kapitel „Demokratie erneuern“.

4. Öffentlichkeit herstellen: eine neue Medienpolitik

Die Medien leisten einen entscheidenden Beitrag zum Zugang zu Informationen und Wissen. Nach wie vor sind die klassischen Medien – Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen – die meistgenutzten Informationsquellen für viele Menschen. Zunehmend wichtiger werden jedoch auch neue, digitale Angebote. Wir GRÜNE setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Wir machen uns stark für unabhängige Medien und eine hohe Qualität der Inhalte.

Die Unabhängigkeit der Medien ist elementar, damit sie den Staat kontrollieren können. Wir fordern deshalb eine staatsferne Besetzung der Aufsicht bei ARD, ZDF und Deutschlandradio und wollen die Zusammensetzung der Rundfunkräte, des Fernsehrats und des Hörfunkrats an die veränderten gesellschaftlichen Realitäten anpassen. Auch bei privaten Medien sollen die Eigentumsverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger transparenter sein. Die Zulassung und Kontrolle bundesweiter Rundfunkprogramme und -veranstalter durch die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) hat sich in unseren Augen nicht bewährt, da die föderalen Interessen weiterhin im Vordergrund gestanden haben. Um dies zu ändern, werden wir uns für die Errichtung einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder einsetzen. Ein qualitativ hochwertiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk muss auch in der digitalen Welt eine wichtige Rolle spielen. Weil die Nutzerinnen und Nutzer zunehmend über das Internet Rundfunkangebote nutzen, müssen die Angebote der öffentlich-rechtlichen Anstalten dort auch dauerhaft präsent sein. Wir wollen

deshalb die Depublikationspflicht von ARD und ZDF beenden. Wir möchten die Inhalte stattdessen künftig frei zugänglich und durch freie Lizenzen nutzbar machen, bei angemessener Vergütung der UrheberInnen. Wir sind der Überzeugung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk alle Generationen auf geeignete Art und Weise erreichen muss, und das gerade auch in seinen Hauptprogrammen. Darüber hinaus begrüßen wir den Aufbau eines eigenständigen Jugendsenders von ARD und ZDF ausdrücklich.

Wir sehen mit Sorge, dass die vielfältige Zeitungslandschaft in Deutschland unter starkem ökonomischem Druck steht. Auch wenn die digitalen Medien zunehmen, sind viele Online-Angebote nach wie vor über die Printausgaben finanziert, die mit sinkenden Werbeeinnahmen und sinkenden Abos zahlen umgehen müssen. Immer mehr kleinere und lokale Zeitungen werden eingestellt, Redaktionen zusammengelegt und ausgelagert sowie RedakteurInnen entlassen. Wenn Zeitungen eingestellt werden, wird die Grundlage für die demokratische Meinungs- und Willensbildung geschmälert. Die Anzahl der freien JournalistInnen nimmt seit Jahren zu – gleichzeitig wird ihre Bezahlung immer schlechter. Die sinkenden Zeilenhonorare haben negative Auswirkungen auf die Zeit für Recherche und damit die Qualität der Berichterstattung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kontrolle und Durchsetzung der Vergütungsregeln für JournalistInnen in Zukunft gewährleistet wird. Das Leistungsschutzrecht für Presseverlage lehnen wir ab, es wird an der derzeitigen Situation nichts verändern. Es birgt die Gefahr, dass die online verfügbaren Informationen und die Medienvielfalt weiter eingeschränkt werden. Stattdessen wollen wir auf Basis wissenschaftlicher Erhebungen eine Debatte über Stiftungsmodelle und Geschäftsmodelle, unterstützende, indirekte und gezielte Förderung und die Rolle des Bürgerjournalismus anstoßen. Zu klären ist, wie ein qualitativ hochwertiger, aber auch investigativer Journalismus in Zukunft finanziert oder gefördert werden kann, ohne die Verleger und Veranstalter aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

5. UrheberInnen stärken, fairen Interessenausgleich aushandeln

Das Internet revolutioniert den Zugang zu Kulturgütern und bietet enorme Chancen für NutzerInnen, UrheberInnen und die kulturelle Vielfalt, da es schnelle, kostengünstige, unbegrenzte Vervielfältigungsmöglichkeiten bei gleichbleibender Qualität und ein globales Verbreitungspotential bietet. Gleichzeitig stellt es massive Herausforderungen an das bestehende Urheberrecht. Leitbild für unsere politische Arbeit in diesem Bereich ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Dass jede und jeder das Recht hat, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und an dessen Errungenschaften teilzuhaben. Genauso hat jede und jeder das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihr/ihm als UrheberIn von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

Wir GRÜNE wollen auch weiterhin einen transparenten gesellschaftlichen Prozess zur Modernisierung und Reform des Urheberrechts gestalten. Ziel ist es, einen neuen Konsens über einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der UrheberInnen, der VerwerterInnen sowie den Interessen der NutzerInnen und der Allgemeinheit zu verhandeln. Für uns geht es um ein Urheberrecht für das 21. Jahrhundert, das hohe Akzeptanz genießt, UrheberInnen schützt, eine angemessene Vergütung sichert und gleichzeitig aber auch Nutzerrechte stärkt und Innovationen fördert.

Dem Ruf nach Warnhinweismodellen, einem Ende der Anonymität, der Sperrung von Internetseiten oder Internetanschlüssen, der Filterung von Inhalten, dem ausufernden Abmahnwesen und einer verpflichtenden Speicherung von Telekommunikationsdaten erteilen wir GRÜNE weiterhin eine klare Absage. Wir treten für eine Politik ein, die auf vergüten statt verfolgen setzt. UrheberInnen und KünstlerInnen stärken wir durch eine Reform des Urhebervertragsrechts, um sie fairer an den Erträgen der Verwertung ihrer Werke zu beteiligen.

Die Möglichkeit der kollektiven Wahrnehmung der Rechte von UrheberInnen durch Verwertungsgesellschaften ist ein entscheidendes Instrument, um eine angemessene Vergütung praktikabel sicherzustellen. Auch wenn nicht alle Verwertungsgesellschaften

über einen Kamm zu scheren sind, wollen wir mehr gleichberechtigte Mitsprache sicherstellen. Die Verwertungsgesellschaften müssen gerechter, transparenter und demokratischer werden, wir werden dies rechtlich soweit möglich vorantreiben und unterstützen Initiativen wie auch die Verwertungsgesellschaften selber, diese Reformschritte zu gehen. Mitglieder einer Verwertungsgesellschaft müssen alternative Lizenzmodelle wie „Creative Commons“ nutzen oder andere Geschäftsmodelle entwickeln können.

Heute werden Werke auf den unterschiedlichsten Geräten gespeichert und wiedergegeben. Diesen Mehrgewinn an Nutzungen wollen wir schützen und durch eine Stärkung des Rechts auf digitale Privatkopie sicherstellen. Dieses darf technisch nicht eingeschränkt werden.

Durch den digitalen Wandel verschwimmen Grenzen. Hierdurch wird der kreative Umgang mit geschützten Inhalten Dritter erleichtert. Die kreative Weiterentwicklung geschützter Inhalte unterliegt im nichtkommerziellen Rahmen nicht dem Zugriff der UrheberInnen und KünstlerInnen, dies wollen wir durch eine zusätzliche urheberrechtliche Schranke für nichtkommerzielle Formen der transformatorischen Nutzung, die auf die Weiterentwicklung und Bearbeitung vorhandener oder urheberrechtlich geschützter Werke zielen, gesetzlich absichern. Wo der Bereich des Nichtkommerziellen jedoch verlassen wird, sind die UrheberInnen angemessen zu vergüten. Urheberpersönlichkeitsrechte sind auch bei der Transformation von Werken zu wahren.

Wir unterscheiden „nichtkommerziell“ von „kommerziell“, wie folgt: Wird urheberrechtlich geschütztes Material auf einer Internetseite oder Plattform direkt angeboten, die in nicht geringfügigem Maße Einnahmen durch Spenden, Beiträge von Mitgliedern wie KäuferInnen oder durch Werbung oder Verlinkung hat, so ist dies ein kommerzielles Ausmaß. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle zum Erwerb von Rechten an Werken für Bearbeitung, Interpretation, Remix und Mashup mit kommerzieller Absicht schaffen und so die verworrene Rechtklärung vereinfachen. Freie Lizenzen wollen wir attraktiver machen und diese in die öffentliche Förderung mit einbauen. Häufig sind den NutzerInnen Umfang und Geltungsbereich ihrer Lizenzen nicht immer klar, diese müssen den NutzerInnen daher verständlich mitgeteilt werden. Außerdem sollen NutzerInnen über

eine „One-Click-Lizenzierung“ in der EU Lizenzen zur kommerziellen Nutzung erwerben können.

Jährlich flattern hunderttausende Abmahnungen wegen der Zugänglichmachung geschützter Musiktitel oder Filme ins Haus, die teilweise nicht die Interessen der UrheberInnen, sondern die Profitinteressen von AnwältInnen bedienen. Dieses Abmahnunwesen wollen wir beenden und setzen uns für klare rechtliche Grenzen ein, ohne berechnete Interessen der UrheberInnen unangemessen zu beschneiden. Wir wollen den Streitwert deutlich senken, den fliegenden Gerichtsstand beenden, Abmahnungen nur für Handlungen im geschäftlichen Verkehr zulassen, eine Kostenerstattung für die zahlreich zu Unrecht Abgemahnten einführen. Den Drittauskunftsanspruch gegenüber Privaten wollen wir auf den geschäftlichen Verkehr beschränken.

Die kommenden Jahre werden entscheiden, ob sich neue Geschäftsmodelle im digitalen Kulturmarkt durchsetzen, die sowohl eine angemessene Vergütung für UrheberInnen sichern als auch die kulturelle Teilhabe aller Menschen gewährleisten. Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, werden wir unterstützen und aktiv begleiten. Ein Scheitern dieser Geschäftsmodelle wird ein gesetzgeberisches Eingreifen erfordern, das einerseits eine angemessene Vergütung sichert und andererseits dem Drang nach noch mehr Repression entgegentritt. Um dies zu erreichen, diskutieren wir intensiv die Einführung einer Pauschalabgabe auf Breitbandinternetanschlüsse. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu ein umfangreiches Gutachten vorgelegt, welches wir weiter auswerten wollen, offene Fragen bei einem solchen Ansatz klären möchten und dieses perspektivisch weiterentwickeln wollen. In diesem Zusammenhang wollen wir eine neue Schranke für privaten Upload auf europäischer Ebene einführen, um bestehende Hürden abzubauen.

Wissenschaft und Forschung können immens von den digitalen Möglichkeiten profitieren, denn Wissen wächst, wenn man es teilt. Wir wollen auch im Wissenschaftsbereich urheberrechtliche Hindernisse für den Zugang abbauen und setzen uns für frei verfügbare wissenschaftliche Publikationen (Open Access), ein gesetzliches Recht auf entsprechende Veröffentlichungen für mit öffentlichen Mitteln geschaffene Werke und für freie Forschungsdaten (Open Data) ein.

Im Rahmen der öffentlichen Forschungsförderung soll Open Access zur verpflichtenden Bedingung gemacht werden. Zudem wollen wir ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht schaffen.

Wir wollen eine umfassende Wissenschaftsschranke einführen. Die Nutzung publizierter Werke jedweder medialer Art sollte für den nicht gewerblichen, wissenschaftlichen Gebrauch grundsätzlich genehmigungsfrei und ohne Einschränkungen erlaubt sein.

Wer GRÜN wählt ...

- votiert für ein freies, sicheres und barrierefreies Internet.
- stärkt die Bürgerrechte.
- fördert Green IT, freie Software und innovative Geschäftsmodelle.
- stellt den Zugang zu Breitbandinternet für alle sicher.
- stimmt für einen fairen Interessenausgleich im Urheberrecht.

Schlüsselprojekte

Freies und schnelles Internet für alle – Breitbandausbau vorantreiben

Die Freiheit im Internet ist keineswegs selbstverständlich und noch immer gibt es Regionen ohne schnellen Internetzugang. Zukünftig wird die Teilhabe von Jung und Alt vom Zugang zum Internet abhängen. Deshalb soll allen Haushalten und Unternehmen umgehend ein Breitbandanschluss von mindestens 6 Mbit/s zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen im zweistelligen Mbit/s-Bereich bis Ende der Legislaturperiode. So schaffen wir auch im ländlichen Raum einen besseren Zugang zur digitalen Welt. Diesen Universaldienst gestalten wir dynamisch. Finanziert wird er über einen Unternehmensfonds, wie es bereits für andere Dienste im Telekommunikationsgesetz vorgesehen ist. So stellen wir schnelles Internet für alle sicher und verankern zudem die Netzneutralität gesetzlich.

Ein modernes und faires Urheberrecht – das Abmahnwesen beenden

Statt den bürgerrechtsfeindlichen Rufen nach Internetsperren, Warnhinweisen oder dem Ende der Anonymität zu folgen, machen wir uns auf den Weg zu einem modernen und fairen Urheberrecht im Dialog mit allen Beteiligten. Durch ein verbessertes Urhebervertragsrecht wird die Verhandlungsposition von UrheberInnen gestärkt, eine angemessene Vergütung erreicht und ihnen klarere Rechte eingeräumt. Die transformatorische Nutzung (Remix/Mashup) von urheberrechtlich geschützten Werken im definierten nichtkommerziellen Umfang werden wir durch eine neue Ausnahmeregelung (Urheberrechtsschranke) im Urheberrecht absichern. Die digitale Privatkopie wird ermöglicht und das Abmahnwesen beendet. Verwertungsgesellschaften werden gerechter, transparenter und demokratischer.

Privatsphäre stärken – Vorratsdatenspeicherung verhindern und Datenschutz modernisieren

Cloud-Computing, Smart Grids, Big Data, soziale Netzwerke: Wir haben ein Recht auf Privatsphäre und doch werden von uns so viele Daten gesammelt und unkontrolliert verarbeitet wie noch nie. Mit uns wird es keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung geben. Stattdessen kämpfen wir für ein wirksames und modernes Datenschutzrecht in Deutschland und in Europa. Wir müssen den Datenschutz fit machen für das digitale Zeitalter und Überwachung durch den Staat sowie das völlig enthemmte Datensammeln von Unternehmen zurückdrängen. Dafür wollen wir Private stärker in die Pflicht nehmen, den Beschäftigtendatenschutz ausbauen und die Durchsetzung des Datenschutzes bei grenzüberschreitenden Datentransfers verbessern. Das sind die Grundlagen für einen zeit- und verfassungsgemäßen Datenschutz – ohne anlasslose Massenspeicherungen.

M. Demokratie erneuern

Wie wir Transparenz herstellen, Öffentlichkeit schaffen, Bürgerbeteiligung stärken und Repräsentation verbessern

Demokratie ist ein Erfolgsmodell. Politische Minderheiten können zu Mehrheiten werden. Unsere grüne Parteigeschichte zeigt es: Vom Atomausstieg bis hin zur eingetragenen Lebenspartnerschaft haben wir echte Politikwechsel bewirkt.

Aber wir sehen auch Krisensymptome. Im politischen Diskurs werden Zweifel laut, ob die Demokratie überhaupt in der Lage ist, globale Zukunftsfragen wie den Klimawandel zu gestalten, ob sie mit ihren Verfahren rasante Entwicklungen wie die Finanz- und Eurokrise in den Griff bekommt. Nicht zu vergessen sind die offenen Feinde der Demokratie, wie alte und neue Nazis.

Aber es gibt auch eine starke Gegenbewegung und viel Engagement für die Demokratie und deren Stärkung. Viele engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Parteien für das Gemeinwohl. Der Anspruch auf Beteiligung, auf gute Information und Transparenz wächst.

Die große Mehrheit will eine neue demokratische Kultur. Sie wollen eine starke Demokratie und haben erkannt, dass wir die Demokratie immer weiterentwickeln müssen. Wir nehmen diese Menschen ernst, denn Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen Verantwortung übernehmen können und auch wollen.

Wir wissen, Demokratie braucht die Einmischung aller. Alle müssen mitreden können und wir wollen alle darin bestärken, mitzumachen. Wir wollen unsere Demokratie vitalisieren. Deshalb fördern wir das Engagement vor Ort und schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene. Deshalb setzen wir auf Gehörtwerden und Hörbarmachen. Doch demokratische Teilhabe braucht Zeit und braucht eine neue Zeitpolitik.

Wir stehen für die demokratische Teilhabe aller. Sowohl durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten als auch durch eine bessere und geschlechtergerechte Repräsentanz. Dafür brauchen wir neue Verfahren, aber auch starke Parlamente. Bürgerbeteiligung ist für

uns kein Zustand, sondern ein Prozess, der Beteiligung fortentwickelt und allen Menschen offenstehen soll. Dafür bauen wir die sozialen Hürden unserer Demokratie ab und machen uns für schwache und weniger laute Stimmen stark. Wir sorgen für Transparenz und bekämpfen Korruption.

Demokratie schafft Zukunft. Gegen technokratische Machtsprüche und Expertokratie sagen wir deutlich: Demokratische Verfahren sind nicht das Problem. Im Gegenteil: Mehr Demokratie und Transparenz, mehr Dialog und Beteiligung sind die Lösung. Wir setzen auf gemeinsames Nachdenken – so können wir die Zukunft am besten gestalten.

1. Mitreden, gehört werden, mitentscheiden

Einmischen ist erwünscht! Basta-Politik war gestern. In den grün regierten Bundesländern haben wir bereits einen neuen Regierungsstil eingeleitet, eine Politik des Gehörtwerdens und des Hörbarmachens. Bürgerbeteiligung muss dafür so früh ansetzen, dass gegebenenfalls noch umgesteuert werden kann, und so organisiert werden, dass niemand vom Beteiligungsprozess ausgeschlossen wird. Deshalb fördern wir alle Angebote, an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes mitzuwirken. Alternative Methoden der Konfliktlösung wie Mediation oder Schlichtung wollen wir stärken. Gleichzeitig wollen wir bereits in einem frühen Planungsstadium Klagemöglichkeiten eröffnen. Es ist viel besser, von Anfang an in Planungsqualität, Dialog und Beteiligung zu investieren, als später in langjährige Verfahrensstreite oder gar in extrem teure Polizeigroßeinsätze. Bürgerbeteiligung ist nicht nur dort angesagt, wo gebaggert und gebaut werden soll. Wir GRÜNE haben immer wieder Positionspapiere, Anträge und Gesetzentwürfe online zur Diskussion gestellt, bevor sie in den Bundestag eingereicht wurden. Alle, die wollten, konnten sich so direkt einbringen und haben geholfen, unsere Entwürfe zu optimieren. Solche Konsultationen, mindestens per Internet, wollen wir auch bei Gesetzesvorhaben der Bundesregierung vorsehen und auch in geeigneter Weise mit Möglichkeiten zur Offline-Partizipation ausgestalten. Das erfolgreiche Instrument der „öffentlichen Petition“ wollen wir als eine Form der Bürgergesetzgebung weiterentwickeln. Offenes Re-

gierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Wir wollen die Informationsfreiheit verfassungsrechtlich stärken, ausweiten und Open-Data-Strategien durchsetzen.

Alle vier Jahre die Wahl zu haben, reicht nicht. Wir wollen auch im Bund direkte Demokratie ermöglichen. Sie kann die repräsentative Demokratie gut ergänzen. Die öffentliche Mobilisierung zu Sachthemen bringt frischen Wind in die politische Landschaft. Bislang verweigert sich vor allem die CDU/CSU einer dafür notwendigen Grundgesetzänderung. Aber wir lassen nicht locker, bis eine dreistufige Volksgesetzgebung mit Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid Wirklichkeit wird. Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die sich nach den Kriterien eines verfassungs- und europarechtlichen Gleichheitsartikels definieren, unzulässig sein. Auch Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden. Für die direkte Demokratie soll das Transparenzgebot gelten: Es muss Klarheit geben, aus welchen Finanzquellen sich Volksentscheid-Kampagnen speisen. Wie bei der Parteienfinanzierung möchten wir auch hier die Spendenhöhe begrenzen. Auf EU-Ebene wollen wir zu gesamteuropäischen Volksentscheiden kommen.

2. Parlamente stärken, Parteien öffnen

Die repräsentative Demokratie ist Garant für die Vertretung der gesamten Gesellschaft gegenüber Einzelinteressen. Unsere Demokratie braucht einen selbstbewussten Bundestag mit starken, unabhängigen Abgeordneten, die die Gesellschaft abbilden und dem Drängen mächtiger Interessen standhalten.

Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass der Bundestag bei europäischen Entscheidungen frühzeitig mitbestimmen kann, und setzen uns weiterhin für seine Stärkung ein. Das Parlament muss unabhängige Expertise haben, um für seine Entscheidungen nicht auf Informationen von Lobbyisten angewiesen zu sein und auch nicht alleine auf Regierungsdaten. Dafür braucht es ausreichende Ausstattung an wissenschaftlicher Dienstleistung einschließlich eines Justizi-

ariats. Auch wollen wir das Parlament – wie in den USA – über ein unabhängiges „Budget-Office“ im Haushaltsverfahren stärken. Die Kontrolle des Regierungshandelns wollen wir wirkungsvoller ausgestalten, die Rechte von Untersuchungsausschüssen stärken.

Zur Demokratie gehören Parteien für die Bündelung, Vertretung wie Austarierung unterschiedlicher Werthaltungen und Interessen. Parteien müssen sich für mehr Transparenz und Mitbestimmung öffnen. Wir GRÜNE reden nicht nur davon, sondern haben in dieser Legislaturperiode eine Vielzahl entsprechender Initiativen für mehr Transparenz in den Bundestag eingebracht, Beteiligung und Mitarbeit ermöglicht und handeln auch danach: Als erste Partei haben wir die SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl verbindlich über eine Urabstimmung gewählt.

3. Demokratie im Alltag beleben

Kern der Demokratie ist die politische Gleichheit aller. Wir wollen keine Demokratie, die von einigen wenigen gestaltet wird, die dafür über die notwendigen Ressourcen – insbesondere Zeit – verfügen und ihre Interessen durchsetzen. Wir wollen die leisen und unterrepräsentierten Stimmen hörbar machen. Wir setzen daher auf neue, niedrigschwellige Verfahren der Bürgerbeteiligung, bei denen von Anfang an alle gesellschaftlichen Gruppen auf Augenhöhe eingebunden werden und die Chance bekommen, dass auch ihre Interessen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden. Gut geplante und moderierte Bürgerbeteiligung ermöglicht bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen einen Lernprozess, in welchem sie über die Vertretung der eigenen unmittelbaren Interessen hinaus die Perspektiven der anderen Beteiligten kennen lernen und nachvollziehen und somit eine Vorstellung von Gemeinwohl entwickeln, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft essentiell ist. Zu große Ballungen wirtschaftlicher und finanzieller Macht stehen im Widerspruch zum Prinzip politischer Gerechtigkeit und Gleichheit und damit zur Demokratie. Dem muss nicht nur ordnungspolitisch entgegengewirkt werden, sondern auch mit Demokratisierung von innen, zum Beispiel durch Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten und Reformen im Aktienrecht.

Mit dem Internet sind neue, digitale Öffentlichkeiten entstanden. Sie laden zum Informieren, Mitmachen und Einmischen ein. Beispiele gibt es viele: Seien es Online-Petitionen, kommunale Bürgerhaushalte, Blogs oder auch Wikipedia. Sie alle sind eine Frischzellenkur für unsere Demokratie und bringen mehr Transparenz- und Beteiligungsmöglichkeiten. Redaktionell-journalistischen und gleichzeitig nichtkommerziellen Angeboten im Netz wollen wir mit einer zeitgemäßen und übersichtlichen Regelung zur Impressumspflicht entgegenkommen und formale Hürden abbauen, wie den Zwang der Angabe einer ladungsfähigen Anschrift.

Demokratie ist nicht nur eine Sache für Profis und Parlamente. Sie wird nicht allein im Sozialkundeunterricht gelernt, sondern dann, wenn junge Menschen in den Institutionen selbst mitgestalten können. Wir wollen das Wahlalter auch auf Bundesebene auf mindestens 16 Jahre absenken. Das Wahlrecht für Betreute und Obdachlose muss gewährleistet werden, der Zugang zu politischer Betätigung für alle Menschen barrierefrei sein.

Wir wollen den Zugang zum Wahlrecht durch eine Einbürgerungsoffensive erleichtern. Wir streben die demokratische Teilhabe aller Menschen an, die längerfristig hier leben. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen ohne deutschen Pass oder Unionsbürgerschaft eröffnen.

Angesichts der geringen Frauenanteile in den Parlamenten und Kommunalvertretungen haben wir die Absicht, eine gesetzliche Regelung zur Quotierung zu schaffen, um die Geschlechterparität bei den Mandaten zu befördern. Denn zur Demokratie gehört Geschlechtergerechtigkeit.

Es braucht weiterhin nicht von Kommerz beherrschten Raum in den Innenstädten, der Menschen aus allen Schichten offensteht, ebenso Begegnungsorte vom Bürgerzentrum bis zur Volkshochschule. Maßnahmen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen von öffentlichen Plätzen fernhalten sollen und sie so stigmatisieren und oder gar kriminalisieren, lehnen wir ab. Ziel grüner Ordnungspolitik ist ein friedliches Miteinander aller Menschen jeden Alters, ohne dass einzelne Gruppen in ihrer Lebensführung beeinträchtigt werden. Zur Demokratie gehören Demonstrationen und Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnah-

men wie pauschales und anlassloses Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Die Polizei braucht genug Personal, gute Ausbildung und eine moderne Ausrüstung, um das Recht auf Demonstration durchzusetzen.

4. Engagement fördern

Über Jahrzehnte ist eine vielfältige Kultur des Engagements entstanden. Bürgerinitiativen für die Revitalisierung von Stadtvierteln, Migrantenselbstorganisationen, selbstorganisierte Kinderläden, Frauengesundheitszentren bis hin zu neueren Formen wie Bürgerstiftungen, Wohnprojekten und Integrationsbetrieben. Bürgerschaftliches Engagement braucht mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung, auch eigene feste Orte und Einrichtungen. Wir wollen die in vielen Städten und Gemeinden entstandenen Freiwilligenzentren und Einrichtungen zur Engagementförderung stärken. Unser Ansatz zielt zudem darauf, auch Ausgegrenzte einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben.

Freiwilligendienste sind eine besondere Form bürgerschaftlichen Engagements. Ihr Charakter als Lern- und Orientierungsdienst muss erhalten bleiben. Sie dürfen aber nicht der Ersatz für wegfallende staatliche Leistungen sein. Wir wollen in einem Freiwilligendienstes-tatusgesetz einen gesetzlichen Rahmen schaffen, damit die Freiwilligendienste in zivilgesellschaftlicher Ausrichtung und Organisation weiterentwickelt werden. Eine breite Vielfalt von Einsatzmöglichkeiten und die Trägerschaft auch kleinerer Organisationen muss ermöglicht werden. Wichtig ist auch, dass Freiwillige aktiv in die Ausgestaltung und Entwicklung der Projekte einbezogen werden. Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance bekommen, in einer wichtigen Lebensphase soziale, ökologische und kulturelle Fähigkeiten in einem Jugendfreiwilligendienst zu entfalten.

Wir wollen das Engagement von Kindern und Jugendlichen in demokratischen Strukturen fördern. Je früher demokratische Verfahrensweisen selbstwirksam erfahrbar gemacht werden, desto größer ist die Akzeptanz für die Demokratie. Dabei ist es notwendig, Kindern und Jugendlichen den Rahmen der Beteiligung so weit wie möglich selber gestalten zu lassen und Vertrauen in ihr Verantwortungsbe-

wusstsein zu legen. Wir wollen die vielfältige Arbeit der Jugendverbände, gemeinnützigen Vereine und freier Initiativen erhalten und ihre Finanzierung trotz schwieriger Haushaltslage sicherstellen.

5. Informationsfreiheit und Transparenz konsequent ausbauen

Der Zugang zu öffentlichen Daten ist ein Grundrecht, das wir ausdrücklich im Grundgesetz verankern möchten. Informationen staatlicher Stellen gehören den Bürgerinnen und Bürgern und nicht den Verwaltungen. Mehr Transparenz stärkt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen des staatlichen Handelns. Diese Abkehr von der Geheimniskrämerei ist ein großer Schritt in Richtung mehr Demokratie und einer Reform der öffentlichen Verwaltungen.

Wir wollen das – maßgeblich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2006 durchgesetzte – Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ausbauen zu einem umfassenden Transparenzgesetz. Der überbordende Katalog der Ausnahmeregelungen ist gründlich abzuspecken. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und das Urheberrecht dürfen nicht länger das Instrument zur Verhinderung von mehr Transparenz sein.

Das Recht auf Informationszugang ist selbstverständlich nicht schrankenlos. So muss weiter umfassender Datenschutz gewährleistet sein. Ausnahmen vom Grundsatz der Informationsfreiheit müssen aber gut begründet werden.

Informationen sollen nicht nur auf Anfrage herausgegeben werden. So gehören Verträge der öffentlichen Hand ins Netz und nicht in den Panzerschrank. Staatliche Stellen sollen – proaktiv – ihre Informationen, z.B. Dokumente, Analysen, Gutachten, Erhebungen oder Statistiken von sich aus als offene Daten frei verfügbar machen (Open Data). Dafür wollen wir ein tatsächlich funktionsfähiges und erweitertes bundesweites Internetportal, in dem Daten aus Bund, Ländern und Kommunen veröffentlicht werden.

Auch der Bundestag muss sein Open-Data-Angebot deutlich verbessern. Ein zukunftsfähiges Open-Data-Konzept muss technische und rechtliche Offenheit der Informationen garantieren. Auf der technischen Seite ist vor allem die Maschinenlesbarkeit der Daten zentral. Rechtliche Offenheit bedeutet, dass jeder die Informationen

ohne weitere Genehmigung weiterverwenden kann. Dabei streben wir die vollständige, zeitnahe, diskriminierungs- und barrierefreie Veröffentlichung von Rohdaten an. Die Open-Data-Verpflichtungen der Behörden wollen wir in einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0 verankern.

Den freien Zugang zu Daten verstehen wir als eine Triebfeder der Wissensgesellschaft. Die Erfahrungen aus anderen Staaten zeigen, dass die umfangreiche, offene und freie Bereitstellung von Daten des öffentlichen Sektors neue wirtschaftliche Impulse geben kann: Durch Weiterverarbeitung, Veredelung und Weiterverbreitung können aus offen bereitgestellten Daten neue Anwendungen, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entstehen. Auch für den Bereich Bildung und Wissenschaft birgt die angestrebte Transparenz und Zugänglichkeit der Daten enormes Innovationspotential. Für alle staatlichen Veröffentlichungen, auch die von Parlamenten, fordern wir die Verwendung von freien Datenformaten und die entsprechende Auswahl von Nutzungslizenzen zur privaten wie zur kommerziellen Nutzung. Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln muss Standard werden. Transparenz bedeutet auch, Licht ins Dunkel des Bundessicherheitsrats zu bringen. Dort werden geheim Rüstungsexportentscheidungen gefällt. Seine Beschlüsse gehören umgehend begründet und veröffentlicht.

Transparenz ist auch die beste Vorbeugung gegen Filz. Bund, Länder und Gemeinden vergeben jährlich Aufträge im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro. Damit kein Cent davon an zweifelhafte Firmen geht, brauchen wir ein bundesweites Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. So wird der faire Wettbewerb zugunsten redlicher Unternehmen erhalten. Korruption im Konzern, Skandale in der Massentierhaltung oder Missstände im Pflegeheim kommen oft erst durch dort Beschäftigte ans Tageslicht. Diesen sogenannten Whistleblowern drohen häufig Repressalien bis zur Kündigung. Wir wollen sie deshalb gesetzlich wirksam schützen.

Die Organisation und Artikulation von Interessen ist ein Kernbestandteil einer pluralistischen Gesellschaft. Aber viele Menschen zweifeln, dass es auf ihre Stimme überhaupt noch ankommt, wenn Lobbys mit großem Geld im Rücken immer mehr Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Ein verpflichtendes Lobbyistenregister soll da-

her transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss auf ein Gesetz genommen hat. Wir wollen eine Karenzzeit für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien wollen wir ein Ende machen.

Wir wollen mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu ein Transparenzgesetz vorgelegt. Die anderen Parteien mauern. Wir lassen beim Kampf für die Integrität der politischen Institutionen nicht locker. Unternehmen, die einen Antrag zur Genehmigung von Rüstungsexporten stellen, müssen im Antragsverfahren darlegen, ob und in welcher Höhe sie in den zurückliegenden fünf Jahren Spenden an Parteien und MandatsträgerInnen geleistet haben.

Wir wollen die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Dann kann Deutschland endlich die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren, wie das 160 Staaten bereits getan haben. Dass Schwarz-Gelb sich bislang weigert, ist peinlich für unser Land.

6. Entschlossen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorgehen

Alte und neue Nazis sind vielerorts bereits tief verankert, sie haben durch ihr Auftreten vielerorts „Angst-Räume“ geschaffen, in denen Menschen sehr real Einschüchterung und Bedrohung erfahren, wenn sie in das menschenfeindliche Raster der Nazis passen oder sich gegen sie aktiv zur Wehr setzen. Doch in einigen Regionen herrscht ein viel zu unkritischer Umgang mit ihnen auch in den Kommunalparlamenten. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen, nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft anzutreffen sind. Gleichzeitig gibt es oftmals eine erfreuliche zivilgesellschaftliche Gegenwehr. Wo im-

mer BürgerInnen sich gegen Nazis engagieren, durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen, haben sie die volle Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr Engagement für die Demokratie verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung statt Verdächtigung und Repression.

Deshalb werden wir die diskriminierende „Extremismusklausel“ der Bundesministerin Schröder abschaffen, die ausgerechnet Demokratieinitiativen unter Generalverdacht stellt. Wir wollen, dass der Bund für die Demokratieförderung und den Kampf gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dauerhaft jährlich 50 Mio. Euro bereitstellt. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe. Daher wollen wir zusammen mit den Ländern und der Zivilgesellschaft eine neue Förderstruktur entwickeln, wodurch Programme, die in den vergangenen Jahren wiederholt positiv evaluiert wurden, eine langfristige Planungsperspektive erhalten. Für staatliche Institutionen und Vereine muss es Hilfestellung und Angebote zur Rechtsberatung geben, wie sie rechten Aktivitäten und Unterwanderungen entgegenwirken können, auch in Bezug auf Immobilienankäufe durch Rechtsextreme. Grundsätzlich müssen alle Maßnahmen gegen Rechtsextremismus geschlechtersensibel angeboten werden.

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen gerade nach ihrem unfassbaren Versagen bei der Aufdeckung der NSU-Morde den Blick nach rechts schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und in ihre Analysen einbeziehen. Immer noch nicht vollständig aufgeklärt ist das Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Wir wollen, dass die Hintergründe dieses schwersten Anschlages in der Geschichte der Bundesrepublik endlich und restlos aufgeklärt werden. Unsere Vorstellungen zum dringend notwendigen Umbau der deutschen Sicherheitsarchitektur beschreiben wir im Kapitel „BürgerInnenrechte stärken“. Die Strukturen der extremen Rechten müssen auch stärker unter Gendergesichtspunkten betrachtet werden. Geeignete Aussteigerprogramme wollen wir stärken. Gerade Frauen, die die Naziszene verlassen wollen, benötigen für sich und ihre Kinder gezielte Angebote. Darüber hinaus

müssen vor allem Polizei und Justiz ausreichend für dieses Thema sensibilisiert werden. Auch wenn es kein Allheilmittel ist und nur ein Baustein im Kampf gegen rechts sein kann, haben wir Interesse an einem erfolgreichen Verbotsverfahren des Bundesrates gegen die NPD. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, menschenverachtende und rechtsextreme Partei, die in vielen Regionen eng mit gewaltbereiten Gruppierungen wie Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten zusammenarbeitet. Ein Verbot der NPD würde finanzielle und organisatorische Strukturen der rechtsextremen Szene in erheblichem Ausmaß zerschlagen.

Weitere politische Gruppen und Internetportale betreiben ihr Geschäft mit dem populistischen Schüren von Ängsten vor „Überfremdung“, mit Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, sozialdarwinistischen Thesen, Transphobie, Homophobie oder der Diffamierung alternativer Jugendkulturen. Neue rechte Initiativen versuchen besonders im Internet gezielt mit einer jugendlichen Sprache und einem optisch ansprechenden Stil junge Menschen anzusprechen und so ihre Ideologien, ihre gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und im speziellen ihren antimuslimischen Rassismus zu propagieren. Das liefert rechten Schlägern eine ideologische Rechtfertigung. Diese Grauzonen zwischen rechtskonservativer und rechtsextremer Ideologie wollen wir ausleuchten. Die politische Bildungsarbeit muss darauf reagieren und mit Aufklärung, Bildung und Unterstützung demokratischer Initiativen neuen rechten Sprach- und Denkweisen entgegenwirken. Rassismus und andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben in unserem Land keinen Platz.

Wer GRÜN wählt ...

- bekommt mehr Rechte und Möglichkeiten für Beteiligung und Engagement.
- erhält eine moderne und offene Verwaltung.
- zeigt klare Kante gegen Korruption.
- stimmt in Zukunft öfter ab: mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden.
- stärkt den Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und unterstützt die Opfer rechter Gewalt.

Schlüsselprojekte

Demokratische Beteiligung fördern durch mehr Mitbestimmung

Wir wollen ein neuartiges Planungsrecht für Infrastrukturgroßprojekte einführen. In diesen Verfahren haben Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und zu beteiligen. Wir setzen auf Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung auf jeder Stufe der Planungs- und Entscheidungsverfahren, gerade auch bei mehrjährigen Planungsprozessen. Die demokratische Mitwirkung muss über die Beteiligung an Planungsverfahren hinausgehen. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht nur bei Großprojekten die Möglichkeit haben, direkt abzustimmen. Wir streiten für die politische Mehrheit zur Änderung des Grundgesetzes, um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen einzuführen und so die Demokratie zu stärken.

Rechtsextremismus entschieden entgentreten – Projekte gegen Rechtsextremismus systematisch fördern

Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Rassismus, Transphobie und Homophobie sind leider allzu oft Alltag in Deutschland. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Mit unserer Offensive für Demokratie gegen rechts setzen wir alles daran, die durch Rechtsextreme bedrohten Orte und Regionen für unsere Demokratie zu schützen. Die Verantwortung für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe müssen Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft gemeinsam tragen. Die Umsetzung der gesamtstaatlichen Aufgabe muss unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erfolgen. Dafür bauen wir die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft und einer demokratischen Alltagskultur aus, denn Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe und muss eine zukunftsfeste Finanzgrundlage erhalten. Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen. Er muss mindestens 50 Mio. Euro jährlich für die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Strukturen für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen. Außerdem wollen wir die unsägliche Extremismusklausel abschaffen. So werden wir dem Rechtsextremismus ebenso entschieden entgentreten wie rechtspopulistischen Haltungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der gesamten Gesellschaft.

Mit Transparenz Korruption bekämpfen – Informationsfreiheitsgesetz ausbauen

Schwarze Kassen, Schmiergelder und Politfilz sind ein Problem für die Demokratie. Einzelne profitieren so auf Kosten der Gesellschaft. Wir sorgen für mehr Klarheit mit einem Korruptionsregister für wirtschaftskriminell auffällig gewordene Unternehmen. Mit einem verpflichtenden Lobbyistenregister wollen wir transparent machen, wer mit wie viel Geld Einfluss nimmt. Wir wollen im Rahmen der anstehenden Parteiengesetzreform die Spendenmöglichkeit auf natürliche Personen mit einer jährlichen Obergrenze beschränken. Für ausscheidende Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien wollen wir eine Karenzzeit, während der keine Lobbytätigkeit

auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf. Die Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten wollen wir weiter verbessern und Abgeordnetenbestechung konsequent unter Strafe stellen. Mehr Transparenz verschafft auch die Weiterentwicklung der bestehenden Informationsfreiheitsgesetze zu einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0, mit dessen Hilfe Daten zukünftig proaktiv zur Verfügung gestellt werden (Open Data). So erhöhen wir die Transparenz politischer Entscheidungen und ermöglichen Beteiligung.

N. BürgerInnenrechte stärken

Wie wir Freiheit stärken, Sicherheit rechtsstaatlich gestalten und Diskriminierung überwinden

Immer mehr Unternehmen sammeln umfassend Daten, erstellen Profile von uns und verkaufen die Informationen weiter. Die Sicherheitsbehörden sollen immer weitreichendere Befugnisse bekommen, Computer auszuspähen. Ein Fluggastdaten-Abkommen der EU mit den USA zwingt uns auf Reisen zur Preisgabe umfangreicher Daten. Mit den BürgerInnenrechten steht es nicht zum Besten.

Sicherheit bedeutet in einer freien Gesellschaft aber Sicherung der Freiheit. Freiheit ist Voraussetzung für volle gesellschaftliche Teilhabe. Das zu ermöglichen, ist die Aufgabe eines Rechtsstaates. Wir wollen Terrorismus und Kriminalität bekämpfen, ohne die Freiheitsrechte aufzugeben. Doch stattdessen werden bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden eine Million Handydaten völlig unbeteiligter BürgerInnen abgefragt und auch sonst informieren sich staatliche Stellen über uns – bei Banken, Internetunternehmen oder Telekommunikationsanbietern.

Wir sind diese permanente Grenzüberschreitung leid. Jeder und jede hat ein Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben, ohne die Blockaden durch Vorurteile, Sexismus und Rassismus. Wir merken, dass es vielen Bürgerinnen und Bürgern genauso geht.

Wir stehen zu einer offenen und inklusiven Gesellschaft, an der alle teilhaben können. Dazu gehört die Anerkennung von Vielfalt, vielfältigen Lebensweisen und Identitäten. Es ist nicht hinzunehmen, wenn beispielsweise junge Menschen trotz gleicher Qualifikation deutlich schlechtere Chancen haben, zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden oder erfolgreich eine Mietwohnung zu finden, wenn sie einen (vermeintlich) nicht deutsch klingenden Nachnamen tragen. Wir sehen aber, dass es vielen so geht.

Wir sorgen dafür, dass Menschen sich ungehindert einmischen können – ohne dabei Angst vor Nachteilen oder Diskriminierung haben zu müssen. Und wir nehmen nicht hin, dass Menschen weiter

von demokratischen Rechten ausgeschlossen bleiben, obwohl sie schon lange hier leben.

Wir wollen eine Zukunft schaffen, in der nicht alles Mögliche über uns von irgendjemand gespeichert wurde, in der wir uns frei bewegen können, ohne überall beobachtet zu werden, und in der Freiheit statt Angst herrscht.

1. Sicherheit in den Dienst der Freiheit stellen

Eine freiheitliche Gesellschaft braucht BürgerInnen, die frei sind von Furcht vor Kriminalität, aber ebenso frei von Angst vor Überwachung durch den Staat. Niemand kann absolute Sicherheit gewährleisten – auch nicht auf Kosten oder unter Aufgabe der Freiheit. Aufgabe der Politik ist es, mit den Mitteln des Rechtsstaates für das größtmögliche gesellschaftlich verantwortbare Maß an Sicherheit zu sorgen, Grundrechte zu schützen und Bedrohungen effektiv abzuwehren, ohne dabei die Freiheit so weit einzuschränken, dass sie zu einer leeren Worthölse verkommt. Gläubige sind in gleicher Weise vor Beleidigung und Hetze geschützt wie andere Menschen auch. Deshalb soll § 166 StGB ersatzlos entfallen. Sicherheit steht im Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden und Überwachungsmaßnahmen dürfen nicht selbst zu einer Bedrohung der Freiheit werden. Eine verpflichtende anlasslose Massenspeicherung von Telekommunikationsdaten wäre ein massiver Eingriff in die Grundrechte, zudem auch noch ineffektiv. Deshalb werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um eine Wiedereinführung der vom Bundesverfassungsgericht gestoppten Vorratsdatenspeicherung zu verhindern. Wir wollen keinen Generalverdacht gegen Unbescholtene, sondern gezielte Ermittlungsarbeit. Selbstverständlich gilt für Drittstaatenangehörige dieselbe Unschuldsvermutung. Daher muss für sie das gleiche Datenschutzniveau gelten. Es geht um den Kernbereich privater Lebensgestaltung.

Auch die heimliche Online-Durchsuchung lehnen wir ab. Ereignisunabhängige Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen sind im Hinblick auf die verfassungsrechtlichen Diskriminierungs- und Übermaßverbote höchst bedenklich und daher auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Die Schleierfahndung auf Zugstrecken und in der Nähe

der Schengen-Außengrenzen wollen wir abschaffen. Die immer weiter ausufernde Videoüberwachung des öffentlichen Raums wollen wir zurückdrängen. BürgerInnen müssen in einem öffentlichen Register einsehen können, wo diese stattfindet. Zudem muss die Datenschutzaufsicht bei der Kontrolle staatlicher wie privater Videoüberwachung ausgeweitet werden. Bei Verstößen gegen die Regelungen im Bundesdatenschutzgesetz zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum wollen wir eine Bußgeldvorschrift einführen. Den Einsatz von Drohnen durch staatliche Stellen wollen wir strikt regulieren, sowohl in Fragen der Sicherheit als auch des Datenschutzes, und lehnen den Einsatz von Drohnen durch die Polizei zur Observation oder Videoüberwachung vom öffentlichen Raum oder von Demonstrationen ab.

Drohnen werden zunehmend auch von nichtstaatlichen Stellen eingesetzt, sowohl durch Hochschulen für Forschungszwecke, als auch von Unternehmen oder Privatpersonen. Wir fordern eine allgemeine Kennzeichnungspflicht für Drohnen und klare Regeln für die Haftung, die Sicherheit, den Datenschutz und die Nutzung im öffentlichen Luftraum.

Gegen Bedrohungen der Sicherheit, sei es durch Neonazis, durch Terrorismus oder durch Kriminalität müssen Behörden ausreichend ausgestattet und gewappnet sein. Die Verhinderung solcher Straftaten funktioniert aber am besten durch klassische solide Polizeiarbeit. Eine föderale im rechtsstaatlichen Bewusstsein handelnde und effizient organisierte Polizei ist Garant für die Sicherheit und den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der BürgerInnen. Dafür braucht sie eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung. Es braucht nicht ständig neue Sicherheitsgesetze auf Vorrat. Wir wollen die nach 2001 erlassenen Sicherheitsgesetze wissenschaftlich und unabhängig evaluieren und die Gesetze anhand der Evaluierungsergebnisse zugunsten eines echten Grundrechtsschutzes ändern. Die Bundesregierung hat der Chance für eine zukunftsfähige Aufstellung der Sicherheitsarchitektur durch ihre halbherzige Kommission einen Bärendienst erwiesen. Es geht uns darum, die Bürgerrechte nicht nur zu verteidigen. Wir wollen sie stärken. Darum wollen wir Verschärfungen und Ausweitungen der Anti-Terror-Gesetzgebung seit 2005 zurücknehmen. Präventive Ansätze zur Bekämpfung des Terrorismus wollen wir stärken. Die Verbreitung von menschenfeindlichen Über-

zeugungen wie zum Beispiel Islamfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind der Nährboden für die Entwicklung islamistischer und rechtsextremer TerroristInnen. Der Radikalisierung Einzelner und der Bildung terroristischer Gruppierungen müssen wir entgegenwirken. Deswegen wollen wir eine bessere und zukunftsste DemokratiEFörderung und mehr und besser koordinierte Aussteiger- und Deradikalisierungsprogramme schaffen.

Kriminalitätsbekämpfung ist Sache der Polizei, nicht des Militärs. Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Tatsächliche Sicherheitslücken wollen wir konsequent schließen, zum Beispiel durch ein schärferes Waffenrecht. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der der Grundsatz gilt: Öffentliche Räume und private Wohnungen sind waffenfrei. Einsatzbereite funktionsfähige scharfe Schusswaffen wollen wir nur noch in zwingenden Ausnahmefällen (z.B. PolizeibeamtInnen) in privaten Haushalten zulassen. Wir setzen uns für ein Verbot großkalibriger Faustfeuerwaffen als Sportwaffen und für die Begrenzung von Waffen- und Munitionsbesitz ein. Auch für hohe Standards bei der Luftfrachtkontrolle treten wir ein. Hier darf nicht an der Sicherheit von Passagieren und Besatzungen gespart werden.

Über ein Jahrzehnt hinweg konnte die rechtsextreme Terrortruppe „NSU“ unerkannt morden, Bombenanschläge verüben und Banken ausrauben. Das hat uns alle tief erschüttert; viele Menschen haben das Vertrauen in die deutschen Sicherheitsbehörden verloren. Polizei, Justiz und Geheimdienste waren offensichtlich nicht in der Lage, diesen Naziterror zu verhindern, und waren zu oft auf dem rechten Auge blind. Die von uns GRÜNEN angestoßenen Untersuchungsausschüsse haben dieses massive Versagen von Polizei und Geheimdiensten ans Licht gebracht. Wir brauchen eine breite Diskussion über die Sicherheitsarchitektur. Für das ganze Geheimdienstwesen muss es eine klare Zäsur und einen umfassenden strukturellen und personellen Neustart und eine Neuausrichtung der Aufgaben geben. Geheimdienste sollen künftig ausschließlich Aufgaben wahrnehmen, die nicht auf anderen Wegen, also durch öffentlich und parlamentarisch besser kontrollierbare Institutionen, erbracht werden können. Der MAD soll aufgelöst werden.

Verfassungsschutz ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Die Beobachtung und Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen anhand öffentlicher Quellen soll künftig ein unabhängiges „Institut zur Analyse demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen“ mit wissenschaftlichen Mitteln leisten. Die Bildungs- und Präventionsarbeit gilt es insgesamt zu stärken und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen jegliche Form von Demokratiefeindlichkeit, Gewalt und Menschenverachtung engagieren, finanziell besser zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir NGOs, die sich gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit engagieren, sowie die wissenschaftliche Demokratieforschung an den Hochschulen verstärkt fördern. Die Bundeszentrale für politische Bildung kann mit einer verbesserten Ausstattung einen wertvollen Beitrag zur Demokratieförderung leisten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz in seiner bisherigen Form gehört dagegen aufgelöst. Wir brauchen eine institutionelle Neugründung. Eine neue „Inlandsaufklärung“ mit klar eingegrenzten nachrichtendienstlichen Befugnissen, neuem, verkleinertem Personalstab und anderem Selbstverständnis soll sich neben der Spionageabwehr auf die Aufklärung gewaltbereiter Bestrebungen beschränken. Bundes- und Landesbehörden müssen sich dabei besser koordinieren. Wir GRÜNE setzen uns für eine umfassende Aufgabenkritik geheimdienstlicher Mittel ein. Insbesondere der Einsatz von V-Leuten hat sich als Schwachpunkt und problematisch in der Arbeit des Verfassungsschutzes erwiesen. Es kann nicht sein, dass mit öffentlichen Geldern angeworbene überzeugte Rechtsextremisten unter dem Schutz der Verfassungsschutzämter im Sinne ihrer Ideologie handeln oder gar schwere Straftaten begehen. Das Führen bezahlter V-Personen birgt immer unvermeidbare rechtsstaatliche Risiken, denen ein nur begrenzter Erkenntnisgewinn gegenübersteht. Deswegen treten wir auch unter Inkaufnahme einer ggf. beeinträchtigten Erkenntnisgewinnung für einen bewussten Verzicht auf die Führung von V-Leuten ein.

Aber auch in der Polizei und Justiz muss sich einiges ändern. Es braucht mehr Vielfalt und Interkulturalität in der gesamten Bundesverwaltung sowie die Integration von Diversitykompetenz in Aus- und Fortbildung, um PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen mehr Sensibilität zu vermitteln. Wir werden verbindliche Zielvorga-

ben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung festlegen. Dabei werden wir insbesondere Beschäftigte mit Vorgesetzten- und Leitungsfunktionen in die Pflicht nehmen. Anders werden wir dem institutionellen Rassismus und Sexismus nicht dauerhaft begegnen können.

Weiterhin muss ein striktes Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten bestehen. Aufgaben und Befugnisse dürfen nicht vermischt werden. Die Polizei ist zuständig für die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung, die Inlandsaufklärung beobachtet und dokumentiert gewaltbereite Bestrebungen im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Der notwendige Informationsaustausch zwischen Gemeindiensten und Polizei muss gesetzlich streng geregelt sein und effektiv kontrolliert werden. Anforderungen und Grenzen der organisierten gemeinsamen Arbeit müssen gesetzlich so formuliert sein, dass eine dauerhafte personelle, strukturelle und informationelle Vermischung von Polizei- und Nachrichtendiensten ausgeschlossen wird.

Die Einrichtung des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorabwehrzentrums (GETZ) im November 2012 erfolgte blindlings, ohne gründliche Fehleranalyse und ohne ausreichende Beteiligung der Länder. Die Ausrichtung u.a. gegen „Linksextremismus“, „Ausländerextremismus“, Spionage und Proliferation erscheint mangels terroristischer Strukturen in diesen Bereichen geradezu skurril. Wir sehen dafür keinen Bedarf und wollen das GETZ einer kritischen Prüfung unterziehen. Weitere Abwehrzentren und gemeinsame Dateien lehnen wir ab.

Wir setzen uns für mehr Transparenz ein: starke Auskunftsrechte der von Überwachung Betroffenen gegenüber Nachrichtendiensten und anderen Sicherheitsbehörden sowie eine effiziente Kontrolle. Den Geheimdiensten mangelt es generell an wirkungsvoller externer und öffentlicher Kontrolle. Wir werden den Geheimdiensten das Geheime gegenüber dem Parlament nehmen und zum Beispiel durch eine bessere Ausstattung der Abgeordneten und öffentliche Sitzungen der Kontrollgremien mehr Transparenz schaffen. Durch Gesetze wollen wir die Voraussetzungen und Kontrollen ausdrücklich benannter nachrichtendienstlicher Befugnisse präzise regeln. Die parlamentsnahe G10-Kommission soll gestärkt werden, um mehr als

bisher an der Anordnung und Verlaufskontrolle aller verdeckten Ermittlungsmethoden mitzuwirken.

Der Unterwanderung von gesellschaftlichen Strukturen durch korrumpierende Bestrebungen der organisierten Kriminalität muss entschieden entgegengetreten werden. Im Bereich der Wirtschaftskriminalität entstehen jährlich Milliarden Schäden für die Gesellschaft.

Die Polizei hat eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie kann ihre anspruchsvollen Aufgaben nur mit gut ausgebildeten und motivierten PolizistInnen erfüllen. Wir wollen eine dialogorientierte Polizeikultur fördern. Beispiel Versammlungsfreiheit: Zur Demokratie gehören Demonstrationen und Protest, mitunter auch ziviler Ungehorsam. Wir wenden uns klar dagegen, DemonstrantInnen durch unverhältnismäßige polizeiliche Überwachungsmaßnahmen wie pauschales und anlassloses Filmen, überrobustes Auftreten oder Kriminalisierung einzuschüchtern. Statt durch martialisches Auftreten sollte die Polizei mit angemessener Ausrüstung und genügend Personal, das Gefahrenlagen richtig einschätzt, deeskalieren und das Recht auf Versammlungsfreiheit gewährleisten.

Wir wollen die Rechte der BürgerInnen aber auch dadurch stärken, dass PolizistInnen jederzeit, auch in Großeinsätzen, klar identifiziert werden können. Dies kann mit dem Namen oder auch ohne jedes Sicherheitsrisiko über eine anonymisierte, aber klar zuzuordnende Nummer geschehen. Zur Aufklärung von Vorwürfen zu Polizeiübergriffen wollen wir für die Bundespolizei und in den Ländern das Beschwerdemanagement verbessern und eine neutrale Aufklärung gewährleisten.

Diskriminierung bringt keinen Sicherheitsgewinn. Ausweiskontrollen und Maßnahmen von Sicherheitsbehörden, die sich häufig allein deswegen gegen Menschen richten, weil sie eine dunklere Hautfarbe haben oder ihre nicht deutsche Herkunft vermutet wird, sind diskriminierend und nach Verfassungs- und Völkerrecht verboten. Wir wollen dieses Verbot von diskriminierendem Ethnic Profiling klar gesetzlich regeln. Umfassende Aufklärung der Betroffenen über ihre Rechte und angemessener Rechtsschutz müssen eine Selbstverständlichkeit sein. Polizeibeamte müssen zudem verstärkt Antidiskriminierungsschulungen erhalten und die Polizei muss sich stärker interkulturell öffnen. Wir möchten die Bevölkerung und ihre

Lebensgrundlagen vor Gefahren wie Naturkatastrophen und anderen schweren Notlagen schützen. Dafür brauchen wir einen gestärkten Bevölkerungsschutz in den Ländern und im Bund, der eine widerstandsfähige Gesellschaft fördert und der staatlichen Schutzpflicht gerecht wird. Voraussetzung dafür ist ein gut ausgestatteter und wirkungsvoller Katastrophenschutz des Bundes und der Länder sowie eine Stärkung und Wertschätzung des Ehrenamtes in diesen Strukturen. Außerdem muss die Krisenbewältigung überregionaler Schadenslagen weiter gestärkt werden.

2. Daten schützen, Freiheit sichern

Noch nie wurde so viel an persönlichen Daten erfasst, gespeichert und übermittelt wie heute. Daten werden gesammelt, ausgewertet und zusammengefasst. Die Stärkung der informationellen Selbstbestimmung ist für uns zentrales Leitbild für einen modernen Datenschutz. Die BürgerInnen müssen wissen, wer was wann und wo speichert und übermittelt. Das gilt für den Staat wie für Private. Die Grenzen zwischen staatlicher und privater Datenverarbeitung verschwimmen, wenn private Telekommunikationsfirmen für den Staat Verkehrsdaten bevorraten sollen. Auch deshalb lehnen wir die Vorratsdatenspeicherung ab.

Der Datenschutz gehört ausdrücklich ins Grundgesetz, das Datenschutzrecht muss komplett neu gestaltet werden. Auch Privatunternehmen müssen die Daten ihrer Kundschaft so schützen wie heute schon ihre Geschäftsgeheimnisse. Persönliche Daten dürfen im Geschäftsverkehr nur mit ausdrücklicher Zustimmung gespeichert und weitergegeben werden („Opt-in-Regelung“). Guter Datenschutz kann durchaus ein Geschäftsmodell sein. Wir wollen Datenschutz durch Technik („Privacy by Design“) und Datenschutz durch Voreinstellung („Privacy by Default“) voranbringen und dafür auch ein geschütztes Gütesiegel einführen.

Abhöraffären in Unternehmen und Fälle von Videoüberwachung bis hinein in die Umkleidekabinen der Angestellten zeigen: Wir brauchen endlich einen effektiven Beschäftigtendatenschutz. Hierzu haben wir, anders als die Merkel-Koalition, bereits einen eigenen Gesetzesvorschlag zum Schutz der Beschäftigten vor Ausspähung

vorgelegt. Immer häufiger werden Daten zur Profilerstellung missbraucht. Wir wollen es grundsätzlich verbieten, die Kreditwürdigkeit nach dem Wohnort zu berechnen. Denn mit solchem „Geoscoring“ werden Menschen, die in sozial schwierigen Stadtteilen leben, pauschal diskriminiert.

Wir wollen die Unabhängigkeit des Bundesdatenschutzbeauftragten sicherstellen, seine Kontrollkapazitäten ausbauen und ihm Sanktionskompetenzen gegenüber Privatunternehmen, insbesondere der Telekommunikationsbranche, geben. BürgerInnen sollen sich zukünftig bei Datenmissbrauch gemeinsam und unterstützt durch Verbände vor Gericht wehren können. Weil die Datenströme heute mehr denn je grenzüberschreitend sind, sind insbesondere verbindliche EU-Datenschutzregelungen unabdingbar. Maßnahmen wie das massenhafte anlasslose Auswerten von Bank- und Fluggastdaten zur Kriminalitätsbekämpfung lehnen wir als zu weit gehende Eingriffe in die Grundrechte ab.

3. Den Rechtsstaat stärken

Der Rechtsstaat verwirklicht sich zuallererst in einem starken Grund- und Menschenrechtsschutz. Wir wollen die Grundrechte ergänzen, ausweiten und anpassen, um diesen Schutz zu festigen. Die Politik darf nicht immer wieder die Grenzen der Verfassung austesten. Wir wollen einen starken Rechtsstaat und setzen auf eine strikte Gewaltenteilung. Dies garantiert die Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz der Schwachen vor wirtschaftlicher Übermacht und Kriminalität. Dazu brauchen wir eine leistungsstarke und unabhängige Justiz. Wir wollen daher das ministerielle Einzelweisungsrecht von Justiz- und Innenministerien einschränken, damit konkret eingeleitete Ermittlungen und Verfahren nicht durch politische Interventionen beeinflusst, behindert oder abgebrochen werden können. Der Privatisierung der Justiz treten wir entschieden entgegen. Eine Verkürzung des Instanzenzuges und die Abschaffung von Beschwerdemöglichkeiten führen weder zu gerechteren Lösungen noch zu einer Entlastung der Justiz. Der Bund muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Alle müssen die Gewissheit haben, in angemessener Zeit Recht erhalten zu können. Außerdem sprechen wir uns für die Stärkung außer-

gerichtlicher Konfliktbeilegung wie z.B. Mediation aus. Wir wenden uns entschieden dagegen, die Anrufung der Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken, und unterstützen die Einführung einer Mediationskostenhilfe.

Richterliche Unabhängigkeit ist Garant des Rechtsstaates. Wir befürworten eine stärkere Selbstverwaltung der Justiz und wollen es den Ländern ermöglichen, die Unabhängigkeit der Justiz auszuweiten. Wir unterstützen das Anliegen der RichterInnenschaft in Bund und Ländern, ein weites Mitspracherecht bei der Richtereinstellung und Beförderung zu erhalten. Das einzelfallbezogene Weisungsrecht der Politik gegenüber der Staatsanwaltschaft wollen wir abschaffen, denn es widerspricht der Gleichheit aller vor dem Gesetz. Für die Wahl der RichterInnen zu Bundesgerichten wie zum Bundesverfassungsgericht wollen wir mehr Transparenz durchsetzen, ebenso Geschlechtergerechtigkeit.

Justiz wie auch Polizei arbeiten transnational immer enger zusammen, insbesondere in der EU. Ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit darf nur erfolgen, wenn er Hand in Hand geht mit verbindlichen hohen Standards zu Rechtsschutz und Rechtsstaatlichkeit in der EU, z.B. durch die Verankerung verbindlicher und starker Rechte von Beschuldigten und StrafverteidigerInnen und transnationalem Rechtsschutz. Dazu gehören auch einheitliche Rechtsgrundlagen und Verfahrensstandards, damit transnationale Polizeieinsätze und dabei getroffene Maßnahmen jederzeit nachvollziehbar und überprüfbar sind.

Das Strafrecht ist nicht das Mittel der Wahl zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern letztes Mittel staatlichen Handelns, welches immer besonderer Begründung bedarf. Ein liberaler Rechtsstaat darf BürgerInnen nicht mit dem Mittel des Strafrechts vor einer möglichen Selbstschädigung „schützen“. Die Strafverfolgung in der Drogenpolitik ist gescheitert, daher setzen wir auf die Regulierung aller Drogen. Wir wollen das Sanktionensystem reformieren. So darf etwa die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne Fahrschein nicht mehr länger als Straftat verfolgt werden. In der Strafvollstreckung setzen wir auf intelligenteren Alternativen zur Haft wie z.B. gemeinnützige Arbeit und den Ausbau alternativer Konfliktlösungen. Ein modernes Unternehmensstrafrecht, das die Grenzen von Schuld und Zurechnung achtet, halten wir für notwendig. Die Opferhilfe ist finanziell sicherzustellen. Wir wollen Opfern von Justizirrtümern

besser helfen und die Entschädigung für zu Unrecht verhängte Haft deutlich anheben. Für Jugendliche und Heranwachsende brauchen wir ein reformiertes Jugendgerichtsgesetz, das den Vorrang der Erziehung vor Bestrafung strikt wahrt. Jenseits der jugendtypischen Straffälligkeit sind Chancen- und Perspektivlosigkeit, prekäre Familienverhältnisse, Bildungsarmut sowie Gewalterfahrung in der Regel Ursache wiederholter und schwerer Jugendkriminalität. Diesen sozialen und personellen Risiken präventiv entgegenzuwirken, ist gerade auch im Rahmen von Jugendgerichtsverfahren Aufgabe der Jugendhilfe. Es braucht eine Strategie, die solche Risikofaktoren in den Blick nimmt. Die ambulanten sozialpädagogischen Maßnahmen der Jugendhilfe bedürfen einer deutlichen Stärkung, damit die traditionell strafenden, insbesondere Freiheit entziehenden Sanktionen endlich auch tatsächlich zur Ultima Ratio werden.

Bei Drogen wie Cannabis wollen wir unter der Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform über lizenzierte Fachgeschäfte ermöglichen und diese besteuern. Als ersten Schritt hierzu wollen wir den Eigengebrauch und privaten Anbau von Drogen wie Cannabis entkriminalisieren. Auch der medizinische Einsatz von sowie die Forschung an Drogen darf nicht länger behindert werden. Die Ungleichbehandlung von Cannabis und Alkohol durch das Führerscheinrecht soll beendet werden. Cannabis-Delikte ohne Zusammenhang zum Straßenverkehr dürfen nicht mehr unaufgefordert und ohne Zustimmung der Betroffenen an die Führerscheinstelle übermittelt werden.

4. Diskriminierungsfreie Teilhabe ermöglichen

In einer offenen Gesellschaft wird niemand wegen des Geschlechts, aus ethnischen oder rassistischen Gründen, aufgrund der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung benachteiligt. Sie ermöglicht und sichert gleichzeitig allen Mitgliedern die individuelle Wahrnehmung der Freiheits- und Bürgerrechte. Wir wollen in Deutschland und Europa Diskriminierungen bekämpfen und die von der schwarz-gelben Bundesregierung blockierte fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie der EU voranbringen. Eine strukturelle und finanzielle Stärkung der Antidis-

kriminierungsstelle des Bundes und stärkere Rechte für Einrichtungen wie Behindertenbeauftragte sollen im nationalen Bereich helfen, Diskriminierungen anzugehen. Das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ wollen wir effektiver gestalten, den Rechtsschutz für Betroffene stärken und insbesondere gegen strukturelle Diskriminierungen ein Verbandsklagerecht vorsehen. Wie wir das Arbeitsrecht für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen regeln wollen, beschreiben wir im Kapitel „Teilhaben an guter Arbeit“.

Auch dort, wo staatliche Institutionen selbst diskriminieren, werden wir wirksamen gesetzlichen Schutz schaffen. Es kann nicht sein, dass es leichter ist, sich gegen einen diskriminierenden Vermieter zu wehren als gegen einen diskriminierenden Beamten. Staat und Zivilgesellschaft müssen sich gegen alle Formen von Diskriminierung wenden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht uns alle an, denn sie gefährdet unsere Demokratie. Ob Grundbuchamt, Zoll oder Ausländerbehörde: Gute Institutionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Wir wollen Diversität und interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Justiz gezielt fördern. Ein wichtiges Ziel inklusiver Politik ist die religiöse und weltanschauliche Gleichberechtigung aller Menschen. Während bisher vor allem die christlichen Kirchen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzen, sind andere Gemeinschaften vereinsrechtlich organisiert. Grüne Politik wird ergebnisoffen nach Wegen suchen, diese rechtliche Ungleichheit zu beseitigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Militärseelsorge in der Bundeswehr zu öffnen. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Truppe in ausreichendem Maße durch PsychologInnen betreut wird.

5. Barrieren beseitigen – das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung stärken

Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Dabei verstehen wir Barrierefreiheit umfassend als Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose Menschen und solche mit Lernschwierigkeiten. Visuelle und akustische Nutzbarkeit oder die

Verwendung leichter Sprache gehören für uns ebenso dazu wie Stufenlosigkeit und taktile Leitsysteme. Kulturelle, sportliche und künstlerische Darbietungen sind ebenso barrierefrei zu gestalten wie Bildungsangebote auf allen Ebenen. Bislang wird das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, weil diese Möglichkeiten nicht erfüllt werden.

Durch Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen, der Finanzierungen und Fördermöglichkeiten sowie durch Bewusstseinsbildung wollen wir mehr Barrierefreiheit erreichen. Der Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile ist eine Grundvoraussetzung für selbstbestimmte Teilhabe. Dabei garantieren individuelle und geschlechter-sensible Unterstützungsleistungen Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gemeinschaft. Dazu fordern wir auch ein Budget für Arbeit, an dem sich alle relevanten Leistungsträger – Träger der Eingliederungshilfe, das Integrationsamt, die Arbeitsagenturen und die Jobcenter – beteiligen. Besonders die ambulanten Hilfen, die persönliche Assistenz und das persönliche Budget sowie die Berufsbetreuerinnen und -betreuer sind wichtige individuelle Unterstützungsangebote, die weiter ausgebaut bzw. gestärkt werden sollen. Darum werden wir die Leistungen zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe lösen und in ein Teilhabeleistungsgesetz überführen. Diesem muss der Behinderungsbegriff aus der UN-Behindertenrechtskonvention zu Grunde gelegt und der jeweilige Bedarf individuell ermittelt werden.

Unterstützungsleistungen sollen nicht mehr an Institutionen, sondern an den Bedürfnissen derjenigen orientiert sein, die sie benötigen, und vermögens- und einkommensunabhängig gewährt werden. Sonst müssten diejenigen, die von Barrieren betroffen sind, noch für deren Beseitigung einstehen. Menschen mit Behinderungen sollen die Wahl zwischen verschiedenen Wohnformen haben. Sie dürfen nicht länger darauf verwiesen werden, dass aufgrund des Kostenvorbehalts nur eine Unterbringung im Wohnheim möglich ist. Deshalb wollen wir im Leistungsrecht für Menschen mit Behinderungen den Kostenvorbehalt des Sozialhilferechts streichen, ambulante Unterstützungsangebote ausbauen und den Ausbau selbständiger Wohnformen aktiv fördern.

Das Recht auf Inklusion muss alle einbeziehen. Auch Menschen mit einem intensiven Unterstützungsbedarf müssen selbstbestimmt

teilhaben können. Das inklusive Gemeinwesen setzt auf Veränderungen in der Haltung der Menschen zueinander, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Normalität werden lassen. Das Thema Inklusion muss deshalb Querschnittsaufgabe im Bund, in den Ländern wie auch in den Kommunen sein und unter Berücksichtigung des „Disability-Mainstreaming“ zu einem festen Bestandteil der Strategien der nachhaltigen Entwicklung werden.

Die Finanzierung der Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Wir wollen eine gemeinsame Verantwortung der staatlichen Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden.

6. Menschen einbürgern – mit Integration und Inklusion

Wir wollen unsere Integrationspolitik durch eine Politik der Inklusion vervollständigen. Denn die Kinder, Enkel und Urenkel der ersten Einwanderer-Generation müssen nicht „integriert“ werden. Sie stehen nicht außerhalb unserer Gesellschaft, sondern gehören von Anfang an dazu. Integration kann nicht mit ausgestrecktem Zeigefinger von oben verordnet werden. Wir GRÜNE wollen Integrations- und Inklusionspolitik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickeln, so dass sie selbstbestimmt und gleichberechtigt umgesetzt werden kann. Es braucht echte Chancengerechtigkeit bei Bildung und Arbeit. Deshalb wollen wir die Qualität von Integrationskursen und Sprachförderung in Kitas verbessern, Deutschkurse im Inland für alle Interessierten öffnen, Mehrsprachigkeit als Ressource nutzen und ausländische Berufsabschlüsse leichter anerkennen.

Wir wollen Teilhabe aller hier lebenden Menschen, egal welcher Herkunft. Wir setzen auf eine Einbürgerungsoffensive, damit MigrantInnen schneller und leichter die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen können. Dabei dürfen Frauen nicht benachteiligt werden. Für die „erste Generation“, die seit Jahrzehnten hier lebt, muss es ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren geben. Wir werden den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt stärken: wer mit uns regieren will, muss akzeptieren, dass wir die doppelte Staatsbürgerschaft einführen und den diskriminierenden Optionszwang abschaffen werden. Mehrstaatigkeit muss generell erlaubt sein. Kulturelle Vielfalt

ist ein Gewinn. Auch bereits eingebürgerte Menschen werden so das Recht bekommen, erneut ihre alte Staatsbürgerschaft zusätzlich anzunehmen.

Im Sozialrecht, z.B. bei der Arbeitsmarktförderung, müssen MigrantInnen gleichbehandelt werden. Den Nachzug von ausländischen Ehegatten und eingetragenen LebenspartnerInnen wollen wir wieder erleichtern, denn Deutsch lernt man am besten im Alltag. Den Sprachtest im Ausland als Vorbedingung schaffen wir ab. Auch deren eigenständiges Aufenthaltsrecht werden wir gegenüber den Einschnitten der Regierung Merkel wieder ausbauen. Das Aufenthaltsrecht muss modernisiert werden. Menschen brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus als verlässliche Grundlage, um sich bei uns niederzulassen und eine Perspektive zu haben. In einer globalisierten Welt kann es auch nicht angehen, dass Menschen ihren deutschen Aufenthaltsstatus verlieren, wenn sie sich aus beruflichen Gründen, zum Studium oder im Ruhestand zu lange im Ausland aufhalten. Wir wollen die Einwanderung von Arbeitskräften grundsätzlich erleichtern. Alle einwandernden Arbeitskräfte sollen ihren Aufenthalt einfacher verlängern und verfestigen können. Durch ein breitgefächertes und transparentes Punktesystem kann Zuwanderung so gesteuert werden, dass sie Folgen des Alterungsprozesses unserer Gesellschaft abmildert und eine Inklusion auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Den Familiennachzug im Aufenthaltsgesetz wollen wir dem geltenden EU-Recht anpassen.

Türkische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen, die in Deutschland leben, haben aufgrund des Assoziationsabkommens zwischen der Türkei und der heutigen EU Rechte, die denen von UnionsbürgerInnen nahekomen. Diesen Status wollen wir auch ausdrücklich gesetzlich verankern, z.B. im Aufenthalts-, Beschäftigungs- erlaubnis- und Beamtenrecht.

7. Flüchtlinge aufnehmen und menschenwürdig behandeln

Kriege, Verfolgung, Vertreibung und Klimaveränderungen zwingen viele Menschen zur Flucht. Tausende sterben Jahr für Jahr bei dem Versuch, die Küsten Europas zu erreichen. Wir wollen eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik und lehnen die derzeitige

ge Abschottungspolitik an den Außengrenzen ab. Wir wollen keine „Festung Europa“. Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) stellen die Grundlage unserer Flüchtlingspolitik dar. Wir sehen in der Praxis der Grenzschutzagentur FRONTEX und der EU-Mitgliedsstaaten einen Verstoß gegen das Verbot der Zurückweisung und eine schwere Menschenrechtsverletzung. Wir wollen die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind (Dublin-II-Abkommen), und setzen uns für einheitliche, hohe Asylstandards in allen Mitgliedsländern ein. Deutschland muss seiner humanitären Verantwortung gerecht werden und die stark betroffenen Aufnahmestaaten unterstützen. Ergänzend zu einem fairen Asylsystem wollen wir eine großzügige Aufnahme einer festgelegten Zahl besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge (sogenanntes Resettlement). Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung der jährlichen Mindestaufnahmekquote ein, die Deutschland dem UNHCR dafür zur Verfügung stellt. Die Quote muss der weltweiten Flüchtlingssituation angemessen sein.

Es ist außerdem unsere humanitäre Pflicht, Flüchtlingen aus Syrien zu helfen. Dazu gehört es, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, ihnen die Einreise nach Deutschland zu erleichtern und hier lebenden syrischen Flüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsstatus zu geben. SyrerInnen, die von ihren Angehörigen nach Deutschland eingeladen werden, dürfen nicht an der Einreise gehindert werden. Abschiebungen von SyrerInnen in andere EU-Länder, die weiterhin nach Syrien abschieben, lehnen wir ab. Darüber hinaus müssen Nachbarländer Syriens, die mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen haben, unsere volle Unterstützung bei der Versorgung der Flüchtlinge bekommen.

Wir engagieren uns für einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau in ganz Europa. Schutzsuchende dürfen nicht in Staaten zurückgeschoben werden, in denen sie statt eines fairen Asylverfahrens Diskriminierung oder soziales Elend erwartet.

Besonders beschämend ist die Politik gegenüber Roma und Ashkali. Diese Minderheiten sind in allen Balkanstaaten härtesten Diskriminierungen ausgesetzt. Wir fordern die Beibehaltung der Vsumsfreiheit für Serbien und Mazedonien und wir wollen, dass die Situation von Roma und die rassistische Diskriminierung, denen sie

in ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind, in angemessener Weise im Asylverfahren berücksichtigt werden. Zudem muss die Bundesrepublik die EU-Romastrategie umsetzen. Deutschland muss sich in der EU für ein Programm zur wirksamen Inklusion der Roma in ihren wichtigsten Herkunftsländern einsetzen. Dabei müssen Hilfe zur Selbsthilfe und ein unabhängiges europäisches Controlling des Mitteleinsatzes großgeschrieben werden.

In Deutschland unterliegen Schutzsuchende und Flüchtlinge einschneidenden Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, Ausbildungs- und Arbeitsverboten und diskriminierenden sozialrechtlichen Leistungseinschränkungen. Mit verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Aktionen wehren sich die Betroffenen zu Recht gegen behördliche Schikanen und staatliche Ausgrenzung.

Das Bundesverfassungsgericht hat die gekürzten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für grundgesetzwidrig erklärt. Jetzt müssen dessen vollständige Aufhebung und die sozialrechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen folgen. Wir wollen zudem die Ausbildungs- und Arbeitsverbote für Asylsuchende beseitigen und schaffen den rechtlichen Rahmen, damit sich Flüchtlinge im gesamten Bundesgebiet frei bewegen können. Dazu schaffen wir die Residenzpflicht ab und setzen uns für einen weniger reglementierten Alltag ein. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge menschenwürdig in eigenen Wohnungen leben dürfen. Auch wollen wir Flüchtlingen von Anfang an den Zugang zu Bildung, Gesundheitswesen, Integrationskursen, Spracherwerb und Kommunikationsmedien eröffnen.

Viele Abschiebungen verlaufen unter großem Protest mit der Angst, dass die Abgeschobenen in ihren Herkunftsländern wieder verfolgt werden. Wir brauchen aber unabhängige und verlässliche Informationen, wie es Flüchtlingen nach der Abschiebung in ihren Herkunftsländern wie z.B. Iran und Kosovo ergeht und inwieweit sie wieder verfolgt oder diskriminiert werden. Vielfach genügt hierzu schon die Kenntnisnahme der Behörden vor Ort, einen Antrag auf Asyl im Ausland gestellt zu haben. Solange für einzelne Länder (z.B. Kosovo) eine erneute Verfolgung nicht eindeutig ausgeschlossen werden kann, wollen wir für diese Länder ein Abschiebemoratorium erlassen.

Wir wollen die Abschiebehaft abschaffen. Bis dahin muss sie so weit wie möglich vermieden werden. Die mit der Anordnung von Ab-

schiebehaft verbundene Freiheitsentziehung kann in einem Rechtsstaat nur Ultima Ratio sein und soll so weit als möglich vermieden werden. Sie stellt den stärksten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Einzelnen dar, den das deutsche Rechtssystem kennt. Damit ist stets auch eine besondere psychische Belastung der Betroffenen verbunden. Abschiebungshaft ist daher immer nur als letztes Mittel zur unmittelbaren Durchsetzung einer Ausreiseverpflichtung zu betrachten. Bis zur Abschaffung der Abschiebungshaft wollen wir zumindest die Einhaltung strenger menschenrechtlicher Standards durchsetzen. Wir wollen eine strikte Trennung von der Straf- oder Untersuchungshaft und eine Begrenzung der Haft auf maximal drei Monate. Außerdem müssen besonders Schutzbedürftige, wie Minderjährige, Schwangere, Traumatisierte und Alte, von der Inhaftnahme ausnahmslos ausgenommen werden.

Das entwürdigende Flughafenverfahren, bei dem Asylsuchende bereits am Flughafen festgehalten werden, muss ein Ende haben. Alle müssen das Recht haben, sich vor Gericht gegen Abschiebungen effektiv zu wehren – auch wenn ein anderer EU-Staat für ihr Asylverfahren zuständig ist. Langjährig hier lebende, bisher nur geduldete Menschen müssen über eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eine sichere Zukunftsperspektive bekommen.

Minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bedürfen eines besonderen Schutzes. Wir setzen uns für die vorbehaltlose Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ein. Insbesondere wollen wir die Heraussetzung der Handlungsfähigkeit in Asylverfahren von 16 auf 18 Jahre. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen vollen Zugang zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wie des Gesundheitssystems bekommen. Für uns gilt der Leitsatz: „Kein Mensch ist illegal!“ Deswegen wollen wir, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können. Außerdem muss für Menschen, die über viele Jahre hinweg ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland gelebt haben, die Möglichkeit zur Erlangung eines sichereren Aufenthaltstitels geschaffen werden. Kurzfristig wollen wir das hohe Strafmaß bei irregulärer Einreise und irregulärem Aufenthalt deutlich verringern.

8. Gleiche Rechte schaffen – Homo- und Transphobie entgegenreten

Lesben und Schwule können heute so frei wie nie zuvor in Deutschland lieben und leben. Das ist auch ein Erfolg grüner Politik. Aber Diskriminierung ist noch nicht überwunden. Wir wollen daher einen bundesweiten „Aktionsplan für Vielfalt“, der Homophobie und Transphobie entgegensteuert, der Forschung u.a. zu Diskriminierungen sowie queeren Lebensweisen fördert, insbesondere Jugendliche stärkt und deren Ausgrenzung im Elternhaus, in der Schule und in der Freizeit entgegenwirkt. Im Besonderen brauchen wir für Menschen aller Altersklassen und vor allem Jugendliche einen Ausbau der Comingout-Beratung. Im Unterricht sollen alle Lebensweisen und sexuellen Identitäten gleichberechtigt dargestellt werden. Auch muss es möglich sein, im Alter nicht heterosexuelle Lebensentwürfe frei von Diskriminierung zu leben.

In Artikel 3 des Grundgesetzes muss ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen und das gemeinschaftliche Adoptionsrecht ermöglichen. Viele Kinder leben bereits mit zwei Müttern oder Vätern. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.

Wir unterstützen transsexuelle und intersexuelle Menschen in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte. Eine Reform des Transsexuellenrechts muss Freiheit und Selbstbestimmung zum Leitbild haben, die Pathologisierung beenden und die Menschenwürde sichern. Die Leistungspflicht der Krankenkassen muss gesichert werden. Etwa 150 Kinder werden jedes Jahr in Deutschland geboren, die keinem Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können. Die zwangsweise Geschlechtsanpassung intersexueller Menschen muss ein Ende haben. Geschlechtliche Uneindeutigkeit muss rechtlich zugelassen und anerkannt werden.

In vielen Ländern wird LSBTTI das Leben zur Hölle gemacht: strafrechtliche Verfolgung, Unterdrückung, Gewalt und Zensur. Deutsche Politik muss hier klar Position beziehen und MenschenrechtsverteidigerInnen aktiv stärken, auch durch finanzielle Unterstützung der hier bereits erfolgreich tätigen zivilgesellschaftlichen Hirschfeld-Eddy-

Stiftung. Auch seine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen muss Deutschland für die Stärkung der Rechte sexueller Minderheiten weltweit nutzen. Einsatz für die Menschenrechte wird zudem umso glaubwürdiger, wenn Deutschland die Opfer seiner eigenen früheren antihomosexuellen Strafgesetze (insbesondere § 175 StGB) endlich rehabilitiert und entschädigt.

Wer GRÜN wählt ...

- macht die BürgerInnenrechte wieder stark.
- bekommt ein wirksames Datenschutzpaket.
- sorgt für Inklusion und klare Kante gegen Diskriminierungen.
- erleichtert die Einwanderung, Einbürgerung und schützt Flüchtlinge.
- öffnet die Ehe für lesbische und schwule Paare.
- erhält eine interkulturelle Öffnung der öffentlichen Institutionen.

Schlüsselprojekte

BürgerInnenrechte und den Rechtsstaat stärken – neue Sicherheitsarchitektur bauen

Wir stellen Sicherheit in den Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Deshalb stärken wir die BürgerInnenrechte und stellen in Grundrechte eingreifende Sicherheitsgesetze auf den Prüfstand. Wir setzen auf Reformen bei Justiz, Polizei und eine klare Zäsur beim Verfassungsschutz. Verzicht auf den Einsatz von V-Leuten, personeller und struktureller Neustart, klare Eingrenzung, Kontrolle und gesetzlich gere-

gelte Verfahren bei nachrichtendienstlichen Befugnissen, Förderung einer neuen Polizeikultur, Stärkung des Rechtsstaates: So bauen wir an einer neuen Sicherheitsarchitektur.

Gleiche Rechte für gleiche Liebe – die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen

Wir wollen, dass alle Paare die Ehe eingehen können. Dank uns GRÜNEN war Deutschland Vorreiter bei der Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften. Heute haben uns viele Länder überholt. In Argentinien, Spanien, Südafrika, den Niederlanden und in anderen Ländern wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare bereits geöffnet. Diesen Weg muss endlich auch Deutschland gehen. Damit wird die Gleichstellung vollendet – etwa im Steuer- und Beamtenrecht oder beim gleichberechtigten Adoptionsrecht. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und deshalb auch die gleichen Rechte.

Einbürgerung erleichtern – Rechte von AsylbewerberInnen stärken

Viele Menschen leben schon lange in Deutschland, ohne staatsbürgerschaftliche Rechte zu haben. Wir setzen auf eine Einbürgerungs-offensive. Sie umfasst die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit, den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland und die Streichung des Optionszwangs. Wir wollen das Aufenthaltsrecht von einem Ordnungs- und Abwehrrecht umbauen zu einem echten Zuwanderungsrecht. Integration kann nur gelingen, wenn Menschen in Rechtssicherheit leben können. Wir treten deshalb für ein großzügiges Recht auf Familiennachzug ein sowie für einen sicheren Aufenthaltsstatus für Menschen, die lange in Deutschland leben. Wir wollen eine Willkommenskultur etablieren unter anderem durch eine interkulturelle Öffnung von Schulen, Krankenhäusern, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Grundrechte gelten für alle in Deutschland lebenden Menschen. Wir fordern deshalb unter anderem die Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nicht nur sind die Leistungen unzurei-

chend. Dieses Gesetz versperrt Flüchtlingen auch den Weg zum Gesundheitssystem. Für uns gilt, was das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klargestellt hat: Das Existenzminimum ist für alle in Deutschland gleich.

Inklusives Gemeinwesen voranbringen – Teilhabe sicherstellen

Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Wir wollen dafür ein Teilhabeleistungsgesetz auf den Weg bringen, bei dem die Unterstützungsleistungen aus der Sozialhilfe gelöst werden und der Kostenvorbehalt sowie die Einkommens- und Vermögensabhängigkeit gestrichen werden. Wir treten dafür ein, dass der Bund sich im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung an den Kosten für die Eingliederungshilfe beteiligt.

Die Sicherheit der KonsumentInnen stärken – Drogenpolitik reformieren

Der globale „War on Drugs“ ist gescheitert. Jährlich sterben Millionen Menschen aufgrund der derzeitigen Verbotspolitik. Statt Verfolgung von KonsumentInnen wollen wir eine Reform der Drogenpolitik. Wir setzen dabei auf das Selbstbestimmungsrecht der Menschen. Die gesundheitlichen Risiken wollen wir durch Prävention und Aufklärung minimieren. Wir fordern die langfristig an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung aller Drogen. Dazu gehören für uns auch die Ausweitung von Drug-Checking und Spritzentauschprogrammen. Außerdem wollen wir den Eigenverbrauch und privaten Anbau von Cannabis legalisieren und den Verkauf besteuern. Wir wollen Cannabis für Medizin und Forschung nutzen.

0. Gleichberechtigung schaffen

Wie wir eine geschlechtergerechte Gesellschaft erreichen und endlich die Benachteiligung von Frauen beenden

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben ermöglicht. Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens.

Im Zentrum unserer Geschlechterpolitik stehen eine Zeitpolitik und Rahmenbedingungen, die individuellen Bedürfnissen und unterschiedlichen Lebensentwürfen von Männern und Frauen Rechnung tragen. Denn wir alle brauchen Zeit für Phasen der Fürsorgearbeit, für Bildung, für Karrieren, Zeit für uns selbst. Diese Zeiten müssen möglich und sie müssen sozial abgesichert sein.

Für die Bundesregierung und ihre Frauenministerin sind die Vielfalt weiblicher Lebensentwürfe und die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit nur störend. Sie hält an überkommenen Rollenbildern fest, wie sie sich in dem unsäglichen Betreuungsgeld oder dem Ehegattensplitting ausdrücken. Sie setzt auf Freiwilligkeit bei Fördermaßnahmen in der Wirtschaft, obwohl längst klar ist, dass sich so nichts bewegt, und bekämpft mit allen Mitteln die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote für Aufsichtsräte. Aber es gibt zaghafte Bewegung – immerhin. Selbst CSU-PolitikerInnen streiten für die Quote. Das Interesse von Vätern an Elternzeit steigt. Das sind wichtige Erfolge der Frauenbewegung und auch von uns GRÜNEN. Dennoch bleibt der Fortschritt eine Schnecke: Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der Entgeltgleichheit. Dabei ist die Lohnlücke in Westdeutschland wesentlich größer, da Frauen in Ostdeutschland, auch wenn sie Kinder haben, öfter und in größerem Umfang erwerbstätig sind. Denn das traditionelle Alleinernährermodell hatte in der ehemaligen DDR nicht die gesellschaftliche Bedeutung wie in der alten Bundesrepublik erlangt. Aber auch in Ostdeutschland hat sich die Infrastruktur für Eltern verschlechtert. So nimmt im gesamten Bundesgebiet die Anzahl der in Teilzeit oder geringfügigen Jobs beschäftigten Frauen zu. Damit wird die Renten-

lücke größer und Altersarmut ist vorprogrammiert. Mit der Lebensverlaufsperspektive werden die Auswirkungen von Entscheidungen in einer Lebensphase auf ein ganzes Leben deutlich. Wir wollen eine Gleichstellungspolitik, die über alle Lebensphasen hinweg konsistent ist. Es ist widersprüchlich, steuerliche Anreize für das Haupternährermodell durch das Ehegattensplitting zu setzen, aber nach einer Scheidung die zügige Sicherung des Lebensunterhalts durch eigene Erwerbstätigkeit zu fordern.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ So steht es im Grundgesetz. Es gibt uns den Auftrag, auf die Durchsetzung dieser Gleichberechtigung hinzuwirken. Diesen Auftrag wollen wir erfüllen. Uns geht's ums Ganze und das heißt konkret: „Die Hälfte der Macht und der Verantwortung für Frauen und Männer.“ Von einer eigenständigen Existenzsicherung für Frauen bis dahin, dass Männer überholte Rollenbilder überwinden und die Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen besser verteilt ist – es bleibt noch viel zu tun, bis Frauen so teilhaben können, wie es ihnen zusteht.

Gleichberechtigung braucht Geschlechterdemokratie. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass sich Frauen selbstverständlich auf Augenhöhe beteiligen können – in der Gesellschaft, im Parlament und am Arbeitsplatz.

Gleichberechtigung schafft Zukunft, denn nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft wird die Aufgaben von morgen bewältigen.

1. Gleiche Anerkennung, gleiche Sicherheit, gleiche Chance

Das Familienideal gerade in Westdeutschland scheint stabil: ein männlicher Haupternährer, die Mutter – oftmals ebenso oder besser qualifiziert – jongliert nach einer Erwerbsunterbrechung einen Halbtagsjob, holt die Kinder vom Kindergarten ab, schmeißt den Haushalt und pflegt die Angehörigen. Inzwischen ist aber deutlich, wie brüchig dieses Bild geworden ist und welch hohe Risiken es birgt. Befristete Jobs, Erwerbslosigkeit, Krankheit oder auch Scheidung bringen dieses Konstrukt sehr schnell ins Schleudern. Auch dass es immer mehr Alleinerziehende gibt, wird allzu oft vergessen. Es gibt viel

zu tun, denn wir leben noch lange nicht in einer Gesellschaft, die frei ist von struktureller Benachteiligung und Machtstrukturen, die Frauen diskriminieren. Das nicht mehr so neue Unterhaltsrecht fordert von den Müttern nach einer Scheidung zügig für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen – und sieht für den entgangenen beruflichen Aufstieg in den Betreuungszeiten keine Kompensationen vor. Auf der anderen Seite sind eine junge, gut ausgebildete Frauengeneration und immer mehr Männer nicht mehr bereit, ein tradiertes Familienbild zu leben. Sie fordern Gleichberechtigung in der Partnerschaft, Elternzeit für beide, Erwerbsunterbrechungen und Arbeitszeitreduzierung.

Insbesondere der eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit für Frauen stehen Hindernisse entgegen. Dazu gehören neben mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die immer noch als ein individuelles Problem der Frauen angesehen wird und nicht als ein strukturelles Defizit, die Schwierigkeiten beim beruflichen Ein- und Aufstieg. Dabei wollen auch viele Männer nicht mehr eine Vollzeitberufstätigkeit ausüben, die keine Zeit für Kinder oder Sorgearbeit lässt. Sie wollen Wahlfreiheit, die wirklich eine freie Wahl lässt. Davon sind wir aller Vereinbarkeitsrhetorik zum Trotz noch weit entfernt.

Freiwilligkeit bringt uns nicht weiter. Ohne gesetzliche Maßnahmen wird das nicht gehen. Wir wollen ein Entgeltgleichheitsgesetz, Regelungen für die Privatwirtschaft und eine Quote für Aufsichtsräte und Vorstände. Perspektivisch wollen wir die Quote auch auf andere Ebenen ausweiten und so Frauen nicht nur in Führungssetagen, sondern im gesamten Unternehmen gleichstellen. Wir müssen die Arbeitszeiten so regeln, dass es neben dem Recht auf Teilzeit auch ein Recht auf Rückkehr zu Vollzeit gibt. Wir brauchen qualifizierte Angebote für Erwerbslose und WiedereinsteigerInnen nach einer Familienzeit. Die Lage der Alleinerziehenden hat sich in den vergangenen Jahren sogar noch verschlechtert. Um das Armutsrisiko zu vermindern, brauchen sie besondere Unterstützung in Form von Betreuungsinfrastruktur und flexiblen Arbeitszeitmodellen sowie die Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschlusses. Von Altersarmut sind insbesondere Frauen betroffen. Gründe liegen in Teilzeitbeschäftigung, Minijobs und Auszeiten für Betreuung von Kindern und Angehörigen, also in der mangelnden Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dies wollen wir ändern. Daher wollen wir u.a. durch den ganztägigen Kita-Ausbau, den Ausbau von Ganztagssschulen, durch flexible Arbeitszeitmodelle und durch mehr Akzeptanz von Vätern in Eltern- und Teilzeit Frauen die Möglichkeit geben, erwerbstätig zu sein. Mit unserem Konzept der Garantierente schlagen wir zudem ein Rentenkonzept vor, das insbesondere Frauen vor Altersarmut schützt.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist gestiegen, allerdings bei nahezu gleichbleibendem Arbeitsvolumen. Immer mehr Frauen arbeiten immer weniger. Viele sind jedoch mit ihren Arbeitszeiten unzufrieden und würden lieber mehr arbeiten und verdienen. Wir wollen Arbeitszeit und Arbeitsvolumen zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen viel Arbeitenden und Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten besser verteilen. Die sogenannten Minijobs müssen sozialverträglich ersetzt werden. In der Kombination mit der Mitversicherung in der Krankenversicherung und dem Ehegattensplitting behindern sie die eigenständige Existenzsicherung, weil sie das Signal aussenden, dass sich eine sozialversicherungspflichtige Arbeit kaum lohnt. Langfristige Nachteile wie niedrige Renten werden von der Merkel-Regierung ignoriert. Wir wollen das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entgehen, wollen wir zur Finanzierung von guten Kitas, Ganztagssschulen und für eine Kindergrundsicherung nutzen. Bedarfsgemeinschaften wollen wir ersetzen durch eine individuelle Existenzsicherung. Diese Umstellung geht zwar nicht von heute auf morgen, doch wollen wir diesen Wechsel in der kommenden Legislaturperiode anpacken und mit konkreten Schritten einleiten. Kurzfristig brauchen wir den Zugang zu allen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung unabhängig vom Leistungsbezug.

In einer Gesellschaft, die Vielfalt als Bereicherung erfährt, kommt MigrantInnen eine wichtige Rolle zu. Allerdings finden viele trotz qualifizierter Ausbildung nur eine niedrig bezahlte Beschäftigung z.B. in der Reinigung oder Pflege. Bei der Ausbildungsplatz- und Studienfachwahl wählen gerade junge Frauen aus einem nur eingeschränkten Spektrum. Damit nutzen sie ihre Potentiale nicht aus, der Wirtschaft gehen wichtige Nachwuchskräfte verloren. Junge Frauen und Männer sowie ArbeitgeberInnen sollten für geschlechtsuntypische Entscheidungen motiviert werden.

2. Männer in neuen Rollen unterstützen

Gleiche Rechte und Pflichten werden wir nur dann erreichen, wenn auch Männer als Akteure für Gleichberechtigung stärker in den Blick genommen werden. Immer mehr Männer erkennen, dass traditionelle Männerrollen auch negative Seiten für sie haben, und wollen zum Beispiel nicht mehr nur Alleinverdiener oder Haupternährer der Familie sein, sondern wünschen sich auch eine aktive Vaterschaft. Dabei finden sie aber – genau wie Frauen – Rahmenbedingungen vor, die traditionelles Rollenverhalten fördern. Grüne Politik ist feministisch und emanzipatorisch, sie löst Geschlechterrollen auf und erlaubt allen Menschen mehr individuelle Gestaltungsfreiheit. Damit kommt Bewegung in die geschlechterpolitische Debatte. Dazu ist es nötig, Männer, Jungen und Väter darin zu unterstützen, sich in gleichstellungspolitischen Anliegen besser zu vernetzen. Sie sind Partner bei der Umsetzung von Gleichstellung. Ihre Anliegen und Bedürfnisse sollen in der geschlechterpolitischen Debatte ihren eigenen Raum finden.

Wir wollen Männer unterstützen, neue Wege zu gehen und auch vermehrt Berufe, die klassisch mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, wie z.B. im pädagogischen Bereich und der sogenannten Care-Arbeit, zu ergreifen. Die Vereinbarkeit von Lebens- und Arbeitswelt ist auch ein Thema für Männer. Die „Partnermonate“ beim Elterngeld waren und sind ein erster Erfolg. Eine Weiterentwicklung der Elternzeit soll es auch für Männer selbstverständlicher machen, familiäre Aufgaben zu übernehmen. Eine geschlechtersensible Pädagogik stellt die Frage, inwieweit alle Kinder individuell am besten gefördert werden können. Deswegen unterstützen wir geschlechtersensible Bildungsarbeit und Berufsberatungsangebote.

Die Politik muss ebenso wie die Wissenschaft die Veränderungen der Rollenbilder auch von Männern stärker berücksichtigen. Wir wollen eine regelmäßige Berichterstattung und Begleitforschung für Genderfragen umsetzen. Wir brauchen einen Aufbruch für die Männergesundheit, eine stärkere Konzentration auf die Prävention und Vorsorgeuntersuchungen von Männerkrankheiten, in den Krankenkassen und in der betrieblichen Gesundheitsförderung. Zum Thema Männer als Opfer von Gewalt liegen bisher kaum Daten vor. Hier

wollen wir mehr Forschung ebenso wie eine gesellschaftliche Debatte.

3. Die Demokratie vervollständigen

Unsere Demokratie lebt vom Engagement, vom Mitmachen. Tatsächlich sinkt in vielen Landtagen und Kommunalvertretungen der Anteil von Frauen. Das ist knapp 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland ein äußerst bedenklicher Trend. Wir wollen auch mit gesetzlichen Regelungen den Frauenanteil und die politische Teilhabe erhöhen, ähnlich wie das mit dem französischen Paritätsgesetz ermöglicht wurde. Erfahrungsgemäß erhöhen vor allem feste Quoten den Anteil von Frauen in Parteien und Parlamenten. Durch eine Dokumentationspflicht von Frauen- und Männeranteil bei Nominierungsveranstaltungen wollen wir gendersensible Daten über politische Beteiligungsprozesse erheben.

Wir halten an der Strategie des Gender-Mainstreamings fest, mit der bei allen politischen Handlungen nach den Auswirkungen auf Frauen und Männer gefragt wird. Unser Ziel ist Geschlechterdemokratie, die ein gerechtes Verhältnis von Frauen und Männern beinhaltet. Eine bundesweite Forschungseinrichtung zur Gleichstellung soll wissenschaftliche Expertise bündeln, Diskussionsprozesse initiieren und unterstützen. Wir wollen einen zweiten Bundesgleichstellungsbericht erstellen lassen, der die Schwerpunkte auf die Bereiche legt, die im ersten Bericht nicht ausführlich behandelt werden konnten.

Durch die Einführung des Gender-Budgetings auf allen Ebenen wollen wir Gleichberechtigung auch im Bereich der Haushaltspolitik umsetzen. Die geschlechtersensible Analyse eines Haushalts macht deutlich, welche Auswirkungen die Verwendung öffentlicher Mittel auf Frauen und Männer in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen hat.

4. Über den Körper selbst bestimmen

Selbstbestimmung umfasst auch den eigenen Körper. Frauen müssen über ihre Schwangerschaften frei und ohne Kriminalisierung

entscheiden können. Das Recht auf Information und freiwillige Beratung muss allen offenstehen. Dazu gehören auch freiwillige Angebote rund um vorgeburtliche Untersuchungsmethoden. In Deutschland gibt es eine hohe Quote an Geburten mit Kaiserschnitt. Wir wollen die Beratung und Unterstützung durch Hebammen stärken mit dem Ziel, Frauen eine selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen. Fehlanreize zur Durchführung nicht medizinisch indizierter Kaiserschnitte müssen abgeschafft werden. Frauen müssen während der Schwangerschaft, Geburt und in der Nachsorge Zugang zu einer kontinuierlichen Betreuung durch eine Hebamme ihres Vertrauens haben. Für BezieherInnen von Transferleistungen sind Verhütungsmittel unentgeltlich bereitzustellen. Die „Pille danach“ muss rezeptfrei erhältlich sein. Auf die Nebenwirkungen und die Notwendigkeit von Kontrolluntersuchungen soll hingewiesen werden.

Der Druck, auch den eigenen Körper so weit wie möglich zu optimieren, ist real vorhanden. Abweichungen von der Norm sind schwer zu leben, Fälle von Essstörungen nehmen zu, ebenso wie der Anteil von Schönheitsoperationen. Dabei kommt der photogeshoppten, zum Teil offensichtlich, zum Teil eher subtil sexistischen Werbung eine nicht unwesentliche Rolle zu. Gerade für junge Menschen wird hier ein hoher Druck aufgebaut und ein starres Schönheitsideal vermittelt. Hierüber ist ein gesellschaftlicher Verständigungsprozess erforderlich, der für körperliche Vielfalt sensibilisiert und Sexismus in den Medien ächtet.

Abweichungen von der Norm der Zweigeschlechtlichkeit sind in unserer jetzigen Gesellschaft schwer zu leben, müssen aber selbstbestimmt möglich sein. Obwohl intergeschlechtliche Menschen meist ohne medizinische Eingriffe oder Hormonpräparate leben können, werden sie oft unmittelbar nach der Geburt operiert und leiden oft ihr ganzes Leben darunter. Hier fehlt es an Aufklärung und Beratung der Eltern sowie ausreichend geschultem medizinischem Personal. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit muss auch für Intersexuelle gelten. Wir fordern deshalb, dass medizinisch nicht notwendige Eingriffe nur mit Einwilligung der Intersexuellen selbst durchgeführt werden können.

5. Gewalt ächten

Gewalt ist für viele Frauen bittere Realität. Das Gewaltschutzgesetz hat mit der erleichterten Überlassung der Wohnung die Situation für Gewaltbetroffene in Familien wesentlich verbessert. Dennoch müssen jährlich etwa 34.000 Frauen und Kinder in Frauenhäuser fliehen. Weder die Anzahl der Plätze noch die Hilfs- und Beratungsangebote sind ausreichend. Wir brauchen spezifische Angebote und Plätze in Frauenhäusern, insbesondere für Frauen mit Behinderung, Migrantinnen, Frauen mit Kindern und pflegebedürftige Frauen. Mit der zentralen Notrufnummer sollen mehr Betroffene erreicht werden – dann müssen aber auch die Unterstützungseinrichtungen mehr Mittel erhalten. Auch ältere Frauen, Migrantinnen, Frauen mit geringem Einkommen und Frauen in Ausbildung oder ohne eigenes Einkommen haben Schwierigkeiten. Als besondere Gruppe von Gewalt betroffen sind außerdem Frauen in der Obdachlosigkeit. Sie befinden sich oft in problematischen Abhängigkeitsverhältnissen und werden aufgrund eines fehlenden festen Wohnsitzes nicht in Frauenhäusern aufgenommen. Ihnen müssen eigenständige Unterstützungsangebote gemacht werden. Wir müssen eine ausreichende Finanzierung für ein qualitativ hochwertiges Angebot durch die Übernahme als staatliche Pflichtaufgabe für all diese spezifischen Bedürfnisse sicherstellen. Für vergewaltigte Frauen muss zeitnah eine qualifizierte Notfallversorgung und -behandlung einschließlich (anonymer) Spurensicherung und einer Notfallverhütung mit der „Pille danach“ in allen deutschen Krankenhäusern sichergestellt sein. Die Finanzierung des Notfallpakets muss gewährleistet werden.

Vergewaltigungsmythen, die dazu führen, dass Betroffenen von sexualisierter Gewalt generell eine Teilschuld zugeschrieben wird, sind in Deutschland immer noch weit verbreitet. Sie tragen dazu bei, dass die Dunkelziffer für diese Straftaten weiterhin sehr hoch ist. Wir wollen deshalb sicherstellen, dass Betroffene deutschlandweit von regelmäßig geschulten und sensibilisierten Polizei- und JustizbeamtInnen betreut werden. Außerdem muss die Finanzierung von umfangreichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten gewährleistet sein. Dadurch wollen wir die Betroffenen von sexualisierter Gewalt vor einer erneuten Traumatisierung schützen. Dazu gehört auch eine Überprüfung der Strafgesetzgebung.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind regelmäßig Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt. Es gibt zu wenig Angebote und auch zu wenig Schutz für sie in den Einrichtungen, in denen sie leben. Deshalb brauchen wir verpflichtende Antidiskriminierungsmaßnahmen und spezifische Förderung, damit auch sie selbstbestimmt leben können. Eine geschlechtergerechte Ausrichtung der Inklusion und umfassende Maßnahmen gegen die Mehrfachdiskriminierung und Gewalt an Frauen und Mädchen mit Behinderungen ist dringend erforderlich.

Das rot-grüne Prostitutionsgesetz hat den Bereich des Sexgewerbes entkriminalisiert und die Doppelmoral rechtlich beendet. Das war ein längst überfälliger Schritt. Eine Rückkehr zum Verbot der Prostitution würde die Prostituierten in die Illegalität drängen, ihre Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern und sie stärker der Gefahr von gewalttätigen Übergriffen aussetzen. Allerdings blieb man damals auf halbem Wege stehen. Deshalb werden wir das Prostitutionsgesetz im Bundestag weiterentwickeln. Unser Ziel ist der möglichst weitgehende Schutz von Prostituierten. Das Beratungs- und Hilfsangebot wollen wir ausbauen und niedrigschwellig zugänglich machen. SexarbeiterInnen müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden. Wir wollen einen Ausbau der Ausstiegsprogramme. Dabei setzen wir nicht auf Einschränkungen, sondern auf das Recht: So sollen unter anderem Prostitutionsbetriebe ab einer bestimmten Größe der gewerberechtlichen Erlaubnispflicht unterliegen. Durch gewerberechtliche Überprüfungen von Prostitutionsstätten und ihren BetreiberInnen wollen wir SexarbeiterInnen schützen und ihre Arbeitsbedingungen sicherer machen. Außerdem wollen wir sie rechtlich besser schützen vor Mietwucher und Ausbeutung und überprüfen, inwieweit der Zugang zur Sozialversicherung verbessert werden kann. Wir wollen zusätzlich kostenfreie medizinische Beratungsangebote für SexarbeiterInnen schaffen.

Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ist eine eklatante Menschenrechtsverletzung und eine schwere, abscheuliche Straftat. Die Umsetzung der Europaratskonvention und der EU-Opferschutzrichtlinie gegen Menschenhandel erfordert gesetzliche Neuregelungen auch auf nationaler Ebene. Die Opfer müssen besser vor Abschiebungen geschützt werden, insbesondere, aber nicht nur während laufender Gerichtsverfahren. Ein dauerhaftes Bleiberecht

würde ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft deutlich erhöhen und so zur Ermittlung der TäterInnen und Erhellung der Strukturen führen. Menschenhandelsopfer, die als Zeuginnen auftreten, brauchen ein umfassendes Opferschutzprogramm. Freier von Zwangsprostituierten müssen auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn ihnen bekannt ist, dass es sich bei dem Opfer um eine Zwangsprostituierte handelt. Außerdem brauchen alle Opfer von Zwangsehen ein eigenständiges und dauerhaftes Rückkehrrecht.

Frauen wie Männern, die sich einer Zwangsverheiratung entziehen wollen, muss schnell, kompetent und effektiv geholfen werden. Dies erfordert länderübergreifendes Handeln und für alle verbindliche Leitlinien.

Auch in Deutschland leben viele von Genitalverstümmelung betroffene oder bedrohte Frauen und Mädchen. Das wollen wir ausdrücklich als Fall von schwerer Körperverletzung in das Strafbuch aufnehmen. Eine Bestrafung muss auch dann möglich sein, wenn Mädchen dazu ins Ausland verbracht wurden.

6. Europäische und internationale Frauenpolitik

Deutschland ist ein Global Player und das muss sich auch in unserer Frauenpolitik zeigen. Die schwarz-gelbe Regierung torpediert auf EU-Ebene die Initiative, eine Quote für Aufsichtsräte einzuführen. Sie kürzt in der Entwicklungshilfe die Mittel für Projekte zur Gleichberechtigung von Frauen und hebt die Bindung der Mittel an Frauenförderung auf. Für die Umsetzung von CEDAW (UN-Frauenrechtskonvention) bekommt die Regierung schlechte Noten. Und den Sitzungen von UN Women bleibt Ministerin Schröder fern.

Wir GRÜNE nehmen die internationalen Gremien ernst und werden auch in der Frauen- und Gleichstellungspolitik präsent sein. Wir werden Einfluss nehmen, zu unserer Verantwortung stehen und finanzielle Mittel in angemessener Höhe dafür zur Verfügung stellen. 50 % der Nahrungsmittel und über 70 % der Bekleidung weltweit werden von Frauen produziert und auch in Deutschland gekauft. Hier stehen wir in der Pflicht, uns mit und für die Frauen in den produzierenden Ländern für gute Arbeitsbedingungen einzusetzen. Auf der anderen Seite gibt es Länder, die uns in Gleichstellungsfragen weit voraus sind. Der Austausch mit diesen Ländern ist wertvoll.

Auch unser diplomatischer Dienst macht tagtäglich ganz praktische Außenpolitik und benötigt dazu geschlechterpolitische Kompetenz. Wir setzen uns außerdem für mehr Diplomatinen in den deutschen Vertretungen weltweit ein.

Wer GRÜN wählt ...

- will ein gleichberechtigtes Miteinander von Frauen und Männern.
- ist für die eigenständige Existenzsicherung und den Abschied vom Haupternährermodell.
- sorgt für gleiche Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
- bekommt mehr Frauen in den Parlamenten und Entscheidungspositionen.
- setzt sich für ein Leben ohne Gewalt ein.

Schlüsselprojekte

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – ein Entgeltgleichheitsgesetz erlassen

Frauen erhalten im Schnitt noch immer 22 % weniger Lohn als Männer. Typische Frauenberufe werden schlechter entlohnt als typische Männerberufe. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft und Freiwilligkeit haben in den letzten zehn Jahren zu nichts geführt. Darum wollen wir das Gebot des gleichen Entgelts bei gleicher und gleichwertiger Arbeit mit gesetzlichen Regelungen und angemessenen Sanktionen durchsetzen. Damit gleiche Tätigkeiten und gleichwertige Jobs endlich gleich entlohnt werden.

Eigenständige Existenzsicherung voranbringen – Ehegattensplitting ersetzen

Unser Ziel ist, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, das, was er oder sie zum Leben braucht, selbst zu erwirtschaften. Dabei müssen Zeiten von Nichterwerbstätigkeit selbstverständlich abgesichert sein. Traditionelle Rollenbilder, die unsere Steuer- und Sozialgesetzgebung bis heute prägen, behindern dies. Strukturen, die vor allem für Frauen erhebliche Erwerbshemmnisse darstellen, wollen wir abbauen, dazu gehören unter anderen die Ersetzung der Minijobs, die Überführung der kostenlosen Mitversicherung in die BürgerInnenversicherung und der Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Das Ehegattensplitting wollen wir deshalb durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum ersetzen. Damit steigern wir die Erwerbsanreize für Frauen, leisten einen wichtigen Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung und senken das Armutsrisiko von Frauen und Familien. Dabei werden wir in einem ersten Schritt Einkommen bis 60.000 Euro mit einem Splittingdeckel von Belastungen ausnehmen. Die frei werdenden Mittel werden wir in den massiven Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und in den Aufbau einer Kindergrundsicherung investieren. Mit einem umfassenden Aktionsprogramm werden wir Frauen unterstützen, den (Wieder-)Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit erfolgreich zu gestalten.

Die Hälfte der Macht den Frauen – eine verbindliche Quote einführen

Diverse Selbstverpflichtungen der Unternehmen blieben ohne größeren Einfluss auf den Frauenanteil in den Führungsgremien. Wir haben genug von den Lippenbekenntnissen und wollen endlich Taten sehen, um die gläserne Decke für Frauen zu beseitigen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorstände wie in Norwegen werden die Männerclubs in den Führungsetagen aufbrechen und zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und andere Frauen nachziehen. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

P. Kunst und Kultur beflügeln

Wie wir Kunst als gesellschaftlichen Stein des Anstoßes bestärken, kulturellen Wandel fördern und den Sport stärken

Kunst und Kultur ermöglichen es uns, die Welt mit anderen Augen zu sehen, differenzierter zuzuhören und neu zu denken. Sie sind entscheidend für Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und sie fördern die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft. Sie sind ein entscheidendes Feld sozialer Teilhabe. Sie können Impulsgeber für Veränderung und für die ständige Weiterentwicklung unseres Wertesystems sein.

Eine lebendige lernfähige und zukunftsorientierte Gesellschaft braucht eine starke kulturelle Infrastruktur, kulturelle Teilhabe, kulturelle Bildung und eine aktive Kulturpolitik. Wir stehen für faire Arbeitsbedingungen, künstlerische Freiheit, gleichberechtigte Zugänge und transparente Förderkriterien sowie eine transparente Mittelvergabe. Die Kreativen in unserem Land leisten einerseits einen großen Beitrag zum Wohlstand und damit auch zum Steueraufkommen, andererseits müssen viele selbständige KünstlerInnen und Kreative mit einem Einkommen knapp über dem Existenzminimum zurechtkommen. Neben den großen Häusern und den klassischen Kulturinstitutionen werden wir die freien Initiativen und Projekte stärker unterstützen und ihnen auch mehr Anerkennung verschaffen.

Kulturpolitik sollte nach unserem Verständnis Grenzen überwinden und Brücken bauen. Sie kann auch Grundlage im globalen Dialog und in der europäischen Integration und Verständigung sein. Kunst und Kultur fördern den Perspektivenwechsel und ein Gespür dafür, dass wir in der Einen Welt aufeinander angewiesen sind. Mit Blick auf die Dynamiken der Globalisierung ist die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wichtige Aufgabe des Bundes.

Es gibt eine Übereinkunft, dass eine lebendige, lernfähige Gesellschaft eine starke kulturelle Infrastruktur für die kulturelle Teilhabe aller braucht. Doch dafür brauchen wir eine andere, eine aktive und vorausschauende Kulturpolitik. Wir sehen und fördern Kunst und Kultur auch als Schlüssel zur Beteiligung gesellschaftlich benachtei-

liger Bevölkerungsgruppen – in der Stadt-, Quartiers- und Regionalentwicklung, bei Bauprojekten, der Anlage und Gestaltung von öffentlichen Freiräumen, in der Umweltbildung und für die ständige Entwicklung neuer Kulturangebote. Angesichts veränderter gesellschaftlicher Anforderungen, stärkerer gesellschaftlicher Segregation und knapper Kassen ist die Frage nach Erhalt, notwendigen Veränderungen und gegebenenfalls Neuausrichtungen kultureller Angebote, Institutionen und Förderungen immer wieder neu zu stellen.

Wir unterstützen kulturelle Orte, an denen alle teilhaben können – aktiv und passiv. Kunst und Kultur sind für uns kein elitäres Projekt – für die mit der umfassenden Vorbildung oder dem dicken Geldbeutel. Wir unterstützen die Kulturinstitutionen darin, Möglichkeitsräume für alle zu schaffen. Wir stehen für die Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden durch den Erhalt und die Schaffung kulturfreundlicher Rahmenbedingungen.

Gute Kulturpolitik schafft Zukunft und Lebensqualität. Wir brauchen die Kreativität und die Kraft, die Dinge anders zu sehen, als wir es gewohnt sind, und den Mut, die Dinge anders anzupacken, als sie schon immer gemacht wurden. Das gilt für die Zukunft von Demokratie und Menschenrechten ebenso wie für eine Welt in Nachhaltigkeit und Frieden. Sport und Bewegung sind wichtige Aspekte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Selbstverwirklichung jedes Menschen. Sportkultur ist vielfältig und Ausdruck einer lebendigen und bunten Gesellschaft.

1. Kultureinrichtungen für alle öffnen

Wir schaffen für alle einen Zugang zu Kunst und Kultur, indem wir auf kulturelle Bildung setzen und Kultureinrichtungen vor Ort stärken. Unser Ziel ist es, dass noch mehr Menschen in die kulturellen Räume, in die Theater, Konzertsäle, Kinos, Museen, Clubs und Bibliotheken kommen. Hierfür bauen wir die Barrieren ab, die physischen wie die sozialen. Unsere Kulturlandschaft muss für jede und jeden interessant, erschwinglich und zugänglich sein.

Durch kulturelle Bildung wird vielen Menschen die Tür zur Kunst aufgestoßen. Schulfächer wie Musik und Kunst sind essentieller Bestandteil einer guten Bildung. Dafür brauchen wir genügend Personal,

insbesondere künstlerische Lehrkräfte, und eine stärkere Kooperation mit den KollegInnen aus anderen Fachbereichen, Kulturinstitutionen sowie externen Kulturschaffenden. Die Pilotprojekte der Kulturstiftung des Bundes leisten dafür bereits einen wichtigen Beitrag, den wir mit zusätzlichen Mitteln unterstützen werden. Gleichzeitig erkennen und fördern wir das Potential jugend- und subkultureller Räume wie Skaterparks und Jugendzentren. Diese Räume sind eine Möglichkeit, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind – um gemeinsam mit ihnen diese Räume weiterzuentwickeln.

Auch im außerschulischen Bereich sollen die kulturellen Einrichtungen allen, ganz besonders Kindern und Jugendlichen, offenstehen. Dafür brauchen wir mehr KulturpädagogInnen, die fest in den Häusern verankert sind. Wir stärken dezentrale und niedrigschwellige Kulturangebote etwa in Jugendzentren oder Kinder- und Jugendtheatern. Wir stellen fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Kultureinrichtungen unterrepräsentiert sind. Hier sehen wir großen Handlungsbedarf und werden die Kultureinrichtungen bei der interkulturellen Öffnung stärken. In einer sich globalisierenden Welt sind trans- und interkulturelle Projekte und Erfahrungen eine große Triebkraft für Kreativität. Mit ihnen entsteht auch ein neues, kritisches und inklusives Bild von Heimat und Zugehörigkeit. Nicht zuletzt setzen wir uns für mehr Barrierefreiheit ein, damit Kultur allen zugänglich ist. Ein Beispiel für Barrierefreiheit ist unser grünes Engagement für den barrierefreien Film. Untertitelungen und Audiodeskriptionen für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen sind dank unserer Initiative in der Bundesfilmförderung nun verpflichtend. Wir wollen, dass dieses Beispiel breit Schule macht – auch im Fernsehangebot.

2. Gerechtigkeit für alle Kulturschaffenden

Eine Gesellschaft ohne KünstlerInnen und Kreative ist arm und leer. Privates Kultur-Sponsoring ist wichtig; es kann allein aber keine Grundlage für künstlerische und kulturelle Entfaltung liefern. Wir müssen Kulturschaffenden so viel Sicherheit bieten, dass sie experimentieren und auch scheitern können, dass sie uns herausfordern, kritisieren oder irritieren können. Kunst und kulturelle Werke werden

dabei von unterschiedlichsten Menschen geschaffen, professionell, semiprofessionell, aber auch in der Freizeit.

In Deutschland arbeiten etwa eine Million hochqualifizierte Kulturschaffende, KünstlerInnen und Kreative. Alle Kulturschaffenden in Deutschland brauchen angemessene steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen. Wir schaffen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit und sprechen uns für Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen für alle ausgebildeten InterpretInnen, BühnendarstellerInnen und Lehrenden ohne Festanstellung in Kunst und Kultur aus. Wir sorgen dafür, dass sie trotz brüchiger Erwerbsbiografien bei der Arbeitslosenversicherung und dem Krankengeldanspruch abgesichert sind. Die Aneinanderreihung zeitlich befristeter Honorarverträge jenseits einer angemessenen Vergütung wollen wir beenden. Bei der Einführung der Bürgerversicherung erhalten wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung.

Auch bei Lehtëtätigen in Kunst und Kultur setzen sich Aneinanderreihungen von zeitlich befristeten Honorarverträgen ohne dauerhafte soziale Absicherung immer mehr durch, weit entfernt von einer angemessenen Vergütung.

Die digitale Gesellschaft ist Wirklichkeit und bietet zahlreiche, auch neue Möglichkeiten für kulturelle Teilhabe und kulturelle Vielfalt. Etablierte Kunstformen können sich im Internet weiterentwickeln und neue entstehen, Partizipation und Handeln werden revolutioniert. Wir wollen, dass künstlerische Leistung und kreative Arbeit als solche anerkannt und angemessen vergütet wird. Dies muss weiterhin Maßgabe bei der Reform und Modernisierung des Urheberrechts sein. Wir wollen UrheberInnen und NutzerInnen in ihren Rechten stärken und gleichzeitig Respekt und Vertrauen zwischen KünstlerInnen und NutzerInnen fördern. Deshalb setzen wir auf einen fairen Interessenausgleich. Mit der Reform des Urhebervertragsrechts stärken wir die UrheberInnen, denn sie sind heute oft in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber ihren GeschäftspartnerInnen, den VerwerterInnen und VermittlerInnen, die zwischen UrheberInnen und NutzerInnen stehen. Wir wollen das Schlichtungsverfahren über Vergütungsregeln zwischen Kreativen und VerwerterInnen so gestalten, dass es am Ende zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führt. Außerdem müssen die InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen auf Verlangen darüber informieren, wie oft ihr Werk oder

ihre Leistung genutzt wurde und welche Erträge damit erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie umfassend über die Nutzung ihrer Werke oder Leistungen informiert sind, können UrheberInnen und KünstlerInnen auf dieser Grundlage eine angemessene Vergütung verlangen. Weiterhin muss dafür Sorge getragen werden, dass gefundene Vereinbarungen kontrolliert und im Streitfall auch durchgesetzt werden. Urheberpersönlichkeitsrechte müssen auch in der Zukunft gewahrt bleiben, damit UrheberInnen auch weiterhin über die Nutzung ihrer Inhalte selbst entscheiden können. Leitbild für unsere politische Arbeit in diesem Bereich ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: dass jede und jeder das Recht hat, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben. Genauso hat jede und jeder das Recht auf Schutz der geistigen und materiellen Interessen, die ihr/ihm als UrheberIn von Werken der Wissenschaft, Literatur oder Kunst erwachsen.

3. Eine Reform der Kulturförderung

Wir schaffen eine verlässliche, transparente und öffentliche Kulturfinanzierung auch in den Zeiten der Schuldenkrisen und der Schuldenbremsen. Deshalb wollen wir die bestehenden Fonds, unter anderem für Soziokultur und darstellende Künste, unter dem Dach der Kulturstiftung des Bundes stärken und durch ein Programm zur Förderung künstlerischer Ausdrucksformen der Jugendkultur ergänzen. Auch die Förderung der Kulturarbeit der Vertriebenen ist nicht mehr zeitgemäß und führt oftmals zu Konflikten, statt die Verständigung mit unseren Nachbarn voranzutreiben. Wir richten die Förderung gemeinsam neu aus und schaffen mehr Transparenz. Der Kulturstaa-minister darf nicht weiterhin allein hinter verschlossenen Türen über die Bewilligung von Förderanträgen entscheiden, sondern wir brauchen transparente Kriterien, öffentliche, mitberatende Jursitzungen und eine regelmäßige Evaluation in jedem Förderbereich. Auch die Kommunen müssen zur Wahrung ihrer unabhängigen Kulturförderung vor Ort stärker entlastet werden. Die Mehreinnahmen durch die grüne Reform der Erbschaftsteuer sind eine große Chance auch für die Kultur. Als GRÜNE kämpfen wir in Bund, Ländern und Kom-

munen gemeinsam dafür, dass sie genutzt wird. Wir treten für die Unterstützung regionaler kultureller Infrastruktur, wie des örtlichen Buchhandels und kleiner lokaler Kinos, ein.

Wir bekennen uns zur einzigartigen Kulturlandschaft der Bundesrepublik, mit ihren Theatern, Orchestern, der freien Szene und den Einrichtungen der Soziokultur. Wir wollen, dass die finanzielle Kluft zwischen den etablierten Häusern und der freien Szene nicht immer größer wird. Langfristiges Ziel muss sein, die Kooperationen mit der freien Szene zu verstetigen und für deren bessere finanzielle Absicherung zu sorgen. Wir fördern die verschiedenen Theaterformen und stärken Produktionsgemeinschaften. Wir sehen uns auch in der Verantwortung für die Kultur, die nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Die Entwicklung darf nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Mehr Unterstützung und Vermittlung seitens der Politik sind hier notwendig. Wir fordern die Prüfung eines KfW-Sonderprogramms Kulturförderung, das bei drohender Schließung Überbrückungskredite gewährt. Auch bei der energetischen Sanierung von Kulturgebäuden sollen Kultureinrichtungen von den bestehenden Programmen profitieren.

Wir heben das Doppelfinanzierungsverbot auf, um gerade auf diesem Feld die interministerielle Zusammenarbeit zu fördern. Wir planen die Einrichtung eines Fonds für „Ästhetik und Nachhaltigkeit“. Denn die ökologische Krise erfordert einen Umbau unserer gesamten Gesellschaft, der sich nicht in technischen Fragen wie Gebäudesanierung erschöpft, sondern völlig neue Lebensweisen hervorbringen wird. Wir müssen aus der Tradition der europäischen Stadt eine neue Baukultur mit dem Menschen als zentralem Maßstab entwickeln. Hierfür sind Konzepte, Strategien und Strukturen des öffentlichen Designs zu entwickeln – „Infrastrukturen des Glücks“, die sich den globalen und lokalen Aufgaben stellen, ohne das Maß an persönlicher Freiheit einzuschränken. Diese Entwicklung dürfen wir nicht der Sphäre der Ökonomie überlassen – die Künste, Kultur und Wissenschaft müssen tatkräftig mitwirken.

Ob Schauspiel, Musik, Bilder, Filme, Computerspiele oder Bücher – wir brauchen bei der Förderung einen differenzierten Blick auf die verschiedenen Medien. Wir fördern alle kreativen Theaterformen und stärken die Produktionsgemeinschaften. Wir fordern die Einrichtung eines Fonds „Neue Musik“ zur Förderung der Produktion,

Aufführung und Vermittlung neuer musikalischer Werke aus allen musikalischen Sparten und unterstützen besonders junge MusikerInnen, indem mehr Probe- und Auftrittsmöglichkeiten geschaffen werden. Die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude wollen wir vereinfachen. Dadurch können wir auch die Liegenschaften des Bundes besser nutzen. Die vielfältige Clublandschaft wollen wir erhalten.

Künstlerinnen und Künstler erhalten bislang für die öffentliche Ausstellung ihrer Werke üblicherweise keinerlei Vergütung. Wir fordern daher, dass der Bund eine verpflichtende Ausstellungszahlung an bildende Künstlerinnen und Künstler in seine Förderkriterien aufnimmt. Dadurch kann der Bund eine Vorbildfunktion übernehmen für Länder, Kommunen und private Aussteller. Graffiti-KünstlerInnen muss mehr Raum und ihrer Kultur damit auch genug öffentliche Entfaltungsmöglichkeit gegeben werden.

Wir wollen die Filmförderung in Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen. Bei der Filmförderung geht es um die Verwirklichung anspruchsvoller kreativer Projekte – und nicht nur um ausgeklügelte Marketingpläne. Nicht das Schielen nach Hollywood, sondern qualitativ hochwertige Filme sind der Garant für nachhaltige Erfolge des deutschen und europäischen Films. Wir wollen deshalb den kulturellen Kriterien in der Filmförderung wieder Gewicht verleihen und nehmen die regionale Film- und Medienwirtschaft sowie kleine und freie Produktionen in den Blick. Dafür bedarf es auch Reformen in den Gremien der Filmförderung. Kreative Filmschaffende müssen mehr Einfluss bekommen. Wir unterstützen die Ökologisierung der Kulturwirtschaft, von der klimaschonenden Produktion über CO₂neutrale Transporte, giftfreie und wiederverwendbaren Werkstoffe bis hin zu nachhaltigem Catering. Dahingehend stärken wir auch die Förderrichtlinien. Deshalb plädieren wir für eine „Green Film“-Initiative in der Bundesfilmförderung. Computerspiele sind kreative Werke. Wir wollen die Förderung von kulturell hochwertigen und außergewöhnlichen Games über den Computerspielpreis der Bundesregierung hinaus ausdehnen.

Wir sind stolz auf die vielfältige Literaturlandschaft in der Bundesrepublik und wollen sie unterstützen, indem wir junge AutorInnen, AutorInnen mit neuen und kreativen Ansätzen fördern und gute Bedingungen auch für kleine Verlage schaffen. Wir tragen dazu bei,

dass die Leseförderung intensiviert wird und nicht ausschließlich an Schulen stattfindet. Lesen und Schreiben sind die entscheidenden Voraussetzungen für Medien- und Konsumkompetenz, Integration und Inklusion, gesellschaftliche und politische Teilhabe. Deshalb wollen wir die öffentlichen, nicht kommerziellen Bibliotheken erhalten – als Orte des niedrigschwelligen und kostengünstigen Zugangs zu Literatur und Wissen. Zudem wollen wir die elektronische Ausleihe in Bibliotheken vereinfachen.

Wir brauchen unser kulturelles Erbe als Quelle des Nachdenkens und als Zeugnis stetigen Wandels. Deshalb soll die Digitalisierung und Archivierung von Video- und Audiokunst, Musik- und Filmarchiven, Flyer- und Streetart, aber auch „flüchtigen“ Künsten, wie Theater und Tanz, vorangetrieben und zugänglich gemacht werden. Entsprechende Hürden wollen wir abbauen. Ebenso wie das visuelle Erbe muss auch das aktenmäßig dokumentierte historische Erbe aus den Archiven, Bibliotheken und Museen digitalisiert werden, um dauerhaft Teil der Erinnerungskultur bleiben zu können.

4. Anstoß für Demokratie und Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Frieden

Demokratie braucht Kultur. Kulturelle Orte sind Orte der gesellschaftlichen Begegnung, der produktiven Reibung. Sie sind Keimzellen für demokratische Ideen und Prozesse. Sie schaffen Raum für Neues, für Reflexion und Widerspruch, für Debatte und Diskurs. Sie sind unser gesellschaftliches Labor – abseits vom Sound des Sachzwangs. Kultur ist ein Medium der Freiheit und Individualität. Wo sie – auch unter dem Vorwand der „Beleidigung religiöser Gefühle“ – zum Angriffsziel menschenrechts- und demokratiefeindlicher Kräfte wird, werden wir entschlossen für sie Partei ergreifen.

Kultur schafft Raum für Protest. Gerade an Orten der Unterdrückung und in Zeiten der Verfolgung. Bei systematischen Menschenrechtsverletzungen ist die Kunst oft das einzige Sprachrohr, über das Protest uns noch erreicht. Wir müssen diese Kanäle offenhalten. Künstlerinnen und Künstler, die mutig genug sind aufzustehen und Widerstand zu leisten, finden unsere Solidarität: vom chinesischen Schriftsteller Liao Yiwu bis zur russischen Band Pussy Riot, von den

Dichterinnen des Arabischen Frühlings bis zum iranischen Filmemacher Jafar Panahi.

Kultur ist ein wichtiges Mittel in der Präventionsarbeit und im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Neonazis haben in Regionen ohne zureichendes Kulturangebot, ohne Jugendzentren und sonstige Orte der Begegnung, oft ein leichtes Spiel. Deswegen fordern wir auch für die kulturellen Initiativen gegen den Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine sichere und verstetigte Förderung durch den Bund.

Kultur stellt Fragen nach einer ökologisch verantwortungsbe-
wussten Lebensweise. Diese Fragen und Irritationen können uns aus dem alltäglichen Phlegma der ressourcenverschwendenden Bequemlichkeit herausreißen. Deshalb werden wir das Politikfeld Kultur in den Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie aufnehmen.

Kulturpolitik ist Friedenspolitik. Auswärtige Kulturpolitik und internationaler Kulturaustausch gehören zu den wichtigsten Instrumenten für Völkerverständigung. Die auswärtige Kulturpolitik werden wir deshalb stärken, insbesondere Mittlerorganisationen wie Goethe-Institut und Deutscher Akademischer Austauschdienst. Wir begreifen kulturelle Verständigung als einen Schlüssel für ein zusammenwachsendes Europa und für den notwendigen „Dialog der Kulturen“ weltweit. Kultur kann Dialoge mit Ländern eröffnen, zu denen es keine weiteren Zugänge gibt. Sie spielt eine wichtige Rolle in der Krisenprävention und Konfliktüberwindung. Auch ihre Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend erkannt. Im Sinne der „UNESCO-Erklärung zur kulturellen Vielfalt“ verstehen wir die Vielfalt der Kulturen als wesentliche Ressource für die Zukunft der Menschheit.

5. Erinnerung wachhalten – Verantwortung übernehmen

Die Verantwortung Deutschlands für die Verbrechen des Nationalsozialismus und die Vertreibung und Ermordung von über sechs Millionen Menschen jüdischer Abstammung muss ihren Niederschlag in einer vielfältigen Erinnerungskultur finden. Diese ist umso wichtiger, als bald keine Überlebenden und ZeitzeugInnen des Nationalsozialismus von ihrer Erfahrung berichten können. Auch vor diesem Hintergrund hat dieses Land nicht mehr viel Zeit, seine notwendige Verantwortung wahrzunehmen. So fand gegenüber der zweitgrößten Opfergruppe des NS, den sowjetischen Kriegsgefangenen, bis heute keine Anerkennung als rassistisch Verfolgte und keine Entschädigung statt. Wir werden dies ebenso einfordern wie eine Anerkennung der Opfer der NS-„Euthanasie“-Programme und der Zwangssterilisation als rassistisch Verfolgte des Nationalsozialismus. Gerade im Bereich der Bildung müssen neue Formen der Erinnerungskultur systematisch verankert werden. Gedenkstätten, Erinnerungsorte, Museen, Bibliotheken und Archive müssen durch eigens dafür ausgebildete PädagogInnen gepflegt und bundesweit koordiniert werden. Zur Erinnerung gehört für uns, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten und in dem Zusammenhang die Auseinandersetzung mit Leben und Werk verfolgter KünstlerInnen zu verstärken. Wir begrüßen, dass mit auf grüne Initiative hin ein Informationsort „T4“ zu den NS-Euthanasiemorden entsteht. Erfreulich ist auch, dass es in Berlin endlich ein Denkmal für die in der NS-Zeit ermordeten Sinti und Roma gibt. Doch es genügt offensichtlich nicht, Denkmäler einzuweihen, denn während wir der im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma gedenken, betreibt die schwarz-gelbe Bundesregierung gegen die Lebenden eine rassistische „Asylmissbrauchs“- oder „Armutszuwanderungs“-Kampagne.

Aufarbeitung brauchen wir auch bei den Ministerien und Behörden. Sie sollen ihre NS-Vergangenheit so untersuchen lassen, wie wir es etwa im Auswärtigen Amt angestoßen haben. Nötig ist jetzt ein systematisches Vorgehen, auch mit Blick auf die großen Irritationen im Umgang von Bundesministerien und Behörden mit NS-Verbrechen wie Eichmann, Barbie oder Carl Theodor Schütz. Wir brauchen klare Kriterien für weitere Untersuchungen und den Umgang mit den Ergebnissen. Und eine bessere Koordinierung bei der Aufarbeitung –

auf Bundesebene, aber auch in die Länder, Kreise und Kommunen hinein. Denn die NS-Herrschaft war flächendeckend. Und ihre Hinterlassenschaften sind es auch.

Auch die Geschichte der DDR als Unrechtsstaat muss weiter umfassend und differenziert aufgearbeitet werden. Dazu ist die Stasi-Unterlagen-Behörde ein wichtiger Bestandteil. Wir setzen uns dafür ein, dass das „Parlament der Bäume gegen Krieg und Gewalt“ von Ben Wagin mit den einzigen Mauerresten im Regierungsviertel unter Denkmalschutz gestellt wird. Die Auseinandersetzung mit dem Leben in der DDR, mit der Verfolgung der Künste und der Rolle der KünstlerInnen in der DDR und des Stalinismus in der sowjetisch besetzten Zone müssen Bestandteil der schulischen Bildung in Ost- und Westdeutschland werden.

Die deutsche Kolonialgeschichte, ihre Verbrechen und Kontinuitäten verdienen mehr Aufmerksamkeit in der Forschung und der Erinnerung. Bornierte Renationalisierung der Kultur und des Gesellschaftsbildes brauchen wir in einer globalisierten Welt nicht.

6. Es lebe der Sport

Sport ist für die Gesundheit und das Wohlbefinden jedes Menschen wichtig und leistet einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dabei wird der Sport in Deutschland von einem einzigartigen zivilgesellschaftlichen Engagement in Vereinen getragen, das wir ausdrücklich unterstützen.

Deutschland hat eine vielfältige und lebendige Sportkultur. Unsere Sportvereine und Sportstätten sind Orte der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlichen Geschlechts und Alters, unterschiedlicher Herkunft, sexueller Identität und Religion. Schon die Kleinsten lernen beim Sport Teamgeist sowie einen fairen Umgang miteinander und erlangen soziale Kompetenzen wie den Umgang mit Erfolgen und Misserfolgen. Auch weltweit entfaltet Sport Möglichkeiten des Dialogs und des Austauschs. Gleichzeitig verstehen wir Sport als Teil des Bildungs- und Gesundheitssystems und wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Menschen am Sport teilhaben können. Die barrierefreie Gestaltung von Sportstätten ist vor diesem Hintergrund ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung der bestehenden

Sportkonzepte durch die Verbände und Vereine. Längst überfällig ist auch die Angleichung der Förderung von olympischem und paralympischem Sport in allen Bereichen. Wir GRÜNE setzen uns ebenfalls dafür ein, dass die Vielfalt des Sports stärker in den öffentlich-rechtlichen Medien gezeigt und dadurch sichtbar gemacht wird.

Neben der Unterstützung des Breitensports setzen wir uns für eine transparente Spitzensportförderung ein, bei der die Athletinnen und Athleten im Mittelpunkt stehen. Der verantwortungsvolle Umgang mit jungen SportathletInnen erfordert die Etablierung dualer Laufbahnen, in denen neben der sportlichen Karriereplanung die persönliche Entwicklung in Schule, Studium und Beruf bedacht wird.

Allen Formen von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie und Transphobie werden wir zusammen mit Vereinen, Verbänden, zivilgesellschaftlichen Akteuren und sozialpräventiv arbeitenden Expertinnen und Experten aktiv entgegentreten. Zu diesem Zweck treten wir auch für eine Stärkung der Koordinationsstelle Fanprojekte ein. Wir stehen zum selbstverwalteten Sport und werden ihn bei seinem Kampf gegen Doping und Korruption sowie für mehr Transparenz in den eigenen Strukturen und Entscheidungen unterstützen. Beides, Doping und Korruption, widerspricht dem Fairness-Gedanken. Doping schadet zudem der Gesundheit. Darum brauchen wir ein Anti-Doping-Gesetz, eine effektivere Präventionspolitik und eine vom Einfluss der Sportfachverbände und von staatlicher Seite unabhängige Nationale Anti-Doping-Agentur Deutschland mit einer dauerhaften und ausreichenden Finanzierung. Ziel ist eine nachhaltige und effektive Dopingbekämpfung, die auch die Persönlichkeitsrechte der Athletinnen und Athleten schützt.

Potentiale des Sports für Umwelt- und Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt gilt es stärker zu nutzen. Nachhaltigkeitsaspekte wollen wir im Sport stärker verankern und Programme und Initiativen für einen klima- und umweltfreundlichen Sport unterstützen und fördern. Fairness heißt dabei auch, diesen Bereich bei der Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen und bei der Planung und Weiterentwicklung der Sportstätten mit zu bedenken. Ziel grüner Sportpolitik ist der Einklang von Sport und Natur.

Wer GRÜN wählt ...

- fördert eine vielfältige und zukunftsfähige Kulturlandschaft, an der alle teilhaben können.
- schafft bessere soziale, rechtliche und wirtschaftliche Bedingungen für KünstlerInnen und Kulturschaffende.
- stärkt die freie Szene und sichert die bewährten Kulturinstitutionen.
- wählt kulturelle Bildung von Anfang an.
- unterstützt das vielfältige Engagement für den Sport und setzt sich für einen fairen und barrierefreien Sport ein.

Schlüsselprojekte
Kulturschaffenden den Rücken stärken
– Urhebervertragsrecht reformieren

Faire Vertragsverhältnisse gibt es nur, wenn Urheberinnen und Urheber mit ihren VerwerterInnen auf Augenhöhe verhandeln können. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass dies nicht gegeben ist. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Rechte der Urheberinnen und Urheber. Wir wollen das Schlichtungsverfahren über Vergütungsregeln zwischen Kreativen und VerwerterInnen so gestalten, dass es am Ende zu einem für beide Seiten bindenden Ergebnis führt. Außerdem müssen InhaberInnen von Nutzungsrechten die Kreativen darüber informieren, wie oft ihr Werk genutzt wurde und welche Erträge damit erwirtschaftet wurden. Denn nur wenn sie umfassend über die Nutzung ihrer Werke informiert sind, können UrheberInnen eine angemessene Vergütung aushandeln.

Kulturschaffende besser absichern – faire Zugänge zur Arbeitslosenversicherung schaffen

Viele KünstlerInnen und Kreative sind sozial zu wenig oder gar nicht abgesichert. Auch unstetig Beschäftigte brauchen faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit. Wir ermöglichen deshalb, dass diejenigen Arbeitslosengeld erhalten, die mindestens vier Monate innerhalb zweier Jahre in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt haben, und schaffen eine befristete Vermittlungspause im SGB II und SGB III. Auch die Krankengeldregelung passen wir an: Anstatt – wie von Schwarz-Gelb eingeführt – nach sieben Wochen soll spätestens ab dem 15. Tag, in der Regel aber schon ab dem 1. Tag ein Krankengeldanspruch möglich sein. Bei der Einführung der Bürgerversicherung werden wir die Prinzipien der Künstlersozialversicherung erhalten. So schaffen wir die Sicherheit, die kreativer Mut braucht.

Erinnerung für eine bessere Zukunft wachhalten – die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Ministerien und Behörden vorantreiben

Die nationalsozialistische Herrschaft war flächendeckend. Die Aufarbeitung ihrer Hinterlassenschaften ist eine Frage der demokratischen Selbstvergewisserung. Über den Umgang mit der NS-Geschichte in unseren staatlichen Institutionen wird breit diskutiert, sie ist ein wichtiges Kapitel demokratischer Erinnerungskultur. Die vom damaligen Außenminister Joschka Fischer in Auftrag gegebene Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes war ein wichtiger Anstoß. Doch noch gibt es viele offene und drängende Fragen und viele Lücken in der Aufarbeitung. Wir wollen diese Aufgabe systematisch angehen, Lücken in der Aufarbeitung schließen und Kriterien für den Umgang mit den Forschungsergebnissen definieren. Dabei wollen wir auch Länder und Kommunen einbeziehen.

Q. Unsere Politik vor Ort

Wie wir bezahlbaren Wohnraum schaffen, Kommunen stark machen und zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Regionen kommen

Vor Ort wird Politik lebendig. In den Kommunen werden abstrakte Gesetze zu Entscheidungen, die unseren Alltag prägen. Wir spüren, dass die Luft besser wird, wenn die Bürgermeisterin auf das Fahrrad, Busse und eine intelligente Verkehrsführung setzt. Wir erleben aufregende Theaterabende, weil dem Bürgermeister die kulturelle Vielfalt am Herzen liegt. Wir merken aber auch, wie prekär die Finanzlage ist, wenn das Schwimmbad zubleibt oder es durch das Schuldach tropft.

Wir GRÜNE sind viel vor Ort aktiv und haben deshalb die Situation vor Ort immer im Blick. Wir sehen die Sorgen der BürgermeisterInnen, der RätInnen in Städten, Gemeinden und Bezirken. Sie leisten Tag für Tag ganze Arbeit, aber werden vom Bund und von den Ländern allzu oft allein gelassen. Die Union setzt weiter auf viel zu teure Prestigeprojekte – und will die Millionengräber im Zweifel auch gegen den Willen der Bevölkerung und auf Kosten einer nachhaltigen Infrastruktur durchsetzen. Uns sind hundert kleine Bühnen lieber als eine Arena. Statt eines überteuerten Zentralbahnhofs wollen wir schnellere Zugverbindungen in der ganzen Region.

Grüne Politik vor Ort heißt vor allem bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, hier sind wir zu Hause und gestalten Nachbarschaft. Um Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung zu schützen und zukunftsfähigen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen alle Ebenen zusammenarbeiten – von der Kommune vor Ort bis zur Bundespolitik.

Vor Ort ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern klar: Die Kommunen brauchen eine stärkere Unterstützung. Wir stehen deshalb für einen kooperativen Föderalismus ein, der gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen befördert. Natürlich unterscheidet sich das Leben in einer Metropole von dem auf dem Lande, aber Kommunen müssen überall dazu befähigt sein, die Grundlagen für ein gutes, vielfältiges Miteinander zu schaffen.

Unsere Politik ermöglicht allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe vor Ort. Wir unterstützen die Kommunen darin, eine soziale und kulturelle Infrastruktur zu schaffen, die allen offensteht, denn hier entscheidet sich, ob Teilhabe wirklich gelingt.

Unsere Politik ermöglicht Einmischung vor Ort. Die Menschen in den Kommunen haben die Ideen und die Kraft für ein lebendiges Gemeinwesen. Was sie brauchen, ist die Möglichkeit zum Mitreden und Mittun.

Unsere Politik schafft vor Ort Zukunft. Indem wir die Kommunen unterstützen und entlasten, eröffnen wir neue Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume. Wir arbeiten mit an der grünen Stadt der Zukunft – vielfältig, solidarisch und nachhaltig.

1. Bezahlbar grün wohnen

Zukunftsfähige Wohnungspolitik heißt vor allem, soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und die energetische Modernisierung der Gebäude zusammen zu denken. Denn während einige Regionen mit Wohnungsleerstand kämpfen, wird Wohnraum in wirtschaftsstarken Regionen immer knapper und teurer. Schon heute leben in Deutschland drei von vier Personen in Städten. Das weckt spekulative Begehrlichkeiten und erhöht den Druck auf die Mieterinnen und Mieter. Doch unsere Städte sind Städte für alle Bürgerinnen und Bürger – statt Spielwiesen für SpekulantInnen. Niemand soll aus dem eigenen Viertel ziehen müssen, weil die Miete plötzlich zu hoch ist. Die negativen Auswirkungen von Gentrifizierung können wir nicht länger hinnehmen und haben dafür auch die passenden Antworten.

Der größte Preistreiber sind aktuell die Wiedervermietungsmieten. Sie sollen künftig nicht höher als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen, wo Wohnraumangel herrscht. In laufenden Verträgen bremsen wir den Mietanstieg durch die Drosselung der regelmäßigen Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete. Auch im Zuge von Modernisierungen senken wir die Mieterhöhung auf maximal 9 % der Kosten pro Jahr und beschränken sie auf die energetische Sanierung sowie altersgerechten Umbau. Den Kommunen geben wir bessere Instrumente an die Hand, indem wir das

Baugesetzbuch reformieren, so dass auch die Einführung von Mietobergrenzen und erweiterter Schutz vor den Nachteilen der Eigentumsumwandlung möglich sind. Auch die Maklergebühren sind vielerorts zu einem echten Kostenfaktor geworden. Deshalb soll den Makler oder die Maklerin bezahlen, wer ihn oder sie beauftragt.

Vielerorts wird der Druck auf die MieterInnen durch die Finanzkrise und die damit einhergehenden Immobilienspekulationen mit Mietsteigerungen, Eigentumsumwandlung und neuem Luxuswohnungsbau noch erhöht. Es trifft vor allem Menschen mit niedrigen und ungesicherten Einkommen und verschärft damit die soziale und räumliche Spaltung der Gesellschaft. Die Zahl der Haushalte, die mehr als 40 % ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen und in Transferleistungen gezwungen werden, steigt bedrohlich an. Frauen, die häufiger als Männer Kinder allein erziehen und im Schnitt geringere Löhne und Renten haben, sind davon in besonderem Maß betroffen. Auch deshalb muss der soziale Wohnungsbau in Deutschland eine Renaissance erleben. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um fast ein Drittel gesunken – mit entsprechenden Folgen für die MieterInnen. Doch nun stellt sich die Frage der Sicherung sozialer und öffentlicher Wohnungsbestände neu. Der Bund soll die Länder und Kommunen besser beim sozialen Wohnungsbau und bei gezielten Ankäufen in innerstädtischen Lagen unterstützen. Die Kompensationsmittel des Bundes sollen bis 2019 weiterhin an die Bundesländer zweckgebunden gezahlt werden. Anders als in den 70er Jahren dürfen aber keine Ghettos am Stadtrand hochgezogen werden, denn Sozialwohnungen gehören in lebendige Stadtteile. Das Wohngeld sollte wieder als Instrument gestärkt werden, um zu verhindern, dass Haushalte in die Transferleistungen gedrängt werden. Auch die Verhinderung von Obdachlosigkeit ist uns ein wichtiges Ziel. Dafür brauchen die Kommunen zunächst eine bundesweite Wohnungsnotfallstatistik.

Beim Handeln mit Immobilien wollen wir die Finanzinvestoren steuerlich erreichen. Auch im Umgang mit verwahrlosten Immobilien, sogenannten Schrottimmobilien, und zur Sicherung der Wohnqualität wollen wir die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen stärken. Dazu hat eine Enquete-Kommission des Landtags NRW wegweisende Empfehlungen gegeben. Nicht zuletzt wollen wir prüfen, ob gesetzliche Regelungen für eine neue gemeinwohlorientierte

Wohnungswirtschaft wieder sinnvoll sind, und sagen, dass Wohnungen in öffentlicher Hand nur noch notfalls verkauft werden sollen – und dann bevorzugt an nachhaltig wirtschaftende Gesellschaften. Die Gründung stadtteilorientierter Genossenschaften unterstützen wir ebenfalls – zum Beispiel indem wir für BewohnerInnen, die sich zu Wohngenossenschaften zusammenschließen, ein Vorkaufsrecht einführen.

Die energetische Modernisierung der Wohnungen und aller anderen Gebäude ist ein zentraler Bestandteil der Energiewende. 40 % der Energie werden hier verbraucht – besonders für warme Wohnungen. Allein 2012 sind die Heizkosten um 12 % gestiegen. Energetische Modernisierung ist die beste Absicherung für bezahlbare Wärmekosten in der Zukunft. Gerade weil wir GRÜNE uns für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050 starkmachen, setzen wir uns für eine sozial ausgewogene Mieten- und Wohnungspolitik ein. Dabei zielen wir auf Warmmietenneutralität ab. Wir setzen auf Information und Transparenz – mit dem Energiebedarfsausweis für Gebäude, der auch Angaben zum Energieverbrauch enthält, ökologischen Mietspiegeln und einem Netz von Beratungszentren. Das haben wir auch im Energiekapitel beschrieben (vgl. B. 5. Bezahlbare Wärme und Strom für alle). Für neue Gebäude wollen wir den Niedrigstenergiestandard vorgeben, doch der Fokus liegt auf dem Bestand. Hier sind besonders private KapitalgeberInnen gefragt, so dass wir auch die richtigen Anreize setzen. Die Sanierungsquote soll durch zielgruppengerechte Förderung und Planungssicherheit auf 3 % ansteigen. Die energetische Modernisierung muss bezahlbar und die Kosten gerecht verteilt sein – zwischen EigentümerInnen, MieterInnen und Staat. Nur so können die notwendigen Investitionen sozialverträglich gestaltet werden. Dazu wollen wir das KfW-Gebäudesanierungsprogramm mit 2 Mrd. Euro jährlich ausstatten und verstetigen. Zusätzlich wollen wir den Energiesparfonds in Höhe von jährlich 3 Mrd. Euro einrichten, mit dem wir besonders Maßnahmen in Stadtteilen mit vielen einkommensschwachen Haushalten fördern wollen. Inwieweit eine steuerliche Förderung für private Hausbesitzer sinnvoll ist, soll neu ausgelotet werden. Soziale Härten sollen mit einem Klimazuschuss zum Wohngeld und einem Klimabonus bei den Kosten der Unterkunft aufgefangen werden. Mit dieser Gesamtstrategie schaffen wir

die Energiewende im Gebäudebestand, lösen eine Investitionsoffensive aus und schaffen Arbeitsplätze.

2. Die grüne Stadt entwickeln

Wir entwickeln unsere Städte weiter – zu Orten für ein vielfältiges und nachhaltiges Miteinander, mit kurzen Wegen und vielen Grünflächen, mit heterogenen Vierteln, kulturellen Treffpunkten und lebendigen Innenstädten. Es sollen Lebens- und Gestaltungsräume für alle Bürgerinnen und Bürger werden, in denen sich Kinder, aber auch Alte oder Menschen mit Behinderung frei bewegen können.

Grüne Städte sind bunt, kreativ, lebendig – und für alle da. Deshalb erhalten wir öffentliche Freiräume und schaffen mehr Platz für Menschen und Initiativen, die sich vor Ort für eine lebenswerte Stadt einsetzen. Integrierte Stadtentwicklung ist der Kern grüner Stadtpolitik und bildet die Voraussetzung für ein vielfältiges Miteinander. Bei städtebaulichen Planungen sollen AnwohnerInnen früher informiert und verbindlich beteiligt werden. Gerade junge Menschen brauchen hier spezifische Programme und Ansprachen, um an den Bauplanungsprozessen beteiligt zu werden. Dafür ändern wir das Bau- und Planungsrecht und knüpfen Programme an entsprechende Bedingungen. Auch wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung, insbesondere für die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau und Denkmalschutz, mittelfristig erhöhen. Denn diese Programme sind seit 40 Jahren ein wichtiges Instrument zur Erneuerung unserer Städte, um das uns viele Länder beneiden. Die Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ wollen wir neu beleben und weiterentwickeln. Die Mittel des Europäischen Strukturfonds sollen ab 2014 verstärkt für die ökologisch-soziale Stadtentwicklung eingesetzt werden.

Grüne Städte leben von der Vielfalt in den Vierteln. Dafür stärken wir im Sinne der Sozialen Stadt die dauerhafte Teilhabe in heute benachteiligten Stadtteilen. Dafür brauchen wir die verbindliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Politikbereichen. Zusätzlich zu baulichen Maßnahmen sollen Aktivitäten wie Vernetzung, Bildung oder bürgerschaftliches Engagement gefördert werden. Außerdem koppeln wir Neubauprojekte an die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen den gesetzlichen Auftrag der Bun-

desanstalt für Immobilienaufgaben neu regeln. Wenn Brachflächen, wie alte Kasernengelände, verkauft werden, sollen nachhaltige und stadtpolitische Faktoren berücksichtigt werden, damit nicht nur das Höchstgebot zählt. Auch das Erbbaurecht sollte zum Beispiel gegenüber dem Verkauf häufiger eingesetzt werden.

Grüne Städte sind Bürgerstädte. Sie brauchen Wirtschaftsvielfalt und Eigentumsvielfalt. Wir wollen den inhabergeführten Einzelhandel als wichtiges Element lebendiger Innenstädte stärken. Auch Klein- und Mittelbetriebe in Ballungsgebieten leiden unter explodierenden Gewerbemieten. Den Anstieg wollen wir auf ein für die Betriebe wirtschaftlich tragbares Maß begrenzen und dafür unterschiedliche Maßnahmen prüfen.

Grüne Städte sind auch der richtige Ort für den Klimaschutz. Dafür stärken wir die Innenstädte, minimieren den Flächenverbrauch im Umland und verbinden urbane Dichte mit Stadtgrün sowie Stadtnatur im Baurecht und bei den Förderprogrammen. Mit unserem Konzept der energetischen Quartierssanierung, das durch den Energiesparfonds finanziert wird, können die Kommunen eine behutsame Stadterneuerung und die Abstimmung von Investitionen auf die Wohnraumnachfrage und Stadtentwicklung umsetzen. Fehlinvestitionen werden vermieden und Kosten gesenkt. Eine dezentrale Energieversorgung und effiziente Leitungssysteme werden geplant und gebaut. Wir stärken aber auch die Anreize, verstärkt ökologisch nachhaltige Baustoffe zu verwenden und die Baukultur sowie urbane Lebensqualität zu pflegen und weiterzuentwickeln. Eine wichtige Aufgabe wird dabei die energetische und die funktionale Modernisierung der kommunalen Infrastrukturen, bei der die Anpassung und Ertüchtigung der vorhandenen Gebäude und Anlagen Vorrang vor Neubau haben muss. Dies soll gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden – transparent und auf Augenhöhe.

3. Mehr Grün im ländlichen Raum

Deutschland wird durch eine Vielzahl von unterschiedlichen ländlichen Regionen geprägt. Sie bestimmen durch ihre wirtschaftlichen Potentiale, ihre landschaftlichen Reize und ihre landwirtschaftlichen Strukturen den Charakter unseres Landes. Leider wurde der ländliche Raum in den letzten Jahren zunehmend vernachlässigt. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen wegen besserer Bildungs-, Berufs- und Lebensgestaltungsmöglichkeiten in die großen Städte und Ballungsräume ziehen und die, die bleiben, im Durchschnitt immer älter werden. Besonders für die strukturschwachen Regionen fehlen Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung, und ein verschärfter Strukturwandel in der Landwirtschaft verändert das Aussehen unserer Dörfer stark. Deshalb müssen wir die bisherigen Förderinstrumente besser auf diese Herausforderungen ausrichten und dafür sorgen, dass Grund und Boden nicht zu bloßen Spekulationsobjekten werden.

Klar ist, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Rahmenbedingungen verändern müssen, denn ländliche Räume sollen sich eigenständig entwickeln können. Wir wollen sie dabei unterstützen, eine bessere regionale Vernetzung sowie regionale Wirtschaftskreisläufe mit regionaler Weiterverarbeitung, Veredlung und Vermarktung aufzubauen. Wir setzen deshalb Anreize zur interkommunalen Zusammenarbeit und beseitigen die bestehenden Rechtsunsicherheiten und steuerlichen Hindernisse. Auch der Naturtourismus bietet in Verbindung mit dem Erhalt der Kulturlandschaft und der Förderung von Biolandwirtschaft neue Perspektiven und wir wollen dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger besser an der Energiewende teilhaben können. Dazu unterstützen wir BürgerInnennetzwerke und Bioenergiedörfer zur regionalen Energieversorgung.

Wir wollen das Leben wieder in die Zentren der Dörfer und Kleinstädte holen, denn kurze Wege für alle Generationen sind auch auf dem Land möglich: Statt eines Supermarkts für die Region brauchen wir viele kleine Läden in den Ortszentren. Wo nötig unterstützen wir dafür auch mobile Versorgungssysteme oder Dorfladenkonzepte, die mehr als nur Einzelhandel betreiben, sondern zusätzliche Dienstleistungen anbieten. Den ungebremsten Neubau auf der grünen Wiese wollen wir stoppen. Außerdem führen wir einen Demografiecheck

zur Abschätzung der lokalen Bevölkerungsentwicklung sowie eine obligatorische Folgekostenbetrachtung vor der Ausweisung neuer Baugebiete ein. Wir müssen aber die Kommunen auch besser dabei unterstützen, für junge Menschen gut erreichbare Betreuungs- und Bildungsangebote zu schaffen. Und damit es für alte Menschen genügend Wohnungen gibt, unterstützen wir altersgerechte Umbauten durch eine gezielte Förderung, ein besseres Informationsangebot und rechtliche Änderungen.

Bei der Gesundheitsversorgung stehen wir im ländlichen Raum vor besonders großen Herausforderungen. Sie muss besser auf Bedürfnisse alter Menschen ausgerichtet werden – bei weniger Angeboten und weiteren Wegen. Wir brauchen eine bessere Vernetzung und eine andere Aufgabenteilung. Die Pflegekräfte spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie sollen mehr Verantwortung übernehmen können. Nicht zuletzt brauchen wir flexible Versorgungsformen wie Fahrdienste oder mobile Praxisteam, die Einführung und Anwendung von telemedizinischen Diensten und den Ausbau von ambulanten Wohn- und Betreuungsangeboten als übergreifende mobile Versorgungsdienste und genügend Präventions- und Hilfsangebote für Menschen mit problematischen Konsummustern von legalen und illegalen Drogen.

Unsere Politik für den ländlichen Raum soll auch die Zivilgesellschaft stärken. Rassismus, Homophobie und andere Diskriminierungen gibt es leider zu häufig und in manchen Dörfern treiben Nazis uneingeschränkt ihr Unwesen. Wo andere lieber schweigen, sprechen wir die Tatsachen an und unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durch ein vielfältiges kulturelles Angebot, Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten wie z.B. selbstverwaltete Jugendräume und andere alternative Projekte als Keimzellen gesellschaftlicher Veränderungen.

Wir unterstützen die Kommunen dabei, eine gut funktionierende Infrastruktur bereitzustellen. Im Netz- und im verkehrspolitischen Kapitel beschreiben wir die passenden Lösungen für das Internet und den öffentlichen Nahverkehr, so dass auch Menschen, die kein Auto haben, vielfältige Möglichkeiten der Lebensgestaltung erhalten. Wenn die Unterauslastung von Wasser- und Abwassernetzen zum Problem wird, bevorzugen wir dezentrale und nachhaltige Lösungen.

Auch Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang müssen für abgelegene Wohneinheiten möglich werden.

Auf nationaler Ebene wollen wir mehr Mittel aus den Europäischen Strukturfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes zur Verfügung stellen. Auch der integrierte Fondseinsatz muss zur Anwendung kommen, um flexible und bedarfsgerechte Fördermöglichkeiten in den Regionen zur Verfügung zu haben. Ziel muss eine integrierte ländliche Entwicklung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sein.

4. Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Unsere Ansprüche an die Kommunen sind hoch, denn wir wollen gute Institutionen für alle. Vor Ort werden die Weichen für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen gestellt. Doch die finanzielle Lage ist zum Teil dramatisch. Die Einnahmen sind in der Krise eingebrochen und viele haben sich bis heute nicht erholt. Steigende Sozialausgaben führen zu zusätzlichen Kosten für die kommunalen Haushalte. Das alles führt zu immer mehr Schulden und beschneidet die Handlungsfähigkeit massiv.

In vielen Kommunen werden die Menschen deshalb in Form hoher Gebühren, maroder Infrastruktur und durch den Verlust an Lebensqualität übergebührllich belastet. Doch die Hilfe von Bund und Ländern bleibt vielerorts aus. Stattdessen verkünden sie weitere Aufgaben und übertragen den Kommunen die Verantwortung, ohne die entsprechenden Mittel bereitzustellen. Wir stehen für einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden. Zusätzliche Aufgaben müssen immer durch zusätzliche Mittel gedeckt sein. Das Konnexitätsprinzip muss also endlich auch auf Bundesebene verankert werden. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen bei den Sozialausgaben spürbar entlasten. Wir erhöhen dazu in einem ersten Schritt den Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft auf 35 %, in einem zweiten auf 37,7 %. Damit entlasten wir die Kommunen um 1 Mrd. Euro. Außerdem wollen wir die bisherige Eingliederungshilfe durch ein Teilhabeleistungsgesetz ablösen und den Bund angemessen an der Finanzierung beteiligen. Eine entsprechende Reform der Eingliederungshilfe muss die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention

befördern und einen Strukturwandel einleiten hin zur Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe. Die Angebote und Leistungsformen gilt es hierauf auszurichten und auszustatten. Die Entwicklung des inklusiven Gemeinwesens kann und darf nicht allein Aufgabe und Pflichtleistung der Kommunen sein. Kosten, die aus einem Teilhabegesetz erwachsen, dürfen nicht komplett auf Länder und Kommunen abgewälzt werden.

Das Geld fehlt auch für wichtige Investitionen – sei es in neue Zukunftsprojekte wie Bildung und Energie, sei es für dringend notwendige Sanierungen. Leere Kassen und einseitige Wettbewerbsvorgaben für kommunale Unternehmen erhöhen den Druck auf die Kommunen, ihre Leistungen zu privatisieren. Wieder einmal versucht die EU-Kommission mit Unterstützung von Schwarz-Gelb zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Wasserver- und -entsorgung durch hohe Auflagen an Stadtwerke, Zweckverbände und interkommunale Kooperationen zu beschneiden. Doch häufig haben Privatisierungen mehr Probleme geschaffen als gelöst. Oft bedeutet dies, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren, denn das Risiko trägt letztlich die Allgemeinheit. Privatisierungen sind nur im Ausnahmefall sinnvoll und müssen an harte Bedingungen geknüpft werden.

Wir GRÜNE stehen für eine Stärkung und Weiterentwicklung verlässlicher und qualitativ hochwertiger öffentlicher Güter und Institutionen. Wir wissen, wie wichtig es ist, die politische Steuerungsfähigkeit der Kommunen, Transparenz und die demokratische Kontrolle sicherzustellen, wenn es um die Zukunft der Daseinsvorsorge geht. Wir unterstützen Städte und Gemeinden, die ihre Leistungen wieder selbst erbringen wollen. Dazu wollen wir die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sichern und die interkommunale Zusammenarbeit fördern. Ein Weg kann auch die Bildung von Regionalkreisen sein, in denen die Kernstadt mit den Umlandkreisen eine gebietskörperschaftliche Einheit bildet.

Aufgaben der Daseinsvorsorge von der Wasserversorgung bis zur Abfallbeseitigung wurden in den letzten Jahren vielfach in Gesellschaften privaten Rechts in kommunaler Eignerschaft oder mit Beteiligung privaten Kapitals überführt. Dadurch werden die kommunalpolitischen Grundsätze der Transparenz und der Kontrolle durch den Gemeinderat ausgehöhlt. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit wird in

zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge praktisch unmöglich gemacht. Deshalb fordern wir öffentliche Aufsichtsratssitzungen und Informationspflichten auch kommunaler öffentlicher Unternehmen.

Obwohl Kommunen ihre Beschaffung grundsätzlich nach ökologischen und sozialen Kriterien ausrichten können, schöpft die Vergabepaxis diese rechtlichen Möglichkeiten oft nicht aus. Die Entscheidung fällt häufig immer noch für das billigste Angebot, obwohl es bei einer Betrachtung über den gesamten Lebenszyklus hinweg wirtschaftlichere Alternativen gäbe. Wir wollen deshalb prüfen, wie Dumpingangebote automatisch und rechtssicher aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden können.

Die Finanzlage der Kommunen muss insgesamt verbessert werden. Die wichtigste Maßnahme ist eine Gemeindefinanzreform, die eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Grundgesetz sicherstellt. Wir fordern den Erhalt der Gewerbesteuer, die Weiterentwicklung einer kommunalen Wirtschaftssteuer und eine Reform der Grundsteuer. Dazu haben wir ein Modell diskutiert, nach dem die Grundsteuer nach den aktuellen, pauschalierten Verkehrswerten berechnet werden soll. Leitplanken sind für uns GRÜNE: eine verfassungsfeste, gerechte Besteuerung ohne ökologische Fehlanreize. Das Hebesatzrecht liegt bei den Kommunen.

5. Regionen bedarfsgerecht und nachhaltig fördern

Wir stehen für eine solidarische Politik, die geschwächte Strukturen stärkt und zurückgebliebene Regionen dabei unterstützt, sich neu aufzustellen. In Ostdeutschland ist viel bewegt worden. Die Menschen dort haben in einem schwierigen Transformationsprozess Großartiges geleistet. Aber die wirtschaftliche Finanzkraft ist nach wie vor niedriger als in den alten Ländern. Solidarische Unterstützung wird noch lange notwendig sein, doch der Solidarpakt II läuft 2019 aus. Wir glauben, dass im Anschluss eine Förderung von Kommunen in strukturschwachen Regionen nach Bedarf der richtige Weg ist. Allen Kommunen stehen große Herausforderungen im Zuge der Schuldenbremse ins Haus. Durch die Krise wurden besonders strukturschwache Regionen, die schon aufgrund des demografischen Wandels unter erheblichem Druck stehen, hart getroffen. Viele die-

ser Kommunen in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern können diese Probleme nicht allein lösen. Insbesondere bei der Alt-schuldentilgung brauchen sie Hilfe.

Ostdeutschland ist neben einzelnen Regionen im Westen – auch und gerade in den ländlichen Räumen – flächendeckend von den verschiedensten Auswirkungen der demografischen Entwicklung betroffen und muss mit diesen umgehen. Diese Prozesse laufen im Osten beschleunigt und in erheblichen Größenordnungen ab. Neben dem politischen Willen, in den ländlichen Räumen ein gutes Leben zu ermöglichen, sind hier volkswirtschaftlich intelligente Lösungen gefragt. Dezentralität und Subsidiarität sind für uns dabei wichtige Grundprinzipien.

Wir werden die aktuelle Förderstruktur auch mit Blick auf Nachhaltigkeitskriterien auf den Prüfstand stellen. Die Kommunen, Regionen und Länder bestärken wir darin, fair gehandelte und ökologische Produkte zu kaufen. Mit Hilfe von Fördermitteln und Regionalfonds können die verschiedenen AkteurInnen aus einer Region zusammenarbeiten und die Möglichkeiten ihrer Region gemeinsam stärken. Die Wertschöpfung wollen wir in der Region halten; etwa durch ein Regionalsiegel. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Pflege unserer vielfältigen Kulturlandschaft ist für die Menschen in der Region wichtig. Auch der Tourismus profitiert davon und sollte deshalb einen Beitrag dazu leisten.

6. Kooperativer Föderalismus

Wir stärken die Zusammenarbeit zwischen den föderalen Ebenen, ohne die Entscheidungsfreiheit der Länder und Kommunen zu beschneiden. Das Gegenteil ist der Fall. Erst durch eine partnerschaftliche Kooperation kann die Politik vor Ort ihrer Aufgabe gerecht werden und die Lebenswirklichkeit der Menschen positiv gestalten. Die Zinszahlungen für die aufgelaufenen Schulden belasten Länder und Kommunen in erheblichem Maße. Wir wollen sie mit einem Alt-schuldentilgungsfonds entlasten, damit alle die Chance haben, die Schuldenbremse einzuhalten. Die Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind verzwickelt. Die derzeitige Mittelverteilung gleicht einem unübersichtlichen Fli-

ckenteppich und diese Verstrickung der Einnahmequellen verhindert eine sinnvolle Überwindung der strukturellen Finanzierungslücke in den Kommunen. Wir wollen die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs für die Zeit nach 2019 mit einer Föderalismusreform III verbinden. Darin werden wir auch die anderen Finanzströme zwischen Bund und Ländern sowie die finanzielle Situation der Kommunen einbeziehen. Außerdem wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Länderfinanzausgleich nach Bedürftigkeit, fair, anreizkompatibel und solidarisch ausgestaltet wird. Anstrengungen für Mehreinnahmen, Effizienz und Einsparungen müssen sich für alle Bundesländer lohnen. Eines steht für uns schon fest: Das Grundgesetz muss wieder gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen. Wir setzen uns schon lange dafür ein, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abzuschaffen und die Kooperationsmöglichkeiten in der Wissenschaft zu erweitern. Den Ländern und Kommunen fehlen einfach die finanziellen Mittel, um die gesamtstaatlichen Herausforderungen für den notwendigen Bildungsaufbruch mit guten Ganztagschulen zu bewältigen. Es ist an der Zeit, mehr Kooperation zu ermöglichen.

Wer GRÜN wählt ...

- sorgt für bezahlbares und klimaschonendes Wohnen.
- entwickelt Städte, Gemeinden und ländliche Räume grün und lebenswert.
- gibt den Kommunen ihre Handlungsfähigkeit zurück.
- fördert Regionen nachhaltig und bedarfsgerecht.
- steht für einen kooperativen Föderalismus.

Schlüsselprojekte

Bezahlbares Wohnen ermöglichen – soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierten Wohnungsbau und energetische Modernisierung zusammen denken

In unseren Städten werden rasant steigende Mieten zu einem immer größeren Problem. Dagegen wollen wir vorgehen und die Verdrängung von Menschen aus ihren Vierteln stoppen. Wir werden die regelmäßige Erhöhung der ortsüblichen Vergleichsmiete stärker begrenzen. Bei Wohnraumangel wollen wir Obergrenzen für Wiedervermietungsrenten ermöglichen. Die Länder unterstützen wir besser beim sozialen Wohnungsbau. Mieterhöhungen durch Modernisierungen senken wir auf maximal 9 % und beschränken sie auf den Abbau von Barrieren sowie die energetische Modernisierung. Mit gezielter Förderung und einem Klimazuschuss zum Wohngeld senken wir die Kosten für die energetischen Modernisierungen ab. So schaffen wir Wohnqualität und bezahlbare Wohnungen, die fit sind für die Energiewende.

Städte und Gemeinden zukunftsfähig machen – der Städtebauförderung neuen Schwung geben

Die Programme der Städtebauförderung wurden kräftig gestützt, obwohl uns viele Länder darum beneiden. Denn damit können Kommunen investieren, um ihre Infrastruktur auszubauen. Deshalb wollen wir die Fördermittel für dieses Programm wieder schrittweise erhöhen. Dabei nehmen wir besonders das Programm Soziale Stadt zur Stärkung sozial benachteiligter Stadtteile und die Förderung des Stadtumbaus in Kommunen mit Wohnungsleerstand und Industriebetrieben in den Blick. Wir wollen zusätzlich die energetische Quartiersanierung einbeziehen. So bekommen die Kommunen mehr Freiheit und Flexibilität beim Einsatz der Mittel. Damit können wir die Infrastruktur unserer Städte besser auf Teilhabe und die Energiewende ausrichten.

Die Kommunalfinanzen stärken – Unterstützung durch den Bund bei den Kosten der Unterkunft

Die Finanzlage vieler Kommunen ist so dramatisch, dass vor Ort keinerlei Gestaltungsspielraum besteht. Trotzdem müssen wir überall die Teilhabe aller ermöglichen. Dafür schaffen wir einen fairen Umgang mit den Städten und Gemeinden, indem künftig zusätzliche Aufgaben des Bundes für die Kommunen immer durch zusätzliche Mittel vom Bund gedeckt werden müssen. Außerdem entlasten wir die Kommunen bei den derzeitigen Kosten für die Mieten von ALG-II-BezieherInnen. Dafür soll der Bund künftig 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen. So unterstützen wir die Kommunen dabei, eine gerechte und solidarische Sozialpolitik umzusetzen.

R. Unser gemeinsames Europa

Warum Europa unsere Zukunft ist

Die Europäische Union ist viel mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum. Die EU der 28 Mitgliedsländer ist Ort der Freiheit und Vielfalt, des Friedens und der Demokratie. Die EU hat jahrhundertalte Gegensätze überwunden und einen historisch einmaligen innereuropäischen Frieden geschaffen. Deswegen hat sie letztes Jahr zu Recht den Friedensnobelpreis erhalten.

Ohne Zweifel kann und muss man mit Blick auf die EU viel kritisieren und man kann auch vieles verbessern. Doch Europapolitik findet nicht nur im fernen Brüssel statt, sondern beginnt bei der Kommunalpolitik und durchzieht alle politischen Bereiche vom Umwelt- bis zum Verbraucherschutz. Europapolitik ist Innenpolitik und die Bundestagswahl somit auch eine wichtige Entscheidung über die Zukunft Europas. Um das unfertige europäische Projekt gerechter, sozialer und nachhaltiger weiterzubauen, braucht es die richtigen politischen Mehrheiten. Die EU steckt derzeit in einer tiefen Identitätskrise, doch Europa ist unsere Zukunft. Gestalten wir sie gemeinsam.

Viele Bürgerinnen und Bürger, auch in Deutschland, haben nicht mehr die Erwartung, dass die EU ihnen automatisch Wohlstand und Sicherheit in einer globalisierten Welt bringt. Häufig schieben Politikerinnen und Politiker die Schuld auf die Brüsseler Kommission, so manche schwarz-gelbe PolitikerInnen erwecken allzu gerne den Eindruck, dass es nur ein deutsches Europa bräuchte oder unser Land gar besser allein weitermachen sollte, um alle Probleme zu lösen. Wieder andere wie Angela Merkel setzen auf eine Stärkung der nationalen Ebene und würden am liebsten alles in Hinterzimmern unter den 28 Staats- und RegierungschefInnen ausdealen.

Doch wissen wir ebenso wie die große Mehrheit der Bundesbürgerinnen und -bürger, dass es die Rückkehr zu nationalen Alleingängen nur unter Inkaufnahme extremer sozialer, wirtschaftlicher und politischer Gefahren gibt. Wir sagen „Ja“ zu Europa und setzen uns ein für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Mischen wir uns ein für ein demokratisches Europa! Wir GRÜNE setzen auf ein gemein-

sames Europa, in dem Parlamente und europäische Zivilgesellschaft transparent und aktiv mitentscheiden, denn ohne demokratische Legitimation ist keine politische Entscheidung auf Dauer tragfähig. Wir wollen, dass die EU innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen zur glaubwürdigen Anwältin der Bürger- und Menschenrechte und des Friedens wird. Dies ist und bleibt für Europa auch im 21. Jahrhundert eine historische Verpflichtung.

Bekennen wir uns zu einem solidarischen Europa! Wir GRÜNE machen uns stark für eine handlungsfähige EU, die den global agierenden Akteuren an den Finanzmärkten selbstbewusst entgegentritt. Die damit auch und ganz besonders den jungen Menschen in Südeuropa, für die die Finanzkrise eine reale Katastrophe geworden ist, die Teilhabe an den Errungenschaften des europäischen Sozialstaates verschafft.

Kämpfen wir für ein gerechtes Europa! Die einseitige und unsozialistische Kürzungspolitik unter Führung der schwarz-gelben Bundesregierung hat dazu geführt, dass sich die Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Ländern zusätzlich verschärfte. Die Arbeitslosigkeit wächst – insbesondere unter der Jugend – ins Unerträgliche und immer mehr Menschen werden in Armut und Existenzunsicherheit getrieben. Die Gesundheitsversorgung in Griechenland kollabiert. Eine grün geprägte Bundesregierung wird nicht hinnehmen, dass auf dem Rücken der Ärmsten gespart wird.

Und schaffen wir eine europäische Zukunft! Wir GRÜNE wollen die kommende Bundestagswahl nutzen, um den Politikwechsel auch in Europa voranzubringen. Die vollständige Abwahl von Schwarz-Gelb ist ein wichtiger Schritt, um einen neuen Abschnitt der europäischen Integration zu beginnen, der das stärker zusammenführt, was nur europäisch gemeinsam geleistet werden kann, ohne die Subsidiarität zu vergessen. Wir wollen aus der EU eine Vorreiterin in friedlicher Nachbarschaft machen, im Klimaschutz und im nachhaltigen Wirtschaften, und ihre Vorreiterrolle in Bezug auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ausbauen. Wir kämpfen mit allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam dafür, dass es wieder gerechter zugeht in Deutschland, Europa und der Welt.

1. Für ein europäisches Deutschland

Um Europa herum steht die Welt nicht still. Aber sie dreht sich auch nicht mehr so viel um Europa wie früher. Europas Rolle in der Welt ändert sich. Europa muss seine Verantwortung neu finden. Dabei gilt: Europa gewinnt zusammen – oder verliert. In Zeiten der Globalisierung, angesichts endlicher Ressourcen und einer Klimakatastrophe, deren Ausmaß immer deutlicher wird, kann kein europäischer Nationalstaat die Probleme im Alleingang lösen. Dies geht nur gemeinsam – mit der EU und mit starken demokratischen europäischen Institutionen.

Auch wirtschaftlich profitiert Deutschland von einer starken EU. 60 % der deutschen Exporte gehen in andere EU-Mitgliedsländer. Ohne die Stärke des Binnenmarktes wäre die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auch international kaum zu sichern. Schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse darf Deutschland daher Europas südliche Mitgliedsländer nicht hängen lassen. Doch der Rolle als größtes und wirtschaftlich stärkstes EU-Mitgliedsland wird Deutschland politisch in keiner Weise gerecht. Seit Anbeginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise blockierte oder verzögerte Kanzlerin Merkel notwendige Reformschritte und setzte einseitig auf „Sparen, sparen und nochmal sparen“, statt eine Balance in einer Politik der Solidität, Solidarität und Nachhaltigkeit zu finden. Damit hat sie die Krise verschärft und die finanziellen Risiken der europäischen SteuerzahlerInnen vervielfacht.

Wir GRÜNE werben stattdessen für ein europäisches Deutschland innerhalb einer Wirtschafts- und Solidarunion. Das haben wir im Kapitel „Anders wirtschaften“ bereits ausführlich beschrieben. Darüber hinaus braucht die EU einen gestärkten Haushalt, der den wachsenden Aufgaben der Union Rechnung trägt. Wir brauchen eine klare Prioritätensetzung, die die Ausgaben in den Bereichen mit europäischem Mehrwert stärkt. Wir wollen nicht, dass agroindustrielle Großbetriebe oder ein sinnloses Projekt wie der Fusionsreaktor ITER mit Milliarden subventioniert werden, während immer mehr bäuerliche Kleinbetriebe aufgeben müssen oder für das Erasmus-Programm zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Im Sinne haushaltspolitischer Subsidiarität muss die EU ihre Schwerpunkte dort setzen, wo sie Gelder besser und effizienter ausgeben kann als die einzelnen

Mitgliedsstaaten. Der Eigenmittelanteil muss erheblich ausgeweitet und die intransparenten Rabattregelungen abgeschafft werden. Die Mitgliedsstaaten müssen ihren Zusagen nachkommen und die EU mit den entsprechenden Mitteln versorgen, um die sich verschärfende Zahlungskrise zu beenden und drohende Zahlungsausfälle bei den EU-Förderprogrammen zu vermeiden.

Schengen und die damit verbundene Reisefreiheit sind zentrale Grundpfeiler der EU und müssen vor populistischer Stimmungsmache durch die schwarz-gelbe Koalition geschützt werden. Mitgliedsstaaten dürfen die Reisefreiheit nicht im Alleingang einschränken. Wir GRÜNE wollen, dass die Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengenraum allerletztes Mittel bleibt und nur gemeinsam auf europäischer Ebene entschieden und überprüft werden darf; verstärkte Einwanderung ist für uns definitiv kein Grund für die Schließung der Binnengrenzen. Genauso wichtig ist uns die Wahrung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit in der EU. Wir machen nicht mit beim schwarz-gelben Populismus gegen Menschen aus Zentraleuropa. Wir weisen besonders die Diskriminierung von Roma zurück. Alle EU-BürgerInnen, gleich welcher Herkunft oder Ethnie, sollen auch in Zukunft die Möglichkeit haben, sich in einem anderen EU-Land Arbeit zu suchen. Herausforderungen wie massive Armut und Arbeitslosigkeit, Diskriminierung oder Korruption müssen wir gemeinsam europäisch und in Zusammenarbeit mit den entsprechenden nationalen und regionalen Akteuren angehen, statt zentrale Rechte von UnionsbürgerInnen zu beschneiden.

Entgegen der Position anderer Parteien ist für uns GRÜNE die Erweiterung der Europäischen Union nicht abgeschlossen. Wir stehen zu der Erweiterungsagenda von Thessaloniki und wollen alle Staaten des westlichen Balkans ohne Änderung ihrer Grenzen in die EU integrieren. Die Erweiterungspolitik ist für uns eine Erfolgsgeschichte – auch wenn in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. Deswegen unterstützen wir die Forderung, dass der Beitritt jedes einzelnen Landes von dem konkreten Fortschritt im Beitrittsprozess abhängig gemacht wird. So ist die Erweiterungspolitik ein Instrument für Frieden und Stabilität, aber auch für Rechtsstaat, Freiheitsrechte, Demokratie, Sozialstandards und Umweltschutz auf dem Kontinent Europa. PartnerInnen in diesem Prozess sind vor allem die Zivilgesellschaft und progressive AkteurInnen, die noch stärker unterstützt werden

müssen. Die neuen Verfahren können auf dem westlichen Balkan aber dazu führen, dass gerade die Staaten, die unter den Kriegen des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts am meisten zu leiden hatten, noch am weitesten von einem EU-Beitritt entfernt sind. Daher wollen wir neue Transitionsverfahren etablieren, um nicht neue unüberwindbare Grenzen mitten in der Region zu schaffen.

Die Europäische Union muss, 50 Jahre nach dem entsprechenden Assoziationsabkommen, endlich für neuen Schwung in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sorgen. Diese müssen fair, ergebnisorientiert und auf Augenhöhe geführt werden. Für uns stehen hierbei Demokratie und Menschenrechte vor Ort im Vordergrund. In der Türkei gibt es nach wie vor Defizite, z.B. im Fall von Pressefreiheit, Frauenrechten und Minderheitenschutz. Gerade ein ernsthafter Beitrittsprozess verspricht jedoch den meisten Reformerfolg. Bei den bestehenden Kriterien darf es keine Abstriche geben. Das Ziel der Verhandlungen ist der Beitritt, sobald diese Kriterien erfüllt sind. Wir wollen die Zugehörigkeit zur EU nicht von religiösen Identitäten abhängig machen. Ungeachtet dessen muss die EU in der Gestaltung ihrer Nachbarschaftspolitik aktiver werden. Auch den Menschen in den Staaten östlich der EU und im Mittelmeerraum muss ein menschenwürdiges Leben in einem demokratischen Rechtsstaat ermöglicht werden. Die demokratischen Reformbemühungen in Nordafrika und der arabischen Welt sollte die Europäische Union im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik unterstützen. Wir wollen, dass sich Deutschland für Erleichterungen bei der Visa vergabe, dem Marktzugang und der Arbeitsmigration einsetzt sowie den Austausch in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur mit dieser Region fördert. Die Liberalisierung der europäischen und deutschen Visapolitik ist ein entscheidender Schlüssel für Reformanstöße und gesellschaftlichen Wandel außerhalb der Europäischen Union. Deswegen setzen wir uns auch in den Staaten östlich der EU für eine weitere Unterstützung der demokratischen Reformbemühungen ein und wollen, dass Deutschland sich im Rahmen der EU für die generelle Überprüfung der Visumpflicht der einzelnen Staaten starkmacht und insbesondere darauf hinwirkt, dass die Visumpflicht für Menschen aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Russland, Kosovo und der Türkei zügig aufgehoben wird. Grundsätzlich stehen wir für eine starke gemeinsame europäische Außen- und Menschenrechtspolitik.

2. Für ein demokratisches Europa

Unsere Antwort auf das „Europa der nationalen Regierungen“ ist eine gestärkte europäische Demokratie, deren Weg transparent und mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet wird. Die europäische Demokratie wird oft so beschrieben, als bestehe sie nur aus einem Demokratiedefizit. Dieses Zerrbild lebt auch von der Polemik derjenigen, die für alles, was schiefgeht, regelmäßig „Europa“ die Verantwortung zuschieben, während dies ja de facto nie ohne die Mitwirkung der Nationalstaaten geschieht. Doch es gibt tatsächlich Demokratiedefizite. Eines liegt – auf der nationalen Ebene; es besteht in der intransparenten Europapolitik der Regierungen, die versuchen sich der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen. Der Bundestag hat hier jedoch – insbesondere auf grünes Betreiben – schon viele Verbesserungen durchgesetzt. Ein zweites Demokratiedefizit entsteht aus dem gerade von der Bundesregierung betriebenen intergouvernementalen Herangehen an mehr europäische Zusammenarbeit, wodurch das Europaparlament um seine Kontrollverantwortung gebracht wird. Auch die Institutionalisierung der Eurogruppe zu Lasten der demokratischen Institutionen wirkt in diese Richtung. Der Gemeinschaftsmethode ist grundsätzlich Vorrang vor intergouvernementalem Handeln einzuräumen. Wie in der Vergangenheit kann es notwendig sein, im Einzelfall vorübergehend unterschiedliche Geschwindigkeiten der Integration zu entwickeln. Dabei ist es wichtig, dass die Institutionen und Regeln des Gemeinschaftsrechts der Rahmen der Zusammenarbeit sind.

Unsere grüne Strategie für mehr Demokratie in der EU setzt auf eine starke Allianz der Parlamente aller Ebenen – und auf die aktive Einmischung der EuropäerInnen. Deswegen haben wir uns von Anfang an für die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative stark gemacht. Diese wollen wir weiter stärken und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides entwickeln. Bei der institutionellen Weiterentwicklung bauen wir auf einen öffentlichen Europäischen Konvent zur Zukunft der EU. Er darf aber nicht zum Expertenzirkel verkommen. Stattdessen sollen unter dem Vorsitz des Europäischen Parlaments Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der nationalen Parlamente und Regierungen sowie der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen zusammentreten, um die

Verfasstheit der Europäischen Union unter dem Gesichtspunkt einer effektiveren und breiter legitimierten Arbeitsweise insbesondere zu institutionellen Fragen sowie in den Bereichen Wirtschaft, Haushalt, Finanzen, Soziales und Demokratie zu erarbeiten. Der Konvent muss in seiner Zusammensetzung der TeilnehmerInnen die Gesellschaft widerspiegeln.

Um die Mitbestimmung der europäischen BürgerInnen auf allen politischen Ebenen zu gewährleisten, wollen wir die Unionsbürgerschaft ausbauen. Wir treten dafür ein, dass alle EU-BürgerInnen das Wahlrecht in dem Mitgliedsstaat erhalten, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, und dies nicht nur für Kommunalparlamente und das Europaparlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben.

Das Europäische Parlament soll endlich das Recht erhalten, eigene Gesetzesinitiativen vorzuschlagen und den/die EU-KommissionspräsidentIn zu wählen. So soll es zum zentralen Debatten- und Entscheidungsort der europäischen Politik werden und muss volles Mitentscheidungsrecht in allen Politikbereichen erhalten. Wenn die EU mehr Kompetenzen erhalten soll, muss das mit mehr Kontrollrechten für das Europäische Parlament einhergehen. Wo die EZB als Bankenaufsicht tätig ist, muss die demokratische Rechenschaftspflicht der EZB gegenüber dem Europaparlament erhöht werden. Das Parlament muss ein Mitspracherecht bei den Krisenmechanismen und der Economic Governance erhalten.

Die Parteien sollen bei Europawahlen künftig SpitzenkandidatInnen nominieren, unter denen nach der Wahl entsprechend ihrem Ergebnis der/die EU-KommissionspräsidentIn gekürt werden soll. Wir treten damit auch für eine stärkere Personalisierung der Europawahl ein. Zusätzlich zu den jeweils national bestimmten KandidatInnen soll deshalb ein Teil der Abgeordneten über transnationale Listen gewählt werden. Auch müssen starke Regeln eingeführt werden, die die Transparenz der europäischen Institutionen erhöhen und den großen Einfluss der Unternehmenslobby in Brüssel eindämmen.

Zu einem demokratischen Europa gehört jedoch mehr als Reformen der Arbeitsweise der Europäischen Union. Viel zu oft hat die EU wie ein Papiertiger agiert, wenn Menschenrechte in Mitgliedsländern verletzt wurden und etwa die Pressefreiheit systematisch eingeschränkt oder Roma aufs Schlimmste diskriminiert wurden. Die

Kommission sollte daher viel öfter die bestehenden Möglichkeiten nutzen, Gelder einzufrieren, wenn Mitgliedsländer gegen elementare Werte der Union verstoßen. Außerdem sollte diese Möglichkeit auf alle Teile des Unionshaushalts ausgedehnt werden.

Statt die EU-Außengrenzen immer weiter hochzurüsten und stillschweigend zu tolerieren, dass Jahr für Jahr tausende Flüchtlinge auf dem Weg in die EU im Mittelmeer ertrinken, wollen wir unser außen- und entwicklungspolitisches Handeln stärker darauf ausrichten, die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Etwa durch Vereinfachung von finanziellen Transfers („Rücküberweisungen“) und die Möglichkeit, durch längeren Aufenthalt im Herkunftsland die wirtschaftliche Situation vor Ort positiv zu beeinflussen, ohne dabei aufenthaltsrechtliche Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen. Wir wollen ein faires Asylsystem schaffen und legale Zuwanderung ermöglichen. FRONTEX leistet dies nicht. Deshalb fordern wir einen institutionellen Neuanfang. Wir wollen eine gemeinsame Grenzpolitik der EU, welche die rechtlichen Normen Europas wahrt, die Menschenrechte garantiert, das Recht auf Asyl durchsetzt, Flüchtlinge aus Seenot rettet und durch das Europäische Parlament kontrolliert wird. Kostenintensive und aus daten- und menschenrechtlichen Gründen höchst bedenkliche Vorschläge wie Eurosur und „smart borders“, die die Abschottung der EU zementieren, lehnen wir daher ebenfalls ab. Wir wollen zudem die Regelung abschaffen, nach der Flüchtlinge nur in denjenigen EU-Staaten aufgenommen werden können, in denen sie als Erstes angekommen sind (Dublin-II-Abkommen). Flüchtlinge sollen selbst entscheiden, wo sie Asyl beantragen. Zudem brauchen wir einheitliche, hohe Asylstandards in allen Mitgliedsländern. Wir werden in Brüssel eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht. Zudem braucht es eine rechtliche Verankerung des Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit, aufbauend auf bereits bestehenden lokalen und regionalen Initiativen sowie Entschlüssen der internationalen Gemeinschaft auf VN-Ebene. Zu einem demokratischen Europa gehört eine starke und lebendige Zivilgesellschaft. Mit einem freiwilligen Europäischen Jahr für alle – für junge wie für ältere Menschen – können wir eine eu-

europäische Zivilgesellschaft noch weiter stärken und alle mitnehmen. Deshalb fordern wir einen umfassenden Ausbau eines europäischen Freiwilligendienstes für alle Generationen, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, und eine gute finanzielle Grundausstattung durch öffentliche Mittel.

3. Für eine europäische Energiewende

Mit der deutschen Ausstiegsentscheidung sind die Risiken der Atomtechnologie noch nicht gebannt. Die Bundesregierung muss sich für einen EU-weiten Atomausstieg einsetzen. Sie muss ihre Möglichkeiten nutzen, um den Neubau von Atomkraftwerken zu verhindern, und energiepolitische Alternativen aufzeigen. Solange in der EU noch Atomkraftwerke betrieben werden, müssen für alle verbindliche Sicherheitsstandards auf dem Stand von Wissenschaft und Technik gelten. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, die Bürgerinnen und Bürger bei grenznahen Neubauprojekten von Atomkraftwerken in Nachbarstaaten zu informieren und Einwände der Bevölkerung gegenüber den Nachbarstaaten zu vertreten.

Die deutsche Energiewende soll Europa ökologisch-innovative Impulse geben. Dazu muss sie aber auch gut in die gesamteuropäische Energielandschaft integriert werden. Dafür brauchen wir eine europäische Energieinfrastruktur, einen funktionierenden Emissionshandel, einen integrierten europäischen Energiemarkt mit funktionierendem Wettbewerb und eine konsequent auf niedrigen CO₂-Ausstoß setzende europäische Industriepolitik. Wir setzen uns für umfassende europäische Investitionen zur energetischen Nutzung von Sonne und Wind und zur Förderung von Energieeffizienz und -einsparung ein, vor allem in den von der Eurokrise stark betroffenen südeuropäischen Regionen. Mit einer europäisch vorangetriebenen Energiewende wollen wir gleichzeitig zukunftsfähige Beschäftigungsfelder schaffen. Auch die groß angelegte Subventionierung von fossilen und atomaren Energieträgern muss beendet werden. Die deutsche Energiewende braucht die europäische Ebene, um zu funktionieren, und für die Energiewende in der EU brauchen wir endlich eine Bundesregierung, die den Umbau des Energiesektors auch auf EU-Ebene engagiert vertritt.

Die Mitgliedsstaaten der EU haben allein 2011 für den Import von Erdöl mehr als 400 Mrd. US-Dollar bezahlt. Gleichzeitig ist der Ehrgeiz beim Ausbau der Erneuerbaren und bei der Steigerung der Energieeffizienz verfliegen. Auch beim Klimaschutz kann von einer europäischen Vorreiterrolle kaum mehr die Rede sein. Die Politik der EU, das von ihr mit beschlossene Ziel, die Schwelle von 2 Grad weltweiter Klimaerwärmung nicht zu überschreiten, ist längst zur Farce verkommen. Allen Risiken zum Trotz hält eine politische Mehrheit aus Konservativen, Sozialisten und Liberalen am alten Energiemix auf der Basis der Hochrisikotechnologie Atomkraft und dreckiger Kohle fest.

Statt den alten Konzepten und Lobbyinteressen weiter hinterherzurrennen, wollen wir ein Europa, das auf Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien aufbaut. Damit können wir Umwelt- und Naturschutz europaweit vorantreiben, Energiearmut abfedern, werden unabhängig von teurer werdenden fossilen Energieträgern, schaffen die nötigen Anreize für technische Innovationen und damit neue Arbeitsplätze im Rahmen unseres europäischen Green New Deals. Zudem ist eine bessere Koordinierung der europäischen Netzstruktur eine Möglichkeit, die Schwankungen der Erneuerbaren Energien auszugleichen. Mit business as usual werden wir das jedoch nicht schaffen. Deswegen setzen wir uns für eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) ein. Zudem sollten auch die Nachbarstaaten der EU, und dabei insbesondere die Beitrittskandidaten, in den Umbau der Energiesysteme mit einbezogen werden. Auch wollen wir noch im Vorfeld des kommenden UN-Klimagipfels 2013 in Warschau das derzeitige Ziel, den EU-weiten CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 % zu reduzieren, auf mindestens 30 % erhöhen. Zudem treten wir für die Abschaffung von Euratom ein. Solange es keine Mehrheit für die Abschaffung des Euratom-Vertrages gibt, setzen wir uns für eine Reform von Euratom und eine Überführung in den EUV ein, um Euratom endlich der demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

4. Für ein soziales Europa der Bürgerinnen und Bürger

Einer der größten Skandale in Europa heute ist die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in vielen Mitgliedsländern. In Spanien und Griechenland sind mehr als 50 % der am besten ausgebildeten Generation, die diese Länder je kannten, seit längerem arbeitslos. Auf europäischer Ebene haben wir GRÜNE uns deswegen für eine Jugendgarantie eingesetzt, nach höchstens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung, Lehrstelle oder Weiterbildung angeboten zu bekommen. Deren Verwirklichung – das heißt vor allem deren Finanzierung – können wir aber nicht den jeweiligen Ländern selbst überlassen. Denn denjenigen, die eine solche Garantie am meisten brauchen, stehen die wenigsten Mittel zu Verfügung. Der neu eingerichtete EU-finanzierte Sonderfonds, der in Regionen mit sehr hoher Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt wird, ist ein erster Schritt, der jedoch nicht ausreicht. In Solidarität mit den Mitgliedsstaaten sollte der Fonds so lange aufrechterhalten und gegebenenfalls erhöht werden, bis die Arbeitslosigkeit unter der Jugend signifikant und dauerhaft zurückgeht.

Die europäische Einigung lebt grundsätzlich davon, dass die Menschen, die Regionen und die Staaten in Europa füreinander einstehen. Dem Grundprinzip der europäischen Solidarität und der gemeinsamen sozialen Absicherung kommt in der derzeitigen Krise ein besonderer Stellenwert zu. Angesichts einer sich europaweit öffnenden Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur am nationalen Rad zu drehen! Europa krankt heute an Unterbietungswettbewerben bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards.

Deswegen wollen wir eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht einführen, die eine stärkere Balance gegenüber den Grundfreiheiten des Marktes herstellt. Außerdem wollen wir das Armutsgefälle verringern, das Einkommensgefälle zwischen den Mitgliedsstaaten abschwächen und die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern minimieren. Zu einem sozialen Europa gehören für uns außerdem gemeinsame soziale Mindeststandards, wie ein Mindestlohn und eine Grundsicherung, die sich jeweils am nationalen BIP orientieren, sowie das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Menschen während ihres Berufslebens in unterschiedlichen EU-Mitgliedsländern

tätig sind, wollen wir eine verbesserte Anrechnung von Renten- und Arbeitslosenansprüchen erreichen und dafür sorgen, dass eine gute Gesundheitsversorgung nicht nur ein Privileg weniger ist.

Wir stehen für eine andere – eine faire – europäische Steuerpolitik, die den Steuerwettlauf innerhalb Europas eindämmt und Steuerermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerdumping verhindert. Das haben wir im Kapitel „Besser haushalten – Ökologisch, gerecht und wirtschaftlich vernünftig: die grüne Steuerpolitik“ sehr genau beschrieben.

Auch mit Blick auf die Krise in den Euroländern wollen wir eine fundamentale Abkehr vom Kurs der Merkel-Regierung, der nur zu mehr Ungerechtigkeit führt. Was wir anders machen wollen, haben wir im Kapitel „Anders wirtschaften – Die Krise überwinden“ sehr genau beschrieben. So könnten nicht nachhaltige wirtschaftliche Entwicklungen in Form eines sogenannten Booms oder eine die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts bedrohende Rezession zum wechselseitigen Vorteil gelindert werden. Im Gegensatz zur Bundesregierung sind wir in Europa gegenüber einer Weiterentwicklung innovativer Modelle offen und bringen neue Konzepte zur Abwehr der Krisengefahr mit auf den Weg.

5. Für Entscheidungen auf der richtigen Ebene

Mehr Mut zu Europa heißt für uns, entschlossen auf EU-Ebene voranzugehen, wo gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Mehr Europa heißt für uns aber nicht, dass die EU oder gar Brüssel in Zukunft alles regeln soll. Wir wollen, dass diejenige Ebene entscheidet, die bei der jeweiligen Herausforderung am besten, bürgernah und mit der höchsten Legitimität agieren kann. Ein starkes Europa steht für uns weder in Konkurrenz noch im Widerspruch zu handlungsfähigen Kommunen, Regionen, (Bundes-)Ländern und Nationalstaaten. Es kommt vielmehr darauf an, dass die unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten. Dies bedeutet für die Praxis, dass die europäischen Institutionen viel stärker und früher als bisher alle politischen Ebenen durch Anhörungs- und Einflussrechte in die eigene Gesetzgebung einbinden sollen. Gleiches gilt für die nationale Ebene, die in vielen Fällen europäische Vorgaben in die nationalstaatliche

Gesetzgebung implementiert und die Kriterien für die Vergabe von EU-Mitteln mitbestimmt. Das bedeutet auch, dass Kompetenzverlagerung keine Einbahnstraße ist. So wie es in vielen Bereichen sinnvoll ist, mehr Souveränität nach Europa zu verlagern, so lassen sich manche Bereiche besser national, regional oder lokal regeln. Deshalb sind wir grundsätzlich dafür, Kompetenzen auf untere Ebenen zurückzugeben, wenn es sachlich sinnvoll erscheint – auch das gehört zum Prinzip der Subsidiarität.

Wer GRÜN wählt ...

- kämpft mit uns für ein solidarisches Europa und eine europäische Jugendgarantie.
- steht dafür ein, dass für den Westbalkan und die Türkei eine glaubwürdige Beitrittsperspektive aufrechterhalten wird.
- vertieft das demokratische Europa, das die Bürgerinnen und Bürger teilhaben lässt und in dem das Europäische Parlament eine starke Rolle spielt.
- sagt Ja zu einem Europa der Erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes.
- setzt sich für einen besseren Schutz von Flüchtlingen und MigrantInnen ein und dafür, dass Menschenrechte an den EU-Außengrenzen gewahrt werden.
- bekommt eine Politik, die kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland will.

Schlüsselprojekte

Für ein demokratisches und bürgernahes Europa – Europäische Bürgerinitiative weiterentwickeln und einen Europäischen Konvent einberufen

Die Europäische Union hat demokratischen Nachholbedarf. Wir wollen den Dialog in und über Europa und unsere gemeinsame Zukunft stärken. Dazu gehören eine intensivere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und eine breite gesellschaftliche Debatte in ganz Europa. Wichtige europäische Fragen dürfen nicht in Hinterzimmern der nationalen Staats- und Regierungschefs ausgeklüngelt werden. Daher setzen wir uns für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein. Dazu fordern wir einen europäisierten und personalisierten Wahlkampf zum Europäischen Parlament ebenso wie mehr Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger. Außerdem wollen wir die Europäische Bürgerinitiative ausbauen und mittelfristig in Richtung eines europäischen Volksentscheides weiterentwickeln. Als weiteren Schritt wollen wir in einem öffentlichen, parlamentarisch geprägten Europäischen Konvent unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und SozialpartnerInnen unter Führung des Europäischen Parlaments Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU diskutieren.

Für ein solidarisches Europa – Steuervermeidung und Steuerhinterziehung mit einem europäischen Steuerpakt bekämpfen

Auf die sich europaweit öffnende Schere zwischen Arm und Reich reicht es nicht, nur national, sondern es gilt, auch europäisch zu reagieren. Für ein sozialeres Europa braucht es nicht nur Solidarität zwischen den Regionen, sondern vor allem Maßnahmen dafür, dass sich Finanzstarke nicht mit Hilfe des freien Binnenmarktes aus der gemeinsamen Solidarität verabschieden können. Durch Steuerdumping und Steuerflucht geht den öffentlichen Kassen in Europa jedes Jahr etwa eine Billion Euro verloren. Wir wollen Schluss machen mit dem

Unterbietungswettbewerb bei Löhnen, Steuern und sozialen Standards. Dafür brauchen wir gemeinsame europäische Regelungen, wie soziale Mindeststandards, eine soziale Fortschrittsklausel und einen europäischen Steuerpakt. Der Steuerpakt besteht aus einer EU-weit koordinierten Vermögensabgabe und einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage sowie einem Mindestsatz bei der Unternehmensbesteuerung und einem Mindestsatz für die Körperschaftsteuer. Zentrale Aufgabe ist zudem, Europas Steueroasen endlich zu schließen. Auch treiben wir die Besteuerung von Ressourcen, z.B. durch eine Anhebung der Energiebesteuerung, voran.

Für ein menschliches Europa – eine solidarische Asylpolitik in allen Mitgliedsstaaten etablieren

Die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik ist repressiv, unsolidarisch und auf Abschottung ausgerichtet. Der Verschiebehahnhof und die einseitige Verantwortung für europäische Flüchtlinge zu Lasten von Griechenland und anderen EU-Mittelmeerländern, die mit dem Dublin-System zementiert wurden, führen zu unterschiedlichen Standards und müssen deshalb gestoppt werden. Wir wollen, dass Deutschland dafür in Europa mit gutem Beispiel vorangeht: mit der sofortigen Abschaffung der Abschiebehaft für Dublin-Flüchtlinge in Deutschland, mit einem Stopp der Abschiebung von Flüchtlingen in EU-Länder, in denen sie unter unwürdigen Bedingungen leben und wie Kriminelle in geschlossene Unterkünfte gesperrt werden, mit der solidarischen Aufnahme von Asylsuchenden aus den europäischen Flüchtlingshochburgen und mit einer stärkeren Beteiligung am Resettlement-Programm der EU. Wir werden in Brüssel außerdem eine Roadmap für ein EU-weites solidarisches Asylsystem initiieren, mit dem alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung übernehmen und das Flüchtlingen ein Leben in Würde in ganz Europa ermöglicht.

S. Unsere Eine Welt

Wie wir Frieden und Menschenrechte, Freiheit und globale Gerechtigkeit stärken können

Im Mittelpunkt unserer grünen internationalen Politik steht der Mensch und nicht der Staat. Ob Klimakrise oder Ressourcenkrise, ob Hunger oder Finanzkrise, ob zerfallende Staaten oder Aufrüstung. Keine dieser Fragen mitsamt den daraus folgenden Gefahren kann heute noch von einem Land allein bewältigt werden. Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu und können nur gemeinsam erreicht werden. Die Wahrung der Menschenrechte und die Verhinderung von schwersten Menschenrechtsverletzungen haben für uns eine besondere Priorität.

Immer noch sind die Güter der Erde und der Wohlstand äußerst ungleich verteilt. Immer noch lebt ein Teil der Menschheit auf Kosten des anderen. Immer noch sterben hunderte Menschen täglich in bewaffneten Konflikten weltweit. Der brutale Bürgerkrieg in Syrien ist schon fast aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, erst recht Gewaltakte und Auseinandersetzungen im Kongo, in Zentralafrika, im Irak oder in Libyen. Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Krieg, Hunger, eine brutale Umweltzerstörung und verheerende Folgen der Klimakatastrophe gerade für die ärmsten Regionen und vor allem zu Lasten der Frauen – all das gehört keineswegs der Vergangenheit an, sondern prägt die Gegenwart. Arm und Reich driften weltweit dramatisch auseinander. Wir wollen eine gerechtere Verteilung des Reichtums in der Welt erreichen. Wir in den Industrieländern müssen dabei unserer Verantwortung gerecht werden und aufhören, auf Kosten der Armen zu leben. Den Wandel müssen wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern angehen. Global denken – lokal handeln: Ohne die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist globale Gerechtigkeit nicht zu verwirklichen. Deshalb wollen wir das Bewusstsein für globale Zusammenarbeit durch entwicklungspolitische Bildung und kommunale Nord-Süd-Partnerschaften stärken. Dabei gilt es, auf Weltbevölkerungswachstum, Verstädterung oder eine ra-

sant wachsende globale Mittelschicht und die damit verbundenen konsumorientierten Lebensstile weltweit zu reagieren. Wir möchten, dass die internationale Gemeinschaft diese Herausforderungen mit geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten angeht. Es geht um nichts weniger als um einen grundlegenden Umbau in der Weltwirtschaft, um eine Neuvermessung des Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie, von marktgetriebener Dynamik und politischer Regulierung, von ressourcenschonender Produktion und gerechter Verteilung auch zwischen den Geschlechtern. Es geht um eine „große Transformation“.

Der Sturz autoritärer Regime in Nordafrika, der Protest gegen Gewaltherrschaften insbesondere in der arabischen Welt sowie Hunger- und Naturkatastrophen in Ländern fragiler Staatlichkeit zwingen die deutsche und europäische Politik zu einer grundlegenden Hinterfragung ihrer bisherigen Grundsätze. Oftmals wurden wirtschaftliche Interessen und vermeintliche Stabilität vor der Förderung von Demokratie und Menschenrechten als wichtiges Ziel definiert, und dafür wurden auch Bündnisse mit autoritären Regimen eingegangen. Dass Schwarz-Gelb diese Politik mit Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und weitere autoritäre Staaten fortsetzt, ist so skandalös wie verantwortungslos. Und es ist das Gegenteil einer wertebasierten Außen- und Sicherheitspolitik, die auf dem Schutz und der Förderung der Menschenrechte beruht.

Es geht darum, zivile Konfliktbearbeitung zu stärken, um die tatsächlichen Ursachen von Gewalt anzugehen. Friedliche und zivile Mittel haben für uns immer Vorrang vor militärischen. Unsere friedenspolitischen Grundüberzeugungen gründen sich auf die Stärkung des Rechts statt auf das Recht des Stärkeren, auf die Bewältigung von Krisen durch gestärkte Vereinte Nationen und auf die gewaltfreie Lösung von Konflikten. Unser Kompass sind Frieden und der Schutz der Menschenrechte.

Wir wollen, dass Deutschland als verlässlicher Akteur seiner globalen Verantwortung gerecht wird. Neue Formen der internationalen Kooperation mit Staaten und der zunehmend international vernetzten Zivilgesellschaft wollen wir auf allen Ebenen stärken. Dafür müssen auch Länder und Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung stärker unterstützt werden. Transnational agierende Unternehmen müssen in die globale Transformation eingebunden

und durch klare Regeln zur Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards verpflichtet werden. Solche Regeln können nicht mehr nur national gedacht, sondern müssen in einer globalisierten Wirtschaft auch global verankert werden. Wir wenden uns gegen eine Politik der Renationalisierung der Außen- und Entwicklungspolitik, wie sie Schwarz-Gelb derzeit betreibt. Die Bundesregierung setzt einseitig auf kurzfristige nationale Interessen statt auf eine langfristig gerechte Gestaltung der Globalisierung, an der alle gleichermaßen teilhaben können und von der alle profitieren.

Das bedeutet für uns, jetzt die Voraussetzungen für eine Zukunft zu schaffen, in der fairer Welthandel, besserer Klimaschutz und starke demokratische internationale Institutionen Wirklichkeit werden. Deshalb setzen wir uns ein für eine klimaneutrale und ressourcenschonende Wirtschaftsweise, ohne die es kein Wohlstandsversprechen für alle geben kann. Deshalb tragen wir dazu bei, den Welthandel fair zu organisieren. Und deshalb stärken und verbessern wir unsere Entwicklungszusammenarbeit.

Wir werden uns einmischen für globale Gerechtigkeit und den Schutz der universellen Menschenrechte, die explizit auch die Rechte der Frauen beinhalten, für die Stärkung der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und gegen Rüstungsexporte. Niemand sollte auf Kosten der Anderen leben, alle Menschen haben das Recht auf Frieden, Entwicklung, Freiheit und Würde. Das verstehen wir unter globaler Gerechtigkeit und Teilhabe aller.

1. Die große Transformation: Eine Welt macht sich auf den Weg

Wir wollen die Globalisierung gestalten – politisch, ökologisch und sozial. Die Finanz- und Klimakrise haben einmal mehr die dramatischen Auswüchse eines globalen Kapitalismus mit unregulierten Märkten offengelegt. Wir brauchen eine sozial-ökologische Transformation, durch die unser kohlenstoffbasiertes Wirtschaftssystem zu einer ressourcenschonenden Nachhaltigkeitsökonomie umgebaut wird. Dazu müssen wir das Primat der Politik über unregulierte Märkte zurückgewinnen. Märkte brauchen Regeln, damit sie dem Gemeinwohl dienen. Nur so ist Wohlstand für die wachsende Weltbe-

völkerung möglich und führt wirtschaftliches Wachstum nicht zum Kollaps. Die Folgen des Klimawandels betreffen schon heute große Teile der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen sind zum Teil dramatisch: Durch die Veränderung der klimatischen Bedingungen und die Zunahme an Naturkatastrophen entsteht nicht nur erheblicher materieller Schaden – Menschen müssen fliehen, Entwicklungschancen werden zerstört und Menschenrechte verletzt. Als Industriestaat müssen wir entschieden vorangehen und unsere Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 80 bis 95 % gegenüber 1990 reduzieren. Um die Schwellen- und Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel und zum Schutz des Klimas zu unterstützen, wollen wir Technologietransfer und das notwendige Know-how zur Verfügung stellen. Die Kosten der Anpassung an den Klimawandel müssen gerecht verteilt werden. Dem Grünen Klimafonds (GKF) soll hierbei und bei der Unterstützung zur CO₂-Minderung eine entscheidende Rolle zukommen. Angesichts der durch den Weltklimarat geschätzten 150 Millionen Klimaflüchtlinge im Jahre 2050 treten wir im Rahmen einer Klimaaußenpolitik für mehr Klimagerechtigkeit ein.

Rohstoffreichtum in einem Land darf nicht zum Rohstofffluch für seine Bevölkerung werden. Der Rohstoffabbau geht nur allzu oft mit massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung einher. Deshalb müssen wir in Zeiten knapper werdender Ressourcen und daraus resultierender Konflikte überall auf der Welt umdenken und unseren Rohstoffverbrauch drastisch reduzieren – in Deutschland und international. Wir setzen uns für verbindliche soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und dem Handel von Rohstoffen sowie für Transparenz im Rohstoffbereich ein.

Wir brauchen eine Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik nach ökologischen und sozialen Standards. Bilaterale Freihandelsabkommen, wie sie die EU derzeit mit verschiedenen Ländern verhandelt oder anstrebt, müssen zukünftig so ausgestaltet werden, dass sie Entwicklung und Menschenrechte stärken. Grundsätzlich streben wir eine multilaterale Handelsordnung an. Konkret bedeutet das zum Beispiel, die EU-Exportsubventionen abzuschaffen und die EU-Agrarpolitik so zu gestalten, dass durch Dumpingpreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert wer-

den. Gleichzeitig brauchen Produkte aus Entwicklungsländern einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt. Das heißt auch die EU-Fischereiabkommen auf ökologische und soziale Auswirkungen zu überprüfen und neu zu verhandeln. Wir brauchen internationale Abkommen, die zu fairen Preisen für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe führen, sowie eine Politik, die die lokale Produktion von Gütern in den Entwicklungsländern fördert. Diese handelspolitischen Ziele unterstützen wir auch durch eine nachhaltige und faire öffentliche Beschaffungspolitik. Für weltweite Steuergerechtigkeit und für die Finanzierung öffentlicher Güter arbeiten wir daran, Steueroasen zu schließen und global agierende Unternehmen zu zwingen, dort Steuern zu zahlen, wo sie produzieren und Gewinn machen.

Waldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern heißt nicht nur Klimaschutz, sondern auch die Sicherung der Lebensgrundlagen lokaler Bevölkerungsgruppen. Deshalb setzen wir uns für die Eini-gung auf ein globales Programm zum Stopp der Degradierung und Zerstörung von Wäldern in Entwicklungs- und Schwellenländern so-wie für die Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Konvention 169 zur Stärkung der Rechte indigener Völker ein.

Auch die internationale Drogenpolitik muss kohärent nach sozia-len, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien evaluiert und neu ausgerichtet werden. Denn bis jetzt fördert sie organisierte Kri-minalität und trägt damit unter anderem zur Destabilisierung von Staaten und Weltregionen bei. Wir unterstützen die Initiative der „Global Commission on Drugs“, die das Ende der verheerenden Ver-botspolitik fordert.

Wir wollen die menschenrechtliche Verantwortung von Unter-nehmen stärken, indem wir nicht nur auf freiwillige Selbstverpflich-tungen hoffen, sondern verbindliche Regelungen entwickeln, die die-se Verantwortung festlegen. Dazu gehören Offenlegungspflichten nach starken sozialen und ökologischen Kriterien. Die Öffentlichkeit muss nachvollziehen können, wie viel Lohn ein Unternehmen seinen Näherinnen in Bangladesch zahlt oder wie es im Kongo verseuch-tes Wasser entsorgt. Dazu gehören auch neue Haftungsregelungen. Und dazu gehören bessere Klagemöglichkeiten in Deutschland und der EU für Opfer von schweren Menschenrechtsverletzungen, die von deutschen oder europäischen Unternehmen verursacht wurden.

Die notwendige sozial-ökologische Transformation muss Aufgabe der gesamten Bundesregierung sein. Es kann nicht sein, dass weiterhin Waffenexporte gegen Friedensbemühungen laufen, klimaschädliche Subventionen gezahlt oder durch Exportoffensiven Bemühungen zur Überwindung von Armut und Hunger in Entwicklungsländern zunichtegemacht werden.

Wir stehen ein für neue Politikkohärenz im Sinne von Frieden, Demokratie und einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung. Dafür wollen wir regierungsweite Zielvereinbarungen, mehr Kompetenz für vernetztes Regieren, die Stärkung von Ressortkreisen, eine bessere Koordinierung der Außenpolitik durch das Auswärtige Amt und die Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit und aller Entwicklungsgelder durch das Entwicklungsministerium.

Gleichzeitig braucht es eine fraktionsübergreifende Debatte, die sich mit den Widersprüchen des deutschen Regierungshandelns befasst. Diese Debatte wollen wir in der 18. Legislaturperiode durch eine Enquete-Kommission „Kohärenz in einer Welt im Wandel“ anstoßen, die eine kritische Bilanz ziehen und Veränderungen vorschlagen soll – auch für die Arbeitsstrukturen von Bundesregierung und Bundestag im europäischen und internationalen Kontext.

2. Eine Welt der Gerechtigkeit

Wir verstehen Entwicklungspolitik als Teil einer globalen Strukturpolitik, die auf eine weltweite menschenrechtsbasierte nachhaltige Entwicklung zielt. Sie mobilisiert und unterstützt Individuen und politische AkteurInnen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur für die globale sozial-ökologische Transformation.

Wir wollen, dass alle Menschen in Frieden und Würde leben können. Deshalb wollen und müssen wir Armut und Ungleichheit in Zukunft konsequenter bekämpfen, sowohl in den ärmsten, oft fragilen Staaten als auch in den Ländern mittleren Einkommens, in denen zwei Drittel der ärmsten Menschen leben. Dazu werden wir bis 2015 verstärkt für die Erreichung der Millenniumentwicklungsziele eintreten. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Entwicklungs- und Umweltagenda zusammenzubringen, um ab 2015 mit starken, globalen

Nachhaltigkeitszielen weiter für die sozial-ökologische Transformation zu kämpfen.

Deutschland hat sich vor Jahren dazu verpflichtet, 0,7 % seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklung und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt. Um es zu erreichen, werden wir trotz aller finanziellen Herausforderungen einen klaren Ausgabenschwerpunkt auf die globale Gerechtigkeit setzen. Wir werden jährlich 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen. Wir wollen neue Finanzierungsinstrumente einsetzen, wie die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer und einer erhöhten Flugticketabgabe. Wir wollen bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode das 0,7 %-Ziel erreichen.

Wir wollen eine zukunftsfähige Entwicklungspolitik gestalten, die die Überwindung von Armut mit der Stärkung der Menschenrechte und dem Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt in Einklang bringt. Das Entwicklungsministerium muss sich auf die globalen Herausforderungen einstellen und soll zu einem Ministerium für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung werden.

Entwicklungspolitik muss sich angesichts der globalen Herausforderungen umorientieren. Um Friedensentwicklung zu befördern, wollen wir uns kohärenter in fragilen Staaten engagieren und unsere Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern ausbauen. Konflikte müssen entschärft werden, bevor sie eskalieren und zur Gewalt führen. Für die weltweite soziale Wende wollen wir gute Arbeit sowie den Ausbau sozialer Sicherungssysteme und Grunddienste zu einem Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit machen, um unter anderem das Menschenrecht auf Wasser, Bildung und Gesundheit sicherzustellen und damit auch den Kampf gegen HIV/Aids voranzutreiben. Für die globale Agrarwende rücken wir das Recht auf Nahrung ins Zentrum und setzen einen Schwerpunkt auf die kleinbäuerliche Land- und Viehwirtschaft, handwerkliche Fischerei und Landlose. Und um die globale Energiewende zu forcieren, kämpfen wir gegen Energiearmut und für Erneuerbare Energie für alle, unter anderem durch einen Wissens- und Technologietransfer in großem Stil.

Entwicklung braucht Entschuldung! Für einen wirtschaftlichen Neuanfang der ärmsten Länder sind Entschuldungsinitiativen und die

Streichung insbesondere illegitimer Schulden unerlässlich. Wir setzen uns für die Schaffung eines internationalen Insolvenzrechts für Staaten ein, um überschuldete Länder nachhaltig aus der Schulden Spirale zu befreien.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Geld in der Entwicklungszusammenarbeit; wir wollen die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auch effizienter als bisher einsetzen. Die Menschen in Deutschland sollen wissen, wofür ihre Steuermittel zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Deswegen wollen wir mehr gemeinsame und transparentere Entwicklungsprogramme in der EU und den VN unter einer verantwortlichen Einbeziehung unserer Partnerländer und der Zivilgesellschaft. Dazu gehört auch, dass wir das Instrument der Budgethilfe, also der direkten Unterstützung der öffentlichen Haushalte von Entwicklungsländern, weiterentwickeln und ausbauen. Die Budgethilfe muss an klare Kriterien im Bereich Menschenrechte und gute Regierungsführung gebunden werden. Gleichzeitig muss unsere Politik kohärenter werden. Alle anderen Politikmaßnahmen mit Auswirkungen auf Entwicklungsländer müssen darauf geprüft werden, ob sie den entwicklungspolitischen Zielen in die Quere kommen.

Wir treten an gegen die von Schwarz-Gelb durchgesetzte Renationalisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Darum sind wir für die Aufhebung der 1/3-Quote für das Verhältnis von europäischer und multilateraler zur bilateralen Zusammenarbeit. Weil die globalen Probleme nicht mehr von einzelnen Staaten allein gelöst werden können, wollen wir eine deutliche Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Entwicklung zu erzielen.

Ein wesentliches Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die politische Teilhabe der Menschen in den Partnerländern. Wir wollen Menschen in ihren Fähigkeiten unterstützen, ihre Rechte einzufordern und zu verwirklichen. Armut und Gewalt sind nicht geschlechtsneutral. Frauen werden in Konflikten immer wieder Opfer gezielter und strategisch genutzter sexualisierter Gewalt und sind besonders betroffen von Entrechtung, Benachteiligung und Ausbeutung. Strukturelle Ursachen wie Machtunterschiede und Dominanzverhältnisse, mangelnde Rechte und nicht ausreichender Zugang zu Ressourcen sowie fehlende politische Partizipation von Frauen blockieren weltweit eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Deshalb müssen Strate-

gien, die Armut und Gewalt überwinden wollen, darauf abzielen, die Rechte von Frauen und Mädchen zu stärken, ihre (Zugangs-)Chancen zu erhöhen und die Machtunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern. Wir treten gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und bi- und transsexuellen Menschen ein und werden mehr Toleranz mit Hilfe der Zivilgesellschaft vor Ort fördern, vor allem in Ländern, in denen sexuelle Minderheiten gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt sind.

Gerade die Stärkung und Beteiligung von Frauen im Sinne der UN-Resolution 1325 ist dabei von besonderer Bedeutung. In der Resolution werden Konfliktparteien dazu aufgerufen, die Rechte von Frauen zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Konfliktschlichtung und den Wiederaufbau einzubeziehen. Die staatlichen Institutionen der Partnerländer wollen wir dazu auffordern und darin stärken, ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber ihrer Bevölkerung anzuerkennen und zu erfüllen. Weil Armut nicht geschlechtsneutral ist, setzen wir die Entwicklungsgelder verstärkt für bessere Bildung und gleiche Chancen von Frauen und Mädchen ein.

Hunger ist kein Schicksal, sondern eine Folge von Politikversagen. Es mangelt vor allem an Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit. Wir verfolgen eine kohärente, ressortübergreifende Strategie zur Verwirklichung des Rechts auf Nahrung und für mehr Ernährungssouveränität, zu der neben der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Fischerei auch Wertschöpfung vor Ort und soziale Sicherungssysteme zählen. Auch Maßnahmen gegen „Land Grabbing“ und skrupellose Spekulation mit Nahrungsmitteln gehören dazu. Angesichts zunehmender Hunger- und Naturkatastrophen sowie bewaffneter Konflikte wollen wir die Mittel für humanitäre Hilfe deutlich erhöhen.

3. Eine Welt der Menschenrechte

Die Umbrüche in der arabischen Welt haben die Schwachstellen der deutschen und EU-Außenpolitik deutlich gemacht, die auf vermeintliche Stabilität zu Lasten einer menschenrechtlich orientierten Politik gesetzt hat. Eine neue Außen- und Entwicklungspolitik muss deshalb Menschenrechte ins Zentrum rücken. Deutsche Politik muss im Hinblick auf den Schutz und die Förderung von Menschenrechten und Entwicklung kohärenter werden. Es darf nicht mehr passieren, dass ein Ressort im Dienste von Menschenrechten und Entwicklung arbeitet und ein anderes die Erreichung dieser Ziele mit eigenen, nicht abgestimmten Maßnahmen konterkariert oder gar zerstört. Wir wollen Kohärenz sicherstellen, z.B. durch ressortübergreifende Länderstrategien für Partnerländer der Entwicklungszusammenarbeit. Und der/die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung soll gestärkt werden, sowohl hinsichtlich der Kompetenzen als auch personell.

Entwicklung und Menschenrechte sind die Grundlagen für Frieden und Freiheit. Für uns bedeutet das, für das Recht auf Entwicklung und für ein Ende von Hunger und Armut zu kämpfen. Für ein Ende von Folter und Diskriminierung. Für ein Ende der Straflosigkeit bei schwersten Menschenrechtsverletzungen durch Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs und des Völkerstrafrechts. Für ein Ende von ausbeuterischer Kinderarbeit. Für mehr Rechte der Menschen, die in ihrem Land ausgegrenzt, verfolgt oder gar umgebracht werden, sei es wegen ihrer sexuellen Identität oder ihres Wunsches nach Selbstbestimmung, wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Ethnie oder weil sie politisch aktiv sind und z.B. die Menschenrechte verteidigen. Und wir verschließen die Augen nicht vor menschenrechtlichen Problemen in Deutschland und in der EU. Auch im Einsatz gegen Folter wollen wir mehr tun. Wir wollen die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter mit ausreichend personellen und finanziellen Mitteln ausstatten und das absolute Verbot von Folter als anerkannte Menschenrechtsnorm uneingeschränkt stärken. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Verhängung der Todesstrafe weltweit geächtet wird und alle Hinrichtungen verhindert werden. Deutschland sollte zudem international mehr Druck auf die Staaten ausüben, die den Einsatz von KindersoldatInnen nicht ächten, und Projekte zur Wiedereingliederung ehemaliger KindersoldatInnen unterstützen.

4. Eine Welt des Friedens und der Schutzverantwortung

„Frieden schaffen ohne Waffen“ – dieser Anspruch war ein Antrieb der grünen Parteiwerdung. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass wirklicher Frieden nur politisch, nicht militärisch erreicht werden kann. Wir setzen daher immer und unbedingt auf den Vorrang ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Frieden lässt sich nicht militärisch erzwingen. Aber Friedenspolitik heißt für uns nicht absoluter Verzicht auf militärisches Eingreifen. Es gibt Situationen, in denen gewaltsames militärisches Eingreifen notwendig ist, um schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord zu verhindern oder zu stoppen.

Die unter Rot-Grün geschaffenen zivilen Ansätze müssen weiterentwickelt und ihr Rückstand gegenüber den militärischen Kapazitäten aufgeholt werden: Eingebettet in eine Nationale Friedensstrategie ist der Aktionsplan Zivile Krisenprävention an die heutigen friedenspolitischen Herausforderungen anzupassen. Besonderen Nachholbedarf gibt es bei den Schwerpunkten Förderung von Friedenspotentialen und legitimer Staatlichkeit. Um zivile Krisenprävention und Friedensförderung ins Zentrum unserer Politik zu rücken, braucht der zuständige Ressortkreis deutlich mehr Gewicht und ressortgemeinsame Haushaltsmittel. Mit der Aufstellung ziviler Planziele soll gewährleistet werden, dass Deutschland schnell und ausdauernd zivile und polizeiliche Fachkräfte in Friedensmissionen entsenden kann. Die Kapazitäten des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), des Zivilen Friedensdienstes und zivilgesellschaftlicher Programme müssen erweitert und ihre Mittel verdoppelt werden. Aufzubauen sind eigene Fähigkeiten zur politischen Vermittlung. Die Polizeien von Bund und Ländern sind durch eine zusätzliche Personalreserve und durch Anreize zu befähigen, verlässliche Beiträge zur Friedenskonsolidierung zu leisten. Unverzichtbar sind sorgfältige Konflikt- und Wirkungsanalysen und umfassende Regionalexpertise, die nur mit mehr Mitteln für praxisorientierte Regional- und Friedensforschung zu haben sind. Die vielen Akteure der zivilen Konfliktbearbeitung brauchen einen zentralen Ort der Erfahrungsauswertung, Analyse, Weiterentwicklung und Ausbildung. Um aus dem Schatten öffentlicher Wahrnehmung herauszukommen, bedarf zivile Friedensförderung endlich systematischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit.

Wir verstehen das internationale Konzept der Schutzverantwortung, der responsibility to protect, als wichtige Säule der Krisenprävention und wollen sie wirksamer umsetzen. Dazu gehört für uns unbedingt die Prävention vor gewaltsamen Entwicklungen etwa durch Unterdrückung, Diktatur, Terrorismus und schlechte Regierungsführung, aber auch der besondere Schutz der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen und Kindern, in bewaffneten Konflikten. Konkret heißt das zum Beispiel, nationale und internationale Systeme zur Frühwarnung und frühen politischen Aktivierung zu stärken und in der Bundesregierung eine besondere Stelle zur Umsetzung der Schutzverantwortung einzurichten. Diplomatie, Konfliktvermittlung und zivile Sanktionen stehen für uns an erster Stelle. Notwendig ist eine Nationale Friedensstrategie als friedens- und sicherheitspolitischer Kompass. Sie soll frühzeitig gesellschaftlich debattiert und durch den Bundestag beraten und beschlossen werden. Sie ersetzt das Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2006, legt Regionen fest, für die sich Deutschland in besonderer Mitverantwortung sieht, und bestimmt, welche Aufgaben die Bundesrepublik mit welchen Mitteln im Konzert der Staatengemeinschaft wahrnehmen kann und will.

Der Einsatz militärischer Gewalt ist erwägenswert nur als äußeres Mittel, wenn alle anderen allein keine Aussicht auf Erfolg haben. Militär kann bestenfalls Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Die Bundeswehr kann einen Beitrag zur Gewalteinämmung und kollektiven Friedenssicherung leisten. Der Parlamentsvorbehalt hat sich bewährt, muss jedoch insbesondere hinsichtlich der Kontrolle von geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen gestärkt werden. Jeder militärische Einsatz muss fortlaufend auf seine Verhältnismäßigkeit, Wirksamkeit und rechtliche Grundlage überprüft werden. Für einen solchen Einsatz ist ein Mandat des Sicherheitsrats nach der gegenwärtigen Verfasstheit der VN die Voraussetzung. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv beschädigen wie das Eingreifen ohne ein Mandat. Im Falle einer Blockade des Sicherheitsrates sollte die Generalversammlung anstelle des Sicherheitsrates mit qualifizierter Mehrheit Sanktionen bis hin zu friedens erzwingenden Maßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta beschließen.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist unabhängig vom Ziel immer ein großes Übel und muss, wenn irgend möglich, vermieden werden. Uns GRÜNEN fiel es in der Vergangenheit nicht leicht anzuerkennen, dass es Situationen gibt, in denen zur Eindämmung von Gewalt und zur kollektiven Friedenssicherung der Einsatz von Militär geboten sein kann. Wir haben in unserer Partei darüber lange und intensiv diskutiert, aus den Erfahrungen mit Militäreinsätzen gelernt und um die Prinzipien und Kriterien gerungen, nach denen wir beurteilen, ob ein Auslandseinsatz der Bundeswehr verantwortbar ist.

Wir können ein gewaltsames militärisches Eingreifen im Einzelfall nur dann mittragen, wenn es auf Grundlage eines völkerrechtlich klaren Mandates der VN sowie eines Bundestagsmandats erfolgt. Das Handeln der Soldatinnen und Soldaten ist ohne Ausnahme an Grund- und Menschenrechte gebunden. Der internationalen Tendenz zur zunehmenden Privatisierung militärischer Aufgaben stellen wir uns entgegen. Der politische Gesamtansatz muss klar definiert und ausreichend sowie die Risiken verantwortbar sein. Dazu bedarf es nicht nur eindeutiger Einsatzregeln: Wir haben einen nachvollziehbaren Kriterienkatalog für die Bewertung künftiger und zu verlängern der Auslandseinsätze sowie konkrete und überprüfbare Zielvorgaben für alle jeweils eingesetzten Mittel vorgelegt, der für jede Entscheidung die Grundlage bietet. Wir fordern eine unabhängige Evaluation internationaler Einsätze. Militärische und zivile Einsatzkräfte haben einen Anspruch auf umfassende Fürsorge und Betreuung während und nach dem Einsatz. Dies gilt auch für ihre Angehörigen. Die gesellschaftliche Anerkennung von Soldatinnen und Soldaten darf nicht mit einer Verherrlichung militärischen Handelns einhergehen.

Ein frühes Eingreifen bei Konflikten, die *early action*, funktioniert nur mit entsprechendem Personal. Wir wollen deshalb die VN und Regionalorganisationen, vor allem die EU und OSZE, in ihren Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention stärken.

Für uns haben direkt geführte VN-Missionen Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Missionen. An der Vision, den VN eigene ständige Truppen zu unterstellen anstatt nationaler Militärkontingente, halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland VN-Missionen – zivile wie militärische – nicht nur finanziell, sondern auch personell stärker unterstützt. Daher muss Deutschland den VN mehr ziviles Fachpersonal zur Verfügung stellen. Die Bundeswehr

muss europatauglicher und VN-fähiger werden, das heißt, sie muss so umgebaut werden, dass sie ihren stabilisierenden und schützenden Aufgaben in internationalen Konflikten besser gerecht werden kann. Dieses Leitbild sollte wegweisend für die Bundeswehrreform sein. Die Abschaffung der Wehrpflicht war überfällig. Die derzeitigen Reformpläne der Bundesregierung gehen nicht weit genug. Die Bundeswehr muss deutlich mehr zur Haushaltskonsolidierung beitragen, auch durch weiteren Personalabbau. Die ursprünglichen, aber nie eingehaltenen Sparbeschlüsse von Schwarz-Gelb haben gezeigt, dass der Wehretat schrumpfen muss. Viele Beschaffungsprojekte sind vorwiegend industriepolitisch begründet und müssen auf den Prüfstand. Die wirtschaftlichen Folgen militärischen Strukturwandels sind durch eine aktive Konversionspolitik auszugleichen. Wir wollen über 10 % des derzeitigen Wehretats einsparen.

5. Schluss mit der unkontrollierten und geheimen Rüstungsexportpolitik

Deutschland ist der weltweit drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern. Vor allem unter der Regierung Merkel fielen jegliche Schamgrenzen, wenn es darum ging, Milliarden deals auch mit autoritären Staaten wie Saudi-Arabien zu machen. Und die Bundeskanzlerin verkündet diese Exportpolitik zynisch als Form der Konfliktbearbeitung. Zugleich widerspricht es demokratischen Grundsätzen, wenn Rüstungsgeschäfte im Bundessicherheitsrat genehmigt werden, ohne dass Parlament und Öffentlichkeit informiert werden.

Deswegen wollen wir ein verbindliches und restriktives Rüstungsexportgesetz einführen, das deutsche Rüstungsexporte nur nach klaren Kriterien erlaubt. Dabei sollen diese Kriterien so konkretisiert werden, dass sie im Wege einer Verbandsklage vor einem Gericht eingeklagt werden können. Die Zuständigkeit wollen wir vom Wirtschaftsministerium auf das Auswärtige Amt übertragen. Rüstungsexporte in Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten, darf es nicht mehr geben.

Eine grüne Regierungsbeteiligung gibt es daher nur mit einer anderen Rüstungsexportpolitik, die endlich mehr Transparenz und Kontrolle ermöglicht und restriktiv ist. Deswegen wollen wir den Bun-

dessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Stattdessen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. Das Parlament und die Öffentlichkeit sollen umgehend über die getroffenen Entscheidungen informiert werden. Zudem wollen wir ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte, insbesondere Exporte in Drittländer, ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Hermes-Bürgschaften für Rüstungsexporte wollen wir prinzipiell verbieten, genauso wie den Export von Produktionslizenzen für Kriegswaffen an Drittstaaten. Auch eine tatsächliche Endverbleibskontrolle wollen wir gesetzlich verankern, um zu verhindern, dass die Exportgüter in die falschen Hände geraten und zum Beispiel für Menschenrechtsverletzungen oder terroristische Zwecke genutzt werden.

Außerdem wollen wir insgesamt weniger Waffen auf dieser Welt und ein Ende der globalen Aufrüstung, die auch mit deutscher Waffentechnologie vorangetrieben wird: Der Handel mit Kleinwaffen muss massiv begrenzt und kontrolliert werden, die internationale Ächtung von Streumunition sowie Landminen muss weltweit und konsequent umgesetzt werden. Auch Uranmunition wollen wir umfassend ächten.

Wir wollen den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und kämpfen für Global Zero, für eine Welt ohne Atomwaffen – deshalb streiten wir auch weiterhin für eine Nuklearwaffenkonvention, um Atomwaffen völkerrechtlich zu ächten. Die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die Befähigung deutscher Flugzeuge und PilotInnen zum Einsatz oder Transport von Atomwaffen müssen beendet werden. Die atomare Bewaffnung Frankreichs und Großbritanniens steht einer zukünftigen zivilen Friedenspolitik der EU entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, die von den Vereinten Nationen vorgeschlagene Konferenz zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten zum internationalen Erfolg zu führen. Den Verkauf und die Überlassung von Waffenträgern, die zur nuklearen Bewaffnung in der Region beitragen können, lehnen wir ab und wollen wir verhindern, einschließlich der Lieferung weiterer atomwaffenfähiger U-Boote. Der Konflikt um das iranische Atomprogramm muss friedlich gelöst und eine eventuelle atomare Bewaffnung des Iran auf politischem Wege verhindert werden. Wir setzen

uns dafür ein, dass Deutschland und die EU in den Verhandlungen mit dem Iran eine aktivere und stärker vermittelnde Rolle einnehmen und für die Überprüfung der Sanktionen eintreten.

Um die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern, werden wir uns aktiv dafür einsetzen, dass auch die Verbreitung der zivilen Nutzung der Atomtechnologie gestoppt wird. Je mehr Staaten den nuklearen Brennstoffkreislauf beherrschen, umso mehr Staaten können auch Atombomben bauen. Deshalb streben wir eine Anpassung des Atomwaffensperrvertrags an und wollen Hermes-Bürgschaften für AKW-Projekte im Ausland verbieten.

Wir wenden uns gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr und setzen uns international für ein Verbot von vollständig autonomen Waffen ein. Wir streiten für mehr Transparenz und Kontrolle beim Einsatz von Dual-Use-Gütern, die auch zur Kriegsführung und zum repressiven Gebrauch genutzt werden können. Auch den Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie an autokratische Regime lehnen wir ab. Menschenrechte müssen auch im Internet verteidigt werden. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden. Luft-Boden-Übungsplätze wie die Nordhorn Range sind verzichtbar. Der Militärische Abschirmdienst ist aufzulösen.

6. Starke Vereinte Nationen, starkes Europa

In der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Herausforderung, eine neue globale Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Die Anerkennung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen (VN) ist die erste Voraussetzung dafür. Kein Akteur der internationalen Politik besitzt mehr Legitimation als die VN. Für diese Legitimation ist jedoch wichtig, dass jeder Staat die gleiche und faire Möglichkeit bekommt, als Mitgliedsstaat aufgenommen zu werden. Gleichzeitig sind die Vereinten Nationen aber immer nur so stark, wie ihre 193 Mitgliedsstaaten sie stark machen. Wir meinen, dass die VN unsere größte Chance sind, die globale Transformation erfolgreich voranzutreiben. Gleichzeitig sehen wir dringenden Reformbedarf, damit sie für die großen Herausforderungen unserer Zeit besser gewappnet sind. Unsere oberste Verantwortung besteht darin, Deutschland wieder zu einem starken und engagierten Mitgliedsstaat mit einer klaren demokratie- und friedenspolitischen Agenda zu machen, der besonders die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung stärkt. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik allenfalls mittelmäßig – mittelmäßig aktiv, wenig kompromiss- und kaum reformbereit. Wenn wir starke VN wollen, müssen wir uns auch stark einbringen.

Der Sicherheitsrat muss reformiert werden mit dem Ziel einer gerechteren Zusammensetzung. Die Vetomöglichkeiten wollen wir mit einem Begründungszwang belegen. Langfristig halten wir an der Vision einer Abschaffung des Vetos im VN-Sicherheitsrat fest. Statt des vergeblichen Beharrens auf einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat setzen wir uns dafür ein, den oder die nichtständigen europäischen Sitz(e) der westlichen Gruppe unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs sowie Frankreichs als permanente europäische Vertretung auszubauen. Die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in den VN und im Sicherheitsrat muss repräsentativer und transparenter werden.

Wir fordern, dass dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 der Begriff der menschlichen Sicherheit zu Grunde gelegt wird. Konfliktprävention, Konfliktaufarbeitung, auch durch Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschen- und Frauenrechten und soziale Rechte sollen Schwerpunkt

Deutschlands in seiner Arbeit mit dem Aktionsplan 1325 sein. Dafür braucht es eine solide Budgetierung und ein effektives Monitoring in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft. Wir fordern außerdem die Berufung einer Sonderbotschafterin oder eines Sonderbotschafters für Internationale Frauenpolitik.

Clubs wie die G8 oder G20 sind für einen fairen Interessenausgleich nicht geeignet. Langfristig müssen alle zentralen Institutionen globaler Koordination und Regulierung unter das Dach der Vereinten Nationen. Wir wollen eine Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates erreichen und die Zivilgesellschaft stärker in internationale Prozesse einbinden. Für eine globale Partnerschaft zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen müssen wir Schwellen- und Entwicklungsländern auch in der Weltbank und im IWF in Zukunft mehr Mitsprache ermöglichen. Auch das Personal dieser Institutionen sollte in Zukunft besser die Welt repräsentieren. Weltbank, Regionalbanken und der IWF sollen alternative Entwicklungsmodelle jenseits der klassischen Wachstumsmodelle erarbeiten und umsetzen helfen. Der Schutz der Menschenrechte muss dabei ins Zentrum ihrer Arbeit gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass IWF, Weltbank und Regionalbanken Finanzierungshilfe für Länder vor allem im Globalen Süden nicht an die Umsetzung von neoliberalen Reformen knüpfen.

Ein starkes, gemeinsames Europa muss in der Lage sein, Probleme in der eigenen Umgebung selbst zu bearbeiten. Die EU ist eben nicht nur ein Friedensprojekt nach innen. Die EU hat mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und dem Europäischen Auswärtigen Dienst Strukturen geschaffen, um an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und einem gesamteuropäischen System kooperativer Sicherheit im Rahmen der OSZE mitzuarbeiten. Schwarz-Gelb will die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik am liebsten einmotten und dafür das Primat der NATO ausbauen. Wir GRÜNE wollen den Europäischen Auswärtigen Dienst stärken mit dem Ziel, dass Europa außenpolitisch mit einer gemeinsamen Stimme sprechen kann. Wir glauben an die Zivilmacht Europa. Deshalb wollen wir diese Fähigkeiten der EU stärken – durch einen umfangreichen Pool von zivilen Friedensfachkräften sowie die Einsetzung des europäischen Friedensinstituts. Wir wollen außerdem die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickeln und die Streitkräfte in Europa integrieren und reduzieren. Dies muss

mit einer Kontrolle dieser Streitkräfte durch das Europäische Parlament einhergehen.

Auch die NATO wollen wir so reformieren, dass sie in diese multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden kann. Ihre bisherige starke Ausrichtung auf die militärische Absicherung von Staaten genügt nicht unseren Ansprüchen an Friedenspolitik. Nach dem Ende der Block-Konfrontation muss sie ihre Aufgaben neu ausrichten. Das kann nur gelingen, wenn Russland und alle osteuropäischen Länder eingebunden werden. Die OSZE wollen wir stärken, damit sie an die wichtige Rolle ihrer Vorgängerin KSZE bei der Überwindung des Kalten Krieges anknüpfen kann. Die NATO soll künftig Motor bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung sein. Der Abzug der verbliebenen US-Atomwaffen aus Europa und die Ratifizierung des angepassten Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa wären erste Schritte.

7. Krisen bewältigen – dauerhaften Frieden ermöglichen

Der NATO-Einsatz im Rahmen von ISAF in Afghanistan wird 2014 abgeschlossen. Sollte die afghanische Regierung eine weitere Truppenpräsenz zur Überwachung eines Waffenstillstandes oder als Ausbildungsmission wünschen, muss dafür eine neue Rechtsgrundlage durch die VN geschaffen werden. Sie ist als peace building mission zu mandatieren und soll als direkt geführte VN-Mission erfolgen – ohne Kampfauftrag und Aufstandsbekämpfung. Rechtzeitig vor dem Abzug der Bundeswehr wollen wir vor Ort ein Aufnahmeprogramm für Ortskräfte der Bundeswehr und deutscher Entwicklungsorganisationen einschließlich ihrer Familien durchführen. Denjenigen, die dies wünschen, muss also die Möglichkeit einer Aufnahme in Deutschland gewährt werden. Auch für Menschen, die in ihrem Leben oder in ihrer Gesundheit spätestens dann bedroht sind, wenn das Militär abzieht und die Macht neu verteilt wird, muss es eine Möglichkeit des Asyls geben. Von der Bundeswehr zu verantwortende zivile Opfer und ihre Angehörigen sind großzügig und unbürokratisch zu entschädigen. Da die Konflikte in Afghanistan nicht militärisch zu lösen sind, wollen wir alles unternehmen, um über Verhandlungen und Gespräche einen Aussöhnungsprozess zu beginnen. Und nur durch

ein umfassendes und glaubwürdig finanziertes zivilgesellschaftliches und entwicklungspolitisches Programm, das die Stärkung der Frauenrechte im Blick hat, können wir den Wiederaufbau des Landes sicherstellen. Daher wollen wir die zivilen Mittel für Afghanistan mindestens im bisher erreichten Umfang aufrechterhalten.

Frieden zwischen Israel und Palästina wird nur möglich sein durch einen fairen Interessenausgleich, der die Sichtweisen, die Rechte und die Sicherheit aller Menschen in der Region im Blick hat. Aus der Verantwortung Deutschlands für den Holocaust folgt eine unverrückbare und dauerhafte Unterstützung für die Existenz und die Sicherheit Israels. Wir setzen uns für eine Zwei-Staaten-Regelung und ein Ende der Besatzung ein. Der Staat Palästina muss gestärkt, zeitnah von Europa anerkannt und als Vollmitglied in die VN aufgenommen werden. Wir wollen, gemeinsam mit der US-Regierung, mit positiven und negativen Anreizen beide Seiten zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen unter Einbeziehung aller verhandlungsbereiten Kräfte bewegen, um möglichst bald einen Frieden auf Grundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten und eine Lösung der Flüchtlingsfrage zu erreichen. Eine Konfliktregelung wird nur auf Grundlage konsequenter Anwendung des Völkerrechts möglich sein. Vor diesem Hintergrund verurteilen wir sowohl den Raketenbeschuss und Bombenanschläge auf Israel als auch die fortschreitende Landnahme in der Westbank inklusive Ost-Jerusalem sowie die Blockade des Gazastreifens. Zudem wollen wir die vertrauensbildende und Verständnis fördernde Arbeit der zahlreichen Friedensinitiativen in Israel und Palästina unterstützen.

Die internationale Gemeinschaft ist nicht in der Lage oder willens, ihrer Schutzverantwortung gegenüber der syrischen Bevölkerung gerecht zu werden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konnte sich bisher weder auf eine Verurteilung der Gräueltaten noch auf gemeinsame Sanktionen einigen. Eine systematische Untersuchung der schwersten Menschenrechtsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof hat die internationale Gemeinschaft bislang nicht verfolgt. Russland und China blockieren alle weiter reichenden Forderungen im VN-Sicherheitsrat und stützen damit das Assad-Regime. Wir wollen syrische Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen und die Nachbarstaaten Syriens stärker als bisher materiell bei der Versorgung und Unterbringung der täglich größer werdenden Zahl

an Flüchtlingen unterstützen. Außerdem muss humanitäre Hilfe an die syrischen Binnenflüchtlinge gerade in den sogenannten befreiten Gebieten durch Zusammenarbeit mit syrischen und internationalen NGOs ankommen und der Aufbau der zivilen Strukturen in diesen Gebieten gezielt unterstützt werden. Im Rahmen der Vereinten Nationen wollen wir uns weiterhin für die Aushandlung eines landesweiten politischen Prozesses einsetzen und ein politisches Übereinkommen gegebenenfalls durch eine VN-Blauhelmission absichern. Die Lieferung von Waffen in das Bürgerkriegsland lehnen wir ab.

Wer GRÜN wählt ...

- fördert Wohlstand für alle auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad und stärkt die Entwicklungszusammenarbeit.
- stimmt für mehr Klimaschutz und Klimagerechtigkeit weltweit.
- wählt mehr Frieden durch mehr zivile Krisenprävention und stimmt für Abrüstung, strikte Rüstungskontrolle und eine atomwaffenfreie Welt.
- setzt sich für die Stärkung der Menschenrechte hier und auf internationaler Ebene ein.
- wählt klare Grenzen und Kriterien für Auslandseinsätze.
- steht für stärkere, gerechtere und demokratischere Vereinte Nationen.

Schlüsselprojekte

Keine Rüstungsexporte zu Lasten von Menschenrechten – ein Rüstungsexportgesetz beschließen

Wir wollen Rüstungsexporte stärker als bisher kontrollieren. Dazu wollen wir ein Gesetz, das die Kriterien der Rüstungsexportrichtlinie, insbesondere die Menschenrechtslage im Empfängerland und die Gefahr der inneren Repression, fest verankert. Außerdem soll das Auswärtige Amt für Rüstungsexporte zuständig sein. Wir wollen den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Die Geheimhaltung der Beschlüsse über Rüstungsexporte wollen wir aufheben. Der Deutsche Bundestag wird vor einer beabsichtigten Rüstungsexportgenehmigung bei besonders sensiblen Exporten unterrichtet und erhält die Möglichkeit für ein aufschiebendes Veto zur Stellungnahme. Zudem brauchen wir vergleichbar strikte Regeln für den Export von Überwachungstechnologien. Der Export von Waffen und Software zur Überwachung von Kommunikation und Internet an Diktaturen muss gestoppt werden. So können wir die Exporte der Rüstungsindustrie besser kontrollieren.

Klima der Gerechtigkeit – internationale Zusagen endlich einhalten!

Ein Sechstel der Menschheit hungert, Umweltzerstörung und Klimawandel schreiten voran, Staaten zerfallen, Flüchtlingsströme nehmen zu. Diesen globalen Herausforderungen, die nur solidarisch bewältigt werden können, werden wir uns gemeinsam mit unseren internationalen Partnern stellen. Darum setzen wir uns ein für gerechtere Strukturen, soziale Teilhabe und mehr internationale Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur Regierung Merkel werden wir die Zusagen Deutschlands endlich einhalten. Wir wollen die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe bis 2017 auf 0,7 % des Bruttonationaleinkommens anheben und schon 2014 1,2 Mrd. Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Mio. Euro für den internationalen Klimaschutz be-

reitstellen. Vor allem für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung wollen wir deutlich mehr Mittel einsetzen.

Zivile Krisenprävention ausbauen – Mittel für Friedenskräfte verdoppeln

Wir wollen zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ins Zentrum der deutschen Außenpolitik rücken. Es braucht eine umfassende Nationale Friedensstrategie, effektivere Strukturen, mehr Geld und Personal für zivile Friedensförderung in den Bereichen Konflikttransformation, Gender-Mainstreaming, Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Parlamentsaufbau, Dialog und Versöhnung. Um entsprechende zivile Fachkräftepools aus- und aufbauen zu können, wollen wir in Deutschland die Mittel für das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze und für den Zivilen Friedensdienst verdoppeln, mehr Geld in die Friedensforschung geben und das friedenspädagogische Angebot an Schulen unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für ein EU-Friedensinstitut zur Stärkung der Mediation und eine Stärkung der Krisenprävention im Europäischen Auswärtigen Dienst ein. Den Ressortkreis Zivile Krisenprävention wollen wir auf Staatsminister-Ebene verankern und den zivilgesellschaftlichen Beirat aufwerten. Wir wollen regionale Beiräte für Schwerpunktregionen einsetzen, die frühzeitige Maßnahmen initiieren können und regelmäßig Bundestag und Bundesregierung Empfehlungen vorlegen. Wir wollen eine bessere Kooperation der Fachministerien erreichen, indem ein Teil der Mittel gepoolt wird.

Schlusswort

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

wir hoffen, wir konnten Sie mit unserem Programm überzeugen. Haben Sie weitere Fragen? Sprechen Sie vor Ort mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag. Informieren Sie sich zur Wahl auf unserer Website www.gruene.de. Gerne stehen wir Ihnen für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das bildet zusammen die Grundlage für einen grünen Wandel in Politik und Gesellschaft – für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr demokratische Beteiligung, für ein besseres Morgen.

Tragen Sie mit Ihrer Stimme dazu bei, diese Grundlagen für einen grünen Wandel zu schaffen. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das beschreibt einen neuen Weg aus den Krisen und den Aufbruch hin zu einer offenen, modernen Gesellschaft und einer Wirtschaft, die besser und sparsamer mit unseren natürlichen Ressourcen umgeht.

Energiewende und Ökologie, Gerechtigkeit und eine moderne Gesellschaft – das sind für uns die zentralen Orientierungen. Sie geben grüner Politik die Richtung vor und unseren Vorschlägen Profil. Wählen Sie GRÜN! Am besten mit beiden Stimmen – aber vor allem mit der wichtigeren Zweitstimme.

ZWEITSTIMME GRÜN!

Legen Sie am 22. September 2013 die Grundlage für einen grünen Wandel. Wählen Sie GRÜN. Für mehr Gerechtigkeit. Für mehr Beteiligung. Für ein besseres Morgen.

Für den grünen Wandel!

Stichwortregister

A

Abfall 155, 159, 275
Abrüstung 314, 316
Afghanistan 314–316
Agarpolitik 153, 157, 160–168, 185, 272, 300, 304
ALG-II-Regelsatz 119–122, 137 f.
Alleinerziehende 144 f., 241 f.
Ältere Menschen 101, 121, 131–133, 136, 148 f., 289
Alterssicherung 94, 133–139, 163
Antidiskriminierung 224, 228 f., 236 f., 248
Antisemitismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
Antiziganismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
ArbeitnehmerInnenrechte/-mitbestimmung 88–94
Arbeitsmarktpolitik 88–103
Arbeitsschutz 92 f., 103, 125
Armut(sbekämpfung) 89, 118–122, 133–139, 143–145, 150 f.
Artenvielfalt 158, 162, 167
Asyl(politik) 120, 233–236, 238 f., 288, 295
Atomausstieg/-energie 27–36, 42, 289 f.
Ausbildung 95–98, 104–117
Außenpolitik *siehe Eine Welt*

B

BAföG 100, 110 f., 117
Barrierefreiheit 190, 229–231, 254
Behinderung, Menschen mit 97 f., 106 f., 127, 132, 141, 229–231
Bildung 104–117, 190, 229–231, 254
Biodiversität *siehe Artenvielfalt*
Bodenschutz 155
Breitbandausbau 53, 190, 202

Bundeswehr 221, 229, 307–309, 311, 314
Bürgerbeteiligung 152, 174, 176, 204–217, 268, 294
BürgerInnenrechte 194, 201, 218–239
Bürgerversicherung 100, 122 f., 137, 138, 255, 265

D

Datenschutz 189, 195, 203, 210, 219 f., 225 f.
Demografischer Wandel 53, 101, 103, 148 f., 174, 276 f.
Demokratie 152, 204–217, 222, 245, 259, 286 f.
Digitale Gesellschaft *siehe Netzpolitik*
Direkte Demokratie *siehe Bürgerbeteiligung*
Drogenpolitik 130, 239, 300
Drohnen 220, 311

E

Ehe für gleichgeschlechtliche Paare 236, 238
Ehegattensplitting 84 f., 145, 148, 240 f., 243, 251
Eigenständige Existenzsicherung 94, 120, 240–243, 250 f.
Einbürgerung 231 f., 237 f.
Eine Welt 296–318
Einkommensteuer *siehe Steuerpolitik*
Einwanderung 133, 232, 237
Elektromobilität 170, 172, 178
Endlager(suche) 36
Energieeffizienz 27 f., 34, 38 f., 41, 289 f.
Energieeinsparung 39, 290
Energiepolitik/-wende 27–45, 289 f.
Entwicklungspolitik 298, 301 f., 305
Equal-Pay *siehe Lohngleichheit*
Erinnerungspolitik 261 f., 265
Ernährung 153–168, 184 f., 304
Erneuerbare Energien 27–45, 50, 52, 172 f., 290
Euro 55–64
Existenzgründung 65

F

Familien(politik) 84 f., 108, 140–145, 150 f.

Finanzpolitik 74–87

Finanztransaktionssteuer 62–64, 302

Flüchtlingspolitik *siehe Asyl(politik)*

Föderalismus 80, 266, 277 f.

Forschung *siehe Wissenschaft & Forschung*

Fracking 34 f., 155

Frauen 90, 94 f., 101, 136 f., 240–251, 304

Frauenquote 101, 240, 242, 245, 249, 251

Frieden(spolitik) 281–285, 296–318

G

Ganztagsschulen 109, 116 f., 144

Garantierende *siehe Alterssicherung*

Gemeinwohl 204, 207, 267, 269, 279

Gender Budget 53, 245

Generationengerechtigkeit 135, 149

Gentechnik 160–162, 184–187

Gerechtigkeit *siehe Teilhabe(gerechtigkeit)*

Geschlechtergerechtigkeit *siehe Gleichberechtigung*

Gesundheitspolitik 123–133

Gleichberechtigung/-stellung 208, 228 f., 240–251, 303 f.

Globalisierung *siehe Eine Welt*

Grundsicherung 85, 95, 138 f., 119–122, 134, 145, 150 f., 291

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 212–216, 222, 229, 260

H

Handelspolitik 52 f., 298–301

Haushaltspolitik 74–87

Hochschulpolitik 104–107, 110–115, 117

Homosexualität 236–237, 304

Hunger(krise) 296–305, 317

I

Informationsfreiheitsgesetz *siehe Transparenz*

Informationstechnologien 125, 191

Infrastruktur 75, 79 f., 174, 266 f., 271–274, 279

Inklusion 106, 231–234, 248, 259

Integration 231–235, 238

Interkulturalität/interkulturell 65, 107, 127, 222–224, 229, 238,
254

Internationale Politik *siehe Eine Welt*

Internetfreiheit *siehe Netzpolitik*

J

Jugend 109 f., 146–147, 152, 194, 209 f., 291

K

Kinderbetreuung 142–145

Kindergrundsicherung 85, 120, 143, 145, 151, 243

Kinder(politik) 104–109, 116, 120, 140–152

Kirchen *siehe Religion*

Klimapolitik/-schutz 31, 33–35, 39–45, 70 f., 153–169, 178

Kohlekraft 33, 41, 44, 168

Kommunal финанzen 274 f., 280

Kommunalpolitik 266–280

Korruption 126 f., 211 f., 216 f., 263, 284

Krisenprävention *siehe Friedenspolitik*

Kulturpolitik 252–260

Kunst 198, 252–258

L

Ländlicher Raum 125, 163, 170, 190, 202, 272–274, 276 f.

Landwirtschaft *siehe Agrarpolitik*

Lärmschutz 155, 172–177

Lesben *siehe Homosexualität*

Lohnungleichheit 90, 242, 250

Luftreinhaltung/saubere Luft 153–155, 162, 168

M

ManagerInnenvergütung 54, 62

Männer 244 f.

Marktwirtschaft *siehe Wirtschaftspolitik*

Massentierhaltung 163–165, 167 f.

Medien(politik) 188–203, 258 f.

Mehrstaatigkeit *siehe Einbürgerung*

Menschenhandel 248 f.

Menschenrechte 236, 259 f., 285–289, 296–317

Mietrecht/Mieten *siehe Wohnungsmarkt*

Mindestlohn 56, 74, 90, 94, 102, 120, 138, 291

Minijobs 88, 90, 94 f., 136, 242, 243, 251

Mitbestimmung 69, 88–93, 207 f., 215, 287

Mobilität *siehe Verkehrspolitik*

N

Nahost 315 f.

NATO 309, 313 f.

Naturschutz *siehe Umweltschutz*

Netzneutralität 53, 192 f., 202

Netzpolitik 188–203

NSU 213, 221

O

Ökologie *siehe Umweltschutz*

Ökologische Modernisierung 46, 49, 51

Ökosteuer/ökologische Finanzreform 77–87

ÖPNV 170–172, 177
Optionszwang 232, 238
Ostdeutschland 240, 276 f.

P

Partizipation *siehe Bürgerbeteiligung*
Pflegepolitik/Pflegeversicherung 124 f., 131–133, 138 f.
Prostitution 248

R

Rassismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
Rechtsextremismus *siehe Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*
Rechtsstaat 226–228, 237 f.
Religion 68, 84, 93, 228 f.
Rentenpolitik *siehe Alterssicherung*
Ressourceneffizienz 72 f., 158–160
Rüstungsexporte 211 f., 298, 310, 317

S

Schuldenabbau/Staatsverschuldung 55–57, 59 f., 73, 80–87
Schwule *siehe Homosexualität*
Sexismus 213, 246
Sicherheit(spolitik) 219–224, 237 f.
Sozialpolitik 118–139
Sportpolitik 262 f.
Stadtentwicklung 146, 270 f.
Steuerpolitik 77–87
Studium *siehe Hochschulpolitik*
Subventionsabbau 38, 41, 52, 83–85
Suchtpolitik *siehe Drogenpolitik*

T

Tempolimit 175

Tierschutz 112, 157, 160, 164–168

Tourismus 272, 276, 304

Trans- & Intersexuelle 236, 246

Transparenz 54, 204, 204–208, 210–212, 215–217, 223

U

Umweltpolitik/-schutz 70–73, 77, 87, 153–168

UNO/UN *siehe Vereinte Nationen*

Urheberrecht 198–202, 255

V

Verbraucherschutz/-rechte 63, 179 f., 183, 186 f., 190

Vereinte Nationen 306 f., 312, 314–316

Verfassung(sschutz) 115, 188, 206, 222, 238

Verkehr 51, 156 f., 169–178

V-Leute 222, 238

Vermögensabgabe 57, 67, 79, 82 f., 86, 295

Volksbegehren/-entscheid *siehe Bürgerbeteiligung*

Vorratsdatenspeicherung *siehe Datenschutz*

W

Wachstum 70–73

Wasser 153–155, 180, 273, 275

Weiterbildung 100, 109–111, 117, 148

Wirtschaftspolitik 46–73

Wissenschaft & Forschung 49, 52 f., 66, 111–117, 126, 192, 244 f., 318

Wohnungsmarkt/-politik 267–269, 271, 279

Dieses Bundestagswahlprogramm wurde auf der 35. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26. bis 28. April 2013 in Berlin beschlossen.

Wahlkampf 2013 – Informieren und mitmachen:

E-Mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Tel.: 030-28442-0
Fax: 030-28442-210

Spendenkonto:
Kontonummer: 8035815900
BLZ: 430 609 67 | GLS-Bank

Titelgestaltung: Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH
Layout: KOMPAKTMEDIEN GmbH, Berlin
Satz & Umsetzung Barrierefreiheit: Linus Rowedda

V.i.S.d.P.:
Bündnis 90/Die Grünen, Robert Heinrich
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin

100% SOZIAL

Wahlprogramm
zur Bundestagswahl 2013

DIE LINKE.

Vorwort



Liebe Wählerin, lieber Wähler,

Sie halten das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl am 22. September 2013 in den Händen.

»100 Prozent sozial« –

hier ist der Name im wahrsten Sinne des Wortes Programm.

DIE LINKE – das sind gut 64 000 Mitglieder, Abgeordnete in Kreis- und Landtagen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, Mitglieder des Bundestages und des Europaparlaments. Ihre Erfahrungen, ihre Erlebnisse und ihre Kompetenz sind in dieses Programm eingeflossen. Aber auch Vorschläge von Vereinen, Initiativen oder Gewerkschaften, von einzelnen Interessierten sind von uns berücksichtigt worden. Das Programm bündelt unsere Ansätze für ein sozial gerechtes, demokratisches und selbstbestimmtes Miteinander aller Menschen.

100 Prozent – das schließt auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit ein. Die allermeisten von Ihnen werden sich auf der Seite derer wiederfinden, die durch unsere Vorschläge entlastet werden, deren Leben einfacher, angst- und sorgenfreier wird. Den anderen sagen wir, dass Teilen Spaß macht – wenn es allen dient und ein Teil ihres Reichtums in Bildung, Erziehung und Infrastruktur fließt.

Einige unserer Schwerpunkte möchte ich vorab erwähnen:

■ DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und eine Mindestrente von 1.050 Euro. Nur so kann Lohndumping verhindert werden, nur so sind Löhne und Renten armutsfest.

■ Die Hartz-IV-Regelsätze müssen auf 500 Euro erhöht, Sanktionen und sogenannte »Ein-Euro-Jobs« abgeschafft werden. Wir

wollen ein Konzept einbringen, in dem in Zukunft keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt.

■ Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das steht sinngemäß sogar im Grundgesetz. Deshalb ist für uns klar, dass der Spitzensteuersatz steigen muss, Superreiche eine Millionärsteuer zahlen müssen. DIE LINKE setzt sich als einzige Partei konsequent für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen unseres Landes ein. Gleicher Lohn und gleiche Rente in Ost und West sind 23 Jahre nach der Wiedervereinigung überfällig.

■ Bildung und Kultur müssen allen zugänglich sein. Zu oft ist der Bildungserfolg der Kinder noch vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Und Kultur – kreativ und vielfältig – braucht Freiräume, um sich entfalten zu können, und öffentliche Förderung.

■ Wir glauben nicht, dass militärische Interventionen die Welt sicherer machen – ganz im Gegenteil. Deshalb wollen wir die Bundeswehr aus ihren Auslandseinsätzen zurückholen und fordern ein Ende der Rüstungsexporte.

Viele Fragen sind erst durch uns auf die Tagesordnung gesetzt, viele Forderungen erst durch unseren Druck von anderen Parteien diskutiert worden – jede Stimme für DIE LINKE wirkt. Und wir versprechen: Wir bleiben dran.

Dieses Wahlprogramm ist unser Angebot an Sie. Überzeugen Sie sich, kommen Sie mit uns ins Gespräch darüber und treffen Sie die richtige Wahl – am 22. September.

Mit freundlichem Gruß

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der Partei DIE LINKE

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013

beschlossen auf dem Bundestagswahlparteitag, Dresden, 14. bis 16. Juni 2013

Inhalt

Einführung	6	<i>Hochschulen jenseits des Marktes</i>	36
I. Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit	11	Demokratische Wissenschaften	37
Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs	12	Damit wir leben können, wie wir wollen: Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit	38
Mitbestimmung ausbauen und Arbeitszeit verkürzen	14	<i>Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben</i>	38
Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV	16	<i>Diskriminierung von Frauen umfassend beseitigen</i>	39
Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen	18	<i>Wirksamer Schutz vor Gewalt gegen Frauen</i>	39
Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken – Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin – Gesundheit ist keine Ware	20	<i>Vielfalt stärken: Wahlfreiheit der Lebensentwürfe</i>	40
Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte	22	<i>Bunt und verlässlich: für eine emanzipatorische Familienpolitik</i>	41
Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar	24	<i>Kindheit und Jugend – frei von Armut und Ausgrenzung</i>	42
<i>Umverteilen für soziale Gerechtigkeit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau</i>	24	Kultur für alle – kreativ, vielfältig, dialogorientiert	43
<i>Profiteure der Krise zur Kasse</i>	25	<i>Kultur- und Kreativwirtschaft von links</i>	45
<i>Endlich Steuergerechtigkeit herstellen – kleinere und mittlere Einkommen entlasten</i>	26	II. Die Krise überwinden. Demokratie und Sozialstaat verteidigen – hier und europaweit	46
<i>Für starke Kommunen und eine bessere öffentliche Infrastruktur</i>	26	Für einen gerechten Weg aus der Krise: keine Bankenrettungen auf Kosten der Bevölkerung	47
Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen	27	Neustart der Europäischen Union: demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich	48
Für bezahlbare Mieten und sozialen Wohnungsbau: Spekulation mit Wohnraum stoppen	30	III. Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg	52
Bildung ist keine Ware. Gute Bildung für alle	33	Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden	52
<i>Eine Schule für alle</i>	34	Soziale Gerechtigkeit weltweit	53
<i>Gute Ausbildung und gute Weiterbildung</i>	35	Das internationale Recht stärken und Menschenrechte für alle	55
		Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben	55

IV. Die Gesellschaft sozial, ökologisch und barrierefrei umbauen und die Wirtschaft demokratisieren 57

Ein neues Solidarversprechen für die Regionen in Ost und West 57

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herstellen 57

Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse 59

Profitlogik in die Schranken weisen 60

Industriepolitik für die Zukunft: ändern, was wir wie produzieren 61

Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung 62

Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung 64

Mobilität für alle – mit weniger Verkehr: flexibel, ökologisch, barrierefrei, bezahlbar 66

Ökologische Lebensstile für alle 68

Schutz von Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt 68

Die ländlichen Räume zukunftsfähig machen. Natur und Tiere schützen 69

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken 71

Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht 72

V. Demokratische Teilhabe: für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt 73

Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen 75

Keinen Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie 76

Demokratie für alle, die hier leben. Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten 77

Politik für Minderheiten an europäischen Maßstäben ausrichten 78

Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten 78

Selbstbestimmt und mittendrin: eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse 79

Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken 80

Recht auf Feierabend: freie Zeit genießen 81

Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung 82

Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen 83

Bekenntnisfreiheit verwirklichen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln, Staat und Kirche institutionell trennen 85

VI. Gemeinsam das Land verändern 86

Stichwortverzeichnis 87

Einführung

Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Vor der Wahl und nach der Wahl, in den Parlamenten und in Auseinandersetzungen im Betrieb, auf der Straße, in Initiativen, im Alltag: Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Soziale Grundrechte, gute Arbeit für alle und freie Bildung. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für künftige Generationen wieder verbessern. Wir wollen das öffentliche gemeinsame Eigentum stärken und die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und verbessern. Wir haben eine Vision, wie wir den ökologischen Umbau sozial gerecht gestalten wollen. Wir stehen für den Frieden ein. Wir verteidigen die Bürgerrechte und wenden uns gegen den ständigen Abbau von Bürger- und Menschenrechten. Das macht von Anfang an unsere Politik aus. Unsere Überzeugung wechselt nicht, weil Wahlen sind. Viele reden jetzt – pünktlich zu Beginn des Wahlkampfes – wieder von sozialer Politik, aber Worte kosten nichts. DIE LINKE macht Druck. Wir wollen dafür sorgen, dass auf Worte Taten folgen.

Niemand darf arm werden, weil er oder sie alt ist, erwerbslos, behindert, chronisch krank oder weil die Eltern arm sind. Wir wollen Armut bekämpfen: Das Hartz-IV-System muss weg. Stattdessen soll mittelfristig eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung eingeführt werden. Erwerbslose werden drangsaliert, denn sie dürfen auch die schlechtesten Jobs nicht ablehnen, Sanktionen drohen. Das erhöht auch den Druck auf die Beschäftigten, niedrige Löhne und Überstunden zu akzeptieren. Kinder müssen wirksam vor Armut geschützt werden. Wir wollen für Beschäftigte wie für Erwerbslose Respekt, Würde und ein gutes Leben.

Unsere Forderungen sind nicht abstrakt, sondern sehr konkret: Für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen müssen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Der Druck auf die Beschäftigten muss beendet werden: keine Dumping-Konkurrenz durch Leiharbeit,

Werkverträge und Niedriglohn. Viele arbeiten bis zum Umfallen, und es reicht doch vorne und hinten nicht zum Leben. Auch das ist ein Ergebnis der Massenerwerbslosigkeit. Wir brauchen Arbeitsplätze, von denen es sich gut leben lässt, für alle. Die Renten dürfen nicht nur vor Armut schützen, sie müssen den Lebensstandard sichern. Endlich auch im Osten Deutschlands! Über 20 Jahre nach der Wende ist das Land immer noch gespalten. Wir werden das nicht hinnehmen.

Das sind die Interessen, die wir aufgreifen, verteidigen, die uns am Herzen liegen. Die Lobby der Konzerne und Reichen findet bei uns kein Gehör. Soziale Gerechtigkeit und wachsende Ungleichheit sind unvereinbar. Ungleichheit aber kann nur wirksam bekämpfen, wer den Mut hat, Reichtum zu begrenzen und so umzuverteilen, dass er allen zugutekommt. Wir knicken nicht vor den Reichen ein: Wir wollen Reiche und Reichtum – Millionäre, Milliardäre, Kapitalvermögen – couragiert besteuern und sicherstellen, dass sie zur Finanzierung des Gemeinwesens angemessen beitragen. Wir wollen die Enteignung der Bevölkerung stoppen. Wenige sammeln großen Reichtum in ihren Händen. Wir wollen ihn in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren: Bildung, Kinderbetreuung, öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Pflege, Wasser, Energieversorgung, bezahlbarer Wohnraum – der Bedarf ist groß. So wird zugleich die Demokratie gestärkt und die Teilhabe von allen gesichert.

Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine »marktkonforme Demokratie«. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Im Gegenteil: Wir wollen die sozialen Rechte und die Bürgerrechte stärken. Wir wollen die Macht der Banken und Konzerne brechen. Deshalb treten wir für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird. Zwischen den Ländern mögen Grenzen verlaufen. Aber die Bevölkerungen und die Beschäftigten dieser Länder haben

gemeinsame Interessen: den Kampf gegen Lohndrückerei, Rezession und Massenerwerbslosigkeit.

DIE LINKE ist die Partei des sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft. Gerecht ist der ökologische Umbau nur, wenn er auch sozial ist. Doch auch umgekehrt gilt: Der Kampf um globale soziale Rechte muss die ökologische Frage umfassen. Mit dem Projekt PLAN B hat DIE LINKE dafür ein Konzept vorgelegt. Wir stehen nicht für eine ökologische Politik zur Verfügung, die nur die Besserverdienenden im Blick hat und E.ON, Vattenfall & Co. gestattet, die Kosten der Energiewende auf die Bevölkerung abzuwälzen – und die Ärmsten abzukoppeln. Energie ist ein Gemeingut, es gehört in die Hände der Bevölkerung!

DIE LINKE ist die Friedenspartei. Wir haben als einzige Fraktion und Partei im Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und werden es auch in Zukunft nicht tun. Die deutschen Truppen müssen aus Afghanistan sofort abgezogen werden.

Die Verantwortung von Deutschland geht noch weiter: Waffenexporte und die Produktion von Rüstungsgütern in der Bundesrepublik müssen verboten werden. Waffenexporte, auch im Rahmen der Europäischen Union und innerhalb des Militärbündnisses NATO, lehnt DIE LINKE ab. DIE LINKE ist die sozialistische Bürgerrechtspartei. Der Einschränkung und dem Abbau von Grund- und Bürgerrechten haben wir konsequent widersprochen. Jede andere im Bundestag vertretene Partei hat bislang erhebliche Eingriffe in die Bürger- und Menschenrechte vorgenommen, die, wenn überhaupt, nur durch das Bundesverfassungsgericht wieder rückgängig gemacht werden konnten. Wir wenden uns auch zukünftig gegen den Eingriff in Bürger- und Menschenrechte, denn deren Bestand gehört für uns zu den elementaren Bestandteilen einer gerechten Gesellschaft.

Diese Positionen und Forderungen machen den Kern unserer Politik aus. An ihnen richten wir unsere Arbeit im nächsten Bundestag aus. Wir bringen sie immer wieder in die

Diskussion – und mit Erfolg. Die anderen Parteien schrecken vor einer Politik der sozialen Gerechtigkeit spätestens dann zurück, wenn es darum geht, Armut und Niedriglohn wirksam zu bekämpfen und die Sozialpolitik mit einer Umverteilung des Reichtums zu finanzieren, den Beschäftigten in betrieblichen Auseinandersetzungen den Rücken zu stärken und allen denselben Zugang zur Gesundheitsversorgung zu sichern. Und Renten so zu erhöhen, dass sie nicht nur vor Armut schützen. In diesem Sinne: DIE LINKE macht Druck.

Gemeinsam können wir Politik entwickeln, gestalten und Widerständigkeit entfalten. Uns bewegt mit anderen zusammen die Frage, wie wir morgen leben wollen. Das ist eine Frage der Demokratie: Was stärkt unseren Zusammenhalt, was schafft gerechten Zugang für alle, worauf können wir in Zukunft verzichten? Wir wollen Erfahrungen und Ideen verbinden, die unser Zusammenleben friedlicher, produktiver, nachhaltiger und auch sicherer machen. Wir brauchen keine Banken, die riskant spekulieren und unternehmerische Vorhaben ausbremsen. Niemand darf wegschauen, wenn in einem reichen Land Kinder morgens mit leerem Magen zur Schule gehen. Das ist Ausgrenzung statt Freiheit. Die Armut von Kindern und Alten in unserer Gesellschaft wächst. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs von Ungerechtigkeiten, die unser Zusammenleben bedrohen. Wenn es aussichtslos ist, Erwerbsarbeit zu finden, wenn das Einkommen entwürdigend ist, wenn Menschen mit Behinderung oder Asylsuchende gleich mehrfach benachteiligt werden – wenn Existenzangst und Perspektivlosigkeit zum Alltag geworden sind, dann hat die Politik versagt. Die sozialen und die Freiheitsrechte der Menschen werden dabei missachtet und Teilhabe und Inklusion bleiben auf der Strecke.

Unsere Antwort ist demokratisch, kreativ und offen für Neues. Wir bringen unterschiedliche Erfahrungen ein: aus den gewerkschaftlichen Kämpfen für gute Arbeit und Sozialstaat, aus feministischen und antirassistischen Bewegungen, aus der Friedensbewegung. Auch aus dem Aufbruch von 1989 gegen repressiven Staatssozialis-

mus. Über die Erfahrungen aus dem Staatssozialismus kritisch zu sprechen, so dass sie nicht die vielfältigen Lebenserfahrungen delegitimieren, ist auch eine linke Aufgabe. All diese Erfahrungen bringen wir in unsere Politik gegen repressiven Kapitalismus ein, für die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge und einen sozial-ökologischen Umbau, gegen Rüstungsexporte, für gute Löhne und Renten, für soziale Freiheitsrechte.

Freiheit für die Menschen, das ist etwas anderes als die Freiheit der Märkte oder die »freie« Konkurrenz, die Menschen in Deutschland und weltweit in Gewinnerinnen und Gewinner und Verliererinnen und Verlierer einteilt. Wir wehren uns dagegen, dass die Ärmsten noch beschimpft werden und dass Flüchtlinge wie Kriminelle behandelt werden. Auf den sozialen Rissen und Spaltungen der Gesellschaft bauen alltäglicher Rassismus und die Ungleichheitsideologien der Nazis auf. Offensichtlich haben staatliche Strukturen hier versagt, verharmlost und vertuscht. Durch soziale Risse und Spaltungen können Sexismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegen Schwule, Lesben und Transmenschen wachsen. Die Kosten dieser Risse und Verwerfungen kommen uns letztlich teurer, als die Erneuerung dessen, was den Zusammenhang stärkt und das soziale Gewebe der Gesellschaft ausmacht. Dafür brauchen wir soziale Investitionen.

Die Bundesregierung wirbt mit der Lüge, »wir« seien gut durch die Krise gekommen. Drohend zeigen Regierung und Medien auf die Entwicklungen in den anderen Ländern in Europa und behaupten, dass es »uns« dagegen gut gehe. Gut durch die Krise gekommen sind die Banken, die Reichen – hier, in Europa und weltweit. Die Gesellschaft jedoch treibt auseinander. Die offiziell gemessene Erwerbslosigkeit ist in Deutschland geringer als in anderen Ländern. Richtig. Doch wenn die Zahlen bereinigt werden, sind es immer noch fünf Millionen Menschen. Und was sind das für Arbeitsverhältnisse? Niedriglöhne, Befristungen und prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Viele Beschäftigte leiden unter den zunehmenden Belastungen an ihrem Arbeitsplatz. Sie machen sich Sorgen, weil Mieten und Strompreise steigen oder

ob sie genug Zeit für ihre Kinder finden. Viele müssen bei schlechter Bezahlung länger arbeiten, damit sie gerade noch über die Runden kommen. Andere müssen in weniger Zeit noch mehr leisten. Viele können nicht so lange arbeiten, wie sie wollen, andere werden vom Jobcenter in schlecht bezahlte Tätigkeiten, unentgeltliche Praktika oder Ein-Euro-Jobs gezwungen. Stress und Erschöpfung gehören bei vielen zum Alltag: bei denen, die niedrige Löhne erhalten, bei den Selbstständigen, die um jeden Auftrag kämpfen müssen, bei denen, die in der Produktion oder im Krankenhaus arbeiten. Die Ursachen sind die gleichen: Vor der Drogkulisse Hartz IV und ohne gesetzlichen Mindestlohn können Unternehmen leichter Löhne drücken und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Der Kapitalismus ist ein auf Profitmaximierung ausgerichtetes System, das aktuell immer mehr auf kurzfristige Gewinne an den Finanzmärkten setzt. Öffentliche Güter werden privatisiert und auf Profit getrimmt: Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Gesundheit. Die Ausweitung von Leiharbeit und Hungerlöhnen, die Hartz-Gesetze, die Rente erst ab 67, die Abschaffung der paritätischen Finanzierung der Sozialsysteme, die Deregulierung der Finanzmärkte und die Steuergeschenke an Konzerne sowie die Senkung des Spitzensteuersatzes sind Ergebnis der Politik von CDU, FDP, SPD und Grünen. Diese Umverteilung von unten nach oben ist von SPD und Grünen unter der Schröder- Fischer-Regierung eingeleitet worden, wurde dann von der großen Koalition und jetzt von der Merkel-Regierung fortgesetzt. Der SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück hat sowohl als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen als auch als Finanzminister in der Großen Koalition diese Politik wesentlich mitgeprägt.

Eine Gesellschaft, die vorrangig auf Profit und Markt ausgerichtet ist, kann und will die Bedürfnisse und Interessen von immer mehr Menschen nicht befriedigen und führt in die ökologische Katastrophe. Trotzdem macht die Bundesregierung einfach weiter so. Wenn die Menschen in Europa arm werden, wenn Löhne und Gehälter überall sinken, droht auch in Deutschland die Rezession, der wirtschaftliche Abschwung.

Die Regierung will die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten in Europa verschärfen. Sie will den Druck auf die Löhne und Gehälter in Deutschland erhöhen. Sie setzt auf einen schlanken, ausgehungerten Staat und damit auf eine marode, arme öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Die Bundesregierung stellt die Menschen und ihre Ansprüche an ein gutes Leben als Ursache der Krise dar, statt zu sehen, dass es die Aufgabe demokratischer Politik ist, dieses gute Leben für alle Menschen möglich zu machen. Die Loyalitäten der Regierung Merkel liegen anderswo. Sie ordnet Demokratie und soziale Gerechtigkeit den Interessen der Unternehmen und der Finanzmärkte unter. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es gibt mehr Arme – und mehr Reichtum. Das ist die alltägliche Krise.

Dagegen stehen für uns LINKE die Menschen an der ersten Stelle. Gemeinsam drängen wir Profitorientierung und Privatisierung zurück, um Raum und Luft für solidarische Alternativen zu schaffen. Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, in den Betrieben, auf den Straßen, in den Genossenschaften, in den Bürgerinitiativen.

Wir wollen ein Zukunftsprogramm: Es fehlen Kita-Plätze, Schulen, öffentliche Dienstleistungen, die Infrastruktur muss verbessert werden. Wir haben in unserem Programm Investitionen vorgesehen, die sich zusammengenommen auf etwa 100 Milliarden Euro belaufen. Damit wollen wir die Versorgung der Bevölkerung verbessern, Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und den Sozialstaat wieder stärken. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – durch Investitionen in Bildung, Krankenhäuser und Pflege –, die Energiewende sozial gerecht gestalten und den öffentlichen, barrierefreien Personenverkehr verbessern. Und wir wollen zusätzliche tariflich geschützte Beschäftigung schaffen. Die Ausgaben dieses Zukunftsprogramms sind durch unser Konzept zur Umverteilung gedeckt.

Unser Programm ist machbar, bezahlbar und ein Einstieg in eine bessere, menschlichere Gesellschaft. In Kürze umfasst es die folgenden Punkte:

■ Wir wollen, dass niemand im Alter und in der Arbeit arm ist. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Die Löhne müssen steigen und das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden.

■ Wir wollen gute Arbeit statt schlechter, ungesicherter und unterbezahlter Jobs. Deshalb wollen wir eine umfassende Regulierung und Absicherung aller Arbeitsverhältnisse.

■ Wir wollen öffentliche und soziale Dienstleistungen ausbauen und den ökologischen Umbau voran bringen und so mit guter Arbeit Erwerbslosigkeit abbauen. Dazu fordern wir ein Zukunftsprogramm.

■ Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto – darunter droht die Armut.

■ Wir stehen dafür, dass die Reichen und Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwesens gerecht beteiligt werden und privater Reichtum nicht zu öffentlicher Armut führt.

■ Hohe Einkommen müssen wieder mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent besteuert werden. Zudem wollen wir eine Millionärsteuer auf hohe Vermögen einführen und eine Reform der Erbschaftsteuer.

■ DIE LINKE verteidigt die sozialen Grundrechte der Menschen als Grundlage von Demokratie und Gerechtigkeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum, an Kultur und Bildung teilhaben – und mitbestimmen, wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt. Wir fordern bessere Leistungen für Erwerbslose und: weg mit dem Hartz-IV-System. Im ersten Schritt müssen die Sanktionen beseitigt und die Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro erhöht werden. Um Kinder wirksam vor Armut zu schützen, wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen.

■ Wir wollen die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern stoppen und die Mieten deckeln. Wir brauchen mehr Wohnungen mit Sozialbindung.

■ Wir stehen für ein friedliches, weltoffenes und solidarisches Europa, in dem gemeinsam Sozialstandards ausgehandelt und die Reichen über Vermögensabgaben an der Finanzierung beteiligt werden.

■ Die Finanzmärkte und Banken müssen wirksam kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer und eine europaweite einmalige Abgabe für Vermögen über einer Million Euro.

■ Wir wollen Wirtschaft und Gesellschaft ökologisch umbauen und dabei die soziale Frage ins Zentrum des Umbaus rücken. Die Grundversorgung mit Energie muss als Grundrecht gewährleistet, die Verschwendung von Energie eingedämmt werden. Die Versorgung darf nicht in den Händen von Konzernen liegen. Strom- und Gassperren wollen wir verbieten. Mittelfristig soll der Nahverkehr kostenfrei zur Verfügung stehen und das Angebot ausgebaut werden.

■ Wir wollen Bürgerrechte stärken und die sozialen Grundlagen der Demokratie ausweiten. Den Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik wollen wir beenden. Demokratie bedeutet, dass gemeinsam und öffentlich über wichtige Dinge des Lebens entschieden wird. Dafür muss öffentliches Eigentum gestärkt und die Beteiligung der Menschen sichergestellt werden. Es gibt viele Möglichkeiten: Die Mitbestimmung in den Unternehmen wird ausgebaut. Private Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden rekommunalisiert. Genossenschaften im Wohnungsbau werden gestärkt. Die Möglichkeiten werden verbessert, dass Belegschaften ihre Betriebe übernehmen oder Genossenschaften gründen.

■ Wir setzen uns gegen die Zerstörung des Sozialstaates mit der »Schuldenbremse« und daher für ihre Abschaffung aus dem Grundgesetz und allen Landesverfassungen ein.

■ Statt Überwachung, Einschränkungen des Rechtsschutzes und schleichenden Verlusts von rechtsstaatlichen Standards muss eine Umkehr stattfinden. Datenschutz muss gewährleistet, der – auch soziale – Zugang

zu den Gerichten muss gesichert und staatliches Handeln wieder an rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichtet werden.

■ Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversicherung: eine Kasse für alle. Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt. Alle Zuzahlungen und Zusatzbeiträge werden abgeschafft, und die paritätische Finanzierung wird wieder hergestellt. Für die meisten werden die Beiträge sinken, die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherung beschränkt.

■ DIE LINKE ist die Partei des Friedens – die einzige im Parlament. Wir stehen für einen sofortigen, bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen und den Stopp von Waffenexporten. Die Produktion von Waffen muss beendet und – unter Beteiligung der Belegschaften – in eine Produktion von zivilen Gütern überführt werden.

Wer will, kann schnell in eine machbare andere Politik einsteigen: Einführung des Mindestlohns von zehn Euro die Stunde, Zurückdrängen von Leiharbeit, Befristungen und Minijobs, Erhöhung der Renten, Rücknahme der Rente erst ab 67 Jahren, Lohn- und Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland, solidarische Gesundheitsversicherung, Vermögensteuer, Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und Anhebung der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro, Abzug aus Afghanistan und Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Verbot von Waffenexporten – das sind Entscheidungen, die eine neue Regierung sofort treffen könnte, das sind unsere Sofortforderungen für einen Politikwechsel.

Für uns sind diese Maßnahmen nur ein Anfang. Sie können Einstiege in ein neues Modell von Gesellschaft sein, eine Alternative zum Finanzkapitalismus. Ein Modell des Miteinanders, der praktischen Solidarität. Solidarität ist nicht ein Aufruf zum persönlichen Verzicht. Die Idee der Solidarität drückt sich darin aus, wie wir unsere Gesellschaft organisieren: in der gemeinsamen Gestaltung des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Infrastruktur; in einem verantwortlichen und zukunftsfähigen Modell des

Wirtschaftens, das Soziales und Ökologisches verbindet, das Klassen überwindet und das der Demokratie dient und ihr nicht schadet. Wir wollen einen demokratischen – freiheitlichen, ökologischen, lustvollen – Sozialismus gestalten. Auf dem Weg dahin gilt es, viele Schritte zu gehen. Sie beginnen bei den Nöten und Sorgen, Wünschen und Träumen der Menschen.

Wir haben ein Programm machbarer Alternativen, das wir zusammen mit möglichst vielen anderen weiterentwickeln und umsetzen wollen. Wir entwerfen ein Bild einer veränderten Bundesrepublik: Sie ist sozial gerechter, macht Ernst mit der Energiewende, sie ist friedlich mit Blick auf internationale Verantwortung und arbeitet auf ein solidarisches Europa hin. Sie ermöglicht allen – unabhängig von der Herkunft – an Bildung und Entwicklung, überhaupt am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben.

Veränderungen gelingen nur mit den Menschen. Deshalb bedarf es auch eines neuen demokratischen Alltags: in den Parlamenten ebenso wie in den Betrieben und im

öffentlichen Leben. Wir machen keine Politik stellvertretend für andere. Wir sind Teil der Vielen, die für mehr Gerechtigkeit und Freiheit, Würde und Gemeinsinn kämpfen. Unsere Vorstellungen und Konzepte, unsere Theorien und Glaubensvorstellungen mögen unterschiedliche sein. Gemeinsam ist uns: Wir mischen uns in soziale Kämpfe ein, unterstützen Initiativen, soziale Bewegungen und Gewerkschaften. Und wir geben denjenigen eine Stimme, die von der Politik allein gelassen werden, denen existenzielle Not und fehlende Perspektiven den Mut genommen haben. Unser Platz ist an ihrer Seite – und das bleibt auch so.

Wir setzen uns für die Stärkung des Öffentlichen, für mehr Selbstbestimmung und damit für mehr Demokratie ein, machen Druck auf andere Parteien, damit sie eine andere Politik verfolgen.

Alle großen Veränderungen beginnen mit ersten, entschlossenen Schritten. Unser Programm für die Bundestagswahl ist eine Einladung, den Weg mit uns zu gehen.

I. Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Der Einstieg in eine gerechte Gesellschaft bedarf mehrerer Entscheidungen gleichzeitig: Armut und Reichtum abgrenzen, also mit Steuern und Abgaben für die Reichen die Gelder einnehmen, mit denen öffentliche Dienstleistungen und eine gute Infrastruktur finanziert werden können; die ungleichen Einkommen regulieren und verhindern, dass die Menschen sich arm arbeiten; die Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und die Erwerbslosen vor Entwürdigung schützen; gesellschaftliche Teilhabe garantieren und verhindern, dass die Angst vor Hartz IV die Menschen in schlechte Arbeitsverhältnisse zwingt; verhindern, dass der Job das ganze Leben beherrscht, so dass Zeit bleibt für Erholung, Familie, Spaß, auch um sich politisch einzumischen; ein Leben im Alter mit gesichertem Lebensstandard garantieren. Es muss sicher sein,

dass für Bildung und Kindererziehung eine ausreichende und gute öffentliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. Jede und Jeder hat das Recht auf Arbeit und das Recht, konkrete Arbeitsangebote abzulehnen, ohne Sperrzeiten oder andere Sanktionen fürchten zu müssen.

Eine solidarische Gesellschaft muss Reichtum von oben nach unten, von privat nach öffentlich verteilen und damit auch Neues schaffen: vor allem eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Energieversorgung etc. – für alle bereitstellen. Dabei geht es um große Investitionen ebenso wie um die kleinen praktischen Schritte für einen besseren Alltag, beispielsweise

ein unentgeltliches warmes und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen. Es ist nur gerecht, zur Finanzierung dieser Maßnahmen diejenigen sehr viel stärker heranzuziehen, die wohlhabend und reich sind. Insofern sind gute Erwerbsarbeit, ein guter Lohn, Schutz vor Erwerbslosigkeit und Armut sowie leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen und Infrastrukturen einerseits und höhere öffentliche Einnahmen aufgrund von Reichen-, Millionärs- und höheren Unternehmenssteuern andererseits zwei Seiten einer Medaille. Beides zusammen bildet die Grundlage einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. DIE LINKE steht für einen solchen Einstieg in eine neue Gerechtigkeit.

Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs

*»Ich arbeite als Krankenschwester bis zur Erschöpfung, und es reicht doch nicht für die Familie. Für die Patienten ist kaum Zeit, die müssen immer schnell abgefertigt werden, seit der Privatisierung geht es nur noch um Zeiteinsparen und Profit. Oft arbeite ich länger, um mich mehr mit Patienten befassen zu können. Dann fehlt mir zu Hause oft die Zeit für die Kinder, und ich habe ein schlechtes Gewissen. Die Kinder stehen in der Schule enorm unter Druck. Und ich weiß nicht, wie ich ihnen noch was bieten kann, mal in den Urlaub, das Haus abbezahlen. Und wenn das mit der Rente so entschieden wird, komme ich gerade mal auf 730 Euro, wenn ich bis 67 durchhalte. Und das schaffe ich nicht, jeden Tag die Patienten heben und so. Wann gibt's für uns einen Rettungsschirm?« **Katrin, 42, Krankenschwester aus Zwickau***

Gute Arbeit bedeutet, dass wir von unserer Erwerbsarbeit leben, unser Leben eigenständig gestalten und uns weiterentwickeln können. Der Anspruch, dass die Arbeit gut sein muss, bezieht sich auf die Höhe von Lohn und Gehalt, den Inhalt, die Arbeitsabläufe und die Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Arbeitszeiten. Viele Menschen arbeiten zu lang, weil sie zu wenig verdienen oder weil die Arbeit so organisiert ist, dass sie sie buchstäblich mit nach Hause nehmen und nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Viele leiden unter Stress und Erschöpfung.

Zusätzlicher materieller und psychischer Druck entsteht aufgrund unsicherer Arbeitsverhältnisse. Andere wiederum leiden, weil sie keine Arbeit haben.

Die Agenda 2010 stellte den bisher tiefsten Einschnitt in die Sozialsysteme und Arbeitsbedingungen der Nachkriegsgeschichte dar. Der Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen sind mit der Agenda 2010 der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Interesse der Unternehmen umgebaut worden, die sozialen Rechte von Beschäftigten und Arbeitsuchenden wurden erheblich eingeschränkt. In den vergangenen zehn Jahren sind über zwei Millionen Vollzeit-Arbeitsplätze abgebaut worden – gleichzeitig sind fast doppelt so viele schlechte Jobs neu entstanden. Befristete Stellen, Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs waren ein erklärtes Ziel der Agenda 2010 und sind heute Alltag: Sie höhlen die Tarifverträge aus und werden bewusst eingesetzt, um die fest angestellten Beschäftigten mit ihren meist höheren Löhnen unter Druck zu setzen. Gleichzeitig hat sich die Massenerwerbslosigkeit verfestigt. Sie funktioniert zusammen mit Hartz IV als Drohkulisse und Disziplinierung der Beschäftigten. Wir wollen Erwerbslosigkeit bekämpfen und den Personalmangel in der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgleichen. Dafür sind öffentliche Investitionen und eine andere Ausrichtung der Industrie- und Wirtschaftspolitik dringend notwendig (vgl. Kapitel IV). DIE LINKE will die Arbeit, ihre Verteilung, ihre Bezahlung, ihre Organisation neu und besser regeln: Die Löhne müssen deutlich stärker steigen als die Preise, Tarifverträge allgemeinverbindlich sein, befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nicht Normalität, sondern müssen Ausnahme sein.

Alle müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können, Zeit und Ruhe haben, sich zu erholen, das Leben mit der Familie zu pflegen, Hobbys und Interessen nachzugehen und politisch aktiv zu sein.

■ DIE LINKE fordert ein Verbot der Leiharbeit. Bis zu dessen Umsetzung ist mit sofortiger Wirkung die gleiche Bezahlung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und Beschäftigte der Stammbesetzung

durchzusetzen. Die Verleihdauer soll auf wenige Monate begrenzt und eine Flexibilitätsszulage von zehn Prozent des Lohnes für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingeführt werden. Sie müssen vom Verleiher im Grundsatz fest beschäftigt werden; Befristungen mit dem Ziel der Synchronisation mit Zeiten der Verleihung sind unzulässig. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im ausleihenden Betrieb ist nur mit Zustimmung des Betriebsrates zu erlauben.

■ **Kein Lohndumping über Werkverträge!** Der Missbrauch von Werkverträgen – ob als Scheinselbstständigkeit oder über Auslagerung – muss wirksam unterbunden werden. Ohne Zustimmung des Betriebsrates dürfen keine Werkverträge vergeben werden.

■ **Wir wollen, dass Minijobs von der ersten Stunde an in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden.** Ziel muss es sein, dass Teilzeitarbeit nicht unter 18 Stunden in der Woche geleistet wird, die Beschäftigten sollen darauf einen Rechtsanspruch haben.

■ **Die ausufernden Befristungen der Arbeitsverhältnisse wollen wir zurückdrängen – unbefristete Beschäftigung muss wieder das Normalarbeitsverhältnis werden.** Kettenbefristungen und sachgrundlose Befristung wollen wir untersagen. Die Befristung wollen wir auf einmalig, längstens ein Jahr und wenige sachliche Gründe beschränken.

■ **Den Missbrauch von Praktikantinnen und Praktikanten als billige Arbeitskräfte wollen wir beenden.** Praktika, die innerhalb einer Ausbildung vorgesehen sind, sollen im Rahmen der Ausbildungsvergütung, jedoch monatlich mit mindestens 300 Euro vergütet werden. Praktika als Berufseinstieg nach einer abgeschlossenen Ausbildung sind tarifvertraglich zu vergüten.

Die Reallöhne sind in den Jahren von 2000 bis 2011 um fünf Prozent gesunken. Viele spüren das in ihrem Alltag: Das Geld reicht hinten und vorne nicht. Damit wurde nicht der Wirtschaftskrise vorgebaut, wie die Regierung behauptet, sondern die Abwärts-spirale der Löhne in Gang gehalten. Um

diese Entwicklung umzukehren, müssen die Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften gestärkt werden.

Im öffentlichen Dienst gibt es dabei direktere politische Gestaltungsmöglichkeiten. Die Politik kann dafür sorgen, dass vor allem im Bereich der sozialen Dienstleistungen die Löhne und Gehälter deutlich angehoben werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Lohnentwicklung mindestens die Produktivitäts- und Preissteigerung als auch den Lohnverzicht ausgleichen muss, der besonders im Zuge der Agenda-Politik zu realen Lohnsenkungen geführt hat.

■ **Wir wollen den Niedriglohnbereich zurückdrängen und diese schlechten Arbeitsverhältnisse in gute umwandeln.**

■ **Lohndumping muss verhindert werden:** mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Die Einkommen von fast acht Millionen Beschäftigten würden direkt und spürbar steigen. Der Mindestlohn muss jährlich ansteigen, dabei ist mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Bis zum Ende der Wahlperiode sollte der gesetzliche Mindestlohn an der Marke »60 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes« ausgerichtet werden. Das sind derzeit zwölf Euro.

■ **Der gesetzliche Mindestlohn ist nicht genug:** Wir wollen, dass branchenspezifisch höhere Mindestlöhne sowie die sich darauf aufbauende Lohnstruktur, die von Gewerkschaften ausgehandelt werden, leichter als bisher und auch ohne Zustimmung der Arbeitgeber für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Tarifverträge müssen auf Antrag einer Tarifvertragspartei allgemeinverbindlich erklärt werden, der Gewerkschaftsseite ist ein Vetorecht einzuräumen.

■ **Wir fordern, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Mindestlöhne und an die Einhaltung ortsüblicher Tarifverträge geknüpft wird.** Wir setzen uns dafür ein, dass Tarifverträge wieder in allen Bereichen öffentlicher Vergabe vorgegeben werden dürfen.

■ Wenn der Inhaber eines Betriebes wechselt, müssen die bisherigen Tarifverträge dauerhaft in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben. Tarifflicht und Lohndumping durch Betriebsübergänge können so verhindert werden.

■ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die strukturelle Unterbezahlung von Frauen muss beendet werden. Ungleiche Bezahlung darf nicht durch unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse wie zum Beispiel Leiharbeit ermöglicht werden. Die Tarife in Ost und West müssen angeglichen werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der gesetzliche Mindestlohn stehen auch Menschen mit Behinderung zu.

■ Entscheidend ist, dass das Sanktionsregime von Hartz IV – der Zwang zur Aufnahme jedes noch so mies bezahlten Jobs – beseitigt wird. Es ist nicht nur unsozial, sondern führt auch zur Erpressbarkeit der Beschäftigten. Die Androhung eines Arbeitsplatzabbaus ist vor diesem Hintergrund bedrohlicher.

Wer niedrige Löhne kritisiert und dass Menschen trotz ihrer Erwerbsarbeit arm bleiben oder werden, darf von Managergehältern und explodierenden Vorstandsgehältern in DAX-Unternehmen nicht schweigen. Wenn der (meist männliche) Vorstand eines DAX-Unternehmens im Durchschnitt das 54fache dessen erhält, was seine Angestellten verdienen, dann ist das nicht mit Leistung zu erklären. Was ist daran gerecht? Wir wollen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden und Wissenschaft – selbst verantwortungsbewussten Unternehmen – eine Debatte anstoßen, wie viel Ungleichheit bei den Einkommen akzeptabel ist und ab wann der Zusammenhalt und die Demokratie in unserer Gesellschaft darunter leiden.

Wir schlagen vor, dass niemand mehr als 40-mal so viel verdienen sollte wie das gesellschaftliche Minimum – bei der derzeitigen Verteilung wären das noch knapp eine halbe Million Euro im Jahr. Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen – die Begrenzung von

Managergehältern bei den Landesbanken kann hier ein Vorbild sein – und streiten dafür, dass solche Regelungen in allen Unternehmen gelten. Wir fordern die Mitglieder in Aufsichtsräten auf, überhöhten Gehältern nicht mehr zuzustimmen und auf eine freiwillige Selbstverpflichtung des Unternehmens hinzuwirken.

■ Wir fordern zudem ein Ende der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern über einer halben Million Euro. Boni und überhöhte Abfindungen wollen wir insgesamt ausschließen.

Mitbestimmung ausbauen und Arbeitszeit verkürzen

Dass wir immer mehr Güter und materiellen Reichtum schaffen können mit immer weniger Arbeit, ist eigentlich eine gute Nachricht. So könnte deshalb die Arbeitszeit verkürzt werden, damit die Arbeit anders verteilt wird und die Menschen mehr freie Zeit zur eigenen Verfügung und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft haben. Jedoch kommen die Vorteile dieser Entwicklung nur den Unternehmen zugute. Nicht den Beschäftigten: Die einen müssen viele Überstunden machen, andere müssen sich mit erzwungener Teilzeit und wenigen Stunden zufriedengeben. Flexibilität, die den Beschäftigten auch mehr Selbstbestimmung bringen könnte, ist zu einem Drohwort geworden. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Zur Arbeit zählen auch alle ehrenamtlichen Tätigkeiten, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit und dergleichen mehr. Diese müssen in unserer Gesellschaft stärker anerkannt werden. Damit die Erwerbsarbeit sich besser verbinden lässt, beispielsweise mit Familienleben und der Erziehung von Kindern, brauchen wir neue Arbeitszeit-Modelle. Dann können Eltern die Arbeiten im Haushalt und die Erziehung der Kinder gerechter als bisher untereinander aufteilen. Das Konzept von Flexibilität muss sich im Arbeitsleben endlich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Beispiel: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr), verbunden mit einem Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

Die Beschäftigten brauchen größere Selbst- und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und die Gestaltung ihrer Arbeit – Überbelastungen müssen abgebaut werden. Nur so bleibt genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Der Profitdruck wird heute zunehmend an jeden einzelnen Beschäftigten weitergegeben. Das Unternehmen will nicht nur die Arbeitskraft, es will den ganzen Menschen: seine Motivation, seine Kreativität, sein Wissen, um Kosten zu sparen und die Leistung noch mehr zu steigern. Es ist Zeit, diese Tendenz umzudrehen: Arbeit und Arbeitsplätze müssen nach den Bedürfnissen der Beschäftigten gestaltet werden. Es gibt ein Recht auf Feierabend.

■ Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige wöchentliche Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf höchstens 40 Stunden gesenkt wird. Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert werden, Überstunden effektiv begrenzt werden und es müssen stärkere Kontrollen, insbesondere solche durch unabhängige Arbeitnehmervertretungen, gesetzlich vorgeschrieben werden.

■ Ausbau der kollektiven Mitbestimmung der Beschäftigten und der betrieblichen Interessenvertretungen: Im Büro, in der Werkhalle, in Behindertenwerkstätten, auf Station und im Geschäft müssen die Rechte der Beschäftigten sowie die der Betriebsräte, Schwerbehindertenvertretungen und Werkstatträte sowie ihre Mitbestimmung bei der Gestaltung ihrer individuellen Tätigkeiten gestärkt werden – beispielsweise mittels Vetorechten und im Hinblick auf Stellenpläne, bei der Ausgestaltung von kollektiven Arbeitsabläufen und bei der Personalbemessung.

■ Wir unterstützen Initiativen, um die »weißen Flecken« der Mitbestimmung, wie Betriebe ohne jegliche Mitwirkung der Beschäftigten, Stück für Stück zu beseitigen.

■ Deutschland muss endlich das Zusatzprotokoll der Europäischen Sozialcharta über Kollektivbeschwerden ratifizieren, so dass unter anderem Gewerkschaften

beim Europarat ein Beschwerderecht bei Verletzungen der Sozialcharta bekommen.

■ Wir unterstützen Initiativen, den gesetzlichen Ladenschluss stärker zu begrenzen, insbesondere Sonn- und Feiertagsarbeit ist auf wenige, streng definierte Ausnahmen zu beschränken.

■ Sofort umsetzbar ist die Einführung einer Anti-Stress-Verordnung, wie sie auch von der IG Metall gefordert wird, und eines individuellen Veto-Rechts bei der Umgestaltung von Arbeitsaufgaben.

■ Wir wollen den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Jugendarbeitsschutzgesetz verbessern.

Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzen. Die Vorstellung, dass »Vollzeit« ein Acht-Stunden-Arbeitstag ist, stammt aus den Kämpfen des 19. Jahrhunderts und wurde 1918 gesetzlich vorgeschrieben. Wir brauchen dringend ein neues Ziel: Sechs Stunden sind genug. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Wir unterstützen die Initiativen aus Gewerkschaften, eine neue gesellschaftliche Debatte um eine Arbeitszeitbegrenzung voranzubringen. Wir streben eine Obergrenze von 35, längerfristig von 30 Stunden an. Damit verkürzte Arbeitszeiten nicht zu Arbeitsverdichtung und damit zu Lohnkürzungen »verkommen« und so konterkariert werden, müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigtenvertretungen bei Personal- und Stellenplänen erweitert werden.

Kapital und Arbeit stehen sich in unserer Gesellschaft immer gegenüber. Die Vorstellungen davon, was gerecht und angemessen ist, werden in politischen und sozialen Kämpfen ausgehandelt. Die Kräfteverhältnisse sind im Neoliberalismus zugunsten des Kapitals verschoben worden.

■ Die Mitbestimmungsrechte müssen ausgebaut, Informations-, Kontroll- und Vetorechte ergänzt und auf wirtschaftliche Fragen, insbesondere auch Betriebsänderungen, Standortänderungen und

Entlassungen, sowie auf die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen ausgeweitet werden.

■ DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in Eigenregie weiterführen wollen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

■ Das Streikrecht ist unteilbar – das gilt auch für die Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas. Es wird Zeit, dass Beschäftigte kirchlicher Einrichtungen die gleichen Rechte bekommen wie alle anderen Beschäftigten. Das kirchliche Mitarbeitervertretungsrecht ist materiell schlechter. Deshalb muss das Betriebsverfassungsgesetz uneingeschränkt für die Kirchenbeschäftigten gelten. Paragraf 118 Betriebsverfassungsgesetz ist entsprechend zu streichen. Kirchliche Einrichtungen, die öffentliche Zuschüsse empfangen, müssen für alle als Beschäftigte sowie Nutzerinnen und Nutzer zugänglich sein. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss auch in kirchlichen Einrichtungen Anwendung finden. Das Arbeitsrecht muss sicherstellen, dass ein aus der Sicht der Kirchen »fehlendes privates Wohlerhalten« nicht zur Grundlage von Kündigungen in kirchlichen Einrichtungen und Betrieben gemacht werden darf.

Starke Gewerkschaften sind unerlässlich für gute Arbeits- und Lebensbedingungen. DIE LINKE will die Flächentarife wiederherstellen. Dafür gilt es, das Streikrecht der Gewerkschaften zu verbessern und vor jeglicher gesetzlicher Einschränkung zu bewahren und ein Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen einzuführen. Tarifverträge müssen auf Antrag einer Tarifpartei als allgemeinverbindlich gelten.

Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV

Jörg (51) und Anja (43) sind arbeitslos, seit der Automobilzulieferer vor drei Jahren Insolvenz anmeldete. Das Jobcenter schickt

Jörg und Anja regelmäßig Einladungen. Jedes Mal wollten sie mit ihnen über ihre berufliche Situation sprechen, konnten aber nichts anbieten. Jörg war KFZ-Mechaniker-Meister. Schließlich wollte ihm der Fallmanager einen Job als Wachmann aufzwingen, bei dem er gerade 5 Euro die Stunde erhalten hätte. Er wollte eine Arbeit, die seiner Qualifikation entsprach. Aber der Hauptgrund war, dass sie den Lohn als entwürdigend empfanden. Der Fallmanager kürzte Jörg daraufhin das Geld.

Die soziale Sicherheit schafft das Fundament, damit Menschen in Würde leben können. So kann an ihr abgelesen werden, wie wichtig Gerechtigkeit für eine Gesellschaft ist: Wer arm ist, darf nicht an den Rand gedrängt werden, Armut und ihre Ursachen zu bekämpfen, gehört ins Zentrum der Politik. Es sollte selbstverständlich sein, dass alle am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Weil die sozialen Sicherungen, beispielsweise durch die Einführung von Hartz IV, systematisch geschwächt wurden, hat die Armut in Deutschland eine neue Dimension erhalten, immer mehr Menschen sind gezwungen, schlechte Jobs mit schlechten Löhnen anzunehmen: Das sei »zumutbar« und gehöre zu einer »neuen Freiwilligkeit«. In Wahrheit geht es um höhere Gewinne für die Unternehmen und um die Senkung der Löhne, auch unter Zuhilfenahme staatlicher Subventionen für all jene, deren Löhne noch unterhalb des Existenzminimums liegen. Zunehmend treiben Armut und Sanktionsdruck sie in die Isolation, sie werden von der Teilhabe an der Gesellschaft, ihrem Reichtum, ihren Kulturgütern und den vielen kleinen und doch so wichtigen Begegnungen und Ereignissen im Alltag ausgeschlossen.

Die Massenerwerbslosigkeit kann nur reduziert werden, wenn zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und die Arbeitszeit gerecht verteilt wird. Eine Arbeitsmarktpolitik, die die Ursache der Erwerbslosigkeit bei den Erwerbslosen selbst sucht, kann daher nur scheitern. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, der konsequent mit der Hartz-IV-Logik bricht:

1) Eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert und einen Absturz in Armut verhindert.

■ Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. DIE LINKE fordert ein Erwerbslosengeld, das leichter zugänglich ist und länger gezahlt wird. Selbstständige wollen wir in die Erwerbslosenversicherung einbeziehen, so dass sie im Falle einer Insolvenz Anspruch auf Erwerbslosengeld haben. Die Sperrzeiten müssen abgeschafft werden, weil sie Ansprüche verwerfen, die regulär erworben und erarbeitet worden sind. Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren berufliche Qualifikation berücksichtigen und deren ethische Überzeugungen; niemand darf gezwungen sein, gegen seine oder ihre Überzeugung eine Erwerbsarbeit anzunehmen.

■ Alle Erwerbslosen sollen unabhängig von der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit einen Rechtsanspruch auf Förderung und Weiterbildung haben.

2) Eine Arbeitsmarktpolitik, die mit öffentlichen Mitteln mehr gute Arbeitsangebote schafft.

■ Mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) wollen wir Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Der ÖBS schafft zusätzliche, sinnvolle, existenzsichernde und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze. Damit können zivilgesellschaftliche Strukturen wie Stadtteilzentren, Initiativen und kulturelle Projekte gestärkt werden. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sich an den Bedürfnissen der Erwerbslosen und an den regionalen Gegebenheiten ausrichten. Die Entlohnung darf einen Stundenlohn von zehn Euro und monatlich einen Bruttolohn von monatlich mindestens 1.500 Euro nicht unterschreiten. Auch hier sollte der Mindestlohn bis zum Ende der Wahlperiode auf mindestens zwölf Euro steigen. Die Eingliederung beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

■ Im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen vollwertige, tarifliche Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

■ Es müssen sofort mehr Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden.

■ Wir setzen uns für einen einklagbaren Rechtsanspruch für Erwerbslose auf Weiterqualifizierung und Beratung ein.

■ Die Krise kehrt zurück: Wir brauchen eine neue Initiative, um Arbeitsplätze zu schützen. Der Kündigungsschutz muss gestärkt und profitablen Unternehmen müssen Massenentlassungen verboten werden.

3) Schließlich sagen wir immer noch laut und deutlich: Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Wir wollen öffentliche soziale Dienstleistungen und Infrastruktur ausbauen: öffentlicher entgeltfreier und ökologischer Nahverkehr, eine Gesundheitsversorgung ohne Zuzahlung, freier Zugang zum Internet sowie Kultur- und Kunstangebote, eine öffentlich organisierte Stromversorgung mit sozialer Preisgestaltung, kostenfreie und qualitativ hochwertige Essen in Schule und Kita, der Zugang zu einem Computer mit Internetzugang für jeden Schüler und jede Schülerin, Sozialtickets bei der Bahn.

■ Kurzfristig müssen die Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen und so genannte »Ein-Euro-Jobs« abgeschafft werden. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt. Gegebenenfalls muss diese bei hohen Mieten durch Wohngeld ergänzt werden können. Die Mindestsicherung sichert sowohl erwerbsfähige als auch nicht erwerbsfähige Erwachsene, z.B. Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner.

■ Nachweisbare Sonderbedarfe werden zusätzlich übernommen.

■ DIE LINKE drängt darauf, anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen einzuführen. Die Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr müssen abgeschafft werden.

■ Die Prozesskosten- und Beratungshilfe muss ausgebaut statt eingeschränkt werden. Rechtlicher Beistand bei Gerichtsverfahren muss auch Menschen mit einem geringen Einkommen ermöglicht werden. Übergangsweise müssen die Möglichkeiten erweitert werden, gegen Entscheidungen der Jobcenter und Agenturen vorzugehen.

Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir befürworten auch die Einsetzung einer Enquetekommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.

■ Gemeinsam mit Sozialticket-Initiativen aus der gesamten Bundesrepublik werden wir in den Ländern und Kommunen für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr Druck machen. Perspektivisch ist der öffentliche Nahverkehr entgeltfrei zu organisieren.

■ Wir unterstützen die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Geringverdienenden und werden gemeinsam mit Erwerbsloseninitiativen im Parlament und auf der Straße für eine sanktionsfreie Mindestsicherung aktiv werden. Wir fordern kostenfreie und unabhängige Beratungsstellen.

Wir stehen an der Seite der Menschen, die aus ihren Wohnungen und Wohnvierteln vertrieben werden und sich dagegen zur Wehr setzen.

■ Zwangsumzüge müssen gestoppt werden.

DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der Daseins-

vorsorge oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert.

Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen

»Ich habe mein Leben lang als Verkäuferin gearbeitet, als Rente bekomme ich 846 Euro. Wenn das mit den Rentenplänen so weitergeht, kriegt meine jüngere Kollegin 2030 gerade noch 677 Euro, obwohl sie bis 67 schuften muss. Wenn sie das überhaupt durchhält.« Emily, Berlin

Die Beiträge, die in die Rentenversicherung eingezahlt werden, sind zunehmend weniger »wert«: Durch den rentenpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahre soll das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 noch weiter sinken – bis auf 43 Prozent. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro ist dann nur noch 800 Euro wert. Die Lücken sollen die Beschäftigten selbst schließen, indem sie privat vorsorgen. Diese Rechnung geht nicht auf: Viele brauchen ihr ganzes Einkommen, um den Alltag zu finanzieren und können sich eine zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht leisten. Zudem sind die Versicherungsangebote oft schlecht. Bei vielen Riester-Verträgen sind die Verwaltungskosten so hoch und die Renditen so schwach, dass das Geld genauso gut unter die Matratze gelegt werden könnte. Die milliarden schwere Förderung der Privatvorsorge durch die Steuerzahlenden nützt vor allem der Versicherungsindustrie und erhöht gravierend das nach Rendite suchende Privatkapital auf den Finanzmärkten. So werden vorhandene Krisen geschürt und neue geschaffen. Immer mehr Menschen müssen im Alter Grund-sicherung beantragen oder trotz ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten.

■ Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent erhöht werden, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen. Die Voraussetzung dafür ist, dass die seit der Agenda-Politik eingeführten Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel gestrichen werden.

■ Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. So sollen unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes Müttern oder Vätern drei Jahre Kindererziehungszeiten in der Rente angerechnet werden.

■ Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben, die Rentenhöhe ist abzuflachen.

■ Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen.

Alle wissen, dass die Rente erst ab 67 für die meisten Menschen nicht machbar ist. Sie können gar nicht so lange arbeiten, weil sie nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr gesund sind oder in diesem Alter keine Arbeit mehr haben oder bekommen. So kommt die Rente erst ab 67 meist einer erheblichen Rentenkürzung gleich. Der materiell halbwegs abgesicherte Lebensabend gerät so in Gefahr oder wird von vornherein zur Illusion.

■ Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden – ohne Wenn und Aber. Jede und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen.

■ Nach 40 Beitragsjahren – einschließlich gleichgestellter Zeiten – wollen wir einen abschlagsfreien Einstieg in die Rente schaffen. Das soll bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein.

■ Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden, die Abschläge wollen wir streichen.

Um die drohende Altersarmut zu verhindern, müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt erheblich verbessert werden. Die Menschen können nur dann ausreichende eigene Rentenansprüche erwerben, wenn es genügend gute Arbeitsplätze mit

gutem Lohn oder Gehalt gibt, insbesondere betrifft dies Frauen, die den größten Teil der zu Niedriglöhnen Beschäftigten ausmachen. Auch brauchen wir genügend öffentliche Angebote zur Kindererziehung und zur Pflege von Familienangehörigen. Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und Armut zuverlässig verhindern. Eine solche Rentenpolitik ist machbar und bezahlbar, wenn das gesetzliche System gestärkt wird und die Unternehmen wieder gleichmäßig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

■ Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten selbst und den Unternehmen bzw. Auftraggeberinnen und Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die Beitragshöhe soll sich nach dem angestrebten Sicherungsziel richten und nicht nach der Zahlungswilligkeit der Unternehmen.

■ Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine Solidarische Mindestrente einführen. Diese speist sich zum einen aus den eigenen beitragsbegründeten Rentenansprüchen und zum anderen aus Steuermitteln für diejenigen, deren Einkommen und Vermögen zu einem Leben unterhalb der Armuts Grenze führen würden. Daher setzen wir uns in der kommenden Wahlperiode für eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto ein. Höhere Mietkosten sollen mit dem Wohngeld aufgefangen werden. Sonderbedarfe z. B. für chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung gewährt.

DIE LINKE streitet für eine Politik, die die öffentlichen Systeme stärkt und die Privatisierung von Risiken bekämpft. Sie steht für eine Politik, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit im Alter ermöglicht. LINKE Rentenpolitik bedeutet mehr als bloße Mindestabsicherung. Ein gutes Leben im Alter heißt auch, den Lebensstandard aus der Erwerbsphase ohne allzu große Abstriche mindestens

halten, sowie sein Leben auch unabhängig vom Einkommen aus früherer Erwerbstätigkeit frei von Erwerbszwängen in Würde gestalten zu können. Deshalb gehören für uns Lebensstandardsicherung und Mindestabsicherung zusammen.

■ Wir vergessen nicht, dass die Regierung Merkel eines ihrer zentralen Wahlversprechen gebrochen hat: die Angleichung der Renten im Osten an das Westniveau. DIE LINKE fordert, den Rentenwert Ost zügig an das Westniveau anzugleichen. Die Angleichung muss spätestens bis Ende 2017 abgeschlossen sein. Die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise anerkannt werden. Die Angleichung darf nicht zum Nachteil der heute Versicherten führen. Deshalb muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt. Nachteile bei der Überführung der Rentenregelungen Ost in das Rentensystem West für verschiedene Berufsgruppen und in der DDR geschiedene Frauen sind auszugleichen.

Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken – Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Gesundheit ist keine Ware

Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, sterben statistisch gesehen sieben Jahre eher als der Durchschnitt der Bevölkerung. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn das Gesundheitssystem für alle wirklich solidarisch gestaltet wird. Für fast alle Gesundheitsleistungen werden Zuzahlungen fällig – egal, ob für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel.

■ Jegliche Zuzahlungen und Zusatzbeiträge müssen abgeschafft werden. Alle Einnahmen und Überschüsse der Krankenkassen sind zum Wohle der Versicherten zu verwenden.

■ Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. Wir setzen uns für eine wissenschaftlich fundierte Versorgung

ein, die nicht den maximalen Profit für die Anbieter, sondern die optimale Therapie für die Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellt. Wir wenden uns gegen jede Bestrebungen, medizinische Angebote zu rationieren.

■ Wir treten für eine effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise ein. Die verantwortlichen Behörden sollen diese Preise festsetzen. Die Einführung einer Positivliste ist überfällig: Alle sinnvollen Medikamente müssen vollständig erstattet werden – teure Medikamente, die nur scheinbar neu sind, gehören dagegen nicht in den Leistungskatalog. Wo für schwere, insbesondere für seltene Erkrankungen anerkannte Diagnose- und Therapiemethoden nicht zur Verfügung stehen oder im Einzelfall nicht wirken, sollen die Krankenkassen auch unkonventionelle Verfahren finanzieren, wenn erwartet werden kann, dass sie den Patientinnen und Patienten nicht schaden und zumindest eine begründete Aussicht auf Wirksamkeit besteht.

■ Wir treten für eine gute flächendeckende und barrierefreie Versorgung mit Arztpraxen ein. Neue Versorgungsformen wie Patientinnen- und Patientenbusse, Gemeinschafts- und Teilzeitpraxen oder Medizinische Versorgungszentren in öffentlicher Hand können die Arbeit im ländlichen Raum für junge Medizinerinnen und Mediziner wieder attraktiver machen, ebenso wie unterstützende Sozial- und Gesundheitsdienste mit nichtärztlichem Fachpersonal.

■ Wir setzen uns dafür ein, dass die wohnortnahe und unmittelbar mit den Patientinnen und Patienten beschäftigte ärztliche Versorgung angemessen und nicht schlechter honoriert werden als weitere medizinische Leistungen.

■ DIE LINKE setzt auf die Qualifikation und Erfahrung von Apothekerinnen und Apothekern bei der Versorgung der Menschen mit Arzneimitteln und bei der pharmazeutischen Beratung. Wir wollen keine Werbung für und keinen Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten, denn die Patientensicherheit steht für uns im Mittelpunkt.

■ **Korruption im Gesundheitswesen** schädigt nicht nur die Krankenkassen finanziell, sie untergräbt auch das Vertrauensverhältnis zwischen den Medizinerinnen und Medizinern und den Menschen, die ihre Hilfe benötigen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass korruptes Verhalten im Gesundheitswesen konsequent verfolgt und strafrechtlich geahndet wird.

In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen immer stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden konnten. Die Beschäftigten müssen immer mehr Arbeiten übernehmen, so dass sie für die einzelnen Patientinnen und Patienten immer weniger Zeit haben.

Hunderttausende Arbeitsplätze wurden in Krankenhäusern abgebaut. Das sollte die Krankenhäuser billiger, besser und effizienter für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten machen, hieß es. Das Gegenteil trat ein: Für die Beschäftigten folgten aus diesem Abbau Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung und Stress. Alle Gesundheitsberufe müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden. Gesundheitliche Versorgung ist mehr als medizinische Versorgung.

Ein Vergleich: In Deutschland betreut eine Pflegekraft im Durchschnitt 21 Patientinnen oder Patienten, in Dänemark zehn, in Norwegen neun und in den USA acht.

■ **Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden.** Bund und Länder müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen. Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern.

■ **Es darf keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern geben,** bereits privatisierte Krankenhäuser wollen wir in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften überführen. Die Beschäftigten müssen zudem bei der Organisation und Planung ihrer Arbeit stärker mitbestimmen können.

■ **Der Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden.** Wir setzen uns für eine verbindliche, aus dem medizinischen Bedarf abgeleitete Personalbemessung ein.

Das System der Fallpauschalen (DRGs) setzt falsche Anreize: Es belohnt, möglichst viele Fälle mit möglichst wenig Personal in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Kosten werden zu Lasten der Beschäftigten gesenkt. Krankenhäuser bemühen sich um lukrative, aber medizinisch unnötige Eingriffe. Für die Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen frühe Entlassung und häufig Wiedereinweisung (»Drehtüreffekt«). DIE LINKE setzt sich deshalb für die Abschaffung aller Formen der Leistungsabrechnungen ein, die Anreize zu Über- und Fehlversorgung schaffen.

■ **Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss gestoppt werden.** Die DRGs als marktwirtschaftliches Entgeltsystem sind unvereinbar mit Sinn und Zweck von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Finanzierung muss sich am Bedarf, an medizinischen, nicht wirtschaftlichen Kriterien orientieren.

■ **Die Qualität in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung ist sicherzustellen.** Die Einführung eines Entgeltsystems mit Tagespauschalen in der Psychiatrie (analog zum DRG-System) gefährdet eine gut abgestimmte, integrierte humanistische Psychiatrie. Stattdessen müssen ausreichend ambulante und stationäre Behandlungsmöglichkeiten und Therapieplätze und genügend Personal bereitstehen.

■ **Damit die gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land flächendeckend gesichert ist,** muss sektorenübergreifend geplant und versorgt werden. Alle Gesundheitsberufe müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden, nicht nur Ärztinnen und Ärzte.

■ **Die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung muss aufgehoben und den Krankenhäusern muss erlaubt werden,** eine Ambulanz oder Poliklinik zu führen.

■ Die Selbstverwaltungen im Gesundheitswesen sind demokratisch weiterzuentwickeln. Die Rechte der Versichertenvertretungen sind auszuweiten.

■ Gesundheitsförderung und Prävention müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen für ungleiche Chancen auf Gesundheit zu verringern. Wir fordern hierfür ein Präventionsgesetz und eine Koordinierungs- und Entscheidungsstelle auf Bundesebene.

■ Die Elektronische Gesundheitskarte (E-Card) ist gescheitert. Die Speicherung von Gesundheitsdaten auf zentralen Servern bringt keine Vorteile für die Versorgung der Patientinnen und Patienten, sorgt für bürokratischen Aufwand in den Arztpraxen und ist aus Sicht des Datenschutzes riskant. Zudem kostet das System Milliarden an Versicherungsbeiträgen, ist unflexibel und muss alle paar Jahre erneuert werden.

■ DIE LINKE setzt sich für die Entwicklung von IT-Lösungen im Gesundheitswesen ein, die flexibel, preiswert und dezentral sind. Persönliche Gesundheitsdaten gehören ausschließlich in die Hand der Patientin oder des Patienten.

Um eine gute Versorgung für alle zu gewährleisten, braucht es eine solidarische Gesundheitsversicherung: eine Kasse für alle (»Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung«). Damit kann der Beitragssatz zur Krankenversicherung auf Jahre hinaus konstant niedrig bei etwas über zehn Prozent des Einkommens gehalten werden. Auf Löhne und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur noch einen Anteil von 5,25 Prozent statt derzeit 8,2 Prozent zahlen. Selbst die Arbeitgeber würden einen Anteil von 5,25 Prozent statt bisher 7,3 Prozent zahlen. Dieser niedrigere Beitragssatz führte bis zu einem Einkommen von 5.800 Euro im Monat zu deutlichen Einsparungen für die Versicherten. Beschäftigte mit durchschnittlichem Einkommen hätten netto etwa 1.000 Euro im Jahr mehr zur Verfügung.

Die Gesundheitsausgaben liegen seit 20 Jahren konstant bei zehn bis elf Prozent

des Bruttoinlandsprodukts – es gibt also keine Kostenexplosion. Die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung steigen nur aus einem Grund: Sie werden allein aus den Lohn- und Gehaltsanteilen gezahlt, und diese sinken. Die am schnellsten wachsenden Einkommen – Gewinne und Kapitalerträge – werden nicht herangezogen. Gut verdienende und gesündere Versicherte wandern in die private Krankenversicherung ab.

■ In die solidarische Gesundheitsversicherung »Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung« zahlen alle Menschen, die in Deutschland leben, entsprechend ihres Einkommens solidarisch ein. Alle Einkommensarten werden beitragspflichtig.

■ Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen Beitragsbemessungsgrenze wollen wir künftig gerecht mit dem gleichen Beitragssatz in die solidarische Finanzierung einbeziehen.

■ Die private Vollversicherung ist damit überflüssig und wird abgeschafft. Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt und den Beschäftigten der Versicherungsunternehmen ein sozial verträglicher Übergang in die gesetzlichen Krankenkassen ermöglicht.

■ Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern und Besoldung zahlen die Arbeitgeber bzw. die Dienstherren die Hälfte der Beiträge, bei Renten trägt die Rentenversicherung die Hälfte des Beitrags.

Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte

*»Als meine Mutter aus dem Krankenhaus entlassen wurde, war nichts mehr, wie es vorher war. Plötzlich war sie auf Pflege und Betreuung angewiesen. Ich muss mir extra frei nehmen und riskiere meinen Job. Alles geht schnell, schnell, auch bei mir auf Arbeit im Pflegeheim. Für alles ist Geld da, nur für die wichtigsten Dinge nicht. Wie ergeht es da erst Leuten, die gar nicht wissen, wie Pflege funktioniert?« **Johanna, 42, Pflegehelferin in Kassel***

Der Bundesregierung ist es nicht gelungen, die Pflegeversicherung so weiterzuentwickeln, dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Die Pflegeversicherung ist eine »Teilkaskoversicherung« und zudem chronisch unterfinanziert. Sie gewährt Menschen mit Pflegebedarf nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, welche die familiäre, nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Pflege ergänzen soll. Die Betroffenen müssen auf ihr Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Viele werden von der Sozialhilfe oder von der Unterstützung ihrer Angehörigen abhängig. Diese wiederum sind oft überfordert und stark belastet.

■ Der seit 2009 vorliegende neue Pflegebegriff und das neue Begutachtungsverfahren müssen endlich vom Gesetzgeber umgesetzt, kognitive und/oder psychische Einschränkungen ebenso wie körperliche erfasst werden.

■ Das neue Begutachtungsverfahren muss auch eine Methode beinhalten, nach der die Pflegebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt werden kann. Menschen mit Demenzerkrankungen sind endlich angemessen in die Pflegeversicherung einzubeziehen.

DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive, menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und finanzieren. Schluss mit dem Teilkasko-Prinzip: Eine sozial gerechte Pflegeversicherung muss perspektivisch alle nötigen Leistungen übernehmen. Finanzierbar wird das, wenn alle Einkommen in die solidarische Pflegeversicherung einbezogen werden (solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege).

Vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter – übernehmen Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild, die Erwerbsbiographien von Frauen ändern sich – und das ist gut so. Auch wollen pflegebedürftige

Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen gepflegt werden. Eine selbstbestimmte Entscheidung über die Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht möglich: Pflege hängt in zunehmendem Maße von der Größe des eigenen Geldbeutels ab.

■ DIE LINKE fordert, die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist, selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums ist dafür unerlässlich.

■ Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein. Damit eine solche neue Pflege-Politik gelingt, muss das Leistungsniveau der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Das bietet den Betroffenen die Möglichkeit, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen.

■ Wir fordern, die mit fünf Euro im Monat geförderte private Pflegezusatzversicherung (»Pflege-Bahr«) zu stoppen. Der Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge ist unsozial, volkswirtschaftlich unsinnig und benachteiligt Geringverdienende und Menschen mit Behinderungen. Stattdessen werden so Versicherungskonzerne gesponsert, die sich mit kräftigen Parteispenden revanchieren. Während Geringverdienende und Menschen mit einem potenziellen Pflegerisiko sich die Zusatzversicherung nicht leisten können, ist es Besserverdienenden und Gesunden möglich, auf günstigere, nicht geförderte Produkte zurückzugreifen. Das führt zu einer Zwei-Klassen-Pflege, gegen die wir uns entschieden wenden.

Gute Pflege hängt entscheidend von qualifizierten und engagierten Beschäftigten ab. Der Alltag von Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter Bezahlung geprägt. Darunter leiden alle Beteiligten: das Pflegepersonal und die zu pflegenden Menschen sowie deren Angehörige. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit,

die gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt werden muss.

■ Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet den finanziellen Spielraum, Pflegekräfte besser zu bezahlen. Mini- und Midijobs in der Pflege müssen in reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Damit Lohndumping in der Pflege verhindert wird, ist als unterste Grenze ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro einzuführen.

■ Um die Qualität der Pflege zu sichern, fordert DIE LINKE bundesweite Standards über eine qualitätsbezogene Personalbemessung. Bis dahin müssen Bund und Länder sich gemeinsam das Ziel setzen, mindestens die Hälfte der Personalstellen mit Fachkräften zu besetzen.

■ Um die gleichberechtigte Teilhabe der Betroffenen in der Mitte unserer Gesellschaft zu sichern, müssen kommunale Hilfestrukturen wie Pflegestützpunkte und Wohnberatung ausgebaut werden.

■ Die Pflegeausbildung ist zeitgemäß weiterzuentwickeln, um den Ansprüchen an eine qualitativ hochwertige Versorgung gerecht zu werden und die Pflegeberufe attraktiver zu machen. Dazu sollen die Pflegeberufe zu einer dreijährigen dualen Ausbildung zusammengeführt werden. Einer zweijährigen Grundausbildung folgt die einjährige Schwerpunktsetzung in allgemeiner Pflege, Kinderkrankenpflege oder Altenpflege.

Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar

Wenn in einer demokratischen Gesellschaft die finanzielle Hauptlast auf denen liegt, die am wenigsten Einfluss haben, wenn Demokratie nicht bedeutet, dass alle zum Gemeinwesen beitragen – dann ist etwas aus dem Gleichgewicht. Um das Gleichgewicht wiederherzustellen, brauchen wir ein neues Modell: Die Wohlhabenden und die Unternehmen müssen ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste leisten. Oft wird

behauptet, dass DIE LINKE vor allem Geld ausgeben wolle. Tatsächlich ist DIE LINKE die einzige Partei, die ein durchgerechnetes Steuerkonzept hat, das machbar und sozial gerecht ist. Wir setzen auf Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich und auf Umverteilung zugunsten eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das sich an sozialen und ökologischen Bedürfnissen und Interessen ausrichtet.

Der private Reichtum in Deutschland ist trotz Krise gewachsen – und infolge neoliberaler Politik immer ungerechter verteilt: Die obersten zehn Prozent verfügen über mehr als die Hälfte aller Vermögen, die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt fast gar nichts. Das ist nicht akzeptabel.

Umverteilen für soziale Gerechtigkeit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau

Der private Reichtum nimmt zu, auch weil die Steuern für Reiche und für Unternehmen vor rund zehn Jahren von SPD und Grünen drastisch gesenkt wurden. Wer viel hat, erhält zahlreiche Möglichkeiten, das Vermögen weiter zu vermehren und sich der Finanzierung des Gemeinwohls zu entziehen. Wer wenig hat, muss viel und mehrfach bezahlen – beispielsweise aufgrund der Privatisierung öffentlichen Eigentums und des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme. Hohe Vermögen, Spitzeneinkommen, Kapitalgewinne, Finanztransaktionen und große Erbschaften müssen stärker beziehungsweise überhaupt besteuert werden.

■ Wir fordern, eine Millionärsteuer – also eine Vermögensteuer für Millionäre – einzuführen. Dabei bleibt die erste Million des Vermögens steuerfrei. Danach wird ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben, unter Abzug der darauf lastenden Schulden. Für betriebsnotwendiges Sachvermögen von Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmern und Personenunternehmen gilt ein erhöhter Freibetrag von fünf Millionen Euro. Die Regelung stellt die Handlungsfähigkeit von (kleinen und mittleren) Unternehmen nicht in Frage. Sie verhindert, dass Privat-

vermögen in Betriebsvermögen verschoben und so der Millionärsteuer entzogen werden kann. Für ein privates Geld- bzw. Immobilienvermögen von zwei Millionen Euro müssten zum Beispiel 50.000 Euro Steuern im Jahr bezahlt werden. Jährliche Mehreinnahmen: 80 Milliarden Euro.

■ Große Erbschaften werden in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten viel zu gering besteuert. Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen wir die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Normales selbstgenutztes Wohneigentum und sonstige kleinere Immobilien bleiben von der Erbschaftsteuer verschont. Die zur Sicherung von Arbeitsplätzen unnötigen, nur dem Erhalt von privaten Multimillionenvermögen dienenden Begünstigungen von Unternehmenserben wollen wir abschaffen. Jährliche Mehreinnahmen: 7 Milliarden Euro.

■ Die Unternehmenssteuern wurden in den letzten Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. DIE LINKE setzt sich für eine europaweite Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung zur Verhinderung von Steuerwettbewerb ein. Die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen wollen wir zurücknehmen. Jährliche Mehreinnahmen: 35 Milliarden Euro.

■ Die von der CDU/CSU und FDP durchgesetzte »Mövenpicksteuer« (ermäßigter Umsatzsteuersatz für Hotels und Beherbergungsleistungen) muss zurückgenommen werden. Jährliche Mehreinnahmen: 1 Milliarde Euro.

■ Um die unsoziale Wirkung der Umsatzsteuer auszugleichen, wird der ermäßigte Umsatzsteuersatz auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, arbeitsintensive Handwerks-Dienstleistungen, apothekenpflichtige Arzneimittel sowie für den Schienenpersonenverkehr eingeführt. Bei Produkten und Dienstleistungen für Kinder sowie arbeitsintensiven Handwerks-Dienstleistungen wollen wir uns dafür einsetzen, dass bei den EU-Vorgaben die entsprechenden Anwendungsbereiche für den ermäßigten Umsatzsteuersatz ausgeweitet werden.

■ Der Steuervollzug auf Länderebene muss verbessert, insbesondere muss mehr Fachpersonal eingestellt und der Steuervollzug bundesweit vereinheitlicht werden. Um Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wirksamer bekämpfen zu können, tritt DIE LINKE zusätzlich für den Aufbau einer Bundesfinanzpolizei ein. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich etwa 15 Milliarden Euro mehr einzunehmen.

Unberechtigte Ausnahme- und Befreiungsregelungen für die Industrie bei Ökosteuer und Energieabgaben müssen abgeschafft werden. Ökologisch kontraproduktive Vergünstigungen und Subventionen sollen u. a. durch die Einführung einer Kerosinsteuer, die Umgestaltung des Dienst- und Firmenwagenprivilegs sowie der Kfz-Steuer abgeschafft werden.

Profiteure der Krise zur Kasse

Während in der Krise die Reichsten der Gesellschaft ihr Vermögen deutlich vermehren konnten, trägt der Großteil der Bevölkerung die Lasten der Krise. Die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt, sie werden nicht einmal benannt: Es gibt viel zu viel privates Kapital, für das Investmentbanker händeringend profitträchtige Anlagen suchen – auf den Finanzmärkten und in der Spekulation.

■ In Deutschland und in allen EU-Staaten soll eine einmalige Abgabe auf große Vermögen erhoben werden. Damit sollen die durch Bankenrettungen und Finanzkrise entstandenen höheren Staatsschulden zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden. Für Deutschland fordert DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von zehn Prozent ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro (bei Betriebsvermögen zwei Millionen Euro), 20 Prozent ab zehn Millionen Euro, 30 Prozent ab 100 Millionen Euro. Die Mehreinnahmen betragen dann einmalig mindestens 300 Milliarden Euro.

■ Mit einer Finanztransaktionssteuer wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen und die Verursacherinnen und Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen. Zudem fordern wir, dass die eingenommenen Gelder zu gleichen Teilen für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz einerseits sowie für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft andererseits genutzt werden. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Jährliche Mehreinnahmen in Deutschland: mindestens 30 Milliarden Euro.

Endlich Steuergerechtigkeit herstellen – kleinere und mittlere Einkommen entlasten

Nicht nur die Vermögen und der private Reichtum haben sich ungleich entwickelt, auch die Schere der Einkommen hat sich weiter geöffnet. DIE LINKE will eine Reform der Einkommensteuer, die sich von folgendem Grundsatz leiten lässt:

Wer weniger als 6.000 Euro im Monat Einkommen hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer über ein höheres Einkommen verfügt, wird belastet.

Im Einzelnen gilt Folgendes:

■ Indem der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöht wird, werden auf Bruttolöhne bis 1.000 Euro im Monat keine Steuern mehr fällig. Der Tarifverlauf der Einkommensteuer wird geglättet. Das bedeutet konkret: Bei einem monatlichen Verdienst in Höhe von 2.500 Euro müssen rund 85 Euro weniger Steuern gezahlt werden. Der Spitzensteuersatz dagegen soll ab einem zu versteuernden Einkommen von 65.000 Euro pro Jahr wieder auf 53 Prozent (wie unter der Kohl-Regierung) erhöht werden.

■ Sehr hohe Einkommen wollen wir besonders besteuern: Jeder Euro, der – nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge – über einer Million Einkommen liegt, soll mit 75 Prozent besteuert werden (Reichensteuer).

■ DIE LINKE will die Abgeltungsteuer abschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen wieder gemäß dem individuellen Einkommensteuersatz besteuern.

■ Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Stattdessen wollen wir eine individuelle Besteuerung einführen. Damit Lebensgemeinschaften mit Kindern nicht schlechter gestellt werden, wollen wir die Einsparungen nutzen, um das Zusammenleben mit Kindern zu fördern.

Für starke Kommunen und eine bessere öffentliche Infrastruktur

Die derzeitige soziale Ungleichheit ist so gravierend, dass sie die gesamte Gesellschaft blockiert und eine positive Entwicklung bremst. Zukunftsinvestitionen – beispielsweise in eine sozial-ökologische Energiewende, in eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle oder in ein gerechtes Bildungssystem – können nicht finanziert werden. Eine gerechte Gesellschaft ist für alle besser. Die Kommunen benötigen endlich wieder ausreichend Finanzmittel. Wir wollen Städte und Gemeinden mit – und nicht ohne – Bibliotheken, Kitas, Schwimmbäder, Theater und Kulturzentren. Bei der Übertragung von Aufgaben muss das Konnexitätsprinzip (»wer bestellt, muss zahlen«) endlich umgesetzt werden. DIE LINKE tritt für eine umfassende Gemeindefinanzreform ein, die die Selbstständigkeit der Kommunen erhöht.

DIE LINKE will die bisherige Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellen und in eine Gemeindegewerbesteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage ausgeweitet (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren) und der Kreis der Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbstständigen und Freiberuflerinnen und Freiberufler). Der Freibetrag wird auf 30.000 Euro angehoben und die festgesetzte Steuer bei der Einkommensteuer berücksichtigt. In dieser Reform einbegriffen ist die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage, was Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für die Kommunen: 15 Milliarden Euro.

Unterm Strich:

Das Steuerkonzept der LINKEN führt zu jährlichen Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte von insgesamt 180 Milliarden Euro. Damit sind unsere Forderungen gegenfinanziert. Mit der Vermögensabgabe werden zur Rückführung der Staatsschulden aufgrund von Bankenrettungen und Finanzkrise einmalig 300 Milliarden Euro eingenommen.

Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen

Zum »Wohl der Allgemeinheit« zu handeln, gilt als Aufgabe von Politik und Staat. Was aber als Allgemeinwohl verstanden wird und wie ihm am besten zu dienen ist, ist Gegenstand und Ergebnis der demokratischen Diskussionen, von sozialen Konflikten und Kämpfen. Wer erzeugt den gesellschaftlichen Reichtum und wer verfügt über ihn? Wer bestimmt, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert wird, und wem steht es zur Verfügung? Diese Fragen betreffen in ihrem Kern die Eigentumsfrage und daher das Wesen der Demokratie.

Der Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge muss von Anstrengungen begleitet sein, den Staat zu demokratisieren. Es muss mehr Partizipation und Transparenz geben. Partizipation heißt nicht nur, mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können. Das heißt auch, dass zum Beispiel bei der Planung von Infrastrukturprojekten nicht nur über das »Wie«, sondern auch über das »Ob« entschieden werden kann.

Auf allen politischen Ebenen, insbesondere in der Kommune, sollten Menschen auch in Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung sowie der Gestaltung der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können: durch partizipative Haushalte und Planungsprozesse bis hin zu regionalen Räten für eine sozial-ökologische Strukturpolitik, die Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen umfasst. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich nach

unserer Auffassung in einem öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen. Nur diese Art von Reichtum kommt allen zugute und bildet die Grundlage für ein demokratisches Miteinander. Ohne leistungsfähiges öffentliches Eigentum, ohne staatliches, kommunales, regionales, aber auch genossenschaftliches oder gemeinschaftliches Eigentum kann eine Demokratie nicht funktionieren.

■ DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können; sie müssen an Entscheidungen und an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein.

■ Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen ausgeweitet werden. Leiharbeit, Privatisierungen oder Dienst- und Werkverträge untergraben grundlegende Rechte der Beschäftigten und deren Mitbestimmung. Um diese Beschäftigten zu schützen, müssen nicht nur solche Arbeitsformen bekämpft werden: DIE LINKE tritt dafür ein, dass das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle Menschen gilt, die für eine Dienststelle tätig sind.

In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft: Wohnungen, Krankenhäuser, Stromerzeuger, Verkehrs- und Wasserbetriebe, Rathäuser, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Es wurde versprochen: Die Privatisierung macht alles besser. Nachweisbar ist das Gegenteil eingetreten. Bürgerinnen und Bürger und Kommunen müssen oft für schlechtere Leistungen mehr und teuer bezahlen. Privatisierung bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für private Vorsorge, Arztbesuche, Zahnersatz, Schwimmbad, Musikschule. Diese Regel ist ebenso primitiv wie unbarmherzig: Wer zahlen kann, kann teilhaben. Wer zu wenig Geld hat, ist außen vor. Die Reichen grenzen sich ab und haben schon längst ihre eigene Welt gegründet.

Die Regierung verweist auf die Staatsschulden. Angeblich könnten »wir« uns das Öffentliche nicht mehr leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen. Wir stellen dagegen fest: Gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel dürfen wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überantworten. Denn: Wo Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund, sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen. Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie, Nahverkehr bis zur Bildung zerstört.

■ Wir stehen für ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur.

■ Alle müssen öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, unabhängig davon, wo sie wohnen.

■ Öffentliche Dienstleistungen müssen für jeden erschwinglich, diskriminierungs- und barrierefrei sein.

■ Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

■ Daher: »Weg mit der Schuldenbremse«! Das einzige, was diese bremst und zerstört ist die soziale, kulturelle und demokratische Entwicklung der Gesellschaft. Wir setzen uns ein für ihre Streichung aus dem Grundgesetz und aus allen Landesverfassungen.

Privatisierungen werden von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Bürgerentscheide wie beispielsweise in Leipzig, Düsseldorf oder in Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen Privatisierungen wächst. Auch die Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen der Privatisierung zu kämpfen. Die Finanzkrise offenbart schonungslos, wie risikoreich grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder undurchsichtige Zinsgeschäfte sind. Diese finanziellen Bruchlandungen werden ebenso wie die teuren werdenden Kredite die Kommunal-

haushalte auf Jahre hinaus erheblich belasten. Etliche Privatisierungen sind rückgängig gemacht und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge erfolgreich wieder kommunalisiert worden. Nicht selten haben dabei Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide eine entscheidende Rolle gespielt.

DIE LINKE setzt auf Privatisierungsbremse statt Schuldenbremse. Wir werden uns an keiner Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.

■ Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso gestoppt wird wie Public-Private-Partnership-Projekte.

■ Es muss wieder Regel werden: Öffentliche Einrichtungen werden in öffentlicher Verantwortung betrieben.

■ Bürger- und Volksentscheide zu Privatisierungen sind in der Vergangenheit häufig zugunsten des öffentlichen Eigentums ausgegangen.

■ Wir wollen, dass Wasser und andere Güter der Daseinsvorsorge unverkäuflich sind. Bis das durchgesetzt ist, müssen alle Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden. DIE LINKE kämpft auch auf EU-Ebene gegen Privatisierungsdruck und Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung. Wir wenden uns aktuell gegen solche Vorstöße bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die aus geplanten Änderungen der Dienstleistungsrichtlinie und der Konzessionsrichtlinie der EU folgen können. Wir unterstützen deshalb das Europäische Bürgerbegehren »Wasser ist ein Menschenrecht«.

■ Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir wollen die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnen, Bildung, Kultur, Energie, Wasser, öffentlichen Personennahverkehr, Fernverkehr und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand organisieren. Auch die auf Bundesebene

vorgenommenen Privatisierungen von Post, Postbank und Telekom wollen wir im Interesse der Gesellschaft, der Nutzerinnen und Nutzer und betroffenen Beschäftigten wieder rückgängig machen.

■ Privatisierte Krankenhäuser, Jugendhilfe- und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nicht-kommerzielle Trägerschaften überführen.

■ Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es wird kein Personal mehr abgebaut. Verwaltungen werden entsprechend dort umgebaut oder aufgestockt, wo der Bedarf sich geändert hat.

■ Der öffentliche Dienst ist Vorbild in Sachen Ausbildung. Der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund soll erhöht werden, auch um dort, wo es den Bedarf gibt, die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.

■ Die Beschäftigten in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen müssen Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können, also an Entscheidungen in den Einrichtungen und Unternehmen direkt beteiligt werden.

Öffentliches Eigentum zu privatisieren bedeutet Verlust an Transparenz, öffentlicher Einflussnahme und Mitentscheidung an der Entwicklung kommunaler Dienstleistungen sowie an öffentlicher Kontrolle. Nur öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger sowie Beschäftigte. Öffentliches Eigentum und Bürgerbeteiligung gehören zusammen. Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Es muss öffentlich diskutiert werden, welche Aufgaben und Angebote in öffentlicher Verantwortung erledigt und hergestellt werden.

Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Den Unternehmen müssen

die Ziele des Wirtschaftens und ein klar definierter Handlungsrahmen durch die Parlamente vorgegeben werden. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Der Finanzsektor muss demokratisch kontrolliert werden. In Zukunft sollen alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Deshalb ist es geboten, die privaten Großbanken zu vergesellschaften. Denn gerade sie sind es, die mit ihrer Macht Staaten erpressen und gegeneinander ausspielen. Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört ebenso auf die Tagesordnung. Wer den Unternehmen und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Jedes einzelne Unternehmen muss bei seinen Entscheidungen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht werden.

Wir wollen private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren, den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand überführen und – entsprechend den Sparkassen – auf das Gemeinwohl verpflichten (vgl. Kapitel II).

Die Wirtschaft wollen wir demokratisieren: Belegschaften sollen sich an den großen Unternehmen beteiligen können; staatliche Hilfen werden nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben; Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sind mit demokratischer Kontrolle und mehr Mitbestimmung zu verbinden. Um solidarische Ökonomie zu unterstützen, müssen Genossenschaften stärker gefördert werden, auch mit dem Instrument der Arbeitsmarktpolitik.

In verschiedenen sozialen Bewegungen, besonders im globalen Süden, hat sich das Konzept der »Commons«, der Gemeingüter, verbreitet. Freie Software, die nicht für den Markt entwickelt und verbreitet wird, hat diese Diskussion weiter befördert: Computer, Internet, Digitalisierung spielen im Leben von immer mehr Menschen eine große Rolle. »Commons« meint häufig »Ressourcen« wie Land, Wohnen, Wasser, auch nicht materielle Güter wie Wissen und Information. Im Vordergrund steht, dass die Güter gemein-

schaftlich genutzt werden. Sie werden nicht besessen und nicht im freien Wettbewerb (auf)gebraucht – und wie sie genutzt werden, darf nicht nach Regeln verlaufen, die von Konzernen diktiert werden. Wir wollen weiter diskutieren, wie Formen von bedarfsorientierter, demokratisch organisierter und solidarischer Produktion und Nutzung unterstützt werden können und welche Bedeutung den »Commons« und der Gemeingüterwirtschaft dabei zukommt.

Für bezahlbare Mieten und sozialen Wohnungsbau: Spekulation mit Wohnraum stoppen

Wohnungen sind zu einem beliebten Objekt für Finanzspekulation geworden. In den Metropolen kämpfen Initiativen gegen »Gentrifizierung«, gegen die Verdrängung einkommensschwacher Anwohnerinnen und Anwohner aus ihren Stadtteilen. Sie kämpfen dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und Zweckentfremdung vernichtet werden und dass massenhaft Wohnungen und Gewerberäume aus spekulativen oder subventionsbedingten Gründen leer stehen.

Mieterinnen und Mieter werden aus ihren Wohnungen vertrieben, um diese nach Sanierung mit hoher Rendite zu vermarkten. Gerade in den Ballungsräumen steigen die Mieten rasant. Viele können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung nicht mehr leisten. Hartz-IV-Betroffene werden zum Umzug gezwungen. Die Bevölkerung ganzer Quartiere wird ausgewechselt. Maklerfirmen suchen sich mit halb legalen und illegalen Methoden die lukrativsten Bewerberinnen und Bewerber unter den Wohnungssuchenden. Der Deutsche Mieterbund spricht von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in Ballungsräumen, der soziale Wohnungsbau ist faktisch zum Erliegen gekommen. Der Staat hat sich aus der Lenkungsfunktion für eine sozial orientierte Wohnungsversorgung völlig zurückgezogen und beschränkt sich nur noch auf Subventionsgeschenke für die Bau- und Immobilienwirtschaft.

Wohnen ist zu einem Feld sozialer Auseinandersetzungen, die Wohnungsfrage

eine zentrale soziale Frage geworden. Die Finanzkrise verschärft diese Entwicklung; sichere Anlagen sind gefragt. Finanzinvestoren kaufen in großem Stil Wohnungen auf, um sie dann mit maximaler Rendite zu betreiben. Gleichzeitig stehen in strukturschwachen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, viele Wohnungen leer. Die anhaltende Belastung mit Altschulden und das Auslaufen von Stadtumbauprogrammen erschweren eine soziale Stadtentwicklung.

Der Rückzug des Staates aus einer sozial steuernden Wohnungspolitik und die Liberalisierung des Wohnungsmarktes führen zu einem dramatischen Rückgang von bezahlbarem Wohnraum. Barrierefreier bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden. Der Wohnungsneubau ist innerhalb der vergangenen 20 Jahre auf ein Drittel geschrumpft.

Kommunale Wohnungsbestände werden privatisiert. Mietwohnungen werden massenhaft in Eigentumswohnungen umgewandelt und als Ferienwohnungen oder für sonstige Nutzungen zweckentfremdet. Zahlreiche Wohnungen und als Wohnraum nutzbare Gewerbeimmobilien stehen aus spekulativen Gründen leer.

Da die Rechte der Mieterinnen und Mieter abgebaut wurden, können die Mieten von den Eigentümerinnen und Eigentümern in die Höhe getrieben werden. Wir wollen die Rechte der Mieterinnen und Mieter stärken. Ihre Interessen müssen im Vordergrund stehen, nicht Marktgesetze und Rendite.

Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Das Recht auf Wohnen ist im Grundgesetz zu verankern. Wir unterstützen die Kommunen beim Aufbau wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe, die nicht profitorientiert, sondern gemeinwohlorientiert agieren, die öffentlich kontrollierbar sind und unmittelbar Einfluss auf gute Wohnqualität zu niedrigen Mieten nehmen. Hierzu fordern wir einen Rekommunalisierungsfonds als Bundesprogramm, damit die Gemeinden ehemals privatisierte Wohnungsbestände wieder zurückerwerben können. Um dies zu erleichtern, sollen die Gemein-

den ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht für diese und andere Mietwohnungen erhalten. Wir unterstützen die Demokratisierung von Wohnungsgenossenschaften und wollen das Genossenschaftsrecht entsprechend ändern, damit die Genossenschaftsmitglieder mehr Mitsprache erhalten und über die Höhe der Miete sowie über Investitionen und Modernisierungen selbst entscheiden können. Die Geschäftsprozesse und Geldströme der Genossenschaften müssen gegenüber ihren Mitgliedern vollständig offengelegt werden.

Der soziale Wohnungsbau muss wiederbelebt und neu ausgerichtet werden. Er soll öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern, insbesondere auch die ökologisch-energetische Sanierung bestehender Wohnungen. Die Fördermittel dafür müssen dauerhaft erhöht und dürfen nicht am privaten Kapitalmarkt refinanziert werden. Privatinvestoren, die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, wollen wir zum anteiligen Bau von Sozialwohnungen verpflichten – mit dem Ziel, lebendige vielfältige Quartiere zu entwickeln. Die Mietpreisbindung muss unbefristet sein. DIE LINKE will die staatliche Wohnraumförderung fortführen, ausweiten und sie dort, wo Wohnungen fehlen, auf die direkte Förderung des Neubaus von Wohnungen konzentrieren. Daneben soll soziale Wohnraumförderung sichern, dass in Wohnungsbeständen Barrieren abgebaut und Energieeinsparmaßnahmen durchgeführt werden können, ohne die Miete zu erhöhen. Die Länder sollen jährlich einen garantierten, vom Bedarf abhängigen Zuschuss für die Wohnraumförderung erhalten und diesen aus eigenen Mitteln aufstocken. Damit sollen leistungsfähige öffentlich-rechtliche Wohnungsbaufonds aufgebaut werden. Aus diesen Sondervermögen soll der soziale Wohnungsbau/die soziale Wohnraumförderung durch günstige, an strikte Bedingungen geknüpfte Baukredite und durch die Beteiligung der Fonds am Eigenkapital öffentlich-gemeinnütziger Wohnungsunternehmen gefördert werden.

■ Mindestens 150 000 Mietwohnungen mit Sozialbindung müssen jährlich entstehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese

bedarfsgerecht, barrierefrei, ökologisch und energieeffizient geplant werden.

■ Die mieterfeindlichen Regelungen der jüngsten Mietrechtsreform müssen zurückgenommen ein neues Verbandsklagerecht für Mieterorganisationen geschaffen werden. Mit dem Mietrechtsänderungsgesetz werden die Rechte der Mieterinnen und Mieter abgebaut und die Kosten der energetischen Sanierung von Wohnhäusern auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt. Wohnen muss demokratisch sein: DIE LINKE will die Bürgerbeteiligung im Planungs- und Baurecht ausbauen. Auch Nachbarinnen und Nachbarn und Betroffene, die nicht Eigentümerinnen und Eigentümer sind, müssen bei Bauanfragen und Planungen beteiligt werden und ggf. klagen können. Wir unterstützen die demokratische Mitwirkung von Mieterinnen und Mietern in Mieterbeiräten sowie Mitgliedern von Genossenschaften und fordern mehr Möglichkeiten ihrer Mitsprache in Entscheidungsprozessen.

■ Niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnumwelt vertrieben werden. Es darf keine Zwangsräumungen geben. Das Recht auf Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt, der Kündigungsschutz für betroffene Mieterinnen und Mieter ausgebaut werden.

■ Grundstücke öffentlicher Eigentümer dürfen nur in Erbpacht und bevorzugt an dem Gemeinwohl verpflichtete Wohnungsunternehmen vergeben werden.

■ Wir wollen die Mieten deckeln: Der Mietspiegel muss flächendeckend eingeführt werden und sich an allen Bestandsmieten orientieren, nicht nur an den Abschlüssen der letzten Jahre. Die Kommunen erhalten das Recht, auf der Grundlage dieser Mietspiegel Höchstmieten festzulegen, um den Preisanstieg zu stoppen. Die Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen darf ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches maximal bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig.

■ Wir wollen erreichen, dass auch Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für angemessenen Wohnraum – also Miete, Betriebskosten, Wasser, Heizung und Strom – ausgeben müssen.

Wir wollen die Spekulation mit Wohnungen bekämpfen.

■ Die steuerbegünstigte Veräußerung von Wohngebäuden ist abzuschaffen. Wohnungsverkäufe im Rahmen von Firmenverkäufen sind steuerlich den privaten Wohnungsverkäufen gleichzusetzen. Für Wohnungsbestände, die mit öffentlichen Mitteln gebaut worden sind, sollen die Kommunen ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht erhalten. Ansonsten soll für Wohnungsverkäufe eine Haltefrist gelten, um Spekulationsgeschäften vorzubeugen. Auch für alternative Wohnformen muss es Sicherheit geben. Das Besetzen von spekulativ leerstehenden Häusern muss legalisiert werden. Alternative Wohnformen, die von Bevölkerungsminderheiten aus finanziellen oder ideellen Gründen genutzt werden, z. B. Kleingarten-Parzellen, Bauwagenplätze, dürfen von den Behörden nicht »abgeräumt« oder Schikanen ausgesetzt werden. Hier gilt es, integrative Regulationsformen der Kommunen zusammenzutragen und »unkonventionelles Wohnen« im Sinne kultureller Vielfalt anzuerkennen und rechtlich abzusichern.

■ Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Zweckentfremdung von Mietwohnungen wollen wir stoppen. Kommunen müssen die Möglichkeit erhalten, dies auf dem Verordnungsweg zu verbieten.

■ Leerstand zu Wohnraum. Der massenhafte Leerstand von Wohn- und Gewerberäumen ist durch Nutzung bzw. Umnutzung zu beseitigen. In Gebieten mit hoher Wohnungsnachfrage wie in Universitätsstädten sind in leerstehenden Immobilien vorrangig Wohnräume zu schaffen. Hierzu sollen die Kommunen nach einer Leerstandsfrist von sechs Monaten die

Möglichkeit erhalten, die Leerstandsräume für Wohnzwecke herzurichten und zu belegen. Für die Kontrolle, Ahndung und Beseitigung von Leerstand sind den Kommunen ausreichende Personalmittel zur Verfügung zu stellen. Leerstand aus spekulativen Gründen wollen wir unterbinden. Die steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten aus Vermietung und Verpachtung aufgrund von Leerstand soll eingeschränkt werden, um gewollten Leerstand aus spekulativen Gründen zu verhindern.

■ Die kommunale Wohnungsaufsicht muss personell und inhaltlich ausgebaut werden, um z.B. Leerstand, Mietwucher und Wohnungsmängeln wirksam zu begegnen.

■ Maklerprovisionen sind grundsätzlich von der Auftraggeberin oder vom Auftraggeber zu tragen. Wenn eine Vermieterin oder ein Vermieter eine Maklerin oder einen Makler beauftragt, dann dürfen die Kosten nicht auf die Mieterin oder den Mieter umgelegt werden. Als Alternative strebt DIE LINKE die Einrichtung kommunaler Wohnungsvermittlungsagenturen an.

■ Wir wollen Modernisierungen mieterfreundlich gestalten: Die Umlage für Sanierung und energetische Modernisierung ist deshalb von elf auf fünf Prozent zu reduzieren und nach einer Frist von 20 Jahren zurückzunehmen.

■ Die energetische Gebäudesanierung muss öffentlich gefördert werden, damit sie nicht einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht.

■ Die entsprechende Bundesförderung ist bedarfsgerecht aufzustocken (5 Milliarden). Die Mieterinnen und Mieter dürfen nach den baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen müssen, als sie infolge dieser Maßnahmen einsparen (Warmmietenneutralität).

Menschen, die Transferleistungen erhalten, z. B. Hartz-IV-Betroffene, oder geringes Einkommen erzielen, dürfen aus ihren Wohnungen nicht verdrängt werden:

■ Zwangsumzüge sind auszuschließen. Die Übernahme von Kosten der Unterkunft muss den Mieten entsprechen, die in einfachen und mittleren Wohnlagen verlangt werden.

■ Das Wohngeld muss individualisiert und auf die Bruttowarmmiete bezogen werden, die regionalen Wohngeldtabellen sollen überprüft und angepasst werden. Heizkosten müssen wieder im Wohngeld enthalten sein.

■ Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind bei den Altschulden zu entlasten. Der Stadtumbau Ost ist vom Bund weiterhin zu unterstützen, darf aber nicht zur Wohnungsverknappung führen und muss die Qualitätsverbesserung der Wohnungen zum Ziel haben. Die Städtebauförderung des Bundes (Stadtumbau, Soziale Stadt, Denkmalschutz u. a.) ist bedarfsgerecht auszustatten und programatisch so fortzuentwickeln, dass Städte, Gemeinden und Regionen in die Lage versetzt werden, die unterschiedlichen Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des sozialen Zusammenhalts und des energetischen Umbaus zu bewältigen.

Bildung ist keine Ware. Gute Bildung für alle

Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Es zementiert Privilegien und soziale Ausgrenzung, statt sie zu überwinden. In kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über die Bildungslaufbahn wie in Deutschland.

Für DIE LINKE ist Bildung ein Menschenrecht. Bildung trägt dazu bei, dass Menschen ihr Leben selbstbewusst, selbstbestimmt und selbstständig gestalten und gesellschaftliche Zustände kritisch bewerten und verändern können. Deshalb muss jedem Menschen der Zugang zu Bildung ermöglicht werden – ein Leben lang. Niemand darf ausgegrenzt werden, Bildungsbarrieren müssen abgebaut, Nachteile ausgeglichen werden. Gleicher

Zugang zu Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen ein inklusives Bildungssystem, das darauf ausgerichtet ist, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von ihren sozialen und persönlichen Voraussetzungen den bestmöglichen Lernfortschritt zu ermöglichen:

■ Dafür ist es erforderlich, allen Kindern von Anfang an ganztägig das gemeinsame Lernen und Leben mit anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen.

■ Dazu muss die frühe Zuteilung von Bildungschancen durch ein gliederndes Schulsystem überwunden werden.

■ Dazu müssen ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

■ Dazu muss der Zugang zu höherer Bildung, also auch zum Studium bis zum Master, für alle erleichtert werden.

■ DIE LINKE fordert einen deutschlandweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten von mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal vier Kindern im Alter bis drei Jahren und mindestens einer Erzieherin oder einem Erzieher zu maximal zehn Kindern im Alter von 3 bis 7 Jahren.

Bildung muss als öffentliche Aufgabe auch öffentlich finanziert werden und demokratisch organisiert sein. Wir lehnen die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Bildung ab und wollen nicht, dass Bildungsinhalte und Bildungsziele einseitig nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit bestimmt werden.

■ Gute Bildung kostet Geld. In Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und in der Aus- und Weiterbildung fehlt es an allen Ecken und Enden. Wir fordern eine sofortige Aufstockung der öffentlichen Bildungsausgaben.

■ Gute Bildung für alle zu sichern ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Nur wenn sie an einem Strang

ziehen, können notwendige Reformen angegangen und die nötigen Finanzmittel aufgebracht werden. Doch das ist im Moment verboten. SPD und Union haben 2006 ein Kooperationsverbot für Bund und Länder in der Bildung verhängt. Das muss umgehend wieder rückgängig gemacht und eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden.

■ Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir kämpfen für die Abschaffung von jeglichen Gebühren im öffentlichen Bildungssystem. Dazu gehören auch gebührenfreie Kindertagesstätten.

■ Damit Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte gut arbeiten können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Wir kämpfen für eine größere Wertschätzung für die Bildungsberufe. Das betrifft neben ihrer Bezahlung und ihren Arbeitsverhältnissen auch ihre Ausbildung. Dazu müssen pädagogische Fachkräfte mehr und besser ausgebildet werden und die Ausbildung als Erzieherin oder Erzieher in der frühkindlichen Bildung schrittweise auf Hochschulniveau angehoben werden.

■ Wir treten für Mindesthonorare ein und kämpfen dafür, dass der branchenspezifische Mindestlohn in der Weiterbildung erhöht wird. Wir wollen, dass die Vergabe der Arbeitsagenturen in der beruflichen Weiterbildung die Qualität von Bildung und eine gute Bezahlung der Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Bildung, ob in der (Hoch-)Schule oder im Weiterbildungsbereich gehören abgeschafft.

■ Bildung ohne Bundeswehr! Die Bundeswehr soll nicht mehr in Schulen oder Universitäten werben dürfen. Soldat oder Soldatin ist kein normaler Beruf: Er setzt die Bereitschaft voraus, auf Befehl zu töten und getötet zu werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, die bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien aufzukündigen. An allen Universitäten soll mit einer Zivilklausel militärische Forschung ausgeschlossen werden.

Eine Schule für alle

Um mehr Bildungschancen für alle zu schaffen, wollen wir das gegliederte Schulsystem überwinden. Die Gemeinschaftsschule als Regelschule, in der alle Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen, verringert nachgewiesen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Sie kann mehr Schülerinnen und Schüler zu Bildungserfolgen und höheren Schulabschlüssen führen. Es entspricht dem pädagogischen Selbstverständnis der Gemeinschaftsschule, dass alle dazugehören, niemand ausgegrenzt wird und Verschiedenheit normal ist. Behinderung wird dabei nicht als »Defizit« angesehen, sondern gehört zur menschlichen Vielfalt. Wir wollen Gemeinschaftsschulen, die inklusive Ganztagschulen mit kleineren Lerngruppen und mehr Lehrern und Lehrerinnen, Erziehern und Erzieherinnen, Schulsozialarbeitern und Schulsozialarbeiterinnen sowie anderen pädagogischen Fachkräften sind.

Das Bildungssystem muss so verändert werden, dass Vielfalt der Herkunft und des kulturellen Hintergrundes als Chance begriffen werden kann, damit die Benachteiligung von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen beendet wird. Besondere Fähigkeiten wie Zweisprachigkeit müssen gezielt gefördert werden und schlechtere Startchancen sind auszugleichen.

■ Wir wollen, dass an allen Schulen die Bedingungen für inklusive Bildung geschaffen werden. Kein Kind soll mehr auf eine Förderschule verwiesen werden. Dazu muss der Bund seine Verantwortung finanziell und inhaltlich besser wahrnehmen.

■ Wir fordern von der Bundesregierung wirksame Initiativen zur Verbesserung und Angleichung der Lehrerbildung zwischen den Ländern. Die Ausbildung muss praxisnah erfolgen und v.a. an den Anforderungen inklusiver Bildung ausgerichtet sein. DIE LINKE steht für eine schulformunabhängige Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer in der Sekundarstufe.

■ Wir wollen, dass an allen Schulen Schulsozialarbeit gesichert wird. Dazu müssen

auf der Bundesebene die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, und es muss eine dauerhafte Bundesbeteiligung bei der Finanzierung sichergestellt werden.

■ Wir setzen uns für Lehr- und Lernmittelfreiheit ein sowie für einen kostenlosen Zugang und offenen Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln. Dazu kann unter anderem der Aufbau von »Open Educational Resources« (OER), also den gemeinschaftlich und selbstbestimmt von Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schülern und von Studierenden erstellten und freinutzbaren Lehr- und Lernmaterialien einen Beitrag leisten. DIE LINKE setzt sich deshalb für ein Förderprogramm des Bundes ein, dass OER Pilotprojekte finanziert, koordiniert und die Konzeptionierung wissenschaftlich begleitet.

Gute Ausbildung und gute Weiterbildung

Eine gute berufliche Ausbildung meint eine umfassende und moderne Ausbildung mit hoher Qualität. Sie dient allen jungen Menschen, ihre eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten zu verwirklichen und zu erweitern. Deshalb treten wir für das Recht auf Ausbildung ein. Eine Ausbildung verbessert die Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben und berufliche Teilhabe an der Gesellschaft.

■ Die berufliche Erstausbildung soll für alle Ausbildungsformen gebührenfrei sein. Ausbildungsgebühren gehören abgeschafft.

■ Es muss eine Ausbildungsvergütung gezahlt werden, die Ausbildungsrahmenbedingungen müssen tarifvertraglich geregelt werden, und es besteht Sozialversicherungspflicht. Perspektivisch muss die Ausbildungsvergütung ein selbstständiges Leben ermöglichen.

■ DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür ein, dass die unbefristete Übernahme von Auszubildenden nicht die Ausnahme bleibt, sondern zum Normalfall wird.

■ Unternehmen, die nicht ausbilden, wollen wir mit einer Umlage belegen, mit der wir die Unternehmen unterstützen, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur Ausbildung nachkommen. Damit soll ein auswahlfähiges Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden.

■ Menschen, die bisher von einer Ausbildung ausgeschlossen waren, müssen unterstützt werden, damit sie einen anerkannten Berufsabschluss erwerben können. DIE LINKE fordert ein Sofortprogramm, das die nötigen Rahmenbedingungen sowie die notwendigen Ressourcen bereitstellt.

■ Nach wie vor ist die Berufswahl von Frauen und Männern stark geschlechtsspezifisch geprägt. Deshalb wollen wir Betriebe, die Frauen in nicht frauentypischen Berufen oder Männer in nicht männertypischen Berufen ausbilden, gezielt fördern.

■ Auch Betriebe, die verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden, ihr Ausbildungsangebot inklusiv ausgestalten und diejenigen integrieren, die seit Jahren von Ausbildung ausgegrenzt sind, wollen wir gezielt fördern.

■ Die Beschäftigten sollen die Möglichkeit zur regelmäßigen beruflichen Weiterbildung haben – für die persönliche Entwicklung des Einzelnen ebenso wie für die nachhaltige Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben.

■ DIE LINKE setzt sich dafür ein, Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds eingerichtet werden, in die Betriebe entsprechend der Anzahl ihrer Beschäftigten einzahlen. Wir setzen uns für ein Bundesweiterbildungsgesetz ein, das Weiterbildung als öffentliche Aufgabe definiert und einen Rechtsanspruch sichert. Wir unterstützen Initiativen für Bildungsurlaub bzw. -freistellung für alle Beschäftigten in den Bundesländern. Angebote der allgemeinen und politischen Weiterbildung müssen für alle zugänglich sein. Dafür sind bessere finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich.

■ Die prekäre Beschäftigung in der Weiterbildungsbranche muss zurückgedrängt werden.

Hochschulen jenseits des Marktes

Hochschulen sind zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet worden. Die finanzielle Ausstattung wird an marktförmige Kriterien gebunden. Direkte privatwirtschaftliche Einflussnahme auf die Lehre und Forschungs Kooperationen mit Großkonzernen nehmen zu. Gleichzeitig fehlen Studienplätze, Hörsäle, Lehrende, universitäre Infrastruktur und Wohnraum für Studierende.

Die Einführung von Bachelor und Master im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengänge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

■ Wir fordern die Abschaffung des Bologna-Systems – weg von repressiven Studienordnungen hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren.

■ Die Studienplätze sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden: für alle Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen wollen. Die Studienplätze müssen so finanziert werden, dass das Betreuungsverhältnis verbessert und gute Lehre gewährleistet werden kann.

■ Wir wollen die Bundesmittel aus der ehemaligen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau für ein Infrastrukturprogramm einsetzen. Daraus sollen barrierefreie, soziale Infrastrukturen wie Wohnheimplätze und Mensen sowie wissenschaftliche und digitale Infrastrukturen für die Uni 2.0 finanziert werden.

■ Wir wollen eine inklusive Hochschule, die jedem und jeder den Zugang und die Teilhabe an Forschung und Lehre unabhängig von chronischer Krankheit oder Behinderung gewährt. Dazu bedarf es einem barrierefreien Hochschulbau, angepasster Lehrmethodik sowie Beratungs- und Betreuungsstrukturen,

die die Gleichstellung von Menschen mit chronischer Krankheit bzw. Behinderungen tatsächlich gewährleisten.

Immer noch hat die soziale Herkunft einen hohen Einfluss auf die Entscheidung für oder gegen ein Studium. Die sozialen Hürden zur Hochschule wurden durch Zugangsbeschränkungen und Auswahlgespräche vielerorts sogar erhöht. Und die Hochschulen sind immer weniger in der Lage, ihrer Funktion als kritischer Instanz gegenüber der Gesellschaft und als gesellschaftlicher Träger von unabhängiger Wissenschaft gerecht zu werden.

■ Wir setzen uns für die Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren ein. Gebühren wirken abschreckend auf einkommensschwächere Schichten und drängen Studierende in vermeintlich marktnahe Studiengänge.

■ Wir wollen eine bedarfsorientierte öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen in der Breite statt einseitiger Exzellenzförderung und ausgewählt vergebenen Drittmitteln. Nur so kann garantiert werden, dass nicht im Interesse finanzstarker Einzelinteressen und Großkonzerne sowie politischer Einzelinteressen gelehrt und geforscht wird.

■ Wir wollen die Hochschulen öffnen. DIE LINKE setzt sich für die Überwindung von Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie NC, Auswahlgesprächen, IQ-Tests oder Bewerbungsgesprächen sowie für den freien Zugang zum Master für alle Studierenden im Rahmen eines Bundesgesetzes zur Hochschulzulassung ein. Die Studierenden sollen selbst bestimmen können, welches Fach und wo sie studieren und welchen Abschluss sie absolvieren möchten. Darüber hinaus muss die Durchlässigkeit zwischen Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen erhöht werden. Hochschulstudiengänge müssen auch für diejenigen, die über eine berufliche Ausbildung gemäß dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder eine vergleichbare Ausbildung verfügen, geöffnet werden.

■ Das BAföG wollen wir elternunabhängig und bedarfsdeckend umbauen und die

Anpassung der Höchstdauer der Zahlung an die reale durchschnittliche Studiendauer voranbringen. Zukünftig soll das BAföG wieder als Vollzuschuss gezahlt werden. Angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten setzen wir uns für eine sofortige Erhöhung um zehn Prozent inklusive einer jährlichen Anpassung und für die Abschaffung der Altersgrenzen ein. Wir kämpfen für die Einführung eines bedarfsdeckenden Studienhonorars. Über das BAföG hinaus werden Sonderbedarfe gewährt, z. B. für chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung.

■ DIE LINKE kämpft für die Demokratisierung der Hochschulen. Wir wollen stärkere Mitspracherechte für alle Beschäftigten und Studierenden. Wir wollen bundesweit verfasste Studierendenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat durchsetzen. Hochschulgremien sollten viertelparitätisch besetzt werden, damit allen Statusgruppen der Hochschule die Mitbestimmung gesichert wird. Aufsichtsratsähnliche Gremien wie Hochschulräte haben an der Hochschule keinen Platz, denn Hochschulen sind keine Unternehmen.

Demokratische Wissenschaften

Forschungsergebnisse, Innovationen und Technologien gestalten unser Leben und die Arbeitswelt von morgen mit. Wissenschaft hat auch eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft. Sie ist mit Analyse und Kritik von gesellschaftlichen und sozialen Missständen und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung von zentraler Bedeutung für soziale Bewegungen und linke Politik. Damit neue Forschungserkenntnisse allen zugutekommen können, müssen Forschung und Lehre durch finanzielle Unabhängigkeit vor einseitigen wirtschaftlichen Interessen geschützt werden. Wir wollen die Grundfinanzierung des öffentlichen Wissenschaftssystems gegenüber Drittmittelforschung deutlich stärken und so die eigenmotivierte Forschung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützen. Die Exzellenzinitiative wollen wir zugunsten der Hochschulförderung in der Breite ersatzlos auslaufen lassen.

Die Forschungs- und Innovationsförderung des Bundes muss auf das Ziel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden. DIE LINKE will Entscheidungen über die milliardenschweren Förderprogramme demokratisieren und Transparenz in die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft bringen. Wissen, das mit Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde setzen wir uns für verpflichtende Open-Access-Veröffentlichungen sowie die Zugänglichkeit von Forschungsdaten nach dem Prinzip von Open Data ein. DIE LINKE setzt sich für ein Bundesforschungsgesetz ein, das die Struktur, Aufgaben, Profile und die Entwicklungsperspektiven der außeruniversitären Forschung in der Bundesrepublik im Grundsatz beschreibt.

■ Kooperationsvereinbarungen und sonstige Verträge zwischen öffentlichen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen müssen offengelegt werden.

■ Wir unterstützen alle Initiativen zur Verankerung von Zivilklauseln in den Hochschulgesetzen sowie in einem zu schaffenden Bundesforschungsgesetz: Forschung soll ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecken dienen.

■ Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder Nahverkehrsträger sollen zu Nachfragern von Forschungsdienstleistungen werden können.

■ Die Beratungsgremien und die Adressaten der Förderprogramme der Bundesregierung wollen wir um Nichtregierungsorganisationen, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure erweitern.

Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden. Die Promotion sehen wir als Einstieg in die wissenschaftliche Berufslaufbahn. Sie sollte in der Regel auf einer tariflichen Stelle absolviert werden, die die Arbeit an

der eigenen Qualifikation in der Arbeitszeit ermöglicht. Althergebrachte Hierarchien müssen überwunden und die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft muss gefördert werden.

■ Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur für wissenschaftliche Qualifikationsprojekte und für die gesamte Dauer des Vorhabens abgeschlossen werden. Für bessere Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Mittelbau schlagen wir ein bundesfinanziertes Anschubprogramm für 100 000 unbefristete Stellen vor.

■ Urheberrechtlich geschützte Werke sollen im Rahmen einer Ausnahmeregelung für Zwecke der Bildung, Forschung und Lehre nutzbar gemacht werden.

■ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen ein unabdingbares Zweitveröffentlichungsrecht für ihre Werke bekommen, damit die Nutzungsrechte nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.

■ DIE LINKE fordert eine verbindlich sanktionierte Quotierung in Wissenschaftseinrichtungen, die einen Mindestanteil von 50 Prozent für Frauen auf jeder Karrierestufe gewährleistet.

Damit wir leben können, wie wir wollen: Emanzipation und Geschlechtergerechtigkeit

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen, Sexismus und Menschenrechtsverletzungen verweisen auf Herrschaftsstrukturen, die es zu überwinden gilt. Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht

oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen die gleich guten Plätze auf der Titanic erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen unbearbeitet bleiben. Genau so wenig wollen wir, dass alle Geschlechter Niedriglohnjobs mit gleich mieser Bezahlung ausüben dürfen. Stärken, wie soziale Kompetenzen aller Geschlechter und der Reichtum an Fähigkeiten und Fertigkeiten, dürfen nicht nur gewinnbringend in Arbeits- und Verteilungskämpfen ausgebeutet werden.

Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben

Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eine andere Verfügungsmacht über die vorhandene Zeit: für Erwerbsarbeit, für die Familie, für Bildung und kulturellen Austausch, für politische Einmischung, für ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen entsprechenden existenzsichernden Lohn oder ein Einkommen, das ein würdevolles Leben sichert, voraus.

Der sofortige und dauerhafte Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten. Denn es ist ungerecht, dass eine Kita-Erzieherin schlechter bezahlt wird als ein Automechaniker. Es ist nicht hinzunehmen, dass die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der Rentenberechnung noch immer zu Armutsrenten für Frauen beiträgt. In unseren Sozialsystemen ist eine veraltete und männlich geprägte Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit der Maßstab. Damit werden die realen Lebenswege von Frauen und Männern in ihren heutigen Lebenslagen weiterhin ignoriert, Solidarität und Emanzipation verhindert.

Eine Neubewertung lässt sich durch eine neue Verteilung aller bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern sowie zwischen Erwerbslosen und Vollzeiterwerbstätigen nachhaltig anschieben. Ein erster Schritt ist eine

radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf zunächst 30 Wochenstunden hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern und es sind vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle zu etablieren.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Lohnungleichheit, dass in Deutschland Frauen 22 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu überwinden.

- Der Gesetzgeber soll die Tarifpartner gesetzlich verpflichten, die Tarifverträge nach geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten.
- Der Bundeshaushalt muss nach den Kriterien des Genderbudgeting geschlechtergerecht ausgestaltet werden.
- Die 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst kann vom Gesetzgeber umgehend auf allen Ebenen und in allen Gehaltsgruppen eingeführt werden.

Diskriminierung von Frauen umfassend beseitigen

Quoten sind ein Mittel und kein Ziel, um die paritätische Beteiligung von Frauen zu sichern. DIE LINKE fordert Frauenquoten – nicht nur in Vorstandsetagen. Alle Politikbereiche haben ihren Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit zu leisten. Die Frauenerwerbsquote in gut entlohnenden, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen ist zu steigern. Die partner- bzw. partnerinnenabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit ist zu beenden.

- DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in welchen Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung benachteiligt sind, müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.
- Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinder-

betreuung, Pflege) müssen durch bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

- Für Migrantinnen und Frauen und Mädchen mit Behinderung sind verbindliche Maßnahmen nötig, um Mehrfachdiskriminierung aufzuheben.
- Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Reproduktion einschließlich der Rezeptfreiheit der »Pille danach« ist zu garantieren. Wir wollen die §§ 218, 219 StGB streichen.

Wirksamer Schutz vor Gewalt gegen Frauen

Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt ist als bundespolitische Pflichtaufgabe anzuerkennen und rechtlich verbindlich zu verankern. Sicherer, schneller, unbürokratischer und bedarfsgerechter Schutz und qualifizierte Hilfe in Frauenhäusern und anderen Schutzräumen sowie Frauenberatungsstellen müssen Betroffenen unabhängig ihres körperlichen Zustandes, ihres Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation zugänglich sein. Eine bundeseinheitliche Finanzierung ist zu gewährleisten. Opfer von Zwangsheirat bedürfen besonderer Hilfe.

- Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden. Die weit verbreitete Finanzierung über Tagessätze muss endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese Forderungen sind zudem Bestandteil internationaler Abkommen, die die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert hat.
- Die Bundespolitik ist verantwortlich, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Umgangs- und Sorgerecht, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.

■ Alle Formen von Gewalt gegen Frauen sind öffentlich zu verurteilen, über die Ursachen ist aufzuklären. Gewaltverherrlichungen gegen Frauen in unterschiedlichsten Medien müssen konsequent bekämpft werden.

Eine besondere Rolle spielt die Gewalt gegen Frauen in Kriegs- und Krisengebieten. So wird sexualisierte Gewalt, wie beispielsweise Massenvergewaltigungen von Frauen, noch immer als Waffe bei kriegesischen Auseinandersetzungen eingesetzt.

Die verbindliche Festschreibung der Konfliktprävention und -aufarbeitung, die Strafverfolgung, der zivile Schutz von Menschenrechten sowie die Garantie sozialer Rechte gehören in das Zentrum eines Aktionsplans.

■ Die vielfältigen Formen von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung sind aktiv zu bekämpfen. Opferschutz und Entschädigungen müssen unabhängig von einer Bereitschaft der Opfer, als Zeugin oder Zeuge in einem Strafverfahren auszusagen, gewährt werden. Therapiemittel und Integrationsmaßnahmen sowie ein sicheres und gebundenes Aufenthaltsrecht für Betroffene müssen gewährt werden.

Vielfalt stärken – Wahlfreiheit der Lebensentwürfe

Soziale Rechte und Bürgerrechte gehören untrennbar zusammen. Sie gelten für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Behinderung, Religion, der sozialen und ethnischen Herkunft.

Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten gleichgestellt (z. B. gegenseitige Unterhaltungspflichten), in vielen Bereichen, etwa im Steuerrecht, im Adoptionsrecht und in der Sozialversicherung werden sie weiter benachteiligt. Dazu ist auch der Ausschluss nicht verheirateter

und lesbischer Frauen von der assistierten Reproduktionsmedizin zu zählen. Für DIE LINKE ist die Anerkennung der Vielfalt aller diskriminierungsfreien Familienformen und Lebensweisen leitet das Prinzip: Einelternefamilien, Singles, zusammenlebende Freunde, Verwandte, Patchwork-Familien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und Lebenspartnerschaft entschieden haben.

Wir wollen nicht, dass überkommene und real diskriminierende Privilegien der Ehe beibehalten oder ausgeweitet werden. Auch Schwule und Lesben sollen heiraten können. Doch der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft sollen in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern denjenigen zu Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben und deshalb eine Kompensation daraus erwachsender Nachteile benötigen.

Unsere Politikangebote richten sich nicht nur an diejenigen, die heute diskriminiert sind, sondern auch an die Nutznießer der noch immer geltenden, tradierten Rollenzuweisungen, an die Mehrheit der Männer. Auch sie haben ein Recht auf Wahlfreiheit der Lebensentwürfe, auf Familienarbeit und Ehrenamt. Alle sind aufgefordert, an der Überwindung überholter Rollenbilder mitzuwirken.

■ Die staatliche Subventionierung eines überholten Alleinernährer- oder Zuverdienerinnenmodells muss innerhalb des Steuer-, Sozial-, Renten- und Familienrechts beendet werden.

■ Die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen, das Zusammenleben mit Kindern sollen steuerlich gefördert und im Rentenrecht ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird abgeschafft. Damit wird auch die steuerliche Benachteiligung von Lesben und Schwulen beendet.

■ Wir stehen für eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Niemand soll in Belastungssituationen allein für seine oder ihre Rechte kämpfen müssen. Deshalb muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz

mit einem echten Klagerecht für Verbände verbessert werden.

■ DIE LINKE fordert die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierungen auf Grund der Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, fordern wir die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, ein Verbandsklagerecht, die Beweislastumkehr in Verfahren sowie Maßnahmen, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen.

■ DIE LINKE fordert die Entschädigung und Aufhebung der Unrechtsurteile der in der BRD und DDR verfolgten Homosexuellen, gemäß der Gesetzesvorlage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

■ DIE LINKE unterstützt Transgender in ihrem Kampf um Anerkennung ihrer geschlechtlichen Identitäten. Die Abschaffung der Begutachtung und des gerichtlichen Verfahrens ist ein erster Schritt zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts von Trans-Personen. Darüber hinaus muss das Transsexuellengesetz als Sondergesetz aufgehoben werden und in bestehendes Recht integriert werden. Dabei ist die rechtliche Absicherung der Leistungspflicht der Krankenkassen zu verankern. Intersexuelle Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen fordern seit langem das Verbot von nicht medizinisch – indizierten, frühkindlichen Operationen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung. DIE LINKE schließt sich diesen Forderungen an. Operationen an Intersexuellen dürfen erst durchgeführt werden, wenn diese selbst einwilligungsfähig sind und ihre Zustimmung gegeben haben.

■ Des Weiteren richtet sich DIE LINKE gegen den am 31. Januar 2013 vom Bundestag auf Anregung des Familienministerium neu beschlossenen § 22 PTsG, nach dem ein Eintrag des Geschlechts bei Intersexuellen nach Geburt mittlerweile verboten wird. DIE LINKE schließt sich auch hier den Forderungen der Intersexgruppen an. Durch den seit 2009 existierenden § 7 PStV ist es ohnehin möglich, den Geschlechtseintrag nach der Geburt freizulassen. DIE LINKE ist

der Meinung, dass die Eltern intersexueller Kinder durch ein Verbot des Geschlechtseintrags nach der Geburt eher angehalten werden, eine frühkindliche Operation durchzuführen.

■ Entsprechend ist die Veränderung des Vornamens und des Personenstandes für Intersexuelle und Transgender auf Antrag ohne Vorbedingung diskriminierungsfrei zu regeln.

Bunt und verlässlich: für eine emanzipatorische Familienpolitik

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, ob als Lebensgemeinschaft, Einelternfamilie, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist, wo Menschen, egal welcher sexuellen Orientierung, füreinander da sind.

DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden. Private Dienstleistungen nutzen nur besserverdienenden Familien – wer sie nicht bezahlen kann, hat Pech gehabt. Öffentliche Dienstleistungen dagegen stehen allen zur Verfügung und sichern, dass Menschen nicht weiter ausgegrenzt, sondern Probleme in prekären Lebenslagen wirklich wahrgenommen und bekämpft werden.

Der notwendige Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung stockt. Die öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hat sich vielerorts massiv verschlechtert. Angebote wurden reduziert, Musikschulen verteuert oder Bibliotheken geschlossen. Familienleben kann aber nur innerhalb eines leistungsfähigen Sozialsystems funktionieren. Familien müssen von der Gesellschaft unterstützt werden und brauchen soziale Sicherheit. Die Politik der letzten Jahre hat das Gegenteil bewirkt. Wegen des ständigen Sozialabbaus stiegen die finanziellen Belastungen der Familien.

Immer früher bricht in Kindergärten und Schulen der Wettlauf um den »Ernst des Lebens« aus, wird einseitig Leistung und Wettbewerb gefördert. Zugleich bleiben die ungleichen Ausgangsbedingungen unangetastet, die soziale Integration auf der Strecke.

■ DIE LINKE fordert ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagesbetreuungsangebot für Kinder, die ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird. Alle Kinder von einem Jahr an haben einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen.

■ Heute werden Eltern, die sich beide für Teilzeitarbeit während der Elterngeldzeit entscheiden, finanziell benachteiligt. Der Rechtsanspruch von Eltern auf paritätische Teilung der Elternzeit ist zu sichern.

■ Wir wollen kostenlose und hochwertige Essenversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung sicherstellen.

■ Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit sie Beruf und Familienleben vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in diesen Einrichtungen die Standards guter Arbeit realisiert werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, dann muss auch das Fachpersonal aufgestockt werden.

DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Die Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass alle die Möglichkeit haben, Beruf, Familie, Freizeit und Engagement in ihren Alltag zu integrieren.

■ Eltern brauchen als Beschäftigte mehr Rechte, um trotz Erwerbsarbeit genug Zeit für ihre Familie zu haben. Das individuelle Recht auf Teilzeitarbeit muss uneingeschränkt gelten. Die Entgeltstrukturen zwischen Industrie-, Dienstleistungs- und Sorgearbeiten sind nicht gleichwertig und müssen angepasst werden. Ein Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit ist einzuführen. Für Eltern wird ein besonderer Kündigungsschutz geschaffen, der bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes gilt.

■ Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.

■ DIE LINKE fordert einen flexiblen Elterngeldanspruch von zwölf Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) anstatt Herdprämien wie das Betreuungsgeld. Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt werden. Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes genommen werden können und gleichzeitig von beiden Elternteilen. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung der Erwerbs- und auch der Erziehungsarbeit zwischen den Eltern begünstigt. Junge Väter sind dabei zu unterstützen, sich mehr um ihre Kinder kümmern zu können.

■ Elterngeld steht allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden.

■ Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können. Die Förderung muss ausgebaut werden.

Kindheit und Jugend – frei von Armut und Ausgrenzung

Fast jedes fünfte Kind ist in unserem Land von Armut betroffen – eine Schande für eine so reiche Gesellschaft wie unsere und eine Katastrophe für jedes betroffene Kind. DIE LINKE will Kindern und Jugendlichen

ermöglichen, frei von Armut und Ausgrenzung aufzuwachsen. Kinder und Jugendliche haben eigene Rechte und einen eigenständigen Teilhabeanspruch. Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.

■ Gemeinsam mit zahlreichen Wohlfahrtsverbänden wird sich DIE LINKE für eine Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen einsetzen. Sie ist am tatsächlichen, verfassungsrechtlichen Existenzminimum der Kinder zu orientieren. Dieses liegt derzeit bei 536 Euro. Als Sofortmaßnahme ist das Kindergeld zu erhöhen: für die ersten zwei Kinder auf 200, für alle weiteren Kinder entsprechend gestaffelt. Die Hartz-IV-Sätze müssen verfassungsgerecht berechnet und entsprechend erhöht, das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft abgeschafft werden. Das Kindergeld darf nicht auf Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden.

■ Kindern und Jugendlichen sind weitgehend gebührenfreie Zugänge zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen, zu Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen zu ermöglichen. Jede Schülerin und jeder Schüler soll Zugang zu einem internetfähigen Computer bekommen. Kinder und Jugendliche benötigen eigene Räume, in denen sie sich abseits von Kosten- und Konsumzwängen treffen und betätigen, kulturelle Vorlieben entwickeln können sowie Unterstützung erfahren. Dabei sind die Partizipation und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sowie eine angemessene pädagogische und kulturelle hauptamtliche Begleitung sicherzustellen.

■ Wir wollen das Bildungsprogramm gegen Rassismus und für die Akzeptanz von unterschiedlichen Lebensentwürfen stärken.

■ Die seit Jahren anhaltenden Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen von Bund und Ländern rückgängig gemacht werden. Zum Neuaufbau von Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe ist ein Sofortprogramm notwendig, damit die örtlichen Träger ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und Schutz und Förderung der Kinder und Jugendlichen wirksam gewährleisten können. Wir wollen die regionalen Netzwerke zum Kinderschutz und die

Familienhebammen dauerhaft fördern, deren Angebote und Hilfen allen Familien zugänglich machen. Weiterhin muss die Haftpflichtversicherung für die Hebammen über die Krankenkassen in voller Höhe übernommen werden. Der Diskurs und die Durchsetzung hoher Standards für Ausstattung und Qualität der Angebote für Kinder und Jugendliche sind zu intensivieren.

Kultur für alle – kreativ, vielfältig, dialogorientiert

Die Künste, kulturelle Bildung, Erinnerungskultur sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Wir wollen Vielfalt des kulturellen Lebens und allen Menschen die Teilhabe an Kultur ermöglichen.

Kultur ist Alltagskultur und hohe Kunst gleichermaßen, kulturelles Erbe und Subkultur. Kultur ist Normalität und Irritation, Fortschritt durch Kreativität und staunende Besinnung auf Geschaffenes. Kultur und Kunst ermöglichen Kommunikation und Verständigung, Identität und Integration, Bildung, Freiheit und Selbstvergewisserung. Auch wenn Kunst verstören darf, stiftet sie doch Anregung. Kultur und Kunst setzen Impulse und stärken die Phantasie. Kultur ist nicht zuletzt Genuss und Freude. All das ist kein Luxus, den sich die Gesellschaft leisten sollte, sondern Sinn des Lebens.

DIE LINKE tritt für eine demokratische Kultur ein, in der alle in Deutschland Lebenden, unabhängig von ihrer sozialen, regionalen oder ethnischen Herkunft, ihre kulturelle Identität finden und ausdrücken können. Wir wollen das kulturelle Leben in allen Regionen und Milieus fördern als Basis für die Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft.

Linke Kulturpolitik richtet sich darauf, günstige Rahmenbedingungen und Freiräume für die Entwicklung der Künste und des kulturellen Lebens zu schaffen. Wir setzen uns für den Erhalt der öffentlichen Kulturförderung ein und wollen die vielfältige kulturelle Szene fördern – von den öffentlichen Einrichtungen über die

freie Szene, gemeinnützige Projekte und Initiativen bis hin zu kleinen Unternehmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und einer verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung stehen immer mehr Kommunen vor dem finanziellen Aus. Kürzungen setzen oft bei den sogenannten freiwilligen Leistungen wie der Kultur an. Es ist höchste Zeit umzusteuern und Maßnahmen zur finanziellen Stärkung von Ländern und Kommunen und zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur zu ergreifen.

Unterfinanzierung oder Schließungen von Einrichtungen, Personalabbau und Privatisierungen haben nicht zuletzt Folgen für die Kulturschaffenden. Deren wirtschaftliche und soziale Risiken haben sich vergrößert. Die Mehrzahl der Künstlerinnen und Künstler kann von ihrer künstlerischen Arbeit nicht leben. An den Gewinnen, die mit ihren Werken erwirtschaftet werden, sind sie nur unzureichend beteiligt.

Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich.

■ Wir wollen Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen und ein Urhebervertragsrecht, das die Verhandlungsmacht der Kreativen stärkt.

■ Die Verwertungsgesellschaften müssen transparent und demokratisch strukturiert sein. Für bildende Künstlerinnen und Künstler soll eine Ausstellungsvergütung eingeführt werden.

■ Die Künstlersozialversicherung muss erhalten und ausgebaut werden. Kreative, die freiberuflich und selbstständig vor allem in den neuen Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig sind, müssen besser in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden.

■ Der ermäßigte Umsatzsteuersatz für Kulturgüter ist eines der wesentlichen Instrumente indirekter Kulturförderung und sollte unbedingt beibehalten werden.

Die öffentliche Kulturförderung wollen wir stärken, indem wir den kooperativen Kulturföderalismus ausbauen.

■ Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Verantwortung des Staates für den Schutz und die Förderung der Kultur. Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz.

■ Wir wollen die Aufnahme einer Gemeinschaftsaufgabe Kultur ins Grundgesetz und den Wegfall des sog. Kooperationsverbotes, um das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Kulturfinanzierung endlich auf eine gesicherte Grundlage zu stellen.

■ Wir fordern einen Bundeskulturminister mit Kabinettsrang und ein Kulturministerium, um die Belange der Kultur gegenüber anderen Ressorts sowie auf europäischer Ebene wirksamer vertreten zu können.

■ Wir wollen einen Kulturbericht und ein Kulturkonzept des Bundes, das den veränderten Rahmenbedingungen kultureller Arbeit Rechnung trägt.

■ Wir wollen kulturelle Bildung für alle von Anfang an und eine demokratische Erinnerungskultur zur Auseinandersetzung mit unserer widersprüchlichen Geschichte.

Wir wollen, dass die UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt umgesetzt wird.

■ Wir setzen uns für die Förderung der Vielfalt von Kulturen im Einwanderungsland Deutschland, für interkulturelle Öffnung und interkulturellen Dialog in der Innen- und Außenpolitik ein.

■ Wir wollen die Partizipationsrechte der Minderheiten auf Bundesebene stärken und eine angemessene Ausstattung der Institutionen und Projekte zur Pflege und Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen erreichen.

■ Wir wollen die kulturelle Dimension der europäischen Einigung durch einen intensiveren Austausch und gemeinsame kulturelle Projekte fördern.

■ Kultur ist mehr als eine Ware und darf nicht nur unter kommerziellen Gesichtspunkten betrachtet werden. DIE LINKE tritt dafür ein, dass der in der UNESCO-Konvention festgehaltene besondere Charakter von Gütern und Leistungen im Kultur- und Medienbereich auch bei internationalen Freihandels- und Investitionsabkommen berücksichtigt wird.

Kultur- und Kreativwirtschaft von links

Die Kultur- und Kreativwirtschaft kommt dem Umfang nach großen Branchen wie Chemie, Maschinenbau oder Autoindustrie gleich. Ihre Bedeutung dagegen wird erst nach und nach erkannt.

Im Jahre 2011 arbeiteten 984 166 Selbstständige und versicherungspflichtige Menschen in der Kultur- und Kreativwirtschaft und setzten 143,38 Milliarden Euro um. Allgemein wird von elf Teilmärkten ausgegangen: Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Pressemarkt, Werbemarkt, Software- und Games-Industrie.

Die Begrifflichkeiten, wirtschaftsstatische Erhebungen und Förderinstrumente sind noch unzulänglich. Die Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft ist integraler Bestandteil linker Politik, ohne die ambivalente Situation in diesem stark anwachsenden Bereich zu ignorieren. Kultur- und Kreativwirtschaft bedarf einer linken Perspektive. Viele der Kreativen, der Künstlerinnen und Künstler und Kulturschaffenden arbeiten prekär und werden durch Erhebungen gar nicht erst erfasst. So sind z. B. viele Künstlerinnen und Künstler gezwungen, in diesem Bereich unternehmerisch tätig zu werden, weil sie von ihrer künstlerischen Arbeit allein nicht leben können. Sie müssen in unternehmerischen Risiken denken. Solche Verhältnisse führen zur betriebswirtschaftlichen Beschäftigung und nicht zum kreativen Output.

Die Besonderheiten der Branchen sind ihre Kleinteiligkeit, ihre Unzahl an Einzelunternehmungen und kleinere und mittlere Unternehmen auf der einen Seite. Auf der

anderen Seite hat Kreativität häufig etwas mit Phantasie und Enthusiasmus zu tun. Kein Musiker und keine Musikerin hört auf Musik zu machen, nur weil man davon nicht leben kann.

DIE LINKE will sich verstärkt um die Entwicklung dieser Branche bemühen und eigene, linke Akzente setzen. Die Verknüpfung von Kulturpolitik und Kultur- und Kreativwirtschaft ist dabei der Dreh- und Angelpunkt. Politik, Verwaltung und Akteurinnen und Akteure müssen ressortübergreifend denken und arbeiten. Schnittstellen müssen ausgebaut und neu geschaffen werden.

DIE LINKE möchte die Förderinstrumente für diesen Wirtschaftszweig spezialisieren und ausbauen. Ressortübergreifende Förderprogramme müssen eingerichtet werden. Befindlichkeiten sollen durch gegenseitiges Verständnis von Kreativen und Wirtschaftsverwaltung ersetzt werden.

Die Kleinteiligkeit und die damit verbundene Unorganisiertheit der Kreativbranchen bedarf einer speziellen Netzwerkförderung, wie beispielsweise von Verbandsstrukturen, um Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aufzubauen.

Die regionalen Kompetenzzentren für die Kultur- und Kreativwirtschaft sind personell zu vergrößern und besser auszustatten, damit nicht zuletzt auch Beratungsleistungen verstärkt angeboten werden können.

Die spezifischen Arbeitsbedingungen der Kreativen müssen verbessert werden. Die Honorar- und Gehaltssituation muss genauso verbessert werden wie die Alterssicherung. Verbindliche Ausstellungshonorare für Einrichtungen der öffentlichen Hand können ein erster Schritt dazu sein. Die Öffnung der Künstlersozialkasse für weitere Berufsgruppen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft trüge der prekären Lage vieler Kreativer Rechnung. Fortbildung muss auch für künstlerische Bereiche förderfähig sein.

II. Die Krise überwinden. Demokratie und Sozialstaat verteidigen – hier und europaweit

Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Der Kapitalismus erweist sich als unfähig, die brennendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Der Finanzkapitalismus setzt auf Verschärfung von sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf, Löhne und Gehälter zu drücken und die Reichen aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend zu entlassen. Die Suche nach kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist zum treibenden Moment der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Demokratie wird zum Hindernis für Profitstreben erklärt und gerät unter Druck.

Maßgebliche Ursache dieser Krise sind Ungleichgewichte in der Außenwirtschaft in Europa. Die übermäßigen Exportüberschüsse der einen führen zur Verschuldung der anderen, die zu viel importieren müssen. Am Anfang jeder Krisenlösung steht: Abbau der Ungleichgewichte, steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern, Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.

DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag die vermeintliche »Euro-Rettung« und den Fiskalpakt abgelehnt. Die Politik der Bundesregierung hat die Krise verschärft. Gerettet werden nicht Staaten oder Menschen, sondern Banken und Vermögende. Die Bundesregierung und die Troika nutzen die Krise zugleich für den größten Angriff auf Demokratie und Sozialstaat in Europas Nachkriegsgeschichte.

Die Politik der Regierung Merkel hat die Finanzmarktkrise zur Staatsschuldenkrise umgedeutet. Das verkehrt Ursache und Wirkung. Nicht überhöhte Ausgaben und Ansprüche haben die Krise in Europa verursacht. Vielmehr ist der Dreiklang von Umverteilung nach oben, Deregulierung und Privatisierung wesentlich für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. In Deutschland ist er mit der Agenda

2010 und der Liberalisierung der Finanzmärkte unter rot-grüner Regierung zum Durchbruch gekommen. Große Unternehmen, Banken und Vermögende zahlten immer weniger Steuern. Eine Krisenpolitik, die der Bankenrettung auf Kosten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner in Europa den Vorrang gegeben hat, hat diese Entwicklung befestigt.

Deutschland hat – unter der Regierung Merkel und dem Finanzminister Steinbrück – eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa insgesamt destabilisiert. Durch Kürzungsdiktate (»Austerität«), die Sozialstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit beschädigen, wird die Logik des neoliberalen Finanzkapitalismus weiter bedient.

DIE LINKE will dagegen

- 1)** einen Schutzschirm für Menschen statt für Banken und die Profiteure der Krise zur Kasse bitten,
- 2)** eine stabile, nachhaltige und sozial gerechte wirtschaftliche Entwicklung in Europa einleiten und
- 3)** eine langfristig tragfähige Perspektive für die europäische Einigung schaffen.

Dafür ist es notwendig, die Talfahrt der Löhne, die durch den Niedriglohnbereich in Deutschland angefeuert wird, zu beenden und die Finanzierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten durch europaweite Besteuerung von Reichtum zu verbessern. Die Finanzmärkte und die Banken müssen demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Eine Umverteilung von oben nach unten würde ausreichend Mittel für einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit bereitstellen: in Deutschland und in ganz Europa.

■ DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Europäischen Linken, in allen EU-Staaten

eine einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit sollen die durch Bankenrettungen und Finanzkrisen entstandenen höheren Staatsschulden zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden, ohne Kürzung von öffentlichen und sozialen Leistungen. Für Betriebsvermögen wird ein gesonderter Freibetrag berücksichtigt.

■ Sehr hohe Einkommen sollen mit einer Reichensteuer von 75 Prozent auf jeden Euro Einkommen von über einer Million Euro im Jahr besteuert werden (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge).

■ Wir setzen uns für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent ein.

DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für soziale und steuerliche Mindeststandards ein. Eine Angleichung der Lebensstandards nach unten muss so verhindert werden. Durch internationalen solidarischen Kampf können die Lebensbedingungen verbessert werden.

Für einen gerechten Weg aus der Krise: keine Bankenrettungen auf Kosten der Bevölkerung

Die Bundesregierung behauptet, die Krise sei von den Bevölkerungen der am höchsten verschuldeten Länder zu verantworten: durch ihren Unwillen, härter zu arbeiten und den »Gürtel enger zu schnallen«. Diese Behauptung lenkt von den tatsächlichen Ursachen der Krise ab. Verschwiegen wird, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben hat – es profitieren nicht zuletzt deutsche Banken.

Wir wollen aus der Schuldenspirale aussteigen. Die wirklichen Verursacher und Profiteure der hohen Staatsschulden müssen zur Verantwortung gezogen werden. Bankenrettungen sind nicht mit Steuergeldern, sondern durch die Eigentümer und Gläubiger zu finanzieren. Die Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparer sind dabei öffentlich abzusichern.

■ Um den Bankensektor gezielt an den Krisenkosten zu beteiligen, befürworten wir die Einführung einer Bankenabgabe.

■ Gleichzeitig muss der Kampf gegen Steuerflucht verschärft werden: durch automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen.

■ Kurzfristig muss die öffentliche Kreditaufnahme von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden. Es ist nicht einzusehen, dass sich Banken billig bei der Europäischen Zentralbank (EZB) Geld leihen können, um es anschließend teuer an die Staaten weiter zu verleihen.

■ Die Europäische Zentralbank soll die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren. Als ersten Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen, die zu ihrer Refinanzierung Zentralbankkredite aufnehmen kann.

■ Die Programme zu Sozialabbau und Kürzungen in der Europäischen Union werden umgehend gestoppt und rückgängig gemacht.

Dass die Banken sich verselbstständigt haben, hat die Finanzkrise verschärft; die Rettung der Banken durch die Staaten und ihre nachfolgende Zinspolitik hat die Staatsschuldenkrise in den europäischen Staaten beschleunigt. DIE LINKE steht dafür, dass die Banken in die Verantwortung genommen werden.

Der Bankensektor ist umzubauen. Die Aufgaben und Funktionen müssen neu gefasst werden: Sie müssen zuallererst einen zuverlässigen und kostengünstigen Zahlungsverkehr inklusive einer entsprechenden Bargeldversorgung sicherstellen. Zweitens müssen Banken auf die Rolle als Kapitalsammelstellen begrenzt werden, die für Sparerinnen und Sparer sichere, verständliche und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit deren und weiterem

Geld riskante Geschäfte zu tätigen. Drittens müssen Banken ihre Finanzierungsfunktion erfüllen, indem sie die Investitionen der Unternehmen und des Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredite finanzieren. Das Ziel muss sein, den Finanzsektor in seinem Volumen erheblich zu schrumpfen und seine ökonomische wie politische Machtposition zurückzudrängen.

Um das Bankensystem wieder funktionsfähig zu machen, müssen zunächst alle Verlustrisiken, die noch in den Bankbilanzen stecken, offengelegt werden. Dazu müssen die gefährdeten Vermögenswerte der einzelnen Banken zu Marktpreisen in separate Einheiten ausgelagert werden. Wo derzeit keine Marktpreise zu ermitteln sind, müssen die »Schrottpapiere« zum Preis von Null bewertet werden. Für den Fall, dass dadurch das Eigenkapital aufgezehrt wird, wollen wir ein Verfahren für die Insolvenz und Neustrukturierung entwickeln. In diesem Verfahren müssen zunächst die Eigentümer und dann die Gläubiger für die Verluste der Bank herangezogen werden. Einlagen von privaten Sparerinnen und Sparern sind bis 100.000 Euro zu sichern, wie gesetzlich vorgesehen. Wenn weiteres Eigenkapital vonseiten des Bundes zur Verfügung gestellt wird, wird er damit Eigentümer der Bank und nutzt dies zum direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik.

■ Gegen das Monopol der privaten Rating-Agenturen wollen wir eine öffentliche, europäische Rating-Agentur schaffen. Ratings der privaten Agenturen dürfen nicht Gegenstand von verbindlichen Regeln der EU sein. DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜV, der die Geschäftspraktiken der Finanzbranche und sämtliche angebotenen Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung genehmigen muss.

Die Banken müssen stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind auszuschließen. Das Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen zu erzielen – ist als Geschäftsfeld abzuwickeln. Das Finanzsystem braucht keine Spielbanken. Modell des neuen Finanzwesens sind Sparkassen und

Genossenschaftsbanken; die so zu schaffenden Banken werden wie die Sparkassen aufs Gemeinwohl verpflichtet.

■ Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden. Dies geschieht direkt, sofern sie ihren Geschäftssitz in Deutschland haben. Wenn sie ihren Geschäftssitz im Ausland haben, brauchen wir indirekte Formen der Regulierung, die sich gegen Schattenfinanzplätze und die Verknüpfungen mit dem deutschen Bankensektor richten.

■ Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen, Landesbanken wollen wir verkleinern und ebenfalls demokratisch kontrollieren und verwalten.

■ Dispo-Zinsen sind auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes zu begrenzen.

Banken zu regulieren, kann nicht durch die Banken selbst geschehen. Sie müssen demokratischen Kontrollinstanzen unterworfen werden. Die Übertragung der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB) ist abzulehnen, da es dieser an unmittelbarer demokratischer Legitimation fehlt.

■ In die Gremien gehören nicht nur »Expertinnen und Experten« oder Politikerinnen und Politiker, sondern auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände und andere zivilgesellschaftliche Akteure. Solche Organe prüfen und kontrollieren nicht nur die Geschäftstätigkeit, sie haben auch eine Verantwortung, zur Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie beizutragen.

Neustart der Europäischen Union: demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich

DIE LINKE steht für einen Neustart der Europäischen Union. Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE

für einen Politikwechsel in Europa: Für eine andere, eine bessere EU. Ausgangspunkte unserer Politik für die Weiterentwicklung der Sozial-, Wirtschafts- und Friedensunion sind Menschen, nicht Märkte, Solidarität statt brutaler Wettbewerb, Demokratie und Mitbestimmung statt elitärer Hinterzimmerdiplomatie. Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung, Armut und Krieg. Wir wollen eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert ist. Wir wollen ein Europa, das nicht Massenarbeitslosigkeit, eine ‚verlorene Generation‘ der Jugend und massive Armut schafft, sondern soziale Missstände wie diese entschieden bekämpft. DIE LINKE steht gegen die Pläne aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien, die EU-Kommission zu einem sanktionsbewehrten Kontrollinstrument der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu machen. Wir wehren uns gegen die Logik einer weiteren Entmachtung der Parlamente – sie widerspricht demokratischen Traditionen in Europa. DIE LINKE hat den Vertrag von Lissabon abgelehnt und fordert eine grundlegende Veränderung der vertraglichen Grundlagen der EU, um die Voraussetzungen für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu schaffen.

Die Krise in Europa ist auch Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen Union. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht gibt es eine umfassende neoliberale Ausrichtung, liegen die Schwerpunkte auf der Freizügigkeit des Kapitals und auf Wettbewerbsvorteilen der wirtschaftlich starken Länder. In der Vergangenheit sind Versuche gescheitert, gemeinsame soziale Standards oder Korridore zu definieren. Gleichzeitig werden auf der europäischen Ebene vermehrt Entscheidungen getroffen, die die Handlungsspielräume für nationalstaatliche Politik verringern. Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland um gute soziale Standards ringen.

Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für ein Ende des Euro ein.

Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Austerität, der Kürzungspolitik, beendet wird. Es ist die Politik von Troika, Merkel & Co, die die Gemeinschaftswährung zerstört. Die Währungsunion muss vom Kopf auf die Füße gestellt und neu ausgerichtet werden, damit sie nicht die Spaltungen vertieft, sondern die Ungleichheiten überbrücken hilft und eine friedliche und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert. Dazu müssen die Kürzungsdiktate beendet und in Zukunft die Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken der Euro-Mitgliedsländer enger so abgestimmt werden, dass der heute vorherrschende Wettbewerb durch Steuer-, Sozial- und Lohndumping unterbunden wird. Mittels einer Europäischen Ausgleichsunion müssen die Euro-Staaten auf das Ziel ausgeglichener Handelsströme verpflichtet werden, bei dem nicht primär Länder mit hohen Lohnzuwächsen bestraft, sondern Länder mit zu niedrigen Lohnzuwächsen und abgesenkten Sozialstandards (Stichwort Agenda 2010 und Rente erst ab 67) wie insbesondere Deutschland zu höheren Lohn- und Sozialstandards aufgefordert werden. Die Antwort der europäischen Linken auf die Krise in Europa muss daher der gemeinsame Widerstand über Ländergrenzen hinweg – für höhere Löhne, bessere Sozialstandards und Arbeiterrechte – sein. In Deutschland ist ein Strukturwandel erforderlich, der von der Exportorientierung hin zu einer deutlichen Stärkung der Binnenwirtschaft mit gut abgesicherten und vergüteten Arbeitsplätzen umsteuert. Ein solcher Wandel, der der großen Mehrheit der Beschäftigten und Erwerbslosen in Deutschland deutlich zugutekommen würde, wäre zugleich der beste Beitrag für eine Entschärfung der Euro-Krise, denn höhere Löhne und Sozialleistungen in Deutschland reduzieren den Druck zu Sozial- und Lohnkürzungen in den anderen Euro-Ländern.

DIE LINKE steht für einen Neuanfang in Europa und einen grundlegenden Politikwechsel der Europäischen Union. In der EU wird Wettbewerb kontrolliert – wir wollen, dass die Einhaltung von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet werden.

■ Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt werden.

■ Sozialstaatlichkeit muss zu den Zielen und Werten der EU gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung der EU-Politiken haben. In die Verträge muss eine »Soziale Fortschrittsklausel« aufgenommen werden, die den sozialen Grundrechten Vorrang vor den »Grundfreiheiten« des Kapitals gibt.

■ Wir wollen, dass Lohndumping in der EU abgeschafft wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.

■ Um mit dem finanzgetriebenen Kapitalismus zu brechen, bedarf es eines Neuanfangs in eine demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung.

■ Es müssen sofort wirksame Schritte gegen Massenarbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit der Jugend in den Krisenländern eingeleitet werden. Dazu fordert DIE LINKE ein Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt. Der DGB hat dazu einen »Marshall-Plan für Europa« vorgeschlagen.

Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Union umgestaltet werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht geeignet.

■ Wir wollen eine Europäische Union, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert. DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben. Sozialstaatlichkeit muss in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geschützt werden.

■ Die in jüngster Zeit im Europäischen Rat verstärkt propagierte Schaffung einer »Echten Wirtschafts- und Währungsunion« zielt auf einen noch stärkeren Sozialabbau

und eine weitere Entdemokratisierung durch Einschränkung der Rechte der nationalen Parlamente und die weitgehende Ausschaltung des Europäischen Parlaments. Durch die immer stärkere Ersetzung von Unionsrecht durch Vereinbarungen zwischen EU-Organen und Mitgliedstaaten findet zugleich eine weitere Desintegration der EU statt. Ähnliche Vorstellungen hat Bundeskanzlerin Merkel mit dem von ihr vorgeschlagenen »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit« auf dem »Wirtschaftsgipfel« in Davos vertreten. Beidem wird DIE LINKE mit Entschiedenheit entgegentreten.

■ Von der neuerdings vielfach geforderten Freihandelszone zwischen der EU und den USA erwarten wir keine positive Entwicklung. Besonders im Bereich der Landwirtschaft ließe die unbeschränkte Einfuhr gentechnisch behandelter Produkte unüberschaubare Konsequenzen befürchten. Auch erwarten wir eine verschärfte Konkurrenz zwischen den jeweiligen Großunternehmen in den USA und Deutschland zu Lasten einer notwendigen aufholenden Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten mit aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Besonders im Bereich der Finanzdienstleistungen ist zudem eine völkerrechtliche Zementierung von Niedrigstandards – wie etwa im US-Staat Delaware – zu befürchten. Auf keinen Fall kann akzeptiert werden, dass die Daseinsvorsorge uneingeschränkt Gegenstand unregelter Weltmarktkonkurrenz wird.

■ Die Rechte des Europäischen Parlaments wollen wir stärken und basisdemokratische Elemente in der EU schaffen und ausbauen. In der EU müssen verbindliche Volksbegehren und Volksentscheide möglich werden, mit denen auch die EU-Verträge geändert werden können.

■ Der Neuanfang Europas setzt eine grenzüberschreitende Verständigung von »unten« über die gemeinsamen Interessen und Ansprüche voraus. Um Demokratie zu verwirklichen, müssen die Beschäftigten, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen ihre Kämpfe in Europa koordinieren und intensivieren. Wir wollen auf

Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem hinarbeiten. Dabei müssen die besonderen deutschen Restriktionen des Streikrechts beseitigt werden: Das Recht auf politischen Streik muss in ganz Europa ausgeübt werden können.

■ Eine demokratische Öffentlichkeit in Europa bedarf der Schaffung europaweiter öffentlich-rechtlicher Medien und Plattformen und eines gleichberechtigten Zugangs für politische und soziale Kräfte.

Insbesondere die deutsche Regierung drängt, die Märkte in der EU über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen. Dadurch werden die Standards für demokratische und soziale Grundrechte beschädigt:

Europol hat weitreichende Befugnisse zur Datenerhebung und Speicherung. Neben Daten zu Verurteilten und Verdächtigen werden auch Informationen erhoben zu: Kontakt- und Begleitpersonen, darunter bei Ermittlungen zusammengetragenes Material wie Videos und Fotos, aber auch »Lebensweisen« und »Gewohnheiten«, Datenspuren aller digitalen und analogen Kommunikationsmittel, Stimmenprofil, Blutgruppe oder Gebiss. Auch die Speicherkategorien »rassistische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit« bestehen.

■ DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Grundrechte in Europa gestärkt werden: gegen Profiling und verdachtsunabhängige Datenspeicherung, für eine demokratische Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte. Im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf anwaltliche Unterstützung und Übersetzung gesichert werden. Die Reisefreiheit muss innerhalb von Europa für alle gelten.

Die EU ist der größte Rüstungsexporteur der Welt mit einem Weltmarktanteil von 34 Prozent. In der Krise wuchs der Gesamtumsatz der internationalen Rüstungsgeschäfte in den letzten fünf Jahren um ein Viertel. Wir wollen Europa abrüsten. Das betrifft die Produktion und den Export von Waffen – und die Militarisierung der Außengrenzen:

■ Die EU-Rüstungsagentur fördert Rüstungsproduktion und -export. DIE LINKE will die EU-Rüstungsagentur abschaffen und Rüstungsexporte EU-weit verbieten.

■ Frontex, die Agentur zur »Sicherung« der Außengrenzen, ist und bleibt Symbol der unmenschlichen Abschottungspolitik der EU gegenüber Menschen in Not. DIE LINKE will Frontex auflösen und kämpft für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik.

■ Die Dublin-II-Verordnung legt fest, in welchem Mitgliedsstaat ein Asylantrag gestellt werden kann, und ist faktisch eine Drittstaatenregelung. Ein Asylantrag kann meist nur in dem Land gestellt werden, in dem die Außengrenzen der EU überschritten wurden. Die Verordnung ist Grundlage für die unmenschliche Asyl- und Abschottungspolitik. Wir wollen ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit für Flüchtlinge in der Europäischen Union schaffen. Dafür muss das Zuständigkeitsprinzip der »illegalen Einreise« durch das Prinzip der »freien Wahl des Mitgliedsstaates« ersetzt werden.

■ DIE LINKE setzt sich für die bedingungslose Aufhebung des »Gemeinsamen Standpunktes« der EU gegenüber Kuba sowie für die Beendigung der US-amerikanischen Blockadepolitik gegen Kuba ein.

III. Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg

Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit sowie die Konkurrenz um knappe Ressourcen führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger, Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Durch Kriege werden Menschen getötet, aber auch ihre Umwelt und Lebensräume zerstört. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität.

Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen und ein Verbot von Rüstungsproduktion und Rüstungsexporten – das wären wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Wir wollen die Rüstungsindustrie auf zivile Produktion umbauen, so dass die Arbeit der Beschäftigten nicht im Dienste von Krieg und Zerstörung steht. Statt Milliarden für Rüstung und Militär auszugeben, sollen alternative Energien, der öffentliche Verkehr mit neuen Verkehrssystemen und die öffentliche Daseinsvorsorge ausgebaut werden.

Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden

Wenn die Bundesregierung von »deutschen Interessen« spricht, sind fast immer wirtschaftliche Interessen wie Rohstoffsicherung oder der Zugang zu Absatzmärkten gemeint. Um diese zu sichern, haben CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne offen militärische Mittel eingesetzt, mit Krieg gedroht und Krieg geführt. DIE LINKE stellt sich gegen jede imperialistische Politik und steht für eine konsequente Friedenspolitik.

Deutschland und die EU sollen sich weder an Völkerrechtsbruch und Kriegen beteiligen noch diese direkt oder indirekt unterstützen. Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die Kriege dieser Welt! DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der Außenpolitik ab.

■ Wir fordern den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und dass nahtlos ein tragfähiges, ziviles Konzept umgesetzt wird, das dem afghanischen Staat ermöglicht, die bisher in Teilen von der Bundeswehr übernommenen Sicherheitsaufgaben selbst zu gewährleisten, sowie die Beendigung aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir setzen uns für die lückenlose Aufklärung und ggf. strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen und Angriffen, insbesondere auf Zivilpersonen, seitens der Sicherheitskräfte und Soldaten in den unter deutscher Beteiligung stehenden Auslandseinsätzen ein.

■ Die Bundesrepublik soll die Gelder, die insgesamt bisher für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan verwendet werden, in ihrer Gesamtsumme für mindestens zehn Jahre für zivile Projekte und Wiederaufbau in Afghanistan zur Verfügung stellen.

■ Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt in Kriegshandlungen involviert sind.

■ Wir wenden uns gegen einen zivil-militärischen Europäischen Auswärtigen Dienst, die Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der GASP und ESVP und lehnen eine Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab.

■ Wir fordern die Beendigung der Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen, die zur Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen.

■ Der Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee muss gestoppt, ihre Personalstärke in Konversionsprozessen für Betroffene und Standorte weiter abgesenkt werden. Wir wollen die Bundeswehr zu einer strukturell nicht angriffs- und interventionsfähigen Armee abrüsten. Die Bundeswehr muss in den kommenden vier Jahren drastisch reduziert werden. DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne Kriege.

■ Wir setzen uns für ein Ende aller Militärberatungsmissionen ein, da diese weltweit zu einer Verschärfung von Konflikten führen.

■ DIE LINKE wendet sich gegen den Bau teurer Ausbildungszentren, in denen die Bundeswehr Interventionseinsätze und Stadtkampf übt, wie es in Sachsen-Anhalt vorgesehen ist.

Militärinterventionen werden oftmals mit Verweis auf »Sicherheit« gerechtfertigt: »Sicherheit vor Terrorismus« oder »Sicherheit vor regionaler Destabilisierung«, die militärisch hergestellt werden soll. Gegen dieses Verständnis von Sicherheit stellen wir den Ansatz der Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Das Erstarken von gewalttätigen Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche Destabilisierung haben ihre Ursachen fast immer in Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

Daran tragen die Konzerne und die Politik der Bundesregierung entscheidend Mitverantwortung. Wir stellen uns gegen diese aggressive Politik und sind solidarisch mit allen Menschen weltweit, die für Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie kämpfen. Das ist die Alternative zur militärischen Intervention. Wir wollen die Lösung der Konfliktursachen und die Gewaltvorbeugung in den Mittelpunkt der deutschen Politik stellen.

DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Mit »zivil-militärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung der Außenpolitik nur verschleiert. Die Einbindung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe in Aufstandsbekämpfungsstrategien – wie etwa in Afghanistan – verhindert Entwicklung, widerspricht dem Gebot der Neutralität und gefährdet sowohl die Bevölkerung als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Entwicklungsorganisationen.

■ Wir wollen eine Neuausrichtung staatlicher Politik auf gewaltlose und sozial gerechte Friedensförderung. Die Beteiligung der lokalen Bevölkerung ist dabei besonders wichtig. Projekte zum Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung in den Ländern des Südens sollen umfassend gefördert werden. Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, der speziell ausgebildete Fachleute in Konfliktgebiete entsendet, aufstocken. Die Zahl der derzeit 300 Friedensfachkräfte im Einsatz wollen wir bis 2017 auf mindestens 600 erhöhen. Finanziert werden kann das mit einem Teil der Gelder, die durch den Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr eingespart werden. Wir wollen Zivilklauseln in den Gesellschafterverträgen der Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankern.

■ Auch innerhalb Deutschlands darf der Einsatz der Bundeswehr und militärischer Gewalt kein Mittel der Politik werden. Soziale und politische Konflikte müssen friedlich und demokratisch gelöst werden – nicht durch Drohung oder gar den Einsatz militärischer Gewalt, sondern durch Ausweitung demokratischer Beteiligungsrechte. DIE LINKE wendet sich deshalb entschieden gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Wir machen uns stark für den Aufbau eines europäischen Zivilen Friedensdienstes.

Soziale Gerechtigkeit weltweit

Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur in Deutschland immer weiter auseinander. Weltweit hungern über eine

Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Dagegen werden die wenigen Reichen immer reicher.

Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist deshalb eine direkte Vorbeugung vor Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen die ungerechten weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen so verändern, dass reale Entwicklungschancen für die Menschen entstehen. Die deutsche und europäische »Entwicklungshilfe« ist oftmals an erpresserische Strukturreformen geknüpft und untergräbt somit eigenständige Entwicklung.

Deshalb setzen wir uns für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen in den Ländern des Südens ausgerichtet ist.

Ein sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen und die Umstellung auf erneuerbare Alternativen hier in Deutschland ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit – und trägt dazu bei, Ressourcenkonflikte zu vermeiden. Die Herausforderungen, die der Klimawandel für Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssen solidarisch und global gelöst werden. Die, die am stärksten unter den Folgen leiden, benötigen besondere Unterstützung. Die Klimafinanztransfers Deutschlands sollen bis 2020 auf sieben Milliarden Euro jährlich ansteigen und zusätzlich zur bestehenden Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt werden. Daneben muss die Zusage der Bundesregierung aus dem Jahr 2008 über jährlich 500 Mio. Euro für den internationalen Biodiversitäts- und Waldschutz eingehalten werden.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder gefährden, müssen beendet werden. Dasselbe gilt für Freihandelsabkommen. Es dürfen nicht länger neoliberale Strukturanpassungen erzwungen werden. Die internationalen Finanzmärkte müssen reguliert und insbesondere Spekulationen mit Nahrungsmitteln unterbunden werden.

■ Land- und forstwirtschaftliche Produkte dürfen nur eingeführt werden, wenn sie nachweislich fair, nachhaltig sowie unter Berücksichtigung der europäischen Vorgaben des Verbraucherschutzes produziert wurden. Dazu sind Zertifizierungs- und Kontrollkriterien zu entwickeln. Der Import von Agro-Sprit muss verboten werden, weil er die Ernährung der Menschen und die biologische Vielfalt im globalen Süden gefährdet. Die Aneignung großer Landflächen ist generell zu unterbinden, insbesondere in ärmeren Ländern. Eine hohe Eigenversorgung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf nationaler und europäischer Ebene durch optimale Nutzung der natürlichen, ökonomischen und personellen Ressourcen sehen wir als unseren solidarischen Beitrag zur Lösung der Welt Ernährungsprobleme.

■ Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden.

Wir setzen uns gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften für Abkommen der EU ein, die tatsächlich eine Entwicklung ermöglichen und fördern; die gerechten, solidarischen Handel, kulturellen Austausch und technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit umfassen. Wir fordern einen ehrlichen und solidarischen Wissenstransfer. Die Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungs- und Schwellenländern dienen dagegen einseitig den Interessen transnationaler Konzerne.

Wir unterstützen die gleichberechtigte und solidarische Zusammenarbeit von Ländern, wie etwa das ALBA-Bündnis in Lateinamerika, und wenden uns gegen die anhaltende Blockade westlicher Staaten gegenüber Kuba.

Rohstoffe müssen angemessen bezahlt werden, um die Einnahmen der rohstoffreichen Länder des Südens zu erhöhen. Gleichzeitig soll durch eine Verteuerung der Rohstoffe auch eine ressourcensparende Produktion forciert werden. Die Verarbeitung von Rohstoffen in den Herkunftsländern muss gezielt gefördert

werden, um einen Teil der Wertschöpfung in den Herkunftsländern zu belassen.

■ Deutsche Konzerne müssen verpflichtet werden, die sozialen und demokratischen Rechte weltweit zu wahren. Durch gesetzliche Regelungen, deren Einhaltung unabhängig überprüft wird, durch Transparenz und Rechenschaftspflicht kann verhindert werden, dass in Deutschland Waren verkauft werden, die unter unmenschlichen Bedingungen in armen Ländern geerntet, abgebaut oder produziert wurden. Die Einfuhr von Produkten aus Kinderarbeit soll unterbunden werden. Wir setzen uns für verbindliche Regeln für multinationale Unternehmen ein. Betroffene aus den Ländern des Südens sollen gegen Konzerne auch an deren Heimatstandorten klagen können.

■ DIE LINKE fordert hierfür z.B. eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller Zulieferer für deutsche Firmen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion selbst, für die Baumwolle in T-Shirts wie für die Arbeitsbedingungen der Näherinnen und Näher.

Das internationale Recht stärken und Menschenrechte für alle

DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften. Das Gewaltverbot, wie es die UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden.

Auch die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte ist dem Gewaltverbot der UNO-Charta untergeordnet. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegründung zu missbrauchen, wie es alle Bundesregierungen der letzten 15 Jahre getan haben.

Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten. Menschenrechte dürfen nicht als taktische Manövriermasse genutzt werden, um den Einsatz von Militär zu rechtfertigen – so wie es alle anderen

Parteien tun. Die Bundesregierung verweigert bis heute die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Einzelpersonen bei Verletzung dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.

Wir wollen die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen erreichen. Die zivilen UN-Gremien müssen effizienter gestaltet, finanziell besser gestellt und politisch gestärkt werden. Wir lehnen die Militarisierung der UN ab. So sollten Fragen der globalen wirtschaftlichen Entwicklung in den Gremien der Vereinten Nationen wie dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) und der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) verhandelt werden und nicht in selbst mandatierten Zirkeln wie den G8 oder den G20.

Die Legitimität des Sicherheitsrates soll erhöht werden. Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Repräsentanz afrikanischer, lateinamerikanischer und südasiatischer Staaten ein und für die Gleichberechtigung der Sicherheitsratsmitglieder. Ein ständiger deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat wird von uns abgelehnt.

Die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind, muss mehr entscheiden können.

Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben

*Leopard-Kampfpanzer für Saudi-Arabien, deutsche Sturmgewehre bei Gaddafi, atomwaffenfähige U-Boote in Israel: Das sind nur drei der deutschen Rüstungsexportskandale der vergangenen Jahre. Sie zeigen, wie skrupellos und unkontrolliert Deutschland Kriegsgerät exportiert. Nur die USA und Russland sind im »Geschäft mit dem Tod« noch hemmungsloser als Deutschland. Deutschland gehört weltweit zu den größten Herstellern von Kleinwaffen, von Sturmge-
wehren, Pistolen und Revolvern. Weltweit sind etwa 875 Millionen Kleinwaffen im Umlauf, jeden Tag werden über 1300 Menschen durch Kleinwaffen getötet.*

Unsere internationale Politik zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes, fördert Unterdrückung und macht es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen.

■ Als ersten Schritt fordern wir das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken. Es sind gerade diese so genannten Kleinwaffen – Sturmgewehre und Maschinenpistolen – mit denen die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet werden, sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts.

■ Rüstungsexporte dürfen nicht mehr mit Steuergeldern unterstützt werden, weder durch die staatliche Absicherung mit Hermesbürgschaften noch durch Ausbildungsunterstützung oder über andere Wege.

■ Als weiteren Schritt fordern wir, dass Rüstungsproduktion und -exporte nicht mehr staatlich unterstützt werden und deshalb eine flächendeckende Zivilklausel für die Wissenschaft und unterstützen entsprechende Bewegungen an Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Institutionen.

■ DIE LINKE spricht sich für die Einstellung sämtlicher Rüstungsproduktionen in der Bundesrepublik Deutschland aus. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Kirchen, der Friedensbewegung u. a. in einen neuen Prozess der Debatte über Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie eintreten, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir knüpfen damit an die friedens- und wirtschaftspolitischen Debatten der Gewerkschaften in den 1980er Jahren und die Konversionsdiskurse Anfang der 1990er Jahre im Rahmen der Auflösung der NVA an. Ein umfassendes Produktionsverbot ist das beste Mittel zur Eindämmung und Verhinderung von Rüstungsexporten.

■ Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll sowohl durch öffentliche Gelder als auch durch die davon betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände finanziert werden.

■ DIE LINKE fordert ein Beteiligungsverbot deutscher Unternehmen an internationalen oder ausländischen Rüstungsunternehmen.

Zur Vision einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im eigenen Land.

■ Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden.

■ Es dürfen keine modernisierten Atombomben in Deutschland stationiert werden und keine Mittel für die Modernisierung der Trägerflugzeuge für den Abwurf von Atombomben bereitgestellt werden.

■ DIE LINKE tritt in der nächsten Legislaturperiode mit Nachdruck für eine vertragliche Ächtung von Atomwaffen weltweit ein.

■ Bundeswehr oder die Polizeien des Bundes und der Länder dürfen keine Kampf- und Überwachungsdrohnen anschaffen oder sich am Betrieb solcher Systeme bspw. im Ausland beteiligen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, alle unbemannten Kampfsysteme (bewaffnete Drohnen und Kampfroboter) im Rahmen einer internationalen Konvention (nach dem Vorbild des Streumunitions- oder des Biowaffenverbots) international zu ächten.

Wir fordern die Auflösung der NATO. Sie soll durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands ersetzt werden, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt.

DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

IV. Die Gesellschaft sozial, ökologisch und barrierefrei umbauen und die Wirtschaft demokratisieren

Soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften, Barrierefreiheit und ein gutes Leben sind miteinander verbunden: Alternative Produktion und Konsumtion werden sich nur dann in der ganzen Gesellschaft durchsetzen, wenn sie gleichzeitig zu mehr sozialer Gleichheit führen.

Ein neues Solidarversprechen für die Regionen in Ost und West

Nicht nur zwischen sozialen Schichten, sondern auch zwischen ganzen Regionen überall in Deutschland bildet sich ein zunehmendes Gefälle heraus. Und es verstärkt sich weiter. Aufstieg und Wachstum einerseits mögen verdecken, dass andererseits Abstieg und Prekarisierungsprozesse ganzer Regionen stattfinden. Das gilt für die gesamte Bundesrepublik. So ist Ostdeutschland mittlerweile nicht mehr die größte geschlossene Krisenregion Deutschlands, sondern zu einem Flickenteppich von Regionen mit prekärem Status einerseits und Gebieten mit Zukunftschancen und relativer Stabilität andererseits geworden. Auch im Westen bilden sich vergleichbar prekäre Regionen heraus. Das macht die Sache nicht besser, aber es macht deutlich, dass wichtige soziale Differenzen heute und zukünftig nicht mehr allein vor dem Ost-West-Hintergrund zu erfassen und zu bearbeiten sind.

DIE LINKE hat dieses Wissen nicht exklusiv. Was sie aber hat, ist ein Erfahrungs- und Kompetenzvorsprung im Umgang mit sozialen und regionalen Ungleichheiten. Wir haben in den zurückliegenden Jahren – besonders ausgeprägt in Ostdeutschland – in verschiedenen gesellschaftlichen und parlamentarischen Konstellationen an vielen Einstiegsprojekten in die sozial-ökologische und demokratische Modernisierung der Gesellschaft mitgewirkt.

Für DIE LINKE liegt dem sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft eine

andere Perspektive von Regional- und Strukturentwicklung zugrunde: die regionale Sichtweise. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen, wie wir Energie erzeugen, wie wir Handel betreiben, wie wir produzieren wollen und in wessen Besitz sich Netze, Produktionsanlagen oder auch die Stadtwerke befinden, schafft die notwendige Akzeptanz, auch auf lokaler Ebene, für die Frage, wie wir eigentlich leben wollen, als LINKE zu beantworten: DIE LINKE steht für eine dezentrale, eine in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist.

Die regional gestaltete Energiewende als alternativer Pfad zur Dominanz der großen Stromkonzerne hat mittlerweile einen »point of no return« erreicht. Energiegenossenschaften werden gebildet, es entstehen Bioenergiedörfer und Städte und Kommunen erwerben die Konzessionen für die Energienetze zurück. Durch den fortgesetzten Ausbau ist die kommunale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien erheblich angewachsen. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an diesen Projekten ist starke Motivation, Wertschöpfung zu einem Entwicklungsimpuls für Region und Heimat zu machen.

DIE LINKE als sozialistisch-ökologische Partei ist Partnerin und Motor dieses gesellschaftlichen Wandels – in Ost und West.

Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herstellen

Ziel linker Politik ist es, die soziale und ökonomische Spaltung Deutschlands in Ost und West zu überwinden. Wir wollen den Auftrag des Grundgesetzes und des Einigungsvertrages endlich Wirklichkeit werden lassen. 23 Jahre nach der deutschen Einheit leben die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern mit einer

annähernd doppelt so hohen Erwerbslosenquote. Die Einkommenshöhe erreicht lediglich 80 Prozent des Westniveaus. Der Niedriglohnsektor ist doppelt so groß, so dass am Ende des Erwerbslebens die Alterseinkünfte um 18 Prozent niedriger liegen als im Westen. Kinderarmut ist weit verbreitet, und die Lebenserwartung von Männern, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sinkt.

Doch zugleich haben die Ostdeutschen in den zurückliegenden Jahren Erfahrungen bei der Umstrukturierung ihrer Lebens- und Arbeitsumwelt gesammelt, die ihnen neues Selbstvertrauen für die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft geben. DIE LINKE versteht sich nach wie vor als Interessenvertretung der Ostdeutschen: in der Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen und in der Beseitigung der bestehenden Diskriminierungen Ostdeutscher:

■ Die Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau soll bis Ende 2017 erreicht werden. Die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter muss erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt. Es muss Schluss sein mit den rund 20 Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die für verschiedene Berufs- und Betroffengruppen im Zuge der Rentenüberleitung geschaffen wurden. Die Lebensleistung Ost muss anerkannt werden.

■ Die fortschreitende Spaltung insbesondere am ostdeutschen Arbeitsmarkt muss beendet, der Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestoppt werden. Kürzungen stellen insbesondere finanzschwache Kommunen vor unlösbare Aufgaben. DIE LINKE fordert deshalb eine Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik, in der »gute Arbeit« das Leitmotiv auch am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist. Die Tarfsysteme müssen funktionieren, Niedriglöhne ausgeschlossen und die Tarifbindungen der Unternehmen erhöht werden.

■ Der Solidarpakt II ist ein Eckpfeiler für die Entwicklung der ostdeutschen Bundesländer und darf nicht angetastet werden.

Bereits jetzt muss über mögliche Mechanismen und Instrumente einer Anschlussförderung auch nach 2019 für strukturschwache Regionen in Ost und West intensiv nachgedacht werden. Für die Krisenregionen in Ost und West setzen wir uns für einen Solidarpakt III ein.

■ Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus ist die »Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« als wichtiges Wirtschaftsförderinstrument langfristig zu sichern. Vorrangig soll in Zukunftsbranchen und Zukunftstechnologien investiert werden. Dies gilt ebenso für die Innovationsprogramme für den ostdeutschen Mittelstand.

Insgesamt muss umfangreicher in Wissenschaft und Forschung investiert werden, um so die Innovationsleistungen in Ostdeutschland weiter zu erhöhen.

■ Das für die ostdeutsche Forschungsförderung wichtige Programm »Zwanzig20«, das mit einem Gesamtbudget von 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 ausgestattet sein soll, muss finanziell auf sichere Beine gestellt und die Hochschulen im Osten durch eine zusätzliche Förderung in der Grundlagenforschung gestärkt werden.

■ Städtebauförderung, Stadtumbauprogramme und das Programm »Soziale Stadt« sind bedarfsgerecht mit entsprechenden Bundesmitteln auszustatten und programatisch so fortzuentwickeln, dass Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Stadtumbaus und der Konversion, des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie des Klimawandels und des energetischen Umbaus zu bewältigen.

■ Dazu gehört, dass die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen von den sogenannten Altschulden (etwa sieben bis acht Milliarden Euro) befreit, diese im Interesse der Mieterinnen und Mieter einerseits und der öffentlichen Unternehmen andererseits gestrichen werden und durch die bislang profitierenden Banken zu tragen sind. Die

freigesetzten finanziellen Ressourcen sind für eine echte Aufstockung der Städtebauförderung, zur beschleunigten energetischen Sanierung der Wohnungsbestände sowie für deren barrierefreien Umbau zu verwenden.

Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse

Auch im Westen entstehen prekäre Regionen, unter anderem das Ruhrgebiet, Bremen und Bremerhaven sind von dieser Entwicklung bedroht.

Gerade die soziale Situation im Ruhrgebiet spitzt sich dramatisch zu. Die geplanten Standortschließungen von Opel Bochum und ThyssenKrupp verbunden mit weiteren Massenentlassungen drohen diese rasante Zunahme von Armut noch zu beschleunigen. DIE LINKE fordert deshalb auch speziell für das Ruhrgebiet ein Sofortprogramm zur Armutsbekämpfung. Massenentlassungen sind gesetzlich zu verbieten.

Wir wollen dem Auftrag, »gleichwertige Lebensverhältnisse« zu schaffen, mit verstärkten Investitionen im Dienstleistungssektor, in kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe, mit Ausbau und Förderung personennaher Dienstleistungen und mit umweltverträglicher und ziviler Industrieproduktion nachkommen. Unsere Konzepte zum sozial-ökologischen Umbau und zum Umbau der Rüstungsindustrie sind auch ein Beitrag zur Regionalpolitik.

Kleine und mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe sind für Beschäftigung und Wertschöpfung in den Regionen wichtig. Und sie können Pfeiler des regionalen sozial-ökologischen Umbaus sein. Vielfach fehlt ihnen aber das Geld für Investitionen, und bei schwachem Eigenkapital qualifizieren sie sich schwer für Fördermittel. Wir brauchen öffentliche Programme, um ihre Mittel für Investitionen zu stärken.

Gegen die Verflechtungen des globalen finanzgetriebenen Kapitalismus setzen wir auf eine Strukturpolitik, die regionale

Wirtschaftskreisläufe fördert. Nur so können »gleichwertige Lebensverhältnisse« mit einer erweiterten demokratischen Mitbestimmung und Teilhabe verbunden werden.

■ Wir wollen die Regionalplanung demokratisieren, die Rolle von Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren beim Umbau stärken, regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern, um Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus zu schaffen.

■ Netzwerke zwischen regionalen Hochschulen, Gewerkschaften, kleinen und mittleren Unternehmen sowie Genossenschaften wollen wir fördern. Ein Modell könnten regionale Struktur- und Wirtschaftsräte sein, wie sie in gewerkschaftlichen Diskussionen entwickelt worden sind.

■ Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen sowie regionale Wirtschaftskreisläufe stärker nachhaltig fördern. Eigenkapitalquote, Kreativität, öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge müssen ebenso verbessert werden wie die medizinische Versorgung, die kulturellen Angebote und die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe. Ein schneller Zugang zum Internet muss durch Ausbau der entsprechenden Infrastruktur gesichert werden.

■ Der Ausbau von Breitbandinternetanschlüssen auf dem flachen Land ist nach den Spielregeln des freien Markts nicht zu leisten, da sich die Investitionen nicht entsprechend den Markterwartungen refinanzieren lassen. Gemeinnützige Zusammenschlüsse in Landkreisen und Kommunen könnten den Netzausbau leisten und die Anschlüsse entsprechend frei nachnutzbar gestalten. Um dies zu erleichtern, setzt sich DIE LINKE für eine Streichung des Privatisierungsgebots im Telekommunikationssektor im Grundgesetz und in den EU-Richtlinien ein.

■ Regionale Energiekreisläufe und Bio-Energiedörfer wollen wir stärken, regionale Märkte für Nahrungs- und Futtermittel fördern.

Profitlogik in die Schranken weisen

In Deutschland herrscht weiterhin Massenerwerbslosigkeit und es fehlen etwa fünf Millionen existenzsichernde Arbeitsplätze. Wir finden uns nicht damit ab, dass die verfestigte Erwerbslosigkeit Millionen Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt. Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, die Massenerwerbslosigkeit überwindet, Löhne und Einkommen der breiten Bevölkerung erhöht und die öffentlichen Finanzen stärkt. Wir wollen klein- und mittelständische Unternehmen und das Handwerk stützen und mit stärkerer Orientierung auf den Binnenmarkt und regionale Wirtschaftskreisläufe ein Gegengewicht zur expansiven Exportpolitik schaffen. Die wachsenden Exportüberschüsse sind eine Ursache für die wirtschaftlichen Krisen in Europa und die wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung setzt auf Deregulierung und Flexibilisierung. Wenn die globale Nachfrage einbricht oder transnationale Konzerne Standorte verlagern, wirkt das wie ein Schicksal, das über die Beschäftigten hereinbricht. Tatsächlich steht dahinter eine verfehlte Wirtschaftspolitik. Wenn die Investitionen nicht nach anderen Kriterien gesteuert werden, verkommt die öffentliche Infrastruktur, und Massenarbeitslosigkeit wird zementiert. Wir wollen den sozial-ökologischen Umbau mit einer Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Ausweitung von personennahen Dienstleistungen verbinden.

Dafür muss Wirtschaft demokratisch gestaltet werden: im Betrieb durch mehr direkte Mitbestimmung von unten, in der Gesellschaft insgesamt durch eine Politik der stärkeren sozialen, finanziellen und ökologischen Regulierung. Nur unter den richtigen Rahmenbedingungen können sich gute Arbeit, soziale und ökologische Ideen in den Betrieben durchsetzen. Wir wollen Weichen für die Zukunft stellen: Was wir wie produzieren, muss demokratisch ausgehandelt werden und tragfähig für Natur und Menschen sein. Wir müssen die Energiever-

sorgung umbauen und umweltverträgliche, für alle zugängliche Formen von Mobilität entwickeln. Wir wollen Alternativen zur Rüstungsproduktion und zu umweltschädlichen Produktionszweigen schaffen. Dabei sollen auch die Arbeitsplätze umgewandelt und gesichert werden. Dieser Umbau gehört mit der Ausweitung der Demokratie auf verschiedenen Ebenen zusammen.

Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht auf Maximierung von Profiten oder Finanzmarkt-Renditen ausgerichtet ist, sondern auf die Bedürfnisse der Menschen. Auf mittlere Sicht müssen deshalb die Strukturen in Industrie und der gesamten Wirtschaft umgebaut werden. Wir wollen gute Arbeitsplätze schaffen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse überwinden. Dafür wollen wir soziale, ökologische und öffentliche Dienstleistungen fördern und die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen. Wir wollen den Treibhausgasausstoß in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 halbieren, bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduzieren und dies in einem Klimaschutzgesetz festschreiben.

Die öffentliche Infrastruktur – Brücken, Schienen, Straßen, Krankenhäuser, Schulen – wird immer schlechter. Das Vorhandene wird nicht repariert und saniert, in Neues wird nicht investiert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beispielsweise beziffert den jährlichen Finanzbedarf für den Bildungsbereich auf über 50 Milliarden Euro und den momentanen Investitionsstau auf zusätzliche 45 Milliarden Euro, im Bereich der Gesundheitsversorgung liegt er noch weit darüber.

Wir wollen ein Programm für öffentliche Investitionen, mit dem die Infrastruktur modernisiert und auf ein leistungsfähiges Niveau gehoben wird. Das schafft bessere Lebensbedingungen für die Zukunft, Arbeit, Einkommen und soziale Sicherheit. Insgesamt belaufen sich unsere geplanten Investitionen im Bereich des barrierefreien Verkehrs, des sozial-ökologischen Umbaus, der Bildung, für Arbeitsplätze und sozialen Wohnungsbau auf 100 Milliarden Euro jährlich. Die Ausgaben sind durch unsere erweiterten Einnahmen gedeckt.

Grundsätzlich sind staatliche Fördermaßnahmen von zinsverbilligten Krediten bis zur Forschungsförderung an Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit zu binden. An diesen Kriterien hat sich auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen auszurichten. Staatliche Krisenhilfen dürfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte für die öffentliche Hand und die Belegschaften vergeben werden.

In keinem anderen Industrieland ist die Dienstleistungsarbeit im Verhältnis zur Industriearbeit so schlecht bezahlt wie in Deutschland. Wir wollen das ändern! Besonders personennahe Dienstleistungen müssen aufgewertet werden.

■ Dafür sind deutlich höhere Investitionsmittel für den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge erforderlich. Im Vergleich haben die skandinavischen Länder etwa doppelt so viele Beschäftigte im Bereich von Kindererziehung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch bei uns müssen in diesen Bereichen mehr tariflich gesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden.

■ Wir setzen uns dafür ein, dass Solarzellen und Solarthermie auf Behördendächern in Bund, Ländern und Kommunen deutlich stärker zum Einsatz kommen.

■ Den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) als hocheffiziente Brückentechnologie und Kapazitätsreserve in der Energiewende wollen wir über das Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) deutlich stärker fördern, als es derzeit geschieht. Gerade Schulen, Behörden und andere öffentliche Gebäude, aber auch Mehrfamilienhäuser können so ihre Energieerzeugung modernisieren.

■ Umweltfreundliche und attraktive Verkehrsträger und -konzepte sollen Vorrang vor dem Ausbau von Straßen, Flughäfen und Schnellbahnverbindungen haben. Dies erfordert eine dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel.

Bereiche innerhalb der Wirtschaft, die der Daseinsvorsorge dienen – wie große Energieerzeugungsanlagen, Energienetze, Wasser und Abwasser sowie strategische Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Banken, Verkehr oder Wohnungswirtschaft – gehören in öffentliche oder genossenschaftliche Hand. Wir wollen sie dort bewahren oder dahin überführen. In einem ersten Schritt müssen alle Verträge über die Privatisierung von öffentlichen und kommunalen Unternehmen offengelegt werden.

Industriepolitik für die Zukunft: ändern, was wir wie produzieren

Die Orientierung auf kurzfristige Profitinteressen hat sich auch in den Unternehmensstrategien der Industrie durchgesetzt. Profitorientierte Unternehmen fragen kaum nach gesellschaftlicher Nützlichkeit und ökologischer Verträglichkeit und der Druck der Finanzmärkte radikalisiert dabei die Profitlogik. So reduzieren Wirtschaftskonzerne selbst im Aufschwung nachhaltige Investitionen. Sie greifen ihre Eigenkapitalbasis an, nur um den Anteilseignern möglichst hohe Gewinne auszuschütten. Produkte und Dienstleistungen, die dringend benötigt werden, aber kurzfristig nicht rentabel sind, werden nicht entwickelt. Wir wollen deshalb eine aktive staatliche Industriepolitik, die nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist.

Es reicht nicht, auf regenerative Energien umzusteigen: Der Ausstoß von Schadstoffen und Treibhausgasen muss insgesamt sinken, auch der Verbrauch von Ressourcen und Energie muss global bis Mitte des Jahrhunderts mehr als halbiert werden. Wir wollen eine alternative Produktion voranbringen. Eine neue Industriepolitik muss sich folgende Ziele setzen: eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt, gute Arbeitsplätze anbieten, Voraussetzungen für ein gutes Leben schaffen. DIE LINKE kämpft für eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Ohne die Verbesserung der öffentlichen Finanzen, ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm und die

Organisation von gerechten Übergängen wird der Umbau nicht gelingen.

■ Für diesen Umbau der Industrie brauchen wir verbindliche ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten, Verboten und Transparenz soll die Schonung von Ressourcen belohnen und deren Verschwendung bestrafen bzw. unterbinden. Zur Abfallvermeidung und für mehr Verbraucherschutz sind Garantie- und Gewährleistungspflichten zu verlängern und Sollbruchstellen gesetzlich zu verbieten. So können Produkte länger halten bzw. repariert statt weggeworfen werden.

■ Wir sind gegen die ständige Flut von Prospekten, Broschüren, Zeitschriften u. a. Werbepapieren, die die Verbraucherin und den Verbraucher zum Kaufen animieren sollen, meist aber ungelesen in den Abfall befördert werden. Diese Praktiken verschwenden Ressourcen und fügen den Wäldern großen Schaden zu.

■ Unternehmen sollten künftig für mehr Produktgruppen als bislang die sogenannte Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus ihres Produktes übernehmen müssen. Firmen müssen dann Produkte nach ihrer Lebensdauer zurücknehmen und einer Verwertung zuführen.

■ Unternehmen müssen verpflichtet werden, sinnvolle Energie- und Rohstoffmanagementsysteme zu unterhalten und deren Ergebnisse öffentlich zugänglich zu bilanzieren.

■ Wir wollen Unternehmen verpflichten, Umweltdaten und Sozialstandards offenzulegen, und sie externen Kontrollen unterwerfen. Auch Aktivitäten von Tochterfirmen, Zulieferern oder Auftragsfertigern müssen einbezogen werden. Für die Kontrolle, ob Vorschriften und Vorgaben eingehalten werden, brauchen wir mehr Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger sowie personell und fachlich gut ausgestattete Umweltbehörden.

■ Unternehmen werden verpflichtet, ihre Produkte innerhalb von drei Jahren am Standard des jeweils effizientesten Gerätes

zu orientieren, um sie kontinuierlich zu verbessern (»Top-Runner-Modell«).

■ Wir wollen ein System in die Diskussion bringen, das beim Import und bei der Förderung ausgewählter Rohstoffe auf EU-Ebene eine Mengenregulierung etabliert. Damit soll vor allem der Verbrauch von Ressourcen gesenkt werden, die selten sind, und deren Förderung und Nutzung mit unverträglich hohen ökologischen oder sozialen Belastungen einhergehen.

■ Auch im industriellen Sektor und im Bausektor sollen künftig Stoffströme im Kreislauf gefahren und Abfallstoffe aus Produktion und Konsumtion wieder Ausgangsstoffe für Produktion und Wiederverwendung werden. Abschätzungen zu Risiken und Folgen sind integraler Bestandteil der Entwicklung von Verfahren, Technologien, Materialien und Produkten.

Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung

Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus enden. Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der Demokratie auf Wirtschaft ausgedehnt wird, statt sie den Anforderungen von Märkten und Konkurrenz unterzuordnen. Dazu gehören – wie beschrieben – der Finanzsektor unter demokratischer Kontrolle und eine Regulierung der Finanzmärkte. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden.

Die Mitbestimmung der Beschäftigten auf Unternehmensebene in Aufsichts- und Verwaltungsräten muss erhalten und unter Berücksichtigung von wirtschaftlichen Strukturveränderungen weiterentwickelt werden.

■ Der Geltungsbereich der Gesetze über die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften muss auf Scheinauslandsgesellschaften ausgedehnt werden. Die Möglichkeit durch Verlagerung des Unternehmenssitzes innerhalb der EU das

Mitbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten zu umgehen und so die Wirtschafts- und Sozialordnungen gegeneinander auszuspielen, muss unterbunden werden.

■ Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Ausweitung des Anwendungsbereichs der Mitbestimmungsgesetze durch Senkung der gesetzlich vorausgesetzten Mindestanzahl der Beschäftigten. Zudem müssen in Aufsichtsräten größerer Kapitalgesellschaften Anteilseigentümer und Arbeitnehmer nicht nur zu gleichen Teilen vertreten sein, sondern auch alle Entscheidungen gleichberechtigt treffen. Für große strukturbestimmende Unternehmen und systemrelevante Kreditinstitute mit Sitz in Deutschland wollen wir zudem die Kernregelungen des VW-Gesetzes übernehmen: Bund und Länder bekämen danach die Sperrminorität in der Versammlung der Anteilseigentümer.

Die Ausgestaltung einer sozialen Wirtschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen muss klaren Maßstäben folgen, die Verteilungsmaßnahmen, demokratische Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte für alle beteiligten Gruppen umfasst.

Hierbei spielen für uns Genossenschaften eine wichtige Rolle, die vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine klare Alternative für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften darstellen. Wir wollen das Genossenschaftsprinzip ausbauen und das Genossenschaftsrecht stärken. Wirtschaftsdemokratie setzt auch den Ausbau von Belegschaftseigentum voraus, das die Mitbestimmung der Beschäftigten stärkt, durch stärkere regionale Bindung von Unternehmen regionale Wirtschaftskreisläufe fördert und zur gerechteren Vermögensverteilung beiträgt. Daher wollen wir Unternehmen, die ganz oder zum Teil im Eigentum der Belegschaft stehen, mit Steuererleichterungen und durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkret fördern. Erweiterte Mitbestimmungsrechte und überbetriebliche Beiräte bilden weitere Möglichkeiten zur Demokratisierung der Wirtschaft. Und sie ist eine Frage des Eigentums: Unternehmen der Daseinsvorsorge, Finanzinstitute und strukturbestimmende Unternehmen der Energiewirtschaft

gehören schon längst in öffentliche Hand. Wir wollen strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen. Das schließt das Ziel der Entmachtung der großen Stromkonzerne ein. Sie müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Ihre Vergesellschaftung wird durch Rekommunalisierung und Dezentralisierung der Energiewirtschaft erreicht, mit demokratischer Selbstverwaltung und demokratischer Kontrolle.

Dieser Umbau wird auf allen Ebenen von Branchendialogen fachlich begleitet und von Branchenbeiräten koordiniert. In ihnen sitzen Unternehmen, Wissenschaft, Umwelt- und Konsumentenverbände sowie Gewerkschaften. Die Beiräte haben je Ebene besondere Aufgaben. Sie haben auf ihrer jeweiligen politischen Ebene ein Initiativrecht.

■ Die Mitbestimmung der Beschäftigten, die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten müssen ausgebaut werden.

■ Der Antistreikparagraf § 160 SGB III begünstigt die ohnehin stärkere Seite, die Arbeitgeber, und muss abgeschafft werden.

■ Wir wollen das Mitbestimmungs- und das Streikrecht auf Veräußerungen, Übernahmen und die Verlagerung von Unternehmen oder Unternehmensteilen ausweiten und mit den Gewerkschaften gemeinsam das Recht auf politischen Streik durchsetzen. Kalte Aussperrung ist nicht erlaubt.

■ Die Pläne der Bundesregierung, Managergehälter durch eine Stärkung der Rechte der Aktionäre zu begrenzen, sind eine Wahlkampfente: Die Aktionäre werden das nicht besser regeln als die Aufsichtsräte, in denen immerhin noch Vertreter der Beschäftigten sitzen. DIE LINKE fordert eine gesetzliche Begrenzung der Managergehälter auf das 20-fache der untersten Lohngruppe des jeweiligen Unternehmens. Dies entspräche immer noch einem Jahresgehalt von etwa einer halben Million Euro.

Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte im Rahmen von Genehmigungsver-

fahren können ein scharfes Schwert zum Schutz von Umwelt und den Interessen der Bevölkerung sein, wenn sie vernünftig ausgestaltet sind: so im Kampf gegen neue Kohlekraftwerke, unzulängliche Industrieanlagen, überflüssige Straßenbau- oder Infrastrukturprojekte oder zum Erhalt von Natur- und Erholungsflächen.

■ Wir wollen dafür sorgen, dass die Aarhus-Konvention – mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und Rechtswege bei Vorhabengenehmigungen – in Deutschland endlich umgesetzt wird.

Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung

Die Energiewende in Deutschland kann in eine Zukunft ohne Atomkraft, Kohle und Öl führen, hin zu einer vollständigen Versorgung mit Strom, Wärme und Mobilität aus regenerativen Quellen. Die Energiepolitik der Regierung orientiert sich im Kern jedoch weiterhin an den Profitinteressen der fossilen Energie- und Industriezweige. Darum wird eine sozial gerechte Weiterentwicklung von umweltpolitischen Instrumenten und eine wirksame Politik zur Einsparung von Energie und Ressourcen behindert.

Zwar wird die regenerative Energieerzeugung rasant ausgebaut, gleichzeitig werden aber zentralistische und undemokratische Konzernstrukturen festgeschrieben. Im Ergebnis werden die Lasten der Energiewende einseitig auf die Schultern privater Verbraucherinnen und Verbraucher sowie des Klein- und Mittelstandes abgeladen. Sie zahlen für die Profite der Konzerne.

DIE LINKE streitet dafür, die Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu betrachten. Darum fordern wir:

■ Langfristig wird ein Masterplan für Deutschland für eine Eigenenergieversorgung erarbeitet und umgesetzt.

■ Dabei sollen die Strom- und Wärmeversorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien (im ersten Schritt Stromver-

sorgung bis 2020 50 Prozent, Wärmeversorgung auf 20 Prozent) erfolgen.

■ Strom- und Wärmenetze gehören konsequent in öffentliche Hand oder in die Hand unter demokratischen Gesichtspunkten geführter Unternehmen. In diesem Zusammenhang werden Stadtwerke und genossenschaftliche Versorger gestärkt.

■ Strompreise werden dem Profitstreben entzogen und dauerhaft als Grundversorgung garantiert und sozial gestaltet.

■ Deutschland ist als Forschungsland Nummer 1 in diesem Bereich zu etablieren und die Förderung darauf auszurichten.

Gerade lokale Energieverbünde eignen sich dazu, selbstbestimmt, ökologisch nachhaltig und jenseits der Profitlogik ihren Energiebedarf in gemeinwirtschaftlichen («commons-basierten») Strukturen zu produzieren.

Um dies voranzutreiben, wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seinen zentralen Säulen – vorrangige Einspeisung von Ökostrom, garantierte, kostenorientierte Vergütungssätze – erhalten. Gleichzeitig wollen wir im EEG Anreize dafür schaffen, dass regenerative Erzeugungsanlagen stärker der Funktionsfähigkeit des gesamten Energiesystems dienen. Dringend erforderlich ist die Erstellung eines realistischen, an den Zielen Kosteneffizienz, Nachhaltigkeit, Flächeneffizienz und Landschaftsplanung orientierten Fahrplans für die Energiewende. Ein deutlich geringerer Netzausbau ist erforderlich, wenn eine dezentrale Energieversorgung, ein angemessener Ausbau der Speichersysteme und nicht länger die Profitinteressen der Kohlekraftwerksbetreiber berücksichtigt werden. Der Netzentwicklungsplan muss anhand dieser Kriterien überarbeitet werden.

Wir werden uns weiterhin für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Jedoch überteuerte Großprojekte der Energiekonzerne wie z. B. die Off-Shore-Windparks in der Nordsee lehnen wir ab.

Ein zukunftsfähiges Energiesystem aufzubauen, heißt zudem:

■ Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss unumkehrbar sein und soll im Grundgesetz festgeschrieben werden. Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden. Die Fertigung von atomaren Brennelementen in Gronau muss beendet werden.

■ Den Im- und Export von Atommüll wollen wir verbieten. Die beschleunigte Rückholung des Atommülls aus der Asse muss als verbindliches Ziel festgeschrieben, das geplante Endlager Schacht Konrad und der Endlagerstandort Gorleben endgültig aufgegeben werden. Wir wollen der Entwicklung von Konzepten und Verabschiedung von Gesetzen über die zukünftige Art der Aufbewahrung von Atommüll eine offene gesellschaftliche Debatte anstatt Parteiengeklungel in Hinterzimmern voranstellen.

■ Wir wollen den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der Emissionshandel hat das nicht geleistet, seine Bilanz der vergangenen acht Jahre ist verheerend. Wir wollen stattdessen ein Kohleausstiegsgesetz durchsetzen, das ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und für den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen vorsieht. Feste Restlaufzeiten sollen zudem für ein schrittweises Abschalten der bestehenden Kohlekraftwerke sorgen, das letzte Kohlekraftwerk soll bis spätestens 2040 vom Netz gehen. Um bis dahin die gravierenden Folgen des Abbaus von Braunkohle zu begrenzen, erneuern wir unsere Forderung nach Änderung des Bundesberggesetzes: Es ist so zu reformieren, dass der im geltenden Recht verankerte Vorrang der Interessen der Konzerne und der Rohstoffgewinnung vor den Interessen der Umwelt und Bevölkerung gebrochen wird. An dessen Stelle sollen Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfungen und entsprechende Beteiligungs-, Informations- und Klagerechte treten. Beim Rohstoffabbau unter besiedelten Gebieten ist der besondere Nachweis der Erforderlichkeit vorzulegen. So wollen wir einen Klimaschutzpfad im Stromsektor vorgeben und Planungssicherheit herstellen.

■ Der Übergang zu einem erneuerbaren Energiesystem erfordert die flexible Steuerung von Stromerzeugung und

-verbrauch sowie die Zwischenspeicherung von Elektrizität. Dafür brauchen wir eine Speicher-Offensive im Bereich Forschung und Entwicklung.

■ Wir wollen ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne schaffen.

■ Unberechtigte Industrierabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte wollen wir zügig abschaffen. Um die dezentrale Energiewende voranzubringen, wollen wir Förderprogramme für Kommunen ausbauen, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen.

Zentral für uns ist: Um Energiearmut zu vermeiden, muss der Basisverbrauch für alle bezahlbar bleiben. Vielverbraucher sollen mehr bezahlen, um diese Maßnahme mitzufinanzieren.

■ Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält, das einen Teil des durchschnittlichen Verbrauchs abdeckt (eine Regelung, wie es sie z. B. in Belgien schon gibt). Der über einen durchschnittlichen Verbrauch hinausgehende Stromverbrauch würde teurer als heute. Damit werden einerseits Anreize für sparsame Stromverwendung geschaffen und gleichzeitig einkommensschwache Haushalte gestützt.

■ Die Absenkung des Strompreises ist möglich und sozial gerecht. Die Gestaltung der Strompreise muss effektiv überwacht werden. Der zuständigen staatlichen Behörde soll dafür ein Beirat zur Seite gestellt werden, in dem Verbraucher, Umwelt- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften vertreten sind. Bis dies umgesetzt ist, fordern wir ein Strompreismoratorium für Privathaushalte.

■ Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen.

Strom, Gas, Wasser, Heizung dürfen nicht abgestellt werden!

Unternehmen müssen verbindliche gesetzliche Vorgaben erhalten, damit sie den Energieverbrauch minimieren. Energieversorger sollen verpflichtet werden, jährliche Energieeinsparungen von 1,5 Prozent bei ihren Kunden zu erzielen. Für das Energiesparen privater Haushalte, von Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung soll ein Energiesparfonds eingerichtet werden. Dieser soll mit jährlich 2,5 Milliarden Euro ausgestattet werden. Insbesondere sollen spezielle Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte aufgelegt werden. Neben der verbesserten Förderung der energetischen Gebäudesanierung und von Blockheizkraftwerken wollen wir den verpflichtenden Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung für Neubauten schrittweise steigern und bei grundlegenden Sanierungen auch auf den Gebäudebestand ausweiten. Um die Sanierungsraten bei der energetischen Gebäudesanierung zu verdoppeln, soll ein bis 2050 reichender verbindlicher Plan erstellt werden, der anspruchsvolle, stufenweise zu erreichende Klassen für den energetischen Zustand von Gebäuden enthält. Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl die unterirdische Verpressung von CO₂ (CCS) als auch die Erdgasförderung mittels Verpressung giftiger Chemikalien in den Untergrund (Fracking) verboten wird. Fracking bedeutet nicht nur große Gefahren für das Grundwasser, sondern auch enorme Schäden an Natur und Landschaft. Die demokratischen Mitentscheidungsrechte müssen bei der Erdgasförderung und in anderen Bereichen des Rohstoffabbaus gesichert werden.

Mobilität für alle – mit weniger Verkehr: flexibel, ökologisch, barrierefrei, bezahlbar

»Einen großen Teil meines Lebens verbringe ich im Stau: zwischen Zuhause, Kinder in die Schule fahren, dann zur Arbeit, nach der Arbeit Erledigungen, mit dem Auto zum Supermarkt. Da wir etwas außerhalb wohnen müssen, gibt's kaum Alternativen zum Auto, nicht flexibel genug und zu teuer.«
Heike, 51, Kreuzbruch, Brandenburg

Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Mobilität ist nicht gleich Verkehr. Verkehrslärm belastet viele Menschen, besonders in Wohnungen und Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. In der Erwerbsarbeit und vom Jobcenter wird Mobilität als Anforderung formuliert: Die Einzelnen sollen bereit sein, weite Strecken zu pendeln. Mobilität wird immer teurer. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Die Mobilitätspauschale in den Hartz-IV-Sätzen deckt nicht einmal die Kosten für ein Sozialticket ab. Ein richtiges Sozialticket gibt es zudem nur in wenigen Kommunen.

Um den Pendlerverkehr zu reduzieren, ist ein neues Leitbild der Regionalplanung und Strukturpolitik nötig, das die verschiedenen Lebensbereiche wieder zusammenführt. Wir wollen im Güterverkehr eine intelligente Verknüpfung von Transport- und Logistikleitsystemen mit Vorrang von Schiene und umweltfreundlicher Schifffahrt fördern.

■ Die Pendlerpauschale wollen wir zunächst sozial gerecht in eine Zulage umwandeln und einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds bieten.

Die Investitionen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr sind zurückgegangen, die Qualität der öffentlichen Verkehrsangebote nimmt ab. Auf dem Land ist man fast zwangsläufig auf ein Auto angewiesen. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie auch in ländlichen Regionen.

Der öffentliche Verkehr soll barrierefrei ausgebaut werden und für die Nutzerinnen und Nutzer erheblich weniger kosten. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und energiesparende Verkehrsmittel. Statt erzwungener, ungewollter Mobilität wollen wir eine Wiederaneignung des Öffentlichen und der Stadt als Lebensraum.

■ Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs durch die öffentliche Hand muss garantiert und verbessert werden.

■ Perspektivisch soll der Schienenverkehrssektor ausschließlich unter öffentlichem Einfluss sein. Der Bund muss den Erhalt

und den erforderlichen Ausbau der Schienenwege in vollem Umfang sichern und den Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für die Verkehrsleistungen und den Infrastrukturausbau im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stellen.

Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr sollte unter Einbeziehung von Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen Betroffenen kooperativ demokratisch reguliert und betrieben werden. Die intelligente Vernetzung der Mobilität zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn sowie mit Leihautos/CarSharing ist eine gute Voraussetzung für neue sozial-ökologische Lebensweisen in den Städten und auf dem Land. Die gute Anbindung auf dem Land nimmt den Druck vom Zuzug in die Städte und stabilisiert regionale Wertschöpfungsketten.

■ Wir wollen den Nah- und Fernverkehr ausbauen und dabei gute, tarifgebundene Arbeit in öffentlicher Trägerschaft schaffen, um der neuen Nachfrage nach ökologischen Formen der Mobilität zu entsprechen.

Perspektivisch wollen wir einen fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr. Erfahrungen zeigen, dass er von immer mehr Menschen genutzt wird, wenn er entgeltfrei und steuerfinanziert ist.

■ Zusammen mit sozialen Initiativen streiten wir für die flächendeckende Einführung von Sozialtarifen und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte.

■ Im ländlichen Raum wollen wir ein flexibles Angebot wie Bürgerbusse oder kostengünstige Anruf-Sammeltaxis, um das Leben dort attraktiver zu machen.

■ Gemeinsam mit sozialen Initiativen wie »Bahn für alle« setzen wir uns gegen die Privatisierung und weitere Zerschlagung der Deutschen Bahn und für eine breite demokratische Kontrolle ein. Schienenverkehr ist ein zusammenhängendes Gefüge und gehört in öffentliche Hände. Es muss sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an Renditen orientieren und darf nicht in profitorientierte Einzelteile zerlegt

werden. Den Ausbau eines konkurrierenden Busfernnetzes lehnen wir ab.

Der Anteil des Verkehrs an den schädlichen CO₂-Emissionen ist auf etwa 20 Prozent gestiegen, Tendenz steigend. Elektroautos sind keine nachhaltige Alternative: Ihre Produktion belastet die Umwelt über die Maßen. Auch Biokraftstoffe haben teilweise eine negative Ökobilanz, weil sie weltweit Nutzflächen brauchen, die dann für den Anbau von Nahrungsmitteln fehlen. Zunehmend werden Flächen versiegelt und Landschaften durch Straßenbau zerstört. Am stärksten steigen CO₂-Ausstoß, Verkehrslärm und Luftschadstoffe aufgrund des Lkw-Verkehrs und der Luftfahrt. Der innerdeutsche Flugverkehr ist weitestgehend und der innereuropäische zu einem großen Teil auf die Schiene zu verlagern. Die Subventionierung von Flughäfen muss beendet werden.

■ Die Kfz-Steuer für neu angeschaffte Fahrzeuge wollen wir auf ökologische Kriterien umstellen und die Einhaltung von Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerten konsequent durchsetzen. Das steuerliche Dienstwagenprivileg muss nach ökologischen Kriterien umgestaltet werden.

■ Wir setzen uns auf europäischer Ebene für die Festlegung eines CO₂-Grenzwertes für Neuwagen von maximal 60 Gramm CO₂ pro Kilometer für 2025 ein.

■ DIE LINKE will den Import von Agrotreibstoff verbieten, weil er die Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt, so den Hunger befördert und wertvolle Wälder und andere Biotope zerstört. Regionale, reine Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim öffentlichen Personennahverkehr eingesetzt werden.

■ Es muss endlich eine Steuer auf Flugbenzin eingeführt und die Mehrwertsteuerbefreiung von Auslandsflügen abgeschafft werden. Zudem sollte die Flugticketsteuer angehoben werden.

■ Im Güterverkehr sollten sich dessen hohe soziale und ökologische Kosten in einer

steigenden Energiesteuer und einer verbindlichen Lkw-Maut niederschlagen. Wir wollen längere Ruhezeiten für Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer durchsetzen. Gute Arbeit gilt auch für sie!

■ Die Einführung von Monster-Lkws, sogenannten Gigalinern, wollen wir untersagen.

■ An bestehenden Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge Grenzwerte und aktiven Lärmschutz deutlich verringert werden. DIE LINKE fordert wirksame Vorgaben für die Reduzierung von Umgebungslärm, Straßen-, Schienen- und Flugverkehrslärm in einem verbindlichen Lärmschutzgesetz sowie eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Lärmschutz. Zukunftsorientierte Verkehrspolitik muss in erster Linie für den Gesundheitsschutz der Betroffenen sorgen und auf nachhaltigen Umweltschutz gerichtet sein.

■ Wir treten für ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ein, insbesondere für stadtnahe Räume. Dieses Nachtflugverbot muss im Bundesluftverkehrsgesetz verankert werden.

■ Eine Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist für die Einführung eines Tempolimits von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen – setzen wir es um!

Mit Bürgerinitiativen und Bewegungen auch in anderen Ländern Europas arbeiten wir gegen große unnütze Projekte, bei denen Milliarden verbaut werden, wenige profitieren und die Versorgung in der Fläche auf der Strecke bleibt. Das Symbol für diese Auseinandersetzung ist Stuttgart 21.

■ Wir fordern den Ausstieg aus Stuttgart 21 und die Ertüchtigung des bestehenden Kopfbahnhofes.

■ Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Planungsbehörden die Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertretungen von Anfang an stärker einbeziehen und Volksentscheide in einem frühen Stadium möglich werden.

Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur umweltgerechten Mobilitätsplanung. Die Verkehrswegeplanung ist in den vergangenen Jahren beschleunigt und damit der Einfluss von Anwohnerinnen und Anwohnern eingeschränkt worden. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Entscheidungen zu demokratisieren. Diese Beiräte setzen sich zusammen aus Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbänden, Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam mit Parlamenten über Anforderungen, langfristige Investitionen und die Ausgestaltung der vernetzten Mobilitätsdienstleistungen entscheiden.

Auch Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden.

Ökologische Lebensstile für alle

Der sozial-ökologische Umbau wird nur gelingen, wenn er auch kulturell von unten getragen wird, wenn sich ein ökologischer, ressourcenleichter Lebensstil auch jenseits kleiner Gruppen durchsetzt. DIE LINKE will keine bestimmten Lebensweisen vorschreiben, es gibt viele ökologische Lebensstile. Entscheidend ist aber, dass der ökologische Fußabdruck im global zulässigen Rahmen bleibt, perspektivisch also nicht mehr als 1,5 t CO₂ pro Kopf und Jahr verursacht. Wie er entsteht, ist der individuellen Freiheit überlassen. Es kommt darauf an, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein ressourcenleichtes und entschleunigtes Leben mit mehr Zeitwohlstand für alle attraktiv und machbar wird. Umweltgerecht hergestellte gesunde Lebensmittel und andere Produkte müssen für alle finanzierbar und regional verfügbar sein. Erst eine erweiterte soziale Sicherheit ermöglicht es allen, neue Lebensstile auszuprobieren und zu gestalten.

Schutz von Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt

Wir wollen, dass der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesbehörden ihre

Kompetenzen nutzen, um die Rahmenbedingungen für den besseren Schutz von Boden, Wasser, Luft und biologischer Vielfalt zu verbessern.

Wir brauchen eine stärkere Gewichtung des Bodenschutzes in der Bauleitplanung und eine Vorbildrolle bei der Begrenzung des Flächenverbrauches für eigene Bauvorhaben als Beitrag zur bundesweiten Erreichung der 30-ha-Grenze für den täglichen Flächenverbrauch. Notwendig sind ebenso rechtliche und finanzielle Regelungen zur Beseitigung und Revitalisierung von gefährlichen Brachen (Altlastenfonds).

Da die Erreichung der Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (guter ökologischer Zustand der Gewässer bis 2018) gefährdet ist, muss der Bund ein nationales Umsetzungsprogramm, z. B. zur Renaturierung von Bundeswasserstraßen, auflegen. Die nationale Meeresschutzstrategie muss durch konkrete finanziell ausgestattete Aktionspläne und Maßnahmen unteretzt werden. Von besonderer Aktualität sind die Verminderung des Eintrages von Nitrat in die Gewässer sowie das Verbot der Einleitung von kaliumbelasteten Abwässern in die Werra und andere Vorfluter.

Der Schutz der Luft vor der Verunreinigung mit Feinstaub kann nicht allein den Kommunen (z. B. durch die Ausweisung von Umweltzonen) überlassen bleiben, sondern muss u. a. durch die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene unterstützt werden. Die Belastung der Luft mit Emissionen von Feinstaub, Mikroorganismen und Geruchsstoffen aus Tierhaltungen ist durch schärfere verbindliche Vorschriften zur Luftfiltration und die Begrenzung der Größenordnung der Anlagen sowie strengere Abstandsregelungen zu senken.

Die Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt und der Verpflichtungen für die europäischen Natura-2000-Schutzgebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) durch Bund, Länder, Kommunen, Unternehmen und Verbände ist unzureichend und muss verstärkt angegangen werden. So sollte beispielsweise das Ziel der Strategie, zehn Prozent der öffentlichen

Wälder aus der Nutzung zu nehmen, zügig umgesetzt werden. In Natura-2000-Gebieten dürfen Nutzungen, die das Schutzgut verschlechtern, nicht weiter erlaubt sein, etwa Grundschieppnetzfisherei in Meeresschutzgebieten oder die Einbringung fremder Arten in Waldschutzgebieten.

Insbesondere die Verwaltungen der Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen müssen der Umweltverträglichkeit ihrer Baumaßnahmen Priorität einräumen. Landschaftszerschneidung durch Bundesautobahnen ist durch Wildbrücken zu minimieren. Die Bundeswasserstraßen sind für wandernde Fische durchgängig zu gestalten. Die Flussauen müssen wieder als Hochwasserrückhalteflächen dienen und der Artenvielfalt Raum geben.

Wir wollen den Naturschutz stärken und vor der Privatisierung der Flächen schützen. Mit Ausnahme von Umwelt- und Naturschutzverbänden als Eigentümer sollen geschützte Flächen in öffentlicher Hand bleiben. Das Nationale Naturerbe ist zu sichern und um 30 000 Hektar bundeseigene Flächen auszuweiten. Für die Finanzierung der Maßnahmen sollte ein »Natur-Erbe-Fonds« geschaffen werden. Die Bundesländer müssen bei der Umsetzung der Managementpläne in Natura-2000-Gebieten finanziell unterstützt werden. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt muss finanziell auf 100 Millionen Euro aufgestockt werden, auch um die Kofinanzierung von EU-LIFE-Projekten, z. B. für den Moorschutz, zu sichern. Auch in Kulturlandschaften kann und muss die Vielfalt von Arten des Lebens geschützt werden. Der Schutz von Biotopen und deren Verbundlinien soll durch bundesrechtliche Vorgaben gestärkt werden.

Der konsequente Schutz wildlebender Tiere gebietet, deren Haltung und Dressur in Zirkussen, Delfinarien und Haushalten zu untersagen. Wir setzen uns für die vollständige Ablösung von Tierversuchen zur Erprobung von Arzneimitteln und Kosmetika ein.

Die ländlichen Räume zukunftsfähig machen. Natur und Tiere schützen

Abseits der Zentren ist Deutschland agrarwirtschaftlich und durch vielfältige

Landschaften geprägt. Ländliche Räume versorgen mit Nahrung und Rohstoffen, sind Gewerbe-, Wohn- und Erholungsräume. Dabei hat die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln eine existenzielle gesellschaftliche Bedeutung, die nur in enger Verflechtung mit lebendigen Dörfern und kleinen Städten erfüllt werden kann. Mit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise werden unsere Lebensgrundlagen Luft, Wasser, Boden und biologische Vielfalt reproduziert.

DIE LINKE will nachhaltige ländliche Entwicklung voranbringen. Viele ländliche Regionen sind strukturell benachteiligt und stecken in einer Krise. Schwache wirtschaftliche Grundlagen, fehlende Aktivitäten und Alternativen führen zu Arbeitslosigkeit, dramatischem Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Besonders junge Leute wandern auf der Suche nach Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven in andere Regionen ab. Der demografische Wandel verschärft die finanzielle Lage der Kommunen. Vom Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse wird Abschied genommen und die Förderung zunehmend auf Wachstumszentren konzentriert. Einzelne Dörfer und ganze Regionen werden einfach abgehängt.

■ Die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden bilden die Grundlage für ländliche Entwicklung. Wir wollen die breite soziale Streuung des Grundeigentums in Deutschland erhalten, das private Kleingrundbesitz, das genossenschaftliche und das öffentliche Eigentum vor Ausverkauf schützen. DIE LINKE will das durch den Abbau des gesetzgeberischen Reformstaus im Boden-, Genossenschafts-, Landwirtschafts- und Steuerrecht erreichen.

■ Wir wollen eine flächendeckende nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung. Auch Gartenbau und Fischereiwirtschaft müssen nachhaltig sein. Betriebe sollen in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie den Anforderungen des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes gerecht werden zu können.

■ In einer hohen Eigenversorgung sehen wir unseren solidarischen Beitrag zur Lösung des Welternährungsproblems. Deshalb setzen wir uns besonders für eine Eiweißstrategie zur Verminderung und Ablösung von Sojaimporten ein. Wir lehnen die Exportorientierung der EU-Agrarwirtschaft ab und wollen sie sozial-ökologisch auf regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung ausrichten.

■ Unter der Priorität Lebens- und Futtermittelproduktion soll die Agrarwirtschaft einen regionalen Beitrag zur Energiewende leisten. Energiepflanzenanbau muss nachhaltig erfolgen, in die betriebliche Lebensmittelproduktion eingepasst werden und zur biologischen Vielfalt auf und neben dem Acker beitragen. Reines Pflanzenöl soll den fossilen Agrardiesel für Land- und Forstmaschinen ablösen.

■ DIE LINKE tritt dafür ein, dass umweltgerechte Landwirtschaft, Ökolandbau, Gartenbau, Forstwirtschaft und Fischerei und Aquakultur, nach sozial-ökologischen Kriterien und durch Unterstützung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen gefördert werden. Wichtig sind uns die Erhaltung der biologischen Vielfalt in der Natur sowie die Arten-, Rassen- und Sortenvielfalt in der Agrarwirtschaft. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pestiziden soll verringert werden. Zugleich setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft in Bund, Ländern und Gemeinden ein. Deshalb wollen wir auf Ebene des Bundes dafür sorgen, dass die Bundesforsten auf Grundlage des FSC (Forest Stewardship Council) ökologisch bewirtschaftet werden.

■ Agro-Gentechnik, Biopatente und Biopiraterie wollen wir verbieten. Sofort müssen das Gentechnikgesetz, das EU-Zulassungsverfahren und die Kennzeichnungsvorschriften verschärft werden. Wir halten an der Nulltoleranz bei Saatgut und Lebensmitteln fest und unterstützen die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft.

■ Wir wollen das Recht auf freien Nachbau von Saatgut sichern und treten der Marktmacht von Saatgut- und Gentechnik-Konzernen entgegen.

■ DIE LINKE fordert eine bodengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung. Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden. Quälerische Praktiken in der Tierhaltung müssen unterbunden und Transporte lebender Tiere auf maximal vier Stunden begrenzt werden. Der Einsatz von Antibiotika ist auf das Nötigste zu reduzieren und nur in wirklichen Krankheitsfällen und nicht prophylaktisch zu verabreichen. Bei neuen oder unbekannten Tierkrankheiten wollen wir einen Notfonds für betroffene Betriebe. Zur Durchsetzung des Tierschutzrechtes sind die Behörden finanziell und personell besser auszustatten.

■ Wir wollen eine bienenfreundliche Landnutzung. Bienen und andere Insekten wollen wir vor Pestiziden und Gentech-Pflanzen schützen.

■ Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt-, Tierschutz- und Naturschutzverbände sollen umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

■ Staatliche Qualitätskontrollen bei der Erzeugung, Verarbeitung und im Handel sollen ausgebaut werden, damit nur qualitativ hochwertige und gesundheitlich unbedenkliche Rohstoffe, Futter- und Nahrungsmittel in den Verkehr geraten.

■ Wir wollen Hemmnisse beseitigen, die einer noch erfolgreicher Entwicklung der Agrargenossenschaften entgegenstehen, zumal diese Rechtsform den Vorrang der Menschen vor dem Kapital präferiert und namentlich die Genossenschaften in den neuen Bundesländern einen beträchtlichen Teil der Fläche bewirtschaften, Wertschöpfung, Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern.

■ Die zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel der EU (GAP), des Bundes und der Länder (GAK) und des jeweiligen Landes sollen zielgerichteter für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben werden.

■ Besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen wollen wir die Mittel aus den Strukturfonds unter Federführung der ELER-Verwaltung in Regionalbudgets zusammenführen.

■ Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Regionen, der Erzeuger und aller Aktiven vor Ort sollen durch Bündelung der Instrumente und Weiterentwicklung der LEADER-Prinzipien und -Programme unterstützt werden.

■ Reformieren wollen wir die landwirtschaftliche Sozialversicherung durch Überführung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung in die allgemeinen gesetzlichen Systeme und durch die Abschaffung der »Hofabgabeklausel« in der landwirtschaftlichen Alterssicherung.

■ Die Agrarforschung, insbesondere im öffentlichen Sektor, wollen wir deutlich stärken. Wichtig sind uns eine bessere Koordination von Agrarforschung und Lehre sowie deren verbesserte Anbindung an die Praxis.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Transparenz ist nicht genug. Selbstregulierungen der Wirtschaft sind oft Selbstbetrug. Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen stärken. Dabei geht es nicht nur um Informationsrechte, sondern auch darum, klare gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchzusetzen: angefangen bei sicheren Lebensmitteln über Telekommunikation und Internet, Finanzdienstleistungen, bezahlbare Wohnungen, die Versorgung mit Wasser und Energie bis zu einem kundenfreundlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

DIE LINKE setzt sich insbesondere für Verbraucherinnen und Verbraucher mit geringem Einkommen ein. Ökologische und soziale Politik gehören zusammen.

■ Stärkung der Lebensmittelkontrollen unter Verantwortung des Bundes, damit sich Lebensmittelskandale nicht wiederholen. Dafür muss das Personal und die Ausstattung der staatlichen Lebensmittelaufsicht deutlich aufgestockt werden. Die Kosten der Kontrollaufgaben soll die Lebensmittelwirtschaft mitfinanzieren.

■ Lebensmittel, müssen deklariert werden: Herkunft, Inhalt, Inhaltsstoffe, Menge, Preise in auch für ältere Menschen lesbarer Schrift.

■ Eine klare Nährwertkennzeichnung von Lebensmitteln (Ampel).

■ Die Ergebnisse der Hygienekontrollen von Gaststätten müssen transparent gemacht werden.

■ Einen besseren Anlegerschutz durch eine funktionierende Bankenaufsicht und einen Finanz-TÜV, damit »Schrottpapiere« nicht länger auf den Markt kommen.

■ Überziehungs- und Dispo-Zinsen sind gesetzlich zu begrenzen.

■ Wir treten für die Beendigung unseriöser und überzogener Inkassopraktiken ein.

■ Unlautere Geschäftspraktiken und aggressive Werbepaxen müssen wirksam unterbunden werden.

Verbraucherschutz ist nur dann wirksam, wenn es handlungsfähige öffentliche Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucherorganisationen gibt, die ihn durchsetzen. Dazu müssen die Verbraucherzentralen finanziell abgesichert und zum Beispiel durch die Einführung eines Verbandsklagerechtes rechtlich gestärkt werden.

Wir brauchen endlich ein starkes Verbraucherministerium und eine Verbraucherschutzbehörde. Die kollektiven Interessenvertretungen der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf allen Ebenen gestärkt werden.

■ Wir wollen ein Verbraucherinformationsgesetz, das Auskünfte kostenfrei gewährt und nicht auf den Lebensmittelbereich beschränkt ist, sondern alle Dienstleistungen umfasst.

■ Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, sich direkt beim Unternehmen über seine Produkte, ihre sozialen und ökologischen Herstellungsbedingungen zu informieren.

Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht

Die soziale Spaltung der Gesellschaft schließt viele Menschen vom Tourismus und damit von der Teilhabe an Möglichkeiten der Erholung, Bildung, Kultur und des Naturerlebens aus. Wir wollen, dass daran alle Menschen teilhaben können. Die Bundesregierung soll mehr Mittel für sozialen, barrierefreien Tourismus bereitstellen, besonders für Reisen von Kindern und Jugendlichen, Familien und Alleinerziehenden mit Kindern sowie Menschen mit Behinderungen. Der Landtourismus soll ausgebaut werden, weil er als Säule regionaler Wirtschaftsentwicklung zugleich einen ökologisch nachhaltigen sozialen Tourismus fördert. Gute Ausbildung und gute Arbeit müssen auch in der Tourismus-Branche gesichert sein. Wir wollen verhindern, dass die Immobilienpreise in touristischen Schwerpunkten weiter explodieren. Der Bau von Zweitwohnungen in diesen Regionen muss begrenzt werden. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, welcher vor allem von Klein- und mittelständischen Unternehmen geprägt ist und immer noch zu den Bereichen mit sehr vielen prekären Arbeitsverhältnissen und unterdurchschnittlichen Löhnen gehört. Indem er einen wesentlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt erbringt, eine Vielzahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen bietet, die kulturelle Infrastruktur in den Regionen fördert und den Kommunen wichtige Einnahmen verschafft, ist er untrennbar mit dem sozialen und ökologischen Umbau von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden.

V. Demokratische Teilhabe: für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt

Alle Menschen müssen an der Gesellschaft, an Kultur und Bildung teilhaben, frei von staatlicher Überwachung ihre Meinung bilden und am demokratischen Prozess teilnehmen können. Wer die Erfahrung gemacht hat, dass es nichts zu entscheiden gibt, dass alle wichtigen Fragen schon vorentschieden sind, zieht sich aus der Demokratie zurück. Wirtschaftliche Macht zieht demokratische Ohnmacht nach sich. Deshalb muss Demokratie in wirtschaftliche Macht eingreifen. Wir erleben gegenwärtig das Gegenteil. Die europäischen Parlamente werden im Zuge der Krisenbearbeitung ihres Einflusses beraubt. Kanzlerin Merkel fordert eine »marktkonforme Demokratie«. Soziale Ungleichheit und die Einschränkung der Bürgerrechte schaden der Demokratie. Wir wollen einen neuen Weg einschlagen.

Demokratie bedeutet mehr, als alle vier Jahre Wahlen abzuhalten oder im Parlament abzustimmen. Demokratie ist die Grundlage des Gemeinwesens. Dies bedeutet, dass alle gleichermaßen wirksam an den Entscheidungen beteiligt werden, die für alle bindend sind. Die dafür geeigneten und notwendigen sozialen Bedingungen wollen wir stärken, die Bürgerrechte schützen und für neue Formen der demokratischen Beteiligung eintreten.

Unser Ziel ist, eine nachhaltige Demokratisierung der Demokratie, von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu befördern. Fehlentwicklungen innerhalb und außerhalb des Parlaments müssen korrigiert, neue Impulse gegeben werden. Politische, soziale und kulturelle Teilhabe und die dazu notwendigen Rechte sind universell zu sichern. Soziale und demokratische Rechte sind unteilbar. Grundrechte müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise gelten, sie dürfen für Erwerbslose, Hartz-IV-Betroffene, Migrantinnen und Migranten oder für außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen nicht eingeschränkt werden.

Die Beteiligung an Wahlen und Entscheidungen muss auf allen Ebenen auf Hindernisse hin überprüft und verbessert werden.

■ DIE LINKE fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres und für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Wir lehnen ab, dass Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden. Die Wahl mittels Wahlcomputer lehnen wir ab.

■ Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen ist längst überfällig und muss gewährleistet werden. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist – unabhängig vom Gesundheitsstatus – für Menschen mit und ohne Behinderungen zu wahren.

■ Wir wollen, dass endlich auch auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide mit niedrigen Zugangshürden sowie bürgerfreundlichen Abstimmungsbedingungen (Straßensammlung, Briefwahl u.a.) stattfinden können. Bei Volksabstimmungen soll es keine Themenausschlüsse geben, lediglich die im Grundgesetz garantierten Grundrechte und Grundsätze (§§1–20) sowie das Haushaltsgesetz sind als Abstimmungsgegenstand ausgenommen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d. h. die Bürgerinnen und Bürger sollten eine Vetomöglichkeit zu parlamentarischen Entscheidungen erhalten.

■ Umfassende Informations- und Auskunftsrechte sollen eingeführt werden. Gesetzgebung und Regierungshandeln sollen durch Open Data für Bürgerinnen und Bürger transparent gemacht werden. Wir wollen die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes zu einem Transparenzgesetz (nach dem Vorbild des gleichnamigen Hamburger Landes-

gesetzes), damit die Bürgerinnen und Bürger nicht erst Auskünfte beantragen müssen, sondern alle Bundesbehörden von vornherein zur Veröffentlichung amtlicher Dokumente verpflichtet sind.

■ Die Oppositionsrechte in Plenen und Ausschüssen in allen Parlamenten wollen wir stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.

Infrastruktur- und Großprojekte wie Stuttgart 21 oder das Atommülllager in Gorleben haben Kritik und Protest auf sich gezogen. Entscheidungen der herrschenden Politik waren fragwürdig und zeigten große Defizite in der Demokratie. Es geht nicht allein um Vorabinformation und Transparenz, sondern um realen Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Angelegenheiten vor Ort, in den Ländern und auf bundespolitischer und europäischer Ebene.

■ Wir wollen verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten. Planfeststellungsverfahren sind so anzulegen, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, zu überprüfen, ob ihre Interessen gewahrt bleiben und sich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens zulasten von Bürgerbeteiligungsverfahren lehnen wir ab.

■ Ökonomische, ökologische und technische Großprojekte müssen in Bund, Ländern und Kommunen mit allen Informationen Gegenstand von parlamentarischen Beratungen sein.

■ Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss zurückgedrängt werden. Korruption und Bestechung, Vorteilsge-währung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht Mittel der Einflussnahme sein. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Wir wollen Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen. Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und – bei Vollzeitparlamenten – von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

■ Der zunehmenden Vermengung politischer und wirtschaftlicher Interessen wollen wir Einhalt gebieten: DIE LINKE fordert eine Wartezeit von fünf Jahren für Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.

■ Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zu veröffentlichen. Unternehmensspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie Unternehmensstände auf Parteitagen, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen auf 25.000 Euro begrenzen.

■ Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft: In Unternehmen herrschen alles andere als demokratische Zustände. Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und Unternehmensebene müssen ausgeweitet, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft am Produktivkapital beteiligt werden. Wir brauchen neue Strukturen – beispielsweise in Form von Branchenräten –, die den demokratischen Einfluss der Gesellschaft auf das Wirtschaftsgeschehen garantieren und so eine wirkliche Vergesellschaftung bestimmter Bereiche möglich machen (vgl. Kapitel IV). Wir fordern das Recht auf Generalstreik.

■ Wir setzen uns für ein bundesweites Register für korrupte Unternehmen ein.

DIE LINKE wirbt für die Idee einer neuen Solidarität von unten. Eine Demokratisierung der Demokratie bedeutet auch, den Einfluss sozialer Schichten zu stärken, die nicht durch Bildung, Einkommen oder Zugang zur Öffentlichkeit ohnehin privilegiert sind. Ressourcen müssen öffentlich bereitgestellt werden, die es breiten Bevölkerungsschichten ermöglichen, demokratische Teilhabemöglichkeiten auch in Anspruch zu nehmen. Das betrifft technische und räumliche Infrastruktur, Rechtsberatung und finanzielle Mittel. DIE LINKE will die Mitbestimmungs- und Teilhabeinteressen von Seniorinnen und Senioren stärken. Im Rahmen eines Bun-

desseniorenvertretungsgesetzes setzen wir uns für eine stärkere Mitsprache der Älteren im politischen Entscheidungsprozess auf Bundes-, Länder-, Kreis- und Kommunal-ebene ein.

Wir wollen die konsequente Umsetzung der Gewaltenteilung: Selbstverwaltung der Justiz einführen und Unabhängigkeit der Gerichte stärken.

Im europäischen Maßstab ist Deutschland Schlusslicht und wurde von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aufgefordert, dem Vorbild der überwiegen- den Mehrheit der europäischen Staaten zu folgen und zur Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz die Selbstverwal- tung der Gerichte und Staatsanwälte durch Justizräte einzuführen.

■ DIE LINKE setzt sich darum auf Bundes- und Landesebene für eine konsequente Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips und eine Demokratisierung der Justiz ein. Die zu bildenden Justizräte sind partei- politisch unabhängig und ausschließlich der Umsetzung des grundgesetzlichen Justizgewährungsanspruchs verpflichtet.

■ Die Bestellung der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsan- wälte soll ausschließlich durch Richterwahl- ausschüsse erfolgen statt wie bisher unter maßgeblichem Einfluss der Justizministerin- nen und Justizminister. Dabei ist sicherzu- stellen, dass die ausgewählten Kandidatin- nen und Kandidaten alle gesellschaftlichen Schichten angemessen repräsentieren. Nur eine repräsentative Zusammensetzung der Justiz bietet dafür Gewähr, dass tatsächlich im Namen des Volkes Recht gesprochen wird. Die Stärkung des Rechtsstaates erfordert außerdem eine den Richterinnen und Richtern gleiche Unabhängigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte.

Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen

Die Grund- und Bürgerrechte geraten auch in parlamentarischen Demokratien immer wieder unter Druck. Sie werden aus öko- nomischen Gründen relativiert oder mit

der Begründung, die Freiheit zu schützen, der Sicherheit geopfert. Die Versamm- lungsfreiheit und das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung der Bürgerinnen und Bürger werden immer wieder massiv ein- geschränkt. Der öffentliche Raum wird im Namen der Sicherheit einer permanenten Überwachung unterworfen, ebenso werden Beschäftigte in den Betrieben oftmals durch Kontrolle und Beobachtung ihrer Persön- lichkeitsrechte beraubt. Um die Computer von Privatpersonen vor Durchsuchungen des Staates zu schützen, musste das Bundesverfassungsgericht eigens ein neues Grundrecht definieren.

DIE LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.

■ Das Petitionsrecht ist als Bürgerrecht und Möglichkeit der politischen Teilhabe weiter auszubauen.

■ Das politische Sonderstrafrecht (§§ 129a und 129b StGB) muss abgeschafft werden, die allgemeinen Strafgesetze reichen zur Verbrechensbekämpfung aus.

■ Die demokratische Kontrolle aller Sicher- heitsbehörden des Bundes, wie BKA und Bundespolizei muss u. a. durch die Kenn- zeichnungspflicht von uniformierten Polizeibeamtinnen und -beamten und eine unabhängige Ombudsstelle zur Untersu- chung polizeilichen Fehlverhaltens gestärkt werden. Die parlamentarischen Kontrollbe- fugnisse gegenüber den Sicherheitsbehör- den müssen deutlich erweitert werden.

■ Wir wollen die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.

■ Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorrats- datenspeicherung, Bestandsdatenauskunft und Online-Durchsuchungen, nichtindividu- alisierte Funkzellenabfrage, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Mit Blick auf die sozialen Medien müssen die

Bürgerrechte erneuert und gesichert werden. Dies schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.

■ Geheimdienste, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützen die Demokratie nicht, sondern gefährden sie. Wir verteidigen die Demokratie und wollen deswegen die Geheimdienste einschließlich des Verfassungsschutzes abschaffen zugunsten einer unabhängigen Beobachtungsstelle »Neonazis, Rassismus, Antisemitismus«. Das dient auch dem Schutz der Verfassung.

■ Staatliche und nichtstaatliche zivile Organisationen dürfen nicht weiter militarisiert werden. Wir wollen die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) zugunsten einer Stärkung des Katastrophenschutzes beenden. Die schon bestehenden Strukturen der ZMZ sowie die im Aufbau befindlichen Strukturen der Reservekräfte (RSUKr) müssen aufgelöst werden.

■ DIE LINKE setzt sich für den Schutz von Personen und Strukturen ein, die kritische Öffentlichkeit möglich machen: sogenannte Whistleblower – Informanten über Missstände in Unternehmen und Behörden – und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden können (Leakingplattformen).

In öffentlichen Räumen wollen wir die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch mehr Personal schützen.

Keinen Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie

Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und eine allgemeine Ideologie der Ungleichheit der Menschen sind das Kennzeichen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen. Rassismus und Antisemitismus wurzeln tief in der Mitte der Gesellschaft. Es sind immer wieder Repräsentanten der »Mitte«, die rassistische Ausfälle und Ressentiments gesellschaftsfähig machen. Waren es in den 90er Jahren die Innenminister Schäuble und Kanther, die mit ihrer »Das-Boot-ist-voll«-Rhetorik neofaschistische Gewalt begünstigten, sind es heute

Bundesinnenminister Friedrich und etliche Länderminister, die gegen Roma und Flüchtlinge hetzen. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA stehen Menschen muslimischen Glaubens oftmals unter dem Generalverdacht terroristischer Umtriebe, was zu struktureller Islamfeindlichkeit führt. Wir suchen den Dialog mit muslimischen und jüdischen Gemeinden und Vereinen und stellen uns gemeinsam gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus. Rassistische Einstellungen werden in der Bevölkerung auch durch Gesetze, Verordnungen und behördliches Handeln wie das »Racial/Ethnic Profiling« durch die Polizeibehörden direkt und indirekt legitimiert; mit gesamtgesellschaftlich negativen Folgen auf das Zusammenleben.

Soziale Ausgrenzung und die Entsicherung der Lebensverhältnisse sind auch der Nährboden, auf dem faschistische Politik wachsen kann. Eine wirksame Politik dagegen muss bei diesen Grundlagen ansetzen: Prekarisierung zurückdrängen, die Demokratisierung der Gesellschaft vorantreiben und soziale Sicherheit schaffen.

Gerade in Zeiten der Krise versuchen rechte Gruppierungen, aus dieser Entwicklung Kapital zu schlagen. Eine starke LINKE, das zeigt der Blick auf die Verhältnisse in anderen Ländern Europas, kann eine Barriere gegen das Anwachsen von antidemokratischen, nationalistischen und rassistischen Tendenzen sein. Als Teil der demokratischen Gesellschaft steht auch DIE LINKE gegen Ungleichheitsideologien, jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und Neofaschismus ein.

Die Mord- und Terrorserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« hat die tödliche Gefahr von rechts – unterstützt durch die Geheimdienste –, in aller Deutlichkeit gezeigt. Sie zeigt sich auch an knapp 1000 rechten Gewalttaten im Jahr und an mehr als 160 Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt seit 1990, von denen staatliche Statistiken nur ein knappes Drittel überhaupt anerkennen. DIE LINKE fordert eine systematische

Erfassung der Straftaten mit rassistischem, antisemitischem oder islamfeindlichem Hintergrund.

Ohne ein breites gesellschaftliches Engagement gegen rechts – gemeinsam mit allen hierzu bereiten demokratischen Kräften – kann der Kampf gegen die Nazis zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates und gegen alle Ideologien der Ungleichheit nicht gewonnen werden. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass dieses antifaschistische Engagement anerkannt und gefördert wird. DIE LINKE fordert die Erfassung islamfeindlicher Straftaten im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität (KPMd-PMK), um das ganze Ausmaß der muslimfeindlichen Hasskriminalität deutlich zu machen.

■ Die Bundesprogramme gegen rechts müssen dauerhaft und umfassend gefördert und alle Hindernisse für die Programme (z. B. die Extremismusklausel) beseitigt werden. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein.

■ Gruppierungen und Individuen, die sich gegen rechtsradikale und rassistische Bestrebungen wenden, dürfen von Seiten staatlicher Stellen nicht diskriminiert und unter Vorwänden rechtlich und polizeilich verfolgt werden. Angesichts der Vielzahl von Fällen, in denen diejenigen polizeilich verfolgt wurden, die neofaschistische Aktivitäten kritisch beobachten, öffentlich thematisieren und dagegen protestieren, wollen wir eine bundesweite Ombudsstelle einrichten.

■ DIE LINKE fordert ein Verbot der NPD und aller weiteren neofaschistischen Organisationen. Es wird das Problem von Rechtsextremismus und Rassismus allein nicht lösen, steht aber für eine gesellschaftliche Ächtung und verhindert staatliche Unterstützung für die Strukturen der extremen Rechten.

■ DIE LINKE wird sich für eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz einsetzen.

■ DIE LINKE blockiert gemeinsam in breiten Bündnissen Naziaufmärsche auf Straßen und Plätzen.

Demokratie für alle, die hier leben. Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten

DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen. Das erfordert gleiche Rechte auf soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen.

Rassistische Diskriminierung und die Politik der sozialen Ausgrenzung sowie ein sozial und ethnisch selektives Bildungssystem haben dazu geführt, dass Armut besonders unter Migrantinnen und Migranten zugenommen und sich verfestigt hat. 15,9 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, mehrheitlich sind sie deutsche Staatsangehörige. Sie sind fast doppelt so häufig von Erwerbslosigkeit betroffen, ihr Armutsrisiko ist dreimal höher als das der übrigen Bevölkerung. Diese Diskriminierung liegt an der unsozialen und ausgrenzenden Politik der bisherigen Bundesregierungen.

DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen als »nützlich« fürs Kapital gelten: Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer neokolonialen, selektiven Einwanderungspolitik. Wir brauchen keine Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und rassistische Debatten über angebliche Integrationsverweigerer. DIE LINKE fordert: Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablehnen zu müssen.

Nötig sind dagegen gezielte Förderangebote und eine konsequente Anti-Diskriminierungspolitik. Wir wollen die strukturellen Nachteile und Barrieren beim Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen.

■ Darüber hinaus fordert DIE LINKE leichtere Einbürgerungsmöglichkeiten für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Wir wollen Mehrfachstaatsbürgerschaften ermöglichen. Der Optionszwang muss abgeschafft werden. Auch eine einkommensunabhängige Einbürgerung und gering gehaltene Gebühren sind notwendig.

■ Wir wollen Wahlrecht für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.

■ Wir wollen eine Verbesserung und Ausweitung eines auf Freiwilligkeit basierenden Integrations- und Sprachkursangebots. Die Beschäftigungssituation und Bezahlung der Lehrkräfte muss grundsätzlich so gestaltet werden, dass gute Arbeitsbedingungen, sichere Beschäftigungsverhältnisse und faire Löhne gesichert sind.

■ Der Familiennachzug von Kindern, Ehegatten und (gleichgeschlechtlichen) Lebenspartnerinnen und -partnern darf nicht behindert werden. Die diskriminierenden Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen.

■ Das Aufenthaltsrecht von Migrantinnen und Migranten/Flüchtlingen darf nicht vom Familienstatus oder von wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sowie Deutschkenntnissen abhängig gemacht werden.

■ DIE LINKE fordert umfassende Visa-liberalisierungen bzw. möglichst eine Aufhebung der Visumpflicht. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.

■ Die europarechtswidrige Diskriminierung türkischer Staatsangehöriger muss beendet und ihre Rechte aus dem EU-Türkei-Assoziationsabkommen umfassend gewahrt werden.

■ Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, müssen anerkannt werden.

Politik für Minderheiten an europäischen Maßstäben ausrichten

Für die Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie die Sorben/Wenden, die seit Jahrhunderten in Deutschland beheimatet sind, müssen die Maßstäbe der europäischen Minderheitenabkommen umfassend zur Geltung gebracht werden. Die Bundesrepublik muss endlich die notwendigen Schlussfolgerungen aus der wiederholten Kritik des Europarats ziehen. Notwendig sind strukturelle Veränderungen. Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der anerkannten Minderheitensprachen und -kulturen sind durch den Bund und die Länder mit den Mitteln auszustatten, die den gewachsenen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Wissenschaft sowie Basis- und Hochkultur entsprechen. Medien in den Minderheitensprachen müssen weiterhin ihren Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Sprachen leisten können. Die unwürdigen öffentlichen Diskussionen über die Höhe der finanziellen Ausstattung der Minderheitenpolitik müssen der Vergangenheit angehören. Es muss Schluss damit sein, dass die Minderheiten ihre verbrieften Ansprüche immer wieder aus einer »Bittsteller-Rolle« heraus einfordern müssen; die Rechte ihrer demokratisch legitimierten Gremien gegenüber staatlichen und kommunalen Stellen, auch im Deutschen Bundestag, sind zu erweitern.

Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten

Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen die Vorwürfe, Flüchtlinge würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Roma aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und aus Rumänien, die in Deutschland Schutz vor massiver Diskriminierung suchten. In einer Logik der Abschreckung werden Schutzsuchende in Deutschland einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet die EU an

ihren Außengrenzen ein zivil-militärisches Abschottungsregime, in das auch autoritäre Regime und Staaten ohne funktionierendes Asylsystem an der Peripherie der EU einbezogen werden.

■ Die waffenexportierenden Länder, wie u.a. Deutschland, tragen eine Mitverantwortung für die Kriege und dadurch verursachten Hunger und Flucht der Menschen auf der ganzen Welt. Deshalb fordern wir eine humane Flüchtlingspolitik auf deutscher und europäischer Ebene, die Beendigung aller Kriege sowie eine solidarische Wirtschafts-, Ressourcen- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut und Hunger.

■ Schluss mit den Schikanen gegen Flüchtlinge! Das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und die Unterbringung in Sammellagern müssen sofort abgeschafft werden. Asylsuchenden steht das gleiche Recht auf Arbeit, die gleiche Grundsicherung sowie Gesundheitsversorgung zu. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen müssen als Asylgrund umfassend anerkannt werden. Traumatisierte Flüchtlinge müssen muttersprachliche psychotherapeutische Versorgung erhalten.

■ Wir wollen ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16a Grundgesetz) muss in seiner Substanz wiederhergestellt werden (vgl. Kapitel II). Sogenannte Kettenduldungen, die jährlich zu beantragen sind, wollen wir zu Gunsten von gesicherten Aufenthaltsrechten beenden.

■ Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss abgeschafft werden. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme in der EU ein. Die Grenzen Europas müssen für schutzsuchende Menschen offen sein.

Selbstbestimmt und mittendrin: eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse

In der Bundesrepublik leben fast zehn Millionen Menschen mit anerkannten Behinderungen. Immer mehr Menschen

»erwerben« zudem eine Behinderung: durch schlechte Arbeitsbedingungen, Stress und sozialen Druck. Fehlende Investitionen in den Kommunen, Leistungskürzungen und die Aussonderung von Menschen aufgrund ihrer Beeinträchtigung schränken die Gestaltungsmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben ein. Statt voller gesellschaftlicher Teilhabe und Selbstbestimmung erleben Menschen mit Behinderungen oftmals die Unzugänglichkeit von öffentlichen Räumen, Schulen, Praxen und Verkehrsmitteln, Informations- und Kommunikationssystemen, die Ausgrenzung in Sonderschulen und Heimen und die Diskriminierung in vielfältigen Lebenslagen.

Alle Menschen müssen mit ihren Möglichkeiten als vollwertige Bürgerinnen und Bürger gewürdigt und gefördert, dürfen nicht auf Menschen mit Mängeln reduziert und bevormundet werden – so gibt es die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor, und das ist Grundlage LINKER Politik. Das erfordert ein neues Denken und Handeln bei politisch Verantwortlichen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen selbst. Dieses wollen wir gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden weiter voranbringen: von einem wirkungsvolleren Antidiskriminierungsgesetz über barrierefreies Wohnen und Wählen, gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen, selbstbestimmte Wohnformen bis hin zu einer gewaltfreien Psychiatrie.

Alle Gesetze und Verordnungen sind deshalb auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention zu überprüfen.

■ Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention soll unter tatsächlicher Beteiligung der Betroffenen und ihrer Interessenvertretungen fortgeschrieben und konkretisiert werden. Nachprüfbare Zielvorgaben, Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich – Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden.

Wir setzen uns für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren Interessenvertretungen ein. Das beinhaltet

z. B. die Förderung unabhängiger Beratung, die Unterstützung von Betroffenenverbänden und die Stärkung der Rechte von Betriebs- und Personalräten, Schwerbehindertenvertretungen sowie Werkstatträten und Frauenbeauftragten in Behinderteneinrichtungen.

■ Bestehende bauliche und kommunikative Barrieren müssen beseitigt werden. Hierfür wollen wir ein Sonderinvestitionsprogramm von jährlich einer Milliarde Euro in einem Zeitraum von fünf Jahren auflegen. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig auch an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.

■ Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich.

■ Für Schwerbehinderte oder Kranke, die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, soll zur Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Leben ein kostenfreies individuelles Kilometerkontingent für Behindertenfahrten zur Verfügung stehen.

■ Die erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mittel müssen bereitgestellt werden, um das Recht auf inklusive Bildung bei allen Bildungswegen und -einrichtungen für das gesamte Leben zu sichern.

■ Um behinderungsbedingte Nachteile durch z. B. spezielle Hilfsmittel, persönliche Assistenz oder bauliche Maßnahmen auszugleichen, braucht es ein bundeseinheitliches Teilhabesicherungsgesetz. Die Leistungen sollen ohne Einkommens- und Vermögensprüfung bedarfsdeckend zur Verfügung gestellt werden und gute, tarifliche Arbeitsbedingungen für die Assistenzkräfte garantieren.

■ Um das Recht auf gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen, wollen wir die Mindestbeschäftigungsquote auf sechs Prozent anheben und die Ausgleichsabgabe bei Verstoß mindestens verdreifachen. Der Sonderstatus von Werkstattbeschäftigten muss abgeschafft, ihr

Arbeitnehmerrecht gestärkt sowie gleicher Lohn bei gleicher Arbeit durchgesetzt werden.

■ Rechtliche Diskriminierung, insbesondere über psychiatrische Sondergesetze und ärztliche oder betreuungsrechtliche Zwangsbefugnisse, ist aufzuheben.

Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken

In der Drogenpolitik ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich. Die bisherige Kriminalisierung von Konsumierenden schränkt die Verfügbarkeit und den Konsum von Drogen nicht wirksam ein, sondern zwingt Konsumierende in den illegalen Markt. Damit wird die organisierte Kriminalität gefördert mit verheerenden Folgen in Deutschland, aber auch in den Anbau- und Transitländern.

Ziel linker Drogenpolitik ist es, drogenbedingte Probleme zu reduzieren und Rahmenbedingungen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Rauschmitteln herzustellen. DIE LINKE setzt sich für eine Gesellschaft ein, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern mit Prävention und Aufklärung dem Drogenmissbrauch vorbeugt und Abhängigen hilft. Problematischer Drogenkonsum hängt oft mit den konkreten Lebensumständen der Menschen zusammen. Wirksame Drogenprävention ist daher Teil einer Politik, die für gesunde und gerechte Lebensbedingungen sorgt, die Ressourcen der Menschen stärkt und ihnen ermöglicht, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten.

■ Bedarfsorientierte Angebote der psychosozialen Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger Grundlage müssen flächendeckend zur Verfügung stehen.

■ Wir wollen die Möglichkeiten zur Substitutionstherapie verbessern, indem für die Ärzte Rechtssicherheit geschaffen und die Aushändigung von Ersatzmitteln erleichtert wird. Die Behandlung mit Diamorphin,

einem synthetischen Heroin, muss flächendeckend ermöglicht werden.

■ Um die Gesundheitsgefahren für Konsumentinnen und Konsumenten zu verringern, wollen wir Drug-Checking-Angebote zur Prüfung der Verunreinigung von Drogen ermöglichen und für Risikogruppen kostenlos sauberes Spritzbesteck zur Verfügung stellen.

■ DIE LINKE steht dafür, das international vereinbarte Werbeverbot für Tabakprodukte endlich auch in der Plakat- und Kinowerbung umzusetzen und ebenso im Sponsoring anzuwenden.

■ DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf zu genehmigen sowie Cannabis-Clubs auf nichtkommerzieller Basis zu erlauben. Dabei müssen der Jugendschutz sowie ein entsprechendes Werbeverbot gesichert sein. Wir wollen die Möglichkeiten erleichtern, Cannabis als Arzneimittel medizinisch einzusetzen und zu erforschen.

■ DIE LINKE setzt sich für bundeseinheitliche, wissenschaftlich abgesicherte Grenzwerte – insbesondere für den Cannabiswirkstoff THC – im Straßenverkehr ein, welcher eine akute Fahruntüchtigkeit nachvollziehbar definiert.

■ Wir wollen die Gefahren der Spielsucht verringern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Spielautomaten weniger suchtauslösende Eigenschaften aufweisen und in Spielotheken ein konsequenter Spieler- und Jugendschutz durchgesetzt wird

■ In gastronomischen Einrichtungen plädieren wir für ein Automatenverbot.

■ Wir setzen uns für eine unvoreingenommene wissenschaftliche Bewertung der bisherigen Drogenpolitik ein. Dabei sind neben Expertinnen und Experten auch Betroffenen-Vertreterinnen und -Vertreter einzubeziehen und internationale Erfahrungen zu berücksichtigen.

■ Wir fordern, dass Drogenhilfestrukturen befähigt werden, kurzfristig und flexibel auf

Änderungen zum Beispiel im Bereich neuer Substanzen und veränderter Konsummuster und- formen reagieren zu können.

■ Den Drogenmarkt wollen wir regulieren, um ihn so der organisierten Kriminalität zu entziehen und die katastrophalen Folgen des Drogenkrieges in Anbau- und Transitländern zu verringern.

Um auch international ein Umdenken in der Drogenpolitik zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung auf, das Suchtstoffabkommen der Vereinten Nationen sowie die Drogenstrategie der Europäischen Union hin zu einer menschlichen und aufgeklärten Drogenpolitik zu beeinflussen.

Recht auf Feierabend: freie Zeit genießen

Freie Zeit ist ungleich verteilt, zwischen den Geschlechtern, Klassen, Berufsgruppen. Für viele Menschen dehnt sich Erwerbsarbeit immer mehr aus, oder die Belastungen nehmen so zu, dass freie Zeit vor allem mit der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit belegt ist. Frauen bringen nach wie vor mehr Zeit für Haushalt, Kochen, Putzen und Kinderversorgung auf. Für Menschen mit geringem Einkommen sind viele Möglichkeiten, freie Zeit zu genießen, durch Hürden verstellt: Eintrittspreise, teure Ausstattung und Zubehör, die für Sport und Hobbys benötigt würden.

Wir wollen, dass alle Menschen gleichermaßen freie Zeit genießen können und den Zugang zu unterschiedlichen Freizeit- und Kulturangeboten öffnen – eine Frage der Demokratie.

Zeit haben, um auszuspannen, sich zu erholen, Fragen und Interessen nachzugehen – von der politischen Gestaltung hängt ab, wie zugänglich diese Möglichkeiten sind, wie demokratisch freie Zeit ist. Lesen, ins Rockkonzert gehen, im Internet surfen, Laufen gehen oder ins Fitnessstudio, Fernsehen, Kino, Schwimmen, Bibliothek oder Radio hören. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder und jede diese Vielfalt selbstbestimmt nutzen kann.

Vielfalt braucht auch Räume zum Ausprobieren und Entdecken, damit alle herausfinden können, was sie wollen und können. Damit Talente wie kulturelle Traditionen entdeckt und gefördert werden, braucht es Musikunterricht, Theaterabonnements, Materialien für Bildhauerei, Mal- oder Probenräume sowie Sportplätze. Das ist keine Frage des Geschmacks, sondern linker Politik.

■ Mit öffentlich geförderter Beschäftigung wollen wir insbesondere in den Bereichen Soziales, Kultur und Ökologie sinnvolle und zusätzliche tariflich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen, die nicht unter dem Mindestlohn liegen dürfen.

■ Öffentliche Jugendklubs, Kultureinrichtungen, Bibliotheken und vieles mehr sind für uns Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge, die wir öffentlich organisieren und ausreichend ausstatten wollen. Dafür ist die Finanzausstattung der Kommunen deutlich zu verbessern.

Wir wollen die Zugangsbedingungen zum **Sport für alle** verbessern.

Sport treiben zu können soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Wir fördern behindertengerechten, integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

■ Das Sportstättenförderprogramm für die Sanierung und den Bau von Sportstätten für den Breitensport wollen wir neu auflegen. Fans und Aktive in den Vereinen sollen stärker an der Gestaltung der Sportstätten beteiligt werden.

■ Wir wollen öffentlich finanzierte Beschäftigung im Bereich des Breitensports schaffen.

■ Einen so ausgestalteten Breitensport sehen wir als Basis für entkommerzialiserten Leistungssport. Leistungssport soll unabhängig vom Sponsorenaufkommen in allen Sportarten möglich sein.

■ Bürokratische Hürden für ein ehrenamtliches Engagement im Breitensport sind abzubauen.

■ Die Mittel für Fanprojekte, Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Gewalt sollen erhöht und nachhaltig festgeschrieben werden.

■ Wir wenden uns gegen pauschale Verdächtigungen und Überwachungen von Fans bestimmter Vereine oder Sportarten. Wir wollen die Beteiligung von Fans an Vereinsentscheidungen verbessern.

■ Allen Menschen mit Behinderungen muss die umfassende Teilhabe am Sport möglich sein.

Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine lebendige Öffentlichkeit und die Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität hergestellt und gesichert ist. Dass Medien kommerzialisiert und von Machtverhältnissen geprägt sind, schwächt die Demokratie. Öffentlich-rechtliche Medien sollten dazu ein Gegengewicht bilden, doch orientieren sie oft selbst auf Quoten oder geraten unter Druck von parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus – damit die Information der Bevölkerung – werden so erschwert. Für Journalistinnen und Journalisten in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Gefährdung der Demokratie beitragen.

Wir wollen hochwertige Rundfunk- und Fernsehsendungen gegen den Druck durch Kommerzialisierung verteidigen. Wir treten dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen.

■ Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Medien- und Filmemacher schaffen: »Fair Work« in der Medienproduktion.

■ Wir treten für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit ein: Dafür wollen wir in traditionellen und digitalen Medien eine demokratische Medienordnung gestalten. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir reformieren und die Rundfunkräte demokratisieren und quotieren. Die Redaktionsstatute sollen eine hohe Mitbestimmung der Beschäftigten verankern.

■ Die Kartellgesetze müssen verschärft werden, um die Medienkonzentration einzudämmen.

■ Die öffentliche Ausrichtung des Journalismus ist neu zu organisieren – über alternative Finanzierungsmodelle, Mitbestimmung von Nutzerinnen und Nutzern bei Programminhalten und am Gemeinwohl orientierte Vergütungsansätze.

■ Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung umfassend stärken: in der vorschulischen Bildung, in Schule und Unterricht, in zivilgesellschaftlichen Projekten und in der Arbeitswelt.

■ Wir setzen uns für eine Reform des zum 1. Januar 2013 eingeführten Rundfunkbeitrages ein. Soziale Ungerechtigkeiten und ungesetzliche Eingriffe in das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung müssen beseitigt werden. Wir wollen nicht, dass Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und Datschen, Blinde und Hörgeschädigte zahlen, während die Hotellobby sich Vergünstigungen gesichert hat.

■ Barrierefreiheit in den Medien und die Vertretung von Behindertenverbänden in den Rundfunkräten sind für uns auch zukünftig ein wichtiges Thema.

Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen

Mit dem Internet hat sich verändert, wie Menschen produzieren, kommunizieren und mit Informationen umgehen. Das Netz kann solidarisches Handeln und neue soziale Ökonomien ermöglichen; diese Tendenzen wollen wir fördern und die

Möglichkeiten der politischen Partizipation erweitern. Aber es gibt auch vielfältige Gefahren: Kommerzielle Soziale Medien sind demokratischer Kontrolle entzogen, ihre Datensammlungen gefährden die informationelle Selbstbestimmung. Geschäftsinteressen bedrohen die Neutralität und Gleichbehandlung aller Nutzerinnen und Nutzer. Die staatliche Überwachung nimmt zu.

Für DIE LINKE ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik. Wir wollen, dass das Internet als Raum der sozialen Innovation offen bleibt. Wissen soll produktiv weiter verwendet werden dürfen. Das muss mit dem Recht der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke auf angemessene Bezahlung in Einklang gebracht werden. Wir wollen diese Fragen in einem modernen Patent- und Urheberrecht regeln. Die privatwirtschaftliche Aneignung von Wissen in Form von Urheber- und Patentrechten darf nicht zur ökonomischen oder kulturellen Entwicklungsschranke werden.

■ Wir fordern eine Reform des Urhebervertragsrechts, damit Kreative ihre Ansprüche auf angemessene Vergütung wirksam durchsetzen können. Wir setzen uns für neue Lizenz- und Vergütungsmodelle (Creative Commons, Kulturwertmark, Crowdfunding) sowie für eine umfassende Reform der Verwertungsgesellschaften ein.

■ Die Verlängerung urheberrechtlicher Schutzfristen wollen wir umkehren und Grundlagen für faire, nichtkommerzielle Nutzungsmöglichkeiten schaffen. Die Kriminalisierung ganzer Nutzergruppen lehnen wir ab. Den überzogenen und massiven Einsatz von Abmahnungen gegen Bürgerinnen und Bürger wegen vermeintlicher Urheberrechtsverletzungen wollen wir stoppen, indem wir Abmahnungen auf kommerziellen Missbrauch und tatsächliche Rechtsverletzungen eingrenzen und die Anwaltsgebühren deckeln. Nichtkommerzielle Nutzungshandlungen in Tauschbörsen sollen erlaubt sein. Wir fordern ein Recht auf Weiterverkauf von digitalen Kulturgütern. Wir lehnen ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab.

Wir verstehen den Zugang zum Internet als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums und der Daseinsvorsorge. Kurzfristig wollen wir den egalitären Zugang zum Netz technisch sichern und gesetzlich verankern:

- Die Sicherung der Netzneutralität ist – wie die Versorgung mit Wasser und Strom – eine wichtige infrastrukturelle Aufgabe, die nicht der Steuerung durch den Markt überlassen bleiben darf.

- Die Telekommunikationsnetze sollen deshalb in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum überführt werden.

- Zensur und Netzsperrern wollen wir verhindern. Wir wollen die Privatisierung der Rechtsdurchsetzung im Netz stoppen und die Deep Packet Inspection, d. h. den Blick in die Datenpakete durch Netzbetreiber und Provider oder staatliche Stellen, unterbinden.

Wir wollen die demokratischen und sozialen Potenziale, die die digitale Revolution ermöglicht, freisetzen:

- Wir setzen uns für eine umfassende Nutzung von »Open Data« ein, in der die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben. Datenbestände von Verwaltungen, Behörden und öffentlichen Unternehmen sollen im Internet unter freien Lizenzen und in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden.

Wir wollen den Datenschutz stärken und das Recht auf Anonymität im Netz erhalten:

- Die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten und Anwendungen darf nicht von einer Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe abhängen. Wir setzen uns für datenschutzfreundliche Technik (»Privacy by Design«), für datensparsame Grundeinstellungen (»Privacy by Default«) bei Webdiensten, Smartphones, Tablet-Computern und Apps sowie für das Recht ein, die eigenen Daten »mitzunehmen« (Datenportabilität) oder zu löschen.

- Digitale Rasterfahndungen und Vorratsdatenspeicherung wollen wir verbieten.

- Software und Geräte, mit denen Internetnutzerinnen und -nutzer verfolgt und Internetsperren errichtet werden können, dürfen nicht exportiert werden. Zwischen Polizei und Nachrichtendiensten muss eine klare Trennung sichergestellt werden.

Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen zum Netz. Dafür ist eine flächendeckende Breitbandversorgung gerade in strukturschwachen Regionen und für alle sozial wie gesellschaftlich Benachteiligten vonnöten.

- Wir wollen Breitband-Internetanschlüsse in den gesetzlichen Universaldienst aufnehmen und dabei eine Mindestbandbreite von zunächst 10 Mbit/s gesetzlich festschreiben und diese Mindestbandbreite den technischen Standards in regelmäßigen Abständen anpassen. Weiter wollen wir Kommunen und Freifunkinitiativen fördern, damit diese kostenfreie und autonome Funknetze einrichten. Die sogenannte Störerhaftung ist dahingehend zu ändern, dass es erlaubt wird, Internetanschlüsse mit anderen jederzeit zu teilen.

- Den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation wollen wir beenden, internetfähige Endgeräte als Teil des soziokulturellen Existenzminimums anerkennen, Informations- und Partizipationsangebote barrierefrei gestalten.

Langfristig wollen wir neue Modelle der Finanzierung kreativer Werke etablieren. Freie Software und offene Technologien wollen wir fördern und evaluieren, wie die Nutzung von freier Software in den öffentlichen Verwaltungen ausgebaut und unabhängige Bloggerinnen und Blogger sowie innovative Online-Plattformen unterstützt werden können. Wenn digitale Medieninhalte und neue Formate gemeinwirtschaftlich gefördert werden, müssen sie dauerhaft frei zur Verfügung stehen.

Schlechte Arbeitsbedingungen, unfaire Löhne, ökologisch und gesundheitlich untragbare Zustände in den IT-Zuliefer- und Produktionsbetrieben, in der Gewinnung und Verarbeitung von unentbehrlichen Metallen und seltenen Erden müssen ein

Ende haben. Deshalb setzen wir uns international für Fair-Work in der IT-Industrie ein.

Bekenntnisfreiheit verwirklichen, Religionsgemeinschaften gleichbehandeln, Staat und Kirche institutionell trennen

DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion. Sie tritt für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten ein und für eine institutionelle Trennung von Staat und Kirche und die Abschaffung der Militärseelsorge.

- Grundrechte und Arbeitnehmer/innen-Rechte müssen auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben, auch das Streikrecht und das Betriebsverfassungsgesetz.

- Durch kirchliche Arbeitgeber ausgeübte Diskriminierung von Beschäftigten aufgrund ihrer Lebensumstände oder ihrer Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit in Bereichen, die nicht unmittelbar der Religionsausübung dienen, muss gesetzlich verhindert werden.

- Wir wollen keine Bevorzugung von kirchlichen gegenüber öffentlichen Trägern bei der Vergabe von Trägerschaften, z.B. für Kindertagesstätten.

- Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern. Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrages des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von kirchlicher oder religionspolitischer Einflussnahme. Schulgebet, Schulgottesdienst und religiöse Symbole wie das Kruzifix sind in staatlichen Schulen zu entfernen.

- Verfassungen dürfen keine religiösen Bezüge aufweisen. Religiöse Sonderregelungen wie das Blasphemiegesetz (§166 StGB), die Feiertagsgesetze sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie zur Wahrung der religiösen Empfindungen von Angehörigen der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften erforderlich sind.

- Wir wollen den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen endlich umsetzen.

- Die Kirchensteuer gehört abgeschafft. Für die Erhebung und Eintreibung von Mitgliedsbeiträgen und damit verbunden auch für die Mitgliederverwaltung an sich sollen ausschließlich die Religionsgemeinschaften selbst zuständig sein. Eine Erhebung der Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit durch die Meldeämter wird dadurch überflüssig und kann wegfallen.

VI. Gemeinsam das Land verändern

Unser Programm für die Wahl und die Politik der nächsten Legislaturperiode besteht aus einer Vielzahl von Vorschlägen und Projekten. Sie hängen zusammen mit unserer Vorstellung von einer solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der Selbstverständliches wieder gelten soll: dass niemand in Armut leben muss, alle von Arbeit gut leben können, der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass Reichtum nicht in den Händen weniger bleiben soll, sondern dass zum Wohle aller in die Gesellschaft investiert wird, dass in der Außenpolitik gilt: Nie wieder Krieg. Heute müssen diese einfachen Dinge neu erkämpft werden. Dass diese Forderungen zusammengehören, macht den Kern der LINKEN Politik aus. Altersarmut kann nicht bekämpfen, wer nicht das Rentenniveau erhöht und mit den Billiglöhnen aufräumt. Die Billiglöhne lassen sich nicht bekämpfen, wenn nicht die Sanktionen bei Hartz IV fallen und alle Anspruch auf einen Mindestlohn haben, der wirklich vor Armut schützt. Wer Reichtum nicht umverteilen und die Reichen schonen will, der kann den Politik-

wechsel nicht bezahlen – und bereitet sich schon darauf vor, leider die Versprechen aus dem Wahlkampf nicht einlösen zu können.

DIE LINKE legt den Finger in die Wunden. Wir geben denen eine Stimme, die in der großen Politik keine Lobby finden. Wir machen Druck und lassen nicht locker: Wir zeigen, wie es gehen könnte.

Oft sieht es aus, als würde Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen gemacht. Doch soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im Parlament erreicht – und gegen Widerstände. Aus diesen Kämpfen erwächst Selbstvertrauen, Kraft und gesellschaftlicher Druck. DIE LINKE und die Linken sind dabei. Unsere Politik des Widerstandes ist bunt, radikal und phantasiereich. Wir knüpfen Verbindungen. Uns ist wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen, wir können ihn gemeinsam gestalten. Gerecht für alle.

Stichwortverzeichnis

A

Abrüstung 4, **55**, 56
Afghanistan 7, 10, **52**, 53
Agenda 2010 12, 46, 49
Agrarwirtschaft 70
Altersarmut 4, **18**, 19, 86
Antifaschismus 5, 76
Antisemitismus 8, 76
Apothekerinnen und Apotheker 20
Arbeit, Gute 4, 6, 7, 9, **11**, 12, 15, 58, 60, 61, 68, 72, 79, 80
Arbeitslosigkeit (auch Erwerbslosigkeit, Massenerwerbslosigkeit) 8, 9, 11, 12, **16**, 17, 19, 39, 60, 70
Arbeitszeit verkürzen 4, 14
Armutsbekämpfung 59
Arzneimittelpreise 20
Ärztinnen und Ärzte 21
Assistenz 80
Asylrecht 5, 78
Ausstieg aus der Atomwirtschaft 65
Ausbildung 4, 13, 24, 29, **34–36**, 42, 72, 77
Ausgleichsunion 49
Auslandseinsätze der Bundeswehr 10, **52**, 53
Austerität 46, 49

B

BAföG 36, 37
Bahn 17, 67
Bankenabgabe 47
Banken 6, 7, 10, 29, **46–48**, 58, 61
Barrierefreiheit 57, 73, **80**, 83
Bedarfsgemeinschaft 43
Befristungen 8, 10, 13
Belegschaftsbetriebe 16
Betreuungsgeld 42
Bildung 4, 6, 9, 11, 17, 24, 27, 28, **33**, 34, 38, 43, 44, 60, 61, 72–74, 77, 78, 80, 83
Biologische Vielfalt 54, **69**, 70
Bologna-Reform 43
Bundeswehr 7, 10, 34, **52**, 53, 56
Bürgerinnen- und
Bürgerversicherung, solidarische 22, 23
Bürgerinitiativen/Bürgerbegehren/
Bürgerentscheide 9, **28**, 68
Bürgerrechte 5–7, 10, 40, **73**, 75, 76

C

Commons 29, 30, 64, 83

D

Daseinsvorsorge, öffentliche 6, 9, 11, **28**, 60
Datenschutz 10, 22, **84**
Demokratie 4–7, 9–11, 14, 24, 27, 29, 43, 46, 49, 50, 53, 60, 62, 63, **73–77**, 81, 82
Demokratisierung 5, 31, 37, 55, **63**, 73–76, 82
Digitale Spaltungen 5, 83
Diskriminierung 4, **38**, 39, 41, 58, 77, 78, 80, 82, 85
Dispo-Zinsen 48, 72
Drogenpolitik 5, **80**, 81
DRG (»diagnosebezogene Fallgruppen«) 21
Drohnen 56

E

Ehe 23, 40
Ehegattensplitting 26, 40
Ehrenamt 40
Eigentum 6, 10, 24, **27–29**, 48, 62, 63, 70, 84
Eigentum, öffentliches 10, 24, **27**, 29, 48, 63
Ein-Euro-Job 8, 17
Einkommensgerechtigkeit (siehe auch Managergehälter, Mindestlohn) 8–10, **13**, **14**, 17, 24, 34, 44, 62, **63**, 82
Einkommensteuer 26
Elektronische Gesundheitskarte 22
Elterngeld 42
Energiearmut 65
Energiewende 7, 9, 11, 26, **57**, 61, 64, 65, 70
Entwicklungshilfe 54
Erbschaftsteuer 9, 25
Energie 7, 10, 28, 52, **57**, 61, 64, 66, 71
Erneuerbare Energien 64, 65
Erwerbslosenversicherung 17
Erwerbsminderungsrente 19
Euro 49
Europa 6, 8–11, 46, **49–51**, 53, 68, 76, 79
Europäische Sozialcharta 15

Europäische Union 49, 50
Equal Pay (Gleicher Lohn
für gleichwertige Arbeit) 14
Europäische Zentralbank 47, 48

F

Fallpauschalen 21
Familie 11, 12, 38, **41**, 42, 72
Feierabend, Recht auf 5, 15, **81**
Finanztransaktionsteuer 10, **26**, 47
Flüchtlingsschutz 5, 78
Fracking 66
Freiheit 8, 11
Freizeit 4, 7, 8, 10, 43, 68, 75, **81**
Frieden 4, 6, 10, **53**, 55
Frontex 51, 79

G

Gemeinschaftsschule 34
Gemeingüter 29
Gemeinwesen 6, 9, 24, **28**, 46, 73
Generalstreik 74
Genossenschaften 9, 10, 16, **29**, 31, 59, 63
Gentechnik 70
Gerechtigkeit 4, 6, 7, 9, **11**, 12, 16, 24, 33,
46, 53, 54, 57
Geschlechtergerechtigkeit 4, **38**, 39
Gesundheitsförderung und Prävention 22
Gesundheitsversorgung 4, 7, 17, **20**, 60,
61, 79
Gewerbsteuer 26
Gewalt 4, 38–40, 52–54, 76, 82
Gewerkschaften 11, **13–16**, 35, 37, 47, 48,
50, 54, 56, 59, 63, 65
Gleichheit 57
Gleichwertige Lebensverhältnisse 59
Gorleben 65, 74
Grundeinkommen, bedingungsloses 18
Gutes Leben 4, **6**, 9, 19, 38, 52, 57, 61

H

Hartz IV 4, 6, 8–12, 14, **16**, 17, 19, 30, 32,
42, 43, 66, 73, 85
Hochschulen 4, 33, 36, 37, 56, 58, 59

I

Industriepolitik 5, 61
Infrastruktur, digitale 36
Infrastruktur, öffentliche 4, 9, 11, **26**, 41,
59, 60

Infrastruktur, soziale 36, 41
Inklusion 7
Internet 5, 29, 59, 71, 76, 81, **83**, 84
Islamfeindlichkeit 76

J

Jugendhilfe 29, **43**, 59

K

Kapitalismus 8, **46**, 50, 59
Kinderarmut 58
Kinderbetreuung 6, 39, **41**, 42
Kindergeld 43
Kindergrundsicherung 9, 43
Kirche 5, 14, 16, 56, **85**
Kita 12, 17, 26, 38
Klimaschutz 26, **60**, 65
Kohlekraftwerke 64, 65
Kommunen 4, 18, 26, **27**, 28, 30–32, 37,
44, 57–59, 61, 65, 66, 69, 70, 74, 79, 82, 84
Konversion 50, 58
Korruption 21, 74
Krankenhäuser 9, **21**, 27, 29, 60
Krankenkassen 20–22, 41, 43
Kreative 44, 45, 83
Krieg 4, 49, **52–54**, 56, 79, 85
Krise 4, 8, 9, 16–18, 24–26, **46**, 47, 51, 57,
60, 70, 76
Kultur 4, 9, 11, 17, 28, **43–45**, 72, 73, 82
Künstlersozialversicherung 44
Kündigungsschutz **17**, 31, 42

L

Ländliche Räume 70
Lebensentwürfe 4, **40**, 42
Lebensmittelkontrollen 71
Lebenspartnerinnen und
Lebenspartner, eingetragene 40
Lebensweisen **40**, 51, 67, 68
Lesben und Schwule 40
Leiharbeit 6, 8, **12–14**, 27
Lobbyismus 74
Lohn 4, 6, 8, 9, **12–16**, 19, 22, 38, 39, 46,
49, 50, 58, 60, 72, 78, 80, 84
Lohnentwicklung 13

M

Managergehälter 14, 62, 63
Medien 5, 8, 38, 40, 51, 75, 78, **82**, 83
Menschenrechte 4, 6, 7, 40, **55**, 79

Menschen mit Behinderungen 19, 23, 72, **79**, 80, 82
Mieten 4, 8, 9, 17, 26, **30**, 31, 33
Migrantinnen und Migranten 5, 73, **77**, 78
Millionärsteuer 24, 25
Minderheiten 4, 44, **78**, 85
Mindestlohn 8, 9, 10, **13**, 14, 17, 24, 34, 44, 82
Mindestrente 9, 19
Mindestsicherung, sanktionsfreie 6, **17**, 18
Minijobs 10, 12, **13**
Mitbestimmung 4, 10, **14**, 15, 27, 29, 37, 49, 49, 59, 60, 62, 63, 73, 83
Mittelstand 58, 64
Mobilität 5, 60, 64, **66**, 67, 80

N

Nachhaltigkeit 37, 64
Nachtflugverbot 68
Nahverkehr 10, 17, 18, **67**, 68
NATO 7, 56
Naturschutz 69
Netzneutralität 84
Niedriglohn **6–8**, 19, 58
NPD, Verbot der 77
NSU-Skandal 76

O

ÖBS (Öffentlich
geförderter Beschäftigungssektor) 17
Öffentliche, das 4, 27, 28
Öffentlicher Dienst 13, 18, **28**, 29, 39
Öffentliche Dienstleistungen 9, 11, 12, **28**, 60
Open Data 37, 73, **84**
Ostdeutschland 5, 10, 30, **57**, 58

P

Parteispenden 23
Pendlerpauschale 66
Personalbemessung 15, 21
Pille danach 39
Pflege 4, 6, 19, 21, **22**, 23, 39, 44
Polizei 39, 56, 84
Prekäre Beschäftigung 36, 60
Praktika 8, 13
Privatisierung 9, 18, 19, 21, 23, 24, **27–29**, 33, 46, 61, 67, 69, 75, 84
Prozesskostenhilfe 18
Public-Private-Partnership 18
Psychiatrie 21, 79

Q

Quote **39**, 42, 77, 82

R

Rassismus 8, 38, 43, **76**, 77
Regionale Entwicklung 5, 59
Reichensteuer 26, 47
Reichtum 4, 6, 7, 9, 11, 14, 16, **24**, 26, 27, 38, 46, 86
Rekommunalisierung 30, 63
Religion 40, 85
Rentengerechtigkeit 10
Rente 4, 6–8, 10, **18**, 19, 20, 22, 40, 49
Rentenniveau 9, 86
Rentenüberleitung 58
Respekt 6
Riester-Verträge 18, 19
Rüstungsexporte 4, 8, **51**, 52, 55, 56

S

Sanktionen 6, 9, 10, **11**, 17, 86
Schule für alle 4, 34
Schuldenbremse 10, 28
Selbstbestimmung 5, 11, 14, 39, **62**, 75, 79, 82, 83
Selbstständige 8, **17**, 19, 26, 45
Seniorinnen und Senioren 74
Sexismus 8, 38
Sicherheit 5, 16, 19, 32, 41, 53, 60, 68, **75**, 76
Sofortforderungen 10
Solidarität 4, **10**, 11, 19, 20, 38, 49, 52, 74
Solidarpakt III 58
Soziale Gerechtigkeit 4, 6, 9, **11**, 24, 33, 46, 53, 57
Soziale Gerechtigkeit weltweit 4, 53
Soziale Grundrechte 4, 6, **16**, 50, 51
Sozialismus, demokratischer 86
Sozialismus, lustvoller 11
Sozial-ökologischer Umbau 4, 7, 8, 24, **58–61**, 68
Sozialstaat 4, **7**, 9, 10, 46
Sozialticket 17, 18, **66**
Spitzensteuersatz 8, 9, **26**
Sport 81, 82
Steuerflucht 47
Steuergerechtigkeit 4, 26
Streik, politischer 51, 63
Streikrecht **16**, 51, 63, 85
Strompreise 8, **64**, 65
Strom- und Gassperren 10

Strukturpolitik 27, **59**, 66
Studiengebühren 36
Stuttgart 21 68, 74

T

Tarifverträge 6, **12–14**, 16, 39, 50
Teilhabe, demokratische 5, **73**, 74
Tempolimit 68
Tierschutz 70, 71
Tourismus 5, 72
Transgender 38, 41
Troika 46, 49

U

Umsatzsteuer 25, 44
Umverteilung 7–9, **24**, 46
UN-Behindertenrechtskonvention 79
UNO-Charta 55
Universitäten 34
Unternehmensteuern 12, 25
Urheberrecht 83

V

Verbandsklagerecht 16, 31, 41, 72
Verbraucherinnen
und Verbraucher 5, 64, **71**, 72
Verfassungsschutz 76
Verkehr 5, 6, 11, 27, 52, 60, 61, **66**, 67, 71
Vermögensabgabe 10, **25**, 27
Volksentscheid 28, 50, 68, **73**
Vorratsdatenspeicherung 75, 84

W

Wahlrecht 73, 78
Weiterbildung 4, 17, **33–35**
Werkverträge 6, 12, **13**, 27
Wirtschaftsdemokratie 29, 63
Wissenschaft 4, 14, **36–38**, 54, 56, 58, 60,
63, 78
Whistleblower 76
Wohnungsbau 4, 10, **30**, 31, 60
Würde 4, **6**, 11, 16, 19, 20, 22, 49

Z

Zivilklausel **34**, 37, 53, 56
Zuzahlungen und Zusatzbeiträge 10, 20
Zeit 4, 11, 12, **15**, 38, 42, 74, 81
Zwangsumzüge 18, 33

Auch beim Geld gilt: DIE LINKE ist die Mitmach-Partei

DIE LINKE ist für alle da, die auf eine sozial gerechte Politik angewiesen sind. Damit wir auch in diesem Wahlkampf eine starke Stimme für Gerechtigkeit sein können, brauchen wir Sie und Ihre Spende.

Während sich die anderen Parteien die Kassen von Unternehmen und Lobbyisten füllen lassen, verzichtet DIE LINKE auf solche Spenden. Auch das macht unsere Politik unbestechlich, denn wir müssen auf Spendenschecks aus der Wirtschaft keine Rücksicht nehmen.

Statt um fünf Großspenden über 150.000 Euro werben wir daher um 150.000 Klein-spenden über fünf Euro. Wenn Ihnen dieses Wahlprogramm, an dessen Erarbeitung tausende Mitglieder, Freunde und Freun-

dinnen der LINKEN beteiligt waren, gefällt, bitten wir Sie nicht nur um Ihre Stimme, sondern ebenso herzlich um eine Spende. Kein Betrag ist zu klein, jeder Euro hilft und macht uns stark für eine gerechte, solidarische Gesellschaft.

Spendenkonto:

Parteivorstand der Partei DIE LINKE

Konto: 5 000 600 000

BLZ: 100 900 00

Berliner Volksbank eG

Kennwort: Spende

Bitte geben Sie bei allen Spenden jeweils Ihren Namen, Vornamen und die Anschrift an. Ihre Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gern Spendenbescheinigungen aus.

Spenden:

www.die-linke.de/spenden



Plakatspende:

www.die-linke.de/plakatspende



Einzugsermächtigung für Wahlkampfspende

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE berechtigt,
☐ **einmalig** ☐ **ab** _____ **monatlich** eine Wahlkampfspende
in der unten genannten Höhe von meinem unten stehenden Konto abzubuchen.

Name, Vorname

Spendenhöhe in Euro

PLZ, Ort

Straße, Nr.

Bankleitzahl

Kontonummer

Name und Ort des Geldinstitutes

Name und Unterschrift der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers (falls abweichend von erster Zeile)
Spendenbescheinigung erwünscht: ☐ **ja** ☐ **nein**

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte senden an:
DIE LINKE Parteivorstand, Bundesschatzmeister, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte im Bundestagswahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

Name, Vorname

E-Mail-Adresse

PLZ, Ort

Straße, Nr.

Telefon

Mobiltelefon

Geburtsdatum

Socialweb (Facebook, etc.)

Ich bin Mitglied der LINKEN ☐ Ja ☐ Nein ☐ Ich möchte Mitglied werden

Ggf. Kreis-/Bezirksverband;
Stadt-/Ortsverband

Ggf. Funktion/Mandat

Ich bin Mitglied in folgender/folgendem Verband, Gewerkschaft, Verein, Initiative und möchte dort für DIE LINKE werben. (mehrere Angaben möglich)

Bitte wenden!



Im Wahlkampf möchte ich ... (mehrfaches Ankreuzen möglich)

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> bei Infoständen mitmachen. | <input type="checkbox"/> beim Plakate aufhängen helfen. |
| <input type="checkbox"/> Material in Briefkästen verteilen. | <input type="checkbox"/> mich an kreativen Aktionen beteiligen. |
| <input type="checkbox"/> Flugblätter/Zeitungen verteilen. | <input type="checkbox"/> bei Hausbesuchen mitmachen. |
| <input type="checkbox"/> Veranstaltungen mit vorbereiten. | <input type="checkbox"/> durch eine Spende unterstützen. |
| <input type="checkbox"/> im Online-Wahlkampf aktiv sein. | |

☐ Folgendes machen.

Zum Zeitungen/Material verteilen in meinem Umfeld meiner Wohngegend, bestelle ich

- ☐ 100 Stück ☐ 200 Stück ☐ 500 Stück ☐ mehr _____
- ☐ Ich würde die Zeitung/das Material auch in der nächstgelegenen Geschäftsstelle der LINKEN abholen.

Ich habe ... (mehrfaches Ankreuzen möglich)

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> immer Zeit. | <input type="checkbox"/> einen Führerschein. | <input type="checkbox"/> (eher) am Wochenende Zeit. |
| <input type="checkbox"/> morgens Zeit. | <input type="checkbox"/> abends Zeit. | <input type="checkbox"/> ein Auto. |
| <input type="checkbox"/> (eher) unter der Woche Zeit. | | |

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Ort, Datum, Unterschrift

Das Formular bitte ausgefüllt und unterschrieben per Post an DIE LINKE, Wahlquartier, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Kennwort »**Linksaktiv 2013**« oder per Fax an 030/24 00 94 80 senden. Rückfragen per E-Mail über linksaktiv2013@die-linke.de oder telefonisch unter 030/24 00 91 11. **www.linksaktiv2013.de**

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum

Unterschrift



Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Parteivorstand der Partei DIE LINKE /
der Landesverband der Partei DIE LINKE _____
bis auf Widerruf berechtigt,
meinen ab _____
fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE
in Höhe von _____ Euro und
meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai
in Höhe von _____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____

Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____

Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____

Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers /der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____

Unterschrift des Mitglieds _____

Bitte bei der zuständigen Gliederung abgeben oder einsenden an:
Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Das Kurzwahlprogramm in leichter Sprache und als Audioversion sowie in verschiedenen fremdsprachlichen Fassungen ist zu finden unter **www.die-linke.de/wahlprogramm**



Eine Version in Braille-Schrift kann unter nebenstehend angegebener Postanschrift bestellt werden.

Informationen zur Briefwahl, zur Erst- und Zweitstimme, Hinweise für Auslandsdeutsche und weitere Wahlhilfe gibt es unter **www.die-linke.de/wahlhilfe**



Impressum

DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99
wahlanfragen@die-linke.de
www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn,
Bundesgeschäftsführer

DIE LINKE ist bei Facebook, Google+,
Youtube, Flickr und Twitter.

Gedruckt auf Recycling Offset
aus 100 Prozent Altpapier.

www.100-Prozent-sozial.de



Roderich Egeler Präsident des Statistischen Bundesamtes

Pressemitteilung 9. Oktober 2013

Endgültiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl 2013

BERLIN/WIESBADEN – Der Bundeswahlausschuss hat in seiner heutigen Sitzung das endgültige Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag festgestellt. Anschließend gab der Bundeswahlleiter das endgültige Wahlergebnis im Europasaal des Deutschen Bundestages im Paul-Löbe-Haus in Berlin bekannt.

Bei einer Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent (2009: 70,8 Prozent) haben die

- CDU:	34,1 Prozent	(2009: 27,3 Prozent)
- SPD:	25,7 Prozent	(2009: 23,0 Prozent)
- DIE LINKE:	8,6 Prozent	(2009: 11,9 Prozent)
- GRÜNE:	8,4 Prozent	(2009: 10,7 Prozent)
- CSU:	7,4 Prozent	(2009: 6,5 Prozent)
- Sonstige mit FDP:	15,7 Prozent	
- FDP:	4,8 Prozent	(2009: 14,6 Prozent)
- Sonstige ohne FDP:	10,9 Prozent	(2009: 6,0 Prozent)

aller gültigen Zweitstimmen erhalten. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen betrug 1,3 Prozent (2009: 1,4 Prozent), der Anteil der ungültigen Erststimmen 1,5 Prozent (2009: 1,7 Prozent). Gegenüber dem vorläufigen Wahlergebnis hat sich damit nur der Anteil der ungültigen Erststimmen um 0,1 Prozentpunkte verringert.

Die Zweitstimmenanteile der sonstigen Parteien ohne FDP verteilen sich wie folgt (Reihenfolge nach Anzahl der erzielten Stimmen):

- AfD:	4,7 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- Piraten:	2,2 Prozent	(2009: 2,0 Prozent)
- NPD:	1,3 Prozent	(2009: 1,5 Prozent)
- FREIE Wähler:	1,0 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)

- Tierschutzpartei:	0,3 Prozent	(2009: 0,5 Prozent)
- ÖDP:	0,3 Prozent	(2009: 0,3 Prozent)
- REP:	0,2 Prozent	(2009: 0,4 Prozent)
- DIE PARTEI:	0,2 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- pro Deutschland:	0,2 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- BP:	0,1 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- Volksabstimmung:	0,1 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- RENTNER:	0,1 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- PARTEI DER VERNUNFT:	0,1 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- MLPD:	0,1 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- PBC:	0,0 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- BIG:	0,0 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- BüSo:	0,0 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- DIE FRAUEN:	0,0 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- Partei der Nichtwähler:	0,0 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)
- Bündnis 21/RRP:	0,0 Prozent	(2009: 0,2 Prozent)
- DIE VIOLETTEN:	0,0 Prozent	(2009: 0,1 Prozent)
- FAMILIE:	0,0 Prozent	(2009: 0,3 Prozent)
- PSG:	0,0 Prozent	(2009: 0,0 Prozent)
- DIE RECHTE:	0,0 Prozent	(2009: nicht teilgenommen)

Der neu gewählte Bundestag wird damit nach § 1 Abs. 1 in Verbindung mit § 6 des Bundeswahlgesetzes aus insgesamt 631 Abgeordneten (2009: 622) bestehen.

Im 18. Deutschen Bundestag werden nach dem endgültigen amtlichen Wahlergebnis die folgenden Parteien mit den nachstehenden Mandatszahlen vertreten sein:

- CDU:	255 Sitze	(2009: 194),	darunter 64	(2009: 21)	Landeslistenitze
- SPD:	193 Sitze	(2009: 146),	darunter 135	(2009: 82)	Landeslistenitze
- DIE LINKE:	64 Sitze	(2009: 76),	darunter 60	(2009: 60)	Landeslistenitze
- GRÜNE:	63 Sitze	(2009: 68),	darunter 62	(2009: 67)	Landeslistenitze
- CSU:	56 Sitze	(2009: 45),	darunter 11	(2009: 0)	Landeslistenitze

Die SPD gewinnt damit gegenüber dem vorläufigen Ergebnis einen weiteren Sitz hinzu.

Die endgültigen Ergebnisse der Bundestagswahl 2013 für den Bund, Länder und die einzelnen Wahlkreise können im Internetangebot des Bundeswahlleiters abgerufen werden unter

www.bundeswahlleiter.de

Das Heft 3 „Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen“ in der Reihe der Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters zur Bundestagswahl 2013 dokumentiert ebenfalls die Ergebnisse. Das Heft kann

kostenlos als PDF-Datei im Internetangebot des Bundeswahlleiters heruntergeladen werden unter:

www.bundeswahlleiter.de --> Bundestagswahl 2013 --> Veröffentlichungen

Hier finden sich auch die endgültige Sitzverteilung nach Ländern sowie umfangreiche weitere Informationen und Übersichten zur Bundestagswahl 2013.

Zu einem Preis von EUR 18,- kann es direkt unter folgender Adresse bezogen werden:

IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefon: +49 (0) 38204 / 66543
Telefax: +49 (0) 38204 / 66919
E-Mail: destatis@ibro.de

Weitere Auskünfte gibt: Büro des Bundeswahlleiters

Telefon: 0611 75-4863

www.bundeswahlleiter.de/de/kontakt

Herausgeber:
© Statistisches Bundesamt
Pressestelle, Verbreitung mit
Quellenangabe erwünscht

Kontakt:
Telefon: +49 (0)611 / 75-3444
Telefax: +49 (0)611 / 75-3976
presse@destatis.de
www.destatis.de

Servicezeiten:
Mo - Do: 8:00 - 12:00 Uhr und
13:00 - 16:00 Uhr
Fr: 8:00 - 12:00 Uhr und
13:00 - 15:00 Uhr

Postanschrift:
65180 Wiesbaden
Deutschland

DEUTSCHLANDS ZUKUNFT GESTALTEN

KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN CDU, CSU UND SPD

Deutschlands Zukunft gestalten

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

18. Legislaturperiode

Gliederung

1. Wachstum, Innovation und Wohlstand	11
1.1. Deutschlands Wirtschaft stärken	11
Unsere Strategie für nachhaltigen Fortschritt	11
Europäische Wirtschaftspolitik	12
Außenwirtschaft	12
Wettbewerbsrecht	13
Transparenz bei Managergehältern	14
Rohstoffsicherung	14
Industrie	14
Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe	16
Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung	17
Regionale Strukturpolitik – Deutsche Einheit stärken	17
Kultur- und Kreativwirtschaft	18
Tourismus	19
Unternehmensnachfolge	19
Rechtsrahmen	19
Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung	19
1.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung	20
Hochschulen	20
Allgemeine Bildung	22
Berufliche Bildung	23
Forschung	24
Fachkräftesicherung	27
Teilhabe von Zuwanderern stärken	28
1.3. In Deutschlands Zukunft investieren: Infrastruktur	29
Verkehr	29
Digitale Infrastruktur	34
1.4. Die Energiewende zum Erfolg führen	36
Energiewende und Klimaschutz erfolgreich gestalten	36
Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende	37
Ausbau der erneuerbaren Energien	38
Strommarktdesign – neue Rolle für konventionelle Kraftwerke	40
Speicher	41
Netze	42
Ausstieg aus der Kernenergie	43
Energiewende gut umsetzen – Dialog und Beteiligung	44
1.5. Regeln für die Finanzmärkte	44

2 . Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit	47
2.1. Beschäftigungschancen verbessern	47
Aktive Arbeitsmarktpolitik	47
2.2. Gute Arbeit	48
Modernes Arbeitsrecht	48
Ganzheitlicher Arbeitsschutz	50
2.3. Soziale Sicherheit	51
Für soziale Sicherheit im Alter	51
Selbstverwaltung und Entschädigung	53
Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern	53
2.4. Gesundheit und Pflege	53
Ambulante Gesundheitsversorgung	53
Krankenhausversorgung	55
Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention	57
Finanzierung und Risikostrukturausgleich	59
Pflege	59
3. Solide Finanzen	62
Solide Staatsfinanzen – nachhaltig und generationengerecht	62
Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen	67
4. Zusammenhalt der Gesellschaft	68
4.1. Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern	68
Bevölkerungswandel gestalten	68
Familie stärken	68
Gleichstellung sicherstellen	72
Selbstbestimmtes Älterwerden	73
Sexuelle Identität respektieren	74
Integration und Zuwanderung gestalten	74
Menschen mit und ohne Behinderung	77
Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste	78
Kirchen und Religionsgemeinschaften	79
Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten	80
4.2. Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land	80
Gutes und bezahlbares Wohnen	80
Stadt- und Regionalentwicklung	82
Umwelt	82
Landwirtschaft und ländlicher Raum	85
Verbraucherschutz	87

4.3. Kultur, Medien und Sport	89
Kultur	89
Medien	94
Digitale Medien	95
Sport	96
4.4. Digitale Agenda für Deutschland	97
Digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa	97
Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ	98
Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken	99
5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte	101
5.1. Freiheit und Sicherheit	101
Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses	101
Kriminalität und Terrorismus	101
Digitale Sicherheit und Datenschutz	103
Konsequenzen aus der NSA-Affäre	104
Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen	104
Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen	105
Umgang mit SED-Unrecht	105
5.2. Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung	105
Wirksam und vorausschauend regieren	105
Bürgerbeteiligung	105
Transparenter Staat	106
Moderne Verwaltung	106
Öffentlicher Dienst	107
Moderne Justiz	107
Für Toleranz und Demokratie	107
6. Starkes Europa	109
Europapolitische Verantwortung Deutschlands	109
Demokratisches Europa	109
Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise	110
Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion	110
Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	111
Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen	113
Europäische Außen- und Sicherheitspolitik	115
7. Verantwortung in der Welt	117
Verlässlicher Partner in der Welt	117
Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken	117
Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland	118

Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle	118
Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften	119
Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik	121
Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten	122
Neuausrichtung der Bundeswehr	122
Schutz und Förderung der Menschenrechte	124
Humanitäre Hilfe	125
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung	126
8. Arbeitsweise der Koalition	128
Kooperation der Parteien	128
Kooperation der Fraktionen	128
Rechte der Opposition	128
Arbeit in der Bundesregierung	128
Europapolitische Koordinierung	128
Ressortverteilung	128
Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD	129
Ressortverteilung der Bundesregierung	130

Präambel

Deutschlands Zukunft gestalten

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD will dafür Sorge tragen, dass die Grundlagen für unseren Wohlstand und den Zusammenhalt gesichert und ausgebaut werden. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland – Kinder, Frauen und Männer, Junge und Alte, in Ost und West – ein gutes Leben führen können und unser Land auf seinem guten Weg weiter vorankommt.

Deutschland hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich so gut entwickelt wie kaum ein anderer Staat in Europa. Die Wirtschaft geht in das fünfte Wachstumsjahr in Folge, die Beschäftigung liegt auf Rekordniveau, die Einnahmen von Staat und Sozialversicherungen sind gestiegen und haben die öffentlichen Finanzen spürbar entspannt, die Neuverschuldung im Bund konnte fast auf null reduziert werden. Deutschland ist in guter Verfassung – auch dank einer gezielten Reformpolitik in der Vergangenheit. Unser Land konnte auf die internationale Finanzmarktkrise und den darauf folgenden Konjunkturunbruch sowie die Schuldenkrise in Europa entschieden reagieren. Die Politik hat dabei die Rahmenbedingungen geschaffen, die die Menschen in Deutschland entschlossen genutzt haben. Die Tarifpartner haben durch verantwortungsvolles Handeln Arbeitsplätze gesichert. Gemeinsam haben wir es geschafft, dass unser Land gestärkt aus der Krise herausgekommen ist. Das ist Grund für Zuversicht.

Nicht alle Menschen haben jedoch an dieser positiven Entwicklung teilhaben können. Mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Einkommen, die nicht zum Leben reichen, mit der sich nur langsam schließenden Schere der Einkommensungleichheit sowie mit der großen Zahl von Familien und älteren Menschen, die nicht ohne Grundsicherung auskommen, finden wir uns nicht ab. Das gilt auch für die zu geringe Zahl von Frauen in Führungspositionen und den Lohnabstand zwischen Frauen und Männern. Bildungs- und Zukunftschancen junger Menschen dürfen nicht mehr von ihrer sozialen Herkunft abhängen. Steigende Energiepreise dürfen weder private Haushalte noch Unternehmen überfordern. All das ist ein Grund für politische Anstrengungen.

Wir wollen in den nächsten Jahren die guten Entwicklungen fortführen und Missstände überwinden. In vier Jahren soll unser Land noch besser dastehen als heute. Diese Aufgabe ist groß. Unsere exportorientierte Wirtschaft ist auf vielfältige Weise international verflochten

und steht im Wettbewerb mit anderen Industrieländern sowie einer wachsenden Zahl dynamisch, aufstrebender Volkswirtschaften in den Schwellenländern. Globale Ungleichgewichte, Klimawandel und der Verbrauch knapper Ressourcen erfordern ein neues, nachhaltiges Wohlstandsmodell. Die Weltwirtschaft erholt sich nur langsam von den Folgen der großen Finanzkrise. Jeder Erfolg muss hart erarbeitet werden. Die europäische Schuldenkrise ist noch nicht überwunden und fordert auch in den kommenden Jahren Anstrengungen von uns.

Gleichzeitig stehen wir mit dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel und der fortschreitenden Digitalisierung unseres Lebens vor neuen tiefgreifenden Herausforderungen. Von hundert Menschen auf der Welt lebt nur einer in Deutschland, unsere Bevölkerung ist die älteste in Europa und unsere Gesellschaft wird vielfältiger, weil der Anteil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wächst. Das Internet und digitale Technologien verändern nicht nur unseren Alltag, sondern führen auch in Wirtschaft und Arbeitswelt zu umwälzenden Veränderungen. Nach der Erfindung der Dampfmaschine, der Industrialisierung und dem Start des Computerzeitalters, sind wir jetzt mit dem „Internet der Dinge“ schon mitten in der vierten industriellen Revolution. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen, um den Menschen in unserem Land gute Perspektiven zu eröffnen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wesentlicher Teil unserer freiheitlichen, offenen und solidarischen Gesellschaft. Mit ihr haben wir einen bewährten Kompass, der Wohlstand und Vollbeschäftigung ermöglicht und zugleich den sozialen Ausgleich und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land festigt. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft stärken, ihre Prinzipien in Europa und darüber hinaus verankern und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass unser Land allen Menschen faire Chancen auf eine gute Zukunft eröffnet. Dazu wollen wir:

Neuverschuldung stoppen und Schuldenstandsquote senken

Solide Finanzen mit ausgeglichenen Haushalten sind für uns unerlässlich. Die Neuverschuldung wollen wir dauerhaft stoppen, die Schuldenstandsquote senken und dabei die Investitionskraft von Bund, Ländern und Kommunen sicherstellen. Nur so werden wir unserer Verant-

wortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln gerecht. Wir sind uns einig, dass die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, ein wirksamer Steuervollzug und die konsequente Einhaltung der Schuldenbremse für die Sicherung der Einnahmen und der Handlungsfähigkeit des Staates unerlässlich sind. Mit einer soliden und gerechten Haushaltspolitik schaffen wir auch weiter die Voraussetzungen für eine stabile Währung, für Wachstum und sichere Arbeitsplätze.

Wettbewerbsfähigkeit stärken und Investitionen erhöhen

Wir sehen Deutschlands Chancen in einer mittelständisch geprägten und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, dynamische Industrie ist. Unser Land braucht Exportstärke und eine von Investitionen und Kaufkraft getragene wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gestärkt wird und sie mit gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hochwertige Produkte und Dienstleistungen entwickeln und anbieten kann. Es ist uns gelungen, die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent zu halten.

Regeln für die Finanzmärkte – Schutz für Steuerzahler und Sparer

Unser Grundsatz heißt: „Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt, kein Finanzmarktakteur ohne Aufsicht“. Wer große Risiken eingeht, muss auch die Haftung übernehmen – das sind die Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen daher die vorrangige Haftung von Eigentümern und Gläubigern der Banken. Das besondere deutsche Modell mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken hat in der Finanzkrise zur Stabilität beigetragen. Wir wollen es sichern. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene stärkt die Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise und an den Zukunftsaufgaben von Wachstum und Beschäftigung.

Mindestlohn einführen, Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern

Wir wollen: gute Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt. Dazu setzen wir auf den Ideenreichtum und die Tatkraft

der Menschen in unserem Land. Wir vertrauen auf verantwortungsbewusste und risikobereite Unternehmerinnen und Unternehmer und auf gut ausgebildete, leistungsstarke Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Mit einer klugen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Rahmenbedingungen für ein gutes Investitionsklima, für sichere und gute Arbeit mit einer fairen Bezahlung und für eine starke Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften schaffen. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn und allgemein verbindlichen Tarifverträgen sorgen wir für faire Löhne. Tarifautonomie, Tarifeinheit und Mitbestimmung sind für uns ein hohes Gut. Den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit werden wir verhindern.

Chancengerechtigkeit durch Bildung stärken

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind Kernanliegen der Koalition. Sie sind die Grundlage, um Teilhabe, Integration und Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen und unseren Wohlstand auch für künftige Generationen zu erhalten. Deshalb wollen wir die Mittel für Bildung im Zusammenwirken von Bund und Ländern nochmals erhöhen. Ausbau und Qualität von Kitas und Ganztagschulen verbessern den Bildungserfolg der Kinder. Für Forschungsinvestitionen werden wir drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereitstellen. Wir wollen, dass die Ergebnisse unserer Forschungsanstrengungen in Deutschland und Europa neuen Wohlstand schaffen. Dafür wollen wir ein technikfreundliches Land bleiben, das Ja sagt zu neuen Ideen und Innovationen und verantwortungsvoll mit Risiken umgeht.

Standortvorteil Infrastruktur mit mehr Investitionen stärken

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Deshalb werden wir besondere Anstrengungen unternehmen, um zusätzliche Ausgaben für eine moderne, sichere und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur auf den Weg zu bringen. Damit wollen wir Straßen, Bahnen und Wasserwege erhalten und, wo nötig, ausbauen. Diesem Ziel dient auch eine Ausweitung der LKW-Maut sowie eine europarechtskonforme PKW-Maut, mit der wir Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW an der Finanzierung zusätzlicher Ausgaben für das Autobahnnetz beteiligen wollen, ohne im Inland zugelassene Fahrzeuge höher als heute zu belasten.

Energiewende voranbringen – Wirtschaftsstandort sichern

Für die Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen sowie für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ist die Energiewende eine der größten Herausforderungen. Sie schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger von Importen und sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Wir wollen sie zu einer Erfolgsgeschichte machen und Deutschland zu einem der modernsten Energiestandorte der Welt entwickeln. Wir wollen bei ihrer Umsetzung Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit miteinander in Einklang bringen und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern. Dazu werden wir zügig das Erneuerbare Energien Gesetz mit dem Ziel reformieren, den Kostenanstieg wirksam zu begrenzen, den Leitungsausbau der Trassen zu beschleunigen und Ausbaukorridore für die erneuerbaren Energien festzulegen. Höhere Effizienz ist ein wesentlicher Faktor eines modernen Industrielandes, das international Vorbildcharakter hat.

Flächendeckendes Breitbandangebot und WLAN-Ausbau

Das Internet und die digitalen Technologien sind heute unverzichtbar und Wachstumstreiber für unser Land. Damit jeder in unserem Land die Vorteile des schnellen Internets nutzen kann, wollen wir es bis 2018 flächendeckend in allen Teilen unseres Landes verfügbar machen. Netzneutralität sichern wir. In den Städten wollen wir außerdem die Voraussetzungen für kostenlose WLAN-Angebote schaffen. Wir wollen die Chancen auf Innovation, Fortschritt und neue Beschäftigung nutzen und Deutschland zum führenden digitalen Standort in Europa ausbauen.

Altersarmut verhindern – Lebensleistung würdigen

Die Menschen in unserem Land müssen sich auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können. Sie sind entscheidend für die gerechte Anerkennung der vielfältigen Leistungen der Menschen, ob in der Arbeit oder für die Familie. Sie leisten Vorsorge, sichern Menschen mit Benachteiligungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, schützen vor Armut und sind Ausdruck des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Die Erfolgsgeschichte der steigenden Beteiligung

Älterer am Erwerbsleben infolge der Rentenreformen wollen wir fortschreiben. Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlt. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Angesichts verlängerter Lebensarbeitszeit ermöglichen wir langjährig Beschäftigten einen um zwei Jahre früheren abschlagsfreien Rentenzugang. Die Erziehungsleistung der Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, werden wir stärker würdigen. Unsere Gesundheits- und Pflegesysteme müssen allen Versicherten gleichermaßen überall und jederzeit eine gute Versorgung auf hohem Niveau sichern. Dazu werden wir die Leistungen der Pflegeversicherung ausweiten und so den Bedürfnissen pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen besser entsprechen.

Starke Kommunen – zukunftsfeste Finanzbeziehungen von Bund und Ländern

Wir treten für eine lebenswerte Heimat und gute Zukunftsperspektiven überall in Deutschland ein – in der Stadt und auf dem Land. Mit einem Bundesteilhabegesetz wollen wir die Kommunen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung stärker als bisher finanziell unterstützen. Auch die Länder brauchen eine vernünftige Finanzausstattung, um gemeinsam mit ihren Kommunen die vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können. Handlungsfähigkeit in Bund und Ländern, Städten und Gemeinden, in allen Regionen Deutschlands, das ist unser Ziel. In einer Kommission wollen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu ordnen.

Zusammenhalt sichern und Bürgerrechte stark machen

Wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen, wollen wir sie unterstützen. Unsere Gesellschaft braucht starke Familien. Deshalb wollen wir Ehe und Familie stärken. In einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft wollen wir gleiche Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir unternehmen neue Anstrengungen für die Gleichstellung der Frauen, etwa durch die Einführung einer Frauenquote und durch das Recht, aus einer Teilzeitbeschäftigung wieder in eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sollen Respekt und Anerkennung erfahren. Zuwanderer sollen Staatsbürger werden. Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll seinen deutschen Pass

nicht verlieren und keiner Optionspflicht unterliegen. Zivilgesellschaftliches Engagement für die Demokratie fördern wir. Wir pflegen den Dialog mit den christlichen Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiösen Vereinigungen. Sie bereichern das gesellschaftliche Leben und vermitteln Werte, die zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen. Die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger sind uns ein zentrales Anliegen. Wir werden auch im digitalen Zeitalter Sorge für Datensicherheit und Datenschutz tragen.

Kriminalität bekämpfen und Sicherheit gewährleisten

Wir wollen einen Staat, der Freiheit und Sicherheit für die Menschen überall gewährleistet. Zur Lebensqualität gehört, dass die Menschen sicher und vor Kriminalität geschützt leben können. Wir wollen Kinder und Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser beschützen. An Kriminalitätsschwerpunkten, wie etwa auf Bahnhöfen, soll der Einsatz von Videokameras verstärkt werden. Der Schutz vor Wohnungseinbrüchen soll verbessert werden. Polizisten und andere Einsatzkräfte brauchen einen stärkeren Schutz bei gewalttätigen Übergriffen. Extremistischen, rassistischen und demokratiefeindlichen Handlungen treten wir entschieden entgegen.

Starkes und stabiles Europa – Deutschlands Zukunft

Gerade Deutschland – als größte Volkswirtschaft in Europa – kommt eine besondere Verantwortung für unseren Kontinent zu. Wir wissen, dass es Deutschland nur gut gehen kann, wenn auch Europa eine gute Zukunft hat. Unser Ziel ist es, Europa gestärkt aus der Krise zu führen – als ein Europa der Stabilität und des nachhaltigen Wachstums. Der Euro als starke und stabile Währung ist dafür eine zentrale Voraussetzung. Unser Grundsatz ist dabei: Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen. Dieser Weg wäre mit einer Verge-meinschaftung von Schulden unvereinbar. Vielmehr brauchen wir mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen und neue Wachstumsimpulse in allen Mitgliedstaaten. Das soziale Europa ist für uns von gleichrangiger Bedeutung wie die Marktfreiheiten im Binnenmarkt. Wir helfen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa gezielt zu bekämpfen. Wir werden mit unseren Partnern dafür arbeiten, dass jeder junge Mensch eine Chance und Perspektive bekommt.

Verantwortung in der Welt für Frieden und Menschenrechte übernehmen

Auch international ist sich Deutschland seiner Verantwortung bewusst. Wir stellen uns den internationalen Herausforderungen: der Sicherung von Frieden und Freiheit und der Wahrung von Menschenrechten, der Unterstützung der Entwicklung von Staaten und Regionen und dem Schutz des Klimas und der Umwelt. Stabilität wollen wir nicht zuletzt durch neue Initiativen der Abrüstung und durch eine zurückhaltende Rüstungsexportpolitik fördern. Gemeinsam mit unseren Partnern in Europa wollen wir die globale Ordnung mitgestalten und zur Lösung von Krisen und Konflikten beitragen. Dabei leiten uns die Werte und Interessen unseres Landes.

Deutschlands Zukunft gestalten

Gemeinsam mit den Menschen in unserem Land wollen wir Deutschland in eine gute Zukunft führen. Unser Maßstab für eine erfolgreiche Politik ist die Lebensqualität der Menschen in Deutschland und Europa und die Wirksamkeit unseres Handelns. Die Aufgabe der von uns getragenen Bundesregierung ist es, die Weichen richtig zu stellen und Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich unser Land gut entwickelt und die Menschen ihr Leben frei und sicher gestalten können. In diesem Koalitionsvertrag haben wir beschrieben, welche Grundsätze uns leiten, welche Ziele wir haben und wie wir sie bis 2017 erreichen wollen.

1. Wachstum, Innovation und Wohlstand

1.1. Deutschlands Wirtschaft stärken

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD sieht Deutschlands Chancen in einer mittelständisch geprägten und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, dynamische Industrie ist. Die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir mit Blick auf neues Wachstum und mehr Beschäftigung stärken. Wir werden unternehmerische Verantwortung und gute Sozialpartnerschaft gleichermaßen stärken. Auf den Finanzmärkten wollen wir uns weiterhin für eine wirksame Regulierung einsetzen und das Prinzip von Risiko und Haftung sicherstellen. Wir wollen stärkere Anreize für nachhaltiges Handeln innerhalb von Unternehmen setzen. Dazu werden wir im Dialog mit der Wirtschaft wirksame Maßnahmen zur Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonissysteme prüfen.

Wir bekennen uns zum Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland, in dem große und kleine Unternehmen ihre Chancen nutzen können. Wir setzen auf eine Doppelstrategie aus Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen – in Deutschland und Europa.

Unser Land braucht eine „Neue Gründerzeit“. Wir wollen Unternehmertum und Gründungsgeist stärken und zu mehr gesellschaftlicher Anerkennung verhelfen. Wir werden die Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen verbessern. Wir erhalten die bewährte Flexibilität auf den Arbeitsmärkten und passen die soziale Sicherung den demografischen Notwendigkeiten an – es geht um sichere und gute Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dynamik, gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.

Unsere Strategie für nachhaltigen Fortschritt

Verschärfte internationale Konkurrenz, auch aus den schnell wachsenden Schwellenländern, ein rasanter wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, der demografische Wandel, unter anderen mit dem Fachkräftemangel, und die Knappheit natürlicher Ressourcen stellen uns vor neue Herausforderungen. Deshalb stellen wir in den kommenden Jahren Innovation, Investitionen, Integration in gute und produktive Arbeit und Internationalisierung in den Mittelpunkt unserer Strategie. Auf diesen vier Handlungsfeldern wollen wir eine vorausschauende und wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik gestalten:

Innovation: Für neue Produkte, Verfahren und Beschäftigung braucht unsere Wirtschaft Innovationen. Wir wollen mit unseren privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu den globalen Spitzenreitern gehören. Deshalb wollen wir drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investieren. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung zur Modernisierung unserer Volkswirtschaft nutzen. Nur so bleibt Deutschland ein wettbewerbsfähiger Industrie- und Produktionsstandort und erschließt gleichzeitig die Potenziale für neue Arbeitsplätze in industriebezogenen und stärker wissensbasierten Dienstleistungen – vor allem im Mittelstand.

Investitionen: Innovationen brauchen Investitionen. Nur mit einem Investitionsschub in Deutschland sichern wir Wachstum und Beschäftigung. Das schafft auch die Grundlage für eine robuste Einkommensentwicklung. Die deutsche Wirtschaft braucht eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wachstum in Deutschland erfordert eine nachhaltige Modernisierung der Infrastruktur. Wir setzen sowohl auf mehr Investitionen der öffentlichen Hand als auch auf bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen. Unser Ziel ist eine Gesamtinvestitionsquote, die oberhalb des Durchschnitts der OECD liegt.

Integration in gute und produktive Arbeit: Die Sicherung einer qualifizierten Fachkräftebasis wird angesichts des demografischen Wandels zur zentralen Aufgabe. Die berufliche und die akademische Bildung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Alle Qualifizierungsreserven in Deutschland müssen genutzt werden. Mit einer Allianz für Fachkräfte wollen wir das Thema noch stärker bündeln und in den Mittelpunkt der Diskussion von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften stellen. Wir wollen Tarifeinheit, Tarifbindung und Tariftreue stärken. Unser Ziel ist Vollbeschäftigung mit guten und produktiven Arbeitsplätzen.

Internationalisierung: Ein zentraler Pfeiler unseres Erfolgs ist die Stärke der deutschen Unternehmen auf den internationalen Märkten. Ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidet maßgeblich über unseren Erfolg und Wohlstand. Deshalb setzen wir uns für globale Märkte und stabile Finanzsysteme ein, weil sie Voraussetzung für ein wachstumsfreundliches Investitionsklima sind. Dafür müssen wir internationale Regeln konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Die Wachstumschancen, die sich aus dem Freihandel ergeben,

wollen wir durch eine intensivere internationale Koordination nutzen. Im Kreis der größten Industriestaaten (G8 und G20) – insbesondere im Zuge der deutschen G8-Präsidentschaft 2015 – wollen wir eine bessere Abstimmung in der internationalen Wirtschaftspolitik erreichen. Bei allen neuen Chancen der deutschen Wirtschaft auf den wachsenden Märkten außerhalb unseres Kontinents bleiben die europäischen Absatzmärkte von zentraler Bedeutung für die deutschen Exporte. Unser Land braucht Exportstärke, eine starke Binnenwirtschaft und eine von Investitionen und Kaufkraft getragene Inlandsnachfrage.

Mit dieser Strategie geben wir die richtigen Antworten auf die wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Die erste Große Koalition vor fast 50 Jahren hat als Antwort auf die damalige wirtschaftspolitische Herausforderung das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verabschiedet. Wir wollen im Lichte der heutigen Herausforderungen – des demografischen Wandels, der Internationalisierung, der Digitalisierung und der Ressourcenknappheit – eine neue wirtschafts- und wachstumspolitische Strategie entwickeln. Wir werden deshalb gemeinsam mit dem Sachverständigenrat das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz überprüfen.

Für die Bewältigung der großen ökonomischen Herausforderungen setzen wir dabei auf ein intelligentes Zusammenspiel von Markt und Staat in Kooperation mit Unternehmern und Arbeitnehmern, Unternehmen und Gewerkschaften. Wir setzen auf nachhaltigen Fortschritt.

Fortschritt, Lebensqualität und Wohlstand haben viele Facetten: Gute Arbeit, ein gutes Einkommen, Gesundheit, aber auch immaterielle Werte wie Familie, Freunde und Freiheit. Wir wollen unser Regierungshandeln stärker an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und führen daher einen Dialog mit ihnen über ihr Verständnis von Lebensqualität durch. Die vorliegenden Gutachten und Indikatorensysteme, z. B. der entsprechenden Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, beziehen wir mit ein.

Auf dieser Basis werden wir ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland entwickeln. Es soll im regelmäßigen Abstand in verständlicher Form über Stand und Fortschritt bei der Verbesse-

rung von Lebensqualität in Deutschland Auskunft geben. Wir wollen damit die Information über die sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Lebensqualität und Fortschritt verbessern.

Wir wollen die Erkenntnisse in einen ressortübergreifenden Aktionsplan „gut leben“ zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland einmünden lassen.

Europäische Wirtschaftspolitik

Wir treten für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes ein. Für den gemeinsamen Markt ist der Ausbau grenzüberschreitender Infrastrukturen unabdingbar. Noch bestehende Hindernisse müssen beseitigt werden, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Innerhalb der Europäischen Union wollen wir Steu-erdumping verhindern, Steueroasen austrocknen und die Steuerharmonisierung voranbringen. Bürokratieabbau muss auch auf europäischer Ebene stattfinden. Wir wollen EU-Vorgaben „eins zu eins“ umsetzen – das sichert auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt. Europäische Gesetzgebung darf sich in den verschiedenen Politikfeldern nicht widersprechen. Sie muss kohärent sein, um Europas Rolle im globalen Wettbewerb langfristig zu stärken.

Außenwirtschaft

Die überragende Bedeutung der Außenwirtschaft für die deutsche Volkswirtschaft, die zunehmende Verflechtung mit Auslandsmärkten, aber auch der zunehmende Staatseinfluss auf die Wirtschaft in vielen Ländern, verlangt einen stärkeren Einsatz der Politik für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Der kluge Einsatz vertrauensbildender Maßnahmen, vertraglicher Vereinbarungen, wirtschafts- und entwicklungspolitischer Instrumente sowie menschenrechtlicher Prinzipien kann auch dazu beitragen, außenpolitische Spannungen abzubauen.

Stärkung des Freihandels und Handelsabkommen

Wir sehen mit Sorge die zunehmende Zahl von Maßnahmen, mit denen der freie Handel begrenzt oder sogar verhindert wird. Auch die wachsenden Verstöße gegen die Regeln der Welthandelsorganisation WTO erfüllen uns mit Sorge. Ein freier und fairer Welthandel muss im multilateralen Rahmen der Welthandelsorganisation WTO verlässlich geregelt werden. Das erleichtert auch die weitere Einbeziehung der Entwicklungsländer in das

globale Handelssystem nach Grundsätzen, die für alle Beteiligten gleichermaßen gelten. Wir streben deshalb eine Stärkung der WTO an und setzen uns weiterhin für einen vollständigen Abschluss der laufenden Doha-Runde ein.

Genauso wie den Erfolg der Verhandlungen der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) streben wir auch den zügigen Abschluss weiterer Handelsabkommen mit dynamisch wachsenden Schwellenländern an. Unser Ziel ist eine Vertiefung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Dabei setzen wir auf multilaterale Handelsregeln. Bei EU-Handelsabkommen soll die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigt werden, damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.

Außenwirtschaftsförderung

Mittelständische Unternehmen wollen wir bei ihren Schritten ins Ausland gezielt unterstützen. Die bewährten Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (Germany Trade and Invest, deutsche Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern, Messenförderung, Beratung und andere) werden wir fortentwickeln und vorrangig an den Zielen Wohlstand und Beschäftigung ausrichten. Antrags- und Prüfverfahren für Exportgenehmigungen wollen wir verbessern. Wir werden die internationalen Regeln für Exportkredite sachgerecht weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass alle internationalen Wettbewerber diese anwenden. Künftige europäische Investitionsschutzabkommen müssen den bewährten hohen Schutzstandards entsprechen. Insgesamt setzen wir in der Außenwirtschaftspolitik auf ein „level playing field“ und internationale Standards.

Rüstungsexporte

Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten sind die im Jahr 2000 beschlossenen strengen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ für unser Regierungshandeln verbindlich. Über ihre abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag unverzüglich unterrichten. Die Entscheidung darüber, wem gegenüber die Unterrichtung erfolgt, liegt beim Deutschen Bundestag. Darüber hinaus werden wir die Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit

durch Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichtes noch vor der Sommerpause des Folgejahres und eines zusätzlichen Zwischenberichts verbessern.

Wir setzen uns für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein. Europäische Harmonisierungen müssen so umgesetzt werden, dass sie die Mindestanforderungen des Gemeinsamen Standpunkts der EU aus dem Jahr 2008 nicht unterschreiten.

Verantwortungsvolle Unternehmensführung auf internationalen Märkten

Zu unserem Leitbild des verantwortlichen Unternehmertums gehört es auch, freiwillig und aus eigenem Interesse gesellschaftliche Verantwortung für soziale, kulturelle und ökologische Belange zu übernehmen. Um das verantwortliche unternehmerische Handeln der deutschen Wirtschaft im Ausland weiter zu stärken, werden wir uns für eine möglichst breite Wahrnehmung und Anwendung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen einsetzen.

Wettbewerbsrecht

Fairer Wettbewerb und der Schutz vor wettbewerbsverzerrenden Absprachen sind für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft unabdingbar. Die Weiterentwicklung des Europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts ist maßgeblich für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas. Das Wettbewerbsrecht ist so zu optimieren, dass Wettbewerbsverstöße weitgehend ausgeschlossen sind.

Wir werden die Wirkungen der Regelungen der achten GWB-Novelle auswerten und weitere Schritte zur Strafung des behördlichen und gerichtlichen Verfahrens bei Kartellverstößen prüfen. Außerdem werden wir uns sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene für eine Stärkung der Kartellrechtsdurchsetzung einsetzen. Durch eine Reform des Kartellrechts werden wir die Möglichkeiten der betriebswirtschaftlichen Zusammenarbeit von Verlagen unterhalb der redaktionellen Ebene erleichtern. Damit wollen wir den Gefahren für die Pressevielfalt im Umbruch der digitalen Medienlandschaft begegnen.

Post: Wir werden eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Postdienstleistungen sicherstellen. Am Postuniversaldienst werden wir festhalten.

Transparenz bei Managergehältern

Um Transparenz bei der Feststellung von Managergehältern herzustellen, wird über die Vorstandsvergütung künftig die Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats entscheiden.

Rohstoffsicherung

Deutschland ist bei vielen wichtigen Rohstoffen wie Seltenen Erden und Metallen auf Importe angewiesen. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage sowie der wachsenden Zahl staatlicher Eingriffe in Rohstoffmärkte und damit verbundener Wettbewerbsverzerrungen ist gezieltes Handeln geboten, um mögliche negative Auswirkungen auf die Wertschöpfung in Deutschland zu vermeiden. Es ist zuallererst Aufgabe der Unternehmen selbst, ihren Bedarf an Rohstoffen am Markt zu decken und sich vorausschauend auf künftige Entwicklungen einzustellen. Wir werden diese Anstrengungen mit politischen Initiativen flankieren, um verlässliche rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb auf den internationalen Rohstoffmärkten zu gewährleisten. Wir werden eine integrierte Rohstoffstrategie verfolgen, die die gesamte Rohstoffkaskade umfasst, von der Steigerung der Rohstoffeffizienz, der Substitution und dem Recycling wertvoller Stoffe, der Nutzung heimischer Rohstoffvorkommen bis hin zur Sicherung der Rohstoffversorgung auf den Weltmärkten.

Rohstoffförderung im Inland

Wir werden den wirtschaftlichen und umweltverträglichen Abbau heimischer Rohstoffe sowie deren Verarbeitung in Deutschland unterstützen. Wir werden für mehr Bürgerakzeptanz gegenüber der heimischen Rohstoffgewinnung werben und uns entschieden für die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der heimischen Rohstoffförderung einsetzen. Es gilt, die Raumordnung stärker auf die Berücksichtigung verschiedener Nutzungskonkurrenzen auszurichten und dabei der Rohstoffgewinnung einen angemessenen Stellenwert im Rahmen der Abwägung beizumessen. Zudem wollen wir die Datengrundlagen für die Rohstoffgewinnung weiter verbessern.

Kooperationen und strategische Partnerschaften ausbauen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass keine Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher oder europäi-

scher Unternehmen in der Rohstofflieferkette entstehen. Wir werden die deutsche Wirtschaft dabei unterstützen, wieder international in der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette präsent zu sein und begleiten daher neue Initiativen der deutschen Wirtschaft zur Rohstoffsicherung. Rohstoffpartnerschaften zwischen Staaten und Rohstoffallianzen zwischen Unternehmen sind eine sinnvolle Ergänzung eines gemeinsamen europäischen Ansatzes zur internationalen Rohstoffsicherung. Im Rahmen einer Internationalen Rohstoffkonferenz in Deutschland werden wir den globalen Dialog von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft organisieren. Dabei werden wir unter Einbeziehung aller Beteiligten verbesserte freiwillige Zertifizierungssysteme erarbeiten.

Abbau von Handelshemmnissen

Wir werden auf eine starke Rohstoffstrategie auf europäischer Ebene und die aktive Vertretung deutscher und europäischer Rohstoffinteressen in der WTO und G20-Runde hinwirken. Es gilt, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse bei Rohstoffen abzubauen und im Rahmen der Entwicklungspolitik Umwelt- und Sozialstandards im ausländischen Rohstoffabbau zu verbessern.

Monitoring ausbauen

Wir werden die Deutsche Rohstoffagentur beauftragen, ein Monitoring kritischer Rohstoffe durchzuführen und regelmäßig über die Verfügbarkeit der für die deutsche Wirtschaft kritischen Rohstoffe zu berichten. Die Außenwirtschaftsinstrumente zur Unterstützung der Rohstoffbezugs-sicherung wie ungebundene Finanzkredite wollen wir weiterentwickeln, um den Unternehmen langfristige Lieferverträge für Rohstoffe zu erleichtern. Weiterhin werden wir prüfen, wie das Antragsverfahren verbessert werden kann, um das Instrument für mehr Unternehmen nutzbar zu machen.

Industrie

Deutschland verdankt seine starke wirtschaftliche Rolle einer besonders leistungsfähigen Industrie, die weltweit einen hervorragenden Ruf genießt. Während in anderen Ländern der Anteil der Industrie in den letzten Jahrzehnten weiter zurückging, hat Deutschland seine Industrie nicht aufgegeben, sondern weiterentwickelt. Dank einer vorausschauenden Politik und eines guten Zusammenspiels der Sozialpartner bildet der industriell-

le Sektor mit einem starken Mittelstand das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Güterproduktion ist der Anker für die industrielle Wertschöpfungskette, die Zulieferer und zahlreiche Dienstleister miteinander verbindet. Gleichzeitig aber nimmt das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Industrie ab. Wir werden deshalb einen Dialog über die Rolle und das Selbstverständnis sowie die gesellschaftliche Akzeptanz einer zukunftsorientierten Industrie anstoßen.

Strategische Innovationspolitik

Wir treten für eine strategische Innovationspolitik ein, die von Deutschlands traditionellen industriellen Kernkompetenzen ausgeht. Wir werden neue branchenübergreifende Netzwerke und die Bildung von Innovationsclustern stärker als bisher unterstützen. Wir wollen Verfahrensinnovationen fördern, die das Zusammenspiel von Industrie und industrienahen Dienstleistungen (etwa IT und Logistik) weiter verbessern. Wir wollen, dass sich Partner aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Wissenschaft und Bildung in Innovationsbündnissen zusammenschließen. Die Initiierung von Innovationsprozessen, z. B. durch Spitzenclusterwettbewerbe oder durch Netzwerke wie die Nationale Plattform Elektromobilität wollen wir auf alle Leitmärkte – auch in Europa – ausweiten.

Zu diesen Leitmärkten gehören vor allem:

- der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Produktionstechnik als wesentliche Innovationstreiber für systemische, energie- und ressourcensparende Produktionsprozesse
- die Neuen Werkstoffe, mit besonderem Potenzial für die Vernetzung klassischer Branchen mit den Schlüsseltechnologien Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik, Photonik und Biotechnologie
- Mobilität und Logistik mit ihren breiten Wertschöpfungsketten
- die Informations- und Kommunikationswirtschaft als Querschnittstechnologie
- die Energie- und Umweltwirtschaft mit ihren zahlreichen Schnittmengen zu anderen Clustern und der hohen weltweiten Nachfrage nach nachhaltigen Systemlösungen

- die Medien- und Kreativwirtschaft mit ihrem wichtigen Beitrag für die zukunftsweisende Gestaltung materieller und immaterieller Produkte und Dienstleistungen
- die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, denen durch den demografischen Wandel eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Querschnittsbereiche Industrie 4.0, Leichtbautechnologien und Elektromobilität sind von besonderer Bedeutung:

- Das Internet der Dinge hält Einzug in die Fabriken. Durch die intelligente Vernetzung innerhalb von Wertschöpfungsketten kann auch der Ressourcenverbrauch reduziert werden. Um die Technologieführerschaft im Maschinenbau zu erhalten, wollen wir das Feld Industrie 4.0 aktiv besetzen.
- Die Förderung von Leichtbautechnologien ist ein wichtiger Beitrag zur Ressourceneffizienz. Wir wollen Deutschland zum Leitanbieter in diesem Sektor entwickeln. Wir werden deshalb branchenübergreifend die material- und technologieoffene Industrialisierung von Leichtbaukonzepten weiter fördern und ausbauen.
- Wir halten an dem Ziel fest, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für E-Mobilität zu machen. Dabei verfolgen wir einen technologieoffenen Ansatz inklusive der Wasserstoff-, Hybrid-, Batterie- und Brennstoffzellentechnologie. Wir werden aus vorhandenen Eigenmitteln der KfW ein Programm mit zinsgünstigen Krediten zur Anschaffung besonders umweltfreundlicher Fahrzeuge auflegen und damit insbesondere auch Elektrofahrzeuge fördern.

Schlüsselindustrien weiter unterstützen

Unser Ziel ist es, bei Schlüsseltechnologien und IT-Kernkompetenzen (IT-Sicherheit, Netzwerktechnik, Embedded Systems, Prozess- und Unternehmenssoftware, Kryptografie, Machine-to-Machine-Kommunikation etc.) eigene Technologieplattformen und Produktionslinien in Deutschland bzw. im europäischen Verbund zu halten. Als Alternative zu den geschlossenen digitalen Ökosystemen unterstützt und fördert der Bund im Software-Bereich gerade auch die Entwicklung von offenen Plattformen und Open-Source-Lösungen und setzt sich dafür auch auf europäischer Ebene ein. Wir wollen im globalen Wettbewerb „Software made in Germany“ als Qualitätsversprechen bzgl. Sicherheit, Datenschutz, Design

und Nutzerfreundlichkeit stärken. Wir unterstützen Prozesse der Standardisierung, Interoperabilität und Zertifizierung als wichtige Parameter für den Markterfolg deutscher Produkte.

Auch die Mikroelektronik wollen wir mit Blick auf die Digitalisierung unserer Industrie und der Sicherung eigener Fähigkeiten in diesem Sektor als eine der Schlüsselindustrien für die Zukunft sichern und die Rahmenbedingungen am Standort Deutschland weiter verbessern.

Die Luft- und Raumfahrt spielt eine wichtige strategische Rolle für unseren Wirtschaftsstandort und ist ein Eckpfeiler der europäischen Kooperation. Sie ist Vorreiter für die Entwicklung und Erprobung neuer Technologien und wirkt über den Technologietransfer als Innovationstreiber in andere Wirtschaftsbereiche. Wir werden daher die Förderung entsprechend der Hightech-Strategie fortsetzen und die nationalen Förder- und Begleitstrukturen konsequent weiterentwickeln. Das Luftfahrtforschungsprogramm des Bundes werden wir weiterentwickeln und ausbauen.

Der Bereich Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch aus technologie- und sicherheitspolitischer Sicht von nationalem Interesse. Daher werden wir sicherstellen, dass Kernkompetenzen und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben sowie Technologien und Fähigkeiten weiterentwickelt werden.

Wir werden die maritime Wirtschaft stärken, Deutschland weiter zu einem maritimen Hightech-Standort ausbauen und die Nationalen Maritimen Konferenzen fortführen. Die Zukunftsstrategie „LeaderSHIP Deutschland“ wird weiterentwickelt. An den bestehenden Finanzierungsinstrumenten, insbesondere den CIRZ-Zinsausgleichsgarantien und Exportgarantien (Hermesdeckungen), für den Schiffbau halten wir fest. Die Schiffbau- und Meerestechnik wird in die Hightech-Strategie einbezogen, die Vernetzung der maritimen Wirtschaft mit der Offshore-Windenergie-Branche vorangebracht.

Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe

Mittelstand

Der Mittelstand ist der innovationsstarke Beschäftigungsmotor für Deutschland. Er verbindet regionale Verbundenheit und Internationalisierung. Er leistet einen

wesentlichen Beitrag zum Erhalt der Wertschöpfungskette am Wirtschaftsstandort Deutschland. Mittelständische Unternehmen, insbesondere das Handwerk, haben auch als „Ausbilder der Nation“ eine zentrale Rolle. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründungen verbessern.

Mittelstandsförderung: Wir werden die Mittelstandsförderung zielgerichtet fortsetzen. Wir wollen die Thesaurierungsregelungen für Einzelunternehmen prüfen. Das Programm „Unternehmen Region“ führen wir fort. Wir werden Förderprogramme bündeln und Antragsverfahren vereinfachen, damit noch mehr kleine und mittlere Unternehmen daran teilhaben können.

Das Zentrale Innovationsförderprogramm Mittelstand (ZIM) stößt als Instrument zur Förderung innovationsstarker kleiner und mittlerer Unternehmen auf eine gute Akzeptanz. Es soll auch nach 2014 fortgeschrieben werden, um noch mehr Innovationen aus dem Mittelstand zu ermöglichen.

Mittelstandsfinanzierung: Hemmnisse bei der Mittelstandsfinanzierung werden wir abbauen und dafür sorgen, dass keine neuen entstehen. Wir werden uns für die Sicherstellung der klassischen Mittelstandsfinanzierung über Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken, Privatbanken und Förderbanken sowie Bürgschaftsbanken stark machen. Exportorientierte deutsche Unternehmen brauchen auch in Zukunft die Unterstützung bei der Absicherung des Außenhandels durch Hermesdeckungen. Die Export- und Projektfiananzierung der staatseigenen KfW-Bank für mittelständische Unternehmen muss fortgeführt werden. Wir werden die Einführung von Basel III kritisch begleiten und uns gegebenenfalls für Nachbesserungen einsetzen. Die aktuell guten Finanzierungsbedingungen müssen von den Banken an den Mittelstand weitergegeben werden.

Handwerk

Wir wollen ein starkes Handwerk. Deutschland wird die europäische Diskussion über eine verstärkte Öffnung des Dienstleistungsbinnenmarktes konstruktiv begleiten. Wir werden allerdings unverändert darauf hinwirken, dass der Meisterbrief nicht durch Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird und erhalten bleibt.

Wir bekennen uns zu den Kammern. Wir bestärken sie darin, ihre Dienstleistungsfunktion für die Mitgliedsunternehmen weiterzuentwickeln. Die Kammern müssen einen spürbaren Beitrag für ihre Akzeptanz bei den Mitgliedsunternehmen leisten, indem sie sich noch stärker am Gedanken der Selbstverwaltung und der Interessenwahrnehmung, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen orientieren. Transparenz von Entscheidungen ist dabei ein wichtiger Bestandteil des demokratischen Prinzips.

Die Tarifaufonomie macht einen großen Teil der Erfolgsgeschichte des Handwerks aus. Damit das Handwerk zukunftsfähig bleibt, wollen wir die Sozialpartnerschaft und die Tarifbindung stärken. Wir appellieren an die Innungen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, die wichtige gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung zu übernehmen, als Tarifpartner zur Verfügung zu stehen.

Einzelhandel

Der Einzelhandel befindet sich derzeit in einem Strukturwandel. Wir werden gemeinsam mit den Unternehmen und Verbänden, den Kommunen und den Gewerkschaften eine Plattform ins Leben rufen, um neue Perspektiven für den Einzelhandel aufzuzeigen – sowohl um die Verödung unserer Innenstädte zu verhindern als auch um die Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Freie Berufe

Selbstständige und Freiberufler stehen als wesentlicher Teil des Mittelstands im Fokus unserer Wirtschaftspolitik. Wir werden uns für den Erhalt der Selbstverwaltung von Kammern und Verbänden in den Freien Berufen auf europäischer Ebene einsetzen.

Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung

Die Existenzgründer von heute sind der Mittelstand von morgen. Deshalb wollen wir Existenzgründungen fördern. Wir wollen eine zielgerichtete Förderung des bewährten Gründercoachings, insbesondere für Gründungen aus Arbeitslosigkeit.

Wir wollen die Attraktivität von Beteiligungsinvestitionen insbesondere bei neu gegründeten Unternehmen stei-

gern. Dazu werden wir entsprechend der vorhandenen Mittel die Rahmenbedingungen für Investoren verbessern, die mit ihrem Geld junge, wachstumsstarke Unternehmen vor allem im High-Tech-Bereich unterstützen. Mit dem High-Tech Gründerfonds steht ein gutes Instrument für die Frühphasenfinanzierung zur Verfügung, das auskömmlich fortgesetzt werden soll. Wir wollen die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital international wettbewerbsfähig gestalten und Deutschland als Fondsstandort attraktiv machen. Hierfür ist ein eigenständiges Regelwerk erforderlich. Auch neue Finanzierungsformen wie Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“) brauchen einen verlässlichen Rechtsrahmen.

Wir werden die Gründung von Genossenschaften wie andere Existenzgründungen fördern. Dazu werden wir geeignete Förderinstrumente entwickeln und bestehende anpassen. Wir werden Genossenschaften die Möglichkeit der Finanzierung von Investitionen durch Mitgliederdarlehen wieder eröffnen.

Regionale Strukturpolitik – Deutsche Einheit stärken

Regionale Strukturpolitik

Wir erhalten die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) als eigenständiges Instrument zur Förderung strukturschwacher Regionen. Die unterschiedlichen Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) sowie die GRW müssen miteinander koordiniert werden.

Angesichts des Rückgangs der Mittel aus den europäischen Strukturfonds und durch den vorgesehenen Wegfall der Investitionszulage Ende 2013 wird die Bedeutung der GRW zur Reduzierung regionaler ökonomischer Unterschiede wachsen. Wir wollen sie auf dem Niveau von 2009 durch ressortinterne Haushaltsumschichtung erwirtschaften.

Ab 2020 ist ein weiterentwickeltes System der Förderung strukturschwacher Regionen erforderlich. Ein solches System muss sich auf die strukturschwachen Regionen in den jeweiligen Bundesländern konzentrieren und daher die Differenzierung zwischen Ost und West beseitigen. Die Grundlagen für ein solches System wollen wir in dieser Legislaturperiode erarbeiten, damit Pla-

nungssicherheit für die Zeit nach 2019 für die Länder und Regionen herrscht. Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

Deutsche Einheit stärken

Durch große finanzielle Anstrengungen und das Engagement der Menschen in Ost und West ist es gelungen, die neuen Länder zu lebenswerten und attraktiven Regionen zu entwickeln. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit hat zugenommen. Dabei hat die gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes dazu geführt, dass die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung liegt. Trotz aller Fortschritte sind aber immer noch deutlich mehr Menschen arbeitslos als in Westdeutschland. Zugleich sind die Auswirkungen des Bevölkerungswandels im Osten stark zu spüren. Vor diesem Hintergrund ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine große gesamtstaatliche Herausforderung, der sich die Koalition bewusst ist.

Wir wollen eine stabile und gute wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung Ostdeutschlands erreichen. Investitionen in die gewerbliche Wirtschaft, in Forschung und Entwicklung sowie in die Chancen des ländlichen Raums haben einen hohen Stellenwert, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir wollen die Förderung im Solidarpakt II vereinbarungsgemäß umsetzen. Ob und wie wir die speziellen Förderprogramme der ostdeutschen Bundesländer nach und nach in ein gesamtdeutsches System für strukturschwache Regionen überführen, berät die einzurichtende Bund-Länder-Finanzkommission. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe GRW soll hierbei als Ausgangspunkt dienen.

Die Investitionsförderung wollen wir auf hohem Niveau fortführen und weiterentwickeln. Wir wollen die Antragsverfahren vereinfachen und ihre Abwicklung verstärkt elektronisch anbieten. Wir werden uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass der Aufbau Ost weiterhin unterstützt wird. Das in Ostdeutschland bewährte Instrument der Forschungs-GmbH wollen wir fortführen.

Die Wirtschaftsfördergesellschaften der ostdeutschen Länder sollen bei der Erschließung internationaler Märkte und der Gewinnung geeigneter Investoren seitens der Germany Trade & Invest Gesellschaft weiterhin unterstützt werden.

Die Erfolgsgeschichte „Wissenschaftsstandort Neue Länder“ wollen wir fortschreiben. Wir wollen die Forschung und insbesondere den Transfer der gewonnenen Erkenntnisse in neue Produkte und Verfahren weiter unterstützen, weil nur so ein selbsttragender Aufschwung mit höherer Produktivität und Einkommenszuwächsen erreicht werden kann.

Wir erinnern an den Beschluss der Föderalismuskommission, demzufolge neue Bundeseinrichtungen bevorzugt in den ostdeutschen Ländern angesiedelt werden sollen.

Die Energiewende ist für die neuen Länder sowohl als Produktionsstandort für Anlagen als auch für die Erzeugung erneuerbarer Energien eine große Chance. Auch die Braunkohle spielt nach wie vor eine bedeutende Rolle für die Wirtschaftsstruktur.

Kaum eine Region in Europa war und ist so stark von Bevölkerungsveränderungen betroffen wie die ostdeutschen Länder. Vor allem in den ländlichen, strukturschwachen Regionen sind die Folgen deutlich zu spüren. Wir wollen zeigen, wie eine Gesellschaft mit geringerer Bevölkerungszahl und einem höheren Anteil älterer Menschen dennoch eine leistungsfähige Infrastruktur erhalten kann. Dazu wollen wir weitere Pilotprojekte auf den Weg bringen, bei denen Erkenntnisse gewonnen werden, die auch für andere Regionen unseres Landes, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vor gleichen Entwicklungen stehen, hilfreich sind.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die Grundlage für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Die Anbindungen der Ostseehäfen und Flughäfen an die nationalen und europäischen Verkehrsrouten ebenso wie die Schienenverkehrsverbindungen nach Polen und Tschechien wollen wir verbessern. Dies gilt gerade mit Blick auf die dynamische wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundenen großen Chancen einer engeren Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn. Dazu gehört auch die Realisierung der von der Ostsee bis an die Adria und das Schwarze Meer reichenden transeuropäischen Achse, die wir weiter unterstützen werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft eröffnet große wirtschaftliche und kulturelle Chancen für unser Land. Um sie entsprechend ihrer Bedeutung und ihres Potenzials zu fördern und weiterzuentwickeln, bedarf es eines um-

fassenden Konzepts. So wird die Koalition die Unterstützung im Rahmen der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ der Bundesregierung fortsetzen und intensivieren. Programme der Wirtschaftsförderung sind stärker auch für Kulturbetriebe zu öffnen. Gleichzeitig sollte der in den Förderprogrammen des Bundes zugrunde gelegte Innovationsbegriff für die Kultur- und Kreativwirtschaft geöffnet und erweitert werden. Neben besserer Beratung bedarf es neuer Modellprojekte und Förderung von Forschung, Entwicklung und Technologie. Fördermöglichkeiten für die Kultur- und Kreativwirtschaft sollten in einer Datenbank dargestellt werden. Die Beteiligung Deutschlands an EU-Förderprogrammen muss durch bessere Beratung erhöht werden.

Tourismus

Der Tourismus in Deutschland ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der vielen Menschen Beschäftigung gibt, gerade auch in ländlichen Regionen. Dazu benötigt der Tourismus ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, Qualität und Freundlichkeit im Service und weitere Anstrengungen mit Blick auf die Barrierefreiheit. Um qualifizierte Fachkräfte muss sich das Gastgewerbe, etwa durch verbesserte Ausbildungsanstrengungen, verstärkt bemühen. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur muss mit den vorhandenen und bewährten Förderinstrumentarien weiter unterstützt werden. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) soll die internationale Vermarktung des Reislands Deutschlands auf dem bisherigen Niveau weiter unterstützen und auch dazu beitragen, die Bekanntheit von bislang weniger frequentierten Tourismusgebieten zu erhöhen. Wir wollen eine „Initiative Kulturtourismus“ ins Leben rufen und in Zusammenarbeit mit den Ressorts Kultur und Wirtschaft gestalten. Wesentliche Ziele sind Akteure aus den Feldern Kultur und Tourismus in ihrem Zusammenwirken zu qualifizieren sowie Modellprojekte und innovative Kooperationsformen zu fördern.

Unternehmensnachfolge

Um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern, werden wir Vermittlungsplattformen wie die von den Kammern betriebene „nexxt change“ unterstützen und weiter ausbauen. Unternehmensnachfolge soll auch künftig durch die Erbschaftsbesteuerung nicht gefährdet werden. Notwendig ist daher eine verfassungsfeste und mittelstandsfreundlich ausgestaltete Erbschafts- und Schenkungsteuer, die einen steuerlichen Ausnahmetatbestand bei Erhalt von Arbeitsplätzen vorsieht.

Rechtsrahmen

Im Gewährleistungsrecht wollen wir dafür sorgen, dass Handwerker und andere Unternehmer nicht pauschal auf den Folgekosten von Produktmängeln sitzen bleiben, die der Lieferant oder Hersteller zu verantworten hat.

Im Interesse mittelständischer Unternehmen setzen wir uns dafür ein, eine Europäische Privatgesellschaft („Europa-GmbH“) zu schaffen. Wir werden dabei sicherstellen, dass die nationalen Vorschriften über die Mitbestimmung sowie das Steuer- und Handelsregisterrecht nicht umgangen werden.

Insolvenzen in einem Unternehmensverbund sollen künftig durch intensivere Abstimmung der Einzelinsolvenzverfahren effizienter bewältigt werden. Zudem werden wir das Insolvenzanfechtungsrecht im Interesse der Planungssicherheit des Geschäftsverkehrs sowie des Vertrauens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ausgezahlte Löhne auf den Prüfstand stellen.

Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung

Der Abbau von unnötiger Bürokratie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen. Eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung und geringer Erfüllungsaufwand sind ein wesentlicher Standortvorteil. Wir wollen Wirtschaft und Bürger weiter spürbar von unnötiger Bürokratie entlasten. Dazu wollen wir Projekte fördern, in denen Unternehmen und Verbände, Normenkontrollrat und Bundesministerien, Landesbehörden und Kommunen gemeinsam Vereinfachungsmöglichkeiten identifizieren und für eine entsprechend bessere Rechtsetzung sorgen. In geeigneten Fällen werden wir Regelungen praktisch erproben, bevor sie beschlossen werden. Gesetze müssen einfach, verständlich und zielgenau ausgestaltet werden, damit Bürokratielasten vermieden oder so gering wie möglich gehalten werden.

Notwendig sind auch Initiativen für eine unternehmensfreundliche Verwaltung etwa durch eine konsequente Umsetzung von E-Government zur elektronischen Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden. Wir wollen bei den Informations- und Nachweispflichten zu einer Entlastung kommen und den Erfüllungsaufwand verringern.

Wir setzen uns für einen wirksameren Normenkontrollmechanismus auf europäischer Ebene ein. Die Europäi-

sche Union muss sich bei der Normsetzung selbst zurücknehmen. Dies betrifft sowohl bereits bestehende als auch die Verabschiedung neuer Regelungen. Weiterhin werden wir darauf hinwirken, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden können.

1.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung

Hochschulen

Bildung, Wissenschaft und Forschung sind von überragender Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung, gleiche Lebenschancen der Menschen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Die klare Prioritätensetzung zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung, die im 10-Prozent-Ziel zum Ausdruck kommt, haben Bund, Länder und Gemeinden in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt. Sie muss in den nächsten Jahren fortgeführt und verstärkt werden. Wir wollen die Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden verstärken, damit in unserer Gesellschaft Teilhabe, Integration und Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden und unser Wohlstand auch künftigen Generationen erhalten bleibt.

Zukunft des Wissenschaftssystems

Das deutsche Wissenschaftssystem leistet einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft. Im Zentrum dieses Wissenschaftssystems stehen die Hochschulen, die in einzigartiger Form Forschung und Lehre vereinbaren. Sie sind von besonderer Bedeutung und erbringen herausragende Leistungen in der Bildung, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie der Wissenschaft und Forschung.

Wir wollen die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation erhalten, deren Leistungen für das Wissenschaftssystem weiterentwickeln und die Wissenschaftsförderung insgesamt ausbauen. Unsere Kernanliegen sind die Stärkung der Hochschulen, die Stärkung der Wissenschaftsorganisationen und die Förderung strategischer Profile und Kooperationen im Wissenschafts-

system. Wir gewährleisten Planungssicherheit und schaffen eine nachhaltige Perspektive für das deutsche Wissenschaftssystem.

Fortsetzung des Hochschulpakts

Wir wollen den Hochschulpakt fortsetzen und zügig die Verhandlungen über die dritte Phase aufnehmen. Dabei sollen Hochschulen für gute Lehre und Angebote, die mehr Studierende qualitätsgesichert zu einem erfolgreichen Abschluss führen, stärker honoriert werden. Das Ziel, mehr beruflich Qualifizierten den Zugang zur Hochschule zu eröffnen, werden wir ebenfalls im Hochschulpakt verankern.

Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative

Die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern hat in sehr erfolgreicher Art und Weise eine neue Dynamik in das deutsche Wissenschaftssystem gebracht, die wir erhalten und ausbauen wollen. Wir werden dabei auch die Förderlinien, die sich besonders bewährt haben, in wissenschaftsgeleiteten Verfahren weiterentwickeln und in neue Förderformate überführen. Dabei wollen wir die besondere Situation erfolgreicher Projekte aus der zweiten Runde der Exzellenzinitiative berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir regionale Verbünde stärker fördern.

Fortsetzung des Pakts für Forschung und Innovation

Mit dem Pakt für Forschung und Innovation (PFI) konnten die internationale Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Forschungslandschaft deutlich gesteigert werden. Wir werden die Förderung der fünf Wissenschaftsorganisationen: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gemeinschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft durch verlässliche Aufwüchse über das Jahr 2015 hinaus fortführen. Wir werden mit den Wissenschaftsorganisationen konkrete Ziele beispielsweise zur Gleichstellung, Nachwuchsförderung und zu mehr Kooperation insbesondere im Wissenschaftssystem vereinbaren.

Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen

Die Hochschulen stehen im Zentrum des Wissenschaftssystems. Ihnen verlässliche Perspektiven und Planungssicherheit zu geben, muss im Zentrum der

Wissenschaftspolitik der nächsten Jahre stehen. Wir werden in den nächsten vier Jahren seitens des Bundes den Hochschulen mehr Geld zur Grundfinanzierung zur Verfügung stellen.

Planbare und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft

Befristete Beschäftigungsverhältnisse aufgrund von Qualifizierungsphasen, zeitlich befristeten Forschungsprojekten und anderen Sachgründen liegen in der Natur des Wissenschaftsbetriebs; ihr Anteil – insbesondere über sehr kurze Zeiträume – hat in den letzten Jahren ein Maß erreicht, das Handlungsbedarf entstehen lässt. An erster Stelle ist ein aktives Gegensteuern Aufgabe der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in ihrer Rolle als Arbeitgeber. Wir begrüßen entsprechende Aktivitäten der Wissenschaftsorganisationen und werden deren Bemühungen durch eine Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes flankieren. Wir wollen für den wissenschaftlichen Nachwuchs planbare und verlässliche Karrierewege schaffen. Der Bund wird im Rahmen seiner Förderung und bei Vereinbarungen zu neuen Instrumenten auf angemessene Laufzeiten der Anstellungsverträge achten.

Chancengleichheit im Wissenschaftssystem

Frauen sind trotz wichtiger Fortschritte in den letzten Jahren auch im deutschen Wissenschaftssystem noch immer strukturell benachteiligt. Vom Studium über die Promotion, die Post-Doc-Phase und weitere Qualifizierung bis hin zur Professur nimmt ihr Anteil kontinuierlich ab. Zukunftsorientierte Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems, vor allem auch in Führungspositionen, angemessen vertreten sind. Deshalb werden wir bei Vereinbarungen über neue Förderinstrumente für die Wissenschaft künftig verstärkt die Einhaltung von Gleichstellungsstandards und die Festlegung konkreter Ziele für mehr Frauen in Führungspositionen verankern. Die Festsetzung von Zielquoten über das Kaskadenmodell ist unerlässlich, ihre konsequente Umsetzung bei den Forschungsorganisationen werden wir nachdrücklich einfordern.

Das erfolgreiche Professorinnen-Programm führen wir fort. Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen bei der Etablierung familienfreundlicher Strukturen weiter unterstützen.

Durchlässigkeit des Bildungssystems stärken – akademische und berufliche Bildung besser verzahnen

Wir nehmen besonders die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung in den Blick, bei denen es in Deutschland trotz mancher Fortschritte nach wie vor Nachholbedarf gibt. Wir werden die Akteure beider Bereiche bei der Entwicklung und Verbreitung von Brückenangeboten unterstützen, die beruflich Qualifizierten den Zugang zu einem Hochschulstudium und zu akademischen Weiterbildungsangeboten eröffnen. Durch die Ausweitung des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung – offene Hochschule“ werden wir die Hochschulen bei der Entwicklung passgenauer Angebote für die Zielgruppe der beruflich Qualifizierten unterstützen. Ebenso werden wir die Akteure unterstützen, ihre Angebote für Menschen, die aus einem Studium in eine berufliche Bildung wechseln, weiterzuentwickeln und zu systematisieren.

Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften stärken

Wir werden die Förderung der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in Deutschland insbesondere mit interdisziplinären und sektorübergreifenden Initiativen ausbauen. Bei der Förderung der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften in Deutschland werden wir europäische und internationale Aspekte in den Vordergrund rücken, Nachwuchs gezielt fördern, Informationsinfrastrukturen ausbauen und im außereuropäischen Ausland internationale Kollegs für Geistes- und Sozialwissenschaften etablieren. Die erfolgreiche Förderung der „Kleinen Fächer“ wird durch neue Initiativen zur Vernetzung erweitert.

Digitalisierung und Infrastruktur in der Wissenschaft

Wir werden eine Strategie für den digitalen Wandel in der Wissenschaft initiieren, z. B. um Zugang und Nutzbarkeit von komplexen Forschungsdaten zu verbessern. Gemeinsam mit den Ländern werden wir einen Rat für Informationsinfrastrukturen gründen, in dem sich die Akteure des Wissenschaftssystems über die Erarbeitung disziplinen- und institutionenübergreifender Strategien und Standards verständigen. Zudem wollen wir virtuelle Forschungsumgebungen stärken, die es Forscherinnen und Forschern erlauben, mithilfe digitaler Medien über

disziplinäre, institutionelle und geografische Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten und daraus auch neue Forschungsmethoden und -gegenstände zu entwickeln.

Den Nationalen Roadmap-Prozess für große Forschungsinfrastrukturen wollen wir unter Berücksichtigung neuer Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern weiterentwickeln. Dabei sollen – auch vor dem Hintergrund der Bedeutung der Nutzung solcher Infrastrukturen insbesondere für Hochschulen – alle Wissenschaftseinrichtungen und Forschungsorganisationen einbezogen werden.

Wir werden weiterhin auf europäischer und internationaler Ebene aktiv an der Gestaltung von Forschungsinfrastrukturen von europäischer und globaler Bedeutung mitwirken.

Internationalisierung der Wissenschaft

Wir wollen eine neue Qualität der internationalen Wissenschaftszusammenarbeit erreichen und die Internationalisierungsstrategie weiterentwickeln. Dabei werden wir mit den deutschen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen eine verstärkte Vernetzung ihrer Aktivitäten der Internationalisierung vereinbaren und sie hierbei unterstützen.

Zudem werden wir die Forschungszusammenarbeit mit den Schwellen-, Entwicklungs- und Transformationsländern strategisch weiterentwickeln.

Deutschland ist bereits heute nach den USA und Großbritannien das dritt wichtigste Gastland für Studierende aus dem Ausland. Bis zum Ende des Jahrzehnts wollen wir dafür sorgen, dass die Zahl ausländischer Studierender um rund ein Drittel auf etwa 350 000 gesteigert wird. Die Mobilität deutscher Studierender wollen wir gezielt erweitern. Wir wollen, dass jeder zweite Studienabsolvent und jede zweite Studienabsolventin studienbezogene Auslandserfahrung gesammelt hat.

Zentrale Impulsgeber für das Thema Mobilität an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander von Humboldt Stiftung mit ihren zahlreichen Außenstellen, die im Rahmen des Internationalen Hochschulmarketings für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland werben. Ihre Schlagkraft wollen wir erhöhen und Synergien nutzen.

Begabtenförderung

Mit Erfolg fördert der Bund seit Jahrzehnten begabte junge Leute, indem er die Begabtenförderwerke und die Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung unterstützt. Um den hochqualifizierten Nachwuchs zu sichern, werden wir dieses Engagement fortführen. Das Deutschlandstipendium werden wir mit der Zielmarke von zwei Prozent der Studierenden in dieser Legislaturperiode fortführen.

Allgemeine Bildung

Kulturelle Bildung in die Breite tragen

Kulturelle Bildung erschließt neue Welten und trägt maßgeblich zur Persönlichkeitsbildung bei. Alle Kinder und Jugendlichen müssen deshalb Zugang zu kultureller Bildung haben. Mit dem Programm „Kultur macht stark“ leisten wir einen Beitrag dazu, dass kulturelle Bildung in der Breite ankommt.

Politische Bildung

Die Politische Bildung ist ein zentrales Element zur Stärkung unserer Demokratie. Auch die außerschulische politische Bildung, nicht zuletzt durch die politischen Stiftungen, wollen wir stärken.

Für die Fachkräfte von morgen: MINT-Bildung ausbauen

Wir werden die MINT-Bildung stärken, Innovationsfähigkeit fördern und dem Fachkräftemangel im MINT-Bereich früh entgegenwirken. Wir unterstützen gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“. Wir wollen 80 Prozent aller Kindertagesstätten bis 2015 erreichen.

Digitale Bildung

Wir werden mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine gemeinsame Strategie „Digitales Lernen“, die die Chancen der neuen Medien für gute Bildung entschlossen nutzt, entwickeln und umsetzen.

Die digitale Lehrmittelfreiheit muss gemeinsam mit den Ländern gestärkt werden. Grundlage hierfür ist ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht und eine umfassende Open-Access-Politik. Schulbücher

und Lehrmaterial auch an Hochschulen sollen, soweit möglich, frei zugänglich sein, die Verwendung freier Lizenzen und Formate ausgebaut werden.

Nicht nur in Schulen und Kitas möchten wir die IT-Fertigkeiten und den Umgang mit den Medien vermitteln. Eine starke digitale Wirtschaft braucht starke Fachkräfte, deshalb werden wir in einem kooperativen Miteinander von Bund und Ländern die Bildung und Ausbildung in den Bereichen IT und Technologie praxisorientiert stärken.

Wir unterstützen die Förderung von Wissenschaftskompetenz von der Grundschule bis zur Hochschule. Dabei fördern wir Programme und Wettbewerbe in den MINT-Fächern und einen zeitgemäßen Informatikunterricht ab der Grundschule. Damit das Wissen entsprechend vermittelt werden kann, sind Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer zur Medienkompetenz dringend notwendig. Wir streben außerdem die Verfügbarkeit ausreichender Master-Studienplätze im Bereich IT an. Zielgerichtet sollen vor allem Mädchen und junge Frauen für diese Berufsfelder begeistert werden. Der Aufbau eines Mentorinnen-Netzwerks in der digitalen Wirtschaft ist dabei eine geeignete Maßnahme. Der Anteil von Studentinnen, z. B. bei Informatik und Elektrotechnik soll erhöht werden. Auch in den MINT-Fächern legen wir den Fokus verstärkt auf die jungen Schülerinnen und Studentinnen.

Nach dem Vorbild der Eliteschulen des Sports werden wir mit den Ländern Gespräche aufnehmen, um die Einführung von Profilschulen IT/Digital mit dem Schwerpunktprofil Informatik anzuregen. Dabei ist die Kooperation mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie gegebenenfalls privaten Partnern obligatorisch.

Bildungsforschung

Die empirische Bildungsforschung liefert wichtige Erkenntnisse über Bildungsverläufe und die Wirksamkeit von Maßnahmen. Neue Schwerpunkte wollen wir in den nächsten Jahren in den Bereichen der Inklusion im Bildungssystem sowie der beruflichen Bildung und der Frage von Übergängen setzen. Die Bildungsstatistik wird die Bundesregierung durch eine Novellierung der entsprechenden Gesetze sichern.

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und bietet vielen Menschen eine hervorragende

Qualifizierung und damit einhergehende positive Karriere- und Lebenschancen. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres künftigen Fachkräftebedarfs und Wohlstands. Die Koalition wird einen Schwerpunkt auf die Stärkung der beruflichen Bildung legen.

Chance Beruf

Angesichts des demografischen Wandels können wir es uns heute weniger denn je leisten, dass junge Menschen hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben. Wir wollen alle jungen Menschen erreichen. Die Beratung setzt präventiv an, orientiert sich an der individuellen Bildungsbiografie und bricht auch geschlechtsspezifische Muster auf. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende sowie Weiterbildungsinteressierte sollen systematisch beraten werden, damit ihnen verschiedene Bildungspfade eröffnet werden. Wir werden dafür ein lokal verankertes Netzwerk von Beratungs- und Informationsangeboten auf den Weg bringen.

In Kooperation mit den Ländern werden wir die erfolgreiche Initiative „Bildungsketten“ ausbauen, damit möglichst viele Jugendliche früh ihre Potenziale wahrnehmen, berufliche Optionen kennen lernen und so einen Schul- und Berufsabschluss erreichen. Am Übergang zur Ausbildung werden wir die Berufseinstiegsbegleitung ausbauen, die Chancen der assistierten Ausbildung nutzen und mehr Anschlussmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Bildungswegen schaffen.

Allianz für Aus- und Weiterbildung

Wir werden den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Ländern zur „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickeln. Ziel der Allianz ist die Umsetzung der Ausbildungsgarantie in Deutschland. Kein junger Mensch darf zurückbleiben oder wertvolle Lebenszeit in Warteschleifen verlieren. Zusammen mit den Partnern in der Allianz unterstützen wir Jugendliche mit schlechteren Startchancen insbesondere durch ausbildungsbegleitende Hilfen und die assistierte Ausbildung. Die Ausbildungsqualität wollen wir in den Blick nehmen und Ausbildungsabbrüchen vorbeugen. Die Eingliederung junger Menschen mit Behinderung in eine Berufsausbildung (Inklusion) ist uns dabei ein besonderes Anliegen. Die Maßnahmen des Übergangssystems und zur Förderung beruflicher Ausbildung werden wir gemeinsam mit den Ländern überprüfen und auf eine vollqualifizierende betriebliche Berufsausbildung hin ausrichten.

Duale Ausbildung stärken

Wir wollen die duale Ausbildung stärken und modernisieren. Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere in Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamts in den Prüfungsgremien. Wir bekräftigen zudem den hohen Wert des Konsensprinzips in der Berufsordnungsarbeit von öffentlicher Hand und Sozialpartnern.

Die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren leisten wichtige Beiträge zur Berufsorientierung und zur Unterstützung des ausbildenden Mittelstands. Wir werden sie daher auf dem bisherigen Niveau weiter fördern.

Kompetenzen anerkennen

Wir werden das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen („Anerkennungsgesetz“) wo notwendig anpassen. Migrantinnen und Migranten, die noch Qualifizierungsmaßnahmen absolvieren müssen, damit ihr Abschluss als gleichwertig anerkannt wird, wollen wir finanziell unterstützen. Wir werden die Beratungsstrukturen im In- und Ausland verstärken und die Betreuung verbessern.

Für Menschen, die sogenannte informelle Kompetenzen erworben haben, die sie nicht durch Zertifikate belegen können, wollen wir neue Verfahren entwickeln und erproben, die zu Transparenz und Anerkennung führen.

Internationale Bildungskooperationen

Auf europäischer und internationaler Ebene gehen wir mit unserem Beitrag voran, um die Berufsperspektiven der Jugendlichen zu verbessern und die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU zu senken. Wir unterstützen die Europäische Ausbildungsallianz der EU-Mitgliedstaaten durch Beratung und Leuchtturmprojekte. Wir kooperieren weltweit mit Partnerländern, die an dualer Ausbildung interessiert sind, bei Aufbau und Modernisierung von erfolgreichen Berufsbildungssystemen. Unsere Auszubildenden und ausgebildeten Fachkräfte sollen sich auf internationalen Märkten erfolgreich bewegen und interkulturelle Kompetenzen entwickeln. Deswegen wollen wir den Anteil der Jugendlichen, die während ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt absolvieren, verdoppeln.

Weiterbildung ausbauen

Angesichts des demografischen Wandels ist das lebenslange Lernen so wichtig wie nie. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe wollen wir im Rahmen der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ bewältigen.

Wir sind von der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung überzeugt. Das haben wir mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen dokumentiert. Wir werden dafür sorgen, dass neue Abschlusszeugnisse das jeweilige Qualifikationsniveau ausweisen. Wir werden die Durchlässigkeit stärken und Berufstätige, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung in die Hand nehmen wollen, unterstützen.

Die Koalition wird dazu das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) mit dem Ziel novellieren, die Förderleistungen zu verbessern und die Fördermöglichkeiten zu erweitern. Im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung wollen wir Bachelor-Absolventen und -Absolventinnen den Zugang zur geförderten Aufstiegsfortbildung eröffnen, wenn sie entsprechende berufliche Erfahrungen vorweisen können. Das Aufstiegsstipendium werden wir fortführen.

Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Es ist uns deshalb ein wichtiges Anliegen, die allgemeine Weiterbildung zu stärken. Die Koalition will den Kampf gegen Bildungsarmut fortsetzen und intensivieren. Wir werden die Alphabetisierungsstrategie von Bund und Ländern zu einer Dekade der Alphabetisierung weiterentwickeln und die Förderung ausbauen. Die erfolgreiche Bildungsprämie wollen wir fortführen.

Forschung

Deutschland hat in den vergangenen Jahren in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Wirtschaft einen deutlichen Zuwachs bei den Investitionen für Forschung und Entwicklung verzeichnen können. Diese gute Entwicklung werden wir durch eine konsequente Unterstützung der Hochschulforschung, den Ausbau der Programmförderung und die Förderung der außeruniversitären Forschungsorganisationen vorantreiben. Wir streben an, die Forschungsinvestitionen bei drei Prozent des BIP konstant zu halten.

Hightech- und Innovationsstrategie für Deutschland

Die Hightech-Strategie werden wir zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland weiterentwickeln. Zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir mit dieser Innovationsstrategie bewältigen wollen, gehören vor allem Veränderungen wie die demografische Entwicklung, die Digitalisierung und die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Wir wollen diese Zukunftsaufgaben im Verbund von Wissenschaft, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gestalten und dabei technologische wie gesellschaftliche Innovationen in den Blick nehmen. Wir werden geistes- und sozialwissenschaftliche Begleitforschung sowie die interdisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen, um den verantwortungsbewussten Umgang mit der Forschung und ihren Ergebnissen zu stärken. Den Ausbau der europäischen und internationalen Forschungskooperationen werden wir vertiefen.

Forschung für die Gesundheit der Menschen

Die Gesundheitsforschung wird weiter eine herausgehobene Stellung in unseren Förderanstrengungen einnehmen. Das Konzept der Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung werden wir in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren fortentwickeln.

Wir werden unter der Überschrift „Gesundheit im Lebensverlauf“ den Patienten in den Mittelpunkt stellen und neue Initiativen für eine moderne Kinder- und Jugendmedizin, Arbeitsmedizin sowie die Geschlechter- und Altersmedizin auch unter dem Gesichtspunkt der Prävention und Gesunderhaltung starten. Die individualisierte Medizin wollen wir mit innovativen Strukturen und breit angelegter Forschung weiter stärken.

Die Versorgungsforschung werden wir stärken, um vor allem die Alltagsversorgung von Patienten zu verbessern. Dazu gehören vor allem die Pflegewissenschaft, aber auch die Biometrie, Epidemiologie und Medizininformatik sowie der Aufbau von klinischen Registern, sofern eine dauerhafte Finanzierung im Versorgungssystem garantiert wird.

Wir werden die Wirkstoffforschung stärken, um beispielsweise im Bereich der Antibiotika zur Bekämpfung von Multiresistenz und Sepsis die Entwicklung neuer Medikamente zu fördern. Ebenso werden wir die Medizintechnik fördern.

Mit der Stärkung von Forschung zu vernachlässigten, armutsassoziierten Erkrankungen und durch Forschungskooperationen mit betroffenen Regionen, besonders in Afrika, tragen wir dazu bei, den Teufelskreis von Armut und Krankheit in Entwicklungsländern zu durchbrechen.

Forschung für Energieversorgung, Klima und Ressourcen

Die Energieforschung wird konsequent auf die Energiewende ausgerichtet. Voraussetzung hierzu sind Forschung und Entwicklung für intelligente Lösungen insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz, Energieeinsparung, erneuerbare Energien und Versorgungssysteme (u. a. Speicher, Netze und Systemdienstleistungen durch erneuerbare Energien). Die Koalition wird im Energieforschungsprogramm neue, thematisch übergreifende und systemorientierte Forschungsansätze aufgreifen, um zusätzliche Potenziale für den Innovationsprozess entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu erschließen. Die Projektförderung ist dabei das geeignete Steuerungsinstrument, um ein zielgerichtetes politisches Handeln zu ermöglichen. Wir werden daher die Mittel im Energieforschungsprogramm verstetigen.

Wir werden auch die europäische Dimension des Themas durch eine geeignete Vernetzung der Forschungsmaßnahmen berücksichtigen und dabei auch die Entwicklungen der Digitalisierung und des Internets einbeziehen. Die Klimaforschung wollen wir mit den Schwerpunkten Klimamodellierung und regionale Klimafolgenabschätzung stärken. Gleiches gilt für Forschung zu Chancen und Risiken sowie zu Handlungsoptionen.

Mit der Förderung der Bioökonomie wollen wir den Wandel von einer überwiegend auf fossilen Rohstoffen basierenden Wirtschaft zu einer auf erneuerbaren Ressourcen beruhenden, rohstoffeffizienten Wirtschaft vorantreiben und damit die Energiewende unterstützen. Die Meeres- und Polarforschung leistet ebenfalls wichtige Beiträge zur Erforschung des Klimawandels. Deshalb werden wir die Forschung auf diesen Gebieten stärken und dazu auch die Erneuerung der deutschen Forschungsflotte konsequent fortführen.

Forschungsergebnisse müssen zügig in Form von innovativen und marktfähigen Produkten verwertet werden. Auch mit Blick auf eine weltweit steigende Nachfrage nach innovativen Energietechnologien und der Stärkung

des exportorientierten Technologiestandortes Deutschland soll der Innovationsprozess bis hin zur Markteinführung erheblich beschleunigt werden.

Die Förderung der Fusionsforschung werden wir auf dem festgelegten, begrenzten Niveau fortführen.

Nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung

Die Koalition wird die Nuklearforschung auf wichtige Zukunftsthemen fokussieren. Durch die institutionell und projektgeförderte nukleare Sicherheits- und Entsorgungsforschung werden wir einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit im In- und Ausland zur Lösung nuklearer Entsorgungsfragen und zum Kompetenzerhalt in Deutschland leisten, der besonders auch für die internationale Zusammenarbeit erforderlich ist. Wir werden nach dem Neubeginn der Endlagersuche die Endlagerforschung verstärken.

Forschungsprogramm IT-Sicherheit

Es wird ein Förderprogramm „Innovation in IT-Forschung und Sicherheit“ zur Stärkung der nationalen F&E-Aktivitäten in diesen Bereichen weiterentwickelt, wobei Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit für unterschiedliche Anwendergruppen in Einklang gebracht werden. Bei der Ausschreibung werden Open-Source-Ansätze priorisiert, die ihre Ergebnisse und die entwickelten Systeme offen zur Verfügung stellen. Die Einführung einheitlicher Standards zur Verfügbarmachung von Daten und Ergebnissen wird geprüft. Wir starten ein neues Forschungsprogramm zur IT-Sicherheit „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“. Zudem gilt es, IT-Sicherheitskompetenzen in der Ausbildung des Fachkräftenachwuchses auszubauen.

Rohstoffforschung

Rohstoffe und ihre effiziente Nutzung sind für die deutsche Hightech-Industrie von strategischer Bedeutung. Wir werden durch eine gezielte Forschungsförderung die Verfügbarkeit von Rohstoffen für die deutsche Hightech-Industrie weiter verbessern helfen.

Forschung für die Mobilität der Zukunft

Die von uns geförderte Mobilitätsforschung wird zukünftig verstärkt die gesamte Breite von Mobilitätsangeboten auch unter gesellschafts- und sozialwissenschaftlichen

Aspekten in den Blick nehmen. Bei der Automobilforschung sehen wir die Herausforderungen für die Forschung – im Kontext der Plattform Elektromobilität – weiterhin vor allem bei der Energiespeicherung und dem Energieverbrauch unter Praxisbedingungen. Wir setzen zudem auf die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik für eine vernetzte, sichere und effiziente Mobilität.

Innovative Lösungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger entwickeln

Durch die Förderung der kooperativen Forschung von Wissenschaft, Wirtschaft und Anwendern wollen wir Lösungen entwickeln, die beispielsweise Krisensituationen aufgrund von Naturkatastrophen und Unfällen besser beherrschbar machen und die Folgen all dieser Ereignisse für die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich halten. Wir werden daher die zivile Sicherheitsforschung mit dem Ansatz der Anwenderorientierung weiterentwickeln.

Forschung für die Arbeit von morgen

Wir wollen, dass Deutschland seine führende Rolle als Industrie-, Produktions-, und Dienstleistungsstandort und Exportnation behält. Dies gelingt nur durch Innovationen, durch fortwährende organisatorische und technische Veränderung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen. In enger Abstimmung mit den Sozialpartnern wollen wir die Arbeits-, Produktions- und Dienstleistungsforschung stärken und hierzu ein neues Förderprogramm auflegen. Dies trägt zur Sicherung einer hohen Beschäftigungsquote und zur Humanisierung der Arbeitswelt bei.

Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Validierungsförderung

Deutschland verstärkt und beschleunigt den Transfer neuer Erkenntnisse aus der Forschung in Gesellschaft und Wirtschaft. Wir wollen regionale und thematische Clusterstrukturen ausbauen und ihre wirtschaftliche Schlagkraft durch eine verstärkte europäische und internationale Vernetzung erhöhen. Zudem werden wir neue Instrumente schaffen, um einen besseren Transfer von Innovationen aus der Grundlagenforschung an den Hochschulen in nutzbare Dienstleistungen und Produkte zu realisieren. Eine Weiterentwicklung der Validierungsförderung soll diesen Transfer entscheidend voranbringen.

Wir wollen das große Potenzial für wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen, ob in Form neuer Geschäftsmodelle, Dienstleistungen oder Kooperationen, durch den Auf- und Ausbau geeigneter Open-Innovation-Plattformen für neue kreative Lösungsansätze erschließen. Wir richten uns dabei insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen, damit sie gemeinsam mit Anwendern, internationalen Partnern, großen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen neue Entwicklungen vorantreiben können.

Spitzenforschung für die neuen Länder

Wir werden den Auf- und Ausbau einer breit aufgestellten Wissenschaftslandschaft und einer leistungsfähigen Spitzenforschung in den neuen Ländern stärken. Die Programme, die insbesondere regionale Cluster von Wissenschaft und Wirtschaft unterstützen – wie „Unternehmen Region“ und „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ – setzen wir fort.

Europäischer Forschungsraum

Wir werden unsere Verantwortung bei der Vollendung des Europäischen Forschungsraums (EFR) wahrnehmen und unsere EFR-Strategie auf nationaler und europäischer Ebene konsequent umsetzen. Hierzu wollen wir die Mobilitätsbedingungen der Forscherinnen und Forscher verbessern, die gemeinsame Programmplanung fortentwickeln, gemeinsame Forschungsinfrastrukturen aufbauen, den Wissenstransfer erleichtern, die Gleichstellung der Geschlechter im europäischen Wissenschaftssystem unterstützen und die Kooperation mit Drittstaaten außerhalb Europas ausbauen.

Wir halten daran fest, dass für die Gestaltung des EFR für jeden Mitgliedstaat eine auf die unterschiedlichen Gegebenheiten der nationalen Systeme angepasste Strategie erforderlich ist; harmonisierende Gesetzgebungsinitiativen der Europäischen Kommission sind der Vielfalt der Forschungssysteme in Europa, die den Wettbewerb und damit Wissenschaft und Innovation fördern, abträglich.

Wir wollen die Beteiligung der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft am neuen Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ unterstützen und ausbauen.

Zugleich soll die deutsche Wissenschaft eine aktive Rolle übernehmen, um das europäische Wissenschafts-

und Innovationssystem insgesamt zu stärken. Dabei setzen wir auch auf bilaterale Innovationsberatung sowie gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit den neuen Mitgliedstaaten Ost- und Südosteuropas und besonders von der Wirtschaftskrise betroffenen EU-Mitgliedstaaten.

Forschungsförderung für den Mittelstand

Kleinen und mittleren Unternehmen werden wir verstärkt den Zugang zur Förderung von Forschung und Entwicklung auch durch Kooperationen mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eröffnen, um das technologieorientierte Innovationsgeschehen in Deutschland zu unterstützen.

Ressortforschung

Die Ressortforschung leistet wichtige Beiträge im Gefüge der bundesdeutschen Wissenschaftslandschaft. Wir streben eine Stärkung der Ressortforschung an und werden dafür sorgen, dass alle Ressortforschungseinrichtungen von den Vorteilen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes profitieren können.

Forschung an Fachhochschulen ausbauen

Die Förderung der Forschung an Fachhochschulen bietet insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen in regionalen Kooperationen große Chancen zur Innovationsförderung. Wir werden die Förderung des Bundes für die angewandte Forschung an Fachhochschulen ausbauen und die Fördermöglichkeiten ausweiten sowie die Möglichkeiten gemeinsamer Promotionen mit Universitäten im Sinne einer Profilschärfung im Wissenschaftssystem stärken. Von der DFG erwarten wir, die Beteiligung von Fachhochschulen an ihren Programmen zu stärken.

Fachkräftesicherung

Der demografische Wandel berührt unmittelbar das Arbeitskräfteangebot und damit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso wie unsere Sozialsysteme. Wir werden alles daran setzen, den Wohlstand zu erhalten sowie Wachstum und Chancengerechtigkeit zu fördern, indem wir den Fachkräftebedarf decken und zugleich den Menschen bessere Erwerbschancen eröffnen. Dies begreifen wir als große gesamtgesellschaftliche Aufgabe dieser Legislaturperiode.

Dazu nehmen wir an erster Stelle die Menschen im Inland in den Blick. Aber auch die Chancen, auf dem globalen, insbesondere dem europäischen Arbeitsmarkt qualifizierte Fachkräfte für unser Land zu gewinnen, sind uns wichtig. Wir setzen im Fachkräftekonzept folgende Schwerpunkte:

Die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen sollen verstärkt auf junge Menschen ausgerichtet sein, die wir so früh wie möglich auf einen erfolgreichen Einstieg in das Berufsleben vorbereiten wollen. Wir werden die nachhaltige Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt fördern. Instrumente hierfür sind eine verstärkte Bildungsbeteiligung, Netzwerke, Programme zur Integration und Nachqualifizierung, eine bessere Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie eine fachgerechte Beratung.

Um Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten, wollen wir das Prinzip des lebenslangen Lernens stärken und die Weiterbildungsbeteiligung Älterer steigern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesagentur für Arbeit ihre Unterstützungsangebote für Berufsrückkehrende weiterentwickelt. Vor allem in der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird ein besonderer Fokus auf Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose gelegt. Personen in der „Stillen Reserve“ sollen durch gezielte Ansprache aktiviert werden. Für viele junge Eltern sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Berufsausbildung in Teilzeit der richtige Weg.

All das wollen wir zusammen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zum Gegenstand einer neuen Qualifizierungsoffensive machen, die ein zentraler Baustein des Paktes für Ausbildung und Fachkräftesicherung werden soll, der mit dem bestehenden und fortzusetzenden Ausbildungspakt verbunden werden kann. Dabei wollen wir auch die duale Ausbildung und den Erhalt des Meisterbriefs sicherstellen.

Insbesondere die Betriebe sind in der Pflicht, ihre Anstrengungen für eine alters- und altersgerechte Arbeitswelt und demografiesensible Personalpolitik zu verstärken. Wir werden sie dabei mit der Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ (INQA) und mit der Fortführung von Initiativen zur Beschäftigung von über 50-Jährigen unterstützen. Wir setzen uns für bedarfsgerechte qualifizierte Zuwanderung ein und wollen insbesondere eine größere Mobilität im europäischen Arbeitsmarkt errei-

chen. Flankierend wollen wir die Willkommens- und Bleibekultur für ausländische Fachkräfte in Deutschland verbessern. Deswegen werden wir die Dachkampagne „Fachkräfte-Offensive“ fortführen und die regionalen Netzwerke zur Fachkräftesicherung stärker professionalisieren.

Wir werden die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Integration in den Arbeitsmarkt (insbesondere die Blaue Karte EU einschließlich der Änderungen im Aufenthaltsgesetz, die Beschäftigungsverordnung und das Gesetz zur verbesserten Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen) innerhalb der Wahlperiode auf ihre Wirksamkeit überprüfen und daraus gegebenenfalls Konsequenzen ziehen.

Teilhabe von Zuwanderern stärken

Wir setzen uns dafür ein, die beruflichen Befähigungen von Migranten nachträglich zu verbessern. Damit wollen wir ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und dem Fachkräftebedarf Rechnung tragen.

Zuwanderer verfügen vielfach über im Ausland abgeschlossene Berufs- und Hochschulausbildungen. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach, während unserem Arbeitsmarkt zunehmend qualifizierte Fachkräfte fehlen. Ein wichtiger Schritt, um hier gegenzusteuern, sind die Anerkennungsgesetze des Bundes und der Länder für im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen. Dabei ist die Qualität der Beratung zu verbessern.

Wir setzen uns für sozialverträgliche Verfahrenskosten ein. Die Umsetzung der Gesetze weist auf steigende Bedarfe individueller Anpassungs- und Ergänzungsqualifizierungen hin. Wir werden daher vorhandene Fördermöglichkeiten im Rahmen der Ausbildungsförderung (BAföG, AFBG, SGB III) und der aktiven Arbeitsmarktpolitik noch besser ausschöpfen und wo notwendig ausweiten – unter anderem im Rahmen eines ESF-Programms „Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten im Kontext des Anerkennungsgesetzes“. Wir werden darüber hinaus prüfen, ob ergänzend mittelfristig ein bundesweites Stipendienprogramm zur finanziellen Förderung von Ausgleichsmaßnahmen für Antragsteller mit Wohnsitz in Deutschland aufgelegt werden kann, die keine Ansprüche nach SGB II oder III haben.

1.3. In Deutschlands Zukunft investieren: Infrastruktur

Verkehr

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Grundlage hierfür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie sichert unsere europäische und globale Wettbewerbsfähigkeit. Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat hier große Erfolge aufzuweisen, insbesondere bei der weitgehenden Vollendung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Angesichts der seit vielen Jahren bestehenden strukturellen Unterfinanzierung werden wir die Planung und Finanzierung unserer Verkehrswege durch eine grundlegende Reform auf eine neue, dauerhaft verlässliche und effiziente Grundlage stellen.

Netzorientierte Bundesverkehrswegeplanung

Die Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans 2015 – 2030 (BVWP) als verkehrsträgerübergreifende Netzplanung werden wir zügig, transparent und unter Beteiligung der Öffentlichkeit vorantreiben. Dabei werden wir auf eine bedarfsgerechte Dimensionierung von Neu- und Ausbauprojekten achten. Nicht jeder Wunsch ist erfüllbar. Für besonders dringende und schnell umzusetzende überregional bedeutsame Vorhaben wird im neuen BVWP und in den Ausbaugesetzen für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße ein „nationales Prioritätenkonzept“ definiert. In diese Projekte sollen künftig als Zielgröße 80 Prozent der Mittel für den Neu- und Ausbau fließen. Dazu gehören der Ausbau hoch belasteter Knoten, Seehafenhinterlandanbindungen und Hauptachsen, die Schließung wichtiger überregional bedeutsamer Netzlücken sowie die Einbindung transeuropäischer und in völkerrechtlichen Verträgen vereinbarter Verkehrsachsen.

Aufstockung der Investitionsmittel

Für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes schaffen wir eine verlässliche Finanzierungsgrundlage. Wir werden in den nächsten vier Jahren die Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur substanziell erhöhen.

Diese werden wir durch zusätzliche Mittel aus der Nutzerfinanzierung durch LKW ergänzen. Die bestehende LKW-Maut wird auf alle Bundesstraßen ausgeweitet. Die

LKW-Maut wird – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des neuen Wegekostengutachtens – weiterentwickelt. Orientierungspunkte hierbei können sein: die Tonnage, das Netz, externe Kosten. Wir stellen sicher, dass die Netto-Einnahmen aus der Nutzerfinanzierung ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

Zur zusätzlichen Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus unseres Autobahnnetzes werden wir einen angemessenen Beitrag der Halter von nicht in Deutschland zugelassenen PKW erheben (Vignette) mit der Maßgabe, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet wird als heute. Die Ausgestaltung wird EU-rechtskonform erfolgen. Ein entsprechendes Gesetz soll im Verlauf des Jahres 2014 verabschiedet werden.

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Gewährleistung überjähriger Planungs- und Finanzierungssicherheit werden im Bundeshaushalt die notwendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Nicht verbrauchte Investitionsmittel im Verkehrsbereich werden überjährig und ungekürzt zur Verfügung gestellt. Zwischen den Verkehrsträgern wird eine wechselseitige Deckungsfähigkeit mit Ausgleichspflicht ermöglicht. Die Nettoeinnahmen aus der Nutzerfinanzierung werden ohne Abstriche der Verkehrsinfrastruktur zugeführt.

Öffentlich-Private Partnerschaften

Die Fortentwicklung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) braucht einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Wir wollen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Geldgebern oder Infrastrukturgesellschaften als zusätzliche Beschaffungsvariante nutzen, wenn dadurch Kosten gespart und Projekte wirtschaftlicher umgesetzt werden können. Dies muss ebenso wie bei Betriebsvergaben in jedem Einzelfall transparent und unabhängig nachgewiesen werden. Wir gestalten ÖPP mittelstandsfreundlicher aus. Die Methodik der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden wir evaluieren und standardisieren.

Verhältnis von Erhalt und Ausbau

Nach Jahrzehnten des Netzausbaus steht nun die Substanzsicherung an erster Stelle. Unsere oberste Priorität lautet deshalb: Erhalt und Sanierung vor Aus- und Neubau. Die Strategie zur Ertüchtigung von Brücken, Tunneln und Schleusen werden wir fortschreiben und verstärken.

Zukunft der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene

Vor Auslaufen der geltenden Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung Schiene (LuFV) werden wir mit der DB AG eine neue Vereinbarung schließen. Sie muss durch Festlegung zusätzlicher Qualitätsmerkmale sicherstellen, dass Umfang und Kapazität des Schienennetzes erhalten bleiben.

Verkehrsinfrastrukturbericht

Als Grundlage für die künftige Priorisierung von Investitionen in Erhalt und Sanierung werden wir alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbericht vorlegen, der den Zustand der Bundesverkehrswege transparent macht, Nachholbedarf dokumentiert und Aufschluss über die erforderlichen Investitionen gibt.

Gemeindeverkehrsfinanzierung

Der Bund bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen bei der Finanzierung des kommunalen Verkehrs. Von den Ländern erwarten wir im Gegenzug, dass sie die Mittel zweckgebunden für Verkehrswegeinvestitionen einsetzen (ÖPNV-Infrastruktur und kommunaler Straßenbau). Wir streben eine verlässliche Anschlussfinanzierung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz-Bundesprogramm für die Zeit nach 2019 an. Wir werden diese Frage im Rahmen der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beraten.

Lärmschutz

Die Akzeptanz für Mobilität und die weitere Modernisierung der Infrastruktur hängt entscheidend davon ab, dass die Lärmbelastung reduziert wird. Wir werden deshalb den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern und Regelungen für verkehrsträgerübergreifenden Lärmschutz an Bundesfernstraßen und Bundesschienenwegen treffen. Der Gesamtlärm von Straße und Schiene muss als Grundlage für Lärmschutzmaßnahmen herangezogen werden. Das freiwillige Lärmsanierungsprogramm für Bestandsstrecken wird ausgebaut und rechtlich abgesichert. Der Stand der Technik zur Geräuschminderung muss konsequenter in die Praxis eingeführt werden.

Den Schienenlärm wollen wir bis 2020 deutschlandweit halbieren. Ab diesem Zeitpunkt sollen laute Güterwagen

das deutsche Schienennetz nicht mehr befahren dürfen. Die Bezuschussung für die Umrüstung auf lärmmindern- de Bremsen setzen wir fort. Den Stand der Umrüstung werden wir 2016 evaluieren. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt nicht mindestens die Hälfte der in Deutschland verkehrenden Güterwagen umgerüstet sein, werden wir noch in dieser Wahlperiode ordnungsrechtliche Maßnahmen auf stark befahrenen Güterstrecken umsetzen, z. B. Nachtfahrverbote für nicht umgerüstete Güterwagen.

Wir ergreifen zudem auf europäischer Ebene die Initiative für ein ab dem Jahr 2020 zu erlassendes EU-weites Einsatzverbot für laute Güterwagen sowie für ein EU-Programm zur Förderung der Umrüstung lauter Güterwagen. Das lärmabhängige Trassenpreissystem werden wir durch eine stärkere Spreizung der Trassenpreise wirksamer gestalten. Wir werden rechtlich klarstellen, dass die in der vergangenen Legislaturperiode für Schienenneubaustrecken um 5 dB(A) verschärften Lärmgrenzwerte auch für umfassende Streckenerneuerungen im Bestandsnetz, die neue Planfeststellungsverfahren erforderlich machen, gelten.

Die Mittel für die Lärmschutzprogramme im Bereich Straße und Schiene werden erhöht.

Beim Luftverkehr setzen wir vorrangig auf eine Reduzierung des Fluglärms an der Quelle, eine bestmögliche Flächennutzung im Umfeld sowie auf lärmreduzierende flugbetriebliche Verfahren. Bei Festlegung von Flugverfahren und Flugverkehrskontrollfreigaben wird der Lärmschutz insbesondere in den Nachtstunden verbessert. Die berechtigten Anliegen der an Flughäfen lebenden Menschen nehmen wir ebenso ernst wie die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft des Luftverkehrsstandorts und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Die Grenzwerte des Fluglärmschutzgesetzes werden wir in dieser Legislaturperiode überprüfen.

Bei der Festlegung von Flugrouten werden wir rechtlich sicherstellen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner in einem transparenten Verfahren frühzeitig informiert und beteiligt werden. Wir schaffen verbesserte Transparenz und Beteiligung der Kommunen und Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten. Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Fluglärmkommissionen zu, die wir stärken wollen.

Lärm- und Schadstoffminderungsziele sollen insbesondere auch durch technische Innovationen im Luftverkehr

erreicht werden. Von den Fluggesellschaften erwarten wir, dass sie die Modernisierung der Flotten mit emissionsarmen Flugzeugen intensivieren. Im Luftverkehrsgesetz verankern wir eine stärkere Differenzierung nach Flugzeugtypen und eine deutlichere Spreizung der Tag- und Nachttarife bei lärmabhängigen Flughafenentgelten. Generelle Betriebsbeschränkungen mit einem Nachtflugverbot lehnen wir ab. Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue Flugzeuge auf internationaler Ebene (ICAO) befürworten wir.

Schiene, Straße, Wasserstraße verzahnen

Für die künftige Verkehrsbewältigung müssen die einzelnen Verkehrsträger ihre jeweiligen Systemvorteile bestmöglich nutzen können. Dazu wollen wir sie besser verzahnen und mehr Verkehr auf die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße verlagern.

System Schiene

Den Verkehrsträger Schiene wollen wir weiter stärken und ausbauen. Wir wollen eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur und moderne sowie barrierefreie Bahnhöfe. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen Markenzeichen der Bahn sein. Wir werden die Geschäftspolitik der DB AG noch stärker an diesen Zielen ausrichten, ohne die Wirtschaftlichkeit infrage zu stellen. Dazu werden wir das Steuerungskonzept für die DB AG unter Berücksichtigung des Aktienrechts überarbeiten. Vorstandsboni sollen an das Erreichen der genannten Ziele gebunden sein. Die Steuerung der DB AG im Aufsichtsrat wird von dem im für Verkehr zuständigen Bundesministerium angesiedelten Staatssekretär koordiniert. Die Planung der Schienenwege werden wir am Ziel eines Deutschland-Takts mit bundesweit aufeinander abgestimmten Anschlüssen sowie leistungsfähigen Güterverkehrstrassen ausrichten. Wir bringen zeitnah Planungen auf den Weg, um durch gezielte Engpassbeseitigung die Kapazität des Schienengüterverkehrs deutlich zu erhöhen.

Wir stehen zum integrierten Konzern DB AG. Die Eisenbahninfrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und bleibt in der Hand des Bundes. Wir werden sicherstellen, dass alle Gewinne der Eisenbahninfrastrukturunternehmen des Bundes in die Infrastruktur zurückfließen. Die Chancen privater Bahnen im Wettbewerb wollen wir weiter stärken, z. B. durch Fortsetzung der Förderung der für das Schienengüterverkehrsnetz rele-

vanten Infrastruktur nichtbundeseigener Bahnen. Neben einem erhöhten Investitionsniveau werden wir für einen sachgerechten Planungsvorrat sorgen, der einen Aus- und Neubau wichtiger Schienenverkehrsverbindungen sichert. Mit Effizienzsteigerungen wollen wir die Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für Schieneninfrastrukturprojekte beschleunigen.

Bei der anstehenden Revision der Regionalisierungsmittel im Jahr 2014 streben wir eine zügige Einigung mit den Ländern an. Um die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs langfristig zu sichern, werden wir die Regionalisierungsmittel für den Zeitraum ab 2019 in der Bund-Länder-Finanzkommission auf eine neue Grundlage stellen. Von den Ländern erwarten wir, dass sie einen effizienten Mitteleinsatz nachweisen und Anreize für gute Qualität und für einen Zuwachs an Fahrgästen schaffen.

Durch eine Eisenbahnregulierung mit Augenmaß sichern wir Transparenz und den diskriminierungsfreien Marktzugang zur Eisenbahninfrastruktur. Zudem muss sie eine sachgerechte Entgeltregulierung und die nachhaltige Finanzierung der Infrastruktur gewährleisten. Die eingeleiteten Schritte zur Beschleunigung und effizienteren Gestaltung der Zulassungsverfahren für Schienenfahrzeuge werden wir fortsetzen und die hierzu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen. Zudem drängen wir auf eine EU-weit einheitliche Zugzulassung. Der Schienenverkehr ist besonders umweltfreundlich und energieeffizient. Unternehmen des schienengebundenen Nah- und Fernverkehrs unterfallen deshalb weiterhin der Ausnahmeregelung bei der EEG-Umlage.

Straße – Innovationen für mehr Effizienz nutzen

Wir wollen den Verkehrsträger Straße leistungsfähiger und effizienter machen und so den Verkehrsfluss erhöhen. Mit dem Konzept „Straße des 21. Jahrhunderts“ setzen wir auf eine intelligente Verkehrsinfrastruktur sowie den verstärkten Einsatz von Verkehrstelematik und modernsten Informations- und Kommunikationssystemen. Den Ausbau von Verkehrssteuerungsanlagen werden wir bei der Infrastrukturplanung berücksichtigen.

Zur Vermeidung baustellenbedingter Staus werden wir die Bauzeiten durch Fortschreibung eines mit den Ländern verbindlich festgelegten effizienten Baustellenmanagements weiter verkürzen. Zudem werden wir gemeinsam mit den Ländern Vorschläge für eine Reform

der Auftragsverwaltung Straße erarbeiten und umsetzen. Der verstärkte Einsatz von Anreizsystemen bei der Ausschreibung von Infrastrukturvorhaben erhöht die Kosten- und Termintreue („Bonus-Malus-System“).

Bundeswasserstraßen

Die Binnenschifffahrt verfügt über erhebliche Kapazitätspotenziale. Um diese bestmöglich nutzen zu können, sind wir auf leistungsfähige Bundeswasserstraßen angewiesen, für die wir klar definierte Investitionsprioritäten setzen. Auf Grundlage des neuen BVWP und der Verkehrsinfrastrukturberichte werden wir in regelmäßigen Abständen einen nach Dringlichkeitsstufen geordneten Maßnahmenplan für den Erhalt der Bundeswasserstraßen erarbeiten. Neben der Tonnage werden weitere Kriterien für die Prioritäteneinstufungen berücksichtigt.

Den angestoßenen Reformprozess der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes werden wir unter Einbindung der Beschäftigten so entwickeln, dass die notwendigen regionalen Kompetenzen gesichert werden. Wir werden ein Wassertourismuskonzept vorlegen.

Das Gebührensystem für die Nutzung der (technischen) Anlagen der Bundeswasserstraßen werden wir wettbewerbsneutral vereinheitlichen. Die Gebühren für den Nord-Ostsee-Kanal werden wir anpassen. Die Förderrichtlinie für abgasärmere Motoren in der Binnenschifffahrt wird attraktiver gestaltet, um die Modernisierung der Flotte zu beschleunigen.

Konventionelle und alternative Antriebe und Kraftstoffe

Wir unterstützen die technologieoffene Entwicklung neuer Antriebe und Kraftstoffe bzw. Energieträger und setzen damit Anreize für die Marktetablierung innovativer Lösungen. Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie entwickeln wir weiter. Die Produktion und Verwendung von Biokraftstoffen müssen sich an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichten. Hierfür wollen wir eine an realistischen Mengenpotenzialen orientierte Biokraftstoffstrategie entwickeln. Wir werden zudem die Forschung an neuen Kraftstoffen sowie die Einführung verflüssigten Erdgases (LNG, „liquefied natural gas“) in der Schifffahrt vorantreiben. Die bis Ende 2018 befristete Energiesteuerermäßigung für klimaschonendes Autogas und Erdgas wollen wir verlängern.

Elektromobilität

Am Ziel, eine Million Elektroautos in allen unterschiedlichen Varianten für Deutschlands Straßen bis zum Jahr 2020, wollen wir festhalten. Den Aufbau der entsprechenden Lade- und Tankstelleninfrastruktur treiben wir voran. Die Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) wird ab 2016 ihre Arbeit auf die Implementierung und den Markthochlauf der Brennstoffzellentechnologie im stationären und mobilen Bereich konzentrieren.

Bei der Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität setzen wir auf nutzerorientierte Anreize statt auf Kaufprämien. Wir schaffen die Rahmenbedingungen für eine schnelle Kennzeichnung und Markteinführung elektrisch betriebener Fahrzeuge. Der Bund wird seinen Fuhrpark sukzessive umrüsten. Die Zuständigkeit für die Verkehrsforschung werden wir bei dem für Verkehr zuständigen Ministerium bündeln.

Neue Mobilitätskultur und Vernetzung

Unser Ziel ist eine nachhaltige Mobilitätskultur und eine nutzerfreundliche Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel. Dazu fördern wir verkehrsträgerübergreifende Datenplattformen auf Open-Data-Basis, die über Mobilitätsangebote, Staus, Verspätungen und Fahrplandaten informieren. Mit der Vernetzung von Verkehrsinformationen und Ticketsystemen können den Menschen innovative digitale Mobilitätsdienste zur Verfügung gestellt werden.

ÖPNV in Stadt und Land

Wir werden Innovationen vorantreiben, um den Umweltvorteil des ÖPNV auszubauen. Wir unterstützen die bundesweite Einführung des Elektronischen Tickets und ein verbessertes bundesweites Fahrgastinformationssystem. Mit Blick auf den ländlichen Raum wollen wir die Rahmenbedingungen für alternative Bedienformen wie Ruf- und Bürgerbusse verbessern und die Entwicklung innovativer Mobilitätsansätze vor Ort unterstützen. Im Straßenverkehrsrecht schaffen wir die Möglichkeit, dass Kommunen Parkplätze rechtssicher für Car-sharing-Autos und Elektroautos ausweisen können.

Fernlinienbusse

Die Entwicklung auf dem Fernbusmarkt beobachten wir aufmerksam auch mit Blick auf die Auswirkungen auf

den Schienenverkehr, die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards und die Sicherheit. Mit Hilfe des Bundesamtes für Güterverkehr gewährleisten wir eine ausreichende Kontrolldichte. Wir werden uns gemeinsam mit den Ländern für eine einheitliche Genehmigungspraxis für Fernbuslinien einsetzen. Die Umsetzung der gesetzlich geforderten Barrierefreiheit unterstützen wir mit einem Handbuch, das wir gemeinsam mit den Akteuren erstellen werden.

Fahrradverkehr

Wir wollen den Anteil des Fahrradverkehrs als umweltfreundliche Mobilitätsalternative weiter steigern. Ausgerichtet an den Zielen des Nationalen Radverkehrsplans 2020 werden wir den breiten gesellschaftlichen Dialog über neue Wege und Umsetzungsstrategien zur Radverkehrsförderung intensivieren. Das Radwegenetz an Bundesverkehrswegen werden wir weiter ausbauen und die gesetzliche Grundlage für den Radwegebau an Betriebswegen unserer Bundeswasserstraßen schaffen. Um die Verkehrssicherheit im Radverkehr zu stärken, wollen wir an Bundesfernstraßen durch eine optimierte Infrastrukturplanung der Bildung von Unfallschwerpunkten vorbeugen und bestehende beseitigen. Zukunftsweisende Projekte an der Schnittstelle ÖPNV/Carsharing/Fahrrad werden wir weiter fördern. Wir wollen darauf hinwirken, dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen.

Barrierefreiheit

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Verkehrsbereich werden wir vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in der gesamten Reisekette und in allen Verkehrsträgern ohne Barrieren mobil sein können. Neben dem weiteren Ausbau barrierefreier Fahrgast- und Tarifinformationen werden wir ein Bahnhofsmodernisierungsprogramm mit einem verbindlichen Fahrplan zum barrierefreien Aus- und Umbau aller größeren Bahnhöfe vorlegen. Für kleinere Bahnhöfe und Haltepunkte wollen wir zusammen mit den Betroffenen geeignete, kostengünstige Lösungen entwickeln.

Verkehrssicherheit – Mobilität für alle

Die Verkehrssicherheit werden wir verbessern, um die Zahl der Verkehrsoffer weiter deutlich zu senken. Das ehrenamtliche Engagement sowie die Verbände im Bereich der Verkehrssicherheitsarbeit unterstützen wir

weiter, u. a. mit Sicherheitskampagnen. Wir wollen im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe die straßenverkehrsrechtlichen Regelungen überprüfen, um die Belastungen der Bevölkerung im Sinne eines Miteinanders von Mensch und Verkehr zu vermindern. Die Winterreifenpflicht werden wir weiter präzisieren.

Die Ausbildung der Fahranfänger wollen wir verbessern und die Qualität der pädagogischen Ausbildung der Fahrlehrer erhöhen. Das begleitete Fahren wollen wir optimieren und in der Fahranfängerausbildung ein Mehr-Phasen-Modell auch unter Einbeziehung von Fahrsicherheitstrainings entwickeln. Die Medizinisch-Psychologische Untersuchung wird überarbeitet. Mit Blick auf die ansteigende Anzahl der älteren Verkehrsteilnehmer setzen wir uns dafür ein, dass die Anzahl der freiwilligen Gesundheitschecks erhöht wird.

Der verstärkte Einsatz modernster Telematik leistet einen wichtigen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit. In diesem Zusammenhang messen wir auch dem erfolgreichen Start des europäischen Satellitennavigationssystems Galileo eine große Bedeutung bei.

Luftverkehr

Wir werden den Luftverkehrsstandort Deutschland stärken und setzen uns für den Erhalt seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein. Bei der Einführung von fiskal- oder ordnungspolitischen Maßnahmen im Luftverkehr werden wir auf ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis achten. Die Folgen für die Mobilität in Deutschland und ihre Wirksamkeit für einen effektiven Lärm- und Umweltschutz müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Dazu setzen wir auf Transparenz und den frühzeitige Dialog mit allen Betroffenen.

Wir streben ergänzend zum neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 eine stärkere Rolle des Bundes bei der Planung eines deutschlandweiten Flughafenetzes an. Dazu erarbeiten wir im Dialog mit den Ländern und der interessierten Öffentlichkeit ein Luftverkehrskonzept. Der Bund bekennt sich zum Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg BER.

Wir wollen eine zügige wettbewerbsneutrale Umsetzung des europäischen Emissionshandels im Luftverkehr und unterstützen seine Überführung in ein internationales Emissionshandelssystem auf ICAO-Basis. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Umsetzung des Ein-

heitlichen Europäischen Luftraumes (Single European Sky) ein. Vorgaben für Leistungsanforderungen an die europäischen Flugsicherungsorganisationen müssen anspruchsvoll, zugleich aber auch realistisch sein. Bei der weiteren Liberalisierung der Bodenabfertigungsdienste an Flughäfen müssen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flughäfen und die Interessen der Beschäftigten in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Güterverkehr und Logistik

Das Netzwerk Güterverkehr und Logistik werden wir weiter festigen und die Vermarktungsoffensive „Logistics made in Germany“ fortsetzen. Den Aktionsplan „Güterverkehr und Logistik“ entwickeln wir weiter, u. a. mit einer Strategie zum sauberen, energieeffizienten Gütertransport. Wir unterstützen die Branche bei der Aufwertung der Güterverkehrs- und Logistikberufe und setzen uns gegen Lohndumping und für bessere Arbeitsbedingungen in der Transport- und Logistikbranche ein. Bestehende Regelungen zum Marktzugang im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr und im Binnenverkehr werden wir überprüfen und einer weiteren Lockerung der Kabotageregelungen nur zustimmen, solange das Gefälle bei Arbeits- und Sozialbedingungen nicht zu Marktverwerfungen führt. Der verkehrssichere Zustand der LKW und die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten müssen strikt kontrolliert werden. Wir werden die Parkleitsysteme für LKW an Autobahnen ausbauen und zusätzlich 6000 LKW-Stellplätze in dieser Legislaturperiode einrichten und dabei den Einsatz von Telematiksystemen und die Einbindung privater Investoren forcieren. Für umweltfreundliche Euro VI-Fahrzeuge schaffen wir eine eigene günstigste Mautklasse. Mit der Sicherung eines hohen Förderniveaus von Anlagen für den kombinierten Verkehr stärken wir das intermodulare Transportwesen.

Leistungsfähige Schifffahrt, Häfen und maritime Wirtschaft

Wir wollen einen starken maritimen Standort. Unser Ziel ist eine leistungsfähige Schifffahrt, die ihre Vorteile in der Transportkette nutzt und den Klima- und Umweltschutzanforderungen entspricht. Wir wollen den Schadstoffausstoß der Schifffahrt in Nord- und Ostsee wirksam begrenzen, ohne dabei Verkehr von ökologisch vorteilhaften Wasserwegen auf Landwege zu verdrängen. Dabei spielt ein funktionsfähiger Nord-Ostsee-Kanal eine zentrale Rolle. Die Schifffahrt unterstützen wir

dabei, die neuen Anforderungen zu Schiffsemissionen in Nord- und Ostsee (SECA) zu erreichen. Den „Entwicklungsplan Meer“ werden wir umsetzen und weiterentwickeln. Das Maritime Bündnis für Beschäftigung und Ausbildung entwickeln wir weiter. Die Schifffahrtsförderung für Ausbildung und Beschäftigungssicherung führen wir bedarfsgerecht fort. Gemeinsam mit der Maritimen Wirtschaft und den Sozialpartnern entwickeln wir konkrete Maßnahmen zur Sicherung des beruflichen Nachwuchses. Für den Erhalt der Traditionsschifffahrt werden wir dauerhafte Regelungen erarbeiten.

Die Flaggenstaatsverwaltung wollen wir grundlegend modernisieren und vereinheitlichen. Das Schifffahrtsrecht werden wir modernisieren. Auf einseitige nationale oder europäische Sonderregelungen verzichten wir. Die Tonnagesteuer bleibt erhalten. Hierzu erwarten wir von den Reedern, dass sie die EU-rechtlich zwingenden Voraussetzungen dafür einhalten. Wir wollen daran festhalten, dass die Schifffahrtslärmpools bis Ende 2015 von der Versicherungssteuerpflicht befreit sind, und pragmatische Lösungen für die Zukunft prüfen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Häfen zu stärken, entwickeln wir das Nationale Hafenkonzept unter Berücksichtigung des Bundesverkehrswegeplans 2015 weiter und beseitigen Engpässe bei der land- und seeseitigen Anbindung deutscher See- und Binnenhäfen mit internationaler Bedeutung.

Das Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ der KfW Bankengruppe öffnen wir für den Bereich der Hafen- und Schiffskapazitäten. Darüber hinaus werden wir ein gesondertes Kreditprogramm der KfW Bankengruppe zur Finanzierung von Spezialschiffen und Offshore-Strukturen prüfen, um den Ausbau der Offshore-Windenergie zu flankieren.

Digitale Infrastruktur

Breitbandausbau

Für ein modernes Industrieland ist der flächendeckende Breitbandausbau eine Schlüsselaufgabe. Deshalb werden wir die Breitbandstrategie weiterentwickeln. Es gilt, die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden. Dazu wollen wir die Kommunen im Sinne einer kommunikativen Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen beim Breitbandausbau unterstützen.

Wir werden Investitionshemmnisse und Wirtschaftlichkeitslücken in den infrastrukturschwächeren Regionen abbauen und setzen dabei verstärkt auf Synergieeffekte und zusätzliche Investitionsanreize für Telekommunikationsunternehmen. Beim Ausbau des schnellen Internets werden wir Technologieoffenheit sicherstellen. Dazu gehört auch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Funkfrequenzen für drahtlose Kommunikationsnetzwerke in allen Teilen Deutschlands. Die durch den Einsatz DVB-T2 künftig frei werdenden Frequenzen wollen wir im Einvernehmen mit den Bundesländern vorrangig für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum bereitstellen.

Um hochleistungsfähige Breitbandnetze auszubauen, bedarf es vor allem wettbewerbs- und investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen im EU-Telekommunikationsrecht und im Telekommunikationsgesetz, der verstärkten Kooperation von Unternehmen, besserer Fördermöglichkeiten sowie einer guten Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Wir wollen Regionen, die nicht mindestens eine Daten-Geschwindigkeit von 2 Mbit/s haben, so schnell wie möglich erschließen. Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben. Um mehr Investitionssicherheit für Netzbetreiber im ländlichen Raum zu schaffen werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für längerfristige Verträge der Netzbetreiber mit den Netznutzern zu Ausbau und Finanzierung der Breitbandinfrastruktur prüfen und gegebenenfalls Vertragslaufzeiten von drei bis vier Jahren im ländlichen Raum ermöglichen.

Schnelle und sichere Datennetze sind die Grundlage für Innovation, Wachstum und Beschäftigung in einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Um den globalen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, brauchen wir eine starke deutsche und europäische Telekommunikations- und IT-Industrie. Wir werden darauf hinwirken, dass die Regulierung der Telekommunikationsmärkte sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene so gestaltet wird, dass sich Investitionen im ländlichen Raum lohnen. Wir setzen uns im Beihilfebereich bei der EU-Kommission für eine NGA-Rahmenregelung für Deutschland ein, die die Vectoring-Technologie einbezieht und es ermöglicht, den Breitbandausbau im ländlichen Raum durch ein unbürokratisches technologieneutrales und wettbewerbsfreundliches Förderverfahren voranzubringen.

Der Breitbandausbau muss auch zukünftig in der EU förderfähig bleiben. Zudem muss es zu einer Vereinfachung der Förderung wie im Rahmen der Daseinsvorsorge im EU-Recht kommen. Ein neues Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung Netzausbau“ bei der KfW-Bankengruppe soll bestehende Programme ergänzen. Wir wollen außerdem einen Breitband-Bürgerfonds einrichten. In diesen Fonds sollen Privatpersonen zu soliden Renditen investieren können.

WLAN

Die Potenziale von lokalen Funknetzen (WLAN) als Zugang zum Internet im öffentlichen Raum müssen ausgeschöpft werden. Wir wollen, dass in deutschen Städten mobiles Internet über WLAN für jeden verfügbar ist. Wir werden die gesetzlichen Grundlagen für die Nutzung dieser offenen Netze und deren Anbieter schaffen. Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber ist dringend geboten, etwa durch Klarstellung der Haftungsregelungen (Analog zu Access Providern). Gleichzeitig werden wir die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Gefahren solcher Netze für sensible Daten aufklären.

Neben der Klärung der rechtlichen Fragen möchten wir die Etablierung heterogener, frei vernetzter und lokaler Communities und ihrer Infrastrukturen forcieren. Durch die Förderung dieser sowie von Ad-hoc-Netzwerken im Rahmen der F&E-Strategie sollen lokale, dezentrale Netzwerke unterstützt werden, die eine komplementäre Infrastruktur für einen fest definierten Nutzerkreis umfassen. Damit verbessern wir die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für den Zugang zu leistungsfähigem Internet für alle.

Wir wollen eine gesetzliche Klarstellung für den Netzzugang von Telekommunikationsanbietern. Nutzerinnen und Nutzer müssen die freie Auswahl an Routern behalten. Daher lehnen wir den Routerzwang ab. Die zur Anmeldung der Router (TK-Endeinrichtungen) am Netz erforderlichen Zugangsdaten sind den Kundinnen und Kunden unaufgefordert mitzuteilen.

Netzneutralität

Der Erhalt des offenen und freien Internets, die Sicherung von Teilhabe, Meinungsvielfalt, Innovation und fairer Wettbewerb sind zentrale Ziele der Digitalen Agenda. Der diskriminierungsfreie Transport aller Datenpakete im Internet ist die Grundlage dafür. Dabei ist insbe-

sondere auch sicherzustellen, dass Provider ihre eigenen inhaltlichen Angebote und Partnerangebote nicht durch höhere Datenvolumina oder schnellere Übertragungsgeschwindigkeit im Wettbewerb bevorzugen. Neutralität ist auch von Suchmaschinen zu verlangen, die sicherstellen müssen, dass alle Angebote diskriminierungsfrei aufzufinden sind.

Die Gewährleistung von Netzneutralität wird daher als eines der Regulierungsziele im Telekommunikationsgesetz verbindlich verankert und die Koalition wird sich auch auf europäischer Ebene für die gesetzliche Verankerung von Netzneutralität einsetzen. Die Bundesnetzagentur wird ermächtigt und technisch sowie personell in die Lage versetzt, die Einhaltung dieses Ziels zu überwachen. Zudem müssen Mobilfunkanbieter Internettelefonie gegebenenfalls gegen separates Entgelt ermöglichen.

Das sogenannte Best-Effort-Internet, das für die Gleichberechtigung der Datenpakete steht, wird in seiner Qualität weiterentwickelt und darf nicht von einer Vielzahl von „Managed Services“ verdrängt werden. Netzwerkmanagement muss allerdings dort möglich sein, wo es technisch geboten ist, damit bandbreitensensible Daten und Anwendungen verlässlich und ohne Verzögerung übertragen werden bzw. zum Einsatz kommen können. Deep Packet Inspection (DPI) zur Diskriminierung von Diensten oder Überwachung der Nutzerinnen und Nutzer werden wir dagegen gesetzlich untersagen.

1.4. Die Energiewende zum Erfolg führen

Energiewende und Klimaschutz erfolgreich gestalten

Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist. Sie schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger von Importen, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland. Eine der Hauptaufgaben der Großen Koalition ist es deshalb, engagierten Klimaschutz zum Fortschrittsmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wir wollen die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie und mit stetig wachsendem Anteil erneuerbarer Energien konsequent und planvoll

fortführen. Wir bekräftigen unseren Willen, die internationalen und nationalen Ziele zum Schutz des Klimas einzuhalten, uns in der Europäischen Union für 2030 für ambitionierte Ziele auf der Grundlage der weltweiten langfristigen Ziele für 2050 einzusetzen und wir werden uns auch international für ambitionierte Klimaschutzziele und verbindliche Vereinbarungen engagieren. Die Erreichung ambitionierter europäischer Klimaschutzziele darf nicht zu Nachteilen für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Industrien führen und ist so zu gestalten, dass carbon leakage vermieden wird.

Energiepolitisches Dreieck

Die Ziele des energiepolitischen Dreiecks - Klima- und Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit – sind für uns gleichrangig. Die Energiewende wird nur dann bei Bürgern und Wirtschaft Akzeptanz finden, wenn Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sowie industrielle Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ist der Kosteneffizienz und Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems einschließlich des Netzausbaus und der notwendigen Reservekapazitäten eine höhere Bedeutung zuzumessen. Dabei muss auch der europäische Strommarkt verstärkt in den Blick genommen werden. In diesem Rahmen muss zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Deutschland der wirtschaftliche Betrieb notwendiger Kapazitäten konventioneller und flexibel einsetzbarer Kraftwerke in bezahlbarer Weise möglich bleiben.

Reform des EEG

Die Koalition strebt eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an und legt sie bis Ostern 2014 vor mit dem Ziel einer Verabschiedung im Sommer 2014, um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen. Altanlagen genießen Bestandsschutz. Der Vertrauensschutz im Hinblick auf getätigte und in der Realisierung befindliche Investitionen ist entsprechend zu gewähren.

Klimaschutz

Wir halten daran fest, dem Klimaschutz einen zentralen Stellenwert in der Energiepolitik zuzumessen. National wollen wir die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um

mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand 1990 reduzieren. Innerhalb der Europäischen Union setzen wir uns für eine Reduktion um mindestens 40 Prozent bis 2030 als Teil einer Zieltrias aus Treibhausgasreduktion, Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ein. In Deutschland wollen wir die weiteren Reduktionsschritte im Lichte der europäischen Ziele und der Ergebnisse der Pariser Klimaschutzkonferenz 2015 bis zum Zielwert von 80 bis 95 Prozent im Jahr 2050 festschreiben und in einem breiten Dialogprozess mit Maßnahmen unterlegen (Klimaschutzplan).

Die Koalition will einen wirksamen Emissionshandel auf europäischer Ebene. Dabei muss die Reduzierung der emittierten Treibhausgasemengen zentrales Ziel des Emissionshandels bleiben. Korrekturen sollten grundsätzlich nur erfolgen, wenn die Ziele zur Minderung der Treibhausgase nicht erreicht werden. Bei der von der EU-Kommission geplanten Herausnahme von 900 Millionen Zertifikaten aus dem Handel (backloading) muss sichergestellt werden, dass es sich um einen einmaligen Eingriff in das System handelt, die Zertifikate nicht dauerhaft dem Markt entzogen werden und nachteilige Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Branchen und industrielle Arbeitsplätze ausgeschlossen werden.

Wir setzen uns für ein ambitioniertes, weltweites Klimaschutzabkommen ein. Der Klimaschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien wird weltweit durch Kooperationen und Programme mit anderen Staaten, insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländern, vorangebracht.

Erneuerbare Energien

Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgt in einem gesetzlich festgelegten Ausbaukorridor: 40 bis 45 Prozent im Jahre 2025, 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035. Jährlich wird der Fortgang des Ausbaus im Hinblick auf Zielerreichung, Netzausbau und Bezahlbarkeit überprüft (Monitoring).

Auf der Basis dieser Korridore wird sich die Koalition mit den Ländern auf eine synchronisierte Planung für den Ausbau der einzelnen erneuerbaren Energien verständigen.

Wir werden die erneuerbaren Energien so ausbauen, dass die Ausbauziele unter Berücksichtigung einer breiten Bürgerbeteiligung erreicht und die Kosten begrenzt

werden. Wir werden auch unverzüglich den Dialog mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten darüber beginnen, wie diesen Zielen dienende Förderbedingungen europarechtskonform weiterentwickelt werden können. Zusätzliche Einnahmen aus dem Emissionshandel sollen in dem Bereich der erneuerbaren Energien eingesetzt werden.

Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende

Die Senkung des Energieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz muss als zentraler Bestandteil der Energiewende mehr Gewicht erhalten. Fortschritte bei der Energieeffizienz erfordern einen sektorübergreifenden Ansatz, der Gebäude, Industrie, Gewerbe und Haushalte umfasst und dabei Strom, Wärme und Kälte gleichermaßen in den Blick nimmt. Ausgehend von einer technisch-wirtschaftlichen Potenzialanalyse wollen wir Märkte für Energieeffizienz entwickeln und dabei alle Akteure einbinden.

Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz

In einem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz will die Koalition die Ziele für die verschiedenen Bereiche, die Instrumente, die Finanzierung und die Verantwortung der einzelnen Akteure zusammenfassen. Er wird mit einem jährlichen Monitoring von einer unabhängigen Expertenkommission überprüft. Der erste Aktionsplan soll im Jahre 2014 erarbeitet und von der Bundesregierung beschlossen werden. Die dafür vorzusehenden Mittel werden durch Haushaltsumschichtung erwirtschaftet.

Aus dem Energie- und Klimafonds werden wir die Umsetzung anspruchsvoller Effizienzmaßnahmen in der Wirtschaft, durch Handwerk und Mittelstand, Kommunen und Haushalten fördern. In den Sektoren Gebäude und Verkehr erfolgt die Finanzierung ergänzend mit eigenen Instrumenten aus den zuständigen Ressorts.

In einem ersten Schritt wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wollen wir aufstocken, verstetigen und deutlich vereinfachen.
- Die Programme sollen so gestaltet sein, dass durch Beratung Fehlinvestitionen verhindert werden.

- Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie werden wir sachgerecht umsetzen.
- Zur Förderung sinnvoller und kosteneffizienter Maßnahmen werden wir einen Schwerpunkt auf eine fachlich fundierte und unabhängige Energieberatung legen und diese entsprechend fördern, insbesondere über die Effizienz von Heizungsanlagen und möglichen Maßnahmen zur Effizienzverbesserung gezielt informieren.
- Wir werden die kostenlose Energieberatung für Haushalte mit niedrigen Einkommen ausbauen. Investitionen in energiesparende Haushaltgeräte werden erleichtert.
- Auf europäischer Ebene werden wir uns mit Nachdruck für dynamische und anspruchsvollere Standards für energierelevante Produkte im Rahmen der Öko-Design-Richtlinie (Verankerung des Top-Runner-Prinzips) einsetzen. Soweit möglich, wollen wir nationale Standards vorab setzen.
- Die Kennzeichnung von Produkten (z. B. Haushaltsgeräten) entsprechend ihrer Energieeffizienz werden wir für die Kunden aussagekräftig gestalten.
- Wir werden die Informationen von Käufern und Mietern über die energetische Qualität eines Gebäudes weiter verbessern und transparenter gestalten.
- Das bewährte Marktanreizprogramm werden wir verstetigen.
- In einem Strommarkt mit einem weiter zunehmenden Anteil von Strom aus erneuerbaren Energien werden wir Strom, der sonst abgeregelt werden müsste, für weitere Anwendungen, etwa im Wärmebereich, nutzen.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Ausbaukorridor erneuerbare Energien

Wir setzen uns für einen nachhaltigen, stetigen und bezahlbaren Ausbau der Erneuerbaren ein. Dafür werden wir im EEG einen im Gesetz geregelten Ausbaukorridor festlegen und den Ausbau steuern. Damit stellen wir sicher, dass die Ausbauziele erreicht werden und die Kosten im Rahmen bleiben. Dieser Ausbaukorridor

- schafft Planungssicherheit für alle Beteiligten,
- gibt der EE-Branche einen verlässlichen Wachstumspfad,
- begrenzt die Kostendynamik beim Ausbau der erneuerbaren Energien,
- gibt der Entwicklung der konventionellen Energiewirtschaft einen stabilen Rahmen,
- erlaubt eine bessere Verknüpfung mit dem Netzausbau,
- ermöglicht eine schrittweise Anpassung des Strom- und Energieversorgungssystems an die Herausforderungen volatiler Stromerzeugung und dadurch eine kostengünstigere Systemintegration.

Kosten der Energiewende

Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Die Gesamtkosten sind in den letzten Jahren schnell und stark gestiegen. Private und gewerbliche Stromkunden müssen erhebliche Lasten tragen. Die EEG-Umlage hat mittlerweile eine Höhe erreicht, die für private Haushalte und weite Teile der Wirtschaft, insbesondere auch mittelständische Unternehmen, zum Problem wird, wenn es nicht gelingt, die Kostendynamik zu entschärfen. Mit

Klimafreundlicher Wärmemarkt

Der Wärmemarkt ist mitentscheidend für eine erfolgreiche Energiewende. Seine Umgestaltung ist ein langfristiger Prozess. Ziel der Koalition bleibt es, bis zum Jahr 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben. Dazu müssen der Energieverbrauch der Gebäude adäquat gesenkt und gleichzeitig der Ausbau erneuerbarer Energien zur Wärmenutzung vorangetrieben werden.

Auf der Grundlage eines Sanierungsfahrplans werden wir im Gebäudebereich und im Wärmemarkt als erste Schritte folgende Maßnahmen ergreifen:

- Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz wird auf der Grundlage des Erfahrungsberichts und in Umsetzung von europäischem Recht fortentwickelt sowie mit den Bestimmungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) abgeglichen.
- Der Einsatz von erneuerbaren Energien im Gebäudebestand sollte weiterhin auf Freiwilligkeit beruhen.

der grundlegenden Reform, auf die wir uns verständigt haben, wollen wir Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar bremsen, indem wir die Vergütungssysteme vereinfachen und die Kosten auf einem vertretbaren Niveau stabilisieren. Dazu brauchen wir neben einem berechenbaren und im Gesetz festgelegten Ausbaukorridor insbesondere mehr Kosteneffizienz durch Abbau von Überförderungen und Degression von Einspeisevergütungen, eine stärker marktwirtschaftlich orientierte Förderung, eine Konzentration der Besonderen Ausgleichsregelung auf stromintensive Unternehmen im internationalen Wettbewerb und eine ausgewogene Regelung für die Eigenproduktion von Strom.

Reform des Fördersystems

Die Förderung der Erneuerbaren will die Koalition mit Blick auf bezahlbare Strompreise kosteneffizienter gestalten. Überförderungen werden wir schnell und konsequent bei Neuanlagen abbauen; Altanlagen genießen Bestandschutz. Für alle Technologien werden wir eine kontinuierliche Degression der Fördersätze im EEG verankern. Wir werden die Bonusregelungen überprüfen und weitgehend streichen. Darüber hinaus werden wir das vergleichsweise teure Grünstromprivileg streichen. Damit sichern wir auch für die Zukunft eine europarechtskonforme Ausgestaltung.

Für die einzelnen Technologien gilt:

- Photovoltaik: Die jetzt geltende Regelung (u. a. atmender Deckel, Obergrenze) hat sich bewährt und wird beibehalten. Der Zubau in diesem Jahr liegt nahe an dem im EEG festgelegten Ausbaukorridor.
- Biomasse: Der Zubau von Biomasse wird überwiegend auf Abfall- und Reststoffe begrenzt. Dies dient dem Schutz der Natur, vermeidet die „Vermaisung“ der Landschaft und entschärft Nutzungskonkurrenzen. Bestehende Anlagen sollen möglichst bedarfsorientiert betrieben werden, um Vorteile für Systemstabilität zu nutzen. Wir entwickeln ein Gesamtkonzept für Anbau, Verarbeitung und Nutzung von Biomasse unter bioökonomischen Gesichtspunkten. Dabei soll deren Einsatz einen sinnvollen Beitrag zum CO₂-Minde-rungsziel leisten und Nutzungskonkurrenzen mit dem Arten- und Naturschutz entschärft werden.
- Wind an Land: Wir werden die Fördersätze senken (insbesondere bei windstarken Standorten), um Überförderungen abzubauen und gleichzeitig durch eine

Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells dafür sorgen, dass bundesweit die guten Standorte mit einem Referenzwert von 75 bis 80 Prozent auch zukünftig wirtschaftlich genutzt werden können. Wir werden eine Länderöffnungsklausel in das Baugesetzbuch (BauGB) einfügen, die es ermöglicht, länderspezifische Regeln über Mindestabstände zur Wohnbebauung festzulegen.

- Wind auf See: Orientiert an den realistischen Ausbaumöglichkeiten legen wir den Ausbaupfad 2020 auf 6,5 GW fest. Um anstehende Investitionen mit langen Vorlaufzeiten bei Offshore-Wind nicht zu gefährden, werden die dafür kurzfristig notwendigen Maßnahmen getroffen. Zur Sicherstellung erfolgt eine Verlängerung des Stauchungsmodells bis zum 31. Dezember 2019. Hierzu ist zeitnah ein Kabinettsbeschluss vorgesehen. Für den weiteren Ausbaupfad bis 2030 gehen wir von durchschnittlich zwei Windparks pro Jahr mit einer Leistung von je ca. 400 MW aus, um einen Ausbau von 15 GW bis 2030 zu erreichen.
- Wasserkraft: Die bestehenden gesetzlichen Regeln haben sich bewährt und werden fortgeführt.

Darüber hinaus soll ab 2018 die Förderhöhe über Ausschreibungen ermittelt werden, sofern bis dahin in einem Pilotprojekt nachgewiesen werden kann, dass die Ziele der Energiewende auf diesem Wege kostengünstiger erreicht werden können. Um Erfahrungen mit Ausschreibungsmodellen zu sammeln und ein optimales Ausschreibungsdesign zu entwickeln, wird spätestens 2016 ein Ausschreibungspilotmodell in einer Größenordnung von insgesamt 400 MW für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ab einer noch festzulegenden Mindestgröße eingeführt. Wir werden darauf achten, dass bei der Realisierung von Ausschreibungen eine breite Bürgerbeteiligung möglich bleibt.

Markt- und Systemintegration

Unser Grundsatz lautet: Das EEG ist ein Instrument zur Markteinführung von erneuerbaren Energien. Sie sollen perspektivisch ohne Förderung am Markt bestehen. Daher wird die Koalition die erneuerbaren Energien in den Strommarkt integrieren. Durch die Degression im EEG steigt der Anreiz zur Direktvermarktung. Für erneuerbare Energien wird bei Neuanlagen ab 5 MW eine verpflichtende Direktvermarktung auf Basis der gleitenden Marktprämie eingeführt. Spätestens 2017 soll dies für

alle Anlagengrößen gelten. Die Einführung werden wir so gestalten, dass die mit dem EEG bestehende Vielfalt der Akteure erhalten bleibt.

Um die Stabilität des Systems zu gewährleisten, werden wir zudem festlegen, dass Neuanlagen vom Netzbetreiber und von den Direktvermarktern ansteuerbar sein müssen. Spitzenlast kann bei neuen Anlagen im begrenzten Umfang (weniger als fünf Prozent der Jahresarbeit) unentgeltlich abgeregelt werden, soweit dies die Kosten für den Netzausbau senkt und dazu beiträgt, negative Börsenstrompreise zu vermeiden. Zudem werden wir die Entschädigungsregelung im Einspeisemanagement so verändern, dass sie verstärkt Anreize dafür setzt, die Netzsituation bei der Standortwahl von Neuanlagen besser zu berücksichtigen (Härtefallregelung). In der bestehenden Härtefallregelung wird die Höhe der Entschädigung abgesenkt, wenn wegen eines Netzengpasses nicht eingespeist werden kann. Der Einspeisevorrang für die erneuerbaren Energien wird beibehalten.

Wir werden prüfen, ob große Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien einen Grundlastanteil ihrer Maximal-einspeisung garantieren müssen, um so einen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten. Diese können sie in eigener Verantwortung vertraglich mit Betreibern von Speichern, von nachfrageabhängig regelbaren erneuerbaren Energien, abschaltbaren Lasten oder von fossilen Kraftwerken absichern. Die virtuelle „Grundlastfähigkeit“ der einzelnen erneuerbaren Energien soll schrittweise geschaffen werden. Hierzu werden wir ein Pilotvorhaben durchführen.

Wir setzen uns dafür ein, die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Dafür werden wir das EEG europarechtskonform weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass die EU-Rahmenbedingungen und die Beihilferegelungen den Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland auch weiterhin unterstützen. Ungeachtet dessen gehen wir weiterhin davon aus, dass das EEG keine Beihilfe darstellt.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und faire Lastenteilung

Die Besondere Ausgleichsregelung dient dazu, stromintensive Unternehmen in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden, geschlossene Wertschöpfungsketten und industrielle Arbeitsplätze dauerhaft zu erhalten. Die Koalition will deshalb die Besondere Ausgleichsregelung erhalten und zukunftsfähig wei-

terentwickeln, wohlwissend, dass sie Auswirkungen auf die Finanzierungsgrundlage für das EEG hat. Die Zahl der antragstellenden Unternehmen und die privilegierte Strommenge haben sich seit der letzten Novelle weiter erhöht. Auch die als Eigenstromerzeugung privilegierten Strommengen steigen seit Jahren kontinuierlich an.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie erhalten bleibt, die Besondere Ausgleichsregelung dafür europarechtlich abgesichert und die Finanzierung des EEG dauerhaft auf eine stabile Grundlage gestellt wird. Dabei ist auch der innereuropäische Wettbewerb zu berücksichtigen, solange es keine vollständige Harmonisierung der Förderung der erneuerbaren Energien gibt. Die Vorschläge zur Steuerung des Ausbaus und zur Kosteneffizienz sind auch mit Blick auf die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie von zentraler Bedeutung.

Bei der Besonderen Ausgleichsregelung überprüfen wir die Privilegierung in den einzelnen Branchen vorrangig anhand objektiver, europarechtskonformer Kriterien. Darüber hinaus werden wir den Kostenbeitrag der privilegierten Unternehmen überprüfen. Zugleich ist vorgesehen, dass die begünstigten Unternehmen nicht nur ein Energiemanagementsystem einführen, sondern auch wirtschaftlich sinnvolle und technologisch machbare Fortschritte bei der Energieeffizienz erzielt werden. Dabei werden bereits erreichte Erfolge (early actions) berücksichtigt. Diese Maßnahmen kommen auch dem Anliegen der Europäischen Kommission entgegen.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass im Grundsatz die gesamte Eigenstromerzeugung an der EEG-Umlage beteiligt wird. So sollen alle neuen Eigenstromerzeuger mit einer Mindestumlage zur Grundfinanzierung des EEG beitragen, wobei wir die Wirtschaftlichkeit insbesondere von KWK-Anlagen und Kuppelgasnutzung wahren werden. Für kleine Anlagen soll eine Bagatellgrenze eingezogen werden. Vertrauensschutz für bestehende Eigenerzeugung wird gewährleistet.

Strommarktdesign – neue Rolle für konventionelle Kraftwerke

Auch in Zukunft muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein, also jederzeit der nachgefragten Last eine entsprechend gesicherte Erzeugungsleistung in Deutschland gegenüberstehen.

Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar. Durch den kontinuierlichen Aufwuchs der erneuerbaren Energien benötigen wir in Zukunft hocheffiziente und flexible konventionelle Kraftwerke. Solange keine anderen Möglichkeiten (wie z. B. Speicher oder Nachfragemanagement) ausreichend und kostengünstig zur Verfügung stehen, kann Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie nicht entscheidend zur Versorgungssicherheit beitragen. Daraus ergibt sich das Erfordernis einer ausreichenden Deckung der Residuallast. Ein Entwicklungspfad für den konventionellen Kraftwerkspark lässt sich nicht ohne eine klare Kenntnis des Ausbaus der erneuerbaren Energien beschreiben.

Wir brauchen verschiedene Mechanismen, mit denen die jeweils erforderlichen Kapazitäten langfristig am Markt gehalten werden können.

Für eine ökologisch vernünftige, ökonomisch tragfähige und Arbeitsplätze sichernde Vorgehensweise sind folgende Eckpunkte umzusetzen:

- Damit die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die Stromnachfrage besser aufeinander abgestimmt werden, sind Flexibilitätsoptionen sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite auszubauen (insbesondere bei Kraftwerken und erneuerbaren Energien, durch Lastmanagement, intelligente Zähler, lastvariable Tarife und Speicher).
- Für die nächsten Jahre wollen wir die Netzreserve weiterentwickeln (Ausschreibungsmodelle auf Ebene der Übertragungsnetzbetreiber). Damit die Kosten für die Absicherung der wenigen Jahresstunden mit den höchsten Lasten begrenzt bleiben, können, soweit verfügbar, bestehende fossile Kraftwerke die Netzreserve bilden.
- Um kurzfristige Risiken für die Versorgungssicherheit zu vermeiden, werden wir darüber hinaus dafür sorgen, dass die Bundesnetzagentur im Rahmen der anstehenden Untersuchungen auf Grundlage der Reservekraftwerksverordnung die Errichtung neuer regional erforderlicher Kraftwerkskapazitäten zügig prüft und gegebenenfalls sicherstellt.
- Derzeit verfügen wir deutschlandweit über ausreichend Kraftwerke. Allerdings könnte sich diese Situa-

tion bis zum Ende des Jahrzehntes ändern. Es ist mittelfristig ein Kapazitätsmechanismus zu entwickeln, unter dem Gesichtspunkt der Kosteneffizienz im Einklang mit europäischen Regelungen und unter Gewährleistung wettbewerblicher und technologieoffener Lösung.

- Die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung wollen wir so gestalten, dass der KWK-Anteil auf 25 Prozent bis 2020 ausgebaut wird. Auf Grundlage einer umgehend zu erstellenden Potenzialanalyse werden wir in 2014 auch die Rahmenbedingungen für KWK wie insbesondere das KWKG überprüfen und anpassen. Die EU-Energieeffizienz-Richtlinie setzen wir so in deutsches Recht um, dass die dort vorgesehenen Möglichkeiten zur Anerkennung der Vorteile von KWK- und Fernwärme bei Primärenergie und CO₂-Einsparung gegenüber anderen Heizsystemen besser zur Geltung kommen.

Speicher

Die stark schwankende Einspeisung erneuerbarer Energien erfordert einen Ausgleich durch verschiedene Flexibilitätsoptionen, wie z. B. Lastmanagement, power-to-heat und Speicher. Um die erforderliche konventionelle Reservekapazität zuverlässig abschätzen zu können, wird die Koalition in den kommenden Jahren technisch und wirtschaftlich verfügbare Speicherpotenziale prüfen.

Künftig wird ein Mix verschiedener Stromspeicher erforderlich sein. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen sind technologie-neutral zu gestalten. Wir wollen, dass Pumpspeicherwerke auch künftig ihren Beitrag zur Netzstabilität wirtschaftlich leisten können.

Aufgrund der zukünftigen Systemfunktionen sollen die Letztverbraucher-Pflichten der Speicher überprüft werden.

Mittel- bis langfristig steigt der Bedarf nach neuen Speichern. Bei einem hohen Anteil an erneuerbaren Energien brauchen wir auch Langzeitspeicher, die saisonale Schwankungen ausgleichen können, wie z. B. power-to-gas. Mit den aktuellen und weiteren Demonstrationsprojekten werden wir die Technologie Schritt für Schritt weiterentwickeln, optimieren und zur Marktreife bringen. Das bereits angelegte Forschungsprogramm wird fortgeführt.

Netze

Verlässliche und langfristige Netzausbauplanung

Netzausbau und Ausbau der erneuerbaren bedingen einander. Damit beides synchron läuft, sollte der Netzausbau zukünftig auf Basis des gesetzlich geregelten Ausbaupfads für erneuerbare Energien erfolgen.

Für den Ausbau des Übertragungsnetzes stellt der Bundesbedarfsplan auch in Zukunft das zentrale Instrument dar. Mit Blick auf den erforderlichen Netzausbau gilt es, Offshore-Windenergie schrittweise in einem geordneten Verfahren auszubauen (Offshore Netzentwicklungsplan). Entstehende Anbindungskapazitäten sollen effektiv genutzt werden können.

Die Optimierungspotenziale bei Bestandsnetzen sollen ausgeschöpft werden. Damit wird die Aufnahmekapazität des Netzes für die Erneuerbaren gesteigert, die Effizienz erhöht und die Kosten gesenkt.

Aufgrund der hohen Dringlichkeit des Netzausbaus für das Gelingen der Energiewende ist eine breite Akzeptanz der Bevölkerung notwendig, die heute noch in vielen Fällen nicht gegeben ist.

In ausgewählten Pilotlinien sollen neu zur Verfügung stehende Gleichstrom-Technologien (Mehrpunktfähigkeit), wie z.B. der DC-Leistungsschalter bzw. Regelungstechniken und Kabelverlegetechniken, erprobt und ggf. aus Mitteln der Technologieförderung auch gefördert werden. Als Ausgangspunkt ist hierfür ein zentraler Verteilerpunkt im Drehstromnetz sinnvoll.

Wir wollen die Integration der europäischen Stromversorgung durch den Ausbau der grenzüberschreitenden Höchstspannungsleitungen und der Grenzkuppelstellen auf der Grundlage der EU-Verordnung über die trans-europäische Energieinfrastruktur (TEN-E) vorantreiben.

Modernisierung der Verteilernetze

Die Verteilernetze sind das Rückgrat der Energiewende vor Ort, da der Zubau erneuerbarer Energien eine zunehmende Dezentralisierung des Energieversorgungssystems bewirkt. Die Koalition wird die Rahmenbedingungen für die Verteilernetze investitionsfreundlich ausgestalten, damit Investitionen zeitnah refinanziert werden können. Investitionsbudgets in den Verteilernetzen

werden wir prüfen. Die Versorgungssicherheit hat weiterhin Priorität. Investitionen durch Netzbetreiber sollen getätigt werden können, wenn sie erforderlich sind. Mit dem Evaluierungsbericht der Bundesnetzagentur zur Anreizregulierung und der Netzplattform-Studie „Moderne Verteilernetze für Deutschland“ werden wir 2014 über eine ausreichende Datenbasis für Entscheidungen zu notwendigen Weiterentwicklungen der Anreizregulierung verfügen.

Rahmenbedingungen für intelligente Netze schaffen

Wir wollen bereits in 2014 verlässliche Rahmenbedingungen für den sicheren Einsatz von intelligenten Messsystemen für Verbraucher, Erzeuger und Kleinspeicher auf den Weg bringen. Gegenstand des Pakets werden die Festlegung hoher technischer Standards zur Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit, bereichsspezifischer Datenschutzregeln für die Marktkommunikation sowie Regelungen im Zusammenhang mit dem Einbau von intelligenten Zählern zur Ermöglichung von intelligentem Last- und Erzeugungsmanagement sein.

Netzentgelte

Wir werden das System der Netzentgelte daraufhin überprüfen, ob es den Anforderungen der Energiewende gerecht wird. Die Koalition wird das System der Netzentgelte auf eine faire Lastenverteilung bei der Finanzierung der Netzinfrastuktur überprüfen. Durch die steigende Eigenstromversorgung im privaten und gewerblichen Bereich ist die faire Kostenverteilung zunehmend infrage gestellt. Deshalb müssen die Kosten für die Bereitstellung der Netzinfrastuktur künftig stärker abgebildet werden, z. B. durch die Einführung einer generellen Leistungskomponente im Netzentgelt (Grund- oder Leistungspreis) und die Beteiligung der Einspeiser an den Kosten der Netzinfrastuktur und des Netzbetriebs.

Bürger am Netzausbau beteiligen

Für den Ausbau der Stromnetze muss bei den betroffenen Anliegern um Akzeptanz geworben werden. Neben frühzeitiger und intensiver Konsultation der Vorhaben kann dazu auch eine finanziell attraktive Beteiligung von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern an der Wertschöpfung sowie eine Überprüfung der derzeitigen Entschädigungspraxis beitragen.

Wir werden das Bewertungsverfahren bei Neuvergabe (z. B. bei der Rekommunalisierung) der Verteilernetze eindeutig und rechtssicher regeln sowie die Rechtssicherheit im Netzübergang verbessern.

Ausstieg aus der Kernenergie

Wir halten am Ausstieg aus der Kernenergie fest. Spätestens 2022 wird das letzte Kernkraftwerk in Deutschland abgeschaltet. Auch auf europäischer Ebene wird Deutschland weiter für die Energiewende werben.

Sicherheit von Kernkraftwerken

Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland ist bis zum letzten Betriebstag zu gewährleisten. Deshalb sind weiterhin Investitionen in die Anlagen und fachkundiges Personal bei Betreibern, Behörden und Sachverständigen erforderlich. Der Schutz der Kraftwerke und Abfalllager vor Sabotage- und Terrorakten ist auf rechtssicherer Grundlage sicherzustellen. Bund und Länder arbeiten bei der Atomaufsicht so eng wie möglich zusammen.

In Europa wird Deutschland aktiv daran mitwirken, die Sicherheit der Kernkraftwerke zu erhöhen. Dazu werden wir für verbindliche Sicherheitsziele in der EU und ein System wechselseitiger Kontrolle bei fortbestehender nationaler Verantwortung für die Sicherheit eintreten.

Für den Rückbau, die Entsorgung und sichere Aufbewahrung von Materialien aus kerntechnischen Anlagen, die nicht der Erzeugung von Elektrizität dienen oder gedient haben, werden Gespräche zwischen Bund und Ländern geführt, wobei auf Basis von entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen auch die Aufteilung der Kosten neu geregelt wird.

Wir erwarten von den Kernkraftwerksbetreibern ihre Mitwirkung an der Energiewende und die Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die geordnete Beendigung der Kernenergienutzung. Ziel ist es damit, in Deutschland die Sicherheit des Restbetriebs der Kernkraftwerke und ihrer Entsorgung auch finanziell zu sichern und sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten zu finden. Wir erwarten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen werden. Über die Realisierung der rechtlichen Verpflichtungen der Energieversorgungsunternehmen wird die Bundesregierung mit diesen Gespräche führen.

Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für umfassende Transparenz in allen sicherheitsrelevanten Fragen ein.

Die Unabhängigkeit der Atomaufsicht ist in Deutschland gewährleistet und bedarf keiner Änderung der geltenden Regelungen.

Deutschland will auf die internationale Sicherheitsdiskussion Einfluss nehmen. Daher werden auch nach dem Ausstieg geeignete institutionell geförderte Forschungseinrichtungen, unabhängige Sachverständigeninstitutionen und ausreichende behördliche Fachkompetenz zur Beurteilung der Sicherheit von Kernkraftwerken und ihres Rückbaus, des Strahlenschutzes und der nuklearen Entsorgung gebraucht.

Endlager

Wir wollen die Endlagerfrage aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen lösen. Deswegen werden die Errichtung des Endlagers Konrad und die Schließung des Endlagers Morsleben vorangetrieben und die Voraussetzungen für die Rückholung der Abfälle aus der Schachanlage Asse II geschaffen.

Im ehemaligen Salzbergwerk Asse II wird weiter mit Nachdruck an der Rückholung des Atommülls gearbeitet. Wir werden die Rückholungsplanung weiter konkretisieren und die dafür notwendigen Finanzmittel auch weiterhin zur Verfügung stellen.

Die Entsorgungs-Richtlinie (EURATOM) und das Standortauswahlgesetz setzen wir zügig und vollständig um und verwirklichen dadurch den Trennungsgrundsatz.

Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird nach Abschluss der Kommissionsberatungen unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit eingeleitet.

Auf dem Weg zur gemeinsamen Endlagersuche werden der Bund und das Land Niedersachsen ein einvernehmliches Vorgehen im Hinblick auf den Standort Gorleben verabreden.

Strahlenschutzrecht

Das Strahlenschutzrecht soll modernisiert werden. Der radiologische Notfallschutz zur Bewältigung von Katastrophen in kerntechnischen Anlagen wird auf Grundlage der Erfahrungen von Fukushima konzeptionell angepasst.

Fracking

Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der Fracking-Technologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial. Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang.

Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab. Über Anträge auf Genehmigung kann erst dann entschieden werden, wenn die nötige Datengrundlage zur Bewertung vorhanden ist und zweifelsfrei geklärt ist, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu befürchten ist (Besorgnisgrundsatz des Wasserhaushaltsgesetzes).

Auch die Entsorgung des Flowback aus Fracking-Vorgängen mit Einsatz umwelttoxischer Chemikalien in Versenkbohrungen ist wegen fehlender Erkenntnisse über die damit verbundenen Risiken derzeit nicht verantwortbar.

Die Koalition wird unter Einbeziehung der Länder und der Wissenschaft in einem gemeinsamen Prozess mit den Unternehmen erarbeiten, welche konkreten Erkenntnisse die Erkundungen liefern müssen, um Wissensdefizite zu beseitigen und eine ausreichende Grundlage für mögliche nachfolgende Schritte zu schaffen. Dies soll in einem transparenten Prozess erfolgen. Im Dialog mit allen Beteiligten sollen unter Federführung der Wissenschaft Forschungsergebnisse bewertet werden. Die Koalition wird kurzfristig Änderungen für einen besseren Schutz des Trinkwassers im Wasserhaushaltsgesetz sowie eine Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bergbaulicher Vorhaben vorgelegen, die vor Zulassung von Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten mittels Fracking eine obligatorische UVP und Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht.

Energiewende gut umsetzen – Dialog und Beteiligung

Zur Beratung von Bundesregierung und Parlament bei der Umsetzung der Energiewende strebt die Bundesregierung die Bildung eines „Forums Energiewende (Ener-

giert)“ für einen ständigen Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und gesellschaftlich relevanten Gruppen an. Beim Vollzug der Projekte der Energiewende wird auf eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geachtet. Die Koalition wird mit allen Akteuren der Energiewirtschaft einen engen Dialog pflegen. Wegen ihrer Bedeutung für die Daseinsvorsorge wird u. a. die Handlungsfähigkeit der deutschen Stadtwerke thematisiert.

Wir wollen die Energiewende naturverträglich gestalten und zugleich die hierfür notwendigen Verfahren und dafür geeigneten Strukturen schaffen. Deswegen wird ein Kompetenzzentrum „Naturschutz und Energiewende“ eingerichtet, um zu einer Versachlichung der Debatten und zur Vermeidung von Konflikten vor Ort beizutragen.

1.5. Regeln für die Finanzmärkte

Die Finanzmärkte erfüllen eine wichtige Funktion für die Volkswirtschaft. Unsere Finanzmarktpolitik gibt der realwirtschaftlichen Dienstleistungsfunktion des Finanzsektors Vorrang vor spekulativen Geschäften. Indem wir der Spekulation klare Schranken setzen, Transparenz schaffen, nachhaltige Wachstumsstrategien fördern und die Krisenfestigkeit der Finanzmarktakteure stärken, verbessern wir die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Finanzmärkte. Risiko und Haftung müssen wieder zusammengeführt werden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nicht mehr für die Risiken des Finanzsektors einstehen müssen. Für uns gilt deshalb der Grundsatz: Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft ohne angemessene Regulierung bleiben. Dies trägt auch zur langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte bei. Wir halten am bewährten Dreisäulensystem der deutschen Kreditinstitute fest und werden seine Besonderheiten angemessen berücksichtigen.

Die im Rahmen der europäischen Umsetzung von Basel III vereinbarten strengeren Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für Banken müssen in den vorgegebenen Zeitplänen konsequent umgesetzt werden. Dazu gehören auch eine verbindliche Schuldenobergrenze (Leverage Ratio), die den Risikogehalt der Geschäftsmodelle angemessen berücksichtigt, und eine verbindliche, mittelfristige Liquiditätskennziffer. Bei der Erfüllung der zusätzlichen Kapitalanforderungen müssen öffentliche Eigentümer beihilferechtlich anderen Eigentümern gleich-

gestellt werden. Entsprechende Maßnahmen zur Erfüllung der von der Aufsicht festgelegten Eigenkapitalanforderungen für öffentliche Banken dürfen nicht als Beihilfen gewertet werden.

Unter die Europäische Bankenaufsicht fallen angesichts der Grenze von 30 Mrd. Euro auch Banken, die nur auf regional begrenzten oder sehr speziellen Sektoren tätig sind. Dies gilt zum Beispiel für die Förderbanken, eine Sparkasse und kleinere Privatbanken. Die Bundesregierung wird die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beauftragen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Europäische Bankenaufsicht in der Praxis dafür Sorge zu tragen, dass die Besonderheiten von einzelnen Banken, beispielsweise der Förderbanken, berücksichtigt werden.

Mit Blick auf einen in den nächsten Jahren möglichen Anpassungsbedarf der CRD-IV-Richtlinie wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Förderbanken des Bundes und der Länder im europäischen Kontext bankenaufsichtsrechtlich zukünftig inhaltlich so weit wie möglich gleich behandelt werden.

Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Vorschläge der europäischen Expertengruppe um Erkki Liikanen zur Einschränkung riskanter Geschäfte, zur Einführung von Beleihungsobergrenzen bei Immobilienkrediten und einer strikteren Trennung von Investment- und Geschäftsbanking auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Die Finanzierung der Realwirtschaft durch das bewährte Universalbankensystem darf durch das Reformvorhaben nicht gefährdet werden.

Schattenbanken müssen so reguliert werden, dass für sie bei gleichem Geschäft und gleichem Risiko für die Stabilität des Finanzsystems die gleiche Regulierung gilt wie im klassischen Bankensektor. Alle Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Schattenbanken müssen transparent gemacht und Ansteckungsrisiken begrenzt werden.

Die Bundesregierung unterstützt die auf europäischer Ebene vorgesehene strengere Regulierung des Hochfrequenzhandels.

Ebenso tritt die Bundesregierung für eine Eindämmung der Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulation ein und befürwortet deshalb insbesondere die Einführung von Positionslimits auf den Rohstoffmärkten.

Die europäischen Vorschriften zur Regulierung des Derivatehandels sollen zielgerichtet ergänzt werden, um den transparenten Handel auf geregelten Börsen und Handelsplätzen zu stärken und der Entstehung systemischer Risiken entgegenzuwirken.

Rating-Agenturen haben eine zentrale Machtstellung auf den Finanzmärkten und bedürfen deshalb einer strengen Regulierung. Die Bundesregierung wird sich für eine effektive Anwendung der zivilrechtlichen Haftungsregelungen für Rating-Agenturen einsetzen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Rating-Agenturen fördern. Wir wollen die Rechtsnormen reduzieren, die eine Einschaltung der drei großen Rating-Agenturen vorschreiben. Wir wollen auch die Bedeutung externer Ratings reduzieren.

Das bisherige Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht hat noch keine hinreichende Wirkung im Finanzmarktbereich gezeigt. In Zukunft muss noch stärker gelten: Gemeinschädliches Handeln von Unternehmen und Managern muss angemessen sanktioniert werden. Wir unterstützen die Aufnahme strenger Vorschriften in den maßgeblichen europäischen Rechtsakten, welche insbesondere den Rahmen für Geldsanktionen auf ein angemessenes Niveau anheben und die Verhängung spürbarer Sanktionen gegen Unternehmen vorsehen, die gegen regulatorische Vorgaben verstoßen, und werden für deren Umsetzung ins deutsche Recht Sorge tragen.

Wir werden den Kampf gegen Finanzbetrug, Geldwäsche und Steuerhinterziehung sowie gegen die Terrorismusfinanzierung ebenso intensivieren wie die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden. Maßstab bei den Maßnahmen gegen die Geldwäsche und damit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität in Deutschland werden dabei die internationalen Standards der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) sein. Wir werden auch den Geldwäscheschatbestand (§ 261 StGB) entsprechend anpassen.

Wir wollen Lösungsvorschläge zum Umgang mit den Folgen eines lang anhaltenden Niedrigzinsumfeldes erarbeiten und generationengerecht im Interesse der Versicherungsgemeinschaft geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit und Stabilität der Lebensversicherungen treffen.

Die nationale Finanzmarktaufsicht in ihrer bisherigen Struktur aus BaFin und Deutscher Bundesbank hat sich

bewährt und ist ein unverzichtbarer Bestandteil im Konzept der neuen europäischen Aufsichtsstruktur. Die BaFin erhält die Möglichkeit, entsprechend den europäischen Regeln den Vertrieb komplexer und intransparenter Finanzprodukte zu beschränken oder zu verbieten, sofern diese die Finanzmarktstabilität gefährden oder unverhältnismäßige Risiken für Anleger bergen. Sie erhält den kollektiven Schutz der Verbraucher als wichtiges Ziel ihrer Aufsichtstätigkeit.

Wir unterstützen die europäischen Initiativen zum Girokonto für jedermann. Wir werden bei der nationalen Umsetzung sicherstellen, dass alle Institutsgruppen in angemessener Weise beteiligt sind.

Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits soll nicht zu einer übermäßigen Belastung eines Bankkunden führen. Daher sollen die Banken verpflichtet werden, beim Übertritt in den Dispositionskredit einen Warnhinweis zu geben; bei dauerhafter und erheblicher Inanspruchnahme sollen sie dem Kunden eine Beratung über mögliche kostengünstigere Alternativen zum Dispositionskredit anbieten müssen.

Wir werden die Einführung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf Provisionsbasis für alle Finanzprodukte vorantreiben und hohe Anforderungen an die Qualität der Beratung festlegen. Die Berufsbezeichnungen und Ausbildungsstandards der Berater auf Honorarbasis werden weiterentwickelt.

Das in der finanziellen Anlageberatung verwendete Beratungsprotokoll werden wir im Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für Anleger weiterentwickeln.

Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz zügig umsetzen und zwar im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit in der EU. Eine solche Besteuerung sollte möglichst alle Finanzinstrumente umfassen, insbesondere Aktien, Anleihen, Investmentanteile, Devisentransaktionen sowie Derivatekontrakte. Durch die Ausgestaltung der Steuer wollen wir Ausweichreaktionen vermeiden. Dabei gilt es, die Auswirkungen der Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden sowie zugleich unerwünschte Formen von Finanzgeschäften zurückzudrängen.

Dauerhaftes Wachstum braucht langfristig orientierte Investitionen. Deshalb werden wir bei allen Finanzmarktregulierungen auf diese Notwendigkeit achten. Im Übrigen werden wir das Zusammenwirken von Regulierungsmaßnahmen gemeinsam mit der BaFin auf Praktikabilität und Zielgenauigkeit überprüfen.

2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit

Wir wollen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen, die ihr auf dem globalen Arbeitsmarkt Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Beweglichkeit ermöglichen. Wir wollen Arbeit für alle, sicher und gut bezahlt. Mit einer klugen Arbeitsmarktpolitik wollen wir die Weichen für mehr Beschäftigung und für eine starke Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften stellen.

2.1. Beschäftigungschancen verbessern

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Eine moderne Wirtschaft im globalen Wettbewerb stellt Beschäftigte, Unternehmen und soziale Sicherungssysteme vor immer neue Herausforderungen. Damit der wirtschaftliche Erfolg und der soziale Schutz der Menschen fortbesteht, halten wir folgende Strukturanpassungen für erforderlich:

Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen neue Chancen erschließen

Der Arbeitsmarkt ist aufnahmefähig wie selten zuvor. Das eröffnet Chancen bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Deswegen wollen wir hier einen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik setzen.

Personen, die seit vielen Jahren arbeitslos sind, finden bisher selten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt. Häufige Gründe sind persönliche Vermittlungshemmnisse. Deswegen wollen wir Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose verstärkt in existenzsichernde Arbeit vermitteln, sie passgenau qualifizieren und begleiten sowie bei Bedarf auch nachgehend betreuen und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Personengruppe langzeitarbeitsloser Menschen, die nur mit massiver Unterstützung Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt finden können. Dieses Ziel wollen wir u. a. durch ein ESF-Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose und die Gewinnung von Arbeitgebern für die Gruppe arbeitsmarktferner Personen in den Vordergrund rücken.

Die Steuerung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende soll verstärkt auf das Ziel „Vermeidung von Langzeitleistungsbezug“ und die Mittelverteilung stärker auf Wirkungsorientierung ausgerichtet werden. Dabei ist auch der bisherige Problemdruck-indikator als Verteilungsmaßstab auf den Prüfstand zu stellen.

Zur Verstetigung von Förderleistungen wollen wir die wirkungsvolle Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln von einem Haushaltsjahr ins Nächste in der Grundsicherung verbessern.

Übergang Schule – Ausbildung – Beruf

Die beste und effizienteste Vorsorge gegen Ausbildungsabbrüche und lange Zeiten von Arbeitslosigkeit im Lebensverlauf sind passgenaue und tragfähige Übergänge von der Schule in Ausbildung und Beruf. Daher wollen wir den erfolgreichen Ausbildungs- und Berufseinstieg für leistungsschwache Jugendliche erleichtern und gezielt begleiten.

Flächendeckend einzurichtende Jugendberufsagenturen sollen die Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII für unter 25-Jährige bündeln. Datenschutzrechtliche Klarstellungen sollen den notwendigen Informationsaustausch erleichtern. Junge Menschen, deren Eltern seit Jahren von Grundsicherung leben, sollen gezielt Unterstützung bekommen.

Weil künftig nur eine ausreichende Qualifizierung nachhaltig vor Arbeitslosigkeit schützt und der Fachkräftebedarf absehbar steigt, wollen wir gezielt in die Nachqualifizierung junger Erwachsener ohne Berufsabschluss investieren. Deswegen werden wir die Initiative „AusBildung wird was – Spätstarter gesucht“ als Programm „2. Chance“ engagiert fortführen. Bessere finanzielle Rahmenbedingungen sollen Bereitschaft und Durchhaltevermögen junger Erwachsener fördern, auch in späteren Jahren noch einen qualifizierten Abschluss zu erreichen.

Sonderregelungen in der Kurzarbeit

Das Instrument der Kurzarbeit hat in der Krise enorm dazu beigetragen, wertvolle Fachkräfte in den Betrieben zu halten. Wir sind uns einig, in einer mit der Krise in den Jahren 2009/2010 vergleichbaren wirtschaftlichen Situation schnell zu handeln und kurzfristig die bewährten Sonderregelungen zur Förderung der Kurzarbeit und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen durch Gesetz wieder in Kraft zu setzen.

Arbeitslosengeld für überwiegend kurzfristig Beschäftigte

Die Koalition wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die soziale Absicherung von Kreativen und Kulturschaffenden einsetzen und für weitere Verbesserun-

gen sorgen. Insbesondere wird die Koalition nach Ablauf der aktuellen Regelung zum Arbeitslosengeld I-Bezug für überwiegend kurzfristig Beschäftigte, die auch für viele Kulturschaffende von hoher Bedeutung ist, Ende 2014 eine Anschlussregelung einführen, die den Besonderheiten von Erwerbsbiografien in der Kultur hinreichend Rechnung trägt. Unter anderem soll es für sie eine von zwei auf drei Jahre verlängerte Rahmenfrist geben, innerhalb derer die Anwartschaftszeit für den Bezug von Arbeitslosengeld I erfüllt werden muss.

Rechtsvereinfachung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Wer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung hat, soll schneller und einfacher als bisher zu seinem Recht kommen. Die Verwaltungen vor Ort sollen so effizient und ressourcenschonend wie möglich arbeiten können. Deswegen wollen wir das Leistungs- und Verfahrensrecht der Grundsicherung für Arbeitsuchende vereinfachen und effektiver ausgestalten. Hierzu sollen insbesondere die Ergebnisse der 2013 gegründeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Rechtsvereinfachung im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) intensiv geprüft und gegebenenfalls gesetzgeberisch umgesetzt werden.

Arbeitsförderung verbessern

Wir wollen die Arbeitsförderung stärker an den Bedürfnissen der Frauen und ihren häufig unterbrochenen Erwerbsbiografien ausrichten. Deshalb werden wir ein Programm zum besseren beruflichen Wiedereinstieg in existenzsichernde Arbeit schaffen. Darüber hinaus werden wir prüfen, wie auch Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf Regelleistungen nach dem SGB II und auf aktivierende Leistungen hatten, in die Maßnahmen des Eingliederungstitels einbezogen werden können.

2.2. Gute Arbeit

Modernes Arbeitsrecht

Wir wollen die Tarifautonomie stärken.

Arbeitnehmer-Entsendegesetz erweitern

Die tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben sich bewährt.

Deshalb werden wir den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes über die bereits dort genannten Branchen hinaus für alle Branchen öffnen.

Allgemeinverbindlicherklärungen nach dem Tarifvertragsgesetz anpassen und erleichtern

Das wichtige Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) nach dem Tarifvertragsgesetz bedarf einer zeitgemäßen Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. In Zukunft soll es für eine AVE nicht mehr erforderlich sein, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen. Ausreichend ist das Vorliegen eines besonderen öffentlichen Interesses. Das ist insbesondere dann gegeben, wenn alternativ:

- die Funktionsfähigkeit von Gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien (Sozialkassen) gesichert werden soll,
- die AVE die Effektivität der tarifvertraglichen Normsetzung gegen die Folgen wirtschaftlicher Fehlentwicklungen sichert, oder
- die Tarifvertragsparteien eine Tarifbindung von mindestens 50 Prozent glaubhaft darlegen.

Wir wollen, dass die, den Antrag auf AVE stellenden Tarifvertragsparteien, an den Beratungen und Entscheidungen des Tarifausschusses beteiligt werden können und werden prüfen, wie dies umgesetzt werden kann.

Um sich widersprechender Entscheidungen von Gerichten unterschiedlicher Gerichtsbarkeiten zu vermeiden, wird die Zuständigkeit für die Überprüfung von AVE nach dem Tarifvertragsgesetz und von Rechtsverordnungen nach dem AEntG und AÜG bei der Arbeitsgerichtsbarkeit konzentriert.

Allgemeine gesetzliche Mindestlohnregelung

Gute Arbeit muss sich einerseits lohnen und existenzsichernd sein. Andererseits müssen Produktivität und Lohnhöhe korrespondieren, damit sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten bleibt. Diese Balance stellen traditionell die Sozialpartner über ausgehandelte Tarifverträge her.

Sinkende Tarifbindung hat jedoch zunehmend zu weißen Flecken in der Tariflandschaft geführt. Durch die Einführung eines allgemein verbindlichen Mindestlohns soll ein angemessener Mindestschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichergestellt werden.

Zum 1. Januar 2015 wird ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitzunde für das ganze Bundesgebiet gesetzlich eingeführt. Von dieser Regelung unberührt bleiben nur Mindestlöhne nach dem AEntG.

Tarifliche Abweichungen sind unter den folgenden Bedingungen möglich:

- Abweichungen für maximal zwei Jahre bis 31. Dezember 2016 durch Tarifverträge repräsentativer Tarifpartner auf Branchenebene
- Ab 1. Januar 2017 gilt das bundesweite gesetzliche Mindestlohniveau uneingeschränkt.
- Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Koalitionsverhandlungen geltende Tarifverträge, in denen spätestens bis zum 31. Dezember 2016 das dann geltende Mindestlohniveau erreicht wird, gelten fort.
- Für Tarifverträge, bei denen bis 31. Dezember 2016 das Mindestlohniveau nicht erreicht wird, gilt ab 1. Januar 2017 das bundesweite gesetzliche Mindestlohniveau.
- Um fortgeltende oder befristete neu abgeschlossene Tarifverträge, in denen das geltende Mindestlohniveau bis spätestens zum 1. Januar 2017 erreicht wird, europarechtlich abzusichern, muss die Aufnahme in das Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) bis zum Abschluss der Laufzeit erfolgen.

Die Höhe des allgemein verbindlichen Mindestlohns wird in regelmäßigen Abständen – erstmals zum 10. Juni 2017 mit Wirkung zum 1. Januar 2018 – von einer Kommission der Tarifpartner überprüft, gegebenenfalls angepasst und anschließend über eine Rechtsverordnung staatlich erstreckt und damit allgemein verbindlich.

Die Mitglieder der Kommission werden von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer benannt (Größe: 3 zu 3 plus Vorsitz). Wissenschaftlicher

Sachverstand (ohne Stimmrecht) wird auf Vorschlag der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (1 plus 1) hinzugezogen.

Der Vorsitz ist alternierend, die genaue Regelung wird hierzu im Gesetz getroffen.

Wir werden das Gesetz im Dialog mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern aller Branchen, in denen der Mindestlohn wirksam wird, erarbeiten und mögliche Probleme, z. B. bei der Saisonarbeit, bei der Umsetzung berücksichtigen.

Im Übrigen ist klar, dass für ehrenamtliche Tätigkeiten, die im Rahmen der Minijobregelung vergütet werden, die Mindestlohnregelung nicht einschlägig ist, weil sie in aller Regel nicht den Charakter abhängiger und weisungsgebundener Beschäftigung haben.

Missbrauch von Werkvertragsgestaltungen verhindern

Rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen verhindert werden. Dafür ist es erforderlich, die Prüftätigkeit der Kontroll- und Prüfinstanzen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zu konzentrieren, organisatorisch effektiver zu gestalten, zu erleichtern und im ausreichenden Umfang zu personalisieren, die Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrats sicherzustellen, zu konkretisieren und verdeckte Arbeitnehmerüberlassung zu sanktionieren. Der vermeintliche Werkunternehmer und sein Auftraggeber dürfen auch bei Vorlage einer Verleiherlaubnis nicht bessergestellt sein, als derjenige, der unerlaubt Arbeitnehmerüberlassung betreibt. Der gesetzliche Arbeitsschutz für Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer muss sichergestellt werden.

Zur Erleichterung der Prüftätigkeit von Behörden werden die wesentlichen durch die Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßen und missbräuchlichen Fremdpersonaleinsatz gesetzlich niedergelegt.

Arbeitnehmerüberlassung weiterentwickeln

Wir präzisieren im AÜG die Maßgabe, dass die Überlassung von Arbeitnehmern an einen Entleiher vorübergehend erfolgt, indem wir eine Überlassungshöchst-

dauer von 18 Monaten gesetzlich festlegen. Durch einen Tarifvertrag der Tarifvertragsparteien der Einsatzbranche oder aufgrund eines solchen Tarifvertrags in einer Betriebs- bzw. Dienstvereinbarung können unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Stammbeschafteten abweichende Lösungen vereinbart werden. Wir entwickeln die statistische Berichterstattung zur Arbeitnehmerüberlassung bedarfsgerecht fort.

Die Koalition will die Leiharbeit auf ihre Kernfunktionen hin orientieren. Das AÜG wird daher an die aktuelle Entwicklung angepasst und novelliert:

- Die Koalitionspartner sind sich darüber einig, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter künftig spätestens nach neun Monaten hinsichtlich des Arbeitsentgelts mit den Stammarbeitnehmern gleichgestellt werden.
- Kein Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leihararbeitern als Streikbrecher.
- Zur Erleichterung der Arbeit der Betriebsräte wird gesetzlich klargestellt, dass Leiharbeiter bei den betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerten grundsätzlich zu berücksichtigen sind, sofern dies der Zielrichtung der jeweiligen Norm nicht widerspricht.

Tariftreue im Vergaberecht

Auf Länderebene bestehen bereits Vergabegesetze, die die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung all-gemeinverbindlicher Tarifverträge abhängig machen. Wir werden eine europarechtskonforme Einführung vergleichbarer Regelungen auch auf Bundesebene prüfen. Im Ergebnis dürfen damit keine bürokratischen Hürden aufgebaut werden.

Tarifeinheit gesetzlich regeln

Um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken, wollen wir den Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festschreiben. Durch flankierende Verfahrensregelungen wird verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung getragen.

Beschäftigtendatenschutz gesetzlich regeln

Die Verhandlungen zur Europäischen Datenschutzgrundverordnung verfolgen wir mit dem Ziel, unser nationales Datenschutzniveau – auch bei der grenzüberschreitenden Datenverarbeitung – zu erhalten und über das Europäische Niveau hinausgehende Standards zu ermöglichen. Sollte mit einem Abschluss der Verhandlungen über die Europäische Datenschutzgrundverordnung nicht in angemessener Zeit gerechnet werden können, wollen wir hiernach eine nationale Regelung zum Beschäftigtendatenschutz schaffen.

Informantenschutz im Arbeitsverhältnis

Beim Hinweisgeberschutz prüfen wir, ob die internationalen Vorgaben hinreichend umgesetzt sind.

Weiterentwicklung des Teilzeitrechts

Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich zum Beispiel wegen Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen zu einer zeitlich befristeten Teilzeitbeschäftigung entschieden haben, wollen wir sicherstellen, dass sie wieder zur früheren Arbeitszeit zurückkehren können. Dazu werden wir das Teilzeitrecht weiterentwickeln und einen Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit schaffen (Rückkehrrecht).

Für bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse werden wir die Darlegungslast im Teilzeit- und Befristungsgesetz auf den Arbeitgeber übertragen. Bestehende Nachteile für Teilzeitbeschäftigte wollen wir beseitigen.

Ganzheitlicher Arbeitsschutz

Der Schutz der Beschäftigten vor Gefahren am Arbeitsplatz und die Stärkung der Gesundheit bei der Arbeit ist ein wichtiges Gebot sozialer Verantwortung. Ein deutlicher Hinweis auf die Herausforderungen, die eine sich wandelnde Arbeitswelt für den deutschen Arbeitsschutz bedeutet, ist die drastische Zunahme psychischer Erkrankungen. Unser Leitbild ist ein ganzheitlicher, physische und psychische Belastungen umfassender Gesundheitsschutz bei der Arbeit. Die Zusammenarbeit mit der allgemeinen Gesundheitspolitik wird ausgebaut. Betriebliche Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz werden enger verknüpft. Das betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) wollen wir stärken und mehr Verbindlichkeit erreichen.

Gesundheitszirkel in den Betrieben haben sich in der Praxis als erfolgreicher Ansatz erwiesen. Wir wollen erreichen, dass in Unternehmen in Kooperation mit den gesetzlichen Krankenkassen solche Zirkel vermehrt eingerichtet werden. Wir werden die Entwicklung neuer Präventionskonzepte und betrieblicher Gestaltungslösungen bei psychischer Belastung in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie vorantreiben, den Instrumenteneinsatz besser ausrichten, auf eine verbesserte Kontrolle des Arbeitsschutzes hinwirken und in bestehenden Arbeitsschutzverordnungen, die noch keine Klarstellung zum Schutz der psychischen Gesundheit enthalten, dieses Ziel aufnehmen. Es erfolgt eine wissenschaftliche Standortbestimmung, die gleichzeitig eine fundierte Übersicht über psychische Belastungsfaktoren in der Arbeitswelt gibt und Handlungsoptionen für notwendige Regelungen aufzeigt. Im Lichte weiterer wissenschaftlicher Erkenntnisse schließen wir in- sowie auch verbindliche Regelungen in Form einer Verordnung gegen psychische Erkrankungen nicht aus.

Der Schutz und die Stärkung der physischen Gesundheit in besonders belastenden Tätigkeiten werden weiter verbessert, die entsprechende Forschung unter Begleitung der Tarifpartner intensiviert und Lösungsvorschläge zur Vermeidung arbeitsbedingter Verschleißerkrankungen und Frühverrentungen erarbeitet.

2.3. Soziale Sicherheit

Für soziale Sicherheit im Alter

Der demografische Wandel stellt unsere Alterssicherungssysteme vor besondere Herausforderungen. Das hohe Maß an sozialer Sicherheit im Alter, das wir heute in Deutschland haben, wollen wir auch in Zukunft erhalten. Dazu müssen wir die Strukturen und Leistungen kontinuierlich an die Veränderungen in der Arbeitswelt anpassen. Insbesondere die Finanzierung muss immer wieder neu und in der Lastenverteilung gerecht zwischen den Generationen ausbalanciert werden. Deswegen wollen wir, wie auch im Arbeitsmarkt, in der Rente Anreize setzen, damit möglichst viele Menschen bei guter Gesundheit möglichst lange im Erwerbsleben bleiben und über ihre Steuern und Sozialbeiträge die finanzielle Basis unserer Alterssicherungssysteme stärken. Gleichzeitig wollen wir genug Raum für zusätzliche Vorsorge und Freiheiten zum selbstbestimmten Gestalten der späten Lebensabschnitte lassen.

Arbeiten bis 67 gestalten

Uns ist bewusst, dass Deutschland zu den Ländern gehört, die weltweit am schnellsten und am tiefgreifendsten vom demografischen Wandel betroffen sind. Eine rasch alternde Bevölkerung muss ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen anpassen, wenn sie im globalen Wettbewerb bestehen will. Für den vor über einem Jahrzehnt angestoßenen breiten Reformprozess erfährt Deutschland mittlerweile international hohe Anerkennung. Immer mehr Betriebe unternehmen Anstrengungen, um ihre Belegschaften auch im höheren Alter beschäftigen zu können. Die Wertschätzung für die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in Wirtschaft und Gesellschaft spürbar gestiegen. Die Erwerbstätigen- und die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen steigt seit einem Jahrzehnt kontinuierlich an. Deutschland ist bei der Beschäftigung Älterer mittlerweile Vizeeuropameister hinter Schweden. Diese Erfolgsgeschichte der steigenden Beteiligung Älterer am Erwerbsleben wollen wir fortschreiben. Unser Ziel ist eine moderne und wettbewerbsfähige Gesellschaft des langen Lebens und Arbeitens.

Seit Beginn des Jahres 2012 können langjährig Beschäftigte nach 45 Beitragsjahren mit Erreichen des 65. Lebensjahres ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente gehen. Es hat sich in der Arbeitswelt viel zugunsten Älterer verbessert, aber wir sind noch nicht am Ziel.

Deshalb werden wir die bereits vorhandene Vertrauensschutzregelung zur Anhebung der Regelaltersgrenze erweitern: Langjährig Versicherte, die durch 45 Beitragsjahre (einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit) ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, können ab dem 1. Juli 2014 mit dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen. Das Zugangsalter, mit dem der abschlagsfreie Rentenzugang möglich ist, wird schrittweise parallel zur Anhebung des allgemeinen Renteneintrittsalters auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben.

Ältere Beschäftigte sind unverzichtbar im Arbeitsleben. Nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels werden ihre Erfahrung und ihr Potenzial künftig zunehmend gefragt sein. Über Steuern, Beiträge und zusätzlich erworbene eigene Rentenansprüche tragen sie wesentlich dazu bei, dass unsere Sozialsysteme im demografischen Wandel leistungsfähig bleiben. Deswegen wollen wir lebenslaufbezogenes Arbeiten unterstüt-

zen. Wir werden den rechtlichen Rahmen für flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand verbessern.

Erwerbsgeminderte besser absichern

Wer nichts mehr an seiner Erwerbssituation ändern kann, ist in besonderem Maße auf die Solidarität der Versichertengemeinschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten spürbar verbessern. Ziel ist es, diejenigen besser abzusichern, die auf diese Leistung angewiesen sind, ohne damit neue Fehlanreize für nicht zwingend notwendige Frühverrentungen zu schaffen. Wir werden die Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente zum 1. Juli 2014 um zwei Jahre anheben (von 60 auf 62). Für die letzten vier Jahre vor der Erwerbsminderungsrente erfolgt eine Günstigerprüfung.

Reha-Budget demografiefest ausgestalten

Durch ein besseres präventives betriebliches Gesundheitsmanagement wollen wir erreichen, dass ältere Menschen gesund und leistungsfähig ihren Beruf ausüben.

Menschen mit akuten Krankheiten müssen eine schnelle, wirkungsvolle Behandlung erhalten, um chronische Beschwerden möglichst zu vermeiden.

Das Reha-Budget wird bedarfsgerecht unter Berücksichtigung des demografischen Wandels angepasst, damit die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft die notwendigen Rehabilitations- und Präventionsleistungen an ihre Versicherten erbringen kann.

Private und betriebliche Altersvorsorge stärken

Die Alterssicherung steht im demografischen Wandel stabiler, wenn sie sich auf mehrere starke Säulen stützt. Deswegen werden wir die betriebliche Altersvorsorge stärken. Sie muss auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Klein- und Mittelbetrieben selbstverständlich werden. Daher wollen wir die Voraussetzungen schaffen, damit Betriebsrenten auch in kleinen Unternehmen hohe Verbreitung finden. Hierzu werden wir prüfen, inwieweit mögliche Hemmnisse bei den kleinen und mittleren Unternehmen abgebaut werden können. Wir werden auch im europäischen Kontext darauf achten, dass die guten Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersvorsorge erhalten bleiben.

Lebensleistung in der Rente honorieren

Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Sozialversicherung auszahlen. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Die Einführung wird voraussichtlich bis 2017 erfolgen.

Grundsatz dabei ist: Wer langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war, Beiträge gezahlt hat (40 Jahre) und dennoch im Alter weniger als 30 Rentenentgeltpunkte Alterseinkommen (Einkommensprüfung) erreicht, soll durch eine Aufwertung der erworbenen Rentenentgeltpunkte bessergestellt werden. Dies kommt vor allem Geringverdienern zugute und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben. Durch eine Übergangsregelung bis 2023 (in dieser Zeit reichen 35 Beitragsjahre) stellen wir sicher, dass insbesondere die Erwerbsbiografien der Menschen in den neuen Ländern berücksichtigt werden. In allen Fällen werden bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit wie Beitragsjahre behandelt. Danach soll zusätzliche Altersvorsorge als Zugangsvoraussetzung erforderlich sein. In einer zweiten Stufe sollen jene Menschen, die trotz dieser Aufwertung nicht auf eine Rente von 30 Entgeltpunkten kommen, jedoch bedürftig sind (Bedürftigkeitsprüfung), einen weiteren Zuschlag bis zu einer Gesamtsumme von 30 Entgeltpunkten erhalten. Die Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln, u. a. dadurch, dass Minderausgaben in der Grundsicherung im Alter als Steuerzuschuss der Rentenversicherung zufließen, und durch die Abschmelzung des Wanderungsausgleichs.

Kindererziehung besser anerkennen (Mütterrente)

Die Erziehung von Kindern ist Grundvoraussetzung für den Generationenvertrag der Rentenversicherung. Während Kindererziehungszeiten ab 1992 rentenrechtlich umfassend anerkannt sind, ist dies für frühere Jahrgänge nicht in diesem Umfang erfolgt. Diese Gerechtigkeitslücke werden wir schließen. Wir werden daher ab 1. Juli 2014 für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt in der Alterssicherung berücksichtigen. Die Erziehungsleistung dieser Menschen wird damit in der Rente besser als bisher anerkannt.

Minijobs

Wir werden dafür sorgen, dass geringfügig Beschäftigte besser über ihre Rechte informiert werden. Zudem

wollen wir die Übergänge aus geringfügiger in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erleichtern.

Eigenständige Alterssicherungssysteme erhalten

Die Bundesregierung steht auch weiterhin zur Alterssicherung der Landwirte, zur Künstlersozialversicherung sowie zu der berufsständischen Versorgung der verkammerten freien Berufe; diese bleiben als eigenständige Alterssicherungssysteme erhalten.

Angleichungsprozess Ost-West fortsetzen

Der Fahrplan zur vollständigen Angleichung, gegebenenfalls mit einem Zwischenschritt, wird in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz festgeschrieben:

Zum Ende des Solidarpakts, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird, erfolgt in einem letzten Schritt die vollständige Angleichung der Rentenwerte. Zum 1. Juli 2016 wird geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess bereits vollzogen hat und auf dieser Grundlage entschieden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.

Selbstverwaltung und Entschädigung

Selbstverwaltung stärken

Die soziale Selbstverwaltung ist Ausdruck der Verantwortung, die die Sozialpartner in Deutschland für die Gestaltung der Sozialversicherung übernehmen. Wir wollen die Selbstverwaltung stärken und die Sozialwahlen modernisieren. Dazu wollen wir künftig Online-Wahlen ermöglichen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, insbesondere im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungen, sollen die Auswahlmöglichkeiten durch mehr Direktwahlen verbessert werden. Durch geeignete Maßnahmen wollen wir erreichen, dass das repräsentative Verhältnis von Frauen und Männern in der Selbstverwaltung optimiert wird. Schließlich sollen die Arbeit der Selbstverwaltung transparenter gestaltet, die Möglichkeit der Weiterbildung verbessert und die Regelungen für die Freistellung präzisiert werden.

Modernes Entschädigungsrecht

Wir wollen das Recht der Sozialen Entschädigung und der Opferentschädigung in einem zeitgemäßen Regelwerk zukunftsfest neu ordnen. Hierbei wollen wir veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen und Erkenntnissen auch im Bereich psychischer Gewalt Rechnung tragen. Opfer von Gewalttaten sollen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Sofortmaßnahmen (z. B. Traumaambulanzen) erhalten und professionell begleitet werden. Ein transparenter und spezifischer Leistungskatalog soll zu einer verbesserten Teilhabe beitragen. Mit der Gesetzesreform gehen keine Leistungsver schlechterungen einher.

Ghetto-Rente

Wir sind uns der historischen Verantwortung für die Überlebenden des Holocaust, die in der NS-Zeit unsägliches Leid erlebt haben, bewusst.

Wir wollen daher, dass den berechtigten Interessen der Holocaust-Überlebenden nach einer angemessenen Entschädigung für die in einem Ghetto geleistete Arbeit Rechnung getragen wird.

Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern

Die Schnittstellen der verschiedenen Sozialgesetzbücher zueinander sowie diejenigen zum Bundesausbildungsförderungsgesetz wollen wir systematisch aufarbeiten und besser miteinander verzahnen. Sicherungs- und Förderlücken sollen vermieden werden.

2.4. Gesundheit und Pflege

Ambulante Gesundheitsversorgung

Im Zentrum unserer Gesundheitspolitik stehen die Patientinnen und Patienten und die Qualität ihrer medizinischen Versorgung. Die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist unverzichtbares Element für die flächendeckende ambulante Versorgung. Sie ist ein Garant für die Diagnose- und Therapiefreiheit und für die freie Arztwahl.

Zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung wollen wir die Anreize zur Niederlassung in unterversorgten

Gebieten weiter verbessern. Darum werden wir unnötige bürokratische Anforderungen abbauen und die Rahmenbedingungen für Zulassungen für Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten flexibilisieren. Die Möglichkeit zur Zulassung von Krankenhäusern zur ambulanten Versorgung in unterversorgten Gebieten wird verbessert. Dazu wird bei der Ermächtigung in § 116 a SGB V das Wort „kann“ durch „muss“ ersetzt und eine jährliche verbindliche Überprüfung eingeführt. Die Förderung von Praxisnetzen wollen wir verbindlich machen und ausbauen. Die gesetzlichen Vorgaben zum Abbau von Überversorgung durch den Aufkauf von Arztstellen werden von einer „Kann“ in eine „Soll“-Regelung überführt.

Wir wollen in der psychotherapeutischen Versorgung Wartezeiten reduzieren und mehr Betroffenen ein zeitnahes Angebot für eine Kurzzeittherapie eröffnen. Hierzu werden wir das Antrags- und Gutachterverfahren entbürokratisieren, die Gruppentherapie fördern und den Gemeinsamen Bundesausschuss beauftragen, in einer gesetzlich definierten Frist die Psychotherapierichtlinie zu überarbeiten. Die bestehenden Befugnisbeschränkungen für Psychotherapeuten werden wir überprüfen.

Für gesetzlich Versicherte wollen wir die Wartezeit auf einen Arzttermin deutlich reduzieren. Sie sollen sich zukünftig bei Überweisung an einen Facharzt an eine zentrale Terminservicestelle bei der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) wenden können. Diese vermittelt innerhalb einer Woche einen Behandlungstermin. Für den Termin soll im Regelfall eine Wartezeit von vier Wochen nicht überschritten werden. Gelingt dies nicht, wird von der Terminservicestelle ein Termin – außer in medizinisch nicht begründeten Fällen – zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus angeboten. Die Behandlung erfolgt dann zu Lasten des jeweiligen KV-Budgets. Diese Terminservicestellen können in Kooperation mit Krankenkassen betrieben werden.

Wir wollen auch in der Zukunft die Rolle des Hausarztes fördern und die hausärztliche Versorgung weiter stärken. Die von Fachärztinnen und Fachärzten erbrachten hausärztlichen Leistungen sollen zukünftig nicht den hausärztlichen Teil der Gesamtvergütung mindern. Dies gilt umgekehrt für von Hausärztinnen und Hausärzten erbrachte fachärztliche Leistungen.

Die Vertreterversammlungen von Kassenärztlicher Bundesvereinigung und Kassenärztlichen Vereinigungen werden zu gleichen Teilen aus Haus- und Fachärztinnen

und -ärzten gebildet. Über rein hausärztliche Belange entscheiden die hausärztlichen Mitglieder der Vertreterversammlung, über rein fachärztliche Belange die fachärztlichen Mitglieder der Vertreterversammlung. Für angestellte Ärztinnen und Ärzte in der ambulanten Versorgung werden wir verpflichtend einen beratenden Fachausschuss vorsehen.

Künftig werden auch arztgruppengleiche Medizinische Versorgungszentren zugelassen. Außerdem wird es auch Kommunen ermöglicht, Medizinische Versorgungszentren zu gründen; davon unberührt gilt der Vorrang eines ärztlichen Bewerbers (§ 103 Abs. 4c SGB V). Bei Vergütung und Zulassung dürfen die Medizinischen Versorgungszentren im Rahmen des bestehenden Rechts nicht benachteiligt werden.

Wir werden für Arznei- und Heilmittel gesetzlich vorgeben, dass die heutigen Wirtschaftlichkeitsprüfungen bis Ende 2014 durch regionale Vereinbarungen von Krankenkassen und Kassenärztlicher Selbstverwaltung ersetzt werden. Unberechtigte Regressforderungen bei Retaxationen gegenüber Heilmittelerbringern wollen wir zudem unterbinden.

Leistungslücken beim Übergang vom stationären in den ambulanten Versorgungsbereich wollen wir überwinden, indem das Entlassungsmanagement durch eine gesetzliche Koordinationsfunktion der Krankenkassen ergänzt wird. Die Möglichkeiten der Krankenhäuser, bei einer Entlassung Leistungen zu verordnen, werden ausgeweitet. Krankenhäuser können eine pflegerische Übergangsversorgung veranlassen. Wirtschaftlichkeitsvorgaben sind zu beachten, eine vorrangige Berücksichtigung von Einrichtungen der verordnenden Krankenhäuser ist auszuschließen.

Für Erwachsene mit geistiger Behinderung und schweren Mehrfachbehinderungen werden medizinische Behandlungszentren analog zu den sozialpädiatrischen Zentren zur (zahn-) medizinischen Behandlung (neuer § 119c SGB V) geschaffen.

Der Einsatz von qualifizierten nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen, die delegierte ärztliche Leistungen erbringen, soll flächendeckend ermöglicht und leistungsgerecht vergütet werden. Modellvorhaben zur Erprobung neuer Formen der Substitution ärztlicher Leistung sollen aufgelegt und evaluiert werden. Je nach Ergebnis werden sie in die Regelversorgung überführt.

Die Krankenkassen müssen Freiräume erhalten, um im Wettbewerb gute Verträge gestalten und regionalen Besonderheiten gerecht werden zu können. Für die verschiedenen Möglichkeiten zur Vereinbarung von integrierten und selektiven Versorgungsformen (§§ 63 bis 65, 73a, 73b, 73c, 140a ff. SGB V) werden die rechtlichen Rahmenbedingungen angeglichen und bestehende Hemmnisse bei der Umsetzung beseitigt. Gleichartig geregelt werden insbesondere die Evaluation integrierter und selektiver Versorgungsformen durch eine Vereinbarung der Vertragspartner sowie der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde nach jeweils vier Jahren. Wir werden Regelungen zur Mindestdauer und zur Substitution der Regelversorgung aufheben und die Bereinigungsverfahren vereinfachen. Versorgungsformen, deren Qualität und Wirtschaftlichkeit erwiesen ist, sollten in geeigneter Weise in die Regelversorgung überführt werden. Die Krankenkassen bleiben gesetzlich verpflichtet, hausarztzentrierte Versorgung anzubieten. Die hausarztzentrierte Versorgung wird weiterentwickelt und um geeignete Instrumente zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zur Qualitätssicherung ergänzt. Die bestehenden Vergütungsbeschränkungen werden aufgehoben. Die strukturierten Behandlungsprogramme müssen, soweit sie die Hausärzte betreffen, Bestandteil der Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung sein. Darüber hinaus soll die fachärztliche Versorgung gestärkt werden.

Wir werden prüfen, ob sich die Unterschiede in der ärztlichen Vergütung durch Besonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur begründen lassen und wie unbegründete Unterschiede aufgehoben werden können.

Die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke werden weiterentwickelt; neue Programme sollen entwickelt werden für die Behandlung von Rückenleiden und Depressionen.

Die sektorübergreifende Qualitätssicherung mit Routinedaten wird ausgebaut. Wir werden gesetzlich ein Institut gründen, das dauerhaft und unabhängig die Qualität der ambulanten und stationären Versorgung ermittelt und dem Gemeinsamen Bundesausschuss Entscheidungsgrundlagen liefert. Die gesetzlichen Krankenkassen werden verpflichtet, dem Institut geeignete pseudonymisierte Routinedaten zur Verfügung zu stellen.

Die Verfügbarkeit der Routinedaten aus der Gesetzlichen Krankenversicherung für die Versorgungsforschung und

für das Versorgungsmanagement der Krankenkassen wollen wir erhöhen. Die Morbidität soll künftig zudem nicht nur mit Leistungsdaten bestimmt werden, mittelfristig sollen auch epidemiologische Daten herangezogen werden. Zur Verbesserung der Datenlage für die Versorgungsforschung werden zukünftig Regionalkennzeichen der patientenbezogenen Ausgaben erhoben.

Elektronische Kommunikations- und Informationstechnologien können die Leistungsfähigkeit in unserem Gesundheitswesen weiter verbessern. Dies gilt insbesondere für die Versichertenstammdaten, die Notfalldaten, die Kommunikation zwischen allen Leistungserbringern, Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit und Daten für ein verbessertes Einweisungs- und Entlassmanagement. Hindernisse beim Datenaustausch und Schnittstellenprobleme werden beseitigt und der Anbieterwettbewerb zwischen IT-Anbietern befördert. Dabei muss ein hoher Datenschutz beachtet werden. Telemedizinische Leistungen sollen gefördert und angemessen vergütet werden.

Wir werden einen neuen Straftatbestand der Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen im Strafgesetzbuch schaffen.

Zur Förderung innovativer sektorübergreifender Versorgungsformen und für die Versorgungsforschung wird ein Innovationsfonds geschaffen. Dafür werden 300 Mio. Euro von den Krankenkassen zur Verfügung gestellt; dafür erhalten die Krankenkassen 150 Mio. Euro an zusätzlichen Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds. Aus dem Innovationsfonds werden für Versorgungsleistungen, die über die Regelversorgung hinausgehen, Mittel in Höhe von insgesamt 225 Mio. Euro und für Versorgungsforschung Mittel in Höhe von insgesamt 75 Mio. Euro verwendet. Für die Vergabe der Mittel legt der Gemeinsame Bundesausschuss Kriterien fest. Die Vergabe erfolgt durch ein jährliches Ausschreibungsverfahren, das vom Gemeinsamen Bundesausschuss durchgeführt wird. Eine Evaluierung erfolgt nach vier Jahren.

Krankenhausversorgung

Eine flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elementen der Daseinsvorsorge. Das Krankenhaus der Zukunft muss gut, gut erreichbar und sicher sein.

Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, nach dem neuesten medizinischen Stand und in bester

Qualität behandelt zu werden. In einer Qualitätsoffensive werden wir die Qualität der stationären Versorgung verbessern. Qualität wird als weiteres Kriterium für Entscheidungen der Krankenhausplanung gesetzlich eingeführt (§ 1 KHG).

In dem neu zu gründenden Qualitätsinstitut werden sektorenübergreifend Routinedaten gesammelt, ausgewertet und einrichtungsbezogen veröffentlicht. Die Anforderungen der Qualitätsrichtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) sind zwingend einzuhalten. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen soll zur Überprüfung der Vorgaben des GBA zur internen und externen Qualitätssicherung zukünftig unangemeldet Kontrollen in den Krankenhäusern durchführen. Die Befugnis des GBA zur Festlegung von Mindestmengen wollen wir rechtssicher gestalten. Die Ausnahmebefugnisse der Länder bleiben davon unberührt.

Die jährlich zu erstellenden Qualitätsberichte der Krankenhäuser müssen verständlicher, transparenter und als Grundlage für die Patientenentscheidung präziser werden. Der GBA wird beauftragt, in seinen Vorgaben die Aussagekraft und Verständlichkeit der Qualitätsberichte der Krankenhäuser zu verbessern und Aspekte der Patientensicherheit sowie Ergebnisse von Patientenbefragungen zu integrieren. Dazu soll das Qualitätsinstitut eine online einsehbare Vergleichsliste erstellen und führen und die Vielzahl von Zertifikaten bewerten und einordnen. Die teilweise in Krankenhäusern bereits genutzten OP-Sicherheits-Checklisten werden allgemeiner Standard der Qualitätssicherung.

Gute Qualität muss sich für die Krankenhäuser auch finanziell lohnen. Die Menge soll künftig nur da berücksichtigt werden, wo sie entsteht. Das heute bestehende System der Mehrleistungsabschläge wollen wir dabei differenzieren: Leistungen mit nachgewiesener hoher Qualität können von Mehrleistungsabschlägen ausgenommen werden, für besonders gute Qualität sind Zuschläge möglich. Umgekehrt sollen bei unterdurchschnittlicher Qualität für einzelne Leistungen auch höhere Abschläge möglich sein. Die Qualität soll dabei risikoadjustiert und anhand wesentlicher Indikatoren gemessen werden. Die Degression des Landesbasisfallwertes bei landesweiten Mengensteigerungen wird entsprechend vermindert.

Zur weiteren Stärkung der Qualität in der Versorgung wird für vier vom GBA ausgewählte planbare Leistungen

den Krankenkassen in den Jahren 2015 bis 2018 die Möglichkeit gegeben, modellhaft Qualitätsverträge mit einzelnen Krankenhäusern abzuschließen. Die Kriterien für Qualitätsverträge werden von den Krankenkassen auf Landesebene einheitlich und gemeinsam festgelegt. Die freie Krankenhauswahl bleibt dabei unberührt. Danach erfolgt eine Evaluierung.

Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen muss die wohn-ortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein. Hierzu wollen wir sicherstellen, dass auch Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen ihren Versorgungsauftrag wahrnehmen können. Die Einführung des Systems diagnosebezogener Fallgruppen (DRG-System) als leistungsorientiertes Entgeltsystem war richtig. Künftig kann das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus Kalkulationskrankenhäuser adäquat repräsentativ auswählen. Gesunkene Sachkosten sind zeitnah bei der Kalkulation abzubilden.

Wir wollen die Länder bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung von einer standortbasierten hin zu einer erreichbarkeitsorientierten Versorgungsplanung unterstützen. Dazu sollen die Möglichkeiten, Sicherstellungszuschläge zu vereinbaren, gesetzlich konkretisiert werden. Die Festlegung von Kriterien erfolgt zukünftig durch den GBA. Werden diese erfüllt, ist nach Zustimmung des Landes ein Sicherstellungszuschlag zu zahlen. Es ist auch zu überprüfen, ob für Krankenhäuser die Vorhaltekosten, insbesondere für die Notfallversorgung, aktuell ausreichend finanziert werden.

Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass nur Operationen durchgeführt werden, die auch tatsächlich medizinisch notwendig sind. Daher haben Patienten zukünftig regelhaft die Möglichkeit, eine Zweitmeinung bei einem weiteren Facharzt oder Krankenhaus einzuholen. Dies betrifft vom GBA zu definierende mengenanfällige planbare Behandlungen. Die Ärzte müssen bei Indikationsstellung die Patienten über deren Recht zur Einholung einer Zweitmeinung verbindlich aufklären. Diese Aufklärung muss mindestens zehn Tage vor der Operation erfolgen. Die Kosten übernehmen die Krankenkassen.

Eine sichere Behandlung ist letztendlich nur dort möglich, wo das ärztliche und pflegerische Personal nicht über Gebühr belastet wird. Wir wollen gewährleisten, dass auf Ebene der DRG-Kalkulation die Personalkos-

ten, insbesondere die der Pflege, in ausreichender Höhe und Gewichtung berücksichtigt werden. Dass die Krankenhäuser diese Mittel auch tatsächlich für Personalkosten eingesetzt haben, müssen sie in den Budgetverhandlungen in geeigneter Weise unbürokratisch nachweisen.

Krankenhäuser, in denen neue Medizinprodukte mit hoher Risikoklasse zum Einsatz kommen, sollen verpflichtet werden, sich in der Phase nach der Markteinführung an Nutzen- und Sicherheitsstudien des GBA zu beteiligen. Entsprechende Methodenbewertungsverfahren des GBA sollen regelmäßig nach spätestens zwei Jahren abgeschlossen sein.

Register verbessern aufgrund ihrer Langzeitbeobachtungen die Patientensicherheit und Qualität. Wir werden als ersten Schritt ein Transplantationsregister und ein Implantateregister aufbauen, die Datenlieferung ist verpflichtend. Dabei werden bereits bestehende Register einbezogen. Zur Vermeidung von Krankenhausinfektionen werden wir die bereits eingeleiteten Maßnahmen evaluieren und erweitern. Informationen zu Krankenhausinfektionen müssen verpflichtender Bestandteil der Qualitätsberichte werden.

Bestimmte Unterschiede in den Landesbasisfallwerten lassen sich nicht durch Besonderheiten in der Versorgungs- und Kostenstruktur oder der unterschiedlichen Umsetzung gesetzlicher Verpflichtungen begründen. Sie sollen aufgehoben werden. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe erarbeitet auf Basis des hierzu vorzulegenden Gutachtens Eckpunkte. Eine gesetzliche Regelung zur Umsetzung der Eckpunkte soll zum 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Die Kosten der Krankenhäuser sollen mit der Fortentwicklung der Krankenhauspreise über den Orientierungswert besser berücksichtigt werden; dieser muss deshalb auch stärker auf die spezifischen Gegebenheiten im Krankenhausbereich abstellen. Gleichzeitig bleibt es Aufgabe der Krankenhäuser, effizient und wirtschaftlich zu arbeiten.

Die ambulante Notfallversorgung konzentriert sich außerhalb der allgemeinen Praxissprechzeiten auf die Krankenhäuser. Das macht eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Vergütung erforderlich. Wir streben dabei eine regelhafte Kooperation der Kassenärztlichen Vereinigungen und

der Krankenhäuser zur Sicherstellung der ambulanten Notfallversorgung an. In eine solche Kooperation soll der Notdienst der Apotheken einbezogen werden. Der Sicherstellungsauftrag verbleibt bei den Kassenärztlichen Vereinigungen.

Wir werden die besonderen Aufgaben der Universitätskliniken und der Krankenhäuser der Maximalversorgung besser im DRG-System vergüten. Für Hochkostenfälle, die nicht durch Fallpauschalen sachgerecht abgebildet werden können, hat das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus bis Ende 2014 eine geeignete gesonderte Vergütungsform vorzulegen. Leistungen der Hochschulambulanzen werden künftig angemessen vergütet.

Qualität wird als Kriterium zur Teilnahmeberechtigung an der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung (§116 b SGB V) gestärkt. Wie die Qualitätsnachweise zu führen sind, legt der GBA fest. Genutzt werden dazu auch die Qualitätsdaten des Qualitätsinstituts.

Wir werden zur Vorbereitung der skizzierten Krankenhausreform unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einsetzen, die bis Ende 2014 entsprechende Eckpunkte erarbeiten soll.

Ein neues Vergütungssystem in der Psychiatrie und Psychosomatik darf schwerst psychisch Erkrankte nicht benachteiligen, muss die sektorenübergreifende Behandlung fördern und die Verweildauer verkürzen, ohne Drehtüreffekte zu erzeugen. Dazu sind systematische Veränderungen des Vergütungssystems vorzunehmen. An dem grundsätzlichen Ziel, mehr Transparenz und Leistungsorientierung und eine bessere Verzahnung ambulanter und stationärer Leistungen in diesen Bereich zu bringen, halten wir fest.

Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention

Wir stehen für eine flächendeckende, innovative und sichere Arzneimittelversorgung in Deutschland. Der unmittelbare Zugang zu neuen Arzneimitteln für alle Versicherten in Deutschland ist ein hohes Gut. Wir wollen einen ressortübergreifenden Dialog unter Beteiligung von Wissenschaft und Arzneimittelherstellern einrichten, um den Standort Deutschland für Forschung und Produktion zu stärken.

Wir sehen das Zusammenspiel von Nutzenbewertung und anschließenden Preisverhandlungen grundsätzlich als lernendes System, das wir bei Bedarf weiterentwickeln werden. In Zukunft soll regelhaft mindestens ein Vertreter einer Mitgliedskasse des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung an den Preisverhandlungen teilnehmen, um den Versorgungsaspekt zu stärken. Wir werden den gesamten Bestandsmarktaufwurf (§ 35a Abs. 6 SGB V) beenden. Dies gilt auch für laufende Verfahren. Um das hier geplante Einsparvolumen zu erreichen, werden wir das Preismoratorium auf dem Niveau der Preise vom 1. August 2009 nahtlos fortführen und den Herstellerrabatt auf verschreibungspflichtige Arzneimittel (§ 130a Abs. 1 SGB V) ab dem Jahr 2014 von sechs auf sieben Prozent erhöhen. Diese Regelung wird ab 2015 jährlich daraufhin überprüft, ob abhängig von der finanziellen Lage der gesetzlichen Krankenversicherung eine Anpassung nötig ist. Der Rabatt darf sechs Prozent nicht unterschreiten.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die frühe Nutzenbewertung von Arzneimitteln werden so gefasst: Alle Wirkstoffe, die nach dem 1. Januar 2011 in den Markt eingeführt worden sind, werden nach Erstzulassung und bei Indikationsausweitung von dem Verfahren der Nutzenbewertung erfasst. Die Phase freier Preisbildung wird nur einmalig, nämlich bei Bewertung der Neuheit eines Wirkstoffs, eingeräumt.

Wir werden gesetzlich klarstellen, dass der vereinbarte Erstattungsbetrag Grundlage für die Berechnung der Zu- und Abschläge in den Vertriebsstufen ist. Die Ausweisung eines Listenpreises durch den pharmazeutischen Unternehmer bleibt davon unberührt.

Beim Abschluss von Rabattverträgen müssen die Vertragspartner die Versorgungssicherheit gewährleisten, indem sie Maßnahmen gegen Lieferengpässe vereinbaren. Dies gilt insbesondere für Impfstoffe.

Der GBA wird mit der Erarbeitung einer sogenannten Substitutionsliste beauftragt, auf der Medikamente aufgeführt sind, die im Rahmen von Rabattverträgen nicht ausgetauscht werden dürfen. Erfolgt die Festlegung nicht in einer gesetzlich vorgegebenen Frist, wird die Liste im Rahmen einer Ersatzvornahme festgesetzt.

Eine qualitativ hochwertige, sichere und wohnortnahe Arzneimittelversorgung erfordert freiberuflich tätige

Apothekerinnen und Apotheker in inhabergeführten Apotheken. An dem bestehenden Mehr- und Fremdbesitzverbot wird festgehalten.

Wir werden klarstellen, dass Voraussetzung für die Erstverschreibung von Arzneimitteln ein direkter Arzt-Patienten-Kontakt sein muss. Online-Konsultationen reichen dafür nicht aus, sondern bergen das Risiko von Fehldiagnosen und können so den Patientenschutz gefährden.

Gesundheitsberufe und Medizinstudium

Für eine zielgerichtetere Auswahl der Studienplatzbewerber, zur Förderung der Praxisnähe und zur Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium wollen wir in einer Konferenz der Gesundheits- und Wissenschaftsminister von Bund und Ländern einen „Masterplan Medizinstudium 2020“ entwickeln.

Die Förderung der Weiterbildung in Allgemeinmedizin wird um 50 Prozent erhöht und bei Bedarf länderübergreifend koordiniert.

Zudem stößt die Vermittlung praxisrelevanten Wissens ausschließlich in Kliniken an Grenzen. Daher wollen wir die ärztliche Weiterbildung aller grundversorgenden Fachgebiete in ambulanten Einrichtungen fördern.

Wir werden das Psychotherapeutengesetz samt den Zugangsvoraussetzungen zur Ausbildung überarbeiten.

Die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Geburtshilfe ist uns wichtig. Wir werden daher die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen beobachten und für eine angemessene Vergütung sorgen.

Prävention und Gesundheitsförderung in den Vordergrund stellen

Wir werden noch 2014 ein Präventionsgesetz verabschieden, das insbesondere die Prävention und Gesundheitsförderung in Lebenswelten wie Kita, Schule, Betrieb und Pflegeheim und die betriebliche Gesundheitsförderung stärkt und alle Sozialversicherungsträger einbezieht.

Die Kooperation und Koordination aller Sozialversicherungsträger sowie der Länder und Kommunen werden über verpflichtende Rahmenvereinbarungen analog der

Regelungen zur Förderung der Zahngesundheit (§ 21 SGB V) und von Schutzimpfungen (§ 20d Abs. 3 SGB V) auf Landesebene verbessert. Dabei sind bundesweit einheitliche Gesundheitsziele und Vorgaben zur Qualität und Evaluation zu berücksichtigen. Länderpräventionsansätze werden einbezogen.

Darüber hinaus werden wir die Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern und die ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen bei Erwachsenen stärken. Zudem wollen wir die Impfquoten in Deutschland erhöhen.

Wir wollen die jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen, die sich aus der Frauen- und Männergesundheitsforschung insbesondere für die gesundheitliche Versorgung und die Erarbeitung von medizinischen Behandlungsleitlinien ergeben.

Finanzierung und Risikostrukturausgleich

Die derzeitige gute Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht darüber hinweg täuschen, dass schon ab 2015 die prognostizierten Ausgaben des Gesundheitsfonds seine Einnahmen übersteigen werden. Dem wollen wir mit einer umsichtigen Ausgabenpolitik begegnen.

Der allgemeine paritätisch finanzierte Beitragssatz wird bei 14,6 Prozent festgesetzt, der Arbeitgeberanteil damit bei 7,3 Prozent gesetzlich festgeschrieben.

Die gesetzlichen Krankenkassen erheben im Wettbewerb den kassenindividuellen Zusatzbeitrag zukünftig als prozentualen Satz vom beitragspflichtigen Einkommen. Der heute vom Arbeitnehmer allein zu tragende Anteil von 0,9 Beitragssatzpunkten fließt in diesen Zusatzbeitrag ein. Damit die unterschiedliche Einkommensstruktur der Krankenkassen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt, ist ein vollständiger Einkommensausgleich notwendig.

Die Notwendigkeit eines steuerfinanzierten Sozialausgleichs entfällt damit.

Der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) bildet die finanzielle Ausgangslage für einen fairen Wettbewerb zwischen den Kassen. Die im jüngsten Gutachten des wissenschaftlichen Beirats des Bundesversicherungsamts gemachten Vorschläge zur Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs zur Annua-

lisierung der Kosten für verstorbene Versicherte sowie zum Krankengeld und den Auslandsversicherten wollen wir zeitgleich umsetzen.

Pflege

Pflege muss für alle Menschen, die auf sie angewiesen sind, bezahlbar bleiben.

Wir wollen die Pflegebedürftigkeit besser anerkennen, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Dazu wollen wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenbeirates in dieser Legislaturperiode so schnell wie möglich einführen. Insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen sollen damit bessere und passgenauere Leistungen erhalten. Diejenigen, die heute Leistungen erhalten, werden durch die Einführung nicht schlechter gestellt.

Für die Akzeptanz eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ist entscheidend, dass keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Außerdem ist zu vermeiden, dass zu Lasten der Versichertengemeinschaft Kosten anderer Träger auf die Pflegeversicherung verlagert werden.

Wir wollen die mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff einhergehende Begutachtungssystematik auf ihre Umsetzbarkeit und Praktikabilität hin erproben und wissenschaftlich auswerten. Auf dieser Grundlage werden anschließend auch die leistungsrechtlichen Bestimmungen in dieser Legislaturperiode umgesetzt.

Die „Allianz für Menschen mit Demenz“ soll Betroffene unterstützen und das Verständnis und die Sensibilität für Demenzerkrankungen fördern. Dafür sollen bereits vorhandene Initiativen auf lokaler Ebene zusammengeführt, gebündelt und gemeinsam weiterentwickelt werden.

Pflege im Sozialraum braucht qualifizierte Dienste und Einrichtungen. Die Pflegearbeit der Angehörigen und Familien, engagierter Bürger und von Ehrenamtlichen soll durch qualifizierte Dienste und Einrichtungen professionell begleitet und ergänzt werden. Zur Stärkung der ambulanten Pflege werden wir die Leistungen im ambulanten und stationären Bereich weiter einander angleichen.

Bis zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden wir zügig vor allem die schon bestehenden Betreuungsleistungen weiter ausbauen und auf alle

Pflegebedürftigen ausdehnen. Bei einem Schlüssel von einer Betreuungskraft auf 20 Pflegebedürftige werden so zum Beispiel in stationären Einrichtungen insgesamt bis zu 45 000 Betreuungskräfte tätig sein.

Weiterhin werden wir die Leistungen der Pflegeversicherung wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die unterschiedlichen Betreuungsformen auch durch die Einführung von Budgets besser und flexibler aufeinander abstimmen.

Im Sinne einer sozialräumlichen Pflege, werden wir die Zuschüsse für Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen oder die Anschubfinanzierung für ambulant betreute Wohnformen ausbauen.

Wir wollen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen ihren Alltag in der eigenen Wohnung weitgehend selbstbestimmt bewältigen können. Die Entwicklung von Angeboten altersgerechter Begleitung und technischer Unterstützungssysteme wollen wir daher weiter fördern und sie in den Leistungskatalog der Pflegeversicherung aufnehmen.

Zu einer humanen Gesellschaft gehört das Sterben in Würde. Wir wollen die Hospize weiter unterstützen und die Versorgung mit Palliativmedizin ausbauen.

Wer einen anderen Menschen pflegt, braucht dafür Zeit und muss die Pflege mit dem Beruf vereinbaren können. Wir werden die Möglichkeiten des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes unter einem Dach mit Rechtsanspruch zusammenführen und weiterentwickeln, um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser zu unterstützen.

Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog Kinderkrankengeld koppeln.

Die Hilfen zur Weiterführung des Haushalts wollen wir weiter ausbauen. Wir werden prüfen, ob die Anrechnung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung verbessert werden kann.

In den Entscheidungsgremien des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sollen künftig Vertreter der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie der Pflegeberufe stimmberechtigt vertreten sein.

Wir prüfen die Schnittstellen zwischen SGB V und SGB XI im Hinblick auf die konsequente Umsetzung der Grundsätze ambulant vor stationär und Prävention vor Rehabilitation vor Pflege. Wir werden die Finanzierungsverantwortung dort verorten, wo der Nutzen entsteht, um Verschiebebahnhöfe zu beseitigen. Deshalb werden wir auch prüfen, ob die Pflegeversicherung sich an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation beteiligen soll.

Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Wir setzen uns im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für Personalmindeststandards im Pflegebereich ein und wollen die Pflegeberufe aufwerten. Dokumentationspflichten und Bürokratie müssen auf das Nötigste begrenzt werden.

Der Wechsel zwischen den Berufen in der Pflege muss erleichtert werden. Wir wollen die Pflegeausbildung reformieren, indem wir mit einem Pflegeberufegesetz ein einheitliches Berufsbild mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer darauf aufbauenden Spezialisierung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege etablieren. Wir wollen die Ausbildungsangebote an staatlichen Berufsfachschulen stärken und die Ausbildung gerecht, einheitlich und gemeinsam finanzieren. Ziel sollte ein transparentes und durchlässiges Aus- und Weiterbildungssystem sein.

Wir prüfen ein verbindliches Verfahren zur Refinanzierung der Ausbildungskosten, um die Kostenbeteiligung aller Einrichtungsträger zu gewährleisten. Der dualen Ausbildung mit Ausbildungsbetrieb und Schule wird zukünftig eine zentrale Bedeutung zukommen.

Die Ausbildung muss für jeden Auszubildenden kostenfrei sein. Die Finanzbeteiligung der Länder an den Ausbildungskosten der Schulen muss auch weiterhin gewährleistet sein. Eine verbindliche und langfristige Regelung zur vollständigen Finanzierung der Ausbildungskosten bei Umschulungsmaßnahmen durch den Bund und die Länder sollte getroffen werden.

Wir wollen die Selbsthilfe-Arbeit, die Angebote der Pflegekassen, Pflegestützpunkte und andere vorhandene Unterstützungsfaktoren und Angebote der Pflegekassen zur Entlastung von pflegenden Angehörigen besser bündeln und vernetzen. Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Pflegetelefons zu einem Notruftelefon „Pflege für Angehörige“ ein.

Um die Transparenz und Nutzerorientierung im Pflegebereich zu verbessern, müssen Qualitätssicherungsverfahren wissenschaftlichen Standards genügen und kontinuierlich – auch im Hinblick auf eine Entbürokratisierung und ein sektorenübergreifendes Vorgehen – weiterentwickelt und verbindlicher gestaltet werden.

Die Pflege-Transparenzvereinbarung soll mit dem Ziel weiterentwickelt werden, die Qualitätsunterschiede der Einrichtungen für die Verbraucher in Zukunft deutlicher zu machen. Wir werden hier die Entscheidungsstrukturen der Selbstverwaltungspartner straffen und Blockademöglichkeiten reduzieren.

Wir werden das Verfahren der Veröffentlichung der Ergebnisse der durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und den Prüfdienst des Verbandes der privaten Krankenversicherung e. V. vorgenommenen Qualitätsprüfungen verbessern.

Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb haben die Kommunen und die Länder nach dem Pflegeversicherungsgesetz schon jetzt einen wichtigen Beitrag zu leisten.

Wir werden in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums für Gesundheit klären, wie die Rolle der Kommunen bei der Pflege noch weiter gestärkt und ausgebaut werden kann. Insbesondere soll geklärt werden, wie die Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur gestärkt werden kann. Im Zusammenwirken mit städteplanerischen Instrumenten sollen Sozialräume so entwickelt werden, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Außerdem sollen Kommunen stärker in die Strukturen der Pflege verantwortlich eingebunden werden. Hierfür kommen aufgrund ihres hohen sozialräumlichen Bezugs aufsuchende und begleitende Pflegeberatung insbesondere in Pflegestützpunkten, Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Engagierte, die laufende Beratung der Empfänger von Pflegegeld sowie die Beteiligung bei der Leistungsgewährung für Infrastruktur fördernde Maßnahmen in Betracht.

Der paritätische Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird spätestens zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Aus dieser Erhöhung stehen die Einnahmen von 0,2 Prozentpunkten zur Finanzierung der vereinbarten kurzfristigen Leistungsverbesserungen, ins-

besondere für eine bessere Betreuung der Pflegebedürftigen sowie der für 2015 gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung der Leistungen zur Verfügung. Die Einnahmen aus der weiteren Erhöhung um 0,1 Prozentpunkte werden zum Aufbau eines Pflegevorsorgefonds verwendet, der künftige Beitragssteigerungen abmildern soll. Dieser Fonds wird von der Bundesbank verwaltet.

In einem zweiten Schritt wird mit der Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs der Beitrag um weitere 0,2 Prozentpunkte und damit insgesamt um 0,5 Prozentpunkte in dieser Legislaturperiode angehoben.

3. Solide Finanzen

Solide Staatsfinanzen – nachhaltig und generationengerecht

Deutschland ist ein wirtschaftlich und sozial stabiles Land mit einer soliden finanziellen Basis. Dafür sind im zurückliegenden Jahrzehnt wichtige Grundlagen geschaffen worden. Sie sind im Licht der nationalen und internationalen Veränderungen weiterzuentwickeln, um Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Wir wollen die Voraussetzungen für Investitionen in die Zukunft auf einer weiterhin soliden finanziellen Grundlage schaffen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die nachhaltige Konsolidierung des öffentlichen Gesamthaushalts. Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen und im Rahmen ihrer Kompetenzen Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes stellen können. Zugleich muss die Ausgabenseite auf allen Ebenen kontinuierlich kritisch überprüft werden.

Gesamtstaatliche Verantwortung

Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen bilden den öffentlichen Gesamthaushalt. Sie müssen sich gemeinsam den Regelungen und Vereinbarungen zur Finanz- und Haushaltspolitik Deutschlands stellen:

- Die von der letzten Großen Koalition verabschiedete Schuldenregel im Grundgesetz ist strikt einzuhalten. Der Bund hat die für ihn geltenden Verpflichtungen bereits frühzeitig erfüllt und darf dahinter nicht zurückfallen.
- Die gesamtstaatlichen Verpflichtungen aus dem Europäischen Fiskalpakt sind einzuhalten.
- Die Stabilitätskriterien für Defizit- und Schuldenquote nach dem verschärften europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt sind einzuhalten.
- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt verlangt eine konsequente Rückführung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wir wollen die Quote innerhalb von zehn Jahren von 81 Prozent (Ende 2012) auf weniger als 60 Prozent zurückführen. Bis Ende 2017 streben wir eine Absenkung der Quote auf unter 70 Prozent des BIP an.

Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass Deutschland durch eine solide und nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik seiner Rolle in Europa gerecht werden muss. Deutschland ist gefordert, mit einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Haushalts- und Finanzpolitik auf allen staatlichen Ebenen einen Beitrag für die Stabilität der Euro-Zone zu leisten.

Beitrag des Bundes zur gesamtstaatlichen Verantwortung

Im Jahr 2012 hat der Bundeshaushalt mit einer strukturellen Neuverschuldung von weniger als 0,35 Prozent des BIP abgeschlossen. Hierbei wollen wir nicht stehen bleiben. Wir wollen nachhaltig ausgeglichene Haushalte. Wir werden Einnahmen und Ausgaben des Bundes so gestalten, dass der Bund ab dem Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt und beginnend mit dem Jahr 2015 einen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung aufstellt.

Politische Zielsetzungen haben sich an qualitativen und nicht an quantitativen Anforderungen zu orientieren. Zur Effizienzsteigerung der Ausgaben sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für alle finanzwirksamen Maßnahmen durchzuführen und Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.

Das Top-Down-Verfahren bei der Haushaltsaufstellung hat sich bewährt. Es wird um eine eingehende einnahme- und ausgabeseitige Haushaltsanalyse im Vorfeld des Eckwertebeschlusses zu einzelnen jeweils vorher ausgewählten Politikbereichen ergänzt. Damit wird das regierungsinterne Aufstellungsverfahren stärker inhaltlich ausgerichtet und die Wirkungsorientierung des Haushalts verbessert.

Folgende wichtige haushaltspolitische Grundsätze werden uns leiten:

- Über die Legislaturperiode gerechnet soll das Wachstum der Ausgaben das Wachstum des BIP möglichst nicht übersteigen.
- Finanzwirksame Vorhaben und Belastungen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite müssen in ihren Wirkungen umfassend ausgewiesen werden.
- Die in diesem Koalitionsvertrag unter „Prioritäre Maßnahmen“ genannten Vorhaben werden wir auf jeden Fall umsetzen. Alle Maßnahmen von bis zu 10 Mio.

Euro, die in diesem Koalitionsvertrag vereinbart werden, sind von den jeweiligen Ressorts eigenverantwortlich im Rahmen ihrer jeweiligen Einzeletats zu finanzieren. Im Übrigen gilt der Grundsatz einer unmittelbaren, vollständigen und dauerhaften Gegenfinanzierung im gleichen Politikbereich.

- Wir werden alle Subventionen – neue und alte – gemäß den subventionspolitischen Leitlinien einer stetigen Überprüfung unterziehen.
- Wir wollen die Investitionsorientierung des Bundeshaushalts stärken.

Prioritäre Maßnahmen

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD setzt folgende finanziellen Prioritäten für die laufende Legislaturperiode, die nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen:

- Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden. Im Jahr 2014 erfolgt ohnehin die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und damit eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes beginnen wir mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr.
- Die Länder und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen. Damit sie diese Aufgaben besser bewältigen können, werden die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet. Sollten die veranschlagten Mittel für die Kinderbetreuung für den Aufwuchs nicht ausreichen, werden sie entsprechend des erkennbaren Bedarfs aufgestockt.
- Für die dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur werden insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert.
- Für die Städtebauförderung stellen wir insgesamt 600 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung, um auf 700 Mio. Euro pro Jahr zu kommen.

- Wir wollen Deutschland weiter auf einem Finanzierungspfad zum „0,7-Prozent-Ziel“ der Mittel der Entwicklungszusammenarbeit am BIP (ODA-Quote) führen und stellen deshalb in der Legislaturperiode zwei Milliarden Euro bereit.

- Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung erhöht sich gegenüber den Planungen um zwei Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode.
- Der Mitteleinsatz für die Eingliederung Arbeitsuchender wird um 1,4 Mrd. Euro angehoben.
- Der Bund finanziert außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative weiter. Den Aufwuchs für die außeruniversitäre Forschung finanziert der Bund in Zukunft allein. Dazu stehen drei Milliarden Euro zur Verfügung.
- Darüber hinaus vereinbart die Koalition, dass in dieser Legislaturperiode zusätzlich entstehende finanzielle Spielräume des Bundes zu einem Drittel für die Entlastung der Länderhaushalte eingesetzt werden.

Verlässliche Steuerpolitik

Unser Gemeinwesen ist auf verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Der dafür erforderliche gesellschaftliche Konsens beruht auf einem gerechten Steuerrecht, das die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit in den Mittelpunkt stellt und zugleich gewährleistet, dass sich niemand auf Kosten der Allgemeinheit seiner Steuerpflicht entziehen kann. Das Steuerrecht muss in seiner konkreten Ausgestaltung den Anforderungen und Ausprägungen unserer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt gerecht werden. Es muss günstige Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen der Unternehmen in Deutschland bieten, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu erhalten und weiter auszubauen. Steuerrecht ist kein statisches Recht. Wenn gesellschaftliche oder wirtschaftliche Entwicklungen es erfordern, muss das Steuerrecht angemessen fortentwickelt werden, damit es seine Ziele auch künftig erreicht. Deutschland hat derzeit insgesamt ein zeitgemäßes und wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Wir wollen das Steuerrecht in einer sich verändernden Welt kontinuierlich fortentwickeln, zugleich aber eine hohe Planungssicherheit für die Steuerzahler wie für die öffentliche Hand erreichen.

Steuervereinfachung und Steuervollzug

Steuervereinfachung ist eine Daueraufgabe. Es ist ein wichtiges politisches Ziel, hier Schritt für Schritt voranzukommen und dabei insbesondere auch die technischen Möglichkeiten der modernen Datenverarbeitung zu nutzen. Von diesem dauerhaften Prozess profitieren alle an der Besteuerung beteiligten Gruppen: die Steuerzahler, die Verwaltung und die steuerberatenden Berufe.

Wir werden eine vorausgefüllte Steuererklärung für alle Steuerpflichtigen bis zum Veranlagungszeitraum 2017 einführen. Für Rentner und Pensionäre ohne weitere Einkünfte soll die vorausgefüllte Steuererklärung mit den bei den Finanzbehörden geführten Daten bereits ab dem Veranlagungszeitraum 2015 ermöglicht werden.

Wir werden das Angebot an die Bürger für eine elektronische Kommunikation mit der Finanzverwaltung ausbauen und auf eine verpflichtende Übersendung von Papierbelegen mit der Steuererklärung weitgehend verzichten. Zur Sicherung einer gleichmäßigen Steuererhebung werden wir risikoorientierte Parameter der Bearbeitung von Steuererklärungen zugrunde legen.

Wir wollen die Akzeptanz des Faktorverfahrens für Ehegatten stärken. Der Faktor soll künftig nicht mehr jährlich, sondern für mehrere Jahre festgelegt werden. Eine Änderung des Faktors wird nur dann noch vorgenommen, wenn sich die Einkünfte bzw. die Einkünfteverteilung in nicht nur geringem Ausmaß ändern. Zudem fordern wir die Länder auf, das Faktorverfahren in Steuerklasse IV durch geeignete Maßnahmen der Steuerverwaltungen bekannter zu machen.

Auch streben wir eine Weiterentwicklung des Steuerverfahrensrechts in Richtung eines Selbstveranlagungsverfahrens beginnend mit der Körperschaftsteuer an.

Wir werden die Rolle des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt) mit entsprechender Ausstattung unter Wahrung der Kompetenzen der Länder stärken. Das BZSt wird zur zentralen Anlaufstelle der Steuerfahndungsstellen der Länder weiterentwickelt, um die Steuerfahndungen der Länder besser zu unterstützen. Zusätzlich soll das BZSt zur zentralen Anlaufstelle für steuerliche Fragen bzw. verbindliche Auskünfte von Gebietsfremden werden.

Wir werden zur Verbesserung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, des Sozialversicherungsbetrugs, der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung die

rechtlichen Rahmenbedingungen unter anderem im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und in der Gewerbeordnung sowie die personelle und informationstechnologische Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessern und wirkungsvoller ausgestalten.

Auch bei der Abgabenerhebung beim grenzüberschreitenden Warenverkehr sollen die Rahmenbedingungen für eine Stärkung IT-gestützter Risikoanalysen verbessert werden, um die Belastungen für Reisende zu reduzieren und die Kontrollen effizienter und zielgerichteter ausführen zu können.

Wir werden die Familienkassen des Bundes bei der Bundesagentur für Arbeit konzentrieren. Wir laden die Länder ein, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten an einer Zentralisierung mitzuwirken.

Wir werden den Ausbau der steuerlichen IT gemeinsam mit den Ländern vorantreiben.

Wir werden die Anwendung von sogenannten Nichtanwendungserlassen restriktiv handhaben. Eine Rückwirkung von Steuergesetzen soll im verfassungsrechtlichen Rahmen auf die Sicherung von Steuersubstrat und die Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Steuersparmodellen beschränkt sein.

Die interkommunale Zusammenarbeit soll steuerrechtlich nicht behindert werden. Wir lehnen daher eine umsatzsteuerliche Belastung kommunaler Beistandsleistungen ab und werden uns – soweit erforderlich – EU-rechtlich für eine umfassende Freistellung solcher Leistungen von der Umsatzsteuer einsetzen.

Die Bundesregierung wird mit der grundlegenden Reform der Investmentbesteuerung die künftige steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen aus Streubesitz erneut ergebnisoffen aufgreifen und die notwendigen Folgerungen ziehen. Dabei soll vor allem für den Bereich der Business Angels und Startups nach Lösungen für besondere Belastungseffekte für den Fall gesucht werden, dass sich der Investor von seinem Engagement trennt.

Steuerhinterziehung bekämpfen – Steuervermeidung eindämmen

Wir werden als eine zentrale steuerpolitische Aufgabe den Kampf gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen ent-

schlossen vorantreiben, uns für umfassende Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen einsetzen und gegen schädlichen Steuerwettbewerb vorgehen. Wir wollen verhindern, dass Unternehmen eine doppelte Nichtbesteuerung von Einkünften oder einen doppelten Betriebsausgabenabzug erreichen können.

Wir erwarten den Abschluss der Arbeiten zur OECD-BEPS (Base Erosion and Profit Shifting)-Initiative im Jahre 2015, einem Vorhaben, um internationaler Steuerumgehung entgegenzuwirken, welches wir aktiv unterstützen. Soweit sich unsere Ziele im Rahmen der OECD-BEPS-Initiative in diesem Zeitraum nicht realisieren lassen, werden wir nationale Maßnahmen ergreifen. Dazu zählt u. a. eine Beschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Zahlungen an Briefkastenfirmen, die keine hinreichend aktive Geschäftstätigkeit nachweisen können und die Schaffung eines öffentlichen Registers für alle wirtschaftlich Beteiligten an Trust-Konstruktionen nach dem Vorbild des Geldwäschegesetzes. Auch wollen wir sicherstellen, dass der steuerliche Abzug von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzträge im Empfängerland korrespondiert. Im Vorgriff auf diese internationale Regelung werden wir in Deutschland erforderlichenfalls gesetzgeberisch voranschreiten.

Die Herstellung von besserer internationaler Transparenz in Steuersachen gegenüber Finanzverwaltungen trägt erheblich zu fairerem Steuerwettbewerb und zur Vermeidung von Steuerhinterziehung bei. Wir wollen deswegen entsprechend der europäischen Regelung eine länderspezifische Berichterstattung im Bankenbereich und im Rohstoffhandel insbesondere über erzielte Gewinne, entstandene Verluste und gezahlte Steuern („country-by-country-reporting“) zwischen den Steuerverwaltungen der Länder einführen. Ausgehend von den Entscheidungen der G 20 Staats- und Regierungschefs sowie der G 20 Finanzminister streben wir eine Revision des OECD-Musterabkommens zum Informationsaustausch mit dem Ziel des automatischen steuerlichen Informationsaustausches als internationalem Standard an. Bis dahin werden wir nach dem Vorbild des Abkommens zwischen sechs EU-Mitgliedstaaten weitere bilaterale bzw. multilaterale Vereinbarungen über einen automatischen Informationsaustausch schließen. Wir wollen in einem weiteren Schritt den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen.

Wir setzen uns für eine bessere Abstimmung des Unternehmenssteuerrechts in der EU ein. Ausgangspunkt bilden dabei die Arbeiten für eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.

Umsatzsteuerbetrug stellt die fiskalisch bedeutendste Form der Steuerhinterziehung dar. Wir wollen den Schnellreaktionsmechanismus gezielt einsetzen, um Umsatzsteuerbetrug frühzeitig zu unterbinden: Wir werden dabei darauf achten, dass deutsches Umsatzsteuerrecht nicht unnötig kompliziert wird. Erforderlichenfalls werden wir weitere Initiativen ergreifen. Das BZSt wird zentraler Ansprechpartner der Finanzverwaltungen der Bundesländer für betrügerische Gestaltungen unabhängig von Branchen.

Die Bundesregierung wird die Arbeiten für die nationale Verhandlungsgrundlage für Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) fortsetzen. DBA dienen nicht mehr alleine der Verhinderung von doppelter Besteuerung, sondern auch der Verhinderung doppelter Nichtbesteuerung (sogenannte weiße Einkünfte). Wir werden daher weiterhin entsprechende Klauseln in den DBAs verhandeln und in der Zwischenzeit diese Grundsätze in nationalen Regelungen absichern.

Wir werden auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene weiter konsequent gegen Steuerumgehung durch Nutzung von Offshore-Finanzplätzen vorgehen.

Wir werden im Umwandlungssteuerrecht prüfen, wie der Anteilstausch und Umwandlungen mit finanziellen Gegenleistungen nicht mehr systemwidrig steuerfrei gestaltet werden können. Bei der Kombination aus Anteilstausch und Zuzahlung sollte gegebenenfalls die Zuzahlung quotall beschränkt, aber nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Wir werden weiterhin entschlossen gegen Steuerhinterziehung vorgehen. Wir werden im Lichte des ausstehenden Berichts der Finanzministerkonferenz (FMK) die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige weiterentwickeln, sofern hierfür Handlungsbedarf aufgezeigt wird. Ein Ansatzpunkt wäre, die Wirkung der Selbstanzeige künftig von den vollständigen Angaben zu den steuerrechtlich unverjährten Zeiträumen (zehn Jahre) abhängig zu machen. Der Steuerpflichtige müsste dann, um Straffreiheit für die letzten fünf Jahre zu erlangen, auch für die weiter zurückliegenden fünf Jahre alle Angaben berichtigen, ergänzen oder nachholen. Zudem

wollen wir künftig eine Anlaufhemmung bei bestimmten Auslandssachverhalten hinsichtlich der Festsetzungsverjährung einführen, wenn diese nicht korrekt erklärt werden. Werden steuerrelevante Auslandssachverhalte erst Jahre später bekannt, kann so die Besteuerung noch durchgeführt werden.

Bei systematischen Verstößen von Banken gegen das Steuerrecht kommen aufsichtsrechtliche Sanktionen bis hin zum Lizenzentzug in Betracht. Die Bundesregierung wird prüfen, ob durch eine Verbesserung des Informationsflusses von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) an die Finanzbehörden die Steuerhinterziehung wirksamer bekämpft werden kann.

Gewerbsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer

Zum Kernbestand kommunaler Selbstverwaltung gehört eine stabile Finanzausstattung. Dies setzt voraus, dass die kommunalen Aufgaben zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ausreichend finanziert sind.

Die Gewerbesteuer ist eine wichtige steuerliche Einnahmequelle der Kommunen. Wir wollen, dass auf der Basis des geltenden Rechts für die kommenden Jahre Planungssicherheit besteht.

Die Erbschaftsteuer ermöglicht in ihrer jetzigen Ausgestaltung den Generationswechsel in den Unternehmen und schützt Arbeitsplätze. Sie bleibt den Ländern als wichtige Einnahmequelle erhalten.

Die Grundsteuer wird unter Beibehaltung des Hebesatzrechtes für Kommunen zeitnah modernisiert. Wir fordern die Länder auf, nach Abschluss der laufenden Prüfprozesse rasch zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Ziel der Reform ist es, die Grundsteuer als verlässliche kommunale Einnahmequelle zu erhalten, d. h. das Aufkommen zu sichern und Rechtssicherheit herzustellen.

Europäische Bankenunion

Wir brauchen eine kluge Regulierung der Finanzmärkte, insbesondere des Bankenbereichs. In der Zukunft müssen Banken selber mehr Mittel für Krisensituationen bereitstellen, damit die Steuerzahler nicht wieder wie in der Vergangenheit belastet werden. Wer die Freiheit will, mit riskanten Geschäften hohe Gewinne zu erzielen, muss auch für die Risiken einstehen. Die Spiel-

regeln der Sozialen Marktwirtschaft sind ausgehebelt, wenn der Privatisierung von Gewinnen die Sozialisierung von Verlusten gegenübersteht.

Wir brauchen eine funktionierende Bankenunion, bestehend aus einer einheitlichen Bankenaufsicht, einem einheitlichen Regelwerk und einem einheitlichen Mechanismus zur Bankenabwicklung. Bei der Bankenaufsicht, für deren zügige Verwirklichung wir uns einsetzen, treten wir zur Vermeidung von Interessenkonflikten für eine klare Trennung von Aufsichts- und Geldpolitik bei der EZB ein. Die Besonderheiten des deutschen 3-Säulen-Modell mit Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken müssen in der Aufsicht Berücksichtigung finden. Während systemrelevante Banken generell unter direkte EZB-Aufsicht gestellt werden, gilt dies nicht für kleine und regional tätige Institute.

Bei der Sanierung und Abwicklung von Banken setzen wir uns für die strikte Einhaltung einer klaren Haftungskaskade und für eine konsequente Beteiligung von Bankgläubigern (Bail-In) ein. Künftig müssen vorrangig Eigentümer und Bankgläubiger, nicht Steuerzahler herangezogen werden. Sparer mit einer Einlage bis zu 100 000 Euro werden geschützt.

Wir wollen den europäischen Abwicklungsmechanismus auf einer rechtssicheren Grundlage errichten, sodass Banken rechtzeitig, effektiv und effizient abgewickelt werden können. Für den Abwicklungsmechanismus wollen wir eine zügige Lösung erreichen, die ausreichenden Schutz für die Budgethoheit der Mitgliedstaaten bietet.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den zügigen Aufbau einer europäischen Abwicklungsbehörde für die systemrelevanten grenzüberschreitenden Banken und eines einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds, der perspektivisch vollständig durch Bankenabgaben finanziert werden soll, deren Höhe sich an Systemrelevanz, Größe und Risikoprofil von Banken orientiert.

Wenn bis zur Einrichtung des europäischen Fonds bereits einbezahlte Mittel nationaler Fonds sowie die Beteiligung der Eigentümer und Gläubiger insgesamt nicht zur Finanzierung von Bankenabwicklungen und -restrukturierungen ausreichen, bleibt der betroffene Mitgliedstaat verantwortlich. Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die für die etwaige Bankenrettung eingesetzten nationalen Haushaltsmittel aus dem 3 Prozent-Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts her-

ausgerechnet werden. Sofern ein Mitgliedstaat zur Bankenrettung allein nicht in der Lage ist und in eine gefährliche ökonomische Schieflage geraten würde, kann er im bestehenden Verfahren ESM-Hilfe beantragen.

Sobald der Aufbau eines europäischen Abwicklungsmechanismus beschlossen ist, kann, nachdem der deutsche Gesetzgeber eine entsprechende Entscheidung getroffen und die EZB die Aufsicht operativ übernommen hat, als Zwischenlösung ein neues Instrument zur direkten Bankenrekapitalisierung auf Basis der bestehenden ESM-Regelungen mit einem maximalen Volumen von 60 Mrd. Euro und insbesondere mit der entsprechenden Konditionalität und als letztes Instrument einer Haftungskaskade infrage kommen, wobei sichergestellt ist, dass vorher alle anderen vorrangigen Mittel ausgeschöpft worden sind und ein indirektes ESM-Bankenprogramm mit Blick auf die Schuldentragfähigkeit des Staates ausgeschlossen ist. Eine dauerhafte Übernahme direkter Bankenrisiken durch den Steuerzahler lehnen wir ab.

Die Sicherheit der Spareinlagen ist ein wesentliches Element stabiler Finanzmärkte. Die Harmonisierung der Anforderungen an die nationalen Einlagensicherungssysteme in Europa unter Wahrung der nationalen Besonderheiten (insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken) ist daher ein weiteres wichtiges Element der Bankenunion. Die deutschen Einlagensicherungssysteme haben sich in der Krise als stabil erwiesen. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf EU-Ebene lehnen wir ab.

Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen

Das föderale System ist eine Stärke der Demokratie und ein wichtiger Grund für die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Angesichts der Herausforderungen durch die Globalisierung und Europäisierung müssen wir immer wieder neu sicherstellen, dass unser föderales System handlungsfähig bleibt. Dazu gehört, dass jede Ebene – Bund, Länder und Kommunen – ihren Aufgaben mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung nachkommen kann.

Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Sie nehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr. Um die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu sichern, müssen die Kommunen handlungsfähig sein. Voraussetzung dafür sind auch gesunde

Finanzen. Der Bund hat dazu einen gewichtigen Beitrag geleistet, unter anderem durch die ab dem Jahr 2014 vollständige Erstattung der Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, seine finanzielle Beteiligung am Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und die Fortschreibung der Entflechtungsmittel bis einschließlich 2019 auf dem bisherigen Niveau. Die kommunale Ebene erzielt seit dem Jahr 2012 Finanzierungsüberschüsse. Trotz des positiven Gesamteindrucks herrscht eine große Heterogenität bei der Finanzsituation der Kommunen.

Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) erarbeiten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Bund zu einer Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe beitragen. Dabei werden wir die Neuorganisation der Ausgestaltung der Teilhabe zugunsten der Menschen mit Behinderung so regeln, dass keine neue Ausgabendynamik entsteht.

Spätestens Ende 2019 müssen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geordnet sein. Der Länderfinanzausgleich ist zu diesem Zeitpunkt neu zu regeln. Die Länder werden ab diesem Zeitpunkt keine strukturellen Defizite mehr haben. In dieser Legislaturperiode müssen dafür die Weichen gestellt werden. Dazu finden zwischen Bund und Ländern Gespräche statt.

Die Koalition wird parallel eine Kommission einrichten, in der Bund und Länder vertreten sind. Dazu werden Vertreter der Kommunen einbezogen. Die Kommission wird sich mit Fragen der föderalen Finanzbeziehungen befassen und dazu Vorschläge erarbeiten. Die Kommission soll bis Mitte der Legislaturperiode Ergebnisse zu den nachfolgenden Themenbereichen vorlegen:

- Europäischer Fiskalvertrag
- Schaffung von Voraussetzungen für die Konsolidierung und die dauerhafte Einhaltung der neuen Schuldenregel in den Länderhaushalten
- Einnahmen- und Aufgabenverteilung und Eigenverantwortung der föderalen Ebenen
- Reform des Länderfinanzausgleichs
- Altschulden, Finanzierungsmodalitäten und Zinslasten
- Zukunft des Solidaritätszuschlags.

4. Zusammenhalt der Gesellschaft

4.1. Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern

Bevölkerungswandel gestalten

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD begreift den Bevölkerungswandel als eine der größten Herausforderungen der gesamten Gesellschaft. Er ist eine Querschnittsaufgabe.

Gemeinsam mit Kommunen, Ländern und Sozialpartnern gestalten wir Politik für alle Generationen und wahren dabei den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Hierzu entwickeln wir die Demografiestrategie der Bundesregierung weiter. Mit ihr erarbeiten wir Lösungsansätze der verschiedenen Ebenen und Akteure und verabreden Beiträge der Partner.

Wir bauen Brücken zwischen den Generationen. Den Erfahrungsschatz der älteren Menschen wollen wir dabei stärker zur Entfaltung bringen. Dazu werben wir unter anderem für altersgemischte Teams in den Unternehmen. Betriebs- und Tarifpartner ermuntern wir, verstärkt Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern. Wir wollen, dass ältere Arbeitnehmer auch weiter gute Chancen auf Beschäftigung finden. Dafür setzen wir uns für mehr Gesundheit am Arbeitsplatz ein.

Der Bevölkerungswandel hat regional sehr unterschiedliche Auswirkungen. In den neuen Ländern ist er beispielsweise schon fortgeschritten. Die dort bewährten Maßnahmen machen wir über das Demografieportal des Bundes und der Länder zugänglich. Wir wollen die Bereitschaft entwickeln, auf den Bevölkerungswandel mit flexiblen und klugen Ansätzen zu antworten, beispielsweise auch verstärkt mithilfe digitaler und mobiler Lösungen. Mit einem Demografiewettbewerb unterstützen wir die Regionen, die gute Antworten auf die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur gefunden haben.

Wir richten ein Prüfverfahren (Demografie-Check) ein, mit dem Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Investitionen daraufhin überprüft werden, welche Auswirkungen damit auf kommende Generationen verbunden sind. Familienfreundlichkeit verankern wir als Leitprinzip der Gesetzgebung und exekutiven Handelns.

Wir wollen überall die Voraussetzungen für eine gute Versorgung schaffen und wollen eine gleichwertige Ent-

wicklung in Stadt und Land. Ländliche Räume haben ebenso wie städtische Gebiete Anspruch auf gute Entwicklungschancen. Wir entwickeln die „Initiative Ländliche Infrastruktur“ weiter und erarbeiten gemeinsam mit den Ländern Konzepte für strukturschwache und besonders vom demografischen Wandel betroffene Räume. Wichtiger Ansatz für eine gute Entwicklung in ländlichen Regionen ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Diese werden wir weiter unterstützen.

Der demografische Wandel führt zu einer verstärkten Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich. Wir starten eine Fachkräfteoffensive sowie eine breit angelegte Kampagne zur Aufwertung dieser Berufe.

Wir wollen, dass unser Land Vorreiter bei der Bewältigung des demografischen Wandels wird und sich zum Leitmarkt und -anbieter neuer Produkte und Dienstleistungen für die Bedürfnisse der älteren Generation entwickelt.

Familie stärken

Wohlergehen und Fortschritt in unserer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie Menschen miteinander leben, arbeiten und umgehen. Wir wollen das Miteinander aller Menschen in unserem Land fördern, unabhängig von ihrer religiösen, politischen, weltanschaulichen oder sexuellen Identität. Wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, wollen wir sie unterstützen. Dabei setzen wir auf einen Dreiklang von Zeit für Familien, guter Infrastruktur und materieller Sicherheit. Wir wollen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Die Gleichstellung treiben wir voran. Wir werden dafür sorgen, dass Frauen und Männer ihre Aufgaben in Familie, Beruf und Gesellschaft partnerschaftlich wahrnehmen können und bestehende geschlechtsspezifische Ungerechtigkeiten – insbesondere in der Arbeitswelt beseitigen. Dazu entwickeln wir eine Politik, die die heutigen unterschiedlichen Lebensverläufe berücksichtigt und Antworten auf die Herausforderungen der Lebensphasen gibt.

Diese Politik wird dann erfolgreich sein, wenn sie umfassend die Demografie unserer Gesellschaft zum Gegenstand hat. Familien, Seniorinnen und Senioren, Frauen und Männer sowie Kinder und Jugendliche sind in eine Strategie für die demografische Entwicklung zu integrieren, die über diese Legislaturperiode hinausgreift.

Vereinbarkeit Familie und Beruf, Erziehung, Betreuung, Bildung

Kindertagesbetreuung: Wir wollen die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter vorantreiben. Ziel ist es, Fragen der Personalausstattung, Qualifikation und Weiterbildung der Fachkräfte, des Fachkräfteangebots sowie der Sprachbildung zu regeln. Wir wollen die Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen schrittweise ausbauen. Nach der erfolgreichen Einführung der sprachlichen Bildung durch spezialisierte Fachkräfte in den Bundesprogrammen „Frühe Chancen Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ wollen wir die sprachliche Bildung weiter in den pädagogischen Alltag integrieren.

Bund und Länder werden zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs U 3 ein drittes Investitionsprogramm auflegen.

Wir wollen die Kindertagespflege und ihr Berufsbild weiterhin stärken. Dazu sollen die Qualifizierung von Tagespflegepersonen und die Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit weiter verbessert werden. So wird die Kindertagespflege in das Gesamtkonzept einer qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung eingebunden.

Wir werden noch aktiver für den Nutzen betrieblicher Kinderbetreuungsangebote werben. Um einen konkreten Anreiz für Unternehmen zur Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuungsgruppen zu setzen, werden wir das Förderprogramm „Betriebliche Kinderbetreuung“ fortsetzen.

„Erfolgsfaktor Familie“ und „Lokale Bündnisse für Familie“: Familienfreundlichkeit muss ein zentrales Unternehmensziel werden. Mit dem Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie“ setzen wir uns gemeinsam mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft, Gewerkschaften und großen Stiftungen dafür ein, dass immer mehr Unternehmen den Nutzen von Familienfreundlichkeit erkennen. Mit der Charta für familienbewusste Arbeitszeiten wird alle zwei Jahre ein Gremium aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner und der Bundesregierung einen Bericht „Familie und Arbeitswelt“ mit Empfehlungen vorlegen. Die bewährten Kooperationen mit Kommunen sowie mit Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Gesellschaft im Rahmen der Initiative „Lokale Bündnisse“ für Familie unterstützen wir und gestalten den Prozess.

Beruflicher Wiedereinstieg: Wir werden Frauen und Männer beim Wiedereinstieg in sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung nach einer Familienzeit durch die Weiterführung des Programms „Perspektive Wiedereinstieg“ und durch weitere Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung fördern. Bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst soll die Kindererziehung positiv berücksichtigt werden. Frauen und Männer, die eine Familienphase einlegen, sollen dadurch keine Karrierenachteile erleiden.

Mehr Zeit für Familien – Partnerschaftlichkeit stärken

Zeitpolitik: Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb machen wir uns stark für eine moderne lebenslauforientierte Zeitpolitik, die Frauen und Männer dabei unterstützt, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren. Wir wollen Familien wieder zum Taktgeber des Lebens machen: Arbeitgeber, Betreuungseinrichtungen, Schulen, Ämter und Behörden, Dienstleistungsanbieter und Verkehrsbetriebe sollen die zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Zeitpolitik befördert wesentlich Wahlfreiheit und ein partnerschaftliches Zusammenleben in Familien.

Elternzeit: Wir werden die 36 Monate Elternzeit flexibler gestalten. Dazu sollen auch ohne die Zustimmung des Arbeitgebers nach angemessener vorheriger Anmeldung zukünftig 24 statt 12 Monate zwischen dem dritten bis achten Lebensjahr des Kindes von Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können.

Elterngeld: Wir werden dafür sorgen, dass den Bedürfnissen der Eltern durch flexiblere Elterngeldregelungen besser entsprochen wird. Zur Weiterentwicklung des Elterngeldes soll das „ElterngeldPlus“ eingeführt werden. Mit einem „ElterngeldPlus“ wollen wir Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht geringfügigen Teilzeittätigkeit ermöglichen und damit den Wiedereinstieg, vor allem für Alleinerziehende, erleichtern. Den doppelten Anspruchsverbrauch werden wir hierbei beenden.

Mit dem ElterngeldPlus werden wir einen Partnerschaftsbonus, z. B. in Höhe von zehn Prozent des Elterngeldes einführen. Ihn erhalten alle Elterngeldbeziehenden, die beide parallel 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten.

Haushaltsnahe und familienunterstützende Dienstleistungen: Wir werden eine Dienstleistungsplattform aufbauen, auf der legale gewerbliche Anbieter haushaltsnaher familienunterstützender Dienstleistungen für Familien und ältere Menschen leicht zu finden und in Anspruch zu nehmen sind.

Aktive Väter: Eine zeitgemäße Familien- und Gleichstellungspolitik bezieht auch Jungen und Männer ein. Wir wollen auch die Rolle des aktiven Vaters in der Kindererziehung und Familie weiter stärken. Erforderlich sind bessere Rahmenbedingungen, damit Väter und Mütter Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich aufteilen und Männer eine engagierte Vaterschaft leben können.

Finanzielle Situation Alleinerziehende und Geschiedener: Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende beträgt seit seiner Einführung zum 1. Januar 2004 unverändert 1.308 Euro, er soll angehoben werden. Die Höhe des Entlastungsbetrags soll zukünftig nach der Zahl der Kinder gestaffelt werden.

Kinderpolitik

Kinder- und Jugendhilfe: Die Kinder- und Jugendhilfe soll auf einer fundierten empirischen Grundlage in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, effizienten und dauerhaft tragfähigen und belastbaren Hilfesystem weiterentwickelt werden. Dazu gehören geeignete Finanzierungsmodelle für systemische Unterstützungsformen (z. B. an den Schnittstellen von SGB VIII, SGB XII, und Schulträger). Wir brauchen starke Jugendämter und eine funktionierende Partnerschaft mit der freien Jugendhilfe. Wir werden daher die Steuerungsinstrumente der Jugendämter deutlich verbessern und gleichzeitig die Rechte der Kinder und ihrer Familien sicherstellen, sowie sozialraumorientierte und präventive Ansätze verfolgen. Dazu wollen wir mit Ländern, Kommunen und Verbänden in einen Qualitätsdialog treten und uns über die Weiterentwicklung in wichtigen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe verständigen.

Kinderrechte: Der Schutz von Kindern vor Gewalt, Vernachlässigung und die Weiterentwicklung der Wahrnehmung der Rechte von Kindern (Umsetzung VN-Kinderrechtskonvention) ist ein zentrales Anliegen dieser Koalition. Wir werden jede politische Maßnahme und jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten im Einklang stehen.

Adoption: Wir wollen das Adoptionsverfahren weiterentwickeln, das Adoptionsvermittlungsgesetz modernisieren und die Strukturen der Adoptionsvermittlung stärken. Das Kindeswohl muss dabei immer im Vordergrund stehen. Wir wollen die Möglichkeiten zur Adoption vereinfachen und die Begleitung und nachgehende Betreuung der Adoptiveltern verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Adoptionsrecht die höhere Lebenserwartung der Menschen und die Tendenz zur späteren Familiengründung berücksichtigt werden und wollen, dass bei Stiefkindadoptionen das Verwandtschaftsverhältnis zu den leiblichen Eltern im Einvernehmen erhalten bleiben kann.

Die Leihmutterchaft lehnen wir ab, da sie mit der Würde des Menschen unvereinbar ist. Wir werden das Recht des Kindes auf Kenntnis seiner Herkunft bei Samenspenden gesetzlich regeln.

Bundeskinderschutzgesetz/Bundesinitiative Frühe Hilfen: Wir wollen den auf der Grundlage des Bundeskinderschutzgesetzes umfassend verbesserten Kinderschutz kontinuierlich weiterentwickeln. Hierzu werden wir die im Rahmen der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes und der bestehenden Bundesinitiative Frühe Hilfen gewonnenen Erkenntnisse in sämtlichen Bereichen des Kinderschutzes umsetzen. Wir werden auch die Errichtung, Ausgestaltung und weitere Umsetzung des bereits gesetzlich geregelten Fonds zur dauerhaften Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen und der psychosozialen Unterstützung von Familien an diesen Erkenntnissen ausrichten. Wir werden auch die Voraussetzungen weiter verbessern, damit Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen enger kooperieren.

Wir werden Studien auflegen, die die Qualitätsstandards für Auswahl und Eignung von Prozessbeteiligten und Familienpflegern in Familienangelegenheiten untersuchen. Wir wollen das Ineinandergreifen von Gewaltschutz und Umgangsrecht in Bezug auf das Kindeswohl wissenschaftlich untersuchen.

(Sexuelle) Gewalt gegen Kinder, Regelsysteme, Zukunft: Wir wollen Kinder und Jugendlichen sowie Menschen mit Behinderung besser vor Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt schützen. Wir werden die Umsetzung des Abschlussberichts „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ in dieser Legislaturperiode weiter voranbringen. Die Hilfen für die Betroffenen müssen verstärkt durch die Regelsysteme erfolgen.

Insbesondere im Interesse minderjähriger Opfer sorgen wir dafür, dass Sexualstraftaten deutlich später verjähren, weil viele Opfer oft erst nach Jahren und Jahrzehnten über das Geschehene sprechen und gegen die Täter vorgehen können. Die strafrechtliche Verjährung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche soll zukünftig nicht vor dem 30. Lebensjahr der Missbrauchsoffer einsetzen. Wir stellen ausdrücklich klar, dass ein sexueller Übergriff gegen den faktisch entgegenstehenden Willen eines behinderten oder sonst widerstandsunfähigen Opfers als besonders schwerer Fall des sexuellen Missbrauchs widerstandsunfähiger Personen anzusehen ist. Um einen lückenlosen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellen Übergriffen zu gewährleisten, wollen wir den Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen des § 174 StGB erweitern.

Die Tätigkeit des Unabhängigen Beauftragten für die Fragen der sexuellen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche wird gesichert. Dabei werden wir die Betroffenen beteiligen und die unabhängige Aufarbeitung der Vergangenheit sicherstellen. Der bestehende Hilfsfonds für Betroffene aus dem familiären Bereich wird gemeinsam mit den Kirchen, Ländern, Verbänden und Institutionen im Rahmen ihrer Verantwortung zu einem Fonds für Betroffene aus dem familiären und institutionellen Bereich weiterentwickelt. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die bis Mitte des Jahres 2014 für das bestehende, erweiterte Hilfesystem einen Umsetzungsvorschlag vorlegen soll. Wir werden die finanzielle Leistungsfähigkeit des Fonds für die Heimkinder Ost sicherstellen.

Mädchen- und Jungenpolitik: Mädchen und Jungen sehen sich heute mit unterschiedlichen, oft widersprüchlichen Rollenbildern konfrontiert. Sie müssen sich auf neue Anforderungen einstellen. Die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und Jungen soll weiterentwickelt und Rollenstereotypen entgegengewirkt werden. Eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik bezieht Jungen und Männer mit ein. Die Jungenarbeit soll nicht zu Lasten der Mädchenarbeit ausgebaut werden.

Eigenständige Jugendpolitik: Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirklichen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen, ressortübergreifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen

Menschen im Blick hat. Gemeinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden entwickeln wir das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik weiter. Wir wollen Jugendlichen Freiräume ermöglichen, ihnen Chancen eröffnen und Rückhalt geben. Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen „Jugend-Check“ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.

Europäische und internationale Jugendarbeit: Wir wollen den internationalen Jugend- und Schüleraustausch mit seinen Jugendwerken und Austauschorganisationen für alle jungen Menschen stärken und dabei insbesondere die fördern, die bisher unterrepräsentiert sind. Bei der Ausgestaltung des Jugendkapitels des EU-Programms „Erasmus+“ wollen wir auch die außerschulischen Akteure der Jugendarbeit und besonders die non-formale Bildung einbeziehen. Wir wollen den Strukturierten Dialog im Rahmen der EU-Jugendstrategie stärken.

Jugendsozialarbeit, Ausbildung, Chancengleichheit fördern: Wir wollen allen jungen Menschen in Deutschland Zugang zu einer ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechenden Ausbildung ermöglichen. Für die Teilhabe und Integration aller Jugendlichen leistet die Jugendsozialarbeit einen wichtigen Beitrag. Durch modellhafte Erprobung werden wir weiterhin Länder und Kommunen dabei unterstützen, dass junge Menschen sozial-pädagogische Einzelberatung und -begleitung am Übergang Schule-Beruf erhalten (2. Chance, Kompetenzzentren).

Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft verbessern wir die Zugangsmöglichkeiten zur Berufsausbildung für bisher benachteiligte Gruppen.

Wir wollen die weitgehende Sanktionierungsregelung und -praxis im SGB II für unter 25-Jährige auf ihre Wirkung und möglichen Anpassungsbedarf hin überprüfen und Lücken zwischen der Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen weiter reduzieren.

Jugendverbandsarbeit: Wir unterstützen die Selbstorganisation Jugendlicher in Jugendverbänden. Sie sind unverzichtbar für eine lebendige Demokratie. Wir werden die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit und die politische und kulturelle Bildung auf Bundesebene stärken und dabei auch die besonderen Bedürfnisse junger Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick nehmen. Der Kinder- und

Jugendplan des Bundes (KJP) ist das zentrale Instrument, um eine bundeszentrale Infrastruktur der Jugendverbände sicherzustellen.

Familienerholung: Wir wollen Angebote der Familienerholung als wichtigen Teil der Kinder- und Jugendhilfe anerkennen, attraktiv ausgestalten und zukunftsfest machen, verbindliche Qualitätsstandards entwickeln und Wege zur Weiterentwicklung der Familienerholung aufzeigen.

Mutterschutzgesetz: Eine Reform des Mutterschutzgesetzes wird erarbeitet. Unsere Ziele heißen: umfassender Schutz, mehr Transparenz und weniger Bürokratie. Dazu bedarf es einer Anpassung der mutterschutzrechtlichen Regelungen an den neuesten Stand der Erkenntnisse über Gefährdungen für Schwangere und stillende Mütter am Arbeitsplatz.

Wir wollen gemeinsam nach Lösungen suchen, um die ergänzenden finanziellen Hilfen der Bundesstiftung Mutter und Kind vor Pfändung auf den Konten der Hilfeempfängerinnen zu schützen, damit die Mittel ihre beabsichtigte Wirkung entfalten können.

Gleichstellung sicherstellen

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes leistet einen wichtigen Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in unserem Land. Wir werden die Ergebnisse der Evaluierung der ADS umsetzen.

Frauenquote/Gleichstellung im Erwerbsleben

Frauen in Führungspositionen: Wir wollen den Anteil weiblicher Führungskräfte in Deutschland erhöhen. Deshalb werden wir zu Beginn der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten in Unternehmen gesetzlich einführen.

Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab dem Jahr 2016 neu besetzt werden, sollen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen.

Wir werden eine Regelung erarbeiten, dass bei Nichterreichen dieser Quote die für das unterrepräsentierte Geschlecht vorgesehenen Stühle frei bleiben.

Wir werden börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Unternehmen gesetzlich verpflichten, ab 2015 verbindliche Zielgrößen für die Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat, Vorstand und in den obersten Management-Ebenen festzulegen und zu veröffentlichen und hierüber transparent zu berichten. Die ersten Zielgrößen müssen innerhalb der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages erreicht werden und dürfen nicht nachträglich nach unten berichtigt werden.

Darüber hinaus werden wir Maßnahmen für die Privatwirtschaft ergreifen, die eine Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien zum Ziel haben.

Die Koalition wird im Einflussbereich des Bundes eine gezielte Gleichstellungspolitik vorantreiben, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen und in Gremien zu erhöhen und Entgeltungleichheit abzubauen. Dazu entwickeln wir einen Gleichstellungsindex und führen für die Bundesverwaltung eine proaktive Umsetzung des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbesetzungsgesetzes ein.

Auch für die wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 30 Prozent erreichen. Generell werden wir den Frauenanteil im Wissenschaftssystem durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen.

Entgeltgleichheit

Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die bestehende Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen nicht zu akzeptieren ist.

Gemeinsam mit den Tarifpartnern wollen wir die Feststellung des Wertes von Berufsfeldern, von Arbeitsbewertungen und die Bewertung von Fähigkeiten, Kompetenzen und Erfahrungen voranbringen.

Ziel muss es sein, unter anderem die Arbeit in der Pflege, Betreuung und frühkindlicher Bildung weiter aufzuwerten.

Um das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ besser zur Geltung zu bringen, wollen wir mehr Transparenz herstellen, unter anderem durch eine Verpflichtung für Unternehmen ab 500 Beschäftigte, im Lagebericht nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) auch zur Frauenförderung und Entgeltgleichheit nach Maßga-

be gesetzlicher Kriterien Stellung zu nehmen. Darauf aufbauend wird für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein individueller Auskunftsanspruch festgelegt.

Unternehmen werden dazu aufgefordert, mithilfe verbindlicher Verfahren und gemeinsam mit den Beschäftigten und unter Beteiligung der Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter im Betrieb in eigener Verantwortung erwiesene Entgeltdiskriminierung zu beseitigen.

Wir wollen eine Initiative gemeinsam mit den Tarifpartnern starten, um die Muster von struktureller Entgeltungleichheit in Tarifverträgen zu erkennen und zu überwinden.

Geschlechtergerechte Berufswahl: Die Berufs- und Studienfachwahl von jungen Frauen und Männern ist von traditionellen Rollenbildern geprägt. Der Berufs- und Studienberatung sowie der Berufsorientierung in der Schule kommt eine große Bedeutung zu. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bei mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufen und Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufen wollen wir eine geschlechtergerechte Berufsberatung. Sie muss verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen bieten.

Frauenbewegung

Wir wollen die wissenschaftliche Aufarbeitung der Deutschen Frauenbewegung, unter besonderer Beachtung der Frauenbewegung in der DDR und der Umbruchzeit 1989/90 vorantreiben, indem wir die existierenden Materialien unter Einbeziehung der Frauenarchive in einem „Digitalen Deutschen Frauenarchiv“ sichern und der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Den Helene-Weber Preis und das Helene-Weber-Kolleg werden wir weiter fördern, um eine höhere Repräsentanz von Frauen in der Politik und den politisch entscheidenden Gremien zu erreichen und Frauen insgesamt den Weg in die Politik zu ebnen.

Gewalt gegen Frauen, Frauenhäuser: Wir werden Gewalt an Frauen und Kinder konsequent bekämpfen und Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleisten. Eine wichtige Anlaufstelle für Betroffene ist das Frauenhilfetelefon. Wir werden ressortübergreifend Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder und Frauen bündeln und Lücken im Hilfesystem schließen.

Menschenhandel und Prostitutionsstätten: Wir wollen Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen und die Täter konsequenter bestrafen. Künftig sollen Verurteilungen nicht mehr daran scheitern, dass das Opfer nicht aussagt. Für die Opfer werden wir unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Aufklärung, ihrer Mitwirkung im Strafverfahren sowie ihrer persönlichen Situation das Aufenthaltsrecht verbessern sowie eine intensive Unterstützung, Betreuung und Beratung gewährleisten. Zudem werden wir das Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der Prostitution umfassend überarbeiten und ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten gesetzlich verbessern. Wir werden nicht nur gegen die Menschenhändler, sondern auch gegen diejenigen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen und diese zu sexuellen Handlungen missbrauchen, vorgehen. Wir werden die Ausbeutung der Arbeitskraft stärker in den Fokus der Bekämpfung des Menschenhandels nehmen.

Selbstbestimmtes Älterwerden

Potenziele des Alters nutzen

Wir wollen die Bereitschaft stärken und institutionelle Barrieren abbauen, damit ältere Menschen nicht ausgegrenzt, sondern sich und ihre Fähigkeiten besser in die Gesellschaft einbringen können. Dazu werden wir Altersgrenzen überprüfen und gegebenenfalls verändern.

Wir würdigen den Erfahrungsschatz der älteren Menschen. Viele engagieren sich freiwillig für die Gesellschaft. Wir werden im Rahmen der Demografiestrategie Altersdiskriminierung aktiv bekämpfen; durch vorbeugende Maßnahmen gewährleisten, dass möglichst viele ältere Menschen möglichst lange Zeit aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können; die Selbsthilfearbeit stärken; die Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders in den Blick nehmen sowie in Kooperation mit Wirtschaft und Verbänden die Seniorenwirtschaft stärken und einen altersgerechten Verbraucherschutz entwickeln.

Mehrgenerationenhäuser

Das erfolgreiche Konzept der Mehrgenerationenhäuser werden wir weiterentwickeln und deren Finanzierung verstetigen. Sie sollen sich in ihrer individuellen Ausprägung zu einem übergreifenden Dach und Ankerpunkt des sozi-

alen Miteinanders und der Teilhabe vor Ort auch zum Beispiel unter Einbeziehung von Pflegestützpunkten als Sorgende Gemeinschaften entwickeln. Deshalb werden wir die Voraussetzungen schaffen, um eine dauerhafte Zukunft der Mehrgenerationenhäuser zu sichern und gemeinsam mit Ländern und Kommunen prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Mehrgenerationenhäuser möglichst in allen Kommunen etabliert werden können.

Sorge und Mitverantwortung in der Kommune

Zum Thema „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ wird eine Kommission von Sachverständigen unter breiter Beteiligung der Verbände und der Öffentlichkeit bis zum Frühjahr 2015 den Siebten Altenbericht erarbeiten.

Sexuelle Identität respektieren

Lebenspartnerschaften, Regenbogenfamilien

Wir wissen, dass in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.

Wir werden darauf hinwirken, dass bestehende Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität in allen gesellschaftlichen Bereichen beendet werden. Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen. Bei Adoptionen werden wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption zugänglich umsetzen.

Die Arbeit der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld“ werden wir weiter fördern.

Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vorgehen.

Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.

Die durch die Änderung des Personenstandsrechts für intersexuelle Menschen erzielten Verbesserungen wer-

den wir evaluieren und gegebenenfalls ausbauen und die besondere Situation von trans- und intersexuellen Menschen in den Fokus nehmen.

Integration und Zuwanderung gestalten

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir begreifen Zuwanderung als Chance, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen. In den letzten Jahren haben wir bei der Teilhabe von Zuwanderern und dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft wesentliche Fortschritte erzielt. Migranten leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. Leitlinie der Integrationspolitik bleibt Fördern und Fordern. Wir erwarten, dass Angebote zur Integration angenommen werden. Jedoch ist Integration ein Prozess, der allen etwas abverlangt. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für alle gilt selbstverständlich die Werteordnung des Grundgesetzes.

Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert. Im Übrigen bleibt es beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht.

Grundlage der Integrationspolitik ist der gemeinsam erarbeitete Nationale Aktionsplan Integration. Integrationspolitik ist auch Bildungspolitik. Dies muss in den dafür zur Verfügung stehenden Finanzmitteln zum Ausdruck kommen.

Willkommens- und Anerkennungskultur stärken

Wir werden die Willkommens- und Anerkennungskultur in unserem Land stärken. Dies fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und steigert zugleich die Attraktivität unseres Landes für ausländische Fachkräfte, die wir brauchen.

Für die Verbesserung der Willkommenskultur haben Ausländerbehörden eine Schlüsselfunktion inne. Viele Ausländerbehörden haben daher begonnen, den Dienstleistungscharakter für Migranten mehr in den Vordergrund zu stellen. Wir begrüßen diese Entwicklung, wollen sie mit den Ländern zusammen weiter stärken und werden Kommunen durch ein Beratungspaket und Schulungsangebote gezielt darin unterstützen.

Jeder Neuzuwanderer soll die Gelegenheit zu einem Erstberatungsgespräch über Angebote zur Integration bekom-

men. Integrations- und Beratungsangebote sollen besser aufeinander abgestimmt und vernetzt werden. Dies gilt auch für die Jugendmigrationsdienste (JMD) und die Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE), die wir enger miteinander verzahnen wollen. Die Verbindlichkeit der Beratung wird durch Integrationsvereinbarungen gewährleistet. Die Initiative „Ressourcen stärken“ für Mütter mit Migrationshintergrund setzen wir fort.

Zur Willkommens- und Anerkennungskultur gehört die interkulturelle Öffnung von Staat und Gesellschaft. Wir setzen uns dafür in allen Lebensbereichen ein, insbesondere im Bereich des ehrenamtlichen Engagements (z. B. Feuerwehr, Rettungsdienste) und der Kultur, im Sport und im Gesundheits- und Pflegebereich.

Wir begreifen Vielfalt als Chance und werden deshalb die Charta der Vielfalt sowie den „Diversity“-Gedanken in der Wirtschaft und gemeinsam mit der Wirtschaft weiter stärken. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung.

In den Bundesbehörden wollen wir den mit dem Nationalen Aktionsplan Integration eingeschlagenen Weg fortsetzen und den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen. Wir werden einen Schwerpunkt bei der Gewinnung von jungen Migranten für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst setzen. Ab dem Jahr 2014 werden wir in Bundesministerien und Geschäftsbereichsbehörden auf freiwilliger Grundlage den Anteil von Migrantinnen und Migranten anhand einheitlicher Standards erheben.

Die Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des sogenannten NSU hat gezeigt, dass bei der Ausbildung im Bereich des öffentlichen Dienstes, insbesondere in den Sicherheitsbehörden, die interkulturelle Kompetenz gestärkt werden muss. Wir werden Diskriminierungsfreiheit als Ziel von Aus- und Fortbildung im Zuständigkeitsbereich des Bundes stärker verankern und die Umsetzung in der Praxis kontinuierlich überprüfen.

Migrantenorganisationen haben eine wichtige Brückenfunktion. Als Partner der Integrationsförderung werden wir bundesweit tätige sachverständige Organisationen weiter stärken, auch durch Multiplikatorenschulungen und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Strukturen.

Wir erkennen an, dass es in den Medien Verbesserungen insbesondere mit Blick auf die Präsenz von Men-

schen mit Migrationshintergrund gibt. Das Gespräch mit den Medien über ihre interkulturelle Öffnung muss jedoch weiter verstärkt werden. Wir setzen uns zum Beispiel durch Mentorenprogramme dafür ein, dass mehr junge Migranten ihren Weg in Medienberufe finden.

Wir wollen Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser erreichen. Hierzu werden wir ein Bundesprogramm „Eltern stärken“ auflegen, durch das Eltern mit Migrationshintergrund direkt in die Arbeit von Kitas und Schulen einbezogen werden sollen.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration. Wir werden die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen. Wir werden das frühe Erlernen der deutschen Sprache gezielt weiter fördern und unterstützen die Maßnahmen zur Auswertung der Sprachstandsdiagnostik und -fördermaßnahmen sowie gemeinsame Standards mit dem Ziel, allen Kindern eine individuelle Förderung zu ermöglichen.

Wir setzen uns für einen Ausbau und die Öffnung der berufsbezogenen Sprachkurse für neue Zielgruppen ein.

Die Integrationskurse haben sich bewährt. Wir wollen sie qualitativ weiter verbessern (Differenzierung nach Zielgruppen, Kursgrößen und angemessene Honorierung der Lehrkräfte). Wir werden die Teilnahme von Unionsbürgern weiterhin sicherstellen. Die Wirtschaft soll dabei mit einbezogen und muss ihrer Verantwortung gerecht werden.

Wir werden dazu beitragen, das Miteinander von Migranten und Einheimischen weiter zu verbessern. Dabei wollen wir die Möglichkeiten von Mentoringprogrammen besser nutzen (Bildungs- und Familienpatenschaften). Wir werden die interkulturelle Öffnung der Freiwilligendienste vorantreiben.

Vorintegration von Neuzuwanderern stärken

In der Integrationspolitik dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Zuwanderung und Integration müssen von Anfang an Hand in Hand gehen. Bei Neuzuwanderern wollen wir deshalb Vorintegrationsmaßnahmen schon im Herkunftsland, aber auch Beratungsangebote nach der Einreise verstärken.

Dazu gehören neue Informationsangebote, insbesondere zum Spracherwerb, zur Anerkennung von Berufsab-

schließen, über unser Bildungs- und Gesundheitssystem sowie über Möglichkeiten des Aufenthalts zum Zweck der Arbeitsaufnahme und des Studiums. Bestehende Angebote müssen verbessert und miteinander vernetzt werden. Wir wollen einen schnelleren Zugang zu Integrationsmaßnahmen, z. B. in den Integrationskurs, erreichen.

Armutswanderung innerhalb der EU – Akzeptanz der Freizügigkeit erhalten

Wir wollen die Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU erhalten. Wir werden deshalb der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten werden wir uns dafür einsetzen, dass EU-Finanzmittel von den Herkunftsländern abgerufen und zielgerichtet eingesetzt werden. Dafür werden wir Verwaltungsunterstützung anbieten. Wir werden uns in der EU dafür einsetzen, dass die Herkunftsländer im Rahmen der europarechtlichen Regelungen jedem Staatsangehörigen die europäische Krankenversichertenkarte (EHIC) diskriminierungsfrei ausstellen. Wir wollen im nationalen Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen, dass Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden. Dafür sind ein konsequenter Verwaltungsvollzug, die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Behörden vor Ort, ein besserer behördlicher Datenaustausch, die Ermöglichung von befristeten Wiedereinreisesperren sowie aufsuchende Beratung notwendig. Unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sollen Anspruchsvoraussetzungen und Leistungsausschlüsse in der Grundsicherung für Arbeitsuchende präzisiert werden.

Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an. Besonders von Armutsmigration betroffene Kommunen sollen zeitnah die Möglichkeit erhalten, bestehende bzw. weiterzuentwickelnde Förderprogramme des Bundes (z. B. Soziale Stadt) stärker als bisher zu nutzen.

Flüchtlingsschutz und humanitäre Fragen

Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen, die sich in die hiesigen Lebensverhältnisse nachhaltig integriert haben, eine Perspektive zu eröffnen, wollen wir eine neue alters- und stichtagsunabhängige Regelung in das Aufenthaltsgesetz einfügen. Grundlage soll BR Drs. 505/12 (B) vom 22. März 2013 sein. Grundsätzlich setzt die Erteilung einer entsprechenden Aufenthaltserlaubnis die überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts voraus. Zudem werden die Anforderungen an die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Jugendliche und Heranwachsende (§ 25a AufenthG) vereinfacht, um der besonderen Integrationsfähigkeit dieser speziellen Gruppe Rechnung zu tragen.

Vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Zugangszahlen im Asylbereich setzen wir uns – auch im Interesse der Schutzsuchenden – mit besonderem Vorrang für die Verkürzung der Bearbeitungsdauer bei den Asylverfahren ein. Die Verfahrensdauer bis zum Erstentscheid soll drei Monate nicht übersteigen. Im Interesse eines wirkungsvollen Asylrechts muss auch schnell Klarheit bestehen, wer keinen Anspruch auf Schutz geltend machen kann.

Wir werden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausstatten, damit angesichts steigender Asylbewerberzahlen zügige und rechtsstaatliche Asylverfahren gewährleistet sind.

Wir wollen die Westbalkanstaaten Bosnien und Herzegowina, EjR Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten im Sinne von § 29a Asylverfahrensgesetz einstufen, um aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten schneller bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können. Wir wollen uns zugleich gegenüber den Regierungen dieser Staaten und der EU-Kommission dafür einsetzen, rasche und nachhaltige Schritte zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort zu ergreifen.

Die Länder an den Außengrenzen der EU sind mit einer großen Zahl von Flüchtlingen konfrontiert. Bei der EU-Flüchtlingspolitik fordern wir mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten.

Zugleich treten wir bei FRONTEX-koordinierten Maßnahmen der Grenzsicherung sowie bei der Kooperation mit Drittstaaten für die konsequente Einhaltung men-

schenrechtlicher und humanitärer Standards ein. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung müssen umfassend geachtet werden.

Das sogenannte „Resettlement“-Verfahren, bei dem besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Ausland aufgenommen werden, soll in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) fortgesetzt, verstetigt und spätestens 2015 quantitativ in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz (IMK) deutlich ausgebaut werden. Wir werden den Familiennachzug bei Resettlement-Flüchtlings erleichtern.

Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen werden wir eine abgestimmte Strategie begründen. Angesichts der weltweit zunehmenden Mobilität und Migration sollten Migrationsfragen mit dem Ziel einer besseren Steuerung der Zuwanderung und zur Bekämpfung der Ursachen von unfreiwilliger Migration und Flucht stärker und konkreter in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten verankert werden. Hierdurch soll ein besseres Ineinandergreifen von Migrations-, Außen- und Entwicklungspolitik geschaffen werden, die den Bereich Rückkehrförderung und Identitätsklärung einschließt. Die Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Migration, der Steuerung legaler Migration und dem Flüchtlingsschutz besser zu kooperieren soll geweckt oder gestärkt werden. Hierzu bedarf es der Erarbeitung einer „Strategie für Migration und Entwicklung“.

Es bedarf einer Weiterentwicklung des Ausweisungsrechts im Hinblick auf Täter schwerwiegender Straftaten und gewaltbereite Extremisten sowie der Vorschriften zur Durchsetzung von Aufenthaltsbeendigungen mit Blick auf Praktikabilität und Einhaltung europarechtlicher Vorgaben an.

Die räumliche Beschränkung (sogenannte Residenzpflicht) für Asylbewerber und Geduldete wird auf das jeweilige Land ausgeweitet. Hiervon unbenommen bleiben Vereinbarungen zwischen den Ländern zugunsten genereller landesübergreifender Bewegungsfreiheit. Vorübergehendes Verlassen des Landes ist bis zu einer Woche auf der Grundlage einer einseitigen Mitteilung unter Angabe des Zielorts möglich. Eine räumliche Beschränkung des Aufenthalts kann bei Straftätern und Personen, bei denen Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz bekannt geworden sind oder bei denen aufenthaltsbeendende Maßnahmen konkret bevorstehen, angeordnet

werden. Bei Studium, Berufsausübung und -ausbildung besteht in der Regel ein Anspruch auf Befreiung von der räumlichen Beschränkung und Wohnsitzauflage.

Die UN-Kinderrechtskonvention ist Grundlage für den Umgang mit Minderjährigen, die als Flüchtlinge unbegleitet nach Deutschland kommen. Wir werden die Handlungsfähigkeit im Asylverfahrens- und Aufenthaltsrecht auf 18 Jahre anheben und dadurch den Vorrang des Jugendhilferechts für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge festschreiben.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten erlaubt. Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen.

Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz zügig umsetzen.

Menschen mit und ohne Behinderung

„Nichts über uns ohne uns“

Leitidee der Politik der neuen Bundesregierung für Menschen mit Behinderung ist die inklusive Gesellschaft. Menschen mit und ohne Behinderung sollen zusammen spielen, lernen, leben, arbeiten und wohnen. In allen Bereichen des Lebens sollen Menschen mit Behinderung selbstverständlich dazugehören – und zwar von Anfang an. Menschen mit Behinderung sind Experten in eigener Sache, ihre Beteiligung an den Entscheidungsprozessen wollen wir besonders berücksichtigen – nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns“.

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Auf dem Weg zur inklusiven Gesellschaft ist die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) bei politischen Entscheidungen, die die Menschen mit Behinderung betreffen, zu berücksichtigen. Gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und deren Organisationen werden wir den Nationalen Aktionsplan weiterentwickeln. Wichtige Etappenziele sind mehr Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit im Alltag. Der leichtere Zugang für Menschen mit Behinderung zu Transportmitteln, Informationen und Kommunikation sowie zu Einrichtungen und Diensten ist unabdingbar. Die Lebenssituation taubblinder Menschen werden wir dabei besonders berücksichtigen.

Inklusiven Arbeitsmarkt stärken

Zentrales Element der sozialen Inklusion ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Wir wollen die Integration von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt begleiten und so die Beschäftigungssituation nachhaltig verbessern. Dazu gehört auch die Anerkennung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements der Schwerbehindertenvertretungen. In den Jobcentern muss ausreichend qualifiziertes Personal vorhanden sein, um die Belange von Menschen mit Behinderung zu erkennen, fachkundig zu beraten und zu vermitteln. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen sensibilisiert werden, um das Potenzial von Menschen mit Behinderung zu erkennen und sie zu beschäftigen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern werden wir unter anderem im Rahmen der Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung die Anstrengungen für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung erhöhen. Wir wollen den Übergang zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderung und dem ersten Arbeitsmarkt erleichtern, Rückkehrrechte garantieren und die Erfahrungen mit dem „Budget für Arbeit“ einbeziehen.

Eingliederungshilfe reformieren – Modernes Teilhaberecht entwickeln

Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen für mehr Inklusion brauchen einen sicheren gesetzlichen Rahmen. Wir werden deswegen unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung erarbeiten. Dabei werden wir die Einführung eines Bundesteilhabegeldes prüfen.

Wir wollen die Menschen, die aufgrund einer wesentlichen Behinderung nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft haben, aus dem bisherigen „Fürsorgesystem“ herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Die Leistungen sollen sich am persönlichen Bedarf orientieren und entsprechend eines bundeseinheitlichen Verfahrens personenbezogen ermittelt werden. Leistungen sollen nicht länger institutionenzentriert, sondern personenzentriert bereitgestellt werden. Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention berücksichtigen. Menschen mit Behinderung und ihre Verbände werden von Anfang an und kontinuierlich am Gesetzgebungsprozess beteiligt.

Im Interesse von Kindern mit Behinderung und ihren Eltern sollen die Schnittstellen in den Leistungssystemen so überwunden werden, dass Leistungen möglichst aus einer Hand erfolgen können.

Barrierefreiheit im Netz

Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl von Chancen für Menschen mit Einschränkungen. Wir prüfen daher, ob durch ein Prüfsiegel „Barrierefreie Website“ für Verwaltung und Wirtschaft die Gleichstellung behinderter Menschen unterstützt werden kann.

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Bürgerschaftliches Engagement

Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ihre Möglichkeiten zum Engagement wollen wir weiter fördern. In Deutschland engagieren sich Menschen aller Altersgruppen in den unterschiedlichsten Bereichen: Sie betätigen sich bei der Feuerwehr und im Katastrophenschutz, in Gewerkschaften und Sozialverbänden, in Sportvereinen, in Kirchengemeinden und nationalen wie internationalen Hilfsorganisationen, in Nachbarschaftsinitiativen und Selbsthilfegruppen, in der Bildung und in kulturellen Einrichtungen. Die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger halten unser Gemeinwesen zusammen und machen es erst lebendig.

Wir wollen die Voraussetzungen für ehrenamtliches Engagement verbessern. Die Erfahrungen, die im bürgerschaftlichen Engagement gemacht werden und die Ideen, die dort entstehen, werden wir verstärkt aufnehmen. Wir wollen für mehr Anerkennung für das Engagement aller Generationen und die Arbeit im Ehrenamt sorgen. Ein Signal der Anerkennung ist der Deutsche Engagementpreis. Wir unterstützen und fördern die Arbeit der Wohlfahrtsverbände. Soziale Innovationen auch von Sozialunternehmen sind unterstützungswert.

Wir wollen die Gründung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement (z. B. Dorfläden, Kitas, altersgerechtes Wohnen, Energievorhaben) erleichtern. Für solche Initiativen soll eine geeignete Unternehmensform im Genossenschafts- oder Vereinsrecht zur Verfügung stehen, die unangemessenen Aufwand und Bürokratie vermeidet.

Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und Bildungsdienste. Wir wollen sie in ihrer bewährten Vielfalt und unter Wahrung ihrer hohen Qualität weiterentwickeln und in zivilgesellschaftlicher Verantwortung ausbauen.

Der Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes zeigt, dass alle Altersgruppen einen Freiwilligendienst leisten können und wollen. Wir wollen diesen Dienst weiterhin so gestalten, dass er generationenübergreifende Ansätze fördert und differenzierte Bildungsangebote macht. Wir wollen an den Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes und der Jugendfreiwilligendienste anknüpfen und Menschen nachhaltig für bürgerschaftliches Engagement gewinnen.

Wir werden gemeinsam mit Ländern, Hochschulen, Kommunen und privaten Betrieben und anderen Akteuren die Anerkennungskultur für Freiwillige ausbauen. Wir werden durch die Ausstellung eines einheitlichen Freiwilligendienstausweises für alle Freiwilligen die Voraussetzungen für Vergünstigungen verbessern.

Für die Weiterentwicklung werden wir die Ergebnisse der aktuellen wissenschaftlichen Evaluation aufgreifen. Auch werden wir Programme der Träger unterstützen, vor allem, wenn diese auf den Erwerb zusätzlicher formaler Qualifikationen zielen. Wir werden zur Stärkung der Anerkennungskultur ein Gesamtkonzept des freiwilligen Engagements entwickeln, das neben dem Bundesfreiwilligendienst und den Jugendfreiwilligendiensten auch einen weiterentwickelten Freiwilligendienst bei der Bundeswehr beinhaltet.

Die Freiwilligendienste junger Deutscher im Ausland und von Ausländerinnen und Ausländern, die nach Deutschland kommen, werden wir noch gezielter auf die Interessen und Bedürfnisse der Freiwilligen ausrichten und dafür die Zuständigkeit für alle geregelten Auslandsfreiwilligendienste im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bündeln.

Angesichts des Bildungs- und Orientierungscharakters der Freiwilligendienste sind sie umsatzsteuerfrei.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Wir werden den Dialog mit den christlichen Kirchen, Religionsgemeinschaften und religiösen Vereinigungen so-

wie den freien Weltanschauungsgemeinschaften intensiv pflegen. Sie bereichern das gesellschaftliche Leben und vermitteln Werte, die zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen. Wir bekennen uns zum Respekt vor jeder Glaubensüberzeugung. Auf der Basis der christlichen Prägung unseres Landes setzen wir uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein.

Die christlichen Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft unverzichtbar, nicht zuletzt im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, bei der Betreuung, Pflege und Beratung von Menschen sowie in der Kultur. Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger sind nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Wir halten daher auch am System der Kirchensteuern fest, damit die Kirchen Planungssicherheit haben. Nur so können sie die eigenfinanzierten Leistungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes weiter sicherstellen. Zugleich wollen wir die kirchlichen Dienste weiter unterstützen. Dabei achten wir die kirchliche Prägung der entsprechenden Einrichtungen.

Zum Gedenken an den weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus bedeutenden 500. Jahrestag der Reformation 2017 wird auch der Bund einen angemessenen Beitrag leisten.

Dankbar stellen wir das Erstarken des jüdischen Lebens in unserem Land fest. Wir unterstützen die jüdischen Gemeinden und die jüdische Wohlfahrtspflege, z. B. bei der Integration von Zuwanderern und dem Auf- und Ausbau von Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Den vielfältigen Beiträgen muslimischer Vereine und Verbände zu unserem Gemeinwesen – etwa zur Integration muslimischer Zuwanderer und ihrer Nachkommen in unsere Gesellschaft, wie auch zum Dialog zwischen den Kulturen und Religionen – gilt unsere Wertschätzung und Unterstützung. In diesem Sinne wollen wir die Deutsche Islam Konferenz fortsetzen.

Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Verfassungsordnung allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.

Das bewährte Staatskirchenrecht in unserem Land ist eine geeignete Grundlage für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften.

Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten

Wir halten die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen Gedenktag lebendig, halten weiterhin an den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland fest und werden unsere Hilfen für die deutschen Minderheiten in den Herkunftsgeländern der Aussiedler fortsetzen. Wir stehen zu den eingegangenen Vereinbarungen europäischer Minderheitenpolitik und verpflichten uns weiterhin zur Förderung der vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen sowie deutsche Sinti und Roma – und der deutschen Minderheit in Dänemark sowie den deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Die sorbische Sprache und Kultur als Ausdruck der Identität des sorbischen Volkes gilt es zu bewahren. Daher wollen wir die Arbeit der Stiftung für das sorbische Volk langfristig sicherstellen und dafür den Bundeszuschuss sichern.

4.2. Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land

Gutes und bezahlbares Wohnen

Bündnis für Wohnen

Eine hohe Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland sind ein wichtiges Ziel unserer Politik. Dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in den Ballungszentren und vielen Groß- und Hochschulstädten, dem notwendigen energetischen Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen muss entsprochen werden. Dazu setzen wir auf einen wohnungspolitischen Dreiklang aus einer Stärkung der Investitionstätigkeit, einer Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus und einer ausgewogenen mietrechtlichen und sozialpolitischen flankierung. Alle Maßnahmen werden wir in einem Aktionsprogramm zur Belebung des Wohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung zusammenfassen. Wir streben dazu ein Bündnis mit den Ländern, Kommunen und allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren an. Den Immobilienwirtschaftlichen Dialog werden wir ausbauen.

Wohnungsbau stärken

Die Wohnungsbauprämie und die Arbeitnehmer-Sparzulage bleiben erhalten. Für das genossenschaftliche Wohnen verbessern wir die Rahmenbedingungen und prüfen, wie der Erwerb von Genossenschaftsanteilen, die sich im Gegenzug zu Neubau verpflichten, besser gefördert werden kann.

Die Initiative zur Schaffung zusätzlichen studentischen Wohnraums setzen wir fort.

Liegenschaftspolitik

Einen wichtigen Beitrag für mehr Wohnbauland können nicht mehr benötigte Konversionsliegenschaften im öffentlichen Eigentum leisten. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben wird die Kommunen auch weiterhin dabei unterstützen. So wird mit Rücksicht auf die vielen am Gemeinwohl orientierten Vorhaben der Kommunen, wie der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und einer lebendigen Stadt, eine verbilligte Abgabe von Grundstücken realisiert. So können auf der Grundlage eines Haushaltvermerks Konversionsliegenschaften verbilligt abgegeben werden. Das Gesamtvolumen ist auf höchstens 100 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre begrenzt. Zukünftig sollen zudem Kommunen zur Beschleunigung von Verkaufsverfahren gegenüber der BImA auch das Instrument von Besserungsscheinen verstärkt nutzen können.

Sozialer Wohnungsbau/Wohngeld

Wir setzen auf eine Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Wir unterstützen die hierfür zuständigen Länder bis Ende 2019 mit jährlich 518 Mio. Euro. Zugleich erwarten wir von den Ländern, dass sie diese Mittel zweckgebunden für den Bau neuer Sozialwohnungen, neue Sozialbindungen sowie für die sozialverträgliche Sanierung des Wohnungsbestands einsetzen und diese Vorhaben zusätzlich mit eigenen Mitteln unterstützen – dokumentiert in einem ausführlichen Berichtssystem an den Bund.

Um Menschen mit geringeren Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungen des Wohngelds weiter verbessern, indem wir Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung anpassen.

Bezahlbare Mieten

Damit Wohnraum insbesondere in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bezahlbar bleibt, räumen wir den Ländern für die Dauer von fünf Jahren die Möglichkeit ein, in Gebieten mit nachgewiesenen angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Wohnraum die Mieterhöhungsmöglichkeiten auf maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Erstvermietungen in Neubauten sowie Anschlussvermietungen nach umfassenden Modernisierungen sind davon ausgeschlossen. Die mögliche Wiedervermietungsrente muss mindestens der bisherigen Miethöhe entsprechen können. Die Ausweisung dieser Gebiete durch die Länder soll an die Erarbeitung eines Maßnahmenplans zur Behebung des Wohnungsmangels in den Gebieten gekoppelt werden. Es bleibt bei der geltenden Regelung zur Begrenzung von Erhöhungen der Bestandsmieten auf 15 Prozent bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete (sog. „Kappungsgrenze“) in von den Ländern ausgewiesenen Gebieten innerhalb von drei Jahren.

Künftig sollen nur noch höchstens 10 Prozent – längstens bis zur Amortisation der Modernisierungskosten – einer Modernisierung auf die Miete umgelegt werden dürfen. Durch eine Anpassung der Härtefallklausel im Mietrecht (§ 559 Abs. 4 BGB) werden wir einen wirksamen Schutz der Mieter vor finanzieller Überforderung bei Sanierungen gewährleisten.

Wir werden für alle Rechtsgebiete klarstellen, dass nur die tatsächliche Wohn- bzw. Nutzfläche Grundlage für Rechtsansprüche, z. B. für die Höhe der Miete, für Mieterhöhungen sowie für die umlagefähigen Heiz- und Betriebskosten sein kann.

Wir sorgen dafür, dass im Mietspiegel die ortsübliche Vergleichsmiete auf eine breitere Basis gestellt und realitätsnäher dargestellt wird.

Wir halten wirksame Instrumente gegen grobe Vernachlässigung von Wohnraum durch den Eigentümer für notwendig. Wir werden entsprechende Regelungen prüfen.

Für Maklerleistungen wollen wir klare bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und ebenso Qualitätssicherung erreichen. Vermieter und Mieter sollen weiter als Auftraggeber auftreten können. Dabei gilt das marktwirtschaftliche Prinzip: wer bestellt, der bezahlt. Wir wollen im Maklerrecht Anreize für eine bessere Bera-

tung des Verbrauchers beim Immobilienerwerb schaffen. Hierzu streben wir als weitere Option des Verbrauchers eine erfolgsunabhängige Honorierung entsprechend dem Beratungsaufwand an. Zudem wollen wir einen Sachkundenachweis einführen und Standards aus anderen Beratungsberufen auf das Maklergewerbe übertragen. Wir werden berufliche Mindestanforderungen und Pflichtversicherungen für Wohnungsverwalter und Immobilienmakler verankern.

Den Verbraucherschutz bei Bau- und Dienstleistungen für Bauherren und Immobilieneigentümer wollen wir ausbauen, insbesondere im Bauvertragsrecht und bei der Fremdverwaltung von Wohnungen.

Bei der Einführung des Datenbankgrundbuchs werden wir die Einsichtnahme des Verwalters am elektronischen Verfahren regeln.

Generationen- und altersgerechter Wohnraum

Wir wollen die Schaffung von mehr generationengerechtem Wohnraum unterstützen. Gerade ältere Menschen benötigen barrierefreie und -arme Wohnungen und ein Wohnumfeld, um selbstbestimmt und altersgerecht wohnen zu können. Zur Förderung des generationengerechten Umbaus werden wir ein neues Programm „Altersgerecht Umbauen“ auflegen, mit Investitionszuschüssen ausstatten und damit das bestehende KfW-Darlehensprogramm ergänzen. Im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm soll bei zusätzlichen Maßnahmen zum altersgerechten und barrierefreien Umbauen ein Förderbonus verankert werden. Gemeinschaftliche Wohnformen von älteren Menschen wollen wir unterstützen und modellhaft fördern.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Wir werden das energieeffiziente Bauen und Sanieren als entscheidenden Beitrag zur Energiewende weiter fördern und wollen dafür sorgen, dass qualitätsvolles, energiesparendes Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Das Wirtschaftlichkeitsgebot, Technologieoffenheit und der Verzicht auf Zwangssanierungen bleiben feste Eckpunkte des Energiekonzepts. Die aktuell geltenden ordnungsrechtlichen Vorgaben werden wir nicht verschärfen und ihre Wirkungen evaluieren.

Neue Technologien für noch mehr Gebäudeenergieeffizienz und zur Steigerung von Erzeugung und Einsatz

von erneuerbaren Energien im Gebäudebereich werden wir weiter unterstützen. Die staatliche Förderung der Energieberatung im Gebäudebereich werden wir fortsetzen und bündeln.

Wir werden das Quartier als wichtige Handlungsebene, z. B. für dezentrale Strom- und Wärmeversorgung stärken. Das KfW-Programm zur energetischen Stadtsanierung schreiben wir fort und werben bei den Ländern für zusätzliche Finanzierungsbeiträge. Für vom demografischen Wandel besonders betroffene Gebiete wollen wir einen Sanierungsbonus als gezielten Anreiz zur Erhaltung und Schaffung von energetisch hochwertigem und barrierearmen Wohnraum einrichten.

Bauqualität

Zur Sicherung des hohen Niveaus deutscher Bautechnik, Bautechnologien und Baustoffe intensivieren wir die Bauforschung und starten Pilotprojekte, um die wirtschaftlichen Ziele des Bauens mit den Anforderungen der Energiewende, der Baukultur und neuer Technologien stärker zu verbinden.

Unsere Anstrengungen für nachhaltiges und innovatives Planen und Bauen wie die Effizienzhaus-Technologie, die in der „Forschungsinitiative Zukunft Bau“ gebündelt sind, werden wir im engen Dialog mit der Bau- und Immobilienwirtschaft ausbauen.

Die mit Bundesbauten verbundene Vorbildfunktion nehmen wir wahr – insbesondere bei Baukultur und Energieeffizienz. Die Kompetenzen des Bundesamtes für Bau- und Raumordnung für die fachliche Betreuung der Hochbaumaßnahmen des Bundes stärken wir und entwickeln es zu einem noch leistungsfähigeren Koordinierungszentrum weiter – vor allem zur Sicherung von Qualität, Kosten- und Termintreue.

Große öffentliche Bauvorhaben müssen in puncto Baukosten und Termintreue wieder verlässlicher werden. Die eigens eingerichtete „Reformkommission Großprojekte“ wird 2015 hierzu Vorschläge vorlegen. Auf dieser Basis werden wir prüfen, welche Änderungen im Planungsrecht, im Vergaberecht, im Haushaltsrecht und in weiteren Anwendungsgebieten vorgenommen werden sollen. Mit einer Baukostensenungskommission überprüfen wir preistreibende und überdimensionierte Standards und Kosten von Materialien und Verfahren, insbesondere der energetischen Sanierung.

Stadt- und Regionalentwicklung

Städtebauförderung weiterentwickeln

Das Erfolgsmodell Städtebauförderung werden wir in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden fortführen und im Dialog mit allen an der Stadtentwicklung beteiligten Akteuren weiterentwickeln. Die Bundesmittel hierfür werden wir jährlich erhöhen. Die Programme der Städtebauförderung sollen die Kommunen insbesondere beim demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel sowie beim Klimaschutz unterstützen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren sowie die Zusammenarbeit mit privaten Immobilienbesitzern und Wohnungsgesellschaften werden wir ausbauen. Wir vereinfachen die Bündelung mit anderen Förderprogrammen. Wir stellen sicher, dass auch Kommunen in Haushaltsnotlage nicht von der Förderung ausgeschlossen sind. Wir werten das Programm Soziale Stadt auf und sichern dort analog zu den anderen Städtebauförderprogrammen den flexiblen Mitteleinsatz.

Stadtumbauprogramme Ost und West vereinheitlichen

Die bewährten Stadtumbauprogramme führen wir perspektivisch (unter Berücksichtigung des Solidarpakts, Korb II) zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten und integrierten Stadtumbauprogramm zusammen.

Soziale Stadt: Integration und Teilhabe sichern

Das Programm „Soziale Stadt“ werden wir im Rahmen der Städtebauförderung als Leitprogramm der sozialen Integration weiterführen. Es bildet die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziale Stadt“, mit der wir additiv Fördermittel aus Programmen anderer Ressorts in Gebieten mit erhöhten Integrationsanforderungen bündeln.

Umwelt

Der Schutz und die Bewahrung der natürlichen Schöpfung erhält unsere elementare Lebensgrundlage und ist Teil unserer Verantwortung für künftige Generationen. Umweltschutz ist für uns eine Investition in Lebensqualität, auf die alle Menschen einen Anspruch haben.

Nachhaltigkeit

Für uns ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung grundlegendes Ziel und Maßstab des Regierungshandelns. Dies gilt insbesondere für eine Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Wir werden uns für eine Stärkung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie einsetzen. Wir verstärken die nationalen Nachhaltigkeitsziele und setzen sie um, wie etwa im öffentlichen Beschaffungswesen. Wir wollen „Bildung zur Nachhaltigen Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen stärker verankern. Die Ergebnisse der Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages werden einbezogen. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung wird erneut eingesetzt und in seiner Funktion gestärkt. Die ressortübergreifende Koordinierung wird ausgebaut. Im Subventionsbericht der Bundesregierung wird stärker überprüft, ob die Maßnahmen nachhaltig sind.

Innovationen für mehr Ressourceneffizienz

Innovationen im Umwelt- und Klimaschutz sowie Ressourceneffizienz bieten Wachstumschancen. Wir starten eine „Exportinitiative für Umwelttechnologien“. Neue Berufs- und Qualifikationsanforderungen, auch im Rahmen der dualen Ausbildung, werden aufgezeigt. Wir erarbeiten ein integriertes umfassendes Umweltprogramm mit der Perspektive 2030, das langfristige Ziele und Schwerpunkte formuliert. Um die Innovations- und Umweltpolitik ressortübergreifend zu verzahnen, wird der „Masterplan Umwelttechnologien“ fortentwickelt und ein Aktionsplan für Öko-Innovationen aufgestellt, der den Eco-Innovation Action Plan der EU national unterlegt.

Ressourceneffizienz ist aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen unabdingbar. Wir wollen die beschlossene Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 erreichen. Deshalb wird das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm weiterentwickelt, eine Plattform für Ressourceneffizienz etabliert.

In den Bereichen Ressourceneffizienz und Recycling kommt es darauf an, die Übertragung von Forschungserkenntnissen auf kleine und mittlere Unternehmen sicherzustellen. Wir werden die Ressourceneffizienz durch Beratungsangebote für Unternehmen und Haushalte weiter steigern. Wir werden Modelle des Rohstoff-

monitorings erproben, die auch die Analyse von Stoffströmen aus Sekundärrohstoffen (Schrotte und Produktionsabfälle) einbeziehen.

Wir werden in der Sekundärrohstoff-Wirtschaft unsere Politik sowohl an Zielen des Klima- und Ressourcenschutzes als auch an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten. Ein fairer Wettbewerb um die effizienteste und kostengünstigste Lösung der Rohstoff-Rückgewinnung und -Aufbereitung ist hierfür ein zentrales Element. Die bestehende Recyclingverantwortung für Verpackungen werden wir auch für Produkte weiterentwickeln und uns dabei an den Aspekten der CO₂-Vermeidung, Verbraucherfreundlichkeit und Kosteneffizienz orientieren.

Kreislaufwirtschaft

Wir entwickeln die Kreislaufwirtschaft zu einem effizienten Instrument einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft. Wir schaffen rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsnahen Wertstofffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe. Anspruchsvolle Recyclingquoten, Wettbewerb und Produktverantwortung werden als Eckpunkte einer modernen Kreislaufwirtschaft festgelegt. Die Europäische Elektroaltgeräte-richtlinie wird zügig in nationales Recht umgesetzt, Sammelmengen von Elektro- und Elektronikschrott erhöht, Rücknahmesysteme für wieder verwendbare Produkte ausgebaut und die Rückgabe von Gebrauchsgütern erleichtert. Beim Recycling von Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik sind Datensicherheit und -schutz zu gewährleisten. Zur Eindämmung der illegalen Ausfuhr von Elektroschrott erfolgt eine Beweislastumkehr. Künftig muss der Exporteur nachweisen, dass es sich nicht um Abfälle handelt.

„Gebrauchen aber nicht verbrauchen“ ist das Prinzip beim Umgang mit der begrenzten Ressource Boden. Gemäß der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir die Flächenneuanspruchnahme bis 2020 auf höchstens 30 ha pro Tag begrenzen. Wir werden unter anderem prüfen, wie wir sinnvolle Nutzungsmischungen in innerstädtischen Gebieten mit begrenztem Flächenpotenzial weiter fördern können. Den Modellversuch zum Handel mit Flächenzertifikaten werden wir weiter begleiten sowie Planungsinstrumente weiterentwickeln und auf Demografiefestigkeit achten. Wir streben an, dass dauerhaft ökologisch aufgewertete Kleingartenanlagen künftig als Ausgleichsflächen anerkannt werden können.

Naturschutz und biologische Vielfalt

Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. Die nationale Biodiversitätsstrategie wird umgesetzt. Das Nationale Naturerbe wird um mindestens 30 000 ha erweitert und hierfür werden Flächen, die aus der militärischen Nutzung genommen werden, von der Privatisierung ausgenommen und an interessierte Länder, Umweltverbände oder -stiftungen übertragen. Damit wird auch dem „zwei Prozent-Wildnis-Ziel“ bis 2020 bzw. dem „fünf Prozent-Ziel-natürliche Waldentwicklung“ nähergekommen. Das Förderprogramm „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ wird weitergeführt. Wir werden uns für eine „Alpenstrategie“ einsetzen. Das Nagoya-Protokoll wird schnellstmöglich ratifiziert und umgesetzt. Die Zusagen zum internationalen Biodiversitätsschutz werden eingehalten. Wir treten für Schutz, Erhalt sowie Wiederaufbau von Wäldern und Waldstrukturen sowie für eine damit verbundene Waldfinanzierung ein. Der REDD+ Mechanismus der Klimarahmenkonvention wird weiterentwickelt. Wir verbessern den Wildtierschutz und gehen gegen Wilderei sowie den illegalen Wildtierhandel und deren Produkte vor; Handel mit und private Haltung von exotischen und Wildtieren wird bundeseinheitlich geregelt. Importe von Wildfängen in die EU sollen grundsätzlich verboten und gewerbliche Tierbörsen für exotische Tiere untersagt werden. Die Koalition sorgt gemeinsam mit anderen Staaten für einen besseren Vogelschutz entlang der Zugrouten.

Hochwasserschutz

Den Flüssen muss wieder mehr Raum gegeben werden. Das nationale Hochwasserschutzprogramm wird vorangetrieben, die Chancen der Entwicklung von Flussauen unter Naturschutzaspekten berücksichtigt und für einen fairen Ausgleich mit Interessen der Landwirtschaft gesorgt. Wir werden einen Bundesraumordnungsplan zum Hochwasserschutz erstellen, in dem länderübergreifende Standards hinsichtlich hochwassergefährdeter Gebiete, Rückzugsräumen, Poldern etc. entwickelt werden.

Wir werden bis Ende 2014 mit den Bundesländern ein Nationales Hochwasserschutzprogramm unter Koordination des Bundes erarbeiten. Schwerpunkt sind überregionale Maßnahmen für präventiven Hochwasserschutz sowie einheitliche Maßstäbe für den Hochwasserschutz an unseren Flüssen. Es wird ein Sonderrah-

menplan „Präventiver Hochwasserschutz“ aufgelegt. Für den Bau von Hochwasserschutzanlagen werden wir die Möglichkeiten für beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren ausschöpfen. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den Ländern sowohl bundes- wie landesrechtliche Regelungen auf den Prüfstand stellen und anpassen. Mit unseren europäischen Nachbarländern werden wir in einen intensiven Dialog zum Hochwasserschutz eintreten. Die Rahmenbedingungen für eine Elementarschadensversicherung werden geprüft. Es wird ein Bundesprogramm „Blaues Band“ aufgelegt, um die Renaturierung von Fließgewässern und Auen zu fördern, und ein „Bundeskonzzept Grüne Infrastruktur“ als Entscheidungsgrundlage für Planungen des Bundes vorgelegt. Das Gesamtkonzept Elbe wollen wir im Ausgleich der ökologischen und ökonomischen Belange umsetzen. Wir wollen den Donau-Ausbau zwischen Straubing und Vilshofen auf Basis der Beschlussvariante der Bayerischen Staatsregierung (ohne Staustufe).

Gewässer- und Meeresschutz

Der Schutz der Gewässer vor Nährstoffeinträgen sowie Schadstoffen soll verstärkt und rechtlich so gestaltet werden, dass Fehlentwicklungen korrigiert werden. Wir werden die Klärschlammausbringung zu Düngezwecken beenden und Phosphor und andere Nährstoffe zurückgewinnen. Die bundeseinheitliche Regelung des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen wird zügig umgesetzt. Wir werden eine Novelle des Bergrechts unter dem Aspekt des Gewässerschutzes und die Grundlagen für eine unterirdische Raumplanung anstreben.

Wir setzen uns für ein Schutzgebietsnetz für Hochseegebiete und für Verhandlungen zu einem internationalen Durchführungsübereinkommen ein. Die EU-Meeressstrategierahmenrichtlinie wird umgesetzt und der gute Umweltzustand in den deutschen Meeresgewässern bis spätestens 2020 erreicht werden. Dazu gehört die Ausweisung von Schutzgebieten, die Bekämpfung der Überfischung, klare Regeln für Tiefseebergbau und Öl- oder Gasförderung aus großen Tiefen. Für die zehn Natura-2000-Gebiete wird ein Fischereimanagement verankert, um die Schutzziele zu erreichen. Wir werden die EU-Kommission beim Kampf gegen die Vermüllung der Meere unterstützen, insbesondere beim Vorgehen gegen Plastikeinträge. Union und SPD unterstützen die Einrichtung von Schutzgebieten in Arktis und Antarktis. Die Haftungsregeln zum Antarktis-Umweltschutzprotokoll werden ratifiziert und innerstaatlich umgesetzt.

Umwelt und Gesundheit

Wir wollen die Luftqualität verbessern, Schadstoffe bereits an der Quelle mit innovativen Techniken reduzieren und dazu auch die Umrüstung mit Rußpartikelfiltern für PKW und leichte Nutzfahrzeuge weiter fördern.

Substanzen, die ein Risiko für Mensch und Umwelt darstellen, sind in allen Verpackungsmitteln, Kleidung und Alltagsprodukten so weit wie möglich zu vermeiden. Wir tragen zu einem nachhaltigen globalen Chemikalienmanagement bei. Es wird dafür gesorgt, dass Stoffe wie endokrine Disruptoren, atemwegs- und hautsensibilisierende und toxische Stoffe, deren chronische Wirkung zu Erkrankungen führen, anhand wissenschaftlich begründeter und klar definierter Kriterien in die Kandidatenliste unter REACH aufgenommen werden. Die staatliche Begleitforschung zu Nanomaterialien ist verstärkt weiterzuführen.

Der Schutz von Lebensmitteln vor Umweltkontaminanten wird weiter verbessert. Gesundheitliche Gefahren, die von Schädlingen auf Menschen, Flora und Fauna ausgehen, sollen auf umweltverträgliche Art und Weise abgewehrt werden und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung beachten. Es wird geprüft, wie der Schutz der Menschen vor nichtionisierender Strahlung, z. B. Ultraschall und Laser, und vor elektromagnetischen Feldern, verbessert werden kann.

Landwirtschaft und ländlicher Raum

Wir würdigen die Leistungen der Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland für die Sicherung einer gesunden Ernährung und den Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften. Unser Ziel ist eine multifunktional ausgerichtete, bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, die ressourcen- und umweltschonend produziert, die Tierwohl, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet. Leitbild ist eine von Familien betriebene, regional verankerte, flächendeckende Landwirtschaft unterschiedlicher Strukturen und Produktionsweisen. Sie trägt zur Wertschöpfung, gut bezahlter Arbeit und sicheren Einkommen in den ländlichen Räumen bei.

Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und Entwicklung ländlicher Räume

Mit der nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden wir besonders die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ländlicher Räume fördern.

Die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wird zu einer „Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung“ weiterentwickelt. Die Fördermöglichkeiten des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sollen umfassend genutzt werden. Für eine integrierte Entwicklung ländlicher Räume ist es notwendig, Ressortzuständigkeiten besser zu koordinieren. Innerhalb der Bundesregierung wird ein Schwerpunkt für ländliche Räume, Demografie und Daseinsvorsorge gebildet.

Wertschöpfung und Innovation

Wir wollen die Agrarforschung besser verzahnen und in den Bereichen Tierwohl, nachhaltige Pflanzenschutzverfahren, Eiweißstrategie und klimaschonende Landwirtschaft stärken. Die Arbeit der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA) wird unterstützt und verstetigt. Das Themenspektrum der Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR) wird um den Bereich Nachhaltigkeit erweitert. Wir werden europäische Forschungsförderungsprogramme in Deutschland zielgerichteter koordinieren. Das Bundesprogramm „Ökolandbau und andere nachhaltige Formen der Landwirtschaft“ wird verstetigt.

Die deutschen Milcherzeuger leisten einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in ländlichen Räumen und zum Erhalt der Kulturlandschaft. Wir setzen den Kurs der Marktausrichtung in der Milchwirtschaft fort. Wir setzen weiterhin auf ein wirksames und verlässliches Sicherheitsnetz der EU.

Die bestehenden Potenziale zur Energieeinsparung im Gartenbau sollen stärker genutzt werden.

Der deutsche Weinbau hat eine wichtige Rolle für die Erhaltung einer typischen Kulturlandschaft. Wir unterstützen die deutschen Winzer bei ihrer Ausrichtung auf erfolgreiche Qualitätserzeugnisse.

Wir werden die Umsetzung der Waldstrategie 2020 vorantreiben und dabei verstärkt auf die Schutzziele der Biodiversitätsstrategie setzen. Der Klein- und Kleinstprivatwald wird mit geeigneten Mitteln in die Entwicklung einbezogen. Länderspezifische Konzepte zur Zielerreichung bleiben unberührt. Der Waldklimafonds wird angemessen finanziell ausgestattet.

Im Rahmen der Neuordnung des europäischen Saatgutrechts treten wir dafür ein, dass die Saatgutvielfalt ga-

rantiert wird, die Interessen des nicht kommerziellen Bereichs gewahrt werden und der Zugang zu alten und regionalen Sorten nicht beschränkt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Rahmen des Nachbaus keine weiteren Einschränkungen für Landwirte und mittelständische Pflanzenzüchter gibt.

Wir wollen die traditionelle, arbeitsintensive Küstenfischerei unterstützen sowie die Binnenfischerei und die Aquakultur stärken. Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wird im Sinne der Ressourcenschonung und des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit der Fischerei umgesetzt. Besonderen Wert legt die Koalition auf den Schutz der Meeresböden und Bestände sowie die Weiterentwicklung der Fangtechnik und Fangmethoden mit dem Ziel der Beifangminderung. Die Koalition wird sich weiterhin für ein konsequentes Verbot des Walfangs sowie ein Handelsverbot mit Walfleisch einsetzen.

Die Vermarktung regionaler Produkte wird ausgebaut. Das bundesweit einheitliche „Regionalfenster“ zur Kennzeichnung regionaler Produkte wird evaluiert. Auf dieser Grundlage werden gegebenenfalls verbindliche Kriterien festgelegt. Um die behördliche Überprüfung der agrarwirtschaftlichen Exporte hinsichtlich Einhaltung der internationalen Standards sowie spezieller Anforderungen einzelner Drittstaaten zu verbessern, wird dem Bund eine koordinierende Funktion zugewiesen. Die Exportkompetenz des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wird gestärkt.

Beim Abschluss bi- und multilateraler Handelsabkommen ist die verbindliche Einhaltung der hohen europäischen Standards in den Bereichen Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz von zentraler Bedeutung.

Außerlandwirtschaftliche Kapitalinvestoren und Flächenprivatisierung

Wir werden die rechtlichen Instrumentarien der Kontrolle des unmittelbaren und mittelbaren Erwerbs landwirtschaftlicher Flächen durch nicht-landwirtschaftliche und überregionale Investoren prüfen.

In Verhandlungen zwischen Bund und Ländern wird geklärt, ob die noch in der Hoheit des Bundes verbliebenen Treuhandflächen interessierten Ländern übertragen werden können. Die Länder haben damit die Möglichkeit, ein Existenzgründungsprogramm unter anderem für Junglandwirte zu etablieren. Die Übertragungsbedingungen

sind so zu gestalten, dass sie den spezifischen agrarstrukturellen, umweltpolitischen sowie verfassungs- und haushaltsrechtlichen Bedingungen gerecht werden.

Agrarsoziale Sicherung

Wir werden die Reform der Agrarsozialversicherung intensiv begleiten. Dabei wird die Hofabgabeklausel neu gestaltet.

Tierschutz und Tiergesundheit

Wir nehmen die kritische Diskussion zur Tierhaltung in der Gesellschaft auf und entwickeln eine nationale Tierwohl-Offensive. Sie wird die relevanten Rechtsbereiche – das Tiergesundheitsgesetz und das Tierarzneimittelrecht – sinnvoll in einem einheitlichen Rechtsrahmen zusammenführen. Die gesetzlichen Regeln zur Verringerung des Antibiotika-Einsatzes werden unbürokratisch und praxisnah umgesetzt. Wir werden die Sachkunde der Tierhalter fördern. Gleichzeitig erarbeiten wir ein bundeseinheitliches Prüf- und Zulassungsverfahren für Tierhaltungssysteme. Ziel ist es außerdem, EU-weit einheitliche und höhere Tierschutzstandards durchzusetzen.

Wir streben eine flächengebundene Nutztierhaltung an. Ziel ist es, eine tiergerechte Haltung in Deutschland zu fördern. Wir werden überdies einen wissenschaftlichen Diskurs über Größen tiergerechter Haltung von Nutztieren auf den Weg bringen. Wir werden gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Initiative ergreifen, um das Problem überfüllter Tierheime anzugehen. Die Erforschung von Ersatzmethoden zum Tierversuch wird intensiviert und dafür die personelle und finanzielle Ausstattung der Zentrale zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) gestärkt.

Ethik und Landwirtschaft

Wir treten auf europäischer Ebene für ein Verbot des Klonens von Tieren und des Imports von geklonten Tieren und deren Fleisch ein. Wir streben eine Kennzeichnungspflicht für Nachkommen von geklonten Tieren und deren Fleisch an.

Das bestehende Patentierungsverbot auf konventionelle Zuchtungsverfahren, daraus gewonnene Tiere und Pflanzen sowie auf deren Produkte und auf das zu ihrer Erzeugung bestimmte Material soll durchgesetzt und die einschlägigen europäischen Vorschriften präzisiert werden.

Grüne Gentechnik

Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an.

Wir treten für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert wurden, ein. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit.

Flächenschutz

Um den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen weitestgehend zu vermeiden, streben wir den unverzüglichen Erlass einer Bundeskompensationsverordnung an.

Dünge- und Pflanzenschutzmittel müssen so eingesetzt werden, dass Risiken für Mensch, Tier und Naturhaushalt minimiert werden. Wir werden den Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz entschlossen umsetzen.

Bei Maßnahmen, die landwirtschaftliche Flächen in Anspruch nehmen, müssen agrarstrukturelle Belange angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere im Rahmen des für die Energiewende notwendigen Netzausbaus sind faire Entschädigungen für Grundstückseigentümer und -nutzer erforderlich.

Bienenmonitoring

Zum Erhalt und Ausbau der Bienenhaltung in Deutschland sind gemeinsame Bund-Länder-Anstrengungen notwendig. Wir führen das Deutsche Bienenmonitoring mit dem mehrjährigen Untersuchungsprogramm weiter.

Agrardiesel

Aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit werden wir die Förderung des Agrardiesels in der jetzigen Form beibehalten und streben eine einheitliche europäische Regelung über die Energiesteuerrichtlinie an.

Verbraucherschutz

Verbraucher sollen selbstbestimmt entscheiden können. Unser Ziel ist ein verbraucherfreundlicher, transparenter Markt, auf dem sichere und gute Produkte unter fairen und nachhaltigen Bedingungen hergestellt und angebo-

ten werden. Verbraucherpolitik hat auch das Ziel, das Vertrauen zwischen Wirtschaft und Verbrauchern zu stärken. Ungleichgewichte im Markt beseitigen wir, indem wir für Transparenz, Vergleichbarkeit und Möglichkeiten einer effektiven Rechtsdurchsetzung sorgen. Unserer Politik liegt ein differenziertes Verbraucherbild zugrunde. Bedürfnisse, Interessen und Wissen der Verbraucher variieren je nach Markt. Wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können oder überfordert sind, muss der Staat Schutz und Vorsorge bieten. Zudem muss er die Verbraucher durch gezielte und umfassende Information, Beratung und Bildung unterstützen. Dies gilt insbesondere für neue Bereiche wie den Finanzmarkt und Digitale Welt. Dafür wollen wir die bestehenden Verbraucherorganisationen mit einer speziellen Marktwächterfunktion „Finanzmarkt“ und „Digitale Welt“ beauftragen.

Bessere Organisation des Verbraucherschutzes und Ausbau der Forschung

Wir setzen einen unabhängigen und interdisziplinär besetzten Sachverständigenrat für Verbraucherfragen ein, der durch eine Geschäftsstelle unterstützt wird. Er soll zu wichtigen Verbraucherfragen und Teilmärkten Stellungnahmen und Empfehlungen formulieren.

Im Interesse eines besseren Verbraucherschutzes werden wir darauf hinwirken, dass das Verbrauchervertragsrecht künftig verständlich, übersichtlich und in sich stimmig ausgestaltet ist sowie effektiver durchgesetzt werden kann. Informationspflichten müssen sich an den Bedürfnissen der Verbraucher orientieren.

Die mit dem Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken erzielten Verbesserungen wollen wir nach zwei Jahren evaluieren.

Die spezialisierten Verbraucherzentralen informieren die zuständigen staatlichen Stellen über die aus der flächendeckenden Beratung und Marktbeobachtung gewonnenen Erkenntnisse.

Der Verbrauchercheck bei gesetzgeberischen Vorhaben wird ausgeweitet, der Nutzen für Verbraucher begründet und konkret ausgeführt.

Behörden soll bei begründetem Verdacht auf wiederholte Verstöße gegen Verbraucherrechte eine Prüfpflicht auferlegt werden. Bei Bundesnetzagentur, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bundeskartell-

amt und Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit wird Verbraucherschutz gleichberechtigtes Ziel ihrer Aufsichtstätigkeit.

Die Zuwendungen an die Stiftung Warentest und den Verbraucherzentrale Bundesverband werden erhöht. Das Stiftungskapital der Stiftung Warentest wird verstärkt.

Die Stiftung Datenschutz soll in die Stiftung Warentest integriert werden.

Europäisches und internationales Verbraucherrecht

Das EU-Verbraucherrecht soll auf Grundlage des Prinzips der Mindestharmonisierung weiterentwickelt werden. Der Grundsatz der Subsidiarität muss stärker Beachtung finden. Die Koalition möchte, dass Deutschland das Niveau dieser Mindestregelungen übertrifft. In Fällen besonderen Nutzens für Verbraucher unterstützen wir eine Vollharmonisierung.

Bei einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA müssen die hohen europäischen Standards unter anderem im Verbraucher- und Datenschutz weiter Geltung behalten.

Bei der Neuregelung der Fluggastrechteverordnung und des Pauschalreiserechts setzt sich Deutschland für den Erhalt des bestehenden Schutzniveaus ein; missbräuchliche Praktiken wie überhöhte Gebühren für Namenswechsel und verloren gegangene Reiseunterlagen werden unterbunden.

Die EU-Richtlinie über Alternative Streitbeilegung wird zeitnah verbraucherfreundlich umgesetzt und der „Online-Schlichter“ bundesweit einheitlich ausgeweitet. Bestehende Schlichtungsmöglichkeiten werden auf ihre Verbraucherfreundlichkeit überprüft.

Mehr Transparenz und Unterstützung für die Verbraucher

Wir wollen die Grundlagen für ein Label schaffen, das nachhaltige Produkte und Dienstleistungen kennzeichnet und den Lebenszyklus des Produkts einbezieht. Die Koalition prüft, ob beim werblichen Herausstellen besonderer Produkteigenschaften ein Auskunftsanspruch für Verbraucher geschaffen wird.

Auf EU-Ebene wirken wir darauf hin, dass reparaturfreundliche Maßnahmen in die Öko-Design-Richtlinie aufgenommen werden.

Zur Verbesserung der Produktsicherheit setzen wir uns für ein europäisches Sicherheitszeichen analog zum deutschen GS-Zeichen und auf EU-Ebene für eine verpflichtende Drittprüfung für Kinderspielzeug ein.

Produktinformationsblätter sollen auch für andere Märkte wie Telekommunikation und Energie eingeführt werden. Die Zweckmäßigkeit und die Verständlichkeit von Produktinformationsblättern und Beratungsprotokollen (Finanzbereich) müssen regelmäßig überprüft und Verbesserungen umgesetzt werden, z. B. durch Standardisierung.

Die staatlich geförderte private Altersvorsorge soll verbraucherfreundlicher werden, zum Beispiel indem die Verwaltungskosten begrenzt werden.

Schutz der Verbraucher im Finanzbereich

Wir werden die Evaluierung der gesetzlichen Regelungen zur Einführung des Pfändungsschutzkontos auswerten und insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Kosten für ein Pfändungsschutzkonto nicht unangemessen hoch sind.

Die Inanspruchnahme des Dispositionskredits soll nicht zu einer übermäßigen Belastung eines Bankkunden führen. Daher sollen die Banken verpflichtet werden, beim Übertritt in den Dispositionskredit einen Warnhinweis zu geben; bei dauerhafter und erheblicher Inanspruchnahme sollen sie dem Kunden eine Beratung über mögliche kostengünstigere Alternativen zum Dispositionskredit anbieten müssen.

Wir werden die Einführung der Honorarberatung als Alternative zu einer Beratung auf Provisionsbasis für alle Finanzprodukte vorantreiben und hohe Anforderungen an die Qualität der Beratung festlegen. Die Berufsbezeichnungen und Ausbildungsstandards der Berater auf Honorarbasis werden weiterentwickelt.

Das in der finanziellen Anlageberatung verwendete Beratungsprotokoll werden wir im Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für Anleger weiterentwickeln.

Schutz der Verbraucher im Energiesektor

Wir wollen Regelungen für einen besseren Schutz vor Strom- und Gassperren, z. B. durch den Einsatz von intelligenten Stromzählern mit Prepaid-Funktion. Bei den Tarifgenehmigungen ist zu beachten, dass Grundversorgertarife angemessen gestaltet sind. Es werden Instrumente entwickelt, um die zugesagte Qualität von Energiedienstleistungen und Energieeffizienzinvestitionen aus Sicht der Verbraucher sicherzustellen.

Sicherheit, Selbstbestimmung und Transparenz in der digitalen Welt

Wir fördern Innovationen und Techniken, die sicherstellen, dass Profilbildung und darauf basierende Geschäftsmodelle ohne die Erhebung individualisierter personenbezogener Daten auskommen können. Nicht-anonyme Profilbildungen müssen an enge rechtliche Grenzen und die Einwilligung der Verbraucher geknüpft werden. Unternehmen, die Scoringverfahren anwenden, werden verpflichtet, dies der zuständigen Behörde anzuzeigen. Wir werden die Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass die Verbraucherverbände datenschutzrechtliche Verstöße abmahnen und Unterlassungsklage erheben können.

Den mobilen Commerce werden wir verbraucherfreundlich ausgestalten, z. B. durch transparente Darstellungsmöglichkeiten auf mobilen Endgeräten und Rückgabemöglichkeiten von Apps. Wir stärken die Rechte von Verbrauchern bei der Nutzung digitaler Güter gegenüber der Marktmacht globaler Anbieter. Im Rahmen der Evaluation des Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken wird insbesondere die Wirksamkeit der Streitwertdeckelung bei Abmahnungen gegen Verbraucher aufgrund von urheberrechtlichen Verstößen im Internet geprüft.

Sichere Lebensmittel, transparente Kennzeichnung, gesunde Ernährung

Die Lebensmittelüberwachung wird die Koalition besser vernetzen und in Deutschland und der EU für einheitliche Standards und eine sachgerechte Kontrolldichte sorgen.

Verbraucherinformationsgesetz und § 40 Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) werden dahingehend geändert, dass die rechtssichere Veröffentlichung von festgestellten, nicht unerheblichen Verstößen unter Reduzierung sonstiger Ausschluss- und Beschränkungsgründe möglich ist.

Wir werden zum Beispiel im Bereich der Dokumentation und Kennzeichnung darauf achten, dass für kleinere, regional tätige Unternehmen unbürokratische Lösungen gefunden werden, ohne das Schutzniveau zu gefährden.

Wir setzen uns in der EU für ein Tierwohllabel nach deutschem Vorbild und für eine verpflichtende Kennzeichnung für Produkte von Tieren ein, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. Sie tritt für ein Verbot des Klonens zur Lebensmittelherstellung und des Imports von geklonten Tieren sowie für eine Kennzeichnungspflicht von Tieren und tierischen Produkten von deren Nachkommen ein. Für Lebensmittel muss es eine verpflichtende Kennzeichnung von Herkunft und Produktionsort geben.

Die Empfehlungen der Lebensmittelbuchkommission müssen sich stärker am Anspruch der Verbraucher nach „Wahrheit und Klarheit“ orientieren.

Die Koalition wird bestehende Initiativen zur Ernährung und Gesundheit evaluieren und die erfolgreichen verstetigen.

4.3. Kultur, Medien und Sport

Kultur

Kulturförderung im föderalen System

Kunst- und Kulturförderung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, die diese in ihrer jeweils eigenen Zuständigkeit wahrnehmen. Den Kulturhaushalt des Bundes wird die Koalition auf hohem Niveau weiterentwickeln. Kultur ist keine Subvention, sondern eine Investition in unsere Zukunft.

Bund und Länder sollten bei der Planung und Finanzierung künftig intensiver und systematischer zusammenwirken (kooperativer Kulturföderalismus). Dazu soll ein regelmäßiger Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen etabliert werden. Die Kulturstiftungen des Bundes und der Länder sind einzubeziehen.

Der Bund fördert national bedeutsame Kultureinrichtungen. Für eine Bundesbeteiligung sind Förderkriterien zu erarbeiten, um eine systematisch und eindeutig strukturierte Förderkulisse zu erreichen. Für die bisher geförderten Einrichtungen bedarf es langfristiger Finanzie-

rungsperspektiven auch über 2019 hinaus. Die Koalition wird das Programm „Invest Ost – Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland“ fortsetzen.

Die Förderung folgender national bedeutsamer Kulturorte soll vorrangig geprüft werden: Romantikmuseum in Frankfurt am Main, Schaumagazin für Künstlernachlässe in der Abtei Brauweiler (NRW), Residenzschloss Dresden und Internationales Tanzzentrum Pina Bausch.

Angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels (Demografie, Digitalisierung, Integration etc.) sollte die kulturelle Infrastruktur in Deutschland fortentwickelt, modernisiert und an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Barrierefreiheit kultureller Einrichtungen und Baudenkmäler.

Gemeinsam mit den Ländern will die Koalition neue Arbeitsformen und Kooperationsmodelle entwickeln, um die Potenziale des demografischen Wandels im Kulturbereich aufzuzeigen und die identitätsstiftende Wirkung von Kunst und Kultur herauszustellen.

Der Analyse, dem Austausch und der Reflexion dienen eine verstärkte Kulturpolitikforschung und eine gegebenenfalls gesetzlich zu sichernde Kulturstatistik. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung einer qualifizierten Besucherforschung, die wertvolle Rückmeldungen zu künstlerischen Angeboten gibt.

Die Kulturlandschaft in Deutschland zeichnet sich durch kulturelle Vielfalt und viele freie Initiativen und Projekte aus, die immer wieder neu anzuregen und zu vitalisieren sind. Das Engagement des Bundes für die Förderung der freien, zeitgenössischen und darstellenden Kunst und Kultur ist vor allem auch im Hinblick auf interkulturelle Belange zu verstärken.

Der Kulturstiftung des Bundes (KSB) kommt als Förderin und als Dachorganisation für die Zuwendungen an die Kulturfonds eine wesentliche Rolle zu, die weiter gestärkt werden soll. Die Koalition will zudem die Autonomie und die Arbeit der bestehenden Fonds finanziell verstärken.

Mit der Musikförderung des Bundes will die Koalition den Ansatz einer konzeptorientierten Kulturförderung weiterentwickeln. Die Gründung eines Musikfonds auf Bundesebene für die Entwicklung der zeitgenössischen Musikultur hilft, eine Lücke im Fördersystem zu schließen.

Auch die Förderung des Bundes für die innovative und international ausstrahlende Kunstform Tanz soll im Dialog mit den Ländern fortgesetzt und im Rahmen eines zeitgemäßen, nachhaltig wirkenden Förderprogramms weiterentwickelt werden.

Die besondere Verantwortung des Bundes in Berlin ist eine dauerhafte Aufgabe, der Hauptstadtfinanzierungsvertrag ist langfristig auszugestalten. Die Koalition wird mit dem Land Berlin einen Folgevertrag für den Ende 2017 auslaufenden Hauptstadtfinanzierungsvertrag vereinbaren, mit dem weiterhin alle grundsätzlichen Fragen der gesamtstaatlichen Repräsentation des Bundes in der Hauptstadt und die damit verbundene Kulturfinanzierung einvernehmlich und verbindlich auf der Grundlage des Art. 22 Abs. 1 GG geregelt werden.

Mit dem Berliner Schloss/Humboldtforum erhält Berlin einen zentralen städtebaulichen Ankerpunkt zurück. Die Arbeiten werden zügig fortgesetzt. Der Bund wird die Stiftung Berliner Schloss/Humboldtforum bei ihrem Werben um Spenden weiter unterstützen.

Um den späteren Gebäudebetrieb des Humboldt-Forums zu gewährleisten, die Bespielung des Hauses angemessen vorzubereiten und nach Übergabe an die Nutzer ein anspruchsvolles Kulturprogramm für alle zu ermöglichen, wird die Koalition die Weiterentwicklung des Nutzungskonzepts begleiten und dafür in der Finanzplanung rechtzeitig die erforderlichen Mittel etatieren.

Die Koalition wird die Arbeit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz stärken und die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten weiter unterstützen.

Die Koalition bekennt sich zu dem Ziel, jedem Einzelnen unabhängig von seiner sozialen Lage und ethnischen Herkunft gleiche kulturelle Teilhabe in allen Lebensphasen zu ermöglichen. Kultur für alle umfasst Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit sowie interkulturelle Öffnung. Diese Grundsätze sind auch auf die vom Bund geförderten Einrichtungen und Programme zu übertragen.

Kulturelle Bildung ist unverzichtbar für die Persönlichkeitsentwicklung insbesondere junger Menschen, ihre sozialen Kompetenzen und für die gesellschaftliche Teilhabe. Dies schließt auch Medienbildung mit ein. Dafür bedarf es eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen verlässlicher Strukturförderung und innovativer Projekt-

förderung. Das Programm „Kultur macht stark – Bündnisse für die Bildung“ soll auf seine Effizienz überprüft, mit dem Kulturbereich und den Ländern abgestimmt und inhaltlich weiterentwickelt werden.

Gedenken und Erinnern, kulturelles Erbe, Baukultur

Das historische Gedächtnis und insbesondere die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte unseres Landes bleiben dauerhafte Aufgaben.

Unser Bewusstsein für Freiheit, Recht und Demokratie ist geprägt durch die Erinnerung an NS-Terrorherrschaft, an Stalinismus und SED-Diktatur, aber auch durch positive Erfahrungen deutscher Demokratiegeschichte. Das bewährte Gedenkstättenkonzept des Bundes ist weiterzuentwickeln. Besondere Bedeutung misst die Koalition der Zeitzeugenarbeit, der politischen Bildung sowie der Wirkung authentischer Orte bei. Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau wird in die institutionelle Förderung des Bundes aufgenommen.

Das im Gedenkstättenkonzept enthaltene Themenfeld Opposition und Widerstand setzt die Koalition unter anderem um, indem das von der Robert-Havemann-Gesellschaft bewahrte Archiv der DDR-Opposition und die Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution 1989“ dauerhaft gesichert werden.

Die Koalition unterstützt das Vorhaben, die ehemalige Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg künftig als Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand zu nutzen und fortzuentwickeln. Sie unterstützt auch den Umzug des Alliierten-Museums an den ehemaligen Flughafen Berlin-Tempelhof.

Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerstand gegen das NS-Regime auch in seiner europäischen Dimension werden wir wachhalten. Dem systematischen Völkermord an den europäischen Juden sowie an anderen Völkern und Gruppen wird in der deutschen Erinnerungskultur immer eine außerordentliche Bedeutung zukommen.

Bis heute ist der Verbleib von Kunst- und Kulturgütern, die Eigentümer aufgrund der Verfolgung durch die Nationalsozialisten verloren haben, nicht vollständig geklärt. Die Folgen nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen

bestehen fort. Um dem Anspruch bei der Restitution NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz, gerecht zu werden, will die Koalition die Mittel für die Provenienzforschung verstärken.

Die Koalition wird die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Bundesbehörden vorantreiben. In einer Bestandsaufnahme soll der aktuelle Forschungsstand und bestehende Forschungsbedarf auf Bundesebene zur Aufarbeitung der frühen Nachkriegsgeschichte von Ministerien und Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ermittelt werden.

Angesichts der enormen Wissensdefizite bei Jugendlichen über die beiden deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert gilt es, wirksame Mittel für eine bessere Wissensvermittlung wie die schulische und außerschulische politische Bildung zu nutzen. Authentischen Orten, wie beispielsweise dem ehemaligen „Reichsparteitagsgelände“ in Nürnberg, kommt eine wesentliche Funktion für die Geschichtskultur in Deutschland zu, die gemeinsam mit dem jeweiligen Land erhalten und genutzt werden soll.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir unter anderem den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, 25 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit, das Gedenken an 70 Jahre Befreiung der Konzentrationslager, Ende des Zweiten Weltkrieges und 80 Jahre „Nürnberger Gesetze“ angemessen begehen.

Die Koalition wird die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziell stabilisieren.

Die Restitution von Kunst- und Kulturgut, das von Behörden in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone/DDR den rechtmäßigen Eigentümern entzogen wurde, ist eine noch nicht abgeschlossene Aufgabe. Zur Klärung der Ansprüche früherer Eigentümer muss auch in diesen Fällen die Provenienzforschung verstärkt werden.

Die Koalition will das Verständnis für unsere gemeinsame europäische Geschichte weiterentwickeln und begrüßt das Projekt „Europäisches Kulturerbe-Siegel“. Das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität kann mit anderen europäischen Partnern den Nukleus dafür bilden, Erinnerung und Gedenken im Geiste euro-

päischer Versöhnung und Demokratie, Austausch und gemeinsame Projekte zu vertiefen. Dabei wird die Koalition das Netzwerk unterstützen.

Die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96 Bundesvertriebenen-gesetz (BVFG) ist ein Beitrag zur kulturellen Identität Deutschlands und Europas. Mit dem Ziel verstärkter europäischer Integration soll auch die „Konzeption 2000“ der Kulturförderung des Bundes nach § 96 BVFG angepasst und weiterentwickelt sowie die Umsetzung der Konzeption der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) erfolgen. Die Koalitionsparteien stehen zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung.

Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie mit den im Ausland lebenden Deutschen.

Die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die entsprechende Koordinierungsstelle bei der Staatsbibliothek zu Berlin wird auf Basis einer bereits geplanten Evaluierung und in Abstimmung mit den Ländern, gegebenenfalls über ein Bund-Länder-Förderprogramm, über 2015 hinaus fortgeführt.

Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu baukulturellen Fragen fördern – auch zu Bauvorhaben des Bundes. Die Bundesstiftung Baukultur als hierfür wichtigen Partner wollen wir stärken.

Auch der Erhalt von Denkmälern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Bund wird die Denkmalschutz-Sonderprogramme sowie das Programm „National wertvolle Kulturdenkmäler“ fortsetzen. Die Koalition setzt sich für ein „Europäisches Jahr für Denkmalschutz“ ein. Die für die Baukultur und den Denkmalschutz bereitgestellten Mittel werden wir auf sachgerechtem Niveau fortführen. An der steuerlichen Förderung von Baudenkmälern und Gebäuden in Sanierungsgebieten und städtebaulichen Entwicklungsbereichen halten wir fest.

Zu den herausragenden internationalen Stätten unserer Denkmalschutzlandschaft zählen die UNESCO-Welterbestätten. Der Bund wird den dafür zuständigen Ländern bei deren Pflege und Erhaltung weiterhin ein verlässlicher Partner sein.

Das bewährte „Investitionsprogramm Nationale UNESCO-Welterbestätten“ soll in der Verantwortung der entsprechenden Ressorts fortgeführt und die Koordinierungsstelle Welterbe personell verstetigt werden.

Mit der Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes will die Koalition ein, den Kulturgutschutz stärkendes, kohärentes Gesetz schaffen, um sowohl illegal ausgeführtes Kulturgut anderer Staaten effektiv an diese zurückzugeben als auch deutsches Kulturgut besser vor Abwanderung ins Ausland zu schützen.

Im Zweiten Weltkrieg wurden zahlreiche Kulturgüter aus Deutschland als „Beutekunst“ nach Russland und in andere Staaten, vor allem in Mittel- und Osteuropa, verbracht. Ihre Rückführung ist und bleibt ein wichtiges Ziel der Bundesregierung.

Das Bauhaus-Jubiläum im Jahre 2019 wird als Ereignis von nationaler und weltweiter Strahlkraft auch durch den Bund unterstützt. Wir werden bei den drei Bauhaus-Einrichtungen: Stiftung Bauhaus-Dessau, Klassik-Stiftung Weimar und Bauhaus-Archiv Berlin die notwendigen baulichen Voraussetzungen schaffen. Der Bund wird sich gemeinsam mit den im Bauhaus-Verbund zusammengeschlossenen Ländern an der Vorbereitung des Bauhaus-Jubiläums beteiligen.

Der 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven im Jahr 2020 bietet herausragende Chancen für die Kulturnation Deutschland im In- und Ausland. Deshalb ist die Vorbereitung dieses wichtigen Jubiläums eine nationale Aufgabe.

Die Koalition wird das Bundesarchivgesetz novellieren, insbesondere durch Verbesserung der Nutzer- und Wissenschaftsfreundlichkeit. Das Bundesarchiv muss in die Lage versetzt werden, die E-Verwaltung einführen zu können.

Soziale Absicherung von Künstlern

Die Koalition wird sich in der kommenden Legislaturperiode für die soziale Absicherung von Kreativen und Künstlern einsetzen und für weitere Verbesserungen sorgen. Lücken in der sozialen Absicherung von Künstlern werden wir identifizieren und Lösungen entwickeln.

Wir werden die Künstlersozialkasse erhalten und durch eine regelmäßige Überprüfung der Unternehmen auf ihre Abgabepflicht hin dauerhaft stabilisieren. Dafür müs-

sen wir einen weiteren Anstieg der Künstlersozialabgabe verhindern. Dies setzt voraus, dass alle abgabepflichtigen Unternehmen ihren Beitrag leisten.

Ein effizientes Prüfverfahren soll die Belastungen für Wirtschaft und Verwaltungen minimieren und Abgabegerechtigkeit herstellen. Dabei wollen wir auch die Abgrenzung von ehrenamtlicher und künstlerischer Tätigkeit schärfen.

Reform des Urheberrechts

Wir wollen das Urheberrecht den Erfordernissen und Herausforderungen des digitalen Zeitalters anpassen. Dabei werden digitale Nutzungspraktiken berücksichtigt. Ziel muss ein gerechter Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sein. Damit der Wert kreativer Leistungen stärker in den Mittelpunkt der Urheberrechtsdebatte rückt, muss das Bewusstsein für den Wert geistigen Eigentums in der Gesellschaft gestärkt werden. Die Koalition will deshalb entsprechende Maßnahmen unterstützen.

Zum effektiveren Schutz von Markeninhabern, Urhebern und anderen Kreativen vor Rechtsverletzungen im weltweiten digitalen Netz, streben wir den Ausbau verbindlicher europäischer und internationaler Vereinbarungen an. Alle Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein. Als wesentlichen Beitrag zum Schutz der Verbraucher und zur Eindämmung von massenhaften Rechtsverletzungen sehen wir die Diensteanbieter im Internet stärker in der Verantwortung.

Wir wollen die Rechtsdurchsetzung insbesondere gegenüber Plattformen verbessern, deren Geschäftsmodell im Wesentlichen auf der Verletzung von Urheberrechten aufbaut. Wir werden dafür sorgen, dass sich solche Diensteanbieter nicht länger auf das Haftungsprivileg, das sie als sogenannte Hostprovider genießen, zurückziehen können und insbesondere keine Werbeeinnahmen mehr erhalten.

Um Rechtsverletzungen vorzubeugen, werden wir die Medienkompetenz der Internetnutzer stärken und sie besser in die Lage versetzen, zwischen legalen und illegalen Angeboten im Netz zu unterscheiden.

Wir wollen die kollektive Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften stärken und insbesondere die Aufsicht über die Verwertungsgesellschaften effektiver ausgestalten.

Wir wollen Verhandlungen und Streitigkeiten über die Höhe der Privatkopievergütung schneller, effizienter und einfacher gestalten und werden eine Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche einführen.

Um die Position des Urhebers zu verbessern und Kreativen eine angemessene Vergütung zu ermöglichen, bedarf es einer Überarbeitung des Urhebervertragsrechts. Dabei müssen wir feststellen, ob Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizient genug ausgestaltet sind und ob das Verfahren insgesamt beschleunigt werden muss sowie die Verbindlichkeit des Schlichtungsverfahrens zu verbessern ist.

Wir bekennen uns zur Vertragsfreiheit im Urheberrecht und sind uns bewusst, dass Inhalte oft unter (impliziten) Nutzungsbestimmungen angeboten werden. Gleichzeitig ist das Interesse der Verbraucher an einer langfristigen und geräteunabhängigen Nutzung ihrer legal erworbenen digitalen Inhalte zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es daher, die Portabilität gekaufter Inhalte zu ermöglichen und zu fördern.

Geprüft werden soll zudem, wie urheberrechtlich sichergestellt werden kann, dass Technologiebrüche bei der Weiterversendung von Rundfunksignalen vermieden werden können.

Wir werden den wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker Rechnung tragen und eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einführen. Wir werden prüfen, ob den öffentlichen Bibliotheken gesetzlich das Recht eingeräumt werden sollte, elektronische Bücher zu lizenzieren.

Wir werden eine umfassende Open Access Strategie entwickeln, die die Rahmenbedingungen für einen effektiven und dauerhaften Zugang zu öffentlich finanzierten Publikationen und auch zu Daten (open data) verbessert.

Die Veränderung der Medienwelt hat auch Folgen für die Printmedien, jedoch bleiben die Gründe für steuerliche Erleichterungen – Kultur- und Medienangebote als Teil der Daseinsvorsorge – auch in der digitalen Welt die gleichen. Den verminderten Mehrwertsteuersatz für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften will die Koalition beibehalten; er soll in Zukunft auch für Hörbücher gelten. Auf europäischer Ebene wird die Koalition darauf hinwirken, dass auf E-Books, E-Paper und andere elektronische Informationsmedien künftig der ermäßigte

Mehrwertsteuersatz Anwendung finden kann. Essentiell für die Erhaltung der Vielfalt der Bücher und Buchhandlungen ist die Buchpreisbindung, die europarechtlich auch im Hinblick auf E-Books abzusichern ist.

Die Koalition wird auch in Zukunft an den Steuererleichterungen für kulturelle Leistungen festhalten und den bestehenden Standard der Steuererleichterungen für gemeinnützige Einrichtungen bewahren. Die Koalition wird prüfen, ob weitere Umsatzsteuererleichterungen für künstlerische Berufe möglich sind.

Medien

Unabhängige und vielfältige Medien sind Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie. Es ist deshalb erklärtes Ziel der Koalition, die Medienfreiheit, -vielfalt und -unabhängigkeit zu sichern. Die Digitalisierung und die damit einhergehende Konvergenz der Medien prägen die aktuelle Entwicklung der Medienwelt. Dabei soll nicht der Verbreitungsweg, sondern der Inhalt über das Regulierungsregime entscheiden. Deshalb unterstützt der Bund die Bemühungen der Länder um eine der Medienkonvergenz angemessene Medienordnung. In diesem Zusammenhang setzt sich die Koalition für eine im Anschluss an die Vorarbeit der Länder einzusetzende zeitlich befristete Bund-Länder-Kommission ein, um erforderliche Kompatibilitätsregeln und daran anknüpfende Anpassungen – z. B. an den Schnittstellen Medienaufsicht, Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht – zu erarbeiten.

Insbesondere aufgrund europäischer und internationaler Entwicklungen im Medienbereich ist es wichtig, mit einer abgestimmten und starken Stimme zu sprechen. Deshalb ist es notwendig, dass deutsche Interessen konsequent und in enger Abstimmung zwischen Bund und Ländern in Brüssel vertreten werden.

Im Wissen um die Zuständigkeit der Länder bekennt sich die Koalition zur dualen Medienordnung. Die Koalition will faire Wettbewerbschancen für alle Medienanbieter. Deshalb wollen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen privatwirtschaftlicher Medienproduktion stärken. Sie setzt sich für das Prinzip der Plattformneutralität ein, d. h. bei Distributionsplattformen für Rundfunk und Telemedien insbesondere bei marktbeherrschenden Plattformbetreibern sind eine diskriminierungsfreie Informationsübermittlung und der neutrale Zugang zu Inhalten sicherzustellen. Private und öffentlich-rechtliche audiovisuelle Medienangebote und jour-

nalistisch-redaktionelle Inhalte, die einen Beitrag im Sinne des Public Value leisten, sollen einen diskriminierungsfreien Zugang zu Distributionswegen und eine herausgehobene Auffindbarkeit erhalten.

Die Koalition wird sich für eine Revision der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-RL) einsetzen, die den Entwicklungen einer konvergenten Medienwelt gerecht wird und unter anderem Werberegeln dereguliert. Im Bereich Online-Werbung unterstützen wir die Selbstregulierungsansätze der Branche.

Es ist zu prüfen, inwieweit das Kartellrecht den aktuellen Entwicklungen im Sinne der Konvergenz anzupassen ist. Dabei darf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Medienunternehmen im internationalen Vergleich nicht beeinträchtigt werden.

Bei der Frequenzplanung (Digitale Dividende II) werden wir auf nationaler und europäischer Ebene im Einvernehmen mit den Ländern die Belange des hiervon betroffenen Rundfunks (DVB-T) und die Interessen der Nutzer drahtloser Produktionsmittel (z. B. in Kultureinrichtungen) berücksichtigen. Die für den Umstieg auf DVB-T2 notwendigen Voraussetzungen müssen erhalten bleiben.

Die Deutsche Welle ist eine wichtige Stimme Deutschlands in der Welt und muss dauerhaft und spürbar gestärkt werden. Die von Bund und Ländern im Sommer 2013 vereinbarte grundlegende Verstärkung der Kooperation zwischen Deutscher Welle und ARD, ZDF und Deutschlandradio muss gerade im Informationsbereich umgesetzt werden.

Journalistisch-redaktionell verantwortete Medien sind von zentraler Bedeutung für Demokratie, Informationsfreiheit und Meinungsbildung und zwar unabhängig von der technologischen Verbreitung. Die Koalition unterstützt eine Initiative der Länder zur Wiedereinführung des „amtlichen Presseausweises“.

Die vielfältigen und wichtigen Initiativen der Bundeszentrale für politische Bildung, insbesondere zur Stärkung des (Lokal-)Journalismus, werden fortgesetzt und weiterentwickelt.

Die Koalition will gemeinsam mit den Verlagen sowie Journalistinnen und Journalisten das Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften als Kulturgut in der Gesellschaft verankern.

Wir wollen die Angebotsvielfalt in diesem Bereich, insbesondere auch auf regionaler Ebene, erhalten. Verlage und Journalisten brauchen verlässliche Rahmenbedingungen vonseiten der Politik.

Wir halten das Presse-Grosso als neutralen Vertriebsweg für unverzichtbar. Es darf durch europäische Rechtsentwicklungen nicht beeinträchtigt werden. Wir werden uns bei den Ländern für eine presserechtliche Verankerung des Presse-Grosso einsetzen.

Gemeinsam mit den Ländern wird der Bund die Medienbank fortentwickeln und die Fortsetzung der Pressestatistik als Medienstatistik unterstützen.

Die Koalition will unabhängige Buchhandlungen in ihrer Funktion als Ort der kulturellen Vermittlung und Begegnung und angesichts der stetigen Zunahme des durch große Marktakteure geprägten Versandbuchhandels stärken, z. B. durch die Einführung eines jährlichen Preises für besonders innovative und kulturell ausgerichtete Geschäftsmodelle.

Unser nationales Filmerbe muss dauerhaft gesichert und auch im digitalen Zeitalter sichtbar bleiben. Es bedarf hierfür neben einer Digitalisierungsförderung des Bundes auch der Beteiligung der Länder und der Filmwirtschaft. Die Stiftung Deutsche Kinemathek ist als eine der zentralen Einrichtungen zur Bewahrung und Zugänglichmachung des deutschen Filmersbes zu stärken. Die Koalition wird auch das Bundesarchiv personell und finanziell stärken.

Der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) hat in den vergangenen Jahren maßgeblich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Filmwirtschaft in Deutschland beigetragen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Deutschland nachhaltig verbessert. Um die deutsche Filmwirtschaft zu stärken, werden wir die bisher geltende zeitliche Befristung des DFFF aufheben und das erfolgreiche Förderprogramm fortsetzen.

Die Koalition wird im Zuge der anstehenden Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) die Wirkung einzelner Instrumente der Filmförderung mit dem Ziel evaluieren, das FFG „zukunftsfest“ zu machen.

Wir werden bei allen Verantwortlichen dafür werben, die Stärkung des deutschen Kinderfilms zu einer Schwerpunktaufgabe zu machen.

Wir wollen unsere vielfältige Kinolandschaft im Ganzen erhalten. Wir wollen in das erfolgreiche Förderprogramm zur Digitalisierung auch solche Kinos einbeziehen, die als Kulturort eine besondere Funktion wahrnehmen und bisher die Mindestförderdovoraussetzungen nicht erfüllen konnten.

Digitale Medien

Deutschland soll sich zu einem digitalen Kulturland weiterentwickeln. Unser kulturelles Erbe muss digitalisiert werden, um es für die kommenden Generationen zu sichern.

Eine wichtige Aufgabe zur Sicherung unseres kulturellen Erbes übernimmt die Deutsche Digitale Bibliothek als deutscher Beitrag zur europäischen digitalen Bibliothek Europeana. Der Bund ist sich der Verantwortung für die digitale Erschließung der kulturellen und wissenschaftlichen Überlieferungen bewusst und treibt auf dieser Grundlage mit den Ländern und Kommunen eine abgestimmte Digitalisierungsstrategie voran. Die vom Bund geförderten Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Bestände einzubringen.

Medienkompetenz ist eine elementare Schlüsselkompetenz in unserer digitalen Gesellschaft und grundlegende Voraussetzung für einen selbstbestimmten Umgang mit den Medien und dem Netz für alle Generationen. Sie eröffnet – auch im Zusammenwirken mit Bürgermedien – Chancen der medialen Teilhabe und des Netzes und sensibilisiert den Nutzer für mögliche Risiken. Die bisherigen Initiativen des Bundes sollen – unter Wahrung der Kompetenzen der Länder und in enger Abstimmung mit diesen – fortgesetzt und verstetigt werden. Initiativen wie das „Netz für Kinder“ / „Frag Finn“ ermöglichen Kindern einen sachkundigen Umgang mit dem Internet. Die „Nationale Initiative Printmedien“ soll weiterentwickelt werden und insbesondere die Medienkompetenzvermittlung von Kindern und Jugendlichen in den Blick nehmen.

Kinder und Jugendliche sollen die Chancen und Möglichkeiten, die ihnen das Internet bietet, optimal nutzen können, ohne mit für sie schädigenden Inhalten konfrontiert zu werden. Moderner Jugendmedienschutz muss Rahmenbedingungen für eine gemeinsam getragene Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen. Im Dialog sind neue Instrumente für einen wirksamen Jugendmedienschutz zu entwickeln.

Die Daten von Kindern und Jugendlichen in den sozialen Medien müssen besonders geschützt werden. Für einen wirksamen gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz ist eine Angleichung der gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Kindern unabhängig vom Verbreitungsweg der digitalen Medien anzustreben. Dabei sollten die heute geltenden hohen Jugendschutzstandards für Trägermedien als Orientierung dienen. Im Zentrum für Kinderschutz im Internet (I-KiZ) arbeiten die Beteiligten zusammen an einer Gesamtstrategie, die Regulierung, Anbieterverantwortung und die Stärkung der Medienkompetenz miteinander verbindet und internationale Zusammenarbeit sicherstellt.

Digitale Spiele prägen den Alltag vieler, insbesondere jüngerer Menschen in unserem Land. Wir erkennen die Vielfalt hochwertiger Angebote, insbesondere pädagogisch wertvoller Computerspiele sowie die große kreative Leistung und hohe technische Kompetenz der Spieleentwickler an. Dies wollen wir weiter fördern, beispielsweise mit dem Deutschen Computerspielpreis. Diesen wollen wir zeitgemäß weiterentwickeln. Die gemeinsam durch den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung und die Computerspielwirtschaft initiierte und mittlerweile gegründete Stiftung Digitale Spielekultur soll gemeinsam mit den Marktteilnehmern weiter ausgebaut werden, um in den Schwerpunkten Wirtschaft und Ausbildung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur sowie Forschung und Wissenschaft neue Impulse setzen zu können. Wir wollen zudem das digitale Spiel für nachfolgende Generationen erhalten. Es gilt, geeignete Archivierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Sport

Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung und stellt die größte Bürgerbewegung Deutschlands dar. Die Bundesregierung versteht sich als fairer Partner des organisierten Sports. Wir wollen, dass Deutschland eine erfolgreiche Sportnation bleibt. Im Spitzensport verbessern wir die Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Trainerinnen und Trainer durch gute Arbeitsbedingungen und langfristige Perspektiven. Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung mit Blick auf die Mittelvergabe für alle öffentlich und nachvollziehbar zu gestalten. In einer Sportoffensive Bildung und Beruf im Sinne der „Dualen Karriere“ setzen wir uns gemeinsam mit den Bundesländern bei Hochschulen und Arbeitgebern für bessere Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Studium, Ausbildung oder Arbeit mit dem Spitzensport

ein. Wir machen uns dafür stark, dass eine attraktive, ausgewogene und bedarfsorientierte Infrastruktur für den Spitzen-, Leistungs- und Breitensport erhalten bleibt. Die Interessen des Sports sind in immissionsschutzrechtlichen Konfliktlagen angemessen zu berücksichtigen. Deshalb werden wir auch eine Änderung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen prüfen.

Wir sorgen auch in Zukunft für eine verlässliche Finanzierung des erfolgreichen Programms „Integration durch Sport“. Im Nationalen Aktionsplan Integration muss der Sport weiterhin eine wichtige Rolle einnehmen und bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird der Inklusionsgedanke bei der Sportförderung des Bundes konsequent ausgebaut. Sport wollen wir in eine ressortübergreifende, bewegungsförderliche Gesamtpolitik einbinden, weil Sport, Gesundheitsförderung und Prävention zusammen gehören. Die Fankultur im Fußball soll in Deutschland erhalten bleiben. Gemeinsam mit Verbänden, Vereinen und den friedlichen Fans wollen wir dafür sorgen, dass Stadionbesuche sicher bleiben. Deshalb begrüßen und unterstützen wir alle präventiven Anstrengungen und werden alle gesetzlichen Rahmenbedingungen auf das Ziel ausrichten, Straftäter aus den Fußballstadien fernzuhalten.

Doping und Spielmanipulationen zerstören die ethisch-moralischen Werte des Sports, gefährden die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler, täuschen und schädigen die Konkurrenten im Wettkampf sowie die Veranstalter. Deshalb werden wir weitergehende strafrechtliche Regelungen beim Kampf gegen Doping und Spielmanipulation schaffen. Dazu kommen auch Vorschriften zur uneingeschränkten Besitzstrafbarkeit von Dopingmitteln zum Zweck des Dopings im Sport sowie zum Schutz der Integrität des sportlichen Wettbewerbs in Betracht. Dabei müssen die Grundsätze der Bestimmtheit von Straftatbeständen und die Verhältnismäßigkeit einer strafrechtlichen Sanktion gewährleistet sein. Eine gesetzliche Regelung darf weder die verfassungsrechtlich garantierte Autonomie des Sports unzulässig einschränken, noch die Funktionsfähigkeit der Sportgerichtsbarkeit beeinträchtigen. Die nachhaltige Finanzierung der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) stellen wir sicher. An der Umsetzung der „Berliner Erklärung“ der 5. UNESCO-Weltsporministerkonferenz „MINEPS V“ wirken wir auf nationaler und internationaler Ebene weiterhin mit Nachdruck. Dazu werden wir unsere internationalen Aktivitäten unter anderem an der Erarbeitung einer entsprechenden Konvention des Europarats fortsetzen und den organisierten auto-

nomen Sport in Deutschland bei der möglichst flächen-deckenden Einführung von „Good Governance Standards“ unterstützen.

Bei der Vergabe von internationalen Sportgroßveranstaltungen setzen wir uns in Kooperation mit dem autonomen Sport für faire und nachhaltige Standards ein.

4.4. Digitale Agenda für Deutschland

Chancen für eine starke Wirtschaft, gerechte Bildung und ein freies und sicheres Internet

Digitales Leben und Arbeiten sind Alltag geworden und wir erleben den Wandel in eine digitale Gesellschaft. Die Nutzung moderner Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft ist heute selbstverständlich. Die meisten Arbeitsplätze sind durch Einsatz digitaler Technologien geprägt. Die anstehende nächste Phase der Digitalisierung betrifft in besonderem Maße die Infrastrukturen: Erfolgsfaktor der Energiewende ist die Digitalisierung der Energieversorgung. Verkehrsinfrastrukturen werden sowohl im Individualverkehr als auch im öffentlichen Verkehr digitalisiert. Wesentliche Veränderung im Gesundheitswesen ist der Aufbau der Telematikinfrastruktur.

Maßgeblicher Faktor der Digitalisierung ist die Globalisierung der Netze und die internationale Arbeitsteilung im Bereich der Informationstechnik. Das weltweite Netz ist ein globales Freiheitsversprechen. Doch spätestens der NSA-Skandal hat die Verletzlichkeit der digitalen Gesellschaft aufgezeigt. IT-Sicherheit wird zu einer wesentlichen Voraussetzung zur Wahrung der Freiheitsrechte. Die gesellschaftlichen Chancen und ökonomischen Potenziale der Digitalisierung dürfen nicht gefährdet werden.

Die Koalition wird für das Handeln aller Ressorts eine digitale Agenda 2014 – 2017 beschließen und ihre Umsetzung gemeinsam mit Wirtschaft, Tarifpartnern, Zivilgesellschaft und Wissenschaft begleiten.

Digitales Wachstumsland Nummer 1 in Europa

Wir wollen die Informations- und Kommunikations-Strategie (IKT-Strategie) für die digitale Wirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehören für uns Spitzenforschung im nationalen und europäischen Rahmen, die Entwicklung

und Anwendung von digitalen Technologien und optimale Wachstumsbedingungen für Unternehmen aller Branchen. Um den globalen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen, fördern wir die deutsche und europäische IKT-Industrie, indem wir die Rahmenbedingungen dafür verbessern und Bürokratie abbauen.

Wir wollen Kernbereiche der deutschen Wirtschaft wie Fahrzeug- und Maschinenbau, Logistik und Gesundheitswirtschaft bei der Digitalisierung unterstützen und die Rahmenbedingungen für Unternehmen so ausgestalten, damit diese global wettbewerbsfähig bleiben.

Die Digitalisierung der klassischen Industrie mit dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0 werden wir vorantreiben und im nächsten Schritt um intelligente Dienstleistungen („Smart Services“) erweitern sowie Projekte und Maßnahmen im Bereich der Green IT stärken.

Dazu ist es notwendig, Wissen aus der Spitzenforschung in konkrete Anwendungen zu überführen. Mittels Kompetenzzentren, Modellregionen und Pilotprojekten soll der Wissenstransfer in Mittelstand und klassische Industrie initialisiert werden.

Neben dem Zukunftsprojekt Industrie 4.0 werden wir in den Bereichen intelligente Mobilität, Smart Grid, E-Health und Sicherheit Schwerpunkte setzen und damit die Position der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt festigen.

Um das zu erreichen, werden Spitzencluster und Verbundprojekte aus- und aufgebaut. Dabei sind ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit maßgebliche Faktoren.

Wir werden Beratungsangebote zur Digitalisierung von bestehenden Wertschöpfungsketten in Industrie und Mittelstand im Hinblick unter anderem auf Cloud-Computing und Big Data ausbauen. Die Themen IT-Sicherheit und die Abwehr von Wirtschaftsspionage sollen darüber hinaus eine besondere Rolle spielen.

Wir werden die Forschungs- und Innovationsförderung für „Big Data“ auf die Entwicklung von Methoden und Werkzeugen zur Datenanalyse ausrichten, Kompetenzzentren einrichten und disziplinübergreifend strategische Anwendungsprojekte ins Leben rufen. Wir wollen die deutsche Spitzenposition im Bereich des Höchstleistungsrechnens in Abstimmung mit den Ländern und Partnern in Europa weiterhin ausbauen.

Wir möchten einen neuen Gründungsgeist in Deutschland wecken und eine Kultur der zweiten Chance etablieren. Unser Ziel ist es dabei, die Zahl der Gründungen von derzeit 10 000 in den nächsten Jahren kontinuierlich auf 15 000 pro Jahr zu steigern. Dafür sollen Antragsverfahren entbürokratisiert werden. Außerdem werden wir Förderinstrumente dahingehend überprüfen, dass sie die gesamte Innovationskette inklusive der Verwertungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Wir wollen das Gründen von Unternehmen leichter machen: Durch eine Vereinfachung der Prozesse (One-Stop-Agency) soll eine schnellere Unternehmensgründung möglich sein.

Wir werden Unternehmensgründungen im IT-Bereich erleichtern und ein innovatives Netzwerk für Start-Ups durch die Wirtschaft anstoßen und dessen Internationalisierung unterstützen.

Um Gründungen aus der Beschäftigung auch für Arbeitnehmer zu ermöglichen, die weder auf ihr Einkommen verzichten noch das Risiko eines Jobverlusts auf sich nehmen können, werden wir analog dem Modell der Familienpflegezeit die Möglichkeit einer „Gründungszeit“ einführen. Wir wollen bewährte Instrumente der Gründerunterstützung in Zusammenarbeit mit der KfW weiterentwickeln. Die Gewährung der Instrumente kann dabei an die Nutzung von Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“) geknüpft werden. Für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit soll das Instrument des Existenzgründerzuschusses fortgeführt werden. Darüber hinaus stoßen wir ein innovatives Netzwerk für Start-Ups durch die Wirtschaft an, das die besten Rahmenbedingungen für junge Unternehmen bereitstellen kann, und unterstützen dessen Internationalisierung.

Stock-Options-Modelle sollen weiterentwickelt und standardisiert werden und als freiwilliger und ergänzender Teil der Entlohnung attraktiver gestaltet werden.

Innovative Unternehmen brauchen kluge Köpfe. Deshalb müssen wir im eigenen Land mit Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Zahl der IT-Fachkräfte erhöhen. Die Kammern sind aufgefordert, faire Standardverträge für Gründer zu entwickeln.

Es ist wichtig, die Innovationskräfte der digitalen Wirtschaft zu stärken. Was mit dem Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ auf den Weg gebracht wurde, wollen wir fortsetzen und ausbauen.

Wir werden Deutschland als Investitionsstandort für Wagniskapital international attraktiv machen und dafür ein eigenständiges Regelwerk (Venture-Capital-Gesetz) abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten erlassen, das unter anderem die Tätigkeit von Wagniskapitalgebern verbessert. Außerdem wollen wir es attraktiver machen, in junge Unternehmen und junge Wachstumsunternehmen zu investieren.

Mit Investitionszuschüssen wollen wir den Einsatz von Wagniskapital weiter fördern. Die Förder- und Finanzierungsinstrumente von Bund, Ländern und EU sind auf ihre Kompatibilität hin zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen.

Um Börsengänge für junge, innovative und wachstumsstarke Unternehmen wieder zu beleben, werden wir die Einführung eines neuen Börsensegments „Markt 2.0“ prüfen.

Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ

Ein wichtiger Teil der Digitalisierungsstrategie ist es, die Medienkompetenz junger Menschen zu steigern, um sie zu einem sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet zu emanzipieren.

Wir sehen die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz als zentrale Maßnahme für den Datenschutz und die Sicherheit im Internet für jede einzelne Nutzerin und jeden einzelnen Nutzer. Die bestehenden Programme zur Förderung von Medienkompetenz an Kitas und Schulen werden deshalb evaluiert und ausgebaut. Das Leitbild der „digitalen Selbstständigkeit“ rückt somit in den Fokus der Medienkompetenz. Wir befürworten ein „Modellprojekt Freiwilliges Soziales Jahr Digital“, damit junge Menschen ihre technischen Fertigkeiten und Fähigkeiten im Umgang und in der Anwendung von neuen Medien in den Dienst von gemeinnützigen Einrichtungen stellen und diese bei der Umsetzung von digitalen Projekten und der Vermittlung von Medienkompetenz unterstützen. Die Initiative „Ein Netz für Kinder“ wird unterstützt und verbreitert, um in Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Institutionen qualitätsvolle, altersgerechte und interessante digitale Angebote für Kinder zu schaffen.

Der Aufbau, der Ausbau und die koordinierte nationale, europäische und internationale Vernetzung von offenen

(Forschungs-)Datenbanken, Repositorien und Open-Access-Zeitschriften der Forschungseinrichtungen und der Hochschulen sind im Rahmen eines eigenen Programms zu fördern.

Die Grundlagenforschung zu Internet und digitaler Gesellschaft wird durch gezielte Initiativen zur Programmforschung und durch Bereitstellung entsprechender Mittel gestärkt und verstetigt sowie institutionell gefördert. Ein mit öffentlichen Mitteln finanziertes Internet-Institut, das gleichzeitig als Ausgangspunkt für ein interdisziplinäres Kompetenznetz dient, soll sich mit den technischen und wirtschaftlichen, aber auch den politischen, rechtlichen und ethischen Aspekten des Internets beschäftigen.

Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken

Die Digitalisierung eröffnet eine Vielzahl von Möglichkeiten, die das Leben der Menschen einfacher machen und neue Chancen für den Arbeitsalltag bieten. So gibt es durch die Digitalisierung neue Angebote wie zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern die Wirtschaft auf, diese zu fördern. Wir appellieren an die Tarifpartner, Telearbeitsmodelle zu fördern und entsprechend auszubauen, sowie tarifvertragliche Modelle zu finden, die die Rechte von Beschäftigten auf selbst zu bestimmende Telearbeitsplätze stärken. Das Angebot an Telearbeitsplätzen im öffentlichen Dienst werden wir weiter ausbauen.

Öffentliche Verwaltung und Tarifpartner sind aufgefordert, die Rechte der Beschäftigten für eine erweiterte Arbeits-Autonomie und verbesserte Work-Life-Balance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken (z. B. Regelungen zur Nichterreichbarkeit). Wir begrüßen darüber hinaus betriebsinterne Regelungen dazu. Neue digitale Qualifizierungs- und Weiterbildungswerkzeuge für Unternehmen wie auch für den öffentlichen Dienst werden wir zielgruppenspezifisch fördern und ausbauen.

Immer mehr Unternehmen nutzen Online-Plattformen, um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen (E-Recruiting). Hierbei müssen die Grenzen der Privatsphäre eingehalten werden. Eine Umgehung von Privatsphäre-Einstellungen in sozialen Netzwerken – oder ähnlichen Plattformen ist nicht zu akzeptieren.

Durch die Digitalisierung bieten sich vor allem für junge Mütter und Väter neue Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie zum Beispiel neue und flexiblere Arbeitszeitmodelle.

Im Bereich der Gesundheit nutzen wir die Chancen der Digitalisierung und verstärken die Telemedizin (zum Beispiel zur engen Betreuung von Risikopatientinnen und -patienten oder chronisch Kranken). Dabei ist ein Höchstmaß an Datenschutz zu gewährleisten. Wir werden verhindern, dass sensible Patientendaten unkontrolliert an Dritte weitergegeben werden. Bürokratische und rechtliche Hemmnisse in der Telemedizin sollen abgebaut werden, um die Anwendung grundsätzlich zu vereinfachen. Wir wollen den Einsatz und die Entwicklung von E-Care-Systemen in sogenannten Smart-Home-Umgebungen fördern, die älteren, pflegebedürftigen Menschen oder Menschen mit Behinderung die technische Unterstützung bieten, um ihnen den Alltag zu erleichtern. Ein weiterer Fokus liegt auf der Elektronischen Gesundheitskarte (eGK). Die eGK soll ausgebaut werden, um den bürokratischen Aufwand für Patientinnen und Patienten zu verringern und die Kommunikation zu verbessern. Höchste Datenschutzstandards sowie eine sichere Verschlüsselung der Daten sind dabei die Grundvoraussetzung.

Der digitale Alltag eröffnet neue Möglichkeiten, anderen Menschen zu helfen. Im Netz entstehen neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements über soziale Netzwerke und Nachbarschaftsinitiativen. Wir werden diese Entwicklung unterstützen und „Online Volunteering“-Projekte fördern, zum Beispiel die verbessernde Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung (Mängelmelder, Tausch- und Ehrenamtsbörsen). Wir wollen herausragende Projekte auszeichnen und einen Austausch der besten Beispiele initiieren. Zudem werden wir Projekte ins Leben rufen und fördern, durch die Medienkompetenz vermittelt wird und damit dazu beitragen, die digitale Spaltung zu überwinden (z. B. Seniorinnen und Senioren lernen von Schülerinnen und Schülern).

Wir fördern die Entwicklung und den Einsatz von bundesweiten Warn- und Informationssystemen, mit denen Bürgerinnen und Bürger per SMS, E-Mail oder über eine App über Unfälle, Gefahren und Katastrophen informiert werden können.

Wir führen Systeme ein (zum Beispiel eine zentrale Nummer für SMS-Notrufe oder eine Notruf-App) und

ändern das TKG so, dass sich Menschen in einer Not-situation bemerkbar machen und Hilfe anfordern können, ohne zurückgerufen werden zu müssen.

Im digitalen Zeitalter hat sich die Art der Kommunikation grundlegend verändert und die Menschen tauschen sich online auf diversen Plattformen aus. Wir sprechen uns gegen einen allgemeinen Klarnamenzwang aus, weil anonyme Kommunikation oft nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig ist.

Wir sehen neben den Chancen der Digitalisierung auch die Risiken. So wollen wir Präventions- und Beratungsangebote zu online basiertem Suchtverhalten bundesweit ausbauen und wissenschaftlich begleiten.

In den nächsten vier Jahren können die Weichen gestellt werden, damit Deutschland und Europa eine Führungsrolle bei der konsequenten, sozialverträglichen, vertrauenswürdigen und sicheren Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft einnehmen. Mit einer ausgewogenen Digitalisierungspolitik können Zukunftschancen unseres Landes, Potenziale für Demokratie und Teilhabe sowie Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit langfristig gesichert werden. Deutschland wird zu einer echten digitalen Gesellschaft.

5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte

5.1. Freiheit und Sicherheit

Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses

Der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) hat parteiübergreifend zahlreiche Reformvorschläge für die Bereiche Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, zur parlamentarischen Kontrolle der Tätigkeit der Nachrichtendienste sowie zur Zukunft der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erarbeitet. Soweit die Bundesebene betroffen ist, machen wir uns diese Empfehlungen zu Eigen und werden sie zügig umsetzen. Soweit die Länder betroffen sind, werden wir im Dialog mit ihnen Wege für die Umsetzung dieser Empfehlungen erarbeiten, etwa bei der einheitlichen Verfahrensführung der Staatsanwaltschaften.

Wir stärken die Zentralstellenfunktion des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), bauen dessen Koordinierungskompetenz im Verfassungsschutzverbund aus und verbessern die technische Analysefähigkeit des BfV. Der gegenseitige Austausch von Informationen zwischen Bund und Ländern wird gemeinsame Lagebilder ermöglichen.

Wir wollen eine bessere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Die Anforderungen an Auswahl und Führung von V-Leuten des Verfassungsschutzes werden wir im Bundesverfassungsschutzgesetz regeln und die parlamentarische Kontrolle ermöglichen. Die Behördenleiter müssen die Einsätze der V-Leute genehmigen. Bund und Länder informieren sich wechselseitig über die eingesetzten V-Leute.

Bei Polizei und Justiz stärken wir die interkulturelle Kompetenz und steigern die personelle Vielfalt. Die Möglichkeiten für Opferbetreuung und -beratung stärken wir. Weil Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder sonstiger menschenverachtender Straftaten den besonderen Schutz des Staates verdienen, wollen wir sicherstellen, dass entsprechende Tatmotive bei der konkreten Strafzumessung ausdrücklich berücksichtigt werden.

Kriminalität und Terrorismus

Prävention

Die Extremismusprävention der Bundesregierung bündeln und optimieren wir. Antisemitismus bekämpfen wir,

Radikalisierung, rassistischen und demokratiefeindlichen Strukturen treten wir entgegen. Wir stärken die Prävention unter anderem indem wir Programme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ verstetigen. Bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verknüpfen wir die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mit denen im Bildungssektor und bei Polizei und Justiz.

Kriminalität in allen gesellschaftlichen Bereichen wirksam bekämpfen

Mit Blick auf strafbares Verhalten im Unternehmensbereich bauen wir das Ordnungswidrigkeitenrecht aus. Wir brauchen konkrete und nachvollziehbare Zumessungsregeln für Unternehmensbußen. Wir prüfen ein Unternehmensstrafrecht für multinationale Konzerne. Das Recht der Vermögensabschöpfung werden wir vereinfachen, die vorläufige Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern und eine nachträgliche Vermögensabschöpfung ermöglichen. Wir regeln, dass bei Vermögen unklarer Herkunft verfassungskonform eine Beweislastumkehr gilt, sodass der legale Erwerb der Vermögenswerte nachgewiesen werden muss. Bestechung und Bestechlichkeit im Gesundheitswesen wollen wir unter Strafe stellen.

Wir wollen unsere Unternehmen vor Wirtschafts- und Konkurrenzspionage aus aller Welt schützen und eine nationale Strategie für den Wirtschaftsschutz erarbeiten. An private Sicherheitsdienstleister stellen wir verbindliche Anforderungen an Seriosität und Zuverlässigkeit.

Zur besseren Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet werden wir im Strafrecht den veralteten Schriftenbegriff zu einem modernen Medienbegriff erweitern. Wir schließen zudem inakzeptable Schutzlücken und beseitigen Wertungswidersprüche im Sexualstrafrecht. Zur Aufklärung von Sexual- und Gewaltverbrechen sollen bei Massen-Gentests – auch sogenannte Beinahetref – verwertet werden können, wenn die Teilnehmer vorab über die Verwertbarkeit zulasten von Verwandten belehrt worden sind. Zum Schutz der Bevölkerung vor höchstgefährlichen, psychisch gestörten Gewalt- und Sexualstraftätern, deren besondere Gefährlichkeit sich erst während der Strafhaft herausstellt, schaffen wir die Möglichkeit der nachträglichen Therapieunterbringung. Die längerfristige Observation von entlassenen Sicherungsverwahrten stellen wir auf eine gesetzliche Grundlage.

Beim Stalking stehen vielen Strafanzeigen auffällig wenige Verurteilungen gegenüber. Im Interesse der Opfer werden wir daher die tatbestandlichen Hürden für eine Verurteilung senken. Zudem werden wir Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung von Kontakt- bzw. Näherungsverboten erarbeiten.

Einbruchskriminalität verunsichert die Menschen über die materiellen Schäden hinaus. Die Tätergruppen agieren zunehmend grenzüberschreitend. Wir unterstützen nicht nur präventive Maßnahmen der Bürger, sondern bekämpfen diese Alltagskriminalität auch durch bessere Zusammenarbeit der Polizeibehörden auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Sicherheitsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern können dazu ein Instrument sein.

Rocker-Clubs bieten einen Deckmantel für vielfältige Formen der Schwerekriminalität, wie zum Beispiel Menschenhandel und Drogengeschäfte. Dieser organisierten Kriminalität kann durch den Entzug der Privilegien des Vereinsrechts entgegengetreten werden. Wir werden dazu das Vereinsrecht verschärfen, die Verbotsfolgen bei Rockergruppierungen verstärken und bei Verboten jegliche Neugründung in den betroffenen Städten und Kreisen ausschließen. Die Kennzeichen verbotener Rockergruppen dürfen von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht weiter genutzt werden.

Wir verbessern den Schutz von Polizistinnen und Polizisten sowie anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen.

Effektive Strafverfolgung und wirksame Maßnahmen zur Gefahrenabwehr

Wir wollen das allgemeine Strafverfahren und das Jugendstrafverfahren unter Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze effektiver und praxistauglicher ausgestalten. Dazu wird eine Expertenkommission bis zur Mitte dieser Wahlperiode Vorschläge erarbeiten.

Durch ein frühzeitiges gemeinsames Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und der Kinder- und Jugendhilfe wollen wir kriminalitätsgefährdete Kinder und Jugendliche vor einem Abgleiten in kriminelle Karrieren bewahren. Wird ein junger Mensch straffällig, soll die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Den Gedanken der Wiedergutmachung gegenüber Kriminalitätsoptionen werden wir im Jugendstrafrecht stärken.

Um eine Alternative zur Freiheitsstrafe und eine Sanktion bei Personen zu schaffen, für die eine Geldstrafe kein fühlbares Übel darstellt, werden wir das Fahrverbot als eigenständige Sanktion im Erwachsenen- und Jugendstrafrecht einführen. Bei Verkehrsdelikten streben wir an, zur Bestimmung der Blutalkoholkonzentration auf körperliche Eingriffe zugunsten moderner Messmethoden zu verzichten. Eine Blutentnahme wird durchgeführt, wenn der Betroffene sie verlangt.

Wir evaluieren die Vorschriften zur Kronzeugenregelung und zur Verständigung im Strafverfahren. Wir prüfen, inwieweit dem öffentlichen Interesse an einem Gerichtsverfahren durch eine erweiterte Saalöffentlichkeit Rechnung getragen werden kann. Im Strafvollzug verbessern wir den Datenaustausch zwischen den beteiligten Einrichtungen und Institutionen.

Wir reformieren das Recht der strafrechtlichen Unterbringung in psychiatrischen Krankenhäusern, indem wir insbesondere dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stärker zur Wirkung verhelfen. Hierzu setzen wir eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein.

Um die Opfer von Straftaten dabei zu unterstützen, ihre zivilrechtlichen Ersatzansprüche gegen den Täter durchzusetzen, fördern wir die Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen in Strafverfahren (Adhäsionsverfahren) und erleichtern es den Opfern, sich im Zivilprozess auf bindende Feststellungen eines Strafgerichts zu berufen. Menschen, die einen nahen Angehörigen durch Verschulden eines Dritten verloren haben, räumen wir als Zeichen der Anerkennung ihres seelischen Leids einen eigenständigen Schmerzensgeldanspruch ein, der sich in das deutsche System des Schadenersatzrechts einfügt.

Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Antiterrordatei werden umgesetzt und die Analysefähigkeit der Datei verbessert. Die Vorschriften über die Quellen-Telekommunikationsüberwachung werden wir rechtsstaatlich präzisieren, um unter anderem das Bundeskriminalamt bei seiner Aufgabenerfüllung zu unterstützen.

Vorratsdatenspeicherung

Wir werden die EU-Richtlinie über den Abruf und die Nutzung von Telekommunikationsverbindungsdaten umsetzen. Dadurch vermeiden wir die Verhängung von Zwangsgeldern durch den EuGH. Dabei soll ein Zugriff auf die gespeicherten Daten nur bei schweren Strafta-

ten und nach Genehmigung durch einen Richter sowie zur Abwehr akuter Gefahren für Leib und Leben erfolgen. Die Speicherung der deutschen Telekommunikationsverbindungsdaten, die abgerufen und genutzt werden sollen, haben die Telekommunikationsunternehmen auf Servern in Deutschland vorzunehmen. Auf EU-Ebene werden wir auf eine Verkürzung der Speicherfrist auf drei Monate hinwirken.

Wir werden das Waffenrecht im Hinblick auf die technische Entwicklung und auf seine Praktikabilität hin anpassen. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat dabei oberste Priorität. Wir streben eine erneute befristete Amnestie an. Zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit werden wir darüber hinaus gemeinsam mit den Ländern schrittweise das nationale Waffenregister weiterentwickeln. Die Kriminal- und Rechtspflegestatistiken machen wir aussagekräftiger. Die Sicherheitsforschung wird besser koordiniert.

Digitale Sicherheit und Datenschutz

Ziel der Koalition ist es, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit auch in der digitalen Welt zu schaffen und zu bewahren.

Cyberkriminalität

Das Strafrecht passen wir – auch durch Abschluss internationaler Abkommen – an das digitale Zeitalter an. Wir schließen Schutzlücken und systematisieren die bisher verstreut geregelten datenbezogenen Strafvorschriften.

Wir verbessern den strafrechtlichen Schutz vor Beleidigungen in sozialen Netzwerken und Internetforen (Cybermobbing und Cybergrooming), da die Folgen für die vor einer nahezu unbegrenzten Öffentlichkeit diffamierten Opfer besonders gravierend sind. Cybermobbing und Cybergrooming in sozialen Netzwerken müssen einfacher gemeldet und angezeigt werden können.

Eine zentrale Meldestelle für Phishing und ähnliche Delikte soll die Prävention verbessern und Ermittlungen erleichtern.

IT-Infrastruktur und digitaler Datenschutz

Wir schaffen ein IT-Sicherheitsgesetz mit verbindlichen Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit für die kritischen Infrastrukturen und der Verpflichtung zur Mel-

dung erheblicher IT-Sicherheitsvorfälle. Dafür setzen wir uns auch auf der EU-Ebene im Rahmen der europäischen Cybersicherheitsstrategie ein.

Um Freiheit und Sicherheit im Internet zu schützen, stärken und gestalten wir die Internet-Infrastruktur Deutschlands und Europas als Vertrauensraum. Dazu treten wir für eine europäische Cybersicherheitsstrategie ein, ergreifen Maßnahmen zur Rückgewinnung der technologischen Souveränität, unterstützen die Entwicklung vertrauenswürdiger IT- und Netz-Infrastruktur sowie die Entwicklung sicherer Soft- und Hardware und sicherer Cloud-Technologie und begrüßen auch Angebote eines nationalen bzw. europäischen Routings.

Wir bauen die Kapazitäten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und auch des Cyber-Abwehrzentrums aus. Wir verbessern die IT-Ausstattung der deutschen Sicherheitsbehörden.

Um Bürgerdaten besser zu schützen und zu sichern, werden wir die Bündelung der IT-Netze des Bundes in einer einheitlichen Plattform „Netze des Bundes“ anstreben. IT- und TK-Sicherheit wollen wir zusammenführen.

Die Bundesbehörden werden verpflichtet, zehn Prozent ihrer IT-Budgets für die Sicherheit ihrer Systeme zu verwenden.

Um Vertrauen wieder herzustellen müssen die Standardisierungsgremien transparenter werden. Zudem muss sich Deutschland stärker in diesen und anderen internationalen Gremien beteiligen, besonders solchen der Internetarchitektur und Internet-Governance.

Wir prüfen, inwieweit ein Ausverkauf von nationaler Expertise und Know-how in Sicherheits-Schlüsseltechnologien verhindert werden kann.

Wir initiieren ein Spitzencluster „IT-Sicherheit und kritische IT-Infrastruktur“.

Um zu gewährleisten, dass die Nutzerinnen und Nutzer über die Sicherheitsrisiken ausreichend informiert sind, sollen Internetprovider ihren Kunden melden, wenn sie Hinweise auf Schadprogramme oder ähnliches haben. Darüber hinaus streben wir einen sicheren Rechtsrahmen und eine Zertifizierung für Cloud-Infrastrukturen und andere sicherheitsrelevante Systeme und Dienste an.

Zur Wahrung der technologischen Souveränität fördern wir den Einsatz national entwickelter IT-Sicherheitstechnologien bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Weiterentwicklung und Verbreitung von Chipkartenlesegeräten, Kryptografie, DE-Mail und sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sowie vertrauenswürdiger Hard- und Software gilt es erheblich auszubauen.

IT-Hersteller und -Diensteanbieter sollen für Datenschutz- und IT-Sicherheitsmängel ihrer Produkte haften.

Wir wollen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme mit Leben füllen. Die Nutzung von Methoden zur Anonymisierung, Pseudonymisierung sowie die Datensparsamkeit müssen verbindlich geregelt werden.

Wir werden den technikgestützten Datenschutz („Privacy by Design“) und den Datenschutz durch Voreinstellungen („Privacy by Default“) ausbauen.

Um die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und der Bürger auch in der digitalen Welt zu wahren und die Chancen für die demokratischen Teilhabe der Bevölkerung am weltweiten Kommunikationsnetz zu fördern, setzen wir uns für ein Völkerrecht des Netzes ein, damit die Grundrechte auch in der digitalen Welt gelten. Das Recht auf Privatsphäre, das im Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte garantiert ist, ist an die Bedürfnisse des digitalen Zeitalters anzupassen.

EU-Datenschutzgrundverordnung

Die EU-Datenschutzgrundverordnung muss zügig weiter verhandelt und schnell verabschiedet werden, um europaweit ein einheitliches Schutzniveau beim Datenschutz zu garantieren. Die strengen deutschen Standards beim Datenschutz, gerade auch beim Datenaustausch zwischen Bürgern und Behörden wollen wir bewahren. Europa braucht ein einheitliches Datenschutzrecht für die Wirtschaft, in dem alle Anbieter, die in Europa ihre Dienste anbieten, dem europäischen Datenschutzrecht unterliegen (Marktortprinzip). Die Grundsätze der Zweckbindung, der Datensparsamkeit und -sicherheit, der Einwilligungsvorbehalt, das Recht auf Löschen und das Recht auf Datenportabilität müssen in der Verordnung gewahrt bleiben. Bei den EU-Regelungen zur justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit

muss sichergestellt werden, dass das deutsche Datenschutzniveau bei der Übermittlung von Daten an andere EU-Staaten nicht unterlaufen werden darf.

Bei deren Ausgestaltung ist darauf zu achten, dass bestehenden Refinanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redaktioneller Medien erhalten bleiben und dass das für Presse- und Medienfreiheit unabdingbare Medienprivileg effektiv ausgestaltet wird.

Konsequenzen aus der NSA-Affäre

Wir drängen auf weitere Aufklärung, wie und in welchem Umfang ausländische Nachrichtendienste die Bürgerinnen und Bürger und die deutsche Regierung ausspähen. Um Vertrauen wiederherzustellen, werden wir ein rechtlich verbindliches Abkommen zum Schutz vor Spionage verhandeln. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger, die Regierung und die Wirtschaft vor schrankenloser Ausspähung geschützt werden. Wir stärken die Spionageabwehr. Unsere Kommunikation und Kommunikationsinfrastruktur muss sicherer werden. Dafür verpflichten wir die europäischen Telekommunikationsanbieter, ihre Kommunikationsverbindungen mindestens in der EU zu verschlüsseln und stellen sicher, dass europäische Telekommunikationsanbieter ihre Daten nicht an ausländische Nachrichtendienste weiterleiten dürfen.

Die Koalition tritt für die europaweite Einführung einer Meldepflicht für Unternehmen an die EU ein, die Daten ihrer Kundinnen und Kunden ohne deren Einwilligung an Behörden in Drittstaaten übermitteln. Wir werden zudem in der EU auf Nachverhandlungen der Safe-Harbor und Swift-Abkommen drängen.

Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen

Wir werden das fachübergreifende Rahmenkonzept für den Zivilschutz an neuen Herausforderungen orientiert fortentwickeln und das Leistungsspektrum sowie die Aufgaben des Technischen Hilfswerks (THW) unter Berücksichtigung des Schutzes kritischer Infrastrukturen anpassen. Wir werden das Ehrenamt als Basis des Zivil- und Katastrophenschutzes – insbesondere mit Blick auf die sozialen und demografischen Veränderungen – fördern und stärken. Wir stärken das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als strategischen Knotenpunkt des Bundes im Beziehungsgeflecht

aller Akteure im Bevölkerungsschutz. Vor dem Hintergrund des durch den Klimawandel veränderten Schadenpotenzials werden wir die Einführung einer Elementarschaden-Pflichtversicherung prüfen.

Die Betreiber kritischer Infrastrukturen halten wir durch Kooperation und gesetzliche Vorgaben dazu an, Widerstandsfähigkeit (Resilienz) und Schutzmaßnahmen zu verbessern.

Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen

Die Ergebnisse der Evaluierung der Neuorganisation der Bundespolizei setzen wir in der jetzt erforderlichen Konsolidierungsphase um. Wir wollen die Bundespolizei als kompetente und effektive Strafverfolgungsbehörde stärken, gut qualifizierte und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten und die Einsatzmittel der Bundespolizei modernisieren. An Kriminalitätsschwerpunkten im Aufgabenbereich der Bundespolizei setzen wir mit zusätzlichen Mitteln mehr Videotechnik ein.

Weitere Einreiseerleichterungen nach Europa setzen ein Einreise- und Ausreiseregister im europäischen Verbund voraus. Wir treten für einen Ausbau der internationalen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und ein noch besseres Ineinandergreifen der Arbeit der Sicherheitsbehörden im föderativen Gefüge ein.

Umgang mit SED-Unrecht

Die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR (SED-Opferrente) erhöhen wir. Für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung verbessern.

Die Koalition wird eine Expertenkommission einsetzen, die bis zur Mitte der Legislaturperiode Vorschläge erarbeitet, wie und in welcher Form die aus dem Stasi-Unterlagengesetz (StUG) resultierenden Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) fortgeführt werden und wann das geschieht. Die Koalition wird die Fortführung des Pilot-Projektes „Virtuelle Rekonstruktion vorvernichteter Stasi-Akten“ sicherstellen.

5.2. Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung

Wirksam und vorausschauend regieren

Die Koalition macht es sich zur Aufgabe, die Wirksamkeit des Regierungshandelns gezielt zu erhöhen und erarbeitet dazu eine ressortübergreifende Strategie „Wirksam und vorausschauend regieren“. Koordinierende Stellen bündeln die Maßnahmen innerhalb der Ressorts und bei ressortübergreifenden Zielen und Vorhaben.

Wir stärken die Kompetenzen und Kapazitäten der strategischen Vorausschau in den Ministerien, um Chancen, Risiken und Gefahren mittel- und langfristiger Entwicklungen besser erkennen zu können. Wir nutzen vermehrt Wirkungsanalysen in der Phase der Entwicklung von politischen Maßnahmen sowie Evaluationen bestehender Gesetze und Programme, um die Wirksamkeit systematisch zu prüfen.

Wir wollen die Zielgenauigkeit und Wirksamkeit politischer Vorhaben dadurch erhöhen, dass wir politische Vorhaben stärker aus Sicht und mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Dazu verbessern wir die Kompetenzen und Kapazitäten in der Verwaltung, um neueste Erkenntnisse der Sozialwissenschaften besser zu nutzen.

Bürgerbeteiligung

Parlament, Regierung und Verwaltung werden die Möglichkeiten der Digitalisierung intensiv nutzen und die interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft auf barrierefreien Websites ausbauen. Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung zur Stärkung der Demokratie nutzen. Wir wollen die Informationen über politische Entscheidungen quantitativ und qualitativ verbessern und die Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen an der politischen Willensbildung ausbauen. Gerade im Vorfeld von Entscheidungen ist früh, offen, umfassend und verständlich zu informieren. Deutschland wird im Rahmen der „Digitalen Agenda“ der EU-Kommission einen „Digital Champion“ benennen.

Den Sachverstand und die Meinung der Bevölkerung suchen wir auch über digitale Beteiligungsplattformen, sodass konstruktive und frühzeitige Einflussnahme von Bürgerinnen und Bürgern besser gelingt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltpolitisch relevanten Entscheidungsprozessen wird gestärkt, ohne die zügige Umsetzung von Planungsvorhaben zu gefährden.

Verkehrsinfrastrukturprojekte brauchen Akzeptanz und Transparenz. Wir werden deshalb die Bürgerbeteiligung in der Vorphase der Planfeststellung weiter verbessern und hierfür verbindliche Qualitätsstandards gesetzlich festschreiben.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagenden einbinden. Wir wollen neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Wissenschaftskommunikation entwickeln und in einem Gesamtkonzept zusammenführen.

Wir wollen die Partizipation Jugendlicher stärken. Wir wollen Anreize zur Stärkung partizipationsfördernder Kommunalpolitik legen. Jugendhilfeausschüsse und Jugendhilfeplanung bieten Ansatzpunkte guter Jugendpolitik. Wir unterstützen das ehrenamtliche und freiwillige Engagement Jugendlicher und wollen für mehr Anerkennung sorgen.

Wir wollen rechtliche Hemmnisse bei der Ausübung des Wahlrechts für Analphabeten und Betreute abbauen.

Transparenter Staat

Die digitale Berichterstattung über den Bundestag und seine Sitzungen sowie über öffentliche Ausschusssitzungen und Anhörungen (z. B. in Streams) wollen wir ausbauen. So bald wie möglich werden wir Bekanntmachungen wie beispielsweise Drucksachen und Protokolle in Open Data tauglichen Formaten unter freien Lizenzbedingungen bereitstellen.

Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung. Um den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden, streben wir für ausscheidende Kabinettsmitglieder, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und politische Beamtinnen und Beamte eine angemessene Regelung an.

Wir werden die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung neu regeln.

Moderne Verwaltung

Wir wollen ein bürgerfreundliches „digitales Deutschland“. Ein Programm „Digitale Verwaltung 2020“ für verbindliche Standards zur flächendeckenden Digitalisierung der Verwaltung soll dazu auf den Weg gebracht werden. Bei den Beschaffungen des Bundes werden wir die Prozesse standardisieren und nach Möglichkeit digitalisieren.

Durch E-Government ergeben sich umfassende Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft, die die Erledigung von Formalia wie Behördengängen wesentlich erleichtern können. Zahlreiche gute und erfolgreiche E-Government-Projekte zeigen, dass es innovative technische Lösungen in Deutschland gibt, die allerdings noch nicht flächendeckend und koordiniert umgesetzt sind.

Der Bund wird den Ländern vorschlagen, die Programme des E-Governments unter Verantwortung des IT-Planungsrates zu konsolidieren und zu koordinieren. Dabei sind Technologien nach Möglichkeit langfristig so zu planen, dass keine Abhängigkeiten zu intransparenten Protokollen, Software, Hardware oder Herstellern entstehen.

Bei der Anschaffung von IT-Technologien durch die öffentliche Hand müssen im Rahmen des Wirtschaftlichkeitsprinzips Innovationspotenziale und Nachhaltigkeit als mitentscheidende Kriterien bedacht werden. Bei Ausschreibungen sollen Sicherheitsstandards vorgegeben und wenn möglich Open-Source-Lösungen erwogen werden.

Voraussetzung für die Akzeptanz elektronischer Behördendienste sind Datenschutz und Sicherheit der Kommunikation und Angebote. Die Identifizierungsfunktion des neuen Personalausweises und die Nutzung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sind grundsätzlich anzuwenden.

Eine bundesweite laufend aktualisierte Landkarte aller öffentlich angebotenen Dienstleistungen schafft Transparenz, Koordinierung, Verbindlichkeit, Priorisierung und Fokussierung und gibt den Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über die entsprechenden Angebote. Die Idee der einheitlichen Behördennummer 115 wollen wir ins Internet übertragen (www.115.de) und zumindest die 100 wichtigsten und am häufigsten genutzten Verwaltungsleistungen innerhalb der nächsten vier Jahre bundesweit einheitlich online anbieten.

Wir erleichtern den Kommunen die Realisierung, indem wir die besten Umsetzungslösungen häufig genutzter Verwaltungsleistungen anbieten und dadurch eine bessere Vereinheitlichung mit niedrigeren Folgekosten erreichen.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen auf Wunsch die Möglichkeit haben, einen einheitlichen Stammdaten-Account, ein sogenanntes Bürgerkonto zu verwenden, um die Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden. Das Bürgerkonto kann zum digitalen Dokumentenpostfach erweitert werden.

Eine Systematisierung der bislang nebeneinanderstehenden Rechtsregelungen zum Internet (Internetgesetzbuch) wird geprüft und in diesem Zusammenhang das Leistungsschutzrecht hinsichtlich der Erreichung seiner Ziele evaluiert.

Erste Open-Data-Projekte in Deutschland zeigen das Potenzial offener Daten. Die Bundesverwaltung muss auf der Basis eines Gesetzes mit allen ihren Behörden Vorreiter für die Bereitstellung offener Daten in einheitlichen maschinenlesbaren Formaten und unter freien Lizenzbedingungen sein. Wir wollen für Bund, Länder und Kommunen ein Open-Data-Portal bereitstellen. Die Koalition strebt einen Beitritt Deutschlands zur internationalen Initiative Open Government Partnership an.

Öffentlicher Dienst

Der öffentliche Dienst ist Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Das Berufsbeamtentum ist dabei Garant einer leistungsfähigen und unabhängigen Verwaltung. Zur Sicherung der Fachkräftebasis und zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses brauchen wir eine demografievorsorgende Stellen- und Personalpolitik, moderne, attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie partnerschaftliche Personalvertretungen.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherstellen, indem wir die Zugangsvoraussetzungen künftig auch stärker an gewonnenen berufspraktischen Erfahrungen oder besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen orientieren und beispielsweise den Zugang zum höheren Dienst des Bundes auch für Bachelor-Absolventen mit Promotion oder mehrjähriger beruflicher Erfahrung öffnen.

Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum.

Moderne Justiz

Wir wollen einen bürgernahen und effizienten Zivilprozess. So werden wir den Ländern die Möglichkeit einräumen, bei den Landgerichten spezialisierte Spruchkörper einzurichten. Wir wollen außerdem die Neutralität gerichtlich beigezogener Sachverständiger gewährleisten und in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden die Qualität von Gutachten insbesondere im familiengerichtlichen Bereich verbessern. Die Rechtsgrundlagen für den elektronischen Rechtsverkehr und die elektronische Akte in der Justiz werden wir weiterentwickeln und die praktische Umsetzung begleiten.

Damit die Bürger einfacher Ersatz für die Schäden erhalten, die sie durch fehlerhaftes Verhalten staatlicher Stellen erlitten haben, fassen wir das zersplitterte Staatshaftungsrecht zusammen.

Wir wollen das Betreuungsrecht in struktureller Hinsicht verbessern und damit das Selbstbestimmungsrecht hilfebedürftiger Erwachsener bedarfsgerecht stärken. Wir werden das Vormundschaftsrecht modernisieren.

Wir wollen das Rechtssprechungsmonopol des Staates stärken. Illegale Paralleljustiz werden wir nicht dulden. Wir sind überzeugt, dass Recht und Rechtsordnung eine völkerverbindende und friedensstiftende Wirkung entfalten. Wir werden zudem die Initiative „Law – Made in Germany“ fortführen und weiterentwickeln.

Wir werden deshalb mit Nachdruck die bilateralen Rechtsstaatsdialoge fördern. Die Bundesregierung fördert institutionell das Institut zur Umsetzung der Nürnberger Prinzipien im Völkerstrafrecht in Nürnberg.

Für Toleranz und Demokratie

Im Interesse der Lebendigkeit unserer Demokratie und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist es erforderlich, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten sowie den Einsatz für Vielfalt und Toleranz bei Kindern und Jugendlichen auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene zu fördern und zu stärken. Wir motivieren und unterstützen Vereine, Projekte und Initiativen, die sich der Förderung von Demokratie und Toleranz widmen und gegen Gewalt und Hass, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wenden.

Der Einsatz für Demokratie und gegen Extremismus ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und bedarf einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie.

Die Extremismusprävention der Bundesregierung bündeln und optimieren wir. Antisemitismus bekämpfen wir, Radikalisierung treten wir entgegen. Wir stärken die Prävention durch Verstärkung von Programmen.

Die Umsetzung der einmütig beschlossenen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Bemühungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit und die Überwindung von Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft gleichermaßen.

Die bestehenden Programme werden langfristig finanziell sichergestellt und auf bundesgesetzlicher Grundlage, soweit Gesetzgebungskompetenz vorliegt, weiterentwickelt sowie neue Strukturformen entsprechend des Abschlussberichtes des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags zur NSU etabliert. Die Haushaltsmittel stocken wir auf. Wir treten rassistischen und demokratiefeindlichen Strukturen mit der Stärkung von Forschung und politischer Bildung entgegen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die Demokratieförderung. Ihre Arbeit wollen wir stärken.

6. Starkes Europa

Europapolitische Verantwortung Deutschlands

Das europäische Einigungswerk bleibt die wichtigste Aufgabe Deutschlands. Die Erwartungen unserer europäischen Partner an Deutschland haben sich im Laufe der letzten Jahre gewandelt. Die Europäische Union (EU) durchläuft eine historisch einzigartige Periode wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Veränderungen und Neuerungen. In dieser Umbruchphase ist Deutschland als wirtschaftlich starker Mitgliedstaat und Stabilitätsanker in eine gewachsene Verantwortung hineingewachsen und besonderen Erwartungen seiner Partner ausgesetzt.

Unser Land muss in dieser Situation als Gründungsmitglied der EU und vertrauensvoller Partner eine verantwortungsvolle und integrationsfördernde Rolle in Europa wahrnehmen. Deutschland wird alle seine Möglichkeiten nutzen und ausschöpfen, das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des europäischen Einigungswerkes wieder zu stärken und auszubauen. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Krise in Europa zu überwinden und einen neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa zu schaffen. Solide und nachhaltig tragfähige Finanzen müssen mit Wachstum und Beschäftigung, notwendige Eigenverantwortung der Staaten mit europäischer Solidarität und Demokratie zusammengebracht werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, braucht die EU handlungsfähige Gemeinschaftsinstitutionen.

Demokratisches Europa

Europapolitische Entscheidungen greifen oft tief in die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger ein. Für das Vertrauen in Europa und die EU ist es daher wichtig, die demokratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen der EU nachvollziehbarer zu gestalten. Hierfür ist eine starke Rolle des Europäischen Parlaments ebenso notwendig wie eine enge Einbindung der nationalen Parlamente. Die Europäische Kommission braucht ein stringentes und effizientes Kollegium mit klaren Zuständigkeiten der Kommissare.

Gerade auch für die Akzeptanz des Krisenmanagements im Euroraum ist es wichtig, dass dieses in die demokratischen Strukturen der EU und in das bewährte Zusammenwirken aus Kommission, Rat, Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten eingebettet ist. Die Ge-

meinschaftsmethode steht im Zentrum der europäischen Einigung. Dort wo einige Staaten in der Integration voranschreiten, sollte es das Ziel sein, diese Politikbereiche unter Einschluss aller EU-Mitglieder so rasch wie möglich unter das Dach der europäischen Verträge zu führen.

Die Bundesregierung unterstützt die Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts, um verlässliche Mehrheiten im Europäischen Parlament für die Stabilität der Legislativverfahren der Union sicherzustellen. In diesem Zusammenhang sollte eine angemessene Mindestschwelle für die Zuteilung der Sitze festgelegt werden.

Die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft ist eine essentielle Voraussetzung für eine lebendige europäische Demokratie. Besonders wichtig ist es, dafür auch die Jugendpolitik weiterzuentwickeln. Europaschulen, Jugendwerke und eine erhöhte Jugendmobilität können hierzu beitragen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns beispielsweise für die Errichtung eines deutsch-griechischen Jugendwerks ein. Die Reformbestrebungen in Griechenland werden weiterhin partnerschaftlich unterstützt, insbesondere wird die Deutsch-Griechische Versammlung fortgeführt und weiterentwickelt.

Damit die Bürger eine vertiefte Integration Europas stärker akzeptieren, ist es unerlässlich, das Subsidiaritätsprinzip strikt einzuhalten. Danach wird die EU nur tätig, wenn und soweit ein Handeln der Mitgliedstaaten nicht ausreichend wäre. Aufgaben müssen dort verortet werden, wo sie am besten gelöst werden können: europäisch, national, regional oder lokal. Außerdem müssen sich Rechtsakte der EU am Verhältnismäßigkeitsgrundsatz messen lassen.

Wir wollen ein bürgernahes Europa verwirklichen, das die kommunale Selbstverwaltung achtet. Die Sprachen und Kulturen in den Kommunen und Regionen tragen wesentlich zur Vielfalt Europas bei, mit der sich die Menschen identifizieren. Wir treten dafür ein, dass die EU die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen aller Mitgliedstaaten bewahrt. Die EU muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren. In diesen Bereichen brauchen wir eine starke, demokratische und geschlossen handelnde EU.

Der Umgang mit der deutschen Sprache in den europäischen Institutionen muss ihre rechtliche Stellung und ihren tatsächlichen Gebrauch in der EU widerspiegeln.

Deutsch muss auch in der Praxis den anderen beiden Verfahrenssprachen Englisch und Französisch gleichgestellt werden.

Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise

Wir wollen alles dafür tun, dass Europa gestärkt aus der gegenwärtigen Krise hervorgeht. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies möglich ist, wenn Europa zusammenhält und eine umfassende politische Antwort auf die Herausforderungen im Euroraum gibt. Die Ursachen der Krise sind vielfältig: Sie reichen von einer übermäßigen Verschuldung einzelner europäischer Staaten über Defizite in der Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Konstruktionsmängel in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bis zu Fehlentwicklungen auf den Finanzmärkten.

Die Wachstumsaussichten haben sich jüngst aufgeheitert. Doch die Krise hat tiefe Wunden geschlagen und ist noch längst nicht überwunden. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Mitgliedstaaten weiter unerträglich hoch, insbesondere unter Jugendlichen. Viele kleine und mittlere Unternehmen können Investitionen nicht finanzieren. Und die Kombination aus hohen Schuldenständen und schwachem Wachstum machen Europas Volkswirtschaften weiterhin anfällig.

Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, ist ein umfassender politischer Ansatz erforderlich, der Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine strikte, nachhaltige Haushaltskonsolidierung mit Zukunftsinvestitionen in Wachstum und Beschäftigung in sozial ausgewogener Weise verbindet.

Ziel beim weiteren europäischen Krisenmanagement muss es sein, die wechselseitige Abhängigkeit zwischen privater Verschuldung von Banken und öffentlicher Verschuldung von Staaten zu überwinden ebenso wie sicherzustellen, dass künftig in erster Linie die Banken selbst für ihre Risiken haften und nicht die Steuerzahler. Auch müssen die Regeln für Banken und Finanzmärkte so weiter verändert werden, dass Akteure der Finanzmärkte künftig nie wieder den Wohlstand von Staaten und Gesellschaften gefährden können. Die Finanzmärkte müssen an den Kosten der Krise beteiligt werden und letztlich auf ihre dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft zurückgeführt werden.

Hinzukommen müssen weitere Reformschritte zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung, besonders in der Wirtschafts- und Währungsunion. Die bewährten Regeln der Sozialen Marktwirtschaft müssen das Grundgerüst für die Wirtschafts- und Währungsunion der Zukunft sein.

Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

Die Krise im Euroraum hat Konstruktionsmängel in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offengelegt. Vor allem ist deutlich geworden, dass die Wirtschafts- und Währungsunion eine bessere und verbindlichere Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik und eine effektivere Haushaltspolitik braucht, um Wettbewerbsfähigkeit, Finanzstabilität, die Möglichkeit zu Zukunftsinvestitionen und sozialen Ausgleich dauerhaft erfolgreich zu verbinden. Deutschland wird im Austausch mit seinen europäischen Partnern dafür eintreten, dass die Wirtschafts- und Währungsunion in diesem Sinne weiterentwickelt wird. Die Gemeinschaftsinstitutionen sollten im Rahmen ihrer institutionellen Rolle an der wirtschaftlichen Koordinierung beteiligt werden.

Deutschland steht zur gemeinsamen Währung. Unser Ziel ist und bleibt es, Europa gestärkt aus der Krise zu führen – für ein Europa der Stabilität und des Wachstums. Unser Grundsatz ist dabei: Solidarität und Eigenverantwortung gehören zusammen. Wir Europäer müssen auch durch eine leistungsfähigere Wirtschaft im globalen Wettbewerb bestehen.

Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit durch Struktur-reformen und nachhaltige Zukunftsinvestitionen sind der Schlüssel Europas zum Wachstum. Nationale und europäische Anstrengungen müssen Hand in Hand gehen. Wir bekennen uns zu den Regeln des gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakts. Dessen glaubwürdige Anwendung ist das Fundament für eine dauerhaft stabile gemeinsame Währung.

Die Glaubwürdigkeit unseres Handelns erfordert eine an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtete Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die hohen Staatsschuldenquoten der Euroländer müssen daher zurückgeführt werden. Das ist eine der Lehren aus der aktuellen Krise. Die Politik der Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden und mit Reformen für strukturelles Wachstum und nachhaltigen Zukunftsinvestitionen kombiniert werden.

Deutschland ist weiterhin bereit, solidarische Unterstützung beispielsweise in Form von Hilfskrediten und technischer Hilfe zu leisten, um Reformpolitiken in den Empfängerländern zur Rückgewinnung von Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

Das Prinzip, dass jeder Mitgliedstaat für seine Verbindlichkeiten selbst haftet, muss aber erhalten werden. Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden würde die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitgliedstaat gefährden. Nationale Budgetverantwortung und supranationale, gemeinsame Haftung sind unvereinbar. Hilfskredite aus europäischen Rettungsprogrammen dürfen nur als Ultima Ratio gewährt werden, wenn die Stabilität der Eurozone als Ganzes gefährdet ist. Wir wollen, dass Krisenstaaten eine starke Eigenbeteiligung an der Krisenbewältigung leisten und eigene Mittel einsetzen, bevor sie Hilfskredite erhalten. Diese dürfen nur im Gegenzug zu strikten Auflagen bzw. Reformen und Konsolidierungsmaßnahmen der Empfängerländer gewährt werden. Sie setzen einen klaren Plan voraus, wie die Schuldentragfähigkeit gesichert werden kann. Darüber hinaus ist die demokratische Kontrolle aller Hilfen von herausragender Bedeutung: ESM-Mittel werden weiterhin nur nach Zustimmung des Bundestages bewilligt.

Die Krise hat gezeigt, dass europäische Korrekturen oftmals zu spät greifen. Zur Vermeidung von künftigen Verwerfungen in der Währungsunion müssen deshalb Haushaltspolitiken und Schuldenentwicklung besser überwacht und wirtschaftliche Ungleichgewichte in der Eurozone durch koordinierte Anstrengungen aller Euro-Mitgliedstaaten verringert werden. Dafür müssen wir den gestärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt und das Ungleichgewichtsverfahren konsequent nutzen.

Die neuen Regeln können nur dann glaubwürdig sein, wenn sie konsequent angewandt und überwacht werden. Die Verwendung eines EU-Fortschrittsanzeigers (Score Board) für Beschäftigung und soziale Entwicklungen und von Beschäftigungs- und Sozialindikatoren sollte weiterverfolgt werden, damit diese neuen Instrumente bereits für das Europäische Semester 2014 genutzt werden können. Mit dieser größeren Bandbreite von Indikatoren soll EU-weit ein breiteres Verständnis sozialer Entwicklungen erlangt werden.

Die bereits im sogenannten Two-Pack eingeführte Überwachung der nationalen Haushaltsplanung durch

die EU-Kommission wollen wir zu einem effektiven Instrument ausbauen, das bei klaren Verstößen gegen EU-Regeln einem nationalen Haushaltsgesetzgeber ermöglicht, frühzeitig selbst gegenzusteuern. Das bezieht auch Ziele für Wachstum, Innovation und Beschäftigung mit ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Euro-Staaten verbindliche und durchsetzbare, demokratisch legitimierte vertragliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene schließen, die auf die Erreichung der Ziele Wettbewerbsfähigkeit, solide und nachhaltig tragfähige Finanzen, Wachstum und Beschäftigung verbunden mit Solidarität gerichtet sind.

Wir werden die vertraglichen Grundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion anpassen.

Die in den von der Krise besonders betroffenen Staaten der Eurozone eingeleiteten Reformen sind eine wichtige Grundlage, um vor Ort und für Europa als Ganzes nachhaltiges Wachstum zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist es auch nötig, die Möglichkeiten der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des EU-Haushalts einschließlich der EU-Strukturfondsmittel gezielt zum Aufbau der nötigen Infrastruktur einzusetzen. Außerdem sollten die Möglichkeiten des Kreditzugangs für kleine und mittlere Unternehmen wirksam verbessert werden. Auch hier kann die EIB in Zusammenarbeit mit nationalen Förderbanken helfen. Mit diesem Instrumentenkasten sollen die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt, die Beschäftigung erhöht und die Fragmentierung der Finanzmärkte in Europa reduziert werden.

Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung

Der Binnenmarkt ist ein Eckpfeiler für die Sicherung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Er muss seine Wirkung voll entfalten können und muss weiter vertieft werden. Die Vollendung des Binnenmarkts, die Schaffung geeigneter Regelungen, aber auch die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Qualifikationen sowie die Übertragbarkeit von sozialer Absicherung in der EU können bedeutende Wachstumsimpulse setzen.

Vor allem mit Wettbewerbsfähigkeit, robustem strukturellem Wirtschaftswachstum und Zukunftsinvestitionen gelingt es, neue Arbeitsplätze dauerhaft zu schaffen und den Wohlstand zu sichern. Dies gilt insbesondere in

den Krisenländern des Euro-Währungsgebiets, in denen die Arbeitslosigkeit viel zu hoch ist und die Menschen in der Krise oft schmerzhaft Einschnitte beim Einkommen erfahren haben, in vielen Fällen verbunden mit dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Wir werden uns dafür einsetzen, die Politik der haushaltspolitischen Konsolidierung und Strukturreformen unter Berücksichtigung der sozialen Verträglichkeit konsequent weiterzuentwickeln und dabei durch verstärkte Zukunftsinvestitionen für Innovation und Wachstum zu ergänzen.

Wir werden das wirtschaftliche Klima weiter verbessern, sodass hochwertige Produktion und Beschäftigung mit guten Einkommen entstehen. In kluger Zusammenarbeit tragen der private Sektor mit seiner Dynamik und Leistungsfähigkeit und der Staat durch den regulatorischen Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft, durch Bildung und durch Infrastruktur zur Erreichung dieses Zieles bei. Das gilt je nach Verantwortlichkeit auf nationaler und europäischer Ebene.

Um Europa zukunftsfest zu machen, brauchen wir höhere Investitionen, etwa in Infrastruktur, erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Verkehr, transeuropäische Netze, digitale Medien oder Breitbandversorgung, Bildung sowie Forschung und Entwicklung, ebenso wie notwendige Strukturreformen.

Wir werden darauf dringen, dass der im Sommer 2012 geschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung (120 Mrd. Euro) mit Nachdruck umgesetzt wird. Wachstumspakt und Fiskalpakt sind gleichermaßen wichtige Bestandteile einer Politik für nachhaltiges Wachstum und solide öffentliche Haushalte. Von besonderer Bedeutung für die Förderung von Wachstum und Beschäftigung sind Maßnahmen, die kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Hierzu gehören die erhöhte Darlehensvergabe seitens der EIB sowie die verstärkte Nutzung revolvingierender Fonds zum Einsatz der Mittel aus den Struktur- und Investitionsfonds.

Die Bundesregierung wird darauf achten, dass die EIB effektiv und umfassend von den ihr zusätzlich zugewiesenen Mitteln Gebrauch macht. Das in den Vereinbarungen zur mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Flexibilisierungsinstrument sollte für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung genutzt werden.

Im Rahmen einer sparsamen EU-Haushaltsführung setzen wir uns für eine aufgabengerechtere Gestaltung des EU-Haushaltes ein. Mit Blick auf die Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens in 2016 müssen weitere Schritte hin zu einer klaren Prioritätensetzung des europäischen Haushaltes für Wachstum, Beschäftigung und Innovation auf den Weg gebracht werden.

Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene für eine möglichst frühzeitige Evaluierung der Pilotphase zu europäischen Projektanleihen einsetzen. Mit einer Absicherung von Projektanleihen aus dem Haushalt der EU können zusätzliche wachstumsfördernde Investitionen angeregt werden.

Europa ist die Wiege der modernen Industriegesellschaft. In weiten Teilen Europas hat die Industrie aber an Kraft verloren. Die EU hat die Bedeutung der Industrie für nachhaltiges Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität und Beschäftigung sowie das Problem der Deindustrialisierung Europas mittlerweile erkannt. Es ist aber noch nicht gelungen den negativen Trend umzukehren. Wegen der großen Bedeutung einer starken europäischen Industrie werden wir gemeinsam mit den europäischen Institutionen und Partnern darauf hinarbeiten, dass die EU künftig wieder die Heimat einer starken und modernen Industrie wird. Hierzu müssen und werden wir ressortübergreifend die Standortbedingungen der Industrie verbessern, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie bei den politischen Entscheidungen in Berlin und Brüssel mit berücksichtigen und verstärkt auf die Kosteneffizienz unserer industriepolitischen Entscheidungen achten.

Besonders wichtig in Europa sind auch höhere private und öffentliche Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation, in gute Ausbildungssysteme, eine verbesserte Exportförderung besonders in Ländern mit niedriger Exportquote, eine moderne, auf den industriellen Bedarf ausgerichtete Infrastruktur und ein förderlicher ordnungspolitischer Rahmen im europäischen Binnenmarkt.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ist ein verringerter Regelungsaufwand auf Ebene der EU erforderlich. Die EU-Kommission muss Regelungsbereiche identifizieren, die das größte Potenzial zur Vereinfachung und zur Verringerung der Regulierungskosten bieten, vor allem soweit sie für kleine und mittlere Unternehmen besonders relevant sind. Für diese Bereiche

fordern wir konkrete Abbauziele. Dem Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitnehmerschutz muss dabei Rechnung getragen werden. EU-Vorgaben wollen wir grundsätzlich „eins zu eins“ umsetzen – das sichert auch Chancengleichheit im europäischen Binnenmarkt.

Auch die Energiewende muss im europäischen Zusammenhang gedacht werden. Nur ein integrierter Energiebinnenmarkt und eine enge Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten, z. B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Transportnetze, sichern eine zuverlässige, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung, damit Deutschland auch langfristig Motor eines wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Industriestandorts Europa bleibt.

Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt auch entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, im Bereich der digitalen Welt Anschluss zu halten, europäische Standards zu setzen und damit unser europäisches Gesellschaftsmodell zu bewahren. Deshalb treten wir für eine umfassende europäische digitale Agenda ein, die Verbraucherschutz, Datenschutz, Innovation, Netz- und Informationssicherheit zusammenbringen.

Nötig ist zudem ein neuer internationaler Rechtsrahmen für den Umgang mit unseren Daten. Unser Ziel ist eine internationale Konvention für den weltweiten Schutz der Freiheit und der persönlichen Integrität im Internet. Die derzeit laufende Verbesserung der europäischen Datenschutzbestimmungen muss entschlossen vorangetrieben werden. Auf dieser Grundlage wollen wir auch das Datenschutzabkommen mit den USA zügig verhandeln.

Bei der Koordinierung unserer Wirtschaftspolitik im europäischen Rahmen behalten wir auch die globale Dimension fest im Blick. So werden wir beispielsweise den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA vorantreiben. Wir werden die Herausforderung der zunehmenden globalen Konkurrenz zwischen Unternehmen und Standorten meistern, indem wir uns an den bewährten Grundlinien unserer Sozialen Marktwirtschaft orientieren und der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer deutschen und europäischen Wirtschaft hohe Priorität einräumen. In einer sich rasch verändernden Welt kann nur ein starkes Europa weiterhin seinen Einfluss behalten. Auch dafür brauchen wir nachhaltiges Wirtschaften und hohe ökologische und soziale Stabilität.

Dem besonderen Schutzbedürfnis von Kultur und Medien wird in der deutschen Europapolitik Rechnung getragen, insbesondere in der europäischen Rechtsetzung, bei EU-Beihilfefragen oder bei Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Dies muss auch bei den Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA durch Ausnahmeregelungen berücksichtigt und gesichert werden.

Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Die Erfahrung der Krise lehrt einmal mehr, dass die größte Bedrohung für die Menschen und den sozialen Frieden in Europa der Verlust des Arbeitsplatzes ist. Deswegen ist der beste und auf Dauer einzig erfolgreiche Weg zur Sicherheit von Einkommen, persönlicher Teilhabe und gesellschaftlicher Integration und Stabilität, die Arbeitslosigkeit zu überwinden und genügend qualifizierte, dauerhaft wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Eigenverantwortung und die private Initiative, zu arbeiten und unternehmerisch Arbeit zu schaffen, müssen flankiert werden durch solidarische Unterstützung. Dies spiegelt sich auch in der europäischen Strategie aus Solidarität und Solidität wieder: Strukturreformen der Mitgliedstaaten und Haushaltskonsolidierung sind ebenso wie Zukunftsinvestitionen eine wichtige Grundlage für Wachstum und Beschäftigung und damit auch für die soziale Integration der Bürger.

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen ist in vielen europäischen Ländern infolge der Krise dramatisch gestiegen. Diese jungen Menschen, die vielfach gut ausgebildet sind, darf Europa nicht im Stich lassen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss deshalb eine Priorität europäischer Politik sein.

Deutschland wird bei der Umsetzung der vereinbarten Europäischen Jugendgarantie mit gutem Beispiel vorangehen. Eine erfolgreiche Umsetzung in allen Mitgliedstaaten bedarf ausreichender finanzieller Unterlegung, um den Aufbau notwendiger Strukturen in den am stärksten betroffenen Ländern zu ermöglichen. Wir begrüßen einen Qualitätsrahmen für Praktika. Die Bundesregierung wird sich für überprüfbare Ziele zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Europäischen Semester einsetzen. Dabei sollten die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament ihre Rolle wahrnehmen.

Die Mittel, die im Rahmen der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen im nächsten europäischen Haushalt vorgesehen sind, müssen schnellstmöglich, in jedem Fall in den ersten zwei Jahren der kommenden Finanzperiode, eingesetzt werden. Eine Aufstockung der finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kann, falls notwendig, im Rahmen der bereits vereinbarten Re-Programmierung der europäischen Strukturfonds sowie durch eine Bündelung noch verfügbarer Haushaltsmittel erfolgen. Wir unterstützen Initiativen zur technischen Hilfe bei Abruf und Einsatz der Mittel. Die Finanzierung von Investitionen in Bildung und Ausbildung und befristeten Lohnkostenzuschüssen durch Kredite und Garantien der EIB begrüßen wir ausdrücklich und setzen uns für eine verstärkte Kombination von EIB-Krediten und europäischen Fondsmitteln ein. Die Möglichkeiten, die das Programm – „Erasmus für alle“ – für duale Ausbildung bietet, sollten besser ausgeschöpft werden.

Auch werden wir einen gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt fördern, durch die bessere Vermittlung von Sprachen sowie eine bessere Übertragbarkeit von Bildungsabschlüssen und sozialer Absicherung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mobilität und Durchlässigkeit in einem gemeinsamen europäischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich gestärkt werden. Wir ergreifen gezielte Maßnahmen, die es qualifizierten Jugendlichen aus anderen Mitgliedstaaten erleichtern, ihre Berufsausbildung in Deutschland zu absolvieren bzw. eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen.

Wir wollen – unter Einbeziehung der Kammerorganisationen – außerdem anderen Mitgliedstaaten bei der Einführung des erfolgreichen deutschen Systems der dualen Ausbildung einschließlich des Großen Befähigungsnachweises behilflich sein und zur erfolgreichen Umsetzung der europäischen Ausbildungsallianz beitragen.

Zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungs- und Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Gemeinschaftsaktion von Unternehmen, Gewerkschaften und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein. Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit dem „Ausbildungspakt“ gemacht haben, bringen wir in die Zusammenarbeit ein. Es sollten auch Programme für Existenzgründer – ähnlich dem deutschen Gründungszuschuss – ausgebaut werden. Diese Programme sind durch eine umfassende Beratung zu begleiten.

Mit Blick auf die primäre Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Sozialpolitik respektiert die EU nationalstaatliche Traditionen. Im Rahmen des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells unterstützen wir die Entwicklung gemeinsamer Prinzipien und Kriterien zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping, um Wettbewerbsverzerrungen – auch zum Schaden von Unternehmen und Arbeitnehmern im Binnenmarkt – entgegenzutreten.

Die Beschäftigten in Europa müssen effizienter vor Ausbeutung und sittenwidrigen Arbeitsbedingungen geschützt werden. Dort, wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen. Wir treten dafür ein, die Einführung von Standards für Mindestlöhne zu prüfen, die national zu organisieren und zu definieren sind und die einen hohen Beschäftigungsstand und faire Löhne garantieren würden – wobei die Wahl zwischen Gesetzgebung und Tarifvereinbarungen besteht.

Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Gleichrangigkeit sozialer Grundrechte aus der Charta der Grundrechte der Europäischen Union gegenüber den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt durchgesetzt wird. Der soziale Dialog der Tarifpartner hat auch auf europäischer Ebene eine wichtige Funktion, die weiter gestärkt werden sollte ebenso wie die europäischen Betriebsräte und die Mitbestimmung in europäischen Unternehmen.

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen über die Durchsetzungsrichtlinie zur Entsenderichtlinie setzen wir uns für das in Deutschland geltende hohe Niveau mit klaren Haftungsregeln, umfassenden Informationsrechten der Behörden sowie effizienten Kontrollrechten der Mitgliedstaaten ein. Die Bekämpfung von möglichem Missbrauch darf nicht durch die Aufweichung von Kontrollbefugnissen erschwert werden. Der Missbrauch, zum Beispiel durch Briefkastenfirmen und Scheinentsendungen, muss entschlossen bekämpft werden. Das europäische Entsenderecht sollte so weiterentwickelt werden, dass das Lohnniveau, d. h. gleiche Entlohnung für gleiche Tätigkeit, und die Arbeitsbedingungen des jeweiligen Ziellandes gelten. Die öffentliche Daseinsvorsorge, insbesondere die Daseinsvorsorge auf regionaler und kommunaler Ebene (z. B. die Wasserversorgung) gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben. Der demografische Wandel und der Bevölkerungsschwund in vielen ländlichen Gebieten verschärfen die Handlungsnotwendigkeiten auf diesem Gebiet.

Das Wettbewerbsprinzip des EU-Binnenmarktes, ein funktionierendes Gemeinwesen und sozialer Ausgleich müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen; nur so wird eine Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger erreicht. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten, ihrer Regionen und Kommunen für ihre im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben müssen erhalten bleiben. Wir werden jeder weiteren Einschränkung der Daseinsvorsorge durch EU-Politiken offensiv entgegenreten. Nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen durch europäische Politik nicht ausgehebelt werden.

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Wir wollen eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die den Globalisierungsprozess maßgeblich mit gestaltet und dabei entschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt. Deutschland wird aktiv dazu beitragen, das Vertrauen in das europäische Einigungswerk zu stärken. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Partnern ist für den gemeinsamen Erfolg unerlässlich. Die Berücksichtigung der Interessen der kleinen und mittleren Mitgliedstaaten ist konstitutiver Bestandteil unserer Europapolitik.

Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrem internationalen Einsatz für Menschenrechte hängt maßgeblich davon ab, wie konsequent sie ihre Werte lebt und deren Verletzung im Innern ahndet. Die Bundesregierung setzt sich auf Grundlage von Artikel 7 EUV für einen wirksamen Mechanismus zur Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards in Europa ein, um den Schutz der Werte, wie sie in Artikel 2 EUV verankert sind, zu gewährleisten.

Die deutsch-französische Partnerschaft ist in ihrer Breite und Tiefe einzigartig. Unsere Länder haben als starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber auch besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung maßgeblich zu fördern und Wohlstand, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Wir werden die am 22. Januar 2013 beschlossene deutsch-französische Agenda Schritt für Schritt weiter umsetzen.

Unsere Partnerschaft mit Polen wollen wir weiter vertiefen und die vielfältigen nachbarschaftlichen Beziehungen weiterentwickeln. Die Arbeitsmöglichkeiten des Deutsch-Polnischen Jugendwerks werden wir ausweiten und den Jugendbegegnungstätten in Kreisau und

Auschwitz eine langfristige Perspektive geben. Wir werden die Zusammenarbeit mit Frankreich und Polen im Weimarer Dreieck intensivieren. Bilaterale Initiativen mit unseren mitteleuropäischen Partnern wollen wir ausbauen. Dem deutsch-tschechischen Zukunftsforum und dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds sichern wir eine Perspektive über 2017 hinaus.

Erweiterungen und östliche Nachbarschaft

Die Erweiterung der EU ist aktive europäische Friedenspolitik. Die bisherigen EU-Erweiterungen sind im Interesse Deutschlands und Europas. Wir stehen dazu, dass dieser Prozess unter strikter Beachtung der Beitrittskriterien fortgesetzt wird und die Staaten des Westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive haben. Sowohl Serbien als auch Kosovo müssen ihre eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Wir wollen KFOR im Einklang mit der Sicherheitsentwicklung schrittweise reduzieren und zum Abschluss führen. Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten werden wir die Heranführung der Länder des Westlichen Balkans an EU und NATO aktiv vorantreiben. Für die EU-Erweiterung sind die Anwendung strenger Kriterien und klar überprüfbarer Fortschritte wichtig. Maßgeblich sind sowohl die Beitrittsfähigkeit der Kandidaten als auch die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union.

Die Türkei hat für Europa strategische und wirtschaftliche Bedeutung. Wir sind darüber hinaus mit der Türkei durch vielfältige Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern eng verbunden. Wir möchten die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen, einschließlich einer engen strategischen Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Wir sehen nicht nur die eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung der Türkei, sondern begrüßen vor allem die mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen unternommenen Reformanstrengungen. Der Verhandlungsprozess läuft mit der Eröffnung neuer Verhandlungskapitel weiter. Die unbedingte Achtung der Werte, auf denen auch die EU fußt, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Religions- und Meinungsfreiheit, und deren innerstaatliche Durchsetzung sind Voraussetzung für weitere Fortschritte. Die 2005 aufgenommenen Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt. Auch in der Türkei wird eine Diskussion über die Frage der EU-Mitglied-

schaft geführt. Sollte die EU nicht aufnahmefähig oder die Türkei nicht in der Lage sein, alle mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen voll und ganz einzuhalten, muss die Türkei in einer Weise, die ihr privilegiertes Verhältnis zur EU und zu Deutschland weiterentwickelt, möglichst eng an die europäischen Strukturen angebunden werden.

Es liegt im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung auch in den anderen angrenzenden Regionen zu fördern. In diesem Zusammenhang hat sich die Europäische Nachbarschaftspolitik bewährt. Für die Östliche Partnerschaft bleiben Assoziierungs-, Freihandels- und Visaerleichterungs-Abkommen die besten Instrumente.

Die Nachbarländer an der südlichen und östlichen Küste des Mittelmeers sind von strategischer Bedeutung für Europa. Eine engere Anbindung dieser Staaten an die EU kann zu einer Stabilisierung der Region beitragen.

Ein starkes Europa in der Welt

Wir wollen, dass die Europäische Union ihrer Verantwortung als Trägerin des Friedensnobelpreises auch künftig gerecht wird. Sie muss in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts die internationale Politik mitgestalten und hierfür eine starke eigenständige Rolle wahrnehmen. Die Bundesregierung wird, anknüpfend an den EU-Gipfel im Dezember 2013, neue politische Initiativen zur Stärkung und Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ergreifen. Der Europäische Rat sollte sich auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in der Regel einmal im Jahr mit Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik befassen.

Wir setzen uns dafür ein, das Amt des/der Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Die Handlungsfähigkeit des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein präventives Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion muss verbessert werden. Ein schlanker EAD hat eine funktionale und keine überwiegend repräsentative Aufgabe. Außenpolitische Fragen, Handelspolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit müssen zwischen EU-Kommission und EAD besser verknüpft und enger abgestimmt werden.

Die Europäische Union braucht mehr denn je eine strategische Diskussion, was sie mit vorrangig zivilen Mit-

teln oder gegebenenfalls auch militärischen Einsätzen erreichen kann und will. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten können wertvolle Hilfe beim Aufbau von Demokratie, rechtsstaatlichen Systemen und einer leistungsfähigen Verwaltung in Drittländern leisten. Das gilt insbesondere für die Bereiche der Polizei und Justiz.

Wir setzen uns dafür ein, die zivilen und militärischen Instrumente der Europäischen Union weiter miteinander zu verknüpfen und Europas zivile sowie militärische Fähigkeiten zur Krisenprävention und Konfliktbeilegung zu verbessern. Die Streitkräfteplanung in Europäischer Union und Nordatlantischer Allianz ist enger aufeinander abzustimmen. Doppelungen sind zu vermeiden. NATO- und EU-Fähigkeiten müssen komplementär zueinander sein.

Wir wollen, dass gemeinsame europäische Einsätze zur Wahrung und Stärkung der Sicherheit Europas vorrangig in unserer geografischen Nachbarschaft durchgeführt werden. Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten vermehrt regionalen Partnern und Organisationen übertragen werden, beispielsweise der Afrikanischen Union (AU), der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) oder dem Golf-Kooperationsrat (GCC). Diese und weitere regionale Organisationen sowie verlässliche Partner vor Ort müssen bei der Übernahme von Verantwortung unterstützt werden.

OSZE und Europarat

Wir wollen die OSZE stärken. Die Bundesregierung erklärt sich in Absprache mit den OSZE-Partnernationen, insbesondere Polen und Frankreich, dazu bereit, mehr Verantwortung in der OSZE zu tragen. Wir wollen, dass der Europarat und seine Organe sich auf ihre Kernkompetenz als Hüter und Bewahrer elementarer Grund- und Menschenrechte besinnen. Darauf wollen wir intensiv hinarbeiten.

7. Verantwortung in der Welt

Verlässlicher Partner in der Welt

Deutschland stellt sich seiner internationalen Verantwortung. Wir wollen die globale Ordnung aktiv mitgestalten. Dabei lassen wir uns von den Interessen und Werten unseres Landes leiten. Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.

Wir stehen bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden. Dabei stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund. Wir stehen für Verlässlichkeit und Bündnistreue. Wir wollen ein guter Partner bei der Gestaltung einer gerechten Weltordnung sein.

Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken

Die transatlantische Zusammenarbeit ist sowohl für Europa als auch für Nordamerika von grundlegender Bedeutung. Die transatlantische Partnerschaft basiert auf einem Fundament gemeinsamer Werte und Interessen und ist deshalb auch heute der Schlüssel zu Freiheit, Sicherheit und Wohlstand für alle. Dort, wo in jüngster Zeit Vertrauen infrage gestellt wurde, muss es wiederhergestellt werden. Dazu erwarten wir ein deutliches Bekenntnis und entsprechende Maßnahmen der US-Administration. Wir wollen die Regeln, die für den Umgang zwischen Partnern gelten, klarer definieren und streben glaubhafte und überprüfbare Vereinbarungen an, um die Privatsphäre unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Wir wollen, dass die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss geführt werden, ohne im Vertrag parlamentarische Kontrolle und gerichtlichen Schutz infrage zu stellen. Unser Ziel ist dabei, bestehende Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich abzubauen. Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss für jede Vertragspartei Teil des Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der Schutzstandards der

Europäischen Union insbesondere im Bereich des Datenschutzes, der europäischen Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie auf den Schutz von Verbraucherrechten und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie von Kultur und Medien Wert legen.

Wir bekennen uns zur NATO und zu ihrem neuen strategischen Konzept. Die transatlantische Allianz ist und bleibt das zentrale Fundament unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts neuer Risiken und Bedrohungen einer globalisierten Welt. Sie ist die Organisation, in der die transatlantischen Partner ihre strategischen sicherheitspolitischen Vorstellungen gleichberechtigt konsultieren und koordinieren. Wir wirken im Bündnis aktiv mit und setzen uns auch auf diese Weise dafür ein, dass die Bindungen zwischen Nordamerika und Europa tragfähig bleiben und vertieft werden. Deutschland wird auch künftig seinen angemessenen Teil der Lasten im Bündnis verlässlich leisten. Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern setzen wir konsequent die Beschlüsse von Chicago zur strategischen Neuausrichtung der Allianz um.

Wir unterstützen die Verteidigungskooperation auf Grundlage der Smart-Defence Initiative, militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen und die Interoperabilität der Streitkräfte im Bündnis zu erhalten. Deutschland ist bereit, als Rahmennation dazu beizutragen, zusammen mit anderen NATO-Partnern Fähigkeiten für das Bündnis zu erbringen.

Das Instrument des NATO-Russland-Rates wollen wir weiterhin nutzen und den strategischen Wert dieses Gremiums stärken. Gerade beim Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan hat sich gezeigt, dass die Kooperation zwischen NATO und Russland möglich und im gegenseitigen Interesse ist. Diese positiven Erfahrungen sollten auch für andere sicherheitspolitische Herausforderungen, wie die Gespräche über den Aufbau der NATO-Raketenabwehr, genutzt werden. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihren bündnispolitischen Zusagen und wird ihren Beitrag zum Aufbau der NATO-Raketenabwehr leisten, die wir für den effektiven Schutz vor der Bedrohung durch Raketen in den Händen von Risikostaat benötigen. Die Bundesregierung wird dabei mit ihren NATO-Partnern gemeinsame und kooperative Lösungen suchen, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen.

Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland

Deutschland und Russland sind durch eine wechselvolle Geschichte eng miteinander verbunden. Russland ist der größte und wichtigste Nachbar der Europäischen Union. Ein modernes, wirtschaftlich starkes und demokratisches Russland liegt in deutschem wie europäischem Interesse. Wir wollen die Modernisierungspartnerschaft auf weitere Bereiche ausdehnen, um gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich zu Fortschritten zu kommen. Wir werden dazu mit der russischen Führung offen über unterschiedliche Vorstellungen einer Modernisierungspartnerschaft sprechen.

Wir begrüßen und unterstützen die vielfältigen Bemühungen um eine Verbreiterung und Vertiefung der Beziehungen auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Wir streben die Weiterentwicklung des Petersburger Dialogs an. Darüber hinaus wollen wir neue Formen des gesellschaftlichen Dialogs mit Russland ins Leben rufen und die bilateralen Kontakte zu Vertretern der neuen russischen Mittelschicht und Zivilgesellschaft intensivieren. Russland ist gefordert, rechtsstaatliche und demokratische Standards einzuhalten, zu denen sich Russland auch international verpflichtet hat. Das gilt auch für die Einhaltung der WTO-Verpflichtungen.

Wir streben eine weitere Liberalisierung der Visaregelungen für Unternehmer, Wissenschaftler, zivilgesellschaftliche Akteure und Studenten an. Wir wollen die Russland- und Osteuropa-Kompetenz in Deutschland auf eine solide Grundlage stellen. Dazu wollen wir die wissenschaftlich-analytische Expertise über diese Region stärken.

Wir werden uns in der Europäischen Union für mehr Kohärenz in der Russland-Politik einsetzen. Wir verfolgen auch weiterhin die Ziele eines neuen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und Russland, des Ausbaus der Ostseezusammenarbeit sowie der Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei kommt der Vertiefung des trilateralen Dialogs zwischen Deutschland, Polen und Russland eine Schlüsselrolle zu. Bei der Gestaltung unserer Beziehungen zu Russland wollen wir die berechtigten Interessen unserer gemeinsamen Nachbarn berücksichtigen.

Sicherheit in und für Europa lässt sich nur mit und nicht gegen Russland erreichen. Dabei wollen wir gemein-

sam mit Russland vor allem die Regelung von Konflikten in der gemeinsamen Nachbarschaft voranbringen und erwarten insbesondere in der Transnistrienfrage Fortschritte.

Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik sind ein bedeutsames Element deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung tragen wesentlich zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit und Stabilität bei. Wir treten für allgemeine und weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle sowohl von konventionellen als auch von Massenvernichtungswaffen ein.

Gemeinsam mit unseren NATO-Partnern haben wir uns auf dem Gipfel von Chicago zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen und bis dahin die Rolle von Nuklearwaffen zu reduzieren. Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.

Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den USA und Russland Verhandlungen zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich beginnen, und entsprechende Schritte beider Partner engagiert unterstützen. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Atomwaffen.

Gleichzeitig braucht die konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa neue politische Impulse. Wir werden uns über das KSE-Vertragswerk hinaus für die Modernisierung der Rüstungskontrollarchitektur in Europa auf Grundlage verifizierbarer Transparenz einsetzen. Wir wollen das Open-Sky-Abkommen durch eine deutsche Beobachtungsplattform unterstützen.

Wir werden uns international für die vollständige Implementierung des VN-Kleinwaffenabkommens einsetzen und die Umsetzung in adäquate nationale Kontrollmechanismen unterstützen. Alle im nichtstaatlichen Bereich in Deutschland gehandelten und geführten sowie für den Export vorgesehenen und vom VN-Kleinwaffen-

aktionsprogramm erfassten Klein- und Leichtwaffen sollten in Zukunft mit einer möglichst unauslöschlichen Markierung versehen werden, um deren Nachverfolgbarkeit zu ermöglichen. Auch die weltweite Umsetzung des internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) wollen wir energisch vorantreiben.

Deutschland wird regionale Abmachungen zu massenvernichtungswaffenfreien Zonen unterstützen. Mit einem gemeinsamen EU-Standpunkt wollen wir zum Gelingen der bevorstehenden Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Jahr 2015 beitragen.

Der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien hat deutlich gemacht, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, um die globale Gültigkeit des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) mit neuen Initiativen voranzutreiben. Exporte dual-use-fähiger chemischer Substanzen und Anlagen in Nicht-CWÜ-Staaten müssen einer besonders strikten Kontrolle unterzogen werden.

Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften

Den Vereinten Nationen kommt eine Schlüsselrolle für die Wahrung des Friedens und zur Bewältigung von globalen Herausforderungen zu. Mit neuen Initiativen, die wir mit unseren europäischen Partnern abstimmen, wollen wir unseren Beitrag zur Erneuerung und Weiterentwicklung der Strukturen der Vereinten Nationen leisten, einschließlich einer Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates. Deutschland bleibt bereit, mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Wir streben für die Zukunft einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.

Zur Erfüllung ihrer friedenswahrenden Aufgaben benötigen die Vereinten Nationen eine angemessene Ausstattung für ihre Friedensmissionen (Peacekeeping) und der politischen Missionen der Weltorganisation, damit effektive multilaterale Friedenspolitik betrieben werden kann.

Zur Besetzung von Führungspositionen in den Vereinten Nationen streben wir ein effektives Personalkonzept an. Dafür werden wir auch die ressortübergreifende Koordination der VN-Politik aufwerten. Wir werden den VN-Standort Bonn stärken. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts muss dazu beitragen, dass die Vereinten Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durch-

setzung von Freiheit und Menschenrechten leisten.

Das Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) bedarf der weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Implementierung. Dabei gilt es, vor allem die präventive Säule der Schutzverantwortung international zu stärken.

Die Koalition erkennt die Schlüsselrolle von Frauen sowohl bei der Prävention als auch bei der Regelung von Konflikten an. Sie wird den Nationalen Aktionsplan zur VN-Resolution 1325 in enger Abstimmung mit der Zivilgesellschaft schrittweise umsetzen.

Wir wollen unser Engagement für Sicherheit und Frieden auch im außereuropäischen Raum durch strategische Partnerschaften konsequent fortentwickeln.

Deutschland wird im Jahr 2015 erneut die G8-Präsidentschaft übernehmen. Wir werden darüber hinaus die Kooperation mit den Partnern der G20 engagiert fortsetzen. Wir werden das „Internationale Deutschlandforum“ fortführen.

Naher Osten und arabische Welt

Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel als jüdischem und demokratischem Staat und dessen Sicherheit. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar. 2015 feiern wir das 50-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel. Dieses Jubiläum wird die Bundesregierung angemessen würdigen.

Deutschland und Europa haben ein hohes Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten. Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben.

Wir unterstützen die Transformationsprozesse derjenigen arabischen Staaten, in denen sich eine positive Entwicklung zur Demokratie und zum gesellschaftlichen Pluralismus abzeichnet. Die begonnenen Transformationspartnerschaften wollen wir fortführen. Der Umgang mit der jeweiligen Opposition, die Gewährung elementarer Grund- und Freiheitsrechte einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit sowie die Existenz einer

freien Presse- und Medienlandschaft sind für uns ausschlaggebende Kriterien für die Unterstützung dieser Staaten. Religiöse Minderheiten müssen ihren Glauben frei ausüben können und vor Gewalt geschützt werden. Das Urteil gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und die mehrjährigen Haftstrafen dürfen keinen Bestand haben. Die deutsch-ägyptische Erklärung vom Januar 2013 muss Gültigkeit haben. Die deutschen politischen Stiftungen müssen in Ägypten frei arbeiten dürfen.

Wir beobachten mit großer Sorge, dass sich die Lage der Christen und anderer religiöser und ethnischer Minderheiten in Nordafrika, dem Nahen oder Mittleren Osten nach dem Sturz der autoritären Regime zum Schlechteren entwickelt. Auch deshalb werden wir die Entwicklung von pluralistischen Gesellschaften, in denen Religionsfreiheit garantiert und umgesetzt wird, dort mit aller Kraft unterstützen. Christen müssen in dieser Region eine Zukunft haben.

Deutschland wird sich gemeinsam mit seinen Partnern aktiv an der Suche nach einer politischen Lösung des Syrienkonflikts beteiligen. Gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft werden wir den Druck auf das Regime in Damaskus aufrechterhalten, die gemachten Zusagen vollständig einzuhalten. Den wachsenden Einfluss islamistischer Kräfte betrachten wir mit Sorge. Wir wollen das Leiden der syrischen Flüchtlinge und Vertriebenen in den Anrainerstaaten lindern helfen und setzen uns für einen humanitären Zugang von Hilfsorganisationen innerhalb Syriens ein. Wir werden uns gemeinsam mit dem UNHCR gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten für eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einsetzen.

Wir fordern den Iran auf, alle Zweifel am ausschließlich friedlichen Charakter seines Atomprogramms auszuräumen. Ein nuklear bewaffneter Iran stellt eine Gefahr für die gesamte Region und darüber hinaus dar und würde den weltweiten Bemühungen um Abrüstung und Nonproliferation schweren Schaden zufügen. Um die Gefahr abzuwenden, dass der Iran die Fähigkeit hat, Nuklearwaffen herzustellen, unterstützen wir im Rahmen der Verhandlungsgruppe von Großbritannien, Frankreich, Deutschland USA, Russland und China, (E 3 plus 3) alle Anstrengungen für eine diplomatische Lösung des Irankonflikts. Dabei halten wir am „doppelten Ansatz“ fest. Die Politik der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Iran, die auf Kooperationsangebote und gezielte

Sanktionen setzt, hat zu Bewegung in den zuvor festgefahrenen Verhandlungen geführt. Unser Ziel ist die Rückgewinnung des Iran als vertrauensvoller Partner auf der internationalen Bühne.

Asien

Wir wollen die Beziehungen mit den Staaten Asiens auf der Basis universeller Werte weiter intensivieren. Wir wollen die stärkere Orientierung der amerikanischen Außenpolitik auf den asiatisch-pazifischen Raum auch als Chance nutzen und dazu beitragen, dass auch in dieser Region die Politik der Kooperation und des Interessenausgleichs Vorrang bekommt vor einer Politik der Konfrontation. Die Freundschaft mit Japan ist ein wichtiger Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik. Wir begrüßen die laufenden Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Japan.

China ist aufgrund einer Vielzahl gemeinsamer Interessen strategischer Partner Deutschlands und der EU. Wir werden unsere vielfältige politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auch im Rahmen unserer regelmäßigen Regierungskonsultationen weiter intensivieren. Wir setzen uns dafür ein, dass in China die in der Verfassung garantierten Rechte wie die Gewährleistung der universellen Menschenrechte für alle Bürger respektiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums und unsere Cyber-Sicherheit sollen gestärkt werden. China ist aufgefordert, im Rahmen der Vereinten Nationen einen Beitrag zur internationalen Konfliktlösung zu erbringen, der seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entspricht.

Indien ist unser strategischer Partner. Die politische, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit wollen wir ausbauen. Dem dienen auch unsere regelmäßigen Regierungskonsultationen. Wir unterstützen die Verhandlungen der EU mit Indien für ein Freihandelsabkommen.

Afghanistan

Nach über zehn Jahren wird sich unser sicherheitspolitisches Engagement in Afghanistan verändern. Mit einem ressortübergreifenden Engagement streben wir eine gefestigte Zukunft Afghanistans an. Der Kampfeinsatz ISAF in Afghanistan ist bis Ende 2014 abzuschließen und die militärische Handlungsfähigkeit zur Sicherung

des Abzuges bis zu diesem Zeitpunkt zu erhalten. Die Menschen in Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe, die Schwerpunkt unseres Afghanistan-Engagements wird. Dabei wollen wir auch den bestmöglichen Schutz unserer zivilen Kräfte erreichen. Afghanische Ortskräfte, die für uns in Afghanistan gearbeitet haben und deren Sicherheit und Leben nach Beendigung des Einsatzes bedroht sind, sollen zusammen mit ihren Familien in Deutschland eine Aufnahme angeboten bekommen.

Die Koalition steht zu einer angemessenen Beteiligung Deutschlands im Rahmen einer Beratungsmission unter NATO-Führung, für den Fall, dass die völkerrechtlichen Voraussetzungen und die Beteiligung unserer Partner sichergestellt sind.

Afrika und Lateinamerika

Der wachsenden Bedeutung Afrikas und seiner zunehmenden Eigenverantwortung wollen wir verstärkt Rechnung tragen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausbauen. Deutschland hat ein besonderes Interesse, dass die Staaten Afrikas regionale Probleme selbst lösen können. Deshalb werden wir die Bemühungen zur Stärkung sub- und interregionaler Zusammenarbeit unterstützen. Wir setzen auf Kooperation und partnerschaftlichen Umgang auf Augenhöhe, indem wir die Institutionen unserer afrikanischen Partnerländer stärken, den Privatsektor fördern und gute Regierungsführung verstärkt in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Die Bemühungen zur Schaffung einer Sicherheitsstruktur im Rahmen der Afrikanischen Union werden wir weiter unterstützen und uns im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union an Friedensinitiativen beteiligen.

Die starke Partnerschaft zwischen Deutschland, der EU und Lateinamerika basiert auf gewachsenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, die von gemeinsamen Werten und Interessen geprägt sind. Diese traditionellen Gemeinsamkeiten und Bindungen wollen wir vertiefen. Unsere strategische Partnerschaft mit Brasilien wollen wir ausbauen.

Gemeinsam mit allen Staaten Lateinamerikas wollen wir Fortschritte bei den drängenden globalen Herausforderungen erzielen. Wir wollen die Wirtschaftschancen

zum beiderseitigen Vorteil nutzen und dafür die wirtschaftlichen Beziehungen weiter ausbauen und Investitionen und Handel fördern.

Wir werden unseren Beitrag zur Stärkung der grenzüberschreitenden Vernetzung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur leisten. Dabei wollen wir uns insbesondere auf die Länder konzentrieren, die unsere Werte teilen.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik bleibt die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen für die Förderung des Dialogs der Kulturen und zur Krisenprävention im weiteren Sinn sowie für die Vermittlung von Werten der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte eingesetzt werden. Der kulturelle Austausch und deutsche Kultureinrichtungen, wie das Deutsche Archäologische Institut, die Goethe-Institute, der DAAD, die Humboldt-Stiftung sowie die deutschen Auslandsschulen und Wissenschaftskooperationen übernehmen dabei wichtige Brückenfunktionen. Das Goethe-Institut wird insbesondere für die Programm- und Spracharbeit adäquat ausgestattet und bleibt – wie die deutschen Auslandsschulen – fester Bestandteil der Auslandsaktivitäten der Bundesregierung.

Mit unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wollen wir ein positives und wirklichkeitsgetreues Bild unseres Landes im Ausland vermitteln, Interesse an der deutschen Sprache und Kultur wecken und für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland werben. Die Vermittlung und Förderung der deutschen Sprache im Ausland ist eine herausragende Aufgabe der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Wir werden die internationalen Bildungsk Kooperationen im schulischen und universitären Bereich ausbauen, die erfolgreichen Stipendienprogramme stärken und dem im Ausland gestiegenen Interesse am dualen Ausbildungssystem Rechnung tragen, auch durch berufsbildende Angebote an den deutschen Auslandsschulen, die weiterhin gemeinwohlorientiert arbeiten.

Dem Dialog mit der islamischen Welt messen wir in unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik eine besondere Bedeutung zu. Dabei ist es in unserem Interesse, die moderaten Kräfte in ihrem Streben nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Das entschiedene Eintreten gegen jede Form von Antisemitismus ist auch ein Kennzeichen unserer Außenpolitik.

Europa ist auch ein kulturelles Projekt. Deutschland mit seinen Mittlerorganisationen trägt eine besondere Verantwortung für einen gemeinsamen europäischen Kulturraum.

Die Koalition bekennt sich zu der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt und zu der UNESCO-Konvention zum Kulturgüterschutz. Sie wird die Initiative ergreifen, auch dem UNESCO-Übereinkommen zum Schutz des kulturellen Erbes unter Wasser beizutreten.

Politische Stiftungen

Die politischen Stiftungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum internationalen Dialog und stärken damit auch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen die internationale Arbeit der politischen Stiftungen auch in Zukunft unterstützen und rechtlich sichern. Dabei wollen wir neue regionale Schwerpunkte durch die Bereitstellung entsprechender Ressourcen stärken.

Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten

Die Koalition bekennt sich zur Stärkung einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Verständnis einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik, für deren Erfolg sich zivile und militärische Instrumente ergänzen müssen. In der Außen- und Sicherheitspolitik denken und handeln wir vernetzt. Im Konzept von Krisenfrüherkennung, Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung ist die Entwicklungszusammenarbeit integraler Bestandteil. Eine besondere Bedeutung kommt der zivilen Krisenprävention zu, deren Strukturen wir stärken und weiterentwickeln werden.

Wir werden die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung in den kommenden vier Jahren ausweiten. Die bestehenden deutschen Institutionen der Friedensförderung und Friedensforschung wie das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), der Zivile Friedensdienst, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik und die Deutsche Stiftung Friedensforschung haben sich bewährt und sollen stärker in die Politikberatung einbezogen werden.

Wir werden durch gezielte Maßnahmen deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte ermutigen, an Auslandseinsätzen teilzunehmen. Wir wollen die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Vorausset-

zungen für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen verbessern. Hierzu wird die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode mit den Bundesländern eine umfassende Bund-Länder-Vereinbarung verhandeln, die der gemeinsamen Verantwortung gerecht wird.

Unseren Soldaten, Polizisten, Diplomaten, Entwicklungs- und Aufbauhelfern gebühren unser Dank und unsere Anerkennung. Ihnen gilt unsere besondere Fürsorge.

Neuausrichtung der Bundeswehr

Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen Streitkräften. Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürger in Uniform prägt auch weiterhin den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Mit ihrer Neuausrichtung wird sie auf die veränderten sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Wir werden diese Neuausrichtung konsequent fortsetzen und zum Erfolg führen.

Die Umsetzung ist mit erheblichen Anpassungsprozessen für die gesamte Bundeswehr verbunden. Die Angehörigen der Bundeswehr und ihre Familien brauchen Berechenbarkeit und Planungssicherheit. Die bestehende mittelfristige Finanzplanung bildet dafür die Grundlage. An den getroffenen Entscheidungen halten wir besonders im Sinne der Planungssicherheit für die Soldatinnen und Soldaten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter grundsätzlich fest. Wo sich im Rahmen der bis spätestens Ende 2014 laufenden Evaluierung der Neuausrichtung Änderungsbedarf ergibt, werden wir entsprechend nachsteuern.

Auch bei der Umsetzung der nächsten Schritte werden wir streng auf Wirtschaftlichkeit, Funktionalität, Attraktivität und Präsenz in der Fläche achten. Der festgelegte militärische Personalumfang von bis zu 185 000 Soldatinnen und Soldaten entspricht dem Bedarf einer leistungsfähigen aufgaben- und einsatzorientierten Bundeswehr und der Rolle Deutschlands im Vergleich zu unseren europäischen Partnern. Den Bereich der Zivilbeschäftigten wollen wir aufgabenbezogen evaluieren. Eine weitere Reduzierung des Personalumfangs der Bundeswehr ist keine Perspektive.

Attraktivität

Wichtig ist es, dass der Dienst in der Bundeswehr attraktiv bleibt. Wir werden eine Attraktivitätsoffensive voranbringen: Wir setzen uns für mehr Familienfreundlichkeit ein, insbesondere für den Aufbau der Kinderbetreuung, bei Bedarf in Absprache mit den Kommunen. Mit Blick auf die hohen Pendlerzahlen streben wir eine möglichst heimatnahe Verwendung an. Darüber hinaus werden wir die Wahlmöglichkeit zwischen der Gewährung von Trennungsgeld und Zusage der Umzugskostenvergütung dauerhaft schaffen. Durch die Neuausrichtung sind Dienststellen, in denen militärisches und ziviles Personal gemeinsam arbeiten, die Regel. Das Soldatenbeteiligungsgesetz werden wir entsprechend anpassen. Wir streben Regelungen an, die die Besonderheiten des Soldatenberufs und die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Einklang bringen. Wir wollen die Nachversicherung für Zeitsoldaten nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst so gestalten, dass sie hinsichtlich ihrer sozialen Absicherung keine Nachteile erfahren. Die Koalition wird die geltenden Beschränkungen des Hinzuverdienstes für ausgeschiedene Soldatinnen und Soldaten bei späteren Verwendungen in der Wirtschaft aufheben.

In der Mitte der Gesellschaft

Wir treten dafür ein, das Verständnis für die Besonderheiten des Soldatenberufes zu erweitern und so die breite Anerkennung für den Dienst in den Streitkräften sicherzustellen. Feierliche Gelöbnisse etwa sind Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft. Die Koalition unterstützt den fortgesetzten Dialog der Bundeswehr in und mit der Gesellschaft. Die Verantwortung für unsere Veteranen wollen wir gemeinsam tragen. Dies gilt auch für die Fürsorge für Verwundete und Versehrte und die würdige Gestaltung der Erinnerung an unsere Gefallenen und Toten. Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich.

Der neue Freiwillige Wehrdienst hat sich bewährt. Die gegenwärtig möglichen Verpflichtungszeiten des Freiwilligen Wehrdienstes werden überprüft und gegebenenfalls

angepasst. Die Koalition erkennt den Wert der Reserve für die Auftragserfüllung der Bundeswehr und als Bindeglied und Mittler zwischen Bundeswehr und Gesellschaft an. Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte werden für ihre Aufgaben im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit angemessen ausgestattet. Zur Steigerung der Attraktivität des Reservistendienstes prüfen wir die Anpassung und Vereinfachung der Vergütung wie der rentenrechtlichen Absicherung. Wir werden die Vereinbarkeit von Reservistendienst und zivilberuflichem Fortkommen gezielt fördern. Dafür kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion zu.

Auf die Einsätze der Zukunft vorbereitet sein

Die Bundeswehr wird auch in Zukunft in Auslandseinsätzen gefordert. Das setzt ein breites militärisches Fähigkeitsspektrum voraus. Wir setzen uns, soweit es sinnvoll und möglich ist, für eine gemeinsame Nutzung nationaler militärischer Kapazitäten im Rahmen der EU (pooling and sharing) ebenso ein, wie für eine stärkere Aufgabenteilung. Das gilt auch für die entsprechenden Aktivitäten der NATO (smart defence). Der Ansatz hierzu könnte die Anlehnungspartnerschaft bzw. das Konzept der Rahmennation sein, bei der sich Staaten zu Gruppen wechselseitiger Unterstützung zusammenfinden. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern wollen wir zu schwach ausgebildete Fähigkeiten stärken und die Durchhaltefähigkeit erhöhen. Wir streben einen immer engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann.

Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft Parlamentsarmee. Die parlamentarische Beteiligung an der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr hat sich bewährt. Sie ist eine Grundlage für die breite Verankerung der Bundeswehr und ihrer Einsätze in der Gesellschaft. Der Parlamentsvorbehalt ist keine Schwäche Deutschlands, sondern eine Stärke. Wir wollen die Beteiligung des Parlaments an der Entscheidung über den Einsatz deutscher Soldatinnen und Soldaten auch angesichts vermehrter Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit unseren Partnern sicherstellen. Eine zunehmende Mitwirkung deutscher Soldatinnen und Soldaten in integrierten Strukturen und Stäben auf NATO- und EU-Ebene muss mit dem Parlamentsvorbehalt vereinbar sein. Deshalb wollen wir eine Kommission einsetzen, die binnen Jahresfrist prüft, wie auf dem Weg fortschreitender Bündnisintegration und trotz Auffächerung von Aufgaben die

Parlamentsrechte gesichert werden können. Die Kommission wird darauf aufbauend Handlungsoptionen formulieren.

Einsätze des Kommandos Spezialkräfte (KSK) sind immer mit einer hohen Gefährdung unserer Spezialkräfte verbunden und unterliegen der Geheimhaltung. Wir werden die Unterrichtung des Parlaments über KSK-Einsätze in der bewährten Form sicherstellen.

Ausrüstung, Beschaffung und Nutzung

Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen die bestmögliche Ausrüstung. Dabei steht ihre Sicherheit im Mittelpunkt. Die Bundeswehr beschafft, was sie braucht, und nicht, was ihr angeboten wird. Der Staat kann erwarten, dass bestellte militärische Ausrüstungsgüter vertragsgerecht, pünktlich und unter Einhaltung der verabredeten Preise und Qualität geliefert werden. Die Vertragsbeziehungen mit der Industrie müssen klar und deutlich sein. Die jüngsten Erfahrungen mit Großgeräten zeigen, dass Projektbegleitung und Controlling auf allen Ebenen verbessert werden müssen. Die mit der Neuausrichtung begonnene Neustrukturierung des Beschaffungsprozesses muss konsequent umgesetzt werden. Die Information des Verteidigungs- und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags über den jeweiligen Sachstand bei der Entwicklung und Beschaffung von Gerät und Material wird verbessert.

Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Wir setzen uns für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten, insbesondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ein. Wir setzen auf eine verstärkte europäische und euroatlantische Rüstungskoooperation, die konkrete gemeinsame Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben nach den gleichen Standards für alle Nationen umsetzt. Hierbei spielt die Europäische Verteidigungsagentur eine Schlüsselrolle.

Eine Voraussetzung für die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit in der EU und in der NATO sind einheitliche Standards bei Zertifizierung und Zulassung militärischer Geräte. Dies gilt in besonderer Weise für die militärische Luftfahrt. Deutschland wird hier mit gutem Beispiel vorangehen: Vom Frühjahr 2014 an wird eine einheitliche militärische Luftfahrtbehörde aufgebaut.

Unbemannte Luftfahrzeuge spielen bereits heute beim Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan bei der Aufklärung und dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten eine wichtige Rolle. Auch künftig wird die Bundeswehr auf derartige Fähigkeiten angewiesen sein. Die Koalition wird eine europäische Entwicklung für unbemannte Luftfahrzeuge voranbringen. Europa braucht schnell ein gemeinsames Regelwerk für ihre Zulassung und Teilnahme am europäischen Luftverkehr. Die Koalition wird die entsprechenden Initiativen hierzu weiterführen.

Extralegale, völkerrechtswidrige Tötungen mit bewaffneten Drohnen lehnen wir kategorisch ab. Deutschland wird für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintreten und sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.

Vor einer Entscheidung über die Beschaffung qualitativ neuer Waffensysteme werden wir alle damit im Zusammenhang stehenden völker- und verfassungsrechtlichen, sicherheitspolitischen und ethischen Fragen sorgfältig prüfen. Dies gilt insbesondere für neue Generationen von unbemannten Luftfahrzeugen, die über Aufklärung hinaus auch weitergehende Kampffähigkeiten haben.

Staatliches Gewaltmonopol schützen

Die in internationalen Auslandseinsätzen vermehrt zu beobachtende Auslagerung von militärischen Aufgaben auf private Unternehmen kommt für uns nicht infrage. Der Bundestag erteilt der Bundeswehr das Mandat für Auslandseinsätze, einschließlich der Anwendung von militärischen Mitteln im Bedarfsfall. Militärische Aufgaben dürfen nicht auf private Unternehmen übertragen werden.

Die Bundesregierung wird sich in der OSZE dafür einsetzen, dass im Rahmen des OSZE-Verhaltenskodexes zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit private militärische Sicherheitsfirmen in die nationale Berichterstattung einbezogen werden.

Schutz und Förderung der Menschenrechte

Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Wir setzen uns für ihren Schutz und ihre Förderung ein, sowohl innerstaatlich als auch in den auswärtigen Beziehungen. Verstöße gegen die Menschenrechte verletzen

nicht nur die Würde der jeweils Betroffenen, sondern sie können auch den Frieden und die internationale Sicherheit bedrohen. Unser Ziel ist eine menschenrechtlich konsequente und kohärente Politik. Die Basis bilden das Grundgesetz, die europäischen und internationalen Menschenrechtskonventionen sowie das humanitäre Völkerrecht. Wir unterstützen die neue Strategie der EU-Menschenrechtspolitik.

Wir engagieren uns weiterhin konsequent für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe sowie für das Verbot von Folter. Gemeinsam mit den Ländern unterstützen wir die Arbeit der Nationalen Anti-Folter-Stelle.

Die Menschenrechte von Frauen und Kindern sind besonders gefährdet. Wir bekämpfen alle Formen von Menschenhandel, Sklaverei, Organhandel, Zwangsprostitution und -verheiratung, Genitalverstümmelung, Anschlägen im Namen der „Ehre“ sowie andere menschenverachtende Praktiken. Die Chancen von Kindern auf ein Leben in Würde wollen wir verbessern. Kinder brauchen Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung. Wir unterstützen alle Bemühungen, dass sie nicht als Arbeits- und Sexsklaven oder als Soldaten missbraucht werden.

Wir treten für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Dies gilt auch für das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören und die Religion zu wechseln. Die Solidarität mit benachteiligten und unterdrückten religiösen Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. In vielen Ländern der Welt werden besonders Christen wegen ihres Glaubens bedrängt, verfolgt und vertrieben. Religiöse Konflikte vermischen sich oftmals mit sozialen und wirtschaftlichen Spannungen.

Wir treten international für Presse- und Meinungsfreiheit als wesentliche Fundamente einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft ein. Wir stützen und schützen mutige Menschenrechtsverteidiger und fördern zivilgesellschaftliche Kräfte, die unsere Hilfe brauchen.

Wir verurteilen homophobe Tendenzen und fördern tolerante lebendige Zivilgesellschaften.

Wir setzen uns bei den Vereinten Nationen für die weltweite Ächtung von Vertreibung sowie für die Erweiterung des Weltflüchtlingstages um das Gedenken an die Opfer von Vertreibungen ein. Die Mehrheit der Flüchtlinge auf der Welt sind Vertriebene innerhalb der Grenzen

ihres Landes. Deshalb fördern wir die Verbreitung und Umsetzung der UN-Leitlinien für Binnenflüchtlinge, damit auch diese Menschen Schutz und humanitäre Hilfe erhalten.

Wir setzen uns für einen höheren Stellenwert des Menschenrechtsschutzes und für die Stärkung seiner Instrumente bei den Vereinten Nationen ein. Wir wollen, dass der VN-Menschenrechtsrat weltweit glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen vorgeht. Für die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) machen wir uns stark und unterstützen seine Funktion als unabhängiges Organ der Weltstrafjustiz. Bestrebungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu schwächen, treten wir entschlossen entgegen. Die Bundesregierung wird sich aktiv an der Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts beteiligen.

Wir werden darauf dringen, dass transnationale Unternehmen soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards einhalten. Die ILO-Erklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik, die OECD-Leitsätze und die UN-Leitprinzipien über Wirtschaft und Menschenrechte stecken hierfür den Rahmen ab. Wir werden die UN-Leitprinzipien auf nationaler Ebene umsetzen.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte soll eine stabile Grundlage auf der Basis der „Pariser Prinzipien“ erhalten.

Humanitäre Hilfe

Wir werden der Humanitären Hilfe gemäß ihrer größeren gewordenen Bedeutung ein höheres Gewicht einräumen. Wir werden die internationalen humanitären Prinzipien stärken, u. a. durch die Umsetzung des „Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe“. Wir werden uns auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass die für Humanitäre Hilfe zuständigen Organisationen unabhängig bleiben. Wir wollen unsere Humanitäre Hilfe an der Bedürftigkeit ausrichten und uns auch um die Menschen in den Krisengebieten kümmern, die aus dem öffentlichen Blickfeld geraten sind.

Wir werden zur Prävention von Naturkatastrophen starkes Gewicht auf Frühwarnsysteme, Katastrophenvorsorge und Reduzierung von Katastrophenrisiken legen und uns für die Entwicklung internationaler Instrumente bei dem zunehmend wichtigen Thema der Klimaflüchtlinge engagieren.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung

Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, auf der Grundlage unserer Werte und Interessen weltweit Hunger und Armut zu überwinden und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Wir setzen uns ein für Frieden, Freiheit und Sicherheit, die Achtung und Verwirklichung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie die Bewahrung der Schöpfung. Wir fördern den Aufbau einer sozial und ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, gute Regierungsführung und die Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Unsere Entwicklungspolitik leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Wir verstehen Entwicklungspolitik auch als globale Strukturpolitik und wollen die Globalisierung nachhaltig und gerecht für alle Menschen gestalten. Entwicklungspolitik hat präventiven Charakter und ist damit auch vorausschauende Friedenspolitik. Wir richten uns an den Millenniumszielen und an deren Weiterentwicklung im Rahmen der Post-2015-Entwicklungsagenda aus.

Gestaltung der Rahmenbedingungen

Wir setzen uns ein für den Schutz globaler öffentlicher Güter und für gerechte Welthandelsbedingungen. Deshalb streben wir insbesondere einen entwicklungsorientierten Abschluss der WTO-Welthandelsrunde und einen fairen Interessenausgleich mit den Entwicklungsländern an. Das muss auch für den weltweiten Agrarhandel gelten. Wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verbessern. Wir setzen uns für verbindlich festgeschriebene, international anerkannte menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards, wie der ILO-Kernarbeitsnormen, ein. Wir setzen uns deshalb für die Aufnahme dieser Standards in allen Handelsabkommen der EU ein.

Wir streben für die Zeit nach 2015 Nachhaltigkeitsziele (SDG) an, die auf breitenwirksames, inklusives, ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wachstum ausgelegt sind. Wir wollen eine aktive Rolle dabei spielen, dass die Weiterentwicklung der Millenniumsziele zu universellen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen führt.

Entwicklungspolitik soll prominent auf den Tagesordnungen der G8- und G20-Gipfel behandelt werden. Wir werden dafür sorgen, dass entwicklungspolitische Gipfel-Zusagen in Zukunft schneller umgesetzt werden können.

Die Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit wollen wir im Sinne des Effizienzgedankens weiter verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen GIZ und KfW soll intensiviert werden. Die entwicklungsorientierte ressortübergreifende Zusammenarbeit wollen wir verbessern. Unsere Beiträge an multilaterale Entwicklungsorganisationen richten wir an deren Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit aus, die wir bewerten wollen. In diesem Sinne werden wir die bilateralen und multilateralen Instrumente entsprechend ihrer komparativen Vorteile flexibel einsetzen. Wo die Rahmenbedingungen wie eine effektive und transparente Kontrolle der Mittelverwendung sichergestellt sind, kann Budgethilfe ein Instrument zur Steigerung der Eigenverantwortung sein.

Nachhaltige Finanzierung

Wir halten an dem Ziel fest, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns diesem Ziel durch jährliche Steigerungen der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des Bundeshaushalts annähern. Wir wollen Deutschland weiter auf einen Finanzierungspfad zum 0,7-ODA-Ziel führen.

Deutschland wird für international gegebene Zusagen ein verlässlicher Partner in der Welt sein. Wir werden mit internationalen Partnern und mit wissenschaftlicher Unterstützung Vorschläge für eine Weiterentwicklung des ODA-Konzepts entwickeln. Wir wollen eine zweckentsprechende Verwendung der ODA-Mittel sicherstellen. Wir stehen zu den in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen. Die damit verbundenen Ausgaben sollen in fairer Weise zwischen den Ressorts verteilt werden.

Thematische Schwerpunkte

Im Rahmen der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Entwicklungszusammenarbeit fördern wir insbesondere die ländliche Entwicklung. Unverantwortlicher Spekulation mit Nahrungsmitteln treten wir entgegen und wollen die Freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zur verantwortungsvollen Landnutzung umsetzen. Für uns ist das internationale Engagement für die Sicherung der Welternährung und für das Recht auf Nahrung von zentraler Bedeutung. Deshalb wird die Bundesregierung als verlässlicher Partner in internationalen Organisationen wie der FAO fachlich mitwirken.

Gesundheit bildet die Grundlage für nachhaltige Entwicklung. Der Globale Fonds spielt hierbei eine wichtige Rolle, die sich in der Politik der Bundesregierung widerspiegeln soll. Zur besseren Absicherung gegen Lebensrisiken wollen wir beim Aufbau grundlegender sozialer Sicherungssysteme helfen. Dazu gehört auch der Aufbau funktionierender und gerechter Steuersysteme.

Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Durchsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen zu einer Querschnittsaufgabe deutscher Entwicklungszusammenarbeit machen.

Bildung ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung. Wir wollen für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleichermaßen gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung soll in der Entwicklungszusammenarbeit stärker verankert und systematischer ausgestaltet werden.

Wir werden unseren Fokus auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, wie auf Maßnahmen des Klimaschutzes einschließlich einer effizienten und erneuerbaren Energieversorgung, des Schutzes der Wälder und der biologischen Vielfalt, richten. Entwicklungsländer müssen bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Folgen unterstützt werden.

Wir unterstützen Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Post-Konfliktbewältigung.

Regionale Schwerpunkte und Kooperationspartner

Um noch nicht erreichte Millenniumsziele und die Überwindung von Hunger und Armut zu erreichen, werden wir künftig unsere Anstrengungen in den ärmsten Ländern stärken. In fragilen Staaten wollen wir einen besonderen Schwerpunkt setzen.

Zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen das Regierungshandeln systematisch im Widerspruch zu unseren Werten steht, soll nur erfolgen, wenn unsere Unterstützungsmaßnahmen zu Veränderung beitragen können, wenn dies aus humanitären Gründen geboten ist oder wenn es Frieden und Sicherheit dient.

Die bilaterale staatliche Zusammenarbeit mit Schwellenländern muss deren höhere Leistungsfähigkeit und gewachsene internationale Verantwortung berücksichtigen. Von den Schwellenländern muss die eigenverantwortliche Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit und Bildung für die eigene Bevölkerung eingefordert werden. Wir konzentrieren uns auf den Schutz globaler öffentlicher Güter, die Suche nach rohstoffschonenden nachhaltigen Entwicklungspfaden sowie fallweise auch auf Dreieckskooperationen zugunsten armer Entwicklungsländer. Die Förderung der Zivilgesellschaft in diesen Ländern sowie der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit ist besonders wichtig.

Unsere Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Transformationsprozesse im südlichen und östlichen Mittelmeerraum sowie in den Mitgliedstaaten der Östlichen Partnerschaft. Diese Regionen sind neben Subsahara-Afrika ein besonderer Schwerpunkt unserer Entwicklungspolitik.

Die Bundesregierung wird das zivilgesellschaftliche Engagement fördern und die Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung von Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, politischen und privaten Stiftungen und der Wirtschaft sowie von Kommunen stärken. Dies gilt bei uns hierzulande ebenso wie in den Partnerländern. Intensive Kooperationen, wie Kammer- und Verbandspartnerschaften sowie Berufsbildungspartnerschaften, sollen weiter gestärkt werden. Wir wollen die entwicklungspolitische Bildungsarbeit stärken und den fairen Handel unterstützen. In der Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft (PPP) unterstützen wir auf der Basis einer ausgeglichenen Rollenverteilung von Staat und Privatwirtschaft den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Entwicklungsländern, sofern dies einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Entwicklung dient.

8. Arbeitsweise der Koalition

Kooperation der Parteien

Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 18. Wahlperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.

Die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD werden ihre Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner treffen sich regelmäßig zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen, und führt in Konfliktfällen Konsens herbei.

Die Koalitionsparteien werden sich einvernehmlich auf die Besetzung des Koalitionsausschusses verständigen.

Kooperation der Fraktionen

Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.

Über das Verfahren und die Arbeit im Parlament wird Einvernehmen zwischen den Koalitionsfraktionen hergestellt. Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder im Ausnahmefall im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht. Die Koalitionsfraktionen werden darüber eine Vereinbarung treffen.

Rechte der Opposition

Eine starke Demokratie braucht die Opposition im Parlament. CDU, CSU und SPD werden die Minderheitenrechte im Bundestag schützen. Auf Initiative der Koalitionspartner wird der Bundestag einen Beschluss fassen, der den Oppositionsfraktionen die Wahrnehmung von Minderheitenrechten ermöglicht sowie die Abgeordneten der Opposition bei der Redezeitverteilung angemessen berücksichtigt.

Arbeit in der Bundesregierung

Im Kabinett wird in Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Bedeutung sind, keine Seite überstimmt. In allen Ausschüssen des Kabinetts und in allen vom Kabinett beschickten Gremien, Beiräten und Ausschüssen sind die Koalitionsfraktionen nach ihren Kräfteverhältnissen vertreten. Die Besetzung erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen. Grundsätzlich sind alle Koalitionspartner vertreten, sofern es die Anzahl der Vertreter des Bundes zulässt.

Europapolitische Koordinierung

Um eine bestmögliche Vertretung deutscher Interessen auf europäischer Ebene zu erreichen, wird die Bundesregierung ein geschlossenes Auftreten gegenüber den europäischen Partnern und Institutionen sicherstellen. Dazu werden sich die Koalitionspartner unter Beibehaltung der bewährten Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Bundesregierung eng abstimmen. Diese Abstimmungsverantwortung wird durch die Bundesministerinnen und Bundesminister im Rahmen ihrer Fach- und Koordinierungszuständigkeiten und im engen Zusammenwirken mit der Bundeskanzlerin und dem Vizekanzler wahrgenommen.

Die Koalitionspartner treten bei der Europawahl gemäß der Zugehörigkeit zu ihren jeweiligen europäischen Parteienfamilien sowie in den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen in einem fairen Wettbewerb gegeneinander an.

Ressortverteilung

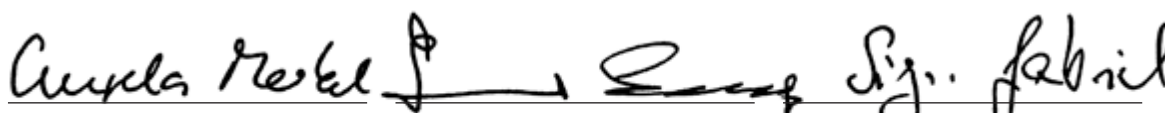
Die Bekanntgabe der Ressortverteilung erfolgt nach Beschlussfassung der Parteien.

Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den verantwortlichen Parteien. Die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre und der Staatsminister bemisst sich nach dem Kräfteverhältnis der Parteien. Analog wird mit den Beauftragten der Bundesregierung verfahren.

Das Vorschlagsrecht für beamtete und Parlamentarische Staatssekretäre sowie Staatsminister liegt bei den jeweiligen Bundesministerinnen und Bundesministern.

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

Berlin, 16. Dezember 2013



Dr. Angela Merkel

Horst Seehofer

Sigmar Gabriel

(Vorsitzende der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands)

(Vorsitzender der
Christlich-Sozialen Union
in Bayern)

(Vorsitzender der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands)



Volker Kauder

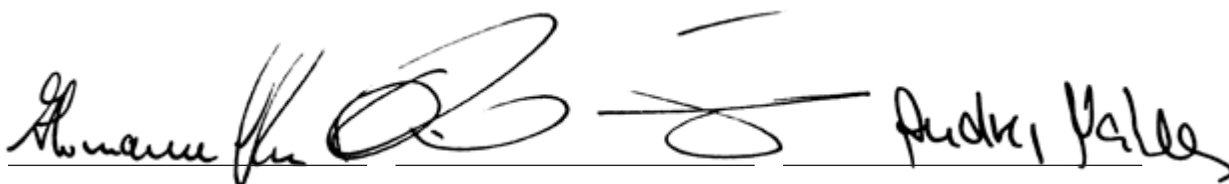
Gerda Hasselfeldt

Dr. Frank-Walter Steinmeier

(Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

(Vorsitzende der
CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag)

(Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion)



Hermann Gröhe

Alexander Dobrindt

Andrea Nahles

(Generalsekretär der
CDU Deutschlands)

(Generalsekretär der
Christlich-Sozialen Union
in Bayern)

(Generalsekretärin der
Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands)

Ressortverteilung der Bundesregierung

In Ergänzung des am 27. November 2013 vereinbarten Koalitionsvertrages teilen die Vorsitzende der CDU Deutschlands, **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**, der Vorsitzende der CSU, **Ministerpräsident Horst Seehofer**, und der Vorsitzende der SPD, **Sigmar Gabriel**, mit:

Die **Ressortverteilung der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD** wird wie folgt festgelegt:

Die CDU, CSU stellt die Bundeskanzlerin.

Die SPD stellt den Stellvertreter der Bundeskanzlerin.

Die CDU, CSU stellt die Leitung folgender Ministerien:

- Innen (CDU)
- Finanzen (CDU)
- Verteidigung (CDU)
- Gesundheit (CDU)
- Bildung und Forschung (CDU)
- Verkehr und digitale Infrastruktur (CSU)
- Ernährung und Landwirtschaft (CSU)
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (CSU)

Der Chef des Bundeskanzleramtes im Range eines Bundesministers wird von der CDU, CSU gestellt.

Die SPD stellt die Leitung folgender Ministerien:

- Auswärtiges Amt
- Wirtschaft und Energie
- Arbeit und Soziales
- Justiz und Verbraucherschutz
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Den Staatsminister für Kultur und Medien sowie den Staatsminister im Kanzleramt stellt die CDU, den Staatsminister für Migration, Flüchtlinge und Integration stellt die SPD.

Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den verantwortlichen Parteien.

Berlin, den 14. Dezember 2013

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:

CDU Deutschlands
CSU-Landesleitung
SPD

Verlag und Druck:

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2
53359 Rheinbach
Telefon 02226 8020
Telefax 02226 802111

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

A. Problem und Ziel

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Säule des deutschen Drei-Säulen-Systems der Alterssicherung. Sie ist stabil und sicher. Die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich nicht zuletzt in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise bewährt.

Aus den positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre darf jedoch kein Stillstand resultieren. Es gilt stets, das Alterssicherungssystem auf Verbesserungspotentiale zu prüfen und dort Veränderungen vorzunehmen, wo sie unter Beachtung des Grundsatzes der Generationengerechtigkeit notwendig und möglich sind.

Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung und sinkender Geburtenzahlen wurde die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf das vollendete 67. Lebensjahr beschlossen (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vom 20. April 2007). Die Flankierung der Altersgrenzenanhebung durch eine Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat deutliche Erfolge gezeigt. Jedoch müssen diejenigen in den Blick genommen werden, die ihr Arbeitsleben bereits in jungen Jahren begonnen und über Jahrzehnte hinweg durch Beschäftigung, selbständige Tätigkeit und Pflegearbeit sowie Kindererziehung ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben.

Mit dem Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992 vom 18. Dezember 1989) wurde die anzurechnende Kindererziehungszeit für ab 1992 geborene Kinder von einem Jahr auf drei Jahre verlängert. Für vor 1992 geborene Kinder verblieb es bei der Anrechnung von einem Jahr Kindererziehungszeit je Kind. Die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, soll besser honoriert werden.

Die durchschnittlichen Zahlbeträge von Erwerbsminderungsrenten sinken seit Jahren erheblich. Wer vorzeitig in Erwerbsminderungsrente gehen muss, bekommt aktuell eine Rente, als hätte er bis zum vollendeten 60. Lebensjahr so gearbeitet wie bis zum Eintritt der Erwerbsminderung. Außerdem kann eine sich anbahnende Erwerbsminderung negative Auswirkungen auf die letzten Jahre der Erwerbsbiografie der Versicherten haben, beispielsweise bei gesundheitsbedingter Teilzeitbeschäftigung.

Da zunehmend geburtenstarke Jahrgänge das rehabilitationsintensive Alter ab 45 Jahren erreicht haben, ist die Berücksichtigung des dadurch entstehenden finanziellen Mehrbedarfs bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe nach § 220 Absatz 1 Satz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) erforderlich.

B. Lösung

Jahrzehntelange Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege werden übergangsweise durch eine besondere Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt. Durch eine Sonderregelung wird die mit dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz eingeführte Altersrente für besonders langjährig Versicherte ausgeweitet. Besonders langjährig Versicherte können dadurch bereits vor Erreichen der Regelaltersgrenze vorübergehend eine abschlagsfreie Altersrente ab Vollendung des 63. Lebensjahres beziehen. Voraussetzung hierfür sind 45 Jahre an Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit; berücksichtigt werden auch Zeiten der Kindererziehung bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr des Kindes und Zeiten der Pflegearbeit. Besondere Härten aufgrund kurzzeitiger arbeitslosigkeitsbedingter Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie werden vermieden, da Zeiten, in denen Arbeitslosengeld bezogen wurde, für den Anspruch berücksichtigt werden. Das heißt, auch Leistungen bei Arbeitslosigkeit, bei beruflicher Weiterbildung, bei Kurzarbeit oder Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers können dazu beitragen, die Voraussetzungen für die abschlagsfreie Rente ab Vollendung des 63. Lebensjahres zu erfüllen. Nicht berücksichtigt werden dagegen Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit.

In Zukunft wird die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente stärker als bisher anerkannt. Die anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder werden für diese Eltern um zwölf Monate erhöht.

Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit werden besser abgesichert. Erwerbsgeminderte werden so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durchschnittlichen Einkommen zwei Jahre länger weitergearbeitet hätten. Zudem werden die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht berücksichtigt, wenn sie die Bewertung der Zurechnungszeit verringern.

Die Einführung einer Demografiekomponente stellt sicher, dass der demografisch bedingte vorübergehende finanzielle Mehrbedarf bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe berücksichtigt wird. Die Demografiekomponente ist hierbei neben der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer als gesonderter Faktor zu berücksichtigen. Eventueller Mehrbedarf zum Beispiel durch eine Verbesserung der Qualität der Leistungen zur Teilhabe und durch die Anpassung dieser Leistungen an die veränderten Arbeitsbedingungen ist derzeit nicht zu beziffern.

An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung und der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Jahr 2019 mit zusätzlichen Mitteln, die bis zum Jahr 2022 stufenweise auf rund 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Die damit einhergehende stabilisierende Wirkung auf die Entwicklung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung stärkt die Generationengerechtigkeit und die finanzielle Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung.

C. Alternativen

Unbefristete Möglichkeit eines abschlagsfreien Rentenbeginns ab 63 Jahren: Vor dem Hintergrund des tiefgreifenden demografischen Wandels ist zur Wahrung der Stabilität der Rentenversicherung die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre weiterhin notwendig. Ein abschlagsfreier Rentenzugang ab 63 Jahren unterstützt daher diejenigen, die durch 45 Beitragsjahre ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben. Sie ist nur für einen zeitlich begrenzten Zeitraum möglich.

Anerkennung von zwei zusätzlichen Jahren an Kindererziehungszeiten für Mütter und Väter mit vor 1992 geborenen Kindern: Hiermit würde die rentenrechtliche Honorierung der Kindererziehung unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes vollständig vereinheitlicht. Gegenüber der im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausweitung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten würden sich die Kosten hierfür verdoppeln. Dies ist nicht finanzierbar.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate gilt ab dem 1. Juli 2014 für Rentenzugänge und Rentenbestand. Die Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung fallen daher mit Einführung der Leistungsverbesserung unmittelbar an und entwickeln sich dann langsam rückläufig. Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, sowie die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gelten für Rentenzugänge ab dem 1. Juli 2014. Die gesamten Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung nehmen daher im Zeitverlauf zu, da sich immer mehr Rentenzugänge mit diesen Leistungsverbesserungen im Rentenbestand befinden. Die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bei der Bemessung des Rehabilitationsbudgets ab dem 1. Januar 2014 führt entsprechend der zunächst zunehmenden, längerfristig aber wieder abnehmenden Anzahl der Versicherten in rehabilitationsintensiven Altersklassen zu entsprechenden Veränderungen bei den für Rehabilitationsleistungen bereitgestellten Mitteln.

Tabelle 1:

Mehrausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung (in Mrd. Euro einschließlich Krankenversicherung der Rentner, heutige Werte)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2025	2030
Kindererziehungszeiten	3,3	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,1
Bes. langj. Versicherte	0,9	1,9	2,2	2,0	1,9	1,8	1,8	2,1	3,1
Erwerbsminderungsrente	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,7	0,8	1,4	2,1
Rehabilitationsbudget	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	-0,3
Rentenpaket insgesamt	4,4	9,0	9,3	9,3	9,3	9,3	9,4	10,0	11,0

Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, zieht in der gesetzlichen Rentenversicherung darüber hinaus Beitragsausfälle nach sich, die im Jahr 2030 rund 0,6 Mrd. Euro betragen (heutige Werte).

An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung und der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Kalenderjahr 2019 mit zusätzlichen Mitteln, die bis zum Jahr 2022 stufenweise auf rund 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Damit ist gewährleistet, dass die gesetzlichen Beitrags-

satzobergrenzen und das Mindestsicherungsniveau eingehalten werden und auch weiterhin eine ausgewogene Verteilung der finanziellen Folgen der demografischen Entwicklung sichergestellt ist.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht zusätzlicher Erfüllungsaufwand von rund 100 000 Stunden.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand, insbesondere werden keine neuen Informationspflichten eingeführt.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch die Regelungen dieses Gesetzes entsteht den Trägern der Deutschen Rentenversicherung ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand von jährlich rund 650 000 Euro.

Der zusätzliche Aufwand durch Programmierarbeiten zur Umsetzung der neuen Regelungen sowie einmaligen Umstellungsaufwand beläuft sich auf insgesamt 11,5 Mio. Euro.

Die Kosten für den Programmieraufwand werden durch Stellen sowie Personal- und Sachmittel, die in den Haushaltsplänen der Bundes- und Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung ausgewiesen sind, abgedeckt.

F. Weitere Kosten

Die Maßnahmen haben Auswirkungen auf die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung. Ein höherer Beitragssatz führt zu höheren Beiträgen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um jeweils knapp 0,5 Mrd. Euro jährlich je Zehntel Prozentpunkt (heutige Werte). Durch die Maßnahmen wird das verfügbare Einkommen der Rentnerhaushalte erhöht. Den möglichen preiserhöhenden Wirkungen höherer Arbeitskosten und einer höheren Konsumnachfrage der Rentnerhaushalte steht eine mögliche preisdämpfende Wirkung einer geringeren Konsumnachfrage seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber. Nennenswerte Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind somit nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 24. März 2014

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in
der gesetzlichen Rentenversicherung
(RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG
ist als Anlage 2 beigelegt.

Der Bundesrat hat in seiner 920. Sitzung am 14. März 2014 zu dem Gesetzentwurf
eine Stellungnahme nicht beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Anlage 1

**Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in
der gesetzlichen Rentenversicherung
(RV-Leistungsverbesserungsgesetz)**

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 236a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 236b Altersrente für besonders langjährig Versicherte“.
 - b) Die Angabe zu § 253a wird wie folgt gefasst:
„§ 253a (weggefallen)“.
 - c) Die Angabe zu § 307d wird wie folgt gefasst:
„§ 307d Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung“.
2. § 51 Absatz 3a Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 werden die Wörter „wobei § 55 Abs. 2 nicht für Zeiten anzuwenden ist, in denen Versicherte wegen des Bezugs von Arbeitslosengeld versicherungspflichtig waren, und“ gestrichen.
 - b) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - c) Folgende Nummer 3 wird angefügt:
„3. Zeiten des Bezugs von
 - a) Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung,
 - b) Leistungen bei Krankheit und
 - c) Übergangsgeld,soweit sie Pflichtbeitragszeiten oder Anrechnungszeiten sind.“
3. § 56 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 5 Absatz 4“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 1 und 4“ ersetzt.
 - b) In Nummer 3 werden die Wörter „nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungen oder“ gestrichen.
4. In § 59 Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 wird jeweils die Angabe „60“ durch die Angabe „62“ ersetzt.

5. In § 73 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit werden außerdem Entgeltpunkte für die letzten vier Jahre bis zum Eintritt der hierfür maßgebenden Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht berücksichtigt, wenn sich dadurch ein höherer Wert aus der Vergleichsbewertung ergibt.“ ersetzt.
6. Dem § 154 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
 „Die Bundesregierung berichtet zudem vom Jahre 2018 an über die Auswirkungen der Altersrente für besonders langjährig Versicherte in der Fassung des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes, insbesondere über den Umfang der Inanspruchnahme und die Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen vor dem Hintergrund der Berücksichtigung von Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs und macht Vorschläge für eine Weiterentwicklung dieser Rentenart.“
7. Dem § 213 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
 „Der Bundeszuschuss wird in den Jahren 2019 bis 2022 um jeweils 400 Millionen Euro erhöht; diese Beträge sind jeweils bei den Änderungen des Bundeszuschusses in den darauf folgenden Kalenderjahren nach den Sätzen 1 bis 3 zu berücksichtigen.“
8. Nach § 236a wird folgender § 236b eingefügt:

„§ 236b

Altersrente für besonders langjährig Versicherte

(1) Versicherte, die vor dem 1. Januar 1964 geboren sind, haben frühestens Anspruch auf Altersrente für besonders langjährig Versicherte, wenn sie

1. das 63. Lebensjahr vollendet und
2. die Wartezeit von 45 Jahren erfüllt

haben.

(2) Versicherte, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, haben Anspruch auf diese Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres. Für Versicherte, die nach dem 31. Dezember 1952 geboren sind, wird die Altersgrenze von 63 Jahren wie folgt angehoben:

Versicherte Geburtsjahr	Anhebung um ... Monate	auf Alter	
		Jahr	Monat
1953	2	63	2
1954	4	63	4
1955	6	63	6
1956	8	63	8
1957	10	63	10
1958	12	64	0
1959	14	64	2
1960	16	64	4
1961	18	64	6
1962	20	64	8
1963	22	64	10“.

9. § 244 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld II nicht angerechnet. Zeiten vor dem 1. Januar 2001, für die der Bezug von Leistungen nach § 51 Absatz 3a Nummer 3 Buchstabe a mit Ausnahme der Arbeitslosenhilfe oder nach Buchstabe b glaubhaft gemacht ist, werden auf die Wartezeit von 45 Jahren angerechnet. Als Mittel der

Glaubhaftmachung können auch Versicherungen an Eides statt zugelassen werden. Der Träger der Rentenversicherung ist für die Abnahme eidesstattlicher Versicherungen zuständig.“

10. § 249 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „zwölf Kalendermonate“ durch die Angabe „24 Kalendermonate“ ersetzt.

- b) Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Bei Folgerenten, die die Voraussetzungen nach § 88 Absatz 1 oder 2 erfüllen und für die ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d zu berücksichtigen ist, endet die Kindererziehungszeit für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind zwölf Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt.“

- c) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Die Anrechnung einer Kindererziehungszeit nach Absatz 1 ist ab dem 13. Kalendermonat nach Ablauf des Monats der Geburt ausgeschlossen, wenn dem Versicherten für dasselbe Kind ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d zu zahlen ist. Satz 1 gilt entsprechend, wenn für einen anderen Versicherten oder Hinterbliebenen für dasselbe Kind ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach § 307d zu berücksichtigen ist oder zu berücksichtigen war.“

11. § 253a wird aufgehoben.

12. Dem § 287b wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe werden in der Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2050 bedarfsgerecht unter Berücksichtigung einer Demografiekomponente fortgeschrieben. Die Demografiekomponente ist zusätzlich zur voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe nach § 220 Absatz 1 Satz 1 als gesonderter Faktor zu berücksichtigen. Der Faktor wird wie folgt festgesetzt:

Jahr	Demografiekomponente
2014	1,0192
2015	1,0126
2016	1,0073
2017	1,0026
2018	0,9975
2019	0,9946
2020	0,9938
2021	0,9936
2022	0,9935
2023	0,9938
2024	0,9931
2025	0,9929
2026	0,9943
2027	0,9919
2028	0,9907
2029	0,9887
2030	0,9878
2031	0,9863
2032	0,9875

Jahr	Demografiekomponente
2033	0,9893
2034	0,9907
2035	0,9914
2036	0,9934
2037	0,9924
2038	0,9948
2039	0,9963
2040	0,9997
2041	1,0033
2042	1,0051
2043	1,0063
2044	1,0044
2045	1,0032
2046	1,0028
2047	1,0009
2048	0,9981
2049	0,9979
2050	0,9978“.

13. In § 295 werden die Wörter „der jeweils für die Berechnung von Renten maßgebende aktuelle Rentenwert“ durch die Wörter „das Zweifache des für die Berechnung von Renten jeweils maßgebenden aktuellen Rentenwerts“ ersetzt.
14. In § 295a Satz 1 werden die Wörter „der jeweils für die Berechnung von Renten maßgebende aktuelle Rentenwert (Ost)“ durch die Wörter „das Zweifache des für die Berechnung von Renten jeweils maßgebenden aktuellen Rentenwerts (Ost)“ ersetzt.
15. § 307d wird wie folgt gefasst:

„§ 307d

Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung

(1) Bestand am 30. Juni 2014 Anspruch auf eine Rente, wird ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung für ein vor dem 1. Januar 1992 geborenes Kind berücksichtigt, wenn

1. in der Rente eine Kindererziehungszeit für den zwölften Kalendermonat nach Ablauf des Monats der Geburt angerechnet wurde,
2. kein Anspruch nach den §§ 294 und 294a besteht.

(2) Der Zuschlag beträgt für jedes Kind einen persönlichen Entgeltpunkt. Sind für Kindererziehungszeiten ausschließlich Entgeltpunkte (Ost) zugeordnet worden, beträgt der Zuschlag für jedes Kind einen persönlichen Entgeltpunkt (Ost). Ist die Kindererziehungszeit nach Absatz 1 Nummer 1 in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt worden, wird der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten und persönlichen Entgeltpunkten (Ost) mit 0,75 vervielfältigt.

(3) Folgt auf eine Rente mit einem Zuschlag nach Absatz 1 eine Rente, die die Voraussetzungen nach § 88 Absatz 1 oder 2 erfüllt, ist der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten nach den Absätzen 1 und 2 weiter zu berücksichtigen.“

Artikel 2**Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte**

Das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe zu § 87b wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 87c Vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte“.
 - b) Nach der Angabe zu § 117 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 117a Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe sowie für Betriebs- und Haushaltshilfe“.
2. In § 19 Absatz 1 wird die Angabe „60“ durch die Angabe „62“ ersetzt.
3. Nach § 80 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„In der Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2050 werden die jährlichen Ausgaben nach Satz 1 unter zusätzlicher Berücksichtigung einer Demografiekomponente fortgeschrieben; § 287b Absatz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch ist entsprechend anzuwenden.“
4. Nach § 87b wird folgender § 87c eingefügt:

„§ 87c

Vorzeitige Altersrente für langjährig Versicherte

Versicherte, die vor 1964 geboren sind und insgesamt 45 Jahre Zeiten nach § 23 Absatz 8 Satz 2 zweiter Halbsatz zurückgelegt haben, können die vorzeitige Altersrente abweichend von § 12 Absatz 2 frühestens mit Vollendung des nachstehenden Lebensalters in Jahren und Monaten in Anspruch nehmen:

Geburtsjahrgänge	Jahre	Monate
vor 1953	63	0
1953	63	2
1954	63	4
1955	63	6
1956	63	8
1957	63	10
1958	64	0
1959	64	2
1960	64	4
1961	64	6
1962	64	8
1963	64	10“.

5. Nach § 117 wird folgender § 117a eingefügt:

„§ 117a

Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe sowie für Betriebs- und Haushaltshilfe

Abweichend von der Regelung über die Veränderung der jährlichen Ausgaben zur Teilhabe sowie für Betriebs- und Haushaltshilfe nach § 80 Absatz 1 beträgt der Ausgabenbetrag für das Jahr 2013 für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 15 Millionen Euro und für Betriebs- und Haushaltshilfe 12 Millionen Euro.“

Artikel 3

Änderung des Betriebsrentengesetzes

In § 2 Absatz 1 Satz 1 zweiter Halbsatz des Betriebsrentengesetzes vom 19. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3610), das zuletzt durch Artikel 4e des Gesetzes vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2940) geändert worden ist, werden die Wörter „ , in dem“ durch die Wörter „der Vollendung des 65. Lebensjahres, falls“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Juli 2014 in Kraft.
- (2) Artikel 1 Nummer 12 und Artikel 2 Nummer 3 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2014 in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Ziel ist, das hohe Maß an sozialer Sicherheit im Alter auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist ein stabiles Rentensystem das Rückgrat der Rentenpolitik.

Es muss fortlaufend geprüft werden, ob und inwiefern Veränderungen am Arbeitsmarkt, in der Gesellschaft und der Bevölkerungsentwicklung Auswirkungen auf die Alterssicherungssysteme haben. Diese müssen gegebenenfalls an veränderte Lebenswirklichkeiten angepasst werden, Verbesserungspotentiale müssen genutzt, Gerechtigkeitslücken vermieden werden.

Infolge des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes wird die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung stufenweise auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben. Mit dem Gesetz wurde gleichzeitig eine neue abschlagsfreie Altersrente ab 65 Jahren für besonders langjährig Versicherte geschaffen. Diese Altersrente berücksichtigt schon heute den durch Beschäftigung, selbständige Tätigkeit, Pflege sowie Kindererziehung geleisteten Beitrag der Versicherten zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Regelung wird in zweifacher Hinsicht erweitert:

Die langjährige Beitragszahlung wird zum einen durch eine zeitlich befristete Erweiterung dieser Altersrente für Versicherte, die die Voraussetzungen hierfür bereits vor dem vollendeten 65. Lebensjahr erfüllen, besonders berücksichtigt. Für Versicherte, die 45 Jahre an Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung, selbständiger Tätigkeit und Pflege sowie Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes erbracht haben und die vor dem Jahr 1953 geboren sind, wird ein abschlagsfreier Rentenzugang ab dem Alter von 63 Jahren ermöglicht. Jedoch können auch für den besonders langjährig versicherten Personenkreis die demografischen Entwicklungen, die Grundlage für die Anhebung der Regelaltersgrenze waren, nicht unbeachtet bleiben. Daher ist auch bei der Sonderregelung für besonders langjährig Versicherte ein stufenweiser Anstieg des Eintrittsalters in diese Rentenart auf die derzeit geltende Altersgrenze von 65 Jahren vorgesehen. Diese Anhebung des Eintrittsalters von 63 Jahren auf 65 Jahre beginnt für Versicherte ab dem Geburtsjahrgang 1953. Mit dem Geburtsjahrgang 1964 ist die Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre abgeschlossen. Der abschlagsfreie Renteneintritt mit 45 Beitragsjahren bereits vor dem vollendeten 65. Lebensjahr ist für diese Jahrgänge geboten, da sie von der fortschreitenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen weniger oder gar nicht profitiert haben.

Zum anderen werden, um Härten von kurzzeitig unterbrochenen Erwerbsbiografien infolge von Arbeitslosigkeit zu vermeiden, bei der Wartezeit der Altersrente für besonders langjährig Versicherte auch Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs berücksichtigt. Sinn dieser Altersrente ist es, auch unter Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, eine besonders langjährige rentenversicherte Beschäftigung mit entsprechender Beitragszahlung zu privilegieren. Wegen dieser Anknüpfung ist es gerechtfertigt, grundsätzlich auch nur die Zeiten des Bezugs von Versicherungsleistungen zu berücksichtigen, die entgangenes Arbeitsentgelt ersetzen und für die die Beschäftigten zuvor Beiträge gezahlt haben.

Soweit es um Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld geht, ist zu berücksichtigen, dass die Beschäftigten nicht nur das Arbeitslosengeld selbst, sondern auch die daraus entstandenen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung aus ihrem eigenen Beitrag zur Sozialversicherung finanziert haben.

Dagegen sind Zeiten des Bezugs von Leistungen, die von einem Fürsorgecharakter geprägt sind und aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, nicht anrechenbar. Denn sie beruhen nicht auf eigener Beitragsleistung und sind einkommens- beziehungsweise bedürftigkeitsabhängig. Zudem können sie – im Gegensatz zu Versicherungsleistungen – zeitlich unbegrenzt bezogen werden: Das Arbeitslosengeld ist eine kurzfristige Entgeltersatzleistung, da es nur für eine begrenzte Anspruchsdauer gezahlt wird. Arbeitslosengeld II steht ohne zeitliche Begrenzung für die Dauer einer Hilfebedürftigkeit zu.

Für den Anspruch auf die abschlagsfreie Rente ab 63 ist es unerheblich, dass das Arbeitslosengeld auch direkt vor dem Renteneintritt bezogen werden kann. Dies bedeutet keine Rückkehr zur Frühverrentungs-

litik der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts. Denn eine Zunahme älterer Leistungsbezieher von Arbeitslosengeld im Zuge von Frühverrentungsmaßnahmen ist nicht zu erwarten. Die Altersgrenze für den frühestmöglichen Zugang in eine Altersrente bleibt unverändert. Einer Frühverrentungspraxis wirken auch die bestehenden Regelungen im Recht der Arbeitsförderung entgegen: Unter anderem ist der Bezug von Arbeitslosengeld mit deutlichen finanziellen Einbußen verbunden. Im Falle einer vorwerfbar herbeigeführten Arbeitslosigkeit ruht ein Anspruch auf Arbeitslosengeld für die Dauer einer Sperrzeit von regelmäßig zwölf Wochen; darüber hinaus wird die Dauer des Anspruchs um ein Viertel gekürzt. Wird ein Arbeitsverhältnis vorzeitig, das heißt ohne Einhaltung der maßgeblichen Kündigungsfrist, unter Zahlung einer Abfindung beendet, führt dies zu einem zeitweisen Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld. Im Falle eines Ruhens wegen Abfindung von mehr als einem Monat sind Arbeitslose zudem gezwungen, die Beiträge zur Krankenversicherung selbst zu tragen.

Entscheidend ist aber, dass sich die Arbeitswelt seit den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts fundamental verändert hat. Die seinerzeit praktizierte Frühverrentung zulasten der Arbeitslosen- und Rentenversicherung gehört der Vergangenheit an. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Erwerbsbeteiligung der 60- bis 64-Jährigen von knapp 20 Prozent auf 46,5 Prozent im Jahr 2012 mehr als verdoppelt. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung realisieren immer mehr Unternehmen, dass ältere Erwerbstätige dringend gebraucht werden, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Entsprechend ist die Wertschätzung der Unternehmen gegenüber ihren älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutlich gestiegen. Die Unternehmen investieren im eigenen Interesse zunehmend in altersgerechte Arbeitsbedingungen, Weiterbildung und Gesundheitsmanagement. Es sind keine Anzeichen erkennbar, dass sich dieser Trend umkehren könnte.

Mit dem Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung wurde die anzurechnende Kindererziehungszeit von einem Jahr auf drei Jahre verlängert. Die neue Regelung wurde für ab 1992 geborene Kinder eingeführt. Für vor 1992 geborene Kinder verblieb es bei der Anrechnung von einem Jahr Kindererziehungszeit je Kind. Doch in früheren Zeiten bestanden noch nicht in dem Maße wie heute Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sodass gerade Mütter und Väter von vor 1992 geborenen Kindern Nachteile in ihrer Alterssicherung hinnehmen mussten. Obwohl das Bundesverfassungsgericht nicht beanstandet hat, dass nur Geburten ab 1992 in die Begünstigung einbezogen wurden, wird diese ungleiche Honorierung von Kindererziehung je nach Geburtsdatum des Kindes mit dem vorliegenden Gesetz verringert: In Zukunft wird die Erziehungsleistung für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente besser als bisher anerkannt.

Allerdings sind die durch eine Ausweitung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder entstehenden finanziellen Belastungen zu beachten. Sie erlauben keine völlige Gleichstellung bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für alle Geburten unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt.

Weitere Verbesserungen sind bei der Erwerbsminderungsrente erforderlich. Wer krank ist und nicht mehr arbeiten kann, bekommt bisher eine Rente, als hätte er bis zum vollendeten 60. Lebensjahr so weitergearbeitet wie bis zum Eintritt der Erwerbsminderung; das ist die sogenannte Zurechnungszeit. Diese Zeit wird bis zum vollendeten 62. Lebensjahr verlängert. Häufig schmälert eine sich schrittweise vermindernde Erwerbsfähigkeit schon vor dem Eintritt der Erwerbsminderung das Einkommen, zum Beispiel durch den Wegfall von Überstunden, den Wechsel in Teilzeit oder Phasen der Krankheit. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Bewertung der Zurechnungszeit werden zukünftig verringert.

In den letzten Jahren ist der Rehabilitationsbedarf stetig gestiegen; die geburtenstarken Jahrgänge haben das rehabilitationsintensive Alter ab 45 Jahren bis zur Regelaltersgrenze erreicht. Insbesondere diese demografische Entwicklung muss bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe berücksichtigt werden, damit die gesetzliche Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte weiterhin die notwendigen Leistungen zur Teilhabe an ihre Versicherten erbringen kann.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

1. Abschlagsfreie Rente ab 63

Jahrzehntelange Erwerbsarbeit wird in der gesetzlichen Rentenversicherung besonders berücksichtigt. Versicherte, die die Wartezeit von 45 Jahren erfüllen, werden bereits bei der Altersgrenzenanhebung privilegiert, da ihnen trotz Anhebung der Altersgrenzen ein abschlagsfreier Bezug der Altersrente ab dem Alter von 65 Jahren ermöglicht worden ist. Zeitlich befristet wird nun eine Sonderregelung geschaffen, nach

der diese Altersrente auch Versicherte beziehen können, die die Voraussetzungen hierfür bereits vor dem vollendeten 65. Lebensjahr erfüllen. Dies gilt für Versicherte der Geburtsjahrgänge bis 1952. Für sie wird ein abschlagsfreier Rentenzugang ab dem Alter von 63 Jahren ermöglicht. Für ab dem Jahr 1953 Geborene wird das Zugangsalter von 63 Jahren stufenweise erhöht. Die Anhebungsschritte erfolgen jeweils in Schritten von zwei Monaten je Geburtsjahrgang. Für Versicherte, die nach dem Jahr 1963 geboren sind, ist ein abschlagsfreier Rentenbeginn ab dem vollendeten 65. Lebensjahr möglich.

Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden dabei, wie bereits bisher, Pflichtbeiträge aus Beschäftigung, selbständiger Tätigkeit und Pflege sowie Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes angerechnet. Besondere Härten aufgrund kurzzeitiger Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie werden vermieden, da nunmehr auch Zeiten, in denen Arbeitslosengeld bezogen wurde, bei der Wartezeit berücksichtigt werden. Dabei ist es unerheblich, ob der Bezug von Arbeitslosengeld in der Vergangenheit rentenrechtlich als Pflichtbeitragszeit oder Anrechnungszeit gewertet wurde. Zeiten des Bezugs von Kurzarbeitergeld, Teilarbeitslosengeld, Leistungen bei beruflicher Weiterbildung oder Insolvenzgeld werden, da es sich hierbei typischerweise um Entgeltsersatzleistungen bei kurzzeitigen Unterbrechungen der Erwerbsbiografie handelt, ebenfalls berücksichtigt. Zeiten des Bezugs einkommens- beziehungsweise bedürftigkeitsabhängiger Sozial- oder Grundsicherungsleistungen (Fürsorgeleistungen) können hingegen nicht berücksichtigt werden.

2. Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (Mütterrente)

Mit der Erweiterung der Anrechnung der Kindererziehungszeit wird für alle Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, eine Regelung getroffen. Für Mütter und Väter, die ab dem 1. Juli 2014 in Rente gehen, wird die Kindererziehungszeit für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate verlängert. Mütter und Väter, die zu diesem Zeitpunkt schon eine Rente beziehen, erhalten zusätzlich einen Zuschlag in derselben Höhe wie der Rentenertrag aus der zusätzlichen Kindererziehungszeit wäre. Dies erfolgt aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung, damit die Rentenversicherungsträger nicht circa 9,5 Millionen Renten neu berechnen müssen. Bei Müttern, die bei der erstmaligen Einführung der Kindererziehungszeit 1986 im Rentenalter waren und daher eine Kindererziehungsleistung erhielten, wird diese Leistung um die gleiche Höhe aufgestockt. Im Ergebnis erhalten alle Mütter und Väter, bei denen bislang Kindererziehung berücksichtigt wurde, für jedes vor 1992 geborene Kind den zusätzlichen Rentenertrag aus einem Jahr Kindererziehung.

3. Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten

Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit werden besser abgesichert. Denn diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein können, sind auf die Solidarität der Versicherungsgemeinschaft angewiesen.

Die Zurechnungszeit wird daher bei Erwerbsminderungsrenten von heute 60 Jahren auf das vollendete 62. Lebensjahr angehoben. Erwerbsgeminderte werden dadurch so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durchschnittlichen Einkommen zwei Jahre länger weitergearbeitet hätten. Auch die Bewertung der Zurechnungszeit wird verbessert, weil sich künftig die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht mehr negativ auf die Bewertung auswirken können (zum Beispiel bei gesundheitsbedingter Teilzeitbeschäftigung).

4. Anpassung der jährlichen Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe an die demografische Entwicklung (Anhebung des Reha-Deckels)

In den letzten Jahren ist die Zahl der Anträge auf Leistungen zur Teilhabe ebenso wie die der Bewilligungen durch die gesetzliche Rentenversicherung stetig gestiegen. Der Anteil der Versicherten in rehabilitationsintensiven Altersklassen erhöht sich demografisch bedingt in den nächsten Jahren. Daher ist die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe notwendig, damit die gesetzliche Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte auch in Zukunft die notwendigen Leistungen zur Teilhabe an ihre Versicherten erbringen kann. Ein möglicher Mehrbedarf wegen der steigenden qualitativen Anforderungen an die Leistungen zur Teilhabe aufgrund des medizinischen Fortschritts und der sich ständig wandelnden Arbeitsbedingungen und Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Erwerbsleben ist derzeit nicht ermittelt und daher nicht zu berechnen.

Mit dieser Regelung wird auch eine wichtige Maßnahme des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention realisiert.

5. Zusätzliche Bundesmittel

An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung sowie der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Kalenderjahr 2019 mit zusätzlichen Mitteln, die bis zum Jahr 2022 stufenweise auf rund 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Die damit einhergehende stabilisierende Wirkung auf die Entwicklung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung stärkt die Generationengerechtigkeit und die finanzielle Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung.

III. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes stützt sich im Hinblick auf die in den Artikeln 1 bis 3 enthaltenen Änderungen auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 des Grundgesetzes – GG – (Arbeitsrecht und Sozialversicherung).

IV. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen vereinbar.

V. Gesetzesfolgen

1. Nachhaltigkeitsaspekte

Es ergeben sich Auswirkungen auf die Zielstellungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Regelungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung sowie die Folgeregulungen sind relevant für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Der Gesetzentwurf reagiert mit geeigneten Maßnahmen auf die demografischen Herausforderungen im Bereich der Leistungen zur Teilhabe. Gleichzeitig werden Bezieher einer Erwerbsminderungsrente besser abgesichert.

Dies steht in Einklang mit der Managementregel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die in Nummer 9 unter anderem die Vorbeugung sozialer Ausgrenzung und die notwendigen Anpassungen an den demografischen Wandel zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts vorsieht.

2. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

A. Maßnahmen des Gesetzentwurfs und Auswirkungen auf die gesetzliche Rentenversicherung

Die Leistungsverbesserungen führen zu nachstehenden Mehrausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Tabelle 1:

Mehrausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung (in Mrd. Euro einschließlich Krankenversicherung der Rentner, heutige Werte)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2025	2030
Kindererziehungszeiten	3,3	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,1
Bes. langj. Versicherte	0,9	1,9	2,2	2,0	1,9	1,8	1,8	2,1	3,1
Erwerbsminderungsrente	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,7	0,8	1,4	2,1
Rehabilitationsbudget	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	-0,3
Rentenpaket insgesamt	4,4	9,0	9,3	9,3	9,3	9,3	9,4	10,0	11,0

Die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate gilt ab dem 1. Juli 2014 für Rentenzugänge und Rentenbestand. Die Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung fallen daher mit Einführung der Leistungsverbesserung unmittelbar an und entwickeln sich langsam rückläufig. Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, bereits ab Alter 63 abschlagsfrei in Rente zu gehen sowie die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gelten für Rentenzugänge ab dem 1. Juli 2014. Die gesamten Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung nehmen daher im Zeitverlauf zu, da sich immer mehr Rentenzugänge mit diesen Leistungsverbesserungen im Rentenbestand befinden. Die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe ab dem 1. Januar 2014 führt entsprechend der zunächst zunehmenden, längerfristig aber wieder abnehmenden Anzahl der Versicherten in rehabilitationsintensiven Altersklassen zu entsprechenden Veränderungen bei den für Rehabilitationsleistungen bereitgestellten Mitteln.

Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, zieht in der gesetzlichen Rentenversicherung darüber hinaus Beitragsausfälle nach sich, die im Jahr 2030 rund 0,6 Mrd. Euro betragen (heutige Werte).

An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung sowie der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Kalenderjahr 2019 mit zusätzlichen Mitteln, die bis zum Jahr 2022 stufenweise auf rund 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Damit ist gewährleistet, dass die gesetzlichen Beitragssatzobergrenzen und das Mindestsicherungsniveau eingehalten werden und auch weiterhin eine ausgewogene Verteilung der finanziellen Folgen der demografischen Entwicklung sichergestellt ist.

Die Entwicklung von Beitragssatz und Sicherungsniveau in der allgemeinen Rentenversicherung unter Berücksichtigung der Regelungen dieses Gesetzes sind in den nachstehenden Tabellen dargestellt.

Tabelle 2:

Langfristige Entwicklung von Beitragssatz und Sicherungsniveau (in Prozent)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2025	2030
Beitragssatz	18,9	18,9	18,9	18,9	18,9	19,7	19,7	20,8	22,0
Sicherungsniveau	47,9	47,8	47,7	47,5	47,4	47,4	46,9	45,4	43,7

Im Vergleich zum Rentenversicherungsbericht 2013 (mittlere Variante) kommt es zu höheren Beitragssätzen. In Verbindung mit den höheren Rentenausgaben, die auf den Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenanpassungsformel wirken, werden hierdurch die Rentenanpassungen gedämpft. Das Sicherungsniveau vor Steuern fällt somit geringer aus. Sowohl die gesetzlichen Beitragssatzobergrenzen wie auch das Mindestsicherungsniveau werden jedoch eingehalten.

Nachrichtlich: Langfristige Entwicklung von Beitragssatz und Sicherungsniveau gemäß Rentenversicherungsbericht 2013 (in Prozent)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2025	2030
Beitragssatz	18,3	18,3	18,3	18,3	18,8	19,1	19,2	20,3	21,6
Sicherungsniveau	47,8	48,0	48,3	48,2	48,3	48,0	47,5	46,0	44,4

B. Mittelfristige Auswirkungen auf andere Bereiche der sozialen Sicherung und auf den Bundeshaushalt

Im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 ergeben sich gegenüber dem Rentenversicherungsbericht 2013 nachstehende Veränderungen bei den Bundesmitteln an die gesetzliche Rentenversicherung.

Tabelle 3:

Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (in Mio. Euro); Belastungen (+) und Entlastungen (-)

	2014	2015	2016	2017
allgemeiner Bundeszuschuss (West)	929	951	977	1.003
allgemeiner Bundeszuschuss (Ost)	246	251	261	271
zusätzlicher Bundeszuschuss	0	0	0	0
Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss	0	0	0	0
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten	377	385	397	409
Bundeszuschuss knappschaftliche Rentenversicherung	-98	-153	-230	-254
Summe	1.454	1.434	1.405	1.429

Gegenüber dem aktuellen Finanzplan des Bundes fallen die Bundesmittel an die gesetzliche Rentenversicherung im selben Zeitraum zusammengekommen jedoch nur um knapp 2 Mrd. Euro höher aus.

In der Alterssicherung der Landwirte wird es in diesem Zeitraum Veränderungen beim Bundeszuschuss im einstelligen Millionenbereich geben, die sich aufgrund unzureichender Datengrundlage einer genaueren Bezifferung entziehen. Die vom Bund im Rahmen der Defizitdeckung nach § 78 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) zu tragenden Mehrausgaben werden im Einzelplan 10 aufgefangen.

Die gesetzliche Krankenversicherung, die soziale Pflegeversicherung und die Arbeitsförderung sind durch die Maßnahmen mittelbar betroffen. In diesen Bereichen entstehen aufgrund der verbesserten Möglichkeit für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, Ausfälle von Beiträgen aus Beschäftigung. In der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung stehen diesen Beitragsausfällen höhere Beitragseinnahmen aufgrund der höheren (beitragspflichtigen) Rentenleistungen gegenüber, die sich aus den Leistungsverbesserungen im Rentenrecht ergeben. Insbesondere die höheren Rentenausgaben durch die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder tragen zu deutlichen Mehreinnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung bei.

Tabelle 4:

Auswirkungen des Rentenpakets auf andere Bereiche der sozialen Sicherung (in Mio. Euro); Belastungen (+) und Entlastungen (-)

	2014	2015	2016	2017
Gesetzliche Krankenversicherung	-486	-777	-481	-407
Soziale Pflegeversicherung	-64	-103	-64	-54
Arbeitsförderung	28	63	72	68

Sofern Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld von der Möglichkeit Gebrauch machen, früher in Rente zu gehen, würden sich für die Arbeitslosenversicherung auch Einsparungen ergeben, die den in Tabelle 4 aufgeführten Belastungen entgegenstehen. Die Höhe der möglichen Einsparungen lässt sich nicht näher beziffern, dürfte aber tendenziell eher gering ausfallen.

3. Erfüllungsaufwand

3.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht durch die Einführung der Regelungen zur abschlagsfreien Rente ab 63 zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Dieser resultiert daraus, dass Versicherte, die die Altersrente für besonders langjährig Versicherte in Anspruch nehmen wollen und die die Wartezeit von 45 Jahren auch mit Zeiten der Arbeitslosigkeit vor 2001 erfüllen können, nachweisen oder, falls der Nachweis nicht möglich ist, glaubhaft machen müssen, dass sie in den zu berücksichtigenden Zeiten Arbeitslosengeld bezogen haben. Die Zahl der Fälle, in denen zu ermittelnde Arbeitslosigkeitszeiten vorliegen können, wird auf 200 000 geschätzt. Die Zusammenstellung von Nachweisen sowie das Ausfüllen von Formularen einschließlich der gegebenenfalls erforderlichen Glaubhaftmachung dürfte einen zeitlichen Aufwand von durchschnittlich 30 Minuten bedeuten. Der zusätzliche Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger beläuft sich damit auf insgesamt 100 000 Stunden.

3.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand, insbesondere werden keine neuen Informationspflichten eingeführt.

3.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

3.3.1 Abschlagsfreie Rente ab 63

Aufgrund der Ausweitung der auf die Wartezeit für die abschlagsfreie Rente ab 63 anrechenbaren Zeiten wird den Trägern der Deutschen Rentenversicherung Aufwand entstehen. Abweichend von der bisherigen Prüfung der Wartezeit von 45 Jahren müssen nun je nach Einzelfall zusätzliche Ermittlungen eingeleitet werden, ob die Versicherten zu berücksichtigendes Arbeitslosengeld oder nicht anzurechnende Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II hatten, eine Auswertung der Angaben der Versicherten sowie der übersandten Unterlagen erfolgen oder gegebenenfalls eine eidesstattliche Versicherung für Zeiten vor 2001 entgegengenommen werden. Diese Aufgaben dürften durchschnittlich zwischen 5 und 10 Minuten in Anspruch nehmen. Es wird von etwa 200 000 Fällen je Jahr ausgegangen. Bei einem Lohnsatz von 27,50 Euro je Stunde (mittlerer Dienst) ergibt sich daraus ein jährlicher Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 650 000 Euro.

Darüber hinaus entsteht den Trägern der Deutschen Rentenversicherung ein einmaliger Programmieraufwand durch die Umsetzung der Regelungen zur abschlagsfreien Rente ab 63 in Höhe von rund 2 Mio. Euro.

3.3.2 Ausweitung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder

Der Erfüllungsaufwand für die Rentenversicherungsträger entsteht durch die sofortige Einbeziehung nicht nur des Rentenzugangs ab Inkrafttreten der Neuregelung, sondern auch des gesamten Rentenbestandes in die verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder. Dies bedeutet, dass insgesamt rund 9,5 Millionen Bestandsrenten (darunter rund 200 000 Leistungen für Kindererziehung) unter die Neuregelung fallen. Der Erfüllungsaufwand wird jedoch dadurch, dass keine Neuberechnung der Bestandsrenten erfolgt, sondern in einem pauschalen Verfahren Zuschläge zu den bereits gezahlten Bestandsrenten gezahlt werden, in Grenzen gehalten.

Auch durch die Einbeziehung des Rentenzugangs entsteht ein Mehraufwand. Zwar kann im Regelfall an die im Versicherungsverlauf vorhandenen Daten angeknüpft werden. Allerdings muss in Fällen, in denen das Versicherungskonto bereits geklärt ist, das zusätzliche Jahr an Kindererziehungszeit gespeichert und der zuvor erstellte Bescheid angepasst werden.

Durch die Einbeziehung des Rentenbestandes entsteht ein zusätzlicher Programmieraufwand in Höhe von rund 5 Mio. Euro und durch den Versand von entsprechenden Bescheiden ein Aufwand von rund 4 Mio. Euro.

3.3.3 Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten

Durch die Umsetzung der Verbesserungen bei den Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit entsteht den Trägern der Deutschen Rentenversicherung ein einmaliger Programmieraufwand in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro.

4. Weitere Kosten

Die Maßnahmen haben Auswirkungen auf die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung. Ein höherer Beitragssatz führt zu höheren Beiträgen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um jeweils knapp 0,5 Mrd. Euro jährlich je Zehntel Prozentpunkt (heutige Werte). Durch die Maßnahmen wird das verfügbare Einkommen der Rentnerhaushalte erhöht. Den möglichen preiserhöhenden Wirkungen höherer Arbeitskosten und einer höheren Konsumnachfrage der Rentnerhaushalte steht eine mögliche preisdämpfende Wirkung einer geringeren Konsumnachfrage seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber. Nennenswerte Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind somit nicht zu erwarten.

5. Weitere Gesetzesfolgen

Die gleichstellungspolitischen Auswirkungen der Gesetzesänderungen wurden geprüft. Die Regelungen sind geschlechtsneutral formuliert. Nach dem Ergebnis der Relevanzprüfung sind die Regelungen gleichstellungspolitisch ausgewogen.

Von der Ausweitung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder werden Frauen in besonderem Maße profitieren, da ihnen in aller Regel die Kindererziehungszeiten angerechnet wurden. Daher kommt ihnen auch die Ausweitung um weitere zwölf Monate zugute.

Bedingt durch die früheren Rollenverteilungen in klassischen Alleinverdienerehen erreichen Männer aktuell häufiger 45 Beitragsjahre aus Beschäftigungszeiten für die Inanspruchnahme der abschlagsfreien Altersrente ab 63. Grund hierfür sind häufig Unterbrechungen in den Erwerbsbiografien von Frauen, die der geleisteten Familienarbeit geschuldet sind. Durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten – im Umfang von bis zu drei Jahren je Kind – und Kinderberücksichtigungszeiten – im Umfang von bis zu zehn Jahren je Kind – sowie Zeiten der Pflege wird der für die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung unerlässliche generative Beitrag ausdrücklich honoriert. Zudem wird einer Benachteiligung von erziehenden beziehungsweise pflegenden Frauen bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte entgegengewirkt.

Bei den übrigen Regelungen ergaben sich keine Hinweise auf eine unterschiedliche Betroffenheit von Frauen und Männern.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – SGB VI)

Zu Nummer 1

Änderung der Inhaltsübersicht aufgrund der Einfügung neuer und der Streichung bestehender Vorschriften.

Zu Nummer 2

Mit den Änderungen wird erreicht, dass auf die Wartezeit von 45 Jahren auch Zeiten angerechnet werden, in denen Versicherte Arbeitslosengeld bezogen haben. Damit wird auch Versicherten, die zeitweise keiner versicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit nachgehen konnten und Arbeitslosengeld als Versicherungsleistung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung bezogen haben, der Bezug einer Altersrente für besonders langjährig Versicherte ermöglicht. Hiermit wird insbesondere der Arbeitsmarktsituation in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung Rechnung getragen. Kurze Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie werden sich insoweit nicht nachteilig auswirken. Sinn dieser Altersrente ist es, auch unter Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, eine besonders langjährige rentenversicherte Beschäftigung mit entsprechender Beitragszahlung zu privilegieren. Wegen dieser Anknüpfung ist es gerechtfertigt, grundsätzlich auch nur die Zeiten des Bezugs von Versicherungsleistungen zu berücksichtigen, die entgangenes Arbeitsentgelt ersetzen und für die die Beschäftigten zuvor Beiträge gezahlt haben.

Soweit es um Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld geht, ist zu berücksichtigen, dass die Beschäftigten nicht nur das Arbeitslosengeld selbst, sondern auch die daraus entstandenen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung aus ihrem eigenen Beitrag zur Sozialversicherung finanziert haben.

Dagegen sind Zeiten des Bezugs von Leistungen, die von einem Fürsorgecharakter geprägt sind und aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, nicht anrechenbar. Denn sie beruhen nicht auf eigener Beitragsleistung und sind einkommens- beziehungsweise bedürftigkeitsabhängig. Zudem können sie – im Gegensatz zu Versicherungsleistungen – zeitlich unbegrenzt bezogen werden: Das Arbeitslosengeld ist eine kurzfristige Entgeltersatzleistung, da es nur für eine begrenzte Anspruchsdauer gezahlt wird. Arbeitslosengeld II steht ohne zeitliche Begrenzung für die Dauer einer Hilfebedürftigkeit zu.

Da es nicht Regelungsintention der Altersrente für besonders langjährig Versicherte ist, mit Zeiten der Dauer- und Langzeitarbeitslosigkeit einen abschlagsfreien Rentenanspruch vor Erreichen der Regelaltersgrenze zu begründen, werden Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld II für die Wartezeit nicht berücksichtigt.

Zu den Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit zählen nach § 55 Absatz 2 SGB VI auch Pflichtbeitragszeiten aus dem Bezug von Krankengeld und Übergangsgeld. Diese Zeiten wurden, ebenso wie der Bezug von Arbeitslosengeld, im Zeitverlauf rentenrechtlich unterschiedlich bewertet. Diese unterschiedliche Berücksichtigung im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung soll nicht zulasten der Versicherten gehen. Daher werden auch diese Zeiten einer kurzzeitigen Unterbrechung der Erwerbsbiografie für die Wartezeit von 45 Jahren berücksichtigt, unabhängig davon, ob sie in der Vergangenheit als Anrechnungszeiten oder Pflichtbeitragszeiten gewertet wurden.

Aus Gründen der Klarstellung werden die nunmehr für die Wartezeit von 45 Jahren erfassten Zeiten genannt. Es handelt sich hierbei um Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung, Leistungen bei Krankheit, Übergangsgeld und deren Vorläuferleistungen. Dabei zählen zu den Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung beispielsweise Kurzarbeitergeld, Transferkurzarbeitergeld, Saisonkurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung, Strukturkurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld und Winterausfallgeld.

Zu Nummer 3

Mit der Änderung wird im Hinblick auf die Beamtenversorgung der Rechtszustand vor der Änderung des § 56 Absatz 4 SGB VI durch das Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, zur Errichtung einer Versorgungsausgleichskasse und anderer Gesetze vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1939, 2010 I S. 340) wiederhergestellt.

Bisher sind Personen von der Anrechnung von Kindererziehungszeiten ausgeschlossen, bei denen die Kindererziehung in der Beamtenversorgung oder der berufsständischen Versorgung systembezogen gleichwertig angerechnet wird. Bei der Anwendung dieser Regelung kam es im Hinblick auf die Beamtenversorgung in der Vergangenheit zu Unsicherheiten, was als systembezogen gleichwertig anzusehen ist.

Um eine doppelte Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung in jedem Falle zu vermeiden, sollen Beamte wieder generell von der Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgeschlossen werden, da die Beamtenversorgung systembezogen Leistungen für Kindererziehung erbringt.

Zu Nummer 4

Die Zurechnungszeit wird für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zum vollendeten 62. Lebensjahr verlängert. Versicherte werden damit so gestellt, als ob sie entsprechend der Bewertung ihrer Zurechnungszeit bis zum vollendeten 62. Lebensjahr weitergearbeitet hätten. Entsprechendes gilt für Hinterbliebenenrenten.

Zu Nummer 5

Mit der Änderung wird sichergestellt, dass bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit Einkommensminderungen in den letzten vier Jahren bis zum Zeitpunkt des Eintritts der Erwerbsminderung (zum Beispiel durch Wegfall von Überstunden, Wechsel in Teilzeitarbeit, Krankheit, Arbeitslosigkeit) den Wert der beitragsfreien Zeiten, insbesondere der Zurechnungszeit, nicht verringern.

Zu Nummer 6

Ergänzung der Berichtspflicht der Bundesregierung. Ab dem Jahr 2018 sollen zusätzlich die Auswirkungen der Ausweitung der Altersrente für besonders langjährig Versicherte evaluiert werden, insbesondere hinsichtlich der Inanspruchnahme und der Erfüllung der Zugangsvoraussetzungen durch Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs.

Zu Nummer 7

An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung sowie der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der zusätzlichen Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Kalenderjahr 2019. Damit werden auch die Generationengerechtigkeit und die finanzielle Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung gestärkt; die zusätzlichen Mittel wirken stabilisierend auf die Entwicklung des Beitragssatzes in der allgemeinen Rentenversicherung.

In den Jahren 2019 bis 2022 wird der allgemeine Bundeszuschuss jeweils um 400 Mio. Euro erhöht. Die für diese Jahre festgelegten vier Erhöhungen des allgemeinen Bundeszuschusses wirken dauerhaft und nehmen jeweils an der jährlichen Änderung des allgemeinen Bundeszuschusses teil. Die Erhöhungen sind jeweils bei der Veränderung des Bundeszuschusses im Beitrittsgebiet zu berücksichtigen (§ 287e SGB VI).

Zu Nummer 8

Befristete Sonderregelung bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte.

Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte kann – abweichend von der Grundnorm des § 38 SGB VI – in einem Übergangszeitraum ab 63 Jahren in Anspruch genommen werden. Versicherte, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, können die Altersrente ab 63 Jahren in Anspruch nehmen. Diese Altersgrenze wird stufenweise für Versicherte angehoben, die nach dem 31. Dezember 1952 geboren sind. Die Anhebungsschritte erfolgen jeweils in Zweimonatsschritten je Jahrgang. Für alle nach 1963 Geborenen gilt die Altersgrenze von 65 Jahren. Damit ist die Anhebung der Altersgrenze für besonders langjährig Versicherte – wie auch bei den weiteren Altersrenten – mit dem Geburtsjahr 1964 abgeschlossen. Verzerrungen im Gefüge der Altersrenten werden damit vermieden.

Zu Nummer 9

Folgeänderung zur Änderung des § 51 Absatz 3a SGB VI. Mit der Änderung in Absatz 3 Satz 1 wird sichergestellt, dass weder Pflichtbeitragszeiten, noch Anrechnungszeiten wegen des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II auf die Wartezeit von 45 Jahren für die Altersrente für besonders langjährig Versicherte angerechnet werden. Soweit die Versicherten keine Nachweise vorlegen können, wird mit der Ergänzung des Satzes 2 die Glaubhaftmachung von Zeiten des Bezugs von Entgeltsersatzleistungen der Arbeitsförderung oder von Leistungen bei Krankheit zugelassen. Hiermit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Versicherte möglicherweise nicht mehr über Unterlagen zu diesen gegebenenfalls vor vielen Jahren bezogenen Leistungen verfügen.

Zu Nummer 10**Zu Buchstabe a**

Mit der Vorschrift wird die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Kalendermonate erweitert.

Die seinerzeitige Zuordnung von Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung nach Ablauf der früher anrechenbaren Kindererziehungszeit (zwölf Monate) nach § 249 Absatz 7 SGB VI in der Fassung des Rentenreformgesetzes 1992 für die Zuordnung der Kindererziehungszeit bleibt hierbei grundsätzlich maßgebend. Ist die Erziehungszeit ab dem zwölften Kalendermonat der Geburt durch gemeinsame Erklärung der Elternteile nicht nur der Mutter zugeordnet worden, bleibt dies daher für die nunmehr verbesserte Anrechnung der Kindererziehungszeiten maßgebend; die Elternteile profitieren dann in dem Maße, in dem ihnen die Erziehungszeiten zugeordnet wurden, von dieser Verbesserung.

Die Regelung gilt nur für den Rentenzugang. Für den Rentenbestand (Rentenbezug vor Inkrafttreten) sowie für die auf eine Bestandsrente folgende Rente, die die Voraussetzungen des § 88 Absatz 1 und 2 SGB VI

erfüllt, gilt § 307d SGB VI, mit dem die verbesserte Anerkennung von Kindererziehung in vereinfachter und pauschaler Form erfolgt.

Zu den Buchstaben b und c

Aus Absatz 7 ergibt sich, dass auch bei Folgerenten, die auf eine Bestandsrente folgen, weiterhin für die zusätzliche Kindererziehungszeit ein Zuschlag nach § 307d SGB VI gezahlt wird und keine Erhöhung der anzurechnenden Kindererziehungszeit um zwölf Monate erfolgt. Damit wird eine Gleichbehandlung mit den sonstigen Bestandsrenten hergestellt. Als Folgerenten gelten nur solche Renten, bei denen auch Besitztsschutz nach § 88 Absatz 1 und 2 SGB VI bestünde, die also innerhalb einer gewissen Frist auf die vorherige Rente folgen.

Absatz 8 Satz 1 stellt klar, dass eine Anrechnung der zusätzlichen Kindererziehungszeiten in den Fällen ausgeschlossen ist, in denen dem Versicherten für dasselbe Kind bereits ein Zuschlag nach § 307d SGB VI zu zahlen ist.

Absatz 8 Satz 2 schließt ferner eine Anrechnung der zusätzlichen Kindererziehungszeit in den Fällen aus, in denen einem anderen Versicherten oder Hinterbliebenen für dasselbe Kind ein Zuschlag nach § 307d SGB VI gezahlt wird; in solchen Fällen können einem Versicherten bei einer neu zugehenden Rente keine Kindererziehungszeiten mit der Begründung angerechnet werden, nach Ablauf der ersten zwölf Kalendermonate nach der Geburt wäre – gegebenenfalls zeitweise – dieses Kind erzogen worden.

Zu Nummer 11

Die Regelung im bisherigen § 253a SGB VI, wonach die Zurechnungszeit bei einem Rentenbeginn vor dem 1. Januar 2004 bereits mit dem vollendeten 55. Lebensjahr endet, ist wegen Zeitablaufs entbehrlich.

Zu Nummer 12

Die Berücksichtigung insbesondere der demografischen Entwicklung bei der Bemessung der Aufwendungen für Rehabilitationsleistungen ist notwendig, da sich der Anteil der Versicherten in rehabilitationsintensiven Altersklassen demografisch bedingt vorübergehend erhöht.

Die Einführung einer Demografiekomponente stellt sicher, dass der demografisch bedingte temporäre finanzielle Mehrbedarf bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe berücksichtigt wird. Die Demografiekomponente in der Fortschreibung des Reha-Deckels bemisst sich an der Veränderung des Anteils der Bevölkerung im rehabilitationsintensiven Alter (45 bis 67 Jahre) an der Bevölkerung.

Zu Nummer 13

Mit der Änderung wird im Ergebnis erreicht, dass sich für Mütter, die vor dem 1. Januar 1921 geboren wurden und die eine Kindererziehungsleistung nach § 294 SGB VI erhalten, diese Kindererziehungsleistung um den Wert von einem Entgeltpunkt erhöht.

Zu Nummer 14

Entsprechend der Aufstockung der Leistung für Mütter in den alten Bundesländern (Änderung von § 295 SGB VI) wird auch für Mütter im Beitrittsgebiet diese Leistung für Kindererziehung aufgestockt. Dies betrifft die Mütter, die nach § 294 in Verbindung mit § 294a Satz 2 SGB VI eine solche Leistung erhalten haben, auch soweit sie zwar nach 1920, aber vor 1927 geboren wurden und am 31. Dezember 1991 keinen nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets berechneten Rentenanspruch hatten.

Diejenigen Mütter im Beitrittsgebiet, die eine solche Leistung nach § 294a Satz 1 SGB VI nicht erhalten haben, weil in ihren Versicherungskonten eine Rentenaufstockung wegen Kindererziehung enthalten war (wenngleich nicht exakt zugeordnet), erhalten im Ergebnis einen Zuschlag zu ihrer Rente in Höhe von einem Entgeltpunkt (Ost) nach § 307d SGB VI.

Im Ergebnis werden somit Mütter im Beitrittsgebiet ebenso behandelt wie Mütter in den alten Bundesländern, die eine pauschale Leistung für Kindererziehung nach § 294 SGB VI beziehen.

Zu Nummer 15

Mit der Vorschrift wird denjenigen Rentenbeziehern, bei denen bereits Kindererziehungszeiten bei der Rente angerechnet worden sind und die keine Leistung nach § 294 SGB VI oder § 294a SGB VI erhalten, ein Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten gewährt, sodass sich die Rente für jedes vor 1992 geborene Kind um den Rentenbetrag aus einem Jahr Kindererziehungszeit erhöht (Absätze 1 und 2). Dies gilt auch für die Erziehenden im Beitrittsgebiet, soweit wegen § 294a Satz 1 SGB VI keine Leistung wegen Kindererziehung bei Überleitung des SGB VI auf das Beitrittsgebiet gezahlt wurde.

Der Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten wird im Ergebnis demjenigen Elternteil zustehen, dem der letzte Monat an Kindererziehungszeit (dies ist der zwölfte Kalendermonat nach Ablauf des Geburtsmonats) zugeordnet wurde. Dies erfolgt aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität, da Kindererziehungszeiten über zwölf Monate hinaus noch nicht angerechnet wurden und auch nicht in allen Fällen für die Zeit ab dem 13. Kalendermonat schon Berücksichtigungszeiten im Versicherungsverlauf zugeordnet sind (dies betrifft den Rentenzugang zwischen Einführung von Kindererziehungszeiten (1986) und der Einführung von Kinderberücksichtigungszeiten (1992)). Um die reibungslose Umsetzung der Einbeziehung auch des Rentenbestandes in die verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Geburten vor 1992 zu gewährleisten, wird daher eine pauschale Anrechnung vorgenommen, die insbesondere an bereits im Versicherungsverlauf enthaltene Daten anknüpft. Gleichzeitig wird jedoch eine Anrechnung gewählt, die anders als etwa die frühere Kindererziehungsleistung sich weitgehend innerhalb der Rentensystematik bewegt, wodurch etwaige weitere Sonderregelungen entbehrlich sind.

Ist das Kind vor Beginn des zwölften Kalendermonats nach Ablauf des Geburtsmonats verstorben, besteht kein Anspruch auf einen Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten. Weitere Veränderungen während des zweiten Lebensjahres des Kindes bleiben außer Betracht, insbesondere auch, ob das Kind in dieser Zeit gegebenenfalls verstorben ist.

Durch die Anknüpfung an die Zuordnung des zwölften Lebensmonats erfolgt zudem eine Zuordnung, die den tatsächlichen Erziehungsverhältnissen im zweiten Lebensjahr des Kindes, die im Nachhinein nicht immer verlässlich feststellbar sind, in den ganz überwiegenden Fällen entsprechen dürfte.

Die Leistung wird nicht wie die seinerzeitige Leistung für Kindererziehung ausgestaltet, sondern als Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten zu den bisherigen Entgeltpunkten. Obwohl daher grundsätzlich keine Neuberechnung der Renten erfolgt, wirkt die Erhöhung wie jede andere Rentenerhöhung auch, das heißt die – erhöhte – Rente ist als Einkommen bei Bezug anderer Sozialleistungen zu berücksichtigen (§ 299 SGB VI gilt nicht) und sie ist auch bei Hinterbliebenenrenten zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Familienversicherung nach § 10 Absatz 1 Nummer 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) bleibt der Zahlungsbetrag einer Rente, der auf dem jetzt eingeführten Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten für Kindererziehung beruht, bei der Ermittlung des relevanten Gesamteinkommens unberücksichtigt. Es handelt sich um Entgeltpunkte wegen Kindererziehungszeiten im Sinne von § 10 Absatz 1 Nummer 5 SGB V. Ausschließlich aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität werden hier aus Anlass der Verbesserung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder Zuschläge an persönlichen Entgeltpunkten gezahlt.

Der Zuschlag wird als Zuschlag an persönlichen Entgeltpunkten und nicht (nur) als Zuschlag an Entgeltpunkten ausgestaltet, mit der Folge, dass der Zugangsfaktor immer 1,0 beträgt, unabhängig davon, ob gegebenenfalls der Zuschlag noch während des vorzeitigen Bezugs einer Altersrente oder gegebenenfalls einer Erwerbsminderungsrente, bei denen ein Abschlag wegen des vorzeitigen Bezugs vorzunehmen war, zu zahlen ist. Dies erfolgt aus Gründen der Vereinfachung, damit die Rentenversicherungsträger diese Renten nicht ermitteln und hierfür dann im Einzelfall je nach Ausmaß der vorzeitigen Inanspruchnahme individuell abweichende Zugangsfaktoren bestimmen müssen.

Die Regelung gilt zudem auch für Bestandshinterbliebenenrenten (Bezug der Hinterbliebenenrente zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Neuregelung), die aus der Versicherung der oder des verstorbenen Versicherten zu berechnen und bei denen schon Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder zu berücksichtigen waren. Da die Zuschlagsentgeltpunkte noch mit dem Rentenartfaktor der jeweiligen Rente wegen Todes zu vervielfältigen sind, vermindert sich der Zuschlag im Ergebnis entsprechend wie allgemein bei Hinterbliebenenrenten.

Absatz 3 bestimmt ferner, dass bei Folgerenten, die auf eine Bestandsrente folgen, weiterhin für die zusätzliche Kindererziehungszeit ein Zuschlag nach § 307d SGB VI gezahlt wird, da nach § 249 Absatz 7 SGB VI keine Erhöhung der anzurechnenden Kindererziehungszeit um zwölf Monate erfolgt. Als Folgerenten gelten nur solche Renten, die die Voraussetzungen des Besitzschutzes nach § 88 Absatz 1 und 2 SGB VI erfüllen, die also insbesondere innerhalb einer gewissen Frist auf die vorherige Rente folgen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte – ALG)

Zu Nummer 1

Änderung der Inhaltsübersicht aufgrund der Einfügung neuer Vorschriften.

Zu Nummer 2

Die Zurechnungszeit wird für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zum vollendeten 62. Lebensjahr verlängert. Versicherte werden damit so gestellt, als ob sie entsprechend der Bewertung ihrer Zurechnungszeit bis zum vollendeten 62. Lebensjahr weitergearbeitet hätten. Entsprechendes gilt für Hinterbliebenenrenten.

Zu Nummer 3

Übertragung der für die gesetzliche Rentenversicherung vorgesehenen zusätzlichen demografischen Komponente für die Fortschreibung des für Leistungen der medizinischen Rehabilitation und für Betriebs- und Haushaltshilfe vorgesehenen Ausgabenrahmens.

Zu Nummer 4

Mit der neuen Vorschrift wird die Möglichkeit des abschlagsfreien Bezugs einer vorzeitigen Altersrente in der gesetzlichen Rentenversicherung bereits vor Vollendung des 65. Lebensjahres in einer Übergangszeit unter Berücksichtigung der bisherigen Regelungen in der Alterssicherung der Landwirte wirkungsgleich auf dieses Sondersystem übertragen. Die Regelung knüpft an die schon im bisherigen Recht in § 23 Absatz 8 Satz 2 zweiter Halbsatz ALG bestehende Regelung an, die im Alterssicherungsrecht der Landwirte als Rentenberechnungsregelung ausgestaltet war und schafft hierzu im Ergebnis – wie im SGB VI mit § 236b – eine Übergangsregelung. Da die Vorschrift als Voraussetzung für einen übergangsweisen Rentenbeginn vor dem Alter von 65 Jahren dieselben Voraussetzungen verlangt, die einen abschlagsfreien Bezug einer vorzeitigen Altersrente ab dem Alter von 65 Jahren erlauben (durch den Verweis auf § 23 Absatz 8 Satz 2 zweiter Halbsatz ALG), ist auch der übergangsweise Bezug vor Vollendung des 65. Lebensjahres insoweit abschlagsfrei möglich.

Zu Nummer 5

Mit der Regelung wird die im Zusammenhang mit der Errichtung eines Bundesträgers für die landwirtschaftliche Sozialversicherung zunächst zurückgestellte, aber notwendige Bereinigung der Ausgabenobergrenze für Leistungen zur Teilhabe und Betriebs- und Haushaltshilfe nachgeholt. Die für die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau festgelegten neuen Obergrenzen finden erstmals bei der Abrechnung im Jahr 2014 Anwendung und bilden damit die Berechnungsgrundlage für die Festlegung der Obergrenze für das Jahr 2015.

Zu Artikel 3 (Änderung des Betriebsrentengesetzes)

Die zeitlich befristete Sonderregelung, nach der für besonders langjährig Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung ein abschlagsfreier Rentenbezug ab dem Alter von 63 Jahren ermöglicht wird (§ 236b SGB VI), soll nicht für Betriebsrenten gelten. Die Stärken der betrieblichen Altersversorgung liegen in betriebsbezogenen und passgenauen Versorgungslösungen. Eine Übertragung der als Übergangsregelung angelegten Sonderregelung würde diese Flexibilität einschränken, zu einer weiteren Verkomplizierung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung beitragen und insbesondere für kleinere Betriebe zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungs- und Kostenaufwand und damit zu geringerer Akzeptanz führen.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)**Zu Absatz 1**

Die Vorschrift regelt das grundsätzliche Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. Juli 2014.

Zu Absatz 2

Abweichend von Absatz 1 treten die Regelungen zur Einführung einer Demografiekomponente rückwirkend zum 1. Januar 2014 in Kraft.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Abs. 1 NKRG:**Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in
der gesetzlichen Rentenversicherung (NKR-Nr. 2775)**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft. Auf Grund der zeitgleichen Abstimmung des Entwurfs innerhalb der Bundesregierung und des engen Zeitrahmens war ihm jedoch eine vertiefte Prüfung nicht möglich.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger Jährlicher Erfüllungsaufwand:	100.000 Stunden (30 Min. im Einzelfall)
Wirtschaft Erfüllungsaufwand:	Keine Auswirkungen
Verwaltung Jährlicher Erfüllungsaufwand: Einmaliger Erfüllungsaufwand:	650 Tsd. Euro 11,5 Mio. Euro
Der Nationale Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben. Er begrüßt, dass die Bundesregierung die Auswirkungen der Altersrente für besonders langjährig Versicherte evaluiert und hierüber berichten wird.	

II. Im Einzelnen

Mit dem Regelungsvorhaben sollen zentrale Vorhaben des Koalitionsvertrags im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung umgesetzt werden. Aus dem Regelungsvorhaben dürften für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Verwaltung folgende Aufwände entstehen:

II.1 Einführung einer abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte

Bürgerinnen und Bürgern kann durch die Einführung der Regelungen zur Rente mit 63 zusätzlicher Erfüllungsaufwand entstehen. Dies ist dann der Fall, wenn Versicherte die 45 Jahre Wartezeit nur unter Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit vor 2001 erfüllen. Für die Jahre 1978 bis 2001 können die Träger der Rentenversicherung aus den ihnen vorliegenden Daten nicht ersehen, ob der Antragsteller Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosenhilfe bezogen hat. Deshalb muss in diesen Fällen der Antragsteller den Arbeitslosengeld I-Bezug nachweisen oder, wenn ihm das nicht möglich ist, zumindest an Eides statt versichern, dass er keine Arbeitslosenhilfe bezogen hat. Das Ressort geht

insgesamt von 200.000 Fällen aus. Bei einem angenommenen zeitlichen Aufwand im Einzelfall von 30 Minuten dürfte sich der Zeitaufwand insgesamt auf 100.000 Stunden belaufen. Der Rat weist darauf hin, dass diese Einschätzung nur dann plausibel ist, wenn die Glaubhaftmachung ohne persönliches Erscheinen erfolgen kann.

Für die Verwaltung (Träger der Rentenversicherung) wird aus der Prüfung der Angaben/Nachweise zur Glaubhaftmachung und den Plausibilitätsprüfungen jährlicher Aufwand entstehen. Das Ressort geht hier von einem Aufwand in Höhe von rund 650.000 Euro aus. Darüber hinaus rechnet die Deutsche Rentenversicherung mit einmaligem Programmieraufwand in Höhe von 2 Mio. Euro.

II.2 Ausweitung der Leistungen für Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben

Die Ausweitung der Leistung dürfte aus heutiger Sicht größtenteils maschinell abgewickelt werden können. Dies ist bei den schon laufenden Rentenfällen dadurch möglich, dass die Ausweitung der Leistungen in pauschalierter Form erfolgt und damit grundsätzlich auf vorhandene Daten zurückgegriffen werden kann. Gegebenenfalls muss in Fällen, in denen das Versicherungskonto bereits geklärt ist, der bereits zuvor erstellte Bescheid angepasst werden.

Auf Grund der für die Umsetzung notwendigen Programmierarbeiten entsteht den Trägern der Rentenversicherung einmaliger Aufwand in Höhe von 5 Mio. Euro. Durch den Versand von entsprechenden Bescheiden ist mit einem einmaligen Aufwand von 4 Mio. Euro zu rechnen.

II.3 Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente

Zur Umsetzung sind IT-Anpassungen erforderlich. Der Programmieraufwand wird auf 0,5 Mio. Euro geschätzt.

Der Nationale Normenkontrollrat begrüßt, dass die Möglichkeit eines abschlagsfreien Rentenbezugs ab dem Alter von 63 Jahren nicht in das Betriebsrentengesetz übernommen wird, da dadurch erheblicher Aufwand vermieden wird. Der Normenkontrollrat hat im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Bedenken gegen das Regelungsvorhaben.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Dr. Dückert
Berichterstatterin

14.03.14

Stellungnahme des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

Der Bundesrat hat in seiner 920. Sitzung am 14. März 2014 zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme **n i c h t** beschlossen.

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

26. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 3. April 2014

Inhalt:

Glückwünsche zum Geburtstag des Abgeordneten Eckhardt Rehberg	2001 A	Markus Kurth (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2013 A
Wahl des Abgeordneten Michael Roth (Heringen) als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas	2001 B	Max Straubinger (CDU/CSU)	2013 C
Wahl der Abgeordneten Birgit Kömpel als Mitglied des Beirats der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr	2001 B	Klaus Ernst (DIE LINKE)	2014 A
Erweiterung und Abwicklung der Tagesordnung	2001 B	Katja Mast (SPD)	2015 B
Absetzung des Tagesordnungspunktes 20 ...	2002 A	Stephan Stracke (CDU/CSU)	2016 A
Nachträgliche Ausschussüberweisung	2002 A	Dr. Martin Rosemann (SPD)	2017 C
		Jana Schimke (CDU/CSU)	2018 B
		Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD)	2019 A
		Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU)	2019 C
		Albert Stegemann (CDU/CSU)	2020 D
		Tobias Zech (CDU/CSU)	2022 A
Tagesordnungspunkt 3:		Tagesordnungspunkt 4:	
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung – (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)		Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz – DirektZahl-DurchfG)	
Drucksache 18/909	2002 B	Drucksache 18/908	2022 D
Andrea Nahles, Bundesministerin BMAS	2002 B	Christian Schmidt, Bundesminister BMEL	2023 B
Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)	2004 A	Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE)	2025 C
Karl Schiewerling (CDU/CSU)	2005 D	Ute Vogt (SPD)	2026 D
Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2007 C	Ulrike Höfken, Staatsministerin (Rheinland-Pfalz)	2028 B
Karl Schiewerling (CDU/CSU) (§ 30 GO) ...	2009 B	Gitta Connemann (CDU/CSU)	2029 B
Dr. Carola Reimann (SPD)	2009 C		
Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE)	2010 D		
Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU)	2011 D		

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2030 A
Kerstin Kassner (DIE LINKE)	2031 C
Dirk Wiese (SPD)	2032 C
Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2034 C
Hermann Färber (CDU/CSU)	2035 D
Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU) ..	2037 C
Willi Brase (SPD)	2039 D
Marlene Mortler (CDU/CSU)	2041 D

Tagesordnungspunkt 5:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Rosemarie Hein, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Kooperationsverbot abschaffen – Gemeinschaftsaufgabe Bil- dung im Grundgesetz verankern Drucksache 18/588	2042 D
Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE)	2043 A
Stefan Müller, Parl. Staatssekretär BMBF	2044 D
Kai Gehring (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2046 A
Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)	2047 A
Tankred Schipanski (CDU/CSU)	2048 B
Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2049 B
Swen Schulz (Spandau) (SPD)	2050 B
Sybill Benning (CDU/CSU)	2051 C
Martin Rabanus (SPD)	2052 D
Alexandra Dinges-Dierig (CDU/CSU)	2053 D
Xaver Jung (CDU/CSU)	2055 A

Tagesordnungspunkt 22:

a) Erste Beratung des von der Bundesregie- rung eingebrachten Entwurfs eines Geset- zes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften Drucksache 18/823	2056 B
b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Friedrich Ostendorff, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abge- ordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Weltagrарbericht jetzt unterzeichnen Drucksache 18/979	2056 B

Tagesordnungspunkt 23:

a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates Drucksachen 18/824, 18/992	2056 C
b)–f) Beratung der Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses: Sammelüber- sichten 28, 29, 30, 31 und 32 zu Petiti- onen Drucksachen 18/858, 18/859, 18/860, 18/861, 18/862	2056 D

Tagesordnungspunkt 6:

– Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung: Betei- ligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmis- sion EUTM Somalia auf Grundlage des Ersuchens der somalischen Regierung mit Schreiben vom 27. November 2012 und 11. Januar 2013 sowie der Be- schlüsse des Rates der Europäischen Union 2010/96/GASP vom 15. Februar 2010 und 2013/44/GASP vom 22. Ja- nuar 2013 in Verbindung mit der Reso- lution 1872 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Drucksachen 18/857, 18/994	2057 A
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung Drucksache 18/995	2057 C
Dagmar Freitag (SPD)	2057 C
Sevim Dağdelen (DIE LINKE)	2058 C
Philipp Mißfelder (CDU/CSU)	2059 D
Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2061 A
Thomas Hitschler (SPD)	2062 A
Klaus Brähmig (CDU/CSU)	2063 B
Julia Bartz (CDU/CSU)	2064 B
Namentliche Abstimmung	2065 A
Ergebnis	2067 C

Tagesordnungspunkt 7:

a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahl- prüfung, Immunität und Geschäftsordnung	
--	--

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode		
Drucksachen 18/481, 18/997	2065 B	
b) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Sicherung der Oppositionsrechte in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages		
Drucksachen 18/380, 18/997	2065 B	
c) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 39, 44, 45a, 93)		
Drucksachen 18/838, 18/997	2065 B	
d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE: Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zwecks Sicherung der Minderheitenrechte der Opposition im 18. Deutschen Bundestag		
Drucksachen 18/379, 18/997	2065 C	
Bernhard Kaster (CDU/CSU)	2065 D	
Dr. Petra Sitte (DIE LINKE)	2069 B	
Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2070 D	
Christine Lambrecht (SPD)	2072 A	
Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2073 B	
Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU)	2074 A	
Dr. Petra Sitte (DIE LINKE)	2075 B	
Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2076 C	
Dr. Katarina Barley (SPD)	2077 C	
Halina Wawzyniak (DIE LINKE)	2078 D	
Dr. Stefan Heck (CDU/CSU)	2079 A	
Dr. Johannes Fechner (SPD)	2080 B	
Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU)	2081 C	
Namentliche Abstimmungen	2082 C, 2082 D	
Ergebnisse	2085 C, 2087 B	
Tagesordnungspunkt 8:		
Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes		
Drucksache 18/910	2083 A	
Anette Kramme, Parl. Staatssekretärin		
BMAS	2083 B	
Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE)	2084 A	
Karl Schiewerling (CDU/CSU)	2090 A	
Kathrin Vogler (DIE LINKE)	2090 D	
Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2092 A	
Bernd Rützel (SPD)	2093 A	
Wilfried Oellers (CDU/CSU)	2093 D	
Dennis Rohde (SPD)	2094 D	
Matthäus Strebl (CDU/CSU)	2095 B	
Tagesordnungspunkt 9:		
Beratung des Antrags der Abgeordneten Britta Haßelmann, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine Milliarde Euro Entlastung für Kommunen im Jahr 2014 umsetzen		
Drucksache 18/975	2096 B	
Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2096 C	
Dr. André Berghegger (CDU/CSU)	2097 C	
Kerstin Kassner (DIE LINKE)	2099 A	
Bernhard Daldrup (SPD)	2099 D	
Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2100 C	
Alois Karl (CDU/CSU)	2102 B	
Johannes Kahrs (SPD)	2103 C	
Alois Karl (CDU/CSU)	2103 D	
Ingbert Liebing (CDU/CSU)	2105 C	
Tagesordnungspunkt 10:		
Unterrichtung durch die Bundesregierung: Tätigkeitsbericht 2012/2013 der Bundesnetzagentur – Telekommunikation		
mit		
Sondergutachten der Monopolkommission – Telekommunikation 2013: Vielfalt auf den Märkten erhalten		
Drucksache 18/209	2107 A	

Klaus Barthel (SPD)	2107 A
Herbert Behrens (DIE LINKE)	2109 B
Hansjörg Durz (CDU/CSU)	2110 B
Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2112 A
Thomas Jarzombek (CDU/CSU)	2113 B

Tagesordnungspunkt 11:

Antrag der Abgeordneten Herbert Behrens, Dr. Gregor Gysi, Caren Lay, weiterer Abge- ordneter und der Fraktion DIE LINKE: Nachtruhe am Flughafen Berlin-Branden- burg sicherstellen – Antrag des Landes Brandenburg unterstützen	
Drucksache 18/971	2114 D
Thomas Nord (DIE LINKE)	2115 A
Peter Wichtel (CDU/CSU)	2116 B
Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2117 C
Martin Dörmann (SPD)	2119 A
Klaus-Dieter Gröhler (CDU/CSU)	2120 D

Zusatztagesordnungspunkt 2:

Antrag der Abgeordneten Stephan Mayer (Altötting), Armin Schuster (Weil am Rhein), Clemens Binninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Lars Castellucci, Gabriele Fograscher, Uli Grötsch, weiterer Abgeord- neter und der Fraktion der SPD: Herstellung des Einvernehmens des Deutschen Bundes- tages mit der Bestellung des Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beim Deutschen Forschungsinstitut für Öff- fentliche Verwaltung, Speyer, als wissen- schaftlicher Sachverständiger im Rahmen der Evaluierung des Rechtsextremismus- Datei-Gesetzes	
Drucksache 18/974	2122 C
Clemens Binninger (CDU/CSU)	2122 D
Ulla Jelpke (DIE LINKE)	2124 A
Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD) ...	2124 D
Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2126 A

Tagesordnungspunkt 12:

Antrag der Abgeordneten Luise Amtsberg,
Volker Beck (Köln), Hans-Christian Ströbele,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kontoeröff- nungen für Flüchtlinge ermöglichen	
Drucksache 18/905	2127 A
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2127 B
Olav Gutting (CDU/CSU)	2128 A
Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2128 D
Ulla Jelpke (DIE LINKE)	2129 B
Uli Grötsch (SPD)	2130 A
Andrea Lindholz (CDU/CSU)	2131 C

Tagesordnungspunkt 13:

Beschlussempfehlung und Bericht des Aus- wärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Ab- geordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Atomwaffen ächten	
Drucksachen 18/287, 18/399	2132 C
Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD)	2132 C
Inge Höger (DIE LINKE)	2134 A
Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU)	2134 D
Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2135 D
Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU)	2136 D

Tagesordnungspunkt 14:

Antrag der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, weiterer Abge- ordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zukunft der bäuerlichen Milch- viehhaltung sichern	
Drucksache 18/976	2137 D
Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2138 A
Kees de Vries (CDU/CSU)	2138 D
Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE)	2139 C
Rainer Spiering (SPD)	2140 B
Artur Auernhammer (CDU/CSU)	2141 D

Tagesordnungspunkt 15:

Antrag der Abgeordneten Sabine Leidig, Herbert Behrens, Caren Lay, weiterer Abge- ordneter und der Fraktion DIE LINKE: Den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG neu und verantwortungsvoll besetzen	
Drucksache 18/592	2142 D
Sabine Leidig (DIE LINKE)	2143 A
Alexander Funk (CDU/CSU)	2144 C

Sabine Leidig (DIE LINKE)	2145 A
Matthias Gastel (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2145 D
Martin Burkert (SPD)	2146 D
Michael Donth (CDU/CSU)	2148 A

Tagesordnungspunkt 16:

Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nationales Reformprogramm 2014 nutzen – Wirt- schaftspolitische Steuerung in der EU ernst nehmen und Investitionen stärken	
Drucksache 18/978	2149 B
Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	2149 C
Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU)	2150 B
Wolfgang Tiefensee (SPD)	2152 A

Tagesordnungspunkt 17:

Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Anja Hajduk, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN: Fördermitteltrans- parenz erhöhen	
Drucksache 18/980	2153 D
Nächste Sitzung	2154 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten	2155 A
---	--------

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Roland Claus, Kersten Steinke, Kerstin Kassner, Birgit Wöllert (alle DIE LINKE) zur Abstim- mung über die Beschlussempfehlung des Peti- tionsausschusses zu Sammelübersicht 31 zu Petitionen (Tagesordnungspunkt 23 e)	2155 C
---	--------

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung des Antrags: Nationales Reformprogramm 2014 nutzen – Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU ernst nehmen und Investitionen stär- ken (Tagesordnungspunkt 16)	2156 C
<i>Klaus Ernst (DIE LINKE)</i>	2156 C

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Antrags: Fördermitteltransparenz erhö- hen (Tagesordnungspunkt 17)	2157 B
<i>Mark Hauptmann (CDU/CSU)</i>	2157 B
<i>Andrea Wicklein (SPD)</i>	2159 A
<i>Thomas Nord (DIE LINKE)</i>	2160 B
<i>Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)</i>	2160 D

(A)

(C)

26. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 3. April 2014

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet. Nehmen Sie bitte Platz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle herzlich.

Der Kollege **Eckhardt Rehberg** begeht heute seinen 60. Geburtstag. Dazu möchte ich ihm ganz herzlich gratulieren

(Beifall)

und alles Gute für das neue Lebensjahr wünschen. Wir geben uns auch große Mühe, ein passendes Programm für den heutigen Tag hier im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zu veranstalten,

(B)

(Heiterkeit)

damit der Tag in unauslöschlicher Erinnerung bleibt.

Wir müssen vor Eintritt in die Tagesordnung noch zwei Wahlen durchführen.

Für das **Kuratorium der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas** schlägt die SPD-Fraktion vor, den Kollegen **Michael Roth** als Mitglied zu wählen. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? – Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist der Kollege Roth gewählt.

Des Weiteren schlägt die SPD-Fraktion vor, für den ausgeschiedenen Kollegen Heinz Paula die Kollegin **Birgit Kömpel** als Mitglied des **Beirats der Schlichtungsstelle für den öffentlichen Personenverkehr** zu wählen. – Auch hierzu kann ich offensichtlich Einvernehmen feststellen. Damit ist die Kollegin Kömpel als Beiratsmitglied gewählt.

Es gibt eine interfraktionelle Vereinbarung, die verbundene **Tagesordnung** um die in der Zusatzpunktliste aufgeführten Punkte zu **erweitern**:

ZP 1 Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen der Bundesregierung aus dem IPCC-Weltklimabericht

(siehe 25. Sitzung)

ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Stephan Mayer (Altötting), Armin Schuster (Weil am Rhein), Clemens Binner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Lars Castellucci, Gabriele Fograscher, Uli Grötsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Herstellung des Einvernehmens des Deutschen Bundestages mit der Bestellung des Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beim Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer, als wissenschaftlichen Sachverständigen im Rahmen der Evaluierung des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes

(D)

Drucksache 18/974

ZP 3 Beratung des Antrags der Bundesregierung

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen an Bord der CAPE RAY im Rahmen der gemeinsamen VN/OVCW-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen

Drucksache 18/984

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Haushaltsausschuss gemäß § 96 der GO

Dabei soll wie üblich von der Frist für den Beginn der Beratungen, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Nach dem Tagesordnungspunkt 11 soll der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf der Drucksache 18/974 zur Herstellung des Einvernehmens des Deutschen Bundestages mit der Bestellung des Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beim Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung als wissenschaftlichem Sachverständigen im Rahmen der

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Evaluierung des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes aufgerufen werden. Dazu sind als Debattenzeit 25 Minuten vorgesehen.

Der Tagesordnungspunkt 20 wird abgesetzt. An dessen Stelle soll im Umfang von 38 Minuten der Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 18/984 zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz im Rahmen der VN-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen debattiert werden.

Schließlich mache ich noch auf eine nachträgliche Ausschussüberweisung im Anhang zur Zusatzpunktliste aufmerksam:

Der am 14. Februar 2014 (15. Sitzung) überwiesene nachfolgende Gesetzentwurf soll **zusätzlich** dem Ausschuss für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) **zur Mitberatung** überwiesen werden:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Erleichterung der Bewältigung von Konzerninsolvenzen**

Drucksache 18/407

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ich frage Sie, ob jemand gegen irgendeine dieser Vereinbarungen Einwände hat. – Das ist nicht zu erkennen. Dann haben wir das damit so beschlossen.

- (B) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)**

Drucksache 18/909

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 der GO

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 96 Minuten vorgesehen. – Auch das ist offenkundig einvernehmlich. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung legt heute ihr erstes wichtiges Gesetzespaket vor. Das Rentenpaket hat eine klare Botschaft: Wir halten Wort. Denn das, was wir hier heute auf dem Tisch liegen haben, haben wir den Menschen in unserem Land versprochen.

Das Rentenpaket hat eine klare Aussage. Sie geht über den einzelnen Rentenbescheid hinaus. Wenn wir die Lebensleistung von Müttern sowie von langjährig Versicherten, die unseren Sozialstaat über Jahrzehnte mit ihren Beiträgen stabilisiert und getragen haben, anerkennen, dann schaffen wir mehr Gerechtigkeit, und dann senden wir ein klares Signal: Wir erkennen die Lebensleistung von Menschen in unserem Land an.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In vielen Begegnungen der letzten Wochen wurde mir deutlich, dass die Botschaft auch ankommt. Als ich am Internationalen Frauentag in Andernach Rosen verteilte, kam eine Frau auf mich zu und erzählte mir: Ich habe drei Kinder großgezogen; die haben alle studiert. – Das war ihr ganz wichtig; das hat sie mehrfach betont. – Dass das endlich anerkannt wird, das freut mich. Kriegen Sie das Gesetz denn auch hin? – Ja, das kriege ich hin, sagte ich.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dieses Beispiel macht deutlich: Die Intention dieses Gesetzes, das, was wir machen, kommt bei den Menschen wirklich an. Daran merkt man: Es ist nicht geschenkt, es ist verdient. Das ist ein ganz zentraler Punkt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Die Rentendebatte hat schon hohe Wellen geschlagen. Die Vorhaben werden von manchen als Nachteil für die jüngere Generation ausgelegt. Ich begegne vielen jungen Menschen: Die gehen nicht auf die Barrikaden. Der Wohlstand unseres Landes hängt sehr stark damit zusammen, dass wir gute und leistungsfähige Unternehmen haben, gut ausgebildete Fachkräfte, Menschen mit Pflichtbewusstsein, die ihrer Arbeit nachgehen. Der Wohlstand unseres Landes hängt aber auch damit zusammen, dass wir Solidarität üben, Solidarität zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt. Das ist ein Kerngedanke der sozialen Marktwirtschaft, die Gott sei Dank über Jahrzehnte unser Land geprägt hat.

In diesem Geiste finden es die Jungen in einer über großen Mehrheit völlig in Ordnung, dass wir das für ihre Mütter, Großmütter und ihre Väter tun. Das, was wir heute vorlegen, finden sie vollkommen gerecht, auch generationengerecht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich sage ganz deutlich, meine Kolleginnen und Kollegen: Wer sich um Kinder gekümmert hat, der hat seinen Beitrag zum Generationenvertrag geleistet.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Deswegen rechnen wir die Erziehungsleistungen stärker an. Deswegen bekommen 10 Millionen Menschen – es sind vor allem Frauen – eine höhere Mütterrente.

Eine andere Begegnung: Als ich am letzten Wochenende nach Hause fliegen wollte und gerade meinen Flugschein vorgezeigt habe, sagten zwei ältere Damen in einem etwas rauen Ton, wie das in Berlin so üblich ist, zu

Bundesministerin Andrea Nahles

- (A) mir: Kommen Sie mal mit! Ich dachte: Oje, was ist jetzt los? Ist mit meinem Flugschein etwas nicht in Ordnung? Aber es kam etwas völlig anderes. Die beiden älteren Damen erzählten mir, sie seien 62 und 63 Jahre alt und arbeiteten beide schon seit 44 Jahren. Eine der beiden Damen fragte mich: Schaffen Sie das mit der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren? Da habe ich gesagt: Ja, das schaffe ich.

(Beifall bei der SPD)

Was wir damit zum Ausdruck bringen, ist: Wer 45 Jahre gearbeitet hat, also 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, der hat gegenüber drei bis vier Generationen von Rentnerinnen und Rentnern seine Pflicht im Generationenvertrag erfüllt. Das erkennen wir an, indem es keine Abschläge mehr geben soll. Das gilt jetzt für die rentennahen Jahrgänge, anschließend wächst es wieder auf.

Auch diese Regelung wurde kritisiert: Sie gelte nur für eine bestimmte Zahl von Menschen. – Das ist richtig. Genau diejenigen sind es, die unsere besondere Anerkennung verdienen. Denn das sind diejenigen, die direkt von der Schule in den Beruf gegangen sind, die 45 Berufsjahre durchgezogen haben.

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben die anderen das nicht?)

- (B) Diese Menschen haben noch durchschnittliche Arbeitszeiten von 45 Stunden in der Woche gehabt. Der freie Samstag musste noch erkämpft werden. Auch der Arbeitsschutz, der mittlerweile Standard ist, galt in den 70er-Jahren noch nicht.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erzählen Sie doch keine Märchen!)

Vor diesem Hintergrund – das will ich Ihnen ehrlich sagen – ist es klar: Diese Leute haben ihr Soll erfüllt. Ihre Arbeitsjahre merken sie jeden Tag in den Knochen. Deswegen ist diese Regelung gerecht. Deswegen werden wir sie auch umsetzen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will genauso klar sagen: Ich habe überhaupt kein Interesse daran, dass diese Regelung ausgenutzt wird, um neue Frühverrentungen zu befördern. Deswegen führen wir – dafür bietet die parlamentarische Debatte der nächsten Wochen ja auch eine gute Gelegenheit – intensive Gespräche über die Frage: Wie kann man verfassungskonform verhindern, dass diese Regelung ausgenutzt wird? Wenn es dabei zu Antworten im parlamentarischen Verfahren kommt, bin ich sehr froh darüber.

Ein wichtiger Punkt für mich ist die Tatsache, dass heute nur 14,7 Prozent der über 63-Jährigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. Das müssen wir ändern. Aus diesem Grund werden wir die Altersgrenze schrittweise von 63 auf 65 Jahre anheben. Wenn wir es in demselben Zeitraum schaffen würden, die Zahl der Beschäftigten von 14,7 Prozent auf 50 Prozent zu bringen, dann hätten wir schon viel erreicht. Ich

sage an dieser Stelle deswegen auch: Wir müssen dafür sorgen, dass von den Unternehmen – viele haben es schon verstanden; einige aber leider noch nicht – die Arbeit von Älteren wertgeschätzt wird. In der Vergangenheit war es oft genug so, dass Ältere ganz schnell zum alten Eisen zählten. Sie behinderten die Effizienz und den Erfolg im Wettbewerb. Das ist Schnee von gestern. Wir brauchen die Erfahrung der älteren Arbeitnehmer, der älteren Fachkräfte in unserem Land. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das sehen wir ja auch hier im Bundestag. Hier im Hohen Haus ist niemand seit 45 Jahren dabei.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wolfgang Schäuble!)

– Moment, Kollege Schäuble immerhin fast. Für das, was er in seinen 42 Jahren hier geleistet hat, hat er auf jeden Fall meine Anerkennung. Allerdings hat er nicht in die Rentenversicherung einbezahlt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will damit nur sagen: Wir wollen ausdrücklich, dass gerade die Erfahrung der Älteren in unserer Gesellschaft ihren Platz hat. Ich habe auch kein Problem, darüber zu reden, wie wir den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente zwischen 60 und 67 Jahren oder auch danach besser und flexibler gestalten können, als wir das jetzt tun. Dazu gibt es kluge Vorschläge. Die finde ich gut. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen aber auch: Ich kann mir da vieles vorstellen, solange ich dafür die finanziellen Möglichkeiten zur Verfügung gestellt bekomme.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In dem Rentenpaket, das jetzt vorliegt, geht es auch um eine bessere finanzielle Ausstattung der Reha. Für geburtenstarke Jahrgänge muss genug Geld da sein, damit die Forderung „Reha vor Rente“ auch eingelöst werden kann. Es geht nämlich um den Wiedereinstieg ins Berufsleben und nicht um das Abschieben aufs Altenteil. Das ist der Kern der Vorschläge zum Rehabudget. Wo es am Ende aber nicht mehr geht, wo wir das nicht mehr schaffen, wo die Menschen krank sind, werden wir solidarisch eintreten. Wer gesundheitlich nicht mehr in der Lage ist, zu arbeiten, der wird künftig bei verminderter Erwerbsfähigkeit besser abgesichert werden. Auch das ist beides im Rentenpaket enthalten.

Das Rentenpaket umsetzen heißt Wort halten. Es ist eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft. Es zeigt, dass diese Koalition sich vorgenommen hat, gute Arbeit, gute Renten und ein gutes Leben für die Menschen in unserem Land zu realisieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Matthias Birkwald für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Nahles, Sie haben Ihr Rentenpaket vorgelegt, und ich sage: Ja, aber. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir immer nur über Rentenkürzungen diskutiert. Jetzt diskutieren wir endlich einmal über bessere Leistungen für Rentnerinnen und Rentner. Das findet die Linke gut.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit Ihrem Rentenpaket gehen Sie mehrere Schritte in die richtige Richtung, aber

(Zurufe von der SPD: Ah!)

in Ihrem Rentenpaket finden sich – jetzt bitte gut aufpassen – zwei Gerechtigkeitslücken, ein großer Konstruktionsfehler, ein Tropfen auf den heißen Stein, eine Mogelpackung, eine zaghafte Verbesserung und eine offene Großbaustelle. Das, meine Damen und Herren, findet die Linke schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Überschrift für Ihr Rentenpaket lautet: Manches wird besser, aber nichts wird gut.

(B)

Gehen wir die Punkte mal im Einzelnen durch:

Die sogenannte Mütterrente. Die Absicht ist gut: mehr Gerechtigkeit bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten. Aber die Umsetzung ist schlecht.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Was?)

Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, Herr Kauder, soll es ab dem 1. Juli insgesamt gut 57 Euro Mütterrente im Westen und knapp 53 Euro im Osten geben. Das ist die erste Gerechtigkeitslücke; das ist ungerecht und das ist falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall sind im Osten geborene Kinder auf dem Rentenkonto ihrer Eltern immer noch weniger wert als im Westen geborene Kinder. Das ist beschämend.

(Beifall bei der LINKEN)

Für Kinder, die nach 1992 geboren wurden, wird es ab Juli im Westen 85 Euro und im Osten 79 Euro auf dem Rentenkonto von Mutter oder Vater geben. Das ist die zweite Gerechtigkeitslücke. Ich frage Sie, Frau Nahles: Was soll das? – Sie sagen, Sie schließen die Gerechtigkeitslücke bei den Kindererziehungszeiten, doch das stimmt nur zur Hälfte. Jedes Kind muss der Gesellschaft gleich viel wert sein, und zwar völlig egal, ob es in Leipzig geboren wurde oder in Köln, ob es 1960 geboren wurde oder 2010. Deswegen sagt die Linke: Wir

wollen für jedes Kind rund 86 Euro auf dem Rentenkonto von Mutter oder Vater haben. **(C)**

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie wollen die Mütterrente ernsthaft aus Beiträgen der Versicherten finanzieren. Das bedeutet ganz schlicht: Die Altenpflegerin zahlt für die Mütterrente der Ärztin. Das ist der große Konstruktionsfehler in Ihrem Rentenpaket, und zwar aus zwei Gründen: Kindererziehung ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Reiche, Beamtinnen und Beamte, Rechtsanwälte, Steuerberaterinnen, Architektinnen und Politikerinnen und Politiker müssen sich an ihrer Finanzierung beteiligen. Deshalb muss diese Mütterrente unbedingt aus Steuermitteln finanziert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Alles andere ist verfassungswidrig. Der zweite Grund: Dieses Geld fehlt dann bei der echten Armutsbekämpfung. Das ist das zweite Problem bei der Finanzierung der Mütterrente.

Das wird bei den Erwerbsminderungsrenten deutlich. Auch hier, Frau Nahles, ist Ihre Absicht gut: Wer krank ist, darf nicht mit Almosen abgespeist werden. – Aber auch hier ist Ihre Umsetzung schlecht. Ihr Vorschlag bringt Kranken, die nicht mehr arbeiten können, gerade mal 36 Euro netto. Das ist besser als nichts, aber es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der LINKEN)

Niemand wird freiwillig krank, und darum sage ich: Die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente müssen gestrichen werden, und zwar komplett. Das brächte im Schnitt 77 Euro im Monat. Wir Linken sagen: Die Zurechnungszeit muss um drei statt um zwei Jahre verlängert werden. Insgesamt brächte das 130 Euro mehr. Ich sage: So holt man kranke Menschen aus der Grundsicherung heraus, meine Damen und Herren. **(D)**

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Noch besser wäre es übrigens, wenn die Beschäftigten gar nicht erst dauerhaft krank werden würden. Dazu brauchen wir – Sie haben ja die Reha erwähnt – gute Reha-Maßnahmen. Die kosten Geld, und die Babyboomer kommen so langsam ins Rehaalter; das haben Sie erkannt. Darum wollen Sie mehr Geld für Reha-Maßnahmen ausgeben. Das ist gut. Aber warum um Himmels willen, Frau Nahles, wollen Sie das Rehabudget ab 2017 wieder zurückfahren? Die Deutsche Rheuma-Liga „bezweifelt ..., ob die geplanten Maßnahmen ausreichen, um den wachsenden Bedarf an Rehabilitationsmaßnahmen zukunftssicher zu gestalten“. Das ist richtig. – Ihr Vorschlag bringt nur eine zaghafte Verbesserung. Ich sage: Alle kranken Männer und Frauen, die eine Reha-Maßnahme brauchen, sollen sie auch bekommen, und deshalb muss der Rehadeckel weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Matthias W. Birkwald

- (A) Kommen wir zur Rente ab 63/65. Liebe Arbeitgeber, hören Sie jetzt bitte mal gut zu. Es geht nicht um Privilegien; es geht um Menschen, die früh ins Berufsleben eingestiegen sind und ein Leben lang gearbeitet haben. Bisher werden diese Kolleginnen und Kollegen durch Abschlüsse bestraft. Nach 45 Beitragsjahren vorzeitig abschlagsfrei in Rente zu gehen, ist gerecht. Wer früh anfängt, muss auch früh aufhören können.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Thomas Oppermann [SPD]: Richtig! Aber was kommt jetzt?)

So weit, so gut, Herr Oppermann, aber das Ganze ist eine Mogelpackung; denn von der Regelung sind nur sehr wenige Jahrgänge betroffen. Nur wer zwischen dem 1. Juli 1951 und Silvester 1952 geboren wurde und die 45 Beitragsjahre zusammenbekommt, nur für den oder die gilt die Rente ab 63. Danach wächst sie in Zweimonatsschritten wieder auf zur Rente ab 65. Das ist eine Mogelpackung!

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Oppermann [SPD]: Sehr langsam, Herr Kollege!)

Ein weiterer Kritikpunkt ist: Sie wollen ernsthaft Langzeiterwerbslose von der Rente ab 63 ausschließen. Ich frage Sie jetzt einfach einmal – Frau Nahles, Ihr Vater ist Maurer, wie ich weiß –: Was ist denn der Unterschied zwischen einem Maurer, der einmal vier Jahre arbeitslos gewesen ist und einem Maurer, der viermal ein Jahr arbeitslos gewesen ist? Aus meiner Sicht haben beide dieselbe Lebensleistung erbracht, und deswegen müssen sie gleich behandelt werden. Die Linke fordert: Alle Zeiten der Arbeitslosigkeit müssen bei der Rente ab 63 mit berücksichtigt werden.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Rente ab 63 ist übrigens auch deswegen eine große Mogelpackung, weil in Wirklichkeit für fast alle Menschen gilt, dass sie in Zukunft bis 66 oder 67 arbeiten müssen; wenn sie es denn können. Bei der großen Mehrheit wird das nicht der Fall sein. Sie wird weiterhin mit Abschlüssen bestraft. An dieser Situation ändern Sie nichts. Das ist schlecht. Die Linke will deshalb die Rente erst ab 67 abschaffen, und zwar ohne Wenn und Aber. Das ist notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich fasse Ihr Rentenpaket zusammen: Viermal gut gemeint, aber viermal schlecht gemacht.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Frau Nahles, Sie bauen in einem sanierungsbedürftigen Haus hier ein neues Waschbecken ein und da einen neuen Treppenabsatz an, aber Sie wagen sich nicht an das große Loch im Fundament. Das ist das Problem.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sie haben doch vom Bauen überhaupt keine Ahnung!)

(C) Die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel tasten Sie überhaupt nicht an. Das ist Ihre offene Großbaustelle.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wenn es eine gibt, dann ist das der Berliner Flughafen!)

Deshalb wird das Rentenniveau weiter fallen – das steht in Ihrem Gesetzentwurf drin –: auf 43,7 Prozent im Jahr 2030. Das bedeutet: Von einer Rente von ehemals 1 000 Euro werden dann nur noch 810 Euro übrig bleiben. So wird aus Ihrem Rentenpaket ein Rentenpäckchen. Diese Abwärtsspirale muss gestoppt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen die gesetzliche Rentenversicherung stärken, damit die Jungen, die heute in die Rentenkasse einzahlen, später eine Rente erhalten, die zum Leben reicht. Die Linke fordert echte Maßnahmen gegen Altersarmut. Außerdem wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben; das war das Niveau im Jahr 2001, bevor Schröder und Riester die Rente ruiniert haben. Das Rentenniveau muss steigen, und zwar dauerhaft. Das wäre generationengerecht; denn das nutzt den Jungen und den Alten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Oppermann [SPD]: Ein bildreicher Vortrag!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Karl Schiewerling ist der nächste Redner für die (D) CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung bringt heute den Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung in die parlamentarische Beratung ein. Ich zolle der Bundesarbeitsministerin, dem Bundesarbeitsministerium und der zuständigen Abteilung Respekt für die Zügigkeit, mit der sie diese Gesetzesinitiative angepackt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es geht in der Tat darum, die Situation vieler Menschen zu verbessern. Für die Union war es im Wahlkampf und auch schon lange davor ein zentrales Anliegen, die Situation der Frauen zu verbessern, die Kinder erzogen haben, aber keine Möglichkeit hatten, Arbeitswelt und Familie miteinander zu vereinen, weil es keine Betreuung über Mittag und keine Kindertagesstätten gab. Ihnen gebührt unser Respekt. Durch die Mütterrente erkennen wir die Erziehungsleistungen dieser Frauen an.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will an dieser Stelle mit dem Märchen aufräumen, dass die Mütterrente ausschließlich aus Beiträgen finanziert wird. Hören Sie mit dem Unfug auf!

Karl Schiewerling

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Die Deutsche Rentenversicherung zahlt im Jahr 255 Milliarden Euro aus. Diese Summe wird zu einem Drittel von den Arbeitnehmern finanziert, zu einem Drittel von den Arbeitgebern, und ein Drittel ist Bundeszuschuss. Der Bundeszuschuss beträgt etwa 82 Milliarden Euro. In diesen 82 Milliarden Euro befinden sich 12,6 Milliarden Euro für die Kindererziehungszeiten. Von diesen 12,6 Milliarden Euro geben wir heute etwa 5,9 Milliarden Euro für die Kindererziehungszeiten aus. Die Rücklage von etwa 32 Milliarden Euro setzt sich zusammen aus einem Drittel Beitrag der Versicherten, einem Drittel Beitrag der Arbeitgeber und einem Drittel Steuern.

(Thomas Oppermann [SPD]: So ist es!)

Das entspricht jeweils über 10 Milliarden Euro.

Wir senken den Rentenversicherungsbeitrag nicht. Er bleibt bei 18,9 Prozent. Das hat zur Konsequenz, dass auch der Staat seinen Zuschuss an der Rentenversicherung nicht reduziert und auf diesem Weg auch seinen Beitrag zur Mütterrente zahlt. Deswegen ist diese Regelung verantwortungsvoll.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ändert nichts daran, dass Sie die Rücklage aufbrauchen!)

- (B) In der Tat geht es um Zukunftsgerechtigkeit, um Gerechtigkeit gegenüber den zukünftigen Generationen. Wir haben doch nie einen Hehl daraus gemacht, dass diese Mütterrente von denjenigen finanziert werden muss, die jetzt Steuern und Beiträge zahlen. Wir tun das, weil diejenigen, die Kinder erzogen haben, erst dafür gesorgt haben, dass es unserem Land heute gut geht. Deswegen unternehmen wir diesen Schritt. Das ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Für die Union ist es zentral, dass wir mit Mut und Augenmaß unter Leitung von Angela Merkel an den unter Federführung von Franz Müntefering getroffenen Beschlüssen zur Rente mit 67 festhalten, und zwar einschließlich der abschlagsfreien Rente für diejenigen, die lange gearbeitet haben. Nach 45 Beitragsjahren soll man im Alter von 65 Jahren in Rente gehen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Begründungen für diese Rentenreform, die wir 2007 durchgeführt haben, haben sich nicht geändert. Die Menschen werden immer älter. Sie leben immer länger, übrigens leben sie auch immer länger gesünder. Die Menschen liegen nicht mit 65 Jahren schlagartig darnieder.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Es leben nicht alle immer länger!)

Es ist eine Tatsache, dass immer weniger Menschen geboren werden. Die Grundlagen der Rentenversicherung – das ist eine demografische Frage – haben sich nicht geändert.

(C) Nun haben wir in der Koalition vereinbart, dass wir von diesem Gesetz, das wir 2007 verabschiedet haben, vorübergehend abweichen und denjenigen, die besonders lange gearbeitet haben, die Möglichkeit geben wollen, mit 63 Jahren vorzeitig abschlagsfrei in Rente zu gehen. Ich glaube, dass die Begründungen, die die Bundesarbeitsministerin in ihrem Begleitschreiben zu diesem Gesetzentwurf geliefert hat, Argumente beinhalten, die nicht von der Hand zu weisen sind. Es geht – so steht es in der Begründung – insbesondere um die Menschen, die während der deutschen Wiedervereinigung besondere Nachteile und Schwierigkeiten in Kauf nehmen mussten, die oft unverschuldet arbeitslos wurden, und es geht um die Umbruchsituation in industriellen Kernzonen, zum Beispiel im Ruhrgebiet. Denjenigen, die davon besonders betroffen sind, soll nun in besonderer Weise geholfen werden.

Wir legen großen Wert darauf, dass wir, wenn wir diesen Schritt jetzt gehen, bis 2029, wenn die Rente mit 67 erstmals voll greift, auch die Rente mit 65 nach 45 Beitragsjahren wieder erreicht haben und wir sie so erreicht haben, wie es ursprünglich gedacht war.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Bundesarbeitsministerin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es im parlamentarischen Beratungsverfahren noch Veränderungen geben wird. Hier gilt das Stuck'sche Gesetz: Kein Gesetzentwurf verlässt den Bundestag so, wie er eingebracht wurde. Wir werden das in guter, fairer und vernünftiger Art miteinander diskutieren und bis zur endgültigen Abstimmung klären.

(D) Damit die Menschen bis 67 arbeiten können, damit die Menschen auch dann, wenn sie gesundheitliche Schwierigkeiten haben, die Möglichkeit haben, ihrem Erwerb nachzugehen und für ihre Altersvorsorge selbst zu sorgen, wollen wir die finanziellen Möglichkeiten der Rehabilitation, der medizinischen wie der beruflichen, verbessern. Der Rehadeckel ist notwendig; denn es muss hier auch Grenzen geben. Ich kann Ihnen einige Fälle nennen, die zeigen, dass zum Teil Rehabilitationen gemacht werden, die in dieser Dimension nicht nötig gewesen wären. Deswegen brauchen wir den Deckel. Aber es muss ein atmender, ein flexibler Deckel sein, der dann ansteigt, wenn viele Menschen davon betroffen sind, und wieder sinkt, wenn weniger Menschen in der entsprechenden Alterskohorte sind. Das halten wir für den richtigen Weg.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das sichert nicht, dass jeder eine Rehamaßnahme krieg, der sie braucht! Darum geht es!)

Deswegen ist der Weg, den wir im Gesetzgebungsverfahren beschreiten, richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben auch die besondere Situation der Menschen im Blick, die krank geworden sind, ohne dass sie etwas dafür können, und eine Erwerbsminderungsrente beziehen. Ja, wir als Union und übrigens auch unser Koalitionspartner, die SPD, hätten wirklich gerne noch mehr im Bereich der Erwerbsminderungsrente gemacht.

Karl Schiewerling

- (A) Aber wir haben auch andere Ziele im Blick zu behalten, nämlich die Ziele, die der Bundesfinanzminister hat. Es geht dabei darum, die Steuern nicht zu erhöhen und die Staatsausgaben in den Griff zu bekommen, damit wir über diesen Weg eine nachhaltige Grundlage für unser Land schaffen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mütterrente! Da, wo es darauf ankommt, geht Ihnen die Luft aus!)

Diese Ziele setzen uns gewisse Grenzen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ausgerechnet bei den Kranken!)

Auch wir wollen in der Tat flexiblere Übergänge in die Rente. Norbert Blüm hat jüngst in einem Interview dargelegt, dass die Zeit des Gleichmarsches im Industriezeitalter längst vorbei ist. In unserer Gesellschaft gibt es unterschiedliche Lebenssituationen. Es gibt Menschen, die weit länger als bis 67 arbeiten können und das auch gerne möchten. Dann gibt es Menschen, die etwas früher in Rente gehen möchten, und es gibt Menschen, die vor dem Erreichen des Renteneintrittsalters gerne etwas kürzertreten möchten. Wir müssen uns der Verbesserung dieser flexiblen Übergänge annehmen. Die Möglichkeiten, die es heute schon gibt, wollen wir nutzen und gegebenenfalls etwas gängiger machen. Wir werden auch Vorschläge machen, wie wir diese Übergänge für spätere Zeiten gestalten können.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

(B)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Ich sehe einen zentralen Punkt bei der Rentenreform, über die wir jetzt diskutieren, der auch für die Zukunft wichtig sein wird.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass es für die Diskussion weiterer interessanter Gesichtspunkte die erforderliche Zeit nicht mehr gibt?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Er darf länger! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wir sparen das ein!)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Ja. Ich nenne auch keinen weiteren Gesichtspunkt mehr, sondern mache nur noch eine abschließende Bemerkung, Herr Präsident. – Für uns ist zentral, dass die Rentenversicherung das bleibt, was sie ist: eine Rentenversicherung und keine Sozialleistung. Die Rente ist keine Fürsorgeleistung des Staates, sondern selbst erarbeitet. Wir müssen bei allem, was wir tun, darauf achten, dass die Menschen wissen, dass sie das, was sie im Alter bekommen, selbst verdient haben. Rente hat etwas damit zu tun, dass man stolz auf seine Lebensleistung sein kann. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass diese Systeme nicht vermengt werden und dass die Menschen stolz sein können auf das, was sie geleistet haben. Der Staat wird dies honorieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält nun Katrin Göring-Eckardt das Wort.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schiewerling, Sie haben es gerade noch einmal sehr deutlich gesagt: Bei der Rente geht es um Leistung. Frau Nahles hat gesagt, dass es um die Anerkennung von Lebensleistung geht. Wenn man sich Ihr Paket anschaut und es ausgepackt hat, dann sieht man, dass es in ganz vielen Punkten eine Mogelpackung ist; denn es geht nicht um die Lebensleistung aller, sondern nur um die Lebensleistung mancher. Das kritisieren wir. Wir sagen Ihnen: Schauen Sie bitte genauer hin, wenn es gerecht zugehen soll. Schauen Sie sich bitte an, wie die Situation derer ist, die im Alter in Armut leben. Diese Menschen haben Sie bei Ihrem Rentenpaket vergessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist mit den Frauen, insbesondere im Westen der Republik, die gar keine Chance hatten, tatsächlich so lange zu arbeiten, weil sie keine Kinderbetreuung hatten, und die dann trotz guter Ausbildung nur Teilzeitjobs oder niedrig bezahlte Jobs hatten? Diese Frauen vergessen Sie bei Ihrem Rentenpaket. Das ist ungerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist mit denen, deren Rentenniveau so weit sinkt, dass von Fairness, von Anerkennung in der Rente überhaupt nicht mehr die Rede sein kann? (D)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das Rentenniveau habt ihr abgesenkt, liebe Kollegin von den Grünen!)

Nein, meine Damen und Herren, der eigentliche Reformbedarf in der Rentenversicherung ist riesig. Aber Sie legen ein Paket vor, das gerade nicht reformiert. Sie machen das Gegenteil. Ich sage Ihnen: Sie bauen vor allen Dingen das Vertrauen ab, das es in dieses System einmal gegeben hat; man muss sich nur einmal anschauen, was man als junger Mensch überhaupt noch von der Rentenversicherung erwarten kann. Das sage ich Ihnen, obwohl ich es gut und richtig finde und obwohl auch ich den Älteren gönne, was sie jetzt bekommen.

Aber fragen Sie einmal die 20-Jährigen, was die für sich selbst von der Rentenversicherung erwarten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die sind überwiegend für die Rente ab 63! Da gab es gerade eine neue Studie!)

Die erwarten nicht mehr, dass das eine Umlage ist. Die erwarten noch nicht einmal mehr, dass es ein Nullsummenspiel ist. Das sind Leute, bei denen wir davon ausgehen, dass sie in einer nicht einfachen Situation hart arbeiten werden, viele von ihnen wahrscheinlich 45 Jahre oder nach Ihren Vorstellungen sogar länger. Ich finde, wenn man über Gerechtigkeit redet, dann muss es um

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Gerechtigkeit für alle gehen, die hart gearbeitet haben, und um Gerechtigkeit für alle, die gar keine Chance hatten, die Vorgaben zu erreichen, die Sie hier vorlegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Rentenniveau sinkt, die Altersarmut steigt, und die Verbesserung bei den Erwerbsminderungsrenten macht in Ihrem Paket noch nicht einmal 10 Prozent aus. Ich will Ihnen sagen, wie die Situation heute ist: Wer heute arbeitsunfähig ist, der kriegt im Durchschnitt 600 Euro im Monat. 600 Euro! Das liegt unterhalb des Existenzminimums. Wer so wenig Geld hat, der muss im Alter zum Sozialamt gehen. Wer ist überhaupt von Erwerbsminderung betroffen? Das sind nicht Leute, die faul auf der Haut gelegen haben. Das sind nicht Leute, die in der Hängematte gelegen haben. Das sind Leute, die hart gearbeitet haben, und zwar so hart, dass sie krank geworden sind. Profitieren werden überhaupt nur die, die nach dem 1. Juli dieses Jahres in Rente gehen. Die kriegen dann am Ende 40 Euro mehr im Monat, also 600 Euro plus 40 Euro.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reicht immer noch nicht!)

Dann haben die aber immer noch keine auskömmliche Rente, meine Damen und Herren. Da sage ich Ihnen klar und deutlich: Das hat mit Gerechtigkeit, so wie wir sie verstehen, nichts zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Ich verstehe nicht, warum Ihr Gerechtigkeitsempfinden gerade bei denen aufhört, die besonders auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen wären.

Herr Schiewerling, ich finde, Ihre Einlassungen zu den Rehaleistungen haben gezeigt, mit welchem Zynismus Sie da herangehen.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Was? Das ist ja unverschämt!)

– Nein.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Wenn Sie Ahnung hätten, würden Sie so einen Quatsch nicht erzählen!)

– Herr Schiewerling, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: „Es gibt Leute, die Rehaleistungen in Anspruch nehmen, die sie eigentlich nicht brauchen“

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Nein! Von denen rede ich gar nicht! – Gegenruf des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie aber gesagt! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja, das haben Sie gesagt, Herr Kollege!)

– das haben Sie hier gesagt –, dann sage ich Ihnen ganz klar und deutlich: Das ist nicht meine und nicht unsere Haltung gegenüber denen, die vom Arbeiten krank geworden sind und Unterstützung brauchen. Das Reha-paket ist schon klein genug, und die Leistungen nehmen diejenigen in Anspruch, die sie tatsächlich brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: So hat er das ja gar nicht gesagt!)

(C)

Nun zur Lebensleistung derer, die so lange gearbeitet haben; Beispiele sind genannt worden. All diese Menschen gehören einer bestimmten Generation an. Jetzt kann man sagen: Ja, denen gönnen wir das. – Das ist klar. Diejenigen, die zwischen 1951 und 1964 geboren sind, haben die Chance auf eine Verbesserung. Eine wirkliche Verbesserung gibt es aber nur für eine ganz kleine Gruppe. Nicht erreichen werden Sie die Jüngeren. Nicht erreichen werden Sie viele Frauen, die wenig verdient haben. Nicht erreichen werden Sie die Ostdeutschen. Die haben bei Ihnen keine Chance.

Man hat schon den Eindruck, Gerechtigkeit gibt es bei Ihnen nur für diejenigen, die Sie gut kennen,

(Heiterkeit des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

nämlich für diejenigen, mit denen Sie auf der Schulbank saßen, so nach dem Motto: Man kennt sich, und man hilft sich.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Die anderen, also diejenigen, die heute alt sind und in Armut leben, und diejenigen, die jung sind und nach Ihren Vorstellungen selbstverständlich länger arbeiten müssen, haben Sie vergessen.

(D)

(Katja Mast [SPD]: Das ist aber ziemlich weit hergeholt!)

Auch das, meine Damen und Herren, ist nicht gerecht. Deswegen sage ich klar und deutlich: Die Gerechtigkeit hört in Ihrem Rentenpaket da auf, wo Sie nicht hinguken können. Sie vergessen die, die wirklich Unterstützung brauchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich werden wir eine Diskussion über Fachkräfte führen. Wir werden eine Diskussion über Frühverrentung haben. Ich verstehe nicht, wieso Sie Ihre Energie nicht da hineinstecken, von den Unternehmen zu verlangen, dass es eine echte Kultur der Altersarbeit gibt, von der dann am Ende alle profitieren, dass es tatsächlich flexible Übergänge gibt. Ich verstehe gar nicht, wieso Sie die Gewerkschaften nicht in die Pflicht nehmen, für Arbeitsbedingungen zu sorgen, bei denen solche flexiblen Übergänge möglich sind, und für Arbeitsbedingungen zu sorgen, bei denen auch Ältere in Unternehmen noch anständig arbeiten können. Das ist die Aufgabe: die Gewerkschaften und die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, politisch zu sagen: „Daran arbeiten wir“, und nicht einfach zu sagen: „Das ignorieren wir ab heute.“ – Denn die Leute gibt es. Es gibt die Leute, die lange arbeiten müssen und die es sich gar nicht leisten können, auch nach Ihrem Paket nicht, mit 63 in Rente zu gehen, weil nämlich ihre Rente so verdammt niedrig ist, dass sie davon am Ende nicht leben können. Meine Damen und

Katrin Göring-Eckardt

- (A) Herren, ich sage Ihnen noch einmal: Gerecht geht anders.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bitte ich Sie herzlich: Denken Sie doch wenigstens nach über die heutigen Kleinrentner, deren Rentenniveau Sie senken! Denken Sie darüber nach, was mit der Rentnerin ist, die in der zweiten Hälfte des Monats an dem Ausflug nicht teilnehmen kann, weil sie sich Kaffee und Kuchen schlicht und ergreifend nicht leisten kann!

(Widerspruch des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU])

– Schön, dass Sie darüber lachen.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Bei Ihrem Beitrag!)

Ich finde, ehrlich gesagt, dass diese Frau, die in Altersarmut lebt, Ihnen ein Anliegen sein muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denken Sie im Übrigen auch darüber nach, was Sie mit dem Bundeshaushalt und mit der Rentenversicherungskasse machen! Sie wissen schon, dass es ab 2017/18 nicht mehr reichen wird. Das, was Sie machen, hat mit Zukunftsverantwortung nichts zu tun. Deswegen sage ich Ihnen: Ihr Paket ist nicht gerecht, und es ist zukunftsvergessen.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer direkten Erwiderung nach § 30 unserer Geschäftsordnung erhält der Kollege Schiewerling das Wort.

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Frau Kollegin Göring-Eckardt, ich möchte Ihnen danken, dass Sie auf meinen Beitrag zur Rehabilitation eingegangen sind, weil mir das die Gelegenheit gibt, Missverständnisse, sollte es sie gegeben haben, an dieser Stelle auszuräumen. Ich sage das auch als jemand, der nun seit mehr als 30 Jahren in der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung tätig ist und auch Verantwortung für die Rehabilitation trägt.

Im Mittelpunkt meines Hinweises standen die vielfältigen Anfragen von Rehabilitationsträgern, das Rehabudget unbegrenzt zu erhöhen. Wenn man jedoch Rehabilitationsträgern keine finanziellen Grenzen setzt, dann ist die Gefahr groß, dass das Rehabudget ausufert. Es geht also nicht darum, ob diejenigen, die eine Rehabilitation brauchen, eine Rehabilitation auch bekommen – das ist völlig unstrittig; deswegen wollen wir die Möglichkeiten auch erweitern –, sondern es geht grundsätzlich darum, den Reha-Deckel beizubehalten, weil wir sonst die Kosten nicht mehr in den Griff bekommen.

Das ist meine Intention gewesen. Meine Aussage betraf überhaupt nicht die Menschen, die eine Reha dringend benötigen; im Gegenteil: Ich würde mir sehr wün-

schen, dass, wenn wir die Rehabilitationsmöglichkeiten jetzt erweitern, möglichst viele, die eine Reha brauchen, diese auch in Anspruch nehmen, damit sie wieder fit werden für die Arbeitswelt. Das war meine Intention. Mir lag daran, das an dieser Stelle klarzustellen. Auf alle anderen Aussagen in Ihrer Rede will ich nicht eingehen; ich denke, die Kolleginnen und Kollegen, die nach mir reden, werden das tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Solange es den Deckel gibt, werden nicht alle eine Reha kriegen, die sie brauchen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Carola Reimann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Carola Reimann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selten habe ich zu einem geplanten Gesetz so viele Briefe, E-Mails und Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern erhalten wie in den letzten Wochen zum Rentenpaket. Die persönlichen Anfragen und Reaktionen bestätigen das, was uns die Umfragen der letzten Wochen auch sagen: Die Menschen wollen das Rentenpaket, und sie wollen, dass es jetzt möglichst zügig umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist klar: Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass das gesamte Paket wie angekündigt ab dem 1. Juli bei den Leuten ankommt – nicht mehr und nicht weniger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verfolgen mit dem Rentenpaket ein klares Ziel: Wir wollen Gerechtigkeitslücken schließen und die Lebensleistung unserer Rentnerinnen und Rentner besser honorieren. Niemand wird die Lebensleistung von Menschen anzweifeln, die 45 Jahre gearbeitet haben und die 45 Jahre mit ihren Beiträgen die gesetzliche Rentenversicherung stabil gehalten haben. Wir wollen nicht, dass sie nach Jahrzehnten harter Arbeit auch noch mit Abschlagen bestraft werden. Wir wollen ihre Lebensleistung honorieren und nicht bestrafen, auch wenn gesellschaftliche Umbrüche stattgefunden haben.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, wollen wir uns ganz genau an den Koalitionsvertrag halten. Ich will daraus noch einmal zitieren. Auf Seite 51 steht:

Langjährig Versicherte, die durch 45 Beitragsjahre

– Folgendes steht dort explizit –

(einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit) ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, können ab dem 1. Juli 2014 mit dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Carola Reimann

- (A) Kolleginnen und Kollegen, Lebensleistungen anerkennen, das gilt auch für die Erziehungsleistungen von Müttern von vor 1992 geborenen Kindern. Auch diese werden wir besser anerkennen. Außerdem werden wir etwas für Menschen tun, die aus gesundheitlichen Gründen – das ist hier schon angeklungen – früher auf Leistungen aus der Rentenversicherung angewiesen sind. Zum einen sorgt das Rentenpaket für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, zum anderen wollen wir die Rehabilitation stärken.

Es ist wichtig, dass wir in der Rentenversicherung den Fokus künftig stärker auf Gesundheit richten. Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist absehbar, dass die Notwendigkeit von Rehabilitationsmaßnahmen insgesamt wächst. Wir wollen, dass alle möglichst lange gesund und aktiv am Berufsleben teilnehmen können und auch nach einer Krankheit in die Arbeit zurückkehren können. Unser Motto ist da „Reha vor Rente“, gerade weil wir wissen, dass in Zukunft jeder Mann und jede Frau auf dem Arbeitsmarkt gebraucht wird.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Dann muss der Rehadeckel weg!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, uns geht es also um die Anerkennung von Lebensleistungen, um Unterstützung im Krankheitsfall und um Unterstützung bei der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt. Wer dies abfällig als „Wahlgeschenke“ abtut, hat offensichtlich keine Ahnung, wie notwendig und wie wichtig die einzelnen Maßnahmen des Rentenpakets für viele sind. Wir spielen hier nicht das verspätete Christkind, sondern wir sorgen dafür, dass die Rente besser und gerechter wird.

- (B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich gibt es das alles nicht zum Nulltarif. Aber wir sind in der Lage, die notwendigen Verbesserungen zu finanzieren, weil wir dank unserer wirtschaftlichen Stärke finanziell gut aufgestellt sind. Diese wirtschaftliche Stärke ist im Übrigen nicht vom Himmel gefallen; vielmehr ist sie ein Ergebnis weitreichender Reformen, die wir Sozialdemokraten in schwierigen Zeiten durchgesetzt haben – auch bei der Rente.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das war nicht populär, und das war für keinen von uns leicht; aber es war notwendig und an der Zeit. Genauso ist es jetzt notwendig und an der Zeit, dass wir Gerechtigkeitslücken in der Rente schließen.

Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir brauchen hier keine Belehrungen. Wir haben bei unserer Rentenpolitik der letzten Jahre immer beides im Blick gehabt: die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Herausforderungen der Zukunft genauso wie die Lebensleistungen und die Interessen der älteren Generation.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das kann man so und so sehen!)

Für uns ist das kein Widerspruch; für uns gehört das zusammen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir starten nun mit den parlamentarischen Beratungen zum Rentenpaket. Es ist ein Paket, das wir als Große Koalition bereits in den Koalitionsverhandlungen vereinbart haben und das nach hervorragender Arbeit der Ministerin Nahles und ihres Ministeriums nun in Gesetzesform hier im Bundestag angekommen ist. Der Generalsekretär der CDU, der Kollege Tauber – ich glaube, er ist gerade nicht da –, hat kürzlich gesagt, er werde die Einführung der Mütterrente liebevoll begleiten. Das freut mich. Wir werden das selbstverständlich mit genauso viel Hingabe tun: bei der Mütterrente, bei der Rente mit 63, bei der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und auch bei der Stärkung der Reha. Ich bin zuversichtlich, dass wir so gemeinsam das große Rentenpaket zügig auf den Weg bringen werden, damit es rechtzeitig ab dem 1. Juli 2014 den Menschen zugutekommt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sabine Zimmermann erhält nun das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Debatte hier so verfolgt, dann muss man einfach denken: Sie kennen die Realität in diesem Land nicht, Sie wissen nicht, dass Millionen von Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten, teilweise mit 4,50 Euro die Stunde nach Hause gehen, Sie wissen nicht, dass viele Menschen die Grundsicherung im Alter brauchen, weil sie in den ganzen Jahren so niedrige Löhne hatten. Ich denke, dass Sie die Realität gar nicht kennen.

Sie sprechen hier vollmundig über die Anerkennung der Lebensleistung und das Schließen von Gerechtigkeitslücken. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mein Kollege Matthias W. Birkwald hat recht, wenn er sagt: Bei den von Ihnen angekündigten Maßnahmen handelt es sich nicht um ein Rentenpaket, es handelt sich allenfalls um ein Rentenpäckchen und noch dazu um eine Mogelpackung.

(Beifall bei der LINKEN)

„Rente muss zum Leben reichen“, das fordert auch der Deutsche Gewerkschaftsbund zu Recht in seiner Kampagne. Dank Ihrer Senkung des Rentenniveaus und Ihrer Rente ab 67 werden aber immer mehr Menschen sagen müssen: Meine Rente reicht nicht zum Leben. – Hier ist Altersarmut vorprogrammiert. Und was tun Sie? Sie tun nichts, meine Damen und Herren.

Sabine Zimmermann (Zwickau)

- (A) Ihre Maßnahmen haben mit Gerechtigkeit definitiv nichts zu tun. Schauen wir uns die sogenannte Mütterrente einmal an: Sie wollen die Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder richtigerweise besser anerkennen. Statt ein Jahr lang soll künftig zwei Jahre lang der Durchschnittsbeitrag in die Rentenversicherung fließen. Bei den Eltern, deren Kinder nach 1992 geboren sind, werden aber drei Jahre anerkannt. Ich frage Sie: Ist das gerecht? Gibt es für diese Ungleichbehandlung irgendeinen sachlichen Grund? Ich höre keinen, und ich kann das niemandem erklären, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihnen fehlen der Wille und der Mut, das für eine gerechte Lösung nötige Geld durch eine andere Steuerpolitik aufzubringen. Sie lassen die Verkäuferin, die Krankenschwester, den Müllwerker und prekär beschäftigte Menschen diese Mütterrente bezahlen, während der praktizierende Arzt, die Rechtsanwältin oder wir alle als Abgeordnete des Deutschen Bundestages fein raus sind und dort keinen müden Euro beisteuern müssen. Das ist ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Was mich nicht nur als Frau aus dem Osten besonders empört: Sie halten auch an der Ungleichbehandlung zwischen Ost und West fest. Ich frage Sie, meine Damen und Herren – wir sind im 25. Jahr der deutschen Einheit –: Wie lange wollen Sie Ost und West noch unterschiedlich behandeln? Soll es noch in 100 Jahren so sein? So kann es doch nicht weitergehen!

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Erklären Sie der Frau in Dresden doch einmal, warum ihre Erziehungsleistung weniger wert sein soll als die einer Frau oder eines Mannes in Hamburg? Ich bin mir sicher, auch das können Sie nicht erklären.

Noch eines zur Rente ab 63 für langjährig Versicherte: Für diese Reform brennen Sie hier ein Riesenfeuerwerk ab; dabei handelt es sich um nicht mehr als eine eigentlich selbstverständliche Übergangsregelung, die schon bei der Einführung der Rente ab 67 ins Gesetz gehört hätte. Gleichzeitig zeigt Ihr Umgang mit Zeiten der Arbeitslosigkeit einmal mehr, dass es Ihnen um manches gehen mag, aber definitiv nicht um Rentengerechtigkeit.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie wollen nur kurzfristige Zeiten der Arbeitslosigkeit anerkennen; das ist schlimm genug. Aber ein starkes Stück ist es, wenn Sie auch noch argumentieren, es gehe hier um die Lebensleistung. Nun frage ich Sie – da möchte ich das Beispiel meines Kollegen noch einmal aufgreifen –: Was unterscheidet einen Maurer, der viermal ein Jahr arbeitslos war, von einem Maurer, der einmal vier Jahre arbeitslos war?

(Zuruf von der CDU/CSU)

- Ja, Sie können sich aufregen; es ist aber so, und das müssen Sie den Leuten draußen erklären. – Die gleiche Frage können Sie bei einer Altenpflegerin stellen, die auch hart arbeitet. Wo soll in diesen Fällen der Unterschied in der Lebensleistung liegen? Da gibt es keinen. Dennoch verurteilen Sie Menschen, die langzeitarbeitslos sind, mit saftigen Abschlägen in Rente zu gehen oder aber länger zu arbeiten. Das hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

So bleibt als Fazit des Rentenpäckchens eigentlich nur: Manches wird besser, nichts wird gut, und das wird auch so bleiben. Von einer Rentenreform sollten Sie erst wieder sprechen, wenn Sie sich den eigentlichen Baustellen widmen. Statt das Rentenniveau weiter abzusenken, muss es endlich wieder angehoben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

An der Rente mit 67, meine Damen und Herren, sollten Sie nicht länger herumdoktern, sondern sie einfach beerdigen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Peter Weiß für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) (D)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was versprochen wurde, wird auch eingehalten: Das steht eigentlich als Überschrift über diesem Rentenpaket.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Daniela Kolbe [SPD])

Ich kann manche Kritik – vor allen Dingen manche Zeitungskommentare – nicht verstehen. Die Wählerinnen und Wähler in unserem Land haben im September vergangenen Jahres unsere Wahlprogramme und nicht irgendwelche Zeitungskommentare gewählt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Nein: Mutti!)

Das, was sowohl im Wahlprogramm der Union als auch in dem der SPD steht, wird mit diesem Gesetzespaket umgesetzt, und ich sage ganz klar und deutlich: Die Wählerinnen und Wähler haben auch einen Anspruch darauf, dass wir das, was wir im Wahlprogramm zugesagt haben, jetzt auch konkret in Gesetzesform gießen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zu Recht stellt sich in jeder Rentendebatte auch die Frage nach der Generationengerechtigkeit;

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) (Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Wort dürfen Sie gar nicht in den Mund nehmen!)

denn darauf fußt unser Rentensystem, und natürlich ist es so, wie Frau Göring-Eckardt sagte, dass sich ein 20-Jähriger, wenn er ins Arbeitsleben eintritt, heute fragt, was er einmal von der Rente erwarten kann.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn?)

Ich finde, das sozialpolitisch Wichtigste ist, dass sich ein Arbeitnehmer und eine Arbeitnehmerin in unserem Land darauf verlassen können, Leistungen einer Sozialversicherung zu erhalten, wenn sie in eine Lebenssituation kommen, in der sie sich selber nicht mehr helfen können, wenn sie also einen Unfall erleiden oder erkranken und nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen können oder zeitweise ausscheiden müssen.

Deshalb sind für mich die Verbesserungen bei der Berechnung der Erwerbsminderungsrente, also der Rente für diejenigen, die einfach nicht mehr arbeiten können und vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, und die Anhebung des Budgets für Rehaleistungen, also für Gesundheitsmaßnahmen in dem Fall, dass man krank ist und in eine Kur muss, Akte der Generationengerechtigkeit. Auch die junge Generation kann sich darauf verlassen: Wenn man sich selber nicht mehr helfen kann, hilft die Rentenversicherung.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die Erwerbsminderungsrentner bleiben bei Ihren Verbesserungen aber doch in der Grundsicherung!)

Natürlich geht es bei der Generationengerechtigkeit, wenn man sie richtig durchbuchstabiert, nicht nur um eine Generation. Dass wir heute endlich die Mütterrente verbessern – die Anrechnungszeit wird für Mütter von vor 1992 geborenen Kindern verdoppelt –, betrifft doch vor allen Dingen Mütter, die damals keine U-3-Betreuungsplätze und oft auch keinen Kindergartenplatz fanden, weil es noch keinen Rechtsanspruch auf U-3-Betreuung oder einen Kindergartenplatz gab. Deswegen sind sie ganz oder teilweise aus dem Beruf ausgestiegen.

Die Kinder, die damals geboren wurden, stützen heute als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen unser Rentenversicherungssystem. Deswegen ist es doch geradezu ein Gebot der Generationengerechtigkeit, dass wir die Lebensleistung dieser Mütter besser anerkennen. Deshalb ist das ein zentraler Punkt, den wir mit diesem Rentenpaket durchsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstverständlich erwarten auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einer langen Lebensleistung mit ihren Beiträgen das Sozialsystem insgesamt getragen und finanziert haben und mit ihren Steuern unseren Staat finanzieren, dass wir ihre Lebensleistung in besonderer Weise würdigen. Deswegen wird man landauf, landab stets hören: Wer 45 Jahre lang hart gearbeitet und etwas

für diesen Staat geleistet hat, dem darf man auch eine Anerkennung in der Form zukommen lassen, dass er nicht unbedingt noch länger arbeiten muss, sondern ohne Abschläge in Rente gehen kann, wenn er das Rentenalter erreicht hat. Ich halte auch das für einen Akt der Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen haben wir übrigens in der letzten Großen Koalition, als wir nach einem mühsamen Prozess miteinander beschlossen hatten, die Regelaltersgrenze in der Rentenversicherung von 65 Jahre auf 67 Jahre anzuheben, was richtig ist und auch so bleibt, gleichzeitig beschlossen: Wer 45 Beitragsjahre aufweist, der kann auch in Zukunft mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Das war für uns ein wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung, um die Regelaltersgrenze in Deutschland anzuheben. Auf der anderen Seite wollen wir alles tun, um nicht neue Frühverrentungsanreize zu schaffen; denn das wäre das falsche Signal.

Wir steigen jetzt in die parlamentarischen Beratungen ein. Es gibt unterschiedliche Ideen und Vorstellungen, die wir miteinander prüfen. Für uns als Union ist aber wichtig – ich glaube, die Sozialdemokraten sehen das genauso –, dass am Ende eine Beschlussfassung im Bundestag mit folgendem Inhalt stehen muss: Ja zu diesem Rentenpaket, aber Nein zu neuen Frühverrentungsanreizen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) Zu Recht wird natürlich die Frage nach den Rentenfinanzen gestellt. Dabei sind zwei Dinge wichtig.

Das Erste ist: Ja, wir als Staat bezuschussen die Leistungen der Rentenversicherung mit hohen Steuerbeträgen. Mittlerweile kommt ein Drittel dessen, was ausgezahlt wird, nicht aus Beitragsmitteln, sondern vonseiten des Staates aus Steuermitteln. Wir beschließen bereits mit diesem Gesetz, dass wir zur nachhaltigen Finanzierung der Rentenfinanzen in den nächsten vier Jahren zusätzliche Steuermittel für die Rentenversicherung zur Verfügung stellen.

Das Zweite ist – das ist noch wichtiger – der Beitrag der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Präsident der Bundesagentur für Arbeit hat vor zwei Tagen in seiner Pressekonferenz erklärt, dass die Bundesagentur für Arbeit davon ausgeht, dass wir in diesem Jahr einen neuen Beschäftigungsrekord in Deutschland erreichen können. Das zeigt: Solide Finanzen der Rentenversicherung hängen zuallererst an einer guten Beschäftigungssituation und an den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die mit ihren Beiträgen die Rentenversicherung unterstützen.

Wir als Große Koalition können dieses Rentenpaket deswegen mit gutem Gewissen beschließen, weil wir einerseits zusätzliche Generationengerechtigkeit schaffen und wir andererseits durch eine gute wirtschaftliche Entwicklung dafür sorgen, dass auch in Zukunft die Einnahmen für die Rentenversicherung gesichert sind.

Vielen Dank.

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Markus Kurth spricht nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Weiß, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU dürfen das Wort „Generationengerechtigkeit“, wenn Sie dieses Paket verabschieden, bis zum Ende Ihres Lebens nicht mehr in den Mund nehmen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich wollte diese Rede eigentlich nicht mit einer Betrachtung der finanziellen Folgen beginnen, aber Ihre Reden provozieren nun wirklich sehr. Es muss einem bange werden, wenn man sich ansieht, was im Jahr 2018 im Bereich Beitragssatzentwicklung dräut.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Herr Kurth, der Beitrag lag bei 20 Prozent!)

Zwar muss der Beitragssatz wegen der demografischen Entwicklung 2018 sowieso steigen. Aber diese Entwicklung wird durch ihr Rentenpaket jetzt noch einmal verstärkt.

- (B) (Max Straubinger [CDU/CSU]: Unter Rot-Grün, Herr Kurth, war der Beitragssatz bei 19,9 Prozent!)

– Max Straubinger, seien Sie doch einmal still und hören Sie zu!

(Widerspruch bei der SPD – Burkhard Lischka [SPD]: Sie schreien doch herum!)

Erinnern Sie sich nicht daran, dass eine Serie von Beitragssatzsteigerungen in der Vergangenheit Diskussionen um das Leistungsniveau ausgelöst hat

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Der Beitragssatz sinkt, Herr Kurth!)

und es in der gesetzlichen Rentenversicherung tatsächlich zu Niveauabsenkungen gekommen ist? Jetzt sind wir aber im Unterschied zu der Zeit vor 10 oder 20 Jahren an dem Punkt angelangt, dass das Rentenniveau keinesfalls weiter absinken darf.

Ein Eckrentner wird im Jahr 2030 nach Steuern nur noch 950 Euro netto haben. Dieses Niveau darf nicht unterschritten werden. Wenn die gesetzliche Rente selbst nach einem halbwegs soliden Erwerbsleben nicht einmal zur Armutsvermeidung reicht, dann ist es mit der Akzeptanz des Umlageverfahrens wirklich vorbei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wer hat denn das Rentenniveau abgesenkt? Das wart doch ihr!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Kurth, darf Ihnen der Kollege Straubinger eine Zwischenfrage stellen?

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, gerne. Bitte schön.

Max Straubinger (CDU/CSU):

Herr Kollege Kurth, weil Sie sich vorhin so um den Beitragssatz gesorgt haben: Könnten Sie mir bestätigen, dass der Beitragssatz unter der rot-grünen Bundesregierung bei 19,9 Prozent lag und er jetzt bei 18,9 Prozent liegt und somit unter Unionsregierungen gesenkt worden ist?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich kann Ihnen Folgendes sagen: Als Rot-Grün 1998 an die Regierung kam, lag der Rentenbeitragssatz, den wir von der Regierung Kohl übernommen haben, bei etwa 20 Prozent. Wir haben daraufhin die Ökosteuer eingeführt, also Umweltverschmutzung finanziell belastet, und die Erträge aus dieser Steuer in die gesetzliche Rentenversicherung fließen lassen. Dann haben wir – auch wenn man sich noch einmal kritisch damit befassen muss – mit der Riester-Rente bzw. dem Riester-Faktor eine zusätzliche Säule geschaffen. 2004 haben wir den Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt, damit die Entwicklung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Beitragszahlern und Rentnern berücksichtigt wird.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Beitragssatz!)

Das heißt, alles, was im Kern zu der guten Finanzentwicklung der heutigen Rentenversicherung geführt hat, geht auf Fundamentalentscheidungen von Rot-Grün zurück. Das ist die historische Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist ja das Problem! Deswegen sinkt das Rentenniveau!)

An dem Punkt muss man in der Tat darauf achten, Herr Birkwald, dass man die Schraube nicht überdreht. Jeder Autoschrauber weiß: Nach ganz fest kommt ganz lose. Darum sagen ich hier ganz deutlich: Es ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass sich diejenigen, die heute einzahlen, darauf verlassen können, dass das Rentenniveau auch in Zukunft armutsfest ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Darf der Kollege Ernst auch noch eine Zwischenbemerkung machen? Das ist dann allerdings die letzte, die ich zulassen würde.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bin offen für alle Hinweise, wenn ich helfen kann, zur Erkenntnis beizutragen.

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**
Bitte schön.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Danke schön, Kollege Kurth. Meine Bemerkung schließt an das an, was der Kollege Straubinger gesagt hat: In der Zeit, in der Sie regiert haben, ist doch genau die Absenkung des Leistungsniveaus beschlossen worden, die Sie jetzt kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei der CDU/CSU – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So ist es!)

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein. – Natürlich haben die Beschlüsse von Rot-Grün zu einem sinkenden Rentenniveau bzw. zu einem langsameren Anstieg der Rentenpunkte geführt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Okay! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Bei höheren Beiträgen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

Das will doch niemand bestreiten. Wir haben nämlich gesehen, dass es ein Spannungsfeld gibt, das wir bearbeiten müssen: zwischen Beitragszahlern einerseits, Rentnerinnen und Rentnern andererseits und dem erheblichen Staatszuschuss auf der dritten Seite. Wir haben versucht, das in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, und ich denke, das ist auch einigermaßen gut geglückt.

(B) (Zurufe von der LINKEN)

Ich leugne doch gar nicht, dass wir an der einen oder anderen Stelle Nachsteuerungsbedarf haben. Daran, dass zum Beispiel die Riester-Rente und Möglichkeiten der privaten und betrieblichen Altersvorsorge gerade von denen, die geringste Einkommen haben, nicht in Anspruch genommen werden, sehen wir, dass es zusätzliche Probleme gibt. Darauf haben wir Grüne auch reagiert. Wir schlagen das Modell einer sogenannten Garantierente für Personen vor, die 30 Jahre lang versichert waren und Beiträge gezahlt haben.

Bleiben Sie bitte stehen, Herr Ernst! Das gehört noch zur Beantwortung der Frage, Herr Ernst. Nicht wegducken! Ah, Angst hat er!

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Meine Frage war ganz eindeutig!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Da muss ich Sie enttäuschen, Herr Kollege. Die Frage, wie lange die Antwort des jeweiligen Redners ohne Beachtung seiner eigentlichen Redezeit notwendig und angemessen ist, entscheidet der amtierende Präsident.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Deswegen darf der Kollege Ernst sich jetzt wieder setzen, und Sie dürfen fortfahren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

(C)

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Na ja. – Wir Grünen machen jedenfalls den Vorschlag, nach 30 Versicherungsjahren Renten, die unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegen, aufzustocken, und zwar in der Form, dass sie über dem Grundsicherungsniveau liegen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Nein, auf 30 Entgeltpunkte! Aber Sie senken den Wert immer weiter!)

Das heißt, wir entwickeln an der Stelle Vorschläge zur Armutsbekämpfung und steuern da, wo wir es erkennen und wo es notwendig ist, natürlich nach.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ernst, das gehört noch zu der Antwort auf Ihre Frage, auch wenn die Redezeituhr schon weitergelaufen ist.

Was die Aussichten bezüglich der Finanzierung angeht, finde ich es dramatisch, dass wir möglicherweise ab dem Jahr 2018 wieder auf eine Kürzungsdebatte zu laufen. Wenn es ganz schlecht läuft, dann werden sich nämlich die Rentengeschenke von heute als die Rentenkürzung von morgen erweisen. Das müssen Sie dann verantworten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der knappen Zeit kann ich nur noch auf eines eingehen: Sie erkennen auch wichtige Herausforderungen nicht. Sie reden zwar von längerer Lebensarbeitszeit und flexiblen Übergängen. Aber genau in der Hinsicht machen Sie gar nichts. Sie bieten nur Scheinlösungen wie die sogenannte Rente mit 63 an. Wir brauchen aber Lösungen für alle, die, sei es aus gesundheitlichen oder aus anderen Gründen, das Renteneintrittsalter nicht erreichen können.

Diese Lösungen müssen möglichst individuell zugeschnitten sein. Das heißt, wir brauchen mehrere Ansätze, etwa von einer zweiten Ausbildung im Berufsleben über eine Teilrente bis hin zu einer vernünftigen Erwerbsminderungsrente. Es muss also ein vielfältiges Instrumentarium geben statt einfältige Einheitslösungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am schlimmsten finde ich, dass mit der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren gar nicht diejenigen erreicht werden, die es am dringendsten nötig hätten. Ganz entgegen der SPD-Rhetorik kommen diese nämlich gerade nicht in den Genuss der sogenannten Rente mit 63, weil sie die 45 Beitragsjahre längst nicht erreichen. Schauen Sie sich die Rentenzugangsstatisiken der Versicherung an. Vier von zehn Bauarbeitern gehen vorzeitig in die Erwerbsminderungsrente, mehr als ein Drittel der Maler und Lackierer, vier von zehn Hilfsarbeitern. So können Sie die Branchen durchgehen und sehen, wer überhaupt nicht in den Genuss dieser neuen schönen Sozialleistung kommt.

(D)

Markus Kurth

- (A) Ich finde es – das muss ich abschließend noch sagen – empörend, dass diejenigen, die nach Jahrzehnten teils härtester Arbeit aus gesundheitlichen Gründen mit gekürzter Rente in den Ruhestand gehen *müssen*, von Ihnen auch noch zu hören kriegen, mit dem Rentenpaket täten Sie etwas für diejenigen, die etwas geleistet haben. Das kann doch im Umkehrschluss nur bedeuten, dass Sie die anderen als Minderleister ansehen, mit deren Rentenbeiträgen Sie die Geschenke für die anderen finanzieren, als Minderleister, deren Rentenniveau Sie ja auch kaltblütig absenken.

(Widerspruch bei der SPD)

– Nein, das ist genau so. – Sie spielen Arbeitnehmer gegeneinander aus. Ich wundere mich an der Stelle schon, dass sich auch die Gewerkschaften, die die besonders belasteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten, nicht zu Wort melden. Erinnert sich noch jemand an den Schattenarbeitsminister Klaus WieseHügel? Er wird sich jetzt wohl bewusst, dass er nur Wahlkampfkomparse war.

(Christine Lambrecht [SPD]: Jetzt wird es aber unterste Schublade!)

Nein, Ihre Politik geht an den wirklichen Herausforderungen vorbei, und Sie leisten bei der Finanzierung richtig schlechte Arbeit.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**
Das Wort erhält nun die Kollegin Katja Mast für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Katja Mast (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kurth, Sie tun hier beim ersten großen Gesetzespaket der Großen Koalition, als sei sie morgen schon vorbei. Wir haben uns viel mehr vorgenommen als das, was wir heute vorlegen. Wir sind aber auch stolz auf das Rentenpaket, das eine abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und die Mütterrente vorsieht, außerdem die Erwerbsminderungsrente für die Leute, die Sie am Schluss erwähnt haben, verbessert und auch den Rehadeckel anhebt, womit wir sehr viel für die Vorsorge tun. Wir stehen zu diesem Rentenpaket.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe für meine Rede heute dank der Hanns-Seidel-Stiftung

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der CDU/CSU: Gute Stiftung!)

etwas gefunden, nämlich die Wahlplattform der CDU und CSU aus dem Jahr 1998 für die Legislatur bis 2002. In dieser Wahlplattform

- (C) (Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Haben wir die Mütterrente gefordert!)

steht auf Seite 21 ein folgenschwerer Satz. Ich würde gerne zitieren, wenn Sie, Herr Präsident, es zulassen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein, nein! – Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Doch. Im Unterschied zum Fraktionsvorsitzenden der Union gestatte ich Ihnen dieses Zitat ausdrücklich.

(Heiterkeit)

Es sollte sich allerdings im Rahmen Ihrer Redezeit abspielen.

Katja Mast (SPD):

Das versuche ich. Vielen Dank. – Dort steht der folgenschwere Satz:

Wer nach 45 Beitragsjahren in Rente geht, soll keine Abschlüsse hinnehmen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das haben wir auch gemacht!)

Deshalb sind wir froh, dass wir diese Forderung jetzt gemeinsam umsetzen und auch bei diesem Punkt unsere in der Öffentlichkeit immer wieder hochgespielten Dissense sicherlich in naher Zukunft zur gemeinsamen Zufriedenheit lösen werden.

(Beifall bei der SPD)

(D) Ich würde gerne meinen Blick in die Zukunft richten und an dieser Stelle – noch einmal mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten – unseren Koalitionsvertrag kurz zitieren. In unserem Koalitionsvertrag steht auf Seite 72:

Deswegen wollen wir lebenslaufbezogenes Arbeiten unterstützen. Wir werden den rechtlichen Rahmen für flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand verbessern.

Das heißt, wir wollen Hemmnisse beim Übergang in die Rente gemeinsam abbauen, darüber ins Gespräch kommen und dazu künftig gemeinsame Initiativen hier starten. Im Rentenrecht ist es übrigens heute schon so, dass derjenige, der keine Vollrente bezieht und länger arbeitet, pro Monat, in dem er oder sie arbeitet, 0,5 Prozentpunkte mehr Rente am Ende herausbekommt. Es gibt also einen Bonus schon in unserem heutigen Rentenrecht.

Es gibt aber noch ein zweites Instrument, das uns am Herzen liegt. Das ist die sogenannte Teilrente. Die Teilrente kann man ab 63 Jahren bekommen, wenn man einen Rentenanspruch hat. Heute ist es oft so: Wenn man in Rente geht, dann empfindet man den Renteneintritt wie ein Fallbeil. Man hat in der vorherigen Woche noch 39 Stunden am Band oder in der Altenpflege gearbeitet, und in der kommenden Woche ist man – nicht immer zur Freude der Familie – die ganze Zeit zu Hause. Deshalb geht es auch darum, gleitende Übergänge in Rente zu organisieren.

Katja Mast

- (A) Die Teilrente im geltenden Gesetz ist aber leider sehr starr und sehr kompliziert. Wenn wir mit unserem Koalitionspartner über lebenslaufforientierte Übergänge in die Rente für die kommenden Generationen reden, weisen wir immer darauf hin, dass wir genau an dieser Stelle ansetzen und die gesetzlichen Regelungen modernisieren müssen. Das ist ein Punkt, der für uns ganz wichtig ist. Gerade für diejenigen, die zum Beispiel jetzt auf der Zuschauertribüne sitzen – ich vermute, dass es sich bei den jungen Damen und Herren um Schulklassen handelt –, geht es darum, in ihren Erwerbsbiografien, die von Anfang an von Flexibilität geprägt sind, den Übergang zur Rente zu organisieren.

Unser Koalitionsvertrag trägt die Überschrift „Deutschlands Zukunft gestalten“. Das ist nicht nur eine Überschrift, sondern unsere Überzeugung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt passen Sie auf, Frau Kollegin! Jetzt kommt die Antwort!)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

- (B) Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Rentenpaket setzen wir zentrale rentenpolitische Verabredungen des Koalitionsvertrages um. Der Gesetzentwurf trägt deutlich die Handschrift der Union. Mit der Mütterrente und den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und bei der Reha greifen wir langjährige Forderungen der CSU auf. Hiervon profitieren 10 Millionen Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Rentenpaket ist Ausdruck zweier wesentlicher Grundprinzipien: Generationengerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit. Wir verbinden beide miteinander. Leitgedanke ist: Wir wollen diejenigen belohnen, die ein Leben lang viel geleistet haben. Deshalb ist die Mütterrente gerechtfertigt. Sie stellt den zentralen rentenpolitischen Fortschritt in diesem Paket dar. Deshalb wird sie zum 1. Juli dieses Jahres kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Rente ist ein Spiegel der gesamten Lebensleistung. Zur Lebensleistung von über 9 Millionen Frauen in diesem Land gehört auch, dass sie Kinder erzogen haben, und das unter Bedingungen, wie es sie jetzt nicht mehr gibt. Die Generationen unserer Mütter und Großmütter hatten nicht die hervorragenden Betreuungsmöglichkeiten, von denen beispielsweise meine Generation profitieren kann. So wurde die Berufstätigkeit oftmals über einen längeren Zeitraum unterbrochen oder gar gänzlich aufgegeben. Das führte dann im Alter dazu, dass sie niedrigere Renten beziehen, und das, obwohl sie

ein Leben lang viel geleistet haben. Das ist nicht gerecht. (C) Es ist auch nicht gerecht, dass sie bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten deutlich schlechter gestellt sind als die heutige Generation. Das haben viele gesellschaftliche Gruppen angesprochen. Wir haben das als CSU aufgegriffen und auf die politische Agenda gehoben, und jetzt kommt es.

Dabei ist auch richtig und wichtig, zu betonen: Die Mütterrente ist ein Generationenprojekt, ein Projekt, das über alle Generationen hinweg geht. Gerade die junge Generation

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beahlt!)

muss sich sagen: Es geht um meine Eltern, um meine Mutter, meinen Vater, meinen Opa, meine Oma. – Und sie erkennt die Leistungen der vorangegangenen Generationen an, indem sie sagt: Ihr habt viel geleistet und habt uns Chancen eröffnet, die ihr selber nicht hattet. Deswegen sollt ihr auch von der Mütterrente profitieren. – Diejenigen, die hart gearbeitet haben, verdienen eine anständige Rente. Dafür sorgen wir mit der Mütterrente.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Eltern und Großeltern haben wie keine andere Generation in der Bundesrepublik Deutschland zum Erhalt des Generationenvertrags beigetragen. Aus den Kindern von damals wurden die Beitragszahler von heute. Genau sie sind es, die für die hervorragende wirtschaftliche Situation in diesem Land gesorgt haben. (D) Deswegen haben wir jetzt finanzielle Spielräume. Diese nutzen wir für die Mütterrente. Wer viel geleistet hat, soll auch viel profitieren. Das galt und gilt auch für die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren. Wir haben im Übrigen, Frau Kollegin Mast, immer von 45 Beitragsjahren gesprochen. Von der Anerkennung von Arbeitslosenzeiten war damals nicht die Rede.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Steht aber in Ihrem Koalitionsvertrag drin! – Katja Mast [SPD]: Sie haben aber doch dem Koalitionsvertrag zugestimmt, Herr Kollege!)

Es geht vielmehr ausschließlich darum, dass wir die Leistung derjenigen, die viel und hart gearbeitet haben, entsprechend anerkennen. Derjenige, der ein halbes Jahrhundert lang mit seinen Beiträgen dazu beigetragen hat, unser Rentensystem zu sichern und zu stabilisieren, verdient am Ende seines Erwerbslebens Solidarität. Deswegen sagen wir: Die abschlagsfreie Rente mit 65 ist richtig.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja, ab 65! Da geht es auch wieder hin!)

– Ab 65 ist richtig. – Wir haben im Rahmen des Koalitionsvertrages vereinbart, dass wir diese Rente übergangsweise zwei Jahre vorziehen, auf 63. Dies bauen wir wieder schrittweise bis zum Jahre 2028 auf. Dann erreichen wir wieder das Niveau, was wir vorher hatten.

Stephan Stracke

- (A) (Katja Mast [SPD]: Nein! Das steht nicht im Koalitionsvertrag! Bitte zitieren Sie den Koalitionsvertrag, Herr Kollege!)

Wenn wir im Übrigen Zeiten der Arbeitslosigkeit zeitlich begrenzt und übergangsweise anerkennen, dann muss auch ein weiteres Prinzip gelten: Es kann nicht sein, dass derjenige, der in das Rentenversicherungssystem freiwillig Beiträge zahlt, schlechter gestellt wird als derjenige, dem beispielsweise Zeiten von Arbeitslosigkeit anerkannt werden. Es kann doch nicht sein, dass beispielsweise ein Handwerker, der sehr viel arbeitet und 18 Jahre in die Pflichtversicherung gezahlt hat und sich dann entscheidet, bis zur Rente freiwillig Beiträge zu zahlen, schlechter gestellt wird als derjenige, dem Arbeitslosenzeiten gutgeschrieben werden. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wir müssen diese Gerechtigkeitsfrage entsprechend lösen. Auch hier befinden wir uns im Gespräch mit unserem Koalitionspartner.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für uns ist ganz klar: Der Weg der Rente mit 67 ist der richtige Weg. Daran halten wir auch fest; denn die Rente mit 67 ist das schlichte Ergebnis praktischer Vernunft. Wenn jemand, der heute mit 65 Jahren im Erwerbsleben steht, noch knapp 19 Jahre unter guten Rahmenbedingungen leben kann, dann ist es doch klar, dass wir unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit zusehen müssen, die Rentenversicherung dauerhaft tragbar zu machen. An dem eingeschlagenen Weg „Rente mit 67“ halten wir fest; hierfür braucht es allerdings auch soziale Flankierung. Genau dafür sorgen wir jetzt, indem wir die Erwerbsminderungsrente verbessern und gleichzeitig das Rehabudget aufstocken.

(B)

All das zeigt: Das Rentenpaket ist ein rundes Paket, das insbesondere Verbesserungen bei der Mütterrente mit sich bringt. Alle Vorhaben sind auch generationengerecht finanziert. Das Rentenpaket ist generationengerecht, weil es mittel- und langfristig finanziert ist. Im Rentenversicherungsbericht aus dem Jahr 2009 gab es die Prognose, dass der Beitragssatz im Jahr 2014 bei 19,9 Prozent liegen wird. Tatsächlich liegen wir bei 18,9 Prozent. Das sind 10 Milliarden Euro Ersparnis jährlich.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Genau!)

Das zeigt, wie gut wir derzeit dastehen. Das hängt damit zusammen, dass wir eine hervorragende wirtschaftliche Entwicklung haben, dass wir für viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sorgen. Deswegen haben wir jetzt die Spielräume, die Dinge so machen zu können, wie es im Rentenpaket vereinbart ist. Das wollen wir gemeinsam tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Martin Rosemann ist der nächste Redner für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Vorwurf gegenüber dem Rentenpaket der Bundesregierung, den ich in den letzten Wochen immer wieder gehört und gelesen habe und der heute aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen von Herrn Kurth und Frau Göring-Eckardt wieder erhoben wurde, ist, wir würden nicht dort ansetzen, wo der Bedarf am größten ist.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dem liegt ein grundsätzliches Missverständnis

(Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Ihrer Politik, ja!)

über unser deutsches Rentenversicherungssystem zugrunde. Die Rente ist keine Sozialleistung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich soll die gesetzliche Rentenversicherung Altersarmut verhindern. Deswegen nehmen wir die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente vor. Deswegen werden wir als Große Koalition in dieser Legislaturperiode auch die solidarische Lebensleistungsrente einführen. Aber gleichermaßen muss die solidarische gesetzliche Rente Lebensleistung anerkennen. Deswegen wollen wir die Mütterrente und auch die sogenannte Rente mit 63 Jahren. Damit erkennen wir vor allem die Leistung der Menschen an, die sehr früh ins Arbeitsleben eingestiegen sind und dann lange und in der Regel körperlich sehr hart gearbeitet haben. Von der Anerkennung der Lebensleistung hängt meines Erachtens das Vertrauen in das System der gesetzlichen Rente ganz maßgeblich ab. Vertrauen ist bei unseren sozialen Sicherungssystemen, gerade auch bei der Rente, besonders wichtig.

(D)

In einer älter werdenden Gesellschaft müssen die Leute im Durchschnitt auch länger arbeiten. Deshalb wollen wir als SPD die Entwicklungen beim Renteneintrittsalter nicht zurückdrehen, und deshalb wollen wir auch keine Rückkehr in die alte Frühverrentungslogik der 80er- und 90er-Jahre.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wissen aber, dass es neben der demografischen Realität auch eine gesellschaftliche Realität und eine Realität in den Betrieben gibt. Das verlangt von uns differenzierte Antworten, vor allem für erwerbsgeminderte Personen und für Leute, die sehr früh ins Erwerbsleben eingestiegen sind. Durch differenzierte Lösungen und differenzierte Antworten schaffen wir auch neues Vertrauen. Das zeigt die große Zustimmung, die unser Rentenpaket in der Bevölkerung insgesamt, aber gerade auch in der jungen Generation erfährt.

Dr. Martin Rosemann

- (A) Meine Damen und Herren, wenn wir differenzierte Lösungen wollen, müssen wir uns auch fragen, wie wir mit der Anrechnung von Arbeitslosigkeit beim vorzeitigen Renteneintritt umgehen. Herr Kollege Schiewerling hat zu Recht auf die Vergangenheit verwiesen, auf die großen Strukturkrisen in Ostdeutschland, aber auch im Bergbau und in der Stahlindustrie. Genauso gilt das aber angesichts zunehmend brüchiger Erwerbsbiografien und der Tatsache, dass Krisen auch in Zukunft nicht ausgeschlossen sind, aus unserer Sicht auch für die Zukunft. Genau so steht es deshalb auch im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zusammenfassend will ich sagen: Die Große Koalition verbindet mit ihrer Rentenpolitik die Verantwortung gegenüber der Lebensleistung der älteren Generation mit der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Wir sorgen für die notwendigen und von der Bevölkerung auch gewollten Leistungsverbesserungen. Wir bauen Gerechtigkeitslücken konsequent ab und sorgen damit wieder für mehr Vertrauen in die gesetzliche Rente.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Jana Schimke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Jana Schimke (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Land schaut heute auf uns. Mit dem Rentenpaket beraten wir eine zentrale soziale Frage – die der Alterssicherung. So sagte ein früherer Bundesminister kürzlich: Kein Lebensabschnitt ist so differenziert in seiner Lebenslage wie das Alter. – Die Bedeutung der Aussage von Norbert Blüm nimmt immer mehr zu; denn die Lebenserwartung steigt. Der spätere Lebensabschnitt war noch nie so lang und noch nie so vielfältig wie heute. Während die Ruhestandszeit in den 60er-Jahren noch durchschnittlich 10 Jahre betrug, liegt sie heute bei 20 Jahren. Darauf müssen wir uns einstellen – gesellschaftlich und politisch.

Doch der Lebensabend gestaltet sich nicht immer so, wie man es sich wünscht. Es gibt Menschen, die Hilfe benötigen. Durch eine schwere Krankheit oder eine Behinderung benötigen sie die Unterstützung der Solidar- und Versichertengemeinschaft. Um diese Menschen noch stärker zu unterstützen, enthält unser Gesetzespaket Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente.

Mit den geplanten Reformen wollen wir aber auch vorbeugen. Dazu zählen Prävention und Rehabilitation. In einer älter werdenden Gesellschaft werden Leistungen dieser Art zunehmend beansprucht. Bereits heute ist jeder Fünfte in Deutschland mindestens 65 Jahre alt. Ihr Anteil wird bis zum Jahr 2060 voraussichtlich auf 34 Prozent ansteigen. Deshalb wollen wir in Zukunft bei der

Berechnung des Rehabudgets die demografische Entwicklung in Deutschland berücksichtigen. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und warum senken Sie es dann wieder ab?)

Gleichzeitig gibt es – das ist auch eine Folge der älter werdenden Gesellschaft – immer mehr Menschen, die sich fit fühlen. Nicht ohne Grund tun sich viele schwer, wenn der Renteneintritt näher rückt. Während sich der eine auf den Ruhestand freut, fällt es dem anderen schwer, diesen Schritt zu gehen und einen neuen Lebensabschnitt zu planen. Ein Blick in die Ratgeberrubrik im Buchhandel spricht für sich. Dort gibt es rund 100 Publikationen mit ähnlich lautenden Titeln wie *Wenn der Wecker nicht mehr klingelt* oder *111 Gründe, sich auf den Ruhestand zu freuen*. Das zeigt: Der Ruhestand und der Eintritt in den Ruhestand sind ein gesellschaftliches Thema.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb brauchen wir für diesen Lebensabschnitt differenzierte Lösungen. Auf dem Arbeitsmarkt nimmt die Beschäftigung Älterer zu. Im Fortschrittsbericht zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung bekennt man sich ausdrücklich zu den Potenzialen älterer Arbeitnehmer. Hier hatten wir in der Vergangenheit gute Erfolge erzielt: Der Anteil älterer Arbeitnehmer ist seit 2000 stetig gestiegen. Die Erwerbstätigenquote ist in diesem Zeitraum von knapp 20 Prozent auf heute über 46 Prozent angestiegen. Diese positive Entwicklung wollen wir weiter fördern. (D)

Uns eint das gemeinsame Ziel, die Rente mit 63 so auszugestalten, dass diese beschäftigungspolitischen Erfolge der letzten Jahrzehnte nicht gefährdet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hier aber müssen wir einen Spagat schaffen. Deswegen ist es gut, dass die Koalitionspartner diese Frage konstruktiv angehen, sich ihrer Verantwortung bewusst sind und nach flexiblen Lösungen suchen.

Weil das Alter heute so vielfältig wie das Leben selbst ist, sollten jene, die länger arbeiten möchten und die sich noch fit fühlen, auch länger arbeiten dürfen. Damit helfen sie übrigens auch, die Fachkräftelücke in unserem Land zu schließen. Deshalb ist es notwendig, bestehende Hürden für eine Weiterbeschäftigung im Rentenalter abzubauen. Eine befristete Beschäftigung sollte nach Renteneintritt zum Beispiel auch bei demselben Arbeitgeber möglich sein. Der öffentliche Dienst praktiziert das bereits heute. In der Privatwirtschaft ist dies jedoch nicht rechtssicher möglich. Das lässt sich auch daraus ableiten, dass jüngere Arbeitnehmer in Deutschland zu 90 Prozent abhängig beschäftigt sind, während erwerbstätige Rentner zu einem Drittel Freiberufler sind. Hier sollten wir gleiche Zugangsmöglichkeiten schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn für die meisten Beschäftigten in Deutschland ist Arbeit keine Strafe, sondern bedeutet Anerkennung, Selbstverwirklichung und Erfolg.

Jana Schimke

- (A) (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das stimmt!)

Eine Politik für die Menschen sollte dies auch beim Übergang in die Rente berücksichtigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Dagmar Schmidt erhält nun das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dagmar Schmidt (Wetzlar) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Ich habe meine zwei Minuten Redezeit zwar nicht am Ende der Debatte – das wird wohl der CDU/CSU vorbehalten bleiben –, aber immerhin gegen Ende der Debatte. Ich versuche trotzdem ein – natürlich sehr objektives – Resümee.

Ich möchte mit einem Dank an die Ministerin beginnen. Wir halten Wort: Wir erkennen die Lebensleistung von Müttern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an. Das ist nicht geschenkt, das ist verdient. Danke, dass das Rentenpaket so schnell und gut auf den Weg gebracht wurde.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich habe auch den Rednern der Linksfraktion zugehört. Sie haben gesagt, dass sie es natürlich begrüßen, dass es bessere Leistungen für Rentnerinnen und Rentner geben soll; das finden sie gut. Was sie nicht so gut finden, kann ich in meiner zweiminütigen Rede leider nicht noch einmal nachvollziehen.

(Pia Zimmermann [DIE LINKE]: Es reicht ja, wenn wir es sagen!)

Aber immerhin hat man uns zugestanden, ein Rentenpäckchen zu beschließen. Das ist ja schon etwas.

Die SPD teilt die Freude mit der CDU/CSU über die Mütterrente. Diese drückt den Respekt vor der Leistung der Kindererziehung aus. Wenn diese über Steuern finanziert würde – das hätten wir uns gewünscht –,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wird ja teilweise!)

dann wäre unsere Freude noch größer gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich danke Frau Göring-Eckardt, dass sie das Thema Altersarmut angesprochen hat; denn das gibt uns Gelegenheit, dazu ein paar Punkte zu sagen. Wir machen viel in dem Rentenpaket, aber wir machen natürlich noch nicht alles. Wir werden in dieser Legislatur mit der solidarischen Lebensleistungsrente aber einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der Altersarmut tun.

- (C) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit welchem Geld? Das haben Sie doch ausgegeben!)

Wir werden des Weiteren auch mit dem Tarifpaket einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Altersarmut leisten. Auch hier geht mein Dank an die Ministerin, dass sie das schon auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben getan, was wir versprochen haben. Wir sind dabei, Deutschland gerechter zu machen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Matthias Zimmer ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man gegen Ende der Debatte zu Wort kommt, ist ja vieles schon gesagt worden. Ich bin nun wirklich kein Freund von Reden nach dem Motto „Es ist schon vieles gesagt worden, aber noch nicht von mir“. Deswegen will ich nicht auf das Rentenpaket im Einzelnen eingehen, sondern stichwortartig einige Punkte hervorheben, von denen ich glaube, dass sie die Debatte in den nächsten Wochen noch bestimmen werden.

Zunächst einmal zur Erwerbsunfähigkeitsrente.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die gibt es schon nicht mehr! Die Erwerbsunfähigkeitsrente ist leider abgeschafft worden!)

Ich glaube, jeder, der die Möglichkeit hatte, 45 Jahre zu arbeiten, kann sich glücklich schätzen, zumindest aus der Sicht derjenigen, die eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit beziehen. Wer wegen Erwerbsunfähigkeit in Rente gehen muss, hat neben den gesundheitlichen Einschränkungen auch häufig eine deutlich geminderte Rente. Durch die Ausweitung der Zurechnungszeiten werden diese Menschen jetzt bessergestellt, ebenso dadurch, dass die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht berücksichtigt werden, wenn sie die Bewertung der Zurechnungszeit verringern. Das ist insgesamt ein Schritt in die richtige Richtung.

Da wir die bekannte Großzügigkeit des Bundesfinanzministers nicht überstrapazieren wollen, würde ich mir wünschen, dass wir im Rahmen der parlamentarischen Beratungen die Gewichtung innerhalb des Rentenpaketes noch einmal ein wenig verschieben könnten. Vielleicht ergibt sich ja in der Osterpause unter dem Geist österlicher Versöhnung die Gelegenheit, hierüber einmal konstruktiv nachzudenken.

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(D)

Dr. Matthias Zimmer

- (A) Ein wenig mehr österliche Gelassenheit würde ich mir im Übrigen auch bei so mancher öffentlichen Debatte über das Rentenpaket wünschen. Fangen wir einmal bei der Möglichkeit an, abschlagsfrei nach 45 Beitragsjahren mit 63 Jahren in Rente zu gehen. Vielleicht hilft ja der Hinweis, dass es die Möglichkeit zum Renteneintritt ab 63 mit Abschlägen bereits seit 2008 gibt, und zwar für langjährig Versicherte. Ich habe nicht den Eindruck, dass es hier bereits zu einer nennenswerten Frühverrentungswelle gekommen ist, und ich habe die begründete Vermutung, dass das auch bei der abschlagsfreien Rente für langjährig Versicherte nicht passieren wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist richtig: Die Arbeitswelt hat sich spürbar gewandelt. Die einstmals praktizierte Frühverrentung zulasten der Sozialkassen gehört der Vergangenheit an. Dazu kommt: Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden heute anders wertgeschätzt als noch vor 15 oder 20 Jahren. Sie werden im Arbeitsleben gebraucht. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich kann aber auch die Sorgen derjenigen verstehen, die sagen: Ist das nicht das falsche Signal? Schließlich haben wir mit großen Mühen die Regelaltersgrenze zum Renteneintritt stufenweise auf 67 Jahre angehoben. – Ich glaube, die Symbolik der Zahlen ist hier nicht unwichtig. Deswegen finde ich auch die Idee gut, zu sagen: Warum lassen wir nicht die Menschen, die über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten wollen, dies auch tun? Die Mittelstandsvereinigung der Union hat hierzu einen, wie ich denke, bemerkenswerten und klugen Vorschlag gemacht. Ich meine, wenn Menschen Arbeit wichtig ist, sollten sie auch ein wenig mehr Flexibilität hinsichtlich des Renteneintritts bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist nicht nur gut für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Betriebe, die auf diese Art und Weise Erfahrung und Know-how länger binden können. Ich will den österlichen Frieden ja nicht überstrapazieren, aber ich würde mir eine konstruktive Aufnahme dieses Vorschlags wünschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich nehme auch die Sorgen der jungen Generation ernst, die fragt: Wie ist es um die Nachhaltigkeit des Rentenpakets bestellt? Zahlen wir als junge Generation nicht am Ende die Zeche? – Es ist ja richtig: Die Kosten des Rentenpakets sind in der Gesamtbetrachtung hoch. Aber nicht alles trägt die junge Generation. Auch Rentner selbst werden ebenso wie Steuerzahler an der Finanzierung des Rentenpakets beteiligt.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Durch ein sinkendes Rentenniveau!)

(C) Ich warne aber davor, hier einen Generationenkonflikt herbeizureden; denn wir investieren an anderer Stelle viel in die Chancen der jungen Generation, in ihre Bildungschancen, in ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und wir stellen mit Befriedigung fest: Wir haben eine der niedrigsten Raten der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, der Kollege Kurth hat es eben angesprochen: Ich glaube schon, dass die Tatsache, dass wir ab 2015 keine neuen Schulden mehr machen, ein wirklich guter Beitrag zur Generationengerechtigkeit ist, und darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Abschließend noch ein Gedanke. Wir werden auch in dieser Legislaturperiode noch über die Frage zu reden haben, wie wir auch über die Rentenpolitik Altersarmut verhindern können. Wir werden mit dem Mindestlohn einen kleinen Schritt gehen, um Altersarmut zu verhindern, im Übrigen auch einen Schritt – so hoffe ich wenigstens –, um weitere Beiträge zur Rentenversicherung zu generieren. Wir stehen mit dem Rentenpaket und dem Gesetz über den Mindestlohn durchaus vor einer Zäsur, die manchem unbehaglich ist. Diese Sorgen sollten wir ernst nehmen und argumentativ entkräften, unaufgeregt und sachlich. Und natürlich wünsche ich mir als Parlamentarier auch, dass das bessere Argument der Feind des guten Arguments ist und wir mit Macht dem Struck'schen Gesetz Geltung verschaffen, wonach noch kein Gesetz den Bundestag so verlassen hat, wie es in den Bundestag gekommen ist. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja, dann hört mal auf die linke Opposition!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Albert Stegemann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albert Stegemann (CDU/CSU):

Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Heute beraten wir in erster Lesung das Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Kein anderes politisches Projekt wird zurzeit derart kontrovers diskutiert. Das Schauspiel, das sich hier täglich auftut, erinnert mich immer an folgendes Zitat: „Ein Kompromiss ist dann vollkommen, wenn alle unzufrieden sind.“ – „Unzureichend geprüft“, „zu teuer“, „ungerecht“ – das sind nur einige Schlagworte von scheinbar sozialen Initiativen. Wenn diese und Wirtschaftsverbände befinden, dass wir an dieser Stelle zu weit gehen, die Fraktion Die Linke uns aber vorwirft, dass wir nicht weit genug gehen, dann scheinen wir das Maß der Mitte nicht ganz aus den Augen verloren zu haben.

Albert Stegemann

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich bin selbst Unternehmer, jedoch umso mehr erstaunt, welche selbsternannten Wirtschaftsexperten sich mit verschärfter Rhetorik in dieser Debatte zu Wort melden, und das ganz offenkundig, ohne das große Ganze im Blick zu haben. Ehrlich gesagt, mir geht das langsam auf die Nerven.

Schauen wir uns das vorliegende Gesetz noch einmal genau an:

Bei der Mütterrente zweifelt doch kein Mensch in der öffentlichen Diskussion an, dass wir bisher eine Ungleichbehandlung der Mütter haben, die ihre Kinder vor bzw. nach 1992 geboren haben. Ferner zweifelt niemand an, dass es sich hierbei um ein Gerechtigkeitsdefizit handelt. Wie man überhaupt auf die Idee kommt, das teilweise Schließen einer Gerechtigkeitslücke als ungerecht zu bezeichnen, das muss mir erst mal einer erklären. Das einzig Ungerechte an der Mütterrente ist, dass sie erst jetzt kommt; vorher war sie jedoch nicht finanzierbar.

(B) Mit den geplanten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir soziale Härten abfedern. Das betrifft jedes Jahr fast 170 000 Menschen, die aus ihrem Job ausscheiden, bevor sie das Rentenalter erreichen. Den Arbeitsplatz zu verlieren, das berufliche Umfeld aufzugeben und die eigene Lebenssituation neu zu ordnen – dies bedeutet einen harten Einschnitt, oft mit finanziellen Folgen verbunden. Es geht uns doch im Wesentlichen darum, die Lücke im Rentenkonto aufzufüllen, die durch fehlende Beitragszahlungen aufgrund einer verminderten Erwerbstätigkeit – sprich: durch Krankheit – entstanden ist. Dies ist, mit Verlaub, nicht überflüssig – nein, dies war überfällig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bei den Kosten des Rehabudgets, das ebenfalls Bestandteil des Rentenpaketes ist, kann man sogar von einer Investition sprechen: Getreu dem Motto „Reha vor Rente“ soll mit den zusätzlichen Mitteln des Rehabudgets ein aktiver Beitrag zu einem längeren Erwerbsleben geleistet werden. Wer nach langer Krankheit wieder seiner Beschäftigung nachgeht, ist ein Gewinn für die Versicherungsgemeinschaft. Das Rehabudget dient der Unterstützung betroffener Menschen, die ihr Leben noch selbst aktiv gestalten wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme abschließend zu dem Teil des Rentenpaketes, welcher besonders viele Gemüter zu erregen scheint. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte heißt so, wie sie heißt, da der Begriff der Rente mit 63 vollkommen irreführend ist. Kein Abgeordneter innerhalb der Unionsfraktion will eine Abkehr von der letzten Rentenreform. Allen Akteuren ist klar, dass sich die demografische Problematik nicht entspannt hat. Es geht ausschließlich darum, Rentnern, die ihr Leben lang gearbeitet haben, für eine Übergangszeit die Möglichkeit zu

geben, nach 45 Jahren abschlagsfrei mit 63 in Rente zu gehen. Bislang müssen Arbeitnehmer Abschläge in Kauf nehmen. Nur darum geht es. Deshalb liegen die Kosten für diesen Teil des Rentenpaketes bei nur etwa 25 Prozent der Gesamtkosten. (C)

Apropos Kosten: Den Zeitgenossen, die dazu übergehen, die Kosten der Rentenreform auf 160 Milliarden Euro bis 2030 zu schätzen, sei gesagt, dass diesen Kosten Einnahmen in Höhe von 4 000 Milliarden, also 4 Billionen Euro, gegenüberstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da hat er recht!)

– Danke schön, Herr Birkwald, das freut mich. – Was ich damit sagen will: Das Kumulieren von Kosten über lange Zeiträume führt nur zur Verwirrung und nicht zu einem wirklichen Mehrwert in der Diskussion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ferner ist sich die Regierungskoalition darüber einig, dass ein geeignetes Instrument zur Vermeidung einer Frühverrentungswelle gefunden werden muss. Gerade ältere Arbeitnehmer sind wertvolle Arbeitskräfte. Auf ihr Wissen und ihre Erfahrung können wir nicht verzichten. Daher muss ein flexibler Renteneintritt möglich sein.

Für Arbeitnehmer, die im Einvernehmen mit ihren Arbeitgebern über den Renteneintritt hinaus arbeiten wollen, müssen wir vorhandene gesetzliche Barrieren abbauen. Hier gilt es jedoch, rechtliche Prüfungen abzuwarten. Somit sollte gelten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Regierungskoalition hat ihre Hausaufgaben gemacht. Es ist ein Kompromiss zwischen den Regierungsparteien gefunden worden, der zwar nicht alle Interessen berücksichtigen kann; aber dennoch kommt die Koalition ihrem Auftrag nach, im Sinne des Volkes und zu dessen Wohl zu handeln.

Die Reformen sind Reaktionen auf die veränderte Lebensrealität unserer Mitbürger und auf die gute wirtschaftliche Situation. Deshalb schließe ich mit einem Zitat eines Ehrenbürgers aus meiner Heimat:

Ich wünsche allen Beteiligten ein gesundes Maß Gelassenheit und Gottvertrauen, wenn Interessenvertreter bzw. die Medien mal wieder dabei sind, die eine oder andere Sau durchs Dorf zu treiben.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Tobias Zech für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Tobias Zech (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der erste Entwurf des Leistungsverbesserungsgesetzes in der gesetzlichen Rentenversicherung steht. Der Entwurf ist der Bauplan für das Gebäude, das wir noch errichten müssen; wir treten ja erst heute – das wurde mehrfach angesprochen – in das parlamentarische Verfahren ein.

Die Grundlage ist gelegt. Jetzt geht es darum, an den Details zu arbeiten. Ein Haus soll entstehen – um bei diesem Bild zu bleiben –, in dem möglichst viele wohnen können: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Alte und Junge, Starke und Schwache. Es sollte auch nicht nach einer Generation wieder einstürzen.

Zum Thema Generationenpolitik. Herr Kurth, ich fand es gut, wie leidenschaftlich Sie vorhin Ihre Position vertreten haben. Aber man muss eines sagen: Wir werden zum ersten Mal seit 25 Jahren wieder Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ermöglichen – und das, ohne die zentralen Aussagen unseres Wahlprogramms zu verlassen, nämlich: keine Steuererhöhungen und keine neuen Schulden. Das ist generationengerechte Politik. Das ist Politik für die junge Generation, für die ich hier sprechen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(B) Was sind also die Bausteine des Rentenpaketes? Die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente – Kollege Schiewerling hat dies sehr deutlich ausgeführt – sind aus meiner Sicht der wichtigste Bestandteil; denn damit helfen wir denen, die von Altersarmut bedroht sind, die keinerlei Aussicht darauf haben, im Rentenalter ein entsprechendes Auskommen zu haben. Hier hätte man durchaus mehr tun können, aber wir sind auf einem richtigen Weg.

Das Thema Rente mit 63 ist nicht unbedingt mein Wunschthema. Hinsichtlich der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren sind wir uns, glaube ich, einig. Die Frage ist, wie wir die Ausnahmen definieren. Wir sind uns einig – das ist der erste Schritt –, dass wir keine Frühverrentung wollen, weil wir die Fachkräfte, die gut ausgebildeten älteren Mitarbeiter im Unternehmen belassen wollen. Hier sollten wir ins Detail gehen und schauen, wie wir damit umgehen können.

Es gibt einen Vorschlag: Erstattung von Beiträgen. Das hatten wir schon einmal in Deutschland. Wir haben gelernt, dass das nicht richtig funktioniert. Aus meiner Sicht sollte man versuchen, die unbilligen Härten, die Sie, Frau Ministerin, in Ihrem Begleitschreiben zum Gesetzentwurf gut beschrieben haben, abzufedern. Die Grundlage des Gesetzentwurfs ist aber, dass man 45 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, dass man 45 Jahre lang eine Leistung erbracht hat. Insofern bin ich dafür, dass wir für die Vergangenheit eine Arbeitslosenzeit von bis zu fünf Jahren berücksichtigen, aber ab dem 1. Juli 2014 eine lückenlose Erwerbsbiografie fordern. Dann haben wir ein zukunftsfähiges Konzept.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist ungerecht!)

– Das ist nicht ungerecht.

(C) Unverständlich in diesem Zusammenhang ist, weshalb die freiwilligen Beitragszahler nicht in den Genuss der abschlagsfreien Rente kommen sollen. Diverse Ausnahmen wurden vom Ministerium aufgezählt, die bei den 45 Jahren richtigerweise berücksichtigt werden: Zeiten der Pflege und Kindererziehung, Wehrdienst, Weiterbildungen und sogar – für die Vergangenheit – Arbeitslosenzeiten. Was ist aber mit dem selbstständigen Handwerker, der 45 Jahre freiwillig durchgehend eingezahlt hat? Für den soll das nicht gelten? Wille und Ziel ist es doch, besonders langjährige Beitragszahler zu belohnen und zu entlasten. Freiwillig Versicherte haben genauso lange gearbeitet, genauso hart geschuftet, genauso eingezahlt und damit das Sozialversicherungssystem sogar freiwillig unterstützt. Hier sehe ich einen massiven Nachbesserungsbedarf.

Die Rente nach 45 Beitragsjahren bedeutet eine Flexibilisierung nach unten. In der jetzigen Zeit – das gilt insbesondere, wenn man den demografischen Wandel und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes betrachtet – sollten wir auch in die andere Richtung flexibilisieren. Es gibt ja schon Diskussionen über einen flexibleren Renteneintritt. Ich denke, wir müssen über die Möglichkeiten diskutieren. Das fängt bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung an. Wir müssen aber auch überlegen, wie wir das Teilzeit- und Befristungsgesetz neu gestalten können.

Ich freue mich auf die Diskussion. Es gibt genügend Möglichkeiten. Packen wir es gemeinsam an! Frau Ministerin, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie schon mehrmals gefragt wurden, ob Sie das schaffen. Ich denke, Sie schaffen das, aber nur gemeinsam mit uns.

(Katja Mast [SPD]: Auf Grundlage unseres Koalitionsvertrages, Herr Kollege!)

Dann haben wir ein gutes Paket und eine gute Lösung für die Rentner in Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/909 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu andere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz – DirektZahlDurchfG)**

Drucksache 18/908

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind auch für diese Aussprache 96 Minuten vorgesehen. – Das ist offenkundig einvernehmlich. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich entnehme der Rednerliste, dass Kollege Wiese heute seine erste Rede im Parlament hält.

(Dirk Wiese [SPD]: Das ist falsch!)

– Nicht. Dann haben wir heute vielleicht einen anderen Neuling. Ich wollte damit nur darauf hinweisen, dass ich zwar schon die eine oder andere Rede in diesem Hause gehalten habe, aber meine heutige Rede zur Landwirtschaft meine erste in dieser Zuständigkeit ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Die Spannung ist entsprechend hoch!)

Insofern fühle ich mich mit den Erstrednern sehr verbunden.

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Minister, das Präsidium verfolgt das natürlich auch mit besonderer Aufmerksamkeit. Ich kann Ihnen den Bonus für Erstredner, den das Präsidium im Übrigen gelegentlich gewährt, trotzdem nicht in Aussicht stellen.

(Heiterkeit und Beifall)

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Herr Präsident, herzlichen Dank. Aber man versucht es doch immer wieder.

(Heiterkeit)

Ich will allerdings darauf hinweisen – wenn Sie noch eine persönliche Bemerkung gestatten –, dass ich bisher insbesondere in Ministerien tätig war, die nicht unmittelbar Erfahrungen mit dem Föderalismus in voller Intensität haben. Das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ziehen Bundeskreise, aber keine stark föderalen Kreise. Das ändert sich jetzt natürlich für mich sehr. Frau Kollegin Höfken, wir beide, Sie und ich, und 15 andere Landesminister und Senatoren werden sich ab heute Mittag in Cottbus zur Agrarministerkonferenz treffen. Ich darf schon jetzt darauf hinweisen – ich bedanke mich für das Verständnis bei allen Fraktionen –, dass das für mich bedeutet, dass ich leider nicht die gesamte Debatte verfolgen kann,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Schade!)

sondern mich nach der ersten Runde hier verabschieden muss; denn dann darf ich mich den geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Länder stellen. (C)

(Ute Vogt [SPD]: Zuwenden!)

Landwirtschaft gehört in die Mitte der Gesellschaft. Sie sichert unsere Lebensgrundlagen. Sie sichert auch weite Teile unserer so geschätzten Lebensqualität. Deshalb halte ich es für sehr angemessen und freue mich darüber, dass die Landwirtschaft heute in der Kernzeit in diesem Haus debattiert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ausdruck von Wertschätzung für Wertschöpfung. Darum wird sich mein Ministerium als Lebensministerium in dieser Legislaturperiode kümmern, auch in der Hoffnung, dass wir weitere Debatten zu guter Zeit führen können.

Die fast 300 000 Bauernfamilien, die wir in Deutschland haben, stehen am Anfang der Wertschöpfungskette. Im christlichen Sinne ziehen sie die Früchte aus dem Boden und arbeiten als Gärtner mit der Schöpfung. Sie haben den Auftrag, Menschen zu ernähren und mit den natürlichen Ressourcen schonend umzugehen. Dabei erfüllen sie Aufgaben und Auflagen im Interesse der Gesellschaft, die über den Preis nicht abgegolten werden können. Zudem haben sie mit natürlichen Widrigkeiten zu kämpfen. Mehr als alle anderen sind sie von der Witterung und von klimatischen Entwicklungen betroffen.

Im Gegenzug, so meine ich, haben sie Unterstützung verdient: Direktzahlungen, und zwar unabhängig davon, wie viel und was sie produzieren – ich glaube, es ist der richtige Weg, dies zu entkoppeln –, gebunden an die Fläche, die sie pflegen, und bald deutschlandweit in gleicher Höhe; bis heute fallen die Direktzahlungen in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich hoch aus. Verweigern wir unseren Bauern diese Unterstützung, gefährden wir die vielfältigen Agrarstrukturen und beeinträchtigenden Landschaften in Deutschland. Darum geht es heute in dieser Debatte. (D)

Wie gestalten wir ab 2015 ein System der Anerkennung für Leistungen, von denen wir alle als Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren? Ja, die Zahlungen sollen der Natur und unseren Lebensgrundlagen und natürlich insbesondere der Landwirtschaft zugutekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe damit den Spannungsbogen dargestellt, innerhalb dessen wir uns, wie ich meine, am besten in einer pragmatischen, vernünftigen Weise auseinandersetzen. Es geht um fundamentale Gerechtigkeitsfragen. Die politischen Entscheidungen, ob in Brüssel, hier im Deutschen Bundestag oder im Bundesrat, wirken sich unmittelbar auf wirtschaftliche Existenzen und das Schicksal von Menschen aus, die an erster Stelle in der Wertschöpfungskette Verantwortung übernehmen. Ich meine, dass es richtig und gut ist, dass wir dem Anspruch auf Verlässlichkeit und Planungssicherheit gerecht werden.

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Die Direktzahlungen haben für viele Bauern im Land eine Schlüsselbedeutung. Der durchschnittliche Anteil der Direktzahlungen am Einkommen der Betriebe lag im Wirtschaftsjahr 2012/2013 bei einem Drittel, bei 34 Prozent. Mit anderen Worten: Die Direktzahlungen sind eine ihrer Existenzgrundlagen. Unabhängig davon, wie man sich dazu stellt, muss jedem klar sein: Wir müssen unseren Landwirten diesen Ausgleich für besonders hohe Anforderungen zubilligen.

Lassen Sie mich nebenbei bemerken, dass ich aufgrund meiner langjährigen parlamentarischen Erfahrung mit Regelwerken und Gesetzen glaube, ein wenig Ahnung zu haben. Aber angesichts der Volumina und Details der Regelungen im landwirtschaftlichen Bereich kommt es zu Überraschungseffekten,

(Ute Vogt [SPD]: Das kenne ich, ja!)

die auch alte Fahrensleute noch in tiefes Erstaunen versetzen und manche Frage auslösen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Kollege Ostendorff, mir hat ein erfahrener grüner Politiker – nicht mehr aktiv – vor ein paar Tagen gesagt: Passt bitte auf, dass ihr bei der Ökoverordnung, die die Europäer auf den Weg bringen wollen, keine Handbücher schreibt,

(Heiterkeit des Abg. Willi Brase [SPD])

- (B) sodass sie niemand mehr wirklich umsetzen kann, vor allem die kleineren Betriebe nicht. – Wir müssen den deutschen Bauern, was die finanzielle Seite angeht, im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik Stabilität versprechen.

4,8 Milliarden Euro stehen pro Jahr für die Direktzahlungen zur Verfügung, und das bis zum Jahr 2020. Sie wissen, dass wir vor einigen Jahren ganz andere Befürchtungen hatten. Es gab allerhand Begehrlichkeiten, ob sie nun von anderen europäischen Ländern – ich erinnere an die Diskussion mit den osteuropäischen Nachbarn – oder von anderen Politikbereichen vorgetragen wurden; es wurde gesagt, Landwirtschaft sei doch keine Zukunftsbranche. Nein, die Landwirtschaft ist eine Zukunftsbranche, und es ist ein großer politischer Erfolg, dass es keine dramatischen Kürzungen geben wird. Ich bedanke mich bei allen dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Neben der Einkommenssicherung und der Risikoversorge für unsere Landwirte haben wir ein weiteres Ziel fest im Blick: Wir wollen die Bedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaft verbessern. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt, der auch basierend auf den Beratungen der Sonder-Agrarministerkonferenz vom November letzten Jahres die Umschichtung der Mittel fest verankert hat.

Wir wollen 4,5 Prozent der jährlichen Obergrenze für die Direktzahlungen als zusätzliche Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung umschichten. Das macht rund 229 Millionen Euro aus, Jahr für Jahr. Damit

stehen den Ländern 1,1 Milliarden Euro zusätzlich für eine nachhaltige Landwirtschaft zur Verfügung. Dieses Geld kann gut investiert werden: für Grünlandstandorte, für eine besonders tiergerechte Haltung, für die Haltung von Raufutterfressern, für Agrar-, Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, für den Ausbau des ökologischen Landbaus. Ich bin froh, dass wir in eine Zeit kommen, in der keine ideologischen Gegnerschaften mehr kultiviert werden, sondern eher das Miteinander die Perspektive ist.

Die Bundesländer haben sich verpflichtet, die zusätzlichen Mittel für diese Zwecke und damit landwirtschaftsnah zu verwenden. Ich nenne das politisch sinnvoll und eine Umschichtung mit Augenmaß. Ja, wir nehmen von dem Geld, das den Bauern bislang unmittelbar zugutegekommen ist; aber im Vorfeld waren hier noch ganz andere Beträge in der Diskussion. Zugleich hilft diese Umschichtung dabei, die Mittel im ländlichen Raum zu halten. Es sind die EU-Fördermittel ja um insgesamt fast 9 Prozent gekürzt worden.

Die Fördermittel sollen im Ergebnis um 4 Prozent anwachsen. Kein Zweifel: Beides, starke Landwirtschaft und starke ländliche Entwicklung, geht bei uns, bei dieser Bundesregierung, Hand in Hand. Die Förderung der Landwirtschaft wird umweltgerechter; denn 30 Prozent der Direktzahlungen kommen künftig dem Umwelt- und Klimaschutz zugute. Unsere Landwirte müssen zusätzliche Leistungen erbringen. Sie dienen dem Erhalt von Dauergrünland, sie garantieren eine größere Vielfalt beim Anbau der Feldfrüchte, und sie führen zu ökologischen Vorrangflächen. Ab 2015 müssen unsere Landwirte 5 Prozent der Ackerflächen als ökologische Vorrangflächen bereitstellen. Das EU-Recht eröffnet ihnen dabei einen Katalog von Möglichkeiten, den wir nutzen sollten. Der reicht von Landschaftselementen wie Hecken und Baumreihen über Pufferstreifen an Gewässern bis hin zu Feldrandstreifen und Brachflächen. Zum Stichwort „Baumreihen“ sei nur ganz kurz gesagt: Ich höre, dass in den Ausführungsbestimmungen der Europäischen Kommission die Baumkronenbreite schon auf genau 4 Meter festgelegt ist. Ein Wunsch an unsere Techniker wäre dann, dass wir solche Messungen möglicherweise satellitengestützt vornehmen könnten. Ich will damit nur sagen: Liebe Leute, die ihr in Europa tätig seid, lasst bitte mal die Kirche im Dorf und den Baum dort, wo er steht!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Weiter zu nennen sind Flächen mit Zwischenfrüchten und Eiweißpflanzen.

Mit all diesen Möglichkeiten werden wir unsere Landwirte zukünftig zu mehr Umweltschutz und Biodiversität ermutigen, und das ist gut und richtig so.

Wenn wir es anders machen würden, müssten wir stilllegen. Stilllegung ist aber keine Antwort; Stilllegung ist eigentlich ein Stück Kapitulation vor dem, was ansteht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Christian Schmidt

- (A) Das heißt allerdings auch, dass wir auf ökologischen Vorrangflächen eine Bewirtschaftung nach guter fachlicher Praxis zulassen wollen. Es findet sich ein hohes Maß an Flexibilität in diesem Gesetzentwurf. Aber das heißt auch, dass die gute fachliche Praxis bei Zwischenfrüchten und Eiweißpflanzen möglich sein muss. Wir wollen den Landwirten mit unserem Gesetzentwurf diese Flexibilität geben.

Ein Wort zur nationalen Umsetzung; das wird auch Thema der Beratungen sein. Ich will das Struck'sche Gesetz jetzt nicht zitieren, zumal es sich um eine Vorlage handelt, die ich eingebracht habe; aber dass das Europäische Parlament sich bei der Zustimmung zu den sogenannten delegierten Rechtsakten nach Art. 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nach dem Lissabonner Vertrag – das ist ein neues Instrument, das die Kommission hat – gegenwärtig schwertut, zeigt, dass hier noch Gesprächs- und Erörterungsbedarf ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden heute Abend mit der EU-Kommission das eine oder andere besprechen können. An praktikablen Lösungen für Themen wie „der aktive Landwirt“ müssen wir noch weiter arbeiten.

- (B) Wir haben keine Kürzung oder Kappung der Direktzahlungen für sehr große Betriebe vorgesehen. Wir sagen nicht nur im Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft: Die kleineren und mittleren Betriebe sollten schon gefördert werden, weil sie besondere Bedingungen haben. – Es ist also keine Kappung, sondern eine gewisse Unterstützung der kleineren Betriebe. Wir haben uns, wie Sie wissen, auf zusätzlich rund 50 Euro pro Hektar für die ersten 30 Hektar und etwa 30 Euro für die nächsten 16 Hektar geeinigt.

„Der aktive Landwirt“ ist ein Begriff, der noch in eine Auslegungsliste der EU-Kommission kommen muss. Dazu sage ich: Wir dürfen nicht in zu starkem Maße mit Negativlisten arbeiten.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Alles okay!)

– Herr Präsident, ich entnehme der Gestik des Herrn Fraktionsvorsitzenden, dass er mir vielleicht noch etwas schenkt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir kämpfen für die Redezeit! – Heiterkeit)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Lieber Christian Schmidt, es ist Verhandlungssache, wem wir dann die Redezeit wegnehmen. Aber ich will Sie natürlich nicht unterbrechen. Das muss in Ihren Reihen geklärt werden. – Bitte schön.

Christian Schmidt, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Vorschlag: Ich bin in Kürze fertig; dann sind die Verhandlungen, wie ich das gern habe, schiedlich-friedlich konstruktiv zu Ende geführt.

(C) Ich kann natürlich nicht eine Diversifizierung im Einkommen fördern, sagen: „Ihr Landwirte müsst auch andere Einkommensquellen sinnvoll erschließen“, und anschließend, wenn sie das tun, meinen: „Jetzt seid ihr aber keine reinen Landwirte mehr. Ich muss euch ausschließen.“ – Das geht nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir brauchen ein System der Anerkennung für die Bauernfamilien und ihre unverzichtbare Wertschöpfung. Ich denke, dass uns dies bei diesem Gesetzentwurf in guter Weise gelungen ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Christian Schmidt. Viel Erfolg bei Ihrer künftigen Arbeit, nicht nur für den ländlichen Raum!

Nächste Rednerin: Dr. Kirsten Tackmann für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Ich verstehe sehr gut, dass alle Beteiligten endlich wissen wollen, wohin der Hase läuft in der EU-Agrarpolitik; es ist immerhin schon 2014. Aber Entscheidungen schnell und demokratisch zu treffen, widerspricht sich manchmal. Zumindest der Linken ist eine kluge und demokratisch gefasste Entscheidung allemal wichtiger als eine schnelle,

(Beifall bei der LINKEN)

gerade weil die Beschlüsse bis 2020 gelten sollen und erheblichen Einfluss auf die Städte, die kleinen Dörfer und auch auf die Landwirtschaft haben werden. Deshalb lohnt sich trotz allem Zeitdruck durchaus ein sehr prüfender Blick auf die Vorschläge, die jetzt hier vorliegen.

Dazu gehört allerdings auch eine Bewertung der aktuellen Situation, der Förderwirkungen und der Frage, wer von den Fördermitteln bisher profitiert hat. Ich selbst lebe in einem kleinen märkischen Dorf und komme viel herum. Ich erlebe es, dass immer mehr Menschen genau wissen wollen, wo, wie und von wem die Lebensmittel, die sie essen, hergestellt werden, Menschen, die sich gerade im so sensiblen Lebensmittelbereich keinen rein wirtschaftlichen Verwertungsinteressen und der Geldgier ausliefern wollen. Sie sind die Verbündeten aller Betriebe, die im Dorf Arbeitsplätze schaffen, ihre Leute vernünftig bezahlen und mit der Natur in Einklang produzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch grotesk: Einerseits genießt die Landwirtschaft eine große Anerkennung in der Gesellschaft; Platz drei in einer Emnid-Umfrage, welcher Beruf in der Zukunft für die Gesellschaft besonders wertvoll und wichtig ist, zeigt das doch. Andererseits hört man zunehmend

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Kritik an Landwirtschaftsbetrieben, Schlachtbetrieben und Supermärkten. Das Vertrauen ist erschüttert, und das nicht nur wegen Pferdefleisch und Antibiotikamissbrauch. Es geht um das Pflügen bis an den Gewässerrand und den Waldrand heran. Es geht um Betriebe, die mit den Dörfern überhaupt nichts mehr zu tun haben, weil der Geschäftsführer nur noch einmal in der Woche schaut, ob der Lohnunternehmer auf dem Acker seine Arbeit getan hat. Es geht um Feldwege, die verschwinden. Es geht um zu viel Dünge- und Pflanzenschutzmittel. Es geht um Äcker, die totgespritzt werden, um den Erntezeitpunkt zu optimieren. Es geht um gentechnisch veränderte Pflanzen, und es geht um das Verschwinden von Allerweltsarten wie Lerche und Kiebitz. Gerade junge Leute ernähren sich immer häufiger vegan oder vegetarisch, weil sie die Tierhaltungsbedingungen nicht mehr mitverantworten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ja, immer mehr Menschen wissen nicht mehr, wie Lebensmittel auf dem Acker, im Stall und im Gewächshaus produziert werden. Gerade deswegen brauchen wir einen intensiven Dialog zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und der Landwirtschaft – aber auf Augenhöhe. Dann verstehen vielleicht mehr Menschen, welche Probleme die Landwirtschaftsbetriebe haben. Ihre Probleme entstehen zum Beispiel, weil sie Äcker an den Straßen- und Siedlungsbau, an nichtlandwirtschaftliche Investoren oder an den Hochwasserschutz verlieren oder weil erfolgreicher Artenschutz für sie zusätzliche Probleme bereitet, etwa mit Bibern oder Wölfen.

- (B) Aber viele Probleme sind auch die Folge einer falschen EU-Agrarpolitik. Das fängt beim Preisdumping auf dem Weltagrarmarkt an, geht weiter mit Agrarbetrieben, die gegenüber immer größeren Schlachthöfen, Molckereien und Supermärkten machtlos sind, und hört bei der Preistreiberei beim Kauf oder bei der Pacht von Äckern nicht auf. Deswegen sage ich ganz klar: Eine noch so kluge Agrarförderungspolitik wird scheitern, wenn es keine sozial und ökologisch fairen Marktbedingungen, wenn es nicht mehr regionale Verarbeitung und Vermarktung und wenn es keinen konsequenten Kampf gegen Bodenspekulation gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch eine falsche Agrarförderungspolitik hat zu den Problemen beigetragen. Es war zwar richtig, 2005 aus der gekoppelten Produktion auszusteigen und auf die Förderung der Flächenbewirtschaftung umzustellen; aber die Verlierer sind zum Beispiel die Schaf- und Ziegenhalter, die ohne Mutterschaftprämie kaum noch überleben. Sie werden aber dringend gebraucht, zum Beispiel für die Deichpflege oder für die Offenhaltung der Landschaft. Hecken sind der Flächenbeschaffung oft zum Opfer gefallen. Viele Betriebe haben die Tierhaltung aufgegeben. Also: Ein einfaches Weiter-so ist überhaupt keine Option.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb sagt die Linke ganz klar: Öffentliches Fördergeld muss für öffentliche Leistungen zielgenauer ausgeben werden, also für mehr Arbeitsplätze, für mehr

Umwelt und Klimaschutz. Aus Sicht der Linken wollte EU-Agrarkommissar Ciolos genau die richtigen Weichen stellen. Die Bundesregierung hat das aber lange blockiert und ist erst im letzten Moment auf den fahrenden Zug aufgesprungen, um sofort die Bremse zu übernehmen.

Zum Beispiel wollte Ciolos wie die Linke Betriebe mit vielen Arbeitskräften fördern; denn eine große Genossenschaft mit vielen Beschäftigten ist eben etwas anderes als eine große Agrargesellschaft. Dass diese Möglichkeit ausgeschlagen wurde, ist eine klare Fehlentscheidung. Wir wollten nur aktive Landwirte fördern und Konzerne von der Förderung ausschließen; auch das wird wohl nur bedingt gelingen. Wir waren für ökologische Vorrangflächen in allen Betrieben, wollten dort aber Eiweißpflanzenanbau ermöglichen. Die Bundesregierung will nun, dass dort auch noch Düngemittel und Pflanzenschutzmittel verwendet werden; aber das ist absolut kontraproduktiv.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren für ein Verbot der Umwandlung von Grünland in Ackerland. Nun sollen aber auch Pflegeumbrüche auf allen Grünlandflächen in Natura-2000-Gebieten verboten werden. Geplant ist also eine deutliche Nutzungseinschränkung, und das nur aus bürokratischen Gründen. Das halten wir für völlig falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt also noch viele offene Fragen, die wir in der Anhörung am kommenden Montag dringend miteinander besprechen müssen – im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Landwirtschaft und des ländlichen Raums.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. Nächste Rednerin: Ute Vogt für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ute Vogt (SPD):

Ganz herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will dem Ministerium danken, dass wir trotz des Wechsels, der in diesem Haus sicherlich nicht nur für Ruhe gesorgt hat, doch recht schnell zur zügigen Umsetzung dieses ersten Teils der EU-Agrarreform kommen. Ich bin Ihnen dankbar, Herr Minister, dass Sie die nachhaltige Landwirtschaft als ein wichtiges Ziel nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für unsere gesamte Gesellschaft ausdrücklich nach vorne gestellt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will nicht verhehlen, dass die EU-Agrarreform, wie wir sie jetzt vorliegen haben, hinter den heutigen

Ute Vogt

- (A) Anforderungen an Ökologie und Nachhaltigkeit insgesamt zurückbleibt. Das ist nun bis 2017 festgelegt. Es gilt jetzt, das Beste daraus zu machen. Aber es stimmt auch der Satz: Nach der Reform ist immer auch vor der Reform. – Wir müssen das, was passiert, auf jeden Fall kritisch begleiten, um daraus für die nächsten Schritte schon heute die richtigen Schlüsse zu ziehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht heute in der Debatte ebenfalls darum, dass wir darüber diskutieren, wie wir die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz umsetzen. Nur für jeden dritten Hof findet sich in der heutigen Zeit noch ein Nachfolger, ganz selten auch eine Nachfolgerin. Ich denke, es ist gut, dass durch die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz die jungen Landwirte gestärkt werden. Es ist auch ein wichtiger Schritt, dass kleinere Betriebe in Zukunft besser gefördert werden können. Die 220 Millionen Euro, die von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet werden, helfen den Ländern durchaus, flexibel und sehr zielorientiert zu steuern. Leider, muss ich sagen, haben die Agrarminister der Länder es nicht geschafft, die Spielräume etwas stärker zu nutzen. 4,5 Prozent der Mittel – das sind diese 220 Millionen Euro – werden umgeschichtet. Das ist ein erster Schritt; aber wir hätten die Chance gehabt, bis zu 15 Prozent zu gehen. Ich sage für meine Fraktion, dass wir es gerne gesehen hätten, wenn das, was es an Umschichtungsmöglichkeiten gibt, ausgeschöpft worden wäre;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) denn diese Mittel geben uns Spielraum, zum Beispiel zur Unterstützung artgerechter Tierhaltung, aber auch zur Unterstützung der ökologischen Bewirtschaftung. 220 Millionen Euro – das klingt nach viel Geld, ist aber doch nicht so viel, wenn man sieht, dass dieses Geld auf die Länder und dann auch noch auf die Betriebe zu verteilen ist.

Der einstimmige Beschluss der Länderagrarminister ist von uns nicht mehr zu ändern, wir müssen ihn so nehmen. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, was wir in der parlamentarischen Beratung aus der Gesetzesvorlage machen. 30 Prozent der Direktzahlungen sind mit sogenannten Greening-Auflagen versehen. Es geht dabei um die Einhaltung von Fruchtfolgen, es geht um den Erhalt von Dauergrünland, es geht um ökologische Vorrangflächen. In der Tat haben wir hier einiges noch zu sichern; denn wenn wir uns die letzten Jahrzehnte anschauen, erkennen wir: Seit den 70er-Jahren sind in Bayern etwa 30 Prozent der früheren Grünlandflächen verloren gegangen, in Ost- und Norddeutschland Untersuchungen zufolge sogar bis zu 80 Prozent. Ich denke, es ist ein wichtiges Ziel, dass Grünland in Zukunft nicht mehr verloren geht, sondern im Zweifel auch wieder verstärkt vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei ist es wichtig, zu sehen, dass Grünland nicht gleich Grünland ist. Der Wert dieser Flächen für den Kli-

- maschutz und die Artenvielfalt hängt nämlich stark davon ab, welche Bewirtschaftungsweise angewandt wird. (C) Deshalb müssen wir bei den kommenden Beratungen, angefangen mit der anstehenden Anhörung, auf alle Fälle im Blick haben, dass die Art der Bewirtschaftung dieser Flächen im Vordergrund steht. Es geht nicht allein darum, Grünland zu erhalten; es muss auch eine sehr sorgsame Bewirtschaftung stattfinden.

Ein besonderes Augenmerk will ich noch auf die ökologischen Vorrangflächen legen. Es findet ein teilweise sogar sehr emotionaler und erbitterter Streit um dieses Thema statt. Ich bin ausdrücklich dafür, dass wir zur Sicherung der Biodiversität und der Artenvielfalt strikte Vorgaben für diese Vorrangflächen machen.

Allen, die aufgeregt schreien, kann man im Sinne des Ministers, der auch schon dazu aufgefordert hat, nur sagen: Lassen Sie die Kirche im Dorf. – Es geht um ganze 5 Prozent der Ackerflächen, die ökologische Vorrangflächen werden sollen. Wenn man das umrechnet, sieht man, dass das gerade einmal 595 000 Hektar von insgesamt 11,9 Millionen Hektar bei uns sind. Ich denke, wir täten gut daran, den ökologischen Vorrang für diese sehr kleine Fläche am Ende wirklich besonders ernst zu nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ökologischer Vorrang bedeutet, dass bei der Bewirtschaftung dieser Flächen ökologische Gesichtspunkte Vorrang vor wirtschaftlichen haben müssen. Es geht darum, dass wir hier unsere Spielräume nutzen, indem wir zum Beispiel – das wurde in der Debatte schon erwähnt – den Einsatz von Pestiziden auf diesen Flächen tatsächlich untersagen. Das finde ich ein wichtiges Ziel. Wir werden noch ein bisschen darüber diskutieren müssen – sicherlich auch in der Koalition. Aber ich finde: Es gibt hier Spielräume. Es geht nicht nur um Pestizide, sondern auch um mineralische Dünger. (D)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann schreiben Sie das doch rein!)

Ich glaube, bei der Ausgestaltung des Gesetzentwurfs und den daraus folgenden Verordnungen haben wir noch einiges zu tun.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht nicht drin im Entwurf!)

Ich will Ihnen auch für die Diskussion noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Vorgaben, die wir machen, im Sinne des Gemeinwohls erfolgen; denn hier wird ja nicht wenig Geld verteilt. Bei allem Verständnis dafür, dass dies eine wichtige Unterstützung für die Landwirte ist, die viel tun, um unsere Ernährung zu sichern und unsere Kulturlandschaft zu erhalten, muss man deutlich machen, dass es sich um öffentliche Gelder, also Steuermittel, handelt und dass es deshalb keine Anmaßung ist, wenn man für die Vergabe dieser öffentlichen Gelder entsprechende Auflagen vorsieht.

Ich freue mich auf die Beratungen und glaube, wir haben einiges zu diskutieren – durchaus auch strittig. Es

Ute Vogt

- (A) geht uns darum, im parlamentarischen Verfahren allen Seiten Rechnung zu tragen. Das tun wir beispielsweise, indem wir in der Anhörung alle Beteiligten zu Wort kommen lassen. Aus dieser Anhörung wollen wir dann unsere Schlüsse ziehen.

Wir wünschen uns, dass nicht nur das Gesetz, sondern auch die Verordnungen die Handschrift der beiden Ministerien tragen, die dies gemeinsam zu verantworten haben. Wir haben vereinbart: Die Umsetzung auf dem Verordnungswege geschieht im Einvernehmen zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium. Ich glaube, wenn wir bei der Umsetzung sowohl die Umweltaspekte als auch die Bedürfnisse der Landwirte berücksichtigen, dann haben wir eine Umsetzung geschafft, die unserer Gesellschaft auf alle Fälle nutzen und das Wort „nachhaltig“ mit Sicherheit verdienen wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächste hat – und ich begrüße sie recht herzlich – Staatsministerin Uli Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau – das freut manche hier im Saal – und Forsten das Wort für den Bundesrat. Frau Höfken, bitte.

Ulrike Höfken, Staatsministerin (Rheinland-Pfalz):

Ganz herzlichen Dank. – Ich danke auch der Grünenfraktion dafür, dass ich die Sicht der Länder hier vortragen darf.

- (B) Das ist natürlich ein wichtiges Thema für diejenigen, die dies alles umsetzen müssen. Wir haben in meinem Bundesland Rheinland-Pfalz erreicht – und ich bin sehr froh, dass ich dazu beitragen durfte –, dass sich die Benachteiligung der bäuerlichen Betriebe bei der Direktzahlung jetzt nach und nach dem Ende zuneigt. Ich muss an dieser Stelle in diesem Hohen Hause aber auch darauf hinweisen: Wir haben weniger Geld in der zweiten Säule. Das liegt auch sehr stark an den Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe. Ich darf die Abgeordneten und die Ministerien an ihre Zusage erinnern, die Mittel im Bereich des Hochwasserschutzes genauso wie die der Gemeinschaftsaufgabe aufzustocken. Ich bitte Sie darum, das in den Haushaltsberatungen wahr zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Nachhaltigkeit hängt ja auch an dieser Unterstützung, genauso wie Investitionsmöglichkeiten oder die Bodenordnung.

Wir haben bei der GAP eine Reform auf den Weg gebracht, die ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein könnte, wenn nicht diese Bundesregierung – das muss man natürlich sagen – wie auch die vorherige jeden Fortschritt immer wieder ein ganzes Stück weit aushebeln würde, und zwar auf allen Ebenen.

Ein zentraler Punkt der GAP ist das Greening. Auch der Umweltausschuss des Bundesrates wendet sich gegen eine Verwässerung dieses elementaren Bestandteils

der Reform. Wir werden am 11. April diese Frage im Bundesrat debattieren. (C)

Herr Minister Schmidt ist offensichtlich schon unterwegs; dafür habe ich Verständnis.

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein, er ist noch da!)

– Entschuldigung, ich hätte mich nur einmal umdrehen müssen. Schön, dass Sie noch da sind. – Sie haben öffentlich Gesprächsbereitschaft signalisiert. Ich freue mich, dass wir uns heute Abend über dieses Thema unterhalten können.

Sie haben in diesem Zusammenhang auch vor überzogenen Kampagnen gewarnt. Dazu sage ich Ihnen: Wenden Sie sich da einmal an Ihre Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament; denn diese drohen gerade damit, das Instrument der delegierten Rechtsakte durchfallen zu lassen.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Das ist ein Zeichen der Vernunft!)

Das wäre eine echte Katastrophe für die Umsetzung auf Landesebene und würde die Betriebe vor Probleme stellen, die wir so schnell gar nicht lösen können.

Diese Haltung der CDU/CSU im Europäischen Parlament scheint dazu zu dienen, das Parlament dahin gehend unter Druck zu setzen, weitere agrarindustrielle Interessen durchzusetzen.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Na, na, na!)

Das merken wir schon jetzt. Wir haben gestern die Auslegungsvorschläge der Kommission bekommen. Da sieht man: Es geht um eine Reduzierung der Nachhaltigkeitselemente im Rahmen der GAP-Reform. Das werden wir so nicht hinnehmen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe auch davon aus, dass es hier – so habe ich meine Vorrednerin, Frau Vogt, verstanden – nach wie vor gemeinsame Ziele gibt, nämlich die Stärkung der umwelt- und tiergerechten Erzeugung und die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft. Es geht auch darum, im Deutschen Bundestag dafür zu sorgen, ein weiteres Artensterben, die Verseuchung des Trinkwassers oder die Schädigung unserer Wälder zu verhindern. Das sind übrigens auch ökonomische Faktoren. Fragen Sie dazu einmal die Waldbesitzer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle miteinander haben die Pflicht, die Artenvielfalt, die Biodiversität zu erhalten. Ich erinnere an die Biodiversitätsstrategie, die Sie selber verabschiedet haben, die Wasserrahmenrichtlinie und die nationalen Gesetze dazu genauso wie an den Klimaschutz. Die Umsetzung dieser Ziele hat eng mit dem Greening zu tun. Darum will ich kurz auf drei Punkte eingehen, die sich vielleicht banal anhören, aber von großer Bedeutung sind.

Der erste Punkt ist der Anbau von Zwischenfrüchten. Die Frage ist: Erlaubt man den Anbau von Zwischen-

Staatsministerin Ulrike Höfken (Rheinland-Pfalz)

- (A) fruchten als Greening-Maßnahme? Herr Minister Schmidt, es ist eben nicht so, dass gute fachliche Praxis und Vorrangfläche grundsätzlich miteinander zu vereinbaren sind, sondern es gibt durchaus Unterschiede zwischen ökologischer Vorrangfläche und guter fachlicher Praxis; das ist meine feste Auffassung. Der Anbau von Zwischenfrüchten darf nicht zugelassen werden; das ist zwar gute fachliche Praxis, aber keine ökologische Vorrangleistung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schindler [CDU/CSU]: Wir machen da Erosionsschutz!)

– Ja, als Erosionsschutz ist das gut, aber der Biodiversität bringt das nichts.

Ein zweiter Punkt sind Pestizide und Dünger. Wir möchten verhindern, dass auf ökologischen Vorrangflächen Pestizide und Dünger ausgebracht werden. Das würde das Ganze auf den Kopf stellen.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Wir wollen keine Brennessel-Monokulturen!)

Der dritte Punkt. Grünland zu erhalten, ist eines der wichtigsten Ziele der GAP-Reform wie auch, so habe ich es verstanden, dieser Bundesregierung. Also muss es darum gehen, Grünland zu erhalten und dafür zu sorgen – das diskutieren wir auch auf der AMK –, dass es hier ein Autorisierungssystem gibt, sodass wir nicht abwarten, bis die nächsten 5 Prozent Grünland verschwunden sind.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, was Ministerin Hendricks zur Lage der Natur gesagt hat. Ich möchte Sie alle beim Wort nehmen, gerade auch die Kollegen der SPD, die sich zurzeit als Merkels brave Helferlein etwas verspotten lassen müssen. Ich glaube, dass wir alle ungeachtet dessen, was im Bericht zur Lage der Natur steht, aufgefordert sind, dafür zu sorgen, dass die nationalen Möglichkeiten zur Umsetzung des Greenings auch wirklich wahrgenommen werden, damit das ursprünglich in der GAP vereinbarte Ziel „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ realisiert werden kann. Ich hoffe, dass wir gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Ministerin Höfken. – Jetzt hat Gitta Connemann das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer von Ihnen kennt Jemgum?

(Johann Saathoff [SPD]: Hier!)

– Danke. Kollege Johann Saathoff, mein ostfriesischer Nachbar. Sonst niemand? – Schade. Es ist dort nämlich wie im Paradies, sagen jedenfalls die Einheimischen und finden auch die Gänse. Jedes Jahr im Frühjahr und im Herbst machen sie dort zu Zehntausenden Rast: Graugänse, Nonnengänse und Blessgänse. Auf dem Weg vom Süden in die nordischen Brutgebiete legen sie dort sozusagen einen Boxenstopp ein; denn ihnen wird ein reich gedeckter Tisch präsentiert: saftige grüne Wiesen.

Die Gemeinde Jemgum ist zu 80 Prozent europäisches Vogelschutzgebiet. Das Gras genießen übrigens auch die Schwarzbunten. Ostfriesland ist für seine Weidekuhhaltung berühmt, und der Tourist erfreut sich an dem Anblick dieser Kulturlandschaft – ja, Kulturlandschaft; ich betone das –, denn ohne bäuerliche Pflege, ohne Pflügen und Säen würde es das nicht geben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann würde es auch keine Gänse geben. Dies zeigt einmal mehr: Naturschutz und Vogelschutz gehen nur mit der Landwirtschaft, nicht gegen sie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist auf europäischer Ebene erkannt worden. Deshalb sollen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik die Leistungen unserer Landwirte für Umwelt- und Naturschutz finanziell gestärkt und auch andere in Europa dazu animiert werden. Denn es gibt ohne Frage auch Agrarflächen, die ökologisch geschädigt sind: überdüngte, versalzene oder vertrocknete Böden, die vom Winde verweht werden, zerstörte Lebensräume für Schmetterlinge und Bienen, zum Teil auch für Vögel und Pflanzen. Hier braucht es mehr Anreize für Nachhaltigkeit über das Greening der Direktzahlungen und die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen, aber – das betonen wir – auf freiwilliger Basis, nicht durch Landwirtschaft. So lautet jetzt auch der politische Wille der EU. Dies war übrigens keine Selbstverständlichkeit; denn an der Reform schieden sich die Geister. Da wurde gestritten und gefeilscht; denn es geht um viel Geld, immerhin den größten Haushaltsposten der EU, die Direktzahlungen. Ich betone: Das sind keine Subventionen – Herr Minister Schmidt hat darauf hingewiesen –, sondern es ist ein Ausgleich für Leistungen, die die Landwirtschaft erbringt. Aber sie sind zum Teil an die geflossen, die sie nicht brauchen: von großen Landbesitzern wie die Queen bis zur Industrie. Deshalb war eine Neuordnung erforderlich.

Aber wie sollte diese aussehen? Es gab Fraktionen, die eine Agrarwende von oben wollten. Par ordre du mufti sollten 15 Prozent aller Flächen stillgelegt werden, und das in einer Zeit, in der Fläche so knapp und wertvoll ist wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Vorschlag gab es nie! – Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Fraktion war das denn? Sie bauen einen Popanz auf, der gar nicht stimmt!)

(C)

(D)

Gitta Connemann

- (A) Bis zur Fruchtfolge sollte alles vorgeschrieben werden – Planwirtschaft, erdosen am grünen Tisch. Damit wäre jeder Landwirt zum ausführenden Organ degradiert worden. Dabei ist er der Fachmann, übrigens auch mit den erforderlichen regionalen Kenntnissen; denn Deutschland ist vielfältig,

(Beifall bei der CDU/CSU)

von der Alm bis zur Salzwiese, vom Wald bis zum Wein, Frau Ministerin Höfken, übrigens immer von Menschenhand geschaffen, so wie in Jemgum. Deshalb ist es auch gut, dass sich am Ende die Vernunft gegen staatliche Bevormundung durchgesetzt hat. Die Reform der Agrarpolitik bringt mehr Freiheit für Europas Landwirte.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Connemann, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Harald Ebner?

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Immer besonders gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Oh, Harald, was geht denn da ab?

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Habe ich etwas falsch gemacht?

(Heiterkeit)

- (B) Liebe Frau Kollegin, Sie haben von Freiwilligkeit gesprochen. Ich möchte das unterstreichen. Ich möchte Sie dazu fragen, ob denn die Annahme von Direktzahlungen und das Stellen eines gemeinsamen Antrags nicht auch eine freiwillige Entscheidung eines Landwirtes ist; denn nur mit dieser Annahme der Direktzahlungen und dem Stellen eines gemeinsamen Antrags würden die mit der GAP verbundenen Greening-Auflagen greifen. Deshalb möchte ich Sie fragen, wie Sie es da mit der Freiwilligkeit halten?

Gitta Connemann (CDU/CSU):

Die Freiwilligkeit ist als Prinzip verankert, und das ist gut so. Dass es natürlich im Detail schwierig werden kann, ist klar. Das zeigt uns nicht nur dieses Gesetz, sondern das zeigen uns gerade die delegierten Rechtsakte, die in Europa derzeit verhandelt werden. Ich bin übrigens unserem Kollegen Albert Deß, der dafür sorgt, dass dort die Flexibilität wirklich hergestellt wird, die wir für die Landwirte vor Ort brauchen, außerordentlich dankbar,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und ich bin unserem Minister Christian Schmidt dankbar,

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der hat die ganzen Zahlungen infrage gestellt!)

der seine Zustimmung zu den delegierten Rechtsakten verwehrt hat, weil, wie er gesagt hat, noch nicht alles ausreichend klar ist. Im Übrigen hat sich der Amts-

schimmel tatsächlich im Kleingedruckten ausgetobt. (C) Deswegen ist es gut, dass wir dies kontrollieren, übrigens für mehr Flexibilität. Lieber Kollege Ebner, da bin ich absolut bei Ihnen.

Wir waren bei der staatlichen Bevormundung.

(Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, wir waren bei der Freiwilligkeit!)

Übrigens ist es immer gut für die Politik, auch in diesem Haus, nicht zu entscheiden, was ein guter Betrieb bzw. eine gute Bewirtschaftungsform ist und was nicht. Wir in der Union sagen: Wir brauchen alle. Wir brauchen die ökologischen, die biologischen und die konventionellen Betriebe ebenso wie die kleinen und die großen; denn wir brauchen Vielfalt für den Verbraucher, die er übrigens bei uns hat. Ich glaube, es gibt kein Land auf der Welt, wo es so sichere Lebensmittel zu so bezahlbaren Preisen gibt. Auf die Leistung, die die deutsche Landwirtschaft erbringt, können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nun geht es an die Umsetzung der Reform. Jetzt wird es haarig; denn der Teufel steckt bekanntlich im Detail. So warten wir auf die delegierten Rechtsakte und Auslegungsvermerke. Wir hatten gerade darüber gesprochen. Wir wünschen uns dort mehr Flexibilität. Aber ich sage auch sehr deutlich: Diese Flexibilität müssen wir national nutzen. Den ersten Aufschlag haben wir mit dem Umverteilungsprämiengesetz getan, durch das kleinere und mittlere Betriebe zukünftig eine bessere Unterstützung erhalten werden. Die Vorlage aus Ihrem Haus, lieber Herr Minister, war gekonnt; denn dieser Gesetzentwurf ist ohne Gegenstimmen angenommen worden. (D)

Jetzt folgt das zweite Gesetz, das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz, über das wir heute diskutieren. Darin steckt ganz viel Gutes. Lieber Herr Minister, Sie haben es dargestellt. Übrigens, für unsere Fraktion sage ich deutlich: Wir sind froh, dass die Umschichtung der Mittel auf 4,5 Prozent begrenzt wurde;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

denn wir dürfen nie vergessen: Dies ist das Geld der Landwirtschaft,

(Willi Brase [SPD]: Nein! – Ute Vogt [SPD]: Das Geld der Steuerzahler!)

und eine Umschichtung auf das Land ist für das Land schön, geht aber im Ergebnis zulasten der Landwirtschaft.

Es gibt viele andere Punkte, die Sie angesprochen haben. Einen Punkt, lieber Herr Minister, beurteilen wir als Agrarpolitiker der Union anders als Bund und Länder. Wir halten den Plan, alles Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten, also in Vogelschutzgebieten und in FFH-Gebieten, als umweltsensibles Dauergrünland festschreiben zu wollen, für falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn daraus folgt ein generelles Umwandlungs-, Tausch- und übrigens auch Pflugverbot. Keine Frage: Niemand will Umwandlung; aber eine Pflegemaßnahme

Gitta Connemann

- (A) muss möglich bleiben. Alles andere ist fachlich nicht begründet und rechtlich auch nicht notwendig.

Ohne Frage müssen wir Dauergrünland schützen; denn Wiesen binden Kohlenstoff. Deshalb verlangt die EU, entsprechende Gebiete zu identifizieren, unter anderem extrem umweltgefährdete Gebiete innerhalb von Natura-2000-Gebieten. Die EU gibt jedoch nicht vor, sämtliches Grünland in diesen Gebieten unter Schutz zu stellen. Dies ist auch vernünftig; denn häufig geht es bei dem eigentlichen Schutzziel des Gebietes um etwas ganz anderes, wie beim Vogelschutz in Jemgum.

Ich verstehe, dass Bund und Landesregierungen nach einer einfachen Abgrenzung gesucht haben. Aber die gefundene taugt, ehrlich gesagt, nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Denn Dauergrünland ist nicht Dauergrünland, und Natura-2000-Gebiet ist nicht Natura-2000-Gebiet. Wir brauchen hier differenzierte Betrachtungen. Dies schlägt übrigens auch unser bundeseigenes Institut, das Thünen-Institut, vor, das sich als Sachverständiger für die am Montag stattfindende Anhörung gemeldet hat. Dieses Institut sagt sehr deutlich: Bedenkt bitte, dass jede Vorschrift dieser Art eine erhebliche Einschränkung zulasten eines Landwirts darstellt! Also macht es bitte nur dort, wo es wirklich erforderlich ist! Keine Pauschalierung! – Vor diesem Hintergrund muss ein Umbruch zum Beispiel durch Pflügen möglich bleiben.

- (B) Es geht hier um Pflegemaßnahmen mit langer Tradition. Seit Generationen wird der Boden alle paar Jahre gepflügt und neu eingesät. Gerade erst solche Maßnahmen haben dazu geführt, dass wir besonders hochwertiges Grünland haben. Was noch schwerer wiegt, ist, dass wir anderenfalls das Vertrauen der Landwirte brechen; denn die Landwirte in Deutschland verlassen sich auf die Zusage der Politik, dass es nicht zu Bewirtschaftungsveränderungen kommt, wenn zum Beispiel ein Gebiet als Vogelschutzgebiet ausgewiesen wird. Dieses Vertrauen ist schützenswert, jedenfalls für uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir wollen weiter Kühe auf der Weide. Wir wollen auch Gänse. Wir wollen aber keine schleichende Enteignung unserer Landwirte. Deshalb sagen wir deutlich Nein zu der geplanten pauschalen Veränderungssperre. Wir müssen über andere Lösungen sprechen. Etliche Vorschläge liegen auf dem Tisch. Diese werden nun Gegenstand des laufenden Gesetzgebungsverfahrens sein.

Mein Parlamentarischer Geschäftsführer hat mir gesagt, dass ich nicht das Struck'sche Gesetz zitieren soll, weil darauf heute schon mehrfach hingewiesen wurde. Deswegen halte ich es mit dem Kollegen Holzenkamp, der immer sagt: Über uns Parlamentariern ist der blaue Himmel. – So ist es auch. Ich freue mich auf den blauen Himmel im Gesetzgebungsverfahren und auf die – hoffentlich auch zukünftig – grünen Weiden unter unseren Füßen, so wie in Jemgum.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der Blick nach oben gibt Ihnen recht, was den blauen Himmel angeht.

Kerstin Kassner für die Linke ist die nächste Rednerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Kerstin Kassner (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie nun auf eine kleine gedankliche Fahrt zu mir nach Hause einladen. Entweder sind Sie Städter – dann sehnen Sie sich regelmäßig nach dem Grün und der freien Natur –, oder Sie sind wie ich ein Bewohner der ländlichen Räume. Diese machen immerhin 58 Prozent der Fläche unserer Bundesrepublik aus. Auf dieser großen Fläche lebt etwa jeder vierte Einwohner Deutschlands.

In der Internetpräsentation des Landwirtschaftsministeriums steht, dass die ländlichen Räume nicht nur eine romantische Idylle sind; das kann ich mit Fug und Recht unterschreiben. Das ist in der Tat so. Ich denke nur an mein Heimatland Mecklenburg-Vorpommern: wunderschöne Wiesen und Seen, nicht zu vergessen das Meer, aber auch große landwirtschaftliche Flächen. Genauso ist es auf meiner Heimatinsel Rügen. Dort steht neben dem Tourismus die Landwirtschaft gleichermaßen an erster Stelle; denn sie prägt das Landschaftsbild auf der Insel maßgeblich. Wir wünschen uns ein hohes Maß an Lebensqualität. Das ist aufgrund der räumlichen Bedingungen, der guten Luft und allem, was dazu gehört, von Natur aus gegeben; aber – das sage ich bewusst – es gehört ganz viel bürgerschaftliches Engagement dazu, dies auch dauerhaft zu gewährleisten.

Es gibt ein großes Gefälle zwischen den Bedingungen in den ländlichen Räumen, dem Süden, dem Südwesten und meiner Heimatregion. Ich betreue die beiden Wahlkreise 15 und 16, also im Großen und Ganzen Vorpommern; Neubrandenburg gehört auch dazu. Wenn ich jetzt entschuldigend zu den Greifswaldern und Stralsundern sage, dass das ländlicher Raum pur ist, dann können Sie mir glauben, dass ich weiß, wovon ich spreche. Es ist leider eine Abwärtsspirale zu verzeichnen. Es gibt einen Abwanderungstrend, der aufgehalten werden muss. Zuerst gehen die jungen Frauen weg und mit ihnen die ungeborenen Kinder. Danach gehen auch die jungen Männer weg; denn sie finden es bei uns dann auch nicht mehr attraktiv. Das führt dazu, dass immer weniger Menschen in den ländlichen Räumen leben. Damit stellt sich die gesamte Situation schwieriger dar: die Kaufkraftentwicklung, die Schulen, die Versorgung mit ärztlichen Leistungen, all das ist schwierig und nur mit großer Mühe und Not aufrechtzuerhalten.

Mit der Verlagerung der Mittel in Höhe von 4,5 Prozent aus dem Gesamtvolumen kann das, was uns im Rahmen der Entwicklung ländlicher Räume weniger zur Verfügung steht, mindestens kompensiert werden. Es gibt so viele Möglichkeiten, wie man erreichen kann, dass die ländlichen Räume für das Leben dort attraktiv bleiben. Bei Besuchen vor Ort habe ich viele kreative

Kerstin Kassner

- (A) Ideen vorgeliefert, die lohnenswert sind, nachgemacht oder weiterentwickelt zu werden.

Es gibt zum Beispiel das Vorhaben, multiple Häuser zu errichten oder vorhandene Gebäude entsprechend umzunutzen. Dort können dann verschiedene Aufgaben im Dorf erfüllt werden: Am Montag kommt die Ärztin. Am Dienstag ist die Physiotherapeutin da. Am Mittwoch sind die Vereine des Ortes anwesend. Am Donnerstag findet dort die Sprechstunde des Bürgermeisters statt, und die Gemeindevertretung trifft sich am Abend. Am Wochenende wird natürlich das gemeindliche Leben gepflegt, das Tanzbein geschwungen, oder es werden interessante Nachmittage veranstaltet.

Man kann sich auch andere Dinge einfallen lassen. Ich kenne viele Beispiele. Im Rahmen von LEADER hatten die Insel Rügen und viele andere ländliche Bereiche mit dem Bottom-up-Prinzip Möglichkeiten, die außerordentlich erfolgreich waren. Dort haben sich viele Menschen engagiert. Kulturelle Möglichkeiten wurden entwickelt und genutzt. Zum Beispiel wurden die Kirchen vor Ort wieder hergerichtet und zum Kulturzentrum des Dorfes gemacht.

Das alles sind Möglichkeiten, die außerordentlich interessant sind und bei denen sich ein Mitmachen lohnt. Ich möchte, dass solche guten Ideen umgesetzt werden, damit auch zukünftig den Bürgerinnen und Bürgern in den ländlichen Räumen das Leben in ihrer Heimatregion gefällt und sie dort bleiben.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Ich kann mir aber auch vorstellen, dies gezielt zu unterstützen, zum Beispiel durch eine Breitbandversorgung. Heutzutage sind viele Unternehmen unabhängig von ihrem Standort. Wenn die Anbindung an das Netz über eine Breitbandversorgung gewährleistet ist, ist ein Arbeiten weit über die landwirtschaftsaffinen Bereiche hinaus möglich. Aber es gibt auch andere Möglichkeiten: Landwirtschaftsbetriebe, die nicht nur Lebensmittel produzieren, sondern sie auch verarbeiten. Aus einem Sozialbetrieb ist bei uns eine Molkerei entstanden, einhergehend mit touristischen Angeboten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind gute Lösungen, wie man den ländlichen Raum beleben kann. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir uns auch zukünftig darauf verlassen könnten, dass die Menschen im ländlichen Raum zufrieden sind und sich dort wohlfühlen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin Kassner. – Nächster Redner ist Dirk Wiese für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dirk Wiese (SPD):

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt ist, wie ich sehe, schon auf dem Weg zur Agrarministerkonferenz in Cottbus. Aber, Herr Staatssekretär, richten Sie ihm an dieser Stelle doch aus, dass wir heute auf jeden Fall eine Gemeinsamkeit haben: Wir halten heute zwar nicht unsere erste Rede im Deutschen Bundestag, aber wir reden auf jeden Fall beide zum ersten Mal zum Thema Landwirtschaft. Das ist doch eine schöne Gemeinsamkeit, die wir heute haben. Richten Sie ihm bitte schöne Grüße aus.

Ich komme zur Sache. Der ländliche Raum umfasst 90 Prozent der Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Hier lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Kleinstädten, Gemeinden und Dörfern. Er ist Heimat, er ist Lebensmittelpunkt, und er ist vielerorts eine von mittelständischen Familienunternehmen geprägte Industrieregion im Grünen. In dieser Region ist eine zukunftsorientierte und dem Gedanken der Nachhaltigkeit zugetane Landwirtschaft zu Hause. Das ist gerade mit Blick auf das Jahr 2014, dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft, von Bedeutung.

Warum erwähne ich das an dieser Stelle explizit? Die heute diskutierten Direktzahlungen sind nicht nur Subventionen im negativen Sinne. Sie verfolgen auch das wichtige Ziel, die heimischen Landwirte in zweiter und dritter Generation dabei zu unterstützen, unsere vielseitige Kulturlandschaft zu bewahren und zu pflegen; denn sie sorgen mit ihrer täglichen Arbeit dafür, dass jeder hier im Raum von seinem Heimatwahlkreis sagen kann: Wir leben und arbeiten dort, wo andere Urlaub machen –

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

obwohl das Sauerland – Frau Connemann, gestatten Sie mir diese Anmerkung – natürlich etwas schöner ist als alle anderen Wahlkreise und Regionen.

(Heiterkeit – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Frau Connemann sagt, hinter Ostfriesland fällt das weit ab!)

– Ja, Frau Connemann kommt aus Ostfriesland. Aber der Nachteil von Ostfriesland ist, dass es nicht so hügelig ist wie das Sauerland und man deshalb schon freitags weiß, wer sonntags zu Besuch kommt. Da haben wir im Sauerland ein paar Vorteile.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Aber in Ostfriesland haben sie mehr Wasser! – Zuruf von der CDU/CSU: Und mehr Wind!)

– Wir haben auch viele Seen. Aber darüber können wir in kleiner Runde diskutieren.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Passen Sie auf, sonst muss ich Sie noch rügen. Ich komme aus Schwaben. Da ist es auch schön.

(Heiterkeit)

(A) **Dirk Wiese (SPD):**

Fast so schön.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Reden Sie schnell weiter! – Norbert Schindler [CDU/CSU]: Waren Sie schon mal an der Deutschen Weinstraße?)

– Da haben wir eine neue Debatte – sehr gut –; die führen wir weiter.

Zum Gesetzentwurf. Versuchen wir einmal, trotz der sperrigen Überschrift der heutigen Debatte zur ersten Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik etwas Licht ins Dunkel zu bringen; denn die gesetzlichen Folgen der zu beratenden Regelungen betreffen das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, und zwar täglich.

Ute Vogt ist bereits ausführlich auf die Eckpunkte des vorliegenden Gesetzentwurfs eingegangen. Zu den Stichworten zählen die zusätzliche Förderung für die ländliche Entwicklung im Rahmen der zweiten Säule, der schrittweiser Abbau der regionalen Differenzen beim Wert der Zahlungsansprüche, die Regelung in Bezug auf das Dauergrünland und die Ausschöpfung der EU-rechtlich maximal zulässigen Förderobergrenze bei der Junglandwirteförderung.

(B) Ich möchte in meiner Rede zwei Punkte schwerpunktmäßig hervorheben: zum einen die Junglandwirteförderung und zum anderen die regionale Begrenzung bei Ausgleichsmaßnahmen. Junglandwirteförderung heißt konkret: Es geht um die landwirtschaftlichen Fachkräfte von morgen, die Unterstützung bei der Übernahme der Höfe und Betriebe ihrer Eltern brauchen und in Zukunft dafür Sorge tragen werden, dass wir – hoffentlich – täglich gute Lebensmittel wie Brot, Milch, Obst, Gemüse oder Fleisch kaufen können.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Genau!)

Regionale Begrenzung heißt ganz konkret: Die Fläche muss sich da erholen können, wo sie auch intensiv genutzt wird. Wenn in einer Region die Fläche intensiv bewirtschaftet wird, dann muss sie sich auch für einen gewissen Zeitraum erholen können. Man darf sich nicht in anderen Regionen sozusagen freikaufen.

(Beifall bei der SPD)

Der vorliegende Gesetzentwurf stärkt die Junglandwirteförderung aus meiner Sicht. Eine finanziell gut ausgestattete Junglandwirteförderung ist für die kommende Generation wichtig und von großer Bedeutung. Dies haben Vertreter des Bundes der deutschen Landjugend beim Parlamentarischen Abend vor einiger Zeit erst wieder deutlich gemacht; viele Kolleginnen und Kollegen waren an diesem Abend anwesend. Laut letzten Erhebungen belief sich die Zahl der Landwirte über 65 Jahre innerhalb der Europäischen Union auf rund 30 Prozent, während die Zahl der unter 35-Jährigen bei 6 Prozent verharrte. Dies ist eine große Herausforderung für die Zukunft der Landwirtschaft.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ja!)

(C)

Darum begrüße ich die entsprechenden Regelungen im vorliegenden Gesetzentwurf ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die aus meiner Sicht richtige Stärkung der Junglandwirte durch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU führt auch dazu, dass wir bei der anstehenden Reform der Hofabgabeklausel auf Grundlage des fundierten Gutachtens des Thünen-Instituts – Abschlag von 10 Prozent; wir reden darüber nach der Vorlage der Evaluierung vonseiten des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Sommerpause – zeitnah tätig werden können. So ist es angekündigt. Dem einen oder anderen ist der Begriff der Hofabgabeklausel vielleicht nicht so präsent. Darum an dieser Stelle eine kurze Erläuterung, worum es dabei geht: Wer im Alter von 65 Jahren Leistungen aus der landwirtschaftlichen Rentenversicherung haben möchte, an die er sein Leben lang ordnungsgemäß Beiträge entrichtet hat, der muss seine Flächen – einfach gesagt – abgeben.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht doch heute um die GAP, junger Mann! Das ist ein ganz anderes Thema!)

Tut er dies nicht, so hat er keinen Anspruch, auch wenn er eingezahlt hat. Findet er keinen Käufer oder Erwerber bzw. Nachfolger für seine Flächen, dann gibt es kein Geld.

Das ist ungerecht. Diese einst strukturpolitisch völlig richtige Weichenstellung aus dem Jahr 1957 ist aus meiner Sicht und der Sicht der SPD-Bundestagsfraktion heute unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit eigentlich nicht mehr aufrechtzuerhalten.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie stellt aus meiner persönlichen Sicht eine Zwangsabgabe dar. Darum müssen wir die Reform angehen. Das haben wir im Koalitionsvertrag auch vereinbart.

Frau Höhn, an dieser Stelle: Es gibt hier eine Schnittmenge. Wir wollen die Junglandwirte durch die Junglandwirteförderung stärken und haben dann auch Spielraum bei der Hofabgabeklausel. An dieser Stelle besteht ein Zusammenhang. Ich glaube, es ist wichtig, dies heute noch einmal anzusprechen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich auf den zweiten Punkt eingehen. Aus Sicht der Region Südwestfalen, der Kreise Olpe, Märkischer Kreis, Soest, Siegen-Wittgenstein und meiner Heimat Hochsauerlandkreis – das ist ein Beispiel von vielen in der Republik – ist es von immenser Bedeutung, die ökologischen Vorrangflächen in einen räumlichen Bezug zur Betriebsstätte zu legen, um insbesondere eine Verlagerung der Verpflichtung aus landwirtschaftlichen Gunstregionen mit intensiver Bewirtschaftung auf vermeintlich ertragschwächere Standorte zu verhindern. Denn das, was momentan stattfindet, ist eigentlich absurd: Regionen mit

Dirk Wiese

- (A) einer intensiven landwirtschaftlichen Bewirtschaftung erwerben in anderen Regionen Flächen und erfüllen so ihre vorgeschriebenen Auflagen. Zur Verbesserung der Böden in den belasteten Regionen trägt das nicht bei, und in den betroffenen Regionen, in denen Flächen vonseiten gebietsferner Landwirte gekauft oder gepachtet werden, steigen infolge dessen die Preise pro landwirtschaftliche Fläche zum Schaden der ortsansässigen Landwirte. Gerade bei uns im Sauerland ist das der Fall.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bis 2009 waren Ackerbauern bereits gehalten, einen gewissen Prozentsatz ihrer Betriebsfläche stillzulegen. Landwirte aus den großen maßgeblichen Ackerbauregionen in Nordrhein-Westfalen kamen ihren Stilllegungsverpflichtungen seinerzeit nach, indem sie zum Beispiel in der Region Südwestfalen landwirtschaftliche Nutzfläche anpachteten und stilllegten. Kurzum: Die damalige Nichtbewirtschaftungsverpflichtung wurde in andere Regionen verschoben, weil die für die Flächenstilllegung benötigten landwirtschaftlichen Nutzflächen dort günstiger zu pachten waren als in den Ackerbauregionen. Das stellt ein Problem dar. Als Grund für das niedrigere Pachtniveau im Sauerland wird immer angeführt, es liege an der Höhenlage, der Topografie oder dem späteren Vegetationsbeginn. Ich finde das manchmal gar nicht schlecht. Aber nun gut, das sind die Gründe.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Stilllegungsflächen fehlen den Landwirten vor Ort. Das führt auch dazu, dass auf den bewirtschafteten Flächen, die neben den Stilllegungsflächen liegen, der Unkrautbewuchs zunimmt und sinnvolle örtliche Kulturlandschaftsprogramme konterkariert werden. Diese werden durch Steuermittel finanziert. Deshalb müssen wir uns, wie ich meine, dieser Problematik annehmen.

Darum: Lassen wir doch das Struck'sche Gesetz, wonach kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es hineingekommen ist, zur vollen Entfaltung kommen und richtige Änderungen bzw. Anpassungen am bestehenden Entwurf vornehmen. Ich bin mir sicher: Nordrhein-Westfalen wird sich dem im Bundesrat nicht verschließen. Vielleicht kann man an dieser Stelle auch noch eine Öffnungsklausel auf den Weg bringen.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Da bin ich mal gespannt!)

Ansonsten kann ich den vorliegenden Gesetzentwurf nur begrüßen. Bei den 4,5 Prozent in Bezug auf die ELER-Mittel wäre vielleicht noch etwas mehr drin gewesen.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Nein!)

Aber nun gut.

Die europäische Agrarpolitik ist, um das am Schluss auszuführen, nicht unumstritten. Eine Einigung der Mitgliedsländer auf europäischer Ebene ist nicht immer einfach; oft erfolgt sie auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Wir haben hier einen Kompromiss vorliegen.

(C) Wenn wir an der einen oder anderen Stelle etwas nachbessern, kann man das auf den Weg bringen. Ich glaube, der zukünftige erste Präsident der Europäischen Kommission aus Deutschland nach Walter Hallstein wird nach dem 25. Mai vielleicht etwas mehr Schwung in die Reformdebatte bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege aus dem Sauerland. – Jetzt spricht Friedrich Ostendorff für Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Herbst 2010 legte EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos einen Bericht vor, der die Grundlagen für einen Vorschlag zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013, der zentralen agrarpolitischen Zukunftsentscheidung für die Bäuerinnen und Bauern Europas, darstellte. Dieser Vorschlag von Kommissar Ciolos war und ist wegweisend und notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Vorschlag ist wegweisend, weil er auf einer beispiellosen öffentlichen Debatte mit über 5 500 schriftlichen Beiträgen der europäischen Bürgerinnen und Bürger basiert. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind nachvollziehbar in den Vorschlag des Kommissars eingeflossen.

(D) Meine Damen und Herren, der Vorschlag ist notwendig; denn er geht von den großen Herausforderungen Ernährung, Klimawandel, Artensterben und Energie aus. Er entwickelt Lösungsansätze für diese Probleme, die unsere Lebensgrundlage insgesamt betreffen. Eines ist klar: Ein Weiter-so in der Agrarpolitik kann es nicht geben. 50 Milliarden Euro EU-Agrarsubventionen ohne Begründung kann es im 21. Jahrhundert nicht mehr geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Gemeinsame Agrarpolitik braucht eine neue, eine echte Legitimation, oder sie wird spätestens nach 2020 am Ende sein. Diese Legitimation, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss lauten: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung aber hat bei den Verhandlungen der GAP-Reform vom ersten Moment an auf der Bremse gestanden. Sie hat schwerwiegende politische und handwerkliche Fehler begangen, die der Demokratie in Europa nachhaltig schaden, die Lösung drängender Probleme behindern und die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik insgesamt infrage stellen.

Erstens. Die Bundesregierung ist nicht dem demokratischen und transparenten Ansatz von Kommissar Ciolos gefolgt. Sie hat das eindeutige Votum der Bürgerinnen

Friedrich Ostendorff

- (A) und Bürger für eine ökologischere und gerechtere Agrarpolitik ignoriert. Sie hat die Zivilgesellschaft, die seit vier Jahren mit 20 000 bis 30 000 Menschen im Januar hier in Berlin unter dem Motto „Wir haben es satt!“ für eine andere Agrarpolitik auf die Straße geht, permanent diffamiert.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Wo sind wir denn?)

Stattdessen hat der Bauernverband weiterhin alleine die Politik diktiert. Damit hat die Bundesregierung dem Glauben der Bürgerinnen und Bürger an Europa schweren Schaden zugefügt.

Zweitens. Die Bundesregierung hat nicht erkannt, dass nur mit einem starken europäischen Instrument wie der Gemeinsamen Agrarpolitik die großen Herausforderungen gelöst werden können. Der Vorschlag von Kommissar Ciolos hat die einmalige Chance eröffnet, EU-weit Artensterben einzudämmen, den Klimawandel zu bekämpfen und die Gerechtigkeitslücken zu schließen. Mit ihrer Blockadehaltung hat die Bundesregierung diese große Chance für Europa vertan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Die Bundesregierung hat sich so sehr um Ausnahmen für ihre agrarindustrielle Klientel bemüht, dass aus einem einfachen und transparenten Maßnahmenkatalog nun eine Ausnahme- und Schlupflochbürokratie zu werden droht. Es ist doch abenteuerlich, wie der CSU-Mann Albert Deß im Europaparlament dieser Tage herumläuft und versucht, durch Nachtreten im Kleingedruckten diese Reform noch klientelfreundlicher und damit vor allen Dingen noch bürokratischer zu machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alois Gerig [CDU/CSU]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Um die Interessen des Bauernverbands durchzusetzen, versucht Herr Deß, die Kommission zu erpressen, und droht, die längst beschlossene Reform an Formalien scheitern zu lassen, wenn der Kommissar nicht tut, was die Bauernverbände wünschen. Dieses Vorgehen von Herrn Deß schadet nicht nur den europäischen Bäuerinnen und Bauern, sondern vor allen Dingen denen in Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie, Herr Minister Schmidt, spielen dieses Spiel mit. Das ist antidemokratisch. Das ist antieuropäisch. Das ist Klientelpolitik in ihrer schmutzigsten Form. Hören Sie doch auf, uns etwas von Ethik in der Agrarpolitik zu erzählen, solange Sie Ihre eigenen Seilschaften nicht im Griff haben, Herr Minister.

Viertens. Ein weiterer großer Fehler der Bundesregierung war, dass sie den einmaligen gesellschaftlichen Konsens zur Umgestaltung, zum Umbau und damit zur zukünftigen Sicherung der GAP ausgeschlagen hat. Noch nie haben sich so viele Nichtregierungsorganisationen und Verbände gemeinsam für eine Erhaltung und Entwicklung der GAP ausgesprochen, wenn die Zahlun-

gen zukünftig an gesellschaftliche Leistungen gebunden werden. Die Bundesregierung hat diesen Konsens ausgeschlagen und damit die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die GAP 2020 aus Mangel an gesellschaftlicher Akzeptanz an ihr Ende kommt. Dies war und ist ein verhängnisvoller Fehler.

Noch sind einige grobe Fehler heilbar.

Erstens. Pestizide und Mineraldünger haben auf ökologischen Vorrangflächen nichts zu suchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ändern Sie das!

Zweitens. Grünlandschutz muss sofort kommen und an allen sensiblen Standorten gelten. Die dramatisch fortschreitende Grünlandzerstörung muss aufhören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ändern Sie das, und machen Sie 2014 nicht zum Jahr der Grünlandzerstörung!

Drittens. Eine Umschichtung von nur 4,5 Prozent der Gelder von der ersten in die zweite Säule ist für die Finanzierung der Agrarumweltprogramme viel zu wenig. Möglich sind 15 Prozent. Ändern Sie das!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Horst Seehofer, Ministerpräsident von Bayern, hat den Bundesländern eine Aufstockung der Mittel zur Förderung der ländlichen Entwicklung um 200 Millionen Euro versprochen. Dieses Versprechen hat er leider gebrochen. Ändern Sie das, und stellen Sie die Mittel in den Bundeshaushalt 2014 ein!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister Schmidt, Ihre Partei hat bei dieser Reform viel Schaden angerichtet. Ich fordere Sie daher auf: Beenden Sie die Blockade in Brüssel, beenden Sie die bürokratischen Tricks! Setzen Sie diese Reform so um, dass ihre Ziele erreicht werden können – für mehr Ökologie, für mehr Gerechtigkeit in Europa, für eine zukunftsfähige, moderne bäuerliche Landwirtschaft im Einklang mit der Natur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner in der lebendigen Debatte ist Hermann Färber für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Zuschauertribünen! 50 Prozent der Menschen in Deutschland leben in ländlichen Regionen, aber 100 Prozent der Menschen ernähren sich von landwirtschaftlichen Produkten. Wir diskutieren hier also nicht über irgendein politisches Randthema, sondern über einen Kernbereich, der täglich über 80 Millionen Bundesbürger betrifft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hermann Färber

- (A) Gestatten Sie mir, dass ich kurz auf die Worte meines Vorredners eingehe. Lieber Friedrich Ostendorff, die Landwirtschaft in Deutschland erbringt viele, viele Leistungen für die Gesellschaft, die sie am Markt nicht vergütet bekommt. Das möchte ich an dieser Stelle einfach so sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen wollen wir das mit den Direktzahlungen so regeln!)

Die Direktzahlungen – Herr Ebner, bitte hören Sie zu, sonst muss ich das nachher wiederholen – gehören in die Hand dessen, der die Hand am Pflug hat, der draußen die Arbeit macht, und nicht in die Hand dessen, der sich in irgendwelchen Zirkeln und politischen Diskussionen immer neue Gängeleien, Schikanen und Auflagen für die Bauern ausdenkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist mir wichtig, und das möchte ich an dieser Stelle so gesagt haben.

Die Reform der europäischen Agrarpolitik war in der Tat eine schwere Geburt. Bis heute ist noch nicht klar, wie das Kind nachher aussehen wird. Wir wollen aber an den weiteren Verhandlungen konstruktiv teilhaben. Es liegt uns an einer schnellen und guten Regelung, die den Landwirten die dringend benötigte Planungssicherheit gibt.

- (B) Die Reform hat auch sehr viele gute Bestandteile: Den schrittweisen Übergang zu einer einheitlichen Basisprämie finde ich sehr angemessen. Wir begrüßen die Förderung der ersten Hektare, die wir schon für 2014 beschlossen haben – sie wurde schon erwähnt –: 50 Euro für die ersten 30 Hektar und weitere 30 Euro für die nächsten 16 Hektar. Damit wird gerade die Klientel der Betriebe bedient, die eigentlich die Grundlage der Landwirtschaft bilden. Auch die Junglandwirteregelung ist grundsätzlich positiv. Wir müssen aber noch daran arbeiten – da bitte ich Sie, dass wir gemeinsam daran arbeiten –, dass auch die Vater-Sohn-GbR, die sogenannte Generationen-GbR, in jedem Bereich darunter fallen. Die Generationen-GbR ist ein deutsches Phänomen; sie ist aber auch ein Zeichen von Verantwortung und Nachhaltigkeit in den Betrieben in der Phase des Generationenwechsels.

Bei der Umschichtung der Mittel von der ersten in die zweite Säule haben wir uns auf einen Wert von 4,5 Prozent geeinigt. Diese Einigung steht, und daran wird auch nichts mehr geändert. Da müssen wir auch einen Punkt setzen, meine Damen und Herren. Wir können von den Landwirten nicht zusätzliche Leistungen einfordern, aber nicht mehr bezahlen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir nicht mit jeder Einzelregelung der Reform glücklich sind. Sie führt in der Tat zu weiterem Bürokratisierungsaufwand für die Bauern. Dabei müssen die Bauern schon heute 19 Cross-Compliance-Richtlinien und die darin enthaltenen verbindlichen 2 680 Standards beachten. Das Ende der Fahnenstange

ist also schon längst erreicht. Deshalb ist es uns sehr wichtig, dass es bei der Umsetzung der Reform zu keinen weiteren Belastungen für die Landwirtschaft in Deutschland kommt. Wir setzen uns für eine Eins-zu-eins-Umsetzung ein. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Thema Grünlandumbruchverbot. Im Gesetzentwurf ist eine klare Verschärfung der europäischen Regelungen auf nationaler Ebene enthalten, und das lehnen wir ab. Den Landwirten ist – das wurde heute schon mehrfach gesagt – bei der Einführung der Natura-2000-Gebiete immer wieder versprochen worden, dass es im Nachhinein keine weiteren Verschärfungen der Bedingungen geben soll.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Der damalige Umweltminister und jetzige Wirtschaftsminister Gabriel hat das richtig gesehen. Ich zitiere aus einer Pressemeldung vom 17. Februar 2006, in der stand:

Ich weiß, dass in einigen Regionen, in denen jetzt weitere Gebiete gemeldet wurden, eine Verunsicherung bei Betrieben und Bürgern entstanden ist, welche Auswirkungen die Naturschutzmeldung nun für sie hat. Gemeinsam mit den Ländern will ich dazu beitragen, dass die Sorgen und Skepsis abgebaut werden ...

Genau dazu bietet sich jetzt die Gelegenheit. Setzen Sie sich bitte mit dafür ein, dass über die Natura-2000-Gebiete nach fachlichen Kriterien entschieden wird und nicht nach Verwaltungsinteressen. Genau darum geht es jetzt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Natura-2000-Gebiete umfassen insgesamt circa 15 Prozent der Fläche der Bundesrepublik. Es ist versäumt worden, innerhalb der Natura-2000-Gebiete die wirklich schutzbedürftigen Grünlandflächen auszuweisen. Deshalb soll nun ein pauschales Umbruchverbot gelten, das aus fachlicher, aus Naturschutzsicht überhaupt keinen Sinn macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viele Natura-2000-Gebiete sind Vogelschutzgebiete. Einem Vogelschwarm ist es aber völlig egal, ob er rechts oder links von der Straße landen kann, wichtig ist, dass überhaupt eine Wiese vorhanden ist. Für diese Bereiche jetzt ein pauschales Umbruchverbot zu erlassen, ist einfach widersinnig. Wir brauchen hier eine ganz andere Lösung.

Ein weiterer Bereich macht mir sehr große Sorgen: die ökologischen Vorrangflächen, die sogenannten Greening-Flächen. Lieber Kollege Ostendorff, liebe Frau Vogt,

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ist immer noch euer Koalitionspartner!)

Hermann Färber

- (A) bereits heute bestehen 19 Prozent der Fläche aus Landschaftselementen wie Hecken, Bachläufen und Biotopen, und das ohne die ökologischen Vorrangflächen. Diese Tatsache sollte man zur Kenntnis nehmen und anerkennen.

Jetzt werden zusätzliche ökologische Vorrangflächen gefordert. Wir möchten, dass auf diesen zusätzlichen Flächen der Anbau von Eiweißpflanzen möglich ist. Der Anbau muss aber auch wirtschaftlich möglich sein. Wir müssen hier für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen. Das beinhaltet auch Düngung und Pflanzenschutz, um nachher ein ordentliches Produkt, in diesem Fall Eiweißpflanzen, ernten zu können. Mit pauschalen Verboten ist der Natur auch hier nicht geholfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir müssen das Thema Nachhaltigkeit global betrachten. Dadurch, dass wir in Deutschland immer mehr Flächen aus der Produktion nehmen – nichts anderes wird doch gemacht, wenn Düngung und Pflanzenschutz auf ökologischen Vorrangflächen verboten werden –, wird doch nicht weniger konsumiert. Nein, es wird nur woanders angebaut. Und wo soll das sein? Etwa im südamerikanischen Regenwald? Ist das die Lösung, die wir wollen? Nein!

Hier und heute haben wir sichere Lebensmittel von bester Qualität wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Wir haben eine der schönsten Kulturlandschaften auf dieser Welt, und nur hier haben wir Einfluss, wie und was produziert werden soll.

Ich erwähnte es schon: Wir warten noch auf die Definition des aktiven Landwirts. Was seinerzeit Flughäfen und Golfplätze von den Stützungszahlungen ausschließen sollte, wird nun zu einem bürokratischen Monstrum für Landwirte und gefährdet vor allem unsere Nebenerwerbslandwirte, die den Anforderungen kaum gerecht werden können. Jeder, der sich neben seinem Betrieb ein Zusatzeinkommen erschlossen hat, läuft jetzt Gefahr, diese Zahlungen nicht zu bekommen. Hier sehen wir Nachbesserungsbedarf.

Trotz aller Kritik im Einzelnen: Wir wollen Lösungen, die der Landwirtschaft in Deutschland, so wie wir sie kennen, eine gute Zukunft sichern. Unser Leitbild der von Familien betriebenen, regional verankerten, flächendeckenden Landwirtschaft wird von breiten Teilen der Bevölkerung geteilt. Gerade diese familiengeführten Betriebe sind von zusätzlichen bürokratischen Belastungen immer ganz besonders betroffen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

Hermann Färber (CDU/CSU):

Ich habe noch einen Satz. –

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Kommt auf die Kommas an!)

- Wer die Vielfalt dieser Landwirtschaft sichern will, der darf nicht mit Gängelung und Verboten arbeiten, der muss Lösungen anbieten. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist jetzt die Botschaft?)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner: Hans-Georg von der Marwitz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU):

Sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist vollbracht. Die Kernelemente der europäischen Agrarreform sind beschlossen. Was ist geblieben von den einst großen Zielen des Brüsseler Agrarkommissars? Nun will ich dem armen, viel gescholtenen Ciolos nicht zu nahe treten; denn es war eine Sisypusarbeit, allen Wünschen und Interessen der Mitgliedstaaten, der Kommission, des EP und nicht zuletzt der vielen Lobbyisten gerecht zu werden. Insofern habe ich große Achtung vor den geleisteten Arbeiten. Aber was sollte die GAP doch gleich werden? Gerechter, ökologischer, unbürokratischer und transparenter.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tja! Das haben wir erwartet!)

- Kommen wir zum ersten Punkt, dem gerechten Verteilen der Agrarsubventionen. Dazu müssen wir uns erst einmal den bisherigen Verteilungsschlüssel in Deutschland vor Augen führen. Die Mittel der ersten Säule, also die Direktzahlungen an die Agrarbetriebe, werden mithilfe des Hektarschlüssels ausgeschüttet. Das bedeutet: Je mehr Hektar der Landwirt bewirtschaftet, desto mehr Subventionen fließen in den Betrieb. Anders formuliert: Wer hat, dem wird gegeben. Besonders die flächenstarken ostdeutschen Agrarbetriebe sind die größten Profiteure dieses Verteilungssystems. (D)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Synergie- und Skaleneffekte stärken sowieso schon die Wirtschaftskraft dieser Unternehmen. Längst gibt es Betriebe, die mit weniger als 0,3 Arbeitskräften je 100 Hektar wirtschaften. Da lag es nahe, über Kappung und degressive Zahlungen zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Crone [SPD])

Die Brandenburger CDU-Landtagsfraktion hat sich 2011 in einem viel beachteten Positionspapier für die Begrenzung von Direktzahlungen ausgesprochen. Darin heißt es:

Zur Förderung des Strukturwandels hin zu einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft befürworten wir eine Deckelung der Direktzahlungen

Hans-Georg von der Marwitz

- (A) und ihre Koppelung an die Voraussetzung, dass sich der jeweilige Betrieb im Eigentum von in der Region ansässigen Personen befindet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Landesbauernverband Brandenburg witterte schon sehr früh Einbußen für seine Mitglieder und gab den Slogan heraus: Hektar ist Hektar, egal von wem er bewirtschaftet wird! Hände weg von der Kappung und Degression! Jetzt wird es spannend; denn mit diesem Slogan hat der Bauernverband einen dramatischen Richtungswechsel gegenüber der bisherigen Argumentationskette geliefert. Agrarsubventionen wurden immer als Einkommensausgleich und als Steuerungsmechanismus gegen Landflucht und für den Erhalt vielschichtiger Agrarstrukturen gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Subventionen in der ersten und zweiten Säule seien das wichtigste Planungsinstrument der Politik, die Entwicklung des ländlichen Raums positiv zu beeinflussen. Der ehemalige Agrarminister Friedrich sagte in seiner Antrittsrede bei der CDU/CSU-Arbeitsgruppe: Die bäuerlichen Familienbetriebe sind der Wirtschaftsmotor des ländlichen Raums. – Wohl wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Doch ausgerechnet der Brandenburger Bauernverband hat sich wortgewaltig gegen die Kappung und Degression der Agrarsubventionen gestemmt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Weil Genossenschaften etwas anderes sind!)

Damit konterkarierte ausgerechnet der landwirtschaftliche Berufsstand, der sich angeblich für die Familienbetriebe verantwortlich fühlt, deren Interessen, jedenfalls in Brandenburg. Das ist, Gott sei Dank, nicht in ganz Deutschland so.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Eben!)

Der Slogan des Brandenburger Bauernverbands, Hektar sei Hektar, egal von wem er bewirtschaftet wird, hat dies eindrücklich offenbart.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Hat das die Bundesregierung auch gesagt?)

Denn wer sind wohl ohne Änderung des Verteilungsschlüssels, also ohne Kappung und Degression, die größten Profiteure der Direktzahlungen? Vorrangig Agrargesellschaften, deren Wirtschaftsprinzip kaum in das Bild einer vielschichtigen familiengeführten und im Generationenkontext denkenden und handelnden Unternehmenslandschaft passt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Es ist schon erstaunlich, dass die süd- und die westdeutsche Fraktion des Verbandes diese Entwicklung zumindest kommentarlos akzeptierten. Umso dankbarer bin ich, dass die Agrarministerkonferenz der Länder im November 2013 ein kleines Zeichen gegen diesen Trend gesetzt hat. So macht Deutschland jetzt von der Möglichkeit Gebrauch, Mittel aus der ersten in die zweite Säule umzuschichten. 4,5 Prozent der Direktzahlungen – das haben wir heute schon mehrfach gehört – sollen in die Förderung des ländlichen Raums fließen. Bis zu 15 Prozent wären nach EU-Vorgaben möglich gewesen. Leider haben wir den Rahmen nicht gänzlich ausgeschöpft.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn ich sehe, wie in einigen osteuropäischen Ländern das Gegenteil passiert, nämlich dass Gelder von der zweiten in die erste Säule fließen, kann ich nur sagen: Wir setzen zumindest die richtigen Signale.

(D) Wir fangen an, Strukturpolitik zu machen, auch wenn die Auswirkungen des erzielten Kompromisses sehr überschaubar bleiben werden. Von einem Paradigmenwechsel hin zu einer zielgerichteten Verteilung und einer nachhaltigen Unterstützung bäuerlicher Familienbetriebe kann nicht gesprochen werden. Denn wer profitiert auch in Zukunft am meisten von den europäischen Agrarsubventionen? Es sind nach wie vor die flächenstarken Betriebe, die den Mittelzufluss für weitere Konzentrationen nutzen werden – lesen Sie dazu einmal die *Wirtschaftswoche* Nr. 14 vom 31. März 2014, den Artikel: „Mein Stück Acker“ –, außerdem Verpächter, die längst erkannt haben, dass sie ihren Pächtern dank Brüssel mehr aus den Rippen leiern können, und nicht zuletzt die Betriebe mit hohem Eigentumsanteil, die über sichere Renditen verfügen und bei Pacht und Erwerb mehr bieten können. Das System der pauschalen Flächenförderung hat sich offensichtlich überlebt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme aus einer Region, in der der Strukturwandel besonders krasse Formen angenommen hat. Einer meiner Nachbarn bewirtschaftet im Gesellschaftsverband derzeit rund 18 000 Hektar, eine Gemarkungsfläche von mehr als 20 Dörfern, und ein Ende weiterer Fusionen ist nicht absehbar. Vielleicht verstehen Sie jetzt, warum ich mir um die Strukturen der deutschen Landwirtschaft wirklich Sorgen mache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben als Politiker kaum ein Steuerungsinstrument gegen den grassierenden Strukturwandel in der Hand, den die Bevölkerung erst wahrnehmen wird, wenn die Auswirkungen offensichtlich werden, wenn der Wirtschaftsmotor Landwirtschaft in den Dörfern den Geist aufgibt. Lediglich mit den Agrarsubventionen können wir Richtungen vorgeben.

Nun zum zweiten Punkt der Reformziele: der Ökologie. Zum ersten Mal in der Geschichte der GAP ist es ge-

Hans-Georg von der Marwitz

- (A) lungen, Direktzahlungen an ökologische Gegenleistungen zu koppeln. Die Zeit bedingungsloser Förderungen ist vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Doch wie so oft – auch das wurde heute schon gesagt – steckt der Teufel im Detail. Bei der Bewertung dieses Ansatzes sollten wir uns auf zwei Fragen konzentrieren: Erfüllen die Auflagen erstens ihren Zweck, und sind sie zweitens praxisgerecht überhaupt durchführbar?

Im Rahmen der Anbaudiversifizierung müssen mindestens drei verschiedene Kulturen in einem Betrieb angebaut werden. Dabei muss der Anteil jeder Kultur mindestens 5 Prozent betragen und darf 70 Prozent nicht überschreiten. Mit dieser Maßnahme sollen Monokulturen verhindert und Biodiversität gefördert werden. Das Gegenteil ist der Fall. Denn mit bis zu 70 Prozent einer Kultur in der Anbaufläche kann man nicht einmal von Fruchtwechsel sprechen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Das ist wohl wahr!)

So wird sich wohl für den beobachtenden Bürger in der Landschaft wenig ändern.

Bei den ökologischen Vorrangflächen wird es komplizierter. Ursprünglich sollten 5 Prozent der bewirtschafteten Fläche ausschließlich nach ökologischen Gesichtspunkten bewirtschaftet oder stillgelegt werden. Der jetzt vorgelegte Maßnahmenkatalog wird dem anfänglichen Greening-Gedanken kaum noch gerecht.

- (B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! Das ist so!)

Bäume, Waldflächen und Gräben haben wir schon vor der Reform in unserer Agrarlandschaft gehabt, ohne sie wirtschaftlich geltend machen zu können. Auch Grenzertrags- und naturnahe Flächen werden durch die Greening-Auflagen an Wert gewinnen, sehr zum Verdruss der Schäfer, die mir vergangene Woche ihr Leid geklagt haben. Bei uns in Brandenburg ist das besonders bedeutend.

Damit sind wir beim dritten Punkt: Unbürokratischer und transparenter sollte die GAP werden. Zur Bürokratie stelle ich kurz und knapp fest: Zusätzliche Vorschriften und Bürokratieabbau sind unüberbrückbare Gegensätze. Dieser Ansatz war schon von Beginn der Agrarreform an mehr als fragwürdig. Als CDU haben wir uns immer für Entbürokratisierung eingesetzt. Diesen Grundsatz dürfen wir auch in der europäischen Agrarpolitik nicht vernachlässigen.

Ich komme zum Schluss. Mein Fazit zur GAP lautet: Der große Wurf ist mit Sicherheit nicht gelungen. Aber vielleicht hat die zum Teil sehr kontroverse und polarisierte Diskussion der letzten vier Jahre manche Erkenntnis wachsen lassen. Nach der GAP ist vor der GAP; wir haben es schon gehört. Auf europäischer Ebene drastische Veränderungen herbeiführen zu wollen, bedeutet eine große Kraftanstrengung über einen langen Zeitraum und bekanntlich das Bohren dicker Bretter, –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Jetzt müssen Sie wirklich zum Schluss kommen.

(C)

Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU):

– ich bin sofort fertig –, ganz im Sinne einer Aussage der eben schon zitierten *Wirtschaftswoche*: „Je breiter die Palette an Produkten und je stärker die Anbauggebiete regional gestreut sind, desto stabiler ist das Geschäft.“ – Ich sage: desto sicherer die Versorgungssicherheit, desto sicherer die betriebliche Vielfalt und Stabilität.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Bitte, Herr Kollege, kommen Sie jetzt zum Schluss.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ihr habt doch schon so viel Redezeit!)

Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU):

Meine Damen und Herren, Subventionen sind Steuermittel. Insofern muss der Grundsatz lauten: öffentliches Geld für Aufgaben, die uns allen dienen. Deshalb: Lassen Sie uns in Zukunft gemeinsam überlegen, wie wir mit den 4,8 Milliarden Euro aus der ersten Säule den größten gesellschaftlichen Mehrwert ziehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Das Wort hat der Kollege Willi Brase für die SPD.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Willi Brase (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, mein Vordränger hat in bemerkenswerter Art und Weise auf die Entwicklung der Diskussion über die GAP hingewiesen. Ich kann nur sagen: Ich bin ein Stück weit begeistert, was Sie hier ausgeführt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Und Ostdeutschland gebasht!)

Der Gesetzentwurf, den wir heute beraten – ich werde seinen Titel zitieren, weil mir selten so etwas Tolles untergekommen ist –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

lautet „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik“. Wir wollen 4,8 Milliarden Euro, 4,5 Prozent der jährlichen nationalen Obergrenze für die Direktzahlungen, als zusätzliche Förderung für die ländliche Entwicklung bereitstellen. Dies soll im Rahmen der bisherigen Betriebsprämienregelung bestehende regionale

Willi Brase

- (A) Unterschiede beim Wert der Direktzahlungen bis 2019 abbauen. – Das hört sich schon gut an.

Wir wollen uns einer neuen Basisprämienregelung schrittweise annähern, damit wir 2019 bundesweit einheitliche Werte für Zahlungsansprüche je Hektar für die Basisprämie haben. – So weit, so gut.

Wie wird dieser Anspruch umgesetzt? Frau Präsidentin, Sie gestatten mir, dass ich aus dem § 9 des Gesetzesentwurfs zitiere:

Für das Jahr 2015 wird der nach Anwendung des § 7 verbleibende Anteil der nationalen Obergrenze für die Basisprämienregelung auf die Regionen wie folgt aufgeteilt: Die Zahl der beantragten Zahlungsansprüche je Region ohne beantragte Zahlungsansprüche aus der nationalen Reserve wird mit dem für die jeweilige Region in der Anlage für das Jahr 2015 festgelegten Faktor multipliziert (Regionssumme 2015). Die Regionssummen 2015 für alle Regionen werden addiert (Bundessumme 2015). Der Anteil einer Region am zu verteilenden Prämienvolumen ergibt sich durch Division der jeweiligen Regionssumme 2015 durch die Bundessumme 2015. Die jeweilige regionale Obergrenze für 2015 ergibt sich, indem das zu verteilende Prämienvolumen mit dem so ermittelten Anteil der Region multipliziert wird.

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen jetzt die Begründung zu § 9 vorlesen würde, würde ich wahrscheinlich drei Minuten zitieren. Mir wäre aber immer noch nicht klar, wie die regionalen Unterschiede bis 2019 auf den Punkt gebracht werden.

(Heiterkeit bei der SPD – Norbert Schindler [CDU/CSU]: Dann komm mal zu mir! Ich bringe es dir bei!)

Wie ist das eigentlich zu verstehen? Was sagt uns dieser Text? Ich glaube, wenn wir so mit der Gemeinsamen Agrarpolitik umgehen, dann wird es sehr schwer werden, die Verhandlungen zwischen Landeswirtschaftsministern und Bundeslandwirtschaftsministerium als klar und deutlich darzustellen. Das wird nicht dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik die Agrarpolitik besser finden; im Gegenteil: Sie werden diesen Finanzierungsansatz nicht mehr verstehen. Ich behaupte, dass auch eine Menge der Kolleginnen und Kollegen im Bundestag diesen Ansatz nicht mehr versteht.

(Norbert Schindler [CDU/CSU]: Ich bringe es ihnen bei!)

Er ist ein Stück weit Ausdruck der vermachteten Landwirtschaftspolitik in unserem Land. Wenn wir mehr Anerkennung der Agrarpolitik wollen, müssen wir eigentlich dafür sorgen, dass mehr Klarheit in der Sache hergestellt wird, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Für mich ist dieses Beispiel auch ein Ausdruck dafür, dass wir in der Perspektive darüber nachdenken müssen, ob das Zwei-Säulen-Modell – Direktzahlungen und Entwicklung des ländlichen Raums – eigentlich noch richtig ist. Herr Staatssekretär, richten Sie dem Minister aus, dass ich dankbar bin, dass er als langjähriger Parlamentarier heute bei seiner ersten Rede als Minister indirekt auf diesen Tatbestand hingewiesen hat, indem er ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, dass ihm manche Kompliziertheiten im Gesetzgebungsverfahren so noch nicht untergekommen sind. Ich halte diese Formulierung, mit der wir das sozusagen zur Befriedung aller am Agrarmarkt Beteiligten umzusetzen versuchen, für nicht dienlich. Sie wird uns bei dem Ziel „mehr Anerkennung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ nicht weiterführen.

(D) Ich will einen zweiten Punkt inhaltlich ansprechen, zu dem mein Kollege Wiese schon Ausführungen gemacht hat. Wir haben im Vorfeld und auch vor dem Hintergrund der Anhörung, die wir am kommenden Montag durchführen werden, nachgefragt: Wie ist es eigentlich mit der Anrechnung regional entfernt liegender Pachtflächen als Greening-Flächen? Wir haben den Wissenschaftlichen Dienst bemüht. Der Wissenschaftliche Dienst hat uns mitgeteilt: Wenn dort Änderungen gewünscht sind, sind diesbezügliche gesetzliche Maßnahmen nur auf der EU-Ebene zu treffen. – Deshalb finde ich es gut und richtig, wenn unsere EU-Parlamentarier diese Frage im Zusammenhang mit den delegierten Rechtsakten diskutieren. Wir wollen nicht, dass sozusagen über große Entfernungen hinweg zusätzliche Pachtungen vorgenommen werden und in den betroffenen Regionen unsere Landwirte darunter leiden, dass die Pachten steigen, möglicherweise auch die Kosten für Eigentumserwerb steigen, und sie das Nachsehen haben gegenüber den Betrieben, die von weither kommen und solche Pachtungen vornehmen. Wir lehnen das ab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir fühlen uns in dieser Position ein Stück weit unterstützt durch die Debatte im Bundesrat, im Landwirtschaftsausschuss. Dort geht es darum – ich darf zitieren, Frau Präsidentin –: Ökologische Vorrangflächen sollen in einem räumlichen Bezug zur Betriebsstätte liegen, um insbesondere eine Verlagerung der Verpflichtung von landwirtschaftlichen Gunstregionen auf ertragsschwache Standorte zu verhindern. – Ich finde, hier sollte sich endlich die Mehrheit der Landesagrarminister durchsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir die Regelung zur Basisprämie nach der Anhörung in die endgültige Gesetzesform umgesetzt haben und das 2019/20 dann auch bundesweit angeglichen haben, dann haben wir ein Ziel erreicht. Aber wir haben noch ein zweites großes Ziel: Wir wollen mittelfristig den Ausstieg aus den Direktzahlungen. Wir wollen, dass die Förderung im Rahmen der ersten Säule weitestgehend übergeht in die Förderung im Rahmen der zweiten

Willi Brase

- (A) Säule. Wir wollen die Entwicklung der ländlichen Räume. Das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ soll und muss Zug um Zug umgesetzt werden. Ich glaube, wenn man Steuergeld ausgibt, dann darf man erwarten, dass dafür auch entsprechende Leistungen erbracht werden. Das ist ein richtiger Weg.

Von daher sehen wir als SPD-Fraktion den heute vorliegenden Gesetzentwurf – die endgültige Fassung bleibt natürlich der weiteren Beratung vorbehalten – schon als Weg dahin, dass wir 2020 mehr auf die zweite Säule übergehen. Wir fangen mit nur 4,5 Prozent der Mittel an. Herr von Marwitz, Sie hatten recht; vielleicht waren oder sind wir nicht bereit, mehr dafür zu geben. 15 Prozent wären oder sind noch möglich.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Für was?)

Es gibt nun die Einigung; daran kommen wir nicht vorbei.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss ja entschieden werden!)

Aber wir fühlen uns auch durch das Thünen-Institut unterstützt. In dem für Montag vorgelegten Gutachten wird deutlich ausgeführt: Mittel- und langfristig muss mit den Unterschieden zwischen den Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik Schluss sein. Wir wollen, dass hier eine Änderung erfolgt.

- (B) Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir bei der nationalen Umsetzung der GAP besonders die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen der ländlichen Räume im Auge haben. Wir wollen diese Räume fördern. Für meine Fraktion sage ich hier: Dies ist für uns Ausdruck einer Politik, die auf die Entwicklung ländlicher Räume ausgerichtet ist. Wir wissen, dass es in den ländlichen Räumen nicht nur um Landwirtschaft geht – das wurde heute in manchen Beiträgen schon angesprochen –, sondern auch um Daseinsvorsorge, um Arbeitsplätze, um Bildung, um gute Arbeit insgesamt und darum, für ältere Menschen das Leben in ländlichen Räumen nach wie vor möglich zu machen.

Insofern wollen wir gemeinsam in der heutigen Debatte – das geht ein bisschen über die GAP hinaus – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ weiterentwickeln. Wenn wir dieses Instrument über eine Grundgesetzänderung, auch im Zusammenhang mit der GRW, vernünftig auf den Weg bringen, dann sollten wir einen materiell ausreichend hohen Anteil für den Küstenschutz bewahren. Aber wir werden auch dazu übergehen müssen, für die ländliche regionale Entwicklung zusätzliche Mittel zu beantragen. Ich denke, da sind wir in der Koalition gefordert, gemeinsam beim Finanzminister, hoffentlich mit Unterstützung unseres Landwirtschaftsministers, mehr Mittel zu beantragen, damit wir zu einer besseren und stärkeren Unterstützung der ländlichen Regionen kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir als Sozialdemokraten unterstützen ausdrücklich das Leitbild einer Landwirtschaft, die flächendeckend wirtschaftet, die multifunktional ausgerichtet ist und die auch dem Ziel einer ressourcenschonenden Produktionsweise verpflichtet ist. An diesem Ziel sollten wir festhalten. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Weg gehen, und lassen Sie uns bei der Beratung des Gesetzentwurfs noch einmal überlegen, ob wir es schaffen, bessere Formulierungen als die in § 9 des Gesetzentwurfs – die kein Mensch versteht – zu finden. Es ist nicht gut für das Parlament und für die Landwirtschaftsminister – ich denke nicht nur an das Bundeslandwirtschaftsministerium, sondern auch an die Landwirtschaftsminister in den Ländern, auch wenn die Bundesratsbank ministeriell nicht mehr besetzt ist –, wenn es bis zum Schluss nur noch darum geht, wer den kleinsten Anteil an den Direktzahlungen hat. Wenn es so läuft, dann liegen wir falsch. So sollten wir es nicht machen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Als letzte Rednerin in dieser Debatte hat Marlene Mortler für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marlene Mortler (CDU/CSU):

(D) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gemeinsame Agrarpolitik gehört seit Beginn der Einigung Europas zu den wichtigsten Aufgabenfeldern europäischer Politik. Die GAP wurde dem Wandel der Lebensverhältnisse in Europa immer wieder angepasst. Anfangs stand der Wunsch der Menschen: Wir wollen satt werden. Heute steht die Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen einerseits ökologischer und sozialer Verantwortung und wachsenden gesellschaftlichen Ansprüchen und andererseits wirtschaftlichen Zwängen für nachhaltiges unternehmerisches Handeln.

Aber gerade die Ausführungen der Grünen haben deutlich gemacht: Hier wird pauschal diffamiert. Wer pauschal diffamiert, der wird nicht mehr ernst genommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gott sei Dank sehen über 70 Prozent der Menschen in Deutschland und EU-weit die Landwirtschaft in einem anderen Licht. Sie stehen hinter unseren Bäuerinnen und Bauern, und sie stellen ihnen ein gutes Zeugnis aus.

Meine Damen und Herren, früher gab es Geld für die Produktion. Heute gibt es Direktzahlungen nur dann, wenn der Landwirt den hohen Auflagen im Bereich Tiererschutz, Umweltschutz und Verbraucherschutz nachkommt.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Ja!)

Marlene Mortler

- (A) Deshalb sage ich: Diese Agrarreform stärkt nicht nur unsere Bauern und Bäuerinnen, sie stärkt auch unsere Umwelt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für diese Politik hat Deutschland hart und erfolgreich in Brüssel gekämpft. Daher ein herzliches Dankeschön der damaligen Ministerin Aigner, Dr. Friedrich und Christian Schmidt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich danke ausdrücklich unserem Minister Schmidt – kaum im Amt – für seinen großartigen Einsatz im Bereich Bioenergie im Rahmen der Verbesserung des EEG.

Auch wir Agrarpolitiker waren von Anfang an und mit vollem Herzen dabei; denn viele von uns – das hat man heute bei den Reden gespürt – sind nicht nur Theoretiker, sondern auch Praktiker; das heißt, wir kommen aus der Landwirtschaft, wir arbeiten mit und in der Natur. Deshalb wissen wir genau, dass die tägliche Frage unserer Bauern und Bäuerinnen lautet: Wie komme ich besser über die Runden? Wie sichere ich im Sinne der Agenda 21 mein Ein- und Auskommen, nicht nur für mich persönlich, sondern auch für meine Familie? Welche Perspektiven habe ich? Wie verlässlich ist diese Politik? Meine Antwort: Unsere Bäuerinnen und Bauern können sich auf uns verlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Ich möchte das Ganze in einen größeren Zusammenhang stellen. Ob in Deutschland, in Europa oder weltweit: Kein anderer Wirtschaftszweig hat so sehr das Potenzial zur Abmilderung des Klimawandels und zur Sicherung unserer Ernährung wie die Landwirtschaft selber. Deshalb haben die Vereinten Nationen das Jahr 2014 zum Internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerufen. Minister Schmidt hat kürzlich selber gesagt: Ernährungspolitik ist Sicherheitspolitik. Selbst ich als neue Drogenbeauftragte der Bundesregierung werde von diesem Thema immer wieder eingeholt, ob bei der Tagung der Commission on Narcotic Drugs kürzlich in Wien oder gestern im Gespräch mit Vertretern des BMZ, der GIZ und des Auswärtigen Amtes oder im Gespräch mit der zuständigen thailändischen Botschafterin, die mithilfe Deutschlands in Nordthailand etwas ganz Tolles geschafft hat, nämlich die Bauern vom Drogenanbau wegzubringen und sie zum legalen Anbau von Früchten, die ihnen ein Ein- und Auskommen sichern, zu bringen. Das ist unser Anspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Diesen Anspruch können wir am besten erfüllen, wenn wir selber weiter mit gutem Beispiel vorangehen, das heißt unser Wissen und Können in der Praxis und in der Wissenschaft befördern und nicht behindern.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist vorbei.

Marlene Mortler (CDU/CSU):

Deshalb, sehr geehrte verständnisvolle Präsidentin,

(Heiterkeit)

setze ich bei der weiteren Umsetzung dieses Gesetzgebungspaketes auf praxistaugliche, praktikable Lösungen. Wie es der Minister formuliert hat: Stilllegung ist ein Stück Kapitulation. – Unsere Frage lautet: Wie können wir in Zukunft mit weniger Fläche mehr produzieren? Das muss selbstverständlich nachhaltig erfolgen; denn nicht nur wir in Deutschland und Europa, sondern die Menschen weltweit haben das Menschenrecht auf Nahrung. Das ist unser Anspruch, und dem fühlen wir uns nicht nur als Parlamentarier, sondern auch als Bundesregierung verbunden.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. Auch danke für das „verständnisvolle“; das ist bei diesen Landwirtschaftsdebatten immer vonnöten. Danke für die lebendige Debatte.

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/908 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich bitte, den Platzwechsel zügig vorzunehmen, und rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Rosemarie Hein, Diana Golze, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Kooperationsverbot abschaffen – Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankern

Drucksache 18/588

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss Digitale Agenda
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Frau Dr. Hein, warten wir noch eine Sekunde. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, könnten Sie sich bitte entscheiden, ob Sie stehen, sitzen oder reden wollen? Zum Reden rufe ich Sie dann auf.

Ich eröffne die Debatte. Das Wort hat Dr. Rosemarie Hein für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

(D)

(A) Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherlich nicht nur ich werde immer wieder gefragt, warum der Bund nicht endlich mehr Zuständigkeit in der Bildung übernimmt. Gab es diese Forderung noch vor zehn Jahren vor allem auf Veranstaltungen im Osten, kann man nun auch in den westlichen Bundesländern geradezu Begeisterungstürme hervorrufen, wenn man quasi die Abschaffung der Bildungshoheit der Länder fordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Keine Sorge: Das wollen wir nicht.

(Martin Rabanus [SPD]: Wer weiß!)

Wir müssen aber darüber reden, warum so viele für die Abschaffung sind.

Schuld ist das 2006 verhängte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen. Da das Wort „Kooperationsverbot“ immer schlecht verstanden wird, will ich noch einmal knapp erklären, was es bedeutet:

(B) 2006 wurde im Zuge der Föderalismusreform auf Drängen einiger Länder im Grundgesetz festgeschrieben, dass der Bund in Fragen der Schul- und Hochschulpolitik nicht mehr mitfinanzieren darf. Es gibt ganz wenige Ausnahmen, und es gibt inzwischen eine Reihe von Umwegen über sehr komische und scheinbar unverdächtige Programme. Denn auch wenn die Länder über die alleinige Zuständigkeit für Bildungsfragen überwiegend glücklich waren, können sie die notwendigen Bildungsausgaben heute nicht mehr schultern. Dies ist durch die 2009 erlassene Schuldenbremse für Bund und Länder noch weiter verschärft worden.

Zu diesen Finanzierungsschwierigkeiten kommt hinzu, dass sich das Bildungswesen in den Bundesländern immer stärker auseinanderentwickelt. Das wollen wir mit unserem Antrag ändern. Es geht uns um mehr soziale Gerechtigkeit, um bessere Bildungsqualität und um mehr Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern.

Gestatten Sie mir einige Erläuterungen dazu:

Die bundesdeutschen Schulsysteme sind durch mehr als ein Dutzend unterschiedliche Schulformen für die Klassen 5 bis 10, unterschiedlich lange Pflichtschulzeiten, unterschiedliche Abschlüsse mit unterschiedlichen Berechtigungen, unterschiedliche Unterrichtsfächer und unterschiedliche Schulzeitlängen – man denke nur an die derzeitige Debatte um G 8 und G 9 – gekennzeichnet. Das ist nur ein Teil des Irrgartens, durch den sich Familien quälen müssen, wenn sie das Bundesland wechseln wollen oder müssen.

Das Problem geht nach der Ausbildung weiter: Weil auch die Ausbildungen für viele Berufe – so zum Beispiel für die Sozialarbeit, für Erziehungsberufe und für das Lehramt – Ländersache sind, kann es schnell passieren, dass man zwar in dem Herkunftsland einen anerkannten Beruf hat, aber in einem anderen Bundesland entweder als ungelernte Kraft oder zu deutlich schlechteren Tarifbedingungen eingestellt wird.

(C) Frau Kramp-Karrenbauer hat in der Bundesratssitzung am 10. Februar 2012 erklärt:

Wir Länder müssen uns verdeutlichen, dass ein Schulwechsel von einem Bundesland in ein anderes zu den größten Abenteuern gehört, die eine Familie zu bestehen hat.

Sie hat recht. Wenn man mit einem Kind nach der fünften Klasse am Gymnasium aus Bayern nach Berlin oder Brandenburg wechseln will oder muss, dann kommt das Kind dort erst einmal in die Grundschule. Schülerinnen und Schüler zum Beispiel aus Aachen können ihren Fremdsprachenunterricht in einem anderen Bundesland möglicherweise nicht so fortsetzen, wie sie ihn begonnen haben, weil es ihn in dieser Weise in anderen Bundesländern gar nicht gibt. Die Anzahl der Jahre aber, die man eine Fremdsprache erlernt hat, ist ausschlaggebend dafür, ob man das Abitur erreichen kann oder nicht.

Auch hinsichtlich der Lernmittel gibt es in den Bundesländern höchst verschiedene Regelungen: Gibt es in Baden-Württemberg und Hessen beispielsweise noch kostenfreie Schulbücher, so muss man in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sehr unterschiedlich hohe Leihgebühren bezahlen. Wechselt man gar vom Saarland nach Rheinland-Pfalz, muss man völlig neue Bücher kaufen; denn in beiden Ländern gibt es, soviel ich weiß, keine Lernmittelfreiheit.

(D) Manche meinen, das träfe nur Einzelfälle. Ich habe mich einmal kundig gemacht und kann Ihnen sagen: Den Umzug über Ländergrenzen hinweg müssen jedes Jahr ungefähr 200 000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter verkraften.

Da diese Einsicht nun auch bei den Bundesländern angekommen ist und man sich dennoch nicht auf eine Harmonisierung der Bildungsgänge im Schulbereich einigen konnte, hat sich die Kultusministerkonferenz jetzt zu einem revolutionären Schritt entschieden: Es gibt eine Internetseite mit der Überschrift „Schulwechsel über Ländergrenzen hinweg“. Ich habe sie angeklickt. Dort finden Sie, fein säuberlich aufgelistet, für fast jedes Bundesland einen Link zu den entsprechenden gesetzlichen Regelungen, die es in dem jeweiligen Land gibt. Da können Sie sich durchwursteln. Bravo! Damit ist den Familien sehr geholfen. – Bitte verzeihen Sie mir diesen Sarkasmus, aber es nervt einfach.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht noch weiter. Auch bei der Schülerbeförderung – dieses Beispiel müssen Sie sich noch anhören – gibt es diese Unterschiede. In einigen Ländern werden die Kosten der Schülerbeförderung bis zur zehnten Klasse von Land und Schulträgern übernommen, zum Beispiel in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. In anderen Ländern gibt es nur einen Zuschuss zur Beförderung oder ein Schülerticket, wie in Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg. Nur wenige Länder, wie Sachsen-Anhalt und Bayern, übernehmen einen Teil der Beförderungskosten bis zum Abitur. Der Besuch der gymnasialen Oberstufe aber wird damit vor allen Dingen

Dr. Rosemarie Hein

- (A) den Kindern erschwert, die aus sozial benachteiligten Familien kommen.

Nun hat die Bundesregierung ein Bildungs- und Teilhabepaket beschlossen, in dem auch Mittel für die Schülerbeförderungskosten vorgesehen sind. Davon profitieren zwar manche Familien; aber den Ländern und Schulträgern, die die Schüler bisher schon kostenfrei befördert haben, bringt das überhaupt gar nichts. Wer also in diesem Land sozial denkt, hat davon nichts. Das allerdings konnte die Mutter des Bildungs- und Teilhabepaketes nicht wissen; denn die Mittel werden ja nicht über den Bildungshaushalt verteilt, sondern über die Kosten der Unterkunft. Diese haben bekanntlich nichts mit Bildung zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich könnte noch zahlreiche Beispiele dieser Art nennen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Sie belegen, dass das Verbot der Zusammenarbeit in Bildungsfragen und die alleinige Zuständigkeit der Länder mehr schaden als nützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ganztagschulen – die SPD hat es leider nicht geschafft, dass das Thema in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird – sind ebenso wie die Schulsozialarbeit davon betroffen. Auch das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Handicap, also die Inklusion, kann ohne eine Bundesbeteiligung nicht gestemmt werden.

(B)

Die Ungereimtheiten betreffen nahezu alle Bildungsbereiche. In der allgemeinen Schulbildung sind sie inzwischen himmelschreiend. Allerdings weiß ich, dass es auch im Hochschulbereich – die Studierenden und auch Vertreter von Hochschulen sowie der Länder haben sich dazu kürzlich geäußert – solche Probleme gibt und dass es nicht ausreicht, in der Zukunft über Exzellenzinitiativen nur die Leuchttürme zu fördern.

Deshalb haben die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg vor einigen Jahren eine Bundesratsinitiative ergriffen. Einige Länder sind ihr beigetreten, aber getan hat sich leider nichts. Auch Lehrerverbände, Elternverbände und Wirtschaftsverbände fordern ein Umdenken von uns. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, im Bundesrat endlich Flagge zu zeigen und mit den Ländern so lange zu diskutieren, bis eine Lösung gefunden ist.

(Zuruf von der Linken: Bis weißer Rauch aufsteigt!)

Es gibt auf der Internetseite der Kultusministerkonferenz noch eine andere interessante Seite, nämlich die für die „Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen“. Diese Zentralstelle kümmert sich um die Vergleichbarkeit im Ausland erworbener Abschlüsse. Ich fürchte, es ist Zeit für eine „Zentralstelle für das inländische Bildungswesen“.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

(C) Allerdings wäre es besser, wir könnten im Grundgesetz endlich eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung verankern und wir ließen die gemeinsame Finanzierung übergreifender Bildungsaufgaben endlich zu. Das nimmt den Ländern nicht die Rechte, aber den Lernenden und ihren Familien manche Sorge. Genau das wollen wir mit unserem Antrag erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der vergangenen Legislatur haben Grüne, SPD und Linke jeweils mehrere Anträge zu diesem Thema, die in die gleiche Richtung gingen, eingebracht, zwar mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, aber sie gingen in die gleiche Richtung.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Ich hoffe sehr, dass die Einigkeit, die damals darüber bestand, dass das Kooperationsverbot für den gesamten Bildungsbereich und nicht nur für die Hochschulen aufgehoben werden muss, bei der SPD auch nach der Wahl noch Bestand hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort für die Bundesregierung hat Stefan Müller.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D) **Stefan Müller**, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich den Antrag der Linken ansieht und vor allem Ihre Rede, Frau Hein, hört, dann könnte man erstens den Eindruck bekommen, als würde das Grundgesetz eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern verbieten.

(Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Das tut es! – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In dieser Frage ist das genau richtig!)

Das Gegenteil ist richtig. Wenn Sie das Grundgesetz genau lesen, dann werden Sie feststellen, dass es zwar ausschließt, dass der Bund sich in Felder der ausschließlichen Länderzuständigkeit einmischen darf und dort hineinregieren kann. Aber es verbietet gerade nicht die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, sondern es erlaubt sie. Die Wahrheit ist: So viel Kooperation wie heute hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden über Bildung!)

– Ja. – Dafür gibt es ein paar Beispiele: Nehmen Sie den Hochschulpakt, mit dem Bund und Länder gemeinsam dafür gesorgt haben, dass es einen Aufwuchs bei den Studienplätzen gegeben hat. Nehmen Sie die Exzellenzinitiative, mit der Bund und Länder gemeinsam dafür gesorgt haben, dass Bewegung in die Hochschullandschaft

Parl. Staatssekretär Stefan Müller

- (A) in Deutschland gekommen ist. Nehmen Sie den Pakt für Forschung und Innovation oder als weiteres Beispiel die Qualitätsoffensive Lehrerbildung.

Diese Beispiele zeigen: Kooperation ist möglich, und sie funktioniert auch in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das muss sich auch im Haushalt wiederfinden!)

Zweitens. Im Antrag wird behauptet, dass seit dem Bildungsgipfel von 2008 nicht viel passiert sei. Wenn Sie einen Blick in den Umsetzungsbericht der KMK und GWK werfen, dann werden Sie auch in dem Punkt feststellen, dass das Gegenteil richtig ist.

Ich will auch hierzu ein paar Beispiele nennen: 2011 besuchten 95 Prozent der vierjährigen Kinder Vorschulen und Kindergärten. Das ist weit mehr als der OECD-Durchschnitt. Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ist von 8 Prozent auf 5,9 Prozent gesenkt worden. Die Zahl der Studienanfänger lag 2013 bei über 506 000 und damit rund 145 000 über dem Stand von vor sechs Jahren. Es ließe sich fortsetzen: Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 7,7 Prozent die niedrigste in Europa, und die Weiterbildungsbeteiligung erreichte 2012 mit 49 Prozent Rekordniveau.

- (B) Herr Gehring, Sie haben gerade den Haushalt angesprochen. Wenn Sie sich genau anschauen, was in Deutschland für Bildung und Forschung ausgegeben wird, dann müssen Sie erstens feststellen, dass die absoluten Bildungsausgaben von 153 Milliarden Euro auf 177 Milliarden Euro gestiegen sind, und zweitens, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung insgesamt bis 2012 auf 9,3 Prozent des BIP gesteigert werden konnten. Das ist das Ergebnis einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern. Ich finde, wir können uns über diese positive Entwicklung zu Recht freuen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Drittens. Im Antrag wird beklagt, die „Bundesaufgabe Hochschulbau“ sei abgeschafft worden. Diese Bundesaufgabe hat es aber nie gegeben. Der alte Art. 91 a des Grundgesetzes vor der Föderalismusreform besagte, dass der Bund bei der Erfüllung der Länderaufgabe Hochschulbau mitwirkt. Ein Blick auf die aktuelle Situation zeigt, dass der Bund auch heute noch die Länder unterstützt, zum Beispiel im Rahmen der fortbestehenden Gemeinschaftsaufgabe Forschungsbauten mit 300 Millionen Euro im Jahr. Außerdem gibt der Bund den Ländern für den Hochschulbau rund 700 Millionen Euro jährlich an Entflechtungsmitteln. Das sind insgesamt jährlich 1 Milliarde Euro.

Ich möchte noch einen vierten Punkt aus Ihrem Antrag aufgreifen, nämlich die Forderung, dass der Bund die Umsatzsteuerbeteiligung der Länder erhöhen soll, die Sie sich, wenn ich das richtig verstehe, zu eigen machen. Das ist eine Forderung des Bundesrates. Ich gebe zu, wir, die CDU/CSU, stehen dem sehr zurückhaltend gegenüber. Wir glauben, dass gemeinsame Bund-Län-

der-Programme zweckdienlicher sind, weil es dadurch möglich ist, gezielt bildungspolitische Herausforderungen aufzugreifen, was sinnvoller ist, als den Ländern einfach nur jedes Jahr mehr Geld zu überweisen. (C)

Zwei Fragen sind hier entscheidend. Erstens. Wie wollen und können wir sicherstellen, dass im Falle einer höheren Umsatzsteuerbeteiligung der Länder dieses Geld tatsächlich eins zu eins für Bildung und Forschung in den Ländern ausgegeben wird? Die zweite Frage ist: Wie wollen und können wir sicherstellen, dass das Geld nicht an anderer Stelle weggenommen wird, wo es dann fehlt?

Deswegen sagen wir: Eine höhere Umsatzsteuerbeteiligung der Länder ist für uns nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben uns, neben vielen anderen Punkten, gemeinsam in dieser Koalition darauf verständigt, dass wir, um ein Beispiel zu nennen, zu einer Grundfinanzierung der Hochschulen vonseiten des Bundes kommen wollen. Nach meiner Auffassung brauchen wir dafür eine Änderung des Grundgesetzes. Einen entsprechenden Vorschlag hat es in der vergangenen Legislaturperiode gegeben. Dieser Gesetzentwurf ist seinerzeit leider nicht umgesetzt worden. Es ist kein Geheimnis, dass wir innerhalb der Koalition noch unterschiedliche Auffassungen haben, wie wir eine solche Grundfinanzierung hinbekommen. Ich glaube, dass eine Änderung des Grundgesetzes dafür der richtige Weg ist. Wir sind unterschiedlicher Meinung, *wie* wir zu dieser Grundfinanzierung kommen, aber *dass* wir sie erreichen wollen, ist jedenfalls Konsens in dieser Großen Koalition. Das ist unstrittig. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir brauchen diese Grundfinanzierung auch als wesentlichen Baustein, um die Wissenschaftspakte in den nächsten Jahren fortzuentwickeln. Hochschulpakt, Exzellenzinitiative, Pakt für Forschung und Innovation – diese Pakte haben dafür gesorgt, dass Bewegung in die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft gekommen ist. Internationale Vergleiche zeigen, dass wir unsere Position als führende Wissenschaftsnation ausbauen konnten. Jedenfalls erreicht auch die Innovationstätigkeit neue internationale Spitzenwerte, und – das ist sehr erfreulich – noch nie haben deutsche Hochschulen so viele Talente aus dem Ausland angezogen. Kurzum: Deutschland steht heute wirtschaftlich und sozial deutlich besser da als viele andere Staaten im OECD-Raum. Das ist auch Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik. Diesen Weg wollen wir auch in dieser Wahlperiode fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Kai Gehring für Bündnis 90/Die Grünen.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(A) Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, auch Ihnen einen schönen Tag. – Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär, Ihre Rede war insofern erhellend, als dass noch einmal offenkundig geworden ist, dass sich die 80-Prozent-Mehrheit dieses Hauses bei der Frage, wie sie mit dem Kooperationsverbot umgehen will, noch nicht einig ist.

2006 hat die damalige Große Koalition dieser Republik das Kooperationsverbot eingebrockt. Wir waren dagegen, den Bund aus jeder Verantwortung für Bildung herauszudrängen und dauerhaften Wissenschaftskooperationen Steine in den Weg zu legen. Acht Jahre später hat sich die heutige Große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag zu dieser Frage nicht verständigt. Es fehlt jede Aussage zum Kooperationsverbot. Das ist eine schwere Enttäuschung. Bei Bildung und Wissenschaft liefert die Große Koalition bisher von A bis Z nur kleines Karo.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Luftnummern!)

Das Kooperationsverbot hat sich als Bildungsblockade und Wissenschaftsbremse ausgewirkt. Es war und ist ein schwerer Fehler. Das hat auch Frank-Walter Steinmeier hier so bezeichnet, bisher folgenlos. Wir Grüne werben weiter für einen Bund-Länder-Konsens, der das Kooperationsverbot kippt und eine Ermöglichungsverfassung schafft; denn Fehler kann man korrigieren.

**(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Dr. Rosemarie Hein [DIE
LINKE])**

Es ist im gemeinsamen Interesse der Gesellschaft, der Wirtschaft und aller staatlichen Ebenen, die Leistungsfähigkeit und die Qualität von Bildung und Wissenschaft zu steigern; denn die hohen sozialen Kosten unterlassener Bildungs- und Forschungsinvestitionen tragen letztlich wir alle. Die Leute haben die Nase voll von fehlenden Kitaplätzen, maroden Schulen und überfüllten Hörsälen. Das Land der Dichter und Denker trägt keine Kleinstaaterei, wenn es um die Zukunft unserer Kinder und Erfinder geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Probleme unseres Wissenschaftssystems – es gibt da viele Baustellen – lassen sich mit einem Kooperationsverbot nicht dauerhaft lösen. Kurzfristige Sofortprogramme wie die Wissenschaftspakte, Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation, Exzellenzinitiative, haben die bundesweite Unterfinanzierung unserer Hochschulen allenfalls abgemildert, aber nicht überwunden. Unter der GroKo ist nicht einmal klar, ob und wie diese Wissenschaftspakte weitergehen. Ministerin Wanka trifft im Haushalt dafür jedenfalls keine Vorsorge, sondern sie wird offenbar das erste Opfer von Schäubles schwarzer Null.

Wir müssen endlich heraus aus der wissenschaftspolitischen Lähmung und Selbstblockade der GroKo. Der Reform- und der Finanzdruck steigen. Eine moderne

Wissensgesellschaft lässt sich nur in gesamtstaatlicher Verantwortung gestalten. **(C)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Bundesländer sind kaum in der Lage, ihr Bildungs- und Wissenschaftssystem auskömmlich zu finanzieren, zumal sie die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen sollen. Dieses Problem sollten wir nicht erst in zwei Jahren lösen, wenn die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ansteht. Wir sollten den Ländern nun aber auch nicht einfach 6 Milliarden Euro überweisen, wie es der Koalitionsvertrag nahelegt. Wir brauchen fachgebundene Programme, also eine Zweckbindung von Zukunftsinvestitionen in Bildung und Wissenschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ohne feste Vereinbarung von Bund und Ländern, dass die 6 Milliarden Euro in Schulen und Universitäten investiert werden, besteht einfach das Risiko, dass sie in Haushaltslöchern oder Schlaglöchern landen. Das liegt weder im Interesse der Steuerzahler noch im Interesse der Fach- und Haushaltspolitiker dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Der Verfassungsänderungsvorschlag von Schwarz-Gelb wurde bereits angesprochen. Dieser war aus unserer Sicht ungeeignet, die Erosion der Grundfinanzierung der Hochschulen zu stoppen. Nur Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft herauszuputzen, wäre uns zu wenig. Uns geht es vor allem um verlässlichen Studienplatzausbau sowie Infrastruktur- und Hochschulbau. Wir wollen letztlich das gesamte Wissenschaftssystem zum Leuchten bringen. **(D)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Apropos Leuchten, Herr Kollege, bei Ihnen leuchtet die rote Lampe schon seit einiger Zeit.

(Heiterkeit)

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Seit zehn Sekunden. Ich rede schnell.

Wir haben als Grüne viele Initiativen vorgeschlagen. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug. Sie müssen einen neuen Vorschlag machen, um das Grundgesetz zu ändern. Wir würden ihn sehr sorgfältig prüfen – gerne auch im Rahmen eines Reformkonvents, den wir hier mehrmals vorgeschlagen haben –, damit die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat zustande kommt. Wir haben 2006 prophezeit, dass es mindestens zehn Jahre dauert, das Grundgesetz zu ändern. Bitte sorgen Sie dafür, dass wir nicht recht bekommen! Sorgen wir gemeinsam für einen kooperativen Föderalismus!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(A) Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Staatssekretär Müller hat sich schon sehr profund mit den Linken auseinandergesetzt. Ich will das nicht wiederholen, sondern nur einen Eindruck wiedergeben. Meine Damen und Herren von der Linken, Sie können so beredt über die Vielfalt des deutschen Schul- und Bildungswesens diskutieren, aber Ihre Antwort, die Änderung des Grundgesetzes, betrifft das überhaupt nicht. Ich wünsche mir, dass bei Ihnen Rede und Initiative für das Parlament irgendwann in einem Zusammenhang stehen. Das kann nicht schaden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun darf ich mich im Namen der Großen Koalition mit Ihnen, Herr Gehring, auseinandersetzen. Sie haben recht, wenn Sie konstatieren, dass wir auf der Suche sind. Aber Ihnen ergeht es nicht anders. Sie haben heute in der *taz* in einem Nebensatz gesagt: „Aber die SPD weiß nicht, was sie will.“ Ich darf Ihnen sagen: Die SPD weiß sehr genau, was sie will. Wir haben dazu eindeutige Parteibeschlüsse.

(B) (Beifall bei der SPD)

Wir möchten gerne, dass Bund und Länder in bestimmten Konstruktionen die Bildung fördern. Mir ist bekannt, dass die Grünen ähnliche Beschlüsse gefasst haben. Aber genauso wie wir sind auch Sie noch auf der Suche. Denn ist Herr Kretschmann als gewichtiger Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht mehr Mitglied der Grünen?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Erinnere ich mich richtig, dass die Grünen den Ministerpräsidenten in Hessen stellen wollten? Wissen Sie eigentlich noch, was Sie in Hessen werden können, werden wollen oder werden dürfen?

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ja!)

Wir müssen konstatieren: Wir alle befinden uns auf der Suche nach der besten Lösung. Wir sollten uns nicht unsere Positionen vorhalten, sondern darüber nachdenken, wie wir in einem bestimmten politischen Spektrum zusammenkommen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich werbe stark für eine solche Haltung und nicht für eine Haltung des Vorrechnens und des Abrechnens.

Dass es zu Veränderungen und Lösungen kommen muss, ist unstrittig. Aber in der letzten Legislaturperiode, als wir Schulen vor Ort über eine Bildungsinitiative fördern wollten, sind wir bei der Initiative „Kultur

macht stark“ geendet, weil mehr nicht ging. Auch beim Bildungs- und Teilhabepaket mussten wir manchmal einen Umweg machen, weil es grundgesetzlich keine Möglichkeiten gab, Kinder direkt in der Schule zu fördern. Wir haben vor allem erlebt, dass die Verfassung Diener von politischer Entwicklung für die Verbesserung im Bildungswesen ist und nicht umgekehrt. Denken Sie an das legendäre Konjunkturpaket, das eine schnelle Änderung des Grundgesetzes zur Folge hatte, damit wir nicht mehr abrechnen mussten, ob es 49 oder 51 Prozent energetische Sanierung an Hochschulen oder Schulen gab.

Wir müssen an dem Grundsatz arbeiten, dass über die Verfassung Verbesserungen im Bildungswesen unterstützt werden. Ob wir dies in der ganzen Breite des Bildungswesens erreichen können, wird zu klären und zu diskutieren sein. Wir glauben zum Beispiel, dass der von der SPD in einem Parteibeschluss einmütig festgehaltene Ansatz, über einen neuen Art. 104 c des Grundgesetzes dauerhafte Finanzhilfen an die Länder und Kommunen geben zu können, sehr hilfreich ist. Es wäre in der aktuellen Auseinandersetzung über die zukünftige Finanzarchitektur klug, sie mit der Verfassungsarchitektur ins Benehmen zu setzen. Wir konstatieren genauso – hier knüpfe ich unmittelbar an einen Punkt an, den der Staatssekretär Müller für die Große Koalition gesetzt hat –, dass es eine Möglichkeit geben muss, neue Instrumente der Bildungsförderung entsprechend den Verfassungsvoraussetzungen zu schaffen.

Es wurden bereits Ausführungen über die Unterfinanzierung des Hochschulbereiches und die Verschiebung der Gewichte im Hochschulbereich gemacht. Dort gibt es viele – bei aller Sympathie für Wettbewerbselemente –, die mittlerweile darüber stöhnen, dass es immer mehr eine Drittmittelfinanzierung gibt, die die Hochschulstrukturen verändert. Es wäre hilfreich, wir hätten eine größere Stärkung bei der Grundfinanzierung. Das ist dann natürlich nicht nur eine Finanzaufgabe, sondern auch eine Verfassungsaufgabe. Die Große Koalition hat sich diese Aufgabe zu eigen gemacht. Im Koalitionsvertrag steht, dass ein zusätzliches Ziel die Stärkung der Grundfinanzierung der Hochschulen ist. Kundige wissen, dass die Formulierung „zusätzlich“ merkwürdig ist, weil es nach dem Grundgesetz gar nicht möglich ist. Wenn man in den Koalitionsvertrag schreibt, dass man zusätzlich etwas machen will, was nach dem Grundgesetz noch nicht geht, ist dies zumindest ein Hinweis darauf, dass dies zu einer sehr späten Stunde geschah.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt, mit einem klareren Kopf, muss es doch ein Ansporn für uns sein, zu tragfähigen Lösungen zwischen den Koalitionspartnern, zwischen Bund und Ländern, auch zwischen Regierungsfractionen und Oppositionsfractionen, zu kommen, um das politisch maximal Mögliche zu erreichen, nämlich Bildung im Zusammenwirken von Bund und Ländern zu fördern.

Herr Gehring, ich möchte mich direkt an Sie als Sprecher der Grünen wenden. Ich habe Ihre Rede so wahrgenommen, dass Sie es sehr wohl als Fortschritt begreifen würden, wenn den Hochschulen dauerhaft zu einer stär-

Dr. Ernst Dieter Rossmann

- (A) keren Absicherung ihrer Finanzierung verholten werden kann, weil das ein wesentlicher Teil von Bildungsförderung ist. Selbst wenn wir nur dieses und nicht mehr erreichen können, wofür wir sehr ernsthaft werben – auch beim Koalitionspartner –, dann wäre es ein Erfolg. So werben Sie bei Ihrem grünen Ministerpräsidenten und dort, wo Sie Regierungsverantwortung haben. Wir werben ebenfalls.

Am Ende darf es in diesen vier Jahren der Großen Koalition und Arbeit im Parlament aber nicht nur ein ständiges Werben geben, sondern es muss auch zu einer Entscheidung kommen. Wir sehen es als Auftrag für diese Große Koalition und das Parlament an, diese Entscheidung in einem Paket mit anderen Fragen zügig vorzubereiten, um dann daraus etwas zu machen. Es nutzt am Ende nichts, eine Verfassung zu haben, die man verbessert hat, und eine Wirklichkeit, die hinter der Verfassung hinterherhinkt. Die Verfassungsarchitektur und die Finanzarchitektur so zusammenzubringen, dass es unmittelbare und nachvollziehbare Auswirkungen auf die Menschen hat, die in der Bildung arbeiten, die Bildung erleben und Bildung als Zukunft verstehen, wird die Aufgabe sein, der wir uns in aller Ernsthaftigkeit stellen wollen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

- (B) Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Tankred Schipanski, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Tankred Schipanski (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere damalige Wissenschaftsministerin Annette Schavan hat erstmals im März 2010 einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie sie sich einen neuen kooperativen Föderalismus vorstellt. Diesen Impuls haben wir in einer Vielzahl von Debatten in diesem Hohen Hause in der letzten Legislatur aufgegriffen. Nach intensiver Diskussion legte dann die christlich-liberale Koalition am 10. Oktober 2012 mit der Bundestagsdrucksache 17/10956 einen ganz konkreten Gesetzentwurf vor, den wir alle kennen und der die Änderung des Art. 91 b Abs. 1 Nr. 2 Grundgesetz vorsah. Es war ein Vorschlag, der einen gesellschaftlichen Konsens aufgriff

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Und dann haben Sie den nie wieder eingebracht!)

und der die sensible Frage der Kernzuständigkeiten der Bundesländer berücksichtigt und austariert hat.

Es gab in der Analyse und in den Schlussfolgerungen einen Konsens. Alle Sachverständigen und Wissenschaftsorganisationen wiesen zu Recht darauf hin, dass durch unseren Vorschlag der Änderung des Art. 91 b die Unwucht zwischen außeruniversitärer und universitärer

Forschung behoben werden kann. Der Wissenschaftsrat (C) hat uns in seinem Gutachten zu den Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems vom 12. Juli 2013 ausdrücklich bestätigt, dass eine Änderung des Art. 91 b ein richtiger und wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung unseres Wissenschaftssystems wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Blick in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition zeigt, dass wir uns einig sind, dass unsere Universitäten – das Herzstück unseres Wissenschaftssystems – Unterstützung vom Bund erhalten sollen. Das soll nicht nur im Rahmen der bisherigen befristeten Vorhaben, sondern – Kollege Rossmann hat es bereits gesagt – auch mit Blick auf die Grundfinanzierung geschehen, also ganz im Sinne des Formulierungsvorschlags des Art. 91 b aus der letzten Legislatur.

Wir erörtern nunmehr, wie wir den Auftrag, den uns der Koalitionsvertrag gibt, im gesamtstaatlichen Interesse umsetzen. Eine Verfassungsänderung, also eine Änderung des Art. 91 b, ist eine Variante. Sie kann so aus dem Koalitionsvertrag herausgelesen werden. Ein anderer Weg wäre die Weiterentwicklung unserer bisherigen umfangreichen Kooperation zwischen Bund und Ländern. Das gilt zum Beispiel für den Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative oder den Qualitätspakt Lehre; der Herr Staatssekretär hat das angesprochen. Der Wissenschaftsrat hat mit seinem Gutachten richtige Impulse gesetzt.

Es zeigt sich, dass der Begriff des Kooperationsverbotes sehr zugespitzt gewählt ist.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das stimmt!)

(D) Denn wir erleben doch gerade eine umfangreiche Kooperationskultur. Kooperation ist im gesamtstaatlichen Interesse. Dies ist im Übrigen auch die Idee des kooperativen Föderalismus, den uns das Grundgesetz gebietet. Das Grundgesetz unterscheidet ganz bewusst zwischen Wissenschaft – Art. 5 – und Schule, Art. 7. Der heute zu diskutierende Antrag der Linken greift aber nur die Kooperationskultur im Bildungsbereich auf. Das ist ein Politikfeld, in dem wir keinen gesellschaftlichen Konsens für eine Verfassungsänderung erkennen können, im Besonderen keinen Konsens mit den Bundesländern, um deren Kernkompetenzen es sich hier handelt. Ich verweise auf die Anhörung vom 28. November 2012, die unser Ausschuss in der letzten Legislatur mit Blick auf eine Grundgesetzänderung durchführte. Dort konnten wir erleben, wie sich die Länder im Bildungsbereich schwertun, dem Bund lediglich eine koordinierende Rolle zuzubilligen. Das ist aber eine Rolle, die der Bund meines Erachtens von Verfassungs wegen her bereits besitzt.

Wir sind uns über Fraktionsgrenzen hinweg in diesem Hohen Hause einig, dass die Arbeit der Kultusministerkonferenz – diplomatisch gesprochen – verbesserungsbedürftig ist. Seit 14 Jahren arbeitet dieses Gremium nun an gemeinsamen Bildungsstandards und kommt nur mühsam voran. Transparenz, Vergleichbarkeit der Abschlüsse und bundesweite Bildungsmindeststandards

Tankred Schipanski

- (A) sind in unserem kooperativen Bildungsföderalismus notwendige Grundbausteine.

Das, was wir gegenwärtig im Rahmen der Diskussionen um G 8 und G 9 in einigen Bundesländern erleben, ist erschreckend.

(Dr. Thomas Feist [CDU/CSU]: Abenteuerlich!)

Es zeigt mir, dass die KMK eben nicht in der Lage ist, nationale Verantwortung wahrzunehmen.

Der Antrag der Linken enthält keinen Lösungsansatz für diese Probleme.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Doch, doch, doch!)

Weder lese ich etwas von der Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse noch von Mindeststandards und Transparenz. In Ihrem Antrag geht es nicht um Inhalt, sondern um Finanzströme. Sie machen nur einen einzigen Vorschlag, und der ist abenteuerlich. Sie wollen Landesgeld durch Bundesgeld ersetzen. Sie wollen die Einnahmen der Länder auf Kosten des Bundes erhöhen. Das ist Egoismus und das Gegenteil von Bildungs Kooperation, wie wir sie brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Da haben Sie schlecht gelesen!)

- (B) Kooperativer Föderalismus bedeutet für mich, dass das Engagement des Bundes nicht das Engagement eines Bundeslandes ersetzen darf, sondern nur ergänzen. Hier auf haben wir uns im Wissenschaftsbereich mit den Bundesländern verständigt. Diese Kooperationskultur wollen wir ausbauen. Diesen Arbeitsauftrag haben wir klar im Koalitionsvertrag formuliert und werden ihn auch gemeinsam erfüllen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort Özcan Mutlu, Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte schön.

Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Januar dieses Jahres hatten wir hier eine lebhaft Diskussion zu den Ergebnissen der Pisa-Studie. Mich hat damals vor allem erheitert, dass Sie sich dazu gefeiert haben; denn dank Ihres schwarz-roten Kooperationsverbotes können und dürfen Sie mit diesem Ergebnis eigentlich nichts zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Das Pisa-Ergebnis, egal wie man es bewertet – wir sind da kritischer als Sie –, entspringt nämlich der Leistung der Bundesländer. Darüber sollten Sie sich Gedanken machen.

Im Wahlkampf hatte ich durchaus Hoffnung auf Besserung verspürt; denn im Wahlprogramm der SPD stand folgender Satz:

Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. (C)

So ähnlich ist auch die parteiübergreifende Meinung vieler Kolleginnen und Kollegen hier im Hause und in den Landtagen der Republik.

Sind den blumigen Worten der SPD auch konkrete Taten gefolgt? – Nein, leider nicht. Nicht einmal in den Koalitionsvertrag hat es die Aufhebung des Kooperationsverbotes geschafft. Da sage ich in Richtung der SPD: Nicht die Politik ist einen Irrweg gegangen, sondern Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sind mit Ihrer Zustimmung zum Kooperationsverbot einen Irrweg gegangen. Wir sagen: Lassen Sie uns gemeinsam in diesem Hause und in dieser Republik diesen Irrweg beenden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Mit der Föderalismusreform 2006 haben Sie als GroKo dem deutschen Bildungssystem ohne jede Not eine ungenießbare Suppe eingebrockt. Von den Sozialverbänden über die Gewerkschaften bis hin zum BDI, alle sprechen sich für eine Abschaffung des Kooperationsverbotes aus. Deshalb sollten Sie, lieber Kollege Rossmann, sich mit Ihren 80 Prozent in diesem Haus nicht hinter einem grünen Ministerpräsidenten verstecken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich noch ganz gut an unser rot-grünes Ganztagsschulprogramm. Gegen den zum Teil massiven Widerstand der CDU-regierten Bundesländer sind mit dem rot-grünen Programm 10 000 neue Ganztagsschulen entstanden. Das ist unsere gemeinsame Erfolgsstory. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass es ein gutes Programm war und dass es richtig und wichtig ist, dieses Programm weiterzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Kooperationsverbot ist das aber nicht mehr möglich; es sei denn, Sie führen wieder ein indirektes bildungspolitisches Sonderprogramm ein, um das leidige Kooperationsverbot zu umgehen: „Bildungs- und Teilhabepaket“, sage ich nur.

Aber wozu diese Trickereien? Lassen Sie uns doch gemeinsam die Bundesländer überzeugen – ich will Baden-Württemberg nicht ausschließen – und sie für eine Kooperation zwischen Bund und Ländern gewinnen. Im Mittelpunkt unserer Bestrebungen muss der Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler stehen und damit die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Landes. Niemand will den Bundesländern ihre Kompetenzen in der Bildung wegnehmen; das werden sie auch nicht zulassen. Es muss um Kooperation gehen und um gemeinsame Anstrengungen für eine bessere Bildung statt um bildungspolitische Kleinstaaterei, die nachweislich kontraproduktiv ist.

Özcan Mutlu

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Schauen Sie sich den finanziellen Zustand unserer Länder und Kommunen doch einmal genauer an. Die meisten Bundesländer sind pleite, und die Kommunen sind pleite zum Quadrat. Es ist doch grotesk: Länder und Kommunen streiten sich derzeit darüber, wer für die Umsetzung der Inklusion die finanzielle Verantwortung trägt. Der Bund hält sich dagegen bisher fein aus der Debatte heraus. Dabei ist es offensichtlich, dass viele Bundesländer und Kommunen die riesigen Herausforderungen der Bildungspolitik nicht alleine meistern können. Es ist ja nicht so, dass wir Grünen jetzt fordern, der Bund müsse alles mitfinanzieren und Geld bereitstellen. Wenn Herr Seehofer, Herr Weil und Herr Kretschmann kein Geld vom Bund wollen, dann auch gut. Aber jene, die auf die Unterstützung durch den Bund angewiesen sind, müssen in einer kooperativen Art und Weise unterstützt werden.

Nun höre ich auch hier, dass das Kooperationsverbot für den Hochschulbereich anscheinend gelockert werden soll. Ich erlaube mir, zu diesem Thema die Ministerin Wanka zu zitieren – Herr Müller, Sie sollten genau zuhören –: „Es wird Zeit, dass wir dieses Relikt abschaffen.“ Recht hat sie. Dieses Relikt muss in Gänze abgeschafft werden; denn das, was für den Hochschulbereich gilt, gilt erst recht für die Allgemeinbildung und die schulische Bildung. Deshalb sage ich zum Schluss: Wir brauchen kein Verbot von Kooperation. Wir sollten uns stattdessen für ein Gebot zur Kooperation starkmachen. Ich appelliere an Ihre Vernunft. Lassen Sie diese Spielchen von Opposition und Regierung.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns hier im Interesse unseres Landes an einem Strang ziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Swen Schulz, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Swen Schulz (Spandau) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildungsföderalismus ist in der Tat ein schwieriges Thema. Das liegt unter anderem daran, dass es zwischen Bundes- und Landespolitikern tendenziell unterschiedliche Meinungen darüber gibt, wer was machen soll. Dieses Phänomen, Herr Kollege Mutlu, tritt in allen Parteien auf. Das müssen wir einmal festhalten.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir versuchen, das einzudämmen! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind auch erfolgreich!)

– Sie versuchen bei den Grünen, das einzudämmen. Das versuchen andere auch. – Festzuhalten ist: Wir können hier nicht nur das machen, was wir gerne wollen, weil es den Bundesrat und die Landespolitiker gibt, die schon darauf achten, was wir aus ihrer Sicht machen sollten. Es gibt eine Fülle von hervorragenden Beispielen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, vom Ganztagschulprogramm über den Hochschulpakt bis zum Pakt für Forschung und Innovation. Es muss unser Ziel sein, diese Kooperation zu stärken und auszubauen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine Grundgesetzänderung würde dabei zweifelsohne helfen. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen intensiv darüber gesprochen. Wir von der SPD konnten uns mit unserem Vorschlag, der den Bildungsbereich in Gänze, auch die Schulen, beinhalten würde, leider nicht durchsetzen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt gar nicht!)

Damit bei der Bildung trotzdem etwas geschieht, ist im Koalitionsvertrag gewissermaßen hilfsweise festgeschrieben, dass die Länder um 6 Milliarden Euro entlastet werden, um ihre Aufgaben im Bildungsbereich besser wahrnehmen zu können. Jetzt laufen die Gespräche, wie das im Einzelnen aussehen soll. Ich sage hier ganz klar: Es muss sichergestellt werden, dass das Geld tatsächlich in den Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen landet. Wir dürfen nicht eine Art Blankoscheck austeilen nach dem Motto „Länder, hier habt ihr das Geld; macht mal schön, wir schauen gar nicht so genau hin“. Das darf es nicht geben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann mal los!)

Eines will ich in diesem Zusammenhang hier offen ansprechen: Ich habe mich über einige Wortmeldungen der letzten Wochen aus den Reihen der CDU/CSU geärgert. Sie folgen immer derselben Melodie: Die SPD blockiert mit ihren gierigen Ländern die Finanzierung von Bildungs- und Wissenschaftspolitik. – Da das mehrfach öffentlich behauptet wurde, will ich an dieser Stelle klarstellen:

(Albert Rupprecht [CDU/CSU]: Jetzt bin ich gespannt!)

Das stimmt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie herzlich, Kollege Rupprecht und die anderen, dieses Märchen nicht weiterzuverbreiten.

(Willi Brase [SPD]: Das sind Märchen!)

Erstens unterscheiden sich die Länder in ihrem Trachten nach dem Geld des Bundes höchstens graduell. Ein Beispiel: Gerade hat der Finanzausschuss des Bundesrates beschlossen, dass das Geld ohne Zweckbindung, zum Beispiel in Form höherer Umsatzsteueranteile, an die Länder fließen soll – Abstimmungsergebnis 15 : 1. Herr

Sven Schulz (Spandau)

- (A) Rupperecht und Herr Müller, die eine Gegenstimme kam nicht etwa aus Bayern, sondern aus Bremen. Das nur einmal zur Klarstellung.

(Willi Brase [SPD]: Da schaut her!)

Zweitens steht im Koalitionsvertrag eindeutig, dass die Länder entlastet werden, und nicht, dass der Bund etwas tut oder dass Frau Wanka die Milliarden zur freien Verfügung erhält. Das muss man nicht gut finden. Aber meiner Erinnerung nach ist der Koalitionsvertrag nicht nur von Sigmar Gabriel, sondern auch von Angela Merkel und Horst Seehofer unterschrieben worden.

Drittens rate ich den Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, sich nicht zu weit aus dem Fenster zu lehnen, wenn es um die Bildungsfinanzierung geht.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist auch sonst gefährlich!)

Denn die Geldprobleme des Bildungs- und Forschungsministeriums haben ja nicht mit der Großen Koalition begonnen, sondern es war Schwarz-Gelb, das uns ein Finanzloch von 5 Milliarden Euro hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD)

Es wurden Versprechungen im Umfang von 5 Milliarden Euro gemacht, die in der Finanzplanung gar nicht vorgesehen sind. Im Gegenteil: In der mittelfristigen Finanzplanung waren sogar Kürzungen im Bereich Bildung und Forschung eingeplant. Unsere geschätzten Koalitionspartner sollten sich also lieber mit Frau Merkel, Herrn Schäuble und Frau Wanka zusammensetzen, um eine Lösung für die schwarz-gelben Altlasten zu finden, anstatt abzulenken und mit dem Finger auf die Länder zu zeigen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert hier eigentlich?)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Bildungs- und Forschungspolitik einen sehr geringen finanziellen Spielraum. Das ist auch das Ergebnis von politischen Grundsatzentscheidungen. Diese Koalition hat sich vorgenommen, keine Schulden mehr zu machen und gleichzeitig keine Steuererhöhungen vorzunehmen. Das hat einen Preis, nämlich engere finanzielle Spielräume. Auch das muss man nicht gut finden, aber auch damit müssen wir nun umgehen.

Ich will da ein Thema aufgreifen, das der Kollege Rossmann angesprochen hat. Ich frage mich, was eine Grundgesetzänderung vor diesem finanziellen Hintergrund derzeit überhaupt hilft. Denn ein geändertes Grundgesetz alleine löst ja erst mal kein einziges Problem an irgendeiner Schule oder Hochschule. Das ist wie der Bau einer Startbahn – eine Startbahn ist wunderbar, aber damit etwas passiert, braucht man erst mal ein Flugzeug; doch wir können nicht mal die Tankfüllung bezahlen, Kolleginnen und Kollegen.

(Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Aber ohne Startbahn kann es auch nicht fliegen!)

Andererseits will ich die Hoffnung nicht aufgeben. Es ist eine Grundsatzdebatte über die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern vereinbart. Vielleicht erarbeiten wir in diesem Rahmen eine tragfähige und ausfinanzierte Architektur für den Bereich Bildung und Wissenschaft in Bund und Ländern. Die Mühe wäre das wert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Zu ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag erteile ich der Kollegin Sybille Benning, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sybille Benning (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation nutzen und diese Programme fortführen. Wir stehen zu unserer Initiative aus der vergangenen Legislaturperiode und möchten das Kooperationsverbot im Hochschulbereich abschaffen, damit die Hochschulen mehr Geld für die Grundfinanzierung zur Verfügung haben.

Unsere Hochschulen sind das Herzstück unseres Wissenschaftssystems. Sie müssen dauerhaft wettbewerbsfähig sein und deshalb Planungssicherheit haben.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Schulbildung aber ist Ländersache. Hier muss ich den Ausführungen in Ihrem Antrag klar widersprechen. Die Schulpolitik beim Bund anzusiedeln, hieße, die Schulbildung in Deutschland zu zentralisieren. Das entspricht nicht unseren Vorstellungen von Föderalismus.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihr Lösungsvorschlag scheint zu sein, dass der Bund den Ländern einfach mehr Geld überweist, und zwar deutlich mehr. Sie zitieren eine Forderung der GEW, wonach im Bildungsbereich ein zusätzlicher jährlicher Finanzbedarf von 56,8 Milliarden Euro bestehe. Das entspricht der Hälfte aller Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2013. Die Hälfte einfach noch mal obendrauf – das ist, freundlich formuliert, eine Illusion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie behaupten in Ihrem Antrag außerdem, seit dem Bildungsgipfel in Dresden sei nicht viel passiert. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder haben 2008 ein umfassendes Programm zur Stärkung von Bildung und Ausbildung in Deutschland beschlossen. Seitdem hat die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern – wie eben auch schon mehrfach berichtet – bereits viele Früchte getragen.

Sybille Benning

- (A) Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt die Erfolge in einigen Bereichen etwas näher beleuchten, die Sie mit den Worten „Nicht viel passiert“ beiseitewischen wollen:

Erstens. Sie übersehen, dass der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung am Bruttoinlandsprodukt in den letzten fünf Jahren auf 9,5 Prozent gestiegen ist. Damit ist das in Dresden gesetzte Ziel eines Anteils von 10 Prozent in greifbarer Nähe.

Zweitens. Die frühkindliche Bildung hat sich in den letzten Jahren enorm verbessert. 96 Prozent der Vierjährigen und 90 Prozent der Dreijährigen in Deutschland nehmen an frühkindlicher Bildung teil. Deutschland liegt damit weit über dem OECD-Durchschnitt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gerne zähle ich weitere Punkte auf. Der Anteil der Schulabgänger, die ohne einen Hauptschulabschluss die Schule abbrechen, ist zwischen 2006 und 2012 auf 5,9 Prozent zurückgegangen. Das ist ein wichtiger Erfolg. Für jeden einzelnen Jugendlichen, der einen Abschluss macht, ist es ein Gewinn. Wir werden weiterhin hart dafür arbeiten, dass möglichst alle ihren Abschluss machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Deutschland bilden sich mehr Menschen weiter. Das vereinbarte Ziel in Dresden lautete: 50 Prozent. Das ist fast erreicht.

(B)

Nehmen Sie, meine Damen und Herren, bitte außerdem zur Kenntnis, dass in Deutschland ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau herrscht. Derzeit haben 86 Prozent unserer Bevölkerung einen Hochschulabschluss, die Hochschulreife oder eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Außerdem ist die Bildungsbeteiligung überdurchschnittlich hoch. Ein Ziel des Programms zur Stärkung von Bildung und Ausbildung ist natürlich, die Menschen in Arbeit zu bringen. Wie erfolgreich Bund und Länder hier zusammenarbeiten, sieht man sehr deutlich an der geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland, die mit 7,7 Prozent bei weitem die niedrigste in ganz Europa ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ganz besonders beeindruckend finde ich die Steigerung der Studienanfängerzahlen. Jeder Zweite eines Altersjahrganges geht studieren. Die Studienanfängerquote liegt ganze 10 Prozentpunkte über dem 2008 aufgestellten 40-Prozent-Ziel, also bei 50 Prozent.

Innerhalb von sechs Jahren ist die Studienanfängerzahl um 145 000 Menschen gestiegen. Stellen Sie sich vor: Das wäre das gesamte gefüllte Westfalenstadion, plus die Arena auf Schalke, plus ein gefülltes Münchener Stadion. So viele Menschen zusätzlich erwarten eine hochwertige Ausbildung. Um dieser Erwartung zu entsprechen, brauchen die Hochschulen unsere Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Ich fasse zusammen: Die frühkindliche Bildung hat sich enorm verbessert, der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss hat sich verringert, die Bildungsausgaben sind deutlich gestiegen, mehr Menschen bilden sich über ihren gesamten Berufsweg hin weiter, viele Menschen beginnen ein Studium, und die Bildungsbeteiligung hat sich deutlich erhöht.

Mit Ihrem Antrag haben Sie mir als neuer Abgeordneter die Gelegenheit gegeben, wichtige Erfolge im Bildungs- und Forschungsbereich unter der Leitung der Union im Bund darzustellen.

(Lachen des Abg. Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür danke ich Ihnen. Klar ist aber: So, wie Sie es sich vorstellen, geht es nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So, wie Sie es sich vorstellen, auch nicht!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Liebe Frau Kollegin Benning, das Präsidium beglückwünscht Sie zu Ihrer ersten Rede und wünscht Ihnen für die Zukunft eine interessante parlamentarische Arbeit.

(Beifall)

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Martin Rabanus, SPD-Fraktion.

(D)

(Beifall bei der SPD – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die zweite Oppositionsrede der SPD! Da bin ich schon gespannt!)

Martin Rabanus (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verlauf der Debatte macht es mir ein bisschen schwieriger, so einzusteigen, wie ich das als von Natur aus harmoniebedürftiger Mensch eigentlich wollte. Ich wollte als Erstes auf die Gemeinsamkeiten, die es im Hohen Hause gibt, abheben.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut!)

Möglicherweise gelingt das auch. Wenn wir von der Rede der Frau Kollegin Hein von der antragstellenden Fraktion, von dem wolkenverhangenen parteipolitischen Geklüngel der Grünen sowie von ein paar koalitionsinternen Hinweisen absehen, dann stellt man fest, dass sich alle, einschließlich der Bundesregierung, dafür ausgesprochen haben, das Koalitions-, Entschuldigung, das Kooperationsverbot abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Koali-

Martin Rabanus

- (A) tionsverbot! – Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Das stimmt doch nicht!)

„Kooperationsverbot abschaffen“ – das ist – soweit ich das erkennen konnte – die gemeinsame Überschrift. Aber schon in der Debatte gab es den einen oder anderen deutlichen Hinweis, dass man in den Fraktionen möglicherweise, in Maßen, etwas Unterschiedliches darunter versteht.

(Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Es ist doch klar, was die SPD darunter versteht!)

– Was die SPD darunter versteht, ist in der Tat sehr klar, Frau Kollegin Hein. Wir haben als einzige Partei sehr frühzeitig einen zwischen der Bundesebene und den sozialdemokratisch regierten Ländern abgestimmten Textvorschlag zur Ergänzung des Grundgesetzes – Art. 104 c – vorgelegt.

(Beifall bei der SPD – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb steht nichts davon im „Kooperationsverbot“!)

Dass die Union in Teilen andere Vorstellungen hat, ist hier schon hinreichend deutlich geworden. Dass Sie den Kulturföderalismus völlig anders einschätzen als wir, ist auch deutlich geworden. Dass die Grünen, je nachdem, in welcher Lage sie sich befinden, völlig unterschiedliche Aussagen tätigen, ist auch hinreichend deutlich geworden.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So viel zu Ihrer Harmonie!)

- (B) Nach diesem wunderschönen Hinweis auf den Vertrag der Großen Koalition in Berlin möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf Ihren eigenen Koalitionsvertrag in Hessen richten; denn auch dort finden Sie keinerlei Aussagen zum Umgang mit dem Kooperationsverbot.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn jetzt eigentlich? Wie wäre es mit fachlichen Argumenten?)

Wenn ich mich erinnere, wie die Grünen in Hessen noch im September letzten Jahres die Backen aufgeblasen haben,

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erst einmal an die eigene Nase fassen!)

wird mir klar, liebe Kordula Schulz-Asche, dass die Situation, in der man sich befindet, gelegentlich unterschiedliche Verbindlichkeiten und unterschiedliche Intonationen zur Folge hat.

Warum sage ich das?

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das fragen wir uns auch!)

Ich sage das, weil es wichtig ist, bei so einem Thema nicht in Gut und Böse, in Richtig und Falsch zu unterscheiden, weil es wichtig ist, nicht den moralischen Zeigefinger zu erheben. Wir haben es hier natürlich mit einer Gemengelage unterschiedlicher Interessen von Bund und Ländern zu tun. Das ist deutlich geworden. Es gibt unterschiedliche Konstellationen. Die für sich genom-

men jeweils legitimen Interessen müssen in den kommenden Wochen und Monaten einer kritischen Diskussion zugeführt werden. Darauf ist in der Debatte unter anderem vom Kollegen Rossmann hingewiesen worden. Wenn wir in diesem Haus gemeinsam der Auffassung sind, dass wir die Bildung in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern stärken und voranbringen wollen, dann müssen wir uns einem solchen Prozess unterziehen. Dann müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen. Vor allen Dingen müssen wir aber alle bereit sein, uns aufeinander zuzubewegen, um die Bildung im Zusammenspiel von Bund und Ländern im Interesse von Kindern und Jugendlichen tatsächlich zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, was die Menschen draußen von uns erwarten. Das ist das, was sich die SPD in der Koalition vorgenommen hat.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann überzeugen Sie einmal Ihren Partner!)

Schaufensteranträge bringen uns dabei nicht weiter. Ich glaube, dass sich auch die CDU in der Koalition genau das vorgenommen hat. Ich glaube, am Ende, wenn sich der Nebel etwas gelichtet hat, sind auch die Grünen bereit, sich an einer solchen Debatte konstruktiv zu beteiligen.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann nehmen Sie unser Angebot an! Reform jetzt!)

Das jedenfalls wünsche ich mir. Das wünschen wir uns als SPD-Fraktion in der Großen Koalition. Wir werden sehen, ob das in den kommenden Wochen und Monaten eingelöst wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächster erteile ich das Wort zu ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag der Kollegin Alexandra Dinges-Dierig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Alexandra Dinges-Dierig (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Üblicherweise ist es ja so: Wenn man etwas wiederholt, nützt das dem Lernen. Ich denke, das passt hier ganz gut. Sie können sich vorstellen, dass ich als zehnte Rednerin in dieser Debatte nicht viel Neues sagen werde. Aber vielleicht kombiniere ich die Dinge etwas anders. Es kann aber sicherlich auch nicht schaden, manches zwei- oder dreimal zu hören.

Deshalb möchte ich zu Beginn für die CDU/CSU ganz klar feststellen, dass wir uns ausdrücklich zum Föderalismus im Bereich der Bildung bekennen: von der Kita über die Schule bis hin zur Hochschule.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alexandra Dinges-Dierig

- (A) Ich sage an dieser Stelle aber auch ganz klar: Bildung und Finanzierung sind Aufgabe aller beteiligten Träger. Bund, Länder und Kommunen tragen jeweils ihren Teil der Finanzierung und damit auch ihrer Verantwortung in unterschiedlicher Gewichtung. Dieser gemeinsamen Verantwortung werden wir auch in Zukunft gerecht werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, liebe Frau Hein, es war für mich etwas schwierig, das, was ich in Ihrem Antrag gelesen habe, mit dem, was Sie heute ausgeführt haben, in Übereinstimmung zu bringen.

(Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Das erkläre ich Ihnen noch einmal!)

Sie wollen uns mit Ihrem Antrag einreden, dass die Bildungspolitik auf dem Holzweg ist. Sie gehen sogar so weit, zu behaupten, dass sich bei Qualität und Finanzierung nicht wirklich viel geändert hat. Ich glaube – das haben Sie auch an den Ausführungen der Redner nach Ihnen gemerkt –, dass Sie damit eindeutig falschlügen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Unsere Ergebnisse in Studien zur Bildung – einige wurden heute genannt – sind stetig besser geworden. Wir können jedes Jahr immer wieder die Ergebnisse vieler Studien lesen, zum Beispiel TIMSS, PISA und entsprechende länderspezifische Auswertungen. Selbst die OECD hat inzwischen verstanden – sie hat eine Weile dazu gebraucht –, wie das deutsche Bildungssystem funktioniert. Wenn wir *Bildung auf einen Blick 2013* lesen, dann sehen wir, dass es in den Bereichen Schule und Hochschule eindeutige positive Entwicklungen gibt und dass wir im gesamten Ranking eindeutig nach oben rutschen. Ein Grund dafür ist ganz klar die von uns angestoßene Exzellenzinitiative. Die wachsende Beteiligung internationaler Wissenschaftler im Forschungsbereich ist ein weiterer Beweis für diese positive Entwicklung.

Noch etwas hat mich am Antrag der Linken sehr irritiert; deshalb möchte ich es an dieser Stelle ansprechen. Sie behaupten an einer Stelle, dass Sanierungen und Renovierungen in Schulgebäuden nichts mit Bildungspolitik und Lernergebnissen zu tun haben. Ich kann dazu nur sagen: Wenn das wirklich Ihre Meinung ist – es steht in Ihrem Antrag –, dann verstehen Sie nicht viel von Lernprozessen. Vielleicht überdenken Sie diesen Passus Ihres Antrags noch einmal.

Für den Fall, dass es noch Zweifler gibt, möchte ich noch einmal, aber nur ganz kurz, die Big Points nennen, die wir insbesondere im Bereich der Bildungsfinanzierung im Bund angeschoben haben, seitdem unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel heißt. Es fing beim Aufwachsen unserer Budgets an und reichte bis hin zur Exzellenzinitiative; darüber haben wir heute schon viel gehört.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit dem 10-Prozent-Ziel? – Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das war vor Frau Merkel!)

- (C) Ich denke natürlich auch an den Hochschulpakt und daran, dass wir die Ausfinanzierung der wachsenden Studierendenzahlen durch den Hochschulpakt gewährleisten. Das waren immerhin schlappe 10 Milliarden Euro. Wir haben die Qualität der Lehre verbessert – Herr Müller hat das ausgeführt – und die Qualitätsinitiative in der Lehrerbildung aufgelegt.

Aber wir haben die Länder bei der Bewältigung ihrer Aufgaben nicht nur im Bereich der Hochschulen massiv unterstützt, sondern wir haben sie auch auf eine andere Art und Weise unterstützt, und zwar mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für bildungsbenachteiligte Kinder; auch davon war heute schon die Rede. Auch bei der Herkulesaufgabe Kitausbau haben wir mit 5,4 Milliarden Euro geholfen. Dazu kommt jetzt die jährliche Beteiligung des Bundes an den laufenden Kosten der Kitas. Das ist ein Wort. Der Bund steht zu seiner Mitverantwortung im Bereich der Bildung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da wir ja immer wieder von Finanzen sprechen: Im Bereich der Bildung übernimmt der Bund auch an einer anderen Stelle zusätzliche Verantwortung, indem er die Länder ein Stück weit finanziell entlastet. Das bedeutet, dass die Länder ihrer Verantwortung den Kommunen gegenüber besser gerecht werden können. Es geht dabei um die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung. Das sind immerhin Entlastungen für die Länder von im Schnitt über 5 Milliarden Euro im Jahr. Auch die Entlastungen bei der Eingliederungshilfe werden kommen. Das schafft Freiraum und ermöglicht es den Ländern, zum Beispiel mehr in die Köpfe unserer Kinder und Jugendlichen zu investieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Martin Rabanus [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

(D) Langer Rede kurzer Sinn: Diese Beispiele zeigen, dass wir unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen und unserer Verantwortung gerecht werden. Unser föderaler Staat lebt vom guten Miteinander aller Ebenen. Das wird auch in Zukunft so sein. Aber wir müssen auch berücksichtigen, dass wir eine Schuldenbremse haben. Der Bund ist sich der Begrenztheit der Mittel natürlich sehr bewusst und nicht unbegrenzt belastbar. Deshalb müssen wir die Mittel effizient anlegen. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die Länder, wenn der Bund weiter in Bildung investiert, ihren eigenen Anteil an der Verantwortung für das weitere Gelingen der Bildungsrepublik nicht zurückfahren.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir in dieser Legislaturperiode mit den Ländern über eine weitere Verbesserung unserer Bildungslandschaft sprechen, natürlich auch hinsichtlich ihrer Finanzierung. Ich bin ganz zuversichtlich, auch angesichts der Ausführungen meiner Vorredner, dass wir gemeinsam, vielleicht sogar über die Grenzen der Koalition hinaus, eine Nachfolgelösung finden, sei es im Bereich der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes oder bei weiteren Bildungsthemen. Wie wir das dann in Art. 91 b des Grundgesetzes niederlegen werden, wird unser gemeinsamer Dialog zeigen.

Alexandra Dinges-Dierig

- (A) Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin Dinges-Dierig, zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag! Auf eine gute weitere parlamentarische Zusammenarbeit!

(Beifall)

Als letztem Redner in dieser Debatte, aber zu seiner ersten Rede im Deutschen Bundestag gebe ich nun Xaver Jung von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Xaver Jung (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen eine differenzierte Neufassung des Art. 91 b Grundgesetz, die Wissenschaft und schulische Bildung nicht in einen Topf wirft, wie die Linke das tut.

(Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Ach!)

Wir wollen, dass der Bund bei der Grundfinanzierung von Universitäten und Fachhochschulen tätig werden kann. Schule ist aber der klassische Kernbereich der Länderzuständigkeit und soll es auch bleiben.

- (B) (Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Hochschule auch!)

Um Schule zu optimieren, braucht es keine Änderung des Grundgesetzes. Wir müssen stattdessen wieder viel mehr über Inhalte reden. Was wir brauchen, ist noch mehr Absprache, noch mehr Koordination zwischen den Ländern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, eines muss ich Ihnen schon sagen: Unser Bildungssystem und unsere Lehrer sind nicht so schlecht, wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Das steht da ja wohl auch nicht drin! Ein bisschen Fairness muss schon sein!)

Dass wir in Deutschland die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren so erfolgreich gemanagt haben, ist maßgeblich der Qualität des deutschen Bildungssystems zu verdanken. Wir haben es oft gehört – aber man kann es nicht oft genug hören –: Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der ganzen EU. Noch nie wurde in Deutschland so viel in Bildung investiert wie in den letzten Jahren. Für uns von der CDU/CSU-Fraktion haben Bildung und Forschung auch weiterhin höchste Priorität. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag zusätzlich 9 Milliarden Euro für Bildung vorgesehen. Wir werden in dieser Wahlperiode die Ganztagschule stärken, die digitale Bildung ausbauen, die Inklusion voranbringen und die Durchlässigkeit des Schulsystems stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wollen Sie das mit dem Kooperationsverbot machen?)

(C)

Wir werden, Herr Schulz, auch weiterhin die Länder bei deren Bildungsaufgaben unterstützen. Aber wir möchten gerne mitreden, wenn es darum geht, wohin die Mittel fließen. In Rheinland-Pfalz, wo ich herkomme, fließen sie nämlich zum Beispiel in den Nürburgring; dann bezahlt man den damit.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir wollen wissen, wofür wir unser Geld ausgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Swen Schulz [Spandau] [SPD])

Was wir vor allem brauchen, ist die bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen. Dazu müssen die Länder ihre Lehrpläne besser miteinander abstimmen. Es muss möglich sein – da gebe ich Ihnen recht –, dass Eltern und Kinder problemlos in ein anderes Bundesland wechseln. Das muss übrigens auch für Referendare und Lehrer gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Rosemarie Hein [DIE LINKE]: Richtig!)

Der Bund hat viel Geld auch in Bildungsforschung investiert. Schulvergleichsstudien bestätigen große Leistungsunterschiede zwischen den Ländern. Aber das liegt nicht allein am fehlenden Geld des Bundes, wie so oft behauptet wird, sondern vor allem an der fehlenden politischen Kraft und am fehlenden Willen mancher Bundesländer, die richtigen Prioritäten zu setzen. Ein Vergleich macht dies besonders deutlich: 2011 wendete Thüringen für Bildung 8 500 Euro pro Kopf auf, NRW lediglich 5 600 Euro. Da hilft auch keine Grundgesetzänderung.

(D)

Die Linken fordern in ihrem Antrag, dass die Länder ihre Bildungshoheit aufgeben. Das passt natürlich sehr gut in ihre Ideologie. Sie fordern wieder einmal den Zentralstaat.

(Lachen des Abg. Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen Vielfalt und Subsidiarität.

(Beifall bei der CDU/CSU – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie den Antrag gelesen?)

Bei Gründung der Bundesrepublik hat man sich bewusst für eine dezentrale Organisation des Bildungswesens entschieden. Die Föderalismuskommission hat dies erneut bestätigt. Die Länder haben dieses gewollt. Sie befinden sich jetzt in der Pflicht, endlich ihre Hausaufgaben zu machen.

Meine Damen und Herren, aus vielen Jahren Erfahrung als Lehrer und auch als Vater zweier schulpflichtiger Kinder weiß ich, dass Schule einen ganz entscheidenden Bildungsauftrag hat, nämlich den Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen, sich zu eigenständigen und selbstverantwortlichen Bürgern mit eigener Identität zu entwickeln. Die deutsche Geschichte zeigt, dass Zen-

Xaver Jung

- (A) tralismus in der Bildung oft mit Gleichschaltung und ideologischer Umerziehung verbunden war. Ziel Ihrer Vorgängerpartei war es nie, den selbstverantwortlichen Bürger zu eigener Identität zu erziehen.

(Zuruf von der LINKEN: Das musste ja kommen!)

Wir begrüßen den föderalistischen Aufbau.

Gute Bildung ist eine Grundlage für mehr Teilhabe, Integration und Chancengerechtigkeit. Gute Bildung ist *der* Schlüssel für sozialen Aufstieg. Gute Bildung ist die Grundvoraussetzung für Wohlstand, Wachstum und Fortschritt in unserem Land sowie den Erfolg Deutschlands im internationalen Wettbewerb. Bildung wird nicht besser durch die Aufhebung des Kooperationsverbots,

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

sondern eher durch Wettbewerb um den besten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gute Bildung ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Unterstützen wir unsere Familien und die Eltern dabei!

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren die richtigen Prioritäten gesetzt. Wir werden diese erfolgreiche Bildungspolitik auch in der neuen Koalition gern fortsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Simone Raatz [SPD])

(B)

Vizepräsident Peter Hintze:

Lieber Herr Kollege Jung, ich gratuliere im Namen des Präsidiums recht herzlich zu Ihrer ersten Rede. Auf gute parlamentarische Zusammenarbeit!

(Beifall)

Ich schließe hiermit die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/588 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 22 a und 22 b auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften**

Drucksache 18/823

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Friedrich Ostendorff, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weltagrarbericht jetzt unterzeichnen

Drucksache 18/979

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

(C)

Es handelt sich um **Überweisungen im vereinfachten Verfahren** ohne Debatte.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Damit sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 23 a bis 23 f auf. Es handelt sich um die **Beschlussfassung** zu Vorlagen, zu denen **keine Aussprache** vorgesehen ist.

Tagesordnungspunkt 23 a:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zum Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates**

Drucksache 18/824

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

Drucksache 18/992

Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/992, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/824 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Gesetzentwurf von allen Fraktionen des Hauses bei Enthaltung der Fraktion der Linken so angenommen.

(D)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich jetzt zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke in dritter Lesung so angenommen.

Wir kommen zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses.

Tagesordnungspunkt 23 b:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 28 zu Petitionen

Drucksache 18/858

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einer Enthaltung ist die Sammelübersicht 28 angenommen.

Tagesordnungspunkt 23 c:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 29 zu Petitionen

Drucksache 18/859

Vizepräsident Peter Hintze

- (A) Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltungen bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Sammelübersicht 29 angenommen.

Tagesordnungspunkt 23 d:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 30 zu Petitionen

Drucksache 18/860

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Sammelübersicht 30 einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 23 e:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 31 zu Petitionen

Drucksache 18/861

Hierzu liegen Erklärungen nach § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundestages vor.¹⁾

Wer stimmt für die Sammelübersicht 31? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und ohne Enthaltung ist die Sammelübersicht 31 mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen angenommen.

Tagesordnungspunkt 23 f:

- (B) Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 32 zu Petitionen

Drucksache 18/862

Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Sammelübersicht 32 mit den Stimmen der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia auf Grundlage des Ersuchens der somalischen Regierung mit Schreiben vom 27. November 2012 und 11. Januar 2013 sowie der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union 2010/96/GASP vom 15. Februar 2010 und 2013/44/GASP vom 22. Januar 2013 in Verbindung mit der Resolution 1872 (2009) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Drucksachen 18/857, 18/994

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung (C)

Drucksache 18/995

Hierzu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Bundesregierung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich gebe als erster Rednerin Dagmar Freitag, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dagmar Freitag (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Afrika steht, wir wissen es, im Fokus internationaler und nationaler Beratungen. Zurzeit läuft noch der zweitägige EU-Afrika-Gipfel, der unter dem Motto „In Menschen, Wohlstand und Frieden investieren“ steht. Rund 80 Nationen beraten in Brüssel über das zukünftige Profil der Zusammenarbeit. Einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen zu diesem Gipfel hat dieses Haus bereits am 21. März dieses Jahres beschlossen. Darin haben wir deutlich zum Ausdruck gebracht: Wir dürfen Afrika nicht nur als Krisenherd wahrnehmen, sondern vor allem auch als einen Nachbarkontinent mit großen Chancen und Potenzialen.

(Anita Schäfer [Saalstadt] [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Auf dieser Basis muss das Afrika-Konzept der Bundesregierung von 2011 weiterentwickelt werden. Ziel ist, dass sich die Partner Europäische Union und Afrika in einer Partnerschaft auf Augenhöhe – darauf liegt die Betonung – verstehen.

Sicherheitspolitische Fragen werden bei diesem Gipfel natürlich eine entscheidende Rolle spielen. Frieden und die Schaffung eines sicheren Umfeldes sind unabdingbare Voraussetzungen für die weitere Entwicklung und für Wohlstand, aber auch – das möchte ich ausdrücklich ergänzen – für die Durchführung ordnungsgemäßer Wahlen, die 2016 stattfinden sollen. Ziel muss sein, die Stabilität in Afrika zu verbessern; denn insbesondere fragile Staaten Nordafrikas und der Sahelzone sind nach wie vor geprägt durch gewalttätige Konflikte mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung, die, wir wissen es, unter Armut, Gewalt und Unterdrückung leidet. Hier müssen deutliche Akzente in den Bereichen Frieden, Sicherheit, zivilgesellschaftliche Organisation, Klima, Energie, Wirtschaftsentwicklung gesetzt werden. Ziel all dessen ist die Stärkung der unverzichtbaren Eigenverantwortlichkeit vor Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Zentrum der heutigen Debatte steht das von einem langen und quälenden Bürgerkrieg geprägte Somalia im Kontext mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Antrag.

¹⁾ Anlage 2

Dagmar Freitag

- (A) Es ist unstrittig: Die Lage in Somalia ist nach wie vor fragil. Mit Blick auf die kommenden Jahre ist die ganz entscheidende Frage – ich denke, da sind wir uns einig –: Gelingt die Entwicklung dieses Landes, oder wird Somalia als sogenannter Failed State enden und damit die gesamte Region des Horns von Afrika und darüber hinaus bedrohen?

Die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den Friedens- und Stabilisierungsprozess ist und bleibt notwendig. Wir wissen, mittlerweile gibt es 3 600 somalische Soldaten, die bis Ende 2013 von der Europäischen Union ausgebildet wurden. Diese sollen die Truppen der African Union Mission in Somalia, AMISOM, vor allem im Kampf gegen die radikal islamistische al-Schabab unterstützen.

Wir wissen natürlich auch um die Schwierigkeit dieser Aufgabe. Aber nach allem, was wir wissen, haben wir erstmals die Situation, dass zumindest große Städte von AMISOM kontrolliert werden. Wir verzeichnen eine durchaus positive Entwicklung im Norden des Landes. Wir wissen um die Probleme in Zentral- und Südsomalia.

- (B) Somalia benötigt vor allem Hilfen beim Aufbau von Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen auf zentraler, aber auch – das will ich ausdrücklich erwähnen – auf regionaler Ebene und natürlich bei der Etablierung von völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Standards. Nur so – ich hoffe, da sind wir uns einig – kann ein belastbarer Stabilisierungsprozess vorangetrieben werden. Die EU spielt in diesem Prozess nach wie vor eine entscheidende Rolle. Deutschland handelt dabei im Verbund mit der EU gemäß der Leitlinie „Strategischer Rahmen für das Horn von Afrika“, die im November 2011 beschlossen worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute abschließend über die Beteiligung Deutschlands an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia. Bis zu 20 Soldatinnen und Soldaten sollen befristet bis zum 31. März 2015 eingesetzt werden. Im Mittelpunkt werden stehen die Ausbildung der somalischen Streitkräfte sowie – um diesen Auftrag soll der Einsatz erweitert werden – strategische Beratungen des somalischen Generalstabs und des Verteidigungsministeriums, was als besonders wichtig erachtet wird. Dieser Einsatz – ich denke, der Hinweis ist noch einmal wichtig – beinhaltet jedoch ausdrücklich keinen Auftrag zur Teilnahme an Kampfhandlungen und keine direkte Unterstützung militärischer Operationen der multinationalen Friedensmission der Afrikanischen Union.

Neu ist auch die Verlagerung der Mission von Uganda direkt nach Mogadischu. Dort sollen in einem streng geschützten Bereich des Flughafens, der nach vorliegenden Informationen und Einschätzungen auch anderer Nationen als weitgehend sicher gilt, unsere Soldaten stationiert werden. Ich glaube, die Verlagerung nach Mogadischu ist sinnvoll. Somalische Probleme müssen im Land selbst gelöst werden und nicht in Kampala.

Dieses Mandat mit einer festgelegten Obergrenze von – ich habe es bereits erwähnt – maximal 20 deutschen

Soldatinnen und Soldaten ist ein vergleichsweise kleines Mandat. Es ist ein Baustein im Kontext unterschiedlicher Maßnahmen und Hilfen für die somalische Bevölkerung. Wir halten die Beteiligung an diesem Mandat für vertretbar und bitten herzlich um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächster erteile ich das Wort der Kollegin Sevim Dağdelen, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute soll es wieder um die Zustimmung zu einem Auslandseinsatz der Bundeswehr gehen. Mittlerweile vergeht kaum noch eine Woche, in der nicht ein oder zwei Bundeswehrein-sätze hier beschlossen werden sollen.

(Florian Hahn [CDU/CSU]: Können Sie nicht zählen?)

Es gibt kaum ein Problem auf dieser Erde, auf das die Große Koalition nicht mit Bundeswehrsoldaten antworten möchte. Zu diesem abenteuerlichen Kurs der Inflationierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr sagt die Linke wie eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung klar und deutlich Nein.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Nach Jahren in Uganda wollen Sie Ihre Militärausbilder im Rahmen der Mission EUTM Somalia jetzt nach Somalia schicken. Ich frage Sie: Wie sieht denn eigentlich Ihre bisherige Bilanz der militärischen Ausbildung somalischer Milizen in Uganda aus? Nicht von der Hand zu weisen ist: Sie haben auch Kindersoldaten mit ausgebildet.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Was?)

Sie haben Leute ausgebildet, denen schlimmste Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen werden.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Das müssen Sie einmal erklären! – Zurufe von der SPD: Wir haben die ausgebildet? Ungeheuerlich ist der Vorwurf! So ein Unsinn!)

Und Sie haben Leute ausgebildet, von denen laut Somalia Monitoring Group der Vereinten Nationen in der Vergangenheit 80 Prozent mitsamt ihrer Ausrüstung desertiert sind; einige von ihnen sind gar auf die andere Seite übergelaufen.

Laut dem Sanktionsausschuss des UN-Sicherheitsrates liefert selbst die Regierung, die Sie hier unterstützen, Waffen an die Extremisten. Die Regierungsarmee sei – ich zitiere – „die wichtigste Waffenquelle für die Islamisten“ in Somalia. Bei solch einer furchterregenden Bilanz muss hier doch eigentlich ein deutliches Stoppzeichen gesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

(D)

Sevim Dağdelen

- (A) Weil wir uns nicht mitschuldig machen wollen an diesen Menschenrechtsverletzungen, sagen wir Nein zu diesem Einsatz.

(Thomas Hitschler [SPD]: Dazu fällt mir nichts mehr ein!)

Sie verkünden hier erfundene Erfolgsmeldungen. Dazu gehört, dass Sie es als Sieg verkaufen, dass die Ausbildung jetzt nicht mehr in Uganda, sondern auf somalischem Boden stattfindet.

(Dagmar Freitag [SPD]: Wir verkaufen gar nichts! Was für ein Unsinn!)

Ich frage Sie: Ist es wirklich ein Erfolg, dass sich diese Ausbildungsmission jetzt im Hochsicherheitstrakt des Flughafens von Mogadischu verschanzt?

Ist es ein Erfolg, dass sich der somalische Bürgerkrieg immer weiter internationalisiert? Ist es ein Erfolg, dass Kenia infolgedessen aktuell beschlossen hat, alle Somalis in Lagern zu internieren, weil diese als gefährlich gelten?

Oder ist es für Sie ein Erfolg, wenn von deutschem Boden aus gezielte Tötungen mit Drohnenangriffen in Somalia stattfinden? Ich finde es jedenfalls ungeheuerlich, dass Sie gegen diese Morde, die vom US-Hauptquartier in Stuttgart aus begangen werden, nichts unternehmen. Auch deshalb ist Deutschland natürlich Partei in diesem dreckigen, schlimmen somalischen Bürgerkrieg.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Ich frage Sie vor diesem Hintergrund: Ist das Ihre wertegeleitete Außenpolitik, von der Sie immer reden? Um welche Werte handelt es sich hier eigentlich?

(Dagmar Freitag [SPD]: Das fragt die Richtige!)

Die Linke jedenfalls lehnt diese Drohnenmorde in Somalia ab.

(Beifall bei der LINKEN – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Sie lehnen alles ab, haben aber kein Konzept!)

Ich frage Sie auch, ob Sie sich jemals überlegt haben, wen Sie dort in Somalia eigentlich unterstützen. Angesichts der Leute, die Sie dort unterstützen, will ich Ihnen einmal positiv unterstellen, dass Sie sich wahrscheinlich noch nie damit beschäftigt haben.

(Dagmar Freitag [SPD]: Das, was Sie hier wieder absondern, ist doch unsäglich!)

Der sogenannten Regierung in Somalia, die Sie mit Ihrer Ausbildungsmission unterstützen, werden schlimmste Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Ihre sogenannten Gerichte verhängen die Todesstrafe, ihre Politik steht für Repression, für Gewalt und für Korruption.

Ich frage Sie: Haben Sie sich jemals mit der Verfassung dieser Regierung auseinandergesetzt? Ich meine hier nicht die ultrareaktionäre Ausrichtung mit einem kompletten Abtreibungsverbot und der Verfolgung sexueller Minderheiten, sondern ich meine hier die

Verfassungsbestimmungen, die ganz am Anfang dieser Verfassung stehen. Sie legen fest, dass die Scharia über allen anderen Gesetzen steht. (C)

(Gabi Weber [SPD]: Also, jetzt ist es irgendwann einmal gut! Das ist unglaublich!)

Eine ganz enge reaktionäre Auslegung des Islam ist in der Verfassung dieser Regierung, die Sie mit dieser Ausbildungsmission unterstützen, als Staatsreligion festgesetzt.

(Dagmar Freitag [SPD]: Schämen Sie sich!)

– Ja, das ist so. Sie können doch nicht einfach die Augen vor der Realität verschließen.

(Beifall bei der LINKEN – Ingo Gädechens [CDU/CSU]: Das tun Sie ständig! – Thomas Hitschler [SPD]: Ihre Realität!)

Das heißt, dass viele Menschen gar keine Religionsfreiheit haben. Hindus, aber auch konfessionslose Christen, Sufis und Schiiten: Sie alle sind der praktischen Verfolgung ausgeliefert. Solch eine autoritär-islamistische Regierung unterstützen Sie mit der Bundeswehr.

Wie wollen Sie der Bevölkerung diesen Einsatz eigentlich erklären? Wollen Sie sagen, dass Sie gerne Steuergelder ausgeben, um Menschenrechtsverletzer oder islamistische Autokraten zu unterstützen?

Die Linke lehnt Ihre Bundeswehreinsätze zur Unterstützung solcher Art von autoritären Regimen jedenfalls ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden, es braucht endlich eine politische Lösung, eine Verhandlungslösung in Somalia und nicht ein weiteres Anheizen dieses Bürgerkrieges mit deutscher Hilfe durch die deutsche Bundeswehr. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Dagmar Freitag [SPD]: Mein Gott! – Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit wem sollen wir verhandeln?)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Philipp Mißfelder, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Dağdelen, normalerweise ist es so, dass diejenige, die für Ihre Fraktion am häufigsten Verschwörungstheorien vorträgt, Frau Buchholz ist.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Haben Sie sich die Verfassung angeschaut?)

Aber ich muss sagen: Sie haben sie heute wirklich getoppt, und zwar im negativen Sinne.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Philipp Mißfelder

- (A) Ich finde wirklich, dass Sie es einfach sein lassen sollten, hier solche Konstrukte vorzutragen.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Sehr schwach! Das ist die Wahrheit! Sagen Sie doch etwas zur Verfassung!)

Ich sage jetzt etwas zum Mandat. Zum Mandat gehört, dass wir unser Vorgehen gut überlegt haben und dass wir das auch lange diskutiert haben.

(Dagmar Freitag [SPD]: So ist das!)

Frau Freitag hat es vorhin angesprochen: Die Sicherheit unserer eigenen Soldaten steht für uns natürlich an erster Stelle. Bei jedem Mandat, das wir hier beschließen, muss angesichts der Sicherheitsrisiken zwischen der Sicherheit unserer Soldaten und dem Nutzen des Mandats abgewogen werden. So sind wir auch bei der schwierigen Frage in diesem Fall der Meinung, dass es trotz der geringen Zahl der Soldaten richtig ist, gemäß dieser Abwägung zu sagen: Wir können das verantworten.

Sie haben eben in Ihrem Wortbeitrag ausgeführt, dass die Soldaten im Sicherheitstrakt des Flughafens von Mogadischu arbeiten. Das geschieht nicht ohne Grund. Wir wissen nämlich, dass Somalia ein gefährlicher Ort ist. Weil Somalia in Zukunft aber Sicherheitsstrukturen braucht, sind wir der Meinung, dass wir die Ertüchtigungsstrategie weiter fortführen müssen, sodass somalische Autoritäten selbst in die Lage versetzt werden, in Zukunft die Sicherheit in ihrem Land zu garantieren. Deshalb bilden wir an dieser Stelle aus und beraten strategisch.

(B)

Dass Sie hier direkt Waffenlieferungen unterstellen, muss ich an dieser Stelle zurückweisen. Mir sind die von Ihnen angesprochenen UNO-Dokumente bekannt. Auch wir sehen die Entwicklung im Land mit Sorge.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Ach so! Interessant!)

Aber gerade deshalb wollen wir uns in Somalia engagieren, damit die Situation in diesem Land besser wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Sie gießen Öl ins Feuer! – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Also geben Sie mir doch recht?)

Ich sage es einmal anders: Jede finanzielle Hilfe, die wir im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gewähren, jede politische Initiative, die wir mit Blick auf Somalia in der Vergangenheit gestartet haben und auch in Zukunft starten wollen, bringt nur dann etwas, wenn in diesem Failed State überhaupt wieder Sicherheitsstrukturen entstehen.

Wir stehen natürlich vor der Situation, abwägen zu müssen: Wollen wir als Ausländer die Sicherheit im Land garantieren oder alternativ Autoritäten vor Ort in die Lage versetzen, in Zukunft selbst die Sicherheit zu gewährleisten? Ich halte die zweite Variante in der Abwägung für die vertretbarere, sonst müssten wir dort dauerhaft militärisch stark und robust präsent sein.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Vor einigen Wochen haben Sie noch das Gegenteil behauptet, Herr Mißfelder! Da waren Sie noch gegen diesen Einsatz!)

(C)

Vor diesem Hintergrund kann man dieses Mandat gut vertreten. Wir haben es auch über Wochen und Monate diskutiert. Uns ist das nicht leichtgefallen. Früher gab es die Ausbildungsmission in Uganda. Ich würde Ihnen nicht darin zustimmen, dass diese Mission per se nicht erfolgreich war, sondern ich würde ganz im Gegenteil sagen, dass sich auch dort Deutschland verantwortungsbewusst und erfolgreich beteiligt hat.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: 80 Prozent desertiert! – Gegenruf der Abg. Dagmar Freitag [SPD]: Das ist Ihre Welt!)

Das wollen wir fortsetzen.

Ich glaube, dass insbesondere vor diesem Hintergrund die Ertüchtigungsstrategie, die für Afrika insgesamt in den Mittelpunkt unserer außenpolitischen Schwerpunktsetzung gerückt ist, ein Baustein sein kann. Das ist aber nur ein Baustein. Daran werden wir weiterhin arbeiten. Es ist auch in unserer Fraktion ausführlich diskutiert worden: Inwiefern wollen und können wir in Afrika mit militärischen Maßnahmen erfolgreich sein? Ich glaube, dass das immer der geringere Beitrag von uns bleiben sollte. Wir sind der festen Überzeugung, dass das, was wir politisch und auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit leisten können, viel wichtiger ist. Aber all das kann nur in einem Sicherheitsrahmen geschehen. Diese Sicherheit muss eben auch ermöglicht werden. Deshalb gibt es an dieser Stelle eine militärische Komponente – zugegebenermaßen in einem sehr kleinen Umfang. Angesichts dieses Umgangs ist Ihre Empörung in Wahrheit ja nur gespielt; auch das muss man dazusagen. Sie haben sich ja richtig angestrengt.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Das ist wirklich sehr schwach, Herr Mißfelder, was Sie hier erzählen!)

Wir wollen, dass für die Menschen in Somalia eine bessere Zukunft möglich ist. Ich sage es noch einmal: Wir wollen, dass dies innerhalb staatlicher Strukturen möglich ist, von denen wir noch weit entfernt sind. Dort trifft man zurzeit auf Stammesstrukturen und zum Teil auch sehr unübersichtliche Strukturen. Wir haben versucht, sie zu analysieren. Wir werden versuchen, diesem Zustand politisch eine Konzeption entgegenzusetzen. Das ist allerdings sehr schwierig.

Natürlich kann keiner von diesem Pult aus eine Garantie dafür abgeben, dass sich das Blatt nicht wendet, dass sich Situationen ändern und sich Frontverläufe verschieben. Nichtsdestotrotz müssen wir uns vor diesem Hintergrund immer überlegen: Schauen wir weg oder sind wir aktiv? Hier sage ich ganz deutlich: Es ist besser, in diesem begrenzten Umfang aktiv zu sein, als sich nicht um die Zukunft Somalias zu scheren. Deshalb setzte ich mich für dieses Mandat ein.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Philipp Mißfelder

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Aktionismus!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächster erteile ich der Kollegin Agnieszka Brugger, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahlen sind erschreckend: 860 000 Somalierinnen und Somalier sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Über 2 Millionen befinden sich auf der Flucht. Nach über 20 Jahren Bürgerkrieg sehnen sich die Menschen nach Stabilität und Sicherheit, nach Frieden und Freiheit. Trotz einiger Bemühungen der internationalen Gemeinschaft ist dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Bis heute fehlt eine schlüssige Gesamtstrategie für die Lösung dieses Konfliktes.

Wir Grüne werden das Mandat der Bundesregierung für eine Beteiligung an der europäischen Mission zur Ausbildung somalischer Streitkräfte ablehnen, und zwar nicht, weil wir finden, dass man in Somalia angesichts der wirklich sehr, sehr schwierigen Lage nichts tun sollte, sondern weil wir bezweifeln, dass Sie hier den richtigen Ansatz verfolgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) In ihren Reden bei der Mandatseinbringung in der letzten Sitzungswoche sind Verteidigungsministerin von der Leyen und Staatsminister Roth kaum auf die Lage vor Ort eingegangen. Schöne Schlagworte wie „Rahmenstrategie“, „vernetzte Sicherheit“ oder „politische Konsolidierung“ sind gefallen. Aber erläutern Sie bitte einmal, was das ganz konkret für den Konflikt in Somalia bedeutet! Denn die Ausbildungsmission für die somalischen Streitkräfte kann nur einen langfristigen Beitrag zur Konfliktlösung leisten, wenn sie in eine kohärente Gesamtstrategie eingebettet ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bisherige Engagement der internationalen Gemeinschaft, der EU und insbesondere auch der Afrikanischen Union genügt diesem Anspruch nicht. Aber um das zu erkennen, muss man genauer hinsehen. Mir scheint, das will die Bundesregierung nicht.

In den vergangenen Jahren sind die internationalen Versuche, zentrale Strukturen in Somalia zu etablieren, vorsichtig gesagt, wenig erfolgreich gewesen. Gerade im Sinne der notleidenden Zivilbevölkerung muss eine vernünftige dezentrale Machtbalance zwischen der Zentralregierung in Mogadischu und den Regionen, gerade auch den Regierungen von Somaliland und Puntland, gefunden werden.

Meine Damen und Herren, das internationale Engagement findet außerdem in einem Umfeld statt, in dem die USA mit Drohnenangriffen völkerrechtswidrige gezielte Tötungen von Aufständischen in Somalia verüben. Dabei kommt es immer wieder zu zivilen Opfern, unter

denen sogar Kinder sind. Es gibt belastbare Hinweise, dass über U.S. AFRICOM in Stuttgart und die Air Base in Ramstein eine Beteiligung an der Planung und Ausführung dieser Angriffe von deutschem Staatsgebiet aus erfolgt. Die Bundesregierung verweigert hierzu jegliche Aufklärung und jegliche Auskunft. Auch hier wollen Sie nicht wirklich hinschauen. Hören Sie endlich auf, die Augen vor diesem Völkerrechtsbruch zu verschließen, und setzen Sie sich für ein Ende dieser Drohnenangriffe ein!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Diese gezielten Tötungen erweisen sich zudem als höchst kontraproduktiv, da sie aufseiten der Aufständischen Radikalisierung und Rekrutierung massiv befördern.

Vielmehr sollte – auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Afghanistan – eines klar sein: Militärisch ist der Konflikt in Somalia nicht zu lösen. Damit der Frieden in Somalia eine Chance hat, muss – so schwierig das auch ist – mit allen Gewaltakteuren, auch mit den moderaten al-Schabab-Mitgliedern, verhandelt werden, damit das Kämpfen endlich ein Ende findet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, mit einem neuen Mandat hat die Bundesregierung nicht nur die Möglichkeit, sondern aus grüner Sicht auch die Verantwortung, das bisherige Engagement zu überprüfen, zu hinterfragen und gegebenenfalls neu zu justieren. Wenn wir Grüne genauer hinschauen, als Sie das offensichtlich tun, sehen wir deutlich: Die Ausbildung von rund 3 600 somalischen Kämpferinnen und Kämpfern bei der Vorgängermission in Uganda hat ziemlich viele Probleme zum Vorschein gebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Ausbildungsmission einfach als erfolgreich zu bezeichnen, das ist reine Schönrederei!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zum einen gibt es Hinweise, dass die somalischen Streitkräfte überwiegend Mitglieder aus einem Klan rekrutieren. In einem zerrissenen Land, in dem Identität und Loyalität vorwiegend über Klans definiert wird, schwächt das nicht nur den Rückhalt der Streitkräfte in der Bevölkerung, sondern es verstärkt auch die Rivalitäten zwischen verschiedenen Gruppen in Somalia.

Zum anderen gibt es immer wieder Berichte darüber, dass große Teile der ausgebildeten Truppen auf dem Weg von Uganda nach Somalia zu den Milizen übergelaufen sind.

Nachdem das UN-Waffenembargo gegen Somalia gelockert wurde, sind auch noch Waffen über staatliche Stellen in die Hände von Milizen und Aufständischen gelangt. Sie sehen, die Liste der Probleme ist lang.

Aus Ihrem Mandat und auch aus Ihren Reden geht in keinsten Weise hervor, wie Sie damit umgehen wollen,

Agnieszka Brugger

- (A) geschweige denn, dass Sie diese Probleme überhaupt zur Kenntnis nehmen.

(Dagmar Freitag [SPD]: Das ist doch nicht wahr!)

Wir haben Ihnen in den letzten Wochen so viele Fragen gestellt, aber Sie agieren die ganze Zeit frei nach dem Motto: Ich sehe nicht, was ich nicht sehen will. – Das ist höchst verantwortungslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund können wir diesem oberflächlichen Mandat nicht zustimmen. Aber: Die Somalierinnen und Somalier haben unsere Unterstützung verdient. Deshalb fordern wir Sie auf: Reformieren Sie Ihre Somalia-Politik, und formulieren Sie statt Schaulustreden endlich eine engagierte, schlüssige und überzeugende Gesamtstrategie zur Lösung dieses Konfliktes!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Thomas Hitschler, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Thomas Hitschler (SPD):

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht gelingt es mir, mit einem etwas anderen Ansatz in das Thema einzusteigen, als ich ihn bei dem einen oder anderen jetzt gehört habe. Möglicherweise erinnern Sie sich noch an die Fußballweltmeisterschaft 2010, an die bunten Bilder, an den Stolz der Menschen über die erste WM in Afrika, an die trötenden Vuvuzelas und an die Aufbruchstimmung auf dem gesamten Kontinent. Dieser Optimismus und die gute Stimmung wurden eingefangen von einem der erfolgreichsten Lieder dieser Zeit: *Wavin' Flag* des Rappers K'naan.

In der Originalversion hat dieses Stück wenig mit dem braunen Zuckerwasser zu tun, für dessen Werbung es während der WM eingesetzt wurde. Die *Wavin' Flag* im Originaltext steht nicht für fahnenstuckende feiernde Fußballfans, sondern für etwas viel Wichtigeres. Geboren und aufgewachsen ist K'naan in Mogadischu. Dessen Straßen bezeichnet er rückblickend als die schlimmsten im Universum. Sein Lied handelt von diesen Straßen. Es handelt von Hunger, es handelt von Armut, und es handelt von Krieg. An Aktualität hat dieser Song leider nichts eingebüßt.

Somalia gilt vielen als Muster eines Failed State – das haben wir heute das eine oder das andere Mal schon gehört –, eines gescheiterten Staates, der seit 1991 ohne im gesamten Land anerkannte Regierung ist. Die Gefahr der Piraterie ist allen präsent. Die Al-Schabab-Milizen terrorisieren weite Teile des Landes. Ein staatliches Gewaltmonopol existiert kaum. Leidtragend ist vor allem die Bevölkerung. Wo es keine staatlichen Strukturen gibt,

(C) gibt es auch keinen Schutz der Menschenrechte, gibt es kaum soziale und kaum wirtschaftliche Entwicklung, können selbst Hunger und Durst nicht ausreichend gestillt werden.

Eine tragfähige Sicherheitsstruktur ist Grundvoraussetzung für jeden Rechtsstaat, ein Rechtsstaat die Grundvoraussetzung für menschenwürdiges Leben. Um den Aufbau dieser Sicherheitsstrukturen geht es bei der EU-Trainingsmission in Somalia. Seit 2010 wurden 3 600 somalische Soldatinnen und Soldaten – auch diese Zahl haben wir das eine oder andere Mal schon gehört – ausgebildet, ein Drittel der gesamten Armee Somalias. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung von militärischen Fähigkeiten, es geht auch um das Verständnis eines rechtsstaatlich eingebetteten und zivil kontrollierten Militärs, ein Verständnis, das bereits einem Drittel der somalischen Armee nähergebracht werden konnte, auch dank der europäischen Mission, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben recht, liebe Kollegin Brugger: Natürlich schließt das auch Rückschläge wie Fahnenflucht oder Ähnliches, was Sie aufgezählt haben, nicht aus. So etwas kommt in dieser Region immer wieder vor. Aber Fortschritt verläuft nicht linear, und der richtige Umgang mit Rückschlägen entscheidet darüber, ob sich eine Gesellschaft langfristig nach vorne entwickeln kann.

(Dagmar Freitag [SPD]: Richtig!)

(D) Einem Großteil der Armee ein solches Grundverständnis zu vermitteln, trägt einen wichtigen Teil zu dieser Befähigung bei.

Die EU-Trainingsmission steht dabei nicht alleine da, sondern ist Teil eines ganzheitlichen Ansatzes. Es handelt sich um ein Konzept, das entwicklungspolitische, wirtschaftliche und militärische Aufbauarbeit zusammenbringt, ein Konzept, in dem internationale Partner gemeinsam dafür arbeiten, Somalia nach vorne zu bringen. Zu diesen Partnern gehören die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union, die Europäische Union, die Nachbarstaaten und, ganz wichtig, die Menschen in Somalia selbst.

Und es sind Erfolge erkennbar, auch wenn wir heute von vielen Misserfolgen gehört haben. Im Kleinen gibt es sogar Trendwenden. Die Piraterie konnte eingedämmt werden, die Al-Schabab-Milizen konnten aus Mogadischu zurückgedrängt werden. Es gibt sogar einen kleinen wirtschaftlichen Aufschwung. Um diesen Fortschritt zu sichern und auszubauen, sollten wir dem Antrag der Bundesregierung folgen und die EU-Trainingsmission, und zwar in Mogadischu, wieder aufnehmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zwei Gründe dafür unterstreiche ich an dieser Stelle:

Erstens sollten wir als EU geschlossen auftreten. Dies ist eine gemeinsame Mission, und daher ist es sinnvoll,

Thomas Hitschler

- (A) wenn wir auch gemeinsam an einem Ort zusammenarbeiten.

Zweitens ist dies für die Menschen in Somalia ein wichtiges Signal der Unterstützung, ein Signal, dass die internationalen Partner vor Ort Präsenz zeigen und sichtbar sind, dass wir sie nicht allein lassen.

Ja, die Sicherheitslage ist angespannt und die Verletzung nicht ohne Risiko. Dieser Verantwortung sind wir uns bewusst. Aber Verbesserungen sind sichtbar. Unsere Partner und unsere eigenen Fachleute kommen zu dem Schluss, dass dieser Schritt politisch und militärisch vertretbar ist. Wir treffen diese Entscheidung also nicht leichtfertig, wie ich es heute das eine oder andere Mal gehört habe. Als Parlament fordern wir ganz klar, dass der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz gewährleistet ist.

Im Song von K'naan heißt es:

Wenn ich älter bin, werde ich stärker sein. Sie werden mich Freiheit nennen, so wie eine wehende Fahne.

Die Waving Flag ist ein Symbol der Hoffnung in einem Land, das dringend Hoffnung braucht. Unsere Entscheidung, die EU-Trainingsmission zurück nach Somalia zu holen, ist ebenfalls ein Symbol der Hoffnung. Darum bitte ich Sie: Geben wir den Menschen in Somalia diese Hoffnung! Unser Beitrag wird gebraucht. Stimmen Sie daher diesem Mandat zu!

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Klaus Brähmig, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus Brähmig (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Die einzige und ehrlichste Hilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe.“ Das sagte einmal der Schweizer Alfred Selacher. Persönlich kann ich dieser Aussage nur zustimmen.

Wir wollen mit der heutigen Mandatierung die afrikanischen Länder grundsätzlich und Somalia im Speziellen ertüchtigen, sich selbst zu helfen. Dazu benötigen wir einen vernetzten Ansatz aus militärischer, diplomatischer, ziviler und wirtschaftlicher Unterstützung. In diesem Fall beraten wir Militärs vor Ort und bilden sie aus. Insofern ist es meines Erachtens richtig und wichtig, dass wir diese multinationale Mission der Bundeswehr in und für Somalia fortführen.

Wir wissen, dass sich die Bundeswehr noch vor einigen Monaten aus der Ausbildung von somalischen Soldaten zurückziehen wollte. Der Grund war, dass die Ausbildung von Uganda nach Somalia verlegt werden sollte. Damals sind die Verantwortlichen zu der Entscheidung gekommen, dass die Situation zu gefährlich werden könnte. Aber in den letzten Monaten hat sich die

Sicherheitslage stabilisiert. Die Bundesregierung kommt (C)
gemeinsam mit unseren EU-Partnern zu einer Neubewertung der militärischen Lage vor Ort. Deshalb soll die Mission an den Flughafen der somalischen Hauptstadt Mogadischu verlagert werden.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Fahren Sie doch mal hin!)

Insofern kann ich die Bedenken einiger Kollegen gegen diesen Einsatz vielleicht nachvollziehen. Aber glauben Sie mir: Weder die militärische Führung noch wir als Abgeordnete würden deutsche Soldaten einem unkalkulierbaren Sicherheitsrisiko aussetzen.

Richtig ist: Somalia gilt nunmehr seit über 20 Jahren als ein sogenannter gescheiterter Staat. Die prekäre humanitäre und menschenrechtliche Lage, Schmuggel, organisierte Kriminalität und die wachsenden Terroraktivitäten zwingen uns zum Handeln; denn die Lage bedroht die Stabilität der gesamten Region am Horn von Afrika. Die internationale Staatengemeinschaft kann es sich schlicht nicht leisten, Somalia lediglich als hoffnungslosen Fall abzustempeln. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union gibt es ein breites Bündnis aus Staaten und Organisationen, das sich seit Jahren engagiert. Es gibt hier also keine nationalen Alleingänge. Mit unseren Partnern sind wir der Überzeugung, dass eine Unterstützung der lokalen Initiativen vor Ort nachhaltiger wirkt als der Versuch eines Staatsaufbaus von außen oder das Implementieren von fremden Entwicklungsmodellen. Diese Mission ist eingebettet unter dem Dach der Vereinten Nationen und wird gemeinsam von der Europäischen und der Afrikanischen Union getragen.

- (C)
- (D)

Das Ziel ist meines Erachtens klar: Wir wollen die Sicherheit der Region wiederherstellen und staatliche Strukturen aufbauen. Schon heute können wir Erfolge im Kampf gegen Piraterie und bei der Sicherung weiterer Regionen auf dem Festland feststellen. Im Rahmen der EUTM-Ausbildungsmission, über die wir heute debattieren, wurden bis heute 3 600 Soldatinnen und Soldaten sowie rund 120 militärische Ausbilder ausgebildet. Diese setzen sich bereits jetzt für Stabilität, Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung Somalias ein. Allerdings ist auch Realismus angezeigt. Eine nachhaltige Gesamtlösung für Somalia wird uns langfristig nur dann gelingen, wenn sich die wesentlichen politischen Akteure und die Mehrheit der somalischen Bevölkerung selbst auf ein Entwicklungsmodell verständigen und dieses auch umsetzen.

Deshalb sind zusätzlich auch nichtmilitärische Schritte notwendig. Die gesellschaftliche Befriedung, die Verbesserung der Lebensbedingungen, der Aufbau einer Verwaltungsstruktur etc. sind unabdingbar. Insofern müsste auch dem Letzten hier im Hohen Hause klar werden, dass diese zivilen Strukturen nicht ohne Sicherheitsapparat aufgebaut werden können. Somalia braucht die Sicherheitsstrukturen, damit zivile Hilfe überhaupt möglich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau hier setzt die Mission EUTM Somalia an. Deshalb sollten wir diese fortsetzen bzw. uns daran beteiligen. Angesichts der

Klaus Brähmig

- (A) oben genannten Zustandsbeschreibung der Sicherheitslage und der mangelnden Staatsstrukturen ist dieser Einsatz nicht ungefährlich. Umgekehrt sehen wir und unsere Partner keine Chance auf einen nachhaltigen Frieden, wenn wir nicht den zivilen Neuaufbau mit dem Aufbau eines schlagkräftigen Sicherheitsapparates verbinden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, der geistige Vordenker der geplanten Weltrevolution Wladimir Iljitsch Lenin hat gesagt: „Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse.“ Leider leiden einige Kollegen dieses Hauses an dieser Form der Irreführung.

Meinen Dank richte ich an dieser Stelle natürlich besonders an die Soldatinnen und Soldaten, die vor Ort – auch in Mogadischu – in Zukunft agieren werden. Für mich sind diese Frauen und Männer Friedensstifter für Somalia.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Sicherheitskräfte leisten Hilfe für die leidgeprüften Menschen in Somalia. Von ihrem und unserem Erfolg hängt es ab, ob und inwieweit dieses Land nach Jahrzehnten des Bürgerkrieges Frieden erhalten wird. Deswegen stimme ich mit meiner Fraktion für dieses Mandat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) **Vizepräsident Peter Hintze:**

Als letzter Rednerin in dieser Debatte erteile ich das Wort der Kollegin Julia Bartz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Bartz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Fast auf den Tag genau vor 20 Jahren verließen unsere Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 Somalia. Zuvor waren zwei Bundeswehrkontingente in Somalia im Einsatz, um im Rahmen des UN-Einsatzes UNOSOM humanitäre Hilfe zu leisten. Doch leider waren weder dieser Einsatz der Bundeswehr noch die deutsche Entwicklungshilfe in den 1970er- und 1980er-Jahren von nachhaltigem Erfolg für das somalische Volk geprägt.

Somalia ist nach wie vor ein fragiler Staat. Es gibt keine funktionierenden staatlichen Strukturen. Das somalische Volk musste Flut- und Hungerkatastrophen, Dürre und Bürgerkrieg erleiden. Somalia ist nicht nur ein humanitäres Katastrophengebiet, sondern auch ein Rückzugsort für internationalen Terrorismus und Piraterie.

An dieser Stelle scheiden sich jetzt die Geister. Einige sagen: Trotzdem – ich sage: genau deswegen – reden wir heute über eine Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia. Die Ausbildungsmission EUTM Somalia ist ein wichtiger Baustein für die Sicherheit in Somalia.

lia. Die Mission ist eingebettet in eine breite Allianz, bestehend aus der Afrikanischen Union und vielen anderen Staaten und Organisationen, die sich allesamt seit Jahren in Somalia engagieren. Unser gemeinsames Ziel ist es, für Sicherheit in Somalia, vor allem auch im Seegebiet, zu sorgen, staatliche Strukturen wieder aufzubauen und das Land zu stabilisieren. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Vergleich zu 1994 greifen wir heute auf unsere Erfahrungen aus UNOSOM, KFOR, ISAF, EUTM Mali und vielen anderen Auslandseinsätzen zurück. Unser Engagement findet deshalb nicht nur in enger Abstimmung mit unseren afrikanischen Kooperationspartnern statt, sondern auch in einem vernetzten Ansatz. Diplomatie, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung arbeiten gemeinsam an einer Verbesserung der Lage am Horn von Afrika.

Es gibt bereits sichtbare Erfolge:

Zum Beispiel beim Kampf gegen die Piraterie. Die Angriffe auf Handelsschiffe und Hilfstransporte sind deutlich zurückgegangen.

Zweitens können wir den Erfolg der afrikanischen Friedensmission AMISOM betrachten, die bereits in einigen Regionen auf dem Festland in Somalia für Sicherheit gesorgt hat.

Es ist uns drittens gelungen, innerhalb weniger Jahre – die Mission EUTM Somalia läuft ja erst seit 2010 – 3 600 somalische Soldatinnen und Soldaten auszubilden. Dieser beachtliche Umfang zeigt, wie effektiv diese Mission ist. (D)

Wir wollen an diese Erfolge anknüpfen und uns weiterhin an der Ausbildung beteiligen. Dabei legen wir jetzt vermehrt einen Schwerpunkt auf die Ausbildung der Ausbilder. Das Training findet nun nicht mehr wie bisher in Uganda, sondern in Mogadischu statt. Ja, die Sicherheitslage vor Ort in Mogadischu ist nach wie vor kritisch. Wir treffen aber Sicherheitsvorkehrungen, um unsere Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Zum Beispiel findet der Transport vom Flughafen in das Ausbildungscamp Jazeera ausschließlich in gepanzerten Fahrzeugen statt.

Dennoch bleibt auch dieser Einsatz mit einem Risiko verbunden. Aber es gibt wohl kaum einen Auslandseinsatz der Bundeswehr, der frei von Risiko ist. Ich betone noch einmal: Es handelt sich nicht um einen Kampfeinsatz, sondern um eine reine Ausbildungsmission, zu der wir zunächst 4 und maximal 20 Soldatinnen und Soldaten entsenden werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausbildung somalischer Streitkräfte ist der Grundstein für eine langfristig angelegte Sicherheitsarchitektur in Somalia. Sie ist auch die Grundlage für eine nachhaltige Stabilisierung dieses geschundenen Landes. Ich lade Sie alle dazu ein, diesen Prozess zu begleiten, und bitte Sie um Ihre Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(A) Vizepräsident Peter Hintze:

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses auf Drucksache 18/994 zu dem Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Somalia. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 18/857 anzunehmen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die namentliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Hat ein Mitglied des Hauses seine Stimme noch nicht abgegeben? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/998. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist von allen Fraktionen mit Ausnahme der einbringenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 7 a bis 7 d auf:

- (B)** a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode

Drucksachen 18/481, 18/997

- b) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Sicherung der Oppositionsrechte in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages**

Drucksache 18/380

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss)

Drucksache 18/997

- c) Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines ... **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 39, 44, 45a, 93)**

Drucksache 18/838

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss) **(C)**

Drucksache 18/997

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zwecks Sicherung der Minderheitenrechte der Opposition im 18. Deutschen Bundestag

Drucksachen 18/379, 18/997

Über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD sowie über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Änderung des Grundgesetzes werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich bei dieser für das Parlament und die Öffentlichkeit wichtigen Frage entspannt auf Ihre Plätze zu setzen und den Rednern zu lauschen oder, wenn es gar nicht anders geht, das Plenum zu verlassen und die Gespräche draußen weiterzuführen. **(D)**

Als erstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Bernhard Kaster, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bernhard Kaster (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat aus dem Koalitionsvertrag beginnen – das ist immer eine gute Sache –:

(Christine Lambrecht [SPD]: Genau!)

Eine starke Demokratie braucht die Opposition im Parlament. CDU, CSU und SPD werden die Minderheitenrechte im Bundestag schützen. Auf Initiative der Koalitionspartner wird der Bundestag einen Beschluss fassen, der den Oppositionsfraktionen die Wahrnehmung von Minderheitenrechten ermöglicht sowie die Abgeordneten der Opposition bei der Redezeitverteilung angemessen berücksichtigt.

So steht es im Koalitionsvertrag.

(Christine Lambrecht [SPD]: So ist es richtig!)

Ich denke, eine solche Stärkung der Oppositionsrechte in einem Koalitionsvertrag dürfte wohl weltweit einmalig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

¹⁾ Ergebnis siehe Seite 2067 C

Bernhard Kaster

- (A) Ein Wahlergebnis und auch eine Große Koalition machen es rechtlich, das heißt streng juristisch, nicht zwingend erforderlich, bestehendes Recht oder eine bestehende Geschäftsordnung zu ändern. Die Debatte, die wir führen, die wir auch führen wollen, ist eine Debatte über die politische Kultur und das Selbstverständnis der parlamentarischen Demokratie. Darum geht es.

Unser im Koalitionsvertrag gegebenes Versprechen setzen wir heute um. Die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für die wir nach diesen schwierigen Gesprächen dankbar sind, zeigt, dass das Ganze eine ausgewogene Regelung darstellt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei allen, die an diesen verständlicherweise schwierigen, aber auch fairen Gesprächen teilgenommen haben. Allen Beteiligten dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Wir beschließen heute eine Sonderregelung in unserer Geschäftsordnung, und zwar nur für diese Legislaturperiode – und das bei einem Parlaments- und Geschäftsordnungsrecht, das ohnehin überdurchschnittlich von Minderheitenrechten geprägt ist, wie dies europa- und weltweit kaum so zu finden ist. Wir haben zahlreiche Rechte für einzelne Fraktionen, für einzelne Abgeordnete, seien es die Große oder die Kleine Anfrage, seien es die Aktuelle Stunde, die Regierungsbefragung, die Fragestunde etc. Wir haben auch Regeln, die gar nicht niedergeschrieben, sondern Tradition sind. Ich erinnere beispielsweise daran, dass der Vorsitz im Haushaltsausschuss traditionell der Opposition zugestanden wird. Uns geht es doch immer so, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland, die bei uns sind, angesichts dieser Rechte, der ungeschriebenen und auch der geschriebenen, nur staunen und das immer wieder hinterfragen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der oberste Souverän sind die Wählerinnen und Wähler. Nach einem Wahlergebnis kann niemand Rechte einfordern – auch nicht die Linke –, die der Wähler einer Partei nicht gegeben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Fraktion Die Linke beantragt heute nicht nur die Änderung von fünf verschiedenen Gesetzen, sondern schlägt zusätzlich sogar fünf – ich betone: fünf – Verfassungsänderungen vor.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Die sind auch notwendig!)

Angesichts der Textvorschläge – vom Verfahren will ich jetzt gar nicht sprechen – bitte ich doch um ein wenig mehr Respekt vor unserer Verfassung.

Eines muss auch klar sein: Unabhängig von Wahlergebnissen müssen wir als Parlament unser Handeln dem Recht anpassen und nicht das Recht dem Parlament. Das können wir nicht jedes Mal drehen, wie es gerade passt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(C)

Wir beschließen heute eine Sonderregelung nur für diese Legislaturperiode, und zwar in unserer Geschäftsordnung. Über das Thema, dies in der Geschäftsordnung zu regeln oder dazu ein Gesetz zu beschließen, ist oft diskutiert worden. Man muss zugeben: Der Begriff „Geschäftsordnung“ klingt sprachlich immer ein wenig nach Vereinssatzung. Aber die Regeln der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sind nicht mehr und nicht weniger als die Spielregeln der Demokratie in unserem Land. Diesen Stellenwert hat unsere Geschäftsordnung für unser Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bezüglich der Geschäftsordnung gilt: Der formulierte Text ist das eine, die faire Anwendung das andere. Das gilt für die Regierungsfractionen genauso wie für die Oppositionsfractionen. In diesem Zusammenhang möchte ich nur anmerken und den Hinweis geben, dass wir bereits in der letzten Sitzungswoche einen Untersuchungsausschuss nach den Regeln eingesetzt haben, die wir erst heute beschließen werden. – So viel also zum fairen Umgang miteinander hier im deutschen Parlament.

In der öffentlichen Debatte haben vor allem die Redezeiten eine große Rolle gespielt. Wir müssen dabei immer drei Gesichtspunkte betrachten: erstens das statusrechtliche Rederecht eines jeden einzelnen Abgeordneten, zweitens das Prinzip von Rede und Gegenrede und drittens die Fraktionsstärke. Das sind die drei Elemente, die eine Rolle spielen.

(D)

Die Oppositionsparteien erzielten bei der Bundestagswahl ein Wahlergebnis von zusammen 17 Prozent; sie haben 20 Prozent der Sitze hier. Die jetzt vereinbarten Redezeiten der Opposition bewegen sich je nach Debatte zwischen 25 und 32 Prozent. Wer sich bewusst macht, dass alle 631 Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus dieselben Rechte haben, dem wird auch klar: Noch mehr hätte man nicht entgegenkommen können.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein entscheidender Punkt war auch die Frage: Wie definieren wir die Minderheit? Wie wird das in der Geschäftsordnung formuliert? Wir haben uns geeinigt, dass wir die Geltendmachung von Minderheitenrechten nicht von der Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfractionen, also von 100 Prozent ihrer Abgeordneten, abhängig machen wollen. Wir haben hier mit der Festlegung der Zahl von 120 Abgeordneten eine, wie ich denke, gute Regelung mit Augenmaß gefunden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jedes Minderheitenrecht ist immer auch eine Einschränkung der Mehrheit und des Mehrheitsprinzips. Insofern liegt es in unserer gemeinsamen Verantwortung, hier das richtige Maß zu finden. Genau das ist hier in verantwortlicher Weise gelungen, sodass jetzt auch für die Opposition gilt: Künftig gilt der Inhalt. Hinter Formalien braucht man sich jetzt nicht mehr zu verstecken; das ist geklärt. In diesem Sinne können wir, die Regierungsfractionen und

Bernhard Kaster

- (A) die Oppositionsfractionen, jetzt gemeinschaftlich die Arbeit in diesem Hause mit den neuen Regeln gut fortsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

(C)

Schönen Dank. – Ich gebe dem Haus das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt: abgegebene Stimmen 591. Mit Ja haben gestimmt 471, mit Nein haben gestimmt 118, zwei Kollegen haben sich enthalten. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 589;
davon
ja: 469
nein: 118
enthalten: 2

Ja**CDU/CSU**

Stephan Albani
Katrin Albsteiger
Artur Auernhammer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Julia Bartz
Günter Baumann
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
(B) Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Dr. Christoph Bergner
Ute Bertram
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Alexandra Dinges-Dierig
Michael Donth
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Jutta Eckenbach
Dr. Bernd Fabritius
Hermann Färber
Uwe Feiler
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach

Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Thorsten Frei
Dr. Astrid Freudenstein
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Cemile Giousouf
Josef Göppel
Reinhard Grindel
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Dr. Herlind Gundelach
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Matthias Heider
Helmut Heiderich
Mechthild Heil
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Uda Heller
Jörg Hellmuth
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Ansgar Heveling
Peter Hintze
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Robert Hochbaum
Alexander Hoffmann

Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Margaret Horb
Bettina Hornhues
Charles M. Huber
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Erich Irlstorfer
Thomas Jarzombek
Sylvia Jörrißen
Andreas Jung
Dr. Franz Josef Jung
Xaver Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Steffen Kanitz
Alois Karl
Anja Karliczek
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Hartmut Koschyk
Kordula Kovac
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Roy Kühne
Günter Lach
Uwe Lagosky
Dr. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Barbara Lanzinger
Dr. Silke Launert
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Philipp Lengsfeld
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Ingbert Liebing

Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Wilfried Lorenz
Dr. Claudia Lücking-Michel
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maizière
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Reiner Meier
Dr. Michael Meister
Jan Metzler
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
(D) Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Ronald Pofalla
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer

Vizepräsident Peter Hintze

- | | | | | |
|---|---|---|--|-----------------------|
| <p>(A) Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Karl Schiewerling
Jana Schimke
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Heiko Schmeltzle
Gabriele Schmidt (Ühlingen)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Ole Schröder
Dr. Kristina Schröder
(Wiesbaden)
Bernhard Schulte-Drüggelte
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Christina Schwarzer
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Johannes Singhammer
Tino Sorge
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffell
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Erika Steinbach
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Rita Stockhofe
Gero Storzjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)</p> | <p>Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Kai Wegner
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Marian Wendt
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhl
Barbara Woltmann
Tobias Zech
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner</p> <p>SPD</p> <p>Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Katarina Barley
Doris Barnett
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Edelgard Bulmahn
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Petra Crone
Bernhard Daldrop
Sabine Dittmar
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmund Ehrmann
Michaela Engelmeier-Heite
Dr. h. c. Gernot Erler
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Sigmar Gabriel</p> | <p>Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griesse
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Wolfgang Gunkel
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Matthias Ilgen
Christina Jantz
Frank Junge
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Marina Kermer
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Birgit Kömpel
Anette Kramme
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Aydan Özoğuz
Markus Paschke</p> | <p>Jeannine Pflugradt
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Joachim Poß
Florian Post
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Dr. Simone Raatz
Martin Rabanus
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Rösper
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Annette Sawade
Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Stefan Schwartz
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese
Gülstan Yüksel
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries</p> | <p>(C)</p> <p>(D)</p> |
|---|---|---|--|-----------------------|

Vizepräsident Peter Hintze**(A) Nein****SPD**

Klaus Barthel
Dr. Ute Finckh-Krämer
Petra Hinz (Essen)
Cansel Kiziltepe
Christian Petry
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)

DIE LINKE

Jan van Aken
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dagdelen
Dr. Diether Dehm
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Andrej Hunko
Sigrid Hupach

(B)

Ulla Jelpke
Kerstin Kassner
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Dr. Alexander S. Neu
Thomas Nord
Petra Pau
Harald Petzold (Havelland)
Martina Renner
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Dr. Kirsten Tackmann
Azize Tank
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katriner Werner
Birgit Wöllert
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann
(Zwickau)

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katriner Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Steffi Lemke

Dr. Tobias Lindner
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Dr. Julia Verlinden
Beate Walter-Rosenheimer

Enthalten**SPD**

Marco Bülow
Dr. Daniela De Ridder

(C)**(D)**

Als Nächster erteile ich das Wort in dieser Debatte Kollegin Dr. Petra Sitte, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den Verhandlungen zu den Minderheitsrechten hier im Bundestag wurde der Opposition immer wieder vorgehalten, dass die Große Koalition ja nun nichts für ihre Wahlergebnisse könne.

(Christine Lambrecht [SPD]: Das ist richtig!)

Nebenbei bemerkt: Auch ich bin dieser Meinung.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Dr. Katarina Barley [SPD] – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Natürlich können wir was für unsere Wahlergebnisse! Wir können nichts für Ihr Wahlergebnis! Was ist das denn? Sie haben da was verwechselt! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Regen Sie sich doch nicht auf!)

– Ich rege mich gar nicht auf; Sie schreien. – Sie lassen uns nun wissen, dass diese Wahlergebnisse nicht durch erweiterte oder gar Sonderrechte der Opposition verfälscht werden dürften. Darum ist es uns in den Debatten aber überhaupt nicht gegangen.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Professor Mahrenholz hat da in unserer Expertenanhörung zu den vorliegenden Lösungsvorschlägen sehr klar unterschieden. Er meinte, die aus dem Wahlergebnis resultierenden Mehrheiten entfalteten erst in den Abstimmungen über Gesetzentwürfe und Anträge ihre Wirkung. Das stellt hier überhaupt niemand infrage.

(Christine Lambrecht [SPD]: Da haben wir noch mal Glück gehabt!)

Aber vor den Abstimmungen und unabhängig von ihnen haben wir noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Aufgaben zu erfüllen. So sind wir als Opposition durch die Verfassung beauftragt, die Regierung zu kontrollieren

(Dr. Katarina Barley [SPD]: Das sind wir alle!)

und politische Alternativen aufzuzeigen. Davon sollten sich Interessierte anhand von Rede und Gegenrede zwischen Opposition und Koalition, wie das gerade dargestellt worden ist, selbst ein Bild machen können. Dieses öffentliche Verhandeln, so wie es im Grundgesetz steht, versteht das Bundesverfassungsgericht als wesentliches Element der parlamentarischen Demokratie. Zugleich verweist das Gericht auf die herausgehobene Stellung der Opposition; es hat dies in Urteilsbegründungen mehrfach beschrieben. Darauf haben wir als Opposition, aber eben auch die Bürgerinnen und Bürger ein Recht. Deshalb haben wir, Bündnisgrüne und Linke, gemeinsam Vorschläge

Dr. Petra Sitte

- (A) in den Bundestag eingebracht. Was ist den Linken besonders wichtig?

Erstens. Wir wollen, dass die Regelungen in der Rechtssystematik sauber und rechtssicher gestaltet werden. Nun ist es aber so, dass die Geschäftsordnung gegenüber Gesetzen – und erst recht gegenüber dem Grundgesetz – nachrangiges Recht ist. Wenn Sie die Minderheitenrechte ausschließlich über die Geschäftsordnung, wie Sie das beschrieben haben, anpassen,

(Christine Lambrecht [SPD]: Nein!)

dann wählen Sie den unsauberen Weg.

Wir erkennen selbstverständlich an, dass in Ihrem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung eine ganze Reihe von Vorschlägen der Opposition aufgenommen worden sind. Aber was ich mich immer wieder frage, ist: Warum gehen Sie diesen Weg nicht konsequent zu Ende? Warum ändern Sie die Gesetze nicht? Warum stellen Sie nicht die Frage, dass die im Grundgesetz niedergelegten Quoren im Widerspruch dazu stehen?

Zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beispielsweise verlangt das Grundgesetz ganz klar die Zustimmung eines Viertels der Mitglieder des Bundestages.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das stimmt nicht! Nur zum Antrag! –
Christine Lambrecht [SPD]: Nur zum Antrag,
genau!)

- (B) – Lesen Sie es doch nach: ein Viertel der Mitglieder des Bundestages; das ist sonnenklar darin beschrieben. – Wenn dieses Quorum nun gesenkt werden soll, dann muss über eine Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Grundgesetzes, nachgedacht werden. In unserem Gesetzentwurf ist dies selbstverständlich enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Wir wollen unabdingbare Minderheitenrechte. Diese müssen verlässlich geregelt sein. Wir wollen von keinen Interpretationen oder pseudokreativen Auslegungen der Geschäftsordnung abhängig sein. Besonders heikel erscheint uns das mit Blick auf den Verteidigungsausschuss. Diesem werden im Grundgesetz die Rechte eines Untersuchungsausschusses zugestanden. Über das Minderheitenrecht kann ein Viertel der Mitglieder des Verteidigungsausschusses verlangen, dass dort eine Angelegenheit zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht wird. Wir Oppositionsfraktionen stellen aber eben nicht ein Viertel, sondern nur 6 der 32 Ausschussmitglieder.

Im Geschäftsordnungsantrag der Koalition steht nun, dass uns die Ausübung der Minderheitenrechte trotzdem ermöglicht werden soll. Ich frage aber: Wie soll das praktisch gehen? Bekanntermaßen ist der Verteidigungsausschuss ein sehr konfliktreicher Ausschuss. Sollen in Zukunft immer zwei Koalitionsabgeordnete – wer auch immer das jeweils sein mag – gezwungen werden, mit uns zu stimmen, um das notwendige Viertel zu erreichen? Was passiert eigentlich, wenn Sie keinen Ihrer Ab-

- geordneten nötigen können, doch mit uns zu stimmen? (C)
Das ist das Problem, das wir dabei sehen.

Drittens. Im Unterschied zu allen anderen Fraktionen ist uns Linken die Befugnis zur Normenkontrollklage wichtig. Das wundert mich, dass das nur uns wichtig zu sein scheint, weil es hier ganz konkret um Rechte der Betroffenen von in diesem Haus beschlossenen Gesetzen geht. Bei der Normenkontrollklage – für jene, die das noch nicht wissen – geht es darum, dass Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit geprüft werden. Wir sind uns natürlich im Klaren, dass man nicht jede Woche eine solche Normenkontrollklage anstreben kann – das haben wir auch nie vorgehabt – und dass das Vorgehen einer gewissen Sensibilität bedarf. Aber wir wollen uns nicht gänzlich dieses Recht nehmen lassen. Die Erfahrungen zeigen – so ist das in der Anhörung gesagt worden –, dass die eingereichten Normenkontrollklagen höchst berechtigt waren und dass zum Teil auch Verfassungswidrigkeit von Gesetzen festgestellt wurde.

Die Normenkontrollklage kann nach Expertenmeinung nur durch eine Ergänzung des Grundgesetzes geregelt werden. Als Folge der Anhörung, die wir selber durchgeführt haben, haben wir einen Gesetzentwurf zur Änderung bzw. Ergänzung des Grundgesetzes eingebracht. Die Koalition lehnt eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes unter anderem deshalb ab, weil auch eine Verfassungsbeschwerde eingereicht werden könnte. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen doch ganz genau, dass dies nicht für Fraktionen gilt, sondern nur für diejenigen, die von einem Gesetz persönlich betroffen sind. Diese müssen sich im Regelfall durch alle Instanzen der Gerichte klagen, bis die Sache dann nach vielen Jahren unter Umständen beim Bundesverfassungsgericht landet und sie recht oder eben auch nicht recht bekommen. Dieser Weg ist, was Umfang, Zeit und Kosten angeht, sehr aufwendig. Deshalb ist uns die Möglichkeit einer Normenkontrollklage so wichtig.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin Sitte, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ströbele?

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Herr Ströbele? – Ja, klar.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin, Sie haben gerade erklärt, dass man vor einer Verfassungsbeschwerde immer erst den Instanzenweg gegangen sein muss. Das ist grundsätzlich richtig. Haben Sie mitbekommen, dass, wenn Herr Gauweiler oder andere gegen europäische Regelungen Verfassungsbeschwerde eingelegt haben, das ohne den Instanzenweg gegangen ist?

(Beifall des Abg. Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU])

Hans-Christian Ströbele

- (A) Haben Sie mitbekommen, dass das Bundesverfassungsgericht bei solch zentralen Fragen relativ weitzügig entscheidet, Verfassungsbeschwerden zuzulassen, auch ohne dass man vorher als Betroffener dagegen etwa den Verwaltungsrechtsweg eingeschlagen hat?

Als Zusatzfrage dazu. Sie haben vorhin gesagt, man müsse jetzt klären, ob das Grundgesetz hinsichtlich der Normenkontrollklage geändert werden kann. Würden Sie mir auch in diesem Punkt recht geben, dass die Normenkontrollklage, wenn sich eine solche Situation ergibt, durchaus von Fraktionen eingereicht werden kann? Dann müsste das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob sie in diesem Ausnahmefall, wegen der Konstellation im Deutschen Bundestag, möglicherweise doch zulässig ist, entgegen dem Gesetzeswortlaut. Das wäre nicht viel anders, als wenn Sie jetzt mit Ihrem Wunsch zum Bundesverfassungsgericht gingen, das Recht auf Erhebung einer Normenkontrollklage von der Koalition zugewilligt zu bekommen.

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

- (B) Ich fange mit der zweiten Frage an. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, gehen Sie davon aus, dass wir, ohne einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht zu haben, beim Bundesverfassungsgericht hätten vorstellig werden können. Wir gehen nach der Rechtsberatung, die wir hatten, davon aus, dass es zumindest einmal im Bundestag eine Gelegenheit gegeben haben muss, über diesen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes zu sprechen. Deshalb gehen wir davon aus, dass das Verfassungsgericht zu uns sagen würde: Liebe Fraktion Die Linke, liebe Grüne – falls die Grünen mit dabei sind –, wenn Sie hier eine Normenkontrollklage anstrengen wollen oder – umgekehrt – wenn Sie auf dem Wege einer Organklage nachweisen wollen, dass Ihre Rechte eingeschränkt wurden, dann müssen Sie wenigstens einmal im Bundestag darüber geredet haben. – Das ist unser Ausgangspunkt. Deshalb haben wir nach der Auswertung der Anhörung im Ausschuss gesagt: Wir bringen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes ein. Selbstverständlich kann man keinem Verfassungsrechtler erklären, dass man, wenn man die Quoren bei der Normenkontrollklage ändert, nicht konsequenterweise auch die anderen Quoren ändert. Wir sind einfach nur den Weg zu Ende gegangen. Es obliegt Ihnen, ob Sie sich dem anschließen. Ich würde das begrüßen. Das ist die Antwort auf die zweite Frage.

Helfen Sie mir bitte noch einmal: Was war Ihre erste Frage?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Instanzenweg! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da kann sich Herr Ströbele auch nicht mehr dran erinnern!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In der Frage ging es um den Instanzenweg, ob das auch direkt geht. Ich habe mich selber darüber gewundert, dass das geht.

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

(C) Selbstverständlich ist mir das bewusst. Das ist, wenn ich mich recht erinnere, Art. 100 des Grundgesetzes. Ich habe hier aber nur acht Minuten Redezeit. Daher kann ich nicht jede Facette des Rechtsweges beschreiben.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Dank der Zwischenfrage sind es schon mal zwölf Minuten! Fangen Sie mal an!)

Selbstverständlich – das ist völlig klar – ist uns das bewusst. Wir haben das, was bisher dazu gelaufen ist, ja auch ausgewertet.

Ich will eines anfügen: Es ist doch höchst widersprüchlich, wenn eine Landesregierung und die Bundesregierung eine Normenkontrollklage anstrengen können, das aus diesem Haus heraus aber nicht möglich ist. Nun muss man sehen: Wenn Sie als Bundesregierung hier einen Gesetzentwurf eingebracht haben, wenn Sie darüber in den Ausschüssen beraten und das in voller Überzeugung verabschiedet haben, dann werden Sie doch nicht im nächsten Schritt – davon können wir doch nicht ausgehen – vor dem Bundesverfassungsgericht erscheinen, um Ihre eigenen Gesetze zu einer Normenkontrollklage anzumelden. Insofern ist das eher ein Oppositionsrecht, ein Recht, das de facto oft von der Opposition genutzt worden ist.

(D) Wie wichtig Normenkontrolle sein könnte, zeigt sich im Grunde genommen schon jetzt. Herr Kaster hat die Koalitionsvereinbarung angesprochen. Während Sie noch darüber verhandelt haben, haben wir eine ganze Reihe parlamentarischer Initiativen eingebracht. Heute Morgen zum Beispiel haben wir über das Rentenpaket gesprochen. Unsere Anträge hatten im Kern durchgängig das Gerechtigkeitsproblem zum Gegenstand, ob das Mieten waren, die Flüchtlingspolitik, der Mindestlohn oder auch die Renten usw.

Jetzt zeigt sich zum Beispiel an diesem Gesetz – wir sprechen von einer Gerechtigkeitslücke –, dass das verfassungsrechtlich vielleicht problematisch sein könnte. Deshalb wollten wir im Zuge dieses Gesamtpaketes über die Möglichkeit einer Normenkontrollklage reden; denn es kann sehr wohl sein, dass an dieser Stelle eine verfassungsmäßige Überprüfung notwendig wird.

Insgesamt: Es ist gut, dass wir es heute endlich abschließen.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das finden wir auch!)

Wir als Linksfraktion werden uns enthalten. Denn es wird natürlich eine Geschäftsgrundlage für die nächsten Jahre sein. Das macht nicht gegenstandslos, dass man die Gesetze und das Grundgesetz eigentlich ändern müsste. Aber wir werden das jetzt bereitgestellte Instrumentarium umfassend für unsere Arbeit für unsere politischen Alternativen nutzen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin für die SPD-Fraktion ist Christine Lambrecht.

(Beifall bei der SPD)

Christine Lambrecht (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausgangssituation ist klar: 504 Abgeordneten der Koalition stehen rein theoretisch 127 Abgeordnete der Opposition gegenüber. Das sind die Zahlen, die auf dem Tisch liegen. Dass dieses Verhältnis hier im Deutschen Bundestag so besteht, ist aber nicht das Ergebnis von Entscheidungen der Großen Koalition, sondern – wir haben es ja schon gehört – eine Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Mit dieser Situation müssen wir jetzt umgehen.

Eine ähnliche Situation hat es lediglich in einer Legislaturperiode gegeben, nämlich in der von 1966 bis 1969. Da stand eine Große Koalition einer Oppositionsfraktion gegenüber. Das war die FDP, die knapp 10 Prozent hatte. Damals gab es allerdings keine Initiativen, um diese Fraktion mit zusätzlichen Rechten auszustatten oder ihre Rechte besonders sicherzustellen. Damals hat der Deutsche Bundestag nicht reagiert. Für uns als Große Koalition war ganz schnell klar, dass das nicht der Weg ist, den wir in dieser Situation gehen wollen. Deswegen – Herr Kaster hat ja schon darauf hingewiesen – haben wir das auch im Koalitionsvertrag verankert. Für uns ist ganz klar: Wir stehen für ein lebendiges Parlament und eine hörbare Opposition. Das ist unsere klare Ansage.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deswegen haben wir zügig Gespräche mit den Oppositionsfraktionen aufgenommen, um auszuloten, wie die Minderheitenrechte – nicht die Oppositionsrechte, sondern die Minderheitenrechte – in dieser Legislaturperiode sichergestellt werden können, auch wenn die Oppositionsfraktionen zusammen derzeit diese Quoren nicht erfüllen. Darüber, dass Minderheitenrechte sichergestellt werden müssen, gab es schnell Konsens. Lediglich über das Wie ist intensiv gerungen worden. Auch ich kann mich dem Dank anschließen: Es waren sehr sachliche Auseinandersetzungen.

Es gab zuerst einen Vorschlag des Bundestagspräsidenten, dass man das Ganze durch einen Beschluss hier im Bundestag sicherstellt. Die Bedenken hinsichtlich der Rechtssicherheit, die von der Opposition kamen, haben wir aufgenommen und daraufhin Veränderungen in der Geschäftsordnung vorgeschlagen. Das ist auch der richtige Ort; genau dorthin gehört es. Hier regeln wir unsere Angelegenheiten, und genau darum geht es. Wir brauchen keine Gesetzesänderungen, die wir in der nächsten Legislaturperiode bei anderen Mehrheitsverhältnissen rückgängig machen müssten. Wir müssten die Gesetze dann wieder verändern. Damit das nicht erforderlich wird, sind wir der Ansicht, dass es ausreicht, die Geschäftsordnung zu verändern.

In unserem ursprünglichen Entwurf hatten wir noch vorgesehen, dass alle Mitglieder der nicht die Regierung

tragenden Fraktionen, also immer 127, entsprechende Minderheitenrechte hätten geltend machen können. In den Gesprächen, in den Beratungen ist dann relativ schnell klar geworden, dass das teilweise eine recht schwierige Situation zur Folge haben könnte, natürlich zum einen, weil infrage steht, ob beide Oppositionsfraktionen gemeinsam bestimmte Initiativen auf den Weg bringen würden. Angesichts mancher inhaltlichen Auseinandersetzungen hat man nicht den Eindruck, dass es „die Opposition“ überhaupt gibt, sondern dass in manchen Bereichen durchaus völlig unterschiedliche Auffassungen bestehen.

(Zuruf der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Aber das lassen wir einmal völlig außen vor. Zum anderen hätten Sie auch jedes Mal alle an Bord haben müssen. Das wäre, beispielsweise wenn jemand lange erkrankt ist, schwierig gewesen. Deswegen haben wir auch in diesem Punkt die Bedenken aufgenommen und nicht mehr an diesem Quorum festgehalten. Jetzt ist vorgesehen, dass 120 Abgeordnete ausreichen. Dieses Quorum ist nicht an die Oppositionsfraktionen gebunden, sondern kann durchaus auch durch Mitglieder der Koalitionsfraktionen erreicht werden.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Das war vernünftig!)

– Das war vernünftig. Deswegen sind wir auch auf diesen vernünftigen Vorschlag eingegangen. Deswegen handelt es sich jetzt auch um echte Minderheitenrechte und nicht um Oppositionsrechte, weil eben die Minderheit entscheidet.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Und die Normenkontrolle?)

– Dazu komme ich gleich.

Ich möchte auf einen anderen Punkt, den Frau Sitte beschrieben hat, eingehen. Sie sagte: Es reicht nicht aus, dass wir die Geschäftsordnung ändern, wenn es zum Beispiel um Untersuchungsausschüsse geht,

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Ja!)

weil das Untersuchungsausschussgesetz in Verbindung mit der Verfassung ein anderes Quorum vorsieht. – Frau Sitte, ich kann es noch einmal sagen: Manchmal – das ist ein alter Juristengrundsatz – reicht ein Blick ins Gesetz. Denn bei diesem Quorum geht es nicht darum, dass wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beschließen, sondern es geht um das Antragsrecht. 120 Abgeordnete können die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen, und dann beschließt der Deutsche Bundestag darüber; das ist der Weg. Dieser Beschluss ist entscheidend. So kann es auch niemals dazu kommen, dass sich ein Dritter, zum Beispiel ein Zeuge, dadurch beschwert fühlt, dass ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden kann; das ist nicht möglich. Deswegen bitte ich Sie, dieses Argument nicht länger zu bringen. Das entspricht auch gar nicht dem Niveau, das Sie in den Verhandlungen ansonsten gezeigt haben.

Christine Lambrecht

- (A) Ich möchte noch etwas zur abstrakten Normenkontrollklage sagen. Bei uns gab es da keine Bewegung – ja –, weil das aus unserer Sicht überhaupt kein originäres Minderheitenrecht ist. Es kann von der Bundesregierung, es kann von Landesregierungen und es kann von einem Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages wahrgenommen werden.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben keine Veranlassung gesehen, das zu ändern, und zwar aufgrund dieser inhaltlichen Begründung. Es ging uns nicht darum, Ihnen dieses Recht zu nehmen, sondern wir haben uns so entschieden, weil das nach unserer Vorstellung kein Minderheitenrecht ist. Sie haben andere Möglichkeiten – Herr Ströbele hat dankenswerterweise dazu ausgeführt –, all Ihre Einwände gegen den Mindestlohn und was weiß ich noch alles vorzutragen. Von Herrn Riexinger habe ich ja gehört, dass Sie gegen den Mindestlohn als Erstes vorgehen möchten. Das lässt tief blicken, dass auch gegen den Mindestlohn vorgegangen werden soll.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Es geht uns nicht nur um den Mindestlohn! Wir wollen, dass das für alle Themen gilt!)

Mich freut, dass die Grünen diesen Lösungsvorschlägen mit ihren vielen Veränderungen auch im Interesse der Oppositionsfractionen zustimmen werden. Ich würde sagen: Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass wir aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen, und dass wir uns an die Sacharbeit machen.

- (B) In diesem Sinne: Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin in der Debatte ist Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich bin froh, dass wir heute das Thema „Wie gehen wir künftig mit den Minderheitenrechten im Deutschen Bundestag um?“ abschließen und endlich eine rechtssichere Regelung in unsere Geschäftsordnung aufnehmen. Wir beraten darüber seit Monaten. Ich finde es gut, wenn vom heutigen Tag das klare Signal ausgeht: Die Minderheitenrechte, die in einem umfassenden Katalog von elf Punkten aufgeführt sind, sind in der Geschäftsordnung verankert, und das kann – das ist eine der wichtigsten Fragen, die im Beschlussvorschlag steht – mit der Mehrheit der Großen Koalition nicht wieder geändert werden. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Kaster und die Kollegin Lambrecht haben darauf hingewiesen: Wir haben darüber sehr lange

verhandelt. Gestartet sind wir mit der Überlegung, im Deutschen Bundestag einen Absichtsbeschluss zu fassen und zu erklären, dass die Minderheitenrechte gewahrt werden. Das war uns in der Tat zu wenig. Wir haben gesagt: Wir wollen, dass das fixiert wird. Wir wollen, dass das aufgeschrieben wird, dass wir das vereinbaren und dass wir als Parlament den Beschluss fassen, dass es einen umfangreichen Katalog von Minderheitenrechten gibt.

Dazu gehört zum Beispiel die Frage, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen. Es muss ferner sichergestellt werden, dass im Verteidigungsausschuss die Untersuchung eines bestimmten Gegenstandes möglich ist. Das hatten wir in der letzten Legislaturperiode oft. Deshalb war uns das wichtig; man denke nur an das Thema „Euro Hawk“ und den Untersuchungsausschuss dazu in der letzten Legislaturperiode.

Ein weiteres Thema sind Ausschussanhörungen. Wir wollen, dass die Opposition bzw. eine Minderheit verlangen kann, dass öffentliche Anhörungen zu Gesetzentwürfen stattfinden. Ein anderes Thema ist die Einrichtung einer Enquete-Kommission. Darüber hinaus werden die Minderheitenrechte in Bezug auf das ESM-Finanzierungsgesetz und die Subsidiaritätsklage gesichert sein. Das sind einfach wichtige Punkte, die jetzt in diesen elf Nummern des neuen § 126 a Abs. 1 unserer Geschäftsordnung fixiert werden für diese besondere Situation: 80 Prozent Große Koalition und 20 Prozent Opposition. Das ist uns ganz wichtig gewesen. Dass diese dann auch noch abweichungsfest sind, das heißt mit den Stimmen von Union und SPD nicht geändert werden können, ist ein weiterer ganz wichtiger Punkt. Ich bin froh, dass wir am Ende dieser Beratung hier gelandet sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es ist völlig klar, dass wir – das haben auch die Initiativen von Grünen und Linken gemeinsam gezeigt – an einem anderen Punkt gestartet sind. Wir hatten uns vorgestellt: Geschäftsordnung und Gesetze werden geändert. – Wenn man verhandelt, muss man aber ab einem bestimmten Punkt einfach zur Kenntnis nehmen, dass bei den 80 Prozent im Deutschen Bundestag keine Bereitschaft besteht, auch Gesetze zu ändern. Dann muss man gucken, dass man die Geschäftsordnung entsprechend ändert. An diesem Punkt sind wir jetzt.

Über das Ergebnis bin ich froh. Deshalb konnten wir unserer Fraktion ganz klar sagen: Das bedeutet eine massive Verbesserung in der Situation, in der wir gerade sind, nämlich 80 Prozent Mehrheit und 20 Prozent Opposition. Unsere Minderheitenrechte werden in der Geschäftsordnung fixiert. Wir können sie rechtssicher verankern. Wir können sie gegenüber den anderen Fraktionen im Parlament einfordern und einklagen.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Einklagen nicht!)

Das ist klar. Das ist ein wichtiger Punkt.

Britta Haßelmann

- (A) Ich bin froh, dass wir heute hier stehen. Jetzt ist die Arbeitsfähigkeit dieses Parlaments endlich ein Stück weit mehr gesichert, und wir brauchen nicht jede Woche darüber zu diskutieren: Wie gehen wir mit einzelnen Fragen um? Haben wir jetzt das Recht auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, oder nicht? Deshalb können wir heute der vorgesehenen Änderung der Geschäftsordnung sehr beruhigt zustimmen. Ich bin froh, dass wir das hingekriegt haben.

Ich weiß, dass wir bei der Redezeit keine Verständigung haben – aber die Redezeit ist heute nicht Gegenstand der Abstimmung; es geht hier um die elf Nummern. Aber sonst, finde ich, hat sich Beharrlichkeit gelohnt. Es hat sich gelohnt, mit einer gewissen Hartnäckigkeit darauf zu bestehen, dass wir das verankert bekommen. Deshalb wird meine Fraktion heute auch zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Schönen Dank. – Nächster Redner ist Dr. Johann D. Wadephul, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

- (B) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte der Kollegin Haßelmann ganz herzlich für den Redebeitrag danken. Er bringt das zum Ausdruck, was im Geschäftsausschuss der Geist der Auseinandersetzung gewesen ist – wir haben streitige Beratungen gehabt –, aber er bringt auch zum Ausdruck, zu welcher Einigung man in einer vernünftigen, sachlichen und ergebnisorientierten Ausschussarbeit in diesem Hause fähig ist. Ich denke, es ist ein Stück auch der Kultur unseres Hauses, dass wir diese Legislaturperiode mit einem solchen Projekt beginnen, nämlich dass wir an dieser Stelle wichtige Rechte derjenigen Abgeordneten und derjenigen Fraktionen wahren, die die Regierung nicht tragen. Das zu berücksichtigen, das zu fixieren, das auch in einer Plenardebatte miteinander zu erörtern und darüber abzustimmen – ich finde, darauf kann der Deutsche Bundestag insgesamt stolz sein. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin etwas betrübt darüber, wie die Linksfraktion sich in diesem Hause verhält, obwohl mein politisches Seelenheil, dasjenige meiner Fraktion und, ich glaube, auch dasjenige der Großen Koalition insgesamt nicht davon abhängen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Die Haltung ist
doch sehr kulant!)

Dennoch, Frau Kollegin Sitte, Sie wissen: Wir haben wirklich sehr gerungen. Wir sind auch an die Grenzen dessen gegangen, was aus Sicht einer Majorität insgesamt Berücksichtigung finden kann. Ich finde es schade,

(C) dass Sie an dieser Stelle versuchen, Haare in der Suppe zu finden, um eine Enthaltung Ihrer Fraktion noch irgendwie zu begründen. Sie fangen jetzt an – ich habe das vorhin nur so vernommen –, von Rechtsunsicherheiten und pseudokreativer Auslegung der Geschäftsordnung zu sprechen. Was sollen solche Begrifflichkeiten? Es steht glasklar drin, was wir zusagen. Ich glaube, so etwas hat es noch nie gegeben. Wir sagen Rechte zu: 120 Abgeordnete können etwas beantragen, und das ändern wir nicht. – Ich kenne nicht so viele Gesetze, von denen wir sagen: Die ändern wir in dieser Legislaturperiode definitiv um keinen Millimeter. – Man möge mich eines Besseren belehren! Wir legen uns hier für diese Legislaturperiode glasklar fest.

Daran herumzukritteln, das irgendwie infrage zu stellen, das mit Rechtsunsicherheit in Verbindung zu bringen, in diesem Zusammenhang Wörter wie „kreativ“ oder „pseudokreativ“ zu benutzen – ich meine, wenn wir kreativ sind, sind wir richtig kreativ, nicht pseudokreativ; das am Rande –,

(Beifall des Abg. Ingo Gädechens [CDU/
CSU])

das Ganze hier irgendwie zu diskreditieren, finde ich unnötig. Das zeigt, dass Ihnen wirklich die Kraft dazu fehlt, sich hier zu etwas zu bekennen und in diesem Haus konstruktiv mitzuwirken. Diese Bemerkung sei mir gestattet.

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Ist aber
falsch!)

(D) – Sie sollten aber zur Kenntnis nehmen, dass die Veränderung, die wir nach den Ausschussberatungen vorgenommen haben, also das Zurückgehen auf 120 Abgeordnete, Ausdruck der Anerkennung war, dass wir das Recht des einzelnen Abgeordneten, sich frei zu entscheiden, nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich zu sein, kennen und dass wir das auch mit Blick auf die Oppositionsabgeordneten respektieren. Das heißt, dass wir von Ihnen nicht verlangen – anders als es im ersten Antragsentwurf stand –, dass die gesamten Fraktionen, alle Abgeordneten einer Fraktion, immer zustimmen müssen,

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Aber das haben
wir auch nicht kritisiert!)

weil wir aus eigener Erfahrung wissen, Frau Sitte, dass es immer einzelne Abgeordnete geben kann, die einer Vorlage nicht zustimmen.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Keine Differen-
zen!)

Das ist für uns eine wichtige Sache, die wir an dieser Stelle zugestanden haben.

Ich kann Ihnen nur noch sagen: Wenn Sie die Möglichkeit haben, mit der Zustimmung von 120 Abgeordneten einen Untersuchungsausschuss – er ist das wichtigste Instrumentarium, über das wir in der Sache miteinander streiten – einzusetzen, dann kann ich nur sagen: In der Tat kann man uns das Wahlergebnis nicht vorwerfen, aber Opposition machen müssen Sie am

Dr. Johann Wadephul

- (A) Schluss schon selber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Linksfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das können wir Ihnen nicht auch noch abnehmen, sondern Sie müssen sich schon der Möglichkeiten bedienen, die Sie an dieser Stelle haben.

Ich will etwas zu Ihren Gesetzentwürfen zu einer Verfassungsänderung sagen; Sie haben das ja ganz offen hier gerade eben noch einmal vorgetragen. Ich finde es schon bedenklich: Der Ausschuss führt eine Anhörung durch. Sie beantragen eine Änderung der Geschäftsordnung und eine Änderung einfacher Gesetze, unter anderem des Parlamentarischen Untersuchungsausschussesgesetzes. Dazu sagt ein Sachverständiger, vielleicht auch ein zweiter:

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Ein Verfassungsrichter!)

Das kann man wohl nicht machen, weil im Grundgesetz etwas anderes steht. – Das ist übrigens auch unsere Auffassung. Dann sagen Sie: Okay, dieser Satz reicht uns aus. Wir beantragen mal eben fünf Verfassungsänderungen. – Diese schlagen Sie uns hier vor. Darüber sollen wir gleich namentlich abstimmen. Ich finde schon, was die Debattenkultur und die Verhandlungskultur in diesem Hause angeht, dass das ein einmaliger Vorgang ist. Man beginnt ja, sich Wolfgang Nešković zurückzuwünschen. Sie in der Linksfraktion vielleicht nicht; aber mir geht es langsam so. Er hatte in diesen Fragen ja zumindest noch Stil und Form.

(B)

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie können doch nicht aus einer Anhörung, die sich auf die Geschäftsordnung und einfache Gesetze bezieht, einfach herleiten, dass man mal eben an fünf Stellen das Grundgesetz verändert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir darüber hier namentlich abstimmen, finde ich ein wirklich sehr gewagtes Vorgehen. Das will ich an dieser Stelle erklären.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Wadephul, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Sitte?

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Ja, bitte.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Bitte schön, Frau Sitte.

Dr. Petra Sitte (DIE LINKE):

Herr Wadephul, zu der Frage „Kooperativität oder nicht?“ will ich mich jetzt gar nicht äußern.

(C) Wir haben im Ausschuss darüber geredet, ob wir dazu eine Anhörung durchführen. Ich habe ausdrücklich darum gebeten, dass wir diese Anhörung durchführen, weil uns als Linke die Frage wichtig ist, ob sich die in unserem gemeinsamen Antrag vorgeschlagene Regelung zur Normenkontrollklage ohne Grundgesetzänderung überhaupt rechtlich absichern lässt. Die Berechtigung dieser Frage haben alle, nicht nur Professor Mahrenholz, gesehen. Selbst die Verfassungsrechtlerin der Grünen, die diesen Vorschlag unterbreitet hat, hat am Ende dieser Anhörung gesagt: Ja, meine Kollegen haben recht. Es müsste eine Änderung oder eine Ergänzung des Grundgesetzes erfolgen. – Daraufhin habe ich angekündigt: Wenn es sich tatsächlich bewahrheitet, dass sich der Weg über eine Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes nicht realisieren lässt, dann werden wir den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes einbringen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Hände weg vom Grundgesetz!)

Nun gab es einige Irritationen, weil wir diesen Gesetzentwurf nach der Anhörung vorgelegt haben. Wenn ich im Ausschuss zu Ihnen gesagt hätte: „Liebe Kollegen, wir benötigen noch eine Anhörung zu unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes“, dann hätten Sie gesagt: Wieso? Das haben wir doch gerade ausführlich von den Expertinnen und Experten dargestellt bekommen. – Insofern ist das ein Ergebnis dieser Anhörung. Ich lege Wert darauf, dass mir hier nicht unterstellt wird, wir hätten an der Stelle gepokert. Das war eine ganz klare Ansage, von Anfang an.

(D)

Ich habe es vorhin gesagt: Wir können bei der Normenkontrolle doch nicht eine Änderung zu einem einzigen Quorum vorlegen. Dann hätte doch jeder von Ihnen gesagt: Das ist inkonsequent; es sind doch auch an anderer Stelle des Grundgesetzes – ob es um die Einberufung des Bundestages oder die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bzw. des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss angeht – entsprechende Quoren. Man kann uns doch nicht vorwerfen, dass wir an dieser Stelle die Ergänzung des Grundgesetzes konsequent zu Ende denken.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

In der Sache sehe ich da gar keinen Widerspruch. Ich weiß, was die Sachverständigen gesagt haben, und ich weiß auch, dass Sie gesagt haben, dass Sie auf eine weitere Anhörung verzichten.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Brauche ich nicht!)

Ich habe Sie, weil mir das wichtig war, gestern im Ausschuss ausdrücklich gefragt, ob Sie dazu noch eine Anhörung wollten. Da haben Sie gesagt: Nein. – Frau Sitte, um das klar zu sagen: Es hat keine Anhörung zu Ihren Vorschlägen zur Änderung des Grundgesetzes gegeben, sondern es hat eine Anhörung gegeben zu Ihrem Antrag, die Geschäftsordnung zu ändern, und zu Ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des PUAG.

Dr. Johann Wadephul

- (A) (Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Aber das ist doch Bestandteil des Gesetzentwurfs!)

– Nein. Es ist schon ein großer Unterschied, ob man einen Sachverständigen dazu anhört, ob eine einfachgesetzliche Änderung durchgeführt werden kann – ohne das Grundgesetz zu ändern –, oder ob Sie – das hätte dann erfolgen müssen – mehreren Sachverständigen konkret die von Ihnen beabsichtigten Grundgesetzänderungen vorlegen. Dann hätten wir nämlich ganz andere Fragen erörtert – auf diese Fragen kommt es aus meiner Sicht an –: Ist es richtig vor der historischen Erfahrung, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes dazu bewogen hat, gewisse Quoren festzulegen, nur weil wir in dieser Wahlperiode Mehrheitsverhältnisse zwischen Koalition und Opposition im Verhältnis 80 : 20 haben, das Grundgesetz an mehreren Stellen zu ändern? Meine Antwort darauf ist: Nein.

(Beifall des Abg. Peter Beyer [CDU/CSU])

Wir sollten das Grundgesetz nicht immer gleich zur Disposition stellen. Zu dieser Frage ist kein einziger Sachverständiger angehört worden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist meine Kritik, und diesen Punkt halte ich wirklich für problematisch.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das hätten Sie mir aber auch in der Ausschusssitzung sagen können!)

- (B) – Na ja, wir haben zweimal miteinander über diese Frage diskutiert, und Sie kennen unsere Auffassung dazu.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das ist der Punkt!)

Wenn Sie beklagen, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten nach wie vor nicht ausreichend sind, möchte ich dazu nur Folgendes sagen: Wenn wir den einzelnen Abgeordneten wertschätzen und zugestehen, dass nicht immer alle Oppositionsabgeordneten zustimmen müssen, wenn die Opposition ihre Minderheitenrechte ausüben möchte, dann machen wir das deshalb, weil uns Art. 38 des Grundgesetzes wichtig ist: Der einzelne Abgeordnete ist nur seinem Gewissen unterworfen; er hat eine singuläre Bedeutung für dieses Haus. Das gilt aber auch für die Abgeordneten der Mehrheitsfraktionen, die bei den Wünschen, die hier weiter vorgetragen worden sind, insbesondere was die Redezeit angeht, gegenüber Oppositionsabgeordneten dann in eine wirklich deutlich nachrangige Position kommen würden. Es ist schon jetzt so, dass Abgeordnete aus den Mehrheitsfraktionen hier sehr viel weniger reden können als Abgeordnete aus den Oppositionsfraktionen. Sie sollten darüber nachdenken, dass wir hier gewisse Grenzen einhalten müssen,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das ist auch eine Frage der Verfassung!)

dass wir auch die Rechte derjenigen Abgeordneten ernst nehmen müssen, die die Regierung jetzt tragen. Auch sie sind frei gewählte Abgeordnete, auch sie müssen frei abstimmen können, auch sie müssen ihre Möglichkeiten

hier frei entfalten können, reden können wie die Abgeordneten der Opposition. Deswegen, glaube ich, ist das Ergebnis insgesamt sehr ausgewogen. (C)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Kollege Wadephul, wir haben auch jetzt schon Regeln zur Redezeit.

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Nächste Rednerin ist Katja Keul, Bündnis 90/Die Grünen.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich sehr erleichtert, dass wir Sie doch noch davon überzeugen konnten, die Geschäftsordnung zu ändern. Der Kollege Kaster hat zu Beginn seiner Rede noch einmal betont, welche Bedeutung dieser Geschäftsordnung zukommt. Es wäre doch höchst unbefriedigend gewesen, einen zusätzlichen Bundestagsbeschluss zu haben, wie Sie das ursprünglich beabsichtigt hatten, der neben der Geschäftsordnung steht und auch noch von dieser abweicht. Man hätte dann gleichrangiges, sich widersprechendes Recht gehabt. Das wäre wirklich kein Qualifikationsnachweis für einen Gesetzgeber gewesen. Deswegen bin ich sehr erleichtert, dass wir Sie davon überzeugen konnten, die Geschäftsordnung zu ändern. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das haben wir gerne gemacht!)

Die meisten Punkte – nicht alle – ließen sich befriedigend in der Geschäftsordnung regeln. Da wir nach dieser Änderung der Geschäftsordnung 25 Prozent Oppositionsvertreter in einen Untersuchungsausschuss schicken können, kann das PUAG in seiner bisherigen Form angewendet werden, weil die Quote von 25 Prozent für den Untersuchungsausschuss erfüllt wird. Hier funktioniert das also. Es funktioniert allerdings nicht beim Verteidigungsausschuss, wenn er in seiner Gesamtheit zum Untersuchungsausschuss wird, weil hier das Quorum nicht erfüllt ist. An dieser Stelle hätte man eine Gesetzesänderung vornehmen müssen. Die Formulierung, die Sie jetzt dazu vorgeschlagen haben, löst das Problem zwar nicht, lässt aber zumindest Ihren guten Willen glaubhaft erkennen, sodass wir daran die Einigung nicht scheitern lassen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufgrund der Einigung haben sich unsere beiden Vorschläge aus unserer Sicht erledigt. Leider blieb es uns verwehrt, diese hier heute für erledigt zu erklären, da die Fraktion Die Linke das anders sieht, sodass wir hier noch darüber abstimmen werden.

Katja Keul

- (A) Eine Grundgesetzänderung haben wir von Anfang an nicht für erforderlich gehalten; denn das Grundgesetz legt in Art. 44 fest, dass wir das Recht und auf Antrag von 25 Prozent der Mitglieder des Bundestages die Pflicht haben, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das heißt also, dass der Bundestag ab 25 Prozent keinen Spielraum mehr hat. Für die Fälle, in denen wir darunter liegen, steht es uns als Bundestag frei, anderweitige Regelungen zu treffen, was wir heute tun. Frau Sitte, ich will Ihnen Art. 44 Abs. 1 des Grundgesetzes vorlesen. Darin steht:

Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen ...

Das heißt, wir haben das Recht, verbindlich zu beschließen, schon bei einem Antrag von weniger als 25 Prozent der Abgeordneten einen Untersuchungsausschuss verbindlich einzurichten, und das tun wir jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zuletzt komme ich zur Normenkontrolle. Dazu ist ja schon viel gesagt worden. Das Grundgesetz sieht in Art. 93 vor, dass die Normenkontrolle von einer Landesregierung, von der Bundesregierung oder auch von 25 Prozent der Mitglieder des Bundestages eingeleitet werden kann. Wir haben durchaus ein Interesse daran, darüber zu debattieren. Allein das ist der Grund dafür, warum wir uns bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke freundlicherweise noch enthalten. Vor dem Hintergrund, dass Sie im Zusammenhang mit den Minderheitenrechten fünf umfangreiche Grundgesetzänderungen im Schnellverfahren beantragen, würden mir hier durchaus deutlichere Worte einfallen. Ihr Vorgehen, diese Grundgesetzänderungen in erster Lesung auch noch ohne Debatte auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, zeigt ja, dass Sie es damit nicht wirklich ernst meinen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Das war die Übereinkunft, damit das im Paket bleibt!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Denken Sie bitte an die Redezeit!

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mit der heutigen Änderung der Geschäftsordnung zeigen wir, dass die Opposition auch in der heutigen Zusammensetzung in der Lage ist, ihre Rechte angemessen durchzusetzen, und dass der Bundestag eben doch ein lernfähiges Parlament mit der erforderlichen demokratischen Kultur ist.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Nächste Rednerin ist Frau Dr. Katarina Barley, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Katarina Barley (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja nicht wirklich ein Geheimnis, dass für einige Menschen in der Bundesrepublik Deutschland diese Große Koalition nicht unbedingt die Wunschkonstellation nach der letzten Bundestagswahl war.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Doch, die Mehrheit wollte das so!)

Das hatte damit zu tun, dass diese übergroße Mehrheit in der Öffentlichkeit als erdrückend wahrgenommen und allgemein die Befürchtung geäußert wurde, die Minderheitenrechte könnten zu kurz kommen.

Nun hat der geschätzte Bundestagspräsident schon in der konstituierenden Sitzung bemerkt, dass große Mehrheiten nicht per se verfassungswidrig sind.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Genau!)

Aber daran, dass wir uns alle einig sind, dass eine funktionierende Demokratie eine funktionierende und wirkungsvolle Opposition braucht, kann ja kein Zweifel bestehen.

Den Mehrheitsfraktionen war dieses Anliegen so wichtig, dass wir es ausdrücklich im Koalitionsvertrag aufgenommen haben. Ich sage das so ausdrücklich, weil man sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen und auch einmal in einen internationalen und historischen Kontext stellen muss. Man muss sich das einmal vor Augen führen: Wenn sich eine Mehrheit, die, wenn man es einmal ganz salopp formuliert, alles plattmachen könnte, wochenlang damit beschäftigt, wie man der Minderheit am effektivsten und sinnvollsten bestimmte Rechte einräumen kann, dann ist dies, wenn man es mit dem Vorgehen in vielen anderen Staaten mit durchaus längerer demokratischer Tradition vergleicht, schon ein sehr bemerkenswerter Vorgang,

(Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Allerdings!)

noch dazu in einem Land, das hinsichtlich seiner demokratischen Tradition durchaus einige Anlaufschwierigkeiten hatte. Vor diesem Hintergrund möchte ich sagen, dass dieser Tag ein guter Tag für die Demokratie in Deutschland und für unsere gemeinsame parlamentarische Arbeit ist.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der erste Vorschlag unseres Bundestagspräsidenten war, hier mit einem einfachen Bundestagsbeschluss vorzugehen. Das fand die Opposition zu wenig verbindlich.

(C)

(D)

Dr. Katarina Barley

- (A) Es war wohl auch ein Mangel an Vertrauen vorhanden, dass wir das wirklich ernst meinen. Aber ich glaube, dass der weitere Verlauf der Diskussionen und der Verhandlungen und auch das Ergebnis bewiesen haben, dass dieses Misstrauen nicht gerechtfertigt war. Umso erfreulicher ist es, dass wir aus der beiderseitigen Unzufriedenheit herausgefunden und sehr konstruktiv miteinander verhandelt haben. Das erweiterte Berichterstattergespräch mit den Sachverständigen wurde schon erwähnt; das war sicherlich für alle Seiten sehr hilfreich. Wir haben es uns also nicht einfach gemacht. Im Ergebnis haben wir uns von beiden Seiten angenähert. Dafür bedanke ich mich bei den Vertreterinnen und Vertretern ausdrücklich aller Fraktionen noch einmal sehr herzlich.

Wir haben nun einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung vorliegen. Das war aus meiner Sicht, verehrte Kollegin Keul, immer der richtige Ort, um Änderungen vorzunehmen, weil es die Bedürfnisse einer spezifischen Legislaturperiode betrifft. Wir haben in diesem Antrag auch festgelegt, dass wir von den Änderungen nicht mit Zweidrittelmehrheit abweichen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich möchte betonen, dass ich die gefundene Lösung für die systematisch bessere Lösung halte als die, die wir ursprünglich vorgesehen hatten; denn bisher sind im Grundgesetz Rechte für einzelne Abgeordnete, für Fraktionen und für eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten vorgesehen. Was es nicht gibt, sind Rechte der Opposition. Ich finde es gut, dass wir mit unserem Vorschlag in der Systematik bleiben und nicht für eine Legislaturperiode ein ganz neues Instrument schaffen, nämlich Rechte von Angehörigen der Oppositionsfraktionen hier im Plenum. Wir haben damit zwei Probleme ausgeräumt. Ein Problem ist schon erwähnt worden: Der ursprüngliche Entwurf sah vor, dass alle Abgeordneten der Oppositionsfraktionen die Minderheitenrechte gemeinsam wahrnehmen. Es wurde eingewandt, dass schon das Fehlen eines Abgeordneten bzw. einer Einigung die Wahrnehmung der Minderheitenrechte verhindern könnte. Darauf sind wir eingegangen. Die jetzt gefundene Lösung ist ein sehr praktikables Instrument, auch für die Opposition; aber ich betone: auch für die Opposition.

Durch die Regelung, dass 120 Mitglieder des Parlaments die Minderheitenrechte wahrnehmen können, wird nicht mehr zwischen Angehörigen der Regierungsfaktionen und Angehörigen der Oppositionsfraktionen differenziert. Ursprünglich war vorgesehen – das war das zweite Problem –, dass 20 Prozent der Oppositionsfraktionen bestimmte Rechte hätten wahrnehmen können. Bei den Mehrheitsfraktionen hätten es 25 oder eben auch 33 Prozent sein müssen. Aber alle Abgeordneten müssen im Grundsatz die gleichen Rechte haben; denn wir alle gemeinsam und nicht nur die Opposition kontrollieren die Regierung. Das nennt man in Deutschland Gewaltenteilung, und daran sollten wir festhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Natürlich haben Sie sich weiter gehende Änderungen gewünscht. Die Kolleginnen und Kollegen von der Op-

- position, in diesem Falle von der Linken, wollten mehrere Änderungen des Grundgesetzes erreichen. Das betrifft vor allen Dingen die abstrakte Normenkontrolle. Dazu nur ganz kurz: Wenn Sie vor das Bundesverfassungsgericht ziehen wollen, dann ist ein solcher Antrag auf Normenkontrolle sicherlich zulässig, wenn es um Ihre eigenen Rechte geht. Als Abgeordnete müssen Sie kein Quorum einhalten; das ist so und das bleibt Gott sei Dank auch so. Aber ich glaube nicht, dass ein solcher Antrag begründet wäre; denn im Grundgesetz selbst ist vorgesehen, dass ein Viertel der Abgeordneten das Quorum für die abstrakte Normenkontrolle ist.

(Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Frau Kollegin, – –

Dr. Katarina Barley (SPD):

Ich komme gleich zum Ende. – Es wird nicht ganz einfach sein, vorzutragen, dass das Grundgesetz selbst in diesem Punkt gegen das Grundgesetz verstößt. Es ist auch nicht sachgerecht, das Grundgesetz in jeder Legislatur den veränderten Mehrheiten anzupassen. Aber vor allen Dingen ist eben die Normenkontrolle kein Minderheitenrecht, sondern eine Verfahrensart unter mehreren für verschiedene Akteure.

- Kurz gesagt: Ich bin wirklich froh, dass wir eine so breite Mehrheit für die Änderung der Geschäftsordnung gefunden haben. Ich glaube, dass heute ein guter Tag für die politische Kultur ist und dass es auch ein Signal nach außen ist. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE):

Ich nutze das Instrument der Kurzintervention, weil zum zweiten Mal eine Frage, die der Kollege Ströbele der Kollegin Sitte gestellt hat und die ich weiterreichen wollte, nicht beantwortet werden kann. Ich würde mich freuen, wenn die nächsten Rednerinnen und Redner mir bitte einmal erklären könnten, wie ich als Bundestagsabgeordnete von Gesetzen, die zum Beispiel Hartz IV betreffen, selbst, gegenwärtig und unmittelbar betroffen sein soll, sodass ich Verfassungsbeschwerde einlegen kann. Das Argument von Herrn Ströbele war ja, man könne als Bundestagsabgeordneter Verfassungsbeschwerde einreichen. Vielleicht kann mir das einer der nächsten Redner erklären. Ich freue mich auf die Erklärung.

Danke.

(A) Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Danke schön. – Frau Kollegin Barley, möchten Sie darauf antworten? – Das ist nicht der Fall.

Dann hat jetzt Dr. Stefan Heck das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Stefan Heck (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag zu diesem wichtigen verfassungsrechtlichen Thema halten darf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für uns alle ist klar: Es entspricht dem Wesen der Demokratie, dass am Ende die Mehrheit entscheidet. Es ist dieses Prinzip, das alle demokratischen Kräfte am Ende eint. Aber zu einer funktionierenden und lebendigen Demokratie gehört darüber hinaus eine vernehmbare und lebendige Opposition.

Es ist gut, dass wir bereits heute im europäischen Vergleich sehr weit gehende Minderheitenrechte in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verankert haben. Jede Fraktion kann unabhängig von ihrer Größe Gesetzentwürfe einbringen, namentliche Abstimmungen verlangen, Große und Kleine Anfragen stellen, Aktuelle Stunden beantragen und nicht zuletzt auch Regierungsmitglieder herbeizitiert. Trotzdem haben die Koalitionsfraktionen aufgrund der besonderen Situation, in der wir uns in dieser Legislaturperiode befinden, von Anfang an zugesagt, die Minderheitenrechte noch weiter auszubauen. Wir haben Wort gehalten und legen Ihnen heute einen Vorschlag vor, der Ihnen sehr weit entgegenkommt.

Wenn man die Wortbeiträge hier verfolgt, dann besteht kein Zweifel daran, dass das Thema, über das wir heute sprechen, grundlegende Fragen berührt. Es entspricht dem Wesen des Rechtsstaates, dass die Verfassung über der Tagespolitik, über einzelnen Sachentscheidungen und nicht zuletzt auch über den jeweils herrschenden Mehrheitsverhältnissen im Deutschen Bundestag steht. Deswegen, Frau Kollegin Dr. Sitte, sollten wir zurückhaltend sein, wenn es darum geht, das Grundgesetz zu ändern. Das Grundgesetz ist kein Gesetz wie jedes andere. Seine Änderung muss die Ausnahme bleiben und darf nicht zur Regel werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Debatte, die wir in diesem Zusammenhang führen, ist gelegentlich etwas paradox: Zunächst hat die Opposition in den ersten Wortmeldungen nach der Wahl landauf, landab davor gewarnt, man müsse das Grundgesetz vor der Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition schützen, und jetzt fordert die Linksfraktion, wir sollten mit der gleichen, vormals angeblich noch bedrohlichen Mehrheit die Verfassung in ihrem Sinne ändern, um die Linksfraktion vor der Großen Koalition zu schützen.

Heute so und morgen anders. Wenn Sie meinen, mit 8,6 Prozent der Wählerstimmen die Verfassung jeweils nach Ihrem Gusto gestalten zu können, dann stellen Sie die Dinge reichlich auf den Kopf. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das passt nicht zusammen, und dabei machen wir nicht mit.

Wir haben uns heute aus guten Gründen dafür entschieden, dass wir die wesentlichen Punkte der Minderheitenrechte in der Geschäftsordnung statt in der Verfassung ändern. Ich möchte gerne drei Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht wichtig sind.

Erstens. Es ist falsch, wenn Sie hier von Oppositionsrechten sprechen. Die Verfassung kennt den Begriff der Opposition nicht, und zwar aus gutem Grund. Es gibt im Deutschen Bundestag keine Abgeordneten erster und zweiter Klasse. Wir alle sind in unserer Rechtsstellung gleich, unabhängig von unserem Lebensalter, unabhängig von der Parlamentserfahrung und eben auch unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Fraktion. Wir alle haben die gleichen Rechte, und wir alle haben auch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Pflichten. Das ist vor allem, die Regierung zu kontrollieren.

Bei Fragen der Europäischen Union, der Integration, aber auch bei Fragen unserer eigenen Rechtsstellung – denken Sie an die Debatte über die Offenlegungspflichten – haben sich in den verfassungsrechtlichen Verfahren immer wieder ganz bemerkenswerte Allianzen quer durch die Fraktionen gebildet. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, und diese Aufgabe sollten wir gemeinsam selbstbewusst wahrnehmen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Eines steht jedenfalls fest: Sie sind keine besseren Abgeordneten, nur weil Sie in der Opposition sind.

Zweitens. Der Ausgangspunkt unserer Arbeit ist und bleibt die Wahl zum Deutschen Bundestag. Bei dieser Wahl haben CDU und CSU fast die absolute Mehrheit der Mandate erreicht. Trotzdem war es uns wichtig, Ihnen im Interesse des gesamten Parlamentes entgegenzukommen. Bei den Redezeiten erhalten Sie bereits jetzt zwischen 26 und sogar 32 Prozent, obwohl Ihnen nach dem Wahlergebnis eigentlich nur 17 Prozent zustehen. Darüber hinaus können Sie künftig schon mit 120 Abgeordneten Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen einsetzen. Aber bei allem Entgegenkommen in Verfahrensfragen muss am Ende auch deutlich bleiben, wo die Mehrheit in diesem Hause ist. Wir haben von den Wählerinnen und Wählern einen klaren Gestaltungsauftrag bekommen, und den nehmen wir auch an.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Drittens. Ich möchte nochmals auf den bis zuletzt streitigen Punkt der verfassungsrechtlichen Verfahren eingehen. Das erforderliche Quorum für die abstrakte

Dr. Stefan Heck

- (A) Normenkontrolle wurde bereits 2008 von einem Drittel auf ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages abgesenkt. Wir haben uns heute mit guten Gründen, wie ich finde, dafür entschieden, dieses Quorum nicht noch weiter abzusenken. Die abstrakte Normenkontrolle ist nämlich kein originäres Minderheitenrecht, sondern in erster Linie ein objektives Beanstandungsverfahren. Zudem – wir haben das eben von Ihnen, Herr Ströbele, gehört – ist die abstrakte Normenkontrolle, die von verschiedenen Antragstellern geltend gemacht werden kann, insbesondere von Landesregierungen, nicht die einzige Möglichkeit, ein Gesetz zur Überprüfung vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen. Es zeichnet unseren Rechtsstaat gerade aus, dass wir die Möglichkeit haben, dass jeder Bürger über die Verfassungsbeschwerde die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes geltend machen kann.

An dieser Stelle will ich noch auf eines hinweisen. Ich finde, wir als Abgeordnete sollten uns auch davor hüten, immer mehr politische Streitfragen unter juristischem Vorwand von Berlin nach Karlsruhe zu verlagern oder auch verlagern zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sollten die grundlegenden Entscheidungen unseres Landes hier im Bundestag besprechen; denn hier gehören sie hin.

- (B) Zusammenfassend ist zu sagen: Wir haben heute nach intensiven und konstruktiven Gesprächen einen guten und ausgewogenen Änderungsvorschlag vorliegen, der dem Mehrheitsprinzip Rechnung trägt, aber auch den berechtigten Anliegen der Minderheit in diesem Parlament sehr weitgehend entgegenkommt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heck. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrer ersten Rede.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie noch um zehn Minuten Konzentration. – Nächster Redner in der Debatte ist Dr. Johannes Fechner, SPD-Fraktion, der auch seine erste Rede hier hält.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Johannes Fechner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat gab es die Sorge, dass diese riesige Mehrheit der Großen Koalition die Opposition in einer effektiven Arbeit einschränkt. Aber schon im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, die Minderheitenrechte angesichts dieser sehr großen Mehrheit zu verbessern. Ich möchte es nochmals zitieren, weil ich es schon für einen

einmaligen Vorgang halte, dass sich die Regierung so um die Opposition kümmert. (C)

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Regierung? Ich dachte, das wäre die Koalition gewesen!)

Wir haben hier geregelt:

Eine starke Demokratie braucht die Opposition im Parlament. CDU, CSU und SPD werden die Minderheitenrechte im Bundestag schützen.

Auf Initiative der Koalitionspartner wird der Bundestag einen Beschluss fassen, der den Oppositionsfraktionen die Wahrnehmung von Minderheitenrechten ermöglicht sowie die Abgeordneten der Opposition bei der Redezeitverteilung angemessen berücksichtigt.

Genau diese Zusage haben wir eingehalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist ein wichtiges Zeichen für die politische Kultur in Deutschland.

Ich freue mich, dass im Geschäftsordnungsausschuss nahezu einstimmig – nur mit Ihrer Enthaltung – diese Regelung beschlossen wurde. Dadurch verbessern wir die Rechte der Opposition ganz erheblich. Sie können jetzt einen Untersuchungsausschuss einsetzen, Subsidiaritätsklage erheben und die Einsetzung von Enquete-Kommissionen verlangen, um nur die wichtigsten Möglichkeiten zu nennen. Insbesondere bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen haben wir – ich will mich hier kurzfassen, da das schon genannt wurde – die Vorschläge der Sachverständigen aufgenommen und es ermöglicht, dass schon 120 Mitglieder des Bundestages – Sie haben zusammen 127 – die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erreichen können. (D)

Außerdem sind wir Ihnen beim Schlüssel für die Verteilung der Redezeiten entgegengekommen. Sie haben jetzt mehr Redezeit, als Ihnen eigentlich zusteht. Das haben wir gemacht, obwohl das dazu führt, dass die Redezeit der Mehrheitsfraktionen gekürzt wird. Es gibt eine stattliche Anzahl von SPD- und Unionsabgeordneten, die hier noch nie reden konnten, während bei Ihnen fast jeder mindestens zweimal an der Reihe war. Also auch hier gibt es ein erhebliches Entgegenkommen unsererseits.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Diese Verbesserungen der Minderheitenrechte sind in der Geschichte der Demokratie in Deutschland, aber auch in Europa beispiellos. Es gibt also überhaupt keinen Grund, die parlamentarische Kultur der Großen Koalition zu kritisieren; denn rein verfassungsrechtlich betrachtet – das möchte ich ausdrücklich sagen –, wären die Änderungen überhaupt nicht erforderlich gewesen. Aber sie sind politisch sinnvoll, und deswegen machen wir das. Vorwürfe, dass die Große Koalition ihre Übermacht an Stimmen ausnutze, sind vollkommen unbegründet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Johannes Fechner

- (A) Das Grundgesetz wollen wir nicht ändern; denn es handelt sich um eine spezielle Regelung für die 18. Wahlperiode. Ich gehöre zu denjenigen, die darauf setzen, dass die Große Koalition nicht zum Dauerzustand wird, um es einmal salopp zu formulieren. Deswegen wollen wir das Grundgesetz nicht ändern, erst recht nicht auf die Art und Weise, wie Sie es tun wollen. Frau Haßelmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir eine verbindliche Regelung haben, wonach im normalen Geschäftsbetrieb Änderungen durch eine Zweidrittelmehrheit, wie es nach der Geschäftsordnung möglich wäre, nicht erfolgen können.

Ich möchte noch einen Satz zur abstrakten Normenkontrollklage sagen. Dieses Instrument ist gerade kein subjektives Recht, sondern bezieht sich nur auf objektive Rechtsverletzungen; nur darum geht es. Der Verfassungsgeber hat ganz bewusst geregelt, dass durch die abstrakte Normenklage eine Fülle von Gesetzen angegriffen werden kann – es gibt also einen sehr großen Anwendungsbereich –, wollte aber im Gegenzug den Personenkreis derjenigen, die diese Klage erheben können, klein halten. Sie können also keine individuellen Rechtsverletzungen geltend machen – es sei denn als Abgeordnete – und nicht jedes Gesetz angreifen. Ich halte es für eine sehr sinnvolle Regelung, dass der Personenkreis, der eine abstrakte Normenkontrollklage erheben kann, deutlich reduziert ist.

- (B) Da hier oft die Vorstellung mitschwingt, nur die Opposition habe die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren: So sehe ich es nicht. Denn trotz unserer großen Mehrheit ist es Job aller Mitglieder der die Regierung tragenden Koalitionsfraktionen, die Regierung zu kontrollieren. Auch wir diskutieren konstruktiv-kritisch über das Regierungshandeln. Keine Vorlage der Regierung wird von uns blind übernommen. Wir sind sicherlich nicht bloße Abnicker des Regierungshandelns.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben Ihnen nun die Voraussetzungen für eine effektive Oppositionsarbeit geschaffen. Jetzt liegt es an Ihnen, konstruktiv damit umzugehen und eine effektive Oppositionsarbeit zu leisten. Diesen Appell richte ich vor allem an die Linksfraktion, die sich heute bedauerlicherweise enthalten wird.

Zum Schluss: Das ist meine erste Rede. Gestatten Sie mir daher, meiner kleinen Tochter alles Gute zum heutigen Geburtstag zu wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Wir gratulieren Ihnen und natürlich auch Ihrer Tochter ganz herzlich.

(Beifall)

Letzter Redner in der Debatte ist der Kollege Grosse-Brömer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich bei der ersten Rede das Glück zu haben, dass die kleine Tochter Geburtstag hat und ihr zu gratulieren, ist bezogen auf die Sympathiewerte für den nachfolgenden Redner die volle Katastrophe.

(Heiterkeit)

Wie dem auch sei.

Es ist natürlich schön, dass zwei junge Kollegen zum Thema der Parlamentsrechte der Abgeordneten ihre erste Rede halten konnten. Ich finde, das ist ein wichtiges Thema. Es ist gut, dass wir uns intensiv um Regelungen bemüht haben. Es ist richtig gesagt worden, man hätte vielleicht gar nichts regeln müssen. Wir haben eine Verfassung. Wir haben ein Parlamentsrecht. Das beinhaltet in einer großen Fülle Minderheitenrechte. Im Übrigen gibt es nicht nur für Fraktionen Minderheitenrechte, so wie es bei den Reden, die wir bislang gehört haben, eingefordert wurde, sondern jeder Einzelne von uns hat natürlich auch Minderheitenrechte. Das muss ich hier keinem erklären. Aber das gehört sicher auch zur gesamten Debatte.

Wir als Koalition machen heute etwas Einmaliges. Wir geben freiwillig, nicht zuletzt aufgrund unserer Größe, Rechte ab und regeln in der Geschäftsordnung die Stärkung der Opposition. Wir tun das nicht aus Großzügigkeit, sondern wir tun das – daran hat es auch keinen Zweifel gegeben – aus Überzeugung, weil wir der Auffassung sind, zu einer funktionierenden Demokratie gehört eine starke, hörbare und sichtbare Opposition. Ich bin davon überzeugt, dass das, was wir in der Geschäftsordnung regeln, dazu führen wird, dass Sie jetzt, wenn Sie gut sind – das müssen Sie noch ergänzend werden –,

(D)

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Wir haben schon angefangen!)

nicht mehr sagen können: Oh Gott, sind wir klein; wir haben gar keine Möglichkeiten. – Ab heute haben Sie sie. Jetzt müssen Sie mit Oppositionsarbeit langsam anfangen. Das will ich auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei der SPD)

Jetzt haben Sie alle Chancen, hörbar und sichtbar zu werden. Wenn Sie es nicht schaffen, sind Sie ab heute selber schuld.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wenn die Regierung nichts macht, können wir auch nichts tun!)

Ich will Ihnen noch eines sagen: Frau Haßelmann hat klar und eindeutig gesagt, dass das, was wir als Koalition vorgeschlagen haben und heute umsetzen, eine massive Verbesserung der Oppositionsrechte ist.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Vor allem bei der Redezeit!)

Ich finde es gut, wenn man so viel Lob bekommt. Im Übrigen finde ich es auch angemessen. Dann muss es an dieser Stelle auch erwähnt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Grosse-Brömer

- (A) Zu dem Hinweis, wir hätten am Anfang gesagt, das sei mit einem Beschluss ausreichend geregelt: Wir dürfen eines nicht vergessen, wir haben im Ältestenrat – ganz klug – den Bundestagspräsidenten gebeten, uns rechtlich und inhaltlich eine Vorgabe mitzugeben. Darin lag es begründet, dass wir gesagt haben: Rechtlich und wahrscheinlich auch hinsichtlich der Effizienz hätte ein Beschluss dieses Bundestages völlig ausgereicht. Aber nur weil Sie es wollten, haben wir es auch in der Geschäftsordnung fixiert. Dies ist ein weiterer Nachweis dafür, welch großes Verständnis wir für die kleine Opposition haben.

Wir haben die Rederechte sinnvollerweise auch ausgedehnt. Obwohl Sie nur 17 Prozent bei den Wahlen bekommen haben – aus welchen Gründen auch immer –, haben Sie bis zu 32 Prozent Redezeit. Ich finde das richtig und sinnvoll. Man muss auch Rede- und Gegenrede ermöglichen.

- (B) Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Kolleginnen und Kollegen der Koalition gerade verfassungsrechtlich die gleichen Rechte haben wie die in der Opposition. Darauf ist schon hingewiesen worden. Ich hoffe, wir haben gemeinsam die Chance, vernünftige und auch strittige Debatten zu führen; denn die Demokratie lebt nicht nur von Minderheitenrechten. Demokratie lebt auch von einer lebendigen Debatte, von Widerspruch und nicht von Harmonie. Diesem Parlament wird es guttun, dass Sie Ihre heute garantierten Minderheitenrechte in sachlicher Hinsicht ausnutzen. Werden Sie gut! Wir als Regierungskoalition haben auch den Anspruch, gut zu sein. Ich habe das Gefühl, wir haben es im Gegensatz zu Ihnen schon ein Stück weit unter Beweis gestellt. Deswegen ist es schön, wenn wir heute eines feststellen können: Es gibt Länder in dieser Welt, da wird die Opposition drangsaliert.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind besser als Russland!)

Bei uns ist es so, dass die Opposition rechtlich gestärkt wird. Das ist doch auch ein Vorteil dieses Parlamentes und auch der Koalition.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD mit dem Titel „Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/997, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/481 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schrift-

- (C) führer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Nein, hier vorne fehlt noch ein Schriftführer oder eine Schriftführerin.

(Dr. Norbert Lammert [CDU/CSU]: Was nützt die Stärkung der Opposition, wenn sie an den Urnen nicht erscheint?)

Die Minderheitenrechte sollten jetzt nicht dazu führen, dass die rechte Urne von der Opposition nicht besetzt wird. – Sind jetzt alle Urnen besetzt? – Ich eröffne die Abstimmung.

Haben jetzt alle Mitglieder des Hauses abgestimmt? – Nein. – Jetzt haben aber alle ihre Stimme abgegeben. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Schriftführer und Schriftführerinnen beginnen mit der Auszählung. Das Ergebnis der Auszählung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Bevor wir zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen, haben wir eine einfache Abstimmung durchzuführen. Deshalb bitte ich Sie, sich zu Ihren Plätzen zu begeben. – Ich bitte Sie alle, Platz zu nehmen. Sonst können wir nicht mit der Abstimmung beginnen. – Auch die Abgeordneten der SPD hier vorne würde ich bitten, sich jetzt hinzusetzen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es macht keinen Sinn; wir können nicht abstimmen, wenn Sie nicht Platz nehmen.

- (D) Wir stimmen jetzt über den Entwurf eines Gesetzes der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Sicherung der Oppositionsrechte in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ab. Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/997, den Gesetzentwurf der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf Drucksache 18/380 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 7 c. Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes der Fraktion Die Linke zur Änderung des Grundgesetzes, Art. 23, 39, 44, 45 a und 93. Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/997, den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/838 abzulehnen. Wir stimmen nun auf Verlangen der Fraktion Die Linke über den Gesetzentwurf namentlich ab.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Ich sehe, das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Haben jetzt alle Mitglieder des Hauses abgestimmt? – Ich sehe, das ist der Fall.

¹⁾ Ergebnis siehe Seite 2085 C

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir setzen die Abstimmungen fort.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 7 d: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zu dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit dem Titel „Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zwecks Sicherung der Minderheitenrechte der Opposition im 18. Deutschen Bundestag“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/997, den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf Drucksache 18/379 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes**

Drucksache 18/910

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)

- (B) Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Bundesregierung hat die Kollegin Anette Kramme.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Anette Kramme, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben in den letzten Jahren die Berichterstattung über die Zustände in den Schlachthöfen verfolgt. Viele der Kollegen konnten uns hier ureigenst erzählen, welche Zustände in vielen deutschen Schlachthöfen herrschen. Uns ist berichtet worden über niedrigste Löhne, vor allen Dingen bei entsandten Arbeitnehmern, die aus Rumänien, Bulgarien, Polen oder Ungarn kommen. Uns ist berichtet worden über Stundenlöhne in einer Größenordnung von 4 bis 6 Euro. Es gibt wohl Einzelfälle, in denen die Löhne noch niedriger waren. Vom Einsatz von unüberschaubaren Subunternehmerketten, die ihren Sitz im Ausland haben, ist uns ebenfalls berichtet worden. Tarifstrukturen waren bislang nur eingeschränkt vorhanden. Bis Ende 2013 gab es keinen

regionalen Tarifvertrag, geschweige denn einen Flächentarifvertrag. Dabei handelt es sich um eine wirklich harte und belastende Arbeit. Die Arbeit ist extreme Fließbandarbeit, sehr anstrengend, monoton und hochgradig arbeitsteilig. Häufig wird nur ein einzelner Arbeitsschritt durchgeführt. Ich kann Ihnen, liebe Kollegen und Kolleginnen, nur empfehlen, einen solchen Schlachthof zu besichtigen, in dem täglich Tausende von Tieren zerlegt werden.

Wir sind sehr froh, dass die intensiven Diskussionen über den gesetzlichen Mindestlohn in der Fleischbranche ein Umdenken bewirkt haben. Anfang dieses Jahres haben sich die Tarifpartner auf einen Mindestlohntarifvertrag für die Fleischbranche geeinigt. Es ist gut, dass es der Branche gelungen ist, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Gerne haben wir dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vorgelegt. Damit werden künftig über 170 000 Arbeitnehmer dieser Branche potenziell geschützt. Geschützt wird aber auch eine andere Gruppe. Geschützt wird eine Gruppe, bestehend aus circa 23 000 entsandten Arbeitnehmern, also denjenigen, die aus vielen anderen Ländern der Europäischen Union hergekommen sind, um die schwere Arbeit zu erledigen. Durch die Einbeziehung in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz und die anschließende Rechtsverordnung kann der Tarifvertrag – das ist das Wichtige – nicht nur eine nationale, sondern auch eine international zwingende Wirkung entfalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ergeben sich aber noch andere positive Wirkungen. Die Einhaltung des Mindestlohns wird künftig durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit überwacht. Bei Verstößen können Bußgelder in einer Größenordnung bis zu 500 000 Euro verhängt werden, und – das ist ebenfalls sehr wichtig für die entsandten Arbeitnehmer – der deutsche Generalunternehmer haftet, wenn ein Subunternehmer seinen Arbeitnehmern den Branchenmindestlohn nicht zahlt.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gibt es genügend Kontrollpersonal?)

Er kann sich dabei nicht darauf zurückziehen, er hätte von den schlechten Arbeitsbedingungen nichts gewusst. Ich weiß, dass einige kritische Geister unter Ihnen sofort anmerken werden: Was nutzt das denn den ausländischen Arbeitnehmern? Die kennen sich hier doch nicht aus, wissen nicht Bescheid über das deutsche Recht.

Ich will die Gelegenheit nutzen und auf ein vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanziertes und vom DGB durchgeführtes Projekt verweisen. Es heißt „Faire Mobilität – Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv“. An verschiedenen Standorten werden ausländische Arbeitnehmer beraten, damit diese ihre Rechte wahrnehmen können. In Hamburg geht es speziell um die Fleischbranche.

Von diesem Gesetz werden viele Arbeitnehmer profitieren. Von dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie, durch das der gesetzliche Mindestlohn kommen wird,

¹⁾ Ergebnis siehe Seite 2087 B

Parl. Staatssekretärin Anette Kramme

- (A) werden noch mehr profitieren. Ich finde, das sind gute Botschaften für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen,

(Beifall bei der SPD)

aber auch für die Arbeitgeber, die dem Lohndumping der schwarzen Schafe nicht mehr ausgesetzt sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Nächste Rednerin ist Sabine Zimmermann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Im letzten Jahr durften wir in diesem Hause eine Kostprobe der gesanglichen Fähigkeiten der damaligen SPD-Abgeordneten Andrea Nahles hören. Mit Blick auf die Bundesregierung sang sie damals frei nach Pippi Langstrumpf: Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt. – Keine Angst, ich werde jetzt hier nicht singen, obwohl ich früher ein junges Talent war.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Heute hat Frau Nahles als Bundesministerin die Möglichkeit, die Welt zu verändern. Das ist bitter nötig, schauen wir uns nur die Arbeitsverhältnisse hier in der Fleischindustrie an.

(Beifall bei der LINKEN – Katja Mast [SPD]: Das macht sie auch!)

In den deutschen Schlachthöfen haben sich in den zurückliegenden 10, 20 Jahren unhaltbare Zustände entwickelt. Beim Schlachten und in der Fleischverarbeitung hat es einen enormen Erdrutsch bei den Löhnen und bei den Arbeitsbedingungen gegeben. Als die Dienstleistungsmärkte in Europa geöffnet wurden, versäumte es die Politik – vielleicht sollten wir sagen: hat sie es bewusst unterlassen –, in den Mitgliedsländern für die Entlohnung verbindliche Mindeststandards festzuschreiben. Maßgeblich gefördert durch deutsche Regierungen hat so eine falsche Politik der Europäischen Union zu einem dramatischen Sozialdumping geführt. Es sind vor allem ausländische Beschäftigte, meist aus Osteuropa entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über Werkverträge und Subunternehmen zu Hungerlöhnen beschäftigt werden. Sie leben oft zusammengepfercht in menschenunwürdigen Unterbringungen, abgeschottet von der deutschen Gesellschaft. Das ist moderne Sklaverei und menschenunwürdig. Das muss endlich beendet werden.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (C) schätzt: 80 Prozent der Beschäftigten in deutschen Schlachthöfen sind Werkvertragsarbeitnehmer. Die Zustände in den deutschen Schlachthöfen sind so katastrophal, dass sich Nachbarländer wie Frankreich, Dänemark und Belgien beschwert haben, Deutschland verschaffe sich durch Lohndumping Wettbewerbsvorteile. Belgien hat bei der EU-Kommission sogar eine offizielle Beschwerde eingereicht. Das muss man doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Die Bundesregierung macht hier wenig bis fast gar nichts. Der Gesetzentwurf, der hier heute vorgelegt wird, ist zwar richtig und geht in die richtige Richtung, aber die Lohnhöhe – darüber werden wir noch reden – entspricht natürlich nicht unseren Vorstellungen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dafür, dass dies in Deutschland möglich ist, sollten sich die politisch Verantwortlichen schämen. Es ist dringend notwendig, zu handeln und bei den Löhnen Mindeststandards für die Branche festzulegen. Der hier vorgelegte Gesetzentwurf bietet das einfach nicht. Das eine ist natürlich, wie ich schon sagte, die Entgelthöhe. Wir alle wissen: Die vereinbarten Tarife führen nicht aus dem Niedriglohnsektor heraus. Der Branchenmindestlohn soll ab dem 1. Juli dieses Jahres 8 Euro betragen. Die Niedriglohnschwelle lag aber schon im Jahr 2012 bei 9,30 Euro.

Besonders fatal ist: Die Beschäftigten werden im kommenden Jahr zunächst nicht vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren. Denn hier wird vor allen Dingen die (D) Übergangsregelung greifen, in der festgelegt werden soll, dass die Arbeitgeber diesen Beschäftigten den Mindestlohn vorenthalten können. Auch das gehört zu Ihrem Flickenteppich des Mindestlohns. Herr Schiewerling, ich schaue Sie da ganz besonders an.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Gut so!)

Sie sagen immer, der Mindestlohn, so wie Sie ihn einführen, ist das Nonplusultra.

Das größte Problem ist aber die Umsetzung des Branchenmindestlohns in der Praxis; Frau Kramme hat das angesprochen. Erst massive Medienberichte haben dazu geführt, dass die Arbeitgeber bereit waren, einen Tarifvertrag abzuschließen, der jetzt als allgemeinverbindlich erklärt werden und für alle Beschäftigten gelten soll. Schon jetzt ist klar, dass Arbeitgeber alles tun werden, um die gesetzlichen Regelungen zu umgehen und zu unterlaufen. Scheinselbstständigkeiten, falsche Stundenabrechnungen, Zwangsabgaben vom Lohn für überbezahlte Unterkünfte, all das sind Praktiken, die wir alle schon aus anderen Branchen kennen.

Eine effektive Kontrolle ist nur möglich, wenn die Finanzkontrolle Schwarzarbeit personell ordentlich ausgestattet ist. Dies ist derzeit nicht der Fall. Um ordentlich zu kontrollieren, brauchen wir mindestens 2 500 Beschäftigte mehr. Das fordert die Zollgewerkschaft. Die Bundesregierung muss dem Wildwuchs an Scheinwerkverträgen und Subunternehmen Einhalt gebieten. Sie

Sabine Zimmermann (Zwickau)

- (A) muss auf europäischer Ebene für eine Durchsetzungsrichtlinie sorgen, die nicht einem weiteren Lohndumping hier in Deutschland Tür und Tor öffnet.

(Beifall bei der LINKEN)

Um auf die damalige Rede unserer heutigen Arbeitsministerin zurückzukommen: Solange in Deutschland Menschen harte Arbeit unter krankmachenden Bedingungen leisten und dafür auch noch Hungerlöhne in Kauf nehmen müssen, solange Praktiken wie in Callcentern, bei den Truckern oder in der Fleischindustrie zu- und nicht abnehmen, so lange darf nichts bleiben, wie es ist, und so lange ist nichts wunderbar auf unserem Arbeitsmarkt. Hier – das möchte ich den beiden Staatssekretärinnen mit auf den Weg geben – muss Frau Nahles endlich handeln.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Bevor gleich der Kollege Schiewerling das Wort erhält, darf ich Ihnen die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen** bekannt geben.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung zur besonderen Anwendung der Minderheitenrechte in der 18. Wahlperiode auf den Drucksachen 18/481 und 18/997: abgegebene Stimmen 588. Mit Ja haben gestimmt 531, mit Nein haben gestimmt 2, Enthaltungen 55. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 585;
davon
ja: 530
enthalten: 55

Ja**CDU/CSU**

- (B) Stephan Albani
Katrin Albsteiger
Artur Auernhammer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Julia Bartz
Günter Baumann
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Dr. Christoph Bergner
Ute Bertram
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Alexandra Dinges-Dierig
Michael Donth

- Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Jutta Eckenbach
Dr. Bernd Fabritius
Hermann Färber
Uwe Feiler
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Thorsten Frei
Dr. Astrid Freudenstein
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Cemile Giousouf
Josef Göppel
Reinhard Grindel
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Dr. Herlind Gundelach
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth

- Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Matthias Heider
Helmut Heiderich
Mechthild Heil
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Uda Heller
Jörg Hellmuth
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Ansgar Heveling
Peter Hintze
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Robert Hochbaum
Alexander Hoffmann
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Margaret Horb
Bettina Hornhues
Charles M. Huber
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Erich Irlstorfer
Thomas Jarzombek
Sylvia Jörrißen
Andreas Jung
Dr. Franz Josef Jung
Xaver Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kanitz
Alois Karl
Anja Karliczek
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein

- Jürgen Klimke
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Hartmut Koschyk
Kordula Kovac
Michael Kretschmer
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Roy Kühne
Günter Lach
Uwe Lagosky
Dr. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Barbara Lanzinger
Dr. Silke Launert
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Philipp Lengsfeld
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Wilfried Lorenz
Dr. Claudia Lücking-Michel
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maiziére
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)

(D)

(A)	Reiner Meier Dr. Michael Meister Jan Metzler Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Karsten Möring Marlene Mortler Elisabeth Motschmann Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Philipp Murmann Dr. Andreas Nick Michaela Noll Helmut Nowak Dr. Georg Nüßlein Wilfried Oellers Florian Oßner Dr. Tim Ostermann Henning Otte Ingrid Pahlmann Sylvia Pantel Martin Patzelt Dr. Martin Pätzold Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Ronald Pofalla Eckhard Pols Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Eckhardt Rehberg Katherina Reiche (Potsdam) Lothar Riebsamen Josef Rief Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Dr. Norbert Röttgen Erwin Rüddel Albert Rupprecht Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Annette Schavan Karl Schiewerling Jana Schimke Norbert Schindler Tankred Schipanski Heiko Schmelzle Gabriele Schmidt (Ühlingen) Patrick Schnieder Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Ole Schröder Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden) Bernhard Schulte-Drüggelte Dr. Klaus-Peter Schulze Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Christina Schwarzer Detlef Seif Johannes Selle	Reinhold Sender Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Johannes Singhammer Tino Sorge Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Peter Stein Erika Steinbach Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Rita Stockhofe Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Matthäus Strebl Karin Strenz Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Sabine Sütterlin-Waack Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Dr. Hans-Peter Uhl Dr. Volker Ullrich Arnold Vaatz Oswin Veith Thomas Viesehon Michael Vietz Volkmar Vogel (Kleinsaara) Sven Volmering Christel Voßbeck-Kayser Kees de Vries Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Kai Wegner Albert Weiler Marcus Weinberg (Hamburg) Dr. Anja Weisgerber Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Marian Wendt Kai Whittaker Peter Wichtel Annette Widmann-Mauz Heinz Wiese (Ehingen) Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Oliver Wittke Dagmar G. Wöhr Barbara Woltmann Tobias Zech Heinrich Zertik Emmi Zeulner Dr. Matthias Zimmer Gudrun Zollner	SPD Ingrid Arndt-Brauer Rainer Arnold Heike Baehrens Ulrike Bahr Heinz-Joachim Barchmann Dr. Katarina Barley Doris Barnett Klaus Barthel Dr. Matthias Bartke Sören Bartol Bärbel Bas Dirk Becker Uwe Beckmeyer Lothar Binding (Heidelberg) Burkhard Blienert Willi Brase Edelgard Bulmahn Marco Bülow Martin Burkert Dr. Lars Castellucci Petra Crone Bernhard Daldrup Dr. Daniela De Ridder Sabine Dittmar Martin Dörmann Siegmund Ehrmann Michaela Engelmeier-Heite Dr. h. c. Gernot Erler Saskia Esken Karin Evers-Meyer Dr. Johannes Fechner Dr. Fritz Felgentreu Elke Ferner Dr. Ute Finckh-Krämer Christian Flisek Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Ulrich Freese Dagmar Freitag Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke Ulrike Gottschalck Kerstin Gries Gabriele Groneberg Uli Grötsch Wolfgang Gunkel Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Ulrich Hampel Sebastian Hartmann Michael Hartmann (Wackernheim) Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Marcus Held Dr. Barbara Hendricks Heidtrud Henn Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Thomas Hitschler Dr. Eva Högl Matthias Ilgen Christina Jantz	Frank Junge Thomas Jurk Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Christina Kampmann Ralf Kapschack Gabriele Katzmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Dr. Hans-Ulrich Krüger Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lüthmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Bettina Müller Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Ulli Nissen Thomas Oppermann Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Sabine Poschmann Joachim Poß Florian Post Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Andreas Rimkus Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Michael Roth (Heringen) Bernd Rützel Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth	(C)
(B)				(D)	

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- | | | | | | |
|-----|---|--|---|--|-----|
| (A) | Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Stefan Schwartz
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Gülistan Yüksel
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Manfred Zöllmer | Brigitte Zypries

BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu | Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Dr. Julia Verlinden
Beate Walter-Rosenheimer | Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Andrej Hunko
Sigrid Hupach
Ulla Jelpke
Kerstin Kassner
Katja Kipping
Jan Korte
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Dr. Alexander S. Neu
Thomas Nord
Petra Pau
Harald Petzold (Havelland)
Martina Renner
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Dr. Kirsten Tackmann
Azize Tank
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katrin Werner
Birgit Wöllert
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann
(Zwickau) | (C) |
|-----|---|--|---|--|-----|

Enthalten**DIE LINKE**

Jan van Aken
 Dr. Dietmar Bartsch
 Herbert Behrens
 Karin Binder
 Matthias W. Birkwald
 Heidrun Bluhm
 Christine Buchholz
 Eva Bulling-Schröter
 Roland Claus
 Sevim Dağdelen
 Dr. Diether Dehm
 Klaus Ernst
 Wolfgang Gehrcke
 Diana Golze
 Annette Groth

(D)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes auf den Drucksachen 18/838 und 18/997: abgege-

bene Stimmen 582. Mit Ja haben gestimmt 54, mit Nein haben gestimmt 470, Enthaltungen 58. Der Gesetzentwurf ist abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis	
Abgegebene Stimmen:	583;
davon	
ja:	55
nein:	470
enthalten:	58

Ja**DIE LINKE**

Jan van Aken
 Dr. Dietmar Bartsch
 Herbert Behrens
 Karin Binder
 Matthias W. Birkwald

Heidrun Bluhm
 Christine Buchholz
 Eva Bulling-Schröter
 Roland Claus
 Sevim Dağdelen
 Dr. Diether Dehm
 Klaus Ernst
 Wolfgang Gehrcke
 Diana Golze
 Annette Groth
 Dr. Gregor Gysi
 Dr. André Hahn
 Heike Hänsel
 Dr. Rosemarie Hein
 Inge Höger
 Andrej Hunko
 Sigrid Hupach

Ulla Jelpke
 Kerstin Kassner
 Katja Kipping
 Jan Korte
 Caren Lay
 Sabine Leidig
 Ralph Lenkert
 Michael Leutert
 Stefan Liebich
 Dr. Gesine Löttsch
 Thomas Lutze
 Cornelia Möhring
 Niema Movassat
 Dr. Alexander S. Neu
 Thomas Nord
 Petra Pau
 Harald Petzold (Havelland)

Martina Renner
 Dr. Petra Sitte
 Kersten Steinke
 Dr. Kirsten Tackmann
 Azize Tank
 Frank Tempel
 Dr. Axel Troost
 Alexander Ulrich
 Kathrin Vogler
 Halina Wawzyniak
 Harald Weinberg
 Katrin Werner
 Birgit Wöllert
 Hubertus Zdebel
 Pia Zimmermann
 Sabine Zimmermann
 (Zwickau)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) **Nein**
- CDU/CSU**
- Stephan Albani
 Katrin Albsteiger
 Artur Auernhammer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Julia Bartz
 Günter Baumann
 Maik Beermann
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Sybille Benning
 Dr. André Berghegger
 Dr. Christoph Bergner
 Ute Bertram
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer
 Wolfgang Bosbach
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Cajus Caesar
- (B) Gitta Connemann
 Alexandra Dinges-Dierig
 Michael Donth
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Hansjörg Durz
 Jutta Eckenbach
 Dr. Bernd Fabritius
 Hermann Färber
 Uwe Feiler
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Dirk Fischer (Hamburg)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
 Dr. Maria Flachsbarth
 Klaus-Peter Flosbach
 Thorsten Frei
 Dr. Astrid Freudenstein
 Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
 Michael Frieser
 Dr. Michael Fuchs
 Hans-Joachim Fuchtel
 Alexander Funk
 Ingo Gädechens
 Dr. Thomas Gebhart
 Alois Gerig
 Eberhard Gienger
 Cemile Giousouf
 Josef Göppel
 Reinhard Grindel
 Ursula Groden-Kranich
- Hermann Gröhe
 Klaus-Dieter Gröhler
 Michael Grosse-Brömer
 Astrid Grotelüschen
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Oliver Grundmann
 Monika Grütters
 Dr. Herlind Gundelach
 Fritz Güntzler
 Olav Gutting
 Christian Haase
 Florian Hahn
 Dr. Stephan Harbarth
 Jürgen Hardt
 Gerda Hasselfeldt
 Matthias Hauer
 Mark Hauptmann
 Dr. Stefan Heck
 Dr. Matthias Heider
 Helmut Heiderich
 Mechthild Heil
 Frank Heinrich (Chemnitz)
 Mark Helfrich
 Uda Heller
 Jörg Hellmuth
 Rudolf Henke
 Michael Hennrich
 Ansgar Heveling
 Peter Hintze
 Christian Hirte
 Dr. Heribert Hirte
 Robert Hochbaum
 Alexander Hoffmann
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Dr. Hendrik Hoppenstedt
 Margaret Horb
 Bettina Hornhues
 Charles M. Huber
 Anette Hübinger
 Hubert Hüppe
 Erich Irlstorfer
 Thomas Jarzombek
 Sylvia Jörrißen
 Andreas Jung
 Dr. Franz Josef Jung
 Xaver Jung
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Hans-Werner Kammer
 Steffen Kanitz
 Alois Karl
 Anja Karliczek
 Bernhard Kaster
 Volker Kauder
 Dr. Stefan Kaufmann
 Dr. Georg Kippels
 Volkmar Klein
 Jürgen Klimke
 Axel Knoerig
 Jens Koeppen
 Markus Koob
 Carsten Körber
 Hartmut Koschyk
 Kordula Kovac
 Michael Kretschmer
 Rüdiger Kruse
- Bettina Kudla
 Dr. Roy Kühne
 Günter Lach
 Uwe Lagosky
 Dr. Karl A. Lamers
 Andreas G. Lämmel
 Dr. Norbert Lammert
 Katharina Landgraf
 Ulrich Lange
 Barbara Lanzinger
 Dr. Silke Launert
 Paul Lehrieder
 Dr. Katja Leikert
 Dr. Philipp Lengsfeld
 Dr. Andreas Lenz
 Philipp Graf Lerchenfeld
 Dr. Ursula von der Leyen
 Antje Lezius
 Ingbert Liebing
 Matthias Lietz
 Andrea Lindholz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Wilfried Lorenz
 Dr. Claudia Lücking-Michel
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Daniela Ludwig
 Karin Maag
 Yvonne Magwas
 Thomas Mahlberg
 Dr. Thomas de Maizières
 Gisela Manderla
 Matern von Marschall
 Hans-Georg von der Marwitz
 Andreas Mattfeldt
 Stephan Mayer (Altötting)
 Reiner Meier
 Dr. Michael Meister
 Jan Metzler
 Maria Michalk
 Dr. h. c. Hans Michelbach
 Dr. Mathias Middelberg
 Philipp Mißfelder
 Dietrich Monstadt
 Karsten Möring
 Marlene Mortler
 Elisabeth Motschmann
 Carsten Müller
 (Braunschweig)
 Stefan Müller (Erlangen)
 Dr. Philipp Murmann
 Dr. Andreas Nick
 Michaela Noll
 Helmut Nowak
 Dr. Georg Nüßlein
 Wilfried Oellers
 Florian Oßner
 Dr. Tim Ostermann
 Henning Otte
 Ingrid Pahlmann
 Martin Patzelt
 Dr. Martin Pätzold
 Ulrich Petzold
 Dr. Joachim Pfeiffer
 Sibylle Pfeiffer
 Ronald Pofalla
 Eckhard Pols
 Thomas Rachel
 Kerstin Radomski
- Alexander Radwan
 Alois Rainer
 Dr. Peter Ramsauer
 Eckhardt Rehberg
 Katherina Reiche (Potsdam)
 Lothar Riebsamen
 Josef Rief
 Dr. Heinz Riesenhuber
 Johannes Röring
 Dr. Norbert Röttgen
 Erwin Rüddel
 Albert Rupprecht
 Anita Schäfer (Saalstadt)
 Dr. Wolfgang Schäuble
 Dr. Annette Schavan
 Karl Schiewerling
 Jana Schimke
 Norbert Schindler
 Tankred Schipanski
 Heiko Schmelzle
 Gabriele Schmidt (Ühlingen)
 Patrick Schnieder
 Nadine Schön (St. Wendel)
 Dr. Ole Schröder
 Dr. Kristina Schröder
 (Wiesbaden)
 Bernhard Schulte-Drüggelte
 Dr. Klaus-Peter Schulze
 Uwe Schummer
 Armin Schuster (Weil am Rhein)
 Christina Schwarzer
 Detlef Seif
 Johannes Selle
 Reinhold Sendker
 Dr. Patrick Sensburg
 Bernd Siebert
 Johannes Singhammer
 Tino Sorge
 Jens Spahn
 Carola Stauche
 Dr. Frank Steffel
 Dr. Wolfgang Stefinger
 Albert Stegemann
 Peter Stein
 Erika Steinbach
 Sebastian Steineke
 Johannes Steiniger
 Christian Freiherr von Stetten
 Dieter Stier
 Rita Stockhofe
 Gero Storzjohann
 Stephan Stracke
 Max Straubinger
 Matthäus Strebl
 Karin Strenz
 Thomas Strobl (Heilbronn)
 Lena Strohmann
 Michael Stübgen
 Dr. Sabine Sütterlin-Waack
 Dr. Peter Tauber
 Antje Tillmann
 Astrid Timmermann-Fechter
 Dr. Hans-Peter Uhl
 Dr. Volker Ullrich
 Arnold Vaatz
 Oswin Veith
 Thomas Viesehon
 Michael Vietz
- (C)
- (D)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

(A) Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadehul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Kai Wegner
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Marian Wendt
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhl
Barbara Woltmann
Tobias Zech
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner

SPD

(B) Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Katarina Barley
Doris Barnett
Klaus Barthel
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Petra Crone
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Sabine Dittmar
Martin Dörmann
Siegfried Ehrmann
Michaela Engelmeier-Heite
Dr. h. c. Gernot Erler
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Dr. Ute Finckh-Krämer
Christian Flisek

Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Wolfgang Gunkel
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Matthias Ilgen
Christina Jantz
Frank Junge
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Marina Kermer
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Birgit Kömpel
Anette Kramme
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan

Ulli Nissen
Thomas Oppermann
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Aydan Özoğuz
Markus Paschke
Christian Petry
Jeannine Pflugradt
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Joachim Poß
Florian Post
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Dr. Simone Raatz
Martin Rabanus
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Annette Sawade
Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Stefan Schwartz
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Gülstan Yüksel

Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

(C)

Enthalten**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Dr. Julia Verlinden
Beate Walter-Rosenheimer

(D)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

(A) (Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Aber knapp!)

Jetzt hat der Kollege Schiewerling das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe sehr, dass die Zeitungsmeldungen von menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitnehmern in der Fleischindustrie bald ein Ende haben. Da haben wohl einige Unternehmer und Unternehmen die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, die in den Jahren 2003, 2004 und 2005 erfolgt ist, gründlich missverstanden. Wer glaubt, er könne mit Arbeitnehmern umgehen wie mit dem Fleisch, das man verarbeitet, der muss wissen, dass er nicht nur sich selbst, sondern auch andere Unternehmer und die Ethik des Unternehmers in höchstem Maße beschädigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte von denen, die dieses machen, nie mehr hören, dass der Staat zu viel reguliert. Wer so mit Menschen umgeht, braucht sich nicht zu wundern, wenn der Staat eingreift.

(Beifall im ganzen Hause)

Das tun wir mit diesem Gesetz.

(B) Meine Damen und Herren, ich bin sehr betroffen. In meinem Wahlkreis Coesfeld, im Münsterland, im benachbarten Emsland und im südlichen Oldenburger Münsterland

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Bei uns auch!)

konzentrieren sich diese Probleme in massivster Weise. Sie haben dort Wellen geschlagen und Ausmaße erreicht, die man nicht für möglich gehalten hätte. Ich freue mich sehr, dass die Menschen durch den Anblick der Unterkünfte der Arbeitnehmer, die aus Rumänien und Bulgarien gekommen sind, auf die Situation aufmerksam geworden sind und festgestellt haben, unter welchen unwürdigen Bedingungen diese Arbeitnehmer gelebt haben und leben. Weil man ja nicht hinter die Mauern der Schlachthöfe schauen konnte, hatte man nur den Blick dafür, wie die Menschen, die dort arbeiten, leben. Das hat den – im besten Sinne des Wortes – heiligen Zorn der Bevölkerung hervorgerufen.

Gott sei Dank haben sich die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, die in den Regionen, von denen ich gerade gesprochen habe, aber strukturell zu schwach aufgestellt ist – das werfe ich ihr nicht vor; es ist leider so –, und die Kirchen, insbesondere das Bistum Münster, also die katholische Kirche, mit der Situation befasst, und im südlichen Oldenburg hat Prälat Kossen mit unglaublicher Intensität auf die Missstände aufmerksam gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Ich darf darauf hinweisen, welche große Emotionen es ausgelöst hat, als man ein totes Tier in seinen Briefkasten gesteckt hat, als Hinweis darauf, was ihm passiert, wenn er so weitermacht. Wissen Sie, bei solchen Machenschaften sträuben sich einem die Nackenhaare.

(Kathrin Vogler [DIE LINKE]: Das ist eine reine Mafia!)

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Das hat mit sozialer Marktwirtschaft und verantwortungsvollem Unternehmertum nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall im ganzen Hause)

Deswegen reagieren wir. Wir haben im letzten Jahr reagiert, indem wir zunächst mit allen Betroffenen geredet haben. Die Bundesarbeitsministerin hat sich eingeschaltet. Franz-Josef Holzenkamp, der Kollege aus Süd-Oldenburg, wo die Situation besonders eklatant ist, hat die Betroffenen dazu gebracht, sich an einen Tisch zu setzen.

Wir haben gesagt: Wir fallen nicht mit allen möglichen gesetzlichen Regelungen ein, sondern wir zwingen die Arbeitgeber, die Unternehmen, endlich dazu, einen Arbeitgeberverband zu gründen, damit sie ordentliche Tarifverträge mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten schließen können. – Sie haben sich erst gestraut – nicht alle; einige haben sich in besonderer Weise gestraut –, aber dann konnten sie nicht mehr anders; der öffentliche Druck war entscheidend. Wir sind einen ordnungspolitisch sauberen Weg gegangen. Sie haben einen Arbeitgeberverband gegründet. Sie haben mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten einen Tarifvertrag geschlossen. Dieser Tarifvertrag – so haben wir das in dieser Koalition einvernehmlich geklärt – wird jetzt Gegenstand des Entsendegesetzes. Deswegen werden in Zukunft die entsandten Arbeitnehmer aus Rumänien, aus Bulgarien, woher auch immer sie kommen, geschützt sein und zumindest das erhalten, was im Tarifvertrag steht. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Herr Schiewerling, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Vogler?

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Ja. Kollegen aus dem Münsterland muss man immer die Möglichkeit geben, profunde Fragen zu stellen.

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung zulassen. – Ich komme – Sie haben das schon erwähnt – ebenfalls aus dem Münsterland, aus Emsdetten. Da haben wir die Zustände, die Sie beschrieben haben, in dem Betrieb von Sprehe. Es gibt sehr viele Menschen, die sich für das Wohl der betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter engagieren.

Wir sehen noch ein großes Problem, das Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf noch nicht angehen. Ich

Kathrin Vogler

- (A) würde Sie gern darauf hinweisen, dass es einen starken ökonomischen Anreiz gibt, einen gesetzlichen Anreiz, Normalarbeitsverhältnisse in diesem Bereich zu vermeiden und auf Werkverträge und Leiharbeit zu setzen. Diesen Anreiz setzt das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit der Möglichkeit für Unternehmen, sich durch einen hohen Anteil von Leiharbeit und Werkverträgen von der EEG-Umlage befreien zu lassen. Da sind in den letzten Jahren Millionen Euro gespart worden, gerade in der Schlachtbranche. Auf Anfrage der Grünen und auch auf meine Anfrage hin hat die Bundesregierung das berichtet.

Jetzt haben Sie bestätigt, dass Sie eigentlich noch keine Pläne dazu haben, genau diesen Punkt bei der Reform des EEG, die schon in der nächsten Woche im Kabinett auf der Tagesordnung steht, aufzunehmen. Ich möchte Sie als Kollegen, der sich in der Materie auskennt und der Empathie für die Beschäftigten mitbringt, einfach bitten: Setzen Sie sich in Ihrer Fraktion und in der Regierungskoalition insgesamt bitte dafür ein, dass bei der Reform des EEG diese Regelung, dass Werkverträge und Leiharbeit dazu dienen können, eine Befreiung von der EEG-Umlage zu bekommen, gestrichen wird, damit wir auch in dieser Branche wieder ordentliche und sichere Normalarbeitsverhältnisse bekommen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

- (B) Frau Kollegin, ich habe Ihnen noch gar nichts bestätigt, sondern ich habe hier vorgetragen, was ist. Ich nehme die Anregungen, die Sie mit Blick auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz gegeben haben, zur Kenntnis. Wir können aber in dem Gesetzgebungsverfahren, um das es heute geht, nicht alle Dinge regeln.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber bei der EEG-Novelle!)

In diesem Gesetzgebungsverfahren regeln wir zunächst einmal, dass die Menschen, die aus Rumänien, Bulgarien und von sonst wo zu uns kommen, faire Arbeitsbedingungen haben. Wir werden alles tun, dass nicht am Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Fairness am Arbeitsmarkt scheitert.

Alle anderen Fragen, die sich aus volkswirtschaftlichen Erwägungen ergeben oder die mit Energie zu tun haben, müssen anderswo geklärt werden. Dazu werden wir ganz sicher keine Lex Schlachthöfe machen. In welcher Form das passiert, wird an anderer Stelle zu klären sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum vorliegenden Gesetzentwurf lassen Sie mich noch darauf hinweisen, dass wir in Deutschland ein funktionierendes, ein, wie ich finde, gut funktionierendes, Rechtssystem haben. Wir werden diejenigen, die Missbrauch betreiben wollen, auch mit diesem Gesetzentwurf möglicherweise nicht hindern, Missbrauch zu betreiben, aber wir bekommen damit die Möglichkeit, Missbrauch gesetzlich zu ahnden. Ich freue mich sehr,

dass wir im Rahmen des Mindestlohngesetzes, das wir noch beraten werden, und im Rahmen des vorliegenden Gesetzes auch die Möglichkeiten des Zolls mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit deutlich verbessern werden, damit wir dem Missbrauch dann auch auf die Spur kommen. Dass es funktioniert, sehen wir zum Beispiel in dem Kreis, aus dem Sie kommen. Da hat die Justiz zuge schlagen. Der Unternehmer, der geglaubt hat, sich so verhalten zu können, sitzt hinter Schloss und Riegel. Er ist verhaftet und verurteilt worden. Diejenigen aus der Familie, die glauben, sie könnten das so weitermachen, werden sich wundern; sie werden sehen, was mit ihnen passiert.

Ich glaube, dass wir in diesem Punkt ein ordentliches rechtsstaatliches Verfahren beschreiten. Ich bin sehr froh, dass das, was wir noch in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht haben, jetzt den Weg nimmt, den wir eingeschlagen haben.

Lassen Sie mich auf folgende Fragen eingehen: Was heißt es eigentlich, wenn wir diesen Gesetzentwurf verabschieden? Welche Botschaften gehen davon eigentlich aus? – Wir möchten gerne, dass von der Verabschiedung dieses Gesetzentwurfs die Botschaft ausgeht, dass wir für Fairness und für Mindeststandards auf dem Arbeitsmarkt sind. Die Arbeitnehmer, die zu uns kommen, sollen wissen, dass wir nicht dulden, dass mit ihnen so verfahren wird, wie bisher verfahren wurde. Ich kann die Unternehmen, die Werkvertragsarbeitnehmer aus anderen Ländern zu uns holen, nur inständig bitten, nicht zu sagen, sie hätten mit deren Unterbringung und Lebenssituation nichts zu tun. Vielmehr tragen diese Unternehmen Mitverantwortung; sie sollten also ethisch verantwortungsvoll handeln. Das sagen wir ihnen gemeinsam.

Ich kann nur darum bitten, dass das, was die Gemeinde Sögel im Emsland begonnen hat, andere Gemeinden übernehmen, nämlich durch Ortssatzungen und Ortsstatuten dafür zu sorgen, dass Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, einen Mindeststandard an ordnungsgemäßer, menschenwürdiger Unterbringung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Hier haben die Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten. Das Ganze ist nicht nur eine Frage des Bundesgesetzgebers; vielmehr kann man die betreffenden Dinge vor Ort regeln. Dafür setzen wir uns massiv ein.

Ich bin sehr froh, dass wir die Fleischbranche jetzt ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen. Froh sind mit mir alle Landwirte, die mit dem bisherigen Verfahren nicht einverstanden waren, und alle Menschen, die sich für die Menschen, mit denen man schlecht umgegangen ist, engagiert haben. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Nächste Rednerin ist Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/Die Grünen.

(A) **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unlängst saß ich abends tatsächlich einmal auf dem Sofa und habe mir als *Tatort*-Fan eine Wiederholung angeschaut, und zwar *Schweinegeld*. Da geht es um Mord in einem Schlachthof. Dieser Krimi war nicht nur spannend; er zeigte vor allem eine unsägliche Realität in Deutschland. Damit ist nun endlich Schluss, zumindest bei den Dumpinglöhnen. Endlich wurde in der Fleischbranche wenigstens ein Mindestlohn vereinbart. Und der wird jetzt auch zügig in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz übernommen. Das haben wir Grüne schon lange gefordert, und deshalb unterstützen wir natürlich den Gesetzentwurf der Bundesregierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Auf den ersten Blick scheint es, als ob diese Übergangsregelung beim Mindestlohn zumindest in dieser Branche die Tarifautonomie stärkt. Schlussendlich wird sich das aber erst in der Zukunft zeigen. Wenn die Arbeitgeber der Fleischbranche diesen Mindestlohnvertrag nur auf den Weg gebracht haben, damit sie trotz des gesetzlichen Mindestlohns noch eine Weile niedriger entlohnen können, dann wäre diese Ausnahme fatal. Die Arbeitgeber müssen die Zeit jetzt natürlich nutzen und in weiter gehende Tarifverhandlungen einsteigen. Natürlich muss es auch um höhere Löhne gehen. Passiert hier nichts, dann war die Übergangsregelung lediglich ein Geschenk an die Branche, und das wäre nicht akzeptabel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Neben den niedrigen Löhnen geht es natürlich auch um die Arbeitsbedingungen, und die sind miserabel. In NRW beispielsweise wurden bei zwei Dritteln der kontrollierten Betriebe massive Arbeitsschutzmängel festgestellt. Die Arbeitszeiten in der Branche sind katastrophal: 13 Stunden am Stück am Fließband sind häufig Normalität. Die Gesundheitsvorsorge ist völlig unzureichend. Arbeitsunfälle sind an der Tagesordnung, und die fürchterlichen Zustände in den Unterkünften der Beschäftigten sind ebenfalls bekannt. Daher muss die Arbeitsministerin auch auf die Arbeitgeber Druck machen, und vor allem muss es effektive Kontrollen geben; denn alle Beschäftigten, auch in der Fleischbranche, haben das Recht auf gute Arbeitsbedingungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

Was für die Menschen nicht gut ist, schadet auch den Tieren. Wenn Bandgeschwindigkeiten aus wirtschaftlichen Gründen immer schneller werden, dann bleiben nur noch wenige Sekunden, um ein Tier zu betäuben und in Würde zu töten. Jährlich werden so in Deutschland 770 Millionen Tiere geschlachtet, und wegen der enormen Geschwindigkeit wird eine nicht unbeträchtliche Anzahl ohne jegliche Betäubung getötet. Auch diese

Probleme muss die Bundesregierung endlich in den Blick nehmen; denn echter Tierschutz sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Aber jetzt wieder zurück zu den Menschen und zum *Tatort Schweinegeld*. In dem Film wird der Kommissar durch den Betrieb geführt. Er fragt nach den Beschäftigten. Die Sekretärin antwortet ganz selbstverständlich und kurz: Das sind nicht unsere Arbeiter. – Genau so ist es im echten Leben – es wurde schon angesprochen –: Viele Beschäftigte kommen aus Rumänien oder Bulgarien, sie arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen, sie schlachten und zerlegen tagtäglich Tiere im Akkord. Wenn sie überhaupt einen Arbeitgeber haben, dann arbeiten sie teilweise für dubiose Firmen. Ihr Arbeitsverhältnis wird getarnt als Werkvertrag. – Auch das ist unsägliche Realität in Deutschland. Hier muss die Bundesregierung endlich tätig werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Im Koalitionsvertrag steht zwar, dass die Bundesregierung gesetzeswidrige Werkverträge verhindern will; bisher sind das aber nur spröde Worte und Pläne für das nächste Jahr.

(Katja Mast [SPD]: Und was ist mit dem Mindestlohn?)

Wenn durch zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen immer mehr Firmen auf demselben Betriebsgelände arbeiten, dann zersplittern die Belegschaften – zulasten der Beschäftigten, der Betriebsräte, der Gewerkschaften. Die Ministerin will die Tarifautonomie stärken. Wenn sie das wirklich ernst meint, dann muss endlich Schluss sein mit diesem Missbrauch von Werkverträgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Mein Fazit ist also: Der Mindestlohn in der Fleischbranche ist richtig und auch wichtig; aber er reicht nicht aus. Notwendig sind bessere Arbeitsbedingungen und auch klare Grenzen für Werkverträge. Notwendig sind vor allem effektive Kontrollen, gerade in dieser Branche; Herr Schiewerling, Sie haben es eben ausgeführt. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, die letztlich alle Mindestlöhne kontrollieren muss, hat aber schon heute zu wenig Personal, und mehr Personal ist auch nicht geplant. Hier muss die Arbeitsministerin beim Finanzminister endlich klare Kante zeigen; denn ein Mindestlohn nur auf dem Papier – das wäre nicht akzeptabel.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Es spricht jetzt Bernd Rützel, SPD-Fraktion.

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bernd Rützel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich ein kleiner Junge war, gab es einmal im Jahr bei uns zu Hause ein besonderes Ereignis: Es war Schlachttag. Ein ortsansässiger Metzger kam vorbei und zerlegte in der heimischen Waschküche ein Schwein. So war der Bedarf an Wurst, Schinken und Fleisch für Monate gedeckt.

Seither ist viel passiert: Heute sprechen wir von der Fleischindustrie, und unser Hunger nach Fleisch wird industriell gestillt. Aus dem löblichen, ehrsamem Fleischerhandwerk ist eine Fleischindustrie entstanden, die vor allem durch schlechte Arbeitsbedingungen auf sich aufmerksam machte. Vor allem die Schlachtindustrie hat lange Jahre auf das Geschäftsmodell aus Werkverträgen und Subunternehmerketten gesetzt. Für einen Monatslohn von umgerechnet 176 Euro wurden – auch in meiner Heimat Bayern – Menschen aus Rumänien durch Subunternehmen beschäftigt. Ich kritisiere hier in keinsten Weise, dass Menschen aus anderen Ländern bei uns arbeiten. Ich bin für die Arbeitnehmerfreizügigkeit – aber zu fairen Bedingungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Die Politik hätte auf diese Missstände längst reagieren können. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes hätte für Ordnung in dieser Branche sorgen können. Deswegen freue ich mich, dass ich heute an der Einführung eines Mindestlohnes mitarbeiten kann. Ich habe mich gefreut, dass stellenweise alle hier – über die Fraktionsgrenzen hinweg – applaudiert haben. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Branche der fleischverarbeitenden Industrie schlüpft unter die Decke des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes. Durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sorgen wir dafür, dass der allgemeinverbindliche Mindestlohn auch für nicht tarifgebundene Betriebe gilt.

Der Tarifvertrag zwischen der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten wird für allgemeinverbindlich erklärt. Dadurch können die Löhne von vielen Tausend Menschen in der Fleischbranche noch vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes am 1. Januar 2015 teils deutlich erhöht werden – und das unabhängig davon, ob die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in regulärer Beschäftigung oder in Leiharbeit sind oder ob es sich um über Werkverträge mit Subunternehmen beschäftigte Menschen handelt. Allein Letztere sind über 20 000 meist osteuropäische Werkvertragsnehmer, die für Niedriglöhne arbeiten.

(C) In der deutschen Fleischbranche tätige Menschen sind damit endlich gleichermaßen gegen die übelsten Formen des Lohndumpings geschützt. Es geht am 1. Juli 2014 mit 7,75 Euro pro Stunde los. Im Dezember 2014 werden es 8 Euro sein. Ab dem 1. Oktober des nächsten Jahres erhöht sich der Mindestlohn auf 8,60 Euro und ab 1. Dezember 2016 auf 8,75 Euro.

Aus drei Gründen freue ich mich heute besonders darüber, dass jetzt auch diejenigen an den Fleischtöpfen bedacht werden, die in unserem Teil der Welt die Fleischtöpfe für uns füllen: Es kehrt ein Stück Gerechtigkeit ein; die Ausbeutung wird beendet. Es wurde endlich ein Mittel gegen die kriminelle Ausnutzung von Werkverträgen gefunden. Es ist ein deutliches Zeichen für andere Branchen, und der Mindestlohn wirkt bereits.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, enden wir nicht wie Johanna Dark in *Die heilige Johanna der Schlachthöfe* von Bertolt Brecht, die den ausgesperrten Arbeitern auf den Schlachthöfen Chicagos den Glauben an Gott näherbringen will und am Ende erkennen muss, dass ihre Hoffnungen auf Gott und die Verhandlungen mit den Kapitalisten gescheitert sind und dass sie den Arbeitern, denen sie helfen wollte, nur geschadet hat.

Heute ist ein guter Schlachttag.

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

(D) Vielen Dank. – Nächster Redner ist Wilfried Oellers für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wilfried Oellers (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag

(Heiterkeit bei der SPD)

für die Beseitigung von Missbrauch und ungewünschten Arbeitsbedingungen in Deutschland und ein guter Tag für die Tarifautonomie in unserem Land.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist es eben nicht!)

Mit der Aufnahme der Fleischbranche findet nunmehr eine weitere und damit die 14. Branche Einzug ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Damit wird ein weiterer bundesweiter Mindestlohn bzw. Mindeststandard geregelt.

Bei Zustimmung zum hier vorliegenden Gesetzentwurf gilt für die Fleischbranche ab dem 1. Juli 2014 ein bundeseinheitlicher Mindestlohn in Höhe von 7,75 Euro pro Stunde. Nach einer Anhebung des Mindestlohns ab dem 1. Dezember 2014 auf 8 Euro und einer weiteren Anhebung ab dem 1. Oktober 2015 auf 8,60 erreicht der Mindestlohn ab dem 1. Dezember 2016 einen Betrag in Höhe von 8,75 Euro.

Wilfried Oellers

- (A) Durch den am 13. Januar 2014 zwischen den Tarifvertragsparteien geschlossenen Tarifvertrag wird damit die im Koalitionsvertrag vereinbarte Mindestloohnhöhe von 8,50 Euro mehr als ein Jahr vor dem Stichtag 1. Januar 2017, ab dem der bundesweit einheitliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro auch für bis dahin noch gültige anderweitige tarifvertragliche Vereinbarungen gelten soll, überschritten.

Die aus dem Gesetzentwurf resultierende Aufnahme des vereinbarten Tarifvertrags der Fleischindustrie in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz hat insbesondere zur Folge, dass die Arbeitnehmer von ausländischen Subunternehmern, die in Deutschland arbeiten, ebenfalls die genannten Mindestlöhne und Mindeststandards zu erhalten haben. Damit wird ein zu Recht an den Pranger gestellter Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeitern aus Osteuropa unterbunden; denn eine solche Aufnahme erfolgt nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz mit dem Ziel, angemessene Mindestarbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen und faire und funktionierende Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Dies gilt bei der Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Betriebe einer Branche.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Durch den geschilderten Missbrauch geriet nicht nur die gesamte fleischverarbeitende Branche in Misskredit. Diese negativen Zustände hatten eine gewisse Strahlwirkung und damit auch Auswirkungen auf das fleischproduzierende landwirtschaftliche Gewerbe, das in dieser Diskussion zu Unrecht in einem Atemzug mit der Fleischwirtschaft genannt wurde.

Mit diesem Tarifvertrag haben es die Tarifvertragsparteien geschafft, Mindeststandards bundeseinheitlich festzulegen, um so zukünftig den geschilderten Missbrauch zu unterbinden.

All die genannten Gründe rechtfertigen die Empfehlung, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, um den negativen Eindrücken der Vergangenheit entgegenzuwirken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Insbesondere ist bei diesem Gesetzentwurf zu berücksichtigen, dass es der ausdrückliche Wunsch der Tarifvertragsparteien ist, den beschlossenen bundeseinheitlichen Tarifvertrag in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Der Gesetzgeber sollte sich diesem ausdrücklichen Wunsch nicht entgegenstellen und damit die Tarifaufonomie stärken.

Die gewünschte Aufnahme der Fleischbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz stellt damit den letzten Schritt eines seit Frühjahr bzw. Sommer 2013 eingeleiteten Prozesses dar. Sie ist als wesentlicher Erfolg der Union anzusehen, die sich sehr für den Abschluss eines bundeseinheitlichen Tarifvertrags der Fleischbranche ausgesprochen hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (C) Vor allem aber ist diese Aufnahme ein deutlicher Erfolg für die Tarifaufonomie. Sie stärkt damit die verfassungsrechtlich garantierte Tarifvertragsfreiheit, für die sich die Union stets eingesetzt hat. Dass nunmehr die 14. Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen wird, ist ein deutliches positives Signal in Richtung Tarifvertragsfreiheit. Diese positive Entwicklung sollte uns Anlass geben, die Tarifaufonomie bei allen anderen anstehenden Entscheidungen weiter zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Katja Mast [SPD]: Das machen wir ja mit den Tarifverträgen!)

Heute ist ein guter Tag für die Beseitigung von Missständen und für die Tarifaufonomie in Deutschland. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass noch viele weitere gute Tage für die Tarifaufonomie und gegen Missbrauch in Deutschland folgen werden!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Dennis Rohde, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dennis Rohde (SPD):

- (D) Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf die Fleischwirtschaft steht unmittelbar bevor. Der Weg ist frei, den zu Beginn dieses Jahres ausgehandelten Mindestlohn für allgemeinverbindlich zu erklären. Damit schieben wir der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch in diesem Bereich endlich einen Riegel vor.

(Beifall bei der SPD)

Für uns als Land inmitten Europas ist dabei wichtig, dass die Tarifbedingungen dann auch für Arbeitgeber gelten, die ihren Sitz im Ausland haben und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Deutschland entsenden. Als Abgeordneter aus der Region Weser-Ems kann ich Ihnen aus Erfahrung sagen, dass dieses Thema ein Dauerbrenner ist: allgegenwärtig in den Medien, landauf, landab, Gesprächsrunde für Gesprächsrunde, Diskussionen in den Räten, im Landtag oder in extra eingerichteten Arbeitskreisen. Wir haben genau wie die anderen betroffenen Regionen lange auf den heutigen Tag gewartet. Nicht zuletzt dank des Einsatzes von Bundesarbeitsministerin Nahles und des Abschlusses des Branchendialoges im März 2014 können wir sagen: Auch die Fleischindustrie bekommt endlich einen Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als Sozialdemokrat sage ich Ihnen: Stundenlöhne von wenigen Euro zu bezahlen und den Beschäftigten dann

Dennis Rohde

- (A) noch überzogene Mieten für schmutzige Gruppenunterkünfte abzuziehen, ist schamlos und kaltschnäuzig. Das werden wir in diesem Hause nicht weiter hinnehmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Denn uns ist doch klar: Solch unverfrorenes Handeln verunglimpft auch die Betriebe, in denen es ordentlich und nach Tarifrecht zugeht. Es verzerrt den Wettbewerb und schädigt unsere Wirtschaft. Damit ist jetzt Schluss.

Zusammengefasst geht es also um zwei Dinge: erstens um den Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor Dumpinglöhnen, vor Ausbeutung und nicht angemessenen Arbeitsbedingungen und zweitens um die Wiederherstellung von gleichen Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Genau deshalb muss ein Tarifvertrag für die ganze fleischverarbeitende Industrie gelten und nicht nur für die Betriebe, die sich auch ohne Gesetz an die guten Sitten halten.

(Beifall bei der SPD)

Es zeigt sich heute erneut: Tarifautonomie und ordnungspolitische Verantwortung harmonisieren sehr gut miteinander und führen gemeinsam zu vernünftigen Ergebnissen. Denn es ist parlamentarische Pflicht, nicht einfach alles laufen zu lassen. Wer unter dem Deckmantel des Mantras „Der Markt wird es schon regeln“ Ungerechtigkeiten wie bizarr niedrige Löhne kleinredet, der braucht arbeitsmarktpolitische Nachhilfe. Denn genau das ist nicht die sozial-marktwirtschaftliche Idee eines fairen Zusammenspiels von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Große Koalition liefert. Wir bauen keine Luftschlösser. Wir verteilen keine rosaroten Brillen. Wir diskutieren und beschließen pragmatische Lösungen und räumen systematisch das ab, was in den letzten Jahren liegen geblieben ist. Es liegt viel vor uns, und das sitzen wir nicht aus, sondern wir packen es an. Es wurde auch Zeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Nächster Redner für die CDU/CSU ist der Kollege Matthäus Strebl.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Matthäus Strebl (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zum wiederholten Mal beraten wir heute einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes. Heute steht die Fleischindustrie in ihrer ganzen Vielfalt vom Schlachten bis zur Fleischverarbeitung im Mittelpunkt. Von der Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sind über 80 000 Beschäftigte direkt betroffen. Sie sorgen unter hohen körperlichen Belastungen letztlich für unser aller leibliches Wohl, ohne entsprechend entlohnt zu werden.

- (C) Für bundesweite Empörung sorgte kürzlich, vor etwa einem Dreivierteljahr, die Südfleisch, als bekannt wurde, dass sie mithilfe von Werkverträgen osteuropäische Arbeitnehmer ausbeutete.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen wir schon lange!)

In der Sendung *Kontrovers* des Bayerischen Fernsehens wurde ausführlich darüber berichtet, dass eine rumänische Frau, die bei Südfleisch beschäftigt war und eigentlich 1 076 Euro hätte bekommen sollen, mit 170 Euro abgefunden wurde. Sie konnte nicht einmal die Heimreise bezahlen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da fehlt der Respekt für geleistete Arbeit. Das ist beschämend, und deswegen müssen wir darauf reagieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Unser Ziel ist es, mit dem Gesetz den Beschäftigten der Fleischindustrie endlich eine vernünftige Bezahlung zu sichern. Wir werden als Gesetzgeber die Beschäftigten der Fleischindustrie vor Wildwuchs und Ausbeutung schützen.

Lassen Sie mich kurz zurückblicken: Als das Arbeitnehmer-Entsendegesetz im April 2009 in Kraft trat, ging es um – ich zitiere – „zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. Damit sollten faire und funktionierende Wettbewerbsbedingungen gewährleistet werden.

(D)

Zugleich galt es, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erhalten und die Ordnungs- und Befriedigungsfunktion der Tarifautonomie zu wahren. Sieben Branchen waren es, die anfangs in das Verzeichnis des Entsendegesetzes aufgenommen wurden. Inzwischen sind – zuletzt im Dezember des vergangenen Jahres mit dem Friseurhandwerk – fünf weitere Branchen hinzugekommen.

Trotz aller Fortschritte auf diesem Gebiet sind heute und in Zukunft weitere Ergänzungen und Fortschreibungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes unerlässlich. Das gilt ganz besonders für die Fleischindustrie. Denn wir kommen nicht an der Tatsache vorbei: Aufgrund einiger schwarzer Schafe ist die gesamte Branche in den vergangenen Jahren zunehmend in Verruf geraten. Die offenen Grenzen zu den osteuropäischen Ländern haben dazu geführt, dass speziell in der Fleischindustrie – besonders in den grenznahen Regionen – massenhaft Missbrauch mit der Not der Menschen aus diesen Ländern betrieben wurde und teilweise noch wird.

Beispielhaft hierfür steht die Südfleisch, die ich bereits genannt habe. Dieses Unternehmen hat die Möglichkeit genutzt – richtiger ist es, zu sagen: Missbrauch betrieben –, Werkverträge mit Subunternehmen abzuschließen, statt die Arbeitnehmer zu fairen Bedingungen selbst anzustellen. Werkverträge sind im Grunde genommen etwas Gutes. Das aber muss richtig betrieben werden, und wenn hier Missbrauch betrieben wird, müssen wir eingreifen.

Matthäus Strebl

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bekannt und leider durchaus keine Ausnahme ist, dass in deutschen Schlachthöfen Arbeitnehmer vor allem aus osteuropäischen Nachbarländern für weniger als 200 Euro im Monat schufteten und Schwerstarbeit verrichten müssen. Solchen Erscheinungen wollen und müssen wir entgegenzutreten. Deshalb ist die vorliegende Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes überfällig und unverzichtbar. Das Bundeskabinett hat daher am 26. Februar 2014 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes beschlossen. Erst wenn die Branche im Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes steht, kann der Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Erfreulicherweise – das wurde von den Vorrednern schon gesagt – hat die Tarifkommission der Fleischwirtschaft einen Mindestlohntarifvertrag vereinbart. Das war am 13. Januar dieses Jahres. Das muss man dankenswerterweise sagen. Die Kollegen haben schon auf die Steigerung hingewiesen. Der Stundenlohn soll beginnend bei 7,75 Euro über 8 Euro und 8,60 Euro auf 8,75 Euro steigen. Das müssen wir jetzt im Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns da herangehen, die Fleischindustrie in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes aufnehmen und dazu beitragen, dass ordentliche Löhne gezahlt werden.

- (B) Herzlichen Dank.
(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Strebl hatte das letzte Wort zu diesem Tagesordnungspunkt. Deshalb schließe ich hiermit die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/910 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Britta Haßelmann, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine Milliarde Euro Entlastung für Kommunen im Jahr 2014 umsetzen

Drucksache 18/975

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss (f)
Innenausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen. (C)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Da sind wir mal gespannt, Frau Haßelmann!)

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir beschäftigen uns jetzt in diesem Tagesordnungspunkt mit dem Thema „Entlastung der Kommunen“. Es ist noch nicht so lange her, da hat sich die Große Koalition für ihren Koalitionsvertrag und das im Koalitionsvertrag beschriebene Ausmaß, in dem die Kommunen von SPD und Union entlastet werden sollen, schon gebührend gefeiert.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Mit Recht!)

Das ist wirklich unbegründet; denn alles, was Sie den Kommunen versprochen haben, zum Beispiel die Eingliederungshilfe und das Bundesteilhabegesetz, das in dieser Legislaturperiode eingeführt werden sollte, und zwar im Interesse der Menschen mit Beeinträchtigungen, weil wir uns verpflichtet haben, die UN-Konvention umzusetzen, haben Sie nicht gehalten. Eine Entlastung von 5 Milliarden Euro, die Sie im Rahmen des Fiskalpaktes mit den Ländern vereinbart haben, soll erst, man höre und staune, 2018 kommen. Das ist nach der jetzigen Legislaturperiode. Das sage ich insbesondere in Richtung der Sozialdemokraten. Warum feiern Sie sich eigentlich überall so, dass Sie die Kommunen entlasten und ihnen 5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode versprechen? Ein Blick in den Haushaltsentwurf, über den wir in der nächsten Woche beraten, zeigt aber: Diese Entlastung kommt erst 2018, also nach dieser Legislaturperiode. Versprochen und gebrochen! (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus haben Sie den Kommunen zugesichert, bis zum Inkrafttreten eines Bundesteilhabegesetzes – es ist sicherlich schwierig, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen – übergangsweise 1 Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Da ich aus Nordrhein-Westfalen komme, weiß ich, wie Sie sich dafür vor Ort gefeiert haben. Sie haben gesagt, dass die Kommunen im Bereich der Bundesleistungsgesetze, für die wir hier in Berlin verantwortlich sind, um 1 Milliarde Euro, die ab 2014 zur Verfügung steht, entlastet werden. Ein Blick in den Haushaltsentwurf macht aber deutlich: Auch dieses Versprechen wird nicht gehalten; denn die 1 Milliarde Euro für den Übergang steht erst ab 2015 und nicht, wie Sie die Menschen überall glauben gemacht haben, schon ab 2014 zur Verfügung. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Es ist wichtig, dass Sie seriöse Versprechen machen, auf die man sich vor Ort verlassen kann.

(Johannes Kahrs [SPD]: Lesen Sie das erst einmal!)

– Herr Kahrs, im Gegensatz zu Ihnen habe ich das alles gelesen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Aber lesen bildet!)

Britta Haßelmann

- (A) Sie entlasten die Kommunen um 1,1 Milliarden Euro bei der Grundsicherung im Alter. Dieser Schritt wurde zwischen der schwarz-gelben Regierung und den rot-grün regierten Ländern sowie mit unserer Zustimmung in der letzten Legislaturperiode vereinbart. So weit, so gut. Das ist positiv für die Kommunen, weil damit die Grundsicherung im Alter vom Bund zu 100 Prozent übernommen wird. Der Bund trägt für diese Leistung Verantwortung. Darüber hinaus haben Sie aber den Kommunen 1 Milliarde Euro ab 2014 zugesichert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt doch gar nicht!)

Zumindest haben Sie das überall, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, erzählt. Aber im Haushalt ist diese Milliarde nicht eingestellt. Entweder sagen Sie den Kommunen: „Wir können das nicht finanzieren“, oder Sie unterlegen dieses Versprechen auch im Haushalt. Darauf zielt unser Antrag ab. Wir wollen, dass Sie Ihr Versprechen gegenüber der kommunalen Ebene einhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Liebling, zu Ihrer Geschichte, den Kommunen gehe es insgesamt so gut

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Woran liegt das wohl?)

– Herr Brinkhaus, das kann ich Ihnen erklären –, und dort, wo es schlecht laufe, regiere Rot-Grün,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) kann ich nur sagen: Mein Gott! Wie peinlich ist diese Analyse! Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen wurden seit 2010 – seit diesem Zeitpunkt ist Jürgen Rüttgers Gott sei Dank nicht mehr im Amt gewesen – um 300 Millionen bzw. 393 Millionen Euro pro Jahr entlastet. Im Jahr 2014 gibt es eine Finanzausgleichsmasse im Umfang von 9,4 Milliarden Euro. Im Rahmen des Stärkungspakts für die Kommunen

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Schwächungspakt! Sie plündern die starken Kommunen aus!)

werden 4 Milliarden Euro des Landes zwischen 2011 und 2020 zur Verfügung gestellt. Dafür hat Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen gesorgt. In mehreren Konnexitätsurteilen wird darauf hingewiesen, dass Schwarz-Gelb die Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nicht eingehalten hat. Die schwierige Lage gilt auch für andere Bundesländer. Man muss nur genau hinschauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sich an dieser Stelle keinen schlanken Fuß mit Verweis auf die verbesserte Lage machen. Bundesweit weisen die Kommunen zwar einen Überschuss von 1,1 Milliarden Euro auf. Es gibt aber bei den Kommunen längst ein Gefälle, eine Zweiklassengesellschaft. Die Gesamtverschuldung liegt bei 130 Milliarden Euro. Die Kassenkredite belaufen sich auf 47 Milliarden Euro. Die sozialen Kosten der Bundesleistungsgesetze, für die wir hier in Berlin verantwortlich sind – es handelt sich um

Pflichtaufgaben der Kommunen –, belaufen sich auf 45 Milliarden Euro. Dafür kommen im Moment zu großen Teilen die Kommunen auf. Ich merke, wie sehr das Thema Sie aufregt, und kann nur sagen: Liefern Sie einfach! Halten Sie Ihre Versprechen! Das sage ich in Richtung der Sozialdemokraten, insbesondere derjenigen aus Nordrhein-Westfalen. Ich finde es skandalös, dass Ihre A-Länder-Kollegen auf der Finanzministerkonferenz des Bundesrates den Antrag von Schleswig-Holstein und Bremen, für die 2014er-Lösung einzustehen, abgelehnt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner für die CDU/CSU-Fraktion ist der Kollege Dr. André Berghegger.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. André Berghegger (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Haßelmann, natürlich sind wir in der Interpretation dieser Situation unterschiedlicher Meinung.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es kann gar keine andere Meinung geben!)

Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt mir die Gelegenheit, deutlich herauszustellen: CDU und CSU stehen für eine kommunalfreundliche Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind verlässliche Partner. Das ist bisher so gewesen, und das wird auch in Zukunft mit der SPD so sein.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass nach unserer Finanzverfassung die Bundesländer dafür verantwortlich sind, die Kommunen finanziell auskömmlich auszustatten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Trotz dieser Aufgabenverteilung stehen wir fest an der Seite der Kommunen und helfen selbstverständlich in besonderen Situationen. Dazu ein Blick in die jüngere Vergangenheit: Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 hat die Union die Interessen der Kommunen deutlich berücksichtigt. An dieser Stelle möchte ich einige Stichworte erwähnen: Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, das Steuervereinfachungsgesetz 2011, die Beteiligung am Hochschulpakt und an der Exzellenzinitiative sowie die Entflechtungsmittel im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt.

Ich gehöre dem Hohen Haus zwar erst seit September 2013 an und habe damit an den parlamentarischen Entscheidungen der Vergangenheit nicht mitgewirkt. Ich glaube aber, dass ich die Situation aus Sicht der Kommu-

(C)

(D)

Dr. André Berghegger

- (A) nen gut beurteilen kann. In den letzten Jahren durfte ich als hauptamtlicher Bürgermeister eines Mittelzentrums im Landkreis Osnabrück in Niedersachsen daran mitwirken, diese kommunalfreundliche Politik umzusetzen und mitzugestalten.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Der Mann weiß, wovon er redet!)

Wir sollten uns immer wieder bewusst machen: Die Länder und die Kommunen konnten in der vergangenen Legislaturperiode die größten finanziellen Entlastungen der Geschichte durch den Bund verzeichnen. Die Regierung hat nicht nur versprochen, Frau Haßelmann, sie hat auch gehandelt. Das schafft Vertrauen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Johannes Kahrs [SPD])

Zwei wesentliche Punkte möchte ich betonen: zunächst die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Der Ausbau der Kleinkindbetreuung fällt grundsätzlich in die Zuständigkeit der Länder. Dennoch hat der Bund vorbildlich tatkräftige Unterstützung geleistet. Dadurch wurde der Krippenausbau flächendeckend erst richtig angestoßen. Jeder von uns kann das im eigenen Wahlkreis erkennen. Insgesamt 5,4 Milliarden Euro hat der Bund für den Ausbau der Kleinkindbetreuung und die Finanzierung der Betriebskosten bereits in den Jahren 2009 bis 2014 bereitgestellt. Ab 2015 kommen noch einmal jährlich 845 Millionen Euro für den Betrieb von Kinderkrippen und Tagespflegestellen hinzu. Wir sehen vor Ort, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird deutlich gestärkt.

(B)

Ein weiteres Beispiel ist die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Hier erkennen wir eine dynamische Entwicklung. Noch im Koalitionsvertrag sind wir bei der Übernahme der letzten Stufe der Grundsicherung von 1,1 Milliarden Euro ausgegangen. Diese Entlastung beläuft sich derzeit jedoch schon auf 1,6 Milliarden Euro. Die schrittweise Erhöhung der Erstattung der Nettoaussgaben bei den Kommunen bewirkt eine Entlastung bis 2017 in der Größenordnung von voraussichtlich über 25,4 Milliarden Euro.

Sicherlich ist an dieser Stelle auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zu nennen – das ist gar keine Frage –, die wir nach der Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichnen. Jedoch sind maßgebliche Rahmenbedingungen hierfür durch wachstumsfreundliche Entscheidungen auf Bundesebene gesetzt worden. Zwar lässt sich die Wirkung nicht quantifizieren, doch ohne Zweifel sind auch die Kommunen an dieser positiven konjunkturellen Entwicklung beteiligt.

Die Kommunen profitieren neben der Gesamtheit der Länder auch von der positiven Einnahmeentwicklung, den Entlastungen durch den Bund und den günstigen Finanzierungsbedingungen. Insgesamt konnten die Kommunen ihre Steuereinnahmen um rund 20 Milliarden Euro gegenüber der Zeit vor der Finanz- und Wirtschaftskrise steigern. Die Zinszahlungen gingen im selben Zeitraum erheblich zurück. Insgesamt erzielten die

- Kommunen im Jahr 2012 einen Finanzierungsüberschuss von 1,8 Milliarden Euro. (C)

Natürlich gibt es weiterhin große Unterschiede bei den Kommunen. Jede Kommune ist anders, und es gibt vielfältige Ursachen für die jeweilige Situation. Wir sind jedoch in unserem bewährten Föderalismus in der Vielfalt geeint. Das zeichnet uns aus, und das ist richtig so. Es muss weiter Anreize für eigene Konsolidierungsbemühungen geben, ohne dass wir die finanziell schwächeren Kommunen aus den Augen verlieren.

Insgesamt werden die Kommunen durch den Wettbewerb stärker.

Die Politik der Bundesregierung, eine angemessene Finanzausstattung der föderalen Ebenen zu sichern, trägt erste Früchte. Die Bundesländer sind jedoch weiter gefordert, ihre Verantwortung für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu betonen ist nämlich, dass zu einem funktionierenden föderalen System ebenso gehört, dass der Bund selbst über eine angemessene Finanzausstattung verfügt.

Aus dem Koalitionsvertrag in seiner Gesamtheit lässt sich Folgendes erkennen: Die Kommunen werden von 2015 bis 2017 jeweils um 1 Milliarde Euro entlastet, bevor eine Entlastung im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes in Höhe von 5 Milliarden Euro erfolgt. Diese Maßnahmen sind gegenfinanziert. Darauf hat sich die Koalition unter Abwägung aller Umstände verständigt. Die im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geforderte Summe von 1 Milliarde Euro bereits im Jahr 2014 ist aus Sicht der Kommunen zwar wünschenswert – da schlägt mein kommunales Herz –, aber leider nicht zu finanzieren, da keine Spielräume erkennbar sind. Einen entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag habe ich Ihrem Antrag nicht entnehmen können. Das wäre ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das geht so nicht. Vielmehr muss die Maxime gelten: mit dem Einkommen auskommen! Dabei sind wir auf einem guten Weg. Gleichwohl werden wir unsere kommunalfreundliche Politik fortsetzen. Hierzu sind im Koalitionsvertrag weitere Maßnahmen zugunsten der Kommunen vereinbart. Dazu zählen etwa die Aufstockung der Städtebauförderung, der Ausbau der Breitbandversorgung oder die Verbesserung des Hochwasserschutzes. Der Koalitionsvertrag zeigt deutlich, dass die Kommunalinteressen bei dieser Bundesregierung in guten Händen sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Dr. Berghegger, das war Ihre erste Rede. Ich gratuliere Ihnen herzlich dazu und wünsche Ihnen viele weitere Reden im Hohen Hause.

(Beifall)

Vizepräsident Johannes Singhammer

- (A) Als nächster Rednerin erteile ich das Wort der Kollegin Kerstin Kassner, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Kerstin Kassner (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem Kollegen herzlichen Glückwunsch zu seiner ersten Rede! Die Botschaft, dass die Kommunen von der neuen Bundesregierung gut versorgt werden, höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.

(Alois Karl [CDU/CSU]: Das ist ja Ihr Problem!)

Ich habe in meiner Funktion als Landrätin auf Rügen in zehn Jahren sehr wohl erlebt, dass da Anspruch und Wirklichkeit auseinanderdriften. Zuerst Glückwunsch an die Kollegen von den Grünen, dass sie es geschafft haben, hier einen Antrag vorzulegen, zu dem wir uns äußern können, um die Situation hier klar und deutlich zu beschreiben und sie zu verändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Situation der Kommunen ist nach wie vor bedenklich, und wir haben die Pflicht, hier darüber zu reden.

Herr Rehberg, trotz Ihres heutigen Geburtstages: Es ist mir in meiner Zeit als Landrätin gelungen, ein Defizit von 8 Millionen Euro im Haushalt des Landkreises Rügen auf null zu reduzieren. Das muss erst einmal nachgemacht werden.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe mir einmal angesehen, wie die Situation in Mecklenburg-Vorpommern ist. Auch dafür trägt Herr Rehberg Mitverantwortung.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Was? – Eckhardt Rehberg [CDU/CSU]: Ich?)

In den letzten 20 Jahren gab es 12 defizitäre Jahre für die Landkreise, nur 8 waren positiv. Am Ende steht heute, mit Abschluss des Jahres 2013, für die Kommunen ein Defizit von 412,4 Millionen Euro. Es ist also fast eine halbe Milliarde Euro, die die Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern quält. Das kann keine gute Bilanz sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Sozialausgaben, Herr Rehberg, sind von 1995, als alle Landkreise 618 Millionen Euro aufbringen mussten, auf im Jahre 2013 mittlerweile 1,302 Milliarden Euro gestiegen, haben sich also mehr als verdoppelt. Eine ganz kräftige Zäsur war dabei die Einführung des Hartz-IV-Gesetzes. In diesem Zusammenhang hat ein exorbitanter Anstieg stattgefunden.

Ich will es mit Zahlen aus meinem Haushalt auf Rügen untersetzen:

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Lassen Sie es lieber!)

Damals, bis zum Jahre 2004, hatten wir im Kreis Rügen 5 Millionen Euro für Sozialausgaben aufzubringen. Für die Kosten der Unterkunft hatten wir dann von einem Jahr zum nächsten 18 Millionen Euro aufzubringen. Ein Teil wurde vom Bund gegenfinanziert, aber am Ende mussten wir 15 Millionen Euro aus unserer Kasse aufbringen. Und wie es so ist: Der Kreis kann die Ausgaben nur über die Kreisumlage refinanzieren. Das heißt, dass wir allen Kommunen auf der Insel in die Tasche greifen mussten. Ich denke, das muss der Bund verhindern. Deshalb ist mein Appell an Sie als Verantwortliche in der Großen Koalition: Prüfen Sie jedes Ihrer Vorhaben auf seine Auswirkungen auf die Kommunen.

(C)

Dabei ist es nicht so einfach, eine mögliche Relevanz für die Kommunen darzustellen. Denn oft ist es so, dass sich ein Vorhaben im Durchschnitt zwar positiv auf die Kommunen auswirkt; aber dasselbe Vorhaben kann für die Gemeinden und die Landkreise, in denen die wirtschaftliche Konjunktur nach wie vor schwach ist, die sozialen Belastungen hoch sind, die Arbeitslosigkeit immer noch annähernd bei 20 Prozent liegt und sehr viele Menschen Leistungen im Rahmen der Grundsicherung im Alter – Gott sei Dank hat jetzt der Bund diese Kosten übernommen –, aber auch ergänzende Leistungen vom Sozialamt oder vom Jobcenter erhalten, eine richtig harte Zäsur bedeuten. Oft können sie sich ein Vorhaben nicht leisten und müssen die entsprechenden Aufwendungen über Kassenkredite finanzieren.

Ich will es ganz deutlich sagen: Wir haben in unserer Fraktion einen Kommunal-TÜV eingeführt; jedes Vorhaben, das wir auf den Weg bringen, wird auf seine Auswirkungen auf die Kommunen hin untersucht. Das erwarte ich, bitte schön, auch von der Großen Koalition. Also: Hände weg von den Kommunen!

(D)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank, Frau Kassner. – Nächster Redner ist für die SPD der Kollege Bernhard Daldrup.

(Beifall bei der SPD – Johannes Kahrs [SPD]: Guter Mann!)

Bernhard Daldrup (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Berghegger, zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede! Wie Sie wissen, rede auch ich für die Koalition, wenn auch vielleicht nicht mit demselben Optimismus, obwohl es in der Sache in die gleiche Richtung geht.

Ich möchte vorweg eine Bemerkung machen. Ich begrüße es sehr, dass die Grünen eine solche Gelegenheit schaffen, über die Lage der Kommunen zu reden; das ist in der Tat gut.

(Beifall der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber ich will Frau Haßelmann doch auch fragen: Wenn Sie der Meinung sind, dass die Mittel für die Eingliederung

Bernhard Daldrup

- (A) rungshilfe in Höhe von 5 Milliarden Euro früher bereitgestellt werden müssen, warum beantragen Sie es dann nicht?

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2018!)

In Ihrem Antrag ist nur von 1 Milliarde Euro die Rede; der Rest steht lediglich in der Begründung.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2018! Das haben Sie doch den Leuten versprochen!)

– Ich frage Sie ja nur, warum Sie es nicht beantragen. Wenn Sie der Meinung sind, dass es richtig ist, dies früher zu tun, sollten Sie am besten einen Deckungsvorschlag unterbreiten.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es in den Koalitionsvertrag geschrieben! Das ist interessant!)

Ich will sagen: Die Beschreibung der Situation der Kommunen, die Sie abgeben, ist für viele Kommunen tatsächlich zutreffend. Der Finanzierungssaldo liegt, was die Kommunen angeht, insgesamt im Plus, und zwar bei 1,1 Milliarden Euro. Das verdeckt jedenfalls ein Stück weit die Realität. Der Anstieg der Kassenkredite auf 48 Milliarden Euro ist trotz höherer Steuereinnahmen dramatisch. Die Gesamtverschuldung schreitet voran. Die Sozialausgaben der Kommunen sind bundesweit auf 46 Milliarden Euro gewachsen. Das ist schon eine dramatische Situation. Die Investitionstätigkeit der Kommunen ist mittlerweile auf das Niveau der 90er-Jahre zurückgefallen. Das heißt mit anderen Worten, nüchtern und ohne jede Schuldzuweisung festgestellt: Die Kommunen fahren in Deutschland auf Verschleiß. Das führt zu einem Substanzverlust, der auch den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt beeinträchtigt. Darauf müssen wir uns konzentrieren.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die erste Feststellung ist also: Trotz wachsender Steuereinnahmen, höherer Beschäftigung und niedrigerer Zinsen können viele Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben nicht finanzieren. Das ist durchaus ein Alarmzeichen.

Wenn man die Lage etwas differenzierter betrachtet, dann erkennt man, dass die Dramatik eher zunimmt. Es gibt zwar selbstverständlich viele gesunde, lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland – keine Frage! –, aber ihnen steht eine größere Zahl von Städten, Gemeinden und Landkreisen gegenüber, die jedes Jahr tiefer in den Strudel der Verschuldung geraten. Diese Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist weder auf ein Bundesland noch auf eine Gemeindegrößenklasse beschränkt.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Außer Nordrhein-Westfalen!)

– Pirmasens liegt doch nicht in Nordrhein-Westfalen, Kaiserslautern liegt doch nicht in Nordrhein-Westfalen. Ich kann Ihnen reihenweise Beispiele aufzählen. Fallen Sie doch nicht immer in die alten Muster zurück!

(Beifall bei der SPD)

(C) Ich beschreibe erst einmal nur eine Situation und weise gar keine Schuld zu. Ich sage ganz im Gegenteil: Ohne die Unterstützung des Bundes würde diese Schere weiter auseinandergehen. Das hat diese Koalition erkannt, und sie wird etwas dagegen tun. Das heißt mit anderen Worten: Wir stehen mit Blick auf das ganze Land vor einer Herausforderung. Bei dieser Gelegenheit sei mir die Bemerkung gestattet: Ja, unsere Banken sind systemrelevant, aber unsere Kommunen sind es auch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Kollege Daldrup, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kurth?

Bernhard Daldrup (SPD):

Wenn ich das kann? – Ich habe das noch nie gemacht, ich rede hier ja nicht so oft.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Bitte schön.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich hoffe, dass Sie das können. – Sie haben die Lage, ähnlich wie Frau Haßelmann, richtig analysiert und gesagt, die Bundesregierung würde etwas tun. Aber warum tun Sie nicht das, was Sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben haben bzw. was Sie insbesondere Ihre Parteifreunde in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen glauben machen?

(D)

(Zuruf von der CDU/CSU: Tun wir doch!)

Im Januar waren die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Landräte des Ruhrgebiets von CDU und SPD hier in Berlin und haben mit den Bundestagsabgeordneten des Ruhrgebiets, und zwar aller Fraktionen, den Austausch gesucht. Sie haben unmissverständlich zu erkennen gegeben, dass sie auf die Zusagen gebaut haben, dass zumindest innerhalb dieser Legislaturperiode mit der geplanten Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro begonnen wird und dass sie bereits ab 2014 jedes Jahr um 1 Milliarde Euro entlastet werden.

Könnte es sein, dass Sie in der Phase, als Sie, speziell in der SPD, die Zustimmung für Ihren Koalitionsvertrag brauchten, bewusst die eigenen Parteigänger in den strukturschwachen Kommunen in NRW und im Ruhrgebiet in dem Glauben gelassen haben, die Entlastung käme – sonst hätten sich die Bürgermeister ja nicht so geäußert –, und dass Sie sie mit der Veröffentlichung der mittelfristigen Finanzplanung jetzt im Endeffekt hinters Licht geführt haben?

Bernhard Daldrup (SPD):

Wissen Sie, ich bin seit elf Jahren Landesgeschäftsführer der SGK in Nordrhein-Westfalen. Wir sind zuständig für 9 000 ehrenamtliche und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Ich glaube, ich kenne die Situation in Nordrhein-Westfalen ganz gut.

Bernhard Daldrup

- (A) Ich kenne die Forderungen, ich habe sie zu einem großen Teil mit formuliert. Ich kenne die Auseinandersetzungen, ich bin bei den Gesprächen dabei gewesen. Ich sage Ihnen ganz offen: Stärker als bei jeder Bundestagswahl zuvor haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die Situation der Kommunen durch mehr Investitionen in die Infrastruktur zu verbessern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt passiert das im Bereich der Städtebauförderung durch mehr unmittelbare finanzielle Entlastung, und zwar sowohl 2014 und 2015 als auch 2016.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Antworten Sie auf die Frage!)

Wir werden relativ schnell mit der Umsetzung des Bundesleistungsgesetzes beginnen. Man kann es nicht übers Knie brechen, aber wir werden diese Zielsetzung verfolgen. Insofern gebe ich Ihnen von vorne bis hinten nicht recht; denn wir sind ehrlich mit unseren eigenen Leuten umgegangen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Ich will darauf aufmerksam machen – das knüpft an Ihre Ausführungen an –, dass die Kommunen trotz Investitionsverzicht, trotz dramatischer Einsparungen bei den Personalkosten – wenn Sie die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken lesen, werden Sie sehen, dass die Kommunen deutlich mehr Personal eingespart haben als etwa der Bund und erst recht als die Länder –, trotz hoher lokaler Steuern und Gebühren nicht in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen, weil die Dynamik der Sozialausgaben sehr viel dramatischer ist. Das ist der Grund, warum wir von einer Vergleichenfallsrede nicht, weil wir anklagen, sondern weil die Schere, die immer weiter auseinandergeht, nicht zu schließen ist. Deswegen brauchen wir hier konkrete Konzepte.

Ich will das Thema „klebende Finger der Länder“ aufgreifen. Wir alle wissen, dass es so etwas gibt. Wenn neun Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland jedoch mittlerweile Finanzierungsprogramme für strukturschwache Kommunen im eigenen Land mit eigenen Mitteln ausstatten, dann kann man das so nicht einfach stehen lassen. Da das Schwarze-Peter-Spiel auf Dauer nicht weiterhilft, müssen wir uns den Ursachen zuwenden.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zum Thema Sozialausgaben. Es geht hier nicht nur um die Eingliederungshilfe, aber ich spreche sie an, weil sie mit Abstand die größte Dynamik aufweist. Von 1991 bis 2011, also seit 20 Jahren, wächst die Zahl derjenigen, die Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen von 324 000 auf 790 000 Personen. Die Aufwendungen sind in 20 Jahren von 4,1 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro gestiegen. Das war 2011, Herr Kauder. Im Moment sind wir bei 16 Milliarden. Die Kosten werden in neun Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland, die etwa 60 Millionen Menschen repräsentieren, allein von den Kommunen finanziert.

Diese Situation ist schlicht und ergreifend so nicht tragbar. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Was müssen wir tun? In Bezug auf die Eingliederungshilfe müssen wir aus der Fürsorgeaufgabe der 60er-Jahre eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe machen, erst recht vor dem Hintergrund der Behindertenrechtskonvention, die wir gestalten wollen. „Gestalten wollen“ heißt nicht, die Angelegenheit auf dem Rücken der Betroffenen auszutragen. Dieses Thema werden wir angehen. Das ist aber eine Aufgabe, die Zeit braucht.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass es ein Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern war, dass die Kosten der Grundsicherung im Alter vollständig vom Bund übernommen werden. Ohne die SPD wäre das im Vermittlungsverfahren nicht gelungen. Folgerichtig ist, dass die damit verbundene dritte Stufe der Entlastung in Höhe von 1,1 Milliarden Euro im Koalitionsvertrag für 2014 aufgenommen worden ist. Da stehen diese 1,1 Milliarden Euro drin. Das ist nicht die zusätzliche Milliarde, die Sie, Frau Haßelmann, fordern. Ich will an dieser Stelle aber darauf hinweisen, dass diese zusätzliche Milliarde nicht einmal der Bundesrat fordert. Auch das von Grün-Rot regierte Baden-Württemberg fordert das nicht.

Der Ausbau dieser Finanzierungsmaßnahmen ist, glaube ich, nachvollziehbar – eben ist schon einmal darauf aufmerksam gemacht worden; ich habe es auch schon gesagt –: Die Fortsetzung der Zahlung der Entflechtungsmittel, steuer- oder bildungspolitische Entscheidungen, Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro und die Einführung des Mindestlohns – das will ich an dieser Stelle einmal sagen –, die die Kommunen vermutlich um einen dreistelligen Millionenbetrag entlasten wird, weil die Zahl der Aufstocker deutlich zurückgehen wird, das alles sind konkrete Entlastungen der Kommunen, für die diese Koalition steht. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf dieser Linie liegt auch die finanzielle Entlastung der Kommunen durch ein modernes Teilhaberecht. Es geht nicht einfach nur um mehr Geld, sondern es geht um ein Teilhaberecht, das die bestehende Ausgabendynamik bremst und keine neue schafft. Daran soll sich der Bund aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung heraus beteiligen. Wir unterstützen deswegen die Bundessozialministerin in ihrem Vorhaben, dieses Gesetz im Jahre 2016 dem Parlament zur Beschlussfassung vorzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Daldrup, Sie denken an die vereinbarte Redezeit?

(A) **Bernhard Daldrup (SPD):**

Selbstverständlich. Ich bin letztes Mal dafür gelobt worden, dass ich sie eingehalten habe. Ich dachte, dass ich einen kleinen Bonus hätte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will zum Schluss kommen. Was ist die Perspektive des Bundesleistungsgesetzes? 2015 bzw. 2016 kommt die Milliarde; darauf ist hingewiesen worden. Möglicherweise können wir uns hinsichtlich der KdU verständigen. Das wäre durchaus wünschenswert und angesichts der sozialpolitischen Herausforderungen vernünftig.

Ich will darauf aufmerksam machen, dass die Koalition die Kommunen an der Gestaltung der zukünftigen Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern beteiligen will. Auch diesbezüglich werden die Kommunen also dabei sein.

Eine letzte Bemerkung: Sie sehen, diese Koalition macht die finanzielle Stärkung der Kommunen zu einem Kernanliegen dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für uns sind die Kommunen kein Kellergeschoss der Demokratie. Für uns sind sie der Nukleus guter Lebensqualität. Die Sicherstellung der finanziellen Zukunftsfähigkeit der Kommunen ist deshalb ein Ziel, das wir mit Entschiedenheit verfolgen werden.

Herzlichen Dank.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Jetzt spricht der Kollege Alois Karl für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Alois Karl (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Mai sind in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen, und im April stellen die Grünen einen Antrag, die Kommunen um 1 Milliarde Euro zu entlasten.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Passt doch, oder?)

Ein Schelm, der Übles dabei denkt.

Viele von uns sind auch Kommunalpolitiker. Wir wissen, dass es strukturschwache Gegenden schon immer gegeben hat, strukturstarke übrigens auch. Strukturschwäche, meine lieben Kollegen von den Grünen, die Sie den Antrag gestellt haben, ist nichts Gottgegebenes, ist etwas anderes als eine von den zehn Plagen, von denen das Alte Testament spricht, die über Ägypten gekommen sind, weil man sich dem Willen Gottes widersetzt hat. Die Strukturschwäche, von der Sie reden, ist kein dauerhafter Schicksalsschlag. Dieses Argument

(C) nutzt sich mit der Zeit ab. Sie meinen, indem wir 1 Milliarde Euro über den Tisch schieben, könnten wir die Probleme, die Sie in Ihrem Antrag angesprochen haben, lösen. Mitnichten ist das der Fall. Sie gaukeln den Leuten vor, dass man mit dem Herüberschieben eines Paketes mit 1 Milliarde Euro die Probleme, die Sie angesprochen haben, lösen könnte. Mit nachhaltiger Politik, liebe Frau Haßelmann, hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun, mit Populismus schon eher.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alexander Ulrich [DIE LINKE])

Mir ist bei den Gedanken, die ich mir zu dieser Rede gemacht habe, auch Bundeskanzler Helmut Kohl in den Sinn gekommen, der von blühenden Landschaften gesprochen hat. In der Tat: In vielen Gegenden unseres Landes, in Sachsen, in Thüringen, in manchen anderen Bundesländern auch und in meinem Bundesland Bayern sowieso, können wir von blühenden Landschaften sprechen,

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil die jahrzehntelang Geld aus NRW bekommen haben!)

aber nur deshalb, weil sich Strukturen geändert haben. Seit Jahren haben wir uns darangemacht, Strukturen zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Alexander Ulrich [DIE LINKE])

(D) – Mein Guter, im Jahr 1957 ist das Saarland das elfte Bundesland geworden. – Bayern lag damals mit Abstand strukturlitisch, finanzpolitisch und wirtschaftspolitisch auf dem letzten Platz. Heute befinden wir uns bei allen Rankings an erster oder zweiter Stelle,

(Manfred Zöllmer [SPD]: Wer hat euch damals geholfen?)

und zwar nur deshalb, weil damals der Mut vorhanden war, alte Strukturen zu verändern.

Strukturschwäche hat damit zu tun, dass manche Gegenden nicht wettbewerbsfähig sind. „Nicht wettbewerbsfähig“ heißt: Unternehmungen und Unternehmer siedeln sich nicht an, Arbeitsplätze werden nicht geschaffen, die Arbeitslosigkeit steigt, Sozialabgaben gehen nicht ein, Steuern werden nicht gezahlt, die kommunalen Haushalte erleiden Defizite und müssen dies mit Schulden ausgleichen. Das beraubt auch die nächste Generation der Freiheit. Unsere nächste Generation hat nicht mehr die Freiheit, ordentlich Kommunalpolitik zu betreiben, wenn sie einen großen Teil des Haushaltes für den Schuldendienst aufbringen muss. Das ist der eigentliche große Skandal: dass wir häufig verschuldete Haushalte vorfinden.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Und was machen wir dagegen?)

Heute ist schon ein paar Mal angesprochen worden, dass die Kommunen insgesamt gesehen im letzten Jahr 1,1 Milliarden Euro Überschuss erzielt haben – so steht es auch in Ihrem Antrag –, während der Bund 22 Milliarden Euro De-

Alois Karl

- (A) fizit gemacht hat. Wir haben ein Defizit von 22 Milliarden Euro und sollen 1 Milliarde Euro zusätzlich zahlen. Allein daran erkennen Sie schon, dass das so nicht geht.

Die Schulden sind ungleich verteilt; auch das ist schon gesagt worden. Natürlich gibt es in Deutschland zusammengerechnet etwa 130 Milliarden Euro Schulden bei den Kommunen, etwa 47, 48 Milliarden Euro Kassenkredite. Wenn wir uns das anschauen, sehen wir, dass die Schulden in der Tat ungleich verteilt sind. Etwa die Hälfte der gesamten Kassenkredite, etwa 24 Milliarden Euro, konzentrieren sich auf lediglich 27 Städte, 16 davon in Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

Ein Viertel dieser Kassenkredite, etwa 12 Milliarden Euro, konzentrieren sich auf lediglich acht Städte, sieben davon in Nordrhein-Westfalen. Ich muss Sie, liebe Frau Haßelmann, fragen: Gibt es Ihnen nicht zu denken, dass sich an diesen desaströsen Verhältnissen, die Sie selber in Ihrem Antrag beschreiben, auch in der Zeit, in der Sie in Nordrhein-Westfalen an der Regierung mitwirken, bisher nichts, aber auch gar nichts zum Besseren gewendet hat? Diese Frage müssen wir Ihnen direkt stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Bernhard Daldrup [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Wenn Sie meinen, die Probleme dadurch lösen zu können, dass 1 Milliarde Euro über den Tisch gehen – es geht darum, sozusagen eine schnelle Mark zu machen –, dann meine ich, machen Sie sich so, wie Sie das ausgedrückt haben, einen schlanken Fuß. Da gehen Ihnen sehr schnell die Argumente aus.

(B)

Auf die Finanzverfassung möchte ich nicht näher eingehen; das hat Kollege Berghegger vorhin schon getan. Dennoch sei gesagt, dass wir in dem Jahrzehnt leben, in dem die Kommunen mehr entlastet werden als jemals zuvor. Wenn Sie die Kosten für die Grundsicherung, die Beiträge für den Ausbau der U-3-Betreuungsplätze, die KdU, die Städtebauförderung, die Eingliederungshilfe usw. zusammenrechnen, kommen Sie auf einen Betrag von weit mehr als 150 Milliarden Euro. Dieses Geld wird in diesem Jahrzehnt von Bundesseite auf die Seite der Kommunen geschoben. Das ist eine großartige Leistung, die wir erbringen, obwohl wir unseren Haushalt sanieren.

Unsere Aufgabe ist es auch, für solide Finanzen im Bund zu sorgen. Wir haben versprochen – wir werden das machen und das Versprechen einhalten –, ab dem nächsten Jahr, ab 2015, keine neuen Schulden zu machen. Auch das ist ein großartiger Beitrag zugunsten der Kommunen.

In Wahrheit würden wir mit Ihren Vorschlägen nicht ein einziges Problem lösen. Ich appelliere an Ihre Weitsicht und Ihre Ernsthaftigkeit: Unterstützen Sie unsere Finanzpolitik! Sie ist nämlich auf eine langfristige Solidität ausgerichtet. Sie ist auf Dauerhaftigkeit ausgerichtet und darauf, dass wir nicht mehr Geld ausgeben wollen, als wir einnehmen. Das ist nachhaltig. Frau Haßelmann, so geht Politik. Ihr Antrag geht in die verkehrte Richtung. Aus dem Grunde lehnen wir ihn ab.

Vielen herzlichen Dank.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Johannes Kahrs, SPD, das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Johannes Kahrs (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mich zu dem äußere, was der Kollege Karl gesagt hat, möchte ich eingedenk des guten Verhältnisses innerhalb unserer Koalition dem Kollegen Eckhardt Rehberg zum 60. Geburtstag gratulieren. Lieber Ecki, wir werden dich nachher noch angemessen feiern.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem ich jetzt sehr viel positives Kapital aufgebaut habe,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

werde ich einen Teil davon wieder aufbrauchen. Der Kollege Karl hat ja eben gesagt, dass man Strukturen ändern muss. Das ist richtig. Aber dafür braucht man Hilfe. Bestes Beispiel: Bayern.

(Manfred Zöllmer [SPD]: Richtig!)

(D)

Die sozialdemokratisch regierten Länder Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Saarland haben in den zurückliegenden Jahrzehnten viel Geld in Bayern investiert, um den Strukturwandel, der in Bayern stattgefunden hat, zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, ein Großteil der Republik war solidarisch und hat geholfen, damit in Bayern auch Gegenden, die es schwer haben, die Chance bekommen, sich etwas aufzubauen, das heute Früchte trägt. Das ist übrigens auch gut so.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Kahrs, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Karl?

Johannes Kahrs (SPD):

Aber selbstverständlich, ich schätze ihn ja sehr.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das stimmt nachdenklich!)

Alois Karl (CDU/CSU):

Lieber Kollege Kahrs, wir schätzen uns beide. „k. und k.“ kann man fast sagen – aber ich meine nicht die Monarchie.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Alois Karl

- (A) Das Thema Länderfinanzausgleich habe ich bewusst nicht angesprochen, weil ich niemandem zu sehr auf die Füße treten und auch nicht zu beweihräuchernd wirken wollte. Sie hätten die Gelegenheit gehabt, zu schweigen. Sie haben das leider nicht gemacht.

(Heiterkeit)

Darum möchte ich der Wahrheit ein wenig Geltung verschaffen. Wir haben in Bayern in der Tat über 38 Jahre –

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Karl, das ist eine Zwischenfrage.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Nein, nein! Es gibt auch Bemerkungen!)

Sie sollten Ihre Bemerkung also in eine Frage kleiden.

Alois Karl (CDU/CSU):

Herr Präsident, lassen Sie meiner Frage einen gewissen Anlauf.

(Heiterkeit)

Wir sind sehr dankbar, dass Bayern als strukturschwaches Land – ich habe das ausgeführt – über 38 Jahre hinweg Mittel im Rahmen des Länderfinanzausgleichs erhalten hat, lieber Kollege Kahrs, nämlich insgesamt 3,4 Milliarden Euro. Aber seit dem Jahr 2001, also die letzten 13 Jahre, zahlt Bayern Geld zurück – Bayern ist das einzige Land, das von einem Nehmerland zu einem Geberland geworden ist –, bisher bereits einen Betrag in Höhe von 46 Milliarden Euro.

(B)

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht preisbereinigt!)

Wir haben im Jahr 2013 4,3 Milliarden Euro gezahlt. Ich glaube schon, dass das ein gutes Beispiel dafür ist, dass ein Land von einem strukturschwachen zu einem strukturstarken Land und sogar zu einem Geberland werden kann.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kaufkraftbereinigt müssen Sie das berechnen! Das ist ja billig!)

Meinen Sie nicht, lieber Herr Kollege Kahrs – das ist meine Frage –, dass das auch für andere Länder ein durchaus gutes Beispiel sein kann?

(Beifall bei der CDU/CSU – Abg. Alois Karl [CDU/CSU] nimmt wieder Platz)

Johannes Kahrs (SPD):

Herr Kollege, nach den Spielregeln des Hauses müssen Sie stehen bleiben, während ich Ihre Frage beantworte.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Alois Karl [CDU/CSU] erhebt sich)

In der Sache haben Sie selbstverständlich recht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

– Hat er. – Natürlich ist es so: Wenn es einem Land schlecht geht, wie es Bayern schlecht gegangen ist, es die Solidarität des Bundes erhält, man also hilft und aus dem Land etwas Anständiges wird, dann ist das eine gute Sache. Ich finde, dass Sie da recht haben, und ich glaube, dass wir diese Chance auch anderen Ländern geben sollten.

(C)

Im Kern ist es doch so: Wenn das Prinzip, dass Hilfe funktionieren kann, richtig ist und es nicht gottgegeben ist, dass es denen, denen es schlecht geht, ewig schlecht geht, sondern man ihnen hilft, damit es ihnen irgendwann besser geht – auch im Grundgesetz sind ja gleiche Lebensverhältnisse in dieser Republik garantiert; wir alle arbeiten daran –, dann ist es doch folgerichtig, dass man versuchen sollte, das gute Beispiel, das Bayern abgegeben hat, in anderen Ländern zu wiederholen. Wir haben euch geholfen, ihr habt euch angemessen aufgeführt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

es hat funktioniert, und alles ist wunderbar. Das ist völlig in Ordnung. Diesem Prinzip folgend, muss man sich natürlich darüber unterhalten, ob diejenigen, die früher geholfen haben – Sie haben die Milliardenbeträge genannt – die D-Mark war in den 50er- und 60er-Jahren deutlich mehr wert als der Euro heute –, die man sich jedoch preisbereinigt angucken muss. Das sage ich, ohne das bayerische Engagement schmälern zu wollen. Ich möchte nur anmerken: Hamburg hat immer gezahlt.

Diesem Beispiel Bayerns folgend, müssten wir uns jetzt eigentlich daranmachen –

(D)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Geh mal wieder zum Manuskript zurück!)

– Ich genieße doch, dass der Kollege steht.

(Heiterkeit)

Das reize ich jetzt so lange aus, wie der Präsident mir die Chance dazu gibt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Er kann ihn zum Sitzen bringen!)

Das heißt – damit komme ich zum Ende, damit der Kollege sich setzen kann; man muss den Menschen die Chance geben, etwas dazulernen –, dass wir diesem Prinzip weiter folgen wollen. – Jetzt können Sie sich setzen, Herr Kollege; ich fahre fort.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Oberlehrerhaft! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Arrogant!)

– Das war nicht arrogant.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Doch! Das war es jetzt schon wieder!)

Da war ich einfach hilfsbereit im besten koalitionsären Sinne. Wir schätzen uns ja.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das merkt man!)

Johannes Kahrs

- (A) Das heißt also, dass wir in der Koalition – so steht es auch in unserem Koalitionsvertrag – natürlich denjenigen helfen wollen, die die Hilfe brauchen. Allerdings gilt – das ist von dem Kollegen schon gesagt worden –: Wenn man hilft, dann muss es auch zielgenau sein. In unserem Koalitionsvertrag steht:

Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden.

Das ist von den Grünen schon erwähnt worden.

Im Jahr 2014 erfolgt ohnehin die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und damit eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Mrd. Euro. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes

– das muss ja erst noch geschehen –

beginnen wir mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr.

Das wird in 2015 so anfangen.

- (B) Wenn man dem Prinzip des Kollegen Karl folgt, dass man denjenigen helfen soll, denen es nicht so gut geht, müssen wir einen Weg finden, wie wir denjenigen, denen es besonders schlecht geht, dieses Geld zukommen lassen. Das heißt, wir alle müssen uns gemeinsam anstrengen, im Gesetzgebungsverfahren einen Weg zu finden, wie wir die Finanzierung der Kommunen vernünftig organisieren, damit das wie in Bayern läuft: Denen, denen es nicht so gut geht, wird gegeben, damit sie die Chance haben, ihre Verhältnisse zu verbessern.

Das ist in dieser Republik häufiger, in unterschiedlichen Variationen, gelungen. Ich glaube, das hat nichts damit zu tun, ob man gut oder schlecht wirtschaftet; das hat etwas mit Strukturwandel zu tun, mit Dingen, die auf dem Weltmarkt laufen oder nicht. Das kann man sich angucken. Es gibt Länder, die SPD-regiert waren und Nehmerländer wurden. Es gibt CDU-regierte Länder, denen es auch heute nicht gut geht. Da wird man einen Weg finden müssen.

Deswegen hat diese Koalition – das finde ich wichtig, richtig und gut – im Koalitionsvertrag an vielerlei Stellen gesagt, was wir alles für die Kommunen und für die Länder tun wollen. Mir ist es wichtig, dass wir hier noch einmal sagen, dass eine Entlastung der Länder nicht heißt, dass alles bei den Ländern bleibt; auch die Länder müssen in ihrem Rahmen dafür sorgen, dass die Kommunen entlastet werden. Das alles muss gemeinsam vernünftig laufen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben das in den Koalitionsverhandlungen beschlossen; ich könnte jetzt den Koalitionsvertrag zitieren. Dabei geht es um den Bereich der Städtebauförde-

runge; die Zahlen sind genannt worden. Dabei geht es darum, dass wir 6 Milliarden Euro an die Länder geben für den ganzen Bereich der Kinderbetreuung, für die großen Herausforderungen wie Schule, Hochschule und andere Dinge. Wir werden in den folgenden Wochen und Monaten gemeinsam die Frage diskutieren: Wie macht man das am vernünftigsten? Wie kriegen wir es hin, dass die Kommunen, die Probleme haben, entlastet werden? (C)

Ich glaube, dass es gut war, dass die SPD im Bundestagswahlkampf dieses Thema aufgegriffen hat, dass ihr alle gefolgt sind, dass dieses Thema jetzt auf die Tagesordnung kommt, dass wir alle ein Bewusstsein dafür haben: Man muss etwas für die Kommunen tun. – Das eint uns in diesem Hohen Hause. Jetzt müssen Taten folgen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Letzter Redner in dieser Aussprache ist der Kollege Ingbert Liebing, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ingbert Liebing (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Eigentlicher Anlass für diese Debatte ist der Antrag der Grünen. Ich möchte gerne zu Beginn meiner Ausführungen feststellen, dass manche Fakten, die Sie dort aufgelistet haben, sicherlich zutreffen. Es gibt viele Kommunen, die gewaltige finanzielle Probleme haben. Aber Sie haben zu Recht auch auf die Unterschiedlichkeit der Probleme hingewiesen. Nun könnte man durchdeklinieren, in welchen Bundesländern die kommunalen Finanzprobleme am größten sind. Man könnte darauf hinweisen, dass das in erster Linie rot-grün regierte Länder sind, vor allem Nordrhein-Westfalen, vor allem Rheinland-Pfalz. Ich will das gar nicht tun. (D)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Von verschiedenen Rednern ist schon darauf hingewiesen worden, dass in erster Linie die Bundesländer in der Verantwortung stehen, für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde, es ist gerade deshalb lohnenswert, sich einmal anzuschauen, wie sich die Grünen in der Regierungsverantwortung verhalten, dort wo sie Verantwortung für die Kommunen tragen. Wir können nach Nordrhein-Westfalen schauen. Da lassen sie die Kommunen beim Thema Inklusion im Stich. Ich finde schon dreist, wenn Frau Löhrmann gegenüber den Kommunen sagt: Über das Thema Inklusion braucht ihr euch keine Gedanken zu machen. Das bezahlt ja nachher der Bund mit der Eingliederungshilfe. – Meine Damen und Herren, so haben wir miteinander nicht gewettet.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da lassen Sie die Kommunen im Stich.

Ingbert Liebing

- (A) In Rheinland-Pfalz schlittert die rot-grüne Landesregierung in den nächsten Verfassungskonflikt mit den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich. In Niedersachsen gibt es einen Heidenräger über die Kommunalstrukturen. In meinem Heimatland, in Schleswig-Holstein, feiert sich eine grüne Finanzministerin für einen positiven Jahresabschluss 2013: 115 Millionen Euro Überschuss im Haushalt 2013. Aber sie verschweigt, dass in diesem Jahr gleichzeitig 120 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich zulasten der Kommunen entnommen wurden. Nur dadurch konnte diese Rechnung aufgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Von den Bundesmitteln, die im Bereich der Grundsicherung an die Länder fließen, behält diese grüne Finanzministerin über 40 Millionen Euro in der Landeskasse ein – zulasten der Kommunen. Das ist die Wirklichkeit, für die Sie in den Ländern Verantwortung tragen. Auch das gehört zur Geschichte dazu.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eben ist schon viel über den Strukturwandel und die Strukturprobleme gesagt worden, die ebenfalls zu den Finanzproblemen der Kommunen führen. Ja, es ist sicherlich so, dass es Strukturprobleme gibt. Aber unser Anspruch ist, dass wir die Ursachen dieser Probleme angehen wollen, dass wir den Strukturwandel tatsächlich gestalten wollen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb 2018!)

- (B) Ich habe den Eindruck, bei Ihnen geht es nur darum, möglichst viel Geld zu bekommen, um die Probleme finanziell zu lösen. Wir dagegen wollen die Ursachen dieser Probleme beseitigen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich verweise Sie nur auf Ihren Koalitionsvertrag! Sagen Sie doch mal was dazu!)

Angesichts der Bilanz, für die Sie Verantwortung tragen, brauchen wir uns von Ihnen, den Grünen, überhaupt keine Nachhilfe erteilen zu lassen. Wir leisten etwas für die Kommunen. Die Kollegen Alois Karl und André Berghegger haben darauf bereits hingewiesen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2018 regieren Sie doch vielleicht gar nicht mehr!)

Ich lade Sie ein, beim Thema Eingliederungshilfe, wenn wir über ein Bundesleistungsgesetz sprechen, auch zu liefern: mit dafür zu sorgen, dass die Ausgabendynamik begrenzt wird, dass wir nicht jedes Jahr wieder neue Ausgabensteigerungen zulasten der Kommunen haben und dass am Ende tatsächlich eine Entlastung der Kommunen steht. Da können Sie liefern, Frau Haßelmann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Besonders in Nordrhein-Westfalen wird sehr stark eine Diskussion geführt, die Kritik in Richtung Bundesregierung und am Bundesfinanzminister persönlich ent-

hält. Ich lese, dass der eine oder andere schreibt, Schäuble spare seinen Haushalt zulasten der Kommunen zurecht. Unglaublich! Das ist schlichtweg falsch. Bei einem Bundeshaushalt 2014, der 1,6 Milliarden Euro mehr für die Kommunen enthält als der Haushalt des Vorjahres, kann man doch nicht sagen, Herr Schäuble spare sich den Haushalt zulasten der Kommunen zurecht. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist auch kein Widerspruch, wenn wir sagen: Unsere Politik ist eine kommunalfreundliche Politik; wir wollen dort, wo wir können, den Kommunen helfen, und wir leisten trotzdem Haushaltskonsolidierung. – Das eine bedingt das andere. Nur dann, wenn wir unseren Haushalt tatsächlich in Ordnung gebracht haben, sind wir auch in der Lage, andere Aufgaben wahrzunehmen und auch den Kommunen zu helfen.

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann sind denn die Mittel für die Eingliederungshilfe eingestellt?)

Dass wir die Aufgabe der Grundsicherung im Alter übernommen haben, war doch nur deswegen möglich, weil wir in der vergangenen Wahlperiode ein konstantes Ausgabenvolumen gehalten und nicht jedes Jahr draufgepackt haben. Während wir das Ausgabenvolumen im Bundeshaushalt über vier Jahre konstant gehalten haben und gleichzeitig 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Kommunen im Bereich der Grundsicherung mobilisiert haben, hat die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen das Ausgabenvolumen im Landeshaushalt um 11 Prozent gesteigert. Das ist der Unterschied. Deswegen ist Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage, die eigene Verantwortung für die Kommunen wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gezeigt, was kluge Politik ist. Diese Politik hilft auch den Kommunen. Orientieren Sie sich daran! Machen Sie dabei mit! Dann dient es auch den Kommunen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe des Abg. Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank, Herr Kollege Liebing.

Damit kämen wir, wenn es nicht noch weitere Anmerkungen gibt, zum Schluss dieser Debatte.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Es gäbe noch viel zu sagen!)

Dann schließe ich diese Debatte.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/975 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Vizepräsident Johannes Singhammer

(A) Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Tätigkeitsbericht 2012/2013 der Bundesnetzagentur – Telekommunikation

mit

Sondergutachten der Monopolkommission – Telekommunikation 2013: Vielfalt auf den Märkten erhalten

Drucksache 18/209

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss Digitale Agenda

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind auch für diese Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Erster Redner ist der Kollege Klaus Barthel, SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Barthel (SPD):

(B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Neben dem Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur zeigt das zugehörige Sondergutachten der Monopolkommission auf knapp 100 Seiten auf, was sich in der Telekommunikationsbranche so tut. Auf über 250 Seiten wird darüber hinaus dargestellt, was die Bundesnetzagentur in diesem Bereich alles leistet: von der Marktregulierung über die Nummerierung, die Frequenzvergabe, den Verbraucherschutz, den Datenschutz, die internationale Arbeit bis hin zur technischen Überwachung, zur Störungsbearbeitung, zum Messdienst, zur elektromagnetischen Verträglichkeit usw.

Ich glaube, es ist an dieser Stelle erst einmal geboten, dass wir unsere Anerkennung aussprechen für die Arbeit, die bei dieser Behörde geleistet wird, zum einen in der Zentrale, aber auch in den Außenstellen, die direkt in den Regionen liegen und damit in den Wahlkreisen von vielen von uns. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir auch heute noch einmal von hier das Signal senden, dass wir uns bewusst sind, dass die Bundesnetzagentur dafür auch die entsprechende personelle Ausstattung braucht, und dass wir auch gemeinsam dafür eintreten, dass die Zahl der Außenstellen in der Fläche nicht reduziert wird, damit die Bundesnetzagentur in der Fläche präsent bleibt.

Es ist der Bundesnetzagentur gelungen, denke ich – das zeigt auch der Bericht –, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Das ist angesichts des Drucks, dem sie oft ausgesetzt ist, nicht einfach. Auf Veranstaltungen von einschlägig Betroffenen aus der Branche wurden wir in regelmäßigen Abständen – alle halbe Jahre, immer mal

wieder – mit totalen Untergangsszenarien konfrontiert, zum Beispiel als es darum ging, den Endkundenpreis für die TAL-Leitung neu festzulegen, oder als es um das Vectoring ging. Jedes Mal war entweder die Rede davon, dass jetzt der Wettbewerb endgültig zusammenbricht und eine Remonopolisierung kommt oder dass die Deutsche Telekom ruiniert wird und Hunderttausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel stehen. Die Bundesnetzagentur hat es offensichtlich geschafft, immer wieder einen Weg zu finden, der für alle Marktteilnehmer gangbar und verkraftbar war. Das bestätigt auch die Stellungnahme der Monopolkommission. Deswegen muss man dieses Lob auch an dieser Stelle noch einmal aussprechen. (C)

Ich glaube aber, wir müssen noch weiter schauen. In dieser Runde ist es, denke ich, nicht nötig, etwas zur Bedeutung von modernen, leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastrukturen zu sagen. Sie sind das Rückgrat der digitalen Wirtschaft, wie es so oft heißt, und sie sind auch das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Denken Sie nur an die berühmten Datenautobahnen. Die entsprechenden Sonntagsreden kennen Sie alle. Dieses Rückgrat spielt auch bei der digitalen Agenda eine besondere Rolle.

Die IKT-Wirtschaft in Deutschland boomt: Der Jahresumsatz beträgt 228 Milliarden Euro mit ständig steigender Tendenz, die Bruttowertschöpfung liegt bei 85 Milliarden Euro, die Investitionen belaufen sich auf 18,2 Milliarden Euro. 900 000 Arbeitsplätze gibt es direkt in diesem Bereich und 360 000 in unmittelbarer Abhängigkeit davon. Das ist vom ökonomischen Gewicht her neben der Automobilindustrie und dem Maschinenbau also ein Kernbereich der deutschen Wirtschaft, und das ist ein Leitmarkt mit überdurchschnittlichen Investitionen und Innovationskraft. (D)

Jetzt kommt das Aber: Wenn wir uns den Telekommunikationssektor anschauen, von dem in dem vorliegenden Tätigkeitsbericht die Rede ist, dann haben wir schon Grund, uns mit der Sorge zu befassen, wie es um das Rückgrat bestellt ist. Der Einschätzung der Bundesnetzagentur kann ich nicht folgen, wenn hier viel von Wachstumsdynamik und Wettbewerb die Rede ist; denn die Fakten in dem Bericht sprechen eine klare Sprache: Wir haben es im Telekommunikationssektor mit rückläufigen Umsätzen zu tun. Auf dem Höhepunkt Mitte der 2000er-Jahre waren es 67 Milliarden Euro, jetzt sind es nur noch 57 Milliarden Euro. Es sind stagnierende bis rückläufige Investitionen zu verzeichnen. Sie betragen jedes Jahr nur noch gut 6 Milliarden Euro. Es waren einmal viel mehr; 2007 waren es zum Beispiel noch 7,2 Milliarden Euro. Auch die Beschäftigung ist rückläufig; sie sank in den letzten zehn Jahren um etwa ein Viertel. Daneben ist nach dem ehemaligen Internetboom und der Dotcom-Blase eine nachhaltige Investitionsblöcke festzustellen.

Der Wettbewerb ist intensiv, die Preise und Margen sinken, aber auch die Investitionen gehen zurück und konzentrieren sich immer mehr auf die Ballungsräume. Es steht heute kaum noch jemand dagegen auf, wenn man sagt, beim Aufbau der Telekommunikationsinfra-

Klaus Barthel

- (A) struktur in den ländlichen Räumen ist Marktversagen festzustellen.

Das bedeutet, dass die Ziele der bisherigen Bundesregierung im Hinblick auf die Breitbandstrategie ganz klar verfehlt werden. Auch darum muss man nicht herumreden. 2014, also in diesem Jahr, sollten 75 Prozent der Haushalte über einen Breitbandanschluss mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügen. Bis Ende 2012 wurden gerade einmal 56 Prozent erreicht.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Das hängt bestimmt mit der alten Bundesregierung zusammen!)

Die alte Bundesregierung hat dieses Ziel verfehlt; Herr Kollege Pfeiffer, daran waren Sie beteiligt. Sie hat im Grund nichts gemacht, außer immer neue Ziele zu proklamieren, anstatt sich darum zu bemühen, die gesetzten erst einmal zu erreichen.

- (B) Ich denke, jetzt, in der Großen Koalition, ist festzustellen: Wir bestätigen diese Ziele und kämpfen um ihre Erreichung, aber wir wollen auch Maßnahmen ergreifen, auf die ich jetzt nicht noch einmal im Einzelnen eingehen will, weil das zum Beispiel vor ein paar Wochen – am 31. Januar 2014 – mein Kollege Martin Dörmann hier an dieser Stelle schon getan hat: neues Regulierungsregime, Zusammenwirken aller Akteure – Bund, Länder, Gemeinden, Europäische Union, Bundesnetzagentur, Unternehmen –, Infrastrukturatlas, Breitbandatlas, neue Finanzierungsinstrumente, Bürgerfonds, KfW-Förderprogramm usw. Ich will stattdessen den Blick ins Ausland lenken, weil das zeigt, dass wir in Deutschland einfach mehr tun müssen:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat in der letzten Legislaturperiode beim TAB einen Bericht zur Technikfolgenabschätzung mit dem Titel „Gesetzliche Regelungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft“ angeregt. Neben den Themen Konvergenz und Leitmedien hat er sich auch mit dem Breitbandausbau beschäftigt und die Entwicklung zum Beispiel in Australien, in Finnland, in Großbritannien, in Japan, in den USA und in Deutschland untersucht.

Das gemeinsame Ergebnis für all diese Vergleichsländer ist, dass in den Ländern, in denen das Breitband erfolgreich ausgebaut worden ist, eine neue starke Rolle des Staates festgestellt wird. All diese Länder – sie sind ja sozialistischer Tendenzen gänzlich unverdächtig – sind den Weg gegangen, die Nachfrage staatlich zu stützen und anzuregen. Sie haben entweder wie Australien öffentliche Investitionen getätigt und mit staatlichem Geld eigene Infrastrukturen aufgebaut oder wie Finnland mit einer Universaldienstverpflichtung und einem Universaldienstfonds eine flächendeckende Versorgung umgesetzt.

Finnland zum Beispiel hat das Recht etabliert, dass jedem Verbraucher bis 2015 eine Verbindung mit einer Geschwindigkeit von mindestens 100 Megabit zur Verfügung steht. Das Land wird dieses Ziel im nächsten Jahr erreichen; das steht fest. Laut dem Monitoringbericht der alten Bundesregierung ist Finnland dank einer

- (C) Universaldienstverpflichtung für alle beim Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur Sieger auf der ganzen Welt, Rang 1.

Das Beispiel Finnland zeigt auch, dass eine flächendeckende Versorgung möglich ist. Bei uns zum Beispiel wird behauptet, die Europäische Union lasse das nach ihrem Wettbewerbsrecht nicht zu. Aber Finnland ist doch Mitglied der Europäischen Union, oder?

(Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Machen Sie die Mottenkiste zu!)

Das Gegenteil ist richtig. Brüssel hat jetzt darüber nachgedacht, ob man nicht doch neue Regulierungsregime braucht, bei denen mehr Wert auf Investitionen gelegt wird. Wir haben es gehört: Heute ist im Europäischen Parlament darüber diskutiert und abgestimmt worden.

- (D) In unserem Koalitionsvertrag – ich weiß nicht, ob das alle schon so richtig wahrgenommen haben – ist mit Recht von einer „Daseinsvorsorge“ in diesem Bereich die Rede. Im Grundgesetz heißt es dazu ganz klar: Der Bund steht hier in der Pflicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn hier der Bund in der Pflicht steht, dann kann man nicht einfach sagen: Das sollen jetzt einmal die Kommunen machen. – Hier gab es ja gerade eine Debatte über die finanzielle Situation der Kommunen. Wenn wir die Entwicklung so weiterlaufen lassen, wird die Spaltung in unserem Land immer größer; denn die Kommunen, die kein Geld haben, können die Breitbandinfrastruktur eben nicht ausbauen. Die anderen Kommunen, die Geld haben, werden das umso stärker tun. Auch das Telekommunikationsgesetz sieht hier eine Finanzierung durch den Bund vor.

Ich denke – Frau Staatssekretärin Bär ist hier anwesend –, dass ich da beim Minister offene Türen einrennen müsste, weil sich die CSU im Landtags- und im Bundestagswahlkampf zu der Auffassung, dass es sich hierbei um Daseinsvorsorge handelt, und zu dem Instrument des Universaldienstes bekannt hat. Wir warten hier auf Taten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen zusehen, dass die Bundesnetzagentur auf einen neuen Pfad gesetzt wird. Sie ignoriert diese Investitionsblockade ein wenig, leugnet die Notwendigkeit weiterer gesetzlicher Maßnahmen und wird dabei auch noch von der Monopolkommission, also der Gralshüterin der reinen Marktwirtschaft, unterstützt. Da wird gesagt: All das, was der Markt nicht leistet, soll mit Fördergeldern des Staates aufgefangen werden. – Das kann es nicht sein. Deswegen sage ich: Schluss mit den Denkverboten in diesem Bereich!

Wenn wir das Thema Netzneutralität ernst nehmen – in dem Bericht der Bundesnetzagentur gibt es dazu schöne Zitate –, dann müssten wir dahin kommen, dass es Netzneutralität eigentlich nur dann geben kann, wenn man gesetzlich definiert, welchen Anspruch alle Kunden gegenüber allen Anbieterinnen und Anbietern haben. Netzneutralität darf also nicht so verstanden werden, dass einfach nur der Mangel gleichmäßig alle Inhalteanbieter betrifft. Vielmehr muss es darum gehen, eine Min-

Klaus Barthel

- (A) destkapazität für alle zu schaffen, womit garantiert wird, dass die entsprechenden Angebote durchgeführt werden. Es ist also notwendig, hier klare rechtliche Regelungen zu schaffen; ansonsten reden wir immer wieder nur davon, dass die vorhandenen Engpässe gleichmäßig übers Land verteilt werden.

Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig, wie es in diesem Bericht steht, dass viele Maßnahmen auf den Weg gebracht sind: Vectoring, LTE-Ausbau und neue Frequenzen.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Barthel, denken Sie an Ihre Redezeit.

Klaus Barthel (SPD):

Das tue ich. Ich bin gerade beim Schlusssatz, Herr Präsident.

(Lachen des Abg. Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU] – Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Endlich!)

- (B) Alle diese Maßnahmen sind richtig und zu unterstützen, aber in dem Bericht wird auch deutlich, dass all das nicht ausreicht, sondern dass wir die Telekommunikationspolitik weiterentwickeln müssen. Der Koalitionsvertrag gibt dazu wertvolle Hinweise. Aber wir müssen sie auch konkretisieren, statt sie einfach nur zur Kenntnis zu nehmen und abzuheften, um dann im nächsten Jahr wieder von vorne anzufangen. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir in diesem Bereich jetzt endlich zum Handeln übergehen, nachdem bis jetzt ein paar Jahre verloren worden sind.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Herbert Behrens, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Herbert Behrens (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Preise runter, Service rauf – das ist die Zauberformel der Privatisierung, über die wir hier reden. Sie hat es vor 20 Jahren notwendig gemacht, die Bundesnetzagentur, damals noch als Regulierungsbehörde bezeichnet, einzurichten.

Preise runter, Service rauf – um nichts anderes ging es, als vor 20 Jahren die Telekom privatisiert wurde. Dem Unternehmen geht es heute gut, nicht aber allen Beschäftigten. Die Telekom gehört zu den größten Telekommunikationsunternehmen Europas und ist mit vielen Töchtern weltweit vertreten. Sie kauft und verkauft Unternehmen und deren Beschäftigte. Wenn die Geschäfte einmal nicht gut laufen, dann werden Betriebe verschertelt oder Dienstleistungen ausgegliedert. Die Beschäftigten bei T-Systems sind das jüngste Beispiel für diese Seite des Wettbewerbs: 4 900 Kolleginnen und Kollegen

- (C) sollen bis 2015 ihren Arbeitsplatz verlieren, weil die Geschäfte keinen Profit mehr abwerfen.

Davon ist natürlich nichts im Bericht der Bundesnetzagentur zu lesen.

(Klaus Barthel [SPD]: Doch!)

Für die Linke sind aber gerade diese sozialen Bedingungen der Beschäftigten und sichere Arbeitsplätze die zentralen Fragen, wenn wir über Wettbewerb in der Telekommunikation reden.

Der vorliegende Bericht gibt uns auf 370 Seiten einen tiefen Einblick in die Welt von Regulierung und Deregulierung. Sicher, wir brauchen eine starke, unabhängige und gründlich arbeitende Behörde, die den bei den Telekommunikationsunternehmen ausgelösten Wettbewerb überwacht. Aber mit großem Erstaunen muss man feststellen, welcher Aufwand getrieben wird, um die negativen Folgen eines freien Wettbewerbs in diesem Sektor zu begrenzen. Da kommt bei mir der Gedanke auf, ob die vielen personellen und finanziellen Ressourcen, die da hineinfließen, nicht viel sinnvoller eingesetzt wären, wenn damit ein wirklich gutes, kundenfreundliches Angebot geschaffen würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Es würde manchem Dresdener Bürger gut gefallen, wenn es ein vernünftiges Breitbandangebot gäbe. Mitten in der Stadt steht dort heute den meisten Menschen nur ein LTE-Angebot zur Verfügung, das regelmäßig dann an seine Grenzen stößt, wenn sich zum Beispiel Studierende und Touristen darüber ihren mobilen Internetzugang holen.

(D)

Ein gut ausgebautes Netz, ausreichende Bandbreite, verlässliche Vertragspartner: Das sind die Kriterien, an denen sich der Erfolg von Privatisierung und Wettbewerb messen lassen muss.

Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2018 flächendeckend schnelles Internet mit 50 Mbit erreichen. Davon sind wir heute noch weit entfernt, und das nicht nur auf dem flachen Land.

(Zuruf von der LINKEN: Sehr richtig!)

Knapp 80 Prozent der Anschlüsse in den Städten bieten heute 50 Mbit, was aber nicht heißt, dass wir bereits ein zukunftsweisendes Glasfasernetz hätten. Das Beispiel Dresden zeigt es. Gleichwohl wird die Infrastruktur für schnelles Internet in den Städten sehr viel schneller realisiert werden als anderswo. In den Ballungszentren rechnen sich die Investitionen, und die Telekommunikationsunternehmen fahren beträchtliche Gewinne ein.

Auf dem Land aber haben die Menschen richtig große Probleme. Der Handwerksmeister in der Prignitz in Brandenburg zum Beispiel, der sich an Ausschreibungen beteiligen will, ist auf einen vernünftigen Zugang zum Netz angewiesen. Oder nehmen wir eine Grafikerin aus Thedinghausen, einem Ort in meinem Wahlkreis: Sie will eine aufwendige Präsentation an ihren Kunden schicken. Das ist mit den Netzzugängen dort sehr schwierig. Hier zeigen sich die negativen Folgen des Wettbewerbsdogmas am deutlichsten.

Herbert Behrens

- (A) Fehlende Infrastruktur auf dem Land und anderswo darf nicht mit dem Hinweis abgetan werden, dass die Menschen dort gar kein Interesse am schnellen Internet hätten, wie es im Bericht der Bundesnetzagentur angedeutet wird. Das ist doch glatter Unsinn!

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Jeder hat das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse, egal wo er lebt. Das ist nicht nur eine politische Forderung der Linken, das ist ein Grundgesetzauftrag. In Art. 87 f Grundgesetz heißt es: Der Bund gewährleistet „im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen.“

Darum erwarte ich im nächsten Bericht der Bundesnetzagentur Aussagen darüber, mit welchen Maßnahmen diese Ziele, nämlich eine angemessene, ausreichende Dienstleistung, erreicht worden sind.

Der Bundesgerichtshof stellte 2013 fest – ich zitiere –:

Die Nutzbarkeit des Internets ist ein Wirtschaftsgut, dessen ständige Verfügbarkeit ... auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung ... von zentraler Bedeutung ist.

Im Bericht der Bundesnetzagentur dagegen heißt es, es sei – auch Zitat –

weiterhin fraglich, inwieweit durch die Nichtverfügbarkeit eines Breitbandanschlusses ... eine soziale Ausgrenzung zu befürchten ist.

- (B) Es wäre zum Totlachen, wenn es nicht so traurig wäre. Es lässt sich wirklich fragen, wer diesen Bericht geschrieben hat.

Wir als Linke fordern: Rücknahme der Deregulierung dort, wo der Wettbewerb die Gewinne privatisiert hat und Investitionen in die nicht profitablen Bereiche von den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen finanziert werden sollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU])

Die Breitbandversorgung muss zur Grundversorgung gerechnet werden. Wir brauchen schnelles Internet für alle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Kollege Barthel applaudiert gar nicht! – Gegenruf des Abg. Klaus Barthel [SPD]: Habt ihr ein Problem, oder was?)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Als nächstem Redner erteile ich für die CDU/CSU dem Kollegen Hansjörg Durz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hansjörg Durz (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 16 Jahre nach Öffnung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland können wir auf diesem Markt erhebliche

Fortschritte konstatieren. Die Monopolkommission hat ihr Sondergutachten, das wir heute gemeinsam mit dem Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur debattieren, mit dem Anspruch „Vielfalt auf den Märkten erhalten“ überschrieben. Diesem Motto kann man nur zustimmen; denn diese Vielfalt bedeutet, dass Bürger und Wirtschaft heute von einer Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen zu deutlich günstigeren Preisen profitieren. Zudem haben sich die Infrastruktur und damit die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Netze und Technologien in der Telekommunikation erheblich verbessert.

Auch wenn wir heute über den Tätigkeitsbericht der Regulierungsbehörde debattieren, deren Arbeit von uns – das ist bereits erwähnt worden – hoch geschätzt wird und deren Tätigwerden in vielen Bereichen für die Funktionsfähigkeit der Teilmärkte im Telekommunikationsbereich unverzichtbar ist, möchte ich festhalten: Regulierung ist kein Selbstzweck, sondern muss immer auf das erforderliche Maß begrenzt bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Regulierung ist dafür da, die Voraussetzungen zu schaffen, dass Wettbewerb zwischen den Akteuren sein ganzes Potenzial entfalten kann, zum Wohle der Menschen.

Die Bundesnetzagentur hat zum Ende des letzten Jahres turnusgemäß ihren sehr umfassenden Tätigkeitsbericht im Bereich der Telekommunikation vorgelegt, in dem die Lage und die Entwicklung der Branche eingehend analysiert werden. Dem Bericht sind eine ganze Reihe von Daten zu entnehmen, anhand derer sich die Trends im Bereich der Telekommunikation eindrucksvoll nachvollziehen lassen. Besonders bemerkenswert finde ich dabei jene Statistiken, die den gefühlten und immer wieder angesprochenen Trend der Digitalisierung mit handfesten Zahlen untermauern.

Während sich die Gesprächsminuten im Festnetz – sprich: die klassischen Telefongespräche – seit Jahren rückläufig entwickeln, nimmt der über das Festnetz abgewinkelte Datenverkehr rasant zu. So hat sich das durchschnittliche monatliche Datenvolumen, das über das Festnetz in Deutschland abgewinkelt wurde, in den letzten fünf Jahren verdoppelt, im Vergleich zu 2005 sogar verfünffacht, Tendenz steigend. Gleiches lässt sich im Mobilfunkbereich beobachten. Das mit Abstand stärkste Wachstum zeigt auch dort das Datenvolumen, das sich im mobilen Netz in vier Jahren verfünffacht hat. Daran wird erkennbar: Die Menschen in unserem Land sind immer häufiger und immer länger online, durch den vermehrten Einsatz von Tablets und anderen mobilen Endgeräten immer häufiger mobil online.

Die digitalen Endgeräte werden dabei selbstverständlich sowohl im geschäftlichen wie im privaten Bereich genutzt. Bankgeschäfte oder Urlaubsbuchungen werden heute von einer Vielzahl von Menschen online erledigt. Gleiches gilt für den Konsum von Unterhaltungsinhalten via Mediatheken oder anderen Streamingangeboten. Von der Bedeutung des Internets für die Wirtschaft ganz zu schweigen. Wir wissen: Die Zukunftsfähigkeit unserer

Hansjörg Durz

- (A) Volkswirtschaft und damit auch der Wohlstand unserer Gesellschaft sind abhängig vom Grad unserer Digitalisierung. Über diesbezügliche Zusammenhänge und Auswirkungen haben wir in der vorletzten Sitzungswoche im Zusammenhang mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen ausführlich debattiert.

Der Zugang zu schnellem Internet ist seit Jahren von zentraler Bedeutung. Dieser Bedarf wird weiter und in den nächsten Jahren massiv steigen, sowohl unter qualitativen als auch unter quantitativen Aspekten. Angesichts dieser Entwicklung brauchen und wollen wir den Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandnetze auch im ländlichen Raum. Wir wollen in Deutschland bis zum Jahr 2018 die schon genannte flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Megabit erreichen. Infrastrukturminister Alexander Dobrindt sprach unlängst von Innovationsgerechtigkeit als Zielstellung. Dem möchte ich mich ausdrücklich anschließen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die bisweilen feststellbare digitalisierte Spaltung zwischen urbanen Ballungszentren und dem ländlichen Raum darf sich nicht verfestigen. Gerade im ländlichen Raum, in dem der Netzausbau naturgemäß mit höheren Kosten verbunden ist, müssen wir mit Beihilfeprogrammen des Bundes und der Länder unterstützen. Diese Praxis wird auch von der Bundesnetzagentur in ihrem Bericht als sinnvoll erachtet. Der TÜV Rheinland hat in einer Studie den Finanzbedarf allein für den flächendeckenden Breitbandausbau mit 50 Megabit auf insgesamt 20 Milliarden Euro beziffert.

(B)

(Zurufe des Abg. Klaus Barthel [SPD])

Darüber hinaus dürfen wir nicht vergessen: Das Ausbauziel 50 Megabit ist nur ein Zwischenziel. Mittel- bis langfristig werden weit höhere Kapazitäten nachgefragt werden. Es dürfte allen Beteiligten klar sein: Um unsere Ziele zu erreichen, bedarf es der Zusammenführung aller vorhandenen Kapazitäten. Im Sondergutachten der Monopolkommission heißt es:

Entscheidend für den Fortbestand und die Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Markt für Breitbandanschlüsse ist, dass der Netzausbau weiterhin wettbewerbsgetrieben und anhand von privaten Investitionen erfolgt.

Mit anderen Worten: Wir brauchen ein gemeinsames Projekt von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Die von Bundesminister Dobrindt ins Leben gerufene Netzallianz Digitales Deutschland halte ich vor diesem Hintergrund für eine hervorragende Initialzündung, um alle vorhandenen Potenziale zu bündeln und möglichst effizient auszuschöpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur bietet aber auch eine gute Gelegenheit, zu betrachten, was in den vergangenen Jahren erreicht wurde, und im Rahmen einer Bestandsaufnahme kritisch zu hinterfragen, ob die getroffenen Maßnahmen auf dem Telekommunikationsmarkt den erhofften Erfolg gebracht haben.

Dazu ist erstens festzustellen: Das wettbewerbliche Leitbild hat sich als starker Motor für Investitionen, Innovationen und Wachstum im Bereich der Telekommunikation absolut bewährt. Die Öffnung der Telekommunikationsmärkte vor 16 Jahren hat den dahinter stehenden Markt grundlegend verändert und dynamisiert. Die Preise sind seither drastisch gesunken. Die Verbraucher haben heute auf nahezu allen Teilmärkten echte Auswahlmöglichkeiten zwischen einer Vielzahl von Angeboten und Wettbewerbern. Private wie geschäftliche Nutzer haben von dieser Entwicklung nachhaltig profitiert, da die Kosten für Telefonate und Internetnutzung in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen sind. Der Verbraucherpreisindex für Telekommunikation hat sich seit 1998 um knapp 40 Prozent verringert, Tendenz weiter fallend. Mit der Öffnung der Telekommunikationsmärkte wurden aber nicht nur die Preise drastisch zugunsten der Verbraucher gesenkt, sondern auch die angebotenen Leistungen sukzessive verbessert.

(C)

Das bringt mich zur zweiten Feststellung. Eine verlässliche und kluge Regulierungspraxis ist die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen in Breitbandinfrastrukturen investieren. Laut dem Bericht der Bundesnetzagentur ist die Zahl der Breitbandanschlüsse in Deutschland im letzten Jahr auf 28,4 Millionen gestiegen. Damit verfügt mittlerweile jeder dritte Haushalt in der Bundesrepublik über einen Breitbandanschluss. Im EU-weiten Vergleich liegt Deutschland damit auf Platz vier. Das ist zwar nicht unser Anspruch; aber immerhin ist es Platz vier. Auch diese Entwicklung verdanken wir einem Mehr an Wettbewerb. Verschiedene Maßnahmen der Regulierung haben dazu geführt, dass sich behutsam ein Wettbewerb auf verschiedenen Teilmärkten entwickeln konnte. Hier sei exemplarisch auf den gesamten Bereich der Vorleistungsprodukte verwiesen. Seit der vollständigen Marktöffnung wurden in Deutschland bereits über 100 Milliarden Euro in den Netzausbau investiert, im Übrigen mehr als die Hälfte von Wettbewerbern der Deutschen Telekom.

(D)

Die Beobachtung des Marktes lässt eine dritte Schlussfolgerung zu. Unternehmen investieren vor allem dort in den Netzausbau, wo sie mit anderen Anbietern im Wettbewerb stehen. Um die Ziele beim Netzausbau zu erreichen, müssen wir auf die verschiedensten Technologien zurückgreifen.

Die Entscheidung der Bundesnetzagentur zur Einführung der Vectoring-Technologie hat im vergangenen Jahr für viel Diskussionsstoff gesorgt. Durch Vectoring wird eine zeitnahe und relativ kostengünstige Aufrüstung des bestehenden Telekommunikationsnetzes ermöglicht. Als Union begrüßen wir die Ausschöpfung der sich daraus ergebenden Möglichkeiten ausdrücklich. Vectoring ist für uns ein wichtiger Baustein zur Erreichung des Etappenziels. Auch die Monopolkommission würde Vectoring als wünschenswerte Übergangstechnologie begrüßen. Klar ist aber auch, dass mittels Vectoring im Moment zwar gute Ergebnisse erzielt werden, in Zukunft aber nur begrenzte Bandbreiten verfügbar sind.

Sichtbar ist übrigens, dass der Ausbau der Vectoring-Technologie auch und gerade dort realisiert wird, wo

Hansjörg Durz

- (A) Kabelnetzbetreiber bereits Infrastruktur aufgebaut haben. Das ist in Ordnung, aber auch ein Beleg für mehr Wettbewerb.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Ziel ist es, Deutschland zum führenden digitalen Standort in Europa auszubauen. Der Tätigkeitsbericht der Bundesnetzagentur bestätigt, dass in den vergangenen Jahren viel geschehen ist. Wir wissen aber auch, dass uns auf dem Weg noch viel Arbeit bevorsteht. Dafür müssen wir sicherlich öffentliche Mittel in die Hand nehmen. Unser Ziel werden wir vor allem dann erreichen, wenn wir es schaffen, Vielfalt auf den Märkten zu erhalten und mittels Wettbewerb die notwendigen Investitionen anzustoßen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Danke schön. – Nächste Rednerin ist für Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Katharina Dröge.

Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Herr Durz hat schon vieles über die positive Entwicklung auf dem Telekommunikationsmarkt seit der Markttöffnung im Jahr 1999 gesagt. Deswegen will ich mich an dieser Stelle kurzfassen. Ich teile Ihre Analyse und finde auch, dass die Markttöffnung gezeigt hat, wie positiv der Wettbewerb für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Unternehmen in Deutschland sein kann. Seit der Markttöffnung erleben wir drastische Senkungen bei den Preisen für Festnetz-, Internet- und Handynutzung. In den ersten drei Jahren nach der Markttöffnung hatten wir teilweise Preissenkungen von bis zu 20 Prozent. Das ist eine gute Nachricht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So viel von mir zur Analyse. Sie haben viel dazu gesagt. Jetzt geht es darum, die Handlungsnotwendigkeiten zu diskutieren.

(Michaela Noll [CDU/CSU]: Langsamer!)

– Langsamer? Es tut mir leid, ich rede jetzt langsamer. Dann muss nicht so schnell mitgeschrieben werden. – Im Rahmen der Handlungsnotwendigkeiten geht es nicht nur um sinkende Preise, sondern natürlich auch um die Themen Qualität und Verbraucherzufriedenheit. Genau hier liegen für mich die Handlungsfelder, in denen sich zeigt, wie eine gute Wettbewerbspolitik aussieht. Märkte, die so kompliziert und unübersichtlich für die Verbraucherinnen und Verbraucher sind wie die Telekommunikation, brauchen Rahmenseetzungen des Staates, die bei der Orientierung helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn welcher Verbraucher ist schon in der Lage, wirklich zu beurteilen, wie hoch die Datenübertragungsrate ist, die bei ihm tatsächlich ankommt? Hier sind Informationspflichten wichtig.

- (C) Oder das Thema Anbieterwechsel. Ich weiß nicht, wer hier im Saal schon einmal versucht hat, seinen Telefonanbieter zu wechseln.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Die Hölle!)

Ich sage Ihnen: Tag für Tag versuchen es Menschen, und sie haben mit vielen Hürden und Schwierigkeiten zu kämpfen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So ist es!)

Die neue Transparenzverordnung der Bundesnetzagentur ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, auch wenn an der einen oder anderen Stelle noch kleinere Nachbesserungen notwendig sind, die wir noch am Montag im Beirat der Bundesnetzagentur diskutiert haben. Aber es ist wichtig, dass die Bundesnetzagentur ganz klar sagt, dass im Hinblick auf Transparenz und Verbraucherschutz die Selbstregulierung der Unternehmen allein nicht funktioniert, sondern dass es eines regulatorischen Rahmens hinsichtlich der Informations- und Transparenzpflichten der Anbieter bedarf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig beim Thema Wettbewerb ist auch die Frage der Netzneutralität. Sie ist ein Garant für die Chancen von kleinen und mittelständischen Unternehmen, sich in einem innovativen Markt mit guten Ideen gegen große Konzerne durchzusetzen. Ich freue mich deshalb sehr, dass das Europaparlament sich heute in einer wegweisenden Entscheidung für ein offenes und freies Internet ausgesprochen hat.

(Beifall der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Wir Grünen begrüßen es ausdrücklich, dass die Netzneutralität nun als Grundprinzip in Europa verankert ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Doch wenn Sie, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, das Ziel eines fairen Wettbewerbs und fairer Chancen tatsächlich ernst nehmen, dann müssen Sie jetzt handeln. Sie sind aufgefordert, die Netzneutralität endlich effektiv gesetzlich in Deutschland zu verankern bzw. sich dafür im Rat einzusetzen.

Das, was Herr Barthel – ich weiß nicht, wo er gerade ist – in seiner Rede zum Thema Netzneutralität und zum Thema Breitbandausbau gesagt hat, hat mich etwas gewundert. Sie, liebe SPD, sind jetzt in der Regierung. Das, was Herr Barthel hierzu gesagt hat, klang ein bisschen wie eine Oppositionsrede; er sprach davon, was man sich alles wünscht. Setzen Sie es doch einfach um! Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine grundsätzliche Bemerkung machen. Ich finde es bezeichnend, dass gerade Sie als Große Koalition – oder sollte ich besser

(D)

Katharina Dröge

- (A) sagen, als Monopolkoalition? – keine wirklich erkennbaren Anstrengungen unternehmen, um den Wettbewerb um faire Verbraucherpreise in Deutschland zu fördern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sieht man an Ihrem mangelnden Handeln in Sachen Netzneutralität und Breitbandausbau. Das sieht man genauso beim Thema Bahnpolitik. Das Bundeskartellamt hat noch vor wenigen Wochen ein Missbrauchsverfahren gegen die Deutsche Bahn eingeleitet wegen des Verdachts auf Behinderung des Wettbewerbs im Fahrkartenverkauf. Die Monopolkommission hat ganz klar gesagt, dass nur die Trennung des Schienennetzes von den Transportunternehmen einen fairen Wettbewerb garantieren kann. Doch im Koalitionsvertrag findet sich das Gegenteil, nämlich ein integrierter Bahnkonzern. Ich sage Ihnen: Eine verbraucherfreundliche Politik sieht anders aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber ganz ehrlich – damit schließe ich auch –: Mich wundert diese Politik nicht; denn die Strecke zwischen Bahn und Kanzleramt ist wahrscheinlich die einzige in Deutschland, die reibungslos funktioniert – garantiert ohne Verspätung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Abschließender Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Thomas Jarzombek, CDU/CSU.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Jarzombek (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dröge, Sie haben vollkommen recht: Die Bahn ist so pünktlich, dass der Kollege Barthel von der SPD schon zum Bahnhof gesprintet ist. Das gibt mir jetzt die Freiheit, ihn über die Ferne daran zu erinnern, dass wir inzwischen in einer Koalition sind. Das sind möglicherweise für manche hier in diesem Hause verblüffende Erkenntnisse.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde es auch ganz erstaunlich, dass man im Jahr 18 der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes ernsthaft diskutiert, ob Wettbewerb etwas Gutes ist. Ich glaube, ja.

Ich bin jetzt 40 Jahre alt. Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich als junger Mensch mit dem Mondscheintarif gequält wurde, bei dem man wirklich genau aufpassen musste, wie lange man telefoniert, weil einem jede Minute ins Portemonnaie geschnitten hat. Das ist vorbei. Als es noch ein Monopol in Deutschland gab und die Deutsche Post das Breitbandnetz ausgebaut hat – daran können Sie sich vielleicht erinnern –, gab es die OPAL, die Optische Anschlussleitung. Das hat uns nicht nach vorne gebracht, sondern das Gegenteil war der Fall. Hier wurden Standards implementiert, die uns gerade im

- (C) Osten trotz Milliardeninvestitionen eben nicht ins Breitbandzeitalter geführt haben. Deshalb, glaube ich, ist es gut, dass hier nicht ein Einziger nach eigenem Gusto entscheidet, sondern der Markt eine Rolle spielt.

Es ist auch eine Frage dessen, wie man mit den Verbraucherrechten umgeht; Sie haben das ja gerade erwähnt. Ich kenne viele Leute, die mit ihrem Anbieter unzufrieden sind und sagen: Mir reicht es; ich kündige, ich wechsle. – Das geht nur, wenn es mindestens zwei Anbieter gibt. Deshalb ist Wettbewerb etwas ganz Essenzielles. Der Wettbewerb hilft uns.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dann wird oft genug erklärt, der Wettbewerb schade den Investitionen. Das ist eine Platte, die ich in den letzten Monaten viel zu oft gehört habe. Ich glaube, gerade der heute vorliegende Bericht beweist doch das Gegenteil. Die Investitionen sind so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Interessant ist der Blick darauf, wer denn hier eigentlich investiert. Da sind die Zahlen klar verteilt: 3,5 Milliarden Euro kommen von den Privaten und nur 2,8 Milliarden Euro von der Deutschen Telekom. Ich sage ganz klar nach Bonn: Ich finde, da geht noch was.

Insofern ist es gut, dass wir private Wettbewerber haben, die momentan offensichtlich die Mehrheit der Investitionen stemmen, die wir brauchen, um Deutschland ins Breitbandzeitalter zu bringen. Da hilft uns keine Diskussion über einen Universaldienst, der genau das Gegenteil bewirkt, nämlich tatsächlich anfängt, den Wettbewerb wieder einzuschränken. In dem Augenblick, in dem wir beschließen, dass wir mit Staatsknete das Breitbandnetz ausbauen, werden doch alle diejenigen, die heute einen Ausbauplan irgendwo in Niedersachsen haben und gerade dabei sind, Kabelverzweiger zu ertüchtigen, sagen: Das stoppen wir jetzt erst einmal und warten ab, was vom Bund an Geld kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Dann gibt es den verwegenen Gedanken, man könnte auf jeden Breitbandanschluss eine Umlage erheben. Das wurde in den letzten Jahren von der damaligen Opposition viel diskutiert. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir beschäftigen uns ja jetzt im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur mit diesem Thema und wissen, glaube ich, ganz gut, wie das angefangen hat, als man auf Benzin eine Umlage für externe Kosten und dies und das erhoben hat. Die Mineralölsteuer war zwischenzeitlich höher als der Preis des Benzins. Davor warne ich. Bei allen Zielen, die wir hier verfolgen – wir reden immer so viel über Megabit, vielleicht auch noch über Latenzzeiten –: Ich finde, der Preis eines Breitbandanschlusses ist etwas sehr Wichtiges. Das ist eine Frage von gesellschaftlicher Teilhabe. Früher war der *Brockhaus* ein Statussymbol. Ich weiß gar nicht, wie viel Tausend D-Mark er gekostet hat. Mit soundso vielen Bänden, in Leder eingebunden, dokumentierte er das Bildungsbürgertum im Regal. Das konnten sich nicht viele Leute leisten. Heute gibt es für 19,90 Euro einen Breitbandanschluss, mit dem das gesamte Wissen der Welt verfügbar ist. Ich finde, das ist im Hinblick auf die gesellschaftliche Teilhabe ein Fortschritt.

Thomas Jarzombek

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb finde ich Äußerungen falsch, nach denen Internetanschlüsse in Deutschland zu billig sind. Ich glaube nicht, dass sie zu billig sind. Ich glaube, dass die Herausforderung darin besteht, die Bevölkerung dahin zu bringen, dass sie erstens die Anschlüsse bestellt und zweitens erkennt, dass man sie zu mehr nutzen kann als zur reinen Unterhaltung. Das ist eine wichtige Aufgabe bei der Vermittlung von Medienkompetenz, die wir in der Enquete-Kommission sehr umfangreich beleuchtet haben.

Es gibt an dieser Stelle viel zu tun, aber auch deutliche Erfolge. Kollege Barthel hat angemerkt, dass Finnland bei der Breitbandversorgung auf Platz eins ist, und sagte, was wir jetzt alles tun müssten. Meine Damen und Herren, im Jahr 2008 hatten gerade einmal 55 Prozent der deutschen Haushalte einen Breitbandanschluss; das heißt, fast die Hälfte war gewissermaßen offline. Im letzten Jahr waren es laut Eurostat 85 Prozent. Der Anteil der Haushalte mit Breitbandanschlüssen ist also innerhalb von fünf Jahren von 55 Prozent auf 85 Prozent angestiegen. Damit liegen wir nur 3 Prozentpunkte hinter Finnland zurück. Sicher ist es ein Ziel, den ersten Platz zu erreichen; aber die Welt ist nicht so düster, wie der Kollege es beschrieben hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, einmal dem Bundesminister Dobrindt wie auch der Staatssekretärin Dorothee Bär, die heute bei uns ist, für den sehr gelungenen Start und die gute Initiative der Netzallianz Digitales Deutschland zu danken, mit der man es geschafft hat, die Anbieter zusammenzubringen und gezielt darüber zu reden, wie man zu mehr Investitionen in den Breitbandausbau kommt. Das brauchen wir.

Ich glaube, dass auch die Strategie, die formuliert wurde, ein substanzieller Erfolg ist. Dabei geht es um die Frage: Was machen wir im Bereich der mobilen Breitbandlösungen? Es gab gestern im Ausschuss einen Bericht des Breitbandbüros des Bundes. Da hat Herr Brauckmüller, der Chef des Breitbandbüros, erklärt: 50 bis 60 Prozent der Nutzungen werden künftig mobil sein. Wenn Sie selber einmal schauen, mit welchen Geräten Sie heute online sind, dann werden Sie wenige finden, die überhaupt noch einen Anschluss für einen RJ-45-Netzstecker haben. Ich glaube, dass die mobile Nutzung das Thema der Zukunft ist. Wir wollen im Verkehr die Telematik einführen, die Maschine-zu-Maschine-Kommunikation stärken und immer mehr Smart-Geräte nutzen. Deshalb ist das wichtig.

Hier ist es ein Riesenerfolg, dass Minister wie Staatssekretärin es geschafft haben, dass, wenn es nach einer Auktion oder Vergabe – was auch immer es sein wird; ich finde übrigens, dass eine Auktion nicht unbedingt das beste Instrument sein muss, ganz im Gegenteil – zu einer Digitalen Dividende kommt, die entsprechenden Erlöse in den Breitbandausbau gehen und nicht im allgemeinen Haushalt versickern. Das ist ein großer Erfolg

des Bundesministers, und das muss man an dieser Stelle klar herausstellen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein zweiter Punkt ist wichtig, wenn es darum geht, die vorhandenen Möglichkeiten zu erschließen. Das Breitbandbüro hat im Ausschuss ausgeführt, dass man mit LTE-Advanced unter Nutzung der Frequenzen um 700 Megahertz aus der Digitalen Dividende 2 von heute 2 bis 6 Mbit mit LTE quasi mit einem Schnips auf 600 Mbit pro Sekunde kommen kann; damit wären 600 Mbit überall im ländlichen Raum verfügbar.

Das Ganze hängt jetzt an einer einzigen Stelle, nämlich bei den Ländern. Die Länder dürfen hier nicht blockieren, sondern müssen diese Frequenzen freigeben. Ganz entscheidend ist, dass die Länder am Ende nicht das tun, was sie sonst immer tun, nämlich ein Preisschild dranhängen,

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Wegelagerer!)

also gar nicht mehr auf die Sachfrage schauen, sondern nur noch fragen: Was kriegen wir denn jetzt eigentlich? Wenn die Länder ein solches Preisschild dranhängen, dann wird das zu Desinvestitionen führen. Insbesondere wird die Nagelprobe für die Länder darin bestehen, zu zeigen, dass auch sie selbst bereit sind, ihre Erlöse aus dem Projekt in den Breitbandausbau zu investieren, also bitte nicht in allen möglichen Kokolores.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist die Botschaft, die heute von hier ausgehen muss. (D)

Insofern freue ich mich sowohl auf die weiteren Beratungen in unserem neuen Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur als auch die Beratungen zur Netzneutralität im Ausschuss Digitale Agenda, der sich schon nächste Woche mit den Beschlüssen des EU-Parlaments beschäftigen wird. Auch das wird eine spannende Diskussion, auf die ich mich sehr freue.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 10.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/209 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Herbert Behrens, Dr. Gregor Gysi, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Nachtruhe am Flughafen Berlin Brandenburg sicherstellen – Antrag des Landes Brandenburg unterstützen

Drucksache 18/971

Vizepräsident Johannes Singhammer

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind auch für diese Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Thomas Nord, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Nord (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Mein Wahlkreis liegt in der Nähe des BER. Das Volksbegehren für ein konsequentes Nachtflugverbot und einen neuen Standort hatte dort eine große Lobby. Wir hätten das unterstützen können, meine Partei hat jedoch darauf verzichtet. Niemand darf Milliarden von bereits ausgegebenen Steuergeldern einfach abschreiben.

Umso konsequenter ist die Linke der Auffassung, dass die Fluglärm betroffenen einen Anspruch auf bestmöglichen Schallschutz und ein konsequentes Nachtflugverbot haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Für diese Position habe ich bei Debatten mit Bürgerinnen und Bürgern nicht nur Zustimmung erfahren, aber durchaus Respekt. Die Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger ist bereit, die Realität zur Kenntnis zu nehmen, wenn die Politik zugleich bereit ist, die Interessen der vom Fluglärm Betroffenen ernsthaft mit in Rechnung zu stellen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Auf diese Ernsthaftigkeit von Politik können die Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht mehr wirklich bauen. Über Jahre hat sich Misstrauen entwickelt, und leider tun auch jetzt die Regierungskoalitionen im Bund und in Berlin alles dafür, dass sich dieses Misstrauen weiter verfestigt.

Die Absicht, einen Flughafen bei Schönefeld zu bauen, hat in diesem Jahr 18. Geburtstag. Im Mai 1996 einigten sich der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg darauf, dort einen Single Airport zu entwickeln. Der Traum vom BER wird in diesem Jahr also volljährig. Einige Verantwortliche haben jedoch aus den Geburtsfehlern dieses Projektes offensichtlich nichts gelernt. Am 7. April wird wahrscheinlich der Fehler von 1996 wiederholt. Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe wies damals noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Entscheidung für Schönefeld falsch ist; die Bundesregierung und Berlin setzten sich aber darüber hinweg.

Seitdem ist dieses Projekt ein Trauerspiel. Es gehört – das wissen wir alle – zu den größten Desastern öffentlicher Investitionen. Wenn heute auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes verwiesen wird, sobald es um die Wahrung der Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner geht, dann klingt das wie ein Treppenwitz. Das scheint der einzige Punkt zu sein, bei dem Wirtschaftlichkeit von Bedeutung ist. Anders lässt sich die Vielzahl willkürlicher und milliardenschwerer Fehlentscheidun-

gen kaum erklären. Im Übrigen wird allen Bürgerinnen und Bürgern in Art. 2 des Grundgesetzes körperliche Unversehrtheit garantiert, unabhängig davon, ob sich das rechnet oder nicht. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Zur Wahrheit gehört, dass alle Entscheidungen immer von allen drei Gesellschaftern des BER mitgetragen wurden, also auch von brandenburgischen Landesregierungen. Das gilt auch, wenn heute die brandenburgische CDU, immerhin zehn Jahre mit in der Regierung, versucht, sich vom märkischen Acker der Mitverantwortung zu machen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union in Brandenburg, lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Darüber wird im Landtagswahlkampf sicherlich zu reden sein.

Nach vielen Versuchen, sich Gehör zu verschaffen, griffen Bürgerinnen und Bürger zum Mittel der direkten Demokratie. Es fand das erste erfolgreiche Volksbegehren in Brandenburg statt. Über 106 000 Brandenburgerinnen und Brandenburger stimmten für ein konsequentes Nachtflugverbot. Folgerichtig und in Respekt vor diesem klaren Ergebnis hat die brandenburgische rot-rote Regierungskoalition dieses Begehren mit einem Landtagsbeschluss angenommen und verhandelt seit einem Jahr mit den anderen Gesellschaftern über dessen Umsetzung. Die Landesregierung vertritt damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs. Sie hat gehofft, die Mitgesellschafter überzeugen zu können, dass es gut wäre, die Interessen des BER mit denen der Bürgerinnen und Bürger ins gesellschaftliche Gleichgewicht zu bringen. (D)

Die Reaktionen der Bundesregierung und der Berliner Landesregierung sind eindeutig. Sie sind in höchstem Maße ignorant und wiederholen den Fehler von 1996. Sie wollen sich, wie bei der Entscheidung für den Standort, über Brandenburg hinwegsetzen. Natürlich ist das möglich. Besser aber wäre es, die Bundesregierung würde hier und heute durch das Parlament gestoppt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wirklich damit rechnen können wir aber leider nicht.

Weil dies so ist, hat Ministerpräsident Dietmar Woidke gestern in einer Regierungserklärung weitere Schritte auf die Mitgesellschafter zu gemacht. Sein Kompromissvorschlag würde den höchststrichterlich ausgerichteten Planfeststellungsbeschluss unberührt lassen. Danach soll die Flughafengesellschaft mit Zustimmung der Luftfahrtbehörden in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr morgens auf den Gebrauch ihrer Betriebsgenehmigung freiwillig verzichten. Das hieße im Klartext, es gebe wenigstens eine Stunde mehr Nachtruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner. Das liegt übrigens unter der Forderung der brandenburgischen CDU, die eine Nachtruhe von 23 bis 6 Uhr fordert. Ich warte noch auf den entsprechenden Antrag aus den Reihen der Union, damit ich ihm hier freudig zustimmen kann.

Die bisher vorliegenden Äußerungen aus der Bundesregierung und dem Land Berlin legen nahe, dass sie

Thomas Nord

- (A) nicht die Absicht haben, den Interessen der Betroffenen entgegenzukommen.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!)

Der Bund und Berlin, Regierungen aus Union und SPD, wollen sich erneut über brandenburgische Interessen hinwegsetzen. Das ist rücksichtslos gegenüber der Gesundheit Hunderttausender Menschen, und es ist schädlich für das Projekt BER. 2014 ist nicht mehr 1996. Wer heute noch glaubt, so ein Vorhaben kompromisslos gegen den Willen Hunderttausender und des Landes, das die Hauptlast trägt, realisieren zu können, ist grenzenlos arrogant und politisch höchst kurzsichtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Nachhaltiges Brandenburger Engagement ist für den BER unverzichtbar. Alle Gesellschafter sind aufeinander angewiesen. Niemand wird sich auf Dauer den legitimen Interessen des einen oder anderen entziehen können. Wenn Sie unserem Antrag zustimmen, zeigen Sie in dieser Frage mehr Weitsicht als die Vertreter der Bundesregierung gegenwärtig.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Peter Wichtel, CDU/CSU.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Peter Wichtel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der Linksfraktion diese Woche in Händen hielt – das war am 1. oder 2. April –, habe ich mir den Antrag zweimal angeschaut, um mich zu vergewissern, ob es ein Aprilscherz oder wirklich ein Antrag ist. So, wie er formuliert worden ist, ist es, denke ich, eindeutig, dass es keinen Grund gibt, hier im Bundestag darüber zu diskutieren. Das ist Wahlkampfgetöse im Vorfeld des Landtagswahlkampfes in Brandenburg. Ich denke, das ist der einzige Grund, weshalb der Antrag hier eingebracht wurde.

Was ich am bedauerlichsten finde, ist, dass im anstehenden Wahlkampf mit Forderungen wie der nach einer Ausweitung des Nachtflugverbots am Hauptstadtflughafen BER unnötigerweise wieder einmal auf dem Rücken der Bürger diskutiert wird. Jeder, der sich mit der Thematik auch nur ein bisschen auskennt und sich damit beschäftigt hat, weiß ganz genau, dass der Ruf nach einer Ausweitung des Nachtflugverbots absolut unrealistisch ist. Selbst der Brandenburger Ministerpräsident hat mittlerweile seine Bemühungen, die weiteren Gesellschafter der FBB GmbH von einer solchen Ausweitung zu überzeugen, diese Woche eingestellt, wie ich der Presse entnehmen konnte. Das heißt also, dass hier und heute keiner der beteiligten Gesellschafter, weder der Bund noch das Land Brandenburg noch das Land

Berlin, einen Antrag auf Verkürzung der Betriebszeiten einbringt. Alle Beteiligten haben verstanden, dass eine entsprechende Änderung des Planfeststellungsbeschlusses abgelehnt würde. Nur die Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag hat dies offensichtlich nicht verstanden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bedauerlich ist bei den Forderungen nach einer weiteren Verkürzung der Betriebszeit insbesondere – dies habe ich bereits angedeutet –, dass den Menschen im Umfeld des Flughafens Versprechungen gemacht werden, die nicht gehalten werden können.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Wichtel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nord?

Peter Wichtel (CDU/CSU):

Das beabsichtige ich nicht. Nein.

(Zurufe von der LINKEN: Oh! – Pfui!)

Dieses unnötige Wahlkampfgetöse macht den Bürgern vollkommen falsche Hoffnungen und verunsichert zudem die zukünftigen Akteure am Hauptstadtflughafen. Das betrifft die Beschäftigten, die zukünftigen Ladenbetreiber und die Fluggesellschaften. Wenn es nach all den Verzögerungen und Hiobsbotschaften um den BER in den vergangenen Jahren eine Sache gibt, die das Projekt und auch die Menschen im Umfeld nicht gebrauchen können, dann sind das weitere Versprechungen, die nicht gehalten werden können. (D)

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum können sie nicht gehalten werden?)

Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, warum die beteiligten Gesellschafter einer Erweiterung des Nachtflugverbots nicht zustimmen. Bei den Betriebszeiten des BER ist die Zeit von 0 bis 5 Uhr als unterbrochene Flugzeit, als Nachtruhe, vorgesehen. Dies ist nach einem Planfeststellungsverfahren und nach einem höchstrichterlichen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts so festgelegt worden. Jeder, der hier suggeriert, dass man dies nach einem Planfeststellungsverfahren einfach ändern kann, wenn es denn die Menschen wollen, sorgt nicht für Planungssicherheit, sondern für Planungsunsicherheit. Ich denke, das kann man so nicht machen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt aber noch einen weiteren Grund, warum ich denke, dass es richtig ist, die jetzt vorgesehene Regelung der Betriebszeiten zu unterstützen, auch wenn man uns mit dem heute vorliegenden Antrag genau das Gegenteil weismachen will. Das Nachtflugverbot stellt bereits einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Interessen der Anwohner und den betrieblichen Notwendigkeiten des Flughafens dar. Zudem sind in den Randzeiten zwischen 5 und 6 Uhr sowie zwischen 23 und 0 Uhr zusätzliche deutliche Einschränkungen bei Starts und Landungen vorgesehen. Die Bürgerinnen und Bürger im

Peter Wichtel

- (A) Umfeld des Flughafens werden mit den vorgesehenen Betriebszeiten also bereits spürbar entlastet.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Brauchen Sie nur fünf Stunden Schlaf?)

Hier von einem dringend benötigten Kompromiss zu sprechen, ist dementsprechend aus meiner Sicht irreführend und falsch. Eine Ausweitung des Kompromisses würde einen Kompromiss vom Kompromiss bedeuten.

Ich bin zudem davon überzeugt, dass viele Menschen in Berlin und Brandenburg diese Ansicht nicht teilen und sich nicht übermäßig vom Fluglärm belästigt fühlen.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN –
Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Gehen Sie mal hin, und reden Sie mit den Leuten! Jeder Mensch hat das Recht, zu lernen, auch Sie!)

Wie in einem vor kurzem in der *Berliner Zeitung* erschienenen Artikel anschaulich verdeutlicht wurde, ist die Nachbarschaft rund um den Flughafen ein sehr beliebtes Gebiet für Wohnimmobilien. Makler berichten zurzeit schon, dass in einigen Bereichen das Angebot knapp wird, dass es kaum noch Grundstücke gibt und die Grundstücke, wie der Volksmund so schön sagt, wie warme Semmeln weggehen,

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Da geht es um Gewerbeimmobilien!)

- (B) und das ungeachtet der steigenden Immobilienpreise. Diese Situation haben wir übrigens, liebe Kollegin von den Grünen, die dauernd dazwischenruft, an allen Verkehrsflughäfen. Die Grundstücke in der Nähe der Flughäfen werden teurer; das versteht kein normaler Mensch.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht!)

Berichte wie dieser verdeutlichen, dass die Bürger im Umfeld des BER den Flughafen annehmen und dass sie das, was ich vorgetragen habe, in der Mehrheit so sehen.

Abschließend betrachtet kann ich daher nur dafür plädieren, dass sich alle beteiligten Gesellschafter endlich um die hauptsächliche Herausforderung kümmern, nämlich darum, dass der BER fertiggestellt wird. Sie sollten sich darauf konzentrieren und nicht mit durchsichtigen Wahlkampfmanövern unnötig weitere unrealistische Baustellen aufmachen.

Das darüber hinaus immer wieder beschworene geidehliche Miteinander von Bürgern und Flughafen, das in der Debatte über die Betriebszeiten ja immer über Gebühr betont wird, kann nur dann gelingen, wenn die Menschen, so gut es geht, einbezogen werden. Dazu gehört aber auch, dass keine falschen Hoffnungen geschürt werden, Hoffnungen, die ohnehin nicht umsetzbar sind. Genau das ist der Fall, wenn man eine Ausweitung des bereits vorhandenen rechtssicheren Nachtflugverbotes fordert.

Leider beschreitet man seitens der brandenburgischen Landesregierung weiter den Weg, leere Wahlkampfversprechen zu machen. Denn auch der nun geäußerte Vor-

schlag, der Flughafenbetreiber solle die Nachtruhe doch einfach freiwillig um eine weitere Stunde auf 6 Uhr ausdehnen, ist unrealistisch und aus meiner persönlichen Sicht eine weitere Durchhalteparole für den Landtagswahlkampf. (C)

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das verstehe ich! Sie wirken jetzt auch nicht sehr ausgeschlafen!)

Aus diesem Grund und aus den anderen von mir vorgebrachten Gründen werden wir den vorliegenden Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Stephan Kühn das Wort.

Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wichtel, das, was die Kollegen von der CDU im brandenburgischen Landtag zu diesem Thema sagen, hört sich doch etwas anders an als das, was Sie gesagt haben; das nur als Bemerkung am Rande.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh ja!
Die bedanken sich für diese Rede!)

Mit Beschluss vom 27. Februar 2013 hat sich der Brandenburger Landtag der Forderung des erfolgreichen Bürgerbegehrens angeschlossen, das ein Nachtflugverbot in der Zeit von 22 bis 6 Uhr für den neuen Flughafen Berlin Brandenburg fordert. Mit dem vorliegenden Antrag will die Linke erreichen, dass sich der Bund als Anteilseigner der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH dieser Forderung anschließt. Dieses Ansinnen unterstützen wir. (D)

Leider hat die rot-rote Regierung in Brandenburg diese Position gerade geräumt. Ministerpräsident Woidke hat dazu gestern eine Regierungserklärung abgegeben. Dabei ist er von der geforderten Ausweitung des Nachtflugverbots am künftigen Flughafen Berlin Brandenburg abgerückt. Das Ergebnis des Volksbegehrens wird also nicht umgesetzt, Brandenburg bekommt nicht den Bürgerwillen gemäß dem Volksentscheid, und der Rückzug erfolgt eigentlich, wenn man ehrlich sein will, vor Verhandlungsbeginn.

Ministerpräsident Woidke ist vor Verhandlungsbeginn umgefallen. Er hatte über ein Jahr Zeit,

(Peter Wichtel [CDU/CSU]: Und es wurde nichts gemacht!)

in den Gremien der Flughafengesellschaft einen Antrag auf Änderung der Betriebsgenehmigung zu stellen. Das ist nicht passiert. Man ist nicht tätig geworden. Der Vorschlag der Landesregierung – ein freiwilliger und auf fünf Jahre begrenzter Verzicht auf den Nachtflugverkehr in der Stunde von 5 bis 6 Uhr – ist eigentlich die Weigerung, überhaupt in den Kampf zu ziehen.

Stephan Kühn (Dresden)

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Peter Wichtel [CDU/CSU])

Es gibt keinen Grund, hinter dieser Ausgangsposition zurückzubleiben, solange nicht alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem Rechtsgutachten vom 21. Januar dieses Jahres werden Alternativen aufgezeigt, um zu einem Nachtflugverbot zu kommen. Mit dem jetzt vorgelegten Kompromissvorschlag hat Brandenburg seine Verhandlungsposition geschwächt. Ob dieser Minimalkompromiss überhaupt erfolgreich sein wird, ist bekanntlich auch noch ungewiss.

Außerdem ist das Timing äußerst schlecht. Erst letzte Woche hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung ein Sondergutachten mit dem Titel „Fluglärm reduzieren: Reformbedarf bei der Planung von Flughäfen und Flugrouten“ vorgelegt, das deutlich macht, dass Fluglärmschutz im geltenden Luftverkehrsrecht nur unzureichend gewährleistet ist. Ich zitiere daraus:

Die gesetzliche Regelung der Fluglärmproblematik im Luftverkehrsrecht ist unterentwickelt. Das LuftVG enthält keine Grenzwerte. ... Der Gesetzgeber sollte Immissionsgrenzwerte für Fluglärm zum Schutz der Flughafenanwohner normieren.

- (B) Die entscheidende Passage, die Herr Woidke, aber auch die Herren Wowereit und Dobrindt lesen sollten, ist die folgende – ich zitiere wieder –:

Um den Schutz der Nachtruhe besonders hervorzuheben, sollte die diesbezügliche Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ... kodifiziert werden. Insoweit sollte allerdings der Schutz der gesamten Nachtzeit (22 bis 6 Uhr) gewährleistet bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiter heißt es da:

Die von der Rechtsprechung vorgenommene Flexibilisierung, die zwischen „Kernnacht“ und „Randzeiten“ unterscheidet, muss vor dem Hintergrund der staatlichen Schutzpflicht für die menschliche Gesundheit aus Grundrechten eine besonders rechtfertigungsbedürftige Ausnahme bleiben, die nicht zu einer Entwertung des Schutzes der Nachtruhe während dieser Randzeiten führen darf.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag versprochen, dass sie mehr gegen Fluglärm tun will. Insbesondere Verkehrsminister Dobrindt ist aufgefordert, diesen Ankündigungen auch Taten folgen zu lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Umweltweisen der Bundesregierung, der genannte Sachverständigenrat, haben hierzu qualifizierte Vorschläge gemacht. Die liegen auf dem Tisch. Die müssen jetzt diskutiert werden.

Im Moment, muss man ehrlich sagen, ist der BER ein Langzeitforschungsprojekt „lärmarmen Flughafens“. (C)

(Heiterkeit – Sören Bartol [SPD]: Das war gut!)

Jetzt wird allerdings die Befürchtung geäußert, durch eine Ausweitung des Nachtflugverbotes zwischen 22 Uhr und 6 Uhr würde die Wirtschaftlichkeit des Flughafens gefährdet. Unwirtschaftlich wird der Flughafen durch die Kostenexplosion, deren Ende noch nicht absehbar ist, und durch die weitere Verzögerung des Eröffnungstermins, die jeden Monat einen zweistelligen Millionenbetrag an zusätzlichen Kosten verursacht. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unverändert regiert auf der Baustelle das Chaos. Die Aussage von Flughafenchef Mehdorn „Wir haben den BER im Griff“ war wohl nicht als Aprilscherz gedacht, aber man muss sagen: Es ist einer. Nachdem Technikchef Amann alle Baumängel aufgelistet hat, ist mit Blick auf die geplante bauliche Fertigstellung bis zum Ende dieses Jahres im Wesentlichen nichts passiert.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Kosten auf über 5 Milliarden Euro steigen werden. Ich denke, es muss endlich Schluss damit sein, dass wir weitere Durchhalteparolen und Ankündigungen geliefert bekommen. Wir brauchen endlich Ergebnisse. Es ist nur doof, wenn man ausgerechnet die Leute auf der Baustelle entlässt, die sich mit den Problemen auskennen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

In dieser Woche ist wieder einem Bereichsleiter gekündigt worden. Er ist derjenige, der sich nach Medieninformationen mit den überbelegten Kabelkanälen im Hauptpier auskennt. Diese Überbelegung muss man beseitigen, wenn man den Flughafen irgendwann in Betrieb nehmen will. Dieser Fachmann ist nun entlassen worden.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Stephan Kühn (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss.

Der Bund bekennt sich zum Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg BER.

So steht es im Koalitionsvertrag, meine Damen und Herren.

Das reicht nicht. Wenn der Aufsichtsrat nächste Woche tagt, muss endlich Transparenz über weitere Kosten, den Umfang und den zeitlichen Ablauf der Umbaumaßnahmen hergestellt werden. Sonst wird die Meldung von Radio Bayern 3 vom 1. April, dass ab Juli jeder Deutsche 1 Euro im Monat für den neuen Hauptstadtflughafen zahlen soll, noch Realität, und das wollen wir alle, glaube ich, nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Martin Dörmann das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Martin Dörmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Flughäfen haben zwei Seiten. Auf der einen Seite sind sie unverzichtbar für eine mobile Gesellschaft. Sie verbinden Städte, Länder und Regionen. Sie schaffen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Zigtausenden Menschen verhelfen sie zu einem sicheren Einkommen. Reisende erleben die Möglichkeit, mit einem Flieger an unzählige Orte dieser Welt zu fliegen, als eine persönliche Freiheit, die sie nicht missen wollen.

Auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Menschen, die von einem Flughafen gar nicht begeistert sind, weil sie nämlich unmittelbar in seiner Nähe wohnen und vom Fluglärm betroffen sind. Wer von lauten Flugzeugen um den Schlaf gebracht wird, erlebt dies als Einschränkung seiner Freiheit, als Verlust von Lebensqualität und möglicherweise sogar als Schaden an seiner Gesundheit.

(Zustimmung der Abg. Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist vor diesem Hintergrund Aufgabe nachhaltiger Politik, wirtschaftliche Interessen und das Bedürfnis nach Mobilität auf der einen Seite und den notwendigen Schutz der betroffenen Bevölkerung vor Lärm und Gesundheitsschäden auf der anderen Seite in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Gerade dies ist ein zentrales umwelt- und verkehrspolitisches Anliegen der Großen Koalition. In unserem Koalitionsvertrag haben wir uns auf eine Vielzahl von Maßnahmen verständigt, um Fluglärm zu reduzieren, Lärmschutz zu verbessern, und zwar auch und gerade in den Nachtstunden. Dazu gehören beispielsweise lärmreduzierende flugbetriebliche Verfahren, eine Verschärfung der Lärmschutzgrenzwerte für neue Flugzeuge, lärmabhängige Flughafenentgelte, die wir im Luftverkehrsgesetz verankern wollen. Außerdem werden wir die Grenzwerte des Fluglärmschutzgesetzes in dieser Legislaturperiode überprüfen.

Auch bei der Festlegung von Flugverfahren wollen wir den Lärmschutz verbessern. Technische Innovationen im Luftverkehr und eine schnelle Modernisierung der Flugzeugflotten mit leisen Flugzeugen sollen diese Maßnahmen flankieren und verstärken. Wir wollen also alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um Menschen vor negativen Einflüssen eines Flughafens zu schützen. Ich freue mich, dass damit ganz viele Punkte Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben, die die SPD-Bundestagsfraktion in der vergangenen Wahlperiode in einem besonderen Dialogprojekt mit dem Titel „Infrastrukturkonsens“ in ein Gesamtkonzept gegossen hat. Vieles davon findet sich im Koalitionsvertrag wieder.

(Beifall bei der SPD)

Bei allen notwendigen Bemühungen um verstärkten Lärmschutz müssen Flughäfen aber auch die Möglichkeit haben, dringende Verkehrsbedürfnisse abzudecken und wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten. Zudem braucht Deutschland einige Flughäfen, die auch nachts angeflogen werden können. Daher haben wir uns in der Koalition darauf verständigt, keine generellen Betriebsbeschränkungen mit einem Nachtflugverbot vorzunehmen. So weit unsere Grundsatzposition.

(C)

Wie sieht es nun bezüglich des neuen Flughafens Berlin Brandenburg aus? Welche Regelungen wurden dort zum Schutz der Bevölkerung getroffen? Für den Flughafen BER gelten so strenge Grenzwerte für die Tagseite wie an keinem anderen internationalen Flughafen weltweit. Bevor ein Anspruch auf passiven Lärmschutz besteht, ist es ansonsten üblich, dass eine bestimmte Anzahl von Flugbewegungen über einem bestimmten Grenzwert liegt, nämlich in Deutschland üblicherweise über 55 dB(A), und zwar gemessen im Rauminneren der Wohnhäuser. Dies ist ein Lärmpegel, der etwa einer normalen Unterhaltung entspricht.

An den meisten Flughäfen wird eine bestimmte Anzahl von Flugbewegungen zugelassen, die über diesem Lärmereignis liegen können, beispielsweise 6 oder 16 Flugbewegungen. Diese Zahl lautet für Berlin: 0. Also bereits eine einzige Flugbewegung über diesem Lärmpegel innerhalb der verkehrsreichsten sechs Monate eines Jahres führt dazu, dass ein Anspruch auf passiven Lärmschutz besteht, beispielsweise eine entsprechende Fensterverglasung, die von der Flughafengesellschaft finanziert werden muss. Dies bedeutet mehrere Hundert Millionen Euro Zusatzkosten für Lärmschutzmaßnahmen, die es an keinem anderen Flughafen gibt. Insgesamt wird mit Kosten für den Schallschutz von mehr als 700 Millionen Euro gerechnet. Das ist, wie wir finden, wirklich gut investiertes Geld für die Gesundheit der Menschen.

(D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zudem gibt es am Flughafen Berlin Brandenburg ein Nachtflugverbot in der Zeit von 0 bis 5 Uhr. Das Bundesverwaltungsgericht hat den entsprechenden Planungsergänzungsbeschluss ausdrücklich für rechtmäßig erklärt. In den Randzeiten abends und morgens darf zudem nur eine verminderte Anzahl von Flugzeugen starten oder landen. Den Bedarf hierfür hat das Bundesverwaltungsgericht allerdings aus mehreren Gründen als „plausibel dargelegt“ bezeichnet, etwa weil Zeitverschiebungen und Streckenlängen bei Interkontinentalflügen eben Abflüge bis 23.30 Uhr oder Landungen ab 5.30 Uhr nötig machen.

Nun debattieren wir heute über einen Antrag der Fraktion Die Linke, der eine Ausweitung des Nachtflugverbotes für den neuen Flughafen BER auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr fordert. Es ist bereits ausführlich dargelegt worden, dass das vor dem Hintergrund geschieht, dass die Landesregierung Brandenburg nach einem erfolgreichen Volksbegehren eine entsprechende Position eingenommen hat.

Martin Dörmann

- (A) Es ist auch zu respektieren, dass eine Landesregierung vor diesem Hintergrund und auch aufgrund einer kritischen Stimmung in der Bevölkerung sich dazu entschlossen hat, weitere Versuche zu unternehmen, um weitere Maßnahmen zum Lärmschutz zu erreichen und so die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.

Ja, es ist wahr, wir als Politik müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerung insgesamt – und aus guten Gründen – kritischer mit Lärmbelastungen umgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine offene Diskussion um das richtige Maß kann letztlich dazu beitragen, die Akzeptanz gerade auch von Flughäfen zu verbessern. In Abwägung aller Argumente kommt die Große Koalition insgesamt dennoch zu einem anderen Ergebnis als die Landesregierung Brandenburg. Deshalb lehnen wir den Antrag der Linken hier ab, und das möchte ich auch gerne noch einmal näher begründen:

Wir alle wissen um den schwierigen Weg, den der neue Flughafen bereits hinter sich hat. Er hat aber auch noch ein gutes Stück Weg vor sich. Es war ein ernsthaftes Ringen um einen breit angelegten Konsens, das seinerzeit zu der Nachtruhezeit von 0 und 5 Uhr im Planergänzungsbeschluss geführt hat, übrigens federführend erarbeitet vom zuständigen Landesverkehrsministerium in Brandenburg. Nach langen Jahren vor Gericht gibt es nun ein rechtskräftiges Urteil, das die Rechtmäßigkeit der gefundenen Regelung und damit auch ihre Angemessenheit bestätigt hat. Von daher können die beiden anderen Anteilseigner, nämlich Berlin und der Bund, sehr wohl gute Argumente dafür anführen, den bereits gefundenen Kompromiss konsequent weiterzuverfolgen.

- (B) Hinzu kommt, dass es äußerst zweifelhaft ist, ob selbst eine einvernehmlich von den Gesellschaftern beschlossene Ausweitung der Nachtruhezeit unter Zustimmung aller Anteilseigner rechtlich überhaupt haltbar wäre. Der Flughafen hat nämlich auf Grundlage des Planergänzungsbeschlusses eine Betriebspflicht in den Stunden außerhalb der festgelegten Nachtruhezeit von 0 bis 5 Uhr.

(Zuruf der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst wenn sich die Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung über eine Ausweitung der Nachtruhezeit einig wären, könnte eine Fluggesellschaft darauf klagen – mit Aussicht auf Erfolg –, in den Randzeiten, um die es heute geht, fliegen zu dürfen. Jede Änderung der im Planergänzungsbeschluss gefundenen Nachtruhezeit würde also zu neuer Rechtsunsicherheit führen und den wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens infrage stellen.

In einem Gutachten wurde errechnet, dass, wenn man die Nachtruhezeit auf die drei Randstunden ausdehnen würde, mit Mindereinnahmen von 40 Millionen Euro pro Jahr und einem Verlust von 8 000 Arbeitsplätzen zu rechnen wäre. Da die Zahl der Flugbewegungen pro-

gnostisch sogar noch höher ist, wird der Verlust wahrscheinlich noch höher ausfallen. (C)

Ich will zudem daran erinnern, dass der Flughafen BER gerade deshalb außerhalb des Stadtgebiets neu geplant wurde, um dort die Möglichkeiten für ein Flugdrehkreuz zu schaffen, das den Menschen in Berlin und Brandenburg neue Reiseziele ermöglicht und die hohen – ja, die sehr hohen – Investitionskosten für alle Beteiligten rechtfertigt.

Wir alle wissen: Beim BER sind noch zahlreiche Probleme zu lösen. Wir sollten also dazu beitragen, die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Erfolg des Flughafens zu bewahren. Ansonsten droht ein Dauer-subsventionsbetrieb, der auch nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht letztlich um einen Dreiklang: Der Flughafen muss technisch funktionieren, er muss wirtschaftlich betrieben werden können, und die um ihn herum lebenden Menschen müssen konsequent und angemessen vor vermeidbarem Lärm geschützt werden. Auch wenn es in der heute diskutierten Frage offensichtlich Akzentunterschiede gibt, so bin ich doch hoffnungsvoll, dass am Ende des Tages alle Beteiligten, insbesondere die drei Anteilseigner, einen Weg finden werden, um gemeinsam zum Erfolg des Flughafens und zu einem guten Lärmschutz dort beizutragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Jetzt hat Klaus-Dieter Gröhler das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Wolfgang Tiefensee [SPD])

Klaus-Dieter Gröhler (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! 164, das ist die Antwort auf die Frage, warum die Fraktion Die Linke ihren Antrag hier heute eingebracht hat.

Die Frage nach dem Warum stellt sich ja inzwischen besonders, seit der Ministerpräsident des Landes Brandenburg am letzten Montag das Scheitern seiner Forderung nach einer Veränderung des Nachtflugverbots eingestanden hat und jetzt nur noch appelliert, dass es Starts zwischen 5 und 6 Uhr nicht geben soll. Damit ist die Grundlage für diesen Antrag eigentlich entfallen. Eigentlich, meine Damen und Herren, hätten Sie sich heute hierhinstellen und sagen müssen: „Wir ziehen diesen Antrag zurück“, denn er hat gar keine Basis mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum Sie das nicht getan haben, lässt sich mit der Zahl 164 erklären: In 164 Tagen wird in Brandenburg ein neuer Landtag gewählt. Ich glaube, das ist der eigentliche Grund, weshalb dieser Antrag hier heute gestellt worden ist. Die Linke will Flagge zeigen. Klar: Wenn man praktisch in fünf Jahren Regierungsbeteiligung in

Klaus-Dieter Gröhler

- (A) Brandenburg nicht viele Erfolge vorzuweisen hat, dann muss man versuchen, hier einen Schaufensterantrag zu stellen.

Ich glaube, Ihnen geht es gar nicht wirklich um den Lärmschutz und auch nicht um den Schutz der Menschen vor Ort, sondern darum, möglichst viele der 100 000 Stimmen beim damaligen Volksentscheid als Wählerstimmen am 14. September 2014 an sich zu binden;

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ist das verboten?)

denn die antragstellende Fraktion weiß: Selbst wenn der Bund als Anteilseigner mit dem Land Brandenburg zusammen für eine Änderung des Nachtflugverbots stimmen würde, würden beide am Votum Berlins scheitern, weil die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung 75 Prozent Zustimmung benötigen, um erfolgreich zu sein. Das Land Berlin selbst hält aber 37 Prozent der Anteile. Damit können die 75 Prozent gar nicht zusammenkommen.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind doch auch Ihre Parteikollegen! Da können Sie doch helfen, Herr Gröhler!)

- Liebe Frau Paus, der Berliner Senat hat sich aber klar gegen eine Änderung des Nachtflugverbots ausgesprochen. Nun bin ich ja wahrlich nicht jemand, der sehr oft einer Meinung mit dem Regierenden Bürgermeister meiner schönen Heimatstadt Berlin ist, aber an der Stelle finde ich es nun einmal richtig, dass Klaus Wowereit eine klare Kante zeigt.
- (B)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nord zu?

Klaus-Dieter Gröhler (CDU/CSU):

Nein, Frau Präsidentin. Ich würde gerne im Zusammenhang ausführen, weil ich finde, dass gerade die Anmerkungen des Regierenden Bürgermeisters in diesem Punkt sehr wichtig sind. – Er hat sich klar gegen eine Ausdehnung des Nachtflugverbots ausgesprochen und gesagt, er werde nicht zulassen, dass der BER zum Provinzflughafen wird. Ich sage einmal: Das ist auch gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vielleicht sollten die Linken einmal zur Kenntnis nehmen, dass eine Übereinstimmung zwischen dem, was Sie hier fordern, und dem, was Ihre Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin fordert, nicht besteht.

(Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gilt aber für Ihre Fraktion in Brandenburg auch!)

Während Sie hier sagen, dass die im Planfeststellungsverfahren fixierten Nachtruhezeiten, die vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden sind, korrigiert werden sollen, fordern Sie im Abgeordnetenhaus von Berlin lediglich, dass die Flugzeuge nicht mehr zwischen 22 Uhr und 6 Uhr starten sollen. Von Landungen

spricht Ihre Fraktion in dem Antrag, den sie am 2. April 2014, also ganz aktuell, gestellt hat, überhaupt nicht. Vielleicht können Sie einmal versuchen, zwischen den Genossen hier und den Genossen da eine Harmonie herbeizuführen.

(C)

(Thomas Nord [DIE LINKE]: Sie lassen mich ja nicht fragen!)

Ich darf noch einmal den Regierenden Bürgermeister zitieren. Laut *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Februar 2013 hat Klaus Wowereit gesagt: Jede Korrektur beim Nachtflugverbot ist ein Schaden für die Region. – Diesen Schaden kann auch die Linke nicht wollen; denn sonst hätte sie im November 2009 nicht einen Koalitionsvertrag mit der SPD in Brandenburg mit folgendem Inhalt beschlossen – ich darf kurz zitieren –:

Die wirtschaftlichen Effekte des BBI sind bereits heute spürbar, sie werden wichtiger Wachstumsimpuls bleiben. Der BBI schafft bis zu 40.000 Arbeitsplätze in der Region – vor allem durch steigende Passagierzahlen, eine signifikante Verbesserung der Standortgüte sowie zusätzliche Kaufkrafteffekte.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er muss aber erst einmal funktionieren!)

Damals haben Sie erkannt, dass ein Flughafen wesentliche Wachstumsimpulse für die Region Berlin/Brandenburg initiieren kann, aber eben nur ein Flughafen, der konkurrenzfähig ist und sich gegen die Angebote seiner Mitbewerber behaupten kann. Von einem Nachtflugverbot ist im damaligen Koalitionsvertrag überhaupt gar keine Rede gewesen. Damals hätten Sie diese Forderung mit unterbringen können, aber das haben Sie nicht.

(D)

Auch in Ihrer zehnjährigen Beteiligung an der Berliner Landesregierung haben Sie sich übrigens nicht für ein ausgedehntes Nachtflugverbot eingesetzt, und Vertreter der Linken hätten schon jahrelang in den Gremien des Flughafens entsprechende Forderungen durchsetzen können. Ich frage Sie: Wozu sitzen denn zwei linke Landesminister im Aufsichtsrat, wenn die Bundestagsfraktion hier kurz vor dem Brandenburger Landtagswahlkampf einen entsprechenden Schaufensterantrag stellen muss?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Verstehen Sie mich nicht falsch: Schallschutz ist ein wichtiges

(Thomas Nord [DIE LINKE]: Es ist schwer, Sie falsch zu verstehen!)

und grundgesetzlich geschütztes Gut für die Menschen. Auch über meinem Berliner Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf verlaufen Flugrouten.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht so niedrig!)

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Flugrouten nach der Inbetriebnahme des BER – ich lege mich hier jetzt nicht auf ein Jahr fest; das wissen wir alle nicht ge-

Klaus-Dieter Gröhler

- (A) nau – von den zuständigen Behörden evaluiert, das heißt überprüft und bewertet werden und dass dann unter Berücksichtigung des aktuellen Standes der Technik der Fluggeräte entsprechende, möglicherweise neue Entscheidungen hinsichtlich der Flugrouten getroffen werden.

Dabei ist aber auch wichtig, dass es hier nicht zu einer Ausdehnung von Strecken kommt, weil Umweltschutz – es geht hier auch um die Vermeidung von Wegen – und Lärmschutz schon Hand in Hand gehen müssen. Das Ganze wird man im Rahmen einer Untersuchung, eines Umweltmonitorings, unter anderem für die Region am Müggelsee, bewerten müssen. Dabei sind auch die Wirtschaftlichkeit des Flughafens und die Anbindung der Region wichtig und mit zu betrachten.

Schon heute zu fordern, dass ein Flughafen von 22 bis 6 Uhr geschlossen sein muss, obwohl wir noch nicht einmal wissen, wann er seine Tore tatsächlich öffnen wird, ist purer Populismus und hat mit einer ausgewogenen und sachorientierten Politik nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Ja zu einem erforderlichen und effektiven Lärmschutz für die Menschen in den betroffenen Bereichen, Ja zum Umweltschutz in der Flughafenregion, Ja zur Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Flughafens, Nein zur Änderung des bestehenden Nachtflugverbots und Nein zu Ihrem Antrag.

- (B) Abschließend möchte ich noch einmal den Regierenden Bürgermeister zitieren, der in dieser Frage viel Richtiges gesagt hat.

(Sören Bartol [SPD]: Jetzt wird es aber unheimlich! – Stephan Kühn [Dresden] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das fällt Ihnen aber schwer, oder?)

Laut *Tagesspiegel* vom 21. März 2012 richtete er an alle Flughafengegner eine interessante Warnung – Zitat –:

Und ich sage all denen, die jetzt protestieren: Wehe, ich erwische einen davon, der am neuen Flughafen eincheckt.

Lassen Sie mich hinzufügen: Ich bin gespannt, wie oft ich Kollegen der Linksfraktion, falls der Flughafen irgendwann einmal in Betrieb ist, morgens um 5.30 Uhr treffe, wenn sie in ihren Flieger steigen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/971 mit dem Titel „Nachtruhe am Flughafen Berlin Brandenburg sicherstellen – Antrag des Landes Brandenburg unterstützen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion Die Linke und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer

stimmt gegen diesen Antrag? – Das ist die Koalition. Wer enthält sich? – Einige Enthaltungen. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und die Linke abgelehnt worden. (C)

Ich rufe den Zusatzpunkt 2 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Stephan Mayer (Altötting), Armin Schuster (Weil am Rhein), Clemens Binninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Lars Castellucci, Gabriele Fograscher, Uli Grötsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Herstellung des Einvernehmens des Deutschen Bundestages mit der Bestellung des Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beim Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer, als wissenschaftlicher Sachverständiger im Rahmen der Evaluierung des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes

Drucksache 18/974

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat der Kollege Clemens Binninger das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute über die Evaluierung eines Gesetzes reden, hat vor allem mit der Zahl 36 zu tun. Sie beschreibt nämlich, warum wir solche Gesetze überhaupt brauchen. 36 ist die Zahl der Sicherheitsbehörden, die in Deutschland für die Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus zuständig sind: 36 verschiedene Behörden bei Polizei und Verfassungsschutz, beim Bund und bei den Ländern.

Es war schon immer ein großes Anliegen, zu garantieren, dass Informationen, die die Polizei bei der Verfolgung schwerer Straftaten oder zur Verhinderung von Anschlägen braucht, möglichst ausgetauscht werden können. Wie sah die Realität vor Inkrafttreten dieses Gesetzes und vor Einführung der Rechtsextremismusdatei aus? Eines der bedrückendsten Beispiele dafür konnten wir im vergangenen Jahr im Untersuchungsausschuss erleben. Es ging um die Aufklärung und Ermittlungen in einer Serie von damals schon mehreren Morden. Die Polizei eines Bundeslandes bat die Verfassungsschutzbehörde desselben Bundeslandes um Informationen zu gewaltbereiten Rechtsextremisten, um die Ermittlungen vorantreiben zu können. Wer jetzt glaubt, dass eine solche Anfrage vielleicht in ein oder zwei Wochen – eine gewisse Sorgfalt muss sicherlich sein – beantwortet ist, der sah sich damals bitter getäuscht. Es hat neun Monate gedauert, bevor zwischen zwei Landesbehörden Daten

Clemens Binninger

- (A) über gewaltbereite Rechtsextremisten ausgetauscht wurden.

Bei diesem Zustand konnten wir es nicht belassen. Deshalb haben wir die Rechtsextremismusdatei auf den Weg gebracht, übrigens damals schon mit mehr als nur den Stimmen der Regierungskoalition. Die Kollegen der SPD waren auch mit dabei. Die Datei ist ein wichtiges Instrument, das wir im Kampf gegen den Rechtsextremismus brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Über die Datei gab es lange politischen Streit – heute wird er vielleicht nicht unbedingt geführt werden, weil wir mehr über die Evaluierung reden – in der Frage: Geht das überhaupt in Deutschland? Ist eine gemeinsame Datei von Verfassungsschutz und Polizei möglich, oder verstößt das gegen das Trennungsgebot? Beim Trennungsgebot geht es darum, dass Verfassungsschutz und Polizei unterschiedliche Aufgaben haben. Der Verfassungsschutz hat keinen Strafverfolgungszwang, aber auch keine Zwangsmittel. Die Polizei hat Strafverfolgungszwang, und sie kann ihn mit Zwangsmitteln durchsetzen.

- (B) Ich bin froh, dass diese Debatte zwischenzeitlich höchststrichterlich entschieden wurde; denn wir haben neben der Rechtsextremismusdatei im Bereich des internationalen Terrorismus schon länger die Antiterrordatei, die nach dem gleichen Prinzip arbeitet. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat am 24. April 2013 entschieden, dass die Antiterrordatei grundsätzlich mit der Verfassung vereinbar ist und dass das Trennungsgebot beachtet wurde, dass aber Korrekturbedarf besteht. Ich erwähne das, weil wir das Gesetz zur Rechtsextremismusdatei dem Antiterrordateigesetz nachempfunden haben. Es enthält in etwa die gleichen Befugnisse und die gleichen Bestimmungen. Auch dort werden wir Korrekturen vornehmen müssen. Ich wage die Prognose, dass sich das auch auf die Evaluierung auswirken wird.

Wir haben damals mit dem Gesetz beschlossen, dass noch vor 2016 eine Evaluierung erfolgen soll. Sie soll deutlich machen, ob das Gesetz die Anforderungen, die wir stellen, überhaupt erfüllt hat, wie viele Daten erfasst sind, ob es funktioniert, wie viele Abfragen gemacht wurden oder ob am Ende keine Verbesserung erzielt werden konnte – was ich nicht glaube. Die Erfahrungen mit diesen Dateien werden, glaube ich, von den Praktikern bislang durchaus positiv bewertet. Aber es war uns wichtig, dass wir uns solchen Evaluierungen nicht verschließen. Sie helfen uns, mit Sachverstand von außen einen genaueren Blick darauf zu werfen, welche Wirkung Gesetzgebung hat und was wir vielleicht korrigieren müssen.

Das Gesetz sieht auch vor, dass die Evaluierung unter Einbeziehung eines oder mehrerer Sachverständiger, die im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag bestellt werden, erfolgen muss. Um genau dieses Einvernehmen geht es heute. Mit dem vorliegenden Antrag soll das Einvernehmen hergestellt werden, damit der Bundesinnenminister einen Sachverständigen beauftragen kann.

- (C) Vorausgegangen ist ein Vergabeverfahren, bei dem nach klaren Kriterien ausgewählt wurde. Diese Kriterien sind zum Teil kritisiert worden wegen etwas unklarer Oberbegriffe. Aber am Ende wurde ein Vorschlag präferiert, nämlich das Institut in Speyer, das Erfahrungen mit solchen Gesetzesfolgenabschätzungen hat. Es hat auch schon das Informationsfreiheitsgesetz bewertet und sehr gute und konstruktive Vorschläge gemacht.

Es geht darum, verehrte Kolleginnen und Kollegen, solche Instrumente zu nutzen, um wertvolle neue Hinweise zu bekommen. Es geht nicht darum, irgendwelche Alibiveranstaltungen durchzuführen nach dem Motto „Hauptsache, man hat das gemacht“, sondern darum, zu erkennen: Lagen wir mit unserem Gesetzentwurf richtig? Hat er die Wirkungen erbracht, die wir uns von ihm erhofft haben? Ist die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz besser geworden? Hat es dazu beigetragen, schwere Straftaten aufzuklären oder Gefahren abzuwehren? Speisen die Behörden die notwendigen Daten ein? Auch das ist ein Punkt, den man beachten muss: Wie viele Daten sind erfasst? Wie tief ist der Grundrechtseingriff? Wobei ich an dieser Stelle immer dazusage: In dieser Datei sind gewaltbereite Rechtsextremisten gespeichert. Dessen muss man sich immer bewusst sein. Es geht darum, die Informationen darüber unter den Behörden auszutauschen. – All das sind Fragen, die sich mit dieser Evaluation verbinden und auf die wir, wenn wir das Einvernehmen herstellen, kluge Antworten erhalten werden.

- (D) Ich weiß nicht, ob der Zeitpunkt – das wird das Bundesinnenministerium im Detail abstimmen – vielleicht etwas früh ist – wir hatten eine Frist bis Ende 2016 gesetzt – oder ob man noch etwas zuwarten sollte, um einfach einen größeren praktischen Erfahrungsschatz und mehr Anwendungsfälle zu haben. Aber ich glaube, wir können darauf vertrauen, dass ein Zeitpunkt gewählt wird, der zu dem bestmöglichen Ergebnis führt. Wenn das der Fall ist, sollten wir uns hinterher mit diesen Ergebnissen auch befassen. Wir sollten sie nicht auf die Seite legen und sagen: „Jetzt haben wir unsere Pflicht erfüllt, wie es im Gesetz steht“, uns aber ansonsten nicht weiter darum kümmern, sondern wir sollten sie natürlich, wenn notwendig, in Gesetzesänderungen einfließen lassen.

Aber entscheidend ist – das muss man, glaube ich, immer wieder betonen –: Unsere föderale Sicherheitsarchitektur ist in manchen Deliktsbereichen kompliziert. Wir wollen sie aber so beibehalten. Sie muss aber dann im Zusammenspiel funktionieren. Wenn es funktionieren soll, dass 36 unterschiedliche Behörden Informationen auf Deliktsfeldern austauschen, deren Bekämpfung uns allen am Herzen liegt, und wenn die Polizei beispielsweise wissen möchte, ob der Verfassungsschutz in einem anderen Bundesland über eine bestimmte gewaltbereite, rechtsextreme Person schon Erkenntnisse hat, dann darf eine solche Abfrage nicht mehr neun Monate dauern. Das ist niemandem zu erklären. Dann ist mit dieser Datei eine Abfrage innerhalb weniger Sekunden möglich. Damit heben wir die Qualität der Zusammenarbeit der 36 Behörden auf eine neue Ebene.

Clemens Binninger

- (A) Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir nicht nur über die Evaluierung reden sollten, sondern auch die Erkenntnisse dazu nutzen sollten, eine grundsätzliche Debatte darüber zu führen, wie wichtig diese Dateien sind. Ohne wird es nicht gehen. Wir brauchen die Zusammenarbeit, und wir können nicht monatelang warten. Deshalb sollten wir nicht von vornherein sagen, egal wie die Evaluierung ausgeht: Unsere Position steht schon fest. Wir lehnen das ab. – Wer das ablehnt, müsste eine Alternative bieten. Die sehe ich nirgends. Die Alternative zu einer solchen gemeinsamen Datei von Polizei und Verfassungsschutz, die evaluiert werden kann – dazu beschließen wir heute den Antrag –, wäre die Zusammenarbeit in alter Form: neun Monate warten auf Ergebnisse. Das kann ernsthaft niemand wollen. Deshalb bitte ich heute um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Jetzt spricht Ulla Jelpke.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat sprechen wir heute über die Verbunddatei Rechtsextremismus, die 2012 hier beschlossen worden ist. Der Kollege Binninger hat eben schon gesagt: 36 Polizeibehörden und Geheimdienste von Bund und Ländern haben Zugriff auf diese Datei.

(B)

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat diese Datei vor dem Hintergrund des Versagens der Sicherheitsbehörden gegenüber der Mordserie der Naziterrororganisation NSU eingeführt. Wir sagen hier ganz klar, dass eine Evaluierung dringend nötig ist. Aber die Frage ist eben: In welcher Form und von wem wird sie durchgeführt? Wir denken schon, dass Bürgerrechtsorganisationen eigentlich die Richtigen wären, wenn man über die Evaluierung spricht; denn gerade sie können am besten bewerten, wie Grundrechte möglicherweise verletzt werden.

Wir von der Linken haben damals der Einrichtung dieser Datei nicht zugestimmt, weil wir mehr als skeptisch waren. Das sind wir weiterhin. Wir leiden keineswegs unter Paranoia. Aber ich möchte daran erinnern, dass dieses Haus beschlossen hatte, ein Abwehrzentrum gegen rechts einzurichten. Das war im Prinzip richtig. Aber unsere Befürchtung, dass aus der Datei möglicherweise eine Zentraldatei bzw. aus dem Abwehrzentrum gegen rechts ganz schnell ein Abwehrzentrum gegen Extremismus wird, hat sich bewahrheitet. Nur wenige Monate nachdem dieses Abwehrzentrum gegen rechts eingerichtet wurde, haben Sie ein Abwehrzentrum gegen Extremismus eingerichtet. Damit haben Sie im Grunde genommen den Kampf gegen Rechtsextremismus instrumentalisiert, um nicht nur Islamisten und Rechtsextremisten, sondern auch Antifaschisten und Antikapitalisten einzubeziehen. Da macht die Linke auf gar keinen Fall mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Verstrickung des Verfassungsschutzes in den NSU-Skandal und in den Nazisumpf, der sich hier aufgetan hat, macht sehr deutlich, dass die Geheimdienste im Grunde genommen zur Verschleierung beigetragen haben, indem sie beispielsweise Akten vernichtet haben. Die Geheimdienste sind nicht kontrollierbar. Nichtsdestotrotz bekommen sie mit der Datei und dem Abwehrzentrum mehr Rechte. In diesem Zusammenhang ist es unbedingt notwendig, zu klären, wie mit dem grundgesetzlichen Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei verfahren werden soll. Die Linke hat dazu eine klare Meinung. Die Trennung muss weiter bestehen, um überhaupt Kontrollstrukturen einzurichten. Solche Strukturen gibt es gegenwärtig kaum.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei der Evaluierung ist für uns die Effektivität im Kampf gegen Rechtsextremismus und Naziterror entscheidend. Dabei muss nicht nur die Datei, sondern müssen alle Instrumente unter grundgesetzlichen Aspekten überprüft werden. Wie Herr Binninger eben gesagt hat, wurden viele Institutionen geschaffen, bei denen es keine Trennung zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit gibt. Wir haben es bei der Rechtsextremismusdatei mit einer erneuten Aufweichung des grundgesetzlichen Trennungsgebots zu tun. Man kann nicht einfach eine Sache klonen. Sie haben auf die Antiterrordatei hingewiesen. Diese Datei, die sieben Jahre existiert, ist bis heute nicht evaluiert, obwohl es immer wieder gefordert wurde.

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Intern evaluiert!)

Deswegen fordern wir eine weiter gehende Evaluierung, und zwar nicht nur der Rechtsextremismusdatei.

(D)

Im Grunde genommen wird der Rechtsextremismus instrumentalisiert, um den Grundrechteabbau fortzuschreiben. Wir gehen aber davon aus, dass es eher mehr Demokratie bedarf, um Rechtsextremisten zu bekämpfen. Ich glaube, dass es für die Rechtsextremisten ein Sieg wäre, wenn die Trennung von geheimdienstlicher und polizeilicher Arbeit weiterhin so verläuft, wie Sie es beschlossen haben.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat Michael Hartmann das Wort.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Michael Hartmann (Wackernheim) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es klar vorweg zu sagen: Was uns hier in diesem Haus und weit darüber hinaus – bis hin zu den vielen bürgerschaftlich engagierten Gruppen – eint, ist die Klarheit, dass in unserem Land nie mehr, zu keiner Minute und an keiner Stelle, zugelassen werden darf, dass die Rechten, die Nazis, noch einmal ihr Haupt erheben und uns verhöhnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Michael Hartmann (Wackernheim)

- (A) Nicht etwa der Abbau von Behördenkompetenzen und behördlichem Handeln ist gefordert, um Nazis und ihre Helfershelfer zu bekämpfen. Vielmehr sind und bleiben effiziente und gute staatliche Strukturen die Antwort der wehrhaften Demokratie im Kampf gegen rechts.

(Beifall bei der SPD)

Wir reden heute über die Evaluierung eines Gesetzes, das im August 2012 verabschiedet wurde. Der Anlass war schlimm genug. Es ist bekannt geworden, dass weit über zehn Jahre hinweg ein Mördertrio durch unser Land ziehen konnte, das glaubte, Menschen, nur weil sie anderer Abstammung waren, töten zu können. Diese Erschütterung, die uns allen noch in den Knochen steckt, hat dazu geführt, dass wir uns gemeinsam überlegt haben, welche Konsequenzen wir ziehen können und müssen. Eine der ersten Konsequenzen war die Bildung dieser Datei, weil sich gezeigt hat, dass wir bei vielen Behörden, an vielen Stellen Wissen über diese drei und ihr Netzwerk hatten, dies aber nie vernünftig zusammengeführt wurde. Insofern ist die Bildung dieser Datei kein Schlag gegen Bürgerrechte, liebe Ulla Jelpke, sondern eine Bedingung, um zu verhindern, dass in Zukunft Nazis weiter schadlos agieren können.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben, wie Sie, Herr Kollege Binniger, völlig zu Recht gesagt haben, nicht nur diese Datei mit ausdrücklicher Zustimmung der SPD eingerichtet. Es wurde auch das Abwehrzentrum gegen rechts gegründet. Das waren gute und notwendige Schritte; denn wir stellen immer wieder fest: Wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden – zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen den verschiedenen Behörden –, die sich oft genug mit ungesundem Misstrauen begegnen, erst einmal gemeinsam am Tisch sitzen, sich in die Augen schauen und Sachverhalte gemeinsam erörtern, dann wird jenes Misstrauen abgebaut und eine Kultur des Miteinanders und der Zusammenarbeit geschaffen, die in einem föderalen Staat die Grundvoraussetzung dafür ist, dass Sicherheitsorgane effizient funktionieren. Deshalb war es richtig, diese Datei einzurichten. Aber eine Bedingung für die Zustimmung der SPD war damals, dass jene Evaluierung, über die wir heute reden, in das Gesetz aufgenommen wird. Das hat zwei Gründe.

Erstens. Es gehört zu einer modernen Gesetzgebung, überhaupt zu evaluieren und nicht zu sagen: Das ist in Stein gemeißelt und immer wahr. Die Verhältnisse können sich ändern. Man kann feststellen, dass Fehler begangen wurden, dass die angestrebte Tiefe nicht erreicht wurde oder dass das Übermaßverbot nicht gewahrt wurde. Insofern gehört es dazu, Gesetze von Zeit zu Zeit auf den Prüfstein zu stellen und sie gegebenenfalls zu korrigieren oder sogar zurückzunehmen.

Zweitens. Natürlich bedeutet eine Datei, die zur Bekämpfung von Rechtsextremisten und Neonazis eingerichtet wird, einen Eingriff in die Bürgerrechte. Deswegen muss sehr sorgfältig und sorgsam damit umgegangen werden. Darum haben wir gesagt – und wir halten dies nach wie vor für richtig –, dass wir diesem Gesetz nur zustimmen können, wenn wir nach einer ge-

- wissen Zeit noch einmal prüfen: Wurde erreicht, was wir erreichen wollten? Sind wir zu weit gegangen? Sind vielleicht Personen oder Spuren zusammengeführt worden, die wir in einer solchen Datei nicht zusammengeführt sehen wollen? (C)

Das sind die beiden Gründe: Gründlichkeit moderner Gesetzgebung und Schonung der Bürgerrechte. Deshalb war es wichtig, die Evaluierung einzuführen, und deshalb ist es richtig, heute zu beschließen, dass ein entsprechender Auftrag erteilt wird.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Erika Steinbach [CDU/CSU])

Damit sind wir aber nicht am Ende bei unserem Kampf gegen den Nationalsozialistischen Untergrund und gegen Rechtsextremisten. Es muss viel weiter gehen. Die Große Koalition hat beschlossen, dass die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses, die in erfreulicher Gemeinschaftlichkeit beschlossen wurde – das sage ich ausdrücklich –, eins zu eins umgesetzt wird.

(Monika Lazar [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir alle beschlossen, nicht nur die Koalition!)

– Ich habe gesagt: gemeinschaftlich beschlossen. Damit meine ich: ausdrücklich auch mit Ihren Stimmen und in einer guten Zusammenarbeit mit allen Fraktionen. Das war eine Meisterleistung des Deutschen Bundestages und des parlamentarischen Regierungssystems. Ich will hier niemandem Anerkennung und Respekt dafür verweigern, sondern – im Gegenteil – dies allen erweisen.

- Aber Sie müssen schon anerkennen, dass diese Große Koalition gesagt hat, dass alles eins zu eins abgearbeitet und umgesetzt wird. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Auch hier mussten Hindernisse überwunden werden. Wenn wir jetzt gemeinsam dafür sorgen, dass das gemacht wird, dann setzen sich der gute Geist und die gute Kultur des Untersuchungsausschusses fort. (D)

Für uns bedeutet das mindestens, dass wir beim Umbau der Sicherheitsbehörden noch weiter gehen müssen, dass beim Verfassungsschutz Fenster und Türen geöffnet werden, dass gelüftet wird und eine andere Kultur der Arbeit eintritt. Das bedeutet für uns auch, dass wir bei der Führung von V-Personen sehr viel genauer, besser und kritischer werden müssen, und, liebe Ulla Jelpke, dass die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen und Institutionen, und zwar auch der kritischen und sehr kritischen, in der Bürgergesellschaft intensiviert werden muss.

Das alles und noch viel mehr gehört dazu, wenn wir Lehren aus dem ziehen wollen, was uns dieses Mördertrio an schlimmer Geschichte in unser Stammbuch geschrieben hat. Ich bin sicher, dass der Deutsche Bundestag dies will. Wir halten die Beauftragung des Instituts in Speyer für richtig, weil dort kompetente und erfahrene Leute sitzen, die ihre Unabhängigkeit und hohe Expertise bereits oft bewiesen haben, und hoffen, alle in diesem Hause sehen das ebenso.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Jetzt hat Irene Mihalic das Wort.

Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vorhin ist schon mehrfach das Bundesverfassungsurteil zur Antiterrordatei angesprochen worden, in dem das informationelle Trennungsprinzip zwischen Polizei und Nachrichtendiensten eindeutig festgestellt wurde. Der erhebliche Prüf- und Änderungsbedarf, der sich aus diesem Urteil ergibt, ist, glaube ich, hier im Hause allen klar. Auch die von der Bundesregierung geleitete Kommission hat in ihrem Abschlussbericht einstimmig angemahnt, dass wegen der strukturellen Vergleichbarkeit mit der Antiterrordatei auch hinsichtlich der Rechtsextremismusdatei analysiert werden müsse, welche konkreten Folgerungen aus diesem Urteil abzuleiten sind. Schön, könnte man jetzt denken, dann kommt die wissenschaftliche Evaluierung der Rechtsextremismusdatei ja gerade recht.

Kollege Binninger, Sie haben eben die sehr gute Evaluierung des IFG angesprochen. Es gibt aber einen Unterschied; denn bei der Evaluierung des IFG konnte vonseiten des Deutschen Bundestages noch Einfluss auf das Evaluierungsdesign genommen werden. Das stellt sich hier aber anders dar, weil das BMI die Federführung hat. Insofern muss man leider sagen, dass die Evaluierungspraxis der Bundesregierung keine allzu rühmliche Geschichte hat.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Terrorismusbekämpfungsgesetz hat sich das Bundesinnenministerium ganz ungeniert selbst evaluiert mit dem Ergebnis, dass Eingriffsbefugnisse für die Sicherheitsbehörden noch nicht weit genug gehen. Als 2010 dann das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz evaluiert wurde, hat man die grundrechtsorientierte Analyse gleich ganz vergessen. Zwar wurde noch schnell ein Rechtsgutachten nachgeschoben; aber selbst der damit beauftragte Gutachter Professor Dr. Amadeus Wolff

(Clemens Binninger [CDU/CSU]: Guter Mann!)

hat öffentlich kritisiert, dass damit auch nicht bereinigt werden könne, dass bei der Evaluierung wieder nur die Vollzugsinteressen der Sicherheitsbehörden und nicht die Grundrechte im Vordergrund gestanden haben.

Bei der Antiterrordatei sah es leider nicht viel besser aus. Erst wurde die Evaluierung verschleppt, weil Fristen nicht eingehalten wurden. Dann fehlte wieder einmal die verfassungsrechtliche Analyse. Auch hier wurde auf ein rechtswissenschaftliches Zweitgutachten verwiesen, auf das wir aber bis heute warten.

Es ist zu befürchten, dass es bei der baugleichen Rechtsextremismusdatei wieder so laufen wird, wobei wir uns schon fragen, auf welcher sachlichen Grundlage wir das heute hier im Bundestag entscheiden sollen; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition,

Sie haben es ja vermieden, Ihrem Antrag das Angebot des Forschungsinstituts beizufügen, aus dem man das Evaluierungsdesign hätte erkennen können. Was ich als Mitglied des Innenausschusses darüber weiß, stimmt mich alles andere als optimistisch, ob bei der Evaluierung das Urteil berücksichtigt wird. Ich möchte hier eindeutig klarstellen: Es ist nicht so, dass ich die Kompetenzen des Instituts anzweifle; ganz im Gegenteil. Aber es ist zu befürchten, dass bei der Evaluierung wieder nur die Vollzugsinteressen im Vordergrund stehen und nicht die Grundrechte, und das, obwohl wir hier ein Bundesverfassungsurteil umzusetzen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so geht es nicht. Es ist unsere verfassungsrechtliche Pflicht, für eine verfassungskonforme Gesetzgebung zu sorgen und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu achten und auch umzusetzen. Deshalb werden wir Grüne heute unser Einvernehmen nicht erteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wo Evaluierung draufsteht, muss auch Evaluierung drin sein. Wenn wir hier unser Einvernehmen auf Basis Ihres Antrages erteilen würden, dann würden wir die Katze im Sack kaufen, weil wahrscheinlich außer den Mitgliedern des Innenausschusses kaum jemand etwas über das Evaluierungsdesign weiß.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Es sind aber auch Grüne im Ausschuss!)

Ich sage es noch einmal ganz ausdrücklich: Uns geht es um eine Evaluierung am Maßstab der Verfassung und der Grundrechte und nicht darum, hier das Institut in Misskredit zu bringen. Den Namen des Instituts haben Sie von der Koalition hier völlig ohne Not öffentlich gemacht und nicht wir.

(Michael Hartmann [Wackernheim] [SPD]: Aber dann sind wir uns ja einig! – Clemens Binninger [CDU/CSU]: Der steht doch im Antrag, der Name des Instituts!)

Sie haben sich in Ihrem Antrag auf die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und auf die Notwendigkeit bezogen, hier für einen besseren Informationsaustausch zu sorgen; das haben Sie eben in Ihren Reden dargestellt. Aber man kann nicht sagen: Nur weil wir eine Rechtsextremismusdatei haben, läuft es besser. – Ein wesentliches Versagen im Zusammenhang mit dem NSU bestand ja darin, dass man den Rechtsterrorismus nicht erkannt hat. Man muss den Rechtsterrorismus doch erst einmal erkennen, bevor man damit eine Datei füllen kann. Auch das ist ein wichtiger Punkt.

Herr Binninger, Sie haben eben gesagt: Wenn man dagegen ist, dann muss man eine Alternative bieten. – Unsere Alternative ist eine gesetzliche Einhegung gemeinsamer Zentren, orientiert an verfassungsrechtlichen Maßstäben und grundrechtlichen Aspekten.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf Drucksache 18/974 mit dem Titel „Herstellung des Einvernehmens des Deutschen Bundestages mit der Bestellung des Instituts für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation beim Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung, Speyer, als wissenschaftlichen Sachverständigen im Rahmen der Evaluierung des Rechtsextremismus-Datei-Gesetzes“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die Linke. Damit ist der Antrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Linken angenommen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Luise Amtsberg, Volker Beck (Köln), Hans-Christian Ströbele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kontoeröffnungen für Flüchtlinge ermöglichen**Drucksache 18/905**

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Innenausschuss (f)

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

(B)**Federführung strittig**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Beck als erstem Redner das Wort.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Bankkonto ist der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Gehälter werden in aller Regel auf Konten überwiesen. Privatrechtliche Verträge haben oft zur Voraussetzung, dass man ein Girokonto angeben kann, egal ob es um einen Mobilfunkanbieter, ein Fitnessstudio, eine Vereinsmitgliedschaft oder einen Einkauf im Internet geht. Auch das Anmieten einer Wohnung setzt oftmals ein Girokonto voraus. Auch erspartes Geld kann man nur anlegen, wenn man ein Konto hat.

Bis 2009 war das auch für geduldete Flüchtlinge in diesem Land kein Problem. Dann hat man es mit dem Geldwäschekämpfungsgesetz zur Voraussetzung für die Eröffnung eines Kontos gemacht, mit einem gültigen amtlichen Lichtbildausweis die Identität nachzuweisen. Damit verfolgt der Gesetzgeber ein wichtiges Anliegen: Die Identifikation des Kontoinhabers soll eine effektive Ermittlungsarbeit bei Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung ermöglichen. Dieses Anliegen unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Aber vielen Geduldeten ist es nicht möglich, entsprechende Identitätspapiere vorzulegen. Sie haben nur eine Bescheinigung über die Nichtabschiebung, die ihre Duldung nachweist. Das ist oftmals ihr einziges Identitätspapier. Wir meinen, man sollte die Rechtsgrundlage dafür schaffen, dass dieses Papier die Voraussetzungen des Geldwäschegesetzes hinsichtlich des Identitätsnachweises bei Eröffnung eines Kontos erfüllt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man im Lande unterwegs ist, wird man von vielen Flüchtlingsinitiativen auf diese Problematik angesprochen. Ich habe das im letzten Jahr zum Anlass genommen, mich an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband zu wenden. Man hat mir daraufhin geschrieben, dass man bis zum Inkrafttreten des Geldwäschekämpfungsgesetzes gerne auch Flüchtlingen Guthabenkonten zur Verfügung gestellt hat, aber man sich durch die neue Rechtslage nunmehr daran gehindert sieht. Herr Fahrenschon hat mir geschrieben, man habe diesen Sachverhalt vor einiger Zeit dem federführenden Bundesfinanzministerium geschildert. Von dort erhielten wir die Zusage, dass anlässlich der nächsten Gesetzesnovelle im Geldwäschebereich wieder die alte Rechtslage hergestellt werden soll.

Wie der Sparkassen- und Giroverband bin auch ich der Meinung, dass die in Rede stehenden Ersatzpapiere wieder in den Katalog der geeigneten Legitimationspapiere nach dem Geldwäschegesetz aufgenommen werden müssen, damit Geduldete und Flüchtlinge am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können und eine eventuelle Arbeitsaufnahme nicht an den geltenden Voraussetzungen scheitert.

(D)

Sie wissen, Geduldete sind in aller Regel Flüchtlinge. Bei ihnen wurden im Rahmen des Identitätsnachweises meist Fingerabdrücke genommen. Die Identität steht also zweifelsfrei fest. Nur kommen viele Flüchtlinge völlig unverschuldet nicht an Ausweispapiere heran. Die Gründe dafür sind verschieden. Es gibt zum Beispiel Botschaften hier in Berlin, die generell keine neuen Ausweise ausstellen, wie die Botschaft des Irak. Bei anderen Staaten gibt es das Problem, dass man generell die Staatsangehörigkeit anzweifelt. Dieses Problem haben wir vor allen Dingen mit der Botschaft des Libanon. Wieder andere Staaten, wie der Kongo, stellen an die Ausstellung neuer Pässe hohe Anforderungen, die von den meisten Flüchtlingen nicht erfüllt werden können. Das fängt bei den hohen Gebühren an und endet bei den Dokumenten, die man für einen neuen Pass vorlegen muss.

Lassen Sie uns eine humanitäre Lösung für dieses Problem finden. Die Koalition hat sich auf eine neue Bleiberechtsregelung verständigt. Lassen Sie uns den Geduldeten die Möglichkeit geben, am wirtschaftlichen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, indem wir eine Änderung des Geldwäschegesetzes vornehmen. Die Banken wollen es – das sieht man am Beispiel des Sparkassen- und Giroverbandes –, und die Flüchtlingsinitiativen wollen das. Die Sicherheitsbedenken, die es

Volker Beck (Köln)

- (A) in diesem Zusammenhang gibt, kann man durch eine entsprechende Verordnung ausräumen und so sicherstellen, dass kein Schindluder getrieben wird, da der Identitätsnachweis zweifelsfrei erbracht wird.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das wäre gesellschaftspolitisch ein wichtiger Schritt hin zur Integration, den wir gemeinsam gehen sollten. Ich hoffe, dass die Zusage des Finanzministeriums gilt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat Olav Gutting das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich feststellen, dass es gut ist, dass wir uns hier mit dem Schicksal und den Problemen von Flüchtlingen beschäftigen.

- (B) Im Vergleich zum Vorjahr ist ein hoher Zuwachs an Asylersuchen von über 70 Prozent zu verzeichnen. Hauptherkunftsland ist derzeit Syrien. Wir wissen, die Menschen dort flüchten vor einem schlimmen Bürgerkrieg, und wir haben in der CDU-geführten Bundesregierung der humanitären Verpflichtung Deutschlands in diesem Bereich bereits Rechnung getragen. Unter anderem gibt es zwei Aufnahmeprogramme, mit denen wir insgesamt 10 000 syrische Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen. Es ist völlig klar, dass Deutschland auch nach Ausschöpfen der Kontingente syrischen Flüchtlingen weiterhin Schutz bieten wird.

Wir helfen aus christlicher Nächstenliebe. Wir helfen auch, weil wir aus unserer eigenen Vergangenheit heraus schreckliche Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung gemacht haben. Auch deshalb hat sich die Bundesregierung in Europa unter Federführung des BMF erfolgreich und mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass einem breiten Berechtigtenkreis unter Einbeziehung von Flüchtlingen mit berechtigtem Status der Zugang zu einem Bankkonto eingeräumt wird. Auch wir wollen, dass Flüchtlinge die Möglichkeit haben, hier ein Konto zu eröffnen; denn – da haben Sie völlig recht, Herr Beck – das ist Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Ursprünglich sah der Vorschlag der EU-Kommission zur Zahlungskontenrichtlinie das subjektive Recht auf Zugang zu einem Jedermannkonto lediglich für einen ganz eng begrenzten Personenkreis vor. Deutschland hat sich zusammen mit dem Europäischen Parlament mit Nachdruck dafür ausgesprochen, dass erstens im Hinblick auf das Recht auf Zugang zu einem Jedermannkonto eindeutig feststehen muss, wer zum Berechtigtenkreis gehört, und dass zweitens klargestellt werden muss, dass neben weiteren besonders schützenswerten

- (C) Personengruppen auch Flüchtlinge das Recht auf Zugang zu einem Jedermannkonto haben. Beiden Anliegen der Bundesregierung wurde zwischenzeitlich durch mehrfache Anpassung der Richtlinie entsprochen. Die Personengruppe der Asylsuchenden ist im Text sogar ausdrücklich aufgenommen worden. Die Bundesregierung hat sich in den Verhandlungen außerdem mit Erfolg dafür eingesetzt, dass dieses zentrale Recht durch die Hintertür nicht wieder ausgehebelt wird, etwa durch entsprechend weit gefasste Ausgestaltungen der Verweigerungs- oder Kündigungsgründe.

Und jetzt kommen Sie von den Grünen mit dem Antrag, das Geldwäschegesetz zu ändern. Ja, es ist richtig: Nach dem Geldwäschegesetz braucht es einen Identitätsnachweis zur Kontoeröffnung. Aber bei allem Verständnis: Dieser Antrag und diese Änderung sind nicht notwendig. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen. Wir werden Ihrem Ansinnen durch die kommende Zahlungskontenrichtlinie vollumfänglich Rechnung tragen können. Vor zwei Wochen, am 20. März dieses Jahres, wurde auf europäischer Ebene eine entsprechende Einigung über den Inhalt der Zahlungskontenrichtlinie erzielt. Es gibt die klare Aussage und die Zusage des BMF, dass nach deren Veröffentlichung zeitnah mit der nationalen Umsetzung begonnen wird. Aus diesem Grund ist eine isolierte Änderung des Geldwäschegesetzes heute nicht notwendig. Wir werden das Problem über die europäische Ebene lösen.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

- Herr Kollege Gutting, lassen Sie eine Zwischenfrage durch den Kollegen Beck zu? (D)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Das darf er.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mir ist es ziemlich einerlei, wie das Problem gelöst wird; Hauptsache, es wird gelöst. Wir haben in der Begründung unseres Antrags die Entschließung des Europäischen Parlaments, die Grundlage der aktuellen Diskussionen in Brüssel war, ausdrücklich erwähnt.

Durch welchen Rechtssetzungsakt in Deutschland werden Sie jetzt dafür sorgen, dass Geduldete ohne entsprechende Identitätspapiere in Zukunft Zugang zu einem Girokonto bekommen? Denn ohne nationale Rechtsänderung sind die deutschen Geldinstitute weiterhin gehindert, das zu tun, was sie eigentlich gern tun würden, nämlich den Leuten ein Girokonto zu ermöglichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Olav Gutting (CDU/CSU):

Das ist völlig richtig. Die Zahlungskontenrichtlinie muss in nationales Recht umgesetzt werden. Das wird sie auch. Das Ergebnis wird sein, dass Flüchtlinge einen Zugang zum Jedermannkonto haben, das sie unbedingt benötigen.

Olav Gutting

- (A) (Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aber dann können Sie ja dem Grünen-Antrag
zustimmen!)

Ob dazu in Teilen auch das Geldwäschegesetz geändert werden muss, wird sich zeigen. Aber zunächst einmal muss die Richtlinie veröffentlicht werden und vorliegen. Erst dann kann man national entscheiden, wo und wie man die entsprechenden Änderungen vornimmt.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gilt das dann für Geduldete?)

Es ist gut, dass Sie diesen Antrag stellen. Ich habe es gesagt: Es ist schön, dass wir darüber reden. Wir sind uns über das Ziel völlig einig. Nur, jetzt eine isolierte Gesetzesänderung vorzunehmen, macht keinen Sinn.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Rechtsverordnung!)

Erst wenn die Richtlinie vorliegt, kann man die entsprechenden Änderungen nachhaltig und zielgerichtet durchführen.

Vielen Dank.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch für Geduldete oder nur für Asylbewerber?)

– Für Asylbewerber und Geduldete.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sind wir uns wenigstens einig!)

(B)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Ulla Jelpke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Ulla Jelpke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist völlig klar, dass die Grünen den ganzen Prozess beschleunigen wollen, und das ist richtig. Eigentlich ist es doch traurig, dass wir heute darüber reden, dass Menschen, die in Deutschland leben, auch wenn sie keinen Aufenthaltstitel, sondern nur eine Duldung haben, in Deutschland kein Bankkonto eröffnen können, weil nach dem Geldwäschegesetz zur Einrichtung des Kontos Dokumente benötigt werden. Ich finde, das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss es hier noch einmal ganz deutlich sagen: Ohne ein Bankkonto haben Geduldete im Alltag unglaubliche Schwierigkeiten. Das fängt bei einem Handyvertrag an und geht weiter bei der Einzugsermächtigung, wenn es um einen Mietvertrag geht. Ebenso können sie oftmals keinen Arbeitsvertrag unterschreiben, weil die Kontoverbindung verlangt wird. Wir kennen aus unserer Praxis viele Fälle, in denen eine Arbeitsaufnahme daran gescheitert ist, dass es kein Konto gibt. Durch das Fehlen eines Girokontos wird im Grunde die wirtschaftliche und

soziale Integration verhindert. Man muss es hier noch einmal sagen: Viele leben seit vielen Jahren in Deutschland, manche seit mehr als zehn Jahren. Es ist einfach nicht hinzunehmen, dass solche Hindernisse bestehen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren und vor allen Dingen auch liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, natürlich werden wir diesem Antrag zustimmen. Wir begrüßen es, dass Menschen diese Erleichterung bekommen sollen

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bzw. dass man dafür sorgen will, dass sie ein Konto einrichten können. Aber ich will hier noch einmal sagen: Alle Bleiberechtsregelungen haben bisher gezeigt, dass diejenigen Geduldeten, die hier keine Aufenthaltserlaubnis haben, im Grunde genommen selbstständig für ihren Lebensunterhalt aufkommen müssen. Deswegen denke ich, der Antrag greift ein bisschen zu kurz. Ich verstehe dieses Anliegen. Ihr wollt es beschleunigen, aber ich finde, man muss mehr zur Diskussion stellen, wenn man über die Situation geduldeter Menschen hier in Deutschland redet.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist denn jetzt euer weitergehender Antrag?)

Denn viele können ihren Lebensunterhalt nicht selber aufbringen. Sie brauchen einfach mehr Rechte.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht das Ende unserer Flüchtlingspolitik! Monty Python: Nun zu etwas ganz anderem!)

(D)

Das heißt, wir müssen hier im Grunde genommen, wenn es um Geduldete und mehr Rechte für sie geht, auch weiterhin über die Residenzpflicht, über die Unterbringung in Sammelunterkünften – da sitzen genau diejenigen, die geduldet werden –, die eingeschränkten Sozialleistungen, die sie nur über das Asylbewerberleistungsgesetz bekommen, und über die Arbeitsverbote sprechen. Ich will hier auch noch einmal erwähnen, dass die gesundheitliche Versorgung dieser Flüchtlinge nur eine Notfallversorgung ist. Das heißt, bei Schmerzzuständen oder bei Schwangerschaft und Geburt bekommen sie entsprechende Krankenscheine, um sich behandeln zu lassen. Hier sagen wir: Wir brauchen mehr und umfassende Rechte für sogenannte geduldete Menschen in Deutschland.

Zweitens will ich daran erinnern, dass nicht nur geduldete Menschen kein Konto haben, sondern auch Obdachlose oder Menschen, die überschuldet sind; deren Konten werden von den Banken aufgelöst. Auch hier muss man den Blick etwas weiter fassen. Übrigens muss man sagen: In 28 Ländern der EU gibt es diese Garantie auf ein Konto für alle diese Personengruppen, die ich hier eben aufgezählt habe. Es ist einfach ein Skandal, dass Deutschland da so hinterherhinkt.

Herr Gutting, ich habe Ihre Bemühungen zwar gesehen, aber es muss schneller gehen. Wir können hier nicht

Ulla Jelpke

- (A) lange bürokratische Wege gehen, bis das endlich für Flüchtlinge, für Obdachlose oder auch Menschen, die völlig überschuldet sind, umgesetzt wird. Deswegen werden wir dem Antrag zustimmen, aber auch weitergehende Debatten über die Situation dieser Menschen führen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir machen gern mit!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat Uli Grötsch das Wort.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Uli Grötsch (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Keul – ich glaube, sie hat gerade den Saal verlassen –, aus den eben vom Kollegen Gutting beschriebenen Gründen können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Sie hätten Ihren Antrag aber noch zurückziehen können; dann wären wir in der Tagesordnung der heutigen Sitzung schon ein Stück weiter.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können den Antrag heute nicht ablehnen! Sie werden sich im Ausschuss noch damit quälen müssen!)

- (B) Frau Kollegin Jelpke hat gerade darauf hingewiesen: Die EU-Richtlinie greift weiter als der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, schließt alle Menschen in die Regelung ein und bezieht sich nicht ausschließlich auf Asylbewerber und Flüchtlinge.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Argumente sind im Endeffekt die gleichen Argumente wie die des Kollegen Gutting, die eben schon vorgetragen wurden. Sie sehen, welche große Einigkeit in der Großen Koalition auch in solchen Detailfragen herrscht. Auch wir sind der Meinung, dass man zu einem Leben in Deutschland natürlich ein Bankkonto braucht, dass man heutzutage eine Bankkarte braucht und dass bargeldloses Einkaufen eine Selbstverständlichkeit ist. Natürlich wissen auch wir, dass dies ohne Bankkonto schlichtweg nicht möglich ist. Wer in Deutschland am öffentlichen Leben teilhaben will, braucht ein Bankkonto. Das ist natürlich kein Luxus, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Nach Schätzung der Europäischen Kommission haben in Deutschland noch immer mehr als 670 000 Menschen über 15 Jahren kein Bankkonto, unter ihnen auch viele Flüchtlinge und Asylbewerber, aber eben auch sozial schwache Menschen und die von Ihnen gerade schon genannten anderen Gruppen unserer Bevölkerung. Auch sie aber sind auf ein Bankkonto angewiesen, weil sie zum Beispiel Ratenzahlungen tätigen müssen, etwa für Anwälte, oder Flüchtlinge und Asylbewerber für Deutschkurse, für Mitgliedschaften in Vereinen und für

vielen andere mehr. Deshalb hat der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier recht, wenn er sagt:

Wer heutzutage über kein Bankkonto mit grundlegenden Funktionen verfügt, stößt im Alltagsleben auf Schwierigkeiten und muss mehr bezahlen.

Wir sagen: Das darf nicht sein. Gerade die, die wenig haben, sollen nicht mehr bezahlen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Bereits seit 1995 gibt es die eben schon erwähnte freiwillige Selbstverpflichtung der Kreditinstitute, wonach sie jedermann ein Guthabenkonto zur Verfügung stellen wollen. Leider hat sich die Situation seit 1995 jedoch nicht wirklich verbessert. Immer noch verweigern oder kündigen Kreditinstitute gerade sozial schwachen oder von Insolvenz betroffenen Bürgern das Konto.

Auch besonders schutzbedürftige Menschen wie Asylbewerber und Flüchtlinge können zum Teil kein Konto eröffnen, weil ein großer Teil von ihnen keine Aufenthaltsgenehmigung hat. Sie haben zum Beispiel – auch das wurde schon gesagt – Aufenthaltsgestattungen, weil sie noch ein laufendes Asylverfahren haben, oder sie haben aus ganz unterschiedlichen Gründen lediglich Duldungen, die sie dann gegebenenfalls in kurzen Abständen wieder verlängern müssen. Andere haben auf der Flucht vor politischer Verfolgung ihre Reisedokumente vernichtet, aus Angst davor, aufgespürt zu werden. Deshalb beruhen die in Deutschland ausgestellten Dokumente oftmals auf eigenen Angaben.

Ich begrüße die jüngste Einigung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zum Vorschlag einer Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen vom 20. März 2014, demnach vier Tage, bevor Ihr Antrag eingereicht wurde.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber dass wir das zitieren, ist Ihnen beim Lesen des Antrags schon aufgefallen, ja?)

– Ja, natürlich. Wir haben ihn aufmerksam gelesen.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay! Das freut mich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meines Erachtens hat sich Ihr Antrag erledigt, weil die gerade schon genannte Trilogieeinigung zur Zahlungskontorichtlinie bereits vier Tage vor Ihrem Antrag eingereicht wurde.

Lassen Sie mich sagen, dass ich es für relativ gefährlich oder zumindest schwierig halte, nachdem die Europäische Union eine Richtlinie erlassen hat, eine Verordnung des Bundesinnenministeriums zum gleichen Thema zu fordern. Wir sind wenige Wochen vor der Europawahl. Jeder von uns ist daran interessiert, dass viele Menschen zur Europawahl gehen, dass Europa in den Köpfen der Menschen ankommt und dass all das geschieht, was wir immer gerne über Europa sagen. Deswegen glaube ich, dass es schlichtweg schwierig ist, zu sagen: Okay, die Europäische Union hat bereits eine

Uli Grötsch

- (A) Richtlinie erlassen. Aber jetzt muss auch noch eine Rechtsverordnung seitens des Bundesinnenministeriums erlassen werden, weil das bei der Europäischen Union immer so lange dauert. – Ich glaube, das lässt die europäischen Institutionen zu Unrecht in einem Licht erscheinen, in das sie nicht gehören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was mir am Ende meiner Ausführungen noch wichtig ist, ist der Umstand, dass wir bei der Umsetzung der EU-Richtlinie auch die Sicht der Banken in den Blick nehmen sollten. Ich habe mich in dieser Frage mit meiner Raiffeisenbank und der Sparkasse beraten. Ich meine, dass man deren Anliegen durchaus ernst nehmen muss. Wir werden bei der Umsetzung der Richtlinie darauf achten müssen, dass wir die Kreditinstitute mit eventuell auftretenden Problemen nicht allein lassen.

Meine Banken haben mir von ihren Erfahrungen mit Kontoeröffnungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern berichtet. Es kommt zum Beispiel vor, dass sie Lastschriften aus abgeschlossenen Handyverträgen aufgrund fehlender Geldeingänge nicht einlösen können. Es kommt wohl auch vor, dass aufgrund der relativ kurzen Verweildauer an einem Ort, zum Beispiel bei einem abgelehnten Asylantrag, die Kontoinhaber ohne Kontoauflösung wieder weg sind und die Bank dann die Kontogebühren stornieren und das Konto auflösen muss.

- (B) Genauso geht es um die Fragen: Wie gehen wir mit den Sprachbarrieren der Asylbewerber und der Flüchtlinge bei der Kontoeröffnung und der Kontoführung um? Wie finden wir eine praktikable Lösung bei kurzen Verweildauern an einem Ort und der Frage einer Kontoverlegung an einen neuen Aufenthaltsort?

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor 2005 war das kein Problem!)

Ich glaube, dass bei 110 000 Asylanträgen im Jahr, von denen etwa 31 000 abgelehnt werden – die durchschnittliche Bearbeitungsdauer beträgt etwa sieben Monate –, wirklich viel Arbeit auf uns zukommt.

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie sind schon dafür, oder?)

Ich glaube aber auch, dass es diesen Aufwand und diese Arbeit wert ist, um alle Menschen an unserem gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Seien Sie unbesorgt! Wir werden uns mit dieser Richtlinie zeitnah befassen und sie vernünftig und auch zeitnah umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Andrea Lindholz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andrea Lindholz (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Friedensnobelpreis ging 2006 zum ersten Mal nach Bangladesch. Die dortige Grameen-Bank und ihr Gründer, der Wirtschaftsprofessor Muhammad Yunus, wurden ausgezeichnet für die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für besonders arme Bevölkerungsschichten. Yunus und die Grameen-Bank eröffnen mit ihrer Arbeit vielen Menschen einen Weg aus der Armut, und sie tragen zum Frieden bei.

Die Möglichkeit, ein Konto zu eröffnen – da sind wir uns einig –, eine Banküberweisung zu tätigen oder einen sogenannten Mikrokredit aufzunehmen, kann ein zentraler Grundstein für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sein.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

In den Industrieländern halten wir Finanzdienstleistungen für eine Selbstverständlichkeit. Doch das sind sie nicht. Yunus spricht sogar von einem System der finanziellen Apartheid, durch das zahllose Menschen auf der Welt von Finanzdienstleistungen und somit vom Zugang zum Wirtschaftskreislauf ausgeschlossen werden. Auch in Europa haben 58 Millionen Menschen kein eigenes Bankkonto. Diesen Menschen fehlt eine zentrale Voraussetzung, um am modernen Wirtschaftsleben teilnehmen zu können.

Die Idee, mit der Bereitstellung von rudimentären Finanzdienstleistungen Armut zu bekämpfen, hat in Deutschland eine lange Tradition. Im Grunde hat der Friedensnobelpreisträger die Arbeit der beiden deutschen Sozialreformer Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch weiterentwickelt. Die beiden Urväter der Raiffeisen- und Volksbanken hatten bereits im 19. Jahrhundert, während der industriellen Revolution in Deutschland, mithilfe von Kreditgenossenschaften der verarmten Landbevölkerung wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Grundidee des vorliegenden Antrags nicht neu.

(D)

Auch das Kernanliegen des Antrages, nämlich Flüchtlingen den Zugang zu Bankkonten zu ermöglichen, ist nicht neu und ist überholt.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber seit Jahren ungelöst!)

– Herr Beck, ich bin Ihre Zwischenrufe gewöhnt. Ich habe schon gesagt, Sie wollen mit mir unbedingt so weitermachen wie mit meinem Vorgänger, Herrn Geis.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie sich ja Fußstapfen ausgesucht!)

– Ich freue mich darauf. – Diese Idee wurde von der Bundesregierung und insbesondere vom Bundesfinanzminister bereits in Angriff genommen, und zwar sehr viel weiter gehend, als es im Antrag gefordert wird.

Die Bundesregierung unterstützt ausdrücklich das Vorhaben der EU-Kommission, auf europäischer Ebene für Verbraucher, auch, Herr Kollege Beck, für Verbrau-

Andrea Lindholz

- (A) cher ohne Aufenthaltserlaubnis, Asylbewerber, Verbraucher ohne festen Wohnsitz und andere ein Recht auf Zugang zu einem Zahlungskonto einzuführen. Im Rahmen der sogenannten Zahlungskontenrichtlinie sollen Flüchtlinge nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa ein Recht auf ein Guthabenkonto erhalten.

Bereits am 20. März 2014 wurde im Trilog zwischen dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament eine Einigung über die Zahlungskontenrichtlinie erzielt. Das EU-Parlament wird sie voraussichtlich am 15. April 2014 verabschieden. Ich gehe davon aus, dass das Bundesfinanzministerium, das hierfür zuständig ist, sich umgehend an die Umsetzung der Richtlinie macht. Der Antrag ist damit obsolet und kann aus unserer Sicht aus diesem Grunde abgelehnt werden.

Entscheidend ist aber, dass dieses Konto für jedermann – da möchte ich an Frau Jelpke anschließen – in der Praxis auch tatsächlich umsetzbar ist. Es ist heute schon so – das weiß ich aus meiner Tätigkeit als Fachanwältin für Familienrecht –, dass es für viele Menschen in prekären Verhältnissen schwierig ist, überhaupt ein Konto zu eröffnen. Es sind, Herr Kollege Grötsch, auch nach meiner Erfahrung tatsächlich vor allen Dingen die Raiffeisen- und Volksbanken, aber auch die Sparkassen, die dieser sozialen Verpflichtung gerecht werden. Ich stimme Ihnen zu: Wir können sie damit nicht alleinlassen. Es ist weniger eine Frage des finanziellen Risikos – das hat man bei einem Guthabenkonto nicht –, sondern eher eine Frage des Aufwandes. Da muss es auch an uns liegen, diesen so bankenfreundlich wie möglich zu gestalten.

- (B) Ein letzter Punkt. Ich möchte an Sie, Herr Kollege Grötsch, anknüpfen. Sie haben vorhin geschildert, was von einem solchen Konto alles heruntergeht. Ich hoffe nicht, dass die hier von uns genannten und betroffenen Menschen Rechtsanwälten Raten zahlen müssen.

(Uli Grötsch [SPD]: Das weiß man heute nicht!)

Für die Bezahlung der Anwälte bietet sich die Prozesskostenhilfe oder die Verfahrenskostenhilfe an. Ich glaube, meine Kollegen Rechtsanwälte müssen davon nicht bezahlt werden. Insofern bitte ich Sie alle um Unterstützung für die Sache selbst bei der Umsetzung der Vorgaben des Bundesfinanzministeriums. Der Antrag hat sich überholt und wird daher von unserer Fraktion heute abgelehnt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können ihn gar nicht ablehnen! Er wird in den Ausschuss überwiesen!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/905 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, wobei die Federfüh-

rung beim Finanzausschuss liegen soll. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Damit ist die Überweisung so beschlossen. (C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Atomwaffen ächten

Drucksachen 18/287, 18/399

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat die Kollegin Ute Finckh-Krämer das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer oben auf den Tribünen! Die nukleare Abrüstung ist mir und vielen anderen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, aber auch zahlreichen engagierten Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig. Heute Morgen gab es zum Beispiel ein abrüstungspolitisches Frühstück mit Vertreterinnen und Vertretern der Ärzteorganisation IPPNW, dem Abrüstungspolitischen Netzwerk ICAN, dem Deutschen Roten Kreuz und einem Vertreter der niederländischen Sektion von Pax Christi. Ich freue mich, dass bei diesem Gespräch alle Fraktionen des Hauses vertreten waren, und nehme dies als bestätigendes Zeichen dafür, dass unter uns ein breiter Konsens zum Thema der nuklearen Abrüstung besteht. (D)

Durch den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 26. März 2010 im Vorfeld der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag im Mai 2010, dem alle Fraktionen des Deutschen Bundestages zugestimmt haben, haben wir uns zu der im Nichtverbreitungsvertrag formulierten Zielsetzung einer weltweiten nuklearen Abrüstung bekannt. Der Beschluss ist nicht nur Ausdruck des Konsenses zur nuklearen Abrüstung im Deutschen Bundestag, sondern repräsentiert auch die Meinung breiter Teile unserer Bürgerinnen und Bürger. Nuklearwaffen sollen in unserer Sicherheitsstrategie keinen dauerhaften Platz einnehmen. Aus unserer Sicht bleibt dieser Beschluss eine der Grundlagen für unsere zukünftige Arbeit im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD)

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind entscheidende Elemente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Nukleare Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sind daher nicht nur Verpflichtungen, an die unser Staat als Mitglied des Atomwaffensperrvertrags gebunden ist. Sie tragen wesentlich zum Frieden sowie zu unserer Sicherheit bei. Leider hat es in diesem Bereich seit

Dr. Ute Finckh-Krämer

- (A) dem Abschluss des New-START-Abkommens zwischen den USA und Russland kaum Fortschritte gegeben. Diese Stagnation der nuklearen Abrüstung muss überwunden werden. Auch wir können dazu neue Impulse geben.

Denn Nuklearwaffen bieten keine Sicherheit. Obwohl ihre Anzahl seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes von circa 65 000 bis heute auf circa 17 000 – es handelt sich bei diesen Zahlen um Schätzungen – reduziert wurde, gehen von ihnen immer noch immense Gefahren für Mensch und Umwelt aus. Auch im 21. Jahrhundert glauben jedoch einige unserer engsten Verbündeten weiterhin an den Nutzen dieser Waffen für die eigene Sicherheit. Außerdem halten nicht nur Pakistan und Indien, sondern auch Russland am Konzept der atomaren Abschreckung fest. Es ist also noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, sowohl in Gesprächen mit unseren Partnern als auch mit den offiziellen und nichtoffiziellen Atomwaffenstaaten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im nächsten Jahr findet erneut eine Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag statt. Deutschland engagiert sich im Vorfeld im Rahmen der Europäischen Union und im Rahmen der Non-Proliferation and Disarmament Initiative, NPDI, wie im eben veröffentlichten Jahresabrüstungsbericht 2013 der Bundesregierung nachzulesen ist.

Die Verhandlungen werden schwierig, da viele der Teilnehmerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags von der Entwicklung seit der letzten Überprüfungskonferenz enttäuscht sind.

- (B) Der Beschluss der Überprüfungskonferenz, im Jahr 2012 eine Konferenz zur Errichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren Osten unter Beteiligung aller Staaten der Region abzuhalten, konnte nicht umgesetzt werden. Trotz der engagierten Bemühungen des finnischen Fazilitators Jaakko Laajava wurde die Konferenz zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben. Ich bedauere, dass es hier bisher keine Fortschritte gegeben hat. Das darf uns aber nicht davon abhalten, weiterhin auf alle beteiligten Akteure einzuwirken, sich an einer solchen Konferenz zu beteiligen. Alle Staaten müssen dabei die legitimen Sicherheitsinteressen der jeweils anderen akzeptieren. Dann könnte eine solche Konferenz ein Baustein eines Friedensprozesses sein. Viele Mitgliedstaaten des Nichtverbreitungsvertrags beobachten diesen Prozess genau, und ihre Kompromissbereitschaft auf der Überprüfungskonferenz hängt auch von der Entwicklung dieses Prozesses ab. Eine Reduzierung der Initiative auf eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren Osten wäre ein Rückschritt hinter die 2010 beschlossene Zielsetzung.

Weitere wichtige Punkte, die sich auch im Abschlussdokument der letzten Überprüfungskonferenz finden, wären das Inkrafttreten des umfassenden Teststoppabkommens, Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty, und die Verhandlungen über ein Abkommen zum Verbot der Produktion von nuklearwaffenfähigem Material, Fissile Material Cut-off Treaty.

Wir setzen uns innerhalb der NATO für eine Reduzierung der Rolle nuklearer Waffen im Rahmen der Bünd-

- nisstrategie ein. Eine solche Veränderung kann aber nur unter Berücksichtigung der Sicherheitsbedürfnisse aller NATO-Partner und Russlands zielführend sein, wenn sie die Sicherheit und Stabilität in Europa verbessern soll. (C)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, trotz des Völkerrechtsbruchs durch Russland in Bezug auf die Krim müssen wir mit Russland über nukleare Abrüstung weiter reden und signalisieren, dass wir Russlands Sicherheitsbedenken Rechnung tragen. Der gegenwärtige russische Unwille zu nuklearer Abrüstung rührt meiner Einschätzung nach auch aus einem Unterlegenheitsgefühl bei konventionellen Waffen her, das mit dem russischen Nuklearwaffenpotenzial kompensiert werden soll. Darüber hinaus sieht Russland den Aufbau einer strategischen Raketenabwehr durch die NATO als potenzielle Bedrohung für seine atomare Abschreckungsfähigkeit.

Gleichzeitig fühlen sich einige osteuropäische NATO-Länder aus historisch nachvollziehbaren Gründen von Russland bedroht und sehen in der nuklearen Abschreckung eine Art Versicherung. Diese festgefahrene Situation müssen wir aufzubrechen versuchen. Ein möglicher Weg wäre, Fragen der nuklearen und der konventionellen Rüstungskontrolle gemeinsam zu betrachten.

Wenn wir in dem für uns wichtigen Bereich der in Europa und Deutschland stationierten taktischen Nuklearwaffen substanzielle Fortschritte erzielen wollen, müssen wir die vorhandene Bedrohungspersonen berücksichtigen, ohne sie uns zu eigen zu machen. Aus meiner Sicht machen diese Relikte des Kalten Krieges sicherheitspolitisch keinen Sinn mehr. Das heißt, wir müssen unsere Partner davon überzeugen, dass ihre Sicherheit unabhängig von der Stationierung dieser Waffen gewährleistet ist. (D)

Zum Schluss möchte ich mich noch bei den atomwaffenkritischen Nichtregierungsorganisationen für ihre Arbeit bedanken. Wir als Abgeordnete freuen uns über ihre Denkanstöße und Handlungsvorschläge. Deutschland kooperiert mit Organisationen wie dem Expertennetzwerk Middle Powers Initiative und dem Parlamentarischen Netzwerk für Nukleare Abrüstung und Nichtverbreitung, PNND. Leider war ich im Februar beim Jahrestreffen des PNND in Washington die einzige Vertreterin des Deutschen Bundestages. Es gab bereits in der letzten Legislaturperiode eine gute Zusammenarbeit mit dem Netzwerk. Es wäre daher wünschenswert, dass sich an solchen Veranstaltungen zukünftig alle Fraktionen des Hauses beteiligen, um zu zeigen, wie wichtig uns dieses Thema ist.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD):

Ja. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der geschilderten komplizierten Situation ist der Antrag der Fraktion Die Linke eher kontraproduktiv. Wir lehnen ihn daher, entsprechend der Beschlussempfehlung, ab.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat Inge Höger das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Inge Höger (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Gerne würde ich hier heute sagen können: Es gibt kein Risiko eines Atomkrieges mehr. – Leider erleben wir gerade auch angesichts der Krim-Krise aber das Gegenteil.

Das *Berichtsblatt der Atomwissenschaftler* veröffentlicht regelmäßig die aktuelle Gefahr eines Atomkrieges. Im Januar 2014 kam das Mitteilungsblatt zusammen mit 18 Nobelpreisträgern zu dem Ergebnis: Die Atomuhr steht auf fünf Minuten vor zwölf. Gefährlicher war die Lage nur zu Beginn des Kalten Krieges und während des Wettrüstens in den 1980er-Jahren.

Angesichts dieser Situation wäre eine neue Dynamik in der Abrüstungspolitik, wie sie im Koalitionsvertrag versprochen wurde, dringend notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch die Außenpolitik der Bundesregierung befördert zunehmend Eskalation und Aufrüstung statt Entspannung und Abrüstung.

Im letzten Oktober haben sich bei der UN-Vollversammlung 124 Staaten für ein völkerrechtlich verbindliches Verbot des Einsatzes von Atomwaffen ausgesprochen. Die Bundesregierung hat ihre Unterschrift verweigert. Sie hat sich damit ins friedenspolitische Abseits manövriert.

(B)

Diesen gefährlichen Kurs hat sie im Februar 2014 in Mexiko auf der zweiten Konferenz zu den humanitären Auswirkungen eines Atomkrieges fortgesetzt. Die Fakten, die dort und auf der Vorgängerkonferenz in Oslo besprochen wurden, sind eindeutig: Kein Staat und keine Hilfsorganisation kann nach dem Einsatz von Atombomben auch nur ansatzweise adäquate medizinische und humanitäre Hilfe leisten. Es hilft nur die Ächtung von Atomwaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was hindert die Bundesregierung daran, die einzig logische Konsequenz zu ziehen? Das Problem hat einen Namen: NATO. Aus angeblicher Bündnissolidarität hält die Bundesregierung unbeirrt an der NATO-Doktrin der nuklearen Abschreckung fest. Das zeigt einmal mehr, dass die NATO ein Hindernis für Frieden ist.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Ach, Frau Höger, sie ist ein Garant für Frieden!)

– Dann schaffen Sie zusammen mit der NATO die Atomwaffen ab! – Aber selbst ein Verbleib in der NATO verpflichtet Deutschland nicht, die verfehlte Atomwaffenpolitik fortzusetzen. Die Bundesregierung hätte beim NATO-Gipfel in Chicago auch Nein zur Modernisierung der Atomwaffen sagen können.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Jede Bundesregierung kann die Stationierung von US-Atomwaffen aufkündigen, die noch immer in Büchel in Rheinland-Pfalz lagern. **(C)**

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Da sollen sie auch bleiben!)

Es gibt keine Verpflichtung aus der NATO-Mitgliedschaft, weiterhin den Abwurf von Atombomben durch die deutsche Luftwaffe üben zu lassen. Beenden Sie deswegen endlich die nukleare Teilhabe!

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland muss raus aus der Sackgasse der NATO-Atomwaffenpolitik; denn die Pläne für die Modernisierung der Atomwaffen machen ein neues atomares Wettrüsten sehr wahrscheinlich. Ab 2020 sollen neue atomare Lenkwaffen in Europa stationiert werden. Die Gefahr eines Einsatzes der hier stationierten Atombomben wird damit deutlich steigen, weil es mehr Optionen für angeblich präzise Angriffe gibt.

Die Stationierung der neuen Atomwaffen wird ab dem nächsten Jahr vorbereitet. Dazu gehören auch die Umrüstung der deutschen Tornados für den Abwurf und der Umbau des Stützpunktes für Atomwaffen in Büchel. Das ist keine Friedenspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Insgesamt sollen in fünf europäischen NATO-Ländern Kampfflugzeuge für den Einsatz der neuen Atombomben umgerüstet werden, nämlich in der Türkei, in Belgien, in den Niederlanden, in Italien und in Deutschland. Sie alle sind aber offiziell keine Atomwaffenstaaten. Der Umbau der Kampfflugzeuge kostet 1 Milliarde US-Dollar. Hinzu kommen die Umbaukosten für die Militärbasen in Höhe von 154 Millionen US-Dollar. **(D)**

Zum Glück rührt sich in all diesen Ländern auch Widerstand aus der Friedensbewegung und teils weit darüber hinaus. Auf den Ostermärschen in Deutschland und vor allem in Büchel werden wieder viele Menschen für eine atomwaffenfreie Welt demonstrieren.

In einem Jahr gedenken wir des 70. Jahrestages des Atombombenabwurfes auf Hiroshima und Nagasaki. Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf: Überdenken Sie Ihre Haltung, und arbeiten Sie daran mit, im nächsten Jahr einen Verbotsantrag für den Einsatz von Atomwaffen auf den Weg zu bringen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat Carsten Müller das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute den Antrag einer Fraktion zu beraten, die in Abrüstungsfragen intern tief zerstritten ist.

Carsten Müller (Braunschweig)

- (A) (Inge Höger [DIE LINKE]: Das ist die einzige Fraktion, die konsequent für Frieden und für Abrüstung ist!)

Sie streiten sich im Moment außerordentlich lebhaft darüber, ob sich Deutschland an der Vernichtung syrischer Chemiewaffen beteiligen soll oder nicht. Dieser Streit zeigt einmal mehr: Ihnen geht es überhaupt gar nicht um die Sache.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Genau!)

Ihnen geht es überhaupt nicht um Abrüstungsfragen. Bei Ihnen geht Populismus vor Problemlösung. Das nehmen wir nicht hin.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist aber nichts Neues!)

Meine Damen und Herren, das Langfristziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion genauso wie der Bundesregierung steht ganz klar fest: Es geht um die Vernichtung von Nuklearwaffen und um eine atomwaffenfreie Welt. Ich will die drei Meilensteine in diesem Zusammenhang aufzählen:

Erstens. Wir unterstützen ausdrücklich den Vorschlag von Barack Obama, die strategischen Nuklearwaffenarsenale zu reduzieren.

Zweitens. Wir beteiligen uns an den Gesprächen und Diskussionen über die katastrophalen humanitären Auswirkungen von Kernwaffendetonationen.

- (B) Drittens. Wir setzen uns für ein umfassendes Verbot von Nuklearwaffentests ein. Diese dürfen auf dieser Welt im 21. Jahrhundert keinen Platz mehr haben.

Aber Abrüstung ist eben kein schneller Prozess. Sie bedarf einer globalen Sichtweise. Hier sind Marathonqualitäten gefragt. Es geht dabei auch ganz wesentlich um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Wir haben uns als NATO-Mitglied zur nuklearen Teilhabe verpflichtet. Meine Damen und Herren, es wäre auch geradezu unverantwortlich, wenn wir uns dieser Mitsprache, dieser Einflussmöglichkeit berauben würden. Das geht überhaupt nicht an. Ebenso geht es im Moment nicht an, auf die nukleare Abschreckung im Rahmen der NATO-Doktrin zu verzichten.

Es ist nun erschreckenderweise eine gewisse Aktualität in die Diskussion gekommen. Einige erinnern sich vielleicht daran, wie – das hat mich sehr schockiert; das muss ich zugeben – im russischen Fernsehen vor etwa zweieinhalb Wochen zur besten Sendezeit darüber schwadroniert wurde, welche Reichweiten russische Mittelstreckenraketen und Langstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen haben und welche fürchterlichen Verwüstungen diese anrichten können.

Der heutigen Tagespresse können Sie entnehmen, dass die Armee der Russischen Föderation offensichtlich – das ist ziemlich aktuell – umfangreiche Manöver hat stattfinden lassen, bei denen der Einsatz von Nuklearwaffen wesentlicher Übungsbestandteil war. Das zeigt,

dass die Russische Föderation eben nicht immer zuverlässig und eben nicht immer glaubwürdig ist. (C)

Das sehen Sie beispielhaft auch an dem Umgang mit dem Budapester Memorandum von 1994. Das passt bedauerlicherweise zum Thema. In diesem Memorandum – das muss ich Ihnen an sich nicht erklären – hatte Russland als Gegenleistung für die Abgabe der Atomwaffen durch die Ukraine zugesichert, dass die staatliche Souveränität und die Grenzen geachtet werden. Wir haben lernen müssen: 20 Jahre später ist diese Zusage nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben ist. Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand.

(Beifall bei der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Russland hat diese wichtige Vereinbarung gebrochen. Das ist Gift für die globale Abrüstung. An dieser Stelle sollten wir es mit dem UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon halten, der beim Nukleargipfel in Den Haag davon gesprochen hat, dass die Glaubwürdigkeit massiv untergraben worden ist und dass das natürlich tiefgreifende Folgen für die Integrität des gesamten nuklearen Nichtverbreitungsprozesses haben wird.

Ich will schließen: Für eine Welt ohne Kernwaffen brauchen wir einen Dreiklang aus Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Verbindlichkeit. Der vorliegende Antrag trägt diesem, insbesondere auch in Verbindung mit Ihren Ausführungen, bedauerlicherweise keine Rechnung.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Agnieszka Brugger das Wort.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Krim-Krise erfüllt uns aktuell mit großer Sorge. Aber während derzeit alle – zu Recht natürlich – mit dem kurzfristigen Management dieser schweren Krise vollaufbeschäftigt sind, wird deutlich, dass ihre Auswirkungen auf die Abrüstungspolitik verheerend sind.

Durch die militärische Annexion der Krim hat Russland das Budapester Memorandum verletzt. Die Ukraine gab damals ihre Nuklearwaffen ab. Dafür verpflichteten sich Russland, Großbritannien und die USA im Jahr 1994, als Gegenleistung die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Ukraine nicht nur zu achten, sondern sie zu schützen. Nun hat Russland als Schutzmacht diese Abmachung massiv gebrochen und somit ein riesiges Glaubwürdigkeitsproblem für die weltweite Abrüstung und Nichtverbreitung geschaffen.

Auch wenn der Kollege Mißfelder, wie man bei seinem Zuruf vorhin hören konnte, sich nicht daran erinnern kann: Wir haben uns alle gemeinsam in einem Antrag für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt und den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland ausgesprochen.

Agnieszka Brugger

- (A) (Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Nein! Das war ein Missverständnis!)

Ich glaube, es wäre gut, wenn heute von dieser Debatte das Zeichen ausgehen würde, dass wir alle – Grüne, Union, SPD, aber auch Sie von der Linken – das russische Verhalten an dieser Stelle klar verurteilen, weil es der Abrüstungspolitik sehr schadet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Denn ich frage mich: Wie will man Indien oder Pakistan nun davon überzeugen, ihre Atomwaffen abzugeben? Wie sollen der Iran, Brasilien oder Saudi-Arabien jetzt davon abgehalten werden, nach solchen zu streben, wenn Sicherheitsgarantien offensichtlich nicht das Papier wert sind, auf dem sie stehen?

Zudem erscheint es gerade leider auch schwer vorstellbar, dass demnächst ein neuer Vertrag zur Abrüstung substrategischer Atomwaffen mit Handschlag zwischen Obama und Putin geschlossen werden wird.

Man könnte nun angesichts dieser düsteren Aussichten vielleicht zu dem Schluss kommen, man brauche jetzt nichts zu tun oder man könne vielleicht gar nichts tun, und ich habe den nicht unbegründeten Verdacht, dass Sie das in der schwarz-roten Koalition aus Bequemlichkeit auch so sehen werden.

- (B) Aber aus grüner Sicht ist das die völlig falsche Konsequenz. Im Gegenteil, man muss jetzt mit viel Kraft die Abrüstungspolitik wiederbeleben. Aber dafür braucht es neue Ideen und kein verzagtes Warten, bis die beiden größten und schwerfälligen Atommächte sich eines Tages wieder aufeinander zubewegen.

Es gibt neue Ansätze, die man mit Nachdruck verfolgen muss. Im Oktober letzten Jahres haben 124 Staaten einen Antrag unterstützt, der den Einsatz von Atomwaffen unter allen Umständen verurteilt und auf die katastrophalen humanitären Folgen dieser Massenvernichtungswaffen hinweist. Man glaubt es kaum: Die deutsche Bundesregierung hat ihre Zustimmung dazu verweigert. Als Begründung lieferte sie ihre NATO-Mitgliedschaft.

Meine Damen und Herren, das finde ich doch ziemlich dürrig, denn Norwegen, Dänemark und Island haben den Antrag unterstützt; ihre NATO-Mitgliedschaft scheint dabei offensichtlich kein Problem gewesen zu sein. Wir Grünen teilen auch diese Kritik aus dem Antrag der Linken, der in großen Teilen durchaus sinnvolle Forderungen enthält. Aber leider werden wir uns enthalten, weil sie mit der einseitigen Kündigung von Verträgen mit NATO-Partnern auch hier eindeutig über das Ziel hinausschießen.

Nicht nur international, sondern auch zu Hause legt die Bundesregierung beim Thema nukleare Abrüstung die Hände in den Schoß. Seit über einem Jahr fragen wir die Bundesregierung zu der geplanten Modernisierung der US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland, und seit über einem Jahr kriegen wir total ausweichende oder gar keine Antworten.

(C) Dabei weiß die Bundesregierung sehr genau, wie der Stand der Dinge ist. Erst jüngst war in den Medien zu lesen, dass die Bundesregierung sich mit knapp 31 Millionen Dollar am Umbau des Nuklearwaffenlagers in Büchel beteiligt. Gleichzeitig werden demnächst zusätzliche Millionen von Euro zulasten der deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler fällig, damit ein deutsches Kampfflugzeug die neuen Bomben tragen kann. Es hat mit Glaubwürdigkeit wenig zu tun, schöne Bekundungen gegen Atomwaffen auf den Lippen zu tragen und gleichzeitig viel Geld für nukleare Aufrüstung auszugeben.

Meine Damen und Herren, die Zeiten für die Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik mögen auf den ersten Blick düster erscheinen. Aber gerade deshalb braucht es jetzt Staaten, die engagiert und im Sinne sicherheitspolitischer Weitsicht und mit Mut für den Frieden vorangehen, um neue Dynamik zu ermöglichen. Deshalb sollte Deutschland sich nicht bei den Modernisierungsplänen ahnungslos in die Büsche schlagen und erst recht nicht die wegweisende Initiative vieler Staaten weiter blockieren und ausbremsen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als letzter Redner in dieser Aussprache hat der Kollege Hans-Peter Uhl das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU):

(D) Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der Fraktion Die Linke! Ich komme gleich zu den Gründen, warum wir Ihren Antrag ablehnen. Zuvor möchte ich aber die Intention Ihres Antrags näher beleuchten, nämlich die sofortige Herstellung einer atomwaffenfreien Welt, beginnend mit einer einseitigen Vorleistung der NATO-Staaten, in dem Kontext der aktuellen politischen Vorkommnisse in der Ukraine, die in dem Zusammenhang bereits zu Recht angesprochen worden sind.

Mit der Annexion der Krim durch Russland kehren längst vergangen geglaubte Konflikte wieder in die Mitte Europas zurück. Russland hat – da sind wir uns alle einig, selbst Ihr Fraktionsvorsitzender – auf eklatante Weise das Völkerrecht gebrochen. Insbesondere der Bruch des Budapester Memorandums von 1994 ist ein schwerer Schlag. Die USA, Großbritannien und Russland haben die Unabhängigkeit der Ukraine zugesichert,

(Marieluise Beck [Bremen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Integrität!)

die Integrität der Ukraine garantiert.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Wollen Sie jetzt mit Atomwaffen drohen, oder was?)

Dies geschah als Gegenleistung für die Rückführung sämtlicher Atomwaffen der Ukraine an Russland. Das ist die Ausgangslage. Mit diesem Vertragsbruch hat Russ-

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) land der gesamten Welt einen schweren Schaden zugefügt. In dieser Welt leben wir heute.

Weiterhin hat dieses Vorgehen, der Aufmarsch russischer Streitkräfte an Russlands Westgrenze, gerade in Mittel- und Osteuropa, gerade in den baltischen Staaten, zu großer und verständlicher Besorgnis geführt. Man erwartet sich in diesen Teilen Europas Schutz. Von wem? Schutz von der NATO und von niemand anderem.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Mit Atomwaffen?)

Es ist unsere Aufgabe, mit dieser Besorgnis ernsthaft umzugehen und nicht einseitig säbeldröselnderweise, wenn ich es so formulieren darf, mit militärischen Drohungen auf das zu antworten, was Russland gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Inge Höger [DIE LINKE]: Abrüstung ist angesagt!)

Da kommen Sie allen Ernstes mit der Aussage, die NATO, von der die Menschen dort Schutz erwarten, sei ein Hindernis für den Frieden.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Für die Abrüstung!)

Eine Verwirrung der Geister, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es darf gerade jetzt in dieser Zeit keine einseitige Vorleistung geben. Eine einseitige NATO-Abrüstung bietet keinen zusätzlichen Schutz, im Gegenteil.

- (B) (Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das setzt Russland aber mehr unter Druck, auch abzurüsten!)

Die Linken haben jeden Bezug zur Realität verloren. Vielleicht geht es ihnen auch gar nicht um das, was wir alle in diesem Hause wollen, nämlich eine atomare Abrüstung. Ich kenne niemanden, wirklich niemanden, der für atomare Aufrüstung ist. Wir alle sind uns in diesem Ziel einig. Deswegen sollten Sie auch nicht den Versuch unternehmen, auf unangenehme, unseriöse und intellektuell unredliche Weise hier irgendwelchen Fraktionen zu unterstellen, sie wären für atomare Aufrüstung. Wir alle sind für den Frieden. Wir brauchen keine Belehrung von den Linken, weder die SPD noch die Grünen noch die CDU/CSU.

Die Koalition hat sich in einem Antrag – er wurde bereits von der Kollegin der Grünen zitiert – zusammen mit den Grünen und der SPD in der letzten Wahlperiode mit dem Thema befasst. Deutschland will sich für Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen einsetzen und tut das in allen Gremien, allerdings – das gebe ich gerne zu – nicht so, wie Sie von den Linken es wollen, in einem Akt einseitiger Vorleistung, isoliert vom Bündnis,

(Inge Höger [DIE LINKE]: Im Rahmen der UN!)

sondern nur im Bündnis mit den Partnern der NATO. Dabei wird es auch bleiben, so sehr Sie von den Linken die NATO auch bekämpfen mögen.

- (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD) (C)

Die Bundesregierung bedarf also keiner weiteren Aufforderung von Ihnen, für Frieden und gegen Atomwaffen zu sein. Wir sind es, so wie alle anderen Fraktionen hier in diesem Hause auch. Es könnte jetzt noch eine Aufzählung von verschiedenen Aktivitäten der Bundesregierung in den letzten Monaten und Jahren erfolgen. Auf die will ich aber hier verzichten.

Meine Damen und Herren von den Linken, ich bitte Sie, aufzuhören mit Ihren Bemühungen, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als wären Sie die Friedenspartei

(Inge Höger [DIE LINKE]: Das ist aber so! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Das können wir schon selbst entscheiden!)

und als würden wir und alle anderen Parteien es mit dem Frieden und der atomaren Abrüstung nicht so ernst nehmen. Das verfängt nicht in der Bevölkerung, und das ist auch gut so. Man nimmt Ihnen diese Schaufensterpolitik nicht ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussfassung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Atomwaffen ächten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/399, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/287 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Linke. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden. (D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern

Drucksache 18/976

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Friedrich Ostendorff das Wort.

(A) **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Milchviehhaltung ist eines der wichtigsten Standbeine der Landwirtschaft in Deutschland und erst recht der wichtigste landschaftsprägende Betriebszweig.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Seit Juni geht es den Milchbauern gut!)

40 Prozent der landwirtschaftlichen Wertschöpfung kommen aus der Milch. Die Kuh auf der Weide ist das Bild, das Bürgerinnen und Bürger haben, wenn sie an Landwirtschaft denken. Nach Jahren der niedrigen Milchpreise haben wir endlich eine Situation, die eine kostendeckende Erzeugung von Milch ermöglicht. Doch trotz aktuell guter Marktlage ist der Druck auf die Milchbetriebe ungebrochen groß. In den letzten zehn Jahren haben wir ein Drittel der Milchviehbetriebe verloren. Die Zahl ist von 126 000 Betrieben im Jahr 2002 auf 85 000 im Jahr 2012 gesunken. Das sind 11,2 aufgegebene Betriebe pro Tag.

Es kommt jetzt schon wieder zu einem deutlichen Abrutschen der Preise auf dem globalen Markt. Analysten warnen vor weiter sinkenden Milchpreisen im Mai und Juni. Nachhaltig und tiergerecht wirtschaftende Milchviehbetriebe brauchen heute 45 bis 50 Cent pro Liter, um ihre Kosten zu decken. Die Marktsituation wird sich nach 2015 deutlich verschärfen; denn die augenblicklich starke Nachfrage vor allem in China und Russland ist äußerst fragil.

(B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Wir müssen deshalb in die Zukunft blicken und in weitgehend guten Zeiten für schlechte vorsorgen.

Ein Marktzusammenbruch nach dem 1. April 2015 muss unbedingt verhindert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen deshalb eine Monitoringstelle für die Marktbeobachtung, wie sie jetzt in Europa diskutiert wird. Wir brauchen ein Frühwarnsystem, um auf kommende Krisen frühzeitig zu reagieren. Wir brauchen Kriseninstrumente und Programme zum zeitweiligen Abbau von Überkapazitäten, die zum Beispiel einen freiwilligen Produktionsverzicht in Krisensituationen ausgleichen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht aber vor allem um unser milchpolitisches Leitbild. Wir brauchen eine flächengebundene Milcherzeugung.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dringend!)

Es geht um das Tierwohl und die Erhaltung unserer Agrarlandschaften gerade in den benachteiligten Regionen. Es kann doch nicht sein, dass hinter den Bildern von grasenden Kühen auf den Milchtüten in Wirklichkeit auf einseitige Hochleistung gezüchtete und oft mit

Gensoja ernährte Tiere stehen, die niemals auf der Weide waren und kaum älter als vier bis fünf Jahre werden. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Max Straubinger [CDU/CSU]: Hast du was gegen Leistung?)

Nur noch rund 30 Prozent der Kühe in Betrieben mit über 100 Tieren stehen auf der Weide; das ist eine Aussage der Bundesregierung. Das ist klassische Verbrauchertäuschung. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Kühe auf der Weide. Sie wollen Qualitätsmilch aus bäuerlicher Erzeugung, am besten Biomilch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern deshalb, ein besonderes Augenmerk auf die Situation der milcherzeugenden Betriebe zu legen. Dies muss sich in marktbegleitenden Programmen widerspiegeln. Wir fordern, dass die Kuh auf der Weide Realität ist und dass Bedingungen geschaffen werden, die es den Betrieben ermöglichen, dies umzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Biodiversitätsschutz ohne Kühe auf der Weide wird nicht zu schaffen sein. Wir fordern deshalb eine flächengebundene Milcherzeugung und eine Tierzüchtung, die das Wohl der Tiere und die Lebensleistung statt kurzfristiger Höchstleistungen zum Ziel hat. Das kann nur eine bäuerliche Milchviehhaltung leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn: (D)

Als nächster Redner hat der Kollege Kees de Vries das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kees de Vries (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Grünen ist überschrieben mit dem Titel „Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern“. Dem kann ich nur zustimmen, und zwar aus vollem Herzen. Was dann allerdings im Antrag folgt, führt so zu nichts.

Dazu im Detail. Herr Ostendorff, Sie sehen die Milchpolitik derzeit auf Massenproduktion und Export ausgerichtet. Tatsächlich haben wir dank Export endlich wieder gute Preise.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum sollte der bäuerliche Familienbetrieb hiervon nicht profitieren dürfen? Meiner Meinung nach ist die Größe nicht entscheidend. Es kommt darauf an – und vielleicht unterscheiden wir uns da, Herr Ostendorff –, dass der Milchviehhalter von seiner Arbeit leben kann. Der größte Teil der Milchviehhalter kann bei diesen guten Preisen gewinnbringend arbeiten, ein kleiner Teil aber leider immer noch nicht kostendeckend. Das war im Übrigen schon immer so. Eine Frage der Größe ist das nur in zweiter Linie. Fest steht natürlich, dass auch ein Landwirtschaftsbetrieb einen bestimmten Mindestum-

Kees de Vries

- (A) satz, eine bestimmte Größe braucht, um ein Einkommen realisieren zu können.

Dann fordern Sie auf Ebene der Europäischen Union die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle. Wir freuen uns, dass inzwischen auch Sie den Nutzen dieser Stelle erkennen. Diese Forderung erheben wir schon lange. Sie ist faktisch schon zugesagt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Erzeugergemeinschaften, die Sie fordern, gibt es ebenfalls bereits. Den Zusammenschluss der Milchviehhalter zu fördern, ist meines Erachtens jetzt schon möglich. Sie zu organisieren, sehe ich nicht primär als Staatsaufgabe; hier sind unsere Bauern selbst gefordert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steht aber auch im Antrag!)

Irritiert bin ich bei Ihrer Forderung nach „Regelungen für eine nachfrageorientierte Milchmengenregulierung“. Das ist aus meiner Sicht nichts anderes als die Milchquote, die wir gerade erst abzuschaffen beschlossen haben. Sie hatte sicher viele Vorteile, aber auch einen großen Nachteil. Damit meine ich, dass die Betriebe viel, zu viel Geld in Milchrechte investieren mussten. Damit haben Sie nicht nur die Neueinrichtung von Betrieben verhindert, sondern auch Nachfolgeregelungen sehr erschwert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Eine solche Regelung führt aus meiner Sicht eher dazu, dass kleine Betriebe gezwungen sind, aufzugeben. Das kann auch nicht von Ihnen gewollt sein.

Zum Stichwort „Weidehaltung“ muss ich sagen, dass wir dann auch eine qualitativ hochwertige Grasproduktion sicherstellen müssen. Wenn nun 1,1 Millionen Hektar Grünland – sehr nach Ihrem Geschmack – nicht mehr, nicht mal zwecks Neuansaat, umgebrochen werden dürfen, dann ist das kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch zur geforderten hohen Grundfutterleistung kann ich nur sagen: Schlagen Sie sich auf die Seite der CDU/CSU, und schützen Sie mit uns hochwertige, energie- und eiweißreiche Wiesen. Nur so verhindern wir noch mehr Mais- und Sojaimporte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine korrekte Kennzeichnung von Weidemilch und Regionalvermarktung ist grundsätzlich zu begrüßen. Damit kann sich der Verbraucher bewusst für eine bestimmte Produktionsrichtung entscheiden. Alles andere sollten wir besser dem Markt überlassen. In aller Regel wird es nicht besser, wenn sich die Politik einmisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich finde es sehr wichtig, die Zukunft der Milchviehhaltung zu sichern. Aber was mit diesem Antrag der Grünen gefordert wird, ist zum einen schon realisiert und zum anderen nicht zielführend. Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Milch ist gesund. Das behaupten zumindest viele. Aber die Milcherzeugerbetriebe sind alles andere als gesund, und zwar schon eine ganze Weile. Vor allen Dingen 2009 gab es viele Proteste gegen viel zu geringe Milchpreise. Sogar Milchbäuerinnen belagerten einige Tage das Kanzleramt. Im Durchschnitt gab es damals 25 Cent pro Liter, vielfach sogar noch deutlich weniger. Gefordert wurden aber 40 Cent, um die Produktionskosten ausgleichen zu können. Im vergangenen Jahr gab es zumindest im Durchschnitt schon einmal 37 Cent, so viel wie noch nie nach der Wiedervereinigung. Erstmals bekamen sogar die Kühe in Ost und West für ihre Arbeit das gleiche Gehalt.

(Beifall bei der LINKEN – Rainer Spiering [SPD]: Das finde ich gut!)

Aber der schöne Schein trägt ein wenig; denn kostendeckend ist auch dieser Preis immer noch nicht. Die großen finanziellen Verluste aus den Krisenjahren konnten damit nicht ausgeglichen werden. Der Spielraum für existenzsichernde Löhne, Investitionen in mehr Tierwohl oder bessere Arbeitsbedingungen ist immer noch sehr begrenzt. Die großen Preisschwankungen am Markt, die gerade schon einmal Thema waren, sind ein erhebliches Betriebsrisiko. Auch die steigenden Bodenkau- und -pachtpreise sind eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Betriebe. In Ostdeutschland steigt der Bodenpreis ausgerechnet deshalb, weil ehemals volkseigene Flächen zum Wohle des Bundesfinanzministeriums meistbietend verkauft werden. 400 bis 500 Millionen Euro jährlich fließen so in die große Bundeskasse. Ich finde das einfach unanständig.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu niedrige Milchpreise zwingen immer mehr Betriebe zur Aufgabe. 2009 wurde erstmals die magische Grenze von 100 000 Milchviehbetrieben unterschritten. 2012 waren es sogar nur noch 85 000. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Größe der Milchviehherden von 43 auf 49 Kühe. Der Gesamtkuhbestand stagnierte zwar knapp oberhalb von 4 Millionen, aber die durchschnittliche Milchleistung stieg wiederum. Unter dem Strich gibt es also immer mehr Milch. Aktuell sind es 22 Prozent mehr als der heimische Milchkurst. 2002 waren es nur 14 Prozent mehr.

Eine boomende, sich geschrumpfende Branche, könnte man meinen. Aber vor Ort wird mir oft gesagt: Ohne den Erlös aus der Biogas- oder Photovoltaikanlage hätten wir die Kühe längst abschaffen müssen. – Insofern stellt sich die Frage: Warum ist denn das so? Die EU hat gerade eine interessante Studie dazu veröffentlicht. Sie benennt als ein Problem die Gewinnverteilung in der

(D)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Milchproduktion zugunsten der Verarbeitungsindustrie. Das ist eigentlich auch kein Wunder; denn immer weniger Molkereien werden immer größer und immer mächtiger. Deshalb ist eine der Forderungen der Linken die Stärkung der Milcherzeuger am Markt. Nur dann können sie sich dem ruinösen Preisdumping der Verarbeiter und des Handels entziehen und die Milch schonend für Kühe und Umwelt produzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir unterstützen zum Beispiel Erzeugergemeinschaften oder auch Produktionsgenossenschaften. Solche gibt es übrigens auch in Bayern. Das ist eine Meldung vom 2. April, nicht vom 1. April. Insofern geht es da also durchaus voran.

Darüber hinaus ist wichtig, dass die Milchmenge flexibler an die Nachfrage angepasst werden kann. Das sieht auch eine Studie im Auftrag des European Milk Boards so. Darin wurde übrigens festgestellt, dass die reale Einkommenssituation der Milchbetriebe trotz vieler Strukturmaßnahmen in den letzten 20 Jahren nicht verbessert worden ist. Das gilt auch für große Milchbetriebe, die zwar etwas höhere Einkommen, aber eben auch eine größere Verschuldung aufweisen. Fazit der Studie: Die Landwirte müssen die Menge der produzierten Milch flexibler an die Nachfrage anpassen können. Dazu wird ein selbst organisiertes Regulationssystem gebraucht, bei dem die Milchviehbetriebe dann aber auch wirklich ein ernsthaftes Wort mitreden können.

- (B) Ganz wichtig ist: Aus dem Liter Milch muss mehr Wertschöpfung generiert werden. Das heißt: mehr Veredelung und nicht Verramschen auf dem Weltmarkt. Das heißt: mehr regionale Verarbeitung und Vermarktung. Das heißt aber auch: Verbot täuschender Kennzeichnung. Wenn „Brandenburg“ auf der Milchverpackung steht, muss die Milch auch von Brandenburger Kühen sein. Wenn „Weidemilch“ draufsteht, darf keine Stallmilch drin sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Rainer Spiering für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Milchviehhaltung und die Kuh auf der Weide sind für mich keine Fremdworte. Die Antragsteller sagen: „Das Leitbild muss die Kuh auf der Weide sein.“ Als wahrhaftiges Kind vom Land habe ich dabei zwei Gedanken: meine Kindheit und die Milka-Werbung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Meine Kindheit war von dem Bild geprägt, das Ihrem Ideal entspricht: kleine Ackerbauflächen, kleine Weideflächen, im Sommer Melkstände auf der Weide, zehn bis zwölf Kühe, Schweine- und Hühnerhaltung auf jedem

Hof – und den Pflug zog nur 1 PS. Dieses Bild ist folkloristisch, genau wie die Milka-Werbung, und entspricht nicht mehr der Wahrheit in Deutschland im Jahre 2014. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Landwirtschaft hat heute auch in der bäuerlichen Milchviehhaltung viel mit Hightech und Marktregulierung zu tun. Verstehen Sie mich nicht falsch: Die SPD steht an der Seite der bäuerlichen Milchviehhaltung.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellt hervorragende Produkte her. Im ländlichen Raum hat sie eine eminente Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich verweise gerade auf die Region, aus der ich komme, mit großen Landmaschinenherstellern wie Claas, Amazone, Krone und vielen anderen mehr. Die Landwirtschaft ist für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Erhaltung der regionalen Kulturlandschaft zuständig; das sollte man dabei auf keinen Fall vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Ausstieg aus der Milchquote bereitet den Landwirten Sorge. Die EU verabschiedet sich im April 2015 von einem System, das mehr als 30 Jahre lang Preise und Mengen diktierte. Bauern durften, zumindest theoretisch, nur eine bestimmte Menge Milch produzieren. Wer darüber lag, musste Strafe zahlen. Künftig dürfen die Landwirte so viel Milch produzieren, wie sie wollen, und sich mit dem Markt auseinandersetzen. (D)

Seit der Milchkrise 2009/2010 ist der Preis angestiegen. Zurzeit funktioniert das Geschäftsmodell. Die Landwirte produzieren Höchstmengen, und das, obwohl die Zahl der Betriebe seit Jahren sinkt. Knapp 80 000 Milchviehbetriebe gibt es noch, sagt die Statistik. Deutschland ist inzwischen der größte Milchproduzent in der EU. Der Preis, den die Bauern für ihre Milch bekommen, ist derzeit so hoch wie seit fünfzehn Jahren nicht mehr. Im Schnitt wurden im vergangenen Jahr knapp 38 Cent pro Kilogramm Milch gezahlt. Sind das langfristig die Preise, mit denen die Milchbauern ihre Kosten decken können? Wir haben hier gehört: Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen. Der eine oder andere hier weiß: Es kostet ein kleines Vermögen, Milchwirtschaft zu betreiben. Man braucht Ställe, technische Ausstattung wie Melkanlagen und Hightechcomputer, Land für seine Tiere entsprechend den Quoten, und man muss natürlich am Markt Kapital generieren.

Die positive Entwicklung auf dem Milchmarkt wird vor allem vom Export getrieben. In China, wo Lebensmittelskandale die Verbraucher immer häufiger verunsichern, werden teilweise – so habe ich gelesen – 3,50 Euro für einen Liter Milch gezahlt, aber nur, wenn sie aus dem Ausland stammt. Gerade die neue chinesische Mittelschicht hat Durst auf Milch.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Export deutscher Trinkmilch zum Beispiel nach China hat sich seit 2007 vervielfacht. Der Milchmarkt

Rainer Spiering

- (A) wird auch mit Blick auf das Auslaufen der Quotenregelung als wachstumsfähig eingestuft. Die EU-Kommission sagt in ihrer Markteinschätzung einen Anstieg der Milcherzeugung voraus.

In Deutschland bestimmt gerade einmal eine Handvoll Konzerne das Geschäft: Fünf Unternehmen – darunter der Marktführer Deutsches Milchkontor, die dänische Molkereigruppe Arla und Müllermilch – handeln mit 50 Prozent der produzierten Milchmenge. Zu befürchten ist, dass die Molkereien ab kommendem Jahr ihre Marktmacht noch stärker ausnutzen werden und die hohen Gewinne, die sie auf dem Weltmarkt erzielen, nicht an die Landwirte weitergeben.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Die gehören doch den Landwirten!)

Diese Entwicklung dürfen wir nicht hinnehmen. Deshalb ist die Idee des EU-Milchpakets gut: Die Landwirte schließen sich zusammen und handeln dann gemeinsam einen Milchpreis mit den Molkereien aus.

Die Bündelung des Angebots und die Anerkennung von Erzeugergemeinschaften und Branchenverbänden verschaffen den Erzeugern Möglichkeiten zur Einflussnahme. Gemeinsamkeit macht stark.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU])

- (B) Der deutsche Gesetzgeber hat die naturgemäß schwächere Marktstellung der Bauern berücksichtigt. Mit dem Marktstrukturgesetz wird den Landwirten im Wettbewerbsrecht eine Ausnahmestellung eingeräumt. Das Marktstrukturgesetz, also Erzeugerstärkung nach deutschem Modell, ist europaweit sinnvoll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die starke Position des Handels und der Discounter hat den deutschen Markt für Milchprodukte zu einem der am härtesten umkämpften Märkte der Welt gemacht. Wir haben das erlebt. Aber insgesamt ist der Markt auch globaler geworden. Das beinhaltet auch globale Chancen. Wie eingangs erwähnt, gibt es neue Absatzmöglichkeiten. Wenn Lidl und andere vergleichbare Großhändler demnächst wieder einmal den Markt verengen, dann gibt es jetzt andere Märkte, auf denen die Waren abgesetzt werden können.

Man kann das Marktkriseninstrument „Freiwilliger Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung“ wie Sie, Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, für eine Option halten. Die Frage ist nur: Ist das Instrument sinnvoll? Wie soll das System funktionieren? Wie soll das zu vertretbaren Kosten europaweit umgesetzt werden?

Wenn der Landwirt eine Entschädigung bekommt, um seine Produktion in Krisenzeiten einzuschränken, achtet er weniger auf Marktsignale, und das wäre kontraproduktiv. Signale, die über die Politik gesteuert werden, sind im Regelfall langsamer als der Markt. Eine Mengensteuerung hinkt der Marktentwicklung immer hinterher.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Genau!)

- (C) Denn wenn der Beschluss auf politischer Ebene gefasst ist, die Produktion einzuschränken, hat der Markt längst wieder eine andere Richtung eingeschlagen.

Das Thünen-Institut – das ist ein wichtiger Fakt – verweist auf massive finanzielle Folgen im Falle eines Produktionsverzichts. Bereits eine Rückführung der Gesamtmilcherzeugung in der EU um 1 Prozent erfordert einen Ausgleich für die teilnehmenden Betriebe von rund 240 Millionen Euro. Um einen Markteffekt zu erzielen, würde das vermutlich nicht ausreichen.

Die EU investiert in die Landwirtschaft viel Geld. Für die SPD ist Agrarpolitik vor allen Dingen Teil einer ganzheitlichen Politik für die ländlichen Räume und nicht klientelbezogene Sektorpolitik. Ich kann nur sagen: Die Kulturlandschaft, die ich zu Hause habe, möchte ich auf keinen Fall missen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen nach 2020 ganz aus dem System der Direktzahlung aussteigen und die Mittel gezielt für die Entwicklung ländlicher Räume und die Entlohnung von gesellschaftlichen Leistungen einsetzen. Dazu gehören auch die Leistungen, von denen im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Rede ist: Erhalt von Grünland-Landschaften, von Traditionen und bäuerlicher Kultur. Unser Prinzip heißt allerdings: öffentliches Geld für öffentliche Leistung. Das ist unser Ziel. Ein Zurück in die Marktregulierung wird es mit der SPD nicht geben.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Spiering, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Artur Auernhammer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn im Deutschen Bundestag von der bäuerlichen Milchviehhaltung die Rede ist und von fünf Rednern drei Milcherzeuger sind, dann freut mich das.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn in der Bundesregierung dann auch noch jemand sitzt, der selbst Milchviehhalter ist, dann freut mich das noch mehr. Aber wenn ich mir den Antrag der Grünen anschau, dann vergeht mir die Freude.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man will wieder das Klischee von der glücklichen Kuh auf der grünen Wiese aufzeigen, wahrscheinlich in Lila, um dem Verbraucher zu suggerieren: Das ist das Idealbild einer Kuh.

Artur Auernhammer

- (A) (Max Straubinger [CDU/CSU]: Möglichst lila angestrichen! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen in Bayern sind die lila, oder was?)

– Meine Kühe sind schwarz-weiß und braun gefärbt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Braun hätte ich in Bayern schon empfohlen!)

– Nein, Herr Kollege Ebner, Sie kennen sich anscheinend nicht mit den bayrischen Milchviehrassen aus! In meinem Bestand habe ich eine vom Aussterben bedrohte fränkische Milchrasse: das fränkische Gelbvieh. Ich bin froh, diese zu halten. Aber damit der Milchtank auch voll wird, nimmt man schwarz-weiße Holsteiner dazu.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, das sind die schwarz-weißen!)

Wenn Sie hier das Klischee aufzeigen wollen, dass Kühe nur glücklich sind, wenn sie auf der grünen Wiese gehalten werden, dann muss ich Ihnen sagen: Ich komme aus Franken. Wenn es nach Ihren Vorstellungen ginge und alle Milchviehhalter im Dorf ihre Kühe auf die Weide stellen müssten – wir haben im Dorf im Schnitt pro Betrieb 30 bis 40 Kühe –, dann müssten alle Betriebe dichtmachen, weil aufgrund der strukturellen Bedingungen keiner von uns in der Lage ist, seine Kühe auf die Weide zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) In den engen fränkischen Dörfern geht das einfach nicht. Das geht vielleicht in Ihrer Wunschvorstellung.

Wie unterstützen wir die deutsche Milchviehhaltung? Es kann nicht sein, dass wir in Größenordnungen denken, die vielleicht die Kollegin Tackmann noch von früher kennt. Als ich nach der Wende in den Osten gefahren bin, haben mir die Kühe in diesen Stallanlagen leidgetan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich war froh, dass wir in Bayern bessere Anlagen hatten und unsere Tiere besser halten konnten. Ich weiß, es hat sich viel getan, es hat sich viel entwickelt. Größenwachstum allein kann aber kein Gradmesser sein. In der Politik muss die Vernunft einkehren: Das, was man machen kann, soll man machen, und das, was man nicht mehr machen kann, soll man nicht mehr machen.

Wir wissen genau, dass in nicht einmal einem Jahr die Milchquotenregelung ausläuft. Ob die Milchquotenregelung für den Einzelbetrieb erfolgreich war, muss jeder selbst entscheiden. Ich weiß, was ich in meinem Leben für den Erwerb von Milchquoten ausgegeben habe. Wenn ich das Geld hätte, wäre das anzeigepflichtig beim Deutschen Bundestag.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb ist es wichtig, dass wir vor Auslaufen der Milchquote Maßnahmen einleiten, um unsere Milch-erzeuger zu entlasten. Ich möchte hier nur die drohende Abgabe nennen und die Notwendigkeit, den Fettkorrekturenfaktor endlich abzuschaffen.

(C) Wenn wir in die Zukunft blicken, dann müssen wir das optimistisch und positiv tun und dürfen keine Schwarzmalerei hinsichtlich der Milchmärkte betreiben, wie es die Grünen hier machen. Die größten Kostenfaktoren in der Milchviehhaltung sind nicht die Bodenkosten. Bei mir zum Beispiel sind es infolge der eklatanten Wettbewerbsverzerrung, die in den letzten Jahren durch die Energie- und Lebensmittelproduktion entstanden ist, die Flächenkosten. Wer als Milchviehhalter an andere Betriebe Fläche verliert, kann diese nicht mehr zurückpachten, weil einfach zu wenig Kapital dafür vorhanden ist. Deshalb müssen wir durch eine gezielte Förderung unsere Milchviehhalter stärken. Wir können Programme auflegen. Wir haben die Möglichkeit dazu. Der Freistaat Bayern nutzt diese Möglichkeit intensiv. Ich würde mich freuen, wenn auch die anderen Bundesländer – ich denke gerade an die Bundesländer, in denen Parteien regieren, die hier in der Opposition vertreten sind – das in dem Umfang machen würden wie Bayern.

Um die Zukunft der deutschen Milchviehhaltung ist mir nicht bange. Deutsche und auch bayerische Milchprodukte – Sie erlauben mir diesen Nebensatz – haben in der Welt ein hohes Ansehen und werden stark nachgefragt. Die guten Chancen zum Export in die ganze Welt wurden schon erwähnt. Wir sollten die Chancen nutzen. Wir sollten unsere Milchviehhalter mit guten sachlichen Argumenten stärken und nicht mit den Ideologievorstellungen argumentieren, die leider Gottes bei den Grünen noch immer vorherrschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/976 an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Sabine Leidig, Herbert Behrens, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG neu und verantwortungsvoll besetzen

Drucksache 18/592

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (f)

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und

Reaktorsicherheit

Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Ich bitte die notwendigen Umgruppierungen in den Fraktionen so vorzunehmen, dass wir die nötige Aufmerksamkeit für die folgende Debatte herstellen können. –

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Wann geht es weiter?)

– Es geht weiter, wenn die CDU/CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion die notwendigen Umgruppierungen vorgenommen und gegebenenfalls notwendige Gespräche an den Rand des Plenums verlagert haben.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Sabine Leidig für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Nachrichtenportal *Die Welt* konnte man am 27. März dieses Jahres lesen – ich zitiere –:

Nach Limburg-Aus

Tebartz-van Elst wechselt zum Bahnvorstand

Ja, da schauen Sie, was?

(Zuruf von der CDU/CSU: Ist ja lustig!)

Das ist natürlich Satire. Aber es war keine Satire, als drei Monate zuvor die Meldung durch die Presse ging, dass der ehemalige Kanzleramtsminister Pofalla in den Vorstand der Deutschen Bahn AG wechselt.

(Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Gute Entscheidung! Guter Mann!)

(B)

Offenbar geht dieses Vorhaben auf eine Absprache zurück, die die Kanzlerin höchstpersönlich mit dem Bahnvorstandsvorsitzenden Herrn Grube und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Utz-Hellmuth Felcht getroffen hat. Warum? Nicht etwa deshalb, weil Herr Pofalla ein profunder Bahnkenner ist,

(Zuruf von der CDU/CSU: Wissen Sie doch gar nicht!)

sondern weil er offenbar für seinen Einsatz belohnt werden sollte, der dazu führte, dass der Bahnaufsichtsrat das Projekt „Stuttgart 21“ fortsetzte, obwohl dessen Unwirtschaftlichkeit nachgewiesen war.

(Dr. Volker Ullrich [CDU/CSU]: Das ist Ihre Meinung! – Zuruf der Abg. Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit diesem Fakt stellt sich erneut die Frage – sie steht sozusagen im Rampenlicht der Öffentlichkeit –, wer da eigentlich in wessen Interesse Einfluss auf die Bahnpolitik nimmt. Denn es ist ja keineswegs so, wie immer behauptet wird, dass die Bahn quasi ein eigenmächtiger und eigenständiger Konzern ist, auf den die Bundespolitik überhaupt keinen Einfluss nehmen kann. Im Fall Pofalla ist dies offensichtlich geworden. Selbstverständlich gibt es auch andere Wege. Insbesondere ist es der Bund, der den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG besetzt, zumindest den Teil, der die Aktionäre vertritt. Die Aktionäre sind, so könnte man sagen, zu 100 Prozent die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger.

(C) Die Neubesetzung dieses Aufsichtsrates steht zwar erst in einem Jahr an, aber wenn man ein solches Gremium neu und anders besetzen möchte – genau das schlagen wir mit unserem Antrag der Fraktion Die Linke vor –, dann ist ein Jahr keine lange Zeit. Wir sind der Überzeugung, dass die Bundesregierung andere Persönlichkeiten in diesen Aufsichtsrat setzen muss, Persönlichkeiten, die wirklich das Interesse einer guten Bahn für alle in den Mittelpunkt stellen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Erstens sind wir der Überzeugung, dass es an der Zeit ist, endlich Frauen in diesem Aufsichtsrat zu sehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vom Bund aus müsste zumindest die Hälfte der Plätze mit Frauen besetzt werden. Denn immerhin nutzen überwiegend Frauen die Bahn; zumindest im Nahverkehr bilden sie die Mehrheit der Bahnnutzerinnen und Bahnnutzer.

Zweitens wollen wir, dass über die Vorschlagsliste für die Besetzung des Aufsichtsrates in der Öffentlichkeit diskutiert wird und sie letztlich vom Parlament beschlossen

(Beifall bei der LINKEN)

und nicht hinter verschlossenen Türen ohne Einfluss ausgemauschelt wird.

(D)

Drittens – das ist der wichtigste Punkt – sind wir der Meinung, dass andere Interessen dort eine Rolle spielen sollen.

Es gibt fünf Personen, die wir auf keinen Fall im neuen Aufsichtsrat sehen wollen. Diese Personen sind jetzt im Aufsichtsrat.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Ich möchte sie Ihnen kurz vorstellen. Vielleicht vergeht Ihnen dann das Lachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht haben Sie auch unseren Antrag gelesen und wissen, um wen es sich handelt. Der Aufsichtsratsvorsitzende Utz-Hellmuth Felcht zeichnet sich nicht dadurch aus, dass er mit Bahnunternehmen viel Erfahrung hat, sondern er ist Managing Director eines großen Private-Equity-Fonds. Warum ist er Aufsichtsratsvorsitzender geworden? Der ehemalige Bundesverkehrsminister Ramsauer hat diese Entscheidung 2010 damit begründet, dass er ein exzellenter Kenner des Börsengeschehens sei, was im Hinblick auf den nach wie vor politisch gewünschten Börsengang der Deutschen Bahn AG wichtig sei.

(Sören Bartol [SPD]: Ach, das hat doch so einen Bart!)

Ich bitte Sie: Der Börsengang der Deutschen Bahn AG ist, so sagt es jedenfalls die Große Koalition,

Sabine Leidig

- (A) (Sören Bartol [SPD]: Nein, das sagt die Große Koalition nicht!)

kein Thema mehr, ist abgesagt.

(Sören Bartol [SPD]: Ja, genau!)

Ich bin der Meinung, wir brauchen einen Aufsichtsratsvorsitzenden, der sich dadurch qualifiziert, dass er ein großes öffentliches Unternehmen gedeihlich entwickeln kann.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Matthias Gastel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Leidig, die letzten vier Namen müssen Sie bitte in Ihren letzten Satz fassen und zum Ende kommen.

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Die letzten vier Namen können Sie in unserem Antrag nachlesen.

(Heiterkeit)

Wir haben Christoph Dänzer-Vanotti, der für Eon steht; wir brauchen aber Leute, die für regenerative Energien stehen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Bahn braucht aber auch Strom!)

- (B) Wir haben den Milliardär Heinrich Weiss, der Bombardier vorsteht.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Leidig, ich meine das ausgesprochen ernst. Setzen Sie einen Punkt!

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Außerdem haben wir einen Klimaleugner, den wir durch jemanden ersetzen müssen, der den Klimaschutz ernst nimmt. Schließlich brauchen wir auch keinen Stahlbaron wie Herrn Großmann,

(Sören Bartol [SPD]: So, Frau Leidig, das war der letzte Satz! Jetzt ist aber Schluss!)

sondern wir brauchen Leute, die Umweltschutz, Verbraucherinteressen und das Allgemeinwohl für die Deutsche Bahn vertreten.

(Beifall bei der LINKEN – Sören Bartol [SPD]: Schluss! Aus! Sie können doch nicht einfach über diese Leute so reden! Das ist doch unglaublich!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Alexander Funk das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Alexander Funk (CDU/CSU):

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte ja schon immer einmal im Bundestag zu einer so späten Stunde sprechen. Das ist allerdings die einzige Freude, die Sie mir mit diesem Antrag bereitet haben.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das war nicht unsere Intention!)

Ansonsten bin ich mir noch nicht sicher, über was ich mich mehr wundern soll: über die Widersprüchlichkeit in Ihrem Antrag, über die Wahrnehmungsstörung oder über die Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum Widerspruch. Gleich zu Beginn Ihres Antrags wollen Sie, dass der Bundestag feststellt, die Aktiengesellschaft sei nicht die geeignete Form, um die Bahn zu führen, um dann später die Bundesregierung aufzufordern, genau das zu überprüfen. Schon allein aufgrund dieses Widerspruchs werden wir diesen Antrag ablehnen, weil das auch das Parlamentsverständnis betrifft. Denn wenn der Bundestag etwas feststellt, egal was das sein möge, dann fordert er nicht anschließend die Bundesregierung auf, diese Feststellung zu überprüfen. Aber ich gehe einmal davon aus, das war nur ein Versehen Ihrerseits. Ich empfehle Ihnen an dieser Stelle, Ihren Zettelkasten neu zu sortieren.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Haben Sie den Antrag gelesen? Es gibt ja zwei verschiedene Optionen! – Dagmar Ziegler [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

(D)

Zur Wahrnehmungsstörung. Sie zeichnen ja ein verheerendes Bild der Bahn im Jahr 2014. Aber zu einer Analyse gehört natürlich zunächst einmal, dass man die Ausgangslage betrachtet – 20 Jahre Bahnreform – und sich fragt: Wie sah die Situation vor 20 Jahren aus? Bundesbahn und Reichsbahn waren hochdefizitär.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pleite!)

34 Milliarden Euro Schulden wurden angehäuft.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt sind wir auch schon wieder bei über 20!)

Die Investitionen gingen zurück. Dafür übertrafen die Personalaufwendungen die Umsatzerlöse um 50 Prozent. Der Service war verheerend, was schon allein daran zu sehen war, dass die Fahrgäste als Beförderungsfälle bezeichnet wurden;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

heute sind sie Kunden. Von 1950 bis 1994 ist der Anteil der Bahn am Personenverkehr von 36 Prozent auf 6 Prozent zurückgegangen. – Das war die Ausgangslage im Jahr 1994.

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Funk, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung der Kollegin Leidig?

(Sören Bartol [SPD]: Oh ja, unbedingt! – Zurufe von der CDU/CSU: Das gibt es doch gar nicht! – Auch das noch!)

Alexander Funk (CDU/CSU):

Ja, gerne.

(Sören Bartol [SPD]: Das kann nur schlecht werden!)

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Selbst auf die Gefahr hin, dass Sie Ihren Feierabend noch um fünf Minuten verschieben müssen,

(Dagmar Ziegler [SPD]: Nein, das ist nicht das Problem! – Zuruf von der CDU/CSU: Für gute Wortbeiträge gerne!)

möchte ich doch die Frage stellen, ob Sie sich bewusst sind, dass die Ziele, die vor 20 Jahren formuliert worden sind, lauteten, erstens die Preise für den Bahnverkehr zu senken, zweitens den Anteil der Bahn am Modal Split zu erhöhen und drittens den Service, die Pünktlichkeit und ähnliche Dinge zu verbessern. Faktisch – das möchte ich einfach nur sagen – haben wir keinen steigenden Anteil am Modal Split. Wir haben Fahrpreiserhöhungen, die doppelt so hoch sind wie die Inflationsrate. Wir haben einen Abbau von 4 500 Kilometern Bahnstrecken, was nicht unbedingt für mehr Service steht.

Alexander Funk (CDU/CSU):

Grundziel der Bahnreform war, mehr Verkehr auf die Schiene zu bekommen. Das ist nachweislich gelungen. Auch der Service ist deutlich verbessert. Die Investitionen sind deutlich gesteigert worden. Heute haben wir ein Bahnunternehmen, das jährlich einen Gewinn abwirft.

Ich bestreite überhaupt nicht, dass es nach wie vor verärgerte Bahnkunden gibt. Bahnkunden ärgern sich natürlich darüber, wenn ein Zug ausfällt, wenn es zu Verspätungen kommt. So etwas ist angesichts von 25 000 Zugfahrten täglich und 5,6 Millionen Fahrgästen täglich aber eigentlich auch nicht sonderlich verwunderlich. Das wird es immer wieder geben.

Daraus die Konsequenz zu ziehen, das Rad wieder zurückzudrehen, halten wir für falsch. Wir wollen die Bahnreform weiterentwickeln,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

um an dem Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bekommen, festzuhalten, um den Service weiter zu verbessern. Wir wollen das erreichen, indem wir noch mehr Wettbewerb im Bereich Schiene schaffen. Dazu hat die Monopolkommission einige Vorschläge auf den Tisch gelegt; darüber werden wir in den nächsten Monaten sicherlich noch diskutieren. Jedenfalls wollen wir nicht

zurück zu einem Staatskonzern, der politisch dominiert wird. **(C)**

Damit bin ich beim dritten Punkt, nämlich bei der Unverschämtheit in Ihrem Antrag.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Welcher?)

Die Art und Weise, wie Sie hier einen Aufsichtsrat diskreditieren und versuchen, indirekt ein solches Licht darauf zu werfen, als würden die dort ihre eigenen Interessen verfolgen,

(Zuruf der Abg. Sabine Leidig [DIE LINKE])

das ist eine Unverschämtheit; anders kann man das nicht bezeichnen. Das weisen wir ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Es ist richtig in der Demokratie, das Licht darauf zu werfen! Das ist unsere Aufgabe!)

Wir jedenfalls sind froh, dass es diesen Aufsichtsrat in dieser Zusammensetzung gibt – mit den Arbeitnehmervertretern, mit den Vertretern der Politik, die natürlich auch die politischen Interessen verfolgen müssen, und mit gestandenen Managern, die Erfahrung mit dem Bahngeschäft haben

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Die haben Erfahrung mit dem Flugzeuggeschäft, mit dem Bankgeschäft, dem Strom- und dem Stahlgeschäft!)

und dazu beigetragen haben, dass die Bahn heute so gut dasteht, dass sie ein erfolgreiches wirtschaftliches Unternehmen ist. Wir danken diesem Aufsichtsrat ausdrücklich. **(D)**

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Alles das sind Gründe dafür, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden.

Ansonsten darf ich jedem für später noch eine angenehme Nachtruhe wünschen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Schlafen Sie weiter gut!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Matthias Gastel hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Matthias Gastel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag der Linken sei Dank: Das Plenum diskutiert über Bahnpolitik, und es ist auch notwendig und gut so, dass wir das heute machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das sogar noch vor Mitternacht!)

Matthias Gastel

- (A) Seit Jahren singen DB-Vorstand, Union, SPD und Teile der Gewerkschaften das immer gleiche Lied. Der Refrain lautet: Die Deutsche Bahn ist gut und wird immer besser. – Mit Selbstzufriedenheit aber, meine Damen und Herren, wird nichts besser. Notwendig ist, die Bahnreform ehrlich zu bilanzieren, Defizite klar herauszustellen und systematisch zu beheben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Bilanz der Bahnreform ist durchwachsen. Weder die Entwicklung der Fahrgastzahlen noch der Güterbereich geben Anlass zur Zufriedenheit. Vor allem leidet das System Schiene an den Folgen der Börsengangstrategie: Strecken wurden stillgelegt; in manchen Bereichen wurde übertrieben viel Personal abgebaut. Mainz lässt grüßen!

Wir fragen vor allem: Wieso diese internationale Ausrichtung der Deutschen Bahn? DB Schenker ist der größte Spediteur auf dem europäischen Markt. Was passiert eigentlich, wenn die Bilanzen weiter abrutschen und der Bund Steuergeld reinbuttern muss?

Äußerst problematisch ist auch, dass Gewinne aus der Netzsparte der DB in den Bundeshaushalt abgezogen werden – anstatt direkt ins Netz zurückinvestiert zu werden. Der Netzzustand verschlechtert sich mehr und mehr. Der Bund als Eigentümer und der Aufsichtsrat haben hier ganz offensichtlich versagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Fakt ist: Von diesen Geschäften war bei der Bahnreform nicht die Rede, und davon steht auch nichts im Grundgesetz. Was hat von diesen Geschäften der Fahrgast? Der Fahrgast erwartet Angebote in der Fläche, pünktliche Züge, verlässliche Reiseketten, attraktive Umsteigeangebote und funktionierende Internetverbindungen in den Zügen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir müssen dringend einmal ausführlich darüber reden, wie umgegangen wird mit den kaum rentablen Investitionen und unsinnigen Prestigeprojekten. Wir müssen reden über die hohe Schuldenaufnahme der DB, die ja noch steigen soll, wie wir seit der Pressekonferenz der DB in der letzten Woche wissen. Wir müssen reden über die wirklichen Bedürfnisse der Fahrgäste und über die eigentlichen Aufgaben der Deutschen Bahn.

Wir sind der Meinung, Netz und Transport müssen getrennt werden.

(Beifall der Abg. Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Infrastruktur muss wieder in das unmittelbare Eigentum des Bundes überführt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sind wir uns mit der Monopolkommission einig. Alles andere behindert einen fairen Wettbewerb auf der Schiene und damit auch die notwendigen Innovationen.

(C) Wir begrüßen die Ankündigung der Bundesregierung für ein neues Eisenbahnregulierungsgesetz. Hier muss jetzt Tempo rein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die GroKo will das Steuerungskonzept für die DB AG überarbeiten. Darauf sind wir sehr gespannt.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist ein guter Satz!)

Seit der Bahnreform fehlt nämlich ein schlüssiges Steuerungsinstrument. Die Bundesregierung greift nach Belieben ein, mal zum Nachteil des Systems Schiene, wie bei Stuttgart 21, und mal unterlässt sie das Eingreifen, wie bei fragwürdigen Auslandsgeschäften. Nur eines gibt es nicht: Transparenz.

Hier stimmen wir mit dem Antrag der Linken überein: In den Aufsichtsrat gehören auch Vertreterinnen und Vertreter von Fahrgast-, Umwelt- und Verbraucherinteressen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir brauchen dort Leute, die nicht nur auf die Gewinne schauen. Wir brauchen dort Leute, die dafür brennen, das System Schiene zu stärken. Die DB AG hat sich, unterstützt durch die Politik, endlich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren: die Gewährleistung einer zuverlässigen, ressourcenschonenden und klimafreundlichen Mobilität auf der Schiene.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Gastel, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit.

(Beifall)

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Martin Burkert das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Martin Burkert (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, Rituale sind wichtig. Man denke etwa an die Förderung des Familienzusammenhalts zu Hause durch das gemeinsame Abendessen. Unsere Rituale in diesem Hause sind genauso wichtig; sie stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl der Parlamentarier. Ich denke an die Feierstunden und Ähnliches. Vielleicht sollten wir so manche Anträge einfach als freundliches Zeichen der Fraktionen sehen, durch die unser Wirgefühl gestärkt wird.

Alle Jahre wieder, Frau Leidig, reden wir über den Bahnaufsichtsrat.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das ist eben nötig!)

Martin Burkert

- (A) Zu Beginn einer Legislaturperiode geschieht dies meist sehr ausführlich. Regelmäßig wird von Ihnen bemängelt, dass die Mitglieder im Aufsichtsrat, eigentlich beruflich erfolgreiche Personen, Interessenskonflikten unterliegen, dass sie für diese Aufgabe nicht geeignet sind.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Richtig!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Sie lehnen in Ihrem Antrag sogar Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im Aufsichtsrat ab. Ich sage Ihnen: Wir, die SPD, stehen zur betrieblichen Mitbestimmung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das steht da gar nicht! Das entscheiden wir gar nicht!)

So einfach ist das in unserem Land. Wir halten die Parität in den Aufsichtsräten für eine wichtige und gute Erzungenschaft und befürworten es, wenn Arbeitnehmervertretungen auch Beschäftigte des betroffenen Konzerns in die Aufsichtsräte berufen.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das befürworten wir auch! Das ist eine völlige Verkennung unseres Antrags!)

Ja, wir wollen, dass die Mitglieder in diesen Aufsichtsräten wirtschaftliche Kompetenz mitbringen. Außerdem wollen wir, dass in den Aufsichtsräten, also auch im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG, zukünftig, ab 2016, mindestens 30 Prozent Frauen sitzen. Herzlichen Dank, Manuela Schwesig.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie des Abg. Florian Oßner [CDU/CSU] – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Da sind wir mal gespannt!)

Das sage ich in aller Deutlichkeit. Wir wollen auch, dass in den Aufsichtsräten Menschen sitzen, die über geeignetes Fachwissen verfügen, zum Beispiel aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeiten. Wer ist denn Ihrer Ansicht nach geeignet, aber ohne Interessenkonflikt? Ich sage Ihnen: Diesen Interessenkonflikt könnte man an jeder Person aufzeigen.

Aber ich sage auch: Es ist richtig, dass auch Parlamentarier im Aufsichtsrat sitzen. – Ich sage sogar: Das sollte Normalität sein. – Die Arbeitnehmer wählen ihre Aufsichtsräte in Urwahl; dagegen ist sicherlich überhaupt nichts zu sagen.

Sie kritisieren 20 Jahre Bahnreform, eine Entscheidung, die vor 20 Jahren getroffen wurde. Wir feiern dieses Jahr das 20-jährige Jubiläum in unterschiedlichen Veranstaltungen. Wir Sozialdemokraten sagen: Unter dem Strich ist die Bahnreform ein großer Erfolg in Deutschland und hat uns in ganz Europa ein Stück nach vorne gebracht. Die Zuwachsraten sprechen eine deutliche Sprache: Steigerung im Regionalverkehr um 73 Prozent, und selbst der Güterverkehr folgt mit knapp 71 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Nur noch die Hälfte der Beschäftigten!)

- (C) Deswegen sagen wir: Mit der Bahnreform konnte der Trend zur stetigen Abnahme der Bedeutung des Schienenverkehrs im Vergleich zum Straßenverkehr zumindest gestoppt werden.

Nicht alles stellt uns zufrieden – das will ich auch sagen –; aber das hängt nicht mit der Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG zusammen.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Wer weiß!)

Zu einer fairen Betrachtung gehört auch die Erörterung kritischer Punkte – auch das will ich nicht aussparen –: Wir haben technische Probleme erlebt, insbesondere beim ICE; hier bedarf es einer Nachsteuerung. Der ständige Aufschub beim Ausliefern neuer ICE durch die Fahrzeughersteller und auch die langwierigen Zulassungsverfahren erleichtern der Deutschen Bahn nicht die Arbeit. Beim Thema Zulassung haben wir uns im Koalitionsvertrag verständigt, dass wir noch in dieser Legislatur nachhaltig tätig werden; auch das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation beim Eisenbahn-Bundesamt beschäftigt uns nicht erst seit diesen Tagen. Sie ist weder für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch für die Kunden zufriedenstellend. Herr Staatssekretär Ferlemann, ich gehe davon aus, dass mit diesem Haushalt endlich auch eine Personalsteigerung für das Eisenbahn-Bundesamt kommt; dafür ist es höchste Zeit. Ich bitte alle, da bei den Haushaltsberatungen mitzuhelfen.

- (D) Wir erleben, dass trotz der Hindernisse, die es gibt – ob von der DB AG selber verschuldet, vom Wettergott oder von Graffiti-Sprayern –, die Qualität in den Zügen und beim Zugbegleitpersonal insgesamt beachtlich zugenommen hat: Die Züge sind in der Regel sauber und komfortabel, in der Regel fühlt man sich auch wohl. Das ist vor allem das Verdienst der Beschäftigten dieses Unternehmens. Auch hierfür muss man herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen nach wie vor, dass immer mehr Menschen vom Auto auf die Schiene umsteigen und dass auch der Güterverkehr auf der Schiene zunimmt. Voraussetzungen dafür sind erstens eine leistungsfähige und anwohnerfreundliche Schieneninfrastruktur, zweitens faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber Konkurrenten auf der Schiene und drittens faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber den anderen Verkehrsträgern wie Straßenverkehr, Wasserstraßenverkehr und Luftverkehr.

Wir werden die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit neuen und genaueren Kennzahlen weiterentwickeln, mehr Geld in die Schieneninfrastruktur stecken und vor allem beim barrierefreien Ausbau und beim Lärmschutz in dieser Legislatur vorankommen. Ich bin überzeugt, wir schaffen dies in der Großen Koalition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles sind wichtige Aspekte und dringende Probleme, die wir im Bereich der Schiene lösen müssen. Hierüber machen wir

Martin Burkert

- (A) uns Gedanken, und hierzu haben wir im Koalitionsvertrag vieles festgeschrieben. All diese Themen aber werden nicht durch die Zusammensetzung des Bahn-Aufsichtsrats verursacht und würden auch nicht durch seine Abschaffung gelöst. Darum: Lassen Sie uns gemeinsam an die Arbeit gehen, um die Bahn in Deutschland zukunftssicher aufzustellen – für die Kunden, für die Beschäftigten und nicht zuletzt für unsere Umwelt. Dieser Aufruf ist durchaus als Appell, Frau Kollegin Leidig, an das Wirgefühl aller Parlamentarier gedacht. Lassen Sie uns daran arbeiten! Mir ist nicht bange um eine gute Zukunft der Deutschen Bahn AG und der Schieneninfrastruktur.

Ich wünsche einen schönen Abend.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Michael Donth hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Donth (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor 225 Jahren kam in Reutlingen ein Mann zur Welt, der als Pionier des Eisenbahnwesens in Deutschland gilt und es vorangebracht hat.

- (B) (Sabine Leidig [DIE LINKE]: Den hätte man in den Aufsichtsrat tun sollen!)

Ich spreche von meinem schwäbischen Landsmann Friedrich List.

Ich bin überzeugt: Er wäre stolz darauf, was aus seiner Idee geworden ist. Er vertrat das Konzept, dass Schienenwege die Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand sind. Seine Idee ist Wirklichkeit geworden und hat auch heute noch ihre Berechtigung.

Damit die Eisenbahn aber dauerhaft als Grundlage des wirtschaftlichen Wohlstands funktioniert, muss sie sich der Zeit anpassen. Dazu diene auch die große Bahnreform vor 20 Jahren, die nach Ansicht der Linken allerdings ein Misserfolg war.

20 Jahre Bahnreform: Manche mögen da eine weniger positive Bilanz ziehen als ich. Eines ist aber klar: Die Deutsche Bahn steht heute deutlich besser da als vor 20 Jahren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sieht im Übrigen auch der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft Alexander Kirchner so.

(Martin Burkert [SPD]: Guter Mann!)

Die Ziele der Reform sind weitgehend erreicht, auch wenn man noch nicht am Ende der Entwicklung angekommen ist. Die bisherige positive Entwicklung ist keine leere Behauptung, sondern in Zahlen greifbar. Dafür nur zwei Belege: Im Personenverkehr ist die Ver-

kehrsleistung auf der Schiene um 36 Prozent gewachsen, und auch der Anteil der Eisenbahn am Personenverkehrsmarkt ist angestiegen. Selbst im Güterbereich, in dem es einen steigenden Konkurrenzdruck gibt, konnte die Bahn ihren Marktanteil vergrößern. (C)

Die Linke behauptet nun in ihrem Antrag, die Unternehmensreform, die Bildung einer Aktiengesellschaft, habe sich für die Deutsche Bahn als ungeeignet erwiesen. Ich sage: Genau das Gegenteil ist der Fall.

Die Umwandlung der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Reichsbahn in eine einheitliche Aktiengesellschaft mit unternehmerischer Ausrichtung hat die Weichen hin zu mehr Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und auch zu mehr Produktivität gestellt. Gerade dank der Rechtsform, als AG, war es möglich, das Eisenbahnsystem in Deutschland nach der deutschen Einheit zusammenzubringen und auf einer soliden finanziellen Basis erfolgreich in die Zukunft zu führen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Wolfgang Tiefensee [SPD])

Mit einer Anstalt des öffentlichen Rechts, mit der die Linke in ihrem Antrag liebäugelt, könnten diese Ziele nicht in dem Umfang erreicht werden; denn eine solche Anstalt steht mit anderen Unternehmen im Wettbewerb nicht auf derselben marktwirtschaftlichen Stufe, was systembedingt wieder zu Wettbewerbsverzerrungen führen würde.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die GmbH – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Aber die Bahn ist ein öffentliches Gut!)

(D)

Es ist gut, dass sich die Deutsche Bahn im Wettbewerb mit anderen Unternehmen behaupten muss und auch behauptet. Wettbewerb fördert Qualität, Wirtschaftlichkeit und Vielfalt.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das kommt darauf an!)

Daher ist es ein gutes Zeichen, dass es in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern Europas relativ viele Eisenbahnunternehmen gibt; denn nur ein Unternehmen, das mit Konkurrenz zu tun hat, wird zu Höchstleistungen angespornt.

Deshalb ist es richtig und gut, dass sich die Deutsche Bahn die Expertise in ihr Führungspersonal holt, die sie braucht, um im Wettbewerb zu bestehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu gehören auch, wie in anderen Konzernen ebenfalls üblich, Persönlichkeiten, die Erfahrungen in verbundenen Unternehmen oder in Konkurrenzunternehmen gemacht haben. Es ist eine böswillige Unterstellung – das wurde schon angesprochen – und falsch, diesen Personen vorzuhalten, dass sie sich nicht für eine Stärkung des Schienenverkehrs engagieren würden.

Im Übrigen ist es unglaublich, dass sich ausgerechnet die Linke als Gralshüter der Bahn aufspielt;

Michael Donth

- (A) (Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das haben wir immer gemacht!)
denn als im Herbst 2011 mehrere Brandanschläge in und um Berlin auf die Bahn verübt wurden, die bei der Bahn Schäden in Millionenhöhe verursacht haben,
(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Hä?)
hat sich Ihre damalige und heutige innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke mit diesen Attentätern solidarisiert.
(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Das ist eine böswillige Verleumdung! Lüge!)
Wie soll man einer Fraktion mit einer solchen Grundeinstellung abnehmen, dass sie sich glaubhaft für das Gemeinwohl und die Stärkung des Schienenverkehrs einsetzen möchte?
(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN)
– Das steht auf Seite 6 der *Frankfurter Rundschau* vom 15. Oktober 2011.
(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Auch die *Frankfurter Rundschau* kann lügen!)
Wir sind auf jeden Fall für die Bahn und lehnen Ihren Antrag ab.
Vielen Dank!
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) **Vizepräsidentin Petra Pau:**
Kollege Donth, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit.

(Beifall)

Ich schließe die Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/592 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nationales Reformprogramm 2014 nutzen – Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU ernst nehmen und Investitionen stärken

Drucksache 18/978

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

(C) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Katharina Dröge für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Nicht wieder so schnell sprechen!)

Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich bemühe mich. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es der erste kleine Schritt, der viele Dinge bewegen kann. Bei der Debatte über die makroökonomischen Ungleichgewichte kommt mir das gerade so vor.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat noch im letzten Jahr die Meinung vertreten, dass es beim Thema Leistungsbilanzüberschüsse kein Problem gebe,

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Das ist etwas Gutes! Das ist besser als Defizite!)

dass es eigentlich nur eine Debatte derjenigen sei, die den Deutschen die Exporte nicht gönnen würden. Von dieser Einschätzung sind Sie mittlerweile, wenigstens teilweise, abgerückt. Zumindest im Entwurf der Bundesregierung für ein nationales Reformprogramm, den Sie gestern im Wirtschaftsausschuss vorgestellt haben, lassen Sie sich auf die Analysen der Europäischen Kommission ein. Das ist gut; denn endlich können wir darüber debattieren, worum es eigentlich geht, nämlich um die deutsche Binnennachfrage.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Es ist zwar nur ein kleiner Schritt, aber dennoch ein sehr wichtiger; denn ohne die Problemerkennntnis kämen wir gar nicht zur Lösung des Problems. Über die Lösung des Problems müssten Sie eigentlich im Zusammenhang mit dem Entwurf für ein nationales Reformprogramm reden und diskutieren, und über dieses Reformprogramm möchte ich gerne hier und heute mit Ihnen debattieren.

Da gibt es nur ein Problem: Der Entwurf für ein nationales Reformprogramm liegt nicht vor. Darüber können wir heute Abend nicht reden. Diesen Entwurf beschließen Sie erst nächste Woche im Kabinett, dann, wenn es keine Sitzungen mehr vor der Osterpause gibt, dann, wenn wir hier im Bundestag dazu gar nicht mehr Stellung nehmen können. Danach schicken Sie den Entwurf nach Brüssel. Eine Debatte im Parlament hierüber ist nicht vorgesehen. Ich finde: Das ist das absolut falsche Signal zur falschen Zeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schäbig!)

Während zeitgleich die Europäische Zentralbank darüber berät, wie sie verhindern kann, dass der Süden Europas in eine Deflationsspirale fällt, haben wir keine Möglichkeit, hier im Parlament das Verfahren zur koordinierten Wirtschaftspolitik, das ein Teil des Stabilitätsmechanismus und auch eine Lösung für diese europäische Krise sein sollte, zu diskutieren.

Wir haben unseren Antrag gestellt, um hier zumindest in Teilen eine Debatte zu ermöglichen, um zumindest ei-

Katharina Dröge

- (A) nige Vorstellungen von Ihnen zu hören, wie Sie die Probleme lösen wollen, und um Ihnen mit unserem Antrag vielleicht einige Anregungen dazu zu geben, wie man ein nationales Reformprogramm ausgestalten könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Nein!)

Wir sagen Ihnen: Wir brauchen endlich ein europäisches Investitionsprogramm zur wirtschaftlichen Unterstützung der Krisenländer. Wir brauchen endlich verlässliche politische Rahmenbedingungen für die Unternehmen hier in Deutschland, etwa bei der Energiewende, damit die Investitionsneigung der privaten Unternehmen in Deutschland wieder steigt. Wir brauchen schneller und ohne merkwürdige Ausnahmen einen vernünftigen Mindestlohn zur Steigerung der deutschen Binnennachfrage. Und: Wir brauchen deutlich stärkere Investitionen der öffentlichen Hand in unsere Infrastruktur.

Gerade zum letzten Punkt möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie hier entschlossen handeln, dann tun Sie nicht nur etwas für die Binnennachfrage, sondern damit eröffnen Sie auch Zukunfts- und Wachstumschancen für unser Land. Statt das viele Geld in unnötige Steuerergeschenke wie ökologisch schädliche Subventionen oder den ermäßigten Steuersatz für Hotelübernachtungen oder unsinnige Projekte wie das Betreuungsgeld zu stecken,

(Andreas G. Lämmel [CDU/CSU]: Nichts Neues!)

- (B) können Sie etwas für die Zukunft unseres Landes tun. Sie könnten mit Investitionen zum Wohle aller in Deutschland und Europa beitragen. Ich bitte Sie, ganz ernsthaft darüber nachzudenken, entsprechend zu handeln und mit uns unseren Antrag zu beschließen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Kollege Dr. Andreas Lenz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Titel des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen beginnt mit den Worten „Nationales Reformprogramm 2014 nutzen“. Seien Sie sicher: Das machen wir. Wir werden das in aller Ruhe und in aller Sorgfalt machen. Wir haben jetzt auch beispielsweise, was die Redezeit angeht, mehr Zeit als Sie. Deshalb verstehe ich, dass Sie so schnell gesprochen haben. Ich werde mir dementsprechend ein bisschen mehr Zeit lassen.

Wir nutzen das Reformprogramm, um die deutsche Wirtschaft voranzubringen, und nicht wie Sie, um immer wieder neue Anträge zu einer alten und längst bekannten Thematik zu stellen. Sie kritisieren in Ihrem Antrag die hohen Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik

Deutschland. In der Tat liegt der Leistungsbilanzüberschuss mit rund 200 Milliarden Euro bei 7,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Als Schwellenwert gibt das Scoreboard des wirtschaftlichen Überwachungsverfahrens einen Überschuss von 6 Prozent an. Es gilt festzustellen, dass Deutschland damit lediglich 1,3 Prozentpunkte über diesem angegebenen Schwellenwert liegt. (C)

Hier muss noch einmal klar betont werden, dass die Kommission mit Blick auf Deutschland eben gerade keine zukunfts- und stabilitätsgefährdenden Ungleichgewichte festgestellt hat. Es handelt sich laut Kommission zwar um Ungleichgewichte; sie sind aber nicht als exzessiv zu bezeichnen.

Die deutschen Exportüberschüsse sind Ausdruck der hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

darunter zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen, die in ihrem Bereich Weltmarktführer sind. Deutsche Produkte werden nach wie vor auf den Weltmärkten stark nachgefragt. EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn meinte treffend, er wünsche sich, dass jedes EU-Land bei Produktion und Ausfuhren so stark sei wie Deutschland. Das wünschen wir uns auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen finden 43 Prozent der Wertschöpfung deutscher Exportprodukte in Form von Vorleistungen im EU-Ausland statt, und 57 Prozent aller deutschen Importe stammen aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Es lässt sich überdies feststellen, dass der Anteil der deutschen Exporte in Länder außerhalb der EU zunehmend wächst. So beträgt der Handelsüberschuss mit Drittländern außerhalb der EU 140 Milliarden Euro und der Handelsüberschuss mit Euro-Ländern lediglich 1 Milliarde Euro. Es schadet also auch hier nicht, eine europäische Perspektive einzunehmen. Die Euro-Zone für sich genommen konnte einen Handelsüberschuss in Höhe von 152 Milliarden Euro erzielen, und das, obwohl der Euro rund 7 Prozent an Wert zugelegt hat, sich also die Exporte in Relation verteuert haben. (D)

Es gibt übrigens neben der Leistungsbilanz noch andere Indikatoren beim wirtschaftspolitischen Überwachungsverfahren, beispielsweise einen eventuellen Rückgang des Exportanteils um mehr als 6 Prozent oder auch die öffentliche Verschuldung sowie die durchschnittliche Arbeitslosenquote. Das alles sind Punkte, in denen Deutschland, wie Sie wissen, sehr gut dasteht.

Definitionsgemäß messen Leistungsbilanzüberschüsse jenen Teil der Ersparnisse eines Landes, die nicht im Inland investiert werden. Nicht nur die Kommission, sondern auch die Bundesregierung weisen auf die im internationalen Vergleich zu niedrige Investitionsquote in Deutschland hin. Auch deshalb sieht der Koalitionsvertrag erhebliche öffentliche Investitionen vor. Wir investieren in den nächsten vier Jahren 4 Milliarden Euro in Forschung, 5 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur, 5 Milliarden Euro in die Entlastung der

Dr. Andreas Lenz

- (A) Kommunen und 6 Milliarden Euro in Bildung und Betreuung.

Mehr wäre immer schön. Dies alles steht allerdings unter dem Primat der Fortführung einer wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung. Wir sollten es eben nicht den Südländern gleichtun und vor allem kreditfinanziert konsumieren. Wir stehen zum Ziel, für 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Im Übrigen hängt der Leistungsbilanzüberschuss auch mit der Beteiligung an den fiskalischen Rettungskrediten zusammen. Diese sind, wie Sie wissen, momentan notwendig und liegen im europäischen Interesse.

Sie fordern klare politische Ziele und verlässliche Rahmenbedingungen bei der Energiewende und beim Breitbandausbau. Auch hier lohnt sich ein Blick in den Koalitionsvertrag. Der Ausbaukorridor für die erneuerbaren Energien steht: bis zum Jahr 2025 40 bis 45 Prozent der Stromerzeugung aus regenerativen Energien, bis zum Jahr 2035 55 bis 60 Prozent. Auf europäischer Ebene verfolgen wir die Zieltrias von Energieeffizienz, Ausbau der Erneuerbaren und Treibhausgasreduktion.

Auch die Digitalisierung bietet unzählige Chancen für Innovationen und Investitionen. Die Digitale Agenda 2014 – 2017 gibt von daher ein richtiges Signal. Beim Breitbandausbau ist es das Ziel, dass es in Deutschland bis 2018 eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde gibt. Außerdem werden wir mehr Investitionssicherheit für Netzbetreiber im ländlichen Raum schaffen.

- (B) Nun ist es so, dass von den jährlichen Investitionen in Deutschland in Höhe von circa 460 Milliarden Euro nur rund 9 Prozent auf den öffentlichen Sektor entfallen. Über 90 Prozent der Investitionen werden vom privaten Sektor geleistet. Es gilt also vor allem, ein investitionsfreundliches Klima in Deutschland zu schaffen bzw. weiterhin zu bewahren. Das machen wir beispielsweise auch dadurch, dass wir die Steuern für die Unternehmen nicht erhöht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Natürlich spielt die Nachfrageseite eine wichtige Rolle. Anders als Sie in Ihrem Antrag formulieren, sehen wir jedoch auch die Angebotsseite. Sie schreiben, dass durch eine einseitige und sozial unausgewogene Sparpolitik der Bevölkerung große Opfer abverlangt werden, dies aber ökonomisch und sozial nicht nachhaltig sei. Es stimmt: Unseren Euro-Partnerländern werden hohe Opfer abverlangt. Dieser Prozess ist langwierig und schmerzhaft für die Bevölkerung der betroffenen Staaten. Aber gerade dieser Weg ist nachhaltig. Die Ungleichgewichte im Außenhandel können realistischerweise nur dadurch verringert werden, dass angebotsseitige Reformen durchgeführt werden. Diese steigern die Wettbewerbsfähigkeit von ganz Europa.

Die Reformen zeigen auch Wirkung. Die Defizite der öffentlichen Haushalte der Euro-Staaten sind deutlich gesunken. Die Unterschiede in den nationalen Leistungsbilanzen haben sich in den vergangenen Jahren abgebaut. Spanien, Portugal, Irland und Griechenland

haben ihre Exporte spürbar gesteigert. Die Finanzierungssituation in den Krisenländern hat sich deutlich verbessert. Das ist ein Erfolg der Strategie „Europa 2020“ für Wachstum und Beschäftigung. (C)

Wir haben heute eine positive Entwicklung bei den Reallöhnen. Mit einem Bruttolohnzuwachs von 2,7 Prozent und einem Reallohnzuwachs von 1,1 Prozent erwarten wir 2014 den größten Lohnzuwachs seit 2010. Wir betrachten bei der Einführung des Mindestlohns die Lebenswirklichkeiten. Das machen wir im Bereich der Ausbildungsverhältnisse, im Bereich der Praktika und im Bereich des Ehrenamts. Wir wollen nicht, dass der Mindestlohn zulasten der Beschäftigung in Deutschland geht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser flexibler Arbeitsmarkt ermöglicht erst die Rekordbeschäftigung von 42,1 Millionen Beschäftigten, die wir dieses Jahr erwarten. Diese Flexibilität dürfen wir nicht gefährden. Ebenso würde die Bekämpfung der kalten Progression zu mehr Binnennachfrage, zu mehr Binnenkonsum führen.

Lassen Sie mich noch Folgendes betonen: Man wird diese Ungleichgewichte nicht über Nacht abbauen können. Da werden auch Ihre Anträge wenig bis gar nichts helfen. Die Steigerung der Binnennachfrage wird in den nächsten Jahren zur Reduktion des Defizits der Leistungsbilanz beitragen. Wenn die Standortbedingungen für Investitionen gut sind, kann sich eine Investitionsdynamik im privaten Sektor entwickeln, wodurch die Außenhandelsdefizite automatisch reduziert werden. Wir stehen gerade am Beginn einer dynamischen Investitionsentwicklung. Die Investitionen steigen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. (D)

Wir legen dabei die Grundlagen für diese positive Entwicklung und schaffen Stabilität für mehr Investitionen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Den Beitrag des Kollegen Klaus Ernst von der Fraktion Die Linke haben wir entsprechend unseren Regeln zu Protokoll genommen.

(Andreas G. Lämmel [CDU/CSU]: Wir haben doch eine Debatte vereinbart! Da kann er doch nicht einfach abhauen! – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Zum Porsche putzen! – Gegenruf der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Es kann jemandem auch mal schlecht werden, oder? – Gegenruf des Abg. Andreas G. Lämmel [CDU/CSU]: Dann können Sie die Rede jetzt ja halten!)

Das Wort hat der Kollege Wolfgang Tiefensee für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Wolfgang Tiefensee (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Dröge, Sie haben uns gebeten, dem Antrag Ihrer Fraktion zuzustimmen.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Das wollen wir nicht,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und zwar zunächst aus dem ganz einfachen Grund, weil Sie in Ihrer Analyse zum Teil nicht richtig liegen. Der wesentliche Grund ist aber, dass Sie eine Menge von dem fordern, was sich in unserem Koalitionsvertrag und im Haushalt 2014 wiederfindet.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn? Konkret! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn? – Thomas Lutze [DIE LINKE]: Nach der Logik könnte man zustimmen!)

Deshalb ist der Antrag Ihrer Fraktion im Wesentlichen überflüssig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir nehmen die Analyse der EU und die Kritik der USA selbstverständlich ernst. Wir wissen, dass wir eine zu geringe Investitionsquote haben.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Investitionsquote steigt nicht!)

(B)

Die Exportquote ist hoch; auch das wird kritisiert. Wir wissen, dass die Binnennachfrage gesteigert werden muss.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und dann machen Sie nichts? Sie tun ja nichts, um die Quote zu erhöhen!)

Aber, ich möchte Sie, Frau Dröge, und Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, zu später Stunde zunächst mit ein paar Fakten traktieren.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was soll das denn?)

Von Deutschlands internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke profitiert im Gegensatz zu Ihrer Annahme die EU, ja das gesamte Euro-Gebiet. Deutschland ist eine der weltweit offensten Volkswirtschaften. Dieser Offenheitsgrad wird nicht irgendwie bestimmt, sondern ergibt sich aus Export und Import im Verhältnis zum BIP. Unser Offenheitsgrad beträgt 97,7 Prozent, der der USA 32 Prozent, der Japans 31 Prozent und der Chinas 59 Prozent.

Deutschlands Stärke im Außenhandel ist eben keine Einbahnstraße. Deutschland ist nicht nur drittgrößter Exporteur, sondern zugleich auch drittgrößter Importeur der Welt. Ein großer Teil der Importe stammt im Übrigen von unseren europäischen Nachbarn. Der Importanteil deutscher Exporte ist mit 42 Prozent höher als in allen anderen großen Volkswirtschaften, zum Vergleich: USA

11 Prozent, Japan 13 Prozent, Italien 24 Prozent, Frankreich 23 Prozent und Russland 28 Prozent. (C)

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem gibt es einen riesigen Leistungsbilanzüberschuss!)

Erfolge deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten schaffen also Beschäftigung und Wohlstand nicht nur bei uns, sondern durch Import von Vorprodukten und hochwertigen Konsumgütern auch in der Euro-Zone und in der EU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben leider das Problem nicht verstanden! – Weitere Zurufe des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deutschland trägt also zum Abbau der Ungleichgewichte innerhalb der EU und der Währungsunion bei. Da die deutschen Importe aus der EU in den vergangenen Jahren mehr zunahmen als die Exporte in die EU, sind die Handelsbilanzüberschüsse gegenüber der EU seit 2007 – hören Sie zu, Frau Dröge! –

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich höre Ihnen zu!)

von 174 Milliarden um ein Drittel auf zuletzt 116 Milliarden Euro zurückgegangen. Es ist kontraproduktiv, von Wachstum und Wohlstand generierenden sowie leistungsfähigen und wettbewerbsorientierten Volkswirtschaften mit Leistungsbilanzüberschüssen eine Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit durch expansive Lohnerhöhungen oder administrative Maßnahmen zur Reduktion der Sparneigung zu fordern. (D)

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die SPD ist jetzt gegen Lohnerhöhungen, oder wie? Das ist ganz neu!)

– Schade, dass Sie nicht zuhören! Ihr Antrag, auf den ich jetzt ganz konkret eingehen möchte, fußt nämlich auf einer falschen Analyse.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben gar keine Analyse! Das ist das Problem!)

– Ich habe gerade die Fakten dargelegt.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber am Thema vorbei!)

Ob sie Ihnen gefallen oder nicht, sie widersprechen nun einmal Ihrer Analyse.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun zu Ihren Argumenten. Erstens. Zur Finanzierung unter anderem von energetischen Sanierungen soll ein nationaler Energiesparfonds eingerichtet werden; das ist eine tolle Idee.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Tiefensee

- (A) – Beklatschen Sie sich nicht selbst. – Sie sagen aber nicht exakt, woher das Geld kommen soll. „Über den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen“, das ist leicht gesagt.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abschaffung des Dienstwagenprivilegs! Das hat Sigmar Gabriel auch einmal gefordert! Oder die Subventionen des Luftverkehrs abbauen!)

Wir gehen einen soliden Weg und stellen 2014 aktuell 1,8 Milliarden Euro für die Förderung des energetischen Bauens und Sanierens zur Verfügung. Hinzu kommen die 1,5 Milliarden für KfW-Programme wie das Programm „Energetische Stadtsanierung“.

Ihr zweites Argument: Wir sollen Investitionsanreize für Unternehmen schaffen. Wir legen ja gerade – das können Sie nachlesen – mit unserer stärkeren Ausrichtung auf Wirtschaftspolitik, mit Investitionen und Innovationen den Grundstein dafür, dass Investitionsanreize gegeben werden.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn? Sagen Sie es einmal konkret! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie denn?)

Wir haben die Investitionen des Bundes in den Jahren 2014 bis 2018 – der Kollege hat es bereits angesprochen – um insgesamt 7 Milliarden Euro erhöht.

- (B) (Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Investitionsquote stagniert bei 8 Prozent!)

Im Rahmen des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ist es uns gelungen, bis 2020 ausreichend Spielräume, nämlich über 27,5 Milliarden Euro, zu gewinnen.

Wir reden über Industrie 4.0.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich denke: über Fakten!)

Das wird Anreize schaffen. Wir wollen das Programm ZIM, das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, auf hohem Niveau, 513 Millionen Euro, fortführen. Die für Forschung und Entwicklung vorgesehenen 2,5 Milliarden Euro sind schon angesprochen worden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen staatliche Investitionen erhöhen. Sie wissen, dass wir in die Verkehrsinfrastruktur 5 Milliarden Euro investieren wollen. Das müsste Sie eigentlich begeistern. Beifall bitte von Ihrer Seite!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist viel zu wenig! – Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber 0 Prozent bei Straßenerhalt!)

Außerdem wird es Investitionen in die Kinderbetreuung, in Schulen und Hochschulen geben.

Drittes Argument: europäische Investitionsprogramme auflegen. Durch die erweiterte Kreditvergabe

der Europäischen Investitionsbank haben wir deren Kapazitäten ausgeweitet. Sie wird allein ein zusätzliches Kreditvolumen von 20 Milliarden Euro ausreichen. (C)

Nächstes Argument: Mindestlohn zügig und flächendeckend einführen. Sie wissen ganz genau, warum wir erst 2017 für einige Unternehmen den Mindestlohn einführen, weil wir nämlich – das müsste auch Ihnen angenehm sein – die Tarifbindung in unserem Land stärken wollen. Der gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro wird die Binnennachfrage stärken.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur für Langzeitarbeitslose!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fakten zeigen, dass Sie mit Ihrem Antrag nicht richtig liegen. Die Analyse Ihrer Argumente zeigt,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Analyse denn?)

dass die falschen Instrumente angewendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In unserem Regierungsprogramm und dem Haushalt 2014 steht die richtige Antwort auf das, was wir von der EU hören.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da stehen doch keine Investitionen drin! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Das wird erfolgreich sein.

Vielen Dank. (D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/978 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Kerstin Andreae, Anja Hajduk, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fördermitteltransparenz erhöhen**Drucksache 18/980**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Interfraktionell ist vereinbart, die **Reden zu Protokoll** zu geben.¹⁾

¹⁾ Anlage 4

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Ebenfalls interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/980 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 4. April 2014, 9 Uhr, ein. (C)

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen alles Gute bis zum Beginn morgen früh.

(Schluss: 22.19 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Alpers, Agnes	DIE LINKE	03.04.2014
Dr. Bartels, Hans-Peter	SPD	03.04.2014
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	SPD	03.04.2014
Dr. Brunner, Karl-Heinz	SPD	03.04.2014
Bülow, Marco	SPD	03.04.2014
Dr. Diaby, Karamba	SPD	03.04.2014
Eckenbach, Jutta	CDU/CSU	03.04.2014
Ernstberger, Petra	SPD	03.04.2014
Dr. Gauweiler, Peter	CDU/CSU	03.04.2014
Gohlke, Nicole	DIE LINKE	03.04.2014
(B) Groß, Michael	SPD	03.04.2014
Dr. Krings, Günter	CDU/CSU	03.04.2014
Kunert, Katrin	DIE LINKE	03.04.2014
Lotze, Hiltrud	SPD	03.04.2014
Maisch, Nicole	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	03.04.2014
Meiwald, Peter	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	03.04.2014
Dr. Merkel, Angela	CDU/CSU	03.04.2014
Pitterle, Richard	DIE LINKE	03.04.2014
Post (Havelland), Achim	SPD	03.04.2014
Dr. Priesmeier, Wilhelm	SPD	03.04.2014
Rüthrich, Susann	SPD	03.04.2014
Scheuer, Andreas	CDU/CSU	03.04.2014
Schieder (Schwandorf), Marianne	SPD	03.04.2014
Schlecht, Michael	DIE LINKE	03.04.2014
Silberhorn, Thomas	CDU/CSU	03.04.2014

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Stritzl, Thomas	CDU/CSU	03.04.2014
Trittin, Jürgen	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	03.04.2014
Dr. Wagenknecht, Sahra	DIE LINKE	03.04.2014
Wagner, Doris	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	03.04.2014
Wunderlich, Jörn	DIE LINKE	03.04.2014
Ziegler, Dagmar	SPD	03.04.2014

Anlage 2**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Roland Claus, Kersten Steinke, Kerstin Kassner, Birgit Wöllert (alle DIE LINKE) zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss) zu Sammelübersicht 31 zu Petitionen (Tagesordnungspunkt 23 e)

In der Tat beinhaltet die Petition eine hochkomplizierte Materie – ersichtlich wird das wohl auch daran, dass die Petition zur Altersversorgung der technischen Intelligenz der DDR erst nach über zehn Jahren abgeschlossen werden soll.

Die Ausführungen in der Beschlussempfehlung sind umfangreich; sie versuchen, das Verlangen der Petenten verständnisvoll zu beschreiben und zugleich die rechtlichen Hürden darzulegen, die vermeintlich eine Lösung verhindern.

Dennoch können wir einem Abschluss der Petition ohne Lösung des Problems nicht zustimmen.

Bei all den Ausführungen bleibt ein Knackpunkt unbeachtet: Die Art und Weise der Überführung der Alterssicherungssysteme aus DDR-Zeiten in bundesdeutsches Recht erfolgte so, dass alle Ansprüche und Anwartschaften in die gesetzliche Rentenversicherung nach SGB VI transformiert wurden – gleich, ob die Personen zu DDR-Zeiten wie die Mehrheit in der Sozialversicherung, SV, und Freiwilligen Zusatzversicherung, FZR, waren oder zu den Personen gehörten, die Zugang zu den heute als privilegiert angesehenen Zusatz- und Sondersystemen hatten. Für alle gleich wird das jeweils zu DDR-Zeiten erzielte und verbeitragte Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze für die Ermittlung der SGB-VI-Rente herangezogen.

(D)

- (A) Für einige hochqualifizierte Personen – in der Petition erwähnt Diplom-Chemiker und -Physiker – die nicht in die FZR einzahlten, weil sie hofften, dass die ungleichen Zugangsmöglichkeiten in der DDR zum Versorgungssystem der technischen Intelligenz eines Tages noch beseitigt werden und sie auch in dieses System aufgenommen werden, entstand dadurch ein unvorhersehbares Problem. Das Gleiche passierte denen, die sich zu DDR-Zeiten mit dem Gedanken trugen, einen Ausreiseantrag zu stellen, und deshalb nicht in die FZR einzahlten.

Im Prozess der Einheit und der Gesetzgebung zur Rentenüberleitung, einschließlich Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz, AAÜG, wurde gewissermaßen aus diesem Protest gegen ungerechte Zugangschancen zu besonderen Versorgungssystemen der DDR de facto eine persönliche Benachteiligung für das Alter in der Bundesrepublik bei der Berechnung der Rente nach SGB VI.

Als Folge einer Kalkulation, die sich faktisch in Luft auflöste, müssen diese Personen heute zumeist mit Armutsrenten auskommen. Denn konkret bedeutet das, dass sie, trotz hochqualifizierter Tätigkeiten und guter Bezahlung von 1972 bis 1989/90 heute jährlich unterdurchschnittliche Werte auf ihrem Rentenkonto stehen haben, denn monatlich nur verbeitragte 600 Mark ergeben jährlich immer 0,... Entgeltunkte.

- (B) Es geht folglich im Grunde nicht vorrangig um eine nachträgliche Zuordnung zu einem diesen Personen nach DDR-Recht verschlossenen System, sondern darum, eine Regelung zu schaffen, auch über 600 Mark hinausgehendes Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze anerkannt zu bekommen. Da nach AAÜG bei Zugehörigkeit zu einem Zusatzsystem auch die tatsächliche Beitragszahlung außer Acht gelassen wird – obgleich in den meisten Sicherungssystemen eine Beitragszahlung erfolgte –, ist diese Forderung der Petenten naheliegend.

Anders sähen die Folgen der Forderung aus, wenn es mit dem AAÜG tatsächlich eine Überführung der Ansprüche aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen gegeben hätte oder die Überführung in diese Richtung korrigiert würde, wie es die Fraktion Die Linke – wie vormals die PDS – mit der Schaffung eines Systems „sui generis“ vorschlägt. Dann wären all die Argumente der Bundesregierung, die vom Petitionsausschuss aufgegriffen werden zu den Schwierigkeiten einer nachträglichen Zuordnung, faktisch einer nachträglichen Korrektur von ungleichen Regelungen der DDR, erwägenswert. Dazu zählen Qualifikations- und Tätigkeitsprofil, Betriebsformen und Stichtagsregelungen.

Wir können uns der Ablehnung der Petition nicht anschließen, weil es unter den gegebenen rechtlichen Regelungen der Rentenüberleitung nur eines entgegenkommenden Schrittes bedürfte, diese – mit dem Beitritt der DDR zum bundesdeutschen Rechtssystem entstandene – doppelte Ungerechtigkeit zu beseitigen. Nicht rechtliche Winkelzüge sind gefragt, sondern an dieser Stelle bedarf es einzig des politischen Willens, im Prozess der deutschen Einheit entstandene soziale Härten für einige wenige zu korrigieren.

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Antrags: Nationales Reformprogramm 2014 nutzen – Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU ernst nehmen und Investitionen stärken (Tagesordnungspunkt 16)

Klaus Ernst (DIE LINKE): 2013 war Deutschland ein weiteres Mal Exportchampion. Die Importe hingegen gingen sogar zurück. Schuld daran ist die schwache Binnennachfrage. Denn: Die wirtschaftliche Entwicklung geht an der Mehrheit der Menschen vorbei. Die Wirtschaft ist von 2000 auf 2013 um fast 14 Prozent gewachsen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben in diesem Zeitraum um rund 31 Prozent zugelegt. Die Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigtem hingegen sind um rund 2 Prozent gesunken. Einkommenszuwächse gab es nur bei den Spitzeneinkommen. Am unteren Ende der Einkommensskala kam es zu weiteren Rückgängen. Jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn.

Auch die Europäische Kommission empfiehlt Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage. Sie hat die makroökonomischen Ungleichgewichte in Deutschland einer vertieften Überprüfung unterzogen, da sich die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse seit 2007 über der Warnschwelle von 6 Prozent befinden. Laut EU-Kommission haben die privaten Haushalte mehr gespart und die Unternehmen zu wenig investiert. Auch die öffentlichen Investitionen seien viel zu gering. Folglich müssten öffentliche Investitionen – insbesondere Infrastrukturmaßnahmen – gesteigert und geeignete Bedingungen zur Begünstigung des Lohnwachstums – vor allem bei Arbeitnehmern am unteren Ende der Einkommensskala – geschaffen werden. Politische Maßnahmen, die Investitionen beeinträchtigen könnten, sollen vermieden werden.

Doch die Bundesregierung nimmt diese Empfehlungen nicht wirklich ernst. Muss sie auch nicht, denn sie hat maßgeblich dafür gesorgt, dass innerhalb der neuen „Economic Governance“ der EU Überschüsse nicht sanktionsfähig sind. Schon im Jahreswirtschaftsbericht stellt sie einseitig die gute Verfassung der deutschen Wirtschaft und die hohe Beschäftigungsquote heraus. Neue Ideen gegen prekäre Beschäftigung und ausbleibende Investitionen: Fehlanzeige!

So will die Bundesregierung die Verkehrsinvestitionen um 5 Milliarden Euro erhöhen und die Länder um 6 Milliarden Euro entlasten – gestreckt auf die gesamte Legislaturperiode. Selbst gestecktes Ziel der Bundesregierung ist laut Koalitionsvertrag jedoch eine Gesamtinvestitionsquote oberhalb des OECD-Durchschnitts. Der OECD-Durchschnitt lag 2013 bei 20 Prozent, die deutsche Investitionsquote nur bei 17,2 Prozent. Um den OECD-Durchschnitt zu erreichen, hätten allein im vergangenen Jahr 75 Milliarden Euro mehr investiert werden müssen.

Die wachsende Spaltung auf dem Arbeitsmarkt will die Bundesregierung mit einer Beschränkung der Leih-

(C)

(D)

- (A) arbeit auf 18 Monate und gleichem Lohn nach 9 Monaten bekämpfen. Das geht am Problem vorbei. Im „Zwölften Bericht der Bundesregierung zur Arbeitnehmerüberlassung“ ist nachzulesen, dass der Anteil der Arbeitsverhältnisse, die weniger als 3 Monate dauerten, zwischen 39 und 61 Prozent schwankten. Auch der Mindestlohn ist mit all den Ausnahmen mittlerweile eher ein Schweizer Käse, außerdem kommt er zu spät und ist zu niedrig. Sachgrundlose Befristung und die ausufernde Zahl von Werkverträgen werden von der Großen Koalition gar nicht angefasst.

Diese Maßnahmen der Bundesregierung werden weder zu einer ernsthaften Stärkung der Binnennachfrage führen noch die exzessiven Leistungsbilanzüberschüsse abbauen.

- Dafür ist es vielmehr notwendig, die Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter zu gestalten. Dafür muss der Anteil der Löhne am Volkseinkommen deutlich steigen. Deutliche Lohnsteigerungen sind nötig, die durch eine Stärkung der gewerkschaftlichen Durchsetzungsmacht erreicht werden können. Dies erfordert ein konsequentes Verbot von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen, die Verhinderung des Missbrauchs von Werkverträgen sowie die Abschaffung des Zwangssystems Hartz IV. Auch die sofortige Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde ohne Ausnahmen ist wichtig für die Stärkung der Binnennachfrage. Ebenso muss die Steuerpolitik gerechter gestaltet werden durch eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften und Finanzgeschäften sowie die Einführung einer Millionärsteuer. Notwendig ist auch eine deutliche Steigerung öffentlicher Investitionen zugunsten von Bildung, Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr.
- (B)

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: Fördermitteltransparenz erhöhen (Tagesordnungspunkt 17)

Mark Hauptmann (CDU/CSU): Mit dem Antrag „Fördermitteltransparenz erhöhen“ der Fraktion der Grünen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine gesetzliche Regelung vorzulegen, auf deren Basis Förderprogramme offenzulegen sind. Ziel ist es, eine „gute und transparente Datenlage“ von verwendeten Fördermitteln zu schaffen. Ich stimme Ihnen zu, dass die Verwendung von Förderungen stets einer besonderen Rechtfertigung und einer regelmäßigen Erfolgskontrolle bedarf. Denn Begünstigungen Einzelner zulasten der Allgemeinheit sind auf langfristige Sicht schädlich und missbrauchen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Regelmäßige Überprüfungen des Nutzens für das allgemeine Wohl sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sind erforderlich. Nur so können Transparenz und Legitimität der Entscheidungen gewährleistet werden.

- Ihre Vorstellung von Transparenz lehne ich jedoch entschieden ab. In Ihrem Antrag fordern Sie die Veröffentlichung von Daten über juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen, die Fördermittel beziehen. Dies soll über die Förderdatenbank des Bundes erfolgen. Laut Ihrem Antrag sollen, ich zitiere, „grundsätzlich folgende Daten veröffentlicht werden: das genaue Förderprogramm, der Name bzw. die Firma sowie Postleitzahl und Gemeinde des Unternehmenssitzes der Empfängerin/des Empfängers und die jährlichen Beträge der Fördermittelzahlungen“. Zusätzlich sollen in einer frei zugänglichen Datenbank die Zuwendung öffentlicher Mittel für Forschungsprojekte aufgeschlüsselt werden.
- (C)

Ich möchte kurz zusammenfassen, was die Kollegen der Grünen in ihrem Antrag unter einer „guten Datenlage“ verstehen: nämlich die Ansammlung aller Daten, derer sie habhaft werden können. Das ist keine Transparenz, sondern politischer Kontrollwahn und erinnert mich eher an das Horrorszenario aus George Orwells 1984.

- Ich halte Ihre Vorschläge aus folgenden Erwägungen heraus für grundsätzlich verfehlt: Erstens: Ihr Ansinnen kreiert ein Bürokratiemonster, dessen bloßer Sinnzweck darin besteht, Daten zu sammeln. Zweitens: Siebürden den Firmen zusätzliche Belastungen auf, die gerade die kleineren und mittelständischen Unternehmen treffen würden. Die umfassende Freilegung der Fördermittel, die Bestandteil der Unternehmens Einkünfte sind, schwächt die Schlagkraft und Wettbewerbsfähigkeit dieser Firmen erheblich. Drittens ist Transparenz kein Selbstzweck und muss gerade bei der Veröffentlichung sensibler Daten einer genauen Abwägung unterzogen werden. Im Folgenden möchte ich auf diese Punkte näher eingehen.
- (D)

Staatliche Förderungen müssen immer wieder Erfolgskontrollen unterzogen werden und der Mehrung von sozialem und wirtschaftlichem Nutzen dienen. Sie, liebe Grüne, verweisen in Ihrem Antrag darauf, dass Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht darauf haben, über die Verwendung der finanziellen Mittel des Staates informiert zu werden.

Sie stellen es so dar, als wäre die Verteilung von Fördermitteln bislang vollkommen intransparent. Es existiert jedoch bereits die Förderdatenbank des Bundes, die einen aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der EU für die gewerbliche Wirtschaft gibt. Zudem informiert der Förderkatalog des Bundes über aktuelle und abgeschlossene Fördervorhaben der beteiligten Bundesministerien Bildung und Forschung, Umwelt, Wirtschaft und Energie, Ernährung und Landwirtschaft sowie für Verkehr und digitale Infrastruktur. In dieser Datenbank können interessierte Bürgerinnen und Bürger aus mehr als 110 000 abgeschlossenen und laufenden Vorhaben der Projektförderung des Bundes recherchieren. Neben diesen Datenbanken wird die Vergabe von Fördermitteln auch regelmäßig durch den Subventionsbericht der Bundesregierung geprüft. Darin wird aufgelistet, welche Branchen in den letzten drei Jahren Fördermittel erhalten haben und ob die Pro-

- (A) gramme dazu beitragen, Arbeitsplätze und Wachstum zu fördern. Regelmäßig wird damit geprüft, ob die Fördermittel tatsächlich Investitionen in die Zukunft sind. Bei Fehlentwicklungen kann gezielt gegengesteuert werden, um Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten bei der Verteilung von Fördermitteln zu gewährleisten. Schlussendlich bietet auch das Informationsfreiheitsgesetz allen Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsanspruch, sich über einzelne Projektförderungen des Bundes zu erkundigen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass eine funktionierende Förderkultur auf demokratisch legitimierten und transparenten Entscheidungen beruhen muss. Der Sinnzweck Ihres Antrages besteht jedoch einzig und alleine darin, weitere Daten der Fördermittelempfänger zu sammeln und zu veröffentlichen. Dieses Bürokratiemonster nennen Sie dann Transparenz. Sie werben damit, dass Ihre Partei sich für den Abbau von sinnloser Bürokratie einsetzt. Laut Ihrem Wahlprogramm für die letzte Bundestagswahl ist es Ihr erklärtes Ziel, „auf allen staatlichen Ebenen Bürokratie abzubauen und Entscheidungswege zu straffen“. Weiter heißt es darin: „Programme mit einem hohen Verwaltungsaufwand werden wir grundsätzlich überprüfen“. Wie passt das zu Ihrer Forderung?

Sie haben in Ihrem Antrag nur unzureichend darauf hingewiesen, welche Folgekosten daraus entstehen werden. Die erhöhten Dokumentations- und Informationspflichten führen zu mehr Bürokratie und bewirken einen administrativen Ausbau anstelle des von Ihnen geforderten Abbaus. Die zusätzlichen Belastungen werden Unternehmen und Verwaltung aufgebürdet.

(B)

Die realen Folgekosten eines solchen Verständnisses von Transparenz müssen die Unternehmen tragen, deren Daten gesammelt und veröffentlicht werden. Nehmen Sie als Beispiel das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand, ZIM. Seit Juli 2008 wurden alleine in diesem Programm 24 000 Anträge bewilligt. Davon sind 360 der Antragsteller Forschungseinrichtungen, aber 11 500 der Antragsteller sind kleine und mittlere Unternehmen. Den gläsernen Bürger wollen Sie verhindern, das gläserne Unternehmen dagegen schaffen. Was bedeutet denn eine Veröffentlichung mit Name, Anschrift und Höhe der Fördermittel unter den Gesichtspunkten des Datenschutzes für diese Betriebe in der Realität?

Ich habe daher einfach Unternehmer aus meinem Wahlkreis angerufen, die mit ihren Firmen Fördermittel des ZIM beziehen. Als ich ihnen Ihren Vorschlag unterbreitet habe, sind sie fast in Ohnmacht gefallen oder standen wahlweise kurz vor einem Herzinfarkt. Dass eine Fraktion im Bundestag tatsächlich die Forderung nach einem solchen Register stellt, konnten sie sich gar nicht vorstellen. Anders als bei Forschungseinrichtungen werden die Projekte der Unternehmen oft nur zu 50 Prozent gefördert und gehören zur wirtschaftlichen Grundlage der Betriebe. Die Offenlegung der Höhe der bezogenen Fördermittel zwingt sie, Teile ihrer Einkünfte für alle sichtbar zu machen.

Die Teilnahme an bestimmten Förderprogrammen wirkt sich somit auch auf die Außenwahrnehmung des Unternehmens aus. Zum einen kann dies die Entschei-

dung potenzieller Investoren maßgeblich beeinflussen. (C) Zum anderen werden Mitbewerber über die finanzielle Situation informiert. Aus Gründen des Schutzes vor Konkurrenten haben Betriebe aber regelmäßig ein Interesse daran, dass die wirtschaftlichen Kalkulationsgrundlagen ihren Konkurrenten nicht bekannt werden. Siebürden damit Unternehmen zusätzliche Belastungen auf, die gerade die kleineren und mittelständischen Unternehmen treffen werden. Gleichzeitig werden mit der Veröffentlichung des Projekttitels die Forschungsvorhaben der Unternehmen offengelegt. Innovative Ideen, die das Kapital vieler Mittelständler sind, werden der Konkurrenz auf dem Silberteller präsentiert.

Mit der zunehmenden Globalisierung stehen diese Daten auch Mitbewerbern aus dem Ausland zur Verfügung. Die umfassende Offenlegung der Daten schwächt die Schlagkraft der Firmen erheblich, und Wettbewerbsvorteile gehen verloren. Der Schutz firmeneigener Daten gehört zum Fundament der freien Marktwirtschaft. Ihre Vorstellung von Transparenz verletzt jedoch diese Grundprinzipien. Mit einer solchen Veröffentlichung werden weitreichende Eingriffe in die Rechte der Unternehmer vorgenommen. In begründeten Fällen sollen Ausnahmen von der Einzelveröffentlichungspflicht möglich sein, wenn es bei der Veröffentlichung der Daten zu Rückschlüssen auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse kommen kann. In der Realität wird das doch bei fast allen Unternehmen der Fall sein.

Die Bewilligung neuer Fördermittel an die Veröffentlichung von Daten zu knüpfen, deren Veröffentlichung geschäftsschädigende Folgen haben kann, gleicht dabei einer Erpressung der Fördermittelempfänger. Ihnen werden keine Widerspruchsrechte gegen die Veröffentlichung eingeräumt. Unklar bleibt auch, was mit bereits laufenden Förderprogrammen geschehen soll. Es werden aufwendige Anhörungsverfahren notwendig sein, bei denen alle bisherigen Geldempfänger zunächst gefragt werden müssen, ob sie mit einer Veröffentlichung einverstanden sind. (D)

Transparenz ist kein Selbstzweck und muss daher gerade bei der Veröffentlichung sensibler Daten einer genauen Abwägung unterzogen werden. Das gilt nicht nur für natürliche Personen, sondern eben auch für Unternehmen. Man muss sich daher die Frage stellen, welche Konsequenzen ein derartiges Verständnis von Transparenz nach sich ziehen würde. Ein notwendiges Maß an Transparenz stärkt den Wettbewerb und ist das Fundament einer freien Wirtschaft. Im schlimmsten Falle bedeutet ein Übermaß an Transparenz aber eine Verletzung der Betriebsgeheimnisse von Unternehmen. Besonders mittelständische Unternehmen, die mit der Unterstützung von Fördermitteln durch innovative Projekte Arbeitsplätze und Wachstum in ländlichen Regionen schaffen, würden dadurch geschädigt.

Die Begründung, dass Sie damit die demokratische Legitimität der Entscheidungen über Förderprogramme erhöhen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Das Sie, liebe Kollegen von den Grünen, sich gerne vollständige politische Kontrolle wünschen, haben Sie mit der geplanten Einführung des Veggie-Days hinreichend bewie-

- (A) sen. Wir sind auch für Transparenz, aber gegen politischen Kontrollwahn und sinnlose Bürokratie. Aus den dargelegten grundsätzlichen Überlegungen lehnen wir Ihren Antrag daher entschieden ab.

Andrea Wicklein (SPD): Mit Ihrem Antrag „Fördermitteltransparenz erhöhen“ sprechen Sie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein sehr wichtiges Thema an. Ich finde es deshalb gut, dass wir heute darüber – wenn auch zu später Stunde – die Debatte führen.

Ich sage klar: Es ist richtig und auch notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger weitgehende Transparenz über die Mittelverwendung aus den vielfältigen Förderprogrammen des Bundes haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, einfach, verständlich und eindeutig zu erfahren, für welche Zwecke und in welcher Höhe die Bundesregierung den Mittelstand, Forschungseinrichtungen oder Institutionen fördert.

Selbstverständlich ist es auch richtig, dass der Deutsche Bundestag, dass wir Abgeordnete selbst diese Transparenz haben. Schließlich sind wir es, die im Rahmen des Bundeshaushaltes die Förderprogramme beraten und beschließen.

Natürlich reicht es nicht aus, dass wir die Förderprogramme beschließen.

- (B) Wir müssen auch wissen, ob diese Programme die von uns gesteckten Ziele erreicht haben, ob sich unsere Erwartungen erfüllt haben oder ob Programme beendet bzw. verändert werden müssen.

Transparenz über die Förderprogramme ist aber auch notwendig, damit die Klein- und Mittelständischen Unternehmen, die Forschungseinrichtungen und viele andere Adressaten erfahren, wer was und wie fördert und wo Anträge zu stellen sind.

Für die SPD-Fraktion gilt deshalb, dass wir Transparenz nicht nur bei der Mittelverwendung haben wollen, sondern insgesamt von Anfang an.

Dafür haben wir uns seit langem eingesetzt und zumindest national auch schon viel erreicht.

Mit dem Förderkatalog des Bundes, den jede Bürgerin und jeder Bürger auf der Internetseite www.foerderportal.bund.de erreichen kann, sind bereits – mit wenigen Ausnahmen – die Fördermaßnahmen von fünf für die Fördermittel maßgeblichen Bundesministerien übersichtlich dargestellt. Einbezogen sind in das Portal das Bundesforschungsministerium, das Bundeslandwirtschaftsministerium, das Bundesumweltministerium, das Bundesverkehrsministerium sowie das Bundeswirtschaftsministerium.

Das Förderportal des Bundes enthält eine Förderberatung als Erstanlaufstelle für alle Fragen zur Forschungs- und Innovationsförderung.

Es liefert mit der Förderdatenbank einen vollständigen und aktuellen Überblick über die Förderprogramme

des Bundes, der Länder und auch der Europäischen Union. Das Förderportal des Bundes stellt darüber hinaus mit dem elektronischen Online-Antragssystem ein barrierefreies Internetportal zum Ausfüllen und Ausdrucken der Antragsformulare für Fördermittel des Bundes zur Verfügung. (C)

Ergänzt wird das Portal unter anderem durch den Formulareschrank mit allen wichtigen Formularen, Richtlinien und Merkblättern sowie durch eine Suchmaschine des Bundesforschungsministeriums, mit der aktuell 12 Millionen Internetseiten von 27 000 Webservern öffentlich geförderter deutscher Forschungseinrichtungen und Institutionen durchsucht werden können.

Vor allem aber – und das ist bei der Beratung Ihres Antrages wichtig zu wissen – stellt das Förderportal des Bundes auch den Förderkatalog zur Verfügung.

Wenn Sie diesen Katalog aufrufen, können Sie in einer öffentlichen Datenbank aus mehr als 110 000 abgeschlossenen und laufenden Vorhaben der Projektförderung der fünf von mir genannten Bundesministerien recherchieren.

Leider haben Sie diesen Förderkatalog in Ihrem Antrag nicht erwähnt. Ich denke aber, dass es sehr wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger auch über den aktuellen Stand informiert sind. Denn Sie erwecken mit Ihrem Antrag – ich bin sicher: ungewollt – den Eindruck, als ob es bisher keine Transparenz gäbe. Das stimmt nicht.

Bei Ihnen, liebe Kollegin Kerstin Andrae von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, habe ich heute aktuell im Förderkatalog des Bundes für Ihren Wahlkreis Freiburg Folgendes recherchieren können: (D)

Allein 256 laufende Fördervorhaben zählt Freiburg aktuell. Das Fördervolumen umfasst nahezu 166 Millionen Euro. Darunter befinden sich sowohl kleine Maßnahmen wie die Förderung der „Städtischen Museen Freiburg – Augustinermuseum“ mit rund 10 000 Euro durch das Bundesumweltministerium als auch eine größere Maßnahme der Caritas im Rahmen der Förderung von Klimaschutzprojekten des Bundesumweltministeriums in Höhe von rund 18 Millionen Euro.

Sie sehen, liebe Kollegin Andrae, hier ist bereits eine Menge Transparenz hergestellt.

Allerdings – da stimme ich Ihnen zu – sollten wir Bundestagsabgeordnete bei der erreichten Transparenz nicht stehen bleiben, sondern sie weiter ausbauen.

Natürlich muss darauf geachtet werden, dass, sofern nationale Interessen tangiert sind, wie zum Beispiel bei der Luftfahrtforschung, oder wenn eine Veröffentlichung den Förderinteressen widerspricht, wie zum Beispiel beim Patentschutz, auch weiterhin Informationen gesperrt bleiben.

Handlungsbedarf sehen wir Sozialdemokraten insbesondere noch bei den EU-Förderprogrammen.

Hier ist es wichtig, dass sich die Bundesregierung weiter dafür einsetzt, dass EU-Programme wesentlich

- (A) transparenter, verständlicher und nutzerfreundlicher gestaltet werden, dass die Vielzahl der Förderinitiativen verringert wird und dass Antrags-, Genehmigungs- und Abrechnungsprozeduren vereinfacht werden.

Ich bin deshalb sehr froh, dass die Bundesregierung von sich aus mehr Transparenz herstellen will und beispielsweise das Bundeswirtschaftsministerium entschieden hat, mittelfristig alle Fördermaßnahmen in das Förderportal des Bundes in aktueller Fassung einzustellen.

Damit setzt das Bundeswirtschaftsministerium übrigens auch Anregungen aus den parlamentarischen Diskussionen um, in denen gefordert wurde, die Förderangebote zu straffen, zu bündeln und noch genauer auf die Zielgruppen des Bundeswirtschaftsministeriums auszurichten.

So hat das Bundeswirtschaftsministerium alle Maßnahmen unter die vier großen Themen gruppiert:

- Mittelstand: Gründen, Wachsen, Investieren
- Energie und Nachhaltigkeit
- Chancen der Globalisierung
- Innovation, Technologie und neue Mobilität

Das ist ein wichtiger Beitrag, die von uns allen gewünschte Transparenz weiter zu verbessern. Es stimmt: Wir sind noch nicht am Ziel.

Aus heutiger Sicht sehe ich jedoch keine Notwendigkeit, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb lehnen wir den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen ab.

(B)

Wir werden das im Auge behalten, gemeinsam darauf achten, dass die Transparenz über die Förderprogramme weiter verbessert wird.

Thomas Nord (DIE LINKE): Die Linksfraktion wird dem heute vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erhöhung der Transparenz der Vergabe von Fördermitteln durch den Bund zustimmen. Wir haben eine ganze Weile gesucht, ob wir nicht doch ein Haar in der Suppe finden, aber außer der letztlich klärbaren Frage, ob die angewandte Fördermitteldefinition wirklich hinreichend ist, haben wir keinen Ablehnungsgrund finden können.

Dieser Antrag greift völlig zu Recht die Europäische Transparenzinitiative von 2007 auf. Er knüpft an die positiven Erfahrungen der Veröffentlichung von Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von Gemeinschaftsmitteln aus dem EU-Agrarfonds an, die seit April 2009 erfolgt. Die seitdem damit gemachten Erfahrungen zeigen, dass eine solche Veröffentlichung sowohl machbar als auch sinnvoll ist.

Die Bürgerinnen und Bürger haben nach unserer Auffassung nicht nur auf EU-Ebene ein Recht zu erfahren, welchen Unternehmen und Institutionen die von ihnen als Steuerzahlern finanzierten Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Das Gleiche gilt eben auch für die durch den Bund ausgereichten Mittel. Dies ist gegenwärtig nur unzureichend geregelt. Die derzeitige Praxis des

Bundes ist daher, wie es im Antrag formuliert ist, intransparent und kaum kontrollierbar.

(C)

Transparenz und Kontrolle sind aber unverzichtbare Bestandteile für effiziente Willensbildungs- sowie legitime und nachvollziehbare demokratische Entscheidungsprozesse. Daher ist die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung durchaus zeitgemäß und zu unterstützen.

Wir befürworten insbesondere, dass die öffentliche Hand verpflichtet wird, ihre Förderleitlinien und „Informationen über die Vergabe von Fördermitteln, die an juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen geflossen sind, zu veröffentlichen“.

Die im Antrag geforderte „Abwägung zwischen dem Transparenzinteresse der Öffentlichkeit und dem Schutz personenbezogener Daten der Fördermittelempfängerinnen und -empfänger, indem die Erforderlichkeit der Veröffentlichung nach Bezugsdauer, Häufigkeit sowie Art und Umfang der Zuwendungen geprüft wird“, zeigt die datenschutzrechtlichen Grenzen und Bedenken auf, die in einem entsprechenden Gesetz zu bedenken wären.

Dass diese vor allem natürliche Personen, aber auch kleinere Kapitalgesellschaften, die mit einer oder mehreren natürlichen Personen identisch seien, im vollen Umfang berücksichtigen und es nur in begründeten Fällen Ausnahmen von der Veröffentlichungspflicht geben soll, halten wir für richtig.

Das Gleiche trifft auf die Sortierkriterien und den vorgeschlagenen Veröffentlichungsort zu.

Abschließend befürworten wir auch den Vorschlag, zur Steigerung der Transparenz die Zuwendungen öffentlicher Mittel für Forschungsprojekte generell an verpflichtende Bedingungen zu knüpfen.

(D)

Werte Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, unsere Zustimmung zu Ihrem Antrag haben sie schon jetzt.

Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln müssen transparent und nachvollziehbar sein; das ist eine der Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft. Sicherlich ist Transparenz kein Allheilmittel, aber sie ist notwendig, damit für die Öffentlichkeit verständlicher wird, warum politische Entscheidungen so und nicht anders getroffen worden sind. Sie ist aber auch notwendig, damit diese Entscheidungen bewertet und kritisch hinterfragt werden können. Das ist nicht immer angenehm für uns Politikerinnen und Politiker oder auch für die Verwaltung. Trotzdem liegt darin eine große Chance für eine lebendige Demokratie, an der sich die Bürger rege beteiligen und in die Vertrauen gesetzt wird. Deshalb ist uns Grünen mehr Transparenz ein Kernanliegen. Das gilt ganz besonders beim Umgang mit öffentlichen Geldern. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein wachsendes und berechtigtes Interesse, zu erfahren, wie das Geld der Steuerzahlenden verwendet wird.

In der nächsten Woche werden wir bei den Haushaltsberatungen im Bundestag über Fördermittel in Milliardenhöhe sprechen, die in eine Vielzahl von Programmen

(A) fließen. Derzeit ist nicht ausreichend nachvollziehbar, welche Unternehmen und Institutionen aufgrund welcher Kriterien Förderung bekommen bzw. für welche konkreten Projekte diese Mittel vergeben werden. Wir schlagen deshalb mit unserem Antrag vor, die Förderleitlinien und auch die Empfänger zu veröffentlichen. Es versteht sich von selbst, dass dabei private wie öffentliche Interessen bei Daten- und Persönlichkeitsschutz oder auch Geschäftsgeheimnisse angemessen geschützt werden müssen. So ist beispielsweise eine Bagatellgrenze von 25 000 Euro für die Einzelveröffentlichung vorgesehen. Ausnahmen soll es auch für solche Fälle geben, bei denen die Veröffentlichung Rückschlüsse auf Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse zulassen würde. Selbstverständlich wird jeder Fördermittelempfänger vorab über diese Veröffentlichung informiert werden. Wer Fördermittel bekommt, muss aber akzeptieren, dass dies grundsätzlich transparent gemacht wird, weil das Interesse der Öffentlichkeit überwiegt. Es braucht diese gute Datenlage auch für uns Parlamentarier, um besser entscheiden zu können, ob Förderprogramme fortgeführt, aufgestockt oder lieber beendet werden sollten. Zudem ergänzt mehr Transparenz im Fördermittelbereich die Möglichkeiten der Haushaltskontrolle durch das Parlament und erleichtert zudem die wissenschaftliche Evaluierung von Förderprogrammen.

Das von uns vorgeschlagene Verfahren orientiert sich an der Europäischen Transparenzinitiative. Nach dieser sind die EU-Länder verpflichtet, Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger der Gemeinschaftsmit-

tel aus den EU-Agrarfonds zu veröffentlichen. So sollen (C) neben dem Förderprogramm auch der Name bzw. die Firma, die Postleitzahl und Gemeinde des Unternehmenssitzes sowie der Förderbetrag veröffentlicht werden. Bezogen auf Mittel für Forschungsprojekte greifen wir zudem eine Idee aus der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ auf. Danach sollen Informationen zum jeweiligen Forschungsprojekt, die Ziele und die wesentlichen Resultate in öffentlich zugänglichen Datenbanken verfügbar gemacht werden. Unser Vorschlag beschränkt sich auf die Veröffentlichung im Falle von Zuschüssen, Gewährleistungen, Beteiligungen und ähnlichen direkten finanziellen Zuwendungen, die in Form von Projektförderungen an Empfängerinnen oder Empfänger ausgereicht werden. Nicht erfasst sind beispielsweise steuerliche Förderungen. Hier sollte im Subventionsbericht der Bundesregierung sichergestellt werden, dass diese bewertet und auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden können.

Transparenz ist kein Selbstzweck, es muss immer sorgsam zwischen dem Transparenzinteresse der Öffentlichkeit und dem Schutz personenbezogener Daten von Fördermittelempfängerinnen und -empfängern abgewogen werden. So hat es auch der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 9. November 2010 gesehen und eingefordert, dass bei der Veröffentlichungspflicht Bezugsdauer, Häufigkeit sowie Art und Umfang der Zuwendungen berücksichtigt werden. Der grüne Vorschlag für eine Veröffentlichungspflicht von Fördermitteln des Bundes ist an diesen Vorgaben orientiert.

Gesetzentwurf

der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Katja Kipping, Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes

A. Problem

Erwerbsminderungsrenten, die vorzeitig in Anspruch genommen werden, werden empfindlich durch Abschläge gemindert. Dies führt zu einer unzureichenden Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos und vielfach zum Verweis der Betroffenen auf Fürsorgeleistungen.

B. Lösung

Durch die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten werden die Zahlungsbeträge signifikant erhöht und die Schutzfunktion der sozialen Sicherung bei Erwerbsminderung wird deutlich verbessert.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Durch die Abschaffung der Abschläge erhöhen sich die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung jährlich um ca. 1,5 Mrd. Euro. Diese sind sachgerecht durch Beitragseinnahmen zu bestreiten.

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Das Sechste Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

1. § 77 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:
„1a. bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 1,0,“.
 - bbb) In Nummer 3 werden die Wörter „bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und“ gestrichen.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder“ gestrichen.
 - b) In Absatz 4 werden die Wörter „Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und bei“ gestrichen.
2. In § 264d Satz 1 werden die Wörter „Beginnt eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vor dem 1. Januar 2024 oder ist“ durch das Wort „Ist“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Gesetzes zur Alterssicherung der Landwirte

Das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 23 Absatz 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 1 Nummer 1 wird aufgehoben.
 - b) In Satz 3 werden die Wörter „Renten wegen Erwerbsminderung und bei“ gestrichen.
 - c) In Satz 4 werden die Wörter „bei Eintritt der Erwerbsminderung oder“ und die Wörter „bei Renten wegen Erwerbsminderung und“ gestrichen.
2. § 93a Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „Beginnt eine Rente wegen Erwerbsminderung vor 2024 oder sind“ werden durch das Wort „Sind“ ersetzt.
 - b) Die Wörter „§ 23 Abs. 8 Satz 1 Nr.1 und 2“ werden durch die Wörter „§ 23 Absatz 8 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. Oktober 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

A. Allgemeines

Wer vorzeitig eine Rente wegen Erwerbsminderung in Anspruch nehmen muss, hat empfindliche Rentenkürzungen in Kauf zu nehmen, denn diese Erwerbsminderungsrenten mit Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat – maximal 10,8 Prozent – belegt. Derzeit ist dies grundsätzlich bis zum Alter von 63 Jahren und sieben Monaten der Fall. Schrittweise wird das Alter für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente grundsätzlich auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Da Erwerbsgeminderte im Schnitt bereits mit 50,7 Jahren in Rente gehen, sind schon heute fast alle Neuzugänge in diese Rentenart von Abschlägen betroffen (96,4 Prozent). Im Schnitt wird ihre Rente monatlich um 77,50 Euro gemindert.

Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sind sachfremd und ungerecht. Denn die Erwerbsminderung und ihre Ursachen sind für die Betroffenen kaum abwendbar. Niemand wird freiwillig krank. Zudem steht vor der Bewilligung einer Erwerbsminderungsrente ein strenger Begutachtungsprozess. Es ist also keineswegs so, dass Versicherte eine freie Wahl hätten, über die Erwerbsminderungsrente vorzeitig in den Ruhestand zu gehen.

Erwerbsminderung ist ein zentrales Armutsrisiko. Im Rentenzugang 2012 lag der durchschnittliche Zahlbetrag einer Rente wegen voller Erwerbsminderung mit 646 Euro deutlich unter dem Bruttobedarf der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für viele Versicherte greift der Schutz des Sozialversicherungssystems bei Erwerbsminderung damit nicht mehr und sie sind auf Fürsorgeleistungen angewiesen. Verbesserungen bei den Leistungen der Erwerbsminderungsrente sind daher dringend geboten. Die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten ist hierzu ein erster wichtiger Schritt.

B. Einzelbegründung

Zu Artikel 1 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 1 (§ 77)

Durch die Neufassung des § 77 SGB VI wird der Zugangsfaktor bei Erwerbsminderungsrenten auf 1,0 gesetzt. Dadurch werden die Abschläge abgeschafft.

Zu Nummer 2 (§ 264d)

Es handelt sich um eine Folgeänderung.

Zu Artikel 2 (Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte)

Zu Nummer 1 (§ 23)

Hiermit wird die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen.

Zu Nummer 2 (§ 93a)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der Änderung des § 23 ALG.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Artikel 3 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 18/909 –**

**Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in
der gesetzlichen Rentenversicherung
(RV-Leistungsverbesserungsgesetz)**

- b) zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau),
Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und
der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/9 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann
(Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/765 –**

**Vollständige Gleichstellung und gerechte Finanzierung der Kinder-
erziehungszeiten in der Rente umsetzen – Mütterrente verbessern**

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann
(Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/767 –**

**Rentenniveau anheben, Leistungen verbessern und die wesentlichen
Ursachen für sinkende Renten und Altersarmut bekämpfen**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen diejenigen in den Blick genommen werden, die ihr Arbeitsleben bereits in jungen Jahren begonnen und über Jahrzehnte hinweg durch Beschäftigung, selbständige Tätigkeit und Pflegearbeit sowie Kindererziehung ihren Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung geleistet haben. Die heute rentennahen Jahrgänge der besonders langjährig Versicherten, die ihr Arbeitsleben in der Vergangenheit bereits in jungen Jahren begonnen und die Rentenversicherung über Jahrzehnte durch ihre Beiträge stabilisiert haben, haben dies noch unter weitaus schwereren Bedingungen getan als es heute der Fall ist. Sie haben von der seither immer weiter fortschreitenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen weniger profitiert.

Außerdem ist bereits mit dem Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung die anzurechnende Kindererziehungszeit für nach dem 31. Dezember 1991 geborene Kinder von einem Jahr auf drei Jahre verlängert worden. Für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder ist es jedoch bisher bei der Anrechnung von einem Jahr Kindererziehungszeit je Kind geblieben.

Darüber hinaus sinken die durchschnittlichen Zahlbeträge von Erwerbsminderungsrenten seit Jahren erheblich und die zunehmend geburtenstarken Jahrgänge haben das rehabilitationsintensive Alter ab 45 Jahre erreicht, wodurch finanzieller Mehrbedarf bei den Ausgaben für Rehabilitationsleistungen erforderlich wird.

Zu den Buchstaben b bis d

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass vorzeitig in Anspruch genommene Erwerbsminderungsrenten durch Abschläge empfindlich gemindert werden. Dies verweise die Betroffenen vielfach auf Fürsorgeleistungen. Mit einem weiteren Antrag wird kritisiert, dass durch die verbesserte Berücksichtigung von vor 1992 geborenen Kindern in der Rentenversicherung der Eltern weiterhin nicht die Gleichstellung der Kindererziehungszeiten von nach 1992 Geborenen vollzogen wird. Darüber hinaus sei die jetzt vorgesehene Verbesserung durch Steuer-, statt aus Beitragsmitteln zu finanzieren. Ferner wenden sich die Antragsteller dagegen, dass die zentralen Probleme des sinkenden Rentenniveaus und des für alle steigenden Renteneintrittsalters mit dem Rentenpaket nicht angegangen würden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Jahrzehntelange Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege werden durch den Gesetzentwurf der Bundesregierung übergangsweise durch eine besondere Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt. Durch eine Sonderregelung wird die Altersrente für besonders langjährig Versicherte ausgeweitet. Der Personenkreis der besonders langjährig Versicherten kann dadurch bereits vor Erreichen der Regelaltersgrenze vorübergehend eine abschlagsfreie Altersrente ab Vollendung des 63. Lebensjahres beziehen. Voraussetzung hierfür sind 45 Jahre an Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung und selbständiger Tätigkeit sowie gleichgestellte Zeiten.

Außerdem wird die Erziehungsleistung von Müttern und Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente stärker als bisher anerkannt. Die anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder werden für diese Eltern um zwölf Monate erhöht.

Weiter werden Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit besser abgesichert. Erwerbsgeminderte werden so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durch-

schnittlichen Einkommen zwei Jahre länger weitergearbeitet hätten. Zudem werden die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung nicht berücksichtigt, wenn sie die Bewertung der Zurechnungszeit verringern.

Zudem wird die demografische Entwicklung bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung für Leistungen zur Teilhabe berücksichtigt.

Mit den Änderungsanträgen wird klargestellt, welche Zeiten gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen für die Wartezeit von 45 Jahren bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte berücksichtigt werden. Mit einer Übergangsregelung wird für Förderfälle nach dem Altersteilzeitgesetz sichergestellt, dass Förderleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit trotz eines Anspruchs auf eine ungeminderte Rente ab 63 Jahren weiterhin gezahlt werden. Außerdem wird geregelt, dass ein bereits vereinbarter Beendigungszeitpunkt eines Beschäftigungsverhältnisses – gegebenenfalls auch mehrfach – zeitlich über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinausgeschoben werden kann.

Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/909 in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten.

Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/9 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller fordern, die für vor 1992 geborene Kinder geleistete Erziehungsarbeit in der gesetzlichen Rente genauso wie für nach 1992 geborene Kinder mit drei Entgeltpunkten pro Kind zu berücksichtigen – für den Rentenzugang wie für den Rentenbestand. Die Finanzierung müsse aus Steuermitteln erfolgen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/765 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe d

Das Rentenniveau solle nach der Forderung der Fraktion DIE LINKE. von derzeit rund 48 Prozent wieder auf mindestens 53 Prozent angehoben werden und u. a. die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre rückgängig gemacht werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/767 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung der Änderungsanträge oder Annahme des abgelehnten Gesetzentwurfs bzw. der abgelehnten Anträge.

D. Kosten

Zu Buchstabe a

Die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate gilt ab dem 1. Juli 2014 für Rentenzugänge und Rentenbestand. Die Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung fallen daher mit Einführung der Leistungsverbesserung unmittelbar an und entwickeln sich dann langsam rückläufig. Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, sowie die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gelten für Rentenzugänge ab dem 1. Juli 2014. Die gesamten Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung nehmen daher im Zeitverlauf zu, da sich immer mehr Rentenzugänge mit diesen Leistungsverbesserungen im Rentenbestand befinden. Die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bei der Bemessung des Rehabilitationsbudgets ab dem 1. Januar 2014 führt entsprechend der zunächst zunehmenden, längerfristig aber wieder abnehmenden Anzahl der Versicherten in rehabilitationsintensiven Altersklassen zu entsprechenden Veränderungen bei den für Rehabilitationsleistungen bereitgestellten Mitteln.

Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, zieht in der gesetzlichen Rentenversicherung darüber hinaus Beitragsausfälle nach sich, die im Jahr 2030 rund 0,6 Mrd. Euro betragen (heutige Werte). An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung und der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Kalenderjahr 2019 mit zusätzlichen Mitteln, die bis zum Jahr 2022 stufenweise auf rund 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Damit ist gewährleistet, dass die gesetzlichen Beitragssatzobergrenzen und das Mindestsicherungsniveau eingehalten werden und auch weiterhin eine ausgewogene Verteilung der finanziellen Folgen der demografischen Entwicklung sichergestellt ist.

Zu den Buchstaben b bis d

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/909 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:
 1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. Dem § 41 wird folgender Satz angefügt:

„Sieht eine Vereinbarung die Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze vor, können die Arbeitsvertragsparteien durch Vereinbarung während des Arbeitsverhältnisses den Beendigungszeitpunkt, gegebenenfalls auch mehrfach, hinausschieben.“ ‘
 - b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
 2. § 51 Absatz 3a wird wie folgt gefasst:

„(3a) Auf die Wartezeit von 45 Jahren werden Kalendermonate angerechnet mit

 1. Pflichtbeiträgen für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit,
 2. Berücksichtigungszeiten,
 3. Zeiten des Bezugs von
 - a) Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung,
 - b) Leistungen bei Krankheit und
 - c) Übergangsgeld,soweit sie Pflichtbeitragszeiten oder Anrechnungszeiten sind; dabei werden Zeiten nach Buchstabe a in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bezug von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung ist durch eine Insolvenz oder vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers bedingt, und
 4. freiwilligen Beiträgen, wenn mindestens 18 Jahre mit Zeiten nach Nummer 1 vorhanden sind; dabei werden Zeiten freiwilliger Beitragszahlung in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn nicht berücksichtigt, wenn gleichzeitig Anrechnungszeiten wegen Arbeitslosigkeit vorliegen.Kalendermonate, die durch Versorgungsausgleich oder Rentensplitting ermittelt werden, werden nicht angerechnet.“ ‘
 - c) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
 3. § 56 Absatz 4 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. während der Erziehungszeit Anwartschaften auf Versorgung im Alter auf Grund der Erziehung erworben haben, wenn diese nach den für sie geltenden besonderen Versorgungsregelungen systembezogen annähernd gleichwertig berücksichtigt wird wie die Kindererziehung nach diesem Buch; als in diesem Sinne systembezogen annähernd gleichwertig gilt eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regelungen.“ ‘
 - d) In Nummer 10 Buchstabe c werden in Satz 1 die Wörter „wenn dem“ durch die Wörter „wenn für den“ und die Wörter „zu zahlen ist“ durch die Wörter „zu berücksichtigen ist“ ersetzt.
 - e) Nach Nummer 14 wird folgende Nummer 14a eingefügt:

„14a. In § 302 Absatz 7 wird die Angabe „2015“ durch die Angabe „2017“ ersetzt.“ ‘

- f) In Nummer 15 wird dem § 307d folgender Absatz 4 angefügt:
- „(4) Der Zuschlag nach Absatz 1 ist nicht zu berücksichtigen, wenn die Anrechnung von Kindererziehungszeiten nach § 56 Absatz 4 in der Fassung ab dem 1. Juli 2014 ganz oder teilweise ausgeschlossen ist.“
- g) Nach Nummer 15 wird folgende Nummer 16 angefügt:
- „16. In § 313 Absatz 8 wird die Angabe „2015“ durch die Angabe „2017“ ersetzt.“
2. In Artikel 2 wird nach Nummer 2 folgende Nummer 2a eingefügt:
- „2a. In § 23 Absatz 8 Satz 2 wird nach Nummer 1 folgende Nummer 1a eingefügt:
- „1a. freiwillige Beiträge nach den §§ 4 oder 5, wenn für mindestens 18 Jahre Beiträge nach Nummer 1 vorhanden sind,“.
3. Nach Artikel 3 wird folgender Artikel 3a eingefügt:

„Artikel 3a

Änderung des Altersteilzeitgesetzes

Nach § 15g des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 7 des Gesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I S. 579) geändert worden ist, wird folgender § 15h eingefügt:

„§ 15h

Übergangsregelung zum Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

Abweichend von § 5 Absatz 1 Nummer 2 erlischt der Anspruch auf die Leistungen nach § 4 nicht, wenn mit der Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 begonnen worden ist und die Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine Rente für besonders langjährig Versicherte nach § 236b des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch erfüllt sind.“ ;

- b) den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/9 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 18/765 abzulehnen;
- d) den Antrag auf Drucksache 18/767 abzulehnen.

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Kerstin Griese
Vorsitzende

Matthias W. Birkwald
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Matthias W. Birkwald

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

1. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 18/909** ist in der 26. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. April 2014 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden. Der Haushaltsausschuss befasst sich mit dem Gesetzentwurf darüber hinaus gemäß § 96 GOBT.

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 18/9** ist in der 8. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Januar 2014 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf **Drucksache 18/765** ist in der 21. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 2014 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Antrag auf **Drucksache 18/767** ist in der 21. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 2014 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/909 in ihren Sitzungen am 21. Mai 2014 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs in der geänderten Fassung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/9 in seiner Sitzung am 21. Mai 2014 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben in ihren Sitzungen am 21. Mai 2014 den Antrag auf Drucksache 18/765 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrages empfohlen. Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 21. Mai 2014 den Antrag auf Drucksache 18/765 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der **Finanzausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Gesundheit** haben den Antrag auf Drucksache 18/767 in ihren Sitzungen am 21. Mai 2014 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Infolge des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes wird die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung stufenweise auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben. Mit dem Gesetz wurde gleichzeitig eine neue abschlagsfreie Altersrente ab 65 Jahre für besonders langjährig Versicherte geschaffen. Diese Altersrente berücksichtigt schon heute den durch Beschäftigung, selbständige Tätigkeit, Pflege sowie Kindererziehung geleisteten Beitrag der Versicherten zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Regelung wird in zweifacher Hinsicht erweitert:

Die langjährige Beitragszahlung wird zum einen durch eine zeitlich befristete Erweiterung dieser Altersrente für Versicherte, die die Voraussetzungen hierfür bereits vor dem vollendeten 65. Lebensjahr erfüllen, besonders berücksichtigt. Für Versicherte, die 45 Jahre an Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung, selbständiger Tätigkeit und Pflege sowie Zeiten der Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes erbracht haben und die vor dem Jahr 1953 geboren sind, wird ein abschlagsfreier Rentenzugang ab dem Alter von 63 Jahren ermöglicht. Jedoch bleiben auch für den besonders langjährig versicherten Personenkreis die demografischen Entwicklungen, die Grundlage für die Anhebung der Regelaltersgrenze waren, nicht unbeachtet. Daher ist auch bei der Sonderregelung für besonders langjährig Versicherte ein stufenweiser Anstieg des Eintrittsalters in diese Rentenart auf die derzeit geltende Altersgrenze von 65 Jahren vorgesehen. Diese Anhebung des Eintrittsalters von 63 Jahren auf 65 Jahre beginnt für Versicherte ab dem Geburtsjahrgang 1953. Mit dem Geburtsjahrgang 1964 ist die Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre abgeschlossen. Der abschlagsfreie Renteneintritt mit 45 Beitragsjahren bereits vor dem vollendeten 65. Lebensjahr ist für diese Jahrgänge geboten, da sie von der fortschreitenden Verbesserung der Arbeitsbedingungen weniger oder gar nicht profitiert haben.

Zum anderen werden, um Härten von kurzzeitig unterbrochenen Erwerbsbiografien infolge von Arbeitslosigkeit zu vermeiden, bei der Wartezeit der Altersrente für besonders langjährig Versicherte auch Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs berücksichtigt. Sinn dieser Altersrente ist es, auch unter Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, eine besonders langjährige rentenversicherte Beschäftigung mit entsprechender Beitragszahlung zu privilegieren. Wegen dieser Anknüpfung ist es gerechtfertigt, grundsätzlich auch nur die Zeiten des Bezugs von Versicherungsleistungen zu berücksichtigen, die entgangenes Arbeitsentgelt ersetzen und für die die Beschäftigten zuvor Beiträge gezahlt haben.

Mit dem Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung wurde die anzurechnende Kindererziehungszeit von einem Jahr auf drei Jahre verlängert. Die neue Regelung wurde für ab 1992 geborene Kinder eingeführt. Für vor 1992 geborene Kinder verblieb es bei der Anrechnung von einem Jahr Kindererziehungszeit je Kind. Doch in früheren Zeiten bestanden noch nicht in dem Maße wie heute Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sodass gerade Mütter und Väter von vor 1992 geborenen Kindern Nachteile in ihrer Alterssicherung hinnehmen mussten. Obwohl das Bundesverfassungsgericht nicht beanstandet hat, dass nur Geburten ab 1992 in die Begünstigung einbezogen wurden, wird diese ungleiche Honorierung von Kindererziehung je nach Geburtsdatum des Kindes mit dem vorliegenden Gesetz verringert: In Zukunft wird die Erziehungsleistung für alle Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente besser als bisher anerkannt. Allerdings sind die durch eine Ausweitung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder entstehenden finanziellen Belastungen zu beachten. Sie erlauben keine völlige Gleichstellung bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für alle Geburten unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt.

Weitere Verbesserungen sind bei der Erwerbsminderungsrente erforderlich. Wer krank ist und nicht mehr arbeiten kann, bekommt bisher eine Rente, als hätte er bis zum vollendeten 60. Lebensjahr so weitergearbeitet wie bis zum Eintritt der Erwerbsminderung; das ist die sogenannte Zurechnungszeit. Diese Zeit wird bis zum vollendeten 62. Lebensjahr verlängert. Häufig schmälert eine sich schrittweise vermindernde Erwerbsfähigkeit schon vor dem Eintritt der Erwerbsminderung das Einkommen, zum Beispiel durch den Wegfall von Überstunden, den Wechsel in Teilzeit oder Phasen der Krankheit. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Bewertung der Zurechnungszeit werden zukünftig verringert.

In den vergangenen Jahren ist der Rehabilitationsbedarf stetig gestiegen; die geburtenstarken Jahrgänge haben das rehabilitationsintensive Alter ab 45 Jahren bis zur Regelaltersgrenze erreicht. Insbesondere diese demografische Entwicklung muss bei der Festsetzung der jährlichen Ausgaben für Leistungen zur Teilhabe berücksichtigt werden, damit die gesetzliche Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte weiterhin die notwendigen Leistungen zur Teilhabe an ihre Versicherten erbringen kann.

Zu Buchstabe b

Die Initiatoren wenden sich dagegen, dass bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente wegen Erwerbsminderung empfindliche Rentenkürzungen hinzunehmen seien. Diese Erwerbsminderungsrenten seien mit Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat, maximal mit 10,8 Prozent, belegt. Derzeit sei dies grundsätzlich bis zum Alter von 63 Jahren und sieben Monaten der Fall. Schrittweise werde das Alter für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente grundsätzlich auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Da Erwerbsgeminderte im Schnitt bereits mit 50,7 Jahren in Rente gingen, seien schon heute fast alle Neuzugänge in diese Rentenart von Abschlägen betroffen. Im Schnitt werde ihre Rente monatlich um 77,50 Euro gemindert.

Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten seien abzulehnen, da die Erwerbsminderung und ihre Ursachen für die Betroffenen kaum abwendbar seien. Zudem stehe vor der Bewilligung einer Erwerbsminderungsrente ein strenger Begutachtungsprozess. Keineswegs könnten Versicherte frei entscheiden, ob sie über die Erwerbsminderungsrente vorzeitig in den Ruhestand gingen.

Erwerbsminderung sei ein zentrales Armutsrisiko. Im Rentenzugang 2012 habe der durchschnittliche Zahlbetrag einer Rente wegen voller Erwerbsminderung mit 646 Euro deutlich unter dem Bruttobedarf der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gelegen. Für viele Versicherte greife der Schutz des Sozialversicherungssystems bei Erwerbsminderung damit nicht mehr und sie seien auf Fürsorgeleistungen angewiesen.

Zu Buchstabe c

Die trotz der jetzt vorgesehenen verbesserten Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten von vor 1992 Geborenen verbleibende Ungleichbehandlung mit Eltern später geborener Kinder ist aus Sicht der Antragsteller sachlich nicht zu rechtfertigen und habe allein fiskalische Gründe. Dem Staat müsse aber jedes Kind auf dem Rentenkonto von Mutter oder Vater gleich viel wert sein. Deshalb sei sowohl eine Gleichstellung der Zeiten vor und nach 1992 als auch die gleiche Bewertung der Kindererziehungszeiten in Ost und West geboten.

Die Verbesserung der Kindererziehungszeiten sei eine familienpolitische Leistung und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in vollem Umfang aus Steuermitteln zu finanzieren, wie es auch seit Einführung der Kindererziehungszeiten 1986 Usus gewesen sei. Es reiche in keiner Weise aus, wenn der Bund sich ab 2019 mit einem symbolischen Betrag an der Finanzierung der so genannten Mütterrente beteilige.

Zu Buchstabe d

Die Rücknahme der Rente ab 67, die Anhebung des Rentenniveaus sowie weitergehende Verbesserungen der Erwerbsminderungsrenten seien notwendig, um auch in Zukunft noch sichere und gute Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten. Dies sei für die Zukunft von Millionen Menschen, besonders auch der jüngeren unter ihnen, elementar. Denn sie könnten sich nicht darauf verlassen, dass Vorsorge-sparen in der privaten oder betrieblichen Alterssicherung die Lücken werde stopfen können. Sie seien auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung angewiesen, die ihren Lebensstandard sichern und Altersarmut strukturell verhindern könne. Deshalb müsse das Leistungsniveau wieder in den Mittelpunkt der Rentenpolitik gerückt und angehoben werden.

Ebenso müssten die Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung so gesetzt werden, dass die Versicherten sie realistisch erreichen könnten und dadurch nicht in Prekarität oder Altersarmut gedrängt würden. Das Regelalter müsse dazu wieder auf 65 Jahre herabgesetzt und flexible Übergänge davor geschaffen werden. Dem demografischen Wandel müsse statt mit der Anhebung der Altersgrenzen mit einer anderen Verteilungs- und Beschäftigungspolitik begegnet werden, die mehr Geld in die Rentenkasse und mehr bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Beschäftigtengruppen in Erwerbsarbeit bringe.

III. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Beratung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/909, des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/9 sowie der Anträge auf Drucksache 18/765 und 18/767 in seiner 10. Sitzung am 4. April 2014 aufgenommen und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen beschlossen. Die Anhörung fand in der 11. Sitzung am 5. Mai 2014 statt.

Die Teilnehmer der Anhörung haben schriftliche Stellungnahmen abgegeben, die in der Ausschussdrucksache 18(11)82 zusammengefasst sind.

Folgende Verbände, Institutionen und Einzelsachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Arbeitnehmerkammer Bremen

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Bundesagentur für Arbeit (BA)

Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund)

SoVD – Sozialverband Deutschland e. V.

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands

Prof. Dr. Gerhard Bäcker

Prof. Dr. Eckart Bomsdorf

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Klaus Stiefermann

Prof. Dr. Welti.

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** (DGB) erkennt die Bemühungen der Bundesregierung an, erstmals seit vielen Jahren wieder Verbesserungen für einen größeren Teil der Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung umzusetzen. Nach den falschen Weichenstellungen in der Rentenpolitik in der Zeit vor 2009 und vier Jahren Stillstand unter der schwarz-gelben Bundesregierung bis 2013 sei der Reformbedarf groß. Die Beschäftigungssituation älterer Menschen sei nach wie vor unbefriedigend, weniger als ein Drittel der 60- bis unter 65-Jährigen gehe einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die durchschnittlichen Zahlbeträge der Rentenzugänge seien in den vergangenen Jahren bei den Männern spürbar gesunken und bei den Frauen habe es trotz leicht steigender Zahlbeträge Kaufkraftverluste gegeben. Und immer mehr Versicherte, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen dem Arbeitsmarkt nicht mehr oder höchstens noch teilweise zur Verfügung stehen könnten, seien durch massiv gesunkene Zahlbeträge bei der Erwerbsminderungsrente akut von Armut und sozialem Abstieg betroffen. Wegen des weiter sinkenden Rentenniveaus würden auch immer mehr Altersrentnerinnen und Altersrentner von sozialem Abstieg betroffen sein. Die vorgeschlagenen Leistungsverbesserungen stellten deshalb wichtige Schritte in die richtige Richtung dar. Die verbesserten Möglichkeiten zum abschlagsfreien Bezug einer Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze könne Beschäftigte, die durch lange Erwerbsbiografien mit ihren Beiträgen maßgeblich das System der gesetzlichen Rentenversicherung gestützt hätten, vor Sicherungslücken zwischen Erwerbsausstieg und Übergang in die Rente bewahren. Dabei sei es angebracht, anders als bislang bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte nach § 38 SGB VI, arbeitslosigkeitsbedingte Unterbrechungen zumindest teilweise zu berücksichtigen. Allerdings würden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit langjähriger Arbeitslosigkeit von diesem erleichterten Zugang zur Altersrente für langjährig Versicherte ausgeschlossen, da Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe bei den Versicherungszeiten nicht berücksichtigt werden sollten. Aufgrund der häufiger unterbrochenen Erwerbsbiographien würden Frauen seltener als Männer eine abschlagfreie Rente mit 63 Lebensjahren in Anspruch nehmen können. Durch die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten und von Zeiten der Arbeitslosigkeit würden die Chancen der weiblichen Beschäftigten allerdings verbessert, vom abschlagsfreien Rentenbezug nach 45 Jahren ebenfalls zu profitieren.

Auch die geplanten Verbesserungen für erwerbsgeminderte Menschen seien grundsätzlich positiv. Da die Abschläge auf die Erwerbsminderungsrente unverändert bestehen blieben, bleibe der Umfang der Leistungsausweitung jedoch eng begrenzt. Die Gefahr von Armut werde für erwerbsgeminderte Menschen damit nur in geringem Umfang gedämpft. Mit der beabsichtigten Berücksichtigung der demografischen Entwicklung beim Reha-Budget komme der Gesetzesentwurf der Bundesregierung ebenfalls einer Forderung des DGB nach. Allerdings blieben weitere Aspekte bezüglich des steigenden Bedarfs an Leistungen zur Teilhabe unberücksichtigt.

Die geplante Ausweitung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder könne aus sozialpolitischer Perspektive und aus Gründen der Gerechtigkeit grundsätzlich ebenfalls nachvollzogen werden. Aber es sei zu kritisieren, dass diese Leistungsverbesserung weitgehend aus dem Beitragsaufkommen der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert werden solle.

Die **Arbeitnehmerkammer Bremen** kritisiert u. a., dass seit gut 20 Jahren der Leistungsumfang der gesetzlichen Rentenversicherung beständig reduziert werde. U. a. würden die Altersgrenzen angehoben und Abschläge auf Alters- und Erwerbsminderungsrenten eingeführt. Darüber hinaus sei die gesetzliche Rentenversicherung vom leistungsbezogenen und lebensstandardsichernden zum beitragsatzbezogenen Rentensystem in ihren Grundsätzen vollständig neu ausgerichtet worden. Ergebnisse dieser Rentenpolitik seien ein sinkendes Rentenniveau und Renten, die langfristig hinter der Lohnentwicklung zurückblieben. Vor diesem Hintergrund begrüße man die geplanten „Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“ – insbesondere jene bei der Erwerbsminderung – trotz kritischer Anmerkungen zu Einzelaspekten. Zu kritisieren sei insbesondere auch die teils systemwidrige Finanzierung der im Gesetzentwurf angekündigten Leistungen.

Zu begrüßen sei dagegen der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. zur Abschaffung der Abschläge bei Renten wegen Erwerbsminderung. Abschläge seien als verhaltenssteuerndes Instrument im Falle einer Erwerbsminderung nicht gerechtfertigt, da keine Entscheidungsfreiheit bestehe. Über den Gesetzentwurf hinausgehende Verbesserungen wären wünschenswert. Jedoch wäre zusammen mit den Vorschlägen der Bundesregierung zu den Renten wegen Erwerbsminderung eine erhebliche finanzielle Besserstellung der Betroffenen zu erreichen.

Mit dem Antrag auf Drucksache 18/765 werde eine Anerkennung der Kindererziehungszeiten vor 1992 von drei statt bisher einem Jahr gefordert. Die Arbeitnehmerkammer teile die Auffassung, dass eine Angleichung der Zeiten vor und nach 1992 geboten sei. Bleibe allerdings der Nachhaltigkeitsfaktor bestehen, würde eine vollständige Angleichung der Kindererziehungszeiten zu einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus führen; im Jahr 2030 um etwa 0,8 Prozent. Ferner unterstütze die Arbeitnehmerkammer die Forderung, die Kindererziehungszeiten vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren.

Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)** kritisiert, dass das Rentenpaket die bisherigen Anstrengungen zur Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in großen Teilen zunichte mache. Die Mehrausgaben der Rentenversicherung durch das Rentenpaket würden für lange Zeit höher liegen als die Einsparungen durch die „Rente mit 67“. Die meisten Beitragszahler seien Verlierer des Rentenpakets. Die Mehrheit der Beitragszahler werde nicht von den zusätzlichen Leistungen profitieren, müsse sie aber bezahlen. Die Rentensteigerungen würden als Folge des Rentenpakets bis 2030 insgesamt rund 55 Mrd. Euro geringer ausfallen als nach geltendem Recht.

Das Rentenpaket widerspreche dem, wozu sich Deutschland und die anderen Staaten der Eurozone im Euro-Plus-Pakt verständigt hätten. Der Euro-Plus-Pakt verlange die Gewährleistung der langfristigen Tragfähigkeit der Rentensysteme und sehe als Maßnahmen hierzu u. a. die „Angleichung des Rentensystems an die nationale demografische Situation, beispielsweise durch Angleichung des tatsächlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung“ vor sowie die „Begrenzung der Vorruhestandsregelungen und Nutzung gezielter Anreize für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer“. Das Rentenpaket ziele dagegen auf das Gegenteil.

Eine Stichtagsregelung 1. Juli oder 1. Januar 2014 wäre diejenige, die unter den diskutierten Vorschlägen hier am weitesten eine Begrenzung vorsehen würde und die auch die schon manchmal diskutierte, sicherlich eher als Spezialfall vorliegende Konstellation, vorgeschaltete Arbeitslosigkeit und nachfolgender abschlagsfreier Rentenbezug, würde Frühverrentung am wirkungsvollsten ausschließen.

Die diesbezüglichen Ausführungen zur Frage der Verfassungsmäßigkeit einer solchen Stichtagsregelung seien von Bundesinnenministerium, Bundesjustizministerium und Bundesarbeitsministerium ja inzwischen dahingehend auch in öffentlicher Veranstaltung klargestellt worden, dass es auf die Begründungen ankommt. Wenn die Begründung entsprechend richtig gewählt werde, dann sei eine Stichtagsregelung auch verfassungsgemäß möglich und umsetzbar.

Die zusätzlichen Bundeszuschüsse änderten nichts daran, dass die höheren Mütterrenten nach dem Gesetzentwurf im Wesentlichen aus der Rücklage der Rentenkasse und damit von den Beitragszahlern bezahlt werden sollten. Damit müssten zu Unrecht die Beitragszahler Rentenleistungen finanzieren, für die vom Bund keine Rentenbeiträge gezahlt würden.

Grundsätzlich richtig seien dagegen die geplanten Verbesserungen für Erwerbsminderungsrentner. Damit werde denjenigen geholfen, die nicht bis zum vollen Rentenalter arbeiten könnten. Allerdings sollte die Verlängerung der Zurechnungszeit nicht in einem Schritt, sondern parallel zur Anhebung des gesetzlichen Rentenalters erfolgen. Der Vorschlag, das Reha-Budget künftig an die demografische Entwicklung anzupassen, sei zu begrüßen.

Die **Bundesagentur für Arbeit** (BA) verweist darauf, dass unterschiedliche Varianten für die Auswirkungen der Regelungen auf den Versicherungshaushalt gerechnet werden könnten. Wie wahrscheinlich eine dieser Möglichkeiten eintrete, könne nicht vorhergesagt werden. Grund dafür seien die individuellen Überlegungen aus Arbeitnehmer- und Arbeitgebersicht, die hinter einer solchen Entscheidung stünden. Wegen der finanziellen Belastungen einer vorgezogenen Arbeitslosigkeit für Arbeitnehmer (weniger Nettoeinkommen) und für Arbeitgeber (Verlust von in der Regel erfahrenen langjährigen Beschäftigten) gebe es wenig Grund zu der Annahme, dass es viele Fälle mit vorgezogener Arbeitslosigkeit geben werde. Daher sei die Annahme von 5 Prozent der in Frage kommenden Altersgruppe und Kosten von 187 Millionen Euro pro Jahr für die Arbeitslosigkeit eine Variante, die plausibel erscheine.

Bei Erfüllung von 45 Jahren an Pflichtbeiträgen sollten besondere Härten aufgrund kurzzeitiger Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit mit Bezug von Arbeitslosengeld, durch Zeiten der beruflichen Weiterbildung sowie Zeiten der Unterbrechung bei Kurzarbeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers berücksichtigt werden. Diese Absicht sei aus Sicht der BA grundsätzlich zu begrüßen, der Umfang der anrechnungsfähigen Zeiten müsse entsprechend der politischen Willensbildung im Gesetzgebungsverfahren bestimmt werden. Die BA weist darauf hin, dass die Nachweisführung für frühere Zeiten des Leistungsbezuges aus Unterlagen der BA zu den o.a. Ausfallzeiten aufgrund der Regelungen zur Aktenführung auf den Zeitraum von fünf Jahren nach Ablauf des Leistungsbezuges begrenzt sei. Grundsätzlich solle die Neuregelung so ausgestaltet werden, dass die Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Bezug von Arbeitslosengeld I nicht dazu führe, die erfreuliche Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer der letzten Jahren durch Anreize zur Frühverrentung zu determinieren.

Von einer Wiedereinführung der Erstattungspflicht für Arbeitgeber, die auch so in der Diskussion war, wie es sie schon einmal gab, analog der damaligen Regelung in § 147a SGB III rate die Bundesagentur ab, da sich diese Regelung verwaltungsaufwändig und als wenig effektiv erwiesen habe und in Teilen auch verfassungswidrig sei.

Die **Deutsche Rentenversicherung Bund** erkennt an, dass die Regelungen zur Verbesserung der Absicherung erwerbsgeminderter Menschen notwendig seien. Die durchschnittlichen Zahlungsbeträge seien bei den Zugängen in Erwerbsminderungsrenten seit dem Jahr 2000 kontinuierlich geringer ausgefallen und lägen 2012 im Durchschnitt um 100 Euro bzw. 14 Prozent unter den damaligen Werten. Es sei zu begrüßen, dass dieser Entwicklung und dem damit verbundenen erhöhten Armutsrisiko entgegengewirkt werde. Der Anpassungsmodus für das Reha-Budget solle rückwirkend zum 1. Januar 2014 geändert werden. Damit werde der aktuell und künftig zunehmende Reha-Bedarf in der Erwerbsbevölkerung in wesentlichen Teilen berücksichtigt. Die derzeit geltende Differenzierung bei den Kindererziehungszeiten zwischen vor und ab 1992 geborenen Kindern sei verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, die vorgesehenen Änderungen würden im Gesetzentwurf sozialpolitisch begründet. Ordnungspolitisch und rechtlich nicht korrekt sei, dass die vorgesehenen zusätzlichen Leistungen für Mütter und Väter von vor 1992 geborenen Kindern zum überwiegenden Teil aus Beitragsmitteln statt aus Steuermitteln finanziert würden.

Dass besonders langjährig Versicherte vorübergehend ab 63 abschlagsfrei in Rente gehen könnten, stehe im Widerspruch zu den seit Ende der 1980er Jahre vom Gesetzgeber kontinuierlich verfolgten Bemühungen, die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Rentenversicherung auch durch eine Verlängerung der Erwerbsphase zu bewältigen. Könne die Wartezeit von 45 Jahren nur unter Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit erfüllt werden, sei die Umsetzung der Regelung aufwändig. Problembehaftet sei sie, wenn die Voraussetzungen auch mit Hilfe anderer Stellen, insbesondere anderer Sozialversicherungsträger, nicht geklärt werden könnten. Die Modifikation der heutigen Regelung habe zudem erhebliche Verteilungswirkungen, insbesondere auch im Hinblick auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Darüber hinaus werde das die gesetzliche Rentenversicherung prägende Prinzip der Teilhabeäquivalenz durchbrochen. Die durch die abschlagsfreie Rente ab 63 entstehenden Mehrausgaben würden nach dem Gesetzentwurf im Wesentlichen durch die Beitragszahler und in erheblichem Maße auch von den Rentnern (über entsprechend geringere Rentenanpassungen) finanziert. Dies sei nicht sachgerecht. Insgesamt führten die vorgesehenen Neuregelun-

gen dazu, dass der Beitragssatz mittel- und langfristig höher und das Rentenniveau niedriger ausfielen, als es bei Fortbestehen des geltenden Rechts der Fall wäre. Mit Ausnahme der Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten begünstigten die Neuregelungen vor allem heutige Bestandsrentner und Versicherte der rentennahen Jahrgänge.

Der **Sozialverband Deutschland (SoVD)** begrüßt, dass Leistungsverbesserungen auf den Weg gebracht würden, von denen rund die Hälfte aller Rentnerinnen und Rentner profitieren könne. Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung seien dringend geboten, um eine ausgewogene Balance in der Alterssicherung wiederherzustellen. Denn die Lastenverteilung in der Alterssicherung sei in den zurückliegenden Jahren immer weiter aus dem Gleichgewicht geraten: Während das Beitragssatzziel deutlich übererfüllt und der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung immer wieder gekürzt worden sei, hätten Rentnerinnen und Rentner einen massiven Wertverfall ihrer Renten erlebt. Dieser Wertverfall schmälere auch die Rentenanwartschaften der heutigen Versicherten in erheblichem Maße. Überdies stehe schon jetzt fest, dass der mit den Rentenreformen 2001 und 2004 eingeleitete Richtungswechsel hin zu einer „Lebensstandardsicherung aus drei Säulen“ für den weitaus überwiegenden Teil der heutigen Versicherten und künftigen Rentnerinnen und Rentner gescheitert sei. Denn die Erwartung, dass die mit der Absenkung des Rentenniveaus entstehende Lücke in der Altersvorsorge durch die private und betriebliche Alterssicherung kompensiert werden könne, habe sich nicht erfüllt. Vor diesem Hintergrund seien Leistungsverbesserungen erforderlich, die über die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen und grundsätzlich zu begrüßenden Leistungsverbesserungen hinausgingen. Insbesondere halte der SoVD eine Neubestimmung des Sicherungsziels der gesetzlichen Rentenversicherung für dringend geboten. Sowohl das Leistungsspektrum als auch die Leistungshöhe der gesetzlichen Rentenversicherung müssten so ausgestaltet sein, dass Versicherte nach einem erfüllten Erwerbsleben eine Rente erhielten, die den Lebensstandard im Alter absichere und damit gleichzeitig einen ergänzenden Bezug von bedarfsorientierten Grundsicherungsleistungen entbehrlich mache. Zugleich müsse gewährleistet sein, dass die Rentnerinnen und Rentner durch eine regelmäßige Anpassung ihrer Renten in vollem Umfang an der allgemeinen Lohn- und Wohlstandsentwicklung teilhaben könnten. Darüber hinaus seien Leistungsverbesserungen erforderlich, mit denen dem absehbaren Anstieg von Altersarmut entgegen gewirkt werden könne. Schließlich dürfe auch die Angleichung der Rentenwerte in den neuen Bundesländern an das Westniveau nicht auf die Jahre nach 2016 verschoben werden.

Die **Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands** erkennt die im vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Erweiterung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten für alle Mütter und Väter, die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, als notwendigen und dringenden Schritt in die richtige Richtung an. Die Verlängerung der Kindererziehungszeiten um ein Jahr bzw. der Zuschlag eines Entgeltpunktes für Kindererziehung stelle einen deutlichen Beitrag zur Schließung einer Gerechtigkeitslücke dar. Die vorgesehenen Maßnahmen trügen vor allen Dingen zu einer besseren Anerkennung der Lebensleistung der Betroffenen bei, auch wenn die unterschiedliche Bewertung von Erziehungszeiten für vor und ab 1992 geborene Kinder nicht vollständig aufgehoben werde.

Frauen und Männer, die vor 1992 Kinder erzogen hätten, hätten – insbesondere in Westdeutschland – kaum die Möglichkeit gehabt, Kindererziehung und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Zeiten der Kindererziehung seien in der Folge die entscheidende Ursache dafür, dass die Alterseinkommen von Frauen heute durchschnittlich um 60 Prozent geringer als die von Männern ausfielen. Je größer die Kinderzahl, umso geringer sei die Rente, insbesondere in Westdeutschland.

Der Sachverständige **Prof. Dr. Gerhard Bäcker** beurteilt die einzelnen Maßnahmen im RV-Leistungsverbesserungsgesetz im Grundsatz als Schritt in die richtige Richtung, da sie im Ergebnis für viele Rentnerinnen und Rentner zu höheren Renten führten. Allerdings sei einschränkend zu berücksichtigen, dass zentrale Probleme damit noch nicht gelöst seien und zum Teil sogar verschärft würden. Ein Richtungswechsel in der Alterssicherungspolitik in Richtung auf eine nachhaltige Gewährleistung der beiden Leistungsziele sei damit nicht eingeschlagen, Insbesondere bleibe die Absenkung des Rentenniveaus und damit einhergehend die Fixierung am Beitragssatzziel unangetastet. Es bleibe offen, ob immer noch an der Einschätzung festgehalten werde, die wachsenden Sicherungslücken durch die kapitalfundierte bzw. kapitalmarktabhängige betriebliche und/oder private Altersversorgung flächendeckend und mit Anpassungsdynamik zu kompensieren.

Die mit dem RV-Leistungsverbesserungsgesetz ablesbaren Reformprioritäten in mittel- und langfristiger Sicht machten es infolge der damit verbundenen Ausgabesteigerungen in Zukunft sogar deutlich schwieriger,

das Rentenniveau ohne eine deutliche Anhebung des Beitragssatzes zumindest auf dem gegenwärtigen Niveau zu stabilisieren. Zu berücksichtigen sei dabei, dass das sinkende Rentenniveau zudem den Wert der Zurechnungs- wie auch der Kindererziehungszeiten mindere. Und durch die unveränderte Regelbindung der Rentenanpassung komme es schließlich dazu, dass infolge der Mehrausgaben, der absehbaren Beitragssatzsteigerungen und auch der höheren Renten für Mütter die Rentenerhöhungen zusätzlich gedämpft würden und das Rentenniveau vor Steuern weiter absinke. So gehe die Bundesregierung im Gesetzentwurf davon aus, dass das Rentenniveau im Jahr 2015 um 0,2 Prozentpunkte (das entspreche 0,4 Prozent) niedriger ausfalle, als im letzten Rentenanpassungsbericht berechnet. Bis 2030 sinke das Rentenniveau um 0,7 Prozentpunkte stärker (das entspreche 1,6 Prozent) als nach der alten Berechnung. Im Ergebnis komme es demnach dazu, dass die Rentenanpassungsformel dazu führe, dass die Rentnerinnen und Rentner – auch jene, die keine Leistungsverbesserungen erhielten – die zusätzlichen Ausgaben „selbst“ finanzieren müssten.

Der Sachverständige **Prof. Dr. Eckart Bomsdorf** macht u. a. geltend, dass die Erhöhung der Zuschläge für Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder ebenso wie die Maßnahmen zur Erwerbsminderungsrente prinzipiell positiv zu sehen seien. Allerdings stellten sich bei der so genannten Mütterrente die Frage der systemadäquaten Feststellung der Bezugsberechtigung sowie die Frage der Finanzierung dieser Leistung. Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte sowie die Einführung einer demografischen Komponente zur Dynamisierung der Höhe der Rehabilitationsleistungen seien in der vorliegenden Form aus unterschiedlichen Gründen dagegen negativ zu bewerten. Beide Maßnahmen sollten allenfalls modifiziert in Kraft treten. Auch sei es nicht zwingend, dass eine vorgezogene abschlagfreie Rente aus Mitteln der gesetzlichen Rentenversicherung zu finanzieren sei. Einer möglichen Frühverrentungsphase durch die Einführung der Rente mit 63 könnte durch eine Beschränkung der Zeiten der anzurechnenden Arbeitslosigkeit auf die Zeit vor dem 1.7.2014 oder früher wirkungsvoll begegnet werden. Gleichzeitig sei eine grundsätzliche Beschränkung der Anerkennung der Zeiten der Arbeitslosigkeit auf einige Jahre sinnvoll. Ferner könne die Einbeziehung einer demografischen Komponente beim Reha-Deckel aus methodischen und sachlichen Gründen nicht in der vorgesehenen Form erfolgen. Sie könne aber beispielsweise in Analogie zu § 177 Absatz 2 Nummer 3 SGB VI vorgenommen werden.

Der Sachverständige **Klaus Stieffermann** begrüßt die vorgesehenen Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente im Grundsatz. Sie seien nachvollziehbar und trügen dazu bei, zu vermeiden, dass der Anteil von Erwerbsminderungsrentnern, die auf ergänzende Grundsicherung angewiesen seien, weiter zunehme. Das Bündel von Maßnahmen, die das sog. Rentenpaket enthalte, werde die Spielräume für die zusätzliche kapitalgedeckte Alterssicherung einengen. Das Gros der Beitragszahler werde in zweifacher Weise belastet. Langfristig würden die Beiträge zur gesetzlichen Rente steigen und die späteren Leistungen sinken. Mit dem weiteren Absinken des Rentenniveaus werde auch der Bedarf an zusätzlicher kapitalgedeckter Altersversorgung steigen. Durch betriebliche Altersversorgung könne der wachsende Versorgungsbedarf kostengünstig, durch kollektive Systeme nachhaltig gedeckt werden. Dafür bedürfe es aber verbesserter Rahmenbedingungen. In der anstehenden Reform des Betriebsrentenrechts solle daher nicht nur eine Umsetzung von EU-Recht erfolgen, sondern auch die betriebliche Altersversorgung vereinfacht, Fehlanreize vor allem im Steuerrecht beseitigt und eine breit angelegte Verbreitungsoffensive gestartet werden. Insbesondere müsse die Belastung der Betriebsrentner mit dem vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag als Sonderlast beseitigt werden.

Der Sachverständige **Prof. Dr. Welti** sieht die politische Legitimation und rechtliche Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung auch durch die Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung seit 1997 gefährdet. Die Senkung des Rentenniveaus bei allen Risiken habe dazu geführt, dass immer häufiger das Niveau der Grundsicherung nicht überschritten werde. Beim Risiko Erwerbsminderung sei das fast die Regel. Zu kritisieren sei u. a., dass die geplante Neuregelung durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz in Bezug auf das Ruhestandsalter vor allem den Gesichtspunkt der Leistungsgerechtigkeit berücksichtige, weniger den der Bedarfsgerechtigkeit. Es stehe zu erwarten, dass vom früheren Renteneintritt nach 45 Versicherungsjahren eher männliche Versicherte mit hohen Rentenanwartschaften profitieren würden. Personen mit aus Gründen der Gesundheit oder der familiären Arbeitsteilung wechselhaften Erwerbsbiographien würden seltener profitieren. Ein Bezug zwischen besonders langjähriger Beitragszahlung und eingeschränktem Gesundheitszustand im Sinne einer „Verschleißtheorie“ möge in manchen Berufen bestehen, könne aber nicht durchgängig angenommen werden. Vielmehr sei es auch möglich, dass beeinträchtigende Arbeitsbedingungen dem Erreichen der 45 Versicherungsjahre in vielen Fällen im Wege stünden. Wer vor 63 länger krank oder erwerbsge-

mindert sei, werde von der Regelung nicht profitieren können. Zudem gebe es in wachsendem Ausmaß akademische Berufe mit vorzeitig beeinträchtigter Gesundheit.

Weitere Einzelheiten der Stellungnahmen sind der Materialzusammenstellung auf Drucksache 18(11)82 sowie dem Protokoll der Anhörung zu entnehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/909 in seiner 13. Sitzung am 21. Mai 2014 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme in geänderter Fassung empfohlen.

In dieser Sitzung hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales darüber hinaus drei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. zum Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten und abgelehnt. Die Anträge lauten wie folgt:

Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. 1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 4 wird die Angabe „62“ durch die Angabe „63“ ersetzt.

b) Nach Nummer 5 wird folgende Nummer 5a eingefügt:

„5a. § 77 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 1,0,“.

bbb) In Nummer 3 werden die Wörter „bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und“ gestrichen.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder“ gestrichen.

b) In Absatz 4 werden die Wörter „Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und bei“ gestrichen.“

c) Nach Nummer 11 wird folgende Nummer 11a eingefügt:

„11a. In § 264d Satz 1 werden die Wörter „Beginnt eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vor dem 1. Januar 2024 oder ist“ durch das Wort „Ist“ ersetzt.“

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. § 23 Absatz 8 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 Nummer 1 wird aufgehoben.

bb) In Satz 3 werden die Wörter „Renten wegen Erwerbsminderung und bei“ gestrichen.

cc) In Satz 4 werden die Wörter „bei Eintritt der Erwerbsminderung oder“ und die Wörter „bei Renten wegen Erwerbsminderung und“ gestrichen.“

b) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 4a eingefügt:

„4a. § 93a Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Die Wörter „Beginnt eine Rente wegen Erwerbsminderung vor 2024 oder sind“ werden durch das Wort „Sind“ ersetzt.

bb) Die Wörter „§ 23 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 und 2“ werden durch die Wörter „§ 23 Absatz 8 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.

Begründung

Wer vorzeitig eine Rente wegen Erwerbsminderung in Anspruch nehmen muss, hat empfindliche Rentenkürzungen in Kauf zu nehmen, denn diese Erwerbsminderungsrenten sind mit Abschlägen von 0,3 Prozent pro Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme – maximal 10,8 Prozent – belegt. Derzeit ist dies grundsätzlich bis zum Alter von 63 Jahren und sieben Monaten der Fall. Schrittweise wird das Alter für eine abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente grundsätzlich auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Da Erwerbsgeminderte im Schnitt bereits mit 50,7 Jahren in Rente gehen, sind schon heute fast alle Neuzugänge in diese Rentenart von Abschlägen betroffen (96,4 Prozent). Im Schnitt wird ihre Rente monatlich um 77,50 Euro gemindert.

Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten sind sachfremd und ungerecht. Denn die Erwerbsminderung und ihre Ursachen sind für die Betroffenen kaum abwendbar. Niemand wird freiwillig krank. Zudem steht vor der Bewilligung einer Erwerbsminderungsrente ein strenger Begutachtungsprozess. Es ist also keineswegs so, dass Versicherte eine freie Wahl hätten, über die Erwerbsminderungsrente vorzeitig in den Ruhestand zu gehen.

Erwerbsminderung ist ein zentrales Armutsrisiko. Im Rentenzugang 2012 lag der durchschnittliche Zahlbetrag einer Rente wegen voller Erwerbsminderung mit 646 Euro deutlich unter dem Bruttobedarf der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Für viele Versicherte greift der Schutz des Sozialversicherungssystems bei Erwerbsminderung damit nicht mehr und sie sind auf Fürsorgeleistungen angewiesen. Verbesserungen bei den Leistungen der Erwerbsminderungsrente sind daher dringend geboten. Die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten ist hierzu ein erster wichtiger Schritt.

Begründung

Zu Artikel 1 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)

Zu Nummer 4

Mit der Änderung wird die Zurechnungszeit vom 62. Lebensjahr auf das 63. Lebensjahr ausgeweitet.

Zu Nummer 5a (§ 77)

Durch die Neufassung des § 77 SGB VI wird der Zugangsfaktor bei Erwerbsminderungsrenten auf 1,0 gesetzt.

Dadurch werden die Abschläge abgeschafft.

Zu Nummer 11a (§ 264d)

Es handelt sich um eine Folgeänderung.

Zu Artikel 2 (Änderung des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte)

Zu Nummer 2a (§ 23)

Hiermit wird die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen.

Zu Nummer 4a (§ 93a)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der Änderung des § 23 ALG.

II. 1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 Inhaltsübersicht wird nach Buchstabe b folgender Buchstabe b1 eingefügt:

“b1) Die Angabe zu § 295a wird wie folgt gefasst:

„§ 295a (weggefallen)““

b) Nach Nummer 11 wird folgende Nummer 11a eingefügt:

„11a. In § 254d Absatz 1 werden die Nummer 3 und 6 gestrichen.“

c) Nummer 14 wird wie folgt gefasst:

„14. §295a wird aufgehoben.“

d) In Nummer 15 wird § 307d Absatz 2 wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird gestrichen.

bb) In dem neuen Satz 2 werden die Wörter „und persönlichen Entgeltpunkten (Ost)“ gestrichen.

Begründung

Im 25. Jahr der deutschen Einheit wird bei der Bewertung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung noch immer nach Ost und West unterschieden. Für Kinder, die nach 1992 geboren wurden, fällt der Zahlbetrag für die Anerkennung von Erziehungsleistungen ab dem 01. Juli 2014 mit 79,17 Euro im Osten niedriger aus als mit 85,83 Euro im Westteil des Landes. Den betroffenen Müttern und Vätern ist diese Ungleichbehandlung nicht mehr vermittelbar. Jedes Kind muss der Gesellschaft gleich viel wert sein, und zwar unabhängig von seiner geografischen Herkunft oder seinem Geburtsjahr. Dies gilt selbstverständlich auch für die Bewertung der bereits anerkannten und zukünftigen Kindererziehungszeiten.

Zu Buchstabe a:

Änderung der Inhaltsübersicht aufgrund der Streichung einer bestehenden Vorschrift.

Zu Buchstabe b:

Mit dieser Änderung werden für Zeiten der Erziehung eines Kindes gleiche Entgeltpunkte gewährt, unabhängig vom geografischen Wohnsitz zum 18. Mai 1990.

Zu Buchstabe c:

Durch die Streichung wird die Höhe der Leistung für Kindererziehung für Geburten im Beitrittsgebiet mit dem maßgebenden aktuellen Rentenwert bewertet.

Zu Buchstabe d:

Mit der Änderung wird sichergestellt, dass bei Bestandsrenten, die aus Gründen der Vereinfachung der technischen Umsetzung die verbesserte Bewertung der Kindererziehungszeit als Zuschlag erhalten, der Wert einem Entgeltpunkt im Westen entspricht.

III. 3. Artikel 1 Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

‘7. § 213 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Der Bundeszuschuss...<weiter wie Vorlage>....“

b) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Zur Finanzierung der durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz vom [Einsetzen: Datum der Verkündung dieses Gesetzes] erweiterten Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder wird der zusätzliche Bundeszuschuss ab dem Jahr 2014 erhöht (Erhöhungsbetrag für Kindererziehungszeiten). Die Erhöhung beträgt 3,3 Milliarden Euro im Jahr 2014 und 6,7 Milliarden Euro im Jahr 2015. Ab dem Jahr 2016 verändert sich der Erhöhungsbetrag für Kindererziehungszeiten in dem Verhältnis, in dem Bruttolöhne und -gehälter im vorvergangenen Kalenderjahr stehen; § 68 Absatz 2 Satz 1 gilt entsprechend.“ ‘

Begründung

Es ist unbestritten, dass es sich bei den 1986 eingeführten Kindererziehungszeiten um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Deshalb ist die im RV-Leistungsverbesserungsgesetz vorgesehene Finanzierung der Kindererziehungszeiten („Mütterrente“) aus ordnungspolitischen Gründen aus Steuermitteln und nicht aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Rentenversicherung zu finanzieren.

Die Finanzierung aus Steuermitteln ist zudem aus sozialen Gesichtspunkten notwendig. Nur so wird gewährleistet, dass nicht nur die Beitragszahlenden sowie Rentnerinnen und Rentner zur Finanzierung herangezogen werden, sondern auch jene Steuerzahlenden, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind oder Beitragszahlende, deren Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze liegen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner ständigen Rechtsprechung (vgl. BVerfG 75, 108, 148) deutlich gemacht, dass Beiträge zur Sozialversicherung nicht der Finanzierung allgemeiner Staatsausgaben dienen dürfen. Insoweit ist die Finanzierung aus Beitragsmitteln auch verfassungsrechtlich problematisch, weil der Grundsatz der Belastungsgleichheit aller Bürgerinnen und Bürger, als Ausprägung des allgemeinen Gleichheitssatzes des Art. 3 Abs. 1 GG, verletzt wird.

Die unsachgerechte Finanzierung der Kindererziehungszeiten aus Beitragsmitteln als größtem finanziellem Posten des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes führt dazu, dass die Nachhaltigkeitsrücklage nach § 216 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) bis Ende 2018 aufgezehrt sein wird. Die unwesentliche Erhöhung des allgemeinen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2019 kann einen Anstieg des Beitragssatzes bereits ab dem Jahr 2018 nicht verhindern. Trotz steigendem Beitragssatz führen die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel („Riester-Faktor“ und Nachhaltigkeitsfaktor) zu einer verstärkten Absenkung des Rentenniveaus. Diejenigen, die von der Ausweitung der Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder eigentlich profitieren sollen, müssen letztendlich die Kosten gegenfinanzieren. Damit wird die „Anerkennung der Kindererziehung“ zumindest teilweise ad absurdum geführt.

Nicht zuletzt werden durch die unsachgerechte und unsoziale Finanzierung der Kindererziehungszeiten dringend notwendige Spielräume für andere, systemgerecht aus Beiträgen zu finanzierende Leistungsverbesserungen wie die Anhebung des Rentenniveaus, die Rücknahme der Rente erst ab 67, die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten und die konsequente Ausrichtung der Leistungen zur Teilhabe Reha-Budgets am tatsächlichen Bedarf massiv eingeschränkt. Diese Maßnahmen sind jedoch dringend notwendig, um den Lebensstandard im Alter zu sichern und die drohende Altersarmut zu verhindern.

Da nicht beitragsgedeckte Leistungen über den zusätzlichen Bundeszuschuss nach § 213 Absatz 3 SGB VI zu finanzieren sind, muss die erweiterte Anrechnung von Kindererziehungszeiten für vor dem 01. Januar 1992 geborene Kinder durch eine dauerhafte Erhöhung des zusätzlichen Bundeszuschusses erfolgen.

Der zusätzliche Bundeszuschuss muss deshalb bereits ab dem Jahr 2014 in dem Maße erhöht werden, in welchem Kosten durch die erweiterte rentenrechtliche Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor dem 01. Januar 1992 geborene Kinder entstehen. Die Veränderung des Erhöhungsbetrages für Kindererziehungszeiten soll ab dem Jahr 2016 analog der geltenden Regelung für den Erhöhungsbetrag nach § 213 Absatz 4 SGB VI festgelegt werden.

Zudem hat der Ausschuss für Arbeit und Soziales in dieser Sitzung einen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beraten und den Antrag abgelehnt. Der Inhalt wird im Folgenden dokumentiert:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die gesetzliche Rentenversicherung erlebt momentan eine Phase finanzieller und demografischer Stabilität. Die gute Konjunktur, ein hoher Beschäftigungsstand und nicht zuletzt die Dämpfung der Rentenanpassungen in den vergangenen zwölf Jahren führten sowohl zu niedrigeren Beitragssätzen als auch zu einer Rekordrücklage der Rentenversicherung. Gleichwohl steht das System der Alterssicherung in Deutschland vor großen Herausforderungen: Die steigende Lebenserwartung und der demografische Wandel führen zu einer deutlich verlängerten Rentenbezugsdauer sowie einer immer größeren Zahl an Rentnerinnen und Rentner, denen immer weniger erwerbstätige Beitragszahlerinnen und –zahler gegenüberstehen. Auch die Risiken, in Altersarmut zu rutschen, nehmen zukünftig deutlich zu. Das Wachstum des Niedriglohnssektors, die stärkere Verbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die Abschaffung des Versicherungsschutzes im ALG II-System und vor allem die Absenkung des Rentenniveaus werden die Zahl der armen Rentnerinnen und Rentner ansteigen lassen, wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Politisches Handeln ist auch erforderlich, um zu verhindern, dass der Anstieg der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre zu einer Rentenkürzung für diejenigen wird, die aus unterschiedlichen Gründen ihren Beruf nicht bis zum regulären Renteneintritt ausüben können. Mit diesen Herausforderungen verbunden bleibt die Aufgabe, langfristig die finanzielle Stabilität und damit die Sicherheit und Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten.

Es ist eine zentrale Frage der Generationengerechtigkeit, dass auch die heutigen Versicherten eine realistische Aussicht auf ein angemessenes Rentenniveau haben und vor Altersarmut geschützt werden. Gleichzeitig ist auf einen moderaten Beitragssatzanstieg zu achten, um die Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber abzufedern. Unter den genannten Voraussetzungen ist

es erforderlich, sorgsam mit den mühsam erworbenen finanziellen Spielräumen umzugehen und diese nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Jede rentenpolitische Initiative muss also vorausschauend die skizzierten Herausforderungen in den Blick nehmen. Das vorliegende so genannte „Rentenpaket“ von Union und SPD ignoriert die drohende Zunahme von Altersarmut, schafft keine allgemeine Möglichkeit flexibler Rentenübergänge und gefährdet auch noch in fahrlässiger Weise die finanzielle Solidität der Rentenversicherung. Darüber hinaus wirkt es kontraproduktiv im Kampf gegen den Fachkräftemangel und gefährdet die in den letzten Jahren erreichten Erfolge bei der Beschäftigung Älterer. Zwar erheben Union und SPD mit dem Rentenpaket den Anspruch, Gerechtigkeitslücken zu schließen und Lebensleistung besser anzuerkennen. Die Umsetzung dieses Anliegens geht jedoch auf Kosten der Personengruppen, die es eigentlich am nötigsten haben. Das Vorhaben geht an den sozialpolitisch vordringlichen Aufgaben vorbei.

Es ist zwar in der Tat nicht gerecht, wenn Eltern mit vor 1992 geborenen Kindern geringere Rentenansprüche erhalten als solche mit nach 1992 geborenen Kindern. Es ist auch nachvollziehbar, die Lebensleistung von Beschäftigten mit einem besonders langen Erwerbsleben anzuerkennen. Und es ist nicht gerecht, wenn Personen von Armut bedroht sind, bloß weil sie aus gesundheitlichen Gründen nur noch eingeschränkt arbeiten können.

Aber es ist mindestens genauso ungerecht, wenn gerade arme Eltern nichts von der Mütterrente haben, weil sich ihre finanzielle Situation nicht verbessern kann, da ihnen das zusätzliche Geld voll auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. Es ist ungerecht, wenn Personen auf Grund der Belastungen ihres Berufs noch nicht einmal annähernd bis zum 63. Lebensjahr arbeiten können. Es ist ungerecht, wenn ihnen der gleitende Übergang in die Rente versagt wird, weil entsprechende Arbeitszeitmodelle fehlen. Es ist ungerecht, wenn ältere Beschäftigte keine Arbeit mehr finden, weil nach wie vor Vorbehalte gegen ältere Bewerberinnen und Bewerber in Betrieben und Unternehmen bestehen. Es ist ungerecht, wenn immer mehr Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, weil die Rente nicht mehr zum Leben reicht. Es ist ungerecht, wenn heutige Versicherte für ihre Beiträge später immer geringere Renten erhalten. Und es ist ungerecht, wenn voll erwerbsgeminderte Personen mit Rentenkürzungen bestraft werden, obwohl sie aus gesundheitlichen Gründen weder den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen noch ihre Rente aufbessern können.

Auf all diese Ungerechtigkeiten gibt das vorliegende Rentenpaket von Union und SPD keine Antworten. Im Gegenteil. Die Entscheidung, alle zusätzlichen Leistungen über die Rentenkasse und nicht über Steuern zu finanzieren, engt den Spielraum für weitere Leistungsverbesserungen auf Jahrzehnte hinaus ein. Leidtragende sind darüber hinaus über ein geringeres Rentenniveau die Rentnerinnen und Rentner sowie über höhere Rentenbeiträge die Beitragszahlerinnen und -zahler – insbesondere in der Zukunft. So reduziert sich im Jahr 2030 die Netto-Standardrente aufgrund niedrigerer Rentenanpassungen um rund 1,6 % und das Netto-Arbeitsentgelt durch den höheren Beitragssatz um rund 0,3 %. Unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsgerechtigkeit muss das vorliegende Rentenpaket als gescheitert angesehen werden. Die Verbesserungen kommen nicht da an, wo sie besonders dringend gebraucht werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den vorliegenden Gesetzentwurf zurück zu ziehen und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Antworten auf die in der Rentenpolitik vordringlichen Aufgaben gibt. Hierfür gilt es:

- 1. eine steuerfinanzierte Garantierente einzuführen, die langjährig Versicherte durch ein Mindestniveau in der Rentenversicherung vor Armut schützt. Hiervon profitieren insbesondere Frauen, die auf Grund von Zeiten der Kindererziehung sehr geringe Renten beziehen,*
- 2. die Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Elternschaft zu verbessern sowie die Arbeitswelt insbesondere für Frauen gerecht und sicher auszugestalten, so dass höhere eigenständige Rentenansprüche erworben werden können,*
- 3. die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und -nehmer deutlich zu verbessern, u. a. durch die Förderung von alterns- und altersgerechten Arbeitsbedingungen, z.B. durch die Verminderung von Stress,*
- 4. individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand zu ermöglichen, u.a. durch die Möglichkeit einer Teilrente ab 60 Jahren,*

5. auf die Abschlüsse bei Erwerbsminderungsrenten zu verzichten, wenn der Zugang allein aus gesundheitlichen Gründen erfolgte,

6. die Erhöhung der Regelaltersgrenze von 63 auf 65 Jahre für den abschlagsfreien Bezug einer Erwerbsminderungsrente sowie für schwerbehinderte Menschen zurückzunehmen,

7. die Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen

Rentenversicherung bedarfsgerecht zu finanzieren

sowie dynamisch anzupassen sowie

8. die Einnahmeseite der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem diese mittelfristig zur Bürgerversicherung weiterentwickelt wird, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen.

Begründung

Nummer 1 bis 2

Die Intention der Bundesregierung – durch die verbesserte Anrechnung der Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate – für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und die Leistung der Mütter und Väter stärker anzuerkennen, ist nachvollziehbar.

Oftmals konnten oder können gerade Mütter auf Grund nicht vorhandener Betreuungsplätze keine Erwerbstätigkeit bzw. nur eine geringfügige Erwerbstätigkeit ausüben. Dies hat Folgen für die Rente. Die Renten von Frauen betragen im Durchschnitt kaum mehr als die Hälfte von denen der Männer. Die Einführung von Rentenanwartschaften für Kindererziehungszeiten im Jahr 1984 war deswegen ein wichtiger Beitrag hin zu einer Verbesserung der eigenständigen sozialen Sicherung insbesondere von Frauen.

Wenn heute allerdings Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern geringere Rentenansprüche für Kindererziehungszeiten erhalten als Frauen und Männer mit nach 1992 geborenen Kindern, so ist das – wie im Übrigen jede Stichtagsregelung – ungerecht.

In Anbetracht der großen sozialpolitischen Herausforderung einer zunehmenden Altersarmut kann der von der Bundesregierung vorgelegte Vorschlag allerdings nicht überzeugen. So erhalten zwar auch alle rund 300.000 Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern, die auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind, die sogenannte Mütterrente. Da dieses zusätzliche Geld jedoch voll auf die Grundsicherung angerechnet wird, kann sich die finanzielle Situation dieser Frauen durch die Mütterrente nicht verbessern. Im Übrigen wird dadurch eine bisher steuerfinanzierte Leistung, die Grundsicherung, durch eine beitragsfinanzierte Leistung ersetzt.

Problematisch ist nämlich ferner, dass die Kosten für die verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten in Höhe von rund 6,7 Mrd. Euro jährlich nahezu komplett aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Rentenversicherung finanziert werden sollen. Somit zahlen alle in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherten über höhere Rentenbeiträge und geringere Renten für die verbesserten Leistungen. Die in berufsständischen Versorgungswerken versicherten Ärztinnen und Ärzte oder Abgeordnete müssen sich indes nicht an der Finanzierung beteiligen, erhalten aber, wenn sie Kinder erziehen, ebenfalls Leistungen der Rentenversicherung. Bislang war es deshalb folgerichtig Auffassung des Gesetzgebers, die Anerkennung von Zeiten der Erziehung als eine Leistung des Familienlastenausgleichs zu behandeln und somit über Steuern zu finanzieren (Bundestagsdrucksache 10/2677). Die vorgesehene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung ab dem Jahr 2019 stellt nicht mehr als einen symbolischen Beitrag dar.

Die nachträgliche Anhebung der Rentenanwartschaften für Kindererziehung führt außerdem dazu, dass die geschiedenen Ehemänner den durchgeführten Versorgungsausgleich neu berechnen lassen können. Dies kann den individuellen Anspruch der geschiedenen Mütter verringern und zusätzlichen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen.

Die sozialpolitisch vordringliche Aufgabe ist es, die Erziehungsleistung von eben solchen Frauen und Männern besser anzuerkennen, die auf Grund von Zeiten der Kindererziehung sehr niedrige Renten erwarten. Das Konzept der steuerfinanzierten Garantierente führt ein Mindestniveau von rund 850 Euro für Versicherte mit 30 oder mehr Versicherungsjahren innerhalb der Rentenversicherung ein (Antrag „Altersarmut bekämpfen – Mit der Garantierente“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, BT-Drucksache

17/13493). Indem – bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf eine U3-Kinderbetreuung – Kindererziehung bis zum 10. Lebensjahr des jüngsten Kindes bei den Mitversicherungszeiten mitgezählt werden, profitieren insbesondere Frauen von dieser Rente. Im Gegensatz zur leidigen Debatte um die Anrechnung von Arbeitslosenzeiten bei der abschlagsfreien Rente ab 63 werden bei der Garantierente Zeiten der Arbeitslosigkeit, in denen keine Beiträge gezahlt wurden, Arbeitsunfähigkeit wegen Krankheit und Nichterwerbstätigkeit wegen Schwangerschaft oder Mutterschutz auf die 30 Versicherungsjahre angerechnet. Maßnahmen gegen Altersarmut müssen frühzeitig ergriffen werden, um langfristig eine Wirkung zu entfalten. Die grüne Garantierente ist konzeptionell ausgereift, nachhaltig finanzierbar und kann sofort umgesetzt werden.

Die Rentenbiographien derjenigen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, sind schon geschrieben. Präventive Maßnahmen allein reichen deshalb nicht mehr aus, um ihre Situation zu verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass sie als langjährige Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter in der Regel nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein werden. Von der Garantierente profitieren auch viele Frauen, die heute auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Ein Grundsicherungsbezug könnte in sehr vielen Fällen vermieden werden.

Darüber hinaus bedarf es Vorkehrungen in der Arbeitswelt, um insbesondere Frauen gleichberechtigte Möglichkeiten zu eröffnen, höhere eigenständige Rentenansprüche zu erwerben. Arbeitszeiten und Arbeitsumfang sind indes wenig flexibel und die Betreuungsinfrastruktur ist nicht ausreichend oder nicht in gewünschter Qualität vorhanden. Auch sind Frauen in der Arbeitswelt noch immer häufig schlechter gestellt als Männer. Ungleiche Bezahlung und unsichere Arbeitsverhältnisse sind für viele Frauen Realität. Frauen sind auch häufiger von Befristungen betroffen als Männer. Arbeit auf Zeit bedeutet oft geringere Bezahlung, weniger Weiterbildung und ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Atypische Arbeitsverhältnisse entwickeln sich vielfach zu einer beruflichen Sackgasse und erschweren darüber hinaus die langfristige Lebensplanung und Familiengründung.

Nummer 3 bis 4

Die steigende Lebenserwartung sowie der demographische Wandel stellen das System der gesetzlichen Altersversorgung vor große Herausforderungen. Einer deutlich verlängerten Rentenbezugsdauer sowie einer immer größeren Zahl an Rentnerinnen und Rentnern stehen immer weniger erwerbstätige Beitragszahlerinnen und -zahler gegenüber. Um die Stabilität und Solidität der gesetzlichen Altersversorgung auch künftig zu gewährleisten, hat sich der Gesetzgeber für eine schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 bis zum Jahr 2029 entschieden. Diese Maßnahme dient der Stabilisierung des Beitragsaufkommens und soll die Rentenhöhe sichern.

Die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze ist aber nur dann vertretbar, wenn auch die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und -nehmer verbessert wird. Zwar entwickelt sich die Situation Älterer am Arbeitsmarkt positiv, sie ist jedoch bei weitem nicht zufriedenstellend. Ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer sind noch immer überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, weisen geringere Erwerbsbeteiligungsquoten als andere Altersgruppen auf und sind in der Weiterbildung unterrepräsentiert. Und obwohl das übliche Erwerbsaustrittsalter in den letzten Jahren leicht anstieg, – für den Jahrgang 1945 liegt es im Mittel bei 61 Jahren – ist es auch weiterhin weit von der Regelaltersgrenze entfernt. Wie lange Beschäftigte im Job bleiben, hängt dabei stark vom Beruf und der Qualifikation ab. So zeigt etwa der Altersübergangsreport 1/2014, dass sich Berufsfelder, in denen viele Arbeiterinnen bzw. Arbeiter tätig sind, durch ein eher geringes mittleres Erwerbsaustrittsalter auszeichnen.

Leider fehlt es bislang an koordinierten und differenzierten Strategien, um Personen das Arbeiten bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze zu ermöglichen. So gibt es zwar eine Vielzahl von Projekten, Initiativen, Kampagnen und Kontaktpersonen, wenn es etwa um die Unterstützung bei der Ausgestaltung alterns- und altersgerechter Arbeitsbedingungen geht. Inwiefern diese Stellen aber sinnvoller Weise so miteinander vernetzt werden können, dass es insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen leichter wird entsprechende Ansprechpartnerinnen und -partner zu finden, bleibt offen (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 17/4922).

Es fehlt ebenfalls eine Antwort auf die kontinuierlich steigenden arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen, die mittlerweile zum Hauptgrund für Frühverrentungen wurden. Verantwortlich sind hierfür in nicht geringem Maße die Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsintensität ist in den vergangenen Jahren nachweislich angestiegen, gleichzeitig haben sich die Arbeitszeiten wieder verlängert. Flexible, nicht planbare Arbeitszeiten

sowie Schicht- und Nachtarbeit nehmen zu und immer mehr Menschen arbeiten auch am Wochenende. Damit die Beschäftigten aber bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können, sind gute und gesunde Arbeitsbedingungen notwendig. Mit einer Anti-Stress-Verordnung erhalten die Betriebe ein Werkzeug an die Hand, mit dem sie erkennen, wie Stress am Arbeitsplatz entsteht und vor allem, wie er vermieden werden kann (Antrag „Psychische Gefährdungen mindern – Alters- und altersgerecht arbeiten“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, BT-Drucksache 17/10867).

Auch mangelt es an einer grundsätzlichen Neuausrichtung der betrieblichen Weiterbildung auf das Prinzip des lebenslangen Lernens. Nur so wird garantiert, dass die einmal erworbene Qualifikation den sich ändernden Arbeitsanforderungen entsprechend entwickelt. Das Bewusstsein sowie die institutionellen Voraussetzungen einer Umschulung auch für ältere Arbeitnehmerinnen und -nehmer, wenn aus gesundheitlichen Gründen der angestammte Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann, sind zudem kaum vorhanden. Es wird noch zu wenig getan, um gegen die weiter bestehenden Vorbehalte gegenüber der Leistungsfähigkeit älterer Beschäftigter vorzugehen. Der aktiven Arbeitsmarktpolitik fehlt es an personellen und materiellen Grundlagen, um ältere Arbeitslose flächendeckend qualitativ hochwertig zu betreuen und zu vermitteln.

Eine weitere Antwort auf die Herausforderungen einer längeren Lebensarbeitszeit ist die Ermöglichung individueller Übergangslösungen in den Ruhestand. Muss etwa die Arbeitszeit verkürzt werden, um einen längeren Verbleib in Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, wäre eine Art Lohnersatz in Form einer vorgezogenen Teilrente für Menschen ab 60 wünschenswert. Auch hier fehlt es aber bislang an politischem Gestaltungswillen, entsprechende Konzepte einzuführen.

Gleiches gilt für die Gefahr aufkommender Altersarmut, die durch eine Anhebung der Regelaltersgrenze verschärft werden kann. Hier deuten Union und SPD im Koalitionsvertrag zwar eine „solidarische Lebensleistungsrente“ an, die allerdings mit so rigiden Anspruchsvoraussetzungen versehen ist, dass – wenn sie ob des Finanzierungsvorbehalts überhaupt kommt – nur rund ein Prozent aller Rentnerinnen und Rentner von ihr profitieren würden. Ein wirklich umfassendes und ganzheitliches Konzept, dass langjährig Versicherte vor dem Gang zum Sozialamt schützt, stellt die „solidarische Lebensleistungsrente“ nicht dar.

Sollten Personen trotz allem aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze arbeiten können, benötigen sie eine Rente, die ohne Abschläge auskommt. Die von Union und SPD vorgeschlagenen Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gehen zwar in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht aus, um dem hohen Armutsrisiko wirksam entgegenzutreten.

Gerade weil die Antworten auf die Herausforderungen einer längeren Lebensarbeitszeit so ganzheitlich und differenziert zugleich sein müssen, kann die neue Rentenart einer abschlagsfreien Rente ab 63 für langjährig Versicherte nicht überzeugen. Im Gegenteil. Die Personen, die in besonderem Maße unter den Herausforderungen eines höheren Renteneintrittsalters leiden, profitieren in keiner Weise von dieser Regelung.

Angestellte in der Holz- und Kunststoffverarbeitung müssen im Durchschnitt bereits mit 59 Jahren aus dem Erwerbsleben scheiden – oft unfreiwillig. Maurer bereits mit 61 Jahren. Oft müssen Angehörige dieser Berufsgruppe eine Erwerbsminderungsrente beantragen – weit vor der Altersgrenze. Auch der prekär beschäftigte Lagerarbeiter, der, statt eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auszuüben, unfreiwillig in Scheinwerkverträge gedrängt wird, kommt nicht auf 45 Beitragsjahre. Ebenso geht es vielen Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten, die in den ersten Berufsjahren nur auf Honorarbasis arbeiten können. Sie alle werden nichts von der Rente ab 63 haben, bezahlen die Leistungen des Rentenpakets aber mit höheren Rentenbeiträgen sowie geringeren Renten. Der Finanzierungsspielraum, um Leistungen für eben diese Gruppen zu verbessern, wird durch das Rentenpaket eingeengt. Statt den Bedürfnissen nach Mitsprache beim Zeitpunkt für den (teilweisen) Eintritt in den Ruhestand für alle Versicherten Rechnung zu tragen, führt die Bundesregierung zudem Sonderaltersgrenzen für einzelne Geburtsjahrgänge ein. So sind von vornherein alle Beschäftigten von der neuen Rentenart ausgeschlossen, die erst ab dem Jahr 1964 zur Welt gekommen sind.

Es ist unzweifelhaft richtig, dass Personen, die auf 45 Beitragsjahre kommen, hart gearbeitet und das System der gesetzlichen Rente über Jahrzehnte gestützt haben. Ihnen gebührt Respekt und Anerkennung für ihre Lebensleistung und ihnen sei der vorgezogene und abschlagsfreie Ruhestand individuell gegönnt. Wenn aber nach Angaben der Bundesregierung künftig Jahr für Jahr 50.000 Personen unabhängig davon mit 63 in den Ruhestand gehen, ob sie noch arbeiten können oder nicht, so ist dies genau die falsche Antwort auf eine steigende Lebenserwartung und den demographischen Wandel. Die Zahl der Beitragszahlerinnen und -zahler verringert sich, während die Zahl der Rentnerinnen und Rentner weiter ansteigt. In Zeiten des aufkommenden

Fachkräftemangels und nach jahrelangen erfolgreichen Bemühungen, die Beschäftigungsquoten Älterer zu erhöhen weist die abschlagsfreie Rente ab 63 in die entgegengesetzte Richtung.

Die abschlagsfreie Rente ist darüber hinaus mit erheblichen verteilungs- und geschlechterpolitischen Effekten verbunden. So kommt die neue Rentenart ganz überwiegend Frauen nicht zugute, die zudem über relativ gesehen niedrige Rentenansprüche verfügen.

Nummer 5 bis 7

Wenn eine Person etwa auf Grund einer schweren oder chronischen Krankheit oder in Folge eines Unfalls nicht bzw. nur noch stundenweise arbeiten kann, zahlt die Rentenversicherung eine Rente wegen voller bzw. teilweiser Erwerbsminderung. Hierfür müssen entsprechende versicherungsrechtliche Voraussetzungen (in Form von erbrachten Versicherungszeiten) erfüllt sein. Zudem wird geprüft, ob die Erwerbsfähigkeit nicht durch medizinische oder berufliche Rehabilitation wieder hergestellt werden kann. Findet sich auf dem Arbeitsmarkt keine passende Teilzeitstelle, wird die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung in eine volle Erwerbsminderungsrente umgewandelt.

Die Erwerbsminderungsrente ist eine sozialpolitische Errungenschaft. Der Anstieg der Rentenzugänge in den vergangenen Jahren reflektiert (leider) die Realität des Arbeitslebens, die zunehmend durch Stress und Arbeitsverdichtung gekennzeichnet ist.

Bei der Berechnung der Rente zählen nicht nur die bisherigen Berufsjahre, sondern auch die Zeiten zwischen dem Eintritt der Erwerbsminderung und dem vollendeten 60. Lebensjahr (sogenannte Zurechnungszeiten). Muss die Erwerbsminderungsrente vor Vollendung des 63. Lebensjahres in Anspruch genommen werden, wird der Zahlungsbetrag für jeden „zu früh“ in Rente gegangenen Monat um 0,3 % (höchstens um 10,8 %) gekürzt (sogenannte Abschläge). Anlehnend an die Rente mit 67 Jahre erfolgt auch bei der Erwerbsminderungsrente eine schrittweise Anhebung der Altersgrenze für den abschlagsfreien Rentenbeginn von 63 auf 65 Jahre.

Während der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung die Funktion der Einkommensergänzung zukommt, soll die Rente wegen voller Erwerbsminderung das Einkommen ersetzen. Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, etwa die Ausweitung des Niedriglohnssektors oder die Zunahme von Erwerbsunterbrechungen, sowie die Einführung von Abschlägen haben jedoch dazu geführt, dass die Zahlungsbeträge für volle Erwerbsminderungsrenten seit Jahren sinken. Betrug die Erwerbsminderungsrente im Jahr 2001 im Bundesdurchschnitt noch 676 Euro monatlich, lag sie im Jahr 2012 nur noch bei 607 Euro. In der Folge ist Erwerbsminderung mittlerweile eine der Hauptursachen für die steigende Gefahr von Altersarmut. Rund 37 % aller Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner sind von Armut bedroht.

Vor diesem Hintergrund ist eine Verbesserung der rentenrechtlichen Absicherung der Bezieherinnen und Bezieher einer Erwerbsminderungsrente dringend geboten. Gerade weil die Erwerbsminderungsrente eine unfreiwillige Form des Rentenzugangs darstellt, ist deren armutsfeste Ausgestaltung notwendig.

Die von der Bundesregierung vorgesehenen Änderungen gehen hierbei zwar in die richtige Richtung, sind in der Summe aber ungenügend. Die Verlängerung der Zurechnungszeiten um zwei Jahre sowie die veränderte Einordnung der letzten vier Jahre vor dem Eintritt der Erwerbsminderung stellen angesichts der hohen Armutsgefährdung eine eher bescheidene Korrektur dar. Zu diesem Urteil kommt selbst die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA-Vorschlag „Erwerbsminderungsrente verbessern. Sozialpolitisch wichtige Aufgabe innerhalb des Rentenpakets stärker gewichten“, 26. Februar 2014). In der Konsequenz kann es nicht verwundern, dass sich die Änderungen bei der Erwerbsminderungsrente im Vergleich zu den gesamten Mehrausgaben des Rentenpakets bescheiden ausnehmen. Schlagen bei der Rentenversicherung bis zum Jahr 2020 insgesamt 60 Mrd. zu buche, macht der Anteil für Verbesserungen bei erwerbsgeminderten Personen nur 5 Prozent aus. Dies entspricht 3 Mrd. Euro bis zum Jahr 2020.

Vollkommen zu Recht plädieren die CDU-Sozialausschüsse für eine andere Gewichtung innerhalb der Bestandteile des Rentenpakets. Die sozialpolitisch vordringlichste Aufgabe, die Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos, müsse auch als vordringliche Aufgabe erkannt werden. Und auch die Deutsche Rentenversicherung hielte eine noch weitergehende Verbesserung für sinnvoll (Stellungnahme zum RV-Leistungsverbesserungsgesetz vom 15. Januar 2014).

Sinnvoll ist es etwa, auf die Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente dann zu verzichten, wenn der Zugang allein aus gesundheitlichen Gründen erfolgte. Es ist nicht plausibel, dass Menschen, die auf Grund

ihrer gesundheitlichen Situation an ihrer Lage nichts ändern können und gezwungen sind einen Antrag auf Rente zu stellen, mit Abschlägen bestraft werden. Dies gilt selbstverständlich auch für die Anhebung der Altersgrenze für den abschlagsfreien Rentenbeginn von 63 auf 65 Jahre für erwerbsgeminderte und schwerbehinderte Personen. Dieser Schritt sollte rückgängig gemacht werden.

Um dem Grundsatz „Reha vor Rente“ umfassend umzusetzen und deutlich mehr Menschen vor der eingeschränkten Erwerbsfähigkeit zu bewahren, müssen deutlich mehr Mittel zur Rehabilitation zur Verfügung stehen. Die von der Bundesregierung vorgesehene Anpassung wird absehbar nicht ausreichen. Nur eine bedarfsgerechte Finanzierung sowie eine dynamische Anpassung des sogenannten Reha-Budgets der gesetzlichen Rentenversicherung sind geeignet, Teilhabe am Arbeitsleben nachhaltig zu sichern.

Nummer 8

Eine gesetzliche Rentenversicherung, die alle einbezieht, auch Politikerinnen und Politiker, Beamte und Selbständige, ist Ausdruck einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass in der Alterssicherung alle, die sich in der gleichen wirtschaftlichen Situation befinden, auch gleich behandelt werden. Nur in der gesetzlichen Rentenversicherung sind die Kontinuität des Versicherungsschutzes gewährleistet und die Rentenanwartschaften durch den Generationenvertrag besonders verlässlich abgesichert. Gleichzeitig würde die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung verbreitert. Dies wäre eine von mehreren Antworten auf ein sinkendes Rentenniveau sowie auf steigende Rentenbeiträge.

Ferner hat der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/9 sowie die Anträge auf Drucksache 18/765 und 18/767 in dieser Sitzung abschließend beraten. Der Ausschuss hat dabei dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/9 empfohlen sowie mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 18/765 und 18/767.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass mit der verbesserten Anrechnung von Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder die Leistung auch dieser Mütter stärker anerkannt werde. Damit solle im Verhältnis zu Geburten ab 1992 mehr Gerechtigkeit geschaffen werden, für die drei Entgeltpunkte gutgeschrieben werden. Denn gerade zu dieser Zeit hätten Mütter im Westen oft ihre Erwerbstätigkeit eingeschränkt und in der Folge geringere Renten. Die Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, bedeute eine Anerkennung für die zuvor geleisteten Beiträge zur Stabilität des Rentensystems. Die Berücksichtigung auch freiwilliger Beitragszeiten für die Wartezeit von 45 Jahren sei eine wichtige Neuerung. Sie knüpfe an die geltenden Regelungen für Handwerker und Selbständige an. Es trage auch zur Stabilisierung der Rentenfinanzen bei und es müsse sich für die Betroffenen lohnen, im Anschluss an lange Pflichtversicherungsjahre weiter freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen. Um auch im Zusammenhang mit der Rente mit 63 längeres Arbeiten und den Verbleib im Beruf über die Regelaltersgrenze hinaus attraktiver zu gestalten, sei die Möglichkeit der Verschiebung des Beendigungszeitraums ein wichtiges Signal. Weitere Vorschläge zur Flexibilisierung, so habe es die Koalition vereinbart, solle eine Arbeitsgruppe im Herbst erarbeiten. Mit der Anhebung der Zurechnungszeiten und der besseren Bewertung von Zeiten für die Renten bei Erwerbsminderung habe man darauf reagiert, dass deren Zahlbeiträge seit Jahren sanken. Wichtig seien in diesem Zusammenhang auch die Verbesserungen beim Reha-Budget. Schließlich sei die Fortführung der Ausnahmeregelung bei der Einkommensanrechnung für kommunale Ehrenbeamte über 2015 hinaus zu begrüßen.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte, dass es wieder Leistungsverbesserungen für Rentnerinnen und Rentner gebe. Der Koalitionsvertrag werde umgesetzt. Die Koalition werde damit etwas für diejenigen tun, die lange gearbeitet und so einen großen Beitrag zur Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung erbracht, ebenso für die Mütter, die dies mit ihrer Erziehungsarbeit getan hätten. Davon profitierten auch erwerbstätige Mütter. Mit der vorzeitigen, abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren würden auch keine Anreize für eine neue sogenannte „Frühverrentungswelle“ geschaffen. Die vorgenommenen Änderungen verhinderten dies. Die Regelungen des Rentenpakets hätten zudem kein Verfallsdatum, sondern würden natürlich auch für die jüngeren Generationen gelten; dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit zur Erfüllung der 45 Jahre. Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE. müsse man dagegen als nicht finanzierbar ablehnen. Die vorgeschlagenen Änderungen würden dazu führen, dass die Beitragssatzziele bis zum Jahr 2030 nicht zu erreichen wären und danach ein Beitragssatz von mehr als 30 Prozent zu erwarten sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begrüßte das Rentenpaket als Schritt in die richtige Richtung. Man werde sich den damit vorgesehenen Verbesserungen für Rentnerinnen und Rentner nicht verweigern und das Paket daher nicht ablehnen. Dennoch gebe es Kritik an vielen Details. Insbesondere müsse, statt der jetzt getroffenen Verbesserungen für einzelne Gruppen, die Rente erst ab 67 Jahren insgesamt zurückgenommen und das Rentenniveau für alle wieder angehoben werden. Durch die sogenannte „Mütterrente“ werde mit der Anrechnung eines weiteren Entgeltpunktes für vor 1992 geborene Kinder die Anrechnung der Kindererziehungszeiten zwar verbessert; die Gerechtigkeitslücke werde aber nur teilweise geschlossen. Es müssten für jedes Kind drei Entgeltpunkte berücksichtigt werden. Zudem müssten Kinder in Ost und West dem Staat gleich viel wert sein und daher mit demselben Betrag berücksichtigt werden. Die Finanzierung dieser familienpolitischen Leistungen müsse aber, anders als vorgesehen, sachgerecht aus Steuermitteln erfolgen. Als ungerecht werde auch empfunden, dass Zeiten längerer Arbeitslosigkeit bei der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren nicht berücksichtigt würden. Auch diese hätten die Betroffenen oft nicht selbst verschuldet. Und beim Rehabudget solle der Deckel ganz fallen, statt ihn jetzt etwas anzuheben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass die jetzt getroffenen Verbesserungen für einzelne Gruppen von Rentnerinnen und Rentnern die Spielräume der Rentenversicherung aufzehrten. Das Rentenpaket werde voraussichtlich mit Kosten von rund 10 Mrd. Euro verbunden sein. Dieses Geld werde aber zur Vermeidung von Altersarmut und für Verbesserungen bei der Versorgung der Erwerbsgeminderten bzw. für die Rehabilitation benötigt. Darüber hinaus sei absehbar, dass der Finanzbedarf in einigen Jahren zu neuen Forderungen nach Verschlechterungen etwa des Rentenniveaus führen werde, besonders für den Fall einer schlechteren Wirtschaftslage. Eine weitere Absenkung würde aber für viele eine Rente unterhalb des Grundversicherungsniveaus bedeuten und damit Legitimationsprobleme für die gesetzliche Rente schaffen. In diese einzuzahlen, werde dann für viele unattraktiv. Das Rentenpaket forciere diese Entwicklung noch.

B. Besonderer Teil

Begründung

Zu Nummer 1

Zu Buchstabe a

Das Erreichen der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung selbst führt nicht zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Arbeitnehmer können auch im Rentenalter berufstätig sein. Jedoch führt die in Deutschland bestehende Praxis kollektiv- oder individualvertraglich vereinbarter Altersgrenzen, die ein Ausscheiden mit Erreichen der Regelaltersgrenze vorsehen, zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

In der Praxis gibt es Wünsche von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze und darauf bezogener Beendigungsvereinbarungen einvernehmlich das Arbeitsverhältnis für einen von vornherein bestimmten Zeitraum rechtssicher fortsetzen zu können. Dieses Anliegen greift die Ergänzung des § 41 auf, indem ein bereits vereinbarter Beendigungszeitpunkt – gegebenenfalls auch mehrfach – zeitlich hinausgeschoben werden kann.

Die Regelung knüpft widerspruchsfrei an die Praxis der Beendigungsvereinbarungen an (zur Unionsrechtskonformität tarifvertraglicher Beendigungsvereinbarungen: EuGH, Urteil vom 12.10.2010, C 45/09, Rs. Rosenblatt). Die Neuregelung lässt diese Praxis unberührt. Auch künftig kann die automatische Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Erreichen der Regelaltersgrenze vereinbart werden. Dabei können die Sozialpartner auf die spezifischen Belange in einzelnen Branchen Rücksicht nehmen.

Der neue Satz 3 regelt allein das Hinausschieben des bereits vereinbarten Beendigungszeitpunktes über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinaus. Erforderlich ist hierfür eine vertragliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer während des laufenden Arbeitsverhältnisses. Mit dem Hinausschieben des Beendigungszeitpunktes über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinaus können Arbeitnehmer und Arbeitgeber beispielsweise reagieren, wenn eine Nachbesetzung der entsprechenden Stelle nicht nahtlos erfolgen kann. Auch können Arbeitnehmer laufende Projekte mit ihrer Sachkunde erfolgreich zum Abschluss bringen oder neu eingestellte, jüngere Kollegen in ihre Tätigkeit einarbeiten.

Die sonstigen im jeweiligen Arbeitsverhältnis geltenden Arbeitsbedingungen bleiben von der Neuregelung unberührt.

Zu Buchstabe b

Aufgrund der verschiedenen Änderungen wird Absatz 3a neu gefasst.

Die Ergänzung in § 51 Absatz 3a Nummer 3 soll Fehlanreize vermeiden, die sich aus der Anrechnung von Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung auf die Wartezeit von 45 Jahren bei der Altersrente für besonders langjährig Versicherte ergeben könnten. Durch die Regelung werden Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung dann nicht berücksichtigt, wenn sie in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn liegen. Um Härtefälle zu vermeiden, werden diese Zeiten zwei Jahre vor Rentenbeginn berücksichtigt, wenn sie durch Insolvenz oder vollständige Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers bedingt sind.

Mit der Einfügung der Nummer 4 werden Zeiten freiwilliger Beitragszahlung auf die Wartezeit von 45 Jahren angerechnet. Auch freiwillig Versicherte, insbesondere selbständige Handwerker, die nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung wechseln können, haben häufig jahrelang wie Arbeitnehmer ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht. Daher werden ihre freiwilligen Beiträge auch bei der abschlagsfreien Altersrente für besonders langjährig Versicherte berücksichtigt. Voraussetzung ist, dass Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit von insgesamt 18 Jahren vorhanden sind. Da auf die Wartezeit von 45 Jahren Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe nicht angerechnet werden, zählen diese Zeiten auch bei der 18-jährigen Pflichtbeitragszeit nicht.

Zur Vermeidung von Frühverrentung werden in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn Zeiten freiwilliger Beitragszahlung, die gleichzeitig neben einer Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit gezahlt werden, nicht berücksichtigt.

Zu Buchstabe c

Mit der Neufassung der Nummer 3 anstelle der Ergänzung der Nummer 2 – wie im Gesetzentwurf vorgesehen – wird einerseits sichergestellt, dass nicht nur für Beamte, sondern auch für weitere Personengruppen (zum Beispiel von der Versicherungspflicht nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 befreite Lehrkräfte), die Versorgungsansprüche nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder entsprechenden kirchenrechtlichen Regeln erwerben, der ursprüngliche Rechtszustand vor der Änderung des § 56 Absatz 4 durch das Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch, zur Errichtung einer Versorgungsausgleichskasse und anderer Gesetze vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1939, 2010 I S. 340) wiederhergestellt wird. Auch für diese Personengruppen hat sich herausgestellt, dass durch die bisherige Nummer 3 in § 56 Absatz 4 (und auch durch die im Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen von Nummer 2 und 3 in § 56 Absatz 4) eine unzweifelhafte und eindeutige Abgrenzung der Zuständigkeit der Rentenversicherung für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten nicht möglich ist – und es infolgedessen zu Doppelanrechnungen kommen kann. Andererseits wird verhindert, dass bestimmte Personenkreise (satzungsmäßige Mitglieder geistiger Genossenschaften, Diakonissen und Angehörige ähnlicher Gemeinschaften nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 zweiter Halbsatz) generell von der Anrechnung von Kindererziehungszeiten auch dann ausgeschlossen werden, wenn sie keine Leistungen für Kindererziehung erhalten, die denen der gesetzlichen Rentenversicherung systembezogen annähernd gleichwertig sind.

Zu Buchstabe d

Redaktionelle Anpassung.

Zu Buchstabe e und g

Grundsätzlich sind auch Einkünfte von sogenannten Ehrenbeamten (zum Beispiel ehrenamtliche Bürgermeister, Ortsvorsteher) in der Höhe als Hinzuverdienst zu berücksichtigen, in der sie Arbeitsentgelt im Sinne von § 14 oder Arbeitseinkommen im Sinne von § 15 SGB IV darstellen. Bisher besteht aufgrund einer Rechtsprechungsänderung bis zum 30. September 2015 eine fünfjährige Übergangsregelung für die Berücksichtigung von Aufwandsentschädigungen von kommunalen Ehrenbeamten als Hinzuverdienst bei Alters- und bei Erwerbsminderungsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Regelung stellt eine Vertrauensschutzregelung für kommunale Ehrenbeamte dar, um besondere Härten für die Betroffenen zu vermeiden. Diese Vertrauensschutzregelung wird über den 30. September 2015 hinaus auf den 30. September 2017 verlängert.

Zu Buchstabe f

Folgeänderung zur Änderung von § 56 (Buchstabe c).

Zu Nummer 2

Übernahme der für die gesetzliche Rentenversicherung vorgesehenen Erweiterung der auf die 45-jährige Wartezeit anrechenbaren Beitragszeiten in der Alterssicherung der Landwirte.

Zu Nummer 3

Mit der Übergangsregelung stellt der Gesetzgeber für Förderfälle nach dem Altersteilzeitgesetz klar, dass Förderleistungen durch die Bundesagentur für Arbeit trotz eines Anspruchs auf eine ungeminderte Rente ab 63 Jahren weiterhin gezahlt werden. Damit werden Altersteilzeitarbeitsverhältnisse geschützt, die vor dem 1. Januar 2010 im Vertrauen auf eine nach der damaligen Gesetzeslage uneingeschränkte Förderbarkeit bis zum vereinbarten Ende der Altersteilzeitarbeit begonnen wurden.

Darüber hinaus setzt die Übergangsregelung ein Signal für die Vertragsparteien, dass auch unabhängig von der Förderung ein Vertrauensschutz für laufende Altersteilzeitarbeitsverhältnisse gelten sollte. Altersteilzeitfälle sollten auch dann bis zum vereinbarten Ende laufen können, wenn in vertraglichen Vorschriften eine vorzeitige Beendigung der Altersteilzeit vorgesehen ist, sobald ein Anspruch auf eine ungeminderte Rente besteht.

Berlin, den 21. Mai 2014

Matthias W. Birkwald
Berichterstatter

Antrag

der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, Diana Golze, Roland Claus, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Sigrid Hupach, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Harald Petzold, Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert, Jörn Wunderlich, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Vollständige Gleichstellung und gerechte Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der Rente umsetzen – Mütterrente verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit dem Entwurf eines Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetzes (Kabinettsentwurf vom 27. Januar 2014) soll die Erziehung vor 1992 geborener Kinder, die bisher mit einem Entgeltpunkt in der Rente berücksichtigt wurde, künftig mit zwei Entgeltpunkten honoriert werden (die so genannte Mütterrente). Damit wird zwar eine Besserstellung, aber keine Gleichstellung der Kindererziehungszeiten vor und nach 1992 vollzogen. Denn für nach 1992 geborene Kinder werden pro Kind drei Jahre zum Durchschnittsverdienst auf dem Rentenkonto von Mutter oder Vater anerkannt, für vor 1992 geborene Kinder weiterhin nur zwei. Das entspricht im Westen einer Differenz von 28,14 Euro im Monat, im Osten von 25,74 Euro.

Diese Ungleichbehandlung ist sachlich nicht zu rechtfertigen und hat allein fiskalische Gründe. Geld darf aber kein Hinderungsgrund dafür sein, dass dem Staat jedes Kind auf dem Rentenkonto von Mutter oder Vater gleich viel Wert sein muss, egal, ob es 1960 oder 2010, in Dresden oder in Köln geboren wurde. Deshalb ist sowohl eine Gleichstellung der Zeiten vor und nach 1992 geboten als auch die gleiche Bewertung der Kindererziehungszeiten in Ost und West.

Die Verbesserung der Kindererziehungszeiten ist eine familienpolitische Leistung und wie andere Leistungen dieser Art als gesamtgesellschaftliche Aufgabe in vollem Umfang aus Steuermitteln zu finanzieren, wie es auch seit Einführung der Kindererziehungszeiten 1986 Usus und politischer Konsens war. Es ist in keiner Weise ausreichend, wenn der Bund sich ab 2019 mit einem symbolischen Betrag an der Finanzierung der so genannten „Mütterrente“ beteiligt.

Eine Finanzierung verbesserter Kindererziehungszeiten aus Beitragsmitteln ist aber nicht nur ordnungspolitisch falsch. Sie ist auch sozial zutiefst ungerecht. Denn damit wird den Beitragszahlenden die Finanzierung allein aufgebürdet. Dies führt im Ergebnis beispielsweise dazu, dass die Supermarkt-Kassiererin die

bessere Rente der Mutter eines Bundestagsabgeordneten oder einer Beamtin mit bezahlen muss, diese aber nicht an der Finanzierung besserer Renten für ihre Mütter oder die Mutter der Kassiererin beteiligt sind, weil sie nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen. Auch Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze bleiben zu Unrecht verschont.

Die geplante falsche und sozial ungerechte Finanzierung der „Mütterrente“ aus Beitragsmitteln wird dazu führen, dass die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung rasch abschmelzen wird und darum deutliche Beitrags erhöhungen notwendig werden. Dies wird den Spielraum für andere, systemgerecht aus Beiträgen zu finanzierende Leistungsverbesserungen wie die Anhebung des Rentenniveaus, die Rücknahme der Rente erst ab 67 und die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten massiv einschränken. Diese Reformen sind jedoch dringend notwendig, um die massenhaft drohende Altersarmut zu verhindern und die gesetzliche Rente wieder Lebensstandard sichernd zu machen.

Die Gleichstellung und Gleichbewertung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rente muss deshalb unbedingt aus Steuermitteln finanziert werden. Diese sind durch eine sozial gerechte Steuerreform aufzubringen, die die hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne deutlich stärker als heute belastet, die niedrigen und mittleren Einkommen entlastet und durch die staatliche Mehreinnahmen von bis zu 180 Mrd. Euro jährlich generiert werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem

1. die für vor 1992 geborene Kinder geleistete Erziehungsarbeit in der gesetzlichen Rente in gleicher Weise anerkannt wird, wie für nach 1992 geborene Kinder, d. h. mit drei Entgeltpunkten pro Kind, sowohl für den Rentenzugang wie für den Rentenbestand. Damit die Bestandsrenten nicht neu berechnet werden müssen, wird für diese die Leistung automatisch und ohne Antrag mit einem Zuschlag entsprechend erhöht;
2. die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kindererziehungszeiten und andere pauschal bewertete Versicherungszeiten bereits zum 1. Juli 2014 - und damit vor Abschluss einer rasch vorzunehmenden stufenweisen Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert – mit dem aktuellen Rentenwert, der im Westen des Landes gilt, bewertet werden;
3. eine vollständige Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung aus Steuermitteln des Bundes fest geschrieben wird.

Berlin, den 11. März 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Antrag

der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, Diana Golze, Roland Claus, Nicole Gohlke, Dr. Rosemarie Hein, Sigrid Hupach, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Harald Petzold, Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Katrin Werner, Birgit Wöllert, Jörn Wunderlich, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Rentenniveau anheben, Leistungen verbessern und die wesentlichen Ursachen für sinkende Renten und Altersarmut bekämpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 29. Januar 2014 verabschiedete die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz). Der Gesetzentwurf bringt eine Reihe von Verbesserungen, allerdings nur für bestimmte Zielgruppen von Versicherten. Die wesentlichen Ursachen sinkender Renten und steigender Altersarmut – das dramatisch sinkende Rentenniveau und das steigende Renteneintrittsalter für Alle – werden von der großen Koalition mit dem Rentenpaket jedoch nicht angegangen. Darin liegt das eigentliche Problem des Gesetzentwurfs der Bundesregierung.

Das Rentenniveau (Sicherungsniveau vor Steuern, § 154 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch - SGB VI) wird durch die Wirkung der von SPD und Grünen sowie Union und SPD seinerzeit in die Rentenanpassungsformel aufgenommenen Kürzungsfaktoren von 53 Prozent (2001) auf 43,7 Prozent (2030) und damit um rund ein Fünftel absinken. Eine Rente von 1 000 Euro wird dann nur noch 800 Euro wert sein. Eine durchschnittlich verdienende Person wird unter dieser Voraussetzung 35 Jahre arbeiten müssen, um auf eine Rente oberhalb des Bruttobedarfs der Grundsicherung im Alter zu kommen, statt zuvor 26 Jahre. Erwerbsminderungsrenten, die im Rentenzugang im Durchschnitt schon heute deutlich unter dem Grundsicherungsniveau liegen, werden weiter auf ihren Sinkflug in die Bedeutungslosigkeit als Lohnersatzleistung geschickt.

Die dramatische Absenkung des Rentenniveaus wird dazu führen, dass Beschäftigte im unteren und mittleren Einkommensbereich nur noch sehr schwierig auf eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus kommen werden. Dadurch wird die Legitimation des Pflichtversicherungssystems insgesamt in Frage gestellt werden, denn dieser Betrag würde jeder und jedem über das bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungssystem auch ohne jegliche Beitragszahlung zustehen.

Die Rentenniveauabsenkung wird auch dazu führen, dass die armutsvermeidende Wirkung der im Entwurf des Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetzes vorgesehenen Maßnahmen konterkariert werden wird.

Die geplanten Leistungsverbesserungen tragen zudem absurderweise dazu bei, dass das Rentenniveau weiter sinken wird. Denn erhöhte Rentenleistungen schmälern über den so genannten „Nachhaltigkeitsfaktor“ zukünftige Rentenanpassungen. Im Jahr 2030 würde das Sicherungsniveau vor Steuern deshalb mit 43,7 Prozent um 0,7 Prozent niedriger liegen, als bisher angenommen. Die Leistungsverbesserungen für bestimmte Zielgruppen schmälern so die Renten aller Versicherten. Das darf nicht das Ergebnis einer Politik sein, die die Verbesserung von Leistungen zum Ziel hat.

So wird zum Beispiel die geplante Verlängerung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente um zwei Jahre durch die Senkung des Rentenniveaus langfristig mehr als zunichte gemacht (vgl. Steffen, Johannes: Verlängerung der Zurechnungszeit um zwei Jahre. Abschlüsse und Rentenniveausenkung bleiben unangetastet, Portal Sozialpolitik, Dezember 2013).

Die geplante Erhöhung der Erwerbsminderungsrente ist schon jetzt viel zu gering, um den durchschnittlichen Zahlbetrag über die Grundsicherungsschwelle anzuheben. Die Zurechnungszeit muss daher um ein weiteres Jahr – insgesamt drei Jahre – verlängert werden. Vor allem müssen aber auch die hohen Abschlüsse beseitigt werden. Sie sind eine Hauptursache niedriger Erwerbsminderungsrenten. Über 96 Prozent aller neuen Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner sind davon betroffen und zwar meist mit dem Höchstsatz von 10,8 Prozent. Nur eine zusätzliche Abschaffung der Abschlüsse, wie von Gewerkschaften und Sozialverbänden gefordert, würde den Betroffenen spürbar helfen.

Die vorübergehende Ausweitung der Altersrente für besonders langjährig Versicherte („Rente ab 63“), durch die jahrzehntelange Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege in der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine besondere Altersgrenze anerkannt werden sollen, springt in mehrfacher Hinsicht deutlich zu kurz. Zum einen schließt sie Langzeiterwerbslose aus. Denn nur Zeiten der kurzfristigen Erwerbslosigkeit sollen anerkannt, Zeiten des Hartz-IV-Bezugs und der Arbeitslosenhilfe sollen außen vor bleiben. Insbesondere Versicherte aus von Strukturbrüchen betroffenen Regionen, wie Ostdeutschland nach 1989 oder dem Ruhrgebiet, die häufig langzeitarbeitslos waren, würden dadurch erneut benachteiligt.

Zum anderen wird die Rente ab 63 im Zuge der Anhebung der Regelaltersgrenze schrittweise auf 65 Jahre angehoben. Sie gilt als solche nur für zwei Jahrgänge. Ab dem Jahrgang 1953 wird aus ihr eine Rente ab 63 plus zwei Monate usw. und schließlich die bereits heute bestehende Rente für besonders langjährig Versicherte, die nach 45 Jahren Wartezeit einen abschlagsfreien Rentenzugang ab 65 Jahren gewährt. Außerdem wird nur etwa ein Drittel der Rentenzugänge die Bedingungen für die modifizierte Rente für besonders langjährig Versicherte erfüllen, bei den Frauen nur knapp 14 Prozent. Von denen, die weiter arbeiten müssen, um eine abschlagsfreie Rente zu erreichen, werden Viele dies nicht schaffen. Denn nach aktuellen Zahlen sind mit 64 Jahren nur 14 bis 15 Prozent noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die anderen Beschäftigten arbeiten prekär, sind erwerbslos oder mussten bereits mit Abschlüssen ausscheiden.

Ihnen droht auch weiterhin dieses Schicksal – bei im Zuge der Altersgrenzenanhebung auf bis zu 14,4 Prozent steigenden Abschlüssen. Die Rente erst ab 67 ist und bleibt damit für die Mehrheit der Beschäftigten ein reines Rentenkürzungsprogramm. Sie muss daher zusammen mit allen mit ihr verbundenen Anhebungen von Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung

und anderen Altersvorsorgesystemen ohne Wenn und Aber zurückgenommen werden und nicht nur für bestimmte Gruppen abgemildert werden. Alle müssen wieder spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Altersrente gehen dürfen, Menschen mit anerkannten Schwerbehinderungen weiterhin ab 63 Jahren etc.

Mit dem Entwurf eines Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetzes soll die Erziehung vor 1992 geborener Kinder, die bisher mit einem Entgeltpunkt in der Rente anerkannt wurde, künftig mit zwei Entgeltpunkten honoriert werden (die so genannte „Mütterrente“). Damit wird zwar eine Besserstellung, aber keine Gleichstellung der Kindererziehungszeiten vor und nach 1992 vollzogen. Gleichzeitig werden Zeiten in Ost und West unterschiedlich bewertet. Für die Ungleichbehandlungen gibt es aber keine sachlichen Gründe. Allein fiskalische Erwägungen spielen hier eine Rolle. Dem Staat müssen Kinder aber auf dem Rentenkonto von Mutter oder Vater gleich viel Wert sein, egal, ob es 1960 oder 2010, in Dresden oder in Köln geboren wurde. Auch die unterschiedliche Bewertung der Entgeltpunkte für Kindererziehung nach Ost und West muss deshalb überwunden werden. Gleiche Kindererziehungszeiten unabhängig vom Geburtsdatum und vom Geburtsort, sachgerecht finanziert aus Steuermitteln: Das muss das politische Ziel sein.

Die von der großen Koalition vorgesehene Finanzierung der „Mütterrente“ aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Rentenversicherung ist aus mehreren Gründen strikt abzulehnen: Erstens ist es sozial ungerecht, wenn für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur die Beitragszahlenden aufkommen müssen. Dies führt beispielsweise dazu, dass die Supermarkt-Kassiererin die bessere Rente der Mutter eines Bundestagsabgeordneten oder einer Beamtin mit bezahlen muss, diese aber nicht an der Finanzierung besserer Renten für ihre Mütter oder die Mutter der Kassiererin beteiligt sind, weil sie bis dato nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssen. Auch Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze bleiben verschont. Zweitens ist dies auch nicht systemgerecht. So hat etwa der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Herbert Rische, darauf hingewiesen (Interview im RBB-Inforadio am 1. Februar 2014), dass die 1986 eingeführten Kindererziehungszeiten immer als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen worden seien, die die Steuerzahlenden beziehungsweise der Finanzminister zu finanzieren habe, was auch heute noch gelte. Der Steuerzuschuss, mit dem sich der Bund ab 2019 an der Finanzierung der „Mütterrente“ beteiligen soll, stellt – wie ebenfalls die Deutsche Rentenversicherung in dankenswerter Offenheit formuliert – „allenfalls einen symbolischen Beitrag dar“ (Stellungnahme der Deutschen Rentenversicherung vom 17. Januar 2014 zum Referentenentwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung vom 15. Januar 2014, anlässlich der Besprechung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 20. Januar 2014, S. 5) und ist in keiner Weise geeignet, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung einzulösen.

Die geplante falsche und sozial ungerechte Finanzierung der „Mütterrente“ aus Beitragsmitteln wird dazu führen, dass die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung rasch abschmelzen wird und in der Folge dann deutliche Beitragserhöhungen notwendig werden. Dies wird den Spielraum für andere, systemgerecht aus Beiträgen zu finanzierende Leistungsverbesserungen wie die Anhebung des Rentenniveaus, die Rücknahme der Rente erst ab 67, die Abschaffung der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten und die konsequente Ausrichtung des Reha-Budgets am tatsächlichen Bedarf massiv einschränken. Diese Reformen sind jedoch dringend notwendig, um die massenhaft drohende Altersarmut zu verhindern und den Lebensstandard im Alter wieder zu sichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen modifizierten Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung vorzulegen, der folgende Maßnahmen umsetzt:

1. Wiederanhebung des Rentenniveaus:

Das Rentenniveau (Sicherungsniveau vor Steuern) wird von derzeit knapp 48 Prozent wieder auf mindestens 53 Prozent angehoben und dort dauerhaft stabilisiert.

2. Rücknahme der Rente erst ab 67 und Schaffung flexibler Übergänge:

Die mit dem Altersgrenzenanpassungsgesetz von 2008 vorgenommene Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre sowie anderer Altersgrenzen wird rückgängig gemacht und es werden Möglichkeiten für flexible Übergänge vor 65 Jahren geschaffen. Dabei wird dem Grundsatz gefolgt, dass alle Versicherten wieder ab 65 abschlagsfrei in eine Altersrente gehen können; die, die lange gearbeitet haben und die, die nicht mehr können, deutlich früher. Dazu sollen Versicherten mit 40 Beitragsjahren (inkl. gleich gestellter Zeiten) ab Vollendung des 60. Lebensjahres ein abschlagsfreier Zugang zu einer Altersrente gewährt, neue Möglichkeiten der geförderten Altersteilzeit geschaffen und der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten deutlich erleichtert werden.

3. Gleichstellung der Kindererziehungszeiten:

- a) Die für vor 1992 geborene Kinder geleistete Erziehungsarbeit wird in der gesetzlichen Rente in gleicher Weise anerkannt, wie für nach 1992 geborene Kinder, d. h. mit drei Entgeltpunkten pro Kind sowohl für den Rentenzugang wie für den Rentenbestand. Damit die Bestandsrenten nicht neu berechnet werden müssen, wird für diese die Leistung automatisch und ohne Antrag mit einem Zuschlag entsprechend erhöht.
- b) Die rechtlichen Voraussetzungen werden geschaffen, dass Kindererziehungszeiten und andere pauschal bewertete Versicherungszeiten bereits zum 1. Juli 2014 - und damit vor Abschluss einer rasch vorzunehmenden stufenweisen Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert – mit dem aktuellen Rentenwert, der im Westen des Landes gilt, bewertet werden.
- c) In der gesetzlichen Rentenversicherung wird eine vollständige Finanzierung der Kindererziehungszeiten aus Steuermitteln des Bundes festgeschrieben.

4. Weitergehende Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten:

Die im Entwurf eines Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetzes vorgesehene Erhöhung der Zurechnungszeit um zwei Jahre wird um ein weiteres Jahr verlängert, so dass sie zu dem Zeitpunkt endet, zu dem nach der derzeit geltenden Rechtslage in der Regel frühestens eine Altersrente in Anspruch genommen werden kann. Die ungerechten und nicht sachgerechten Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten werden abgeschafft.

5. Ausrichtung des Reha-Budgets am tatsächlichen Bedarf:

Die Deckelung der Reha-Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wird umgehend aufgehoben und die Leistungen zur Teilhabe am tatsächlichen Bedarf der Betroffenen ausrichtet.

Berlin, den 11. März 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die vorgeschlagenen zusätzlichen Maßnahmen sind notwendig, um auch in Zukunft noch sichere und gute Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten. Dies ist für die Zukunft von Millionen Menschen, insbesondere auch den jüngeren unter ihnen, elementar. Denn sie können sich nicht darauf verlassen, dass Vorsorgespargen in der privaten oder betrieblichen Alterssicherung die Lücken stopfen können, die die Regierungen von SPD, Grünen, Union und FDP seit 2001 in die gesetzliche Rentenversicherung gerissen haben. Sie sind auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung angewiesen, die ihren Lebensstandard sichern und Altersarmut strukturell verhindern kann. Deshalb muss das Leistungsniveau wieder in den Mittelpunkt der Rentenpolitik gerückt und angehoben werden.

Ebenso müssen die Altersgrenzen in der gesetzlichen Rentenversicherung so gesetzt werden, dass die Versicherten sie realistisch erreichen können und dadurch nicht in Prekarität oder Altersarmut gedrängt werden. Das Regelalter muss dazu wieder auf 65 Jahre herabgesetzt und flexible Übergänge davor müssen geschaffen werden. Dem unbestritten stattfindenden demografischen Wandel muss statt mit der Anhebung der Altersgrenzen mit einer anderen Verteilungs- und Beschäftigungspolitik begegnet werden, die mehr Geld in die Rentenkasse und mehr bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene Beschäftigtengruppen in Erwerbsarbeit bringt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten sind notwendig, um wieder einen umfassenden und armutsfesten Schutz gegen das Risiko der Erwerbsminderung zu etablieren, die Ausrichtung des Reha-Budgets am tatsächlichen Bedarf, um den steigenden Rehabilitationsbedarfen in einer alternden Gesellschaft gerecht zu werden. Mit der Anerkennung von drei Entgeltpunkten pro Kind – gleich in Ost und West – wird die gebotene gleiche Anerkennung der Erziehungsarbeit von Frauen und Männern in der gesetzlichen Rente, unabhängig davon, wann und wo sie ihre Kinder erzogen haben, verwirklicht.

Diese Maßnahmen und notwendigen grundlegenden Korrekturen falscher Weichenstellungen sind auch ohne weiteres finanzierbar, wenn der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung in den kommenden Jahren moderat angehoben wird und die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf diese Weise wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung und des Erwerbsminderungsschutzes beteiligt werden. Für die Beschäftigten ist ein steigender Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung eine geringere finanzielle Belastung, als wenn sie den Löchern in der gesetzlichen Rente privat oder betrieblich hinterhersparen müssen. Gleichzeitig können sie sich guter und sicherer Renten wieder gewiss sein. Die Kosten der angestrebten Kurskorrektur können außerdem dadurch solidarisch finanziert werden, dass alle Berufsgruppen – also auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete, Freiberuflerinnen und Freiberufler und Selbständige – in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, die Beitragsbemessungsgrenze zunächst deutlich angehoben und dann abgeschafft wird und die darüber liegenden Rentenansprüche abgeflacht werden.

Zur Finanzierung verbesserter Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rente müssen in vollem Umfang Steuermittel eingesetzt werden. Diese sind durch eine sozial gerechte Steuerreform aufzubringen, die die

hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinne deutlich stärker als heute belastet, die niedrigen und mittleren Einkommen entlastet und durch die staatlichen Mehreinnahmen von bis zu 180 Mrd. Euro jährlich generiert werden können. Bundeszuschüsse von bis zu einem Drittel der Rentenausgaben würden die Finanzierung dieser Leistungsverbesserungen absichern.

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 18/909, 18/1489 —**

Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)

**Bericht der Abgeordneten Ekin Deligöz, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land),
Ewald Schurer und Dr. Gesine Löttsch**

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, jahrzehntelange Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege übergangsweise durch eine besondere Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung anzuerkennen.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales beschlossenen Änderungen auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Ausweitung der anrechenbaren Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um zwölf Monate gilt ab dem 1. Juli 2014 für Rentenzugänge und Rentenbestand. Die Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung fallen daher mit Einführung der Leistungsverbesserung unmittelbar an und entwickeln sich dann langsam rückläufig. Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, sowie die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente gelten für Rentenzugänge ab dem 1. Juli 2014. Die gesamten Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung nehmen daher im Zeitverlauf zu, da sich immer mehr Rentenzugänge mit diesen Leistungsverbesserungen im Rentenbestand befinden. Die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bei der Bemessung des Rehabilitationsbudgets ab dem 1. Januar 2014 führt entsprechend der zunächst zunehmenden, längerfristig aber wieder abnehmenden Anzahl der Versicherten in rehabilitationsintensiven Altersklassen zu entsprechenden Veränderungen bei den für Rehabilitationsleistungen bereitgestellten Mitteln.

Mehrausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung (in Milliarden Euro einschließlich Krankenversicherung der Rentner, heutige Werte)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2025	2030
Kindererziehungszeiten	3,3	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5	6,1
Bes. langj. Versicherte	0,9	1,9	2,2	2,0	1,9	1,8	1,8	2,1	3,1
Erwerbsminderungsrente	0,1	0,2	0,3	0,4	0,5	0,7	0,8	1,4	2,1
Rehabilitationsbudget	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	-0,3
Rentenpaket insgesamt	4,4	9,0	9,3	9,3	9,3	9,3	9,4	10,0	11,0

Die Regelung für besonders langjährig Versicherte, abschlagsfrei in Rente zu gehen, zieht in der gesetzlichen Rentenversicherung darüber hinaus Beitragsausfälle nach sich, die im Jahr 2030 rund 0,6 Mrd. Euro betragen (heutige Werte).

An der langfristigen Bewältigung der demografischen Entwicklung und der Finanzierung der nicht beitragsgedeckten Leistungen einschließlich der Leistungen für Kindererziehung beteiligt sich auch der Bund ab dem Kalenderjahr 2019 mit zusätzlichen Mitteln, die bis zum Jahr 2022 stufenweise auf rund 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Damit ist gewährleistet, dass die gesetzlichen Beitragssatzobergrenzen und das Mindestsicherungsniveau eingehalten werden und auch weiterhin eine ausgewogene Verteilung der finanziellen Folgen der demografischen Entwicklung sichergestellt ist.

Der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 wurde unter Berücksichtigung der Finanzwirkungen des Entwurfs des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes aufgestellt.

Erfüllungsaufwand
Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht zusätzlicher Erfüllungsaufwand von rund 100 000 Stunden.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Der Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand, insbesondere werden keine neuen Informationspflichten eingeführt.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch die Regelungen dieses Gesetzes entsteht den Trägern der Deutschen Rentenversicherung ein zusätzlicher Erfüllungsaufwand von jährlich rund 650 000 Euro.

Der zusätzliche Aufwand durch Programmierarbeiten zur Umsetzung der neuen Regelungen sowie einmaligen Umstellungsaufwand beläuft sich auf insgesamt 11,5 Mio. Euro.

Die Kosten für den Programmieraufwand werden durch Stellen sowie Personal- und Sachmittel, die in den Haushaltsplänen der Bundes- und Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung ausgewiesen sind, abgedeckt.

Weitere Kosten

Die Maßnahmen haben Auswirkungen auf die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung. Ein höherer Beitragssatz führt zu höheren Beiträgen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um jeweils knapp 0,5 Mrd. Euro jährlich je Zehntel Prozentpunkt (heutige Werte). Durch die Maßnahmen wird das verfügbare Einkommen der Rentnerhaushalte erhöht. Den möglichen preiserhöhenden Wirkungen höherer Arbeitskosten und einer höheren Konsumnachfrage der Rentnerhaushalte steht eine mögliche preisdämpfende Wirkung einer geringeren Konsumnachfrage seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegenüber. Nennenswerte Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind somit nicht zu erwarten.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 21. Mai 2014

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Löttsch
Vorsitzende und
Berichterstatterin

Ekin Deligöz
Berichterstatterin

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Berichterstatter

Ewald Schurer
Berichterstatter

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

37. Sitzung

Berlin, Freitag, den 23. Mai 2014

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 19:

		kende Renten und Altersarmut bekämpfen	
a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)		Drucksachen 18/765, 18/767, 18/1489 ...	3179 B
Drucksachen 18/909, 18/1489	3179 A	Andrea Nahles, Bundesministerin BMAS	3179 D
– Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung		Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)	3180 D
Drucksache 18/1490	3179 B	Karl Schiewerling (CDU/CSU)	3182 D
b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes		Matthias W. Birkwald (DIE LINKE)	3183 D
Drucksachen 18/9, 18/1489	3179 B	Karl Schiewerling (CDU/CSU)	3184 B
c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales		Markus Kurth (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3184 D
– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Vollständige Gleichstellung und gerechte Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der Rente umsetzen – Mütterrente verbessern		Dr. Carola Reimann (SPD)	3186 C
– zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Rentenniveau anheben, Leistungen verbessern und die wesentlichen Ursachen für sin-		Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	3187 C
		Michael Gerdes (SPD)	3188 D
		Stephan Stracke (CDU/CSU)	3189 C
		Dr. Martin Rosemann (SPD)	3190 B
		Markus Kurth (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3191 B
		Dr. Hans-Joachim Schabedoth (SPD)	3191 D
		Dr. Martin Rosemann (SPD)	3192 A
		Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU)	3192 B
		Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3193 A
		Dr. Peter Tauber (CDU/CSU)	3193 C
		Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3194 C
		Dr. Peter Tauber (CDU/CSU)	3194 D
		Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU)	3195 A

Namentliche Abstimmungen	3195 D, 3196 A, 3196 B, 3203 D
Ergebnisse	3196 C, 3198 B, 3201 A, 3205 D

Tagesordnungspunkt 20:

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen**

Drucksache 18/1449	3204 C
Wolfgang Tiefensee (SPD)	3204 D
Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE)	3208 A
Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU)	3209 A
Peter Meiwald (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3210 C
Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3211 C
Johann Saathoff (SPD)	3213 C
Caren Lay (DIE LINKE)	3215 A
Wolfgang Tiefensee (SPD)	3215 D
Thomas Bareiß (CDU/CSU)	3216 D
Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3217 D
Florian Post (SPD)	3219 B
Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU)	3220 C
Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3220 D

Tagesordnungspunkt 21:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Halina Wawzyniak, Jan Korte, Ulla Jelpke, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz) und zur Einführung eines Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid (Bundesabstimmungsgesetz) und zur Änderung weiterer Gesetze**

Drucksache 18/825	3222 B
Halina Wawzyniak (DIE LINKE)	3222 C
Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU)	3224 A
Ralph Lenkert (DIE LINKE)	3225 A
Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3226 D
Dr. Lars Castellucci (SPD)	3228 B

Michael Frieser (CDU/CSU)	3230 A
Halina Wawzyniak (DIE LINKE)	3231 C
Matthias Schmidt (Berlin) (SPD)	3232 A

Tagesordnungspunkt 22:

Antrag der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Qualität in der frühkindlichen Bildung fördern**

Drucksache 18/1459	3233 B
Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	3233 B
Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU)	3234 C
Diana Golze (DIE LINKE)	3236 B
Sönke Rix (SPD)	3237 B
Christina Schwarzer (CDU/CSU)	3238 D
Svenja Stadler (SPD)	3240 A
Paul Lehrieder (CDU/CSU)	3241 A
Nächste Sitzung	3242 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten	3243 A
---------------------------------------	--------

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Frank Junge, Thomas Jurk, Daniela Kolbe, Steffen-Claudio Lemme, Jeannine Pflugradt, Dr. Simone Raatz und Susann Rührich (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Roland Claus, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE zum Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3243 D
---	--------

Anlage 3

Erklärungen nach § 31 GO zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3244 A
Veronika Bellmann (CDU/CSU)	3244 A

<i>Norbert Brackmann (CDU/CSU)</i>	3245 A
<i>Klaus Brähmig (CDU/CSU)</i>	3245 B
<i>Thomas Dörflinger (CDU/CSU)</i>	3245 D
<i>Dr. Thomas Gebhart (CDU/CSU)</i>	3246 B
<i>Helmut Heiderich (CDU/CSU)</i>	3246 D
<i>Mark Helfrich (CDU/CSU)</i>	3246 D
<i>Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU)</i>	3247 B
<i>Philipp Graf Lerchenfeld (CDU/CSU)</i>	3247 D
<i>Andrea Lindholz (CDU/CSU)</i>	3248 A
<i>Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU)</i>	3248 C
<i>Jan Metzler (CDU/CSU)</i>	3248 D
<i>Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU)</i>	3249 A
<i>Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU)</i>	3249 B
<i>Dr. Philipp Murmann (CDU/CSU)</i>	3249 C
<i>Dr. Andreas Nick (CDU/CSU)</i>	3249 D
<i>Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU)</i>	3250 C
<i>Kerstin Radomski (CDU/CSU)</i>	3251 B
<i>Josef Rief (CDU/CSU)</i>	3251 C
<i>Tankred Schipanski (CDU/CSU)</i>	3251 D
<i>Christel Voßbeck-Kayser (CDU/CSU)</i>	3252 A
<i>Kai Whittaker (CDU/CSU)</i>	3252 B

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Maik Beermann, Philipp Mißfelder, Florian Oßner, Jana Schimke, Jens Spahn, Nina Warken und Emmi Zeulner (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3252 C
--	--------

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Steffen Bilger, Steffen Kanitz, Jana Schimke,	
---	--

Jens Spahn und Dr. Wolfgang Stefinger (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3253 B
--	--------

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Mark Hauptmann, Dr. Heribert Hirte, Carsten Körber, Marian Wendt und Klaus-Peter Willsch (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3253 D
--	--------

Anlage 7

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Katrin Albsteiger, Dr. Stefan Heck und Johannes Steiniger (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3254 B
--	--------

Anlage 8

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke und Monika Lazar (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)	3254 D
---	--------

Anlage 9

Amtliche Mitteilungen	3255 D
-----------------------------	--------

(A)

(C)

37. Sitzung

Berlin, Freitag, den 23. Mai 2014

Beginn: 10.45 Uhr

Vizepräsident Peter Hintze:

Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 a bis 19 c auf:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz)**

Drucksache 18/909

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

Drucksache 18/1489

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 18/1490

- b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes**

Drucksache 18/9

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

Drucksache 18/148

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Vollständige Gleichstellung und gerechte Finanzierung der Kindererziehungszeiten

in der Rente umsetzen – Mütterrente verbessern

- zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Rentenniveau anheben, Leistungen verbessern und die wesentlichen Ursachen für sinkende Renten und Altersarmut bekämpfen

Drucksachen 18/765, 18/767, 18/1489

Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Des Weiteren liegen ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD sowie je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über die drei Änderungsanträge sowie über den Gesetzentwurf der Bundesregierung werden wir später namentlich abstimmen. Insgesamt werden wir vier namentliche Abstimmungen durchführen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Bundesministerin Andrea Nahles.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten 15 Jahren haben wir in diesem Haus weitreichende Reformen beschlossen, Reformen, die Deutschland und Europa stabilisiert haben. Diese Reformen haben auch den Wohlstand in Deutschland gesichert. Durch eine kluge Politik wurden neue Spielräume eröffnet. Zu diesen Reformen haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einen enormen Beitrag geleistet. Wir haben ihnen auch einiges abverlangt. Für viele war das nicht einfach. Mit dem heute vorliegenden Renten-

(B)

(D)

Bundesministerin Andrea Nahles

- (A) paket können wir nun die Arbeit und die Lebensleistung unserer Bürgerinnen und Bürger würdigen. Wir können ein deutliches Signal setzen, dass vom Wohlstand in diesem Land auch diejenigen profitieren, die ihn mit geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das ist der Kern des Rentenpaketes, das heute hier vorliegt.

Nicht nur harte Arbeit und die Reformfähigkeit unseres Landes haben dazu beigetragen, dass wir heute Vorreiter in Europa sind. Es liegt auch und nicht zuletzt am Zusammenhalt in unserem Land, an unserer Bereitschaft, füreinander einzustehen, an einer starken Sozialpartnerschaft. Es liegt, mit anderen Worten, an gelebter Solidarität: Solidarität zwischen Jungen und Alten, zwischen Reichen und Armen, Starken und Schwachen. Dass unsere Sozialsysteme stabil sind, ist aber kein Selbstläufer. Sie müssen immer wieder erneuert und angepasst werden. Genau da setzt das Rentenpaket an. Die Menschen nehmen es im Übrigen auch so wahr. Eine überwiegende Mehrheit in unserem Land sagt: Dieses Rentenpaket ist gerecht und notwendig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Dass Leistung und Solidarität in der richtigen Balance sind, haben wir uns in den letzten Monaten zusammen erarbeitet. Mein Dank geht deshalb zuallererst an die Regierungsfractionen. Gemeinsam haben wir gute Lösungen zur Verhinderung missbräuchlicher Frühverrentungen gefunden und auch flexiblere Übergänge in die Rente ermöglicht. Das hat die Sache rund gemacht. Der konstruktive Einsatz der beiden Fraktionsvorsitzenden hat im Schlussspurt viel zum Gelingen beigetragen. Deswegen möchte ich Ihnen, lieber Volker Kauder, und auch dir, lieber Thomas Oppermann, meinen persönlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Genauso wichtig wie die genannten beiden Punkte ist mir, dass wir uns darüber verständigen konnten, kurze Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der Rente ab 63 anzuerkennen. Das ist nur fair, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Menschen und Medien in unserem Land behaupten gern, die großen Parteien seien nicht mehr unterscheidbar. Die Debatte der letzten Monate und das Ringen um das Rentenpaket haben gezeigt, dass es Unterschiede gibt. Aber Union und SPD haben auch gezeigt, dass wir in der Lage sind, mit der notwendigen Ernsthaftigkeit, mit solidem politischem Handwerk

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wow!)

und mit dem Blick fürs Ganze zu guten Ergebnissen zu kommen. Unser gemeinsames Ziel ist es, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Unser gemeinsa-

- mes Ziel ist es, dass Leistung sich lohnt und anerkannt wird. Unser gemeinsames Ziel ist es, gelebte Solidarität als Grundprinzip unserer Gesellschaft zu stärken. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Deshalb ist das, was wir heute vorlegen, ein gutes Ergebnis für den Zusammenhalt und die Stabilität in Deutschland.

Mit der Stärkung des Prinzips „Reha vor Rente“ sorgen wir dafür, dass Menschen erst gar nicht in die Erwerbsminderung kommen. Mit der Verbesserung der Erwerbsminderungsrente sorgen wir für Solidarität mit denen, die wirklich nicht mehr können. Mit der Mütterrente erkennen wir die großartige Leistung von Millionen Müttern und auch Vätern an. Das ist nicht geschenkt. Mit der abschlagsfreien Rente mit 63 geben wir denen Anerkennung, die früh angefangen und 45 Jahre lang ihren Beitrag geleistet haben. Das ist verdient.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zu guter Letzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir die Möglichkeit, dass die, die länger arbeiten wollen, das auch können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (D) Wir passen die Rente den veränderten Lebensbedingungen der Menschen in unserem Land an. Die Arbeitswelt hat sich verändert. Die Biografien haben sich verändert. Die Lebenswege sind nicht mehr so vorgezeichnet, nicht mehr so planbar wie in der Vergangenheit. So kann eben beides sein: Wer 45 Jahre hart gearbeitet hat, soll früher ohne Abschlüsse gehen; wer noch fit ist und weitermachen möchte, soll länger arbeiten dürfen. Das ist eben: Rente flexibler machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir passen die Rente den veränderten Lebensbiografien an, und wir haben damit gerade erst begonnen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung. Ich bitte Sie auch noch aus einem anderen Grund um Zustimmung. Mit diesem Rentenpaket lösen wir ein, was wir den Menschen versprochen haben. Mit diesem Rentenpaket halten wir Wort. Auch das ist ein wichtiges und gutes Signal für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort Matthias W. Birkwald, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundesministerin Nahles, mit Ihrem Rentenpaket haben Sie durchaus etwas geschafft:

Matthias W. Birkwald

- (A) Erstens. Millionen Mütter, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, werden sich am 1. Juli freuen, dass die Erziehung ihrer Kinder in der Rente besser anerkannt wird,

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Ja!)

vor allem im Westen, etwas weniger im Osten.

Zweitens. Der im Juli 1951 geborene Industriemechaniker und die im Dezember 1952 geborene Verkäuferin, die beide 45 Jahre Beiträge in die Rentenkasse gezahlt haben, werden sich freuen, in diesem bzw. im kommenden Jahr an ihrem 63. Geburtstag ohne Abschlüsse in Rente gehen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens – Frau Nahles, Sie können übrigens zuhören; ich lobe Sie – wird sich die Altenpflegerin mit dem völlig kaputten Rücken, die am 1. Juli in Erwerbsminderungsrente gehen muss, über durchschnittlich 36 Euro mehr Erwerbsminderungsrente freuen.

Ja, manches wird besser.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Das ist gut, und das erkennt die Linke ausdrücklich an.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber vieles bleibt so schlecht, wie es ist. Das Rentenniveau sinkt für alle. Daran ändern Sie nichts.

(Thomas Oppermann [SPD]: Doch!)

- (B) Das heißt, der Lebensstandard der Rentnerinnen und Rentner sinkt immer weiter.

(Thomas Oppermann [SPD]: Nein! Es gibt Wachstum!)

Sie halten am Zwang zur privaten Altersvorsorge fest, und Sie halten an der unsäglichen Rente erst ab 67 fest. Das, Frau Nahles, ist unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, der 28-jährige Programmierer Jens Patzke aus Köln sagt zu diesen Sündenfällen, also der Rentenkürzung und der Rente erst ab 67, klipp und klar: Ich würde gerne zwei, drei Prozent mehr Rentenbeitrag zahlen, damit wir alle mehr Rente bekommen und früher in Rente gehen können.

Das ist nachzulesen in der aktuellen *metallzeitung*.

Jens Patzke sagt zur Rente ab 63 bzw. 65: Es wäre gerechter, wenn die Rente ab 63 für alle gelten würde. – Recht hat er. Die Altersgrenze soll nicht auf 65 ansteigen – auch für die Jungen nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Er erkennt in dem Interview auch die Lebensleistung seiner älteren Kolleginnen und Kollegen neidlos an, im Gegensatz zu den vielen Gegnern der Rente ab 63 in der CDU/CSU und auch im Gegensatz zu vielen Grünen. Die Grünen lehnen nämlich das Rentenpaket ab, weil es ihnen viel zu weit geht. Wir Linken enthalten uns bei der

- Abstimmung über das Rentenpaket, weil es uns nicht (C) weit genug geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir Linken werden uns enthalten, weil das Rentenpaket viel zu gut ist, um es abzulehnen, und weil es viel zu schlecht ist, um zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, vor vier Tagen sind Sie bei Ihrem sogenannten Rentenkompromiss wieder einmal vor dem CDU-Wirtschaftsflügel des Herrn von Stetten eingeknickt. Okay, Sie wollen, dass Ältere auch nach Erreichen ihrer Regelaltersgrenze in ihrem Job weiterarbeiten können. Das ist gut und schön. Ich freue mich über jede 65-jährige Buchhalterin, die in einem guten Betrieb zu einem guten Gehalt arbeitet, sich fit fühlt und sich dann mit ihrem Chef darauf einigt, weiterzumachen. Aber auf dem Bau werden Sie da wohl niemanden finden. Gerade einmal 11,7 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer dieser Branche sind 55 Jahre oder älter. Genau diese Menschen brauchen die Unterstützung der Politik:

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

ältere Beschäftigte, denen das Unternehmen über Jahre hinweg jede Weiterbildung verweigert hat oder die krank sind, sich aber trotzdem Tag für Tag zur Arbeit schleppen, oder die mit dem Tempo und den neuen Methoden des Juniorchefs nicht mehr mitkommen. Vor allem für diese Menschen muss etwas getan werden. (D)

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu findet sich kein Wort in Ihrem Kompromiss. Oder habe ich da etwas überlesen? Gründen Sie etwa eine Kommission gegen die absolut unakzeptablen Arbeitsbedingungen von älteren Bauarbeitern und älteren Krankenschwestern? Nein, das tun Sie natürlich nicht. Diese Menschen bekommen keine Reha und nur eine mickrige Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, weil wegen der Mütterrente, die Sie fälschlicherweise aus Beiträgen finanzieren, kein Geld mehr in der Rentenkasse ist. Das ist die soziale Schieflage Ihres Rentenpakets, und das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Koalition, das Rentenpaket hat noch mehr Gerechtigkeitslücken. Sie rechnen Hartz-IV-Zeiten nicht auf die 45 Beitragsjahre für die Rente ab 63 an. Wer einmal vier Jahre arbeitslos war, hat genauso viel oder wenig in seinem Arbeitsleben geleistet wie jemand, der viermal ein Jahr arbeitslos war. Die eine bekommt die Rente ab 63 bzw. 65, der andere nicht. Das ist ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber es kommt noch dicker. Am Montag haben Sie Ihren rollierenden Stichtag verabredet. Zwei Jahre vor

Matthias W. Birkwald

- (A) der Rente ab 63 darf man in Ihrer Welt nicht mehr arbeitslos werden; denn diese werden dann nicht mehr auf die 45 Jahre Wartezeit angerechnet.

(Dr. Carola Reimann [SPD]: Das stimmt ja auch nicht!)

Das ist nicht nur ungerecht, sondern einfach auch eine Sauerei!

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, dazu ein Beispiel. Sie kommen ja aus dem schönen Rheinland-Pfalz. Sie wissen: Der Nähmaschinenhersteller Pfaff stand vergangenes Jahr vor der dritten Insolvenz. Die konnte zum Glück verhindert werden – nicht von der Politik. Nein, die Firma konnte gerettet werden, weil 40 von 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern freiwillig und solidarisch in eine Beschäftigungsgesellschaft gewechselt sind. Ein Pfaff-Mitarbeiter ist an seinem 60. Geburtstag in diese Gesellschaft gewechselt, um damit die Kündigung eines Jüngeren zu verhindern. Das hat auch geklappt.

Dank der Zeit in der Beschäftigungsgesellschaft und anschließend zwei Jahren Arbeitslosigkeit konnte er sich auf die Rente ab 63 ohne Abschlüge freuen – bis vergangenen Montag. Da kam Ihr rollierendes Monster aus Angst vor der Frühverrentung – für Ihren Koalitionsfrieden. Die zwei Jahre Arbeitslosigkeit vor dem 63. Geburtstag zählen plötzlich nicht mehr zu den 45 Versicherungsjahren. Das heißt, dieser Kollege wird von Ihnen allen dafür bestraft, dass er den Arbeitsplatz eines jüngeren Kollegen gerettet hat. So schafft der CDU-Wirtschaftsflügel Generationenkonflikte. Ist das, was ich geschildert habe, etwa die Form von Frühverrentung, die Sie unbedingt verhindern wollen? Nein, das ist solidarisch. Darum fordert die Linke: Stampfen Sie diesen rollierenden Stichtag ein!

(Beifall bei der LINKEN)

Und schließlich: Schließen Sie von den vielen Gerechtigkeitslücken Ihres Rentenpaketes wenigstens die folgenden drei:

Erstens. Finanzieren Sie die Mütterrente aus Steuergeldern. Das ist gerecht,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und das schafft finanzielle Spielräume für höhere Renten für alle. Ich will es hier noch einmal deutlich sagen: Alle Gewerkschaften, alle Arbeitgeber, alle Sozialverbände, die Linke, die Grünen und vor allen Dingen alle sachverständigen Professoren in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales haben Ihnen gesagt, dass die Mütterrente aus Steuergeldern finanziert werden muss. Bei dieser Breite: Hören Sie doch einmal auf den Rat der Sachverständigen! Machen Sie es einfach! Kindererziehung geht alle an.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- Zweitens. Hören Sie auf den Appell der Fraueninitiative der Volkssolidarität „Gleiche Mütterrente in Ost und West“,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und sorgen Sie dafür, dass die vielen Mütter und die wenigen Väter für ihr Kind 86 Euro auf dem Rentenkonto gutgeschrieben bekommen – egal, ob es 1970 in Dresden oder 1998 in Düsseldorf geboren wurde.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Schaffen Sie die willkürlichen Kürzungen von 10,8 Prozent bei den Erwerbsminderungsrenten endlich ab, und verlängern Sie die Zurechnungszeit um drei Jahre! Das brächte durchschnittlich 130 Euro mehr im Monat, und es hülfe vielen kranken Rentnerinnen und Rentnern aus der Sozialhilfe heraus.

Meine Damen und Herren, unsere Vorschläge zu all dem liegen auf dem Tisch. Stimmen Sie ihnen zu – im Interesse der Menschen!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort Karl Schiewerling, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Gerechtigkeit für Millionen Mütter, Anerkennung von Lebensleistung, bessere soziale Absicherung bei Erwerbsminderung, Hilfestellungen, die berufliche Tätigkeit nach Krankheit wieder fortsetzen zu können, neue Perspektiven beim Übergang aus dem Arbeitsleben in die Ruhephase: Das ist Inhalt des gemeinsam verhandelten Rentenpaketes. Es ist ein gutes Rentenpaket. Wir helfen vielen Menschen. Deswegen wird die CDU/CSU-Fraktion dem auch zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Insbesondere die Verbesserung der Rente und der Rentenansprüche für Millionen von Frauen, die vor 1992 Kinder geboren und erzogen haben, ist ein Herzensanliegen vieler Frauenverbände wie der Frauen-Union, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands und dem Deutschen LandFrauenverband. Sie haben dieses in die Union hineingetragen, das wurde von uns aufgegriffen, und wir setzen es jetzt um. Meine Damen und Herren, das ist ein gutes Zeichen, das wir hier für diese betroffenen Frauen setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum tun wir das? Wir tun das, weil es um Generationengerechtigkeit geht. Unserer Generation ginge es heute nicht so gut, hätten diese Frauen nicht Kinder geboren und erzogen – und zwar zu Rahmenbedingungen,

Karl Schiewerling

- (A) die nicht mit den heutigen zu vergleichen sind. Sie haben sie so erzogen, dass lebensstüchtige Menschen herausgekommen sind, die in der Lage sind, unseren Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Wer Familienpolitik und Sozialpolitik, wer Erziehung und Rente voneinander trennt, hat nicht begriffen, dass es wirtschaftliche, inhaltliche und gesellschaftliche Zusammenhänge gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deswegen ist das, was wir hier tun, ein wichtiges Zeichen für Gerechtigkeit.

Die Rente mit 67 bis 2029 bleibt unser Ziel. Wir werden es erreichen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist ja das Problem!)

Wir werden dann auch zu den alten Regelungen wieder zurückkehren, wozu auch die Renteneintrittsmöglichkeit für besonders langjährig Versicherte 65-Jährige, also mit 45 Beitragsjahren und mehr, gehört. Wir ändern das jetzt im Rahmen einer vereinbarten befristeten Regelung. Es wird nun die Rente mit 63 geben, und das Eintrittsalter wird in den nächsten 15 Jahren sukzessive ansteigen. Ich sage Ihnen: Das Ziel der Union ist und bleibt, dass wir 2029 wieder zu den alten Regelungen – das heißt auch: ohne Zeiten der Arbeitslosigkeit – zurückkehren. Aber jetzt bleibt es so, wie wir es vereinbart haben. Wir werden sehen, wie sich die Dinge entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Meine Damen und Herren, wir bekommen mit diesem Gesetz aber auch flexiblere Übergänge von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand. Wir wollen eine längere Lebensarbeitszeit. Derjenige, der länger arbeiten will, soll das auch können. Durch die Initiative unseres Kollegen Carsten Linnemann hat die Union diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und damit deutlich gemacht, dass wir für flexiblere Übergänge aus dem Erwerbsleben sind. Den Einstieg bekommen wir mit diesem Gesetz. Wir werden es in der zweiten Jahreshälfte gemeinsam mit dem Koalitionspartner, der dies aktiv unterstützt und es genauso sieht, gestalten und nach vorne bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dr. Carola Reimann [SPD])

Wir nehmen dabei zwei Lebenssituationen in den Blick, nämlich die Zeit vor dem Eintrittsalter für die Regelaltersrente und die Zeit danach. Wir wollen jetzt zunächst einmal, dass diejenigen, die länger arbeiten wollen und bei denen das Renteneintrittsalter naht, die Möglichkeit dazu erhalten, den Beendigungszeitpunkt für ihr Arbeitsverhältnis hinauszuschieben. Das bedarf einiger rechtlicher Regelungen. Das erfolgt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, über den wir heute entscheiden. Und auch denjenigen, die schon Rentner sind, denen aber einfällt, sie könnten wieder erwerbstätig werden, wollen wir diesen Weg ermöglichen. Schließlich wollen wir denjenigen, die noch nicht das Renteneintrittsalter erreicht haben, aber einen fließenderen Übergang in die Rente brauchen – aus welchen Gründen auch immer –, dies ermöglichen.

- (C) Dazu werden wir überlegen, wie man die Anreize, die das Rentensystem heute schon setzt, nämlich dass jemand, der die Rente erst später in Anspruch nimmt, eine deutlich höhere Rente bekommt – das ist heute schon geregelt: 6 Prozent mehr –, verbessert, und auch entsprechende weitere Anreize setzen. So kann man überlegen, ob man die Teilrente, die es heute schon gibt, flexibilisiert. Aber über all diese Fragen werden wir miteinander sprechen.

Lassen Sie mich ein letztes Wort zur Frage der Finanzierung sagen: Die Finanzierung dieses Rentenpakets ist verantwortlich gestaltet. Wir werden das Rentenniveau nicht absenken.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, natürlich! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wie bitte? Steht doch im Gesetz drin! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das entspricht nicht der Wahrheit, Herr Schiewerling, was Sie sagen!)

Wir werden in den nächsten Jahren erleben, dass der Rentenversicherungsbeitrag nicht steigt. Wir werden erleben, dass wir trotz dieses umfänglichen Rentenpaketes einen ausgeglichenen Bundeshaushalt erreichen. Wir werden die Steuern nicht erhöhen und dennoch den Menschen soziale Leistungen zukommen lassen.

Auf Dauer gesehen wird der Staat, egal wie sich die Regierung zusammensetzt, kein Interesse daran haben, dass der Rentenversicherungsbeitrag durch die Decke schießt und dass das Rentenniveau ins Bodenlose fällt.

- (Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Schiewerling, bis 2017 doch nur!)

(D) Das, was im Gesetz steht, ist keine Pflichtaufgabe, sondern das, was kommen wird, wenn nichts passiert. Bis wir so weit sind, wird noch einiges geschehen. Dafür werden wir in der Union sorgen.

Ich bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu diesem Rentenpaket.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Birkwald.

Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):

Herr Kollege Schiewerling, Sie haben gerade behauptet, das Rentenniveau würde nicht absinken.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Wahrheitswidrig!)

Diese Aussage ist wahrheitswidrig. Sie ist komplett falsch.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Rentenniveau betrug im vorigen Jahr 48,7 Prozent, beträgt in diesem Jahr 47,8 Prozent und wird ausweislich des Gesetzes, das wir hier heute in abschließen-

Matthias W. Birkwald

- (A) der Lesung diskutieren, im Jahr 2030 auf 43,7 Prozent absinken. Durch dieses Gesetz wird es stärker sinken, als es ohne dieses Gesetz gesunken wäre; dann wäre es nämlich auf nur – in Anführungsstrichen – 44,4 Prozent gesunken. Was sagen Sie zu dem Widerspruch zwischen dem, was in dem Gesetz steht, das wir heute verabschieden, und dem, was Sie eben gesagt haben? Das ist meine Frage.

Außerdem möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem Hohen Hause und der Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, was das Rentenniveau ist; das ist vielen Menschen nämlich gar nicht bewusst. Der aktuelle Begriff des Rentenniveaus lautet korrekt „Sicherungsniveau vor Steuern“ und ist wie folgt definiert – jetzt bitte gut aufpassen –:

Verfügbare Standardrente (nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag, aber vor etwaigen Steuern auf Rente) im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttolohn nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und der Beiträge zur geförderten freiwilligen Zusatzvorsorge, aber vor Abzug der Lohnsteuer.

Das ist das Rentenniveau, und das, Herr Schiewerling, sinkt, egal, welche schönen Worte Sie hier machen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsident Peter Hintze:**
Kollege Schiewerling zur Antwort.

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Kollege Birkwald, ich finde es immer etwas befremdlich, wenn Sie Ihre Zwischenbemerkungen zu Grundsatzvorlesungen zum Rentenrecht nutzen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Ja, dabei kann man etwas lernen! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

Das ist typisch. Vielleicht sollten Sie das anderweitig machen.

(Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]: Frage beantworten!)

Ich glaube schon, dass die Menschen wissen, was ein Rentenniveau ist.

Das bedarf nicht der Erläuterung durch die Linke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das glaube ich schon! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sache! – Weitere Zurufe von der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Beruhigen Sie sich doch mal!

Jetzt sage ich Ihnen etwas zur Situation. Ja, Sie haben recht: Das steht im Gesetzentwurf, ist aber mit der Jahreszahl 2030 versehen.

- (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Habe ich gesagt!) (C)

Die Bundesregierung war sogar verpflichtet, dies reinzuschreiben, weil sie von der jetzigen Istsituation ausgehen muss. Das heißt nicht, dass es bis zum Jahre 2030 tatsächlich so eintritt, dass der Staat nicht eingreifen darf und dass es nicht zu positiven Auswirkungen aufgrund einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung kommt. Was ist denn, wenn das wirtschaftliche Niveau weiter steigt, und was ist denn, wenn es sinkt und der Staat stärker eingreift? Dann kann es sein, dass das Rentenniveau bis 2030 nicht so sinkt.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Der Kollege beschließt, so etwas nicht zu machen! Toll!)

Ich sage Ihnen voraus: Ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine Bundesregierung geben wird, die im Jahre 2030 allen Ernstes ein Rentenniveau von 43,8 Prozent haben will. Bis zum Jahre 2030 gehen noch viele Jahre ins Land.

Etwas Weiteres sage ich Ihnen: Selten sind Prognosen für die Rentenversicherung mit 20 oder 30 Jahren Vorlauf Wirklichkeit geworden. Wenn es nach den Prognosen für die heutige Situation ginge, müsste der Rentenversicherungsbeitrag nicht bei 18,9 Prozent bzw., wenn wir ihn abgesenkt hätten, bei 18,3 Prozent liegen, sondern er hätte nach den Planungen bei 19,4 Prozent liegen müssen; das war eine der früheren Voraussagen. Mittlerweile hat sich die Situation völlig geändert. Das, was im Gesetz steht, ist das, was die Bundesregierung reinschreiben musste, weil sie nicht vorhersagen kann, wie eine Bundesregierung im Jahr 2021 reagieren will und wird. Dabei bleibe ich. (D)

Meine Kernaussage lautet deswegen – da habe ich nichts zurückzunehmen –: Die CDU/CSU wird alles daransetzen, dass der Rentenversicherungsbeitrag in den nächsten 20 Jahren nicht durch die Decke schießt und dass das Rentenniveau nicht ins Bodenlose fällt. – Das ist meine Kernaussage; daran fühlen wir uns gebunden. Sie werden es erleben. Denn wir haben in der Vergangenheit so gehandelt, und wir werden es auch in Zukunft tun. Das ist meine Kernaussage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das klingt schon ganz anders! – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Das ist eine ganz andere Aussage als vorhin!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Markus Kurth, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! An die Entscheidungen des heutigen Tages werden in den nächsten Jahren, Jahrzehnten noch viele Bürgerinnen und Bürger denken, beginnend spätestens im Jahr 2018, wenn wegen des Rentenpakets die Rücklagen der Rentenversicherung aufgebraucht sind und 10 Milliarden Euro jährlich finanziert sein wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Markus Kurth

- (A) Die Abgeordneten der nächsten Wahlperioden werden sich vielleicht daran erinnern, dass diejenigen, die heute das sogenannte Rentenpaket beschließen, eben nicht an die kommenden Jahrzehnte gedacht haben.

Wenn in den 20er-Jahren dieses Jahrhunderts die Altersarmut rapide zunimmt, werden sich die Menschen fragen, wie es denn passieren konnte, dass die früheren Überschüsse der Rentenkasse nicht für eine armutsfeste Garantierente zurückgelegt wurden, wie das damals die Grünen vorgeschlagen haben,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil schon 2014 absehbar war, dass das Risiko der Altersarmut steigt.

Und in den 30er-Jahren dieses Jahrhunderts werden sich die dann politisch Verantwortlichen die Haare raufen, wieso denn eigentlich in der letzten demografischen Schönwetterphase dieses Jahrhunderts, als die Generation der Babyboomer noch erwerbstätig war, die damalige Große Koalition keine Vorsorge getroffen hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Geschichtswissenschaftler des Jahres 2034 werden dann nachvollziehen, dass damals im Jahr 2014 die beiden größten Fraktionen im Deutschen Bundestag einen Pakt schmiedeten, um kurzfristige Interessenpolitik für ihre Stammwähler zu betreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Die Historiker werden erforschen, welche Engstirnigkeit, Selbstbezogenheit und verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung dazu geführt haben, dass der Blick auf das Gesamtsystem der Rente bei der letzten Kanzlerschaft Angela Merkels verloren gegangen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Erklärungen können dann aber nicht mehr die fatalen, falschen Weichenstellungen jenes verhängnisvollen 23. Mai 2014 zurücknehmen.

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Sie kleiden Ihr Rentenpaket in das Gewand der Gerechtigkeit. Tatsächlich schaffen Sie aber zahllose neue Ungerechtigkeiten. Wie absurd!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein Beispiel: Eine 56-jährige Krankenschwester, die in den nächsten Jahren wegen körperlichen Verschleißes mit vollen rentenmindernden Abschlägen in die Erwerbsminderungsrente gehen muss, hat nichts von der abschlagsfreien Rente mit 63, sie muss diese aber erst mit höheren Rentenbeiträgen, ein zweites Mal mit ihren Steuern und ein drittes Mal mit einem niedrigeren Rentenniveau bezahlen. Denn das Rentenpaket belastet nicht nur die Beitragszahler; es wirkt sich über die komplizierte Formel zur Berechnung der Rentenhöhe natürlich auch auf die heutigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner aus.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: So ist das, Herr Schiewerling!)

- (C) Deren Rente wird nach Zahlen der Deutschen Rentenversicherung um 1,6 Prozent niedriger ausfallen. Herr Schiewerling, Ihr Geeier, Ihre Argumentation, Ihr Hoffnungslauf eben – sie drücken die Daumen, das wird schon nicht so schlimm bis zum Jahr 2030 – können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN –
Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja! Da
hat der Kollege Kurth völlig recht!)

Was ist daran eigentlich gerecht? Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie und auch Sie, Frau Nahles, brüsten sich damit, Sie täten jetzt etwas für diejenigen, die etwas geleistet hätten. Hat denn die Krankenschwester aus meinem Beispiel nichts geleistet? Haben etwa diejenigen, die 40 Beitragsjahre auf dem Buckel haben und unverschuldet mehrere Jahre langzeitarbeitslos waren, nichts geleistet?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wie mag sich in deren Ohren das Gerede von der belohnten Leistung anhören? Es ist nachgerade zynisch, wie Sie mit wackeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umgehen, die alles gegeben haben, aber aus nicht selbstverschuldeten Gründen die Hürde für die Rente mit 63 nicht schaffen.

Aber diese Ungerechtigkeiten alleine sind es nicht, die mich verstören. Sie versuchen ja auch, den Eindruck zu erwecken, Sie würden die Rente mit 67 zurücknehmen – daran leiden Sie ja immer noch –, aber das ist nicht so. Auch wenn die konservativen Medien sagen: Oh, Agenda 2010, das wird zurückgedreht, Rückkehr in die Zeit von vor 20 Jahren. –

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Schön
wär's!)

All das stimmt gar nicht! Die Rente mit 67 bleibt erhalten, und auch die Absenkungen des Rentenniveaus werden natürlich über die bereits erfolgten hinausgehen.

Was Sie machen, ist eine selektive Begünstigung von 15 Jahrgängen, die eine relativ lückenlose Erwerbsbiografie haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle anderen lassen Sie im Regen stehen und mit den zum Teil durchaus problematischen Resultaten der letzten Rentenreformen allein. Sie setzen sich nicht grundsätzlich mit der Anhebung des Renteneintrittsalters auseinander. Wir Grüne wollen flexible Renteneintritte für die, die es brauchen, aber keine falschen Anreize für die, die noch arbeiten können und wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor ich hier nur auf die Sozialdemokraten einhaue, verliere ich lieber auch noch ein paar Worte zur Mütterrente; denn das ist ja finanziell insgesamt der größte Posten. Dazu sage ich: Ja, Sie verringern mit der Stichtagsregelung eine vorhandene Gerechtigkeitslücke. Zwei Fragen müssen Sie sich aber stellen. Erstens: Ist das der-

Markus Kurth

- (A) zeit wirklich unser größtes sozialpolitisches Problem? Ist das die richtige Prioritätensetzung? Und zweitens: Wird das vernünftig finanziert?

Zu der ersten Frage muss ich sagen: Wenn ich mir die Zukunft anschau, sehe ich, dass Altersarmut in den nächsten Jahrzehnten das größte Problem sein wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ursache dafür sind gebrochene Erwerbsbiografien und ein zum Teil niedrigeres Lohnniveau. Hier ist nach der Prioritätensetzung zu fragen. Ich setze meine Mittel, die nun einmal auch in der Politik begrenzt sind, doch dort ein, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Wenn in einem Haus mit zwei Zimmern in dem einen Zimmer tapeziert werden müsste und es in das andere Zimmer reinregnet, dann fange ich doch bei begrenzten Mitteln nicht an zu tapezieren, sondern stopfe erst einmal die größten Löcher.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Thomas Lutze [DIE LINKE])

Jetzt zur Finanzierung: Sie finanzieren die Mütterrente nicht über Steuern – Kollege Birkwald hat das schon gesagt –, obwohl wirklich ausnahmslos alle Sachverständigen in der Anhörung das gefordert haben. Sie stellen sich aber hier hin und sagen: Wir erhöhen die Steuern nicht, und wir nehmen keine neuen Schulden auf. – Zugleich lassen Sie das aber die kleinen Leute über ihre Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Das, was Sie da machen, ist im Grunde genommen Wahlbetrug.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Mir fehlt jetzt die Zeit, um auf Ihre Änderungsanträge, die im Wesentlichen nichts ändern, einzugehen. Es gab das große Gegackere des Wirtschaftsgeflügels der Union.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: „Wirtschaftsgeflügel“ ist gut!)

Deswegen mussten Sie noch ein bisschen nachbessern. Die brauchten auch noch einen Skalp, den sie mit nach Hause nehmen können. Aber weder der rollierende Stichtag noch andere freiwillige Beitragsregelungen ändern grundsätzlich etwas an dem gesamten Paket. Insofern kann man sagen: Ihr Ablenkungsmanöver ist noch nicht einmal aufgegangen. Der Wirtschaftsrat der CDU sagt: Es handelt sich bei der Flexirente um ein „notdürftiges Feigenblatt“. Die Nachverhandlungen konnten also noch nicht einmal die Funktion, die Sie ihnen zugedacht haben, erfüllen. Sie haben nur Verschlimmbesserungen erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

Ich komme zu dem Fazit, dass heute im Grunde genommen ein schlechter Tag für Deutschland und auch ein schlechter Tag für Europa ist. Sie tun genau das, was Sie den südeuropäischen Staaten vorwerfen: Klientel-

geschenke auf Pump. Damit gefährden Sie die langfristigen Aussichten und die Nachhaltigkeit im Rentensystem. Das ist wirklich beschämend.

Ich würde mir wünschen, Sie würden dieses Paket so nicht beschließen.

(Christine Lambrecht [SPD]: Das würde aber Millionen Menschen enttäuschen!)

Und ich sage noch einmal: Wir alle werden in den nächsten Jahren noch häufig an diesen Tag und diese Entscheidung zurückdenken.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ich denke, Grün ist die Farbe der Hoffnung! Davon habe ich jetzt nichts gemerkt!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächster Rednerin erteile ich das Wort Kollegin Dr. Carola Reimann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Carola Reimann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag für viele Menschen in unserem Land,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

für Millionen von Menschen in unserem Land, die in ihrem Leben viel geleistet haben. Mit der heutigen Lesung schließen wir die Beratungen zum Leistungsverbesserungsgesetz erfolgreich ab, und das ist gut; denn die Menschen warten auf diese Verbesserungen. Wir können heute sagen: Wir halten Wort. Das Rentenpaket wird Gesetz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Genau so ein guter Tag wie Hartz IV für die Arbeitslosen!)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben wie immer im parlamentarischen Verfahren noch Ergänzungen vorgenommen. Uns ist es gelungen, mögliche Frühverrentungen auszuschließen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass unverschuldete Arbeitslosigkeit nicht bestraft wird. Wir haben Ergänzungen für freiwillig Versicherte vorgenommen und den Einstieg in flexible Übergänge in die Rente erleichtert, und das ohne die Absenkung bisher vereinbarter Arbeitsbedingungen.

(Beifall der Abg. Kerstin Griesse [SPD])

Das ist mir besonders wichtig. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen Flexibilität für Arbeitnehmer und nicht zulasten von Arbeitnehmern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

(D)

Dr. Carola Reimann

- (A) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich höre schon die ersten Kritiker und Kommentatoren: Rente mit 63 auf der einen Seite und arbeiten nach der Regelaltersgrenze auf der anderen Seite, das sei doch widersprüchlich; die Große Koalition wisse nicht, was sie wolle. Ich kann Sie da beruhigen: Wir wissen sehr genau, was wir wollen. Wir wollen, dass sich unsere Rentengesetzgebung an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientiert. Und diese sind bekanntlich vielfältig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der eine oder die eine ist froh, wenn sie mit über 70 noch arbeiten kann, weil sie ihre Arbeit liebt, weil sie dort ihre sozialen Kontakte hat und weil sie dazu führt, dass sie sich gebraucht fühlt. Aber es gibt eben auch den anderen Lebensentwurf, diejenigen, die froh sind, wenn sie nicht mehr arbeiten müssen, weil sie genug geschuftet haben, die froh sind, wenn sie einmal Zeit für Familie, Kinder, Ehrenamt und Hobby haben. Es gibt natürlich auch diejenigen, die arbeiten wollen, aber schlicht und einfach nicht mehr arbeiten können. Deshalb müssen wir unterschiedliche individuelle Ausstiegsmöglichkeiten anbieten. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehört die Rente mit 63 genauso dazu wie Modelle für die sogenannten Silver Workers, die freiwillig länger arbeiten. Das ist kein Widerspruch, sondern Politik, die sich an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientiert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe mich in den letzten Wochen das eine oder andere Mal über die Aufregungen gewundert. Wir schaffen für langjährig Versicherte die Möglichkeit, abschlagsfrei in Rente zu gehen. Wir drehen hier kein Rad zurück. Uns geht es um mehr Gerechtigkeit, mehr Anerkennung der Lebensleistung und darum, mehrere Optionen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Niemand glaubt ja ernsthaft, Kollege Kurth, dass Menschen, die gerne länger arbeiten möchten, wegen der Rente mit 63 nun früher in Rente gehen.

(Christine Lambrecht [SPD]: Genau!)

Wir als Gesetzgeber wollen den Menschen doch nichts vorschreiben. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Menschen den für sie passenden Übergang in die Rente wählen können.

Unsere Aufgabe in den kommenden Wochen und Monaten wird sein, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern dafür zu sorgen, dass diese Übergänge in die Rente künftig noch besser an die Lebenswirklichkeit angepasst werden. Zwei Punkte sind mir dabei sehr wichtig. Ich will, dass alle, wenn sie denn wollen, möglichst lange gesund-aktiv im Berufsleben stehen können. Das darf kein Privileg gut ausgebildeter Akademiker sein. Ich will, dass auch am Ende des Arbeitslebens ordentliche Arbeitsverhältnisse herrschen. Ein Zweiklassenarbeitsrecht darf und wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Rentenpaket ist ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung unseres Rentensystems. Es schließt Gerechtigkeitslücken und stärkt das Vertrauen in unsere gesetzliche Rentenversicherung. Mit unseren Vorschlägen zu flexiblen Übergängen in den Ruhestand und zur Solidarrente werden wir in den kommenden Monaten weiter daran arbeiten, dieses Vertrauen zu stärken.

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Peter Weiß, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzierung des Rentenpakets ist hier kritisiert worden. Ich darf erinnern: Letztes Jahr war Bundestagswahl. Bündnis 90/Die Grünen hatten ein Wahlprogramm vorgelegt, das verschiedenste rentenpolitische Vorhaben enthielt.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut!)

Die Gesamtkosten hätten im Jahr 2030 15 bis 20 Milliarden Euro betragen. Das ist beinahe das Doppelte dessen, was jetzt die Große Koalition macht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles mit Steuern gegenfinanziert! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegenfinanziert!)

Wer solche Versprechungen macht, eignet sich nicht, heute hier im Parlament oder in der Öffentlichkeit der Gralhüter der Rentenfinanzen zu sein, im Gegenteil.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben alles gegenfinanziert! Das wissen Sie ja! Dafür sind wir ja verkloppt worden!)

Wir legen ein insgesamt solide finanziertes Rentenpaket vor. Wir beschließen bereits heute, dass wir in der nächsten Legislaturperiode 2 Milliarden Euro Steuergelder zusätzlich drauflegen, um die Rente nachhaltig zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das reicht aber nicht! Das wissen Sie doch!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es war im Jahr 1986 ein geradezu revolutionärer Akt, dass der Deutsche Bundestag endlich zum ersten Mal Kindererziehungszeiten rentensteigernd im Rentenrecht anerkannt hat. Denn unser Rentensystem ist vor allem auf eines angewiesen, darauf, dass es Kinder und Enkelkinder gibt, die eines

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) Tages mit dazu beitragen, dass unser Rentensystem finanziert ist und den Älteren eine Rente ausbezahlt wird.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Kinder zahlen keine Beiträge!)

Deshalb ist die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente das allererste Gebot von Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn wir heute für die Mütter von vor 1992 geborenen Kindern die Mütterrente verdoppeln, dann ist das keine Beschädigung des Rentensystems, wie manche behaupten. Nein, es macht das Rentensystem stärker, als es je war. Es sichert die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems. Die Mütterrente ist richtig für die Zukunft unserer Rente.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dem Rentenpaket kehren wir auch nicht auf dem Weg um, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftig länger arbeiten sollen und die Regelaltersgrenze auf 67 angehoben wird. Aber die Menschen sollen auch bitte bis 67 gesund bleiben. Deshalb ist die Erhöhung der Rehal Leistungen der Rentenversicherung, die wir heute beschließen, substanzieller Bestandteil einer klugen Politik, die das Arbeiten bis 67 erst möglich macht.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Warum heben Sie den Rehadeckel dann nicht ganz auf?)

- (B) Wir eröffnen zudem die Möglichkeit, dass auch über die Regelaltersgrenze hinaus weitergearbeitet wird. Wir wollen im deutschen Rentenrecht individuelle Antworten – die Kollegin Reimann hat es gesagt – und nicht ein einseitiges Fallbeil, wann mit dem Arbeiten Schluss ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn man vorübergehend nach 45 Beitragsjahren – das ist eine lange Zeit – abschlagsfrei mit 63 in Rente gehen kann, bleibt es dabei: Wir werden auch diese Grenze Schritt für Schritt, in Zwei-Monats-Schritten, erhöhen. Übrigens: Wer länger als bis 63 arbeitet, bekommt auch mehr Rente. Deswegen: Wer mehr Rente haben möchte, der muss länger arbeiten. Dabei bleibt es auch in Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wer wirklich nicht mehr kann, dauerhaft erkrankt ist oder einen Unfall hat, für den ist wichtig, dass er weiß: Ich habe die Möglichkeit, Erwerbsminderungsrente zu beantragen, und ich kann davon auch leben. – Deswegen sind die Verbesserungen bei der Berechnung der Höhe der Erwerbsminderungsrente, die wir heute beschließen, eine wichtige Voraussetzung dafür, dass auch für künftige Generationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern klar ist: Diese Rentenversicherung bietet mir nicht nur Sicherheit im Alter, sondern sie gibt mir auch Sicherheit, falls mir in meinem Arbeitsleben ein Unfall passiert und ich frühzeitig ausscheiden muss. – Heute wird die Rentenversicherung für alle Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer in Deutschland ein Stück sozialer und zuverlässiger. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Das war an sich schon ein ganz schöner Schlussgedanke. Ihre Redezeit ist nämlich vorbei.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Jawohl, Herr Präsident. – Zum Schluss: Mancher Zeitungskommentar erweckt den Eindruck, als ob das, was wir heute beschließen, etwas völlig Neues sei. Nein, im letzten Jahr sind wir mit klaren Aussagen zur Rente in unserem Wahlprogramm in den Wahlkampf gegangen. Heute setzen wir das um und tun, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten: Wir halten Wort.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Michael Gerdes, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Gerdes (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Tag wird die Rente ein Stück weit gerechter. Wir beschließen Verbesserungen für langjährig Versicherte, für Mütter und Väter und für Arbeitnehmer, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur eingeschränkt arbeiten können. Das ist gut und richtig. Wir zollen damit Arbeits- und Lebensleistungen Respekt. Und: Wir passen das System der Arbeitswirklichkeit von heute an. Wer im Laufe seines Lebens kurzfristig ohne Arbeit war, wird nicht auch noch im Alter dafür bestraft. Die Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren ist nun da. (D)

Die Kritiker sagen uns, das Rentensystem müsse noch viel gerechter werden. Ja, gerechter zwischen den Generationen, gerechter zwischen Ost und West, gerechter finanziert. Wie auch immer wir Gerechtigkeit definieren: Es ist falsch, einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Rentensystem ist keine Wundertüte, aus der sich jeder das Beste nehmen kann.

Wichtig ist, finde ich, eine gewisse Balance. Die Älteren müssen von ihrer verdienten Rente leben können. Für die Mittelalten und Jüngeren müssen die Beiträge allerdings bezahlbar bleiben. Klar ist auch, dass uns die Rente weiterhin beschäftigen wird; der demografische Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt bringen das mit sich. Wir wollen ein Rentensystem, das zukunfts-

Michael Gerdes

- (A) fähig ist. Deshalb werden wir über individuelle Renteneintritte reden müssen. Wer länger arbeiten will und kann, soll das auch ohne Einschränkung tun dürfen.

Bei der heutigen Reform hätte ich mir persönlich noch eine Schippe mehr im Bereich der Erwerbsminderungsrenten gewünscht. Dass die Verbesserungen dringend notwendig sind, war bei vielen Sachverständigen unstrittig. Dennoch: Die Mehrheit der Bezieher einer Erwerbsminderungsrente kommt aus Tätigkeiten mit geringem Einkommen. Damit ist klar, dass auch mit der späteren Altersrente keine großen Sprünge zu machen sind. Schließlich wirken sich niedrige Entgeltpunkte unmittelbar auf die Absicherung im Alter aus. Hier haben wir eine Lücke geschlossen, indem wir die Berechnung der Zurechnungszeiten verbessert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Erhöhung des Rehabudgets ist ein gelungener Anfang. Wir investieren in die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir erhöhen damit ihre Chance auf Teilhabe am Arbeitsleben.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf einen Änderungsantrag von Union und SPD eingehen, der auf den ersten Blick unscheinbar wirkt, den ich aber dennoch enorm wichtig finde. Mit der heutigen Abstimmung entscheiden wir auch über ein Verfahren, das die sogenannten Ehrenbeamten betrifft, sprich: ehrenamtliche Bürgermeister oder Ortsvorsteher. Wir verlängern die aktuelle Regelung, wonach die Aufwandsentschädigung keinen Einfluss auf den Hinzuverdienst bei Alters- und Erwerbsminderungsrenten hat. Damit stärken wir das politische Ehrenamt in den Kommunen, damit erhalten und stärken wir den Personenkreis derer, die sich für kommunale Belange engagieren. Ich meine, das ist gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Unterm Strich bin ich davon überzeugt, dass der gefundene Kompromiss rund um das Rentenpaket ein gutes Ergebnis ist. Soziale Härten werden verringert – so funktioniert ein Sozialstaat.

Andrea Nahles und ihr Haus haben Erstaunliches geleistet: Das Rentenpaket wurde schnell und professionell gepackt. Schon im Juli werden die Ersten von den Beschlüssen profitieren. Solch ein Tempo beim Regieren kann sich sehen lassen. Deshalb, meine Damen und Herren, ist heute ein guter Tag.

Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Stephan Stracke, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

(C)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Union und SPD haben sich mit dem Koalitionsvertrag auf eine Politik für hohe Beschäftigung und eine gerechte Sozialpolitik verständigt. Genau dies machen wir. Wir wissen: Nur dann, wenn die Wirtschaft gut läuft, wir einen hohen Beschäftigungsstand haben, haben wir auch den Spielraum für Leistungsverbesserungen. Diesen Spielraum haben wir uns in den letzten Jahren erwirtschaftet. Für uns stehen dabei zwei Prioritäten fest:

Erstens: keine neuen Schulden. Zum ersten Mal seit 1969, seit Franz Josef Strauß Bundesfinanzminister war, werden wir 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit; denn wir wollen unseren jungen Generationen Chancen vererben und nicht Schulden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und leere Rentenkassen!)

Zweitens. Wir investieren in die Zukunft unseres Landes; denn wir müssen heute die Grundlagen für morgen schaffen. Deshalb geben wir einen zweistelligen Milliardenbetrag aus, vor allem für Infrastruktur, Wissenschaft und Bildung. Diese Politik ist der Grund, warum Deutschland heute so gut dasteht und warum wir heute Spielraum für unser Rentenpaket haben.

Ich darf daran erinnern: Ende November 2005 brauchte die Rentenkasse noch eine Liquiditätshilfe des Bundes in Höhe von 900 Millionen Euro. Heute hat sie ein Finanzpolster von über 32 Milliarden Euro. In den vergangenen beiden Jahren konnten wir die Beitragszahler jährlich um 10 Milliarden Euro entlasten, indem wir den Beitragssatz entsprechend abgesenkt haben. Heute können wir auch für diese Legislaturperiode sagen: Der Beitragssatz bleibt stabil.

(D)

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Danach geht's rauf!)

All dies ist Ergebnis unserer unionsgeführten Politik. Das ist ein wirklich gutes Ergebnis für Deutschland und die Menschen in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Politik ist getragen vom Grundgedanken einer solidarischen Leistungsgesellschaft. Genau deshalb machen wir die Mütterrente. Sie ist verdienter Lohn für die Lebensleistung von über 9,5 Millionen Müttern in diesem Land. Das ist der Lohn für Erziehungsleistungen, die wir hier entsprechend honorieren. Sie verdienen für das, was sie ein Lebtage gemacht haben, unsere höchste Anerkennung. Die Mütterrente ist Ausdruck davon; deswegen machen wir sie.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ausdruck einer solidarischen Leistungsgesellschaft ist es auch, zu sagen: Wer 45 Jahre gearbeitet hat in die-

Stephan Stracke

- (A) sem Land, darf früher in Rente gehen. Deswegen haben wir die Rente mit 65 gemacht. Wir ziehen dies nun befristet um zwei Jahre vor – ich gebe zu: ein Gedanke, auf den wir nicht spontan selbst gekommen wären.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir werden hier auch Zeiten der Arbeitslosigkeit entsprechend berücksichtigen. Dabei ist es uns gelungen, eine Frühverrentungswelle zu verhindern, und zwar mit einer Stichtagslösung. Ich glaube, dass diese Stichtagslösung eine gute ist.

Wir berücksichtigen in Zukunft auch freiwillige Beiträge. Damit schließen wir auch eine Gerechtigkeitslücke, die entstanden ist durch die Anerkennung von Zeiten der Arbeitslosigkeit. Ansonsten würden Zeiten der Arbeitslosigkeit bessergestellt als freiwillige Beitragszahlungen. Deswegen haben wir uns darauf verständigt, dass freiwillige Beiträge auf die Wartezeit von 45 Jahren angerechnet werden. Das ist eine sehr gute Lösung für die Menschen in diesem Land: für Selbstständige, für Handwerker, aber natürlich auch für all die anderen, die Pflichtbeiträge und zusätzlich freiwillige Beiträge gezahlt haben. Mit dieser guten Lösung schließen wir eine Gerechtigkeitslücke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein Letztes möchte ich hier herausstellen: Der größten Schätze, die wir in dieser Bundesrepublik Deutschland haben, sind unser Vorsprung an Wissen und Können und unsere herausragend qualifizierten Arbeitskräfte. Diese Arbeitskräfte gilt es zu pflegen, egal ob sie jung oder alt sind. Deswegen sagen wir: Diejenigen, die fit sind und arbeiten wollen – auch über das für die Rente geltende Regeleintrittsalter hinaus –, sollen ab jetzt einfacher weiterarbeiten können. Deshalb werden wir hier die Möglichkeit einführen, dass solche Arbeitsverhältnisse – sogar mehrfach – verlängert werden können. Damit werden wir den Menschen mehr passgenaue Möglichkeiten an die Hand geben, ihr Arbeitsleben zu gestalten. Auch das bringt dieses Rentenpaket mit sich und ist Ausdruck einer guten Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Ergebnis halte ich fest: Dieses Rentenpaket trägt klar die Handschrift der Union. Es ist ein gutes Rentenpaket, und deswegen bitte ich um Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Dr. Martin Rosemann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Carola Reimann und Michael Gerdes haben es ja bereits gesagt: Heute ist

ein guter Tag für die Rentnerinnen und Rentner und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land; denn zum ersten Mal seit vielen Jahren beschließen wir heute Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. (C)

Diese Leistungsverbesserungen sind in das Gesamtkonzept „Gute Arbeit, Gute Rente“ der Großen Koalition eingebettet; denn wir wissen, dass auch der gesetzliche Mindestlohn und die Stärkung der Tarifparteien einen Beitrag zur Sicherung eines guten Rentenniveaus in Deutschland leisten und damit die Alterssicherung in unserem Land stärken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist ein guter Tag für die SPD; denn wir setzen heute sozialdemokratische Politik um, und wir halten, was wir versprochen haben.

(Beifall bei der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was denn jetzt: sozialdemokratisch oder christdemokratisch?)

Es ist ein guter Tag für die Große Koalition; denn sie zeigt ihre Handlungsfähigkeit: Sie verabschiedet ihr erstes großes Reformpaket und setzt vor allem um, was wir gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das gilt auch für die Berücksichtigung von Arbeitslosenzeiten bei der Anrechnung für die Rente mit 63 – und zwar ohne Verfallsdatum. Das ist ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn die Regierung eine so gute Politik macht, dann ist es natürlich nicht leicht für die Opposition.

(Beifall des Abg. Marcus Held [SPD])

Sie haben sich redlich bemüht und hier Beispiele aufgeführt, zum Beispiel die Krankenschwester, die mit 56 Jahren nicht mehr kann. Nicht dazugesagt haben Sie, dass genau diese Krankenschwester von den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente profitieren wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Linken fordern immer mehr, aber immerhin enthalten sie sich, weil sie erkannt haben, dass die Richtung stimmt.

Die Grünen haben hier die Strategie entwickelt, uns vorzuwerfen, dass wir nicht alles, was im Koalitionsvertrag steht, bereits in den ersten 100 Tagen umgesetzt haben. Ihnen kann ich sagen, dass die Rentenpolitik der Großen Koalition mit dem heutigen Tag nicht zu Ende sein wird. Ich nenne nur folgende Stichworte: solidarische Lebensleistungsrente zur Verhinderung von Altersarmut,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Na, da bin ich mal gespannt!)

Dr. Martin Rosemann

- (A) Verbesserungen bei den Betriebsrenten, Rentenangleichung in Ost und West.

Vizepräsident Peter Hintze:

Herr Kollege, Sie haben jetzt eine Reihe von Fragewünschen ausgelöst, und zwar bei einem Kollegen von den Grünen und einem Kollegen von der SPD. Mögen Sie die Fragen zulassen?

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Normalerweise beantworte ich gern Zwischenfragen. Ich habe aber nur noch sechs Sekunden Redezeit.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das wird doch nicht angerechnet!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Die Uhr würden wir dafür anhalten.

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Wie viele Zwischenfragen sind es denn?

(Heiterkeit – Jörn Wunderlich [DIE LINKE]:
Ummengen!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Ich habe jetzt erst einmal einen Kollegen von den Grünen und einen Kollegen von der SPD gesehen. Sie können entscheiden.

- (B) **Dr. Martin Rosemann (SPD):**

Jetzt haben Sie aber die Uhr in der Zeit, in der Sie mit mir diskutiert haben, nicht angehalten.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Mach doch weiter!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Nein, aber das kriegen wir schon geregelt.

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Also bitte.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Die Zeit für Ihre Antwort wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet, sodass Sie durch meine Frage eine Verlängerung Ihrer Redezeit bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Marcus Held [SPD]: Jetzt komm schon!)

Sie verweisen auf den Koalitionsvertrag. Hoho, der Koalitionsvertrag! Sie wollen uns erzählen, dass Sie das alles umsetzen? Darf ich Sie daran erinnern, dass zum Beispiel die solidarische Lebensleistungsrente ausdrücklich unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt worden ist? In Ihrem Koalitionsvertrag findet sich eine Liste mit Prioritäten ohne Finanzierungsvorbehalt. Schon jetzt haben Sie – ich erinnere nur an die ausgebliebene Entlastung für die Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro – einiges von dieser Prioritätenliste gestrichen.

(C) Wie plausibel sollen Ihre Zusagen sein, wenn Sie am Anfang noch nicht einmal Ihre prioritären Vorhaben finanzieren können? Wie glaubwürdig soll es denn sein, dass Sie etwas umsetzen wollen, was unter einem Finanzierungsvorbehalt steht? Das glaubt doch kein Mensch.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Dass Sie das nicht glauben, glaube ich Ihnen gern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Einer Regierung, die in den ersten 100 Tagen zwei große Reformpakete auf den Weg gebracht hat und damit Zusagen aus dem Koalitionsvertrag eins zu eins umsetzt, können Sie auch glauben, was sie schwarz auf weiß im Koalitionsvertrag gemeinsam verabredet hat, Herr Kurth.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie mich bei diesem Punkt bleiben. Die Rentenpolitik der Großen Koalition wird nach dem heutigen Tag nicht zu Ende sein. Ich will an dieser Stelle gerne das Stichwort „flexible Übergänge“ aufgreifen. Das Thema „flexible Übergänge“ hat nicht die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung erfunden. Wir als Sozialdemokraten haben hierzu Anträge zu einer Zeit gestellt, als noch Schwarz-Gelb regiert hat, als „Rentenreform“ für Sie ein Fremdwort war, etwas, was Sie damals nicht angegangen sind. (D)

Wir als Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, dass das Thema „flexible Übergänge“ überhaupt Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat. Es freut mich, dass sich unser Koalitionspartner und auch die CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung dieses Themas angenommen haben und es mit Nachdruck mit verfolgen. Deswegen freue ich mich auch auf die Diskussion, die wir darüber gemeinsam mit unserem Koalitionspartner unter Beteiligung der Tarifparteien führen werden. Dazu lade ich die Opposition herzlich ein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Es gab noch die Bitte einer Kurzintervention aus der SPD-Fraktion. – Bitte.

Dr. Hans-Joachim Schabedoth (SPD):

Mich interessiert die Stellungnahme und Bewertung des Kollegen Rosemann zu folgendem Sachverhalt: Er hat doch, wie wir alle mitbekommen haben, gesagt, dass nach demoskopischen Umfragen eine große Mehrheit junger und alter Menschen, unabhängig von jeder politischen Bindung – Grüne, Schwarze, Rote –, für den vorgezogenen Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren ist. Wie, Herr Kollege Rosemann, erklären Sie sich, dass gerade die Vertreter der Grünenfraktion und auch der Linken so

Dr. Hans-Joachim Schabedoth

- (A) tun, als würde sie das überhaupt nicht interessieren? Haben Sie dafür eine Erklärung?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ich habe dazu geredet, Herr Kollege! Sie hätten mal zuhören müssen! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt stellt man sich schon selber Fragen in der SPD!)

Vizepräsident Peter Hintze:

Herr Rosemann, möchten Sie antworten? – Bitte.

Dr. Martin Rosemann (SPD):

Vielen Dank. – Das gibt mir die Gelegenheit, noch einmal darauf hinzuweisen, dass die Zustimmung zum Rentenpaket in der Bevölkerung bei 80 Prozent liegt. Diese Zustimmung lag vor der Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bei 80 Prozent, und sie liegt auch nach der Kampagne bei 80 Prozent.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daraus ziehe ich die Schlussfolgerung: Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hätte das Geld besser anderswo angelegt, vielleicht für einen guten Zweck gespendet oder sogar in die Rentenkassen gezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

- (B) Als nächster Rednerin in dieser Debatte erteile ich das Wort Sabine Weiss, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Seit Wochen, wenn nicht sogar seit Monaten wird intensiv über das Rentenpaket geredet, geschrieben und gestritten. Das war richtig so. Streiten gehört zur gelebten Demokratie, und Demokratie ist die beste aller Staatsformen, wenn auch die schwierigste, weil immer um Überzeugungen und Ziele gerungen werden muss.

Aber heute ist es so weit: Wir stimmen gleich über das vorliegende Rentenpaket ab. Wir stimmen über die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, die Verstärkung von Rehabilitationsleistungen, die Einführung der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren ab, und – versprochen und gehalten! – die Mütterrente kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gestatten Sie mir, dies heute zu meinem zentralen Thema zu machen.

Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, erhalten einen zusätzlichen Rentenentgeltpunkt. Dies entspricht pro Monat und pro Kind einer Rentenerhöhung von rund 28 Euro.

- (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Im Westen, nicht im Osten! Da sind es 2,22 Euro weniger! Immer noch!) (C)

Dies ist – das gibt es tatsächlich noch in der Politik – ein wahrer Grund zur Freude.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Etwa 9,5 Millionen Frauen und auch ein paar Männer werden von der Erhöhung dieser Mütterrente profitieren, wobei – das spüre ich, wenn ich im Wahlkreis unterwegs bin – der finanzielle Wert nicht der wirklich ausschlaggebende ist. Viele Frauen empfinden es schlicht als gerecht, dass ihre Lebensleistung der Kindererziehung heute ein Stück mehr Anerkennung findet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diese Frauen – wer würde dem nicht zustimmen, meine Damen und Herren? – haben diese Anerkennung auch verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daher ist heute – das möchte ich noch einmal wiederholen, Herr Kurth – für uns ein Tag der Freude.

Bei dieser Freude sollte man auch an die erinnern, die immer wieder und nachhaltig daran erinnert haben, dass eine echte Gerechtigkeitslücke besteht, also an die Mütter des heutigen Erfolges.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn es waren die Frauen, die durch Beharrlichkeit den vorliegenden Gesetzentwurf in Bezug auf die Mütterrente durchgesetzt haben. (D)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Maria Böhmer!)

Auf Initiative der Frauen-Union, liebe Maria Böhmer, hat sich die CDU bereits 2003 auf ihrem Leipziger Parteitag klar für eine stärkere Anerkennung der Kindererziehungszeiten in der Rente ausgesprochen. Begleitet wurde diese Forderung der Frauen-Union immer von der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber erst 2009 wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu prüfen, ob Kindererziehungszeiten in der Rente verstärkt berücksichtigt werden können. Die Frauen-Union ließ aber nicht locker. Sie reichte beim Parteitag der CDU 2011 wiederum einen entsprechenden Antrag ein, der eine breite Mehrheit fand. Mit einer bundesweiten Unterschriftenaktion konnte die Frauen-Union den politischen Druck verstärken.

Die Frauen in der CDU/CSU-Fraktion und die Frauen-Union erhielten starke Unterstützerinnen. Zum Beispiel die katholischen Frauenverbände kfd und KDfB und der Deutsche LandFrauenverband sammelten Hunderttausende von Unterschriften. Onlinepetitionen wurden eingereicht; Postkartenaktionen wurden gestartet. Diese breite Bewegung für mehr Rentengerechtigkeit führte dazu, dass das Projekt Mütterrente 2013 in das Regierungsprogramm der CDU/CSU aufgenommen wurde.

Sabine Weiss (Wesel I)

- (A) An dieser Stelle möchte ich im Namen aller Frauen ausdrücklich unserer Bundeskanzlerin und Parteivorsitzenden danken, die sich für unser Anliegen eingesetzt, dieses unterstützt und nachdrücklich dafür geworben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Peter Hintze:

Frau Kollegin Weiss, die Frau Kollegin Maisch, Bündnis 90/Die Grünen, hat den Wunsch, eine Frage zu stellen oder eine Bemerkung zu machen.

Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU):

Sehr gerne.

Vizepräsident Peter Hintze:

Bitte, Frau Maisch.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin, Sie haben gerade im Namen aller Frauen gesprochen. Das finde ich mutig und ambitioniert. Deshalb möchte ich Sie fragen: Sprechen Sie auch im Namen der Frauen, die so arm sind und deren Rente so gering ist, dass die Mütterrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird? Das heißt, diese Frauen können so viele Kinder geboren und so viele Erziehungsleistungen in ihrem Leben erbracht haben, wie sie wollen, sie werden trotzdem keinen zusätzlichen Cent in der Tasche haben. Deshalb frage ich Sie: Finden Sie, dass heute auch für die armen Frauen in Deutschland ein Tag zum Feiern ist?

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sabine Weiss (Wesel I) (CDU/CSU):

Frau Kollegin, diese Fälle haben wir in den letzten Wochen und Monaten rauf und runter diskutiert. Wir haben nie behauptet, dass wir nun außerhalb des Systems agieren und die Mütterrente zusätzlich gewähren. Vielmehr sollten diejenigen, die bislang einen Rentenentgeltpunkt bekommen haben, noch einen zweiten erhalten. Aber der finanzielle Ausgleich ist nicht das entscheidende Moment. Vielmehr handelt es sich hier um eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn wir die wenigen Ausnahmefälle, die es leider noch immer gibt,

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind immerhin ein paar Hunderttausend!)

zum Normalfall erheben, uns also ständig aus dem Mangel heraus definieren, dann kann man alles schlechtreden. Aber wir lassen heute nichts schlechtreden. Die Mütterrente ist eine Erfolgsgeschichte, und zwar insbesondere eine der CDU. Das müssen Sie jetzt einfach einmal aushalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ganz besonders stolz waren wir natürlich, als unser Fraktionsvorsitzender Volker Kauder unser Anliegen unterstützte. Damit war der Weg bis zur heutigen Ab-

stimmung freigegeben. Dann haben sich unser Koalitionspartner und die Bundesarbeitsministerin bei den Unterstützern eingereiht, sodass wir heute mit einer breiten Mehrheit rechnen können. Den vielen Frauen, die sich in Verbänden und Vereinen und wo auch immer für die Mütterrente starkgemacht haben, darf ich nun aus vollem Herzen sagen: Euer Einsatz hat sich gelohnt. Die Mütterrente kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort Dr. Peter Tauber, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Tauber (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich ganz kurz und knapp die vier Eckpunkte des Rentenpakets referieren, um vor allem den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen die Zustimmung etwas zu erleichtern. Nun hat sich aber der Kollege Kurth als Orakel von Delphi versucht und sich in die Situation der Historiker in 20 Jahren versetzt, um nachzuspüren, wie dann dieses Rentenpaket historisch eingeordnet wird. Da – lieber Herr Kurth, sehen Sie es mir nach – bin ich als Historiker herausgefordert.

(D)

Ich will Ihnen sagen, was ich persönlich glaube, wie dieses Rentenpaket eingeordnet wird. Sie sprachen von der letzten Kanzlerschaft Angela Merkels. Ich schildere Ihnen einmal, wie die Bewertung der dritten Kanzlerschaft Angela Merkels aussehen wird. Als die Union mit Angela Merkel in der ersten Kanzlerschaft Regierungsverantwortung in diesem Land übernahm, waren 5 Millionen Menschen arbeitslos. Am Ende der ersten Großen Koalition stand die Bewältigung einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die in der Geschichte dieser Republik einmalig war.

In der zweiten Kanzlerschaft von Angela Merkel stand Europa vor einer großen Herausforderung. Alle klugen Institute, auch diejenigen, die Sie zitiert haben, haben prognostiziert: Das geht schief; dieses Europa steht am Rande des Zusammenbruchs. – Das Gegenteil ist eingetreten dank einer klugen Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Abwarten!)

Am Ende der zweiten Kanzlerschaft von Angela Merkel ging es dem Land gut: niedrige Arbeitslosigkeit, hohes Wirtschaftswachstum sowie eine prallgefüllte Rentenkasse im Vergleich zu der Zeit, als Sie Verantwortung hatten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist jetzt doch eher Wahlkampf, Herr Kollege, oder? Reden Sie doch mal zur Sache!)

Dr. Peter Tauber

- (A) Zu Beginn der dritten Kanzlerschaft von Angela Merkel haben sich Sozialdemokraten und Christdemokraten darauf verständigt, dass auch diejenigen, die einen maßgeblichen Anteil an dem Erfolg haben, nämlich die ältere Generation, an diesem Erfolg und an dieser guten Situation in unserem Land partizipieren sollen.

In dieser Großen Koalition reden wir also nicht nur über Zahlen und Tabellen, sondern wir nehmen uns auch der Frage an, was wir eigentlich tun können, um den Zusammenhalt in diesem Land zu stärken. Deswegen ist es bei allem Erfolg – steigende Löhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit – gut und richtig, sich auch zu fragen, was wir für die ältere Generation tun. Die Antwort liefern wir gemeinsam mit diesem Paket. Deswegen wird, glaube ich, die Bewertung sehr viel positiver sein, als Sie sie vorgenommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich weiß aus vielen Briefen und Gesprächen, dass vor allem die Mütterrente die Frauen umtreibt. Eine Frau hat mir geschrieben: Als Mutter von vier Kindern ist mir das Thema schon seit langer Zeit sehr wichtig. Es ist ja nicht so, dass wir älteren Mütter in all den Jahren unserer Kinderpause die Hände in den Schoß gelegt haben. – Daran merkt man eines: Natürlich geht es um den zusätzlichen Rentenpunkt und um die damit verbundene Erhöhung der Rente. Aber es geht auch noch um einen zweiten Aspekt: Es geht um die Anerkennung und Wertschätzung mindestens in gleichem Maße. Auch deswegen ist die Mütterrente so wichtig. Deswegen sage ich Dank an alle in unserer Partei und Fraktion, die mit viel Herzblut dafür gekämpft haben.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das DIW hat in seiner Bewertung der Mütterrente übrigens gesagt, dass vor allem die niedrigen und mittleren Renten besonders davon profitieren. Auch das mag ein kleiner Hinweis an Ihre Adresse sein. Sie haben eben in diese Richtung gefragt.

Fakt ist: Am Ende profitieren über 9 Millionen Mütter von der Mütterrente. Das ist eine ganz wichtige sozialpolitische Entscheidung dieser Großen Koalition. Es gibt übrigens auch noch 200 000 Väter – die werden immer unterschlagen; auch für die muss man einmal eine Lanze brechen –, die ebenfalls von der sogenannten Mütterrente profitieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie werden die gleichen Zuschriften bekommen wie wir. Diese Menschen, über 9 Millionen, freuen sich über diese Entscheidung unserer Politik. Deswegen ist es ein guter Tag, nicht nur für die Große Koalition und die betroffenen Mütter und Väter, sondern auch für unser ganzes Land. Unsere Entscheidung zeigt: Wir setzen uns ernsthaft mit der Frage auseinander, was wir für den Zusammenhalt der Generationen und für die Gerechtigkeit in diesem Land tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsident Peter Hintze:

Das Wort zu einer Kurzintervention hat Herr Kollege Dr. Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Tauber, Sie tun so, als würde die gesamte Gesellschaft von dem Gesetz profitieren. Viele Mütter gehen davon aus, dass sie jetzt viel mehr Geld bekommen; es sind aber nur circa 28 Euro. Das ist weniger als 1 Euro pro Tag. Im Osten ist es sogar noch weniger.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 26,39 Euro im Osten! Das ist ungerecht!)

Diejenigen, die Grundsicherung beziehen, haben nichts davon. Ich glaube, auch viele Leute mit geringem Einkommen werden denken, sie bekämen jetzt 28 Euro mehr pro Kind, wenn sie Kinder erzogen haben. In der Tat aber bekommen sie nichts. Diejenigen, die später einmal Witwenrente beziehen, werden feststellen, dass der Betrag angerechnet wird. Sie haben nur zum Teil etwas davon, obwohl auch sie etwas geleistet haben.

Was aber viel wichtiger ist: Diese Menschen müssen es bezahlen, und zwar am Anfang durch höhere Beiträge und später durch geringere Renten. Dann ist viel von den 28 Euro, die Sie jetzt ausschütten, wieder weg. Insofern profitieren nicht alle, nicht die ältere Generation als Gesamtheit.

(D)

Man könnte darüber reden, das gesamte Rentenniveau anzuheben, aber tatsächlich sinkt das gesamte Rentenniveau für alle, und die Beiträge steigen für alle Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Es müssen insbesondere die mit den geringsten Einkommen das bezahlen, was Sie jetzt vorlegen. Die Prognosen von meinem Kollegen Markus Kurth – glauben Sie an meine Worte – werden zutreffen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Peter Hintze:

Möchten Sie antworten, Herr Dr. Tauber?

Dr. Peter Tauber (CDU/CSU):

Lieber Herr Kollege, grundsätzlich muss man festhalten: Die Rente basiert auf dem, was Menschen sich erarbeitet haben. Das ist der Unterschied zur Sozialhilfe. Deswegen vergleichen Sie an der Stelle Äpfel mit Birnen.

Es gilt noch ein Zweites, das wir uns von Ihnen an diesem Tag nicht kaputtmachen lassen. Ich gebe Ihnen noch das Zitat eines Historikers mit auf den Weg. Ernst Bloch hat einmal gesagt: „Man muß ins Gelingen verliebt sein, nicht ins Scheitern.“ Bei den Grünen habe ich zu oft den Eindruck, sie sind ins Scheitern verliebt. Wir dagegen sind ins Gelingen verliebt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(A) Vizepräsident Peter Hintze:

Als letztem Redner in dieser Aussprache erteile ich das Wort Dr. Carsten Linnemann, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Unser ehemaliger Kollege Peter Struck hat einmal den Satz geprägt, dass kein Gesetz aus dem Deutschen Bundestag so herauskommt, wie es eingebracht worden ist. Ich freue mich, dass das Struck'sche Gesetz heute erneut bestätigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages fiel bereits die Entscheidung, dass wir Änderungen bei der Erwerbsminderungsrente und beim Rehadeckel sowie die Mütterrente und die Rente mit 63 bekommen. Was aber nicht klar war, war die Frage der konkreten Umsetzung. Insofern ist es gut, dass wir heute über einen Gesetzentwurf abstimmen, der sich in wesentlichen Punkten vom ersten Entwurf unterscheidet.

Allerdings können diese Änderungen – das ist meine persönliche Meinung – die grundsätzlichen Fehler dieses Rentenpaketes, die in der Finanzierung und vor allem bei der Rente mit 63 liegen, nicht aufwiegen. Die Rente mit 63 ist und bleibt ein falsches Signal in einer Gesellschaft, die immer älter wird.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun aber zu den meiner Meinung nach wichtigsten Änderungen, die vorgenommen wurden:

Erstens. Wir haben einem möglichen Missbrauch bei der Rente mit 63 einen Riegel vorgeschoben. Die Gefahr einer Frühverrentungswelle ist gebannt. Ich begrüße es, möchte aber einschränkend hinzufügen, dass ich nach wie vor der Meinung bin, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht wie Zeiten der Arbeit behandelt werden dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Mit der Flexirente öffnen wir heute das Tor zu einem flexiblen Renteneintritt. Das ist gerade in einer Zeit wichtig, in der wir das Alter neu denken. Starre Regeln sind nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir leben im 21. Jahrhundert, im Jahrhundert der Kreativität, der Flexibilität und nicht mehr im 20. Jahrhundert, wo der Bevormundungsgedanke und damit der Betreuungsgedanke dominierten. Kurzum, wir brauchen in Zukunft alle: die Jüngeren und auch die Älteren. Viele von ihnen wollen und können länger arbeiten. Wir sind auf ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre sozialen Kompetenzen angewiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Daher freue ich mich, dass wir bereits in diesem Rentenpaket eine konkrete Maßnahme vereinbaren konnten: Das Verbot der befristeten Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern im Rentenalter wird aufgehoben. Die Flexirente ist aber nur der Anfang – da haben alle Redner recht – einer großen Debatte, und in dieser Debatte sollten wir keine gedanklichen Schranken aufbauen. Wir sollten frei und offen mit den Experten, mit den Fachleuten in den nächsten Wochen und Monaten über die weitere Flexibilisierung reden.

Mir ist bewusst – das lassen Sie mich zum Schluss sagen –, dass mit der Flexirente ein völlig neuer Punkt im Rentenpaket verankert werden konnte. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Beteiligten der Großen Koalition bedanken, dass dieser Punkt mit aufgenommen wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich wünsche mir nun, dass daraus auch der Mut entsteht, dass wir weitere wichtige Weichenstellungen hin zu mehr Flexibilisierung bekommen, dass Menschen nicht nur länger arbeiten können, sondern dies freiwillig auch wollen. Wir brauchen den Mentalitätswechsel. Das könnte das Thema der nächsten Wochen, Monate und Jahre sein. Lassen Sie es uns angehen. Insofern trage ich am Ende des Tages diesen Kompromiss mit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Peter Hintze:

Die Aussprache ist damit beendet.

Es gibt eine Reihe von Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung, die wir zu Protokoll nehmen.¹⁾

Wir kommen nun zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1489, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 18/909 in der Ausschussfassung anzunehmen. Hierzu liegen drei Änderungsanträge der Fraktion Die Linke vor. Die antragstellende Fraktion wünscht jeweils namentliche Abstimmung. Nach diesen drei namentlichen Abstimmungen unterbreche ich die Sitzung bis zum Vorliegen der Ergebnisse. Anschließend erfolgen die namentliche Schlussabstimmung und weitere einfache Abstimmungen.

Wir kommen damit zur ersten namentlichen Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1495. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die namentliche Abstimmung über den ersten Änderungsantrag.

¹⁾ Anlagen 2 bis 8

Vizepräsident Peter Hintze

- (A) Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.

Wir kommen damit zur zweiten namentlichen Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1496. Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung über den zweiten Änderungsantrag.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir kommen damit zur dritten namentlichen Abstimmung, und zwar über den Änderungsantrag auf Drucksache 18/1497. Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne die namentliche Abstimmung über den dritten Änderungsantrag. Gibt es noch ein Mitglied des Hauses, das seine Stimme nicht abgegeben

- hat?²⁾ – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich diese Abstimmung. (C)

Bis zum Vorliegen der Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen unterbreche ich die Sitzung. Ich empfehle aber, im Bereich des Plenarsaals zu bleiben.

(Unterbrechung von 12.20 bis 12.28 Uhr)

Vizepräsident Peter Hintze:

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den ersten Änderungsantrag auf Drucksache 18/1495 der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“ – Drucksachen 18/909, 18/1489 – bekannt: abgegebene Stimmen 588. Mit Ja haben gestimmt 114, mit Nein haben gestimmt 474, Enthaltung keine. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

¹⁾ Ergebnis Seite 3198 B

²⁾ Ergebnis Seite 3201 A

(B) Endgültiges Ergebnis		Katja Kipping
Abgegebene Stimmen:	586;	Jan Korte
davon		Jutta Krellmann
ja:	113	Katrin Kunert
nein:	473	Caren Lay
Ja		Sabine Leidig
DIE LINKE		Ralph Lenkert
Jan van Aken		Michael Leutert
Dr. Dietmar Bartsch		Stefan Liebich
Herbert Behrens		Dr. Gesine Lötzs
Karin Binder		Thomas Lutze
Matthias W. Birkwald		Cornelia Möhring
Heidrun Bluhm		Niema Movassat
Christine Buchholz		Thomas Nord
Eva Bulling-Schröter		Petra Pau
Roland Claus		Harald Petzold (Havelland)
Dr. Diether Dehm		Richard Pitterle
Klaus Ernst		Martina Renner
Wolfgang Gehrcke		Michael Schlecht
Diana Golze		Dr. Petra Sitte
Annette Groth		Kersten Steinke
Dr. Gregor Gysi		Dr. Kirsten Tackmann
Dr. André Hahn		Azize Tank
Heike Hänsel		Frank Tempel
Inge Höger		Dr. Axel Troost
Andrej Hunko		Kathrin Vogler
Sigrid Hupach		Halina Wawzyniak
Ulla Jelpke		Harald Weinberg
Susanna Karawanskij		Birgit Wöllert
Kerstin Kassner		Jörn Wunderlich
		Hubertus Zdebel
		Pia Zimmermann

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kötting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch

Peter Meiwald
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Doris Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Dr. Valerie Wilms

Nein**CDU/CSU**

Stephan Albani

(D)

Vizepräsident Peter Hintze

- | | | | | | | |
|-----|--|---|--|--|---|-----|
| (A) | Katrin Albsteiger
Peter Altmaier
Artur Auernhammer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Julia Bartz
Günter Baumann
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Dr. Christoph Bergner
Ute Bertram
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Alexandra Dinges-Dierig
Alexander Dobrindt
Michael Donth | Oliver Grundmann
Monika Grütters
Dr. Herlind Gundelach
Fritz Güntzler
Olav Gutting
Christian Haase
Florian Hahn
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Matthias Heider
Helmut Heiderich
Mechthild Heil
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Uda Heller
Jörg Hellmuth
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Ansgar Heveling
Peter Hintze
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Alexander Hoffmann
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Margaret Horb
Bettina Hornhues
Charles M. Huber
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Erich Irlstorfer
Thomas Jarzombek
Sylvia Jörrißen
Andreas Jung
Dr. Franz Josef Jung
Xaver Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kanitz
Alois Karl
Anja Karliczek
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Hartmut Koschyk
Kordula Kovac
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Roy Kühne
Günter Lach
Uwe Lajosky
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert | Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Barbara Lanzinger
Paul Lehnrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Philipp Lengsfeld
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Wilfried Lorenz
Dr. Claudia Lücking-Michel
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maizière
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Stephan Mayer (Altötting)
Reiner Meier
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Jan Metzler
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Ronald Pofalla
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen | Josef Rief
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Jana Schimke
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Heiko Schmelzle
Christian Schmidt (Fürth)
Gabriele Schmidt (Ühlingen)
Patrick Schnieder
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Christina Schwarzer
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Tino Sorge
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Erika Steinbach
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Rita Stockhofe
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Stritzl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul | (C) | |
| (B) | Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Jutta Eckenbach
Hermann Färber
Uwe Feiler
Dr. Thomas Feist
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Thorsten Frei
Dr. Astrid Freudenstein
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Cemile Giousouf
Josef Göppel
Reinhard Grindel
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grottelüschen
Markus Grübel
Manfred Grund | | | Dr. Michael Metzger
Dr. Angela Merkel
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Ronald Pofalla
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen | Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Erika Steinbach
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Rita Stockhofe
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Stritzl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul | (D) |

Vizepräsident Peter Hintze

- | | | | | | |
|-----|---|---|---|---|-----|
| (A) | Marco Wanderwitz
Nina Warken
Kai Wegner
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Marian Wendt
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhlrl
Barbara Woltmann
Tobias Zech
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner | Sabine Dittmar
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmund Ehrmann
Michaela Engelmeier-Heite
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Christian Flisek
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griesse
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Wolfgang Gunkel
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek | Ulrich Kelber
Marina Kermer
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Birgit Kömpel
Anette Kramme
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Hiltrud Lotze
Kirsten Lühmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Aydan Özoğuz
Markus Paschke
Christian Petry
Jeannine Pflugradt
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Joachim Poß
Florian Post
Achim Post (Minden)
Dr. Wilhelm Priesmeier
Dr. Sascha Raabe
Dr. Simone Raatz
Martin Rabanus
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Andreas Rimkus
Sönke Rix | Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Susann Rüttrich
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Annette Sawade
Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Stefan Schwartz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Wolfgang Tiefensee
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Gülistan Yüksel
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann | (C) |
| (B) | Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Katarina Barley
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Petra Crone
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby | | | (D) | |

Ich gebe nun das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den zweiten Änderungsantrag auf Drucksache 18/1496 der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesre-

gierung mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung“ – Drucksachen 18/909, 18/1489 – bekannt: abgegebene Stimmen 580. Mit Ja haben gestimmt 110, mit Nein haben gestimmt 470, Enthaltung keine. Der zweite Änderungsantrag ist ebenfalls abgelehnt.

(A)	Endgültiges Ergebnis		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Peter Altmaier	Monika Grütters	(C)
	Abgegebene Stimmen:	584;		Artur Auernhammer	Dr. Herlind Gundelach	
	davon		Luise Amtsberg	Dorothee Bär	Fritz Güntzler	
	ja:	113	Kerstin Andreae	Thomas Bareiß	Olav Gutting	
	nein:	471	Annalena Baerbock	Norbert Barthle	Christian Haase	
			Volker Beck (Köln)	Julia Bartz	Florian Hahn	
			Dr. Franziska Brantner	Günter Baumann	Dr. Stephan Harbarth	
Ja			Agnieszka Brugger	Maik Beermann	Jürgen Hardt	
DIE LINKE			Ekin Deligöz	Manfred Behrens (Börde)	Gerda Hasselfeldt	
Jan van Aken			Katja Dörner	Veronika Bellmann	Matthias Hauer	
Dr. Dietmar Bartsch			Katharina Dröge	Sybillle Benning	Mark Hauptmann	
Herbert Behrens			Harald Ebner	Dr. André Berghegger	Dr. Stefan Heck	
Karin Binder			Dr. Thomas Gambke	Dr. Christoph Bergner	Dr. Matthias Heider	
Matthias W. Birkwald			Matthias Gastel	Ute Bertram	Helmut Heiderich	
Heidrun Bluhm			Kai Gehring	Peter Beyer	Mechthild Heil	
Christine Buchholz			Katrin Göring-Eckardt	Steffen Bilger	Frank Heinrich (Chemnitz)	
Eva Bulling-Schröter			Anja Hajduk	Clemens Binninger	Mark Helfrich	
Roland Claus			Britta Haßelmann	Peter Bleser	Uda Heller	
Dr. Diether Dehm			Dr. Anton Hofreiter	Dr. Maria Böhmer	Jörg Hellmuth	
Klaus Ernst			Dieter Janecek	Wolfgang Bosbach	Rudolf Henke	
Wolfgang Gehrcke			Uwe Kekeritz	Norbert Brackmann	Michael Hennrich	
Diana Golze			Sven-Christian Kindler	Klaus Brähmig	Ansgar Heveling	
Annette Groth			Maria Klein-Schmeink	Michael Brand	Peter Hintze	
Dr. Gregor Gysi			Tom Koenigs	Dr. Reinhard Brandl	Christian Hirte	
Dr. André Hahn			Sylvia Kotting-Uhl	Helmut Brandt	Dr. Heribert Hirte	
Heike Hänsel			Oliver Krischer	Dr. Ralf Brauksiepe	Alexander Hoffmann	
Inge Höger			Stephan Kühn (Dresden)	Heike Brehmer	Karl Holmeier	
Andrej Hunko			Christian Kühn (Tübingen)	Ralph Brinkhaus	Franz-Josef Holzenkamp	
Sigrid Hupach			Renate Künast	Cajus Caesar	Dr. Hendrik Hoppenstedt	
Ulla Jelpke			Markus Kurth	Gitta Connemann	Margaret Horb	
Susanna Karawanskij			Monika Lazar	Alexandra Dinges-Dierig	Bettina Hornhues	
Kerstin Kassner			Dr. Tobias Lindner	Alexander Dobrindt	Charles M. Huber	
(B) Katja Kipping			Nicole Maisch	Michael Donth	Anette Hübinger	(D)
Jan Korte			Peter Meiwald	Thomas Dörflinger	Hubert Hüppe	
Jutta Krellmann			Irene Mihalic	Marie-Luise Dött	Erich Irlstorfer	
Katrin Kunert			Beate Müller-Gemmeke	Hansjörg Durz	Thomas Jarzombek	
Caren Lay			Özcan Mutlu	Jutta Eckenbach	Sylvia Jörrißen	
Sabine Leidig			Dr. Konstantin von Notz	Hermann Färber	Andreas Jung	
Ralph Lenkert			Omid Nouripour	Uwe Feiler	Dr. Franz Josef Jung	
Michael Leutert			Friedrich Ostendorff	Dr. Thomas Feist	Xaver Jung	
Stefan Liebich			Lisa Paus	Ingrid Fischbach	Dr. Egon Jüttner	
Dr. Gesine Lötزش			Brigitte Pothmer	Dirk Fischer (Hamburg)	Bartholomäus Kalb	
Thomas Lutze			Tabea Rößner	Dr. Maria Flachsbarth	Hans-Werner Kammer	
Cornelia Möhring			Claudia Roth (Augsburg)	Klaus-Peter Flosbach	Steffen Kanitz	
Niema Movassat			Corinna Rüffer	Thorsten Frei	Alois Karl	
Thomas Nord			Manuel Sarrazin	Dr. Astrid Freudenstein	Anja Karliczek	
Petra Pau			Elisabeth Scharfenberg	Dr. Hans-Peter Friedrich	Bernhard Kaster	
Harald Petzold (Havelland)			Ulle Schauws	(Hof)	Volker Kauder	
Richard Pitterle			Dr. Gerhard Schick	Michael Frieser	Dr. Stefan Kaufmann	
Martina Renner			Dr. Frithjof Schmidt	Dr. Michael Fuchs	Roderich Kiesewetter	
Michael Schlecht			Kordula Schulz-Asche	Hans-Joachim Fuchtel	Dr. Georg Kippels	
Dr. Petra Sitte			Dr. Wolfgang Strengmann-	Alexander Funk	Volkmar Klein	
Kersten Steinke			Kuhn	Ingo Gädechens	Axel Knoerig	
Dr. Kirsten Tackmann			Hans-Christian Ströbele	Dr. Peter Gauweiler	Jens Koeppen	
Azize Tank			Dr. Harald Terpe	Dr. Thomas Gebhart	Markus Koob	
Frank Tempel			Markus Tressel	Alois Gerig	Carsten Körber	
Dr. Axel Troost			Jürgen Trittin	Eberhard Gienger	Hartmut Koschyk	
Kathrin Vogler			Dr. Julia Verlinden	Cemile Giousouf	Kordula Kovac	
Halina Wawzyniak			Doris Wagner	Josef Göppel	Michael Kretschmer	
Harald Weinberg			Beate Walter-Rosenheimer	Reinhard Grindel	Gunther Krichbaum	
Birgit Wöllert			Dr. Valerie Wilms	Ursula Groden-Kranich	Rüdiger Kruse	
Jörn Wunderlich				Hermann Gröhe	Bettina Kudla	
Hubertus Zdebel				Klaus-Dieter Gröhler	Dr. Roy Kühne	
P						

Vizepräsident Peter Hintze

- | | | | | | |
|------------|---|---|--|--|-----|
| (A) | Ulrich Lange
Barbara Lanzinger
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Philipp Lengsfeld
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Dr. Ursula von der Leyen
Antje Lezius
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Wilfried Lorenz
Dr. Claudia Lücking-Michel
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maizièere
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Stephan Mayer (Altötting)
Reiner Meier
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Jan Metzler
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder | Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Jana Schimke
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Heiko Schmelzle
Christian Schmidt (Fürth)
Gabriele Schmidt (Ühlingen)
Patrick Schnieder
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Dr. Klaus-Peter Schulze
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Christina Schwarzer
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Tino Sorge
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffell
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Erika Steinbach
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Rita Stockhofe
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Stritzl
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Sabine Sütterlin-Waack
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken | Kai Wegner
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Marian Wendt
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhlrl
Barbara Woltmann
Tobias Zech
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner | Iris Gleicke
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griesse
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Wolfgang Gunkel
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Marina Kermer
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Birgit Kömpel
Anette Kramme
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Hiltrud Lotze
Kirsten Lühmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen
Thomas Oppermann
Mahmut Özdemir (Duisburg) | (C) |
| SPD | | | | | |
| (B) | Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Wilfried Oellers
Florian Obner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Ronald Pofalla
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief | Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Katarina Barley
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Petra Crone
Bernhard Daldrop
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Sabine Dittmar
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmund Ehrmann
Michaela Engelmeier-Heite
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Christian Flisek
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster | (D) | | |

Vizepräsident Peter Hintze

(A)	Aydan Özoğuz Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Sabine Poschmann Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier Dr. Sascha Raabe Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Andreas Rimkus	Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Michael Roth (Heringen) Susann Rüthrich Bernd Rützel Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen)	Matthias Schmidt (Berlin) Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt) Ursula Schulte Sven Schulz (Spandau) Ewald Schurer Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Rainer Spiering Norbert Spinrath Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack	Claudia Tausend Michael Thews Wolfgang Tiefensee Carsten Träger Rüdiger Veit Ute Vogt Dirk Vöpel Gabi Weber Bernd Westphal Andrea Wicklein Dirk Wiese Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann	(C)
-----	--	--	---	---	-----

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den dritten Änderungsantrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die

Linke zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung auf den genannten Drucksachen bekannt: abgegebene Stimmen 588. Mit Ja haben gestimmt 115, mit Nein haben gestimmt 473, Enthaltungen keine. Damit ist auch der dritte Änderungsantrag abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis		Ralph Lenkert	Matthias Gastel	Hans-Christian Ströbele	(D)
Abgegebene Stimmen:	585;	Michael Leutert	Kai Gehring	Dr. Harald Terpe	
davon		Stefan Liebich	Katrin Göring-Eckardt	Markus Tressel	
ja:	112	Dr. Gesine Löttsch	Anja Hajduk	Jürgen Trittin	
nein:	473	Thomas Lutze	Britta Haßelmann	Dr. Julia Verlinden	
(B)		Cornelia Möhring	Dr. Anton Hofreiter	Doris Wagner	
Ja		Niema Movassat	Dieter Janecek	Beate Walter-Rosenheimer	
		Thomas Nord	Uwe Kekeritz	Dr. Valerie Wilms	
		Petra Pau	Sven-Christian Kindler		
DIE LINKE		Harald Petzold (Havelland)	Maria Klein-Schmeink	Nein	
Jan van Aken		Richard Pitterle	Tom Koenigs	CDU/CSU	
Dr. Dietmar Bartsch		Martina Renner	Sylvia Kotting-Uhl	Stephan Albani	
Herbert Behrens		Michael Schlecht	Oliver Krischer	Katrin Albsteiger	
Karin Binder		Dr. Petra Sitte	Stephan Kühn (Dresden)	Peter Altmaier	
Matthias W. Birkwald		Kersten Steinke	Christian Kühn (Tübingen)	Artur Auernhammer	
Heidrun Bluhm		Dr. Kirsten Tackmann	Renate Künast	Dorothee Bär	
Christine Buchholz		Frank Tempel	Markus Kurth	Thomas Bareiß	
Eva Bulling-Schröter		Dr. Axel Troost	Monika Lazar	Norbert Barthle	
Roland Claus		Kathrin Vogler	Dr. Tobias Lindner	Julia Bartz	
Dr. Diether Dehm		Halina Wawzyniak	Nicole Maisch	Günter Baumann	
Klaus Ernst		Harald Weinberg	Peter Meiwald	Maik Beermann	
Wolfgang Gehrcke		Birgit Wöllert	Irene Mihalic	Manfred Behrens (Börde)	
Diana Golze		Jörn Wunderlich	Beate Müller-Gemmeke	Veronika Bellmann	
Annette Groth		Hubertus Zdebel	Özcan Mutlu	Sybille Benning	
Dr. Gregor Gysi		Pia Zimmermann	Dr. Konstantin von Notz	Dr. André Berghegger	
Dr. André Hahn			Omid Nouripour	Dr. Christoph Bergner	
Heike Hänsel		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Friedrich Ostendorff	Ute Bertram	
Inge Höger			Lisa Paus	Peter Beyer	
Andrej Hunko		Luise Amtsberg	Brigitte Pothmer	Steffen Bilger	
Sigrid Hupach		Kerstin Andreae	Tabea Rößner	Clemens Binninger	
Ulla Jelpke		Annalena Baerbock	Claudia Roth (Augsburg)	Peter Bleser	
Susanna Karawanskij		Volker Beck (Köln)	Corinna Rüffer	Dr. Maria Böhmer	
Kerstin Kassner		Dr. Franziska Brantner	Manuel Sarrazin	Wolfgang Bosbach	
Katja Kipping		Agnieszka Brugger	Elisabeth Scharfenberg	Norbert Brackmann	
Jan Korte		Ekin Deligöz	Ulle Schauws	Klaus Brähmig	
Jutta Krellmann		Katja Dörner	Dr. Gerhard Schick	Michael Brand	
Katrin Kunert		Katharina Dröge	Dr. Frithjof Schmidt	Dr. Reinhard Brandl	
Caren Lay		Harald Ebner	Kordula Schulz-Asche	Helmut Brandt	
Sabine Leidig		Dr. Thomas Gambke	Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn		

(A)	Dr. Ralf Brauksiepe Heike Brehmer Ralph Brinkhaus Cajus Caesar Gitta Connemann Alexandra Dinges-Dierig Alexander Dobrindt Michael Donth Thomas Dörflinger Marie-Luise Dött Hansjörg Durz Jutta Eckenbach Hermann Färber Uwe Feiler Dr. Thomas Feist Ingrid Fischbach Dirk Fischer (Hamburg) Dr. Maria Flachsbarth Klaus-Peter Flosbach Thorsten Frei Dr. Astrid Freudenstein Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser Dr. Michael Fuchs Hans-Joachim Fuchtel Alexander Funk Ingo Gädechens Dr. Peter Gauweiler Dr. Thomas Gebhart Alois Gerig Eberhard Gienger Cemile Giousouf Josef Göppel (B) Reinhard Grindel Ursula Groden-Kranich Hermann Gröhe Klaus-Dieter Gröhler Michael Grosse-Brömer Astrid Grotelüschen Markus Grübel Manfred Grund Oliver Grundmann Monika Grütters Dr. Herlind Gundelach Fritz Güntzler Olav Gutting Christian Haase Florian Hahn Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Matthias Hauer Mark Hauptmann Dr. Stefan Heck Dr. Matthias Heider Helmut Heiderich Mechthild Heil Frank Heinrich (Chemnitz) Mark Helfrich Uda Heller Jörg Hellmuth Rudolf Henke Michael Hennrich Ansgar Heveling Peter Hintze Christian Hirte Dr. Heribert Hirte	Alexander Hoffmann Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp Dr. Hendrik Hoppenstedt Margaret Horb Bettina Hornhues Charles M. Huber Anette Hübinger Hubert Hüppe Erich Irlstorfer Thomas Jarzombek Sylvia Jörrißen Andreas Jung Dr. Franz Josef Jung Xaver Jung Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Steffen Kanitz Alois Karl Anja Karliczek Bernhard Kaster Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter Dr. Georg Kippels Volkmar Klein Axel Knoerig Jens Koeppen Markus Koob Carsten Körber Hartmut Koschyk Kordula Kovac Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Roy Kühne Günter Lach Uwe Lagosky Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Barbara Lanzinger Paul Lehnrieder Dr. Katja Leikert Dr. Philipp Lengsfeld Dr. Andreas Lenz Philipp Graf Lerchenfeld Dr. Ursula von der Leyen Antje Lezius Ingbert Liebing Matthias Lietz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Wilfried Lorenz Dr. Claudia Lücking-Michel Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Karin Maag Yvonne Magwas Thomas Mahlberg Dr. Thomas de Maiziére Gisela Manderla Matern von Marschall Hans-Georg von der Marwitz	Stephan Mayer (Altötting) Reiner Meier Dr. Michael Meister Dr. Angela Merkel Jan Metzler Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Karsten Möring Marlene Mortler Elisabeth Motschmann Dr. Gerd Müller Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Philipp Murmann Dr. Andreas Nick Michaela Noll Helmut Nowak Dr. Georg Nüßlein Wilfried Oellers Florian Oßner Dr. Tim Ostermann Henning Otte Ingrid Pahlmann Sylvia Pantel Martin Patzelt Dr. Martin Pätzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Ronald Pofalla Eckhard Pols Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Eckhardt Rehberg Katherina Reiche (Potsdam) Lothar Riebsamen Josef Rief Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Dr. Norbert Röttgen Erwin Rüddel Albert Rupperecht Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Andreas Scheuer Karl Schiewerling Jana Schimke Norbert Schindler Tankred Schipanski Heiko Schmelzle Christian Schmidt (Fürth) Gabriele Schmidt (Ühlingen) Patrick Schnieder Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Dr. Klaus-Peter Schulze Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Christina Schwarzer Detlef Seif	Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Tino Sorge Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Peter Stein Erika Steinbach Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Rita Stockhofe Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Matthäus Strebl Karin Strenz Thomas Stritzl Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Sabine Sütterlin-Waack Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Dr. Hans-Peter Uhl Dr. Volker Ullrich Oswin Veith (D) Thomas Viesehon Michael Vietz Volkmar Vogel (Kleinsaaara) Sven Volmering Christel Voßbeck-Kayser Kees de Vries Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Kai Wegner Albert Weiler Marcus Weinberg (Hamburg) Dr. Anja Weisgerber Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Marian Wendt Kai Whittaker Peter Wichtel Annette Widmann-Mauz Heinz Wiese (Ehingen) Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier-Becker Oliver Wittke Dagmar G. Wöhrle Barbara Woltmann Tobias Zech Heinrich Zertik Emmi Zeulner Dr. Matthias Zimmer Gudrun Zollner	(C)
-----	---	--	---	--	-----

Vizepräsident Peter Hintze

(A)	SPD	Ulrike Gottschalck Kerstin Griese Gabriele Groneberg Uli Grötsch Wolfgang Gunkel Bettina Hagedorn Rita Hagl-Kehl Metin Hakverdi Ulrich Hampel Sebastian Hartmann Michael Hartmann (Wackernheim) Dirk Heidenblut Hubertus Heil (Peine) Gabriela Heinrich Marcus Held Wolfgang Hellmich Dr. Barbara Hendricks Heidtrud Henn Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Thomas Hitschler Dr. Eva Högl Christina Jantz Frank Junge Josip Juratovic Thomas Jurk Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Christina Kampmann Ralf Kapschack Gabriele Kaczmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Dr. Hans-Ulrich Krüger Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang)	Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Hiltrud Lotze Kirsten Lüthmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Dr. Matthias Miersch Klaus Mindrup Susanne Mittag Bettina Müller Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Ulli Nissen Thomas Oppermann Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Markus Paschke Christian Petry Jeannine Pflugradt Detlev Pilger Sabine Poschmann Joachim Poß Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier Dr. Sascha Raabe Dr. Simone Raatz Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Andreas Rimkus Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Michael Roth (Heringen) Susann Rüttrich	Bernd Rützel Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen) Matthias Schmidt (Berlin) Dagmar Schmidt (Wetzlar) Carsten Schneider (Erfurt) Ursula Schulte Swen Schulz (Spandau) Ewald Schurer Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Rainer Spiering Norbert Spinrath Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Claudia Tausend Michael Thews Wolfgang Tiefensee Carsten Träger Rüdiger Veit Ute Vogt Dirk Vöpel Gabi Weber Bernd Westphal Andrea Wicklein Dirk Wiese Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann	(C)
(B)	Niels Annen Ingrid Arndt-Brauer Rainer Arnold Heike Baehrens Ulrike Bahr Heinz-Joachim Barchmann Dr. Katarina Barley Dr. Hans-Peter Bartels Klaus Barthel Dr. Matthias Bartke Sören Bartol Bärbel Bas Dirk Becker Lothar Binding (Heidelberg) Burkhard Blienert Willi Brase Edelgard Bulmahn Marco Bülow Martin Burkert Dr. Lars Castellucci Petra Crone Bernhard Daldrup Dr. Daniela De Ridder Dr. Karamba Diaby Sabine Dittmar Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Siegmund Ehrmann Michaela Engelmeier-Heite Dr. h. c. Gernot Erler Petra Ernstberger Saskia Esken Karin Evers-Meyer Dr. Johannes Fechner Dr. Fritz Felgentreu Elke Ferner Christian Flisek Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Ulrich Freese Dagmar Freitag Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke				(D)

Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung ab. Wer dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt gegen den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung? – Wer enthält sich? – Dann ist der Gesetzentwurf in der Ausschussfassung in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD haben namentliche Abstimmung verlangt. Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Ich eröffne damit die vierte namentliche Abstimmung, die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf.

Ich darf darauf hinweisen: Es folgen gleich Abstimmungen über Entschließungsanträge. Es wäre also schön, wenn ein Teil der Kollegen so nett wäre, hier im Parlament zu bleiben.

Gibt es jemanden im Haus, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die Entschließungsanträge.

¹⁾ Ergebnis Seite 3205 D

Vizepräsident Peter Hintze

- (A) Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/1507. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD bei Gegenstimmen der Linken so angenommen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zustimmung der Grünen!)

– Es war, offen gestanden, nicht zu erkennen, wofür Sie gestimmt haben. Entschuldigung, dann nehmen wir das ins Protokoll auf: Auch die Grünen haben dem Entschließungsantrag auf Drucksache 18/1507 zugestimmt. Er ist also mit Zustimmung von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/1508. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/1508 abgelehnt. Dafür stimmte die Fraktion Die Linke, dagegen stimmten alle anderen Fraktionen.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/1498. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der Antrag gegen die Stimmen der Grünen, aber mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Linke abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 19 b. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes der Fraktion Die Linke zur Verbesserung des Erwerbsminderungsschutzes. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1489, den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/9 abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dafür haben gestimmt die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, dagegen haben gestimmt SPD und CDU/CSU. Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung abgelehnt. Damit entfällt nach unserer Geschäftsordnung die weitere Beratung.

Tagesordnungspunkt 19 c. Wir setzen die Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales auf Drucksache 18/1489 fort. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/765 mit dem Titel „Vollständige Gleichstellung und gerechte Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der Rente umsetzen – Mütterrente verbessern“. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/767 mit dem Titel „Rentenniveau anheben, Leistungen verbessern und die wesentlichen Ursachen für sinkende

Renten und Altersarmut bekämpfen“. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung des Ausschusses? – Wer stimmt dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses angenommen mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Linken. (C)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ich begrüße Sie. Von meiner Seite aus einen schönen guten Tag! Auch unseren Gästen einen schönen guten Tag!

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen**

Drucksache 18/1449

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. (D)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Tiefensee für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Tiefensee (SPD):

Guten Tag, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 2000 war die eigentliche Energiewende. Das EEG war der Durchbruch zur Einführung der erneuerbaren Energien.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: War!)

Am 8. April dieses Jahres wurde im Kabinett ein Gesetzentwurf verabschiedet und ins Hohe Haus eingebracht, der dieses EEG reformiert. Im Jahre 2014 war es notwendig – vor dem Hintergrund der zweiten Energiewende oder der erneuten Bestätigung des Atomausstieges –, das Erneuerbare-Energien-Gesetz von einem Markteinführungsinstrument hin zur Marktdurchdringung zu reformieren.

Was wir in der Zukunft brauchen, ist die Entwicklung eines neuen Strommarktdesigns auf europäischer Ebene. Wir müssen darüber sprechen, wie wir Kapazitätsmecha-

Wolfgang Tiefensee

- (A) nismen einführen. Wir werden uns den großen Herausforderungen stellen müssen, die Energieeffizienzrichtlinie der EU umzusetzen bzw. in unserem Land zu einem Durchbruch zu verhelfen. Eine Debatte über das KWK-Gesetz steht an. Wie in einem Baukasten müssen wir jetzt die verschiedenen Teile, die die Energiewende voranbringen, zusammenfügen.

(Dr. Julia Verlinden [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, dann mal los!)

Heute beraten wir über die Reform der Besonderen Ausgleichsregelung, die ganz eng verschränkt ist mit der Reform des EEG. Wir müssen auf der einen Seite den Bereich der erneuerbaren Energien fördern – dabei müssen wir sowohl die Kosten im Griff behalten als auch für die Stabilität der Versorgung sorgen – und auf der anderen Seite unseren Wirtschaftsstandort, unseren Industriestandort erhalten. Das ist eine immense Herausforderung. Nur wenn das gelingt, wird das Erneuerbare-Energien-Gesetz eine Blaupause auch für andere sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Jetzt geht es darum, dass wir nicht nur für Kosten- und Versorgungssicherheit sorgen, sondern auch für Planungssicherheit. Ich bin Sigmar Gabriel und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Hauses dankbar, dass nicht nur das EEG in unglaublicher Geschwindigkeit und mit hoher Professionalität reformiert wird, sondern wir jetzt auch dafür sorgen, dass die strom- und handelsintensiven Unternehmen – das meint den Mittelstand genauso wie die große Industrie – verlässlich darauf bauen können, dass sie international wettbewerbsfähig bleiben. Aus diesem Grund beraten wir heute über die Reform der Besonderen Ausgleichsregelung.

Worum geht es? Es geht darum, dafür zu sorgen, dass energie- und handelsintensive Unternehmen nicht wegen der Förderung des Bereichs der erneuerbaren Energien und den mit der EEG-Umlage verbundenen gestiegenen Kosten im Wettbewerb so stark benachteiligt werden, dass Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Koalition steht sowohl für die Förderung des Bereichs der erneuerbaren Energien als auch für die Förderung des Wirtschafts- und Industriestandorts Deutschland. Beides muss zusammengehen, und das schaffen wir mit diesem Gesetz.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

In extrem schwierigen Verhandlungen ist es Sigmar Gabriel, aber auch der Bundeskanzlerin gelungen, vor dem Hintergrund der Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien dafür zu sorgen, dass für diese Unternehmen Planungssicherheit besteht. Sie werden entlastet, damit wir in der gesamten Wertschöpfungskette, von der Grundstoffindustrie bis zum Nanoprodukt, Arbeitsplätze in Deutschland erhalten und durch den Erhalt von Technologien wettbewerbsfähig bleiben.

Diese Unternehmen werden aber nicht generell befreit. In der Öffentlichkeit ist vielfach nicht bekannt, dass ein namhafter Milliardenbetrag, ein Betrag von 7 Milliarden bis 8 Milliarden Euro – zählt man Dienstleistungen, Handel und Gewerbe hinzu, sind es etwa

- 12 Milliarden Euro –, gezahlt wird, um die Lasten des EEG gemeinsam mit den anderen Endkunden zu tragen. (C)

Wir haben eine Regelung eingeführt, nach der die Quote für die Befreiung, die sich aus der Stromintensität bzw. dem Stromverbrauch und der Bruttowertschöpfung eines Unternehmens ergibt, erhöht wird, und zwar für die Unternehmen und Branchen der Liste 1 von 14 auf 16 Prozent, später auf 17 Prozent, und für die Unternehmen, die auf der Liste 2 stehen, auf 20 Prozent. Wir wollen so dafür sorgen, dass die Aufwendungen, die getragen werden müssen – das sind etwa 5 Milliarden Euro –, auch in Zukunft stabil auf diesem Niveau bleiben. Das ist Verlässlichkeit, und das ist ein fairer Umgang mit allen, die dafür bezahlen müssen.

Für die erste Gigawattstunde muss zudem die volle EEG-Umlage gezahlt werden und für die weiteren Kilowattstunden jeweils 0,1 Cent. Also, auch hier gibt es eine Erhöhung.

Ferner haben wir dafür gesorgt, dass die Unternehmen, die früher befreit waren und in Zukunft nicht mehr befreit sind, von einer moderaten Übergangsregelung profitieren. Dies betrifft unter anderem Unternehmen, deren Stromintensität zwar 14 Prozent, aber nicht 16, 17 respektive 20 Prozent der Bruttowertschöpfung beträgt.

- (D) Wenn in der Öffentlichkeit jetzt der Stromkunde gegen die Unternehmen und damit gegen die Arbeitsplätze und den Erhalt der Technologie in Deutschland ausgespielt wird, dann ist das nicht richtig. Wir haben eine Balance geschaffen. Hätten wir diese Ausgleichsregelung nicht, dann könnten wir die Haushalte im Monat um durchschnittlich 3,50 Euro entlasten. So erhalten wir aber Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplätze und die Wertschöpfungsketten in Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn, was Sie da erzählen! Das wissen Sie auch!)

Dieser Gesetzentwurf ist ein guter Schritt. Herzlichen Dank dafür. Wir gehen in die Beratungen. Ich bin sicher, dass die Energiewende so gelingen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege Tiefensee.

Ich darf Ihnen, bevor ich Frau Bulling-Schröter das Wort erteile, das von den Schriftführerinnen und Schriftführern **ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung** bekannt geben. Der Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist angenommen: abgegebene Stimmen 584. Mit Ja haben 460 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 64 Kollegen und Kolleginnen gestimmt, 60 haben sich enthalten. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Vizepräsidentin Claudia Roth

(A)	Endgültiges Ergebnis				(C)
	Abgegebene Stimmen:	584;			
	davon				
	ja:	460			
	nein:	64			
	enthaltene:	60			
Ja					
CDU/CSU					
(B)	Stephan Albani	Eberhard Gienger	Rüdiger Kruse	Alois Rainer	(D)
	Peter Altmaier	Cemile Giousouf	Bettina Kudla	Dr. Peter Ramsauer	
	Artur Auernhammer	Josef Göppel	Dr. Roy Kühne	Eckhardt Rehberg	
	Dorothee Bär	Reinhard Grindel	Günter Lach	Katherina Reiche (Potsdam)	
	Thomas Bareiß	Ursula Groden-Kranich	Uwe Lagosky	Lothar Riabsamen	
	Norbert Barthle	Hermann Gröhe	Andreas G. Lämmel	Josef Rief	
	Julia Bartz	Klaus-Dieter Gröhler	Dr. Norbert Lammert	Dr. Heinz Riesenhuber	
	Günter Baumann	Michael Grosse-Brömer	Katharina Landgraf	Johannes Röring	
	Maik Beermann	Astrid Grotelüschen	Ulrich Lange	Dr. Norbert Röttgen	
	Manfred Behrens (Börde)	Markus Grübel	Barbara Lanzinger	Erwin Rüddel	
	Veronika Bellmann	Manfred Grund	Paul Lehrieder	Albert Rupprecht	
	Sybille Benning	Oliver Grundmann	Dr. Katja Leikert	Anita Schäfer (Saalstadt)	
	Dr. André Berghegger	Monika Grütters	Dr. Philipp Lengsfeld	Dr. Wolfgang Schäuble	
	Dr. Christoph Bergner	Dr. Herlind Gundelach	Dr. Andreas Lenz	Andreas Scheuer	
	Ute Bertram	Fritz Güntzler	Philipp Graf Lerchenfeld	Karl Schiewerling	
	Peter Beyer	Olav Gutting	Dr. Ursula von der Leyen	Jana Schimke	
	Steffen Bilger	Christian Haase	Antje Lezius	Norbert Schindler	
	Clemens Binninger	Florian Hahn	Ingbert Liebing	Tankred Schipanski	
	Peter Bleser	Dr. Stephan Harbarth	Matthias Lietz	Heiko Schmelzle	
	Dr. Maria Böhmer	Jürgen Hardt	Andrea Lindholz	Gabriele Schmidt (Ühlingen)	
	Wolfgang Bosbach	Gerda Hasselfeldt	Dr. Carsten Linnemann	Patrick Schnieder	
	Norbert Brackmann	Matthias Hauer	Wilfried Lorenz	Nadine Schön (St. Wendel)	
	Klaus Brähmig	Dr. Matthias Heider	Dr. Claudia Lücking-Michel	Dr. Ole Schröder	
	Michael Brand	Helmut Heiderich	Dr. Jan-Marco Luczak	Bernhard Schulte-Drüggelte	
	Dr. Reinhard Brandl	Mechthild Heil	Daniela Ludwig	Dr. Klaus-Peter Schulze	
	Helmut Brandt	Frank Heinrich (Chemnitz)	Karin Maag	Uwe Schummer	
	Dr. Ralf Brauksiepe	Mark Helfrich	Yvonne Magwas	Armin Schuster (Weil am Rhein)	
	Heike Brehmer	Uda Heller	Thomas Mahlberg	Christina Schwarzer	
	Ralph Brinkhaus	Jörg Hellmuth	Dr. Thomas de Maiziére	Detlef Seif	
	Cajus Caesar	Rudolf Henke	Gisela Manderla	Johannes Selle	
	Gitta Connemann	Michael Hennrich	Matern von Marschall	Reinhold Sendker	
	Alexandra Dinges-Dierig	Ansgar Heveling	Hans-Georg von der Marwitz	Dr. Patrick Sensburg	
	Alexander Dobrindt	Peter Hintze	Stephan Mayer (Altötting)	Bernd Siebert	
	Michael Donth	Christian Hirte	Reiner Meier	Thomas Silberhorn	
	Thomas Dörflinger	Alexander Hoffmann	Dr. Michael Meister	Johannes Singhammer	
	Marie-Luise Dött	Karl Holmeier	Dr. Angela Merkel	Tino Sorge	
	Hansjörg Durz	Franz-Josef Holzenkamp	Jan Metzler	Jens Spahn	
	Jutta Eckenbach	Dr. Hendrik Hoppenstedt	Maria Michalk	Carola Stauche	
	Hermann Färber	Margaret Horb	Dr. h. c. Hans Michelbach	Dr. Frank Steffel	
	Uwe Feiler	Bettina Hornhues	Dr. Mathias Middelberg	Dr. Wolfgang Stefinger	
	Dr. Thomas Feist	Charles M. Huber	Philipp Mißfelder	Albert Stegemann	
	Ingrid Fischbach	Anette Hübinger	Dietrich Monstadt	Peter Stein	
	Dirk Fischer (Hamburg)	Hubert Hüppe	Karsten Möring	Sebastian Steineke	
	Dr. Maria Flachsbarth	Erich Irlstorfer	Marlene Mortler	Dieter Stier	
	Klaus-Peter Flosbach	Thomas Jarzombek	Elisabeth Motschmann	Rita Stockhofe	
	Thorsten Frei	Sylvia Jörrißen	Dr. Gerd Müller	Gero Storjohann	
	Dr. Astrid Freudenstein	Andreas Jung	Carsten Müller	Stephan Stracke	
	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)	Dr. Franz Josef Jung	(Braunschweig)	Max Straubinger	
	Michael Frieser	Xaver Jung	Stefan Müller (Erlangen)	Matthäus Strebl	
	Dr. Michael Fuchs	Dr. Egon Jüttner	Dr. Philipp Murmann	Karin Strenz	
	Hans-Joachim Fuchtel	Bartholomäus Kalb	Dr. Andreas Nick	Thomas Stritzl	
	Alexander Funk	Hans-Werner Kammer	Michaela Noll	Thomas Strobl (Heilbronn)	
	Ingo Gädechens	Steffen Kanitz	Helmut Nowak	Lena Strothmann	
	Dr. Peter Gauweiler	Alois Karl	Dr. Georg Nüßlein	Michael Stübgen	
	Dr. Thomas Gebhart	Anja Karliczek	Wilfried Oellers	Dr. Sabine Sütterlin-Waack	
	Alois Gerig	Bernhard Kaster	Florian Oßner	Dr. Peter Tauber	
		Volker Kauder	Dr. Tim Ostermann	Antje Tillmann	
		Dr. Stefan Kaufmann	Henning Otte	Astrid Timmermann-Fechter	
		Roderich Kiesewetter	Ingrid Pahlmann	Dr. Hans-Peter Uhl	
		Dr. Georg Kippels	Sylvia Pantel	Dr. Volker Ullrich	
		Volkmart Klein	Martin Patzelt	Oswin Veith	
		Axel Knoerig	Dr. Martin Pätzold	Thomas Viesehon	
		Jens Koeppen	Dr. Joachim Pfeiffer	Michael Vietz	
		Markus Koob	Sibylle Pfeiffer	Volkmar Vogel (Kleinsaat)	
		Hartmut Koschyk	Ronald Pofalla	Sven Volmering	
		Kordula Kovac	Thomas Rachel	Christel Voßbeck-Kayser	
		Michael Kretschmer	Kerstin Radomski	Kees de Vries	
		Gunther Krichbaum	Alexander Radwan		

Vizepräsidentin Claudia Roth

- | | | | | | |
|-----|--|--|---|---|-----------------------|
| (A) | <p>Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Kai Wegner
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhl
Barbara Woltmann
Tobias Zech
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner</p> <p>SPD</p> <p>Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Heinz-Joachim Barchmann
Dr. Katarina Barley
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Martin Burkert
Dr. Lars Castellucci
Petra Crone
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Sabine Dittmar
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmund Ehrmann
Michaela Engelmeier-Heite
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Johannes Fechner
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Christian Flisek
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Ulrich Freese
Dagmar Freitag</p> | <p>Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Ulrike Gottschalck
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Wolfgang Gunkel
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Marina Kermer
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Birgit Kömpel
Anette Kramme
Dr. Hans-Ulrich Krüger
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Hiltrud Lotze
Kirsten Lühmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Dr. Matthias Miersch
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Ulli Nissen</p> | <p>Thomas Oppermann
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Aydan Özoğuz
Markus Paschke
Christian Petry
Jeannine Pflugradt
Detlev Pilger
Sabine Poschmann
Joachim Poß
Florian Post
Achim Post (Minden)
Dr. Wilhelm Priesmeier
Dr. Sascha Raabe
Dr. Simone Raatz
Martin Rabanus
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Susann Rüthrich
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Annette Sawade
Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin)
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Stefan Schwartz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Carsten Sieling
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Claudia Tausend
Michael Thews
Wolfgang Tiefensee
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Gabi Weber
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese</p> | <p>Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Gülistan Yüksel
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann</p> <p>Nein</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Katrin Albsteiger
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Heribert Hirte
Carsten Körber
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Marian Wendt
Klaus-Peter Willsch</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Luise Amtsberg
Kerstin Andreae
Annalena Baerbock
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kötting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch
Peter Meiwald
Irene Mihalic
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Corinna Rüffer
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt</p> | <p>(C)</p> <p>(D)</p> |
|-----|--|--|---|---|-----------------------|

Vizepräsidentin Claudia Roth

(A) Kordula Schulz-Asche Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Hans-Christian Ströbele Dr. Harald Terpe Markus Tressel Dr. Julia Verlinden Doris Wagner Beate Walter-Rosenheimer Dr. Valerie Wilms	Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Christine Buchholz Eva Bulling-Schröter Roland Claus Dr. Diether Dehm Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke Diana Golze Annette Groth Dr. Gregor Gysi Dr. André Hahn Heike Hänsel Inge Höger Andrej Hunko Sigrid Hupach Ulla Jelpke	Susanna Karawanskij Kerstin Kassner Katja Kipping Jan Korte Jutta Krellmann Katrin Kunert Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Dr. Gesine Lötzsck Thomas Lutze Cornelia Möhring Niema Movassat Thomas Nord Petra Pau Harald Petzold (Havelland) Richard Pitterle Martina Renner	Michael Schlecht Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Dr. Kirsten Tackmann Azize Tank Frank Tempel Dr. Axel Troost Kathrin Vogler Halina Wawzyniak Harald Weinberg Birgit Wöllert Jörn Wunderlich Hubertus Zdebel Pia Zimmermann BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Monika Lazar Beate Müller-Gemmeke Jürgen Trittin	(C)
Enthalten				
CDU/CSU				
Patricia Lips Eckhard Pols				
DIE LINKE				
Jan van Aken				

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Wort in der laufenden Debatte hat Eva Bulling-Schröter für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

(B) Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hier zur Debatte stehende Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen betrifft nur einen winzigen Teilaspekt des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Dieser Teilaspekt wurde aber von Minister Gabriel von Beginn an als Lokomotive benutzt, um einen enormen und völlig unnötigen Zeitdruck auf die gesamte EEG-Reform aufzubauen.

Ich erinnere daran, wie das damals im Dezember war: EU-Wettbewerbskommissar Almunia leitete das Verfahren ein, zu prüfen, ob die EEG-Entlastungen der Industrie wettbewerbsrechtlich zulässig seien. Einige Stimmen forderten schon damals, die Besondere Ausgleichsregelung für die Industrie unabhängig vom EEG in einem eigenen Gesetz zu regeln, um den großen Zeitdruck von der EEG-Reform zu nehmen. Herr Gabriel lehnte das ab. Deshalb ist es eine Ironie der Geschichte, dass die Industrieprivilegien nun tatsächlich in einem eigenen gesetzlichen Akt geregelt werden, terminiert sogar nach dem EEG. Hätte man dies von Anfang an so getrennt, hätte man die EEG-Reform mit Sorgfalt, Abwägung und intensiverer demokratischer Diskussion vielleicht auf einen zukunftsträgteren Weg gebracht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber das wollten Sie nicht. Das wollte Minister Gabriel nicht. Er wollte dieses Tempo, basta. Damit haben Sie in der gesamten Branche der erneuerbaren Energien für eine fundamentale Verunsicherung, eine anstehende Klagewelle und kaum absehbare Investitionsverzögerungen gesorgt.

Was ist nun bei der Reform der Besonderen Ausgleichsregelung herausgekommen? Eine Umschichtung, aber in der Summe keine nennenswerte Rücknahme der Privilegien für die energieintensiven Unternehmen. Einige Unternehmen werden künftig nicht mehr als antragsberechtigt gelten, dafür rutschen andere in die Privilegierung hinein. Doch selbst für die, die herausfallen, haben Sie ein weiches Polster: Sie gelten als sogenannte Härtefälle, die durch Sonderregelungen eine Umlage von durchschnittlich nur 0,5 Cent pro Kilowattstunde zahlen. Der Skandal dabei ist, dass dies zeitlich sogar unbefristet ist. Ich halte das für unverantwortlich. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Dauersubventionen von eigentlich nicht dazu berechtigten Unternehmen kann man niemandem mehr erklären, vor allem nicht den privaten Stromverbrauchern.

Ich möchte heute auch darüber reden, welche Privilegien im Energiebereich die Industrie gegenüber den privaten Haushalten sonst noch genießt. Im vergangenen Jahr wurde die deutsche Industrie mit insgesamt 16 Milliarden Euro bei Energie- und Emissionsabgaben beschenkt. Ich zähle einmal auf, was dies alles umfasst: Entlastung von der Energie- und Stromsteuer in Höhe von 5,1 Milliarden Euro, kostenlose Verteilung von Emissionszertifikaten in Höhe von 1,1 Milliarden Euro, sogenannter Eigenverbrauch der Industrie und Kraftwerkseigenverbrauch in Höhe von 1,5 Milliarden Euro – davon profitiert vor allem der Braunkohletagebau –, Befreiung von Netzentgelten, Ermäßigungen bei der Offshorehaftungsumlage, Ermäßigungen bei der Umlage für Kraft-Wärme-Kopplung und reduzierte Konzessionsabgaben.

Das alles bekommt die Industrie zusätzlich. Insgesamt sind dies 16 Milliarden Euro. Der Posten im Rahmen des vorliegenden Gesetzentwurfes beträgt nur ein Viertel davon. Ich sage: Diese verdeckten Energiesubventionen verschaffen den deutschen Unternehmen gegenüber anderen europäischen Staaten Vorteile.

(Andrea Wicklein [SPD]: Wollen Sie die Arbeitsplätze nicht schützen?)

Eva Bulling-Schröter

- (A) So sichert sich Deutschland in Europa seine Stärke, und so sehr pfeift Deutschland auf den Rest von Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner in der Debatte: Dr. Joachim Pfeiffer für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Tiefensee hat ja schon deutlich gemacht, um was es geht; er hat auch die Zahlen genannt. Ich will versuchen, das Gesagte zu unterstreichen und es an ein paar Beispielen zu erläutern. Es geht heute darum, dass wir das EEG europafest machen, dass wir die Umwelt- und Beihilfeleitlinien der Europäischen Union in nationales Recht umsetzen und damit dauerhafte Planungs- und Investitionssicherheit schaffen, und zwar im Hinblick auf die industriellen Arbeitsplätze insbesondere in den energieintensiven Unternehmen in Deutschland. Über 1 Million Arbeitsplätze gibt es direkt in den energieintensiven Unternehmen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch mehr! Das nimmt ja zu!)

Diese wollen wir mit der Umsetzung dieses Gesetzentwurfes sichern.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insbesondere wollen wir – auch das hat Kollege Tiefensee bereits angesprochen – die industriellen Wertschöpfungsketten hier in Deutschland erhalten. Wir alle sind stolz darauf, dass wir in Deutschland einen höheren Industrieanteil haben als unsere Wettbewerber bzw. als die anderen Länder in Europa. In Deutschland liegt der Anteil der industriellen Wertschöpfung am Bruttosozialprodukt immer noch bei rund 23 Prozent. In anderen Ländern ist er geringer: In Frankreich beträgt er knapp 12 Prozent, in Großbritannien 11 Prozent und in den USA knapp 13 Prozent. Das ist ein entscheidender Vorteil, den Deutschland im internationalen Wettbewerb hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Diese Wertschöpfungsketten müssen erhalten werden; denn sie sind die Grundvoraussetzung für viele Produkte, auf die wir stolz sind. Auch mit dem EEG und trotz des Umbaus der Energieversorgung würde kein Windrad in Deutschland aufgestellt, wenn es diese industriellen Wertschöpfungsketten nicht gäbe; denn in jedem Windrad ist beispielsweise Kupfer aus der Grundstoffindustrie zu finden. Ohne diese Grundstoffe, die hier gesichert werden, würde kein Hochgeschwindigkeitszug in Deutschland fahren. Ohne die industriellen Wertschöpfungsketten, um die es hier geht, würde in Deutschland kein Flugzeugtriebwerk installiert, und es würde kein Automobil in Deutschland gebaut und verkauft.

Da erschließt sich mir nicht – das muss ich schon sagen –, warum die Linken und auch die Grünen hier skandalisieren und von „unverantwortlich“, „Dauersubvention“ und anderen Dingen sprechen; (C)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe doch noch gar nicht gesprochen!)

das waren Begriffe, die gerade gefallen sind und die gleich wahrscheinlich auch beim Kollegen Krischer fallen werden. Da wird der Eindruck erweckt, als würden die entsprechenden Unternehmen subventioniert und als würde man ihnen etwas schenken, was sie eigentlich nicht verdient haben.

Wie sieht denn die Realität aus? Tatsache ist, dass diese Unternehmen teilweise einen Nachteilsausgleich bekommen, einen Ausgleich für die Nachteile, die sie am Standort Deutschland haben. Ob es Ihnen gefällt oder nicht: Tatsache ist, dass die Industriestrompreise in Deutschland zu den höchsten in Europa gehören. Sie bewegen sich in einer Größenordnung von 9,2 Cent bis 10 Cent pro Kilowattstunde. Vergleicht man sie mit den Strompreisen in den Ländern, mit denen wir im Wettbewerb stehen – ich habe sie gerade schon genannt –, stellt man fest: Das sind etwa 40 Prozent mehr, als die Industrie in Frankreich für Strom zahlen muss; dort sind es nämlich 5,6 Cent pro Kilowattstunde.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum beschwert sich die französische Industrie dann über Strompreisdumping?)

In Norwegen sind 5 Cent pro Kilowattstunde zu zahlen. In Schweden muss man nicht einmal die Hälfte dessen zahlen, was in Deutschland zu zahlen ist. (D)

Es ist ja nicht so – auch diese Zahlen hat der Kollege Tiefensee genannt –, dass nichts zu zahlen ist. Insgesamt zahlt die Industrie etwa die Hälfte der gesamten EEG-Umlage. Hier wird aber der Eindruck erweckt, als würde sie überhaupt nichts zahlen und als würde sie etwas bekommen, was sie eigentlich nicht verdient hat. Wie gesagt, das Gegenteil ist der Fall.

Auch der weltweite Vergleich zeigt: Unsere Strompreise sind mehr als doppelt so hoch wie die in den USA, mehr als doppelt so hoch wie die in Russland, 25 Prozent höher als die in China

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und? Fällt da der Strom aus?)

und über 30 Prozent höher als die Strompreise in einem anderen BRIC-Land, nämlich in Brasilien.

Diese Zusatzbelastungen gefährden die Wertschöpfung in Deutschland. Deshalb versuchen wir, einen Spagat hinzubekommen: Auf der einen Seite wollen wir die Förderung der Erneuerbaren weiter vorantreiben, und zwar kostenbewusst. Mengenmäßig ist sie ja ein großer Erfolg, aber die Kosten sind uns aus dem Ruder gelaufen. Deshalb versuchen wir, den Anstieg der Kosten durch die EEG-Reform abzubremsen. Auf der anderen Seite versuchen wir mit dem, was wir heute hier diskutieren und was dann in den nächsten Wochen im Aus-

Dr. Joachim Pfeiffer

- (A) schuss und in den Anhörungen noch intensiv diskutiert werden wird, Planungs- und Investitionssicherheit für die Industrie zu schaffen. Auch dies machen wir nicht willkürlich, sondern in einer sinnvollen Kaskade, und zwar nach der Energieintensität:

Erstens. Für jedes Unternehmen, das strom- und handelsintensiv ist – die Kriterien sind jetzt EU-weit sektorenweise in den Umwelt- und Beihilfeleitlinien festgelegt worden –, gilt ein Selbstbehalt von 15 Prozent der EEG-Umlage. Damit werden auch europaweit Wettbewerbsgleichheit und Planungssicherheit geschaffen.

Zweitens. Bei besonders stromintensiven Unternehmen wird die Belastung auf 4 Prozent der Bruttowertschöpfung begrenzt – nicht der Kosten, sondern der Bruttowertschöpfung –, die diese Unternehmen am Standort Deutschland erbringen. Sie können doch nicht ernsthaft etwas dagegen haben, dass diese Unternehmen in Deutschland Wertschöpfung erbringen!

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben nichts dagegen! Überhaupt nichts!)

Wenn wir die Belastung für diese Unternehmen nicht begrenzen, würden sie aus Deutschland weggehen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Drittens, der sogenannte Superdeckel: Bei besonders stromintensiven Unternehmen – Kupfer-, Aluminium-, Stahlindustrie und andere mehr – wird die EEG-Belastung auf nur 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung gedeckelt.

Viertens. Wir machen zudem etwas zwingend Notwendiges; denn wegen der veränderten Systematik der EU und jetzt auch der nationalen Umsetzung entfallen für zahlreiche Unternehmen Entlastungen, die bisher für sie galten. Wenn diese Entlastungen von heute auf morgen entfielen – zum Teil würde sich die Belastung für die Unternehmen nicht nur verdoppeln, sondern im Einzelfall verzweifelfachen –, dann wären diese Unternehmen von heute auf morgen nicht mehr wettbewerbsfähig und müssten hier schließen bzw. den Standort verlassen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie der Braunkohleabbau!)

Das wollen wir nicht. Deshalb haben wir die Härtefallregelung geschaffen: Unternehmen, die aus der bisherigen Regelung herausfallen, müssen zukünftig 20 Prozent der EEG-Umlage – daran werden sie schon hart genug zu tragen haben – zahlen; somit bleibt eine gewisse Entlastung.

Das alles versuchen wir mit dem vorliegenden Gesetz umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja leidenschaftliche Industriepolitik! Meine Herren!)

Wir sichern damit den Standort.

Jetzt wird wieder argumentiert werden: Das ist zu viel Entlastung, zahlen müssen das die Verbraucher. – Aber das wäre eine Milchmädchenrechnung: Wenn alle Entlastungen für energieintensive Industrien gestrichen würden, würde die EEG-Umlage in einer Größenordnung von 1 Cent pro Kilowattstunde sinken, von 6,3 Cent auf, sagen wir einmal, 5 Cent pro Kilowattstunde. Das wäre natürlich eine gewisse Entlastung. Aber insgesamt wird deutlich: Der wahre Kostentreiber ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Kosten in diesem Bereich sind zu hoch. Deshalb will man an anderer Stelle dagegen vorgehen. Die energieintensiven Unternehmen sind aber der falsche Ansatzpunkt, sie sind Opfer dieser Entwicklung und nicht Täter. Genau deshalb versuchen wir, diese Unternehmen zu entlasten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Pfeiffer, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Bitte schön.

Peter Meiwald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Kollege Pfeiffer. (D)

Sie haben gerade sehr eindrücklich beschrieben, dass die EEG-Umlage nur um 1 Cent pro Kilowattstunde gesenkt werden könnte, wenn Sie bei den Entlastungen für die Industrie vernünftige Einschnitte machen würden. Wie erklären Sie sich dann, dass Ihre Regierung die Belastung der Selbstversorgung mit Strom aus erneuerbaren Quellen – die Streichung der Befreiung von Eigenstrom von der EEG-Umlage würde wahrscheinlich zu einer Senkung von noch nicht einmal 0,1 Cent pro Kilowattstunde führen – trotzdem mit solcher Verve verfolgt? Warum sollen Menschen, die sich Strom aus erneuerbaren Quellen selber dezentral erzeugen, belastet werden?

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Wir befinden uns in einem Diskussionsprozess; die Anhörung findet in der nächsten Sitzungswoche statt. Wir werden uns bei diesem Thema innerhalb der Koalition, aber in der Anhörung auch mit allen Fraktionen auseinandersetzen.

Wir wollen und werden sicherstellen – das ist gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf auch schon deutlich verbessert –, dass der Umfang an Eigenstromverbrauch – wir reden hier über insgesamt 50 Terawattstunden – erhalten wird. Hier geht es ja insbesondere um die Kraft-Wärme-Kopplung, also eine besonders effiziente Form der Energieerzeugung.

Dr. Joachim Pfeiffer

- (A) Wir werden auch sicherstellen, dass die Bestandsinvestitionen nicht nur gesichert sind, sondern auch erweitert werden können, nämlich um eine Größenordnung von bis zu 30 Prozent. Auch diesbezüglich werden wir den Eigenstromverbrauch weiter privilegieren und sicherstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Daneben werden wir uns sehr genau anschauen – das haben Sie angesprochen –, ob die jetzige Staffelfung von 15, 30 und 50 Prozent – am Anfang waren es ja einmal bis zu 90 Prozent – sinnvoll ist, ob wir zwischen den einzelnen Verbrauchern differenzieren sollten und wo dieser Strom herkommt. Gerade einmal 3,2 Terawattstunden der 50 Terawattstunden werden heute aus erneuerbaren Energien produziert.

Andererseits gibt es natürlich schon die Tendenz – das werden Sie uns morgen oder übermorgen in der Debatte wieder vorwerfen –,

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Morgen ist Samstag!)

dass sich manche von der Solidarität verabschieden, indem sie nur auf Eigenstromverbrauch setzen,

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit Kohlekraftwerken?)

um ihre Belastungen durch die EEG-Umlage entsprechend zu reduzieren, was natürlich nachvollziehbar ist. Wir sind uns dieser Problematik bewusst, und wir werden hier im parlamentarischen Verfahren auch noch zu Änderungen gegenüber dem kommen, was bisher auf dem Tisch liegt.

- (B)

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Genau!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Ja. – Er hat ja eine Sekunde vor dem Ende meiner Redezeit die Zwischenfrage gestellt, sodass ich die Möglichkeit hatte, dieses zu erläutern.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ich habe die Uhr selbstverständlich angehalten.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU):

Vielen Dank dafür.

Ich lade Sie ein, diesen Gesetzentwurf im weiteren Prozess dort noch besser zu machen, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt; auch wir sehen noch den einen oder anderen kritischen Punkt.

Ich bitte Sie aber wirklich noch einmal nachdrücklich, die energieintensive Industrie nicht gegen die anderen Industrien in Deutschland auszuspielen. Wir brauchen beide für den Standort Deutschland, damit wir wettbewerbsfähig sind und bleiben, und das wollen wir mit diesem Gesetz erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke schön, Herr Kollege Pfeiffer. – Nächster Redner in der Debatte ist Oliver Krischer von Bündnis 90/Die Grünen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pfeiffer, das war ja gerade ein emotionaler Ausbruch in puncto industriepolitischem Engagement. Das, was Sie gestern zu TTIP gesagt haben, gefiel mir besser. Da habe ich wenigstens etwas zum deutschen Reinheitsgebot und von Heineken-Bier an der Hotelbar gehört. Bei dem, was Sie hier jetzt vorgetragen haben, fiel es ein bisschen schwer, nachzuvollziehen, wo Sie hinwollen.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Ihnen kann man es nie recht machen!)

Es gibt hier – darüber sprechen Sie nicht – zumindest zwischen der Großen Koalition und den Grünen – die Linken haben hier manchmal interessante Ansichten – 0,0 Dissens hinsichtlich der energie-, strom- und außenhandelsintensiven Industrien.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Das war im Wahlkampf aber anders!)

Aluhütten, Stahlhütten, Chemieunternehmen, Metallgießereien: Selbstverständlich brauchen wir für sie Ausnahmetatbestände. Das streitet hier niemand ab, und das ist auch nicht Gegenstand der Debatte, auch wenn Sie selber das hier immer zum Problem machen und so tun, als würde man das infrage stellen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man muss aber benennen, was Sie tun. Sie legen uns hier ernsthaft eine Besondere Ausgleichsregelung vor, in der 219 Branchen genannt werden. Darunter sind Panzerschmieden, Fantasieschmuckhersteller, Fruchtsaftproduzenten und Schlachtereien. Sie definieren alles als energie-, strom- und außenhandelsintensiv und schaffen die Möglichkeit, dass sie eine entsprechende Befreiung erhalten. Es bleibt fast nichts mehr übrig, was in andere Bereiche fällt.

Selbst wenn Sie etwas ausnehmen – zum Beispiel den Braunkohletagebau –, wird entsprechend gestaltet: Vattenfall definiert seine Tagebaue, die vorher unter die Besondere Ausgleichsregelung fielen, um, setzt auf das Eigenstromprivileg und ist wieder komplett befreit. Das ist eine Kostenverlagerung von der einen Seite auf die andere.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Minister Gabriel hat angekündigt, die privaten Verbraucher um 1 Milliarde Euro zu entlasten. Dazu hat er letzte Sitzungswoche gesagt: Das war ein großes Missverständnis. – Man muss einfach feststellen: Es gibt keine Entlastung der privaten Verbraucher, sondern es gibt eine Belastung. Sie schieben die Kosten von der ei-

Oliver Krischer

- (A) nen Seite auf die andere Seite. Die privaten Verbraucher auf der einen Seite bezahlen für das, was Sie auf der anderen Seite an Geschenken in Richtung Industrie verteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Wahrheit gehört auch: Die energieintensive Industrie zahlt 300 Millionen Euro an EEG-Umlage. Das ist völlig in Ordnung, das ist richtig. Aber nach einer konservativen Schätzung Ihrer Bundesregierung wird davon ausgegangen, dass der strompreissenkende Effekt der erneuerbaren Energien 1 Milliarde Euro beträgt. Das macht nach Adam Riese, nach betriebswirtschaftlicher Rechnung, einen Gewinn in Höhe von 700 Millionen Euro. Das ist ein Geschenk. Davon profitiert die energieintensive Industrie.

(Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Ich hatte die Strompreise genannt! Sie sind höher!)

Die Industrie profitiert von der Energiewende. Dann ist auch eine gewisse Belastung der Industrie gerecht. Man darf nicht nur die privaten Verbraucher zahlen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Mich ärgert es immer, wenn hier über Arbeitsplätze geredet wird, aber offensichtlich immer nur eine partielle Sicht auf die Arbeitsplätze vorherrscht, nämlich auf die Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie. Selbstverständlich kämpfen wir um jeden Arbeitsplatz. In diesem Zusammenhang wünsche ich mir einmal eine Ansprache an die Manager von ThyssenKrupp, damit sie nicht in Stahlwerke in Brasilien investieren. Dazu möchte ich gerne etwas vom Wirtschaftsminister oder von dieser Koalition hören. Aber dazu hört man bei Ihnen nichts. Sie reden immer nur über Arbeitsplätze in energieintensiven Industrien. Sie reden hier nie über Arbeitsplätze in der Branche der Erneuerbaren. Das waren in Deutschland einmal 400 000 Arbeitsplätze.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Bisher hat jede Bundesregierung im März eines Jahres immer die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche der Erneuerbaren veröffentlicht. Zum ersten Mal, im Jahr 2014, gibt es hierzu keine Zahlen mehr. Ich habe nachgefragt, warum. Die Antwort ist, man müsse etwas an der Statistik ändern, das Institut, das die Zahlen erhebe, habe Personalprobleme usw. – Ich sage Ihnen, was die Wahrheit ist: Sie wollen die Zahlen nicht veröffentlichen, weil man daran die Bremsspuren Ihrer Politik sehen würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Diese Verunsicherung durch Ihre Politik hat schon Zehntausende Arbeitsplätze gekostet. Damit müssen Sie sich einmal auseinandersetzen.

Ich höre immer, dass Sie so viel unterwegs sind, dass Sie häufig mit den Menschen in den Betrieben sprechen. Dann gehen Sie doch einmal zu PlanET nach Borken, zu den verschiedenen Standorten von Enercon. Gehen Sie zu SMA oder zu SenerTec. Sprechen Sie mit den Menschen, und hören Sie sich einmal an, wozu Ihre Politik

- (C) führt. Die Menschen stehen mit ihren Betrieben vor dem Aus und wissen nicht, wie es weitergehen soll. Denen bieten Sie null und nichts an. Das ist Ihr Defizit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss noch über einen weiteren Punkt sprechen. Eigentlich hatten Sie im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Sie keine Steuern erhöhen und keine neuen Steuern einführen wollen. Sie führen aber eine neue Steuer ein: eine Sonnensteuer. Sie wollen, dass privat erzeugter Strom, also Eigenstrom, mit einer EEG-Umlage belegt wird. Sie konterkarieren damit das, was Sie gleichzeitig fördern. Auf der einen Seite fördern Sie Photovoltaikanlagen über das EEG und dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung über das KWKG. Auf der anderen Seite wollen Sie den Menschen dieses Geld über die Sonnensteuer wieder wegnehmen. Damit machen Sie genau das kaputt, was Sie im Koalitionsvertrag und in den entsprechenden Gesetzen als Ziel genannt haben. Das ist widersinnig. Das ist das Gegenteil einer Energiewende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Verrückte dabei ist, dass Sie das Falsche auch noch ungerecht machen; das muss man erst einmal bekommen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Sie machen folgende Einteilung: Der Bäckermeister mit einer Eigenstromanlage soll in Zukunft 50 Prozent der EEG-Umlage zahlen. Dessen Nachbar mit einem Metall-erzeugungsbetrieb – sagen wir: eine Härterei – soll in Zukunft nur noch 15 Prozent der EEG-Umlage zahlen. Warum das so ist, können Sie niemandem erklären; das ist überhaupt nicht nachvollziehbar.

Es kommt noch besser. Alle beide gucken dann auf das schöne Braunkohlekraftwerk von Herrn Terium von RWE. Dieser sitzt in seinem Büro und lacht sich kaputt: Er soll nämlich für seinen im Kohlekraftwerk erzeugten Eigenstrom gar nichts an EEG-Umlage zahlen. Das ist absurd. Das ist ungerecht. Das widerspricht allen Zielen der Energiewende, was Sie hier machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich sage Ihnen: In vielen Gutachten wird darauf hingewiesen, dass das nicht mit der Verfassung vereinbar ist und dem Gleichbehandlungsgrundsatz widerspricht. Ich fordere Sie auf, Herr Pfeiffer – ich habe Ihnen bei Ihrer Rede sehr genau zugehört –: Ändern Sie diese Regelung oder nehmen Sie sie zurück. Lassen Sie das mit der Sonnensteuer, sonst stehen Sie irgendwann in Karlsruhe vor Gericht, das Ihnen dann Ihr ganzes Gesetz für null und nichtig erklären wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben noch etwas anderes vor: Sie wollen Ausschreibungen einführen und in Zukunft die Vergütungshöhe per Ausschreibung ermitteln. Ich habe kein Problem damit, dass man Modellversuche durchführt und

Oliver Krischer

- (A) prüft, wie man die Förderung der Erneuerbaren effizienter gestalten kann.

Aber Sie sehen vor, dass die Ermittlung der Förderhöhe über Ausschreibungen ab 1. Januar 2017 für alle verbindlich gelten soll. Dabei haben Sie selber überhaupt keine Vorstellung, wie das Ganze funktionieren soll.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Deshalb machen wir das Modell! Deshalb machen wir die Pilotprojekte!)

Es gibt europaweit nur negative Erfahrungen. Es gibt keine positiven Erfahrungen. In anderen Ländern ist entweder nichts mehr gebaut worden oder es ist teurer geworden. Es ist gescheitert.

Das macht keinen Sinn. Damit machen Sie die Bürgerenergie, die dezentrale Energiewende, kaputt. Die vielen Menschen, die sich engagieren wollen, können mit diesem Modell nicht klarkommen. Sie können gerne einen Versuch machen; aber Sie sollten sich nicht hinter der EU-Kommission verstecken und darauf verweisen, dass sie uns zu diesen Ausschreibungen verpflichte. Nutzen Sie lieber die vorhandenen Spielräume! Das ist eine Chance und eine Perspektive.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Dass wir überhaupt noch einen Ausbau der erneuerbaren Energien haben, nämlich in der Windenergie – denn die PV- und die Biomasseförderung stellen Sie ganz ab, im Fall der PV über die Eigenstromregelung –, haben wir überwiegend den rot-grün geführten Ländern zu verdanken, die durchgesetzt haben, dass der Ausbau weitergehen kann.

Aber dann haben Sie natürlich das Nächste vor. Jetzt kommen Sie mit der Lex Seehofer, die vorsieht, dass 2 000 Meter Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung eingehalten werden.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Wollen Sie die Menschen nicht schützen, Herr Krischer?)

Das wollen Sie einführen. Sie haben dazu eine Sachverständigenanhörung im Umweltausschuss des Bundestages durchgeführt, aber Sie haben keinen einzigen Sachverständigen gefunden, der Ihre Position unterstützt. Sie mussten drei Antiwind-Bürgerinitiativen einladen, die ganz steile Thesen vertreten. Ich appelliere an Ihren Anstand: Lassen Sie diesen Unsinn! Hören Sie damit auf! Verzichten Sie auf die Lex Seehofer!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Der Entwurf der EEG-Novelle mit der Besonderen Ausgleichsregelung, die Sie vorlegen, bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien. Er schadet dem Klimaschutz und sichert das Geschäftsmodell der Großkraftwerke. Er vernichtet Arbeitsplätze

in der Branche der Erneuerbaren. Er ist ungerecht gegenüber Privatverbrauchern und Handwerk. Er ist kompliziert, und er ist das Gegenteil von kosteneffizient. Und er würgt dem Bürger Energie ab. Kurzum: Er ist ein Anschlag auf die Energiewende. (C)

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Und es war jetzt überzogen, was die Zeit angeht. Das haben Sie aber auch gemacht, Herr Pfeiffer. Ich bin ja sehr gerecht.

Nächster Redner in der Debatte ist Johann Saathoff für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Johann Saathoff (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Krischer, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Rede zum Erneuerbare-Energien-Gesetz. Ich habe es während Ihrer Rede noch einmal nachgelesen: In dem Gesetzentwurf, über den wir heute debattieren, ist ganz wenig von dem enthalten, was Sie heute angesprochen haben.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Genau! Thema verfehlt! – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe eine ganze Menge dazu gesagt!)

(D)

Deswegen herzlichen Glückwunsch zur EEG-Rede!

Auf das Thema Enercon möchte ich ganz besonders eingehen; denn Enercon befindet sich in meinem Wahlkreis. Sie können sicher sein, dass ich mit den Mitarbeitern intensive Gespräche führe.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und sind sie begeistert von dem Gesetzentwurf? Was sagen sie denn?)

Fragen Sie dort nach, welche Auswirkungen es hätte, wenn die Stahl- oder Kupferpreise erhöht würden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für Betriebe, die besonders viel Strom bei der Herstellung ihrer Produkte benötigen und im internationalen Wettbewerb stehen, stellt die Energie einen bedeutenden Kostenfaktor dar. Diese Unternehmen stehen häufig im Wettbewerb mit Betrieben in anderen Ländern, die zum Teil deutlich niedrigere Stromkosten haben, weil deren Regierungen sich noch nicht auf den Weg der erneuerbaren Energien gemacht haben. In dem vorliegenden Gesetzentwurf geht es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen unter Berücksichtigung des Wettbewerbsfaktors Stromkosten.

Darüber hinaus muss das am Ende beschlossene Gesetz auch mit den neuen Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien in Einklang stehen, die die Europäische Kommission am 9. April dieses Jahres beschlossen hat.

Johann Saathoff

- (A) Deshalb prüft die Kommission auch parallel zu unserem Gesetzgebungsverfahren den hier diskutierten Gesetzesentwurf. Etwaige Änderungsanträge müssten noch in Brüssel notifiziert werden.

Würde die Besondere Ausgleichsregelung nicht mehr greifen, hätte dies schwerwiegende Folgen für die Menschen in Deutschland. Viele Arbeitsplätze wären durch drohende Schließungen und Abwanderung insbesondere der produzierenden Betriebe bedroht. Das hätte auch unmittelbar zur Folge, dass die dringend notwendige Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger bei der Energiewende durch den Verlust ihrer Existenzgrundlage nicht mehr gegeben wäre.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Abwanderung der Betriebe würde in Länder erfolgen, die sich noch nicht auf den Weg der Erneuerbaren gemacht haben, die also nicht Klimaziele in ihr jeweiliges Leit- und Wertebild aufgenommen haben. Der Anreiz zu klimafreundlichem Verhalten anderer Nationen würde also unterdrückt, wenn wir die stromintensiven Betriebe in unserem Land nicht durch die Besondere Ausgleichsregelung international wettbewerbsfähig machen würden.

Zum Dritten stellt dieses Gesetz sicher, dass die begünstigten Unternehmen trotz der Begünstigung einen eigenen Beitrag zur Förderung der erneuerbaren Energien leisten; Kollege Pfeiffer hat darauf gerade hingewiesen.

- (B) Weiterhin wird durch die Erhöhung der Eingangsschwelle im Gesetz sichergestellt, dass der sonst zu erwartende weitere Anstieg der Anzahl der privilegierten Unternehmen sowie des Entlastungsvolumens begrenzt wird.

Letztlich soll im Gesetz normiert werden, dass die Unternehmen ein zertifiziertes Energie- und Umweltmanagementsystem betreiben. Es wird also sichergestellt, dass diese Unternehmen die Energieeffizienz deutlich stärker in den Fokus nehmen. Ich würde mich freuen, wenn wir zusätzlich die Umsetzung der aus dem Umweltmanagementsystem gewonnenen Erkenntnisse sicherstellen könnten.

Es ist gut, dass nun auch auf europäischer Ebene Klarheit darüber besteht, welche Branchen als stromkosten- und handelsintensiv einzustufen sind. Damit ist ein großer Beitrag zur Planungssicherheit der betroffenen Betriebe geleistet. Allerdings finde ich es in der Diskussion nicht redlich, so zu tun, als seien alle Betriebe der 68 Branchen automatisch von der EEG-Umlage befreit. Man suggeriert damit, die privaten Verbraucher müssten ihren Beitrag zur Energiewende leisten, während die Industrie fein raus sei. Dem ist definitiv nicht so. Mit dem Gesetz, über dessen Entwurf wir heute erstmalig beraten, wird die Industrie keinesfalls aus den Kosten der Energiewende entlassen. Sie soll vielmehr weiterhin angemessen an den Kosten beteiligt werden, ohne dass sie nachhaltig im Wettbewerb geschädigt und damit in der Existenz bedroht wird.

- (C) Die Zugehörigkeit zu den Branchen ist zunächst einmal die Voraussetzung, überhaupt einen Antrag stellen zu dürfen, als stromintensiver Betrieb anerkannt zu werden. Weiterhin ist Voraussetzung, dass die Betriebe einen Mindestanteil von Stromkosten an ihrer Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten als Eintrittsschwelle aufweisen. Die Eintrittsschwelle wird schrittweise angehoben, um dem Anstieg der EEG-Umlage Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, dass sich der Kreis der privilegierten Unternehmen nicht weiter vergrößert. Unser Ziel ist es, dass wir die Eingangsschwelle in Zukunft nicht weiter anheben müssen, dass also die EEG-Umlage nicht weiter steigt. Es gibt allerdings Kritik: Die Schwelle sei nicht deutlich genug erhöht worden. Ich halte diese Kritik für unberechtigt. Diese Anpassung ist mit Augenmaß sorgsam gewählt, um das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, oder wie wir Ostfriesen sagen: Man sall't Pullstock neet wieder setten, as man springen kann.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Was wollen Sie uns damit sagen?

Johann Saathoff (SPD):

Frau Präsidentin, ich gebe die Übersetzung zu Protokoll.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Gut. Danke.

Johann Saathoff (SPD):

- (D) Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Begriff „Faktorkosten“, also quasi alle Kosten, die zur Produktion eines Produkts erforderlich sind, und damit auch die Kosten für zum Beispiel Leiharbeitsverträge, die sonst nicht eingerechnet wurden. Mit diesem Gesetz wird also sichergestellt, dass die Betriebe nicht mehr – wie geschehen – Personal aus Arbeitsverträgen entlassen und über Leiharbeitsverträge wieder beschäftigen, um den Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung über die Eintrittsschwelle zu heben und so privilegiert zu sein. Dieser falsche Anreiz ist durch dieses Gesetz endlich gestoppt.

(Beifall bei der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Weiterhin leisten nun auch die privilegierten Unternehmen ihren Beitrag zur Energiewende, nämlich grundsätzlich 15 Prozent der EEG-Umlage. Diese Belastung wird nur bei ganz wenigen Betrieben auf 4 Prozent bzw. 0,5 Prozent der Bruttowertschöpfung begrenzt.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Benachteiligung der kleinen Unternehmen!)

Darüber hinaus ist künftig von jeder Abnahmestelle für die erste Gigawattstunde die EEG-Umlage in voller Höhe zu zahlen und weiterhin eine Mindestumlage in Höhe von 0,1 Cent für jede weitere Kilowattstunde, um den Grundbetrag der privilegierten Unternehmen für das EEG-Konto sicherzustellen. In diesem Rahmen könnten

Johann Saathoff

- (A) wir uns allerdings noch einmal Gedanken über die Härtefallregelung machen.

Der vorliegende Gesetzentwurf, den wir nun in den Ausschüssen zu beraten haben, stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar und wird ein wichtiger Faktor bei der Sicherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sowie im Sinne unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. Sie denken an die Übersetzung.

(Johann Saathoff [SPD]: Sehr gerne!)

Nächste Rednerin in der Debatte ist Caren Lay für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Caren Lay (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es verwundert mich natürlich nicht, dass die Union auch heute das Ausmaß der Industrierabatte verteidigt; das war schon in der letzten Legislaturperiode so. Wir haben nichts anderes erwartet.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Wir stehen für Arbeitsplätze!)

- (B) Dass die SPD in dieser Legislaturperiode mit einer solchen Vehemenz in diesen Chor einstimmt, verwundert mich schon sehr. Denn von welcher Seite haben Sie Applaus für diesen Gesetzentwurf bekommen? Das war der Applaus von den Chefetagen der Industrie. Dort haben regelrecht die Sektkorken geknallt. Ich muss mich wundern. Dass Sie so viel Applaus

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Von den Gewerkschaften!)

nur von der Wirtschaftsseite bekommen, während sich die Bürgerinnen und Bürger, wie ich finde zu Recht, beschweren und übrigens auch das Gros der Medien in der Berichterstattung die zusätzliche Belastung beklagt, sollte Ihnen wirklich zu denken geben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist meiner Aufmerksamkeit nicht entgangen, dass sowohl Herr Gabriel als auch Herr Tiefensee und die anderen Redner der Koalition versuchen, den Eindruck zu verwischen, es gehe ihnen nur um die Industrieinteressen. Sie tun so, als ob es ihnen auch um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ginge. Dazu muss ich sagen: Außer dieser Beteuerung habe ich kein einziges Argument gehört, das mich davon überzeugt.

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: 1 Million Arbeitsplätze!)

Schauen wir uns die Fakten doch einmal an. Erstens. Das Entlastungsvolumen der Industrie soll bei gut 5 Mil-

liarden Euro bleiben. Wir reden dabei nur über die Stromrechnung. Es sind aber noch Entlastungen im Bundeshaushalt versteckt, über die wir überhaupt noch nicht gesprochen haben. Zweitens. Die Anzahl der Branchen, die entlastet werden sollen, steigt sogar an. Lag die Zahl bisher faktisch bei 168 Branchen, so soll sie jetzt auf 219 festgelegt werden. Wenn man weiß, dass in Deutschland insgesamt nur 246 Branchen gezählt werden, dann kann man ausrechnen, dass faktisch ein Großteil der Branchen prinzipiell Entlastungen beantragen kann.

Mit diesem Vorgang hat Sigmar Gabriel dafür gesorgt, dass er Gerhard Schröder den Ruf als Genosse der Bosse abspenstig gemacht hat. Ich habe noch nicht gehört, dass Sie dem entgegengewirkt haben. Am Ende ist er auch noch stolz darauf. Ich finde, auch das sollte der SPD zu denken geben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN sowie des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Frau Kollegin Lay, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung oder eine Zwischenfrage von Herrn Tiefensee?

Caren Lay (DIE LINKE):

Ja, sehr gerne.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Tiefensee.

Wolfgang Tiefensee (SPD):

Frau Lay, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Sie haben gerade die Summe der Branchen erwähnt, die in den Listen 1 und 2 des Gesetzes zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung zu finden sind. Ist es so, dass Sie wider besseres Wissen oder weil Sie es nicht anders wissen die Liste 1 und die Liste 2 in eins fügen? Denn Sie könnten wissen, dass wir 68 Branchen und nicht über 200 entlasten. Die Liste 2 umfasst die Möglichkeit für einzelne Unternehmen einer dieser Branchen, eine Entlastung zu beantragen; sie umfasst nicht die Möglichkeit für die gesamte Branche.

Wir müssen also auch für die Öffentlichkeit deutlich zwischen der Liste 1 mit 68 Branchen und der Liste 2 unterscheiden, aufgrund welcher nicht die Branche befreit ist, sondern möglicherweise einzelne Unternehmen, die einer solchen Branche angehören. Ist Ihnen dieser Unterschied bekannt, und, wenn ja, warum vermengen Sie in Ihrer Rede diese beiden Listen und suggerieren somit eine größere Anzahl von befreiten Branchen?

Caren Lay (DIE LINKE):

Mir ist dieser Unterschied durchaus bekannt. Ich bedanke mich für die Zwischenfrage, weil ich dadurch auf diesen Umstand und die Liste 2 noch einmal eingehen kann. In der Tat steckt darin kein Automatismus, aber immerhin die Möglichkeit, eine Befreiung zu beantragen. Wenn ich mir die Liste 2 ansehe, wundere ich mich an mancher Stelle, was alles, zu Ihrem Stolz oder auch

(C)

(D)

Caren Lay

- (A) zu Ihrer Begeisterung, in die Liste hineinverhandelt wurde. Es ist schon von dem Kollegen Krischer erwähnt worden, welche Branchen dort aufgeführt sind.

Ich habe mir notiert: Auf Liste 2, Nummer 212, ist eine potenzielle Entlastung für Fantasieschmuckunternehmen vorgesehen. Man kann dafür privat eine Affinität haben, aber dass eine solche Firma potenziell eine Belastung beantragen kann, halte ich einfach nur für lächerlich. Es gibt noch andere Stellen, bei denen für mich der Spaß aufhört. Auf der Liste 2 ist auch eine mögliche Entlastung von Herstellern von militärischen Kampffahrzeugen vorgesehen. Wenn ich es richtig verstehe, geht es um die Panzerproduktion. Wenn es am Ende dazu kommt, dass die Bürger mit ihrer Stromrechnung noch das Geschäft mit dem Krieg subventionieren, dann kann ich dem einfach nicht zustimmen, und da bleibe ich auch bei meiner Kritik.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Joachim Pfeiffer [CDU/CSU]: Das ist an Dummheit nicht zu überbieten!)

Ich will auf den Vorwurf eingehen, der uns in dieser Debatte, auch gerade vorhin wieder, gemacht wurde, nämlich die Linke sei industrie-feindlich und uns lägen die Arbeitsplätze nicht am Herzen. Ich will Sie wirklich darum bitten, den Antrag zu lesen, den wir vorgelegt haben. Herr Krischer, ich verstehe gar nicht, warum wir uns gegenseitig einen mitgeben müssen. Als wir das letzte Mal auf der Grundlage von Anträgen darüber debattiert haben, waren die ersten beiden Kriterien, die Linke und Grüne vorgeschlagen haben, identisch.

(B)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann haben wir einen Ansatz!)

Also, die Firmen sollten tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen und tatsächlich energieintensiv sein. Die EU hatte ursprünglich 15 Branchen festgelegt. Dazu stehen wir, und dazu stehen auch die Umweltverbände.

Das heißt, auch nach unserer Vorstellung könnten Stahl-, Chemie- und Grundstoffindustrie von der EEG-Umlage entsprechend entlastet werden; das will ich hier klipp und klar sagen. Das jetzt geplante Ausmaß der Ausweitung der Befreiung von der EEG-Umlage finde ich wirklich unerhört. Zu argumentieren, es gehe Ihnen hier nur um den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland, und kein einziges Wort zu all den Arbeitsplätzen zu verlieren, die im Bereich der erneuerbaren Energien schon verloren gegangen sind, finde ich ebenfalls wirklich unerhört.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin zuletzt von einem Redner der SPD gefragt worden, ob ich bereit sei, mit ihm in seinen Wahlkreis im Ruhrgebiet zu fahren, wo die Stahlindustrie beheimatet ist. Ich habe geantwortet: Erstens, ja, sehr gerne, und, zweitens, auch wir als Linke wollen die Stahlindustrie entlasten. Umgekehrt bitte ich Sie alle, einmal in meinen Wahlkreis in der Lausitz zu kommen. Die Situation dort ist folgendermaßen: Alle drei Solarfirmen, die sich dort

angesiedelt und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen hatten, (C)

(Thomas Bareiß [CDU/CSU]: Subventionierte!)

sind durch die Politik in der letzten Legislaturperiode eingegangen. Auch diese Wahrheit gehört zu dieser Debatte.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Mit diesem Gesetzentwurf hat Sigmar Gabriel den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch seiner Partei keinen großen Gefallen getan. Die Industrierabatte werden am Ende das für die SPD, was die Hoteliersteuer für die FDP war. Ich kann Sie nur auffordern: Ziehen Sie diesen Gesetzentwurf zurück!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin Lay. – Nächster Redner in dieser Debatte ist Thomas Bareiß, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

(D)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Nach den Reden der Opposition, der Linken und der Grünen, muss ich schon präzisieren, worum es heute geht: Es geht heute darum, dass wir mit diesem Gesetz langfristig über 1 Million Arbeitsplätze sichern werden. Wir versuchen, mit der Besonderen Ausgleichsregelung für die Branchen, die angesprochen worden sind, langfristig innovative und gute Arbeit zu sichern. Die Umsetzung aller Vorschläge, die Sie, Frau Lay, eingebracht haben, sorgt dafür, dass diese Arbeitsplätze gefährdet werden; deswegen sind wir gegen Ihre Vorschläge. Wir versuchen, hier eine ordentliche, gute Industriepolitik für unser Land zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie „versuchen“ es!)

Hier wird ständig von „Befreiung“ gesprochen. In den Reden hier wird der Eindruck suggeriert, dass wir bestimmte Unternehmen und Branchen von der EEG-Umlage komplett befreien. Auch das ist falsch; darauf möchte ich zu Beginn meiner Rede hinweisen. Das Gegenteil ist wahr. Durch die Verabschiedung des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs schaffen wir es, die begünstigten rund 2 000 Unternehmen in die Bezahlung der Energiewende einzubinden; mit der neuen Ausgleichsregelung steigt der Beitrag der begünstigten Unternehmen von bisher 300 Millionen Euro um etwa 4 Millionen Euro. Auch das zeigt, dass sich hier keiner aus dem

Thomas Bareiß

- (A) Staub macht, sondern dass jeder seinen Beitrag leistet, diese Energiewende zu meistern.

(Zuruf des Abg. Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Lieber Oliver Krischer, du sprichst hier immer von Privilegien, die wir verteilen. Noch einmal: Diese Industrievergünstigungen wurden damals von Rot-Grün unter dem Umweltminister Jürgen Trittin eingeführt.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war gut und richtig!)

Der große Unterschied ist, dass damals nur wenige Großkonzerne von diesen Privilegien profitiert haben. Schwarz-Gelb hat es geschafft, den industriellen Mittelstand in den Kreis der Privilegierten aufzunehmen. Wir haben dafür gesorgt, dass diejenigen von der EEG-Umlage profitieren, die diese Vergünstigung wirklich brauchen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Kollege Saathoff hat es schon gesagt: Wir sprechen heute nicht über Fragen des Zubaus im Bereich der erneuerbaren Energien, und das, obwohl das ein interessantes Thema wäre, liebe Frau Lay; auch Sie haben darauf Bezug genommen. Ich möchte noch einmal sagen: Wir hatten in den letzten vier Jahren einen Zubau im Bereich der erneuerbaren Energien, den keiner, auch niemand in diesem Parlament, vorhergesehen hat. Gerade im Bereich der Solarbranche, die vorhin beschrieben worden ist, gab es jedes Jahr einen Zubau von über 8 000 Megawatt.

(B)

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 8 000? Höchstens 7 500!)

Deutschland hatte so viel Zubau wie kein anderes Land auf dem Erdball. Dieser Zubau hat dazu geführt, dass der Anteil der erneuerbaren Energien jetzt bei 25 Prozent liegt; einen so großen Anteil an Erneuerbaren hat keine andere Industrienation der Welt. Das heißt, hinter uns liegt eine einmalige Erfolgsgeschichte. Gemeinsam sollten wir jetzt aufpassen, dass diese Erfolgsgeschichte keine Arbeitsplätze in wichtigen Bereichen unserer Wertschöpfung gefährdet. Deshalb brauchen wir dringend dieses Gesetz. Es ist für die nächsten Jahre eine Grundlage zur Arbeitsplatzsicherung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte noch einmal in besonderer Weise die Bedeutung der Industrie unterstreichen. Sie kam mir in den letzten Reden, gerade in denen von Abgeordneten der Grünen und der Linken, viel zu kurz.

Deutschland war und ist *die* Industrienation in Europa, und das soll auch zukünftig so bleiben. Wir haben es trotz Finanzkrise, trotz Euro-Krise geschafft, den Industrieanteil auf über 20 Prozent zu halten; wir sind jetzt sogar bei 23 Prozent und sind damit Schrittmacher in Europa. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die eher auf Dienstleistungen und auf Banken gesetzt haben, haben wir auf unsere Industrie gesetzt und haben damit unsere Arbeitsplätze gesichert. Die Arbeitslosigkeit in der

Euro-Zone liegt im Durchschnitt bei 12,1 Prozent. Deutschland hat dank der deutschen Industrie nur eine Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent und ist damit bei der Beschäftigung in Europa an der Spitze. Wir sind die viertgrößte Industrienation der Welt – nach China, den USA und Japan –, haben einen Industrieproduktionsanteil in der Welt von über 6 Prozent. Auch das ist eine Erfolgsgeschichte.

Da wir in dieser Woche auch sehr intensiv über die Themen „Welthandel“ und „Globalisierung“ gesprochen haben: Die deutsche Industrie sorgt mit ihren Produkten dafür, dass in ganz Europa Arbeitsplätze entstehen oder gehalten werden. Über 40 Prozent der in Deutschland produzierten Exportgüter werden mit Zulieferprodukten aus Europa hergestellt. Auch da zeigt sich, dass Europa immer wichtiger wird und dass die Industrie in Deutschland dafür sorgt, dass ganz Europa weiterhin hoffentlich eine gute Beschäftigungslage hat. Auch deshalb brauchen wir unser Gesetz zur Besonderen Ausgleichsregelung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Bareiß, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Kollegin Annalena Baerbock?

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Sehr gern.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja. – Bitte.

(D)

Annalena Baerbock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Bareiß. – Meine Frage bezieht sich auf Folgendes: Niemand hier will die bestehenden Ausnahmen, die unter Rot-Grün eingeführt wurden, abschaffen, sondern es geht darum: Warum kommen jetzt neue Branchen dazu, und warum kommen über die Liste 2 der Anlage 4 neue Unternehmen dazu? Das ist der Casus knaxsus der ganzen Debatte; es geht nicht um die Unternehmen, die bereits ausgenommen wurden.

Von den Branchen, die neu dazukommen, und von den Unternehmen, die neu dazukommen, hätte es in den letzten Monaten und Jahren wahnsinnig viele Alarmrufe geben müssen: Achtung! Wir wandern aus Deutschland ab. Es muss hier etwas getan werden. – Wir haben solche Warnrufe nicht gehört. Wir haben, auch auf Initiative von Herrn Kollegen Krischer, eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, um zu erfahren, was es denn für Beispiele gibt, wer besonders hart betroffen ist, wer abzuwandern droht. In Brüssel wird ja gerade die Carbon-Leakage-Liste verhandelt. Auch da gibt es keine konkreten Beispiele. Die Antwort der Bundesregierung war: Es gibt keine empirischen Daten darüber, wer weiter gefährdet ist und abzuwandern droht.

Auf welcher Grundlage sagen Sie jetzt: „Aber trotzdem müssen wir weitere Branchen ausnehmen; trotzdem müssen wir weitere Unternehmen ausnehmen“? Könnten Sie einmal konkrete Beispiele aufführen, vielleicht auch

Annalena Baerbock

- (A) aus dem Panzerbereich, und sagen, wann sich die Unternehmen gemeldet haben mit der Drohung, abzuwandern?

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

Sie sagen, Sie hätten keine Hilferufe gehört. Ich habe viele Hilferufe gehört, nicht nur von Arbeitgebern, sondern auch von vielen Arbeitnehmern, übrigens auch von Gewerkschaften; die haben große Sorge, dass in ihren Bereichen Arbeitsplätze abgebaut werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Manchmal habe ich den Eindruck, dass die Branchen oder Unternehmen gar nicht mehr zu den Grünen gehen, weil sie wissen, dass sie da eh auf taube Ohren stoßen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will hier noch einmal deutlich sagen, auch zu der vorhergegangenen Zwischenfrage: Sie kritisieren die Anzahl von 68 Branchen. Sie gehen davon aus, dass wir damit den Begünstigtenkreis erweitern. Tatsächlich sind die Unternehmen dieser Branchen nur antragsberechtigt, und es gibt neue Grundlagen dafür, wann solche Anträge bewilligt werden und die Begünstigung dann auch wirksam wird.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie doch einmal eine Branche! Eine!)

- (B) Diese Grundlagen sind ganz klar definiert: Es müssen Unternehmen sein, die stromintensiv sind und die im internationalen Wettbewerb stehen,

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Branche!)

also eine gewisse Handelsintensität haben. Diese beiden Kriterien sind die Grundlage dafür, dass wir wirklich begünstigen.

Es wird dafür gesorgt – wir alle werden es noch erleben –, dass der Kreis der Begünstigten massiv reduziert wird. Wir gehen davon aus, dass dieser Kreis von 2 400 Unternehmen in den nächsten Jahren auf 2 000 Unternehmen zurückgeführt wird. Deshalb brauchen wir die Härtefallregelung. Es gibt immer noch Unternehmen, gerade in wichtigen Feldern unserer Wirtschaft, die bisher begünstigt sind und die auch zukünftig begünstigt werden müssen, weil wir sie sonst verlieren würden. Das wollen wir für die Zukunft ausschließen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Andrea Wicklein [SPD] – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kein Unternehmen! Keine Branche! Nichts!)

Ich will in ganz besonderer Weise noch einmal zum Thema Mittelstandskomponente kommen. Gerade in den energieintensiven Bereichen des Maschinen- und Anlagenbaus, des Automobilbaus, der Chemie- oder auch der Grundstoffindustrie gibt es hochwertige Arbeitsplätze, besonders in mittelständischen deutschen Betrieben, die

eigentümergeführt sind. Auch deshalb ist es wichtig, dass wir die Mittelstandskomponente im Bereich der Besonderen Ausgleichsregelung beibehalten. (C)

Wir haben dafür im Wahlkampf sehr viel Kritik einstecken müssen, weil wir vor zwei Jahren diese Mittelstandskomponente eingeführt und dadurch den Begünstigtenkreis verdreifacht haben. Das geschah aber zu einem Preis, der überschaubar war. Die Erweiterung ist tatsächlich nur mit 10 Prozent höheren Kosten zu Buche geschlagen. Das war etwas, was wenig gekostet und viel gebracht hat. Ich bin dankbar, dass wir die Mittelstandskomponente zukünftig beibehalten können. Das war – Herr Tiefensee hat es vorhin schon gesagt – eine harte Verhandlung in Brüssel. Deshalb auch von unserer Seite noch einmal ein herzliches Dankeschön an unseren Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe schon erwähnt, was die zukünftigen Grundlagen für die Besondere Ausgleichsregelung sind. Ich möchte noch einmal drei Punkte herausgreifen.

Erster Punkt. Wir werden weiterhin darauf setzen, dass wir wirklich nur die Unternehmen begünstigen, die darauf angewiesen sind. Wir wollen den starken internationalen Wettbewerb als Kriterium nehmen, und wir wollen die besonders energieintensiven Bereiche mit einbinden.

Wir wollen zweitens ein besonderes Augenmerk auf diejenigen Unternehmen legen, die besonders energieintensiv sind und die eine wichtige Rolle in unserer Wertschöpfungskette, gerade in der Grundstoffindustrie, spielen. Dazu gehört die Aluminiumbranche. Aluminium wird in vielen Bereichen gebraucht, beispielsweise im Automobilbau, wo durch die Verwendung dieses sehr leichten Werkstoffs dafür gesorgt wird, dass Autos in Zukunft weniger Kraftstoff verbrauchen und sparsamer werden. Dazu gehört genauso die Kupferverarbeitung. Kupfer wird beispielsweise beim Bau von Windkraftträdern dringend gebraucht. In einem Offshorewindrad werden 30 Tonnen Kupfer verbaut. Auch daran sieht man, dass die Entlastung energieintensiver Unternehmen eng mit den Themen Energiewende und Energieeffizienz verbunden ist. Beides geht Hand in Hand. Deshalb sind das zwei Seiten der gleichen Medaille. Beides wird in den nächsten Jahren dringend gebraucht. (D)

Neben diesen beiden Kriterien, die ich beschrieben habe, brauchen wir drittens eine Regelung für diejenigen, die jetzt trotz der Ausweitung der Branchenliste herausfallen würden. Wir brauchen die Härtefallregelung für die wirklich energieintensiven Bereiche, die hier eine Sonderrolle spielen. Wir müssen auch noch einmal im Gesetzgebungsverfahren diskutieren, welche Bereiche wir wirklich entsprechend begünstigen wollen. Aber auch da glaube ich, dass wir zu einer sinnvollen Lösung kommen.

Prinzipiell ist diese Besondere Ausgleichsregelung eingebettet in unsere EEG-Novelle. Ich will noch einmal besonders betonen, dass wir auch auf die Unternehmen schauen müssen, die nicht begünstigt werden. Sie stellen

Thomas Bareiß

- (A) nämlich die Mehrzahl der Unternehmen in Deutschland dar. Sie zahlen ihre EEG-Umlage in vollem Umfang und tragen mit über 7 Milliarden Euro dazu bei, dass die Energiewende wirklich finanziert werden kann. Dazu gehören auch Unternehmen, die wir bisher nicht im Blick haben, beispielsweise die Rechenzentren, die durchaus mit Berechtigung eine Begünstigung fordern können, die Härtereien und Schmiedereien, die derzeit im Gegensatz zu dem, was Oliver Krischer vorhin gesagt hat, nicht eingebunden sind, oder ein ganz normaler Bäckerbetrieb, der schon heute im Schnitt 6 000 Euro EEG-Umlage zahlt.

Diese Unternehmen verlassen sich darauf, dass die EEG-Novelle in den nächsten Wochen umgesetzt wird, dass wir die EEG-Reform jetzt auch kostendämpfend angehen. Wir brauchen eine EEG-Reform, die auf der einen Seite für die nächsten Jahre Verlässlichkeit bietet, auf der anderen Seite aber auch wirtschaftlich und bezahlbar ist – und das auch für die ganz normalen Privatverbraucher. Das ist unser Anliegen. Daran wollen wir arbeiten. In diesem Sinne freue ich mich auf das kommende Gesetzgebungsverfahren.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege Bareiß. – Nächster Redner für die SPD Florian Post.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Florian Post (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Besondere Ausgleichsregelung ist ein wichtiger Bestandteil der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Diese Reform ist notwendig, um unser ehrgeiziges Ziel der Energiewende auch zum Erfolg zu führen. Bei den industriellen Verbrauchern, die im internationalen Wettbewerb stehen, geht es nicht nur um die Akzeptanz, sondern in vielen Fällen schlichtweg um das knallharte wirtschaftliche Überleben. Es ist daher richtig, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu sichern und das viel beschworene industrielle Rückgrat unserer Wirtschaft zu schützen. Viele Tausend Arbeitsplätze hängen davon ab, ob wir diese Aufgabe hier im Parlament erfolgreich meistern.

Unser beispielloses Vorhaben der Energiewende ist eine deutsche Leistung und Aufgabe, auf die wir stolz sein können. Kein anderes Industrieland hat sich das Ziel gesetzt, aus der Atomenergie auszusteigen und gleichzeitig ehrgeizige Klimaschutzziele zu erreichen. Das ist nur mit einem erheblichen Anteil an Stromproduktion aus erneuerbaren Energien zu schaffen.

Auch wenn es einige nicht begreifen bzw. nicht begreifen wollen, steht unsere nationale Energiepolitik jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern muss vielmehr rechtlich und politisch in einen europäischen Kontext eingebunden werden.

- (C) Nur zur Erinnerung: Die EU-Kommission war denkbar kurz davor, die Befreiungen von der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen als unzulässige Beihilfe einzustufen. Das zeigt, wie weit die rechtlichen Bewertungen, die eben auch im politischen Kontext stehen, auseinanderliegen. Das müssen wir uns vor Augen führen, wenn wir das Verhandlungsergebnis beurteilen wollen. Sigmar Gabriel ist es gelungen, unter erheblichem Zeitdruck eine Einigung mit der EU-Kommission zu erzielen, damit wir die Chance haben, auch noch für 2015 Bescheide über Befreiungen von der EEG-Umlage bzw. über eine Privilegierung auszustellen.

Der jetzige Gesetzentwurf steht im Einklang mit den Umwelt- und Beihilfeleitlinien der EU. Dass die Befreiung von energieintensiven Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, notwendig ist, ist in weiten Teilen unumstritten. Die Frage ist aber, wie diese Befreiung umgesetzt wird. Dazu haben wir jetzt klare Vorgaben mit Definitionen von Branchen, die überhaupt antragsberechtigt sind. Im Übrigen gehört der Braunkohleabbau nicht dazu.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die machen Eigenstrom! – Annalena Baerbock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eigenstrom!)

– Frau Kollegin Baerbock, antragsberechtigt – man muss hier auf die Begrifflichkeiten achten – heißt noch lange nicht, dass der Antrag auch bewilligt wird. Das wird nämlich in der politischen Diskussion hier auch immer falsch dargestellt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(D) Außerdem sind auch Unternehmen, die vorher privilegiert waren, jetzt nicht mehr privilegiert und herausgefallen. Das gehört nämlich auch zur Wahrheit und wird hier immer gerne verschwiegen.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche? Sagen Sie mal, welche?)

– Ich tue Ihnen den Gefallen nicht, die Redezeit am Freitagnachmittag zu verlängern. Das mache ich auch mit Rücksicht auf die Kollegen. Sie geben das hier schon zum Besten. In allen politischen Diskussionen wurde das in dem Zusammenhang schon zur Genüge erläutert.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterbinden bestehende Ungerechtigkeiten und Missbrauchsmöglichkeiten. Es wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, Personal in Leiharbeitsfirmen auszulagern und dann dafür auch noch mit der Befreiung oder Privilegierung bei der EEG-Umlage belohnt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang gebe ich gerne zu, dass mir persönlich das noch nicht weit genug geht. Man müsste im parlamentarischen Verfahren noch darüber reden, dass hier auch auf Werkverträge abgestellt wird.

Eine Neuerung ist auch die Verpflichtung der antragsberechtigten Unternehmen, ein umfassendes Energie- und Umweltmanagementsystem einzuführen; denn die-

Florian Post

- (A) ses dient als Grundlage und Anreiz für Maßnahmen der Energieeffizienz.

Aus den Reihen der Opposition wird oft die Forderung erhoben, dass die Ausnahmen zu weit gingen und dadurch die übrigen Verbraucher zusätzlich belastet würden. Das sollten wir doch bitte sein lassen bzw. zurücknehmen. Sie versuchen hier, die Stromkunden gegeneinander auszuspielen, und tun so, als sei das ein Nullsummenspiel. Das Gleiche machen Sie auch bei der Arbeitsplatzdebatte, wenn Sie von den Arbeitsplätzen sprechen, die angeblich in der Erneuerbare-Energien-Branche gefährdet sind. Es ist aber eben kein Nullsummenspiel.

Wenn wir die energieintensiven Unternehmen angreifen, schaden wir Deutschland als Land der Industrie. „Made in Germany“ ist für industrielle Produkte eine Marke, die in der Welt ihresgleichen sucht. „Made in Germany“ bedeutet aber nicht nur Qualität für die Käufer, sondern das ist auch ein Versprechen an die Männer und Frauen, die in dieser Industrie arbeiten.

Wenn die Stromrechnung knapp ein Fünftel der Kosten ausmacht, überlegt sich jeder Kaufmann zweimal, ob er seine Fabrik nicht doch lieber nach Frankreich oder in die USA verlagert.

- (B) Um es auf einen einfachen Satz herunterzubrechen: Was nützt es dem privaten Verbraucher, wenn die Kosten für die EEG-Umlage wegen einer eventuellen Rücknahme der Privilegierung für stromintensive Unternehmen ein wenig sinken – das hat Kollege Pfeiffer auch schon vorgerechnet, und auch Kollege Tiefensee ist, glaube ich, darauf eingegangen; das bewegt sich ungefähr in der Größenordnung von 3,50 Euro monatlich –, aber dadurch gleichzeitig Tausende Arbeitsplätze verlorengehen?

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehen sie ja nicht!)

– Sie widersprechen sich auch in dem Punkt. Wenn wir all das machen würden, was von Ihnen immer gefordert wird, dann würde das zu einer Steigerung der EEG-Umlage – und nicht zu einer Senkung – führen.

Das ist der Unterschied: Wir Sozialdemokraten machen nämlich Energiepolitik auch für die Leute, die sich nicht jede Wohnung und jede Stromrechnung leisten können und die nicht täglich im Bioladen einkaufen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Könnten Sie dennoch an Ihre Redezeit denken?

Florian Post (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Die Energiewende kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, einen Ausgleich zwischen berechtigten Interessen zu finden. Dafür haben wir hier einen Gesetzesentwurf vorgelegt, den wir im parlamentarischen Verfahren beraten werden.

(C) Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche von meiner Seite aus schon einmal ein schönes Wochenende. Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege. – Letzter Redner in der Debatte ist Dr. Andreas Lenz für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahrlich wurde vieles schon von meinen Kolleginnen und Kollegen vorweggenommen, aber, ich glaube, die Wahrheit darf man ruhig wiederholen. Die Opposition hat heute viel Neues und Gutes beigetragen, aber leider war das Neue nicht gut und das Gute nicht neu. So ist das mit den Beiträgen der Opposition.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Jetzt haben Sie natürlich jemanden provoziert. Erlauben Sie, das Gute vom Neuen und das Neue vom Guten zu trennen? Herr Krischer, hat sich gemeldet und möchte Sie etwas fragen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Gut. – Dann Herr Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, Sie haben gerade gesagt, wir hätten nichts Neues und nichts Gutes beigetragen.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Nein, nein.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir haben gerade die Meldung bekommen, dass der Bundesrat 26 Änderungsanträge bezüglich des EEG beschlossen hat. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Die Frage der Neuregelung der Eigenstromregelung sieht der Bundesrat unter anderem ganz anders als die Koalition und die Bundesregierung. Freuen Sie sich darüber, dass der Bundesrat massive Verbesserungen am gültigen EEG vorschlägt? Unterstützen Sie das? Ist das eine gute und neue Nachricht für Sie?

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU):

Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe gesagt: Sie haben viel Neues und viel Gutes gesagt; aber für uns war das Neue nicht gut und das Gute nicht neu.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Zu Ihrem Einwand: Natürlich werden wir die 26 Änderungsanträge, wie es der parlamentarischen Gepflogen-

Dr. Andreas Lenz

- (A) heit gebührt, prüfen und beim parlamentarischen Verfahren dementsprechend berücksichtigen.

Wir beraten heute das Gesetz zur Reform der Besonderen Ausgleichsregelung für stromkosten- und handelsintensive Unternehmen. Grundlage der gesetzlichen Neuregelung bilden die inzwischen abgeschlossenen beihilferechtlichen Verhandlungen der Bundesregierung mit der EU-Kommission. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch ich bin der Meinung, dass hier ordentlich verhandelt wurde. Der Erfolg der Energiewende muss sich schließlich auch daran messen lassen, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu sind Sonderregelungen für die stromintensive Industrie erforderlich. Unternehmen mit sehr hohen Stromkosten und einer hohen Handelsintensität können auch weiterhin privilegiert werden. Unternehmen aus 68 aufgeführten Branchen zahlen in Zukunft grundsätzlich, wie erwähnt, 15 Prozent der vollen EEG-Umlage. Ebenso ist eine Mindestumlage – für die erste Gigawattstunde die EEG-Umlage in voller Höhe und 0,1 Cent für jede darüber hinausgehende Kilowattstunde – vorgesehen. Für die Privilegierung ist Voraussetzung, dass der Stromkostenanteil an der Bruttowertschöpfung ab 2015 mindestens 17 Prozent beträgt. Darüber hinaus greift für diese Unternehmen eine zweiteilige Deckelung. Kein privilegiertes Unternehmen muss mehr als 4 Prozent seiner Bruttowertschöpfung zahlen. Besonders stromintensive Unternehmen mit einer Stromkostenintensität höher als 20 Prozent zahlen nicht mehr als 0,5 Prozent ihrer Bruttowertschöpfung. Allein durch diese Anpassungen werden circa 400 Unternehmen aus der Privilegierung herausfallen. Dies kann, wie erwähnt, im Einzelfall existenzbedrohend sein. Deshalb gibt es für diese Fälle eine Härtefallregelung, sodass diese Unternehmen dauerhaft 20 Prozent der EEG-Umlage bezahlen. Ich glaube – im Gegensatz zu Frau Bulling-Schröter –, dass dies keine verantwortungslose Politik, sondern im Gegenteil verantwortungsvolle Politik ist, um die Industriearbeitsplätze langfristig in Deutschland zu sichern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Insgesamt wird damit das Niveau der Entlastung mit circa 5,1 Milliarden Euro pro Jahr konstant gehalten. Jetzt wird oft gesagt – dies haben wir heute schon gehört –, die Industrie leiste keinen Beitrag zur Energiewende. Das ist weit gefehlt. Die deutsche Industrie zahlt circa 7,4 Milliarden Euro EEG-Umlage. Das ist nahezu so viel wie die privaten Haushalte insgesamt bezahlen. Die Industrie trägt somit rund ein Drittel der gesamten EEG-Umlage. Man muss auch betonen, dass ohne die Besondere Ausgleichsregelung für stromkostenintensive Unternehmen die EEG-Umlage – Kollege Pfeiffer hat es angesprochen – lediglich um 1,36 Cent pro Kilowattstunde für den Normalbürger geringer ausfallen würde. Das würde für einen privaten Haushalt im Schnitt jährlich circa 45 Euro Einsparung bedeuten. Wegen der zu erwartenden Wohlstandsverluste würde das real verfügbare Einkommen jedoch im Schnitt um rund 500 Euro pro Jahr sinken.

(C) Es wird häufig bewusst die Mär verbreitet – wir haben sie auch heute wieder gehört –, dass die Industriestrompreise in Deutschland sehr gering seien. Damit wird versucht, die privaten Stromkunden gegen die Industriestromkunden auszuspielen. Ich halte das für unverantwortlich. Lassen Sie mich eines betonen: In Deutschland ist der Industriestrom im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden um rund 40 Prozent teurer. Das Gerücht, die Industrie wäre vom steigenden Strompreis nicht betroffen, da es für sie Ausnahmeregelungen gäbe, hält sich ebenso hartnäckig, wie es falsch ist.

Auch die Stromkosten sind ein Kostenfaktor im internationalen Wettbewerb, und diese Kosten wirken sich aus. So ist die Investitionstätigkeit in den energieintensiven Branchen in Deutschland inzwischen ausgesprochen schwach. Die Abwanderung der Industrie geschieht nicht mit einem lauten Knall, sondern schleichend. Die hohen Energiekosten haben bereits zu einer chronischen Investitionsschwäche der energieintensiven Industrie geführt. Wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt, deckten die Investitionen der energieintensiven Branchen in den Jahren 2000 bis 2010 nicht einmal ihre Abschreibungen. Das heißt, es wurde – und wird anhaltend – weniger investiert, als nötig wäre, um den Verschleiß der Produktionsstätten auszugleichen. Ich bitte die Grünen, das in ihren Anträgen, in denen die mangelnde Investitionstätigkeit in Deutschland bemängelt wird, zu berücksichtigen. Wir brauchen langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für unsere Unternehmen, und diese schaffen wir durch das neue Gesetz. (D)

Häufig wird betont, die energieintensiven Unternehmen hätten noch Effizienzpotenziale. Das trifft zum Teil zu. Aber ich kann jedem nur empfehlen, sich einmal eine Glashütte oder eine Stahlkocherei anzuschauen und mit den Verantwortlichen zu sprechen. Hier sind die Effizienzgrenzen bereits erreicht. Die Frage lautet dann nicht: effizient oder ineffizient? Die Frage lautet dann: in Deutschland produzieren oder eben nicht? Wir wollen, dass das produzierende Gewerbe in Deutschland eine Zukunft hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Im Übrigen wird uns die Frage der steigenden Netzentgelte auch in diesem Bereich noch vor Herausforderungen stellen, die es anzunehmen gilt. Wir sagen häufig – und das zu Recht –, was wir mit der Energiewende erreichen wollen: den stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien und deren Integration bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit, eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz sowie die ambitionierte Reduktion der Treibhausgasemissionen. Aber wir müssen auch sagen, was wir mit der Energiewende nicht erreichen wollen: Wir wollen keine Deindustrialisierung unseres Landes. Die deutsche Industrie erwirtschaftet mehr als 20 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung. Darauf können wir nicht nur, nein, darauf müssen wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Andreas Lenz

- (A) Wir können stolz darauf sein, dass wir nicht so stark von einem Finanzdienstleistungssektor abhängig sind wie beispielsweise Großbritannien. Es ist maßgeblich dem industriellen Kern unserer Volkswirtschaft zu verdanken, dass wir im Vergleich sehr gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen sind.

Es geht bei der Besonderen Ausgleichsregelung darum, den Industriestandort Deutschland und damit Tausende von Arbeitsplätzen langfristig zu erhalten. Jeder Arbeitsplatz im energieintensiven Bereich sichert zwei Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen und im Dienstleistungssektor. Rund 80 Prozent der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes haben enge Lieferbeziehungen zur energieintensiven Industrie; 40 Prozent der Unternehmen befinden sich in engen Forschungs- und Entwicklungskooperationen. Es gilt also einmal mehr, einem schleichenden Deindustrialisierungsprozess vorzubeugen. Das wollen und werden wir durch den verlässlichen Rahmen für die Industrie, den wir nun schaffen, erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit der europarechtskonformen Neuregelung der Besonderen Ausgleichsregelung schaffen wir langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für die energieintensive Industrie in Deutschland. Das ist gut für unser Land.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, Herr Kollege. Ich wünsche Ihnen ein gutes Wochenende mit vielen neuen Eindrücken. Sie waren ja sehr philosophisch; heute ist sowieso der Tag der Philosophie.

Damit schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Interfraktionell wird die Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/1449 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Ich sehe keine, ich höre keine. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Halina Wawzyniak, Jan Korte, Ulla Jelpke, weiteren Abgeordneten und der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung in das Grundgesetz) und zur Einführung eines Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid (Bundesabstimmungsgesetz) und zur Änderung weiterer Gesetze**

Drucksache 18/825

Überweisungsvorschlag:

Innenausschuss (f)

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach interfraktioneller Übereinkunft sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. (C)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Halina Wawzyniak für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Halina Wawzyniak (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Alle Jahre wieder reden wir über die Möglichkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern, über Gesetze oder Gegenstände der politischen Willensbildung selbst und direkt zu entscheiden. Alle bis auf die Union wollen, dass Einwohnerinnen und Einwohner direkt entscheiden können. Die Linke hat nun heute hier einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem dies praktisch umgesetzt werden kann.

Der Gesetzentwurf – darauf hat die Frau Präsidentin schon hingewiesen – enthält sowohl die Änderungen des Grundgesetzes, um Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide zu ermöglichen, aber er enthält auch – und das ist eine Neuerung – ein Bundesabstimmungsgesetz.

In dem Bundesabstimmungsgesetz regeln wir konkret das Verfahren einer Volksabstimmung. Wir haben hier einen Vorschlag von „Mehr Demokratie e. V.“ aufgenommen – das haben wir im Gesetzentwurf auch transparent verzeichnet –

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist urheberrechtlich voll korrekt!)

und diesen leicht verändert übernommen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen, dass 100 000 Wahlberechtigte Initiativen in den Bundestag einbringen können. Wir wollen, dass ein Volksbegehren zustande gekommen ist, wenn mindestens 1 Million Wahlberechtigte binnen neun Monaten diesem zugestimmt haben. Bei einem das Grundgesetz ändernden Volksbegehren müssen 2 Millionen Wahlberechtigte unterschreiben.

Wir wollen – und das ist uns besonders wichtig –, dass alle seit fünf Jahren in Deutschland lebenden Menschen abstimmungsberechtigt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen, dass auch 16-Jährige abstimmen dürfen.

Ausgeschlossen sind Volksinitiativen zu den in den Artikeln 1 und 20 Grundgesetz niedergelegten Grundsätzen und zum Haushaltsgesetz, und natürlich darf kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen auch, dass diejenigen mitentscheiden können, die derzeit nach § 13 Bundeswahlgesetz ausgeschlossen sind. Das betrifft zum Beispiel die Menschen, die unter Vollbetreuung stehen.

Halina Wawzyniak

- (A) Um vorwegzunehmen, was an Gegenargumenten kommen könnte: Die Todesstrafe ist damit einem Volksentscheid entzogen; denn sie verstößt unzweifelhaft gegen die Menschenwürde.

Unser Gesetzentwurf ist ein Angebot. SPD und Grüne haben sicherlich Änderungsbedarf. Ich kann Sie nur aufordern: Äußern Sie den! Wir sind bereit, mit Ihnen in Gespräche einzutreten. Unser Gesetzentwurf ist ein Angebot. Wir wollen es gemeinsam schaffen, Volksbegehren, Volksinitiativen und Volksentscheide zur Realität werden zu lassen. Wir kleben nicht an Semikolons, wir kleben nicht an Kommas. Wir laden Sie ein: Diskutieren Sie mit uns gemeinsam.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun führen wir diese Debatte nicht zum ersten Mal. Ich will deshalb präventiv auf einige Argumente eingehen, die insbesondere der Kollege Helmut Brandt, der heute gar nicht spricht, in der Vergangenheit vorgetragen hat.

Am 8. Juli 2010 sagte er, „dass durch diese Form des Plebiszits in der Weimarer Zeit das Volk aufgewühlt und gespalten und das Vertrauen in das Parlament zusätzlich erschüttert wurde.“ Ich finde es, ehrlich gesagt, etwas bedauerlich, dass das Argument Weimar immer wieder vorgetragen wird. Dieses Argument ist nicht tragfähig.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Jens Kersten weist in dem sehr lesenswerten Buch *Weimars lange Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945* nach, dass nach Memoiren und rückschauenden Schriften politischer Akteure der damaligen Zeit das Institut der direkten Demokratie überwiegend positiv bis wohlwollend neutral besetzt war. Kann es nicht vielleicht sein, dass die Weimarer Republik daran gescheitert ist, dass es zu wenige Demokratinnen und Demokraten gegeben hat, die bereit waren, sie zu verteidigen? Mir kommt es immer so vor, als würde Weimar zitiert, weil das gut ankommt. Aber das Kernproblem des Scheiterns der Weimarer Republik wurde nicht begriffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Demokratie muss von Demokratinnen und Demokraten demokratisch verteidigt werden.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Ach was!)

Am 14. Juni 2013 erklärte der Kollege, dass ein Volksentscheid „ein auf einen Punkt reduziertes Verfahren, bei dem die gestellte Frage nur mit Ja oder Nein zu beantworten ist“, sei. Ich muss Ihnen – mit Verlaub – ehrlich sagen: Das ist kein Argument gegen direkte Demokratie. Wenn wir hier im Plenum sitzen, tun wir nichts anderes, als eine gestellte Frage regelmäßig mit Ja, Nein oder Enthaltung zu beantworten.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Das ist ein ganz schiefer Vergleich!)

Das Verfahren der direkten Demokratie ist nicht reduziert. Bis es zu einem Volksentscheid kommt, dauert es

eine Weile, und das Für und Wider kann öffentlich abgewogen werden. Wer sich die Realität der Behandlung von Vorlagen in Ausschüssen und hier im Plenum vor Augen führt, der könnte möglicherweise sogar zu der Annahme kommen, dass bei einem Gesetzgebungsverfahren über Volksentscheide eine umfassendere Behandlung mit einer Sachfrage vorliegt als bei einer Abstimmung hier im Bundestag.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Nur wenn man sich falsch vorbereitet! Oder gar nicht!)

Am 14. Juni 2013 sagte der Kollege Brandt, es müsse bedacht werden, „dass bei Volksentscheiden die Gefahr besteht, dass wichtige Sachfragen nicht nach sachbezogenen Gesichtspunkten entschieden werden, sondern danach, wie schlagwortartig und populistisch Parolen unter das Volk gebracht werden“.

Am 8. Juli 2010 ergänzte er, „dass wichtige Fragen nicht nach sachbezogenen Gesichtspunkten entschieden werden, sondern danach, welche Interessengruppe die bessere Lobbyarbeit macht“.

Ehrlich gesagt: Das finde ich schon wieder lustig; denn es suggeriert, dass wir alle hier im Parlament völlig frei von Schlagworten und völlig frei von populistischen Parolen Entscheidungen treffen, und es suggeriert, dass das Parlament ein Raum frei von Lobbyarbeit von Interessengruppen ist. Wir wissen alle, dass dem so nicht ist. Wir sollten einfach zur Kenntnis nehmen: Wir sind nicht die besseren Menschen. Wir sollten auch nicht so tun, als wären wir es.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Aber es liegt doch an Ihnen, ob Sie sich beeinflussen lassen oder nicht! Sind Sie so wenig selbstbewusst? Wenn Sie so schnell beeinflussbar sind, müssen Sie sich nicht wundern, dass Ihre Politik schlecht ist!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Denken Sie an Ihre Redezeit?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir ein ganz besonderes Maß an Transparenz herstellen; denn die Einflussnahme Dritter soll dadurch deutlich werden, dass Geld- und Sachspenden zur Unterstützung eines Volksentscheids ab 2 000 Euro offengelegt werden sollen. Ich bitte Sie also: Prüfen Sie unseren Gesetzentwurf – ich meine nicht Sie von der CDU/CSU; Sie machen da eh nicht mit –, kommen Sie mit uns ins Gespräch, und lassen Sie uns gemeinsam mehr direkte Demokratie einführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Frau Kollegin. – Nächster Redner: Dr. Tim Ostermann für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundestag hat in der Vergangenheit bereits elfmal über eine Vorlage zum Thema direkte Demokratie debattiert. Der Kollege Michael Hartmann hat sich in der letzten Wahlperiode die Mühe gemacht, dies zurückzuverfolgen. Das heißt, heute diskutieren wir über dieses Thema zum zwölften Mal.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Vielleicht lernen Sie ja mal hinzu!)

Ich glaube, dass Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, sich eingestehen müssen, dass Ihre Ideen nicht so verfangen, wie Sie sich das wünschen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Noch nicht! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Die Argumente auch nicht!)

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat gezeigt, dass das offenbar nicht funktioniert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bürger dieses Landes stehen mehrheitlich hinter der repräsentativen Demokratie, und sie stehen zu der Entscheidung der Mütter und Väter des Grundgesetzes, die vor 65 Jahren getroffen worden ist.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht in Bayern!)

(B) Eine Umfrage von TNS Infratest vom November 2013 hat ergeben, dass insgesamt 70 Prozent der Deutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden oder sogar sehr zufrieden sind.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Daher kann es nicht verwundern, dass die Plebiszit-anträge in der Vergangenheit keine große Resonanz gefunden haben, dass den Anträgen keine breite Debatte in der Bevölkerung gefolgt ist. Heute wird es also zum zwölften Mal versucht. Respekt für die Beharrlichkeit!

(Beifall des Abg. Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE] – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Es kommen auch noch Nummer 13 und 14!)

Inhaltlich haben Sie mit diesem Antrag jedoch wenig Neues zur Debatte beizutragen. Gleichwohl möchte ich Ihnen erneut die Argumente in Erinnerung rufen, mit denen wir Ihren Antrag auch zum zwölften Mal ablehnen werden.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Die habe ich doch gerade genannt und widerlegt!)

Das Argument Weimar ist übrigens nicht dabei.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ach, schade!)

– Es tut mir leid, dass ich Sie da enttäuschen muss.

(C)

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Da haben Sie was gelernt!)

Erlauben Sie mir eine Bemerkung vorab. In Ihrer Begründung zum Gesetzentwurf haben Sie gleich im ersten Satz eine Steilvorlage geliefert. Dort heißt es: „Seit dem Jahr 1990 hat sich das Verfassungsleben intensiviert.“ Sie stellen wahrscheinlich deshalb auf das Jahr 1990 ab, weil Sie selbst erkannt haben, dass es im Osten unseres Landes bis zur Wende gar kein Verfassungsleben gab bzw. kein Verfassungsleben, das diesen Namen verdient.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Richtig! Haben Sie recht!)

Bis zur Wende – das will ich noch einmal in Erinnerung rufen – gab es keine freien Wahlen. Die Wahlen waren manipuliert. Man konnte nur für Einheitslisten abstimmen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Da haben Sie recht! Das war schlimm!)

Die sogenannte Deutsche Demokratische Republik war alles, nur nicht demokratisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE] – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat das denn jetzt mit dem Volksentscheid zu tun? – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zur Sache!)

Das Volk im östlichen Teil unseres Landes hat dem Treiben Ihrer Vorgängerpartei, der SED, daher im Jahr 1989 ein Ende bereitet. Gott sei Dank!

(D)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das war die Vorvorgängerpartei! Da müssen Sie schon richtig zurückrechnen!)

Die Menschen dort haben sich stattdessen für die Demokratie entschieden, für ein System der repräsentativen Demokratie, das in der Bundesrepublik schon jahrzehntelang erfolgreich praktiziert worden ist.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht in Bayern!)

Dieses haben wir heute Morgen in einer Feierstunde gewürdigt. Für uns ist die repräsentative Demokratie ein wesentlicher Grund für die Stabilität unseres politischen Systems, gerade auch im Vergleich zu anderen Staaten. Die repräsentative Demokratie ist ein Stabilitätsanker.

(Richard Pitterle [DIE LINKE]: Die Schweiz! Ist die Schweiz stabil?)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung von Herrn Lenkert?

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU):

Erlaube ich. Bitte.

(A) Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Herr Kollege, Sie sagten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern für die repräsentative Demokratie entschieden haben. Ich kann Ihnen versichern: Wir haben die Thüringer Landesverfassung mit einem Volksentscheid in Kraft gesetzt.

(Beifall des Abg. Harald Petzold [Havelland]
[DIE LINKE])

Über diesen Volksentscheid ist ausdrücklich auch die direkte Demokratie in der Thüringer Verfassung verankert worden. Das war der Wille der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen. Die Verfassung wurde mit 75 Prozent angenommen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach!)

Ich kann Ihnen versichern: Wir wollten die direkte Demokratie. Jetzt wollen wir sie endlich auch auf Bundesebene.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU):

Nun ist es aber so, Herr Kollege, dass die Volkskammer den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes erklärt hat. Und darum geht es heute: um die Bundesebene.

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hä? Wie bitte? – Harald Petzold [Havelland] [DIE LINKE]: Es geht um Volksinitiative!)

(B)

– Nein, es geht um die Bundesebene. Darüber reden wir heute.

Meine Damen und Herren, das Gesetzgebungsverfahren, an dem dieses Hohe Haus ja nicht unmaßgeblich beteiligt ist, ist in der Lage, verschiedene Interessen zu bündeln und aufzunehmen. Es lässt am Ende Gesetze entstehen, die diese unterschiedlichen Interessen berücksichtigen. Das Gesetzgebungsverfahren – das haben Sie eben etwas arg verkürzt dargestellt – ist ein sogenanntes lernendes Verfahren.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: In der Theorie, aber nicht in der Praxis!)

Es bringt hierfür alle Voraussetzungen mit. Denn es gibt eben nicht nur eine Abstimmung hier im Plenum, sondern auch drei Lesungen, Ausschussberatungen, Sachverständigenanhörungen und Berichterstattegespräche. Aus all diesen Beratungen gehen nahezu immer Änderungen und Anpassungen am Gesetzentwurf hervor.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: In der Theorie, nicht in der Praxis!)

Es gilt das Struck'sche Gesetz – man darf es hier heute wieder zitieren; dies wurde heute schon mindestens einmal getan –:

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht aber nicht in der Verfassung!)

Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hineingekommen ist. **(C)**

Kurzum: Das Gesetzgebungsverfahren, wie wir es kennen, bietet ein hohes Maß an thematischer Tiefe und Flexibilität. Ein solch ausdifferenziertes und umfassendes Verfahren kann ein Plebiszit nicht bieten. Denn bei einer Volksabstimmung – das haben Sie richtig wiedergegeben; Kollege Brandt hat es hier schon dargestellt – geht es letztlich immer nur um die Frage: ja oder nein, schwarz oder weiß?

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Oder Enthaltung!)

Ein „Ja, aber“ ist nicht vorgesehen, und Farbnancen gibt es nicht.

Die Gesetzgebung ist oftmals aber sehr vielschichtig und muss eine kaum überschaubare Vernetzung mit anderen Regelungsbereichen berücksichtigen. Volksentscheide erlauben eine solch detailreiche Abstimmung nicht. Die unangemessene Verkürzung vieler Sachthemen könnte leicht zu populistisch beeinflussten Ergebnissen führen, Ergebnissen, bei denen die notwendigen Kompromisse der parlamentarischen Diskussion auf der Strecke bleiben. Es besteht die Gefahr, dass nicht auf Grundlage von sachlichen Erwägungen entschieden wird, sondern dass sich Tür und Tor für Stimmungen und Emotionen öffnen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das passiert hier nie!)

Wir wären jedoch schlecht beraten, wenn wir uns in wichtigen Sachfragen von Stimmungen und vor allem von Stimmungsmachern leiten lassen würden. **(D)**

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie in Bayern!)

Ich bin davon überzeugt: Dies würde insbesondere auch – das dürfte Sie besonders interessieren – zulasten von Minderheiten und gesellschaftlich benachteiligten Gruppen gehen. Hinzu kommt: Bei einem Volksentscheid kann die größere Finanzkraft – das ist wieder ein Argument von Herrn Brandt; das erwähne ich, um Sie zu erfreuen – bestimmter Akteure den Ausschlag hinsichtlich Erfolg oder Misserfolg geben: ein größeres Werbebudget für eine bessere Präsenz in den Medien, Abmahnwellen und juristische Spielchen durch Anwälte zur Einschüchterung des politischen Gegners, um nur einige Aspekte zu nennen. In der Welt der Volksentscheide gilt oftmals das Recht des Stärkeren und nicht unbedingt das des besseren Arguments.

(Beifall bei der CDU/CSU – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Aber hier auch nicht! Hier gelten die besseren Argumente auch nicht! Das sieht man ja gerade wieder!)

Sie werden jetzt vermutlich einwenden, dass man mit kommunalen Formen der Bürgerbeteiligung bisher keine schlechten Erfahrungen gemacht hat. Das mag sein. Allerdings lassen sich Volksentscheide auf diesen Ebenen nur schlecht mit solchen auf der Bundesebene verglei-

Dr. Tim Ostermann

- (A) chen. In einem kommunalen Kontext sind die politischen Fragen zumeist überschaubarer.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ja, ja, schon klar!)

Sie können einfacher überblickt werden. Auf Bundesebene sähe das anders aus, auch deshalb, weil dort viele Sachfragen eine europäische oder internationale Dimension haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Abgeordnete sind von den Bürgern gewählt und dazu berufen, das Volk zu vertreten. Dafür stellen wir uns alle vier Jahre zur Wahl. Der Bürger befindet mit seiner Stimme darüber, ob wir seine Interessen überzeugend vertreten haben oder eben nicht. Nicht zuletzt aufgrund von namentlichen Abstimmungen können jede Wählerin und jeder Wähler nachvollziehen, ob wir unsere Aufgabe in ihrem bzw. seinem Sinne erledigt haben.

Ich bin der Meinung, dass in den letzten Jahren vor allem die Möglichkeiten des Internets die Teilhabe der Bürger an politischen Prozessen verbessert haben. Es bieten sich zahlreiche Foren und Plätze, sich in den Gesetzgebungsprozess einzubringen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Aber nicht, um mitzuentcheiden!)

Genannt seien hier etwa die Onlinepetition, soziale Netzwerke und Partizipationsplattformen Dritter. Für die Bürger war es noch nie so einfach, sich politisch zu beteiligen und ihre Meinung auch auf Bundesebene kundzutun.

- (B) (Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Aber sie können nicht mitentscheiden!)

Schließen möchte ich mit einem Verweis auf die Festrede von Navid Kermani heute Morgen in der Feierstunde. Sie können sich sicherlich vorstellen, dass mir nicht alle Passagen dieser Rede gefallen haben.

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum nicht?)

Aber die Passage, die ich jetzt mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, zitieren möchte, hat mir schon gefallen; denn er hat gesagt – ich zitiere –:

Das Interesse der Öffentlichkeit am Grundgesetz war aus heutiger Sicht beschämend gering, die Zustimmung innerhalb der Bevölkerung marginal. Befragt, wann für sie die beste Zeit gewesen sei, entschieden sich noch 1951 in einer repräsentativen Umfrage 45 Prozent der Deutschen für das Kaiserreich, 7 Prozent für die Weimarer Republik

– da ist sie dann doch einmal, die Weimarer Republik –,

(Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wäre aber nicht abstimmungsfähig!)

42 Prozent für die Zeit des Nationalsozialismus und nur 2 Prozent für die Bundesrepublik. ... Wie froh müssen wir sein, dass am Anfang der Bundesrepu-

blik Politiker standen, die ihr Handeln nicht nach Umfragen, sondern nach ihren Überzeugungen ausrichteten. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bayern hat das Grundgesetz 1949 abgelehnt! – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Da hat er recht! – Dr. Konstantin von Notz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, da hat er recht!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, wo er recht hat, hat er recht. – Vielen Dank, Herr Kollege.

Es gab mehrere Zwischenrufe in Bezug auf Bayern vom Kollegen Konstantin von Notz, der weit weg von Bayern, in Schleswig-Holstein, lebt. Ich glaube, Herr von Notz, ich kann Ihnen im Namen all meiner bayerischen Kollegen versichern, dass wir eine recht lebendige Demokratie bei uns haben, die auch ziemlich direkt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: In Festzelten!)

Der nächste Redner in der Debatte: Özcan Mutlu, Bündnis 90/Die Grünen.

Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Wawzyniak, wir nehmen Ihr Gesprächsangebot gerne an.

(Beifall bei der LINKEN – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Danke!)

Bündnis 90/Die Grünen ist nämlich die Partei, die sich seit ihrer Gründung konsequent für die Stärkung und die Erweiterung der direkten Demokratie in Deutschland eingesetzt hat und sich auch weiter dafür einsetzen wird. So haben wir seit 2002 in mehreren Anläufen in diesem Hohen Hause für eine Mehrheit geworben, damit das Grundgesetz geändert werden kann und bundesweite Volksentscheide möglich werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser letzter Anlauf ist an der Mehrheit von CDU/CSU und FDP, um nicht zu sagen: an der Verweigerung dieser Parteien, leider gescheitert. So wird es vermutlich auch Ihrem Gesetzentwurf ergehen. Ich bin auf die Debatten im Ausschuss gespannt.

Meine Damen und Herren, auch wenn es Teile des Hohen Hauses wohl immer noch nicht wahrhaben wollen: Die Ergänzung unserer parlamentarischen Demokratie durch direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeiten ist auf kommunaler wie auf Landesebene eine Erfolgsstory, ein Erfolgsmodell. Ich bin mir ziemlich sicher: Sie wird bei richtiger Ausgestaltung auch auf Bundesebene ein Erfolgsmodell werden.

Özcan Mutlu

- (A) Weil wir hier verschiedene Kollegen gehört haben, sei mir an dieser Stelle noch folgende Randbemerkung erlaubt: Gerade diejenigen, die hier am lautesten immer wieder gegen Plebiszite argumentieren und die gegen die Schaffung von Volksentscheiden auf Bundesebene sind, gerade diese verstehen es am besten, auf kommunaler Ebene und auf Landesebene Volksentscheide zu nutzen und sie für ihre parteipolitischen Zwecke zu instrumentalisieren.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Falsch!)

Als Berliner Abgeordneter kann ich Ihnen da gerne zwei Beispiele nennen:

Ich erinnere an den Volksentscheid gegen die Schließung des Flughafens Tempelhof,

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Ah!)

wo die CDU Berlin an vorderster Front marschiert ist, obwohl sie immer gegen Volksentscheide war.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was, die haben Volksentscheide gemacht?)

Das andere Beispiel aus Berlin ist die Einführung des Schulfachs Ethik; auch da hat die CDU mit erhobener Fahne an vorderster Front im Rahmen eines Volksentscheids gegen die Einführung dieses Schulfachs gekämpft.

- (B) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört! – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Die haben eine Fahne? – Dr. Tim Ostermann [CDU/CSU]: Weil sie recht hat!)

Kollege Ostermann hat das Stichwort „Stimmungsmacher“ in den Raum gestellt. Da sage ich: Schaut nach Bayern! Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Dr. Tim Ostermann [CDU/CSU]: Von Bayern lernen heißt siegen lernen! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Seehofer will keine Konkurrenz!)

Meine Damen und Herren, uns ist bewusst, dass eine Entscheidung noch Zeit braucht, und wir werden weiter an diesem dicken Brett bohren, vielleicht auch mit den Linken, vielleicht auch mit den Sozialdemokraten. Dennoch können wir – da muss ich die Freude leider schon stoppen – dem Gesetzentwurf der Linken in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Oh!)

Wir lehnen die von Ihnen vorgeschlagene Regelung ab, dass vertragliche Grundlagen der Europäischen Union, die das Grundgesetz ändern, zukünftig per Volksabstimmung angenommen werden müssen. Diese Regelung kann durchaus europafeindlich wirken und birgt die Gefahr, parteipolitisch instrumentalisiert zu werden.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Hä? Verstehe ich nicht!)

Zugleich ist dieser Gesetzentwurf für mich – auch wenn Sie das jetzt nicht gerne hören – irgendwie auch ein Aus-

druck des Fremdels der Linken mit der Europäischen Union. (C)

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Das ist sehr vorsichtig formuliert! – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das müssen Sie noch einmal erklären!)

– In der Rede haben Sie nichts dazu gesagt; aber ich lese das aus Ihrem Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Gefühl teilen wir ganz und gar nicht. Wir Grüne sind eine entschieden proeuropäische Partei.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Wir auch!)

Wir finden es richtig, dass das Grundgesetz – wir haben heute den 65. Jahrestag seines Inkrafttretens gefeiert – die Verankerung Deutschlands und die immer tiefere Integration Europas substanziell fest schreibt. Die Europaoffenheit unseres Grundgesetzes, der darin festgeschriebene Auftrag der europäischen Integration, das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke unseres Grundgesetzes.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sehen wir auch so!)

– Das ist sehr schön; dann werden wir ja sehen, was Sie in den Ausschussberatungen sagen.

Deshalb können wir dem Gesetzentwurf der Linken in dieser Form nicht zustimmen. Wir finden sehr wohl, dass europäische Angelegenheiten auch europäisch – von allen Bürgerinnen und Bürgern Europas – entschieden werden müssen. Wir Grüne wollen die Bürgerinnen und Bürger in Europa – und auch in Deutschland selbstverständlich – stärken. Wir wollen mit dem Ziel einer weiteren Demokratisierung Europas die Institutionen Europas und die Entscheidungsrechte des Europäischen Parlaments stärken, statt sie durch nationale Vorbehalte einzuschränken. (D)

(Beifall der Abg. Anja Hajduk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In unseren Augen ist der Konflikt zwischen den Elementen direkter Demokratie und den Werten und Zielen einer proeuropäischen Politik nur auflösbar, wenn und indem wir mit aller Konsequenz daran arbeiten, die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene weiter zu demokratisieren und zu festigen.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Denken Sie an Ihre Redezeit!

Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich denke an meine Redezeit.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Zu wenig!)

Ich hoffe, ich konnte ein wenig deutlich machen, Frau Präsidentin, liebe Linke,

(Heiterkeit)

Özcan Mutlu

- (A) wie wichtig uns diese Punkte sind und was wir als schädlich für die weitere Entwicklung Europas ansehen.

Ein letzter Satz sei mir erlaubt,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da werden die Satzzeichen plötzlich ganz wichtig!)

weil ich Berliner bin: Am Sonntag wählt Berlin nicht nur das Europäische Parlament, in Berlin steht auch ein Volksentscheid an. Das ist eine exzellente Gelegenheit, zu zeigen, wie gut direkte Demokratie funktionieren kann. Als Berliner Abgeordneter wünsche ich mir, dass viele Berlinerinnen und Berliner am Sonntag zur Wahl gehen –

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Das wünschen wir auch – und dass Sie jetzt zum Ende kommen.

Özcan Mutlu (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

– und sich für die nachhaltige Zukunft des Tempelhofer Feldes einsetzen.

Danke sehr, Frau Präsidentin.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

- (B) Danke, Herr Kollege. – Nächster Redner: Dr. Lars Castellucci für die SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Kolleginnen! Meine Damen und Herren! Das ist ein guter Tag, um über Demokratie zu sprechen; denn wir haben noch ein weiteres Geburtstagskind

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das Grundgesetz!)

– neben dem Grundgesetz –, nämlich die SPD. Sie wird heute 151 Jahre alt.

(Zurufe von der SPD: Ganz schön jung! – Das sieht man ihr aber nicht an! – Michael Frieser [CDU/CSU]: Knapp vor der Rente! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Jetzt verstehe ich die Rente mit 63!)

Ich gehe davon aus, dass wir jetzt nicht singen, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Was müssten wir denn dann jetzt singen? – Das tun wir jetzt aber nicht; nein, das lassen wir.

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Das üben wir noch.

(C)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, und die Frauen putzen die Fenster. – Nein, Entschuldigung.

Dr. Lars Castellucci (SPD):

Gut. – Die Geschichte der SPD ist eine Demokratisierungsgeschichte: Die Arbeiterbewegung hat einst das allgemeine, freie und gleiche Wahlrecht erkämpft, später kam das Frauenwahlrecht dazu.

Willy Brandt ist heute schon sehr oft zitiert worden: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“ Das ist nicht nur unsere Geschichte, sondern auch unser Auftrag. Deshalb unterstützen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch, dass es mehr Mitwirkungsmöglichkeiten für die Menschen in Deutschland geben soll. Wir sind für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene.

(Beifall der Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE])

Wir wollen auch das Wahlalter auf 16 Jahre senken, wir wollen die Menschen direkter in die vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligungsverfahren einbeziehen, und wir wollen auch, dass Gruppen, die heute noch nicht wählen können, die Möglichkeit dazu erhalten. Denken wir zum Beispiel an die Menschen mit ausländischem Pass. Wir glauben, dass die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit ein geeigneter Schlüssel sein kann, um hier Schritte nach vorne zu gehen. Im Koalitionsvertrag haben wir uns daneben immerhin vorgenommen, dass wir für diejenigen, die umfassend betreut werden, die rechtlichen Hemmnisse zur Ausübung des Wahlrechts abbauen wollen. Wir müssen miteinander besprechen, wie das gehen kann.

Demokratie ist also ein sehr wichtiges Thema. Deswegen ist es auch grundsätzlich sehr gut, dass wir heute diese Debatte führen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gleichzeitig handelt es sich ja um eine Übung, die schon eine gewisse Wiederholung kennt, weil leider mit der Union nichts zu machen ist.

(Dr. Tim Ostermann [CDU/CSU]: Was? – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Mit uns ist viel gelungen!)

Auch in den Koalitionsverhandlungen haben wir daran nichts ändern können.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Was wir heute schon alles gemeinsam gemacht haben! – Richard Pitterle [DIE LINKE]: Die Betonung liegt auf „nichts“!)

Heute war ja schon einmal von Carlo Schmid, einem unserer Verfassungsväter, die Rede. Carlo Schmid berichtet in seinen Memoiren von einer Begegnung mit Adenauer. Adenauer sagte ihm – ich zitiere –:

(D)

Dr. Lars Castellucci

(A) Was uns beide unterscheidet ...

– also Schmid und Adenauer –:

Sie glauben an den Menschen, ich glaube nicht an den Menschen und habe nie an den Menschen geglaubt.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Wer soll das gesagt haben?)

Das ist zwar etwas entfernt von einem christlichen Menschenbild, aber man kann bei der Biografie des Altkanzlers vielleicht Respekt vor dieser Meinung haben. Man sollte möglicherweise aber nicht bei Adenauer stehen bleiben.

Wir haben heute wirklich viel Grund dazu, die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen auszuweiten, und, anders als Herr Ostermann gesagt hat – man findet immer die Umfrage, die man gebrauchen kann –, wünschen sich die Menschen auch die Beteiligungsmöglichkeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Michael Frieser [CDU/CSU]: Wieder Applaus von der falschen Seite!)

Nach einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung sind es 80 Prozent.

Passen Sie jetzt einmal auf: Es gibt sogar Hinweise, dass Ihre Wählerinnen und Wähler das nicht nur wollen, sondern dass sie bei diesen direkten Verfahren sogar verstärkt zur Abstimmung gehen würden, womit Sie einen weiteren Hebel in der Hand hätten, Ihre Politik durchzusetzen.

(B)

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Schauen Sie nach Bayern!)

Das habe ich Ihnen jetzt natürlich nicht verraten, aber vielleicht gibt Ihnen das zu denken.

Es ist sicherlich falsch, von einer Krise der Demokratie zu sprechen. Wir haben heute zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die repräsentative Demokratie bewährt hat. Gleichzeitig bangen wir alle und fragen uns, wie hoch die Wahlbeteiligung am Sonntag werden wird.

(Stephan Mayer [Altötting] [CDU/CSU]: Das ist bei Volksentscheiden nicht besser!)

Die Mitgliederzahlen der Parteien sinken. Deswegen sind wir gut beraten, zu überlegen, wie wir die Demokratie lebendig halten und mehr Menschen für sie begeistern können.

Verehrte Kollegen von den Linken, an dieser Stelle möchte ich einen Punkt aus Ihrem Antrag herausgreifen, bei dem ich glaube, dass Sie damit dem Wunsch, Begeisterung auszulösen, zuwiderhandeln.

Sie schlagen vor, dass, wenn es einen Volksentscheid gibt, jede Fraktion im Deutschen Bundestag ihren Vorschlag gleichzeitig auch zur Abstimmung stellen kann.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das können wir verhandeln!)

Damit leisten Sie der direkten Demokratie einen Bären-dienst. In Wahrheit werden damit die Rechte von Parlamentsfraktionen ausgeweitet, und das ist eigentlich das Gegenteil von mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. (C)

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Verhandelbar! Das können wir verhandeln!)

Wie können wir für Demokratie begeistern? Wie können wir in die Demokratie mehr Leben bekommen? Das gelingt in erster Linie dadurch, dass wir bessere Politik-ergebnisse erzielen. Hierfür ist es wichtig, dass wir die unterschiedlichen Formen von Demokratie – direkte Demokratie, repräsentative Demokratie und auch Bürgerbeteiligung – nicht gegeneinander ausspielen, sondern dass wir ihre Chancen nutzen.

Ich erinnere an den letzten SPD-Antrag für mehr direkte Demokratie. Da sehen Sie, dass dort die Möglichkeit eines Kompromisses gegeben ist: Diejenigen, die den Volksentscheid eingebracht haben, und der Bundestag können sich auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen. Das halte ich für ein gutes Verfahren, gemeinsam zu besseren Lösungen zu kommen. Das könnte auch der Demokratie guttun.

(Beifall bei der SPD – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Auch das können wir aufnehmen! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Aber die Wahlbeteiligung bei Volksbefragungen ist doch deutlich geringer als bei Wahlen!)

Es hilft nichts, wenn wir hier zustimmen würden. Wir warten also auf die Union. Wir warten hier immerhin nicht auf Godot. Bekanntermaßen kam er nie. (D)

(Özcan Mutlu [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er wird auch nie kommen!)

Man wusste nicht, ob es ihn überhaupt gibt. Sie dagegen sind sehr real.

Ich möchte Ihnen Folgendes zu denken geben: Sie waren einmal für Atomenergie, und jetzt sind Sie gegen Atomenergie. Sie waren einmal für das dreigliedrige Schulsystem, und jetzt sind Sie häufig daran beteiligt, es abzuschaffen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch Sie waren mal für Atomenergie und für Gentechnik!)

Sie haben die Wehrpflicht befürwortet, und jetzt haben Sie sie mit abgeschafft. Deswegen ist auch in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren doch immer für Gentechnik und für Atomenergie! Sie müssen sich schon mal Ihre Geschichte angucken!)

Irgendwann kommt auch beim Thema direkte Demokratie Bewegung in Ihre Reihen. Ich wünsche uns dafür Geduld und gute Beratungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege, und von Herzen Glückwunsch zu einem bemerkenswerten Geburtstag. – Jetzt kommt als nächster Redner ein Vertreter Bayerns – nein, Entschuldigung: ein Vertreter Frankens; wir müssen schon korrekt sein, sonst bekomme ich Ärger –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Michael Frieser für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Frieser (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Keine Angst, Sie bekommen keinen Ärger. Ich halte es kraft Persönlichkeit und Gewichts aus, als beides zu gelten: sowohl als Franke als auch als Bayer.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Notfalls als Deutscher!)

Auch ich möchte der SPD zu ihrem 151. Geburtstag gratulieren und sage dazu: Wir haben die Flexirente doch schon umgesetzt. Jetzt muss man doch langsam einmal ans Aufhören denken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Ich halte diese Diskussion heute mit Blick auf den Geburtstag des deutschen Grundgesetzes für ideal. Es ist ein gutes Buch – Sie sollten es einmal lesen. Es stehen eine ganze Reihe von interessanten Sachen drin. Die einzigen Sätze, die in dem Gesetzentwurf der Linken stimmen, sind die Zitate aus dem Grundgesetz. Aber schon in Ihren ersten Sätzen heißt es sinngemäß: Artikel 20 des Grundgesetzes enthält den Grundsatz, dass die Souveränität vom Volke ausgeht. Da müssen wir Sie berichtigen: Die Souveränität in diesem Land geht immer vom Volk aus, und zwar ausschließlich. Das wird auch durch diesen Gesetzentwurf nicht geändert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nachdem wir über dieses Thema schon ein gutes Dutzend Mal beraten haben, sollten wir es abschließen dürfen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Stimmen Sie zu?)

Das, was Sie uns vorlegen, ist alter Wein in alten Schläuchen. Das ist dann in Ordnung, wenn man alten Wein liebt. Wenn man genauer hinschaut, dann ist klar: Das ist noch nicht einmal alter Wein, vielmehr wird er langsam zu Essig. Es gibt zwar guten Essig, aber davon kann an dieser Stelle nicht die Rede sein.

Es geht vor allem um eine fehlerhafte Staatstheorie. Wenn man den Gedanken des Artikels 20 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz mit dem in Satz 2 ins Verhältnis setzt, also die Sätze „Die Souveränität, also die Staatsgewalt, geht vom Volke aus“ und „Sie wird vom Volke in Wahlen und in Abstimmungen ausgeübt“ betrachtet,

dann wird offensichtlich: Sie widersprechen sich, wenn Sie das in dieser Form umsetzen. **(C)**

Jetzt fehlt der Zwischenruf von Herrn von Notz von den Grünen. Er müsste an dieser Stelle „Bayern“ rufen. Da der Zwischenruf nicht kommt, machen wir ihn eben selber. Darauf kommt es nicht an; das ist egal.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Bayern gibt es wirklich eine direkte Demokratie, und sie funktioniert sogar. Seit 1956 wurden fast 50 Volksentscheide durchgeführt, knapp 20 davon haben es bis zur zweiten Stufe gebracht. Auf der Länderebene ist das eine sehr interessante Geschichte. Auch das Grundgesetz kennt den Volksentscheid: in ganz bestimmten Fällen, beispielsweise bei der Weitergabe von Kompetenzen an die EU. Glauben Sie mir: Als CSUler habe ich dafür durchaus Sympathien, besonders mit Blick auf den kommenden Sonntag.

Ich glaube, der vorliegende Gesetzentwurf hat auch etwas damit zu tun, dass am kommenden Sonntag Europawahlen sind; das könnte zumindest theoretisch sein. Es gibt bestimmte Themen, die für eine Volksabstimmung geeignet sein könnten. Aber man kann so etwas eben nicht als Buffet organisieren, sondern man muss schon konkret sagen, womit man die Menschen tatsächlich befassen will.

In dem Gesetzentwurf der Linken steht der entscheidende Satz: Wenn die in den Artikeln 1 und 20 enthaltenen Grundsätze tangiert werden, dann sind Volksentscheide oder Volksabstimmungen selbstverständlich nicht möglich. **(D)**

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Schon mal was von Ewigkeitsgarantie gehört?)

Herzlichen Glückwunsch! Das haben Sie nett formuliert. Das Bundesverfassungsgericht möge bitte einmal auslegen, was es mit den Grundsätzen der Artikel 1 und 20 auf sich hat.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Artikel 1 und 20, Ewigkeitsgarantie!)

Das Ergebnis wird sein: Sie nehmen genau das, was Ihnen in Ihrer Vorgehensweise, nämlich der Instrumentalisierung der Minderheiten, um zur Mehrheit zu kommen, gerade in den Kram passt. Die Folge wird ein Zeitgeistkatalog sein, der dann zur Abstimmung gestellt wird. Es geht in keiner Weise um eine Stärkung der direkten Demokratie.

Im Ergebnis läuft es doch immer darauf hinaus, dass man versucht, ein Thema, mit dem man in der repräsentativen Demokratie nicht weiterkommt, auf marktschreierische Art umzusetzen. Es ist doch Ihre Aufgabe als direkt bzw. über Listen gewählte Abgeordnete, darüber zu entscheiden und daran mitzuwirken, die Menschen über die Themen zu informieren und vor allem deren Sinn, Geist, Zweck und Anregungen mit aufzunehmen, sie hier zusammenzuführen und zu einem Ergebnis zu bringen. Das ist Ihre persönliche Aufgabe. Diese persönliche Aufgabe redelegieren Sie jetzt an den eigentlichen Gesetzgeber, nämlich den Souverän.

Michael Frieser

- (A) (Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ja, an den *eigentlichen* Gesetzgeber! Richtig!)

Wenn die Linke der Auffassung ist, dass sie an der Willensbildung in diesem Land nicht mehr teilhaben will: Herzlichen Glückwunsch und auf Wiedersehen! Wir sehen uns an anderer Stelle wieder.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Vermissen werden wir sie nicht!)

Unsere Definition von Politik ist definitiv eine andere.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sie lehnen alles ab, was wir machen!)

Unsere Definition ist, dass wir Abgeordnete nicht nur aus praktischen Gründen, sondern auch, weil wir ausschließlich unserem Gewissen unterworfen sind, für die jeweiligen Themen eintreten, die wir mit unseren Grundsätzen abstimmen müssen, um sie dann zu einem konsensualen Ergebnis zu bringen. Das ist Gesellschaftspolitik. Das übersetzt letzten Endes die Staatstheorie in gelebte Politik für die Bürger und damit für die Menschen in diesem Land.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Aber das funktioniert doch nicht!)

Aber wir wollen – und dazu fordern wir Sie auch auf –, dass man an dieser Stelle mitwirkt.

- (B) Da wir immer wieder das pädagogische Prinzip der Wiederholung anwenden müssen, halte ich fest: Eine Volksabstimmung als solche, die Sie auf einen Grundsatz verknappen müssen, damit die Menschen mit Ja oder Nein abstimmen können, kann bei bestimmten Themen nicht funktionieren. Eine Aushöhlung der repräsentativen Demokratie, in der Ihre persönliche Verantwortung im Vordergrund steht, wird nicht dazu führen, dass Sie am Ende mehr Politikbeteiligung erreichen. Sie werden sie vielmehr zergliedern und wahrscheinlich sogar in gewisser Weise ad absurdum führen, weil es Ihnen um die Etablierung einer Dagegen-Demokratie geht.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Herr Frieser, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung?

Michael Frieser (CDU/CSU):

Sofort, wenn ich meinen Gedanken zu Ende gebracht habe.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Alles klar.

Michael Frieser (CDU/CSU):

Für die Dagegen-Demokratie gibt es ein schlimmes Beispiel. Wer hat das erfunden? Die Schweizer haben es erfunden. Kollege Schuster hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass bei den Volksabstimmungen in der Schweiz die niedrigste Wahlbeteiligung herrscht. – In Bayern ist es ähnlich – jetzt vermisse ich wieder einen Zwischenruf von Herrn von Notz –: Dort gibt es dieses

wunderbare Element der direkten Demokratie. Was ist die Folge? Eine niedrigere Wahlbeteiligung bei diesen Abstimmungen. (C)

Das sollte uns zu denken geben. Eine Volksabstimmung als solche kann nicht das alleinige Heilmittel sein. Wir müssten die entsprechenden Regelungen klar und genau formulieren, wie es das wunderbare Grundgesetz bereits macht.

Bitte, Frau Kollegin.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Frieser. – Frau Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE):

Herr Frieser, ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass wir uns in einzelnen Punkten durchaus verständigen und einigen könnten. Ich frage Sie deshalb, wie Sie es sich erklären, dass es uns bei bestimmten Themen, in denen wir uns einig sind und wir als Linke Formulierungen vorlegen, die wortgleich mit Ihren sind, unmöglich ist, einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen, weil es in Ihrer Fraktion offensichtlich eine Kauder-Doktrin gibt, nach der wir nicht mit Ihnen gemeinsam Anträge vorlegen können. Können Sie mir das erklären, wenn Sie sagen, dass alles so gut funktioniert?

Michael Frieser (CDU/CSU):

Abgesehen von der Tatsache, dass das ein bisschen von der Diskussion ablenkt, will ich mich gerne auf die Frage einlassen. Ich widerspreche selbstverständlich dem Begriff „Kauder-Doktrin“. Eine solche Doktrin gibt es in keiner Weise. In dieser Frage gibt es in der CDU/CSU-Fraktion noch nicht einmal einen Fraktionszwang. (D)

Sie müssen es uns schon selbst überlassen, mit wem wir als Demokraten entweder erklärtermaßen kraft Verträgen oder aber manchmal aus Sympathie gemeinsame Anträge einbringen. Wenn die CDU/CSU-Fraktion zu einem Ergebnis kommt und das, was sie in einen Antrag aufnimmt, für richtig hält, bin ich der Auffassung, dass es dafür nicht unbedingt des Briefkopfes der Linken bedarf. Es gibt in diesem Hause aber sehr wohl auch Gruppenanträge, in denen Abgeordnete unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit übereinstimmen.

Frau Kollegin, ich muss trotzdem sagen: Damit täuschen Sie über den Grundgedanken und das Problem, über das wir diskutieren, nicht hinweg. Im Ergebnis bleibt es dabei. Sie können die deutsche Politik nicht nach Buffetart organisieren, indem Sie sagen: Das passt mir gerade in mein Konzept der marktschreierischen Politik. – Sie tun damit nicht nur der Politik und den Menschen keinen Gefallen, sondern Sie vergehen sich ein Stück weit auch – ausgerechnet am heutigen Gedenktag – am Grundgesetz. Das wollen wir nicht. Deshalb bleibt es bei unserer ablehnenden Haltung gegenüber Ihrem Gesetzentwurf. Ich glaube, das ist ganz gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Wir sehen uns nächste Sitzungswoche!)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege Frieser. Ich wünsche Ihnen eine schöne Fußballsaison. Das ist Ausdruck meines Mitleids.

(Stephan Mayer [Altötting] [CDU/CSU]:
FC Augsburg!)

– Ja, wir sind auf Platz acht.

(Michael Frieser [CDU/CSU]: Wir bereuen nicht nur die Liebe nicht, sondern auch das Mitleid nicht!)

Der letzte Redner in dieser Debatte ist Matthias Schmidt für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Matthias Schmidt (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf den Zuschauertribünen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute in erster Beratung den Gesetzentwurf der Linken, der einen sehr langen und sperrigen Titel trägt. Die Präsidentin hat ihn am Anfang komplett vorgelesen. Damit der Titel des Gesetzentwurfs auf die Anzeigetafel passt, musste er etwas verkürzt werden. Nun ist dort nur noch zu lesen: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid. Das trifft auch den Kern Ihres Gesetzentwurfs, beschreibt ihn aber nicht umfassend; denn er enthält weitere Aspekte, über die wir sehr intensiv reden sollten.

(B) Etwas verkürzt und flapsig ausgedrückt, wollen die Linken mit ihrem Gesetzentwurf etwas mehr Demokratie wagen.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Richtig!)

Das findet natürlich – die Parallele zum Zitat von Willy Brandt ist unverkennbar – die Sympathie der Sozialdemokratie.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Sehr gut!)

Auch wir sind für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. So haben wir es auch in unserem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 festgeschrieben. Hier im Plenum haben wir an zahlreichen Stellen und in verschiedenen Legislaturperioden Anträge in diese Richtung gestellt. In unserem schwarz-roten Regierungsprogramm findet sich dazu allenfalls eine Andeutung. Das liegt daran – das weiß jeder –, dass die Union dem Thema gegenüber eher kritisch eingestellt ist. Die Kollegen von der Union haben das eben argumentativ ausgeführt. Unter demokratischen Aspekten muss ich sagen: Man kann auch diesen Argumenten folgen und zu dieser Erkenntnis kommen, obwohl auf der linken Seite des Hauses in der Mehrheit eine andere Auffassung herrscht.

Frau Kollegin Wawzyniak, wenn man ein Gesetz ändern will – Sie wollen sogar das Grundgesetz ändern –, dann muss es einen Zustand geben, dem man unbedingt abhelfen will. Sie haben sich aber gar nicht die Mühe gemacht, einen Zustand zu beschreiben, dem Sie abhelfen wollen. Vielmehr haben Sie in Ihrer Argumentation gleich Bezug darauf genommen, was der Kollege Brand,

den ich im Übrigen sehr schätze, in den Jahren 2003 und 2008 gesagt hat, und haben versucht, das zu entkräften. Anschließend haben Sie uns und den Grünen ein Diskussionsangebot unterbreitet, nicht aber der Union. Sie wissen sicherlich, dass es zur Änderung des Grundgesetzes einer Zweidrittelmehrheit bedarf und dass die Union über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügt.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Ich dachte, Sie überzeugen die Union und bringen die dann mit!)

Das alles passt nicht richtig zusammen.

Ihr Gesetzentwurf bietet uns allerdings eine gute Gelegenheit, den Zustand unserer Demokratie zu beleuchten. Das haben wir schon heute früh in der Feierstunde getan. Dem Grundgesetz und damit der parlamentarischen Demokratie wurde ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die kurzfristigen Debatten sind natürlich immer sehr kontrovers und werden in der Regel so geführt, dass die Opposition alles schlecht findet, was die Regierung vorträgt, während die die Regierung tragenden Fraktionen das, was die Regierung macht, ganz gut finden und das voranbringen. Das gehört zum Austausch in einer parlamentarischen Demokratie selbstverständlich dazu.

Um den Zustand der parlamentarischen Demokratie einschätzen zu können, ist es allerdings hilfreich, eher auf die langen Linien zu schauen. Da schneidet die parlamentarische Demokratie sehr gut ab. Die Politik der Westintegration Adenauers stellt heute niemand mehr infrage. Auch Willy Brandts Ostpolitik, die damals heiß umkämpft war, wird heute von keiner Seite mehr infrage gestellt. Beides zusammen führte zur deutschen Einheit.

Im Rückblick kann man immer sagen: Die Kompromisse, die wir hier im Bundestag nach langen Diskussionen finden, können sich sehen lassen. Im Großen und Ganzen wird von der Bevölkerung langfristig akzeptiert, was wir hier machen. Es gibt eine Ausnahme. Einmal hat der Bundestag mit seiner Entscheidung danebengelegt. Das war aus meiner Sicht der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980. Damals hat der Bundestag eine falsche Entscheidung getroffen. Auch im Rückblick hat sich diese Entscheidung nicht als richtig erwiesen.

Wenn Sie meinen Ausführungen folgen, könnten Sie den Eindruck haben, ich stünde der Einführung direkter demokratischer Elemente sehr kritisch gegenüber. Dem ist aber nicht so. Ich stelle nur Fragen und versuche, mir ein Bild zu machen. Im Ergebnis komme ich zu der Erkenntnis, dass die direkte Demokratie eine sehr gute Ergänzung unserer parlamentarischen Demokratie sein könnte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie zwingt uns Parlamentarier dazu, zu kommunizieren und zu argumentieren. Das machen wir augenscheinlich nicht an jeder Stelle genug. Die Initiative „Mehr Demokratie“ hat dafür gute Beispiele geliefert und gute Argumente aufgeschrieben. In Berlin gibt es – Herr Mutlu hat vorhin schon darauf hingewiesen – aktuell einen Volksentscheid. Es geht um das Tempelhofer Feld. Es wird in

Matthias Schmidt (Berlin)

- (A) der Stadt momentan sehr heiß argumentiert. Ich bin sicher, dass sich am Ende die guten Argumente für eine behutsame Randbebauung des Tempelhofer Feldes durchsetzen werden und dafür eine Mehrheit gefunden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Das sehe ich anders!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede. Die Berliner haben sicher noch die Möglichkeit, darüber in den nächsten Stunden zu diskutieren.

Matthias Schmidt (Berlin) (SPD):

Ja, das stimmt. – Ich komme zum Schluss. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen und möchte mit einem Zitat von Goethe enden: „Die Demokratie rennt nicht, aber sie kommt sicherer zum Ziel“. Das werden wir in den Ausschussberatungen beweisen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Danke für die spannende Debatte.

Ich schließe die Aussprache.

- (B) Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/825 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe keine anderweitigen Vorschläge. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Franziska Brantner, Katja Dörner, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Qualität in der frühkindlichen Bildung fördern

Drucksache 18/1459

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Innenausschuss

Interfraktionell sind für die Aussprache 38 Minuten vereinbart. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Dr. Franziska Brantner für Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Franziska Brantner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, die heute am Freitagnachmittag noch zuhören! Im Zwischenbericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes, den die Bun-

desregierung selbst in Auftrag gegeben hat, steht geschrieben, die Betreuungssituation sei in manchen Einrichtungen unter fachlichen Gesichtspunkten bedenklich. Auch die unter anderem vom Familienministerium in Auftrag gegebene NUBBEK-Studie zeigte, dass die Qualität der frühkindlichen Bildung in deutschen Betreuungseinrichtungen überwiegend mittelmäßig bis schlecht ist. Jeder zweite Kindergarten bekam die Note „unzureichend“. Unserer Meinung nach ist das für unsere Kinder nicht verantwortbar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch viele Erzieherinnen und Erzieher sind heute an der Grenze des Belastbaren.

Der Ausbau der Kinderbetreuung und die Einführung des Rechtsanspruchs waren ein Meilenstein. Doch die Qualität der Kinderbetreuung darf jetzt nicht auf der Strecke bleiben. Wir müssen vom Kind her denken und sicherstellen, dass seine Bedürfnisse wirklich berücksichtigt werden. Es liegt in der Verantwortung aller Kolleginnen und Kollegen hier, gemeinsam dafür zu sorgen, dass die Kinder nicht auf der Strecke bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Was ist zu tun? Viele Faktoren spielen für die Qualität von Kinderbetreuung eine Rolle, wie die Ausstattung der Kitas und die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Nicht alle Qualitätsfaktoren können oder sollten von der Bundesebene bestimmt werden. Aber es gibt einen Faktor, den gar keiner infrage stellt und von dem alle sagen, dass er für eine gute Betreuung und Bildung notwendig ist: Das ist die Zeit, die Erzieherinnen und Erzieher direkt mit Kindern verbringen können. Es gibt einen Standard, den uns Expertinnen und Experten an die Hand geben – ohne seine Einhaltung kommt die Entwicklung zu kurz –: eine gute Fachkraft-Kind-Relation.

Worum geht es dabei? Es geht um die direkte pädagogische Arbeit mit den Kindern. Bis jetzt gibt es in den einzelnen Bundesländern ganz unterschiedliche Definitionen. In einigen Bundesländern werden Schlüssel festgeschrieben, die kaum Ausfallzeiten, Fortbildung oder etwa Elterngespräche berücksichtigen. Wir finden aber, dass alle Kinder bundesweit das gleiche Recht auf eine gute Betreuung und Bildung haben. Wir wollen nicht nur das Recht jedes Kindes auf einen Kitaplatz, sondern auch das Recht jedes Kindes auf einen guten Kitaplatz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wie wollen wir das gewährleisten? Als Standort für eine gesetzliche Regelung kommt § 22 a im SGB VIII in Betracht. Ich lese Ihnen einmal eine Formulierung aus einem juristischen Gutachten vor:

Zur Qualität der Förderung gehört auch eine Personalausstattung, die die Erfüllung des Förderungsauftrags gewährleistet. Das Nähere über die Mindestanforderungen hinsichtlich der Personalausstattung bezogen auf das Alter der Kinder und die Dauer der täglichen Förderung wird durch Rechtsverordnung

Dr. Franziska Brantner

- (A) des zuständigen Bundesministeriums mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt.

Das heißt, die Details, die genaue Fachkraft-Kind-Relation, werden in einer Rechtsverordnung bestimmt. Wir fordern ein Verhältnis, das sich an der Maximalgröße von 1 : 4 für unter Dreijährige und 1 : 10 für über Dreijährige orientiert. Außerdem sollte der Anteil der Arbeitszeit für Tätigkeiten ohne Kinder von 25 Prozent berücksichtigt werden. Darüber hinaus wollen wir die Fortführung des Bundesprogramms „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“.

Natürlich wird das Geld kosten. Qualität kostet Geld. Daher müssen sich Bund, Länder und Kommunen zusammentun und gemeinsam planen, wie sie die Finanzierung der Qualität gestalten.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Diese Treffen sind immer kompliziert! Glauben Sie es mir!)

– Ja. – Uns geht es darum, dass man gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen Qualitätsziele vom Kind her gedacht definiert und dann gemeinsam über die Finanzen redet. Erst sollten also die Ziele definiert werden, und dann sollten die finanziellen Mittel für deren Erreichung zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN)

- (B) Dafür brauchen wir ein breites Bündnis für Qualität. 2007 gab es den Kitagipfel, um den Ausbau voranzubringen. Was wir jetzt brauchen, ist ein Qualitätsgipfel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Diana Golze [DIE LINKE])

Dabei ist der Bund unserer Meinung nach klar mit in der Verpflichtung; er muss sich an der Finanzierung beteiligen. Wir müssen aber auch sicherstellen, dass das Geld wirklich vor Ort ankommt. Es darf nicht sein wie bei jenen 6 Milliarden Euro, bei denen leider nicht klar, geschweige denn sicher ist, wie viel sich davon in der Qualität niederschlägt. Deswegen ist unserer Meinung nach die rechtliche Verankerung so wichtig für eine zielgenaue Finanzierung.

Gerade tagte die Jugend- und Familienministerkonferenz in Mainz. Sie befasste sich ebenfalls mit diesem wichtigen Thema. Man forderte vom Bund 2 Milliarden Euro für den Kitausbau. Wir sind uns doch im Grunde alle einig: Wir brauchen mehr Qualität. Lassen Sie uns zu neuen Gipfeln aufbrechen, vielleicht auch zu einem Qualitätsgipfel! Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Brantner. – Nächster Redner in dieser Debatte ist Marcus Weinberg für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Brantner, ich habe gesagt: Ich werde nett zu Ihnen sein – fast immer in den nächsten sieben Minuten. Ein- oder zweimal muss ich aber auch etwas kritischer auf Ihren Antrag eingehen.

Wir sind dankbar, dass Sie diesen Antrag gestellt haben, weil uns das die Möglichkeit bietet, zwei Dinge anzusprechen. Zum einen tatsächlich das für uns wichtige Thema der Qualität: Wie können wir früher, besser, zielgenauer und bedarfsorientierter fördern? Zum anderen: Wir nehmen gern Anträge von Ihnen, von den Grünen, entgegen, wenn Sie das, was passiert ist, in einer Nachbetrachtung so beschreiben. Das, was wir 2007, damals in der ersten Großen Koalition der neueren Zeit, beschlossen haben, haben Sie als Meilenstein definiert. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür haben wir auch lange gekämpft!)

Frau Dörner, ich erinnere mich an die Debatten hier im Deutschen Bundestag. Von 2007 bis 2013 haben Sie bei jeder Debatte immer dieselben Szenarien an die Wand gemalt: dass der Rechtsanspruch nicht umzusetzen ist, dass es einen Riesenaufschrei geben wird in der Gesellschaft, bei jungen Müttern und Vätern und, und, und. Was ist passiert? Wenn man sich klar und verbindlich einigt – da stimme ich Ihnen zu –, wenn man sagt: „Das ist unser Ziel; das sind die verbindlichen Finanzzusagen; wir setzen ein Datum, bis zu dem wir etwas erreichen wollen“, dann bekommt man das hin, und wir haben es hinbekommen. Das ist ein Riesenerfolg für die jungen Familien und auch ein Erfolg insofern, als der Bund über 5 Milliarden Euro bereitgestellt hat und in Zukunft diese 845 Millionen bereitstellt.

Wenn man über Finanzen spricht, muss man immer eines sagen: Das ist originäre Aufgabe der Länder. Bei all dem, was wir gemeinsam und in bestimmt heftigen und anstrengenden Diskussionen mit den Ländern definieren wollen, werden wir darauf hinweisen, dass sich der Bund der Frage des Qualitätsausbaus nicht verwehren wird. Im Gegenteil, wir werden Qualität einfordern. „Einfordern“ heißt auch, dass die Länder sagen müssen, was sie liefern, und zwar verbindlich. Ich möchte nicht, dass Mittel des Bundes von Finanzsenatoren oder Finanzministern benutzt werden, um Haushaltslöcher zu schließen. Wenn wir uns mit den Ländern verständigen, dann erwarten wir, dass das auch umgesetzt wird. Deswegen kann ich das zumindest in weiten Teilen so mit unterstützen.

Wir hatten 2007 einen Ausbaustand – dieser Meilenstein sei noch einmal genannt – von 8 Prozent in den westlichen Ländern und 37 Prozent in den neuen Bundesländern und haben jetzt einen Ausbaustand von ungefähr 40,2 Prozent erreicht. Nun haben Sie im Antrag formuliert – das haben die Länder auf der Jugend- und Familienministerkonferenz heute auch noch einmal

(D)

Marcus Weinberg (Hamburg)

- (A) deutlich gemacht –: Das wird nicht das Ende der berühmten Fahnenstange sein. Wenn es denn 42,5 Prozent und vielleicht noch ein paar Prozentpunkte darüber hinaus sind, werden wir uns darüber verständigen müssen, wie wir das in einem möglichen dritten Investitionspaket hinbekommen. Ich bin mir sicher, dass das klappen wird.

Im Übrigen reden wir über Qualität. Das ist tatsächlich die Aufgabe der nächsten Epoche. Nach dem Ausbau der Quantität im Kindergarten- und im Krippenbereich sowie bei der Ganztagsbetreuung gilt es jetzt, verstärkt über Qualität zu reden. Ich will dazu nur wenige Punkte ansprechen.

Der Bund hat sich der Frage der Qualität bereits in den letzten Jahren gestellt. Wir haben das Programm „Offensive Frühe Chancen“ auf den Weg gebracht. Es muss eine Fortsetzung geben – die wollen auch wir –, weil das ein gutes Programm ist. Wer wie ich – und wie Sie wahrscheinlich auch – einmal hospitiert hat, der wird erlebt haben, dass das in den Wahlkreisen gut ankommt.

Wir haben im Bereich der Tagespflege mit Fortbildungs- und Qualifizierungsprogrammen die Qualifizierung auf den Weg gebracht. Tagespflege war vor 20 oder 25 Jahren Nachbarschaftsunterstützung. Wir haben erreicht, dass heute in den neuen Bundesländern über 80 Prozent und in den westlichen Bundesländern fast 70 Prozent der Männer und Frauen, die in der Tagespflege arbeiten, ein Qualifizierungsniveau erreicht haben, das sonst bei einer pädagogischen Ausbildung erreicht wird. Auch das war ein Erfolg des Bundes; das haben wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Franziska Brantner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wäre an der Zeit, viele weitere Programme anzusprechen, übrigens auch aus dem Bildungsbereich. Wer einmal bei den „kleinen Forschern“ hospitiert hat, der weiß, wie die Implikationen aus dem Bildungsbereich bei den Kindertagesstätten ankommen. Deshalb wird die Qualität auch hier zu Recht in den nächsten Jahren Thema sein.

Eine Bemerkung möchte ich noch machen. Qualität heißt nicht: Höher, weiter, schneller! Qualität ist auch dann gegeben, wenn ein Dreijähriger auf dem Rasen liegt und zehn Minuten lang die vorbeiziehenden Wolken zählt. Auch das ist eine Form von Qualität.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insoweit werden wir uns auch sehr stark Gedanken darüber machen müssen: Was heißt eigentlich „Kind sein“? „Kind sein“ heißt für mich und, ich denke, für alle, die das einmal erfahren haben, als Kind nicht in einem „Hamsterrad“ zu verkommen, sondern das „Kind sein“ wirklich genießen zu können, aber bei einer gewissen Qualität der Betreuung, Stichwort „Bildungsimplikationen“.

Nun habe ich mich aber doch geärgert. Ich habe gesagt: Ich will Sie viel loben. Aber einmal muss ich Sie

- dann doch ein bisschen kritisieren, wenn Sie es mir gestatten. (C)

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Das finde ich nicht so schlimm!)

Man kann darüber diskutieren, dass es Defizite und noch Ausbaumöglichkeiten gibt. Aber was mich wirklich ärgert, ist Folgendes: Sie haben im Vorfeld mit der *Süddeutschen Zeitung* gesprochen; daraus darf ich Sie einmal zitieren. Da sagen Sie bezüglich der Qualität der Kindertagesbetreuung: „Da geht es oft nur noch um satt und sauber ...“ Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt viele Probleme. Viele Erzieher sind an der Grenze des Möglichen. Viele Kindertagesstätten müssen jetzt die neuen Anforderungen umsetzen, auch die Zertifizierungsmaßnahmen. Es gibt, gerade im Personalbereich, in einigen Kindertagesstätten große Probleme. Aber es gibt durchaus einen Riesenschritt in der Qualität der Kindertagesbetreuung. Ich glaube, das sollte man entsprechend anerkennen. Es ist jetzt unsere Aufgabe, die nächsten Schritte einzuleiten und insbesondere zu sagen, wie wir die Erzieherinnen und Erzieher unterstützen; denn die leisten tagtäglich harte Arbeit.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sagen Sie doch mal was dazu!)

- Nun haben Sie schon die Jugend- und Familienministerkonferenz angesprochen, die heute große Beschlüsse gefasst hat. Es sei erwähnt: Wenn Länder sich zusammentun, gibt es zumindest in der Frage der Finanzen immer einen sehr klaren Beschluss. Dieser lautet: Der Bund soll mehr zahlen. Die Frage nach einem Qualitätsgipfel haben wir übrigens auch schon einmal gestellt. Wir haben bereits vor einem Jahr hier im Deutschen Bundestag gesagt: Es geht darum, jetzt Qualitätssicherung zu betreiben. Die Aufgabe wird sein, verbindliche Ziele zu definieren, die Finanzierungsfragen zu klären und übrigens von Zeit zu Zeit zu überprüfen: Wo kommen wir eigentlich hin? (D)

Jetzt gibt es mehrere Optionen. Da bin ich der Meinung: Das muss regional geprüft werden. Es gibt Bundesländer, die bereits einen guten Betreuungsschlüssel haben. Es gibt Bundesländer, die einen sehr schlechten Betreuungsschlüssel haben. In Ihrem Antrag fordern Sie einen Betreuungsschlüssel von 4 : 1; die Bertelsmann Stiftung fordert einen Betreuungsschlüssel von 3 : 1. Das ist zu diskutieren. Es gibt Kitas, die bestens ausgestattet sind. Es gibt Kitas, die schlecht ausgestattet sind. Es gibt Kitas, bei denen die Erzieherinnen ein hohes Qualifikationsniveau im Bildungsbereich haben. Es gibt Kitas, bei denen das sehr überschaubar ist. Deswegen ist unser Vorschlag, regional zu differenzieren, einen Instrumentenkasten zu entwickeln und ganz deutlich zu sagen: Länder und Kommunen, beteiligt euch! Wir wollen ein neues Ziel erreichen. – Das heißt für uns, dass wir zusammen schauen, wie wir dieses Ziel erreichen können. Das kann mal der Personalschlüssel, mal die Ausstattung der Kita sein. Das kann auch mal ein Programm wie

Marcus Weinberg (Hamburg)

- (A) „Offensive Frühe Chancen“ sein. Das wird jetzt mit den Ländern zu besprechen sein.

Dabei gelten zwei Grundsätze; ich wiederhole sie gerne noch einmal.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ja, Herr Kollege, aber kurz.

Marcus Weinberg (Hamburg) (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. – Ich sage es sehr gerne: Das werden wir gemeinsam mit den Ländern hinbekommen. Wir haben 2007 den Gipfel hinbekommen. Er war ein Erfolg. Wir werden jetzt den nächsten Schritt tun im Hinblick auf die Qualität. Auch das wird ein Erfolg werden. Dafür werden wir einstehen. Das werden wir garantieren.

Schönes Wochenende und vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke, Herr Kollege Weinberg. – Ich würde, ehrlich gesagt, gerne Ihre Anregung aufgreifen, hier unterbrechen und mit allen zusammen Wolken zählen gehen. Ich bin mir nicht sicher, ob sich das so leicht mehrheitlich durchsetzen lässt; aber es ist vielleicht eine gute Idee. Wir sollten im Ältestenrat einmal darüber diskutieren. Mich hat die Erinnerung an das Wolkenzählen sehr inspiriert.

- (B) Diana Golze für die Linke ist die nächste Rednerin in der Debatte. – Frau Golze, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Diana Golze (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, ich freue mich auch darauf, dass wir mit diesem schönen Tagesordnungspunkt diese Woche beenden und ich dann nach Hause zu meinen Kindern darf, um mit ihnen Wolken zu zählen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ende Mai 2012, also ziemlich genau vor zwei Jahren, stellte die damalige Familienministerin Kristina Schröder ein Zehn-Punkte-Programm für ein bedarfsgerechtes Angebot in der Kindertagesbetreuung vor. In diesem Programm hieß es damals unter Punkt neun:

Durch ein Qualitätsgesetz soll ein „Rahmen-Bildungsplan“ mit bundesweiter Gültigkeit geschaffen werden, der den Förderauftrag mit Mindeststandards konkretisiert und den Bildungsplänen der Länder trotzdem noch Spielraum für landesspezifische Gestaltung überlässt.

Heute, zwei Jahre später und um einen Koalitionsvertrag reicher, sind wir in dieser Frage leider nicht einen Schritt weiter. Herr Weinberg, es ist eben nicht nur originäre Aufgabe der Länder, Mindeststandards festzulegen. Das können wir auch im Bund.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter Schwarz-Gelb ist ein solches Gesetz nicht zustande und unter der jetzigen schwarz-roten Regierung nicht einmal in den Koalitionsvertrag gekommen. Ich bedaure es an dieser Stelle sehr, dass die Ministerin Schwesig heute nicht an dieser Debatte teilnimmt; denn gerade sie war es damals, die eine Neuauflage des Krippengipfels von Bund, Ländern und Kommunen und mehr Initiative vom Bund gefordert hat. Sie ist nun fünf Monate im Amt. Von einem Krippengipfel redet sie nicht mehr. Dass er notwendig ist, dafür nur ein Beispiel. In der sächsischen Tageszeitung *Freie Presse* hieß es gestern – ich zitiere –:

Sachsens CDU will die Personalausstattung in den Kitas verbessern, ohne den Betreuungsschlüssel zu senken.

Klingt seltsam, oder? – Weiter heißt es in dem Artikel mit Zitaten von Herrn Tillich:

Nicht für alle Aufgaben in den Kitas sei hoch qualifiziertes Personal nötig – und die Hälfte der Arbeitslosen in Sachsen älter als 50... Also könne doch auch „eine kontinuierliche Zusammenarbeit“ von „älteren Menschen mit Kindererzieherinnen und Kindern“ ein Lösungsweg sein... Auch bei der Kinderbetreuung sei „Augenmaß“ nötig, und es komme auf „flexiblere Elemente“ an ...

Um es ganz deutlich zu sagen: Ich habe kein Problem damit, dass Omas und Opas in Kitas kommen – aber doch nicht als billiger Ersatz für ausgebildete, qualifizierte Fachkräfte! Das kann es ja wohl nicht sein.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Sönke Rix [SPD] – Zuruf des Abg. Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU])

Ein Ministerpräsident, der ältere Erwerbslose zur Verhandlungsmasse im Poker um die billigste Kita macht, ist das eine; ein Ministerpräsident, der die bildungspolitische Notwendigkeit von Kitas nicht erkennen kann oder will und der zudem den pädagogischen Fachkräften auch noch solch eine Ohrfeige erteilt, ist das andere. Ich hoffe sehr auf eine entsprechende Reaktion der Betroffenen vor Ort.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Beispiel zeigt aber: Ein Krippengipfel ist auch nach Inkrafttreten des Rechtsanspruchs für unter Dreijährige noch dringend nötig – oder wieder dringend nötig. Es macht aber auch deutlich, dass an einem solchen Verhandlungstisch nicht nur Bund, Länder und Kommunen sitzen sollten. In Anbetracht der nur sehr schwer überschaubaren und regional sehr unterschiedlichen Defizite beim Kitausbau sollten dort alle Beteiligten sitzen: zum Beispiel auch Gewerkschaften, weil es um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht; zum Beispiel auch die Wissenschaft; zum Beispiel auch nicht-kommunale Träger von Kindertageseinrichtungen. Das ist erforderlich, um die Baustellen deutlich zu benennen, um die man sich dann gemeinsam kümmern muss.

Diana Golze

- (A) Wieder nur die drei großen Bauherren an den Tisch zu holen, hieße, dass die Kindertagesbetreuung so wie bisher weiterhin nur nach Kassenlage gestaltet wird und aus zeitlich begrenzten Projekten nicht herauskommt. So ging der Ausbau nämlich bisher vonstatten – das Sondervermögen: befristet; begleitende Programme: befristet. Es gibt aber so viele Baustellen und Fragen, die sich stellen und bei denen nicht befristet werden kann, etwa: Wie müssen entsprechende Mindeststandards aussehen? Was ist überhaupt eine Fachkraft in der Kindertagesbetreuung? Welchen Anspruch haben wir an diese Person? Wie sichern wir die Qualität auch in der Kindertagespflege? Reicht uns ein 160-Stunden-Curriculum, oder sollte es vielleicht noch ein bisschen mehr sein? Welche Rolle spielen Zeiten für Weiter- und Fortbildungen, Krankheitsvertretungen, Leiterinnenstunden bei der Berechnung des Personalschlüssels? Um all diese Fragen geht es.

Es geht auch um die Frage – Herr Weinberg hat ja das Programm „Frühe Chancen“ angesprochen –: Brauchen wir Sonderprogramme für die Sprachbildung? Oder gehört das nicht eher zu der allgemeinen Aufgabe von Kindertagesbetreuung, alltagsintegriert und in jeder Einrichtung, und nicht nur in einem Bruchteil der Kitas? Müssen diese dann nicht auch in ein schlüssiges, finanziell untersetztes Qualitätskonzept einbezogen werden?

All diese Fragen werden seit Jahren in der Fachwelt benannt und seit einigen Monaten von den Verbänden auch ganz konkret diskutiert. Ich bin deshalb den Grünen sehr dankbar, dass sie mit diesem Antrag die Diskussion darüber auch in dieses Hohe Haus tragen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerin sollte diese Debatte, wenn sie sich das Protokoll durchliest, eines deutlich zeigen: Eine Diskussion über die Qualität der Angebote ist dringend notwendig. Wir brauchen sie, denn Notlösungen und Ausweichtaktiken wie in Sachsen machen sonst, wenn sie zur Normalität werden, den Weg schwer.

Auch das gestern mit den Ländern beratene Paket von 6 Milliarden Euro für Kitas, Schulen und Unis wird nicht die letztendliche Lösung sein, denn in keinem der Bereiche wird es ausreichen. Ich kann die Ministerin nur auffordern: Folgen Sie dem, was Sie von Kristina Schröder gefordert haben: Nicht kleckern, sondern klotzen beim Ausbau der Kitabetreuung!

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Danke Frau Kollegin. – Nächster Redner ist Sönke Rix für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Sönke Rix (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Meilenstein erreicht. Ich bin sehr dank-

bar für das Lob darüber, dass wir mit den sehr wichtigen Bausteinen Elternzeit und Elterngeld, die wir in der letzten Großen Koalition auf den Weg gebracht haben,

(Marcus Weinberg [Hamburg] [CDU/CSU]:
Aha!)

nicht nur etwas für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht haben, sondern dass wir auch mit dem Ausbau der Krippenplätze dazu beigetragen haben, dass Familie und Beruf besser unter einen Hut gebracht werden können. Das sind wirklich Meilensteine.

Wir haben aber auch von Anfang an, liebe Kolleginnen und Kollegen, die frühkindliche Bildung mit in den Blick genommen. Ich will betonen, dass wir das nicht erst jetzt aufgrund des Antrags der Grünen entdecken. Aber ich gebe zu, es hätte eher, schneller und besser aus einem Guss kommen können. Es ist gar keine Frage: Wir haben erst Elternzeit und dann Elterngeld eingeführt. Danach kamen die Krippenplätze. Dann fiel uns ein, dass wir dabei die frühkindliche Bildung nicht vergessen dürfen und nicht nur Verwahranstalten einrichten dürfen. Wir haben es jedenfalls hinbekommen.

An dieser Stelle sollten wir ruhig einmal denen danken, die diese Mammutaufgabe vor Ort erfüllen. Das sind nicht nur die Länder und die Kommunen, die das Geld verteilen und die Organisation leisten, sondern es sind vor allem die Träger, die Einrichtungen und die Fachkräfte vor Ort. Das ist eine große Herausforderung. Dafür vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich will an die Kritik anknüpfen, das seien, wie es in der *Süddeutschen* hieß, so eine Art Verwahranstalten oder wie man das auch immer nennen mag, da passiert nicht viel außer Saubermachen und Füttern.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat niemand gesagt!)

– Gut, vielleicht ist das ein falscher Zungenschlag. – Mit solchen Äußerungen tut man jedenfalls den Kolleginnen und Kollegen – ich darf Kolleginnen und Kollegen sagen, da ich selber staatlich anerkannter Erzieher bin – vor Ort unrecht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Anspruch ist ja tatsächlich größer geworden. Zu der Zeit, als die allermeisten aus diesem Haus im Kindergarten waren, war es etwas anderes. Man war von 9 bis 12 Uhr im Kindergarten – ich sage es etwas despektierlich –, damit Mama einkaufen gehen konnte.

(Diana Golze [DIE LINKE]: Bei mir nicht!)

– Nicht bei allen. Bei Ihnen nicht. Deswegen ist aus Ihnen ja auch etwas geworden, Frau Golze.

Ich will nur sagen, dass sich die Situation sehr stark gewandelt hat. Der Druck auf die Einrichtung ist auch viel größer geworden. Der Anspruch ist nicht nur größer geworden, weil die Kinder mehr Zeit verbringen in den Kindertagesstätten, sondern der Anspruch ist auch größer geworden, weil vieles von dem aufgefangen bzw. ergänzt werden muss, was Eltern nicht schaffen oder nicht

(C)

(D)

Sönke Rix

- (A) leisten können, weil sie keine Zeit haben. Ich warne aber auch davor, den Einrichtungen vor Ort, den Schulen und den Kindertagesstätten, zu viel aufzubürden. Sie können und müssen nicht all das auffangen, was eigentlich Aufgabe der Erziehung durch die Eltern ist. Aber wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Einrichtungen nicht nur Verwahranstalten sind. Das tun wir auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das tun wir zum einen mit dem schon angesprochenen Programm „Frühe Chancen“. Wir haben es nicht aufgegeben. Im Koalitionsvertrag steht – das wird auch in der nächsten Zeit bei den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen –, dass wir es ausbauen und verstetigen wollen. Wesentlich ist ja nicht nur der Personalschlüssel, sondern auch der Punkt, wie qualifiziert die Förderung der Kinder ist, bei denen die Einrichtungen Defizite von zu Hause aufarbeiten müssen. Sprachförderung spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle. Gerade in Ballungszentren wie Berlin und Frankfurt spielt diese Frage eine größere Rolle, weil diese Probleme dort vor Ort sehr stark vertreten sind. Es ist gut, dass wir uns da als Bund einmischen.

Eine andere Sache – ich greife das Stichwort „einmischen“ auf –: Ist es eigentlich unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, einen Personalschlüssel zu erstellen? Nehmen wir uns hier nicht wieder einer Aufgabe an, die eigentlich gar nicht bei uns, sondern bei den Kommunen und Ländern angesiedelt ist? Ich bin sehr dafür, dass wir bezüglich des Personalschlüssels zu einheitlichen und vergleichbaren Standards in den Ländern kommen. Ich bin aber nicht dafür, dass wir noch eine weitere Aufgabe an uns ziehen und anschließend feststellen, dass wir sie gar nicht finanzieren können. Die Aufgabe, einen Personalschlüssel zu erstellen, liegt bei den Ländern. Das ist auch richtig so.

Nichtsdestotrotz würde ich mich freuen, wenn sich die zuständigen Fachministerinnen und Fachminister von Bund und Ländern intensiver darüber austauschen, in welcher Art und Weise und in welcher Qualität die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern stattfindet. In 16 Bundesländern gibt es fast 16 unterschiedliche Ausbildungswege. Das ist keine Wertschätzung der Personen, die diese Arbeit leisten. Fast jeder andere Beruf hat eine einheitliche Ausbildung. Aber ausgerechnet diejenigen, denen wir unsere Kinder am Anfang ihrer Lebenszeit anvertrauen, haben keine einheitliche Ausbildung. Wir sollten dazu beitragen, dass der Beruf stärker vereinheitlicht wird, und dazu sollten wir mit den Ländern intensiv ins Gespräch kommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist übrigens nicht nur eine Aufgabe der Familien- und Jugendminister, sondern auch die Bildungsminister sind dafür zuständig.

Eine andere Frage ist die der Bezahlung. Auch das hat etwas mit der Wertschätzung des Personals zu tun, das

wir in den Kindertagesstätten haben. Dies wiederum hat etwas mit der Ausbildungssituation zu tun: Auf der einen Seite mache ich vier, fünf Jahre eine Ausbildung, wofür ich kein Geld bekomme, und verdiene am Anfang nur wenig. Solch eine Bezahlung vorzusehen, aber auf der anderen Seite zu erwarten, dass Sprachdefizite, Defizite aus den Familien und gesellschaftliche Probleme aufzufangen und vor Ort aufgearbeitet werden sollen, davor kann man nur warnen. Deshalb müssen wir auch darüber reden, die Bezahlung von Fachkräften in den Kindertagesstätten deutlich zu verbessern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Ein letzter Punkt, den ich beim Personal neben der Bezahlung ansprechen möchte, ist die Frage – wir reden derzeit darüber –: Sollen wir den Beruf des Erziehers akademisieren? Wollen wir, dass die Erzieher gleich ein Studium absolvieren müssen, weil ihre Tätigkeit vielleicht genauso wertvoll ist wie die der Grundschullehrer und -lehrerinnen? Ich persönlich – das ist aber jetzt eine sehr spezielle Frage – würde davor warnen. Ich würde sagen: lieber eine anständige, vielleicht sogar duale Ausbildung für die Erzieherinnen und Erzieher und eine qualitative Stärkung der frühkindlichen Bildung, indem wir Absolventen akademischer Berufe, etwa Pädagogen und Sozialpädagogen, verstärkt in diesen Bereich einbinden. Ich glaube, angesichts der Komplexität wäre es sinnvoll, dass verschiedene Menschen vor Ort dafür zuständig sind. Dabei sollten wir die Erzieher an die erste Stelle setzen und ihre Arbeit würdigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Herr Kollege Rix. – Nächste Rednerin in der Debatte ist Christina Schwarzer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Christina Schwarzer (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, unsere Ministerin hat heute Besseres zu tun; sie wird heute nämlich 40 Jahre alt. Ich glaube, in dem Alter kann man das noch sagen. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch aus dem Familienausschuss!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Ach, das hätten wir hier aber auch schön mit ihr gefeiert. So ist es nicht!

(Heiterkeit)

Christina Schwarzer (CDU/CSU):

Ja, bei Torte.

Christina Schwarzer

- (A) (Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hier ist noch ein Geburtstagskind! – Sönke Rix [SPD]: Stefan Schwartz hat auch Geburtstag!)

– Herzlichen Glückwunsch. Wenn wir schon dabei sind: Hat noch jemand Geburtstag?

(Heiterkeit)

Zurück zum Thema. Sehr geehrte Damen und Herren, Kindertagesbetreuung muss – gerade in den ersten Lebensjahren – hohen qualitativen Ansprüchen genügen. Ich bin mir sicher, darüber sind wir uns heute im ganzen Haus einig.

Als ich jedoch den vorliegenden Antrag der Grünen gelesen habe, über den wir heute debattieren, war ich schon sehr überrascht darüber, wie schlecht es scheinbar um die Kindertagesstätten in unserem Land steht – das zumindest lese ich in Ihrem Antrag und aus der Berichterstattung in der *Süddeutschen Zeitung*. Diese Art der Darstellung – das ist sicherlich kein Geheimnis – ist einer der Gründe, warum die CDU/CSU-Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen wird.

(Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen Sie schon, bevor wir ihn beraten haben? Was ist das denn?)

- (B) Die Qualität der Kindertagesbetreuung in unseren Kindertagesstätten ist sehr gut. In unseren Kitas arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich jeden Tag aufopferungsvoll um unsere Kleinsten sorgen und sich nach bestem Wissen und Gewissen um die ihnen anvertrauten Kinder kümmern. Oftmals bringen diese Kinder vielfältige Herausforderungen mit sich, seien es fehlendes Sozialverhalten, mangelnde Sprachkenntnisse, gesundheitliche Probleme oder, wie wir gestern gelernt haben, gar Stress. Für unsere Erzieherinnen und Erzieher ist der hundertprozentige Einsatz zum Wohl unserer Kinder eine Selbstverständlichkeit. Ich denke, dies ist hier eine gute Gelegenheit, ihnen noch einmal „Vielen Dank!“ zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gibt im vorliegenden Antrag aber auch Punkte, mit denen ich und meine Fraktion selbstverständlich konform gehen, vor allem mit den Punkten, die wir bereits seit Jahren umsetzen oder im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. Die Einführung des Rechtsanspruchs – Sie haben es selbst erkannt – war in der Tat ein Meilenstein. Ich freue mich über diese Einsicht.

Als der Rechtsanspruch in Kraft getreten ist, war ich noch nicht Mitglied dieses Hauses, sondern in Berlin-Neukölln in der Kommunalpolitik tätig. Auch wenn ich an der Entscheidung, das Recht auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige gesetzlich festzuschreiben, noch nicht im parlamentarischen Prozess beteiligt war, war ich von Anfang an davon überzeugt, dass sie richtig und wichtig war. Aber selbstverständlich gilt: Unsere Arbeit ist an dieser Stelle noch lange nicht vorbei.

(C) Mein Heimatbezirk Neukölln befindet sich in einem starken Wandel. Wir erleben den Zuzug junger Familien, die ihre berechtigten Bedürfnisse hinsichtlich staatlicher Infrastruktur mitbringen. Daher möchte ich sagen: Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist weiterhin eine der wichtigsten familienpolitischen Aufgaben dieser Legislaturperiode, und zwar ein quantitativ ausgewogener und qualitativ optimaler Ausbau.

(Beifall der Abg. Petra Crone [SPD])

Wir werden zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs auf U-3-Kinderbetreuung ein drittes Investitionsprogramm auflegen. Die Mittel aus den Investitionsprogrammen I und II sind fast vollständig bewilligt und zu großen Teilen bereits abgerufen. Das Investitionsprogramm II läuft erst in diesem Jahr aus. Ich höre aber aus meinem Wahlkreis – Sie kennen das sicherlich auch –, dass weiterhin großer Bedarf besteht. Wir müssen also nachlegen, und das werden wir auch tun.

Das Thema Qualität steht selbstverständlich auch in unserem Fokus. Die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Einrichtungen werden wir bestmöglich unterstützen und die Kindertagespflege und ihr Berufsbild weiterhin stärken. Und wir müssen uns darum kümmern, ihnen weitere qualifizierte Kolleginnen und Kollegen zur Seite zu stellen. Wir werden weiter offensiv für die Gewinnung von Fachkräften im Bereich Kinderbetreuung werben. Natürlich setzen wir uns auch mit der Frage der Personalausstattung auseinander. Die Qualifizierung von Tagespflegepersonen und die Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit müssen weiterhin verbessert werden. So wird die Kindertagespflege in das Gesamtkonzept einer qualitativ hochwertigen Betreuung, Erziehung und Bildung eingebunden. (D)

Gestatten Sie mir noch eine Nebenbemerkung: Wir sprechen hier und heute von der Qualität der Kinderbetreuung in der Kindertagesstätte oder in anderen Einrichtungen. Was wir jedoch nicht vergessen sollten, ist: Gute und qualitative Kinderbetreuung gibt es auch in den Familien. Wenn wir von frühkindlicher Bildung sprechen, sprechen wir nicht vom berühmten Chinesischunterricht in der Vorschule. Wir sprechen vor allen Dingen über das, was unsere fürsorglichen Mütter und Väter ihren Kindern in den ersten Monaten und Jahren ihres Lebens mitgeben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich fürchte, das wird in dieser Debatte manchmal vergessen.

Mein Fazit. Der Kitausbau hat uns vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben viel Geld in die Hand genommen, Personalschlüssel verbessert und Gruppen verkleinert. Große Anstrengungen, die es wert sind – im Sinne unserer Kleinsten und der berechtigten Forderungen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und der Kitausbau wird uns weiter herausfordern. Frühkindliche Bildung braucht, gerade unter föderalen Bedingungen, verlässliche Qualitätsstandards. Quantität und Qualität des Ausbaus müssen Hand in Hand gehen. Daran

Christina Schwarzer

- (A) werden wir weiter arbeiten – mit einem umfassenden, ganzheitlichen Konzept.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das ganze Haus gratuliert Ihnen zu Ihrer ersten Rede hier im Bundestag.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer zukunftsbeachtenden Arbeit, die Sie hier machen.

Ich rufe jetzt Svenja Stadler für die SPD auf.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Svenja Stadler (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf den Tribünen! Kennen Sie eine familienpolitische Maßnahme, die größere Auswirkungen hat als die Bereitstellung frühkindlicher Bildung? Und kennen Sie George Bernard Shaw? Er hat einmal ganz treffend gesagt: „Das unterhaltsamste Spielzeug eines Kindes ist ein anderes Kind.“ Kinder brauchen andere Kinder.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Die Erfahrungen, die sie in einer Kita machen, die frühkindliche Bildung, die sie dort erfahren, gehören zu dem Besten und Wichtigsten, was wir unseren Kindern mitgeben können.

Es war daher ein großer und vor allem ein mutiger Schritt, als die SPD den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr durchgesetzt hat. Seit dem 1. August 2013 haben alle Kinder ab eins einen Anspruch auf die Förderung in einer Kita oder Kindertagespflege. Das ist ein Meilenstein in der deutschen Familienpolitik, ein Meilenstein, auf den wir stolz sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Ausbau der Betreuungsplätze läuft deutschlandweit auf Hochtouren, und der Bund lässt die Länder und Kommunen bei dieser wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bestimmt nicht im Stich: 5,4 Milliarden Euro werden den Ländern bis 2014 insgesamt für die Kosten des Ausbaus der U-3-Betreuung zur Verfügung gestellt. 5,4 Milliarden Euro! Ab dem nächsten Jahr stellt der Bund dann jährlich 845 Millionen Euro für die Betriebskosten der Kitas bereit, und das dauerhaft. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine flächendeckende Versorgung mit guten Betreuungsangeboten.

Doch es kann – und in diesem Punkt stimme ich Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, völlig zu – nicht nur um Platzzahlen gehen,

- auch die Qualität muss stimmen. Gute Bildung, Betreuung und Erziehung setzen gute Rahmenbedingungen voraus. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es geht um nichts weniger als um die Förderung und die Zukunft unserer Kinder. Hier besteht derzeit in einigen Bereichen noch Nachholbedarf – keine Frage. Dies zeigt auch die Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit.

Fakt ist aber doch: In Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren viel getan. In allen Bundesländern wurden Bildungspläne und Sprachförderkonzepte in der frühkindlichen Bildung erarbeitet und umgesetzt. Zusätzliche Erzieherstellen wurden geschaffen. Das bedeutet mehr Zeit und bessere Betreuung für jedes einzelne Kind.

Die Einführung des Rechtsanspruchs war ein Meilenstein. Aber natürlich ist der Weg damit noch lange nicht zu Ende. Als nächsten Schritt wünsche ich mir ganz persönlich einen weiteren flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebots; denn wir, die SPD, wollen, dass Eltern endlich unabhängig und selbstständig entscheiden können, wie sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren, ohne von äußeren Zwängen in ein bestimmtes Modell gedrängt zu werden.

(Beifall bei der SPD)

- Übrigens zielt in diese Richtung auch die kürzlich von Manuela Schwesig vorgestellte Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes. Jede Familie soll den für sie richtigen Weg finden, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Durch das ElterngeldPlus und den Partnerschaftsbonus flexibilisieren wir die Elternzeit. Wir ermöglichen Eltern, individueller zu sein und mehr Zeit für und mit ihren Familien zu haben. (D)

(Beifall bei der SPD – Petra Crone [SPD]:
Sehr richtig!)

Diese Verbesserung der Arbeits- und Elternzeiten muss einen weiteren Ausbau der Betreuungsangebote nach sich ziehen – ist ja logisch. Ohne eine ausreichende Versorgung mit qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten werden junge Eltern die geschaffenen Wahlmöglichkeiten nicht ausschöpfen können. Langfristig kämpfen wir deshalb dafür, dass jede Familie überall in Deutschland ein ganztägiges Betreuungsangebot vorfindet, ein Betreuungsangebot, das zu ihr und ihren Lebensumständen passt, damit jedes Kind in Deutschland die Chance erhält, mit anderen Kindern zu spielen und zu lernen – unabhängig von seiner Herkunft, unabhängig von Handicaps, unabhängig vom sozialen Status seiner Eltern.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter für dieses Ziel arbeiten. Packen wir es an!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Frau Kollegin Stadler. Auch Ihnen gratuliert das ganze Haus zu Ihrer ersten Rede.

(Beifall)

Auch Ihnen wünschen wir viel Erfolg und Durchsetzungskraft bei Ihrer Arbeit hier im Deutschen Bundestag.

Zum Abschluss dieser Aussprache hat das Wort Paul Lehrieder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Petra Crone [SPD])

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Frau Vizepräsidentin Roth! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es freut mich, Frau Vizepräsidentin, dass Sie mich als krönenden Höhepunkt dieser Plenarwoche angekündigt haben.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD – Beifall der Abg. Svenja Stadler [SPD])

Ich darf zunächst die Gelegenheit nutzen, Ihnen, Herr Kollege Schwartze, zu Ihrem heutigen Geburtstag alles Gute zu wünschen. Wir haben seit Jahren das Vergnügen, im Petitionsausschuss und mittlerweile auch im Familienausschuss zusammenzuarbeiten. Es macht Spaß, mit offenem Visier mit Ihnen um richtige Lösungen zu ringen.

(B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir diskutieren heute über einen Antrag der Grünen, der in vielen Bereichen sicherlich sinnvolle Anregungen enthält, der aber – hierauf hat Kollege Weinberg bereits hingewiesen – vom Prozedere her einen etwas unglücklichen Weg genommen hat. Auch ich bin am Dienstagmittag von einer großen deutschen Zeitung angerufen worden. Ich sollte etwas zu dem Antrag der Grünen sagen. Ich sagte: Ich kenne ihn leider noch nicht. Dann wollte mir die Dame von der Zeitung den Antrag vorlesen. Ich sagte: Ich hätte ihn gerne vor mir liegen. – Vielleicht können wir es in Zukunft so machen, Frau Kollegin Brantner, dass Sie die Anträge zumindest parallel den Kollegen zur Verfügung stellen, damit wir sprechfähig sind. Dann können wir das, was Sie uns Gutes vorschlagen, viel wohlwollender prüfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist richtig – Frau Kollegin Brantner, Sie haben das in Ihrer Rede völlig zu Recht angedeutet –: Der Ausbau der Krippen war ein Meilenstein. Das ist tatsächlich eine historische Leistung gewesen.

(Nadine Schön [St. Wendel] [CDU/CSU]:
Durch von der Leyen!)

Mit dem seit dem 1. August 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz haben wir hinsichtlich der Quantität viel geleistet.

(C) Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, mich bei den Ländern und bei den Kommunen sehr herzlich zu bedanken. Das geht ja nur gemeinsam. Es ist ja nicht so, dass wir als Bund sagen können: Ihr müsst das machen. Es gilt das Konnexitätsprinzip. Wir müssen mit den Ländern vernünftige Lösungen finden. Ich darf Sie darauf hinweisen, Frau Kollegin Brantner

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Bei Frau Ursula von der Leyen müssen wir uns auch noch bedanken!)

– Herr PGF, lenken Sie bitte die Kollegin von den Grünen nicht ab, wenn ich sie anspreche –, dass gestern und heute in Mainz die Familienministerkonferenz der Landesfamilienminister mit der Bundesfamilienministerin stattgefunden hat. Wir stehen in engem Kontakt. Natürlich haben wir das Anliegen, das Sie in diesem Antrag ansprechen, schon längst auf dem Schirm.

Bisher haben wir in die Masse, in Zukunft wollen wir in die Klasse der frühkindlichen Ausbildung investieren. Ja, es ist richtig, auch ich habe natürlich nach Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes am 1. August 2013 feststellen dürfen: Es war ein toller Kraftakt von Bund, Ländern und Gemeinden, der dies ermöglicht hat.

(D) Ich will Ihnen eines sagen: Ich habe mir zu der Materie noch einmal Ihren Antrag vom 26. Juni 2013 herausgesucht; er ist noch keine elf Monate alt. In diesem Antrag haben die Grünen ausgeführt: „Die Erfüllung des Rechtsanspruchs ab Herbst 2013 steht auf der Kippe.“ Zum Glück stimmt nicht alles, was die Grünen schreiben. Damals hatten Sie noch einen anderen Schlüssel gefordert. Jetzt fordern Sie eine Fachkraft-Kind-Relation von eins zu vier für unter Dreijährige und eins zu zehn für über Dreijährige. Im heute vorliegenden Antrag haben Sie in fünf Punkten gefordert, was alles gemacht werden muss. Unter Punkt 6 steht dann dort ganz verschämt, dass mit den Ländern und den Kommunen auch über die Finanzierung geredet werden muss. Ich würde schon darum bitten, dass man möglichst zeitnah mit den Partnern, mit denen wir es zusammen erfolgreich hinbekommen wollen, über diese Vorstellungen, über den Inhalt Ihres Antrags diskutiert. Trotzdem, wie gesagt: Keine Idee ist so schlecht, dass nicht etwas Gutes darin sein kann.

Bis Ende dieses Jahres wird sich der Bund mit insgesamt 5,4 Milliarden Euro an den Kosten beteiligt haben. Ab nächstem Jahr stellt der Bund für die Kosten des Aufbaus und der Qualitätssicherung in den Kindertageseinrichtungen dauerhaft jährlich 845 Millionen Euro bereit. Darüber hinaus hat der Bund weitere 550 Millionen Euro für ein KfW-Programm zur Verfügung gestellt, durch das Kommunen zur Schaffung und Sicherung von U-3-Plätzen verbilligte Kredite bekommen können. Mit diesem Programm konnten bis heute über 27 000 weitere Betreuungsplätze geschaffen und gesichert werden.

Ich will auch anmerken, dass der U-3-Ausbau, so rasant er in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen hat, möglicherweise noch nicht am Ende ist. Hier schafft Angebot Nachfrage. Wir wissen, dass die 38 Prozent, die wir derzeit haben, sicherlich nicht das Ende der Fahnen-

Paul Lehrieder

- (A) stange sein werden. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag mit unseren Koalitionspartnern von der SPD ein weiteres U-3-Paket vereinbart. Aber ich bitte um Verständnis, dass man in fünf Monaten nicht die ganze Welt ändern kann. Wir werden daran arbeiten, und wir werden die Qualität verbessern. Wir werden aber auch bei der Quantität hinschauen müssen.

Die Kollegin Stadler hat es vorhin in ihrer ersten Rede richtig ausgeführt: Wir werden nicht nur die U-3-Plätze betrachten müssen – beim Kindergarten haben wir Vollversorgung –, sondern wir sollten auch bei den über Sechsjährigen hinschauen, bei den Kindern, die in der Schule sind: Wie ist die Nachmittagsbetreuung gestaltet? Was können die Länder und was können die Kommunen da ein Stück weit machen? Wir sollten auch die Ferienbetreuung betrachten. Diese stellt viele berufstätige junge Mütter vor Schwierigkeiten. Nicht jeder hat zwölf Wochen Urlaub im Jahr. Deshalb ist es angezeigt, mit den Kommunen und Ländern auch über solche Lösungen konstruktiv zu reden.

Ich bitte Sie: Kommen Sie weiterhin mit konstruktiven Vorschlägen – in Zukunft etwas eher – auf uns zu. Ich wünsche Ihnen noch ein schönes Wochenende, allen viel Spaß beim Wolkenzählen und Stefan Schwartz viel Spaß beim Biertrinken heute Nachmittag im Biergarten.

Alles Gute und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Claudia Roth:**

Vielen Dank, unserem Höhepunktredner Herrn Lehrieder. – Auch von mir, lieber Herr Schwartz, alles

- Gute zu Ihrem kugelrunden Geburtstag, eigentlich doppelt und dreifach abgesichert am Tag des Grundgesetzes, am Tag Ihrer Partei. Dieser Geburtstag wird wahrscheinlich nie vergessen. Bitte genießen Sie den Tag. (C)

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/1459 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie einverstanden? – Ja. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 4. Juni 2014, 13 Uhr, ein.

Ich wünsche uns ein gutes Wochenende. Ich glaube, den Kolleginnen und Kollegen brauche ich nicht zu sagen, dass sie zur Europawahl gehen sollen. Aber vielleicht kann ich hier bei Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal werben. Es ist nämlich, wie Sie jetzt gemerkt haben, überhaupt nicht egal, wer in einem Parlament sitzt. Gehen Sie zur Europawahl! Wählen Sie die demokratischen Parteien, die für mehr Europa, die für ein besseres Europa stehen. Das ist, glaube ich, die allerwichtigste Botschaft an diesem Tag, an dem wir nicht nur den Geburtstag von Herrn Schwartz feiern, sondern auch den Geburtstag unseres Grundgesetzes.

Ich wünsche Ihnen ein schönes, erfolgreiches und europäisches Wochenende.

(Beifall)

(D)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.30 Uhr)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Liste der entschuldigten Abgeordneten**

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Alpers, Agnes	DIE LINKE	23.05.2014
Bätzing-Lichtenthäler, Sabine	SPD	23.05.2014
Beck (Bremen), Marieluise	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	23.05.2014
Dr. Brunner, Karl-Heinz	SPD	23.05.2014
Dağdelen, Sevim	DIE LINKE	23.05.2014
Dr. Fabritius, Bernd	CDU/CSU	23.05.2014
Dr. Finckh-Krämer, Ute	SPD	23.05.2014
Gabriel, Sigmar	SPD	23.05.2014
Dr. Gauweiler, Peter	CDU/CSU	23.05.2014
Gohlke, Nicole	DIE LINKE	23.05.2014
Groß, Michael	SPD	23.05.2014
Hochbaum, Robert	CDU/CSU	23.05.2014
Ilgen, Matthias	SPD	23.05.2014
Kampeter, Steffen	CDU/CSU	23.05.2014
Keul, Katja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	23.05.2014
Dr. Lamers, Karl A.	CDU/CSU	23.05.2014
Dr. Launert, Silke	CDU/CSU	23.05.2014
Lemke, Steffi	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	23.05.2014
Mattfeldt, Andreas	CDU/CSU	23.05.2014
Dr. Neu, Alexander S.	DIE LINKE	23.05.2014
Petzold, Ulrich	CDU/CSU	23.05.2014
Schavan, Annette	CDU/CSU	23.05.2014
Dr. Schockenhoff, Andreas	CDU/CSU	23.05.2014
Schwabe, Frank	SPD	23.05.2014

(B) (D)

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Schwarz, Andreas	SPD	23.05.2014
Silberhorn, Thomas	CDU/CSU	23.05.2014
Thönnies, Franz	SPD	23.05.2014
Ulrich, Alexander	DIE LINKE	23.05.2014
Vaatz, Arnold	CDU/CSU	23.05.2014
Dr. Wagenknecht, Sahra	DIE LINKE	23.05.2014
Werner, Katrin	DIE LINKE	23.05.2014
Ziegler, Dagmar	SPD	23.05.2014
Zimmermann (Zwickau), Sabine	DIE LINKE	23.05.2014
Zöllmer, Manfred	SPD	23.05.2014

Anlage 2**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Frank Junge, Thomas Jurk, Daniela Kolbe, Steffen-Claudio Lemme, Jeannine Pflugradt, Dr. Simone Raatz und Susann Rührich (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Roland Claus, Klaus Ernst, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Azize Tank, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE zum Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)

Mit dem RV-Leistungsverbesserungsgesetz gelingt es uns, die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Millionen Menschen zu verbessern. Wir wertschätzen damit die Lebensleistung dieser Menschen. Das RV-Leistungsverbesserungsgesetz ist der erste rentenpolitische Schritt der Großen Koalition. Im Koalitionsvertrag ist zudem die Einführung einer solidarischen Lebensleistungsrente zur Vermeidung von Altersarmut und ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz zur Angleichung der Rentensysteme in Ost und West festgeschrieben. Mit letzterem werden auch die Entgeltpunkte in Ost und West angeglichen. Der Vorschlag der Linken ist an die-

- Deshalb lehnen wir den Änderungsantrag der Linken ab. Gleichzeitig werden wir uns weiterhin für eine zügige und sachgerechte Angleichung der Rentensysteme in Ost und West einsetzen.

Erklärungen nach § 31 GO

Veronika Bellmann (CDU/CSU): Für Arbeiter, die nach 45 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können, ist die Rente mit 63 eine gute Nachricht. Auch Mütter haben es verdient, beachtet zu werden.

- (B) Das Rentenpaket hat aber nicht nur Gewinner, da die große Mehrheit der Beitragszahler nichts davon hat. Sie verlieren doppelt – sie zahlen mehr ein, aber bekommen weniger heraus. Immerhin soll das gesamte Rentenpaket in den kommenden 16 Jahren bis 2030 bis zu 200 Millionen Euro kosten. Das ist ein erheblicher Belastungsfaktor für die junge Generation, zumal von der abschlagsfreien Rente mit 63 lediglich Menschen der Geburtsjahrgänge bis 1964 profitieren. Das Rentenzugangsalter in Deutschland wird sinken, was der demografischen Lage und dem Fachkräftemangel absolut zuwiderläuft.

Die Arbeitgeber in diesem Lande haben zurecht nicht nur wegen der ausbleibenden Beitragssatzung mit höheren Lohnzusatzkosten zu kämpfen, ihnen entziehen die Rentenmaßnahmen auch noch die guten, erfahrenen Arbeitskräfte. Unternehmen werden Mühe haben, die Älteren zu halten, wenn diese abschlagsfrei in Rente gehen können. Die abschlagsfreie Rente mit 63 steht völlig im Gegensatz zu allen Anstrengungen, die in den achtziger Jahren unternommen wurden, um die Folgen des demografischen Wandels zu lindern. Insofern ist die Rente mit 63 eine erhebliche Rolle rückwärts.

Bei der politisch durchaus umstrittenen Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren bereits ab 63 eine abschlagsfreie Rente beantragen zu können, ist es aber wenigstens gelungen, in den Nachverhandlungen durch eine Stichtagsregelung neue Frühverrentungsanreize zu unterbinden.

Dennoch ist die gesamte Anrechnungsregel, insbesondere die der Arbeitslosigkeitszeiten, außerordentlich fragwürdig. Bei der bisherigen Regel der abschlagsfreien Rente mit 65 war die Anrechnungszeit der Arbeitslosigkeit prinzipiell bewusst ausgenommen, da man damit juristische Probleme verhindern wollte. Allerdings dürften die großzügige Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit insbesondere Arbeitnehmern in den neuen Ländern zugutekommen, die erheblich häufiger und län-

- ger mit Arbeitslosigkeit konfrontiert waren als in den alten Bundesländern. Positiv anzumerken ist hier lediglich, dass auch die Zeiten der Pflichtbeitragszahlungen selbstständiger Handwerker einbezogen wurden und bei Arbeitslosigkeit kurz vor dem Renteneintritt durch Insolvenz differenziert wird. (C)

In letzter Minute noch ins Rentenpaket eingetragen wurden erste Regelungen zur sogenannten Flexirente. Dadurch soll das Arbeiten nach Erreichen der Regelaltersgrenze vereinfacht werden.

Durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer während des laufenden Vertrages kann ein Arbeitsverhältnis auch über das Erreichen der Regelaltersgrenze hinaus verlängert werden. Eine solche Verlängerung ist auch mehrfach möglich.

Das ist der absolut richtige Ansatz, denn wir müssen den Ausstieg aus dem Arbeitsleben flexibilisieren, und auch ein Arbeiten über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus muss sich lohnen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die das so wollen. Die Bildung einer Arbeitsgruppe, die weitere Ansätze zur Verbesserung des geltenden Rechts für flexible Übergänge in den Ruhestand erarbeiten soll, ist zu begrüßen. Dies gilt auch für die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und die Anhebung des Reha-Budgets. Das sind wichtige Maßnahmen, die auch für künftige Generationen die Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung gewährleisten. Wer wegen Krankheit vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss oder nicht mehr voll arbeiten kann, ist in ganz besonderem Maße auf die Solidarität der Versichertengemeinschaft angewiesen. In der Regel könnten die Betroffenen sonst weder mit einer üppigen Rente rechnen noch an ihrer Erwerbssituation etwas ändern.

- Mir der verbesserten Anerkennung der Erziehungsleistung in der Rente, der sogenannten Mütterrente, löst die Union eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen ein.

Ab 1. Juli 2014 wird für jedes vor 1992 geborene Kind ein zusätzliches Jahr Kindererziehungszeiten in der Rente gutgeschrieben. Damit werden anstelle von bisher einem nun zwei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet. Wer bereits Rente bezieht, erhält für jedes vor 1992 geborene Kind monatlich einen pauschalen Rentenzuschlag von 28,61 Euro (West) bzw. 26,39 Euro (Osten). Dieser Betrag wird jedes Jahr zum 1. Juli um den Prozentsatz erhöht, um den die Rentenbeiträge generell angehoben werden. Wer noch aktive/r Arbeitnehmer/in ist, erhält für jedes vor 1992 geborene Kind einen Entgelt-punkt zusätzlich auf seinem Rentenkonto gutgeschrieben. Damit konnten wir die Gerechtigkeitslücke zwar nicht ganz, aber doch ein wesentliches Stück schließen. Allerdings kritisiere ich die Art und Weise der Finanzierung. Bislang wurden Kindererziehungszeiten, wenn sie von der gesetzlichen Rentenversicherung honoriert wurden, immer als gesamte gesellschaftliche Leistung aus Steuermitteln finanziert. Bei der Mütterrente ist das nicht der Fall. Sie wird im Wesentlichen aus Beitragsmitteln bezahlt, also aus der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungspflichtigen bis zu Beitragsbemessungsgrenzen in der Rentenversicherung. Erst ab 2019 gibt es einen kleinen, bis auf 2 Milliarden

- (A) Euro anwachsenden Steuerzuschuss. Das halte ich für einen absoluten Konstruktionsfehler.

Insgesamt ist die Finanzierung des Rentenpaketes ein Wagnisunternehmen. Flexirente, Mütterrente, Erwerbsminderungsrente und Dynamisierung der Reha-Leistungen sind eindeutig positive Maßnahmen, die bei der guten Kassenlage der Rentenversicherungen und der derzeitigen Konjunktur auch deshalb finanziell verkraftbar sind, weil jetzt noch die geburtenschwachen Jahrgänge in Rente gehen.

Das bedeutet, dass von der Ausgabenseite her kein Druck auf die Sozialkassen besteht und die erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt große Beitragsüberschüsse in alle Sozialkassen gespült hat. Die werden aber relativ bald, vermutlich schon in vier Jahren, aufgezehrt sein, unter anderem durch die abschlagsfreie Rente mit 63. Was dann passiert, wenn durch den Renteneintritt der Babyboomer-Generation der eigentliche Altersschub einsetzt, das hat die Bundesarbeitsministerin Nahles aus ihrer Kalkulation völlig ausgeblendet.

Insofern ist das Rentenpaket leider kein Beispiel für Nachhaltigkeit in der Politik. Somit ist es mir außerordentlich schwer gefallen, dem Rentenpaket meine Zustimmung zu geben.

- (B) **Norbert Brackmann (CDU/CSU):** Die Regelung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren halte ich für nicht vertretbar und ungerecht. Sie konterkariert die Rente mit 67 Jahren erheblich und passt aufgrund der Demografie gar nicht in unsere Zeit. Wir werden im Durchschnitt immer älter, und weil wir auch immer weniger werden, müssen wir länger arbeiten. Die Bürger haben dies verstanden. Sie geht unter anderem zulasten der jüngeren Generation, die ohnehin länger arbeiten muss und geringere Rentenansprüche hat. Sie setzt aber nicht nur die Generationengerechtigkeit aufs Spiel, sondern kann zu Spannungen zwischen jungen und alten Menschen beitragen.

Auch aus ökonomischen Gesichtspunkten ist die Rente mit 63 Jahren falsch. Zahlreiche Unternehmen haben auf die Facharbeiterproblematik hingewiesen, die wegen einer Frühverrentungswelle drohen kann.

Als Haushaltspolitiker, der die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger als auch die Haushaltslage Tag für Tag im Blick haben muss, kann ich die Kosten, die auf den Bundeshaushalt voraussichtlich nach dem Griff in die Rentenkasse zukommen werden, nicht mittragen.

Aufgrund der weiteren Maßnahmen im Gesetz, namentlich der Behebung der Ungleichbehandlung von Müttern bei der Rente – Mütterrente –, den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und unter dem Gesichtspunkt der übergeordneten Interessen der Regierungsfähigkeit stimme ich namentlich dem RV-Leistungsverbesserungsgesetz zu.

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Nach langen Wochen des Ringens haben sich CDU/CSU und SPD diese Woche über strittige Einzelheiten des großen Rentenpakets geeinigt.

- (C) Die Mütterrente war mir und den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. In Zukunft werden Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, ein zusätzliches Erziehungsjahr in der Rente anerkannt bekommen. Das ist eine gute Lösung; denn zu der damaligen Zeit existierte kein breites Netz aus Kinderbetreuungseinrichtungen, das diesen Frauen erlaubt hätte, berufstätig zu sein und somit für die Rente vorzusorgen.

Bei der Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren haben wir eine Lösung gefunden, in der nun Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs ohne zeitliche Beschränkung angerechnet werden. Gleichzeitig wurde erreicht, dass die letzten beiden Jahre vor der Rente mit 63 dabei allerdings nicht mehr mitgezählt werden. So haben wir verhindert, dass Arbeitnehmer sich mit 61 arbeitslos melden können und nach zwei Jahren Arbeitslosengeld dann mit 63 nahtlos in die Rente übergehen. Ausgenommen von der individuellen Stichtagsregel gegen die Frühverrentung sind Arbeitnehmer, die von der Insolvenz ihres Unternehmens oder der Geschäftsaufgabe betroffen sind. Weiterhin ist gewährleistet, dass auch freiwillig Versicherte, insbesondere selbstständige Handwerker, die nach 18 Jahren Pflichtbeitragszahlung in die freiwillige Versicherung gewechselt sind, nun von der Rente mit 63 profitieren können.

Durch den massiven Einsatz des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Fraktion wurde die sogenannte Flexirente ins Rentenpaket aufgenommen. In Zukunft können Arbeitnehmer, die die Regelarbeitszeitgrenze erreicht haben, beim selben Arbeitgeber auch mit einem befristeten Arbeitsvertrag weiterbeschäftigt werden. Damit kommt die Koalition nicht nur den Wünschen vieler Arbeitnehmer entgegen, die sich mit 65 zu fit für die Rente fühlen. Diese Regel ist auch eine Maßnahme gegen den Facharbeitermangel, der infolge der demografischen Entwicklung auf Deutschland zukommt. Angesichts der oben genannten Änderungen kann mit der jetzt beschlossenen Regelung zur Rente mit 63 die befürchtete Frühverrentungswelle verhindert werden.

(D) Aus den oben genannten Gründen stimme ich dem Rentenpaket der Bundesregierung zu. Ich glaube, dass die CDU/CSU-Fraktion durch ihr vehementes Eintreten eine Reform verhindert hat, die meine Zustimmung nicht mehr erhalten hätte. Die Tatsache, dass hier konsumtive Ausgaben erhöht werden und die Finanzierung stärker von der kommenden Generation getragen werden muss, macht mir meine Zustimmung grundsätzlich nicht einfach. Da die CDU/CSU-Fraktion sich innerhalb der Gesetzgebung aber bei wichtigen Punkten über die eher nicht zufriedenstellenden Ergebnisse aus den Koalitionsverhandlungen durchsetzen konnte, stimme ich dem Gesetz zu. Koalitionstreue ist dabei für mich ein wichtiges Argument.

Thomas Dörflinger (CDU/CSU): Nach reiflicher Überlegung werde ich dem oben genannten Gesetz heute meine Zustimmung erteilen. Ausschlaggebend hierfür sind die Neuregelungen im Bereich der Mütterrente, für die ich mich seit Jahren selbst eingesetzt habe, der Einstieg in eine flexiblere Altersgrenze – Flexirente – und

- (A) die Anhebung des Reha-Deckels in der gesetzlichen Rentenversicherung – GRV.

Die Regelungen zum abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 nach 45 Versicherungsjahren bleiben für mich trotz der durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erzielten Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf sowohl renten- als auch ordnungs- und beitragspolitisch der falsche Weg. Dabei soll nicht verkannt werden, dass es Personen gibt, die im fraglichen Alter aus psychischen oder physischen Gründen nicht mehr in der Lage sind, voll am Erwerbsleben teilzunehmen. Deren berechnete Interessen wären über eine verbesserte Erwerbsminderungsrente aber sinnvoller berücksichtigt als über die jetzt getroffene Regelung zur Rente mit 63.

Der Deutsche Bundestag hat sich im März 2007 mit dem „Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz“ nach intensiven Beratungen auf die sukzessive Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre verständigt. Dies bleibt hinsichtlich der demografischen Entwicklung in Deutschland und mit Blick auf das Gebot der Generationengerechtigkeit der richtige Weg. Mit dem abschlagsfreien Renteneintritt mit 63 nach 45 Versicherungsjahren wird dieser Weg mindestens für einen Übergangszeitraum verlassen; die Rechnung dafür bezahlen kommende Generationen der Beitragszahlenden.

- (B) Es ist zu erwarten, dass die Europäische Kommission in ihren länderspezifischen Reformempfehlungen schon in Kürze auch die Rentenpolitik in Deutschland unter die Lupe nehmen wird. Angesichts der zu Recht und nicht zuletzt aus Deutschland ausgesprochenen rentenpolitischen Mahnungen an die Adresse anderer EU-Mitgliedstaaten ist die vorgesehene Regelung zur Rente mit 63 auch unter europapolitischen Gesichtspunkten wenig hilfreich.

Ich begrüße die Aufnahme der so genannten Flexi-rente in das Gesamtpaket. Die Diskussion zu diesem Thema zeigt freilich auch, dass es eine Reihe von grundsätzlichen Fragen an die Rentenpolitik der Zukunft gibt. Die Große Koalition hat leider die Chance nicht genutzt, eine große Rentenreform anzugehen. Mit dem Sockelrentenmodell der katholischen Sozialverbände hätte dazu mindestens eine solide und durchgerechnete Alternative zur Debatte gestanden.

Dr. Thomas Gebhart (CDU/CSU): Ich stimme dem Rentenpaket zu. Drei von vier Teilen des Kompromisses halte ich ausdrücklich für richtig: Insbesondere die Mütterrente – stärkere Anrechnung von Zeiten der Erziehung von Kindern, die vor 1992 geboren sind – unterstütze ich mit Nachdruck. Rund 9 Millionen Mütter – in einigen Fällen auch Väter – werden davon zu Recht profitieren und erhalten ab dem 1. Juli für jedes Kind einen zusätzlichen Rentenpunkt. Sie haben häufiger als heute wegen der Erziehung ihrer Kinder auf Berufstätigkeit verzichtet, Kindergartenplätze waren seltener, und der berufliche Wiedereinstieg war deutlich schwieriger als heute. Auch die Aufstockung der Mittel für Rehabilitationsmaßnahmen und die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sind zu begrüßen.

- (C) Kritisch hingegen sehe ich, gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland, jenen Teil: die konkreten Regelungen zur abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren. Dabei habe ich durchaus Verständnis für die Forderung, dass diejenigen, die 45 Jahre hart gearbeitet haben, abschlagsfrei in Rente gehen können. Die nunmehr vorgesehene Regelung geht jedoch deutlich über diese Forderung hinaus – zum Beispiel, indem Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs ohne zeitliche Befristung angerechnet werden.

Mit der Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 wird deren Auslaufen gleich mit beschlossen. Die abschlagsfreie Rente mit 63 gilt nur vorübergehend. Die Altersgrenze wird in den nächsten Jahren wieder schrittweise auf 65 angehoben. Einige Jahrgänge werden also von der Neuregelung profitieren. Folgende Jahrgänge sowie all diejenigen, die bereits in Rente sind, hingegen nicht. Dies wirft neue Fragen der Gerechtigkeit auf. Ist es beispielsweise fair, dass diejenigen, die nächstes Jahr mit 63 – ohne Abschläge – in Rente gehen werden, deutlich besser gestellt werden als diejenigen, die im vergangenen Jahr im Alter von 63 – mit Abschlägen – in Rente gegangen sind?

Ich begrüße, dass es der Union gelungen ist, den Gesetzentwurf in den parlamentarischen Beratungen an einigen Stellen zu verbessern. Beispielsweise soll missbräuchlichen Frühverrentungen vorgebeugt werden.

- (D) Das Rentenpaket ist ein Kompromiss. Teile finden meine ausdrückliche Zustimmung. Andere Teile sehe ich kritisch. Unser parlamentarisches Regierungssystem funktioniert nur, wenn die Beteiligten bereit sind, auch Kompromisse zu schließen und diese dann mitzutragen. Darin sehe ich auch einen Teil meiner Verantwortung als Abgeordneter.

Helmut Heiderich (CDU/CSU): Mit dem Kompromiss zum Rentenpaket wird erstmals die Tür zu einer persönlichen Flexibilisierung des Rentenalters aufgestoßen. Dies entspricht meiner politischen Vorstellung, den Entscheidungen jedes Einzelnen stärker gerecht zu werden.

Trotzdem bleibt die Rente mit 63 eine „Rolle rückwärts“, wie dies der ehemals für die Rente verantwortliche Minister Franz Münterfering am prominentesten aufgezeigt hat. Diese Regelung privilegiert eine kleine Gruppe, während alle anderen Arbeitnehmer dadurch Nachteile erleiden. Ebenso geben wir den anderen Ländern Europas, von denen wir seit Jahren eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit verlangen, damit ein falsches Signal.

Die Rente mit 63 wurde aber im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD festgeschrieben. Da ich diese Vereinbarung in ihrer Gesamtheit unterstützt habe, stimme ich dem verbesserten Rentenpaket jetzt trotz dieser Bedenken zu.

Mark Helfrich (CDU/CSU): Als Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales habe ich zusammen mit vielen anderen Abgeordnetenkolleginnen

- (A) und -kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den letzten Wochen daran gearbeitet, dass beim Rentenpaket mindestens noch zwei entscheidende Veränderungen vorgenommen wurden: Erstens musste eine Frühverrentungswelle, bei der über den zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld die Menschen de facto schon mit 61 Jahren in Ruhestand hätten gehen können, sicher ausgeschlossen werden. Zweitens brauchte es einen konkreten Einstieg in die Flexirente. Denn mit der Flexirente soll der flexible Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand sowohl vor als auch nach der Regelaltersgrenze erleichtert werden. Mit dem heutigen Einstieg in die Flexirente und dem Entschließungsantrag von CDU/CSU und SPD zur weiteren Ausgestaltung des Flexirenten-Modells senden wir das entscheidende Signal, dass wir nicht vergessen haben, worauf es in einer älter werdenden Gesellschaft ankommt.

Beide für mich kritischen Punkte sind Teil des heute zur Abstimmung stehenden Rentenpaketes geworden. Im Ergebnis kann und werde ich dem erzielten Kompromiss bzw. dem vorliegenden Rentenpaket zustimmen.

- Dennoch ist es mir wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass ich große grundsätzliche Bedenken bezüglich der Signalwirkung und der Kosten des Rentenpakets habe. Das vorliegende Rentenpaket bedeutet für kommende Generationen eine hohe finanzielle Belastung. Zudem ist und bleibt gerade die Rente mit 63 in einer immer älter werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Sie ist eine Rolle rückwärts, weg von den unstrittig erfolgreichen Reformen, welche vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 gegen große Widerstände durchgeführt wurden. Seitdem hat meines Erachtens ein wichtiger Lernprozess in unserem Land stattgefunden: Die Menschen in Deutschland haben das Prinzip einer längeren Lebensarbeitszeit zunehmend verinnerlicht.

Ich verbinde meine heutige Zustimmung zugleich mit der Forderung und Erwartung, dass die Große Koalition zeitnah das Flexirenten-Modell konkret umsetzt sowie massive Anstrengungen zur Sicherung unseres Fachkräftebedarfs unternimmt.

Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Zusammen mit vielen anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich in den letzten Wochen immer gefordert, dass es beim Rentenpaket mindestens noch zwei entscheidende Veränderungen geben muss: Erstens muss eine Frühverrentungswelle, bei der über den zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld die Menschen schon mit 61 Jahren in Quasi-Rente gehen könnten, sicher ausgeschlossen werden, und zweitens braucht es einen konkreten Einstieg in die Flexirente, einen flexibleren Renteneintritt. Denn mit der Flexirente senden wir ein sehr wichtiges Signal, dass wir verstanden haben, worauf es in einer älter werdenden Gesellschaft ankommt. Beide Punkte sind Teil des zur Abstimmung stehenden Rentenpaketes. Zudem wird verbindlich eine Arbeitsgruppe zur weiteren Ausgestaltung des Flexirenten-Modells eingesetzt. Was wir wirklich brauchen, ist eine flexiblere Handhabung individueller Erwerbsbiografien und damit

- auch die Möglichkeit, länger zu arbeiten und dafür auch finanziell belohnt zu werden. Durch die getroffenen Vereinbarungen wird die Entwicklung zur Rente mit 67 zwar verzögert, aber nicht gestoppt. Die Rente mit 63 wird schrittweise wieder zur Rente mit 65.

Mit diesem Kompromiss, der Teile unserer Forderungen beinhaltet, werde ich dem vorliegenden Rentenpaket zustimmen. Das mache ich in dem Bewusstsein und der Verantwortung, dass in einer Großen Koalition Kompromisse gemacht werden müssen und nur ein verlässliches Miteinander zur erfolgreichen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen führt.

Dennoch ist mir heute wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass ich große grundsätzliche Bedenken bezüglich der Signalwirkung und der Kosten des Rentenpakets habe. Das vorliegende Rentenpaket bedeutet für kommende Generationen eine hohe finanzielle Belastung. Zudem ist und bleibt gerade die Rente mit 63 in einer immer älter werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Sie ist eine Rolle rückwärts, weg von den Reformen, welche die CDU/CSU gemeinsam mit den Sozialdemokraten vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 gegen große Widerstände durchgesetzt hat. Seitdem hat meines Erachtens ein wichtiger Lernprozess in unserem Land stattgefunden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das Prinzip einer längeren Lebensarbeitszeit zunehmend verinnerlicht. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Reformen sind nicht von der Hand zu weisen.

- (D) Die Zustimmung zu dem Rentenpaket ist nur möglich, weil es Deutschland im Moment wirtschaftlich so gut geht wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Damit ist dann aber die heutige Verabschiedung dieses Gesetzes gleichzeitig Verpflichtung, Strukturreformen einzuleiten, die Deutschland wettbewerbsfähiger machen und damit Wachstum ermöglichen. Diese Reformen beinhalten nach meinem Dafürhalten auch Änderungen im Pensionsrecht.

Philipp Graf Lerchenfeld (CDU/CSU): Ich stimme dem Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung mit großen Bedenken zu.

Die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen zur Einführung einer abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, bei der Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld I unbegrenzt angerechnet werden, halte ich angesichts des demografischen Wandels und eines zunehmenden Fachkräftemangels für ein falsches Signal.

Die Verbesserungen, die an dem ursprünglich vorgelegten Gesetzentwurf durch die Verhandlungen in letzter Zeit vorgenommen wurden, veranlassen mich, dem nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf trotz meiner grundsätzlichen Bedenken zuzustimmen. Diese Änderungen gehen in die richtige Richtung, zeigen aber auch auf, dass wir noch erheblichen Änderungsbedarf für diesen

- (A) Gesetzentwurf haben, mit dem wir uns in den kommenden Jahren dringend beschäftigen müssen.

Andrea Lindholz (CDU/CSU): Nach schwierigen Verhandlungen haben wir heute das Gesetz über die Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung verabschiedet. Damit kann das Rentenpaket planmäßig zum 1. Juli 2014 in Kraft treten.

Die Mütterrente war der Union und mir persönlich ein wichtiges Anliegen. Wer Kinder erzieht, leistet einen essenziellen Beitrag für unsere Gesellschaft – egal wann die Kinder geboren wurden. Die Anerkennung der Erziehungsleistungen vor 1992 mit der Mütterrente ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Trotzdem ist mir die Zustimmung zu diesem Gesetzespaket nicht leichtgefallen. Unsere Gesellschaft wird immer älter, während wir gleichzeitig immer weniger Kinder bekommen. Diese schleichende Entwicklung stellt unsere Sozialsysteme vor gewaltige Herausforderungen. Immer weniger Beitragszahler müssen immer mehr Renten bezahlen. Mit Blick auf die nachkommen Generationen müssen wir den demografischen Wandel verantwortungsbewusst und nachhaltig gestalten.

- (B) Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass wir bis zum Jahr 2030 schrittweise die Rente mit 67 einführen. Immer mehr Menschen bleiben auch im Alter leistungstark und wollen weiterarbeiten. Unsere schrumpfende Gesellschaft und die deutschen Unternehmen können auf die Leistungsfähigkeit erfahrener Fachkräfte nicht verzichten. Dieser richtige Schritt in die Zukunft drohte nun durch die Verkürzung des Rentenalters auf 63 zurückgesetzt zu werden.

Dennoch habe ich dem Gesetzespaket heute zugestimmt, und zwar aus vier Gründen: Erstens verhindern wir die befürchtete Frühverrentungswelle, indem Zeiten der Arbeitslosigkeit in den beiden Jahren vor dem Renteneintritt nicht als Arbeitszeit angerechnet werden. Zweitens setzen wir mit der Flexirente ein wichtiges Signal: Derjenige, der gern länger arbeiten möchte, darf und soll dies in Zukunft auch tun. Der Rente mit 63 steht dadurch die Perspektive der freiwilligen Weiterbeschäftigung im Rentenalter gegenüber. Drittens war es uns als CSU wichtig, freiwillige Beitragszahler nicht schlechterzustellen. Das ist uns mit der Berücksichtigung der freiwilligen Beiträge gelungen. Viertens ist die Rente mit 63 nur ein Übergangsmodell und wird bis zum Jahr 2030 schrittweise zu einer Rente mit 65 umgewandelt.

Dieses Rentenpaket stellt unsere Gesellschaft und die künftigen Generationen vor finanzielle Herausforderungen. Mit der Mütterrente und den anderen Regelungen des Pakets schließen wir jedoch gravierende Gerechtigkeitslücken in unserem Rentensystem und würdigen die Lebensleistung der Menschen. Die konkreten Verbesserungen für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern sind gerechtfertigt und daher insgesamt zu begrüßen.

Demokratische Politik funktioniert nicht ohne Kompromissbereitschaft. Selten kann man alle seine Forderungen umsetzen. Daher bin ich bereit, diesen insgesamt vernünftigen Kompromiss zur Rente und die Vereinba-

- lung aus dem Koalitionsvertrag trotz meiner begründeten Vorbehalte mitzutragen. (C)

Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU): Die Finanzierung des Rentenpakets ist nicht nur grundfalsch, sondern sie geht von Annahmen aus, die mit hoher Wahrscheinlichkeit so nicht eintreten werden. Schon heute ist absehbar, dass die Beiträge zur Rentenversicherung steigen müssen, und zwar schneller als vor wenigen Jahren noch erwartet. Gleichzeitig werden die Rentenbezüge sinken, und die Rücklagen der Rentenkasse werden bis 2017 aufgebraucht sein.

Die abschlagsfreie Rente mit 63 ist einer der Kardinalfehler des Rentenpakets; denn sie entzieht dem Arbeitsmarkt wertvolle Fachkräfte. Diese werden eine Lücke hinterlassen, die aufgrund des demografischen Wandels nur schwer zu schließen sein wird. Viele Unternehmen haben schon heute Probleme, offene Stellen zu besetzen. Die Rente mit 63 wird dieses Problem zusätzlich verschärfen.

Umso wichtiger ist es, dass der Rente mit 63 etwas entgegengesetzt wird. Mit der Flexirente ist uns dies gelungen – gleichwohl sie die grundsätzlichen Fehler des Rentenpakets nicht aufwiegen kann. Aber die Flexirente sendet ein entscheidendes Signal in einer älter und fitter werdenden Gesellschaft: Derjenige, der im Alter gern freiwillig länger arbeiten möchte, darf dies künftig auch. Das Verbot der Befristung bei Weiterbeschäftigung im Rentenalter wird fallen.

- (D) Zudem wird sich eine Expertengruppe in den kommenden Monaten mit der Frage beschäftigen, wie die Flexibilisierung des Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand weiter vorangetrieben werden kann. Die Chance auf einen Paradigmenwechsel in der Rentende-batte ist also da. Wir müssen sie jetzt aber auch nutzen.

Jan Metzler (CDU/CSU): Zusammen mit vielen Abgeordnetenkollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich in den letzten Wochen immer wieder gefordert, dass es beim Rentenpaket mindestens zwei entscheidende Veränderungen geben muss: Erstens muss eine Frühverrentungswelle, bei der über den zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld die Menschen schon mit 61 Jahren in Quasi-Rente gehen könnten, ausgeschlossen werden. Zweitens braucht es ein konkretes Bekenntnis zur Flexirente, einem flexibleren Renteneintritt. Denn mit der Flexirente senden wir das entscheidende Signal, nämlich dass wir verstanden haben, worauf es in einer älter werdenden Gesellschaft ankommt. Beide Punkte sind nun Teil des zur Abstimmung stehenden Rentenpaketes. Zudem wird verbindlich eine Arbeitsgruppe zur weiteren Ausgestaltung des Flexirenten-Modells eingesetzt.

Neben den erwähnten Verbesserungen, unterstütze ich den Passus zur Mütterrente und verstehe darüber hinaus die Forderung, dass diejenigen, die 45 Jahre hart gearbeitet haben, abschlagsfrei in Rente gehen können. Jedoch habe ich grundsätzliche Bedenken in Bezug auf die Kosten, die damit verbundene Frage der Generationengerechtigkeit und die Frage nach der Fairness früheren

- (A) und künftigen Rentengenerationen gegenüber. Einige Jahrgänge werden also von der Neuregelung profitieren, Folgejahrgänge sowie all diejenigen, die bereits in Rente sind, hingegen nicht.

Das Rentenpaket ist ein Kompromiss, dem ich heute zustimme. Dennoch ist es mir wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass ich grundsätzliche Bedenken zum Rentenpaket als Ganzes habe. Jedoch bin ich mir bewusst, dass unser parlamentarisches System nur funktioniert, wenn die Abgeordneten als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger bereit sind, auch Kompromisse zu schließen und diese dann mitzutragen. Darin sehe ich einen Teil meiner Verantwortung als Abgeordneter.

Die Zustimmung zu dem Rentenpaket ist zudem nur möglich, weil es Deutschland im Moment wirtschaftlich so gut geht wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Damit ist dann aber die Verabschiedung des Gesetzes gleichzeitig Verpflichtung, Strukturreformen einzuleiten, die Deutschland wettbewerbsfähig erhalten und damit nachhaltiges Wachstum möglich machen.

Dr. h. c. Hans Michelbach (CDU/CSU): Ich stimme dem Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung mit großen Bedenken zu.

- (B) Die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen zur Einführung einer abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren, bei der Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld I unbegrenzt angerechnet werden, halte ich angesichts des demografischen Wandels und eines zunehmenden Fachkräftemangels für ein falsches Signal.

Gerade die Anrechenbarkeit von Zeiten der Arbeitslosigkeit führt zu Fehlanreizen und neuen Ungerechtigkeiten. Durch deren Einbeziehung entstehen auch Schieflagen etwa gegenüber Landwirten und bestimmten Selbstständigen, die freiwillige Beiträge in die Rentenkasse bezahlt haben. Diese Ungerechtigkeiten müssen wir im Blick behalten.

Im Ergebnis zeigen diese Schieflagen aber nur, dass wir spätestens in der nächsten Legislaturperiode darauf hinwirken müssen, die Anrechenbarkeit von Zeiten der Arbeitslosigkeit wieder zu beseitigen. Der Generationenvertrag ist sonst in Gefahr.

Carsten Müller (Braunschweig) (CDU/CSU): Dem Gesetzentwurf der Bundesregierung über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung – RV-Leistungsverbesserungsgesetz – stimme ich zu. Ich gebe allerdings zu Protokoll, dass ich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und aus Gründen der Generationengerechtigkeit die Einführung der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren bzw. nach 45 Beitragsjahren sehr skeptisch sehe.

Zum einen hat die junge Generation die durch diese Regelung entstehenden Kosten zu tragen. Besonders über die prognostizierte Entwicklung des zukünftigen Rentenniveaus bin ich in diesem Zusammenhang sehr

- (C) besorgt. Zum anderen schafft die Rente mit 63 Anreize, früher in Rente zu gehen, und gefährdet damit das Ziel der Rente mit 67. Für mich steht außer Frage: Um dem Fachkräftemangel in unserem Land zu begegnen sowie Wachstum und Beschäftigung zu sichern, brauchen wir längere und nicht kürzere Lebensarbeitszeiten.

Motivation, dem Gesetzentwurf als Gesamtpaket zuzustimmen, ist die Einführung der Mütterrente. Ich begrüße es, dass Mütter von vor 1992 geborenen Kindern eine bessere Anerkennung ihrer Erziehungsleistung in der Rente erhalten. Damit wird eine Gerechtigkeitslücke verkleinert, weil Geburten nach 1992 bislang deutlich besser gestellt waren.

Dr. Philipp Murmann (CDU/CSU): Das Sozialversicherungssystem in Deutschland ist weltweit einzigartig und ein Eckpfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft. Mit dem Generationenvertrag haben wir ein Solidarsystem zwischen der rentenbeziehenden und der beitragszahlenden Generation geschaffen. Dieser Ausgleich ist sinnvoll und funktionierte bisher.

Der demografische Wandel bringt aber neue Herausforderungen mit sich. Die durchschnittliche Lebenszeit erhöht sich – glücklicherweise – und damit auch die Bezugsdauer der Rente. Gleichzeitig werden immer weniger Kinder geboren. Zudem ändern sich die Altersbiographien – Bildung, Arbeit und Privatleben findet nicht mehr vorwiegend sequentiell, sondern parallel statt.

- (D) Das Rentenpaket, vor allem die Rente mit 63, sendet daher ein falsches Signal und bietet keine Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen. Positiv hervorzuheben ist der Einstieg in die Flexirente, die Verhinderung einer Frühverrentungswelle, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Aufstockung des Reha-Budgets. Einige dieser dringend notwendigen Verbesserungen konnten erst im letzten Moment und auf Druck einer Gruppe von Abgeordneten erreicht werden, der ich ebenfalls anhöre.

Insgesamt gesehen wird mit diesen Maßnahmen aber die Wirtschaft von heute und die Jugend von morgen stark belastet. Die für das Rentenpaket erheblichen finanziellen Mittel stehen nicht für andere dringend erforderliche Investitionen in Bildung, Forschung oder Infrastruktur zur Verfügung. Die vielfältige Kritik ist daher berechtigt.

Dennoch ist das Rentenpaket Bestandteil unseres Koalitionsvertrages, mit dem wir für Deutschland eine solide Regierung stellen können. Diese Regierung ist notwendig, damit Deutschland in Europa und der Welt wettbewerbsfähig bleibt und den Standort insgesamt voranbringt.

Die Zustimmung zu diesem Gesetzespaket fällt schwer. Dennoch habe ich mich nach Abwägung aller Umstände dazu entschieden, die Mehrheitsentscheidung unserer Fraktion mitzutragen. Erfolgreiche Politik ist am Ende auch immer eine Mannschaftsleistung.

Dr. Andreas Nick (CDU/CSU): Meine sehr grundsätzlichen Bedenken gegen die sogenannte „Rente mit

- (A) 63“ habe ich bereits unmittelbar nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen im November zum Ausdruck gebracht. Eine – wenn auch vorübergehende – Absenkung der Altersgrenze, noch dazu unter Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit, für einige wenige Geburtsjahrgänge muss unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit sowie des Fachkräftemangels am Arbeitsmarkt als Signal in die falsche Richtung verstanden werden. In dieser Auffassung fühle ich mich auch durch die Ergebnisse der Anhörung im Gesetzgebungsverfahren ausdrücklich bestätigt.

Daher habe ich alle Bemühungen aus meiner Fraktion unterstützt, zumindest in einigen der ganz besonders kritischen Aspekte Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Bundesregierung zu erreichen. Zusammen mit vielen anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich deshalb in den letzten Wochen immer gefordert, dass es beim Rentenpaket mindestens noch drei entscheidende Veränderungen geben muss:

Erstens muss eine Frühverrentungswelle, bei der über den zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld die Menschen schon mit 61 Jahren in Quasi-Rente gehen könnten, sicher ausgeschlossen werden.

Zweitens dürfen Zeiten der Selbstständigkeit, für die freiwillige Rentenbeiträge geleistet wurden, nicht grundsätzlich schlechter gestellt werden als Zeiten der Arbeitslosigkeit.

- (B) Drittens ist ein konkreter Einstieg in einen flexibleren Renteneintritt – Flexirente – erforderlich.

Vor allem mit der Flexirente senden wir das entscheidende Signal, dass wir verstanden haben, worauf es in einer älter werdenden Gesellschaft ankommt. Diese Punkte sind nunmehr weitgehend Teil des zur Abstimmung stehenden Rentenpaketes. Zudem wird verbindlich eine Arbeitsgruppe zur weiteren Ausgestaltung des Flexirenten-Modells eingesetzt. Durch die getroffenen Vereinbarungen wird die Entwicklung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Rente mit 67, zwar verzögert, aber nicht grundsätzlich gestoppt. Die „Rente mit 63“ wird bis 2029 schrittweise wieder zur „Rente mit 65“ nach 45 Versicherungsjahren.

Mit dem nunmehr vorliegenden Kompromiss, der zumindest Teile dieser Forderungen berücksichtigt, werde ich dem Rentenpaket in einer Gesamtbeurteilung aller Teilaspekte zustimmen. Ich tue dies in dem Bewusstsein und der Verantwortung, dass in einer Großen Koalition Kompromisse gemacht werden müssen und nur ein verlässliches Miteinander zur erfolgreichen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen führt.

Dennoch ist mir heute wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass ich weiterhin große grundsätzliche Bedenken bezüglich der Signalwirkung und der Kosten des Rentenpakets habe:

Das vorliegende Rentenpaket bedeutet für kommende Generationen eine hohe finanzielle Belastung. Zudem ist und bleibt gerade die Rente mit 63 in einer immer älter

- (C) werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Sie ist eine Rolle rückwärts, weg von den Reformen, welche die CDU/CSU gemeinsam mit den Sozialdemokraten vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 gegen große Widerstände durchgesetzt haben. Seitdem hat meines Erachtens ein wichtiger Lernprozess in unserem Land stattgefunden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das Prinzip einer längeren Lebensarbeitszeit zunehmend verinnerlicht. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Reformen sind nicht von der Hand zu weisen.

Insbesondere die Unternehmen, die auf die Gefahr eines noch stärker werdenden Fachkräftemangels durch frühere Verrentungen hinweisen, aber auch diejenigen, die vor einer übermäßigen Belastung kommender Generationen warnen, haben gewichtige Argumente auf ihrer Seite.

Die Zustimmung zu dem Rentenpaket ist überhaupt nur deshalb möglich, weil es Deutschland im Moment wirtschaftlich so gut geht wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Damit ist dann aber die heutige Verabschiedung dieses Gesetzes gleichzeitig auch Verpflichtung, weitere Strukturreformen einzuleiten, die Deutschland wettbewerbsfähiger und damit nachhaltiges Wachstum möglich machen.

- (D) **Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU):** Der Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung, über den der Bundestag in seiner heutigen Sitzung abstimmt, besteht als Rentenpaket aus Regelungen zur abschlagsfreien Rente mit 63, zur Mütterrente, zur Erwerbsminderungsrente und zum Reha-Budget.

Ich werde in der 3. Lesung für das Rentenpaket stimmen. Zu dieser Entscheidung bin ich nach reiflicher Überlegung gelangt, da ich für drei der vier Bestandteile des Pakets – nämlich für die vorgeschlagenen Regelungen zur Mütterrente, zur Erwerbsminderungsrente und zum Reha-Budget – eintrete. Dagegen sehe ich die Vorschläge zur Rente mit 63 aus folgenden Gründen kritisch:

Die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren widerspricht dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit und bedeutet eine teilweise Rücknahme der seit 2005 gemachten Reformschritte zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Rentensysteme in Deutschland. Mit der vorgesehenen Regelung wird das richtige Ziel der Rente mit 67 konterkariert. Nach meiner Auffassung wird eine – vor dem Hintergrund der schon jetzt bestehenden Regelungen zur frühzeitigen Rente mit 65 – nur sehr kleine Gerechtigkeitslücke durch eine größere Gerechtigkeitslücke zuungunsten der nachfolgenden Generationen geschlossen.

Die Rente mit 63 setzt auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des bereits bestehenden Fachkräftemangels in der Wirtschaft ein politisch falsches Signal. Durch die Möglichkeit, frühzeitig in Rente zu gehen, wird der Fachkräftemangel weiter verschärft. Wir brauchen gerade ältere Arbeitnehmer und eine insgesamt längere Lebensarbeitszeit, um unser Ren-

- (A) tensystem stabil und Deutschland wettbewerbsfähig zu halten. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass die Deutschen den Arbeitsmarkt relativ früh verlassen, obwohl die Lebenserwartung überdurchschnittlich hoch ist. Das Renteneintrittsalter konnte dank der Reformen der letzten Jahre dem internationalen Durchschnitt angenähert werden. Die Rente mit 63 bedroht diesen Erfolg.

Daher stellt die Rente mit 63 auch ein falsches Signal an unsere europäischen Partner dar. Deutschland steht bislang für eine Politik der Wettbewerbsfähigkeit und der Strukturreformen, um der Staatsschuldenkrise zu begegnen. Die Glaubwürdigkeit unserer Politik ist gefährdet, wenn wir neue Wohltaten versprechen, zugleich aber weiterhin Reformen von unseren europäischen Partnern einfordern.

Des Weiteren sehe ich die Anrechnung von Arbeitslosenzeiten als Beitragszeiten kritisch. Dies bedeutet eine Abkehr vom bisherigen System. Ihre Anrechnung ist unter Gerechtigkeitsaspekten nur schwerlich vereinbar mit der nur bedingten Anrechenbarkeit freiwilliger Beiträge, die viele Selbstständige in die Rentenversicherung leisten.

- (B) Zu begrüßen ist allerdings, dass die negativen Folgen der abschlagsfreien Rente mit 63 durch die Einigung zwischen den Koalitionsfraktionen zur Verhinderung einer weiteren Frühverrentungswelle und zur Erleichterung eines flexiblen Renteneintritts deutlich abgemildert werden konnten. Dadurch, dass nun Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in den letzten zwei Jahren vor Eintritt in die Rente mit 63 grundsätzlich nicht mehr mitgezählt werden, wird eine missbräuchliche Frühverrentung ausgeschlossen. Ferner wurde in die Beratung des Rentenpakets auch das Thema der flexiblen Übergänge vom Beruf in die Rente eingebracht. In Zukunft wird es möglich sein, das Arbeitsverhältnis auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze einvernehmlich fortzusetzen. Eine Arbeitsgruppe wird Vorschläge entwickeln, wie Arbeit und Rente besser als bisher kombiniert werden können. Sowohl das flexible Weiterarbeiten bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze als auch danach wird Inhalt der Beratungen sein.

Meines Erachtens können damit die Folgen der Rente mit 63 so weit abgemildert werden, dass meine Bedenken hiergegen nicht mehr so schwer wiegen, als dass ich dem Rentenpaket insgesamt nicht zustimmen könnte. Das mache ich in dem Bewusstsein und in der Verantwortung, dass in einer Großen Koalition Kompromisse gemacht werden müssen und nur ein verlässliches Miteinander zur erfolgreichen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen führt.

Aus diesen Gründen werde ich daher dem Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung zustimmen.

Kerstin Radomski (CDU/CSU): Mit dem vorliegenden Rentenpaket stimmen wir heute über die Rente mit 63, die Mütterrente, die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung des Reha-Budgets ab.

- (C) Ich werde dem vorliegenden Rentenpaket zustimmen. Das mache ich in dem Bewusstsein und der Verantwortung, dass in einer Großen Koalition Kompromisse gemacht werden müssen und nur ein verlässliches Miteinander zur erfolgreichen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen führt. Zudem befürworte ich ausdrücklich die Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung des Reha-Budgets.

Dennoch ist mir heute wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass ich große grundsätzliche Bedenken bezüglich der Signalwirkung und der Kosten des Rentenpakets habe. Das vorliegende Rentenpaket bedeutet für kommende Generationen eine hohe finanzielle Belastung. Zudem ist und bleibt gerade die Rente mit 63 in einer immer älter werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Sie ist eine Rolle rückwärts, weg von den Reformen, welche die CDU/CSU gemeinsam mit den Sozialdemokraten vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 gegen große Widerstände durchgesetzt hat. Seitdem hat meines Erachtens ein wichtiger Lernprozess in unserem Land stattgefunden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das Prinzip einer längeren Lebensarbeitszeit zunehmend verinnerlicht. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Reformen sind nicht von der Hand zu weisen.

- (D) **Josef Rief (CDU/CSU):** Das am heutigen Tag zur Abstimmung stehende Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz verbessert im Besonderen die Rente der Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Dafür habe ich mich eingesetzt, dies habe ich den Müttern versprochen, daher stimme ich dem Gesetzentwurf heute zu.

Nicht einverstanden bin ich mit der getroffenen Regelung zur abschlagsfreien Rente mit 63. Zum einen widerspricht die Anrechnung der Zeiten von Arbeitslosigkeit dem Gedanken, dass gerade für diejenigen Verbesserungen erzielt werden sollten, die 45 Jahre hart gearbeitet haben; Stichwort: jahrzehntelange Erwerbsarbeit. Zum anderen vermisste ich an dieser Stelle die 1 : 1 gleichstellende Einbeziehung von Landwirten, die LAK-pflichtversichert waren, sowie die Gleichstellung aller gesetzlichen Rentenversicherungsarten.

Hier werde ich mich für Nachbesserungen einsetzen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen stimme ich zu. Der gefundene Kompromiss geht in wesentlichen Teilen auf Aussagen zurück, die während des Wahlkampfs 2013 von den Koalitionsparteien gemacht wurden. Die Umsetzung dieser Versprechen ist im Sinne der Verlässlichkeit und Berechenbarkeit von Politik richtig. Ich begrüße insbesondere die Mütterrente, die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung des Budgets für Reha-Leistungen.

Gleichwohl möchte ich von der Möglichkeit Gebrauch machen, meine Bedenken bezüglich der Auswirkung dieses Gesetzes in Hinsicht auf Generationengerechtigkeit, Verfügbarkeit von Fachkräften und langfristige Stabilität des Bundeshaushalts zum Ausdruck zu bringen.

- (A) Bei der Mütterrente wäre es sachgerechter, diese aus Steuermitteln zu finanzieren. Es handelt sich dabei um eine versicherungsfremde Leistung.

Es wäre mir in Hinblick auf die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte insbesondere sinnvoll erschienen, die Berücksichtigung der Zeiten des Bezugs von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung – ALG I – auf maximal fünf Jahre zu begrenzen. Diese Forderung findet sich leider nicht wieder.

In jedem Fall ist es angesichts der demografischen Entwicklung sinnvoll, an der Rente mit 67 grundsätzlich festzuhalten und diese nicht weiter auszuhöhlen.

Bereits jetzt ist absehbar, dass in der Zukunft Erhöhungen des Rentenbeitragssatzes und Erhöhungen des Steuerzuschusses für die Rentenversicherung erforderlich sein werden. Dies erscheint mir im Sinne der Generationengerechtigkeit ein problematisches Signal und im Sinne eines langfristigen ausgeglichenen Bundeshaushalts zumindest eine zusätzliche Herausforderung.

Christel Voßbeck-Kayser (CDU/CSU): Unser Anspruch ist es, Politik zu gestalten. Als einer der Kernpunkte der aktuellen Legislaturperiode wurde im Rahmen des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD die Rente mit 63 vereinbart. Grundsätzlich stimme ich diesem Gesetz zu, möchte jedoch dazu folgende Erklärung abgeben:

- (B) Die Regelung im Rahmen der Rente mit 63, in der die unbegrenzte Anerkennung von Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der Ermittlung der Rentenbeitragsjahre festgeschrieben wird, lehne ich als falsches Signal in einer älter werdenden Gesellschaft weiter ab. Es muss eine Begrenzung geben, das heißt keine unbegrenzte Anerkennung in Form von Rentenleistung für diejenigen, die weniger zur Erhaltung unseres Solidarsystems Rente beigetragen haben.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft – einen flexiblen Renteneintritt und die Möglichkeit länger zu arbeiten; denn unser Land braucht junge Menschen, die sich etwas zutrauen, aber eben auch die Älteren, die neben gutem Fachwissen auch über einen großen Erfahrungsschatz verfügen. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass eine Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge in den Ruhestand“ sich bis zum Herbst mit diesen Fragen befassen und zu verbindlichen Lösungen kommen wird.

Kai Whittaker (CDU/CSU): In den vergangenen Wochen und Monaten wurde kontrovers über das Rentenpaket diskutiert. Von den vier Bestandteilen des Rentenpakets – Mütterrente, Reha-Budget, Erwerbsminderungsrente und Rente mit 63 – wurde die Rente mit 63 am heftigsten kritisiert. Ich halte die Signalwirkung der Rente mit 63 für grundlegend falsch. In einer immer älter werdenden Gesellschaft müssen wir Möglichkeiten schaffen, dass Menschen flexibler vom Beruf in die Rente wechseln können. Mit der Flexirente setzen wir als CDU/CSU-Fraktion die richtigen Akzente für die Zukunft. Die Flexirente läutet einen systemischen Wan-

- del ein, der aufgrund der demografischen Entwicklung dringend erforderlich ist. Wir dürfen die Reformen – zum Beispiel Rente mit 67 – der vergangenen Jahre nicht zurückdrehen, sondern müssen uns den Herausforderungen der Zeit stellen. Die Kompromisse bei der Rente mit 63 zeigen, dass wir diese Herausforderungen am besten verstanden haben. Mit einem „rollierenden Stichtag“ wird verhindert, dass sich der Fachkräftemangel in Zukunft noch verschärft. Wir müssen das Wissen der älteren Menschen nutzen, anstatt es fahrlässig zu verschwenden. Neben diesen Kompromissen sind für meine Zustimmung die anderen drei Komponenten des Rentenpakets entscheidend. Die Mütterrente schließt eine Gerechtigkeitslücke für jene Mütter, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben. Das Reha-Budget und die Erwerbsminderungsrente sind wichtige und notwendige Schritte, um auf den steigenden Bedarf in diesen Bereichen zu reagieren.

Aus den oben genannten Gründen kann ich dem Rentenpaket zustimmen. Die Rente mit 63 ist eine Momentaufnahme, die es in dieser Form nicht mehr geben wird. Wir müssen Strukturreformen einleiten, damit wir in einer alternden Gesellschaft wettbewerbsfähig bleiben.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Maik Beermann, Philipp Mißfelder, Florian Obner, Jana Schimke, Jens Spahn, Nina Warken und Emmi Zeulner (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)

- (D) Zusammen mit vielen anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir in den letzten Wochen immer gefordert, dass es beim Rentenpaket mindestens noch zwei entscheidende Veränderungen geben muss: Erstens muss eine Frühverrentungswelle, bei der über den zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld die Menschen schon mit 61 Jahren in Quasi-Rente gehen könnten, sicher ausgeschlossen werden und zweitens braucht es einen konkreten Einstieg in die Flexirente, einen flexibleren Renteneintritt. Denn mit der Flexirente senden wir das entscheidende Signal, dass wir verstanden haben, worauf es in einer älter werdenden Gesellschaft ankommt. Beide Punkte sind Teil des zur Abstimmung stehenden Rentenpaketes. Zudem wird verbindlich eine Arbeitsgruppe zur weiteren Ausgestaltung des Flexirenten-Modells eingesetzt. Durch die getroffenen Vereinbarungen wird die Entwicklung zur Rente mit 67 zwar verzögert, aber nicht gestoppt. Die Rente mit 63 wird schrittweise wieder zur Rente mit 65.

Mit diesem Kompromiss, der Teile unserer Forderungen beinhaltet, werden wir dem vorliegenden Rentenpaket zustimmen. Das machen wir in dem Bewusstsein und der Verantwortung, dass in einer Großen Koalition Kompromisse gemacht werden müssen und nur ein ver-

- (A) lässliches Miteinander zur erfolgreichen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen führt.

Dennoch ist uns heute wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass wir große grundsätzliche Bedenken bezüglich der Signalwirkung und der Kosten des Rentenpakets haben. Das vorliegende Rentenpaket bedeutet für kommende Generationen eine hohe finanzielle Belastung. Zudem ist und bleibt gerade die Rente mit 63 in einer immer älter werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Sie ist eine Rolle rückwärts, weg von den Reformen, welche die CDU/CSU gemeinsam mit den Sozialdemokraten vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 gegen große Widerstände durchgesetzt hat. Seitdem hat unseres Erachtens ein wichtiger Lernprozess in unserem Land stattgefunden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das Prinzip einer längeren Lebensarbeitszeit zunehmend verinnerlicht. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Reformen sind nicht von der Hand zu weisen.

Insbesondere die Unternehmen, die auf die Gefahr eines noch stärker werdenden Fachkräftemangels durch frühere Verrentungen hinweisen, aber auch diejenigen, die vor einer übermäßigen Belastung kommender Generationen warnen, haben gewichtige Argumente auf ihrer Seite. Die Zustimmung zu dem Rentenpaket ist nur möglich, weil es Deutschland im Moment wirtschaftlich so gut geht wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Damit ist dann aber die heutige Verabschiedung dieses Gesetzes gleichzeitig Verpflichtung, Strukturreformen einzuleiten, die Deutschland wettbewerbsfähiger machen und damit nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

(B)

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Steffen Bilger, Steffen Kanitz, Jana Schimke, Jens Spahn und Dr. Wolfgang Stefinger (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)

Zusammen mit vielen anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir in den letzten Wochen immer gefordert, dass es beim Rentenpaket mindestens noch zwei entscheidende Veränderungen geben müsse: Erstens müsse eine Frühverrentungswelle, bei der über den zweijährigen Bezug von Arbeitslosengeld die Menschen schon mit 61 Jahren in Quasi-Rente gehen könnten, sicher ausgeschlossen werden, und zweitens bräuchte es einen konkreten Einstieg in die Flexirente, einem flexibleren Renteneintritt. Denn mit der Flexirente senden wir das entscheidende Signal, dass wir verstanden haben, worauf es in einer älter werdenden Gesellschaft ankommt. Beide Punkte sind Teil des zur Abstimmung stehenden Rentenpaketes. Zudem wird verbindlich eine Arbeitsgruppe zur weiteren Ausgestaltung des Flexirenten-Modells eingesetzt. Durch die ge-

- troffenen Vereinbarungen wird die Entwicklung zur Rente mit 67 zwar verzögert, aber nicht gestoppt. Die Rente mit 63 wird schrittweise wieder zur Rente mit 65.

(C)

Mit diesem Kompromiss, der Teile unserer Forderungen beinhaltet, werden wir dem vorliegenden Rentenpaket zustimmen. Das machen wir in dem Bewusstsein und der Verantwortung, dass in einer Großen Koalition Kompromisse gemacht werden müssen und nur ein verlässliches Miteinander zur erfolgreichen Umsetzung der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen führt.

Dennoch ist uns heute wichtig, mit dieser persönlichen Erklärung im parlamentarischen Verfahren festzuhalten, dass wir große grundsätzliche Bedenken bezüglich der Signalwirkung und der Kosten des Rentenpaketes haben. Das vorliegende Rentenpaket bedeutet für kommende Generationen eine hohe finanzielle Belastung. Zudem ist und bleibt gerade die Rente mit 63 in einer immer älter werdenden Gesellschaft ein falsches Signal. Sie ist eine Rolle rückwärts, weg von den Reformen, welche die CDU/CSU gemeinsam mit den Sozialdemokraten vor einigen Jahren mit der Agenda 2010 und der Rente mit 67 gegen große Widerstände durchgesetzt hat. Seitdem hat unseres Erachtens ein wichtiger Lernprozess in unserem Land stattgefunden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben das Prinzip einer längeren Lebensarbeitszeit zunehmend verinnerlicht. Die wirtschaftlichen Erfolge dieser Reformen sind nicht von der Hand zu weisen.

Insbesondere die Unternehmen, die auf die Gefahr eines noch stärker werdenden Fachkräftemangels durch frühere Verrentungen hinweisen, aber auch diejenigen, die vor einer übermäßigen Belastung kommender Generationen warnen, haben gewichtige Argumente auf ihrer Seite. Die Zustimmung zu dem Rentenpaket ist nur möglich, weil es Deutschland im Moment wirtschaftlich so gut geht wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Damit ist dann aber die heutige Verabschiedung dieses Gesetzes gleichzeitig Verpflichtung, Strukturreformen einzuleiten, die Deutschland wettbewerbsfähiger machen und damit nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

(D)

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Mark Hauptmann, Dr. Heribert Hirte, Carsten Körber, Marian Wendt und Klaus-Peter Willsch (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)

Wir haben dem Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung aus folgenden Gründen nicht zugestimmt:

Das RV-Leistungsverbesserungsgesetz enthält eine große finanzielle Belastung für die heutigen und zukünftigen Generationen. Bereits zum 1. Januar 2014 mussten die Beitragszahler auf eine Senkung des Rentenbeitrages

- (A) verzichten. Bis zum Jahr 2030 belaufen sich die Kosten des Gesetzes auf mindestens 160 Milliarden Euro. Andere Schätzungen gehen von mindestens 230 Milliarden aus. Diese finanziellen Aufwendungen wurden zum großen Teil noch nicht erwirtschaftet, sondern müssen von den Steuerzahlern, Rentenbeitragszahlern und Rentnern in den kommenden Jahrzehnten aufgebracht werden. Die Rücklagen aus der Rentenversicherung werden bis 2017 verbraucht sein. Die Hauptlast für die Leistungen aus dem Gesetz tragen die heutigen und zukünftigen Rentenbeitragszahler. Wirtschaftsexperten sehen das RV-Leistungsverbesserungsgesetz dabei als eine spürbare Umverteilung von Jung zu Alt an. Dies widerspricht dem Gedanken der Generationengerechtigkeit. Die Spielräume für jüngere Generationen, eigenverantwortlich privat für das Alter vorzusorgen, werden durch die mit dem Gesetz verbundenen, höheren Rentenbeiträge eingeschränkt.

Die im Gesetz enthaltene Rente mit 63 birgt die Gefahr einer Frühverrentungswelle. Diese kann auch nicht dadurch wirksam begrenzt werden, indem die letzten zwei Jahre des Arbeitslosengeldbezugs vor der abschlagsfreien Rente nicht mehr mitgezählt werden. Wirkungsvolle Verbesserungen wie eine Stichtagsregelung oder Begrenzung der Anrechnungszeiten von Arbeitslosigkeit werden im Gesetz nicht berücksichtigt. Angesichts des demografischen Wandels, des sich verschärfenden Fachkräftemangels und der Notwendigkeit für längere Lebensarbeitszeiten setzt das RV-Leistungsverbesserungsgesetz die falschen Anreize, die den Wohlstand in unserem Land zukünftig gefährden können.

- (B) Schließlich sendet das Gesetz ein falsches Signal an unsere europäischen Partner. Länder wie Spanien, Italien, Griechenland und Portugal unternehmen Anstrengungen, um ihre Haushalte zu sanieren und Strukturreformen auf den Weg zu bringen. Deutschland muss in dieser Situation als wirtschaftliches Zugpferd in der Europäischen Union weiter mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass Reformen eine wichtige Grundlage für gesellschaftlichen Wohlstand sind. Das RV-Leistungsverbesserungsgesetz widerspricht diesem Weg. Ebenso läuft die im Gesetz enthaltene Rente mit 63 dem Euro-Plus-Pakt entgegen, für den sich Deutschland zur Bekämpfung der europäischen Schuldenkrise mit Nachdruck eingesetzt hat.

Anlage 7

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Katrin Albsteiger, Dr. Stefan Heck und Johannes Steiniger (alle CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)

Nach sorgfältiger Abwägung und reiflicher Überlegung haben wir uns entschlossen, dem Rentenpaket nicht zuzustimmen. Insbesondere die Regelungen zur

- Rente mit 63 lehnen wir ab. Sie widerspricht der Generationengerechtigkeit, weil die Lasten unfair verteilt werden. (C)

Die Unterzeichner dieser Erklärung sind die ehemalige Landesvorsitzende und die aktuellen Landesvorsitzenden der Jugendorganisationen ihrer Partei in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Das Mandat im Deutschen Bundestag verpflichtet uns als junge Abgeordnete, die Interessen der jüngeren Generation in besonderer Weise im Blick zu behalten. Trotz der erzielten Verbesserungen im Gesetzgebungsverfahren überwiegen jedoch unsere persönlichen Bedenken in Bezug auf die Rente mit 63.

Gleichwohl erkennen wir an, dass Teilmaßnahmen des Rentenpakets Gerechtigkeitslücken schließen. Auch die in den Nachverhandlungen eingebrachte Flexirente begrüßen wir. Sie weist aus unserer Sicht den richtigen Weg in einen zukunftsfesten Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand. Umso wichtiger ist es, dass die konsequente Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Reform kein Lippenbekenntnis bleibt.

Nach Prognosen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales belaufen sich die Kosten des Rentenpakets bis 2030 auf 160 Milliarden Euro zulasten des Rentensystems. Bereits jetzt wissen wir, dass die Rücklagen in wenigen Jahren aufgebraucht sein werden. Damit ist eine erhebliche Mehrbelastung für künftige Beitragszahler verbunden.

- Durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz ergibt sich eine zusätzliche einseitige Belastung, die zur notwendig gewordenen privaten Altersvorsorge hinzukommt. Wir verlassen den eingeschlagenen Weg, die sozialen Sicherungssysteme demografiefest zu gestalten. Die unvermeidbare Einführung der Rente mit 67 war ein politischer Kraftakt. Unser Land ist auf die Lebenserfahrung, Kompetenz und Arbeitsleistung Älterer angewiesen. Die Signalwirkung der Rente mit 63 stellt demgegenüber das bislang Erreichte wieder infrage. (D)

In Europa steht Deutschland sehr gut da und nimmt wirtschafts-, sozial- und finanzpolitisch eine Vorreiterrolle ein. Dies ist unbestritten ein Erfolg der zukunftsorientierten Politik der vergangenen Jahre. Richtigerweise verpflichten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Euro-Plus-Pakt zu tiefgreifenden Reformen in den Rentensystemen. Mit dem jetzigen Rentenpaket sendet Deutschland ein grundlegend falsches Signal nach außen. Die Anpassung des Rentensystems an die demografische Entwicklung wird durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz verpasst und in die Zukunft verschoben.

Anlage 8

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke und Monika Lazar (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Tagesordnungspunkt 19 a)

- (A) Eine Reform muss sicherstellen, dass bei der Rente die Verschiedenheit der Lebens- und Erwerbsbiografien und ebenso die unterschiedlichen Belastungen in der Arbeitswelt besser als bisher berücksichtigt werden. Denn es macht einen Unterschied, ob jemand lange Zeit am Bau, in der Altenpflege oder Universitätslehre tätig war und ob jemand mit 15 Jahren oder erst mit 28 Jahren in das Berufsleben eingestiegen ist. Vor dem Hintergrund der Rente mit 67 sind deshalb flexible Übergänge in die Rente notwendig. Die Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren geht insofern in die richtige Richtung und ebenso die Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und beim Reha-Budget. Bei der Ausgestaltung aber haben wir Kritikpunkte. Nicht zustimmungsfähig ist für uns aber insbesondere die Finanzierung der Mütterrente, denn angesichts der demografischen Herausforderung haben für uns die Stabilisierung des Rentensystems und ein angemessen hohes Rentenniveau oberste Priorität.

Die Richtung des Gesetzes mit der Rente ab 63 stimmt – die Ausgestaltung und die Finanzierung der Mütterrente aber kritisieren wir. Deshalb können wir weder ablehnen noch zustimmen. In der Konsequenz werden wir uns enthalten.

- (B) Die Kosten für die verbesserte Anrechnung von Kindererziehungszeiten in Höhe von rund 6,7 Milliarden Euro jährlich wird die Große Koalition nahezu komplett aus Beitragsmitteln der gesetzlichen Rentenversicherung finanzieren. Das können wir nur als unverantwortlich und falsch bezeichnen. Denn wenn Leistungen keine Beitragseinnahmen gegenüberstehen, lassen sich die dauerhaft höheren Ausgaben nur vorübergehend mit den Rücklagen der Rentenversicherung decken. Die aufgebauten Reserven sind in kürzester Zeit verbraucht. In der Folge steigen die Beiträge stark, und gleichzeitig sinkt das Rentenniveau insbesondere zulasten von Familien mit niedrigem Einkommen. Für uns ist es eine zentrale Frage der Generationengerechtigkeit, dass auch die heutigen Versicherten eine realistische Aussicht auf ein angemessenes Rentenniveau haben und vor Altersarmut geschützt werden. Zudem zahlen alle Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung über höhere Rentenbeiträge und geringere Renten für die verbesserten Leistungen. Die in berufsständischen Versorgungswerken versicherten Ärztinnen und Ärzte oder Abgeordnete müssen sich indes nicht an der Finanzierung beteiligen. Wenn sie Kinder erziehen, erhalten sie aber ebenfalls diese Leistungen der Rentenversicherung. Das ist nicht gerecht. Deshalb müssen Leistungen des Familienausgleichs als gesamtgesellschaftliche Aufgabe unabdingbar solidarisch durch Steuermittel finanziert werden.

Das Erreichen einer abschlagsfreien Rente kann nicht unterschiedslos für alle ausgestaltet werden. Deshalb stehen wir uneingeschränkt zur Rente ab 63 Jahren. Wer 45 Jahre das Rentensystem gestützt hat, soll verdientermaßen ohne Abschläge in den Ruhestand gehen können. Die Rente ab 63 Jahren der Großen Koalition ist aber eine Mogelpackung. Sie gilt nur für bestimmte Jahrgänge und steigt schon nach zwei Jahre kontinuierlich wieder auf 65 Jahre. Ungerecht ist auch, dass nicht alle Zeiten von Arbeitslosigkeit gleichermaßen angerechnet werden. Vor allem die vom Wirtschaftsflügel der CDU verhandelte sogenannte rollierende Stichtagsregelung,

- (C) dass die letzten beiden Jahre der Arbeitslosigkeit nicht auf die 45 Beitragsjahre angerechnet werden, schafft neue Ungerechtigkeiten. Damit werden Personen, die 61 Jahre alt sind und unfreiwillig arbeitslos werden, benachteiligt. Das widerspricht nicht nur der Intention des Gesetzes, der rollierende Stichtag birgt zudem verfassungsrechtliche Risiken.

Für Personen, die in besonderem Maße unter den Herausforderungen eines höheren Renteneintrittsalters leiden, greift die Rente ab 63 Jahren vor allem zu kurz. Angestellte in der Holz- und Kunststoffverarbeitung müssen im Durchschnitt bereits mit 59 Jahren aus dem Erwerbsleben scheiden – oft unfreiwillig –, Maurer bereits mit 61 Jahren. Notwendig sind flexiblere Übergänge in die Rente, denn die Arbeitsbelastung ist individuell und auch entlang der verschiedenen Branchen und Berufsgruppen sehr unterschiedlich. Deshalb muss eine solidarische Rentenversicherung die individuelle Leistungsfähigkeit und gesundheitliche Belastbarkeit berücksichtigen und flexible Übergangslösungen in den Ruhestand ermöglichen – beispielsweise eine vorgezogene Teilrente ab 60 Jahren. Hier fehlt der Großen Koalition aber der politische Gestaltungswille. Notwendig wären insbesondere weitgehende Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Hier verlängert die Große Koalition zwar die Zurechnungszeiten um zwei Jahre. Das reicht aber nicht aus. Gerecht wäre generell eine Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge; denn wer arbeitsbedingt krank wird und nicht mehr arbeiten kann, hat dennoch ein würdevolles Leben verdient.

- (D) Wir kritisieren an vielen Stellen das Gesetz im Detail, dennoch ist es ein erster Schritt, die unterschiedlichen Lebens- und Erwerbsbiografien bei der Rente besser zu berücksichtigen. Eine Zustimmung ist aber für uns nicht möglich aufgrund der äußerst problematischen Finanzierung. Denn damit gibt es nur begrenzt Gestaltungsspielraum für weitere notwendige Maßnahmen gegen Altersarmut – beispielsweise für die Einführung einer Garantierente. Die größte Herausforderung sehen wir insbesondere in der Stabilisierung des Rentensystems, damit das Vertrauen in die Rente über die Generationen hinweg bestehen bleibt. Notwendig wäre eine Demografiereserve, um ein angemessenes Rentenniveau zu garantieren, denn alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Würde im Alter.

Anlage 9

Amtliche Mitteilungen

Die folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass sie gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absehen:

Haushaltsausschuss

- Unterrichtung durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag)

Tagung der Konferenz gemäß Artikel 13 des Fiskalvertrags am 16. und 17. Oktober 2013 in Wilna, Litauen

Drucksachen 18/679, 18/817 Nr. 5

<p>(A)</p> <p>Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union</p> <p>– Unterrichtung durch das Bundesministerium der Finanzen gemäß § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union</p> <p>Beitritt Lettlands zum Euroraum</p> <p>Drucksachen 17/13831, 18/641 Nr. 14</p> <p>Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.</p> <p>Innenausschuss</p> <p>Drucksache 18/419 Nr. A.31 Ratsdokument 15493/13 Drucksache 18/419 Nr. A.32 Ratsdokument 15494/13 Drucksache 18/419 Nr. A.33 Ratsdokument 16378/13 Drucksache 18/544 Nr. A.10</p>	<p>(C)</p> <p>Ratsdokument 5522/14 Drucksache 18/544 Nr. A.20 Ratsdokument 17622/13 Drucksache 18/544 Nr. A.21 Ratsdokument 17625/13 Drucksache 18/897 Nr. A.2 Ratsdokument 6988/14</p> <p>Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union</p> <p>Drucksache 18/419 Nr. A.180 EP P7_TA-PROV(2013)0323 Drucksache 18/419 Nr. A.181 Ratsdokument 10713/13 Drucksache 18/419 Nr. A.185 Ratsdokument 12989/13 Drucksache 18/544 Nr. A.53 Ratsdokument 5020/14 Drucksache 18/642 Nr. A.13 Ratsdokument 5633/14 Drucksache 18/822 Nr. C.7 Ratsdokument 9590/13 Drucksache 18/822 Nr. C.8 Ratsdokument 9592/13</p>
---	---

BUNDESRAT

Stenografischer Bericht

923. Sitzung

Berlin, Freitag, den 13. Juni 2014

Inhalt:

Zur Tagesordnung	177 A	Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen)	184 D
1. Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungsgesetz) (Drucksache 209/14, zu Drucksache 209/14)	177 B	Irene Alt (Rheinland-Pfalz)	185 C, 205*A
Erwin SELLERING (Mecklenburg-Vorpommern)	177 B	Christian Lange, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz	186 A
Annegret Kramp-Karrenbauer (Saarland)	178 B	Beschluss: Kein Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG	187 A
Christine Haderthauer (Bayern)	179 D	4. Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften (Drucksache 212/14)	187 B
Beschluss: Kein Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG	181 A	Beschluss: Kein Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG	205*C
2. Gesetz zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz – DirektZahlDurchfG) (Drucksache 210/14)	181 A	5. Gesetz zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Ausdehnung der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. .../2013 über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Programm „Pericles 2020“) auf die nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten (Drucksache 213/14)	187 B
Ulrike Höfken (Rheinland-Pfalz)	181 A	Beschluss: Zustimmung gemäß Artikel 23 Absatz 1 Satz 2 GG	205*C
Christian Meyer (Niedersachsen)	182 C	6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG – Antrag des Freistaates Sachsen – (Drucksache 195/14)	187 B
Dr. Maria Flachsbarth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft	183 B	Beschluss: Keine Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag	206*C
Beschluss: Kein Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG – Annahme einer Entschließung	184 A		
3. Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner (Drucksache 211/14)	184 B		
Dr. Helmuth Markov (Brandenburg)	184 B		

7. Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes** – gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG – Antrag des Landes Niedersachsen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 203/14) 187 B
 Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (Niedersachsen) 187 C
Mitteilung: Überweisung an die zuständigen Ausschüsse 188 B
8. Entwurf eines Gesetzes zum Ausschluss der Verjährung von Herausgabeansprüchen bei abhanden gekommenen Sachen, insbesondere bei in der NS-Zeit entzogenem Kulturgut (**Kulturgut-Rückgewähr-Gesetz** – KRG) – gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG – Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 23 Absatz 3 i.V.m. § 15 Absatz 1 und § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 2/14) 188 B
 Prof. Dr. Winfried Bausback (Bayern) 188 C
 Prof. Dr. Angela Kolb (Sachsen-Anhalt) 189 D
 Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen) 190 C
 Christian Lange, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz 191 C
Mitteilung: Fortsetzung der Ausschussberatungen 192 B
9. Entwurf eines ... Gesetzes zur **Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes** – Antrag des Landes Brandenburg – (Drucksache 208/14) 192 B
Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfs gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG beim Deutschen Bundestag – Bestellung von Minister Dr. Helmuth Markov (Brandenburg) zum Beauftragten des Bundesrates gemäß § 33 GO BR 192 B
10. Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabengesetzes (**Künstlersozialabgabestabilisierungsgesetz** – KSASabG) – gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG – (Drucksache 181/14) 196 B
Beschluss: Stellungnahme gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 196 C
11. Entwurf eines Achten Gesetzes zur **Änderung des Weingesetzes** (Drucksache 182/14) 187 B
Beschluss: Stellungnahme gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 205*D
12. Entwurf eines Gesetzes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 354/83 im Hinblick auf die **Hinterlegung der historischen Archive der Organe beim Europäischen Hochschulinstitut in Florenz** (Drucksache 148/14 [neu]) 187 B
Beschluss: Keine Einwendungen gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 205*D
13. Entwurf eines Gesetzes zur **Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens** zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften – gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG – (Drucksache 184/14) 196 C
 Dr. Carsten Kühl (Rheinland-Pfalz) 207*B
Beschluss: Stellungnahme gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 196 D
14. Entwurf eines Gesetzes zur **Verringerung der Abhängigkeit von Ratings** (Drucksache 185/14) 187 B
Beschluss: Stellungnahme gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 205*D
15. Entwurf eines Gesetzes zur **Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftstaaten** und zur **Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs** für Asylbewerber und geduldete Ausländer – gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG – (Drucksache 183/14) 196 D
 Irene Alt (Rheinland-Pfalz) 196 D
Mitteilung: Eine Stellungnahme wird nicht beschlossen 197 D
16. Entwurf eines Gesetzes zu dem Zweiten Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die **Rechtshilfe in Strafsachen** (Drucksache 186/14) 187 B
Beschluss: Keine Einwendungen gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 205*D
17. **Entlastung der Bundesregierung** wegen der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung des Bundes für das **Haushaltsjahr 2012** (Drucksache 480/13, zu Drucksache 480/13, Drucksache 799/13, Drucksache 176/14) 187 B
Beschluss: Erteilung der Entlastung gemäß Artikel 114 GG und § 114 BHO 206*A
18. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über **persönliche Schutzausrüstungen** – gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG – (Drucksache 116/14, zu Drucksache 116/14) 202 A
Beschluss: Stellungnahme 202 B
19. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über **Gasverbrauchseinrichtungen** – gemäß

- Artikel 12 Buchstabe b EUV und §§ 3 und 5 EUZBLG – (Drucksache 200/14, zu Drucksache 200/14) 187 B
- Beschluss:** Stellungnahme gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG 206*A
20. Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2014 (**Rentenwertbestimmungsverordnung 2014** – RWBestV 2014) (Drucksache 187/14) . . . 187 B
- Dr. Helmuth Markov (Brandenburg) 206*D
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG 206*B
21. Verordnung über die Durchführung von Mitteilungen nach §§ 58a und 58b des Arzneimittelgesetzes (**Tierarzneimittel-Mitteilungendurchführungsverordnung** – TAMMitDurchfV) (Drucksache 177/14) . . . 202 B
- Johannes Rimmel (Nordrhein-Westfalen) 202 B
- Dr. Maria Flachsbarth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft 203 B
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderung 204 A
22. Verordnung zur **Änderung weinrechtlicher Vorschriften, der Alkoholhaltige Getränke-Verordnung und der Agrarmarktstrukturverordnung** (Drucksache 178/14) 187 B
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG nach Maßgabe der beschlossenen Änderungen 206*A
23. Verordnung zur Änderung der **Verbraucherinsolvenzdruckverordnung** (Drucksache 179/14) 187 B
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG 206*B
24. Verordnung zur **Änderung der Abwasserverordnung, des Abwasserabgabengesetzes und der Rohrfernleitungsverordnung** (Drucksache 162/14) 204 A
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG nach Maßgabe der angenommenen Änderungen 204 A
25. Verordnung zur **Verlängerung der Frist** nach § 28 Absatz 12 Satz 1 **des Chemikaliengesetzes** (Drucksache 188/14) 204 C
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG – Annahme einer Entschliebung 204 C
26. Erste Verordnung zur Änderung der **Bundeseisenbahngebührenverordnung** (Drucksache 180/14) 187 B
- Beschluss:** Zustimmung gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG 206*B
27. Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die technische Arbeitsgruppe „Digitales Lernen und Online Lernen“ im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zur Implementierung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (**„ET 2020“**) – gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m. Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung – (Drucksache 204/14) 187 B
- Beschluss:** Zustimmung zu der Empfehlung in Drucksache 204/1/14 206*C
28. **Wahl des Präsidenten des Bundesrechnungshofes** – gemäß § 5 Absatz 1 Bundesrechnungshofgesetz – (Drucksache 214/14) 187 B
- Dr. Helmuth Markov (Brandenburg) 207*A
- Beschluss:** Zustimmung zu dem Vorschlag in Drucksache 214/14 206*C
29. Entschliebung des Bundesrates – Beitrag der **Erdgasspeicher** zur deutschen Energieversorgung dauerhaft sichern – Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 243/14) . . . 192 C
- Ilse Aigner (Bayern) 192 C
- Uwe Beckmeyer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie 193 C
- Mitteilung:** Überweisung an die zuständigen Ausschüsse 194 C
30. Entwurf eines Gesetzes zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte (**Lebensversicherungsreformgesetz** – LVRG) (Drucksache 242/14) . . . 197 D
- Dr. Helmuth Markov (Brandenburg) 197 D
- Cornelia Prüfer-Storcks (Hamburg) 199 A
- Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen 199 D
- Dr. Johannes Beermann (Sachsen) 208*B
- Beschluss:** Stellungnahme gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG 202 A
31. Entschliebung des Bundesrates zur **Umsetzung eines Nationalen Diabetesplans** – Antrag der Länder Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpom-

mern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 252/14)	194 C	– Antrag des Freistaats Thüringen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 255/ 14)	195 C
Kristin Alheit (Schleswig-Holstein) .	194 D	Jürgen Gnauck (Thüringen) . . .	195 C
Mitteilung: Überweisung an den Ge- sundheitsausschuss	195 B	Mitteilung: Überweisung an die zustän- digen Ausschüsse	196 B
32. Entschließung des Bundesrates zur Erhaltung und Schaffung von energie- tisch hochwertigem und barrierearmem Wohnraum in vom demografischen Wan- del besonders betroffenen Gebieten		Nächste Sitzung	204 C
		Feststellung gemäß § 34 GO BR	204 B/D

Verzeichnis der Anwesenden

V o r s i t z :

Präsident Stephan Weil, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Bevollmächtigte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund – zeitweise –

Amtierende Präsidentin Margit Conrad, Staatsministerin, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa – zeitweise –

S c h r i f t f ü h r e r i n :

Prof. Dr. Angela Kolb (Sachsen-Anhalt)

A m t i e r e n d e S c h r i f t f ü h r e r i n :

Ulrike Hiller (Bremen)

S c h r i f t f ü h r e r :

Prof. Dr. Winfried Bausback (Bayern)

B a d e n - W ü r t t e m b e r g :

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident

Dr. Nils Schmid, Minister für Finanzen und Wirtschaft

Bilkay Öney, Ministerin für Integration

B a y e r n :

Horst Seehofer, Ministerpräsident

Christine Haderthauer, Leiterin der Staatskanzlei und Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben

Ilse Aigner, Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Prof. Dr. Winfried Bausback, Staatsminister der Justiz

B e r l i n :

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister

Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

Thomas Heilmann, Senator für Justiz und Verbraucherschutz

B r a n d e n b u r g :

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident

Dr. Helmuth Markov, Minister der Justiz

B r e m e n :

Jens Böhrnsen, Präsident des Senats, Bürgermeister, Senator für kirchliche Angelegenheiten und Senator für Kultur

Karoline Linnert, Bürgermeisterin, Senatorin für Finanzen

Ulrike Hiller, Staatsrätin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Integration, Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa

H a m b u r g :

Olaf Scholz, Präsident des Senats, Erster Bürgermeister

Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin, Präses der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

H e s s e n :

Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

M e c k l e n b u r g - V o r p o m m e r n :

Erwin Sellering, Ministerpräsident

Harry Glawe, Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus

N i e d e r s a c h s e n :

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić, Ministerin für Wissenschaft und Kultur

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

N o r d r h e i n - W e s t f a l e n :

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien und Bevollmächtigte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund

Thomas Kutschatj, Justizminister

R h e i n l a n d - P f a l z :

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin

Margit Conrad, Staatsministerin, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa

Eveline Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten

Dr. Carsten Kühl, Minister der Finanzen

Irene Alt, Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

S a a r l a n d :

Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin

Anke Rehlinger, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr

Jürgen Lennartz, Staatssekretär, Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund

Ulrich Commerçon, Minister für Bildung und Kultur

S a c h s e n :

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident

Dr. Johannes Beermann, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei

S a c h s e n - A n h a l t :

Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident

Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung

S c h l e s w i g - H o l s t e i n :

Torsten Albig, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

T h ü r i n g e n :

Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin

Jürgen Gnauck, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei

V o n d e r B u n d e s r e g i e r u n g :

Dr. Helge Braun, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

Uwe Beckmeyer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Dr. Günter Krings, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

Christian Lange, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Anette Kramme, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Dr. Maria Flachsbarth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Caren Marks, Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ingrid Fischbach, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit

(A)

(C)

923. Sitzung

Berlin, den 13. Juni 2014

Beginn: 9.31 Uhr

Präsident Stephan Weil: Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, guten Morgen! Ich eröffne die 923. Sitzung des Bundesrates.

Die **Tagesordnung** liegt Ihnen in vorläufiger Form mit 32 Punkten vor. Nach Punkt 9 werden die Punkte 29, 31 und 32 behandelt. Nach Punkt 15 wird Punkt 30 aufgerufen. Im Übrigen bleibt die Reihenfolge unverändert.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

(B) Dann ist sie so **festgestellt**.

Wir kommen zu **Punkt 1:**

Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (**RV-Leistungsverbesserungsgesetz**) (Drucksache 209/14, zu Drucksache 209/14)

Das Wort hat Ministerpräsident Sattering aus Mecklenburg-Vorpommern.

Erwin Sattering (Mecklenburg-Vorpommern): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag für die Rentnerinnen und Rentner in Deutschland, ein guter Tag für die soziale Gerechtigkeit in unserem Land.

Das Rentenpaket bedeutet eine Anerkennung der Arbeit und Leistung der älteren Bürgerinnen und Bürger, die maßgeblich zur Stärkung der Gesellschaft unseres Landes beigetragen haben und deren Lebensleistung bisher noch nicht ausreichend berücksichtigt worden ist. Diese Gerechtigkeitslücke schließen wir jetzt. Das ist ein gutes Signal. Darüber freue ich mich sehr.

Mit dem Rentenpaket passen wir die Rente in den entscheidenden Punkten der veränderten Arbeitswelt und den veränderten Lebensbedingungen der Menschen an.

Ein wichtiger Schritt zur besseren Anerkennung von Lebensleistungen ist die abschlagsfreie Rente

mit 63. Das ist die dringend notwendige Ergänzung der Rente mit 67. Selbstverständlich brauchen wir bei unserer demografischen Entwicklung eine insgesamt längere Lebensarbeitszeit in unserer Gesellschaft; aber das muss differenziert erfolgen. Wer mit 25 oder 28 nach dem Studium in den Beruf einsteigt und dann eine Bürotätigkeit ausübt, kann das im Regelfall bis in ein deutlich höheres Alter tun als jemand, der mit 16 eine Ausbildung beginnt und sein Leben lang körperlich hart arbeitet. Die Krankenschwester oder der Dachdecker dürfen nicht mit Abschlägen bestraft werden, wenn sie nach 45 Arbeitsjahren nicht mehr können. Hier sorgt das Gesetz für mehr Differenzierung, für mehr Gerechtigkeit. Übrigens ist das eine Regelung, die im Osten stärker als im Westen vielen Frauen zugutekommt.

(D)

Auch die Verbesserungen bei der Mütterrente sind wichtig. Es kann nicht so bleiben, dass Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, deutlich benachteiligt werden. Mit der neuen Regelung werden ihre Erziehungszeiten besser anerkannt. Die große Leistung von Müttern in unserer Gesellschaft wird stärker gewürdigt. Auch das begrüßen wir. Das ist gut.

Beide Maßnahmen – die abschlagsfreie Rente mit 63 wie die Verbesserung bei der Mütterrente – werden trotz aller öffentlicher Kritik an diesem Vorhaben von einer klaren Mehrheit der Deutschen befürwortet, und zwar interessanterweise in allen Generationen. Auch das spricht für das Paket. Was wir heute auf den Weg bringen, macht unser Land gerechter. Davon bin ich überzeugt.

Meine Damen und Herren, es freut mich, dass die Bundesregierung weitere Verbesserungen bei der Rente plant.

Im Koalitionsvertrag wurde die solidarische Lebensleistungsrente vereinbart. Sie soll diejenigen besserstellen, die trotz sehr langer Arbeitszeiten nur sehr niedrige Renten zu erwarten haben. Das hilft besonders denen, die lange Zeit arbeitslos waren. Das trifft vor allem auf viele Menschen in Ostdeutschland zu, die nach der Wende häufig keine Arbeit gefunden haben, dann Jobs mit niedrigem Verdienst angenommen haben und wieder arbeitslos geworden sind, die deshalb am Ende eine Rente un-

Erwin Sellering (Mecklenburg-Vorpommern)

- (A) terhalb des Lebensminimums zu erwarten hätten, denen also gravierende Altersarmut droht. Da zu helfen ist dringend notwendig.

Noch wichtiger ist für viele Menschen in den ost-deutschen Ländern die Angleichung der Renten in Ost und West. Dafür ist im Koalitionsvertrag ein verbindlicher Fahrplan verabredet worden. Ende 2019 soll der Rentenwert Ost auf 100 Prozent festgelegt sein. Vorher, im Jahr 2016, soll überprüft werden, wie weit die sich stufenweise vollziehende Angleichung bis dahin gekommen ist. Gegebenenfalls erfolgt ein Zwischenschritt. Dieser Fahrplan muss jetzt so umgesetzt werden.

Wir feiern in diesem Jahr 25 Jahre Mauerfall, im nächsten Jahr 25 Jahre deutsche Einheit. Es ist höchste Zeit, dass wir endlich zu einer Rentenangleichung kommen. Erst dann wird die innere Einheit vollendet sein.

Deshalb wäre es auch ein wichtiger Schritt gewesen, wenn bei den Verbesserungen der Mütterrente nicht wieder neu zwischen Ost und West differenziert worden wäre, sondern für jedes – in Ost wie in West geborene – Kind ein einheitlicher Wert festgelegt worden wäre. Ich habe mich gemeinsam mit anderen Ost-Ministerpräsidenten bei den Koalitionsverhandlungen dafür eingesetzt. Hier im Bundesrat gab es später einen entsprechenden Antrag, den alle Ostländer unterstützt haben. Leider hat er keine Mehrheit gefunden.

- (B) Insgesamt, meine Damen und Herren, kann man aber sagen, sind wir mit diesem Paket bei der Frage der gerechten Renten gut vorangekommen. Millionen heutige und künftige Rentnerinnen und Rentner werden von den Verbesserungen profitieren. Deshalb unterstützt Mecklenburg-Vorpommern das Gesetz mit Nachdruck.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer aus dem Saarland.

Annegret Kramp-Karrenbauer (Saarland): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Über das Rentenpaket, über das wir heute beraten und abstimmen, ist in den letzten Tagen, Wochen und Monaten sehr viel gestritten, sehr viel diskutiert worden. Vieles von dem, was angeführt worden ist, war sachlich begründet. Vieles von dem, was angeführt worden ist, war stark polemisierend.

Insgesamt muss man sagen, dass heute ein Paket vorliegt, das mit Blick auf die Einwände und Diskussionen an entscheidenden Stellen Nachbesserungen enthält, weshalb aus der Sicht der Saarländischen Landesregierung keine Notwendigkeit besteht, den Vermittlungsausschuss anzurufen.

Mir ist es wichtig zu betonen, dass mit dem Rentenpaket keine sozialpolitischen Gnadenakte vollzogen werden. Es ist die besondere Anerkennung derjenigen Menschen, die den Generationenvertrag in der

- (C) Vergangenheit eingehalten haben, entweder indem sie jahrzehntelang gearbeitet und in die Rentenversicherung eingezahlt haben oder indem sie durch Geburten und Kindererziehung dafür gesorgt haben, dass der Generationenpakt fortgeführt werden kann.

Bevor ich mir die Einzelheiten anschau, möchte ich auf eine kleine, in der öffentlichen Diskussion eigentlich wenig beachtete Regelung eingehen, nämlich auf diejenige, die sich mit der Situation vieler in den Kommunalparlamenten ehrenamtlich Tätiger beschäftigt. Wir haben uns darauf verständigt, dass bis zum Jahr 2017 eine Regelung verlängert wird, die es denjenigen, die vor der Regelaltersgrenze in den Ruhestand gehen, ermöglicht, sich ohne Anrechnung ihrer Aufwandsentschädigung weiter ehrenamtlich zu engagieren. Wenn man sich die demografische Entwicklung vor Augen führt und wir sicherstellen wollen, dass sich gerade diese Generation weiter in das Gemeinwesen einbringt, ist eine solche Regelung wichtig. Ich hoffe sehr, dass wir nicht nur die Übergangsregelung bis 2017 erreichen, sondern uns auch auf eine dauerhafte Regelung verständigen.

Die Erwerbsminderungsrente bringt Verbesserungen für diejenigen, die sich durch Erkrankung, durch Unfälle in einer sehr schwierigen persönlichen Lebenssituation befinden und daher nicht mehr vollständig am Erwerbsleben teilnehmen können. Hier handelt es sich um Menschen, die, gemessen am Wert 2012, monatlich eine durchschnittliche Erwerbsminderungsrente von 607 Euro erhalten. Dass wir jetzt zu durchschnittlichen Verbesserungen von brutto 40 Euro monatlich kommen, ist sicherlich ein wichtiger Schritt und weit davon entfernt, als sozialpolitische Wohltat klassifiziert zu werden. (D)

Was die abschlagsfreie Rente vor Erreichen der Regelaltersgrenze anbelangt, so ist das aus meiner Sicht gerade kein Einstieg in den Ausstieg aus der Rente mit 67. Das ist wichtig, heute zu betonen. Angesichts der demografischen Entwicklung ist in dieser Diskussion immer unterstrichen worden, dass wir die Rente mit 67 brauchen. Aber wenn Sie fragen, ob es gerecht und vertretbar ist, dass jemand, der – zum Beispiel in der saarländischen Stahlindustrie – 45 Jahre körperlich hart gearbeitet und Beiträge gezahlt hat, ohne Abschlüsse zwei Jahre früher in den Ruhestand gehen können soll, kann ich darauf Ja antworten.

Wenn Sie fragen, ob wir durch die Anrechnung von Zeiten der Arbeitslosigkeit real Gefahr laufen, wieder in eine Frühverrentungswelle zu kommen, kann ich auch darauf Ja antworten. Deswegen war es richtig und wichtig, dass im Gesetzgebungsverfahren bisher über den rollierenden Stichtag eine Regelung eingeführt worden ist, die die Gefahr einer Frühverrentungswelle zwar nicht bannt, aber doch entscheidend mindert.

Mit Blick auf die demografische Entwicklung und auf die individualisierten Lebensläufe ist es genauso wichtig, dass wir einen Einstieg in flexible Altersgrenzen schaffen. Wir haben heute schon die Situation, dass Menschen in vielen Berufsgruppen gerne über die normale Regelaltersgrenze hinaus arbeiten möchten. Dass wir mit der Flexi-Rente hier einen ers-

Annegret Kramp-Karrenbauer (Saarland)

(A) ten Schritt machen, halte ich für absolut gerechtfertigt.

Ich erwarte, dass die Arbeitsgruppe, die von der Bundesregierung und den Bundestagsfraktionen vereinbart wurde, in absehbarer Zeit konkrete Vorschläge macht und diese Zusage eingehalten wird. Viele Menschen in Deutschland setzen auf Flexibilität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für mich ist die Mütterrente der wichtigste Punkt in dem Rentenpaket.

Ich gestehe offen, dass ich mich in den letzten Monaten sehr über Kommentierungen geärgert habe, in denen von einer Wohltat für ein paar alte Frauen die Rede war. Diese Kommentare sind gerade von denen gekommen, die in Sonntagskolumnen und Sonntagsreden so gerne das Wohl und den Wert der Familie hochhalten, das Hohelied der Mutter singen. Aber wenn es um konkrete Gerechtigkeit geht, diskreditieren sie die Leistungen dieser Mütter und Väter. Es geht hier nicht um Wohltaten für ein paar alte Frauen, sondern darum, dass die Lebensleistung von rund 9,5 Millionen Müttern und Vätern in diesem Land anerkannt wird. Das ist eine sehr grundlegende sozialpolitische Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(B) Es war ein großer Schritt unter der damals CDUgeführten Bundesregierung, dass Familienleistungen im Rahmen der Rente anerkannt worden sind. Zur Wahrheit gehört auch, dass es damals keinen sachlichen Grund dafür gab, warum die Leistungen für die Erziehung der Kinder, die vor 1992 geboren wurden, niedriger bewertet wurden als für die, die später geboren worden sind. Es war schlicht und ergreifend eine Frage der Finanzierung. Insofern müssen wir feststellen, dass wir in diesem Punkt über viele Jahre eine Gerechtigkeitslücke haben. Diese schließen wir mit dem Rentenpaket – nicht vollständig, aber um einen Schritt.

Davon profitieren gerade Mütter, die kleine oder mittlere Renten oder Witwenrenten beziehen. Die Leistungen, die jetzt zusätzlich gezahlt werden, sind für sie die größte Rentenerhöhung, die sie in den letzten Jahren erhalten haben. Für viele solcher Haushalte wird das bedeuten, dass sie allein wegen der durch die Verteuerung von Energie gestiegenen Lebenshaltungskosten dem nächsten Winter etwas entspannter entgegensehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht nur Politik für die Generation unserer Mütter machen; wir sind auch verpflichtet, Politik für die Generation unserer Töchter und Söhne zu machen. Daher ist es richtig, dass wir uns mit Blick auf die nächste Generation von Rentnerinnen und Rentnern – das sind diejenigen, die heute und in näherer Zukunft Beiträge zu zahlen haben – überlegen, wie wir deren Einkommen auch im Alter sicherstellen und wie wir Belastungsgerechtigkeit herstellen können.

Was diesen Punkt angeht, so ist es wichtig, dass wir nicht nur über das Rentenpaket, sondern auch über das Thema „Verbesserung der Vereinbarkeit von Fa-

milie und Beruf“ reden. Es steht auf der Agenda sowohl der Bundesregierung als auch der Bundesländer, vor allen Dingen aber auf der Agenda unserer Städte und Gemeinden ganz vorn. Dazu gehört etwa der weitere Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, damit das, was die allermeisten Menschen in unserem Land – ob Mütter oder Väter – möchten, nämlich eine berufliche Grundlage, um ein eigenes Einkommen zu erzielen, aber auch eine Familie zu gründen, in Zukunft besser umsetzbar ist. Die Menschen, die der Generation angehören, für die wir heute Verbesserungen herbeiführen, hatten, selbst wenn sie Familie und Beruf unter einen Hut hätten bringen wollen, gar nicht die reale Chance dazu, weil es viele Regelungen und infrastrukturelle Voraussetzungen, die wir mittlerweile geschaffen haben, damals nicht gab.

Genauso wichtig ist es, dass die Bundesregierung deutlich erklärt hat, der Rentenkasse für diese Leistungen ab dem Jahr 2020 zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Schon heute zahlt der Bund Zuschüsse an die Rentenkasse. Auch in der Vergangenheit hat er sie gezahlt, insbesondere mit Blick auf die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung. Es gehört zur Wahrheit, dass ein Großteil dieser Mittel nicht in die Bezahlung der Mütterrente geflossen ist, sondern auch dazu gedient hat, den Rentenbeitrag auf das Niveau zu senken, auf dem er sich heute befindet.

Angeichts all dieser positiven Veränderungen kann ich heute für die Saarländische Landesregierung feststellen: Es ist ein gutes, ausgewogenes Paket, das auf dem Tisch liegt, ein Paket, das aus meiner Sicht auch mit Blick auf die zukünftigen Generationen durchaus vertretbar ist. Deswegen können wir ihm aus vollem Herzen zustimmen. – Herzlichen Dank.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Es spricht nun Frau Staatsministerin Haderthauer aus Bayern.

Christine Haderthauer (Bayern): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Ausführungen meiner Vorredner um drei Punkte ergänzen, die in der öffentlichen Diskussion zu wenig beleuchtet werden und zu denen ein merkwürdiger Zungenschlag zu vernehmen ist.

Es ist in der Tat so, dass mit dem gesamten Rentenpaket, speziell mit der Mütterrente, auch etwas gegen Altersarmut getan wird. Deswegen ist das noch lange keine Sozialleistung, kein Ausdruck von Mildtätigkeit. Kindererziehungszeiten sind erarbeitete Lebensleistung der Mütter; auf die entsprechenden Leistungen besteht ein Anspruch.

Wenn immer argumentiert wird, das sei schwierig, da es sich um versicherungsfremde Leistungen handele, verbunden mit der Konnotation, es sei angreifbar, dass Mittel aus der Rentenversicherung in Anspruch genommen würden, dann kann ich das nicht nachvollziehen.

(C)

(D)

Christine Haderthauer (Bayern)

(A) Ich glaube, das ist ein guter Anlass, sich wieder einmal über die Bedeutung der Kindererziehung zu unterhalten. Rentenleistungen für diese Zeiten sind keine versicherungsfremden Leistungen. Wenn man es sich genau anschaut, stellt man fest, dass Kindererziehung eine systemrelevante Erhaltungsleistung ist, quasi eine Voraussetzung dafür, dass unser Rentenversicherungssystem überhaupt funktionieren kann. Wenn keine Kinder großgezogen werden, dann können diejenigen, die heute in Arbeit sind, so viel arbeiten, wie sie wollen, und so viele Anwartschaften – auf dem Papier! – anhäufen, wie sie wollen; es wird niemand da sein, der die Rentenansprüche, die es dann auf dem Papier gibt, erarbeitet.

Wir sollten die Beratung über das Rentenpaket auch zum Anlass nehmen, die völlig verfehlte Bezeichnung von Rentenleistungen für Zeiten der Kindererziehung als „versicherungsfremd“ aufzugeben und stattdessen zu akzeptieren, dass Kindererziehung genauso wie andere Arbeitsleistungen wichtig für die Rentenversicherung ist. Kindererziehung ist eine Lebensleistung, die es zu würdigen gilt.

Aus bayerischer Sicht ist die Mütterrente – ein Bestandteil des Pakets – auch deshalb wichtig, weil sich die große Lebensleistung vieler älterer Frauen nicht in ihrer Rentenbiografie niederschlägt. Wie Sie sicherlich wissen, ist die Historie Bayerns eher touristisch und landwirtschaftlich geprägt; es gab viele Einzelbetriebe. Die Frauen, die heute in Bayern Rentnerinnen sind oder in das Rentenalter kommen, haben ihr Leben lang hart gearbeitet; aber das findet sich nicht in ihrer Rentenbiografie, in ihren Rentenansprüchen wieder. Sie haben oftmals im Betrieb mitgearbeitet und mehr Kinder großgezogen, als es Frauen heute tun, aber keine Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt. Auch wenn es ein Nebeneffekt ist: Durch Zuerkennung eines weiteren Kindererziehungsjahres können wir gerade in Bayern einen beträchtlichen Anteil weiblicher Altersarmut abfedern.

Ein zweiter Punkt ist mir wichtig. Nicht in der Bevölkerung, aber in den Medien ist in Bezug auf das Rentenpaket behauptet worden, das sei Politik für die Älteren auf Kosten der Jüngeren. Ich bitte darum, dass wir alle miteinander uns ehrlich machen: Für die Jüngeren werden bereits drei Kindererziehungsjahre berücksichtigt; so viele Kindererziehungszeiten werden die Älteren selbst nach Inkrafttreten dieses Rentenpakets nicht haben. Die Jüngeren sollten eines klar sehen: Obwohl sie die viel besseren Strukturen haben, die es ihnen ermöglichen, durchgehend zu arbeiten – es gibt faktisch kaum noch Zeiten, in denen sie wegen der Kindererziehung völlig aufhören müssen zu arbeiten und Geld zu verdienen –, werden ihnen drei Jahre Kindererziehungszeit angerechnet. Die älteren Mütter hatten diese Unterstützungsstrukturen noch nicht. Es gab auch noch keine gesellschaftliche Unterstützung dafür, dass eine Mutter sofort, nachdem das Kind da war, wieder gearbeitet hat. Deshalb sind gerade die Jungen für diese Lösung; Sie haben das schon betont, Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer. Es gibt keinen Generationenkonflikt.

(C) Ich wiederhole: Die Jungen – die auf deutlich bessere Unterstützungsstrukturen zugreifen können, was die Kinderbetreuung und so weiter angeht, und drei Kindererziehungsjahre angerechnet bekommen – gönnen es ihren Eltern und Großeltern von Herzen, dass nun ein zweites Kindererziehungsjahr dazukommt. Insofern fände ich es sehr schön, wenn man aufhören würde, einen Generationenkonflikt herbeizureden.

Ganz unabhängig davon gilt: Es wird künftig weniger Jüngere geben. Aber glauben wir alle doch bitte nicht, dass sich unsere jungen Menschen in einer Gesellschaft wohlfühlen und tatenlos zusehen werden, wenn es massenhaft weibliche Altersarmut gibt. Die Unterstützung müsste ansonsten aus Steuermitteln erfolgen. Insofern ist diese Leistung in der Rentenversicherung nicht nur richtig aufgehoben, sondern es ist auch eine sinnvolle Maßnahme, um den Anteil der Grundsicherung, der aus Steuermitteln zu erbringen ist, einzudämmen.

Ein dritter Punkt! Es geht um die sogenannte Rente mit 63, die ein Kopfkino mit unzutreffenden Bildern auslöst. Es ist nur ganz am Anfang eine Rente mit 63; eigentlich ist es eine Rente mit 63 plus X. Das wird immer wieder übersehen; das sage ich auch an die Adresse der Wirtschaft. Die Regelung erlaubt den Rentenbeginn zwei Jahre vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. In einigen Jahren, wenn das gesetzliche Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt, wird es keine Rente mit 63 mehr sein, sondern eine Rente mit 65.

(D) Das ist genau die richtige Antwort auf die Herausforderungen, vor denen eine älter werdende Gesellschaft steht. Wir haben die Neuregelung verkoppelt mit Bemühungen – da sind wir auf einem guten Weg –, den Renteneintritt auch nach hinten zu flexibilisieren. Wir wollen insgesamt weg von dem starren Renteneintritt und hin zu der Möglichkeit, den Renteneintritt individueller zu gestalten. Wenn es dem Einzelnen wichtig beziehungsweise wenn es gerecht und notwendig ist, soll der Renteneintritt zwei Jahre früher möglich sein. Wir wollen aber auch für diejenigen, die länger arbeiten wollen, bessere Bedingungen schaffen.

Wir sind gut beraten, über unsere Grenzen hinauszuschauen, zum Beispiel in unsere skandinavischen Nachbarländer, die in Sachen demografische Entwicklung wegen ihrer strukturell älteren Bevölkerung schon ein Stück weiter sind als wir. Wir sehen, dass sie es genauso machen. Es passt nicht mehr zu einer zeitgemäßen Politik, ein starres Alter für den Renteneintritt vorzugeben. Die Antwort auf den Wunsch nach individueller Lebensgestaltung, aber auch auf die Vielfalt an Erwerbsbiografien, mit denen wir es heute zu tun haben, muss heißen: Du kannst früher gehen, Du kannst aber auch später gehen. – Dieses Rentenpaket ist ein sehr wichtiger Schritt in Richtung größerer Flexibilität.

Sowohl die Mütterrente als auch die Rente mit 63 plus X, wie ich sie bezeichnen möchte, haben nicht nur eine technische, eine finanzielle Auswirkung, sondern tragen auch eine klare gesellschaftspoliti-

Christine Haderthauer (Bayern)

- (A) sche Botschaft in sich: Erstens: Kindererziehung ist Teil der Lebensleistung. Zweitens: Der flexible Renteneintritt ist das, was wir in einer Gesellschaft der Zukunft brauchen. – Danke.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Die beteiligten Ausschüsse empfehlen, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen. Ein entsprechender Landesantrag liegt ebenfalls nicht vor.

Ich stelle daher fest, dass der Bundesrat zu dem Gesetz einen **Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht stellt**.

Wir kommen zu **Punkt 2:**

Gesetz zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (**Direktzahlungen-Durchführungsgesetz** – DirektZahlDurchfG) (Drucksache 210/14)

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Staatsministerin Höfken aus Rheinland-Pfalz.

- (B) **Ulrike Höfken** (Rheinland-Pfalz): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GAP ist seit ihrem Bestehen eine Großbaustelle; sie wird auch mit der Reform für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 nicht abgeschlossen sein. Aber die Reform, um die es heute geht, wird als Reform der vertanen Chancen in die Agrargeschichte eingehen – Chancen, die ausgerechnet im „Internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe“ kläglich vergeben wurden.

Dabei war der Start hoffnungsvoll. Die EU-Kommission hatte bereits in ihrer Mitteilung vom 18. November 2010 die Herausforderung auf den Punkt gebracht: Die Gemeinsame Agrarpolitik sollte nachhaltiger und gerechter werden; öffentliches Geld sollte es nur für öffentliche Leistungen geben.

Wenn man bedenkt, dass knapp 40 Prozent des Gemeinschaftshaushalts beziehungsweise rund 60 Milliarden Euro jährlich in den Agrarbereich fließen, muss auch diese Leistung vor den Steuerzahlern gerechtfertigt werden.

Es ist das Ziel der neuen GAP, dass die Gelder vor allem zur Bewältigung elementarer Herausforderungen in zentralen Bereichen der EU-Politik genutzt werden: zur Erzeugung guter, hochwertiger Nahrungsmittel; Mitgestaltung der Energiewende; Bewältigung des Klimawandels; Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen; Biodiversität; Erhaltung der räumlichen Ausgewogenheit und der Vielfalt der ländlichen Räume.

Im wohlverstandenen Sinne sollte durch die GAP-Reform also ein Paradigmenwechsel für alle erfolgen, das heißt auf der einen Seite für die bäuerliche Land-

- (C) wirtschaft und auf der anderen Seite für die Bürgerinnen und Bürger.

Das Greening, über das wir heute auch reden, ist eine wichtige Bedingung zur dauerhaften Rechtfertigung der Direktzahlungen. Es ist im gemeinsamen Interesse von Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz sinnvoll und notwendig. Das Greening ist der Einstieg in die konsequente und langfristige Bindung der Direktzahlungen an gesellschaftliche Leistungen, die Sicherung einer bäuerlichen Landwirtschaft. Ohne qualifizierte Direktzahlungen würde ein massiver Strukturwandel eintreten, bei dem dann nur Agrarindustrie übrig bleiben würde.

Erklärtes Ziel der EU ist es, die Biodiversität und das Klima zu schützen. Das hätte bei der GAP konsequent und kohärent umgesetzt werden müssen. Deswegen sind wir in der Verantwortung. Wir haben die Pflicht, genau dies zu tun und die gegeneinander laufenden Politikbereiche wieder zusammenzuführen. Ich erinnere an die Biodiversitätsstrategie, die Wasserrahmenrichtlinie und die Anstrengungen für den Klimaschutz. Das heißt, die Umsetzung dieser Ziele hat eng mit dem Herzstück der GAP-Reform und des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes, das wir heute besprechen, und damit dem Greening zu tun.

- (D) Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Länder haben bei den Beratungen der GAP-Reform auf allen Ebenen – sei es in den Fachministerkonferenzen, besonders in der Sonder-Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 in München, sei es aber auch im Bundesrat – stets hart, aber immer fair miteinander gerungen und die Reform im Sinne des beschriebenen Paradigmenwechsels auf den Weg gebracht. Bedauerlicherweise aber hat die Bundesregierung jeden Fortschritt immer wieder ein ganzes Stück weit ausgehebelt und verwässert, und zwar auf allen Ebenen.

Leider werden die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft, um das Greening in Deutschland wirkungsvoll umzusetzen. In letzter Minute wurde auf Intervention zum Beispiel der SPD-Umweltpolitiker und -politikerinnen oder auf Druck der Opposition zwar noch das Allerschlimmste verhindert. Dennoch wäre ein Mehr an Greening möglich und notwendig gewesen.

Die wesentlichen Defizite in dem vorliegenden Gesetz, über das wir heute beraten, werden in den Empfehlungen des Umweltausschusses benannt. Das betrifft als Erstes die Zwischenfrüchte. Das mag für Sie seltsam erscheinen. Aber so, wie die Bundesregierung das Greening umsetzen will, kann der Zwischenfruchtanbau nicht der Biodiversität und damit den gesellschaftlichen Zielen dienen. Damit wird in den Ackerbauintensivregionen, in denen der größte Bedarf an ökologischem Ausgleich besteht, keine Verbesserung erreicht.

Der zweite Punkt ist, dass auf den ökologischen Vorrangflächen Pflanzenschutz- und Düngemittel nahezu generell zugelassen sind. Sie gehören aber

Ulrike Höfken (Rheinland-Pfalz)

- (A) nicht auf ökologische Vorrangflächen und stellen den neuen Ansatz der GAP auf den Kopf. Wir werden uns in der noch zu erlassenden Rechtsverordnung zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz dafür einsetzen, dass ein Mindestmaß an ökologischer Wirksamkeit eintritt.

Der dritte Punkt – er ist uns sehr wichtig – ist die Erhaltung des Grünlandes. Das Grünland ist für den Klimaschutz und für die Biodiversität von herausragender Bedeutung. Wir finden es zwar richtig, dass wenigstens 700 000 Hektar Grünland in den FFH-Gebieten stringent geschützt werden sollen. Aber es wären noch 500 000 Hektar mehr notwendig gewesen. Auch mit diesem Mehr wäre nur ein knappes Drittel der Grünlandflächen absolut geschützt gewesen. Wir haben hier also noch ein Defizit.

Ein großer Mangel ist auch, dass die räumliche Bindung von ökologischen Vorrangflächen an den Betriebsstandort nicht gesetzlich verankert werden soll. Damit wird ein Schlupfloch dafür eröffnet, dass Betriebe diese Flächen in benachteiligte Gebiete verlagern und damit das Land in Schutz- und Schmutzgebiete aufteilen.

Verehrte Damen und Herren, Wissenschaftler der Helmholtz-Gesellschaft haben kürzlich in einem Artikel in „Science“ deutlich kritisiert, dass diese Reform der EU-Agrarreform im Hinblick auf Natur- und Artenschutz nichts nützen wird. Nur die Mitgliedsländer, also wir, können jetzt noch dafür sorgen, dass die sehr schwachen Vorgaben durch eine ehrgeizige Auslegung wenigstens noch teilweise gerettet werden. Ich appelliere an Sie, zumindest den Empfehlungen des Umweltausschusses zuzustimmen und somit ein deutliches Signal zu senden, dass bei dem weiteren Umsetzungsprozess das Greening als Herzstück der GAP-Reform gestärkt werden muss.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesen Kritikpunkten gab es aber auch Erfolge, nämlich dank des Münchner Kompromisses, für den ich mich persönlich – wie viele andere von Ihnen auch – sehr stark eingesetzt habe. Damit ist ein wichtiger Schritt hin zu einer umweltgerechteren Verteilung der EU-Mittel getan worden, auch wenn uns das nicht weit genug gegangen ist. Die Umschichtung von 4,5 Prozent der Finanzmittel aus den Direktzahlungen in die ländliche Entwicklung war ein „dickes Brett“. Aber es gibt die Möglichkeit, mehr für die bäuerlichen Betriebe zu tun und den Klima-, Arten- und Umweltschutz in angemessenem Umfang fortzusetzen.

Allerdings gibt es noch einen Punkt, der für uns Länder wichtig ist. Er betrifft die Haushaltsberatungen im Bund beziehungsweise die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“. Hier fehlen uns natürlich die vom Bund gekürzten Mittel. Ich erinnere noch einmal daran, dass die erforderliche Aufstockung der Mittel für die GAK mit dem Kompromiss zur Umsetzung der GAP verknüpft worden ist, und habe die Erwartung, dass dies endlich umgesetzt wird.

Warum rufen wir nicht den Vermittlungsausschuss an? Wir haben natürlich – wie alle Länder – Interesse

(C) daran, dass die entsprechenden Verordnungen zeitnah umgesetzt werden. Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Landwirtschaft sind ein sehr wichtiges Ziel. Dem werden wir uns unterordnen; denn die Betriebe sind auf die Direktzahlungen angewiesen. Die Verwaltungen der Länder sind angesichts der extrem knappen Fristen, die sie einzuhalten haben, ohnehin an ihren Grenzen.

Ich hoffe auf Unterstützung der Empfehlungen des Umweltausschusses. – Vielen Dank.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Das Wort hat Minister Meyer aus Niedersachsen.

Christian Meyer (Niedersachsen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor fast genau einem Jahr haben sich nach langen Verhandlungen die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Rat auf eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik geeinigt. Ziel war es, die EU-Agrarpolitik stärker an gesellschaftlichen Leistungen auszurichten, sie ökologischer und gerechter zu gestalten.

(D) Wir Länder haben uns auf der Agrarministerkonferenz in München mit den Beschlüssen durchgesetzt, die heute umgesetzt werden. Wir haben Teilerfolge erzielt: Kleine bäuerliche Betriebe bekommen in Zukunft mehr pro Hektar als große. Junge Landwirte werden im Rahmen dessen, was die EU erlaubt, maximal gefördert. Die von den Ländern mit durchgesetzte Umschichtung von 4,5 Prozent von der ersten in die zweite Säule wird zumindest ein kleiner Beitrag dazu sein, gesellschaftliche Leistungen für den ländlichen Raum besser zu honorieren. Das war ein überfälliger Paradigmenwechsel, der sicherlich noch nicht ausreicht. Aber es ist ein erster Schritt, in stärkerem Maße öffentliches Geld für öffentliche Leistungen zur Verfügung zu stellen.

Auch der Vorschlag der EU-Kommission zum Kernstück der Reform, dem Greening in der ersten Säule, also die stärkere Koppelung der Zahlungen an gesellschaftliche Leistungen der Landwirte, war sehr gut. Doch schon der Kompromiss im Trilog hat die Vorschläge erheblich aufgeweicht, und das Ergebnis steht leider für weniger Biodiversität und für eine starke Abwälzung der Verantwortung auf die Mitgliedstaaten.

Mit dem Direktzahlungen-Durchführungsgesetz werden in Deutschland die Spielräume der EU-Vorgaben leider zur Aufweichung der Standards beim Greening nach unten genutzt. Die Möglichkeiten, eine stärkere ökologische Aufwertung der Biodiversität zu erreichen, werden nicht genutzt. Die Forderungen des Bundesrates, keinen Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger auf ökologischen Vorrangflächen zu erlauben und keine Anrechnung von Zwischenfrüchten vorzunehmen, die für die ökologische Vielfalt kaum eine Aufwertung bedeuten, wurden nicht erfüllt. Der Forderung, im Hinblick auf den Grünlandschutz eine naturschutzorientierte, differen-

Christian Meyer (Niedersachsen)

- (A) zierte fachliche Lösung zu entwickeln, wird in dem Gesetz nicht Rechnung getragen.

Dagegen hat sich die große Mehrheit der Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder auf den Agrarministerkonferenzen und im Bundesrat stets gewehrt. Wir haben uns für ein sinnvolles Greening, das den Namen verdient, starkgemacht; denn wir müssen feststellen: Der Kontrollaufwand, der Bürokratieaufwand wird in der ersten Säule steigen. Aber durch die geplante Umsetzung wird der ökologische Nutzen eher sinken.

Die Chance, eine bessere Agrarförderung für mehr Biodiversität in Deutschland vorzunehmen, ist leider vertan worden. Die ursprünglichen Ziele der Reform – mehr Umweltschutz, mehr Biodiversität – sind insbesondere von der CDU im Bund weiter verwässert worden, und das gegen die vom Bundesrat mit Mehrheit erhobenen Forderungen.

Auch das Thünen-Institut folgert:

Mit der im Gesetz vorgesehenen Ausgestaltung des Greening wird eine Steigerung der biologischen Vielfalt in den nächsten Jahren im Vergleich zu heute kaum zu erwarten sein.

Ich bitte Sie, den Empfehlungen des Agrarausschusses zu folgen und festzustellen, dass die Chance auf eine echte ökologische und differenzierte Umsetzung vertan worden ist. Wir Länder werden weiter für ein wirksames Greening eintreten, das mit echten Vorteilen für die Umwelt verbunden ist, aber auch – das ist sehr wichtig – zu einer besseren Honorierung gesellschaftlicher Leistungen unserer Landwirte führt.

(B)

Ich bitte Sie nochmals um Zustimmung zu den in der Empfehlungsdrucksache genannten Forderungen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Das Wort hat nun Frau Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Flachsbarth aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. Maria Flachsbarth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute sind wir tatsächlich auf der Zielgeraden, was die nationale Umsetzung der Agrarreform im Bereich der Direktzahlungen angeht. Mit dem Direktzahlungen-Durchführungsgesetz nutzen wir wirkungsvoll die nationalen Spielräume, um Landwirtschaft, ländliche Räume und den Umweltschutz zu stärken.

Liebe Frau Ministerin Höfken, lieber Herr Minister Meyer, das Gesetz setzt vollinhaltlich den einstimmigen Beschluss der Agrarministerkonferenz vom November vergangenen Jahres in München um. Im Interesse einer nachhaltigen Landwirtschaft werden 4 ½ Prozent der Direktzahlungen als zusätzliche Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung umgeschichtet. Das sind insgesamt 1,1 Milliarden Euro.

(C) Damit erreichen wir in der neuen Finanzperiode statt eines Rückgangs um 9 Prozent einen Anstieg der Fördermittel um 4 Prozent. Auch nach der Umschichtung stehen unseren Landwirtinnen und Landwirten weiterhin 4,8 Milliarden Euro jährlich an Direktzahlungen zur Verfügung, Mittel, die die Landwirte brauchen zur Erfüllung ihrer vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen, aber auch zur Einkommensstabilisierung.

Das neue System trägt den aktuellen Herausforderungen Rechnung. Die künftige Basisprämie wird schrittweise zu einer bundeseinheitlich hohen Zahlung ausgeglichen. Junglandwirten wird der Einstieg in die Unternehmensführung mit einer speziellen Prämie erleichtert. Kleinen und mittleren Betrieben wird mit der Umverteilungsprämie besondere Unterstützung gewährt. So schaffen wir Zukunftsperspektiven für unsere bäuerliche Landwirtschaft.

Zentraler Punkt bei den Gesetzesberatungen war das sogenannte Greening. Hier hat der Deutsche Bundestag nach intensiven Diskussionen einen ausgewogenen Kompromiss beschlossen. Einerseits werden wirksame Umweltverbesserungen erreicht. Andererseits bleibt das Greening für die Landwirte leistbar und für die Verwaltungen durchführbar.

Beim Grünlanderhalt wird der nationale Handlungsspielraum für einen wirksamen Schutz des Dauergrünlands umfassend genutzt. Für das besonders umweltsensible Dauergrünland in Flora-Fauna-Habitat-Gebieten gilt künftig ein striktes Umwandlungs- und Flugverbot. Dauergrünland außerhalb dieser Gebiete kann künftig grundsätzlich nur noch dann umgewandelt werden, wenn an anderer Stelle neues Dauergrünland geschaffen wird. Damit wird die Gesamtfläche des ökologisch wertvollen Dauergrünlands stabilisiert.

(D)

Bei den ökologischen Vorrangflächen wird der nach EU-Recht zulässige Katalog an Flächenarten voll ausgenutzt. So erhalten die Landwirte die notwendige Flexibilität, um die für sie am besten geeignete Auswahl zu treffen. Dadurch kann das von der Agrarministerkonferenz einstimmig formulierte Ziel erreicht werden, dass auch produktive Flächennutzung weiterhin möglich bleiben soll.

Auch bei der Ausgestaltung der Produktionsbedingungen auf den ökologischen Vorrangflächen wurde, wie ich finde, ein ausgewogener Kompromiss zwischen zusätzlichem Umweltnutzen und ackerbaulichen Erfordernissen erreicht. Flächen mit Zwischenfrüchten werden nur dann als ökologische Vorrangflächen anerkannt, wenn im Antragsjahr keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel, kein mineralischer Stickstoffdünger und kein Klärschlamm ausgebracht werden. Dagegen bleiben bei Stickstoff bindenden Pflanzen zumindest eine Startdüngung und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nach guter fachlicher Praxis zulässig. Alles andere hätte die allseits geforderte Eiweißstrategie schlicht und ergreifend konterkariert.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der Deutsche Bundestag hat ein zukunftsweisendes

Parl. Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth

- (A) und ausgewogenes Gesetz beschlossen. Ich bitte Sie, dies bei Ihrem heutigen Votum und insbesondere bei der vorgesehenen Entschließung zu berücksichtigen. – Herzlichen Dank.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Ausschussempfehlungen oder Landesanträge auf Anrufung des Vermittlungsausschusses gibt es ebenfalls nicht.

Ich stelle demnach fest, dass der Bundesrat zu dem Gesetz den **Vermittlungsausschuss nicht anruft**.

Es bleibt noch abzustimmen über Empfehlungen für eine Entschließung. Ich rufe auf:

Ziffer 2! – Minderheit.

Ziffer 3! – Minderheit.

Ziffer 4! – Minderheit.

Ziffer 5! – Minderheit.

Ziffer 6! – Minderheit.

Ziffer 7! – Mehrheit.

Ziffer 8! – Mehrheit.

Ziffer 9! – Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat eine **Entschließung gefasst**.

Wir kommen zu **Punkt 3** der Tagesordnung:

- (B) Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur **Sukzessivadoption durch Lebenspartner** (Drucksache 211/14)

Zu Wort gemeldet hat sich Minister Dr. Markov aus Brandenburg.

Dr. Helmuth Markov (Brandenburg): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz soll es bei eingetragenen Lebenspartnerschaften ermöglichen, dass ein bereits von einem Lebenspartner adoptiertes Kind künftig auch von dem anderen Lebenspartner nachträglich adoptiert werden kann.

Ich begrüße es außerordentlich, dass nunmehr zumindest den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 19. Februar 2013 Folge geleistet wird. Viel zu lange ist das Recht eingetragener Lebenspartner und deren Kinder auf Gleichbehandlung nach Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes verletzt worden. Aber ich bedauere es außerordentlich, dass sich das Gesetz, wie schon aus der Bezeichnung „Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner“ deutlich wird, auf die Mindestumsetzung der Vorgaben aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beschränkt und es im Übrigen bei den Unterschieden zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Adoptionsrecht belässt.

Wir brauchen ein Mehr an Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht. Unser Ziel ist es, die gemeinsame Adoption zu ermöglichen. Das erfordert eine Regelung, mit der eingetragene Lebenspartner und Ehepartner im Adoptionsrecht vollständig gleichgestellt werden.

Die völlige Beseitigung der Unterschiede bleibt umso mehr geboten, als es mit der Sukzessivadoption für Lebenspartner nun die Möglichkeit geben soll, gemeinsam die elterliche Verantwortung zu übernehmen – gemeinsam die elterliche Verantwortung zu übernehmen! –, und es nicht einsichtig ist, weshalb dies nicht auf direktem Wege zulässig sein soll.

Das Gesetz – das ist die Konsequenz – zwingt Lebenspartnern ein zweistufiges Verfahren auf, das im Vergleich zu einer gemeinsamen Adoption mit zusätzlichen Notarkosten, mit entschieden längeren Zeiträumen und vor allem mit einer extremen zusätzlichen Belastung für das Kind verbunden ist. Zugleich werden Gerichte und Jugendämter mit zwei statt mit einem Adoptionsverfahren belastet.

Unklar ist nach dem Gesetz auch, wann der zweite Lebenspartner nach dieser Konstruktion den Antrag auf Sukzessivadoption stellen darf. Verlangt man, dass ein Adoptionsverfahren erst abgeschlossen sein muss, bevor die zweite Adoption beantragt werden kann? Das führt zu einer absolut unzulässigen Dauer und hat nichts mit dem Kindeswohl zu tun.

Lässt man gleichzeitige Adoptionsanträge zu, die aber sukzessive abzuarbeiten sind, dann ist umso weniger erklärlich, warum man nicht gleich die gemeinsame Adoption zulassen sollte.

Brandenburg hat sich im Rechtsausschuss sehr stark dafür eingesetzt, dass es eine absolute Gleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft im Adoptionsrecht geben soll. Wir wollen eine umfassende Gleichbehandlung. Diese ist unbedingt nachträglich zu verankern. – Danke.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Es folgt nun Minister Kutschaty aus Nordrhein-Westfalen.

Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz geht zweifelsohne in die richtige Richtung. Aber das war es dann auch schon. Denn wir verpassen heute erneut die Chance, lesbische und schwule Paare beim Adoptionsrecht vollständig gleichzustellen.

Dabei ist es in diesem Jahr genau 20 Jahre her, dass der Paragraph 175 des Strafgesetzbuches, der homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt hatte, aufgehoben worden ist. Die Aufhebung erfolgte erst zu einem Zeitpunkt, als Homosexualität selbst in den konservativsten Kreisen Deutschlands als normal angesehen wurde, und somit viel zu spät. Doch anstatt dann auch die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und Gleichberechtigung in allen Bereichen herzustellen, erfolgte seither deutlich zu wenig.

(C)

(D)

Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen)

(A) Das lassen wir uns als Gesetzgeber seit einigen Jahren in schonungsloser Regelmäßigkeit vom Bundesverfassungsgericht bestätigen, so auch hier. Denn wenn das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 19. Februar des vergangenen Jahres nicht entschieden und dieses Gesetz verlangt hätte, würden wir heute in diesem Hause wahrscheinlich nicht darüber diskutieren.

Der Gesetzgeber degradiert sich selbst zum reinen Ausführungsorgan der Rechtsprechung des obersten deutschen Gerichts, und zugleich verwehren wir den eingetragenen Lebenspartnerschaften sehenden Auges die gesellschaftlich längst überfällige Anerkennung als in jeder Hinsicht gleichberechtigte Lebensform.

Dabei will ich ganz klar sagen: Ich verkenne nicht, dass das vorliegende Gesetz gleichwohl eine deutliche Verbesserung des Ist-Zustands ist. Es verbessert zunächst die rechtliche Situation der Kinder, die nicht bei ihren leiblichen Eltern aufwachsen können, räumt aber auch lesbischen und schwulen Paaren mehr Rechte als bisher ein und bietet allen Beteiligten auch deutlich mehr Rechtssicherheit, als das bislang der Fall war. Für diese Aspekte des Gesetzes möchte ich dem Bundesjustizminister ausdrücklich danken.

(B) Es bleibt aber die Frage, warum wir heute nicht „mehr“ beschließen können. Warum setzen wir nicht endlich um, was uns das Bundesverfassungsgericht schon jetzt sagt, dass nämlich die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern kann wie die traditionelle Ehe? Deswegen sagt das Bundesverfassungsgericht auch ganz klar, dass zwischen der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft keine Unterschiede bestehen, die eine Ungleichbehandlung rechtfertigen würden.

Warum sagen wir das als Gesetzgeber nicht genauso? Weil leider immer noch große Teile des politischen Raums an einem Familienbild festhalten, das nie der Wirklichkeit der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land entsprochen hat. Zumindest entspricht es nicht mehr der Lebensrealität vieler Menschen in unserem Land. Wer sind wir, dass wir über Menschen den Stab brechen, die anders leben wollen, als es die Programme einzelner Parteien vorsehen?

Die Lebenswirklichkeit ist bunt geworden, und die deutsche Gesellschaft hat dies in der Breite längst akzeptiert. Alternative Lebensformen zur klassischen Familie mit dem Alleinverdiener, der Hausfrau und zwei Kindern sind längst in der Mehrheit. Die Menschen in unserem Land wollen so leben, wie sie es für richtig halten. Dazu gehört natürlich auch die Möglichkeit, Kinder zu adoptieren. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass Kinder, die mit einem homosexuellen Elternpaar aufwachsen, weniger geliebt werden als andere Kinder oder dass es ihnen an irgendetwas mangeln würde. Das sind doch Vorstellungen aus dem düsteren Mittelalter!

Ich appelliere daher an Sie: Lassen Sie uns heute das Gesetz verabschieden und ab morgen an der

(C) weiteren Gleichstellung arbeiten! Dabei geht es nicht darum, ob dem einen oder anderen diese oder jene Form des Zusammenlebens von Menschen gefällt. Meine nordrhein-westfälische Kabinettskollegin Frau Ministerin Barbara Steffens hat es einmal sehr zutreffend formuliert: „Mögen muss man gar nichts, aber Toleranz ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Gesellschaft.“

Erlauben Sie mir abschließend ein Fazit zu dem vorliegenden Gesetz! Das Gesetz ist – das verkenne ich nicht – ein großer Schritt für viele von uns in diesem Raum, aber ein kleiner Schritt für die große Mehrheit der Bevölkerung. Weitere Schritte werden folgen, und das ist auch gut so. – Vielen Dank.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Es folgt nun Frau Staatsministerin Alt aus Rheinland-Pfalz.

Irene Alt (Rheinland-Pfalz): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute die gesetzliche Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch eingetragene Lebenspartner auf den Weg bringen.

Wir kommen damit einer Fristsetzung des Gerichts nach, und ich bin froh darüber, dass das Urteil sofort umgesetzt werden musste, so dass sich die betroffenen Paare bereits direkt um die Adoption ihrer Kinder kümmern konnten.

(D) Das Bundesverfassungsgericht hat damals folgende zwei Dinge festgestellt:

Erstens. Die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebenspartnerschaft fördern das Aufwachsen von Kindern ebenso wie die einer Ehe.

Zweitens. Die Adoption durch zwei Lebenspartner sorgt auch über die Partnerschaft hinaus, also bei Trennung oder Tod, für eine bessere Rechtsstellung des Kindes – wie in einer Ehe.

Beides spricht nicht nur für die Gleichstellung bei der sukzessiven Adoption, sondern für die Gleichstellung im gesamten Adoptionsrecht.

Ich bin der Meinung, dass über den heutigen gesetzgeberischen Schritt hinaus die Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnern mit heterosexuellen Ehepaaren auch für gemeinschaftliche Adoptionen erforderlich ist. Ein Paar, das in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebt, kann das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern wie ein Paar, das in einer Ehe lebt. Daher sollten homosexuelle Lebenspartner bei der Adoption auch die gleichen Rechte erhalten wie heterosexuelle Ehepaare. Wir sprechen uns daher deutlich für die vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Adoptionsrecht aus.

Der beste Weg, den bestehenden Diskriminierungen endlich ein Ende zu bereiten, ist die Öffnung der

Irene Alt (Rheinland-Pfalz)

- (A) Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die wir im Bundesrat bereits im vergangenen Jahr gemeinsam beschlossen haben. Denn dann hätten wir endlich die vollständige rechtliche Gleichstellung.

Ich möchte abschließend sagen: Wer sich liebt und dauerhaft Verantwortung füreinander und für die Familie übernimmt, soll heiraten dürfen, unabhängig davon, ob er homo- oder heterosexuell ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Stephan Weil: Danke schön!

Nun spricht Herr Parlamentarischer Staatssekretär Lange aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Christian Lange, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2013 zur Verfassungswidrigkeit des Verbots der Sukzessivadoption durch Lebenspartner ist hinlänglich bekannt. Es muss bis zum 30. Juni dieses Jahres umgesetzt worden sein.

Der Bundestag hat das erforderliche Gesetz beschlossen. Er hat eine 1:1-Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beschlossen. Das heißt: Die vom Gericht getroffene Übergangsregelung, wonach die Adoption des angenommenen Kindes des Lebenspartners möglich ist, wird in das Gesetz aufgenommen.

- (B) Bei aller Eile haben wir ein ordentliches Verfahren eingehalten. Obwohl es schon mehrere Anhörungen zur Adoption durch Lebenspartner im Bundestag gegeben hat und auch das Bundesverfassungsgericht selbst sich in seinem Verfahren durch Sachverständige hat informieren lassen, haben wir im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz nochmals Sachverständige angehört.

Meine Damen und Herren, eine Sachverständigenanhörung führt selten zu einem einhelligen Ergebnis. Auch bei der Sukzessivadoption waren sich die Sachverständigen in einigen Punkten nicht einig. Für mich und die Bundesregierung sind zwei Ergebnisse aus dieser Anhörung allerdings entscheidend.

Zum einen: Das Gesetz ist sehr wichtig für die betroffenen Kinder; denn sie erhalten zwei Eltern.

Zum anderen: Das beschlossene Gesetz ist nicht verfassungswidrig, sondern verfassungskonform. Das sehen die angehörten Sachverständigen in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit so.

Zwar haben vier angehörte Praktikerinnen, die die Lebenswirklichkeit von Adoptionen kennen, überwiegend eine weitergehende Umsetzung des Urteils für sinnvoll gehalten. Sie plädierten – mit einer Ausnahme – für die Zulassung der gemeinsamen Adoption durch Lebenspartner. Sie unterschieden sich darin von den beiden angehörten Staatsrechtlern. Aber auch die Praktikerinnen befürworteten die Regelungsvorschläge des Koalitionsentwurfs jedenfalls

als zutreffende Umsetzung des verfassungsgerichtlichen Urteils. (C)

Die Bundesregierung sieht sich damit bestätigt: Das vom Bundestag beschlossene Gesetz ist eine richtige und vernünftige Lösung.

Vor allem hat es eine gesellschaftspolitische Dimension, die nicht zu unterschätzen ist.

Lebenspartnerschaften sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das hat die Sachverständigenanhörung noch einmal eindrücklich bestätigt. Und es entspricht schon lange der Realität, dass Kinder von gleichgeschlechtlichen Paaren großgezogen werden, was ihnen im Übrigen – darüber bestand Einigkeit – keineswegs schadet. Auch das ist in der Sachverständigenanhörung eindrucksvoll bestätigt worden. Es ist davon auszugehen, dass die behüteten Verhältnisse einer Lebenspartnerschaft das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern können wie die der Ehe. Maßgeblich sind immer die Verhältnisse im Einzelfall, die vom Jugendamt und vom Gericht sehr sorgfältig geprüft werden.

Meine Damen und Herren, die konkrete rechtliche Ausgestaltung des Adoptionsrechts für Lebenspartner ist weiterhin ein Thema, das über Parteigrenzen hinweg unterschiedlich gesehen wird. Das haben die Debatte im Deutschen Bundestag und soeben die Wortbeiträge vor mir gezeigt.

Dies wird auch dadurch deutlich, dass bei der Abstimmung im Bundestag am 22. Mai eine Vielzahl der Abgeordneten mit einer Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages darauf hingewiesen hat, dass die vollständige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften in allen Rechtsbereichen seit langem ein Kernanliegen ihrer Politik ist. Sie haben ihr Bedauern ausgedrückt, dass in der Regierungskoalition derzeit keine parlamentarische Mehrheit dafür vorhanden ist, ein einheitliches Adoptionsrecht für hetero- und homosexuelle Paare durchzusetzen. Unter Hinweis auf die Verständigung im Koalitionsvertrag auf ein einheitliches Abstimmungsverhalten haben allerdings auch diese Abgeordneten einem weitergehenden Antrag nicht zugestimmt. (D)

Meine Damen und Herren, das Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner ist ein wichtiger Schritt.

Das Adoptionsverfahren bei Eheleuten und Lebenspartnern wird danach zwar unterschiedlich ausgestaltet sein, wichtig ist jedoch vor allem: Das Kind erhält zwei Eltern und dadurch die Gewissheit, dass ihm zwei Elternteile zur Seite stehen und im Fall des Verlusts des einen Elternteils der andere Elternteil bleibt. Weil das Verhältnis zwischen dem Kind und dem bislang allein sozialen Elternteil rechtlich anerkannt wird, wird nicht nur deren Verhältnis, sondern die ganze Familie gestärkt – gerade im Hinblick auf die gesellschaftliche Akzeptanz. Denn die gesellschaftliche Akzeptanz von Familien, in denen die Eltern gleichen Geschlechts sind, ist besonders wichtig

Parl. Staatssekretär Christian Lange

- (A) für die Entwicklung und das Wohlbefinden der Kinder, die in solchen Familien aufwachsen.

Das deutliche Ergebnis der Abstimmung im Bundestag zeigt, dass derzeit eine Mehrheit im Bundestag für eine über dieses Gesetz hinausgehende Regelung nicht zu erzielen ist. Eine Anrufung des Vermittlungsausschusses würde daher nicht zu einem anderen Ergebnis führen. Sie würde allerdings dazu führen, dass die dem Gesetzgeber vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Umsetzungsfrist nicht mehr eingehalten werden könnte. Auch der Rechtsausschuss des Bundesrates hat ja mit ganz deutlicher Mehrheit die Nichtanrufung des Vermittlungsausschusses empfohlen. Ich bitte Sie daher, dieser Empfehlung zu folgen.

Sorgen Sie dafür, dass im Interesse der betroffenen Kinder noch in diesem Monat das Gesetz zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner in Kraft treten kann! Lassen wir die Betroffenen nicht länger warten! – Herzlichen Dank.

Präsident Stephan Weil: Schönen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Eine **Erklärung zu Protokoll***) abgegeben hat Frau **Staatsministerin Alt** (Rheinland-Pfalz).

Empfehlungen oder Anträge auf Anrufung des Vermittlungsausschusses gibt es nicht.

- (B) Ich stelle daher fest, dass der Bundesrat den **Vermittlungsausschuss nicht anruft**.

Zur **gemeinsamen Abstimmung** nach § 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung rufe ich die in dem **Umdruck 5/2014**)** zusammengefassten Beratungsgegenstände auf. Es sind dies die **Tagesordnungspunkte:**

4, 5, 11, 12, 14, 16, 17, 19, 20, 22, 23 und 26 bis 28.

Außerdem sind wir übereingekommen, zu **Punkt 6** entsprechend den Empfehlungen zu beschließen.

Wer den **Empfehlungen und Vorschlägen** folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Dann ist so **beschlossen**.

Zu den Tagesordnungspunkten 20 und 28 hat **Minister Dr. Markov** (Brandenburg) jeweils eine **Erklärung zu Protokoll***)** abgegeben.

Wir kommen zu **Punkt 7** unserer Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes** – Antrag des Landes Niedersachsen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 203/14)

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Ministerin Dr. Heinen-Kljajić aus Niedersachsen.

- (C) **Dr. Gabriele Heinen-Kljajić** (Niedersachsen): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir nach den durchaus positiven Erfahrungen, die wir mit einem niedersächsischen Pilotprojekt an der Medizinischen Hochschule Hannover gemacht haben, den Jugendfreiwilligendienst um das Regelangebot eines Freiwilligen Wissenschaftlichen Jahres erweitern.

Die bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienste sind über alle Bundesländer verteilt gleichermaßen, glaube ich, ein sehr erfolgreiches Programm, das sich großer Anerkennung erfreut, das große Nachfrage kennt. Der Jugendfreiwilligendienst ist deshalb so erfolgreich, weil in diesem Programm auf Grund der engen Einbindung in die Alltagspraxis spezifischer Berufsfelder die Möglichkeit der Ausbildung und Berufsorientierung besteht.

Anerkannte Einsatzfelder des Jugendfreiwilligendienstes sind bisher das Freiwillige Soziale Jahr mit den Bereichen Wohlfahrtspflege, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitspflege, Kultur- und Denkmalpflege und Sport. Seit den 90er Jahren gibt es zusätzlich das Freiwillige Ökologische Jahr für die Bereiche Naturschutz und Umweltschutz.

Mit dem vorliegenden Gesetzesantrag auf Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes setzen wir uns dafür ein, den Jugendfreiwilligendienst um ein Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr zu ergänzen.

- (D) Hintergrund ist, wie bereits erwähnt, die überaus positive Erfahrung, die wir in Niedersachsen mit einem bundesweit einmaligen Pilotprojekt an der Medizinischen Hochschule Hannover gemacht haben. Seit September 2011 bietet diese Hochschule mit weiteren Partnern aus der Wissenschaft als Einsatzstelle die Möglichkeit, ein Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr zu absolvieren. Das Interesse an diesem Angebot ist auch im dritten Jahr äußerst hoch. Auf 78 Plätze haben wir Jahr für Jahr über 200 Bewerbungen, und das aus dem gesamten Bundesgebiet.

Das Freiwillige Wissenschaftliche Jahr erfüllt mehrere Ziele beziehungsweise hat mehrere positive Effekte, wie wir finden.

Zum Ersten fördert es das Interesse junger Menschen an Wissenschaft und Forschung.

Es gibt Einblicke in wissenschaftliche Tätigkeitsfelder und erleichtert damit die Studien- und Berufsorientierung.

Es taugt als kluger Baustein der Fachkräfteinitiative in den MINT-Fächern.

Und es hilft, Wissenschaft stärker gesellschaftlich zu verankern.

Es ist, offen gestanden, immer wieder beeindruckend, wie viele Jugendliche berichten, dass sie sich nach diesem Freiwilligendienst sehr sicher in ihrer Studienwahl waren, womit dieses Projekt letztlich sicherlich auch einen Beitrag dazu leisten kann, die Studienabbrecherquoten zu senken.

*) Anlage 1

**) Anlage 2

***)) Anlagen 3 und 4

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (Niedersachsen)

- (A) Vor dem Hintergrund dieses Erfolgsmodells hat sich der Niedersächsische Landtag einstimmig dafür ausgesprochen, ein Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr als weitere Säule des Jugendfreiwilligendienstes gesetzlich zu verankern. Dazu legen wir heute einen Gesetzesantrag zur Einbringung beim Deutschen Bundestag vor.

Dessen Ziel ist es, das Freiwillige Wissenschaftliche Jahr neben dem Sozialen Jahr und dem Ökologischen Jahr als eigenständigen Dienst zu etablieren. Dazu ist folgerichtig eine Änderung des Jugendfreiwilligendienstgesetzes des Bundes notwendig; denn bisher ist unser Pilotmodell nur auf Grund einer Ausnahme, die gesondert beantragt werden musste, überhaupt möglich.

Mit der Aufnahme des Freiwilligen Wissenschaftlichen Jahres soll auch in diesem Programm die soziale Absicherung der Freiwilligen und ihre pädagogische Begleitung analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr sichergestellt werden.

Außerdem sieht der Gesetzentwurf vor, staatliche Hochschulen als gemeinwohlorientierte Einrichtungen der Wissenschaft von Gesetzes wegen als Träger des Freiwilligen Wissenschaftlichen Jahres zuzulassen. Auch staatlich anerkannte private Hochschulen sollen als Träger zugelassen werden können. Gleiches gilt dann für die gemeinsam von Bund und Ländern finanzierten beziehungsweise geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

- (B) Weder für die Hochschulen noch für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen wird mit diesen Regelungen – auch hier analog zum Freiwilligen Sozialen Jahr – eine Verpflichtung begründet. Vielmehr wird die Option eröffnet, ein Freiwilliges Wissenschaftliches Jahr anzubieten.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass die Jugendfreiwilligendienste mit einem Freiwilligen Wissenschaftlichen Jahr sinnvoll und erfolgreich ausgebaut werden können. Ich finde, wir sollten jede Chance nutzen, junge Menschen für einen Einsatz in der Wissenschaft zu gewinnen, junge Menschen für das Studium eines MINT-Faches zu gewinnen; denn wir müssen auf den drohenden Fachkräftemangel gerade in Fächern wie Chemie, Physik oder in den Ingenieurwissenschaften neue Antworten finden. In diesem Sinne hoffen wir auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Ich weise die Vorlage dem **Ausschuss für Frauen und Jugend** – federführend – sowie dem **Ausschuss für Kulturfragen** – mitberatend – zu.

Damit kommen wir zu **Punkt 8:**

Entwurf eines Gesetzes zum Ausschluss der Verjährung von Herausgabeansprüchen bei abhanden gekommenen Sachen, insbesondere bei in der NS-Zeit entzogenem Kulturgut (**Kulturgut-Rückgewähr-Gesetz** – KRG) – Antrag des

Freistaates Bayern gemäß § 23 Absatz 3 i. V. m. § 15 Absatz 1 und § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 2/14)

(C)

Zu Wort gemeldet hat sich Staatsminister Professor Dr. Bausback aus Bayern.

Prof. Dr. Winfried Bausback (Bayern): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn ich heute dem Hohen Haus meinen Entwurf eines Kulturgut-Rückgewähr-Gesetzes zur sofortigen Sachentscheidung vorlege, mag dies ungewöhnlich erscheinen. Ungewöhnliche Probleme erfordern aber ungewöhnliche Maßnahmen.

Ich möchte heute dem Bundesrat erneut die wichtige Frage stellen, wie die Mehrheit dieses Hohen Hauses zu dem Vorschlag steht, die Durchsetzung der Rechte der teils hochbetagten Opfer des NS-Kunstraubs und ihrer Erben in einem konkreten Punkt, nämlich der Verjährung, zu erleichtern. Und ich will dem Bundesrat die Gelegenheit geben, ein Signal für die Restitution zu setzen. Die internationale Öffentlichkeit wartet auf eine Antwort; sie wartet auf dieses Signal.

Bisher ist es leider ausgeblieben. Stattdessen hat die Mehrheit dieses Hauses lediglich einen Appell an die Bundesregierung gerichtet, weitere Fragen der Restitution zu prüfen, deren Lösung äußerst komplex und deshalb aus meiner Sicht in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.

Unseren Gesetzentwurf, der eine konkrete Lösung für das akute Verjährungsproblem bietet, hat man anschließend unter Berufung auf diese Prüfung und auf fachliche Bedenken immer wieder vertagt.

(D)

Zugleich hat die Bundesratsmehrheit die dreifache Gelegenheit in den Ausschüssen, unseren Gesetzesantrag entsprechend ihren fachlichen Bedenken abzuändern, nicht genutzt. Sie hat bislang sogar einen Antrag meiner Kollegen aus Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern im federführenden Rechtsausschuss, der diesen Bedenken Rechnung trägt, durch Vertagungsanträge abgeblockt.

Damit entsteht der Eindruck, Hohes Haus, dass an einer Lösung entsprechend dem bayerischen Gesetzesantrag aus politischen Gründen kein Interesse besteht. Dieser Eindruck wäre fatal. Die Entschädigung der Opfer ist eine viel zu ernste Sache, als dass der Eindruck entstehen dürfte, sie sei Gegenstand eines politischen Spiels. Sie haben heute die Gelegenheit, diesen Eindruck zu widerlegen. Der bayerische Gesetzesantrag liegt auf dem Tisch. Sie können ihn nun ohne weiteres in Richtung des Bundestages und für eine weitere Diskussion dort auf den Weg bringen.

Hohes Haus, weshalb ist die Verjährungsfrage so dringlich, und weshalb ist sie lösbar?

Das Problem, dass Ansprüche der Opfer des NS-Kunstraubs und ihrer Erben in 30 Jahren verjähren und deshalb heute im Regelfall nicht mehr durchgesetzt werden können, ist nicht überraschend durch Bayern im Anschluss an den Schwabinger Kunstfund aufgeworfen worden. Es ist vielmehr seit langem bekannt. Bereits in einer Entschließung vom 9. Novem-

Prof. Dr. Winfried Bausback (Bayern)

- (A) ber 2001 hat der Bundesrat das Verjährungsproblem angesprochen und eine Lösung gefordert. Getan hat sich seitdem leider nichts.

Das Problem ist akut, und das nicht wegen des sogenannten Falls Gurlitt. Hier ist das Verjährungsproblem im Interesse aller Beteiligten auf andere Weise, nämlich durch die von Herrn Gurlitt mit dem Freistaat und dem Bund geschlossene Vereinbarung, gelöst. Das Problem ist weiter akut, weil jederzeit mit einem ähnlichen Fund gerechnet werden muss. Nichts wäre peinlicher, als wenn das deutsche Recht dann immer noch nicht gerüstet wäre. Dafür tragen Sie heute die Verantwortung.

Das Problem ist schließlich lösbar. Ein Verbot an bösgläubige unberechtigte Besitzer, sich auf die Verjährung zu berufen, ist verfassungsrechtlich zu verantworten und zum Schutz der Opfer geboten.

Als ich den Gesetzesantrag am 14. Februar in diesem Haus vorstellte, war ich vor diesem Hintergrund zuversichtlich, dass man – gegebenenfalls nach intensiver fachlicher Debatte, möglicherweise auch nach Änderungen in den Ausschüssen – bald zu einem Ergebnis gelangen werde. Diese Erwartung wurde von der Bundesratsmehrheit bislang enttäuscht, und dies aus fachlich aus meiner Sicht nicht nachvollziehbaren Gründen.

- (B) Dem Gesetzesantrag wurde einerseits entgegengehalten, er gehe viel zu weit. Der Ausschluss der Berufung auf die Verjährung für jeden bösgläubigen Besitzer sei verfassungsrechtlich nicht zu halten. Ich sage klar: Ich teile diese Auffassung nicht, weil der bösgläubige unrechtmäßige Besitzer den Schutz unserer Verfassung nicht verdient. Man hätte in den Ausschüssen aber darüber diskutieren können, wenn entsprechende Anträge auf Eingrenzung des Gesetzesentwurfs gestellt worden wären. Das ist seitens der A-Länder jedoch unterblieben, verehrte Frau Kollegin Kolb.

Meine Kollegen aus Berlin, Wiesbaden und Schwerin hatten den Bedenken im Ausschuss Rechnung zu tragen versucht und einen Antrag vorgelegt, mit dem das Gesetz auf Fälle des NS-Kunstraubs beschränkt werden sollte. Eigentlich, so würde man denken, sollte damit eine „goldene Brücke“ gebaut sein.

Eigentlich sollte kein Streit darüber bestehen, dass jedenfalls in diesen Fällen die besondere Verantwortung Deutschlands einen Ausschluss der Berufung auf die Verjährung verfassungsrechtlich rechtfertigt. Umso enttäuschender ist es, dass auch dieser Antrag im federführenden Rechtsausschuss von der Mehrheit blockiert worden ist, sehr geehrte Frau Kollegin Kolb.

Gegen den Gesetzesantrag wurde andererseits vorgebracht, er gehe nicht weit genug. Vielmehr müsse auch das Problem der Ersitzung, des gutgläubigen Erwerbs im Wege der Versteigerung und der Beweislast gelöst werden. Dem ist zweierlei entgegenzuhalten:

Erstens schließen weitere sich stellende Probleme doch nicht aus, dass das Problem, dessen Lösung

(C) schon auf dem Tisch liegt, bereits vorher gelöst wird. Das wird auch Herr Staatssekretär Lange nicht bestreiten. Die Diskussion über die weiteren Fragen wird dadurch nicht verhindert.

Zweitens steht einer Lösung der weiteren Probleme Verfassungsrecht in noch viel schärferem Maße entgegen, als dies angeblich beim Verjährungsproblem der Fall ist.

Es ist also voraussehbar, dass die Bundesregierung hier auch beim besten Willen in vertretbarer Zeit kaum zu einer Lösung kommen kann. Die Aufgabe, die der Bundesrat, dieses Hohe Haus, ihr stellt, gleicht der Quadratur des Kreises. Das Ergebnis wird sein: Sämtliche Probleme bleiben ungelöst. Das können wir uns nicht leisten.

Ich fasse zusammen:

Sämtliche Punkte, die gegen unseren Gesetzesantrag geltend gemacht werden, sind entweder unberechtigt oder lassen sich ausräumen. Wenn mir also möglicherweise gleich erneut entgegengehalten wird, verehrte Frau Kollegin Kolb, der bayerische Entwurf sei ein Schnellschuss und ihm stünden erhebliche Bedenken entgegen, kann ich nur sagen: Sie, die A-Länder-Mehrheit, hatten jede Gelegenheit, die Bedenken selbst auszuräumen, indem Sie den bayerischen Gesetzesantrag nach Maßgabe der von den Kollegen aus Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin beantragten Änderungen einbringen.

(D) Diese Gelegenheit sollte heute nicht erneut vergehen werden. Das wäre fatal und der Sache in keiner Weise angemessen. Ich appelliere daher an Sie, Hohes Haus, dem bayerischen Gesetzesantrag zuzustimmen. Der Bundesrat muss jetzt das richtige Signal setzen.

Präsident Stephan Weil: Vielen Dank!

Das Wort hat nun Frau Ministerin Professor Dr. Kolb aus Sachsen-Anhalt.

Prof. Dr. Angela Kolb (Sachsen-Anhalt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch beinahe 70 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Terrorregimes holen uns die Schatten der Vergangenheit immer wieder ein.

Es gehörte leider zu den typischen Erscheinungen dieser Diktatur, dass auch kulturelle Errungenschaften vernichtet oder entzogen wurden. Kunst verschwindet plötzlich in dunklen Kanälen, landet auf irgendwelchen Dachböden oder wird zum Gegenstand von Auktionen oder des Schwarzmarktes. Wurde sie ihren Eigentümern mit kriminell-administrativen Mitteln entzogen, so geschah dies als perfide Methode der gezielten Entreicherung. Den Eigentümern sollte ein Stigma versetzt werden. Zugleich kam es zu Vermögensverschiebungen, von denen die rechtswidrig Begünstigten leider bis heute profitieren. Das haben wir beispielsweise im Fall Gurlitt erlebt.

Prof. Dr. Angela Kolb (Sachsen-Anhalt)

- (A) Wir haben auch erlebt, wie sensibel die gesamte Materie ist. Ich kann Ihnen versichern: Uns bewegt das nach wie vor. Wir arbeiten an einer Lösung. Wir versuchen, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie wir derartige Situationen mit Augenmaß in den Griff bekommen. Da helfen uns Schnellschüsse und Signale, wie sie der Gesetzesantrag, der aus Bayern kommt, setzt, nicht weiter.

Ich glaube, wir alle in diesem Hohen Haus sind uns einig, dass das Gerechtigkeitsempfinden tangiert wird, wenn es ausgerechnet auf Grund des geltenden Rechts auf einmal unmöglich sein soll, Beutekunst den legitimen Eigentümern zurückzugeben. Hier stehen wir Deutsche in einer besonderen Verantwortung, wenn die betreffenden Kulturgüter im Eigentum von jüdischen Familien stehen; vom Unwort der sogenannten entarteten Kunst ganz zu schweigen.

Es fällt schwer, etwaigen Anspruchstellern mitteilen zu müssen, dass sie auf die Rückgewährung ihres Eigentums verzichten müssen, weil die Verjährungsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches dem entgegenstehen. Wir haben aber nun einmal eine geltende Rechtslage, wonach die Interessen der unterschiedlich am Rechtsverkehr Beteiligten in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Es ist nicht so einfach, wie es der bayerische Gesetzentwurf suggeriert, für bösgläubige Besitzer – ohne diesen Begriff genau zu definieren – die Nichtberufung auf die Verjährungsvorschriften zu statuieren und dabei das eigentliche Problem, das Rückwirkungsverbot, das unserer Rechtsordnung immanent ist, zu verschweigen.

- (B) Die Unterstellung, der Bundesrat habe aus politischen Gründen kein Interesse an einer Lösung, weise ich an dieser Stelle mit Nachdruck zurück. Im Gegenteil! Uns geht es darum, eine Lösung mit Fingerspitzengefühl zu finden, die rechtlich möglich und politisch angemessen ist. Das lässt sich so leicht und einfach, wie es uns der Kollege aus Bayern suggeriert, nun einmal nicht regeln. Wir sind nach wie vor an der Arbeit. Eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene versucht, der Komplexität dieses Themas durch eine angemessene Regelung, durch eine praktikable und verfassungsrechtlich zulässige Lösung gerecht zu werden. Dass das manchmal etwas dauert, haben wir bei vielen anderen rechtlichen und politischen Problemen in diesem Hohen Haus schon erlebt.

(Vorsitz: Amtierende Präsidentin
Dr. Angelica Schwall-Düren)

Ich halte es deshalb nicht für angemessen, uns heute vorzuwerfen, wir seien an einer Lösung nicht interessiert. Im Gegenteil! Wir arbeiten an einer Lösung, die den Betroffenen einen Ausweg bietet, die die Frage beantwortet, wie unrechtmäßig entzogenes Kulturgut den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden kann. Das muss aber rechtssicher sein. Es muss auf dem Boden unserer Verfassung stehen. In diesem Sinne bietet der bayerische Gesetzesantrag nicht die versprochene Lösung, sondern er gibt den Betroffenen Steine statt Brot. – Herzlichen Dank.

(C) **Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren:** Vielen Dank, Frau Ministerin Professor Dr. Kolb!

Ich erteile Herrn Minister Kutschaty (Nordrhein-Westfalen) das Wort.

Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einem chinesischen Sprichwort zufolge liegt in jeder Krise auch eine Chance. Mit dem bayerischen Gesetzentwurf wird aus einer Chance jedoch wieder eine Krise.

Als wir im Frühjahr dieses Jahres das erste Mal über den bayerischen Antrag gesprochen haben, habe ich Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege Professor Dr. Bausback, dem Grunde nach meine Anerkennung ausgesprochen, dass Sie sich dieses schwierigen Themas angenommen haben. Zugleich habe ich aber versucht, Ihnen mit sehr moderaten Worten die Schwachstellen Ihres Entwurfs deutlich zu machen.

Die Anerkennung ist offenkundig bei Ihnen angekommen, die Kritik leider abgeprallt. Als ich kürzlich in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Recht und Politik“ lesen musste, dass Sie die Haltung des Bundesrates zu Ihrem Entwurf in dieser Sache als völlig inakzeptabel bezeichnen, war mir endgültig klar, dass Sie die Schwachstellen Ihres Entwurfs offenbar bis heute nicht verstanden haben. Ich kann Ihnen daher eine gewisse Deutlichkeit leider nicht ersparen.

Lassen Sie mich an drei Punkten noch einmal festmachen, wo die größten Schwachpunkte liegen!

(D) Erstens. Wir reden über Sachverhalte, die weit über 70 Jahre zurückliegen. Welche Beweismittel stehen den Geschädigten da noch zur Verfügung? Die Antwort kennt doch jeder von uns. Die Geschädigten sind oftmals zwangsenteignet, deportiert oder gar ermordet worden. Eine geordnete Buchführung ist wohl den wenigsten Opfern geblieben.

Gleichwohl sieht Ihr Entwurf vor, dass ein Anspruchsteller nicht nur den vollständigen Beweis dafür führen muss, dass es sich bei der herausverlangten Sache um NS-Raubkunst handelt, die ihm oder seinen Rechtsvorgängern entzogen worden ist. Ihm wird auch noch die Beweislast auferlegt, dass der gegenwärtige Besitzer im Zeitpunkt des Besitzererwerbs bösgläubig gewesen ist. Wie soll das geschehen? Wie werden sich wohl die Opfer fühlen, denen diese Regelung als „Hilfe“ verkauft werden soll!

Zweitens. Den großen Bereich der sogenannten Zwangsverkäufe lässt der Entwurf völlig außen vor. Demjenigen, der teilweise unter Todesandrohung gezwungen worden ist, seine Kunstwerke zu einem Spottpreis zu verkaufen, wird nicht geholfen. Genauso geht es demjenigen, der aus purer Not auf Grund von Verfolgung oder Vertreibung verkaufen musste.

Mit anderen Worten: Nach dem Entwurf würde es praktisch keine Geschädigten geben, die auf der Grundlage dieses Gesetzes ihre Kunstwerke zurück- erhalten könnten. Unstreitig ist, dass der weit über-

Thomas Kutschaty (Nordrhein-Westfalen)

- (A) wiegende Teil der Geschädigten nach Ihrem Entwurf nicht einmal als Geschädigte behandelt würde. Deswegen kann man nicht von einem Lösungsvorschlag sprechen. Das zweifellos bestehende Unrecht würde vielmehr zementiert. Dies kommentieren Sie in dem von mir soeben zitierten Aufsatz, Herr Kollege Bausback, indem Sie davon sprechen, dass man den Geschädigten – so wörtlich – die Hürde der Beweislast nicht nehmen könne; es gehe hier um Umstände, die im Erkenntnisbereich der Geschädigten lägen.

Meine Damen und Herren, welche Erkenntnisse haben die Angehörigen der Opfer nach rund 80 Jahren? Wie hilfreich werden sie eine solche Lösung finden!

Das sind noch längst nicht alle Schwachpunkte des Entwurfs.

Drittens. Wir müssen auch Fallkonstellationen lösen, in denen NS-verfolgungsbedingt entzogene Kulturgüter in die Hände Dritter gelangt sind. Wie gehen wir damit um, dass nach geltender Rechtslage die Möglichkeit besteht, abhandengekommenes Kulturgut in einer öffentlichen Auktion gutgläubig zu erwerben oder es unter bestimmten Voraussetzungen zu ersitzen? Die Fälle, in denen ein bösgläubiger Erwerber verstirbt, sein Erbe hinsichtlich der tatsächlichen Eigentums- und Besitzverhältnisse aber in gutem Glauben ist, müssen wir ebenfalls regeln.

- (B) Auf Grund der verstrichenen Zeit und der besonderen Umstände der Shoah sind Lücken und Unklarheiten bei der Herkunft von Kunstwerken unvermeidlich. Gleiches gilt für etwaige Besitzerwechsel nach dem Jahr 1945.

Der bayerische Gesetzentwurf kann daher keine geeignete Lösung sein. Es bleibt allerdings zu Recht die zentrale Frage: Wenn es so nicht geht – wie soll es dann gehen?

Wir sind uns in diesem Hause sicherlich einig: Wir schulden den Opfern und ihren Angehörigen eine Antwort; denn sie warten bereits viel zu lange darauf. Deswegen appelliere ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie uns den Mut haben einzuräumen, dass uns als Gesetzgeber auch einmal Grenzen gesetzt sind! 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs müssen wir eine Lösung finden, die es den Geschädigten ermöglicht, rasch, unbürokratisch und rechtssicher Hilfe zu erlangen. Deswegen plädiere ich dafür, dass der Staat auf Grund der ungeheuerlichen Dimension dieses staatlich organisierten Unrechts in der hierfür geeigneten Form, zum Beispiel einer Stiftung, Bilder zurückkauft, um sie den Geschädigten zurückzugeben. In den Fällen, in denen dies nicht gelingt, sollten wir erwägen, die Opfer und ihre Familien wenigstens finanziell angemessen zu entschädigen.

Diese Lösung ist zweifellos verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Beweislastschwierigkeiten gibt es nicht, und wir könnten schnell handeln. – Herzlichen Dank.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty! (C)

Ich erteile das Wort Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Lange (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz).

Christian Lange, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der bayerische Entwurf war bereits Gegenstand der Plenarsitzung am 14. März. Er ist in der Zwischenzeit in mehreren Rechtsausschusssitzungen Ihres Hauses diskutiert worden.

Mögen im Einzelnen noch viele Punkte zu klären sein, eines steht für uns außer Frage: Die Bundesregierung begrüßt das Anliegen des Gesetzentwurfs. Es liegt in unser aller Interesse, den jüdischen Alteigentümern beziehungsweise ihren Rechtsnachfolgern die Rückerlangung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kunstwerken zu ermöglichen.

Die Bundesregierung ist sich auch der Dringlichkeit des Anliegens bewusst. Das hohe Alter der unmittelbar Betroffenen gebietet es, zeitnah eine Lösung zu finden. Der Fall Gurlitt hat dies anschaulich gezeigt.

So berechtigt das Interesse der Betroffenen an einer raschen Lösung ist, wir dürfen dabei eines nicht aus dem Blick verlieren: Die Sachverhalte, die es „neu“ zu regeln gilt, werfen zahlreiche juristische und verfassungsrechtliche Fragen auf. Diese müssen eingehend geprüft und klar beantwortet werden. Nur mit einer verfassungsrechtlich unangreifbaren und in der Praxis wirksamen Regelung werden wir den Betroffenen tatsächlich helfen können. (D)

Wir wollen den Betroffenen nicht Steine statt Brot geben; ich möchte Ihnen, Frau Ministerin Kolb, ausdrücklich zustimmen. Deshalb müssen wir Lösungen finden, die in der Praxis wirksam sind. Mit einer Gesetzesänderung, die die Rechtsstellung der Betroffenen nur auf dem Papier verbessert, ist niemandem geholfen. Genau in diesem Punkt sehe ich die größten Schwächen des bayerischen Entwurfs. Lassen Sie mich dies an zwei zentralen Punkten verdeutlichen!

Der bayerische Gesetzentwurf beschränkt sich darauf, die Wirkungen der zivilrechtlichen Verjährung zu ändern. In Fällen, in denen die Sache abhandengekommen ist, soll es dem Eigentümer ermöglicht werden, seinen Herausgabeanspruch nach § 985 BGB auch noch nach Eintritt der Verjährung gegen einen bösgläubigen Besitzer durchzusetzen. Aber in vielen Fällen besteht ein Herausgabeanspruch nicht mehr; denn oftmals haben die NS-Opfer oder ihre Rechtsnachfolger das Eigentum, beispielsweise infolge gutgläubigen Erwerbs oder Ersitzung, bereits verloren. Die Verjährungsregelung ginge für diese Betroffenen schlichtweg ins Leere.

Ein Weiteres kommt hinzu: Die Voraussetzungen für den Ausschluss der Verjährungseinrede nach dem bayerischen Entwurf sind sehr eng. Der Eigentümer

Parl. Staatssekretär Christian Lange

- (A) muss beweisen, dass der Besitzer bei Besitzerlangung bösgläubig war. Der Eigentümer wird an dieser Voraussetzung allerdings regelmäßig scheitern; denn er wird in der Regel nicht wissen, wie der Besitz der Sache erlangt wurde. Wirksamer wäre es, wenn der Besitzer darlegen müsste, dass er bei Besitzerwerb guten Glaubens war.

Wegen dieser Defizite prüfen wir im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz eine Erstreckung des bayerischen Ansatzes, unter anderem durch Beweislastumkehr bei der Ersitzung. Zudem muss jede Gesetzesänderung das Verhältnis zum Rückerstattungsrecht neu bestimmen. Ich halte es für erwägenswert, einen eigenständigen Anspruch zu begründen, der sich an die Rückerstattungsgesetze des Besatzungsrechts und an das Vermögensgesetz anlehnt. Derartige Eingriffe in das Eigentum der heutigen Besitzer müssen aber durch Regelungen eines finanziellen Ausgleichs begleitet werden.

Meine Damen und Herren, die genannten Punkte können nur einen kleinen Eindruck von der Komplexität der Materie geben. Es hat daher Sinn, dass der Bundesrat die Beratung über den Gesetzentwurf vertagt und in seiner Entschließung vom 14. März die Bundesregierung zu einer umfassenden Prüfung aufgefordert hat.

Ich bitte Sie, uns noch etwas Zeit einzuräumen, eine tragfähige Lösung zu finden; denn das Problem, wie wir mit NS-Raubkunst verfahren, wird uns weiter begleiten. Es ist anzunehmen, dass in den nächsten Jahren durch eine neue Erbgeneration verschollen geglaubte Werke auf den Kunstmarkt gelangen. Der Rechtsstaat muss darauf eine überzeugende Antwort finden. – Herzlichen Dank.

(B)

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Herr Staatssekretär!

Die Ausschussberatungen sind noch nicht abgeschlossen. Bayern hat beantragt, bereits heute in der Sache zu entscheiden. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine Minderheit.

Damit werden die **Ausschussberatungen fortgesetzt.**

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 9:**

Entwurf eines ... Gesetzes zur **Änderung des Schuldrechtsanpassungsgesetzes** – Antrag des Landes Brandenburg – (Drucksache 208/14)

Wir haben keine Wortmeldungen.

Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Wer ist entsprechend Ziffer 1 der Ausschussempfehlungen dafür, den **Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen?** – Das ist die Mehrheit.

Dann ist so **beschlossen.**

Wie vereinbart, wird Herr **Minister Dr. Markov** (Brandenburg) **zum Beauftragten bestellt.**

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 29:**

(C)

Entschließung des Bundesrates – Beitrag der **Erdgasspeicher** zur deutschen Energieversorgung dauerhaft sichern – Antrag des Freistaates Bayern gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 243/14)

Ich erteile das Wort Frau Staatsministerin Aigner (Bayern).

Ilse Aigner (Bayern): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftsstandort Deutschland zeichnet sich im internationalen Wettbewerb durch eine sehr verlässliche Energieversorgung aus. Wir sind in ganz Europa das Land mit der zuverlässigsten Stromversorgung. Auch deshalb sind wir ein starker Industriestandort. Andererseits können Stromunterbrechungen ganze Produktionschargen vernichten. Wenn wir von verlässlicher Energieversorgung auch in Zukunft sprechen, geht es auch um den Erhalt eines starken Industriestandorts.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, diesen Standortvorteil dürfen wir im Zuge der Energiewende nicht aufs Spiel setzen. Wir sind gefordert, verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei dürfen wir das energiepolitische Zieldreieck nicht aus den Augen verlieren: Die Energieversorgung muss umweltfreundlich sein, sie muss bezahlbar und vor allem sicher bleiben.

In Sachen Umweltfreundlichkeit sind wir schon sehr weit gekommen. Ein Viertel unseres Stromverbrauchs stammt mittlerweile aus regenerativen Energien. Mit der EEG-Reform, über die wir gerade beraten, werden wir auch hinsichtlich der Bezahlbarkeit einen deutlichen Schritt nach vorne machen. Auch die Versorgungssicherheit muss wieder in das Blickfeld gelangen.

(D)

Ich bin davon überzeugt, dass in diesem Rahmen die Bedeutung des Energieträgers Erdgas wesentlich zunehmen wird; denn nur mit Gaskraftwerken kann Strom klimafreundlich und flexibel erzeugt werden. Und sie ergänzen die volatilen erneuerbaren Energien.

Bei der Gasversorgung sind wir derzeit jedoch größtenteils auf Gasimporte angewiesen.

Deutschland hat große, gewaltige Speichermöglichkeiten für Erdgas. Das Speichervolumen entspricht einem Viertel des deutschen Jahresverbrauchs. Das ist in Sachen Versorgungssicherheit ein Trumpf, um den uns viele EU-Staaten beneiden. Speicher sind nun einmal das ideale Mittel, um sich gegen zeitweilige Lieferengpässe und sonstige Einschränkungen abzusichern.

In der Vergangenheit haben die Gasunternehmen die Speicher stets in der warmen Jahreszeit befüllt, um in der kalten Jahreszeit Gas entnehmen zu können. Das ist mittlerweile nicht mehr zwangsläufig so; denn mit der Liberalisierung der Energiewirtschaft wurden Gasnetzbetreiber, Gasspeicherbetreiber und Gashändler getrennt. Heute entscheiden allein die

Ilse Aigner (Bayern)

- (A) Gashändler über die Ein- und Ausspeicherung von Erdgas, und zwar unter Gesichtspunkten der Gewinnoptimierung. Das heißt, wenn im Herbst die Gas-Spotmarktpreise an den Energiebörsen sehr hoch sind, wird Gas entnommen, obwohl die kalte Jahreszeit noch bevorsteht. Die Aspekte der Versorgungssicherheit bleiben außen vor.

Zu welchen Problemen dies führen kann, verdeutlichte die Entwicklung im Winter 2012/2013: Gasentnahmen zu Beginn des Winters und eine lange Kältephase führten dazu, dass die Erdgasspeicher im April einen sehr niedrigen Stand – unter 20 Prozent – erreichten. Dies hätte bei gleichzeitigem Ausfall von Erdgasimporten zu einem erheblichen Versorgungsengpass führen können. Hier besteht Handlungsbedarf. Das bestätigen übrigens viele Experten aus der Gaswirtschaft.

Wir müssen dafür sorgen, dass stets ausreichend Gas gespeichert wird. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat im Frühjahr 2013 die Bundesregierung dazu bereits aufgefordert.

Der aktuelle Konflikt in der Ukraine ruft uns in Erinnerung, dass Versorgungssicherheit mit Erdgas kein Selbstläufer ist. Deshalb fordern wir in unserem Antrag die Bundesregierung auf, eine nationale Erdgasreserve einzurichten.

Es gibt aus meiner Sicht zwei Möglichkeiten:

Entweder wir schaffen eine Erdgasreserve außerhalb des regulären Speichermarktes. Diese müsste rund 10 Milliarden Kubikmeter umfassen, was dem deutschen Gasverbrauch von etwa 45 Tagen entspricht.

- (B)

Oder wir schaffen eine Durchgriffskompetenz für die Fernleitungsnetzbetreiber. Diese könnten dann die saisonal erforderlichen Mindestfüllstände der Speicher sicherstellen. Die Netzbetreiber haben nach dem Energiewirtschaftsgesetz die Verantwortung für das Funktionieren des Versorgungssystems. Dann muss man ihnen aber auch die rechtlichen Möglichkeiten in die Hand geben, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Beide Wege führen zum Ziel. Ich bitte die Bundesregierung, beide – oder auch andere Möglichkeiten – zu prüfen.

Ich verhehle nicht: Ein Mehr an Versorgungssicherheit wird es nicht zum Nulltarif geben. Nach Schätzungen der Energiewirtschaft liegen die Mehrkosten für einen Vier-Personen-Haushalt je nach Verbrauch bei 15 bis 40 Euro jährlich. Aber, meine Damen und Herren, in Sachen Versorgungssicherheit dürfen wir eben keinerlei Risiken eingehen.

Zudem wird bis Ende 2014 ein Viertel unserer Erdgasspeicherkapazitäten im Eigentum ausländischer Investoren sein. Wie die aktuellen politischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine zeigen, können Energierohstoffe für politische und strategische Zwecke missbraucht werden. Dies müssen wir verhindern. Erdgasspeicher dürfen nicht für Ziele nutzbar sein, die den Interessen Deutschlands entgegenstehen. Wir bitten die Bun-

- (C) desregierung, eine Präzisierung der entsprechenden außenwirtschaftlichen Vorschriften zu prüfen.

Ich darf den Bundesrat um Unterstützung der Entschließung bitten. – Danke schön.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Frau Staatsministerin!

Ich erteile das Wort Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Beckmeyer (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie).

Uwe Beckmeyer, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie: Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich seitens der Bundesregierung einige Anmerkungen zu dem aktuellen Antrag machen.

Zunächst zur Schaffung einer nationalen Erdgasreserve!

Vor dem Hintergrund der Entwicklung in der Ukraine ist die Frage nach der Sicherstellung der Gasversorgung erneut in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie strebt bereits seit längerem eine bessere Gasversorgungssicherheit an. Insofern ist die Einrichtung einer strategischen Gasreserve ein mögliches Instrument. Die Durchgriffskompetenz für systemverantwortliche Fernleitungsnetzbetreiber ist ein weiteres.

- (D) Die bisherige Speichernutzung in Deutschland bietet aus unserer Sicht zurzeit keinen Anlass zur Besorgnis. Die Speicher sind gut gefüllt, derzeit zu circa 73 Prozent. Das sind 10 Prozent mehr als im europäischen Durchschnitt.

Richtig ist aber auch, dass mit der Liberalisierung die Rolle der Akteure neu verteilt wurde: Heute nutzen Händler die Speicher vor allem zur Optimierung des Portfolios. Die Versorgungssicherheit bei Krisen steht bei ihnen nicht im Vordergrund.

Daher ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf Fachebene seit längerem mit der Gaswirtschaft im Gespräch. Diskutiert wird über verschiedene Optionen, um für ausreichende Füllstände in den Speichern zu sorgen. Die Optionen reichen von marktwirtschaftlichen Ansätzen bis hin zu einer strategischen Gasreserve. Solche Regelungen setzen allerdings eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes voraus. Das wird nicht kurzfristig umsetzbar sein.

Die strategische Speicherreserve ist in diesem Zusammenhang interessant. Es handelt sich dabei um Reservemengen, die von einer staatlichen oder staatlich beauftragten Stelle gehalten und nur im Notfall, also bei einem eindeutig festgestellten Lieferengpass, freigegeben werden können. Sie stellen den stärksten staatlichen Eingriff in den Markt dar. Sie sind zudem mit Kostenbelastungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher verbunden. Dies muss

Parl. Staatssekretär Uwe Beckmeyer

- (A) auch unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden.

Um Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, müssten nach unserer Einschätzung – sie deckt sich mit der der Bayerischen Staatsregierung – circa 10 Milliarden Kubikmeter vorgehalten werden. Die Kosten für eine solche strategische Gasreserve könnten sich nach ersten Schätzungen auf ein Dreifaches der Kosten für die Mineralölbevorratung belaufen. Dieser Wert wird von der Internationalen Energieagentur im Zusammenhang mit strategischen Gasreserven bestätigt. Die Kosten für die Mineralölbevorratung in Deutschland belaufen sich zurzeit auf gut 300 Millionen Euro.

Vor diesem Hintergrund müssen die möglichen Konzepte einer strategischen Reserve auch aus monetären Gründen vertieft untersucht werden. Eine solche Untersuchung wird das BMWi durchführen, um eine fundierte Grundlage für die Entscheidung über eine strategische Reserve zu erhalten.

Ein frühzeitiges Durchgriffsrecht der Fernleitungsbetreiber auf die Speicher erscheint uns nicht als die richtige Lösung. Um die Netzstabilität im Falle einer akuten Gefährdung zu gewährleisten, ermöglicht das Energiewirtschaftsgesetz bereits heute Eingriffe in die Speicher. Eine Eingriffsmöglichkeit im Vorfeld einer Gefährdung erscheint unverhältnismäßig und hätte in Bezug auf Investitionen in neue Speicher oder auch nur die Einspeicherung von Gas in bestehende Speicher vermutlich eher eine abschreckende Wirkung.

- (B) Eine Möglichkeit, die Versorgungssicherheit noch weiter zu verbessern, bestünde im Aufbau einer LNG-Infrastruktur.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass auch die EU bereits über Regelungen der Versorgungssicherheit diskutiert. Die Ukraine-Krise macht deutlich, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen und der Energiebinnenmarkt sind, um die Energieversorgung der EU insgesamt zu sichern. Es ist also auch ein europäisches Thema. Das zeigt: Die Frage nach den geeigneten Maßnahmen sollte im Rahmen eines übergreifenden Konzepts zur Energieversorgungssicherheit entschieden werden.

Nun eine Anmerkung zum Thema „Erwerbsbeschränkungen für wichtige Infrastrukturen“! Das haben Sie, Frau Staatsministerin, soeben auch angesprochen.

Wir sind uns sicherlich einig, dass die deutschen Sicherheitsinteressen bei der Frage von Erwerbsbeschränkungen für wichtige Infrastrukturen eine besondere Rolle spielen. Dessen ist man sich im Hause des Bundeswirtschaftsministers bewusst, und das ist im geltenden Außenwirtschaftsgesetz auch ausdrücklich so abgesichert. Das BMWi hat bereits heute das Recht, den Verkauf deutscher Unternehmen unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen und gegebenenfalls zu beschränken beziehungsweise sogar zu untersagen.

(C) Vor wenigen Tagen haben wir ein vertieftes außenwirtschaftliches Prüfverfahren zum Verkauf der RWE Dea eröffnet. Das zeigt, die entsprechenden Vorschriften greifen auch aktuell. Sie sind im Übrigen das Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen mit der EU-Kommission. Wer hier nachschärfen will, riskiert durchaus europarechtliche Konflikte.

Der Schutz wichtiger Infrastrukturen ist wesentlich. Aber wir sollten das mit Augenmaß tun. Auch nach der Rechtsprechung des EuGH sind entsprechende Eingriffe nur möglich, wenn eine tatsächliche und hinreichend schwere Gefährdung vorliegt, die ein Grundinteresse der Gesellschaft berührt. Das muss für jeden Einzelfall geprüft werden, und das wird von uns getan. – Recht herzlichen Dank für das Zuhören.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Herr Staatssekretär!

Zur weiteren Beratung weise ich die Vorlage – federführend – dem **Wirtschaftsausschuss** sowie – mitberatend – dem **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** zu.

Wir kommen zu **Punkt 31:**

Entschließung des Bundesrates zur **Umsetzung eines Nationalen Diabetesplans** – Antrag der Länder Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Thüringen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 252/14)

Dem Antrag ist **Mecklenburg-Vorpommern beige-treten**.

(D) Es liegt eine Wortmeldung vor. Ich erteile Frau Ministerin Alheit (Schleswig-Holstein) das Wort.

Kristin Alheit (Schleswig-Holstein): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über 700 Menschen in Deutschland erkranken an jedem einzelnen Tag neu an Typ-2-Diabetes. Das sind pro Jahr circa 270 000 Neuerkrankungen – mit zunehmender Tendenz. Fast jeder Dritte über 70-Jährige in Deutschland ist Diabetiker. Dabei ist Diabetes Typ 2 stark ernährungs- und lebensstilbedingt und wäre daher oft vermeidbar. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, die leider auch immer häufiger und immer früher von Typ-2-Diabetes betroffen sind.

Diabetes bedeutet massive lebenslange Belastungen für die Erkrankten, das erhebliche Risiko von Folgeerkrankungen eingeschlossen, insbesondere dann, wenn die Krankheit oder eine Vorstufe davon undiagnostiziert bleibt. Dies ist – das muss man wissen – in einigen Altersgruppen bei fast 50 Prozent der Betroffenen der Fall. Diese Fakten sind so unumstritten wie die Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen im Kampf gegen den Diabetes.

Erforderlich sind daher die Stärkung der Primärprävention ebenso wie eine systematisch verbesserte Früherkennung.

Erforderlich sind aber auch bedarfsgerechte und qualitativ gesicherte Versorgungsstrukturen und so-

Kristin Alheit (Schleswig-Holstein)

- (A) zialmedizinische Nachsorge sowie der Ausbau von Patientenschulung und Patientenselbstbefähigung.

Schließlich ist es erforderlich, die epidemiologische Datengrundlage zu verbessern; denn trotz der soeben skizzierten individuellen und gesellschaftlichen Belastung durch die Diabeteserkrankung liegen in Deutschland nur sehr wenige verlässliche Daten zur Häufung des Diabetes und des Prädiabetes vor. Solche Daten fehlen uns für die Planung und Steuerung gezielter Maßnahmen der Prävention und besseren Versorgung. Dies gilt auch für Daten von Behandlungen und Therapieergebnissen. Eine Verbesserung der Datenerfassung, Datenqualität und Dokumentation wären wichtige Beiträge zur Steigerung der Versorgungsqualität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Konsens ist: Es bedarf im Interesse der direkt Betroffenen weiterer Anstrengungen – ehrlicherweise auch, um den mit der Krankheit verbundenen Ressourcenbedarf für das Gesundheitssystem handhabbar zu halten. Richtigerweise gibt es daher vielfältige Aktivitäten der Akteure des Gesundheitswesens sowie politisch auf Bundes- und auf Länderebene. Ich will an dieser Stelle beispielhaft die Aktivitäten des Freistaats Bayern nennen, die hier wirklich vorbildlich sind.

- (B) Aber auch Schleswig-Holstein hat in den letzten Jahren die Aktivitäten gegen Diabetes intensiviert. Wir sind dabei zu der Einschätzung gekommen, dass es entlang der genannten Eckpunkte eines bundesweiten Vorgehens in Form eines Nationalen Diabetesplans bedarf. Allerdings sind noch nicht alle Akteure der Auffassung, dass ein Nationaler Diabetesplan erforderlich ist. Das ist auch im Vorfeld des heute vorliegenden Antrags deutlich geworden.

Mich überzeugen die vorgetragenen Argumente allerdings nicht. Es stimmt, und es ist gut, dass es bereits zahlreiche – auch vom Bund geförderte – Maßnahmen auf Kampagnen- und Projektebene gibt. Es ist auch gut, wenn einschlägige Präventionsmaßnahmen im Rahmen eines Bundes-Präventionsgesetzes verankert werden sollen. Aber angesichts der am Anfang geschilderten Zunahme der Diabeteserkrankungen bin ich nicht der Auffassung, dass die Politik die Betroffenen damit bescheiden kann – und das sollte sie auch nicht tun –, dass doch bereits ganz viel Geld dafür im System sei.

Ich bin auch nicht der Meinung, dass ein Präventionsgesetz und ein Aktionsplan einander ausschließen. Ganz im Gegenteil: Beide sollten sich im Rahmen eines dringend gebotenen ehrgeizigen und bundesweit koordinierten Vorgehens gegen Diabetes ergänzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. – Danke schön.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Frau Ministerin Alheit!

Ich weise die Vorlage dem **Gesundheitsausschuss** zu.

Wir kommen zu **Punkt 32** der Tagesordnung:

Entschließung des Bundesrates zur **Erhaltung und Schaffung von energetisch hochwertigem und barrierearmem Wohnraum** in vom demografischen Wandel besonders betroffenen Gebieten – Antrag des Freistaats Thüringen gemäß § 36 Absatz 2 GO BR – (Drucksache 255/14)

Ich erteile Herrn Minister Gnauck (Thüringen) das Wort.

Jürgen Gnauck (Thüringen): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Möglichkeit, die Thüringer Initiative für eine Entschließung des Bundesrates zur Erhaltung und Schaffung von energetisch hochwertigem und barrierearmem Wohnraum in vom demografischen Wandel besonders betroffenen Gebieten vorstellen zu dürfen.

Zur Erreichung der deutschen Klimaschutzziele muss die Energieeffizienz in Gebäuden kontinuierlich verbessert werden. Ohne eine weitreichende energetische Sanierung der Bestandsgebäude ist die angestrebte Einsparung von 80 Prozent des Primärenergieverbrauchs bis 2050 nicht erreichbar. Die Sanierungsrate von Bestandsgebäuden lag in den vergangenen Jahren unter dem für eine erfolgreiche Energiewende notwendigen Niveau. Es ist absehbar, dass gerade in Regionen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen, die Bereitschaft von Privateigentümern und Investoren zu Investitionen in die energetische Sanierung ohne zusätzliche Anreize nicht steigen wird.

Gerade im ländlichen Raum hinterlässt der demografische Wandel deutliche Spuren. Dort leben weniger Menschen als früher und überdurchschnittlich viele Ältere. Die Einwohnerzahl vieler Dörfer und Kleinstädte sinkt. In vielen Orten wird sie weiter fallen. Diese Entwicklungen haben sichtbare Auswirkungen auf die gewachsene Siedlungsstruktur vieler Orte in Deutschland. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind in Nordhessen oder im Bayerischen Wald ähnlich wie in der Altmark oder im Thüringer Wald: anhaltender Bevölkerungsrückgang, zunehmender Leerstand und eine wachsende Zahl verfallender oder brach liegender Grundstücke. Zudem entsprechen viele Häuser oft nicht mehr den Bedürfnissen ihrer immer älter werdenden Bewohner.

Viele Hausbesitzer in Regionen fernab der Ballungszentren sehen angesichts der Entwicklungen kaum Anreize für einen altersgerechten Umbau oder eine umfassende energetische Sanierung ihrer Immobilien. Gleichwohl steht fest, dass die Energiewende insoweit nur durch eine hohe Investitionsbereitschaft der Hauseigentümer erfolgreich vorangebracht werden kann.

Mit unserem Antrag, der zunächst in der nächsten Ausschussrunde beraten werden soll, wollen wir erreichen, dass die Bundesregierung die Unterstützung privater Sanierungsinvestitionen verbessert. Diese Unterstützung ist auch im Sinne einer nachhaltigen

(C)

(D)

Jürgen Gnauck (Thüringen)

- (A) Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum, die den Herausforderungen der Energiewende und des demografischen Wandels zu begegnen hat, erforderlich.

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die bestehenden Förderinstrumente zur Unterstützung von Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz mit Blick auf die angestrebten mittel- und langfristigen Energieeffizienzziele zu evaluieren. Zudem soll noch in diesem Jahr ein Vorschlag für ein umfassendes Anreizprogramm zur Erhaltung und Schaffung von energetisch hochwertigem und barrierearmem Wohnraum vorgelegt werden.

Dabei ist eines klar: Um den Herausforderungen des demografischen und energetischen Wandels wirksam zu begegnen, müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden.

Das im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode vereinbarte Instrument des Sanierungsbonus ist hierfür ein geeignetes Mittel. Durch einen Sanierungsbonus könnte die Erhaltung und Schaffung von energieeffizienten und barrierearmen Wohngebäuden gezielt unterstützt werden. Außerdem könnten Impulse gegeben werden, den Erwerb und die Schaffung von selbstgenutztem Wohnraum in einer innerörtlichen Bestandsimmobilie zu realisieren und damit zusätzlichen Flächenverbrauch zu verhindern. Dadurch würde das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ entscheidend gestärkt und aufgewertet.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Sanierungsbonus ist ein wichtiges zusätzliches Instrument bei der Gestaltung der zentralen Herausforderungen demografischer Wandel und Energiewende. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die diesbezüglichen Vereinbarungen im Koalitionsvertrag alsbald mit konkreten Vorschlägen zu untersetzen.

Ich bitte um Unterstützung der Initiative in den anstehenden Ausschussberatungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Herr Minister!

Ich weise die Vorlage dem **Ausschuss für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung** – federführend – sowie dem **Finanzausschuss**, dem **Ausschuss für Innere Angelegenheiten**, dem **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** sowie dem **Wirtschaftsausschuss** – mitberatend – zu.

Wir kommen zu **Punkt 10** der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabegesetzes (**Künstlersozialabgabestabilisierungsgesetz** – KSASabG) (Drucksache 181/14)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor. Bitte das Handzeichen für:

Ziffer 1! – Mehrheit.

Ziffer 3! – Mehrheit.

Ziffer 4! – Mehrheit.

Ziffer 5! – Mehrheit.

Ziffer 7! – Mehrheit.

Ziffer 8! – Mehrheit.

Ziffer 9! – Mehrheit.

Ziffer 10! – Mehrheit.

Ziffer 12! – Mehrheit.

Ziffer 13! – Minderheit.

Bitte das Handzeichen für alle noch nicht erledigten Ausschussempfehlungen! – Das ist die Mehrheit.

Der Bundesrat hat entsprechend **Stellung genommen**.

Tagesordnungspunkt 13:

Entwurf eines Gesetzes zur **Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens** zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Drucksache 184/14)

Eine **Erklärung zu Protokoll*** hat Herr **Staatsminister Dr. Kühl** (Rheinland-Pfalz) abgegeben.

Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor. Zur Einzelabstimmung rufe ich auf:

Ziffer 2! – Mehrheit.

Ziffer 11! – Minderheit.

Ziffer 13! – Mehrheit.

Ziffer 24! – Mehrheit.

Abschließend stimmen wir über alle noch nicht erledigten Ziffern der Ausschussempfehlungen ab. Wer stimmt zu? – Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat entsprechend **Stellung genommen**.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 15:**

Entwurf eines Gesetzes zur **Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten** und zur **Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs** für Asylbewerber und geduldete Ausländer (Drucksache 183/14)

Ich erteile das Wort Frau Staatsministerin Alt (Rheinland-Pfalz).

Irene Alt (Rheinland-Pfalz): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu einer ersten Beratung liegt dem Bundesrat heute der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu sicheren Herkunftsstaaten und zu Arbeitserleichterungen für Geduldete und Asylantragsteller vor. Damit sind

*1) Anlage 5

(C)

(D)

Irene Alt (Rheinland-Pfalz)

- (A) zwei Dinge miteinander verknüpft worden, die im Grunde genommen nichts miteinander zu tun haben.

Lassen Sie mich zunächst das grundsätzlich positive Element ansprechen: die Änderung beim Zugang zu Jobs für Geduldete und Asylbewerber. Hier wird die Frist verkürzt, nach der die Arbeitsverwaltung die Arbeitsaufnahme erlauben kann. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber noch besser wäre der freie Zugang zum Arbeitsmarkt.

Das zweite Element des Entwurfs ist allerdings bei Weitem kritischer.

Die Lage der Roma in Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina ist prekär; man kann es nicht anders sagen. In Mazedonien liegt die Lebenserwartung der Roma zehn Jahre unter der Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung. Die Kindersterblichkeit ist bei den Roma im Vergleich zur Gesamtbevölkerung doppelt so hoch. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen stellt fest – ich zitiere –: „Sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch in Serbien als auch in Mazedonien kommt es wiederholt zu Misshandlungen bis hin zur Folter durch die Polizei und andere Exekutivorgane.“

Diese drei Länder will die Bundesregierung mit einer Gesetzesänderung nun zu sicheren Herkunftstaaten erklären. Das zielt vor allem auf die Roma-Flüchtlinge ab; denn der Großteil der Asylsuchenden aus diesen drei Ländern sind Roma. Aus Serbien sind es über 90 Prozent.

- (B) Die EU-Kommission zählt Roma übrigens zu den am meisten diskriminierten Gruppen Europas. Die Bundeskanzlerin selbst hat sich erst vor kurzem dazu bekannt, dass sie Sinti und Roma im Kampf um ihre Rechte unterstützen möchte. Das sehe ich durch diesen Gesetzentwurf allerdings nicht gegeben.

Ja, es ist richtig: Nicht jeder Rom ist automatisch asylberechtigt. Die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit in diesen drei Ländern begründet noch keine flüchtlingsrelevante Verfolgung. Das europäische Flüchtlingsrecht kann aber Diskriminierungen und Ausgrenzungen zusammengefasst durchaus als Verfolgung ansehen. Ebenso können die Ausgrenzung der Roma von sauberem Trinkwasser, von medizinischer Versorgung oder von Bildung sowie die Zwangsräumung von Siedlungen zusammengefasst eine Verfolgung darstellen.

Genau deswegen müssen Asylanträge auch von Menschen aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina mit besonderer Sorgfalt und individuell geprüft werden. Die Einstufung als sichere Herkunftsländer hätte aber gerade keine sorgfältige Prüfung zur Folge; denn sie gibt pauschal bereits ein Prüfungsergebnis vor. In dieser Pauschalität werden die Betroffenen dann auch zum Beispiel auf einen verkürzten Rechtsweg und auf Gerichtsverfahren verwiesen, in denen sie sich nur schriftlich äußern dürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann die vorgeschlagene Änderung auch aus einem anderen Grund nur schwer nachvollziehen: Das Asylrecht

(C) enthält bereits heute Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung, und diese Möglichkeiten kommen auch zum Einsatz. Daher gehen Expertinnen und Experten davon aus, dass eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat in der Praxis gar keine nennenswerte Auswirkung haben wird. Deshalb ist es nicht realistisch, wenn das Bundesinnenministerium davon ausgeht, dass durch die in den Blick genommene rechtliche Änderung die Zugangszahlen wie erhofft gesenkt werden können. Das wird nur gelingen, wenn sich die Situation in den Herkunftstaaten verbessert. Ich appelliere auch an dieser Stelle noch einmal an die Bundesregierung, alle Möglichkeiten – auch im Rahmen der EU – zu nutzen und auszuschöpfen, um dort zu helfen und zu unterstützen.

Wir können deswegen heute dem Ausschussvotum, keine Einwendungen zu erheben, nicht folgen. Wir wissen ja: Wir stehen erst am Anfang der Beratungen, dann erfahren die Gesetze unter Umständen noch Änderungen. Wir verschließen uns vernünftigen Vorschlägen nicht und bieten natürlich auch gerne unsere Mitarbeit daran an. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Alt!

Der federführende Innenausschuss und der mitberatende Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik empfehlen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Wer dafür ist, keine Einwendungen zu erheben, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist eine Minderheit.

(D) Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf **keine Stellungnahme beschlossen.**

Wir kommen zu **Punkt 30:**

Entwurf eines Gesetzes zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für Lebensversicherte (**Lebensversicherungsreformgesetz – LVRG**) (Drucksache 242/14)

Ich erteile Herrn Minister Dr. Markov (Brandenburg) das Wort.

Dr. Helmuth Markov (Brandenburg): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat 2005 entschieden, dass Versicherte einen Anspruch auf Beteiligung an Vermögenswerten haben, die durch ihre Zahlungen geschaffen worden sind. Der vorliegende Gesetzentwurf lässt – theoretisch – eine komplette Streichung der Beteiligung an Bewertungsreserven zu. Insofern steht die Frage im Raum, ob diese Regelung im Einklang mit Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 14 Absatz 1 des Grundgesetzes steht.

Nachdem Ende 2012 die Kürzung der Bewertungsreserven auf dem Rücken des SEPA-Begleitgesetzes in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durch den Bundesrat gebracht werden sollte, sehen wir uns heute wieder mit einem Gesetz konfrontiert, das wir im Eilverfahren beschließen sollen. Offenbar hat die Bundesregierung diesbezüglich wenig aus dem sich

Dr. Helmuth Markov (Brandenburg)

- (A) damals anschließenden, von Brandenburg mit Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz initiierten – wenn auch erfolglosen – Vermittlungsverfahren gelernt. Der Bundesrat hielt den Rückgriff auf Bewertungsreserven und die Trennung bei der Überschussbeteiligung für nicht hinnehmbar. Zudem hatte die Bundesregierung per Protokollerklärung zugesagt, gesetzgeberische Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene zu prüfen.

Heute blicke sicherlich nicht nur ich mit Unverständnis und erheblichem Ärger auf einen Gesetzesentwurf mit absurd kurzer Beratungsfrist – dies gar vom Normenkontrollrat beim Bundeskanzleramt gerügt –, die nicht nur den Gesetzgeber, sondern auch kompetente Vertreter der Verbraucherschutzverbände brüskiert. Dieses in meinen Augen rüde „Durchsetzen-Wollen“ eines Gesetzes steht in keinem Verhältnis zu seinen enormen Auswirkungen.

Es gibt in Deutschland rund 92 Millionen Lebensversicherungsverträge. Alle diese Kundinnen und Kunden verdienen ein gründliches Gesetz, das ihnen erst dann möglicherweise Leistungen kürzt, wenn alle anderen Varianten ausgeschöpft sind. Ihnen bliebe bei einem Inkrafttreten von Teilen des Gesetzes bereits im kommenden Juli keine Zeit zu prüfen, ob sie ihre Versicherung nach der geltenden Rechtslage vorzeitig kündigen sollen oder ob es günstiger ist, den Vertrag laufen zu lassen.

- (B) Das heute bestehende Niedrigzinsumfeld, welches strukturelle Probleme der Lebensversicherungsbranche hat sichtbar werden lassen, auf die mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf reagiert werden soll, ist Folge der in der Euro-Zone seit Jahren herrschenden Finanzpolitik. Daher kann der Gesetzentwurf innerhalb eines so gesetzten makroökonomischen Rahmens weder fair sein noch trägt er zur Stabilisierung der Lebensversicherungsbranche bei.

Man muss kein Freund des Produktes „Lebensversicherung“ oder der Berufsgruppe der Versicherungsvermittler sein, doch dieses Produkt ist in den vergangenen Jahrzehnten – im Übrigen nach der Wende auch in Ostdeutschland – von der Branche als zentraler Baustein der privaten Altersvorsorge massenhaft verkauft und über viele Jahre hinweg steuerlich gefördert worden. Heute, da bestimmte Risiken dieses vermeintlich so sicheren Produktes offenbar werden, ruft die Branche, deren Kernkompetenz eigentlich die Beurteilung von Risiken sein sollte, nach dem Gesetzgeber, damit er ihr das lästige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 2005 zur Beteiligung der Kunden an den Bewertungsreserven vom Halse schaffen möge.

Diese Form der Risikobewältigung werden viele mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, die bei Vertragsende von ihrem Lebensversicherer weniger erhalten, als ihnen vorgerechnet wurde. Sie werden sich fragen, warum die Bundesregierung einen Schutzschirm für die Lebensversicherer aufspannt, ohne darzulegen, ob deren Geschäftsmodell mittel- und langfristig überhaupt tragfähig ist.

- (C) Die Branche hat jedenfalls im Zeitraum von 2008 bis 2012 prächtigst verdient. Nach Angaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht betrugen die Überschüsse der Lebensversicherer in diesem Zeitraum fast 50 Milliarden Euro. 50 Milliarden Euro Überschüsse! Man muss sich fragen, welche gesetzgeberischen Initiativen zu Lasten der Versicherten die Branche von der Bundesregierung verlangen wird, wenn sie im nächsten Fünfjahreszeitraum möglicherweise nur noch Überschüsse in Höhe von 25 Milliarden Euro erzielt.

Niemand kann heute prognostizieren, welche Entwicklung das Zinsniveau in den nächsten Jahren wirklich nehmen wird. Wenn heute auf Grund eines möglichen Szenarios ein Gesetz verabschiedet wird, bleibt die verminderte Beteiligung der Versicherten aber geltendes Recht, selbst wenn die Zinsen wieder steigen. Es darf ja wohl bezweifelt werden, dass unter diesen Voraussetzungen in der Zukunft nicht wieder Gründe erfunden werden, warum das abgesenkte Niveau beibehalten werden muss.

Ich halte daher eine Befristung der Regelung für den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Zudem müssen die Versicherten darüber informiert werden, in welcher Höhe ihnen die Beteiligung an den Bewertungsreserven gekürzt wurde.

- (D) Eine Festlegung näherer Einzelheiten zur Berechnung des Sicherungsbedarfs im Rahmen einer Rechtsverordnung, die auch noch auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übertragen werden kann, entspricht nicht den üblichen und gerade hier zwingenden Transparenzanforderungen. Deshalb sollten zumindest die wesentlichen Kriterien zur Berechnung des Sicherungsbedarfs gesetzlich geregelt werden.

Der Gesetzentwurf und das Gesetzgebungsverfahren, welche keine angemessene inhaltliche Auseinandersetzung mit den vorgeschlagenen Regelungen zulassen, entsprechen bislang in keiner Weise den Mindestanforderungen an eine gute Gesetzgebung. Aus diesem Grund möchte ich an Sie appellieren, zumindest den mehrheitlichen Empfehlungen des Ausschusses, resultierend aus Anträgen besorgter Landesregierungen – quer zu den Parteifarben –, zuzustimmen, um ein wenig mehr Klarheit hinsichtlich der zu erwartenden Auswirkungen des Gesetzes und besserer Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Berechnungen zu erlangen.

Denn im Kern geht es um den Vertrauensschutz und die zu wahrenen Rechte der Versicherten nach wenigen einfachen Regeln: Gewinne aus Kundengeldern müssen den Kunden auch zustehen! Druck und Verunsicherung für Millionen Versicherungskunden sind ein politisches Armutszeugnis.

Die private, kapitalmarktorientierte Altersvorsorge gehört auf den Prüfstand und braucht eher gesetzlichen Schutz, um das Schröpfen der Versicherten zu unterbinden. Dafür müssen Politik und Gesetzgeber eintreten. Dazu sind wir gemeinsam aufgefordert. – Danke schön.

(A) **Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Markov!

Ich erteile das Wort Frau Senatorin Prüfer-Storcks (Hamburg).

Cornelia Prüfer-Storcks (Hamburg): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben mehr Lebensversicherungsverträge in Deutschland, als das Land Einwohner hat, und bei der privaten Altersvorsorge der Bevölkerung spielt dieses Instrument immer noch eine herausragende Rolle. Ob zu Recht oder zu Unrecht, darüber müssen wir nicht diskutieren. Aber das zeigt doch, dass der Stabilisierung der Lebensversicherung in der heutigen Zeit, also in einem andauernden und historisch niedrigen Zinsumfeld, für viele Menschen in Deutschland große Bedeutung zukommt.

Deshalb war es richtig, dass der Bundesrat den Versuch der letzten Bundesregierung, dieses im SEPA-Begleitgesetz, sozusagen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle, zu regeln, und zwar einseitig zu Lasten der Versicherten, gestoppt hat, so dass diese Regelung nicht in Kraft getreten ist. Aber der Handlungsbedarf ist geblieben. Deshalb ist es gut, dass uns jetzt ein neuer Entwurf des Gesetzes vorliegt, der insgesamt doch zu einem fairen Interessenausgleich kommt, übrigens nicht nur zwischen der Versicherungswirtschaft und den Versicherungsnehmern, sondern auch zwischen Altkunden und Neukunden.

(B) Der Handlungsbedarf liegt auf der Hand: Auf Seiten der Versicherungswirtschaft ist es schwierig, bei den seit Jahren sinkenden Kapitalmarktzinsen die Versicherungsprämien ihrer Kunden rentierlich anzulegen und außerdem die hohen Garantieverprechen der Vergangenheit einzulösen.

Auf der anderen Seite haben wir aber auch heute schon eine Belastung der Versicherten; denn sie müssen seit Jahren sehen, dass die Auszahlungssummen, die ihnen in Aussicht gestellt wurden, in dem Niedrigzinsumfeld nach und nach zusammenschmelzen.

Es ist richtig, dass der Gesetzentwurf an vielen Stellschrauben ansetzt und insgesamt zu einem ausgewogenen Paket kommt. Stellschrauben sind die Beteiligung an den Bewertungsreserven, aber auch Beschränkungen bei der Dividendenausschüttung für Versicherungsunternehmen oder den Aufsichtsrechten der BaFin.

Der Versuch, einen angemessenen Ausgleich der Interessen der Altkunden und der Neukunden zu suchen, ist der richtige Weg. Das entspricht auch einem Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz, der gerade gefasst worden ist, nämlich einen fairen Interessenausgleich zwischen all diesen Seiten zu finden und insgesamt für die Versicherungskunden bei Fragen der Bewertungsreserven, bei Fragen der Überschussbeteiligung für mehr Transparenz zu sorgen.

Das betrifft auch einen Punkt, bei dem ich sage, dass das Paket nicht ganz gelungen ist: die Möglich-

(C) keit der Altkunden, auf die neue Regelung zu reagieren. Altkunden, deren Verträge in naher Zukunft auslaufen, können durch die neue Regelung unter Umständen Einbußen in beachtlicher Höhe erleiden. Sie sollten doch eine Chance haben, auf einer gesicherten Informationsgrundlage zu entscheiden, ob sie ihren Vertrag weiterlaufen lassen oder angesichts der Änderung der Beteiligung an den Bewertungsreserven lieber kündigen.

Dazu braucht man in jedem Einzelfall valide Auskünfte seines Versicherungsunternehmens. Diese können Altkunden im Moment aber nicht bekommen; denn das Gesetz ist noch nicht in Kraft. Ich finde, es sollte eine Regelung vorgesehen werden, die den Versicherten die Möglichkeit gibt, nach Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag die erforderlichen Informationen bei ihrem Versicherungsunternehmen einzuholen, um auf dieser Grundlage über die Fortführung oder die Kündigung ihres Vertrages zu entscheiden.

Ich bin der Meinung, Versicherungsnehmer sollten, wenn es um die eigene Lebensversicherung, wenn es um die Alterssicherung geht, das Recht haben, eine fundierte Entscheidung zu treffen. Sie sollten nicht mit einer Regelung sozusagen überrumpelt werden, die dann schon in Kraft ist und ihnen diese Entscheidungsmöglichkeit nicht mehr gibt.

Deshalb hat der Agrar- und Verbraucherschutzausschuss des Bundesrates auf Vorschlag Hamburgs empfohlen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens auf den 1. Januar 2015 hinauszuschieben. Ich bitte Sie, dieses Anliegen zu unterstützen. – Vielen Dank.

(D) **Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren:** Vielen Dank, Frau Senatorin Prüfer-Storcks!

Ich erteile das Wort Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Kampeter (Bundesministerium der Finanzen).

Steffen Kampeter, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die diese Bundesregierung tragenden Parteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, „Lösungsvorschläge zum Umgang mit den Folgen eines lang anhaltenden Niedrigzinsumfeldes (zu) erarbeiten und generationengerecht im Interesse der Versicherten-gemeinschaft geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Risikotragfähigkeit und Stabilität der Lebensversicherungen (zu) treffen“. Das ist der Auftrag, den die Bundesregierung vom Parlament erhalten hat.

Infolge der Finanzkrise sind die Kapitalmarktzinsen auf historische Tiefststände gesunken, und Zinssteigerungen sind derzeit nicht in Sicht. Dies ist nicht nur, aber auch für die deutsche Lebensversicherung eine große Herausforderung.

Lassen Sie mich aber auch festhalten: Der Garantiezins der Versicherungsverträge beträgt derzeit im Durchschnitt 3,2 Prozent und liegt damit deutlich über der am Kapitalmarkt auf einem sicheren Niveau

Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter

(A) zu erzielenden Rendite. Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass innerhalb und außerhalb dieses Hauses gelegentlich Zweifel an dem Produkt geäußert werden. Deswegen verweise ich auf die Fakten. Dagegen ist die Verzinsung zehnjähriger Bundesanleihen in den letzten Jahren stetig gesunken und liegt derzeit bei 1,4 Prozent.

Noch liegen die derzeitigen durchschnittlichen Kapitalerträge der Lebensversicherer über dem gesetzlichen Garantiezins, aber sie werden in den nächsten Jahren abnehmen, wenn die Kapitalmarktzinsen – und das ist die Annahme – auf diesem niedrigen Niveau bleiben.

Wenn wir in die Bilanzen der Lebensversicherer schauen, sehen wir das noch nicht. Aber es ist Aufgabe vorsorgender Politik, nicht nur an die nächsten Wochen und Monate zu denken, sondern auch die langfristigen Stabilitätseffekte im deutschen Versicherungswesen zu berücksichtigen. Deswegen können wir heute schon festhalten, dass im Zeitverlauf niedrige Zinsen zu Verlusten und damit zum Verzehr von Eigenkapital und zur Verringerung der Stabilität in diesem Bereich führen werden. Das ist ähnlich wie beim demografischen Wandel: Wenn es soweit ist, kann man nicht mehr umsteuern; denn die langfristigen Garantien gegenüber den Versicherten wollen und können wir nicht ändern.

(B) Deswegen haben wir die Analyse der Deutschen Bundesbank in die Überlegungen zum Gesetzentwurf miteinbezogen, die die Auswirkungen eines Stressszenarios mit niedrigen Zinsen auf die Lebensversicherer in Deutschland untersucht hat. Demnach wäre bei einem Niedrigzinsszenario rund ein Drittel der Lebensversicherer im Jahr 2023 nicht mehr in der Lage, die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen. Dies ist die eigentliche Herausforderung: Wir müssen auf der einen Seite die aktuellen Probleme lösen, auf der anderen Seite gleichzeitig die Perspektive der langfristigen Stabilität der Unternehmen und damit auch der Zusagen gegenüber den Versicherten einhalten.

Deswegen hat die Deutsche Bundesbank in ihrem Finanzstabilitätsbericht regulatorische Maßnahmen eingefordert. Der Internationale Währungsfonds hat sich jüngst diesem Votum angeschlossen, und die Bundesregierung hat diese Überlegungen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aufgegriffen.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Lebensversicherer auch langfristig in der Lage sind, gegenüber den Versicherten ihre Zusagen zu erfüllen. Wir haben dazu in dieser Legislaturperiode unter der Federführung meines Kollegen Michael Meister auch informelle Gespräche zur Unterrichtung über den Stand unserer Überlegungen aufgenommen, und ich möchte mich dafür bedanken, dass beispielsweise der Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen, aber auch sein Kollege aus Hessen im Grundsatz unserer Analyse und den möglichen Schlussfolgerungen zugestimmt haben.

Wir wollen ökonomisch ungerechtfertigte Mittelabflüsse aus den Versicherungsunternehmen unterbin-

(C) den. Es gibt drei Bereiche, die wir im Fokus haben: erstens übermäßige Dividenden bei den Aktionären, zweitens hohe Kosten der Verwaltung und des Vertriebs und drittens unverhältnismäßige Überschussbeteiligungen, die nur einem Teil der Versicherten, beileibe nicht allen, zufließen. Unser Fokus ist klar: Es geht um die Sicherung der Garantieleistungen der Versicherten durch einen fairen Interessenausgleich bei den unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten auf eventuelle Gewinne und Erträge.

Deswegen schlagen wir Ihnen mit dem Gesetzentwurf ein ausgewogenes Maßnahmenpaket vor, das nicht nur einen bestimmten Aspekt beschreibt. Es soll für eine gerechtere Beteiligung aller Versicherten an den Bewertungsreserven festverzinslicher Wertpapiere sorgen. Die geltenden Beteiligungsregeln sind nicht gerecht; denn sie berücksichtigen die Auswirkung der niedrigen Zinsen auf die Finanzierbarkeit langfristiger Garantien nicht.

Frau Kollegin, Sie haben vorhin nach Alt- und Neukunden unterschieden. Es ist im Fokus der Bundesregierung, Alt- und Neukunden fair zu behandeln und keine Versichertenkohorte gegen eine andere auszuspielen beziehungsweise wirtschaftlich zu bevorzugen.

(D) Die Neuregelung steht eindeutig im Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2005, Herr Kollege Markov. Das Gericht hat damals klargestellt, dass sich die Ausschüttung der Bewertungsreserven nicht ausschließlich am Interesse der ausscheidenden Versicherten ausrichten darf. Der Grundgedanke der Risikogemeinschaft und der Interessenausgleich unterschiedlicher Versichertengruppen muss bei der Ausschüttung berücksichtigt werden. Die Neuregelung, die wir im Gesetzentwurf vorschlagen, schafft einen intertemporalen Gerechtigkeitsausgleich, wie ich es nennen möchte, zwischen verschiedenen Kohorten der Versicherten. Sie trägt erheblich dazu bei, dass die langfristigen Garantiezusagen gegenüber den verbleibenden Versicherten erfüllt werden können.

Wir können und müssen aber auch die Aktionäre in die Pflicht nehmen. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, ein Ausschüttungsverbot oder eine Ausschüttungsbeschränkung festzulegen, insbesondere wenn die Garantiezusagen nicht ausfinanziert sind. Dies führt zu Minderabflüssen in den Unternehmen in Höhe von 800 Millionen Euro, die wir zur Erfüllung von Zusagen gegenüber zukünftigen Versicherten erhalten können.

Der Beitrag der Aktionäre ist auch deshalb erforderlich, weil die Bewertungsreserven volatil sind und sich durch Marktschwankungen erheblich verringern können. Es sind Buchgewinne, keine tatsächlichen Gewinne. Dies ist das Kennzeichen von Bewertungsreserven. Um die Garantieleistungen der Versicherten zu sichern, muss man die Anstrengungen aller Beteiligten in den Fokus nehmen.

Der Gesetzentwurf sieht einen Gleichklang der Neuregelung zu den Bewertungsreserven und der Ausschüttungssperre vor. Beide werden wirksam,

Parl. Staatssekretär Steffen Kampeter

- (A) wenn die Garantiezusagen des Versicherers nicht ausfinanziert sind.

Die Begrenzungen der Beteiligung an den Bewertungsreserven und der Dividenden werden nur so lange bestehen, wie die Garantiezusagen nicht ausfinanziert sind. Bei gleichbleibenden Zinsverhältnissen werden die Begrenzungen nach spätestens zehn Jahren entfallen. Insoweit sind die Regelungen befristet.

Schließlich passen wir die Überschussbeteiligung der Versicherten an das Niedrigzinsumfeld an, ohne bedenkliche Mittelabflüsse aus den Unternehmen zuzulassen. Die Versicherten werden künftig mit 90 statt bisher 75 Prozent an den Risikoüberschüssen beteiligt. Gleichzeitig wird es künftig für Versicherer einfacher sein, Fehlbeträge bei der Erwirtschaftung der Garantiezinsen mit Überschüssen aus anderen Quellen auszugleichen.

Neben den ausscheidenden Versicherten und den Aktionären ist eine Beteiligung des Versicherungsvertriebs notwendig und in der Sache geboten. Das ist der dritte Teil unseres Gesetzentwurfs.

Wir wollen die Kostentransparenz erhöhen und die Lebensversicherer zu Kostensenkungen im Vertrieb anhalten. Dieses Anliegen wird aus dem Bereich der Verbraucherschutzorganisationen immer vorgetragen. Dazu senken wir den Satz, zu dem die Lebensversicherer die Abschlusskosten im Neugeschäft auf die Folgejahre vortragen können, deutlich. Damit wird dieser Betrag an das neue Zinsumfeld angepasst und erheblicher Druck auf Kostensenkung im Versicherungswesen ausgeübt. Dadurch entfallen Anrechnungsmöglichkeiten von gut 1 Milliarde Euro. Für die Versicherer entsteht ein Anreiz, die Abschlusskosten zu verringern und das System der Einmalprovisionen bei Vertragsabschluss zu überdenken.

(B)

Im Übrigen – das muss man genauso deutlich sagen – wird entsprechend den Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung und der Versicherungsaufsicht für Neuverträge ab 2015 der Garantiezins von 1,75 auf 1,25 Prozent abgesenkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Lebensversicherer sollen in Zukunft durch ein verbessertes Risikomanagement Risiken früher erkennen und danach handeln. Zudem sollen die Handlungsmöglichkeiten der Aufsicht gestärkt werden, um problematischen Entwicklungen früher und effektiver begegnen zu können. Dafür soll die Aufsicht beispielsweise mehrjährige Prognoserechnungen und Sanierungspläne von den Versicherern einfordern.

In den Ausschussberatungen sind mehrere Vorschläge gemacht worden, die Aspekte, die nicht unmittelbar mit dem Niedrigzinsumfeld zu tun haben, in die Debatte einzuführen. Die Vorschläge aus dem Ausschuss, von denen Sie, Frau Kollegin, gesprochen haben, sind selbstverständlich sorgfältig zu prüfen.

Ich bin aber der Auffassung, dass wir überlegen sollten, sie nicht in diesen Gesetzentwurf zu packen.

Sie sollten in anderen, weniger zeitkritischen Verfahren erörtert werden. Ich verweise darauf, dass wir beispielsweise die geplanten Maßnahmen zur Stärkung der Honorarberatung hierfür nutzen könnten. Je später die Regelungen in Kraft treten, umso schwieriger wird der von mir beschriebene Interessenausgleich zwischen den drei Gruppen. Dass uns dies in der vergangenen Legislaturperiode nicht gelungen ist, ist ein Faktum. Heute haben wir die Verpflichtung, auch unter Zeitgesichtspunkten entsprechend zu handeln.

Mit dem Entwurf eines Lebensversicherungsreformgesetzes liegt Ihnen also ein ausgewogenes Maßnahmenpaket vor, das in der Überschussbeteiligung für Gerechtigkeit zwischen den Generationen der Versicherten sorgt, das vorzeitige und übermäßige Ausschüttungen an Aktionäre verhindert, das Abschluss- und Verwaltungskosten senkt und die Prävention seitens der Versicherer und der Aufsicht stärkt. Das Paket enthält die notwendigen Maßnahmen, um die Stabilität der Lebensversicherung im Niedrigzinsumfeld zu bewahren und die Versicherten zu schützen.

Ich bitte Sie, das Paket rasch und zügig gemeinsam zu beraten. Es ist für die Versichertengemeinschaft und für die Stabilität des deutschen Versicherungsmarktes ein wichtiger, unverzichtbarer, rasch zu verwirklichender Beitrag. – Herzlichen Dank.

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Kampeter!

Eine **Erklärung zu Protokoll*** hat Herr **Staatsminister Dr. Beermann** (Sachsen) abgegeben.

Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor. Daraus rufe ich auf:

Ziffer 1! – Minderheit.

Ziffer 2! – Minderheit.

Ziffer 3! – Minderheit.

Ziffer 4! – Minderheit.

Ziffer 5! – Minderheit.

Ziffer 6! – Minderheit.

Ziffer 7! – Minderheit.

Ziffer 8! – Minderheit.

Ziffer 9! – Minderheit.

Ziffer 10! – Minderheit.

Ziffer 11! – Minderheit.

Ziffer 12! – Minderheit.

Ziffer 13! – Minderheit.

Ziffer 14! – Minderheit.

*) Anlage 6

(C)

(D)

Amtierende Präsidentin Dr. Angelica Schwall-Düren

(A) Ziffer 15! – Minderheit.

Ziffer 16! – Minderheit.

Ziffer 17! – Minderheit.

(Jürgen Gnauck [Thüringen]: Frau Präsidentin, können wir bitte noch einmal zählen!)

Zu Ziffer 17 bitte noch einmal Ihr Handzeichen! – Wir kommen immer noch auf 34 Stimmen; wir zählen noch einmal. Bitte noch einmal Ziffer 17! – Mehrheit.

Sie hatten recht. Man muss nur oft genug zählen.

(Heiterkeit)

Ziffer 18 bitte! – Minderheit.

Ziffer 19! – Minderheit.

Bitte das Handzeichen für Ziffer 20, und zwar auf Wunsch eines Landes zunächst ohne den letzten Satz! – Minderheit.

Nun der letzte Satz der Ziffer 20! – Minderheit.

Jetzt noch das Handzeichen für Ziffer 21! – Minderheit.

Damit hat der Bundesrat **Stellung genommen**.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 18:**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über **persönliche Schutzausrüstungen** (Drucksache 116/14, zu Drucksache 116/14)

(B) Uns liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir stimmen über die Ausschussempfehlungen ab. Zur Einzelabstimmung rufe ich auf:

Ziffer 4! – Mehrheit.

Ziffer 8! – Mehrheit.

Bitte Ihr Handzeichen für alle noch nicht erledigten Ziffern der Ausschussempfehlungen! – Das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat entsprechend **Stellung genommen**.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 21:**

Verordnung über die Durchführung von Mitteilungen nach §§ 58a und 58b des Arzneimittelgesetzes (**Tierarzneimittel-Mitteilungendurchführungsverordnung** – TAMMitDurchfV) (Drucksache 177/14)

Ich erteile das Wort Herrn Minister Rimmel (Nordrhein-Westfalen).

Johannes Rimmel (Nordrhein-Westfalen): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das 16. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes ist am 1. April dieses Jahres in Kraft getreten. Am 1. Juli beginnt der erste Erfassungszeitraum der Antibiotikaanwendungen bei bestimmten Tieren, die zum Zweck der Mast gehalten werden.

(C) Es ist gut, dass die Erfassung endlich beginnt. Es ist auch gut, dass mit der Verordnung alle Beteiligten Klarheit darüber erhalten, wie die elektronischen Meldungen zu erfolgen haben. Das schafft Sicherheit und erspart unnötige Nachfragen.

(Vorsitz: Amtierende Präsidentin Margit Conrad)

Weniger gut ist, dass die in der Verordnung, über die wir heute abstimmen, vorgesehenen Ausnahmen von der Meldepflicht viel zu weit gehen. Die im Entwurf hinsichtlich der zur Mast bestimmten Tiere als Untergrenze der Mitteilungspflicht festgesetzten Zahlen – 250 Schweine, 1 000 Mastputen, 10 000 Masthühner – sind deutlich zu hoch. In Sachen Antibiotika und Tiermast kommt einem zeitweise die Erinnerung an eine altertümliche Sage: Ist der Hydra an der einen Stelle der Kopf abgeschlagen worden, entstehen an anderer Stelle zehn neue.

Ich bitte darum, dass die Empfehlungen des Gesundheitsausschusses in der Verordnung zum Tragen kommen. Der Gesundheitsausschuss schlägt vor, die Grenze bei 100 Schweinen, 100 Mastputen und 1 000 Masthühnern zu ziehen, das heißt, die Zahlen nach unten zu korrigieren.

Gleiches gilt für die Empfehlung des Ausschusses für Agrarpolitik und Verbraucherschutz, § 2 Satz 2 zu streichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es nach mir ginge, brauchten wir überhaupt keine Untergrenzen, und das aus folgenden Gründen:

(D) In allen Betrieben mit gesundheitlichen Problemen, die bisher zu einem relativ unkritischen Einsatz von Antibiotika geführt haben, sollte darüber nachgedacht werden, ob es nicht anders geht. Wir haben nach wie vor ein Antibiotikaproblem. Die absolute Menge an Antibiotika ist zu hoch. Deshalb sollte sich die Einstellung zur Tiergesundheit insgesamt ändern.

Alle in Frage kommenden Betriebe sollten verpflichtet werden zu analysieren, wie sie die Tiergesundheit verbessern können, auch wenn das gegebenenfalls eine Änderung des Haltungssystems bedeutet. Wir müssen uns zukünftig mehr der Frage zuwenden, welche Zusammenhänge zwischen der Art und Weise, wie Tiere gehalten werden, und der Tiergesundheit bestehen. Es wäre das falsche Signal, wenn wir mit zu hohen Untergrenzen, wie sie im Entwurf der Bundesregierung vorgesehen sind, viele Betriebe zu einem Weiter-so animieren und insoweit den Hebel nicht richtig ansetzen würden.

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Wir müssen lernen, den Einsatz von Antibiotika bei landwirtschaftlichen Nutztieren in einen eigenen Bedeutungszusammenhang zu bringen; sonst werden wir den aus der gesamtgesellschaftlichen Brisanz des Themas resultierenden Anforderungen nicht gerecht. Vor über zehn Jahren gab es keine Diskussion über multiresistente Keime; man kannte diese nicht. Heute sind sie bei jedem Patienten, in jedem Krankenhaus, in jeder Familie, an jedem Kaffeetisch Thema. Wir haben ein massives Problem mit überhöhtem Einsatz von Antibiotika.

Johannes Remmel (Nordrhein-Westfalen)

(A) Genau deshalb haben wir gemeinsam die 16. Novelle auf den Weg gebracht. Aber wer A sagt, muss auch B sagen und kann über das B nicht wieder zur Auflösung von A kommen.

Vor diesem Hintergrund muss weiterhin über die nächste Stufe nachgedacht werden, insbesondere über das Dispensierrecht für Tierärzte. Es ist eine Eigentümlichkeit, dass diejenigen, die eine Krankheit beschreiben beziehungsweise analysieren und eine Therapie vorschlagen, gleichzeitig die Medikamente liefern.

Wir müssen uns insgesamt dem Antibiotikaproblem stellen. Deshalb gilt es, die Antibiotikadatenbank ans Laufen zu bringen, aber gleichzeitig schon die Evaluierung im Auge zu haben.

Ich erinnere noch einmal an die Verordnungsermächtigung zur Einbeziehung weiterer Sachverhalte. Es geht zum Beispiel um die Fische und darum, dass das bundesweite Forschungsvorhaben auf den Weg zu bringen ist.

Aber nun gilt es, die Verordnung zu verabschieden. Ich bitte Sie noch einmal, den Empfehlungen der beteiligten Ausschüsse zu folgen. – Vielen Dank.

Amtierende Präsidentin Margit Conrad: Vielen Dank, Herr Minister Remmel!

(B) Ich erteile das Wort der Frau Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Flachsbarth vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Dr. Maria Flachsbarth, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fast genau einem Jahr hat der Bundesrat dem Ergebnis des Vermittlungsverfahrens zur 16. AMG-Novelle zugestimmt.

Bundesrat und Bundestag waren geeint in dem Ziel, neue Wege zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes zu beschreiten. Damals war ein langes und fachlich kompliziertes Gesetzgebungsverfahren zu Ende gegangen. Den Ausschlag gab der erkennbare Wille aller zur Einigung – im Interesse der Sache. Auch heute geht es wieder um die Minimierung des Antibiotikaeinsatzes im Hinblick auf die Eindämmung der Antibiotikaresistenz.

Zur Erinnerung: Ziel der 16. AMG-Novelle ist es, die Antibiotikaminimierung in der Nutztierhaltung zu beschleunigen, es dem Tierhalter zu ermöglichen, den Einsatz von Antibiotika und die Ursachen dafür in seinem Betrieb besser zu überprüfen und, wenn notwendig, zu reduzieren sowie der Tierarzneimittelüberwachung mehr Kontrollbefugnisse zu geben.

Es geht darum, den durchschnittlichen Antibiotikaverbrauch in den Betrieben zu ermitteln, um dann in den besonders krankheitsanfälligen Beständen den Gründen besser nachgehen zu können.

(C) Es geht darum, mehr Beratung durch den Tierarzt, gegebenenfalls durch den Amtstierarzt, und eine bessere Zusammenarbeit mit dem Landwirt im Hinblick auf das gesamte Stallmanagement zu ermöglichen – zum Wohl der Tiere, aber auch im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Tierhalter.

Nicht zuletzt geht es darum, für mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Nutztierhaltung zu sorgen; denn die Öffentlichkeit ist angesichts der Berichte über den Antibiotikaeinsatz bei Nutztieren und die erhöhten Antibiotikaresistenzen besorgt. Politik und Berufsstände müssen handeln.

Es geht nun an die technische Umsetzung dieser Ziele. Im Koalitionsvertrag steht, dass die gesetzlichen Regeln zur Verringerung des Antibiotikaeinsatzes unbürokratisch und praxisnah umgesetzt werden. Das BMEL sieht in der Tierarzneimittel-Mitteilungendurchführungsverordnung eine Regelung vor, die genau diesem Zweck – unbürokratische und praxisnahe Umsetzung – dient, ohne das fachliche Ziel, die Antibiotikaminimierung, aus dem Auge zu verlieren.

Die Festlegung von Bestandsuntergrenzen trägt zu einer Verringerung des Aufwandes für die Tierhalter bei. Es werden Mastbetriebe ausgenommen, die auf Grund der geringen Tierzahlen nur zu einem geringen Anteil zur Anwendung von Antibiotika beitragen. Bestandsuntergrenzen dürfen nach dem Arzneimittelgesetz in einer Verordnung nur dann festgelegt werden, wenn die Repräsentativität der Ermittlung der Kennzahlen für die Therapiehäufigkeit – und damit das Minimierungsziel – erhalten bleibt. Im Vordergrund steht daher natürlich nicht der Wettbewerb: „Wer hat die niedrigsten Untergrenzen?“, sondern die adäquate Umsetzung dieser Regelung. (D)

Wichtig für die Bundesländer war in den Diskussionen schließlich, dass die amtliche Überwachung durch die Schaffung von Bestandsuntergrenzen entlastet wird. Diesen Wunsch haben wir immer wieder gehört. Es wurde auf der Fachebene immer wieder darauf hingewiesen, dass die Überwachung einen immensen personellen Aufwand nach sich ziehen werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Tierarzneimittel-Mitteilungendurchführungsverordnung wird der Anwendungsbereich der 16. AMG-Novelle festgelegt. Am 1. Juli beginnt die Erfassung der Therapiehäufigkeiten. Im Rahmen der Überwachung wird es künftig wesentlich mehr Kontrollbefugnisse geben, die aber auch wahrgenommen werden müssen. Auch unter Berücksichtigung dieses Aspekts wird ein klares Votum des Bundesrates gebraucht, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen, nämlich die Minimierung des Antibiotikaeinsatzes, mehr Tierwohl und bessere Akzeptanz bäuerlicher Nutztierhaltung. – Herzlichen Dank.

Amtierende Präsidentin Margit Conrad: Vielen Dank!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Amtierende Präsidentin Margit Conrad

(A) Wir kommen zur Abstimmung. Dazu liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor. Ich rufe auf:

Ziffer 1! – Minderheit.

Ziffer 2! – Minderheit.

Ziffer 3! – Mehrheit.

Wir kommen zur Schlussabstimmung: Wer der **Verordnung** nach Maßgabe der vorherigen Abstimmung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

Dann ist so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 24:

Verordnung zur **Änderung der Abwasserverordnung, des Abwasserabgabengesetzes und der Rohrfernleitungsverordnung** (Drucksache 162/14)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor. Daraus rufe ich auf:

Ziffer 1! – Mehrheit.

Ziffer 2! – Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat der **Verordnung** entsprechend **zugestimmt**.

Tagesordnungspunkt 25:

Verordnung zur **Verlängerung der Frist** nach § 28 Absatz 12 Satz 1 **des Chemikaliengesetzes** (Drucksache 188/14)

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Abstimmung liegen Ihnen die Ausschussempfehlungen vor.

Wer ist dafür, der **Verordnung** entsprechend Ziffer 1 zuzustimmen? – Das ist die Mehrheit.

Dann ist so **beschlossen**.

Es bleibt noch abzustimmen über die empfohlene EntschlieÙung unter Ziffern 2 bis 4. Bitte Handzeichen! – Auch das ist die Mehrheit.

Damit hat der Bundesrat die **EntschlieÙung gefasst**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung. Herzlichen Dank!

Die **nächste Sitzung** des Bundesrates berufe ich ein auf Freitag, den 11. Juli 2014, 9.30 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 12.24 Uhr)

(C)

(B)

Feststellung gemäß § 34 GO BR

Einspruch gegen den Bericht über die 922. Sitzung ist nicht eingelegt worden. Damit gilt der Bericht gemäß § 34 GO BR als genehmigt.

(D)

(A) **Anlage 1****Erklärung**

von Staatsministerin **Irene Alt**
(Rheinland-Pfalz)
zu **Punkt 3** der Tagesordnung

Für die Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gebe ich folgende Erklärung zu Protokoll:

Die Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein begrüßen die gesetzliche Umsetzung der in der Praxis bereits anwendbaren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Februar 2013. Sie werden das vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz daher passieren lassen. Gleichwohl manifestiert das Gesetz weiterhin eine nicht zu rechtfertigende Ungleichheit zwischen der Lebenspartnerschaft und der Ehe im Adoptionsrecht. Dies belastet Lebenspartner, die gemeinsam Verantwortung für ein Kind übernehmen wollen, wie auch das Kind selbst.

Das Bundesverfassungsgericht hat in der genannten Entscheidung festgestellt, dass die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern können wie das Aufwachsen in einer Ehe. Weiter hat es darauf abgestellt, dass die Adoption durch zwei Lebenspartner die Rechtsstellung des Kindes bei Auflösung der Lebenspartnerschaft durch Trennung oder Tod verbessert.

(B) Mit der **Sukzessivadoption** ergibt sich für Lebenspartner die Möglichkeit, gemeinsam die elterliche Verantwortung zu übernehmen. Es ist daher nicht einsichtig, weshalb dies nicht auf direktem Weg zulässig sein soll. Auch aus dem Blickwinkel von Ehegatten ist es nicht zu rechtfertigen, dass Lebenspartner nach dem Gesetz – anders als Ehegatten (§ 1741 Absatz 2 Satz 2 BGB) – weiterhin allein ein Kind beziehungsweise Kinder annehmen dürfen. Abhilfe schafft auch insofern nur die vollständige Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft im Adoptionsrecht.

Die Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sprechen sich daher für die vollständige Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Adoptionsrecht aus.

Anlage 2**Umdruck 5/2014**

Zu den folgenden Punkten der Tagesordnung der 923. Sitzung des Bundesrates möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu dem Gesetz einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

Punkt 4

Gesetz zur **Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012** sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften (Drucksache 212/14)

II.

Dem Gesetz zuzustimmen:

Punkt 5

Gesetz zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Ausdehnung der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. .../2013 über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum **Schutz des Euro gegen Geldfälschung** (Programm „Pericles 2020“) auf die nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten (Drucksache 213/14)

III.

Zu den Gesetzentwürfen die in den zitierten Empfehlungsdruksachen wiedergegebenen Stellungnahmen abzugeben: (D)

Punkt 11

Entwurf eines Achten Gesetzes zur **Änderung des Weingesetzes** (Drucksache 182/14, Drucksache 182/1/14)

Punkt 14

Entwurf eines Gesetzes zur **Verringerung der Abhängigkeit von Ratings** (Drucksache 185/14, Drucksache 185/1/14)

IV.

Gegen die Gesetzentwürfe keine Einwendungen zu erheben:

Punkt 12

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG, EURATOM) Nr. 354/83 im Hinblick auf die **Hinterlegung der historischen Archive** der Organe **beim Europäischen Hochschulinstitut in Florenz** (Drucksache 148/14 [neu])

(A)

Punkt 16

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zweiten Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959 über die **Rechtshilfe in Strafsachen** (Drucksache 186/14)

V.**Entlastung zu erteilen:****Punkt 17**

Entlastung der Bundesregierung wegen der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung des Bundes **für das Haushaltsjahr 2012** (Drucksache 480/13, zu Drucksache 480/13, Drucksache 799/13, Drucksache 176/14)

VI.

Zu den Vorlagen die Stellungnahme abzugeben oder ihnen nach Maßgabe der Empfehlungen zuzustimmen, die in der jeweils zitierten Empfehlungsdruksache wiedergegeben sind:

Punkt 19

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über **Gasverbrauchseinrichtungen** (Drucksache 200/14, zu Drucksache 200/14, Drucksache 200/1/14)

(B)

Punkt 22

Verordnung zur **Änderung weinrechtlicher Vorschriften, der Alkoholhaltige Getränke-Verordnung und der Agrarmarktstrukturverordnung** (Drucksache 178/14, Drucksache 178/1/14)

VII.**Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:****Punkt 20**

Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2014 (**Rentenwertbestimmungsverordnung 2014** – RW-BestV 2014) (Drucksache 187/14)

Punkt 23

Verordnung zur Änderung der **Verbraucherinsolvenzdruckverordnung** (Drucksache 179/14)

Punkt 26

Erste Verordnung zur Änderung der **Bundeseisenbahngebührenverordnung** (Drucksache 180/14)

VIII.

(C)

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:**Punkt 27**

Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die technische Arbeitsgruppe „Digitales Lernen und Online Lernen“ im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung zur Implementierung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („**ET 2020**“) (Drucksache 204/14, Drucksache 204/1/14)

Punkt 28

Wahl des Präsidenten des Bundesrechnungshofes (Drucksache 214/14)

IX.**Den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag nicht einzubringen:****Punkt 6**

Entwurf eines Gesetzes zur **Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch** (Drucksache 195/14, Drucksache 195/1/14)

(D)

Anlage 3**Erklärung**

von Minister **Dr. Helmuth Markov**
(Brandenburg)
zu **Punkt 20** der Tagesordnung

Die **Rentenwertbestimmungsverordnung 2014** sieht die Festlegung der Rentenwerte ab dem 1. Juli 2014 vor. Danach wird der aktuelle Rentenwert ab dem 1. Juli 2014 auf 28,61 Euro festgesetzt. Der aktuelle Rentenwert (Ost) wird demgegenüber auf 26,39 Euro festgesetzt. Dies verdeutlicht, dass nach wie vor zwischen dem allgemeinen Rentenwert und dem Rentenwert (Ost) eine größere Lücke klafft. Für einen Entgeltpunkt wird aktuell in Westdeutschland eine um 2,22 Euro höhere Rente als in Ostdeutschland gewährt. Dies hat zur Folge, dass gleiche Lebenssachverhalte, zum Beispiel die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten, nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt werden. Auch 24 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland im Rentenrecht immer noch geteilt.

Die Landesregierung Brandenburg erwartet, dass der Rentenwert (Ost) in einem überschaubaren Zeitraum an den allgemeinen aktuellen Rentenwert angeglichen wird, um sicherzustellen, dass für die gleiche Anzahl an Entgeltpunkten in allen Ländern auch eine gleich hohe Rente gezahlt wird.

(A) **Anlage 4****Erklärung**

von Minister **Dr. Helmuth Markov**
(Brandenburg)
zu **Punkt 28** der Tagesordnung

Der **Präsident** beziehungsweise die Präsidentin **des Bundesrechnungshofes** wird gemäß § 5 Bundesrechnungshofgesetz (BRHG) durch den Deutschen Bundestag und den Bundesrat jeweils ohne Aussprache auf Vorschlag der Bundesregierung gewählt. Beim Amt des Präsidenten beziehungsweise der Präsidentin des Bundesrechnungshofes handelt es sich nicht um ein politisches Amt. Vielmehr ist der Präsident beziehungsweise die Präsidentin des Bundesrechnungshofes ein unabhängiger Beamter, eine unabhängige Beamtin auf Zeit, der/die nur dem Gesetz unterworfen ist und sich bei der Prüfungstätigkeit ausschließlich an fachlichen Maßstäben orientiert. Bei der Wahl von Mitgliedern des Bundesrechnungshofes sind daher Bundestag und Bundesrat – abweichend vom Verfahren bei politischen Wahlbeamtinnen und -beamten – an den Grundsatz der Bestenauslese gemäß Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz gebunden.

Angesichts der Bedeutung und der Unabhängigkeit des Amtes ist es erforderlich, die Auswahl nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu treffen. Dies sollte nach Auffassung des Landes Brandenburg auf der Grundlage eines objektiven und transparenten Auswahlverfahrens nach einer öffentlichen Ausschreibung des Amtes erfolgen.

(B)

Anlage 5**Erklärung**

von Staatsminister **Dr. Carsten Kühn**
(Rheinland-Pfalz)
zu **Punkt 13** der Tagesordnung

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung greift notwendigen Gesetzgebungsbedarf auf, der gegenwärtig in verschiedenen Bereichen des deutschen Steuerrechts besteht. Der Gesetzentwurf hat in diesem Sinne keine weitergehenden Korrekturen des deutschen Steuerrechts vor Augen, sondern beschränkt sich auf überwiegend redaktionelle Anpassungen nach vorangegangenen Gesetzgebungsverfahren sowie auf punktuelle Anpassungen verschiedener Steuergesetze.

So enthält der Gesetzentwurf neben den bereits im Titel angekündigten **Anpassungen der Steuergesetze an den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union** zum Beispiel eine Straffung der Anwendungsvorschriften einiger Steuergesetze, die Einführung einer Gewerbesteuerbefreiung für ambulante Rehabilitationseinrichtungen oder die Übernahme einer Sonderregelung zur Besteuerung von Telekommunika-

tionsleistungen aus dem Telekommunikationsgesetz in das Umsatzsteuergesetz. (C)

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält damit, wie an den genannten Beispielen leicht zu erkennen ist, im Ganzen eher als „steuertechnisch“ zu bezeichnende Einzelmaßnahmen. Vor dem Hintergrund der beschränkten Reichweite des Gesetzentwurfs ist gleichzeitig klar, dass die darin enthaltenen Maßnahmen keinesfalls den derzeit aus der Sicht der Länder erforderlichen Anpassungsbedarf der Steuergesetze in seiner Gänze abbilden.

Ich denke hier insbesondere an den Kampf gegen grenzüberschreitende Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Unternehmen auf legalem Weg eine doppelte Nichtbesteuerung von Einkünften oder einen doppelten Betriebsausgabenabzug erreichen und damit ihre Steuerzahlungen entgegen der Absicht des Steuergesetzgebers verkürzen können. An dieser Stelle besteht dringender Handlungsbedarf, damit den öffentlichen Haushalten nicht die zur Erfüllung der verfassungsrechtlich vorgegebenen Aufgabe der Haushaltskonsolidierung dringend notwendigen Einnahmen entzogen werden und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit des Staates in Frage gestellt wird.

Aus der Sicht der Länder ist ferner die Prüfung von steuerpolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag mit Nachdruck weiterzuverfolgen. Ich denke hier insbesondere an die Verhinderung von Gestaltungen, mit denen systemwidrig erreicht wird, dass trotz einer finanziellen Gegenleistung ein Anteils- (D)

tausch nachzeitigem Umwandlungssteuerrecht steuerfrei möglich ist.

Regelmäßige Korrekturen oder Nachjustierungen am Steuerrecht sind im Interesse eines effizienten und gerechten Steuersystems unverzichtbar, etwa infolge weiterentwickelter Rechtsprechung, bei unbeabsichtigten Gesetzeslücken oder bei solchen Regelungen, die sich als anfällig für Umgehungen und missbräuchliche Steuergestaltungen erwiesen haben.

Eine unzureichende Missbrauchsbekämpfung führt nicht nur zu einer vermeidbaren Minderung des Steueraufkommens und gefährdet die öffentlichen Haushalte. Es ist auch ein Verstoß gegen die Steuergerechtigkeit, wenn leistungsfähige Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag zur Finanzierung des Staates auf legale Weise verweigern können und die dadurch entstehenden Aufkommensverluste von der Gemeinschaft der Steuerpflichtigen ausgeglichen werden müssen.

Nicht zuletzt möchte ich an dieser Stelle an den Gesetzentwurf des Bundesrates zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts erinnern. Obwohl die Bundesregierung offenbar an ihrer kritischen Einschätzung zu einzelnen Vorschlägen des Gesetzentwurfs festhält, handelt es sich aus meiner Sicht doch um ein ausgewogenes und, wie ich betonen möchte, aufkommensneutrales steuerpolitisches Gesamtpaket. Es bietet die Chance, das Steuerrecht nachhaltig zu vereinfachen, um die Bürgerinnen und Bürger, die

- (A) Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung weiter von steuerbürokratischem Aufwand und Kosten zu entlasten.

Steuerrechtsvereinfachung ist eine Daueraufgabe des Gesetzgebers. Ich würde mir daher sehr wünschen, dass sich der Deutsche Bundestag so bald als möglich mit den Vorschlägen des Bundesrates befasst. Steuerpolitischer Stillstand in diesem Bereich ist nach meiner festen Überzeugung auf Dauer jedenfalls weder sinnvoll noch hinnehmbar.

Trotz des von mir in wenigen Beispielen aufgezeigten weitergehenden steuerpolitischen Handlungsbedarfs verzichtet der Bundesrat darauf, aus seiner Sicht notwendige, aber umstrittene steuerpolitische Maßnahmen in das aktuelle Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Der Bundesrat bezieht sich dabei auf die Zusage der Bundesregierung nicht zuletzt im Rahmen der Bundesratsberatungen – diese ist auch protokolliert –, im zweiten Halbjahr des Jahres 2014 ein weiteres Gesetzgebungsverfahren im Steuerrecht vorzusehen. Der Bundesrat beschränkt sich vor dem Hintergrund dieser Zusage im aktuellen Gesetzgebungsverfahren darauf, aus seiner Sicht notwendige Fragestellungen – häufig in Form von Prüfbitten – anzusprechen; der Bundesrat geht dabei auf die von ihm für unumgänglich gehaltenen Punkte ein, wie Korrekturen der Regelungen zur Umsatzsteuerschuldverlagerung im Baubereich.

- (B) Der Bundesrat erlegt sich selbst eine solche Beschränkung auf in der Erwartung, dass auch der Deutsche Bundestag im Interesse eines zügigen Abschlusses des vorliegenden Gesetzgebungsvorhabens auf weiterreichende Änderungen oder Ergänzungen am vorliegenden Gesetzentwurf verzichtet.

- (C) ten bedürfen einer sorgfältigen Abwägung. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Gesetz einer gerichtlichen Überprüfung standhalten muss.

Insbesondere bleibt unklar, inwieweit die im Entwurf vorgesehene Neuregelung hinsichtlich der Bewertungsreserven mit den im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Juli 2005 (1BvR 80/95) aufgestellten Grundsätzen vereinbar ist. Darüber hinaus lässt der Entwurf offen, inwieweit weitere Handlungsalternativen für in der Niedrigzinsphase mittel- und langfristig betroffene Versicherungsunternehmen geprüft wurden, wie sie unter anderem im Finanzstabilitätsbericht der Bundesbank 2013 thematisiert worden sind.

Auch die technische Umsetzung des Gesetzentwurfs bis zum vorgesehenen Zeitpunkt, dem 1. Januar 2015, erscheint problematisch. Versicherungswirtschaft und Verbraucherschutzverbände weisen darauf hin, dass die im Gesetzentwurf genannten Fristen zu kurz gefasst sind.

Die vom Freistaat Sachsen vorgeschlagene Abspaltung des Gesetzesteils zur Absenkung des Höchstrechnungszinses, der laut Bundesregierung einer kurzfristigen Regelung bedarf und lediglich Neuverträge betrifft, würde es ermöglichen, dass der Bundesrat hinsichtlich der übrigen Regelungsgegenstände seine ihm zustehenden Mitwirkungsmöglichkeiten sorgfältig ausschöpfen kann. Dies gilt gleichermaßen für die **Lebensversicherung** (Artikel 4) wie für Pensionsfonds (Artikel 5). Für Letztere gelten die auf die Lebensversicherungsunternehmen anzuwendenden Vorschriften entsprechend. Daher ist Artikel 5 als Folgematerie ebenfalls abzutrennen. Die hilfsweise vorgeschlagene Aufgliederung des Gesetzentwurfs erscheint somit sachgerecht.

Zur Einschätzung der Eilbedürftigkeit sei auch grundsätzlich auf die Stellungnahme des Nationalen Normkontrollrates vom 28. Mai 2014 verwiesen, in der es heißt:

Das BMF hat dem Nationalen Normenkontrollrat (NKR) das Regelungsvorhaben am 27. Mai 2014 mit einer Frist zur Stellungnahme von nicht einmal zwei Werktagen übersandt. Dies ist ein grober Verstoß gegen die Vorgaben der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), die in der Regel eine vierwöchige Frist vorsieht. (...). Der NKR ist nicht bereit, derartige Einschränkungen seines Prüfauftrags und Verstöße gegen die Prinzipien der besseren Rechtsetzung hinzunehmen. Daher fordert er das BMF auf, die Frist zu verlängern, um dem Bundeskabinett einen sorgfältig ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen und so eine verlässliche Grundlage für die politischen Entscheidungsträger zu schaffen.

Diese Einschätzung wird grundsätzlich auch im Hinblick auf die Bundesratsbefassung geteilt.

Anlage 6

Erklärung

von Staatsminister **Dr. Johannes Beermann**
(Sachsen)
zu **Punkt 30** der Tagesordnung

Innerhalb der verkürzten Beratungsfrist erscheinen eine sachgerechte Prüfung des Gesetzentwurfs und die Abschätzung seiner Folgen kaum möglich. Dies gilt vor allem mit Blick auf die Kostenwirkung, die das BMF allein für die Wirtschaft mit 5,2 Millionen Euro beziffert hat, und die fehlende Darstellung der Grundlagen für die Kostenberechnung. Die Regelungsmaterie ist komplex, und die teilweise widerstreitenden Interessen von Versicherten und Versicherungsunternehmen sowie unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft der Versicher-



So denkt Deutschland



Rentenpläne der Bundesregierung stoßen bei der Bevölkerung auf große Zustimmung.

Die Gerechtigkeitslücken in der Rentenversicherung sind vielen Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Anliegen. Das neue Rentenpaket der Bundesregierung trägt diesem Bedürfnis endlich Rechnung.

Das ist das Fazit von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles aus einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des BMAS.

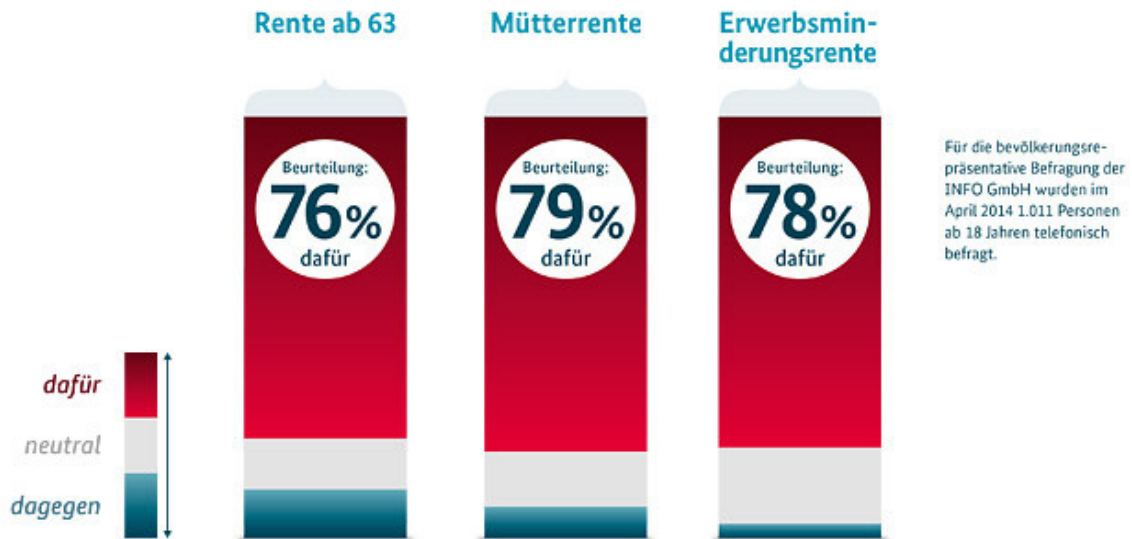
Im Januar wurden rund 1000 Personen ab 18 Jahren telefonisch zum Rentenpaket und den darin enthaltenen Maßnahmen befragt. Das Ergebnis: Die geplanten Änderungen stoßen in der Bevölkerung auf sehr hohe Zustimmung. 83 Prozent der Befragten befürworten die Einführung der Mütterrente. Sie honoriert die Erziehungsleistung von Eltern, die vor 1992 Kinder bekommen haben, mit einem zusätzlichen Rentenpunkt. 78 Prozent begrüßen die Einführung einer abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren. Die geplanten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sehen 77 Prozent der Befragten positiv.

Auffällig ist, dass die breite Zustimmung sich quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen zieht und nur geringfügige Abweichungen in der Einschätzung von Männern und Frauen, Alt und Jung, Ost und West deutlich werden.

Breite Zustimmung für das Rentenpaket

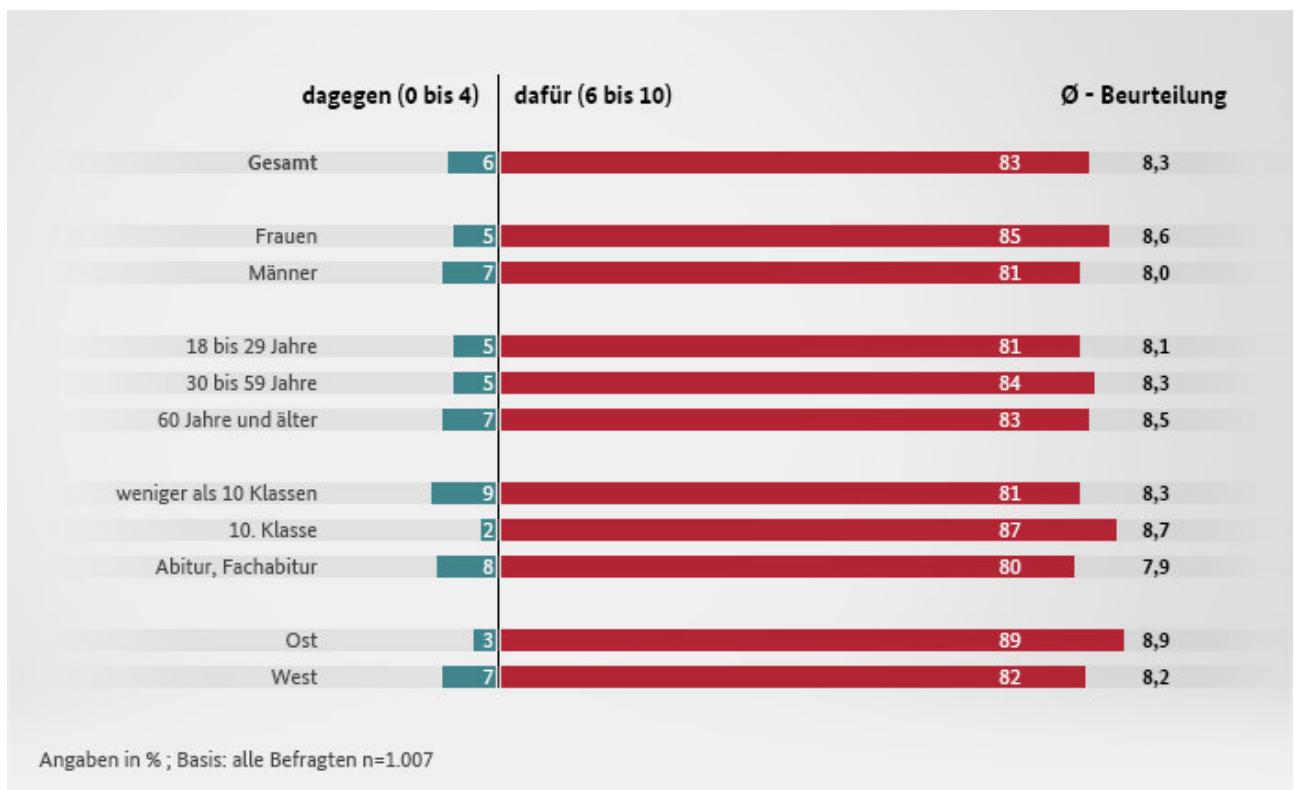
Breite Zustimmung für das Rentenpaket

So denkt Deutschland



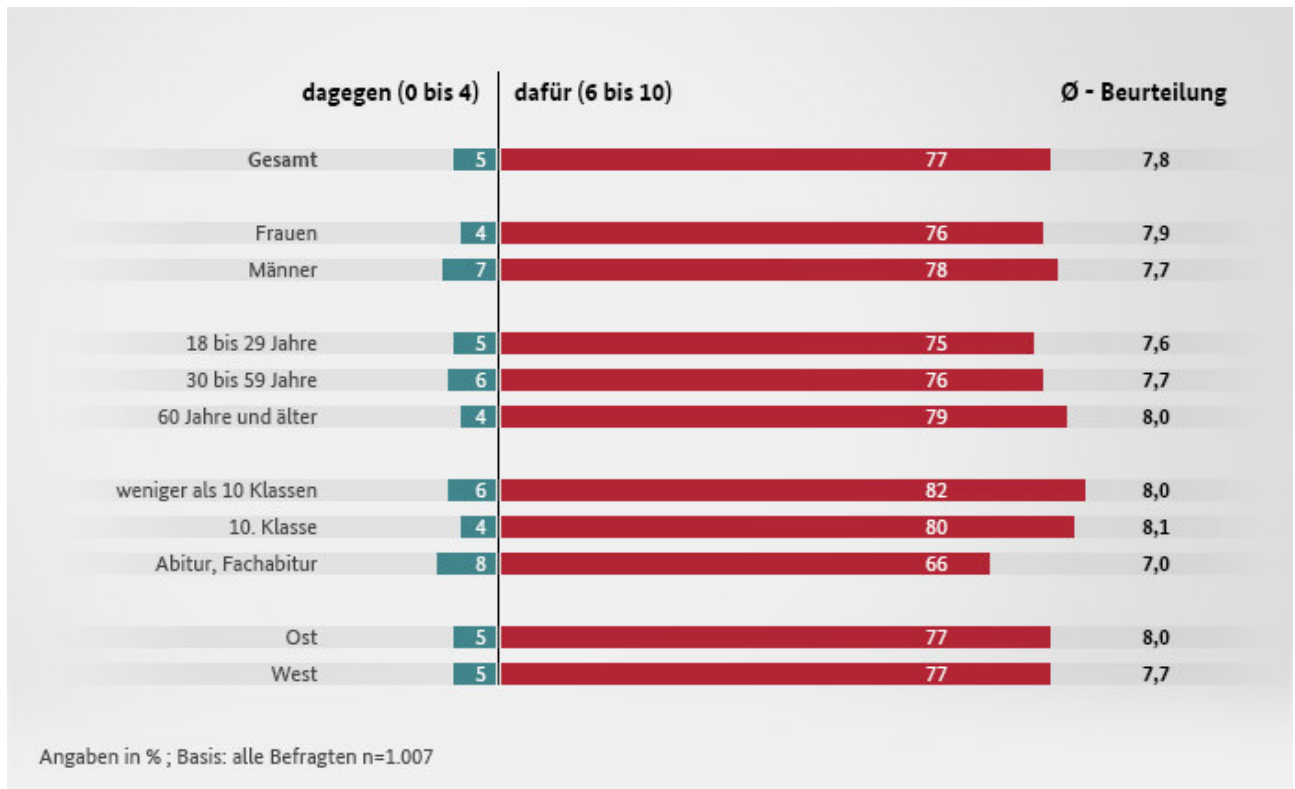
Für die bevölkerungsrepräsentative Befragung der INFO GmbH wurden Mitte Januar 2014 1.007 Personen ab 18 Jahren telefonisch befragt.

Mütterrente



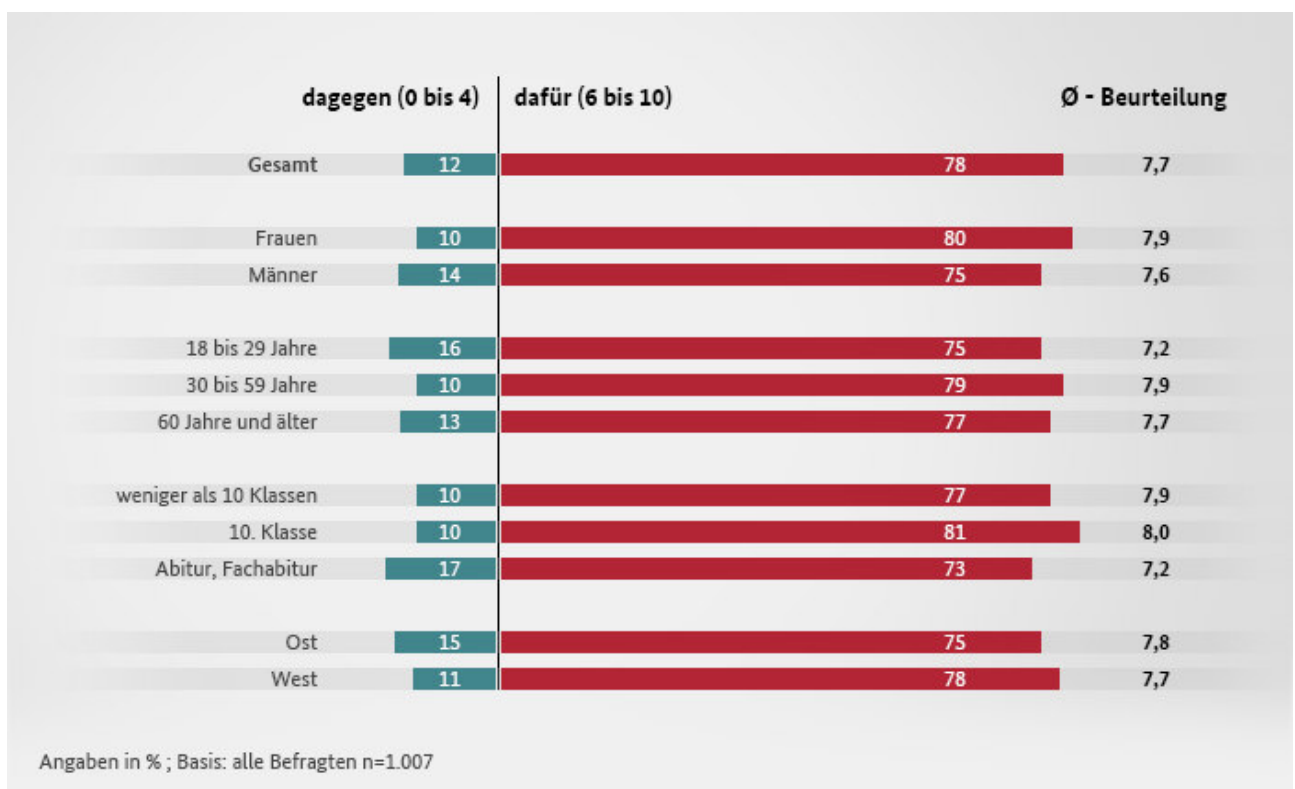
83 Prozent der Befragten, aus der jüngeren wie der älteren Generation, sehen die Einführung der Mütterrente positiv.

Erwerbsminderungsrente



77 Prozent befürworten eine Anpassung der Erwerbsminderungsrente, für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

Rente ab 63



78 Prozent der Befragten stimmen der Einführung einer abschlagsfreien Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren zu. In der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre erreicht der Zustimmungswert 75 Prozent.

85.000 ANTRÄGE

Run auf Rente mit 63

Autor: afp

Datum: 13.08.2014 07:20 Uhr

Lohnerhöhungen statt Pension? Einem Bericht zufolge haben bereits 85.000 Bürger die Rente mit 63 beantragt. Wirtschaftsvertreter wollen erfahrene Mitarbeiter nun mit Gehaltssteigerungen vom Verbleib im Job überzeugen.

30



Freizeit statt Arbeit: Die Rente mit 63 ist beliebt. (Foto: dpa)

Essen. Nach Inkrafttreten des Rentenpakets der schwarz-roten Koalition haben bereits rund 85.000 Arbeitnehmer die abschlagsfreie Rente mit 63 beantragt. Das berichtete das Onlineportal „Der Westen“ unter Berufung auf die Rentenversicherung Westfalen. Aus der Wirtschaft mehrten sich die Klagen über den Verlust erfahrener Mitarbeiter, hieß es in dem Bericht. „Das tut uns sehr weh“, sagte Andreas Schweg vom Verband der Bauindustrie NRW. „Dass wir nun durch die vorgezogene Rente mehr erfahrene Poliere und Bauleiter verlieren als erwartet, erwischt gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen kalt.“

ANZEIGE

TOP-N

POLITIK-NEWS KOLUMNEN

SÜDAFRIKA 17:48 Uhr
Kap der Angst

EU-FREIHANDELSABKOMMEN 17:35 Uhr
Mit Gummihuhn und Schweinskostüm gegen TTIP

AKTIONSTAG 17:35 Uhr
Zehntausende demonstrieren gegen Freihandel mit USA

MILITÄRPARADE 16:32 Uhr
Iran lässt die Muskeln spielen

PERSONALQUERELLEN 16:20 Uhr
Parteitag wählt Hessens AfD-Landesvorstand ab

FINNLAND VOR DEM MACHTWECHSEL 16:19 Uhr

» Alle Schlagzeilen

VIDEOS BILDER



Karsten Grotowski vom Verband Spedition und Logistik NRW sagte der Zeitung, Personalchefs gingen inzwischen dazu über, 63-Jährigen Lohnerhöhungen um zehn bis 15 Prozent zu bieten, damit sie weiterarbeiten statt in Rente zu gehen.

DIE PLÄNE ZUR ABSCHLAGSFREIEN RENTE MIT 63

45 Jahre eingezahlt

Altersrente für besonders langjährig Versicherte

Anspruchsvoraussetzungen sinken

Was das kostet

Nach dem am 1. Juli in Kraft getretenen Gesetz können Beschäftigte, die 45 Beitragsjahre zur gesetzlichen Rentenversicherung vorweisen, mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. In den vollen Genuss der Rente mit 63 kommen nur Versicherte, die zwischen Juni 1951 und Dezember 1952 geboren sind. Für die Jahrgänge 1953 bis 1963 wird die Altersgrenze stufenweise angehoben. Ab Jahrgang 1964 gilt

wieder die Altersgrenze von 65 Jahren.

ANZEIGE

RANDSTAD AWARD STUDIE

Wie Arbeitnehmer tatsächlich über den Ruhestand denken

Seit Mitte 2014 gibt es sie - die abschlagsfreie Rente ab 63. Gleichzeitig diskutieren Experten aber auch die freiwillige Rente mit 70, denn Deutschland fehlen Fachkräfte. Aber was wollen Arbeitnehmer wirklich? mehr...



Rentenfachleute gehen davon aus, dass die Zahl der Anspruchsberechtigten für die Rente mit 63 in diesem Jahr bei 240.000 liegt, wobei von diesen eine große Zahl auch mit Abschlägen in den vorgezogenen Ruhestand gegangen wäre.



POLITIK

Heftige Ausschreitungen in Athen



STEUERFREIBETRAG FÜR ALLEINERZIEHENDE ANGEHOSEN

Oppermann: „Alleinerziehende sind Helden unserer Gesellschaft“



MITTELMEER

Baby überlebt Flüchtlingsunglück mit 400 Toten

» Weitere Videos

ANZEIGE

DAS VERNETZTE LEBEN



präsentiert von



SPECIAL



MAUERFALL

Auferstanden aus Ruinen

STATISTA

Top-10-Themen in den TV-Nachrichten im März 2015

STATISTA

Hinrichtungen in den USA bis 2015

STATISTA

Verteilung der Hinrichtungen in den USA nach Hinrichtungsmethode bis 2015

ANZEIGE

Wachstumsmärkte
Jetzt im aktuellen Handelsblatt Topic
▶ Jetzt informieren

Kooperationspartner
HSBC  **Handelsblatt**

» Kommentieren (30) » Drucken » Teilen

© Sie wollen unsere Inhalte verwenden? Erwerben Sie hier die Rechte

VIDEOEMPFEHLUNGEN



AUTOEXPERTE HELMUT BECKER

„Piëch hat nur auf Winterkorn reagiert“



VW-FEHDE

Was hinter dem Machtkampf bei Volkswagen steckt



DER VW-PATRIARCH IM PORTRAIT

Ferdinand Piëch: Genie oder gefühlkalter Taktiker?

MEHR LESESTOFF



FRANKREICH WILL MAGERMODELS VERBIETEN

„Mode ist ein Katalysator der Neurose“



EX-FDP-SPITZEN

Alle untergekommen



GELDSORGEN

Umfrage: Viele Deutsche sorgen sich vor der Zukunft

empfohlen von

KOMMENTARE zu "85.000 Anträge: Run auf Rente mit 63" » Alle Kommentare



Herr Toni Maier - 15.08.2014, 13:42 Uhr

Ich habe 45 Jahre gearbeitet und solange eingezahlt, ich habe mich von Germany komplett abgemeldet und lebe jetzt in Thailand mit 2300 Euro und mit 2 Renten auf Ko Samui. Meine Brutto Rente wird Netto ausgezahlt, ich habe mich aber Privat Kranken VS. So habe ich mir das vorgestellt, hübsche Mädchen, günstige Preise, keine Kälte, sehr viel Sonne. Und ich liebe Thai-Food, ein zurück in das kalte Germany kommt nicht in Frage, wer kann soll es so machen wie ich, es lohnt sich

Als Spam melden



Herr Wolfgang Trantow - 14.08.2014, 11:10 Uhr

Wirtschaft will erfahrene Mitarbeiter? Wer hat sich geweigert, Leute auszubilden? Wer will keine alten Leute? Wer lässt nur noch Unternehmensberater an die Macht, die nur Personalentlassungen können?

Als Spam melden



Herr Ylander Ylander - 13.08.2014, 17:41 Uhr

@ Frau Bärbel Meier

Vermutlich sind Sie der Meinung, Frauen würden gesellschaftlich als Arbeitnehmer benachteiligt.

Meine Erfahrungen sind da ganz andere.

Wenn Sie das aber so sehen, dann gehen Sie diesen vermeintlichen Miss-Stand doch an der Wurzel an.

Aber behaupten Sie doch bitte nicht, ich redete Blödsinn, wenn Sie dies nicht substantiiert darlegen können.

Als Spam melden



Herr D. Dino54 - 13.08.2014, 17:35 Uhr

Schade, das immer noch genügend darauf hereinfallen !
Nämlich, das untereinander ausspielen, von wenigen erwünscht und gewollt !

Jung vs. Alt - Krank vs. Gesund Arbeitslose, HartzIV vs.
Angestellt/Selbstständige
Leih- oder Werkssklave vs. Arbeitnehmer u.s.w.

Es sind nur wenige, die ein Interesse haben, diese Gruppen auszuspielen, aber viele, die leider immer noch darauf hereinfallen !!!

Eins steht fest, wir bleiben nicht für immer gesund !
Eins steht auch fest, wir bleiben auch nicht jung !

WIR, brauchen eine echte seriöse REFORM in Gesundheit und Rente, die seit mehr als 30 Jahren überfällig ist !!!

NUR, dieses gegeneinander, spielt IHR der Politik und den Lobbyisten in die Hände, nämlich nichts zu ändern.
Das wären nur Vorteile für wenige, weniger KOSTEN !

Ein Miteinander gegen diese unverschämten Machenschaften wäre die Antwort und eine fachgerechte Umsetzung der Reformen nur von neutralen, unabhängigen Experten und Spezialisten in Ihrem Fachgebiet !

Für viele lohnt sich Arbeit in Deutschland nicht mehr, von der Anrechnung der Rente mal ganz zu schweigen !!!

Als Spam melden



Frau Bärbel Meier - 13.08.2014, 15:45 Uhr

Wie ich das meine: ganz einfach als Mann verdienen Sie für gleiche Arbeit mind. 22 % mehr also ist auch ihr Rentensatz höher. Als Frau, die Kinder großzieht und daher aus dem Anstellungsverhältnis in eine spätere, wenn überhaupt, Teilzeit geht, bekomme einen geringen Lohn/Gehalt und daher später auch weniger Rente.
MANchmal ist es ganz einfach man muss nur mal drüber nachdenken.

Als Spam melden



Herr Rene Weiß - 13.08.2014, 13:57 Uhr

Wie kann man denn bei einem Bewerbungsgespräch in einem Alter von 42 Jahren Rente beantragen?

Als Spam melden



Herr Rene Weiß - 13.08.2014, 13:57 Uhr

na die "Nicht-Reichen"...

Als Spam melden



Herr Rene Weiß - 13.08.2014, 13:55 Uhr

Na ja, wenn es sich zum Nachteil entwickelt hat und das Unternehmen pleite ist, stellt es auch keine 60+ mehr ein...

Als Spam melden



Herr Rene Weiß - 13.08.2014, 13:54 Uhr

Bei den Azubis und Studienabgängern habe ich andere Erfahrungen. Die habe noch nichts geleistet und verhalten sich, als gehöre seinen sie Heilsbringen, anstatt lernbereit, bescheiden, dankbar und demütig zu sein. Einst dt. Tugenden vermisse ich bei denen, die ich kennengelernt habe.

Als Spam melden



Herr Ylander Ylander - 13.08.2014, 13:07 Uhr

Als Mann bekomme ich einen höheren Rentensatz? Woher haben Sie das denn? Und: Was meinen Sie mit Rentensatz?

Abfeshen davon bekommen Frauen eine höhere Rente als Männer: erstens die Mütterrente als Geschenk, und vor allem: eine um ca. 5 Jahre längere

Rentenbezugsdauer wegen längerer Lebenserwartung. Männer werden also diskriminiert.

Anmerkung: Ob ich Kinder habe oder nicht, spielt hier als persönliche Frage überhaupt keine Rolle. Es geht um allgemeine gesellschaftliche Fragen.

[Als Spam melden](#)

SERVICEANGEBOTE



Finance Today
Newsletter



Handelsblatt Energie
Briefing



FinanzmarktForen:
Investment Live



Aktuelle
Produktneuheiten



Handelsblatt macht
Schule



Jobangebote aus der
Finanzbranche

ANZEIGE



NEU: 25 Euro Münze



Werden Sie
Waldbesitzer



"Festzins 8,3%p.a."



Reich mit Optionen

ANZEIGE

[Hier könnte Ihre Werbung stehen.](#)

ÜBERSICHT

Digitalpass
Finanzen
Unternehmen
Politik
Technik
Auto
Sport
Panorama
Social Media
Video
Service

SERVICE

Facebook
Twitter
Google+
E-Mail
Online-Archiv
Videokatalog
Netiquette
Sitemap
Nutzungshinweise
Datenschutzerklärung
Impressum

LINKS

Handelsblatt Global Edition
iqdigital.de
Mittelstandsportal
Videokatalog
Datenschutz-Berater
karriere.de
Der Betrieb
Nutzungsbasierte Onlinewerbung
bellevue-ferienhaus.de
koffer.de
DUB Unternehmensnachfolge
Handelsblatt Magazin
Digitale Unternehmens-Lösungen
Online-Archiv
wd AG
WirtschaftsWoche
Absatzwirtschaft
OrganisationsEntwicklung
Creditreform
boatoon.com
Veranstaltungen
bellevue-kreuzfahrten.de

Handelsblatt

© 2015 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG
Verlags-Services für Werbung: iqdigital.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Digitale Unternehmens-Lösungen
Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: [wdv-vereinte-wirtschaftsdienste GmbH](http://wdv-vereinte-wirtschaftsdienste.de)
Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.
Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch: [Nutzungsbasierte Onlinewerbung](#)



Unter 0800 1017100: Alle Infos zur Mütterrente

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg erweitert kostenloses Angebot

Erscheinungsdatum: 18.08.2014



Ab Montag, 18. August 2014, versendet die Deutsche Rentenversicherung (DRV) Baden-Württemberg rund 600.000 Rentenbescheide zur neuen Mütterrente. Darin steht, wie sich das am 1. Juli 2014 in Kraft getretene Rentenpaket auf die Rente konkret auswirkt. In der Regel werden entstandene Nachzahlungen parallel dazu vom Postrentenservice überwiesen.

Die DRV Baden-Württemberg rechnet in diesem Zusammenhang mit einem erhöhten Informationsbedarf der Rentnerinnen und Rentner. Um Fragen rund um den neuen Bescheid zur Mütterrente ohne lange Wartezeiten und direkt beim gesetzlichen Rentenversicherungsträger zu beantworten, richtet die DRV Baden-Württemberg ab 18. August ein neues, kostenloses Servicetelefon für Ratsuchende ein, die speziell Fragen zur Mütterrente haben. Unter der Sonderrufnummer **0800 1017100** sind montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 12 Uhr direkt die qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DRV Baden-Württemberg am Telefon.

Hintergrund-Info:

Die häufigsten Fragen und Antworten rund um die neue Mütterrente

1. Was ist die Mütterrente?

Am 1. Juli 2014 ist das Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz in Kraft getreten. Mit dem Begriff Mütterrente ist eine bessere rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder gemeint, die vor 1992 geboren wurden. Bislang konnten für sie bis zu einem Jahr Kindererziehungszeit berücksichtigt werden. Ab 1. Juli 2014 werden für diese Kinder zwei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet. Dadurch können sich Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten erhöhen oder erstmals ein Anspruch auf solche Renten entstehen.

2. Wie wirkt sich die Mütterrente auf die Rentenhöhe aus?

Bestand am 30. Juni 2014 Anspruch auf eine Rente, wird diese für jedes vor 1992 geborene Kind pauschal um einen zusätzlichen Entgeltpunkt erhöht. Das entspricht vom 1. Juli 2014 an regelmäßig einer Erhöhung der Bruttorente von 28,61 Euro im Westen und 26,39 Euro im Osten. Davon werden aber gegebenenfalls Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgezogen. Eventuell fallen auch Steuern an.

3. Wie erhält man die Mütterrente, wenn man schon Rentner ist? Wann wird sie ausbezahlt?

Wer am 30. Juni 2014 bereits eine Rente bezieht, bei der Kindererziehungszeiten für ein vor 1992 geborenes Kind berücksichtigt wurden, erhält die Mütterrente ohne Antrag. Bei den zum 1. Juli 2014 versandten Rentenanpassungsmitteilungen war die neue Mütterrente noch nicht berücksichtigt. Der Postrentenservice wird die Mütterrente für die Monate Juli bis September in einer Summe ab 18. August 2014 den Rentnerinnen und Rentnern auszahlen, deren Rente vor dem 1. April 2004 begonnen hat. Mit der Oktoberrente wird sie dann monatlich zusammen mit der Rente überwiesen. Rentenbezieher, deren Rente erstmalig nach dem 31. März 2004 begonnen hat, erhalten ab 18. August 2014 eine Einmalzahlung der Mütterrente für die Monate Juli und August. Bei ihnen enthält dann die Septemberrente bereits den kompletten Zahlbetrag inklusive Mütterrente.

4. Wie erhält man die Mütterrente, wenn man noch keine Rente bezieht?

Wer am 30. Juni 2014 noch keinen Rentenanspruch hat und bereits die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten beantragt hat, braucht ebenfalls nicht von sich aus tätig zu werden. Hier sind die Kindererziehungszeiten bereits im Rentenkonto gespeichert. In diesen Fällen prüft die DRV die Berücksichtigung der Mütterrente automatisch und speichert die weiteren Kindererziehungszeiten im Versicherungskonto nach.

Etwas anderes gilt für Personen mit Kindern, die bislang noch keine Zeiten der Kindererziehung bei der Rentenversicherung geltend gemacht haben und für die daher auch noch keine Kindererziehungszeiten im Rentenkonto gespeichert sind. Sie sollten die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten für ihre Kinder beantragen. Damit wird auch die Berücksichtigung der Mütterrente geprüft.

5. Wird die Mütterrente auf die Grundsicherung im Alter, auf Hinterbliebenenrenten, bei Pfändungen oder bei einem durchgeführten Versorgungsausgleich bei Scheidungen angerechnet?

Ja. Durch die Änderung der Rentenhöhe können sich Leistungen von dritten Stellen oder Zuschläge durch den Versorgungsausgleich reduzieren.

6. Gibt es Mütterrente auch für Väter?

Ja. Mit dem Begriff „Mütterrente“ ist eine Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder gemeint, die vor 1992 geboren wurden. Das kann Mütter und Väter betreffen, je nachdem wer die Kindererziehungszeiten in seinem Rentenversicherungskonto hat.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie in der Broschüre zum Rentenpaket

Das Rentenpaket

Ab 1. Juli 2014 gilt das Rentenpaket. Aus welchen vier Teilen es im Wesentlichen besteht und wer davon profitieren kann, steht in dieser Broschüre.



Haushalt 2015 beschlossen

Erhöhung der Rücklage gefordert

Erscheinungsdatum: 22.12.2014

Am 19. Dezember 2014 beschloss die Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Schwaben unter Vorsitz des Arbeitnehmervertreters Peter Ziegler den Haushalt für das Jahr 2015 mit einem Volumen von rund 3,3 Milliarden Euro. Das Gremium forderte die Anhebung der Mindestrücklage der gesamten Rentenversicherung.

„Zum Jahresende 2014 erwartet der Schätzerkreis der Rentenversicherung für die gesamte Rentenversicherung noch eine Nachhaltigkeitsrücklage in Höhe von 33,5 Milliarden Euro oder 1,82 Monatsausgaben“, teilte Peter Ziegler der Vertreterversammlung mit. Auch für 2015 gehen die Prognosen von einer soliden Entwicklung der Rentenfinanzen aus, so dass die Rücklage die gesetzliche Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben weiterhin überschreiten würde. Deshalb muss der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2015 auf 18,7 Prozent gesenkt werden. Diese Maßnahme und die Mehrausgaben durch das Rentenpaket, also insbesondere die Mütterrente und die Altersrente für besonders langjährig Versicherte ab dem 63. Lebensjahr, werden aber nach derzeitigen Prognosen die Nachhaltigkeitsrücklage mittelfristig deutlich abschmelzen lassen. Spätestens 2019 wird sie an der Untergrenze von 0,2 Monatsausgaben liegen. „Das gefährdet die Liquidität der gesetzlichen Rentenversicherung“, betonte Peter Ziegler. „Die Situation von 2005, als die Renten nur noch mit Hilfe von Bundesmitteln gezahlt werden konnten, muss in jedem Fall verhindert werden.“ Deshalb beschloss die Vertreterversammlung des schwäbischen Rentenversicherungsträgers einstimmig, wie andere Rentenversicherungsträger zu fordern, dass die Mindestrücklage auf 0,4 Monatsausgaben angehoben wird.

Ein weiterer zentraler Punkt der Sitzung war die Verabschiedung des Haushaltes der Deutschen Rentenversicherung Schwaben für 2015. „Der Großteil der für 2015 beschlossenen Ausgaben, 82,3 Prozent bzw. rund 2,72 Milliarden Euro, sind für Rentenzahlungen vorgesehen“, betonte der Vorsitzende des Satzungs- und Haushaltsausschusses der Deutschen Rentenversicherung Schwaben, Arbeitgebervertreter Günther Haller, in seiner Haushaltsrede. „Die Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner werden im Jahr 2015 mit 190,1 Millionen Euro und die Rehabilitationsleistungen mit rund 82,8 Millionen Euro veranschlagt.“ Ein Blick in die Statistik zeigt die Menschen dahinter: Momentan betreut die Deutsche Rentenversicherung Schwaben rund 616.000 Rentner und 792.000 Versicherte im In- und Ausland. Von Januar bis November 2014 wurden über 16.700 medizinische und berufliche Rehabilitationsmaßnahmen bewilligt.

Weitere Informationen

Sprechtage in den gemeinsamen Auskunft- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung

Sprechtage 2. Halbjahr 2012



Das Rentenpaket: Fragen und Antworten

- Rente ab 63
- Mütterrente
- Erwerbsminderungsrente
und Reha-Budget





Was bringt das Rentenpaket?

Das ab 1. Juli 2014 geltende Rentenpaket enthält im Wesentlichen vier Teile: die Rente ab 63, die Mütterrente, die Erwerbsminderungsrente und das Reha-Budget.

Nach Verabschiedung der gesetzlichen Neuregelungen möchten viele Menschen Genaueres erfahren: Ab wann kann man die Rente ab 63 abschlagsfrei bekommen? Wie erhält man die Mütterrente? Was ändert sich bei der Erwerbsminderungsrente? Steht der Rentenversicherung durch das höhere Budget nun mehr Geld für Rehabilitation zur Verfügung?

Antworten auf diese und viele andere Fragen finden Sie in dieser Broschüre. Wir geben Ihnen einen Überblick.



Inhaltsverzeichnis

- 4 Rente ab 63
- 8 Mütterrente
- 15 Erwerbsminderungsrente
- 18 Reha-Budget
- 20 Nur einen Schritt entfernt: Ihre Rentenversicherung



Rente ab 63

Vom 1. Juli 2014 an können Versicherte nach 45 Jahren Beitragszahlung schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen.

1. Was ist die Rente ab 63?

Ab 1. Juli 2014 können besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Ab Jahrgang 1953 steigt diese Altersgrenze für die abschlagsfreie Rente wieder schrittweise an. Für alle 1964 oder später Geborenen liegt sie wieder wie bislang bei 65 Jahren.

2. Welche Zeiten zählen zu den 45 Jahren?

Auf die 45 Jahre werden folgende Zeiten angerechnet:

- Pflichtbeiträge aus Beschäftigung,
- geringfügige, nicht versicherungspflichtige Beschäftigung (anteilige Berücksichtigung),
- Pflichtbeiträge aus selbstständiger Tätigkeit,
- freiwillige Beiträge, wenn mindestens 18 Jahre mit Pflichtbeiträgen aus

- Beschäftigung oder selbstständiger Tätigkeit vorhanden sind,
- Wehr- oder Zivildienstpflicht,
 - nicht erwerbsmäßige Pflege von Angehörigen,
 - Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr des Kindes,
 - Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Leistungen bei Krankheit (zum Beispiel Krankengeld, Verletztengeld), Übergangsgeld,
 - Leistungen bei beruflicher Weiterbildung,
 - Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld,
 - Insolvenzgeld und Konkursausfallgeld (Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers),
 - Ersatzzeiten (zum Beispiel politische Haft in der DDR).

Nicht berücksichtigt werden bestimmte Anrechnungszeiten (zum Beispiel wegen eines Schul-, Fachschul- oder Hochschulbesuchs), Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II, Zurechnungszeiten und zusätzliche Wartezeitmonate aufgrund eines Versorgungsausgleichs oder Rentensplittings. Freiwillige Beiträge in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn werden nicht mitgezählt, wenn gleichzeitig eine Anrechnungszeit wegen Arbeitslosigkeit vorliegt. Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld in den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn zählen nur mit, wenn diese Folge einer Insolvenz oder vollständigen Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers sind.

3. Zählen Zeiten der Arbeitslosigkeit unbegrenzt mit?

Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld werden unbegrenzt berücksichtigt – in den

letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn allerdings nur, wenn sie Folge einer Insolvenz oder vollständigen Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers sind. Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II zählen nicht mit.

4. Ab wann kann man die Rente ab 63 abschlagsfrei beziehen?

Wer 63 Jahre oder älter ist und bislang noch keine Altersrente bekommt, kann vom 1. Juli 2014 an die Altersrente für besonders langjährig Versicherte abschlagsfrei erhalten. Für ab 1953 geborene Versicherte wird die Altersgrenze von 63 Jahren schrittweise wieder auf 65 Jahre angehoben.

5. Wie verläuft die schrittweise Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre?

Für Versicherte, die ab 1953 geboren sind, wird die Altersgrenze von 63 Jahren wie folgt angehoben:

Versicherte Geburtsjahr	Anhebung um Monate	auf Alter Jahr	Monat
1953	2	63	2
1954	4	63	4
1955	6	63	6
1956	8	63	8
1957	10	63	10
1958	12	64	0
1959	14	64	2
1960	16	64	4
1961	18	64	6
1962	20	64	8
1963	22	64	10

Versicherte, die ab 1964 geboren wurden, können diese Rentenart erst wieder mit 65 Jahren erhalten.

6. Kann ein bereits gestellter Rentenantrag zurückgenommen werden, um die abschlagsfreie Rente mit 63 zu bekommen?

Ein Rentenantrag kann zurückgenommen werden, solange über die beantragte Rente noch kein bindender Rentenbescheid erteilt worden ist. Bindend ist ein Rentenbescheid dann, wenn er – zum Beispiel nach Ablauf der Widerspruchsfrist – nicht mehr angefochten werden kann.

7. Müssen Arbeitnehmer mit 63 in Rente gehen, wenn sie die Voraussetzungen für die abschlagsfreie Rente erfüllen, oder können sie weiterarbeiten?

Arbeitnehmer, die die Voraussetzungen für eine Altersrente erfüllen, sind nicht verpflichtet, diese auch in Anspruch zu nehmen. Sie können weiterarbeiten, wenn dies nicht arbeits- oder tarifvertraglich oder auf andere Weise arbeitsrechtlich eingeschränkt ist.

8. Wird auf die Rente ab 63 ein Nebenverdienst angerechnet oder kann unbegrenzt hinzuverdient werden?

Bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze kann neben einer Altersrente nur begrenzt hinzuverdient werden. Die Regelaltersgrenze steigt zurzeit, entsprechend dem Geburtsjahrgang, schrittweise von 65 auf 67 Jahre. Abhängig von der Höhe des Hinzuverdienstes wird die Altersrente in voller Höhe (etwa bei einem 450-Euro-Job) oder als Teilrente (bei höherem Nebenverdienst) gezahlt. Wird die höchste Hinzuverdienstgrenze überschritten, erlischt der Anspruch auf die Rente. Nach Erreichen der Regelaltersgrenze können Rentner ohne Auswirkungen auf die eigene Altersrente unbegrenzt hinzuverdienen.



Mütterrente

Für alle vor 1992 geborenen Kinder werden statt einem künftig zwei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet.

1. Was ist die Mütterrente?

Mit dem Begriff Mütterrente ist eine bessere rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder gemeint, die vor 1992 geboren wurden. Für sie konnte bislang ein Jahr Kindererziehungszeit berücksichtigt werden. Vom 1. Juli 2014 an kann für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ein weiteres Jahr mit Kindererziehungszeiten angerechnet werden. Dadurch können sich Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten erhöhen.

2. Wie wirkt sich die Mütterrente auf die Rentenhöhe aus?

Bestand am 30. Juni 2014 Anspruch auf eine Rente, wird diese für jedes vor 1992 geborene Kind pauschal um einen zusätzlichen Entgeltpunkt erhöht. Das entspricht vom 1. Juli 2014 an regelmäßig einer Er-

höhung der Bruttorente von 28,61 Euro im Westen und 26,39 Euro im Osten.

3. Wird die Mütterrente brutto oder netto ausgezahlt?

Die vom 1. Juli 2014 bis zur nächsten Rentenanpassung geltenden 28,61 Euro (West) und 26,39 Euro (Ost) sind Bruttowerte. Davon werden gegebenenfalls Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung abgezogen. Eventuell fallen auch Steuern an.

4. Gibt es eine Nachzahlung für vergangene Jahre?

Die Erhöhung ist für die Zeit vom 1. Juli 2014 an vorgesehen. Rentennachzahlungen für Zeiträume davor gibt es nicht.

5. Wie erhält man die Mütterrente, wenn man schon Rentner ist?

Wer am 30. Juni 2014 bereits eine Rente bezieht, bei der für den zwölften Kalendermonat nach dem Monat der Geburt Kindererziehungszeiten für ein vor 1992 geborenes Kind berücksichtigt wurden, erhält die Mütterrente ohne Antrag.

6. Wie erhält man die Mütterrente, wenn man noch keine Rente bezieht?

Wer am 30. Juni 2014 noch keinen Rentenanspruch hat und bereits die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten beantragt hat, braucht ebenfalls nicht von sich aus tätig zu werden. Hier sind die Kindererziehungszeiten bereits im Rentenkonto gespeichert. In diesen Fällen prüft die Deutsche Rentenversicherung die Berücksichtigung der Mütterrente und speichert die weiteren Kindererziehungszeiten im Versicherungskonto nach.

Etwas anderes gilt für Personen mit Kindern, die bislang noch keine Zeiten der Kindererziehung bei der Rentenversicherung geltend gemacht haben und für die daher auch noch keine Kindererziehungszeiten im Rentenkonto gespeichert sind. Sie sollten die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten für ihre Kinder beantragen. Damit wird auch die Berücksichtigung der Mütterrente geprüft.

7. Können Personen, die am 1. Juli 2014 bereits im Rentenalter sind, durch die Mütterrente erstmals einen Rentenanspruch erwerben?

Ja, zum 1. Juli 2014 kann erstmals ein Anspruch auf Regelaltersrente entstehen.

Versicherte mit Beitragszeiten von fünf Jahren können eine Regelaltersrente erhalten. Durch die Mütterrente wird ab 1. Juli 2014 für jedes vor 1992 geborene Kind ein weiteres Jahr Kindererziehungszeit (= Beitragszeit) angerechnet. Wenn Berechtigte hierdurch auf fünf Jahre Beitragszeiten kommen, haben sie ab 1. Juli 2014 Anspruch auf Regelaltersrente.

Die Regelaltersrente kann aber nur gezahlt werden, wenn sie beantragt wird. Damit die Rente zum frühestmöglichen Zeitpunkt ab Juli 2014 beginnen kann, muss der Rentenanspruch bis Ende Oktober 2014 gestellt werden. Wird die Rente später beantragt, kann sie erst ab dem Monat der Antragstellung gezahlt werden.

8. Können Personen im Rentenalter von der Mütterrente profitieren, wenn sie bislang die Wartezeit für einen Rentenanspruch nicht erfüllen, indem sie freiwillige Beiträge zahlen?

Ja. Fehlen trotz Mütterrente noch Versicherungszeiten für einen Rentenanspruch, so kann diese Lücke durch die Zahlung freiwilliger Beiträge geschlossen werden. Wenn beispielsweise einer Frau mit zwei vor 1992 geborenen Kindern, der bislang zwei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet wurden, künftig vier Jahre angerechnet werden, reicht ein Jahr mit freiwilligen Beiträgen aus, um die Wartezeit für eine Regelaltersrente zu erfüllen. Wer schon im Rentenalter ist, kann die für den Rentenanspruch fehlenden Beiträge auf Antrag nachzahlen. Nachzahlungs- sowie Rentenanspruch sollten unverzüglich gestellt werden. Der notwendige Mindestbeitrag für zwölf Monate beläuft sich derzeit auf rund 1 020 Euro. Insgesamt ergibt sich daraus eine monatliche Bruttorente von bis zu 120 Euro.

9. Wird die Mütterrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet?

Ja.

10. Kann die Mütterrente die Höhe einer Hinterbliebenenrente beeinflussen?

Ja, die Hinterbliebenenrente kann sich dadurch vermindern oder erhöhen.

Sie kann sich vermindern, wenn beim Hinterbliebenen die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder anerkannt worden sind. Denn Einkommen oberhalb eines Freibetrags (zum Beispiel ab 1. Juli 2014 bei Witwen- und Witwerrenten 755,30 Euro in

den alten Bundesländern und 696,70 Euro in den neuen Bundesländern) wird zu 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente angerechnet. Als solches Einkommen zählt auch eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder wegen Alters. Steigt diese durch die Mütterrente und überschreitet sie – gegebenenfalls erstmals – den Freibetrag, so verringert sich die Hinterbliebenenrente.

Die Hinterbliebenenrente erhöht sich dagegen, wenn die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder nicht beim Hinterbliebenen, sondern beim Verstorbenen anerkannt worden sind.

11. Hat die Mütterrente Auswirkungen auf die Pfändung einer Rente?

Erhöht sich eine Rente durch die Mütterrente, kann sich dadurch erstmals ein pfändbarer Betrag oder ein höherer pfändbarer Betrag als bisher ergeben.

12. Welche Auswirkungen hat die Mütterrente auf einen bereits abgeschlossenen Versorgungsausgleich nach einer Ehescheidung?

Erhöht sich eine Rente durch die Mütterrente, können die Voraussetzungen für eine Neuberechnung des Versorgungsausgleichs gegeben sein. Die Neuberechnung kann von einem der beteiligten Geschiedenen beim Familiengericht beauftragt werden. Der Antrag kann gestellt werden, wenn mindestens einer von beiden Geschiedenen bereits eine Rente bezieht oder innerhalb der nächsten sechs Monate in Rente gehen wird. Dabei kann es für die Beteiligten zu einer Änderung der bisherigen Berechnung des Versorgungsausgleichs kommen, die über die

bloße Berücksichtigung der Mütterrente hinausgeht. Bevor ein Antrag auf Abänderung gestellt wird, sollten die sich hieraus ergebenden Auswirkungen geprüft werden.

13. Wirken sich eigene Beitragszeiten aufgrund einer beruflichen Tätigkeit während der Kindererziehung auf die Höhe der Mütterrente aus?

Treffen Kindererziehungszeiten mit Beitragszeiten (zum Beispiel aufgrund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung) zusammen, werden zu den Entgeltpunkten aus eigener Beitragsleistung zusätzlich Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten berücksichtigt. Die Summe der Entgeltpunkte aus Beitragszeiten und Kindererziehungszeiten ist allerdings durch die Beitragsbemessungsgrenze begrenzt. Aktuell beträgt sie im Westen 71 400 Euro und im Osten 60 000 Euro jährlich. Um die Beitragsbemessungsgrenze einzuhalten, werden die Entgeltpunkte für Kindererziehungszeiten gegebenenfalls gemindert.

Das gilt jedoch nicht für Personen, deren Rente schon vor dem 1. Juli 2014 begonnen hat. Hier wird ein pauschaler Zuschlag in Höhe eines persönlichen Entgeltpunktes gezahlt. Eine während der Erziehung ausgeübte Beschäftigung hat bei diesem Personenkreis keine Auswirkung auf die Höhe des Zuschlags an Mütterrente.

14. Bei wie vielen vor 1992 geborenen Kindern hat ein Versicherter allein aus der Kindererziehung einen Rentenanspruch?

Versicherte mit Beitragszeiten von fünf Jahren können eine Regelaltersrente erhalten. Mit der Mütterrente werden vom 1. Juli

2014 an bei vor 1992 geborenen Kindern zwei Jahre mit Beitragszeiten angerechnet. Das bedeutet, dass künftig drei vor 1992 geborene Kinder erzogen worden sein müssen, um allein aus Kindererziehungszeiten einen Rentenanspruch zu erwerben. Bisher brauchte man dafür fünf Kinder.

15. Gibt es Mütterrente auch für Väter?

Ja. Mit dem Begriff „Mütterrente“ ist eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder gemeint, die vor 1992 geboren wurden. Das kann Mütter und Väter betreffen, je nachdem, wer die Kindererziehungszeiten in seinem Rentenversicherungskonto hat.

Impressum

Herausgeber: Deutsche Rentenversicherung Bund, Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation;

10709 Berlin, Ruhrstraße 2; Postanschrift: 10704 Berlin;

Telefon: 030 865-0, Fax: 030 865-27379;

Internet: www.deutsche-rentenversicherung.de;

E-Mail: drv@drv-bund.de

De-Mail: De-Mail@drv-bund.de-mail.de

Fotos: Peter Teschner, Bildarchiv Deutsche Rentenversicherung Bund

Druck: Fa. H. Heenemann GmbH & Co., Berlin

2. Auflage (6/2014), **Nr. 115**

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Rentenversicherung; sie wird grundsätzlich kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.



Erwerbsminderungsrente

Die sogenannte Zurechnungszeit wird um zwei Jahre bis zum 62. Lebensjahr verlängert. Die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung werden nicht bewertet, wenn dies günstiger ist.

1. Was ist eine Erwerbsminderungsrente?

Versicherte, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit im Umfang von mindestens sechs Stunden am Tag auszuüben, können einen Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit haben. Voraussetzung ist dabei auch, dass mindestens fünf Jahre Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wurden und in den letzten fünf Jahren vor dem Eintritt der Erwerbsminderung mindestens drei Jahre mit Pflichtbeiträgen für eine Beschäftigung oder Tätigkeit vorliegen.

2. Wie errechnet sich die Höhe von Erwerbsminderungsrenten?

Die Höhe der Rente berechnet sich aus den bis zum Eintritt der Erwerbsminderung zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten.

Bei einem Eintritt der Erwerbsminderung in jungen Jahren war der Versicherte mit der Zurechnungszeit bisher so gestellt, als ob er noch bis zum 60. Lebensjahr weitergearbeitet hätte. Durch die Zurechnungszeit werden also zusätzliche Zeiten berücksichtigt, für die keine Beiträge gezahlt wurden. Die Zurechnungszeit wird mit dem Durchschnittswert der bis zum Eintritt der Erwerbsminderung zurückgelegten Versicherungszeiten bewertet und steigert so die Rente.

3. Was ändert sich mit dem Rentenpaket bei der Erwerbsminderungsrente?

Die Zurechnungszeit wird bei Rentenneuuzugängen ab 1. Juli 2014 um zwei Jahre verlängert. Sie endet dann mit dem 62. Lebensjahr. Das heißt, Erwerbsgeminderte werden so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durchschnittlichen Einkommen bis zum 62. statt wie bisher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet hätten.

Außerdem fallen die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung künftig aus der Bewertung heraus, wenn das für den Versicherten günstiger ist. Das heißt: Einkommenseinbußen in den letzten vier Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung – zum Beispiel durch den Wegfall von Überstunden, den Wechsel in Teilzeit oder durch Krankheitszeiten – wirken sich künftig nicht mehr negativ auf die Rentenhöhe aus.

4. Für wen gilt die Neuregelung bei der Erwerbsminderungsrente?

Die Neuregelung gilt für alle Erwerbsminderungsrenten mit einem Beginn nach dem 30. Juni 2014.

5. Wie stark steigen die Erwerbsminderungsrenten durch die Neuregelung?

Durch die Verlängerung der Zurechnungszeit um zwei Jahre fallen nach dem 30. Juni 2014 beginnende Renten wegen voller Erwerbsminderung im Durchschnitt monatlich um rund 40 Euro brutto höher aus als die bis dahin begonnenen entsprechenden Renten.

6. Gilt die Verlängerung der Zurechnungszeit bis zum 62. Lebensjahr für alle Renten, in denen eine Zurechnungszeit berücksichtigt wird, also auch für Renten wegen Todes?

Ja, die Gesetzesänderung betrifft auch Renten wegen Todes. Das bedeutet, dass zum Beispiel auch bei Witwen- und Witwerrenten sowie Waisenrenten die Zurechnungszeit verlängert wird, wenn der Verstorbene bei seinem Tod noch nicht 62 Jahre alt war und die Rente nach dem 30. Juni 2014 beginnt.



Reha-Budget

Wie viel Geld für Rehabilitationsleistungen zur Verfügung steht, wird künftig auch von der demographischen Entwicklung beeinflusst.

1. Was ist das Reha-Budget?

Die gesetzliche Rentenversicherung erbringt für ihre Versicherten Leistungen zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation, wenn deren Erwerbsfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen erheblich gefährdet oder bereits gemindert ist. Dafür steht ein begrenzter Geldbetrag zur Verfügung – das sogenannte Reha-Budget. Im Jahr 2013 waren das 5,8 Milliarden Euro.

2. Wie wurde das Reha-Budget bisher berechnet?

Das Reha-Budget wird jährlich nach gesetzlich festgelegten Regeln neu errechnet. Bisher richtete sich dessen Anpassung ausschließlich nach der voraussichtlichen Lohnentwicklung (Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer).

3. Wie wird das Reha-Budget künftig berechnet?

Bei der jährlichen Anpassung des Reha-Budgets wird künftig neben der voraussichtlichen Lohnentwicklung zusätzlich die demographische Entwicklung berücksichtigt. Das wird dazu führen, dass der Deutschen Rentenversicherung in den nächsten Jahren mehr Geld für Rehabilitationsleistungen zur Verfügung steht.

4. Warum wird das Reha-Budget künftig anders berechnet?

Die demographische Entwicklung führt dazu, dass die Generation der Babyboomer in ein Alter (45 plus) kommt, in dem Reha-Leistungen häufiger notwendig werden. Das ist mit einer steigenden Zahl von Rehabilitationen und steigenden Ausgaben verbunden. Um sicherzustellen, dass die Rentenversicherung auch in Zukunft alle notwendigen Reha-Leistungen für ihre Versicherten finanzieren kann, ist eine Anpassung des Reha-Budgets an die demographische Entwicklung erforderlich.

5. Wie wirkt sich die geänderte Berechnung auf die Höhe des Reha-Budgets aus?

Beginnend im Jahr 2014 wird das jährliche Reha-Budget zunächst um rund 100 Millionen Euro zusätzlich erhöht. Durch die Berücksichtigung der demographischen Entwicklung steigt die Erhöhung bis 2017 auf knapp 250 Millionen Euro jährlich an. Anschließend wird diese zusätzliche Erhöhung des Reha-Budgets wieder abgebaut.

Nur einen Schritt entfernt: Ihre Rentenversicherung

Sie haben noch Fragen? Sie benötigen Informationen oder wünschen eine individuelle Beratung? Wir sind für Sie da: kompetent, neutral, kostenlos.

Mit unseren Informationsbroschüren

Unser Angebot an Broschüren ist breit gefächert. Was Sie interessiert, können Sie auf www.deutsche-rentenversicherung.de bestellen oder herunterladen. Hier weisen wir auch auf Beratungsangebote zu speziellen Themen hin.

Am Telefon

Ihre Fragen beantworten wir am kostenlosen Servicetelefon. Dort können Sie auch Informationsmaterial und Formulare bestellen oder den passenden Ansprechpartner vor Ort erfragen. Sie erreichen uns unter 0800 1000 4800.

Im Internet

Unser Angebot unter www.deutsche-rentenversicherung.de steht Ihnen rund um die Uhr zur Verfügung. Sie können sich über viele Themen informieren sowie Vordrucke und Broschüren herunterladen oder bestellen. Mit unseren Online-Diensten können Sie sicher von zu Hause aus Ihre Angelegenheiten erledigen.

Im persönlichen Gespräch

Ihre nächstgelegene Auskunfts- und Beratungsstelle finden Sie auf der Startseite unseres Internets oder Sie erfragen sie am Servicetelefon. Dort können Sie auch bequem einen Termin vereinbaren oder Sie buchen ihn online. Mobil hilft Ihnen unsere App iRente.

Auch unsere ehrenamtlich tätigen Versichertenberater und Versichertenältesten sind in unmittelbarer Nachbarschaft für Sie da und helfen Ihnen beispielsweise beim Ausfüllen von Antragsformularen.

Ihr kurzer Draht zu uns

0800 1000 4800 (kostenloses
Servicetelefon)

www.deutsche-rentenversicherung.de
info@deutsche-rentenversicherung.de



Unsere Partner

In den Gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation beraten und unterstützen wir Sie in allen Fragen zur Rehabilitation zusammen mit anderen Leistungsträgern.

Auch bei den Versicherungsämtern der Städte und Gemeinden können Sie Ihren Rentenanspruch stellen, Vordrucke erhalten oder Ihre Versicherungsunterlagen weiterleiten lassen.

Die Träger der Deutschen Rentenversicherung

Deutsche Rentenversicherung

Baden-Württemberg

Gartenstraße 105, 76135 Karlsruhe
Telefon 0721 825-0

Deutsche Rentenversicherung

Bayern Süd

Am Alten Viehmarkt 2, 84028 Landshut
Telefon 0871 81-0

**Deutsche Rentenversicherung
Berlin-Brandenburg**

Bertha-von-Suttner-Straße 1
15236 Frankfurt (Oder)
Telefon 0335 551-0

**Deutsche Rentenversicherung
Braunschweig-Hannover**

Lange Weihe 2, 30880 Laatzen
Telefon 0511 829-0

**Deutsche Rentenversicherung
Hessen**

Städelstraße 28, 60596 Frankfurt am Main
Telefon 069 6052-0

**Deutsche Rentenversicherung
Mitteldeutschland**

Georg-Schumann-Straße 146, 04159 Leipzig
Telefon 0341 550-55

**Deutsche Rentenversicherung
Nord**

Ziegelstraße 150, 23556 Lübeck
Telefon 0451 485-0

**Deutsche Rentenversicherung
Nordbayern**

Wittelsbacherring 11, 95444 Bayreuth
Telefon 0921 607-0

**Deutsche Rentenversicherung
Oldenburg-Bremen**

Huntestraße 11, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 927-0

**Deutsche Rentenversicherung
Rheinland**

Königsallee 71, 40215 Düsseldorf
Telefon 0211 937-0

**Deutsche Rentenversicherung
Rheinland-Pfalz**

Eichendorffstraße 4-6, 67346 Speyer
Telefon 06232 17-0

**Deutsche Rentenversicherung
Saarland**

Martin-Luther-Straße 2-4, 66111 Saarbrücken
Telefon 0681 3093-0

**Deutsche Rentenversicherung
Schwaben**

Dieselstraße 9, 86154 Augsburg
Telefon 0821 500-0

**Deutsche Rentenversicherung
Westfalen**

Gartenstraße 194, 48147 Münster
Telefon 0251 238-0

**Deutsche Rentenversicherung
Bund**

Ruhrstraße 2, 10709 Berlin
Telefon 030 865-0

**Deutsche Rentenversicherung
Knappschaft-Bahn-See**

Pieperstraße 14-28, 44789 Bochum
Telefon 0234 304-0

QR Code ist eine eingetragene Marke der Denso
Wave Incorporated.



Die gesetzliche Rente ist und bleibt der wichtigste Baustein für die Alterssicherung.

Kompetenter Partner in Sachen Altersvorsorge ist die Deutsche Rentenversicherung. Sie betreut 52 Millionen Versicherte und mehr als 20 Millionen Rentner.

Die Broschüre ist Teil unseres umfangreichen Beratungsangebotes.

Wir informieren.

Wir beraten. Wir helfen.

Die Deutsche Rentenversicherung.



**Deutsche
Rentenversicherung**
Sicherheit
für Generationen

Rentenversicherung in Zahlen 2014

- Aktuelle Ergebnisse, Stand: 4. Juni 2014
- Entwicklung der Daten bis heute
- Faustdaten, Werte, Finanzen,
Versicherte, Rentenbestand,
Rentenzugang, Rehabilitation



Hinweise

Diese Broschüre beinhaltet ausgewählte Statistikergebnisse der gesetzlichen Rentenversicherung. Ausführlichere Statistiken sind in der Broschüre „Rentenversicherung in Zeitreihen“ und in den Statistikbänden enthalten. Im Internet finden Sie statistische Angaben unter:

→ www.deutsche-rentenversicherung.de

→ www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de

Anfragen zu Statistiken senden Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: statistik-bln@drv-bund.de

Einen Überblick über unsere statistischen Publikationen entnehmen Sie bitte dem hinteren Teil dieses Heftes.

Sofern nicht ausdrücklich in den Tabellen die unterschiedlichen Versicherungszweige allg. RV und KnV genannt werden, handelt es sich um Zahlenangaben zur Rentenversicherung insgesamt.

Einige Tabellen (z. B. Finanzen) beinhalten Zahlen für das gesamte Bundesgebiet, wenn eine Unterteilung zwischen alten und neuen Bundesländer nicht ausdrücklich vermerkt ist. Hierbei wird Berlin bei den Daten der Rentenversicherung getrennt, d. h. Berlin-West wird den alten Bundesländern, Berlin-Ost den neuen Bundesländern zugeordnet.

Auslandssachverhalte (z. B. Auslandsrenten) sind pauschal den Tabellen „alte Bundesländer“ zugeordnet.

Die Ausgabe 2014 berücksichtigt den Stand vom 4. Juni 2014.

Inhaltsverzeichnis

5 **Stichwortverzeichnis**

7 **Abkürzungsverzeichnis**

Faustdaten

- 9 Faustdaten zur Rentenversicherung
- 10 Faustdaten zur Standardrente
- 10 Faustdaten zu den Rentenfinanzen
- 11 Faustdaten zur Rentensteigerung

Werte

- 12 Bemessungswerte der RV – aktuell
- 14 Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte – Zeitreihe
- 15 Beitragssätze zur Sozialversicherung – Zeitreihe
- 16 Rentenanpassungssätze und aktueller Rentenwert – Zeitreihe
- 18 Beitragsbemessungsgrenzen – Zeitreihe
- 19 Mindest-, Regel- und Höchstbeiträge – Zeitreihe

Finanzen

- 20 Einnahmen 2012 und 2013
- 20 Ausgaben 2012 und 2013
- 22 Finanzentwicklung in der allg. RV – Zeitreihe
- 24 Rentenanpassungen – ausgewählte Komponenten
- 27 Entwicklung des Standardrentenniveaus – Zeitreihe

Versicherte

- 28 Anzahl der aktiv Versicherten insg./alte/neue BL
- 31 Aktiv und passiv Versicherte am 31.12. – Zeitreihe
- 32 Versicherte nach Nationalitäten – Zeitreihe
- 33 Rentenanwartschaften am 31.12.2012

Rentenbestand

- 34 Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten alte/neue BL
- 38 Rentenschichtung nach monatlichem Zahlungsbetrag alte/neue BL
- 40 Kreuztabelle Versicherungsjahre alte BL Männer/Frauen
- 44 Kreuztabelle Versicherungsjahre neue BL Männer/Frauen

- 48 Entwicklung des Rentenbestandes – Zeitreihe
 50 Mehrfachrentenbezieher am 01.07.2013
 51 Rentner nach Bundesländern am 01.07.2013

Rentenzugang, -wegfall und -anträge

- 52 aktuelle Zahlen zum Rentenzugang alte/neue BL
 56 Abschlüsse im Rentenzugang 2013
 57 Rentenzugänge 2013 wegen verminderter
 Erwerbsfähigkeit nach Diagnosegruppen
 58 Zugang nach Rentenarten – Zeitreihe –
 Anzahlen insg./Männer/Frauen
 62 Zugang nach Rentenarten – Zeitreihe –
 Anteile insg./Männer/Frauen
 66 Zugang Renten wegen Todes – Zeitreihe
 67 Wegfallsalter und Rentenbezugsdauer – Zeitreihe
 68 Zugangsalter – Zeitreihe
 69 Rentenueuanträge – Zeitreihe

Alterssicherung

- 70 Einkommensquellen der älteren Bevölkerung (ASID 2011)
 Volumen, Beträge und Bezieherquoten
 72 Schichtung des Haushaltsnettoeinkommens
 alte/neue BL
 74 Grundsicherung und Rente
 76 Zulagekonten, -empfänger und gezahlte Zulagen (ZfA)
 77 Einkommensstruktur und Förderung (ZfA)
 78 Kinderzulagen (ZfA)
 79 Zulagenquoten nach Geschlecht und Region

Rehabilitation (Teilhabe)

- 80 Anträge, Bewilligungen und Leistungen – Zeitreihe
 82 Medizinische Rehabilitation nach Diagnosegruppen
 83 Aufwendungen für Reha – Zeitreihe

Überblick über statistische Publikationen

- 87 **Träger der Deutschen Rentenversicherung**

Stichwortverzeichnis

56
 11–13, 16–17, 24–26
 34–37, 52–55, 58–65
 83
 20–23
 32

12–13
 20–23
 15
 12–14, 27
 20–23

57, 82
 34–37, 51–55

38–39
 20–23
 40–47
 34–37, 48, 52–55, 57–65

9–11
 20–27

34–37, 52–55
 74–75

34–37, 48, 52–55

20

A

Abschlüsse
 aktueller Rentenwert
 Altersrenten
 Aufwendungen zur Teilhabe
 Ausgaben
 ausländische Versicherte

B

Beitragsbemessungsgrenzen
 Beitragseinnahmen
 Beitragssätze
 Bruttojahresarbeitsentgelt
 Bundeszuschuss

D

Diagnosen
 Durchschnittsrenten

E

Einkommensquellen Älterer
 Einnahmen
 Entgeltpunkte
 EM-Renten

F

Faustdaten
 Finanzen

G

Gesamrentenzahlbetrag
 Grundsicherung

H

Hinterbliebenenrenten

K

KVdR-Ausgaben

80, 83	L Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (siehe Teilhabe)
80–82	M medizinische Rehabilitation
50	Mehrfachrentenbezieher
23	N Nachhaltigkeitsrücklage
72	Nettoeinkommen Älterer
12–19	R Rechengrößen
80–83	Rehabilitation (siehe Teilhabe)
12–13, 16–17, 24–26	Rentanpassungen
33	Rentanwartschaften
58–66	Rentenarten, Entwicklung
20–23	Rentenausgaben
34–51	Rentenbestand
67	Rentenbezugsdauer
69	Rentenneuanträge
27	Rentenniveau
40–47	Rentenschichtung
67	Rentenwegfallsalter
34–37, 52–55	Rentenzahlbetrag
52–69	Rentenzugang
68	Rentenzugangsalter
76–79	Riesterrente (ZfA)
10, 27	S Standardrente
80–83	T Teilhabe
28–32	V Versicherte (Anzahl)
40–47	Versicherungsjahre
34–37, 48, 52–55	W Waisenrenten
34–37, 48, 52–55	Witwen(r)renten

Abkürzungsverzeichnis

AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
allg. RV	Rentenversicherungszweig: allgemeine Rentenversicherung (früher ArV und AnV)
alte BL	alte Bundesländer
Anp.	Anpassung
AnV	Angestelltenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
Arbeitslosen-geld I	Als Arbeitslosengeld (auch mit dem Zusatz „I“) bezeichnet man eine Versicherungsleistung, durch die Arbeitslosen eine angemessene Lebenshaltung ermöglicht wird. Geregelt im SGB III.
Arbeitslosen-geld II	Arbeitslosengeld II (ALG II) ist die grundlegende Sozialleistung für erwerbsfähige Menschen, die den notwendigen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können („Hartz IV“). Geregelt im SGB II.
ArV	Arbeiterrentenversicherung bis 12/2004 (Finanzverfassung aber noch bis 12/2005)
aRW	aktueller Rentenwert (§§ 68, 255a SGB VII)
ASiD	Alterssicherung in Deutschland, eine spezielle Datenerhebung seit 1986
Ausgl.bedarf	Ausgleichsbedarf (§ 68a Abs. 2 SGB VII). Ergibt sich als Fortschreibung der Ausgleichsfaktoren. Durch den Ausgleichsbedarf sollen nicht durchgeführte Dämpfungen der Rentenanpassung ab 2011 nachgeholt werden (§§ 255g Abs. 2, 68 Abs. 3 SGB VII).
Ausgl.faktor	Ausgleichsfaktor (§ 68a Abs. 2 SGB VII), getrennt für West und Ost. Für jedes Jahr, in dem die Schutzkl. Faktoren anzuwenden sind, wird ein Ausgleichsfaktor ermittelt: Als Quotient von aRW, ohne Schutzklausel, zu aRW, unter Berücksichtigung der Schutzklausel.
BA	Bundesagentur für Arbeit
BE	Bruttolöhne- und -gehälter (§ 68 Abs. 2 SGB VII)
BGBL	Bundesgesetzblatt
BJ	Beitragsjahr
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BZ	Beitragszeiten
DEÜV	Datenübermittlungsverordnung
EP	Entgeltpunkte

„Faktoren“**GesL.Wert
ICD**

Die Rentenanpassung berücksichtigt drei Veränderungsraten (Löhne, Altersvorsorge, Verhältnis Rentner zu Beitragszahlern) vom Vorjahr zum Vorvorjahr. Diese werden hier kurz Faktoren genannt.

Gesamtleistungswert

KLK

Kindererziehungsleistungs-Gesetz

KnV

Knappschaftliche Rentenversicherung

KVdR

Krankenversicherung der Rentner

LTA

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

neue BL

neue Bundesländer

PVdR

Pflegeversicherung der Rentner

RAW

Rentenanwartschaft

RÜG

Rentenüberleitungsgesetz und
Rentenüberleitungs-Ergänzungsgesetz

RV

Rentenversicherung

RWBestV

Rentenwertbestimmungsverordnung

Schutz.kl. Faktoren

Schutzklausel Faktoren, auch allgemeine Schutzklausel genannt (§§ 255e Abs. 5, 68a Abs. 1 SGB VI).
Ab dem Jahr 2010 wurde eine neue, umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i. V. m. § 255e Abs. 5 und § 255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird.

Schutz.kl. Ost

Schutzklausel Ost (§ 255 a Abs. 2 SGB VI). Durch diese wird dafür gesorgt, dass der aktuelle Rentenwert Ost mindestens um den Vorhundertersatz anzupassen ist, um den der aktuelle Rentenwert West angepasst wird.

SGB III

Sozialgesetzbuch III, Arbeitsförderung

SGB VI

Sozialgesetzbuch VI, gesetzliche Rentenversicherung

SV-Beiträge

Sozialversicherungsbeiträge

ÜG

Übergangsgeld

VDR

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger
(bis 30.09.2005)

Vers.

Versicherte

Vers.jahr

Versicherungsjahr

ZfA

Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen

Faustdaten zur Rentenversicherung**Zahl der Versicherten am 31. Dezember 2012** 52,67 Mio.

→ Zahl der aktiv Versicherten 35,71 Mio.
darunter: versicherungspfl. Beschäftigte 27,95 Mio.
→ Zahl der passiv Versicherten 16,96 Mio.

Zahl der Rentenbeanträge 2013 1,53 Mio.

→ Zahl der Erwerbsminderungsrenten 0,36 Mio.
→ Zahl der Altersrenten 0,73 Mio.
→ Zahl der Renten wegen Todes 0,45 Mio.

Anträge/Leistungen zur Rehabilitation 2013/2012

→ Anträge auf Leistungen zur medizinischen Reha 2013 1,67 Mio.
→ Leistungen zur medizinischen Reha 2012 1,00 Mio.
→ Anträge auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 2013 0,41 Mio.
→ Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben 2012 0,13 Mio.

Zahl der Renten am 31. Dezember 2013 25,16 Mio.

→ Zahl der Versichertenrenten 19,41 Mio.
davon: Altersrenten 17,69 Mio.
verminderte Erwerbsfähigkeit 1,72 Mio.
→ Zahl der Renten wegen Todes 5,76 Mio.
darunter: Witwen-/Witwerrenten 5,40 Mio.
Waisenrenten 0,34 Mio.

Zahl der Rentner am 1. Juli 2013 20,58 Mio.**Einnahmen RV insgesamt 2013** 260,67 Mrd. Euro

darunter: Beitragseinnahmen 194,33 Mrd. Euro
allgemeiner Bundeszuschuss 38,86 Mrd. Euro
zusätzliche Bundeszuschüsse zur allg. RV 20,99 Mrd. Euro
Bundeszuschuss zur KnV (Defizithaftung) 5,42 Mrd. Euro

Ausgaben RV insgesamt 2013 258,77 Mrd. Euro

darunter: Rentenausgaben 232,30 Mrd. Euro
Beiträge und Zuschüsse zur KVdR 16,49 Mrd. Euro
Leistungen zur Teilhabe 5,66 Mrd. Euro

Faustdaten zur Standardrente

Die Standardrente ist die monatliche Regelaltersrente eines Versicherten in der allgemeinen RV, der 45 Jahre lang stets ein Entgelt in Höhe des Durchschnittsentgelts aller Versicherten bezogen hat.

	am 01.01.2014	am 01.07.2014
	brutto in Euro	brutto in Euro
alte Bundesländer	1 266,30	1 287,45
neue Bundesländer	1 158,30	1 187,55

Faustdaten zu den Rentenfinanzen 2014

allgemeine RV (ohne KnV), gesamtes Bundesgebiet

	in Millionen Euro
1 Prozentpunkt Veränderung des Beitragssatzes der allg. RV	± 12 310
davon: Beitragseinnahmen	± 10 420
Bundeszuschuss	± 1 890
1 Prozentpunkt Veränderung des Bruttoentgelts (Beiträge inkl. „Minijobber“)	± 1 970
1 Prozentpunkt Veränderung der Rentenanpassung i. d. Folgejahren inkl. KVdR	± 2 440
Veränderung der Anzahl der Pflichtbeitragszahler um 100 000	± 510
Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund – Schätzung Mai 2014 mit Eckdaten und Kostenschätzung des Rentenpakets der Bundesregierung	

Faustdaten zur Rentensteigerung (in Klammern neue Bundesländer)

Basis: Beitragssatz für 2014 = 18,9 Prozent

Alte Bundesländer

Das vorläufige durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt für 2014 beträgt 34 857 Euro und der aktuelle Rentenwert des zweiten Halbjahres 28,61 Euro.

Neue Bundesländer

Das vorläufige durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelt, das durch Dividieren mit dem Umrechnungswert ermittelt wurde, beträgt 29 358 Euro für 2014 und der aktuelle Rentenwert Ost des zweiten Halbjahres 26,39 Euro.

Die nachstehend genannten Rentenbeträge sind dynamisch. Sie verändern sich künftig durch die Rentenanpassungen, die grundsätzlich folgende Faktoren berücksichtigen:

- den letzten aktuellen Rentenwert,
- die Veränderungen
 - der Lohnsummen und der Versichertenentgelte sowie
 - der Beitragssätze und der Altersvorsorgeanteile und
- den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor, der das sich verändernde Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern berücksichtigt.

Einzelheiten zur Berechnung des aktuellen Rentenwertes finden sich auf den Seiten 24–26.

Für das zweite Halbjahr 2014 ergibt sich somit:

- 1 000 Euro beitragspflichtiges Arbeitsentgelt = 0,82 Euro (0,90 Euro) monatliche Rentensteigerung
- 100 Euro Pflichtbeitrag = 529,10 Euro (529,10 Euro) Arbeitsverdienst
- 100 Euro Pflichtbeitrag = 0,43 Euro (0,48 Euro) Rentenanspruch
- 85,05 Euro mtl. Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte = 0,37 Euro (0,37 Euro) Rentenzuwachs

Bemessungswerte der RV¹⁾ – aktuell

		2012		2013		2014	
		alte BL	neue BL	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
Rentanpassung (in Prozent)	ab 01.07.	2,18	2,26	0,25	3,29	1,67	2,53
aktueller Rentenwert	bis 30.06.	27,47	24,37	28,07	24,92	28,14	25,74
	ab 01.07.	28,07	24,92	28,14	25,74	28,61	26,39
durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt		33 002		34 071 ²⁾		34 857 ²⁾	
Umrechnungsfaktor für Beitragsbemessungsgrundlagen, neue Bundesländer			1,1785		1,1767 ²⁾		1,1873 ²⁾
Bezugsgröße	jährlich	31 500	26 880	32 340	27 300	33 180	28 140
	monatlich	2 625	2 240	2 695	2 275	2 765	2 345
Beitragsbemessungsgrenze allg. RV	jährlich	67 200	57 600	69 600	58 800	71 400	60 000
	monatlich	5 600	4 800	5 800	4 900	5 950	5 000
Beitragsbemessungsgrenze KnV	jährlich	82 800	70 800	85 200	72 600	87 600	73 800
	monatlich	6 900	5 900	7 100	6 050	7 300	6 150
Mindestbeitrag freiwillig Versicherte ³⁾	monatlich	78,40	78,40	85,05	85,05	85,05	85,05
Regelbeitrag	monatlich	514,50	439,04	509,36	429,98	522,59	443,21
Höchstbeitrag für Pflichtversicherte, allg. RV	monatlich	1 097,60	940,80	1 096,20	926,10	1 124,56 ⁴⁾	945,00
Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte ³⁾	monatlich	1 097,60	1 097,60	1 096,20	1 096,20	1 124,55	1 124,55

¹⁾ Werte in Euro – bis auf die Rentenanpassung und den Umrechnungsfaktor.

²⁾ Durch Gesetz als vorläufiger Wert bestimmt, der bei der Ermittlung der Entgeltpunkte für diese Jahre anzuwenden ist.

³⁾ Bei freiwilliger Versicherung gibt es zwischen alten und neuen Bundesländern keinen Unterschied.

⁴⁾ Für Arbeitnehmer: 1 124,56 Euro, für Selbständige: 1 124,55 Euro.

Durchschnittliche Bruttojahresarbeitsentgelte in DM/ab 2002 in Euro

Jahr	alte BL allg. RV in DM/Euro	KnV in DM/Euro	neue BL Umrech- nungswerte
1957	5 043	5 096	1,1081
1960	6 101	6 165	1,1451
1965	9 229	9 326	1,5462
1970	13 343	13 485	1,8875
1975	21 808	22 039	2,6272
1980	29 485	29 798	3,1208
1985	35 286	35 660	3,3129
1990 1. Hj.		41 946	3,0707
1990 2. Hj.		41 946	2,3473
1995		50 665	1,2317
1996		51 678	1,2209
1997		52 143	1,2089
1998		52 925	1,2113
1999		53 507	1,2054
2000		54 256	1,2030
2001		55 216	1,2003
2002		28 626	1,1972
2003		28 938	1,1943
2004		29 060	1,1932
2005		29 202	1,1827
2006		29 494	1,1827
2007		29 951	1,1841
2008		30 625	1,1857
2009		30 506	1,1712
2010		31 144	1,1726
2011		32 100	1,1740
2012		33 002	1,1785
2013 ¹⁾		34 071	1,1767
2014 ¹⁾		34 857	1,1873

Beitragssätze zur Sozialversicherung/in Prozent des Bruttoarbeitsentgeltes alte Bundesländer (bis 1990) bzw. Deutschland (ab 1991)

Jahr	Rentenversicherung		Kranken- versicherung ¹⁾	Arbeitslosen- versicherung	Pflege- versicherung ²⁾	insgesamt ³⁾
	allg. RV	KnV				
1960	14,00	23,50	8,40	2,00	x	24,40
1970	17,00	23,50	8,20	1,30	x	26,50
1980	18,00	23,50	11,40	3,00	x	32,40
1990	18,70	24,45	12,78	4,30	x	35,78
2000	19,30	25,60	13,57	6,50	1,70	41,07
2005	19,50	25,90	13,73	6,50	1,70	41,43
2010	19,90	26,40	14,90	2,80	1,95	39,55
2011	19,90	26,40	15,50	3,00	1,95	40,35
2012	19,60	26,00	15,50	3,00	1,95	40,05
2013	18,90	25,10	15,50	3,00	2,05	39,45
2014	18,90	25,10	15,50	3,00	2,05	39,45

In der allg. RV tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber je die Hälfte, bei der KnV tragen sie unterschiedlich hohe Anteile vom Beitragssatz.

¹⁾ bis 1989 Jahresdurchschnitt; ab 1990 jeweils durchschnittlicher („Allgemeiner“) Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung (KV) am 1. Januar, ab dem 1.7.2005 ist ein Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9 % – allein vom Arbeitnehmer – zu zahlen, der im ausgewiesenen Beitragssatz zur KV enthalten ist, ab dem 1.1.2009 gilt ein einheitlicher Beitragssatz in der KV, der den allein vom Arbeitnehmer zu tragenden Anteil von 0,9 % enthält.

²⁾ ab 2005 erhöht sich der hier dargestellte Beitragssatz für Kinderlose um 0,25 %

³⁾ unter Berücksichtigung des Beitragssatzes der allg. RV, ohne Zusatzbeitrag zur PV für Kinderlose in Höhe von 0,25 %

Quelle: BMAS, BMG, Deutsche Rentenversicherung Bund

Renten Anpassungssätze und aktueller Rentenwert in DM/ab 2002 in Euro

Jahr	Renten- anpassungen		aktueller Rentenwert ²⁾	
	zum	in Prozent	in DM/Euro	
	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
1957 ¹⁾	x		5,35	
1960	01.01.	5,94	6,34	
1965	01.01.	9,40	9,09	
1970	01.01.	6,35	12,90	
1971	01.01.	5,50	13,71	
1972	01.01.	6,30	15,01	
	01.07.	9,50	x	
1973	01.07.	11,35	16,71	
1974	01.07.	11,20	18,59	
1975	01.07.	11,10	20,65	
1976	01.07.	11,00	22,92	
1977	01.07.	9,90	25,20	
1978	01.01.	x	x	
	01.07.	x	x	
1979	01.01.	4,50	26,34	
1980	01.01.	4,00	27,39	
1981	01.01.	4,00	28,48	
1982	01.01.	5,76	30,12	
1983	01.07.	5,59	31,81	
1984	01.07.	3,40	32,89	
1985	01.07.	3,00	33,87	
1986	01.07.	2,90	34,86	
1987	01.07.	3,80	36,18	
1988	01.07.	3,00	37,27	
1989	01.07.	3,00	38,39	
1990	01.07.	3,10	39,58	
1991	01.01.	x	15,00	x
	01.07.	4,70	15,00	41,44

Jahr	Renten- anpassungen		aktueller Rentenwert	
	zum	in Prozent	in DM/Euro	
	alte BL	neue BL	alte BL	neue BL
1992	01.01.	x	11,65	x
	01.07.	2,87	12,73	42,63
1993	01.01.	x	6,10	x
	01.07.	4,36	14,12	44,49
1994	01.01.	x	3,64	x
	01.07.	3,39	3,45	46,00
1995	01.01.	x	2,78	x
	01.07.	0,50	2,48	46,23
1996	01.01.	x	4,38	x
	01.07.	0,95	1,21	46,67
1997	01.07.	1,65	5,55	47,44
1998	01.07.	0,44	0,89	47,65
1999	01.07.	1,34	2,79	48,29
2000	01.07.	0,60	0,60	48,58
2001	01.07.	1,91	2,11	49,51
2002	01.07.	2,16	2,89	25,86
2003	01.07.	1,04	1,19	26,13
2004	01.07.	x	x	x
2005	01.07.	x	x	x
2006	01.07.	x	x	x
2007	01.07.	0,54	0,54	26,27
2008	01.07.	1,10	1,10	26,56
2009	01.07.	2,41	3,38	27,20
2010	01.07.	x	x	x
2011	01.07.	0,99	0,99	27,47
2012	01.07.	2,18	2,26	28,07
2013	01.07.	0,25	3,29	28,14
2014	01.07.	1,67	2,53	28,61

¹⁾ Keine Renten Anpassung. ²⁾ Bis 1978 gilt nur für Zugangsrenten.

x = Keine Renten Anpassung, der aktuelle Rentenwert gilt weiter.

Beitragsbemessungsgrenzen

in DM/ab 2002 in Euro monatlich (jeweils 01.01.)

Jahr	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	allg. RV	KnV	allg. RV	KnV
1957	750	1 000		
1960	850	1 000		
1965	1 200	1 500		
1970	1 800	2 100		
1975	2 800	3 400		
1980	4 200	5 100		
1985	5 400	6 700		
1990	6 300	7 800		
1991	6 500	8 000	3 000	3 000
1995	7 800	9 600	6 400	7 800
2000	8 600	10 600	7 100	8 700
2001	8 700	10 700	7 300	9 000
2002	4 500	5 550	3 750	4 650
2003	5 100	6 250	4 250	5 250
2004	5 150	6 350	4 350	5 350
2005	5 200	6 400	4 400	5 400
2006	5 250	6 450	4 400	5 400
2007	5 250	6 450	4 550	5 550
2008	5 300	6 550	4 500	5 550
2009	5 400	6 650	4 550	5 600
2010	5 500	6 800	4 650	5 700
2011	5 500	6 750	4 800	5 900
2012	5 600	6 900	4 800	5 900
2013	5 800	7 100	4 900	6 050
2014	5 950	7 300	5 000	6 150

Mindest-, Regel- und Höchstbeiträge

in DM/ab 2002 in Euro monatlich (jeweils zum 01.01.)

Jahr	Mindestbeitrag ¹⁾	Regelbeitrag ²⁾		Höchstbeitrag ³⁾
		alte BL	neue BL	
1957	14,00			105,00
1960	14,00			119,00
1965	14,00	91,00		168,00
1970	17,00	153,00		306,00
1975	18,00	288,00		504,00
1980	72,00	394,00		756,00
1985	87,00	519,00		1 010,00
1990	103,00	606,00		1 178,00
1992	88,50	620,00	371,70	1 204,00
1995	107,88	755,16	611,94	1 450,80
2000	121,59	864,64	702,52	1 659,80
2001	120,33	855,68	721,98	1 661,70
2002	62,08	447,90	374,36	859,50
2003	63,38	464,10	389,03	994,50
2004	78,00	470,93	395,85	1 004,25
2005	78,00	470,93	395,85	1 014,00
2006	78,00	477,75	402,68	1 023,75
2007	79,60	487,55	417,90	1 044,75
2008	79,60	494,52	417,90	1 054,70
2009	79,60	501,48	424,87	1 074,60
2010	79,60	508,45	431,83	1 094,50
2011	79,60	508,45	445,76	1 094,50
2012	78,40	514,50	439,04	1 097,60
2013	85,05	509,36	429,98	1 096,20
2014	85,05	522,59	443,21	1 124,55

¹⁾ Normaler Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte.

²⁾ Für versicherungspflichtige Selbstständige.

³⁾ Höchstbeitrag für freiwillig Versicherte.

Einnahmen 2012 und 2013 gesamtes Bundesgebiet, in Millionen Euro

	RV insgesamt ¹⁾		allg. RV		KnV	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Beitragseinnahmen	193 687	194 334	192 889	193 576	797	758
Bundeszuschüsse	45 446	44 286	39 895	38 863	5 551	5 423
zusätzliche Bundeszuschüsse	20 123	20 990	20 123	20 990	–	–
Erstattungen	775	764	760	750	15	13
Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV und KnV	–	–	224	213	8 523	8 682
Vermögenserträge	202	102	197	99	5	3
sonstige Einnahmen	235	194	234	193	1	1
Einnahmen insgesamt	260 467	260 669	254 322	254 683	14 892	14 881

Ausgaben 2012 und 2013 gesamtes Bundesgebiet, in Millionen Euro

	RV insgesamt ¹⁾		allg. RV		KnV	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Rentenausgaben	229 231	232 297	215 999	219 084	13 232	13 212
Beiträge und Zuschüsse zur KvDr	16 247	16 488	15 281	15 522	966	967
Leistungen zur Teilhabe	5 679	5 658	5 555	5 533	124	125
Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV/KnV	–	–	8 523	8 682	224	213
Beiträgererstattungen	102	97	102	97	0	0
Verwaltungs- u. Verfahrenskosten	3 645	3 737	3 530	3 627	115	109
Kindererziehungsleistungen	165	127	161	124	4	3
sonstige Ausgaben	301	367	74	115	227	252
Ausgaben insgesamt	255 370	258 770	249 226	252 784	14 892	14 881
Einnahmeüberschuss	5 097	1 898	5 097	1 898	–	–

¹⁾ Ohne Ausgleichszahlungen zwischen allg. RV und KnV, Differenzen in den Summen entstehen durch Rundungen.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse

Finanzentwicklung in der allg. RV (ohne KnV) seit 1957¹⁾

Beträge in Millionen Euro

Jahr	Einnahmen insgesamt ³⁾	darunter Beiträge	Bundes- zuschüsse, allgemeiner und zusätz- liche	Ausgaben Insgesamt ³⁾	darunter Renten ²⁾	Verwaltungs- und Verfahrens- kosten	Leistungen zur Teilhabe	Nachhaltigkeitsrücklage	
								Jahresende	in Monats- ausgaben
1957	7 261	4 986	1 744	6 374	5 462	137	291		
1960	9 857	6 894	2 096	9 139	7 286	202	440		
1965	15 931	11 502	3 008	14 965	11 525	335	913		
1970	26 249	21 673	3 660	24 392	19 630	541	1 049		
1975	47 862	38 992	6 831	48 115	37 238	1 101	2 057	21 975	7,4
1980	69 053	56 858	10 802	67 570	55 921	1 331	2 186	9 581	2,1
1985	84 629	70 385	12 853	83 908	72 096	1 482	2 140	5 725	1,0
1990	108 621	89 433	15 184	103 717	89 923	1 847	2 789	17 869	2,6
1995	170 856	138 199	30 445	175 932	151 004	3 239	4 898	11 229	0,9
2000	206 343	162 165	42 419	205 764	177 751	3 340	4 331	14 196	1,0
2005	224 182	167 980	54 812	228 111	198 812	3 659	4 498	1 706	0,1
2010	244 692	184 404	58 980	242 635	211 042	3 412	5 244	18 604	1,1
2013	254 683	193 576	59 852	252 784	219 084	3 627	5 533	31 963	1,8

¹⁾ Bis 1990 alte Bundesländer, ab 1995 gesamtes Bundesgebiet.

²⁾ Von 1999 bis 2010 ohne gem. § 291c SGB VI vom Bund erstattete einigungsbedingte Leistungen.

³⁾ Ohne internen Finanzausgleich.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse

Renten Anpassungen durch Gesetz und Verordnungen (RAV und RWBestV)

Höhe der aktuellen Rentenwerte (aRW), der Anpassung (Anp.) der Faktoren, der rechnerischen (rechn.) aRW, Anwendung der Schutzklauseln (Schutzkl.), Ausgleichsbedarf und seine Veränderung, Anpassungsfaktor

Jahr/ Ge- biet	Faktor 1 (Löhne)	davon: Faktor 1 zerlegt: Sp.(3) * Sp.(4):	Faktor 2 (Beiträge und Alters- vorsorge)	Faktor 3 (Nach- haltigkeit)	aRW alt	neu (rein rechn.)	Schutzkl. „Faktoren“ oder ab 2010 ²⁾ „Garantie- klausel“?	Rechn. Anp. vor Berücksich- tigung von Ausgleichs- bedarf	Hältiger Anpassungs- faktor (ab 2011 eingeführt)	Rechn. Anp. vor der Prüfung der Schutzkl.	Schutzkl. Ost Anzu- wenden?	aRW end- gültig	Laufende Verände- rung des Ausgl.- bedarfs	Ausgl.- bedarf (ab der Anpas- sung, kumuliert)
		Veränd. der un- korrig. BE	Faktor Entgelt- korrek- tur ¹⁾											
2012 RWBestV 2012 (BR-Drs. 221/12 v 19.04.12) ³⁾														
West	1,0295 2,95	1,0366 3,66	0,99308 -0,69	0,9935 -0,65	1,0209 2,09	27,47	28,68	nein	1,0440 4,40	1,0220 2,20	28,07 2,18	X 28,07 2,18	1,0220 2,20	0,9929 -0,71
Ost	1,0228 2,28	1,0198 1,98	1,00298 0,30	0,9935 -0,65	1,0209 2,09	24,37	25,28	nein	1,0373 3,73	1,0187 1,87	24,82 1,87	nein 24,92 2,26	1,0143 1,43	1,0000 0,00
2013 RWBestV 2013 (BR-Drs. 287/13 v 17.04.13)														
West	1,0150 1,50	1,0317 3,17	0,98378 -1,62	0,9974 -0,26	0,9928 -0,72	28,07	28,21	nein	1,0050 0,50	1,0025 0,25	28,14 0,25	X 28,14 0,25	1,0025 0,25	0,9954 -0,46
Ost	1,0432 4,32	1,0319 3,19	1,01097 1,10	0,9974 -0,26	0,9928 -0,72	24,92	25,74	nein	1,0329 3,29	- 3,29	25,74 3,29	nein 25,74 3,29	1,0000 0,00	1,0000 0,00
2014 RWBestV 2014 (BR-Drs. 187/14 v 30.04.14) ⁴⁾														
West	1,0138 1,38	1,0218 2,18	0,99215 -0,78	1,0092 0,92	0,9981 -0,19	28,14	28,74	nein	1,0213 2,13	1,0107 1,07	28,44 1,07	X 28,61 1,67	1,0046 0,46	1,0000 0,00
Ost	1,0178 1,78	1,0236 2,36	0,99427 -0,57	1,0092 0,92	0,9981 -0,19	25,74	26,39	nein	1,0253 2,53	- 2,53	26,39 2,53	nein 26,39 2,53	1,0000 0,00	1,0000 0,00

Erläuterungen und Fußnoten zu dieser Tabelle siehe Seite 26

Erläuterungen und Fußnoten zur Tabelle „Rentenanpassungen durch Gesetz und Verordnungen (RAV und RWBestV)“ (Seiten 24–25)

Bei den Faktorwerten steht jeweils eine Zeile tiefer der entsprechende Prozentwert. Die zugrunde liegenden Basiszahlen zur Berechnung der Faktoren sind hier nicht aufgeführt; siehe dazu die jeweilige Quelle, insb. die entsprechende BR-Drs. zur Rentenwertbestimmung.

Ein Strich „–“ bedeutet, dass entweder diese Komponenten in dem Jahr noch nicht vorgesehen waren oder dass für die Felder in dem betreffenden Jahr keine Berechnung erforderlich war.

Ein „X“ bedeutet, dass die jeweilige Größe in dem betreffenden Jahr noch nicht eingeführt war oder generell nicht anzuwenden ist.

Eingrahmte Spalten wurden bei den Werten für die Ausgleichsfaktoren und den Ausgleichsbedarf gesetzt, um die besondere Verfahrensweise zu kennzeichnen. Ab dem Jahr 2011 wurde der seit der Rentenanpassung des Jahres 2005 entstandene Ausgleichsbedarf abgebaut.

¹⁾ Als Faktor Entgeltkorrektur, der ab 2005 im Gesetz vorgesehen war, aber erst 2006 erstmals angewendet wurde, wird hier ein Faktor bezeichnet, mit dem die unkorrigierte Veränderung der Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme (je Arbeitnehmer) des Vorjahres gegenüber dem Vorvorjahr zu multiplizieren ist. Im Gesetz wird dieser Begriff nicht verwendet; er ergibt sich als Zwischenergebnis. Der Faktor wird ungerundet gerechnet.

²⁾ Ab dem Jahr 2010 wurde eine umfassende Schutzklausel eingeführt (§§ 68a Abs. 1 i.V.m. § 255e Abs. 5 und § 255a Abs. 1 SGB VI), die Garantieklausel genannt wird. Diese neue Schutzklausel verhindert jetzt auch, dass eine Minderung des Faktors Löhne zu einer Minderung des aktuellen Rentenwertes führt. Nach der bisherigen Schutzklausel wäre dies möglich gewesen.

³⁾ Mit der Anpassung 2012 wurde der Ausgleichsbedarf Ost vollständig abgebaut.

⁴⁾ Mit der Anpassung 2014 wurde der Ausgleichsbedarf („West“) vollständig abgebaut.

Entwicklung des Standardrentenniveaus allg. RV, alte Bundesländer

Jahr	durchschnittliches Jahresarbeitsentgelt		Standardrente mit 45 Versicherungsjahren		Rentenniveau ¹⁾ (nominal)	
	in Euro		in Euro		in Prozent	
	brutto	netto vor Steuern ²⁾	brutto	netto vor Steuern ²⁾	brutto	netto vor Steuern ²⁾
1957	2 578		1 478	1 478	57,3	
1960	3 119		1 661	1 661	53,2	
1965	4 719		2 319	2 319	49,1	
1970	6 822	6 118	3 376	3 376	49,5	55,2
1975	11 150	9 808	5 417	5 417	48,6	55,2
1980	15 075	13 124	7 562	7 562	50,2	57,6
1985	18 041	15 454	9 217	8 870	51,1	57,4
1990	21 447	18 306	10 763	10 071	50,2	55,0
1995	25 905	21 918	12 732	11 822	49,2	53,9
2000	27 741	23 340	13 373	12 356	48,2	52,9
2005	29 202	24 389	14 110	12 821	48,3	52,6
2010	31 144	25 632	14 688	13 232	47,2	51,6
2013 ³⁾	33 698	27 906	15 177	13 612	45,0	48,8

¹⁾ Quotient aus Standardrente und Jahresentgelt mal 100.

²⁾ Verfügbare Größen vor Steuern, vgl. § 154 (3) SGB VI.

³⁾ Datenstand Mai 2014.

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BMAS, Deutsche Rentenversicherung Bund
Stand Schätzung: Mai 2014

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2012 (ohne Rentenbezug)

Deutschland	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt	18 401 383	17 312 425	35 713 808
und zwar			
Pflichtversicherte insgesamt	16 007 816	13 808 158	29 815 974
und zwar			
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	15 067 963	12 879 499	27 947 462
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	248 791	178 882	427 673
Wehr-/Zivildienstleistende ²⁾	6 754	286	7 040
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ³⁾	547 520	378 886	926 406
Vorruhestandsgeldbezieher	4 820	3 681	8 501
sonstige Leistungsempfänger	279 385	255 743	535 128
Pflegepersonen	26 910	260 675	287 585
Selbstständige insgesamt	147 631	124 245	271 876
→ auf Antrag	7 662	2 689	10 351
→ kraft Gesetzes	13 967	30 889	44 856
→ Künstler/Publizisten	85 636	80 448	166 084
→ Handwerker	40 366	10 219	50 585
freiwillig Versicherte	213 424	71 841	285 265
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	1 876 898	3 354 232	5 231 130
nur auf Grund von Anrechnungszeiten versichert ⁴⁾	1 243 180	1 258 396	2 501 576

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. ²⁾ Bis 30.06.2011 Wehr-/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehrdienst nach § 54 WPflG. ³⁾ Arbeitslosengeld I. ⁴⁾ Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II, sofern keine andere Pflichtversicherung vorliegt.

Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2012

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2012 (ohne Rentenbezug)

alte Bundesländer	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt	15 185 274	14 249 071	29 434 345
und zwar			
Pflichtversicherte insgesamt	13 279 112	11 259 112	24 538 224
und zwar			
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	12 555 313	10 508 721	23 064 034
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	212 718	127 210	339 928
Wehr-/Zivildienstleistende ²⁾	5 395	243	5 638
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ³⁾	409 094	290 953	700 047
Vorruhestandsgeldbezieher	4 439	3 105	7 544
sonstige Leistungsempfänger	224 211	202 030	426 241
Pflegepersonen	20 608	226 400	247 008
Selbstständige insgesamt	120 462	102 394	222 856
→ auf Antrag	6 480	1 969	8 449
→ kraft Gesetzes	10 585	24 746	35 331
→ Künstler/Publizisten	70 547	67 282	137 829
→ Handwerker	32 850	8 397	41 247
freiwillig Versicherte	184 620	58 385	243 005
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	1 681 470	3 059 085	4 740 555
nur auf Grund von Anrechnungszeiten versichert ⁴⁾	905 646	943 175	1 848 821

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungsfreiheit. ²⁾ Bis 30.06.2011 Wehr-/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehrdienst nach § 54 WPflG. ³⁾ Arbeitslosengeld I. ⁴⁾ Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II, sofern keine andere Pflichtversicherung vorliegt.

Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2012

Anzahl der aktiv Versicherten am 31.12.2012 (ohne Rentenbezug)

neue Bundesländer	Männer	Frauen	zusammen
aktiv Versicherte insgesamt und zwar	3 216 109	3 063 354	6 279 463
Pflichtversicherte insgesamt und zwar	2 728 704	2 549 046	5 277 750
versicherungspflichtig Beschäftigte ¹⁾	2 512 650	2 370 778	4 883 428
darunter			
Altersteilzeitbeschäftigte	36 073	51 672	87 745
Wehr-/Zivildienstleistende ²⁾	1 359	43	1 402
Leistungsempfänger			
→ nach dem SGB III ³⁾	138 426	87 933	226 359
Vorruhestandsgeldbezieher	381	576	957
sonstige			
Leistungsempfänger	55 174	53 713	108 887
Pflegepersonen	6 302	34 275	40 577
Selbstständige insgesamt	27 169	21 851	49 020
→ auf Antrag	1 182	720	1 902
→ kraft Gesetzes	3 382	6 143	9 525
→ Künstler/Publizisten	15 089	13 166	28 255
→ Handwerker	7 516	1 822	9 338
freiwillig Versicherte	28 804	13 456	42 260
geringfügig Beschäftigte ohne Verzicht auf die Versicherungsfreiheit	195 428	295 147	490 575
nur auf Grund von Anrech- nungszeiten versichert ⁴⁾	337 534	315 221	652 755

¹⁾ Einschließlich geringfügig Beschäftigter mit Verzicht auf die Versicherungs-freiheit. ²⁾ Bis 30.06.2011 Wehr/Zivildienst, ab 01.07.2011 freiwilliger Wehr-dienst nach § 54 WPfIG. ³⁾ Arbeitslosengeld I. ⁴⁾ Ab dem Jahr 2011 einschl. Leistungsempfänger nach SGB II, sofern keine andere Pflichtversicherung vorliegt.

Bei der Aufgliederung „und zwar“ sind Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte 2012

Versicherte aktiv und passiv Versicherte am 31.12. alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)

Jahr	insgesamt	aktiv Versicherte insgesamt	darunter KnV	passiv Versicherte
1962	25 880	18 612	571	7 268
1965	25 683	18 969	500	6 714
1970	26 032	19 568	354	6 464
1975	25 915	19 486	299	6 429
1980	26 998	21 570	293	5 428
1985	36 003	22 391	381	13 612
1990	40 953	24 128	328	16 825
1995	49 432	31 430	450	18 002
2000	51 107	33 830	379	17 277
2005	51 729	34 722	582	17 007
2010	52 223	35 370	517	16 853
2011	52 423	35 546	501	16 877
2012	52 672	35 714	485	16 958

Bis 1982 Angaben gem. Mikrozensus, ab 1983 Angaben aus der Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Rentenversicherungsbericht und Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte

Ausländische aktiv Versicherte am 31.12. nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)

Jahr	Ausländer insgesamt	Quote in Prozent	darunter Italiener	Jugoslawen und Nachfolgestaaten ¹⁾	Türken	Spanier	Griechen
1983	1 585 125	7,2	213 867	285 619	507 698	68 100	100 986
1985	1 482 507	6,6	199 130	270 469	460 200	62 104	95 823
1990	1 804 664	7,5	222 550	293 850	562 826	56 193	126 116
1992	2 470 234	7,6	248 468	401 356	685 577	58 414	147 051
1995	2 496 113	7,9	243 555	447 109	678 429	52 499	136 830
2000	2 755 946	8,1	259 679	386 599	786 050	49 985	136 728
2005	3 083 039	8,9	240 446	396 142	849 960	43 370	122 998
2010	3 381 184	9,6	243 147	380 337	902 508	43 084	114 604
2012	3 736 837	10,5	254 837	373 797	911 387	53 032	131 631

¹⁾ Serben, Slowenen, Kroaten, Bosnier, Herzegowiner, Montenegriener; die Staatsangehörigen aus Mazedonien und Kosovo sind nicht berücksichtigt.

vor 1992: Pflichtversicherte, ab 1999 einschl. geringfügig Beschäftigte.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Versicherte

Rentenwarschaften am 31.12.2012

Fallgruppe: Deutsche Versicherte ohne Rentenbezug im Alter zwischen 30 bis 64 Jahren am Stichtag
Stichprobe: Fälle mit einer Kontenklärung mindestens bis 2006 und mit mindestens einer Beitragszeit

Ausgewählte hochgerechnete Ergebnisse	insgesamt	alte BL (einschl. Ausland)	neue BL		
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
Zahl der Versicherten	33 334 355	13 320 538	13 169 083	3 520 791	3 323 943
Rentanwartschaften (RAW) in Euro					
– Ø RAW mit Zurechnungszeiten ¹⁾	744,18	839,88	651,98	721,22	750,29
– Ø RAW ohne Zurechnungszeiten	557,48	641,61	463,35	573,96	575,79
Rentenrechtliche Zeiten in Jahren					
– Ø Zurechnungszeit	12,9	13,1	13,1	12,5	12,0
– Ø zurückgelegte rentenrechtliche Zeiten ²⁾	24,4	23,9	23,4	26,4	28,0
Anteile von zurückgelegten rentenrechtlichen Zeiten ²⁾ in Prozent					
Beitragszeiten insgesamt	89	92	83	95	90
– vollwertige Beitragszeiten	79	83	74	84	76
– beitragsgeminderte Zeiten	10	9	9	11	14
beitragsfreie Zeiten	8	8	9	5	8
Berücksichtigungszeiten	3	0	8	0	1
Bewertung der Zeiten in Entgeltpunkten (EP)					
– Ø EP aus Beitragszeiten je Beitragsjahr	0,849	0,958	0,744	0,849	0,830
– Ø Gesamtleistungswert ³⁾ in EP pro Jahr	0,793	0,830	0,722	0,772	0,942

¹⁾ Modell einer hypothetischen vollen Erwerbsminderung am 31.12. Die Zeit bis zum 60. Geburtstag wird hinzugerechnet (Zurechnungszeit). Abschläge wegen eines Rentenbeginns vor dem 63. Lebensjahr werden berücksichtigt.

²⁾ Beitrags-, Berücksichtigungs- und beitragsfreie Zeiten ohne Zurechnungszeiten.

³⁾ Mit dem Gesamtleistungswert werden beitragsfreie Zeiten bewertet und beitragsgeminderte Zeiten höher bewertet.

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten¹⁾

am 31.12.2013, alte Bundesländer

Rentenart	Männer Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Männer und Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt ^{3), 4)}	660 702	733	654 591	669	1 315 293	702
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁵⁾	47 575	543	31 114	400	78 689	487
voller Erwerbsminderung ⁵⁾	600 848	752	623 329	683	1 224 177	717
Renten wegen Alters insgesamt	6 408 099	1 003	7 796 079	512	14 204 178	734
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit ⁶⁾	1 518 608	1 219	172 458	732	1 691 066	1 169
für Frauen ⁶⁾	–	–	2 692 138	689	2 692 138	689
für schwerbehinderte Menschen ⁶⁾	1 006 994	1 181	486 548	772	1 493 542	1 048
für langjährig Versicherte ⁶⁾	1 099 375	1 170	235 166	553	1 334 541	1 061
für besonders langjährig Versicherte	20 794	1 475	3 647	1 106	24 441	1 420
Regelaltersrente ⁷⁾	2 736 699	741	4 206 121	356	6 942 820	508
Renten wegen Todes insgesamt	425 646	246	3 893 108	576	4 610 712	519
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	424 868	246	3 886 498	576	4 311 366	543
Waisenrenten ⁸⁾					291 958	160
Erziehungsrenten	778	594	6 610	741	7 388	725
Renten insgesamt	7 494 447	937	12 343 778	540	20 130 183	682
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	7 068 801	978	8 450 670	524	15 519 471	731

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.
²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KvDR/PvDR-Beitrags.
³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Erfasst sind lediglich Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zur Regelaltersgrenze; siehe auch Fußnote 7.

⁵⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn

bis zum 31.12.2000.

⁶⁾ Erfasst sind lediglich Altersrenten an Berechtigte im Alter bis einschl. 86 Jahre; siehe auch Fußnote 7.

⁷⁾ Renten an verm. Erwerbsfähige im Alter ab der Regelaltersgrenze und Renten an Bezieher vorgezogener bzw. flexibler Altersrenten im Alter über 86 wurden in die Rentenart Regelaltersrente umgewandelt.

⁸⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlungsbeträge der laufenden Renten¹⁾

am 31.12.2013, neue Bundesländer

Rentenart	Männer Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro	Männer und Frauen Anzahl	durchschn. Rentenzahl- betrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt ^{3), 4)}	207 209	665	196 844	714	404 053	689
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁵⁾	17 379	428	9 607	434	26 986	430
voller Erwerbsminderung ⁵⁾	187 014	695	186 613	730	373 627	713
Renten wegen Alters insgesamt	1 443 811	1 096	2 039 756	755	3 483 567	896
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit ⁶⁾	655 410	1 082	42 482	784	697 892	1 064
für Frauen ⁶⁾	-	-	1 164 126	786	1 164 126	786
für schwerbehinderte Menschen ⁶⁾	152 377	988	131 370	819	283 747	909
für langjährig Versicherte ⁶⁾	210 257	1 105	20 180	666	230 437	1 066
für besonders langjährig Versicherte	3 781	1 156	638	1 061	4 419	1 142
Regelaltersrente ⁷⁾	416 119	1 144	680 960	691	1 097 079	863
Renten wegen Todes insgesamt	184 913	314	909 173	623	1 146 598	552
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	184 777	313	907 267	623	1 092 044	570
Waisenrenten ⁸⁾					52 512	159
Erziehungsrenten	136	609	1 906	825	2 042	811
Renten insgesamt	1 835 933	968	3 145 773	715	5 034 218	801
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	1 651 020	1 042	2 236 600	752	3 887 620	875

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des Kvdr/Pvdr-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Erfasst sind lediglich Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zur Regelaltersgrenze; siehe auch Fußnote 7.

⁵⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn

bis zum 31.12.2000.

⁶⁾ Erfasst sind lediglich Altersrenten an Berechtigte im Alter bis einschl. 86 Jahre; siehe auch Fußnote 7.

⁷⁾ Renten an verm. Erwerbsfähige im Alter ab der Regelaltersgrenze und Renten an Bezieher vorgezogener bzw. flexibler Altersrenten im Alter über 86 wurden in die Rentenart Regelaltersrente umgewandelt.

⁸⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag¹⁾

am 31.12.2013, alte Bundesländer

Rentenzahl- betrag von...bis unter... Euro/Monat	Versichertenrenten ²⁾				Witwenrenten		Witwerrenten	
	an Männer		an Frauen					
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
unter 150	517 738	7,3	1 089 986	12,9	418 750	10,8	153 660	36,2
150- 300	435 312	6,2	1 672 054	19,8	391 014	10,1	127 872	30,1
300- 450	398 826	5,6	1 220 299	14,4	433 623	11,2	88 284	20,8
450- 600	423 366	6,0	1 169 507	13,8	646 841	16,6	38 508	9,1
600- 750	507 337	7,2	1 194 491	14,1	869 397	22,4	11 306	2,7
750- 900	589 245	8,3	958 164	11,3	659 162	17,0	3 602	0,8
900-1 050	707 740	10,0	525 396	6,2	319 077	8,2	1 121	0,3
1 050-1 200	856 117	12,1	298 616	3,5	102 985	2,6	293	0,1
1 200-1 350	865 785	12,2	166 982	2,0	24 891	0,6	121	0,0
1 350-1 500	685 703	9,7	87 731	1,0	10 523	0,3	56	0,0
1 500 und höher	1 081 632	15,3	67 444	0,8	10 235	0,3	45	0,0
insgesamt	7 068 801	100	8 450 670	100	3 886 498	100	424 868	100

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Rentenschichtung nach monatlichem Zahlbetrag¹⁾

am 31.12.2013, neue Bundesländer

Rentenzahl- betrag von...bis unter... Euro/Monat	Versichertenrenten ²⁾				Witwenrenten		Witwerrenten	
	an Männer		an Frauen					
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
unter 150	8 116	0,5	14 289	0,6	26 029	2,9	28 908	15,6
150- 300	18 480	1,1	77 415	3,5	29 591	3,3	59 836	32,4
300- 450	28 293	1,7	119 680	5,4	97 222	10,7	64 650	35,0
450- 600	66 463	4,0	336 348	15,0	272 111	30,0	22 983	12,4
600- 750	169 045	10,2	631 574	28,2	259 396	28,6	6 251	3,4
750- 900	271 286	16,4	547 485	24,5	138 916	15,3	1 489	0,8
900-1 050	330 676	20,0	259 285	11,6	58 261	6,4	387	0,2
1 050-1 200	281 817	17,1	129 637	5,8	17 818	2,0	144	0,1
1 200-1 350	188 580	11,4	70 323	3,1	4 822	0,5	77	0,0
1 350-1 500	129 432	7,8	33 520	1,5	1 609	0,2	30	0,0
1 500 und höher	158 832	9,6	17 044	0,8	1 492	0,2	22	0,0
insgesamt	1 651 020	100	2 236 600	100	907 267	100	184 777	100

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, alte Bundesländer, Männer

Höhe der angerech- neten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾ Entgeltpunkte				durchschnittliche(r) Renten- zahl- betrag		pers. Entgeltp. je Vers.- jahr ¹⁾
	Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...							in Euro		
	insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6			
unter 5	3 330	0,1	779	399	941	730	211	98	172	87		0,89
5– 9	133 714	2,5	74 292	38 496	13 369	3 978	1 613	942	1 024	119		0,59
10–14	149 403	2,8	47 384	58 232	29 118	8 732	3 068	1 847	1 022	227		0,70
15–19	191 995	3,6	47 763	56 190	56 899	21 478	6 201	2 480	984	348		0,77
20–24	141 885	2,7	33 049	33 892	40 192	23 326	8 466	2 270	690	471		0,81
25–29	140 454	2,7	37 252	32 621	33 971	22 844	9 843	3 219	704	574		0,80
30–34	186 826	3,5	50 344	45 038	43 614	27 945	13 246	5 693	946	680		0,80
35–39	488 451	9,2	83 768	112 795	124 911	90 179	46 499	26 736	3 563	865		0,89
40–44	1 530 129	28,9	124 362	234 385	375 963	401 560	253 280	130 813	9 766	1 108		1,01
45–49	2 171 015	41,1	55 335	154 143	452 626	676 356	484 588	328 679	19 288	1 346		1,12
50 und mehr	151 117	2,9	4 374	10 241	29 290	45 597	29 678	29 018	2 919	1 467		1,15
Renten												
insgesamt ³⁾	5 288 319	100,0	558 702	776 432	1 200 894	1 322 725	856 693	531 795	41 078	1 069		1,00
Anteil in % ³⁾	100,0	–	10,6	14,7	22,7	25,0	16,2	10,1	0,8	–		–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	1 069	–	351	635	929	1 210	1 468	1 713	1 933	–		–
durchschn. Jahre ²⁾	40,3	–	29,7	34,9	40,2	43,4	44,4	45,2	41,8	–		–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, alte Bundesländer, Frauen

Höhe der angerech- neten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾					Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾ Entgeltpunkte				durchschnittliche(r) Renten- zahl- betrag pers. Entgeltp. je Vers.- jahr ¹⁾	
	Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...								
	insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6	in Euro	
unter 5	46 802	0,7	5 597	8 565	13 578	14 262	1 890	953	1 957	96	0,94
5– 9	892 818	12,9	244 130	280 317	182 710	60 994	50 756	54 245	19 666	146	0,81
10–14	659 472	9,5	230 296	247 169	78 260	31 085	25 909	28 436	18 317	236	0,75
15–19	699 489	10,1	319 731	232 218	86 519	28 143	14 480	8 657	9 741	298	0,66
20–24	587 273	8,5	251 548	191 074	83 551	33 321	13 834	6 920	7 025	394	0,68
25–29	678 710	9,8	222 630	265 691	113 049	46 075	18 126	7 710	5 429	506	0,72
30–34	807 374	11,7	199 057	347 635	162 699	64 398	22 463	7 470	3 652	619	0,75
35–39	954 377	13,8	180 878	415 287	227 117	91 531	29 087	8 377	2 100	737	0,77
40–44	1 170 792	16,9	174 622	460 097	308 996	151 879	58 837	15 082	1 279	875	0,82
45–49	409 255	5,9	50 403	147 438	110 015	64 699	27 400	8 663	637	999	0,85
50 und mehr	12 690	0,2	1 364	4 063	3 504	2 226	1 069	431	33	1 130	0,88
Renten											
insgesamt ³⁾	6 919 052	100,0	1 880 256	2 599 554	1 369 998	588 613	263 851	146 944	69 836	538	0,76
Anteil in % ³⁾	100,0	–	27,2	37,6	19,8	8,5	3,8	2,1	1,0	–	–
durchschn.											
Rentenzahl- betrag in Euro	538	–	295	513	672	865	921	749	759	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	27,5	–	23,9	28,5	30,0	31,4	28,1	19,7	16,2	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, neue Bundesländer, Männer

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters ³⁾		Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾							durchschnittliche(r) Renten- pers. zahl- Entgeltp. betrag je Vers.- jahr ¹⁾	
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche von ... bis unter ...			Entgeltpunkte				in Euro		
insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6			
unter 5	43	0,0	25	3	4	3	3	1	4	273	0,63
5– 9	2 704	0,2	1 606	536	384	120	28	15	15	91	0,53
10–14	3 276	0,2	1 690	798	551	172	38	16	11	166	0,56
15–19	4 066	0,3	1 836	1 022	777	321	77	19	14	265	0,62
20–24	4 647	0,3	2 083	1 260	729	379	153	25	18	356	0,64
25–29	14 800	1,0	3 255	3 185	2 688	3 557	1 777	303	35	585	0,86
30–34	24 878	1,6	5 100	5 928	5 104	4 941	3 276	484	45	688	0,86
35–39	91 622	6,0	9 844	23 928	29 567	17 748	7 692	2 638	205	818	0,89
40–44	516 526	33,7	39 832	126 602	166 222	108 198	46 407	26 918	2 347	944	0,93
45–49	780 843	51,0	19 305	116 709	242 485	214 136	114 111	68 676	5 421	1 136	1,03
50 und mehr	88 549	5,8	1 353	8 312	20 805	28 101	18 110	10 796	1 072	1 291	1,10
Renten insgesamt ³⁾	1 531 954	100,0	85 929	288 283	469 316	377 676	191 672	109 891	9 187	1 040	0,99
Anteil in % ³⁾	100,0	–	5,6	18,8	30,6	24,7	12,5	7,2	0,6	–	–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	1 040	–	471	729	946	1 156	1 385	1 615	1 961	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	44,6	–	39,8	43,6	44,7	45,2	45,6	46,3	46,3	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsumme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Verteilung nach durchschnittlichen Entgeltpunkten je Versicherungsjahr¹⁾ sowie nach Versicherungsjahren²⁾

Rentenbestand am 31.12.2013, neue Bundesländer, Frauen

Höhe der angerechneten Zeiten ²⁾ von ... bis ... Jahre	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen		Alters ³⁾			Entgeltpunkte je Versicherungsjahr ¹⁾				durchschnittliche(r) Renten- pers. zahl- Entgeltp. betrag je Vers.- jahr ¹⁾	
Anzahl ³⁾	Anteil ³⁾	durchschnittliche persönliche			Entgeltpunkte				in Euro		
	insgesamt	in %	unter 0,6	0,6–0,8	0,8–1,0	1,0–1,2	1,2–1,4	1,4–1,6	über 1,6		
unter 5	1 603	0,1	285	206	266	298	245	138	165	220	1,04
5– 9	14 386	0,7	5 966	4 291	2 230	907	521	252	219	185	0,69
10–14	23 738	1,2	11 949	7 243	2 619	1 054	469	203	201	237	0,63
15–19	35 068	1,7	17 430	9 864	5 274	1 747	471	166	116	293	0,63
20–24	49 188	2,4	18 982	14 864	12 337	2 301	507	106	91	376	0,68
25–29	87 210	4,2	19 880	34 203	26 936	4 994	943	184	70	487	0,74
30–34	169 164	8,2	25 937	73 841	55 633	10 434	2 756	475	88	593	0,77
35–39	378 956	18,4	41 229	168 384	125 726	31 653	9 457	2 280	227	710	0,80
40–44	948 711	46,0	118 228	400 326	279 102	98 595	39 831	11 988	641	811	0,82
45–49	349 450	16,9	31 198	130 929	112 310	49 329	20 607	4 924	153	915	0,85
50 und mehr	5 721	0,3	892	2 840	1 254	494	182	57	2	889	0,75
Renten insgesamt ³⁾	2 063 195	100,0	291 976	846 991	623 687	201 806	75 989	20 773	1 973	748	0,80
Anteil in % ³⁾	100,0	–	14,2	41,1	30,2	9,8	3,7	1,0	0,1	–	–
durchschn. Rentenzahl- betrag in Euro	748	–	446	670	817	1 039	1 253	1 430	1 175	–	–
durchschn. Jahre ²⁾	39,4	–	35,6	39,7	39,8	41,2	41,9	41,6	28,5	–	–

¹⁾ Berechnet aus persönlicher Entgeltpunktsomme, dividiert durch entsprechende Monatszahl an Versicherungsjahren und multipliziert mit 12.

²⁾ Beitrags- und beitragsfreie Zeiten, Versicherungs- bzw. Arbeitsjahre (aber ohne Berücksichtigungszeiten).

³⁾ Vollständig ruhende Renten, Renten vor 1957, Vertragsrenten und statistisch nicht auswertbare Fälle sind nicht enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2013

Entwicklung des Rentenbestandes am Jahresende

Jahr	Renten- bestand insgesamt ¹⁾	Versichertenrenten		Renten wegen Todes				
		insgesamt	davon: Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit ²⁾	Renten wegen Alters ²⁾	insgesamt	davon: Witwen-/ Witwerrenten	Waisen- renten	Erziehungs- renten
alte Bundesländer								
1960	7 872 473	4 437 415	1 617 020	2 820 395	3 435 058	2 731 170	703 888	–
1970	9 879 105	6 017 311	1 627 385	4 389 926	3 861 794	3 395 845	465 949	–
1980	12 454 138	8 038 353	1 975 789	6 062 564	4 415 785	3 915 126	500 647	12
1990	15 012 633	10 368 875	1 846 347	8 522 528	4 643 758	4 298 222	344 227	1 309
1995	16 527 316	11 815 162	1 398 728	10 416 434	4 712 154	4 392 602	315 949	3 603
2000	18 184 863	13 474 914	1 388 915	12 085 999	4 709 949	4 399 247	305 035	5 667
2005	19 420 792	14 680 927	1 235 575	13 445 352	4 739 865	4 414 473	317 879	7 513
2010	19 995 376	15 295 038	1 209 866	14 085 172	4 700 338	4 389 083	303 722	7 533
2013	20 130 183	15 519 471	1 315 293	14 204 178	4 610 712	4 311 366	291 958	7 388
neue Bundesländer								
1995	4 533 646	3 334 580	464 219	2 870 361	1 199 066	1 100 686	95 179	3 201
2000	4 959 604	3 757 099	505 118	3 251 981	1 202 505	1 098 504	99 857	4 144
2005	5 062 953	3 899 558	414 192	3 485 366	1 163 395	1 077 105	82 895	3 395
2010	5 017 611	3 913 079	379 463	3 533 616	1 104 532	1 042 637	59 667	2 228
2013	5 034 218	3 887 620	404 053	3 483 567	1 146 598	1 092 044	52 512	2 042
Deutschland								
1995	21 060 962	15 149 742	1 862 947	13 286 795	5 911 220	5 493 288	411 128	6 804
2000	23 144 467	17 232 013	1 894 033	15 337 980	5 912 454	5 497 751	404 892	9 811
2005	24 483 745	18 580 485	1 649 767	16 930 718	5 903 260	5 491 578	400 774	10 908
2010	25 012 987	19 208 117	1 589 329	17 618 788	5 804 870	5 431 720	363 389	9 761
2013	25 164 401	19 407 091	1 719 346	17 687 745	5 757 310	5 403 410	344 470	9 430

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Die Werte für die Jahre 1995–2013 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, da die Rentenarten nach dem SGB VI neu definiert wurden.

Quelle: bis 1983 BMAS, jeweils zum Anpassungstermin, sowie Angaben der Knappschaft

ab 1984: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand Dezember

ab 1992: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.

Mehrfachrentenbezieher am 01.07.2013

**Mehrfach-
rentner**

**Einzelrentner
insgesamt**

**Rentner
insgesamt**

**Versicherten-
rentner**

**Witwen-/
Witwerrenter¹⁾**

alte Bundesländer

Männer	7 083 230	6 747 885	6 675 590	72 295	335 345
Frauen	9 476 167	6 704 070	5 628 468	1 075 602	2 772 097
insgesamt	16 559 397	13 451 955	12 304 058	1 147 897	3 107 442

neue Bundesländer

Männer	1 668 436	1 511 730	1 487 547	24 183	156 706
Frauen	2 348 101	1 561 833	1 453 461	108 372	786 268
insgesamt	4 016 537	3 073 563	2 941 008	132 555	942 974

Deutschland

Männer	8 751 666	8 259 615	8 163 137	96 478	492 051
Frauen	11 824 268	8 265 903	7 081 929	1 183 974	3 558 365
insgesamt	20 575 934	16 525 518	15 245 066	1 280 452	4 050 416

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichleistungen und ohne reine KLG.

¹⁾ Einschließlich Erziehungsrentner

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand am 01.07.2013

Rentner am 01.07.2013 nach Bundesländern

Männer

Anzahl

Frauen

Anzahl

durchschn.
Gesamt-
rentenzahl-
betrag¹⁾
in Euro

durchschn.
Gesamt-
rentenzahl-
betrag¹⁾
in Euro

Schleswig-Holstein	287 050	1 036	398 739	729
Hamburg	141 888	1 064	207 238	837
Niedersachsen	770 838	1 038	1 061 455	713
Bremen	63 076	1 031	90 302	759
Nordrhein-Westfalen	1 698 699	1 116	2 306 430	736
Hessen	577 096	1 071	774 906	746
Rheinland-Pfalz	384 103	1 037	515 834	682
Baden-Württemberg	957 207	1 090	1 320 047	757
Bayern	1 131 131	1 015	1 581 840	722
Saarland	107 720	1 103	138 063	687
Berlin (West)	189 437	974	272 483	850
Berlin (Ost)	117 068	1 134	165 251	1 027
Mecklenburg- Vorpommern	195 489	1 011	270 292	924
Brandenburg	294 387	1 062	402 714	949
Sachsen-Anhalt	286 713	1 053	408 983	938
Sachsen	505 653	1 081	724 316	958
Thüringen	269 126	1 048	376 545	944
Bundesgebiet insg.	7 976 681	1 065	11 015 438	782
Ausland	771 500	335	801 320	264
ohne Angabe	3 485	765	7 510	588
insgesamt	8 751 666	1 000	11 824 268	747

Ohne Waisenrenten, Nullrenten, Knappschaftsausgleichleistungen und ohne reine KLG.

¹⁾ Rentenzahlbetrag aus allen Rentenleistungen (z. B. Versichertenrente und/oder Hinterbliebenenrente) der gesetzlichen Rentenversicherung pro Person.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzahlbestand am 01.07.2013

Rentenzahlbestand

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge¹⁾ 2013

alte Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt³⁾	71 267	652	69 296	576	140 563	615
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁴⁾	8 466	412	9 223	324	17 689	366
voller Erwerbsminderung ⁴⁾	60 970	686	60 038	614	121 008	651
Renten wegen Alters insgesamt	279 486	913	265 919	505	545 405	714
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	42 739	1 205	6 995	878	49 734	1 159
für Frauen	-	-	71 010	717	71 010	717
für schwerbehinderte Menschen	39 490	1 167	26 427	777	65 917	1 011
für langjährig Versicherte	74 084	1 010	18 732	520	92 816	911
für besonders langjährig Versicherte	11 643	1 475	2 073	1 111	13 716	1 420
Regelaltersrente	111 479	587	140 682	318	252 161	437
Renten wegen Todes insgesamt	47 433	238	209 188	580	308 371	456
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	47 270	237	208 182	580	255 452	516
Waisenrenten ⁵⁾					51 750	154
Erziehungsrenten	163	572	1 006	682	1 169	667
Renten insgesamt	398 186	786	544 403	543	994 339	620
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	350 753	860	335 215	520	685 968	694

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PVdR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁵⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Verteilung und durchschnittliche Rentenzahlbeträge der Rentenzugänge¹⁾ 2013

neue Bundesländer

Rentenart	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro	Anzahl	durchschn. Rentenzahlbetrag ²⁾ in Euro
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit insgesamt³⁾	18 799	589	17 320	627	36 119	607
darunter wegen:						
teilweiser Erwerbsminderung ⁴⁾	2 357	360	2 242	346	4 599	353
voller Erwerbsminderung ⁴⁾	16 175	629	15 013	671	31 188	649
Renten wegen Alters insgesamt	57 666	915	45 188	786	102 854	858
darunter Altersrente wegen:						
Arbeitslosigkeit/Altersteilzeitarbeit	15 794	930	1 175	944	16 969	931
für Frauen	-	-	26 670	830	26 670	830
für schwerbehinderte Menschen	7 595	920	5 972	795	13 567	865
für langjährig Versicherte	18 427	936	2 780	625	21 207	896
für besonders langjährig Versicherte	2 113	1 141	368	1 054	2 481	1 128
Regelaltersrente	13 698	829	8 223	655	21 921	764
Renten wegen Todes insgesamt	17 931	302	48 448	619	75 929	486
davon:						
Witwen-/Witwerrenten	17 908	302	48 232	619	66 140	533
Waisenrenten ⁵⁾					9 550	153
Erziehungsrenten	23	563	216	723	239	708
Renten insgesamt	94 396	734	110 956	688	214 902	684
nachrichtlich:						
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters insgesamt	76 465	835	62 508	742	138 973	793

¹⁾ Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, Nullrenten, reine Kindererziehungsleistungen und ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

²⁾ Rentenhöhe inkl. Auffüllbetrag, nach Abzug des KVdR/PVdR-Beitrags.

³⁾ Inkl. Renten an Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres oder wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit.

⁴⁾ Inkl. Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit mit Rentenbeginn bis zum 31.12.2000.

⁵⁾ Geschlechtertrennung nicht möglich, nur in der Summe Männer und Frauen enthalten.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Abschläge im Rentenzugang 2013

Altersrenten

	insgesamt	alte Bundesländer		neue Bundesländer	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
Altersrenten insgesamt	648 259	279 486	265 919	57 666	45 188
durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	737	913	505	915	786
Altersrenten mit Abschlägen	238 019	99 403	80 090	30 940	27 586
Anteil in Prozent	36,7	35,6	30,1	53,7	61,0
durchschn. Rentenzahlbetrag in Euro	923	1 138	707	914	791
durchschn. Abschlagsmonate	23,6	22,7	24,5	22,5	25,2
durchschn. Höhe der Rentenmin- derung wegen Abschlägen, brutto in Euro	78	92	62	73	72
Altersrenten ohne Abschläge wegen Vertrauensschutz	759	491	189	42	37
Anteil in Prozent	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Nichtbetroffene oder „Aufschieber“	409 481	179 592	185 640	26 684	17 565
Anteil in Prozent	63,2	64,3	69,8	46,3	38,9

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Rentenzugänge 2013 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Diagnosegruppen

Diagnosegruppen	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Krankheiten von Skelett/Muskeln/Bindegewebe	12 158	13,7	11 645	13,4
Krankheiten des Kreislaufsystems	11 737	13,3	4 821	5,6
Krankheiten des Verdauungssystems/ Stoffwechselkrankheiten	3 776	4,3	2 572	3,0
Krankheiten der Atmungsorgane	3 264	3,7	2 088	2,4
Neubildungen	10 880	12,3	10 746	12,4
psychische Störungen	32 268	36,5	42 477	49,0
darunter: Sucht	6 393	7,2	1 911	2,2
Krankheiten des Nervensystems	5 083	5,7	5 141	5,9
sonstige Krankheiten	9 353	10,6	7 126	8,2
insgesamt	88 519	100	86 616	100

Ohne Renten für Bergleute wegen Vollendung des 50. Lebensjahres und ohne Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose, Verschlüsselung nach ICD 10.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang 2013

Entwicklung der A n z a h l e n an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten

RV²⁾ – Männer

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für langjährig unter Tage Beschäftigte	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	225 124	136 864	5 365	–	–	–	–	82 895
1970	316 231	152 389	8 955	–	–	–	–	154 887
1980	304 315	150 421	25 412	48	47 563	37 887	–	42 984
1990	373 969	134 755	51 065	103	40 308	73 403	–	74 335
1995	457 508	149 507	110 642	136	37 227	60 353	–	99 643
2000	443 188	107 391	122 630	679	43 859	71 592	–	97 037
2005	385 786	72 080	90 160	55	37 084	52 597	–	133 810
2010	338 015	75 943	46 015	49	43 637	42 182	–	130 189
2013	350 753	71 267	42 739	51	39 490	74 084	11 643	111 479
neue Bundesländer								
1995	264 778	34 786	159 382	294	1 733	24 424	–	44 159
2000	103 357	24 390	57 786	97	5 534	8 786	–	6 764
2005	88 972	19 276	37 777	116	6 833	12 937	–	12 033
2010	68 047	20 746	14 309	39	7 463	9 749	–	15 741
2013	76 465	18 799	15 794	39	7 595	18 427	2 113	13 698
Deutschland								
1995	722 286	184 293	270 024	430	38 960	84 777	–	143 802
2000	546 545	131 781	180 416	776	49 393	80 378	–	103 801
2005	474 758	91 356	127 937	171	43 917	65 534	–	145 843
2010	406 062	96 689	60 324	88	51 100	51 931	–	145 930
2013	427 218	90 066	58 533	90	47 085	92 511	13 756	125 177

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der A n z a h l e n an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten

RV²⁾ – Frauen

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für Frauen	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	164 137	108 401	1 155	23 854	–	–	–	30 727
1970	272 474	123 809	621	71 173	–	–	–	76 871
1980	330 965	165 433	5 367	105 053	2 442	2 645	–	50 025
1990	366 670	63 198	6 497	106 530	3 045	4 561	–	182 839
1995	420 128	76 810	14 386	127 013	8 500	12 560	–	180 859
2000	436 169	64 516	13 044	154 624	13 931	11 932	–	178 122
2005	386 389	57 585	6 831	107 850	17 259	7 692	–	189 172
2010	369 636	68 523	6 780	102 852	29 161	12 272	–	150 048
2013	335 215	69 296	6 995	71 010	26 427	18 732	2 073	140 682
neue Bundesländer								
1995	152 835	32 891	9 723	106 819	103	179	–	3 120
2000	109 889	17 785	3 864	80 625	1 838	664	–	5 113
2005	76 080	15 019	1 223	48 579	4 140	638	–	6 481
2010	80 526	17 466	1 531	43 007	6 482	2 008	–	10 032
2013	62 508	17 320	1 175	26 670	5 972	2 780	368	8 223
Deutschland								
1995	572 963	109 701	24 109	233 832	8 603	12 739	–	183 979
2000	546 058	82 301	16 908	235 249	15 769	12 596	–	183 235
2005	462 469	72 604	8 054	156 429	21 399	8 330	–	195 653
2010	450 162	85 989	8 311	145 859	35 643	14 280	–	160 080
2013	397 723	86 616	8 170	97 680	32 399	21 512	2 441	148 905

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Anteile an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten in Prozent

RV²⁾ – Männer

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für langjährig unter Tage Beschäftigte	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	100	60,8	2,4	–	–	–	–	36,8
1970	100	48,2	2,8	–	–	–	–	49,0
1980	100	49,4	8,4	0,0	15,6	12,4	–	14,1
1990	100	36,0	13,7	0,0	10,8	19,6	–	19,9
1995	100	32,7	24,2	0,0	8,1	13,2	–	21,8
2000	100	24,2	27,7	0,2	9,9	16,2	–	21,9
2005	100	18,7	23,4	0,0	9,6	13,6	–	34,7
2010	100	22,5	13,6	0,0	12,9	12,5	–	38,5
2013	100	20,3	12,2	0,0	11,3	21,1	3,3	31,8
neue Bundesländer								
1995	100	13,1	60,2	0,1	0,7	9,2	–	16,7
2000	100	23,6	55,9	0,1	5,4	8,5	–	6,5
2005	100	21,7	42,5	0,1	7,7	14,5	–	13,5
2010	100	30,5	21,0	0,1	11,0	14,3	–	23,1
2013	100	24,6	20,7	0,1	9,9	24,1	2,8	17,9
Deutschland								
1995	100	25,5	37,4	0,1	5,4	11,7	–	19,9
2000	100	24,1	33,0	0,1	9,0	14,7	–	19,0
2005	100	19,2	26,9	0,0	9,3	13,8	–	30,7
2010	100	23,8	14,9	0,0	12,6	12,8	–	35,9
2013	100	21,1	13,7	0,0	11,0	21,7	3,2	29,3

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Anteile an Versichertenrentenzugängen¹⁾ nach Rentenarten in Prozent

RV²⁾ – Frauen

Jahr ²⁾	Versicherten- renten ¹⁾ insgesamt	Renten wegen verminderter Erwerbsfähig- keit	Altersrenten wegen Arbeits- losigkeit/ Altersteilzeit- arbeit	für Frauen	für schwer- behinderte Menschen	für langjährig Versicherte	für besonders langjährig Versicherte	Regel- altersrente
alte Bundesländer								
1960	100	66,0	0,7	14,5	–	–	–	18,7
1970	100	45,4	0,2	26,1	–	–	–	28,2
1980	100	50,0	1,6	31,7	0,7	0,8	–	15,1
1990	100	17,2	1,8	29,1	0,8	1,2	–	49,9
1995	100	18,3	3,4	30,2	2,0	3,0	–	43,0
2000	100	14,8	3,0	35,5	3,2	2,7	–	40,8
2005	100	14,9	1,8	27,9	4,5	2,0	–	49,0
2010	100	18,5	1,8	27,8	7,9	3,3	–	40,6
2013	100	20,7	2,1	21,2	7,9	5,6	0,6	42,0
neue Bundesländer								
1995	100	21,5	6,4	69,9	0,1	0,1	–	2,0
2000	100	16,2	3,5	73,4	1,7	0,6	–	4,7
2005	100	19,7	1,6	63,9	5,4	0,8	–	8,5
2010	100	21,7	1,9	53,4	8,0	2,5	–	12,5
2013	100	27,7	1,9	42,7	9,6	4,4	0,6	13,2
Deutschland								
1995	100	19,1	4,2	40,8	1,5	2,2	–	32,1
2000	100	15,1	3,1	43,1	2,9	2,3	–	33,6
2005	100	15,7	1,7	33,8	4,6	1,8	–	42,3
2010	100	19,1	1,8	32,4	7,9	3,2	–	35,6
2013	100	21,8	2,1	24,6	8,1	5,4	0,6	37,4

¹⁾ Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV); ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Rentenzugänge wegen Todes¹⁾ nach Rentenarten Anzahl

Jahr ²⁾	Renten wegen Todes ¹⁾ insgesamt	davon Witwen-/Witwerrenten	Waisenrenten	Erziehungsrenten
alte Bundesländer				
1960	233 892	175 223	58 669	–
1970	298 431	222 274	76 157	–
1980	297 241	220 589	76 626	26
1990	290 560	240 783	49 409	368
1995	329 697	265 260	63 458	979
2000	297 445	240 658	55 659	1 128
2005	300 707	242 214	57 120	1 373
2010	306 075	249 752	55 023	1 300
2013	308 371	255 452	51 750	1 169
neue Bundesländer				
1995	117 525	94 871	21 636	1 018
2000	79 613	62 530	16 402	681
2005	74 190	59 285	14 433	472
2010	74 403	62 163	12 008	232
2013	75 929	66 140	9 550	239
Deutschland				
1995	447 222	360 131	85 094	1 997
2000	377 058	303 188	72 061	1 809
2005	374 897	301 499	71 553	1 845
2010	380 478	311 915	67 031	1 532
2013	384 300	321 592	61 300	1 408

¹⁾ Ohne wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhende Renten.

²⁾ Alle Jahre inkl. KnV; ab 1992 ohne Renten nach Art. 2 RÜG.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang sowie Angaben der Knappschaft

Entwicklung der durchschnittlichen Rentenbezugsdauer und des Wegfallsalters von Rentenzugängen¹⁾

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters nach SGB VI

Jahr ²⁾	durchschnittliche Rentenbezugsdauer in Jahren			durchschnittliches Wegfallsalter in Jahren		
	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.
alte Bundesländer						
1960	9,6	10,6	9,9	68,6	67,8	68,3
1970	10,3	12,7	11,1	70,6	71,6	70,9
1980	11,0	13,8	12,1	72,1	73,6	72,7
1990	13,9	17,2	15,4	73,2	77,7	75,2
1995	14,0	17,7	15,7	73,1	78,3	75,4
2001	14,3	18,3	16,2	73,3	79,1	76,0
2005	15,2	19,3	17,2	73,9	79,6	76,7
2010	16,5	20,5	18,4	75,7	80,9	78,3
2013	17,2	21,0	19,1	76,7	81,6	79,1
neue Bundesländer						
1995	11,6	19,6	16,0	71,7	77,4	74,9
2001	12,0	20,8	16,7	70,9	78,2	74,8
2005	12,9	21,6	17,5	71,4	78,9	75,4
2010	14,9	22,4	18,9	73,5	79,9	76,9
2013	16,3	23,4	20,0	75,1	81,2	78,3
Deutschland						
1995	13,6	18,2	15,8	72,8	78,0	75,3
2001	13,8	18,9	16,3	72,8	78,8	75,8
2005	14,7	19,8	17,2	73,4	79,5	76,4
2010	16,2	20,9	18,5	75,3	80,7	78,0
2013	17,0	21,5	19,3	76,4	81,5	79,0

¹⁾ Die durchschnittlichen Alter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z.B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes), Sondereffekte und sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst. ²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Rentenzugang

Entwicklung des durchschnittlichen Rentenzugangsalters¹⁾

Jahr ²⁾	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und wegen Alters			davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Alters		
	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.	Männer	Frauen	insg.
alte Bundesländer									
1960	59,5	58,8	59,2	55,8	56,2	56,0	65,2	63,9	64,7
1970	61,6	61,3	61,5	57,7	59,0	58,3	65,2	63,3	64,3
1980	58,5	59,8	59,2	54,4	57,7	56,1	62,5	61,9	62,2
1990	59,5	61,6	60,6	53,8	52,6	53,4	62,8	63,5	63,2
1995	59,6	61,1	60,3	53,4	51,5	52,8	62,6	63,3	63,0
2000	60,1	61,0	60,5	52,6	50,5	51,8	62,4	62,8	62,6
2013	61,6	61,4	61,5	51,5	50,3	50,9	64,1	64,3	64,2
neue Bundesländer									
1995	60,2	58,6	59,6	49,7	49,7	49,7	61,8	60,4	61,3
2000	58,6	58,7	58,7	50,3	49,3	49,9	61,2	60,5	60,8
2013	60,9	59,9	60,4	52,1	50,8	51,5	63,7	63,4	63,6
Deutschland									
1995	59,8	60,5	60,1	52,7	50,9	52,1	62,3	62,5	62,4
2000	59,8	60,5	60,2	52,2	50,3	51,4	62,2	62,3	62,3
2013	61,4	61,2	61,3	51,6	50,4	51,0	64,1	64,2	64,1

¹⁾ Die durchschnittlichen Zugangsalter sind für jedes Jahr als Querschnitt berechnet und durch Rechtsänderungen (z. B. Einführung des flexiblen Altersruhegeldes; Anhebung der Altersgrenzen), Sondereffekte und sich im Zeitablauf ändernde Altersstrukturen beeinflusst.

²⁾ Vor 1980 nur allg. RV (ohne KnV).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenzugang

Entwicklung der Rentenneuanträge

Jahr	insgesamt ¹⁾	davon Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	Alters	Todes
alte Bundesländer				
1980	1 147 917	470 993	354 361	322 563
1990	1 326 642	318 699	649 307	358 636
1992	1 369 588	354 125	652 504	362 959
1995	1 473 132	385 797	708 360	378 975
2000	1 505 173	363 458	783 676	358 039
2005	1 330 077	284 658	669 060	376 359
2010	1 293 778	289 896	602 960	400 922
2013	1 284 953	282 062	614 605	388 286
neue Bundesländer				
1992	587 718	95 966	218 294	273 458
1995	466 491	109 916	239 159	117 416
2000	340 985	88 881	164 875	87 229
2005	268 900	75 465	117 712	75 723
2010	241 016	77 754	113 720	49 542
2013	249 878	74 420	110 617	64 841
Deutschland				
1992	1 957 306	450 091	870 798	636 417
1995	1 939 623	495 713	947 519	496 391
2000	1 846 158	452 339	948 551	445 268
2005	1 599 977	360 123	786 772	452 082
2010	1 534 794	367 650	716 680	450 464
2013	1 534 831	356 482	725 222	453 127

¹⁾ Neuanträge und Sonderfälle (ohne Änderungen der Leistungsart, ohne Unterhalts- und Erziehungsrenten sowie ohne Knappschaftsausgleichleistungen).

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenneuanträge und ihre Erledigung

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2011 ab 65 Jahren (in Prozent des Bruttoeinkommensvolumens)

Einkommensquelle	Deutschland			alte Bundesländer		neue Bundesländer	
	insgesamt	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
gesetzliche Rentenversicherung	64	58	71	54	65	88	93
andere Alterssicherungs-systeme	21	25	15	29	18	3	1
Erwerbstätigkeit	4	7	1	7	2	4	1
private Vorsorge	9	8	10	8	11	3	3
Wohngeld/Sozialhilfe/ Grundsicherung	1	1	1	1	1	0	0
sonstige Einkommen/ Renten	2	1	2	1	3	2	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100

0 = Weniger als 0,5, jedoch mehr als 0.

Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland 2011 (ASID 2011)

Weitere Daten und Hinweise findet man unter www.alterssicherung-in-deutschland.de.

/ Keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist (< 25 Fälle).

() Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist (< 100 Fälle).

Einkommensquellen der älteren Bevölkerung 2011

Anteil der Personen (ab 65 Jahren) und durchschnittlicher Brutto-Betrag je Bezieher pro Monat,
eigene und abgeleitete Alterssicherungsleistungen

Alterssicherungs-system	insgesamt		Männer		Frauen	
	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro	Bezieher- quote in %	Betrag je Bezieher in Euro
alte Bundesländer						
gesetzliche Rentenversicherung	90	1 008	89	1 254	91	821
Beamtenversorgung	8	2 407	12	2 787	6	1 839
berufsständische Versorgung	1	2 003	1	(2 578)	1	(1 294)
Alterssicherung der Landwirte	4	413	4	468	4	372
betriebliche Altersversorgung	21	471	31	591	14	261
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	12	343	10	439	13	286
neue Bundesländer						
gesetzliche Rentenversicherung	99	1 141	99	1 250	99	1 062
Beamtenversorgung	1	(1 912)	1	(1 982)	0	/
berufsständische Versorgung	0	(825)	1	/	0	/
Alterssicherung der Landwirte	0	/	0	/	0	/
betriebliche Altersversorgung	2	229	3	(292)	1	(94)
Zusatzversorgung im öffentl. Dienst	7	123	7	155	7	100

Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden 2011

Ehepaare und Alleinstehende ab 65 Jahren

alte Bundesländer	Ehe- paare	allein- stehende Männer	allein- stehende Frauen
Zahl der Ehepaare/ Alleinstehenden (hochgerechnet in Tausend)	4 167	1 596	4 130
monatl. Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ¹⁾	in Prozent		
unter 750	2	10	15
750 – 1 000	3	13	21
1 000 – 1 250	6	16	20
1 250 – 1 500	9	18	15
1 500 – 1 750	11	14	10
1 750 – 2 000	13	9	7
2 000 – 3 000	33	13	10
3 000 – 4 000	13	4	1
4 000 und höher	10	3	1
durchschnittliches Netto- einkommen (Euro)			
nachrichtlich: ²⁾ 2011	2 537	1 615	1 310
2007	2 350	1 568	1 201
2003	2 211	1 515	1 181
1999	1 997	1 391	1 115
1995	1 927	1 386	1 062
1992	1 807	1 309	993
Veränderung 1992–2011 (%)	40,4	23,4	32,0

¹⁾ Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

²⁾ 1992–1995 einschl. Heimbewohner, ab 1999 ohne Heimbewohner.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland (ASID) 1992, 1995, 1999, 2003, 2007 und 2011

Schichtung des Nettoeinkommens von Ehepaaren und Alleinstehenden 2011

Ehepaare und Alleinstehende ab 65 Jahren

neue Bundesländer	Ehe- paare	allein- stehende Männer	allein- stehende Frauen
Zahl der Ehepaare/ Alleinstehenden (hochgerechnet in Tausend)	1 046	346	1 020
monatl. Nettoeinkommen von ... bis unter ... Euro ¹⁾	in Prozent		
unter 750	0	10	9
750 – 1 000	1	18	19
1 000 – 1 250	4	23	26
1 250 – 1 500	12	22	27
1 500 – 1 750	19	14	12
1 750 – 2 000	20	7	4
2 000 – 3 000	37	4	2
3 000 – 4 000	4	1	0
4 000 und höher	2	1	0
durchschnittliches Netto- einkommen (Euro)			
nachrichtlich: ²⁾ 2011	2 019	1 310	1 219
2007	1 937	1 188	1 152
2003	1 938	1 284	1 128
1999	1 783	1 178	1 035
1995	1 594	1 045	926
1992	1 151	710	650
Veränderung 1992–2011 (%)	75,4	84,5	87,5

¹⁾ Abweichungen der Summe von 100% sind rundungsbedingt.

²⁾ 1992–1995 einschl. Heimbewohner, ab 1999 ohne Heimbewohner.

Quelle: BMAS, Alterssicherung in Deutschland (ASID) 1992, 1995, 1999, 2003, 2007 und 2011

Inlandsrenten der gRV und Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit Rentenbezug am 31.12.

Jahr	Altersrentner ab Regelaltersgrenze, nur Inlandsrenten	Grundsicherungs-fälle im Alter ²⁾ mit Rentenbezug		Rentenempfänger der gRV wegen Erwerbsminderung, nur Inlandsrenten	Grundsicherungs-fälle bei Erwerbs-mind. ¹⁾ mit Renten-bezug	
		Fallzahl	Anteil an Spalte 2		Fallzahl	Anteil an Spalte 5
2003	13 207 454	158 269	1,2%	1 362 080	55 559	4,1%
2004	13 707 129	180 773	1,3%	1 273 586	62 471	4,9%
2005	14 209 596	218 105	1,5%	1 202 540	77 989	6,5%
2006	14 615 855	237 989	1,6%	1 132 971	83 827	7,4%
2007	14 844 201	260 372	1,8%	1 097 229	91 075	8,3%
2008	15 040 947	270 909	1,8%	1 065 792	94 233	8,8%
2009	15 222 539	271 749	1,8%	1 064 148	95 305	9,0%
2010	15 194 578	283 327	1,9%	1 075 242	102 578	9,5%
2011	15 228 471	308 421	2,0%	1 100 520	118 622	10,8%
2012	15 256 721	338 371	2,2%	1 131 329	135 376	12,0%

¹⁾ Dauerhaft voll erwerbsgeminderte Empfänger/innen von Grundsicherung mit Erwerbsminderungsrente an der Anzahl an vollen Erwerbsminderungsrenten (ohne Zeitrenten) der gRV mit Wohnort im Inland.

²⁾ Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze mit Altersrente an der Anzahl an Altersrenten der gRV im Alter ab der Regelaltersgrenze mit Wohnort im Inland

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand, eigene Berechnungen

Anzahl der Grundsicherungs- bzw. Rentenempfänger wegen voller und dauerhafter Erwerbsminderung und der Altersrentner ab der Regelaltersgrenze am 31.12.2012

Grundsicherung bei voller EM im Alter unter der Regelaltersgrenze am 31.12.2012

	insgesamt	Männer	Frauen
insgesamt	435 010	244 539	190 471
davon			
– mit Erwerbsminderungsrente	135 376	77 357	58 019
Anteil in Prozent (spaltenweise)	31	32	30
– ohne Erwerbsminderungsrente	299 634	167 182	132 452
Anteil in Prozent (spaltenweise)	69	68	70
Grundsicherung im Alter ab der Regelaltersgrenze am 31.12.2012	insgesamt	Männer	Frauen
insgesamt	464 836	171 029	293 807
davon			
– mit Altersrente	338 371	126 725	211 646
Anteil in Prozent (spaltenweise)	73	74	72
– ohne Altersrente	126 465	44 304	82 161
Anteil in Prozent (spaltenweise)	27	26	28

Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rentenbestand am 31.12.2012

Quelle: Statistisches Bundesamt, G9, Tabelle 9.1, 31.12.2012

Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge

Zahl der Zulagekonten und gezahlte Zulagen am 31.12. des Kalenderjahres

Kalenderjahr	ausgezahlte Zulagen in Tausend Euro	neue Zulagekonten in Tausend	Anzahl (Zulagekonten) in Tausend
2003	72 491	1 411	1 411
2005	333 476	633	3 002
2008	1 404 885	2 249	8 635
2009	2 488 664	1 800	10 435
2012	3 022 888	1 170	14 407
2013	3 072 972	606	15 013

Zulageempfänger nach Beitragsjahren

Beitragsjahr	Zulageempfänger	davon Anteil der Zulageempfänger in Prozent			
		weiblich	männlich	Ost ¹⁾	West ¹⁾
2002	1 938 000	55,0	45,0	30,0	70,0
2005	4 402 763	55,7	44,3	29,7	70,3
2008	9 300 419	57,1	42,9	24,4	75,6
2009	9 602 858	56,4	43,6	23,6	76,4
2010	10 238 982	56,5	43,5	23,0	77,0

¹⁾ Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin, Westdeutschland die alten Bundesländer ohne Berlin.

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Einkommensstruktur der Zulageempfänger für die Beitragsjahre 2002–2010

Zugrunde liegendes Jahreseinkommen in Euro	Anteile in Prozent			
	2002 ¹⁾	2005 ¹⁾	2008 ¹⁾	2010 ¹⁾
bis 10 000	28,9	27,2	31,3	26,2
10 000 bis 20 000	22,8	21,0	19,8	20,3
20 000 bis 30 000	20,9	20,6	19,0	19,2
30 000 bis 40 000	13,8	15,0	14,1	15,7
40 000 bis 50 000	6,6	7,7	7,2	8,5
über 50 000	7,0	8,5	8,6	10,1

¹⁾ Mittelbare Berechnung und Zulageempfänger, die nur den Sonderausgabenabzug geltend gemacht haben bzw. bei denen die Zulageberechtigung ungeklärt ist, wurden nicht berücksichtigt.

Durchschnittliche Förderung nach Geschlecht für die Beitragsjahre 2002–2010

Art der Förderung Grundzulage	Förderung/geförderte Person in Euro			
	Männer	Frauen	insgesamt	
2002	34,31	35,19	34,80	
2005	59,28	63,53	61,64	
2008 ¹⁾	123,25	132,87	128,74	
2010 ¹⁾	119,51	129,49	125,15	
Kinderzulage ²⁾				
2002	81,09	80,51	80,64	
2005	144,14	151,49	149,89	
2008	294,02	308,92	306,28	
2010	306,51	316,73	314,86	

¹⁾ Ohne Grundzulageerhöhungsbetrag (Berufseinstiegs-Bonus).

²⁾ Bezogen auf die Zulageempfänger mit Kinderzulagen.

Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge Anteil der Zulageempfänger mit Kinderzulagen¹⁾ für die Beitragsjahre 2002–2010

Anteile in Prozent

Anzahl der Kinderzulagen	insgesamt					Frauen				
	2002	2005	2008	2010	2010	2002	2005	2008	2010	2010
ohne	55,6	54,9	59,9	62,1	38,2	36,6	42,3	45,2	45,2	45,2
eine	16,3	16,6	16,0	15,6	23,0	23,3	23,1	22,7	22,7	22,7
zwei	20,0	20,7	17,7	16,5	28,0	29,2	25,7	24,1	24,1	24,1
drei	6,5	6,1	5,0	4,5	8,7	8,5	7,0	6,3	6,3	6,3
vier und mehr	1,6	1,7	1,4	1,3	2,1	2,4	1,9	1,7	1,7	1,7

¹⁾ Zu beachten ist, dass die Kinderzulage nur jeweils einem Elternteil gewährt wird und nur solange, wie Anspruch auf die Zahlung des Kindergeldes besteht.

Grundlegende Begriffe siehe unter www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Zulagequoten nach Geschlecht und Region für die Beitragsjahre 2002–2010

Region	Zulagequote in Prozent		
	Männer	Frauen	insgesamt
Westdeutschland¹⁾			
2002	16,3	39,0	26,2
2005	17,2	42,7	29,0
2008	20,0	44,6	32,3
2010	17,2	39,9	28,4
Ostdeutschland¹⁾			
2002	21,0	39,6	31,0
2005	21,4	39,4	31,6
2008	24,3	40,3	33,6
2010	20,3	35,8	29,3
Deutschland insgesamt			
2002	17,3	39,2	27,4
2005	18,0	41,8	29,6
2008	20,8	43,6	32,5
2010	17,8	38,9	28,6

¹⁾ Ostdeutschland umfasst die neuen Bundesländer und Berlin, Westdeutschland umfasst die alten Bundesländer ohne Berlin.

Quelle: Daten der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) zur Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge. Datenstand ist jeweils der Mai des dritten Kalenderjahres, das auf das ausgewertete Beitragsjahr folgt.

Grundlegende Begriffe siehe unter:
www.deutsche-rentenversicherung-bund.de, Rubrik „Riester-Rente“

Rehabilitation (Teilhabe)

Jahr medizinische Rehabilitation

Anträge Bewilligungen Leistungen

Teilhabe am Arbeitsleben

Anträge Bewilligungen Leistungen¹⁾

alte Bundesländer

1970	880 800	764 700	700 806	55 733	29 511	37 340
1975	911 341	822 896	840 856	105 982	49 034	60 044
1980	1 062 199	919 793	798 848	108 565	48 853	48 323
1985	890 029	738 449	696 743	91 878	29 595	26 156
1990	1 077 004	837 152	728 319	119 642	47 592	44 068
1992	1 217 889	928 956	854 883	130 554	50 339	43 355
1995	1 177 016	875 084	839 015	202 850	89 823	64 307
2000	1 039 778	738 284	665 052	233 658	102 938	54 854
2005	1 041 521	700 757	638 684	254 113	158 786	79 356
2010	1 356 370	853 878	797 441	304 312	204 934	103 697
2013	1 353 548	873 982	x	301 651	201 501	x

neue Bundesländer

1992	118 277	75 931	63 822	30 661	10 528	9 740
1995	237 376	167 357	146 400	61 349	28 435	22 024
2000	258 174	186 911	170 826	74 114	38 205	31 498
2005	254 470	179 039	165 380	85 503	60 764	30 973
2010	312 772	208 622	198 713	108 654	79 914	31 514
2013	316 591	211 595	x	105 614	73 084	x

Deutschland

1992	1 336 166	1 004 887	918 705	161 215	60 867	53 095
1995	1 414 392	1 042 441	985 415	264 199	118 258	86 331
2000	1 297 952	925 195	835 878	307 772	141 143	86 352
2005	1 295 991	879 796	804 064	339 616	219 550	110 329
2010	1 669 142	1 062 500	996 154	412 966	284 848	135 211
2013	1 670 139	1 085 577	x	407 265	274 585	x

¹⁾ Ab 2000 ohne bedingte LTA durch Vermittlungsbescheide und ohne bedingte Kfz-Hilfen. x liegt noch nicht vor.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rehabilitation sowie Rehaanträge und ihre Erledigung

Stationäre Leistungen zur medizinischen Rehabilitation 2012 nach Diagnosegruppen

Diagnosegruppen	Männer		Frauen	
	Anzahl	Anteil in Prozent	Anzahl	Anteil in Prozent
Krankheiten von Skelett / Muskeln / Bindegewebe	127 788	30,5	136 084	32,1
Krankheiten des Kreislaufsystems	57 164	13,6	20 914	4,9
Krankheiten des Verdauungssystems/ Stoffwechselkrankheiten	16 393	3,9	11 238	2,6
Krankheiten der Atmungsorgane	10 336	2,5	10 619	2,5
Neubildungen	66 524	15,9	84 567	19,9
Krankheiten des Urogenitalsystems	778	0,2	1 542	0,4
psychische Störungen	84 776	20,2	102 637	24,2
Krankheiten des Nervensystems	8 904	2,1	9 691	2,3
sonstige Krankheiten ¹⁾	46 172	11,0	47 192	11,1
insgesamt	418 835	100	424 484	100

¹⁾ Einschließlich Fälle mit nicht erfasster 1. Diagnose, Verschlüsselung nach ICD 10.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rehabilitation 2012

Aufwendungen für Leistungen zur Teilhabe, RV insgesamt, in Millionen Euro

Jahr	Aufwen- dungen insg. ¹⁾	darunter medizin. Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder (ÜG) bei med. Leistungen	Leistungen zur Teilhabe am Arbeits- leben (LTA, ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei LTA	sonstige Leistungen (ohne ÜG)	Übergangs- gelder bei sonst. Leistungen	SV- Beiträge
alte Bundesländer (bis 1991) bzw. Deutschland (ab 1992)								
1975	1 829,0	995,6	241,5	167,1	164,2	193,3	x	67,3
1980	2 053,6	1 383,4	381,4	52,7	39,4	88,8	x	107,9
1985	2 227,1	1 587,8	346,3	81,4	45,5	98,5	x	67,6
1990	2 884,9	2 018,6	409,3	109,6	79,7	135,3	x	132,4
1995	5 012,0	3 103,4	657,6	369,7	277,9	292,7	9,1	301,6
2000	4 553,1	2 570,2	530,4	509,0	327,0	324,6	5,8	286,1
2005	4 782,1	2 462,4	377,4	745,9	487,1	425,6	2,4	281,4
2010	5 559,3	3 010,8	501,8	811,0	450,7	499,2	2,3	283,6
2013	5 841,0	3 242,2	588,0	766,6	427,5	480,0	1,7	334,5

¹⁾ Brutto-Aufwendungen sind Reha-Ausgaben zuzüglich Erstattungen; ab 2011 ist „Persönliches Budget“ in der Summe enthalten (2013 rd. 0,5 Mio. Euro).

Für die Zeit vor dem 01.01.2002 ermittelte DM-Beträge werden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro ohne kaufmännische Rundung umgerechnet.

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung – Rechnungsergebnisse

Überblick über unsere statistischen Publikationen



Aktuelle Daten der RV

Hier finden Sie auf wenigen Seiten aktuelle Bemessungswerte, Kenngrößen, Finanzdaten, Hinzuverdienstgrenzen und Auszüge aus wichtigen Statistiken.

Die Publikation erscheint einmal jährlich.



Ergebnisse auf einen Blick

Hier finden Sie in Form eines Übersichtsblattes wichtige Daten zum Rentenzugang, Rentenbestand, zur Rehabilitation und zu den Versicherten.

Die Publikation wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.



Rentenversicherung in Zeitreihen

Die Publikation gehört als Band 22 zur Schriftenreihe der Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung“. Sie erscheint jährlich.

Hier finden Sie lange Zeitreihen, aber auch Informationen zur Thematik Rentenversicherung und Zahlen im weitesten Sinne. Beispiel für weitere interessante Themen ist eine Erläuterung vieler Begriffe rund um die Statistik. Auch wichtige volkswirtschaftliche und demographische Daten sowie der Personalbestand in der Deutschen Rentenversicherung werden dort dargestellt.



Statistikbände

Wenn Sie an tiefgehenden Informationen zu den Fachstatistiken in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung interessiert sind, können Sie hier diese Statistiken als Buch im DIN-A4-Format bestellen. Es gibt Fachstatistiken zu folgenden Bereichen:

- Rehabilitation
- Rentenzugang/-wegfall
- Rentenbestand
- Rentenanwartschaften
- Versicherte



Statistik DVD

Die DVD enthält Statistik-Ergebnisse zu den Bereichen Rehabilitation, Rentenzugang, Rentenbestand, Rentenanwartschaften und Versicherte.

Statistik-Tabellen-Viewer zur Installation unter Windows



Wo finde ich Zahlen zur Rentenversicherung?

Dieses Übersichtsblatt informiert über einige wichtige Quellen zur Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Träger der Deutschen Rentenversicherung

Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg

76122 Karlsruhe
Telefon 0721 825-0
Telefax 0721 825-21229

Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd

81729 München
Telefon 089 6781-0
Telefax 089 6781-2345

Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg

Bertha-von-Suttner-Straße 1
15236 Frankfurt (Oder)
Telefon 0335 551-0
Telefax 0335 551-1295

Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover

30875 Laatzen
Telefon 0511 829-0
Telefax 0511 829-2635

Deutsche Rentenversicherung Hessen

Städelstraße 28
60596 Frankfurt am Main
Telefon 069 6052-0
Telefax 069 6052-1600

Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland

Georg-Schumann-Straße 146
04159 Leipzig
Telefon 0341 550-55
Telefax 0341 550-5900

Deutsche Rentenversicherung Nord

Ziegelstraße 150
23556 Lübeck
Telefon 0451 485-0
Telefax 0451 485-1777

Deutsche Rentenversicherung Nordbayern

95440 Bayreuth
Telefon 0921 607-0
Telefax 0921 607-398

Deutsche Rentenversicherung Oldenburg-Bremen

Huntestraße 11
26135 Oldenburg
Telefon 0441 927-0
Telefax 0441 927-2563

Deutsche Rentenversicherung Rheinland

40194 Düsseldorf
Telefon 0211 937-0
Telefax 0211 937-3096

Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz

Eichendorffstraße 4–6
67346 Speyer
Telefon 06232 17-0
Telefax 06232 17-2589

Deutsche Rentenversicherung Saarland

Martin-Luther-Straße 2–4
66111 Saarbrücken
Telefon 0681 3093-0
Telefax 0681 3093-199

Deutsche Rentenversicherung Schwaben

Dieselstraße 9
86154 Augsburg
Telefon 0821 500-0
Telefax 0821 500-1000

Deutsche Rentenversicherung Westfalen

48125 Münster
Telefon 0251 238-0
Telefax 0251 238-2960

Deutsche Rentenversicherung Bund

10704 Berlin
Telefon 030 865-0
Telefax 030 865-27240

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See

Pieperstraße 14–28
44789 Bochum
Telefon 0234 304-0
Telefax 0234 304-53050

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Rentenversicherung Bund
Grundsatz- und Querschnittsbereich:
Finanzen und Statistik

Bereich 0760 - Statistische Analysen
10709 Berlin, Ruhrstraße 2

Postanschrift: 10704 Berlin

Telefon: 030 865-0

Telefax: 030 865-89450

Internet:

www.deutsche-rentenversicherung.de

E-Mail: drv@drv-bund.de,

statistik-bln@drv-bund.de



In kompakter Form und im praktischen Format finden Sie hier Zahlenmaterial zur deutschen gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Tabellen in dieser Broschüre enthalten aktuelle Bemessungswerte, Kenngrößen, Finanzdaten sowie viele Auszüge aus den Fachstatistiken der Deutschen Rentenversicherung.



Deutsche
Rentenversicherung

Wirtschaftsdienst

95. Jahrgang, 2015, Heft 13

Sie sind hier: [Startseite](#) > [Archiv](#) > [Jahrgänge](#) > [2015](#) > [Heftnummer 13](#) > [Das Rentenpaket 2014 – eine ökonomische Beurteilung](#)



95. Jahrgang, 2015, Heft 13 | S. 22-27

[Kommentare \(1\)](#)

Analysen und Berichte

Das Rentenpaket 2014 - eine ökonomische Beurteilung

[Reinhold Schnabel](#)

Prof. Dr. Reinhold Schnabel lehrt Volkswirtschaftslehre insbesondere Finanzwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen.

Beginnend mit der großen Rentenreform von 1992 hat die Politik angesichts der erheblichen demografischen Verschiebung konsequent die Nachhaltigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) im Spannungsfeld von Sicherungsziel und Finanzierbarkeit gestärkt. Zu den zentralen Elementen dieser Rentenpolitik der letzten 20 Jahre zählten:

- Die Einführung von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbezug zum Abbau der Frühverrentung (Rentenreform 1992),
- die Berücksichtigung der demografischen Entwicklung in der Rentenanpassung durch den Nachhaltigkeitsfaktor verbunden mit einer Niveausicherungsklausel,
- die allmähliche Erhöhung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 für die Geburtsjahrgänge 1948 bis 1964, um die Rentenversicherung an die dramatisch steigende Lebenserwartung anzupassen.

Die Kernelemente des Rentenpakets 2014 stellen diese Politik grundlegend infrage. Dieser Beitrag unternimmt den Versuch der Einordnung und Bewertung und setzt sich hierzu mit den drei zentralen Elementen des Rentenpakets 2014¹ auseinander:

- Leistungsausweitung in der Erwerbsminderungsrente,
- Erhöhung der Kindererziehungszeit für Geburten vor 1992 auf 2 Entgeltpunkte ("Mütterrente") und
- abschlagsfreie "Rente ab 63".

Die Erhöhungen des Reha-Budgets um maximal 200 Mio. Euro jährlich werden nicht behandelt. Auch die in letzter Minute aufgenommene Flexibilisierung des Rentenzugangs ist nicht Gegenstand dieses Beitrags. Hierzu sei auf die Ausführungen von Axel Börsch-Supan in diesem Heft verwiesen.² Im letzten Abschnitt beschäftige ich mich mit dem Zusammenhang zwischen Renteneintrittsalter, finanzieller Nachhaltigkeit und Sicherungsziel. Zum einen weil das Rentenpaket von einigen Politikern nur als Einstieg in eine vollständige Abkehr von der bisherigen Rentenpolitik begriffen wird, zum anderen weil es einen inhaltlichen Zusammenhang von der "Rente ab 63" und der Frage der Abschläge gibt.

Erwerbsminderungsrente

Die Leistungsverbesserungen der Erwerbsminderungsrenten bestehen aus zwei Elementen, die jedoch nur auf Rentenzugänge ab dem 1.7.2014 angewendet werden:

- Für die Berechnung der Zurechnungszeit wird das Alter von 60 auf 62 erhöht, so dass sich die Zurechnungszeit um bis zu zwei Jahre erhöht. Die Entgeltpunkte für Neuzugänge erhöhen sich dadurch im Durchschnitt um 1,5 Punkte, was im Jahr 2015 einem monatlichen Betrag von rund 40 Euro entspricht.
- Liegen die Entgelte in den letzten vier Jahren vor Rentenbeginn unter dem Durchschnitt der Leistungsbewertung, dann werden diese Zeiten für die Durchschnittsbewertung nicht berücksichtigt. In diesen Fällen erhöht sich die Berechnungsgrundlage der Rente.

Anlass für die Leistungsverbesserung in der Erwerbsminderungsrente ist der Rückgang der durchschnittlichen Zahlbeträge der Erwerbsminderungsrenten seit 2000. Auch im Vergleich zu den Altersrenten ist ein deutlicher Rückgang zu konstatieren. Während die durchschnittlichen Zahlbeträge der Neuzugänge in Altersrenten für Männer und Frauen von 2001 bis 2013 um rund 100 Euro gestiegen sind, sanken die Beträge für Neuzugänge bei den Erwerbsminderungsrenten für Männer um 70 Euro und stiegen für Frauen nur geringfügig um 20 Euro (vgl. Tabelle 1).³

Tabelle 1 (zurück zum Text)

Erwerbsminderungsrente im Zugang

	Anteil mit Abschlag in %	Abschlag		Zahlbetrag	Rente vor Abschlag und KV-Beitrag
		Monate	Betrag		
Männer 2001	38,50	4,81	11,07	709,19	767,07
2013	96,20	33,59	79,22	640,30	786,11
Frauen 2001	41,60	4,86	9,07	575,31	622,35
2013	96,70	34,86	76,47	593,03	731,17

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund: Rentenversicherung in Zeitreihen 2014, in: DRV-Schriften, Bd. 22.

Erwerbsminderungsrenten im Zugang

Der Rückgang der Zahlbeträge der Erwerbsminderungsrenten hat mehrere Gründe. Ein Teil des Rückgangs wird durch die gedämpfte Entwicklung des aktuellen Rentenwertes verursacht, was alle anderen Rentenarten gleichermaßen betrifft. Die Erwerbsminderungsrenten sind jedoch in wesentlich höherem Maße als Altersrenten durch Abschläge betroffen. Bei letzteren nahmen 2013 nur 36,7% einen Abschlag in Kauf, der im Schnitt nur 24 Monate betrug. Zudem hat sich bei Neuzugängen in Erwerbsminderungsrenten seit dem Jahrtausendwechsel die Summe der Entgeltpunkte ungünstig entwickelt, weil die durchschnittliche Entgeltpunktzahl je Versicherungsjahr deutlich zurückgegangen, während die Zahl der Versicherungsjahre stabil geblieben ist.

Inwiefern der Rückgang der Zahlbeträge zu einer gestiegenen Armut von Erwerbsminderungsrentnern geführt hat, kann empirisch kaum belegt werden, da verlässliche Daten im Längsschnitt fehlen. Anhand einer Stichprobe von Erwerbsminderungsrentnern des Jahres 2008 kann zumindest die sozio-ökonomische Situation im Querschnitt beurteilt werden. Erwerbsminderungsrentner sind demzufolge überdurchschnittlich stark von Armut betroffen mit einer Armutsrisikoquote von 37%.⁴ Sie erhalten auch besonders häufig Grundsicherungsleistungen; die Grundsicherungsquote liegt bei 18% und damit ein Vielfaches über derjenigen aller Rentner.⁵

Durch die Verbesserungen in der Erwerbsminderungsrente werden zwar die Verluste im Vergleich zu Altersrenten nur teilweise ausgeglichen, doch dürfte die Maßnahme gleichwohl im Rentenzugang längerfristig zu einer spürbaren Verringerung der Armutsbetroffenheit führen.

Da die Verbesserungen nur für Neuzugänge gelten, liegen die zusätzlichen Ausgaben anfangs mit 100 Mio. Euro vergleichsweise niedrig und erreichen erst 2030 eine Höhe von 2,1 Mrd. Euro.6

Eine - zumal anreizneutrale - Anwendung auf Altfälle hätte einen wesentlich stärkeren armutsvermeidenden Effekt, wäre jedoch sofort mit wesentlich höheren Kosten verbunden. Diese lägen aber weit unter den Ausgaben für die sogenannte Mütterrente. Hätte der Gesetzgeber Wert auf Armutsvermeidung gelegt, so hätte sich eine Einbeziehung von Bestandsfällen als eine gezielt wirksame Maßnahme angeboten.

Die Leistungsverbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten entfalten auch Anreizwirkungen. Die Erwerbsminderungsrenten werden im Vergleich zu einer vorgezogenen Altersrente wieder attraktiver, weil der Unterschied im Abschlag nur zwölf Monate (d.h. 3,6%) beträgt. Auch die Neuregelung für die Durchschnittsbewertung erhöht die Anreize, eine Erwerbsminderungsrente zu beantragen für jene Versicherte, die einen Rückgang der Entgelte in ihren letzten Erwerbsjahren erfahren. Eine strikte Prüfung der Zugangsvoraussetzungen wird daher in Zukunft noch wichtiger als bisher, um ein Ausweichen auf die Erwerbsminderungsrente zu vermeiden.7 Darüber hinausgehende Leistungsverbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten (beispielsweise ein Verzicht auf Abschläge oder noch höhere Zurechnungszeiten) würden den finanziellen Unterschied zu Altersrenten eliminieren und zu massiven Substitutionsanreizen führen. Es liegt nahe, stattdessen auf verbesserte Vorbeugung und Reha-Maßnahmen zu setzen, um Erwerbsminderung zu vermeiden.

Mütterrente

Die sogenannte Mütterrente verdoppelt die Anrechnung für Geburten vor 1992 auf 2 Entgeltpunkte pro Geburt. Die Ausgaben der GRV steigen laut Gesetzentwurf um ca. 6,5 Mrd. Euro pro Jahr. Erst nach 2030 ist mit einem langsamen Rückgang der Mehrbelastung zu rechnen. Eine bisher wenig beachtete Nebenwirkung besteht darin, dass rund 1 Mrd. Euro Mehrausgaben in Form höherer Beiträge direkt an die Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung fließen. Die Mehrbelastung des gesamtstaatlichen Budgets liegt somit entsprechend niedriger als im Gesetzentwurf angegeben.

Die Finanzierung der Mütterrente erfolgt durch die GRV. Dies wird häufig mit dem Argument kritisiert, es handele sich um eine gesellschaftliche Aufgabe, die aus allgemeinen Steuermitteln zu tragen sei. Gegen dieses Argument kann zunächst eingewendet werden, dass der Bundeszuschuss automatisch ansteigt und daher mit rund einem Drittel ein großer Teil der Mütterrente vom Steuerzahler getragen wird. Außerdem lagen bisher die Beitragszahlungen des Bundes für Kindererziehungszeiten mit 11,5 Mrd. Euro pro Jahr deutlich höher als die gleichzeitig hierfür ausgezahlten Renten an Rentnerinnen. Durch die Mütterrente entsprechen sich die beiden Größen ab 2015 in etwa. Eine Notwendigkeit für eine stärkere Bundesfinanzierung ist somit nicht gegeben.

Intergenerative Gerechtigkeit durch Mütterrente?

Bei Einführung der Kindererziehungszeiten im Zuge der Rentenreform 1992 wurden zwei Argumente für die Differenzierung nach Geburten vor und nach dem Stichtag genannt:

- Die höhere Anerkennung von Geburten ab 1992 mit 3 Entgeltpunkten sollte der Förderung künftiger Geburten dienen.
- Als Ausgleich für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren hatten und die in geringem Umfang arbeiteten, wurden die Renten um bis zu 50% aufgestockt (sogenannte Rente nach Mindesteinkommen für geringe Zeiten mit geringen Entgeltpunkten vor 1992).

Eine Erhöhung der Anrechnung wie im Rentenpaket geschehen ist somit nicht zwingend erforderlich, um intergenerative Gerechtigkeit herzustellen. Dies gilt umso mehr, als Änderungen im Rentenrecht regelmäßig nicht möglich sind, ohne bestimmte Kohorten besserzustellen oder andere zu benachteiligen. Gerade die aktuelle Reform enthält ja auch wieder Stichtagsregelungen, die manche Kohorten bevorzugen (beispielsweise Erwerbsminderungsrentner, die nach dem 1.7.2014 in Rente gehen oder Nutzer der "Rente ab 63", jeweils relativ zu früheren Zugängen).

Verteilungseffekte der Mütterrente

Durch die Mütterrente werden zunächst ältere Kohorten von Müttern begünstigt. In den meisten Fällen kommt dies aber auch Vätern - verheirateten wie geschiedenen - zugute. Geschiedene Väter können deshalb von der Rentenerhöhung profitieren, weil sie einen Anspruch auf Neuberechnung des Versorgungsausgleichs haben, sofern die Kindererziehungszeiten in die gemeinsame Ehezeit fallen. Nur wenn die Väter bereits verstorben sind oder Kinder außerehelich geboren wurden, profitieren allein die Mütter. Wenn also im Folgenden die Verteilungseffekte betrachtet werden, gilt dies entsprechend für die "assoziierten" Väter.

Die Mütterrente hat komplexe intra- und intergenerative Verteilungseffekte zur Folge. Es erfolgt eine Umverteilung zugunsten von älteren Müttern im Vergleich zu Kinderlosen (intragenerativ) und jüngeren Müttern (intergenerativ), was Hauptziel dieser Maßnahme gewesen ist. Da diese zusätzlichen Leistungen über Beiträge und Steuern finanziert werden, gehen die Leistungen im Wesentlichen zulasten von jüngeren Generationen und sind auf Sicht von Jahrzehnten zu tragen.

Auch innerhalb der Gruppe der älteren Mütter ergeben sich Umverteilungswirkungen. Da es sich in erster Näherung um einen Pauschaltransfer handelt, verringert sich die Ungleichheit von Renteneinkommen oberhalb der Grundsicherungsschwelle. Da jedoch - systemkonform - eine Anrechnung auf Grundsicherungsleistungen erfolgt, gewinnen Mütter am unteren Ende der Einkommensverteilung nur wenig oder gar nichts hinzu; dieser Effekt verstärkt wiederum die Ungleichheit.

Sofern das Ziel Armutsvermeidung verfolgt wird, ist die Mütterrente ein unverhältnismäßig teures und wenig wirksames Instrument. Denn im untersten Einkommensbereich ist wegen der Anrechnung auf die Grundsicherung die armutsvermeidende Wirkung gering; sie ist sogar gleich Null, wenn trotz erhöhter Mütterrente das Grundsicherungsniveau unterschritten wird. Zur Armutsvermeidung ließe sich mit weniger Geld viel mehr erreichen. Neben der oben bereits behandelten Erwerbsminderungsrente kommen vor allem folgende Instrumente infrage:

- Höherwertung von Beitragszeiten mit niedrigen Entgeltpunkten, ähnlich der Rentenreformen 1992 und 1972,
- (Wieder-)Anhebung des Rentenartfaktors der Witwenrente von 55% auf 60%; da hier ohnehin eine Einkommensprüfung besteht, könnte die Witwenrente zielgenau zur Armutsvermeidung eingesetzt werden. Eine Begünstigung höherer Einkommen kann vermieden werden.

Rente ab 63

In Zukunft können Versicherte zwei Jahre vor der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen, wenn sie mindestens 45 anrechenbare Beitragsjahre vorweisen können. Da die Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre angehoben wird, steigt zwar die Altersgrenze für die vorgezogene Altersrente langfristig von 63 auf 65 Jahre an. Es bleibt aber dauerhaft bei einer um zwei Jahre vorgezogenen abschlagsfreien Rente - und die Zugangsbedingungen werden in Zukunft leichter zu erfüllen sein.

Für die ersten anspruchsberechtigten Kohorten wird im Grunde der Rechtsstand von 1972 wiederhergestellt, der erstmals eine Frühverrentung mit 63 Jahren vorsah, damals jedoch an 35 Pflichtbeitragsjahre geknüpft (sogenannte Rente für langjährig Versicherte). Die Erfahrungen mit der Einführung der (abschlagsfreien) Rente mit 63 im Jahr 1972 waren eindeutig: nahezu jeder Anspruchsberechtigte nutzte die Möglichkeit und das effektive Rentenzugangsalter sank in kürzester Zeit um zwei Jahre. Jenseits des Alters von 63 Jahren war von wenigen Ausnahmen abgesehen kein versicherungspflichtig Beschäftigter mehr vorhanden. Erst die Einführung der Abschläge seit 1998 veränderte das Rentenzugangsverhalten, so dass das durchschnittliche Zugangsalter der Altersrente wieder um zwei Jahre auf 64 Jahre anstieg. Das mit Abstand häufigste Zugangsalter ist mittlerweile wieder 65 Jahre. Die Erfolge der letzten Jahrzehnte werden durch die Rente ab 63 entscheidend aufs Spiel gesetzt mit schwerwiegenden Folgen für Rentenausgaben, Beitrags- und Steuereinnahmen, aber auch für das Sicherungsniveau.

Fiskalische Belastungen

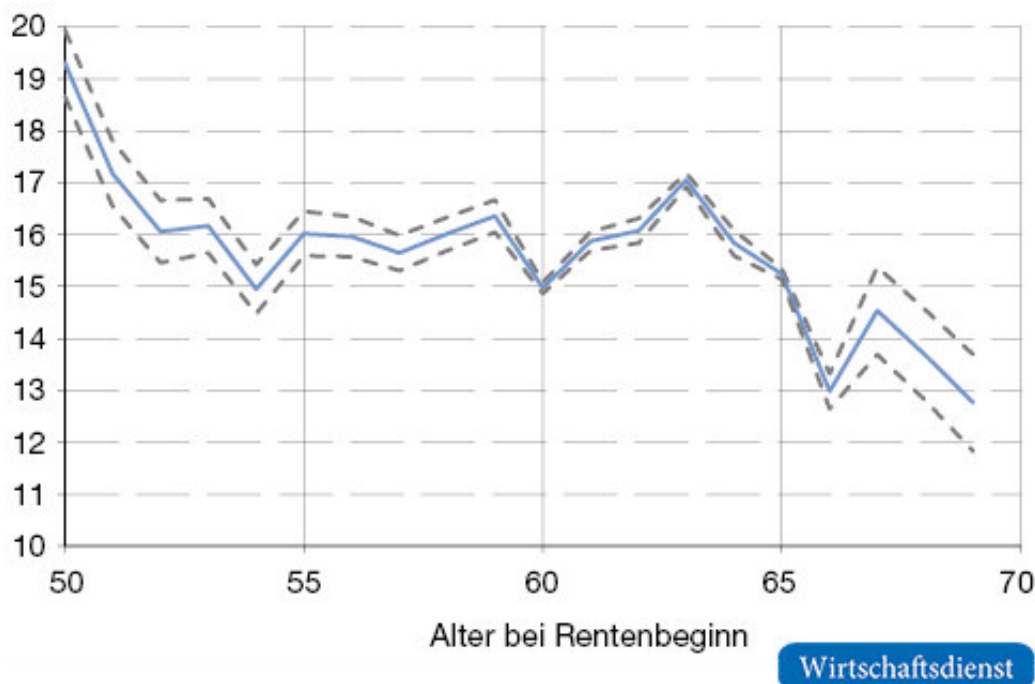
Die im Gesetzentwurf genannten Zahlen zu den Mehrbelastungen waren völlig unrealistisch

und haben das Problem verniedlicht. So ging der Gesetzentwurf von Mehrausgaben in der GRV von "nur" rund 2 Mrd. Euro in den nächsten Jahren aus. Dies ist kompatibel mit 50 000 zusätzlichen Frühverrentungen pro Jahrgang, wie auch durch eine Antwort auf eine parlamentarische Anfrage bestätigt wurde. Realistischerweise muss jedoch mit der doppelten Zahl - also 100 000 Fällen pro Jahr - gerechnet werden, da 200 000 Personen die Voraussetzungen erfüllen, wie eine eigens durchgeführte Auswertung der Versicherungskontenstichprobe zeigt. Nach Abzug von Zugängen, die auch ohne Reform mit Abschlägen erfolgt wären, ist mit 135 000 zusätzlichen Berechtigten zu rechnen. Die Tendenz ist in den nächsten Jahren stark steigend, weil die geburtenstarken Jahrgänge in das Frühverrentungsalter kommen. Die hohe Zahl von Anträgen auf Rente mit 63 bestätigt meine bereits im Januar 2014 vorgelegten Berechnungen.⁸

Unabhängig davon, ob "nur" 50 000 eines Jahrgangs, 100 000 oder mehr die vorgezogene Altersrente abschlagsfrei beanspruchen, gefährdet die Rente ab 63 nicht nur die finanzielle, sondern auch die soziale Nachhaltigkeit der Rentenversicherung. Falls im ungünstigen Fall nicht 50 000, sondern 125 000 Personen jährlich die abschlagsfreie Frührente ab 63 in Anspruch nehmen, können die zusätzlichen Ausgaben der GRV auf 4 Mrd. Euro pro Jahr steigen. Es treten zudem Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung und im Steueraufkommen auf, weil Frühverrentung zu einem Rückgang der Beschäftigung Älterer führt. Der Gesetzentwurf nennt nur Mindereinnahmen der GRV für 2030 in Höhe von 600 Mio. Euro, bezieht diese in die finanzielle Belastung der GRV in Höhe von 2 Mrd. Euro aber nicht ein. Auch in den anderen Bereichen der Sozialversicherung (Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung) entstehen durch die Frühverrentung Einnahmeausfälle, weil die verbeitragten Einkommen im Rentenfall deutlich unter den Entgelten im Erwerbsfall liegen. Das Gleiche gilt für die Einkommensteuer; wo aufgrund der Grundfreibeträge und der direkten Progression die Einnahmen durch den vorzeitigen Rentenbezug besonders stark reduziert werden. Insgesamt können sich die Einnahmeausfälle auf 2 Mrd. Euro pro Jahr addieren. Die fiskalische Belastung durch die abschlagsfreie Rente ab 63 kann somit im Falle einer höheren Inanspruchnahme 6 Mrd. Euro pro Jahr erreichen. Selbst bei einer wie im Gesetzentwurf unterstellten geringen Inanspruchnahme ergeben sich gesamtstaatliche Einnahmeausfälle in Höhe von 900 Mio. Euro.⁹

Abbildung 1 (zurück zum Text)

Rentenbezugsdauer Gesetzliche Rentenversicherung (Männer)
Jahre



Die gestrichelten Linien geben die 95%-Konfidenzintervalle an.

Quelle: M. Giesecke, R. Schnabel: Redistribution in a Pay-As-You-Go Pension System: The Relationship between Differential Mortality and the Retirement Age, Working Paper,

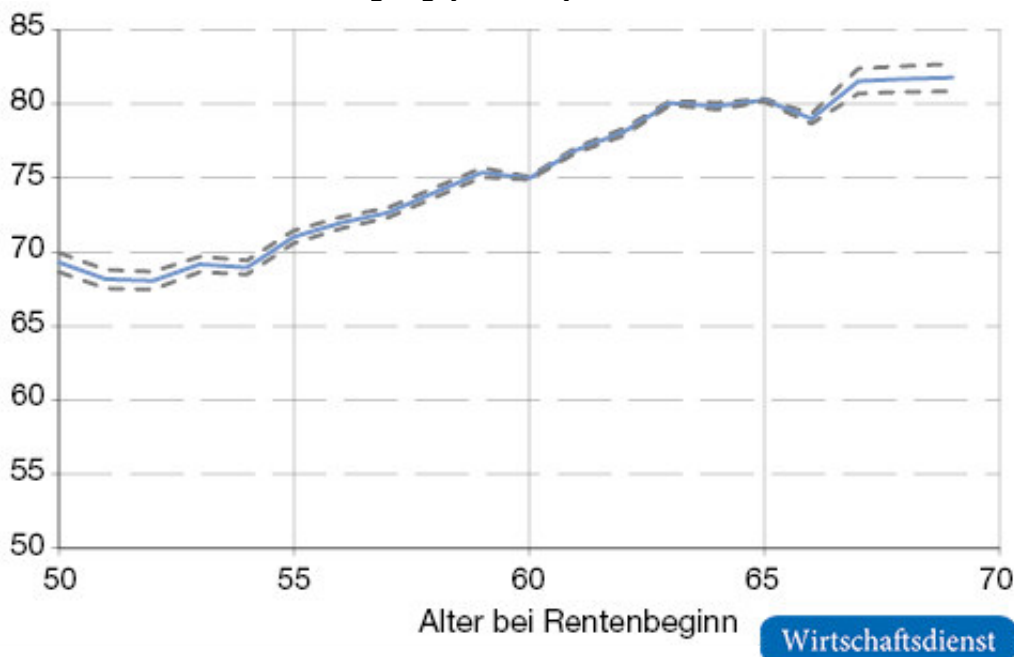
Universität Duisburg-Essen, 2014.

Mangelhafte Begründung der Rente ab 63

Die Rente ab 63 wird im Gesetzentwurf beiläufig als Anerkennung jahrzehntelanger Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Pflege ("verdient und nicht geschenkt") begründet. Dies ist jedoch völlig verfehlt, denn die GRV "belohnt" ohnehin längere Beitragszeiten mit entsprechend höheren Renten; auch Kindererziehungszeiten werden bereits honoriert. Eine zusätzliche Belohnung, die durch den Verzicht auf Abschläge erfolgt, diskriminiert jene, die weniger Beitragszeiten aufweisen und bürdet ihnen sogar noch einen Teil der Kosten auf. Denn diese Versicherten müssen durch höhere Beiträge oder niedrigere Renten für die höheren Ausgaben aufkommen. Begünstigt werden durch die abschlagsfreie Rente ab 63 diejenigen, die aufgrund einer langen Erwerbslaufbahn ohnehin höhere Rentenanwartschaften aufweisen. Es kommt hinzu, dass sich diese Personengruppe gleichzeitig durch überdurchschnittliche Entgelte auszeichnet. Es findet eine unerhörte intragenerative Umverteilung zulasten geringer Einkommen statt! Auf diesen Missstand wurde auch von der Deutschen Rentenversicherung wiederholt hingewiesen.

Ein weiteres Argument für die Rente ab 63 ist die angebliche körperliche Zerrüttung von langjährig Versicherten. Dieses Argument entbehrt jeder empirischen Grundlage. Im Gegenteil: die Lebenserwartung von Männern, die mit 63 in Rente gegangen sind, liegt genauso hoch wie die Lebenserwartung jener, die mit 65 in Rente gegangen sind. Dies zeigt eine Auswertung von Individualdaten der Deutschen Rentenversicherung, namentlich der "Vollendeten Versichertenleben" (VVL).¹⁰ Folglich ist die durchschnittliche Rentenbezugsdauer von Männern, die mit 63 in Rente gehen, um ganze zwei Jahre erhöht. Bei Frauen, die mit 63 in Rente gegangen sind, ist dieser Zusammenhang sogar noch stärker ausgeprägt. Daher ist die Anwendung von aktuarischen Abschlägen in Höhe von 0,3% pro Monat der vorgezogenen Rente mehr als angemessen, um die Versichertengemeinschaft für die längere Bezugsdauer der Rente wenigstens teilweise zu kompensieren.

Abbildung 2 (zurück zum Text)
Sterbealter nach Rentenzugang (Männer)



Die gestrichelten Linien geben die 95%-Konfidenzintervalle an.

Quelle: M. Giesecke, R. Schnabel: Redistribution in a Pay-As-You-Go Pension System: The Relationship between Differential Mortality and the Retirement Age, Working Paper, Universität Duisburg-Essen, 2014.

Wie Abbildung 1 zeigt, ist auch die Rentenbezugsdauer bei noch früherem Renteneintritt (also insbesondere bei Erwerbsminderungsrenten) im Schnitt höher als bei einem Rentenbeginn mit

65 Jahren. Auch hier sind aktuarische Abschläge zu rechtfertigen. Die erwartete Rentenbezugsdauer bei Erwerbsminderungsrentnern ist unter Berücksichtigung der Sterblichkeit zwischen 55 und 65 Jahren sogar um 2,5 Jahre höher als die Bezugsdauer von Regelaltersrenten.

Für Personen, die in Erwerbsminderungsrente gegangen sind, gilt gleichwohl, dass ihr erwartetes Sterbealter niedriger liegt (vgl. Abbildung 2). Dies steht nur scheinbar im Widerspruch zur längeren Rentenbezugsdauer. Erwerbsminderungsrenten werden entsprechend früh bezogen, so dass trotz einer niedrigen Lebenserwartung eine längere Bezugsdauer resultiert. Betrachtet man die Erwerbsminderungsrente aus der Perspektive des Versicherungsschutzes, dann erfolgt ex post (wie bei jeder Versicherung) eine Umverteilung zugunsten von Erwerbsgeminderten. Aufgrund des moralischen Risikos muss der Gesetzgeber eine Güterabwägung zwischen Versicherungsschutz und Selbstbeteiligung in Form von Abschlägen vornehmen.

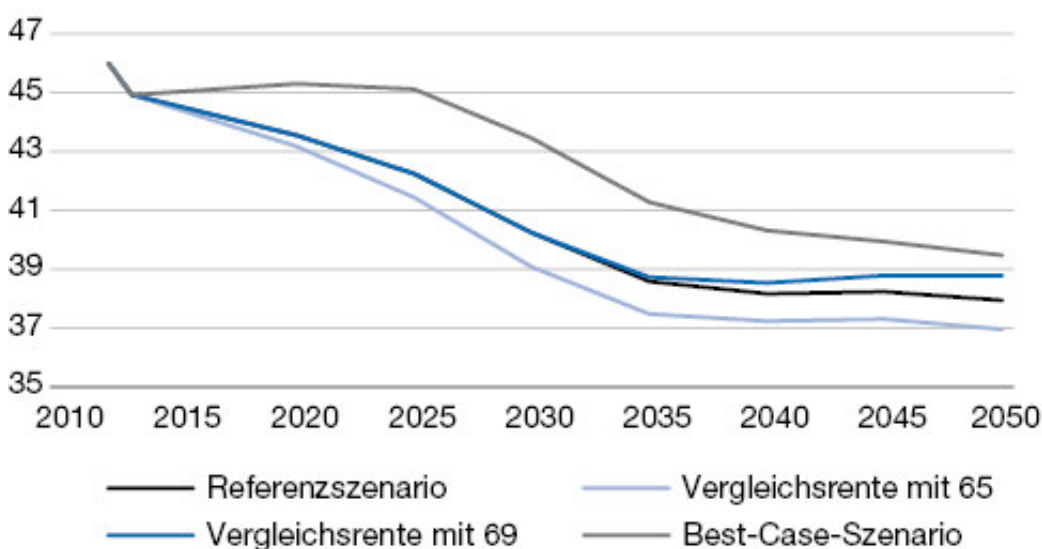
Renteneintrittsalter und Nachhaltigkeit der GRV

Ein zentrales Element der bisherigen Rentenpolitik bestand darin, die finanziellen Anreize für einen vorzeitigen Rentenbezug durch Abschläge zu reduzieren. Ein weiteres Element ist die langfristige Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre. Der bislang vorgesehene Anstieg des Renteneintrittsalters wird den Anstieg der Rentenbezugsdauer, die durch die Erhöhung der Lebenserwartung bedingt ist, dämpfen. Somit wird nur ein Teil der zusätzlich gewonnenen Lebenszeit für ein verlängertes Erwerbsleben verwendet; die Rentenbezugsdauern werden weiter ansteigen.

Grundsätzlich ist für alle Berufsgruppen eine Verschiebung des Renteneintritts zumutbar, wenn ihre Lebenserwartung ebenfalls ansteigt. Zwar gibt es Unterschiede in der Lebenserwartung nach Bildung, Beruf und anderen sozio-ökonomischen Charakteristika, doch ist ein selektiver Anstieg der Lebenserwartung bisher nicht belegt. Für jene, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aufhören zu arbeiten, steht die Erwerbsminderungsrente zur Verfügung. Daran ändert auch die Anhebung der Altersgrenze nichts. Denn für das Gros der Erwerbsminderungsrenten vollzieht sich der Übergang zur Rente vor dem 60. Lebensjahr. Somit ist die weit überwiegende Zahl der Erwerbsminderungsrentner überhaupt nicht negativ von der Rente mit 67 betroffen. Der Gesetzgeber kann sogar im Zuge der Anhebung der Altersgrenze auch das Alter für die Hinzurechnung weiter anheben.

Abbildung 3 (zurück zum Text)

Rentenniveau, Rentenzugang und Beschäftigung Älterer
Bruttorentenniveau in %



Wirtschaftsdienst

Quelle: R. Bachmann, S. T. Braun, R. Schnabel: Demografie und Rente, die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragssätze zur Rentenversicherung, Projekt im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), RWI-Projektbericht, Essen 2013.

Anhebung des Renteneintrittsalters unterstützt das Sicherungsziel der GRV

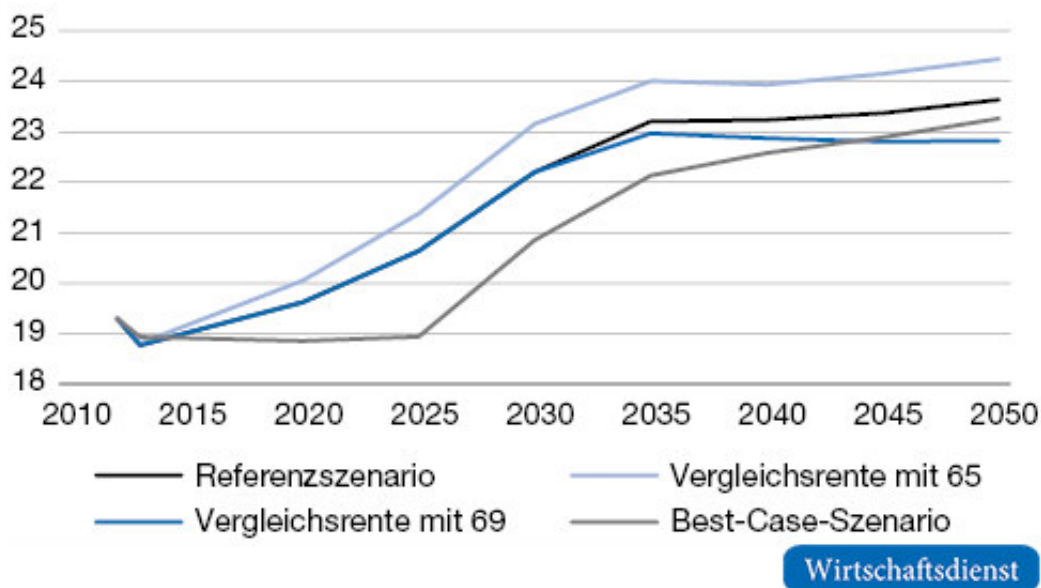
Die Erhöhung des Renteneintrittsalters (sei es durch die Abschläge, sei es durch die Anhebung der Altersgrenze) hat mehrfache positive Auswirkungen auf die GRV. Die Senkung der Rentnerzahl verringert die Ausgaben der GRV, während die Erhöhung der Beschäftigung Älterer die Einnahmeseite stärkt. Im Ergebnis führt dies - vermittelt durch die Renten Anpassungsformel - zu einem stärkeren Wachstum des aktuellen Rentenwerts, was das Sicherungsniveau der GRV stabilisiert. Gleichzeitig ergeben sich niedrigere Beitragssätze. Eine Politik, die die Anhebung des Renteneintrittsalters konterkariert, führt also nicht nur zu höheren Beiträgen (und Steuern), sondern gefährdet gleichzeitig auch das Sicherungsziel der Rentenversicherung.

Um die Bedeutung der Beschäftigung Älterer und des Renteneintrittsalters zu demonstrieren, zeigt Abbildung 3 die Entwicklung des Bruttorentenniveaus bei unterschiedlichen Szenarien und Abbildung 4 die Entwicklung der Beitragssätze. Das Referenzszenario entspricht der Rechtslage 2013 (Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 ohne Rentenpaket 2014); das Szenario "Rente mit 65" zeigt im Vergleich die Entwicklung bei einer Rückkehr zur Regelaltersgrenze 65. Die mit dem Rentenpaket verabschiedete Rente ab 63 führt leider in diese Richtung. Zum Vergleich wird auch gezeigt, dass das Bruttorentenniveau mit einer langfristigen Erhöhung der Regelaltersgrenze ab 2035 bis 2050 stabilisiert werden kann. Das Best-Case-Szenario unterstellt zusätzlich skandinavische Erwerbsbeteiligungsquoten Älterer.

Abbildung 4 (zurück zum Text)

Beitragssätze, Rentenzugang und Beschäftigung Älterer

Beitragssatz in %



Quelle: R. Bachmann, S. T. Braun, R. Schnabel: Demografie und Rente, die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragssätze zur Rentenversicherung, Projekt im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), RWI-Projektbericht, Essen 2013.

Es zeigt sich, dass das Sicherungsziel und der Beitragssatz durch einen späteren Renteneintritt und eine erhöhte Beschäftigung gleichermaßen positiv beeinflusst werden. Dies entschärft erheblich den Zielkonflikt zwischen Sicherungsziel und Beitragssatz. Umgekehrt gilt, dass das Rentenpaket 2014 durch die Rente ab 63 sowohl die finanzielle als auch die soziale Nachhaltigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung infrage stellt. Durch die Rente ab 63 wird der Zielkonflikt zwischen Sicherungsziel und finanzieller Nachhaltigkeit unnötig verschärft. Entsprechend werden jetzt schon Forderungen nach einer Reform der Rentenformel bzw. einer Abschaffung des Nachhaltigkeitsfaktors geäußert, um das allgemeine Sicherungsziel einzuhalten. Hätte die Politik an dem Kurs der Rentenpolitik der letzten 20 Jahre festgehalten, wären die Freiheitsgrade höher. Gleichzeitig wurde durch die unverhältnismäßig teure Mütterrente der fiskalische Spielraum für eine wirksamere Armutsvermeidung begrenzt. Die Konsequenzen dieser Politik werden zurzeit noch von einer günstigen Konjunktur und einer kurzen Atempause in der demografischen Alterung überdeckt,

werden aber leider langfristig zum Tragen kommen. Dann wird die Politik wieder einmal feststellen, dass ein Zurücknehmen von Leistungsversprechen ungleich schwieriger ist als deren Ausweitung.

Title: The 2014 Pension Reform - an Economic Assessment

Abstract: The 2014 pension reform has three main components. First disability pensions have been increased by about two earnings points, an average monthly gain of 40 euros. In addition low wages in the four years preceding disability-related retirement will now be disregarded. However, since these new rules only apply to retirement after July 2014 they fail to fight poverty among current disability-related retirees. Second an additional credit for all births before 1992 ("mothers' pension") is extremely costly and unnecessary. Poverty prevention is weak due to a strict income test in the welfare system for the elderly. Third early retirement at age 63 without actuarial adjustment has been re-introduced. This is a costly measure with negative effects on both equality and efficiency. The additional child credit and early retirement provisions reduce the financial and social sustainability of the German public pension system.

JEL Classification: H55

- 1 RV-Leistungsverbesserungsgesetz, Gesetzentwurf Bundestagsdrucksache, Nr. 18/909, Bundesgesetzblatt Teil 1, Nr. 27, 26.6.2014.
- 2 A. Börsch-Supan: Lehren aus den Rentenreformen seit 1972, in: Wirtschaftsdienst, 95. Jg. (2015), Sonderheft, S. 16-21, <http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2015/13/lehren-aus-den-rentenreformen-seit-1972/>.
- 3 Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund: Rentenversicherung in Zeitreihen 2014, in: DRV-Schriften, Bd. 22.
- 4 Vgl. S. Martin, P. Zollmann: Erwerbsminderung - ein erhebliches Armutsrisiko, ISI (Informationsdienst Soziale Indikatoren), Nr. 49, Februar 2013, S. 1-5.
- 5 Ebenda.
- 6 Vgl. RV-Leistungsverbesserungsgesetz, a.a.O.
- 7 Ein solches Ausweichen fand in den 1980er Jahren statt, als bis zu 50% via Erwerbsunfähigkeitsrenten in den Ruhestand wechselten.
- 8 R. Schnabel: Rentenpolitik: Wiedereinstieg in die Frühverrentung, Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Januar 2014.
- 9 Vgl. R. Schnabel, a.a.O.
- 10 M. Giesecke, R. Schnabel: Redistribution in a Pay-As-You-Go Pension System: The Relationship between Differential Mortality and the Retirement Age, Working Paper, Universität Duisburg-Essen, 2014.

Kommentare zu diesem Artikel

KassandraWahrheit@googlemail.com schrieb am 21.02.2015 um 22:51 Uhr

Für die neueren Generationen fällt der Abschlag wieder weg. Das sie mit anderen Ländern unrealistisch konkurrieren wurden sie durch das Hirngespinnst Kinderreiche fördern hineingezogen.




Schlagwörter zu diesem Artikel

Alterssicherung, Demografie, Erwerbsminderungsrente, EU-Rentenpolitik, Gesetzliche Rentenversicherung, Mütterrente, Private Rentenversicherung, Rentenfinanzierung, Rentenpolitik, Rentenreform, Soziale Kosten, Sozialpolitik, Sozialversicherung, Zuschussrente

Artikelloptionen

- [PDF Download \(159 kB\)](#)

-

Artikel teilen:   

Mehr zum Thema

- **Handlungsoptionen für die Rentenpolitik – Wie kann Alterssicherung nachhaltig(er) werden?**
Gert G. Wagner
- **Rentenpolitik im Angesicht des demografischen Wandels – Problemverschärfung statt Rationalität**
Christoph M. Schmidt
- **Lehren aus den Rentenreformen seit 1972**
Axel H. Börsch-Supan
- **Zukunftsfähigkeit des Rentensystems**
Brigitte Preissl
- **Rentenreformen – die internationale Perspektive**
Monika Queisser

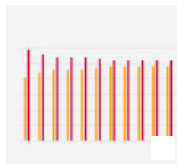
Suchergebnisse aus Econbiz

- **Wirtschaft, Demografie, Altersvorsorge : wie sicher sind unsere Renten nach der Krise? ; Agenda 2011 - I Schweiz - Europa ; 20. Internationales Europa Forum Luzern, Montag, 9. Mai 2011, KKL Luzern ; [Textsammlung]**
Gnos, Lea; Wicki, Christof
- **Demografie und Rente : die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragssätze zur Rentenversicherung ; Endbericht ; Projekt im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**
Bachmann, Ronald; Braun, Sebastian; Schnabel, Reinhold
- **Demografischer Wandel und finanzielle Absicherung im Alter : eine Analyse der Alterssicherung und Pflegebedürftigkeit in Deutschland**
Zuchandke, Andy
- **Effect of pensions and disability benefits on retirement in the UK**
Banks, James; Emmerson, Carl; Tetlow, Gemma
- **Die zukünftige Ausgestaltung der Alterssicherung in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion : eine systematisch vergleichende Darstellung und Bewertung ausgewählter Vorschläge zur Reform der Alterssicherung in Deutschland**
Müller, Marcus

[alle Suchergebnisse anzeigen](#)



Pressemitteilung Nr. 384 vom 04.11.2014

2013: Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung ab 65 Jahren um 7,4 % gestiegen

WIESBADEN – Am Jahresende 2013 bezogen in Deutschland rund 499 000 Personen ab 65 Jahren Leistungen der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, stieg diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 %.

Am Jahresende 2013 erhielten im früheren Bundesgebiet 32 von 1 000 Einwohnern ab 65 Jahren und in den neuen Ländern einschließlich Berlin 21 von 1 000 Einwohnern dieses Alters Leistungen der Grundsicherung. Spitzenreiter unter den Bundesländern waren die Stadtstaaten Hamburg (68 je 1 000 Einwohner), Bremen (59 je 1 000 Einwohner) und Berlin (58 je 1 000 Einwohner). Mit jeweils 11 Empfängerinnen und Empfängern je 1 000 Einwohnern ab 65 Jahren nahm die Bevölkerung in Sachsen und Thüringen diese Leistungen am seltensten in Anspruch.

Auf Grundsicherung sind in der Altersgruppe ab 65 Jahren insbesondere westdeutsche Frauen angewiesen: Am Jahresende 2013 bezogen in Westdeutschland 36 von 1 000 Frauen und 27 von 1 000 Männern dieses Alters Leistungen der Grundsicherung. In den neuen Ländern einschließlich Berlin waren es 22 von 1 000 Frauen und 20 von 1 000 Männern.

Neben den rund 499 000 Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren gab es am Jahresende 2013 deutschlandweit rund 463 000 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung wegen dauerhafter Erwerbsminderung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Damit bezogen am Jahresende 2013 rund 962 000 volljährige Menschen in Deutschland Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII.

Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Jahr ----- Land	Insgesamt Anzahl	darunter: ab 65 Jahren			
		zusammen	männlich		weiblich
			je 1 000 Einwohner ¹		
Deutschland jeweils am 31. Dezember					
2005	630 295	342 855	22	17	25
2006	681 991	370 543	23	18	26
2007	732 602	392 368	24	19	27
2008	767 682	409 958	25	20	28
2009	763 864	399 837	24	19	27
2010	796 646	412 081	24	20	27
2011	844 030	436 210	26	22	29
2012	899 846	464 836	28	24	31
2013	962 187	499 295	30	26	33
nach Ländern am 31. Dezember 2013					
Früheres Bundesgebiet	777 822	422 666	32	27	36
Baden-Württemberg	88 825	47 354	23	20	25
Bayern	114 014	65 976	26	23	29
Bremen	14 262	8 319	59	50	66
Hamburg	36 362	22 310	68	68	68
Hessen	79 886	43 916	36	32	40
Niedersachsen	101 439	49 751	30	26	34
Nordrhein-Westfalen	249 668	136 596	38	31	43
Rheinland-Pfalz	41 626	21 740	26	21	31
Saarland	14 394	7 815	35	27	41
Schleswig-Holstein	37 346	18 889	30	25	34
Neue Länder einschließlich Berlin	184 365	76 629	21	20	22
Berlin	70 816	37 620	58	57	58
Brandenburg	22 779	7 662	14	12	15
Mecklenburg-Vorpommern	21 009	6 517	18	16	20
Sachsen	29 565	11 080	11	10	12
Sachsen-Anhalt	24 110	8 340	15	13	16
Thüringen	16 086	5 410	11	9	12

¹Anteil der Empfänger/-innen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe ab 65 Jahren.

Bis 2010: Berechnung mit der jeweiligen Bevölkerungszahl am 31.12. auf Grundlage früherer Zählungen (Volkszählung 1987 im ehemaligen Bundesgebiet und Registerzählung 1990 in der ehemaligen DDR).

Ab 2011: Berechnung mit der jeweiligen Bevölkerungszahl am 31.12. auf Grundlage des Zensus 2011.

Weitere Auskünfte gibt:
Christian Prinz,
Telefon: +49 611 75 8854,
[Kontaktformular](#)

[2013: Zahl der Empfänger/-innen von Grundsicherung ab 65 Jahren um 7,4 % gestiegen \(PDF, 101 kB, Datei ist nicht barrierefrei\)](#)

Weiteres

Ergebnisse zur Grundsicherung liegen im Themenbereich [Sozialhilfe](#) vor. Methodische Hinweise befinden sich in den [Erläuterungen zur Statistik](#).

Basisdaten und lange Zeitreihen können über die Tabelle [Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung \(22151-0001\)](#) in der Datenbank GENESIS-Online abgerufen werden.

Folgen Sie uns auf Twitter



[@destatis](#)

Tagesaktuell alle Pressemitteilungen sowie Interessantes zu Bevölkerung, Gesundheit, Umwelt bis Wirtschaft.

Anschrift

[Statistisches Bundesamt](#)

[nach oben](#)

Herausgeber:

© Statistisches Bundesamt
Pressestelle, Verbreitung mit
Quellenangabe erwünscht

Kontakt:

Telefon: +49 (0)611 / 75-3444
Telefax: +49 (0)611 / 75-3976
presse@destatis.de
www.destatis.de

Servicezeiten:

Mo - Do: 8.00 - 17.00 Uhr
Fr: 8.00 - 15.00 Uhr

Postanschrift:

65180 Wiesbaden
Deutschland

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015